ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 18. Januar 2024 | 74. Jahrgang | Nummer 1/2



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe:

„Deutschland braucht Neuwahlen“

In Kloster Seeon kam die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu ihrer traditionellen Jahresauftaktklausur zusammen. Unter dem Motto „Deutschland braucht Neuwahlen: Für Wohlstand, Wachstum, Wiederbelebung“ diskutierten hochkarätige Gäste über die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. „Wir brauchen ein Jahr der Hoffnung statt der Sorge“, betonte Ministerpräsident und Parteivorsitzender Dr. Markus Söder. Auch der Vorsitzende der CSU im Bundestag Alexander Dobrindt unterstrich: „Die Ampel hat schlichtweg fertig. Deutschland braucht Chancen statt Scholz.“

„Was wir zurzeit erleben an Polarisierung in der Gesellschaft, an wirtschaftlichem Abschwung, an Migrationskrise, an ungelösten Energiefragen, an Unordnung, ist engstens mit der Respektlos-Politik der Ampel verbunden“, stellte Dobrindt fest. Deutschland sei ein starkes Land, das jedoch schlecht regiert werde. Nach zwei Jahren Ampel stehe Deutschland vor einem politischen Scherbenhaufen. Die selbsternannte Fortschrittskoalition habe sich als Rückschrittsbündnis herausgestellt. Deutschland weise das geringste Wachstum in der OECD auf, die höchsten Energiepreise in der Welt und die höchsten Zahlen an illegaler Migration in Europa. Unternehmen träfen vermehrt Entscheidungen zur Produktionsverlagerung ins Ausland, die Basis des Wohlstands drohe zu erodieren.

„Ampel-Ideologieprojekte“

„Die Ampel macht Deutschland ärmer. Wohlstandsverlust ist das Programm der Ampel. Deswegen werden wir ideologische Ampelprojekte rückabwickeln“, machte Dobrindt deutlich. Laut einem Beschlusspapier sollen „Ampel-Ideologieprojekte“ wie Habecks Heizungsverbotsgesetz, das Bürgergeld, geplante Kürzungen im Agrarbereich, die Abschaltung der Kernkraftwerke, 5.000 neue Verwaltungsstellen für die Kindergrundsicherung, die Ampel-Expresseinbürgerung und die doppelte Staatsbürgerschaft, Pull-Effekte bei der illegalen Migration, das Selbstbestimmungsgesetz, die Cannabis-Legalisierung, sowie das Ampel-Wahlrecht wieder abgeschafft werden.

Im Falle einer Regierungsübernahme sei geplant, folgende bürgerliche „Wohlstands-Projekte“ wieder umzusetzen:

(Fortsetzung auf Seite 4)



Mit zahlreichen Terminen begann das neue Jahr für Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Zwischen den üblichen Verpflichtungen in der Staatskanzlei und diversen Neujahresempfängen tagten die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in Kloster Seeon und die CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz (Bericht folgt in der nächsten Ausgabe). Im vollbesetzten Saal des Internationalen Presseclubs München beantwortete der CSU-Parteivorsitzende alle Fragen der Journalisten zu den aktuellen Themen. Unser Bild zeigt Dr. Söder im Kreis des Clubvorstands. V.l.: Max von Rossek und Nelli Hennig, beide stellvertretende Vorsitzende sowie Dr. Uwe Brückner, Vorsitzender des Internationalen Presseclubs München. Bild: Michael Lucan (Bayern Pixel)

BKG-Mitgliederversammlung in München:

Weiteres Dringen auf Soforthilfen

Vor einer „bedrohlichen Insolvenzwelle“, wenn die Bundesregierung nicht kurzfristig zusätzliche Milliardensummen für die Kliniken bereitstelle, hat die Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Tamara Bischof, bei der Mitgliederversammlung ihres Verbandes in München gewarnt. Allein in Bayern würden sich die Defizite dieses Jahr auf rund 1,4 Milliarden summieren, erläuterte die Kitzinger Landrätin.

„Schon seit Jahren weisen wir auf die finanziellen Lücken in der stationären Versorgung hin und haben uns fast daran gewöhnt. Wir haben uns auch daran gewöhnt, dass öffentliche Krankenhausträger regelmäßig Defizite in den Betriebskosten ausgleichen müssen. Doch wir sind an einem Wendepunkt angekommen“, machte Bischof deutlich: „Wenn acht von zehn Krankenhäusern 2023 einen Defizitausgleich von ihrem Träger erhalten müssen, die Finanzierung nach dem Auslaufen des Inflations-Hilfsfonds im April 2024 ohne Folgeregelung noch dramatischer wird und eine auskömmliche Finanzierung der Betriebskosten über den Landesbasisfallwert durch ein Bundesgesetz unmöglich gemacht wird, stehen wir vor einer grundsätzlichen Existenzfrage.“

Kommunen vor Zerreißproben

„Weil Gelder für andere wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge fehlen, für die wir auch verantwortlich sind“, führe dies in den Kommunen zu Zerreißproben, unterstrich die BKG-Vorsitzende. Wenn kein starker internationaler Konzern dahintersteht, stelle sich bei gemeinnützigen und privaten Trägern zunehmend die Frage, ob der Krankenhausbetrieb überhaupt noch möglich ist. In der Bundesrepublik Deutschland habe es noch nie so viele Insolvenzen und Standortschließungen von Krankenhäusern in einem Jahr wie in 2023 gegeben. Auch in Bayern seien Kliniken betroffen.

Krankenhausmilliarde

Bischof zufolge hat sich der Freistaat in den vergangenen Jahren im Ländervergleich mit etwa 10.000 Euro pro Bett im Jahr überdurchschnittlich an den Investitionskosten beteiligt. Aber auch die bayerische Investitionsquote sei bisher mit etwa 4 Prozent hinter den nötigen Mitteln zurückgeblieben. „Wir sind daher froh, dass im Koalitionsvertrag der neuen Staatsregierung nun das Ziel der Krankenhausmilliarde im Koalitions-

(Fortsetzung auf Seite 6)



Vereint gegen weitere Ampel-Zwangsmaßnahmen

Große Solidarität erfahren Deutschlands Landwirte, ebenso wie Traktor- und LKW-Fahrer bei ihren derzeitigen Demonstrationen. Viele Menschen unterstützen die Aktionen aktiv weil das Berliner Regierungshandeln in vielen Themenfeldern massiv missbilligt wird. Unser Bild entstand auf der Münchner Theresienwiese bei der Kundgebung des LBT (Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen) gegen die Politik der Ampel-Koalition. An der Veranstaltung nahmen unter anderem als Vertreter der Bayerischen Staatsregierung Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, und stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie teil. Unterstützt wurde die Aktion von folgenden Organisationen: vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., Wirtschaftsbeirat Bayern, BGL – Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung, BIV – Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V., VBS – Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V., Bayerischer Bauindustrieverband e. V., LBB – Landesverband Bayerischer Bauinnungen, BZV – Bayerischer Ziegelindustrie-Verband e. V., LBS – Landesverband Bayerischer Spediteure e. V. Mehr als 2.000 Trucker waren mit ihren Fahrzeugen zur Wies‘n gekommen, unterstützt von tausenden Sympathisanten. ❒

Kommunalverbände zum FAG 2024:

Gedämpfte Erwartungen trotz Spitzenergebnis

„Trotz angespannter Haushaltslage erreicht der kommunale Finanzausgleich 2024 mit 11,4 Milliarden Euro wieder einen neuen Spitzenstand“, verkündete Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München. „Es bedeutet ein Plus von 212,8 Millionen Euro für Bayerns Kommunen im Vergleich zu 2023.“ Diese Einigung unterstreiche eindrucksvoll die Solidarität und Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und seinen Kommunen, betonte Füracker. „Die Kommunen sind der entscheidende Partner, um Politik vor Ort umzusetzen und zu gestalten. Dabei unterstützen wir sie mit voller Kraft.“

„Die Zusammenarbeit zwischen Freistaat und seinen Kommunen funktioniert verlässlich auch in schwierigen Zeiten“, stellte Kommunalminister Joachim Herrmann fest. „Dennoch gilt: Die ausbleibende Unterstützung durch den Bund, beispielsweise bei einer auskömmlichen Krankenhausfinanzierung oder im Asyl- und Ausländerwesen, kann nicht allein vom Freistaat aufgefangen werden. Ich appelliere hier ausdrücklich an den Bund, endlich seiner Verantwortung nachzukommen, Länder und Kommunen hier angemessen finanziell zu unterstützen.“

Schlüsselzuweisungen 4,44 Milliarden Euro

Laut Füracker betragen die Schlüsselzuweisungen als größte Einzelposition im kommunalen Finanzausgleich 2024 rund 4,44 Mrd. Euro und erreichen damit einen neuen Höchststand (2023: 4,3 Mrd. Euro). Die allgemeinen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis steigen heuer auf insgesamt 885 Mio. Euro – eine Steigerung um 4,1 Prozent. Die kreisfreien Städte bekommen für die von ihnen im übertragenen Wirkungskreis übernommenen staatlichen Aufgaben erstmals eine ergänzende Finanzzuweisung in Höhe von 7,9 Mio. Euro, die Landkreise 2024 und 2025 jeweils zusätzlich 71 neue Stellen. „Auch in den darauffolgenden Jahren wird auf eine ausreichende personelle Ausstattung der Landkreise geachtet werden, mit dem Ziel, bis 2028 insgesamt 532,5 neue Stellen zu schaffen.“

Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs insbesondere bei Schulen, Kindertageseinrichtungen und Krankenhäusern wurde ein Schwerpunkt bei den Investitionen gesetzt. Der Haushaltsansatz für den kommunalen Hochbau, insbesondere für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen, wächst nächstes Jahr um 70 Mio. Euro und damit auf einen neuen

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Anliegen der Bauern, Handwerker und Spediteure seien klar nachvollziehbar, während die Klimakleber doch eher abstrakt bleiben. „Symbolisch“, so der Rathauskater Pino, „stehen die derzeitigen Protestbewegungen auch für die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die fest daran glauben, dass ihr Denken, Sprechen und Handeln untrennbar mit dem Heil der Welt verknüpft ist. Und denjenigen, die es satt haben, ständig von ersteren belehrt zu werden.“ Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite

DStGB: Deutschland zukunftssicher aufstellen 2
BdSt: Die Bauern nicht im Regen stehen lassen 2
DLT: Klarer Kompass bei Staatsausgaben! 3

GZ-Kolumne Stefan Rößle:
KPV: Ein Blick zurück und einer nach vorne 3

dbb: Starker Staat – wehrhafte Demokratie 4

Kommunale Energiethemen . . . . . 7 - 10
Kommunale Umwelt- und Abfallthemen . . . . . 11 - 13
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV . . . . . 14 - 15
GaLaBau • Bestattungswesen • Kommunaltechnik . . . . 16 - 17

Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 18 - 20

DStGB-Jahrespressekonferenz:

Deutschland zukunftssicher aufstellen

Städte und Gemeinden verweilen im Krisenmodus. Die Infrastruktur bröckelt, die Wirtschaft ist in einer schwierigen Lage, als einzige große Volkswirtschaft befindet sich Deutschland in der Rezession. Der immense Investitionsbedarf auf kommunaler Ebene wird sich in den nächsten Jahren auf knapp eine Billion Euro belaufen. „Diesen Bedarf werden die Kommunen, erst recht in Zeiten knapper Kassen, nicht einmal im Ansatz bewältigen können", betonten DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl und der neue Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger in Berlin und stellten klar: „Ohne ein beherztes Eingreifen der Politik kann es keine Kehrtwende geben."

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet von Bund und Ländern, die finanzielle Ausstattung der Kommunen nachhaltig zu verbessern. Im Rahmen der Jahrespressekonferenz des Kommunalverbands plädierten Brandl und Berghegger dafür, umzusteuern und mehr Geld in die Investitionen zu lenken. Dazu sei ein Bündel an Maßnahmen erforderlich, etwa ein Moratorium bei neuen Leistungsversprechen und eine Neuausrichtung der Förderprogramme des Bundes. Neben dem Erhalt der bestehenden Infrastrukturen würden auch für Klimaschutz, Klimaanpassung und den Umbau der Energieversorgung hohe Milliardensummen benötigt. Dabei handle es sich um gesamtgesellschaftliche Herausforderungen aller föderaler Ebenen, die vor Ort umgesetzt, aber nicht allein vor Ort finanziert werden könnten.

Verdoppelte Sozialausgaben

Mittlerweile geben die Städte und Gemeinden mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für soziale Leistungen aus. Damit haben sich diese Ausgaben seit dem Jahr 2005 verdoppelt und es ist zu erwarten, dass sie weiter steigen. „In Zeiten knapper Kassen müssen diese steigenden Kosten mit dem Verzicht auf Investitionen teuer erkauft werden. Diese Entwicklung darf so nicht weitergehen. Es muss gelingen, den dringend notwendigen Investitionen Vorrang einzuräumen", forderten die DStGB-Repräsentanten.

Dazu sei es notwendig, über alle staatlichen Ebenen hinweg die Ausgaben zu konsolidieren, Sparpotenziale auszuschöpfen und keine neuen Leistungsversprechen abzugeben. „Wir müssen den Menschen klar signalisieren, dass nicht alles, was wünschenswert ist, kurzfristig oder auch nur mittelfristig finanzierbar sein wird. Der Staat kann nur das verteilen, was er vorher an Steuern eingenommen hat", erklärten Brandl und Berghegger.

Die Kommunen fordern daher, das Konnexitätsprinzip nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt" im Grundgesetz zu verankern. „Das wäre ein klares Stoppschild für neue und höhere soziale Leistungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Zurzeit haben wir vielfach die Situation, dass der Bund Leistungen beschließt, die durch die Kommunen dann zu finanzieren sind. Das schnürt den Kommunen die Luft ab und es sind für Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung keine Mittel mehr verfügbar. Das muss ein Ende haben", forderten die Verbandsvertreter.

Förderprogramme neu ausrichten

Gleichzeitig sei es notwendig, die bestehenden Förderprogramme des Bundes neu auszurichten und für Städte und Gemeinden besser und unbürokratischer nutzbar zu gestalten. Derzeit existieren mehr als 100 kommunalrelevante Förderprogramme des Bundes, die zum Teil sehr komplex in ihrer Anwendung sind. Erheblicher Aufwand bei der Beantragung parallel zu immer weiter anwachsendem Fachkräftemangel auch vor Ort in den Verwaltungen führen dazu, dass jene Kommunen, die Unterstützung besonders dringend benötigen, am wenigstens von den Fördertöpfen profitieren können. „Der Förderdschungel muss gelichtet werden. Wir erwarten daher, dass die bestehenden Förderprogramme neu ausgerichtet und leichter zugänglich gemacht, aufeinander abgestimmt und besser verzahnt werden. Ideal wäre eine integrierte Förderung im Sinne eines Pauschalprogrammes. Dann können die Gelder schneller fließen und auch kleinere Kommunen werden nicht von zu viel Bürokratie überfordert", unterstrichen Brandl und Berghegger. Erst kürzlich habe die Bundesregierung wichtige Akzente zum Bürokratieabbau beim Fördermittelverfahren gesetzt, etwa bei der Festbetragsförderung sowie in Richtung vereinfachte Nachweis- und Prüfverfahren. Hier gelte es, flächendeckend und zeitnah mehr Vertrauen in die Kommunen zu wagen und überbordende Bürokratie durch zusätzliche Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden zu ersetzen.

Zusätzliche Finanzmittel

Neben den notwendigen Erhaltungsinvestitionen würden dringend zusätzliche Finanzmittel für Klimaschutz, Klimaanpassung, den Umbau der Energieversorgung, die Mobilitätswende und die digitale Transformation gebraucht. Ein Großteil der dafür notwendigen Maßnahmen muss nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vor Ort in den Kommunen auf den Weg gebracht werden. Um diese Aufgaben dauerhaft und nachhaltig zu finanzieren, schlägt der Verband eine Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung in Art. 91a des Grundgesetzes vor. „Unser Grundgesetz kennt dieses Instrument bereits, etwa zur Finanzierung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Wir sollten diesen Katalog erweitern, denn bei Klimaschutz und Klimaanpassung handelt es sich um gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die von Bund und Ländern gemeinsam zu finanzieren sind."

Migrationspolitik ordnen

Städte und Gemeinden sind auch bei der Unterbringung, Versorgung und Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen an ihrer Belastungsgrenze angelangt und werden ebenso in den kommenden Jahren enorm gefordert sein. Laut Brandl und Berghegger haben die wachsenden Herausforderungen rund um die konstant hohe Zahl zu versorgender und zu integrierender Personen in den vergangenen Jahren sehr deutlich gezeigt, dass Deutschland Menschen nicht unbegrenzt aufnehmen kann. Deshalb sei sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene ein Umsteuern in der Migrationspolitik dringend geboten. Notwendig sei zudem eine neue Finanzierungsgrundlage, um die Kommunen dauerhaft von den Flüchtlingskosten zu entlasten.

Deutschland habe in den vergangenen zwei Jahren eine sehr hohe Zahl von Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen zu verzeichnen. Im Jahr 2022 sind mehr als eine Million Menschen vor dem Krieg in der Ukraine nach Deutschland geflohen. Mit über 300.000 nach Deutschland gekommenen Menschen war im Jahr 2023 zudem der höchste Wert von Asylsuchenden seit dem Jahr 2016 zu verzeichnen. „In sehr vielen Kommunen stehen keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr zur Verfügung, die Situation in vielen Kitas und Schulen ist höchst angespannt und die Integrationskurse sind überlastet", stellten die DStGB-Repräsentanten fest. Von besonderer Bedeutung sei daher, dass sich Bund und Länder im November 2023 auf Entlastungen für Städte und Gemeinden verständigt haben. „Es ist anzuerkennen, dass Bund und Länder erste Anstrengungen unternommen haben, um Migrationspolitik zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen. Das allein wird allerdings nicht reichen."

Gemeinschaftsaufgabe Migration

Neben einer Steuerung und Reduzierung des Zuzugs nach Deutschland sei vor allem die finanzielle Entlastung der Kommunen der Schlüssel für ein funktionierende Integration überall in Deutschland. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schlägt zu diesem Zweck die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Migration in Art. 91a des Grundgesetzes vor. „Wir müssen neue, langfristig tragfähige Wege gehen. Dazu gehört, die Migrationspolitik im Grundgesetz als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zu etablieren. Gesamtgesellschaftliche Herausforderungen müssen auch gesamtgesellschaftlich getragen und finanziert werden", stellten Brandl und Berghegger klar und forderten „ein Ende des ‚Zuständigkeitsbingos' zwischen Bund und Ländern, wenn es um diese wichtigen Fragen und deren Finanzierung geht. Dafür haben weder die Bürgerinnen und Bürger noch die Kommunen Verständnis."

Unterstützung der Bürger

Eine Neuausrichtung der Migrationspolitik sei auf europäischer und auf nationaler Ebene unverzichtbar, wenn die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht gefährdet werden soll. Damit Aufnahme und Integration der geflüchteten Menschen gelingen, sei die Unterstützung der Bürger unumgänglich. Seit vielen Jahren sei zwar ein vorbildliches bürgerschaftliches Engagement für die nach Deutschland geflüchteten Menschen zu beobachten, jedoch müsse man feststellen, dass die Unzufriedenheit wächst. Vor diesem Hintergrund müsse es gelingen, die zahlreichen Anstrengungen auf die Menschen, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben, zu konzentrieren und Asylsuchende ohne Bleiberecht in ihre Herkunftsländer zurückzuführen oder die freiwillige Rückkehr zu gestalten.

Kommunale Ebene als Konjunkturmotor nutzen

Fazit: Es gilt, die kommunale Ebene als Konjunkturmotor zu nutzen und sie entsprechend auszustatten. „Die Menschen erleben ihren Staat vor Ort in den Städten und Gemeinden. Nur wenn es gelingt, dort handlungsfähig zu sein und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, werden wir Vertrauen zurückgewinnen und die Demokratie dauerhaft stärken. Gerade in Zeiten der Krise und des Umbruchs steht fest: Ohne Kommunen ist kein Staat zu machen, bemerkten Brandl und Berghegger abschließend. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Pensel
95473 Creußen
am 28.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans-Martin Schertl
92246 Vilseck
am 21.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernhard Storath
96250 Ebensfeld
am 21.1.

Bürgermeister Michael Klampfl
94532 Außernzell
am 22.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christian Dobmeier
84066 Mallersdorf-Pfaffenberg
am 19.1.

Bürgermeister
Andreas Bruckmeier
86735 Forheim
am 29.1.

Oberbürgermeister
Christian Schuchardt
97070 Würzburg
am 29.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Stefan Löwl
85221 Dachau
am 18.1.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Steuerzahlerpräsident Hohenhau:

„Wir dürfen unsere Bauern nicht im Regen stehen lassen"

Einen dringenden Appell richtete der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf Baron von Hohenhau, an Politik und Bevölkerung, die bayerischen Bauern in der jetzigen Situation nicht im Regen stehen zu lassen.

Die aktuellen Proteste der Landwirte seien – so Präsident von Hohenhau – die logische Konsequenz aus einer jahrzehntelangen Politik zu Lasten der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe. Allein in Bayern mussten seit 2005 dreißigtausend landwirtschaftliche Betriebe geschlossen werden. Nähme man einen längeren Zeitraum, so haben sich die landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern halbiert.

Die wahllose, offensichtlich ideologisch motivierte Bevorzugung und Benachteiligung breiter Bevölkerungsschichten durch die Ampel sät Unfrieden und spaltet Deutschland.

Fazit des Steuerzahlerpräsidenten: „Statt die Bauern jetzt mehr zu belasten und weitere Existenzen zu gefährden, sollte sich die Politik in Berlin Gedanken darüber machen, wie die Wirtschaftlichkeit der ländlichen Bertriebe so gesichert werden kann, dass auch in Zukunft junge Landwirte bereit und in der Lage sind, die Betriebe ihrer Eltern zu übernehmen." ❐

GZ Akademie GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unser nächster Termin steht fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Krisenprävention
6. Februar 2024, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt. ❐

Arbeitszeiterfassung und -flexibilisierung:

Scharf fordert Verbesserungen

Bayerns Arbeitsministerin Ulrike Scharf fordert in der Neufassung des Arbeitszeitgesetzes neben der Arbeitszeiterfassung auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Die Ministerin erklärt: „Es herrscht absoluter Stillstand! … Diese Untätigkeit können wir uns in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche und grassierendem Fachkräftemangel nicht leisten! Es muss gehandelt werden." Die Menschen sollen flexibler und entsprechend ihrer Lebensrealität arbeiten können. Der Gesundheitsschutz steht für Scharf dabei nicht zur Disposition. Im neuen Gesetz müsse die Erfassung und Flexibilisierung der Arbeitszeit ganzheitlich gedacht werden. Die Dokumentation soll unbürokratisch mit möglichst viel Freiraum erfolgen. „Wir brauchen hier keinen neuen Bürokratie-Teufel. Noch mehr Belastungen für unsere Betriebe müssen zwingend vermieden werden." Vollkommen aus der Zeit gefallen seien Pläne des Bundesarbeitsministers mit einer ‚Vertrauensarbeitszeit'. „Das Bundesarbeitsgericht habe großen Spielraum bei der Neugestaltung der Arbeitszeiterfassung gegeben. Dieser muss genutzt und darf nicht ignoriert werden." ❐

Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern

Jetzt bis zum 13. März 2024 bewerben

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf, Vorstandsvorsitzende der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern, gibt für 2024 den Startschuss für die Förderung von Ehrenamtsprojekten: „Bayern ist Ehrenamtsland! Unsere ehrenamtlich Aktiven setzen sich fürs Miteinander ein, halten die Gesellschaft zusammen und engagieren sich in ihrer Freizeit für Andere – im ländlichen Raum genauso wie in der Stadt."

Sie seien wichtige Impulsgeberinnen und Impulsgeber und wollen Bayern mit ihren Ideen voranbringen. „Wir unterstützen innovative Ideen und Ehrenamtsprojekte dieses wertvollen Engagements. Bayern ist gemeinsam stark, da es so viele Ehrenamtliche gibt, die mit Herz helfen", so die Ministerin.

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern unterstützt neue Initiativen, Projekte und Ideen im Bereich Ehrenamt. Seit dem 15. Januar 2024 sind neue Bewerbungen möglich. Die Projekte können eine Fördersumme von bis zu 10.000 Euro erhalten. Das Motto im Jahr 2024 lautet: „(Re)-Vitalisierung der Dörfer und Stadtviertel: Ehrenamt belebt Stadt- und Dorfgemeinschaften". Bis zum 13. März 2024 können Anträge bei der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern eingereicht werden.

Informationen:

www.ehrenamtsstiftung.bayern.de/foerderung/projektausschreibung/index.php ❐

Demografieproblem verschärft sich:

Babyboomer werden 60

Brossardt: „Fachkräftesicherung priorisieren und Finanzierbarkeit der Rente erhalten"

Der Geburtsjahrgang 1964 ist mit 1,35 Millionen Personen der geburtenstärkste Jahrgang der Bundesrepublik. Im Jahr 2024 werden diese „Babyboomer" 60 Jahre alt. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. verweist anlässlich dieser Marke auf die großen Herausforderungen, die die demografische Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringt.

„Die breiteste Stelle der Geburtenpyramide verschiebt sich unaufhörlich nach oben. Bis zum Jahr 2030 werden neun Millionen Menschen in Rente gehen, aber nur sechs Millionen Personen als Ersatz für die Babyboomer in den Arbeitsmarkt eintreten. Auch die durchschnittliche Rentenbezugsdauer ist in den letzten zwei Jahrzehnten von ca. 16 auf über 20 Jahre gestiegen. Das ist gesellschaftspolitisch zu begrüßen. Die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rente ist aber eine Herausforderung, denn wir müssen die Verfügbarkeit von Fachkräften erhalten. Daher müssen wir das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren konsequent umsetzen. Wir müssen alles dafür tun, dass Beschäftigte länger im Erwerbsleben bleiben. Die Idee einer Flexibilisierung durch einen Renteneintrittskorridor, der an die Entwicklung der Lebenserwartung angepasst wird, begrüßen wir und fordern eine zeitnahe Umsetzung", so vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Die vbw fordert, das Rentenmodell „Rente mit 63" auslaufen zu lassen und Frühverrentungsanreize deutlich zu reduzieren. „Zuletzt bezogen etwa 30 Prozent der Neurentner die Rente mit 63. Das bedeutet einen Verlust von über 200.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Hält dieser Trend an, entstehen für die Rentenversicherung bis 2035 Zusatzkosten von fast 140 Milliarden Euro. Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung würde auf 22,7 Prozent im Jahr 2045 steigen.

Die vbw wirbt für die Hebung von Arbeitspotenzialen der Babyboomer: „Wir müssen dafür werben, ältere Beschäftigte länger im Beruf zu halten. Unsere Unternehmen sind angesichts des sich verschärfenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels auf qualifiziertes, erfahrenes Personal angewiesen. Daher hat die vbw gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie das Projekt „Talente in Rente" ins Leben gerufen", so Brossardt.

Link zur Plattform „Talente in Rente": https://www.talente-in-rente.bayern ❐

Deutscher Landkreistag:

Klarer Kompass bei Staatsausgaben!

Die Themen Staatsausgaben, Bürokratie und Krankenhäuser standen auf der Agenda der jüngsten Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags im Landkreis Diepholz. Laut DLT-Präsident Reinhard Sager hat das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts dem Bund vor Augen geführt, dass er mehr darauf achten muss, wofür Steuermittel ausgegeben werden. „Vor diesem Hintergrund sollte er einem klaren Kompass folgen, anstatt kostenintensive Verabredungen des Koalitionsvertrages umzusetzen, die man nach heutigem Kenntnisstand nicht mehr oder anders angehen würde."

„Die beschworene Zeitenwende muss auch beinhalten, die Staatsaufgaben und öffentlichen Ausgaben neu zu sortieren", unterstrich Sager. Als Beispiel nannte er die Schaffung einer eigenständigen Kindergrundsicherung, die einer kritischen Prüfung unterzogen werden müsse. „Würde man dieses Projekt mit den aktuellen Erkenntnissen zu Umsetzbarkeit, Kosten und Fallstricken noch einmal von Anfang an diskutieren, müsste man es auch ohne Nachhilfe aus Karlsruhe schnell verwerfen: kein Mehrwert für bedürftige Familien, zu teuer durch den Aufbau neuer Bürokratie und die Schaffung paralleler Behördenstrukturen. Am Ende werden viele Familien die Kindergrundsicherung sogar als Belastung empfinden, weil eine ohnehin bisweilen umständliche Verwaltung noch undurchsichtiger wird."

Nichts ist zu Ende gedacht

Auch das Deutschlandticket sei nicht zu Ende gedacht, obwohl die Landkreise und die anderen kommunalen Aufgabenträger von Anfang an die dauerhaft nicht belastbare Finanzierung kritisiert hätten. „Auch hier hat der Bund von verschiedener Seite vorgebrachte Vorbehalte in den Wind geschlagen. Nun droht Heulen und Zähneklappern, weil – wenig überraschend – 49 Euro im Monat nicht ausreichen, um einen bedarfsgerechten Nahverkehr zu bezahlen, und Bund und Länder das Ticket offenbar nicht ausfinanzieren wollen oder können."

Eigentlich müsse der ÖPNV modernisiert und ausgebaut werden, allerdings streiche der Bund parallel auch noch die Regionalisierungsmittel für die Länder um 350 Mio. Euro, obwohl diese bereits zugesagt gewesen seien. „Diese Sprunghaftigkeit der Bundespolitik", so der Verbandspräsident, „ist ein Graus für die Verkehrsträger vor Ort und den Menschen ebenso wenig vermittelbar. In gewisser Weise ist das auch eine Verkehrswende, allerdings in die falsche Richtung mit Investitionsstau und Rückbau von Angeboten und Netzen."

Sager zufolge bedarf es einer ehrlichen Bestandsaufnahme, was sich der Staat leisten könne und was nicht. „Dabei sollte vom Status quo ausgegangen werden, also von den Dingen, die derzeit verpflichtend finanziert werden müssen. Dazu gehört es, Bund, Ländern und Kommunen diejenigen Steueranteile zuzuteilen, die sie für die Erledigung ihrer jeweiligen Aufgaben benötigen. Erst dann können weitere Vorhaben angegangen werden. Das ist eine Binsenweisheit – und doch erscheint es notwendig, dies in Erinnerung zu rufen. Schuldenberge treffen schließlich vor allem unsere Kinder und Enkel. Dabei verfügt der Staat über sprudelnde Steuereinnahmen."

Aus Sicht der Landkreise bedeute das, kommunale Strukturen mit dem Nötigen auszustatten. „Die Finanzsituation vor Ort wird immer schwieriger. Wir haben auf absehbare Zeit keinen Spielraum für neue Aufgaben und haben immer mehr Probleme, die vielen bestehenden Aufgaben zu finanzieren und zu administrieren. Uns geht es deshalb seit vielen Jahren um eine aufgabenangemessene Finanzausstattung, aus der auch Investitionen eigenfinanziert werden können. Wir wollen wegkommen von den leidigen Anschubfinanzierungen über Förderprogramme, die die Kommunen dann nach ein paar Jahren mit einer begonnenen Aufgabe finanziell allein lassen."

Schieflage korrigieren

Die Kommunen trügen mehr als 25 Prozent der Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts, bekämen aber nur 14 Prozent des Steueraufkommens, erläuterte Sager. „Diese Schieflage muss deutlich korrigiert werden. Gerade in der aktuellen Situation zeigt sich erneut die fehlende Widerstandsfähigkeit der kommunalen Haushalte. Die Kommunen sind schon in Normalzeiten unterfinanziert und können sich nicht gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben wie z. B. die Kulturförderung, die Tourismusentwicklung oder die Wirtschaftsförderung immer weniger leisten. Wir fordern deshalb eine Aufstockung des kommunalen Umsatzsteueranteils. Dieses zusätzliche Geld sollte nach Einwohnern verteilt werden, um die kommunale Steuerbasis gerade auch in der Fläche zu stärken."

Überall bestünden erhebliche Investitionsbedarfe, zum Beispiel bei den Schulen, den Straßen und im Nahverkehr, die durch die Energiewende noch verstärkt würden. Außerdem beteilige sich der Bund nach wie vor nicht hinreichend an der Flüchtlingsfinanzierung. Das seien die Aufgaben, die oben auf die Prioritätenliste gehörten. „Stattdessen leben wir einerseits immer mehr von der Substanz, tun aber andererseits so, als ob für jedwedes politische Projekt Geld da wäre. Man muss dem Bundesverfassungsgericht danken, dass es verbindlich geltendes Recht richtig ausgelegt und damit dafür gesorgt hat, dass sich der Bund endlich ernsthaft mit grundlegenden Finanzierungsfragen auseinandersetzen muss", hob Sager hervor.

Schwierige Planungsprozesse

Mit Blick auf die Schwerfälligkeit von Planungsprozessen und den damit verbundenen bürokratischen Vorgaben machte der DLT-Chef deutlich: „Wir müssen beim Abbau bürokratischer Hemmnisse und von Aufgabenstandards wesentliche Schritte vorankommen. Wir können es uns schon allein wegen des Personalmangels nicht erlauben, immer aufwändigere Anforderungen festzulegen. Jede Gesetzesnovelle macht die behördlichen Abläufe komplizierter, die Digitalisierung kommt zu langsam voran, immer mehr Stellen in der Verwaltung bleiben unbesetzt." Das betreffe nicht nur den weit ausgebauten und komplexen Sozialstaat, sondern vor allem Planungsprozesse im Baubereich.

Das politische Mantra des Bürokratieabbaus müsse endlich so konkret werden, dass vor Ort eine Entlastung spürbar werde. „Die Landkreise fordern eine Verschlankung und Vereinfachung von Abläufen. So sollten zum Beispiel baurechtliche Verfahren substanziell vereinfacht, entbürokratisiert und beschleunigt werden. Vor diesem Hintergrund sind einfachere Genehmigungen, zum Beispiel über den Gebäudetyp E oder in serieller Bauweise zu begrüßen. Damit kann von kostenintensiven Standards abgewichen werden." Die zahllosen Vorgaben in Form von DIN- oder sonstigen Normen müssten auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. Dies betreffe beispielsweise Vorschriften bei Stellplätzen, bei der Barrierefreiheit oder bei Aufzugsanlagen.

Wohnraum schaffen

Das sei auch der richtige Weg in der Wohnungsfrage, die neben dem Neubau vor allem die Ertüchtigung von leerstehenden Gebäuden im Blick haben müsse. „Gerade in der Fläche verfügen wir über viel ungenutztes Potenzial. Diesem Gedanken folgend geht es um die Umwidmung und Aufstockung von Bauten, die Nachverdichtung und den Umbau funktionslos gewordener Gebäude", erklärte Sager.

Auch die Digitalisierung würde erhebliche Mehrwerte bieten. „Ziel muss es sein, dass digitale Anträge eingereicht, digital von allen Beteiligten bearbeitet und in den Baubehörden durchgängig digital beschieden werden." Dafür wäre der gesetzliche Rahmen anzupassen, denn Ursachen für lange Verwaltungsverfahren seien die hohen rechtlichen Voraussetzungen und oft schlechte oder unvollständige Antragsunterlagen. „Bauherrn haben es zusehends schwer, prüfungsreife Anträge einzureichen. Das liegt an den komplizierten rechtlichen Vorschriften."

Prozesse beschleunigen

Vor diesem Hintergrund sei es richtig, dass sich Bund und Länder Regelungen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen verständigt haben, so Sager. So soll ein Bau-Turbo-Pakt dafür sorgen, dass für eine befristete Zeit in Orten mit hohem Bedarf schneller Bauvorhaben geplant und umgesetzt werden können.

Ein weiterer Bereich sei die Planung und Umsetzung von Klimamaßnahmen. „Der Deutsche Bundestag hat im vergangenen November den Entwurf für ein Bundes-Klimaanpassungsgesetz beschlossen. Damit werden auch die Kommunen zur Erarbeitung von integrierten Klimaanpassungskonzepten verpflichtet." Allerdings denke der Bund hierbei zu wenig an die finanziellen und personellen Notwendigkeiten: „Allein für die Konzeptionen werden Kosten von bis zu 2 Milliarden Euro prognostiziert. Und darin sind noch keineswegs die Ausgaben für die Anpassungsmaßnahmen selbst enthalten."

Zumindest brauche es ein gemeinsames Verständnis von Bund, Ländern und Kommunen darüber, wie sich diese Lasten stemmen lassen, und zwar ohne Förderprogramme. „Wir wollen eine Finanzierungszusage der Länder, in deren Verantwortlichkeit die Umsetzung fällt und die deshalb gegenüber den Landkreisen und Städten in der Finanzierungspflicht stehen." Die Landkreise würden stets die kommunale Schlüsselfunktion bei der Klimaanpassung unterstreichen, allerdings müssten sie auch personell und finanziell in der Lage sein, die mit der Klimafolgenanpassung verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, bemerkte der Präsident.

Vor einem wirtschaftlichen Flächenbrand warnt der Deutsche Landkreistag beim Thema Krankenhäuser. „Die finanzielle Lage der Krankenhäuser ist prekär. Bund und Länder müssen daher dringend Lösungen finden, um zu verhindern, dass sich die Situation im Jahr 2024 weiter zuspitzt. Jedes weitere Zögern der Politik bei der Unterstützung der Kliniken verschlimmert die Situation angesichts der Kostenentwicklung im Jahr 2024 noch weiter. Die Schließung von Standorten aufgrund von drohenden Insolvenzen darf nicht hingenommen werden." Im Übrigen würden die Landkreise die Forderungen privater und freigemeinnütziger Krankenhäuser ablehnen, kommunale Mittel zur Stützung von deren aufgelaufenen Defiziten bereit zu stellen. „Das ist keine kommunale Aufgabe und würde nicht weniger als eine Gewinngarantie aus Steuergeld bedeuten."

Trägerverantwortung

Die Trägerverantwortung schließe auch die Verantwortung mit ein, auflaufende Defizite zu tragen, fuhr der DLT-Präsident fort. „Damit die schwierige Situation beendet werden kann, muss ein Inflationsausgleich durch Anpassung der Landesbasisfallwerte geschaffen werden. Es muss zusätzliches Geld ins System, anders geht es nicht."

Aber auch strukturell müsse es darum gehen, die Kliniken zu stabilisieren: „Die Krankenhausreform sollte zügig zum Abschluss gebracht werden, wobei die Versorgungsinteressen des ländlichen Raumes maßgeblich Berücksichtigung finden müssen. In der derzeitigen Form lehnen wir die geplante Krankenhausstrukturreform jedenfalls ab." Auch wenn die Krankenhauslandschaft um eine Reform nicht herumkomme, sei zuallererst bei der Überversorgung in den Ballungsräumen anzusetzen.

Darüber hinaus hätten sich Bund und Länder beim Krankenhaustransparenzgesetz verhakt, kritisierte Sager: „Der Bund möchte hier ebenfalls in die Planungshoheit der Länder eingreifen, wogegen sich diese zu Recht verwahren. Daher gibt es ein Vermittlungsverfahren, das nun zügig beginnen muss. Denn eines haben die Krankenhäuser nicht: Zeit. Vielen Standorten steht das Wasser bis zum Hals." **DK**

GZ **KOLUMNE**
Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat bereits begonnen. Werfen wir noch einen kurzen Blick zurück auf das vergangene Jahr. 2023 war geprägt von alten und neuen Konfliktherden in der Welt, vielfältigen und komplexen Herausforderungen für unsere Gesellschaft und deren direkten und indirekten Auswirkungen auf unsere bayerischen Kommunen. Steigende Migrationszahlen, massiver Fachkräftemangel, fortlaufende Kostenexplosionen und viele weitere Brennpunktthemen haben in 2023 unsere bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke vor große Aufgaben gestellt.

Das letzte Jahr war aber auch geprägt vom unermüdlichen Einsatz unserer ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitiker für die Bürger vor Ort sowie von bemerkenswerten Leistungen unserer bayerischen Kommunen und das unter schwierigeren Rahmenbedingungen als in den Vorjahren. So darf ich ihnen meinen tiefen Dank für ihren beherzten und engagierten Einsatz in 2023 aussprechen. Die bayerischen Kommunen haben wieder mal bewiesen, dass sie wahre Krisenmanager sind und sich um die Themen der Menschen vor Ort bestens kümmern. Wir konnten auch trotz all der Krisen und Herausforderungen zahlreiche Erfolge verzeichnen und können mit neuem Mut und frischer Zuversicht in das Jahr 2024 gehen, auch wenn uns zahlreiche Themen aus 2023 auch in 2024 begleiten werden.

KPV: Ein Blick zurück und einer nach vorne

Wichtige Punkte für die kommunalpolitische Arbeit der KPV in 2024 sind die dauerhafte finanzielle Stabilität der bayerischen Kommunen, der zukunftsfähige Erhalt der flächendeckenden Gesundheits- und Pflegeversorgung in ganz Bayern, die kontinuierliche Entbürokratisierung und Vereinfachung von Förderprogrammen, neue Mobilitätskonzepte für Stadt und Land sowie die Stärkung der Kinderbetreuung im Freistaat.

Die KPV als Vertreter aller kommunalpolitischen Ebenen in Bayern ist überzeugt, dass wir die Herausforderungen, die das Jahr 2024 mit sich bringen wird, nur gemeinsam meistern können. Dafür braucht es weiterhin entschlossene und handlungsfähige Kommunalpolitiker vor Ort, die gemeinsam mit den anderen politischen Ebenen die bayerischen Kommunen zukunftsfähig und krisenfest machen. Lassen sie uns also gemeinsam anpacken und das neue Jahr aktiv kommunalpolitisch gestalten und den Menschen vor Ort Lösungen und Zuversicht für das neue Jahr anbieten.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bayerischer Integrationspreis 2024 – Jetzt bewerben:

„Integration – Frauen im Fokus"

Der Bayerische Landtag, das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sowie der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung vergeben auch 2024 wieder gemeinsam den Bayerischen Integrationspreis. In diesem Jahr steht er unter dem Motto „Integration – Frauen im Fokus". Bis zum 19. Februar 2024 können sich Vereine und Institutionen sowie auch Einzelpersonen beteiligen, die sich in besonderer Weise um die Integration von Frauen verdient gemacht haben und integrative Strahlkraft ausüben.

Frauen haben im Integrationsprozess eine wichtige Schlüsselfunktion. Besonders Mütter sind Vorbilder und Wegbereiterinnen für ihre Kinder. Zugewanderte Frauen, die ausreichend Deutsch sprechen und mit unseren Werten vertraut sind, können sich im Alltag gesellschaftlich einbringen und selbst für ihre Belange und die Interessen ihrer Familie eintreten. Besonders wichtig für die Integration ist auch die Teilnahme am Berufsleben, denn Ausbildung und Erwerbstätigkeit sichern eigenes Einkommen, sorgen für Begegnung und Austausch und steigern die eigene Handlungsfähigkeit. Frauenspezifische Integration berührt noch viele weitere Themen, unter anderem das ehrenamtliche Engagement von Migrantinnen, das zum kulturellen Verständnis beiträgt, aber auch das Spannungsverhältnis zwischen einem traditionellen Rollenverständnis in vielen Herkunftsländern und der gleichberechtigten Gesellschaftsform hierzulande.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner betont: „Das Motto der diesjährigen Ausschreibung zum Bayerischen Integrationspreis liegt mir sehr am Herzen. Denn Integration von Familien kann nur mit und über die Frauen gelingen. Gerade Mütter üben großen Einfluss auf ihre Kinder aus und geben ihre Erfahrungen und Werte an diese weiter. Dabei haben es zugewanderte Frauen in vieler Hinsicht schwerer: Oft übernehmen sie einen Großteil der Haushalts- und Kinderbetreuungspflichten und haben weniger Möglichkeiten, sich über die Arbeit zu integrieren – gleichzeitig müssen sie in einem Umfeld mit meist fremder Sprache, anderer Kultur und einem neuen Bildungs- und Erziehungssystem zurechtkommen."

Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann sagt: „Solidarisches Engagement ist einer der Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Viele Menschen in Bayern, die sich für die gelungene Integration von Zugewanderten einsetzten, leben das in beispielhafter Art und Weise vor. In unserer Zeit ist das entschiedene Eintreten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtiger denn je. Denn genau dieser Zusammenhalt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft stark und widerstandsfähig gegen Extremismus und Spaltung macht. Dabei sollten wir auch immer die Bedürfnisse von Frauen im Blick behalten."

Gleichberechtigtes Leben

Der neue Integrationsbeauftragte Karl Straub ist schon jetzt auf die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger gespannt: „Frauen, ihre Kraft und ihre Leistungen, werden häufig unterschätzt und nicht ausreichend gewürdigt. Mich freut es, dass gleich bei meiner ersten Bayerischen Integrationspreisverleihung Projekte ausgezeichnet werden, die zugewanderte Frauen darin unterstützen, ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben zu führen."

Der Bayerische Integrationspreis 2024 ist mit insgesamt 9.000 Euro dotiert. Die Entscheidung über die Preisträger trifft eine unabhängige Jury des Bayerischen Integrationsrates.

Bewerbungsformulare und Informationen: https://integrationsbeauftragter.bayern.de/integrationspreis-2024/ . ❐

Der kommunale Finanzausgleich 2024:

Belastungsgrenze erreicht

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Jedes Jahr aufs Neue ringen Staatsregierung und die Spitzen von Städtetag, Landkreistag, Gemeindetag und Bezirkstag um den kommunalen Finanzausgleich. Kurz vor dem Jahreswechsel gelang die Einigung für das Jahr 2024: Heuer bekommen Gemeinden, Landkreise und Bezirke vom Freistaat 11,4 Milliarden Euro. Die Steigerung um 212,8 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr verschafft den Kommunen Luft, zumindest etwas. Beim kommunalen Hochbau ebenso wie bei der Krankenhausfinanzierung oder bei Abwasser- und Wasserversorgung sowie beim Straßenbau und im Sozialbereich.

Erneut hat der kommunale Finanzausgleich 2024 summenmäßig ein Spitzenniveau erreicht, einen Rekordwert. Für verbale Schönfärberei bleibt dennoch kein Platz. Realistisch betrachtet ist das Verhandlungsergebnis maximal das, als was es der Bayerische Landkreistag bezeichnet: „Ein schmerzhafter Kompromiss in herausfordernder Zeit." Aber selbst, um zu diesem Befund zu gelangen, ist einiges an politischem Wohlwollen notwendig. Das wird spätestens dann klar, wenn man sich das fiskalische Ziel des kommunalen Finanzausgleichs in Erinnerung ruft. Danach „soll die Aufstockung der Finanzen durch die Leistungen des Staates die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen" – so das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat in einer aktuellen Veröffentlichung.

Im Bewusstsein dessen ist das Minenspiel aller Beteiligten bei der Pressekonferenz zu den Verhandlungsergebnissen bezeichnend. So richtig wohl scheint sich offenbar mit dem Resultat keiner zu fühlen. Mit Recht. Den Kommunen hat die politische Großwetterlage erhebliche Ausgabensteigerungen in den Bereichen Soziales, Krankenhäuser, Flüchtlingen und Energie sowie Klimaschutz beschert. Da ist der Zuwachs im Finanzausgleich um 1,9 Prozent zwar immer noch mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Aber den (aufgehalsten) Ausgabensteigerungen der Kommunen wird er dennoch nicht gerecht. Ihre Belastungsgrenze ist erreicht, mitunter überschritten. In ersten Kommunen drohen Haushaltschieflagen. Den Finanzminister selbst zwickt das Korsett des Staatshaushaltes. Angesichts einer stagnierenden Wirtschaft sinken seine Steuereinnahmen. Gekürzte Bundesmittel, steigende Energie- und Personalkosten sowie Inflation verringern seinen finanziellen Gestaltungsspielraum erheblich. Jede zusätzliche Ausgabe tut ihm weh. Gemeinsam wissen alle Verhandlungspartner, so wie bisher kann es nicht weitergehen. Die finanziellen Mittel des Freistaats sind begrenzt und die Leistungskraft der Kommunen erschöpft.

Der Präsident des Landkreistages und Fürstenfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin liegt richtig, wenn er fordert, dass der Freistaat die Kommunen – und in der Konsequenz die Bürgerinnen und Bürger – in Berlin besser schützen muss, wenn es um Aufgaben- und Mittelverteilung im föderalen System geht. Eine Forderung, die im Übrigen für alle Länder gilt und Mahnung an den Bund ist. Wer bestellt, der bezahlt. Das ist ein bewährter Grundsatz. Der Bund hat in den letzten Jahren bei den Kommunen viel bestellt. Über manches lässt sich streiten, manches ist bei den Kommunen richtig aufgehoben, wie z.B. die Wärmeplanung. Aber auch da gilt: Mit der Finanzierung des Jahrhundertprojektes bleiben die Kommunen weitgehend alleine – mit der Gefahr, dass die Kosten am Ende bei den Bürgerinnen und Bürgern landen. Verdruss ist vorprogrammiert – wenn denn nichts geschieht.

Dass Handlungsbedarf besteht, haben die Verhandlungspartner des kommunalen Finanzausgleichs erkannt. Wie ernst sie es letztendlich damit meinen, wenn sie dringend eine Strukturdebatte über Ausgaben, Förderwesen, Bürokratie und zu hohe Standards einfordern, werden die nächste Monate zeigen. Hoffentlich. Denn ansonsten wird es zur realen Gefahr, dass Gemeinden, Landkreise und Bezirke zwischen den Selbstverwaltungsangelegenheiten einerseits und den Auftragsangelegenheiten von Bund und Land andererseits zermalmt werden. Das kann freilich keiner wollen – und darf auch nicht passieren. Schließlich sind die Kommunen die Herzkammer der Demokratie. Hier wird Demokratie unmittelbar erlebbar und erlernbar. Starke Kommunen sind Staatsräson. Nicht von ungefähr würdigt die bayerische Verfassung deren Demokratierelevanz in Artikel 11 Absatz 4 in besonderer Weise: „Die Selbstverwaltung der Gemeinden dient dem Aufbau der Demokratie in Bayern von unten nach oben." Vielleicht ein guter Leitsatz für die notwendige Strukturdebatte.



Dr. Jürgen Gros. Bild: B. Obermaier

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❐

Gedämpfte Erwartungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Rekordwert von 1,1 Mrd. Euro.

Auch die Finanzierung von Krankenhäusern steht heuer im Fokus. Die Mittel für Krankenhausinvestitionen erhöhen sich um rund 24,3 Prozent und erreichen ebenfalls ein neues Spitzenniveau von 800 Mio. Euro. Die Krankenhausinvestitionsmittel werden über die Krankenhausumlage zur Hälfte von den Kommunen getragen. Die Investitionspauschale (446 Mio. Euro) wird auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt. Um Kommunen mit zurückgehender Bevölkerung noch stärker zu unterstützen, wird der Demografiezuschlag bei der Investitionspauschale verbessert.

Härtefallförderung

Die Mittel für die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen legen erneut um 15 Mio. Euro auf nun 165 Mio. Euro zu. Von dieser Förderung profitieren vor allem kleinere Gemeinden im ländlichen Raum. Für die Straßenausbaupauschalen, die der Staat den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährt, stehen 2024 insgesamt 115 Mio. Euro zur Verfügung. Damit können über den regulären Etat (85 Mio. Euro) hinaus weitere 30 Mio. Euro an die Gemeinden verteilt werden.

Zur zielgenauen Unterstützung von finanzschwachen und konsolidierungswilligen Gemeinden stehen 2024 100 Mio. Euro für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen zur Verfügung. Die Zuweisungen an die Bezirke werden im nächsten Jahr um 10 Mio. Euro auf 716,5 Mio. Euro erhöht.

Die Grundsteuerreform wird sich ab dem Jahr 2027 auch auf den kommunalen Finanzausgleich auswirken. Der sich hieraus ergebende konkrete Änderungsbedarf wird Füracker zufolge im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. „In diesem Zusammenhang wird auch überprüft werden, ob darüber hinaus weitere Änderungen im kommunalen Finanzausgleich erforderlich sind."

Nüchtern fiel die Bewertung von Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags und diesjähriger Verhandlungsführer der kommunalen Spitzenverbände, aus: „Die Kommunen sind mit erheblichen Ausgabensteigerungen in nahezu allen Aufgabenbereichen konfrontiert, insbesondere in den Bereichen Soziales, Krankenhäuser, Flüchtlinge und Energie. Der Anstieg der Finanzausgleichsleistungen auf 11,4 Milliarden Euro kann diese finanziellen Mehrbelastungen nicht ausgleichen. Wir müssen daher dringend die Aufgaben und Standards hinterfragen, die den Kommunen auferlegt werden."

Rekorddefizite bei Krankenhäusern

Die Anhebung der Mittel für die Investitionsförderung der Krankenhäuser werde zu 50 Prozent von den Landkreisen und kreisfreien Städten finanziert. „Für uns ist dies angesichts von Rekorddefiziten in den Häusern ein erheblicher Kraftakt", stellte Karmasin klar. „Die Mittelaufstockung ist daher ein klares Signal an den Bund, dass wir unsere Hausaufgaben machen und nun der Bund dringend dazu aufgefordert ist, seiner Verantwortung für die medizinische Versorgung der Bürger nachzukommen und eine ausreichende Betriebskostenfinanzierung sicherzustellen."

„Trotz geringer Spielräume konnten noch punktuelle Verbesserungen in einer Summe von etwa 100 Mio. Euro erreicht werden. Dies erkennen wir an. Dennoch bleibt das Ergebnis der Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2024 deutlich hinter den Erwartungen zurück und es überwiegt beim Bayerischen Städtetag die Enttäuschung", merkte Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, an. Die Rahmenbedingungen für die Aufstellung kommunaler Haushalte verschärften sich für das nächste Haushaltsjahr dramatisch. Kommunale Haushalte rutschten vereinzelt bereits in bedrohliche Schieflagen. Für die vielfältigen Problemlagen der bayerischen Kommunen bringe der kommunale Finanzausgleich leider zu wenig Unterstützung. Die weiter steigenden Ausgaben könnten nicht aufgefangen werden. „Dies schlägt mit zunehmender Wucht auf die kommunale Ebene durch, was bald auch Bürgerinnen und Bürger und die regionale Wirtschaft zu spüren bekommen."

Beschränkte Handlungsspielräume

Vielfältige Krisen wirkten sich auf die Kommunen aus, so Pannermayr weiter. „Die Handlungsspielräume sind sehr beschränkt, hier hätten vor allem noch höhere Schlüsselzuweisungen geholfen. In einer unsicheren Zeit mit vielen Herausforderungen versäumt es der Freistaat leider, mit einer Erhöhung des kommunalen Verbundanteils den Kommunen mehr Planungssicherheit und Flexibilität zu geben. Dies hat die Folge, dass Städte und Gemeinden eigentlich dringende Investitionen strecken, schieben oder streichen müssen. Notwendig ist zudem eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenkritik. Hier ist neben dem Bund auch der Freistaat gefordert. Deshalb begrüßen wir die getroffene Vereinbarung, dass die Bayerische Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden in eine Strukturdebatte einsteigt."

Laut Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, „ist dieser Finanzausgleich das Ergebnis einer problematischen Entwicklung des Standortes Deutschland. Er ist gemessen an den von den Kommunen zu bewältigenden Aufgaben von einem anerkennenswerten Bemühen gekennzeichnet, aber nicht zufriedenstellend. Die aktuelle Lage birgt andererseits die Chance zur Neujustierung, Deregulierung und Priorisierung. Für die dafür notwendigen und überfälligen systemischen Korrekturen zeichnen alle Staatsebenen, auch die Kommunen, mit verantwortlich. Es steht zu hoffen, dass der Freistaat Bayern ohne ideologische Scheuklappen in Land und Bund die dafür erforderlichen Maßnahmen schnell auf den Weg bringt."

„Die generelle Prüfung, was sinnstiftend ist, eine schonungslose Aufgaben- und Ausgabenkritik, ein sofortiger Stopp von Anreizförderungen im freiwilligen Leistungsbereich ist auf allen Staatsebenen ebenso geschuldet wie die strikte Beachtung der Konnexität", fuhr Brandl fort. Die Bürger müssten darauf eingestellt werden, dass nicht alles Wünschenswerte machbar ist. Vielmehr sei eine Konzentration auf den Pflichtbereich für volkswirtschaftlich wichtige Investitionen, wie Bau und Infrastruktur, zwingend. Nur so könne Wohlstand gesichert werden.

Steigende Sozialausgaben

Nach den Worten von Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, nehmen die bayerischen Bezirke das Ergebnis des kommunalen Finanzausgleichs 2024 durchaus mit Sorge zur Kenntnis. Starke und leistungsfähige Kommunen benötigten eine solide finanzielle Basis. Die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen sei zwar ein erster Schritt zur Stärkung der kommunalen Verwaltungshaushalte, ebenso die Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke. Jedoch werde trotz aller Bemühungen des Freistaats, insbesondere des Finanzministers, der diesjährige Finanzausgleich den Anforderungen an einen auskömmlichen Finanzausgleich nicht gerecht, da die verpflichtenden Sozialausgaben deutlich stärker ansteigen als es die Steuer- bzw. Umlagekraft abbildet.

Mit Blick auf die kommenden Jahre mahnte Löffler: „Eine grundlegende Strukturdebatte ist jetzt unumgänglich. Gerade in schwieriger werdenden Zeiten wie jetzt dürfen wir Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen nicht allein lassen. Damit die bayerischen Kommunen die soziale Daseinsvorsorge trotz Fachkräftemangel und Kostensteigerungen weiter gewährleisten können, brauchen wir realistische und erfüllbare Qualitätsvorgaben und zudem eine ausreichende Finanzierung." **DK**

Deutschland braucht ...

(Fortsetzung von Seite 1)

1. Entlastungen für den Mittelstand, „weil Deutschland 20 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen hätte, wenn wir ein Wirtschaftswachstum im Eurozonen-Durchschnitt hätten".
2. Eine Haushaltspolitik, die bei ideologischen Ampel-Projekten spart und nicht Steuern erhöht.
3. Steueranreize für mehr Leistung, indem Überstunden steuerfrei gestellt werden.
4. Eine Arbeitsmarkpolitik, die fördert und fordert und die Leistungsstreichungen so lange vornimmt, wie ein Bürgergeldempfänger sich weigert, zumutbare Arbeit anzunehmen.
5. Eine Energiepolitik, die keine Energieform ideologisch ausschließt und die Deutschland an der Spitze hält bei Forschung, Entwicklung und Einsatz von Kernenergie und Kernfusion.
6. Eine Steuerpolitik, die den Klimaschutz fördert, indem die energetische Sanierung von Immobilien in voller Höhe von der Erbschaftsteuer abziehbar gemacht wird.
7. Ein Zukunftskonto, mit dem das Engagement junger Menschen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes und anderer Freiwilligendienste gestärkt wird und mit 5.000 Euro einen Anreiz bietet.
8. Ein Drittstaatenmodell, bei dem Asylverfahren und anschließender Schutz außerhalb Deutschlands stattfinden.
9. Eine Innenpolitik, die sicherstellt, dass aggressive Antisemiten entweder ausgebürgert, abgeschoben oder eingesperrt werden.
10. Eine Ausstattung der Bundeswehr, die Russland glaubwürdig von weiteren Aggressionen abschrecken kann.

Begrenzung der Migration

Prominent wurde mit der Präsidentin der Europäischen Kommission Dr. Ursula von der Leyen das Thema Migration beraten. Sie bekannte sich zu einer Begrenzung der Migration. „Wir müssen uns zusammentun, um Schlepper und Schleuser zu bekämpfen", forderte von der Leyen. Die bulgarische Außenministerin Mariya Gabriel und der dänische Minister für Einwanderung und Integration Kaare Dybvad Bek zeigten auf, wie sie in ihren Ländern illegale Migration erfolgreich begrenzen und Integration fördern. Als Maßnahmen stellten sie heraus: konsequenter Grenzschutz, Reduktion von Pullfaktoren und strikte Integrationsanforderungen.

Weitere Gäste der dreitägigen Klausurtagung waren Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts, der EVP-Vorsitzende Manfred Weber, der Vorsitzende der Munich Re, Dr. Joachim Wenning, Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied, Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, sowie die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats Prof. Dr. Alena Buyx. **DK**

Medizinische Versorgungszentren:

MVZ vor Einfluss fachfremder Finanzinvestoren schützen

Treffen von Gesundheitsministerin Judith Gerlach mit Bundesärztekammer-Präsident Dr. Reinhardt in Berlin

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat in Berlin mit dem Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Klaus Reinhardt, über wichtige aktuelle Themen gesprochen. Dabei ging es auch um investorengetragene medizinische Versorgungszentren (iMVZ). Gerlach betonte: „Wir sehen hier übereinstimmend ein klares Risiko von regionalen Monopolstellungen einzelner Träger von medizinischen Versorgungszentren. Es besteht die Gefahr, dass sich die ambulante ärztliche Versorgung in den Ballungsräumen konzentriert und im ländlichen Raum schlechter wird."

Gerlach erklärte: „Das muss im Sinne der Patientinnen und Patienten verhindert werden. Bayern hat deshalb im Mai vergangenen Jahres die Bundesregierung mit einer Bundesratsinitiative aufgefordert, medizinische Versorgungszentren stärker zu regulieren. Passiert ist leider bislang nichts."

BÄK-Präsident Reinhardt sagte: „MVZ sind eine wichtige und sinnvolle Ergänzung der ambulanten Versorgung, sie müssen vor Fehlentwicklungen durch den Einfluss fachfremder Finanzinvestoren geschützt werden. Die Bundesratsinitiative unter Federführung Bayerns sieht hierfür sachgerechte Regelungen vor. Der Antrag greift viele der Punkte auf, die die Bundesärztekammer in einem Positionspapier Anfang dieses Jahres unterbreitet hat. Jetzt ist das Bundesgesundheitsministerium am Zug, die angekündigte bundesgesetzliche Regelung endlich umzusetzen."

Bayern verlangt Nachbesserungen

Gerlach unterstrich: „Die Ärzteschaft und der Freistaat Bayern haben viele gemeinsame Interessen und Ziele. Ich bedanke mich für die Signale der Unterstützung, die BÄK-Präsident Reinhardt in unserem Gespräch gesendet hat. Wir haben unter anderem unsere Standpunkte zum aktuell wichtigen Thema der Krankenhausreform abgeglichen. Bayern dringt hierbei entschieden auf Nachbesserungen des Gesetzentwurfs, den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vorgelegt hat."

Reinhardt fügte hinzu: „Die Ärztinnen und Ärzte warten seit Langem auf eine nachhaltige Neuausrichtung der Krankenhausstrukturen. Diese Reform kann aber nur im Miteinander von Bund, Ländern und mit den Akteuren aus dem Gesundheitswesen gelingen. Die Ärzteschaft steht bereit, die Reform mit ihrer Fachkompetenz zu unterstützen." ❐

Jahrestagung von dbb beamtenbund und tarifunion:

Starker Staat – wehrhafte Demokratie

Geopolitische Spannungen, schwindendes Vertrauen in die Demokratie und die Funktionsfähigkeit des Staates: Mit diesen Herausforderungen befasste sich die dbb Jahrestagung in Köln mit Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft. dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach forderte umfangreiche Investitionen in den öffentlichen Dienst. Ein schwacher Staat gefährde die Demokratie.

Laut Umfragen gehen nur 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Silberbach machte deutlich: „Wenn das Vertrauen in die Politik nicht weiter schwinden soll, dann müssen den Menschen im Land klare Perspektiven aufgezeigt werden. Kein Verwalten, sondern Gestalten!“

Alle Ausgaben müssen auf den Tisch

Zur Finanzierung müssten alle Staatsausgaben auf den Tisch. „Ob darüber hinaus die Schuldenbremse neu justiert oder neue Sondervermögen auf den Weg gebracht werden müssen, sei dahingestellt. Klar ist für mich: Es muss investiert werden.“ Beispielhaft nannte Silberbach mehr Geld für Bildung, Sicherheit und Infrastruktur. Seit der Gründung der Bundesrepublik habe es noch nie einen so großen Investitionsstau gegeben.

Eine aktuelle Umfrage im Auftrag des dbb habe gezeigt, dass die Bürgerferne der Politik für 64 Prozent der Bevölkerung eine der größten Gefahren für die Demokratie ist. Um das Vertrauen sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch gerade der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Staat wiederherzustellen, sei daher auch ein Wandel in der politischen Kultur notwendig. Silberbach: „Zur Wahrheit über den Vertrauensverlust gehört für mich nämlich auch, dass es oft gar nicht die konkreten Entscheidungen in Sachfragen sind, die die Menschen erschüttern, sondern das Gefühl, dass es viele Verantwortliche nicht allzu genau nehmen mit der Achtung vor dem Rechtsstaat. Verfassungswidrige Besoldung, verfassungswidrige Haushalte, immer mehr von Karlsruhe kassierte Gesetze… jede Nachwuchskraft im öffentlichen Dienst fragt sich doch, ob sie in der Ausbildung etwas verpasst hat, was da lautet ‚kreativer Umgang mit dem Recht‘.“

Mangelhafte Digitalisierung

Auch die immer noch mangelhafte Digitalisierung der Verwaltung ist für den dbb Chef eine Ursache für den verbreiteten Frust in der Bevölkerung: „Menschen, die mit digitalen Verwaltungsangeboten zufrieden sind, bewerten auch die Leistungsfähigkeit des Staates höher – da sind wir wieder beim Punkt ‚Vertrauen‘. Allerdings halten Deutschland aktuell nur drei Prozent der Bürgerinnen und Bürger bei der Digitalisierung für gut aufgestellt.“ Hier erwartet der dbb-Chef endlich Fortschritte, denn die Probleme seien alle längst bekannt. „An den Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird es jedenfalls nicht scheitern“, stellte Silberbach klar. „Ganz im Gegenteil: Die Kolleginnen und Kollegen sehen in erster Linie die Chancen für ihre Arbeit. Digitalisierung ist natürlich nicht per se besser, wenn sie schlecht umgesetzt wird. Sie ist aber ein Gewinn, wenn sie für die Beschäftigten wirklich zu einer Arbeitserleichterung führt und damit Personalressourcen für andere Aufgaben frei werden.“

Enorm viele neue Stellen

Bernd Krösser, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, würdigte die Leistung des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Auch wies er darauf hin, dass im Bereich des Bundes zuletzt enorm viele Stellen geschaffen worden seien, gerade im Bereich der Bundespolizei und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Arbeit für den Staat sei auch weiterhin für Nachwuchs- und Fachkräfte attraktiv, zeigte sich Krösser überzeugt. Trotzdem wolle der Bund bei Aus- und Fortbildung sowie Digitalisierung noch mehr tun und besser werden. Eine Absage erteilte der Staatssekretär dagegen der Forderung nach der generellen Absenkung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes, weil diese die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes einschränken würde.

Permanente Aufgabenkritik

Die Frage „Braucht Deutschland eine Staatsreform zur Stärkung der Kommunen?“ stand im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion. Nach Auffassung von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger ist permanente Aufgabenkritik ein Bestandteil gelingender kommunaler Planung. Dezentralisierung und Föderalismus müssten mit Leben gefüllt werden. Dazu bedürfe es keiner perfektionistischen Überregulierung, sondern praktischer Lösungen vor Ort sowie einer leistungsfähigen Verwaltung mit ausreichender Personal- und Finanzausstattung.

Fairer Finanzausgleich

Hinterfragt werden müsse in diesem Zusammenhang auch das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Beispiel Kinderbetreuung: Trotz Mehreinstellungen fehle es vielen Kommunen an allen Ecken und Enden an Personal für diesen Bereich, weil auch dort immer neue Aufgaben geschultert werden müssten. „Für eine faire Verteilung im Finanzausgleich müssen die Kommunen wieder stärker einbezogen werden, denn ein Großteil politischer Entscheidungen wird dort umgesetzt.“

Andreas Hemsing, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Vorsitzender der komba gewerkschaft, verwies darauf, dass kommunale Aufgaben angesichts des Personalmangels nicht gestemmt werden könnten. Beispiel Gelsenkirchen: „Da gab es in den letzten Jahren aufgrund von Flucht und Migration 3.000 zusätzliche Kinder in der frühkindlichen Bildung, dabei war das Personal eh schon knapp. Das führt bei Bürgerinnen und Bürgern zu Frust.“ Abschließend stellte er die Frage der Verhältnismäßigkeit: „Die Kommunen tätigen 25 Prozent der staatlichen Ausgaben, bekommen aber nur 14 Prozent der Steuereinnahmen.“ Dies sei nicht hinnehmbar.

Vollzugsdefizite

Bundesverfassungsrichter a.D. Peter Müller zeigte sich überzeugt, dass es in den meisten Politikbereichen in Deutschland kein Regelungs-, sondern ein Vollzugsdefizit gibt. „Wir brauchen keine neuen Regelungen – im Gegenteil, teilweise haben wir eher zu viele“, erklärte Müller. Wichtig sei aber, dass die Regelungen auch für alle gelten würden. „Das Gewaltmonopol des Staats etwa ist nur glaubwürdig, wenn Recht auch durchgesetzt wird.“

Gegen das derzeitige Vollzugsdefizit helfe nur eine angemessene Personalausstattung sowie ordentliche Bezahlung im öffentlichen Dienst. „Das Bundesverfassungsgericht hat unter seinem ehemaligen Präsidenten Andreas Voßkuhle klare Regeln für die amtsangemessene Alimentation aufgestellt. Trotzdem liegen in Karlsruhe 40 Vorlagen zum Thema“, betonte Müller und forderte, dass sich Politik hier und etwa auch in Haushaltsfragen an das geltende Recht hält. „Auch der Gesetzgeber muss sich an die Verfassung halten“, mahnte er. Mit Blick auf die zuletzt zahlreichen Demonstrationen ergänzte Müller: „Die Meinungsfreiheit und das Versammlungsrecht müssen der Demokratie heilig sein. Aber auch hier muss Recht und Gesetz konsequent Anwendung finden, das gilt natürlich ebenso für die ‚Letzte Generation‘ wie für die Bauern.“

Allgemeine Dienstpflicht

Um die Identifikation gerade junger Menschen mit dem Staat zu stärken, kann sich der ehemalige Bundesverfassungsrichter eine allgemeine Dienstpflicht vorstellen: „Ich halte das für durchaus attraktiv, um das demokratische Gemeinwesen zu stärken.“ So könne Heranwachsenden auch vermittelt werden, dass das Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft auch ein Bemühen um ihren Erhalt erfordert.

Rahmenbedingungen für KI

Künstliche Intelligenz (KI) wird die Arbeitswelt auch im öffentlichen Dienst revolutionieren. Welche Rahmenbedingungen notwendig sind, diskutierten renommierte Fachleute wie Carsten Köppl, Geschäftsführer der Beratungsagentur Next:Public. Er skizzierte, dass die Beschäftigten im öffentlichen Sektor nach umfassender Modernisierung verlangten und bereit seien, den digitalen Wandel voranzutreiben. „Der Digitalisierungsdruck kommt nicht mehr nur von außen – er kommt zunehmend von innen. Wie attraktiv die Beschäftigten den öffentlichen Dienst dabei als Arbeitgeber einschätzen, welche Erwartungshaltung sie gegenüber der Verwaltungsdigitalisierung hegen und inwiefern sie sich im Bereich IT-Sicherheit auskennen, hat die im Dezember 2023 veröffentlichte Studie ´Barometer Digitale Verwaltung´ der Next:Public gezeigt. Demnach sind Beschäftigte der öffentlichen Verwaltungen keine Bremser digitaler Prozesse und Innovationen, sie sind vielmehr Treiber.“ Im Umkehrschluss müsse sich die Verwaltung als moderner, digitaler Arbeitgeber präsentieren, um die erforderlichen Fachkräfte zu binden, hob Köppl hervor.

Fehlende Entwicklungsmöglichkeiten

Paradoxerweise sei die grundsätzliche Bindung der Beschäftigten zum öffentlichen Dienst hoch, während gleichzeitig die Strahlkraft des öffentlichen Dienstes abnehme. So würden nur noch 15 Prozent der Befragten ihren aktuellen Arbeitgeber weiterempfehlen. Obwohl der Staat in besonderem Maße auf qualifiziertes Personal angewiesen sei, nehme die Zufriedenheit der Beschäftigten mit den vorhandenen Rahmenbedingungen ab. Vor allem fehlende individuelle Entwicklungsmöglichkeiten würden kritisiert.

Wie weit der öffentliche Sektor in Sachen IT-Implementierung zurückliege, zeige sich am Fehlen einer öffentlichen Verwaltungs-Cloud. „Bis heute darf die Verwaltung keine Cloudlösung rechtssicher einsetzen. Sie soll jetzt nach 14-jähriger Diskussion entwickelt werden. Das darf uns bei der KI auf keinen Fall passieren!“, kritisierte Köppl. **DK**

Förderrichtlinie Landesentwicklung III

Das Bayerische Wirtschaftsministerium setzt sich auch künftig für die innovative Regionalentwicklung in Bayern ein. Mit der neuen Förderrichtlinie Landesentwicklung werden innovative Projekte in den Regionen unterstützt und so wird ein wichtiger Beitrag zu gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern geleistet. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen stärken und diese zukunftsfähig aufstellen. Deshalb schreiben wir die von den Landkreisen stark nachgefragte Regionalmanagementförderung fort – und das mit verbesserten Bedingungen.“

Die Förderung umfasst derzeit rund 200 Einzelprojekte zu den Themen Wettbewerbsfähigkeit, Siedlungsentwicklung, Klimawandel, demographischer Wandel und regionale Identität, die von rund 65 regionalen Initiativen vorwiegend auf Landkreisebene mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 11 Millionen Euro pro Jahr umgesetzt werden. Die Projektideen stammen stets aus der Region und greifen die Herausforderungen vor Ort auf. Die maximale jährliche Fördersumme liegt bei 175.000 Euro pro Jahr für regionale Initiativen und bis zu 300.000 Euro pro Jahr für Metropolregionen.

Die neue Förderrichtlinie Landesentwicklung III trat am 1. Januar 2024 in Kraft. Die Konditionen wurden optimiert durch Einführung eines zusätzlichen Förderbetrags für größere regionale Initiativen, die neue Sonderförderung „Zielbildungsprozess“ zur Erarbeitung einer regionalen Entwicklungsstrategie sowie die Möglichkeit zur Verlängerung der Sonderförderung Transformationsprozesse. https://www.stmwi.bayern.de/landesentwicklung/instrumente/regionalmanagement/ ❐

Auf dem Weg zum Immateriellen Kulturerbe:

Die Kunst der Fahnenstickerei

In einer schnelllebigen Welt, geprägt von Technologie und Fortschritt, sind traditionelle Handwerkskünste oft bedroht, in Vergessenheit zu geraten. Ein solches Handwerk, die Fahnenstickerei, verkörpert nicht nur Geschichte, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur kulturellen Vielfalt.

Die Fahnen Kössinger GmbH aus Schierling hat gemeinsam mit der Textilgestalterinnung die Bewerbung für die Eintragung des Handwerks in das immaterielle Kulturerbe Bayerns gestellt, um diesem Handwerk die verdiente öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen.



In wertvollster Handarbeit entstehen kostbare Kulturgüter. Bild: Fahnen Kössinger

Die Geschichte der Fahnenstickerei

Die Geschichte der Fahnenstickerei reicht Jahrhunderte zurück und symbolisiert Gemeinschaft, Identität und Zusammenhalt. Schon in der Antike dienten Fahnen als Symbole der Zugehörigkeit. Im Laufe der Zeit entwickelte sich die Fahnenstickerei zu einer Kunstform mit praktischem Geschick und tiefgreifender kultureller Bedeutung. Firmen wie die Fahnen Kössinger GmbH, ein mittelständisches Unternehmen mit langer Tradition, haben sich der Fahnenstickerei verschrieben. Präzise Handarbeit verwandelt sich in Fahnen höchster Qualität, die nicht nur ästhetisch ansprechend sind, sondern auch die Tradition eines Vereins oder einer Gemeinde repräsentieren und gewissermaßen auch deren Selbstverständnis widerspiegeln.

Die Bedeutung der Vereine für das Allgemeinwohl

Vereine spielen eine bedeutende Rolle im sozialen Gefüge. Sie sind nicht nur Treffpunkte für Begegnungen und Austausch, sondern tragen maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt bei. Die Fahnenstickerei knüpft enge Verbindungen zum Vereinsleben, da Fahnen als Identifikationssymbole dienen und die Werte sowie Ziele eines Vereins repräsentieren. Dabei sind sie weit mehr als nur Stoff und Farben; sie dienen vielmehr als Ausdruck einer gemeinsamen Vision und eines gemeinsamen Zwecks.

Die Symbolkraft der Fahnen

Ob Sportvereine, Kulturvereine oder gemeinnützige Organisationen, Vereine gestalten das soziale Gefüge und fördern das Gemeinschaftsgefühl. Die Fahnen Kössinger GmbH erkennt die zentrale Bedeutung der Vereine für das Allgemeinwohl und setzt sich dafür ein, dass das Engagement der Bürger in diesen Vereinen die verdiente Anerkennung erfährt.

Fahnen repräsentieren nicht nur die lokale Geschichte, sondern auch die Vielfalt jeder Gemeinschaft. Ob bei Festumzügen, Sportveranstaltungen oder offiziellen Anlässen – Fahnen sind unverzichtbare Begleiter, die eine visuelle Verbindung zwischen Menschen und Werten schaffen. Die Fahnenstickerei spielt dabei eine entscheidende Rolle, indem sie nicht nur alte Fahnen restauriert, sondern auch neue Fahnen herstellt, handwerkliche Präzision und künstlerisches Geschick vereint.

Die Bewerbung

Die Bewerbung um die Anerkennung als immaterielles Kulturerbe würdigt nicht nur die handwerkliche Meisterschaft der Fahnenstickerinnen, sondern betont auch die Fahnenstickerei als bedeutenden kulturellen Beitrag. Diese Anerkennung würde eine Verpflichtung bedeuten, die Kunst und das Wissen um die Fahnenstickerei zu bewahren und an kommende Generationen weiterzugeben.

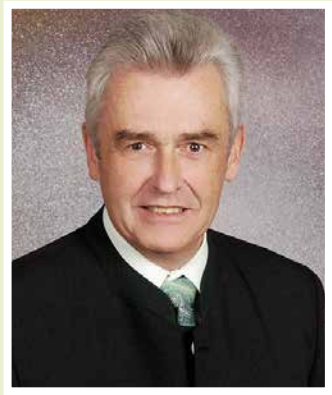
Unterstützung durch Kommunen

Die Unterstützung durch Kommunen ist entscheidend, um Traditionen zu bewahren und Identitäten zu stärken. Gemeinden sollten Vereinen beratend und unterstützend zur Seite stehen, insbesondere bei Veranstaltungen wie Fahnenweihen oder Jubiläumsfesten. So tragen Vereine dazu bei, das kulturelle Erbe zu bewahren und das Gemeinschaftsgefühl vor Ort zu stärken. ❐



Allergrößte Sorge um medizinische Versorgung!

„Ich wünsche uns allen alles Gute im neuen Jahr und der Bundesregierung die Einsicht, dass die 10 Mrd. € der fehlenden Krankenkassenbeiträge der Bürgergeldempfänger jährlich an die Krankenhäuser bezahlt werden, da andernfalls mangels Krankenhäusern eine Krankenhausreform nicht mehr nötig ist“, schrieb Josef Lamperstorfer an die Bayerische GemeindeZeitung. Der langjährige Erste Bürgermeister von Wegscheid macht sich als Mitglied des Verwaltungsrates der Gesundheitseinrichtungen im Landkreis Passau allergrößte Sorgen um die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung.



Die Ampelregierung hat zum 1.1.2023 und zum 1.1.2024 das Bürgergeld um insgesamt 25,3 % (449 € auf 563 €) erhöht. Zusätzlich erhalten die Bürgergeldempfänger u.a. die gesamten Miet- und Heizungskosten erstattet. Kein Arbeitnehmer oder Rentner erhält eine solche Erhöhung in diesem Zeitraum.

Ebenso zahlen die Bürgergeldempfänger keine Krankenversicherungsbeiträge, da diese vom Bund übernommen werden. Allerdings zahlt der Bund je Bürgergeldempfänger wesentlich weniger, als tatsächlich bei den Krankenkassen an Kosten anfallen, wie aus dem IGES-Gutachten ersichtlich ist. https://www.iges.com/sites/igesgroup/iges.de/myzms/content/e6/e1621/e10211/e15829/e22149/e22151/e22153/attr_objs23127/IGES_GKV-Beitraege_Dez2017_ger.pdf

Laut Mail-Antwort des GKV-Spitzenverbandes wird dieses Defizit der Krankenkassen durch die Bürgergeldempfänger vom Bund bis heute nicht ausgeglichen. Allerdings dürften die Zahlen (nicht gedeckte Kosten der Krankenkassen je Bürgergeldempfänger 147 € je Monat) laut damaligem IGES-Gutachten inzwischen bei Weitem höher sein.

Aber selbst mit dem damals festgestellten Wert von 147 € je Hartz-IV-Empfänger ergibt sich folgende Berechnung:

Aktuelle Zahlen der Bürgergeldempfänger laut Internet:

- Nicht arbeitsfähige Bürgergeldempfänger 1,56 Mio.
- Arbeitsfähige Bürgergeldempfänger 3,9 Mio.

=> insgesamt 5,46 Mio. x 147 € x 12 = 9,6 Mrd. €

Damit finanzieren die Krankenkassenbeitragszahler rund 10 Mrd. € jährlich für die nicht gedeckten Kosten der Bürgergeldempfänger. Was wiederum zur Finanznot der Krankenkassen führt.

Somit stehen auch den Krankenkassen keine Mittel zur Verfügung, dass die Landesbasisfallwerte entsprechend der Inflationsrate und den Steigerungen der Personalkosten erhöht werden können:

Erhöhung der Fallpauschalenerlöse der Krankenhäuser

- 2022 um 2,3 % – Inflation 8 %
- 2023 um 4,4 % – Inflation 7 %

wobei in den Krankenhäusern rund 90 - 95 % der Erlöse allein für Personal- und Materialkosten aufgewendet werden müssen.

Gesundheitsminister Lauterbach hat groß 6 Mrd. € an Inflationsausgleich angekündigt; nur ein Teil ist bisher tatsächlich geflossen, da Förderrichtlinien so eng gefasst wurden. Weitere Zahlungen sollen erst Ende 2023 und 2024 fließen.

Im Haushaltsentwurf wurde der Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums von 25,4 Mrd. im Jahr 2023 auf 16,2 Mrd. € in 2024 gekürzt = 33,6 %!, obwohl zusätzliche Mittel für die Krankenhausreform erforderlich sind.

Werden bewusst Insolvenzen und Schließungen von Krankenhäusern in Kauf genommen?! Offensichtlich ja!

Laut einem Interview mit Gerald Gaß dem Vorsitzenden der Deutschen Krankenhausgesellschaft vom 19.07.2023: Karl Lauterbach hat selbst gesagt: „Wir stehen am Vorabend eines Kliniksterbens. Dabei werden auch Krankenhäuser wegfallen, die wir zukünftig brauchen.“ Das sind seine Worte

Auch wenn Herr Lauterbach zwischenzeitlich in der Tagesschau am 13.11.2023 das Gegenteil behauptet, die Tatsachen sprechen eine andere Sprache https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/krankenhausreform-laender-lauterbach-100.html

- Bericht in der Passauer Neuen Presse vom 20.12.2023: 22 Klinikschließungen im Jahr 2023
- Unmengen von Berichten, in welchen dargestellt wird, dass die meisten kommunalen Krankenhäuser 2023 und 2024 nur noch mit Millionenunterstützung durch die Kommunen vor der Insolvenz gerettet werden können.

Wie lange können die Kommunen dies noch leisten?

Nachdem die Bundesregierung trotz der hohen Zahl der Bürgergeldempfänger bewusst keinen Ausgleich für den nicht gedeckten Betrag der Krankenhausleistungen an die Krankenkassen leistet, nimmt sie bewusst in Kauf, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verschlechtert wird. Wobei die Gesundheit unser wichtigstes Gut ist! Wenn jemand gesund ist, hat er viele Wünsche, wenn er krank ist, nur einen! ❐



V.l.: Dr. Josef Rampl, Bayerischer Müllerbund; Rudolf Sagberger, Bayerischer Müllerbund; Lars Bubnick, Landesinnungsverband für das bayerische Fleischerhandwerk; Staatssekretär Tobias Gotthardt MdL, Svenia Fries; Landesinnungsverband für das bayerische Fleischerhandwerk; Daniela Sauer, Konditoren-Innung Bayern, Josef Schwalber, Konditoren-Innung Bayern; Stefan Stand, Private Brauereien Bayern. Bild: StMWi / A. Gottardi

„Handwerk ist eine verlässliche Stütze der Wirtschaft!“

Bayerische Lebensmittelhandwerke treffen Staatssekretär Tobias Gotthardt

Die Landesverbände der bayerischen Fleischer, Müller, Konditoren und Brauer trafen im Rahmen eines Antrittsbesuchs den neuen Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Tobias Gotthardt, MdL.

Gotthardt, der sich die Sorgen aufmerksam anhörte, machte gleich zu Beginn deutlich: „Das Handwerk ist eine verlässliche Stützte der Wirtschaft, und Bayern steht zu euch, zu den Ernährungshandwerken.“

Im Zentrum des Gesprächs standen die gefassten Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung in Berlin. „Diese treffen unsere Ernährungshandwerke gefühlt in allen Bereichen.“, so Rudolf Sagberger, Vorstandsvorsitzender des Bayerischen Müllerbundes.

Ampel-Beschlüsse bedeuten massive Belastungen

Die Geschäftsführer der Verbände erläuterten detailliert, welche Belastungen konkret auf die Betriebe zukommen. Die Mauterhöhungen werden Auswirkungen auf Lieferantenkosten in allen Branchen haben. Der Wegfall der Energiepreisbremsen sowie die zusätzliche Streichung der Netzentgelte-Zuschüsse bedeuten massive Mehrbelastungen bei den Energiekosten in allen Gewerken. Und dies, obwohl noch bis vor wenigen Wochen eine Verlängerung der Preisbremsen von der Bundesregierung fest zugesagt wurde. „Diese Streichungen sind ein Wortbruch der Ampel, genauso wie der Wegfall des verminderten Mehrwertsteuersatzes für Gastronomieleistungen, dessen Entfristung vom Bundeskanzler persönlich versprochen wurde. Wir hoffen, dass nun wenigstens die Senkung der Stromsteuer bleibt und diese nicht auch noch den Sparmaßnahmen zum Opfer fällt“, so Josef Schwalber, Obermeister der Konditoren-Innung Bayern.

Bürgerfeindliche Politik

Staatssekretär Gotthardt fasste unterstützend zusammen: „Die Ampel in Berlin betreibt eine wirtschaftsfeindliche und damit auch bürgerfeindliche Politik. Dagegen wird man weiter angehen und die Forderungen der Gewerke entsprechend unterstützen.“ ❐

Weiteres Dringen auf ...

(Fortsetzung von Seite 1)

vertrag festgeschrieben wurde. Bayern würde damit als erstes Land nach den jährlichen Kalkulationsberechnungen seine Investitionsverpflichtungen vollständig erfüllen können. Wir hoffen im Schulterschluss mit den Kommunen auf eine rasche Umsetzung!“

Erhöhung der Pauschalmittel

„Im ersten Schritt wäre für 2024 eine deutliche Erhöhung der Pauschalmittel aus unserer Sicht erforderlich, um den Kliniken schnell zu helfen“, erklärte Bischof. Zudem habe die Bayerische Staatsregierung im Koalitionsvertrag angekündigt, die Kliniken im ländlichen Raum mit 100 Mio. Euro für die Bewältigung des Strukturwandels zu unterstützen. „Diese Mittel werden notwendig sein, denn auch uns Klinik-Verantwortlichen ist klar: Die Dynamik der Konzentrationen wird weiter zunehmen.“

In vielen Regionen Bayerns habe man sich bereits auf den Weg gemacht, diesen Reformprozess mitzugestalten. Bischof nannte etwa die jüngst öffentlich gewordene strategische Partnerschaft des Klinikums Würzburg Mitte mit der Theresienklinik Würzburg, die angekündigte Fusion des LAKUMED Klinikums mit dem Klinikum Landshut sowie das Schweinfurter Modell. Auch die Fusionen der Barmherzigen Brüder mit dem Dritten Orden, der ökumenische Zusammenschluss der beiden christlichen Krankenhäuser in Nürnberg, dem katholischen St. Theresien- und des evangelischen Martha-Maria-Krankenhauses sowie der Zusammenschluss des Deutschen Herzzentrums München mit dem Uniklinikum Rechts der Isar zeigten, wie dynamisch die Veränderungen bereits sind.

Durch das Krankenhauszukunftsgesetz, die Erweiterung des Katalogs für das ambulante Operieren und die Einführung der Hybrid-DRGs hat die Bundespolitik laut Bischof bereits Impulse gesetzt, die in Bayern künftig konstruktiv umgesetzt werden. Die BKG werde dies direkt und auch über die Beratungstochtergesellschaft BIK aktiv begleiten. Gleichwohl ließen die im Entwurf des Krankenhaustransparenzgesetzes und im Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen noch viele Fragen offen. Nun drohe ein „Survival of the fittest“, d.h.: „Nur jene Kliniken, die sich am besten an die neuen bürokratischen Regelungen des Gesetzgebers – seien sie nun sinnvoll oder nicht – anpassen können, sollen offenbar überleben dürfen.“

Klare, realistische und verlässliche Spielregeln

Wie die BKG-Vorsitzende betonte, würden sich Bayerns Kliniken einer großen Reform, wie von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach angekündigt, nicht verweigern. Voraussetzung dafür seien aber „klare, realistische und verlässliche Spielregeln“. Bislang seien aus Sicht der Bayerischen Krankenhausgesellschaft die Auswirkungen der Reformpläne aber „völlig unklar und riskant“.

Drohende Pleitewelle

Bischof begrüßte es, dass die Bundesregierung einen Transformationsfonds angekündigt hat, um Geld für Kosten durch die geplante Krankenhausreform bereitzustellen. Doch es sei zu spät, wenn der Fonds, wie derzeit geplant, erst im Jahr 2025 eingerichtet werde, kritisierte die BKG-Vorsitzende.

Auch Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach forderte die Bundesregierung auf, sich nicht länger einem Soforthilfeprogramm für die Krankenhäuser zu verweigern. „Wenn die Bundesregierung nicht rasch hilft, droht eine Pleitewelle durch die Kliniklandschaft zu rollen, noch bevor die Krankenhausreform Wirkung entfalten kann. Das kann niemand wollen, der ernsthaft das Wohl der Patientinnen und Patienten im Sinn hat.“

Bayern hatte am 24. November zusammen mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative eingebracht, mit der ein Soforthilfeprogramm für die Krankenhäuser von fünf Milliarden Euro gefordert wird. Gerlach zufolge „geht es dabei vor allem um die durch Tarifabschlüsse gestiegenen Lohnkosten und um die Folgen der hohen Inflation – also um die Betriebskosten. Dafür ist der Bund zuständig und muss endlich handeln. Es darf keinen kalten Strukturwandel geben!“ Ende 2023 verzeichneten die bundesdeutschen Kliniken ein Defizit von rund 10 Milliarden Euro.

Nachbesserungen bei der Krankenhausreform

Die Ministerin forderte zugleich erneut Nachbesserungen bei der geplanten Krankenhausreform. Sie unterstrich: „Wir sind weiterhin bereit, unseren Beitrag zum Gelingen der Reform zu leisten, aber nicht um jeden Preis. So darf es keinen Eingriff in die Planungshoheit der Länder geben. Wir brauchen die nötige Beinfreiheit, um eine flächendeckende Versorgung sichern zu können. Es muss durch hinreichende Ausnahmemöglichkeiten sichergestellt sein, dass die Länder Versorgungsprobleme verhindern und bei der Prüfung von Strukturvoraussetzungen für Leistungsgruppen beispielsweise auch Kooperationen zulassen können. Zudem brauchen wir praktikable Lösungen für Fachkrankenhäuser, um diese hochspezialisierten Einrichtungen weiter für die Patientinnen und Patienten am Netz zu halten.“

Kein Mehrwert beim Transparenzverzeichnis

Zudem bereite das sogenannte Krankenhaustransparenzgesetz den meisten Ländern erhebliche Bauchschmerzen, fügte Gerlach hinzu. Aus ihrer Sicht sollte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die im Bundesrat gegen das Gesetz vorgetragenen Bedenken nicht einfach vom Tisch wischen. Das Vorhaben gaukle Transparenz nur vor, denn das vorgesehene Transparenzverzeichnis zur Krankenhauslandschaft in Deutschland biete in der geplanten Form keinen echten Mehrwert für die Menschen im Land. Es drohe viel mehr Unklarheit als Nutzen zu stiften.

Laut Gerlach war es ein wichtiger Schritt, dass die Länder im Bundesrat einen Schulterschluss erzielen konnten, den Vermittlungsausschuss anzurufen. „Damit haben wir doch noch die Chance auf Verbesserungen – im Interesse der Länder, der Krankenhäuser und vor allem der Patientinnen und Patienten.“ **DK**

Gerlach zu Ärzten mit ausländischer Ausbildung:

Anerkennungsverfahren beschleunigen

Pilotprojekt zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz gestartet

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach will die Anerkennungsverfahren von Ärztinnen und Ärzten mit ausländischer Ausbildung beschleunigen. Deshalb wurde am 1. Januar ein entsprechendes Pilotprojekt gestartet. Gerlach betonte: „Bei unserem Pilotprojekt sollen die Möglichkeiten eines Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in den Anerkennungsverfahren ermittelt und erste technische Lösungen erarbeitet werden. Wir setzen wegen des Fachkräftemangels darauf, dass auf diese Weise die Anerkennungsverfahren beschleunigt werden und Ärztinnen und Ärzte mit ausländischer Ausbildung schneller bei uns arbeiten können.“

Gerlach erläuterte: „Die Anerkennungsverfahren sind notwendig, damit Ärztinnen und Ärzte, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben, in Deutschland die staatliche Berufszulassung erhalten können. Das ist wiederum Voraussetzung für die ärztliche Berufsausübung in Deutschland.“

„Im Gesundheitsbereich haben wir mit einem zunehmenden Fachkräftemangel zu kämpfen. Leider fehlen auch immer mehr Ärztinnen und Ärzte – vor allem in ländlichen Regionen. Um den Fachkräftemangel zu bewältigen, müssen wir inländische Potenziale steigern, daneben aber auch vermehrt Medizinerinnen und Mediziner aus dem Ausland gewinnen. Dafür brauchen wir auch eine zügige Durchführung der Anerkennungsverfahren durch die zuständigen Bezirksregierungen“, sagte die Ministerin.

„Im Jahr 2023 wurde bereits ein Verfahren zur Online-Antragstellung in Bayern eingerichtet. Nun sollen Möglichkeiten eines KI-Einsatzes ermittelt werden, die an den Online-Antrag anknüpfen können.“

Einen besonderen Nutzen des KI-Einsatzes erhofft man sich bei der Prüfung von eingereichten Unterlagen. KI könnte künftig beispielsweise prüfen, ob ein im Feld ‚Diplom‘ hochgeladenes Dokument auch tatsächlich ein Diplom und ein im Feld ‚Identitätsnachweis‘ hochgeladenes Dokument auch tatsächlich ein Nachweis über die Identität des Antragstellenden ist.

Landarztquote und Landarztprämie

Die Ministerin ergänzte: „Klar ist: Um eine hochwertige medizinische Versorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, brauchen wir natürlich auch mehr inländische junge Medizinerinnen und Mediziner – und zwar dort, wo sie besonders gebraucht werden. Dafür setzt sich Bayern seit Jahren ein. Dabei sind das bayerische Stipendienprogramm, die Landarztquote und auch die Landarztprämie wichtige Instrumente.“

Informationen:

https://www.stmgp.bayern.de/service/foerderprogramme/ ❐

Rückgang der gesicherten Stromerzeugungsleistung:

Bayern muss im Winter viel Strom importieren

Kernkraft wurde nicht adäquat ersetzt

In der Jahresbetrachtung konnte sich Bayern jahrzehntelang selbst durch eigene Kraftwerke mit Strom versorgen. Dieser aus Sicht der Versorgungssicherheit komfortable Zustand ist aber bereits seit einigen Jahren Geschichte. Durch den nunmehr vollständig vollzogenen Ausstieg aus der Kernkraft zum 15.04.2023 ist die gesicherte Leistung, also die Stromerzeugungsleistung, die rund um die Uhr verlässlich zur Verfügung steht, signifikant zurückgegangen. Gerade in den Wintermonaten, wenn Strom überall ein begehrtes Gut ist, muss Bayern erhebliche Strommengen importieren.

„Neben dem zweifelsfrei erforderlichen weiteren Zubau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen, geht es in den nächsten Jahren daher vor allem darum, die Netzeinbindung Bayerns weiter zu verbessern und den in unserem Bundesland erzeugten Wind- und Photovoltaikstrom insbesondere über Wasserstoff (H2) langfristig zu speichern und bei Bedarf wieder zu verstromen. Hierfür braucht es auch neue H2-ready-Gaskraftwerke“, fasst Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW, die anstehenden Aufgaben in der Stromversorgung zusammen.

Installierte Leistung steht nicht gesichert zur Verfügung

Vor allem aufgrund des sehr erfolgreichen Photovoltaikanlagenausbaus steigt die installierte Leistung bayerischer Stromerzeugungsanlagen seit Jahren deutlich auf zuletzt 35,8 GW Nennleistung an. Doch der überwiegende Teil dieser Leistung steht nicht gesichert zur Verfügung, sondern ist wetter- und jahreszeitlich bedingten Schwankungen unterworfen oder fällt im Falle der Photovoltaik in der Nacht komplett aus. Einschließlich Sicherheitsabschlag können nur 90 Prozent der Nennleistung aus thermischen Kraftwerken und 40 Prozent aus den Laufwasserkraftwerken zu jeder Zeit eingeplant werden. Windkraft- und PV-Anlagen leisten bei Dunkelflaute gar keinen Beitrag, also 0 Prozent. Pumpspeicherkraftwerke und Batterien stehen nur für kurze Zeit zur Deckung der Spitzenlast zur Verfügung.

Keine Verbesserung in Sicht

Im Saldo ist für Bayern in den nächsten Jahren mit keiner entscheidenden Verbesserung bei der gesicherten Leistung zu rechnen. Das Kohlekraftwerk bei Zolling mit 472 MW wird voraussichtlich 2025 stillgelegt. Die in 2023 fertiggestellten „besonderen netztechnischen Betriebsmittel“ (Gaskraftwerke) in Leipheim und in Vohburg stehen lediglich in absoluten Notfällen zur Verfügung. Es erhöht sich damit auch die Abhängigkeit vom Energieträger Erdgas bei der Stromerzeugung gerade zu Spitzenlastzeiten weiter.

Mit der Außerbetriebnahme des letzten bayerischen Kernkraftwerks Isar 2 am 15. April 2023 hat sich die Situation nochmal weiter verschärft, da die gesicherte Leistung in Bayern dann auf nur noch 9,9 GW (mit Reservekraftwerken aller Art und besonderen netztechnischen Betriebsmitteln) zurückgegangen ist. Bei maximaler Leistungsinanspruchnahme durch die Stromverbraucher in Höhe von ca. 13,5 GW erfordert die Differenz im zunehmenden Maße Stromimporte.

Der Bedarf an gesicherter elektrischer Leistung im bayerischen Stromversorgungssystem wird in den nächsten Jahren erheblich zunehmen. Wollen von den derzeit vorhandenen über 8 Millionen Pkw etwa 500.000 Elektro-Pkw gleichzeitig mit den üblichen 11 kW Leistung laden, muss eine zusätzliche Stromerzeugungsleistung von 5,5 GW aus dem Netz bereitgestellt werden. Hinzu kommt noch der Bedarf für die immer häufiger zum Einsatz kommenden elektrischen Wärmepumpen. 500.000 neue Wärmepumpen, die mit angenommen 2 kW gleichzeitig betrieben werden, erfordern weitere 1 GW an gesicherter Leistung.

Ungutes Gefühl

„Es macht kein gutes Gefühl, dass unser Bundesland gerade im Winter, wenn es überall knapp wird, in erheblichem Umfang auf Stromimporte angewiesen ist. Und wir sollten uns auch nicht allzeit darauf verlassen, dass in den Nachbarländern freie Kapazitäten zum Export vorhanden sind. Das ist aber noch nicht in allen Köpfen drin,“ resümiert Detlef Fischer. ❒

Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien:

Auf historischem Höchststand

Im Berichtsjahr 2022 werden nach vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik in Bayern insgesamt 68 524 GWh Strom erzeugt. Das sind 14,5 Prozent weniger als im Jahr 2021. Die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern liegt in Bayern im Berichtsjahr 2022 bei 28.315 GWh und sinkt damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 32,1 Prozent. Hingegen steigt die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien um 4,7 Prozent auf 40 209 GWh.

Der Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien resultiert hauptsächlich aus einer höheren Stromerzeugung aus Windenergie (+12,3 Prozent auf 4 574 GWh) und besonders aus Photovoltaik (+17,9 Prozent auf 15 520 GWh). Die Wasserkraft verzeichnet in Bayern im Jahr 2022 hingegen witterungsbedingt einen Rückgang auf 10 420 GWh (-8,8 Prozent). Die Stromerzeugung aus sonstigen erneuerbaren Energieträgern und Biomasse zeigen sich mit 519 GWh (-1,4 Prozent) und 9 177 GWh (-0,5 Prozent) nahezu unverändert.

Insgesamt werden 2022 1 798 GWh Strom mehr aus erneuerbaren Energien produziert als im Vorjahr. Deren Anteil am bayerischen Stromerzeugungsmix erhöht sich 2022 somit auf 58,7 Prozent. Wie in den Vorjahren ist der erzeugungsstärkste erneuerbare Energieträger die Photovoltaik, die im Jahr 2022 auch die Kernenergie als bisher erzeugungsstärksten Energieträger bei der Stromerzeugung in Bayern ablöst.

Deutlicher Rückgang bei der Stromerzeugung aus Kernenergie und Erdgas

Im Vergleich zum Vorjahr nimmt die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern im Berichtsjahr 2022 insgesamt um 13 386 GWh ab. Ausschlaggebend ist hier die Abschaltung des letzten Blocks des Kernkraftwerks Gundremmingen am 31.12.2021. Die Stromerzeugung aus Kernenergie sinkt dadurch um 11.223 GWh auf 12.274 GWh im Jahr 2022. Die Zuspitzung der geopolitischen Lage mit dem Ukrainekrieg und die steigenden Energiepreise, besonders beim Erdgas, spiegeln sich auch in der Stromerzeugung wieder. So nimmt die Stromerzeugung aus Erdgas in Bayern im Vergleich zum Vorjahr um 2 638 GWh ab und beträgt 11 599 GWh im Jahr 2022 (-18,5 Prozent).

Die rückläufige Stromerzeugung aus Kernenergie und Erdgas wird im Jahr 2022 nur zu einem geringen Teil durch andere konventionelle Energieträger kompensiert. Zwar steigt die Stromerzeugung aus Steinkohle (+10,4 Prozent), sonstigen konventionellen Energieträgern (+12,6 Prozent) und Heizöl (+27,4 Prozent) relativ betrachtet deutlich, insgesamt aber erhöht sich die Bruttostromerzeugung aus diesen Energieträgern nur um 476 GWh im Vergleich zum Vorjahr.

Bayerischer Strommix 2022

58,7 Prozent aus erneuerbaren, 41,3 Prozent aus konventionellen Energieträgern 41,3 Prozent der bayerischen Stromerzeugung basieren im Jahr 2022 auf konventionellen Energieträgern. Die Kernenergie hat einen Anteil von 17,9 Prozent am bayerischen Strommix. Im Jahr 2021 waren es noch 29,3 Prozent. Darauf folgt die Stromerzeugung aus Erdgas mit einem Anteil von 16,9 Prozent. Rund 6,5 Prozent sind Heizöl und sonstige, nicht erneuerbare Energieträger.

Rückgang der CO2-Emissionen aus der Stromerzeugung zu erwarten

Nach Einschätzung der Experten für die Treibhausgasbilanzierung im Bayerischen Landesamt für Statistik dürften im Jahr 2022 die CO2-Emissionen aus der Stromerzeugung tendenziell sinken, da die Stromerzeugung aus Erdgas in Bayern rückläufig ist. Die statistischen Daten und Auswertungen hierzu werden voraussichtlich im Frühjahr 2024 zur Verfügung stehen. Die steigende Stromerzeugung aus anderen konventionellen Energieträgern wie Steinkohle, die CO2-intensiver sind, wird an diesem Trend nichts ändern. ❒

Sparkassenakademie Bayern platziert 1.400 qm Photovoltaik auf ihren Gebäuden

Die Sparkassenakademie Bayern in Landshut hat eine Großanlage zur Eigenstromversorgung in Betrieb genommen. Die monokristallinen Photovoltaik-Module erstrecken sich über die großen Flächen der nach Osten, Westen und Süden ausgerichteten Satteldächer. In Summe wird die Solarstromanlage den CO2-Abdruck der Akademie und des integrierten Tagungszentrums ta.la künftig deutlich reduzieren.

Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begrüßte den Bau der Großanlage: „Die Sparkassenakademie übernimmt damit eine Vorreiterrolle in der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern. Sie zeigt eindrucksvoll, dass sie der Theorie auch die Praxis folgen lässt. So wie die Pädagogik der Akademie schon vor einigen Jahren Nachhaltigkeit als Kernthema in ihr Lehrangebot aufgenommen hat, so wichtig ist es allen Beteiligten auch, das Thema aktiv vorzuleben.“

Insgesamt sind derzeit 748 Photovoltaik-Module mit einer Modulleistung von insgesamt 291 kWp auf einer Fläche von 1.370 qm montiert. Sie decken ein Fünftel des internen Strombedarfs der Akademie und des Tagungszentrums ta.la.

Dr. Franz Inderst, Leiter der Sparkassenakademie, hob hervor, wie der ökologische Fortschritt auch ökonomischen Nutzen mit sich bringt: „Grüne Investitionen machen sich bezahlt - durch den besonders hohen Nutzungsgrad der Eigenstromversorgungsanlage wird sie sich innerhalb der kommenden 8 Jahre amortisieren. Mit ihrer Größe und einem Nutzungsgrad von fast 90 Prozent gehört die Anlage sicherlich zu den nachhaltigen Schmuckstücken im Landshuter Raum.“ ❒

Auszeichnung „KUMAS-Leitprojekt 2023“

Seit mittlerweile 25 Jahren verleiht der Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum für Umwelt e.V. für innovative Verfahren, Produkte, Dienstleistungen, Entwicklungen oder Forschungsergebnisse jährlich einen Umweltpreis. Im Rahmen einer Feierstunde in Aichach erhielten Projekte der GP JOULE Wärme GmbH & Co. KG, Buttenwiesen und der Technischen Hochschule Augsburg die begehrte Auszeichnung „Offizielles KUMAS-Leitprojekt“.

Deutschlands erste, industrielle Großwärmepumpe

In der Gemeinde Mertingen im Landkreis Donau-Ries/Bayerisch Schwaben wird aktuell ein deutschlandweit einzigartiges Projekt in partnerschaftlicher Zusammenarbeit von GP JOULE und der Gemeinde umgesetzt. Dabei wird das bereits bestehende Nahwärmenetz vor Ort um Deutschlands erste, industrielle Großwärmepumpe erweitert, die mit lokal produziertem und erneuerbarem Strom aus den benachbarten PV-Anlagen betrieben wird. Dadurch kann der Strom als thermische Energie gespeichert werden und ohne größere Verluste ins örtliche Wärmenetz eingespeist werden. Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Mertingen können somit von einer günstigen und 100 Prozent erneuerbaren Wärmeversorgung profitieren. Die Wertschöpfung bleibt im Ort, frei nach dem Motto: Aus der Region, für die Region.

Abwasserdruckleitungen sind ein essenzieller Bestandteil der Abwasserinfrastruktur. Sie werden eingesetzt, wenn drucklose Freispiegelkanäle beispielsweise aufgrund von Steigungen nicht möglich sind. Zum Schutz von Boden und Grundwasser müssen Abwasserdruckleitungen – genau wie Freispiegelkanäle – dicht betrieben werden. So fordert es auch die Eigenüberwachungsverordnung. Bisher gab es jedoch nur Prüfverfahren für neue Druckleitungen, die mit hohen Drücken geprüft werden.

Prüfverfahren für Abwasserdruckleitungen

Um die Lücke zu schließen, entwickelte die TH Augsburg im Rahmen eines Forschungsvorhabens ein angepasstes Prüfverfahren für Abwasserdruckleitungen im Bestand. Dieses sog. HSA-Normalverfahren ist mittlerweile im Freistaat als Prüfverfahren zu verwenden. Gefördert wurde das Projekt durch das Bayerische Landesamt für Umwelt und das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

„Die diesjährig ausgezeichneten Leitprojekte zeigen einmal mehr, dass wichtige Fortschritte in der Energiewende und im Gewässerschutz auf langjähriger Expertise, Know-how und dem Mut der Preisträger zur Veränderung aufbauen. Das trifft insbesondere auf GP JOULE zu, die sich vom Startup im Umwelt-Technologischen Gründerzentrum zum weltweit anerkannten Vorreiter der Energiewende entwickelt haben“, unterstrich KUMAS-Geschäftsführer Thomas Nieborowsky. **DK**





Baubeginn SuedOstLink mit u.a. TenneT-Geschäftsführer Tim Meyerjürgens (3.v.l.), Ministerpräsident Dr. Markus Söder (4.v.l.) und stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger. Bild: TenneT

Am Konverterstandort ISAR bei Landshut:

Baustart von SuedOstLink

Nach umfangreicher Planungs- und Genehmigungsphase startet TenneT mit dem Bau der 780 Kilometer langen Gleichstromleitung SuedOstLink. Dank der Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns durch die Bundesnetzagentur kann der SuedOstLink bereits vor Planfeststellungsbeschluss in Bau gehen.

Mit einer feierlichen Veranstaltung am Konverterstandort in ISAR bei Landshut läuteten TenneT Geschäftsführer Tim Meyerjürgens, Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger sowie der Koordinator der Bundesregierung für die Maritime Wirtschaft und Tourismus Dieter Janecek den Bau ein. In Anwesenheit von über 100 geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft führten sie die ersten beiden Erdkabelsegmente des SuedOstLink in einer Muffe zusammen und signierten diese anschließend.

Meilenstein

„SuedOstLink ist ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg zu einer sicheren, unabhängigen und kosteneffizienten Stromversorgung in Bayern," sagt TenneT Geschäftsführer Tim Meyerjürgens anlässlich des Baustarts am Konverterstandort ISAR. „Damit wir ab 2027 in Betrieb gehen können, arbeiten wir auch im Bau mit Hochdruck weiter – aber immer mit dem Fokus auf die Sicherheit aller Beteiligten."

Kraftwerkskapazitäten vonnöten

Im Hinblick auf die Versorgungssicherheit im Freistaat ergänzt Meyerjürgens: „SuedOstLink wird künftig Millionen bayerische Haushalte sowie Industrie und Gewerbe mit grünem Strom aus Nord- und Ostdeutschland versorgen. Für die Klimaneutralität Bayerns bis 2040 wird das aber nicht ausreichen. Ergänzend benötigen wir dringend Kraftwerkskapazitäten im Süden sowie weiteren Ausbau auf Übertragungs- und Verteilnetzebene."

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger: „Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich die energiepolitische Lage in Deutschland und Europa grundlegend geändert. Erdgas ist nicht länger die sicher verfügbare Brückentechnologie. Die Dekarbonisierung ohne Deindustrialisierung und ohne Atomkraft braucht deshalb eine leistungsfähige Infrastruktur für den Transport erneuerbarer Energien. Grüner Wasserstoff spielt dabei eine Hauptrolle. Auch dafür brauchen wir im Süden möglichst durchgehend genügend Strom. Ebenso nimmt der PV-Ausbau im Freistaat rasant zu. Über die neue Trasse kann Bayern diesen grünen Strom für andere Regionen in Deutschland bereitstellen und auch zusätzliche Leistung beziehen. Für die Energiewende brauchen wir auch dringend mehr Gaskraftwerke im Süden die perspektivisch mit Wasserstoff betrieben werden können. Dazu ist ein schneller Anschluss Bayerns an das nationale und europäische Wasserstoffnetz notwendig."

Dieter Janecek, Koordinator der Bundesregierung für die Maritime Wirtschaft und Tourismus: „Nun beginnt auch in Bayern der Bau des so wichtigen SuedOstLinks. Ich bedanke mich für das Engagement und das erfolgreiche Zusammenwirken des Vorhabenträgers TenneT, der Bundesnetzagentur und der Entscheidungsträger und Betroffenen vor Ort. Wir kommen schrittweise voran in der Klimaneutralität des Stromsektors! In den nächsten zwei Jahrzehnten brauchen wir Tausende weitere Netzkilometer. Sie müssen zügig geplant, genehmigt und gebaut werden. Um die ambitionierten Zeitpläne einzuhalten, ist es ist wichtig, dass alle am Netzausbau Beteiligten an einem Strang ziehen."

Podiumsgespräch

Im Nachgang zum feierlichen Baustart erörterten Politik-, Behörden- und Wirtschaftsvertreter auf einem Podiumsgespräch was es über den SuedOstLink hinaus braucht, um eine zuverlässige und bezahlbare Stromversorgung für den Industriestandort Bayern sicherzustellen. Neben Tim Meyerjürgens saßen Matthias Otte, Abteilungsleiter Netzausbau der BNetzA, Christine Völzow, Geschäftsführerin und Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V., Tim Holt, Mitglied des Vorstands Siemens Energy, sowie Stefan Kapferer CEO von 50Hertz auf dem Podium. Alle waren sich einig, dass der Netzausbau beschleunigt und mit einem parallelen Ausbau des Wasserstoffnetzes einhergehen muss.

SuedOstLink wird insgesamt 4 Gigawatt (GW) Strom aus dem Norden Deutschlands über mehr als 750 Kilometer Länge in den Süden zum Netzknotenpunkt Isar bei Landshut transportieren. Der Konverter am Standort ISAR, der von Siemens Energy schlüsselfertig an TenneT übergeben wird, wandelt den transportierten Gleichstrom in Wechselstrom um. Von dort aus wird der Strom weiter an die Haushalte und Industrie verteilt. Die innovativen 525-Kilovolt-Erdkabel stellt der Weltmarktführer Prysmian her. Bereits 2024 werden die Planfeststellungsbeschlüsse für die bayerischen Planungsabschnitte erwartet, so dass im kommenden Jahr der regelhafte Bau entlang des gesamten Leitungsverlaufs beginnen wird. Ab 2027 wird das Vorhaben 5 des SuedOstLink die ersten 2 GW Windstom aus Nord- und Ostdeutschland nach Bayern transportieren. 2030 geht das zweite SuedOstLink Vorhaben 5a mit weiteren 2 GW in Betrieb. ❒

Kapital für die Energiewende

Strategiepapier von VKU, BDEW, Deutscher Kreditwirtschaft und Deloitte

Die Energiewende ist ein Generationenprojekt und der Investitionsbedarf immens: Um die ambitionierten Ziele der Bundesregierung für das Jahr 2030 zu erreichen, sind Investitionen im Energiesektor von geschätzt 600 Milliarden Euro erforderlich. Bis 2045 wird der Bedarf sogar auf mindestens eine Billion Euro anwachsen. Der Großteil dieser Summe wird von der Energiewirtschaft aufgebracht – eine enorme Herausforderung, die die Finanzierungsmöglichkeiten der Branche nach eigenem Bekunden an ihre Grenzen bringt. Nicht zuletzt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds rücke die Finanzierungsfrage zunehmend in den Mittelpunkt.

Vor diesem Hintergrund haben der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und Deloitte mit Unterstützung der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) das Positionspapier „Kapital für die Energiewende" erarbeitet. Es skizziert konkrete Maßnahmen zur Sicherstellung und Optimierung der Finanzierung der Energiewende sowie zur Beseitigung von Investitionshemmnissen. Dabei richtet es sich an Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft und will einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten.

Attraktive Energiewende-Projekte ermöglichen

Laut Strategiepapier muss künftig insbesondere auch privates Kapital für die Energiewende mobilisiert und die Finanzierung noch stärker auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Energiepolitik sei es daher, einen effizienten Investitionsrahmen zu schaffen, der wirtschaftlich attraktive Energiewendeprojekte ermöglicht. Entscheidend seien die richtige Balance und ein Mix aus verschiedenen Instrumenten, die zusammenwirken und sich verstärken.

Zu den konkreten Handlungsfeldern zählten etwa gezielte Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung der Unternehmen, die Energiewendeprojekte stemmen und umsetzen. Dazu klare und signifikante steuerliche Investitionsanreize zur Stärkung der „Innenfinanzierungskraft". Konkrete Möglichkeiten hierzu seien bereits benannt (beispielsweise „Superabschreibungen" oder steuerbegünstigte Kapitalerträge aus Anleihen zur Finanzierung der Energiewende).

Lösungsansätze

Hinzu komme die Anpassung des regulatorischen Rahmens mit dem Ziel, die Finanzierung deutlich zu erleichtern. Für alle Energiewende-Investitionen sollten die Eigenkapitalvorgaben für Infrastrukturprojekte erleichtert werden. „Ein weiterer pragmatischer Lösungsansatz wäre hier etwa, bereits etablierte (Taxonomie-)Kennziffern auch auf noch nicht erfasste Unternehmen auszuweiten und anzuwenden", heißt es.

„Mit Nachdruck Energiewende-Fonds auflegen, um staatliche Beteiligungsinvestitionen kombiniert mit Geldern aus der Privatwirtschaft oder von privaten Investoren zu ermöglichen und zu fördern", lautet ein weiterer Vorschlag. Auch wird zu einer gezielten Förderung von Bürgerbeteiligung an Energiewendeprojekten geraten.

Neben einem konsequenten Bürokratieabbau etwa durch Übernahme standardisierter Nachhaltigkeits-Definitionen und –Kriterien (ESG) sollen zudem ein einfacherer Zugang zu Fördergeldern und ein stärkeres Engagement der Förderbanken ermöglicht werden. Auch gelte es, kreditfinanzierte Energiewende-Investitionen durch Garantien von Bund und Ländern bestmöglich absichern. Gleichzeitig werde für ein gutes Investitionsklima die breite Unterstützung und Beteiligung von Politik und Gesellschaft benötigt, um die Akzeptanz zu stärken und das Tempo der Energiewende weiter zu beschleunigen.

Beitrag der Stadtwerke

Nach Auffassung von VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing „wollen Deutschlands Stadtwerke die Energiewende vorantreiben. Dazu müssen sie ihr jährliches Investitionsvolumen um das Vier- bis Fünffache steigern. Neben verlässlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen und attraktiven Renditen für Investoren braucht es daneben flankierende Maßnahmen wie Energiewende-Fonds und weniger Papierkram. Energiewendeprojekte wie der Fernwärmeausbau sind Infrastrukturprojekte: Bevor überhaupt der erste Bagger bestellt ist und gebaggert wird, muss die Finanzierung stehen."

Laut Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, „brauchen wir einen Investitions-Turbo, der die Erneuerbaren, den Netzausbau und die Wasserstoffwirtschaft anschiebt und für mehr Wertschöpfung in Deutschland sorgt. Der plötzliche Wegfall von 60 Milliarden Euro aus dem Kima- und Transformationsfonds durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht den Handlungsbedarf noch dringlicher: Wir können uns bei der Finanzierung der Energiewende nicht auf öffentliche Mittel verlassen. Mehr denn je gilt es, privates Kapital für die Energiewendeprojekte zu gewinnen."

Kreditvergabefähigkeit von Banken und Sparkassen

Wie Marija Kolak, Präsidentin des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken und diesjährige Federführerin der Deutschen Kreditwirtschaft erläuterte, „geht es bei der Frage, ob wir die gesetzten Ziele bei der Energiewende erreichen können, auch maßgeblich darum, inwieweit Banken und Sparkassen noch stärker Kredite vergeben können. Dies hängt ganz wesentlich von den gesetzlichen Vorgaben ab, die Kreditinstitute zwingend anzuwenden haben. Deshalb sollte der Gesetzgeber dringend prüfen, inwieweit er Erleichterungen ermöglichen kann, anstatt die Kreditvergabefähigkeit von Banken und Sparkassen durch zusätzliche Kapitalpuffer weiter einzuengen." **DK**

Initiative Bürgermeisterappell „Zusammen erfolgreich erneuerbar":

Neuer Schwung

Viele Gemeinden wollen die Energiewende mitgestalten und sind bereits auf der Suche nach geeigneten Flächen für die Windkraft. 432 bayerische Bürgermeister haben dies mit einem Bürgermeisterappell an die Staatsregierung zum Ausdruck gebracht (siehe GZ-Bericht 17/2023). Laut Mitinitiator Helmut Krämer, Alt-Bürgermeister Markt Heiligenstadt i. Ofr., hat die Initiative im vergangenen Jahr bereits viel erreicht: „Wir haben den Schulterschluss mit dem Gemeindetag und Städtetag geschafft. Auch Verbände und sonstige Institutionen sehen unsere Aktion sehr positiv. So hat auch der Bayerische Bauernverband unseren Aufruf genutzt, um an seine Mitglieder zu appellieren."

Im Anschluss an die Unterschriftenübergabe im August an Ministerpräsident Dr. Markus Söder fand Mitte September ein Fachgespräch in der Bayerischen Staatskanzlei in München statt. An diesem Termin nahmen neben den Initiatoren des Appells alle Regierungspräsidenten, die Amtschefin der Staatskanzlei mit ihrem Leitungsstab sowie Repräsentanten der Bayerischen Staatsforsten, des Bayerischen Städtetags und des Bayerischen Gemeindetags teil. Gegenstand des Treffens war die Beratung über konkrete Verbesserungen für die kommunale Energiewende und den schnellen Ausbau erneuerbarer Heimatenergien. Zudem schrieb das Bündnis während der Koalitionsverhandlungen Vertreter der Regierungsparteien an, um auf sein Anliegen hinzuweisen. Außerdem fand ein Fachtreffen bei den Bayerischen Staatsforsten in Regensburg statt. „Um uns künftig noch effektiver abstimmen zu können, konnten wir gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindetag die Arbeitsgruppe Energie ins Leben rufen", erklärt Krämer.

Durch verschiedene Gesetzesänderungen und Handlungsanweisungen habe die Energiewende neuen Schwung bekommen, betont der Altbürgermeister, verweist aber auch darauf, dass für deren Gelingen der massive Ausbau der Windkraft entscheidend sei. 2024 werde die Ausweisung von Windvorranggebieten durch die Regionalen Planungsverbände Fahrt aufnehmen, um die festgelegten Flächenziele zu erreichen. Bei der Ausweisung der Windgebiete sei die Unterstützung aller Beteiligten, besonders der Landräte, Landtags- und Bundestagesabgeordneten vonnöten, „denn wir müssen feststellen, dass bis Ende November 2023 in Nordrhein-Westfalen 267 und in Bayern nur 14 Windenergieanlagen genehmigt wurden". „Wenn wir die Energiewende wollen, muss sich da noch einiges ändern", unterstreicht Krämer.

Konkret wurde der Appell, den Kommunen und Bürgergesellschaften Vorrang einzuräumen, im neuen Koalitionsvertrag von CSU und FW aufgegriffen und soll an den Bund adressiert werden, berichtet Krämer. „Wir behalten den Fortgang intensiv im Blick und fordern die im Koalitionsvertrag angekündigte landesgesetzliche Regelung ein."

Gespräche mit BaySF und Kommunalvertretern

Die Gespräche mit den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) dauerten an. Eingebunden seien auch Bayerischer Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag. Dabei gebe es unterschiedliche rechtliche Auffassungen zwischen den Kommunalvertretern und den BaySF über die Vergabepraxis. Die neue, abgeänderte Vergabematrix berücksichtige die kommunalen Belange weiterhin nur unzureichend. Beispielsweise würden Regionalwerke und Bürgergesellschaften systematisch von einer Vergabe ausgeschlossen, sofern sie keine bereits realisierten Referenzprojekte vorweisen können.

Auf die Forderung nach einer Windenergiedividende für die umliegenden Kommunen aus den Pachterlösen der Bayerischen Staatsforsten hätten diese auf den Landesgesetzgeber verwiesen.

Was den Ruf der Initiative nach klaren Anweisungen für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren anbelangt, habe man die 100-prozentige Zustimmung der Bayerischen Staatskanzlei erhalten, informiert der Altbürgermeister. Die neuen Spielräume sollen demnach in Bayern genutzt werden. Das Personal bei den Bezirksregierungen sei von der Staatsregierung um rund 100 Personen aufgestockt worden, um die Verfahren schneller und rechtssicher zu bearbeiten. Das Problem der militärischen Anlagen sei der Staatskanzlei bekannt und an den Bund adressiert worden.

Beim Thema „Mehr Personal und Know-how für die bürgernahe Energiewende" soll der Wissenstransfer über die neu geschaffenen Stellen bei den Bezirksregierungen in die Landratsämter „hineinlaufen". Die Fortführung der Windkümmerer sei im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Auch beim Ruf nach schnelleren Transportgenehmigungen für Windenergieanlagen habe die Bayerische Staatskanzlei volle Zustimmung signalisiert. Das Problem sei an den Bund adressiert und werde dort aktuell bearbeitet.

Mit Blick auf den gewünschten „Masterplan Heimatenergien" laufen Krämer zufolge derzeit Abstimmungen zwischen den Regionalen Planungsverbänden, den Bezirksregierungen und den Netzbetreibern. CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek habe einen Bayerischen Energieplan 2040 angekündigt. Bei den Regierungen würden aktuell 40 neue Planstellen für Genehmigungen von Stromleitungen geschaffen.

Planmäßig verlaufe auch die Fortschreibung der Regionalpläne zur Windenergie. Diese werde nach Auskunft der Regierungspräsidenten durch die Personalaufstockung bei den Bezirksregierungen beschleunigt. Durch die neuen EU-Vorgaben (RED III) könnte auch die Ausweisung bestimmter Windkraft-Vorranggebiete forciert werden. **DK**

Mehr Biogas ins Netz!

schwaben netz und Hof Burgösch arbeiten für Klimaschutz zusammen
Biogas-Einspeiseanlage und Verbindungsleitung zum Gasnetz Bad Wörishofen fertiggestellt

René Schoof, Geschäftsführer schwaben netz, betont: „Unsere Energiezukunft ist klimaneutral. Biogas hat das Potenzial, einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der CO2-Emissionen und damit zur Energiewende zu leisten." schwaben netz ist die 100-prozentige Unternehmenstochter von energie schwaben.

schwaben netz arbeitet eng mit Hermann Specht und seinem Landwirtschaftsbetrieb Hof Burgösch für klimaschonende Energieversorgung zusammen. Nach der 5,6 Kilometer langen Verbindungsleitung vom Hof zum Gasverteilnetz der Stadtwerke Bad Wörishofen ist jetzt auch die Biogas-Einspeiseanlage auf Burgösch fertig geworden.

Hochwertiges Biogas aus Mist und Gülle

„In unserem Betrieb erzeugen wir aus dem Mist und der Gülle von unseren Tieren hochwertiges Biogas, das ohne speziellen Anbau von nachwachsenden Rohstoffen wie zum Beispiel Mais erzeugt wird", erklärt Specht.

Der Hof Burgösch von Hermann Specht verfügt über eine Biogasanlage und bald auch über eine neue Einspeiseanlage. Mit dem in der Rinderhaltung anfallenden Biogas wird zurzeit bereits Strom für den eigenen Betrieb erzeugt. Demnächst wird das Biogas direkt auf dem Hof aufbereitet und ins Netz eingespeist – im April 2024 soll auch die Aufbereitungsanlage fertig sein.

Maßgeschneiderte Lösungen für die klimaneutrale Energiezukunft

Als klimaschonendes Biomethan aus erneuerbaren Quellen speist schwaben netz das Gas anschließend direkt in das bestehende Netz der Stadtwerke Bad Wörishofen ein. „Die Energiewende braucht klimaneutrale Gase. In unserer Region, die traditionell landwirtschaftlich geprägt ist, kann das vor allem auch Biogas sein. Mit schwaben netz arbeiten wir an maßgeschneiderten Lösungen für die Zukunft", bestätigt Peter Humboldt, Werkleiter Stadtwerke Bad Wörishofen.

Biogas entsteht durch die Vergärung von Biomasse – auf Burgösch ist das Mist und Gülle. Das hierbei gewonnene Biogas ist nahezu klimaneutral und kann ins bestehende Gasnetz eingespeist werden.

Bau von Anlage und Netz

schwaben netz hat eine 5,6 Kilometer lange Verbindungsleitung zwischen der Einspeiseanlage bis hin zum Netz der Stadtwerke Bad Wörishofen. Aufgrund der freien Fläche konnte hierbei auf ein umweltschonendes Verlegeverfahren mit Pflug zurückgegriffen werden.

Ab Frühjahr 2024 soll das Biogas nach insgesamt zwei Jahren Bauzeit von Leitungen, Einspeise- und Aufbereitungsanlage ins Verteilnetz der Stadtwerke Bad Wörishofen eingespeist werden. Mehr als 9.000 Tonnen CO2 werden dadurch eingespart. Rund drei Millionen Euro investiert Hermann Specht für die Aufbereitungsanlage, weitere drei Millionen investiert schwaben netz für Einspeisung und Anbindung ans Gasnetz. ❐



V.l.: Hermann und Susanne Specht, Hof Burgösch, Robert Böck, Kaufmännischer Leiter Stadtwerke Bad Wörishofen, Monika Forstner, Netzplanung schwaben netz, René Schoof, Technischer Geschäftsführer schwaben netz, und Iris Spielmann, 2. Bürgermeisterin Baisweil. Bild: schwaben netz

Biogasbranche verspricht günstigere Leistung als Wasserstoff und LNG

Die nationale und internationale Biogasbranche traf sich in Nürnberg auf der BIOGAS Convention & Trade Fair zur größten reinen Biogas-Veranstaltung der Welt. Rund 250 Aussteller präsentierten ihre Produkte und Dienstleistungen.

„Wir können mit unseren Anlagen einen wesentlichen Teil der von der Bundesregierung in der Kraftwerksstrategie vorgesehenen gesicherten Leistung liefern - und zwar schneller und zu günstigeren Preisen als die mit LNG oder Wasserstoff betriebenen Großkraftwerke", versicherte Horst Seide, Präsident des Fachverband Biogas e.V., im Rahmen der BIOGAS Convention & Trade Fair. Diese Leistung müsse nur bestellt werden. „Wenn keine Bestellung eingeht, werde das Gegenteil geschehen und viele Betreiber, die demnächst nach 20 Jahren aus dem EEG fallen, werden ihre gut funktionierenden Anlagen stilllegen und keine neuen dazukommen", warnt Seide.

Wie konkret diese Gefahr ist, haben die Ergebnisse der neuesten Biomasseausschreibung gezeigt: Nur 270 der 892 Gebote haben einen Zuschlag bekommen. Das heißt im Umkehrschluss, dass über 600 Betreiber keine Anschlussregelung für Ihre Anlagen haben. Und dass, obwohl die Nachfrage nach klimafreundlicher, heimischer und preiswerter Energie aus Biogas steigt – sowohl im Stromsektor als auch bei der Wärme und der Mobilität. „Statt Perspektiven zu schaffen, werden uns immer neue Steine in den Weg gelegt", beklagt Seide – auch mit Blick auf fehlende politische Unterstützung für seine Branche.

Besonders unverständlich ist für den Verbandspräsidenten dabei die Diskrepanz zwischen dem europäischen und dem deutschen Weg. Während die Europäische Union mit ihrem RePowerEU-Plan eine Verdoppelung der Biogasproduktion bis 2030 anstrebt – von heute 18 auf 35 Mrd. Kubikmeter – stagniert hierzulande der Ausbau. Ausgerechnet im Mutterland der Biogasnutzung.

Biogas „Made in Germany" weltweit gefragt

Aktuell ist Deutschland mit knapp 50 Prozent der größte Biogas-Produzent innerhalb der EU. Doch der Anteil sinkt kontinuierlich, da in vielen anderen EU-Ländern ein reger Anlagenzubau stattfindet. Dabei ist Biogas „Made in Germany" weltweit gefragt. Erst letzten Monat kam es auf Anfrage des indischen Minister of Petroleum & Natural Gas zu einem Round Table Gespräch zwischen der Minister-Delegation, dem Fachverband Biogas und Vertretern deutscher Biogasfirmen – inklusive Einladung zu einer Delegiertenreise nach Indien.

„Flexibilitätsoption"

Die Bedeutung von Biogas für den Strommarkt betonte auch Dr. Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE), im Rahmen der Pressekonferenz: „Das speicherbare Biogas ist für die sichere Energieversorgung auf Basis heimischer Erneuerbarer Energien als Flexibilitätsoption unerlässlich." Das habe der BEE schon vor zwei Jahren in seiner Strommarktdesign-Studie gezeigt und damit eine neue moderne Rolle für die Bioenergie gefordert. Statt teure Wasserstoff-ready-Großgaskraftwerke mit ungewisser Zukunft und Wirtschaftlichkeit zu errichten, könnten Biogasanlagen schon heute systemdienliche Leistung oder Wärme bereitstellen, je nachdem, was benötigt werde. „Großkraftwerke sind nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts kaum noch leistbar, steuerbares Biogas schon. Deshalb ist die Kraftwerksstrategie jetzt in eine Flexibilitätsstrategie umzuwandeln", stellte Peter fest

Bundesweiter Gipfel gefordert

Theoretisch ist dieses Biogas-Potenzial vielen Politikern bekannt. Das haben nicht zuletzt die vom Fachverband initiierten Biogas-Gipfel auf Länderebene in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gezeigt. „Leider fehlen den guten Worten oft konkrete Taten", bemängelte der Vize-Präsident des Fachverbandes Biogas, Christoph Spurk. Er forderte einen bundesweiten Biogas-Gipfel auf Initiative des Wirtschaftsministeriums.

Im Rahmen der BIOGAS Convention & Trade Fair erläuterte Horst Seide nochmal das große Potenzial von Biogas: „Wenn heute Bedarf an flexiblem Strom besteht, dann erzeugen wir diesen. Wenn Wärme gebraucht wird, können wir sie liefern. Wenn der Fokus auf klimafreundlichem Verkehr liegt, steht Biogas als Biomethan bereit. Wir sind flexibel – wir brauchen nur das klare Signal, das wir weiter machen sollen und dürfen."

Kurz vor Weihnachten formulierte der Verbandspräsident abschließend seine drei größten Wünsche: ein klares Bekenntnis für Biogas aus Berlin, eine kluge und nachhaltige Planung der anstehenden Biomasse-Strategie und den Abbau der Bürokratie in der Biogasbranche. ❐

Dringlichkeitsantrag der Landtags-Grünen zum Geothermie-Ausbau:

CSU-Fraktion sieht Bund in der Pflicht

In einem Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Unerschöpflichen, sauberen Wärmeschatz endlich heben – Sofortprogramm Geothermie umsetzen" haben die Grünen im Bayerischen Landtag die Staatsregierung aufgefordert, den zum Erliegen gekommenen Geothermieausbau in Bayern wieder aus seinem Tiefschlaf zu wecken.

Dazu sollen neben einem Kreditprogramm für Kommunen eine Ausfallbürgschaft bei Tiefenbohrungen, eine landesweite Seismik-Kampagne und die Beseitigung genehmigungstechnischer Hürden beitragen. Würden alle geothermischen Potenziale sowohl in geringer als auch größerer Tiefe genutzt, könnten diese laut Berechnung der Grünen bis zu 75 Prozent des Wärmebedarfs im Freistaat decken. „Genutzt werden aktuell aber nur jämmerliche 0,5 Prozent dieses Potenzials", kritisiert Martin Stümpfig, Grünen-Sprecher für Energie.

Die CSU-Fraktion, vertreten von deren energiepolitischen Sprecherin Kerstin Schreyer, weist den Dringlichkeitsantrag mit Blick nach Berlin ab. Um die Geothermie in Bayern schnell weiter ausbauen zu können, müsse die Ampel im Bund die sogenannte Fündigkeitsrisikoversicherung schnell umsetzen und die Bundesförderung effizienter Wärmenetze (BEW) unverzüglich wieder aufnehmen. Nach Ansicht der Fraktion kann der Freistaat ohne diese Maßnahmen des Bundes keine zielgerichtete eigene Geothermieförderung aufsetzen und voranbringen.

Kerstin Schreyer zufolge „blockiert die Ampel im Bund den Ausbau der wichtigen Geothermie und macht ihre Hausaufgaben nicht. Dass die Grünen im Landtag jetzt ein bayerisches Sofortprogramm zur Geothermie fordern, ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Ein bayerisches Programm baut auf den Bundesprogrammen auf. Daher muss die Ampel jetzt liefern."

Laut Parteikollege Martin Mittag, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, „ist Bayern führend beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, bei Geothermie sogar mit weitem Abstand vor den anderen Bundesländern. Hier brauchen wir sicher keine Belehrungen der Grünen." Die Grünen sollten für bezahlbare und sichere Energie sorgen. „Aktuell machen sie hier genau das Gegenteil, wie das Energiepreis-Chaos und das ideologische Abschalten der Atomkraftwerke zeigen." **DK**

Windenergie im Wald

Neue C.A.R.M.E.N.-Seite zu Tipps aus der Praxis zur waldschonenden Umsetzung

Windenergieanlagen können wertvolle Beiträge für den Klimaschutz und die heimische Energieversorgung leisten. Neben dem Offenland gibt es auch im Wald zahlreiche geeignete Standorte. Denn Windenergieanlagen können hier fernab von Siedlungsräumen errichtet und gut in die Landschaft integriert werden. Zusätzlich besitzen insbesondere Hügel oder Höhenzüge aufgrund höherer Windgeschwindigkeiten vielfach ein sehr gutes Standortpotenzial. Mit Windrädern kann somit auf sehr kleiner Fläche sehr viel Strom erzeugt werden.

Aber wie kann die Windenergie im Wald möglichst schonend und verträglich für Wald, Mensch und Natur umgesetzt werden? C.A.R.M.E.N. e.V. hat in Zusammenarbeit mit Planungsbüros und Waldbesitzenden Tipps und Anregungen aus der Praxis zur waldschonenden Umsetzung solcher Projekte gesammelt. Mitinitiator war das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Auf Basis der Experteninterviews wurde eine Reihe von Ansatzpunkten zusammengestellt, wie Windräder im Wald mit möglichst geringen Zielkonflikten und wenn möglich sogar mit Synergieeffekten umgesetzt werden können – von der geschickten Standortwahl über innovative Technik bis zur Gestaltung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Vieles davon kann je nach Einzelfall insbesondere in der Frühphase zur Verbesserung der Planung und Förderung der Akzeptanz beitragen.

https://www.carmen-ev.de/service/forschungsprojekte/wind-im-wald-best-practice-beispiele/ ❐



Sieben Spulen für ein stabileres Stromnetz

Ende November hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) die letzte von insgesamt sieben Spulen zur Stabilisierung des Stromnetzes in Betrieb genommen. Sie ist im Umspannwerk Etzenricht verbaut. Das Spezialgerät kompensiert Blindleistung im Hochspannungsnetz und sorgt so für eine sichere Stromversorgung. Mit der Inbetriebnahme der siebten Spule schließt das Bayernwerk ein Ausbau-Programm ab, in dem es Spulen in den Umspannwerken Etzenricht, Pleinting, Janahof, Schweinfurt, Redwitz, Oberbachern und Neufinsing errichtet hat. Die Kosten für ein Gerät liegen bei rund vier Millionen Euro.

Mit einem Gewicht von rund 180 Tonnen ist die Spule etwa so schwer wie 30 Elefanten und groß wie ein Eisenbahnwagon. Im Umspannwerk in Etzenricht ist der Technik-Riese nun mit dem Stromnetz verbunden worden und leistet fortan seinen Dienst. Die Spule reduziert Blindleistung, die bei der Übertragung von elektrischem Strom automatisch im Netz entsteht. Im Gegensatz zur Wirkleistung, die beim Verbraucher ankommt, kann Blindleistung aber nicht für die Stromversorgung genutzt werden. Vielmehr ist sie für den Spannungsaufbau des Stromnetzes wichtig.

Blindleistung: Das richtige Maß ist entscheidend

Damit Strom durch das Netz fließen kann, müssen die Leitungen unter Spannung stehen. Die Energie, die für den Aufbau dieser Spannung zuständig ist, wird Blindleistung genannt. Jan Böhringer, der zuständige Projektleiter der Bayernwerk Netz GmbH, erklärt, dass für ein stabiles Stromnetz das richtige Maß an Blindleistung entscheidend ist: „Wir brauchen Blindleistung, damit die Spannung im Netz stabil bleibt. Aber wenn zu viel davon entsteht, behindert sie die Übertragung des Stroms, den wir als Wirkleistung an die Verbraucher verteilen wollen. Hier hilft uns die Kompensations-Spule, indem sie die Menge der Blindleistung im Netz reguliert."

Anforderungen der Energiewende

Mit dem Umbau des Verteilnetzes im Zuge der Energiewende und wachsender dezentraler Stromerzeugung nimmt die Blindleistung immer weiter zu. Einer der Gründe ist auch ein steigender Anteil von Erdkabeln im Verteilnetz, die immer häufiger genutzt werden, um in die Jahre gekommene Freileitungen zu ersetzen. Bei Erdkabeln entsteht physikalisch bedingt jedoch mehr Blindleistung als bei Freileitungen. Für die zunehmende Einspeisung erneuerbarer Energie baut das Bayernwerk das Stromnetz aus und ersetzt immer mehr Freileitungen im Mittelspannungsnetz durch leistungsfähigere Erdkabel. Der Verteilnetzbetreiber hat 2019 begonnen, Spulen zur Blindleistungskompensation im gesamten Netzgebiet verteilt aufzustellen. „Für die Einspeisung erneuerbarer Energie in allen Regionen Bayerns bauen wir nicht nur unser Netz aus, wir reagieren mit den neuen Spulen auch auf die veränderten Anforderungen, die die Energiewende an unser Netz stellt", sagt Joachim Kabs, Geschäftsführer der Bayernwerk Netz GmbH. Immer mehr Strom wird heute dezentral erzeugt, in vielen kleinen Anlagen, anstatt in großen Kraftwerken. Bisher wurde der Ausgleich von Blindleistung erzeugungsnah im Übertragungsnetz erledigt, das an große Kraftwerke anschließt. Mit der Energiewende verlagert sich nicht nur die Stromerzeugung zunehmend in viele kleine Anlagen, sondern auch die Aufgabe der Blindleistungs-Kompensation zu den Verteilnetzbetreibern.

Sieben Spulen für die Versorgungssicherheit

In den vergangenen Jahren hat die Bayernwerk Netz mehrere Blindleistungs-Kompensationsspulen an den Umspannwerkstandorten Pleinting im Landkreis Passau, Janahof im Landkreis Cham, Schweinfurt, Redwitz im Landkreis Lichtenfels, Oberbachern im Landkreis Dachau und Neufinsing im Landkreis Erding errichtet. „Wir investieren mit den neuen Geräten in die Versorgungssicherheit und stellen sicher, dass sich die Menschen in unserem Netzgebiet weiterhin darauf verlassen können, dass jederzeit zuverlässig Strom aus der Steckdose kommt", betont Joachim Kabs. Insgesamt hat das Bayernwerk für die sieben Spulen eine Summe von rund 28 Millionen Euro aufgewendet.

Gebündelte Lösung für regionale Netzbetreiber

Das Bayernwerk betreibt die Spulen nicht allein für sich. Viele angeschlossene Kunden und Weiterverteiler beteiligen sich an den Spulen und nutzen diese nun gemeinsam mit dem Bayernwerk. So kompensiert die Spule in Etzenricht die Blindleistung im Netz des Bayernwerks und in den Netzen von vier angeschlossenen Kunden, die die Region mit Strom versorgen. In ihrem Auftrag kümmert sich das Bayernwerk als Dienstleister um den Betrieb, Service und um die Instandhaltung der Geräte. „Dadurch vermeiden wir, dass jeder lokale Netzbetreiber selbst in seinem Gebiet eigene Lösungen entwickeln muss. Wir bündeln den Kompensationsbedarf und gehen diese Herausforderung miteinander viel effizienter an", erläutert Joachim Kabs. Über die zentrale Leitstelle ermöglicht das Bayernwerk eine schnelle, effektive und sichere Steuerung. ❐



Projektleiter Jan Böhringer freut sich, dass die Spule im Umspannwerk Etzenricht ans Netz gegangen ist. Im Container verbirgt sich Technik, die für die Versorgungssicherheit entscheidend ist.

Bild: Johanna Härtl, Bayernwerk Netz GmbH



Der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Wolfgang Fackler (l.) , hat sich mit dem Leiter des Kommunalmanagements der Energie Schwaben, Helmut Kaumeier, zur Wärmewende ausgetauscht.

Bild: Markus Erdt

Wasserstoff-Innovationsprojekt abgeschlossen:

DVGW und Avacon ziehen positive Bilanz

Die im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes von Avacon und des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) initiierte Beimischung von Wasserstoff in ein existierendes Gasverteilnetz in Sachsen-Anhalt ist erfolgreich abgeschlossen worden. Über einen Zeitraum von zwei Heizperioden wurden dem Erdgas stufenweise bis zu 20 Prozent Wasserstoff zugefügt. An den etwa 350 angeschlossenen Haushaltsgeräten wurde die Geräteeinstellung nicht verändert.

„Wir können mit Stolz sagen, dass wir das Projekt sehr erfolgreich abgeschlossen haben", sagte Frank Schwermer, Geschäftsführer der Avacon Netz GmbH. „Mit unserem Gemeinschaftsprojekt haben wir den Nachweis erbracht, dass ohne Veränderungen an den Kundengeräten 20 Prozent Wasserstoff in bestehende Gasnetze eingespeist werden können", erläutert er. Der DVGW-Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Gerald Linke erklärt: „Unser Gemeinschaftsprojekt hat eindrücklich bewiesen, dass der raschen Aufnahme erheblicher Wasserstoffmengen über die bestehende Gasinfrastruktur ebenso wie dem Betrieb von angeschlossenen Geräten Tür und Tor offenstehen. Die Einspeisung von Wasserstoff lässt sich somit im großen Maßstab skalieren, und Geräte im Bestand können en bloc auf Wasserstoff umgestellt werden." Er betont: „Dieses Ergebnis markiert einen Meilenstein in Richtung einer zügigen, technisch sicheren Wasserstoff-Transformation."

Rechtssicherheit für Netzbetreiber

Das Projekt hat zudem grundlegende physikalische Erkenntnisse zur Ähnlichkeit von Erdgas und Wasserstoff erbracht. Sie fließen in das DVGW-Regelwerk ein und erhöhen die Rechtssicherheit für Netzbetreiber.

Eine Regelwerksanpassung betrifft die Gasqualität, eine weitere den Prüfumfang: Bei entsprechender sicherheitstechnischer Begleitung durch den DVGW kann auf die Prüfung aller einzelner Gasgeräte bei einer Wasserstoffeinspeisung verzichtet werden. Zukünftig sind stichprobenhafte Prüfungen von Gasgeräten ausreichend, deren Art und Umfang der DVGW spezifizieren wird.

„Wir schätzen sehr, dass uns das Gemeinschaftsprojekt den Weg für derart praxisnahe Regelwerksanpassungen ebnet. Dies ermöglicht uns eine schrittweise Erhöhung des Wasserstoffanteils, ohne auf den gewohnt hohen Sicherheitsstandard zu verzichten", freut sich Gerald Linke. Der DVGW plant, Angaben zur Wasserstoffverträglichkeit von allen namhaften Geräteherstellern abzufragen und in einer Revision der DVGW-Anpassungsdatenbank im Laufe des Jahres 2024 zu implementieren. „Dieser Nachweis hilft bei Entscheidungen in der kommunalen Wärmeplanung, und die zügige Aufnahme von Wasserstoff über die bereits existierende Infrastruktur stellt einen wichtigen Beitrag zur Sektorenkopplung und Stromnetzentlastung dar", so Linke.

Mitteldruck-Verteilnetz

Für das Projekt wurde ein Netzabschnitt im Gasverteilnetz von Avacon im Jerichower Land in Sachsen-Anhalt ausgewählt. Dieser eignete sich vor allem deshalb, weil die dort verbaute Netzinfrastruktur repräsentativ für das gesamte Avacon-Gasverteilnetz ist und die Ergebnisse somit übertragbar sind. Bei dem Netzabschnitt handelt es sich um ein Mitteldruck-Verteilnetz aus den neunziger Jahren mit rund 35 Kilometern Leitungslänge, von dem etwa 350 Netzkunden mit Erdgas versorgt werden. Mit der entsprechenden Menge an Gasgeräten, die vor allem zur Wärmeversorgung dienen, deckt das ausgewählte Netzgebiet eine breite Gerätetechnik ab: Im Projektgebiet waren 352 Geräte von 30 Herstellern verbaut. Lediglich fünf Geräte wurden vor dem Start der Beimischung auf Wunsch der Hersteller getauscht. Bei der Laboruntersuchung der ausgebauten Geräte wurden jedoch keine sicherheitsrelevanten Mängel festgestellt, so dass auch diese im Netz hätten verbleiben können.

Deutliche Einsparungen

Zwischen allen Beimischphasen erfolgten Stichproben, die durchweg positiv waren. Zudem wiesen alle Geräte während der Beimischphasen weniger Kohlendioxid-Emissionen und auch weniger Kohlenstoff und Stickstoffoxide auf. So werden bei einem Gasgemisch von 20 Prozent Wasserstoff sieben Prozent CO2 eingespart. Durch die Modernisierung eines Heizgerätes mit Brennwerttechnik ist eine Reduktion von etwa 17 Prozent CO2 möglich. Berücksichtigt man beide Faktoren, sind mit 23 Prozent fast ein Viertel an CO2-Einsparungen möglich.

„Besonders stolz macht uns die Tatsache, dass alle betroffenen Haushalte im Untersuchungsgebiet am Projekt teilgenommen haben und wir bei einer abschließenden Kundenumfrage sehr gute Umfrageergebnisse erhielten", freut sich Frank Schwermer. So befürworten nach Abschluss des Projektes mehr als 90 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Einsatz von Wasserstoff im Gasnetz oder haben ihre Vorbehalte abgebaut. ❐

Zwei Solarparks in Altdorf-Rieden fertiggestellt

Gemeinsam für die regionale Energiewende: In Altdorf bei Nürnberg, Stadtteil Rieden, sind zwei neue Solarparks mit einer Gesamtleistung von rund 21 Megawatt peak (MWp) entstanden. Bürgermeister Martin Tabor und Maik Render, Vorstandssprecher der N-ERGIE Aktiengesellschaft in Nürnberg, haben das Projekt nahe der Autobahn A6 vorgestellt.

„Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist, dass weitere erneuerbare Erzeugungsanlagen auch in das Stromnetz einspeisen können, so wie es bei diesen Solarparks der Fall ist", betont Vorstand Maik Render. „Die N-ERGIE ist als kommunales Unternehmen ein verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden und damit der Menschen vor Ort."

Sonnenstrom für rund 6.600 Haushalte

Nördlich des Altdorfer Stadtteils Rieden werden auf zwei Flächen mit insgesamt rund 21 Hektar voraussichtlich pro Jahr rund 23 Millionen Kilowattstunden Ökostrom erzeugt. Dies entspricht dem Strombedarf von rund 6.600 Haushalten. Die N-ERGIE legt auch bei diesem Projekt einen besonderen Fokus auf Ökologie und Artenschutz. Der Solarpark ist naturbelassen angelegt, mit Blühstreifen und Strauchreihen entlang der Fläche. Darüber hinaus können Käfer, Insekten, Vögel und Kleintiere in Stein- und Totholzhaufen ein Zuhause finden.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich an den Anlagen beteiligen. Das Angebot N-ERGIE Bürgersolar richtet sich vorrangig an die Bewohner von Altdorf inklusive aller Stadtteile. ❐

Bürgerbeauftragter MdL Wolfgang Fackler fordert:

Kühler Kopf bei der Wärmewende – mit dem Bürger und mit Augenmaß

Kaum eine politische Richtungsentscheidung hat in den vergangenen Jahren zu einer derartigen Verunsicherung der Bürger geführt wie die von der Bundesregierung eingeleitete Wärmewende. Denn die Bürger wollen wissen, kommt ein Wärmenetz oder wird das Gasnetz dekarbonisiert oder müssen sie sich selbst um die Umrüstung kümmern?

„Wir sollten kühlen Kopf bewahren, denn das generelle Verbot von Öl- und Gasheizungen sowie die direkte Verpflichtung zur Wärmepumpe wurden aufgegeben", erklärt der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Wolfgang Fackler. Er hatte sich dazu mit dem Leiter des Kommunalmanagements der Energie Schwaben, Helmut Kaumeier, ausgetauscht, der ihm die Wasserstoffstrategie des Unternehmens unter dem Motto „sicher, klimaschonend und bezahlbar" vorstellte.

Den Bürger motivieren und begleiten

Einigkeit besteht bei Experten und Politik darüber, dass der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zur CO2-Reduktion ein wichtiger Beitrag ist, um den Klimawandel einzudämmen. „Es gibt aber nicht den einen Weg und mit Verboten und Vorschriften wird es nicht gelingen. Der Bürger darf nicht alleingelassen werden, sondern muss motiviert und begleitet werden. Deshalb braucht es die kommunale Wärmeplanung", so MdL Fackler.

Ähnlich sieht es Energieexperte Kaumeier. Er steht derzeit im regen Austausch mit vielen Kommunen, die ihre Wärmeplanung vorantreiben wollen. „Die unterschiedlichen Ausgangslagen erfordern jeweils eigenständige Lösungen", so Kaumeier. Es sollte auch nichts überstürzt werden, weil beispielsweise für bestehende Gasheizungen bis zum Jahr 2044 kein gesetzlicher Handlungsbedarf besteht.

Wenn eine bestehende Anlage ausgetauscht werden muss, dann rät Kaumeier sogar zum Einbau einer Gas-Brennwertheizung, die später auf 100 Prozent reinen Wasserstoffbetrieb umgestellt werden kann. Diese Anlagen kommen 2024 auf den Markt. „Wir wollen bis 2040 alle Gaskunden mit Wasserstoff oder Biomethan beliefern", verspricht Kaumeier. Das bestehende Gasnetz könne nämlich dafür genutzt werden. In Gemeinden ohne bestehendes Gasnetz könnte sich ein kommunales Wärmenetz eignen. Falls nicht, müsse eine individuelle Lösung gefunden werden, beispielsweise mit Wärmepumpen, Holz, Pellets oder 100 Prozent Bio-Öl.

Kommunen brauchen Planungssicherheit

Eine zentrale Rolle bei der Umsetzung wird im Freistaat neben den Kommunen auch dem federführenden Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zukommen. „Hier fordere ich, dass man bei der Umsetzung der Vorgaben aus Berlin nicht über das Ziel hinausschießt, damit Wort und Tat im Sinne von Pragmatismus übereinstimmen", so Bürgerbeauftragter Wolfgang Fackler. „Denn die Kommunen brauchen Planungssicherheit, wie das vereinfachte Verfahren bei Gemeinden unter 10.000 Einwohnern ausgestaltet ist, welche Energienutzungspläne als Vorarbeit anerkannt werden und wie auf notwendige Daten zurückgegriffen werden kann", fordert Fackler.

Die Institution des Bürgerbeauftragten gibt es in Bayern seit 2018. Der Landtagsabgeordnete Wolfgang Fackler hat das Amt im November 2023 übernommen. Der Bürgerbeauftragte ist Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger; sein Einsatz ist immer kostenfrei. Er setzt sich als Lotse und Vermittler zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Behörden ein und legt dabei großen Wert auf verständliche Kommunikation und ein respektvolles Miteinander. Der Bürgerbeauftragte fungiert als Berater der Bayerischen Staatsregierung. ❐

Umweltminister Glauber:

Keine neue Bürokratie für Kommunen!

Bayern lehnt das vom Bund verabschiedete Klimaanpassungsgesetz ab. Darin werden die Länder beauftragt, eigene Klimaanpassungsstrategien vorzulegen und umzusetzen. „Ein Gesetz, das neue Bürokratie schafft, brauchen wir nicht", teilte Umweltminister Thorsten Glauber in München mit. Der Bund sollte gute Förderprogramme auflegen, statt Druck auf die Kommunen auszuüben. Einer aktuellen Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos zufolge kommen auf Deutschland je nach Ausmaß der Erderwärmung bis zum Jahr 2050 Folgekosten des Klimawandels von bis zu 900 Milliarden Euro zu.

Aus Glaubers Sicht überfrachtet der Bund Länder und Kommunen nicht nur mit Pflichten, er lässt sie finanziell auch im Regen stehen. Dem Gesetz fehle es an Plänen, wie die notwendigen Maßnahmen vor Ort finanziert werden sollen. Statt in die Umsetzung von Maßnahmen soll das knappe Geld nach dem Willen des Bundes in teure Konzepte fließen, die der Bund ebenfalls nicht finanzieren kann. Mit dem verfassungswidrigen Bundeshaushalt der Ampel werde sich die Lage noch verschärfen.

Bayerische Klimaanpassungsstrategie

Um Bayern an die Folgen des Klimawandels anzupassen und die Kommunen auf diesem Weg zu unterstützen, hat der Freistaat Glauber zufolge eine eigene Klimaanpassungsstrategie erstellt. Diese Strategie wird jetzt durch ein neues Monitoring-Werkzeug ergänzt: Ein System mit 27 Indikatoren, das konkrete Daten liefert, wie die Umwelt auf den Klimawandel reagiert und welche Anpassungsmaßnahmen tatsächlich greifen.

Die Indikatoren reichen von den Handlungsfeldern Wasserwirtschaft über Landwirtschaft bis hin zu Stadt- und Raumplanung und zeigen zum einen, welche Aktivitäten zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels bereits ergriffen werden – etwa, dass die Aufwendungen für Hochwasserschutzmaßnahmen im Zeitraum von 1999 bis 2020 von etwa 100 auf über 160 Millionen Euro jährlich gesteigert wurden. Zum anderen wird aufgezeigt, wie die Umwelt bereits auf die Änderungen des Klimas reagiert. Die Indikatoren sind zusammengefasst in einem aktuellen Monitoringbericht. Dieser ist im Internet verfügbar unter https://www.bestellen.bayern.de/shoplink/stmuv_klima_020.htm.

Wiederherstellung von Mooren

Zudem wies der Minister darauf hin, dass Projekte zur Wiederherstellung von Mooren im Freistaat künftig mit bis zu 100 Prozent gefördert werden können. Durch die neue Förderung werde das Tempo bei der Umsetzung nochmals deutlich gesteigert. Als Kohlenstoff-Tresore seien Moore für den Klimaschutz unverzichtbar. Sie hielten das Wasser in der Landschaft zurück und seien ein großartiger Hotspot der Artenvielfalt. Im entwässerten Zustand setzten Moore jedoch schädliches Kohlendioxid in die Atmosphäre frei.

Mit der jetzt in Kraft getretenen Änderung der Fördermöglichkeiten in den Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien wirke das Umweltministerium dieser Entwicklung entgegen. Ziel sei, bis zum Jahr 2040 insgesamt 55.000 Hektar Moorböden in Bayern zu sanieren und wieder zu vernässen. In den vergangenen Jahren konnten bayernweit bereits rund 5.000 Hektar Moorböden wiedervernässt werden. Insgesamt über 4.000 Hektar sind aktuell in der Umsetzung oder geplant.

Daneben werden in der geänderten Richtlinie ab 2024 auch Landschaftspflegeverbände und Naturparke als wesentliche Partner des Naturschutzes noch besser gefördert. So unterstützt das Umweltministerium die knapp 60 Naturpark-Ranger mit künftig 70.000 statt bisher 65.000 Euro pro Jahr und Ranger. Die Zuwendungen können bei den unteren Naturschutzbehörden beantragt werden. Dort können sich auch Kommunen beraten lassen.

Bayerischer Naturschutzfonds

Wie das Umweltministerium weiter mitteilte, wird der Bayerische Naturschutzfonds mit insgesamt rund 17 Millionen Euro acht Naturschutzprojekte im gesamten Freistaat sowie die Gebietsbetreuung fördern.

Insbesondere seien folgende Förderprojekte bewilligt worden:

- Fortsetzung der Gebietsbetreuung Bayern: Durch die im Jahr 2002 etablierte Gebietsbetreuung werden ökologisch besonders wertvolle und sensible Gebiete hauptamtlich betreut. Hauptziel ist, die gebietstypische Artenvielfalt in den betreuten Natur- und Kulturlandschaften zu schützen bzw. wiederherzustellen. Maßnahmenträger der insgesamt 58 Gebietsbetreuungsprojekte inklusive des bayernweiten Bibermanagements sind je nach Projekt zum Beispiel Gebietskörperschaften, Landschaftspflegeverbände, Naturschutzverbände, Naturparke, Naturschutzvereine oder Stiftungen. Der Zuschuss des Naturschutzfonds für die Gebietsbetreuung für die Jahre 2024 bis 2029 beträgt rund 15 Millionen Euro.
- Jahresprogramm für Kleinmaßnahmen aus Zweckerträgen der Glücksspirale 2024: Der Fokus liegt insbesondere auf der Naturschutzforschung sowie praxisbezogenen Planungen und Konzepten sowie dem Aufbau dauerhaft umweltgerechter Nutzungen. Für das Jahr 2024 sind 35 Kleinprojekte vorgesehen. Maßnahmenträger sind der Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN), der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. (LBV) und der Deutsche Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL). Der Zuschuss beträgt 500.000 Euro.
- Aufstockung und Verlängerung BNN-Projekt „Lebensräume auf Kalkstandorten im Landkreis Main-Spessart": Das sehr erfolgreiche Projekt kann weitere drei Jahre fortgesetzt werden. Das Augenmerk liegt auf der Wiederherstellung und dem Erhalt von naturschutzfachlich bedeutsamen Magerstandorten. Seit Projektbeginn konnten 23,5 Hektar naturschutzfachlich wertvolle Flächen in und außerhalb von Schutzgebieten erworben und über 64 Hektar Trittsteine geschaffen und optimiert werden. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband (LPV) Main-Spessart. Der Zuschuss wird um knapp 80.000 Euro aufgestockt.
- Verlängerung und Aufstockung BIODIV-Projekt „Alte Obstsorten in den oberbayerischen Voralpenlandkreisen": Das Projekt wird bis Ende 2024 verlängert. Im Zentrum stehen u.a. die den Obstanbau betreffenden Beschreibungen von Nachzuchtsorten und Pflanzennachlieferungen in der Nachzucht. Maßnahmenträger sind die Trägergemeinschaft der Landkreise Weilheim-Schongau, Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Traunstein, Rosenheim (federführend), der Trägerverein Biosphärenregion Berchtesgadener Land e.V. und der Bezirksverband Oberbayern für Gartenkultur und Landespflege e.V. Der Zuschuss beträgt über 46.000 Euro.
- Verlängerung und Aufstockung des BIODIV-Projekts „Arche Noah Unterallgäu – Verbesserung der Bestandssituation hochgradig bedrohter Arten": Ziel ist die Verbesserung der Lebensräume von sehr seltenen Arten im Landkreis Unterallgäu. Im Mittelpunkt steht die Aufwertung der Lebensraumqualität der Auenzonen. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband Unterallgäu e.V. (LPV) in Kooperation mit dem Bund Naturschutz, Kreisgruppe Memmingen-Unterallgäu, und dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Unterallgäu/Memmingen. Der Zuschuss wird um 106.000 Euro aufgestockt.
- BNN-Projekt „Lebensraumnetz Landkreis Roth": Hier wird das Biotopverbundkonzept umgesetzt, so dass ein Lebensraumnetz im Offenland entstehen kann. Ziel ist es, die vorhandenen naturschutzfachlichen Schwerpunktgebiete im Landkreis über Verbundachsen miteinander zu vernetzen. Hierzu sollen Trittsteine und neue Biotopflächen geschaffen werden. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband (LPV) Mittelfranken. Der Zuschuss beträgt rund 330.000 Euro.
- Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „chance.natur" durch das Bundesamt für Naturschutz; Kofinanzierung des Naturschutzgroßprojekts „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal", Projekt II: Der Bayerische Naturschutzfonds hat bereits die Erstellung des Pflege- und Entwicklungsplans im Projekt I kofinanziert. Im Projekt II wird nun die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen erfolgen. Der Fokus liegt auf der Unterstützung der wiesenbrütenden Vogelarten wie Großer Brachvogel, Kiebitz, Uferschnepfe und Rotschenkel und der Optimierung ihrer Lebensräume im mittelfränkischen Altmühltal. Maßnahmenträger ist die Trägergemeinschaft aus dem Landkreis Ansbach und dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Der Zuschuss beträgt gut 748.000 Euro. **DK**



19. Müller-BBM Fachgespräche am 20./21. März 2024 in München:

Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis

Der Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern von Behörden, Kommunen, Betreibern und Beratern hat sich in der Fachwelt als feste Größe im Bereich Bauleitplanung, Lärmimmissionsschutz und Luftreinhaltung etabliert. Auch 2024 berichten hochkarätige Referentinnen und Referenten aus der Verwaltung, der Industrie und der Beratung im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München von ihrem Arbeitsalltag und über aktuelle Praxisbeispiele. Das Grußwort spricht Andrea Wellhöfer, leitende Baudirektorin und Abteilungsleiterin Luft, Lärm, Anlagensicherheit am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) in Augsburg.

Der Kontakt zu Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Branchen, der Austausch mit Vollzugsbehörden und die Nähe zu Expertinnen und Experten ist wesentlicher Bestandteil dieser Fachtagungsreihe. Bedienstete von Behörden erhalten einen Rabatt von 50 Prozent.

Informationen und Anmeldung unter www.MuellerBBM.de ❐

Jahrestagung in Bad Griesbach:

VBS feierte 50-jähriges Jubiläum

Im Rahmen der Jahrestagung des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. in Bad Griesbach feierte der VBS sein 50-jähriges Bestehen. Zudem diskutieren Experten die zentralen Forderungen des Verbandes zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft.

Die konstituierende Sitzung des „Verband der Bayerischen Städtereinigungsbetriebe e.V. – VBS" fand am 16. Juni 1973 im Münchner Pschorr-Keller statt. Dieser offizielle Name wurde bis zur Umbenennung in den 1990er Jahren beibehalten. Erster Präsident des neuen Verbandes war Rudolf Ernst. Wegen des Eintrags ins Münchner Vereinsregister gilt der 1. Juli 1973 als eigentlicher Gründungstermin des VBS.

Partnerschaft mit den Kommunen

Wie der aktuelle Präsident Stefan Böhme bei der Jahrestagung erläuterte, stehe der VBS heute mit seinen über 250 Mitgliedern für Innovation, Qualitätsstandards, fairen Wettbewerb, Partnerschaft mit den Kommunen und der Wirtschaft sowie für eine mittelständisch und bayerisch geprägte DNA. „Wir kämpfen dafür, dass die Politik Kreislaufwirtschaft als einen entscheidenden Hebel versteht, damit Deutschland ein leistungsstarker Wirtschaftsstandort bleiben und trotzdem ambitionierte Klimaziele erreichen kann."

In Bad Griesbach zeigte sich erneut, wie sehr das Thema Brandgefahr durch falsch entsorgte Lithium-Akkus die Entsorgungsbranche beschäftigt. Die Sachschäden, die falsch entsorgte Batterien und Akkus verursachen, sind schon jetzt gravierend und für die Mitarbeiter der Entsorgungswirtschaft potenziell lebensgefährlich.

Böhme zufolge können Altbatterien giftige Schwermetalle wie Quecksilber, Cadmium und Blei enthalten, in der Mülltonne stellen sie eine Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Besondere Probleme bereiteten den Entsorgern Lithium-Ionen-Akkus, die falsch in Abfalltonnen entsorgt werden: Sie sorgten für eine hohe Brandgefahr in Sammelbehältern, LKW und Sortieranlagen.

Deutschlandweit werden jeden Tag etwa 30 Brände in Recycling- und Sortieranlagen, auf Betriebshöfen oder in Müllfahrzeugen registriert. „Die Brände sind zur regelrechten Plage der Entsorgungswirtschaft in Deutschland geworden", heißt es dazu auf der Seite des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungswirtschaft.

Nach Auffassung des VBS muss der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Sammelquote deutlich erhöht wird. Dem Verbraucher müsse die richtige Entsorgung über entsprechende Batterierücknahme-Systeme beim Handel oder den Wertstoffhöfen der Kommunen erleichtert und besser bekannt gemacht werden. **DK**

Ökodesign-Verordnung:

BDE begrüßt Ausweitung um weitere Kriterien und Produkte

EU-Parlament und Rat legen strengere Nachhaltigkeitsvorschriften vor

Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft sieht in der vorläufigen Einigung zur Ökodesign-Verordnung einen wichtigen Baustein für mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft. Der vorliegende Kompromiss ist laut BDE ein Fortschritt für die Wirtschaft in ganz Europa. Die neue Verordnung betreffe jetzt nicht mehr nur die Energieeffizienz von Elektrogeräten, sondern erstreckt sich auf nahezu alle Produktgruppen und deren nachhaltiger Produktion, heißt es in einer Mitteilung des Verbandes.

Europäisches Parlament und EU-Rat hatten sich bei ihren interinstitutionellen Trilogverhandlungen auf die Vorlage verständigt. Die Revision bestimmt nun unter anderem, dass zukünftig alle Waren langlebiger, reparierbar, sowie recyclebar sein müssen. Lediglich Lebens- und Futtermittel, Medizinprodukte, Kraftfahrzeuge sowie Produkte, die der nationalen Sicherheit oder der Verteidigung dienen, sind ausgenommen.

Zur Ausgestaltung der Ökodesignanforderungen wird die Kommission in den kommenden Monaten nach und nach delegierte Rechtsakte für die individuellen Produktgruppen initiieren, in denen die genauen Designkriterien aufgeschlüsselt werden sollen. In ihren Verhandlungen hatten sich Parlament und Rat auf eine Liste von Produkten geeinigt, für die die Kommission prioritär Ökodesignanforderungen festlegen soll. Dazu zählen Eisen, Stahl, Aluminium, Textilien (insbesondere Bekleidung und Schuhe), Möbel, Reifen, Waschmittel, Farben, Schmiermittel und Chemikalien.

Digitaler Produktpass

Zudem trifft die Verordnung auch Festlegungen zur Einführung eines digitalen Produktpasses. Dafür ist eine Sammlung relevanter Produktinformationen vorgesehen, die Auskünfte zur Nachhaltigkeit, aber auch Reparier- und Recycelbarkeit von Produkten enthalten sollen. Der Produktpass soll künftig für alle sichtbar an den Produkten oder ihren Verpackungen angebracht sein. Rat und Parlament haben sich außerdem darauf geeinigt, zusätzlich öffentliches Webportal einzurichten, das es den Verbrauchern ermöglicht, die in den Pässen enthaltenen Informationen zu suchen und zu vergleichen.

Kritik an geplantem Warenvernichtungsverbot

Kritik übt der BDE an der mit der Revision der Verordnung geplanten Einführung eines Warenvernichtungsverbots. So ist ein konkretes Vernichtungsverbot von unverkauften Textilien und Schuhen vorgesehen, das zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung gelten soll. Zudem kann die Kommission nach eigenem Ermessen das Verbot auf andere Produktgruppen durch delegierte Rechtsakte erweitern. Allerdings nimmt der Kompromiss Kleinstunternehmen generell, sowie kleine und mittlere Unternehmen für die ersten sechs Jahre vom Warenvernichtungsverbot aus. Der BDE sieht hier die Gefahr einer Verantwortungsverschiebung vom Produzenten zum Entsorger, indem diesem die entsprechenden Waren zur weiteren „Verwendung" überlassen werden. ❐

Klimaschutzprojekte gesucht

Die Vorschlagsrunde für den vierten Bayerischen Klimaschutzpreis ist gestartet. Projekte können bis einschließlich 28. Februar 2024 eingereicht werden.

Der Bayerische Klimaschutzpreis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Der Betrag kann auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden. Neben dem Preisgeld wird ein Imagefilm über die ausgezeichnete Initiative gedreht, den die Preisträger für sich nutzen können.

Vorgeschlagen werden können sowohl Privatpersonen und private Initiativen als auch Vereine, Verbände, Kommunen und Unternehmen mit Bezug zu Bayern. Entweder haben die Vorgeschlagenen ihren dauerhaften Hauptwohnsitz oder Firmensitz im Freistaat oder sie engagieren sich in Bayern für den Klimaschutz oder die Klimaanpassung. Die Initiative sollte bereits laufen und sichtbare Ergebnisse zeigen oder – wenn sie bereits abgeschlossen ist – in die Gegenwart wirken.

Eine unabhängige Jury ermittelt die Preisträger des Wettbewerbs, der von der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) organisiert wird. ❐

Zukunft des Wertstoffmanagements

Fachkonferenz Verpackungsrecycling von bvse, AGVU und BDE in Berlin

Die Grenzen und Potenziale von Ökobilanzierungen sowie Faktoren für erfolgreiche Erfassung und Sortierung standen unter anderem im Mittelpunkt einer Fachkonferenz von bvse, AGVU und BDE in Berlin unter dem Motto „Kreislauffähigkeit, Sekundärrohstoffeinsatz und die Zukunft des Wertstoffmanagements". Dabei wurde deutlich, dass zur Qualitätssteigerung ökonomische Anreize entlang der gesamten Wertschöpfungskette gesetzt werden müssen.

Aufgrund der Explosion von Energie- und Lohnkosten, Fachkräftemangel und massiven Absatzproblemen im mechanischen Kunststoffrecycling ist die Branche in Bedrängnis. „Ich kann mich nicht erinnern, dass die Lage jemals so prekär war, wie in den letzten Wochen und Monaten", betonte bvse-Vizepräsident Dr. Herbert Snell.

Skeptische Branche

In einer Umfrage unter den im bvse organisierten Kunststoffrecyclingunternehmen gaben 30 Prozent an, dass sie ihre wirtschaftliche Situation als mangelhaft oder ungenügend einschätzen. Auch das Jahr 2024 lässt Snell zufolge nichts Gutes erwarten, gingen doch 25 Prozent der Unternehmen von keiner Verbesserung ihrer Situation aus. Diese Entwicklung komme nicht von ungefähr, so Snell. Die hohen Energiekosten sowie die Rezession und die damit verbundene Konsumzurückhaltung in Deutschland träfen die Recyclingbranche in starkem Maße.

Mit dem Rücken zur Wand

Snell zufolge „kämpfen wir auf der Absatzseite mit dem Problem, dass die Absatzpreise für Rezyklate massiv eingebrochen sind". Auf die Frage, wann die Kunststoffrecycler damit rechnen, dass sich der Rezyklat-Absatz wieder bessert, hätten 37 Prozent geantwortet, dass sie 2024 keine Besserung erwarten.

„Das zeigt: Die Branche steht mit dem Rücken zur Wand. Der dauerhafte wirtschaftliche Betrieb der Recyclinganlagen ist kaum noch möglich. Wir sehen eine bedrohliche Situation, die das gesamte Recycling gefährdet", warnte der bvse-Vizepräsident.

Strukturelles Problem

Entscheidend für die prekäre Situation ist laut Herbert Snell jedoch ein strukturelles Problem, das angepackt werden muss. Die Jahre 2021 und 2022 hätten gezeigt, dass es nicht an der Qualität oder Verfügbarkeit von Rezyklaten liegen kann, denn in diesen Jahren konnten die Kunststoffverarbeiter alles gebrauchen und einsetzen. Die jahrelangen Beschwerden über die Qualität verstummten. Offensichtlich liege das strukturelle Problem darin, dass Rezyklate nicht eingesetzt werden, wenn Neuware preisgünstiger ist.

Allein im zweiten Quartal dieses Jahres sei die Menge der in die EU eingeführten PETs gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent gestiegen, weil PET-Neuware aus dem Ausland billiger ist. Dies habe damit zu tun, dass der klimaschädliche CO2-Rucksack, der bei der Produktion von Kunststoffneuware entsteht, bei der Preisbildung völlig außen vor bleibt – erst recht bei der importierten Neuware, machte Herbert Snell deutlich.

Im Verhältnis zur Neuware sei der CO2-Rucksack von Rezyklaten um 1,5 bis 3,2 Tonnen leichter pro Tonne Kunststoff, d.h. für die Herstellung von Rezyklaten werde nur die Hälfte an Energie genutzt wie für Neuware. Würde diese positive Klimabilanz eingerechnet werden, könnte eine Parität zwischen Rezyklaten und aus fossilen Rohstoffen gewonnenen Kunststoffen hergestellt werden. „Wir sind uns deshalb mit vielen Akteuren einig, dass eine angemessene CO2-Bepreisung als wirksames marktwirtschaftliches Instrument das dringend benötigte Level-Playing Field schaffen kann", machte der Vizepräsident deutlich und ergänzte: „Wenn mehr Rezyklate und weniger Kunststoffneuware eingesetzt werden, reduzieren sich die CO2-Emissionen. Wer darauf aus Kostengründen verzichtet, darf nicht belohnt, sondern muss mit einem deutlichen Preisaufschlag sanktioniert werden."

Anreize setzen

Letztlich sei der Gesetzgeber aufgefordert, das Ziel einer echten Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe beizubehalten, ohne die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Märkte zu gefährden. Es sei erforderlich, die notwendigen Anreize zu setzen, die auf die gesamte Wertschöpfungskette abzielen, um Investitionen in Recyclingkapazitäten und technologische Entwicklungen voranzutreiben. Zu diesem Zweck müssten die Stärkung der Recycling- und Rezyklateinsatzziele, die Förderung von Design-for-Recycling und die Bewältigung verbleibender Herausforderungen in der Abfallwirtschaft, z. B. die Qualität der dem Recycling zur Verfügung gestellten Rohstoffe, wie etwa aus den dualen Systemen, ganz oben auf der politischen Agenda stehen.

Großes Engagement

Trotz herausfordernder Rahmenbedingungen zeigt die Recyclingbranche laut vbs-Präsident Stefan Böhme viel Engagement, die Kreislaufwirtschaft voranzubringen. Um hochwertiges mechanisches Recycling betreiben zu können, bedürfe es einer qualitativ hochwertigen Erfassung, zu der auch die Vermeidung von Fehlbefüllungen zählt. Dies gelinge nur in einer engen Zusammenarbeit zwischen Entsorgern, Kommunen und dualen Systemen, aber auch Hausverwaltungen. Böhme forderte deshalb die Priorisierung einer qualitativ hochwertigen Erfassung vor den Quantitäten in den Ausschreibungsführerverträgen der dualen Systeme. **DK**

Aktuelle Recyclingbilanz:

Erfolge, Verfehlungen und Herausforderungen

Pressekonferenz von Umweltbundesamt und Zentrale Stelle Verpackungsregister

Immer mehr Verpackungen sind hochgradig recyclingfähig, die gesetzlichen Recyclingziele werden von den dualen Systemen überwiegend erreicht. Im Jahr 2022 kam es aber auch zu gravierenden Verfehlungen der gesetzlichen Quotenvorgaben. Was es noch braucht, welche Herausforderungen bestehen und wie diese zu meistern sind, haben die Zentrale Stelle Verpackungsregister (ZSVR) und das Umweltbundesamt (UBA) nach fünf Jahren Verpackungsgesetz auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin erläutert.

Im Jahr 2022 haben die dualen Systeme im Durchschnitt die sehr anspruchsvollen gesetzlichen Ziele für das Recycling von Verpackungen aus Papier/Pappe/Kartonagen, Weißblech, Aluminium und Kunststoff erreicht und teilweise sogar deutlich überschritten. Damit werden weiterhin erhebliche Mengen dieser Materialien einem Recycling zugeführt. So lag bei Kunststoffverpackungen die tatsächlich erreichte Zuführungsquote zur werkstofflichen Verwertung bei 67,5 Prozent und damit 4,5 Prozentpunkte über dem gesetzlich vorgegebenen Mindestanteil – vier Jahre zuvor waren es noch weit unter 50 Prozent.

Mülltrennung lohnt sich

Im Durchschnitt aller dualer Systeme wurden die gesetzlichen Recyclingvorgaben für Glasverpackungen, Getränkekartons und sonstige Verbundverpackungen teilweise deutlich verfehlt. Dennoch werden weiterhin über 50 Prozent der in der gelben Tonne gesammelten Abfälle einem Recycling zugeführt. Dazu sagt Bettina Rechenberg, Fachbereichsleiterin beim UBA: „Es stimmt weiterhin: Mülltrennung lohnt sich! Wir sind erfreut über die guten Recyclingerfolge der dualen Systeme insbesondere bei Metall- und Kunststoffverpackungen. Große Sorgen bereiten uns aktuell vor allem die sonstigen Verbundverpackungen und die unzureichenden Sammelmengen bei Glasverpackungen. Verbraucherinnen und Verbraucher bringen leider noch zu wenig Altglas in die dafür vorgesehenen Sammelcontainer."

Laut einer Studie des UBA sind Glasverpackungen in aller Regel hochgradig recyclingfähig, sofern es sich nicht um seltene Sondergestaltungen z. B. mit lichtundurchlässigen Lackierungen handelt. Sie können in der Regel eingeschmolzen und für neue Glasverpackungen verwendet werden – und das immer wieder. Allerdings hilft die beste Verpackungsgestaltung nichts, wenn die leeren Glasverpackungen nach dem Gebrauch im Restmüll entsorgt werden. Nur im Glascontainer können sie – nach Farben sortiert – wieder recycelt werden. Allerdings sinken die Sammelmengen, unter anderem, weil zu wenig auf die Wichtigkeit der Mülltrennung hingewiesen wird und es immer weniger Stellplätze für Glascontainer gibt. In der Folge werden in den Recyclinganlagen geringere Mengen verwertet, das wertvolle Altglas geht verloren. Im Vergleich zum Vorjahr ist die erreichte Recyclingzuführungsquote bei Glas um 3,4 Prozentpunkte gesunken, obwohl das Verpackungsgesetz eine deutliche Steigerung erfordert.

Sorgenkind Verbundverpackungen?

Sonstige Verbundverpackungen sind oft nicht gut zu recyceln, wie eine Studie des UBA zeigt. Fast jede zweite Verpackung, deren Recyclingfähigkeit unter 90 Prozent liegt, ist eine Verbundverpackung. Es gibt zugleich Defizite bei der Recyclinginfrastruktur: Bei Getränkekartonverpackungen und sonstigen Verbundverpackungen ist ein größerer Teil der Verwertungskapazitäten im Jahr 2022 wegen der hohen Energiepreise weggefallen. Dies entbindet die Hersteller jedoch nicht von der Produktverantwortung und die dualen Systeme nicht davon, die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Gegebenenfalls müssen den vorhandenen Anlagen auskömmliche Preise gezahlt werden oder es müssen Recyclingkapazitäten neu geschaffen werden. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

Es gibt aber auch eine positive Entwicklung bei der Recyclingtechnik für die Getränkekartonverpackungen: Neuerdings können nicht nur die Papierfasern, sondern auch die Kunststoff- und Aluminiumschichten aus Getränkekartons einem Recycling zugeführt werden. Getränkekartons können durch diese neuen Technologien eine Recyclingfähigkeit von über 90 Prozent erreichen. Jetzt müssen noch die Kapazitäten erhöht und auch tatsächlich genutzt werden.

Recyclinggerechtes Design: Lösung für die meisten Verpackungen vorhanden

Eine gute Recyclingfähigkeit einer Verpackung ist Voraussetzung für ein hochwertiges Recycling. Die ZSVR veröffentlicht im Einvernehmen mit dem UBA jährlich einen aktualisierten Mindeststandard zur Bemessung der Recyclingfähigkeit von Verpackungen, die typischerweise bei privaten Endverbrauchern als Abfall anfallen. Dieser trägt Verpackungstrends und neuen Anlagentechnologien Rechnung.

ZSVR-Vorstand Gunda Rachut zeigt sich zufrieden: „Wir haben bereits erhebliche Meilensteine auf dem Weg zum hochwertigen Recycling erreicht. Kreislauffähige Lösungen existieren für den Großteil der Verpackungen auf dem Markt. In einigen Bereichen setzen sich die Beteiligten auch entschieden für die Entwicklung von Anlagentechnologien und -kapazitäten ein. Um Ressourcen zu schonen, sind effiziente Kreisläufe unerlässlich."

Ganz oder gar nicht recyclingfähig – Diskrepanz trotz eindeutiger Vorgaben

Immer noch am Markt zu sehen sind Verpackungen, deren Material oder Gestaltung ein Recycling nicht ermöglichen. ZSVR-Vorstand Gunda Rachut erklärt: „Auffällig ist die große Lücke zwischen den hochgradig recyclingfähigen Verpackungen und weiteren Verpackungen – diese sind entweder geringgradig oder gar nicht recyclingfähig. Seit 2018 ist transparent erkennbar, welche Verpackungslösungen nicht hochwertig recycelt werden können. Für diese Verpackungen gibt es ausreichend Alternativen. Warum diese nicht genutzt werden, ist unklar."

Besonders problematisch

Die Gruppe der von den Systemen gesammelten Verpackungen, für die es keine Quotenvorgabe gibt, zum Beispiel Verpackungen aus Bambus, Holz, Jute, Keramik oder Kork, werden in der Praxis nicht recycelt. Sie sind somit besonders problematisch. ❐

Für Klima und Geldbörse

Bayreuther Seniorenheime zeigen, wie die Verschwendung von Lebensmitteln erfolgreich vermieden werden kann

Zwei Bayreuther Seniorenheime haben im Rahmen eines Modellprojektes der Stadt Bayreuth gegen Lebensmittelverschwendung ein professionelles Abfallcoaching bekommen – und das mit großem Erfolg. Durch die Minimierung der Lebensmittelabfälle konnten nicht nur Ressourcen wie Energie, Wasser und Lebensmittel eingespart werden. Vielmehr hat es auch wirtschaftliche Vorteile, Essensreste so gering wie möglich zu halten.

Welche Chancen bietet die Minimierung von Lebensmittelabfällen für soziale Einrichtungen? Wie können sie sich nicht nur nachhaltig ausrichten, sondern dabei auch noch Geld sparen? Diesen Fragen widmete sich jetzt ein Kooperationsprojekt der Klimaschutzmanagements von Stadt und Landkreis Bayreuth. Zwei Bayreuther Seniorenheime nutzten dabei die Chance, sich als Einrichtungen mit Vorbildfunktion zu engagieren und Speiseabfälle einzusparen.

Globale Herausforderung

Lebensmittelverschwendung ist eine globale Herausforderung. Jährlich landen Tonnen von Lebensmitteln auf dem Müll, während gleichzeitig Millionen von Menschen weltweit Hunger leiden. „Diese Diskrepanz ist sowohl ethisch als auch ökologisch bedenklich. Denn die Produktion und Entsorgung von Lebensmitteln verursacht auch einen erheblichen Ausstoß von Treibhausgasen und belastet damit Umwelt und Klima", erklärte Bayreuths 2. Bürgermeister Dr. Andreas Zippel, der den Projektabschluss begleitete.

Dieses Problembewusstsein zu vermitteln und damit verbunden Abfälle und Kosten einsparen – das haben sich zwei Bayreuther Seniorenheime auf die Fahnen geschrieben. Mit dabei im Projekt ist das Caritas-Alten- und Pflegeheim St. Martin sowie das Mühlhofer Stift, die beide ein professionelles Abfall-Coaching durch den Lebensmittelgroßhändler Transgourmet Deutschland GmbH & Co. OHG erhielten.

Im Rahmen des Projekts wurden gezielt Maßnahmen zur Reduzierung von Speiseresteabfällen entwickelt, die eine Vielzahl von Aspekten umfassen: sei es die Anpassung der Portionsgrößen an den Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner oder die Optimierung von Abläufen in der Küche. Nach Analyse des Status quo wurden so Strategien ermittelt und umgesetzt, die das Ziel verfolgen, aufkommende Lebensmittelabfälle zu minimieren.

Die Ergebnisse zeigen: Die kritische Betrachtung von Lebensmittelabfällen birgt ein enormes Potential, um sich nicht nur nachhaltig aufzustellen, sondern auch die Qualität und Quantität der Lebensmittel zu verbessern und gleichzeitig Kosten einzusparen. ❐



Verena Schusser begleitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für Forschung, Entwicklung und Transfer das Projekt ROcycleTH. Bild: Adrian Krey

Technische Hochschule Rosenheim:

Projektstart für Kreislauf-Wirtschaft von Kunststoffen

Plastikmüll reduzieren, Treibhausgas einsparen und Nachhaltigkeit fördern: Mit dem auf drei Jahre vom Bund geförderten Projekt „ROcycleTH" baut die TH Rosenheim eine interne Kreislaufwirtschaft mit einem Recyclingcenter für Kunststoffe auf. Die Hochschule möchte damit beispielhaft vorangehen und die gewonnenen Erkenntnisse an andere Bildungseinrichtungen sowie an Unternehmen weitergeben.

Im Rahmen des Studiengangs Kunststofftechnik führen die Studierenden zahlreiche Praktika durch, in denen sie die verschiedenen Verfahren der Kunststoffverarbeitung kennenlernen und selbst ausprobieren dürfen. Dabei und bei Forschungsarbeiten fallen jährlich rund zehn Tonnen Kunststoffabfälle an der Hochschule an. Gerade bei einer Bildungseinrichtung, die auch auf dem Gebiet des Recyclings lehrt und forscht, ist die praktische Umsetzung des Recyclings vor Ort von großer Bedeutung.

Bei ROcycleTH werden die im Studiengang Kunststofftechnik verwendeten Kunststoffe in mehreren Lebenszyklen wiederverwendet und schließlich final zu Transportboxen beim Projektpartner Auer GmbH in Amerang verarbeitet. Bei der Entwicklung des Projekts werden alle Fachbereiche der Kunststofftechnik an der TH Rosenheim und Unternehmen aus der Region Rosenheim eingebunden. So soll eine ganzheitliche Lösung auch für die industrielle Anwendung erreicht werden. Ein Projektmonitoring stellt sicher, dass die gewonnenen Erkenntnisse auch außerhalb der Hochschule anwendbar sind.

„Während der Projektlaufzeit sollen an der TH Rosenheim etwa 90 Tonnen CO2 eingespart werden. Durch die Weitergabe unserer Erkenntnisse könnten nach zehn Jahren bei Firmen in Südostoberbayern sowie an Hochschulen und Universitäten deutschlandweit mehr als 90.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid-Einsparung erreicht werden", sagt Projektleiterin Professorin Nicole Strübbe von der Fakultät für Ingenieurwissenschaften. Projektträger ist die Zukunft-Umwelt-Gesellschaft gGmbH, Fördermittel kommen aus der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. ❐

Studie zur Kreislaufwirtschaft in München

München verbraucht viermal mehr Ressourcen, als nachhaltig zur Verfügung stehen

Die Bewohnerinnen und Bewohner von München verbrauchen im Durchschnitt 32 Tonnen Rohstoffe pro Person und Jahr. Das sind elf Tonnen mehr als der deutsche Durchschnitt und das Vierfache des geschätzten „nachhaltigen" Niveaus von acht Tonnen pro Jahr.* Dies sind einige der wichtigsten Ergebnisse des Circularity Gap Report Munich, der ersten Studie zur Messung der Kreislaufwirtschaft in einer Stadt, die u.a. den Materialverbrauch, den Materialkreislauf und den verbrauchsbasierten Treibhausgas-Fußabdruck Münchens untersucht. Dabei ließe sich etwa der Materialverbrauch durch Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft um 43 Prozent senken. Der Report wurde von CIRCULAR REPUBLIC, einer Initiative des Innovations- und Gründungszentrums UnternehmerTUM, initiiert.

Die Studie zeigt, dass München fast vollständig auf Importe angewiesen ist, um ihren Bedarf nach Rohstoffen zu decken. Wie viele andere Großstädte auch, bezieht die Stadt 48 Prozent ihrer Materialien aus Deutschland, 16 Prozent aus Europa und 36 Prozent von außerhalb Europas. Die Umweltbelastungen, die aus Gewinnung, Verarbeitung und dem Transport der lokal in München verbrauchten Ressourcen resultieren, sind entsprechend auch andernorts auf der Welt spürbar.

Hohe Treibhausgas-Bilanz für reiche Städte charakteristisch

Münchnerinnen und Münchner sind durchschnittlich für 23 Tonnen verbrauchsbedingte Treibhausgas-Emissionen pro Jahr verantwortlich. Das sind fast zwei Drittel mehr als der deutsche Durchschnitt und fast das 2,5-fache des Fußabdrucks eines durchschnittlichen EU-Bürgers. Ein so hoher Treibhausgas-Fußabdruck hängt mit dem übermäßigen Verbrauch von Rohstoffen zusammen, der für wohlhabende Städte wie München charakteristisch ist. Die Stadt ist beispielsweise für ihre robuste Fertigungsindustrie und einen boomenden Dienstleistungssektor bekannt. Beide Branchen tragen zu einem hohen Materialverbrauch und folglich zu Treibhausgas-Emissionen bei. Eine Dienstleistungswirtschaft ermöglicht zwar eine Entkopplung der Wertschöpfung von der Verwendung von Rohstoffen, treibt aber dennoch den Materialverbrauch an, indem sie die notwendige Infrastruktur durch den Bau, die Nutzung und die Beheizung von Gebäuden aufbaut - Aktivitäten, die große Mengen an Material und Energie erfordern.

Nur 2,4 Prozent des verbrauchten Materials sind nachhaltig

Der Bericht schätzt, dass von allen Materialien, die von der lokalen Wirtschaft jährlich verbraucht werden, 2,4 Prozent recycelte Materialien sind, was im Vergleich zum weltweiten Durchschnitt (7,2 Prozent) niedrig ist. Um diese und andere Schlüsselindikatoren für die Kreislaufwirtschaft zu verbessern, wird München empfohlen, Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft in Bereichen wie Bauwesen, Produktion, Verkehr, Lebensmittel und individuellem Lebensstil zu fördern. Eine effektive Kreislaufwirtschaft kann dazu beitragen, die hohe Lebensqualität Münchens zu erhalten und gleichzeitig Klimawandel, Abholzung und Verlust der biologischen Vielfalt deutlich zu reduzieren.

Wirkungsvolle Maßnahmen

In wachsenden Städten wie München trägt der Bausektor mit einem Anteil von 21 Prozent am jährlichen Materialverbrauch am stärksten zum Gesamtverbrauch und zum Treibhausgas-Fußabdruck bei. Daher sind Maßnahmen, die diesen Sektor in den Fokus rücken, äußerst wirkungsvoll. Eine Möglichkeit wäre, die Zersiedelung der Landschaft zu begrenzen und stattdessen den Erhalt und die Wiederverwendung bestehender Gebäude zu fördern. Speziell die Förderung der Kreislaufwirtschaft in der Produktion könnte ebenfalls erhebliche Vorteile bringen.

Gleichzeitig hängt viel von den Münchnern ab: Indem sie ihren individuellen Lebensstil anpassen und weniger neue Gegenstände erwerben, diese dafür aber länger behalten, könnte der Materialverbrauch in der Stadt um etwa 10 Prozent reduziert werden. Gleichzeitig könnten lokale Hersteller die Kreislaufwirtschaft vorantreiben, indem sie Produkte entwickeln, die leicht repariert und recycelt werden können. Die Umsetzung aller im Bericht genannten Empfehlungen könnte den Materialverbrauch in München um 43 Prozent senken und den Treibhausgas-Fußabdruck um 22 Prozent reduzieren.

Dr. Susanne Kadner, Co-Founder und Head of Ecosystem von CIRCULAR REPUBLIC sagt: "Die alarmierenden Ergebnisse des Reports zeigen uns die Dringlichkeit auf, die Themen Materialverbrauch und Treibhausgas-Emissionen gemeinsam zu adressieren - auch auf Stadtebene. Wir freuen uns darauf, nun mit den Erkenntnissen mit den relevanten Akteuren in den Austausch zu gehen und darüber nachzudenken, wie die Kreislaufwirtschaft in München gestärkt werden kann."

Der Circularity Gap Report Munich wurde von CIRCULAR REPUBLIC initiiert, mit Circle Economy erarbeitet und im Rahmen des CIRCULAR REPUBLIC FESTIVALS in München veröffentlicht. Der Report verwendet einen konsumbasierten Ansatz zur Berechnung von Emissionen, unabhängig von deren Entstehungsort. In Deutschland wird üblicherweise die gebietsbezogene Methodik des BISKO-Standards verwendet, um Treibhausgasbilanzen auf kommunaler Ebene zu erstellen. Daher sollte die Treibhausgasbilanz der Stadt München nach dem BISKO-Standard nicht direkt mit den Ergebnissen dieser Studie verglichen werden.

* Ein Schwellenwert, der vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und dem International Resource Panel festgelegt wurde, um einen sicheren Lebensraum auf der Erde zu erhalten. Der vollständige Circularity Gap Report Munich ist hier zu finden: https://www.circularity-gap.world/munich

Die Circular Economy ist Basis für ein prosperierendes, resilientes und nachhaltiges Wirtschaften. Als Teil von UnternehmerTUM, Europas größtem Zentrum für Innovation und Gründung, befähigt CIRCULAR REPUBLIC Unternehmen und Start-ups dazu, Innovationen der Kreislaufwirtschaft zu verwirklichen und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Als Plattform vernetzt die Initiative relevante Akteurinnen und Akteure und will so systemverändernde Impulse entlang der gesamten Wertschöpfungskette setzen. ❐



V.l.: BioIN GmbH Geschäftsführer Peter Meißner, KEI-Vorstand Arthur Kraus sowie die beiden KEI-Verwaltungsräte Andreas Herrschmann und Reinhard Heinrich. Bild: KEI

Hepberg im Landkreis Pfaffenhofen:

KEI-Verwaltungsrat besichtigt Biomüllvergärungsanlage

Zur weiteren Nutzbarmachung der gesammelten Biomüllmengen aus dem Landkreis Pfaffenhofen hat der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens Energie und Infrastruktur (KEI) die BioIN GmbH in Hepberg besucht.

Die BioIN GmbH betreibt am Standort Hepberg eine Biomüllvergärungsanlage des Herstellers Kompogas. „Die Besonderheit der Anlage besteht darin, dass sie auch in der Lage ist, Speisereste und industrielle Bioabfallstoffe zu vergären", so KEI-Vorstand Arthur Kraus. Im weiteren Produktionsprozess fallen neben dem über Vergärung gewonnen Biogas auch flüssige und feste Gärreste an, die überwiegend als natürliche Dünger über die landwirtschaftliche Ausbringung wieder dem natürlichen Stoffkreislauf zugeführt werden. Das Biogas wird verstromt und über die Netzeinspeisung dem Markt angeboten. Die Anlage versorgt sich energetisch weitestgehend selbst. Es werden auch CO2 Gutschriften erwirtschaftet.

Der Geschäftsführer der BioIN GmbH Peter Meißner erläuterte auf seiner Führung alle Phasen des Produktionsprozesses und stellte heraus, dass sich die Anlage rentabel betreiben lässt.

„Ziel des Besuchs in Hepberg war es, dass sich die Mitglieder des Verwaltungsrats einen ersten Eindruck vor Ort über eine solche Anlage verschaffen. Wir müssen jetzt dann gemeinsam weiter überlegen, ob für den Landkreis Pfaffenhofen ein derartiges Konzept für die Verwertung des Biomülls in Frage kommt", so Landrat Albert Gürtner, der bei dem Termin kurzfristig nicht dabei sein konnte. ❐

LENK:

Zweites Netzwerktreffen in Regensburg

Nach dem erfolgreichen Auftakt im vergangenen Jahr, lud die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im November 2023 erneut alle bayerischen Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager zu einem großen Netzwerktreffen ins Marinaforum in Regensburg ein. Unter dem Motto „Von der KOMMUNity für die KOMMUNity" erwartete die rund 170 Teilnehmenden ein Tag mit spannenden Vorträgen aus den eigenen Reihen, Workshops und Vernetzungsmöglichkeiten.

Die LENK KOMMUNity ist ein Veranstaltungsangebot der Landesagentur, das sich aus regelmäßigen Online-Fachvorträgen und jährlich stattfindenden Netzwerktreffen für unterschiedliche Zielgruppen zusammensetzt. Nachdem der Fokus im vergangenen Jahr auf dem Netzwerkaufbau und dem Austausch mit weiteren Akteuren aus dem Bereich Energiewende und Klimaschutz lag, konzentrierte sich das Programm dieses Jahr auf die Interaktion und den Wissensaustausch innerhalb der Gruppe. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten konnten die Klimaschutzmanagerinnen und -manager ihre alltagsrelevanten Themen in verschiedenen Formaten behandeln.

Impulsvorträge und Workshops

„Wir wollen ein Bewusstsein für das bestehende Wissen und die Erfahrung innerhalb der KOMMUNity schaffen und die Möglichkeit bieten, voneinander zu lernen", so Diana Gäntzle, stellvertretende Leiterin der LENK. Die passenden Erfahrungsberichte steuerten Impulsvorträge von drei Klimaschutzmanagern zu Beginn der Veranstaltung bei.

Workshops zu Themen wie „Klimakommunikation" oder „Stakeholdermanagement" boten zudem die Möglichkeit, gemeinsam mit Expertinnen und Experten anhand realer Szenarien einzelner Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager für den Beruf wichtige soziale Kompetenzen zu erarbeiten.

Thomas Leineweber, Leiter des Klimateams an der LENK und früher selbst Klimaschutzmanager, stellt heraus, wie wichtig es ist, zu verstehen, dass man kein Einzelkämpfer ist. Die LENK KOMMUNity biete dafür die passende Plattform. „Hier können sich die Teilnehmenden als Gemeinschaft verstehen und die eigenen Erfolge und Lösungsansätze aber auch Misserfolge und Schwierigkeiten mit den Kolleginnen und Kollegen teilen, um im Gegenzug von deren Wissen zu profitieren.", so Leineweber.

Zusammen fanden die Klimaschutzmanager zahlreiche Lösungsansätze und Tipps, die ihren Arbeitsalltag künftig erleichtern. ❐

Fachtagung beim UBA:

Gesunde Böden sichern Lebensgrundlagen

Unter dem Motto „Bodengesundheit – Wo stehen wir, reicht der Therapieansatz aus?" fand in Berlin eine Tagung der Kommission Bodenschutz (KBU) beim Umweltbundesamt (UBA) statt. Die über 150 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung und Forschung schauten in den Boden unter ihren Füßen und warfen einen Blick in seine Patientenakte. Ihre Diagnose zeigt einen Weg zur Bodengesundheit auf.

Gesunde Böden erreichen wir durch einen effektiven und integrierten Bodenschutz. Dazu betonte Bundesumweltministerin Steffi Lemke: „Bisher ging es beim Bodenschutz insbesondere um die Gefahrenabwehr und die Sanierung kontaminierter Böden. Aber ähnlich wie bei der Gesundheit von Menschen ist es absolut überfällig, auch bei Böden den Vorsorgegedanken zu stärken. Schädigungen des Bodens sollten möglichst gar nicht erst passieren."

Boden als ökologisches Netzwerk

„Wir müssen den Boden als ökologisches Netzwerk begreifen", ergänzt Dirk Messner, Präsident des UBA. „Ein gesunder Boden speichert und filtert unser Wasser für die Trinkwasserversorgung, schützt uns vor Hochwasser, stellt Nährstoffe bereit und lässt Nahrungsmittel wachsen. Er ist auch ein nachhaltiger CO2-Speicher, was im Kampf gegen den Klimawandel mehr Aufmerksamkeit verdient."

Bessere Anpassung an den Klimawandel

Bewusst werden die wichtigen Funktionen eines gesunden Bodens besonders dann, wenn der Boden kränkelt. Bodenverdichtung, Erosion und der Verlust an organischer Substanz sind die „Infekte" des Bodens. Gesunde Böden ermöglichen eine bessere Anpassung an den Klimawandel, schützen die Biodiversität, und sichern eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion. Der Verlust der Bodengesundheit ist gleichbedeutend mit dem Verlust einer unserer Lebensgrundlagen und ist damit für jeden Menschen relevant.

Nächste Schritte

Die Teilnehmer diskutierten nächste Schritte zu gesunden Böden in Deutschland und in der EU – mit besonderem Augenmerk auf den Entwurf einer EU-Richtlinie zur Bodenüberwachung mit Instrumenten für eine stärkere Bodenresilienz.

Mit den seit mehr als 15 Jahren durchgeführten Veranstaltungen zum Weltbodentag will die KBU die Öffentlichkeit auf die große Bedeutung der begrenzten Ressource Boden für unser Leben aufmerksam machen und die Politik mit Lösungsansätzen und wichtigen Botschaften unterstützen. ❐

Nachhaltige Bauindustrie:

BDE begrüßt EU-Bauprodukteverordnung

Neue Regelungen fördern umweltfreundliche Beschaffung

Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft hat die neue EU-Bauprodukte-Verordnung im Grundsatz als wichtigen Schritt für die Kreislaufwirtschaft begrüßt. Zugleich fordert der Verband, geplante Ausnahmeregelungen möglichst streng zu begrenzen.

„Das jetzt vorliegende Regelwerk ist eine wichtige Überholung der bestehenden Vorgaben. Es fördert die Nachhaltigkeit im Bausektor und stärkt so das Vorhaben, möglichst viele recycelte Materialien in Bauprodukten zu nutzen und so nachhaltiger und klimaschonender zu bauen. Insbesondere begrüßen wir das jetzt beschlossene Green-Public-Procurement, d.h. die Anforderungen an eine nachhaltige öffentliche Beschaffung im Bausektor. Nicht nur für diesen Bereich gehört das schon seit Jahren zu den zentralen Forderungen des Verbandes", erklärt der Verband in einer Stellungnahme.

Neues Regelwerk im Visier

Vor kurzem hatten das Europaparlament und die Mitgliedstaaten ihre politische Einigung bei der Bauprodukteverordnung verkündet. Damit endete das seit Juli 2023 laufende Trilogverfahren.

Die jetzt überholte Verordnung legt den allgemeinen Rechtsrahmen fest, Details für die verschiedenen Produktgruppen werden nachfolgend in einzelnen Rechtsakten bestimmt. Die Neuerung verlangt, dass Bauprodukte zukünftig wiederverwendbar und recycelbar produziert werden müssen und die Verwendung von Recyclingmaterialien gefördert werden muss.

Zu diesem Zweck soll es beispielsweise ein neues Regelwerk für die öffentliche Auftragsvergabe in der EU geben. Hierbei wird die Europäische Kommission bevollmächtigt, durch delegierte Rechtsakte verbindliche Mindestanforderungen an die ökologische Nachhaltigkeit bei öffentlichen Ausschreibungen festzulegen. Grundsätzliches Ziel ist dabei, die Nachfrage für recycelte Bauprodukte anzuregen. Allerdings sieht die politische Einigung auch Ausnahmen vor. So sollen Mitgliedstaaten von den Vorgaben abweichen dürfen, wenn es keine geeigneten Angebote gibt oder die Kosten unverhältnismäßig hoch werden würden. Hierzu müsse mindestens eine zehnprozentige Kostensteigerung vorliegen.

Große Hoffnungen

Aus Sicht des BDE hat der Vorschlag, neue, verbindliche Nachhaltigkeitskriterien einzuführen, große Hoffnungen geweckt, dass nun auch die öffentliche Hand Umweltaspekte bei der Vergabe von Bauaufträgen beachten muss. Leider zeige die politische Einigung jedoch auch, dass Mitgliedstaaten sich weiterhin Schlupflöcher offenhalten.

Die vorläufige Einigung muss nun noch förmlich vom Europaparlament und dem Rat angenommen werden. Wegen der im Juni anstehenden Europawahlen und den Vorlaufzeiten in den Institutionen ist damit zu rechnen, dass die Verordnung erst gegen Ende 2024 in Kraft treten wird. ❐

Aktuelle Daten zeigen:

Pendeln fester Bestandteil des Alltags vieler Menschen

Neueste Ergebnisse der Pendlerrechnung sind ab sofort in Pendleratlas und Regionaldatenbank online verfügbar; sie zeigen das Pendelaufkommen 2021 und 2022 bis auf Gemeindeebene

Es zeigt sich: München ist 2022 wie bereits im Vorjahr Spitzenreiter in Deutschland hinsichtlich der Anzahl an Einpendlern. So legte München bei den Einpendlern im Jahr 2022 um 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu und blieb damit Pendlerhauptstadt Deutschlands. Die Pendelachse Nürnberg – Fürth lag deutschlandweit weiterhin an zweiter Stelle nach Berlin – Potsdam. Bei den Einpendlern mit Erstwohnsitz in angrenzenden Nachbarländern gab es im Vergleich zum Jahr 2021 eine Zunahme von 6,6 Prozent Einpendlern aus dem Nachbarland Tschechien.

Fürth. Die Pendlerrechnung der Statistischen Ämter der Länder erweitern das bisherige Datenangebot der amtlichen Statistik. „Die amtlichen statistischen Daten zeigen die Entwicklung bei den Pendlerströmen und unterstützen die Kommunen bei ihren Verkehrs- und Regionalplanungen," sagt Dr. Thomas Gößl, Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik.

Pendlerrechnung und Pendleratlas stehen allen Interessierten online und kostenlos zur Verfügung unter: https://pendleratlas.statistikportal.de

Letztes Jahr veröffentlichten die Statistischen Ämter der Länder die deutschlandweiten Daten zu Pendlerströmen und -verflechtungen bis auf Gemeindeebene zum ersten Mal. Damit reagierten sie auf den steigenden Bedarf an belastbaren Daten zu Pendlerströmen in tiefer regionaler Gliederung. Mithilfe der neuen Daten des Berichtsjahres 2022 werden nun auch Veränderungen der Pendlerströme im zeitlichen Verlauf sichtbar.

Neben klassischen Kennzahlen wie den Ein- und Auspendlern, Pendelquoten oder dem Pendelsaldo sind vor allem Pendelverflechtungen zwischen einzelnen Städten und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden online abrufbar. Ausführlichere Tabellen sind in der Regionaldatenbank zu finden unter: https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/statistic/19321

Pendlermagnet München

Wie das Fachteam des Bayerischen Landesamts für Statistik weiter mitteilt, blieb München auch im Jahr 2022 mit über einer halben Millionen Einpendlern (514.601) die Stadt in Deutschland, die die meisten Einpendler anzog. Damit lag sie noch vor Frankfurt am Main mit 455.045 und Berlin mit 454.353 Einpendlern. Allerdings legte Berlin im Vergleich zum Vorjahr mit 6,9 Prozent deutlich stärker zu als München und Frankfurt mit jeweils 2,2 Prozent Zuwachs an Einpendlern.

Viele Einzelströme nach München

Die meisten Menschen, die im Jahr 2022 nach München einpendelten, wohnten in Augsburg (12.132 Personen). Die zehn am stärksten besetzten Einpendelströme in die bayerische Landeshauptstadt machten prozentual nur 16 Prozent (82.528 Personen) aus. Alle Einpendler Münchens zusammen kamen aus 6.049 unterschiedlichen Gemeinden. Aus fast jeder der 2.056 Gemeinden Bayerns pendelte mindestens eine Person nach München.

Die mittelfränkische Metropole Nürnberg weist insgesamt 195.367 Einpendler auf. Über ein Drittel (35,2 Prozent) dieser Einpendler stammten aus den zehn am stärksten besetzten Einpendelströmen.

Zunehmend Fernpendler zwischen München und Berlin

Im Jahr 2022 pendelten 11.735 Personen von Berlin nach München, in die umgekehrte Richtung waren es 7.209 Personen. Damit machte Berlin die zweitgrößte Gruppe der nach München Einpendelnden und die drittgrößte Gruppe der aus München Auspendelnden aus. Zwischen den beiden Städten, die etwa 500 km Luftlinie voneinander entfernt sind, pendelten im Jahr 2022 insgesamt 18.944 Personen, das sind gut 3.000 Pendler oder 18,9 Prozent mehr als im Jahr 2021.

Zu beachten ist dabei, dass in der Pendlerrechnung nicht täglich zurückgelegte Wege erfasst werden, sondern der registrierte Erstwohnsitz und der Arbeitsort. Gerade bei Fernpendlern ist davon auszugehen, dass die Strecke zwischen Wohn- und Arbeitsort unter anderem aufgrund von multilokalem Wohnen (Erst- und Zweitwohnsitz), verteilten Unternehmenssitzen (Hauptsitz, Zweigstellen) oder auch Arbeitsmodellen wie mobilem Arbeiten oder Homeoffice nicht täglich zurückgelegt wird.

Zweitstärkste Pendelachse Nürnberg und Fürth

Pendelachsen stellen die Summe der Pendler zwischen zwei Städten unabhängig von der Richtung, in die sie pendeln, dar. Sie dienen dazu das Pendelvolumen zwischen zwei Städten zu bestimmen. Die zahlenstärksten Pendelachsen finden sich zwischennah beieinandergelegenen großen Städten. Nach Berlin und Potsdam sind zwischen den bayerischen Städten Nürnberg und Fürth deutschlandweit die meisten Pendler zu verzeichnen. Dort pendelten 41.831 Personen im Jahr 2022 und damit noch einmal 548 mehr als im Jahr 2021.

Mehr Einpendler aus Tschechien

Bei den Einpendlern mit Erstwohnsitz in angrenzenden Nachbarländern gab es im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 1.601 Personen aus Tschechien, während die Zahl der Einpendler aus Österreich um 491 Personen zurückging und die Zahl der Einpendler aus der Schweiz gleichblieb.

Große Veränderungen bei kleinen Gemeinden

Gerade in kleineren Gemeinden wirken sich Veränderungen im regionalen Angebot von Arbeitsplätzen von einem Jahr auf das andere deutlich aus. Den stärksten prozentualen Zuwachs an Einpendlern im Vergleich zum Jahr 2021 gab es in der Gemeinde Gattendorf im Landkreis Hof. Dort führte die Eröffnung eines Logistikcenters zu einer Zunahme der Einpendler von 281 um das Sechsfache auf insgesamt 1.754 Personen.

Auch die Passionsfestspiele des Jahres 2022 in Oberammergau schlagen sich deutlich in den Pendlerzahlen nieder. Als erwachsene Darsteller der alle zehn Jahre von Mai bis Oktober stattfindenden Aufführungen der Passionsgeschichte treten nur Personen auf, die seit Geburt oder mindestens 20 Jahren in Oberammergau wohnen. Daher kam es im Jahr 2022 zu einem Anstieg der innerörtlichen Pendler mit Wohn- und Arbeitsort Oberammergau um 802 Personen von 1.326 auf 2.128. Dazu kamen noch zusätzliche 122 Einpendler, während die Zahl der Auspendler um 136 abnahm.

Zur Methode

Die vorliegenden Daten ergeben sich aus der im Jahr 2022 zum ersten Mal veröffentlichten und nun um das Jahr 2022 erweiterten Pendlerrechnung der Statistischen Ämter der Länder, die tief regionalisierte Ergebnisse zu potenziellen Pendlern für alle Gemeinden Deutschlands bereitstellt. Die Ein-, Aus- und Innerörtlichen-Pendler werden anhand ihres Arbeits- und Wohnorts bestimmt. Die Wege zwischen registriertem Arbeits- und Wohnort werden unter anderem aufgrund von multilokalem Wohnen (Erst- und Zweitwohnsitz) oder auch aufgrund verschiedener Arbeitsmodelle, wie mobilem Arbeiten beziehungsweise Homeoffice, nicht von allen Personen tatsächlich beziehungsweise täglich zurückgelegt. Es handelt sich daher genauer gesagt um potenzielle Pendlerinnen und Pendler.

Neu an der Pendlerrechnung und dem Pendleratlas der Statistischen Ämter der Länder ist, dass sie nicht nur wie bisher die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sondern auch Beamte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte umfassen. Die Pendlerrechnung erweitert somit die bisherige Datengrundlage zu Pendlern und liefert wichtige Informationen für die Kommunal-, Regional- und Landesplanung. ❐

Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV):

Erfolgreiches Pilotprojekt eTarif SWIPE+RIDE läuft aus

Nachfolgesystem für alle MVV-Fahrgäste bereits in Vorbereitung

Vor über drei Jahren startete das Pilotprojekt eTarif SWIPE+RIDE unter der Federführung der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) zusammen mit den Partnern Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), S-Bahn München, Bayerische Regiobahn GmbH (BRB), dem Freistaat Bayern, der Landeshauptstadt München und den MVV-Verbundlandkreisen. Im Dezember 2022 wurde das Projekt um die Modellregion Donau-Isar erweitert, dadurch wurden auch Fahrten in und nach Regensburg sowie im ganzen Regensburger Verkehrsverbund (RVV) mit SWIPE+RIDE möglich. Beide Projekte wurden durch den Freistaat Bayern gefördert.

Im Projektzeitraum konnten die Pilotkundinnen und -kunden mithilfe eines Smartphone-basierten Check-in/Check-out-Verfahrens einen neuen, elektronischen Tarif sowie eine neue Vertriebsmöglichkeit im MVV nutzen. Nach Ausstieg und Check-out wurde der Fahrpreis automatisch durch das Smartphone berechnet. Dieser setzte sich jeweils aus einem Grundpreis und einem Entfernungspreis nach der effektiv zurückgelegten Strecke zusammen. Als Kostenairbag diente dabei der „Tagesdeckel", ein Höchstpreis pro Tag. So konnten vor allem Gelegenheitsfahrer sowie Neukunden den ÖPNV ganz einfach nutzen, mit bequemer Bezahlung über Kreditkarte oder Kontoabbuchung.

Positive Rückmeldung

Insgesamt haben sich über 12.000 Testpersonen an SWIPE+RIDE beteiligt und dabei mehr als 730.000 Fahrten zurückgelegt. Die Auswertungen der begleitenden Marktforschung ergaben, dass das Pilotprojekt von den Kundinnen und Kunden äußerst positiv angenommen wurde. Demnach lag die Zufriedenheitsrate bei ca. 96 Prozent, die Weiterempfehlungswerte bei über 90 Prozent.

„Das Pilotprojekt SWIPE+RIDE zeigt, dass Kundinnen und Kunden großen Wert auf eine flexible und einfache, aber auch eine digitale Fahrmöglichkeit im ÖPNV legen – ohne tiefgreifende Kenntnisse über den Tarif haben zu müssen", sagt MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch. „So können wir in Zukunft noch mehr Menschen für den ÖPNV begeistern, wir wollen die Einstiegshürden zur Nutzung von Bus und Bahn damit deutlich senken."

Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg und Sprecher der MVV-Verbundlandkreise: „Das von den MVV-Landkreisen initiierte Pilotprojekt SWIPE+RIDE ist in jeder Hinsicht ein voller Erfolg, der Zuspruch der Nutzerinnen und Nutzer überwältigend. Rund 90 Prozent nennen die einfache Benutzung als wesentlichen Vorteil und würden SWIPE+RIDE weiterempfehlen – damit war zu Beginn der Pilotplanungen vor sechs Jahren nicht zu rechnen. Mit dem Start des Regelbetriebs im Laufe des Jahres 2024 gehen wir im MVV konsequent den nächsten wichtigen Schritt in Richtung modernster Tarif Europas – digital und einfach in der Nutzung, besser geht's gerade auch für Gelegenheitskunden nicht."

Da das Pilotprojekt so erfolgreich war, laufen bereits die Vorbereitungen für ein Nachfolgesystem von SWIPE+RIDE. Es soll im Laufe des Jahres 2024 allen MVV-Fahrgästen zur Verfügung gestellt werden.

Auch für Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter war das Pilotprojekt ein voller Erfolg: „Die positiven Rückmeldungen der Pilotkundinnen und -kunden bestärken uns darin, den Weg in Richtung eines bayernweiten digitalen Ticketings im ÖPNV weiterzugehen. Die Einführung im MVV im kommenden Jahr ist da ein weiterer wichtiger Schritt." Der Freistaat hat das Pilotprojekt SWIPE+RIDE im MVV und in der Modellregion Donau-Isar mit 2,9 Mio. Euro gefördert. ❐

Radwege und Parkraummanagement:

Schneller von der Planung in die Umsetzung

Neue vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) für Agora Verkehrswende durchgeführte Studie zeigt, wie Kommunen den Ausbau von Radwegen sowie das Parkraummanagement beschleunigen können.

Berlin. Der Ausbau von Radwegen benötigt von der Planung bis zur Umsetzung bisher sehr viel Zeit. Dasselbe gilt für das Parkraummanagement in den Kommunen. Aus diesem Grund beauftragte Agora Verkehrswende das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit der Analyse typischer Verwaltungsabläufe, die für den Ausbau von Radwegen und die Einführung von Parkraumbewirtschaftungszonen praktiziert werden. Ziel war es zu ermitteln, welche Umsetzungshindernisse bestehen und warum einige Kommunen bereits zügig vorankommen.

Manche sind doppelt so schnell

Die nun veröffentlichte Difu-Analyse zeigt, dass die für vergleichbare Aufgaben benötigte Zeit von Kommune zu Kommune stark variiert. So gelingt es manchen Kommunen, mehr als doppelt so schnell in der Umsetzung zu sein, wie vergleichbare andere Städte. Als zentrale „Stellschrauben", die das Tempo beeinflussen können, wurden folgende Aspekte identifiziert: kommunalpolitische Grundsatzbeschlüsse, engagierte Führungskräfte, spezialisiertes Projektmanagement, effizienter Personaleinsatz und Digitalisierung.

Darüber hinaus zeigte die Difu-Studie, dass alle Städte mit demselben Hindernis zu kämpfen haben: Sie kämen deutlich schneller voran, wenn nicht der bundesrechtliche Rahmen aus Straßenverkehrsgesetz (StVG) und Straßenverkehrsordnung (StVO) den Kommunen bei diesen Aufgaben aufwändige Begründungspflichten vorschreiben würden. Die aktuelle Reform des Straßenverkehrsrechts könnte die Handlungsspielräume also deutlich verbessern.

Wichtiges Instrument: Grundsatzbeschlüsse

Ein wichtiges Instrument hat die Kommunalpolitik jedoch selbst in der Hand: Sie kann beispielsweise Grundsatzbeschlüsse zur Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in definierten Stadtgebieten oder durchgängigen Radverkehrsnetzen fällen. Diese geben der Verwaltung einen klaren Auftrag, Rückendeckung und ersparen wiederkehrende Diskussionen und Beschlüsse für jede neue Maßnahme.

Auch die Verwaltung kann durch die Bündelung von Aufgaben und Entscheidungskompetenzen deutlich schneller werden. So hat die Stadt Bielefeld ihre Behörden für Verkehrsplanung und verkehrsrechtliche Anordnung unter dem Dach eines Mobilitätsamts zusammengefasst und das Arbeiten in Projektteams eingeführt, um die verwaltungstypischen Hierarchien aufzulösen und schnelle Entscheidungen herbeizuführen. In Hamburg übernimmt der Landesbetrieb Verkehr fast alle Aufgaben für die Einführung und den Betrieb neuer Parkzonen. Dieses Verfahren benötigt nur halb so viel Zeit wie in anderen Städten.

Zusätzliches Personal

Die durch den Fachkräftemangel unbesetzten Stellen verursachen einen weiteren Bearbeitungsstau. Die Difu-Analyse offenbarte hier, dass Personal mit Ingenieurs- oder Verkehrsplanungsausbildung bisher auch Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbeteiligung oder Koordinierung zwischen verschiedenen Abteilungen und Ämtern übernehmen muss. Aus diesem Grund steht ihnen oft nur ein Drittel ihrer Arbeitszeit für die tatsächliche Radverkehrsplanung zur Verfügung. Hier könnte zusätzliches Personal für die Kommunikation und Administration die Planerinnen und Planer entlasten und für eine effektivere Nutzung dieses Know-hows sorgen.

Viele Aufgaben der Kommunen sind ohne den Einsatz digitaler Tools kaum noch zu bewältigen. Die Kommunen sollten diese Tools intensiv einsetzen und die Vorteile der Digitalisierung nutzen. Cloud-basiertes Datenmanagement und Geoinformationssysteme verbessern das interne Wissensmanagement und die Transparenz nach außen. Sie entlasten die Ämter bei der großen Zahl von parlamentarischen Anfragen, sie können eingesetzt werden, um Bürgerinnen und Bürger effizient zu informieren und auch zu beteiligen. Bei der Parkraumbewirtschaftung können die digitale Ausstellung von Bewohnerparkausweisen sowie digital unterstützte Kontrollen mithilfe sogenannter Scan-Cars – die derzeit in Deutschland rechtlich noch nicht erlaubt sind – Arbeitszeit und Personal sparen.

Die Studie „Vom Plan auf die Straße. Wie Kommunen den Ausbau von Radverkehrsinfrastruktur und Parkraummanagement beschleunigen können" steht kostenfrei zum Download bereit: https://www.agora-verkehrswende.de/veroeffentlichungen/vom-plan-auf-die-strasse/ ❐

Blinken auch beim Fahrradfahren

DVR begrüßt Aufhebung des Verbots

Die Bundesregierung will Blinker für alle Fahrräder erlauben. Das geht aus einer parlamentarischen Anfrage, die der Rheinischen Post vorliegt, vor. Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) begrüßt dieses Vorhaben. Dazu Manfred Wirsch, Präsident des DVR:

„Es ist Zeit, dass in der StVZO die Möglichkeit geschaffen wird, die Sichtbarkeit von Fahrradfahrenden mit Blinkern – oder Fahrtrichtungsanzeigern – zu verbessern. Denn Blinker können einen Beitrag für mehr Verkehrssicherheit und weniger Verletzte im Straßenverkehr leisten.

Mit beiden Händen am Lenker

Abbiegevorgänge werden sicherer, weil beide Hände am Lenker bleiben, und insbesondere nachts ist die Abbiegeintention für andere Verkehrsteilnehmende besser sichtbar. Zusammenstöße mit linksabbiegenden Fahrradfahrenden ziehen oft schwerwiegende Verletzungen nach sich und könnten so reduziert werden. Ein Blick zurück zeigt, dass Blinker sich an motorisierten Zweirädern und auch an Elektrokleinstfahrzeugen bewährt haben und u.a. für mehrspurige Fahrräder und Fahrradanhänger bereits zugelassen sind."

Der DVR hatte im Rahmen der Verbändeanhörung zum Referentenentwurf „Neufassung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) und zur Änderung weiterer Vorschriften" im Sommer 2023 den Vorschlag eingebracht, das Verbot von Fahrtrichtungsanzeigern für die meisten Fahrräder aufzuheben. ❐

Bayerische Flughäfen:

Zurück zu alter Stärke

2023 hat dem Albrecht Dürer Airport Nürnberg und dem Flughafen Memmingen Rekordzahlen beschert. Mehr als 3,9 Millionen Fluggäste aus der Metropolregion Nürnberg und darüber hinaus nutzten den Flughafen Nürnberg für ihre Reisen. Das waren knapp 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Und auf Deutschlands höchst gelegenem Verkehrsflughafen flogen noch nie so viele Passagiere ab und nach Memmingen wie vergangenes Jahr.

Der Airport Nürnberg liegt bei den Passagierzahlen nur noch geringfügig unter dem Niveau von 2019 und entwickelte sich deutlich besser als die deutschen Flughäfen im Durchschnitt. Das Passagieraufkommen erreichte rund 96 Prozent im Vergleich zu 2019, während die deutschen Flughäfen im Schnitt erst bei rund 80 Prozent liegen.

Kein innerdeutscher Verkehr

Während der Touristikverkehr nahezu konstant blieb, legte der Low Cost-Bereich um rund 35 Prozent zu. Der innerdeutsche Verkehr ist dabei (mit Ausnahme der Drehkreuzanbindung Frankfurt) nicht mehr existent. In diesem Segment wurden vor der Pandemie im Jahr 2019 noch rund 454.000 Passagiere (Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München) gezählt.

Die Auslastung über alle Verkehrssegmente lag 2023 bei rund 82 Prozent. Zum Vergleich: 2022 waren es noch rund 79 Prozent und 2019 rund 75 Prozent. Damit waren die Flugzeuge, die Nürnberg im Jahr 2023 starteten und landeten, so gut gebucht wie nie zuvor in der Geschichte des Airports.

Der Trend geht dabei auch zu immer längeren Flugstrecken. So lag etwa die durchschnittliche Streckenlänge im vergangenen Jahr bei rund 1.300 Kilometern, 2019 waren es noch rund 940 Kilometer und 2009 sogar nur rund 660 Kilometer. Gleichzeitig wurden weniger Starts und Landungen durchgeführt und größere Flugzeuge eingesetzt: Mit rund 33.200 gewerblichen Flugbewegungen im Jahr 2023 wurde knapp 11 Prozent weniger geflogen als im Jahr 2019 mit rund 37.200 Starts und Landungen – und das bei annähernd gleichem Passagieraufkommen.

Erfolgsmodell

Der Flughafen Memmingen verzeichnete im abgelaufenen Jahr über 2,8 Millionen Passagiere, was einem Zuwachs von knapp 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Wachstumstreiber sind insbesondere die beiden großen Airline-Partner, die Fluggesellschaften Ryanair und Wizz Air, die ihr Angebot aufgrund der starken Nachfrage kontinuierlich erweitern. Mittlerweile hat Ryanair drei Maschinen in Memmingen stationiert. Zuletzt ergänzten die Airlines während der Weihnachtsferien ihr Programm um 60 zusätzliche Flüge. „Das Erfolgsmodell Flughafen Memmingen hat sich zu einem Dauerbrenner entwickelt“, kommentierte Geschäftsführer Ralf Schmid das positive Ergebnis. Für 2024 rechnet er mit rund drei Millionen Passagieren.

Das rasante Wachstum verpflichtet jedoch auch dazu, weiter in die Infrastruktur des Airports zu investieren. „Um unseren Passagieren weiterhin ein angenehmes Airport-Erlebnis zu garantieren, werden wir unsere Infrastruktur den veränderten Anforderungen anpassen“, erläuterte Schmid. So werde das Terminal weiter ausgebaut. Das betreffe insbesondere den Bereich der Sicherheitskontrolle sowie die Abflug-Gates. „Während der Bauarbeiten wird es leider vereinzelt Engpässe im Terminal geben, die zu längeren Wartezeiten führen können.“

Erweitert werden zudem die Vorfeldflächen. Das Mietwagen- und Airport Service Center wurde überdacht, so dass ein geschützter Wartebereich für Passagiere, Abholer und Bringer entstanden ist. Das Gastronomie-Angebot im öffentlichen Bereich vor dem Terminal wurde ebenfalls ausgebaut.



Mehr als 3,9 Millionen Fluggäste aus der Metropolregion Nürnberg und darüber hinaus nutzten im Jahr 2023 den Albrecht Dürer Airport Nürnberg für ihre Reisen. Bild: Airport Nürnberg

Green Airport

Laufend werde darüber hinaus in das ehrgeizige Projekt Green Airport investiert, das bis zum Jahr 2030 den Betrieb eines klimaneutralen Airports ermöglichen soll. Der nächste Schritt ist der Ausbau der Photovoltaik.

Der Münchner Airport wickelte im vergangenen Jahr mehr Passagiere und Flugbewegungen als 2022 ab. Laut Flughafengesellschaft stiegen die Passagierzahlen um fünf Millionen auf insgesamt 37 Millionen Fluggäste. Mit dem aktuellen Fluggastaufkommen erreicht der Flughafen München rund 80 Prozent des Rekordaufkommens aus dem Vorkrisenjahr 2019. Die Anzahl der Flugbewegungen stieg gegenüber 2022 um sechs Prozent auf mehr als 300.000 Starts und Landungen. Die Sitzplatzauslastung erreichte einen Rekordwert und lag mit 81,3 Prozent erstmals seit Eröffnung des Flughafens über 80 Prozent.

Im Jahr 2023 lag der Schwerpunkt der Passagierentwicklung im Originärverkehr. Dieser stieg im Vergleich zum Vorjahr um 22 Prozent. Die für den Drehkreuzverkehr wichtige Anzahl der Umsteiger wuchs ebenso zweistellig um 11 Prozent. Das Frachtaufkommen verzeichnete im Jahr 2023 einen Anstieg um sieben Prozent auf ca. 277.000 Tonnen. Nach Angaben von Jost Lammers, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, erhole sich die Luftfahrtbranche am Standort München zunehmend. Diese positive Entwicklung sei ein Zeichen für den hohen Bedarf von Bevölkerung und Wirtschaft nach Flugreisen. **DK**

Schienengüterverkehr und E-Busse:

Irritationen beim VDV

Wie der Branchenverband VDV mitteilt, drohe dem Schienengüterverkehr in Deutschland in Folge der Einsparungen im Bundeshaushalt 2024 ein Horrorszenario: Gleich mehrere Förderprogramme des Bundesverkehrsministeriums für den Schienengüterverkehr stehen demnach vor erheblichen Kürzungen. Vor allem die für die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zentrale Trassenpreisförderung soll um nahezu die Hälfte gekürzt werden.

Laut VDV- Vizepräsident Joachim Berends darf der Schienengüterverkehr nicht zum Opfer der Haushaltsplanungen des Bundes werden. Jegliche Absenkung von Mitteln wie etwa bei der Trassenpreisförderung würde bei der hohen Preissensibilität im Transportmarkt sofort zu erheblichen Verlagerungen von der Schiene zur Straße führen. Die bislang erfolgreichen Bemühungen der Branche, nachhaltig mehr Gütertransporte auf die Schiene zu verlagern, würden ausgebremst.

Unglaubwürdig mit Blick auf die Verkehrswende

„Wir brauchen Planungssicherheit und müssen uns auf finanzielle Zusagen verlassen können, denn diese planen wir bei unserer Angebotsgestaltung fest mit ein“, machte Berends deutlich. Für das laufende Jahr habe man die meisten Verhandlungen bereits geführt und die Verträge mit den Kunden längst abgeschlossen. „Nachträgliche Preissteigerungen, weil Fördermittel wegbrechen, können wir deshalb nicht weiterreichen, sondern bleiben darauf sitzen. Wir appellieren daher an die Bundesregierung, den Schienengüterverkehr auch weiterhin in vollem Umfang und wie geplant zu unterstützen. Nur so lassen sich die verkehrspolitischen Verlagerungsziele erreichen, alles andere wäre vollkommen unglaubwürdig mit Blick auf eine Verkehrswende.“

Mit Blick auf das Thema E-Bus-Förderung erklärte VDV-Vizepräsident Werner Overkamp: „Wenn der Bund auf EU-Ebene mitbeschließt, bereits für 2030 nur noch klimaneutrale Stadtbusse zuzulassen sowie für die sonstigen Busflotten die CO2-Emissionen um 45 Prozent zu senken, dann sind das klimaschutzpolitische Entscheidungen, die wir mittragen. Gleichzeitig stehen diese Forderungen in einem ausgeprägten Widerspruch zur finanziellen Förderung des Bundes, die erkennbar eingestellt wurde.“

Gerade kleinere und mittlere Busunternehmen in Deutschland hätten so keine Chance, Flotten und Werkstätten umzurüsten, erläuterte Overkamp. Sie könnten auch keine Fahrpreise erhöhen oder alternative unternehmerische Entscheidungen treffen. Dies führe dazu, dass eigentlich ausgediente Dieselbusse in der Not der Verkehrsunternehmen viel länger fahren müssen und vor Ort der technische Anschluss verpasst werde. Deshalb sei der Einstieg in eine verlässliche Bundesförderung für E-Busse und ihre Infrastruktur unverzichtbar.

Nach Angaben des VDV sind die Kosten für die Umrüstung der Flotten, der notwendigen Infrastruktur wie Werkstätten, Lade- und Sicherheitsmanagement sowie für das notwendige, für die Hochvolttechnik geschulte Personal nicht auf kommunaler Ebene zu schultern. Setze sich das Europäische Parlament gemeinsam mit der EU-Kommission in den aktuell laufenden Trilogverhandlungen gegenüber den Mitgliedstaaten durch, dürfen ab dem Jahr 2030 nur noch emissionsfreie Stadtbusse neu zugelassen werden. Diese Regelung sei Teil einer EU-Initiative mit dem Ziel, den Verkehrssektor nachhaltiger zu gestalten und die CO2-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge zu reduzieren. Das EU-Parlament hatte sich dazu im Oktober 2023 positioniert und es werde erwartet, dass die Verordnung noch vor den Europawahlen verbindlich beschlossen wird.

Klimaneutralität fraglich

Für Überlandbusse soll im Rahmen der EU-Regelung ab 2030 gelten, dass die CO2-Emissionen im Vergleich zu 2019 um 45 Prozent reduziert werden müssen – als eine Maßnahme für das Erreichen der EU-Klimaneutralität bis 2050. Nach Overkamps Worten „bringen die von der EU geforderte Umstellung auf emissionsfreie Stadtbusse bis 2030 und die ambitionierten CO2-Reduktionsziele für Überlandbusse für unsere Verkehrsunternehmen nicht nur die Notwendigkeit neuer Fahrzeuge, sondern auch erhebliche infrastrukturelle Herausforderungen mit sich: Die Investitionen in E-Busse, verbunden mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur, der Anpassung von Betriebshöfen, Werkstätten und Netzanschlüssen, überschreiten bei Weitem die finanziellen Kapazitäten der Verkehrsunternehmen und Kommunen. Ohne signifikante finanzielle Unterstützung durch den Bund – konkret die Wiederaufnahme der Förderung, sowie die Finanzierung für die Umstellung auf E-Mobilität – sind diese wichtigen Schritte für das Erreichen der Klimaneutralität nicht umsetzbar.“ **DK**

Magnetschwebebahn:

Leuchtendes Beispiel für regionale Innovationskraft

Rats- und Wirtschaftsvorsitz der Metropolregion Nürnberg unterstützen die Idee einer Magnetschwebebahn in Nürnberg

Eine schwebende Innovation aus dem Hause Max Bögl stößt auf großes Interesse: Von dem lautlos gleitenden und flächensparenden Transport System Bögl (TSB), einer Magnetschwebebahn, ließen sich die politischen Vertreter bei der Ratssitzung vor Ort überzeugen. Die Vertreter der Wirtschaft der Metropolregion machten sich bereits im Sommer ein Bild. Nun wurde die Bahn vom Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder vorgeschlagen als Verbindung zwischen Südklinikum, Messe und der neuen Technischen Universität Nürnberg, die zwischen U- und Straßenbahntrassen liegt. Das Transportsystem der Firmengruppe Max Bögl läuft derzeit im Testbetrieb auf dem Firmengelände im oberpfälzischen Sengenthal und auf einer 3,5 Kilometer langen Teststrecke in Chengdu in China. Das TSB ist bereit, in einem Pilotprojekt im öffentlichen Raum erprobt zu werden.

Das TSB ist ideal für dichtbebaute Flächen wie in Nürnberg und eine Chance für den Nahverkehr – leiser als eine Straßenbahn, günstiger als eine U-Bahn und sparsam im Energieverbrauch. In größerer Dimension wäre ein Einsatz bei Stadt-Umland-Bahnen – wie etwa von Nürnberg über Erlangen nach Herzogenaurach – denkbar. Mit der autonomen Fahrweise knüpft die Magnetschwebebahn an Innovationen in der Metropolregion an: den führerlosen U-Bahnen in Nürnberg und den autonomen Shuttles in Hof und Kronach.

Der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg Peter Reiß ist überzeugt: „Gerade für die innerstädtischen Bereiche, in denen Flächenmangel und Lärmbelästigung für die Bürger:innen zur Last werden können, kann ein System wie die Schwebebahn für spürbare Entlastung sorgen. Damit ist für die Lebensqualität in der Metropolregion auch in Zukunft gesorgt.“

Der Entwickler des Systems, die Firmengruppe Max Bögl aus Sengenthal ist ein für die Metropolregion Nürnberg typisches Unternehmen: in dritter Generation familiengeführt und mit Erfindergeist und Herzblut in die Zukunft blickend. Mittlerweile hat Max Bögl 6.500 Mitarbeiter an mehr als 40 Standorten weltweit, davon 3.000 in Sengenthal. Neben der Magnetschwebebahn, beweist das Unternehmen mit dem Bau der weltweit höchsten und leistungsfähigsten Windkraftanlagen und seinem modularen Wohnungsbausystem (maxmodul) seine Innovationsfreude. Der Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzende Johann Bögl freut sich über eine mögliche Realisierung des Projekts in der Metropolregion. Bögl engagiert sich auch im Wirtschaftsvorstand der Metropolregion, denn ein Ziel des Unternehmens ist es, aktiv die Heimat zu gestalten.

Auch der Wirtschaftsvorsitzende Prof. Klaus L. Wübbenhorst freut sich über das Beispiel für die Stärke der Region mit 150 Weltmarktführern und Hidden Champions und einer Wirtschaftsleistung von 157 Milliarden Euro: „Wieder einmal zeigt sich die Innovationskraft in der Metropolregion Nürnberg. Wir sind stolz auf unsere starken und anpackenden Unternehmen, die Ihre Vision mit Tatkraft umsetzen.“ ❐



Die politischen Vertreter der Ratssitzung der Metropolregion Nürnberg vor Ort. Bild: Rudi Ott

Landkreis München:

Rezertifizierung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber

Landratsamt München erhält erneut ADFC-Siegel in Silber für seine Bemühungen um die Fahrradmobilität

Das Landratsamt München darf sich erneut über das Silbersiegel des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) als Fahrradfreundlicher Arbeitgeber freuen. 2020 hat die Behörde das Siegel für den Standort Mariahilfplatz erstmalig erhalten, jetzt wurde es für weitere drei Jahre vergeben.

Das Landratsamt München legt großen Wert auf das Thema Fahrradmobilität, fördert damit auch die Mitarbeitergesundheit und leistet einen Beitrag zum Umweltschutz. Es gibt zahlreiche Angebote, die dafür sorgen, dass das Fahrradfahren für die Mitarbeitenden attraktiver wird.

Zahlreiche Maßnahmen

Auf Grundlage des Förderprogramms für Betriebliches Mobilitätsmanagement „mobil gewinnt“ (2018) hat das Landratsamt in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen zur betrieblichen Fahrradförderung ausgebaut sowie konkrete Empfehlungen von der Zertifizierung im Jahr 2020 Schritt für Schritt umgesetzt.

So wurde beispielsweise ein Doppelstock-Fahrradparksystem errichtet. Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern (AGFK) führt zu guten Kontakten und stetigem Informationsfluss für die Mitarbeitenden zum Thema Fahrrad. Besonders die jährlich stattfindenden Radl-Check-Termine werden gut angenommen.

Mitarbeitende zum Umstieg motivieren

Um immer mehr Mitarbeitende zum Fahrradfahren zu motivieren, unternimmt das Landratsamt große Anstrengungen. Geplant ist beispielsweise die Einführung eines Dienstradleasings für Beschäftigte. Zudem bietet das Landratsamt Fahrradausflüge an, welche ab 2024 von einer Radkoordinatorin übernommen werden. Damit auch für die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesorgt ist, gibt es in regelmäßigen Abständen Radl-Check-Termine und Reparaturstationen. Die als Dienstfahrzeuge genutzten Lastenpedelecs und Stadtrad-Pedelecs sind auch in der Freizeit verfügbar. ❐

Projektvollzug in Rekordzeit:

Feuerbestattung Traunstein wird jetzt klimaneutral betrieben

In Traunstein kann man nun auch seinen letzten Lebensweg ganz im Einklang mit der Natur gestalten. Als erste Feuerbestattungsanlage in Deutschland hat sich die von der EHG Dienstleistung GmbH (EHG) betriebene Feuerbestattung Traunstein (FB TS) daran gemacht klimaneutral zu werden. Und das in einem mehr als ehrgeizigen Projekt: Binnen weniger als zwei Jahren sollte die Umstellung auf Klimaneutralität gelingen – mit Maßnahmen, die eine tatsächliche Emissionsreduktion erreichen. „Es wäre ein leichtes gewesen, allein mit dem Kauf von Ausgleichs-Zertifikaten sich das Prädikat ‚klimaneutral' zu geben. Wir wollen in unserem Betrieb aber echte Nachhaltigkeit leben", erklärt Paul Engmann, Geschäftsführer der EHG. 22 Monate nach Projektbeginn hat er nun Vollzug gemeldet und will künftig auch andere Feuerbestattungsanlagen auf ihrem Weg in die Klimaneutralität unterstützen.

Nicht nur im Leben, auch nach seinem Tod erzeugt ein Mensch Emissionen. In den vergangenen 20 Jahren hat die Humankremation deutschlandweit stark an Bedeutung gewonnen. Rund 75 Prozent aller Verstorbenen werden in der Bundesrepublik mittlerweile durch eine Feuerbestattung beigesetzt. Dass die Kremation nachhaltig erfolgt, ist bisher nur selten Teil der Bestattungsphilosophie. Diesen Umstand wollte die EHG mit ihrem „Projekt 2023 – Klimaneutraler Betrieb der Feuerbestattung Traunstein" ändern. Mit Erfolg: Heute nimmt das Unternehmen mit der von ihr betriebenen Feuerbestattungsanlage in Traunstein bundesweit eine Vorbildrolle ein. „Der Betrieb in der Feuerbestattung Traunstein ermöglicht es nun, dass ein nachhaltig geführtes Leben auch einen würdigen Abschluss erhält", sagt Paul Engmann. Damit das gelingt, gab es in den vergangenen 22 Monaten im Unternehmen keine Denkverbote. „Wir haben alles auf den Prüfstand gestellt, von der Energieversorgung über den Fuhrpark bis hin zu den Arbeitsprozessen. Am Ende konnten wir unser Ziel durch eine Vielzahl von Maßnahmen erreichen, die ideal ineinandergreifen und so maximal wirken können", sagt Engmann. Unterstützt und wissenschaftlich begleitet wurde die EHG von dem renommierten Institut für nachhaltige Energieversorgung GmbH (INEV) um den Rosenheimer Wissenschaftler Prof. Dr. Dominicus Bücker.

Die Maßnahmen

Mit ihrem Projekt konnte die EHG an einen hohen Standard anknüpfen: Bereits seit vielen Jahren war der energieverbrauchsarme Betrieb der Anlage Alltag in der FB TS. Und auch die Abwärme wurde schon seit vielen Jahren zur Beheizung der eigenen Gebäude, des Wasserkreislaufes und der Friedhofsgebäude genutzt. Ca. 40.000 kWh Wärmeenergie werden jährlich an die Friedhofsgärtnerei, Bürogebäude und Aussegnungshalle ausgekoppelt. Dieses schon fortschrittliche Energiekonzept wurde weiter optimiert: Die Ofenlinien werden nunmehr ausschließlich mit Bio-Methan, einem nicht fossilen „Bio-Erdgas", betrieben. Ebenfalls soll aus der restlichen Abwärme noch Strom über eine ORC-Anlage gewonnen werden. Diese soll in 2024 errichtet werden.

Auf dem Dach erzeugt eine neue Photovoltaikanlage jährlich rund 35.000 kWh Strom für den Eigenbedarf. Was die FB TS zusätzlich an Strom benötigt, bezieht sie von den Stadtwerken Traunstein in Form von grünem Strom, der zu 100 Prozent in Wasserkraftanlagen im Alpenraum erzeugt wird. Auch der Fuhrpark wird elektrifiziert, zwei vollelektrische Fahrzeuge wurden bereits angeschafft, ein strombetriebener Multilader folgt noch.

Mit diesen Maßnahmen konnten die Emissionen der FB TS deutlich reduziert werden. In Scope 1 (primäre Energieträger) konnten die Emissionen von knapp 85 Tonnen CO2 auf nur noch 22 Tonnen reduziert werden, in Scope 2 (sekundäre Energieträger) konnten 34 Tonnen CO2 komplett eingespart werden. Scope 3 (vor- und nachgelagerte Wertschöpfungskette) wurde vor Projektbeginn noch nicht erfasst. Hier hat die Feuerbestattungsanlage im Jahr 2023 rund 122 Tonnen CO2 emittiert. „Diese Werte zu erreichen ist ein sehr großer Erfolg. In Summe konnten wir die Emissionen um fast 96 Tonnen CO2 reduzieren und emittieren jetzt je Einäscherung nur noch 2,94 kg statt 14,79 kg (Stand 2020). Bei den verbliebenen knapp 145 Tonnen sind wir an die Grenzen des derzeit Machbaren gelangt", erklärt Paul Engmann. So war es etwa bisher nicht möglich, einen elektrisch betriebenen Mehrsarg-Transporter anzuschaffen: „Trotz intensivster Bemühungen konnten wir noch kein Fahrzeug finden, dass unsere Anforderungen an Kapazität und vor allem Reichweite entspricht", erklärt der Geschäftsführer. Zudem hat das Unternehmen auf die Emissionen in Scope 3, wie etwa Anlieferungsfahrten von Bestattern, nur bedingt Einfluss.

So kam man nicht umhin, die letzten verbliebenen Emissionen zu kompensieren. Für den Ausgleich der verbliebenen Emissionen setzt die EHG regional auf den Chiemgauer Klimabonus-Fonds, mit dem die Installation von Balkonkraftwerken und umweltfreundliches Carsharing in der Region Chiemgau gefördert werden. Auf internationaler Ebene arbeitet die EHG mit Projekten des Gold-Standards zusammen und kompensiert hierbei nicht nur den Ausstoß von CO2, sondern fördert gleichzeitig Maßnahmen gegen soziale Ungleichheiten. Sie investiert etwa in Sambia in das Projekt „Verbesserte Kochtöpfe für Menschen im ländlichen Sambia" oder in Kambodscha in das Projekt „Wasserfilter für Menschen in Kambodscha".

„Alle unsere Maßnahmen sind längst in unserem alltäglichen Betrieb angekommen – die Kremation läuft bereits klimaneutral", freut sich Paul Engmann. Aktuell läuft noch das Zertifizierungsverfahren gemäß PAS 2060. „Die international anerkannte Spezifikation PAS 2060, als einziger Standard zur Erreichung der Klimaneutralität, gilt gegenwärtig als anspruchsvollste Methode, um die Neutralität des Treibhausgas-Ausstoßes glaubwürdig nachzuweisen, da hier unter anderem strenge Anforderungen an Transparenz, die Reduktion der Emissionen durch Maßnahmen und an die Ausgleichprojekte gestellt werden. Wir rechnen damit, dass dieser Zertifizierungsprozess noch einige Wochen Zeit beanspruchen wird", erklärt INEV-Geschäftsführer Ludger Bottermann.

Nachahmer gesucht

Parallel zu diesem letzten administrativen Prozess startet die EHG bereits das nächste Projekt: Künftig möchten sie mit den innerhalb des Projektes gewonnen Erkenntnisse und Erfahrungen auch anderen Feuerbestattungsanlagen auf ihrem Weg in die Klimaneutralität helfen. „Wir haben unter unseren Kunden eine große Offenheit für das Thema Nachhaltigkeit erlebt. Nachhaltigkeit ist und bleibt ein zentrales wirtschaftliches Thema, das auch vor unserer Branche nicht Halt macht", sagt Engmann. ❐

Landkreis München:

Förderung von Artenvielfalt in Stadt und Land

Wildbienenexperte spricht zum Auftakt des Biodiversitätsprojekts „NaturVielfalt Leben im Landkreis München"

In den kommenden sechs Jahren wird sich der Landkreis München intensiv der Förderung der Artenvielfalt widmen. Das vom Bundesumweltministerium geförderte Projekt „NaturVielfalt Leben im Landkreis München" will dafür sensibilisieren, wie wichtig der Erhalt unserer Ökosysteme ist, und aufzeigen, mit welchen konkreten Maßnahmen die Artenvielfalt geschützt und gefördert werden kann. Ende November fand eine erste große Veranstaltung für die Rathausspitzen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und die kommunalen Umweltämter statt. Den Impulsvortrag hielt der LMU-Privatdozent für Biologie und Wildbienenexperte Andreas Fleischmann von der Botanischen Staatssammlung München.

Landrat Christoph Göbel freute sich zur Eröffnung der Veranstaltung über das große Interesse der Kommunen, die tagtäglich mit dem hohen Siedlungsdruck in der Region konfrontiert sind. Zwar sei schon heute bei allen Bauprojekten die untere Naturschutzbehörde einbezogen und auch viele Kommunen nehmen sich dem Thema Biodiversität verstärkt an. „Mit dem groß angelegten Förderprojekt soll jetzt ein Rahmen geschaffen und konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um die Kommunen, die Landwirtschaft, Bildungsträger und die breite Öffentlichkeit in ihren Bemühungen, die Artenvielfalt zu fördern, zu unterstützen", so der Landrat. Es liege in unserem gemeinsamen Interesse, unsere Ökosysteme für künftige Generationen zu stabilisieren und lebendig zu halten. Der Biologe Fleischmann bekräftigte das Ansinnen des Landrats in seinem Vortrag und gab spannende wie auch besorgniserregende Einblicke in die Situation der Artenvielfalt.

So sind in Bayern etwa ein Drittel der 545 Wildbienenarten auf der roten Liste und bereits 400 Schmetterlingsarten seit dem Jahr 2000 verschwunden. „Wir stellen aber nicht nur einen Artenverlust, sondern viel schlimmer, einen Verlust in der Insekten-Biomasse aller flugfähigen Insekten fest, nämlich einen Rückgang von 75 Prozent der Biomasse innerhalb von 27 Jahren", so der Experte. „Insekten sind aber die Nahrungsgrundlage für unzählige andere Tiergruppen wie z. B. Reptilien und Vögel. Das ist so, als wäre unser Kühlschrank nur noch zu einem Viertel gefüllt. Damit fällt es schwer, eine ganze Familie durchzubringen."

Gründe für Insektensterben

Genannt wurden vor allem der direkte Lebensraumverlust und Verluste durch unsachgemäße bzw. zu intensive Pflege von Grünflächen. Zu den Ursachen zählt unter anderem zu häufiges Mähen, da sich so hauptsächlich schnellwüchsige Gräser durchsetzen und blühende Pflanzen verdrängt werden. Genau diese Blühpflanzen stellen aber die Nahrungsgrundlage für die heimische Insektenwelt dar. Stirbt auf einer Fläche eine Pflanzenart aus, dann sterben auch daran angepasste Insektenarten dort aus, z. B. eine Schmetterlingsart, die speziell nur diese Pflanze als Futter für ihre Raupen benötigt. Das beeinträchtigt wiederum die Bestäubung weiterer Pflanzenarten, die dann ebenfalls seltener vorkommen. Das Aussterben vieler Arten ist dabei die Folge. „Es handelt sich um den Zusammenbruch eines riesigen Netzwerks", verdeutlichte der Experte.

Auch Flächenversiegelungen und Neubaugebiete gefährden die Artenvielfalt immens. „Jahrzehntealte Wiesen sind die Urwälder Europas. Hier finden sich oft über 60 Pflanzen- und über 1.000 Insektenarten und Spinnentiere pro Quadratmeter. Eine artenreiche Wiese ist wie ein alter Wald, auch wenn man es ihr nicht ansieht: Es braucht viele Jahre, um solche artenreichen und stabilen Blüten-Bestände zu entwickeln. Alteingewachsene Blumenwiesen sind oft 50 Jahre oder älter", so Fleischmann. Es sei daher der falsche Ansatz, artenreiche Wiesen zu überbauen und dafür zehn Kilometer weiter eine neue Wiese als Ausgleichsfläche anzulegen.



Andreas Fleischmann gab im Ottobrunner Wolf-Ferrari-Haus Einblicke in die Situation der Artenvielfalt. Bild: LRA München

Einfache Maßnahmen

Der Wildbienenexperte beließ es aber nicht beim Aufzeigen der Fakten, die aus wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Artensterben führen. Er verdeutlichte auch, dass es sogar relativ einfache Mittel und Wege gibt, die biologische Artenvielfalt zu erhalten und zu fördern. Beispielsweise ist eine maximal zweimalige Mahd pro Jahr und das Stehenlassen von Teilbereichen einer Wiese für das Überleben und Überwintern von vielen Pflanzen- und Insektenarten auf der Fläche bereits eine große Hilfe.

Dieser Ansatz gilt mit gewissen Abstrichen auch für das Straßenbegleitgrün. Nicht asphaltierte Feldwege bezeichnete Fleischmann dazu als unheimlich wertvoll für die überwiegend bodenbrütenden Wildbienenarten, da sie hier viele offene Bodenstellen vorfinden. Etwa 75 Prozent der Wildbienen brüten in offenen Bodenstellen. Neu geschaffene Parkplatzflächen sollten wo immer möglich ebenfalls nicht versiegelt werden, da sie so Lebensraum für Wildbienen bieten können und damit gleichzeitig die Versickerung von Niederschlagswasser ermöglichen.

Auch das Potenzial von Gärten ist für den Erhalt der biologischen Vielfalt von immenser Bedeutung, da die gesamte Fläche der Kleingärten größer als alle Naturschutzgebiete zusammen ist. Das Fazit des Wildbienenexperten: „Keiner kann alles tun, aber: Niemand kann nichts tun!" Bezogen auf Bayern stellte Fleischmann fest: „Ein Drittel der Landesfläche müsste naturbelassen oder zumindest naturnah bewirtschaftet werden, damit genügend Raum für eine überlebensfähige biologische Vielfalt bleiben kann."

Die Erkenntnis des Artensterbens allein ist jedoch nicht genug. Konkretes Handeln ist gefragt, um die biologische Vielfalt (Biodiversität) auch für künftige Generationen zu erhalten. Der Landkreis München will dazu einen Beitrag leisten und hat das Projekt „NaturVielfalt Leben im Landkreis München" initiiert, das seit Anfang 2023 bis Ende 2028 läuft. Gefördert wird es im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Im Rahmen des Projekts sollen möglichst viele Akteursgruppen einbezogen werden, um auf möglichst viel Fläche des Landkreises die biologische Vielfalt zu erhalten und zu fördern.

Die Kommunen als die Kenner der Situation vor Ort sind dabei unverzichtbare Projektpartner. Alle Städte und Gemeinden im Landkreis erhalten daher die Möglichkeit, einen speziell auf ihre Kommune zugeschnittenen Workshop mit dem Projekt-Team durchzuführen, um die Situation vor Ort in den Blick zu nehmen. Bereits vorhandene gute Flächen mit wertvoller Artenausstattung sollen weiter vernetzt werden, ungenutztes Potenzial erkannt, neue Mitgestaltende für weitere Fläche gefunden und lokale Akteurinnen und Akteure eingebunden werden. ❐

Dokumentation des LfL:

Agrarumwelt-Maßnahmen im Grünland

Gut ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche Bayerns ist Grünland. Es dient in erster Linie der Produktion von Futter und damit der Erzeugung von Milch und Fleisch. Daneben trägt es zum Schutz von Boden und Grundwasser bei, speichert in erheblichem Umfang organischen Kohlenstoff, ist ein wichtiger Lebensraum für Pflanzen und Tiere und prägt wesentlich das Landschaftsbild. Wie hat sich die Zusammensetzung der Pflanzenbestände im Grünland entwickelt, waren die Agrarumwelt-Maßnahmen zugunsten von Biodiversität und anderen natürlichen Ressourcen erfolgreich?

Das Grünlandmonitoring der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) hat Antworten. Es stützt sich auf drei Erhebungszeiträume. Auf die Ersterhebung im Zeitraum von 2002 bis 2008 auf über 6.000 Flächen folgte eine zweite Erhebung von 2009 bis 2012, nun ist die dritte Erhebung von 2018 bis 2020 ausgewertet. Diesmal legte man besonderes Augenmerk auf den direkten Vergleich von Grünland mit und ohne Agrarumweltmaßnahmen. Deshalb kamen neue Flächen hinzu und nicht alle in Periode 1 und 2 untersuchten Parzellen konnten ein drittes Mal unter die Lupe genommen werden. Insgesamt sind es aber immer noch 1.621 Aufnahmeflächen mit präzisen Vegetationsdaten, die in jedem der drei Erhebungszeiträume erfasst wurden.

Damit liegen einmalig umfangreiche und räumlich hochauflösende Daten zur Artenvielfalt und Zusammensetzung der Grünlandvegetation Bayerns vor, dies unter verschiedensten Standortbedingungen und bei unterschiedlichen Nutzungsintensitäten. Um zusätzlich zu den Vegetationsdaten Informationen zu Details der Flächenbewirtschaftung zu erhalten, wurden mit 500 der am Grünlandmonitoring beteiligten Landwirte Interviews geführt.

Positiver Effekt

Insgesamt wurden auf den 2.752 Flächen der jüngsten Untersuchungsperiode 687 Pflanzenarten gefunden. Während im ersten und zweiten Durchgang der Wiesen-Fuchsschwanz (Alopecurus pratensis) den höchsten (mittleren) Ertragsanteil hatte, landete dieser im dritten Durchgang auf dem dritten Platz hinter Deutschem Weidelgras (Lolium perenne) und Bastard-Weidelgras (Lolium x hybridum).

Die durchschnittliche Artenzahl stieg im dritten Durchgang im Vergleich zum ersten und zweiten auf 21,6 Arten / 25 m² an (bezogen auf diejenigen Aufnahmeflächen, die in jedem Durchgang beprobt wurden). Auch der Anteil der artenreichen Flächen mit mindestens 25 Arten nahm von 25 Prozent im ersten Durchgang auf 30 Prozent der Flächen im dritten Durchgang zu.

Die Auswertung der Artenzusammensetzung der Grünlandbestände ergab im Mittel eine leichte Zunahme von licht- und wärmeliebenden Pflanzen und eine leichte Abnahme von Arten, die mit Nässe oder Kälte gut zurechtkommen.

Almen/Alpen besonders artenreich

Bei allen Agrarumweltmaßnahmen zeigte sich – wie schon beim ersten und zweiten Durchgang – ein positiver Effekt auf die Artenzahl. Besonders artenreich waren Flächen, die als Almen/Alpen gefördert wurden, Flächen mit einzelflächenbezogenen Maßnahmen und Flächen des Vertragsnaturschutzes.

Die Ursachen für die Erhöhung der Artenzahl im dritten Durchgang des Grünlandmonitoring dürften vor allem im Witterungsverlauf der Aufnahmejahre 2018 bis 2020 mit starker Hitze und ausgeprägten Trockenperioden liegen, aber auch in einer Verminderung der Bewirtschaftungsintensität. Darauf deutet der Rückgang der Tierbesatzdichten (GV/ha Hauptfutterfläche) hin. Die Zunahme in der Artenzahl war vor allem bei Beständen zu beobachten, die im ersten Aufnahmedurchgang eher artenarm waren, während damals schon artenreiche Bestände geringere Zunahmen zeigten, gleichblieben oder gar rückläufig waren.

Weitere Informationen

Der neue Band der LfL-Schriftenreihe „Grünlandmonitoring Bayern – Entwicklung der Vegetation im Wirtschaftsgrünland 2002 – 2020: Pflanzenartenvielfalt, Bewirtschaftung und Agrarumweltmaßnahmen" dokumentiert und erläutert die Ergebnisse umfassend: https://www.lfl.bayern.de/publikationen/schriftenreihe/339501/index.php ❐

60 Jahre Impulsgeber im bayerischen Garten- und Landschaftsbau

Der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V. wurde am 14. Dezember 1963 gegründet und begeht damit sein 60-jähriges Jubiläum. Aus einer kleinen Gruppe mit damals gerade 28 Unternehmern sind inzwischen 665 Mitglieder geworden, die das Gesicht der Metropolen, Städte und Gemeinden im Freistaat wesentlich mitprägen.

Landschaftsgärtnerinnen und -gärtner kümmern sich um die professionelle Gestaltung und Pflege von Freianlagen jeglicher Art. Dazu gehören Flächen rund um Ein- und Mehrfamilienhäuser sowie öffentliche Gebäude, Parks, Außenanlagen für den Wohnungs- und Siedlungsbau aber auch für Industrie- und Gewerbeunternehmen. Des Weiteren sind sie bei der Dach- und Fassadenbegrünung aktiv, legen Straßenbegleitgrün an und bauen Freizeitanlagen jeglicher Art, beispielsweise Sport- und Spielplätze. Zusammengefasst leistet der Garten- und Landschaftsbau (GaLaBau) einen wichtigen Beitrag für den Erhalt und den Ausbau der grün-blauen Infrastruktur in Städten und Kommunen.

Gestaltung von Lebensräumen

Als Wirtschafts- und Arbeitgeberverband repräsentiert der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bayern) die Branche im Freistaat. Und das seit 60 Jahren. „Mein Dank geht an alle unsere Mitglieder. Ebenso an die ehrenamtlich tätigen Unternehmerinnen und Unternehmer im VGL Bayern, in Prüfungsausschüssen sowie zahlreichen anderen Gremien. Sie und viele weitere Beteiligte haben in den vergangenen Jahrzehnten durch ihr Engagement dem Verband zu dem verholfen, was er heute ist: Bedeutender Impulsgeber in einem der relevantesten Wirtschaftszweige in Bayern. Auch in Zukunft werden wir unsere gemeinsamen Anliegen zur Gestaltung von Lebensräumen für Mensch, Tier und Pflanze nach vorne bringen“, unterstreicht Gerhard Zäh, Präsident des VGL Bayern. Die Feierlichkeiten zum 60-jährigen Jubiläum finden im Rahmen der Mitgliederversammlung im Juni 2024 statt.

Historie

Vor der Gründung des VGL Bayern war der GaLaBau als „Fachgruppe Landschaft“ im Bayerischen Gärtnerei-Verband vertreten. In den Nachkriegsjahren konzentrierte man sich vor allem auf den Wiederaufbau. Was zählte, war die Versorgung der Bevölkerung. Wer einen Garten hatte, zog darin Obst und Gemüse und war weit davon entfernt, an Natursteinterrassen, blühende Staudenbeete und Teichlandschaften zu denken. Dann kamen die Wirtschaftswunderjahre und die Branche gewann stetig an Bedeutung.

Nachdem sich in einer Befragung unter den Landschaftsgärtnern die Mehrheit für eine eigenständige Interessensvertretung ausgesprochen hatte, wurde am 14. Dezember 1963 in Ingolstadt der Fachverband Bayerischer Landschaftsgärtner gegründet. Es war der erste selbstständige Verband der gewerblichen Landschaftsbaufirmen in Westdeutschland der Nachkriegszeit. 1969 erfolgte die Umbenennung in Verband Garten- und Landschaftsbau Bayern, 1978 in Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern. Die Geschäftsstelle, ursprünglich im Münchner Zentrum, anschließend im Stadtteil Pasing, befindet sich seit 1990 in Gräfelfing, am südwestlichen Stadtrand von München.

Branche wächst und gedeiht

Die Dienstleistungen des GaLaBaus werden seit Jahrzehnten von unterschiedlichen Auftraggebern verstärkt wahrgenommen. So lag der Umsatz in Bayern 2002 noch bei 524 Mio. Euro und kletterte auf knapp 1,4 Mrd. Euro in 2022. Dabei erwirtschaften die im Verband organisierten Mitglieder kontinuierlich den Löwenanteil und repräsentieren damit die leistungsfähigsten Fachfirmen im Freistaat.

Lag der Anteil des Privatgarten-Segments am Gesamtumsatz 2002 noch bei 40 Prozent, ist dieser inzwischen auf rund 60 Prozent angewachsen – gefolgt von der öffentlichen Hand, dem Wohnungsbau, Gewerbetreibenden und der Industrie sowie Generalunternehmern und Sonstigen.

Ausbildung auf hohem Niveau

Wie in vielen anderen Sektoren hat auch die grüne Branche mit einem Mangel an Fachkräften zu kämpfen. Erfreulicherweise beginnen seit geraumer Zeit bayernweit immer mehr junge Menschen eine Ausbildung zum Beruf „Gärtner/in“, Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau. 2022 waren es beispielsweise 546 Frauen und Männer. Insgesamt befanden sich damals 1.556 Nachwuchskräfte in einem laufenden Ausbildungsverhältnis. Zwanzig Jahre zuvor waren es noch 992 Auszubildende.

Mit ihrem Berufsabschluss eröffnen sich für die Absolventinnen und Absolventen viele Karrierewege und Perspektiven. Darüber hinaus ist die Ausbildungsbereitschaft der rund 800 bayerischen GaLaBau- Ausbildungsbetriebe ungebrochen. Damit einher gehen attraktive Lerninhalte, die die Unternehmen, Berufsschulen und die überbetriebliche Ausbildung offerieren, sowie hervorragende Jobaussichten mit sinnstiftenden Aufgaben nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss.

Weiterbildung als Garant für Qualität

Die Förderung der Aus- und Fortbildung hat für den VGL Bayern einen besonderen Stellenwert. 1991 erwarb der Verband als Hauptgesellschafter die DEULA Bayern GmbH (Deutsche Lehranstalt für Agrartechnik) am Standort Freising. Hauptauftrag des Berufsbildungszentrums ist die überbetriebliche Ausbildung in den Berufen „Gärtner/in“ und „Landwirt/in“. Abgerundet wird das Leistungsspektrum durch eine Fahrschule und viele Weiterbildungsangebote im Bereich der Golf- und Sportplatzpflege. Die Akademie Landschaftsbau Weihenstephan GmbH, eine Tochtergesellschaft der DEULA Bayern, bietet darüber hinaus seit 1995 zahlreiche Lehrgänge und Fachseminare mit Schwerpunkt GaLaBau. Ergänzt wird das Angebot durch die Landschaftsbau Service Bayern GmbH, ebenfalls eine Tochtergesellschaft des Verbandes und ansässig im „Haus der Landschaft“ in Gräfelfing, mit Schulungen, Kursen, Gruppen- und Studienreisen sowie Fachliteratur.

Zudem unterhält der VGL Bayern intensive Beziehungen zu Berufsschulen, der Hochschule Weihenstepahn-Triesdorf in Freising, der Staatlichen Meister- und Technikerschule für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim bei Würzburg und zur Fachschule für Gartenbau am Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn. Die Kooperationen haben auch hier die bestmögliche Qualifikation der Fachkräfte zum Ziel. Außerdem werden durch gemeinsame Vortragsveranstaltungen und Fachkongresse regelmäßig aktuelle Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft sowie der neueste Stand der Technik vermittelt.

Mitgliederzahlen steigen

Parallel zum Branchenumsatz wuchs auch die Mitgliederzahl des VGL Bayern. Waren es bei der Gründung noch 28 Unternehmer, haben sich inzwischen 665 Mitglieder dem Verband angeschlossen. Dabei ist eine Mitgliedschaft auf gewerbliche Unternehmen beschränkt, erfolgt auf freiwilliger Basis und erfordert einen Fachkundenachweis sowie die Erbringung von Qualitätsnachweisen. Als professioneller Dienstleister geben sie sich mit dem geschützten Signum und dem Zusatz „Ihr Experte für Garten & Landschaft“ zu erkennen. Das Markenlogo bietet Kunden eine Orientierungshilfe bei der Auswahl von fachkundigen und leistungsfähigen Betrieben für die Erstellung und Pflege von landschaftsgärtnerischen Anlagen. 2022 waren bayernweit insgesamt 2.722 Firmen mit rund 18.000 Beschäftigten im GaLaBau tätig. Die überwiegend kleinen bis mittelständischen Unternehmen beschäftigen in der Regel jeweils zwischen drei und 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. ❐



Der neue U535 mit Bauhofkollegen. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Noch mehr Leistung für den Mähzug

Auslieferung des Unimog U 535 an den Kreisbauhof Landsberg am Lech

Der Bauhof ist verantwortlich für alle Kreisstraßen und Straßengrundstücke im Landkreis und hat sich jetzt Verstärkung ins Team geholt. Der neue Unimog U535 ersetzt einen in die Jahre gekommenen U500. Ebenfalls zum Mähen und für den Winterdienst nutzt die Kommune zusätzlich einen U 530.

Der neue Unimog verfügt, dank dem OM 936 Motor über eine höhere Motorleistung mit 354 PS (260 kW). Das Getriebe ist leistungsstark und EasyDrive ermöglicht zwischen kraftstoffsparendem Fahren mit Schaltgetriebe und dem hydrostatischen Fahrantrieb zu wechseln. Die Fahrzeugsteuerung ist durch die Komfortlenkung noch ergonomischer, da die benötigte Lenkkraft reduziert wird.

Da der Unimog zum Mähen mit Mulag Geräten eingesetzt wird, ist er bereits ab Werk speziell für diesen Einsatz ausgestattet. Zum Beispiel verfügt er über eine Mähtür und einen Mähsitz für die perfekte Sicht. ❐



Anzinger Bauhofmitarbeiter bei der Übergabe. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Gemeinde Anzing rüstet auf

Kompakter Allrounder für den Ganzjahreseinsatz

Pünktlich zum Start in den Winter liefert die Henne Nutzfahrzeuge GmbH eine neue Flexigo von Aebi Schmidt an die Gemeinde Anzing. Die Kommune hat bereits einen Unimog von Henne und der kompakte Allrounder ist die perfekte Ergänzung. Im ganzjährigen Einsatz soll das komplette Potenzial der multifunktionalen Flexigo 150 ausgeschöpft werden.

Der Geräteträger wird zukünftig zur Grünflächenpflege eingesetzt und soll unter anderem den örtlichen Sportplatz mähen. Dafür hat die ausgelieferte Maschine extra Bereifung welche den Druck variieren kann. Der zusätzliche Hochdruckreiniger kann eingesetzt werden, um beispielsweise Ortschilder zu reinigen. Außerdem wird die Flexigo, mit entsprechenden Anbaugeräten ausgestattet, zum Kehren sowie zur Wildkrautbeseitigung genutzt.

Winterdienst ist dringlichste Aufgabe

Natürlich ist die dringlichste Aufgabe aktuell der Winterdienst. Henne hat daher direkt zur Auslieferung den Streuer von Bucher Municipal und einen Keil-Vario Pflug von Aebi Schmidt auf den Geräteträger aufgebaut. Durch den verstellbaren Pflug kann entsprechend der örtlichen Gegebenheiten flexibel Schnee geräumt werden.

Reduzierte Kosten und Rüstzeiten

Die Flexibilität der Maschine entsteht besonders durch die geringen Umrüstzeiten. Außerdem kann der Saugbehälter der Flexigo bei verschiedenen Arbeiten eingesetzt werden. Damit wird Grünschnitt und Kehrgut aufgesaugt, ohne umzubauen. Das spart Zeit und Geld. Trotz ihrer Größe hat die Flexigo 150 eine beeindruckende Nutzlast von einer Tonne. Die wendige Maschine mit Knick-Gelenk kann aufgrund des geringen Gewichts mit einem Führerschein Klasse B gefahren werden. ❐



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrantrieb EasyDrive, der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten,Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Sebastian Hartl

Erster Bürgermeister des Marktes Luhe-Wildenau

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete den Markt Luhe-Wildenau. Der Markt besteht aus vierzehn Ortsteilen, hat rund 3.500 Einwohner und liegt im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab in der Oberpfalz.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 1. Mai 2020 bin ich hauptamtlicher Bürgermeister von Luhe-Wildenau.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich war Angestellter bei einer Regionalbank und dort im Bereich Marketing/Online-Management tätig.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Es war mir schon immer wichtig, mich für die Interessen meiner Mitmenschen einzusetzen und unsere Heimatgemeinde mitzugestalten bzw. weiterzuentwickeln.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich war von 2014 bis 2020 Marktgemeinderatsmitglied und konnte so erste Erfahrungen sammeln. Vor dem Amtsantritt habe ich mich zusätzlich vorbereitet und u.a. mehrere Seminare beim Bayerischen Selbstverwaltungskolleg und der Hanns-Seidel-Stiftung besucht.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Wie bei all' meinen Kolleginnen und Kollegen ging es von einer Krise in die nächste. Egal ob Pandemie oder Ukraine-Krieg – hier galt es auf kommunaler Ebene viel zu organisieren und pragmatische Lösungen zu finden. Zudem haben sich in den vergangenen Jahren viele Investitionen angestaut, die dringend angegangen werden müssen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Erweiterung Kinderhäuser, Umbau zur offenen Ganztagsschule, Neubau Feuerwehrgerätehaus, Breitbandausbau, Erweiterung Gewerbegebiet, Schaffung von Wohnraum, Ausbau erneuerbarer Energien, Städtebauförderung, energetische Sanierung kommunaler Gebäude ... Die Liste der Themen ist lang und vielseitig. Zudem arbeiten wir gerade an dem Projekt „Rent a Bauhof", mit dem wir beim Wettbewerb Kommunal?Digital! punkten konnten.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Viele der oben genannten Themen werden uns auch noch in den nächsten Jahren beschäftigen. Als nächstes steht die Sanierung unserer Kläranlage sowie der Neubau eines Hochbehälters an, was die bereits angespannte Haushaltslage zusätzlich belastet. Es heißt also, trotz Sparkurs den Markt Luhe-Wildenau weiterzuentwickeln.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

*Mit 41 Jahren bezeichne ich mich gern noch selbst als jung und bin tatsächlich noch Mitglied im Netzwerk junger Bürgermeister*innen. Darauf zielt auch mein Ratschlag ab: Vernetzt Euch miteinander, fragt nach und wagt einen Blick über die Gemeindegrenze. Wir alle, egal wie groß die Kommune ist, haben mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Und für jedes Problem gibt es viele gute Lösungen.*

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Information, Transparenz und Bürgernähe sind mir sehr wichtig. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern setzen wir unter anderem auf Versammlungen, Begehungen, Bürgersprechstunden aber auch auf ein regelmäßig erscheinendes Marktblatt und eine Bürger-App.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sehr viel, denn die Digitalisierung macht auch vor der Kommunalpolitik nicht halt. Neben der Website des Marktes und der Bürger-App nutze ich persönlich Facebook & Instagram um über meine Arbeit als Bürgermeister zu informieren. Zudem erstelle ich regelmäßig Videos um über aktuelle Projekte und die Inhalte der Marktratssitzungen umfassend informieren zu können. Auch wenn wir bereits einige Instrumente im Einsatz haben, wird sich hier in den nächsten Jahren noch viel tun.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

#gemeinsambesser – Mein Motto damals im Wahlkampf und nun in meiner täglichen Arbeit. Es verbindet; im wahrsten Sinne des Wortes. Nur so kann unsere Gemeinde (zusammen-)wachsen. In allen Bereichen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als bürgernaher Bürgermeister, der den Markt Luhe-Wildenau auch in schwierigen Zeiten erfolgreich weiterentwickelt hat und der das Miteinander in der Gemeinde gestärkt hat. ❐

Regiopolregion Mainfranken macht es vor:

Ressourcenschonendes Wirtschaften ist schon heute möglich

Verantwortungsvolle Lieferketten: Chancen und Herausforderungen für Unternehmen lautete das Thema des 9. Nachhaltigkeitssymposiums der Regiopolregion Mainfranken. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wirft seine Schatten voraus und Unternehmen nicht nur in Mainfranken werden davon betroffen sein. Regionale Vorreiter berichteten über ihre nachhaltigen Geschäftsmodelle.

Beim 9. Nachhaltigkeitssymposium, das von der Region Mainfranken GmbH im Steigerwaldzentrum veranstaltet wurde, präsentierten regionale Vorzeigeunternehmen ihre Wege des nachhaltigen Lieferkettenmanagements.

Traditionell tauschen sich im Steigerwaldzentrum im Landkreis Schweinfurt Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft einmal jährlich zu Nachhaltigkeitsthemen aus. In diesem Jahr stand das Thema der verantwortungsvollen Lieferketten im Fokus. Hochkarätige Referenten aus der Regiopolregion sowie eines internationalen Sportartikelherstellers waren geladen und gaben Einblicke in ihre Geschäftsmodelle.

Kommunikation ist das A und O

Bettina Roth, Leiterin Qualitätsmanagement & CSR Lieferkette beim Outdoor-Spezialisten VAUDE, erläuterte ausführlich die Firmenphilosophie des mittelständischen Familienunternehmens. Die Unternehmensstrategie orientiert sich stark an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und sorgt dafür, dass die global aufgestellte Zuliefererkette bereits seit 15 Jahren im Sinne des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz handelt. Durch die frühzeitige Konzentration auf Nachhaltigkeit – unter anderem durch ein eigen geschaffenes Label – ist es VAUDE gelungen, einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen.

TWINDOW – ein innovatives Fenster aus dem Steigerwald

Mario und Frank Döpfner, Geschäftsführer der Firma Döpfner aus Gerolzhofen stellten ihre Innovation des TWINDOW vor. Damit gelingt es, Holzfenster noch langlebiger zu machen. Indem die Außenseiten des Rahmens gewechselt werden können, übertrifft dieses System ein konventionelles Kunststofffenster aus PVC unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten um ein Vielfaches.

Neben der Produktinnovation gaben Mario und Frank Döpfner Einblicke in ihre Lieferkette: sie setzen schon seit langer Zeit auf „Holz von hier", konkret verzichten sie auf Tropenhölzer und Holz aus sibirischen Wäldern. Stattdessen beziehen sie ihre Rohstoffe aus dem bayerischen Wald, mit dem Vorteil, dass sie auch in Krisenzeiten resilient gegenüber Importen sind.

Die Lösung für IT-Hardware stammt aus Würzburg

Eine spannende Präsentation bot der Start-up-Gründer Fabian Kunzman mit seinem Vortrag, „Wie man Unternehmen dazu bringt zirkulär zu handeln – automatisierte Kreislaufwirtschaft für Elektrogeräte". Circable verspricht den volldigitalisierten Prozess, um ausgedienter IT-Hardware ein zweites Leben einzuhauchen. Mittels der entwickelten Plattform gelingt es, Laptops, Smartphones und PC´s wieder in den Kreislauf zu bringen und damit einen erheblichen Teil an Elektroschrott einzusparen. Darüber hinaus lässt sich die Lieferkette – zumindest für den zweiten Lebenszyklus – komplett nachvollziehen. Dank der Automatisierung ist dieses System auch für kleine und mittlere Unternehmen attraktiv.

CSR im Gespräch: 5 Jahre erfolgreiche Partnerschaft

Die abschließende Diskussion mit Dr. Sascha Genders, Hauptgeschäftsführer der IHK Würzburg-Schweinfurt, und Ludwig Paul, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Unterfranken, zeigte auf, dass man im Verbund – hier ist insbesondere das mainfränkische CSR-Netzwerk zu nennen – einen Teil zum regionalen nachhaltigen Wirtschaften leisten kann. Beide unterstrichen in ihrer Argumentation die Notwendigkeit und Relevanz von CSR in der heutigen Geschäftswelt und regten dazu an, über die bloße Einhaltung von Standards hinauszugehen, um einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft und die Umwelt auszuüben.

Kompetenzfeld Energie & Umwelt

Die Regiopolregion Mainfranken bietet mit dem Kompetenzfeld Energie & Umwelt, das sich aus zahlreichen Weltmarktführern, Hidden Champions und Forschungsinstituten zusammensetzt, enormes Potenzial, wenn es darum geht, ressourcenschonend zu handeln. Mit etwa 10.000 Beschäftigten in diesem Zukunftsfeld verfügt das Kompetenzfeld über exzellentes Know-How.

Weitere Informationen zur Region Mainfranken GmbH

Als Trägerplattform der Regiopolregion Mainfranken und Regionalentwicklungsgesellschaft der mainfränkischen Landkreise, der kreisfreien Städte Würzburg und Schweinfurt sowie der Wirtschaftskammern bündelt die Region Mainfranken GmbH die regionalen Kräfte in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zur Positionierung Mainfrankens im nationalen und internationalen Standortwettbewerb. Durch zielorientiertes Standortmarketing wird Mainfranken für potenzielle Fachkräfte, Investoren und Interessenten sichtbar.

Die Gesellschafter der Region Mainfranken GmbH sind neben den beiden kreisfreien Städten Würzburg und Schweinfurt die sieben mainfränkischen Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen, Main-Spessart, Rhön-Grabfeld, Schweinfurt und Würzburg sowie die IHK Würzburg-Schweinfurt und die Handwerkskammer für Unterfranken. ❐

Regionaler Planungsverband München (RPV):

22 Vorranggebiete Windenergie vorgesehen

RPV unterbreitet Vorschläge für konkrete Vorrangflächen in der Region München

Der Regionale Planungsverband München (RPV) beschließt den Vorabentwurf für das Steuerungskonzept zur Windenergienutzung in der Region München.

Die Sitzung fand in Oberhaching statt. Der RPV schlägt in diesem ersten Schritt 22 Vorranggebiete vor. Diese liegen über alle Landkreise verteilt und haben in Summe eine Fläche von knapp 127 Quadratkilometern, was 2,3 Prozent der Regionsfläche entspricht. Ziel ist es, ein ausgewogenes Gesamtkonzept für die Region zu erstellen. Mit dem Beschluss startet ein Vorabbeteiligungsverfahren mit den RPV-Mitgliedern und Trägern öffentlicher Belange zum Entwurf des Steuerungskonzepts Windenergie.

RPV- Geschäftsführer Marc Wißmann und der Regionsbeauftragte der Regierung von Oberbayern Thomas Bläser stellten den Vorabentwurf für das Steuerungskonzept Windenergie auf der Sitzung vor. Hauptbestandteil sind 22 Vorranggebiete Windenergie in der Region München. Auswahl und Zuschnitt der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete erfolgen anhand verschiedener Abwägungskriterien, die öffentliche und private Belange berücksichtigen. Planungen und Wünsche der Verbandsmitglieder sind eingeflossen.

„Wir wollen ein regional schlüssiges und ausgewogenes Gesamtkonzept zur Windenergie erarbeiten. Es ist geprägt von der Leitidee, Windenergieanlagen auf zusammenhängenden Flächen zu konzentrieren, die sich mit Landschaften abwechseln, die keine Infrastrukturen für Windenergie aufweisen. Mit Blick auf das Landschaftsbild, die vorhandene Siedlungsdichte und die unterschiedliche Verteilung von potenziellen Suchflächen in unserer Region ist das eine sehr große Herausforderung", erklärt Wißmann. „Dennoch ist es uns mit unserem Vorschlag gelungen, Vorranggebiete zu definieren, die über alle Landkreise verteilt sind – allerdings mit sehr unterschiedlichen Flächenpotenzialen", führt Wißmann weiter aus.

Räumliches Konzept

Basis für den Vorabentwurf ist die Suchraumkulisse der Region München mit für Windenergie grundsätzlich geeigneten Flächen, die der RPV im September präsentierte. Diese Flächen sind ungleich über die Region verteilt: im Norden sind es viele kleine, mit teils großen Lücken, insbesondere bedingt durch Flughafen, militärische Belange und kleinteilige Siedlungsstrukturen; im Süden sind es überwiegend große Waldgebiete. Daher teilt der RPV die Flächen in einen nördlichen und einen südlichen Bereich.

Wichtig ist die Blickbeziehung in die Alpen

Im Süden werden Großstrukturen mit einem Abstand untereinander von mindestens 15 Kilometern ausgewiesen. Hier sind teilweise bereits Windenergieanlagen vorhanden. Von Westen nach Osten gibt es fünf große Ausweisungen mit insgesamt sechs Vorranggebieten: Denklinger Forst, Riederau (westlich vom Ammersee), Forstenrieder Park und Berg (bilden ein Cluster), Hofoldinger Forst und Ebersberger Forst. „Wichtig ist die Blickbeziehung aus dem Stadtgebiet München und den angrenzenden Gemeinden in die Alpen. Wir möchten auf diesen fünf großen Flächen nicht klotzen, sondern die Windenergienutzung für Mensch und Natur verträglich gestalten. Daher sind auch dort nicht die gesamten Potenziale ausgewiesen," betont Wißmann. „Im Norden gestaltet sich die Umsetzung kleinteiliger, da die Suchräume stark zersplittert sind. Dörfer und Weiler prägen den Raum, und es gibt keine großen Waldgebiete", so Wißmann weiter. Die Kleinstrukturen im Norden werden zu Clustern mit Abständen untereinander von möglichst mindestens fünf Kilometern gebündelt, bestehende Windparks inklusive. Durch die Cluster entstehen 16 Vorranggebiete.

Abwägungskriterien

Um Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Windenergie zu definieren, berücksichtigt der RPV in einem Abwägungsprozess verschiedene Kriterien, wie etwa das Landschaftsbild, die Ästhetik und die Wohnsituation der Menschen. Ziel ist, das Landschaftsbild behutsam weiterzuentwickeln und eine Zersiedelung der Landschaft und Umzingelung der Dörfer durch Windenergieanlagen zu vermeiden. Daher gilt es, Windenergie auf ausgewählte Flächen zu konzentrieren, Abstände und größere Freiräume zu wahren und Blickbeziehungen auf die Alpen und die Landschaft zu beachten.

Zudem fließen Aspekte der Energiegewinnung, der Land- und Forstwirtschaft sowie der Schutz von Natur, Arten und Trinkwasser mit ein. Lokale Interessen, kommunale Planungen der Mitgliedskommunen und regionale Entwicklungsziele gehören ebenfalls dazu.

Ablauf und Zeitplan

Nach dem Beschluss des Vorabentwurfs zum Steuerungskonzept Windenergienutzung startet der RPV die informelle Vorabbeteiligung mit den RPV-Mitgliedern, den an die Region München angrenzenden Regionalen Planungsverbänden und wichtigen Trägern öffentlicher Belange im ersten Quartal 2024. Innerhalb von acht Wochen können diese dann zu den im Vorabentwurf aufgezeigten Vorschlägen Stellung nehmen. RPV-Geschäftsführer und Regionsbeauftragter werten die Rückläufe aus und erarbeiten einen neuen Entwurf. Mit dem Beschluss des Steuerungskonzepts, vorgesehen für das zweite Quartal 2024, beginnt das formale Beteiligungsverfahren mit bis zu zwei Anhörungen bis Ende 2025. Für Anfang 2026 hat der RPV den Beschluss zur Änderung des Regionalplans geplant; mit dessen verbindlicher Klärung erreicht er sein erstes Teilflächenziel von mindestens 1,1 Prozent der Regionsfläche.

Gesetzliche Regelung

Bis spätestens Ende 2027 muss der RPV mindestens 1,1 Prozent seiner Regionsfläche als Windenergiegebiet gemäß Windenergiebedarfsflächengesetz (WindBG) festgelegt haben. Das sind knapp 61 Quadratkilometer. Bis spätestens Ende 2032 muss der Freistaat Bayern in Summe bayernweit 1,8 Prozent seiner Landesfläche ausweisen. Wie das auf die 18 bayerischen Planungsregionen verteilt wird, ist noch offen. Die Ausweisung regionaler Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Windenergie regelt der Freistaat Bayern im Landesentwicklungsprogramm (LEP). Dessen Novellierung trat am 1. Juni 2023 in Kraft und bildet für den RPV die rechtliche Grundlage, den Regionalplan für Windenergie fortzuschreiben.

Der Regionale Planungsverband München (RPV) ist der gesetzlich vorgesehene Zusammenschluss der Kommunen in der Planungsregion München: der 185 Gemeinden, acht Landkreise und der Landeshauptstadt München. Er ist Träger der Regionalplanung, beschließt über den Regionalplan sowie dessen Änderung und stimmt dabei die Interessen der Verbandsmitglieder ab. Die wichtigsten Themen sind: Siedlung und Freiraum, Verkehr sowie Wirtschaft. Die regionalen Interessen macht er bei raumwirksamen Projekten und Fachplanungen geltend. Auch bei Fortschreibungen des Landesentwicklungsprogramms wird er beteiligt. Weitere Informationen zum RPV sind zu finden unter www.region-muenchen.com. ❐



Gruppenfoto aller Urkundenträger. v.l.: Marco Stickel, Dieter Gornich, Regierungspräsident Florian Luderschmid, Karin Retsch, André Vogel, Werner Knoth, Azad Shekho, Angelika Geyer, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung MdL Karl Straub Bild: Stephanie Bleuse, Regierung von Oberfranken

Oberfränkischer Integrationspreis 2023:

Miteinander leben, voneinander lernen

Die Projekte „BRK-Deutsch-Lernhilfegruppe Redwitz an der Rodach“, „Begegnungscafé Dialog“, „Flüchtlingshilfe Thurnau“ und „RESPEKT! Interkulturelle Theatergruppe“ sind in Bayreuth vom Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung MdL Karl Straub und von Regierungspräsident Florian Luderschmid mit dem oberfränkischen Integrationspreis 2023 ausgezeichnet worden. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 7.000 Euro stellte das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration zur Verfügung.

Die BRK- Deutsch- Lernhilfegruppe Redwitz an der Rodach wurde 2015 gegründet, als im Zuge der Flüchtlingswelle mehr als 60 Asylbewerber aus den Herkunftsländern Afghanistan, Irak, Pakistan und Syrien nach Redwitz kamen. Schnell sei den Verantwortlichen vor Ort klar gewesen, dass die Neubürger nachhaltig unterstützt werden mussten, damit ihre Integration in die Gesellschaft gelingt, betonte Regierungspräsident Luderschmid in seiner Laudatio. Unabdingbare Voraussetzung hierfür sei das Erlernen der deutschen Sprache. Der Preisträger habe dafür die Grundlagen geschaffen und mit Erfolg dreimal wöchentlich einen 90-minütigen Deutschkurs mit angeboten.

Weitere Herausforderungen durch Ukraine-Krieg

Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine seien weitere Herausforderungen auf die Verantwortlichen zugekommen. Innerhalb kürzester Zeit seien mehr als 40 ukrainische Kriegsflüchtlinge in der Gemeinde Redwitz untergebracht worden. Auch um diesen Personenkreis habe sich die Deutsch- Lernhilfegruppe Redwitz intensiv gekümmert. Insgesamt seien rund 600 Stunden ehrenamtliche Hilfe geleistet worden. Aktuell werde seit Anfang Juli zweimal wöchentlich für ca. 30 Asylsuchende aus Syrien, Russland und Belarus Deutschunterricht erteilt.

Kostenloser Fahrdienst

Ende 2018 wurde das „Begegnungscafé Dialog“ der Evangelisch- Lutherischen Kirchengemeinde Burgkunstadt eröffnet. Verantwortlich für den Betrieb des Cafés sind zwölf Personen, die je zur Hälfte aus Einheimischen und Migranten bestehen. Das Café ist derzeit einmal wöchentlich geöffnet. Es kommen regelmäßig 40 Besucher, davon ca. 25 bis 30 Prozent aus der einheimischen Bevölkerung. Für nicht mobile Besucher wurde ein kostenloser Fahrdienst mit dem Gemeindebus eingerichtet.

Zu den zahlreichen Aktivitäten, die dort entfaltet werden, zählen u. a. Spielangebote, die Vermittlung wichtiger Informationen zur deutschen Kultur, und die Unterstützung bei der Bewältigung alltäglicher Probleme. Ehrenamtliche Übersetzer und Flüchtlinge unterstützen bei der Abfassung von Bewerbungsschreiben. Bei Arztterminen und Behördengängen erfolgt auf Wunsch auch eine Begleitung durch Laiendolmetscher. Darüber hinaus werden Deutschkurse bzw. Einzelunterricht für Analphabeten ebenso angeboten wie ein Nachhilfeunterricht für Kinder.

Engagement für die Kommune

Besondere Erwähnung bedarf Luderschmid zufolge auch die Tatsache, dass die Flüchtlinge ebenfalls ihren Beitrag zu einer gelingenden Integration geleistet haben. So wurden in einer gemeinsamen Aktion mit Einheimischen während der Corona-Pandemie in einer Schneiderwerkstatt insgesamt 10.000 Masken genäht und kostenlos an die Bevölkerung verteilt. Die Flüchtlinge engagieren sich auch für die Kommune, in dem Spielgeräte für den Kindergarten gefertigt und Bierbänke wiederaufbereitet werden.

Der Mietführerschein

Gemeinsam mit dem Landratsamt Lichtenfels haben zudem insgesamt 80 Flüchtlinge den sog. Mietführerschein erworben, was mit der Aushändigung eines entsprechenden Zertifikats bestätigt wurde.

Hierbei wurden u. a. Grundlagen zur Mülltrennung sowie zum Energiesparen vermittelt und auch praktische Hinweise für die Bewerbung um eine Wohnung erteilt. Sofern eine eigene Wohnung gefunden ist, werden die künftigen Mieter bei den Umzügen unterstützt und aus dem vorhandenen Sammellager mit Möbeln für die Erstausstattung beliefert. Einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leistet auch die Fahrradwerkstatt, in der ein ukrainischer Kriegsflüchtling die Drahtesel wieder auf Vordermann bringt.

Unterstützung in allen Lebenslagen

Die Flüchtlingshilfe Thurnau hat sich im Jahre 2016 in Folge des starken Anstiegs der Asylbewerberzahlen gegründet. Seitdem werden die Asylsuchenden in allen Lebenslagen unterstützt. Zu nennen ist hier die Beratung bei Behördenschreiben, die Begleitung zu den Anhörungen beim BAMF und zu Gerichtsverhandlungen.

Wohnungssuche und Einschulung im Vordergrund

Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine kamen auf die Flüchtlingshilfe Thurnau neue Herausforderungen zu. In Abstimmung mit der Kommune fanden im Gemeindezentrum regelmäßige Treffen statt, an denen bis zu 30 ukrainische Kriegsflüchtlinge teilgenommen haben.

Hier wurden wichtige Hilfestellungen gegeben, um das Leben in einem neuen Land meistern zu können.

Im Vordergrund standen auch hier die Wohnungssuche und die Einschulung für die Kinder. Dank des Einsatzes des Helferkreises ist es gelungen, für alle ukrainischen Kriegsflüchtlinge privaten Wohnraum zu finden.

Einheimische und Migranten gemeinsam

Das Projekt „RESPEKT! Interkulturelle Theatergruppe“ der VHS Hofer Land ermöglicht den Mitgliedern der Theatergruppe und ihrem Publikum eigene kulturelle Erfahrungen zu teilen, Vielfalt zu erleben und damit einen intensiven interkulturellen Austausch in Gang zu bringen. In dem Stück „Die Quelle“, das eigens von Marco Stickel vom Theater Hof geschrieben wurde, finden zwei junge Menschen aus grundverschiedenen Welten gegen den Widerstand ihrer Familien zueinander, überwinden Vorurteile und die Angst vor Fremden.

Über einen Zeitraum von 15 Monaten trafen sich jeweils einmal wöchentlich Einheimische sowie Migrantinnen und Migranten, um das Stück einzuüben. Nach der erfolgreichen Premiere an der VHS Hofer Land fanden vier weitere Aufführungen, u.a. auf der Seebühne in Lichtenberg statt. Insgesamt verzeichnete man 350 Zuschauer. **DK**

GZ PINOS WELT



Wenn zwei das Gleiche tun, ist es oftmals nicht dasselbe. Ein schöner Kalenderspruch, dessen Richtigkeit sich dieser Tage zeigt, wenn man das Echo auf die Bauernproteste in einigen Medien und der Bundesregierung hört und dies mit den Reaktionen auf die ‚Klimaaktionen‘ derer, die sich als ‚Letzte Generation‘ bezeichnen, vergleicht.

Die Klimakleber und Kulturstättenbesudler der Letzten Generation gelten ja vielen Intellektuellen, Kunstschaffenden und Medienleuten als aufrechte Aktivist:innen, die in einem verzweifelten Kampf gegen die Erderwärmung zivilen Ungehorsam leisten, indem sie sich an Straßen kleben oder Kulturgüter mit oranger Farbe verunzieren. Die Bauern, die jetzt etwas mehr als eine Woche gegen die von der Bundesregierung gewohnt überfallartig verfügte Einkommenskürzung durch Streichung von fest eingeplanten Zuschüssen protestieren, werden da-

Die Koalition der Frühaufsteher

gegen von vielen in eine rechte Schmuddelecke gedrängt, da durch sie etwas in diesem Land „ins Rutschen“ käme. Gegnerschaft zur Regierungspolitik als Tatbestand der Majestätsbeleidigung, der mit Stigmatisierung bestraft wird.

Interessant ist, dass das von den Bürgerinnen und Bürgern hierzulande wohl etwas anders gesehen wird. Als die Traktoren und Schlepper bei uns in der Stadt ihre Kreise zogen (angekündigt und hoch diszipliniert), da standen die Leute am Straßenrand und winkten, obwohl der Lärm der Signalhörner schon extrem unangenehm war und der Verkehr natürlich behindert wurde. Doch es fuhren noch andere mit: Transportunternehmer etwa, die kalt durch die höheren CO2-Abgaben und neue Formen der LKW-Maut erwischt wurden. Handwerker, deren Tage mittlerweile immer öfter so ausschauen, dass nach acht Stunden Arbeit beim Kunden oder in der Werkstatt noch vier Stunden im Büro für irgendeinen Bürokratieklimbim abzusitzen sind.

Der Bürgermeister, der so freundlich ist, mich als Dank für meine bloße Anwesenheit auf Erden durchzufüttern, nennt das die „Koalition der Frühaufsteher“, nämlich derer, die sich für ihren Lebensunterhalt noch immer krummlegen und damit auch für unser aller Wohlstand und Wohlergehen sorgen. Ja, unser Wohlergehen liegt in der Hand dieser typischen, aber nicht überall geschätzten Mittelschicht. Denn auch der Hafer, der in der milchartigen Flüssigkeit verarbeitet ist, mit dem Hipster ihren Kaffee zu pantschen pflegen, musste einmal von einem Bauern ausgesät, gepflegt und geerntet werden.

Kein Wunder, dass sich andere, die sich auch in der Kunst der Eigenverantwortung üben, mit dieser Koalition der Frühaufsteher identifizieren können. In Befragungen geben bis zu 80 Prozent an, Verständnis für den Bauernprotest zu haben. Sog. Klimaproteste akzeptiert dagegen nur eine Minderheit. Das mag einerseits daran liegen, weil die Bauern zwar Straßen blockieren, aber z.B. bei Notfalleinsätzen für Rettungswagen oder die Feuerwehr diese wieder räumen, während allein in Berlin je nach Zählweise zwei oder drei Unfallopfer verstarben, weil Rettungskräfte wegen Klimablockaden ausweglos im Stau standen.

Zudem sind die Ziele der Bauern, Handwerker und Spediteure klar nachvollziehbar: Weniger Belastung der eigenen Leistung, während die Klimakleber doch eher abstrakt bleiben. OK, der Klimawandel ist real, aber er wird nicht dadurch verhindert, dass die Deutschen sich in Erdlöcher zurückziehen, nur mehr zu Fuß gehen und allesamt Veganer werden, solange Indien, China und Südafrika wie blöde Kohle verbrennen, Brasilien den Amazonas abholzt und Russland einen alles andere als CO2-neutralen Angriffskrieg führt (um nur mal die antiwestlichen BRICS-Staaten zu beleuchten).

Im Ergebnis stehen die derzeitigen Protestbewegungen symbolisch auch für die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die fest daran glauben, dass ihr Denken, Sprechen und Handeln untrennbar mit dem Heil der Welt verknüpft ist. Und denjenigen, die es satthaben, ständig von ersteren belehrt zu werden, wie man sich zu ernähren, zu kleiden, zu benehmen, wie man zu sprechen und welche Ansichten man zu vertreten habe.

Ist die Spaltung neu? Nein, Kanzler Schröder hat schon vor gut 15 Jahren in Vilshofen gesagt: „Ihr (Bauern) habt zu 85 Prozent CSU gewählt. Ändert das. Dann wird’s besser für euch.“

Ihr Pino

Landkreis München:

Migration gestalten, Teilhabe fördern, Zusammenhalt sichern

Austausch zwischen Ehrenamtskoordination und Helferkreisen

Anfang Dezember hat die Ehrenamtskoordination des Landratsamts München Vertreter der ehrenamtlichen Helferkreise im Landkreis München zu einer Fachtagung in die Evangelische Akademie in Tutzing eingeladen.

Das zentrale Thema war Migration, einschließlich ihrer Chancen und Herausforderungen. Die 86 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten durch Impulsvorträge, Podiumsgespräche und Workshops neue Ansätze und Ideen für ihre tägliche Arbeit. Die Tagung bot nicht nur ein informatives Tagesprogramm, sondern auch die Gelegenheit zur Besinnung, zum Kräftesammeln und zum besseren Kennenlernen untereinander.

Mit Starnberger Unterstützung

Fast alle Helferkreise der Gemeinden im Landkreis München waren vertreten. Um Synergieeffekte zu fördern, waren auch ehrenamtliche Helfer aus dem Landkreis Starnberg eingeladen.

Die vielfältigen Themen wurden von verschiedenen Referenten aus Politik, Gesellschaft und Religion präsentiert, wobei der Fokus stets auf der Zuwanderung im Allgemeinen lag. Die Diskussionen gaben nicht nur konkrete Einblicke, sondern boten auch einen Ausblick auf kommende Entwicklungen in der Migrationspolitik.

Austausch und Begegnungen

Austausch und Begegnungen erwiesen sich als besonders wertvoll für die Ehrenamtlichen, die zwar durch ihre gemeinsame Aufgabe verbunden sind, aber je nach Gemeinde und Helferkreis unterschiedlichen Herausforderungen gegenüberstehen. Die Fachtagung förderte den Austausch von Ideen, Impulsen und Anregungen für ihr Engagement.

Thomas Zimmermann, Ehrenamtskoordinator des Landkreises München und Veranstalter der Fachtagung, zog eine positive Bilanz: „Die Resonanz war durchweg fantastisch! Ich bin überzeugt, dass die zwei Tage in der Akademie für alle Beteiligten einen großen Gewinn darstellen und dazu beitragen, etwas Klarheit in den momentan lauten medialen Kontext rund um die Themen Asyl, Migration und Integration zu bringen.“ ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Nachwuchs für die Feuerwehr:

Stadt München geht neue Wege

München plant neue Ausbildungsgänge für den feuerwehrtechnischen Dienst. Das hat der Kreisverwaltungsausschuss des Stadtrats gemeinsam mit dem Bildungsausschuss beschlossen. In enger Kooperation mit der Münchner Berufsfeuerwehr soll das Referat für Bildung und Sport dafür zwei städtische Berufsfachschulen gründen. Voraussetzung ist die Zustimmung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zu den derzeit in Erarbeitung befindlichen Satzungen. An der Berufsfachschule für das Feuerwehrhandwerk sollen sich zukünftig handwerklich-technische Einsatzkräfte qualifizieren können, an der Berufsfachschule für Leitstellenwesen sogenannte Leitstellen-Disponenten.

Die neu zu gründenden Berufsfachschulen stellen eine Ergänzung zu den bestehenden Ausbildungsangeboten der Münchner Berufsfeuerwehr dar. Wesentlicher Unterschied ist, dass der Zugang zu den Berufsfachschulen ohne vorherige Berufsausbildung möglich sein wird. Dadurch können Schüler unmittelbar nach ihrem Schulabschluss eine Ausbildung bei der Feuerwehr beginnen. Die Stadt München will damit das Feld potenzieller Nachwuchskräfte für den Feuerwehrdienst signifikant erweitern.

Bürgermeister Dominik Krause: „Die Münchner*innen können sich auf ihre Feuerwehr verlassen, denn sie ist immer zur Stelle, wenn Hilfe benötigt wird. Allerdings greift der Fachkräftemangel in allen Bereichen um sich. Durch vorausschauendes Handeln sorgen wir dafür, dass unsere Berufsfeuerwehr personell weiterhin gut aufgestellt bleibt. Wir machen unsere Feuerwehr damit fit für die Zukunft. Die beiden neuen Berufsfachschulen sind eine wichtige Investition in die Sicherheit Münchens.“

Stadtschulrat Florian Kraus: „Der Dienst in der Feuerwehr ist ein Job für Macher*innen. Durch unsere neuen Ausbildungsangebote werden sich jetzt noch mehr junge Menschen dafür qualifizieren können. Gemeinsam mit der Branddirektion gehen wir neue Wege für ein sicheres München, darüber freue ich mich sehr.“

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3/2024, die am 1. Februar 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunaler Bau, Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze, Ortskernbelebung, Renovierung/Denkmalschutz**
- **Gestaltung öffentlicher Räume, Stadtmobiliar**
- **Freizeitanlagen, Tourismus**
- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser/Abwasser**

Fit für die Zukunft

Die für die Feuerwehr zuständige Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gradl: „Eine Stadt, die sicher ist, braucht eine gut ausgebildete Feuerwehr. Mit diesen spezialisierten Ausbildungsgängen öffnen wir nun die Tore der Feuerwachen für eine neue Generation von Fachkräften, die mit fundiertem Wissen und praktischen Fähigkeiten direkt in den Feuerwehrdienst einsteigen können. Das wird langfristig zur Sicherheit und zum Wohlergehen unserer Stadt beitragen.“

Münchner Feuerwehr hat hohen Personalbedarf

Die Münchner Feuerwehr ist deutschlandweit die größte kommunale Berufsfeuerwehr. Sie beschäftigt derzeit mehr als 1.700 feuerwehrtechnische Beamtinnen und Beamten. Auch die Integrierte Leitstelle (ILS) München gehört zu den bundesweit größten. Qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, ist in beiden Kernbereichen eine Herausforderung.

Wolfgang Schäuble, Leiter der Branddirektion: „Die tägliche Arbeit der Feuerwehr ist schon seit jeher vom Zupacken geprägt. Bisher mussten daher die Feuerwehrleute einen technischen Ausbildungsberuf mitbringen. Mit einer spezialisierten Berufsausbildung können wir erstmals Schulabgänger*innen eine eigenständige Ausbildung zur Feuerwehr-Fachkraft anbieten. Gleichzeitig sind durch die fortschreitende Digitalisierung die Koordination und Steuerung unserer über 350.000 Einsätze pro Jahr nur noch durch Spezialist*innen zu leisten. Auch hier freue ich mich, eine Berufsausbildung zur Disponent*in in unserer Integrierten Leitstelle anbieten zu können.“

Berufsfachschulen für den Feuerwehrdienst

Geplant ist, die Auszubildenden der neuen Ausbildungsgänge als Dienstanfänger bei der Branddirektion zu beschäftigen. Für die Vermittlung der schulischen Inhalte werden die neu gegründeten Berufsfachschulen verantwortlich sein, für die praktischen Inhalte die Branddirektion. Die neuen Berufsfachschulen werden dafür mehrheitlich mit Fachlehrern von anderen städtischen beruflichen Schulen zusammenarbeiten. Nach erfolgreichem Abschluss können sich die Schüler für die Beamtenlaufbahn bei der Stadt München bewerben, in den Vorbereitungsdient berufen lassen oder eine angestellte Tätigkeit im öffentlichen Dienst wählen. Die neuen Ausbildungen sollen erstmals im Ausbildungsjahr 2025/26 starten. ❐



„Einen guten Rutsch ins Neue Jahr!“

Kaminkehrer und Landrat wünschen den Menschen im Landkreis Regen viel Gesundheit und Glück für 2024

Kaminkehrer gelten seit dem Mittelalter als Glücksboten zu Silvester und Neujahr. Am Landratsamt kam gleich ein ganzes Dutzend vorbei, um den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises viel Glück für 2024 zu bringen.

„Dieser jährliche Besuch der Kaminkehrer am Landratsamt ist nicht nur seit vielen Jahren Tradition, sondern einfach ein gutes Zeichen, mit dem das kommende Jahr unter einen guten Stern gestellt wird“, so Landrat Dr. Ronny Raith zu den Schornsteinfegern, die ihm noch zur Wahl gratulierten und mit einem kleinen Kaminkehrer aus Glas Glück und Erfolg im neuen Jahr wünschten. „Vergelt’s Gott und schön, dass ihr da seid. Ihr seid uns als Glücksboten stets herzlich willkommen“, freute sich der Landrat.
Zwölf Glücksboten besuchen das Landratsamt Regen: V.l.: Michael Wisnet, Max Pinzl, Andreas Plötz, Werner Rankl jun., Werner Rankl sen., Wendelin Wisnet, Landrat Dr. Ronny Raith, Michael Bauer, Josef Pinzl, Thomas Schäfer, Manuel Ertl, Matthias Ebner und Alois Pinzl. Foto: Iris Gehard / Landratsamt Regen

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Teichrettung

WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 1. Februar 2024 | 74. Jahrgang | Nummer 3

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion:

„Wir ampeln nicht, wir handeln!“

Unter dem Motto „Freiheit, Werte, Zukunft – für ein starkes Bayern im Herzen Europas“ erörterte die CSU-Landtagsfraktion im Rahmen ihrer traditionellen Winterklausurtagung in Kloster Banz wichtige Zukunftsfragen mit hochkarätigen Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Wie Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek konstatierte, „haben wir eine lebendige und geschlossene Fraktion erlebt. Es ist ein neuer Teamgeist, ein frischer Wind spürbar und die Agenda heißt: Wir ampeln nicht, wir handeln!“

Mit Gernot Döllner, Vorsitzender des Vorstands der AUDI AG, tauschte sich die Fraktion darüber aus, wie der Wirtschaftsstandort Bayern fit für die Zukunft gemacht werden kann. In der Resolution „Für eine starke und stabile Wirtschaft: Wir machen den Unterschied“ skizzierten die Abgeordneten die Weichen dafür, dass in Bayern auch weiterhin die besten Standortbedingungen vorherrschen und kündigten Investitionen in Innovationen, Fachkräfte und die künftige Energieversorgung an.

wehr, erläuterte dem Fraktionsvorstand die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Deutschland und die Bundeswehr. Mit dem albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama sprachen die Abgeordneten u.a. über Lösungen für die Migrationskrise und wie wichtig durchgreifendes Handeln ist. Darüber hinaus empfingen sie über 300 Landwirte aus der Region sowie den Vorsitzenden des Bayerischen Bauernverbandes, Günther Felßner, und den Vorstand

(Fortsetzung auf Seite 4)

15-Punkte-Plan zu künftigen Krankenhausstandorten

Wie der Krankenhausstandort der Zukunft aussehen soll, darüber diskutierte die Fraktion mit Thomas Lemke, Vorsitzender des Vorstands der Sana Kliniken AG und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern und Christina Leinhos, stellvertretende Geschäftsführerin der Bayerischen Krankenhausgesellschaft.

Mit der Resolution „Patientenorientiert, bedarfsgerecht und wohnortnah: Souveräne Krankenhausplanung und solide Krankenhausfinanzierung für Bayern! Kalten Strukturwandel stoppen!“ setzte die Fraktion ein deutliches Zeichen: Stationäre Versorgung darf auch künftig kein Privileg der Metropolen sein. Dafür wurde in der Resolution ein 15-Punkte-Plan zur Krankenhausversorgung im ländlichen Raum vorgelegt.

General Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundes-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Glauber: Postfilialen in der Fläche erhalten

Kommunen brauchen Mitspracherecht bei automatisierten Poststationen

Das Bayerische Verbraucherschutzministerium setzt sich für den Erhalt von Postfilialen mit Personal in der Fläche ein. Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Digitalisierung ist gut und wichtig. Allerdings darf die Digitalisierung nicht zu Lasten von Menschen mit besonderen Bedürfnissen gehen.“

Digitalisierung sollte ergänzend dort eingesetzt werden, wo sie einen echten Mehrwert bedeutet. Postdienstleistungen gehören zur Daseinsvorsorge. Es gibt Menschen, die auf eine persönliche Beratung und Unterstützung beim Versand von Paketen und Briefen angewiesen sind. Wir setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein. Gerade im ländlichen Raum sind die Wege zur nächsten Postfiliale oftmals weiter entfernt. Deshalb muss sichergestellt sein, dass Postfilialen in der Fläche bei Bedarf weiterhin mit Personal betrieben werden. Die Kommunen kennen die Situation vor Ort am besten. Deshalb brauchen sie ein echtes Mitspracherecht vor der Einführung von automatisierten Poststationen“, so der Minister weiter.

Die Bundesregierung sieht in ihrem Entwurf zur Modernisierung des Postrechts vor, dass personalbetriebene Postfilialen unter bestimmten Voraussetzungen durch automatisierte Poststationen ersetzt werden können. Das Gesetz bedarf der Zustimmung durch den Bundesrat. Das Bayerische Verbraucherschutzministerium hat bereits einen entsprechenden Änderungsantrag im Bundesratsverfahren dazu eingebracht. ❐

Sitzung des bayerischen Kabinetts:

Masterplan für eine Asylwende

Bayern will mit mehreren Bundesratsinitiativen eine schon seit langem geforderte Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik erreichen. „Deutschland braucht eine Asylwende“, erklärte Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Man sage Ja zur Menschlichkeit, aber entschlossen Nein zu einer unkontrollierten Zuwanderung. Es brauche eine Integrationsgrenze, ergänzte Söder. Innenminister Joachim Herrmann zufolge muss sich diese Grenze am Leistungs- und Integrationsvermögen der Kommunen orientieren, etwa was Schulen und Kitas angeht. „Die Asylbewerberzahlen müssen wieder deutlich sinken.“

Damit der Migrationsdruck spürbar abnimmt, seien nun rasch zentrale Weichenstellungen durch den Bund und eine grundlegende Wende in der Asylpolitik erforderlich. Die Staatsregierung ruft die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um die Länder und Kommunen nachhaltig zu entlasten:

Maßnahmenkatalog

1. Änderung des Asylrechts: Deutschland kann seiner humanitären Verantwortung nur dann weiterhin gerecht werden, wenn seine begrenzten Ressourcen zielgerichtet für die Menschen eingesetzt werden, die tatsächlich schutzbedürftig sind. Deshalb fordert die Staatsregierung entsprechende Rechtsänderungen, damit der nationale Gesetzgeber mehr Spielraum erhält. Statt in Deutschland bei internationalen Krisen individuell und unbegrenzt Schutz zu gewähren, könnte man künftig mit festen Aufnahmezusagen der EU arbeiten. Zudem wird die Bundesregierung aufgerufen, die Spielräume zu nutzen, um mehr Straftäter von einem Schutzstatus auszuschließen.

2. Konsequenter Grenzschutz: Nach Zahlen des Bundes kommen rund zwei Drittel der Asylbewerber nach Deutschland, ohne vorher in einem anderen europäischen Land registriert worden zu sein. Mit dem Entschließungsantrag fordert die Staatsregierung die Bundesregierung auf, die Grenzkontrollen lageabhängig fortzusetzen und Zurückweisungen an der Binnengrenze auch dann nicht auszuschließen, wenn an der Grenze ein Asylgesuch geäußert wird.

3. Bessere Unterstützung bei der Rückführung abgelehnter Asylsuchender: Die Bundesregierung soll zentrale Bundesausreisezentren an den großen deutschen Flughäfen errichten. Ein Untertauchen der Bewohner könnte so erschwert werden und durch die viel frühere

Fortsetzung auf Seite 4)

„Mehr Geld ins System“

Kommunales Spitzengespräch mit Bundesminister Lauterbach zur Finanzsituation der Krankenhäuser

Die Krankenhausstrukturen in Deutschland müssen dringend reformiert werden. Sie leiden zu häufig unter Defiziten, Personalmangel und fehlender Bettenauslastung. Darin stimmten die Kommunalen Spitzenverbände und die Verwaltungsspitzen mehrerer Städte und Kommunen bei einem Treffen mit Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach in Berlin überein. Allerdings zeigte sich einmal mehr, dass die Reformpläne der Bundesregierung für die kommunale Ebene unzureichend und zu zögerlich sind.

Wie Lauterbach ausführte, müsse das Transparenzgesetz am 2. Februar im Bundesrat beschlossen werden, andernfalls drohe mehr als hundert Krankenhäusern die Insolvenz. Mit dem Gesetz könnten sie bundesweit eine Liquiditätsspritze von 6 Mrd. Euro erhalten. Auch wäre die zusätzliche bessere Finanzierung von Personalkosten möglich. Zudem bekämen Patienten einen Überblick, welche Klinik welche Leistungen mit welcher Qualität anbietet. Das Transparenzgesetz schaffe Zeit und Voraussetzung dafür, den Entwurf für die eigentliche Krankenhausreform, die derzeit mit den Ländern erarbeitet werde, noch im Februar als Gesetzentwurf vorzulegen.

Der Bund ist in der Pflicht

DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl wies darauf hin, dass der Bund in der Pflicht sei, die fehlende Liquidität bei den Krankenhäusern auszugleichen. Andernfalls würde man jetzt in einen kalten Strukturwandel hineinlaufen, der am Ende sehr viel teurer werde. Die Finanzsituation der Krankenhäuser dürfe kein poli-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag:

Keine Einsparungen bei Jobcentern

Die Städte warnen davor, bei den Jobcentern und Arbeitsagenturen Milliarden für Qualifikation und Weiterbildung einzusparen. Zudem unterstützt der Deutsche Städtetag eine schnellere Arbeitsaufnahme von allen Geflüchteten mit Bleibeperspektive und fordert eine Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive für Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss, um mehr Fachkräfte zu gewinnen.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Lewe (Münster), nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Trier betonte, werde die Arbeit der Jobcenter und Arbeitsagenturen immer wichtiger, um Menschen in Arbeit zu vermitteln, weiterzubilden und die Lücken in den Firmen passend mit Fachkräften und Auszubildenden zu besetzen. Die Städte hielten es außerdem für richtig, auch die zugewanderten Menschen schneller in Arbeit zu bringen, als es bisher gelingt. „Wenn die Jobcenter und Arbeitsagenturen aber immer mehr und immer differenzierte Beratung und Vermittlungsleistungen anbieten sollen, dann brauchen sie auch die dafür notwendigen Ressourcen“, unterstrich Lewe. Dies betreffe sowohl das Personal als auch die finanzielle Ausstattung. Hier den Rotstift in Form von Sparauflagen in Milliardenhöhe anzusetzen, sei das völlig falsche Signal. So gehe dem Job-Turbo der Bundesregierung, den die Städte unterstützen, schon gleich am Anfang die Puste aus.

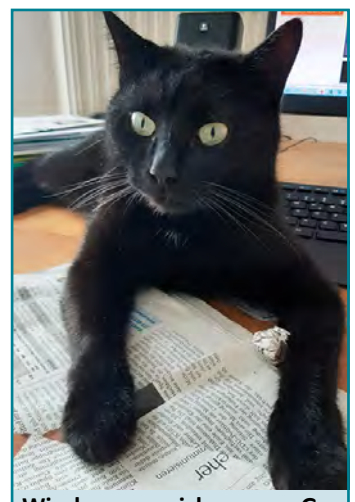
Potenziale für neue Arbeitskräfte mobilisieren

Wenn die Babyboomer in Rente gehen, gehen dem deutschen Arbeitsmarkt jedes Jahr hunderttausende Arbeitskräfte verloren. In den Rathäusern und öffentlichen Verwaltungen sind schon jetzt viele Stellen frei, die nur schwer besetzt werden können – und das bei wachsenden Aufgaben für die Kommunen. Deshalb müssen alle gesellschaftlichen Akteure daran arbeiten, die Potenziale für neue Arbeitskräfte zu mobilisieren. Notwendig hierfür wäre aus Sicht des Deutschen Städtetags die Arbeitsaufnahme von Migranten zu beschleunigen, indem Hürden wie Beschäftigungsverbote und Anerkennungsverfahren von Qualifikationen grundlegend überprüft werden, sowie eine gezielte Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive, die bessere Perspektiven gerade für Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss schafft.

Augenmerk auf Geflüchteten mit Bleibeperspektive

Lewe zufolge sollte das Augenmerk allen Geflüchteten mit Bleibeperspektive gelten und nicht nur den Menschen aus der Ukraine und bereits anerkannten Asylbewerbern, die Bürgergeld beziehen. Geflüchtete, die den Städten zugewiesen wurden und absehbar länger in Deutschland bleiben, sollten möglichst schnell in Arbeit kommen. „Jahrelange Perspektivlosigkeit können wir uns nicht länger leisten. Deshalb muss auch die Anerkennung von Berufsab-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Wie kann es sich unsere Gesellschaft weiterhin erlauben, Institutionen unnützen Denkens zu alimentieren? Das fragt sich unser Rathauskater angesichts des sprachlichen Furors, mit dem jahrhundertealte Redensarten durch Veganersprech ersetzt werden. S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Termine GZ-Akademie	2
Winterklausur der FW-Landtagsfraktion	2
Versorgung mit Hebammen langfristig sichern	2
GZ-Kolumne Carmen Pepiuk: Frauen in die Politik!	3
Messen München und Nürnberg: Rückenwind im Jubiläumsjahr	3
Kommunale Finanzthemen	5 - 9
Wasser • Abwasser	10 - 11
Kommunale Bauthemen	12 - 13
Tourismus in Bayern	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Winterklausur der FW-Landtagsfraktion:

Lindauer Bilanz

Bei der Winterklausur der Freien Wähler-Fraktion in Lindau standen unter anderem die Transformation der bayerischen Automobilindustrie, die Energiewende, die Migrationspolitik und die Bauernproteste infolge der Sparpläne der Bundesregierung auf der Agenda. „Gemeinsam haben wir klare Vorstellungen davon, wie Bayern zukunftsfest aufgestellt werden kann", bilanzierte Fraktionsvorsitzender Florian Streibl. Hierzu sprachen die Abgeordneten auch mit kommunalen Mandatsträgern, um die finanzielle Situation in den Kommunen zu beleuchten.

Wie Parteichef Hubert Aiwanger darlegte, werde das Jahr 2024 die Politik sehr stark fordern. Die Bauernproteste zeigten, „dass der Schuh drückt und mittlerweile selbst der Mittelstand unserer Gesellschaft auf die Straße geht". Die Gründe hierfür seien in der Politik der Bundesregierung zu suchen: „Die Rahmenbedingungen passen nicht mehr, weil die Ampel Politik gegen die Menschen im Land macht." Durch zu hohe Abgaben, zu viel Bürokratie und eine Politik, die sich aus ideologischen Überzeugungen speise, sei die Wettbewerbsfähigkeit in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben. „Zu viele gut ausgebildete Menschen wandern ab. Dabei müssten wir diese Menschen mit ihren Kompetenzen dringend im Land behalten. Die Ampel hat das Fingerspitzengefühl nicht mehr, mit den Leistungsträgern richtig umzugehen." Deshalb unterstütze seine Fraktion die Proteste der Landwirte, „sofern sie gesetzeskonform sind", betonte Aiwanger.

Stärkung des Automobilstandorts Bayern

Die FW-Fraktion setzt sich auch für eine Stärkung des Automobilstandorts Bayern ein. Laut dem wirtschaftspolitischen Sprecher Werner Schießl sind Innovation und Technologieoffenheit zentrale Bausteine, um die Zukunft der Automobilindustrie im Freistaat zu sichern. Als wichtige Schlüsselindustrie beschäftige sie rund 200.000 Menschen in Bayern. „Nur mit zuverlässigen Förderbedingungen für innovative und umweltfreundliche Antriebe sowie einer EU-weit einheitlichen und sektorenübergreifenden CO2-Abgabe bleibt der Automobilstandort Bayern weiterhin stark", resümierte Schießl. Das beschlossene Verbot von Verbrennungsmotoren bis 2035 innerhalb der EU sei hingegen nicht der richtige Weg.

Klimaneutralität bis 2040

Mit Blick auf die Zukunft der Energiewende forderte der energiepolitische Sprecher Josef Lausch: „Wenn Bayern bis 2040 klimaneutral sein soll, muss bis dahin die Wasserstofftechnologie als Schlüssel zur Klimaneutralität massiv gefördert und ausgebaut werden. Bereits jetzt ist Bayern dabei bundesweit Nummer eins." Wasserstoff müsse vor Ort, in der Fläche des Freistaats, verfügbar sein. Bayern habe bisher als einziges Land ein Förderprogramm für Elektrolyse-Anlagen aufgelegt. Außerdem müsse in Zukunft ein Pipeline-Netz das Angebot mit Lieferungen aus dem Ausland ergänzen.

Überlastung bayerischer Kommunen

Angesichts der Überlastung bayerischer Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen wies der Landtagsvizepräsident und asylpolitische Fraktionssprecher Alexander Hold darauf hin, dass Bund und EU „eindeutig zu wenig tun, wenn es um Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung geht. Dabei befinden sich dort die entscheidenden Stellschrauben, um die Migrationskrise zu lösen. Wir fordern nicht weniger als eine vollständige Kehrwende in der Migrationspolitik." Es dürfe nicht länger bei Lippenbekenntnissen bleiben. „Wir brauchen weniger Zuwanderung, wir brauchen weniger Asylsuchende." Entscheidend sei, so Hold, dass weniger Menschen ohne Aufenthaltsrecht nach Deutschland und Bayern kämen. „Doch dazu muss der Bund weg von einzelnen Zugeständnissen hin zu einem strukturierten und vernünftigen Gesamtkonzept in der Migrationspolitik."

Die Beschleunigung der Asylverfahren sei dabei der Königsweg. „Es braucht aber nicht nur schnellere und transparentere Gerichtsverfahren, sondern auch eine rechtssichere Ausweitung der Zurückweisungsmöglichkeiten an den deutschen Grenzen. Zudem plädieren wir dafür, vermehrt Asylverfahren an den EU-Außengrenzen durchzuführen. Anders können wir die Kommunen in der Flüchtlingsfrage nicht entlasten." Nur ein schnelles Asylverfahren sei ein gutes Asylverfahren. „Sonst werden die bis dahin erfolgten Integrationsleistungen ad absurdum geführt", bemerkte der Landtagsvize.

Keine Ungleichbehandlung Geflüchteter

Kritisch sieht er auch die finanzielle Ungleichbehandlung Geflüchteter: „Bei aller Solidarität für die Ukraine ist es nicht gerecht, dass ukrainische Geflüchtete gleich nach ihrer Ankunft in Deutschland Bürgergeld erhalten, während Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan Asylbewerberleistungen beziehen." Das könne in der Gesellschaft leicht zu Verwerfungen führen, woraus populistische und rechtsextreme Strömungen Profit schlügen. „Deshalb müssen wir eine weitere Spaltung der Gesellschaft in der Migrationsfrage verhindern", unterstrich Hold. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Rögner
91238 Engelthal
am 11.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Nikolaus Thurnhuber
83627 Warngau
am 7.2.

Oberbürgermeister
Andreas Haas
82110 Germering
am 14.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Ehgartner
84419 Obertaufkirchen
am 2.2.

Bürgermeister Frank Zeitler
92507 Nabburg
am 14.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Fischer
91096 Möhrendorf
am 11.2.

Bürgermeister Markus Dauch
92445 Neukirchen-Balbini
am 11.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Kopp
93486 Runding
am 5.2.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Echtler
86984 Prem
am 9.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

GZ Akademie GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unser nächster Termin steht fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Krisenprävention
6. Februar 2024, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.
Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt. ❐

Für den Ernstfall gerüstet

Katastrophenschutztage bei Beutlhauser in Schweinfurt

Schweinfurt. Hochwasser, Schneekatastrophe oder ein Blackout: Bei Krisenlagen muss umgehend gehandelt werden. Es gilt, auf fertige Konzepte zurückgreifen zu können und zu wissen, wo es konkrete Hilfe gibt. Im Rahmen der Katastrophenschutztage am 21. und 22. Februar 2024 stellt Beutlhauser in Schweinfurt die Vorsorge zur Gefahrenabwehr in den Fokus.

„Die Großschadensereignisse der vergangenen Jahre haben uns eindrücklich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, im Ernstfall gut gerüstet zu sein", sagt Alexander Westermann, Vertriebsleiter für den Geschäftsbereich Baugeräte, und erinnert an die verheerende Flutkatastrophe 2021 im Ahrtal. Damals konnte Beutlhauser die Region tatkräftig durch die schnelle Bereitstellung von Stromerzeugern, Lichtmasten, Pumpen und Schläuchen, Radladern und Baggern, Trocknungs- und Heizgeräten sowie Containeranlagen für Notunterkünfte und Schulen unterstützen.

Fachvorträge und Ausstellung

„Die Katastrophenschutztage sind nun ein neues Format. Wir bündeln an einem Ort Technik und Know-how zu diesem Thema", so Westermann weiter. Die Veranstaltung richtet sich explizit an Vertreter von Kommunen, Stadtverwaltungen, Energieversorgern, Bauhöfen sowie von Feuerwehren und Hilfsorganisationen. Das Fachpublikum erwartet ein facettenreiches Programm, das Theorie und Praxis vereint. Zentraler Bestandteil der Veranstaltung ist die Ausstellung. Hier werden Gerätschaften, die im Katastrophenschutz eine tragende Rolle spielen, gezeigt. Der Fokus liegt auf Notstromversorgung, Hochwasserschutz, Notunterkünften und Frischwasserversorgung.

Die Katastrophenschutztage finden am 21. und 22. Februar 2024 von 9 bis 16 Uhr auf dem Betriebsgelände von Beutlhauser in Schweinfurt (Stockholmstraße 1) statt.
Infos und Anmeldung: visit.beutlhauser.de/katastrophenschutz

Gesundheitsministerin Judith Gerlach:

Versorgung mit Hebammen und Heilmittelerbringern langfristig sichern

Bayerns Gesundheitsministerin startete mit Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Fachkräftemonitoring und ruft zur Mitwirkung auf

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach will die Versorgung mit Hebammen und Heilmittelerbringern wie Physio- und Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen und Diätassistenten im Freistaat langfristig sichern. Gerlach betonte: „Die herausragende Arbeit der Hebammen und Heilmittelerbringer ist unverzichtbar für die Gesundheit der Menschen in Bayern."

Die Ministerin erklärte: „Um die aktuelle Versorgungssituation in Bayern repräsentativ und realitätsnah darzustellen, hat die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg auf unsere Initiative ein Fachkräftemonitoring für diese Berufsgruppen gestartet. Ziel der sogenannten HELPER-Studie ist es etwa, Bereiche mit Unterversorgung und regionale Engpässe rechtzeitig aufzudecken, die durchschnittliche Arbeitsbelastung zu erfassen oder Unterschiede bei den ausgeübten Tätigkeiten aufzuzeigen. Das bayerische Gesundheitsministerium stellt rund 400.000 Euro für das Fachkräftemonitoring zur Verfügung."

Strategien für die Zukunft

Gerlach fügte hinzu: „Seit dem Start der Online-Befragung vergangenen November haben bereits rund 400 Hebammen den Fragebogen beantwortet. Die Befragung für die weiteren Berufsgruppen wie Physio- und Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen und Diätassistenten beginnt Ende Januar 2024."

Die Ministerin unterstrich: „Wir möchten möglichst viele Hebammen, Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten, Logopädinnen und Logopäden, Physiotherapeuten und Physiotherapeutinnen sowie Heilmittelerbringer erreichen. Um die aktuelle Versorgungssituation und Arbeitsbedingungen repräsentativ abbilden und daraus Strategien für die Zukunft entwickeln zu können, brauchen wir deren Unterstützung, Expertise und Berufserfahrung."

Gerlach erläuterte: „Unser Fachkräftemonitoring soll dazu beitragen, valide Aussagen treffen zu können unter anderem zur Anzahl der in Bayern tätigen Hebammen und Heilmittelerbringer, den Ausbildungsangeboten bzw. -kapazitäten, dem aktuellen und zukünftigen Bedarf an Personal in den Berufsgruppen sowie Trends und Entwicklungen zu unterschiedlichen aktuellen Themengebieten."

HELPER-Studie

Die Ministerin ergänzte: „Ich rufe die Hebammen und Heilmittelerbringer deshalb zur Teilnahme an dieser Online-Befragung unter https://helper.med.fau.de/study auf – damit können sie aktiv an der Gestaltung des bayerischen Gesundheitssystems mitwirken und eine Grundlage für Veränderungen schaffen. Anhand der gewonnenen Ergebnisse werden wir konkrete Handlungsbedarfe identifizieren und notwendige Maßnahmen entwickeln, um die Versorgung mit Hebammen und Heilmittelerbringern in Bayern auch langfristig zu sichern."

Prof. Dr. Matthias W. Beckmann, Direktor der Frauenklinik des Universitätsklinikums Erlangen und Leiter des HELPER-Projekts forderte die betroffenen Berufsgruppen ebenfalls zur regen Beteiligung an der Online-Befragung auf: „Mit Ihrer Teilnahme tragen Sie maßgeblich dazu bei, die Herausforderungen und Chancen in Ihrer Profession aufzuzeigen und künftige Veränderungen anzustoßen."

Die HELPER-Studie, die zum 31. Juli 2024 abgeschlossen sein soll, wird von der Frauenklinik des Universitätsklinikums Erlangen in Kooperation mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg im Auftrag des Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention und mit Unterstützung des Bayerischen Hebammenlandesverbandes durchgeführt. Das Akronym „HELPER" nimmt Bezug auf HEbammen, Logopädie, Physiotherapie, ERgotherapie und ERnährungstherapie. Das ER steht außerdem für die FAU Erlangen als durchführende Institution.

Gerlach betonte: „Der Freistaat setzt sich seit Jahren wirkungsvoll für den Hebammenberuf ein. Unsere Förderprogramme wie der Hebammenbonus und die Niederlassungsprämie laufen seit über fünf Jahren sehr erfolgreich: Der Hebammenbonus wurde seit seiner Einführung im September 2018 5.765 Mal beantragt, davon wurden bislang 5.088 Anträge bewilligt. Für die Hebammenniederlassungsprämie gab es schon 764 Anträge, wovon 685 bewilligt wurden. Mit beiden Programmen zusammen haben wir die Hebammen in Bayern bereits mit sieben Millionen Euro gefördert. Wir stärken so die Hebammenversorgung in Bayern und sorgen auch für die dringend benötigten Nachwuchskräfte." ❐

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin:

Gerlach startet digitalen Pflegefinder

Bayernweit bereits knapp 900 Pflegeeinrichtungen und mehr als 200 Beratungsangebote auffindbar

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach vereinfacht die Suche nach pflegerischen Angeboten und hat dafür einen digitalen „Pflegefinder" (www.pflegefinder.bayern) gestartet. Gerlach betonte: „Die Suche nach Pflegeplätzen, Angeboten zur Unterstützung im Alltag und Beratungsangeboten ist zeitaufwendig und häufig auch nervenaufreibend. Das wollen wir für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen verbessern. Bei unserem digitalen ‚Pflegefinder – die Pflegebörse für Bayern' finden Betroffene seit Januar gebündelt Pflegeangebote daheim im direkten Lebensumfeld sowie wichtige Unterstützungsmöglichkeiten und freie Pflegeheimplätze – und das mit nur wenigen Klicks."

Die Ministerin ergänzte: „Nur zwei Wochen nach dem Start sind im Pflegefinder bayernweit bereits knapp 900 ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen und weitere Versorgungsanbieter sowie über 200 Beratungsangebote auffindbar. Damit können schon jetzt freie Pflegeheim-Plätze in Bayern recherchiert werden. Zwar gibt es regionale Unterschiede, denn noch stellen nicht alle Anbieter ihre freien Plätze auf der Plattform ein. Aber der erste wichtige Schritt für ein umfassendes Angebot in ganz Bayern ist getan."

Gerlach erläuterte: „Wer beispielsweise einen Pflegedienst oder einen Pflegeplatz sucht, sieht im Pflegefinder direkt, ob in der jeweiligen Einrichtung ein Platz verfügbar ist. Orientiert am Ampelsystem zeigt ein grüner Balken ‚verfügbar', ein gelber Balken ‚Verfügbarkeit auf Anfrage' und ein roter Balken ‚nicht verfügbar' an. Auch die Kontaktaufnahme zu den Einrichtungen und Dienstleistern kann direkt über den Pflegefinder erfolgen."

Öffentlich keine Angabe personenbezogener Daten

Die Ministerin erläuterte: „Wer einfach nur unverbindlich suchen will, muss sich nicht anmelden. Wer eine konkrete Anfrage stellen will, muss sich beim Pflegefinder registrieren. Das ist in wenigen Schritten erledigt und vor allem kostenlos." Die Einrichtungen erhalten die Anfragen in ihrem Nutzerportal und zusätzlich per E-Mail ohne die Angabe von personenbezogenen Daten. Nimmt die Einrichtung die Anfrage an, erhält der Anfragende die Rückmeldung, dass die Anfrage angenommen wurde und persönlicher Kontakt aufgenommen werden kann.

Anbieter sollen sich registrieren

Gerlach appellierte an alle Anbieter in der häuslichen und stationären Pflege: „Registrieren Sie sich im Pflegefinder! Nur wenn sich möglichst viele Einrichtungen und Anbieter beteiligen, kann es uns gelingen, ein breit genutztes digitales Tool zu schaffen, das zeit- und nervenaufreibende Telefonanrufe bei der Pflegesuche ersetzen kann. Ich hoffe, dass sich noch viele weitere Einrichtungen an den Pflegefinder anschließen und aktiv daran beteiligen."

Leichte Handhabbarkeit für alle Beteiligten

Die Ministerin betonte: „Entscheidend dafür, dass digitale Plattformen auch wirklich genutzt werden, ist eine leichte Handhabbarkeit – für alle Beteiligten. Nicht nur Suchende, sondern auch die Anbieter pflegerischer Leistungen müssen einen unmittelbaren Gewinn von der Teilnahme an der Plattform haben. Wir werden daher in den kommenden Wochen und Monaten für den Erfolg des Pflegefinders neben der breiteren Bekanntmachung daran arbeiten, das Angebot weiter zu verbessern und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Pflegefinder auch mit anderen, vergleichbaren digitalen Angeboten technisch interoperabel ist." ❐

Bilanz Messe München und NürnbergMesse:

Mit Rückenwind ins Jubiläumsjahr

Wieder auf Wachstumskurs befinden sich Messe München und NürnbergMesse. Nach den Corona-Jahren seien die Kunden deutlich schneller auf die Veranstaltungen zurückgekehrt als erwartet, berichteten die Münchner CEO-Doppelspitze Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel sowie NürnbergMesse-Geschäftsführer Peter Ottmann. Voller Zuversicht gehe man in das Jubiläumsjahr 2024.

Nach den Erfahrungen der Corona-Jahre waren die Planer der Messe München vorsichtig geworden und hatten die Finanzen für das Jahr 2023 behutsam kalkuliert. Dann kam das Messe- und Kongressgeschäft in München unverhofft mit Kraft zurück. Laut Hochrechnungen wurde der Umsatz um 45 Mio. auf 349,6 Mio. Euro gesteigert, das EBITDA vor Steuern, Zinsen und Abgaben um 46 Mio. auf 62,6 Mio. Euro und das Jahresergebnis kam um 47 Mio. Euro aus den roten Zahlen heraus und beträgt ein Plus von 5,6 Mio. Euro. „Und das trotz schwieriger Rahmenbedingungen in einem turnusgemäß normalen Jahr“, erläuterten die beiden Geschäftsführer im Rahmen der Jahrespressekonferenz.

Konzentration aufs Kerngeschäft

Als Gründe für die Erfolgszahlen nannten sie unter anderem geringere Kosten durch die Energiepreisbremse, deutlich höhere Einnahmen bei Messen wie f.re.e, transport logistic, BAU oder EXPO REAL, sowie den Verkauf der Anteile an der Messebau-Tochterfirma meplan. „Unsere Entscheidung ist richtig, dass wir uns auf unser Kerngeschäft konzentrieren“, betonten Pfeiffer und Rummel.

Die richtigen Messen zur richtigen Zeit

Nach Angaben der CEOs profitierte die Messe München davon, dass sie 2023 die richtigen Messen zur richtigen Zeit im Angebot hatte, bei denen sich Aussteller und Besucher über derzeit drängende Themen austauschen konnten. Die aktuellen Probleme der Unternehmen hätten sich in den Foren und Konferenzen widergespiegelt: Ob bei der BAU oder der Immobilienmesse EXPO REAL (über Inflation, Energiepreise, Baustopps oder hohe Zinsen) oder bei den Elektronikmessen wie productronica oder automatica, die erstmals gemeinsam mit der LASER World of PHOTONICS stattfand. Dort habe die Quantentechnologie eine Plattform bekommen, zudem seien die Themen künstliche Intelligenz, Lieferkettenprobleme oder Fachkräftemangel beleuchtet worden.

Ein normales Messejahr

Insgesamt sei 2023 für die Messe München ein normales Messejahr ohne viele Großveranstaltungen gewesen. So wurden 112 Veranstaltungen in den Münchner Messehallen, im ICM – International Congress Center Messe München und im MOC - Event Center München, durchgeführt: 13 eigene Messen und 99 Gastveranstaltungen, zu denen zwei Mio. Besucher und 32.100 Aussteller kamen. Auffällig ist der wachsende Anteil ausländischer Aussteller im Vergleich zu den Jahren vor Corona. Dieser stieg in der Landeshauptstadt gegenüber den Vorveranstaltungen um drei Prozent auf 54 Prozent (rund 8.800). „Der Zuwachs gleicht aus, dass in dieser wirtschaftlich angespannten Situation deutsche Firmen etwas zögerlicher zurückkommen; das ist ein bundesweiter Trend“, stellten die CEOs fest.

Gute Finanzlage

Die gute Finanzlage macht es der Messe München leichter, zu investieren. Ein Schwerpunkt ist dabei die Nachhaltigkeit. Dafür hat sich die Messe München ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Sie will bis 2030 CO2-neutral werden. Ein Schritt auf dem Weg dahin ist der Ausbau der Photovoltaik auf den Dächern: Hatte sie bei der Eröffnung des Messegeländes in Riem 1998 schon die weltweit größte Solardachanlage, übernimmt sie als nächstes die bisher von Investoren betriebene Photovoltaik-Anlage auf dem Parkhaus West und erneuert sie. Dort können dann statt heute 600.000 bis zu 2,6 Mio. Kilowattstunden Strom im Jahr erzeugt werden. Damit erhöht sich die Stromerzeugung auf den Messedächern von heute 2,6 Mio. Kilowattstunden auf insgesamt 4,5 Mio. Die Kosten belaufen sich auf 9 Mio. Euro.

Ein großes Stromsparprojekt ist die Umrüstung aller 18 Hallen mit 200.000 qm Fläche bis 2026 auf energiesparende LED-Beleuchtung. Kosten: 8,5 Mio. Euro. Durch beide Projekte können pro Jahr Stromkosten in Höhe von 1,2 Mio. Euro eingespart werden.

„Voller Zuversicht“ geht die Messe München laut Pfeiffer und Rummel in das Jubiläumsjahr 2024 und damit in ihr 60-jähriges Bestehen. Erstmals findet heuer die Seamless Europe, eine der weltweit führenden Technologie-Messen für FinTech und E-Commerce statt. Für den Finanz- und Handelsplatz München ist dies aus Sicht der CEO’s ein „Paukenschlag“. Gleichzeitig bereite sich die Messe München auf das „Megajahr 2025“ vor, in dem fast alle Großveranstaltungen wie BAU, bauma, transport logistic, productronica, automatica, EXPO REAL oder drinktec stattfinden werden. „Das gibt es nur alle zwölf Jahre und freut München und die ganze Region. Denn in solchen Jahren lösen die Messen eine Umwegrentabilität von mehr als vier Mrd. Euro aus“, erklärten Pfeiffer und Rummel und ergänzten: „Wir sind mit unseren Messen ein wichtiger Wirtschaftsmotor für die gesamte Region. Laut einer aktuellen Beherbergungsstatistik bringen die Münchner Messen und Gastveranstaltungen den Hotels das meiste Geld.“

Mit viel Rückenwind macht sich auch die NürnbergMesse fit für die Zukunft. Wie NürnbergMesse Group CEO Peter Ottmann deutlich machte, „sind wir dankbar, dass unsere Kunden nach den Corona-Jahren deutlich schneller auf unsere Veranstaltungen zurückgekehrt sind als erwartet. In unserem Jubiläumsjahr 2024 peilen wir einen neuen Umsatzrekord an und machen die Messe durch konsequente und nachhaltige Investitionen gleichzeitig fit für die Zukunft. Und wir freuen uns im 50. Jubiläumsjahr auf unseren fünfzigmillionsten Besucher im Messezentrum.“

Zurück auf Wachstumskurs

Nach dem Einbruch während der Corona-Jahre sei die NürnbergMesse 2023 wieder zurück auf ihren Wachstumskurs gekommen: Unter der Leitung des im August 2023 neu formierten Executive Boards erzielte sie mit voraussichtlich 250 Mio. Euro den zweithöchsten Umsatz in einem ungeraden Geschäftsjahr, in dem sie turnusgemäß weniger Veranstaltungen ausrichtet. Gegenüber dem vorherigen ungeraden Jahr 2021 konnte die Messegesellschaft nicht nur bei der Zahl der Besucher deutlich zulegen (2021: 315.000 / 2023: 1,3 Mio.), sondern auch die Ausstellerzahl (2021: 5.500 / 2023: 28.000) und Ausstellungsfläche (2021: 176.000 qm / 2023: 894.000 qm) erheblich steigern.

Insbesondere Fachmessen wie die IT-Sicherheitsmesse it-sa und Gastveranstaltungen wie die Consumenta zeigten 2023 überproportionale Wachstumsraten. Das Messezentrum Nürnberg zählte durchschnittlich 1,5 Veranstaltungen pro Woche. Insgesamt waren es 80 Events mit fast 860.000 Besucherinnen und Besuchern sowie über 20.000 Aussteller auf über 644.000 qm.

„Für 2024 peilt die NürnbergMesse aufgrund des starken Gruppen-Wachstums einen neuen Umsatzrekord von rund 340 Mio. Euro sowie einen Konzerngewinn im hohen einstelligen Millionenbereich an“, hob Ottmann hervor. Das bestehende Produktportfolio aus Messen und Kongressen werde nicht nur gestärkt, sondern weiter ausgebaut: 77 Veranstaltungen, davon 27 Messen, seien derzeit im Messezentrum Nürnberg geplant. Nach den Worten von Petra Wolf, Senior Vice President Product Management, „erfreuen sich unsere Veranstaltungen nach einem erfolgreichen Messejahr 2023 auch im Messejahr 2024 einer starken Nachfrage. Trotz der aktuellen wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen in den jeweiligen Branchen blicken wir daher mit großer Zuversicht in die Zukunft.“

Als weiteren Schwerpunkt investiert die NürnbergMesse 2024 in die Digitalisierung ihrer Produkte und Services. Das Augenmerk liegt dabei auf der Optimierung und dem Ausbau von E-Commerce. Neben der Weiterentwicklung hin zu kundenzentrierten IT-Systemen stehe der Ausbau der digitalen Produktangebote im Fokus, um damit Relevanz und Reichweite der Veranstaltungsmarken zu stärken. Wie Dr. Martin Kassubek, Senior Vice President Business Development, feststellte, „wollen wir es unseren Kunden künftig noch einfacher machen, unsere Produkte und Services zu nutzen. Deshalb entwickeln wir unsere digitalen Produktangebote konsequent entlang der Kundenbedürfnisse – online und onsite“.

Fit für die Zukunft

Um auch das teils seit dem Gründungsjahr 1974 bestehende Messegelände fit für die Zukunft zu machen, sieht die NürnbergMesse 2024 Investitionen in ihre Infrastruktur von über 50 Mio. Euro vor. Im Mittelpunkt stehen dabei Kundenservice und Nachhaltigkeit. Einen wichtigen Beitrag liefern hierbei die Planungen für eine CO2-neutrale Energieversorgung bis 2028. Bis September dieses Jahres soll die erste Phase der hybriden Energieversorgung abgeschlossen werden. Dann werden insgesamt 21.000 Photovoltaikmodule auf sieben Hallen und einem Parkhaus die Messe mit grünem Solarstrom versorgen.

Investiert wird auch in ein neues Mitarbeitergebäude am Eingang NCC Mitte: Das bisherige Gebäude wird saniert und damit 2024 der Grundstein für moderne und nachhaltige Arbeits- und Bürowelten unter dem Namen „NXT74“ gelegt – in Anlehnung an die Gründung der NürnbergMesse vor 50 Jahren und gleichzeitig als Ansporn für weitere Erfolgskapitel. **DK**

GZ KOLUMNE Carmen Pepiuk



Frauen in die Politik!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Hälfte der Gesellschaft ist weiblich und doch werden Rahmenbedingen, Regelungen, Verordnungen und letztendlich auch Gesetze überwiegend von Männern festgelegt. Der bayerische Landtag hat mit einem Frauenanteil von 25,1 Prozent nach der Wahl im Oktober nur noch 51 weibliche Abgeordnete. 2008 lag der Anteil noch bei rund 30 Prozent. In lediglich 10 Prozent der bayerischen Kommunen gibt es Rathauschefinnen. Angeblich gibt es deutschlandweit mehr Bürgermeister mit dem Vornamen Thomas als Frauen im Bürgermeisteramt.

Vielleicht liegt es an dem momentan sehr aggressiven Umgangston in unserer Gesellschaft, dass immer weniger Frauen sich entscheiden, sich aufstellen zu lassen. Aber das betrifft die Männer gleichermaßen und ich denke nicht, dass Männer persönliche verbale Attacken leichter wegstecken als Frauen.

Was offensichtlich ist: Immer mehr Kommunen haben Schwierigkeiten überhaupt noch Menschen zu finden, die sich dafür begeistern lassen, sich für ein kommunalpolitisches Mandat aufzustellen. Und hier sind ganz klar wir, die kommunal Aktiven, gefordert. Wir müssen die guten Seiten benennen und klar aufzeigen, es gibt keinen schöneren Job als den des Bürgermeisters. An keiner Stelle in der Gemeinschaft ist man/frau in der Lage, unmittelbar für die Verbesserung der Lebensqualität der Mitbürgerinnen und Mitbürger zu sorgen. Wenn ich sehe, wie sich Projekte entwickeln, an deren Umsetzung ich aktiv beteiligt bin, dann macht mich das glücklich und stolz.

Was können wir also tun, dass sich wieder mehr Leute für diese Arbeit interessieren? Ich bin der Meinung es hilft immer, auf geeignete Personen zuzugehen und zu fragen. Es muss ständige Nachwuchsförderung betrieben werden, damit die Entscheidungsebene nicht mangels Personals den Betrieb einstellt.

Die KPV hat daher – auf Initiative von Altbürgermeisterin Christine Borst aus Krailling – im vergangenen Jahr mit großem Erfolg am Weltfrauentag einen Kongress der CSU-Kommunalpolitikerinnen abgehalten. An diese erste Veranstaltung knüpfen wir heuer an, merken Sie sich also bitte den 8. März 2024 im Kalender vor und kommen Sie zu uns nach München, egal ob männlich oder weiblich. Denn klar ist: Für eine wirkliche Förderung von guten Politikerinnen und Politikern brauchen wir genauso die Männer wie die Frauen!

Mit Blick auf die anstehenden Europawahlen haben wir das Thema „Frauen mit/in/für Europa“ gewählt. Es erwarten Sie interessante Gäste und spannende Diskussionen rund um die Themen Frauen und Europa. Ich freue mich sehr, wenn wir uns dann persönlich sehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Carmen Pepiuk
Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabitz

Deutsche Liebeshauptstadt 2022

Im deutschen Süden halten die Ehen am besten

Wenn in Würzburg die Hochzeitsglocken läuten, hält die Ehe für die Ewigkeit – zumindest bei 85 Prozent der Pärchen. Wo die Liebe ebenfalls am längsten währt, hat das Informationsportal Betrugstest.com in 100 deutschen Städten analysiert.

Dabei wurden die Ehelösungen in das Verhältnis zu den Eheschließungen gesetzt. Dabei kam heraus, dass in Baden-Württemberg die Scheidungsrate mit 0,33 durchschnittlich am geringsten war. Knapp aber glücklich folgt Bayern mit einem Trennungsanteil von 0,34.

Die wohl glücklichsten Ehepaare wohnen in Würzburg. In der Franken-Metropole beträgt die Scheidungsquote gerade einmal 0,15. In Freiburg, Bamberg und Heidelberg leben die Menschen ebenfalls recht glücklich. Die Quote beträgt hier 0,17 bzw. jeweils 0,18. Trier und Schweinfurt gelten als sehr romantisch; kein Wunder also, dass die Scheidungsquote hier gerade einmal bei 0,2 liegt. Ulm folgt mit einer Scheidungsquote von 0,22. Regensburg, Darmstadt und Rosenheim finden sich auf Platz acht bis neun ein, mit 0,23, 0,24 und 0,26 Trennungen pro geschlossenen Ehebund.

https://www.betrugstest.com/magazin/deutsche-liebeshauptstadt-2022-hier-gilt-happily-ever-after.html ❐

Bayerisches Energie- und WasserkraftForum

Am 23.4.2024 veranstalten **Bayerische GemeindeZeitung und Bayerischer Gemeindetag** das Bayerische Energie- und WasserkraftForum in der Stadthalle Gunzenhausen.

Es handelt sich dabei um eine **Fachveranstaltung für bayerische kommunale Entscheiderinnen und Entscheider,** die in ihren Heimatgemeinden und -städten mit **Energie- und Klimaschutzthemen** betraut sind.

Partner, die sich an der Veranstaltung beteiligen wollen, dürfen sich gerne unter **veranstaltungen@gemeindezeitung.de** melden. **Besucher** können sich unter **www.bayerisches-energieforum.de** registrieren.

15. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

10. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

23.4.2024 10 - 16 Uhr
Stadthalle Gunzenhausen
www.bayerisches-energieforum.de
BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS
BAYERISCHER GEMEINDETAG
KOMMUNAL WERKSTATT



Wir ampeln nicht ...

(Fortsetzung von Seite 1)
von „Landwirtschaft verbindet Bayern“ zu einem Meinungsaustausch.

Mit Prof. Dr. Angelika Niebler, Vorsitzende der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament und CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und der Europäischen Volkspartei, stimmten sich die Abgeordneten auf die Europawahlen im Juni ein und hielten ihre Vision von Europa in der Resolution „Ein handlungsfähiges, bürgernahes Europa – für Bayerns Zukunft“ fest.

„Die CSU ist die Schutzmacht der Mittelschicht und der Normalverdiener. Wir geben neue Sicherheit und neue Ordnung“, versprach Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Grundsatzrede. Zudem bekräftigte Söder ein Genderverbot im staatlichen Bereich. Zugleich müssten Initiativen ergriffen werden, um die Deindustrialisierung zu stoppen. Dazu gehöre eine zukunftsfähige Energieproduktion auch im Inland und nicht nur der teure Zukauf aus dem Ausland. „Wir sollten neben dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien wie Wasserkraft, Geothermie, Wind und Biomasse auch auf neue Formen der Kernenergie und Kernfusion setzen.“ Überdies will sich der Freistaat an Leitungen für Gas und Wasserstoff beteiligen.

Darüber hinaus ist eine Verschlankung der Verwaltung angedacht. „Grundsätzlich gilt: Stellenaufbau wo nötig, Stellenabbau wo möglich“, erklärte der Ministerpräsident. So sollen bis 2035 bis zu 5.000 Stellen durch den Abbau von Bürokratie und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz eingespart werden. Nur durch einen schlanken Staat könne die Schuldenbremse auf Dauer eingehalten und der Haushalt solide finanziert werden. Zur Entbürokratisierung sollen zehn Prozent der Verwaltungsvorschriften abgebaut, Statistikpflichten reduziert und künftige Gesetze zunächst mit einem Haltbarkeitsdatum von fünf Jahren versehen werden. Für jedes neue Gesetz sollen zwei alte abgeschafft werden. Zudem kündigte Söder ein „Entrümpelungsgesetz“ an. In einer ganzen Reihe von Gesetzen sollen Fristen verkürzt, Statistikauflagen reduziert, Genehmigungspflichten gestrichen oder Entscheidungen wie etwa über Stellplätze bei Bauprojekten den Kommunen übertragen werden.

Migration ist Söder zufolge ein Schlüsselthema. Es brauche zwar Migration in den Arbeitsmarkt, aber nicht in die Sozialsysteme, weshalb eine echte Wende in der Migrationspolitik mit einer klaren Integrationsgrenze, einem geänderten Asylrecht und einem wirksamen Grenzschutz vonnöten sei.

Bürgergeld der falsche Ansatz

In der Sozialpolitik sei Bürgergeld der falsche Ansatz. „Das Bürgergeld ist Sozialhilfe. Und so muss es auch genannt werden.“ Wer länger einbezahlt habe und bereit sei zu arbeiten, müsse mehr bekommen als diejenigen, die noch nie die Chance zur Einzahlung gehabt hätten. Außerdem müssten die Regeln für die doppelte Staatsbürgerschaft geändert werden. „Wer unsere Verfassung missachtet und auf den Straßen ein Kalifat fordert, muss die deutsche Staatsbürgerschaft wieder abgeben.“

Der Ministerpräsident gab auch ein Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen und dem weiteren Zuwachs der Lehrerstellen ab. So sind bei Schule/Bildung und im Bereich Polizei rund 6.000 neue Stellen geplant. Gerade in der Grundschule sollen die Kernkompetenzen gestärkt werden. So wird es pro Woche eine zusätzliche Stunde Deutsch-Unterricht geben, ohne aber die Gesamtzahl der Stunden zu erhöhen, kündigte Söder an. Vor der Einschulung werden verpflichtende Sprachtests eingeführt. Bei Defiziten sollen sich noch ein zusätzliches Kindergartenjahr oder Sprachkurse anschließen. Zudem sollen bei Lehrkräften Anreize für weniger Teilzeit- und mehr Vollzeitarbeit geschaffen werden, um eine gute Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Mit Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Deutschland und Bayern wies Söder darauf hin, dass Bayern ein eigenes Bundeswehrgesetz auf den Weg bringen werde. Es soll die Bundeswehr und die Wehrindustrie bei Bildung und Forschung und im Bereich der Landesplanung mit Kooperationsgeboten und bei der Berufsberatung stärken.

In einer angespannten Haushaltslage muss Söder zufolge nicht nur der Staat sparen, sondern auch der Öffentliche Rundfunk: „Wir sagen ja zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, aber nein zu einer Gebührenerhöhung. Damit der Rundfunk Zukunft hat, sind strukturelle Veränderungen und Reformen dringend notwendig.“ Die Kernprogramme wolle man erhalten, aber rund 20 TV- und Radioprogramme streichen. Weiter sollen die Gehälter der Führungskräfte an den öffentlichen Dienst angepasst und der Fokus wieder mehr auf den Bildungsauftrag und nicht die Unterhaltung gelegt werden. Mit der CSU werde es keine Erhöhung des Rundfunkbeitrags geben, stellte Söder abschließend klar. **DK**

Keine Einsparungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schlüssen und beruflicher Qualifikationen aus den Heimatländern schneller und unbürokratischer werden.“

Breites Hilfenetz

Trotz vieler offener Stellen und Fachkräftemangel sinkt die Zahl arbeitsloser Menschen kaum. Ein sehr großer Anteil dieser Menschen hat keinen Berufsabschluss. Jedes Jahr verlassen zudem fast 50.000 Jugendliche die Schulen ohne Schulabschluss. Vielfach sind es Jugendliche mit einem schwierigen Lebensumfeld, die trotz vieler offener Stellen keinen Ausbildungsplatz finden. „Um diese Menschen individuell zu fördern, gibt es in den Städten gemeinsam mit den Jobcentern ein breites Hilfenetz. Wir klingeln an den Türen und kümmern uns darum, dass sie Schul- und Berufsabschlüsse nachholen, sich orientieren oder ausbildungsfähig werden“, unterstrich Lewe. Für diese Menschen werde eine gezielte Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive benötigt, die Lebensperspektiven schafft. „Das wäre auch ein Beitrag gegen den Arbeitskräftemangel.“

Die Städte wissen um den Spardruck der Bundesregierung nach dem Haushaltsurteil. Dies trifft auch die aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsagenturen werden in den nächsten vier Jahren über fünf Milliarden Euro einsparen müssen, die Jobcenter werden in ähnlicher Größenordnung weniger Mittel zur Verfügung haben. „Die Sparmaßnahmen schränken deutlich die Möglichkeiten ein, Menschen zu qualifizieren, weiterzubilden und die Integrationen zu finanzieren. Das kann nicht das letzte Wort sein“, so der Städtetagspräsident. „Die Jobcenter und Agenturen leisten bei der anstehenden Transformation in der Wirtschaft, bei der Integration und Zuwanderung einen unverzichtbaren Job. Der Bundesregierung muss klar sein: Wer an Weiterbildung und Qualifizierung spart, erschwert die Suche nach Arbeits- und Fachkräften erheblich.“

Bewussterer Umgang mit Wasser

Nach den heißen Sommern in 2022 und 2023 setzen sich die Städte darüber hinaus für einen bewussteren Umgang mit Wasser ein. Viele Jahrzehnte galt Wasser in Deutschland als praktisch unbegrenzte Ressource, erklärte Verbandsvizepräsidentin Katja Dörner, Oberbürgermeisterin aus Bonn. Spätestens die letzten Hitzesommer hätten allerdings eindringlich gezeigt, dass das keine Selbstverständlichkeit mehr ist: „Regional und saisonal kann es auch bei uns zu Wasserknappheit kommen. Wir brauchen einen bewussteren Umgang mit unserem Grundwasser sowie mit Wasser aus Flüssen, Bächen und Seen. Dürren und sinkende Grundwasserspiegel haben erhebliche Auswirkungen auf Menschen, Umwelt und Klima, aber auch auf Industrie und Landwirtschaft.“

Laut Dörner ist die Wasserversorgung in Deutschland sicher. „Aber wir müssen jetzt aktiv werden, damit das auch in Zukunft so bleibt. Bund und Länder müssen dafür den rechtlichen Rahmen schaffen.“ Um die Ressource Wasser besser zu schützen, brauche es mehr Daten zum Wasserverbrauch: Oft fehlten den Kommunen Informationen darüber, wer wie viel Grundwasser oder Wasser aus Flüssen, Bächen und Seen entnimmt, betonte Dörner. Denn bisher müsse nicht jede Entnahme etwa für Bewässerung in der Landwirtschaft genehmigt werden. Dies sei nicht mehr zeitgemäß. Dörner forderte daher klarere Regeln im Wasserhaushaltsgesetz. Nur wenn eine Gesamtübersicht vorliege, könnten frühzeitig Maßnahmen gegen Wasserknappheit ergriffen werden.

Regional sei es in den vergangenen beiden Sommern zu Wasserknappheit gekommen: Jeweils rund 80 Kommunen hätten Allgemeinverfügungen erlassen, die die Nutzung von Trink- und Grundwasser für bestimmte Zwecke beschränkten oder die Entnahme von Wasser aus Flüssen und Seen zeitweise untersagten. Bisher habe sich jede Kommune die Verfügung selbst stricken müssen. Deshalb wünschten sich die Städte hierzu klarere Leitlinien von Bund und Ländern. Zudem seien bundesweit einheitliche Entnahmeentgelte aus Grundwasser und Oberflächengewässern sinnvoll. Dabei gehe es nicht um Gebühren für Privathaushalte, sondern vor allem für Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft. Derzeit gebe es in 13 von 16 Bundesländern Entnahmeentgelte, deren Höhe unterschiedlich sei.

„Unser sauberes Leitungswasser mit seiner außergewöhnlichen Qualität für die Bewässerung von Bäumen oder Feldern zu nutzen, ist in vielen Fällen vollkommen widersinnig“, stellte die Vizepräsidentin fest. Deshalb sprächen sich die Städte dafür aus, die Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser dort zu vereinfachen, wo kein Wasser in Trinkwasserqualität benötigt wird. Dies sei auch der Ansatz des 2023 verabschiedeten „Water Reuse Act“ der EU, dessen Umsetzung Bund und Länder vorantreiben müssten. Dann könnte recyceltes Abwasser in bestimmten Fällen etwa zur Bewässerung in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Außerdem sollte der Anwendungsbereich der EU-Verordnung so erweitert werden, „dass auch wir Städte recyceltes Wasser zur Bewässerung unseres Stadtgrüns einsetzen können“.

Trierer Erklärung

In einer abschließenden „Trierer Erklärung“ unterstreicht der Deutsche Städtetag, es nicht hinzunehmen, „dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren“. Hintergrund ist das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland.

„Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben“, heißt es in der Erklärung. „Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.“

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssten immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebe von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Dies hätten Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in zahlreichen Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, sendeten ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften. **DK**

Manifest erarbeitet:

Jugend gemeinsam für Europa

Dass Jugendarbeit über Grenzen hinweg funktioniert, zeigt das Projekt „Jugend gemeinsam für Europa“. Mehr als 15.000 junge Menschen aus Bayern und der Tschechischen Republik haben teilgenommen und ihre Ideen und Impulse eingebracht. Das Ergebnis: ein Manifest und zwei Projekte, die nun realisiert werden.

Bayerns Jugendministerin Ulrike Scharf zieht eine positive Bilanz: „Das Projekt ist ein gelungenes Beispiel für grenzüberschreitende Jugendarbeit. Mit ihrem Manifest haben die jungen Menschen ihre Visionen und Wünsche für Europa aufgezeigt.“

Kernfrage des Gesamtprojekts war: Was macht ein stärkeres und nachhaltigeres Europa aus? Zunächst brachten 15.000 junge Menschen bei einer Online-Konsultation knapp 600 Vorschläge, Projekte und Ideen ein. Im Anschluss konnten sich Teilnehmer bei den Jugenddialogtagen in Furth am Wald persönlich austauschen und die Ideen diskutieren.

https://www.stmas.bayern.de/aktionsplan-jugend/ . ❐

Masterplan für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Einbindung der Bundespolizei in den Rückführungsprozess seien Synergieeffekte zu erzielen. Vom Bund betriebene Ausreisezentren würden den Rückführungsprozess in der Praxis vereinfachen und beschleunigen. Die Unterbringung in Bundesausreisezentren dürfte zudem auch die Bereitschaft zu freiwilligen Ausreisen steigern.

4. Realistische Integrationsgrenze: Bund, Länder und Kommunen sind durch die aktuelle Zugangssituation bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten in allen Bereichen an ihrer Belastungsgrenze. Es droht eine völlige Überforderung der Kommunen, die politische Stabilität des Landes ist gefährdet. Deshalb muss laut Staatsregierung eine Integrationsgrenze für Deutschland festgelegt werden, die sich am Leistungs- und Integrationsvermögen der Länder und Kommunen orientiert.

5. Beschleunigung von Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren: Bayern fordert den Bund erneut auf, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um die Länder Algerien, Armenien, Indien, Marokko und Tunesien zu erweitern. Diese Länder haben allesamt eine regelmäßige Schutzquote von unter fünf Prozent. Zudem wurde beschlossen, einen Gesetzentwurf zur weiteren Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren im Bundesrat einzubringen. Das europäische Recht bietet die Möglichkeit, sichere Herkunftsländer einfacher zu bestimmen. Der Freistaat will erreichen, dass der Bund davon künftig Gebrauch macht und das Bundesinnenministerium allein – ohne die Zustimmung des Bundesrats – sichere Herkunftsländer festlegen kann.

6. Asylbewerberleistungsgesetz: Neu ankommende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sollen künftig wieder nur Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten und nicht in den Bürgergeld-Bezug fallen. Dadurch soll der Anreiz erhöht werden, zeitnah eine Arbeit aufzunehmen.

Anstieg um mehr als 50 %

Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben 2023 insgesamt 351.915 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt (329.120 Erst- und 22.795 Folgeanträge). Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (217.774 Erstanträge) bedeutet dies einen Anstieg um 51,1 Prozent. Wie die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andrea Lindholz, feststellte, „müsste die Bundesregierung einen besonderen Fokus auf die irreguläre Migration aus der Türkei legen. Mit über 60.000 Asylerstanträgen, aber nur 13 Prozent Schutzberechtigten belastet diese Gruppe unser Asylsystem immer stärker. Hier müssen jetzt endlich auch Frau Baerbock und der Bundeskanzler handeln. Es braucht einen neuen Deal mit der Türkei. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe im Bundesinnenministerium reicht längst nicht mehr aus.“ **DK**

Mehr Geld ins ...

(Fortsetzung von Seite 1)
tischer Spielball zwischen Bund und Ländern sein, sondern müsse im Sinne der Patientinnen und Patienten gelöst werden.

Laut DStGB braucht es einen umfassenden Umbau im Gesundheitssystem, das vor der größten Reform seiner jüngeren Geschichte steht. Daher müssten auch die Länder diesen Umbau auskömmlich finanzieren und mittragen, wenn es etwa um Investitionen in Klinikstandorte geht. Der angekündigte Transformationsfonds sollte daher auskömmlich und auf breiten Schultern finanziert sein. Bei der Krankenhausplanung müsse künftig klar sein, dass das Ziel eine bestmögliche Versorgung der Patienten sein muss. Dies könne auch bedeuten, dass Häuser und Standorte schließen müssen. Diese Diskussionen gelte es in den nächsten Monaten und Jahren zu führen.

Warnung vor Engpässen

Der Deutsche Landkreistag warnt vor Engpässen bei der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Es dürfe nicht sein, „dass sich die gesundheitliche Versorgung außerhalb der großen Städte verschlechtert. Das wäre eine Politik vorbei am Großteil der Bevölkerung“, unterstrich Präsident Reinhard Sager. Er forderte „die Sicherheit, dass die geplante Krankenhausreform nicht zu übermäßigen Einschränkungen in der Fläche führt“. Konkret forderte Sager kurzfristige finanzielle Hilfen, um die inflationsbedingten Mehrkosten der Krankenhäuser auszugleichen.

Die Reform sieht im Kern vor, das Vergütungssystem der Kliniken mit Pauschalen für Behandlungsfälle zu ändern, um sie von finanziellem Druck zu immer mehr Fällen zu befreien. Künftig sollen sie 60 Prozent der Vergütung allein schon für das Vorhalten von Leistungsangeboten bekommen.

„Ein neues System der Krankenhausfinanzierung ist längst überfällig. Wir unterstützen die Grundidee der geplanten Krankenhausreform, Fallpauschalen durch Vorhaltepauschalen zu ersetzen. Krankenhäuser könnten so ihren Versorgungsauftrag gegenüber den Patientinnen und Patienten viel besser umsetzen und müssten nicht mehr darauf schielen, welche Behandlung oder OP die höchsten Fallpauschalen bringt“, erklärte Pit Clausen, Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld.

Angst vor unkoordinierten Krankenhausschließungen

Klar sei aber auch: „Es muss unverzüglich mehr Geld ins System. Wenn die Krankenhäuser in einem Zwischenschritt nicht schnell frisches Geld bekommen, werden etliche die Reform nicht mehr erleben. Dann wird es unkoordinierte Krankenhausschließungen geben, genau das soll mit der Reform aber eigentlich vermieden werden. Bund und Länder müssen jetzt aufhören, sich gegenseitig den schwarzen Peter zuzuschieben. Dafür ist die Situation zu ernst. Die Krankenhäuser haben keine Zeit mehr für taktische Spiele.“

An das Krankenhaustransparenzgesetz, das sich gerade im Vermittlungsausschuss befindet, sind Clausen zufolge wichtige Liquiditätshilfen für die Krankenhäuser gekoppelt. „Wenn keine schnelle Einigung im Vermittlungsausschuss gelingt, muss das Bundesgesundheitsministerium die Liquiditätshilfen wieder vom Transparenzgesetz abkoppeln. Zusätzlich muss endlich ein Gesetzentwurf für die Krankenhausreform vorgelegt werden und möglichst schnell in den Bundestag. Aber auch die Länder müssen jetzt ihrer Verantwortung gerecht werden“, machte der Vizepräsident deutlich. Dass eine Krankenhausreform erforderlich sei, stehe außer Frage. „Dafür braucht es jetzt mehr Kompromiss und weniger Blockade. Die Länder müssen außerdem endlich ihrer Verpflichtung nachkommen, die Investitionskosten der Krankenhäuser vollständig zu finanzieren. Der Investitionsstau an den Krankenhäusern wird immer größer.“ **DK**

Bitcoin ist ein Rohstoff:

„Im Grunde betreiben wir Verbraucherschutz“

Als erste Regionalbank deutschlandweit unterstützt die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte mit Hauptsitz in Ingolstadt ihre Mitglieder und Kunden bei der Verwahrung von Bitcoin mit Know-how. Wie das funktioniert, warum sich die Bank mit Bitcoin auseinandersetzt und ob Kommunen für das Thema sensibilisiert werden müssen, erklärt Vorstandsmitglied Andreas Streb im Gespräch mit Constanze von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen GemeindeZeitung.

GZ: Herr Streb, seit wann und warum beschäftigen Sie sich persönlich mit dem Thema Bitcoin?
Andreas Streb: *Mein Nachbar wollte im März 2020 von mir wissen, ob wir als Bank uns mit dem Thema „Bitcoin“ auseinandersetzen. Ich persönlich war bis zu diesem Zeitpunkt der Meinung, dass Bitcoin nichts mit Geld zu tun hätte und Blockchain war für mich ein Fremdwort. Aber mein Interesse war geweckt und ich habe in einem Selbstversuch über die Börse Stuttgart Bitcoin gekauft. Das war nicht so einfach und mir wurde dadurch bewusst, dass für unsere Kunden Beratungsbedarf besteht, den wir als regionaler Ansprechpartner für unsere Kunden decken müssen.*


Andreas Streb. Bild: VR Bank Bayern Mitte

Sicherheit im System

GZ: „Bitcoin ist Energieverschwendung und erleichtert Kriminalität“: Wie oft hören Sie das und was entgegnen Sie?
Streb: *Solche Fragen zeigen, dass die Person viel Meinung und wenig Ahnung hat. Das soll nicht herablassend klingen; es ist mein voller Ernst. Um Bitcoin zu verstehen, braucht es Zeit, die man bereit sein muss zu investieren. Verkürzt lässt sich sagen: Das System Bitcoin hat nichts mit Betrügereien zu tun, wie sie beispielsweise rund um den Crash der Krypto-Börse FTX passiert sind. Sonst müsste jede Bankenpleite auch stellvertretend eine Pleite unseres Finanzsystems sein. Bitcoin ist auch kein Schneeball- oder Pyramidensystem. Und zum Energiethema: Nur weil etwas Energie verbraucht, heißt das nicht, dass es schlecht ist: E-Mobilität verbraucht Energie, Streaming verbraucht unendlich viel Energie, reguläre Finanzdienstleistungen verbrauchen Energie. Bei Bitcoin, hinter dem ein dezentrales, Computer-Netzwerk mit offener Programmierung steht, resultiert der hohe Energieverbrauch aus der Verwendung des „Proof-of-Work“-Algorithmus, der der Bitcoin-Blockchain zugrunde liegt und der für Sicherheit im System sorgt. In diesem System wird jeder neue Bitcoin durch Energie erzeugt und die Erzeugung wird immer schwieriger, was Bitcoin so wertvoll macht. Zudem ist die Erzeugung sehr streng limitiert. Noch strenger als zum Beispiel der Goldabbau. Anders ausgedrückt: Der Wert von Bitcoin spiegelt sich im hohen Energieeinsatz, denn dieser ist die sichere Verbindung aus der digitalen in die reale Welt.*

Lebenslange Kundenbeziehungen

GZ: Wie ist es Ihnen gelungen, Ihren Vorstand zu überzeugen, dass ein eigenes Angebot sinnvoll ist?
Streb: *Unsere Bank gibt es seit 125 Jahren und unsere Kunden betreuen wir selbst vor Ort und vermitteln sie nicht an jemand anderen für spezielle Angebote wie beispielsweise Bitcoin. Unsere Kundenbeziehungen halten ein Leben lang. Mit dieser Prämisse, verbunden mit unserem Anspruch, als Dienstleister Unterstützung in sämtlichen finanziellen Angelegenheiten zu liefern, war sich der Vorstand über die Sinnhaftigkeit einer Auseinandersetzung mit der Thematik sehr schnell einig. Schließlich hat sich so auch ein völlig neues Produkt für die Bank entwickelt.*
GZ: Gab es unerwartete Hürden? Wer hat Ihnen in der Umsetzung geholfen? Werden Sie von anderen (Regional-)Banken nach Ihrer Expertise gefragt?
Streb: *Lassen Sie mich hier etwas ausholen: Seit 2020 steht im Kreditwesengesetz (KWG), der Bibel aller Banker, dass Anbieter von Kryptowährungen eine Banklizenz brauchen. D.h. die deutsche Bankenwelt hätte spätestens dann wissen müssen, dass Kryptoverwahrung Bankgeschäft ist. Aber wie schon bei Paypal und Co. wurde auch hier die Entwicklung verschlafen und mit der Firma Coinbase war es wieder ein amerikanisches Unternehmen, das die erste Kryptoverwahrlizenz in Deutschland beantragt und auch bereits im Juni 2021 bekommen hat. Wir sind tatsächlich die erste heimische Bank, die ihren Kunden ein Bitcoin-Angebot machen kann. Und nur allein deswegen konnten wir über 100 Neukunden gewinnen, die nur deshalb auf uns gekommen sind. Die wären sonst zu einem anderen, vielleicht weniger seriösen Anbieter gegangen. Im Grunde betreiben wir Verbraucherschutz.*

Für uns war die Entwicklung dieses komplett neuen Produktes außergewöhnlich und absolutes Neuland. Wir haben uns die Expertise von Joe Martin, Bitcoin-Berater und Buchautor, ins Haus geholt und alle 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aus dem Vertrieb über die Innenrevision bis hin zur Compliance-Abteilung, sowie die Führungsriege intensiv geschult. Ich war in allen diesen Sitzungen dabei. Mit der rechtlichen Unterstützung des Genossenschaftsverbands Bayern und auch durch die Bundesbank war es uns möglich, 2022 an den Start zu gehen. Jetzt gibt es bundesweit Nachfragen und mit der Volksbank Mittlerer Schwarzwald hat das erste Institut unsere Idee übernommen.
GZ: Was ist Ihr konkretes Angebot?
Streb: *Durch unsere gemeinsame intensive Beschäftigung mit Bitcoin haben wir den Mehrwert ermittelt, den wir unseren Kunden bieten können. Daraus haben wir ein Dienstleistungsangebot entwickelt, das die drei folgenden Hauptthemen abdeckt:*
- *Kundeninformation: Schritt 1 ist ein einstündiges Informationsgespräch, das Basiswissen vermittelt: Was ist die Blockchain, was ist eine Wallet, welche unterschiedlichen Wallets gibt es, was ist der Private-Key, usw.*
- *Im nächsten Schritt leisten wir Unterstützung bei der Verwahrung, denn Bitcoin ist im Grunde digitales Gold für dessen sichere Lagerung der Besitzer selbst sorgen muss. Nützliche Werkzeuge und ein gemeinsam mit Joe Martin entwickeltes Handbuch bieten wir in einem Online-Shop über unsere Website (https://www.vr-bayernmitte.de/privatkunden/sparen-geldanlage/bitcoin.html) an.*
- *Und schließlich können unsere Kunden über das Girokonto sehr einfach Bitcoin erwerben. Wichtig ist, dass die Bank nicht die Bitcoin der Kunden verwaltet. Der Kunde ist immer selbst verantwortlich, wird aber von uns kompetent unterstützt.*

GZ: Warum nur Bitcoin?
Streb: *Bitcoin ist die einzige echte dezentrale Blockchain-Anwendung, die weltweit sicher funktioniert. Sie ist für jeden nachvollziehbar und gegen Manipulationen gesichert. Bitcoin ist unabhängig, hat keine Zentrale, keinen Emittenten und keine Marketingabteilung. Gary Gensler, Vorsitzender der US-Börsenaufsicht SEC, verwendet folgendes Bild: Bitcoin ist Rohstoff, alle anderen Kryptowährungen sind Wertpapiere, hinter denen wieder ein erfolgsabhängiges Geschäftsmodell steht. Wenn wir noch das Beispiel Ethereum bemühen wollen, neben Bitcoin eine andere Kryptowährung. Hier konnte 2022 der Mechanismus von „Proof of Work“ zu „Proof of Stake“ mit dem Ziel geändert werden, den Energieverbrauch zu reduzieren. Aber allein die Tatsache, dass eine so drastische Änderung möglich war, zeigt ja, dass möglicherweise auch andere Änderungen an der Kryptowährung vorgenommen werden könnten. Daher ist Ethereum für uns keine Option, weil wir unseren Kunden keine solchen Risiken zumuten wollen.*
GZ: In El Salvador ist Bitcoin offizielles Zahlungsmittel. Der Schweizer Kanton Zug, die Gemeinde Zermatt und jetzt auch die Stadt Lugano erlauben die Bezahlung von kommunalen Dienstleistungen und Steuern in Bitcoin. Könnte das auch für unsere Kommunen denkbar sein?
Streb: *Dass Bitcoin offizielles Zahlungsmittel wird, das braucht noch Zeit. Dass er dafür taugt, habe ich bei einer Bitcoin-Konferenz in Lugano selbst erlebt. Dort kann inzwischen in 300 Geschäften mit Bitcoin gezahlt werden. Insbesondere in Ländern ohne funktionierendes*

(Fortsetzung auf Seite 6)



Explosive Lage:

Warum ein Gesetz Geldautomaten nicht schützt

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Die Geldautomatensprenger treiben in Deutschland weiter ihr Unwesen. 462 mal versuchten sie im letzten Jahr, Geldmaschinen mit Explosivstoffen zu knacken. Im Freistaat schlugen die Sprengstoffgangster 21 mal zu. Zwar liegt bundesweit die Zahl der versuchten und vollendeten Anschläge knapp unter der des bislang schlimmsten Schreckensjahres 2022 mit 496 Attacken. Und auch in Bayern ist sie rückläufig. Dennoch verharrt die Zahl der Angriffe auf Geldausgabeautomaten in Deutschland seit 2020 auf hohem Niveau.

Die Gesamtzahl der Automatensprengungen im laufenden Jahrzehnt addiert sich mittlerweile auf knapp 1.800, davon 99 in Bayern. Die Räuber kommen freilich nicht bei jedem Versuch an die Geldkassette, verursachen aber in der Regel beträchtlichen Sachschaden. Sie gefährden mit ihren kriminellen und zumeist nächtlichen Taten zudem in erheblichem Maße Menschen im Wohnumfeld der Geldautomaten.

Die Lage ist explosiv. Dass es entsprechend immer wieder Forderungen gibt, den Geldautomatenbetreibern – zumeist Banken – gesetzlich und damit verbindliche Sicherheitsmaßnahmen aufzuerlegen, liegt auf der Hand. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert das. Ähnliches war im Vorfeld der letzten Innenministerkonferenz der Länder im Dezember vereinzelt und zum wiederholten Male aus dem Kreis der Minister zu hören.

Der Reflex zur gesetzlichen Maßnahme liegt zwar nahe. Aber trägt er zur Lösung bei? Allenfalls vordergründig. Die nähere Betrachtung zeigt, dass die Banken längst handeln. Sie haben in den letzten Jahren deutschlandweit bereits 300 Millionen Euro in zusätzliche Automatensicherheit investiert. Und sie werden in den nächsten Jahren weiter investieren. Kein Bankvorstand hat ein Interesse daran, dass Geldautomaten in die Luft gejagt, Gebäude in Trümmer gelegt, Leib und Leben von Menschen gefährdet werden. Die Institute werden deshalb weiter standortbezogene Risikoanalysen vornehmen und – wo nötig – zusätzliche bauliche Maßnahmen an den Standorten der Geldautomaten genauso ergreifen wie spezielle Präventionsmaßnahmen an den Geräten selbst. Schließzeiten werden ebenso geändert wie Schließsysteme, die die Zugänge zu den Automaten regeln. Das haben die Banken glaubwürdig angekündigt und zwischenzeitlich schon in vielen Fällen umgesetzt. Alle diese Maßnahmen werden womöglich mittelfristig die Zahl der Automatensprengungen verringern.

Was die Banken aber bei allen Anstrengungen nicht beseitigen können, ist das Thema hinter dem Thema. Es darf als erwiesen gelten, dass es nicht Kleinkriminelle sind, die auf eigene Rechnung mit Explosivstoffen hantieren und in den Nachtstunden durch Automatensprengungen für Schrecken sorgen. Vielmehr sind es die Handlanger der organisierten Kriminalität. Sie agieren strikt nach Anweisung. Ihre Raubzüge in deutschen Gemeinden und Städten dienen kriminellen Schattenmännern in den Niederlanden zur Geldbeschaffung.

Anschläge auf Geldautomaten sind auch kein neues Phänomen. In der Polizeistatistik wird es seit 2005 erhoben. Das Bundeskriminalamt ordnet die Geldautomatenattacken längst der organisierten Kriminalität zu. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts dynamisiert sich die Entwicklung. Insofern gehört zu einer ursachenadäquaten Lösung auch die Debatte um einschlägige politische Maßnahmen, die die Ermittlungsbehörden im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und ihre Finanzierungsstrukturen stärken – national wie europäisch.

Die Lösung für das Thema Geldautomatensprengungen allein bei den Banken zu verorten, wird der Dimension des Ganzen nicht gerecht. An verschiedenen Stellen sind Hausaufgaben zu erledigen. Die Banken haben unzweifelhaft die ihren. Die Bundesinnenministerin vertraut weiter darauf, dass die Geldautomatenbetreiber im eigenen Interesse die Schutzmaßnahmen erhöhen und die dazu vereinbarten Ziele bis 2025 erreichen. Sie handelt also richtig, wenn sie nicht auf eine gesetzliche Regelung setzt. Richtig ist es zudem, auf politischer Seite mit Hochdruck Strukturen weiterzuentwickeln und Finanzmittel bereitzustellen, um die Schlagkraft der Ermittlungsbehörden im Kampf gegen die organisierte Kriminalität massiv zu erhöhen. Hier besteht Nachholbedarf. Die über Jahre unerledigten Hausaufgaben der Politik erscheinen als die ungleich größeren.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❒

Weniger Geldautomatensprengungen

In Bayern kam es nach Angaben des Landeskriminalamtes im Jahr 2023 zu 21 Sprengstoffattacken auf Geldautomaten. 17 mal erlangten die Täter Geldbeute. In knapp der Hälfte der Fälle schlugen die Bankräuber in unter- und mittelfränkischen Kommunen zu. Oberbayern blieb von den Raubzügen verschont. Die Zahl der Geldautomatensprengungen ist im Vergleich zum Vorjahr (37 Fälle) deutlich zurückgegangen, liegt jedoch noch immer über der Fallzahl des Jahres 2021 mit 17 Attacken. Insgesamt wurden im Bundesgebiet 2023 462 Geldmaschinen gesprengt, 34 weniger als im Jahr 2022. **(jmg)**

Volks- und Raiffeisenbanken:

Solidarisch an der Seite der Landwirtschaft

Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe sicherstellen

Die bayerische und deutsche Landwirtschaft spielt in einer Zeit geopolitischer Unsicherheit eine herausragende Rolle für die verlässliche, regionale Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln. Es ist von großer Bedeutung, die hiesige Landwirtschaft zu stärken und zu fördern. Die aktuellen politischen Entwicklungen gehen jedoch in die entgegengesetzte Richtung, indem die Bundesregierung mit ihren jüngsten Beschlüssen zusätzliche Belastungen für Landwirte schafft. Der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Gregor Scheller, äußerte sich besorgt: „Die Einschnitte sind enorm und treffen die Landwirtschaft inmitten tiefgreifender struktureller Veränderungen", betonte er in München.

Insbesondere die Entscheidungen in Berlin zur Streichung der Rückerstattung der Energiesteuer beim Agrardiesel und der Befreiung land- und forstwirtschaftlicher Maschinen von der Kfz-Steuer werden als schwerwiegender Einschnitt empfunden. Deren Rücknahme beziehungsweise Relativierung sind ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Die bayerische Genossenschaftsorganisation unterstützt die heimische Landwirtschaft und teilt die Besorgnis über die bestehenden Herausforderungen.

Entlastungen und Verlässlichkeit

In Solidarität mit den laufenden Protesten der Landwirte setzen sich die Volks- und Raiffeisenbanken sowie die genossenschaftlichen Waren- und Dienstleistungsunternehmen für eine nachhaltige Stärkung der einheimischen Landwirtschaft ein. „In Anbetracht der aktuellen Herausforderungen benötigt die Landwirtschaft dringend Entlastungen und Verlässlichkeit", sagte der GVB-Präsident. Es ist unser gemeinsames Ziel, eine Politik zu fördern, die die Belange der Bäuerinnen und Bauern angemessen berücksichtigt und die deutsche Landwirtschaft unterstützt. Die Volks- und Raiffeisenbanken setzen sich dafür ein, dass die Interessen der Landwirte in den politischen Entscheidungsprozessen angemessen gewichtet werden, eine nachhaltige Zukunft für die heimische Landwirtschaft gewährleistet ist und damit die Versorgung der Menschen in unserem Land." ❒

Mit Beteiligung zum Erfolg:

Wie Volksbanken die Energiewende vor Ort treiben

Die Windkraft lohnt sich immer mehr für Kommunen und Bürger. Denn: Viele Bundesländer wollen zukünftig Unternehmen verpflichten, die Standort-Kommunen und Anwohnenden an den Gewinnen der Windkraft zu beteiligen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht letztes Jahr die Pflicht zur Beteiligung als rechtmäßig eingestuft hat, herrscht endlich Rechtssicherheit. Da der Bund bislang kein deutschlandweites Konzept für Beteiligung vorgelegt hat, schaffen einige Bundesländer nun Tatsachen.

Neben Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wurde nun auch kürzlich in NRW ein Beteiligungsgesetz verabschiedet. Außerdem liegen zurzeit Entwürfe für Beteiligungsverpflichtungen in Niedersachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt vor. Auch in Rheinland-Pfalz und Bremen seien erste Schritte getan, so eine aktuelle Auswertung der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Der Hintergrund: Zum Teil sind die großen Windenergie-Anlagen vor Ort umstritten. Mit der finanziellen Beteiligung wollen nun viele Bundesländer die Akzeptanz des Ausbaus erhöhen. Wenn man mitverdient, ändert sich für viele ein Blick auf das Windrad.

Energiegenossenschaften erleben eine Boom-Zeit

Eine unkomplizierte Art der Beteiligung von Bürgern und Kommunen stellt die eingetragene Genossenschaft (eG) dar. Die Idee ist so simpel wie erfolgreich: Einer Genossenschaft kann man einfach beitreten und jedes Mitglied hat eine Stimme – unabhängig von der Anzahl der gezeichneten Anteile. So können Genossenschaften nicht von Konkurrenten übernommen werden. Seit Jahren steigt die Gründungszahl von Genossenschaften im Energiesektor bundesweit. Lag die Zahl der Neugründungen im Jahr 2020 noch bei 4, wurden letztes Jahr 42 neue Energiegenossenschaften gegründet. Und allein im ersten Halbjahr 2023 liegt die Zahl bei 30, so eine aktuelle Auswertung der DZ Bank.

Da reine Bürgerprojekte oft mit Gründung, Planung und Finanzierung allein überfordert sind, beteiligen sich häufig lokale Volks- und Raiffeisenbanken. So entstehen regionale Synergien. Denn: Die in der Region verwurzelten Kreditinstitute sind nicht nur vertrauensvolle Finanzierungspartner, sondern verfügen auch über genossenschaftliches Know-how. Das gilt nicht nur für Windkraftprojekte, sondern auch z. B. im Bereich Solarstrom. Christoph Gottwald vom Genossenschaftsverband unterstreicht den beiderseitigen Mehrwert: „Die breite Kooperation sorgt für eine echte Win-win-Situation: Durch die enge Zusammenarbeit kann die Bank ihren CO2-Fußabdruck reduzieren und die Energiegenossenschaft profitiert vom gewachsenen Netzwerk in der Region." Viele Volks- und Raiffeisenbanken beteiligen sich bereits an Energiegenossenschaften. Experte Gottwald schätzt den Anteil der Energiegenossenschaften mit Volksbank-Beteiligung auf ca. 20-30 Prozent.

Die Eifel zeigt, wie es gehen kann

„Volks- und Raiffeisenbanken legen in Ihrer Unternehmensphilosophie einen Hauptfokus auf die Wertschöpfung in der Region, um die Wirtschaftskraft vor Ort zu stärken", sagt Mario Brüders, Vorstand der Südeifel Strom eG. „Durch die Präsenz in der Fläche hebt sich dieses Geschäftsmodell nachhaltig von anderen Banken ab", so Brüders weiter. Er verkörpert die Zusammenarbeit von Bank und Energiegenossenschaft in seiner Person: Er ist gleichzeitig Führungskraft bei der Volksbank Eifel eG. „Der Gedanke einer dezentralen und unabhängigen Energieversorgung passt wunderbar zu den Grundstrukturen und Werten einer Kreditgenossenschaft," betont der Bank-Experte.

Am Beispiel der Südeifel Strom eG aus dem Eifelkreis Bitburg-Prüm wird deutlich: Unabhängige, regenerative Stromversorgung in der Region auszubauen kommt in der Bevölkerung an. Im Jahr 2009 wurde mit der ersten Photovoltaik-Dachanlage gestartet. Heute zählt sie zu den größten Energiegenossenschaften im Land. Sie hat aktuell über 900 Mitglieder. Mit-Initiatorin vor 15 Jahren war die Vorläuferbank der heutigen Volksbank Eifel eG. Unter dem Dach der Genossenschaft stellen die Verantwortlichen eine breite Beteiligung der Bevölkerung am Ausbau der erneuerbaren Energien sicher. Mario Brüders ist sich sicher: So wird das Gemeinschaftsprojekt Energiewende zum Erfolg. ❒

IT-Probleme bei der Postbank:

Gesetzlich pauschalierter Schadensersatz erforderlich

Sascha Straub, Referatsleiter Finanzdienstleistungen bei der Verbraucherzentrale Bayern, äußert sich zu den Problemen der Deutschen Bank bei der IT-Umstellung ihrer Tochtergesellschaft Postbank.

„Die Deutsche Bank kann entgegen eigener Ankündigung ihren Zeitplan für die Problembehebung durch die IT-Umstellung bei der Postbank nun doch nicht einhalten. Obwohl Kundinnen und Kunden der Postbank seit über einem Jahr mit erheblichen Leistungseinschränkungen zu kämpfen haben, hat die Deutsche Bank bislang nur warme Worte für die Betroffenen übrig.

Nach geltendem Recht hat die Bank finanzielle Konsequenzen nur dann zu fürchten, wenn einzelne Kunden ihre Schadensersatzansprüche geltend machen. Ein überschaubares Risiko für die Bank.

Wenn sich Banken erlauben können, ihre Leistungsverpflichtungen über Monate hinweg zu vernachlässigen, dann muss der Preis dafür spürbar erhöht werden. Um dies zu erreichen und gleichzeitig Geschädigten künftig einfacher zu ihrem Recht zu verhelfen, brauchen wir einen gesetzlich pauschalierten Schadensersatz bei Störungen von Bankdienstleistungen. Jedes Kreditinstitut sollte zudem verpflichtet werden, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Kunden diese Ansprüche jederzeit, einfach und digital anmelden können."

Hintergrund

Gesperrte Konten, nicht ausgeführte Überweisungen und unbearbeitete Betrugsfälle: Tausende Kundinnen und Kunden berichten seit Monaten von teils katastrophalen Problemen bei Postbank und DSL Bank. Auslöser war die IT-Migration zum Mutterkonzern Deutsche Bank. Betroffene können auf Schadensersatz hoffen, müssen dafür aber aktiv werden. Eine pauschale Erstattung lehnt die Deutsche Bank ab, obwohl die Probleme ausschließlich von ihr verursacht worden sind. Jeder Fall soll einzeln geprüft werden.

Interaktiver Musterbrief

Die Verbraucherzentrale Bayern bietet Betroffenen daher einen interaktiven Musterbrief unter www.verbraucherzentrale-bayern.de/postbank-tool an. Mit dem kostenlosen Tool können Verbraucher bequem individuelle Forderungsschreiben erstellen, um ihre Ansprüche gegenüber der Deutschen Bank geltend zu machen. ❒

Im Grunde ...

(Fortsetzung von Seite 5)

Finanzwesen übernimmt Bitcoin bereits Funktionen z.B. als Wertspeicher. In El Salvador waren unter anderem die horrenden Gebühren auf internationale Transaktionen in US-Dollar der Grund, Bitcoin einzuführen und die Vielzahl der Menschen ohne Bankverbindung.

Lösung für Unternehmen

Dass bayerische Kommunen sich eine Wallet zulegen, das glaube ich vorerst nicht. Auch wir als Bank kaufen kein Bitcoin. Kommunen verwalten kein eigenes Geld und als Entscheider hat man dann schnell ein Rechtfertigungsproblem. Aber wer weiß, Aktien wurden bis vor 25 Jahren auch noch als Spekulationsobjekte abgelehnt. Bei Bitcoin besteht die Herausforderung, wie verhindert werden kann, dass eine Person, die die Bitcoin für die Gemeinde oder Behörde verwaltet, mit der Wallet verschwindet. Denken Sie an die Analogie zu Gold, nur das Bitcoin sehr viel leichter zu transportieren ist! Aber auch hier arbeiten wir an einer Lösung, einer sogenannten Multisignatur-Wallet, die z.B. für Unternehmen interessant werden könnte. Mit einer Multisig-Wallet können nur dann Transaktionen vorgenommen werden, wenn zwei von drei Verantwortlichen zustimmen. Einer dieser drei könnte aus Sicherheitsgründen die Bank sein.

Was aber durchaus für Kommunen und deren Stadtwerke interessant werden könnte ist, dass Bitcoin tatsächlich zur Stromnetzstabilität beitragen kann. In Texas wird das schon gemacht, denn Mining-Maschinen können, anders als Rechenzentren, ohne Datenverluste schnell zu- und abgeschaltet werden, was sie zu einem interessanten Stromnetzstabilisator macht.

Auch in Bayern gibt es innovative Unternehmen, wie die in der Kunststoffverarbeitung tätige Kläger Group aus Neusäß bei Augsburg. Deren Tochter Terahash sieht Bitcoin-Mining als innovativen Lösungsansatz, wenn es um Wärmegewinnung geht. Für die eigene wärmeintensive Produktion sind auch schon Mining-Maschinen im Einsatz. Wir arbeiten mit dem Unternehmen zusammen und stehen natürlich für weitere Informationen als Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung.

Kontroverse Digitaler Euro

GZ: Der Digitale Euro wird vorbereitet. Ihrer Meinung nach: Brauchen wir einen Digitalen Euro?

Streb: *Niemand braucht den Digitalen Euro, er ist völlig unnötig. Ich denke auf der europäischen Ebene sieht man Bitcoin als Problem auf sich zukommen und meint daher ein digitales Angebot schaffen zu müssen. Aber wir haben bereits digitales Geld auf unseren Girokonten.*

Außerdem soll der Digitale Euro weder als Blockchain-Anwendung noch als Token konzipiert sein. Und damit ist er nichts weiter als ein Computerprogramm irgendwo in einer Cloud, das natürlich auch weiterhin programmierbar sein wird, da mache ich mir nichts vor. Wir gehen zwar immer davon aus, dass unsere Regierungen es gut mit uns meinen. Was aber, wenn wir mit dem Digitalen Euro etwas erschaffen, aus dem wir so einfach nicht mehr rauskommen? Daher müssen wir als Gesellschaft frühzeitig intervenieren.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! **CH**

Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe zum demografischen Wandel:

Ruf nach Paradigmenwechsel

Der demografische Wandel stellt Staat und Gesellschaft vor immense Herausforderungen. Nach Auffassung der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe ist ein konstruktiver Umgang mit der Entwicklung notwendig. Dafür seien verschiedene Paradigmenwechsel erforderlich.

„Die Weltbank prognostiziert für die nächsten Jahre einen unverminderten Anstieg des Altersabhängigkeitsquotienten, also der über 65-Jährigen, bezogen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter. Damit verschiebt sich tendenziell die Zielrichtung der Staatsausgaben", stellen die Chefvolkswirte fest. Aufgrund einer höheren Lebenserwartung nehme die Rentenbezugsdauer potenziell zu, was die Thematik weiter verschärfe.

Zwischen 2022 und 2027 gehe die Finanzplanung von einem Anstieg der Rentenversicherungsleistungen des Bundes um rund ein Viertel auf 134,6 Mrd. Euro aus. Gemessen an seinen Einnahmen (ohne Berücksichtigung der Nettokreditaufnahme) liege der Anteil aufgrund der geplanten steigenden Einnahmen auch 2027 noch bei knapp 30 Prozent (2022: 29,6 Prozent).

Problematische Verschiebung der Altersstruktur

Die Probleme, die die Verschiebung der Altersstruktur in Deutschland und anderen Industrieländern mit sich bringt, zeigten sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Durch Renteneintritt seien in den vergangenen Jahren jeweils 800.000 bis 900.000 Personen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden, die nur zum Teil durch nachfolgende Generationen ersetzt werden. Beim Thema Fachkräftemangel schlügen die Unternehmen daher Alarm. Die größten Engpässe gebe es demnach aktuell in sozialen und pflegenden bzw. betreuenden Berufen, aber auch im Handwerk und in der IT. Für die Zukunft zeichne sich eine weitere Verschärfung der Knappheit ab: Nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts werde die Altersgruppe der 65-Jährigen, die absehbar aus dem Erwerbsleben ausscheidet, im Vergleich zu den 20-Jährigen, die an der Schwelle zum Berufsleben stehen, immer größer.

„Bei zunehmender Alterung stellt sich die Frage, ob eine Gesellschaft ihre Innovationskraft und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten kann – insbesondere bei hoher Regulierungsdichte", heißt es weiter. Mangelnde Anpassung an neue Herausforderungen steigere das Risiko, international abgehängt zu werden und belaste das Wirtschaftswachstum. „Nimmt die aktive Bevölkerung zahlenmäßig ab, könnte eine höhere Produktivität das ausgleichen. Die Entwicklung der letzten Jahre ist hier nicht ermutigend. Allerdings sorgt künstliche Intelligenz (KI) derzeit für intensive Diskussionen und dürfte an Bedeutung gewinnen."

Mögliche Bremswirkung auf Investitionen

Eine im Alter abnehmende Spartätigkeit könne darüber hinaus eine Bremswirkung auf Investitionen entfalten: Um den Lebensstandard trotz Einkommenseinbußen beim Übergang vom Gehalt auf Rentenbezüge zu halten, werde häufig Vermögen verzehrt, das als Kapital für Investitionen dann nicht zur Verfügung steht. Da die einkommensstarken Länder jedoch insgesamt mit einer alternden Gesellschaft konfrontiert sind, werde die Lösung kaum in einer Entlastung durch Kapitalimporte liegen, vermuten die Finanzexperten.

Die öffentliche Verschuldung in Deutschland sei im EU-Vergleich moderat (66 Prozent zu 84 Prozent des BIP). Krisenbekämpfung und Wachstumseinbußen hätten jedoch ihre Spuren hinterlassen und der jüngste Anstieg der Kapitalmarktzinsen verteuere den Schuldendienst. Der Sparkurs sollte eine Priorität bleiben, um Spielraum für zukunftsorientierte Ausgaben zu schaffen, heißt es.

Neuland „Aktienrente"

Neuland betrete die Bundesregierung mit der „Aktienrente", in die 2023 zunächst 10 Mrd. Euro aus Krediten fließen sollen. Basis hierfür sei die „Stiftung Generationenkapital". Erstmals soll so eine kapitalmarktbasierte Komponente das Umlagesystem ergänzen und ab ca. 2037 den Staat entlasten. Mit Blick auf skandinavische Länder, wo die Altersvorsorge seit Jahren Fondskomponenten enthält, ist die Einbeziehung des Kapitalmarkts als weitere Säule im deutschen Rentensystem aus Sicht der Chefvolkswirte „eine sinnvolle Ergänzung, wenn sie ausreichend mit Kapital ausgestattet wird. Zudem muss geklärt werden, inwieweit ein solcher Fonds zusammen mit der Kreditwirtschaft gemanagt werden kann. Ob der vom Finanzminister für die kommenden Jahre anvisierte dreistellige Milliardenbetrag ausreicht, um eine nennenswerte Entlastung zu bringen, ist fraglich."

Längeres Arbeiten attraktiv machen

Am Arbeitsmarkt stelle sich die Frage, ob die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient genutzt werden. Dabei biete die Aktivierung Älterer ein großes Arbeitskräftereservoir. „Eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters über die aktuell laufenden Maßnahmen hinaus könnte sich allerdings als kontraproduktiv erweisen und zu Ausweichreaktionen führen, zumal das Rentenalter im europäischen Vergleich bereits hoch ist", geben die Finanzexperten zu bedenken. „Erfolgreicher dürften Anreizsysteme, Flexibilität und individuelle Lösungen sein, die längeres Arbeiten zu einer eigenen Entscheidung und damit attraktiv machen."

Chancen lägen auch in der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Dies sei allerdings keine Einbahnstraße, denn der Fachkräftemangel stelle mittlerweile ein internationales Problem dar und bewirke auch eine Abwanderung von Fachkräften (Brain Drain). Die erfolgreiche Anwerbung sei daher in Kombination mit der Standortattraktivität insgesamt zu sehen.

Insgesamt gilt es nach Einschätzung der Chefvolkswirte, stärker die Chancen zu nutzen und nicht nur die Bedrohungen zu sehen. „Beispiele wie der wachsende Einsatz von Quereinsteigern in Mangelberufen, die Wiedereinstellung pensionierter Fachkräfte und der Entfall von Zuverdienstgrenzen bei Altersrenten seit 1. Januar 2023 schaffen Flexibilität und zeigen, dass die Anforderungen des demografischen Wandels Bewegung in feste Strukturen bringen. Wenig Bewegung ist allerdings bei der ablehnenden Haltung der Bevölkerung gegenüber einer staatlich verordneten längeren Wochen- oder Lebensarbeitszeit zu erwarten. Wer (wieder-)gewählt werden will, dürfte bei diesem Thema Zurückhaltung üben."

Für eine gelingende Anpassung an den demografischen Wandel werde noch der ein oder andere Paradigmenwechsel notwendig sein. Dazu zähle ein Kulturwandel hin zu einem generell positiven Verständnis von Arbeit. „Ist das auf der eigenen Stelle nicht möglich, dürfte rascher als in früheren Zeiten gewechselt werden. Dies erfordert auch bei den Unternehmen mehr Flexibilität." Die frühzeitige Suche nach kreativen Lösungen helfe, unausgereifte Notlösungen zu vermeiden. **DK**

Sparkassen Günzburg-Krumbach und Schwaben-Bodensee:

Geplante Fusion

Die Träger der beiden selbstständigen Sparkassen Günzburg-Krumbach und Schwaben-Bodensee sehen in einer Fusion sehr gute Möglichkeiten, neue Impulse zu setzen zum Wohle der gemeinsamen Region, auch in Zeiten besonderer Herausforderungen. „Wenn zwei kerngesunde und leistungsstarke Partner ihre Kräfte und Kompetenzen bündeln, entstehen Vorteile für die gesamte Region, für die Bürgerinnen und Bürger, für die Kunden und für die Mitarbeitenden", darin sind sich die Verwaltungsratsvorsitzenden der beiden Sparkassen einig. Der Augsburger Landrat Martin Sailer und Krumbachs Erster Bürgermeister Hubert Fischer erhielten von den beiden Zweckverbänden als Träger der Sparkassen grünes Licht für den Abschluss der Fusionsverhandlungen.

Das Fusionsziel ist eine kunden- und aufgabenorientierte Sparkasse mit regionaler Verwurzelung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, der heimischen Wirtschaft, des Handwerks, des Handels, der freien Berufe, der Landwirtschaft, der Kommunen und der Industrie zu bilden, so die beiden Vorstandsvorsitzenden, Thomas Munding und Daniel Gastl. Im Ranking der bayerischen Sparkassen wäre die Fusionssparkasse auf Platz 4 von 59 bayerischen Sparkassen.

„In Summe werden die Mitarbeitenden, die Kundinnen und Kunden sowie der gesamte Vertrieb profitieren. Die neue Sparkasse wird die Attraktivität für gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen in der Region weiter erhöhen," ist sich der künftige Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Schwaben-Bodensee, Thomas Munding, sicher.

Mit der Fusion entsteht ein schlagkräftiges Kreditinstitut mit einer Bilanzsumme von rund 12 Mrd. Euro, über 1.400 aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie rund 100 Geschäftsstellen und SB-Geschäftsstellen in der Region. Die Sparkasse hat ihren Sitz in den Städten Memmingen, Augsburg, Günzburg und Lindau. Der Hauptsitz befindet sich in der Stadt Memmingen. Darüber hinaus sind Kompetenzzentren in den Städten Krumbach, Mindelheim und Schwabmünchen vorhanden. Ziel ist, dass die Sparkasse auf Basis dieser sieben Säulen dezentral organisiert wird.

Die Fusion bringt Kostenvorteile und Stabilität in einer anspruchsvollen Zeit, so die Verwaltungsratsvorsitzenden. Arbeitsplatzabbau, betriebsbedingte Kündigungen und Standortverlagerungen, sind keine Themen im Rahmen des Fusionsvorhabens.

Die Verwaltungsräte und Verbandsversammlungen werden über den Zusammenschluss in den nächsten Wochen entscheiden. Anschließend wird dann in den jeweiligen kommunalen Gremien darüber informiert und abgestimmt.

Wenn die Entscheidungsträger vom Mehrwert einer Fusion überzeugt sind, gibt es auf Grundlage des Fusionsvertrages ab 1. Juli 2024, rückwirkend zum 1. Januar 2024, eine noch größere und leistungsfähigere Sparkasse Schwaben-Bodensee. ❐

Zum 200. Geburtstag:

Stadtsparkasse München schnürt Gemeinwohl-Paket

Die Stadtsparkasse München wird anlässlich ihres 200-jährigen Bestehens insgesamt 13,5 Millionen Euro für das Gemeinwohl in München ausgeben. Das Institut gründet eine Nachhaltigkeitsstiftung mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen Euro. Rund 3,5 Millionen Euro sind für Förderprojekte vorgesehen. „Das Jubiläumsjahr widmen wir München und dem Gemeinwohl", erklärt Vorstandsvorsitzender Ralf Fleischer. Die Stadtsparkasse begleite von jeher gemeinnützige Vereine, Organisationen und Projekte.

Auch zum 200. Geburtstag steht dieses Engagement im Vordergrund. Geplant sei, neben der Gründung der neuen Nachhaltigkeitsstiftung, viele kleine Initiativen zu unterstützen. Die Beschäftigten der 45 Filialen haben zum Beispiel je ein Projekt ausgewählt, für das die Stadtsparkasse jeweils 2.000 Euro spendet. Vorstandsvorsitzender Fleischer betont: „Die Kolleginnen und Kollegen leisten einen Beitrag in ihrem Stadtteil. Das unterstützt der Vorstand sehr gern."

Gemeinwohl soll Stadtgesellschaft abbilden

Im Jubiläumsjahr werden die Stadtsparkasse München und die von ihr gegründeten Stiftungen das Gemeinwohl mit rund 3,5 Millionen Euro fördern. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem regulär geplanten jährlichen Betrag von 3 Millionen Euro sowie einem Betrag von insgesamt rund 500.000 Euro für Förderprojekte im Jubiläumsjahr. „Unser Engagement ist so vielseitig wie es unser Alltag und unser Geschäft ist", betont Ralf Fleischer. „München ist unsere Kundschaft, München wollen wir erreichen." Die rund 500.000 Euro werden folgenden Projekten und gemeinnützigen Institutionen zugutekommen:

- 45 individuelle Spenden der Filialen von jeweils 2.000 Euro.
- Jubiläumsaktionen für die Spendenplattform wirwunder.de/muenchen.
- Projekt „Meine Sparkasse ist eine sichere Bank": 20 Parkbänke, die im Stadtgebiet aufgestellt werden.
- XPRENEURS ist ein High Tech-Start-up-Inkubator der gemeinnützigen UnternehmerTUM. Das Programm begleitet Gründungsteams auf dem Weg zum Markteintritt.
- Drittes Schutzhaus für wohnungslose Frauen und ihre Kinder, HORIZONT e. V.
- „Münchner Initiative Nachhaltigkeit" (MIN). MIN ist ein Bündnis von rund 50 Organisationen, die sich für die lokale Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen einsetzen.
- Spende in Höhe von 100.000 Euro für die neue Stiftung „Für Nachhaltigkeit – Stiftung der Stadtsparkasse München".

Im Dreiklang von Stiftungen, Spenden und Sponsoring

Das Engagement der Stadtsparkasse München für das Gemeinwohl beruht auf Spenden, Sponsoring und auf den von ihr gegründeten Stiftungen. Im Jahr 2023 hat das Finanzinstitut insgesamt 210 Projekte gemeinnütziger Organisationen mit 2,8 Millionen Euro unterstützt (2022 waren es 188 Projekte und 3,4 Mio. Euro). Bei der Vergabe der Fördermittel werden seit Herbst 2023 die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen berücksichtigt.

Nachhaltigkeit in der Strategie verankert

Die SSKM hat das Thema Nachhaltigkeit in ihrer Geschäftsstrategie verankert, um es kontinuierlich in allen Geschäftsbereichen zu integrieren. Dabei orientiert sich das Finanzinstitut an den Kriterien Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung (ESG: Environ-mental, Social, Governance). ❐



Landrat Thomas Karmasin:

Haushaltsrede im Kreistag Fürstenfeldbruck

Neben Ausführungen zum Haushalt standen folgende Gedanken zur gesamtpolitischen Lage im Zentrum der Haushaltsrede von Landrat Thomas Karmasin im Kreistag Fürstenfeldbruck. Wir zitieren wörtlich aus der Rede des Landkreistagspräsidenten:

„Die moderne Medizin hält eine Vielzahl hochwirksamer Schmerzmittel bereit, die überall preiswert und ohne Schwierigkeiten verfügbar sind. Der Vorteil ist, dass man sich lästige Leiden schnell und einfach vom Hals schaffen kann. Der Nachteil ist, dass man leicht vergisst oder erst gar nicht hinterfragt, warum man eigentlich Schmerzen hatte. Das kann auf Dauer gefährlich sein.

In der Politik passiert derzeit etwas Ähnliches: wir sind – zurecht – in hohem Maße besorgt über Umfrageergebnisse, die eine hohe Zustimmung der Menschen zu radikalen Parteien vorhersagen. Wir überlegen, wie wir diese radikalen Parteien bekämpfen können, durch Protest, womöglich gar durch Verbote. Das kann alles erforderlich sein oder werden, darüber will ich hier nicht sprechen.

Woher kommt die massive Unzufriedenheit und Empörung der Bürger?

Aber sollten wir nicht auch überlegen, woher eigentlich dieser Schmerz kommt? Woher diese plötzliche, breite, massive Unzufriedenheit und Empörung kommt? Wenn Sie jetzt annehmen, ich werde gleich sagen, das habe alles die Ampel-Regierung verursacht, dann muss ich Sie enttäuschen. Das wäre in der Tat viel zu einfach und viel zu kurz gesprungen, auch wenn diese Regierung ein besonderes Talent hat, möglichst viele gegen sich aufzubringen.

Ich will mir nicht anmaßen, überhaupt irgendwo in der politischen Landschaft Schuldige für diesen Zustand auszumachen, zumal eine klassische Grenzziehung auf der Landkarte der Parteien auch gar nicht mehr möglich ist. Wäre es anders, wären diese Grenzen politiktheoretisch dort zu ziehen, wo sie im 19. Jahrhundert entstanden sind, dann wäre eine Partei des Liberalismus und eine Partei eines gemäßigten Sozialismus wohl kaum in einer Regierung zu vereinen. Unterscheidungen sind, wenn auch nicht sehr trennscharf, in der Schwerpunktsetzung zu machen. Während die einen die Notwendigkeit von Verteilung und Versorgung in den Vordergrund rücken, betonen die anderen die Notwendigkeit von Erwerb als Grundlage und Voraussetzung für eben diese Leistungen des Staates. Die Erkenntnis, dass verteilt nur werden kann, was erwirtschaftet wurde, wird seit langer Zeit vernachlässigt, nicht nur von der derzeitigen Bundesregierung, ja überhaupt nicht nur von der Politik.

Kostspielige Anspruchshaltung

Die gesamte Gesellschaft hat sich angewöhnt, für jedes Problem und jeden Wunsch nach dem Staat zu klingeln, wie ein englischer Lord nach dem Butler. Besonders deutlich wurde dies in der Corona Pandemie. Aber auch jetzt ist die Vorstellung, irgendjemand müsse ein beliebiges Problem selbstständig lösen, völlig aus der Welt. Es ist geradezu ein geflügeltes Wort in den Medien geworden, jemand werde mit diesem oder jenem Problem „allein gelassen“. So, als sei der Bürger oder die Bürgerin ein kleines Kind, bei dem der Staat aus dem Zimmer geht und das jetzt hilflos ist.

Diese Anspruchshaltung führt zu einer ganzen Reihe von Folgen: Zum einen kostet der ständige Aufbau von Versorgungsleistungen jedweder Art natürlich Geld. Geld, das bei wichtiger Infrastruktur fehlt. Deshalb sind wir im europäischen Vergleich nahezu überall hintendran: Mobilfunknetz, Breitband, Digitalisierung generell, Bahn!

Ich bin sicher kein Nationalist, schon gar nicht im Urlaub, aber dass man auf der Fahrt nach Rom die Strecke mit dem alten, abgenutzten und unzuverlässigen deutschen Zug kurzhalten muss, dass man spätestens in Bozen in den neuen, sauberen und absolut pünktlichen italienischen Zug umsteigen muss, das schmerzt schon ein bisschen...

Zum anderen muss das Rundumwohlfühlpaket des Staates natürlich administriert werden. Das führt dazu, dass immer mehr Verwaltung aufgebaut wird, die, wie ich bestätigen kann, sehr tüchtig arbeitet, aber natürlich nichts produziert.

Schließlich sinkt die Schwelle des Einzelnen, selbst tätig zu werden, immer weiter. Ein Löwe im Zoo, den der Wärter täglich füttert, verlernt das Jagen. Und er muss rundum geschützt werden, weil er das selbst nicht mehr kann.

Wo immer ein Haus brennen könnte, ein verdorbenes Ei verkauft werden könnte oder auch nur leichtfertig eine persönliche Information bekannt gegeben werden könnte: Überall springt der Staat in Form einer Schar von Bediensteten herbei, die eine Fülle von Regeln vollzieht. Natürlich alles immer zum Schutz des Bürgers, den wir in diesem Zusammenhang gern „Verbraucher oder Verbraucherin“ nennen.

Das ist alles ja gut gemeint und manches ist sogar sinnvoll. Interessanterweise macht es aber die Menschen nicht zufrieden. Aus einem einfachen Grund: Wer in den Genuss sinnvoller oder zumindest für ihn günstiger Leistungen kommt, hält diese längst für selbstverständlich. Wehe nur, wenn sie wieder abgeschafft oder gekürzt werden.

Gigantischer Aufwand der öffentlichen Hand macht niemanden glücklich

Wer nicht in den Genuss kommt oder wer gar von zweifelhaften Regelungen betroffen ist, ärgert sich über viel zu viel Bürokratie und darüber, dass die Verfahren viel zu lange dauern, viel zu aufwändig sind und zu viel kosten. Conclusio: Der gigantische, teure Aufwand, den die öffentliche Hand betreibt und den sie immer weiter aufbläht, macht in Wahrheit niemanden richtig glücklich, sondern im Gegenteil früher oder später alle unzufrieden.

Nun könnte man ja meinen, es wäre geradezu ein Segen, dass in den Kassen der öffentlichen Hand weniger Geld ist. Es werde den Staat ganz automatisch verschlanken, wie so eine Art Fitnesskur oder Zwangsdiät. Soweit sind wir aber noch nicht. Im Moment lässt die Rechtslage es noch zu, dass Bestellungen zulasten fremder Kassen getätigt werden.

Kein Politiker einer höheren Ebene muss auf Wohltaten verzichten, weil es genügend Möglichkeiten gibt, sie durch eine niedrigere Ebene finanzieren zu lassen. In Bayern gibt es dafür inzwischen gewisse Grenzen, weil durch das Konnexitätsprinzip der Staat bezahlen muss, wenn er etwas bestellt. Im Bund ist das anders. Obwohl oder gerade weil es Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen nicht gibt, werden dort fröhlich Leistungen erfunden oder ausgeweitet, die die Kommunen zahlen müssen. Der Bund sagt: ich kenne euch nicht, wendet euch an die Länder, und das Land sagt: tut mir leid, das ist kein Fall der Konnexität, wir konnten leider nicht verhindern, dass der Bund solchen Unsinn beschließt.

Und damit richte ich den Blick auf die kommunalen Kassen: Ich durfte den Finanzausgleich heuer ja federführend mit dem Finanzminister verhandeln. Wir haben nach zähen Verhandlungen am Schluß 130 Millionen mehr für die Kommunen herausholen können als allgemein erwartet wurde.

Immerhin 1,5 Millionen davon spüren wir direkt bei unserer Kreisumlage. Ein ordentliches Ergebnis. Klingt gut! Aber im gleichen Moment wurde bekannt, dass alleine der Bezirk Oberbayern 170 Millionen mehr Geld für Sozialausgaben benötigt. Das Missverhältnis zwischen Ansprüchen, die befriedigt werden sollen, und der Finanzausstattung geht immer weiter auseinander. Hinzu kommen ständig weitere, neue Wohltaten, die finanziert und administriert werden müssen.

Auf der untersten Ebene sagen die Gemeinden gern, sie seien die letzten in der Nahrungskette. Sie könnten sich nicht wehren, seien einfach der Umlage des Landkreises ausgeliefert. Das stimmt praktisch weitgehend. Theoretisch nicht ganz, denn sie könnten, wenn auch unter Schmerzen und nicht immer sinnvoll, an der Steuerschraube drehen. Der Landkreis kann nicht einmal das. Er ist der Bezirksumlage ausgesetzt und hat keine Steuerschraube. Er hat nur die Kreisumlage. Trotzdem kann er natürlich seinen Gemeinden nicht jede finanzielle Luft abdrücken. Was haben wir also getan?

Kommunale Spielräume

Wir haben eine Konsolidierungskommission eingesetzt, die ausgelotet hat, welche Spielräume überhaupt bestehen. Allzu üppig sind sie nicht, denn zu den meisten Zahlungen verpflichten uns, wie dargestellt, andere Ebenen. Die Möglichkeiten, die wir durch Steuerung im Rahmen der Pflichtaufgaben haben, haben wir schon freiwillig genutzt. Zum Beispiel ist es erstmals gelungen, den ständigen Anstieg der Jugendhilfe durch Organisationsmaßnahmen zu stoppen. Damit gehören wir zu den Vorreitern!

Bei den Ausgaben, die wir überhaupt nennenswert gestalten können, haben wir uns entschieden, Schwerpunkte zu setzen. Ein klassischer Schwerpunkt ist unser ÖPNV, wo wir Deutschlands Beste bleiben wollen.

Auch unsere Schulen wollen wir künftig gut ausstatten. Schlimm genug, dass uns bei zwei Projekten auch aufgrund einzelner schlechter Bauleistungen Zeitplan und/oder Kosten durcheinanderkommen. Andere Bereiche müssen wir verschlanken und straffen, auch wenn das da und dort als falsches Signal missverstanden werden kann. Dem Diktat einer erträglichen Kreisumlage folgend habe ich schließlich auch einer kräftigen Beschneidung der Personalkosten zugestimmt.

Nur eines muss klar sein: Es gibt gute Gründe zu sagen, im Moment können wir uns die Sterneküche nicht leisten, lass uns mal eine Zeit lang Leberkäse essen. Aber seitens des Gesetzgebers ein Sternerestaurant zu verordnen und zu erwarten, aber seitens des Kreistags die Köche nicht einzustellen, wird Probleme geben.

Solidarisch mit den Gemeinden

Im Ergebnis schlagen wir eine Kreisumlage von 50,61 Punkten vor. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen müssen mehr erhöhen. Wir zeigen Solidarität mit unseren Gemeinden, die schwierigen Zeiten entgegengehen.

Mittel- bis langfristig helfen aber nur zwei Dinge, die ich am Anfang beleuchtet habe: Wir müssen politisch erreichen, dass andere ihre Hände aus unseren Kassen nehmen und wir müssen dafür sorgen, dass Erwerb stattfindet. In unserem Landkreis besteht dazu eine riesige Chance auf unserem Fliegerhorst. Auch deshalb unterstützen wir mit so großem Nachdruck die Entwicklung des geplanten Biodroms, das als gigantischer Inkubator für unsere Region wirken wird. Ich freue mich, dass ich da an den richtigen Stellen in Bayern mit anschieben darf.“ ❐

Finanzminister Füracker:

Bargeldobergrenze der EU beschneidet Freiheitsrechte!

„Die auf EU-Ebene beschlossene Bargeldobergrenze im Geschäftsverkehr lehnt Bayern strikt ab. Eine generelle Begrenzung der Bargeldnutzung beschneidet die Menschen empfindlich und unverhältnismäßig in ihren Freiheitsrechten! Bürgerinnen und Bürger müssen auch in Zukunft frei und selbst entscheiden können, wie sie bezahlen möchten“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Trilogverhandlungen.

Bargeld ist geprägte Freiheit: Es ist schnell, braucht keine technische Infrastruktur und schützt die Privatsphäre – kein anderes Zahlungsmittel kann mit all diesen Vorteilen aufwarten. Die Ampelregierung hat es versäumt, sich auf EU-Ebene ausreichend für die Wahlfreiheit beim Bezahlen einzusetzen. Das öffentliche Auftreten des Bundesfinanzministers gegen die Einführung von Bargeld-Obergrenzen war letztlich ein reines Lippenbekenntnis!“, stellte Füracker fest.

„Auch in Bayern setzen wir uns klar und entschlossen für eine Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung ein. Mit einer generellen Bargeld-Obergrenze im Geschäftsverkehr schießt die EU aber weit über dieses Ziel hinaus“, fuhr der Minister fort.

Die EU-weite Obergrenze für Barzahlungen im Geschäftsverkehr von 10.000 Euro, auf deren Einführung sich Rat, EU-Parlament und EU-Kommission in sogenannten Trilogverhandlungen Mitte Januar dieses Jahres geeinigt haben, ist Teil einer von der Kommission im Juli 2021 initiierten EU-Verordnung zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Vor ihrem Inkrafttreten muss die Verordnung noch vom Rat und dem EU-Parlament formal gebilligt werden. Nach einer aktuellen Umfrage im Auftrag der Deutschen Bundesbank wollen 93 Prozent der Befragten auch in Zukunft selbst entscheiden können, ob sie bar oder unbar bezahlen. ❐

Rund 4,4 Mrd. Euro für Bayerns Kommunen:

Rekordsumme bei Schlüsselzuweisungen

„Der Freistaat Bayern bleibt auch in herausfordernden Zeiten gekürzter Bundesmittel, massiver Inflation, deutlich steigender Kosten und sinkender Steuereinnahmen starker Partner seiner Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich erreicht 2024 einen neuen Spitzenstand von rund 11,4 Mrd. Euro. Die bayerischen Landkreise und Gemeinden erhalten Schlüsselzuweisungen von insgesamt rund 4,44 Mrd. Euro und damit rund 175 Mio. Euro mehr als im Vorjahr“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München mit.

Neben den Schlüsselzuweisungen für Gemeinden und Landkreise werden auch die Zuweisungen an die Bezirke um 10 Mio. Euro auf über 716 Mio. Euro erhöht. Wichtige Schwerpunkte setzt der kommunale Finanzausgleich neben der Stärkung der Verwaltungshaushalte auch im Investitionsbereich. So stehen zum Beispiel für die Förderung des kommunalen Hochbaus, insbesondere für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen, rund 1,07 Mrd. Euro zur Verfügung.

867 Mio. für Oberbayern

Wie Füracker erläuterte, erhalten die Kommunen in Oberbayern im kommenden Jahr über 867 Mio. Euro. Die Stadt Ingolstadt bekommt mit 45,7 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in Oberbayern, gefolgt von den Landkreisen Rosenheim mit über 44 Mio. Euro und Fürstenfeldbruck mit gut 41 Mio. Euro. Unter den oberbayerischen Gemeinden hat die Stadt Rosenheim mit 25,4 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen. An die Stadt Dachau gehen 10,9 Mio. Euro und damit 10,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Landeshauptstadt München erhält aufgrund ihrer hohen Steuerkraft auch 2024 keine Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden in Oberbayern belaufen sich auf über 367 Mio. Euro, die Landkreise erhalten Schlüsselzuweisungen von über 429 Mio. Euro.

488 Mio. für Niederbayern

Über 488 Mio. Euro werden für die niederbayerischen Gemeinden und Landkreise bereitgestellt. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen mit 42,2 Mio. Euro an den Landkreis Passau. Insgesamt erhalten die Landkreise in Niederbayern über 187 Mio. Euro. Unter den Gemeinden in Niederbayern werden der Stadt Landshut mit 34,9 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen zuteil - ein Plus von 9,5 Prozent. Die zweithöchsten Gemeindeschlüsselzuweisungen gehen an die Stadt Passau mit 23,9 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Niederbayern betragen 2024 über 224 Mio. Euro.

421 Mio. für die Oberpfalz

Die Kommunen in der Oberpfalz dürfen sich über Schlüsselzuweisungen in Höhe von mehr als 421 Mio. Euro freuen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält der Landkreis Regensburg mit 40,7 Mio. Euro, gefolgt vom Landkreis Schwandorf mit 28 Mio. Euro. Insgesamt bekommen die Landkreise in der Oberpfalz 2024 rund 160 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden gehen an die Stadt Weiden mit 24,5 Mio. Euro. Das bedeutet ein Plus von 17,1 Prozent im Vergleich zu 2023. Die zweithöchsten Gemeindeschlüsselzuweisungen erhält die Stadt Amberg mit 14,4 Mio. Euro, gefolgt von der Stadt Schwandorf mit 9,6 Mio. Euro. Auf die kreisangehörigen Gemeinden in der Oberpfalz entfallen rund 218 Mio. Euro. Mit 244 Euro je Einwohner werden ihnen um 28 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als dem bayerischen Durchschnitt überwiesen.

765 Mio. für Mittelfranken

Mittelfranken kann 2024 mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 765 Mio. Euro kalkulieren. Mit 271,2 Mio. Euro darf sich die Stadt Nürnberg über die höchsten Schlüsselzuweisungen in ganz Bayern freuen. Dies bedeutet einen Anstieg um 18 Prozent gegenüber 2023. Die Stadt Fürth bekommt mit 76,2 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen in Mittelfranken, gefolgt von den Landkreisen Ansbach mit 34,4 Mio. Euro und Nürnberger Land (32,8 Mio. Euro). Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Mittelfranken belaufen sich 2024 auf über 202 Mio. Euro, für die Landkreise auf mehr als 176 Mio. Euro.

512 Mio. für Oberfranken

Den Gemeinden und Landkreisen in Oberfranken werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 512 Mio. Euro zuteil. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält die Stadt Bamberg mit 35,4 Mio. Euro, ein Plus von 3 Prozent im Vergleich zu 2023. Danach folgt die Stadt Hof mit 32,1 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden bekommen insgesamt über 243 Mio. Euro. Mit 293 Euro je Einwohner erhalten sie um 54 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Für die Landkreise in Oberfranken stehen rund 176 Mio. Euro bereit. Mit 212 Euro je Einwohner haben sie damit um 25 Prozent mehr zur Verfügung als der bayerische Durchschnitt.

612 Mio. für Unterfranken

Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 612 Mio. Euro gehen an die unterfränkischen Kommunen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen 2024 erhält die Stadt Würzburg mit 50,9 Mio. Euro. Dahinter folgen die Landkreise Aschaffenburg mit 35,6 Mio. Euro und Würzburg (33,6 Mio. Euro). Über einen kräftigen Anstieg der Schlüsselzuweisungen um über 19 Prozent auf 30,3 Mio. Euro kann sich die Stadt Aschaffenburg freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden bekommen über 294 Mio. Euro. Mit 273 Euro je Einwohner erhalten sie um 43 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in Bayern. Die Landkreise in Unterfranken können mit über 217 Mio. Euro kalkulieren.

773 Mio. für Schwaben

Den schwäbischen Kommunen werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 773 Mio. Euro zuteil. Die höchsten Schlüsselzuweisungen und damit die zweithöchste Summe im Freistaat erhält die Stadt Augsburg mit 204,4 Mio. Euro. Dies bedeutet einen Anstieg um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Danach folgen die Landkreise Augsburg mit 49,7 Mio. Euro, und Neu-Ulm mit 31,4 Mio. Euro sowie die Stadt Kaufbeuren mit 29,8 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Schwaben erhalten 2024 rund 247 Mio. Euro, die Landkreise insgesamt über 254 Mio. Euro. **DK**

Europäischer Rechnungshof:

Weniger Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Europa

In den vergangenen zehn Jahren ist der Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch nationale, regionale und lokale Behörden in der gesamten EU deutlich zurückgegangen. Zu diesem Schluss gelangt der Europäische Rechnungshof in einem aktuellen Bericht.

Zwischen 2011 und 2021 hätten immer weniger Unternehmen an Vergabeverfahren teilgenommen, um öffentlichen Stellen ihre Bauleistungen, Waren und Dienstleistungen anzubieten. Stattdessen hätten sich die Behörden häufig direkt an bestimmte Unternehmen gewandt. Mit der Reform von 2014 sei es nicht gelungen, die öffentlichen Vergabeverfahren attraktiver zu machen, was den Wettbewerb hätte verstärken und den Mitgliedstaaten dabei helfen können, beim Einsatz von Steuergeldern das bestmögliche Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen. Tatsächlich habe sich die Dauer der Verfahren sogar verlängert, und es gebe weiterhin Probleme mit mangelnder Transparenz.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist für den EU-Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung, da sie das Wirtschaftswachstum ankurbelt, Arbeitsplätze schafft und Behörden die Möglichkeit bietet, durch offene und wettbewerbliche Verfahren die bestmöglichen Angebote einzuholen. Im Jahr 2014 reformierte die EU ihre Vergaberichtlinien mit dem Ziel, die Verfahren einfacher, transparenter und innovativer zu gestalten und den Zugang für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu erleichtern.

„In den letzten 10 Jahren ist es der EU und ihren Mitgliedstaaten nicht gelungen, den Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu verstärken, sodass wir nun leider von einem verlorenen Jahrzehnt sprechen müssen“, so Helga Berger, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Rechnungshofs. „Die EU-Kommission sollte einen Aktionsplan vorlegen, um die wichtigsten Wettbewerbshindernisse auszuräumen und öffentliche Aufträge für Unternehmen attraktiver zu machen.“

Die Entwicklung bei den drei wichtigsten Indikatoren für Wettbewerb – „Verfahren mit nur einem Bieter“, „Direktvergaben“ und „Anzahl der Bieter“ – sei in den meisten Mitgliedstaaten unbefriedigend verlaufen, und beim Wettbewerb sei insgesamt keine Verbesserung festzustellen. Im Jahr 2021 habe der Anteil der Verfahren mit nur einem Bieter einen Höchststand erreicht: So seien 42 Prozent aller Aufträge in Ausschreibungen vergeben worden, an denen nur ein Unternehmen teilgenommen habe. Seit 2011 habe sich der Anteil solcher Vergabeverfahren in der gesamten EU nahezu verdoppelt. Gleichzeitig sei die Zahl der Unternehmen, die Angebote eingereicht hätten, von knapp sechs auf drei pro Verfahren und damit um fast die Hälfte zurückgegangen.

Für die Vergabe öffentlicher Aufträge hätten sich die Behörden zudem häufig direkt an ein oder mehrere Unternehmen gewandt, um sie zur Einreichung eines Angebots aufzufordern, ohne eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen. Solche Direktvergaben seien zwar unter ganz bestimmten Umständen zulässig, schränkten jedoch den Wettbewerb ein und sollten die Ausnahme bleiben. Direktvergaben hätten jedoch in fast allen Mitgliedstaaten zugenommen und machten rund 16 Prozent aller im Jahr 2021 gemeldeten Vergabeverfahren aus.

Die Kommission habe 2017 zwar eine neue Strategie auf den Weg gebracht, jedoch habe sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu wenig unternommen, um die Ursachen für den nachlassenden Wettbewerb zu ermitteln und diese zu bekämpfen. Dazu zählen nach Ansicht der Prüfer der Verwaltungsaufwand, übermäßig restriktive Kriterien und maßgeschneiderte (d. h. auf bestimmte Unternehmen zugeschnittene) Vorgaben sowie die Marktkonzentration. Auch hätten sich die Kommission und die Mitgliedstaaten stärker auf die Einhaltung der Vorschriften als auf die bestmögliche Leistung konzentriert. Es fehle das Bewusstsein dafür, dass Wettbewerb eine wichtige Voraussetzung sei, um bei der Auftragsvergabe ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen.

Verpuffte Reform

Die Reform von 2014 sei in Sachen Bürokratieabbau praktisch verpufft. Ganz im Gegenteil habe sich die Dauer der Verfahren im Laufe des Jahrzehnts sogar um 50 Prozent erhöht, und sowohl die Bieter als auch die Behörden hielten die Verfahren – im Vergleich zu der flexibleren Auftragsvergabe im Privatsektor – für schwerfällig. Auch der Anteil der an KMU vergebenen Aufträge sei nicht gestiegen. Die meisten Aufträge würden nach wie vor an die Bieter vergeben, die das günstigste Angebot einreichten. Dies zeige, dass eher strategische Aspekte (z. B. Umwelt, Soziales oder Innovationen) selten berücksichtigt würden. Den Prüfern bereitet nicht nur der Mangel an Transparenz bei den Verfahren Sorge – zumal Transparenz einen wichtigen Schutz vor Betrug und Korruption bietet –, sondern auch das geringe Volumen der grenzüberschreitenden Auftragsvergabe. Sie fordern die Kommission insbesondere auf, die Ziele bei der Vergabe öffentlicher Aufträge klar festzulegen und Maßnahmen zur Beseitigung der wichtigsten Wettbewerbshindernisse vorzuschlagen.

Hintergrund

Jedes Jahr werden in den EU-Ländern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge rund 2 Billionen Euro ausgegeben, was etwa 14 Prozent des BIP der EU entspricht. Bei den Vergabemodalitäten sind Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten festzustellen: Im Jahr 2021 war der größte Anteil an Direktvergaben in Zypern (42 Prozent) und der geringste in Griechenland (3 Prozent) zu verzeichnen; der Anteil der Verfahren mit nur einem Bieter war in Slowenien mit 73 Prozent am höchsten, und in Polen blieb er mit rund 50 Prozent über den gesamten Zehnjahreszeitraum auf einem hohen Niveau.

Auch zwischen den einzelnen Sektoren gab es Unterschiede: Ab 2011 war bei den Finanzdienstleistungen ein Rückgang der Direktvergaben zu beobachten, während der Energiesektor im Jahr 2021 den höchsten Anteil an Direktvergaben verzeichnete. ❐



Sparkasse Allgäu unterstützt „Leben statt schweben“

Bereits seit 20 Jahren führt der Stadtjugendring Kempten zusammen mit dem Amt für Jugendarbeit der Stadt Kempten (Allgäu) die Präventionsmaßnahme „Leben statt Schweben“ durch. Jedes Jahr steht die Maßnahme unter einem anderen Motto. Im Herbst 2023 konnten interessierte Jugendliche, deren Eltern sowie Lehrkräfte die Ausstellung „ECHT KRASS – Wo hört der Spaß auf?“ besuchen und sich über einen interaktiven Präventionsparcours dem Thema „Jugendliche und sexuelle Grenzverletzungen“ nähern. Die Sparkasse Allgäu unterstützt den Stadtjugendring Kempten seit vielen Jahren bei der Durchführung von „Leben statt Schweben“, im abgelaufenen Jahr mit 4.000 Euro. Unser Bild zeigt von links: Oliver Huber (Stadt Kempten), Thomas Wilhelm (Stadtjugendring Kempten) und Angelo Picierro (Sparkasse Allgäu) bei der Übergabe des Spendenschecks. Bild: Martin Reichert

Neue Kooperation zwischen Finanztip und Zukunftstag bringt Finanzen in den Unterricht

Die Mehrheit der Deutschen fordert mehr Finanzbildung an Schulen – und rund zwei Drittel trauen der Politik nicht zu, Lösungen zu finden. Das zeigt eine repräsentative Umfrage der Finanztip Stiftung und der Initiative für wirtschaftliche Jugendbildung (IWJB). Die beiden gemeinnützigen Organisationen gehen das Problem mit einer neuen Partnerschaft ab sofort gemeinsam an. Mit Projekttagen bringen sie Finanzthemen direkt in die Klassenräume und unterstützen Lehrkräfte mit einer Online-Plattform für Lehrmaterialien.

Der Start in ein selbstbestimmtes Leben nach der Schule scheitert nicht selten an fehlender ökonomischer Bildung. Um das zu ändern, bündeln die Finanztip Stiftung und der Zukunftstag ihr Engagement bei der Vermittlung von grundlegendem Finanzwissen. Finanztip-Gründungsstifter Marcus Wolsdorf: „Finanztip fördert den Zukunftstag, weil er wichtige wirtschaftliche Themen jedes Jahr in hunderte Schulen bringt und genau wie wir gemeinnützig arbeitet. Im Gegensatz zu vielen anderen geht es uns nicht um wirtschaftliche, sondern um gemeinnützige Gewinne, um Bildung für Jugendliche.“

Neue Bildungswebsite

Das Team habe bewiesen, dass außerschulische Projekte den Unterricht bereichern können: „Durch die Zusammenarbeit mit dem Zukunftstag verstärken wir unsere Bemühungen für mehr Finanzbildung und setzen da an, wo der Lehrplan aufhört.“ Ziel sei, Finanzbildung nachhaltig an Schulen zu etablieren, wofür die beiden Organisationen die neue Bildungswebsite www.zukunftstag-finanztip.de bereitstellen. Dort finden Lehrkräfte kostenfrei vertiefende Lehrmaterialien zu den vier Themenbereichen “Finanzen”, “Steuern”, “Erste eigene Wohnung” und “Krankenkasse”, mithilfe derer sie die Inhalte der Projekttage nachbereiten und vertiefen können.

Kooperation ist kein Ersatz für Finanzbildungsstrategie

Gegründet wurde der Zukunftstag vor fünf Jahren von Juri Galkin und Lorenzo Wienecke, die damals selbst gerade erst aus der Schule heraus waren. „In den vergangenen Jahren ist es uns mit den Projekttagen gelungen, die Finanzbildung deutschlandweit an Schulen und auf die politische Bühne zu bringen. Wir haben ein Interesse und Bewusstsein bei zehntausenden jungen Menschen geweckt, doch uns war immer klar, dass ein Projekttag lediglich ein erster Schritt ist, um die Finanzbildung in Deutschland nachhaltig zu verbessern“, so Lorenzo Wienecke. Ziel der Kooperation mit Finanztip sei es, ein Best-Practice-Beispiel dafür zu schaffen, durch zivilgesellschaftliches Engagement Wissen, das auf den Lehrplänen fehle, unbürokratisch und direkt in die Klassenräume zu bringen. So kämen sie bereits ins Handeln, während im politischen Berlin noch darüber diskutiert werde, wie eine nationale Finanzbildungsstrategie aussehen könnte. In 2024 sind 600 dieser Zukunftstage geplant.

Start der Kooperation war der erste gemeinsame Zukunftstag im Gymnasium Fürstenried in München, an dem unter anderem Finanztip-Chefredakteur Saidi Sulilatu sowie weitere Finanztip-Experten Workshops für 85 Schüler abhielten. Zeitgleich wurde die neue Bildungswebsite erstmalig für Lehrende vorgestellt. ❐

VKB ergänzt Naturkatastrophen-Rückversicherung erstmals über Cat-Bond-Markt

Der Konzern Versicherungskammer hat erstmals eine Katastrophenanleihe (Cat Bond) über die in Irland ansässige und nach dem Konzerngründer König Maximilian I. benannte Zweckgesellschaft „King Max Re DAC“ emittiert. Die Anleihe hat ein Gesamtvolumen von 175 Millionen Euro und schützt die Kompositversicherer des Konzerns über einen Rückversicherungsvertrag mit einer Laufzeit von drei Jahren. Abgedeckt werden damit die vier wesentlichen Naturgefahren Sturm, Hagel, Überschwemmung und Erdbeben, auf eine für den Bestand des Erstversicherers individuell festgelegte Schadenhöhe im Falle eines Kumulereignisses.

„Schadenereignisse, wie die Flutkatastrophe im Ahrtal oder der Hagelsturm Denis, und Modellierungsergebnisse für Naturgefahren zeigen einen höheren Absicherungsbedarf. Als größter öffentlicher Versicherer und einer der führenden Gebäudeversicherer sehen wir uns in der Verantwortung das Risiko für unsere Kunden und Stakeholder zu reduzieren“, so Prof. Dr. Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender des Konzerns Versicherungskammer.

„Durch diese Form des direkten Risikotransfers in die Kapitalmärkte schaffen wir eine ergänzende und diversifizierende Alternative zu unseren traditionellen Rückversicherungslösungen“, erklärt Ulrich Müller, Hauptabteilungsleiter Rückversicherungen im Konzern Versicherungskammer.

Der Cat Bond wurde in Zusammenarbeit mit Aon aufgelegt. Jan-Oliver Thofern, Chairman und CEO von Aon Deutschland ergänzt: „Cat Bonds wurden bislang nur von international tätigen deutschen Versicherern aufgelegt. Mit dieser Emission zeigt der Konzern Versicherungskammer als erster öffentlicher Versicherer, dass Cat Bonds auch für mehrheitlich in Deutschland tätige Unternehmen umsetzbar und werthaltig sind.“ ❐



Kommunales und industrielles Wassermanagement:

Nachhaltige digitale Lösungen

Cluster Sensorik und Umweltcluster Bayern unterstützen mit Zusammenarbeit Digitalisierungstrend im Wasserbereich

Wassermanagement spielt eine entscheidende Rolle in der heutigen industriellen Landschaft, insbesondere in Branchen, die einen bedeutenden Einfluss auf die globale Wirtschaft und Umwelt haben. Die Nachhaltigkeit und die Effizienz des Wasserverbrauchs sind von zentraler Bedeutung für die Chemieindustrie, Lebensmittel- und Getränkeproduktion, Energieerzeugung, Bergbau und die Textilindustrie.

Diese Schlüsselindustrien stehen vor der Herausforderung, ihre Produktionsprozesse zu optimieren, um den Ressourcenverbrauch zu minimieren und die Umweltauswirkungen zu reduzieren. Ein verantwortungsbewusstes industrielles Wassermanagement ist nicht nur entscheidend für die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, sondern auch für Kosteneinsparungen, nachhaltiges Wachstum und die Sicherstellung einer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit. Hierbei können Lösungen aus dem Bereich der Sensorik unterstützen - beispielsweise zur Überwachung der Wasserqualität oder beim schonenden und effizienten Umgang mit der Ressource Wasser.

Intelligentes Wassermanagement gewinnt aber nicht nur in wassernutzenden Industrieunternehmen, sondern auch in bayerischen Kommunen zunehmend an Bedeutung. Letzteres haben die beiden Cluster „Strategische Partnerschaft Sensorik" und „Umwelttechnologie-Cluster Bayern" im vergangenen Jahr untersucht. Nun liegen sichtbare Ergebnisse der Kooperation vor. Diese zeigen, wie schnell sich erste Erfolge im kommunalen Bereich erzielen lassen. Ein erster greifbar Use Case am Ammersee demonstriert, welche Vorteile der Einsatz moderner Technologien u.a. für die Überwachung der Temperatur im Trinkwassernetz bietet.

Wie lässt sich am besten von den konkreten, aktuellen Nöten erfahren? Durch Umfragen und persönlichen Austausch; genau diese Kombination war bei der Kooperation der Cluster zielführend. Im Rahmen von Projekt NUTSEN – das Akronym steht für Nachhaltige Umwelttechnologien durch Sensorik – haben das Cluster Sensorik und der Umweltcluster Bayern im vergangenen Jahr Kommunen und deren Wasserwerke, Kläranlagen und Zweckverbände nach ihren größten Herausforderungen befragt. Parallel dazu erkundigten sie sich bei Technologieanbietern nach ihren Lösungen und Services, die sich auch im Bereich Wassermanagement einsetzen lassen. „Wir haben Bedarf und Angebote bzw. auch aktuelle Lösungen aus dem industriellen Kontext gegengespiegelt und daraus Schlussfolgerungen auf technologische Entwicklungspfade ziehen können," berichtet Matthias Streller, Geschäftsführer des Cluster Sensorik.

Mit ihrer Arbeit leisten die Cluster auch einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz, sowie zur nachhaltigen Wasserversorgung von Mensch und Umwelt. Damit von diesen Ergebnissen möglichst viele Kommunen profitieren, sind diese auch sichtbar. Die Cluster waren nicht nur auf zahlreichen Messen unterwegs, sondern haben – um den Technologietransfer für sensorbasierte Lösungen zu fördern - diese auch mit dem neuen Guide "24/7" online verfügbar gemacht. Kommunen, deren Ziel es ist ihre Wasserressourcen effizienter zu nutzen, frühzeitig vor Katastrophen zu warnen oder widerstandsfähigere Infrastrukturen zu entwickeln, finden in dem Marktüberblick geeignete Technologien für die Umsetzung ihrer Vorhaben. Auf der Plattform ist die Vielfalt von Technologien nun jederzeit einsehbar. Hier leisten die Cluster auch ein Stückweit Wirtschaftsförderung: Dieser Guide bietet den Technologieanbietern eine Plattform, um sich und ihre Lösungsangebote zu präsentieren.

Pilotprojekt am Ammersee: Temperaturüberwachung dank Funkwasserzählern

Ein Pilotprojekt am Ammersee soll weitere Kommunen motivieren, innovative Projekte zu realisieren. Die AWA-Ammersee, ein gemeinsames Kommunalunternehmen der sieben Gemeinden Andechs, Herrsching, Inning, Pähl, Seefeld, Wielenbach und Wörthsee, ersetzt in ihrem Einzugsgebiet fortlaufend analoge Wasserzähler durch Funkwasserzähler mit integrierter Temperaturmesseinheit. Im Rahmen des Pilotprojekts wurde der Zählerwechsel im Pilotgebiet vorangebracht und das Monitoring der erfassten Daten geklärt. Insbesondere ging es um die Übertragung und Auswertung der von den Zählern erfassten Daten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Temperaturverteilung im Trinkwassernetz. Die Wassertemperatur ist ein zentraler Parameter für physikalische, chemische und biologische Prozesse in der Wasserversorgung. Mit der klimawandelbedingten Zunahme heißer Tage während der Sommermonate, steigt auch die Temperatur im öffentlichen Leitungsnetz. Zu hohe Temperaturen können, neben Kundenbeschwerden, auch zu einer Verschlechterung der mikrobiologischen Trinkwasserqualität beitragen, erklärt Maximilian Bleimaier, geschäftsführender Vorstand der AWA-Ammersee. Überwacht werden müsse insbesondere die Temperaturentwicklung in den Endsträngen, da sie nirgendwo sonst höher sei. Risiken bestehen insbesondere dort, wo das Netz zu groß dimensioniert oder der Verbrauch zu gering ist. Dank der neuen elektronischen Wasserzähler ist nun eine stündliche Überwachung der Temperaturentwicklung möglich.

Die Cluster haben aktiv Wissen und Ergebnisse verbreitet, u.a. auf Fachausstellungen, Konferenzen und Fachtagungen. Im letzten Juli organisierten sie ein Technologieforum in Nürnberg mit Impulsvorträgen zur Digitalisierung im Wassermanagement und einem interaktiven Workshop zur Wissenssicherung in der Wasserwirtschaft. Teilnehmer nutzten die Gelegenheit nicht nur für Fachgespräche, sondern auch für Vernetzung mit verschiedenen Akteuren.

Anschlussprojekt NUTSEN 2.0 – Wassermanagement in Industrieunternehmen

NUTSEN endete zwar 2023 (mit Abschlussbericht Anfang 2024), aber die beiden Cluster führen ihre Arbeit mit den gewonnenen Erkenntnissen und Erfahrungen fort. Sie erweitern ihren Aktionsradius und greifen mit dem Folgeprojekt NUTSEN 2.0 das Thema industrielles Wassermanagement auf. Ziel ist, durch den Einsatz geeigneter Technologien mehr Effizienz und Nachhaltigkeit im industriellen Wassermanagement zu erreichen.

Einige der von der nationalen Wasserstrategie vorgesehenen Maßnahmen (Wassernutzungshierarchie, Anreize zum Wassersparen, Umsetzung einer erweiterten Herstellerverantwortung, Verringerung von Schadstoffeinträgen durch Industrieabwässer und Organisation der Abwasseraufbereitung nach dem Verursacherprinzip) konfrontieren wassernutzende Unternehmen mit großen Anforderungen. Genau an dieser Stelle wollen die Cluster Sensorik und Umwelttechnologie ansetzen. Sie verstünden ihre Aufgabe als Brückenbauer zwischen Politik und Industrie und wollten wassernutzende Industrieunternehmen bei der Umsetzung eines nachhaltigen und zukunftsorientierten Wassermanagements begleiten und unterstützen, so Alfred Mayr, Geschäftsführer des Umweltcluster Bayern. In diesem Sinne sollen Vernetzungsaktivitäten in NUTSEN 2.0 Entwickler und Anbieter von Lösungen für das industrielle Wassermanagement mit der wassernutzenden Industrie zusammenbringen.

Beide Projekte werden über die Förderinitiative „Cross-Cluster Bayern" durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie gefördert. ❐

Sicherung der Wasserversorgung:

Freistaat fördert interkommunales Projekt

Der Freistaat Bayern fördert im Rahmen der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit mit Bescheid der Regierung von Oberbayern vom 8. September 2023 das interkommunale Kooperationsprojekt „Gemeinsame Betriebsführung bei der Wasserversorgung" des Zweckverbands zur Wasserversorgung der Pöringer Gruppe mit einem Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro.

Der Zweckverband beschäftigt seit Anfang des Jahres 2023 zwei Fachkräfte der Wasserversorgung zur Betreuung der Verbandsanlagen. Darüber hinaus gehört es zu den Aufgaben der Fachkräfte, die Mitarbeiter der Bauhöfe der Mitgliedsgemeinden fachlich und technisch bei der Betreuung der Ortsnetze zu unterstützen. Die Anschaffung der benötigten Gegenstände für Reparaturen am Ortsnetz bzw. von größeren Geräten sollen ebenfalls zentral über den Zweckverband beschafft und koordiniert werden.

Mit dem Projekt erfüllt der Zweckverband und auch die Mitgliedsgemeinden die erforderlichen Anforderungen. Positive Effekte bei der Betreuung der Ortsnetze und der Verbandsanlagen, aber auch im finanziellen Bereich zeigten sich innerhalb kürzester Zeit sowohl bei den Mitgliedsgemeinden als auch beim Zweckverband.

Nach der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit werden nicht nur Projekte im Bereich der Wasserversorgung gefördert, sondern in nahezu allen kommunalen Bereichen wie z.B. Standesamt, Datenschutz, EDV-Fachkraft, Archive etc. Die Förderung deckt einen Teil der Kosten ab, die bei der Vorbereitung und Durchführung interkommunaler Kooperationen entstehen.

Informationen erteilen die Ansprechpartner für interkommunale Zusammenarbeit bei den Regierungen, die auf der Homepage des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration veröffentlicht sind: https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/kub/08-2023_ansprechpartner_ikz.pdf ❐

Teichunglück:

Ehemaliger Bürgermeister freigesprochen

Weil er den Dorfteich nicht hat absichern lassen, wurde vor knapp vier Jahren erstmals in Deutschland ein Bürgermeister wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Mehr als sieben Jahre nach dem Tod von drei Kindern im nordhessischen Neukirchen – sie hatten im Sommer 2016 ohne ihre Eltern am Wasser gespielt und ertranken – hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main den früheren Rathauschef nun freigesprochen. Das Urteil ist nicht anfechtbar.

Der Bürgermeister a.D. war in erster und zweiter Instanz zu hohen Geldstrafen verurteilt worden. Der Angeklagte legte Revision ein – und so wurde das damalige Urteil aufgehoben. „Es konnte nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit festgestellt werden, dass der Angeklagte für das Unglück strafrechtlich verantwortlich ist", begründeten die Richter den Freispruch.

Die bauliche Veränderung am Westufer, die einen Ausstieg erheblich erschwerte, habe zwar dazu geführt, dass Sicherungsmaßnahmen hätten ergriffen werden müssen. Es könne aber nicht mit der erforderlichen Sicherheit festgestellt werden, dass die erforderlichen und zumutbaren Maßnahmen den Tod der Kinder verhindert hätten.

Die damalige Verurteilung des Rathauschefs hatte für erhebliche Verunsicherung in den Kommunen gesorgt. Viele Bürgermeister sperrten die Badestellen vorsorglich und zogen sich damit den Unmut der Bürger zu. Seit Jahren herrscht Rechtsunsicherheit. Der Freispruch des Stadtoberhaupts und das neue Urteil bringen nun mehr Klarheit.

Der Verband der kommunalen Wahlbeamten in Hessen, dem rund 400 aktuelle und ehemalige Bürgermeister angehören, begrüßte die Entscheidung des Oberlandesgerichts. „Das ist eine kluge und realitätsbezogene Entscheidung", erklärte Geschäftsführer Karl-Christian Schelzke. Das jetzige Urteil dürfte vor allem für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht nur eine Entlastung sein. Das Urteil bedeute auch, dass viele traditionell offene Gewässer nicht zwangsweise einzuzäunen sind, unterstrich Schelzke. **DK**

Moorbodenschutz:

Grünes Licht für Projekt im Donaumoos

Es geht vorwärts beim Moorbodenschutz in Bayern: Wie Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mitteilte, hat sie das Projekt „Stabi-Land" für eine grundwasserstabilisierenden Landwirtschaft im Donaumoos genehmigt. Damit sollen offene Fragen zu einer ackerbaulichen Bewirtschaftung mit erhöhten Wasserständen beantwortet werden.

„Moorbodenschutz geht nur mit den Landwirten. Umso erfreulicher ist es, dass die Idee für das Projekt von den Landwirten aus dem bayerischen Donaumoos selbst gekommen ist. Es fördert die Innovationskraft des Berufsstands vor Ort", sagte die Ministerin. Auf bis zu 100 Hektar Fläche sammelt das Projekt Erkenntnisse aus der Praxis bei der Bewirtschaftung von Ackerflächen mit erhöhten Wasserständen. Das Landwirtschaftsministerium fördert die Maßnahme mit 665.000 Euro, die Landesanstalt für Landwirtschaft begleitet wissenschaftlich. Das Projekt beginnt noch heuer und endet Ende 2028.

Die Initiative dazu ging von Landwirten der Interessensgemeinschaft (IG) „Unser Donaumoos" aus. In intensiv ackerbaulich genutzten Bereichen des bayerischen Donaumooses sollen dabei auf landwirtschaftlichen Pilotflächen Erfahrungen im Ackerbau bei angehobenen Graben- und Grundwasserständen gesammelt, mögliche Nutzungseinschränkungen und -änderungen evaluiert sowie Entwicklungsoptionen aufgezeigt werden.

In das Projekt sind Flächen im gesamten bayerischen Donaumoos, bei denen eine Anhebung des Wasserstands möglich ist, einbezogen. ❐

Advertorial

Zertifiziert nachhaltig

Fernco GmbH erhält EcoZert Nachhaltigkeitsauszeichnung

Fernco, der marktführende Anbieter von Abwasserrohrverbindungen, erhielt die Auszeichnung EcoZert für sein nachhaltiges Handeln. Mit dem Zertifikat des unabhängigen Prüfinstituts Creditreform stellte das Unternehmen seine ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsinitiativen erfolgreich auf den Prüfstand. Die Verleihung fand am 7. Dezember 2023 in Eschwege statt.

In Wirtschaft und Gesellschaft nimmt das Thema Nachhaltigkeit einen immer größeren Stellenwert ein. Strenge Auflagen von Gesetzgebern, Kunden und Investoren stellen hohe Anforderungen an Unternehmen. Mit der EcoZert Auszeichnung macht Fernco das eigene Nachhaltigkeitsmanagement transparent nachweisbar und international vergleichbar. „Als ganzheitlich agierendes Unternehmen, sind wir uns unserer Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Umwelt und unseren Mitarbeitenden bewusst. Wir achten sowohl auf ressourcenschonende Prozesse entlang der Supply Chain als auch auf ein gutes Betriebsklima und einen wertschätzenden Umgang mit Mitarbeitern, Partnern und Kunden", erläutert Michael Penalver Giar, Geschäftsführer der Fernco GmbH, die Grundpfeiler der eigenen Unternehmenskultur.

Ressourcen schonen – Zukunft gestalten

Das Nachhaltigkeitsmanagement von Fernco rückt ökonomische, ökologische und soziale Ziele in den Fokus. Die EcoZert Auszeichnung macht dieses Engagement nun nach außen sichtbar, und dank Bewertungsindex vergleichbar. Das Zertifikat der Creditreform Rating AG steht für hohe Prüfqualität und unabhängige Ratings. Es dokumentiert die Umsetzung und Wirksamkeit der ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance) und schafft Vertrauen bei Partnern, Kunden und Mitarbeitenden. Penalver Giar sieht das positive Ergebnis insbesondere als Ansporn: „Die ausgezeichnete Bewertung ermutigt uns dazu, unsere Nachhaltigkeitsstrategie kontinuierlich zu intensivieren." Auch hoffe man, durch das eigene Engagement, andere Unternehmen zu mehr Nachhaltigkeit zu animieren.

EcoZert 2023 Gültig bis: 11/2024 AUSGEZEICHNETE NACHHALTIGKEIT ESG Fernco GmbH Eschwege

Fernco – Eine sichere Verbindung

Die US-amerikanische Fernco Gruppe blickt auf fast 60 Jahre Erfahrung in der Entwicklung und Herstellung von Rohrdichtungen zurück. Mehr als 350 Mitarbeiter tragen weltweit zum Erfolg ihrer Kunden bei und bringen jedes Jahr Innovationen auf den Markt. Dafür nutzen sie fortschrittliche Fertigungstechnologien, setzen auf globalen Betrieb und ein weltweit dichtes Liefernetz. Die Fernco Gruppe ist heute weltweit und in fast allen europäischen Ländern vertreten. Der Konzern beliefert unter anderem die Sektoren Tief – und Wohnungsbau, Sanitär, Transport und Straßenbau, Industrie, Versorgungsunternehmen und Infrastruktur sowie Reparatur und Instandhaltung. ❐

Weitere Informationen:

- https://www.creditreform.de/kassel/loesungen/esg/ecozert
- https://fernco.de/homepage/nachhaltigkeit



Am 07.12.2023 erhielt die Fernco GmbH das EcoZert für besonders nachhaltiges unternehmerisches Handeln. Im Bild (v.l.): Michael Penalver Giar, Nadine Grimm, Roland Mertens, Marco Schneider (Creditreform). Bild: Fernco

Nachhaltige Innovation in der Trinkwasserversorgung

Wasserversorger Achengruppe baute im Rupertiwinkel Deutschlands größten Röhren-Hochbehälter

In nur zehn Tagen entstand vergangenen November in Tengling, einem Ortsteil der oberbayerischen Gemeinde Taching am See im Landkreis Traunstein, ein neuer Hügel. Er verbirgt und sichert den mit einer Million Liter Fassungsvermögen aktuell größten Röhren-Hochbehälter Deutschlands. Durch die Erdüberdeckung fügt sich der Röhrenspeicher defacto unsichtbar in die umgebende Landschaft ein. Das symbolische Richtfest findet am 3. Februar 2024 statt.

Werkleiter Wolfgang Grösch und Josef Stadler, Wassermeister des Zweckverbands zur Wasserversorgung Achengruppe in Kirchanschöring, setzten auf die in Deutschland noch selten eingesetzte, innovative Technik eines Röhren-Hochbehälters aus vollständig wiederverwertbarem, trinkwassergeeignetem Polyethylen(PE)-Kunststoff zur nachhaltigen Bevorratung von Trinkwasser. Insgesamt betreibt die Achengruppe acht Sammel- und Hochbehälter mit höchsten technischen Anforderungen und einem Fassungsvermögen von insgesamt über 4,2 Millionen Litern Trinkwasser. Mehr als 400 Kilometer angeschlossene Trinkwasserleitungen stellen eine Rund-um-die-Uhr Versorgung mit Trinkwasser und auch Löschwasser in den Mitgliedsgemeinden Fridolfing, Kirchanschöring, Petting, Taching, Tittmoning und Waging.

Auf einem rund 2.400 Quadratmeter Grundstück neben dem bisherigen Beton-Hochbehälter wurde im November 2023 der Oberboden bis 60 Zentimeter Tiefe und mit einem leichten Gefälle von 0,5 Prozent weggeschoben und so präpariert, dass dort die drei Kunststoffröhren und die Schieberkammer aufgebaut werden konnten. Die 14 Meter lange Schieberkammer, an der die Speicherröhren angedockt worden sind, wurde mit Drucktür, Armaturen, Filteranlagen, Kompressoren und Steuerungskomponenten im etwa 20 Kilometer entfernten Freilassinger Stammsitz der Traditionsfirma Hawle komplett vormontiert und in einem Stück per nächtlichem Sondertransport nach Tengling überführt.

In weiteren nächtlichen Spezialtransporten erfolgte auch die Anlieferung der neun jeweils knapp 14 Meter langen Röhrensegmente im Rupertiwinkel. Diese wurden zu drei jeweils 40 Meter langen Speicherröhren mit einem Durchmesser von je 3,5 Meter verschweißt. Die gesamte Wandungsdicke der Röhren mit einem PE-Außen und Innenmantel sowie dazwischen mit einem verschweißten „Wickelrohr“ liegt bei insgesamt 12 Zentimeter. Nach vier Tagen lagen Röhren und Schieberkammer vollständig in ihrem vorbereiteten „Bett“ und nach zehn Tagen war die Montage samt erfolgreicher Druckprüfung beendet.

Röhrenspeicher ersetzt Trinkwasserspeicher aus Beton

Der Tenglinger Röhrenspeicher ersetzt 1:1 den in die Jahre gekommenen „klassischen“ Trinkwasserspeicher aus Beton, der 1960 an selber Stelle errichtet und in den 1970er Jahren erweitert worden war. Dessen Sanierung hätte etwa ein Drittel mehr gekostet und ein traditioneller Neubau aus Beton wäre bei höheren Langzeitkosten gut doppelt so teuer geworden. Das Neubaukonzept mit einem Röhrenspeicher aus drei Röhren mit einem Speichervolumen von jeweils 335.000 Litern zur Trinkwasserversorgung war daher nicht nur in der Bauumsetzung wesentlich wirtschaftlicher, sondern ist langfristig, das heißt gerechnet auf die weitgehend wartungsfreie Mindestlebensdauer von rund 100 Jahren, in Sachen Unterhalt, Pflege und Instandhaltung deutlich nachhaltiger und kostengünstiger.

Regionaler Partner

In der Freilassinger Traditionsfirma Hawle fand die Achengruppe zudem einen regionalen Partner, der das Projekt für rund eine Million Euro realisierte. Bis in den Sommer 2024 muss noch die rund 120 Meter lange Verbindungsleitung zwischen der bisherigen Trinkwasserzufuhr zum alten Hochbehälter und dem neuen Röhrenhochbehälter gebaut werden.

Sinnvolle Weiternutzung des alten Hochbehälters

Auch der alte Hochbehälter soll abgekoppelt von der Trinkwasserversorgung sinnvoll weiter genutzt werden. Die Ideen reichen von der Speicherung von Oberflächenwasser als Regenrückhaltespeicher und dessen Nutzung für Bewässerungsmaßnahmen in der Landwirtschaft und im Gartenbau bis hin zur Erzeugung von regenerativer Energie: Der Hochbehälter dient als Oberbecken für ein kleines Pumpspeicherkraftwerk.

Die offizielle Inbetriebnahme dieses richtungweisenden Nachhaltigkeitsprojekts ist für Sommer 2024 geplant. **JK**



Zufriedener Montage-Trupp der Freilassinger Firma Hawle nach dem erfolgreichen Abschluss der Schweißarbeiten am Tenglinger Röhrenspeicher am 10. November 2023. Bild: Michael Obermeier/Achengruppe, 2023

Roadmap 2030

Handlungsagenda von DVGW und DWA für die Zukunft der Wasserwirtschaft

Sechs Handlungsfelder, über 50 konkrete Maßnahmen: Mit der Roadmap 2030 liefern der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) sowie die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) eine konkrete Handlungsagenda für die Zukunft der Wasserwirtschaft. „Wir stellen damit die Weichen für eine klimafeste und zukunftssichere Infrastruktur“, führte Dr. Wolf Merkel, DVGW-Vorstand Wasser, anlässlich der Vorstellung der Agenda aus.

Der vollständige Wasserkreislauf hat im Fokus zu stehen – von der Vorsorge gegen Trockenheit und Dürre bis zum Überflutungsschutz durch Starkregen. Dieses Denken spiegelt die Roadmap 2030 als strategische Handlungsagenda mit ihren sechs Handlungsfeldern wider.

Sechs Handlungsfelder

Zur Sicherung einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Wasserressourcen werden im Handlungsfeld 1 folgende Aktionsbereiche definiert: Prognose- und Handlungsfähigkeit für ein flexibles und vorausschauendes Management der natürlichen Wasserressourcen verbessern; Konventionen zum Umgang mit den natürlichen Wasserressourcen auch in Knappheitssituationen entwickeln sowie natürliche Wasserressourcen für zukünftige Nutzungen sichern.

Im Handlungsfeld 2 werden zum Erhalt und der Erreichung einer naturnahen Qualität der Gewässer folgende Aktionsbereiche für wichtig erachtet: Bundesweite Datenplattform „Stoffe“; Anpassung vorhandener rechtlicher Regelungen und Schließung von Regelungslücken; Reduzierung von Schadstoffen an der Quelle; Minimierung der Einleitungen von stofflichen Belastungen aus Mischwasser und Regenwasser in die Gewässer sowie Verbesserung der morphologischen Strukturen der Gewässer.

Für eine wasserbewusste Siedlungsentwicklung leitet man im Handlungsfeld 3 folgende Aktionsbereiche ab: Politikberatung; Abbau rechtlicher Hürden und administrativer Hemmnisse; Gesamträumliche Planungen für eine wasserbewusste Transformation sowie Sensibilisierung, Beratung und Kommunikation.

Zur Herstellung resilienter Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen – baulich wie digital – legen DVGW und DWA im Handlungsfeld 4 die Aktionsbereiche Grundsätze wasserwirtschaftlicher Planung anpassen und neu entwickeln; Infrastrukturplanung und -realisierung deutschlandweit anschieben sowie rechtliche, personelle und finanzielle Voraussetzungen für eine zukunftssichere Infrastruktur schaffen, fest.

Für das Handlungsfeld 5 werden für eine ressourceneffiziente und klimaneutrale Wasserwirtschaft folgende Aktionsbereiche genannt: Ressourcen- und energieeffiziente (Um-) Gestaltung der wasserwirtschaftlichen Systeme; Verringerung der Treibhausgasemissionen der wasserwirtschaftlichen Anlagen zur Erreichung der Klimaneutralität sowie Umsetzung und Ausweitung der Ressourcenrückgewinnung aus Abwasser.

Um die Entwicklung einer wasserbewussten Gesellschaft zu fördern, werden im 6. Handlungsfeld die Aktionsbereiche Konzentrierte Öffentlichkeitsarbeit bringt Wasser und Gewässer stärker ins Bewusstsein der Menschen; wirtschaftliche Anreize zum bewussten Umgang mit Wasser schaffen sowie Überflutungsschäden durch Hochwasser und Starkregen vorbeugen für wichtig erachtet.

Ruf nach Wasserbeauftragten in Bund und Land

DVGW, DWA, Wasser- und Abwasserbetriebe, Politik, staatliche Institutionen sowie Wassernutzer in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sind jetzt gefordert, die Roadmap 2030 gezielt umzusetzen. Laut DWA-Geschäftsführerin Dr. Lisa Broß „muss ein Umdenken zum Umgang mit Wasser stattfinden – eine Wasserwende. Angesichts des Klimawandels muss sich die Gesellschaft wesentlich stärker und bewusster den Wasserthemen zuwenden, den Vorsorgegedanken leben und den Wert des Wassers für die Wasserversorgung, die Umwelt und für ein nachhaltiges Wirtschaften erkennen.“ Die Politik, so Broß, müsse hier voran gehen. „Sowohl im Bundestag als auch in den Landtagen müssen Wasserbeauftragte ernannt werden, die bei allen Gesetzesvorhaben die Interessen des Wassers vertreten.“ **DK**

Startschuss für Hochwasserschutzprojekt an der Ammer

Mit einem Spatenstich haben offiziell die Baumaßnahmen für das Hochwasserschutzprojekt „Weilheim Süd“ begonnen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte beim Startschuss der Hochwasserschutzmaßnahmen an der Ammer in Weilheim: „Hochwasserschutz ist für die Menschen vor Ort von entscheidender Bedeutung. Das Pfingsthochwasser 1999 und die Überflutungen im August 2005 haben in Weilheims Süden große Schäden angerichtet. Der Freistaat und die Stadt setzen alles daran, den Hochwasserschutz in Weilheim weiter zu verbessern. Dabei haben wir auch die Zukunft im Blick und sorgen mit einem Klimaänderungszuschlag heute schon für morgen vor.“

Der Spatenstich ist Glauber zufolge der nächste Meilenstein für ein hochwasserfestes Weilheim. „Klar ist: Hochwasserschutz lebt vom Solidargedanken. Nur gemeinsam bringen wir den Hochwasserschutz weiter voran. Ich danke der Gemeinde Polling, der Stadt Weilheim und allen Projektbeteiligten für die gute Zusammenarbeit.“

Mit den Maßnahmen an der Ammer wird der Schutz vor einem hundertjährlichen Hochwasser auf den südlichen Teil von Weilheim und das Gewerbegebiet Trifthof ausgeweitet.

Umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen

Im Rahmen des Projekts werden unter anderem technische Hochwasserschutzanlagen entlang der Bahnstrecke München-Garmisch und ein Durchlass unter der Staatsstraße 2058 gebaut. Darüber hinaus soll das Oderdinger Wehr rückgebaut und stattdessen drei Sohlgleiten errichtet werden. Hierdurch wird sowohl der Wasserspiegel in der Ammer gesenkt als auch die Durchgängigkeit für Fische vom Ammersee bis Peißenberg hergestellt. Dabei finden auch umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen durch die Anbindung der Altarme Roßlach und Oderding statt. Das Gesamtvolumen des Hochwasserschutzprojekts liegt bei rund 9 Millionen Euro, getragen von der Stadt Weilheim, dem Freistaat Bayern sowie der EU. ❐

DWA-Expertenpapier zu aktuellen Hochwasserereignissen

Die aktuellen Hochwasserereignisse in Deutschland führen die Bedeutung der erfolgten Anstrengungen zum Schutz der Menschen und der Vermögenswerte vor Hochwasser vor Augen, zeigen aber auch deutlich die Defizite und den Handlungsbedarf auf. Ein aktuelles Expertenpapier der DWA ordnet das Winterhochwasser 2023/2024 ein und wartet mit Empfehlungen aus den Hauptausschüssen „Wasserbau und Wasserkraft“ und „Hydrologie und Wasserwirtschaft“ auf.

„Nicht für alles, was wir aktuell sehen, muss der Klimawandel als Erklärung herangezogen werden. Was wir jedoch sicher wissen, ist, dass Hochwasserereignisse gleicher Dauer und Höhe zukünftig häufiger auftreten werden bzw. extremer ausfallen können“, heißt es eingangs. Inwiefern diese Fakten an diesem Hochwasser schon erkennbar sind, ist aus Sicht der DWA im Nachgang zu untersuchen. Eine Ereignisanalyse müsse umfassend sein und u. a. auch die Kommunikationswege und Arbeit im operativen Hochwasserschutz betrachten.

Katastrophenschutz im Visier

„Mehr Investitionen in den Katastrophenschutz/operativen Hochwasserschutz scheinen sinnvoll und zweckmäßig, um mit vergleichbaren oder noch schlimmeren Lagen besser umgehen zu können“, so die Experten. Dies erstrecke sich über die Ausstattung der Kommunen, der Feuerwehren bis zum THW. Deichfachberater und technische Berater Hochwasserschutz und Naturgefahren seien weiterhin auf hohem fachlichem Niveau auszubilden. „Denn egal, ob es um die Stützung maroder Deiche, die ihrer Bemessungslast nicht mehr standhalten oder um die Ereignisbewältigung wie bei den Extremereignissen an der Ahr, in der Eifel oder an der Elbe geht: Der operative Hochwasserschutz wird immer gebraucht.“

Talsperren, Polder und Hochwasserrückhaltebecken

Obwohl mit dem Nationalen Hochwasserschutzprogramm vom Bund ca. 100 Mio. Euro jährlich seit 2016 für Maßnahmen zum Rückhalt des Wassers in der Fläche und/oder Deichrückverlegungen den Ländern zur Verfügung gestellt wird, gingen die Maßnahmen nur sehr schleppend voran. Dabei zeigten Positivbeispiele wie etwa an der Lippe in NRW oder in Sachsen und Sachsen-Anhalt, dass gerade damit ein wichtiger Effekt zur Abschwächung von Hochwasserwellen erreicht werden kann. Am effektivsten wirkten hier immer noch die Talsperren und Hochwasserrückhaltebecken sowie ein gesteuerter Polder, der gezielt den Scheitel einer Hochwasserwelle kappen kann.

Nach Auffassung der DWA-Fachexperten bedarf es nicht nur des Baus neuer, auf Bemessungsereignisse ausgerichteter Deiche; vielmehr müsse die Deichunterhaltung ebenfalls konsequent und planmäßig durchgeführt werden, damit die Deiche ihren guten Zustand beibehalten. Auch hierfür müssten Personal und Geld zur Verfügung stehen. **DK**



BBIV-Kampagne:

Bürokratieabbau ernst gemeint

Praxistaugliche Regulierungen für Großraum- und Schwertransporte

Vom „Bürokratieabbau" ist zwar oft die Rede, er findet viel Zuspruch – aber konkret passiert ist bisher wenig. „Im Gegenteil – sieht man genauer hin, so schwillt die Bürokratie und damit der Zeit- und Kostenaufwand, den auch die Mitgliedsunternehmen der Bayerischen Bauindustrie deswegen übernehmen müssen, insgesamt nahezu ungebremst an", mahnt der Bayerische Bauindustrieverband an. Viele Vorschriften und Regulierungen seien zu aufwändig, zu umständlich oder gar überflüssig. Die schlimmsten Exemplare aus dieser Gruppe macht der bbiv nun zum Inhalt seiner Kampagne „Gnua is! - Bürokratieabbau ernst gemeint".

Als ersten Vorschlag zum Abbau überflüssiger Bürokratie wählte der Verband die in den vergangenen Jahren erfolgten Ausweitungen der Vorschriften für Großraum- und Schwertransporte aus, da diese einen deutlich erhöhten Aufwand und zusätzliche Kosten für die betroffenen Unternehmen bewirkten. Beispielhaft werden folgende besonders unsinnig erscheinende Regelungen hervorgehoben:

• Das Ladegut von Schwertransporten muss nunmehr exakt bezeichnet werden. Bei Baumaschinen muss der genaue Typ, Hersteller und Modell angegeben werden. Dies ist bei schnell umzuschlagenden Baustellen oft problematisch, da oft erst in letzter Minute feststeht, welche Baumaschine aus dem Maschinenpark zur Verfügung steht. Bei Betonfertigteilen müssen Länge und Breite exakt angegeben werden. Bei Abweichungen und Fehlern hinsichtlich Art und Bezeichnung der Ladung sowie Angaben zu Abmessungen und Gewicht droht das Erlöschen der Genehmigung.

• Es ist nun nicht mehr zulässig, mehrere Schwertransporte in einem Konvoi zusammenzufassen. Jeder Schwertransport muss einzeln angemeldet, durchgeführt und mit einem extra Begleitfahrzeug versehen werden. Dies bedeutet in Verwaltung und Abwicklung von Schwertransporten einen erheblichen Mehraufwand.

• Bisher konnten die Unternehmen die in der Genehmigung angegebenen Abmessungen der Ladung oder das Gewicht unterschreiten, ohne dass dies zu Konsequenzen geführt hätte. Nach den nunmehr geltenden Regelungen muss außerhalb des anhörungsfreien Bereichs zwingend eine neue Genehmigung eingeholt werden, wenn das Gesamtgewicht um mehr als 5 Prozent bzw. und/oder die Abmessungen des Transportgutes um mehr als 15 cm unterschritten werden.

Belastung durch ausufernde Bürokratie

Laut bbiv muss das gesamte, die Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten betreffende Regelungswerk „umgehend verschlankt, vereinfacht und den Bedürfnissen der Praxis angepasst werden". Damit am Bau endlich der dringend erforderliche Bürokratieabbau in Gang kommt, unterbreitet der Bayerische Bauindustrieverband ab sofort regelmäßig konkrete Vorschläge, wie ein besonders drängendes Bürokratieproblem, das die Mitgliedsunternehmen akut belastet, gelöst werden kann. „Die ausufernde Bürokratie belastet alle Branchen. Sinnvollere und einfachere Vorschriften würden der gesamten Wirtschaft nutzen", macht der bbiv deutlich.

Um ein sichtbares Zeichen gegen die Mehrbelastungen der bayerischen Transport- und Logistikunternehmen zu setzen, organisierte der Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen (LBT) vor kurzem eine LKW-Sternfahrt zur Münchner Theresienwiese. An dieser Protestaktion beteiligten sich neben den Staatsministern Christian Bernreiter und Hubert Aiwanger unter anderem die bayerische Bauindustrie, BGL – Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung, BIV – Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V., VBS – Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V., LBB – Landesverband Bayerischer Bauinnungen, BZV – Bayerischer Ziegelindustrie-Verband e. V., LBS – Landesverband Bayerischer Spediteure e. V. sowie die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw).

Keine Ausnahme für biogene oder synthetische Kraftstoffe

Der LBT wendet sich insbesondere gegen die Mauterhöhung durch die Bundesregierung. Wie Hauptgeschäftsführer Stephan Doppelhammer betonte, existierten seit 1. Dezember 2023 neue Mautsätze durch die Einführung eines neuen CO2-Mautteilsatzes. Dies führe zu einer Erhöhung der Lkw-Maut für fast alle Euro VI-Lkw um 83 Prozent. Ausnahmen oder Mautbefreiungen für biogene oder synthetische Kraftstoffe gebe es nicht. Dies sei nicht hinnehmbar.

Doppelhammer zufolge werden Wirtschaft und Gesellschaft um zusätzliche 7,6 Mrd. Euro pro Jahr belastet. Zudem habe das Gesetz keine klimawirksame Lenkungswirkung, „denn Fahrzeuge mit mautbefreiten Antrieben sind am Markt nur sehr begrenzt und wenn dann zu den zwei- bis dreifachen Kosten verfügbar, es steht keine entsprechende Ladeinfrastruktur für einen flächendeckenden Einsatz zur Verfügung und eine nennenswerte Verlagerung auf die Schiene ist mangels Kapazitäten bei der Bahn nicht möglich. Zudem muss die Maut für Fahrten ohne Ladung, für so genannte Leerkilometer, zusätzlich einkalkuliert werden."

Die Ampel ist laut LBT zur Belastung für ganz Deutschland geworden. „Zusagen aus dem Koalitionsvertrag, die eine Doppelbelastung aus einer CO2-Maut und einer Abgabe über das Brennstoffemissionshandelsgesetz ausschließt, werden nicht eingehalten. Milliarden Mehreinnahmen werden nicht zielführend in die Straßen- und Ladeinfrastruktur reinvestiert, sondern zur Haushaltssanierung verwendet... Eindrucksvoller kann man den drittgrößten Wirtschaftsbereich, die Logistikbranche, nicht an die Wand fahren", machte Doppelhammer deutlich.

„Die Belastungen, die die Betriebe aus dem Transportwesen treffen - und damit unsere gesamte Wirtschaft - sind nicht mehr hinnehmbar", stellte vbw Präsident Wolfram Hatz fest. Es sei fatal, dass den Betrieben durch die LKW-Mauterhöhung das Geld für die erforderlichen Investitionen fehlt. Deshalb müsse die Mauterhöhung ausgesetzt werden.

Die Standortbedingungen in Deutschland hätten sich in den vergangenen Monaten bereits verschlechtert, erklärte Hatz. Die Ampel verschlimmere die Lage zusätzlich - nicht nur mit der Mauterhöhung für LKW. „Wir haben mit viel zu hohen Steuern und Abgaben zu kämpfen. Zudem haben Bürokratie und Regulierung ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Die Ampel muss jetzt endlich handeln und eine Standortpolitik auf den Weg bringen, die diesen Namen auch verdient." **DK**

Sonder-Bauministerkonferenz zum Sozialen Wohnungsbau

Bauminister der Länder und Bund einigen sich über Finanzierung für 2024

Bund erhöht Mittel für sozialen Wohnungsbau und Junges Wohnen auf 3,15 Milliarden Euro

Einigung über Ko-Finanzierung für 2024

Erhöhung des Länderanteils von 30 auf 40 Prozent für erhöhte Finanzmittel

Die Bauministerinnen und -minister der Länder haben auf einer Sonder-Bauministerkonferenz mit Bundesbauministerin Klara Geywitz über die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus gesprochen. 2023 haben die Länder eigene Mittel mit einem Barwert von insgesamt 2,9 Milliarden Euro investiert, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Länder begrüßen, dass der Bund seine Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau und das Programm Junges Wohnen von bisher 2,5 Milliarden auf 3,15 Milliarden Euro in 2024 erhöht. Die Bauministerkonferenz kam mit dem Bund überein, dass im Jahr 2024 für die Höhe der bisherigen Bundesmittel der Ko-Finanzierungsanteil der Länder von 30 Prozent beibehalten wird. Für die darüberhinausgehenden, erhöhten Finanzmittel wird eine Erhöhung des Ko-Finanzierungsanteils von 40 Prozent in 2024 einmalig vorgesehen. Über die Fördermodalitäten für 2025 und 2026 soll noch in der 1. Jahreshälfte 2024 entschieden werden.

Der Bund wollte im Zuge der Erhöhung seiner Finanzhilfen kurzfristig auch den Ko-Finanzierungsanteil der Länder von mindestens 30 auf 40 Prozent erhöhen. Da in einigen Ländern die Haushaltsplanungen für 2024 bereits abgeschlossen sind, hätten bereitgestellte Bundesmittel aber gegebenenfalls nicht in Anspruch genommen und so weniger Wohnungsbauprojekte umgesetzt werden können.

Möglichst viel bezahlbaren Wohnraum schaffen

Bayerns Bauminister Christian Bernreiter, der zum 1. Januar den Vorsitz der Bauministerkonferenz übernommen hat, freut sich, dass nun ein Kompromiss gefunden werden konnte: „Es muss unser gemeinsames Ziel sein, möglichst viel bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb ist es ein gutes Signal für die Wohnungs- und Bauwirtschaft, dass sich Bund und Länder einigen konnten. Es wäre praktisch unmöglich gewesen, den Ko-Finanzierungsanteil der Länder für 2024 derart kurzfristig von 30 auf 40 Prozent raufzusetzen. Dass die Erhöhung jetzt nur für die zusätzlichen Bundesmittel in Höhe von 615 Millionen Euro gilt, ist ein guter Kompromiss."

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, sagte: „Wichtig für mehr bezahlbaren Wohnraum ist die soziale Wohnraumförderung. Mit über 18 Milliarden Euro investieren wir so viel wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das ist auch dringend nötig, denn der Sozialwohnungsbestand ist landesweit auf gut eine Millionen Wohnungen gesunken. Der Bedarf ist aber deutlich höher. Die Dringlichkeit haben beide – Bund und Länder – erkannt. Die Mehrheit der Länder hat bereits in der Vergangenheit für den sozialen Wohnungsbau deutlich mehr als die geforderte Mindestfinanzierung von 30 Prozent der Bundesfinanzhilfen zur Verfügung gestellt. Gerade wenn alle wissen, dass es noch mehr Anstrengungen braucht, muss auf allen Ebenen auch mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Die heutige Einigung auf die Finanzierung 2024 ist auch ein wichtiges Signal an die Bauwirtschaft. Die Gelder können jetzt fließen."

Karen Pein, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen der Freien und Hansestadt Hamburg, erklärte als Sprecherin für die „A-Länder": „Bund und Länder geben mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau: Das ist ein richtiger und wichtiger Schritt, denn mehr Förderung sorgt für mehr bezahlbare Wohnungen. Die Erhöhung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau ist somit auch ein klares Signal in Richtung Bauwirtschaft: Der Staat sorgt für Verlässlichkeit, die Mittel sind vorhanden und können abgerufen werden. Die Länder stehen zu ihrer sozialen Verantwortung in der Wohnraumversorgung und tragen ihren Anteil, damit den Wohnungsbau auf hohem Niveau fortzuführen."

Wohnraumförderung stabilisieren

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, stellvertretend für die „B-Länder": „Die öffentliche Wohnraumförderung ist der Fels in der Brandung bei dem derzeit stark im Sturm stehenden Immobilienmarkt. Deshalb ist es ein wichtiges Signal, die öffentliche Wohnraumförderung zu stabilisieren und auszubauen. Heute ist ein breiter Schulterschluss zwischen Ländern und dem Bund im Sinne der Sache gefunden worden. Alle Seiten haben sich bewegt. Damit bleibt auch im Jahr 2024 die öffentliche Wohnraumförderung der Fels in der Brandung für die gebeutelte Immobilien- und Bauwirtschaft."

Mit der sozialen Wohnraumförderung unterstützen Bund und Länder die Wohnraumversorgung durch Mietwohnungen und selbstgenutztes Wohneigentum von Haushalten, die sich am Markt nicht aus eigener Kraft angemessen mit Wohnraum versorgen können. Die Ausgestaltung der Finanzierungsbeteiligungen wird für die einzelnen Programmjahre in Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern geregelt. ❐

barriere-frei

Beratungsstelle Barrierefreiheit

Bayerische Architektenkammer

Wir beraten Sie zu allen Fragen für ein barrierefreies Leben

Ein kostenfreies Angebot für alle Interessierten

www.beratungsstelle-barrierefreiheit.de
info@beratungsstelle-barrierefreiheit.de

Bündnis fordert:

50 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau

Zuschüsse fürs Wohnen 5-mal höher als Förderung von Sozialwohnungen

Der Staat betreibt ein Missmanagement bei der Unterstützung fürs Wohnen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Wohnungsmarkt-Studie vom Pestel-Institut (Hannover). Das Bündnis „Soziales Wohnen" stellte diese in Berlin vor. In dem Sozial-Bündnis haben sich der Deutsche Mieterbund (DMB), die IG BAU sowie die Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP) gemeinsam mit zwei Verbänden der Bauwirtschaft zusammengeschlossen.

Die Untersuchung wirft Bund und Ländern vor, die Förderung von Sozialwohnungen massiv vernachlässigt zu haben. Dadurch sei ein „dramatischer Mangel an sozialem Wohnraum in Deutschland" entstanden: So fehlen nach Berechnungen der Wissenschaftler bundesweit aktuell mehr als 910.000 Sozialwohnungen.

Wohngeld und Kosten der Unterkunft explodieren

„Um bedürftigen Haushalten das Wohnen überhaupt noch zu ermöglichen, ist der Staat mittlerweile gezwungen, stetig steigende Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt zu akzeptieren. Dabei zahlt er sogar Mieten, die oft deutlich über der Durchschnittsmiete liegen. Dadurch sind die notwendigen staatlichen Ausgaben für das Wohngeld und für die Kosten der Unterkunft geradezu explodiert. Am Ende profitieren davon allerdings vor allem die Vermieter", sagt Studienleiter Matthias Günther vom Pestel-Institut.

Er nennt dazu konkrete Zahlen: Spitzenreiter bei den „Turbo-Mieten" sei die bayerische Landeshauptstadt München. Hier lag die von den Job-Centern gezahlte Miete bei den Kosten der Unterkunft mit 19,40 Euro pro Quadratmeter rund 6,60 Euro – und damit über 50 Prozent – über der Münchner Durchschnittsmiete. Unterm Strich bezahlt der Staat nach Berechnungen des Pestel-Instituts dadurch allein in München schon eine Millionensumme an „Mehr-Miete" – und das Monat für Monat. Bundesweit ermittelt die Studie nur bei den Kosten der Unterkunft im Vergleich zur Durchschnittsmiete rund 700 Millionen Euro Mehrkosten pro Jahr.

Die Studie zeigt, dass der Staat in besonders angespannten Wohnungsmärkten, in denen es an bezahlbaren Alternativen mangelt, überhöhte und damit deutlich über dem Durchschnitt liegende Mieten bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft zahlt. „Es liegt damit nahe, dass dort, wo sich Mieterhöhungsspielräume auftun, ein Teil der Vermieter diese auch nutzt", so das Bündnis „Soziales Wohnen". Diese Spielräume müssten durch effektives Mietrecht dringend begrenzt werden.

Insgesamt hat der Staat nach Angaben der Wissenschaftler im vergangenen Jahr erstmals mehr als 20 Milliarden Euro an Sozialausgaben für die Unterstützung bedürftiger Menschen beim Wohnen ausgegeben: gut 15 Milliarden Euro für die Kosten der Unterkunft, die überwiegend von den Job-Centern gezahlt werden. Und zusätzlich über 5 Milliarden Euro für das Wohngeld. Dagegen lagen die Ausgaben von Bund und Ländern für den sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren lediglich bei gut 4 Milliarden Euro pro Jahr, so die Studie.

„Die Sozialausgaben fürs Wohnen sind damit 5-mal so hoch wie die Förderung für den Neubau von Sozialwohnungen. Das ist ein deutliches Missverhältnis. Vor allem der Bund hat hier seit Jahrzenten ein Missmanagement betrieben: Er hat den Sozialwohnungsbau – also die Objektförderung – bis vor kurzem auf ein Minimum heruntergefahren und damit drastisch steigende Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und für das Wohngeld – also für die Subjektförderung – provoziert", so Pestel-Institutsleiter Günther.

Gegensteuern könne der Staat nur, wenn er jetzt anfange, „massiv in die Schaffung von deutlich mehr Sozialwohnungen" zu investieren. „Denn jede einmalige Förderung, durch die eine neue Sozialwohnung entsteht, erspart dem Staat erhebliche Summen, die er sonst auf Dauer für Mietzahlungen ausgeben müsste. Das ist eine einfache Rechnung, die vor allem der Bund spätestens dann beherrschen muss, wenn die Sozialausgaben durch die Decke gehen: nämlich jetzt", so Matthias Günther.

Die Botschaft, die das Bündnis „Soziales Wohnen" platziert, ist klar: „Die beste Kostenbremse bei der Subjektförderung ist eine rasche und entschlossene Objektförderung." Die konkrete Forderung dazu: Bund und Länder sollen umgehend 50 Milliarden Euro für die Förderung von sozialem Wohnraum bereitstellen. Nur so könne es gelingen, dem Ampel-Ziel, 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr neu zu bauen, wenigstens ein Stück näher zu kommen – und damit „ein Regierungsversprechen nicht komplett zu brechen".

Sozialwohnungsbau sei eine Aufgabe, die dauerhaft grundgesetzlich abgesichert werden müsse und von der Schuldenbremse ausgenommen werden solle, fordert das Bündnis. Weitere Forderungen umfassen:

• Steuerreduzierung: Für den Neubau von Sozialwohnungen sollen künftig 7 statt 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden.

• Sonderbudget „Sozialer Wohnungsbau": Einsatz dort, wo der Mangel an Sozialwohnungen besonders hoch ist.

• Feste „Sozial-Quote" bei der Vergabe von Sozialwohnungen: Bundesweit soll es künftig in allen Kommunen „Wohn-Härtefallkommissionen" geben, die über ein 10-Prozent-Kontingent der zu vergebenen Sozialwohnungen entscheiden. Damit werde vor Ort die Berücksichtigung sozialer Kriterien bei Wohnungsvergaben garantiert. Benachteiligte Menschen – insbesondere Menschen mit Behinderung – hätten dadurch „endlich wieder eine Chance, auf dem Wohnungsmarkt Fuß zu fassen", so das Bündnis. ❐

Bayerischer Gemeindetag in Gunzenhausen:

Tagung der Bauamtsleiter und Stadtbaumeister

Bereits zum 6. Mal fand die traditionelle Bauamtsleiter- und Stadtbaumeistertagung des Bayerischen Gemeindetags statt. Über 200 Teilnehmer wohnten der in die praxisrelevanten Themenblöcke „Digitalisierung, Privates Baurecht, Vergaberecht", „Planungsrecht, Energierecht, Naturschutzrecht", „Aktuelle Entwicklungen und Rechtsprechung" sowie „Innenentwicklung, Wohnen, öffentlicher Bau, ISEK-Praxis" gegliederten Veranstaltung bei.

Unter der Moderation von Gemeindetagsdirektor Matthias Simon referierte Andreas Wernthaler vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) eingangs zum Thema „Störungen im Betriebsablauf – Nachträge, Bauzeit, Vergütung, Fristen, Kündigung, Mängel". Die vergangenen Jahre in der Baubranche waren unter anderem geprägt von Lieferschwierigkeiten, dadurch bedingte Bauzeitverzögerungen und Kostensteigerungen. Wernthaler zeigte zum einen praxistaugliche Strategien zur Vermeidung von Problemen und zum anderen mögliche Lösungswege auf.

Digitaler Bauantrag

Ministerialrat Stefan Kraus und Bauoberrat Marcel Kühner vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr informierten über die Digitalisierung der Bauleitplanung und den digitalen Bauantrag. Dieser wurde 2021 in Bayern erstmals mit ausgewählten Unteren Bauaufsichtsbehörden als Pilotprojekt eingeführt. Bis Ende 2024 sollen alle Unteren Bauaufsichtsbehörden mit dem digitalen Bauantrag arbeiten können. Geplant sei, diese Art der Einreichung dann auch zum Regelverfahren zu machen.

Ein weiterer Baustein im Bereich der Digitalisierung ist der neu einzuführende Standard XPlanung für Bauleitplanverfahren. Marcel Kühner hob die Vorteile des Standards hervor und appellierte an alle Kommunen, sich bereits jetzt mit XPlanung vertraut zu machen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen örtlichen Schulungsangebote des Ministeriums, die in den kommenden Jahren ihre Fortsetzung finden werden.

Stefan Kraus war es auch, der im zweiten Themenblock auf eine Bundesratsinitiative der Bayerischen Staatsregierung hinwies, in der ein Ersatz für den entfallenen § 13b BauGB gefordert wird. Ziel der Initiative sei es, den Kommunen ein Werkzeug für die Ausweisung von Wohnbaugebieten an die Hand zu geben, das auf langwierige Verfahren wie doppelte Behörden- und Bürgerbeteiligung verzichtet.

Über die aktuellen Gesetzgebungsverfahren in punkto Kommunale Wärmeplanung und deren mögliche Auswirkungen auf die Gemeinden berichtete schließlich Stefan Graf, zuständiger Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, ehe der Münchner Fachanwalt Dr. Gerhard Spieß den Weg zum rechtssicher ausgeübten gemeindlichen Vorkaufsrecht skizzierte.

In welche Richtung sich das Baurecht aus Sicht der Berliner Ampelkoalition entwickeln soll, zeigte Bernd Düsterdiek, Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, auf. Aus seiner Sicht müssen viele Herausforderungen (auch) über das Baurecht und in den Kommunen gelöst werden. Über die „große" BauGB Novelle 2023/2024" informierte Prof. Dr. Arno Bunzel, Bereichsleiter und stellvertretender Direktor beim Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Laut Bunzel, der am fachlichen Input zur Gesetzgebung selbst mitwirkt, ergibt sich die Notwendigkeit für die Novelle aus dem Koalitionsvertrag und seinen Zielen, weshalb die Themen Klimaschutz, Klimaanpassung aber auch Innentwicklung in der Baugesetzgebung voraussichtlich berücksichtigt werden müssen. Gleichwohl wurde angemerkt, dass der Gesetzgeber seinen Rhythmus verloren habe. Konnte man früher die Zeit nach den BauGB-Änderungen stellen, habe sich der Takt der gesetzgeberischen Änderungen zusehends verkürzt.

Kommunale Beispiele

Der Münchner Architekt Manfred Brennecke präsentierte in seinem Vortrag zum „bedarfsgerechten und flächeneffizienten Wohnen" ein abgeschlossenes Projekt in Münsing, das durch eine Baugemeinschaft der Bürger vor Ort umgesetzt wurde sowie ein laufendes Projekt in Fridolfing. Bei beiden Projekten werden sowohl die Politik als auch die Bürger vor Ort aktiv mit eingebunden.

Als Architektin und amtierende Bürgermeisterin von Ebermannstadt stellte Christiane Mayer in ihrem Vortrag „Strategisch-integrierte (Innen)Entwicklung und Sanierung in Ebermannstadt" die Bedürfnisse einer nachhaltigen gemeindlichen Entwicklung aus mehreren Blickwinkeln dar. Sie schilderte diverse praktische Herausforderungen und machte deutlich, wie es gelingt, eine langfristig angelegte, strategische Vision zu verfolgen, um diese in eine nachhaltige Umsetzung zu bringen.

Zustimmung aus dem Publikum erfuhr sie für ihre Aussage, dass all dies nur mit mehr und entsprechend geschultem Personal sowie externen Dienstleistern gelingen kann. „Wenn Sie denken, dass es die Leute nicht mehr hören können, so ist es bei manchen erst im Kopf angekommen", machte Mayer abschließend deutlich. **DK**

Ministerin Michaela Kaniber lobt neuen Tourismuspreis aus

Bewerbung bis 11. Februar möglich

Um herausragenden Leistungen im Tourismus mehr Sichtbarkeit zu geben, verdiente Persönlichkeiten aus dem bayerischen Tourismus auszuzeichnen und damit den Stellenwert der Branche für den Freistaat zu unterstreichen, hat die neue Tourismusministerin Michaela Kaniber den Preis der bayerischen Tourismusbranche, kurz „TouBy", ins Leben gerufen. „Es ist mir ein Herzensanliegen, das vielfältige Engagement unserer Akteure im bayerischen Tourismus zu würdigen. Mit dem neuen Preis rücken wir Personen in den Mittelpunkt, die sich mit viel Leidenschaft um den Tourismus in Bayern verdient gemacht haben. Wir wollen positive Beispiele herausstellen und anderen Mut machen", sagte die Ministerin zum Start der Bewerbungsfrist in München. Bis zum 11. Februar können nun die Unterlagen dafür beim Ministerium eingereicht werden.

Der Preis wird in den Kategorien „Lebenswerk", „Touristikerin oder Touristiker des Jahres" und „Nachwuchspreis" verliehen. Pro Kategorie wird eine Person ausgezeichnet. Der Preis für das „Lebenswerk" richtet sich an Persönlichkeiten, die sich langjährig und in herausragender Weise um den Tourismus in Bayern hervorgetan haben. Für die Kategorie „Touristiker oder Touristikerin des Jahres" können Personen vorgeschlagen werden, die durch ein besonders ehrenamtliches, freiwilliges, soziales oder wirtschaftliches Engagement schwerpunktmäßig im Jahr 2023 aufgefallen sind. Der „Nachwuchspreis" richtet sich an die Generation der unter 35-Jährigen, die sich bereits in jungen Jahren durch besonders kreative Ideen oder außergewöhnliches Engagement im Tourismus einen Namen gemacht haben. „Dieser generationenübergreifende Ansatz macht unseren neuen Preis so besonders. Ich freue mich auf zahlreiche spannende Bewerbungen aus der ganzen Breite des Bayerntourismus", so die Ministerin.

Weitere Informationen

Die Bewerbungsunterlagen und alle weiteren Informationen gibt es auf der Homepage des Ministeriums unter https://s.bayern.de/tourismuspreis. Die Preisträger werden nach Berlin eingeladen und bekommen die ideelle Auszeichnung von der Ministerin persönlich im Rahmen des bayerischen Staatsempfangs zur Internationalen Tourismusbörse (ITB) in der Bayerischen Vertretung in Berlin am 5. März 2024 überreicht. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

Tourismus in Bayern: Motor für Wirtschaft und Lebensqualität

Der Tourismus in Bayern boomt. Seit Jahren schreibt der Freistaat touristische Erfolgsgeschichte und behauptet auch im Jahr 2023 mit über 20 Prozent Marktanteil seinen Platz als Reiseland Nr. 1 in Deutschland. Mit rund 100 Millionen Übernachtungen und über 500 Millionen Tagesreisen generieren Bayerns Gäste einen touristischen Gesamtkonsum von ca. 47,5 Milliarden Euro pro Jahr. Als Querschnittsbranche schafft der Tourismus damit rund 550.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze in verschiedenen Sektoren, die maßgeblich zur regionalen Entwicklung beitragen – von der Gastronomie über den Einzelhandel bis hin zur Landwirtschaft sowie der Kultur- und Freizeitbranche. Darüber hinaus erhöht er als Lebensader die Unternehmens- und Einkommensvielfalt sowie die Steuereinnahmen in den bayerischen Gemeinden. Insbesondere im ländlichen Raum ist der Tourismus in vielen Regionen mitverantwortlich dafür, dass auch Klein- und Kleinstbetriebe eine Zukunftsperspektive haben.

Garant für Lebensqualität

Der Tourismus ist aber nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Bayern, sondern auch ein Garant für die konstant hohe Lebensqualität im Freistaat. Gemeinden und Destination, die bewusst auf Tourismus setzen, verfügen nachweislich über eine bessere lokale Infrastruktur und ein breiteres Freizeitangebot, über mehr Rad- und Wanderwege, ein abwechslungsreicheres gastronomisches Angebot, eine bessere öffentliche Nahverkehrsanbindung, ein attraktiveres Ortsbild sowie ein umfangreicheres Brauchtums- und Kulturangebot. Investitionen in den Tourismus sind daher nicht nur Investitionen in die Urlaubs- und Erlebnisqualität der Gäste, sondern stets auch Investitionen in die Bevölkerung vor Ort – denn sie ist es, die maßgeblich von dem vorhandenen Angebot profitiert. Eine höhere Zufriedenheit, Wertschätzung und Identifikation mit ihrer Heimat sind die Folge. Ebenso tragen Investitionen in den Tourismus dazu bei, diese hohe Lebensqualität und damit einen attraktiven Lebensraum zu bewahren sowie die Anziehungskraft für Unternehmensansiedlungen und potenzielle Arbeits- und Fachkräfte zu erhöhen.

Um die Wirtschaftskraft und Lebensqualität Bayerns auch langfristig zu sichern und weiter auszubauen, braucht es einen starken Tourismus, der allen guttut: mit einer guten regionalen Wertschöpfung, stabilen gesellschaftlichen Strukturen und einem ressourcenschonenden Umgang mit der Natur. ❐

Bayerns Neuzugänge in der Denkmalliste:

Historische Wahrzeichen

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege hat die diesjährigen Neuzugänge in der Denkmalliste bekanntgegeben. Sie zeigen laut Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil, Leiter des BLfD, wie vielgestaltig das kulturelle Erbe des Freistaats ist. Insgesamt sind in der Denkmalliste mehr als 109.000 Bau- und Kunstdenkmäler verzeichnet.

Zu den sieben „Neuankömmlingen" zählt das „Edwin-Scharff-Haus" in Neu-Ulm. Mit seinen gerade mal 46 Jahren ist das Gebäude eines der jüngsten Einzeldenkmäler in Bayern. Gebaut wurde das Kultur- und Tageszentrum in den Jahren zwischen 1974 und 1977 und wird nach einer Sanierung im vergangenen Jahr jetzt wieder als Veranstaltungsort genutzt.

Die sogenannte Ostermayr-Passage in Nürnberg befindet sich innerhalb eines in der Nachkriegszeit errichteten Wohn-, Geschäfts- und Bürogebäudes. Die gut 35 Meter lange Ladenpassage wurde seit den 1950er Jahren nur wenig verändert. Sämtliche Schaufenster, Geländer, aber auch die Glasdächer sind noch erhalten. Damit ist sie das bayernweit höchst selten gewordene Paradebeispiel einer Großstadtpassage aus der Zeit des Wirtschaftswunders.

Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der Bahnhof des Staatsbades Bad Brückenau eröffnet. Seinerzeit führte eine Nebenstrecke der Bahnlinie über Jossa und Bad Brückenau bis nach Wildflecken. Der Personenverkehr auf dieser Strecke wurde 1988 eingestellt. Danach diente das zweigeschossige Gebäude als Verkaufsstelle einer Getränkefirma. Es weist auf den frühen Kurbetrieb in der Region hin und verdeutlicht, wie der Freistaat einst dafür seine Infrastruktur ausbaute.

Viele Jahrhunderte war der sogenannte Fürsten- oder Firmiansteig oberhalb von Steinbüchl/Untergriesbach ein Handelsweg in Richtung Böhmen. Der erhaltene Teil – sichtbar am Granitplattenbelag und den Randsteinen – ist im Kern mittelalterlich und wurde im 18. Jahrhundert unter Fürstbischof Leopold Ernst von Firmian ausgebaut. Eine bürgerschaftliche Initiative bemühte sich um den Erhalt der historischen Straße, trug Humus ab und legte so 153 Meter des Steiges wieder frei. Dass der Weg heuer in die Denkmalliste aufgenommen wurde, ist auch ein Verdienst dieser Bürger.

Der dreigeschossige Walmdachbau in der Bahnhofstraße in Amberg ist ein gutes Beispiel für die baukünstlerisch aufwändige Architektur im historischen Stadtkern. Aufgrund ihrer Geschichte rund um den Abbau von Eisenerz gewann die Stadt mit der Industrialisierung immer mehr an wirtschaftlichem Einfluss. Deshalb war ein Kreditinstitut notwendig, in dem die Amberger ihre Geldgeschäfte abwickeln konnten. 1860 erhielt die Königliche Bank von König Max Joseph die Erlaubnis, eine Filiale in der Stadt zu errichten.

In München ist das sechsgeschossige Scheibenhochhaus (heute Werk 1) Teil des stillgelegten Pfanni-Fabrikgeländes am Ostbahnhof. Das Verwaltungsgebäude sowie das ebenfalls denkmalgeschützte Kesselhaus wurde zwischen 1956 und 1958 entworfen. Es ist ein typisches Beispiel für den Bürobau der 1950er-Jahre und damit Zeugnis der Industrie- und Wirtschaftsgeschichte Bayerns.

1910 wurde der Mangfallsteg bei Weyarn, eine Brücke für Fußgänger und Fahrradfahrer, erbaut und zählt damit zu den frühen aus Stahlbeton errichteten Brücken in Deutschland.

Das Bauwerk besteht aus einer dreigeteilten Eisenbetonkonstruktion mit einem Hauptbogen sowie zwei Vorbögen. Am Mangfallsteg zeigt sich einerseits die damals noch vergleichsweise neue Stahlbetonbauweise, die eine filigrane Konstruktion ermöglichte. Gleichzeitig sind an der Brücke noch Elemente traditioneller Eisenfachwerkbrücken erkennbar. **DK**

Arbeitsgemeinschaft Fränkischer Oberbürgermeister:

Fußgängerzonen erhalten!

Vor gut 70 Jahren wurden die ersten bundesweiten Fußgängerstraßen in Kassel, Kiel und Stuttgart ihrer Bestimmung übergeben. Sie waren die Antwort der autogerechten Stadt auf das Handelstreiben im Zentrum. Heute gehören Fußgängerzonen zur Grundausstattung der Innenstädte. Dies allerdings mit unterschiedlichem Erfolg: Gerade abends sind sie häufig verlassen und beinah menschenleer.

Wie können Innenstädte attraktiv bleiben? Die erneute Insolvenz von Galeria Karstadt Kaufhof lenkt den Blick erneut auf die Zukunftsfähigkeit dieses Begegnungsorts. Den Kampf um den Erhalt der Fußgängerzonen aufgenommen hat nun die Arbeitsgemeinschaft Fränkischer Oberbürgermeister mit Hofs Rathauschefin Eva Döhla an der Spitze.

Funktion: Begegnungsort

Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur verwies Döhla darauf, dass man eine Innenstadt nicht mehr dem Marktgeschehen überlassen könne, sondern von der öffentlichen Seite sehr stark planerisch und gestalterisch herangehen müsse, um funktionierende Zentren zu erhalten. Das Augenmerk dürfe sich nicht nur auf das Ladenangebot beschränken.

Aus Döhlas Sicht geht es darum, „die Innenstadt für die Zukunft anzupassen, wenn das Konzept nicht allein durch stationären Handel getragen wird". Um die Funktion eines Begegnungsorts aufrechtzuerhalten, seien auch andere Faktoren, wie etwa Veranstaltungen in der Innenstadt, vonnöten. Dabei geht es der Rathauschefin auch um den wichtigen Aspekt des Klimawandels und die Frage, wie man Aufenthaltsqualität auch an heißen Tagen gewährleistet.

Bayreuths Oberbürgermeister Thomas Ebersberger warb bei der heimischen Bevölkerung darum, verstärkt wieder lokal zu shoppen: Schließlich sei es besser, im Fachhandel vor Ort einzukaufen als „vom Sofa aus" bei Versandhändlern. Mit Blick auf die neuerliche Insolvenz der Warenhauskette Galerie Karstadt Kaufhof erklärte Ebersberger, dass „der Karstadt" in der Fußgängerzone bislang von den Schließungswellen verschont geblieben sei. Die Entscheidung, wie es nun weitergeht, liege freilich nicht bei der Kommune, unterstrich Bayreuths Stadtoberhaupt: „Wir werden aber schauen, dass die Rahmenbedingungen stimmen für ein Kaufhaus am Markt." Das Warenhaus sei nach wie vor ein Magnet und deshalb als „Ankerhändler" wichtig für die Innenstadt.

Attraktive Zentren durch Tourismus

Einen Schlüssel für attraktive Zentren sieht Ebersberger im Tourismus: Viele Tages- und Wochenendgäste seien Kunden der Innenstadt. Bayreuth verzeichne Zuwächse im Tourismus, außerdem sei zu erwarten, dass weitere Hotels zahlungskräftige Kunden in die Stadt bringen. Auch mit kulturellen Angeboten versuche die Kommune, die Innenstadt mit Leben zu füllen, so der Rathauschef abschließend. **DK**

nachhaltig und klimaangepasst #byak-ben

Schon klimaneutral? Wir beraten Sie kostenfrei!

Zu allen Themen rund um kommunale Nachhaltigkeit sowie das nachhaltige und energieeffiziente Bauen & Sanieren, zu Förderung, Materialökologie, zur Klimaanpassung am und ums Gebäude.

Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit

Bayerische Architektenkammer

Kontakt & Info:

+49 89 139880-88
ben@byak.de
www.byak-ben.de

GZ ZU GAST BEI ...



Florian Mair

Erster Bürgermeister der Gemeinde Altenmünster

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Erster Bürgermeister der Gemeinde Altenmünster im Landkreis Augsburg. In unserer Gemeinde leben derzeit rd. 4.600 Menschen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Das Bürgermeisteramt habe ich am 01.05.2020 angetreten. Ich bin hauptamtlich tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meinem Amtsantritt war ich als Vorstand einer gesetzlichen Krankenkasse tätig. Diese Beschäftigung übe ich nicht mehr aus.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich war bereits von 2014 – 2020 Mitglied unseres Gemeinderates und konnte auf diese Weise erste Einblicke in die Kommunalpolitik gewinnen. Der direkte und persönliche Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort war für mich ein sehr wesentlicher Faktor meiner Entscheidung, mich für das Bürgermeisteramt zu bewerben. Daneben haben mich die Vielfältigkeit der Aufgaben sowie die wirklich greifbaren Gestaltungsmöglichkeiten angesprochen. Das Bürgermeisteramt eröffnet die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Gemeinderat die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort nachhaltig positiv zu gestalten. Oftmals können bereits durch sehr einfache Maßnahmen viele gute Dinge bewirkt werden, wovon die Bürgerinnen und Bürger profitieren. Zu guter Letzt war und bin ich meiner Gemeinde schon immer sehr verbunden. Ich bin hier aufgewachsen und lebe hier. Deshalb kam es für mich auch nur in Frage, das Bürgermeisteramt hier in meiner Heimat ausüben zu wollen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Die vorherige Tätigkeit als Gemeinderat war für mich die beste Vorbereitung. Es war tatsächlich ein unschätzbarer Vorteil, hierdurch bereits Kenntnisse und Erfahrungen zu laufenden Projekten gesammelt zu haben. Daneben hatte und habe ich ein sehr gutes Verhältnis zu meinem Amtsvorgänger. So war es mir möglich, die Aufgaben nahtlos und gut zu übernehmen. Außerdem konnte ich mich beim Amtsantritt auch auf mein Team im Rathaus sowie in den anderen kommunalen Einrichtungen verlassen. Ich wurde überall gut aufgenommen und niemand behielt wichtige Informationen für sich.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich hatte eine sprichwörtliche Baustelle zu übernehmen. In einem unserer Ortsteile lief zu meinem Amtsbeginn eine bereits seit vielen Jahren andauernde Dorferneuerung. Hier ging beim Kanalbau viel schief. Statt einer Straße gab es nur Staub oder Schlamm. Viele Einwohner hatten Schäden an ihren Gebäuden. Wohlgemerkt alles Dinge, für welche die Gemeinde nicht die Verantwortung trug. Dennoch waren die Erwartungen in der Bevölkerung natürlich hoch, dass „der Neue“ hier nun sehr rasch für eine Lösung sorgen würde. Die größte Herausforderung war es für mich als jemand, dessen berufliche Vergangenheit nicht unbedingt in der Baubranche lag, sich binnen kurzer Zeit in ein solch umfangreiches Bauvorhaben einzuarbeiten. Doch es ist gelungen und so viel kann ich verraten: die Dorferneuerung konnte zwischenzeitlich weitgehend abgeschlossen werden.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Wie wohl viele Kolleginnen und Kollegen befasse ich mich derzeit sehr ausgiebig mit dem Thema der Energiegewinnung bzw. Energieversorgung. Gemeinsam mit einigen Nachbarkommunen arbeiten wir an guten und tragfähigen Konzepten, wie wir als Kommunen mittel- und langfristig die Energiesouveränität erlangen können. Das sind in der Tat spannende und sehr komplexe Fragestellungen, welche uns hier beschäftigen. Ich bin jedoch überzeugt, dass es sich für unsere Bürgerinnen und Bürger lohnen wird, wenn wir Gemeinden hier unsere Kräfte bündeln und gemeinsam gute Lösungen erzielen. Ein weiteres Dauerthema unserer Gemeinde ist die Kinderbetreuung. Altenmünster ist eine stark wachsende Gemeinde. Viele unserer jungen Menschen bleiben hier oder ziehen zu und gründen hier eine Familie. Das ist aus meiner Sicht eine absolut erfreuliche Entwicklung. Allerdings muss die Infrastruktur wie Kindergarten, Kinderkrippe oder Schule natürlich mit dieser Entwicklung mithalten können. Dies ist eine große, aber gewissermaßen auch schöne Herausforderung. So baue ich viel lieber ein neues Kindergartengebäude, als dass ich darüber nachdenken muss, wie wir mit leerstehenden Räumlichkeiten umgehen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Frage, mit was ich mich noch auseinandersetzen muss, liegt ja weitestgehend nicht in meinen Händen. Ich komme jedoch nicht umhin festzustellen, dass ich mich zunehmend mit unausgegorenen und schlecht gemachten Gesetzen befassen muss, mit welchen uns die Bundes- oder Landespolitik überhäuft. Die Bürokratisierung unseres Landes schreitet trotz aller Versprechungen, dieser entgegenzuwirken, in einem ungeheuren Maße voran. Insbesondere der Bund überträgt den Kommunen immer neue und immer noch mehr Aufgaben, ohne für deren vollumfängliche Finanzierung zu sorgen. Mit all dem muss ich mich befassen, obwohl ich dies ausdrücklich nicht will. Stattdessen würde ich mich gerne damit befassen wollen, wie wir zügig und möglichst einfach die an uns gestellten Herausforderungen mit praktikablen Lösungen meistern können. Ich will, dass wir hierzulande endlich wieder ziel- sowie ergebnisorientiert arbeiten und nicht die Bedenkenträger stets das Zepter führen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Wichtige Ratschläge sind nicht so sehr meine Sache. Wenn ich eine Empfehlung geben darf, dann die, sich selbst treu zu bleiben, sich nicht zu verbiegen und niemals zu versuchen, es allen recht zu machen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Das Miteinander mit den verschiedenen Akteuren ist ein immens wichtiger Bestandteil meiner Arbeit als Bürgermeister. Ich habe in meiner Entscheidungsfindung bislang immer davon profitiert, mich zum jeweiligen Thema mit Kolleginnen und Kollegen sowie Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen. Dies erweitert den Horizont und bereichert die oftmals subjektive Wahrnehmung um neue Aspekte. Letztlich ist dies eine ganz einfache Möglichkeit, zu einer vielleicht noch besseren Entscheidung zu gelangen. Warum sollte man sich diese Chance also entgehen lassen?

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Der Einfluss der Digitalisierung auf die Kommunalpolitik ist nach meiner Wahrnehmung bereits heute sehr ausgeprägt. Ich persönlich schätze es sehr, über meine Arbeit, die Vorhaben und Pläne unserer Gemeinde aber auch einfach über das gesellschaftliche Leben in den sozialen Medien zu berichten. Einerseits ist es eine tolle Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger auf verständliche Art und Weise an dem teilhaben zu lassen, was seitens ihrer Gemeinde entwickelt und umgesetzt wird. Anderseits bietet sich eine einfache Möglichkeit, mit mir als Bürgermeister direkt und vor allem schnell in Kontakt zu treten. Diese Einfachheit in der Kommunikation ist meines Erachtens jedoch ein Stück weit auch kritisch zu sehen. Kommunalpolitische Abläufe oder Entscheidungen sind oftmals inhaltlich eben nicht einfach. Gerade hier wird nach meiner Überzeugung nichts das persönliche Gespräch ersetzen können.

Trotz diverser Vorteile hat die Digitalisierung im Bereich der Kommunalpolitik aber auch ihre Schattenseiten. Gerade in der digitalen Welt verbreiten sich Hass und Hetze sehr leicht. Vieles, was in der Anonymität geschrieben wird, würden die allermeisten Menschen von Angesicht zu Angesicht nicht aussprechen. Viel zu oft werden mittlerweile auch wir Kommunalpolitiker zum Ziel derartiger Aggressionen im Netz. Dies schwächt die Kommunalpolitik, weil es natürlich dazu führt, dass immer weniger Menschen gerne ein Amt in der Kommunalpolitik übernehmen möchten. Zugleich schädigt es unsere Demokratie, die doch letztlich vom Mitmachen lebt. Dies dürfen wir nicht zulassen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Immer positiv denken und sich selbst nicht zu ernst nehmen. Dann klappt der Rest fast von allein.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ganz bescheiden als hoffentlich netter Mensch. ❐

Jahrelange gute Zusammenarbeit

Im ländlich geprägten Landkreis Donau-Ries spielt die Landwirtschaft selbstredend eine wichtige Rolle

Um verschiedenen Problemstellungen der Landwirtschaft zu begegnen, wurden von Landrat Stefan Rößle in den vergangenen Jahren zahlreiche verschiedene Projekte neu eingeführt: „Uns ist ein regelmäßiger Austausch mit den Landwirtinnen und Landwirten in unserem Landkreis seit jeher ein wichtiges Anliegen“, erklärt der Landrat: „Sie prägen unsere Landschaft, versorgen uns regional mit Lebensmitteln und nehmen eine Schlüsselrolle bei unseren Zukunftsthemen Nachhaltigkeit und Energie ein.“

Insbesondere wird gemeinsam versucht, das Image der Landwirtschaft im Landkreis Donau-Ries weiter zu verbessern und mögliche Problemstellungen in gemeinsamen Gesprächsrunden frühestmöglich auf Augenhöhe zu klären. Bei anstehenden größeren und komplexeren Bauvorhaben beruft der Landrat frühzeitig einen Runden Tisch ein, an dem neben Bauherrn und Planern möglichst alle betroffenen Fachbereiche und Behörden beteiligt sind.

Der Landrat sowie die Fachbereiche Immissionsschutz und Bauwesen am Landratsamt Donau-Ries sind beispielsweise Jahr für Jahr am Fachgespräch des “Biogasstammtisches“ beteiligt, um aktuelle Themen gemeinsam zu diskutieren. Dort wird nach erfolgten oder anstehenden Gesetzesänderungen gemeinsam besprochen, wie gegebenenfalls erforderlich werdende Genehmigungsverfahren möglichst effektiv durchgeführt werden können.

Gemeinsame Entscheidungen auf Augenhöhe

Auch das Regionalmanagement des Landkreises koordiniert regelmäßig Zusammenkünfte, wie den „Runden Tisch der Landwirtschaft“. Es beteiligt sich gemeinsam mit weiteren forst- und landwirtschaftlichen Zusammenschlüssen am „Regionaltisch“ des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) und steht in engem Kontakt mit dem Bayerischen Bauernverband. Diese Netzwerkveranstaltungen haben das Ziel, gemeinsam mit den Betroffenen auf Augenhöhe gute Lösungen für die Anliegen der Landwirtschaft zu finden.

So hat sich das Regionalmanagement des Landkreises Donau-Ries seit 2019 vielen berechtigten Anliegen der Landwirtschaft angenommen. Dabei wurden Projekte und Kampagnen gestartet, die die Bauern und Bäuerinnen im Landkreis unterstützen sollen. Bei der Bundes-, Landes- und der EU-Gesetzgebung hat aber auch der Landkreis Donau-Ries nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten.

„Gemeinsam. Gutes. Für unsere Heimat“

Die Regionalmanagerin Jennifer Hofmann leitete die Imagekampagne „Gemeinsam. Gutes. Für unsere Heimat.“, bei der in vier Imagefilmen gezeigt wird mit welcher Leidenschaft unsere Landwirte im Landkreis Donau-Ries regionale Produkte herstellen.

Diese Imagefilme wurden zusammen mit vielen weiteren nachhaltigen und regionalen Angeboten für Schulen bei einer Lehrerfortbildung im November 2023 den Lehrkräften im Landkreis vorgestellt. Im Rahmen dieser Fortbildung stellten unter anderem das AELF und die Landfrauen ihre Projekte vor.

Landschaftspflegeverband Donau-Ries

Im Landschaftspflegeverband arbeiten Landwirte, Naturschützer und Vertreter der Kommunen freiwillig und gleichberechtigt zusammen. Ziel ist es, die vielfältige Kulturlandschaft des Landkreises Donau-Ries durch angepasste Nutzungsformen zur erhalten. Dabei sollen seltene Tier- und Pflanzenarten in der Landschaft geschützt werden, und gleichzeitig landwirtschaftliche Betriebe von der Landschaft leben können. In den letzten Jahren wurden hier bspw. die Beweidung wertvoller Flächen durch Schafe und Rinder zum Erhalt wertvoller Flächen initiiert.

Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm

Auch die Untere Naturschutzbehörde arbeitet im Rahmen des Bayerischen Vertragsnaturschutzprogrammes (VNP) eng mit der Landwirtschaft zusammen. Mit dem Förderprogramm VNP Offenland werden ökologisch wertvolle Lebensräume, die auf eine naturschonende Bewirtschaftung angewiesen sind, erhalten und verbessert. Landwirte, die auf freiwilliger Basis ihre Flächen nach den Zielen des Naturschutzes bewirtschaften, erhalten dabei für den zusätzlichen Aufwand und den entgangenen Ertrag eine Entschädigung.

Im Jahr 2023 wurden im Landkreis Donau-Ries auf mehr als 600 Hektar landwirtschaftlichen Flächen derartige Maßnahmen umgesetzt, welche mit mehr als 310.000 Euro gefördert wurden.

Regionale Produkte

Regionale Produkte an den Endverbraucher zu bringen ist nicht immer einfach. Deswegen bewirbt der Landkreis die regional von den Landwirten erzeugten Produkte im Dorfladennetzwerk und in der App regionaler Einkaufsführer, die ein Verzeichnis der Direktvermarkter im Landkreis enthält. Zudem soll eine Wanderausstellung zu regionalen Produkten, wie Honig, Bier, Eier, Fleisch, Kartoffeln, Milch und Mühlenprodukte die Wertschätzung von Lebensmitteln, die in der Region produziert wurden, steigern.

Derzeit laufen Gespräche verschiedener landwirtschaftlicher Initiativen mit Beteiligung des Landrats und seinen Stellvertretenden, wie es gelingen kann, den Anteil an Bioprodukten und regionalen Erzeugnissen im Landkreis Donau-Ries zu steigern.

Rößle hofft als Fazit der landwirtschaftlichen Protestaktionen, dass sich die Gesetzgeber auf Landes-, Bundes und Europaebene der wichtigen Rolle der Landwirtschaft gerade auch in unserer landwirtschaftlich geprägten Region bewusst sind und dass dies in ihren politischen Entscheidungen auch zum Ausdruck kommt. Unabhängig davon möchte er die gelebte Partnerschaft zwischen Landkreis und der Land- und Forstwirtschaft fortsetzen und weiter ausbauen, um auf Landkreisebene die Wertschätzung und das Bewusstsein für diesen bedeutenden Wirtschaftszweig zu steigern. ❐

Seeger Bürgermeister zu mehrjähriger Haftstrafe verurteilt

Wegen Betrugs im Zusammenhang mit Corona-Geldern hat das Landgericht Nürnberg-Fürth den Bürgermeister der Gemeinde Seeg im Ostallgäu, Markus Berktold (CSU), zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Ebenfalls schuldig gesprochen wurde der frühere Leiter einer ortsansässigen Pflegeeinrichtung, der nun wegen Betrugs und versuchten Betrugs für drei Jahre und elf Monate ins Gefängnis muss. Zudem ordnete das Gericht gegen beide die Einziehung von Vermögen in sechs- bzw. siebenstelliger Höhe an.

Gemeinsam mit dem Pflegedienstleiter habe Berktold in den Jahren 2020 bis 2022 rund 2 Millionen Euro aus dem sogenannten Pflege-Rettungsschirm unrechtmäßig abgerechnet, urteilte das Gericht. Dazu soll der Bürgermeister zum Teil Scheinrechnungen erstellt haben. Außerdem habe Berktold als Liquidator eines Vereins insgesamt 825.000 Euro auf sein Privatkonto überwiesen. Auch sei er im Besitz einer Schusswaffe samt Munition gewesen.

Beide Verurteilten legten inzwischen Revision gegen das Urteil ein. Wann der Bundesgerichtshof entscheidet, ist nach Angaben des Landgerichts ebenso völlig offen wie die Frage, ob die in Untersuchungshaft sitzenden Angeklagten vorher auf freien Fuß gesetzt werden. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bezirk Oberbayern:

Erinnerungskultur als theatrales Ereignis

Das Musical Villa Haar spielt sowohl im Jahr 2018 als auch in der Zeit der NS-Diktatur: Als die 88-jährige Emma von Blumberg 2018 Dr. Sarah Wülfing trifft, ahnen die beiden Frauen noch nicht, dass sie schicksalhaft seit 1943 miteinander verbunden sind. Dr. Wülfing ist zum Zeitpunkt des Treffens 51 Jahre alt. Sie kennt das Sterben in den ehemaligen Hungerhäusern der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Haar nur schemenhaft aus Erzählungen. Während der NS-Zeit war der Psychiater Dr. Hermann Pfanngiesser ärztlicher Direktor der Anstalt. Pfanngiesser hatte wiederum eine Beziehung zu Maria Gwandl – verantwortliche Krankenschwester und Wülfings Großmutter.

Emma von Blumberg hingegen erinnert sich traumatisch an ihre Zeit als Patientin in der Heil- und Pflegeanstalt: an den Tod ihrer kleinen Freundinnen und Freunde, die bizarren, grotesken Taten jener „vier Wahnsinnigen" – vier Pfleger, die sich unter Anleitung der verantwortlichen Krankenschwester Gwandl dem Regime anbiederten. In Emmas Erinnerung verankert ist aber auch der Beginn ihrer großen Liebe zu ihrem späteren Ehemann Falk von Blumberg und ihr gemeinsames Überleben.

Erinnerungskultur und Unterhaltung

„Uns geht es darum, den Opfern der mörderischen NS-Diktatur ein Denkmal zu setzen. Wir geben ihnen ein Gesicht", erzählt der Intendant des Kleinen Theaters Haar, Matthias Riedel-Rüppel, der das Stück auch produziert hat. Villa Haar schaffe den Spagat zwischen Erinnerungskultur und Unterhaltung. Es gelinge erstmals über das Genre Musical als populäres theatrales Ereignis hinaus eine generationenübergreifende Aufmerksamkeit für die Historie des Nationalsozialismus und dessen beispiellosen Zivilisationsbruch zu erzeugen.

Für das schwierige Thema stehen im Kleinen Theater Haar herausragende Akteurinnen und Akteure aus Deutschland und Österreich auf der Bühne. „Wir haben die Aufgabe zu erinnern, Geschichte für die Nachwelt zu erhalten und so zu erzählen, dass hingehört und nichts vergessen wird," ist sich Intendant Riedel-Rüppel sicher. „Dieses wird uns mit der Villa Haar gelingen."

Infos und Tickets

Tickets gibt es an allen bekannten Vorverkaufsstellen und unter www.reservix.de. Weitere Informationen: www.villa-haar-musical.de. ❐



Ursula (Larissa-Mariell Hoffmann) und Falk von Blumberg (Jens Emmert). Bild: Bezirk Oberbayern

Landkreis Amberg-Sulzbach:

Instrumentenlehrpfad für Hirschau

Nachhaltigkeitsrat will dieses Projekt und zwei weitere finanziell unterstützen

Welche Instrumente spielen in einem Blasorchester? Der Musikzug Hirschau will das Erklären und einen Instrumentenlehrpfad erstellen. Positiver Nebeneffekt, die Verantwortlichen wollen damit auch das Interesse an der Musik wecken. Rund 1.250 Euro soll die Gestaltung des Lehrpfads kosten. Finanzielle Unterstützung kommt dabei vom Landkreis Amberg-Sulzbach. Der Nachhaltigkeitsrat stimmte einer Förderung des Projekts zu. Auch für zwei weitere Projekte, einer Boulebahn und einem Anti-Mobbing-Projekt an einer Mittelschule, sollen Fördergelder des Landkreises fließen.

Die Leiterin der Geschäftsstelle „Leitbild des Landkreises Amberg-Sulzbach", Katharina Schenk, stellte dem Nachhaltigkeitsrat die eingereichten Projekte im Detail vor. Im Zuge der Nachwuchswerbung will der Musikzug Hirschau einen Instrumentenlehrpfad kreieren: Hierzu werden Informationstafeln an den Laternen der Hirschauer Innenstadt angebracht. Auf diesen Tafeln sollen in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren unterschiedliche Instrumente eines Blasorchesters vorgestellt und mittels QR-Code auch hörbar gemacht werden. Diese Idee gefiel den Mitgliedern des Nachhaltigkeitsrates, die einer Förderung des Projekts in Höhe von 1.000 Euro zustimmten – mit der Vorgabe, das Projekt idealerweise nach Ablauf des Zeitraums in der Grundschule und Kindergärten zu verstetigen.

Zustimmung erfuhr auch das Projekt der Stadt Sulzbach-Rosenberg, am Stadtgraben unterhalb des Stadtturms eine Boulebahn zu errichten. Die Herzogstadt will damit einen generationen- und kulturübergreifenden Treffpunkt schaffen und die Innenstadt nachhaltig beleben. Darüber hinaus will die Stadt auch einen Beitrag zur deutsch-französischen Partnerschaft leisten, deren Ursprung im Altlandkreis Sulzbach-Rosenberg liegt. Nach dem Stadtrat stimmte nun auch der Nachhaltigkeitsrat des Landkreises einstimmig für dieses Projekt.



Hier im Sulzbach-Rosenberger Stadtgraben soll die Boulebahn entstehen. Der Landkreis Amberg-Sulzbach unterstützt dieses Projekt mit 2.000 Euro Förderung. Bild: Joachim Gebhardt

Zur Umsetzung unterstützt der Landkreis Amberg-Sulzbach das Vorhaben mit 2.000 Euro Förderung.

Last but not least will sich der Nachhaltigkeitsrat für die Förderung eines Anti-Mobbing-Projekts an der Mittelschule Auerbach samt Autorenlesung, Lehrerfortbildung und Lesenacht starkmachen.

Leitbild-Homepage

Um dem Nachhaltigkeitsrat im Anschluss an die Projektentscheidungen einen Blick auf bereits abgeschlossene Projekte zu ermöglichen, stellte Schenk einen aktuellen Stand der Leitbild-Homepage vor. Im Mittelpunkt standen dabei folgende Projekte, von welchen sich der Nachhaltigkeitsrat beeindruckt zeigte: „Naturlehrpfad in Elbart" (Antragsteller: RV Eintracht Elbart), „Der Natur auf der Spur" (Antragsteller: Bücherei der evangelischen Kirchengemeinde Auerbach) oder die „Inklusive Stadtführung" – initiiert durch Regens Wagner.

Zum Abschluss erinnerte Schenk an die neue Förderperiode. Bis 31. März können Kommunen, Vereine und Institutionen neue Anträge stellen. Für die Vergabe von Fördergeldern ist entscheidend, dass die Maßnahme einen innovativen Charakter habe. „Es muss sich also um eine neue Idee handeln, die im Landkreis Amberg-Sulzbach so noch nicht durchgeführt wurde und auch noch nicht besteht. Zudem müssen die vorgeschlagenen Projekte zur Umsetzung der im Leitbild verankerten Ziele beitragen", so Schenk.

Informationen zur Förderrichtlinie und das Bewerbungsformular finden Interessierte auf der Leitbild-Homepage www.deinezukunft-as.de. ❐

GZ PINOS WELT



Diese Republik, diese Welt (jedenfalls unsere westliche, satte, nicht mit Krieg, Armut und Unterentwicklung überzogene) hat anscheinend keine drängenden Probleme zu bewältigen.

Zu dem Schluss kommt man jedenfalls, wenn man die neuesten, in vielen Medien verbreiteten Sprachhinweise der Tierschutz-Aktivistengruppe PETA (People for the Ethical Treatment of Animals) liest. Tiere sollen aus dem allgemeinen Sprachgebrauch verdrängt werden: Statt mit jemandem „ein Hühnchen" zu rupfen, wenn man mal Tacheles reden will, soll man lieber zum Ausdruck „Weinblätter rollen" greifen. Man soll als Multitasker keine „zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen", sondern „Erbsen auf eine Gabel laden". Auch die Krönung der Tierwelt, die Katze, wird nicht verschont. Statt die „Katze aus dem Sack" zu lassen, wenn man ein gut gehütetes Geheimnis enthüllt, soll man die „vegane Calzone aufschneiden". Puuh!

„A Hund is er scho" ist ein Prädikatslob.

Nicht überliefert in der gegenwärtigen Berichterstattung wurde, welches Schicksal der Katze zugedacht ist, die im Sack gekauft wird. Ob sie auch durch wabbelige Tofupampe und Erbsenpüree à la vegane Calzone ersetzt werden soll? Diese Anschläge auf traditionelle Redensarten und Ausdrücke stehen im Zeichen des Kampfes gegen den Speziesismus, also der Diskriminierung von Lebewesen aufgrund ihrer Art. Sie konnten bisher gut ohne das Bewusstsein leben, dass sich Tiere durch sprachliche Ausdrücke gekränkt fühlen könnten? Oder dass Tierrechtsaktivisten statt ihrer (da die Tiere ja selber keine bad feelings artikulieren können) gegen Schimpfwörter wie blöde Gans, dumme Kuh oder Rabeneltern zu Felde ziehen, auch wenn damit weder Gänse, noch Kühe oder Raben beleidigt werden sollen, sondern Vertreter der Spezies homo sapiens sapiens?

Gut, der schlaue Fuchs, die weise Eule oder das flinke Fischlein, beliebt in Fabeln und Liedern, dürften den sprachlichen Furor vielleicht überleben. Spannend wird es mit dem bayerischen „Hund" oder gar Hundling. Wird es gelingen, dem norddeutsch geprägten Achtsamkeits-publikum zu vermitteln, dass „A Hund is er scho" ein Prädikatslob ist?

Jetzt haben wir uns also bereits mit Feminismus, Wokeness, gendersensibler und diskriminierungsfreier Sprache, einem antikolonialen Diskurs und ethnosensiblen Ausdrucksweisen herumzuschlagen, die mit den Wörtern, Ausdrücken und Begriffen unserer Kindheit gnadenlos ins Gericht gehen. Wir lesen unseren Enkeln mittlerweile Bücher vor, die schon wir einst geliebt haben, in denen es aber keine N-könige mehr gibt und in denen die Figuren kontextualisiert werden, wenn es sich um Indianer oder Eskimos handelt. Bevor wir Loriot- oder Otto-Sketche in der Mediathek anschauen, gibt es Warnhinweise zu sehen und James Bond frägt in seinen neuen Filmen höflich an, bevor er das Bond-Girl (alter Schwede, welch Stereotype) von seinen körperlichen Vorzügen zu überzeugen versucht. Und jetzt sollen wir auch nicht mehr mit unseren Gegnern Katz und Maus spielen dürfen (was stattdessen? Tom und Jerry?).

Was mich angesichts der Weltlage, der Wirtschaftskrise und dem Fachkräftemangel auch nachdenklich zurücklässt ist, dass es sich unsere (westlichen) Gesellschaften erlauben können, solche Institutionen unnützen Denkens wie PETA weiterhin zu alimentieren. Denn Forschung zugunsten des Tierschutzes feiere ich, Innovationen zur artgerechten Haltung, Investitionen in Produkte, die tierisches Leiden mindern oder vermeiden – her damit. Aber sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie jahrhundertealte Redensarten durch Veganersprech ersetzt werden können, da steige ich intellektuell aus.

Es mag ja gut sein, dass Sprache Bewusstsein schafft und sicher ist es auch gut, wenn man ab und zu zweimal überlegt, was und wie man was sagt. Aber die Probleme der Welt auf Begriffe und Gefühle zu reduzieren, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht. Da braucht sich dann auch niemand wundern, wenn sich die arbeitende Mitte der westlichen Länder mit Kopfschütteln von solchen elitären Spielchen abwendet.

Vielleicht sollten wir auf Samuel Butler hören: „Alle Tiere mit Ausnahme des Menschen wissen, dass der Hauptzweck des Lebens darin besteht, es zu genießen."

Ihr Pino

„Europa braucht Stabilität in der politischen Mitte"

Manfred Weber beim Neujahrsempfang der Fürther CSU

Fürth. Für Manfred Weber geht es bei der Europawahl im Juni auch um eine strikte Abgrenzung zu Radikalen von rechts und links: „Wir werden uns von Nationalisten unser Europa, das wahrlich nicht perfekt ist, aber unser Europa, das das Beste ist, das wir jemals in der Geschichte des Kontinents hatten, wir werden es nicht kaputt machen lassen."

Im Fürther Autohaus der Feser-Graf Gruppe hatte eingangs Wilhelm Graf der Politik und vor allem der Bundesregierung den Spiegel vorgehalten und an Beispielen dargelegt, in welchen Bereichen Unternehmen und dem Mittelstand das Leben schwer gemacht werde. Das traditionsreiche Familienunternehmen gehört zu den größten Ausbildungsbetrieben in der Region. In der gefüllten Ausstellungshalle hatten sich etwa 400 Gäste eingefunden, darunter viele Ehrenamtliche und Repräsentanten des Öffentlichen Lebens.

Mit Dr. Ingo Friedrich war auch ein CSU-Europapolitiker aus den Anfangszeiten des Parlaments gekommen, begleitet von Marlene Mortler, MdeP und dem aktuellen Spitzenkandidaten der Region, Dr. Konrad Körner. Mit dabei auch die örtlichen Mandatsträger der CSU, wie Tobias Winkler, MdB sowie Petra Guttenberger, MdL und Werner Stieglitz, MdL. Der kürzlich als Nachfolger von Matthias Dießl gewählte Landrat des Landkreises Fürth, Bernd Obst, hatte sein Debüt beim Fürther Neujahrsempfang.

CSU-Kreisvorsitzender Thomas Winning nannte Manfred Weber bei seiner Begrüßung den „politischen Kopf der christlich-demokratischen und konservativen Parteien in Europa". In einer Zeit fundamentaler Veränderungen seien Freiheit und Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie „ein großer Schatz in Europa", so Winkler im Rahmen eines Impulses. Weber, kürzlich erneut von der CSU zum landesweiten Spitzenkandidaten für die Europawahl nominiert, ergänzte. „Wir brauchen in Europa den Zusammenhalt der demokratischen Mitte, um die Mehrheit nicht den Anti-Europäern und Radikalpopulisten zu überlassen". Eben deshalb sollten alle Demokraten am 9. Juni zur Wahl gehen.

„Wir brauchen einen europäischen Schutzschirm"

Angesichts der Weltlage müsse auch in Europa eine eigenständige Fähigkeit zur Verteidigung hergestellt werden. „Was hilft ein deutscher, polnischer oder litauischer Raketenschutzschirm. Was wir brauchen ist ein europäischer Schutzschirm". Weber plädierte zudem für mehr Handelsverträge mit demokratischen Staaten und weniger mit Autokraten, und er würde gerne das geltende Einstimmigkeitsprinzip abschaffen, um handlungsfähiger zu werden. „Wir brauchen eine Führung aus der Mitte heraus und gegen Rechts- und Linksaußen".

Mit Blick auf die „auch die Kommunen überfordernde" Migration meinte Weber, auch stellvertretender Parteivorsitzender der CSU: „Ich will, dass an den europäischen Außengrenzen die EU entscheidet, wer reinkommt und wer nicht. Das dürfen wir nicht den Schlepperbanden überlassen". Sehr nachdenklich sprach er von seinen Sorgen um die Demokratie. Europa müsse auch in diesem Zusammenhang die Kraft dazu finden, der digitalen Welt einen Rahmen zu setzen, damit aufgrund häufig gezielter Falschmeldungen die öffentliche Wahrnehmung nicht die Gesellschaft weiter spaltet.



Manfred Weber. Bild: EVPFraktion

Für Weber, Partei- und Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), der größten und ältesten Fraktion im Europäischen Parlament, gelte bei der Europawahl: Mehr Sicherheit, dauerhafter Wohlstand und begrenzte Migration. „Stabilität in der politischen Mitte gibt es nur mit den europäischen Christdemokraten. Und klar ist auch: Wer Bayern will, muss CSU wählen, da nur die CSU eine rein bayerische Liste hat". **pmw**

Initiative Familien e.V.:

Kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kitas

In Schweden ist es schon seit den 1970er Jahren selbstverständlich, dass alle Kinder zwischen sieben und 16 Jahren ein kostenloses und nährstoffreiches Mittagessen in den Schulen bekommen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das gibt das schwedische Schulgesetz vor. Finanziert wird das Essen aus Steuergeldern.

Im Gegensatz dazu wird das Schulessen und das Essen in den Kinderbetreuungseinrichtungen in Deutschland mit derselben Mehrwertsteuer belastet wie das kommerzielle Essen in Restaurants. Mit dem Ende der gesenkten Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie droht daher eine weitere Verschärfung der Notsituation vieler Kinder.

Initiative Familien fordert deshalb die Regierung auf, die Schul- und Kitaverpflegung kostenlos zu stellen. „Auch in Deutschland ist es möglich, dass jedes Kind kostenlos ein gesundes Mittagessen bekommt, wenn die Prioritäten entsprechend gesetzt werden“, sagt Katrin Lena Greiner, Vorstand der Initiative Familien e.V. „Vor dem Hintergrund des anstehenden Wegfalls der Mehrwertsteuersenkung fordern wir die Politik nun auf, einen ersten Schritt in diese Richtung zu unternehmen und die Verpflegung in Schulen und Kitas zumindest von der Mehrwertsteuer ganz zu befreien statt sie wieder auf 19 Prozent anzuheben“, so Greiner weiter.

Alarmierende Zeichen

„Dass in diesem Bereich gar nichts passiert, ist schlicht nicht nachvollziehbar“, meint auch Bernhard Alberts, ebenfalls Vorstand der Initiative. „Immer häufiger wird beobachtet, dass sich Geschwisterkinder in der Schulkantine ein Essen teilen. Die Zahl der Kinder, die sich ganz vom Essen abmelden, steigt.“ Initiative Familien ist irritiert darüber, dass diese alarmierenden Zeichen ignoriert werden.

„Es gibt keine bessere Investition in unsere Zukunft und auch nicht in unsere Wirtschaft als die Investition in unsere Kinder“, meint Alberts, „daher sollte es überhaupt keine Frage sein und zum gesellschaftlichen Konsens gehören, in die Bildung unserer Kinder zu investieren. Dazu gehört selbstverständlich auch eine gesunde Ernährung.“

Befreiung aufwändig

Für ein warmes Mittagessen in Gemeinschaftseinrichtungen wie Schule und Kita sind mittlerweile 5,00 Euro nicht ungewöhnlich. Für viele Familien ein enormer Kostenpunkt. Zwar gibt es über das Bildungs- und Teilhabepaket (gem. §28 Abs. 6 SGB II) die Möglichkeit, finanzielle Unterstützung zu beantragen. Die Wege zur Förderung regelt in der Praxis jedoch jede Kommune anders, häufig bürokratisch aufwändig. Die Kosten werden oft erst nach langer Bearbeitungszeit erstattet. Finanziell belastete Familien müssten in Vorkasse gehen – das ist häufig schlichtweg realitätsfern.

Vorbild Schweden

„Kostenloses Mittagessen für alle Kinder und Jugendlichen ist möglich, das sehen wir in Schweden“, so Greiner. Damit wird es Kindern und Familien erspart, für dieses Grundbedürfnis aufwändige Anträge zu stellen und es ist nicht von den finanziellen Voraussetzungen der Familie abhängig, ob ein Kind ein warmes Mittagessen am Tag zu sich nehmen kann.“ Kinder dürfen auf keinen Fall die Leidtragenden von Sparmaßnahmen werden, so die Initiative. ❐

Web-Seminarreihen für Kita- und Schulträger:

Beschaffung von Verpflegung

Mit einem erweiterten Seminar-Angebot zum Beschaffungsmanagement von Kita- und Schulverpflegung startet das Nationale Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule (NQZ) ins neue Jahr. Angesprochen ist die gesamte bundesweite Trägerlandschaft: öffentliche Schulträger, freie Träger der Ganztagsbetreuung sowie öffentliche und freie Kitaträger. Eingeladen sind zudem alle, die mit dem Vertragsmanagement im Anschluss an den Vergabeprozess betraut sind. Das erste Web-Seminar startet am 26. Februar 2024.

Die beiden Web-Seminarreihen „Beschaffung von Kitaverpflegung“ und „Beschaffung von Schulverpflegung“ rücken die Herausforderungen in den Mittelpunkt, vor denen Träger bei der Beschaffung von Verpflegungsleistungen stehen: Öffentliche Auftraggeber, wie Gemeinden und Kommunen, sind an vergaberechtliche Vorschriften gebunden und setzen den Rahmen für Qualität und Akzeptanz des Speisenangebotes. Zusätzlich müssen Anforderungen wie beispielsweise steigende Kosten oder Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Wie sich dieser Prozess optimal gestalten lässt, ist Inhalt der Web-Seminarreihen.

Infos und Anmeldung

Alle Termine und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es unter https://www.nqz.de/service/e-learning-angebot ❐

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4/2024, die am 15. Februar 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk**
- **Arbeitsplatz Kommune**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management**
- **Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte**

Bayerische Wahlergebnisse

Die Bürger von Sinzing bei Regensburg haben einen neuen Bürgermeister gewählt. Mit einer hauchdünnen Mehrheit von fünf Stimmen setzte sich der CSU-Kandidat Martin Brix gegen Thomas Schwindl von den Freien Wählern durch. Brix kam auf 50,1 Prozent, Schwindl auf 49,9 Prozent. Der bisherige Bürgermeister Patrick Grossmann war nach 15 Jahren im Amt für die CSU in den Landtag eingezogen. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,3 Prozent.

Max Singer von den Überparteilichen Wählern ist neuer Rathauschef in Bad Feilnbach. Er erhielt 56,6 Prozent der Stimmen, während der amtierende Bürgermeister Anton Wallner von der CSU 43,4 Prozent erzielte. Wahlbeteiligung: 58,3 Prozent.

Neues Stadtoberhaupt in Sulzbach-Rosenberg ist Stefan Frank (CSU). Er siegte mit 51,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der amtierende Bürgermeister Michael Göth von der SPD vereinte 48,8 Prozent auf sich. Mit seiner Abwahl geht eine Ära in der oberpfälzischen Stadt zu Ende, denn seit Jahrzehnten hatte die SPD den Chefsessel im Rathaus inne. Die Wahlbeteiligung betrug 46,1 Prozent.

Markus Krebs (FW) ist neuer Rathauschef in Sulzbach am Main. Für den 36-jährigen stimmten 78,8 Prozent der Wähler. Der CSU-Mitbewerber Meik Schulz erreichte 21,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,7 Prozent.

Mit 95,7 Prozent der Stimmen ist Max Boneberger als einziger Kandidat zum Bürgermeister der Marktgemeinde Altusried im Allgäu gewählt worden. CSU und Freie Wähler hatten den parteilosen 41-jährigen Rohrdorfer gemeinsam aufgestellt. Er folgt Amtsinhaber Joachim Konrad (CSU), der in den Landtag gewählt wurde. Wahlbeteiligung: 39,5 Prozent.

Bei der Stichwahl in der Gemeinde Kochel am See holte Jens Müller (Unabhängige Wählergemeinschaft Kochel/UWK) einen ungefährdeten Sieg. Der Gemeinderat landete mit 60,2 Prozent der Stimmen deutlich vor seiner Mitbewerberin Rosemarie Marksteiner (Mitte), die auf 39,8 Prozent kam. Wahlbeteiligung: 53,8 Prozent.

Im zweiten Wahlgang hat es Eva Treu geschafft: Bei den Landratswahlen in Neu-Ulm entschied die 31-Jährige CSU-Kandidatin die Stichwahl mit 67,1 Prozent der Stimmen deutlich für sich. Ihr Kontrahent Joachim Eisenkolb von den Freien Wählern erreichte 32,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug magere 28,2 Prozent. **DK**



Eva Treu. Bild: LRA Neu-Ulm

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen Gemeindefahnen Maste Bekleidung uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Teichrettung



WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 15. Februar 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 4

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Vl.: Oliver Schulte, Carmen Pepiuk, Sebastian Franz, Stefan Rößle, Christian Haase, Eva Weber, Hannelore Langwieser und Kathrin Albsteiger. Bild: GZ

MdB Haase beim KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Mutig neue Wege gehen

Eine Bestandsaufnahme der politischen Lage in Deutschland stand im Zentrum der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München unter der Leitung des Vorsitzenden der KPV Bayern, Stefan Rößle. Hierzu stand KPV-Bundesvorsitzender Christian Haase, MdB, Rede und Antwort. Seine Einschätzung: „Kommunen und ländliche Räume sind der blinde Fleck der Ampelregierung. Die Ignoranz vor den Herausforderungen der Kommunen spiegelt auch der Haushalt 2024 wider."

„Noch nie war die Stimmung im Land so schlecht wie jetzt", machte Haase deutlich. Für die vollzogene Spaltung in Deutschland sei die amtierende Ampelregierung verantwortlich, die „komplett an den Menschen vorbei regiert". Ihr fehle ein Gesamtkonzept zur Lösung der aktuellen Probleme. Haase registriert eine zunehmende Vertrauenskrise im Land. Dafür hätten die demokratischen Parteien Sorge zu tragen. Ihre vordringliche Aufgabe sei es, jene Themen zu besetzen, die die Bürger bewegen und nicht eigene Vorlieben in den Vordergrund zu stellen. Zudem müssten politische Abläufe und Entscheidungen nachvollziehbar erklärt werden.

Zukunftsinvestitionen gehen verloren

In Gesprächen mit Unternehmen nimmt Christian Haase wahr, „dass Zukunftsinvestitionen verloren gehen und damit ein schleichender wirtschaftlicher Abstieg verbunden ist". Frustration mache sich breit, die derzeit deutschlandweit in Protestaktionen von Landwirten und solidarischen Handwerkern und Spediteuren gipfelt. In recht willkürlicher und überstürzter Weise habe die Ampelregierung händeringend nach Geld gesucht, damit in die Ertragssituation der landwirtschaftlichen Betriebe eingegriffen und somit nicht nur gegen volkswirtschaftliche Prinzipien der Stetigkeit und Planbarkeit verstoßen.

Angriff auf die ländlichen Räume

„Letztlich ist dies ein Angriff auf die ländlichen Räume", unterstrich der KPV-Bundesvorsitzende und bemerkte: „Das Leben in den ländlichen Regionen ist ohne eine wettbewerbsfähige, moderne und zukunftsfeste Landwirtschaft undenkbar. Schließlich leben wir nicht nur in einer Natur-, sondern in einer Kulturlandschaft. Es geht daher in der Diskussion nicht nur um den Berufsstand, sondern auch um die Landschaft und die Region insgesamt."

Die Ideen des Herrn Habeck

Liebevoll und ideenreich kümmere sich Wirtschaftsminister Habeck zwar um das Klima, „jedoch fällt ihm nichts ein, wie er die Wirtschaft in Gang bekommen soll", fuhr der MdB fort. Und ringe er sich zu Maßnahmen durch, gingen diese „in Richtung Industriepolitik nach französischem Vorbild". Dabei gehe es darum, große Industriekonzerne mit Subventionen gleichsam an den Staat zu binden und des-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Bayerischer Landkreistag zu Gesundheitsminister Lauterbach:

Protest gegen „Egotrip"

Erneut haben die bayerischen Landrätinnen und Landräte vehement gegen die Pläne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und dessen Umgang mit seinen eigentlichen Partnern in den Kommunen und im Land protestiert. Der Anlass: Kurz vor der Präsidiumssitzung des Kommunalverbandes war bekannt geworden, dass der Minister das Gesetz zur Krankenhausreform als für im Bundesrat nicht mehr zustimmungspflichtig erachtet und den Krankenhaus-Atlas für verabschiedet erklärt hat.

Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, betonte, „widerspricht der Bundesgesundheitsminister den zur Krankenhausreform vereinbarten Eckpunkten vom vergangenen Sommer und kündigt die für echte Zukunftslösungen so wichtige Zusammenarbeit mit Land und Kommunen auf. Weiterhin tot stellt er sich zudem bei der für die Versorgung unserer Bürger entscheidenden Frage nach einer kurzfristigen Schließung vorhandener Liquiditätsengpässe."

Immer neue Kapriolen

Die letzte Kapriole des Bundesgesundheitsministers liegt Karmasin zufolge erst wenige Wochen zurück. Nachdem er es nicht geschafft hat, die Länder mit vermeintlichen Liquiditätshilfen für die Krankenhäuser unter Druck zu setzen, dem Krankenhaustransparenzgesetz zuzustimmen, setze er jetzt auf einen „Egotrip". Eine Antwort, wie er die drohende Insolvenzwelle der Kliniken – vor allem in der Fläche – verhindern will, bleibe er weiterhin schuldig.

„Über Jahre haben sich viele Krankenhäuser in einem System, das insbesondere die Klei-



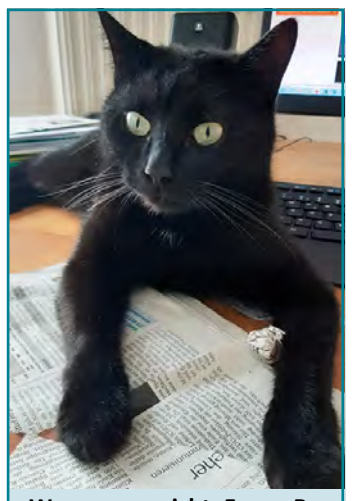
Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags.

nen in der Fläche benachteiligt hat, durch kommunales Geld über Wasser gehalten, um unsere Bürger zu versorgen. Die derzeit vorhandenen Liquiditätsengpässe sowie die Reaktionen aus Berlin darauf, schwächen unseren ländlichen Raum. Unsere Bevölkerung darf auch weiterhin keinen Versorgungsnachteil haben. Die Bundesregierung bleibt uns bis heute eine Antwort darauf schuldig, wie künftig bürgernah, bezahlbar und bedarfsgerecht medizinische Leistungen möglich sein sollen", unterstrich der Landkreistagspräsident.

Neben weiteren Vorhaben zur Digitalisierung, Erweiterung der Kompetenzen von Pflegekräften, Reform des Rettungsdienstes und Erhöhung der Anzahl von Medizinstudenten will Lauterbach noch bis zum Sommer auch Gesetze zur Stärkung der Hausärzte, der Notfallmedizin und der klinischen Forschung zum Abschluss bringen. Apropos Pflegekräfte: Nach neuen Berechnungen könnte der Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften allein durch die zunehmende Alterung bis zum Jahr 2049 auf bis zu 690.000 steigen. Das wäre ein Plus von rund einem Drittel im Vergleich zum Jahr 2019, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) mit. Zur Jahrhundertmitte würden dann rund 2,15 Millionen Menschen in der Pflege benötigt. Für das Vor-Corona-Jahr 2019 gab das Bundesamt einen Bedarf von 1,62 Millionen Pflegekräften an.

Die Deutsche Stiftung Patientenschutz mahnte nach Bekanntgabe der Prognose Bund und Länder, sie dürften sich keine weiteren Flops bei der Anwerbung ausländischer Pflegekräfte leisten. Laut Vorstand Eugen Brysch konnten in zehn Jahren nur 7.700 Neubeschäftigte gezählt werden. Anstatt weiter Millionen von Euros zu verbrennen, hätten die Anerkennung und Förderung von Berufsabschlüssen schneller zu erfolgen.

Nach Auffassung des Präsidenten des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste, Bernd Meurer, „sieht Minister Lauterbach tatenlos zu, wie sich die Situation immer weiter verschlimmert: Immer mehr Pflegekräfte gehen in den nächsten Jahren in Rente und die Zahl der Auszubildenden bricht ein." In den Ländern bahne sich eine Katastrophe an. **DK**



„Wer wenn nicht Franz Beckenbauer, der ‚Bub aus Giesing', der im Fußball Überragendes geleistet hat, der als Botschafter des Sports und des Landes in aller Welt angesehen ist, hätte einen Platz in der Walhalla verdient", meint Pino gemeinsam mit Prof. Dr. Gerhard Sabathil. **Seite 13**

Forderungen des Bayerischen Gemeindetags:

Migration und Lehren aus „Betriebsunfall"

Der mit deutlicher Mehrheit von den Mehringer Bürgern abgelehnte geplante Windpark im bayerischen Chemiedreieck schlägt hohe Wellen. Im Staatsforst zwischen Altötting und Burghausen sollen nach dem Willen der Staatsregierung und der Staatsforsten 40 Windräder entstehen, davon zehn auf Mehringer Gebiet. „Grundsätzlich ist die Akzeptanz für die erneuerbaren Energien auch auf dem Land groß. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen stimmen und dazu gehören Mitbestimmung und finanzielle Teilhabe. Hieran hat es beim Windpark in Altötting bislang gefehlt", kritisiert Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

So bemängelt der Verband seit langem, dass das Vergabeverfahren der Staatsforsten Bürgerbeteiligungsmodellen und kommunalen Betreibern wenig Zuschlagschancen gibt, „weil die Höhe der Pachteinnahmen im Vordergrund steht und man sich hinter einem juristischen Gutachten verschanzt", erläutert Brandl. Dabei konnte der Gemeindetag in den seit Monaten laufenden Gesprächen mit den Staatsforsten auf ein Gutachten verweisen, das den Staatsforsten deutlich mehr Spielraum gebe, vorrangig örtliche Initiativen zum Zuge kommen zu lassen. „Bislang sind wir jedoch kein Jota weitergekommen," betont der Gemeindetagschef.

Auch ein anderer Vorschlag seines Verbandes sei bislang nicht aufgegriffen worden, so Brandl: Wenn man schon als Staatsforst die Pachteinnahmen in den Vordergrund stellt, dann könne man zumindest die betroffenen Gemeinden an diesen beteiligen. Davon profitierten alle vor Ort, da damit die klammen Gemeinden wieder Gestaltungsmöglichkeiten bekämen. Hessen praktiziere dies unter dem Stichwort „Windenergiedividende" seit 2016 bereits erfolgreich. Die Bayerischen Staatsforsten sähen aber ihre Hände gebunden, da dies der Landtag entscheiden müsse.

Aber auch die Staatsregierung kann Brandl zufolge ihren Teil beitragen. Zwar verspreche der Koalitionsvertrag, dass die Wertschöpfungsmöglichkeiten für die Bürger und Kommunen vor Ort verbessert werden sollen, aber passiert sei bis-



Dr. Uwe Brandl. Bild: Fotografi/

lang nichts. Und das obwohl zwischenzeitlich rechtlich feststehe, dass der Bund keine einheitlichen Regelungen schaffen kann – dies wollte der Freistaat abwarten. „Nun haben uns andere Länder überholt. Zum Beispiel Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Doppelhaushalt 2024/2025 — Eckpunkte der Staatsregierung	2
Zukunftspaket der CSU-Landtagsfraktion	2
Trauer um Armin Grein	3
Einladung zum Benefiz-Schafkopfrennen	3
Tourismus in Bayern boomt	3
Bayern setzt sich für Fortschritte in der Pflege ein	3
Bundestrend bedrückt Bayerns Wirtschaft	3
Barrierefreiheit ist das Zukunftsthema	4
Digitalisierung • IT • Breitband • Kommunikation	5 - 9
Kommunale Umwelt- und Abfallthemen	9 - 11
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 14

Doppelhaushalt 2024/2025:

Staatsregierung beschließt Eckpunkte

Die Bayerische Staatsregierung hat auf einer Klausurtagung am Tegernsee den Doppelhaushalt für 2024 und 2025 aufgestellt. Ab dem Haushaltsjahr 2024 wird mit der Tilgung der zur Bewältigung der Corona-Krise in den Jahren 2020 bis 2022 im Sonderfonds Corona-Pandemie aufgenommenen Schulden begonnen. Ministerpräsident Markus Söder sprach von einem „Premiumhaushalt" und hob hervor, dass die sogenannten Rücklagen des Freistaats für die Finanzierung der Ausgaben nicht in voller Höhe genutzt werden müssten. Klar sei aber, dass die schwierige wirtschaftliche Lage auch in Bayern spürbar sei, weshalb er es als wichtig erachte, ein Signal der Hoffnung und der Zukunft zu setzen.

„Wir investieren wieder gegen die Krisen", erklärte Finanzminister Albert Füracker. Es sei ihm persönlich wichtig gewesen, wieder einen Doppelhaushalt aufzustellen; Grundlage aller Planungen sei wie immer die Steuerschätzung gewesen. Der Doppelhaushalt soll voraussichtlich im zweiten Quartal 2024 im Bayerischen Landtag beschlossen werden.

Gesamtausgaben 149 Mrd. Euro

Die Gesamtausgaben 2024/2025 betragen insgesamt knapp 149 Mrd. Euro. Die Ausgaben steigen im Jahresdurchschnitt 2024/2025 um rund 3,1 Prozent. Die Bildungsausgaben nehmen weiter deutlich zu und bilden mit rund 52 Mrd. Euro den größten Ausgabenblock im Staatshaushalt.

Für den flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau von ganztägigen Betreuungsangeboten für Kinder im Grundschulalter werden im Kultus- und Arbeitsministerium insgesamt über 1,2 Mrd. Euro veranschlagt. Die Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen (insbesondere Betriebskostenförderung nach dem BayKiBiG, Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung und Bayerische Krippengeld) steigen deutlich auf zusammen rund 6,9 Mrd. Euro.

Steigender Bedarf bei High Tech und Wissenschaft

Die Mittel für den Hochschulbereich im Haushaltsplan des Wissenschaftsministeriums sollen im Doppelhaushalt auf insgesamt gut 14 Mrd. Euro anwachsen. Die zusätzlichen Mittel sind unter anderem für neue Technologietransferzentren sowie für den weiteren Aufbau der TU Nürnberg vorgesehen. Bei den Universitätsklinika sollen das Bayerische Krebsforschungszentrum, der Medizincampus Niederbayern, der Medizincampus Oberfranken sowie die Universitätsklinik Augsburg weiter aufgebaut werden. Für die einzigartige Technologieoffensive „Hightech Agenda Bayern" werden insgesamt 1,1 Mrd. Euro eingeplant.

Prioritäten bei Innerer Sicherheit

Für den Bereich der Inneren Sicherheit und des Rechtsschutzes plant die Staatsregierung Ausgaben in Höhe von rund 17 Mrd. Euro. Die Einsatz- und Betriebsmittel sowie Sachinvestitionen der bayerischen Polizei (sog. Polizei-Budget) wachsen im Jahr 2024 auf ein erneutes Rekordniveau von rund 592 Mio. Euro an. Darin enthalten sind zusätzliche Mittel für den Kauf der größeren und leistungsstärkeren Polizeihubschrauber der 4-Tonnenklasse. Für das „Polizei-Budget" werden im Haushaltsentwurf 2024/2025 rund 1,12 Mrd. Euro veranschlagt. Die Mittel für den Feuerwehrbereich steigen auf rund 226 Mio. Euro. Die Finanzierung erfolgt vollständig aus den Einnahmen der Feuerschutzsteuer. Für die Bereiche Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind insgesamt rund 192 Mio. Euro vorgesehen.

Die Ausgaben für Gesundheit betragen rund 3,6 Mrd. Euro. Für ein Förderprogramm zur Unterstützung kleinerer Krankenhäuser sollen 25 Mio. Euro veranschlagt werden.

Neuer Spitzenstand beim kommunalen Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich 2024 erreicht mit rund 11,4 Mrd. Euro einen neuen Spitzenstand. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rund 213 Millionen Euro. Die Investitionsausgaben werden deutlich erhöht und betragen nunmehr insgesamt gut 22 Mrd. Euro. Die Investitionsquote steigt im Jahresdurchschnitt 2024/2025 auf 15,0 Prozent.

Die staatliche Wohnraumförderung erreicht mit einem Bewilligungsrahmen von rund 885 Mio. Euro im Jahr 2024 und 940 Mio. Euro im Jahr 2025 jeweils ein neues Rekordniveau. Sie umfasst darüber hinaus das kommunale Wohnraumförderungsprogramm (150 Mio. Euro pro Jahr), die Bayerischen Holzbauförderung (35 Mio. Euro pro Jahr) und die Studentenwohnraumförderung (38 Mio. Euro pro Jahr).

Zur weiteren Umsetzung des Energie- und Klimapakets werden auf dem Gebiet der Energieförderung rund 51 Mio. Euro insbesondere für die Förderung von Elektrolyseuren zur Wasserstoffproduktion eingeplant. Im Bereich der Bioenergie sind insgesamt 22 Mio. Euro Ausgabemittel vorgesehen. Durch die Aufstockung der Mittel für den „Energiekredit Regenerativ" um 5 Mio. Euro auf insgesamt 15 Mio. Euro kann die LfA Förderbank ihr Kreditangebot auf die Finanzierung von Wärmenetzen ausweiten.

Für den Einstieg in die Umsetzung des „Zukunftsvertrags Landwirtschaft" sind insgesamt 40 Mio. Euro veranschlagt. Rund 149 Mio. Euro pro Jahr sind für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) vorgesehen. Anders als der Bund steht der Freistaat damit zu seiner Verantwortung für den ländlichen Raum.

Die Ausgabemittel für den Schienenpersonennahverkehr aus Regionalisierungsmitteln erhöhen sich auf rund 4,3 Mrd. Euro. Zur Fortführung des „Deutschlandticket" in den Jahren 2024 und 2025 sind knapp 1,3 Mrd. Euro vorgesehen - je zur Hälfte aus Bundesmitteln und Landesmitteln finanziert. Ein belastbares Bekenntnis des Bundes zur Weiterfinanzierung steht bis heute noch aus. Die Ausgaben für die Staatsstraßen werden mit zusammen rund 1,1 Mrd. Euro auf Rekordniveau angehoben.

Coronabedingte Kredite

Für die Tilgung der coronabedingten Kreditaufnahme sieht die Staatsregierung zunächst 100 Mio. Euro vor. Für den Doppelhaushalt 2024/2025 sind gut 6.000 zusätzliche Stellen geplant. Darin enthalten sind insbesondere 4.100 zusätzliche Stellen für weitere Verbesserungen des bayerischen Schulsystems und zur Sicherung der Unterrichtsversorgung (2.900 Lehrerstellen und 1.200 Stellen für Unterstützungskräfte an Schulen) und knapp 1.000 zusätzliche Stellen für Polizei und Justiz. **DK**

artouro 2024 ausgelobt

Architekten und Bauherren können sich für Bayerischen Tourismus-Architektur-Preis bewerben!

Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus und die Bayerische Architektenkammer in Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH loben zum vierten Mal den Bayerischen Tourismus-Architektur-Preis „artouro'" aus. Der Preis würdigt architektonischen Mut und Nachhaltigkeit im Tourismus. Der in Deutschland einmalige Preis stellt die ökonomische, ökologische und soziale Bedeutung einer qualitätvollen Tourismusarchitektur heraus. Anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer wird zudem der Sonderpreis artouro Barrierefreiheit vergeben.

Gerade im Tourismus, einer für Bayern wichtigen Leitökonomie, zeigt sich, dass hochwertige Architektur den Erlebniswert steigert und Gäste anzieht. Dieser Mehrwert wird bei Hotel- und Gastronomiebetrieben und allen weiteren Destinationen touristischer Freizeitgestaltung deutlich – von Wellness- und Gesundheitseinrichtungen bis hin zu Unterhaltungs- und Kulturbauten.

Der artouro fördert die Kooperationen zwischen Architektur und Tourismus und stärkt die Wachstumsbranche Tourismus in Städten, Kommunen und Gemeinden.

Der Preis richtet sich an Architekten und Bauherren von Bauten in Bayern, bei denen ein touristischer Nutzen vorliegt erläuterten die Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft Forsten und Tourismus, Michaela Kaniber sowie die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, Prof. Lydia Haack.

Bewerbungen können bis zum 30. April 2024 über artouro.byak.de eingereicht werden. ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Kern
94548 Innernzell
am 16.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernhard Sontheim
82340 Feldafing
am 19.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ulrich Werner
97493 Bergrheinfeld
am 15.2.

Bürgermeister Franz X. Rolla
87752 Holzgünz
am 19.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ralf Beyer
91180 Heideck
am 28.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Kai Hohmann
63820 Elsenfeld
am 20.2.

Bezirkstagspräsident und
Bürgermeister Olaf Heinrich
94078 Freyung
am 23.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Beer
93176 Beratzhausen
am 20.2.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johannes Hümpfner
97618 Strahlungen
am 17.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

CSU-Fraktion schnürt Zukunftspaket:

„Gummistiefel und Gigabit"

CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek will Chancengleichheit für Stadt und Land herstellen. Hierzu legte er in München im Beisein von Günther Felßner, Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Angela Inselkammer, Präsidentin des DEHOGA Bayern e.V., Prof. Klaus Lutz, Präsident der IHK für München und Oberbayern, sowie Dieter Vierlbeck, Geschäftsführer des Bayerischen Handwerkstages, ein Strategiepapier für den ländlichen Raum vor.

„Der ländliche Raum hat für uns obersten Stellenwert", heißt es in der Resolution „In Bayern leben, heißt besser leben – in den Städten und auf dem Land". Dafür werde unter anderem der Ausbau des schnellen Internets weiter vorangetrieben, „mit dem Ziel in allen Regionen Gigabitbandbreiten zu erreichen".

Schwerpunkte

Neben der Fortführung des Sonderprogramms zur Förderung kommunaler Schwimmbäder und der Förderung des Tourismus bekennt sich die CSU-Fraktion dazu, die Investitionen in die Staatsstraßen auf hohem Niveau zu verstetigen. Gleichzeitig soll der Bau neuer Radwege und Radschnellwege forciert werden, indem bis 2030 1.500 Kilometer Radwege realisiert und durch gezielte Lückenschlüsse landesweit durchgehende Radwegverbindungen geschaffen werden. Auch ist geplant, die Schieneninfrastruktur im ganzen Land weiter auszubauen, um mehr Güter und Personen auf die Schiene zu bringen.

Erschwinglicher Führerschein

In begründeten Ausnahmefällen soll es zudem möglich sein, Minderjährigen für Fahrten von und zur Arbeits- und Ausbildungsstätte eine Fahrerlaubnis der Klasse B zu erteilen. „Insgesamt muss der Führerschein gerade für junge Menschen wieder leichter erschwinglich sein", heißt es in der Resolution. „Für eine optimale Verkehrsanbindung im ländlichen Raum setzen wir zusätzlich auf innovative Mobilitätskonzepte wie beispielsweise Ruftaxis, On-demand-Busse und Carsharing. Außerdem wollen wir die Potenziale des autonomen Fahrens erschließen."

Der mit dem Bayerischen Bauernverband geschlossene Zukunftsvertrag sieht ein einzigartiges Investitions- und Fördervolumen in Höhen von bis zu 120 Millionen Euro pro Jahr vor. Damit verbindet die CSU-Fraktion wichtige Weichenstellungen wie etwa beim Schutz des Eigentums, in der Jugendarbeit im ländlichen Raum, beim Erhalt der bäuerlichen Tierhaltung, bei der Ernährungssicherung, bei der Weiterentwicklung von Pflanzenbau und Flächenmanagement, beim aktiven Wassermanagement und beim Wasserschutz, bei der Digitalisierung und Entbürokratisierung der Landwirtschaft und beim Ausbau der regionalen Versorgung mit gesunden Lebensmitteln. Die Ampel-Koalition wird aufgefordert, die zunächst stufenweise Reduzierung der Agrardieselrückvergütung und ihre gänzliche Streichung zum Jahresbeginn 2026 fallen zu lassen und endlich verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für die landwirtschaftlichen Betriebe zu schaffen.

Zukunft fürs Handwerk

„Um das Handwerk in eine erfolgreiche Zukunft zu führen, werden wir die 2022 gestartete Technologie- und Investitionsoffensive in den kommenden Jahren weiter ausbauen", formuliert das CSU-Papier. „Zudem geben wir mit der kostenlosen Meisterausbildung und dem Tag des Handwerks an allen weiterführenden Schulen ein starkes Bekenntnis für unser Handwerk. Gründerzentren sollen in ganz Bayern wirken: Wir wollen gezielt Anreize für Unternehmensgründungen in ländlichen Gebieten Bayerns setzen."

Weil so viele Menschen nach Bayern ziehen, wird ein besonderes Augenmerk auf den Bau von Wohnraum gelegt. Der Erfolgs-Dreiklang: Hilfen für privaten Eigentumserwerb durch eine deutliche Ausweitung der Zinsverbilligungsprogramme, staatlicher Wohnungsbau mit einem eigenen Landesbauprogramm und soziale Wohnraumförderung mit einer verstetigten Wohnbaumilliarde.

Baukonjunkturprogramm

Mit einem bayerischen Baukonjunkturprogramm sollen die heimischen Unternehmen zusätzlich unterstützt werden. Nach dem Grundsatz „Innen vor Außen" will die CSU beim Bauen den Außenbereich möglichst schonen und den Flächenverbrauch reduzieren.

Auch bekennt sich die Landtagsfraktion zur Grundschulbildung vor Ort und der damit verbundenen Bestandsgarantie für kleine Grundschulen. Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege" soll auch weiterhin ein Grundpfeiler bayerischer Bildungspolitik sein. Kleinere Schulstandorte sollen daher erhalten werden. „Wir unterstützen die Kommunen auch weiterhin bei ihren Investitionen in moderne Schulen und wollen für eine bedarfsgerechte Mittelausstattung sorgen", heißt es.

Krankenhausmilliarde

Geplant ist zudem, die bisherige Rekordförderung für Krankenhäuser in den nächsten fünf Jahren schnellstmöglich und bedarfsgerecht gemeinsam mit den Kommunen auf eine Milliarde Euro („Krankenhausmilliarde") zu erhöhen. Ein erster spürbarer Schritt soll 2024 mit einer Anhebung des Etats auf 800 Mio. Euro gemacht werden. Wie bisher werde ein Großteil der Investitionsmittel in Krankenhäuser im ländlichen Raum fließen. „Mit dem Förderprogramm für kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum sichern wir flächendeckend eine wohnortnahe stationäre Versorgung."

Darüber hinaus will man den Ausbau erneuerbarer Energien weiter vorantreiben. Der Schlüssel zur bestmöglichen Energieversorgung aus Heimatenergien sei ein Energiemix aus Photovoltaik, Windkraft- und Wasserkraft, Biomasse, Geothermie und Wasserstoff. Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien soll bis 2030 verdoppelt werden. Beim Heizen müsse auch Holz vor allem aus Durchforstungs- und notwendigen Waldumbaumaßnahmen ein nachhaltiger Energieträger bleiben.

Überdies sollen in Hochschulaußenstellen bis 2025 weitere 930 Studienplätze und bis 2023 weitere rund 400 Studienplätze geschaffen werden.

Behördenverlagerungen

„Mit der Behördenverlagerung bringen wir bis 2025 Arbeitsplätze für mehr als 2.500 Beschäftigte sowie weitere Arbeitsplätze für rund 2.670 Beschäftigte (2. Stufe) insbesondere in den ländlichen Raum", heißt es weiter. Ergänzt werden die Behördenverlagerungen im Rahmen der Heimatstrategie durch weitere punktuelle Regionalisierungsmaßnahmen mit Arbeitsplätzen für mehr als 760 Beschäftigte in allen Regierungsbezirken.

Räumliche Gerechtigkeit

„Gummistiefel und Gigabit ist das Credo unseres Zukunftspaktes für den ländlichen Raum", betonte Fraktionschef Holetschek. „Wir wollen die räumliche Gerechtigkeit vorantreiben und gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Es ist das ganz klare Bekenntnis zur Landwirtschaft, zum Handwerk, zum Handel und zur Gastronomie."

Gleichzeitig setze der Zukunftspakt ein starkes Signal in Richtung Schulterschluss zwischen den Verbänden. „Wir müssen einen Gegenpol zu den politischen Plänen der Berliner Ampel setzen, wo zunehmend städtische Fragestellungen zu Ungunsten des ländlichen Raums priorisiert werden. In Bayern muss es sich auf dem Land genauso gut leben lassen wie in einer Metropole. Denn: Der ländliche Raum mit seinen einzigartigen Kulturlandschaften, Märkten und Dörfern ist Wohn- und Lebensort von mehr als jeder zweiten Bayerin und jedem zweiten Bayern", unterstrich der Fraktionschef. **DK**

Trauer um Altlandrat Armin Grein

84-jährig verstarb am vergangenen Wochenende einer der Gründerväter der Freien Wähler Bayern, Altlandrat Armin Grein, aus dem Landkreis Main-Spessart.

Vor seiner 24-jährigen Landratstätigkeit war der Verstorbene Bürgermeister von Marktheidenfeld. Die Gebietsreform hatte ihn zum kommunalpolitischen Engagement motiviert. 1978 wurde Grein Gründungsvorsitzender der Freien Wähler. Dieses Amt hatte er bis zum Jahr 2006 inne. Von 1994 bis 2010 war er auch deren Bundesvorsitzender.

Für Grein hatte die Kommunalpolitik hohe Priorität. Damals verstand man sich explizit als Nicht-Partei ohne parteipolitisch festgelegtes Programm. Wer für ein kommunales Mandat kandidiert, so Grein damals, trete kraft eigener Persönlichkeit und Reputation an. Man verstand sich als liberal-konservative Alternative zur CSU. Nachfolger von Grein als FW-Landesvorsitzender wurde Bayerns stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger. Die FW sind längst zur Partei mutiert. ❐



Tourismusministerin Michaela Kaniber im Rahmen der Jahrespressekonferenz Tourismus 2023 gemeinsam mit Dr. Johann Niggl (Abteilungsleiter Tourismus, l.) sowie Franz Stangl (Pressesprecher StMELF). Bild: Steffi Büchl / StMELF

Michaela Kaniber zieht positive Bilanz für 2023:

Tourismus in Bayern boomt

Das vergangene Jahr war für den Tourismus in Bayern äußerst erfolgreich. Tourismusministerin Michaela Kaniber zieht eine nach ihren ersten 100 Tagen im Amt eine positive Bilanz: „2023 war ein Erfolgsjahr für den Bayern-Tourismus. Wir haben das Niveau von 2022 übertroffen und liegen nur ganz knapp unter den Werten des Rekordjahres 2019. Zum zweiten Mal überhaupt haben wir im vergangenen Jahr die magische Grenze von 100 Millionen Gästeübernachtungen überschritten. Dieses großartige Ergebnis der Branche verdient besondere Anerkennung, insbesondere angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die den Betrieben viel abverlangt hat. Dass die Bilanz dennoch so positiv ausfällt, unterstreicht die enorme Widerstandskraft der Branche und den Elan der Menschen, die dort arbeiten“, so Kaniber.

Die Zahl der Gästeankünfte ist 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 13,6 Prozent gestiegen. Insgesamt reisten im vergangenen Jahr rund 38,86 Millionen Personen nach Bayern (2022: 34,21 Millionen). Die Zahl der Übernachtungen hat ebenfalls um 8,7 Prozent zugelegt. 2023 wurden insgesamt rund 100,26 Millionen Übernachtungen gezählt, gegenüber 92,27 Millionen im Jahr 2022.

Rekordergebnis beim Binnentourismus

Laut Ministerin Kaniber sticht besonders die hervorragende Bilanz im Binnentourismus hervor. Dieser hat ein Rekordergebnis eingefahren und erstmals die Schallmauer von 30 Millionen Gästeankünften durchbrochen. Noch nie zuvor haben so viele Gäste aus Deutschland in Bayern Urlaub gemacht, wie im Jahr 2023. Damit hat der Freistaat erneut seine Position als Tourismusland Nummer 1 in Deutschland untermauert. Aber auch der Incoming-Tourismus habe gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen, insbesondere aus den europäischen Nachbarländern. Laut der Ministerin verzeichneten alle wichtigen europäischen Quellmärkte bei den Übernachtungszahlen deutliche Zuwächse. Viele davon haben das Vor-Corona-Niveau übertroffen. „Österreich, die Niederlande oder Polen – hier liegt Bayern über den bisherigen Rekordwerten von 2019. Aber auch der wichtige US-Markt hat zurück zu alter Stärke gefunden und ist mit rund 2,2 Millionen Gästeübernachtungen wieder wichtigster bayerischer Incoming-Markt. Nur die Besucherzahlen der Gäste aus dem asiatischen Raum sind mit – 46 Prozent gegenüber 2019 noch deutlich niedriger als vor Corona: „Aber das trifft ganz Europa“, so die Ministerin. Für das laufende Jahr wird eine Stabilisierung der Entwicklung auf hohem Niveau erwartet.

Deutliche Kritik äußert die Ministerin an der Tourismuspolitik der Bundesregierung. „Das Auslaufenlassen des reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Speisen in der Gastronomie war ein Kardinalfehler. Was das so wichtige Thema der Arbeitszeitflexibilisierung betrifft, sehe ich bei der Ampel-Koalition keinerlei Gestaltungswillen. Auch beim Bürokratieabbau kommt nichts Konkretes aus Berlin. Die Probleme der Branche werden ignoriert. Es wird an den Bedürfnissen der Betriebe vorbeiregiert.“ Die Ministerin ergänzt, dass neben der Inflation auch Maut und CO2-Steuer, die bei den Logistikern zu höheren Kosten führen, sich auf den Anstieg der Preise auswirken werden.

Tragende Säule

Umso wichtiger sei es, dass man in der Landespolitik der Branche zur Seite stehe. „In Bayern wissen wir: Die Tourismusbranche ist eine tragende Säule unserer Wirtschaft. Sie steht für Wertschöpfung und Beschäftigung im ganzen Land. Wir unterstützen sie nach Kräften, etwa mit einer für diesen Sommer geplanten neuen Initiative für die Kongresswirtschaft. Unser Ziel ist es, Wissenschafts- und Wirtschaftskongresse nach Bayern zu holen. Davon werden alle bayerischen Kongressstandorte profitieren – die großen Städte genauso wie die kleineren Destinationen im ländlichen Raum. Wir zünden den Kongressturbo für ganz Bayern. Dadurch steigern wir nicht nur die touristische Wertschöpfung vor Ort, insbesondere in der Hotellerie und Gastronomie, sondern fördern auch die Wirtschaftspolitik nachhaltig. Kongresse und Tagungen bringen Fachleute, Unternehmer und Forscher zusammen. Dabei werden frische Ideen etabliert und die Grundlagen für neues Wirtschaftswachstum gelegt. Es ist wichtig, dass wir in der Staatsregierung mit guter Wirtschaftspolitik Akzente setzen.“

Weitere Themen, die die Ministerin sich vorgenommen hat, sind der Gesundheitstourismus und die Digitalisierung. Laut ihren Worten sind Kurorte und Heilbäder ein Zukunftsthema, da der Bedarf ansteige. Hier ist eine Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium angestrebt, insbesondere wenn es um „Prävention“ gehe. Digitalisierung spiele im Tourismus eine herausragende Rolle, große Hoffnung wird in das Projekt „BayernCloud Tourismus“ gelegt. Hier werden gerade 300.000 Euro in die Hand genommen, um den Mehrwert noch bekannter zu machen. Mit der Bayerncloud lassen sich passgenaue Reiseerlebnisse, auch für Einheimische, leichter finden. Mittels KI wird außerdem an der Besucherlenkung gearbeitet. Eine entsprechende erste Anwendung wurde kürzlich am Schliersee demonstriert. ❐

Fünf Jahre Landesamt für Pflege in Amberg:

Bayern setzt sich intensiv für Fortschritte in der Pflege ein

Ministerpräsident Dr. Söder und Gesundheitsministerin Gerlach bei der Jubiläumsfeier

Bayern setzt sich intensiv für Fortschritte im Pflegebereich ein. Darauf haben Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Pflegeministerin Judith Gerlach anlässlich der Jubiläumsfeier zum fünfjährigen Bestehen des Landesamts für Pflege (LfP) in Amberg hingewiesen. Sie forderten zugleich von der Bundesregierung mehr Einsatz für eine umfassende Pflegereform.

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder erklärte wörtlich: „Fünf Jahre Bayerisches Landesamt für Pflege in Amberg: Ein Amt, das für Herz und Würde zuständig ist. Unser Landespflegegeld, bei dem bislang 2,3 Milliarden Euro an 420.000 Menschen gingen oder unser wichtiger Hebammenbonus – alles Projekte, die ohne die erfolgreiche Abwicklung durch unser Landesamt nicht möglich wären. Unsere Pflegekräfte brauchen mehr Anerkennung, Respekt und auch eine bessere Bezahlung. Dafür stehen wir und dafür steht auch diese Herzensbehörde. Die Ansiedlung hier in der Oberpfalz war auch ein zentraler Baustein unserer Heimatstrategie für den ländlichen Raum. Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihr großartiges Engagement. Ganz Bayern ist stolz auf Sie!“

Einziges LfP in Deutschland

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach verwies darauf, dass der Freistaat mit dem Landesamt für Pflege eine schlagkräftige Behörde geschaffen habe. „Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag sowohl für pflegebedürftige Menschen als auch für Pflegekräfte.“ Aber auch die Bundesregierung müsse mit Blick auf die zahlreichen Herausforderungen in der Pflege endlich handeln und insbesondere etwas gegen den weiteren Anstieg der Pflegekosten unternehmen. Die Ministerin kritisierte, dass die bisherigen Reformschritte der Ampel viel zu kurz griffen. Bayern werde sich daher auch weiterhin auf Bundesebene für eine umfassende Struktur- und Finanzreform der Pflegeversicherung einsetzen.

Ergänzend fügte Gerlach hinzu dass die Pflege eines der großen Zukunftsthemen sei, das die Staatsregierung in Bayern tatkräftig angehe. „Unser Ziel ist es, die Lage für pflegebedürftige Menschen und für pflegende Angehörige in Bayern weiter zu verbessern. Dabei spielt das LfP als einziges Landesamt in Deutschland, das sich ausschließlich um die Belange der Pflege kümmert, eine bedeutende Rolle.“

Anerkennung für Fachkräfte mit ausländischen Abschlüssen

Seit 1. Juli 2023 werden die Anerkennungsverfahren für Pflegefachkräfte mit ausländischen Abschlüssen zentral beim LfP bearbeitet. Gerlach betonte: „Mit der sogenannten ‚Fast Lane‘ erreichen wir, dass in Bayern rasch mehr Pflegekräfte arbeiten können. Dies gelingt mit der Beschleunigung der aufenthaltsrechtlichen Anerkennungs-Verfahren.“Die ‚Fast Lane‘ bezeichnete die Ministerin als vollen Erfolg. Die Bearbeitungszeiten seien nach der Übernahme der Aufgabe durch das LfP trotz steigendem Antragsaufkommen gesunken. „Ich setze darauf, dass sich das Tempo durch den geplanten Einsatz künstlicher Intelligenz weiter beschleunigen wird“, versicherte sie.

Kompetenter Ansprechpartner

Das Landesamt für Pflege habe sich sehr schnell von einer reinen Vollzugsbehörde zu einem kompetenten Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Pflege entwickelt. Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen leisten, sei großartig.

220 Mitarbeiter

Das Landesamt für Pflege war am 20. September 2018 offiziell eröffnet worden. Derzeit sind 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Amberg beschäftigt.

LfP-Leiter Achim Uhl erläuterte stolz, dass in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich am Aufwuchs des Amtes gearbeitet worden ist. So sei es gelungen, einen breitgefächerten Beschäftigtenstab aufzubauen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen aus ganz unterschiedlichen Berufsbereichen: Neben Gesundheits- und Pflegewissenschaftlern arbeiten beim LfP unter anderem Architekten, Psychologen, Betriebswirte, Informatiker und Sozialpädagogen. „Diese Multiprofessionalität ist in vielen Bereichen wichtig, um all unsere Aufgaben, aus allen wichtigen Perspektiven vollumfassend bearbeiten zu können“, erläuterte Uhl. Sein Dank galt deshalb allen Beschäftigten, „die mit viel Engagement dazu beigetragen haben, dass der Aufwuchs gut gelingen konnte. Nach fünf Jahren haben wir gemeinsam schon viel geschafft, aber die Pflege hält noch viele weitere wichtige Herausforderungen bereit, die es in der Zukunft zu meistern gilt.“

Ministerin Gerlach erzählte, dass die erste zentrale Aufgabe des LfP die Organisation des Landespflegegeldes gewesen sei. Sie wertet diese jährliche bayerische Einmalzahlung als Erfolgsgeschichte, denn mit dem Geld können sich Pflegebedürftige mit Pflegegrad 2 oder höher etwas gönnen, was sie sich in ihrem normalen Alltag nicht leisten können. Sie können auch pflegenden Angehörigen und anderen Menschen, die sie bei der Bewältigung ihres schwierigen Alltags unterstützen, eine finanzielle Anerkennung zukommen lassen. „Auch mehr als fünf Jahre nach Einführung des bayerischen Landespflegegeldes ist das Interesse an dieser Unterstützung für Pflegebedürftige groß. Mittlerweile haben wir die Marke von zwei Millionen Anträgen überschritten und seit der Einführung im Oktober 2018 wurden rund 2,33 Milliarden Euro ausgezahlt“, berichtete Gerlach.

Koordination verschiedener Arbeitsgruppen

Neben dem Landespflegegeld und Förderverfahren wie dem bayerischen Hebammenbonus oder der Niederlassungsprämie für Hebammen werden am Landesamt auch Fachthemen der Pflege bearbeitet. Zum Beispiel hat die Geschäftsstelle des Expertenkreises Hospiz- und Palliativversorgung ihren Sitz am Landesamt. Sie koordiniert die Arbeit der verschiedenen Arbeitsgruppen des Expertenkreises und wirkt mit an der Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativversorgung in Bayern. Darüber hinaus wird das wichtige Thema Demenz mit dem „Bayerischen Demenzfonds“ aufgegriffen. Die Geschäftsstelle und die Bewilligungsbehörde für eingehende Anträge sind am Landesamt angesiedelt. ❐

Stimmung in der bayerischen Wirtschaft:

Niedriges Niveau

Aiwanger: „Zu hohe Abgabenlast und fehlende Arbeitsanreize bremsen die Wirtschaft ein“

Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) hat die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage veröffentlicht. Demnach liegt der Konjunkturindex erstmals seit dem Corona-Winter 2020/2021 wieder unterhalb des langjährigen Durchschnitts.

Dazu Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Bayerns Wirtschaft kann sich nur teilweise vom Bundestrend abkoppeln. Diese Ergebnisse waren deshalb leider zu erwarten. Seit Jahren trommle ich für bessere bundespolitische Rahmenbedingungen. Die Abgabenlast für Bürger und Wirtschaft ist viel zu hoch und es fehlen Arbeitsanreize. Kein Wunder also, dass die Nachfrage zurückgeht und Unternehmen vergeblich sogar minderqualifizierte Arbeitskräfte suchen, während zu viele Arbeitsfähige im Bürgergeld sind. Unsere Wirtschaft braucht Entlastung und Flexibilität, beispielsweise bei den Arbeitszeiten anstelle neuer Regularien wie dem Lieferkettengesetz.“

Die bayerische Staatsregierung stemmt sich mit massiven Investitionsprogrammen wie der Hightech Agenda in Milliardenhöhe gegen den Bundestrend und sorgt für ein innovationsfreundliches Klima. Aiwanger: „Man muss die Wirtschaft machen lassen, nicht gängeln. Bayerns Wirtschaft steht immer noch besser da als der Bundesdurchschnitt. Während Deutschlands Wirtschaftsleistung 2023 insgesamt gesunken ist, können wir für Bayern nach Auswertung aller Daten ein Plus erwarten.“ ❐

Benefiz-Schafkopfrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger

Schirmherren:
Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstenfeldbruck) und
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:
https://www.landratsamt-dachau.de/schafkopfrennen

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
2. Platz Preis im Wert von 200 €
3. Platz Preis im Wert von 150 €
Benefizgewinne: Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen kommunalpolitische Mandatsträger und Mandatsträgerinnen

Schlossgut Odelzhausen
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen
www.schlossgut-odelzhausen.de

Schirmherren:





23.3.2024
Anmeldung ab 16:30 Uhr
Beginn 17:15 Uhr
Schlossgut Odelzhausen
https://www.landratsamt-dachau.de/schafkopfrennen

BAU INDUSTRIE Bayern · Bayerische GemeindeZeitung · Sparkasse Dachau

Mutig neue Wege ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sen Ziele zu verfolgen. Das aber habe hierzulande wenig Tradition. Aus Haases Sicht „müssen wir die Geschäftsmodelle überdenken und anpassen."

Schwere Fehler der Ampel

Beim Thema Energie verwies der KPV-Bundeschef auf den schweren politischen Fehler der Ampel, vergangenes Jahr die drei letzten deutschen Atomkraftwerke stillgelegt zu haben. Freiwillig habe man sich eines günstigen Energieerzeugers entledigt. Ein Akt beispielloser Ignoranz.

Eine wichtige Komponente in der Berechnung des Strompreises ist die EEG-Umlage, die jedoch nach wie vor nicht refinanziert sei. Mit ca. 10 Mrd. Euro liege man hier im Minus.

Hinzu komme das Fehlen nötiger Leitungen, durch die Strom von A nach B transportiert werden könnte. Im Falle der benötigten Stromtrassen werde es noch Jahre dauern, bis sie funktionieren, informierte Haase. Überdies kosteten sie eine Menge Geld, das der Bürger über die Netze wieder bezahlen müsse.

Bürokratielasten

Dass vor allem Energiegesetze zu kompliziert aufgesetzt wurden, zeigt ein Bericht des Normenkontrollrats (NKR) über die durch neue Gesetze verursachten Bürokratielasten. Diese haben im zurückliegenden Jahr ein Rekordniveau erreicht. Politischen Initiativen zum Bürokratieabbau erteilte der KPV-Bundesvorsitzende eine klare Absage. „Statt mutig neue Wege zu gehen, verstecken wir uns viel zu oft hinter Paragrafen. Unser Land braucht eine ‚Einfach-mal-machen-Mentalität'. Wir wollen deshalb Bundesexperimentierräume einführen, um neues Recht zu erproben oder um bestehende Regelungen zu streichen. Dazu wollen wir Pilotregionen – auch grenzüberschreitend – als regulatorische Reallabore ermöglichen. So könnte für eine bestimmte Dauer einfach mal getestet und dann analysiert werden. Was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt", erläuterte Haase.

„Wenn wir das Thema Bürokratie in Deutschland nicht lösen, werden wir die Unternehmen, den Mittelstand, aus Deutschland vertreiben", prognostizierte der Abgeordnete. Es sei dringend notwendig, überflüssige Bürokratie auch zugunsten einer leistungsfähigen Verwaltung abzubauen. Kommunen benötigten mehr Freiräume sowohl durch pauschal zugewiesene Finanzmittel als auch die genannten Experimentierräume.

Lethargie im Land

Als störend empfindet Haase die Lethargie im Land. Eine Absenkung der Arbeitszeit von jetzt 38 auf 35 Stunden pro Woche für Schichtarbeiter bei vollem Lohnausgleich, wie etwa von der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) gefordert, werde den Wohlstand auch vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel und demografischer Entwicklung nicht halten können. Leistungsbereitschaft sei unverzichtbar, wolle man den Anschluss an Europa und die Welt wieder herstellen. Hierfür müsse die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und ein Signal des Aufbruchs senden. Dies sei aktuell „mit einem Kanzler, der nicht spricht und seinem Umfeld, das nicht kommuniziert", freilich äußerst schwierig, urteilte der MdB.

Als desaströs muss die Haushaltslage vieler Kommunen bezeichnet werden. Die Kommunalfinanzen befinden sich in der Schieflage, egal in welchem Bundesland. Laut Statistischem Bundesamt lag das kommunale Finanzierungsdefizit in den Flächenländern im ersten Halbjahr 2023 bereits bei 7,3 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund zeigte sich Haase erfreut, dass in der sog. Heidelberger Erklärung der CDU Deutschlands sowie in ihrem neuen Grundsatzprogramm das Thema Kommunalfinanzen in aller Deutlichkeit angesprochen sei. „Ohne vernünftige Kommunalfinanzen funktioniert keine Demokratie. Es geht darum, Grundlagen wiederherzustellen. Das müssen die Verantwortlichen in Berlin bei allem Verteilungskampf auch verstehen", hob Haase hervor und ergänzte: „Wir glauben, dass wir als Bund auch ohne Förderprogramme, sondern beispielsweise über die Umsatzsteuer mehr Geld auf die kommunale Ebene bringen können, wenn wir die Aufgaben richtig priorisieren. Bedauerlicherweise macht das die Bundesregierung aber nicht."

Haushalt muss verfassungskonform sein

Äußere und innere Sicherheit sowie die Wirtschaft müssten im Vordergrund stehen. Die Ampelkoalition aber lege ihr Augenmerk auf den Aufbau des Sozialstaats und das Bürgergeld. Haase: „Wir verfügen über Steuereinnahmen in Höhe von 1 Billion und trotzdem wird der Ruf nach Aussetzen der Schuldenbremse laut. Ich bin dagegen. Wir müssen zurückkehren zu einem verfassungskonformen Haushalt, der die richtigen Prioritäten setzt, denn Deutschland hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Im Sinne nachfolgender Generationen muss auf nachhaltige Finanzen geachtet werden."

Zuerst müsse man sich über die zu erledigenden Kernaufgaben im Klaren sein, ehe man über deren Finanzierung spricht, erläuterte der KPV-Bundeschef. Die Ampel aber öffne den Finanztopf, um ihre Wunschprojekte voranzutreiben. Beispiel neue Kindergrundsicherung: Für diese Transferleistung sollen Haase zufolge über 5.000 neue Vollzeitstellen bei der Bundesagentur für Arbeit geschaffen werden. Hinzu kommt, dass Versprechungen nicht eingehalten werden und Eltern auch weiterhin Anträge stellen müssen. Auch würden die Verfahren mitnichten schlanker, „sondern wir haben es mit einem massiven Bürokratieaufwuchs zu tun."

Leistungen weiterhin aus einer Hand

War bisher das Jobcenter für Eltern im Bürgergeldbezug allein zuständig, sind nun die Familienkassen Ansprechpartner für die Kindergrundsicherung. Für weitere Leistungen aus dem Bildungspaket sollen die Kommunen zuständig sein. Und sind die Eltern unter 25 Jahre alt, sollen sie sich künftig nicht mehr ans Jobcenter wenden, sondern an die Arbeitsagentur. Anders als die Familienkassen sind die Jobcenter aber flächendeckend im ganzen Land vertreten. „Im parlamentarischen Verfahren muss hier dringend korrigiert werden: Gerade die ärmsten Familien, die am meisten auf unsere Unterstützung angewiesen sind, müssen sich auf bewährte und einfache Strukturen verlassen können. Sie sollten deshalb aus meiner Sicht weiterhin alle Leistungen – Bürgergeld und Kinderzuschlag – aus einer Hand beziehen", unterstrich Haase. Die Reform sollte bewährte Strukturen nicht zerschlagen, sondern vielmehr im bestehenden System nachbessern.

Bereits 2026 soll der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder in Kraft treten. „Hier sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Rechtsanspruch mindestens ein Moratorium haben muss, weil er sonst schlichtweg nicht umsetzbar ist", erklärte der KPV-Bundesvorsitzende. Auch in diesem Fall müsse die Politik den Menschen reinen Wein einschenken, da sie andernfalls nur enttäuscht würden. „Mit den Leuten zu reden, bringt am Ende mehr Erfolg, als viele Wolkenkuckucksheime zu bauen."

Herausforderndes Jahr 2024

Bilanzierend sprach Haase von einem „für die Unionsfamilie herausfordernden Jahr". Die Europawahl im Juni dürfe nicht zur „Abstrafwahl" werden. Der CSU-Europapolitiker Manfred Weber sei hier sicher der richtige Kommunikator für die EVP-Fraktion. „Wir brauchen eine starke EVP, die die Kernkompetenzen der EU stärkt und die überbordende Regelungswut und unnötige Eingriffe in die Kommunale Selbstverwaltung zurücknimmt. Nur so gewinnen wir wieder mehr Menschen für das europäische Projekt. Ein starkes Europa funktioniert nur mit starken Kommunen", betonte Haase.

Mit Blick auf diverse Kommunalwahlen und eine zunehmend nach rechts abdriftende AfD ist nach seiner Meinung die Auseinandersetzung mit deren politischen Inhalten das richtige Mittel der Wahl. „Wir müssen Probleme in der demokratischen Mitte lösen, andernfalls machen wir die Ränder stärker. Letztlich sind auch die Demonstrationen, die sich gegen Rechtsextremismus richten, ein Protest gegen die eigene Regierung", bekräftigte Haase abschließend. **DK**

Migration und Lehren ...

(Fortsetzung von Seite 1)
bereits solche Regelungen", unterstreicht der Präsident. Nicht selten komme es vor, dass die Anlagenbetreiber sogar freiwillig über die Höchstgrenze der bundesrechtlichen Beteiligungsregelung Zuwendungen an die Gemeinden leisten wollen. „Aber die dürfen das nicht annehmen", ärgert sich Brandl.

Migrationspolitik und steigende Zuzugszahlen werden auch in den nächsten Jahren im Zentrum der deutschen Politik stehen. Vor diesem Hintergrund hat das Präsidium des Bayerischen Gemeindetags in einem Schreiben an Innenminister Joachim Herrmann den Freistaat aufgerufen, beim Thema Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen Gemeinden, Märkte und Städte nicht im Regen stehen zu lassen. „Sie werden ihren Beitrag nur dann leisten können, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern", heißt es.

Kommunen einbinden

Man wolle in einer gemeinsamen Anstrengung des Staates und aller kommunaler Akteure den Herausforderungen durch Flucht und Migration begegnen. Bund und Freistaat Bayern werden deshalb aufgerufen, die Städte, Märkte und Gemeinden künftig zwingend und rechtzeitig vor allen wichtigen Entscheidungen, die die Kommunen direkt oder indirekt betreffen, einzubinden. Da es sich bei der Unterbringung der Geflüchteten um eine Aufgabe des Freistaats Bayern handle, wird dieser aufgefordert, „anzuerkennen, dass die notwendige Folgeunterbringung durch den Staat gewährleistet werden muss und keine Zuständigkeit der Gemeinde aufgrund von Obdachlosigkeit gegeben ist".

Zuständigkeit für die Unterbringung anerkennen

Zudem müsse Bayern seine Zuständigkeit für die Unterbringung von Personen aus dem Familiennachzug anerkennen und eine Unterbringung in staatlichen Unterkünften gewährleisten. Auch hier handle es sich nicht um einen Fall von Obdachlosigkeit. Auch habe sich der Freistaat auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein Familiennachzug ohne Nachweis ausreichenden Wohnraums zu keiner Zeit möglich ist. Auf eine Änderung des § 29 Abs. 2 Nr.1 Aufenthaltsgesetz sei hinzuwirken. Ein Familiennachzug „in die Grundsicherung" sollte verhindert werden.

„Der Freistaat Bayern muss die Finanzierung der Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen vollständig übernehmen. Dies betrifft nicht nur die Kosten für Unterbringung, sondern auch für Kita, Schule und sonstige Integrationsleistungen. Bundesmittel zur Bewältigung der Folgen von Flucht und Migration sind vom Freistaat Bayern ungekürzt an die kommunale Ebene weiterzugeben", heißt es weiter. Der Freistaat wird dazu aufgefordert, weitere Anstrengungen für den angemessenen Umgang mit und die erfolgreiche Integration von geflüchteten Menschen zu unternehmen, insbesondere mit Blick auf die gesellschaftliche Akzeptanz. Dabei sollen insbesondere Beschäftigungs- bzw. Arbeitsmöglichkeiten sowie die Bildung und Betreuung von Kindern in den Blick genommen werden. Darüber hinaus müsse Bayern darauf hinwirken, dass die Landratsämter als Kreisverwaltungsbehörden regelmäßig aktuelle Informationen über die Zahl der geflüchteten, anerkannten und geduldeten Personen in den jeweiligen Gemeinden offengelegt werden.

Aufruf an die Gemeinden

Alle Gemeinden werden aufgerufen, ihren Beitrag zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen zu leisten. „Sollte in einzelnen Landkreisen keine einvernehmliche solidarische Lösung zur Verteilung der geflüchteten Menschen auf Gemeindeebene gefunden werden, ist in der Regel der Königsteiner Schlüssel heranzuziehen. Dabei sind alle bisher aufgenommenen Geflüchteten unabhängig von ihrem jeweiligen Verfahrensstand zu berücksichtigen", betont das Gemeindetagspräsidium.

Zusagen des Bundes müssen eingehalten werden

Auch müsse der Freistaat darauf hinwirken, dass die Zusagen des Bundes eingehalten werden und weitere Maßnahmen zur Entlastung getroffen werden. Dies betreffe die Bereitstellung von Liegenschaften des Bundes für Ankerzentren, das Einführen einer Bezahlkarte, die europaweit gleichmäßige Verteilung von geflüchteten Menschen, die Harmonisierung der Integration -und Sozialleistungen innerhalb der EU, die Beschleunigung der Asylverfahren, die konsequente Rückführung von Personen ohne Bleibeperspektive sowie die Ausweitung der Zeitspanne, bis Asylbewerber Bürgergeld beziehen von 18 auf 36 Monate.

Laut Innenminister Herrmann fanden 2023 in bayerischer Zuständigkeit insgesamt 14.087 Aufenthaltsbeendigungen statt, davon 2.364 Abschiebungen und 11.723 freiwillige Ausreisen. „Trotz schwieriger Rahmenbedingungen konnten wir die Zahl der Abschiebungen um fast 16 Prozent und die Zahl der freiwilligen Ausreisen sogar um rund 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigern." Die meisten Abschiebungen fanden in die Herkunftsländer Georgien, Moldau und Nigeria statt. Herrmann kündigte an: „Unser Ziel ist es, die Zahl der Aufenthaltsbeendigungen weiter zu erhöhen und Ausreisepflichtige rasch außer Landes zu bringen." Die bisherigen Maßnahmen und Planungen der Bundesregierung bezeichnete Herrmann als bei weitem nicht ausreichend und teilweise wenig hilfreich oder sogar hinderlich. „Der Bund muss seinen Schlingerkurs aufgeben und statt markiger Worte mit tatsächlich wirksamen Maßnahmen die Länder unterstützen", forderte der Staatsminister. **DK**



V.l.: Ulrich Grunwald (Münsing), Maria Wolf (Wackersberg), Carine Schmitter (Lenggries), Markus Ertl (Sprecher des Arbeitskreises für Menschen mit Behinderung), Claudia Petzl (Greilling), Uschi Disl (Dietramszell), Franz Späth (Bad Tölz), Maria Kristin Kistler (LRA), Roland Grünwald (Eurasburg) und vorne Ralph Seifert (Landkreisbeauftragter und Benediktbeuern).

Bild: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Christiane Bäumler

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

Barrierefreiheit ist das Zukunftsthema

Jährliches Treffen der ehrenamtlichen Behinderten- und Inklusionsbeauftragen

Einmal im Jahr treffen sich die ehrenamtlichen Behinderten- und Inklusionsbeauftragen im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen zu einem direkten Austausch. Anders als bei den Landratsämtern ist es bei den Kommunen nicht zwingend vorgeschrieben, einen Behinderten- oder Inklusionsbeauftragen zu haben. Von den 17 Landkreiskommunen kamen lediglich sieben Vertreterinnen und Vertreter, die sich zum Arbeitskreis „Menschen mit Behinderungen" zusammengeschlossen haben. Ralph Seifert, selbst ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter für Benediktbeuern und für den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, berichtete der Bayerischen GemeindeZeitung über seine aktuelle Arbeit.

„Leider ist es so", sagt Seifert, „dass man sich erst durch eine eigene Betroffenheit mit ‚Barrierefreiheit' auseinandersetzt. Dabei wird das Thema mit dem demographischen Wandel immer wichtiger!" Schließlich wolle jeder und jede auch im Alter selbstbestimmt bestenfalls weiterhin zuhause gut leben können. Und der Handlungsdruck wächst. Die Babyboomer gehen in Rente, Pflegeheimplätze fehlen. Menschen altern oder werden durch einen Unfall eingeschränkt und die Wohnsituation ist nicht mehr bedarfsgerecht. „Es sollten 400.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden, aber nicht mal 1/3 davon wird realisiert. Und die sind dann meist auch nicht barrierefrei", so Seifert. Sein Wunsch wäre, dass wenigstens bei kommunalen Bauvorhaben auch ein Behindertenbeauftragter mit in die Planungen eingebunden werde, um rechtzeitig alters- und behindertengerechte Wohnungen zu schaffen.

Know-how aufbauen

Durch die UN-Behindertenrechtskonvention, die der Bund auch unterschrieben habe, sei der Handlungsbedarf auch ganz klar gegeben. Aber: „Der Bund und auch der Freistaat drücken das Thema nach unten weg und dann landet es bei den Landratsämtern, die dann Aufgaben übernehmen, die eigentlich staatlich zu regeln wären." Seifert ist sich sicher, dass bald von der EU verpflichtende Verordnungen kommen, und dann ist man schlecht, bzw. nicht vorbereitet: „Der Wissensstand sollte aufgebaut werden und Handwerker müssen entsprechend geschult werden."

Barrierefreies Rathaus

Der Schwerpunkt, dem sich der Arbeitskreis für 2024 widmet, ist „Das barrierefreie Rathaus". Neben baulichen Voraussetzungen, die stimmen müssen, damit Mobilitätseingeschränkte überhaupt aufs Amt kommen können (Aufzug, Blindenleitsystem, Barrierefreiheit, …) fehle oft das Wissen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. „Das ist nicht böse gemeint, aber ich muss eben darüber informiert sein, dass ich bei Hörbehinderten nicht sitzenbleibe, sondern aufstehe, um mit ihnen zu sprechen." Erst wenn eine Einrichtung inklusiv ist, können die Menschen auch kommen. Genauso beim ÖPNV: Erst wenn die Bushaltestellen barrierefrei sind – was sie seit 2019 bereits sein sollten, aber da fehle es noch weit – können sie auch entsprechend genutzt werden. „Und viele Menschen sind auf den ÖPNV angewiesen, z.B. um zum Arzt zu kommen. Wenn dann beim Bezirk eine teure Mobilitätshilfe beauftragt wird, holt sich der Bezirk das Geld dafür ja auch wieder vom Landkreis zurück."

Trotz allem ist sich Seifert auch bewusst, dass die Verhältnisse in Bayern immer noch besser sind als in Restdeutschland: „Aber das ist kein Grund sich auszuruhen!" Genau wie in der Jugendhilfe fangen hier viele Ehrenamtliche Aufgaben ab, für die sie weder ausgebildet noch entsprechend vorbereitet wurden. „Es braucht mehr als nur Eckpunkte! Wir brauchen echte Unterstützung vonseiten des Staates!" Seifert plädiert sehr die Schaffung eines Landesbehindertenrates, bzw. eine neue Fachstelle Barrierefreiheit. Die Gespräche hierfür laufen bereits. **CH**

Mobilfunk-Zwerg für die ganz große Mobilfunkversorgung

Ultramobiler Sendemast sorgt bei Implenia und flaschenpost für 5G-Konnektiviät

Die zunehmende Digitalisierung und der steigende Bedarf an mobiler Kommunikation erfordern eine jederzeit zuverlässige Mobilfunkversorgung. Das gilt auch bei kurzfristigen Anforderungen durch Festivals oder Großbaustellen. Die Deutsche Telekom setzt dabei jetzt auf ultramobile Sendemasten.

Erst vor wenigen Monaten hatte die Telekom mit dem „Mobilfunkmast-to-go" einen Prototyp entwickelt, der sich innerhalb kurzer Zeit bereits zum Kundenliebling entwickelt hat. Rund ein Dutzend Firmen testen den flexiblen Kraftprotz bisher. „Wir haben mit unserem Aufruf zum Test unseres ultramobilen Mobilfunkmastes großes Interesse bei Unternehmen unterschiedlichster Branchen geweckt. Diese hohe Nachfrage zeigt: Der Bedarf nach einer flexiblen Mobilfunklösung ist da – auch bei Geschäftskunden. Das hat uns darin bekräftigt, diese Innovation ‚made by Telekom' zukünftig auch kommerziell anzubieten", sagt Klaus Werner, Geschäftsführer Geschäftskunden bei der Telekom Deutschland.

Implenia: Verbindungsaufbau im Funkloch

Zu den ersten Testern gehört der führende Schweizer Bau- und Immobiliendienstleister Implenia. Das Unternehmen wird seine Brückenbaustelle in Bad Lobenstein (Thüringen) während der zweijährigen Bauphase mit 5G und 4G/LTE versorgen. Die im Tal gelegene Baustelle konnte von den herkömmlichen Mobilfunkmasten der Umgebung nicht erreicht werden. Aufgrund des hohen Digitalisierungsgrads der Baustelle ist jedoch eine schnelle und zuverlässige Mobilfunkanbindung unabdingbar.

Der Mobilfunkmast-to-go von der Telekom versorgt die Baustelle mit leistungsfähigen Kommunikationsdiensten. Smartphones und Computer nutzen dann schnelle Mobilfunkverbindungen über Frequenzen im Bereich 2,6 und 3,6 Gigahertz. Diese Mobilfunkgrundversorgung ist für Implenia zudem eine ideale Basis für IoT Anwendungen. Mit ihnen optimiert das Unternehmen Abläufe sowie Materialflüsse auf der Baustelle. Der einfach anzuschließende Mobilfunkmast wird auf der Brückenbaustelle per Glasfaser mit dem Netz verbunden. Aber auch die Verbindung über Satelliten wird in einem nächsten Schritt getestet. Das sorgt für zusätzliche Flexibilität und eine noch schnellere Anbindung ans Netz.

flaschenpost: Geschwindigkeit ist das A und O in der Logistik

Auch beim Lieferdienst flaschenpost SE kommt der Micro-Container groß raus. Der Lieferdienst für Getränke und Lebensmittel aus Münster nutzt die zusätzliche 5G-Versorgung innerhalb einer Logistikhalle. Damit beschleunigt er seine betrieblichen Prozesse. Das Geschäft der Logistikprofis der flaschenpost ist schnelllebig. Im Rahmen der Expansion kommen deutschlandweit immer wieder neue Standorte hinzu, oder bestehende Lager beziehen eine andere Immobilie. Eine feste Verkabelung der Standorte ist aufwändig und teuer. Die Versorgung innerhalb von Logistikhallen ist zudem wegen ihrer Bauweise meist schwierig. Beton und Metall behindern die Funkwellen stark. Die flaschenpost braucht dafür eine flexible und schnelle Lösung ohne lange Auf- und Abbauzeiten.

Der Mobilfunkmast-to-go bietet genau das: Neben der klassischen Telefonie fürs Team sind auch Intralogistik-Anwendungen über die 5G-Versorgung schnell einsatzbereit. Smartphone-Apps zur Wareneinlagerung oder Kommissionierung über Handscanner lassen sich per plug-and-play flexibel einsetzen. So werden alle Bestellungen in kürzester Zeit auf den Weg gebracht.

Kompakte Hilfskraft

Das Besondere am ultramobilen Sendemast: Er ist deutlich kleiner, leichter und flexibler als bisherige Lösungen. Die gesamte Mobilfunk-Sendetechnik passt in einen kompakten Micro-Container (Länge: 1,6 Meter, Breite: 2 Meter, Höhe: 2,6 Meter). So ist der mobile Mast platzsparend und lässt sich leicht transportieren. Er ist innerhalb von weniger als einer Stunde von einer Person aufgebaut und sofort einsatzbereit. Der Micro-Container kann an eine lokale Stromversorgung angeschlossen oder über jede andere mobile Energiequelle betrieben werden. Die Anbindung ans Datennetz ist sowohl über Glasfaser als auch mit Richtfunk möglich.

Diese Vorteile machen den Mobilfunk-Zwerg nicht nur zur ersten Wahl für die schnelle oder temporäre Versorgung bei Geschäftskunden. Der Einsatz mobiler Masten bringt auch in Katastrophengebieten durch die enorme Flexibilität schnelle Hilfe.

Die Telekom wird im Frühjahr dieses Jahres mit einem kommerziellen Angebot für den Einsatz der ultramobilen Sendemasten starten. Weitere Informationen können interessierte Geschäftskunden anfordern unter: https://iot.telekom.com/de/kontakt

Vorteile im Überblick

- Flexibilität und Mobilität: Mobile Masten können schnell und einfach an verschiedenen Standorten aufgebaut werden. Dadurch sind sie geeignet für temporäre Veranstaltungen wie Konzerte oder Sportveranstaltungen. Sie können auch auf Messen oder wechselnden Baustellen eingesetzt werden. So gewährleisten sie eine kontinuierliche Mobilfunkversorgung.
- Schnelle Bereitstellung: Der Aufbau mobiler Masten geht deutlich schneller als der Bau fester Sendemasten. Dadurch kann die Mobilfunkversorgung in kurzer Zeit bereitgestellt werden. Ohne lange Wartezeiten für Genehmigungen und Bauprozesse.
- Erweiterung der Kapazität: Durch den Einsatz mobiler Masten wird die Kapazität des Mobilfunknetzes erhöht. Das sorgt für eine bessere Verbindung und eine stabilere Übertragung. In stark frequentierten Gebieten ist das hilfreich. Bei Veranstaltungen mit einer hohen Besucherzahl ist eine ausreichende Netzkapazität unerlässlich. Nur so wird die Kommunikation der Gäste gewährleistet.
- Verbesserung der Abdeckung: Mobile Masten tragen zur Verbesserung der Mobilfunkabdeckung an abgelegenen Orten oder in Bereichen mit eingeschränkter Netzinfrastruktur bei. Dadurch wird eine lückenlose Kommunikation gewährleistet und Funklöcher können geschlossen werden.
- Anpassungsfähigkeit: Die Höhe und Ausrichtung des mobilen Masts kann flexibel angepasst werden. Dies ermöglicht eine optimale Signalstärke und eine effiziente Nutzung des Mobilfunknetzes. Das schafft beste Empfangsqualität. ❐

„Bayern soll wichtigstes KI-Zentrum in Europa werden"

Digitalminister Dr. Fabian Mehring will Bayern zum wichtigsten KI-Zentrum in Europa ausbauen. Bei der DLD-Konferenz in München erklärte Mehring: „KI wird künftig von einer beliebten Zeitungsüberschrift zu einer unverzichtbaren Notwendigkeit für jedes Unternehmen werden, das in der Zukunft eine Rolle spielen will. 2024 wird dabei das Jahr sein, in dem die Gewinner und Verlierer der KI-Revolution ermittelt werden, was über den Wohlstand und die Wettbewerbschancen unserer Heimat in den nächsten Jahrzehnten mitentscheiden wird. In dieser Überzeugung werde ich alles daransetzen, unser KI-Ökosystem in Bayern erheblich auszubauen und unseren Freistaat und seine Wirtschaft fit für digitale Zukunft zu machen."

Hierzu will Mehring einen sogenannten Innovationsbeschleuniger auf den Weg bringen, „der als Leuchtturmprojekt weit über Bayerns Grenzen hinaus inspirieren wird und uns schon heute die Spitzenplätze auf den Märkten von morgen sichern soll".

Der Minister kündigte an, diese neue Test- und Entwicklungsumgebung für tausende in Bayern ansässige Unternehmen auf den Weg zu bringen. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sowie Startups sollen ihre KI-Systeme in einem geschützten Raum erproben und an die rechtlichen Anforderungen anpassen können. Damit entwickelt das Bayerische Digitalministerium Möglichkeiten und Verfahren, um die Nachteile bestmöglich abzufedern, die die europäische KI-Verordnung für bayerische Unternehmen mit sich bringen wird.

Zudem betonte Mehring, dass Bayern einen breiten Ansatz beim Ausbau von Zukunftstechnologien verfolge. Er sei der festen Überzeugung, „dass die Zukunft und der Wohlstand Bayerns darin liegen, sich genau diesen technologischen Wandel zu eigen zu machen, den wir alle gerade erleben und der auf einer leistungsstarken und untrennbaren Kombination von drei Schlüsseltechnologien beruht: KI, Daten und Cloud". Es gehe darum, dieses Ökosystem für den Erfolg weiterzuentwickeln. Bayern müsse den Fahrersitz und selbst das Steuer übernehmen: „Wir sind High-Tech-Land und müssen der German Angst den Bavarian Mut entgegenstellen." ❐



Lösungsansätze für die IT-Herausforderungen in der kommunalen Verwaltung:

(Ausfall-)Sichere Kommunikation in Kommunen

*Von Tobias Stepan, Gründer und Geschäftsführer der Teamwire GmbH**

Die notwendige Verwaltungsmodernisierung setzt Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen unter Druck. Während die Anforderungen steigen – Verwaltungsleistungen gemäß OZG digital anbieten, Projekte wie „Digitale Identitäten" und Registermodernisierung umsetzen – bleibt die Frage der Realisierung und Finanzierung meist offen. Hinzu kommt, dass es auch innerhalb der Kommunalverwaltungen Digitalisierungsanforderungen gibt. Hier laufen noch viele Prozesse analog und manuell ab. Allen voran ist die digitale – und vor allem ausfallsichere – Mitarbeiterkommunikation und -kollaboration eine Aufgabe, derer sich die Kommunen annehmen müssen, um zu jeder Zeit effektiv agieren zu können und nicht etwa Opfer von Ransomware oder anderen Cyberattacken zu werden. Dies ist jedoch mit einer Reihe von Herausforderungen verbunden, welche es zu lösen gilt.

Die IT-Abteilung in Kommunalverwaltungen bekommt immer mehr zu tun: Der fortschreitende Abschied von papierbasierten Memos, Pendelmappen und selbst E-Mails macht neue Technologien und moderne Systeme erforderlich, die Prozesse digitalisieren, verschlanken, beschleunigen und dabei möglichst alle Abteilungen gleichermaßen miteinbeziehen. Wenn diese digitalen Wege für Zusammenarbeit und Informationsaustausch fehlen, greifen Mitarbeitende in den Kommunalverwaltungen häufig auf private Kommunikationsmittel und Tools wie WhatsApp und Co. zurück – und eine gefährliche Schatten-IT entsteht. Denn diese Apps erfolgen nicht nur außerhalb der Administration durch die Kommune, sondern genügen auch nicht im Entferntesten den rechtlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen einer Behörde. Das öffnet Cyberkriminellen die Tür.

Fünf Herausforderungen und deren Lösung

Bei der Digitalisierung der Mitarbeiterkommunikation in Kommunen gilt es, auf Aspekte wie Datenschutz, Ausfall- und IT-Sicherheit, Kontrolle und Benutzerkomfort zu achten. Dabei sehen sich Kommunalverwaltungen mit fünf maßgeblichen Herausforderungen konfrontiert. Welche das sind und wie sie sich bewältigen lassen, wird im Folgenden dargelegt.

1. Cyberkriminalität macht auch vor kleinen Kommunen nicht halt.

Für Kommunalverwaltungen ist die IT-Sicherheit ein schwieriges Unterfangen, das viel Know-how und Ressourcen erfordert. Laut aktuellem Lagebericht des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist „die Bedrohung im Cyberraum 2023 so hoch wie nie zuvor". Immer häufiger sind auch kleinere und mittlere Kommunen von Cyberangriffen – insbesondere von sogenannten Ransomware-Angriffen – betroffen: Jeden Monat registrierte das BSI durchschnittlich zwei Angriffe auf Kommunalverwaltungen. Die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich höher liegen. Ein Ende ist nicht in Sicht. So legten Hacker erst im Oktober 2023 wieder zahlreiche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen lahm. Mehr als 2.000 Schwachstellen hat das BSI in Softwareprodukten der Kommunen festgestellt, 15 Prozent davon kritisch.

***Lösung:** Bei der Wahl und Verwaltung ihrer IT-Systeme müssen Kommunalverwaltungen äußerst sorgfältig vorgehen – insbesondere, wenn es um mobile Kommunikationslösungen geht. Hier gilt es, gezielt die Risiken der Endgeräte-Nutzung zu minimieren und die Ausfallsicherheit in den Fokus zu rücken. Ein umfassendes Zugriffsmanagement für Fernlöschung und -sperrung, Zero-Trust-Methoden, verschlüsselte App-Container, sichere Verbindung zum Kommunalnetzwerk, automatisierte Sicherheits-Updates und konfigurierbare Fristen für die Datenvorhaltung sind nur einige der wesentlichen Sicherheitskomponenten, die zu beachten sind. Zudem sind alle Mitarbeitenden hinsichtlich der Bedrohungslage durch Cyberkriminelle zu sensibilisieren.*



Tobias Stepan. Bild: Teamwire

2. Kommunalverwaltungen müssen auch in Krisen- und Notfallsituationen handlungsfähig bleiben.

Sollte es doch zu einem Angriff auf zentrale Systeme der Kommune kommen oder sollten andere Notfallsituationen eintreten, ist es von essenzieller Bedeutung, dass die Kommunikation über alle Mitarbeitenden der Verwaltung sichergestellt ist. Sie müssen in der Lage sein, wichtige Informationen zeitnah zu erhalten und sich untereinander auszutauschen. Ob es sich um Naturereignisse wie Hochwasser, Sturmlagen oder eben auch den Ausfall wichtiger Versorgungslinien wie Strom oder Kommunikation handelt, der Austausch innerhalb der Kommunalverwaltung muss gewährleistet sein, damit diese letztlich auch die Aufgaben gegenüber den Bürgerinnen und Bürger weiterhin erfüllen kann.

***Lösung:** Um die Kommunikation jederzeit sicherstellen zu können, verfügen Kommunalverwaltungen im Idealfall über einen sekundären Kommunikationskanal, der autark von der übrigen IT-Infrastruktur funktionstüchtig ist und alle Mitarbeitenden erreicht. Eine mobile Kommunikationslösung, die separat und ausfallsicher gehostet wird, kann krisenbedingte Lücken im Betriebsablauf schließen. Die erforderliche Hochverfügbarkeit der Kommunikationslösung lässt sich vor allem durch redundante Server-Architekturen erreichen. Das heißt, der Betrieb erfolgt auf mehreren Servern, welche die Daten an verschiedenen Standorten spiegeln. Mit Funktionalitäten für eine Ad-hoc-Kommunikation wie Broadcasting, um alle zeitgleich zu informieren, Gruppen-Chats für den Krisenstab oder akustische Alarmierungen gewährleisten Kommunen zudem die Stabilität ihrer Handlungsfähigkeit und obendrein die Sicherheit aller Angestellten. Richard Lippmann, IT-Leiter bei der Stadt Zirndorf, erklärt den Vorteil solcher entkoppelter Zweitlösungen: „So können wir die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung weiterhin mobil erreichen, wenn andere Kommunikationswege abgeschnitten sind."*

3. Datenschutz ist und bleibt eine zentrale Anforderung für Kommunen.

Seit Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) 2018 ist das Thema Datenschutz allgegenwärtig für Kommunalverwaltungen, auch was die interne Mitarbeiterkommunikation betrifft. Richard Lippmann erinnert sich: „Die mobile Kommunikation via WhatsApp entsprach leider nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen. Eine DSGVO-konforme, sichere und für die Nutzer attraktive Lösung musste her." Dabei geht es nicht allein darum, eine WhatsApp-Alternative für die Teamkommunikation zu finden, sondern eine wirklich DSGVO-konforme Lösung, durch die alle Anforderungen der Verordnung sowie hiesiger Datenschutzgesetze erfüllt sind.

***Lösung:** Eindeutige DSGVO-Konformität umfasst neben der entsprechenden datenschutzfreundlichen Entwicklung der Software („Privacy by Design") beispielsweise auch, dass keine Daten außerhalb der EU gespeichert und weder Nutzerverhalten noch Metadaten analysiert werden. Viele Kommunikationslösungen bieten zwar starke Datenschutzvorgaben, doch bei US-Anbietern ist und bleibt die Konformität unsicher, weil sie von Angemessenheitsbeschlüssen abhängig ist. Auch wenn die erste Klage gegen das aktuell geltende „Data Privacy Framework" zwischen der EU und den USA im Oktober 2023 vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) abgewiesen wurde, so ist die Beständigkeit des Angemessenheitsbeschlusses nicht dauerhaft sicher. Kommunalverwaltungen sind besser beraten, sich einen Anbieter mit Sitz und Rechenzentren innerhalb der EU zu suchen und darauf zu achten, dass ihnen die volle Datenhoheit garantiert wird.*

4. Compliance ist auch in Kommunalverwaltungen ein Schmerzpunkt.

Öffentliche Verwaltungen sind verfassungsgemäß an Recht und Gesetz gebunden. Dies erfordert eine ständige Recht- und Regeltreue in allen Aspekten ihrer Tätigkeit, einschließlich der Beachtung der Rechtsprechung, von Verordnungen und internen Vorschriften. Ein weiterer Aspekt ist die ständige kritische Beobachtung durch die Öffentlichkeit und die Medien. Damit einher geht auch eine erforderliche Transparenz- und Nachweispflicht seitens der Kommunen. Um die Revisionssicherheit und Compliance sicherzustellen, bedarf es für Kommunalverwaltungen einer Protokollierung und zentralen Archivierung diverser Dokumente und auch interner Nachrichten.

***Lösung:** Für Kommunalverwaltungen ist es entscheidend, dass eine Kommunikationslösung für die Mitarbeitenden ein Archivierungssystem bietet, welches alle Nachrichten revisionssicher speichert. Zusätzlich sollten umfassende Prüfprotokolle (Audit-Logs) zur Verfügung stehen, um die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit der administrativen Tätigkeiten zu gewährleisten. Die Applikation muss zudem in der Lage sein, alle notwendigen Maßnahmen und Richtlinien zu implementieren, sodass eine umfassende Compliance und Sicherung der Daten auf kommunaler Ebene garantiert sind.*

5. Kommunikation erfolgt über hybride Teams innerhalb der Kommunalverwaltung.

Einige Kreisverwaltungen, Städte und Gemeinden haben bereits erste Schritte hin zu einer digitalisierten Teamkommunikation unternommen. Unterschiedliche Unified Collaboration & Communication (UC&C) Tools wie Microsoft Teams oder ähnliches sind in manchen Fällen im Einsatz. Doch diese adressieren meist nur die Büroangestellten der Kommune, die im Rathaus oder an anderen stationären Arbeitsplätzen tätig sind. Nicht berücksichtigt sind Abteilungen und angrenzende Institutionen mit vorrangig mobilen Arbeitskräften, wie Bauhof, Schul-, Kinder- oder Freizeiteinrichtungen einer Kommune.

***Lösung:** Hier bedarf es einer Kommunikationslösung für hybride Teams, die sowohl auf Desktop-PCs als auch auf Mobilgeräten funktioniert und ein Wechseln zwischen den Geräten jederzeit gestattet. Nur so ist gewährleistet, dass alle Mitarbeitenden ortsunabhängig und vor allem auch mobil alle wichtigen Informationen erhalten und unkompliziert im Team zusammenarbeiten können. Der Austausch von Text-, Bild- und Sprachnachrichten muss genauso intuitiv und reibungslos erfolgen, wie bei WhatsApp oder ähnlichen Messengern.*

Auch die Möglichkeit, Verteilerlisten, Gruppen-Chats und Umfragen zu erstellen sowie Voice-over-IP-Calls und Videokonferenzen durchzuführen, sorgt dafür, das Außendienstmitarbeitende den Bürobediensteten gleichgestellt sind. Obendrein ist es sinnvoll, gezielt auf Kommunikationsszenarien mobiler Arbeitskräfte einzugehen und etwa die Einsatzkoordination und Zusammenarbeit bei Bauhöfen durch Funktionen wie Video-Anrufe oder das Teilen des Live-Standorts zu unterstützen, sodass sie Vorfälle zeitnah der Zentrale melden und schnell Unterstützung am Ort des Geschehens erhalten können.

Fazit: Resilienz von Kommunen stärken.

Die wachsenden Anforderungen an die Arbeit von Kommunalverwaltungen und die fortschreitende Verwaltungsmodernisierung machen benutzerfreundliche und ausfallsichere Kommunikations- und Kollaborationswege erforderlich. Das gilt nicht nur für Bürobedienstete, sondern auch für alle im Außendienst. Dass dies nicht ohne Herausforderungen ist, liegt auf der Hand. Instant Messaging als sekundärer Kommunikationskanal kann dazu beitragen, die vielen Problemstellungen der Kommunen im Hinblick auf eine ausfallsichere Mitarbeiterkommunikation zu lösen, solange die strengen Anforderungen an Sicherheit, Compliance und Nutzerfreundlichkeit erfüllt sind. Der Bonus: In Zeiten akuten Fachkräftemangels – auch in mobilen Tätigkeitsfeldern von Kommunalverwaltungen – steigert ein solches Tool die Attraktivität der Verwaltungsorganisation gegenüber bestehenden und potenziellen Mitarbeitenden. So hat beispielsweise auch die Stadt Nürnberg eine Messaging-Lösung eingeführt, um sich als Arbeitgeber weiterzuentwickeln und den Angestellten Arbeitserleichterung zu verschaffen. Genau dies ist der Weg, um als Kommune zukunftsfähig zu bleiben.

Unser Autor ist Gründer und Geschäftsführer der Teamwire GmbH (teamwire.eu), die sich auf die sichere Kommunikation und mobile Zusammenarbeit von Unternehmen, Behörden und im Gesundheitswesen spezialisiert hat. Zuvor setzte er als Berater Wachstums- und Sanierungsprojekte bei Hightech-Unternehmen um und baute das Europa-Geschäft des amerikanischen IT-Start-ups Servo bis zum Exit an die japanische Kii Corporation auf. Tobias Stepan engagiert sich für die mobile Digitalisierung, innere Sicherheit und ein starkes, europäisches IT-Ökosystem. ❐

Warum Kommunen kein WhatsApp einsetzen sollten

- Das jeweilige Adressbuch der Mitarbeitenden sowie Metadaten zur Kommunikation stehen dem US-amerikanischen Meta-Konzern – ohne gesonderte Einwilligung der dort gespeicherten Kontakte – zur Verfügung.
- Das „Recht auf Information" und das „Recht auf Vergessenwerden" lässt sich gegenüber Meta nicht durchsetzen.
- Die Datenübermittlung in die USA ist nur mit einem Angemessenheitsbeschluss (Data Privacy Framework) möglich, welcher aber derzeit auf wackligen Füßen steht.
- Die DSGVO-Grundsätze „Privacy by Design" (datenschutzkonformes Software-Entwickeln und -Betreiben) und „Privacy by Default" (datenschutzfreundliche Grundeinstellungen) sind nicht erfüllt.
- Als milliardenschwerer Konzern ist Meta ein attraktives Ziel von Cyberkriminalität.
- Private und geschäftliche Kommunikation werden vermischt, was unter Umständen gegen Betriebsvereinbarungen verstößt (z. B. Recht auf Nichterreichbarkeit).
- WhatsApp ermöglicht keinen angemessenen Schutz von Behörden- und Verwaltungsdaten.
- Zentrale Administration und Datenhoheit durch die Kommunalverwaltung sind überhaupt nicht möglich.
- Der Fokus auf private Anwendungsfälle lässt viele kommunale Kommunikationsszenarien außen vor. ❐

Digitalpolitik der Bundesregierung:

Ernüchternde Fakten

Wie steht es um die Digitalvorhaben der Bundesregierung? Die neueste Auswertung des „Monitor Digitalpolitik" des Branchenverbands Bitkom verheißt nichts Gutes: Zum 1. Januar 2024 sind erst 60 der insgesamt 334 digitalpolitischen Vorhaben dieser Legislatur umgesetzt – das entspricht einem Anteil von 18 Prozent. Im zweiten Halbjahr 2023 konnte die Bundesregierung lediglich 22 Digitalvorhaben abschließen. Für den „Monitor Digitalpolitik" überprüft Bitkom regelmäßig den Umsetzungsstand von 144 Projekten aus der Digitalstrategie, von 188 digitalpolitischen Projekten aus dem Koalitionsvertrag sowie zweier weiterer digitalpolitischer Vorhaben, die die Bundesregierung nachträglich aufgesetzt hat.

Gegenwärtig befinden sich 226 digitalpolitische Vorhaben in Umsetzung (68 Prozent), 48 wurden hingegen noch nicht begonnen (14 Prozent). „Auch wenn die Bundesregierung in den vergangenen Monaten etwas Boden gutgemacht hat: Viele zentrale Vorhaben sind von Abschluss oder Umsetzung weit entfernt, dazu gehören insbesondere der Digitalpakt 2.0 für Deutschlands Schulen, die Digitalisierung der Verwaltung und auch Projekte wie der digitale Führerschein", erklärt Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst.

Tempo deutlich verdoppeln

Um vor den nächsten Bundestagswahlen alle 334 Vorhaben abzuschließen, müssten noch 274 Vorhaben in 7 Quartalen umgesetzt werden. Macht die Ampel-Koalition in dem aktuellen Tempo von 17 abgeschlossenen Digitalvorhaben pro Quartal weiter, würde sie allerdings lediglich 119 schaffen. Einschließlich der bereits abgeschlossenen 60 Vorhaben brächte sie mit insgesamt 179 nur etwas mehr als die Hälfte ihrer Digitalvorhaben (54 Prozent) ins Ziel. Der Rest bliebe auf der Strecke. Wintergerst zufolge muss die Bundesregierung das Tempo in der Digitalpolitik mehr als verdoppeln, wenn sie ihre Ziele noch erreichen will. Jetzt werde sich entscheiden, ob die Ampel-Parteien zur nächsten Bundestagswahl eine digitalpolitische Erfolgsbilanz präsentieren können. „Dafür muss sie 2024 zum Digital-Jahr machen."

„Vernichtendes Zeugnis"

„Diese Bitkom-Studie ist nicht nur ein vernichtendes Zeugnis für die Digitalpolitik der Bundesregierung, sondern muss die Alarmglocken im Hinblick auf Deutschlands Zukunft zum Läuten bringen", unterstrich Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring. Digitalisierung sei das Masterthema unserer Zeit. In Berlin betreibe man die digitale Transformation vom Schlafwagen aus und verspiele damit den Wohlstand und die Zukunft unseres Landes. „Was wir jetzt dringend brauchen, um das Ruder beherzt herumzureißen, ist eine nationale digitalpolitische Offensive", einhergehend mit einem „echten Mentalitätswechsel" - weg von Überregulierung und Bürokratie, hin zu High-Tech und Innovation", forderte Mehring.

Bayern legt vor

Bayern habe mit massiven Investitionen in Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, Robotik und XR sowie umfangreichen Programmen für die Digitalisierung in der Fläche vorgelegt, unterstrich der Minister. Bei der Verwaltungsdigitalisierung stehe der Freistaat bundesweit an der Spitze. 2024 werde der schnellstmögliche Ausbau von Zukunftstechnologien ein Schwerpunkt der Bayernkoalition sein.

Mehrings Appell

„Zum Start ins neue Jahr appelliere ich besorgt an den Bund, diese Dringlichkeit endlich zu erkennen und seinerseits gewaltig nachzulegen", betonte Mehring. „Die Bundesregierung muss dazu trotz selbstverschuldeter Staatsfinanzkrise voll auf Zukunft setzen und gezielt in Schlüsseltechnologien investieren. Andernfalls verspielt die Ampel Deutschlands Wohlstand und wir drohen international dramatisch zurückzufallen." **DK**

Bayerisches Kabinett forciert KI

In sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen wird die Künstliche Intelligenz für revolutionäre Veränderungen sorgen. Wie Wissenschaftsminister Markus Blume nach einer Ministerratssitzung erläuterte, gestalte der Freistaat diese Entwicklung aktiv mit. Mit insgesamt über 130 neuen KI-Professuren und weiteren Maßnahmen aus der Hightech Agenda Bayern seien beste Voraussetzungen für ein erfolgreiches bayerisches KI-Ökosystem geschaffen worden. Ein starkes Paket von eng miteinander verzahnten Projekten verleihe diesem jetzt zusätzlichen Auftrieb.

Da Bayerns KI-Experten an den Hochschulen für ihre Forschungsprojekte Zugang zu ausreichender Rechenkapazität benötigen, wird eine Bayerische KI-Rechnerinfrastruktur für die Forschenden an den bayerischen Hochschulen aufgebaut. Blume zufolge werden ab 2024 am Leibniz-Rechenzentrum in Garching (LRZ) und dem Regionalen Rechenzentrum Erlangen (RRZE) starke KI-Cluster mit Prozessoren neuester Bauart errichtet. Hierfür stellt der Freistaat im Doppelhaushalt 2024/25 im Rahmen der Hightech Agenda bis zu 55 Mio. Euro bereit.

TU Nürnberg als Vorreiter

Zudem wird die im Aufbau befindliche TU Nürnberg (UTN) die erste, auf KI spezialisierte Universität. Dies bedeutet, dass KI künftig in allen Bereichen der TU Nürnberg eine Rolle spielen wird. Forschung und Entwicklung an der bayerischen KI-Universität sollen zahlreiche hochrelevante Anwendungen z.B. für den Energie- oder den Gesundheitssektor hervorbringen. Der interdisziplinäre Ansatz der TU Nürnberg sei dafür ideale Voraussetzung, betonte Blume, „denn die zentralen Zukunftsfragen werden sich auch unter Einbeziehung von KI nur gemeinsam von den Technik-, Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften beantworten lassen“. Die UTN sei dafür prädestiniert, den KI-Fokus mit einem neuen „KI-Masterplan“ umfassend in Studium, Lehre und Verwaltung umzusetzen. Damit habe sie die Chance, ein echtes Alleinstellungsmerkmal zu entwickeln.

KI-Modelle, sprich selbstlernende Modelle auf der Basis von künstlichen neuronalen Netzwerken, haben in den vergangenen Jahren bahnbrechende Entwicklungen ermöglicht. Bislang ist Europa hierbei weitgehend abhängig von den Angeboten großer, in der Regel ausländischer Konzerne. Mit der Entwicklung eines bayerischen KI Basismodells soll eine echte, zuverlässige Alternative für Forscher, Unternehmen und Start-ups im Freistaat geschaffen werden. Unter der Federführung der TU Nürnberg sind die bayerischen Universitäten aufgerufen, ihre jeweiligen Kompetenzen einzubringen und ein Modell zu entwickeln, das als Open Source zugänglich gemacht werden soll. Ziel dieses Modells ist es unter anderem, die Durchführung von KI-Projekten einfacher und kostengünstiger zu machen und auch die Wettbewerbsbedingungen der bayerischen Wirtschaft spürbar zu verbessern.

Verknüpfte Initiativen

Um dem bayerischen Mittelstand und dem Handwerk den Weg in eine KI-geprägte Zukunft zu ebnen, werden zwei erfolgreiche Initiativen noch enger miteinander verknüpft: Die vom Wissenschaftsministerium konzipierten Technologietransferzentren (TTZ) der Hochschulen für angewandte Wissenschaften als bedeutende Innovationstreiber für die regionale Wirtschaft und das 2021 vom Digitalministerium initiierte Programm KI-Transfer Plus zur Unterstützung mittelständischer Unternehmen bei der Integration von KI in die eigenen Prozesse.

Nunmehr werden die TTZ der Hochschulen in Nürnberg, Neu-Ulm, Kempten, Ingolstadt und Würzburg-Schweinfurt in das Netz der sogenannten KI-Regionalzentren aufgenommen, die Unternehmen bei der Implementierung eigener KI-Use Cases begleiten und die KI-Kompetenz der Mitarbeiter stärken. Die TTZ erhalten vom Digitalministerium hierfür eine jährliche finanzielle Unterstützung von jeweils 100.000 Euro. „Auf diese Weise entsteht gemeinsam mit den bestehenden KI-Regionalzentren an den Standorten München, Regensburg und Aschaffenburg ein flächendeckendes Netz“, berichtete der Staatsminister.

Programm KI-Transfer Plus für Mittelständler

Obwohl die Chancen der KI in aller Munde sind – laut einer gemeinsamen Untersuchung von Google und IW Consult könnte der Einsatz von KI in Zukunft allein in Bayern rund 61 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung beitragen – setzt bislang nur ein sehr kleiner Teil der bayerischen Unternehmen in ihrer täglichen Geschäftspraxis auf KI. Die Staatsregierung nimmt deshalb den Aufbau von KI-Wissen in der Bayerischen Wirtschaft mit seinem Programm KI-Transfer Plus in den Blick. Mit dem bundesweit einmaligen Programm werden Mittelständlern in ganz Bayern Unterstützungsmöglichkeiten zur Einführung von KI im eigenen Unternehmen geboten.

Aufgrund der durchweg positiven Ergebnisse des ersten Programmdurchlaufs und der aktuellen Entwicklungen rund um generative KI wie ChatGPT wird das Programm räumlich und inhaltlich massiv erweitert. In der neuen Förderperiode werden bis zu 100 Unternehmen an acht KI-Regionalzentren in ganz Bayern fit für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz gemacht. Insgesamt investiert die Staatsregierung 9,1 Millionen Euro in das KI-Transferprogramm. **DK**

Füracker zur Breitbandförderung:

Bund sollte beschleunigen anstatt zu bremsen

„Bayerns Kommunen engagieren sich trotz fehlender Zuständigkeit kräftig im Breitbandausbau: Allein in 2023 haben unsere Städte, Gemeinden und Landkreise Mittel von über 1,65 Milliarden Euro aus dem aktuellen Gigabit-Förderprogramm des Bundes für den Ausbau vor Ort beantragt. In Folge der unterdimensionierten Deckelung des Bundesprogramms auf 450 Millionen Euro gingen jedoch über zwei Drittel der bayerischen Kommunen leer aus. Bremsen statt Beschleunigen ist beim Breitbandausbau der falsche Weg – der Bund sollte hier seiner Verantwortung beim Glasfaserausbau endlich gerecht werden und die Förderrunde 2024 zügig starten“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich seines jüngsten Schreibens an den Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing.

Viele bayerische Kommunen stünden bereits in den Startlöchern und warteten, so Füracker. „Verzögert der Bund hier weiter, müssen Verfahrensschritte unnötig wiederholt werden. Das kostet Zeit und Geld – beides darf nicht verschwendet werden.“

Für verlässliche Finanzierung

„Die gute Ausbaudynamik in Bayern darf nicht durch unnötige Bürokratie oder mangelnde Finanzierung verlangsamt werden. Unsere Kommunen sind auf Transparenz und Planungssicherheit angewiesen. Meine Forderung an den Bund: Eine verlässliche Finanzierung seines Förderprogrammes über einen mehrjährigen Zeithorizont sicherzustellen. Das Bundesprogramm muss zudem künftig die Anzahl förderfähiger Adressen je Bundesland stärker gewichten, um dem örtlichen Förderbedarf angemessen Rechnung zu tragen“, so Füracker.

Für den Breitbandausbau und dessen Förderung ist der Bund zuständig. Dieser hatte im Oktober 2022 einen sofortigen Förderstopp für sein Gigabitförderprogramm wegen fehlender Haushaltsmittel verkündet. Seit April 2023 fördert die Bundesregierung deutschlandweit den Ausbau gigabitfähiger Breitbandnetze wieder. Jedem Land ist dabei grundsätzlich ein festes Budget zugeteilt.

Für bayerische Kommunen waren im Jahr 2023 insgesamt 450 Millionen Euro Bundesmittel vorgesehen. Zuletzt hat sich Bayern auf Bundesebene mit einer Vielzahl an zielgerichteten Anpassungsvorschlägen an der Weiterentwicklung des neuen Gigabitförderprogramm des Bundes beteiligt. Mit einem aktuellen Schreiben an den Bundesminister für Digitales und Verkehr macht sich der Freistaat jetzt zusätzlich für mehr Tempo im Breitbandausbau stark. ❒

BREKO zum Mobilfunkmarkt-Gutachten der Bundesnetzagentur:

An der Realität vorbei

Im Auftrag der Bundesnetzagentur haben die Beratungsunternehmen WIK-Consult GmbH und Ernst & Young GmbH ein Gutachten zu den Wettbewerbsverhältnissen im Mobilfunkmarkt erstellt. Dabei handelt es sich um einen Beitrag im Verfahren zur Bereitstellung der Mobilfunkfrequenzen aus den Bereichen 800 MHz, 1.800 MHz und 2.600 MHz. Die Gutachter kommen zu dem Schluss, dass derzeit sowohl auf dem Endkunden- als auch auf dem Vorleistungsmarkt im Bereich des öffentlichen Mobilfunks wirksamer Wettbewerb herrsche.

Die Auswertung der Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren zeige, dass die aktuelle Situation auf den Endkunden- und Vorleistungsmärkten sowohl im Interesse der Verbraucher ist als auch Anreize für die Mobilfunknetzbetreiber zu weiteren Netzinvestitionen bietet. Mit dem Markteintritt von 1&1 als Mobilfunknetzbetreiber erwarten die Gutachter zudem, dass der Infrastrukturwettbewerb weiter verstärkt wird und sich hierdurch ein noch besseres Preis-Leistungs-Verhältnis über alle Kundensegmente hinweg einstellen kann.

Nach den Worten von Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, „ist die Förderung des Wettbewerbs ein wichtiges Ziel der Frequenzregulierung. Wir werden die Ergebnisse des Gutachtens bei der anstehenden Entscheidung im Frequenzverfahren berücksichtigen.“

Rosarote Mobilfunkwelt

Nach Ansicht von Dr. Stephan Albers, Geschäftsführer des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO), „geht die Einschätzung der Gutachter an der Realität vorbei. Das Gutachten malt eine rosarote Mobilfunkwelt. Auch wenn eine Vielzahl von Submarken der drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber, wie Aldi Talk oder Congstar, den Anschein erwecken: Es gibt auf dem deutschen Mobilfunkmarkt insbesondere im Vorleistungsbereich zurzeit keinen wirksamen Wettbewerb.“

Mangelnde Angebotsvielfalt

Nach wie vor verzögerten Telekom, Vodafone und Telefónica systematisch das Angebot von 5G-Tarifen für Wettbewerber ohne eigenes Mobilfunknetz. Unter dem Mangel an Angebotsvielfalt litten am Ende die Endkunden, die oft nur 4G-Technologie nutzen können. Diese Strategie hat Albers zufolge Methode: „Wie im Gutachten beschrieben, haben die etablierten Anbieter in der Vergangenheit auf Basis des geltenden Verhandlungsgebotes erst mit einer Verzögerung von fünf, sieben beziehungsweise acht Jahren 4G-Angebote bereitgestellt.“ Deshalb sei die Einführung einer Diensteanbieterverpflichtung alternativlos. Nur die Verpflichtung der drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber, unabhängigen Wettbewerbern diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen zu ermöglichen, werde den Wettbewerb auf dem Mobilfunkmarkt nachhaltig stärken und werde von den Wettbewerbern ausdrücklich gewünscht.

BREKO-Auswertung

Dies zeigt laut Albers auch eine aktuelle Auswertung des BREKO von Stellungnahmen zum Vorschlag der Bundesnetzagentur zu den Rahmenbedingungen der Frequenzvergabe: „Alle 17 teilnehmenden Telekommunikationsunternehmen mit Ausnahme der etablierten Mobilfunknetzbetreiber fordern eine wirksame und unbürokratische Diensteanbieterverpflichtung, ebenso der Verbraucherzentrale Bundesverband, das Bundeskartellamt und die Monopolkommission.“

Wettbewerb fördern

Die Bundesnetzagentur habe angekündigt, das Gutachten bei der anstehenden Frequenzvergabe zu berücksichtigen. Dies würde den Wettbewerb aber nicht stärken, sondern höchstens den Status Quo erhalten, machte der Geschäftsführer deutlich. „Neben der geplanten Verlängerung der Mobilfrequenzen wäre dies das zweite Geschenk für die drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber. Das wiederum widerspricht dem Ziel des Gesetzgebers, den Wettbewerb im Mobilfunkmarkt zu fördern.“ **DK**



Hybrides Bürgeramt:

Die Alternative zu zeitfressenden Behördengängen

Eine aktuelle Bitkom-Studie zeigt, dass Behördengänge für Bürgerinnen und Bürger mit hohem Aufwand verbunden sind. Hinzu kommen Probleme bei der Buchung von Verwaltungsterminen. Die zur DSV-Gruppe gehörende S-Management Services (S-MS), Expertin für Formularmanagement, rät Kommunen zu einem hybriden Ansatz für den Bürgerservice, der online und offline vereint. Ein hybrides Bürgeramt verbindet online verfügbare Services mit effizientem Terminmanagement und der aktiven Steuerung der Besucherströme auch vor Ort. So ließen sich Behördengänge deutlich schneller und komfortabler abschließen – für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Verwaltung.

Behördengänge als echte Zeitfresser

Die Empfehlung der S-MS steht im Kontext der aktuellen Bitkom-Studie zur Terminvergabe und Dauer von Behördengängen. Laut den Studienergebnissen dauert der Besuch einer Behörde in Deutschland im Durchschnitt zwei Stunden und 21 Minuten. Dabei entfallen 57 Minuten auf die An- und Abreise, 48 Minuten auf die Wartezeit vor Ort sowie 36 Minuten auf die Bearbeitung des eigentlichen Anliegens. In ländlichen Gebieten mit weniger als 5.000 Einwohnenden verlängert sich diese Zeit durch einen höheren Aufwand für An- und Abreise sogar noch weiter. Demnach sind Behördengänge auch im Jahr 2024 nach wie vor echte Zeitfresser. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von 1.007 Menschen ab 18 Jahren in Deutschland im Auftrag des Digitalverbands Bitkom.

Die Studie macht darüber hinaus deutlich, dass es für einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger sogar schwierig ist, überhaupt – womöglich zeitnah – einen Termin auf dem Amt zu bekommen. Laut Bitkom gab rund die Hälfte der Befragten an, hierbei Schwierigkeiten gehabt zu haben; 35 Prozent von ihnen empfanden es sogar als sehr schwierig.

„Dieser Zustand ist für die Mitarbeitenden in der Verwaltung genauso unbefriedigend wie für die Bürgerinnen und Bürger, zudem ist er unnötig und leicht abzustellen. Unsere Lösung mit FrontDesk zum Termin- und Besucherstrom-Management und zu unseren Online-Formularanwendungen sorgt sofort für Entlastung und ist schnell einzuführen“, sagt Peter Höcherl, Leiter Ressort Forms Technologies bei der S-MS.

Im Sinne eines hybriden Bürgeramts gehen die Bürgerinnen und Bürger dazu auf die Webseite ihrer Kommune. Dort führt sie FrontDesk zu dem für ihr Anliegen zutreffenden Verwaltungsvorgang. Hier erfahren sie bereits, welche Voraussetzungen und Unterlagen für die Antragstellung notwendig sind oder ob es sonstige Besonderheiten gibt. Die Nutzenden können den entsprechenden Antrag nun online ausfüllen und einreichen, abhängig davon, wie komplex der Verwaltungsvorgang oder die Anforderungen sind. Die S-Management Services stellt dafür hunderte Verwaltungsleistungen als fertige Online-Formularanwendungen zur Verfügung. Eine notwendige Legitimation kann dabei über ein bestehendes Bürgerkonto oder via eID erfolgen. Anfallende Gebühren lassen sich per E-Payment sofort begleichen. Auf diese Weise ist eine medienbruchfreie Antragstellung möglich, ohne überhaupt den Weg zum Amt antreten zu müssen. Die große Masse der Anliegen kann damit bereits abgedeckt werden.

Ist das Verfahren nicht online verfügbar, weil es beispielsweise zu komplex für eine Online-Durchführung ist, oder entscheidet man sich für einen persönlichen Besuch, um etwa noch Fragen vor Ort zu klären, kann über FrontDesk auch ein Termin bei der zuständigen Stelle vereinbart werden. Hilfreich als zusätzlicher Service ist auch der Versand einer E-Mail oder SMS mit einer Liste mitzubringender Unterlagen zur Erinnerung an den bevorstehenden Termin.

Optional sind zudem gemischte Formen, bei denen ein Antragsverfahren online gestartet und der Antrag bei einem persönlichen Termin im Amt vervollständigt wird. So können Antragsstellende sich bereits online informieren, komplexe Angaben vorab erfassen und notwendige Unterlagen bereitstellen. Vom Online-Verfahren kann dann zum nächsten Bearbeitungsschritt (z. B. Termin im Amt) übergeleitet werden.

Kommunen, die FrontDesk schon eingeführt haben, berichten, dass die Termine im Amt nun nahezu reibungslos und damit schneller verlaufen. Das Aufkommen an Anrufen zu Terminvereinbarungen hat sich deutlich reduziert. Dadurch können die Mitarbeitenden ungestörter arbeiten und ihre Zeit effizienter nutzen. Über den FrontDesk Hub erhalten sie zudem einen besseren Überblick über ihren Arbeitstag. Sie finden hier beispielsweise eine Liste der gebuchten Termine des Tages, sehen, wie viele Mitarbeitende verfügbar sind, und können ihre Backoffice-Aufgaben zeitlich einplanen. Ein weiterer Vorteil für die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter: Beim Aufrufen von Personen mit Termin wird bereits das jeweilige Anliegen in der Anwendung angezeigt. Die Zeitersparnis und gut vorbereitete Bürgerinnen und Bürger spiegeln sich dann auch direkt in der durchschnittlichen Wartezeit wider: Mithilfe von FrontDesk können nun viele Bürgerinnen und Bürger noch vor dem eigentlichen Zeitpunkt ihres Termins aufgerufen werden. Die Zeiten zeitfressender Behördengänge dürften damit schon bald der Vergangenheit angehören.

Fazit: Die aktuelle Bitkom-Studie zeigt, dass Behördengänge auch in Zeiten zunehmender Digitalisierung mit einem hohen Aufwand verbunden sind. Hinzu kommen Probleme bei der Buchung von Verwaltungsterminen. Das hybride Bürgeramt mit einer modernen Lösung zum Terminmanagement schafft Abhilfe. ❐

Kommunales GIS-Forum in Ulm:

Intelligentes Management kommunaler Geodaten

Das Kommunale GIS-Forum des Runden Tisch GIS e. V im Ulmer Stadthaus zeigte erneut auf, welch wichtige Rolle Geoinformationen im täglichen Leben und bei kommunalen Verwaltungsaufgaben spielen. Die Geo-IT ist für Verwaltungen unverzichtbar, wollen sie eine bessere Qualität in ihren Digitalisierungsbestrebungen erzielen.

Wie Daniel Holweg, 2. Vorstand des Runden Tisch GIS, vor rund 120 Teilnehmern aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft eingangs hervorhob, gehe es bei Veranstaltungen wie dem Kommunalen GIS-Forum vor allem darum, den Wissenstransfer zu unterstützten und zu fördern.

Vielfältige Einsatzbereiche

Wie wichtig dieser Wissenstransfer für Städte ist, zeigte sich in der Keynote von Martin Bendel, Erster Bürgermeister der Stadt Ulm. „Unsere Verwaltungen befinden sich in einem Transformationsprozess“, unterstrich der Rathauschef. Für die Ulmer Verwaltung bedeute dies, dass zahlreiche Stellen täglich Verantwortung für das städtische Datenmanagement trügen. Die Einsatzbereiche der Geodaten seien vielfältig und erstreckten sich von der Mobilität über das Smart-City-Umfeld bis zur Bauleitplanung. Als wichtige Aufgabe und klares Ziel definierte der Ulmer Finanzbürgermeister die zentrale Frage: „Wie bekommen wir all die Daten, die wir nutzen, in ein Managementsystem?“

Die Ausführungen von Daniela Schleder vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (StMFH), führten von der Projektidee „Wie bekomme ich eine Kartenskizze in einen Online-Antrag?“ zur Projektumsetzung bis zur eigentlichen Geodigitalisierungskomponente. Als zukunftsfähige Lösung gedacht, suchte das Staatsministerium unter der Nutzung offener Standards und einer freien Software eine cloudbasierte und skalierbare Lösung. Nicht zu vergessen die IT-Sicherheit und Architektur sowie die Möglichkeit der agilen Entwicklung und (individuellen) Weiterentwicklung der Lösung. Schleder zufolge standen von Beginn an die Menschen und das Prinzip einer bedingungslosen Einfachheit in der Anwendung im Mittelpunkt. Dank des schlanken Ansatzes sind die Services der Geodigitalisierungskomponente seit Anfang 2023 als efA-Komponente (Einer-für-alle) für OZG-Prozesse verfügbar.

Einsatz von Kleinsatelliten

Zum Thema „Bayerische Satellitendaten im Kontext kommunaler Anwendungen“ referierte Wolfgang Bauer, Leiter der Abteilung für Digitalisierung, Breitband und Vermessung im StMFH. Im Zentrum stand dabei für das Ministerium die Frage, ob sich Kleinsatelliten, sog. CubeSats, für die wachsenden Aufgaben im Fernerkundungsbereich eignen. Hintergrund ist nach Bauers Worten, dass die zweijährliche Bayernbefliegung zwar genaue Luftbilder liefert, aber hinsichtlich der Aktualität für viele Anwendungen nicht mehr ausreiche. Dies erkläre sich unter anderem durch häufige Extremwetterereignisse und die geopolitische Lage.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie prüfte das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) den Einsatz von Kleinsatelliten für verschiedene Anwendungsszenarien. In Kooperation mit dem Zentrum für Telematik in Würzburg und der Technischen Universität München ging es dabei um die Bereiche Geodäsie/Kartografie, Land- und Forstwirtschaft sowie die Erkennung von Naturgefahren. Da das Ergebnis positiv gewesen sei, wurden die Ergebnisse der ersten Studie präzisiert und ein Missionsdesign zu einer bayerischen Fernerkundungsmission mit CubeSats erarbeitet.

Dass die Entwicklung im Straßen- und Siedlungsbau auch an anderer Stelle von entscheidender Bedeutung ist, zeigt sich bei zahlreichen Smart-City-Ideen und Digitalisierungsprojekten von Städten und Gemeinden. Ein wesentlicher Kern dieser intelligenten Vorhaben sind die Beteiligungsmöglichkeiten für die Menschen vor Ort im Austausch mit der Verwaltung. In Neu-Ulm sollte mit den beiden Online-Portalen „Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK)“ und „Digitales Entwicklungskonzept (IDEK)“ die Bürgerbeteiligung gestärkt werden. Wie Florian Rüggenmann, Abteilung Geoinformation und Vermessung, erläuterte, hätten die Verantwortlichen mit ihren Maßnahmen jedoch nicht alle Bürger erreicht, da Menschen mit Sehbehinderung die Beteiligungsportale nicht nutzen konnten.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit habe viel mit einfachen Schritten zu tun, so Rüggenmann. Exemplarisch nannte er die Einbindung eines Mängelmelders in digitale Karten der Stadt Neu-Ulm. Benötigt würden einfache und große Schriftgrößen sowie Symbole und markierte Formularfelder, die als solche klar gekennzeichnet sind. Weitere Themen zur Barrierefreiheit und deren Integration in das digitale Kartenwerk seien öffentliche Toiletten, Ampeln mit Blindensignalen oder sichere Fußgängerüberwege.

Dass auch in der ländlichen Entwicklung Bayerns Bürgerbeteiligung und Barrierefreiheit mit digitalen Karten auf der Aufgabenliste weit oben stehen, machte Anja Seifert, Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern, anhand der Kernfrage „Wie können unsere zu veröffentlichenden Karten barrierefreie PDF-Dokumente werden?“ deutlich.

Fragen der Sicherheit

Den Abschluss des Kommunalen GIS-Forums bildete unter anderem ein Vortrag von Ingo Michels, Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb). Seinen Ausführungen zufolge geht es beim vfdb um die Stärkung von Brand- und Umweltschutz, dem Katastrophenschutz und Rettungsdienst. „Zudem setzen wir uns mit aktuellen und zukünftigen Sicherheitsfragen auseinander.“ Mit der „Nationalen Plattform für Geo Daten“, kurz NPGEO, verfolge die Vereinigung das Ziel, die einheitliche und einfache Nutzung raumbezogener Informationen zu fördern. Hierzu zähle unter anderem die Web-Applikation „Waldbrandatlas“.

„Es geht um Kollaboration bei übergreifenden Einsätzen“, formulierte Michels ein wesentliches Augenmerk der Verbandsarbeit. Das heißt, eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und ein Lagebild zu erzeugen, inklusive von Bildern vor und nach einer Katastrophe. Am Ende stehe vor allem die „Ad-hoc-Nutzung“ der Geo-IT-Lösung im Vordergrund – inklusive möglicher Lagekarten und Zugangswege. **DK**



Schnelle Hilfe bei WLAN-Problemen durch Techniker vor Ort:

M-net stellt neuen Service zur WLAN-Optimierung vor

Streaming, Gaming oder Arbeiten mit Hochgeschwindigkeit aus dem Home-Office: Neben einem leistungsstarken Internet-Anschluss ist dafür auch eine schnelle WLAN-Verbindung im Heimnetz erforderlich. Damit diese nicht zum Nadelöhr für das Interneterlebnis wird, bietet Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net nun Unterstützung mit einem neuen Service zur WLAN-Optimierung für Privatkunden: Im Rahmen des „WLAN-Service" messen Technikerinnen oder Techniker vor Ort die WLAN-Abdeckung, identifizieren Störquellen oder optimieren den Standort des Routers. Der WLAN-Service richtet sich an M-net Kundinnen und Kunden, deren WLAN-Probleme sich nicht aus der Ferne beheben lassen.

Eine zuverlässige Funkverbindung über WLAN hängt von vielen individuellen Faktoren ab und kann durch bauliche Gegebenheiten oder in dicht besiedelten Gebieten auch von anderen Funknetzen beeinträchtigt werden. Nicht selten wird die heimische WLAN-Verbindung so zum Flaschenhals für den Internetzugang: Allein im Zeitraum zwischen Mai 2021 und Juni 2023 meldeten M-net Kundinnen und Kunden fast 10.000 Fälle mit Verbindungsproblemen, deren Ursache nicht beim eigentlichen Internetanschluss zu finden war, sondern in der WLAN-Infrastruktur vor Ort.

Probleme direkt vor Ort identifizieren und beheben

„Die Anforderungen an die eigene Internetverbindung sind heute größer denn je", weiß Dr. Wolfgang Wallauer, Leiter des Bereichs Privatkunden bei M-net, und erklärt: „Eine Videokonferenz oder die Lieblingsserie muss ohne Unterbrechung laufen, damit die produktive Zusammenarbeit aus dem Home-Office gewährleistet ist und dem Entertainment-Genuss zu Hause nichts im Wege steht. Häufig hängen Verbindungprobleme allerdings nicht mit dem eigentlichen Internetanschluss zusammen, sondern sind durch eine schlechte WLAN-Verbindung begründet. Da die Ursachen vielfältig sind und die Ursachenforschung technisch anspruchsvoll sein kann, ist eine Optimierung aus der Ferne nicht immer möglich. Aus diesem Grund war es uns wichtig, auf den Bedarf unserer Kundinnen und Kunden einzugehen und einen Service zu entwickeln, mit dem WLAN-Probleme direkt vor Ort identifiziert und behoben werden können."

Leistungsumfang des neuen M-net WLAN-Service

Das neue Serviceprodukt M-net WLAN-Service hat zum Ziel, die drahtlosen Verbindungen innerhalb des privaten WLAN-Netzwerks des Kunden zu optimieren und damit auch die allgemeine Kundenzufriedenheit zu steigern. Zum vertraglichen Leistungsumfang gehören unter anderem die An- und Abfahrt des Technikers, die Prüfung der WLAN-Abdeckung in der Wohnung und die Identifikation möglicher Störquellen.

Der M-net Techniker hilft dabei, den optimalen Router-Standort ausfindig zu machen und die individuelle Konfiguration des Geräts zu optimieren, beispielsweise durch die gezielte Auswahl bestimmter Frequenzbänder, Funkkanäle oder der Sendeleistung.

Im WLAN-Service inklusive ist auch die Verbindungseinrichtung für bis zu zwei kundeneigene Endgeräte wie Smartphones, Notebooks oder Smart-Home Geräte. Bei Bedarf installiert der Techniker darüber hinaus maximal zwei M-net WLAN-Repeater, die den Abdeckungsbereich des privaten Funknetzwerks vergrößern und dadurch auch in Teilen des Hauses oder der Wohnung, die zu weit vom Router entfernt liegen, für einen optimalen Empfang sorgen. Die Repeater selbst werden dabei gesondert berechnet.

Verfügbarkeit und Preis

Der M-net WLAN-Service ist ab sofort für alle bestehenden M-net Kundinnen und Kunden für nur 89,90 Euro (zzgl. WLAN-Repeater nach Bedarf) über den M-net Kundenservice unter der kostenfreien Rufnummer 0800 2906090 buchbar. ❐

Klimaschutz und Landwirtschaft vereinbaren:

Moorbodenschutz in der Praxis

Die Zukunft der Landwirtschaft steht im Zeichen des Klimaschutzes, und die Versuchsstation Karolinenfeld der Bayerischen Staatsgüter ist Schauplatz für die Entwicklung hin zu einer moorverträglichen Bewirtschaftung. Unter der Versuchsleitung der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) befindet sich das wegweisende Projekt „MoorBewi" nun in seiner finalen Phase.

Moore spielen eine entscheidende Rolle als natürliche Kohlendioxidspeicher und sind somit unverzichtbar für den Kampf gegen den Klimawandel. Obwohl sie nur 3 Prozent der Erdoberfläche ausmachen, speichern Moore mehr Kohlendioxid als alle Wälder zusammen. MoorBewi hat es sich zur Aufgabe gemacht, Wege zu finden, um Moore effektiv zu schützen und gleichzeitig eine nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen.

Die Versuchsstation Karolinenfeld, betreut von den Bayerischen Staatsgütern (BaySG), ist ein Musterbeispiel für den notwendigen Wandel im Umgang mit Moorböden. Hier führen die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) und das Peatland Science Centre (PSC) der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf innovative Feldversuche durch, um das Wassermanagement zu optimieren und Nassgrünland sowie Paludikulturen zu etablieren und zu bewirtschaften.

Die vorläufigen Ergebnisse sind vielversprechend: Durch das innovative Schachtsystem konnten die Wasserstände auf den Versuchsflächen nicht nur deutlich angehoben, sondern auch präzise reguliert werden. Nach Anhebung des Grundwasserstandes konnten auf dem Nassgrünland ertragreiche Aufwüchse für die Verfütterung geerntet werden. Paludikulturen wie die Sumpf-Segge entwickelten sich rasch zu geschlossenen Beständen, so dass sie einer stofflichen Verwertung zugeführt werden können – ein vielversprechendes Zeichen für die Zukunft.

Um die wiedervernässten Moorflächen zu bewirtschaften, wurden spezielle Landmaschinen mit geringem Gewicht und breiter Bereifung beschafft. Diese Maßnahmen fließen nicht nur in die Beratung zum geplanten Moorbauernprogramm des Bayerischen Staatsministeriums ein, sondern machen die Versuchsstation Karolinenfeld zum Musterbetrieb für klimaverträgliche Bewirtschaftungsmöglichkeiten auf Moorböden.

Eine zukünftige Anhebung der Wasserstände auf der gesamten Fläche der Versuchsstation ist geplant, um den Klimaschutz weiter zu stärken. Eine Machbarkeitsstudie wird derzeit erstellt, um die Grundlage für diese entscheidenden Maßnahmen zu schaffen.

Die Forschung wird vom PSC mit Messungen der Treibhausgasemissionen begleitet, um die Auswirkungen der verschiedenen Ansätze genau zu quantifizieren. Bereits seit 2020 konnten auf den vernässten Flächen erhebliche Reduzierungen der Treibhausgasemissionen verzeichnet werden. ❐

Kreislaufwirtschafts- und Ressourceneffizienztage

„Die Zukunft heißt Kreislaufwirtschaft!" Mit diesen Worten eröffnete der Bayerische Staatsminister für Umwelt- und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber die Bayerischen Kreislaufwirtschafts- und Ressourceneffizienztage (KReTa 2024) in der IHK für München und Oberbayern. Über 300 Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und von Behörden tauschten sich zwei Tage in Präsenz und digital darüber aus, was die Branche bewegt: Klimaschutz, KI und Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft der Zukunft, Recycling von Kunststoffen und Recyclingbaustoffe.

Zwei Themen bringen die aktuellen Herausforderungen in der Kreislaufwirtschaft auf den Punkt: Kunststoffe und Baustoffe. Bei den Kunststoffen steigt weltweit das Volumen bei der Herstellung weiterhin stark an und parallel wächst auch bei uns die Menge an Kunststoffabfällen. In Deutschland fielen 2021 circa 5,7 Millionen Tonnen davon an, das entspricht über 220.000 voll beladenen LKWs. Noch deutlicher ins Gewicht fallen Bau- und Abbruchabfälle. Sie stellen den größten Abfallstrom dar: Laut Statistischem Bundesamt mit rund 228 Millionen Tonnen im Jahr 2018 für ganz Deutschland. Das entspricht rund 55 Prozent des Gesamtabfallaufkommens. Allein in Bayern waren es im selben Jahr 53 Millionen Tonnen.

Ideen, Produkte und Dienstleistungen

Prognosen der Circular Economy Initiative Deutschland zufolge könnten durch Maßnahmen wie eine Verlängerung der Nutzungsdauer, eine Nutzungsintensivierung sowie besseres Recycling von Produkten bis 2050 circa 70 Prozent der Ressourcen eingespart werden. Bei den KReTa 2024 präsentierten Unternehmen, die in Bereichen der Ressourceneffizienz bereits erfolgreich sind, ihre Ideen, Produkte und Dienstleistungen in Vorträgen und im Ausstellerbereich, darunter auch die vier Gewinner des Bayerischen Ressourceneffizienzpreises 2023. Die zweitägige Veranstaltung bot außerdem eine Plattform zum Netzwerken sowie zum allgemeinen Austausch und Wissenstransfer rund um die Material- und Rohstoffeffizienz, Klimaschutz und Digitalisierung.

Mission RC20/25

Um das Bewusstsein für eine nachhaltige Baubranche zu stärken und die Potenziale von Recycling-Baustoffen auszuschöpfen, hat die Bayerische Staatsregierung am 29.03.2022 ein Maßnahmenpaket für den verstärkten Einsatz von Recycling-Baustoffen beschlossen: „Mission RC20/25 – Bayern baut auf Umweltschutz!". Ziel ist es, bis 2025 den Anteil des Bauschutts, der in Recyclinganlagen aufbereitet wird, um 20 Prozent zu steigern. Als eine der beschlossenen Maßnahmen hat das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr den Bayerischen Ideenwettbewerb für den nachhaltigen Einsatz von Bauteilen und Recyclingmaterialien im Bausektor ausgelobt. Ideen hierfür können beim Ressourceneffizienz-Zentrum Bayern (REZ) eingereicht werden: www.rez.bayern.de/ideenwettbewerb.

Sie interessieren sich dafür, Themen der Material- und Rohstoffeffizienz in Ihrem Unternehmen umzusetzen? Das REZ ist dafür die zentrale Anlaufstelle in Bayern und freut sich darauf, Sie bei Ihren Vorhaben zu unterstützen. Weitere Informationen unter: www.rez.bayern.de ❐

Bundesprogramm Biologische Vielfalt:

Förderung für Münchner Modellquartiere

Überall dort, wo Lebensräume geschützt und Arten gefördert werden, wo sich Menschen für die biologische Vielfalt einsetzen, hat dies auch positive Effekte auf den Klimaschutz. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Bundesumweltministerium (BMUV) fördern deshalb im Bundesprogramm Biologische Vielfalt weitere Projekte, die Maßnahmen für ökologische Stadtnatur umsetzen, mit insgesamt 3,65 Millionen Euro. Mit dabei sind auch Modellquartiere in München.

Mitten in der Millionenstadt entstehen mit Beteiligung der Menschen vor Ort Modellquartiere nach dem Prinzip des Mehr-Zonen-Gartens. Basis dafür sind Gemeinschaftsgärten, in denen biodiversitätsfördernde gärtnerische Maßnahmen erforscht, bewertet, weiterentwickelt und implementiert werden. Diese Maßnahmen trägt das Projekt in die Quartiere und macht sich dafür stark, dass auch außerhalb der Gärten Maßnahmen umgesetzt werden.

Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Transformation

Die Projektverantwortlichen binden viele Stadtakteure in die Aktivitäten ein mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft an der sozial-ökologischen Transformation der Stadt München zu beteiligen. Um die Menschen im Quartier bei der Begrünung ihres großstädtischen Wohn-, Arbeits- und Lernumfelds anzuleiten, werden in vier Modellquartieren sogenannte BioDivHubs eingerichtet. Dort entstehen in interdisziplinärer Zusammenarbeit Lernorte und Netzwerke. Ein großes Angebot an Bildungsmaßnahmen sowie zwei Symposien und ein Kongress sollen den Transfer der praktischen Erfahrungen gewährleisten.

Förderung bis Mitte 2028

Das gemeinsame Projekt von BürgerStiftung München, Green City e.V., Münchner Umwelt-Zentrum e.V., Museum für Naturkunde Berlin und Technischer Universität München wird bis Mai 2028 mit rund 1,25 Millionen Euro gefördert.

Naturnahe Lebensräume sind unverzichtbar

Nach den Worten von Bundesumweltministerin Steffi Lemke „sind besonders in Städten naturnahe Lebensräume, Bäume und Grünflächen unverzichtbar. Sie kühlen unsere Städte, speichern Wasser und machen sie für uns lebenswert. Sie bieten vielen Tieren und Pflanzen einen Lebensraum. Überall dort, wo wir uns für mehr biologische Vielfalt einsetzen, leisten wir zugleich einen großen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz." **DK**



Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der **PlusPunktRente**!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand

Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!
Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Jetzt anmelden! UNSER NEWSLETTER www.bvk-zv.de/Newsletter
Jetzt lesen! UNSER MAGAZIN www.bestens-abgesichert.de
Folgen Sie uns! UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS bvkzusatzversorgung



V.l.: Für die betroffenen Landwirte: Anton Peis; BBV-Obmann Bernhard Haimmerer; BGM Kathrin Alte; Rechtsbeistand Benno Ziegler, Maxi Peis, Markus Bauer, Martin Festl, Andreas Porotznik und Rechtsanwalt Maximilian Schmid. Bild: Gemeinde Anzing

Petition erfolgreich!

Wasserschutzgebietsverordnung nichtig / Umweltausschuss des Bayerischen Landtags unterstützt Landwirte und Gemeinde Anzing im Wasserstreit

Anzing. In der Sitzung Ende Januar des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz im Bayerischen Landtag stand die im Juni 2023 von Bürgermeisterin Kathrin Alte eingereichte Petition „Sicheres Trinkwasser für den Markt Markt Schwaben nicht gegen, sondern mit der Gemeinde Anzing“ auf der Tageordnung. Nach eingehender Diskussion fasste der Ausschuss einstimmig einen Berücksichtigungsbeschluss. Es ist das stärkste Mittel des Landtages um die Staatsregierung im Sinne der Petenten zum Handeln aufzufordern. Dies bedeutet: Der Ausschuss hält das Anliegen „in vollem Umfang für berechtigt und durchführbar.“

Es wird erwartet, dass die Bayerische Staatsregierung die Petition baldmöglichst umsetzt. Ebenso wurde beschlossen, dass die beteiligten Behörden – Landratsamt, Wasserwirtschaftsamt Rosenheim und die betroffenen Kommunen – innerhalb von vier Monaten eine gemeinsame Lösung finden und dem Ausschuss darüber Bericht erstatten müssen. „Seit 1999 gab es keinen ernsthaften Versuch der übergeordneten Behörden, dieses für unsere Landwirte existenzgefährdende Wasserschutzgebiet auszuweisen“, so Bürgermeisterin Kathrin Alte. Es sei „ein großer Erfolg“, dass der Ausschuss der Argumentation der Gemeinde Anzing gefolgt ist und damit die Anzinger Landwirte wieder eine echte Perspektive haben.

Alternative für Brunnen II

„Wir sind nach dem Beschluss des Ausschusses unserem Ziel, dass der Brunnen II nicht in Betrieb geht, ein gutes Stück nähergekommen. Jetzt sind wir alle – Markt Schwaben, Anzing, aber vor allem das Landratsamt und das Wasserwirtschaftsamt gefordert, eine echte Alternative für Brunnen II zu finden und nicht weitere Jahre oder Jahrzehnte das Thema auf die lange Bank zu schieben.“ Im Namen der Landwirte dankten Bürgermeisterin Alte und der Bevollmächtigte der Petenten, Rechtsanwalt Benno Ziegler, dem Ausschuss für den Beschluss und die Unterstützung.

Das Thema beschäftigt seit über drei Jahrzehnten die betroffenen Landwirte, die Gemeinde Anzing und den Markt Markt Schwaben.

Zweites Standbein

Hintergrund ist die Wasserversorgung in Markt Schwaben und die seit 1999 mögliche Inbetriebnahme des Brunnen II, der als „Zweites Standbein“ der Wasserversorgung Markt Schwaben dienen sollte.

In Anzing wären – sollte dies erfolgen – in den Ortsteilen Boden, Lindach, Staudach und Auhofen acht landwirtschaftliche Betriebe von der möglichen Ausweisung eines Wasserschutzgebietes betroffen.

Intervention von Bürgermeisterin Alte

Dagegen haben sich die Bauern seit vielen Jahren gewehrt und es fanden zahllose Gespräche mit den betroffenen Behörden statt. Um dieses schwebende Verfahren zu einer Lösung zu führen, hat Bürgermeisterin Kathrin Alte im Juni 2023 eine Petition eingereicht. Nun hat der Umweltausschuss des Landtags festgestellt, dass die Wasserschutzgebietsverordnung des Landratsamts aus 1988 nichtig ist. Damit kann nun endlich eine Lösung im Sinne der Betroffenen gefunden werden. ❐

Europäische Verpackungsverordnung:

Holzindustrie warnt vor desaströsen Folgen

Wirtschaft, Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft betroffen

Zum Start des Trilogverfahrens zur europäischen Verpackungsverordnung greift die Wertschöpfungskette für Holzverpackungen zu drastischen Worten, um Korrekturen anzumahnen. Denn es drohen europäische Vorgaben, die den Klimaschützer Holz und das etablierte Holzrecycling im Verpackungsbereich gefährden. Damit würde die Holzverpackungsindustrie in ihrer Existenz gefährdet und mit ihr die Zuliefererindustrien (Säge- und Holzwerkstoffindustrie) in eine weitere Krise gezogen.

Die europäische Verpackungsverordnung PPWR (Packaging & Packaging Waste Regulation) könnte das Aus für etablierte Ladungsträger aus Holz, etwa Paletten, bedeuten. Denn die Vorgaben zu Leerräumen, dem Mindesteinsatz von Recyclingmaterial und zum sog. Closed Loop Recycling sind bei Holzverpackungen, insbesondere im Industriebereich, technisch nicht umsetzbar. Die neuen Regelungen, die im Bereich der Kunststoffverpackungen sinnvoll sein mögen, hätten im Bereich der Holzverpackungen absurde Konsequenzen: Ausgerechnet Holz, der kohlenstoffspeichernde, nachwachsende Klimaschützer und Recyclingvorbild der Kreislaufwirtschaft, würde im Verpackungsbereich faktisch ausgeschlossen.

Herausnahme aus dem PPWR-Geltungsbereich

Die Holzpackmittelindustrie mit ihren Zulieferern aus Säge- und Holzwerkstoffindustrie fordern zur Abwendung dieser Risiken daher die Herausnahme von Holzverpackungen aus dem Geltungsbereich der PPWR, um sinnwidrige Folgen für die etablierten Holzverpackungen wie etwa Paletten und die auf sie angewiesenen Lieferketten zu vermeiden.

„Neue medizinische Geräte für das Krankenhaus, Maschinen und Ersatzteile für die Industrieproduktion – sie alle werden gut geschützt in stabilen Kisten oder auf Paletten aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz zu ihrem Ziel gebracht – ebenso wie Lebensmittel zum Supermarkt, Paletten und Co. halten also die Versorgung von uns allen am Laufen. Damit ist zum 1. Januar 2030 Schluss, sofern nicht wesentliche Korrekturen am Gesetzestext vorgenommen werden“, warnt Marcus Kirschner vom Bundesverband Holzpackmittel, Paletten, Exportverpackung e.V. (HPE).

Grundidee gut – aber nicht alles in einen Topf werfen

Der „Green Deal” der Europäischen Kommission, der auch Treiber der EU-Verpackungsverordnung ist, soll eine Stärkung von Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft und nachhaltigem Wirtschaften bringen. Es ist das erklärte Ziel der PPWR, die Verpackungsabfälle bis 2040 schrittweise – aber deutlich – zu reduzieren. Daher fokussiert der Verordnungsentwurf der EU-Kommission auf Kunststoffe und den privaten Endverbrauchermarkt (B2C), betont aber zugleich die Gültigkeit für alle Verpackungen.

„Die prinzipiellen Ziele der PPWR sind unstreitig und gut. Allerdings kann man nicht alle Verpackungen in einen Topf werfen“, differenziert Julia Möbus vom Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V. (DeSH) und kritisiert den „one-size-fits-all“-Ansatz des Gesetzesvorhabens. Dieser „Einheitsansatz“ werde den einzigartigen Eigenschaften und Beiträgen von Holzverpackungen und -paletten zur Kreislaufwirtschaft nicht gerecht.

Eine Palette oder ein anderes Holzverpackungsmaterial kann durch Recycling nicht wieder zu einer Palette werden, wohl aber zu anderen wertvollen Erzeugnissen. Bekanntestes Beispiel für das zweite Leben der Paletten sind Spanplatten. Sie tragen zur Dekarbonisierung des Bausektors bei, werden zur Möbelproduktion oder zur Herstellung von Holzpackmitteln eingesetzt. Das kann mehrfach geschehen und bindet CO2 über Jahrzehnte. Dieses Recyclingkonzept entspricht der derzeitigen Europäischen Abfallrahmenrichtlinie und hat auch seine Praktikabilität bewiesen.

Neues stoffliches Leben

„Holzpackmittel sind bereits heute Produkte der Kreislaufwirtschaft: Sie enthalten in vielen Teilprodukten bereits Recyclingholz und sind ihrerseits recyclingfähig, finden also ein neues stoffliches Leben insbesondere in Spanplatten. Daran ist nichts falsch, daran ist im Gegenteil alles gut“, fasst Anemon Strohmeyer vom Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie e.V. (VHI) zusammen. Doch das wird im aktuellen PWPR-Entwurf mit seinen Mindestrecyclingvorgaben und der noch nicht ganz vom Tisch gefegten Idee eines Closed Loop (mit dem eine Palette wieder zu einer Pallete recycelt werden müsste, was technisch unmöglich ist) nicht berücksichtigt.

Es geht um Sicherheit, Schutz und Transportierbarkeit

„Vor lauter Kaffeepads, Take-Away-Verpackungen, Miniaturshampooflaschen in Hotels – also dem, was Vielreisende in der Regel direkt mitbekommen, wurde ein Grundbaustein der Wirtschaft offensichtlich völlig vergessen: Paletten und Kisten aus Holz, auf und in denen alle Güter transportiert werden“, postuliert Kirschner. Denn hier zeige sich aus seiner Sicht ein weiteres gravierendes Manko der geplanten Verordnung. Riesenverpackungen für kleine Parfumflacons oder zig Mal größere Schachteln für USB-Sticks – da könne eine Begrenzung des Leerraums in einer Verpackung auf maximal 40 Prozent durchaus Sinn machen. „Aber im B2B-Bereich, zum Beispiel bei der Verpackung von Maschinen mit Flanschen, unterschiedlichen Geometrien und Winkeln, nicht zentrischen Schwerpunkten, vor allem aber hohen Gewichten bis zu 400 t, zählen vor allem Sicherheit, Schutz und Transportierbarkeit.

Die Säge- und Holzindustrie als Hersteller von Holzbauprodukten und die Holzwerkstoffindustrie mit ihren Produkten Spanplatten / Faserplatten / Sperrholz / OSB-Platten schaffen die Grundlage für die Deutsche Bauindustrie, Möbelindustrie und auch die Holzverpackungsindustrie. Die Unternehmen sehen sich einem starken Konjunktureinbruch ausgesetzt, wodurch die Branchen erheblich belastet werden. Nun droht im Bereich Verpackungen zur schwächelnden Konjunktur und dem EU-Lieferkettengesetz das Damoklesschwert der europäischen Verpackungsverordnung hinzu zu kommen. Dieses dürfte im jetzigen Zuschnitt dazu führen, dass ein wesentlicher Absatzmarkt für die recyclingfähigen Produkte entfällt. ❐

EU: Reparieren statt Verschrotten:

Recht auf Reparatur kommt

MdEP Markus Ferber begrüßt neues Regelwerk

„Zu viele Produkte, die man mit einer kleinen Überholung wieder in einen gebrauchsfähigen Zustand versetzen könnte, landen heute im Müll. Das ist nicht nur ein Ärgernis für den Verbraucher, sondern auch ein Umweltproblem. Zu einem ressourcenschonenden Wirtschaften gehört, dass die Reparatur zum Standardfall wird“, so der CSU-Europaabgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Markus Ferber, anlässlich der Einigung von Unterhändlern des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten auf eine Richtlinie, die erstmals ein Recht auf Reparatur festschreibt.

Ferber befindet: „In der Ära der Wegwerfgesellschaft ist es an der Zeit, ‚Reparieren statt Wegwerfen‘ zum Leitmotiv zu machen.“

Umweltschutz

Die Einigung umfasst unter anderem eine Verlängerung der Gewährleistungsfrist, verpflichtende Reparaturen durch Verkäufer sowie Unterstützung unabhängiger Werkstätten und finanzielle Anreize für Reparaturen. „Es geht bei den geplanten Regelungen nicht nur um Umwelt- und Ressourcenschutz, sondern auch darum, den Verbrauchern erhebliche Einsparungen zu ermöglichen“, betont Ferber.

Mehr Auswahl, mehr Transparenz im Sinne der Verbraucher

Ferber zufolge verfolge man mit dem Recht auf Reparatur grundsätzlich den richtigen Ansatz: „Die EU schlägt sich mit dieser neuen Richtlinie klar auf die Seite der Verbraucher. Damit das Recht auf Reparatur auch in der Praxis gelebt werden kann, braucht es aber die richtige Infrastruktur“. Die Richtlinie sieht deshalb vor, den Markt für Reparaturen deutlich zu stärken und den Zugang zu Ersatzteilen und Informationen sicherzustellen. Verbraucher sollen über die Online-Plattformen Reparaturdienste und Anbieter überholter Waren finden können, unabhängige Werkstätten sollen gestärkt werden. Für Markus Ferber ist die Botschaft klar: „Wir müssen Hemmschwellen für den Gang zur Reparaturwerkstatt abbauen.“ ❐

Natürlicher Klimaschutz in Kommunen:

Neues Zuschussprogramm

Das Bundesumweltministerium und die KfW haben jetzt den Startschuss für eine weitere Unterstützung für Städte und Gemeinden bei der Finanzierung von Maßnahmen zum Natürlichen Klimaschutz gegeben. Kommunen erhalten Zuschüsse von bis zu 90 Prozent der Finanzierungskosten.

Mit der Förderung sollen Bäume gepflanzt, kleine, naturnahe Parkanlagen in Wohnvierteln (sogenannte Pikoparks) angelegt und aufgewertet, Naturerfahrungsräume und urbane Wälder geschaffen sowie die Umstellung auf ein naturnahes Grünflächenmanagement unterstützt und innerörtliche Kleingewässer renaturiert werden.

Ziel des Förderangebots ist es, über Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und auf diese Weise Städte und Gemeinden zukunftsfähiger und lebenswerter zu machen. Die Zuschüsse werden im Rahmen des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) zur Verfügung gestellt.

Die Antragsstellung für dieses Förderprogramm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ ist seit 1. Februar 2024 bei der KfW möglich. Zusagen können erteilt werden, sobald der Bundeshaushalt 2024 in Kraft getreten und die KfW vom Bund ermächtigt worden ist.

Link: https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/Kommunen/Quartiersversorgung/Klimaschutz-und-Klimaanpassung/ **DK**



Bürgermeisterin Verena Dietl und Kommunalreferentin Kristina Frank mit den Preisträgern. Foto: Kommunalreferat

Müllsparer*innen ausgezeichnet

Trotz sperrigen Titels und Gendersternchen wurden in München durchschnittlich über elf Liter Restmüll pro Woche und teilnehmendem Haushalt während der NOwasteVEMBER-Challenge im November nach eigenen Angaben eingespart – ein Drittel des wöchentlichen Müllaufkommens von 32,3 Liter pro Haushalt.

Unter allen fleißigen Müllsparer*innen wurde nun bei einem Empfang im Alten Rathaus von Bürgermeisterin Verena Dietl und Kommunalreferentin Kristina Frank das Preisgeld von zehn Mal 250 Euro verlost. Dabei wurden die besten Tipps ausgetauscht: Großpackungen kaufen, Stofftaschentücher und Stoffpads benutzen oder auch die „Eat-me-first-box“ im Kühlschrank.

Ausgelobt wurden die Preise von der ZWFS im Kommunalreferat. Die referatsübergreifend besetzte Stelle koordiniert die stadtweite Umsetzung der ambitionierten Zero Waste-Maßnahmen. Diese sollen dazu führen, dass München bis 2035 ganze 35 Prozent weniger Restmüll produziert. Bürgermeisterin Verena Dietl: „Einen Bewusstseinswandel anzustoßen – das ist uns mit dem Wettbewerb gelungen. 75 Prozent der Teilnehmenden haben angegeben, dass sie bei sich eine nachhaltige Verhaltensänderung festgestellt haben. Jeder kann seinen kleinen Beitrag leisten, und ich verspreche, dass auch wir als Stadt München alles tun werden, um unsere Müllmengen zu reduzieren. Nur gemeinsam können wir unsere Zero Waste-Ziele erreichen.“

Kommunalreferentin Kristina Frank: „Herzlichen Glückwunsch an alle Müllsparerinnen und Müllsparer. Denn sie haben erlebt, dass es mit ein paar Kniffen, ein bisschen Organisation und etwas Disziplin gar nicht so schwerfallen muss, Abfall einzusparen. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den eigenen Geldbeutel. Etliche wertvolle Impulse wurden an uns als Stadt zurückgespielt, wie wir unterstützen können. Deswegen freue ich mich, ankündigen zu dürfen, dass es auch dieses Jahr eine Challenge geben wird.“ ❐

Neuer Statusbericht:

Kreislaufwirtschaft 2024

Kreislaufwirtschaft ist weitaus mehr als das Sammeln, Transportieren, Recyceln oder Beseitigen von Abfällen. Zu diesem Ergebnis gelangt der aktuelle Statusbericht der Kreislaufwirtschaft von VKU und bvse sowie 13 weiteren Branchenverbänden und der IFAT. Bereits 2018 und 2020 wurde ein Report vorgelegt.

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 410 Mio. Tonnen Abfälle aus dem Inland (2017: 409 Mio. Tonnen) in rund 14.300 Abfallbehandlungsanlagen entsorgt. Den größten Anteil (53 Prozent) an den aus dem Inland entsorgten Abfällen haben mit 220 Mio. Tonnen die Bau- und Abbruchabfälle. Bezogen auf die Gesamtmenge ergibt dies rund 5 Tonnen Abfall je Einwohner und Jahr in Deutschland.

Mehr Abfälle aus privaten Haushalten

Der Anteil der in privaten Haushalten erzeugten Abfälle lag 2021 bei rund 40 Mio. Tonnen (2017: 38 Mio. Tonnen). Das entspricht einem einwohnerspezifischen Aufkommen von rund 484 Kilogramm je Einwohner. Die Abfälle aus privaten Haushalten setzen sich aus den nachfolgenden Hauptfraktionen zusammen: 13,3 Mio. Tonnen Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (159 Kilogramm je Einwohner); 3,1 Mio. Tonnen Sperrmüll (37 Kilogramm je Einwohner); 11,2 Mio. Tonnen getrennt erfasste Bio- und Grünabfälle (134 Kilogramm je Einwohner) sowie 12,5 Mio. Tonnen getrennt erfasste Wertstoffe wie Papier, Pappe und Kartonagen, Glas, Leichtverpackungen, Metalle, Altholz, Textilien und sonstige Wertstoffe (150 Kilogramm je Einwohner).

Der Anstieg des Gesamtaufkommens an Abfällen aus Haushalten um 22 Kilogramm je Einwohner gegenüber dem Jahr 2017 ist im Wesentlichen auf das Sperrmüllaufkommen (zum Teil durch Corona und Extremwetterereignisse hervorgerufen) und die Intensivierung der Getrennterfassung von Bio- und Grünabfällen zurückzuführen.

Wachstumsbranche

Wie der Statusbericht darlegt, ist die Kreislaufwirtschaft nach wie vor eine Wachstumsbranche. Stetig wachsende Anforderungen an die stoffliche und energetische Verwertung, steigende Standards für die Erzeugung von Sekundärrohstoffen und die damit einhergehenden technischen Innovationen führen zu einer positiven Entwicklung der wesentlichen wirtschaftlichen Indikatoren: 2021 erzielte die Kreislaufwirtschaft einen Umsatz von rund 105 Mrd. Euro (+ 47 Prozent zu 2010) und beschäftigte im gleichen Jahr rund 310.000 Erwerbstätige (+11 Prozent zu 2010). In der Kreislaufwirtschaft sind heute bundesweit fast genauso viele Personen beschäftigt wie in der Energiewirtschaft und fast viermal so viele Personen wie in der Wasser- und Abwasserwirtschaft. Mit einer Bruttowertschöpfung von rund 32,7 Mrd. Euro im Jahr 2021 (+ 41 Prozent zu 2010) ist die Branche ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Deutschland.

Die Analysen zeigen, welche wirtschaftliche Bedeutung auch die vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen der Technik und des Handels für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft haben. Von den rund 10.000 Unternehmen entfallen rund 5.800 Betriebe auf die klassischen Marktsegmente „Abfallsammlung, -transport und Straßenreinigung“ sowie „Abfallbehandlung und -verwertung“. Knapp 1.200 Unternehmen zählt das Marktsegment „Technik für die Abfallwirtschaft“. Weitere 3.000 Unternehmen sorgen im Bereich „Großhandel mit Altmaterialien“ für den Kreislauf der Sekundärrohstoffe aus der Abfallwirtschaft.

Nach der nationalen Treibhausgasinventur sind die Emissionen im Sektor Abfallwirtschaft seit 1990 von 38 Mio. Tonnen CO2 um 75 Prozent auf nur noch 4,3 Mio. Tonnen CO2 im Jahr 2022 gesunken. Wesentliche Ursache dafür war die Schließung von Deponien für die Ablagerung unvorbehandelter Siedlungsabfälle im Jahr 2005. Darüber hinaus tragen viele weitere abfallwirtschaftliche Maßnahmen zum Klimaschutz bei: Weitere 60 Mio. Tonnen CO2 werden jährlich allein durch das Recycling und den nachfolgenden Einsatz von Sekundärrohstoffen vermieden.

Beiträge zur Energiewende

In Bezug auf den Klimaschutz ist jeder Sekundärrohstoff grundsätzlich einem Primärrohstoff überlegen, da er mit weniger Energieaufwand hergestellt wird. Durch die Steigerung der Energieeffizienz, die Substitution von Primärenergieträgern sowie die Nutzung von Sonne und Wind auf abfallwirtschaftlich geprägten Flächen werden neben der Auskopplung von Strom-, Fern- und Prozesswärme in den energetischen Abfallbehandlungsanlagen von der Kreislaufwirtschaft nicht nur wichtige Beiträge zur Energiewende geleistet, sondern auch zur weiteren Verringerung von Treibhausgasemissionen. Viele Investitionen in die technische und organisatorische Optimierung der Kreislaufwirtschaft führen gleichzeitig auch zur Reduzierung bzw. Vermeidung von Treibhausgasemissionen.

Der Leistungsumfang der Kreislaufwirtschaft ist durch die hohen Standards für die Behandlung der Abfälle und die Kreislaufführung der Rohstoffe sehr umfangreich. In Anbetracht des hohen Aufwandes liegen die durchschnittlichen Kosten der privaten Haushalte für die Abfallentsorgung mit etwa 70 bis 120 Euro je Einwohner und Jahr wohl deutlich unter dem, was die Bürger vermuten würden: Nach Umfragen des Instituts für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management werden die kommunalen Abfallgebühren von den Bürgerinnen und Bürgern bis zu fünfmal so hoch eingeschätzt, wie sie in den jeweiligen Kommunen tatsächlich anfallen.

Circular Economy

Laut Report erlangt die Kreislaufwirtschaft auch in anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen eine immer größere Bedeutung. Die Diskussionen um die Circular Economy als neues Wirtschaftsmodell zur Reduzierung des Ressourcenverbrauches führt nicht nur zu dem Ergebnis, dass die Kreislaufwirtschaft künftig die zentrale Rolle bei der Zurverfügungstellung von Rohstoffen für den Wirtschaftskreislauf zukommen wird. Veränderte Produkte und Produktionsweisen werden in Verbindung mit einem veränderten Konsumverhalten auch maßgeblich zur CO2-Reduzierung und zur Verringerung des Rohstoffeinsatzes führen. Die Kreislaufwirtschaft wird somit in den kommenden Jahren zwangsläufig zu einem zunehmend wichtigen Akteur des wirtschaftlichen Wandels werden.

Aus Sicht von VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp sind es die Entsorgungsunternehmen, die nicht nur zuverlässig für saubere Straßen und geleerte Abfallbehälter sorgen, sondern auch die Grundlage für effektives Recycling verwertbarer Abfallströme sicherstellen. Die Abfall- und Kreislaufwirtschaft sei für eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft also der wichtige Treiber und forciere damit entscheidend auch den Klimaschutz. Zudem sensibilisierten Entsorgungsunternehmen mit ihren Leistungen in der Abfallberatung und Kampagnen zur Abfallvermeidung die Öffentlichkeit vor Ort flächendeckend. Damit sorge die Entsorgungswirtschaft letztlich auch auf europäischer Ebene für die Erfüllung des European Green Deal.

„Unser Ziel ist ganz klar: Wir wollen die Transformation von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft. Voraussetzung dafür ist ein konsequentes Design for Recycling. Damit Produkte, die nicht mehr benötigt werden, tatsächlich auch recycelt werden können. Wir benötigen aber vor allem höhere Recycling-Kapazitäten. Ohne einfachere und schnellere Genehmigungsverfahren für Recycling- und Entsorgungsanlagen wird das nicht gehen. Auch in diesem Bereich muss Deutschland schneller werden, damit Ressourcenschonung, Umwelt- und Klimaschutz, aber auch die sichere Versorgung der Industrie mit Rohstoffen gewährleistet werden kann. Eine nachhaltige Zukunft ohne Kreislaufwirtschaft wird nicht funktionieren“, zeigen sich bvse-Präsident Henry Forster und bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock überzeugt.

Fokus auf ökologisches Produktdesign

Klimaschutz und Recycling müssten gleichermaßen gestärkt werden. Dies gehe aber nur mit einer wirksamen Kreislaufwirtschaftsstrategie, die einen verbindlichen Rechtsrahmen schafft, Abfall wirksam vermeidet und ökologisches Produktdesign an die erste Stelle stellt. Nach Auffassung von Forster und Rehbock „muss deutlich werden, dass es sich lohnt, darüber nachzudenken, Verpackungen und Produkte in den Markt zu bringen, die recycelt werden können. Und zwar nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch: In unserer Gegenwart, in unserer Wirtschaftswelt und nicht nur im Labormaßstab. Wenn mehr Rezyklate eingesetzt werden, reduzieren sich die CO2-Emissionen. Wer darauf aus Kostengründen verzichtet, darf nicht belohnt, sondern muss mit einem deutlichen Preisaufschlag sanktioniert werden.“ **DK**

Umweltminister Glauber:

Beiträge zum Schutz von Natur und Artenvielfalt

Nach einer Mitteilung des Bayerischen Umweltministeriums wird der Bayerische Naturschutzfonds mit insgesamt rund 17 Millionen Euro acht Naturschutzprojekte im gesamten Freistaat sowie die Gebietsbetreuung fördern. Laut Umweltminister und Naturschutzfonds-Stiftungsratsvorsitzenden Thorsten Glauber wurde die Förderung der Gebietsbetreuung nun erstmals von drei auf fünf Jahre erweitert. Allein dafür stelle der Naturschutzfonds insgesamt rund 15 Millionen Euro zur Verfügung.

Bewilligt wurden die Förderprojekte Fortsetzung der Gebietsbetreuung Bayern, Jahresprogramm für Kleinmaßnahmen aus Zweckerträgen der GlücksSpirale 2024, Aufstockung und Verlängerung BNN-Projekt „Lebensräume auf Kalkstandorten im Landkreis Main-Spessart“, Verlängerung und Aufstockung BIODIV-Projekt „Alte Obstsorten in den oberbayerischen Voralpenlandkreisen“, Verlängerung und Aufstockung des BIODIV-Projekts „Arche Noah Unterallgäu – Verbesserung der Bestandssituation hochgradig bedrohter Arten“, das BNN-Projekt „Lebensraumnetz Landkreis Roth“, sowie die Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „chance.natur“ durch das Bundesamt für Naturschutz, und die Kofinanzierung des Naturschutzgroßprojekts „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal“, Projekt II.

Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal

Der Bayerische Naturschutzfonds hat bereits die Erstellung des Pflege- und Entwicklungsplans im Projekt I kofinanziert. Im Projekt II wird nun die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen erfolgen. Der Fokus liegt auf der Unterstützung der wiesenbrütenden Vogelarten wie Großer Brachvogel, Kiebitz, Uferschnepfe und Rotschenkel und der Optimierung ihrer Lebensräume im mittelfränkischen Altmühltal. Maßnahmenträger ist die Trägergemeinschaft aus dem Landkreis Ansbach und dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Der Zuschuss beträgt gut 748.000 Euro.

Betreuung sensibler Gebiete

Durch die im Jahr 2002 etablierte Gebietsbetreuung Bayern werden ökologisch besonders wertvolle und sensible Gebiete hauptamtlich betreut. Hauptziel ist, die gebietstypische Artenvielfalt in den betreuten Natur- und Kulturlandschaften zu schützen bzw. wiederherzustellen. Die Aufgaben der Gebietsbetreuer reichen von Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für Naturschutz und Steigerung der Akzeptanz für Schutzmaßnahmen über Besucherlenkung, Beratung und Vermittlung, bis hin zur Planung und Umsetzung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Naturschutz. Maßnahmenträger der insgesamt 58 Gebietsbetreuungsprojekte inklusive des bayernweiten Bibermanagements sind je nach Projekt beispielsweise Gebietskörperschaften, Landschaftspflegeverbände, Naturschutzverbände, Naturparke, Naturschutzvereine oder Stiftungen. Der Zuschuss des Naturschutzfonds für die Gebietsbetreuung für die Jahre 2024 bis 2029 beträgt rund 15 Millionen Euro.

Die Kleinmaßnahmen haben sich zu einem unverzichtbaren Instrument der Naturschutzarbeit in Bayern entwickelt. Der Schwerpunkt liegt insbesondere auf der Naturschutzforschung sowie praxisbezogenen Planungen und Konzepten sowie dem Aufbau dauerhaft umweltgerechter Nutzungen. Für das Jahr 2024 sind 35 Kleinprojekte vorgesehen. Maßnahmenträger sind der Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN), der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. (LBV) und der Deutsche Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL). Der Zuschuss beträgt 500.000 Euro.

Im Rahmen des BNN-Projekts „Lebensraumnetz Landkreis Roth“ wird das Biotopverbundkonzept umgesetzt, so dass ein Lebensraumnetz im Offenland entstehen kann. Ziel ist es, die vorhandenen naturschutzfachlichen Schwerpunktgebiete im Landkreis über Verbundachsen miteinander zu vernetzen. Hierzu sollen Trittsteine und neue Biotopflächen geschaffen werden. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband (LPV) Mittelfranken. Der Zuschuss beträgt rund 330.000 Euro.

70. Landschaftspflegeverband in Bayern

Wie das Umweltministerium weiterhin verlautete, sei im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge der 70. Landschaftspflegeverband in Bayern gegründet worden. Bei einem Festakt in Wunsiedel betonte Staatsminister Glauber: „Wir wollen überall in Bayern partnerschaftliche Zusammenarbeit für mehr Natur- und Artenschutz. Dieses Ziel haben wir jetzt fast flächendeckend erreicht.“

Bereits seit 1990 setzte der Naturpark Fichtelgebirge zahlreiche Landschaftspflegemaßnahmen vor Ort um. Dieses Engagement hat nun zur Gründung eines eigenständigen Landschaftspflegeverbands geführt. Über die Hälfte der Fläche des Landkreises Wunsiedel zählt zum Landschaftsschutzgebiet Fichtelgebirge. Im Fichtelgebirge und der Selb-Wunsiedler Hochfläche prägen Naturschutzgebiete wie das Egertal bei Neuhaus, Moore und einzigartige Gesteinsformationen wie das Luisenburg-Felsenlabyrinth den Landkreis.

Im Jahr 1985 nahmen die ersten bayerischen Landschaftspflegeverbände ihre Arbeit auf. Rund 1.800 Gemeinden, 63 Landkreise und 18 kreisfreie Städte sind aktive Mitglieder in den bayerischen Landschaftspflegeverbänden. Der überwiegende Teil aller geförderten Landschaftspflegemaßnahmen im Freistaat wird durch sie umgesetzt. Das Umweltministerium finanzierte über das Landschaftspflege- und Naturparkprogramm im Jahr 2022 mehr als 4.700 Naturschutzmaßnahmen für über 42 Millionen Euro. **DK**

Bayerisches Energie- und WasserkraftForum

15. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

10. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

Am 23.4.2024 veranstalten **Bayerische GemeindeZeitung und Bayerischer Gemeindetag** das Bayerische Energie- und WasserkraftForum in der Stadthalle Gunzenhausen.

Es handelt sich dabei um eine **Fachveranstaltung für bayerische kommunale Entscheiderinnen und Entscheider,** die in ihren Heimatgemeinden und -städten mit **Energie- und Klimaschutzthemen** betraut sind.

Partner, die sich an der Veranstaltung beteiligen wollen, dürfen sich gerne unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de melden. **Besucher** können sich unter www.bayerisches-energieforum.de registrieren.



GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Stadt Bad Brückenau mit rd. 6.500 Einwohnern. Vorher war ich der 1. Bürgermeister der Gemeinde Motten mit etwa 1.700 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

In Bad Brückenau bin ich seit 1. Mai 2020 tätig, in der Gemeinde Motten war ich vom 1.5.2002 bis 30.04.2020 als Erster Bürgermeister tätig. In Motten war die erste Periode ehrenamtlich, seit 2008 ist das Amt dort auch hauptamtlich.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Jochen Vogel

Erster Bürgermeister a.D. der Stadt Bad Brückenau

Ich habe in der Verwaltung meiner Heimatgemeinde Motten gearbeitet.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Mein Vorgänger im Amt hat mich gefragt, ob ich mir das vorstellen könnte. Ich solle aber erstmal meine Meisterprüfung (Verwaltungsfachwirt) ablegen und danach könnten wir uns nochmal unterhalten. Das war im Sommer 2000. Auf dem Abschlusslehrgang habe ich mich mit einem hauptamtlichen Lehrer der Bayerischen Verwaltungsschule (Hans Stimpfl aus Kiefersfelden) darüber unterhalten. „Des mochst, do konnst gestoltn", hat er in seinem Dialekt gesagt.

Ein Jahr später hatte ich dazu nochmal das Gespräch mit meinem Vorgänger Karl Will. Er hat mir meine Zweifel genommen, dass die Bürger einen doch recht jungen Menschen (da war ich noch 28, zwei Ohrringe, blonde Strähnen) tatsächlich zum Bürgermeister wählen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe ein Seminar bei der Hans-Seidel-Stiftung zum Thema „Diskutieren und argumentieren" besucht. Ansonsten bin ich eher nach dem Motto ran: Einfach mal machen, es könnte ja gut werden!

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

In Motten ging es erstmal darum, die Gräben zwischen den Ortsteilen zuzuschütten und trotz hoher Verschuldung Projekte zu entwickeln und umzusetzen.

In Bad Brückenau stand ein Generationenwechsel in der Verwaltung an. 250 Jahre Verwaltungserfahrung sind innerhalb kurzer Zeit in Rente bzw. in Pension gegangen. Alle Positionen konnten tatsächlich gut nachbesetzt werden. Daneben ging es darum, die finanziell angeschlagene Stadt als Empfänger der Stabilitätshilfe so auf Kurs zu bringen, dass neben dem angestrebten Groß-Projekt (Schwimmbad) auch andere notwendige Dinge wie Rathaus, Altes Rathaus, Brücken, ehemaliges Bahnhofsgelände sowie eben die tagtäglichen Dinge einer Kommune geplant und umgesetzt werden. Dieser Prozess läuft noch. Nicht ganz unübliche Überraschungen in diesem Geschäft erfordern ein ständiges Reagieren.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Vor allem bei unserem Schwimmbad „Sinnflut" werden Stadt und Stadtwerke voll gefordert. Aktuell fehlen uns leider noch die Zusagen für alle Förderprogramme. Zwei sind sicher, die andern eben noch nicht. Bei einem Invest von mindestens 30 Mio. Euro wird es ein Kraftakt, der eben nur mit allen Förderprogrammen zu stemmen ist. Die „Sinnflut" ist DER Magnet bei uns und fürs Schulschwimmen, für Familien, Saunagänger und therapeutische Angebote im Heilwasser der Siebener Quelle enorm wichtig für die Stadt, die ganze Region und darüber hinaus!

Die o. g. Punkte sind teils sehr wichtig für die Entwicklung der Innenstadt.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Für mich persönlich wird es in nächster Zeit erstmal darum gehen, mich um meine Gesundheit zu kümmern. Die Nachwirkungen einer Corona-Infektion im März 2022 beschäftigen mich leider bis heute. Und die Kombi Bürgermeisteramt und Post Covid funktioniert nicht wirklich. Daher habe ich beim Stadtrat den Antrag gestellt, mich wegen dauerhafter Dienstunfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen.

Ich kann ihnen sagen, dass es alles andere als leicht war, mich für mich und gegen meinen Lieblingsjob zu entscheiden.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ratschläge sind auch Schläge… 😉

Mir haben ein paar Dinge enorm geholfen:

Ging's um Projekte oder Entscheidungen des Vorgängers, so habe ich versucht, mich in den Zeitpunkt des Beschlusses zu versetzen. Gabs einen zeitlichen Druck? Was könnten die Beweggründe gewesen sein? Oft konnte gar nicht anders entschieden werden. Und erschien diese Entscheidung Jahre später als wenig optimal, so konnte ich gegensteuern, reagieren oder korrigieren. Denn: eine schlechte Entscheidung ist immer besser als gar keine!

Sprich: permanentes Hinausschieben fällt einem nämlich oft deutlich härter auf die Füße als eine vorangegangene und weniger gute Entscheidung zu beheben.

Und wenn's mal richtig knifflig war, hab' ich mich oft gefragt, wie ich's machen würde, wenn's mein eigenes wäre, also mein eigener Betrieb. Ich konnte mich da gut auf mein Bauchgefühl verlassen.

Und mit den Menschen reden ist immer besser als über sie zu reden.

Wenn mir gesagt wurde, dass es mit dem ein oder andern eher schwierig sei und ich besser die Finger davon lassen sollte, war es für mich Ansporn, das Gespräch zu suchen.

Bei besonders heftiger Kritik hab' ich mich gefragt, ob ich das Thema nicht gut genug dargestellt habe. Bei dieser – aus meiner Sicht notwendigen – Selbstkritik kam ich allerdings auch immer mal zum Ergebnis, dass wir offenbar auf dem richtigen Weg sein müssen. Es kommt ja auch auf die Art und Weise an, wie einem der Wind ins Gesicht bläst.

Natürlich ist es schöner ohne. Aber Kritik gehört auch zum Geschäft eines Bürgermeisters.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

In meiner Heimatgemeinde habe ich mit allen Beschäftigten (Bauhof und Verwaltung) regelmäßig gemeinsam über die Themen gesprochen.

In Bad Brückenau gab es Besprechungen mit den Fachbereichsleitern sowie einmal wöchentlich in größerer Runde. Dort kamen alle Themen auf den Tisch und wurden besprochen.

In beiden Kommunen habe ich meine Stellvertreter entsprechend eng bei den Themen und den geplanten Entscheidungen vorinformiert und zu ihrer Meinung befragt.

Für die Bürger gibt's in beiden Kommunen ein Gemeinde- bzw. Stadtblatt zur regelmäßigen Info aus allen Bereichen. Social Media gehört heute freilich auch dazu.

Unter den Bürgermeisterkollegen gibts einen regelmäßigen Austausch über die kommunalen Allianzen, den Bayerischen Gemeindetag sowie bei Bürgermeisterdienstbesprechungen. Zu bestimmten Themen hab ich mich dann jeweils direkt mit einem Kollegen in Verbindung gesetzt und gefragt, wie er oder sie das gemacht hat. Über die fast 22 Jahre hat sich da ein tolles Netzwerk deutlich über Bayern hinaus entwickelt.

Denn auch hier gilt: Das Rad braucht keiner neu erfinden und durch den Austausch lässt sich mancher bürokratische Weg doch etwas abkürzen.

Das kann ich wirklich jedem nur empfehlen: Nutzt dieses Netzwerk!.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Digitalisierung ist ein recht breit gefächerter Begriff. Sie ist notwendig, sollte aber auch nicht überbewertet werden. Den Verwaltungen fehlt neben der finanziellen Ausstattung häufig das Personal, um die Digitalisierung auch umzusetzen. Die 2.056 Kommunen in Bayern haben hier einen recht unterschiedlichen Stand und es können auch nicht alle gleichzeitig von externen Dienstleistern unterstützt werden.

Aber bei aller Notwendigkeit: Der persönliche Kontakt ist durch nichts zu ersetzen!

Das konnten wir ja grad in der fast kontaktlosen Zeit unter Corona sehr deutlich feststellen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Nimm nicht alles so ernst und dich selbst nicht so wichtig!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Selbstbild – Fremdbild…

Man sieht sich, so denke ich, immer anders als die Menschen um einen herum.

Ich bin sicher hartnäckig und zielstrebig. Ich denke aber auch, dass ich ein guter und emphatischer Zuhörer bin.

Am liebsten würde ich aber als der in Erinnerung bleiben, vor dem jeder Mensch gleich viel zählt. Egal welcher Berufsstand, Position, Partei, Religion, jung oder alt usw.!

Jeder Mensch hat Aufmerksamkeit und Respekt verdient – Punkt. ❐

Kommunale Haushalte am Schmerzpunkt

Oberpfälzische und niederbayerische Bezirksversammlungen des Bayerischen Städtetags

Den Kommunen stehen schwere Zeiten bevor. Sie können die zahlreichen Aufgaben, die ihnen aufgebürdet werden, bald nicht mehr stemmen. Wie Markus Pannermayr, Straubings Oberbürgermeister und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, auf den oberpfälzischen und niederbayerischen Bezirksversammlungen des Bayerischen Städtetags in Mitterteich bzw. Geiselhöring formulierte, „ist in vielen Städten und Gemeinden inzwischen ein Schmerzpunkt erreicht".

„In einzelnen Städten müssen schon Haushaltssperren verhängt werden," stellte Pannermayr fest. Auf den ersten Blick suggerierten die reinen Zahlen von Steueraufkommen und Finanzausgleichsvolumen eine stabile Finanzlage, doch auf den zweiten genaueren Blick zeige sich, dass die Steuereinnahmen stagnieren, während die Ausgaben der Städte und Gemeinden weiter steil ansteigen. Künftig sei aufgrund der angespannten Wirtschaftslage ein rückläufiges Steueraufkommen zu erwarten. Wegen der staatlichen Entlastungsmaßnahmen, etwa aufgrund des Inflationsausgleichsgesetzes (Abmilderung der kalten Progression), könnten die Steuereinnahmen zurückgehen. Zudem werde das Wachstumschancengesetz mit großer Wahrscheinlichkeit zu geringeren Gewerbesteuereinnahmen führen.

Massiver Ausgabenanstieg

„Was wir alle persönlich im Geldbeutel empfindlich spüren, trifft auch die Kämmereien: Wegen der Inflation bekommt man für den Euro weniger Waren und Leistungen als vor einem Jahr", betonte der Städtetagschef. Die Inflation schränke Spielräume bei kommunalen Investitionen deutlich ein. Aktuell verzeichnen Bayerns Städte und Gemeinden einen massiven Anstieg bei den Ausgaben um mehr als 10 Prozent. Im Jahr 2024 verschärft sich die Situation wegen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst und weiter steigenden Sozialausgaben.

Steigende Personalausgaben (+ 7 Prozent), enorme Kostensteigerungen nicht zuletzt aufgrund der Energiepreise, bei Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+ 11 Prozent) und im Baubereich (+ 14 Prozent) belasten die Kommunalhaushalte ebenso wie wachsende Sozialausgaben (+ 9 Prozent). Mehrbelastungen entstehen aufgrund der Kosten der Unterkunft für Geflüchtete und Leistungen für Lebensunterhalt und Krankenhilfe. Bei den Sozialausgaben legten vor allem die Leistungen der Sozialhilfe (+ 19 Prozent) zu, hier sind besonders die 25 kreisfreien Städte in Bayern betroffen (+ 41 Prozent).

Darüber hinaus werden den Kommunen in den nächsten Jahren zusätzliche Aufgaben und Ausgaben zugewiesen, wie der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder sowie Investitionen in Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmeplanung. Aus Pannermayrs Sicht muss die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen auf die Tagesordnung, damit die soziale, schulische, gesundheitliche und technische Infrastruktur im Land gewährleistet bleibt – in ländlichen Räumen ebenso wie in Städten und Ballungszentren. Nötig wäre vor allem eine deutliche Erhöhung der kommunalen Steueranteile, um den Kommunen mehr finanzielle Planungssicherheit und Flexibilität zu geben. Leider sei der kommunale Finanzausgleich 2024 hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Finanzprobleme der Kommunen würden bald die Bürgerschaft und die regionale Wirtschaft zu spüren bekommen, denn: „Fehlende Mittel bedeuten, dass Städte und Gemeinden dringende Investitionen in die Infrastruktur mit Straßen und Wegen, in Kitas und Schulen strecken, schieben oder streichen müssen."

Als massive Belastung erwiesen sich zudem die Defizite der Krankenhäuser, die die Städte derzeit mit steigenden Beträgen ausgleichen müssen. Pannermayr zufolge „ist es eine dramatische Fehlentwicklung, wenn regionale Gesundheitsversorgung aus städtischen Haushalten am Leben erhalten werden muss. Kommunen dürfen nicht zu Ausfallbürgen werden, die Defizite übernehmen müssen. Bund und Länder müssen schnell handeln, um die Herausforderungen in der Krankenhauslandschaft zu beheben."

Grundsätzlich dürften den Kommunen nicht mehr laufend neue Aufgaben und Rechtsansprüche aufgebürdet werden, ohne dass die vollständige Übernahme der Sach- und Personalkosten gesichert ist, machte der Verbandsvorsitzende deutlich. Außerdem sei der Abbau bürokratischer Hürden dringend erforderlich. „Und schließlich werden die Entscheidungsträger gezwungen sein, sich künftig verstärkt auf das Wesentliche zu fokussieren. Das ist sicherlich kein leichter Weg, den wir aber vor dem Hintergrund des demografischen Wandels als Gesellschaft gemeinsam werden gehen müssen."

Wie die oberpfälzischen Bezirksvorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Wiesaus Bürgermeister Toni Dutz und Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, auf der Versammlung in Mitterteich betonten, landeten immer mehr Aufgaben und damit auch mehr Bürokratie bei den Kommunen. Um dies abzuarbeiten, werde mehr Personal benötigt. „Wir sind das letzte Glied in der Kette, wir können nichts mehr weiterdelegieren", unterstrich Dutz.

Damit die Hospitäler nicht reihum in die Insolvenz schlittern, müssten die Kommunen 1,4 Milliarden Euro an Ausfallbürgschaften übernehmen. Auch mache der Migrationsdruck zu schaffen. In Wiesau sei man bei der Unterbringung von Flüchtlingen an der Belastungsgrenze. „Das Limit ist erreicht", stellte Rathauschef Dutz klar. „Es geht nicht darum, dass wir nicht mehr Menschen aufnehmen wollen, wir können es einfach nicht."

Auf der Bezirksversammlung in Geiselhöring stand unter anderem das Thema Wärmeplanung auf der Agenda. Um diese auf den Weg bringen zu können, hofft man laut dem Vorsitzenden des niederbayerischen Städtetags, Deggendorfs Oberbürgermeister Dr. Christian Moser (Vertreter der kreisangehörigen Städte und Gemeinden) auf klare Richtlinien bis Mitte des Jahres.

Geiselhörings Bürgermeister Herbert Lichtinger erklärte, dass die Bezirkstreffen des Bayerischen Städtetags parteiübergreifend seien. Man wolle nun den spaltenden Tendenzen in der Gesellschaft entgegentreten und in Zeiten der Verunsicherung als stabile Kommunen agieren.

„Niederbayern ist spitze bei der Wirtschaftsförderung in Bayern!": Mit dieser erfreulichen Nachricht wartete Regierungspräsident Rainer Haselbeck auf. Laut dem Bayerischen Wirtschaftsministerium ist das Innovations- und Wachstumsstreben in Niederbayern trotz widriger Umstände ungebrochen. Mit 106 Investitionsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 212 Millionen Euro und 34,5 Millionen Euro Zuwendungen sei Niederbayern „Tabellenführer" – und das zum wiederholten Mal. Dadurch seien dort 308 neue Arbeitsplätze entstanden, gut 1.700 wurden gesichert.

Dass die Wirtschaftsförderung der Regierung von Niederbayern so positive Ergebnisse erzielt, machte Haselbeck sichtlich stolz: „Niederbayern ist Heimat leistungsstarker, erfolgreicher Unternehmen. Im Handwerk, in der Industrie, im Handel, Tourismus und in der Gastronomie wird hoch engagiert und qualifiziert gearbeitet. Die positiven Investitionszahlen verdeutlichen nicht nur den unternehmerischen Mut, sondern auch die Resilienz und Stärke unserer niederbayerischen Wirtschaft. Unsere Unternehmen trotzen den Herausforderungen. Dank ihrer Leistungsstärke leben wir in Niederbayern auf hohem Niveau. Sie erwirtschaften unseren Wohlstand, schaffen und sichern Arbeitsplätze und legen damit die Basis für unsere gute Lebensqualität. Die Regierung von Niederbayern steht unserer Wirtschaft als verlässlicher Partner zur Seite und wird sie bei ihren Vorhaben auch weiterhin nach Kräften unterstützen." **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Landrat Elmar Stegmann zeichnet Gina Jäckel und ihre Linde mit dem ersten Preis aus. Der zweite Preis geht an Rosa Asmussen und ihren Walnussbaum. Theophil Pflaum und seine Araucaria werden mit dem dritten Preis geehrt. Der Landrat zeigt ein Foto des drittplatzierten Baumes – Theophil Pflaum konnte nicht zur Preisverleihung kommen. Gemeinsam mit dem Landrat und den Preisträgerinnen freuen sich Bernd Brunner, Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege sowie Dr. Julia Lorenzen und Hildegard Nagler vom Heimatkundlichen Dokumentationszentrum des Landkreises Lindau. V.l.: Hildegard Nagler, Gina Jäckel, Landrat Elmar Stegmann, Rosa Asmussen, Bernd Brunner und Dr. Julia Lorenzen. Bild: Landkreis Lindau/Nadja Krassik

Landkreis Lindau:

Baumwettbewerb abgeschlossen

Lindau (Bodensee) – In einer kleinen Feierstunde hat Landrat Elmar Stegmann die Gewinnerinnen und Gewinner des Wettbewerbs „Bäume unserer Heimat erzählen Geschichten" ausgezeichnet. „Das ist auch ein Tag zu Ehren des Baumes", betonte der Landrat im gemeinsamen Gespräch mit den Geehrten.

In Zusammenarbeit mit dem Heimatkundlichen Dokumentationszentrum des Landkreises Lindau (Bodensee) und der Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landespflege hatte Landrat Elmar Stegmann im August 2023 den Wettbewerb „Bäume unserer Heimat erzählen Geschichten" ausgeschrieben. Die Palette der eingereichten Geschichten war breit. Besonders beeindruckt war die Jury von drei Beiträgen.

Über das Werden ihrer „Manitu-Linde" hatte Gina Jäckel aus Bad Schachen geschrieben. „Unsere Baumgeschichte lässt sich nicht mit Stichworten beschreiben, weil sie so ungewöhnlich ist: Sie geht auf den Indianer-Speer eines zehnjährigen Buben in Hochbuch zurück." 1979, kurz vor dem Umzug nach Bad Schachen, machte sie eine Nachbarin auf eine kleine, junge Linde aufmerksam, die aus der Ligusterhecke herauswuchs. „Während wir noch am Gartenzaun über die Herkunft dieses Bäumchens an dieser ungewöhnlichen Stelle rätselten, kam unser Sohn dazu und klärte uns auf", schrieb Gina Jäckel. Als kleiner Junge hatte er nach dem Spielen als großer Häuptling der Apachen ein Versteck für seinen außergewöhnlichen Stammes-Speer in der Ligusterhecke gesucht. Der Speer des großen Manitu geriet dabei offenbar in Vergessenheit. „Mit viel Magie, Glück und Ausdauer vollzog sich seine außergewöhnliche Verwandlung in ein wunderschönes Lindenbäumchen", erinnert sie sich. Schnell war beschlossen: Dieser Baum würde mit umziehen. „Beim Umpflanzen wurde uns klar: Hier ist viel Zauberei im Spiel – die Wurzel war zweigeteilt.

Dieses Bäumchen stand mit beiden Wurzelbeinen in der Welt, um möglichst viel Nahrung aus dem Boden zu bekommen – genauso wie sein ursprünglicher Schöpfer, der große Manitu", schrieb Gina Jäckel. Lindaus oberster Stadtgärtner half bei der Bewältigung der Eingewöhnungsschwierigkeiten des ungewöhnlichen Baumes mit. „Zwischenzeitlich steht die ‚Manitu-Linde' groß und mächtig da. Sie beeindruckt mit ihren Ausmaßen immer wieder aufs Neue diejenigen, die ihr (wirklich) begegnen", schloss Gina Jäckel ihre Erzählung.

Rosa Asmussen aus Mellatz hatte die Geschichte eines Baumriesen eingereicht. „Zur Erstkommunion meines Vaters im Jahr 1928 hatte sich auch sein Patenonkel aus Österreich angekündigt, was zu dieser Zeit eine kleine Weltreise war. Im Gepäck hatte er nicht etwa Süßigkeiten, Spielzeug oder Geld – nein, sein Geschenk für den Buben war der Sämling eines Walnussbaumes. Dieser wurde auch hoffnungsvoll eingepflanzt, und er enttäuscht bis heute nicht", schilderte sie. Mittlerweile misst der Baum, der fast jedes Jahr reichlich Nüsse trägt, in der Höhe 20 Meter, in seiner Breite gut 15 Meter und in seinem Stammumfang knappe drei Meter. „Mein Vater hat bei allen Erweiterungs- und Umbauprojekten rund um den Hof stets darauf geachtet, die Wurzeln sowie die Krone nicht zu beschädigen", schrieb Rosa Asmussen. „Aus meiner Kindheit erinnere ich mich an so manche unheimliche Gewitternacht, in der mir der Gedanke an den starken Walnussbaum nahe beim Haus Trost, Schutz und Erdung gab." Für Wanderer lohne sich nach dem Besuch der neu errichteten Sebastianskapelle in Litzis auch ein staunender Blick auf die beeindruckende Schönheit des nahen Baumes. „Mein großer Wunsch ist es, dass alle künftigen Bewohner meines Elternhauses den inzwischen 98-jährigen Riesen erhalten, lieben und schätzen lernen", schloss Rosa Asmussen ihre Erzählung.

Theophil Pflaum machte die Jury auf die Geschichte seiner rund 14 Meter hohen Araucaria aufmerksam. Diese hatte sein Onkel Paul Renz, ein Botaniker aus Leidenschaft, von einem Ausflug in südliche Gefilde mitgebracht. „Ich war immer dabei, wenn mein Onkel Paul sie im Herbst für den harten Winter in einen dicken Mantel einpackte", erinnert sich Theophil Pflaum. „Das ging etliche Jahre ohne Winterschäden gut. Doch mit zunehmender Baumgröße bedurfte es immer umfangreicherer Verpackungstechnik. Schließlich aber – es war an einem schönen Herbsttag, an den ich mich bis heute erinnere – entschloss sich mein Onkel angesichts des mannsgroßen Stammes, ihn ungeschützt den folgenden Wintermonaten anzuvertrauen. Er postierte sich vor dem Araucaria-Jüngling und sprach: ‚Entweder du schaffst's, dann isch's guat, oder ebe et.'" Die Pflanze, so Theophil Pflaum, scheine dies verstanden zu haben. „Sie gab sich einen Wachstumsruck und hielt durch." Bis heute blühe die imposante Araucaria jährlich und schmücke sich mit ihren mächtigen Zapfen.

Landrat Elmar Stegmann zeichnete Gina Jäckel und ihre „Manitu-Linde" mit dem ersten Preis aus. Der zweite Preis ging an Rosa Asmussen und ihren Walnussbaum. Mit dem dritten Preis wurde Theophil Pflaum und seine Araucaria ausgezeichnet. Er konnte bei der Feierstunde nicht persönlich anwesend sein.

Bäume sind „unverzichtbarer Teil unserer Heimat"

„Bäume gestalten nicht nur unseren Lebensraum, prägen unser Landschaftsbild und sind wichtig für unsere Gesundheit. Sie schützen zudem unser Klima, bieten einen vielfältigen Lebensraum und sind unverzichtbarer Teil unserer Heimat. Ich hoffe, dass die Geschichten der ausgezeichneten Bäume ein Bewusstsein für die Bedeutung von den Bäumen in unserem Landkreis schaffen und die Menschen verleiten, auch mal wieder einen Blick in die Natur zu werfen", betonte Landrat Elmar Stegmann abschließend. Die Geschichten und Fotos der ausgezeichneten Bäume mit Hintergrundinformationen sind in einer Ausstellung im Heimatkundlichen Dokumentationszentrum in Weiler zu sehen.❐

GZ PINOS WELT



Unsere Zeit ist doch seltsam orientierungslos. Jede gesellschaftliche Gruppe schart sich um eine für andere wenig anschlussfähige Idee, Leitfiguren oder Vorbilder erreichen einen immer enger werdenden Kreis von Anhängern oder Followern, die dann aber umso fanatischer ihr Idol anhimmeln. Sogar bei den Feindbildern hat sich etwas bemerkenswert verschoben. Früher war für die Mehrheit der Kommunismus oder „der Russe" das Feindbild und für die extreme Linke Amerika. Heute wetteifern die extremen Linken mit dem extremen Rechten, wer Putin mehr Gas abkaufen will, um seinen Angriffskrieg auf die Ukraine zu finanzieren.

Doch plötzlich, vor ein paar Wochen, kam eine Nachricht auf die Timeline, die irgendwie die ganze Republik zusammengebracht hat: Franz Beckenbauer ist tot.

Franz Beckenbauer gehört in die Walhalla

Dann kamen sie, die Nachrufe auf den letzten Kaiser von Deutschland, auf die Lichtgestalt, den Fußballgott. Es hat niemanden unberührt gelassen. Die Boomer sind mit ihm aufgewachsen und haben sich – soweit männlich – alle von ihrer Mutter die legendäre „5" auf das Fußballtrikot nähen lassen. Die ihn nicht mehr aktiv als Spieler erlebt haben, kannten ihn als unermüdlichen Lobbyisten für Deutschland, der das Sommermärchen 2006 in unser Land gebracht hat. Wer sich noch erinnert: Das erste Mal seit Jahrzehnten waren die Deutschen so kindlich unbeschwert stolz auf ihr Land, wie sonst nur Franzosen, Italiener oder Amerikaner. Den deutschen Dreifarb (Trikolore) gab es als Autostandarte zum Einklemmen im Fenster und als Überzug für die Seitenspiegel. Und die Jüngeren? Keiner, der sich für Fußball interessiert (und das sind ja Millionen männliche wie weibliche Fans) kommt bei Zusammenfassungen früherer Turniere am Namen Franz Beckenbauer vorbei.

Somit hat der kürzlich bekannt gewordene Vorschlag des früheren EU-Diplomaten Prof. Dr. Gerhard Sabathil wirklich Charme, Franz Beckenbauer in die ehrwürdige Reihe großer Teutscher in die Walhalla bei Regenstauf aufzunehmen und in Form einer Büste zu ehren.

Das mag zunächst etwas befremdlich wirken, haben die Menschen der Gegenwart doch keinen rechten Bezug mehr zu Ehrungen. Die Walhalla ist sicher immer noch ein Top-1-Ziel für Familienausflüge, aber doch mehr wegen der spektakulären Aussicht, der einmaligen Lage hoch über der Donau und der realistischen Aussicht auf ein leckeres Weltenburger Bier im Biergarten. Welcher Vater geht mit seinem Sohn noch die Reihen ab und erläutert die Leistungen, die hinter den Büsten stehen? Welche Mutter sucht mit ihrer Tochter die kleine Zahl von Frauen auf, die in die Walhalla gelassen wurden? Solcherart Bildungstourismus ist out.

Aber dies ist das erste Argument, warum Franz Beckenbauer in die Walhalla gehört. Mit ihm als populärem Sportler könnte mal wieder der Sinn und Zweck des Denkmals sichtbar werden, nämlich Leistungen, die der Erinnerung der Nachwelt würdig sind, durch die Ehrung der Menschen, die sie vollbracht haben, im kollektiven Gedächtnis zu halten.

Das zweite Argument lautet, dass auch ein Ruhmestempel wie die Walhalla mit der Zeit gehen muss. Wer wäre also für die Ehrung geeigneter, als der Bub aus Giesing, der als begnadeter Ballkünstler in der in Deutschland populärsten Disziplin Überragendes geleistet hat, als Botschafter des Sports und des Landes in aller Welt angesehen ist und damit die Walhalla von der Aura des Elitären befreien und popularisieren könnte?

Aber natürlich, Franz Beckenbauer war Lichtgestalt, doch wie sagt Goethe in seinem Götz so treffend: „Wo viel Licht, da ist auch starker Schatten". Er war ein Mensch in seinem Widerspruch, fehlbar wie jeder und wie jeder leicht mit der moralischen Keule zu erschlagen, die heutzutage so gern in den sozialen Medien geschwungen wird. Aber welche der Teutschen in der Walhalla waren nur rein, gut, edel und der Versuchung widerständig? Georg von Frundsberg etwa, der in der Walhalla und der Ruhmeshalle in München geehrt wird, war einfach ein Söldnerführer und Schlagetot. Vorbild? Echt jetzt?

Lassen wir zum Schluss einen anderen Fußballer und Trainer, Aimé Jacquet, zu Wort kommen: „Sport heißt, über sich selbst hinauszuwachsen".

Ihr Pino

50 Jahre Frauen-Union im Landkreis Neustadt a.d. Aisch:

Frauen in der Politik

Jubiläum mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner

Ipsheim. Die Gründung der Frauen-Union (FU) der CSU im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim vor 50 Jahren sollte eine Plattform für die Anliegen von Frauen sein „und steht heute auch für den Einfluss, den Frauen in der Politik ausüben können", so Landtagspräsidentin Ilse Aigner beim Festakt zum Gründungsjubiläum in der Weinbaugemeinde Ipsheim. Sie appellierte an Frauen, ihre Talente einzubringen und sich auch politisch auf allen Ebenen und in demokratischen Parteien zu engagieren.

Wenn die erfahrene Bundes- und Landespolitikerin über Frauen in der Politik spricht, so weiß sie, wovon sie redet, ist sie doch die einzige CSU-Bezirksvorsitzende in Bayern. Schon bei der Begrüßung der anwesenden Mandatsträger und Ehrengäste sei ihr aufgefallen, dass „der Frauenanteil auch hier im Landkreis noch ausbaufähig ist".

FU-Kreisvorsitzende Gabi Schöttle war sich mit Aigner darin einig, dass Frauen und die FU bereits wegweisende Erfolge erzielt hätten. So gebe es inzwischen nicht nur etliche Bürgermeisterinnen – einige waren ohne Ansehen der Parteimitgliedschaft auch anwesend –, aber Frauen in politischen Führungsfunktionen seien eben noch nicht selbstverständlich. Wichtig sei aber auch, dass sich Frauen etwas zutrauen und mit Selbstbewusstsein auftreten. Aigner: „Wir brauchen Frauen als Vorbilder" und dabei spiele die FU eine Schlüsselrolle.

„Europawahl ernst nehmen"

Mit Blick auf die Europawahl am 9. Juni appellierte sie an die Bürgerinnen und Bürger, bei ihrer Wahlentscheidung zumindest im Spektrum der demokratischen Parteien zu bleiben. Die Europawahl dürfe nicht als nebensächlich abgetan werden, denn in Brüssel und Straßburg würden wichtige Weichen gestellt, die alle politischen Ebenen betreffen, bis hin zur Kommunalpolitik. Und da nur die CSU bayerische Kandidatinnen und Kandidaten auf ihrer Liste habe, könne man „auch für das Land etwas tun und bayrisch wählen". Der anwesende Spitzenkandidat der CSU in Mittelfranken, Dr. Konrad Körner, sei ein ausgezeichneter Kenner der Materie und wenn die CSU gut 40 Prozent der Stimmen erhielte, wäre er auch ein engagierter Nachfolger von Marlene Mortler.

Auch Bundestagsabgeordneter Tobias Winkler kenne sich als früherer Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in München in der Außenpolitik bestens aus. In seinem Grußwort sprach Winkler von „ernsten Zeiten weltweit und in Deutschland". CSU-Kreisvorsitzender Dr. Christian von Dobschütz, Landtagsabgeordneter Werner Stieglitz und sein Vorgänger Hans Herold lobten das bürgerschaftliche Engagement vieler Frauen. FU-Bezirksvorsitzende und Bezirksrätin Cornelia Griesbeck erinnerte an die noch vor 50 Jahren eingeschränkten Rechte für Frauen. Mit dabei waren zudem die Weinprinzessin aus dem Oberen Ehegrund, Anne Gümpelein, der Erste Bürgermeister der gastgebenden Marktgemeinde Ipsheim, Stefan Schmidt, und Bezirksrat Thomas Zehmeister aus Roßtal in Vertretung des Bezirkstagspräsidenten.

Landrat Helmut Weiß sprach von „höchstem Respekt" vor der Arbeit der Frauen, mit Kompetenz und Durchsetzungskraft und der Herausforderung, Familie, Beruf und Ehrenamt unter einen Hut zu bringen. Weiß erinnerte an den Antrag der Frauen-Union aus dem Jahr 1989, wo die Einrichtung eines Frauen-Notrufs im Landkreis gefordert worden war. Dieser hab sich bewährt, seither viel und oft geholfen und auch die FU-Frauen würden sich nach wie vor in diesem Bereich einbringen.

Viel Applaus gab es für die Ernennung der ehemaligen FU-Kreisvorsitzenden Renate Ixmeier zur Ehren-Kreisvorsitzenden. Die Kreisbäuerin, Ernährungsfachfrau und Meisterin der Hauswirtschaft war von 2013 bis 2023 Vorsitzende und habe in dieser Zeit zahlreiche auch erfolgreiche Initiativen ergriffen, wie beispielsweise das Projekt „Alltagskompetenz" als Schulfach, so die aktuelle Vorsitzende Schöttle. Ixmeier blickte auf „harte Kämpfe" zurück, zeigte sich aber zuversichtlich, denn „viele kleine Schritte ergeben einen großen Schritt". Dazu passend und durchaus spaßig gemeint zitierte Aigner die ehemalige Premierministerin des Vereinigten Königreichs, Margaret Thatcher: „Wenn Sie in der Politik etwas gesagt haben wollen, fragen Sie einen Mann. Wenn Sie etwas getan haben wollen, fragen Sie eine Frau." **pmw**



Landtagspräsidentin Ilse Aigner (m.) mit FU-Vorstandsmitgliedern und umrahmt von der Ehren-Kreisvorsitzenden Renate Ixmeier (l.) und FU-Kreisvorsitzenden Gabi Schöttle (r.). Ganz links: FU-Bezirksvorsitzende Cornelia Griesbeck. Bild: Claudia Wust

Landkreis Donau-Ries:

1.200 Möglichkeiten online mit den Behörden in Kontakt zu treten

Für einen neuen Führerschein oder die Anmeldung eines Hundes muss man schon heute nicht mehr zum Bürgeramt vor Ort. Zukünftig sollen Bürger und Unternehmen noch mehr behördliche Leistungen einfach und sicher digital beantragen können.

Durch das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen, kurz Onlinezugangsgesetz (OZG) soll die Interaktion zwischen Bürgern und Unternehmen mit der Verwaltung in Zukunft noch deutlich schneller, effizienter und nutzerfreundlicher werden. Um diesen Prozess zu unterstützen wurde die BayKommun gegründet. Als Schnittstelle will sie zwischen den Kommunen, den Bundes- und Staatsministerien und den großen Dienstleistern im Bereich digitale Verwaltung vermitteln.

Nahbarer Multiplikator

Mitte Januar stellte sich die BayKommun bei einem Netzwerktreffen der Kommunen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes vor. Stellvertretender Geschäftsführer Felix Appel erklärte den anwesenden Bürgermeistern und ITlern aus den Kommunen, was ihm für die Zusammenarbeit besonders wichtig ist: „Wir wollen nahbarer Multiplikator für die komplexe Herausforderung der digitalen Verwaltung sein. Wir wollen die von Bundes- und Staatsministerien geforderten Maßnahmen schnell und einfach erfassen und bei der Umsetzung helfen.“ Die Wünsche und Meinungen der Kommunen sollen bayernweit gesammelt werden, um dann gemeinsam im großen Verbund auftreten zu können. So wolle die BayKommun den kleinen Kommunen mehr Möglichkeit zur Mitsprache bei den großen Dienstleistern wie AKDB und Co. geben.

Wichtiger Kontakt

Das OZG-Netzwerk im Landkreis Donau-Ries ist eines der ersten Netzwerke, bei dem die BayKommun zu Gast war. Laura Brummer, Digitalisierungskoordinatorin des Landkreises, die das Treffen organisiert hat, freut sich über den wichtigen Kontakt zur BayKommun. „Mit der Unterstützung der BayKommun können wir noch schneller und zielführender unser Online-Angebot für Bürgerinnen und Bürger im Landkreis ausbauen.“ Auch Landrat Stefan Rößle ist stolz: „1.200 Online-Leistungen können wir für den gesamten Landkreis schon anbieten. Im Vergleich mit anderen Regionen sind wir hier schon ganz weit vorne. Das haben wir vor allem auch unseren Kommunen zu verdanken. Durch die Vernetzung im OZG-Netzwerk können Erfahrungen und Meinungen einfach ausgetauscht werden. Ich freue mich auf die Zukunft dieses Netzwerks!“ Im Anschluss hatten die Teilnehmenden noch Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch.

Digitalisierungs- und Mobilfunkkoordination

Die Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit ist zuständig für die Umsetzung des Digitalisierungskonzepts des Landkreises Donau-Ries. Die Digitalisierungskoordination setzt das Konzept mit seinen fünf Handlungsfelder „Digitale Verwaltung“, „Digitale Teilhabe im Alter“, „Digitale Bildung“, „Digitale Mobilität“ und „Digitale Kultur/Touristik“ um. Sie bilden die Grundlage für die aktuelle Digitalisierungsarbeit im Landkreis. ❐

Mehr Informationen

https://www.donau-ries.de/region-tourismus/digitalisierung

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5/2024, die am 29. Februar 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**
- **Handwerkliche Dienstleistungen Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**

Bezirk Mittelfranken fördert Umweltbildung

LBV erhält Zuschuss zum Betrieb der Umweltstation am Altmühlsee

Ansbach – Seit über 35 Jahren betreibt der Landesbund für Vogel- und Naturschutz (LBV) aktive Umweltbildung am Altmühlsee und erreicht mit seinem breiten Programmangebot viele Menschen. Unter dem Motto „Natur erleben am Altmühlsee“ stehen in diesem Jahr spannende und kurzweilige Naturerlebnisse. Dabei will der LBV Neugierde, Faszination und Verständnis für die Umwelt wecken. Ob Führungen auf der Vogelinsel, Adler-Exkursionen, Fledermausabende, ein Besuch bei der Kräuterhexe oder Führungen im neuen Natur-Erlebnis-Garten – für jede Zielgruppe und für jedes Alter findet sich eine passende Veranstaltung.

Seit 1984 unterstützt der Bezirk Mittelfranken derartige Angebote für Besucherinnen und Besucher des Altmühlsees. An den Gesamtkosten der zwei Jahre zuvor eröffneten Umweltstation beteiligt sich der Bezirk seit 2005, zunächst mit jährlich 29.300 Euro, 2024 steigt die Fördersumme auf 34.000 Euro. Einen entsprechenden Beschluss hat der mittelfränkische Bezirkstag in seiner jüngsten Sitzung gefasst. „Der Umwelt- und Naturschutz muss bei allem unserem Handeln Berücksichtigung finden.

Mehr Informationen

Möglich wird das nur über den Weg des Erlebens realer Naturerfahrung“, schreibt Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster in seinem Vorwort im aktuellen Programmheft. Dieses können Interessierte kostenlos auf der Internetseite www.altmuehlsee.lbv.de herunterladen. ❐

Bayerische Landesstiftung investiert in Marktschorgast

Die bayerische Landesstiftung beteiligt sich an mehreren Projekten im Kreis Kulmbach-Wunsiedel. „Es ist ein großes Zeichen der Wertschätzung für unsere Region, dass auch dieses Mal mehrere Projekte aus meinem Stimmkreis finanziell unterstützt werden“, so der heimische Landtagsabgeordnete Martin Schöffel.

U.a. wird die Remise in Marktschorgast ein Leuchtturmprojekt für die Region. Die Bayerische Landesstiftung hat 71.000 Euro als Zuschuss bewilligt. Insgesamt werden die Kosten auf 2,5 Mio. Euro geschätzt. Neben Zuschüssen der Landesstiftung und der Oberfrankenstiftung fließen auch 1,6 Mio Euro Städtebaufördermittel in das Projekt. „Ich habe mir die Remise vor Ort vor einiger Zeit mit Bürgermeister Marc Benker angesehen und (…) bin gespannt auf den Baufortschritt“, so Schöffel.

Benker zeigte sich sehr erfreut, dass es bei der Remise endlich an die Umsetzung gehe: „Wir haben seit den 1980er Jahren immer wieder daran geplant. Nachdem es wegen des Alters des Gebäudes doch ein sehr herausforderndes Projekt ist, war bislang nie genug Geld da. Dank der Förderoffensive Nordostbayern und weiterer Fördergeber wie der Bayerischen Landesstiftung ist es nun gelungen. Da sind wir sehr dankbar. Wir werden das Gebäude nun in neuem Glanz erstrahlen lassen und können es bald der öffentlichen Nutzung zuführen unter anderem als Begegnungsstätte für Jung und Alt.“ ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen Gemeindefahnen Maste Bekleidung uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de SEW®

Teichrettung



WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 29. Februar 2024 | 75. Jahrgang | Nummer5

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Fünf-Punkte-Plan der CSU-Landtagsfraktion:

Für wirtschaftliche Zeitenwende

Um die Wirtschaft anzukurbeln, hat die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag einen Fünf-Punkte-Plan vorgelegt. Die darin enthaltenen Forderungen richten sich vor allem an die Ampelkoalition in Berlin. Laut Fraktionsvorsitzendem Klaus Holetschek, der die Resolution auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Franz Xaver Peteranderl, Präsident des Bayerischen Handwerkstages, sowie Josef Geiger, Unternehmer und Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbands präsentierte, „verlangt die Wirtschaftspolitik unsere volle Aufmerksamkeit. Wir als CSU sind überzeugt: Unser Land kann mehr. Die Zeit bleibt nicht stehen. Wir müssen unser Handeln deshalb auf die neuen Herausforderungen ausrichten."

Konkret wird der Bund aufgefordert, eine zukunftsgerichtete und am internationalen Wettbewerb ausgerichtete Standortpolitik aufzulegen. „Das von der Ampel-Regierung vorgelegte Wachstumschancengesetz greift viel zu kurz. Wir brauchen sehr viel weitreichendere Entlastungen für unsere Unternehmen und insbesondere den Mittelstand.

Senkung der Steuerbelastung

Die Senkung der Unternehmenssteuerbelastung für im Unternehmen verbleibende Gewinne auf ein Niveau von 25 Prozent, um insbesondere die Investitionsbereitschaft im Mittelstand wieder anzukurbeln, die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, verbesserte Abschreibungsbedingungen und Verlustverrechnungsmöglichkeiten sind überfällige Maßnahmen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit", heißt es in der Resolution. Auch im Interesse der familiengeführten Unternehmen müssten wesentliche Aspekte der Erbschaftsteuer Ländersache werden. Es brauche eine Erhöhung der Freibeträge sowie niedrigere Steuersätze und damit die Regionalisierung dieser Steuer.

Zur Finanzierung sei eine Priorisierung der Ausgaben unerlässlich, nicht zuletzt mit Blick auf Bürgergeld, Heizungsgesetz, Kindergrundsicherung und milliardenschwere Einzelsubventionen. Der fortlaufende Anstieg der Sozialausgaben müsse gebremst und die Lohnnebenkosten müssten wieder auf unter 40 Prozent gesenkt und dauerhaft dort gehalten werden. Dazu seien beitragsdämpfende Maßnahmen in den Sozialversicherungen notwendig. Vor allem versicherungsfremde Leistungen müssten konsequent steuerfinanziert werden.

Der öffentliche Bereich muss sich einschränken

Deutschland brauche Investitionen, weshalb konsumtive Ausgaben und Ausgaben für

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Trauer um Alois Glück

Die Menschen in Bayern betrauern den Tod des ehemaligen Landtagspräsidenten Alois Glück. Der Verstorbene war von 1970 bis 2008 Mitglied des Bayerischen Landtags und von 2003 bis 2008 Präsident des Hohen Hauses. Am 26. Februar starb er im Alter von 84 Jahren in einer Münchner Klinik.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner zeigte sich bestürzt über die Nachricht: „Er war ein außergewöhnlicher Politiker, der sich jahrzehntelang vor allem in der Umwelt- und Sozialpolitik als Vordenker und Pionier einen Namen gemacht hat. Eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume und zugleich der Schutz der Natur – dafür trat Alois Glück immer ein und setzte gleichzeitig auf Innovation. Durch seine geradlinige und ausgleichende Art war Glück stets ein gefragter Vermittler, wenn es darum ging, unterschiedliche Meinungen und Ansichten zu einem guten Kompromiss zusammenzuführen. Er war ein Versöhner, dem es nie um die eigene Person ging, sondern der immer mit klugen Argumenten und Weitsicht überzeugen konnte."

Ministerpräsident Dr. Markus Söder äußerte sich ebenfalls: „Alois Glück war einer der größten und bedeutendsten Politiker unseres Landes. Er war stets eine starke Stimme und moralische Instanz, die sehr fehlen wird. Als Sozialpolitiker, Umweltstaatssekretär, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion und Landtagspräsident hat er die Entwicklung des Freistaats in hohen Ämtern entscheidend mitgestaltet und mitgeprägt. Die Suche nach Gemeinsamkeiten und das Vermitteln zwischen unterschiedlichen Positionen waren ihm dabei immer besonders wichtig. Als Moderator des Runden Tisches zum Volksbegehren Artenvielfalt hat sich Alois Glück auch nach seiner aktiven politischen Laufbahn in den Dienst der Sache gestellt und zur Versöhnung der Gesellschaft beigetragen."

Alois Glück gehörte dem Bayerischen Landtag 38 Jahre lang an. Zwölf Jahre lang – von 1974 bis 1986 – leitete er den Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen, ehe er als Staatssekretär im selben Ressort in die Staatsregierung wechselte. Als Fraktionsvorsitzender stand er ab 1988 insgesamt 15 Jahre lang an der Spitze der Landtags-CSU. Der gelernte Landwirt und leidenschaftliche Bergwanderer engagierte sich bis zuletzt in zahlreichen Ehrenämtern. Ob als Ehrenvorsitzender der Bergwacht Bayern oder im Netzwerk Hospiz Südostbayern – für Glück war der Einsatz für die Menschen ein festes Fundament in seinem Wirken. Ab 1983 war Alois Glück zudem im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) aktiv, von 2009 bis 2015 war er dessen Präsident. ❐

Transparenzgesetz für Kliniken:

Verpasste Chance

Nach monatelangem Streit um mehr Transparenz bei Klinik-Behandlungen hat sich eine Mehrheit im Vermittlungsausschuss aus Bundesregierung und SPD-Ländern über das dazu geplante Gesetz geeinigt. Der Bundesrat hatte das vom Bundestag beschlossene Transparenzgesetz im November zunächst gestoppt.

Mit Blick auf eine geplante große Krankenhausreform sollen die Kliniken einen „Transformationsfonds" bekommen, kündigte Gesundheitsminister Lauterbach an. Für den Fonds seien von 2025 an für zehn Jahre 50 Milliarden Euro geplant. Die Summe sollten sich Bund und Länder je zur Hälfte teilen.

Online-Atlas

Zudem soll ein Online-Atlas geschaffen werden, der Patienten Auskunft über bundesweit 1.700 Klinikstandorte gibt. In dem „Transparenzverzeichnis soll erkennbar sein, welches Krankenhaus welche Leistungen anbietet. Abrufbar sein sollen auch Daten zur Behandlungserfahrung, zum Personalschlüssel bei Ärzten und Pflegekräften sowie zu Komplikationsraten ausgewählter Eingriffe. Der Start des Portals ist Lauterbach zufolge weiterhin für den 1. Mai geplant.

Im Gesetz vorgesehen sind auch Regelungen zu zusätzlicher Liquidität in Milliardenhöhe für die Klinken. Es soll eine große Reform mit Neuregelungen zur Vergütung der Krankenhäuser begleiten, über die Bund und Länder seit Monaten verhandeln.

Keine Einigung im Vermittlungsausschuss

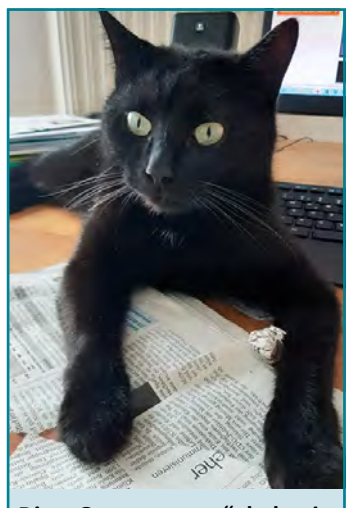
Das Krankenhaus-Transparenzgesetz ist eines von mehreren Gesetzen, mit denen Lauterbach das Krankenhaussystem grundlegend reformieren will. Kernstück der geplanten großen Reform ist ein neues Vergütungssystem, das die Kliniken von dem ökonomischen Druck befreien soll, immer mehr Patienten zu behandeln.

Unterdessen hält Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach weiterhin an ihrer Kritik am Krankenhaustransparenzgesetz der Bundesregierung fest. Nach ihren Angaben „gab es entgegen der Darstellung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach keine Einigung im Vermittlungsausschuss. Vielmehr wurde das Krankenhaustransparenzgesetz in unveränderter Fassung von der Ampel-Mehrheit gegen das Votum der Unions-Seite durchgedrückt."

Persönliche Ansichten vs. Kompromissbereitschaft

Gerlach bezeichnete es als „eine vertane Chance für Lauterbach, wichtige Weichen für die Krankenhäuser in Deutschland gemeinsam mit allen Ländern zu stellen. Um sein persönliches Anliegen ‚Transparenzverzeichnis' nach seinen Vorstellungen durchzudrücken, war der Bundesgesundheitsminister zu keinem inhaltlichen Kompromiss bereit. Ich frage mich ernsthaft, ob er überhaupt Interesse an einem Konsens mit allen Ländern im Ringen um die Zukunft der Kliniken in Deutschland hat."

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die „German vote" habe in Brüssel Unsinn nicht verhindert, aber wenigstens breite Diskussionen angestoßen, meint Pino, unser Rathauskater und klagt, wir ließen lieber Wachstum und den Zugang zu Rohstoffen sausen, als aufgrund unserer besserwisserischen Art, alles dem Klimaschutz unterzuordnen, Freihandelsabkommen mit Indonesien, Indien und Südamerika abzuschließen. **S. 15**

Jahresbilanz der Bayerischen Grenzpolizei:

Mehr Schleuserdelikte und illegale Migration

Die Bayerische Grenzpolizei war im vergangenen Jahr stark gefordert. Wie Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorlage der Jahresbilanz 2023 im Rahmen eines Besuchs an einem Grenzposten in Neuhaus am Inn (Landkreis Passau) betonte, sei die bayerische Grenzpolizei wichtiger denn je, um für mehr Sicherheit zu sorgen.

Herrmann zufolge verzeichnete die Bayerische Grenzpolizei vergangenes Jahr einen Anstieg der Schleuserdelikte und der illegalen Migration. Die Zahl der festgestellten unerlaubten Einreisen und Schleuserdelikte war so hoch wie nie seit Gründung der Bayerischen Grenzpolizei.

Die Grenzfahnder führten Schleierfahndungskontrollen und stationäre Grenzkontrollen durch und stellten insgesamt 4.667 unerlaubte Einreisen und Wiedereinreisen fest. Vor allem an den Landgrenzen, insbesondere an der Südgrenze zu Österreich, waren die Aufgriffszahlen auffallend hoch (2023: 3.211 Fälle, 2022: 1.592 Fälle).

Bei den Schleusungsdelikten gab es einen Anstieg von 191 Schleuserfällen in 2022 auf 413 Fälle in 2023. Besonders bei den sogenannten Großschleusungen verschärfte sich die Lage. Das habe nicht zuletzt der schreckliche Unfall mit einem Schleuserfahrzeug im Oktober 2023 mit sieben toten Migranten gezeigt, so der Innenminister. Auffällig sei die massiv gestiegene Risikobereitschaft der Schleuser, die oft mit hoher Geschwindigkeit vor Kontrollen zu flüchten versuchten und dabei das Leben der geschleusten Personen, der Beamten und unbeteiligter Verkehrsteilnehmer gefährdeten.



Innenminister Joachim Herrmann lässt derzeit die Bayerische Grenzpolizei innovative Personendetektionsgeräte testen, die über den Herzschlag beispielsweise auf Ladeflächen versteckte Personen erkennen können. Bild: Matthias Balk, Bayerisches Innenministerium

Kontrollen wurden intensiviert

„Menschenverachtenden Schleusern muss konsequent das Handwerk gelegt werden", machte Herrmann deutlich. Deshalb hat die Bayerische Grenzpolizei ihre Kontrollen mit tatkräftiger Unterstützung durch die Bayerische Bereitschaftspolizei im vergangenen Jahr nochmals intensiviert. 2023 nahm die Bayerische Grenzpolizei insgesamt 360 Schleuser fest, deutlich mehr als in den Vorjahren (2022: 230, 2021: 233).

Ein Rückgang bei illegaler Migration zeichne sich nicht ab, erklärte Herrmann: „Wir brauchen auch weiterhin verstärkte Grenzkontrollen, weil zu erwarten ist, dass die Migrationsströme im Frühjahr wieder anwachsen." Neben dem mangelhaften EU-Außengrenzschutz bezeich-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Kommunalforum Alpenraum 2
HSS: Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume . . .2
Steuerzahlerpreis für Österreichs Finanzminister Brunner . . .2
GZ-Kolumne Franz Löffler:
Laientheater ist Kunstform und soziales Erlebnis 3
Bezirkshaushalte: Stabilität und Kontinuität im Blick 3
Kriegsauswirkungen auf Bayern 4
Kommunale Energiethemen . . . . . .5 - 9
Kommunale Verkehrsthemen . . . . . 10 - 11
Kommunaltechnik • GaLaBau • Grüne Kommune . . . . . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Landkreismanager sollen Ländlichen Raum aufwerten:

Analyse zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. präsentiert Ergebnisse einer Studie

Günzburg./München. Bei der Vorstellung der Studie zur Analyse zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung hat Studienleiter Prof. Dr. Roland Mattmüller die Potenziale des Ländlichen Raumes und daraus resultierende Handlungsempfehlungen abgeleitet. Als zentrales Ergebnis soll ein Landkreismanager den Transformationsprozess vor Ort koordinieren und die Interessengruppen Politik, Unternehmen und private Haushalte zusammenführen, um den ländlichen Raum zu stärken.

Die Infrastruktur auf dem Land ist schwächer ausgeprägt als in den Städten. Dies und weitere Faktoren führen zu einem Attraktivitätsverlust, der z. B. zur Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen führt. Dabei verfügt der ländliche Raum über besondere Ressourcen und Wettbewerbsvorteile wie die Verfügbarkeit von Fläche oder bessere Lebens- und Wohnqualität. Diese Standortvorteile müssen mehr in den Fokus gerückt werden, mit dem Ziel einer Transformation hin zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume. Hiervon würde sowohl der Mittelstand enorm profitieren als auch die Mehrheit von 57 Prozent der deutschen Bevölkerung, die im Ländlichen Raum sesshaft ist. Im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben, wo die Studie in Günzburg vorgestellt wurde, trifft dies sogar auf 62,7 Prozent zu.

Landrat Dr. Hans Reichhart: „Unser Landkreis ist stark ländlich geprägt, das birgt auch große Chancen für die Bevölkerung. Durch die Studie der Hanns-Seidel-Stiftung können wir Entwicklungspotenziale klarer identifizieren und entwickeln. Das wird unseren Landkreis und damit auch die Menschen, die hier leben, spürbar voranbringen."

Schlüsselrolle für den Mittelstand

Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, der Europaabgeordnete Markus Ferber erklärt: „Der Mittelstand kann zum Wachstum einer ganzen Region seinen Beitrag leisten. Ihm kommt eine Schlüsselrolle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu und wird so zum Wachstumsmotor. Der Erhalt und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten vom Landwirt über Bäcker und Metzger zum Handwerk im gewerblichen Bereich und weiter bis zum Mittelständler mit mehreren hundert Arbeitsplätzen stellt enormes Wachstumspotenzial dar und bietet auch den Menschen vor Ort einen Mehrwert im Lebensraum. Daran müssen wir arbeiten, um den ländlichen Raum weiter zu beleben!"

Bezugsgruppenorientiertes Managementkonzept

Strategisch angelegt zeigt die Studie mit Hilfe eines bezugsgruppenorientierten Managementkonzepts Ansätze und Handlungsempfehlungen für Landkreise auf, welche zur Wertsteigerung und zur wirtschaftlichen Transformation des Ländlichen Raums führen können. „Politik, Unternehmen und Bürger müssen sich ihrer vorhandenen Standortfaktoren bewusst werden und diese durch koordiniertes Zusammenwirken besser sichtbar machen", so Studienleiter Prof. Dr. Roland Mattmüller von der Managementberatung und -Training in Dillingen an der Donau, der die Umsetzung „in vermehrten Landkreis-Kooperationen, dem Ausbau der Digitalisierung zur Schaffung von modernen Arbeitsplätzen, mehr Nahverkehr, aber auch durch Coworking Spaces oder durch den Abbau regulatorischer Hemmnisse durch Vorschriften" sieht. „Bei einem Landkreismanager wäre die Bündelung dieser Aufgaben gut angesiedelt", stellt Prof. Mattmüller in seiner Studie fest. Vor der Einleitung von Transformationsmaßnahmen müssten die betroffenen Gebiete typologisch richtig eingeordnet werden, wofür die nun veröffentlichte Studie den Rahmen bietet.

www.hss.de

Die gesamte Studie „Analyse zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume unter Berücksichtigung von standort- und bezugsgruppenorientierten Faktoren" kann über das Webangebot der Hanns-Seidel-Stiftung unter www.hss.de heruntergeladen werden. ❐

Kommunalforum Alpenraum 2024

Wie die Gemeinden die Künstliche Intelligenz nützen können

Künstliche Intelligenz ist in aller Munde und Experten sind sich einig: KI wird auch die Arbeit der Gemeinden maßgeblich beeinflussen. Doch während zwei Drittel der Gemeinden in Deutschland eine große Chance im täglichen Einsatz von Künstlicher Intelligenz sehen, wird diese tatsächlich erst in acht Prozent aller Kommunen auch eingesetzt. Wohin geht die Reise der KI im kommunalen Bereich? Was brauchen Gemeinden, um KI-fit zu werden? Diese brandaktuelle Zukunftsfrage steht im Mittelpunkt des Kommunalforums Alpenraum 2024 am 13. März 2024. Schauplatz ist das Lindner-Innovationszentrum in Kundl/Tirol, Beginn ist um 17:00 Uhr.

In seinem Impulsvortrag wird Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB, Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, einen Überblick über aktuelle KI-Anwendungen geben und Chancen für die Kommunen aufzeigen. David Lindner und Josef Astner vom Traktorenwerk Lindner vermitteln in ihrem Kurzvortrag, wie Prognosetools die Einsatzplanung im Winterdienst optimieren können.

Die Spitzen der Gemeindeverbände diskutieren in der abschließenden Talkrunde, ob und wie Künstliche Intelligenz die Tätigkeiten der Kommunen revolutionieren wird, aber auch wo die Grenzen liegen – vom Verkehrsbereich über die Bildung bis zur Gesundheit. Den Bayerischen Gemeindetag vertritt Bürgermeister Franz Rasp aus Berchtesgaden.

Über das Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner. Ziel ist es, die Gemeinden in den alpinen Regionen zu vernetzen und gemeinsam an Lösungen für die Zukunft zu arbeiten. Partner sind der Südtiroler Gemeindenverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindetag, der Österreichische Gemeindebund, Forum Land und die Standortagentur Tirol. Die Bayerische GemeindeZeitung ist Medienpartner des Kommunalforums. Anmeldung unter www.kommunalforum-alpenraum.eu. ❐

Ostbayerisches Handwerk in rasanter Abwärtsspirale

Konjunktur-Pressekonferenz der HWK: „Politik fährt Wirtschaft gegen die Wand"
Hilfsprogramm für den Bausektor gefordert

Im ostbayerischen Handwerk brodelt es: Die konjunkturelle Lage ist so schlecht wie lange nicht mehr – und auch die Stimmung bei den Betriebsinhabern rauscht in den Keller. „Wenn die Politik so weitermacht, fährt sie die Wirtschaft gegen die Wand", prognostizierte HWK-Präsident Dr. Georg Haber auf der Konjunktur-Pressekonferenz der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz in Regensburg. Der Unmut unter den Handwerkern sei groß: „Bei Steuern, Abgaben und Bürokratie sind wir Weltmeister, davon können wir uns aber nichts kaufen."

HWK-Hauptgeschäftsführer Jürgen Kilger stellte die Zahlen vor und nannte den Ausblick auf das kommende Jahr „besorgniserregend". Der Geschäftsklima-Index sinkt laut Konjunkturbericht der HWK zum vierten Quartal 2023 auf einen Wert von minus zehn (Vor- und Vorjahresquartal: minus eins) und erreicht damit einen Tiefstand seit der Finanzkrise 2008/2009. Vor allem im Bausektor sei die Lage teilweise dramatisch. Wegen fehlender Neuaufträge werde es dort für die Betriebe immer schwieriger, ihre Fachkräfte zu halten. „Ein Beschäftigungsabbau droht – damit sind auch die Ziele der Politik in Sachen Wohnungsbau und klimagerechter Umbau in Gefahr", sagte Kilger. „Für viele Betriebe wird ihre Arbeit zunehmend unwirtschaftlich. Unsere Wettbewerbsfähigkeit ist in Gefahr."

Der äußerst pessimistische Ausblick spiegele sich in den konkreten Prognosen der Handwerksunternehmer wider. Fast jeder zweite Betrieb plane mit sinkenden Auftragseingängen (43 %) sowie mit sinkenden Umsätzen (45 %). Im Bauhauptgewerbe seien die Zahlen noch schlechter: „Dort rechnen 56 % der Betriebe mit einem Abschwung bei den Auftragseingängen und 59 % mit weiteren Rückgängen beim Umsatz". Die Eintrübung der Geschäftslage schreite in den Betrieben rasant voran: „Bewertete im Jahr 2019 nur jeder 20. Betrieb seine Geschäftslage als schlecht, ist es aktuell jeder vierte."

Auftragslage verschlechtert sich spürbar

Die gedrückte Stimmungslage gehe mit schlechten Konjunkturdaten einher. Inzwischen verbuche jeder zweite Betrieb (47 %) abnehmende Auftragseingänge. Jeder dritte Betrieb (31 %) kämpfe mit einem unterdurchschnittlichen Auftragsbestand. Dabei sei die unterdurchschnittliche Nachfrage besonders im Bauhauptgewerbe (47 % der Betriebe) spürbar. Auch hinsichtlich der Umsätze konnte Kilger wenig Positives vermelden: „Die Umsatzdynamik war bereits im Vorquartal schwach und hat sich nun nochmals verschlechtert." Jeder dritte Betrieb (33 %) melde rückläufige Umsatzzahlen, lediglich 16 % der Betriebsinhaber berichteten von Zuwächsen. Eine schwächere Umsatzdynamik zeige sich erneut vor allem im Bauhauptgewerbe. Jeder zweite Betrieb (genau 50 %) melde dort weniger Umsatz als noch im dritten Quartal. Auch in den Handwerken für den privaten Bedarf wachse die Zahl der Betriebe, die Umsatzrückgänge verzeichnen (38 %).

Die meisten Betriebe (68 %) erhöhten ihre Preise nicht. „Und das trotz steigendem Preisniveau auch für unsere Handwerksbetriebe", merkte Kilger an. Die Folge: „Die aktuelle Verunsicherung führt dazu, dass Handwerksunternehmer Zukunftsinvestitionen zurückstellen, die eigentlich gerade jetzt so dringend nötig wären." Ein Punkt, der auch HWK-Präsident Dr. Georg Haber umtreibt: „Wir Handwerker leisten einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand unseres Landes, müssen im Gegenzug jedoch enorme Lasten stemmen." Haber führte unter anderem die überbordende Bürokratie sowie die hohen Energiepreise und Steuerbelastungen als Konjunkturbremsen ins Feld. Mit der Ampelkoalition im Bund ging er hart ins Gericht: „Streit ist zum Markenzeichen dieser Bundesregierung geworden – jeder kämpft gegen jeden", so Haber. „Dabei sollte sie endlich ins Machen kommen und unternehmerisches Engagement fördern, statt es ständig zu torpedieren."

Bau-Konjunkturprogramm

Konkret forderte der HWK-Präsident ein schnelles Konjunkturprogramm für den Bau: „Die Bauwirtschaft hat in der Vergangenheit, auch während Corona, das Land und die Wirtschaft immer mit am Laufen gehalten, gerade auch in Ostbayern. Jetzt besteht die Gefahr, dass ein ganzer Wirtschaftszweig abstürzt." Haber nahm auch die bayerische Landesregierung in die Pflicht: „Vor der Wahl hat Ministerpräsident Markus Söder ein Baukonjunkturprogramm von ‚500 Millionen plus X' angekündigt – bis heute wissen wir nicht, was genau es damit auf sich hat." Grundsätzlich, so Haber, seien die Zukunftsaussichten für die ostbayerischen Handwerkerinnen und Handwerker angesichts der vielen Transformationsaufgaben – von Mobilitätswende über Wärmewende bis hin zum Wohnungsbau – „mehr als gut": „Deshalb muss die Politik jetzt schnell spürbare Wachstumsimpulse setzen, damit wir dieses Konjunktur-Tal bald durchschritten haben." ❐



V.l.: Bayerns Europaminister Eric Beißwenger, MdL, Österreichs Finanzminister Dr. Magnus Brunner, Rolf Baron von Hohenhau, BdSt-Präsident und TAE-Ehrenpräsident sowie Michael Jäger, Präsident Europäischer Steuerzahlerbund (TAE). Bild: BdSt

Echtes Vorbild für andere Länder

Dr. Magnus Brunner, Finanzminister von Österreich, erhielt den Steuerzahlerpreis der Taxpayers Association of Europe (TAE). Die Ehrung wurde bereits zum 18. Mal vergeben.

Damit würdigte TAE-Präsident Michael Jäger Brunners unermüdliches Engagement im Interesse der Steuerzahler seines Landes. Die Steuerreform in Österreich entlaste sowohl Private als auch Unternehmen und sei ein echtes Vorbild für andere Länder in Europa.

Durch geschickte Reformen und Entlastungen würden in Österreich Anreize für Investitionen sowie für mehr Leistung geschaffen, so Jäger. Im Gegensatz zu Ländern wie Deutschland, lohne es sich in Österreich, Leistung zu bringen. Österreich setze auf Entlastungen statt höherer Steuern und schaffe dadurch bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen. So bleibe Menschen und Unternehmen mehr Geld in ihren Taschen.

In seiner Laudatio würdigte Bayerns Europaminister MdL Eric Beißwenger das Herzstück von Brunners Entlastungspolitik, die Abschaffung der ‚Kalten Progression'. In Österreich war vorher über Jahrzehnte darüber diskutiert worden. Diese ‚schleichende Steuererhöhung' wurde mit 1. Januar 2023 unter Brunner gänzlich abgeschafft. Bis 2026 sparen sich die Österreicherinnen und Österreicher dadurch in Summe geschätzt mehr als 20 Milliarden Euro, wusste der Finanzminister unseres Nachbarlandes zu berichten.

Gleichzeitig wurden auch Maßnahmen gesetzt, die den Wirtschaftsstandort stärken, wie die Senkung der Körperschaftssteuer oder die Einführung der Forschungsprämie. Diese im Jahr 2022 von der österreichischen Bundesregierung eingeführte Prämie führt bereits zu ersten Erfolgen: Im vergangenen Jahr haben 2.625 Unternehmen für 9.328 Projekte den Erhalt der Forschungsprämie beantragt. Insgesamt beträgt im Jahr 2023 das beantragte Fördervolumen 1,2 Milliarden Euro, davon rund 80 Prozent von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Diese Förderung schafft somit insbesondere für KMU die Möglichkeit, mehr in Forschung und Entwicklung (F&E) zu investieren. „Damit zeigt Österreich den Weg auf, wie man in der EU den Standort nachhaltig sichern kann, ohne nur einzelne wenige Unternehmen zu begünstigen. Österreich tätigt staatliche Ausgaben für Investitionen statt zu konsumtiven Zwecken. Staatsausgaben, die sich letztendlich durch den Erfolg der Unternehmen wieder zu großen Teilen selbst finanzieren werden", so Rolf Baron von Hohenhau, TAE-Ehrenpräsident und Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Duscher
86480 Gemeinde Aletshausen
am 11.03.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Daniel Horndasch
90584 Markt Allersberg
am 05.03.

Bürgermeister Harald Wich
95515 Gemeinde Plankenfels
am 09.03.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Debatte um Gerichtsstandort

Gemeindetagspräsident Brandl fordert Einlösung eines Versprechens zu Gunsten des ländlichen Raums

Ein Verwaltungsgericht im ländlichen Raum. Das war die richtige Idee der Bayerischen Staatsregierung, im Rahmen ihrer Behördenverlagerungsoffensive. Freyung, Grafenau und Deggendorf schienen in der letzten Runde der Standortauswahl gesetzt. Allesamt kreisangehörige Städte. Nun die Kehrtwende: Offen debattieren die Parteien der Bayerischen Staatsregierung nun über die kreisfreie Stadt Passau als möglichen Standort für das neue Verwaltungsgericht Niederbayern. Zum Nachteil des ländlichen Raums.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum damit erneut eine Chance für den ländlichen Raum vergeben wird", so der Präsident des Bayerischen Gemeindetags Dr. Uwe Brandl. „Ständige Lippenbekenntnisse für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land bringen den ländlichen Raum nicht weiter. Es ist an der Zeit, ein deutliches Zeichen dafür zu setzen, dass der Verfassungsgrundsatz auch mit Leben erfüllt wird. Gerade auch in Niederbayern gibt es infrastrukturell gut angebundene kreisangehörige Städte, Märkte und Gemeinden, die geeignet wären, Sitz des Verwaltungsgerichts Niederbayern zu werden."

„Der Bayerische Gemeindetag fordert die Staatsregierung auf, ihren eigenen Grundsätzen Rechnung zu tragen und geeignete kreisangehörige Gemeinden als Standort für das Verwaltungsgericht Niederbayern in Betracht zu ziehen. Dies wäre ein klares Signal, dass der Verfassungsgrundsatz für gleichwertige Arbeits- und Lebensverhältnisse in Stadt und Land ernst genommen wird. Und es wäre ein positives Zeichen für ganz Niederbayern", so Dr. Uwe Brandl in einer Presseerklärung. ❐

Bezirkshaushalte im Freistaat:

Stabilität und Kontinuität im Blick

Die Haushaltslage in vielen bayerischen Bezirken ist angespannt. „Wir sehen deutlich, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben bei allen kommunalen Ebenen immer weiter aufgeht. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung so gebremst weitergeht, wird sich die Lage in den kommenden Jahren angesichts der stetig steigenden Kosten im Sozialbereich noch weiter verschärfen", prognostizierte der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Franz Löffler.

„Da über 90 Prozent unserer Ausgaben auf gesetzliche Pflichtaufgaben zurückgehen, gibt es nur wenig Einsparpotenzial. Ohne einen grundlegenden Umschwung werden sich unsere Umlagezahler in den kommenden Jahren auf steigende Umlagesätze einstellen müssen", unterstrich Löffler. Dies treffe aber am Ende alle Haushalte der kommunalen Ebenen, da das Geld an anderer Stelle fehle.

Zu Beginn des Jahres setzten die Bezirke in ihren Haushaltsbeschlüssen einmal mehr den Finanzbedarf fest, der aus der Bezirksumlage gedeckt werden muss. Im vergangenen Jahr waren dies nach Angaben des Bezirketags rund 4,7 Mrd. Euro, was 75 Prozent der bezirklichen Gesamteinnahmen entsprach.

Stabilität in Oberfranken

In Oberfranken steigt laut Mitteilung die Bezirksumlage auf 19 Hebesatzpunkte. Der Bezirkstag weist für dieses Jahr ein Volumen von insgesamt 538 Mio. Euro auf und liegt damit erstmals über einer halben Milliarde Euro. 94 Prozent des Verwaltungshaushalts entfallen auf den Sozialetat und damit überwiegend auf Hilfen für pflegebedürftige und behinderte Menschen.

„Der Haushalt des Bezirks war in den vergangenen Jahren geprägt von Stabilität und Kontinuität – diesen Pfad verlassen wir auch 2024 nicht", versicherte Bezirkstagspräsident Henry Schramm in seiner Haushaltsrede. Das Zahlenwerk erlaube es dem Bezirk Oberfranken, seinen Aufgaben sachgerecht und vollumfänglich nachzukommen, die Umlagezahler aber nicht über Gebühr zu belasten. In den vergangenen acht Jahren hatte der Bezirk Oberfranken konstant einen Hebesatz von 17,5 Punkten und damit den niedrigsten Wert in ganz Bayern. „Wir haben bewusst auf das Ansparen einer großen Rücklage verzichtet, um möglichst viel Geld bei den Umlagezahlern zu belassen", führte Schramm aus.

Nun sei eine Erhöhung der Einnahmen durch einen höheren Hebesatz unumgänglich. Grund für die Ausgabensteigerungen beim Bezirk sind die gestiegenen Kosten im sozialen Bereich. Mit einem Anstieg der zu erbringenden Leistungen ist der Bezirk bereits seit Längerem konfrontiert. Bereits im Jahr 2023 stiegen die Ausgaben im Einzelplan 4 um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. Das Haushaltsjahr 2023 schloss der Bezirk mit einem Fehlbetrag von 8,9 Mio. Euro ab, der allerdings noch vollständig aus den Mitteln der Rücklage gedeckt werden kann. Für das aktuelle Haushaltsjahr verschärft sich dieser Trend nun: „Für das laufende Jahr 2024 rechnen wir mit einem weiteren Anstieg der Sozialausgaben um 46,7 Mio. Euro", erklärte Schramm.

Rekordhaushalte in der Oberpfalz ...

2024 ist das Jahr des Rekordhaushalts für den Bezirk Oberpfalz. Der Gesamtetat, einschließlich des Anteils der medizinischen Einrichtungen des Bezirks Oberpfalz (medbo), beträgt 837,6 Mio. Euro. Der Gesamthaushalt beläuft sich auf 569 Mio. Euro – im vergangenen Jahr standen noch 537 Mio. Euro in den Büchern. Von den 569 Mio. Euro entfallen auf den Verwaltungshaushalt 556,1 Mio. Euro. Der größte Posten auf Ausgabenseite bleibt der Sozialetat mit 527 Mio. Euro für 2024, im Vergleich zu 493 Mio. Euro im Vorjahr. Davon entfallen 337 Mio. Euro auf die Eingliederungshilfe. Dies bedeutet eine Steigerung um 10,6 Prozent. Der Vermögenshaushalt schlägt mit 13,4 Mio. Euro zu Buche.

Für Bezirkstagspräsident Franz Löffler steht fest: „Der Bezirk nimmt seine Aufgaben für eine sozial gerechte Gesellschaft ernst und übernimmt auch wirtschaftliche Verantwortung." Das bedeutet konkret: Die Mehrausgaben von 35 Mio. Euro können nicht komplett über die Umlage finanziert werden. Daher wird der Bezirk zum ersten Mal seit über 20 Jahren wieder einen Kredit in Höhe von 3 Mio. Euro aufnehmen sowie 9,7 Mio. Euro aus den Rücklagen dem Haushalt zuführen. Die Erhöhung der Umlage um 0,5 Prozentpunkte auf 19,3 Prozent bedeutet dabei aber immer noch den zweitniedrigsten Hebesatz innerhalb der sieben bayerischen Bezirke.

... und in Oberbayern

Mit einem Gesamtvolumen von 2,6 Mrd. Euro hat auch der Haushalt des Bezirks Oberbayern für 2024 eine neue Rekordmarke erreicht. Die Summe umfasst den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Rund 95 Prozent fließen in die sozialen Leistungen des Bezirks. Die Bezirksumlage bleibt das dritte Jahr in Folge stabil bei 22 Prozentpunkten.

Laut Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger ist dies nur mit „gewaltigen Kraftanstrengungen" gelungen. Für die Stabilität zahle der Bezirk einen hohen Preis. „Wir entnehmen 84,5 Mio. Euro aus unserer Rücklage. Damit entlasten wir die kommunale Familie und zeigen, dass wir verlässliche Partner sind."

Dem Hebesatz liegt ein ungedeckter Bedarf von 2,2 Mrd. Euro zugrunde (plus 71 Mio. Euro). 375 Mio. Euro fließen dem Verwaltungshaushalt durch Einnahmen sowie durch die Entnahme aus der Rücklage zu. Daraus ergibt sich ein Volumen von 2,5 Mrd. Euro im Verwaltungshaushalt. Basis für den Hebesatz 2024 ist die Umlagekraft von 2022. Diese war trotz schwieriger Rahmenbedingungen wegen der Coronapandemie leicht um 3,4 Prozent gestiegen.

Für 2024 rechnet die Kämmerei im Sozialhaushalt wegen der hohen allgemeinen Preissteigerungen mit Nettoausgaben in Höhe von rund 2,2 Mrd. Euro – ein Plus von 171 Mio. Euro; bei den Nettoausgaben sind die Einnahmen gegengerechnet. Auf die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege entfallen 336,5 Mio. Euro – mit 33,6 Mio. Euro ebenfalls ein deutlicher Anstieg gegenüber 2023. Seit 2022 sind die Kosten für die Hilfe zur Pflege damit in Oberbayern um rund 75 Mio. Euro angewachsen. Allein für Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gibt der Bezirk 2024 rund 1,4 Mrd. Euro aus (plus 109 Mio. Euro).

Mittelfranken bleibt stabil

Mit 23,5 Prozent bleibt auch in Mittelfranken der Hebesatz für die Umlage stabil – und das bereits im sechsten Jahr. Das Gesamtvolumen des Haushalts liegt bei knapp über 1,1 Mrd. Euro. Der größte Anteil der geplanten Ausgaben ist für die Soziale Sicherung veranschlagt. „Wir sind verpflichtet, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Der Bezirk Mittelfranken ist als Träger der überörtlichen Sozialhilfe für diese Menschen ein zuverlässiger Partner", kommentierte Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster die Verabschiedung des Milliardenetats.

Mit über 80 Prozent oder rund 951 Mio. Euro dominieren die Ausgaben im sozialen Bereich den Verwaltungshaushalt. Diese Summe fließt zum größten Teil in die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (617 Mio. Euro) und in die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege (134 Mio. Euro). Um den Ausbau von ambulanten Versorgungs- und Beratungsangeboten für Menschen mit psychischen Erkrankungen zu unterstützen, sind knapp 30 Mio. Euro veranschlagt. Gerade wegen der massiven Zunahme von psychischen Störungen und Suchterkrankungen sieht sich der mittelfränkische Bezirkstag in der sozialen Verantwortung, diese psychosozialen ambulanten Hilfsangebote auszubauen. Um Menschen mit eingeschränkten Kommunikationsfähigkeiten eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist geplant, ein Kompetenzzentrum „Unterstützte Kommunikation" einzurichten. Als Anschubfinanzierung sind dafür 125.000 Euro vorgesehen.

Keine Veränderungen in Niederbayern

Keine Veränderungen beim Umlage-Hebesatz gibt es auch im Bezirk Niederbayern. Nach den Worten von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bleibt der Hebesatz für die Umlagezahler stabil bei 20 Prozent. „Unsere Umlagezahler können trotz aller Herausforderungen auch künftig darauf vertrauen, dass wir eine solide Finanzpolitik verfolgen, Entscheidungen mit Augenmaß treffen, sparsamen wirtschaften und klug priorisieren", betonte Heinrich und ergänzte: „Gerade auch den uns anvertrauten sozial Schwachen, Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderung, aber auch Leistungserbringern und Diensten sei gesagt: Wir stehen zu unserer Verantwortung."

Für das Jahr 2024 beträgt das Volumen des Verwaltungshaushalts 579,4 Mio. Euro und steigt damit im Vergleich zum Vorjahr um etwa 27,4 Mio. Euro (5,0 Prozent). Der Umlagebedarf erhöht sich somit von 361,1 Mio. Euro um 29,8 Mio. Euro auf insgesamt 391 Mio. Euro. In besonderem Maße steigen die Ausgaben im Bereich „Soziale Sicherung". Hier erwartet der Bezirk aufgrund gestiegener Personalkosten und immer umfassenderer Aufgaben eine Erhöhung des Zuschussbedarfs um rund 39,3 Mio. Euro.

Der Vermögenshaushalt sieht Ausgaben von insgesamt 17,5 Mio. Euro vor, von denen rund 5,8 Mio. Euro auf Baumaßnahmen und 4,2 Mio. Euro auf Investitionszuweisungen entfallen. Rund 1,6 Mio. Euro müssen für den Erwerb von beweglichen Sachen und immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens aufgebracht werden. Für die Kredittilgung sind rund 1,1 Mio. Euro veranschlagt. An den Verwaltungshaushalt ist eine Zuführung von etwa 4,8 Mio. Euro vorgesehen. Zur Finanzierung der Ausgaben ist eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 17 Mio. Euro geplant. Insgesamt hat der Gesamthaushalt für den Bezirk Niederbayern ein Volumen von 870,1 Mio. Euro.

Mit einem Gesamtvolumen von gut einer Milliarde Euro erreicht das Zahlenwerk im Bezirk Unterfranken in diesem Jahr eine neue Rekordmarke.

Unterfranken senkt Hebesatz

Trotz des großen Haushalts-Volumens hat der Bezirkstag einstimmig beschlossen, den Hebesatz um 1,7 Prozent auf 18,3 Prozent zu senken. Damit habe man den niedrigsten Hebesatz in ganz Bayern, stellte Bezirkstagspräsident Stefan Funk fest. Sorgen bereitet den Bezirksräten vor allem die Finanzsituation der Krankenhäuser und Heime, die in den Erfolgsplänen einen Jahresfehlbetrag von insgesamt rund 5,9 Mio. Euro erwarten.

Mit Blick auf die Senkung des Hebesatzes sagte Funk, dass diese den Umlagezahlern direkt zugutekäme, aber auch notwendig war, weil das vergangene Jahr mit einem besseren Ergebnis als geplant abschloss. „Wir werden die Rücklage auf die gesetzliche Mindestrücklage absenken, dadurch ist uns die einmalige Senkung des Hebesatzes möglich", erläuterte der Präsident.

Als Meilenstein bezeichnete Funk den Umzug eines Teils der Verwaltung in das neue Verwaltungsgebäude am Hubland. Überhaupt sei im kommenden Jahr eine der großen Herausforderungen die Personalgewinnung. Man wolle deshalb unter anderem eine Mini-Kita im Bezirksverwaltungsgebäude einrichten, um für Arbeitnehmer noch familienfreundlicher zu werden.

Der Kameralhaushalt wird für

(Fortsetzung auf Seite 4)

GZ KOLUMNE Franz Löffler

Liebe Leserinnen und Leser,



Laientheater in der Oberpfalz ist künstlerisches und soziales Ereignis von Menschen für Menschen. So habe ich das über viele Jahrzehnte in meiner Heimatstadt Waldmünchen selbst erlebt und erfahren. Dort zieht jedes Jahr im Juli und August auf der Freilichtbühne das historische Festspiel um den Pandurenoberst Franz Freiherr von der Trenck die Zuschauer in Bann. Wird er mit seinen Panduren auch die Stadt Waldmünchen plündern und niederbrennen, wie vorher schon in Cham geschehen? Oder wird die von ihm als Kriegsbeute entführte Kathi Schwab ihn durch ihre Liebe davon abhalten können? Das dramatische Schauspiel um Macht, Gewissen und starke Gefühle in der Zeit des österreichischen Erbfolgekriegs 1742

Laientheater ist Kunstform und soziales Erlebnis

wird von über 400 ehrenamtlich Aktiven zum Leben erweckt: Als Darsteller auf der Bühne, als Schwarze Panduren, beim Fanfarenzug, im Pandurenlager, aber auch im Kartenvorverkauf, bei der technischen Betreuung der Bühne oder das Jahr über in der Versorgung der Pferde. Die Ausstrahlung des Festspiels reicht weit über Waldmünchen hinaus, rund 1/3 der Online-Tickets werden außerhalb des Landkreises Cham verkauft.

Festspiele sind sozialer Kitt für eine starke Gemeinschaft

Es gibt Menschen, die eigens ihren Urlaub so planen, dass sie bei „ihrem" Trenck mitmachen können. Als Gründungsmitglied der Schwarzen Panduren, ehemaliger Vorstand und seit 2010 als Präsident freue ich mich stets aufs Neue auf unser „Trenck-Kranzel" zum Abschluss der Festspielsaison. Hier zeigen sich die persönliche Bindung und der soziale Zusammenhalt, wenn Mitstreiter für ihren Einsatz über Jahrzehnte ausgezeichnet werden. Auch in Zeiten von Social Media lassen sich junge Menschen für Trenck begeistern, so dass unser Vereinsvorstand Martin Frank sich um den Nachwuchs keine Sorgen zu machen braucht. Das Festspiel ist auch Standortfaktor: So hat ein mittelständischer Firmenchef aus dem Raum Regensburg und früherer Schirmherr seine Investitionsentscheidung für die Stadt Waldmünchen getroffen.

Festspiel- und Laientheaterförderung als Heimatpflege und zur Persönlichkeitsbildung

Die Stärkung des Heimatbewusstseins sowie die Bildung und Unterstützung in der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen sind Schwerpunkthemen der Kultur- und Heimatpflege des Bezirks Oberpfalz. Deshalb fördert der Bezirk Oberpfalz seit über fünf Jahrzehnten Oberpfälzer Festspiele, aktuell mit insgesamt ca. 40.000 Euro pro Jahr. Finanziell unterstützt werden neben dem „Trenck" auch der Pfingstritt in Bad Kötzting oder die Drachenstich-Festspiele in Furth im Wald. Zum Zug kommen aber auch die kleineren Festspiele wie die Burgspiele Parsberg oder der Festspielverein Wenzenbach für das Festspiel „Der letzte Ritter".

Neben den Zuschüssen zu rund 50 Festspielen unterstützt der Bezirk Oberpfalz seit den 1980er Jahren die Laientheaterszene in der Oberpfalz zugleich fachlich. Seit fünf Jahren bietet Laienspielberaterin Evi Eiberger mit Unterstützung von Fachreferenten Seminare an zu Regie, Sprechtechnik, Bühnengestaltung und vielem mehr. Schon als Kind hat sie bei den Waldfestspielen in Bad Kötzting Theaterluft eingesaugt, ihre Arbeit als Assistentin und Regisseurin am Stadttheater Regensburg hat sie zur leidenschaftlich engagierten Theaterschaffenden gemacht. Das von ihr seit zwei Jahren angebotene Programm „Laimiaus" hat zum Ziel, aus dem, was da ist, das Bestmögliche zu machen. Eibergers Blick von außen und das gemeinsame Spiel schaffen Raum für neue Herangehensweisen. Ihre Arbeit kommt an: „Wir haben durch dich gelernt über unseren Tellerrand hinauszusehen und auch mal mutig zu inszenieren", sagt etwa Karin Michl, Regisseurin des Festspiels „Der Hussenkrieg" in Neunburg vorm Wald.

Ich bin davon überzeugt: Die Darstellung einer anderen Person kann das Einfühlungsvermögen für andere Menschen und das Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft stärken. Diese sozialen Kompetenzen sind ein gutes Rüstzeug für ein gelingendes Leben.

Ihr Franz Löffler

Bezirkstagspräsident der Oberpfalz und Landrat des Landkreises Cham

Erfurter Gleichstellungsbeauftragte fristlos entlassen:

Novum in Deutschland

Weil sie mutmaßliche sexuelle Übergriffe am Theater Erfurt öffentlich machte, wurde Erfurts Gleichstellungsbeauftragte Mary-Ellen Witzmann Ende des vergangenen Jahres fristlos von der Stadt entlassen. Dagegen klagt Witzmann nun vor dem Verwaltungsgericht. Die Übergriffe werden weiter überprüft. Ein einmaliger Fall in der Geschichte kommunaler Gleichstellungsbeauftragter.

In mehreren Fällen hatte Witzmann Beschäftigte des städtischen Theaters begleitet, die Opfer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz geworden waren. Nun geht es darum, zu klären, ob das Handeln der Gleichstellungsbeauftragten gemäß des Thüringer Gleichstellungsgesetzes rechtmäßig war. Die Klage ist von großer Bedeutung für die Arbeit aller Gleichstellungsbeauftragten, da sie sich auf den Umgang mit sexueller Belästigung in städtischen Institutionen bezieht.

Witzmanns Anwalt beteuert, seine Mandantin habe nur den Opfern helfen und ihren Aufgaben als Gleichstellungsbeauftragter nachkommen wollen. Zu denen gehöre auch Öffentlichkeitsarbeit. Die Stadt als Beklagte spricht von eigenmächtigem Verhalten, „grober Pflichtverletzung" und einem irreparablen „Vertrauensverlust".

Im Erfurter Stadtrat hatte das Vorgehen von Oberbürgermeister Andreas Bausewein rund um die Entlassung für Entrüstung gesorgt. Vier Fraktionen warfen ihm vor, ein „verheerendes Signal" an Betroffene von sexualisierter Gewalt zu senden und die Aufklärung von Vorwürfen zu erschweren. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) äußerte ihr Befremden über den Vorgang. Sie sieht in dem Vorgehen der Stadt Erfurt gegen die ehemalige Gleichstellungsbeauftragte ein fatales Zeichen für Betroffene von sexueller Belästigung. Außerdem sei es ein höchst beunruhigender Präzedenzfall im Umgang mit einer kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, ist sie doch eine zentrale Stimme für die Vertretung der Interessen von Betroffenen von sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt. Über die Rechtmäßigkeit der Kündigung muss nun das Arbeitsgericht entscheiden. Witzmann hatte das Amt der Gleichstellungsbeauftragten erst im Sommer 2023 angetreten. **DK**

Für wirtschaftliche ...

(Fortsetzung von Seite 1)
stetig wachsendes Personal im öffentlichen Bereich dafür reduziert werden müssten. Eine moderne Infrastruktur von der Schiene über das Stromnetz bis zum schnellen Internet sei die Basis einer erfolgreichen Wirtschaft. Auch müsse die Ampel aufhören, „unsere Leitindustrien wie die Automobilindustrie zu bekämpfen. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Die von der Ampel initiierte Regulierung der Chemieindustrie muss gestoppt werden. Der Irrweg des Staatsdirigismus - wie im Heizungsgesetz - muss beendet werden“, so die CSU-Fraktion.

Agenda für die Fleißigen

„Eine Agenda für die Fleißigen aufsetzen, unsere Arbeitskräfte bestmöglich ausbilden, unterstützen und als Garanten für unseren Wohlstand entlasten“, lautet Forderung Nummer 2. Beim Bürgergeld müsse das Prinzip „Fordern und Fördern“ wieder Leitprinzip werden. „Im Moment subventionieren wir mit dem Bürgergeld die Arbeitslosigkeit. Das darf so nicht bleiben. Wir brauchen eine Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs, die dauerhafte Sanktionsmöglichkeit bei Verweigerung der Arbeitsaufnahme sowie die Wiedereinführung der Vermögensprüfung. Wir verlangen vom Bund endlich eine bessere Ausstattung der Jobcenter mit ausreichenden Eingliederungs- und Verwaltungsbudgets, um diese nachhaltig in die Lage zu versetzen, die Betreuungsintensität zu erhöhen und die Leistungsberechtigten tatsächlich stärker zu fördern und zu fordern.“ Auch müsse sich Mehrarbeit lohnen. Dafür würden attraktivere Hinzuverdienstmöglichkeiten in der Rente und Anpassungen im Steuer- und Transfersystem für mehr Erwerbsanreize und insgesamt höhere Arbeitsvolumen benötigt. Die Pendlerpauschale sei zu erhöhen und zu dynamisieren. Überdies müsse die tägliche Höchstarbeitszeit im Sinne der EU-Arbeitszeitrichtlinie durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzt werden.

Wirksames Maßnahmenpaket

Eine Politik für bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung steht ebenso auf der CSU-Agenda. Gefordert wird ein sofort wirksames Maßnahmenpaket, das die Stromsteuer für alle auf das EU-rechtliche Minimum senkt, die versprochenen Bundeszuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten umsetzt und die energieintensiven Branchen nachhaltig entlastet. Energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, bräuchten dringend einen effizienten Brückenstrompreis. Vonnöten sei überdies eine belastbare Kraftwerkstrategie. Bloße Ankündigungen schafften noch keinen Investitionsrahmen. Die Bundesländer müssten bei der Planung der Standorte frühzeitig einbezogen und die Energiebedarfe belastbar ermittelt werden. Auch müsse die Ampel endlich alle erneuerbaren Energien gleichermaßen in den Blick nehmen und die Benachteiligung von Geothermie, Wasserkraft und Bioenergie beenden.

Entrümpelungsgesetz gegen unnötige Gesetze

Stichwort Bürokratieabbau: Nach bayerischem Vorbild muss die Ampel laut CSU-Fraktion mit einem echten Entrümpelungsgesetz unnötige Gesetze, Vorgaben, Statistik- und Dokumentationspflichten abschaffen. Das Bürokratieentlastunggesetz IV greife hier viel zu kurz. Der Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung sei schnell und vollständig umzusetzen. Insbesondere die aktuelle Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes müsse genutzt werden, um schnell wichtige erste Schritte einzuleiten.

Neben dem Fachkräftemangel sei die Unternehmensnachfolge eine zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung. Die Übergabe von mittelständischen Unternehmen müsse erleichtert werden. „Insbesondere steuerliche Belastungen und regulatorische Vorgaben rund um die Finanzierung der Unternehmensnachfolge erschweren häufig eine Übergabe. Das wollen wir praxisgerecht so gestalten, dass eine Übergabe an die nächste Generation auch außerhalb der eigenen Familie einfacher wird. Wir werden deshalb einen Praxischeck durchführen, der auch die bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich der Unternehmensgründungen in den Blick nimmt, um hier ein abgestimmtes Gesamtsystem sicherzustellen“, heißt es weiter.

Stopp der Zusatzbürokratie

Geplante Ampel-Maßnahmen wie ein Tariftreuegesetz, ein Beschäftigtendatenschutzgesetz und ein Anspruch der Beschäftigten auf Homeoffice müssen nach Auffassung der CSU-Fraktion gestoppt werden. Auf EU-Ebene müsse die Ampel einen sofortigen Stopp der Zusatzbürokratie durchsetzen. Neue Belastungen wie durch die Taxonomie-Verordnung, die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die EU-Wertschöpfungskettenrichtlinie seien völlig aus der Zeit gefallen. Bestehende Regelungen, die mit hohem bürokratischem Aufwand für Unternehmen einhergehen, müssten auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert und anschließend konsequent überarbeitet bzw. abgebaut werden.

„Die Bundesregierung muss endlich den Wohnbau ankurbeln“, lautet die letzte Forderung. „In Deutschland werden tausende Wohnungen gebraucht, die Wohnbautätigkeit geht jedoch zurück. Hier braucht es nun endlich Planungssicherheit und Verlässlichkeit statt ständig neuer Vorgaben und plötzlicher Förderstopps“, betont die CSU-Fraktion. Um den Wohnungsbau wieder in Schwung zu bringen, würden berechenbare, bedarfsorientierte Förderungen, modernere, einfachere Bauvorschriften, Anreize bei der Grunderwerbssteuer und bessere Abschreibungsmöglichkeiten benötigt. Ziel sei es, in Bayern gemeinsam mit den Kommunen die Erteilung von Baugenehmigungen zu beschleunigen.

Vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt sprach von einer „schwierigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland“ und „tristen Konjunkturaussichten“. Von diesem Trend könne sich auch der Freistaat nicht abkoppeln. Immer deutlicher zeige sich, dass die Bundesregierung nicht in der Lage ist, den Wirtschaftsstandort Deutschland flottzumachen. Der Fünf-Punkte-Plan der CSU setze dagegen die richtigen Schwerpunkte für die Wirtschaft.

Rückbau bei Steuern, Abgaben und Bürokratie

„Das Wichtigste für unsere Betriebe sind verlässliche, klare und einfache Rahmenbedingungen sowie ein spürbarer Rückbau bei Steuern, Abgaben und Bürokratie. Es muss den Unternehmen ermöglicht werden, den Weg aus der Krise aus eigener Kraft zu schaffen. Dafür muss endlich die Axt an den wuchernden Bürokratiedschungel gelegt werden“, unterstrich Handwerkstagspräsident Franz Xaver Peteranderl. Es sei nicht mehr damit getan, „dass hier und da ein paar Paragrafen wegfallen“. Vorschriften, die unnütz sind und sich nicht umsetzen lassen, müssten ganz abgeschafft werden. Um den Wohnungsbau anzukurbeln, habe die Bundesregierung im Herbst 2023 einige richtige Maßnahmen vereinbart, wie etwa die Einführung eines vorschriftenreduzierten Baustandards mit dem Gebäudetyp E sowie eine degressive AfA für Wohngebäude. Doch diese Maßnahmen müssten auch endlich umgesetzt werden.

Laut BBIV-Präsident Josef Geiger „haben die Abgeordneten der CSU-Fraktion die Anregungen der bayerischen Wirtschaft mit großem Interesse und Sachverstand aufgenommen und den Ernst der Lage erkannt. Der erarbeitete Fünf-Punkte-Plan verdeutlicht den ernsthaften Willen, die dringend notwendige wirtschaftliche Zeitenwende entschlossen anzugehen und umzusetzen, um Bayern und Deutschland wieder auf den richtigen Kurs zu bringen.“ **DK**

Verpasste Chance ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Auch der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Roland Engehausen, zeigte sich über das Ergebnis enttäuscht: „Mit den angekündigten Regelungen wird die aktuelle Finanznot und Insolvenzgefahr in den Krankenhäusern überhaupt nicht beseitigt. Die angekündigten Liquiditätshilfen sind nur vorgezogene Zahlungen bereits bestehender Vergütungsansprüche, wodurch die Kliniken in diesem Jahr keinen Euro zusätzlich erhalten.“

Kalter Strukturwandel

Engehausen zufolge ist ein künftiger Transformationsfonds notwendig für den Strukturwandel, aber keine Lösung für die derzeitige Situation. In diesem Jahr drohe weiterhin ein kalter Strukturwandel durch Insolvenzen und Standortschließungen aus wirtschaftlicher Not, wenn es auch künftig keine verbindliche Anpassung der regulären Erlöse über die sogenannten Basisfallwerte zum Ausgleich der Inflationslücke seit 2022 gibt.

Laut Gerlach „bleibt nach dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses das Transparenzgesetz unverändert, nur einige unrealistische Fristen müssen noch im Zuge eines anderen Gesetzes korrigiert werden. Enttäuschend ist vor allem auch, dass vom Bund nach wie vor nichts zu den von Länderseite seit geraumer Zeit geforderten finanziellen Verbesserungen bei den Krankenhausbetriebskosten kommt. Einige Krankenhäuser werden die Reform gar nicht mehr erleben, wenn Lauterbach sie weiter im Regen stehen lässt.“

Zudem kritisierte die Ministerin, dass nach der dualen Krankenhausfinanzierung allein der Bund für die auskömmliche Finanzierung von Betriebskosten verantwortlich sei. Zu den Betriebskostendefiziten habe der Bundesgesundheitsminister nichts Substanzielles von sich hören lassen. Dies sei angesichts der bekannt schwierigen Finanzsituation der Krankenhäuser in höchstem Maße alarmierend. Stattdessen kündige Lauterbach einseitig einen Transformationsfonds in Höhe von 50 Milliarden Euro an, der nach seinen Vorstellungen zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte von den Ländern gespeist werden soll.

Heftige Kritik an Lauterbach

Aus Gerlachs Sicht will Lauterbach einfach Festlegungen über 25 Milliarden Euro in den Länderhaushalten erzwingen. Diese Vorgehensweise bestätige den Eindruck, dass Lauterbach an einer echten Zusammenarbeit mit den Ländern auf Augenhöhe kein Interesse hat. Bedauerlich sei auch, dass das Transparenzgesetz in dieser Form nicht die gewünschte Transparenz für die Patienten schaffen wird. „Ich bin überzeugt, dass wir zuerst die Krankenhausreform vorantreiben und bei den wichtigen Themen wie den Leistungsgruppen und Öffnungsklauseln Klarheit schaffen sollten, bevor ein solches Transparenzverzeichnis eingerichtet wird. Ich hoffe, dass Herr Lauterbach nun seine Blockadehaltung bei der eigentlichen Krankenhausreform beendet und endlich in eine konstruktive Abstimmung mit den Ländern geht.“

Mit Blick auf die an das Gesetz gekoppelten Liquiditätshilfen für Krankenhäuser führte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, aus: „Die jetzt zugesagten Liquiditätshilfen helfen den Krankenhäusern zwar kurzfristig, aber es ist Geld, das den Häusern sowieso zusteht. Das reicht nicht aus, um die erheblichen Kostensteigerungen der Krankenhäuser besonders für das Personal und durch die Inflation zu stemmen. Wir haben die große Sorge, dass vielen Krankenhäusern in den nächsten Monaten die Puste ausgeht, wenn der Bund nicht schnell Geld nachschiebt.“

Immerhin habe der Vermittlungsausschuss, so Dedy, eine Perspektive für die nötige Krankenhausreform eröffnet. Dies müsse dringend kommen, damit die strukturelle Unterfinanzierung der Häuser beseitigt wird. „Wir hoffen, dass sich Bund und Länder jetzt aufeinander zu bewegen und die Krankenhausreform zügig in ein Gesetz mündet“, erklärte der Hauptgeschäftsführer. Der angekündigte Transformationsfonds sei notwendig, damit der Umbau der Krankenhäuser und deren Finanzierung gelingen kann. „Das muss noch vor dem Sommer konkret werden, damit ein unstrukturiertes Krankenhaussterben vermieden wird.“ **DK**

Mehr Schleuserdelikte ...

(Fortsetzung von Seite 1)
nete er es als großes Problem, dass viele Asylbewerber nach Deutschland kommen, ohne vorher in einem anderen europäischen Land registriert worden zu sein: „Es ist ein Unding, dass Schengen-Länder Flüchtlinge unkontrolliert ein- und durchreisen lassen und damit eklatant ihre Pflichten aus dem Schengen-Abkommen und der Eurodac-Verordnung verletzen. Selbst im Erstaufnahmeland registrierte Flüchtlinge, die nach Deutschland weitergereist sind, werden oft nicht mehr zurückgenommen, auch wenn es das Dublin-Abkommen vorschreibt.“ Herrmanns Forderung: „Die Bundesregierung kann in einer solchen Situation nicht mehr darauf verzichten, illegale Migranten auch bei einem Asylgesuch an seiner Grenze zurückzuweisen!“

20.000 Fahndungstreffer

In der Gesamtschau war das Vorgangsaufkommen der Bayerischen Grenzpolizei 2023 leicht rückläufig: Mit 54.857 Vorgängen fielen 1.210 Vorgänge weniger zur Sachbearbeitung an als 2022. „Das ist aber trotzdem der zweithöchste Wert seit Gründung der Bayerischen Grenzpolizei vor fünfeinhalb Jahren“, stellte der Minister fest. Insgesamt erzielte die Grenzpolizei 19.650 Fahndungstreffer, rund 2.000 weniger als im Vorjahr. Darunter waren 1.352 Menschen, gegen die ein Haftbefehl vorlag, sowie fast 3.600 Fälle von Drogenkriminalität.

Wie Herrmann weiter ausführte, werde die Bayerische Grenzpolizei bis 2028 auf insgesamt 1.500 Stellen verstärkt. Bereits seit ihrer Gründung im Juli 2018 wurde die Zahl der Grenzpolizisten bereits um mehr als 370 auf aktuell über 850 erhöht, und weitere 50 Personalzuteilungen sind für März 2024 geplant. Mit dann rund 900 Grenzpolizisten erreicht die Bayerische Grenzpolizei einen neuen Personalhöchststand.

Zudem kündigte der Innenminister an, weiter in eine hochmoderne Ausstattung der Grenzfahnder zu investieren. Derzeit testet die Bayerische Grenzpolizei innovative Personendetektionsgeräte, die über den Herzschlag beispielsweise auf Ladeflächen versteckte Personen erkennen können. Zudem sei die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei bei der Abstimmung der Kontrollen „hervorragend“. **DK**

Stabilität und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
2024 mehr als 609 Mio. Euro betragen, für die Krankenhäuser und Heime sind knapp 393 Mio. Euro veranschlagt. Größter Ausgabeposten des Bezirks sind mit gut 523 Mio. Euro die Sozialleistungen. Das macht knapp 86 Prozent der Ausgaben aus.

Auch Schwaben reduziert

Auch der Bezirkstag Schwaben wird den Hebesatz senken: um 1,5 auf 21,2 Prozentpunkte. Um bereits den Haushaltsentwurf 2024 auszugleichen, hat Bezirkstagspräsident Martin Sailer den Gremien in einem ersten Schritt empfohlen, 40 Mio. Euro aus den Rücklagen zu entnehmen. Von 2022 auf 2022 haben sich diese um rund 50 Mio. Euro auf mehr als 90 Mio. Euro erhöht. „Wir stehen jetzt in der Verantwortung, unsere Rücklagen für unsere Umlagezahler und für die Menschen in Schwaben abzubauen“, betonte Sailer.

Die kreisfreien Städte und Landkreise stünden vor gewaltigen Herausforderungen wie der Unterbringung von Geflüchteten, der Digitalisierung der Verwaltung und fehlendem Personal. Gerade in diesen Zeiten sei es das Ziel des Bezirks, ein verlässlicher Partner für all jene zu bleiben, die Unterstützung brauchen, so der Präsident. Bereits von 2021 bis 2023 konnte der Bezirk seinen Vorsatz einhalten, den neuen Hebesatz stabil zu halten. 2023 war sogar bereits eine leichte Senkung um 0,2 Prozentpunkte möglich. Der Gesamthaushalt des Bezirks überschreitet im Jahr 2024 erstmals die Milliardengrenze und umfasst knapp 1,1 Mrd. Euro. Der Verwaltungshaushalt steigt auf fast 1 Mrd. Euro an. **DK**

Asyl und Migration aus der Mitte heraus denken:

Populismus löst keine Probleme

Straub zieht erste Bilanz nach 100 Tagen im Amt als neuer Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung

Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Karl Straub, MdL, hat die ersten 100 Tage seiner Amtszeit genutzt, um sich einen guten Eindruck über die Situation im Bereich Integration und Asyl zu verschaffen.

Neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter hat Straub in seiner neuen Funktion bereits fast 50 Termine absolviert, dazu unzählige Telefonate. Der neue Beauftragte tauschte sich bspw. intensiv mit dem Bayerischen Integrationsrat aus, verschaffte sich ein Bild über die Situation der Geflüchteten in mehreren bayerischen Ankereinrichtungen, diskutierte mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat über den Chancenaufenthalt, verlieh Integrationspreise und hat sich auf Bund-Länderkonferenzen für die Interessen der bayerischen Migrationspolitik stark gemacht. Der Integrationsbeauftragte möchte genau in diesem Tempo weitermachen: „Das war nur der Anfang. Wir haben einige konkrete Ideen, die wir zeitnah umsetzen wollen.“

Schwarz-Weiß-Denken fern der Lebensrealität

Straub, der bereits viele Jahre im Rechtsausschuss für Fragen der Asylpolitik und im Petitionsausschuss für die Klärung von Einzelfällen zuständig war, zieht ein vorsichtig positives Fazit nach den ersten drei Monaten: „Die vielen Begegnungen, konstruktiv-kritischen Diskussionen und Gespräche mit Geflüchteten und Ehrenamtlichen bestätigen mich darin, dass wir Asyl und Migration aus der Mitte heraus begreifen müssen. Das Schwarz-Weiß-Denken trägt nicht zur Lösung von Problemen bei und entspricht auch nicht der Lebensrealität. Wir müssen Geflüchtete human und respektvoll behandeln, sie aber auch auf Grenzen des Machbaren sowie rechtliche Rahmenbedingungen hinweisen.“

Straub wird diese ersten Eindrücke und Erfahrungen zeitnah in einem Bericht an die Staatsregierung in Worte fassen. „Nach wie vor bin ich der festen Überzeugung, dass wir das Thema Asyl und Migration nur im Dialog mit der Bevölkerung, den Geflüchteten und allen am Prozess beteiligten Behörden und politischen Akteuren klären können. Daher stehe ich für eine Migrationspolitik mit Herz und Verstand“, so der Beauftragte abschließend. ❐

Kriegsauswirkungen auf Bayern

Die Aktualisierung des Dossiers zu den Auswirkungen des Angriffskrieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf Bayern greift die aktuelle Datenlage nach fast zwei Jahren des anhaltenden Konflikts auf. Relevante Statistiken aus den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Verbraucherpreise, Landwirtschaft, Energie und Bildung zeigen die Effekte auf.

Der im Februar 2022 begonnene Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine hat Auswirkungen auf viele Teile der Wirtschaft, Politik und der Gesellschaft.

Als Informationsdienstleister des Freistaats hat das Bayerische Landesamt für Statistik daher seit September 2022 eine Auswahl der statistischen Veröffentlichungen in Form eines Dossiers zusammengestellt. Es zeigt exemplarisch auf, wie vielfältig der Krieg Einfluss auf unser Land nimmt.

Das Dossier ist online kostenfrei verfügbar unter: www.statistik.bayern.de/produkte ❐

Lösungen nach Maß für die klimaneutrale Energiezukunft

GZ-Interview mit René Schoof, Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh

Sichere Versorgung, erneuerbare Energien und ein breites Portfolio an Dienstleistungen für Privathaushalte, Kommunen und Gewerbe – das bietet die energie schwaben Gruppe. Mehr als 210 Städte und Gemeinden versorgt die energie schwaben-Tochter schwaben netz über ein 7.100 Kilometer langes Leitungsnetz. Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Leitungen, werden in Zukunft zunehmend klimaneutrale Gase wie Biogas und Wasserstoff transportiert werden. Wie sich das Unternehmen für die Herausforderungen der Zukunft wappnet und welchen Beitrag zu Energiewende und Klimaschutz der traditionelle Gasnetzbetreiber schon jetzt leistet, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit René Schoof, Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh.

GZ: Herr Schoof, seit Sommer 2023 sind Sie Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh. Wo waren Sie vorher beruflich tätig und warum sind Sie nach Augsburg gewechselt?
René Schoof: Bei E.ON und zuletzt Uniper war ich zehn Jahre für das Thema Wasserstoff zuständig und habe große technische Projekte begleitet, die uns die grüne Transformation ermöglichen werden. Tatsächlich hat mich bei schwaben netz neben dem attraktiven Standort Augsburg die Aufgabe gereizt, meinen gesammelten Erfahrungsschatz in die Praxis umzusetzen, denn der Umbau unserer Energieversorgung ist eine Herausforderung, die regional bewältigt wird und bei der die bestehende Infrastruktur Teil des künftigen nachhaltigen Energiesystems sein muss.



René Schoof. Bild: Christina Bleier

Ohne Kohlenstoff gibt es kein Leben

GZ: Das heißt, das bestehende Gasnetz muss auf eine Weise ertüchtigt werden, dass es nicht überflüssig wird, sondern weiterhin an der Wertschöpfung teilhaben kann?
Schoof: Exakt. Das ist unser Hauptaugenmerk. Das Gasnetz in Deutschland verfügt über 550.000 Kilometer Rohrleitungen im Untergrund sowie 25 Milliarden Kubikmeter Speicherkapazität. Der DVGW hat diese Infrastruktur mit rund 260 Milliarden Euro Volksvermögen bewertet. Das ist gesellschaftlich akzeptiert. Fakt ist: Wir müssen den Energieträger Gas defossilisieren, zum Beispiel mit Hilfe von Biomethan. Ich sage bewusst nicht dekarbonisieren, denn ohne Kohlenstoff gibt es kein Leben. Klar ist schon jetzt, es wird nicht nur die eine Lösung geben, sondern viele, damit wir die Anforderungen an eine klimaneutrale Energieversorgung erfüllen können.
GZ: Wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hat schwaben netz und was bietet das Unternehmen seinen Kunden an?
Schoof: Aktuell sind wir etwa 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Bereichen Technik, Planung, Bau und Betrieb sowie kaufmännisch tätig sind. Bislang war die Verteilung von Gas und der Anschluss an das Verteilnetz unser Hauptangebot. 120.000 private Haushalte und 850 Industriekunden sind an unser Netz angeschlossen. Mit Blick auf die Energiewende ist unsere Leistungspalette allerdings vielfältiger geworden: Neben dem klassischen Geschäft unterstützen wir die Industriekunden etwa bei der Umstellung auf grüne Energien (Stichwort H2-Readiness). Aktuell führen die Ferngasnetzbetreiber in Zusammenarbeit mit uns eine Abfrage nach dem Wasserstoffbedarf in den einzelnen Regionen durch. Das Ergebnis fließt in einen Szenariorahmen, den die Bundesnetzagentur prüfen wird. Daraus werden sich Bedarfe ergeben, die in den Netzausbau und -neubau für die Jahre 2025 bis 2028 einfließen werden.
GZ: Vor zwei Jahren noch konnte niemand die energiepolitische Entwicklung absehen. Bereits zehn Jahre beschäftigen Sie sich mit dem Thema Wasserstoff. War es damals schon das Ziel, langfristig die fossilen Brennstoffe zu ersetzen?
Schoof: In den vergangenen zehn bis 15 Jahren hat sich in puncto Wasserstoff sowohl in Deutschland als auch in Europa viel getan. Als ich mit dem Thema Power-to-Gas in Berührung kam, ging es darum, langfristige Speichermöglichkeiten für erneuerbare Energien zu finden. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, dass es mit dem Zubau von Erneuerbaren – Windkraft im Norden und Photovoltaik im Süden Deutschlands – Situationen geben wird, in denen die Netze nicht in der Lage sind, den Strom aufzunehmen oder aber Kapazitäten fehlen, wenn Wind und Sonne nicht verfügbar sind. 2013 war ich E.ON-Projektleiter für eine der ersten Power-to-Gas-Anlagen im brandenburgischen Falkenhagen. Sie erzeugte mit Hilfe von Elektrolyse rund 360 Kubikmeter Wasserstoff pro Stunde. Dieser wurde vor Ort in das regionale Ferngasnetz eingespeist und stand damit als Beimischung im Gas für die Erzeugung von Wärme und Strom zur Verfügung. Das war die damalige Grundidee.
GZ: Und wie gestaltete sich der weitere Prozess?
Schoof: Letztlich setzte sich in der Branche die Erkenntnis durch, dass Wasserstoff nicht nur auf die Energiespeicherung und den Transport beschränkt ist, sondern auch stofflich genutzt werden kann. Seit dem russischen Angriffskrieg wurden deutschlandweit zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. Es besteht aber die Gefahr, dass Deutschland aufgrund ungünstiger politischer Rahmenbedingungen hier den Anschluss verliert. Dies gilt es zu verhindern.

Vergesst nicht die Physik, die Investitionen und die Versorgungssicherheit!

GZ: Aber auch in der Energiebranche sind verlässliche Strukturen doch unverzichtbar?
Schoof: Investitionsentscheidungen, die wir heute treffen, haben zum Teil Amortisationszeiten von mehreren Jahrzehnten. Die Halbwertszeit bestimmter Gesetzgebungsverfahren ist aber mittlerweile sehr kurz. schwaben netz hat mit 210 Kommunen Gasnetzkonzessionen vereinbart. Vor allem als 2023 eine Neufassung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beschlossen wurde, war die Verunsicherung im Netzgebiet groß. Wir haben Ruhe bewahrt und Aufklärungsarbeit geleistet. Sowohl technisch als auch regulatorisch versuchen wir als Partner der Kommunen, unsere Erfahrungen und Sichtweisen einzubringen. Wir betonen aber schon: Vergesst nicht die Physik, die Investitionen und die Versorgungssicherheit!

‚Transformation in ein Erneuerbare-Gase-System'

GZ: Trotz der unsicheren Rahmenbedingungen: Halten Sie daran fest, bis 2040 klimaneutral sein zu können?
Schoof: Ab 2045 hat sich Deutschland gesetzlich verpflichtet, klimaneutral zu wirtschaften, für Bayern gilt dies schon ab 2040. Das ist der Rahmen, unter dem wir uns aufstellen. Deshalb verfolgen wir auch genau jetzt das Thema ‚Transformation des Erdgassystems in ein Erneuerbare-Gase-System'. Wenn der Rahmen passt, ist das Vorhaben umsetzbar.
GZ: Wir sprechen hier vom schrittweisen Abschied von fossilem Erdgas. Wie wollen Sie dieses ersetzen bzw. den Bedarf sicherstellen?
Schoof: Es gibt zwei Varianten. Ein wichtiger Baustein für die Energiewende ist Biomethan. Deutschland verfügt über etwa 8.000 Biogasanlagen, die allerdings überwiegend Strom aus Gas erzeugen. Die 20 Jahre währende EEG-Förderung wird in den nächsten Jahren auslaufen, so dass sich die Betreiber überlegen, wie sich eine solche Anlage in Zukunft rechnet. Speziell bei uns im Netzgebiet besteht großes Interesse, Biogas einzuspeisen. Momentan baut schwaben netz mehrere Einspeiseanlagen, zuletzt auf dem Hof Burgösch bei Baisweil im Ostallgäu. Damit werden wir zwar nicht das komplette Gassystem umstellen können. Wir gehen davon aus, dass wir in Bayerisch-Schwaben perspektivisch 20 bis 25 Prozent an Erdgas ersetzen können.
GZ: Und was geschieht mit dem Rest des zu verteilenden Erdgases?
Schoof: Hier kommt der grüne Wasserstoff ins Spiel. Mit dem Gasnetzgebietstransformationsplan (GTP) wird der Transformationsbedarf auf lokaler Ebene ermittelt, um die regionale und sichere Versorgung mit klimaneutralen Gasen konkret auszugestalten. Dies geschieht in Abstimmung mit den Kommunen und den Industrie- und Gewerbekunden vor Ort. Als Teil der energie schwaben Gruppe war schwaben netz von Anfang an Mitbegründer der Initiative H2vorOrt, deren Mitglieder den GTP erarbeiten. Mehr als 95 Prozent des regionalen Verteilnetzes von schwaben netz ist bereits H2-ready. Die vor uns liegende Aufgabe ist, bis 2045 zu 100 Prozent klimaneutrale Gase im Netz zu haben.

Laut der Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas (FNB), die an der finalen Modellierung des Wasserstoff-Kernnetzes und dessen Optimierung gearbeitet haben, werden wir voraussichtlich 2032 nördlich von Augsburg ein neues Wasserstoff-Kernnetz mit einer Leitungslänge von ca. 9.700 Kilometern bekommen. Es wird zu etwa 60 Prozent auf bestehenden Gasleitungen basieren, die umgestellt werden.
GZ: Zu wieviel Prozent werden wir in Deutschland unseren Wasserstoffbedarf decken können?
Schoof: Deutschland verbraucht jährlich etwa 2.500 Terawattstunden an Primärenergie, davon werden 70 Prozent aus dem Ausland importiert. Diese Größenordnung wird sich in Zukunft kaum verändern, Deutschland wird sich auch in Zukunft nicht vollständig selbst versorgen können. Die Frage ist: Was haben wir aus der Vergangenheit gelernt? Begeben wir uns wieder in direkte Abhängigkeiten? Und hier bietet der Wasserstoff vielleicht den Vorteil, nicht auf einen einzigen Lieferanten angewiesen zu sein.
GZ: Als regional starker Netzbetreiber ist schwaben netz Ansprechpartner der Kunden vor Ort. Ob Gebäudeenergiegesetz oder Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung – es kommt einiges auf uns zu. Wie ist aktuell die Stimmung bei Ihren Kunden, spüren Sie Unsicherheit? Wie können Sie Unterstützung bieten?
Schoof: Momentan sind Ruhe und Sachlichkeit in die Diskussion eingekehrt. GEG und WPG geben die Leitplanken vor, in denen sich die Kommunen bewegen müssen. Viele unserer Konzessionskommunen sind klein und haben nicht die Ressourcen, alle Neuerungen hauptamtlich in vollem Umfang umzusetzen. Als energie schwaben-Gruppe bieten wir an, mit ihnen gemeinsam eine kommunale Wärmeplanung durchzuführen.

Und wie ich schon sagte: Es gibt nicht die eine Lösung. Das geplante Einbauverbot von Gasheizungen der Bundesregierung war ein Fehler. Wir sagen hier ganz deutlich: Im Neubau wird Gas in Zukunft keine große Rolle spielen. Da ist die Wärmepumpe sicherlich das Mittel der Wahl. Im Bestand aber muss es andere Optionen geben. Mit dem WPG ist das jetzt gut gelungen, da es jeder Kommune die Pflicht, aber auch das Recht gibt, für sich selbst zu entscheiden, was die beste Lösung ist.



GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit René Schoof, Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh. Bild: Christina Bleier

Mehr Diskurs, mehr Sachlichkeit, Ruhe und Pragmatismus

GZ: Wenn Sie sich etwas wünschen dürften, das Ihnen die Arbeit erleichtert: Was wäre das?
Schoof: Ich kann hier für die gesamte Energiebranche sprechen: mehr Verlässlichkeit vonseiten der Politik! Wir wünschen uns, dass sachlich gearbeitet wird, dass man Expertinnen und Experten zu Wort kommen lässt, ihnen zuhört und sie richtig interpretiert. Im Moment scheint mir die Politik getrieben von sich selbst. Ich wünsche mir mehr Diskurs, mehr Sachlichkeit, Ruhe und Pragmatismus. Deutschland wurde einmal als das Land der Dichter und Denker bezeichnet. Diese Tradition sollten wir wieder aufleben lassen. Dann finden wir auch die richtigen Lösungen. **DK**



Reaktionen zur Kraftwerksstrategie der Bundesregierung:

Wichtiger Sinneswandel

Nach langem Ringen hat sich die Bundesregierung auf eine Strategie zum Bau wasserstofffähiger Gaskraftwerke in Deutschland geeinigt. Sie soll den Rahmen schaffen für Investitionen in moderne, hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke, die in der Lage sind, zukünftig mit Wasserstoff betrieben zu werden, hieß es in einer Mitteilung.

Kurzfristig sollen neue Gaskraftwerkskapazitäten im Umfang von bis zu viermal 2,5 Gigawatt ausgeschrieben werden. Ab einem 2032 festzulegenden Umstiegsdatum sollen sie „zwischen 2035 und 2040" vollständig auf Wasserstoff umstellen. Geplant ist, die Förderungen aus dem Klima- und Transformationsfonds, einem Sondertopf des Bundes, zu finanzieren.

Neben dem „konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze erfordert die Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit unseres Stromsystems moderne, hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke", erklärte die Bundesregierung. Insbesondere sollen die Kraftwerke die Versorgung mit klimafreundlichem Strom auch in Zeiten mit wenig Sonne und Wind gewährleisten.

Wie es aus Koalitionskreisen hieß, liegen die Kosten bei ca. 16 Milliarden Euro für die nächsten rund 20 Jahre. Laut Mitteilung wurde vereinbart, dass Konzepte für einen sogenannten Kapazitätsmechanismus erarbeitet werden sollen. Eine politische Einigung darüber solle innerhalb der Bundesregierung bis spätestens Sommer 2024 erzielt werden. Über einen solchen Mechanismus könnten Betreiber in einigen Jahren dafür honoriert werden, dass sie Kraftwerkskapazitäten vorhalten.

VKU fordert zügige und praxistaugliche Strategie

„Der VKU begrüßt, dass es jetzt in der Bundesregierung eine politische Verständigung über Eckpunkte einer künftigen Kraftwerksstrategie gibt. Die grundsätzliche Verständigung auf einen Kapazitätsmechanismus für gesicherte Stromleistungen ist richtig, das hatte der VKU bereits seit langem gefordert", betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing in einer ersten Einschätzung. Der Erfolg der Pläne werde jedoch maßgeblich von der konkreten Umsetzung abhängen. Den Eckpunkten müsse nun zügig eine praxistaugliche Strategie folgen.

„Richtig ist, dass die Einigung eine Verzahnung von kurzfristig ausgeschriebenen Kraftwerken mit dem langfristigen Marktdesign vorsieht. Entscheidend ist allerdings, dass möglichst schnell Klarheit herrscht: Sowohl über die konkrete Ausgestaltung der im Rahmen der Kraftwerksstrategie kurzfristig vorgesehenen Ausschreibungen als auch über die Rahmenbedingungen eines zukünftigen Kapazitätsmarkts. Hier wird es auf die Details ankommen", machte Liebing deutlich. „Damit es unter diesen Umständen überhaupt genügend Bieter gibt, muss bei den Ausschreibungen daher ein besonderes Augenmerk auf die Akteursvielfalt gelegt werden: Die Bildung von neuen Oligopolen im Bereich der Versorgungssicherheit muss unbedingt verhindert werden."

Zu einer Kraftwerksstrategie aus einem Guss zählen aus Sicht des VKU-Hauptgeschäftsführers KWK-Anlagen. Sie unterstützten die Systemdienlichkeit der neuen Kraftwerke. Deswegen müsse die nun vorgelegte Einigung mit einer Verlängerung des Kraftwärmekopplungsgesetzes (KWKG) über 2026 hinaus flankiert werden.

BDEW: Notwendige Bausteine für Investitionssicherheit

Wie Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, darlegte, „ist der Zubau neuer Gaskraftwerke Grundlage für den Kohleausstieg. Gleichzeitig sind die wasserstofffähigen Gaskraftwerke wichtige Abnehmer und damit relevanter Baustein für Planungssicherheit im Rahmen des Wasserstoffkernnetzes. Der politischen Einigung muss nun zeitnah ein konkreter Gesetzesvorschlag folgen, damit in diesem Jahr noch die erste Ausschreibung erfolgen kann."

Nach Andreaes Auffassung ist es richtig, im Rahmen der Kraftwerksstrategie aus Kostengründen zunächst mit der Ausschreibung von neuen wasserstofffähigen Kraftwerken zu starten. Dies habe die Energiebranche als Beitrag zur Kosteneffizienz vorgeschlagen. Richtigerweise würden teurere Hybrid- und Sprinter-Kraftwerke in der Strategie zurückgestellt. Auch die von der Energiebranche geforderte Verzahnung mit einem Kapazitätsmechanismus sei ein notwendiger Baustein für Investitionssicherheit.

Aus BDEW-Sicht muss auch die Rolle der Kraft-Wärme-Kopplung im Rahmen der Kraftwerksplanung bedacht werden. Die KWK leiste ebenso einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit sowie zur Absicherung der Wärmewende. Zusätzlich müsse das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz hinsichtlich einer verstärkten Dekarbonisierungswirkung mit Wasserstoff novelliert werden. Dass Doppelbelastungen von Abgaben und Gebühren auf Strom zur Speicherung und Elektrolyse beseitigt werden sollen, sei erfreulich und greife eine weitere Forderung der Branche auf.

„Nun muss dringend Klarheit für die Investoren geschaffen werden", forderte Andreae. Die Finanzierungsfrage müsse ebenso schnell geklärt werden wie die beihilferechtliche Sicherheit sowie die Standortfrage. Zudem seien die konkreten Ausschreibungszeiträume für die Kraftwerke heute noch unklar. 2028 solle laut Einigung ein Kapazitätsmechanismus startklar sein. Auch vom Zusammenspiel zwischen den Ausschreibungen im Rahmen der Kraftwerksstrategie und des geplanten und notwendigen Kapazitätsmechanismus werde abhängen, wann ein Ausstieg aus der Kohleverstromung möglich sein wird.

„Die einzelnen geplanten Regelungen der Kraftwerksstrategie werden wir uns sehr genau ansehen und im Detail bewerten. Wichtig ist, dass die Energiebranche für den notwendigen Praxis-Check ausreichend Zeit erhält", machte Andreae klar.

Fachverband Biogas: Deutschland muss auf heimische Energie setzen

Nach Auffassung des Fachverbands Biogas ist in der Einigung der Bundesregierung ein wichtiger Sinneswandel weg vom Aufbau großer Kraftwerkskapazitäten, die durch Hybrid- und Sprinterkraft ergänzt werden sollten, hin zur Anreizung zuverlässiger und flexibler Kapazitäten erkennbar. „Genau das ist es, was das Stromsystem der Zukunft braucht und Biogas liefern kann", stellte Verbandspräsident Horst Seide fest.

Mit Unverständnis reagierte er jedoch auf die Tatsache, „dass in der Einigung zwar von Technologieneutralität gesprochen wird, aber mit keinem Wort der Biogasanlagenpark erwähnt wird. Allein bis 2030 könnten mit den richtigen Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz bis zu 12 Gigawatt flexibler Leistung aus Biogas zur Verfügung stehen - langfristig sogar doppelt so viel", hob Seide hervor. Mit dem aktuellen Ausschreibungsdesign hingegen riskiere die Bundesregierung Anlagenstilllegungen und eine noch größere Stromlücke, die wiederum später teuer geschlossen werden muss.

„Deutschland muss jetzt auf heimische Energie setzen, sonst wird bei knappen Kassen bestehende Infrastruktur zerstört. Wenn die aktuelle Regierung nicht schnell aufwacht, ist insbesondere das Wirtschaftsministerium dafür verantwortlich, dass ein zuverlässiger Biogasanlagenbestand zum Aufhören gezwungen wird. Ein Schaden, den kommende Regierungen nicht wieder gut machen können. Auch darf nicht vergessen werden, dass der heutige Biogasanlagenbestand ein wesentlicher Bestandteil der Wärmewende darstellt", schloss Seide seine Ausführungen. **DK**



Windpark Oberngrub. Bild: Helmut Krämer

Planungsverband Oberfranken-West:

Weg frei für die Windkraft

„Wir haben den Weg frei gemacht für sechs neue Vorranggebiete für Windenergieanlagen in Ebermannstadt und Eggolsheim im Landkreis Forchheim sowie am Rennsteig im Landkreis Kronach." Der Bamberger Landrat Johann Kalb freute sich als Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West über einstimmige Beschlüsse des Gremiums.

Diesen waren seit Mitte 2023 umfassende Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie Anhörungen von Trägern öffentlicher Belange vorausgegangen. Für die drei Vorranggebiete „Lange Meile" bei Ebermannstadt und Eggolsheim waren rund 2.000 Stellungnahmen mit gut 100 unterschiedlichen Einwendungen eingegangen. Für die der Gebiete in den Gemeinden Ludwigsstadt, Tettau und Steinbach am Wald mit rund 700 ha im Landkreis Kronach gab es 37 Eingaben. In beiden Fällen wurden die Stellungnahmen gegen das überragende öffentliche Interesse der Energieerzeugung abgewogen.

Wind-an-Land-Gesetz

Der Anteil der Vorranggebiete an der Fläche des Regionalen Planungsverbandes wächst mit diesen neuen Gebieten von 0,6 im Jahr 2022 auf nun gut 1,0 Prozent der gesamten Fläche. Der Bund hat im sogenannten Wind-an-Land-Gesetz für den Freistaat Bayern verpflichtende Flächenziele für mögliche Windenergieanlagen festgelegt: 1,1 Prozent bis Ende 2027 und 1,8 Prozent bis Ende 2032.

Die einstimmige Entscheidung und die korrekte Abwägung hat auch den Mitinitiator des Bürgermeisterappells, Altbürgermeister Helmut Krämer (CSU) gefreut, der diese Entscheidung als ein klares Signal für ganz Bayern sieht. „Die Oberfranken haben gezeigt, wie Energiewende geht - ein guter Tag für eine nachhaltige Energieproduktion und für unser Klima", so Krämer. Mit dem Bürgermeisterappell, den 432 Rathauschefs unterzeichnet haben, wollen die Kommunen, dass die Energiewende schneller und einfacher umgesetzt wird.

Sehr erfreut über die einstimmige Entscheidung war auch Bürgermeisterin Christiane Meyer, Ebermannstadt, gleichzeitig Kreisvorsitzende des Gemeindetages im Landkreis Forchheim. Dort steht nämlich erst ein einziges Windrad in Kasberg. Eggolsheims Bürgermeister Claus Schwarzmann will möglichst schnell die Genehmigungsplanung auf den Weg bringen. Seine Kommune hat bereits einen Großteil der Flächen im Vorranggebiet vertraglich gesichert, um Bürgerwindkraftanlagen umsetzen zu können.

Potenzialflächen im Blick

Der Planungsverband Oberfranken-West hat es sich zum Ziel gesetzt, das 1,8-Prozent-Ziel bereits deutlich früher zu erreichen. Hierfür werden derzeit Potenzialflächen für Windkraft geprüft. Im Sommer 2024 wird das Verfahren für die Gesamtfortschreibung des Teilkapitels „Windenergie" des Regionalplans gestartet. Ziel ist es dabei, aus den Potenzialflächen weitere Vorranggebiete zu entwickeln. „Wir kommen unserer Verpflichtung konsequent nach", so der Vorsitzende des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West, Landrat Johann Kalb. ❐

Advertorial

So werden Wind und Sonne zu klimafreundlicher Wärme

Windkraft ist ein wichtiger Baustein der Energiewende. Aus ihr lässt sich nicht nur Strom gewinnen, sondern dieser auch direkt für die Wärmeerzeugung nutzen. Im Interview erklärt Annette Gärtner, stellvertretende Leiterin GP JOULE PROJECTS, wieso die Windkraft ein so großes Potenzial hat.

GP JOULE
TRUST YOUR ENERGY.

Wärme aus Wind – wie funktioniert das?

Annette Gärtner: Die Wärme, die für das Heizen oder industrielle Prozesse benötigt wird, macht rund die Hälfte des weltweiten Energieverbrauchs aus. Um die Klimaziele zu erreichen, muss die Wärme auf erneuerbaren Wegen produziert werden. Und hier kommt die Windkraft ins Spiel. Windräder und Solarparks können Strom klimaneutral erzeugen, der dann direkt zum Betrieb von Großwärmepumpen genutzt werden kann.

Welche Rolle spielt die dezentrale Energieversorgung bei der Energiewende?

Gärtner: Wir müssen in Zukunft die Energie dort produzieren, wo sie verbraucht wird. Und wir müssen für die Bürgerinnen und Bürger einen erlebbaren Nutzen schaffen. Das heißt, sie müssen profitieren von den Solar- und Windparks in ihrer Nachbarschaft. Und das tun sie direkt, indem sie ihre Häuser und Wohnungen mit der regional erzeugten Wärme heizen.



Annette Gärtner, Stellv. Leiterin GP JOULE Projects

Wie passen Photovoltaik- und Windkraft zusammen?

Gärtner: Die beiden Erzeugungsarten ergänzen sich perfekt. An sonnigen Tagen mit wenig Windaufkommen produzieren insbesondere die Solarparks, an wolkenverhangenen Tagen, sowie in der Nacht weht vermehrt der Wind und die Windenergieanlagen übernehmen die Erzeugung des Stroms. Es wäre also falsch nur auf eine Technologie zu setzen, vielmehr ein Zusammenspiel aller erneuerbaren Energien ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende.

Kann der Strom auch gespeichert werden?

Gärtner: Hier kommt wieder die Wärme ins Spiel. Sie ist das einfachste und kostengünstigste Mittel, um Energie in Form von warmem Wasser zu speichern. Wenn wir die Sektoren miteinander verbinden, also Sonne, Wind und Wärme zusammenarbeiten lassen, haben wir einen enormen Hebel, um unsere Städte und Gemeinden zukunftsfit zu machen – 100% Erneuerbar! ❐



Referenzprojekt Windrad Kühlenthal. Bilder: GP JOULE

Informationen und Kontakt:

Melden Sie sich gerne!
Johanna Pfaller
+49 175 5308 693
j.pfaller@gp-joule.de
https://www.gp-joule.com/de/flaechenakquise

Landesamt für Statistik:

Energiepreise seit 2010 mit Fokus auf Krisenjahre 2022 und 2023

Die Entwicklungen am Energiemarkt sind spätestens seit dem Start des Angriffskrieges der Russischen Föderation am 12. Februar 2022 gegen die Ukraine in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Das Bayerische Landesamt für Statistik zeigt mit einem Fachbeitrag in der Januar-Ausgabe seines Statistik-Magazins, wie sich die Energiepreise in Bayern seit 2010 und vor allem in den vergangenen beiden Jahren unter dem Einfluss von Coronapandemie und Ukrainekrieg entwickelt haben.

Eine besonders beeindruckende Zahl aus dem Beitrag zeigt, dass die Verbraucherpreise für Erdgas im November 2022 um 137,5 Prozent im Vergleich zum November 2021 gestiegen sind. Basis der Berechnungen ist die Verbraucherpreisstatistik mit entsprechenden Energie-Preisindizes. Betrachtet werden hierfür ausgewählte Güter aus dem Bereich Haushaltsenergie (Strom, Erdgas und Heizöl) sowie Kraftstoffe.

Unter anderem beschreibt der Beitrag die Auswirkungen der indexrelevanten Maßnahmen der Bundesregierung zur Abmilderung des Energiepreisschocks – zum Beispiel Preisbremsen für Strom und Erdgas, Reduktionen der Umsatzsteuer, Tankrabatt oder das 9-Euro-Ticket. Außerdem wird auf einige Grundlagen der dazugehörigen Energiemärkte und deren Relevanz für die entsprechenden Verbraucherpreise eingegangen. ❐

Vaterstetten, Grasbrunn, Zorneding und Haar:

Gründung der GeoEnergieMünchenOst

Startschuss für ein „Jahrhundertprojekt“: Die Gemeinden Vaterstetten, Grasbrunn, Zorneding und Haar haben gemeinsam die GeoEnergieMünchenOst (kurz GEMO) gegründet. Diese interkommunale Fördergesellschaft für Geothermiewärme wird das Projekt als eigenständiges Unternehmen umsetzen.

Die Bürgermeister Klaus Korneder (Grasbrunn), Dr. Andreas Bukowski (Haar), Leonhard Spitzauer (Vaterstetten) und Piet Mayr (Zorneding) unterzeichneten den Gesellschaftsvertrag und legten damit den Grundstein für dieses Vorhaben. Ziel ist es, regenerative Energie aus der Erde zu gewinnen und in die Wärmenetze der Gemeinden zu leiten. Die Bohrarbeiten sollen Anfang 2025 beginnen, so dass bereits 2026 die Bürger ihre Heizungen auf diese nachhaltige Energieform umstellen können.

Bei einem Pressegespräch hoben die Rathauschefs die Wichtigkeit des Projekts hervor, das allen Gemeinden die Erfüllung ihrer Klimaziele deutlich näherbringen werde. Laut Vaterstettens Erstem Bürgermeister Leonhard Spitzauer wird die Wirtschaftlichkeit des Projekts durch den Zusammenschluss der Gemeinden deutlich verbessert: „Wir hatten im Gemeinderat zwar schon bekundet, den Weg notfalls auch allein zu gehen, aber am Ende standen aufgrund des Potenzials der anderen Kommunen und der damit verbundenen Teilung von Risiken und Kapitalaufwand viele Argumente, das Projekt auf mehrere Säulen zu gründen“, so Spitzauer.

Vaterstetten hat zur Umsetzung des Projekts bereits ein rund 15.000 qm großes Grundstück erworben, das der Bohrgesellschaft mit einem Erbpachtvertrag zur Verfügung gestellt wird. Nach der Zusage der Förderung und der Erteilung der erforderlichen Genehmigungen können Förder- und Reinjektionsbohrung niedergebracht werden. Für die Bohrphase werden sechs bis acht Monate gerechnet. Danach (wahrscheinlich Ende 2025) könnten erste Pumpversuche warmes Wasser aus dem Boden fördern und dann die geothermische Heizzentrale gebaut werden.

Logische Schritte

In Grasbrunn und Haar gibt es bereits Infrastrukturen unterschiedlicher Betreiber, die schon bald auf die Vaterstettener Wärme umgestellt werden könnten. Für den Transport der Wärme nach Grasbrunn und Zorneding wird das Vaterstettener Gemeindewerk Verbindungsleitungen bauen. Haar könnte seine Wärme voraussichtlich mit einer eigenen Leitung am Bohrplatz abholen und dazu eine Verbindung unter der A 99 hindurch bauen.

Wie Dr. Andreas Bukowski, Erster Bürgermeister der Gemeinde Haar, erläuterte, sei die Beteiligung für seine Kommune „ein logischer Schritt, den wir gerne gemeinsam mit unseren Nachbarn gehen. Logisch deshalb, da bei uns zum einen bereits größere Fernwärmenetze bestehen und zum anderen durch das vorhandene Blockheizkraftwerk ein notwendiges Redundanzheizwerk vorgehalten werden kann. Deshalb haben wir uns trotz der schwierigen Haushaltslage für diese Investition in die Zukunft entschieden.“

Zorneding ist mitten in den Planungen für ein gemeindliches Wärmenetz und wird deshalb erst mittelfristig Wärme abnehmen. Rathauschef Piet Mayr sieht „durch die Geothermie die einmalige Chance, für die nächsten Generationen im ganzen Ort eine von fossilen Brennstoffen freie Wärmeversorgung aufzubauen“.

Einig sind sich die vier Bürgermeister über den Stellenwert dieses interkommunalen Projekts. Grasbrunns Bürgermeister Klaus Korneder zeigte sich erfreut, „dass unser gemeinsames Projekt nun nach gut zehn Jahren im zweiten Anlauf umgesetzt werden kann. Gerade bei so wichtigen Themen ist eine interkommunale Zusammenarbeit immens wichtig.“ **DK**

Neues Förderprogramm BioMeth Bayern

Im Rahmen des C.A.R.M.E.N.-Fachgesprächs „Zukunftsoptionen Biomethan und Bündelung von Biogasanlagen“ in Straubing tauschte sich Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger mit Experten und Praktikern über die Zukunft der Biogasbranche aus. Dabei kritisierte der Minister auch das Pingpong-Spiel der Bundesregierung, das es den Biogaserzeugern zunehmend erschwere, ihre Anlagen wirtschaftlich zu betreiben.

Insbesondere bemängelte Aiwanger die ideologiegetriebene Diskussion über die Nutzung von Biomasse: „Der Bund muss dringend umsteuern und das Potenzial der Bioenergie erkennen. Mit Biomassse haben wir einen heimischen, umweltfreundlichen und speicherbaren Rohstoff - ein flexibler Energieträger für die Energiewende vor Ort.“

Als konkrete Maßnahme forderte der Minister, das Ausschreibungsvolumen für Biogas auf Bundesebene zu erhöhen: „Viele Biogasanlagen kommen jetzt ans Ende ihrer 20-jährigen EEG-Förderung und würden dicht gemacht, wenn sie nicht zeitnah eine Anschlussförderung bekommen. Das trifft vielfach auch Anlagen, die mit ihrer Abwärme Nahwärmenetze von Siedlungen betreiben. Wenn die ihren Strom nicht mehr vernünftig einspeisen können und aufhören, bekommen die Hausbesitzer keine Wärmeversorgung mehr. Deshalb muss der Bund jedem Biogaserzeuger eine Perspektive geben.“

Aiwanger: „Bayern steht zur heimischen Bioenergie. Mit BioMeth Bayern fördern wir die Errichtung von Anlagen zur Aufbereitung von Biogas zu Biomethan. Das aufbereitete Biomethan kann direkt in bereits bestehende Gasleitungen geleitet und weiter transportiert werden. Das ist nicht nur kosteneffizient, sondern besonders ressourcenschonend. Mit BioMeth Bayern erschließen wir neue Märkte für Betreiber von Biogasanlagen und schaffen eine bessere Zukunftsperspektive für die gesamte Biogasbranche.“ Das Programm umfasst auch die Förderung von Biogasleitungen mit Übergabestationen. Die Förderquoten richten sich nach der Größe der Anlagen. Kleine Betriebe erhalten eine 40-prozentige Förderung. Für mittlere und große Betriebe sind Förderungen von 35 und 30 Prozent vorgesehen.

Aiwanger: „Mit 2.751 Anlagen sind wir bundesweit Spitzenreiter bei Biogas. Mit BioMeth Bayern bauen wir unsere Position weiter aus. In einem ersten Schritt nehmen wir dafür zehn Millionen Euro in die Hand.“ Das Potenzial für Biomethan sieht der Minister nicht nur als Biokraftstoff im Straßen- und Schiffsverkehr. Auch im Bereich Heizen und Prozesswärme ist Biomethan eine nachhaltige Alternative zur Wärmepumpe bei Bestandsgebäuden.

Aiwanger kündigte zudem an, mittels Bundesratsinitiativen das Potenzial von Biogas zu unterstützen anstatt am Ende dringend benötigte Biogasanlagen aufgrund schlechter bundespolitischer teils ideologischer Rahmenbedingungen stillzulegen. ❐

Vergabepraxis des Freistaats für Windräder:

Weiter Streit zwischen Landtags-Grünen und Bayerischen Staatsforsten

Die Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen haben ein Rechtsgutachten zur Vergabepraxis der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) bei Windkraftprojekten vorgestellt. Danach muss die Vergabe von Flächen für die Errichtung von Windkraftanlagen durch die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) nicht ausgeschrieben werden, da diese keine marktbeherrschende Stellung im Sinne des Wettbewerbsgesetzes innehätten. Vielmehr können die staatlichen BaySF solche Standorte direkt an die Nachbargemeinden übertragen.

Ein solches Vorgehen würde die Akzeptanz der Bevölkerung stark erhöhen, argumentierte der energiepolitische Sprecher der Grünen im Bayerischen Landtag, Martin Stümpfig. Nach Auffassung der BaySF würde eine solche „Direktübertragung“ von Flächen gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen.

„Die Bayerischen Staatsforsten begrüßen, dass jetzt auch die Grünen anerkennen, dass es ein öffentliches Auswahlverfahren zur Vergabe von Windenergiestandorten geben muss. Bisher hatten sie gefordert, Standorte für neue Windenergieanlagen freihändig zu vergeben“, urteilte ein Sprecher der Staatsforsten. Es sei ein Fortschritt, wenn die Grünen jetzt anerkennen, dass die Vergabe öffentlicher Investitionen grundsätzlich ausgeschrieben werden muss. Jede Gemeinde kenne aus eigener Erfahrung, dass Ausschreibungen im öffentlichen Bereich notwendig und ganz normal sind.

„Direktvergabe“ an Standortgemeinden nicht umsetzbar

„Das von der BaySF durchgeführte Auswahlverfahren stelle sicher, dass neue Windenergieanlagen im Staatswald rechtssicher, zügig und professionell errichtet werden können“, betonte der Sprecher. Die von den Grünen neu vorgeschlagene „Direktvergabe“ an Standortgemeinden, die dann ihrerseits Ausschreibungen vornehmen, sei „rechtlich und praktisch nicht umsetzbar“.

Der Vorwurf der Grünen-Fraktion, dass es bei dem Auswahlverfahren der BaySF keine Bürgerbeteiligung gebe, sei „nachweislich unzutreffend“. Für die Bayerischen Staatsforsten stehe Bürger- und Kommunalfreundlichkeit „an erster Stelle“. So könnten die Gemeinden Bürgerbeteiligungsmodelle einfordern – und zwar bis zu 100 Prozent. Je höher Bürgerbeteiligung angeboten werde, desto mehr Punkte gibt es im Auswahlverfahren. Auch sei das Einfordern einer Beteiligung am Stromertrag nach EEG möglich. Zudem könnten Gemeinden und regionale Bürgerenergiegesellschaften am Auswahlverfahren der BaySF teilnehmen. Die Staatsforsten hatten selbst ein Rechtsgutachten vorgelegt, das zu dem Schluss kommt, dass sie zur Ausschreibung verpflichtet seien.

„Ich teile die Position der BaySF. Die von den Grünen vorgeschlagene Direktvergabe von Waldflächen an die Gemeinden wäre rechtlich unklar“, kommentierte Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger. Im Gegensatz dazu habe sich die aktuelle Praxis der BaySF zur Bereitstellung von Waldflächen für die Windenergieproduktion bewährt.

Trendwende ist eingeleitet

„Vielmehr freue ich mich über das ausdrückliche Lob der Grünen für die von mir eingesetzten und vom Wirtschaftsministerium finanzierten Windkümmerern“, fuhr Aiwanger fort. Sie betreuten derzeit bayernweit mehr als 240 Windkraftprojekte. „Die Trendwende bei der Windkraft haben wir bereits eingeleitet. 2023 wurden 64 Genehmigungsanträge für neue Windräder eingereicht. Während die Grünen politische Nebelkerzen zünden, arbeiten wir mit den BaySF und allen anderen beteiligten Kommunen, Behörden und Institutionen konkret am Ausbau der Windenergie.“

Die Forderung nach einer eigenen Kommunikationskampagne „Pro Windkraft“ durch die Landesagentur für Energie- und Klimaschutz (LENK) sei obsolet, machte der Minister deutlich: „Eine solche Kampagne wird mit ‚Bayern macht Wind‘ bereits seit Juni 2023 umgesetzt. Das könnte Herr Stümpfig eigentlich wissen.“ **DK**

NordOstLink:

TenneT und 50Hertz stellen ersten Trassenvorschlag vor

Die beiden Übertragungsnetzbetreiber TenneT und 50Hertz haben heute den ersten möglichen Trassenvorschlag für das gemeinsame Netzausbauprojekt NordOstLink veröffentlicht. Das Vorhaben soll als Erdkabel-Gleichstromverbindung zwischen dem Suchraum Heide (Schleswig-Holstein) und dem Suchraum Klein Rogahn (bei Schwerin) realisiert werden.

Grundlage für die Planungen ist der im November 2023 durch die Bundesnetzagentur veröffentlichte, fünf bis zehn Kilometer breite sog. Präferenzraum für den Nord OstLink. Innerhalb dieses Raumes ermittelten TenneT und 50Hertz den jetzt veröffentlichten Vorschlag zum Leitungsverlauf. Dieser erste Trassenentwurf ist jetzt auf den unten genannten Projekt-Webseiten einsehbar.

Ab März bieten TenneT und 50Hertz entlang des Trassenverlaufs Informationsveranstaltungen für Politik, Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie Bürgerinnen und Bürger an. Ziel ist es, durch eine frühe Information der Öffentlichkeit, eine möglichst umfassende Sicht auf die Planung zu bieten. Auf den Veranstaltungen erläutern TenneT und 50Hertz das methodische Vorgehen bei der Planung, stellen den daraus resultierenden Trassenvorschlag vor und informieren über die anstehenden Verfahrensschritte und Beteiligungsmöglichkeiten im Planfeststellungsverfahren, das im Sommer 2024 beginnt.

Die öffentlichen Informationsveranstaltungen entlang des geplanten Trassenvorschlags finden zwischen dem 4. und 15. März statt und werden über Zeitungsinserate und Aushänge bekannt gegeben. Unter folgenden Links sind sie zudem online veröffentlicht: https://www.tennet.eu/de/projekte/nordostlink bzw. https://www.50hertz.com/de/News/Details/14191/nordostlink-zeigt-planungen-auf-infomaerkten ❐



Energiewende vor Ort voranbringen

Netzwerktag für Bürgermeister und Kommunalvertreter am 26. April 2024 in Beilngries

Die Kommunen spielen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort. Nach dem Erfolg der ersten Veranstaltung im Dezember 2023 bieten der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) und die Akademie Bayerischer Genossenschaften (ABG) am Freitag, 26. April 2024, ein weiteres Netzwerktreffen für Bürgermeister und Kommunalvertreter an.

Im Zentrum steht die Frage, wie die Kommunen gemeinsam mit den Bürgern die Energiewende vor Ort vorantreiben können. Außerdem dient das Treffen dem Austausch mit Vertretern bayerischer Energie- und Kreditgenossenschaften. Die Veranstaltung findet im ABG-Tagungszentrum in Beilngries statt, Leising 16. Dauer: 9.30 Uhr bis ca. 15 Uhr. Die Tagung kostet 170 Euro pro Person inklusive Verpflegung. Das genaue Programm gibt es auf der Webseite der ABG unter www.abg-bayern.de (Veranstaltungs-Code NWB 24001 in das Suchfeld eingeben).

Anmeldung per E-Mail an: anke.gabler@abg-bayern.de ❐

Ministerrat:

Bayern setzt Masterplan Kernfusion um

Der Freistaat will Pionier bei der Energieversorgung der Zukunft sein. Hierzu gab Wissenschaftsminister Markus Blume in einer Sitzung des Bayerischen Ministerrats den Startschuss für die Umsetzung ihres Masterplans zur Förderung der Kernfusion. „Bayern ist das Update für die Republik! Andere reden vom Deutschland-Tempo, wir machen längst Bayern-Tempo und nehmen unsere Zukunft in die eigene Hand", betonte Blume.

Der Freistaat intensiviert die Fusionsforschung mit dem Ziel, eine neue, CO2-neutrale, vom Zugang zu Rohstoffen weitgehend unabhängige und allzeit verfügbare Energiequelle zu schaffen. Hochradioaktive Abfälle fallen dabei nicht an. Bereits heute verfügt Bayern laut Blume über herausragendes Know-how in diesem Bereich. Mit dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching ist eines der führenden Zentren für Magnet-Fusionsforschung der Welt in Bayern beheimatet. Mit dem CALA-Laser an der LMU stehen zudem hervorragende Forschungsbedingungen in der Laserphysik zur Verfügung.

Exzellente Ausgangsposition

Darüber hinaus sind bayerische Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen maßgeblich am Bau des europäischen Fusionsversuchsreaktors ITER in Frankreich beteiligt. Zahlreiche in Bayern ansässige Start-ups sind außerdem im Feld der Magnet- und Laserfusion tätig. „Diese hervorragende Ausgangsposition soll in einen technologischen und wirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden", unterstrich der Minister.

Thinktank der Kernfusionsforschung

Ziel sei es, mit technologieoffenem Ansatz und unter Beteiligung von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen Start-ups und der Industrie ein einzigartiges Fusionsökosystem zu etablieren. Aus Bayern heraus sollen entscheidende Impulse zur internationalen Fusionsforschung kommen. Hierzu gründe Bayern einen Thinktank der Kernfusionsforschung und richte noch im ersten Quartal 2024 eine Kommission Kernfusion mit rund einem Dutzend der führenden Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft ein.

Die Kommission entwickle Empfehlungen zum Aufbau und zur Stärkung fusionsrelevanter Kompetenzen an bayerischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und unterstütze die Staatsregierung beim Ausbau der Lehre und Forschung in neuartigen Kerntechnologien.

Zudem starte der Freistaat eine Ausbildungsoffensive an Hochschulen, berichtete Blume. Um Forschung und Lehre in den neuartigen Kerntechnologien zu stärken, sollen bis zu sechs neue Lehrstühle und bis zu 20 Forschungsgruppen an bayerischen Hochschulen installiert werden, gefolgt von der Einrichtung einschlägiger Studiengänge. Ziel sei es, Kernfusion und neuartige Kerntechnologien in neuen Studiengängen direkt studierbar zu machen.

Da für einen durchschlagenden Erfolg des Vorhabens und das Erreichen von Produktionsreife nationale und internationale Kooperationen notwendig sind, setzt sich Bayern u.a. im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern für die Etablierung einer nationalen Gesamtstrategie zur Kernfusion ein, die anschlussfähig für mögliche europäische und internationale Initiativen ist.

Bavarian Fusion Cluster

In einem weiteren Schritt soll als Kern und organisatorisches Fundament für das Fusionsökosystem der Bavarian Fusion Cluster eingerichtet werden. Er setzt nach seiner Etablierung das bayerische Forschungs- und Infrastrukturprogramm um und soll den Freistaat endgültig zum Hotspot innovativer Kernfusionsforschung und -technologie machen. Dabei wird von Anfang an auf Transferperspektiven gesetzt und die künftige Kommerzialisierung der Kernfusion in den Blick genommen. Das Ziel: Der Bau eines Demonstrationskraftwerks in Bayern.

Innovative Wirtschaftskooperationen im Blick

Überdies setzt der Freistaat nach Blumes Ausführungen auf innovative Wirtschaftskooperationen. Neben dem Ausbau der Forschung entwickelt er auch die Infrastruktur und die Kooperation mit Unternehmen und Start-ups weiter. Ein eigenes Forschungs- und Infrastrukturprogramm wird Transferleistungen zwischen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Start-ups fördern und den Fokus auf die Finanzierung von öffentlich-privaten Partnerschaften legen. **DK**

Neue Energie-Ära im gläsernen Herz Deutschlands

Wiegand-Glas und Bayernwerk schließen Netzanschluss-Vertrag

Die Wiegand-Glas Holding GmbH und die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) haben mit Staatsminister Hubert Aiwanger die Pläne für die künftige Stromversorgung des Wiegand-Glaswerks in Steinbach am Wald vorgestellt. Der Behälterglashersteller will zukünftig in seinen Schmelzwannen mehr Strom einsetzen und im Gegenzug die Verwendung von Erdgas reduzieren. Ab 2028 sollen neue, zunächst hybrid- und später elektrisch betriebene Glas-Schmelzwannen eingesetzt werden. Wiegand-Glas benötigt für die Umstellung deutlich mehr Strom als bisher und braucht dafür einen direkten Anschluss an das Hochspannungsnetz. Daher hat das Steinbacher Familienunternehmen einen Netzanschluss-Vertrag mit dem Bayernwerk geschlossen.

Der Anschluss des Wiegand-Glaswerks an das Hochspannungsnetz ermöglicht dem Behälterglashersteller den Einsatz neuer, zunächst hybrider und anschließend elektrisch beheizter Schmelzwannen und ist für das Traditionsunternehmen damit ein wichtiger Schritt in Richtung Klimaneutralität. Die direkte Anbindung an das Hochspannungsnetz des Bayernwerks sorgt dafür, dass der Standort ab 2028 Strom mit einer Leistung von bis zu 70 Megawatt beziehen kann. Diese Menge ist vergleichbar mit dem Stromverbrauch von rund 200.000 Zwei-Personen-Haushalten. Gegenüber dem aktuellen Netzanschluss des Standorts entspricht dies einer Verfünffachung. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betont: „Glas und Bayern gehören zusammen. Die Zukunft der Glas- und anderer Traditionsindustrien zu sichern, ist ein Schwerpunkt meiner Wirtschaftspolitik. Glas ist geschmolzene Energie. Dazu braucht es bezahlbaren und jederzeit ausreichend verfügbaren Strom. Dekarbonisierung ja – Deindustrialisierung nein!"



Neue Wege in der Glasindustrie: Oliver und Nikolaus Wiegand stellen Dr. Egon Leo Westphal (l.) und Hubert Aiwanger (r.) die Produktion vor. Bild: Uwe Moosburger/Bayernwerk Netz GmbH

Investition in eine klimaneutrale Zukunft

Für das familiengeführte Unternehmen im nördlichen Landkreis Kronach sind die neuen Schmelzwannen und der Netzanschluss eine wichtige Investition in die Zukunft: Aktuell werden am Standort Steinbach am Wald jährlich circa 110.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid ausgestoßen. Durch die Inbetriebnahme der Hybridschmelzwanne im Jahr 2028 werden diese Emissionen zunächst um knapp 20.000 Tonnen jährlich reduziert. Durch die weitere Elektrifizierung des Schmelzprozesses sollen sie künftig Schritt für Schritt weiter verringert werden. „In Summe sind sowohl die technischen als auch die betriebswirtschaftlichen Risiken immens. Die Investition ist jedoch notwendig, um die Produktion zu dekarbonisieren und den Produktionsstandort langfristig zu erhalten", so Nikolaus Wiegand, geschäftsführender Gesellschafter von Wiegand-Glas. Neben dem Netzanschluss, für den der Behälterglashersteller 19 Millionen Euro aufwendet, sind für das Unternehmen im Rahmen der Hybridschmelzwanne Investitionen von über 100 Millionen Euro notwendig. Das Unternehmen rechnet damit, dass auch in naher Zukunft Erdgas der günstigere Energieträger als Strom sein wird. Bei der Schmelztechnik wird Wiegand-Glas Pionierarbeit leisten, denn aktuell befindet sich noch keine Hybridschmelzwanne mit der geplanten Kapazität in Betrieb.

Netzausbau für eine nachhaltige Wirtschaft

„Der Ausbau des Verteilnetzes ist der Schlüssel für die Dekarbonisierung der Glasindustrie. Mit dem Netzanschlussvertrag, den wir mit Wiegand-Glas geschlossen haben, steht der Fahrplan jetzt fest und wir beginnen mit der konkreten Planung für Leitungen und die Erweiterung des Umspannwerks Windheim", erklärt Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG. Damit die neuen Wannen mit Strom versorgt werden, baut das Bayernwerk in den kommenden Jahren das Hochspannungsnetz in der Region aus: Bis 2028 will der Verteilnetzbetreiber das Umspannwerk in Windheim erneuern und zwei neue Hochspannungsleitungen als Erdkabel vom Umspannwerk zum Wiegand-Werk bauen. Dieser Netzausbau ist Gegenstand des Vertrags, den Bayernwerk und Wiegand-Glas geschlossen haben.

Netzausbau stärkt die ganze Region

Darüber hinaus will das Bayernwerk auch die Leitungen, die das Umspannwerk Windheim mit anderen umliegenden Umspannwerken verbinden, in den kommenden Jahren modernisieren. So kann dann mehr lokal erzeugter Strom aus erneuerbaren Quellen in das Netz eingespeist und die Stromversorgung für die gesamte Region wird langfristig gesichert werden. Die genauen Planungen für die Neubau- und Umbaumaßnahmen beginnen nun beim Bayernwerk. Der Verteilnetzbetreiber wendet in den nächsten Jahren für den Ausbau des Hochspannungsnetzes im nördlichen Landkreis Kronach eine Summe von rund elf Millionen Euro auf – zusätzlich zu den rund 19 Millionen Euro, die Wiegand-Glas für den Netzanschluss investiert.

Modellregion am Rennsteig: Glasindustrie dekarbonisieren

Im Sommer 2023 haben die Wirtschaftsminister von Bayern und Thüringen zusammen mit den Vertretern der regionalen Glasindustrie, Landkreisen, Kammern und Tarifvertragsparteien den Startschuss für die Modellregion zur Dekarbonisierung der Glasindustrie am Rennsteig gegeben. „Mit der Modellregion bekräftigen wir unseren Willen, das gläserne Herz Deutschlands weiterschlagen zu lassen. Mehr Resilienz – weniger Bürokratie wäre mein Wunsch. Seit' an Seit' mit den Thüringern und unseren grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sollte es gelingen", erklärt Hubert Aiwanger.

Der Netzausbau ist eines von sieben Handlungsfeldern, die im Impulspapier zum Auftakt der Modellregion als zentrale Erfolgsfaktoren vorgestellt wurden. Die länderübergreifende Modellregion soll den Industriestandort Deutschland stärken, indem die Glasindustrie in Südthüringen und Nordbayern bei der Umstellung ihrer Energieversorgung und Produktionsprozesse auf klimaneutrale Energieträger wie Strom und Wasserstoff unterstützt wird. ❐

Bezirk Niederbayern:

Steigerung der Energie-Effizienz im Visier

Höhere Energie-Effizienz, nachhaltigere Wärmeversorgung, diverse Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen: Mit den Baumaßnahmen des vergangenen Jahres legte der Bezirk Niederbayern sein Hauptaugenmerk darauf, seine Einrichtungen und Gebäude, ob Schulen, Krankenhäuser oder Verwaltungssitze, gut für die Zukunft aufzustellen. Über den Erfolg und die Planmäßigkeit der Bautätigkeiten 2023, über Kosten, Fortgang und über künftige Projekte berichtete Bezirksbaumeister Matthias Kopf dem Bezirksausschuss von Niederbayern in Landshut.

„Energetische Sanierungen und die Erzeugung regenerativer Energie sind zentrale Zukunftsthemen, die in den kommenden Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen werden. Wir wollen uns bestmöglich darauf vorbereiten", so Kopf.

Neuland betrat der Bezirk etwa mit der Errichtung der Agri-PV-Anlage im Lehr- und Beispielbetrieb für Obstbau in Deutenkofen. Sie soll künftig dabei helfen, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits soll die PV-Anlage ihrer vorgesehenen Bestimmung nachkommen und sauberen, regenerativen Strom erzeugen. Andererseits soll sie den Obstbäumen darunter Schatten spenden, sie vor den immer heißeren Sommern, der zunehmenden UV-Strahlung und vor Hagel schützen. Dafür wird der Bezirk insgesamt rund 250.000 Euro investieren. Die Ergebnisse der Anlage sollen laut Bezirksbaumeister Kopf in den kommenden Jahren genau beobachtet und ausgewertet werden, um der Aufgabe des Lehr- und Beispielbetriebs gerecht zu werden.

Zahlreiche Baumaßnahmen

Am Institut für Hören und Sprache in Straubing stand vor allem eine Maßnahme im Zentrum der Bautätigkeit: sommerlicher Wärmeschutz und Fassadensanierung. Über eine Million Euro investiert der Bezirk Niederbayern in dieses Projekt. Für 2024 stehen laut dem Bezirksbaumeister zudem die Errichtung einer neuen PV-Anlage und die Modernisierung der Wärmeerzeugung auf dem Plan. Im Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn wurde im vergangenen Jahr ein Fernwärmeanschluss installiert, ebenso eine PV-Anlage an der Fachschule für Gartenbau und die Generalsanierung der Schulturnhalle wurde fortgesetzt. Neben dem Bau der Agri-PV-Anlage erneuerte der Bezirk im Lehr- und Beispielbetrieb in Deutenkofen zudem die Heizungsanlage, stellte von Öl auf Pellets um. Im Fischereilichen Lehr- und Beispielbetrieb in Lindbergmühle arbeitet der Bezirk an bilanzieller Stromautarkie.

Die Energiekrise der vergangenen Jahre, so Bezirksbaumeister Kopf, habe maßgeblichen Einfluss auf viele Bauvorhaben. So setzen auch die Zweckverbände, an denen der Bezirk Niederbayern mehrheitlich beteiligt ist, auf eine Steigerung der Energie-Effizienz. In mehreren Thermalbädern sollen Maßnahmen umgesetzt werden, um Wärme aus dem abgebadeten Thermalwasser zurückzugewinnen und dem Gebäude zuzuführen. Außerdem wird an drei Standorten geprüft, inwiefern Grundwasser zur Wärmegewinnung eingesetzt werden kann, um den Verbrauch fossiler Energieträger zu reduzieren. In den Freilichtmuseen Massing und Finsterau sollen Nahwärmenetze errichtet werden, um die Gebäude mit regenerativer Energie zu versorgen.

Neben der Steigerung der Energie-Effizienz schafften es allerdings auch andere Maßnahmen auf den Plan des Bezirksbaumeisters: In den Bezirkskrankenhäusern (BKH) führte der Bezirk Niederbayern einige große Bauprojekte erfolgreich weiter, etwa die seit 2017 laufende Neustrukturierung am Bezirksklinikum Mainkofen, im Rahmen derer aktuell der dritte Bauabschnitt realisiert wird, oder die Erweiterung des BKH Passau. Außerdem begann das BKH Landshut mit der Planung für eine neue Telefonanlage und am BKH Straubing soll in diesem Jahr mit der Planung für ein neues Entlasshaus begonnen werden.

Und auch am Sitz der Sozialverwaltung des Bezirks Niederbayern am Lurzenhof 15 in Landshut tut sich etwas: Da die Hauptverwaltung ihre von der Regierung von Niederbayern zur Verfügung gestellten Räume in naher Zukunft verlassen wird, laufen die Planung für die Aufstockung des Verwaltungsgebäudes am Lurzenhof auf Hochtouren. Ende vergangenen Jahres ermächtige der Bezirksausschuss das Baureferat zur Durchführung der Planungsarbeiten.

Chancen mitgestalten

Bezirkstagspräsident und Vorsitzender des Bezirksausschusses, Dr. Olaf Heinrich, zeigte sich zufrieden mit den Bautätigkeiten des vergangenen Jahres und sprach Bezirksbaumeister Matthias Kopf seinen Dank dafür aus: „Es ist wichtig, dass wir uns schon jetzt um unsere Zukunft kümmern – und neuen Entwicklungen nicht hinterherhinken, sondern die Herausforderungen und Chancen der kommenden Jahre selbst mitgestalten. Nur so kann es gelingen, dass Niederbayern auch in Zukunft ein lebenswerter, innovativer und wirtschaftlich starker Raum bleibt." ❐

100 Jahre Walchenseekraftwerk:

Herzstück und Meilenstein

Am 26. Januar feierte das Walchenseekraftwerk sein 100-jähriges Bestehen. 1924 lieferte es erstmals Strom in das öffentliche Netz. In Ingenieurkreisen gilt es nach wie vor als technische Pionierleistung. Dieses besondere Jubiläum nimmt der Betreiber Uniper zum Anlass, ein Jubiläumsmagazin aufzulegen, eine Vortragsreihe zu initiieren und an verschiedenen Standorten in Südbayern mit der Öffentlichkeit zu feiern.

„Wir sind stolz darauf, so eine bedeutsame Anlage in unserem Portfolio zu haben", betonte Dr. Klaus Engels, Direktor Wasserkraft Deutschland, bei der Vorstellung des Jubiläumsprogramms. Das Walchenseekraftwerk sei „ein Herzstück unseres Portfolios". Für Kochels zweitem Bürgermeister Thomas Eberl stellt das Kraftwerk einen weiteren Meilenstein für die Gemeinde und ein Besuchermagnet dar.

Ab Ostern wird das Infozentrum, das jährlich rund 100.000 Besucher verzeichnet, wieder seine Pforten öffnen. Zeitgleich ist eine Sonderausstellung zur 100-jährigen Geschichte des Walchenseekraftwerks im Bahnhof in Kochel geplant. Im Juni wird das Kraftwerk Aufkirchen bei Erding anlässlich seines 100. Geburtstags einen Tag der offenen Tür veranstalten. Gleiches gilt für das Kraftwerk Mühltal bei Straßlach: Dort wird im September gefeiert.

Eine Meisterleistung

Geplant wurde das am Kochelsee gelegene Walchenseekraftwerk von Oskar von Miller, um das Land Bayern und die bayerische Bahn mit Elektrizität zu versorgen. Der Bau des Walchenseekraftwerks, 1918 vom Bayerischen Landtag beschlossen, war für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eine Meisterleistung. Über 2.000 Arbeiter und Ingenieure fanden Brot und Arbeit.

In dem sehr dünn besiedelten Gebiet gab es zunächst so gut wie keine Straßen oder Wohnungen für die Beschäftigten. Unter unvorstellbaren Mühen mussten die Arbeiter schwerste Bauteile wie Rohre, Turbinen und Generatoren herbeischaffen. Im Winter war das Baumaterial teilweise nur mit Schlitten zu befördern. Schwere Teile für die acht Maschinensätze kamen per Bahn nach Kochel. Über ein eigens verlegtes Gleis wurden sie zu einer Hafenanlage am Ufer gebracht. Von dort aus ging es dann per Schiff weiter zur Baustelle. Insgesamt wurden 40.0000 Kubikmeter Fels und lockeres Material zum Teil mit Pickel und Schaufel bewegt.

Entlastung der Umwelt um rund 24 Mio. Tonnen CO2

Mit einer Leistung von 124 Megawatt (MW) und einer durchschnittlichen Jahreserzeugung von 300 Millionen Kilowattstunden (kWh) – das entspricht ungefähr dem Jahresverbrauch von 100.000 Haushalten – ist es noch heute eines der größten Speicherkraftwerke Deutschlands und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Deckung des Strombedarfs. Insgesamt hat das Walchenseekraftwerk in den vergangenen hundert Jahren mindestens 30 Milliarden kWh Strom erzeugt und dadurch die Umwelt - bezogen auf die historischen Emissionen des deutschen Kraftwerksparks – um rund 24 Millionen Tonnen Kohlendioxid entlastet.

Francis-Turbinen und Pelton-Freistrahl-Turbinen als Stromlieferanten

Am eindrucksvollsten sind die sechs parallelen Druckrohre, die von einem Ausgleichsbecken im Hang, dem sogenannten Wasserschloss, zu der rund 200 Meter tiefer gelegenen Maschinenhalle führen. Dort treibt das Wasser insgesamt acht Maschinen an: vier Francis-Turbinen mit je 18 MW Leistung. Diese liefern Strom für das öffentliche Netz.

Weiter hinten in der imposanten Halle befinden sich vier Pelton-Freistrahl-Turbinen mit je 13 MW. Diese erzeugen ausschließlich Strom für die Deutsche Bahn. Diesem Strom aus Wasserkraft kommt auch vor dem Hintergrund der CO2-freien Mobilität mit der Bahn eine immer größer werdende Bedeutung zu. Da der Strombedarf während des Tages erheblich schwankt, kommt die Anlage vor allem zum Ausgleich des schwankenden Strombedarfs in beiden Netzsystemen zum Einsatz. Wird mehr Strom nachgefragt, bringen die Maschinen sofort Höchstleistung. Auch wenn etwa die Stromeinspeisung aus Sonne und Wind schwankt, gleicht das Walchenseekraftwerk aus und ermöglicht so erst die bedarfsgerechte Integration der modernen Erneuerbaren Energien in die Versorgungssysteme.

Kern der Uniper-Identität

„Gerade am Walchenseekraftwerk zeigt sich: Wasserkraft ist Uniper, Uniper ist Wasserkraft. Das ist Kern unseres Portfolios und unserer Strategie, mehr noch: unserer Identität", hob Uniper-Vorstandsmitglied Holger Kreetz hervor. „Wir betreiben allein in Deutschland Wasserkraftwerke mit einer Leistung von rund 2.000 Megawatt und loten kontinuierlich Möglichkeiten aus, weiter in das Geschäftsfeld zu investieren – beispielsweise in das bayerische Pumpspeicherkraftwerk Happurg."

Grüner Strom für die Deutsche Bahn

Wie Torsten Schein, Vorsitzender der Geschäftsführung DB Energie, erläuterte, „liefert das Wasserkraftwerk am Walchensee seit 100 Jahren zuverlässig grünen Strom für die Deutsche Bahn, lange bevor es das Wort Ökostrom überhaupt gab. Und auch heute noch ist die Wasserkraft neben der Solarenergie und Windkraft ein wichtiger Pfeiler auf dem Weg zur Klimaneutralität der Deutschen Bahn. Die Deutsche Bahn ist absolute Vorreiterin beim Klimaschutz: Bis 2038 stellen wir unseren Bahnstrom komplett auf Ökostrom um – Erneuerbare Energien ersetzen Schritt für Schritt und konsequent fossile Energieträger." **DK**



V.l.: Dr. Klaus Engels, Direktor Wasserkraft Deutschland, Pressesprecher Theodoros Reumschüssel, Zweiter Bürgermeister Thomas Eberl (Kochel). Bild: TH

Landkreise Ebersberg und München:

Neue Daten verbessern das Solarpotenzialkataster

Noch genauer dank neuer Daten: Mithilfe des Solarpotenzialkatasters für die Landkreise Ebersberg und München können Hausbesitzer direkt vom heimischen Computer oder Smartphone aus herausfinden, ob sich das Hausdach für eine Solaranlage eignet. Einfach die eigene Adresse eingeben – und das Online-Tool zeigt mit Ampelfarben sofort das solare Potenzial des Gebäudes: von grün für „gut geeignet" bis rot für „nicht geeignet". Mit einem Klick direkt aufs Gebäude gibt es detailliertere Informationen.

Das Solarpotenzialkataster ermöglicht neben der Klärung der grundsätzlichen Eignung auch bereits eine erste, grobe Konfiguration der Solaranlage, die die Bedürfnisse der Hausbewohner berücksichtigt. So kann der individuelle jährliche Strombedarf in die Berechnung eingegeben werden, um herauszufinden, ob eine Photovoltaik-Anlage voll einspeisen oder vor allem für den Haushaltsstrom genutzt werden sollte.

Das Solarpotenzialkataster mündet in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung, bei der etwa auch ein Batteriespeicher berücksichtigt werden kann. So lässt sich innerhalb weniger Minuten herausfinden, mit welcher Anlagengröße und welchen Komponenten sich welcher Effekt für das eigene Haus erzielen lässt. Und wer es danach noch genauer wissen will, kann sich durch das Expertenteam der Energieagentur gezielt in punkto Solaranlage für das eigene Haus beraten lassen.

Grundlage für die Analyse des Solarpotenzials bilden die Daten aus Laserscans, die beim Überfliegen der Region gesammelt wurden. Das Berechnungsmodell schließt auch die Verschattung durch Bäume und Gebäude mit ein.

Näheres unter: www.solare-stadt.de/kreis-ebersberg ❐

Gesetzlicher Vorrang für Erneuerbare Energien

10. Treffen des Energieeffizienz-Netzwerks für Kommunen im Oberland

Das Energieeffizienz-Netzwerk für Kommunen im Oberland befindet sich im Endspurt. Bis Ende 2024 sollen 1.727 Tonnen CO2 eingespart werden. Beim 10. Netzwerktreffen im Januar in Fischbachau motivierte Sebastian Gröbmayr vom Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, weiter Projekte zu beschließen und in Umsetzung zu bringen.

Er verwies auf die günstige Konstellation innerhalb des Netzwerks sowie darauf, dass in diesem Rahmen das „Adaptieren" von erfolgreich umgesetzten Maßnahmen ausdrücklich erwünscht ist und die teilnehmenden Kommunen voneinander lernen können.

Der Fachvortrag des Netzwerktreffens beschäftigte sich mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und den Auswirkungen für Gemeinden. Mit dem im Juli 2022 in Kraft getretenen §2 EEG soll erneuerbaren Energien bei Genehmigungsverfahren ein Vorrang eingeräumt werden. Saskia Militz von der Stiftung Umweltenergierecht erklärte, dass erneuerbare Energien durch die gesetzgeberische Festschreibung ein besonders hohes Gewicht bei Abwägungen bekommen, da diese im überragenden öffentlichen Interesse liegen.

Kleinwasserkraft mit viel Potenzial

Eine Form der Erneuerbaren Energien, die Kleinwasserkraft, hat im Oberland noch viel Potenzial, um genutzt zu werden. Auch in einigen teilnehmenden Kommunen ist noch Potenzial vorhanden. Dies zeigte Anian Pauli von der IHK München und Oberbayern bei seinem Vortrag auf. Bei der Kleinwasserkraft wird die im Höhenunterschied liegende potenzielle Energie in Fließgewässern zu elektrischer Energie umgewandelt. Kleinwasserkraft kann dadurch eine Möglichkeit darstellen, um die Grundlast bei Kommunen abzudecken.

Besichtigung im Gemeindegebiet Achau

Zum Abschluss des Netzwerktreffens lud Bürgermeister Stefan Deingruber die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein, eine Kleinwasserkraftanlage zu besichtigen. Ludwig Leitner, Eigentümer und Betreiber der Wasserkraftanlage im Gemeindegebiet Achau erklärte die Funktionsweise und teilte seine Leidenschaft für diese Art der CO2-freien Stromerzeugung mit den Netzwerk-Beauftragten. ❐

Renexpo Interhydro:

Fachmesse für Wasserkraft

Bei der Renexpo Interhydro versammeln sich am 21. und 22. März wieder Hydro-Profis aller Sparten im Messezentrum Salzburg. Vom Planer, über den Betreiber bis hin zum Zulieferer und versierten Dienstleister ist hier Europas Wasserkraft in geballter Form vertreten. Die Messe gilt innerhalb der Wasserkraftwirtschaft als wichtige Begegnungszone zum Netzwerken und gemeinsamen Weiterdenken. Aussteller und Besucher erwarten hochwertige Kontakte rund um alle Belange der Wasserkraft.



Advertorial

Praxis- und dialogorientiert

Innovations- und Zukunftspotential des nachhaltigen Energieträgers stehen ebenso im Mittelpunkt, wie aktuelle Herausforderungen. Auf der Agenda finden sich topaktuelle Branchenthemen rund um Wirtschaftlichkeit, ökologische Aspekte und neueste Produktentwicklungen. Wirtschaft und Politik geben sich hier die Hand, um die nächsten wichtigen Weichen zu stellen. Die Fachmesse verfolgt einen praxisnahen Ansatz, ergänzt durch ausgewählte Fachvorträge einschlägiger Experten aus der Branche.



Bilder: Home of Content

Messeprogramm, das sich gewaschen hat

Beide Messetage gestalten sich umfassend und informativ für alle Akteure und ihre Interessen. Fallstudien, Präsentationen und Diskussionen finden ihren Platz im Salzburger Hydroversum. Gestartet wird zu Beginn mit einem Energietalk zum Thema „13 Jahre Energiewende: Wohin geht die Reise? Zentrale vs. dezentrale Energieversorgung". Erwähnt sei auch die Brücke, die zum Katastrophenschutz geschlagen wird: „Die Rolle der Kleinwasserkraft für den Katastrophenschutz". Auch die wichtige Aufgabe als Backup im Falle eines Blackouts wird behandelt werden. Ihre bedeutende Rolle im zukunftsträchtigen grünen Energiemix wird vom bekannten Eneuerbare-Energien-Botschafter und Präsident der Energy Watch Group, Hans-Josef Fell, in „Die Wasserkraft – ein wichtiger Beitrag für Klimaschutz und Klimaanpassung" untermauert.

Expert Event „Rivermanagement and Ecology"

Zeitgleich zur Fachmesse findet ein Expert Event in Kooperation mit dem vgbe energy e.V. und dem VÖU statt. vgbe ist der internationale Fachverband für die Erzeugung und Speicherung von Strom und Wärme; ein freiwilliger Zusammenschluss von Unternehmen von Kraftwerksbetreibern und -herstellern. Der Verein für Ökologie und Umweltforschung versteht sich als Dialogplattform für Energie- und Umweltthemen und hat es sich zum Ziel gesetzt, einen Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Anforderungen zu fördern. Bei der Konferenz treffen führende Betreiber, Hersteller und Zulieferer, Behörden, Forschungsinstitute und andere Akteure aufeinander, um wichtige Fragen im Bereich der Flussbewirtschaftung und -ökologie zu erörtern. Eine separate Anmeldung für die Konferenz ist erforderlich.

Informationen & Anmeldung

Die Renexpo Interhydro bietet Europas Wasserkraft die notwendige Bühne, um durch gemeinsames Engagement Wachstums-, Förder- und Revitalisierungsmaßnahmen weiter voranzutreiben. Sie fungiert als Impulsgeber, Innovationsmotor und Richtungsweiser innerhalb der Wasserkraftwirtschaft.

Tickets sowie Informationen zu Ausstellern und Programm finden Sie unter www.renexpo-interhydro.eu. ❐



VDV-Positionen zu ÖPNV-Bilanz und Schienennetz

Rund 9,5 Milliarden Fahrgäste waren nach Berechnungen des Branchenverbands VDV 2023 deutschlandweit mit Bussen und Bahnen unterwegs – das sind rund 8 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit habe sich die Nachfrage im deutschen ÖPNV nach jahrelangen pandemiebedingten Einbrüchen weiter erholt, bilanzierte der Verband.

Gleichzeitig blieben im vergangenen Jahr die Kosten für Personal, Strom und Diesel weiter auf hohem Niveau. 2023 zahlte die Branche im Vergleich zu 2020 im Schnitt 57 Prozent mehr für ihren Strom und 54 Prozent mehr für Dieselkraftstoff. Hingegen sind die Ticketpreise – vor allem durch das 9-Euro-Ticket und das Deutschland-Ticket – im selben Zeitraum branchenweit um durchschnittlich gut 23 Prozent gesunken. Die hohen Kosten bei sinkenden Einnahmen stellen die Branche daher vor große wirtschaftliche Herausforderungen.

Ruf nach ehrlicher Debatte

Wie VDV-Präsident Ingo Wortmann erläuterte, „wird die Lücke zwischen Ticketeinnahmen und Kostenentwicklung immer größer, so dass der wirtschaftliche Druck auf die Branche extrem zunimmt. Wir brauchen eine ehrliche und umfassende Debatte darüber, was der ÖPNV in Deutschland künftig leisten soll und unter welchen finanziellen Bedingungen er im Stande ist, dies zu tun. Ticketpreise zu minimieren und gleichzeitig das Bus- und Bahn-Angebot maximieren zu wollen, um Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen, wird als Gesamtrechnung nicht aufgehen. Oder zumindest nur mit erheblichen zusätzlichen Investitionen durch Bund und Länder."

Die Branche wertet den durch das Deutschland-Ticket erreichten Fahrgastzuwachs als Erfolg und sieht noch weiteres Wachstumspotenzial. Bei den inzwischen rund elf Millionen Abonnenten kommt das Angebot sehr gut an: 95 Prozent der Menschen, die ein Deutschland-Ticket besitzen, sind damit insgesamt zufrieden. „Daran sieht man, dass die Einführung des Deutschland-Tickets der richtige politische Impuls war. Und man sieht, dass die Branche dies mit entsprechender Energie und Professionalität in kurzer Zeit sehr gut umgesetzt hat. Diesen Erfolgsweg müssen wir nun gemeinsam mit Bund und Ländern weitergehen", unterstrich Wortmann.

Preisstabilität des Deutschland-Tickets

Die Entscheidung der Verkehrsministerkonferenz zur Preisstabilität des Deutschland-Tickets in diesem Jahr sei für die weitere Nachfragesteigerung richtig und wichtig, so der VDV-Präsident. „Für uns als Branche bleibt jedoch die Frage der vollständigen Finanzierung des Tickets weiterhin offen. Das ist nicht gut, denn die Verkehrsunternehmen brauchen längerfristige Planungssicherheit. Aktuell wissen wir nicht, wie lange die zugesagten Finanzmittel des Bundes und der Länder ausreichen, um die Verluste auszugleichen. Und wir wissen nicht, was danach kommt. Wir müssen deshalb schnell miteinander über eine dauerhaft tragfähige Finanzierung des Deutschland-Tickets sprechen."

Aus Sicht der Branche können in den kommenden Jahren weitere Wachstumspotenziale beim Deutschland-Ticket gehoben werden, so dass unter entsprechenden Rahmenbedingungen rund 15 Millionen Tickets ein realistisches Wachstumsziel sein können. Dafür würden die Voraussetzungen und politische Beschlüsse, etwa der Preisentwicklung, bei der Verlässlichkeit des Angebots, bei der Verstetigung von rabattierten Job- und Studierendentickets sowie bei der zielgruppenspezifischen Weiterentwicklung und bei der konsequenten Vermarktung des Tickets benötigt.

Verdreifachung der angemeldeten Projekte im GVFG

Das vergangene Jahr hat nicht nur einen deutlichen Zuwachs bei den Fahrgastzahlen gebracht, sondern auch in einem ganz anderen Bereich: Im sogenannten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) haben die Verkehrsunternehmen mehr Infrastrukturprojekte zur Förderung angemeldet als je zuvor. Das Gesetz wurde im Jahr 2020 novelliert und in diesem Zuge finanziell aufgestockt. Dadurch ist inzwischen eine Verdreifachung der angemeldeten Projekte zu verzeichnen. Aktuell sind im GVFG insgesamt 407 Projekte aus den Bereichen „Grunderneuerung", „Reaktivierung", „Elektrifizierung" und „Bahnhöfe, Stationen, Haltestellen" angemeldet. Ein klares Zeichen für den dringenden Bedarf an Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen sowie dafür, dass die Branche sich längst konsequent auf den Weg gemacht hat, durch Baumaßnahmen und Qualitätsverbesserungen mehr Kapazitäten im ÖPNV zu erreichen.

Ruf nach höheren Fördermitteln

Aus Sicht des VDV wäre es angesichts dieser Rekordzahlen und vieler weiterer förderfähiger Bauprojekte in der Branche, die bereits in Vorbereitung sind, angebracht, die Mittel im GVFG ab 2025 von zwei auf drei Milliarden Euro zu erhöhen. Eine Milliarde zusätzlich sei gemessen am Gesamthaushalt des Bundesverkehrsministers ein relativ geringer Betrag, der daher auch in haushalterisch schwierigen Zeiten umsetzbar wäre. „Die Erhöhung der Fördermittel im GVFG auf drei Milliarden jährlich ab 2025 hätte eine extreme Hebelwirkung, um unsere Infrastrukturen noch schneller und konsequenter mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor um- und ausbauen zu können", betonte Wortmann.

Themenwechsel. Der Bund wird sich künftig an den Kosten der Unterhaltung und Instandhaltung des Schienennetzes beteiligen können. Der Bundestag billigte hierzu nunmehr einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung. Der VDV begrüßt dieses Vorgehen. „Damit wird neben Aus- und Neubau nun auch die wichtige Sanierung der vorhandenen Infrastrukturen finanziert. Auf dem Weg zur angekündigten Gemeinwohlorientierung der Bundesschienenwege ist das ein entscheidender Schritt", unterstrich VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff. DK

Feierliche Auszeichnung:

„Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern"

Bei einem Festakt in München erhielten acht Kommunen die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern", zwei Städte wurden rezertifiziert und zwölf Kommunen konnten feierlich als neue Mitgliedskommunen in die AGFK Bayern aufgenommen werden.

Zu der gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) und des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr in der Scholastika, im Herzen Münchens, konnte Moderator Roman Roell rund 80 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden begrüßen.

Zentraler Bestandteil der Mobilitätspolitik

Der bayerische Verkehrsminister Christian Bernreiter übermittelte in einer Videobotschaft seine Grußworte: „Die Gemeinschaft der Kommunen, die sich für den Radverkehr einsetzen, wird immer stärker. Die acht neu zertifizierten Kommunen haben sich das Prädikat „Fahrradfreundlich" redlich verdient! Durch ihr aktives Engagement machen sie das Radfahren vor Ort besonders attraktiv. Als Verkehrsminister liegt mir das Thema am Herzen, denn wir wollen, dass immer mehr Menschen auf das Fahrrad umsteigen. Die Förderung des Radverkehrs ist deshalb ein zentraler Bestandteil der bayerischen Mobilitäts- und Verkehrspolitik." Vertreten wurde Bernreiter von Dr. Thomas Gruber, Ministerialdirektor und Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

Arbeitsgemeinschaft wächst stetig

Die Festveranstaltung ist einer der Höhepunkte im Vereinsjahr der AGFK Bayern, zeigt sie doch das stetige Wachstum der Arbeitsgemeinschaft: Zum Jahresbeginn stieg die Zahl der Mitgliedskommunen von 119 auf 130. Damit ist die AGFK Bayern bundesweit einer der größten kommunalen Zusammenschlüsse für Radverkehrsförderung. „Der jährliche Zuwachs neuer Mitgliedskommunen zeigt den Bedarf, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen. Die Kommunen können auf ein großes Netzwerk zurückgreifen und von den Erfahrungswerten anderer Städte, Gemeinden und Landkreise profitieren. Die Angebote der AGFK Bayern unterstützen dabei, das Ziel „fahrradfreundliche Kommune" schneller zu erreichen", so Robert Niedergesäß, Vorsitzender der AGFK Bayern und Landrat des Landkreises Ebersberg in seiner Begrüßungsansprache.

Dauerhafter Mitgliedschaft geht Prüfung voraus

Voraussetzung für eine dauerhafte Mitgliedschaft in der AGFK Bayern ist die Auszeichnung als „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern", die vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr verliehen wird. Im Prüfverfahren für die Auszeichnung werden die Kommunen nach einem einheitlichen Kriterienkatalog auf ihre Fahrradfreundlichkeit geprüft. Acht AGFK-Mitgliedskommunen haben sich dem anspruchsvollen Verfahren mit Erfolg unterzogen und dürfen von 2024 bis 2030 offiziell den Titel tragen: Die Städte Friedberg und Mindelheim, die Gemeinden Gmund a. Tegernsee und Neuendettelsau, die Märkte Bruckmühl und Holzkirchen sowie die Landkreise Dingolfing-Landau und Erlangen-Höchstadt. Dr. Thomas Gruber und Robert Niedergesäß überreichten ihnen feierlich die Auszeichnungen. Insgesamt tragen den Titel „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern" inzwischen 70 Kommunen. Die Auszeichnung ist ein Anreiz, den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen.

Erfolgreicher Rezertifizierungsprozess

Auch bereits ausgezeichnete Mitgliedskommunen unterliegen einer Fortschrittsverpflichtung. Die Anerkennung für geleistete Radverkehrsaktivitäten erfordert nach sieben Jahren eine Rezertifizierung. Im Jahr 2023 durchliefen die Städte Landshut und Ingolstadt sowie der Landkreis Fürth den Rezertifizierungsprozess erfolgreich. Auch sie erhielten erneut das Siegel, der Landkreis Fürth wurde bereits im Herbst im Rahmen des Fachgesprächs Radverkehr der AGFK Bayern ausgezeichnet.

Neue Mitgliedskommunen

Zwölf neue Mitgliedskommunen konnte die AGFK Bayern im vergangenen Jahr ebenfalls aufnehmen, die nun ihre Urkunde erhielten: Die Städte Bogen, Buchloe, Deggendorf und Neuburg an der Donau, die Gemeinden Pullach im Isartal und Seeshaupt, den Markt Wendelstein sowie die Landkreise Cham, Dachau, Günzburg, Miltenberg und Regensburg. Sie werden sich in den nächsten Jahren auf das Prüfverfahren zur „Fahrradfreundlichen Kommune in Bayern" vorbereiten.

Den Auftakt der Feierlichkeiten machten Lukas Maier von „Bühnenpolka" am Flügel und Christl Sittenauer von der „Münchner Lach- und Schießgesellschaft", Gesang, mit einem bekannten Fahrradlied. Vor den feierlichen Neuaufnahmen begeisterte das Improvisationstheater „Bühnenpolka" die Gäste. Souverän und humorvoll setzte das Ensemble aus dem Publikum zugerufene Begriffe aus der Radverkehrsförderung um. ❐



V.l.: Niklas Garrn (Projektleiter Parkdepot), Felix M. Schaumberg (GF Kommondo), Martina Höck (Zweite Bürgermeisterin Bad Kohlgrub), Christian Hollrieder (Geschäftsführer Bad Kohlgrub).

Bild: Kommondo

Eine einzigartige Lösung für modernes Parkmanagement

Erfolgreicher Start der volldigitalen Parkanlage in Bad Kohlgrub

Christian Hollrieder, Geschäftsleiter der Gemeinde Bad Kohlgrub, ist begeistert über den erfolgreichen Start der volldigitalen Parkanlage in der Gemeinde. Gemeinsam mit den Projektpartnern Kommondo und der Technologiefirma Parkdepot wurde eine wegweisende Lösung entwickelt, die den Bedürfnissen der Kunden optimal gerecht wird.

Die Projektzusammenarbeit erwies sich als äußerst effizient und lösungsorientiert, wobei das Zusammenspiel der Akteure, Techniklieferanten und Systemintegratoren unter der Branchenkenntnis von Kommondo Geschäftsführer Felix M. Schaumberg und Projektleiter Niklas Garrn von Parkdepot (Division Paid Parking) einen reibungslosen Ablauf gewährleistete.

Kamerabasierte Kontrolle der Einfahrten

Die Parkanlage, insbesondere die Parkplätze an der Schwebebahn, wurden durch ein innovatives digitales Parksystem ersetzt. Früher verwendete Parkscheinautomaten, die physisch kontrolliert werden mussten und oft ignoriert wurden, gehören der Vergangenheit an. Stattdessen erfolgt nun eine 100-prozentige kamerabasierte Kontrolle der Einfahrten mittels digitaler Kennzeichenerfassung, was Ausfälle verhindert und die Effizienz steigert.

Kunden profitieren von einem verbesserten Zahlungssystem am Kassenautomaten, das ihnen die Auswahl der zuletzt eingefahrenen Kennzeichen ermöglicht und somit zu einer deutlichen Reduzierung von Fehlern führt. Die Bezahlung kann bequem per Bargeld, ApplePay, Kreditkarte oder auch online innerhalb von 24 Stunden nach erfolgter Parkzeit erfolgen.

Als zusätzlicher Anreiz wird die Parkgebühr beim Kauf eines Bergbahn-Tickets angerechnet. Kurzzeitparkern, wie beispielsweise Familien, die den Waldkindergarten besuchen, wird eine kostenlose Parkzeit von 30 Minuten gewährt.

Das Konzept der volldigitalen Parkanlage erfreut sich sowohl bei den Besuchern als auch beim Betreiber großer Beliebtheit und läuft seit der Einführung reibungslos. Um dem wachsenden Bedarf an Elektromobilität gerecht zu werden, wird bereits über den Ausbau der Parkflächen um E-Ladesäulen diskutiert.

Eine der Herausforderungen für eine der modernsten Parkanlagen sind die kommunalen Anforderungen und die Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung. Die Gemeinde Bad Kohlgrub hat diese Herausforderungen erfolgreich gemeistert und eine herausragende Parklösung für Einheimische und Besucher installiert. ❐

Schweinfurter ÖPNV-Strategie 2024:

Gemeinsam für eine zukunftssichere Mobilität

Unter dem Leitmotiv „Innovation und Modernisierung" entwickelt die Stadtwerke Schweinfurt GmbH eine umfassende Strategie für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Ziel ist es, eine umweltfreundliche, effiziente und benutzerfreundlichere Mobilität zu schaffen, die die gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Aktivität fördert.

Zu den Maßnahmen, die im Rahmen dieser Strategie umgesetzt werden, zählt die Fahrplanauskunft via Google Maps: Die Stadtwerke Schweinfurt machen ihre Fahrplandaten in Google Maps verfügbar, um den Zugang zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel so einfach wie möglich zu gestalten. Routen können bequem und linienübergreifend geplant werden, inklusive Fußwegen und Umsteigepunkten. In Zukunft werden auch die Live-Positionsdaten der Busse in das System eingebunden.

Seit November 2023 können Fahrgäste in Schweinfurt zudem ihr Ticket direkt mit dem Smartphone über die App „FAIRTIQ" erwerben. Bei diesem Kooperationsprojekt zwischen der Stadtwerke Schweinfurt GmbH, der Nahverkehr Mainfranken GmbH und dem Landkreis Schweinfurt erfolgt die Tarifberechnung automatisch GPS-basiert anhand der Luftlinie zwischen Start- und Endhaltestelle.

Die Stadtwerke Schweinfurt setzen auf einen rein bargeldlosen Ticketkauf mittels Kartenzahlung und Mobile Payment. Es gibt keine Notwendigkeit, sich mit Tarifstrukturen zu beschäftigen, da eine tagesgenaue Bestpreisgarantie sicherstellt, dass alle Fahrgäste den für sie individuell besten Fahrpreis entrichten. Mit der Umstellung auf ein vollständig kontaktloses Fahrscheinsystem sieht sich die unterfränkische Stadt als Vorreiter in Deutschland.

Bei der eigenen ÖPNV-Flotte liegt das Augenmerk der Stadtwerke auf einem batterieelektrischen Antrieb als nachhaltige Mobilitätslösung für umweltfreundlichen Verkehr. Zwei moderne E-Busse befinden sich bereits seit Herbst 2023 im regulären Betrieb, vier weitere werden im Laufe dieses Jahres hinzukommen. Mit zusätzlichen 17 Fahrzeugen, die im Jahr 2025 ihren Betrieb aufnehmen, werden über 50 Prozent des Fuhrparks komplett elektrisch unterwegs sein.

Im Zuge der Umstellung von Fahrscheinsystem und Fahrzeugen wird auch das bestehende Liniennetz unter Zuhilfenahme moderner, cloudbasierter Planungssoftware geprüft und angepasst. Ziel der Stadtwerke ist es, die Mobilitätsbedürfnisse ihrer Fahrgäste jetzt und in Zukunft vollständig zu erfüllen. Dabei werden die Empfehlungen des Nahverkehrsplans (NVP) für Schweinfurt aufgenommen, so dass u. a. verbesserte Umsteigebeziehungen und mehr Direktverbindungen einen reibungslosen und zuverlässigen öffentlichen Nahverkehr garantieren. **DK**

Gleisanschluss-Charta 2024 an den Bund übergeben

Auf dem 17. BME-/VDV-Forum Schienengüterverkehr in Berlin fordern 56 Organisationen mehr Gleisanschlüsse und moderne, kundennahe Zugangsstellen

Auf Initiative des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) setzen sich 56 Verbände und Organisationen aus Industrie, Handel, Logistik, Bau-, Land- und Holzwirtschaft, Recycling und Kommunen gemeinsam für die Stärkung und Förderung von Gleisanschlüssen im deutschen Schienennetz ein.

Die nach 2019 erstmals aktualisierte Gleisanschluss-Charta wurde auf dem 17. BME-/VDV-Forum Schienengüterverkehr (SGV) an Michael Theurer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr (BMDV) und Beauftragter der Bundesregierung für den Schienenverkehr, von VDV-Vizepräsident Joachim Berends überreicht.

Zahlreiche Vorschläge

„Seit der Erstauflage 2019 wurden bereits viele Vorschläge der Charta umgesetzt oder befinden sich in Umsetzung. Doch wir sind noch längst nicht am Ziel und es sind weitere Themenfelder hinzugekommen. 56 Unterzeichnerorganisationen unterbreiten Maßnahmenvorschläge, damit wir mit mehr und modernen Gleisanschlüssen den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken – und das Klima schützen.“ Das BME-/VDV-Forum verzeichnet mit 280 Teilnehmenden eine Rekordbeteiligung.

Kundennahe Zugangsstellen

Fehlende Gleisanschlüsse vor Ort wirken sich negativ auf Schienengüterverkehrsangebote aus: Wagenladungsverkehre beispielsweise bauen auf kundennahe Zugangsstellen auf. Damit auch diese Systeme einen Beitrag zum Verkehrswachstum auf der Schiene leisten können, bedarf es einer deutlichen Stärkung ihrer Zugangsstellen. Dafür setzt sich das Bündnis ein. „Nur mit möglichst vielen Zugangspunkten für den Schienengüterverkehr werden wir unser Ziel erreichen, Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern und den Anteil des Schienengüterverkehrs bis 2030 auf 25 Prozent zu erhöhen. Daher fördert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr private Investitionen in Neubau, Ausbau, Reaktivierung und Ersatz von Gleisanschlüssen, um Güterverkehre auf umwelt- und klimafreundliche Schiene zu verlagern und bestehende Güterverkehre auf Schiene zu halten“, so BMDV-Staatssekretär Michael Theurer bei der Übergabe der Gleisanschluss-Charta 2024.

97 Maßnahmen

Die Gleisanschluss-Charta zielt darauf ab, den Schienengüterverkehr durch bessere Rahmenbedingungen für Gleisanschlüsse und kundennahe Zugangsstellen zu stärken. Sie soll die verkehrspolitische Diskussion auch auf die Anbindung von Zugangsstellen an das öffentliche Eisenbahnnetz lenken und konkrete Maßnahmenvorschläge für eine bedarfsgerechte Schieneninfrastruktur liefern. Die Charta verfolgt fünf Hauptziele und schlägt 97 konkrete Maßnahmen vor, um den Schienengüterverkehr zukunftsfähig zu machen und den Marktanteil der Schiene zu erhöhen.

Stärkung der Knotenpunkte

Sie befasst sich auch mit der Stärkung tri- beziehungsweise multimodaler Knotenpunkte und Umschlagterminals, um effiziente Transportsysteme zu ermöglichen. Dr. Helena Melnikov, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME) erklärt dazu: „Wir unterstützen die zentralen Forderungen der Charta nach Kräften. Es geht jetzt vor allem darum, Bürokratie abzubauen und Regularien zu vereinfachen. Gleichzeitig müssen die Gleisanschlussförderung verbessert, mehr Gewerbeflächen an die Schiene angebunden und neue Transportkonzepte unter Einbindung von Gleisanschlüssen geschaffen werden.“

Informationen: https://www.vdv.de/gleisanschluss-charta-startseite.aspx . ❐

Verkehrsdosierampel an der Achenseestraße:

Grenzüberschreitendes Pilotprojekt

Der (Maut-)Ausweichverkehr über die B 181 Achenseestraße sorgt an Hauptreisetagen immer wieder für massive Verkehrsprobleme in der Achenseeregion. Bis zu 16.500 Fahrzeuge täglich passieren die Straße an verkehrsintensiven Wochenenden. Es gilt, die Belastung der Bevölkerung entlang dieser Route auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, die Versorgungssicherheit in den umliegenden Gemeinden zu gewährleisten und Staus sowie lange Wartezeiten nach Möglichkeiten zu reduzieren.

Deshalb hat die Bezirkshauptmannschaft Schwaz in enger Zusammenarbeit mit den Euregio SBM-Partnern, den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach, auf Basis der Euregio SBM Strategie für Verkehr und Mobilität ein Verkehrskonzept erstellt. Neben den bereits etablierten Abfahrverboten wurde als Pilotprojekt an den beiden verkehrsintensiven Samstagen, 10. und 17. Februar, eine Verkehrsdosierampel im Gemeindegebiet von Achenkirch eingesetzt. Die daraus gewonnenen Daten und Erfahrungen werden evaluiert, bevor die Verkehrsdosierampel für zwei weitere Samstage, 23. und 30. März 2024, eingesetzt wird.

„Mit dem System möchten wir den Verkehr entlang der B 181 Achenseestraße regulieren und damit die Verkehrsflüssigkeit verbessern. Dies kommt nicht nur der lokalen Bevölkerung, sondern auch den Durchfahrenden zugute“, erklärt der Bezirkshauptmann von Schwaz, Michael Brandl. „Nach Beendigung des Pilotprojektes werden die gesammelten Daten ausgewertet und dienen als faktische Grundlage für künftige Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region.“

Die Herausforderungen entlang der B 181 sind grenzüberschreitend – auch Gemeinden in Bayern sind von dem massiven Verkehrsaufkommen betroffen. „Gemeinsam appellieren wir daher auch an die Autofahrerinnen und Autofahrer, die aus Deutschland Richtung Tirol fahren: Der massive Verkehr entlang der B 181 Achenseestraße belastet die Bevölkerung und den Verkehrsfluss. Anstatt dieser vermeintlichen Ausweichroute, entlang der es oft zu stundenlagen Verzögerungen durch Staubildungen kommt, bitten wir, die meist staufreie und damit schnellere Strecke über die Inntalautobahn A 12 via Kufstein zu nutzen. Eine Tagesvignette ist für PKW mit wenigen Klicks online um 8,60 Euro erhältlich“, sind sich BH Brandl und seine bayerischen Amtskollegen, Olaf von Löwis of Menar, Landrat im Landkreis Miesbach und Josef Niedermaier, Landrat des Landkreises Bad Tölz Wolfratshausen, einig. Diesen Appell finden Verkehrsteilnehmende auch auf einer Hinweistafel an der Autobahnabfahrt in Holzkirchen in Bayern. ❐

Bus, Bahn, Fahrradwege:

Verkehr in Grenzregion Pilsen-Oberpfalz im Fokus

Grenzüberschreitende Arbeitsgruppe tagt an der Regierung der Oberpfalz

Regensburg. Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Lösungen: Egal ob Bahn, Bus oder Fahrradwege – das Thema Verkehr macht an Ländergrenzen nicht Halt. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus der Region Pilsen und der Oberpfalz tagte an der Regierung der Oberpfalz, um die verschiedenen Aspekte, Herausforderungen und Handlungsfelder im grenzüberschreitenden Verkehr zu beleuchten und die Zusammenarbeit zu forcieren.

„Der Austausch auf Arbeitsebene ist eng und besteht seit über zwei Jahrzehnten unserer Regionalkooperation“, betont Josef Kreitinger, Leiter des Sachgebiets Straßenbau an der Regierung der Oberpfalz und Organisator des Treffens. Aktuell läuft eine neue Förderperiode des INTERREG-Programms zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit. Das erste Treffen der Arbeitsgruppe Verkehr der aktuellen Förderperiode fand im vergangenen Herbst in Pilsen statt, nun folgte in Regensburg ein zweites Arbeitstreffen – und damit die Gelegenheit, die seitdem erfolgte Weiterentwicklung der Projekte zu diskutieren.

Fahrradwege dies- und jenseits

Auf der Agenda: Fahrradwege dies- und jenseits der Ländergrenze. Projekte auf tschechischer Seite entlang der Grenze erläuterte Vladimír Kroc, regionaler Koordinator für Fahrradverkehr Kraj Pilsen. Tobias Bäumler, Leiter des Staatlichen Bauamts Amberg-Sulzbach, und Berthold Schneider, Bereichsleiter Straßenbau am Staatlichen Bauamt Regensburg, stellten aktuelle Entwicklungen auf Oberpfälzer Seite vor.

Ausbau des Linienverkehrs

Auch ein möglicher Ausbau des öffentlichen Linienverkehrs wurde besprochen. Einen Einblick in die Thematik und zu Verbundraumstudien gaben Martin Fencl von POVED, dem Organisator des öffentlichen Verkehrs in Pilsen, und Thomas Ederer, Sachgebietsleiter ÖPNV/Mobilität am Landratsamt Cham.

Johannes Schneider, der stellvertretende Leiter der Abteilung Planung bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH und Hilmar Jarzambek zeigten den aktuellen Stand der Regionalzugverbindungen im Bereich Oberpfalz/Niederbayern in die Region Pilsen und mögliche Entwicklungen.

Regionalkooperation: Ein grenzüberschreitendes Erfolgsprojekt

Die intensive grenzübergreifende Zusammenarbeit des Bezirks Pilsen und des Regierungsbezirks Oberpfalz ist seit vielen Jahren ein entscheidender Motor für das Zusammenwachsen des Grenzraumes und das Aufblühen beider Regionen. Im November 2001 mit der „Pilsener Erklärung“ ins Leben gerufen, hat sich die Regionalkooperation mittlerweile zu einem Vorzeigemodell und Vorbild für grenzübergreifende Zusammenarbeit entwickelt. Sie versteht Kooperation nicht nur als tägliche Aufgabe auf Verwaltungsebene, sondern auch als festes Ziel, gemeinsam den Wettbewerb mit anderen Regionen Europas aufzunehmen und sich als gleichwertiger Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum zu behaupten.

EU-Fördermittel

Finanziell gestützt wird die Regionalkooperation mit dem aktuellen Projekt „Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Chancen“ durch Mittel der Europäischen Union (INTERREG Bayern – Tschechien 2021-2027).

Mit Leben gefüllt und inhaltlich getragen wird die Regionalkooperation von verschiedenen fachlichen Arbeitsgruppen der beiden Institutionen, die sich länderübergreifend zu Themen wie Bildung, Gesundheit, Regionalentwicklung, Verkehr und Umwelt austauschen.

Die regelmäßig stattfindenden Regionalkonferenzen bieten den idealen Raum, um Leitthemen mit Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Verwaltungen und Organisationen zu erörtern und zu vertiefen. Um das Zusammenwachsen der Regionen auch vor Ort in den Landkreisen zu unterstützen, werden Jahr für Jahr neue grenzüberschreitende Projekte gefördert. ❐

„Wichtiges Zeichen für die Region“

Landrat Raith dankt Verkehrsminister Bernreiter für seine Zusage zum Dauerbetrieb der Waldbahnstrecke Gotteszell-Viechtach

Regen. Landrat Dr. Ronny Raith ist über die Signale aus München zum Dauerbetrieb der Waldbahnstrecke Gotteszell-Viechtach hoch erfreut: „Die Zusage von Minister Bernreiter, einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung in den Bayerischen Landtag einzubringen und somit den Dauerbetrieb zu realisieren, sehe ich äußerst positiv. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Region“, erklärte Raith. Er dankte Verkehrsminister Bernreiter ganz offiziell für diese wichtige Entscheidung und seinen Einsatz für einen zukunftsfähigen Schienenverkehr im Landkreis und darüber hinaus.

Infrastruktur und im Besonderen der ÖPNV seien für das Arberland ganz zentrale Themen, auch und gerade im Hinblick auf den Landkreis als Wirtschafts- und Tourismusregion. Entsprechend wolle sich der Landkreis beim ÖPNV weiterhin tatkräftig einbringen, setze aber auch auf die Unterstützung der Aufwandsträger Freistaat Bayern und Bund. Gotteszell-Viechtach sei hier ein wichtiger Schritt.

„Hinsichtlich der Strecke Gotteszell-Viechtach möchte ich allen Beteiligten meinen herzlichen Dank für ihr Engagement für unsere Heimat aussprechen, besonders dem Verein Go-Vit und Dr. Wolfgang Schlüter, deren Einsatz dazu beigetragen hat, dass diese Entscheidung so gefallen ist“, so der Landrat. ❐





Bild: Bucher Municipal Wernberg GmbH

Bucher Municipal Wernberg GmbH:

Zuverlässiger Partner für Winterdienstgeräte

Bayerischer Anbieter mit starkem Händlernetzwerk

Die Bucher Municipal Wernberg GmbH festigt ihre Position als führender Anbieter von Winterdienstgeräten in Bayern und stärkt ihr Händlernetzwerk mit renommierten Partnern in der Region.

Mit einer breiten Palette von Schneepflügen, Salz- und Solestreuautomaten, sowie Hydrauliksanlagen, bietet Bucher Municipal Wernberg GmbH hochwertige Lösungen für den effizienten Winterdienst. Die Produkte zeichnen sich durch ihre Zuverlässigkeit, Langlebigkeit und Benutzerfreundlichkeit aus, wodurch sie zu einer unverzichtbaren Wahl für Kommunen, Unternehmen und Dienstleister im Winterdienst werden.

Entscheidend für eine flächendeckende Verfügbarkeit und den erstklassigen Kundenservice ist sicherlich ein starkes Händlernetzwerk. Die langjährigen Partner Henne Nutzfahrzeuge GmbH in Heimstetten, Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG in Neu-Ulm, Carl Beutelhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH in Hagelstadt, Carl Beutelhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG in Kulmbach, KLMV GmbH in Oberkotzau und Kurt Herold GmbH & Co. KG in Würzburg gewährleisten einen Rundum-Service.

Diese Händler sind bekannt für ihre Fachkompetenz, ihren exzellenten Kundenservice und ihre langjährige Erfahrung in der Branche. Durch die Partnerschaft mit diesen etablierten Unternehmen wird die Verfügbarkeit von Bucher Municipal Winterdienstgeräten weiter optimiert und ein flächendeckender Support sichergestellt.

Ziel: Effizient und kostengünstig

„Wir sind stolz darauf, mit diesen herausragenden Händlern zusammenzuarbeiten, um unseren Kunden in Bayern einen noch besseren Service bieten zu können“, sagt Victoria Rasoulkhani, Geschäftsführerin von Bucher Municipal Wernberg GmbH. „Unser gemeinsames Ziel ist es, die Winterdienstaktivitäten unserer Kunden effizienter und kostengünstiger zu gestalten.“ ❒

Umbau vom Fichtenforst zum Zukunftswald

Kirchenlamitz. Im Auftrag der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) entsteht im Kirchenlamitzer Ortsteil Raumetengrün auf einer Fläche von 4,6 Hektar ein klimastabiler Zukunftswald. In Zusammenarbeit mit der Bayerischen KulturLandStiftung (BKLS) lässt der Energienetzbetreiber einen kargen Fichtenreinbestand zu einem artenreichen Buchenmischwald umbauen.

Ähnlich einem Elefantenrüssel holt der 15 Meter lange Greifarm des Harvesters ausgewählte Baumstämme aus dem Fichtendickicht. Das Aggregat an seiner Spitze greift, sägt und entfernt Äste in einem Zug. Der Forstarbeiter steuert jede Bewegung von seiner Kabine aus. Dabei muss er sehr viel Feingefühl beweisen, denn die zuvor markierten Zukunftsbäume sollen unversehrt bleiben. Sie bilden den Schirm für den zukünftigen Wald-Typ, der hier wieder entstehen soll: ein artenreicher Buchenmischwald. Dieser stellt den ursprünglichen Wald-Typ an diesem Standort dar. Aus dem kargen Fichtenforst bei Raumetengrün soll ein stabiler Zukunftswald werden, der Trockenperioden und Stürmen Stand hält und zahlreichen Tieren und Pflanzen einen Lebensraum bietet. Dazu sind bis zum Jahr 2037 mehrere Pflanz- und Durchforstungsaktionen notwendig.

Artenvielfalt fördern – Ökopunkte generieren

Auftraggeber des über zwei Jahrzehnte angelegten Ökologieprojekts ist die Bayernwerk Netz GmbH. Für eine erfolgreiche Energiewende legt das Energieunternehmen sogenannte Ökokonten an und generiert Punkte zum Ausgleich künftiger Eingriffe in die Natur und Landschaft etwa beim Bau von Umspannwerken oder Stromleitungen. „Wir wollen Ökopunkte nicht einfach kaufen, sondern als Vorhabenträger bei der Konzeptionierung, der Genehmigung, der Umsetzung sowie der langfristigen Pflege der Ökoflächen beteiligt sein. Das ist uns wichtig, damit wir eine verantwortungsvolle Kompensation sicherstellen können“, erklärt Bettina Bodenstein, Biologin bei der Bayernwerk Netz. Vor diesem Hintergrund lässt das Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Bayerischen KulturLandStiftung (BKLS) und ortsansässigen Land- und Forstwirten zahlreiche Flächen in ganz Bayern ökologisch aufwerten. Im Fokus stehen die Etablierung von extensivem Grünland, Streuobstwiesen, des extensiven Ackerbaus und des naturnahen Waldumbaus. Alle Projekte werden 25 Jahre lang von BKLS-Experten betreut.



Ökologischer Ausgleich: Langfristig lassen Bayernwerk Netz und Bayerische KulturLandStiftung in Raumetengrün einen klimastabilen Zukunftswald entstehen. Bild: Adriane Lochner, Bayernwerk AG

„Wir haben den Auftrag, die heimische Kulturlandschaft zu bewahren und gemeinsam mit Kommunen, Land- und Forstwirten sowie Unternehmen Ausgleichsmaßnahmen zu planen, durchzuführen und langfristig zu betreuen“, erklärt BLKS-Geschäftsführer Dominik Himmler. Die Maßnahme bei Raumetengrün sei etwas Besonderes, weil hier „ein vorbildliches Konzept für einen langfristigen und tragfähigen Waldumbau“ erarbeitet wurde, gemeinsam mit der örtlichen Forstbehörde und der Waldbesitzervereinigung. 20 Prozent der Fichten, insgesamt fast 400 Festmeter Holz, mussten aus dem Wald entfernt werden, damit die Zukunftsbäume anschließend gesunde Kronen ausbilden können und mehr Licht auf den Waldboden fällt. „Zur Erschließung der 4,6 Hektar großen Fläche ist der Harvester optimal geeignet. Eine manuelle Fällung wäre in dem dichten Bestand aus Gründen der Arbeitssicherheit und des Naturschutzes nicht möglich gewesen“, erklärt Dominik Himmler. Um den Waldboden zu schonen, bewegen sich Maschinen wie Harvester und Rückezug nur auf bereits vorhandenen Rückegassen. Bereits im Frühjahr werden im Zukunftswald in Raumetengrün die ersten Bäumchen gepflanzt, neben Buchen auch Tannen und Eichen. ❒

Umweltfreundlicher
Winterdienst

BUCHER municipal

Mit elektrifizierten Streuautomaten von **Bucher Municipal**
Verfügbar für alle gängigen Fahrzeugtypen



Driven by better

Bayerischer Landschaftsarchitektur-Preis

Auslobung: 22. Januar 2024, Einreichungsfrist: 08. April 2024
Neu: Der Publikumspreis

Der Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen (bdla) Landesverband Bayern lobt bereits zum dritten Mal den Bayerischen Landschaftsarchitektur-Preis aus. Kooperationspartner sind die Bayerische Architektenkammer und der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern.

Der Bayerische Landschaftsarchitektur-Preis ist ein Ehrenpreis, der seit 2020 im zweijährigen Rhythmus vergeben wird. Neben dem Bayerischen Landschaftsarchitektur-Preis 2024 (Hauptpreis) werden Auszeichnungen in sechs Kategorien vergeben. Der Preis würdigt Projekte und Planungen in Bayern, die sich durch innovative, nachhaltige und klimagerechte Außen- und Landschaftsräume hoher Qualität sowohl in der Neuanlage als auch im Bestand auszeichnen. Der bdla Bayern möchte zudem ausdrücklich die junge Generation von Planerinnen und Planern zu einer Wettbewerbsteilnahme einladen, um ihre beruflichen Ideale und Visionen zu fördern.

Alle Informationen zum Wettbewerb können unter www.bdla.de/bayerischer-landschaftsarchitektur-preis/2024 abgerufen werden. Dort können auch die detaillierten Auslobungsunterlagen eingesehen werden.

Ziel des Preises ist es,

- das Arbeitsfeld von Landschaftsarchitektinnen und -architekten als richtungsweisende Partner in Fachkreisen und der interessierten Öffentlichkeit bekannt zu machen,
- die besondere Verantwortung von Landschaftsarchitekten für die soziale, ökologische und klimasensible Weiterentwicklung und Gestaltung der Außenräume und ihrer städtebaulichen Einbindung herauszustellen,
- die Förderung der Baukultur und Gestaltqualität durch Landschaftsarchitekten in Zusammenarbeit mit Architekten und Fachingenieuren aus verschiedenen Disziplinen zu würdigen,
- die Unterstützung innovativer Ansätze und Lösungen im Freiraum durch Bauherrinnen und Bauherren zu würdigen – und damit auch am Spannungsfeld von hoher Qualität und tragbaren Kosten anzusetzen,
- Ansätze der Integration verschiedener Gruppen und Kooperation aller Beteiligten aufzuzeigen,
- beispielhafte und innovative Lösungen, die in der Praxis breite Anwendung finden könnten, auszuzeichnen,
- den Mut zum Experiment und die Bereitschaft zur Praktizierung neuer Formen der Zusammenarbeit vor Ort zu fördern.

Wettbewerbskategorien

Landschaftsplanung und Landschaftsentwicklung
Gute Flächenplanungen und -konzepte, ob im ruralen oder urbanen Gebiet, sind die Basis für gute Landschaftsarchitektur und sollen in dieser Kategorie gekürt werden.

Pflanzenverwendung und Biodiversität
Der attraktive, angemessene sowie standortgerechte Einsatz von Pflanzen – zu ebener Erde, an Fassaden und auf Dächern – ist nicht nur aus klimatologischer Sicht wertvoll. Projekte, die Fauna und Flora gezielt und nachhaltig fördern, werden in dieser Kategorie ausgezeichnet.

Bauen im Bestand und Kreislaufwirtschaft
Der Schutz grauer Energie steht im Vordergrund dieser Kategorie, ausdrücklich mit inbegriffen ist die Bewahrung und behutsame Weiterentwicklung von Denkmälern und deren Kontext.

Grüne und Blaue Infrastruktur
Projekte mit einem Fokus auf Ökosystemdienstleistungen bei gleichzeitiger Inwertsetzung von Freiräumen sind aus ökologischer und klimatologischer Sicht unverzichtbar und sollen in dieser Kategorie gewürdigt werden.

Freiräume für Menschen
Gerade in Zeiten zunehmender Digitalisierung gilt es, hochwertige Aufenthaltsräume zu schaffen, die für ein real stattfindendes Miteinander geeignet sind – Orte mit hoher Aufenthaltsqualität und einer besonderen Atmosphäre, die auf menschliche Bedürfnisse eingehen. In dieser Kategorie sollen daher entsprechende Freiräume ausgezeichnet werden, seien es Plätze, Parks, Flächen im Wohnumfeld oder Freizeit- und Bildungslandschaften.

Experimentelle Landschaftsarchitektur und Bauen im Detail
In dieser Kategorie sollen innovative und/oder besonders ansprechende Lösungen oder Teilaspekte von Projekten mit Preisen bedacht werden. Es kann sich dabei um besondere Materialverwendungen und Bautechniken, aber auch um außergewöhnliche Prozesse und innovative Inhalte handeln.

Die Jury bewertet alle eingereichten Arbeiten insbesondere nach den Kriterien Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, Flächenspären, Biodiversität und Pflanzenverwendung, Materialität sowie Innovation.

Schirmherr des Wettbewerbs ist Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr.

Teilnahmeberechtigung und Einreichung

Zur Teilnahme zugelassen sind Projekte, die durch Landschaftsarchitekten aus dem In- und Ausland sowie Arbeitsgemeinschaften unter Beteiligung vorstehend Genannter verfasst wurden. Zugelassen sind Projekte, die in den letzten fünf Jahren (01.01.2019 – 31.12.2023) in Bayern fertiggestellt wurden. Die Teilnahme am bzw. die Einreichung von Projekten zum Wettbewerb Bayerischer Landschaftsarchitektur-Preis 2024 erfolgt online. Die Wettbewerbssprache ist deutsch. Bearbeitungsschluss ist am 08. April 2024. ❒

Michaela Kaniber:

„Wir haben geliefert!“

Fünf Jahre nach dem Bienen-Volksbegehren sind die Aufgaben des Agrarressorts abgearbeitet

Agrarministerin Michaela Kaniber hat eine positive Bilanz für ihr Ressort gezogen und die Kritik des Trägerkreises zurückgewiesen:

„Die alljährliche vorgetragene Kritik des Trägerkreises geht ins Leere. Auch wenn man diese mantraartig wiederholt, wird sie nicht wahrer. Aber selbst dort kommt langsam an, was alles geleistet wurde, was mich freut. Für den Bereich des Landwirtschafts- und Forstministeriums kann ich festhalten: Wir haben geliefert! Alle Maßnahmen, die aus dem Volksbegehren Artenvielfalt für unser Ressort entstanden sind, sind erfolgreich umgesetzt. Bestes Beispiel ist das 83.000 Hektar große grüne Netzwerk im Staatswald. Zudem tragen die Maßnahmen des Vertragsnaturschutz-Programms, des Kulturlandschafts-Programms oder der waldbaulichen Förderung zu mehr Biodiversität in der aktiven Land- und Forstwirtschaft bei. Derzeit stehen nur noch Aufgaben an, die ein späteres Erfüllungsziel haben oder als Daueraufgabe erledigt werden müssen: Beispielsweise die Umstellung von staatlichen und öffentlichen Kantinen auf mehr biologisch oder regional produzierte Lebensmittel bis 2025 bzw. 2030, die Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bis 2028 oder der Ausbau des Öko-Landbaus bis zur Zielmarke von 30 Prozent bis 2030. Aber auch hier sind wir auf einem sehr guten Weg: So ist im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2018 der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel um 20 Prozent in den bedeutenden Ackerkulturen und in den Sonderkulturen Apfel und Wein sogar um 26 Prozent gesunken. Und in Bayern legt der Ökolandbau nach wie vor zu, wir sind weiterhin das größte Ökoland. … Auch die Förderung von Forschung und Bildung sowie die Flächensicherung sind langfristige Aufgabenbereiche, die wir schon vor dem Volksbegehren angegangen sind und auf den Weg gebracht haben.“ ❒

Landeshauptstadt München:

Forschung unterstützt Städte bei der Klimaanpassung

Gebäude begrünen, Bäume und Freiflächen schützen

Um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen, haben Städte eine wirksame natürliche Ressource: das Stadtgrün. Doch wie werden Bestandsquartiere grüner und wie lassen sich klimaangepasste Neubauprojekte realisieren? Oft mangelt es nicht an gutem Willen, wenn Dach- oder Fassadenbegrünungen geplant werden sollen, sondern an Beispielen und konkreten Lösungsvorschlägen. Darum unterstützt das Forschungsprojekt „Grüne Stadt der Zukunft" Kommunen und Stadtplaner mit Umsetzungshilfen für die klimaresiliente Planung. In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt arbeiteten Forschung und Praxis eng zusammen, um Steckbriefe, Checklisten und Leitfäden für grüne, klimaangepasste Städte zu entwickeln.

„Viele Kommunen haben sich mehr Klimaanpassung bereits zum Ziel gesetzt. Durch das geplante Klimaanpassungsgesetz des Bundes könnten sie dazu sogar bald verpflichtet werden. Mit unserer Website bieten wir der Stadtplanung einen Werkzeugkasten, um Stadtgrün gezielt für die Klimaresilienz auszubauen", erklärt Professorin Simone Linke, die das Projekt an der Technischen Universität München koordinierte. Zum Projektteam gehörten auch das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), das Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und die Referate für Klima- und Umweltschutz sowie Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München.

Beispiel München: mehr Grün und mehr Wohnraum?

„Die Auswirkungen des Klimawandels, die knappen Flächenressourcen und die gleichzeitige Wohnraumbeschaffung stellen große Herausforderungen für wachsende Städte wie München dar", betont Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz in München. Um diese Zielkonflikte möglichst gut zu lösen, erprobte München mit den Forschenden, wie Klimaanpassung von Anfang an in der Stadtplanung mitgedacht werden kann. So gibt es etwa in Bebauungsplänen verschiedene Möglichkeiten, Stadtgrün zu fördern oder Kaltluftleitbahnen vor Bebauung zu schützen.

Die Münchner Stadtbaurätin Elisabeth Merk lobt die gemeinsame Forschung: „In dem Projekt entstanden wichtige Erkenntnisse für die Umsetzung von Klimaresilienz. Nicht nur in Neubauquartieren, sondern auch für Bestandsquartiere wurden zahlreiche praxisnahe Handlungsoptionen aufgezeigt, die Eingang in unsere Arbeit finden werden." Das Team begleitete verschiedene Verfahren, befragte Anwohner und Anwohnerinnen und nahm mikroklimatische Simulationen vor.

Gebäudebegrünung spart Kühl- und Heizenergie

Dach- und Fassadenbegrünung bieten sich sowohl für Bestands- als auch für Neubauquartiere an. Sie kühlen das Gebäude im Sommer und schützen es im Winter vor Kälte: Die Dämmwirkung steigt durch begrünte Dächer um circa zehn Prozent. Außerdem speichern Dachbegrünungen Wasser, kühlen so im Sommer die Umgebung und entlasten bei Starkregen die Kanalisation.

„Fassadenbegrünung kühlt nicht nur die Gebäude, sondern steigert auch die Aufenthaltsqualität im Quartier, besonders in sonst unbegrünten Straßen. Dachgärten können – neben begrünten Innenhöfen – gerade in dichten Quartieren wichtige Erholungsorte für die Bevölkerung sein", sagt die Soziologin Amelie Bauer von der LMU. Das Projekt zeigt in Steckbriefen, worauf es bei der Gebäudebegrünung ankommt.

Gegen die Sommerhitze: Bäume und Freiflächen

Bei starker Hitze sind Stadtparks und Freiflächen wichtig für die nächtliche Abkühlung. Als Erholungsorte sollten sie fußläufig erreichbar sein und schattige Sitzplätze bieten. Gleichzeitig lohnt es sich, in Straßen und Innenhöfen die Versiegelung zu verringern und große Bäume zu erhalten. Bislang müssen immer wieder Bäume etwa für den Bau von Tiefgaragen gefällt werden. Das Problem ließe sich beispielsweise durch innovative Mobilitätskonzepte mit mehrstöckigen, oberirdischen Quartiersgaragen eindämmen. So entsteht mehr Platz für wohnungsnahes, qualitativ hochwertiges Grün.

„Städte könnten die Bevölkerung, die Immobilienwirtschaft und Unternehmen stärker in die Entwicklung grüner, lebenswerter Quartiere einbinden", betont Johannes Rupp vom IÖW. Das Projekt stellt dafür viele Formate vor, etwa Gemeinschaftsbeete, Gießpatenschaften, Beratungsangebote oder einen Preis für den schönsten Firmengarten.

Um Fachkräfte in Stadtverwaltung und Planungsbüros zu unterstützen, fasst die Website www.gruene-stadt-der-zukunft.de die Forschungsergebnisse in Steckbriefen, Checklisten und Leitfäden zusammen. Das Projekt wurde 2018 bis 2024 vom BMBF in der Leitinitiative „Zukunftsstadt" gefördert.

Weiterführende Info

Kurzfilm aus der ersten Projektphase: https://www.youtube.com/watch?v=EI49qRHGVPI ❐



Zentrale, verkehrsberuhigte Straße mit einer auf ÖPNV und Sharing-Angeboten ausgerichteten Mobilität. Freiwerdende Flächen werden gemeinschaftlich begrünt. Zukunftsbild: iÖW / V.Haese 2021

Mercedes-Benz Special Trucks:

Entwicklung eines Unimog Versuchsfahrzeugs mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor

Mercedes-Benz Special Trucks hat einen Unimog Geräteträger Prototypen mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor im Realbetrieb getestet. Der Unimog ist ein Versuchsfahrzeug, mit dem erforscht wird, unter welchen Bedingungen die Wasserstoffverbrennung als sinnvolle Ergänzung zu batterieelektrischen und brennstoffzellenbasierten Antrieben umsetzbar ist. Auf einem stillgelegten Autobahnabschnitt zwischen Bayreuth und Bamberg haben die Ingenieure beim Mähen des Grünstreifens, bei Beschleunigungsfahrten und beim Tanken an einer öffentlichen Zapfsäule Messdaten erhoben, die für die weitere Fahrzeugentwicklung genutzt werden. Mitarbeiter der Autobahn GmbH begleiteten die Tests. Die praktische Erprobung bei niedrigen Temperaturen und abwechslungsreicher Topografie ist ein wichtiger Schritt im laufenden Entwicklungsprojekt „WaVe", bei dem 18 Partner gemeinsam am Antriebskonzept des Wasserstoff-Verbrennungsmotors arbeiten.

Franziska Cusumano, Head of Mercedes-Benz Special Trucks und Custom Tailored Trucks: „Wir sind sehr zufrieden mit dem aktuellen Entwicklungsstand des Versuchsfahrzeugs. Nach gut zwei Jahren Projektlaufzeit sind wir bereits mit einem ersten einsatzfähigen Unimog Prototypen mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor in der Praxiserprobung."

Das Mercedes-Benz Unimog Versuchsfahrzeug basiert auf dem Unimog Geräteträger U 430. Für den alternativen Antrieb durch Wasserstofftechnologie ist ein speziell umgerüsteter Gasmotor mit Tank-, Sicherheits- und Überwachungssystemen und Messtechnik eingebaut. Bei der Wasserstoffverbrennung im Motorraum entsteht Wasser, das als heißer Wasserdampf über den Auspuff entlassen wird. Der Radstand und die Pritschenlänge sind so bemessen, dass die Wasserstofftankbehälter hinter der Fahrerkabine montiert werden konnten. Die vier TÜV-geprüften 700-Bar-Hochdrucktanks fassen insgesamt etwa 14 Kilogramm gasförmigen Wasserstoff. Sie sind zu zwei Doppeltanks zusammengefasst, die mit jeweils einem Tanksteuergerät unabhängig voneinander betrieben werden. In einer nächsten Entwicklungsstufe soll das Volumen erhöht werden, um einen regulären Arbeitstag abdecken zu können. Der Motor leistet etwa 290 PS / 1000 Nm und ist dabei wahrnehmbar leiser als das Dieselpendant. Der Prototyp wurde mit einem Frontmähgerät mit zwei Mähköpfen ausgestattet, um im Arbeitsbetrieb weitere Erkenntnisse zu gewinnen.

Schulterschluss von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft

Die Entwicklung des Versuchsfahrzeugs mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor findet im Rahmen des öffentlich geförderten Projekts „WaVe" statt.

Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte Vorhaben wird von 18 Partnern aus Industrie und Wissenschaft gemeinschaftlich umgesetzt und begann im Juli 2021. ❐



Neuer U 319 für das Wasserkraftwerk:

Unimog für die Stromerzeugung

Der internationale Chemieproduzent Wacker Chemie AG benötigt viel Energie. Am Standort in Burghausen erzeugt seit 1918 die Alzwerke GmbH, eine Tochterfirma der Wacker Chemie, elektrischen Strom durch Wasserkraft. Dieses Wasserkraftwerk war die Voraussetzung für die Ansiedlung der chemischen Industrie in Burghausen und damit verantwortlich für den wirtschaftlichen Aufschwung einer ganzen Region.

Das nördlich von Burghausen gelegene Wasserkraftwerk verfügt über fünf Turbinen und produziert im Schnitt jährlich 270.000.000 kWh. Das Werk liegt an der Alz, einem Ablauf des Chiemsees. 20 Mitarbeiter kümmern sich neben dem Kraftwerksbetrieb und der Wartung auch um die Pflege des Kanals. Für diese Arbeiten wurde jetzt ein neuer Unimog U 319 angeschafft.

„Der Unimog ist für uns aufgrund seiner kompakten Bauweise, seiner Kraft und vor allem auch wegen des hydrostatischen Antriebs unverzichtbar", erläutert Matthias Unterstaller, stellv. Kraftwerksmeister, die Entscheidung für den Alleskönner.



Der Unimog bei der Arbeit im Wasserkraftwerk. Bild: Henne

Ideale Ausstattung

Der neue U 319 für das Wasserkraftwerk erstrahlt in reflexsilber-metallic und ist der zweite Mercedes-Benz Geräteträger am Standort. Ein rüstiger U 406 von 1985 mit 90 PS ist auch Teil des Fuhrparks. Mit einem Palfinger Ladekran PK 10002 SH inklusive Kranwinde und Arbeitskorb sowie einer Pritsche von Werner ist der Unimog U 319 hervorragend für die Aufgaben im Wasserkraftwerk ausgerüstet. Bei der Instandhaltung des Damms, beim Entfernen von Treibgut sowie bei Reparaturen glänzt der Unimog mit seiner einzigartigen Flexibilität, der kompakten Bauweise und dem hydrostatischen Fahrantrieb. ❐

Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwaschgeräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Den Markt Neuhof im wunderschönen Zenntal mit 2.300 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit Mai 2020 bin ich hauptamtliche Erste Bürgermeisterin und Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich durfte bis dahin als Religionspädagogin im sonderpädagogischen Bereich im Dekanat Ansbach und als Notfallseelsorgerin tätig sein.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Claudia Wust

Erste Bürgermeisterin
Markt Neuhof an der Zenn

In der Heimat etwas bewegen, etwas für die Menschen erreichen zu können.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe Seminare v.a. der Hanns-Seidel-Stiftung besucht und hatte schon zuvor viele Jahre Kontakt zu unseren Kommunalpolitikern im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Als alleinerziehende Mutter von drei schulpflichtigen Kindern war zu Beginn gleich der Corona-Lockdown mit Homeschooling und Umsetzung von Homeoffice-Arbeitsplätzen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bewältigen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell sind es eher die „unsexy" Pflichtaufgaben wie Sanierung von Kläranlagen, Erneuerung von Straßen und Ganztagesbetreuung an Schulen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Aufgaben werden immer vielfältiger, von der Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge bis hin zur Wärmeplanung der Kommunen; alles mit viel Bürokratie und Aufwand verbunden.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Interesse zeigen, sich informieren, angesichts der komplexer werdenden Aufgaben frühzeitig fortbilden und natürlich im vorpolitischen Raum aktiv sein.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Wir sind im ständigen Gedankenaustausch, „einsame" Entscheidungen sind mir fremd. Und in der Gemeinde bin ich viel unterwegs, auch bei Vereinen und Verbänden.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Einen sehr großen, aber wir müssen auch den Bürgerinnen und Bürgern helfen, die digital nicht so gut unterwegs sind.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Mit Mut die Aufgaben anpacken und dabei auch Fehler in Kauf nehmen statt gar nichts zu tun.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als jemand, der die Gemeinde vorangebracht und auch die überregionale kommunale Zusammenarbeit ausgebaut hat und für die Menschen da war. ❐

Landkreis Regen:

Elf Berufsfelder an einem Nachmittag

Bustour zur Berufsorientierung mit dem Schwerpunkt soziale Berufe quer durch das Arberland

Nachdem bereits Anfang des Jahres die erste Bustour zur Berufsorientierung Medizin durch den Landkreis Regen startete, fand nun eine zweite Veranstaltung der Gesundheitsregionplus Arberland statt, diesmal mit dem Fokus auf soziale Berufsfelder abseits des Arztberufes. Mit zwei verschiedenen Routen und insgesamt sieben verschiedenen Busstops konnten sich 37 interessierte Schülerinnen und Schüler von der achten bis zur zwölften Jahrgangsstufe über elf verschiedene Berufsfelder informieren.

Die ausgebuchte Route Zwiesel-Regen startete von der Arberlandklinik Zwiesel, wo 20 Schülerinnen und Schüler einen Überblick über den Berufsalltag in der Notaufnahme erhielten. Neben der Vorstellung der klassischen Pflegeberufe informierten die Akteure vor Ort auch über den Ausbildungsberuf des Anästhesietechnischen Assistenten sowie Medizinischen Fachangestellten. Zu den Highlights zählten dabei das Gipsen des ein oder anderen freiwilligen Arms sowie die praktischen Einblicke im Schockraum. Anschließend führte die Tour zur Wohnanlage und dem Kinderwohnhaus der Lebenshilfe Regen e.V. in Zwiesel. Nach einem Rundgang durch die beiden Einrichtungen erfolgte bei Kuchen und Getränken ein Austausch über die Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten primär für den Bereich Heilerziehungspflege sowie Erziehung. Im Anschluss verlief die Tour über das Caritas Berufsbildungszentrum für soziale Berufe (BBZ), wo die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem von Landrat Dr. Ronny Raith erwartet wurden. „Danke für euer Interesse und Engagement", wandte sich der Landrat an die Jugendlichen, die er auf ihrem Rundgang durch das BBZ auch begleitete.

Einblick in diverse Tätigkeitsfelder

An diesem Stopp gastierte zudem das Kreisjugendamt Regen, so dass die Schülerinnen und Schüler auch einen Einblick in diese Tätigkeitsfelder erhielten. Im Rahmen von Spielen erfolgte in kleinen Gruppen die Vorstellung der einzelnen Aufgabenfelder in den einzelnen Berufen (zum Beispiel Sozialbetreuer oder Sozialarbeiter) sowie eine Präsentation zum Ablauf der Ausbildung zum Erzieher, welche ab September auch im neu eingeführten „PIA-Modell" angeboten wird. Anschließend führte die Tour nach Regen zum Caritas Wohn- und Pflegezentrum St. Elisabeth, wo sich neben der stationären Pflege auch die Sozialstation sowie der ambulante Pflegedienst vorstellten. Die Schülerinnen und Schüler erhielten die Möglichkeit, sich in die Rolle von demenzerkrankten Personen zu versetzen, und durften zudem beim Packen der Versorgungstasche für den Außendienst des ambulanten Pflegedienstes unterstützen.

Ausgangspunkt für die Viechtacher Route war das BRK Seniorenwohn- und Pflegezentrum mit insgesamt 17 Schülerinnen und Schülern. Hierbei konnten zahlreiche Einblicke in die stationäre Langzeitpflege gesammelt werden, mit Informationen über die Berufe Pflegefachfrau beziehungsweise -mann sowie Pflegefachhelfer. Zudem konnten die Teilnehmer sowohl die Hebehilfe ausprobieren als auch an der Pflegepuppe aktiv werden. Danach führte die Tour in die Arberlandklinik Viechtach. Dabei wurde unter anderem ein EKG geschrieben und der Weg des Patienten begangen, sobald er mit dem Hubschrauber gelandet ist. Nach einem Abstecher in den Bereich Röntgen mit Vorführungen im Herzkatheterlabor erfolgte zudem noch die Besichtigung einer Bettenstation mit der Möglichkeit zum Austausch mit dem diensthabenden Personal. Für den dritten Stopp der Bustour ging es nach Kollnburg in die Dr.-Loew-Einrichtung Schreinermühle. Die Teilnehmer konnten Einblicke in das Leben der Wohngruppe erhalten, unter anderem im persönlichen Austausch mit den Bewohnern, und sich bei einem Match am Tischkicker näher kennenlernen.

Am Abend ging es für beide Gruppen zu einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung in das Heilpädagogische Zentrum Schweinhütt der Lebenshilfe Regen e.V. Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten anschließend die Möglichkeit, sich in lockerer Atmosphäre mit Leitungskräften der verschiedenen Einrichtungen auszutauschen, welche alle nochmals mit einem Informationsstand vertreten waren. Den Abschluss des Abends bildete ein Wettbewerb beim Selbstwahrnehmungsparcour sowie am World Café rund um das Thema Berufsorientierung.

Nachwuchsgewinnung

Organisiert wurde die Veranstaltung durch die Gesundheitsregionplus in Kooperation und mit Unterstützung der Arbeitsgruppe soziale Berufe. „Das Engagement und die tolle Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe war auch dieses Mal wieder bemerkenswert. Es zeigt auch, wie viel den Einrichtungen an der Nachwuchsgewinnung liegt. Auch das große Interesse der Schülerinnen und Schüler, die ihre Freizeit der Tour gewidmet haben, ist wirklich lobenswert", so Melanie Feldmann, Geschäftsstellenleiterin der Gesundheitsregionplus, die mit der Veranstaltung äußerst zufrieden war. Aufgrund der guten Resonanz strebt Feldmann die Planung einer erneuten Tour Anfang nächsten Jahres an.

Hintergrund Arbeitsgruppe soziale Berufe

Die Arbeitsgruppe setzt sich aus insgesamt acht Einrichtungen und Institutionen zusammen: den Arberlandkliniken, der Lebenshilfe Regen e.V, Dr. Loew, BRK Regen, Caritas St. Elisabeth Regen, Caritas Berufsbildungszentrum für soziale Berufe, dem Kreisjugendamt Regen sowie der Gesundheitsregionplus Arberland. Im Rahmen der Berufsorientierungstour ermöglichten die Mitglieder der Arbeitsgruppe den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in ihre Einrichtungen. Es wurde jeweils ein sehr abwechslungsreiches Programm zusammengestellt, um den Jugendlichen praxisorientierte Eindrücke in die Berufe vor Ort zu ermöglichen. ❐



Im Caritas Berufsbildungszentrum für soziale Berufe (BBZ) informiert Landrat Dr. Ronny Raith die Jugendlichen persönlich.

Bild: Melanie Feldmann / Landratsamt Regen

Fraueninsel:

Schlummernde Kultstätte entdeckt

Bei Radarmessungen stießen Geophysiker auf den bisher völlig unbekannten Grundriss eines romanischen Zentralbaus. Handelt es sich dabei um das Grab der Seligen Irmengard?

Vielleicht muss die Geschichte der Abtei Frauenwörth auf der Fraueninsel im Chiemsee nun umgeschrieben werden. Die Bauentwicklung des wohl durch Herzog Tassilo III. um 782 gegründeten Klosters gilt als gut erforscht, doch über den Rest der Insel ist relativ wenig bekannt. Bis jetzt.

Große Überraschung

Nun stieß ein Team des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege (BLfD) bei Bodenradarmessungen unerwartet auf die Grundmauern eines Zentralbaus, der bisher nicht überliefert war, weder in Schriften, noch auf historischen Karten. „Im Bereich des Fundes gab es die zum Kloster gehörende, erstmals für das Jahr 1393 überlieferte Kirche St. Martin. Sie befand sich auf dem höchsten Punkt der Insel und wurde 1803 im Zuge der Säkularisation abgerissen. Doch dass es einen älteren Vorgängerbau gab, das ist auch für uns eine große Überraschung", sagt Armin Krämmer, Bürgermeister der Gemeinde Chiemsee.

Um den genauen Standort der abgerissenen Saalkirche zu lokalisieren, fanden im Sommer 2023 im Rahmen von Untersuchungen für ein Kommunales Denkmalkonzept (KDK) Messungen auf dem Dorfanger nördlich der bekannten Tassilolinde statt. In einer Tiefe von 50 bis 70 Zentimetern stießen die Denkmalpfleger auf Fundamente, deren Grundriss mit der Ansicht der Kirche auf dem 1701 veröffentlichten Stich von Michael Wening korrespondiert. Die Radardaten zeigten aber auch, dass es an dieser Stelle noch einen älteren Bau gegeben hat: In einer Tiefe von 80 bis 100 Zentimetern zeichneten sich völlig überraschend, aber sehr deutlich weitere Grundmauern ab und ließen einen oktogonalen Zentralbau mit einem durch acht Stützen gebildeten Umgang und vier kreuzförmig angeordneten Anbauten erkennen. Insgesamt hat das Bauwerk einen Durchmesser von stattlichen 19 Metern.

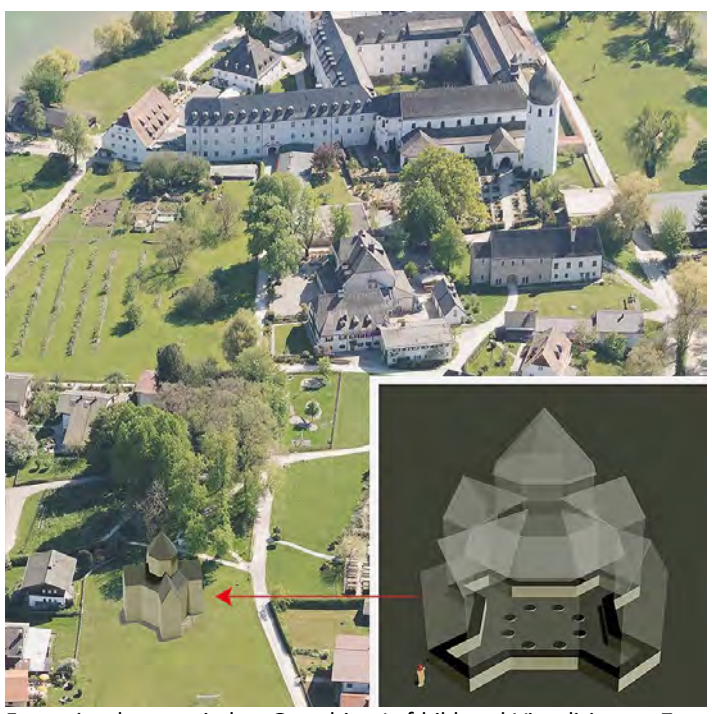
Achteckiger Zentralbau absolute Seltenheit

„Zentralbauten sind in der vorromanischen und romanischen Sakralarchitektur nördlich der Alpen selten und damit eine sehr individuell gestaltete Bauform, die oftmals in der Nachfolge der Pfalzkapelle zu Aachen oder als Imitation der Grabeskirche in Jerusalem gedeutet wird. In Bayern sind achteckige Zentralbauten mit innerem Säulenumgang bislang lediglich mit St. Andreas in Bamberg, um 1050, und St. Gallus in Würzburg, um 1130, archäologisch nachgewiesen. Wir sprechen hier also von einer absoluten Seltenheit", so Mathias Pfeil, Generalkonservator, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege.

Doch wie lässt sich dieser Fund historisch einordnen? Möglicherweise kann ein Zusammenhang mit der Verehrung der Seligen Irmengard, Tochter König Ludwigs des Deutschen und Urenkelin Karls des Großen, hergestellt werden. Sie war Äbtissin des zum Reichskloster aufgestiegenen Konvents Frauenwörth und wurde 866 in der Abteikirche bestattet. Zwischen 1001 und 1020 fand zur Förderung ihrer Verehrung eine Öffnung ihres Grabes zur Reliquienentnahme statt. Zeitgleich wurde ein grundlegender Klosterneubau errichtet, von dem heute noch die Torhalle, die frühromanische Abteikirche und der Glockenturm erhalten sind. Vielleicht entstand in diesem Kontext der zusätzliche Memorialbau, der in Anlehnung an die Jerusalemer Grabeskirche als Ziel für Pilger dienen sollte. Nun liegt es an der Wissenschaft, die jüngsten Daten auszuwerten und sorgfältig zu analysieren, um Antworten auf die vielen, noch offenen Fragen zu geben. Derzeit wird darüber nachgedacht, den Grundriss im kommenden Sommer in Form einer Bepflanzung zu visualisieren und damit erlebbar zu machen.

Sensationsfund im Chiemgau

„Bayerns reiches kulturelles Erbe ist immer für eine Überraschung gut – das beweist der Sensationsfund im Chiemgau einmal mehr! Die bei Radarmessungen entdeckten Grundmauern auf der Fraueninsel zeigen, den fachkundigen Blicken unserer Denkmalpfleger entgeht wirklich nichts. Ein derartiger Grundriss eines romanischen Zentralbaus hat nördlich der Alpen absoluten Seltenheitswert. Es bleibt also spannend, wie die Wissenschaft diesen Fund historisch einordnet", betont Kunstminister Markus Blume. ❐



Fraueninsel, romanischer Grundriss, Luftbild und Visualisierung Zentralbau.

Bild: BLfD

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Auftaktveranstaltung zum digitalen Energienutzungsplan mit Landrat Thomas Karmasin (11. v.l.). Bild: LRA FFB

Landkreis Fürstenfeldbruck:

Startschuss für den Digitalen Energienutzungsplan

Ende Januar fand im Landratsamt Fürstenfeldbruck die Auftaktveranstaltung zur Erstellung des digitalen Energienutzungsplans für den Landkreis Fürstenfeldbruck und seine kreisangehörigen Kommunen statt. Landrat Thomas Karmasin begrüßte die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft und erläuterte die Bedeutung des Projektes für die zukünftige Energieversorgung im Landkreis.

„Wir freuen uns mit dem digitalen Energienutzungsplan auf ein strategisches Werkzeug, nicht nur für unsere Kommunen, sondern auch für private Hauseigentümer und Wirtschaftsbetriebe im Landkreis, um diese bei ihren energetischen Vorhaben zu unterstützen“, sagte Karmasin. In diesem Zusammenhang wurde die Projektleiterin und Klimaschutzmanagerin des Landkreises, Dr. Malgorzata Kroban, vorgestellt, die das Projekt eingeleitet und im Vorfeld das Vergabeverfahren und die Förderbeantragung durchgeführt hat. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie hat dem Landkreis Fürstenfeldbruck für die Erstellung des Energienutzungsplans eine Zuwendung in Höhe von 70 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtkosten bewilligt.

In 14 Monaten abgeschlossen

Die Projektlaufzeit umfasst 14 Monate und soll spätestens im Frühsommer 2025 abgeschlossen sein. Das Projektziel ist die Erarbeitung eines Instruments zur Umsetzung einer nachhaltigen Energieerzeugungs- und Energieversorgungsstruktur mit Fokus auf erneuerbare Energie für den Landkreis Fürstenfeldbruck und seine kreisangehörigen Kommunen.

Für die Erstellung des digitalen Energienutzungsplans wurde das Dienstleistungsunternehmen ENIANO GmbH aus München beauftragt, welches bereits digitale Energienutzungspläne für die Landeshauptstadt München, die Landkreise München sowie Ebersberg und Berchtesgadener Land erstellt hat. Mit der zu erarbeitenden großflächigen Datenanalyse sollen Objekte und Energieinfrastruktur im Landkreis Fürstenfeldbruck mithilfe des digitalen 3D-Zwillings visuell abgebildet werden.

Digitale Basis Energienutzungsplan

Demzufolge stellt der Energienutzungsplan eine digitale Basis für die Umsetzung der Energiewende im Landkreis Fürstenfeldbruck dar. Ein Energienutzungsplan ist ein erprobtes und erfolgreiches Instrument zur kurz- und mittelfristigen Initiierung und Umsetzung von Energieprojekten. Dieser stellt ein wesentliches Instrument zur Umsetzung der Energie- und Wärmewende innerhalb des Landkreises dar. Die gebäudescharfen Planungsgrundlagen des digitalen Energienutzungsplans werden in Kommunen mit den relevanten Akteuren in Fachgesprächen diskutiert. So können auf dieser Grundlage verschiedene Versorgungsvarianten evaluiert und umgesetzt werden. Durch die Veröffentlichung des Energienutzungsplans auf der Website des Landratsamtes werden die Ergebnisse einem breiten Spektrum an Akteuren der lokalen Energie- und Wärmewende zugänglich gemacht. Dadurch sollen wesentliche Impulse zur kontinuierlichen Entwicklung nachhaltiger und zukunftsorientierter Lösungen in der Energieplanung im Landkreis gesetzt werden.

Der Landkreis übernimmt die Gesamtkosten für die Erstellung des Energienutzungsplans, sodass auf Seite der Städte und Gemeinden keine finanzielle Projektbeteiligung erforderlich ist. Die Analysen des Ist-Zustands im Bereich Energieinfrastruktur, Strom, Wärme, Verkehr und THG-Bilanz (Kommunale Treibhausgasbilanzierung) sowie der energetischen erneuerbaren Potenzialanalyse inkl. Maßnahmenkatalog und Entwicklungsszenarien, werden für die Kommunen im Rahmen des Energienutzungsplans erarbeitet und können als Grundlage für die kommunale Wärmeplanung herangezogen sowie für die künftigen Projekte übernommen werden. Mit seinen detaillierten Ausführungen durch das gebäudescharfe Energiemodell und der Umsetzungsnähe für Kommunen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger, soll der Energienutzungsplan entscheidende Maßstäbe für die Implementierung der Energiewende im Landkreis Fürstenfeldbruck liefern.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung informierten die Ersteller des Energienutzungsplans, ENIANO GmbH, vertreten durch Geschäftsführer Tobias Eder und Lea Steiner, über den geplanten Ablauf, die Methodik, die Inhalte des Projektes sowie über Best Practice Beispiele aus Energienutzungsplänen. Im weiteren Verlauf des Abends stellte Hans Gröbmayr, ehem. Geschäftsführer der Energieagentur Ebersberg-München, die Entwicklung der Gemeinde Glonn (Landkreis Ebersberg) hin zur regenerativen Wärmeversorgung vor. Im Anschluss zu den Vorträgen bot sich die Möglichkeit, Fragen zum Thema zu stellen.

Ablauf des digitalen Energienutzungsplans

Als Erstes wird ein Status-quo für den Bereich Energie im Landkreis ermittelt, d.h. es wird eine Ist-Analyse (inkl. Treibhausgasbilanz) für Energieerzeuger/Kraftwerke, Netzinfrastruktur, Energieeffizienz sowie Wärmenachfrage durchgeführt. Weiter wird im Rahmen der Ist-Analyse ein Wärmekataster erstellt, das auf einem bestehendem 3D-Wärmekataster aufgesetzt ist, welches durch ENIANO bayernweit erstellt und kontinuierlich aktualisiert wird. Dieses 3D-Wärmekataster soll für jedes Bestandsgebäude die Wärmenachfrage und die erforderliche Heizleistung getrennt nach Raumwärme und Warmwasser ausweisen sowie alle Gebäude der Digitalen Flurkarte, die eine Adresse besitzen und als Hauptgebäude ausgewiesen sind, umfassen.

Zur quantitativen, gebäudescharfen Erfassung und Ausweisung des Energieeinsparpotenzials durch energetische Sanierungsmaßnahmen im Landkreis Fürstenfeldbruck wird eine detaillierte Analyse des Gebäudebestands und einer lokalen Sanierungstypologie durchgeführt. Die Sanierungstypologie weist dabei für die wesentlichen Gebäudetypen innerhalb des Landkreises mögliche Sanierungsvarianten aus. Die Detailtiefe des Sanierungskatasters orientiert sich primär an dessen Anwendungszwecken; zum einen dient es als digitale Bearbeitungsgrundlage für weitergehende Potenzialanalysen des digitalen Energienutzungsplans und zum anderen als fortschreibbare Basis für eine langfristig angelegte Wärmeplanung in den Kommunen des Landkreises.

Im zweiten Schritt werden Potenzialanalysen durchgeführt – z.B. für Energieeinsparung sowie Energieerzeugung sowie für Wärmenetze und Wärmeverbunde (inkl. Fernwärme). Für die Szenarienentwicklung wird für den Landkreis Fürstenfeldbruck ein Tool entwickelt, welches die Energie- und Treibhausgas-Bilanz im Ist-Zustand und eine Prognose für definierte Zieljahre (2030 und 2040) abbildet. Darauf aufbauend werden die Potenziale zur erneuerbaren Deckung der Wärme- und Stromnachfrage aus den Analysen des digitalen Energienutzungsplans integriert. Im Anschluss werden Maßnahmenkataloge für die Städte und Gemeinden erarbeitet, welche konkret die Umsetzung hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung ermöglichen. Zudem soll ein Leuchtturmprojekt für den Landkreis ausgewählt und detailliert ausgearbeitet werden.

Für alle Fragen zum digitalen Energienutzungsplan steht das Klimaschutzmanagement unter klimaschutz@lra-ffb.de zur Verfügung. ❒

GZ PINOS WELT



Einer der faszinierenden Vorteile meines Lebens als Kater ist, dass ich durch aufmerksames Beobachten und meine angeborene Neugier praktisch jeden Tag etwas Neues lerne. So habe ich vor Kurzem einen neuen Begriff gelernt: German vote.

Übersetzt man das jetzt wörtlich, müsste man von „deutscher Abstimmung“ sprechen. Besser wohl vom deutschen Votum. Gemeint ist, dass auf EU-Ebene in Verhandlungen zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und Parlament eine Regelung erdacht wird, die von einem deutschen Regierungsvertreter mal eben so abgenickt wurde. Anschließend, bei der Abstimmung in der Bundesregierung, wie Deutschland sich zu dieser Regelung verhalten soll, erzwingt die FDP eine Enthaltung in Brüssel, obwohl Rotgrün die Regelung gar zu gerne freudig begrüßt hätte. Das sorgt dann wahlweise für Frust in der Bundesregierung und der linken Presse sowie für Freude in der Wirtschaft.

Ja zur „German vote“!

Denn diese spezielle Art von german vote hat in der Vergangenheit großen Unsinn, wenn nicht verhindert, so doch eine breite Diskussion über immer neue Regelungen angestoßen, die die europäische Wirtschaft belasten. Denn vieles wurde uns ja unkritisch als unvermeidlich oder gar sinnvoll verkauft, obwohl es elementaren Interessen der Europäer zuwiderläuft. Beispiel: Das Verbrenneraus. Bis zu einem nicht allzu fernen Datum sollen in der Europäischen Union nur noch Elektroautos neu zugelassen werden dürfen. Solche mit Verbrennungsmotor wären verbannt, auch wenn sie mit emissionsfreien E-Fuels betrieben werden können. Wie jetzt auch Pioniere der Elektromobilität zugeben, widerspricht das eindeutig den Kundenwünschen. Zudem ist es eine Sache, den Autofahrern einen bestimmten Antrieb einfach vorzuschreiben, eine andere aber, die dafür notwendige Infrastruktur zu schaffen. Stichwort: Ladesäulen. Statt also den europäischen Kunden zu entmündigen, wäre eine Regelung besser, die es der Kreativität der Ingenieure überlässt, wie man das Null-Emissionen-Ziel im Verkehr erreicht.

Beispiel europäisches Lieferkettengesetz. Unternehmen sollen in Zukunft garantieren, dass in ihrer ganzen Lieferkette keine Produkte verwendet wurden, die aus Kinderarbeit stammen oder mittels umweltschädlicher Produktionsweisen hergestellt wurden. Im Ergebnis wird ein solcher Nachweis kaum möglich sein, insbesondere, wenn viele Vorprodukte verbaut werden müssen. Also wird man sich in einen Rausch von Dokumentationen flüchten, um belegen zu können, dass man bis an den Rand des Zumutbaren nachgeforscht hat, wird Rückstellungen für Strafzahlungen bilden und mit der Faust in der Tasche zusehen, wie Anbieter aus China Güter aus Zwangsarbeit billig verticken. Diesen Irrsinn zu stoppen, ist ein german vote wert.

Statt über die zu schimpfen, die solche Überregulierungen aufhalten oder zumindest abmildern, sollte man lieber über die Rolle sprechen, die die Europäische Kommission derzeit als Wachstums- und Wohlstandsverhinderer spielt. Während überall in der Welt die Chancen der KI ausgelotet werden, hatte die Kommission nichts Eiligeres zu tun, als eine Regulierung anzustoßen. Wir haben eine europäische Datenschutzgrundverordnung, die den einzelnen nicht nur vor dem Missbrauch seiner Daten schützt, sondern auch den sinnvollen Gebrauch in vielen Fällen verhindert. Obwohl Wachstum heutzutage nur noch mit Daten möglich ist. Aber warum sitzen alle innovativen Wachstumsfirmen der freien Welt in den USA und nicht in Europa?

Europa will die ganze Welt belehren. Wegen unserer besserwisserischen und missionarischen Art, alles dem Klimaschutz unterzuordnen, bekommen wir keine Freihandelsabkommen mit Indonesien, Indien und Südamerika hin. Lieber lassen wir Wachstum und den Zugang zu Rohstoffen sausen, als anzuerkennen, dass Länder in anderen Weltgegenden sich noch nicht den Luxus eines porentief reinen und makellosen Wirtschaftens leisten können, sondern erst noch Wohlstand erringen wollen.

Wir sind satt und mutlos. Deshalb verstehen wir nicht, dass Mut den Fortschritt treibt und nicht Ängstlichkeit und Saturiertheit. Wir müssen deregulieren, statt der Wirtschaft immer neue Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Deshalb Ja zum german vote! Hören wir auf den amerikanischen Ex-Präsidenten Bill Clinton: „It's the economy, stupid!“

Ihr Pino

Holzdrahtproduktion im Bayerwald:

Freilichtmuseum Finsterau eröffnet Sonderausstellung

Bezirkstagspräsident spricht von „kleiner Sensation für die Region“

Einst überzog ein dichtes Netz an Holzdraht-Werkstätten den Bayerischen Wald. Viele Menschen lebten von der Herstellung der bis zu sechs Meter langen Stäbe aus Fichten- oder Tannenholz, exportierten sie teils bis nach Übersee. Doch im Laufe des 20. Jahrhunderts und fortschreitender Industrialisierung geriet das Handwerk fast in Vergessenheit. Heute wissen nur noch wenige um das Geheimnis der händischen Herstellung von Holzdraht. Ein Geheimnis, dem Franziska Oslmeier, wissenschaftliche Volontärin im Freilichtmuseum Finsterau, seit zwei Jahren nachgeht – mit großem Erfolg. Sie stieß auf so viele Objekte und Überlieferungen, dass sich das Freilichtmuseum im Frühjahr 2023 prompt entschloss, die Sonderausstellung „Hölzl Steckerl Staberl“ ins Leben zu rufen. Bezirkstagspräsident und Vorsitzender des Zweckverbands Niederbayerische Freilichtmuseen, Dr. Olaf Heinrich, eröffnete die besondere Ausstellung über die traditionsreiche Holzdrahtproduktion im Bayerischen Wald.

Die Highlights der Ausstellung: Ein originaler Webstuhl, den Oslmeier und ihre Kollegen mithilfe der Handweberei Moser aufstellten, motorisierte Hobelbänke und diverse Zündholzschachteln aus der Zeit vor und um 1900, die das Muzeum Šumavy Sušice als Leihgaben beisteuerte. Ursprünglich entstand die Holzdrahtproduktion als eine Errungenschaft der frühen Zündholzindustrie. Sie verbreitete sich von Wien bis in den Bayerischen Wald, wo das Handwerk noch lange die Wirtschaft prägte und viele Männer und Frauen in die sogenannte „Stess“ zog – so hießen die Rundstabwerkstätten in den hohen Lagen des Mittelgebirges beiderseits der Grenze zwischen Bayern und Tschechien. Gerade in den arbeitsärmeren Wintermonaten besserten viele Landwirte ihr karges Einkommen mit der Herstellung von Holzdraht auf.

In den vergangenen Jahren gelang es dem Freilichtmuseum Finsterau, seine Sammlung um diese Facette der Holznutzung im Bayerischen Wald zu erweitern. Neue Bildquellen und interessante Objekte zeigen die notwendige Kraft und das handwerkliche Geschick, das das Holzdrahthobeln verlangt und zeichnen das Bild eines eigentümlichen Kapitels der Wirtschaftsgeschichte der Region.

Oslmeier, die bei der Ausstellung zudem als Kuratorin fungiert, sagte bei ihrer Eröffnungsrede: „Die kleinen Dinge des Alltags in ein größeres Geschehen einordnen – so würde ich das Ausstellen im Museum im Kern beschreiben. Die kleinen Dinge lassen aber nicht immer erkennen, dass hinter ihnen Großes steckt. Das war auch hier der Fall, denn aus einem einzigen Hobel ist innerhalb von knapp zwei Jahren diese Ausstellung entstanden.“

Holzdraht reihe sich in ein umfangreiches Repertoire der Holzverarbeitung im Bayerischen Wald ein. Er bot eine breite Palette an Waren – von Zündhölzern bis hin zu Markisen und Rollvorhängen. „Der Holzdrahthobel revolutionierte in den 1820er Jahren die Arbeit in Zündholzfabriken. Ein einzelner Arbeiter konnte auf einen Zug hunderte Hölzer anfertigen, anstatt sie mühsam von Hand zu spalten. Es dauerte allerdings keine 30 Jahre, bis die sich stets wandelnden chemischen Rezepturen und die immer effizienteren Maschinen den Absatz der handgehobelten Hölzer zurückgehen ließen. Gut, dass man mit diesen Stöcken nicht nur Feuer machen konnte! Holzdraht ließ sich auch verweben. Halbtextile, rollbare Matten wurden in alle Welt verkauft – zum Schutz vor der Sonne Südfrankreichs oder gar Kaliforniens,“ so Oslmeier

Zum Glück, so Oslmeier, gebe es noch immer Menschen, die Holzdrahtproduktion selbst gelernt beziehungsweise beobachtet haben. „Aus ihren Werkstätten konnten wir viele interessante Objekte bergen, die alle einen Platz in der Ausstellung gefunden haben. Aber noch viel wichtiger: Wir haben die Chance, nach Zusammenhängen zu fragen und Prozesse zu erproben, um das Handwerk besser zu verstehen und für unsere Besucher aufzubereiten.“

Eine Sensation für die Region

„Was sich hinter dem Titel ‚Hölzl Steckerl Staberl‘ verbirgt, ist eine kleine Sensation für die Region,“ so Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Sie zeige, wie wichtig Museumsarbeit gerade auch im ländlichen Raum ist. **kh**

Hexenjagd gegen den Vater der „Kleinen Hexe“

Einen „differenzierten und qualifizierten Umgang“ mit dem herausragenden literarischen und pädagogischen Erbe des 1923 im nordböhmischen Reichenberg geborenen und 2013 in Prien am Chiemsee verstorbenen, weltberühmten Schriftsteller Otfried Preußler hat der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, angemahnt. Derzeit finde, ausgehend von einigen Lehrern, die das Pullacher Gymnasium, das nach Preußler heißt, umbenennen wollen, eine „richtiggehende Hexenjagd gegen den Vater der ‚Kleinen Hexe‘ und zahlreicher anderer Kinderbücher mit einer internationalen Millionenauflage statt.“

Preußler habe niemals geleugnet, als Teenager 1940 den Roman „Erntelager Geyer“ verfasst zu haben, der seine Erlebnisse mit dem so genannten „Jungvolk“ entsprechend dem nationalsozialistischen Zeitgeist wiedergibt: „An diesem Erstling Preußlers gibt es nichts zu beschönigen. Man darf aber nicht vergessen, dass der Autor nach drei Jahren Ostfront, fünf Jahren in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern und der Vertreibung aus der Heimat mit dem braunen Gedankengut restlos gebrochen und ein auf Toleranz und Völkerverständigung hinorientiertes Lebenswerk aufgebaut hat.“ Insbesondere das an eine sorbischen Legende anknüpfende Meisterwerk „Krabat“ sei eine warnende Auseinandersetzung mit dem Missbrauch junger Menschen durch dunkle Mächte. Von Preußler lasse sich lernen, wie verheerend der Nationalismus und die nationalsozialistische Ideologie waren, denen er in den dreißiger Jahren selbst erlag.

Kritische Auseinandersetzung ermöglichen

Mit Blick auf die Gefahr, dass derartiges Gedankengut in unserer Zeit wiederkehrt, ist das literarische Erbe Preußlers umso bedeutsamer. Die „Flucht nach Ägypten, königlich böhmischer Teil“ sei ein Roman für Erwachsene und als solcher das eindrucksvollste literarische Denkmal der Welt der Sudetendeutschen und der Tschechen vor der Vertreibung. Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe zeigte sich in diesem Zusammenhang erfreut über die hohe Anerkennung, die Preußler in der Tschechischen Republik genießt.

In den 54 Jahren seit der Entlassung aus sowjetischer Gefangenschaft habe der Schriftsteller nicht nur auf eindrucksvolle Weise sowohl als Lehrer als auch als Familienvater sein Schicksal gemeistert, sondern vielen Generationen von Jugendlichen, von China über Afrika bis Südamerika, eine Weltsicht vermittelt, die in ihrer friedenstiftenden Weise heute nötiger ist denn je. Mit Umbenennungen von Einrichtungen, die Preußlers Namen tragen, werde pädagogisch das Gegenteil von dem erreicht, was man vorgebe zu wollen: „Lieber sollte man diesen großen Erzähler für das würdigen, was er künftigen Generationen zu bieten hat – was niemanden daran hindern soll, sich auch kritisch mit seiner Lebensgeschichte auseinanderzusetzen.“ ❐

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6/2024, die am 14. März 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunaler Bau**
  Krankenhäuser · Pflegeheime · Schulen · Kindergärten
- **Kommunal-Marketing · Stadtmarketing**
- **Sicherheit und Arbeitsschutz,**
  Brand- und Katastrophenschutz · Extremwetterereignisse

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage zur Wasserkraftmesse RENEXPO INTERHYDRO vom 21. bis 22. März 2024 in Salzburg bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

Energiemanagement der landkreiseigenen Liegenschaften

Die Implementierung des Energiemanagements für die Liegenschaften des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen und die Umsetzung durch die Klimaschutzmanagerin Eva-Maria Raab kann beginnen. Die notwendigen Förderbescheide hat Landrat Manuel Westphal nun entgegennehmen können.

Der Freistaat Bayern und die Bundesregierung haben jeweils in ihren Klimaschutzgesetzen das Erreichen der Klimaneutralität bis 2040 bzw. 2045 fest verankert. Damit die gesteckten Ziele auch erreicht werden können, müssen die Emissionen von Treibhausgasen reduziert werden.

Vorbildfunktion

Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ist sich seiner Vorbildfunktion und Verantwortung bewusst und hat sich daher entschlossen ein kommunales Energiemanagement für die Liegenschaften des Landkreises einzuführen. Hierfür erhält der Landkreis Zuwendungen aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sowie des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz.

Die Bundesregierung sowie auch der Freistaat Bayern fördern die Einführung von einem Energiemanagement bei Kommunen für drei Jahre, welche ergänzend beantragt werden können. Durch die Inanspruchnahme der beiden Förderungen konnte ein Fördersatz von 90 Prozent der förderfähigen Kosten erreicht werden. Westphal konnte nun Ende Dezember alle Zuwendungsbescheide entgegennehmen. „Ich freue mich, dass wir nun mit dem Energiemanagement für unsere Liegenschaften starten und einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaneutralität leisten können“, betonte der Landrat.

Funktion eines Energiemanagements

Ein Energiemanagement ist ein wichtiges Instrument, um die Energieeffizienz von Liegenschaften und deren Anlagentechnik fortlaufend zu erhöhen sowie den Energieverbrauch und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen zu mindern. Im Zuge des kommunalen Energiemanagements können bereits mit einfachen und geringinvestiven Maßnahmen Erfolge erzielt werden, um einen dauerhaft sparsamen und effizienten Betrieb der Anlagentechnik und Gebäude zu ermöglichen.

Die Landkreisverwaltung wird zusammen mit dem externen Dienstleister Institut für Energietechnik (IfE GmbH) an der Ostbayerischen Hochschule Amberg-Weiden das Energiemanagement einführen und gemeinsamen während der dreijährigen Förderperiode umsetzen. Im Rahmen des Energiemanagements werden jährlich Energieberichte erstellt, die die Verbrauchsentwicklungen der Liegenschaften und somit die erzielten Einsparerfolge dokumentieren sollen. Das Institut für Energietechnik (IfE) GmbH wird die Landkreisverwaltung darüber hinaus bei investiven Maßnahmen beraten und bei der Implementierung einer Energiemanagementsoftware unterstützen. Durch Schulungen des Landkreispersonals auf deren Anlagentechnik sowie der Software wird eine Weiterführung auch nach der dreijährigen Förderung gesichert. ❐



Landrat Manuel Westphal. Bild: LK WUG / Felix Öder

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de
www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Teichrettung



RENEXPO INTERHYDRO

21. - 22. März 2024

Messezentrum Salzburg

Fachmesse für Wasserkraft



www.renexpo-interhydro.eu

MESSE ZENTRUM SALZBURG

zu den Tickets

RENEXPO INTERHYDRO

Bei der Renexpo Interhydro versammeln sich Hydro-Profis aller Sparten im Messezentrum Salzburg. Vom Planer, über den Betreiber bis hin zum Zulieferer und versierten Dienstleister ist hier Europas Wasserkraft in geballter Form vertreten. Die Messe gilt als wichtige Begegnungszone zum Netzwerken und gemeinsamen Weiterdenken. Sie fungiert als Impulsgeber, Innovationsmotor und Richtungsweiser innerhalb der Wasserwirtschaft. Aussteller und Besucher erwartet eine hochwertige Kontaktqualität rund um alle Belange der Wasserkraft.



Programm

- Energietalk
- Fachvorträge
- Podiumsdiskussion
- Expert Event „Rivermanagement & Ecology“

Personen

Unter anderem mit

- Dipl.-Ing. Dr. Josef Schwaiger
- Florian Streibl
- Hans-Josef Fell
- Barbara Becker
- Barbara Fischer-Auppele

Fachmesse für Wasserkraft

21. – 22. März 2024

Ausstellungsbereiche

- Planung und Baudurchführung
- Wasserfassung
- Gewässerschutz
- Kraftwasserleitungen
- Stromerzeugung
- Mess-, Regel- und Steuertechnik
- Krafthaus
- Sicherheitseinrichtungen
- Kraftwerkstypen
- Dienstleistungen

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 14. März 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 6

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Forderungen des Deutschen Städtetags zur Europawahl:

Europas Zukunft Richtung geben

Der Deutsche Städtetag hat für die Europawahl 2024 eine Reihe von Forderungen formuliert, um Europas Zukunft in die richtige Richtung zu lenken.

1. Europa an Werten und Rechtsstaatlichkeit ausrichten: Angesichts geopolitisch unruhiger Zeiten und einem Rechtsruck in einigen EU-Mitgliedsstaaten ist ein starkes Bekenntnis zu europäischen Werten wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit erforderlich. Die konsequente Anwendung des Rechtsstaatsprinzips sollte gewährleistet sein, ohne dass Haushaltszahlungen an Mitgliedsstaaten aufgrund von Verstößen den europafreundlichen Städten schaden.

2. Sozialen Zusammenhalt und Integration gemeinsam meistern: Der Deutsche Städtetag fordert, dass die Reform eines gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) zügig vorangetrieben und ein gerechtes europäisches Verteilsystem umgesetzt wird. Die Massenzustrom-Richtlinie muss verlängert werden. Die EU soll sich stärker den Problematiken der Binnenmigration annehmen und durch langlaufende Förderprogramme die Städte in ihren Integrationsbemühungen unterstützen. Systeme der sozialen Sicherheit müssen koordiniert werden, um die Freizügigkeit zu wahren und Missbrauch zu verhindern.

3. Digitale Transformation ohne Hürden ermöglichen: Ein klarer regulativer Rahmen für die Nutzung von Daten durch Städte sollte geschaffen werden, um das Potenzial Künstlicher Intelligenz im Verwaltungshandeln zu nutzen. Offene Standards sind zu verwenden, um digitale Abhängigkeiten von Dritten zu vermeiden.

4. Städte als zentrale Akteure für ein klimaneutrales Europa und in der Umsetzung des Green Deals unterstützen: Die europäischen Rahmenbedingungen müssen Städte befähigen, den Ausbau der erneuerbaren Energien schnell umzusetzen. Für Maßnahmen hinsichtlich der Energieeffizienz, insbesondere von Gebäuden, braucht es sowohl den Blick auf das Quartier als auch mit nationalem Recht im Einklang stehende Sanierungsvorgaben. Die Energieeinsparvorgaben für den öffentlichen Sektor sind ambitioniert. Neben dem öffentlichen Bereich müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Auch muss die EU einen Rahmen schaffen, um die Erzeugung, die Nutzung und den Transport von grünem Wasserstoff innerhalb der EU zu fördern. Diese hat zudem für einen funktionierenden Gas- und Strombinnenmarkt Sorge zu tragen und muss den Aufbau einer grenzüberschreitenden Netzinfrastruktur zügig vorantreiben.

5. Gesunde und umweltfreundliche Städte fördern: Saubere, gesunde und umweltbewusste Städte sind ein elementa-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Bayern fordert:

„Agenda 2030" für die Wirtschaft

Der Bayerische Ministerrat hat eine Bundesratsinitiative für eine steuer- und wirtschaftspolitische Agenda 2030 für Deutschland beschlossen - mit der Forderung nach kräftigen Steuersenkungen für Unternehmen als zentralem Punkt. Zur Stärkung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit seien „eine substanzielle Weiterentwicklung des Steuerrechts sowie eine zukunftsorientierte Energiepolitik dringend erforderlich", heißt es in der Initiative.

Um die Attraktivität des Standorts Deutschland effektiv zu steigern, fordert Bayern unter anderem eine Senkung der Unternehmenssteuerbelastung auf ein Niveau von 25 Prozent und eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle. Neben steuerlichen Anreizen für die Leistung von Überstunden und Mehrarbeit soll die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter dauerhaft wiedereingeführt werden. Ebenso steht die Einführung einer dauerhaften degressiven Gebäudeabschreibung zur Stabilisierung der privaten Investitionen im Wohnungsbau auf der Agenda.

Auch setzt sich die Staatsregierung dafür ein, den bereits beschlossenen Abbau von Steuerentlastungen beim Agrardiesel für Landwirte zurückzunehmen und eine Steuerbefreiung für Biokraftstoffe, die in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden, einzuführen. Darüber hinaus will das Kabinett eine Risikoausgleichsrücklage ermöglichen, damit Landwirte selbst steuerliche Rücklagen für schlechte Jahre bilden können.

In der Gastronomie soll wieder der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gelten und zwar künftig auch für Getränke. Die Stromsteuer soll auf das europäische Mindestmaß abgesenkt und der Ausstieg aus der Kernenergie erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Zudem wendet sich das Kabinett gegen zusätzliche Bürokratie im Steuerrecht „durch die rein ideologisch motivierte Abschaffung der Lohnsteuerklassen III und V".

Einst sei Deutschland die Lokomotive der EU gewesen, heute sei man die rote Laterne, erklärte Finanzminister Albert Füracker. Es brauche eine Kurswende: „Bayern liefert, was Deutschland benötigt: effektive und wirkungsvolle Maßnahmen statt dem kosmetischen Klein-Klein der Ampel im Wachstumschancengesetz." **DK**

Fachkonferenz der Bundes-SGK:

Kommunen im Wandel – Sicherheit in der Transformation

Unter dem Thema „Kommunen im Wandel – Sicherheit in der Transformation" setzte sich die Bundes-SGK in Potsdam mit den vielfältigen Anforderungen der Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft aus kommunaler Perspektive auseinander. In diesem Umfeld stehen Herausforderungen wie fehlende öffentliche Finanzmittel für dringend notwendige Infrastrukturinvestitionen, steigende Kosten für Energie und Bauinvestitionen, Arbeitskräftemangel aufgrund des demografischen Wandels und die Bedrohungen einer von Krieg und Krisen geschüttelten Welt. Ziel ist eine sozial gerechte Gesellschaft, in der die öffentliche Daseinsvorsorge gestärkt ist und ein starker Staat notwendige Investitionen fördert sowie durch soziale Dienstleistungen Sicherheit im Wandel schafft.

Die Fachkonferenz behandelte eine Reihe von Themen, darunter die kommunale Energie- und Wärmewende, Fachkräftemangel und Digitalisierung in der Verwaltung, bezahlbares Wohnen in wachsenden Städten, Transformationsprozesse in ländlichen Räumen, Fortschritte in der Mobilitätswende, Beteiligung in der Transformation (kommunale Entwicklungsbeiräte), Klimaanpassung und Katastrophenschutz sowie Kommunen und Europa in der Transformation.

Massive Lücke auf dem Arbeitsmarkt

Zudem bot die Tagung eine Plattform für Diskussionen und den Austausch mit wichtigen Persönlichkeiten aus der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Unter den Teilnehmern war Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, der aufgrund der demografischen Entwicklung vor einer massiven Lücke auf dem Arbeitsmarkt warnte. Im kommenden Jahrzehnt gingen zahlreiche geburtenstarke Jahrgänge in Rente. Bis 2035 müssten sieben Millionen Arbeits- und Fachkräfte ersetzt werden. Um diese Lücke zu füllen, müsse der Staat alle Register ziehen.

Faktor Qualifizierung

Als wichtigen Faktor nannte Heil die Qualifizierung: Zwei Drittel der Langzeitarbeitslosen hätten keine abgeschlossene Berufsausbildung. In diesem Zusammenhang hob er die wichtige Rolle der Jugendberufsagenturen hervor. Sie leisteten einen entscheidenden Beitrag, um sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler eine Chance auf berufliche Ausbildung haben. Nachholbedarf sieht der Minister zudem bei der Frauenerwerbsarbeit sowie der Inklusion am Arbeitsmarkt. Dagegen ist für Heil eine Anhebung des Renteneintrittsalters keine Option.

Geflüchtete in Arbeit bringen

Um den Fachkräftemangel auszugleichen, wolle die Bundesregierung gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und Kommunen Geflüchtete verstärkt in Arbeit bringen, führte der Bundesarbeitsminister weiter aus. Dafür soll der sogenannte Job-Turbo sorgen. Ziel ist es, das Potenzial der geflüchteten Menschen schnellstmöglich im Arbeitsalltag einzusetzen und ihre fachlichen Kompetenzen zu nutzen. Sie sollen enger betreut und gezielter vermittelt werden. Konkret heißt das: Wer einen Integrationskurs absolviert hat, soll selbst bei nicht perfekten Deutschkenntnissen so schnell wie möglich Arbeitserfahrung sammeln und sinnvoll weiter qualifiziert werden. Von den 1,1 Millionen Menschen, die Deutschland aus der Ukraine aufgenommen haben, hätten bereits 160.000 Menschen aus der Ukraine seit Kriegsausbruch in Deutschland eine Anstellung gefunden, erklärte Heil. Doch reiche dies bei weitem nicht aus.

Die Nachrichten über das im November 2023 durch das Recherchenetzwerk Correctiv auf-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ministerpräsidentenkonferenz zur Asylpolitik:

Für mehr Klarheit und Geschwindigkeit

Geht es nach dem Willen der Bundesländer, soll sich die Bundesregierung deutlich gegenüber einer möglichen Verlagerung von Asylverfahren in Länder außerhalb der EU positionieren. Bis zur nächsten Bund-Länder-Runde am 20. Juni sei die sogenannte Drittstaatenlösung zu prüfen, wurde nach Beratungen mit Bundeskanzler Olaf Scholz beschlossen.

Zudem soll bald feststehen, wann die im November 2023 vereinbarte Bezahlkarte für Asylbewerber kommt. Sie soll teilweise Bargeld-Auszahlungen ersetzen und damit verhindern, dass die Flüchtlinge Geld in ihre Heimatländer überweisen. In dem gemeinsamen Beschluss fordern die Regierungschefs der Länder den Bund auf, dafür zu sorgen, dass der Bundestag einen entsprechenden Entwurf dazu rasch verabschiedet.

Söder: Nichts Neues

Unzufrieden mit den Beratungsergebnissen zeigte sich Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Das reicht nicht: Die Ministerpräsidentenkonferenz war wieder nur eine Bestandsaufnahme und hat nichts Neues gebracht. Es braucht endlich eine grundlegende Wende der Migrationspolitik in Deutschland. Länder und Kommunen sind überfordert und die Ampel unternimmt zu wenig dagegen. Die politische Stabilität des Landes darf nicht aus ideologischen Gründen in Gefahr geraten. Es müssen umgehend Maßnahmen gegen die illegale Migration getroffen werden", machte Bayerns Regierungschef deutlich.

Bayern und Sachsen: Statt Bürgergeld wieder die normalen Leistungen

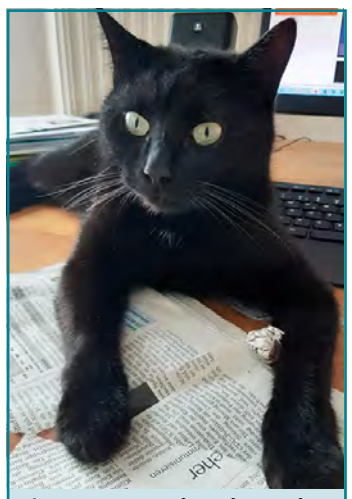
Bayern und Sachsen forderten in einer gemeinsamen Protokollnotiz, dass neu ankommende ukrainische Flüchtlinge künftig statt Bürgergeld wieder die normalen Leistungen für Asylbewerber erhalten. Asylbewerber sollten erst nach frühestens fünf statt drei Jahren volle Sozialleistungen erhalten. Bayern und Sachsen verlangen zudem, alle notwendigen rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, damit antisemitische Straftäter und Feinde unserer Verfassung ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren und konsequent abgeschoben werden können.

Enttäuschung auch beim Deutschen Landkreistag: Der Verband verlangt mehr Abschiebungen und dringt auf mehr Geschwindigkeit in der Migrationswende. Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland erklärte Präsident Reinhard Sager: „Das Treffen hat erneut keinen wirklichen Fortschritt in der Migrationspolitik gebracht. Das ist schwer nachvollziehbar, auch wenn manche Maßnahmen umgesetzt worden sind."

Kaum Rückführungen

Das gelte etwa für die Bezahlkarte, die zwar auf den Weg gebracht worden sei, aber kaum vor Ende des Jahres umgesetzt sein würde. „Eine spürbare Intensivierung der Anstrengungen bei der lange angekündigten Rückführungsoffensive sehen wir nicht – kaum Abkommen mit möglichen Aufnahmestaaten, kaum Rückführungen in die Tür-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Pino, unser Rathauskater, bezweifelt, dass der heutigen Gesellschaft das Wohlergehen der jüngeren Generation am Herzen liegt. Anders seien für ihn weder BAföG-Reform noch Generationenkapital erklärbar. **Seite 13**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Bayerischer Aktionsplan „Queer für alle Menschen"? 2
Eisenreich: Neuer Höchststand bei Hass und Hetze 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
KPV: Starke Frauen in die bayerische Kommunalpolitik! 3
Tag der Archive in Bayern: Essen und Trinken 3
Landwirte machen zahlreiche Entbürokratisierungsvorschläge .3
Wasser • Abwasser . . . . . .5 - 6
Kommunale Bauthemen . . . . . .7 - 8
Kommunale Finanzthemen . . . . . .9 - 10
Sicherheit • Katastrophenschutz 11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 12 - 14

Bayerischer Aktionsplan:

QUEER für alle Menschen?

Der Bayerische Aktionsplan QUEER ist ein integraler Bestandteil der im Koalitionsvertrag von CSU und Freie Wähler fest verankerten Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung. Er dient als deutliches Signal an LSBTIQ-Personen sowie an die Gesamtheit der Gesellschaft. Unabhängig von geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung strebt der Aktionsplan danach, allen Menschen in Bayern ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes, diskriminierungs- und gewaltfreies Leben zu ermöglichen. Die Maßnahmen des Bayerischen Aktionsplans QUEER zielen darauf ab, Bewusstsein zu schaffen, Sensibilität zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, so verkündete das zuständige Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.

Der Auftakt dieses Prozesses wurde durch einen Runden Tisch im Juli 2023 eingeleitet. Für das Jahr 2024 ist ein umfassender Beteiligungs- und Erarbeitungsprozess geplant, bevor der Aktionsplan Ende 2025 präsentiert werden soll und ab 2026 in die Umsetzung geht.

Bündnis queerer Akteure

Im Herbst 2023 hat ein breites Bündnis von nicht staatlichen Akteuren, bestehend aus queeren zivilgesellschaftlichen Organisationen, einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt (https://www.lsvd.de/media/doc/10564/zivilgesellschaftlicher-massnahmenkatalog_aktionsplan-queer_lsvd-bayern-komprimiert.pdf) der vom LSVD (Lesben und Schwulenverband) an die zuständige Sozialministerin Ulrike Scharf übergeben wurde. Der Maßnahmenkatalog beinhalte, laut Pressemitteilung des Verbands, „Über 120 Maßnahmen gegen Queerfeindlichkeit in Bayern“ und, so der Wunsch des Bündnisses, soll als inhaltlich-fachliche Grundlage für den weiteren Erarbeitungsprozess eines bayerischen „Aktionsplan QUEER“ dienen: „Die beteiligten Community-Organisationen wollen sich beim geplanten Erarbeitungsprozess des Sozialministeriums bis Ende 2025 fachlich einbringen, den Prozess aber auch kritisch begleiten.“

Aus dem Bayerischen Sozialministerium heißt es, dass der Aktionsplan QUEER ohne inhaltliche Vorfestlegung und ergebnisoffen erarbeitet wird: „Diskussionsgrundlage für das Beteiligungsverfahren ist neben dem Input aus Kommunen, Verbänden, Organisationen und von Einzelpersonen vor allem der Input aus den bayerischen LSBTIQ-Communities. Der Zivilgesellschaftliche Maßnahmenkatalog wird ebenso im Beteiligungsverfahren als Diskussionsgrundlage herangezogen.“ Auf die Frage der Bayerischen GemeindeZeitung, ob Frauen- und Kinderschutzverbände, Schul- und Lehrerverbände an der Erarbeitung beteiligt waren und ob jede der genannten Maßnahmen Queerfeindlichkeit beträfe, verwies das Ministerium in einem Antwortschreiben auf den LSVD und die aufgelisteten Mitwirkenden im Maßnahmenkatalog selbst: „Das Beteiligungsverfahren steht selbstverständlich auch für alle genannten Verbände offen.“

Das gesamte Beteiligungsverfahren soll transparent durchgeführt und dokumentiert werden, sagt man im Sozialministerium. Aktuelle Informationen zum Beteiligungsverfahren sind unter folgendem Link zu finden: www.aktionsplan-queer.bayern.

Erbitterte Ablehnung

Es ist zu erwähnen, dass nach einer massiven Welle der Empörung und einer Fülle von kritischen Einträgen die interaktive Ideenpinnwand „vorübergehend offline“ genommen wurde, jedoch „baldmöglichst“ wieder zur Verfügung stehen soll. Vorschläge können wieder eingereicht werden, sollen aber nur noch moderiert veröffentlicht werden.

Einige der vorgestellten Maßnahmen aus dem Katalog stießen auf deutliche Ablehnung, bspw. die Forderung „Der Freistaat Bayern soll darauf hinwirken, dass an allen bayerischen Bildungsinstitutionen geschlechtsneutrale Sanitäranlagen und Umkleiden zur Verfügung stehen. Der Einsatz von Einzelanlagen sollte dabei geprüft werden“. Auf die Frage, ob die individuellen Bedürfnisse derjenigen Mitglieder der Gesellschaft, die sich nicht als Teil der queeren Community sehen, Rücksicht genommen wird, z.B. wenn Schülerinnen keine geschlechtsneutralen Sanitäranlagen und Umkleiden wünschen, antwortete das Ministerium: „Das Beteiligungsverfahren für einen Bayerischen Aktionsplan QUEER richtet sich ausdrücklich an die gesamte bayerische Gesellschaft und alle gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen.“

Kommunen sind (noch) nicht in die Beratung involviert

Im Maßnahmenkatalog stehen eine Reihe von Forderungen, die die bayerischen Kommunen betreffen. Noch sind Kommunalverbände, nach Aussage des Ministeriums, nicht in die Beratung involviert: „Im Rahmen des Beteiligungsprozesses wurde eine eigene Arbeitsgruppe „Kommunale Aktionspläne“ eingerichtet. Ein durch die Staatsregierung verfasster Bayerischer Aktionsplan QUEER wird selbstverständlich das übliche Beteiligungsverfahren durchlaufen.“ An den „Kommunalen Aktionsplänen“ können Interessenten mitwirken: (https://aktionsplan-queer.bayern/queer/de/process/59085/singleContent/11).

Partner des Bayerischen Sozialministeriums in der Erarbeitung sind der Bayerische Jugendring (BJR) und das JFF – Institut für Medienpädagogik. **CH**

Bayerischer Landtag lobt Bürgerpreis 2024 aus

Leitthema „Nie wieder ist jetzt!

Ehrenamtliches Engagement für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie“

Bis zum 30. April 2024 können sich ehrenamtlich getragene Initiativen und Projekte bewerben, die sich mit großem Engagement der Erinnerungskultur verschreiben und sich dafür einsetzen, dass sich Ereignisse aus der Geschichte nicht wiederholen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Wir wollen aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft. Deshalb möchten wir mit dem Bürgerpreis 2024 generationenübergreifendes ehrenamtliches Engagement im Bereich der Erinnerungskultur und für unsere Demokratie auszeichnen.“

Die bayerische Volksvertretung würdigt mit der Auszeichnung wieder herausragendes ehrenamtliches Engagement im Freistaat. Das Leitthema lautet diesmal „Nie wieder ist jetzt! Ehrenamtliches Engagement für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie“. Unter dem Motto „Aus der Vergangenheit lernen – in Generationen denken“ richtet sich die Auslobung an ehrenamtliche Initiativen, die sich für Vielfalt und Offenheit einsetzen und dafür, dass demokratische Werte und die Menschenwürde die Grundprinzipien des staatlichen und gesellschaftlichen Handelns bleiben.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Hass und Hetze, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft haben zugenommen. Die Demokratie wird bedroht Deshalb möchten wir mit dem Bürgerpreis 2024 generationenübergreifendes ehrenamtliches Engagement für die Erinnerungskultur und unsere Demokratie auszeichnen.“

Nur eine Gesellschaft, die ihre Geschichte kennt und ihre Lehren daraus zieht, die Zeitzeugen zuhört und einen Austausch zwischen den Generationen fördert, eine Gesellschaft, die historische Orte würdigt und Biografien erlebbar macht und für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie einsteht, kann dieser Entwicklung entgegentreten und eine starke und zuversichtliche Gesellschaft sein.

Der Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2024 richtet sich deshalb insbesondere an ehrenamtliche Initiativen im Bereich Erinnerungskultur, die sich dafür einsetzen, dass sich Ereignisse aus der Geschichte nicht wiederholen. Zudem steht besonders ehrenamtliches Engagement im Fokus, bei dem sich Menschen den besorgniserregenden Entwicklungen mit aller Kraft entgegenstellen.

Die Preisträgerinnen und Preisträger werden von einem Beirat unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Ilse Aigner ausgewählt. Der Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2024 ist mit insgesamt 50.000 Euro dotiert. Eine Teilausschüttung des Preisgeldes bleibt vorbehalten. Zudem kann das jeweilige Preisgeld auch in Teilsummen auf mehrere Preisträgerinnen und Preisträger aufgeteilt werden. Das Preisgeld ist zweckgebunden und für die Förderung des prämierten Projekts oder dessen Fortentwicklung einzusetzen.

Die Preisverleihung ist für den 17. Oktober 2024 im Bayerischen Landtag geplant.
Informationen: www.buergerpreis-bayern.de ❐

Justizminister Eisenreich:

Neuer Höchststand bei Hass und Hetze

Im vergangenen Jahr haben die bayerischen Behörden 3.115 neue Verfahren wegen Hass und Hetze im Internet eingeleitet. Nach Angaben von Justizminister Georg Eisenreich ist dies ein Plus von 28 Prozent gegenüber 2022. Damit sei ein neuer Höchststand erreicht worden. Die Angriffe seien besonders häufig fremdenfeindlich oder antisemitisch motiviert.

Der Großteil der Ermittlungsverfahren (2.657) richtete sich bayernweit gegen bekannte Täter (+ 40 Prozent); 458 Verfahren (- 14 Prozent) wurden gegen Unbekannt geführt. Im Bezirk der Generalstaatsanwaltschaft München waren es 1.664 Verfahren gegen bekannte Täter und 319 gegen Unbekannt. Im Bezirk der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg wurden 613 Verfahren gegen bekannte, 85 gegen unbekannte Täter sowie bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg 380 gegen bekannte und 54 gegen unbekannte Täter verzeichnet.

Justiz schützt die Opfer

Wie Minister Eisenreich erläuterte, hätten der Terror-Angriff auf die Hamas im vergangenen Oktober und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine Hass und Hetze noch einmal neuen Nährboden gegeben. Er wünsche sich, dass möglichst viele in der Gesellschaft Hass offen widersprechen – sei es am Stammtisch, in der Arbeit, am Gartenzaun oder im Internet. Eisenreich: „Ich will alle Opfer von Hasskriminalität ermutigen: Die Justiz lässt Sie nicht allein. Zeigen Sie die Täter an!“

Hate-Speech-Beauftragter

Um Hass und Hetze im Netz effektiv und schlagkräftig zu bekämpfen, hatte der Minister mit Klaus-Dieter Hartleb bereits zum 1. Januar 2020 Deutschlands ersten Hate-Speech-Beauftragten zentral für die bayerische Justiz bestellt. Nach Staatsanwältin Teresa Ott wurde nunmehr Staatsanwalt David Beck als neuer Beauftragter eingeführt. Schon bei der Staatsanwaltschaft Kempten habe er sich mit großer Tatkraft dem Kampf gegen Hass und Hetze gewidmet und so wertvolle Erfahrungen sammeln können, betonte Eisenreich. **DK**

Massive Zunahme bei öffentlicher Klage

In insgesamt 728 Verfahren wurde öffentlich Klage erhoben, im Vorjahr waren es 488 Verfahren. In 567 Verfahren erging 2023 eine Verurteilung oder ein Strafbefehl. Davon sind 411 Verfahren bereits rechtskräftig abgeschlossen (151 mehr als im Vorjahr).

Von den Verfahren waren 568 fremdenfeindlich (2022: 401 Verfahren; +42 Prozent), 481 antisemitisch (2022: 387 Verfahren; +24 Prozent). In 112 Verfahren wurden die Opfer wegen ihrer sexuellen Orientierung oder sexuellen Identität angegriffen, im Vorjahr 38 (+ 195 Prozent). 78 Verfahren waren islamfeindlich (2022: 41 Verfahren; +90 Prozent), 64 behindertenfeindlich (2022: 64 Verfahren) und 10 christenfeindlich (2022: 3; + 233 Prozent) motiviert.

In 376 Verfahren waren die Geschädigten im Jahr 2023 weiblich, im Jahr davor waren es 214 (+ 76 Prozent). 61 Verfahren wurden wegen frauenfeindlicher Hate Speech geführt (2022: 44; + 61 Prozent). Beim bundesweiten Aktionstag zur Bekämpfung von Frauenfeindlichkeit im Internet am 7. März durchsuchten Ermittler bayernweit Wohnungen. Sie ermitteln gegen acht Männer und zwei Frauen, im Alter von 24 bis 68 Jahren. Bei einem Großteil der Taten handelte es sich um Beleidigungen und Volksverhetzungen gegen Politikerinnen.

Bayerischer Ministerrat:

Startschuss für PISA-Offensive

Mit Details zur PISA-Offensive Bayern wartete Kultusministerin Anna Stolz nach einer Sitzung des bayerischen Ministerrats in München auf. Vor Pressevertretern verwies sie darauf, dass es sich hier um das Ergebnis eines umfassenden und breiten Dialogs mit zahlreichen Verbänden, der gesamten Grundschulfamilie und der Wissenschaft handle. Im Mittelpunkt stehe die Stärkung der Fächer Deutsch und Mathematik in der Grundschule, für die künftig insgesamt sechs Stunden mehr Zeit zur Verfügung stehen werden.

So wird ab dem kommenden Schuljahr in allen vier Jahrgangsstufen die Anzahl der Deutschstunden jeweils um eine Stunde erhöht. Zudem wird es in der ersten und dritten Jahrgangsstufe je eine zusätzliche Mathematikstunde geben. Um dieses Mehr an Zeit für Deutsch und Mathematik im Stundenplan zu ermöglichen, können die Schulen mithilfe eines flexiblen Rahmens individuelle Schwerpunkte setzen. Wichtig dabei: „Es bleiben alle Fächer erhalten, kein Fach wird gestrichen“, betonte die Ministerin.

Spracherwerb, Integration, Wertebildung

Neu zugewanderten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine erfolgreiche schulische Integration zu ermöglichen, bleibe eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen. Kernpunkt seien dabei Spracherwerb, Integration sowie Werte- und Demokratiebildung. Die Staatsregierung führe deshalb die bestehenden Fördermaßnahmen für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler, die altersmäßig den Jahrgangsstufen 5 und 6 zuzuordnen sind, zu einem neuen Instrument der schulischen Erstintegration zusammen.

Laut Ministerpräsident Markus Söder ist Sprache der erste Schritt zu einer gelungenen Integration. „Deswegen legen wir den Fokus verstärkt auf das Deutschlernen. Künftig gibt es vor der Einschulung verpflichtende Sprachtests für alle. Nur mit ausreichend Deutschkenntnissen ist der Besuch des regulären Unterrichts sinnvoll. Wir wollen Integration ab dem ersten Schultag. Das gelingt nur, wenn eine gemeinsame, gute Verständigung möglich ist.“

Entschlossen setzt die Staatsregierung auch den digitalen Wandel an den bayerischen Schulen um: Ab dem Schuljahr 2024/25 wird, beginnend mit den staatlichen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, ermöglicht, die 1:1-Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten schrittweise zu realisieren. Stolz zufolge setzt der Freistaat damit Maßstäbe und geht – nach digitalen Klassenzimmern, Leihgeräten und Fortbildungen – den nächsten und entscheidenden Schritt auf dem Weg zur „Digitalen Schule der Zukunft“. **DK**

Stadtmarketing-Preis Bayern 2024

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger läutet den Bewerbungsstart zum Stadtmarketingpreis Bayern 2024 ein. Der Wettbewerb des bayerischen Wirtschaftsministeriums um die besten Ideen zur Innenstadtbelebung geht in die zwölfte Runde.

„Auch dieses Jahr suchen wir wieder kreative City- und Stadtmarketingkonzepte. Der Blick auf erfolgreiche Initiativen und Erfolgsgeschichten der vergangenen Jahre zeigt: Stadtmarketing wirkt! Überall dort, wo aktives Stadtmarketing betrieben wird, entwickeln sich Innenstädte, Handel und Gewerbe besser als anderswo. Die Kreativität unserer Städte und Stadtmarketingorganisationen revitalisiert unsere Innenstädte und steigert deren Attraktivität“, so der Minister.

Bis zum 5. Juni 2024 können sich Städte, Gemeinden und Stadtmarketingorganisationen mit ihren Projekten bewerben. Prämiert werden die besten fünf Ideen. Jeder Gewinner erhält ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro, das von folgenden Partnern des Wettbewerbs gestellt wird: Handelsverband Bayern HBE, Sparkassenverband Bayern, Aktionskreis City- und Stadtmarketing Bayern AKCS, Zentralverband der Immobilienwirtschaft ZIA und Günther Rid Stiftung für den bayerischen Einzelhandel. Weitere Partner sind der Bayerische Städte- und Gemeindetag sowie die Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland BCSD. Die Auszeichnung der Gewinner erfolgt im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung am 21. Oktober 2024 im bayerischen Wirtschaftsministerium.
Informationen: www.stadtmarketingpreis-bayern.de . ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karlheinz Albert
Gemeinde Neuendorf
am 17.3.

Bürgermeister Josef Demar
Gemeinde Großbardorf
am 18.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Mahl
Stadt Hilpoltstein
am 17.3.

Bürgermeister
Hans-Walter Hofmann
Markt Schnabelwaid
am 24.3.

Bürgermeister Josef Dollinger
Stadt Moosburg
am 25.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Stefan Rößle
Landkreis Donau-Ries
am 16.3.

Bürgermeister Willi Reiter
Gemeinde Ustersbach
am 22.03.

Bürgermeister Johannes Ruf
Markt Tussenhausen
am 22.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Lampe
Stadt Uffenheim
am 17.3.

Bürgermeister
Hermann Etzel
Gemeinde Egglham
am 21.3.

Bürgermeister
Stefan Jocher
Gemeinde Schlehdorf
am 27.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Iris Harms
Gemeinde Kühlenthal
am 26.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Andreas Eckl
Gemeinde Prackenbach
am 23.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

„Tag der Archive“ 2024 in Bayern:

Essen und Trinken

Alle zwei Jahre ruft der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) zum „Tag der Archive“ auf, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen der Archive zu lenken. Der bundesweite Aktionstag fand in diesem Jahr an den ersten drei Märztagen statt und stand unter dem Motto „Essen und Trinken“.

„Kann Bier politisch sein? Dieser und weiterer Fragen rund um den besonders feinen bayerischen Geschmack konnte am „Tag der Archive“ nachgespürt werden. Spannende Geschichten aus der Vergangenheit warteten darauf, entdeckt zu werden.

Die Staatlichen Archive Bayerns beteiligten sich an den Aktionstagen mit einem vielfältigen Programmangebot. Allein in München gaben 26 Archive am 1. und 2. März spannende Einblicke in ihre Bestände. In Würzburg organisierten Staatsarchiv, Stadtarchiv, Universitätsarchiv, Archiv und Bibliothek des Bistums Würzburg sowie das Historische Archiv der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH am 1. März gemeinsam „Geschmackvolle Geschichte(n)“ in der Würzburger Residenz. Gezeigt wurden zudem historische Küchenausstattungen und -geräte. Vertreten war dort auch der Lehrstuhl für Europäische Ethnologie, der Lesezirkel zum kulinarischen Erbe anbot.

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv und die Staatsarchive Amberg, Landshut und München öffneten am 2. März ihre Türen für Besucherinnen und Besucher. Flankierend zu den analogen Angeboten stellten sich die Archive im digitalen Raum vor und präsentierten Dokumente und spannende Geschichten rund um das Thema „Essen und Trinken“. Wie schon beim #TagDerArchive2022 veranstalteten die Staatlichen Archive Bayerns vom 29. Februar bis zum 9. März einen BlogSlam.

Erstmals beteiligte sich auch das Nabburger Stadtarchiv – seit 2022 in neuen, barrierefreien Räumlichkeiten – am Tag der Archive und widmete sich dem Thema „Bier-Geschichte in Nabburg“. Forschung in historischen Dokumenten muss nicht immer „trocken“ sein: Im Nabburger Archiv wurden u.a. Quellen zum Schwarzenfelder Bierkrieg und zum Streit um die warme oder kalte Gärung präsentiert.

Passend zum Motto „Essen und Trinken“ zeigte das Stadtarchiv Neumarkt i.d.OPf. Archivalien aus seinem Bestand, gewährte Einblicke in die Arbeitswelt eines Archivs, vermittelte Informationen zur Geschichte und bot literarische und kulinarische Genüsse.

Barrierefreie Einblicke

Das Stadtarchiv Nördlingen gilt wegen seiner einzigartigen Überlieferung aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit als das vielleicht bedeutendste Stadtarchiv im deutschen Kulturraum. Bei einer Führung durch das Archiv wurden die umfangreichen Bestände und herausragenden Quellen zur Stadtgeschichte sowie zum Motto „Essen und Trinken“ präsentiert.

In seiner Ausstellung „Ansichtssache. Fabriken im Bild“ stellte das Bayerische Wirtschaftsarchiv eine Auswahl seiner schönsten und eindrucksvollsten Firmenansichten vor. Zu sehen waren u.a. Darstellungen der Löwenbrauerei an der Nymphenburger Straße (1913), des ersten Fabrikbaus des Optikherstellers Rodenstock an der Isartalstraße (um 1898) und der Lokomotivfabrik von Georg Krauss auf dem Marsfeld (1882). Neben diesen Münchner Traditionsunternehmen waren u.a. auch die Lederer-Brauerei in Nürnberg (um 1900), die Wolfshöher Tonwerke im mittelfränkischen Neunkirchen am Sand (1906) oder die Augsburger Kammgarnspinnerei (1888) vertreten.

Mit einer Sonderausstellung zum Thema „#130JahreGVB – Tradition – Transformation – Teilhabe“ präsentierte sich der Historische Verein bayerischer Genossenschaften im Bayerischen Wirtschaftsarchiv. Nicht zuletzt zeigte die Ausstellung, dass immer wieder die Teilhabe der Mitglieder der entscheidende Motor für die Entwicklungen und Entscheidungen des Verbandes waren und sind.

Im Deutschen Museum wurden ausgewählte Stücke zur „Technik- und Wissenschaftsgeschichte in Farbe“ gezeigt. Das Bayerische Landesluftbildarchiv, untergebracht im Bayerischen Landesluftbildzentrum, präsentierte Luftbilder von den Anbaugebieten zahlreicher Ausgangsprodukte für die tägliche Nahrung. Besucher konnten beispielsweise die Schönheit und Vielfalt von Hopfenfeldern, Weinbergen, Getreidefeldern oder auch Karpfenweihern aus der Vogelperspektive entdecken. Außerdem wurden den Luftbildern historische Karten gegenübergestellt, die aufzeigten, wie früher die Anbauflächen dargestellt wurden.

Im Rahmen der Veranstaltung „Dinosaurier im Archiv – 180 Mio. Jahre alte Fossilien erzählen Geschichte“ öffnete die Hanns-Seidel-Stiftung die Tore zu einer faszinierenden Zeitreise durch die Vergangenheit der CSU. Ebenso gewährt wurde ein Einblick in die sonst nicht der Öffentlichkeit zugänglichen Räume von Archiv und Bibliothek des Bayerischen Landtags. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

in den bayerischen Wahllokalen geben genauso viele Frauen wie Männer ihre Stimmen ab, doch in kommunalpolitischen Gremien und Spitzenpositionen sind Frauen noch deutlich unterrepräsentiert. Um den Frauenanteil in kommunalen Gremien und Spitzenfunktionen erheblich zu verbessern, sind nicht nur mehr Frauen aufgerufen, sich aktiv in der Kommunalpolitik zu engagieren, sondern auch die Parteien sind aufgefordert, sich verstärkt für Kandidatinnen und mehr Frauenförderung in der Politik einzusetzen.

KPV: Starke Frauen in die bayerische Kommunalpolitik!

Als KPV haben wir hierzu unseren Beitrag geleistet und vor zwei Jahren die KPV-Initiative „Starke Kommunalpolitikerinnen“ ins Leben gerufen. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, Frauen innerhalb der bayerischen Kommunalpolitik zu unterstützen und eine wesentliche Erhöhung des Frauenanteils im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen 2026 zu erreichen.

So fand dieses Jahr im Rahmen des Weltfrauentages am 08. März 2024 zum zweiten Mal ein großer KPV-Kongress der CSU-Kommunalpolitikerinnen statt. Neben der Gelegenheit zur Vernetzung und dem lockeren Austausch unter den Kommunalpolitikerinnen gab es Impulsvorträge und gemeinsame Diskussionen, wie Frauen zum Engagement in der CSU motiviert und in der Kommunalpolitik mehr gefördert werden können.

Für die KPV ist klar: Es braucht mehr starke Frauen in der bayerischen Kommunalpolitik. Mit unserer KPV-Initiative werden wir daher weiterhin die Strukturen und Netzwerke für Frauen in der bayerischen Politik stärken.

Es ist an der Zeit, dass Frauen vermehrt politische Verantwortung übernehmen und ihre Perspektiven in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Dies ist ein wichtiger Baustein dafür, Bayerns Politik repräsentativer und zukunftsorientierter zu gestalten.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Überwältigende Teilnahme an Online-Umfrage:

Landwirte machen zahlreiche Entbürokratisierungs-Vorschläge

Die Belastung der Landwirte durch die Bürokratie hat inzwischen auch den politischen Alltag in Brüssel und Berlin erreicht. Zahlreiche Initiativen wurden hierfür in den letzten Tagen angekündigt. In Bayern wird längst nicht mehr nur darüber gesprochen, sondern schon konkret mit Hochdruck an Maßnahmen zur Entbürokratisierung gearbeitet.

Bereits im Dezember 2023 hatte die Bayerische Agrarministerin Michaela Kaniber die Initiative „Gemeinsam für schlankere Bürokratie“ gestartet. Ein erster Schritt endete nun. Von den 100.000 angeschriebenen landwirtschaftlichen Betrieben beteiligten sich rund 20.000 an der Online-Umfrage. Sie unterbreiteten zahlreiche Vorschläge, die in den kommenden Wochen systematisch ausgewertet werden. In einer ersten Blitzauswertung zeigte sich, dass 63,3 Prozent der Landwirte den wöchentlichen Aufwand für bürokratische Aufgaben als „zu hoch“ oder „eher zu hoch“ bewerten. „Dies deckt sich mit anderen Umfragen unter Betrieben, die Bürokratie als eines der belastenden Probleme nennen. Wir müssen die Rahmenbedingungen schnellstmöglich anpassen, wenn wir die Leistungsfähigkeit aller Beteiligten und Branchen erhalten wollen“, stellte Kaniber fest.

Als nächsten Schritt werden sich daher der eingesetzte Praktikerrat und ein Verwaltungsbeirat mit den Vorschlägen beschäftigen. Im Sommer ist dann auch eine Beteiligung der Verbände vorgesehen. „Jeder kennt den alten Spruch von Lenin: ‚Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser‘. Wo es nur geht, müssen wir das umdrehen: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser“, so die Ministerin weiter.

Bayern hatte das Thema Entbürokratisierung bereits durch einen eigenen Antrag bei der Agrarministerkonferenz im letzten Herbst auf Bundesebene auf die Tagesordnung gebracht und wird sich auch bei den Debatten im Bund und in Europa mit eigenen Vorschlägen einbringen. Erste Ansatzpunkte für eine schlankere Bürokratie wurden bereits diese Woche, zusammen mit Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg, in den Agrarausschuss des Bundesrates eingebracht. Darunter etwa die Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung, eine Vereinheitlichung der Abstandsregelungen zu Gewässern und von Terminen und Fristen. „Ich hoffe, dass auch das nächste Bundesratsplenum ein entsprechend starkes Signal in dieser Hinsicht setzt“, so die Ministerin abschließend. ❒

Bayerns Innenminister Herrmann und Österreichs Innenminister Karner:

Engere Zusammenarbeit zwischen Bayern und Österreich

Intensivere Bekämpfung des Rechtsextremismus und von Schlepperbanden
Österreich plant Bezahlkarte für Asylbewerber nach bayerischem Vorbild

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat in Wien mit dem österreichischen Bundesinnenminister Gerhard Karner eine intensivere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus vereinbart. „Zwischen bayerischen und österreichischen Rechtsextremen bestehen zahlreiche Kontakte und ein reger Austausch, unter anderem bei der Identitären Bewegung“, erklärte Herrmann. Verbindende Elemente seien der Hass gegen Flüchtlinge und die Ablehnung der Europäischen Union. „Wir müssen deshalb den Rechtsextremismus auf allen Ebenen und auch grenzüberschreitend noch konsequenter bekämpfen“, betonte Herrmann.

Dabei geht es insbesondere um den Informationsaustausch. Herrmann: „Wir müssen unsere Erkenntnisse über die internationalen Kontakte von Rechtsextremisten unsererseits noch besser vernetzen.“ Das Erstarken rechtsextremistischer Kräfte in ganz Europa sei ein besorgniserregendes Alarmsignal. „Daher wird das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz die Zusammenarbeit mit seinen österreichischen Kollegen intensivieren“, kündigte Herrmann an. Die Kooperation mit dem primär für Deutschland zuständigen Bundesamt für Verfassungsschutz bleibe davon unberührt.

Aktuelle Migrationslage

Ein weiterer Schwerpunkt des Ministertreffens war die aktuelle Migrationslage. In Bayern wie in Österreich seien bereits viele Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen an der Belastungsgrenze. „Während die deutsche Bundesregierung bei der Eindämmung der illegalen Migration die völlig falschen Schwerpunkte setzt, bin ich der österreichischen Bundesregierung für die klare und stringente Migrationspolitik sehr dankbar“, bilanzierte Herrmann. Einig sei man sich insbesondere, dass Grenzkontrollen innerhalb der Schengenstaaten solange notwendig sind, wie der EU-Außengrenzschutz noch nicht ausreichend funktioniere. „Vor allem menschenverachtenden Schleusern muss konsequent das Handwerk gelegt werden“, forderte Herrmann. „Daher werden wir die Kooperation zwischen der Bayerischen Grenzpolizei und der österreichischen Polizei weiter intensivieren, insbesondere beim Austausch über aktuelle Lageentwicklungen und Vorgehensweisen von Schleusernetzwerken.“ Insgesamt haben 2022 die Bayerische Grenzpolizei, die Bundespolizei und die österreichische Polizei in Bayern und Österreich insgesamt rund 2.500 Schleuser festgenommen.

Keine Gelder ins Ausland

Der Bekämpfung krimineller Schleuserbanden dient laut Herrmann auch die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber: „Damit können wir verhindern, dass Gelder ins Ausland überwiesen und dort in weitere Schleusungen investiert werden.“ Es sei die richtige Entscheidung, dass die österreichische Bundesregierung ebenfalls eine solche Bezahlkarte nach bayerischem Vorbild einführen möchte.

Zuzugsanreize senken

„Je mehr europäische Länder die Zuzugsanreize senken, desto weniger attraktiv wird es, sich außerhalb der legalen Migration auf den Weg nach Europa zu machen“, ist sich Herrmann sicher. Mit den Vorbereitungen zur Einführung einer bayerischen Bezahlkarte sei Bayern bereits sehr weit. Derzeit laufe das Vergabeverfahren. Ziel sei es, den Zuschlag in der zweiten Hälfte des Februars zu erteilen. Ende März könne die bayerische Karte in vier Pilotkommunen im Einsatz sein. Im Laufe des zweiten Quartals solle die Bezahlkarte bayernweit ausgerollt werden. ❒

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf:

Sozial ist, was Vertrauen schafft!

„Bundesregierung zerstört Vertrauen in die Demokratie“

Bayerns Sozialministerin und weitere stellvertretende Ministerpräsidentin Ulrike Scharf betonte in ihrer Rede zur Aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag: „Sozialleistungen dienen der sozialen Sicherung und nicht dem Kauf von Vertrauen oder Extremismusprävention. Soziale Geschenke sind sozialer Sprengstoff und können nicht verdecken, dass die Bundesregierung knallhart an der Lebensrealität gescheitert ist und täglich mehr Glaubwürdigkeit und Vertrauen verspielt.“

Dieser Sturzflug dürfe so nicht weitergehen. „Es ist mein Ziel, Talente zu fördern, statt Politikverdrossenheit zu schaffen. Wir müssen aktivieren, statt alimentieren. Keine Politik von gestern, die wir uns nicht mehr leisten können – Politik für morgen, für Chance und Teilhabe“ sei die Devise. Die Bayerische Staatsregierung stehe für Miteinander und Vertrauen in die Politik. „Dieser Grundkonsens hält unseren Freistaat zusammen.“

Sozial sei, was gerecht ist, was Chancen bietet, was Vertrauen schafft. „Wir brauchen sozialen Ausgleich statt sozialer Spannungen. Wir müssen die Sozialausgaben auf solide Beine stellen und in Richtung Aktivierung steuern. Hilfe zur Selbsthilfe ist nachhaltig und sozial! Arbeit und Soziales sind zwei Seiten einer Medaille. Die Menschen müssen an sich selbst spüren, dass sich Leistung lohnt. Wir brauchen einen akzeptierten Sozialstaat, der mit seinem sozialen Netz diejenigen auffängt, die Hilfe benötigen. Die Solidarität darf durch ideologisch getriebene Projekte der Bundesregierung, wie der Kindergrundsicherung oder dem Bürgergeld, nicht gefährdet werden“, so Scharf. ❒

LandFrauen-Präsidentin:

Aufruf zur Wahl von Frauen

Der März markiert traditionell einen wichtigen Zeitpunkt für frauenpolitische Anliegen. Gleichberechtigung bedeutet auch, dass Frauen auf allen Ebenen und in allen Entscheidungsprozessen vertreten sind – insbesondere in der Politik. Doch aktuellen Berechnungen des Weltwirtschaftsforums (WEF) zufolge wird es ganze 162 Jahre dauern, bis der Gender Gap im Bereich politischer Beteiligung geschlossen ist. Es ist an der Zeit, aktiver zu werden.

Je ländlicher die Region, desto geringer ist die politische Repräsentation von Frauen

Petra Bentkämper, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv), betont: „2024 ist ein entscheidendes Wahljahr für die Bundesrepublik. Am 9. Juni haben wir alle die Möglichkeit, demokratisch für Frauenrechte auf EU-Ebene zu stimmen. Zudem finden in neun Bundesländern Kommunalwahlen statt. Ich appelliere an alle Wahlberechtigten: Nutzt euer Wahlrecht und setzt euch für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ein!“

Es ist immens wichtig, dass Frauen auf entscheidenden politischen Positionen vertreten sind, unterstreicht auch Bentkämper: „Wer, wenn nicht die Frauen selbst, weiß um die besonderen Herausforderungen gerade auch in ländlichen Regionen.“ Dabei zeigt sich: Je ländlicher die Region, desto geringer ist die politische Repräsentation von Frauen. Durch das „Aktionsprogramm Kommune“ legt der dlv gemeinsam mit der EAF Berlin den Grundstein dafür, Frauen den Zugang zur Kommunalpolitik zu erleichtern. Gerade dort, wo die Möglichkeit zum Engagement besonders naheliegt, in der eigenen Kommune, ist der Frauenanteil alarmierend niedrig. Dies führt dazu, dass die Anliegen von Frauen in der Politik weiterhin unterrepräsentiert bleiben.

https://www.frauen-in-die-politik.com/
https://www.landfrauen.info/fileadmin/Redaktion/PDF/Aktuelles/Pressemitteilungen/2024_03_06_dlv_PM_Internationaler_Frauentag.pdf ❒

Europas Zukunft ...

(Fortsetzung von Seite 1)
rer Baustein des Green Deals. Die EU ist gefordert, den Rahmen dafür zu setzen, und kommunales Handeln zu befördern. Es ist dringend erforderlich, zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten einen ganzheitlichen Ansatz zur Emissionsreduktion umzusetzen. Weiterhin muss die Kommission zirkuläres Wirtschaften befördern. Zum Schutz der Gewässer muss die Wasserrahmenrichtlinie verlängert und das Prinzip der Herstellerverantwortung ausgeweitet werden. Weiterhin ist der Erhalt und die Förderung der Biodiversität ein zentrales Zukunftsthema für lebenswerte Städte.

6. Nachhaltige Mobilität schaffen: Zur Umsetzung der Verordnung über Transeuropäische Netze für Verkehr fordert der Deutsche Städtetag städtische Maßnahmen durch die neue Connecting Europe Facility (CEF) auskömmlich zu finanzieren. Digitalisierung und Wettbewerb müssen in Zusammenhang mit einer starken städtischen Steuerungsfunktion konsequent genutzt werden, um den öffentlichen Personennahverkehr in den Ballungsräumen mit weiteren Angeboten zu verknüpfen und autonome Fahrfunktionen zu integrieren. Die Umrüstung von Bussen und Nutzfahrzeugen sollte mit Fördermitteln bis 2030 beschleunigt werden.

7. Lebenswerte Städte im gemeinsamen Wandel entlasten: Die europäische Kohäsionspolitik ist das zentrale Element, um Transformationsprozesse anschieben zu können. Die Urbane Agenda und die Neue Leipzig Charta müssen weiter umgesetzt und gestärkt werden. Kommunalrelevante EU-Programme sind besser aufeinander abzustimmen. Die Bauleitplanung muss als Verfahren für eine gerechte Abwägung der widerstreitenden Belange anerkannt werden. Starre inhaltliche Vorgaben sowie redundante Verfahrensanforderungen sind auf ein Maß zu reduzieren, das zur Wahrung der Umweltbelange erforderlich ist.

8. Städte bei der nachhaltigen Finanzierung kommunaler Investitionen unterstützen: Der Deutsche Städtetag fordert eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Belange und Investitionen bei der Weiterentwicklung der Sustainable Finance-Strategie der Europäischen Union. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel bei der Förderung kommunaler Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, wonach sich die Fördersumme künftig an der Wirksamkeit anstelle der Projektkosten ausrichtet. Zudem sollten die Auswirkungen neuer Verwaltungsanforderungen auf die Städte stärker berücksichtigt werden und die Kommunen an der Ausarbeitung beteiligt werden. Das betrifft etwa neue Standards zur öffentlichen Rechnungslegung. Zur Förderung von Personalentwicklungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene braucht es eine Umsatzsteuerbefreiung für Personalüberlassungen.

9. Entlastung durch Entbürokratisierung schaffen: Viele EU-Regelungen und Vorgaben sind teilweise nicht mehr zeitgemäß. So sollte etwa das Vergaberecht vereinfacht und Verfahren beschleunigt werden. Die EU-Kommission muss bei der Erstellung neuer Gesetzesvorschläge potenziell Betroffene stärker einbeziehen sowie eine Folgenabschätzung einführen, mit der unter Einbindung der Kommunen die Auswirkungen der Gesetzgebung auf die lokale Ebene vorab geprüft werden.

10. Kommunale Beteiligung sicherstellen und intensivieren: Städte müssen auch in europäische Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse strukturiert und kontinuierlich einbezogen werden. Dazu braucht es verpflichtende Anhörungs- und Konsultationsrechte der Städte und ihrer Verbände sowie eine Stärkung des Ausschusses der Regionen. Dazu gehört insbesondere eine Erhöhung der durch die kommunale Ebene besetzten Mandate in den nationalen Delegationen auf mindestens ein Drittel. Gesetzgebungsverfahren müssen auf Subsidiarität und Achtung der kommunalen Selbstverwaltung mittels Folgenabschätzung überprüft werden. Der Deutsche Städtetag fordert zudem einen jährlichen europäischen Städtegipfel sowie einen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission für städtische Angelegenheiten. Damit kann dem horizontalen und fachbereichsübergreifenden Charakter städtischer Angelegenheiten Rechnung getragen werden.

11. Rolle der Städtediplomatie in der internationalen Zusammenarbeit anerkennen: Der Ansatz der Städtediplomatie (Urban Diplomacy) muss in den internationalen Strategien der EU anerkannt werden. Dem sollte der europäische Rechts- und Förderrahmen noch stärker Rechnung tragen, in dem er Projekte und Austauschmöglichkeiten auf der Kooperationsebene intensiviert. Städte müssen stärker bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrem Nachfolgeprozess auf Entscheidungsebene einbezogen werden. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sollte im neuen mehrjährigen Finanzrahmen ab 2027 wieder budgetiert werden. **DK**

Kommunen im Wandel ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gedeckte Treffen rechtsextremer Kräfte unter Beteiligung von Funktionären der AfD und Mitgliedern der Identitären Bewegung hat in weiten Teilen der Gesellschaft für Empörung gesorgt. Der Vorstand der Bundes-SGK hat deshalb eine „Potsdamer Erklärung" verabschiedet und sich klar für Demokratie und Zusammenhalt und gegen Rechtsextremismus positioniert.

Laut Dr. Thorsten Kornblum, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK) und Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, „leben in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen Menschen unterschiedlicher Herkunft, religiöser Überzeugung und mit vielfältigen Lebensentwürfen. Dies macht unsere pluralistische und weltoffene Gesellschaft aus – macht sie stark und lebenswert. Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise gehören allen Menschen, die hier leben und gemeinsam tragen wir Verantwortung dafür, dass die Geschichte sich nicht wiederholt. Deswegen ist es auch so wichtig, dass sich möglichst Viele politisch engagieren. Die bevorstehenden Kommunalwahlen in neun Bundesländern bieten dafür eine von vielen Möglichkeiten."

Kein Platz für Hass und Hetze

Dietmar Woidke, Vorsitzender der SPD Brandenburg und Ministerpräsident des Landes Brandenburg, wies darauf hin, dass in vielen deutschen Städten, auch in Brandenburg, hunderttausende, wohl Millionen engagierte Bürgerinnen und Bürger auf die Straßen gegangen seien und für Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftskraft des Landes demonstriert hätten. „Dafür bin ich sehr dankbar. Für die weitere gute Entwicklung unserer Städte und Dörfer brauchen wir Weltoffenheit, Sicherheit und Stabilität. Die gibt es nur, wenn wir unsere Demokratie gemeinsam schützen."

„Treffen dieser Art, auf denen Pläne für Massendeportationen und ethnische Säuberungen geschmiedet werden, gab es ganz in der Nähe schon einmal. Weder in Potsdam noch sonst wo Platz ist für solche Ideen", stellte Mike Schubert, stellvertretender Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, fest. „Als sozialdemokratische Kommunalpolitiker:innen stehen wir für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der Ressentiments und Hass keinen Platz haben." **DK**

Wirtschaftsminister Aiwanger fordert:

Ende der Prüfungen von Corona-Wirtschaftshilfen

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger fordert die Bundesregierung auf, die Prüfung der Corona-Wirtschaftshilfen noch in diesem Jahr abzuschließen. „Es muss aufhören, dass der Bund immer intensivere und tiefergehende Nachprüfungen fordert. Bayern muss wie die anderen Bundesländer zunehmend viel Geld in die Hand nehmen, um jeden einzelnen Förderbescheid noch genauer überprüfen zu lassen."

Der Effekt sei, „wir nerven die Unternehmen mit diesem Misstrauen, binden Kräfte und entziehen der Wirtschaft Geld... Wir sollten Zukunftsinvestitionen ermöglichen, statt weiter zu prüfen, ob Wirtshaustische nach den damaligen Richtlinien korrekt eingebaut sind. Verrückterweise werden die Förderkriterien auch ständig geändert und verschärft, so dass auch die Steuerberater oftmals nicht mehr genau wissen, was richtig ist. Es drohen nun zunehmend Gerichtsverfahren über die Rechtmäßigkeit der Anträge und es gibt mittlerweile Fälle, wo Unternehmen den eigenen Steuerberater verklagen. Somit ist zu befürchten, dass wir uns bis in die Jahre 2027/28 hinein immer noch mit Anträgen zu Corona-Hilfen beschäftigen müssen. Also: der Bund muss diese unendliche Geschichte jetzt beenden."

In Bayern wurden mehr als 11 Milliarden Euro Corona-Wirtschaftshilfen an über 400.000 Antragsteller ausgezahlt. Die Bundesregierung hat die Mittel zur Verfügung gestellt, aber die Länder übernehmen die Abwicklung und tragen die Kosten.

Aiwanger: „Nach jetzigem Stand wird diese Prüferitis noch bis Ende 2025 andauern. Am Ende kosten diese Nachforschungen mehr, als an Ergebnis rauskommt. Wir haben heute andere wirtschaftliche Probleme am Hals. Wir müssen froh sein über jeden, der die Corona-Schwierigkeiten überlebt hat, statt die Firmen mit ständigen Nachfragen in ein schiefes Licht zu rücken. Natürlich akzeptieren wir keinen Betrug, aber es muss jetzt ein Deckel drauf und nach vorne geschaut werden." ❐

Für mehr Klarheit ...

(Fortsetzung von Seite 1)
kei, obwohl wir hier geringe Anerkennungsquoten haben, keine weiteren sicheren Herkunftsstaaten. Wir brauchen viel mehr Geschwindigkeit in der Migrationswende. Wir müssen auch die europäischen Einigungen der letzten Monate dringend umsetzen und mit Leben erfüllen. Die Landkreise erwarten deutliche Signale, dass die Flüchtlingszahlen absehbar sinken."

Politische Debatte gefordert

Auch die Diskussion darüber, wie viele Geflüchtete Deutschland im Jahr gut verkraften und integrieren kann und wie die Akzeptanz der Menschen für eine gute Aufnahme vor Ort erhalten werden kann, sei wichtig und richtig. „Wir brauchen eine politische Debatte genau darüber, wobei klar ist, dass wir eine Größenordnung von derzeit deutlich über 300.000 Menschen im Jahr nicht bewältigen können. An eine ordentliche Unterbringung und Versorgung, vor allem an eine erfolgreiche Integration ist bei solchen Zahlen nicht ernsthaft zu denken. Das muss man nicht Obergrenze nennen, aber die Beschreibung einer Dimension des Leistbaren ist erforderlich", betonte Sager. In finanzieller Hinsicht sei der Deutsche Landkreistag nach wie vor sehr unzufrieden, so der Verbandschef. „Unsere Kernforderung nach einer vollständigen Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund ist noch immer unerfüllt. Dabei geht es 2022 und 2023 zusammen um 5 Mrd. Euro. Nur so sind die betroffenen Landkreise und Städte, die die Unterbringung leisten, unmittelbar von den damit verbundenen Kosten zu entlasten."

November-Beschlüsse konsequent umsetzen

Auch der DStGB hätte sich mit Blick auf das Treffen der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler weitere klare Schritte zur nachhaltigen Entlastung der Kommunen gewünscht. Zwar liege Scholz nicht falsch, wenn er Deutschland auf dem richtigen Weg sieht, wichtig sei jetzt aber, dass die Beschlüsse aus dem November nun konsequent und zügig umgesetzt werden, unterstrich der Kommunalverband. Nicht nachzuvollziehen sei allerdings, dass sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nicht darauf verständigen konnten, dem Beispiel Hessens und weiterer Bundesländer zu folgen und verbindlich festzulegen, Asylbewerber nur bei Vorliegen einer klaren Bleibeperspektive auf die Kommunen zu verteilen. Dies hätte den Städten und Gemeinden zumindest kurzfristig eine dringend notwendige Atempause verschafft.

Zudem reiche es nicht, sich auf die Umsetzung der Beschlüsse aus dem November zu konzentrieren. Mit Blick auf die weiterhin sehr starke Belastung der Kommunen bei Aufnahme, Unterbringung und Versorgung erwartet der DStGB von Bund und Ländern weitere Schritte, die schnell wirksam sind. Ein Beschluss zum Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen hätte aus Verbandssicht ebenso dazugehört wie das Bekenntnis zu einer weiteren Flexibilisierung bei den Möglichkeiten zur Integration in den Arbeitsmarkt. Hier sollte es möglich sein, das Sprach- und Integrationskurse parallel zur Arbeitsaufnahme erfolgen. „Wir müssen in der Migrationspolitik schnell wirksame Schritte zur Entlastung der Kommunen gehen. Dies bedeutet steuern, ordnen und begrenzen", hieß es in einer Mitteilung. **DK**

Gerlach zum Bayerischen Demenzfonds:

Teilhabe von Menschen mit Demenz weiter verbessern

Das Expertengremium für den Bayerischen Demenzfonds hat weitere Projekte für eine Förderung mit einer Gesamtsumme von über 100.000 Euro ausgewählt. Darauf hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach hingewiesen.

Die Ministerin betonte: „Mein Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen mit Demenz mittendrin sind – eine Gesellschaft, die Verständnis für die Betroffenen und ihre Angehörigen hat und ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Mit dem Demenzfonds fördern wir daher verschiedene Ansätze und Programme, die genau das tun: Sie unterstützen Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen dabei, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Im Vordergrund stehen dabei kulturelle, musische, sportliche und soziale Angebote, die insbesondere zu Hause lebende Menschen mit Demenz sowie ihre An- und Zugehörigen unterstützen. Es freut mich sehr, dass auch die zusätzliche Fördermöglichkeit für Kommunen genutzt wird, um vor Ort demenzsensible Programme zu etablieren."

Demenz kann jeden treffen

Gerlach unterstrich: „Demenz ist eine Herausforderung, der viele von uns gegenüberstehen, sei es persönlich oder durch Erfahrungen mit geliebten Menschen. Demenz kann jede und jeden von uns treffen. Alleine heute gibt es in Bayern 270.000 Betroffene und die Zahl wird in den kommenden Jahren weiter steigen."

Die Ministerin fügte hinzu: „In der zweiten Förderrunde für das Jahr 2023 haben sich zwölf Projektträger auf eine Förderung durch den Demenzfonds beim Bayerischen Landesamt für Pflege (LfP) beworben. Sieben Projekte aus fünf Regierungsbezirken konnten das Expertengremium direkt überzeugen. Zwei weitere Antragstellerinnen bzw. Antragsteller bekommen zudem die Gelegenheit, ihre Konzepte zu konkretisieren."

Folgende Projekte konnten überzeugen:

Fördersäule 1: Teilhabeangebote

- Seniorenchor „Vergissmeinnicht": Generationen verbinden; Evang.-Luth. Kirchengemeinde Neunkirchen am Brand (Oberfranken)
- Zeig mir meine Stadt – Veranstaltungs- und Aktionsreihe für Menschen mit und ohne Demenz; Curatorium Altern gestalten (Mittelfranken)
- AQUA REVITAL – Bewegungstraining und Schwimmkurse für Senioren ab 75 plus mit und ohne Demenz; Curatorium Altern gestalten (Mittelfranken)
- 1 Bild, 1 Lied, 1 Gedicht – Kultur-Begegnungen für Menschen mit und ohne Demenz; Büro Kultur und Alter, Petra Kellermann (Oberbayern)

Fördersäule 2: Demenzsensible Kommunen

- Wildpoldsried – ein Leben lang lebenswert, durch Teilhabe; Gemeinde Wildpoldsried (Schwaben)
- Demenzkampagne im Landkreis Landsberg am Lech; Landkreis Landsberg am Lech (Oberbayern)
- Straubing – demenzsensible Kommune; Stadt Straubing (Niederbayern)

Die Ministerin fügte hinzu: „Die Entscheidung, welche Vorhaben gefördert werden können, treffen die sechs Mitglieder des interdisziplinären Expertengremiums. Sie bewerten die eingesendeten Ideen aus unterschiedlichen Perspektiven: aus kommunaler, wissenschaftlicher und fachpraktischer Sicht."

Antragsfrist bis 30. Juni

Gerlach betonte: „Haben auch Sie eine kreative Idee, die die Lebensbedingungen von Menschen mit Demenz und ihren An- und Zugehörigen verbessern kann? Dann bewerben Sie sich jetzt! Die erste Förderrunde für dieses Jahr läuft bereits." Die Antragsfrist endet am 30. Juni 2024. Förderanträge können jeweils zum 30. Juni und zum 31. Dezember an das LfP gerichtet werden – per E-Mail an demenzfonds@lfp.bayern.de Eine Förderung ist einmalig mit bis zu 15.000 Euro für Fördersäule 1 „Teilhabeangebote" und mit bis zu 20.000 Euro für Fördersäule 2 „Demenzsensible Kommunen" möglich.

Wissenschaftliche Arbeiten

Zudem können bis jeweils zum 31. Dezember wissenschaftliche Arbeiten eingereicht werden, die sich mit praxisbezogenen Fragestellungen zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Demenz sowie ihren An- und Zugehörigen im häuslichen Umfeld befassen. Die Arbeit sollte einen Bezug zum Freistaat Bayern haben und zum Zeitpunkt der Bewerbung bereits abgeschlossen sein. Der Wissenschaftspreis ist mit 1.000 Euro dotiert.

Informationen: www.demenzfonds.bayern.de. ❐

CSU-Landtagsfraktion:

Gemeinnützige Arbeit für Asylbewerber

Landräte sollen rechtlichen Rahmen ausschöpfen

Nach der gesetzlichen Klarstellung und dem einstimmig positiven Votum aus der CSU-Fraktionssitzung, dass Asylsuchenden sowohl Aufgaben innerhalb ihrer Unterkunft als auch Tätigkeiten bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern verpflichtend zugewiesen werden können, äußert sich der CSU-Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek wie folgt:

„Ja zum Schutz für politisch Verfolgte, aber wir erwarten dafür auch, dass sie sich in unsere Gesellschaft aktiv einbringen. Beim Thema gemeinnützige Arbeit für Asylbewerber heißt das: Potenziale nutzen und wir fordern die Landräte auf, von ihren rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen! In bayerischen Ankerzentren ist die Nachfrage von Seiten der Asylbewerber teilweise sogar höher als die möglichen Arbeitsgelegenheiten. Für uns steht nach wie vor fest: Wir brauchen endlich den Kurswechsel in der Migrationspolitik und müssen die illegale Zuwanderung stoppen. Wir müssen Migranten auch an den deutschen Grenzen rechtssicher zurückweisen können. Die Ampel muss endlich wirksame Maßnahmen auf den Weg bringen, statt sich Lösungen zu versperren und die Realität zu verweigern." ❐

Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie:

Überfälliger Paradigmenwechsel

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die EU-Institutionen Ende Januar 2024 auf die Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie geeinigt. Haben Rat und Parlament die vorläufige Einigung formell angenommen, wird die novellierte Richtlinie voraussichtlich bis Ende April dieses Jahres veröffentlicht und in Kraft treten. Bereits 2026 müssen dann die EU-Mitgliedstaaten der EU-Kommission nationale Umsetzungsprogramme übermitteln.

Die neuen Anforderungen zielen darauf ab, die Qualität der Abwasserbehandlung zu verbessern und die Umwelt zu schützen. Die Kommission möchte die vierte Reinigungsstufe bis 31.12.2035 verpflichtend für alle Kläranlagen größer oder gleich 100.000 EW einführen. Gleichzeitig soll bis zum 31.12.2040 die vierte Reinigungsstufe ebenfalls für Siedlungsgebiete zwischen 10.000 und 100.000 EW überall dort eingeführt werden, wo höhere Mikroschadstoffkonzentrationen ein Risiko für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen.

Zudem sollen Mitgliedstaaten dazu verpflichtet werden, die erweiterte Herstellerverantwortung auf nationaler Ebene für Arzneimittel für den menschlichen Gebrauch sowie für Kosmetikprodukte anzuwenden. Die individuellen Beiträge der Hersteller ergeben sich aus der Quantität und der Toxizität der in den Umlauf gebrachten Stoffe.

Darüber hinaus legt die Richtlinie Vorgaben fest, um den Abwassersektor energieneutral zu gestalten. Vorgesehen sind vierjährige Energie-Audits für Kläranlagen ab 100.000 EW bis Ende 2025 sowie für Kläranlagen ab 10.000 EW bis Ende 2030. Überdies soll die gesamte jährlich produzierte Energiemenge aus Erneuerbaren Energien, die auf Kläranlagen (≥ 10.000 EW) erzeugt wird, bis Ende 2030 50 Prozent des Energiebedarfs dieser Kläranlagen decken. Bis Ende 2040 soll sich dieser Anteil auf 100 Prozent erhöhen.

Auch sieht die überarbeitete Richtlinie vor, die EU-Länder dazu zu verpflichten, im kommunalen Abwasser Gesundheitsparameter in Bezug auf das SARS-CoV-2-Virus und seine Varianten, aber auch in Bezug auf das Poliovirus und Grippeviren neue Krankheitserreger, zunehmend besorgniserregende Schadstoffe und andere Parameter der öffentlichen Gesundheit zu überwachen, die von den zuständigen nationalen Behörden als relevant erachtet werden.

Zufriedene Verbände

Überwiegend zufrieden mit der Einigung zur Kommunalabwasserrichtlinie zeigten sich der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA), und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Laut VKU-Vizepräsident Karsten Specht „wird mit der Überarbeitung der Kommunalabwasserrichtlinie ein längst überfälliger Paradigmenwechsel Wirklichkeit: Künftig müssen sich Kosmetik- und Pharmaindustrie, deren Produkte Gewässer belasten, an den dadurch verursachten Kosten der Abwasserbehandlung beteiligen. Abwasserentsorger und Bürger zahlen nicht mehr allein dafür, Gewässerbelastungen zu vermindern. Dafür sorgt die EU mit der Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung, durch die auch die Umsetzung neuer Vorgaben und Anforderungen an Kläranlagen finanziert werden soll. Richtig umgesetzt wird diese Herstellerverantwortung den Geldbeutel der Abwasserkundinnen und -kunden entlasten und dafür sorgen, dass Hersteller vermehrt auf Produkte setzen, die weniger gewässerbelastend sind."

Ambitionierte Überarbeitung der Richtlinie

Zwar bleibe die Trilog-Verständigung zur Finanzierung hinter den Erwartungen des VKU zurück – „wir hätten uns einen 100-Prozent-Ansatz gewünscht und keine 80/20-Regelung, bei der die Länder 20 Prozent der Kosten selbst tragen müssen" –, aber dennoch sei das Erreichte ein Meilenstein, betonte Specht.

Die Überarbeitung der Richtlinie sei aber auch für die kommunalen Abwasserentsorger selbst ambitioniert, fuhr der Vizepräsident fort. Das Hausaufgabenheft werde voller. Beispielsweise bedeute der geforderte Ausbau der Kläranlagen mehr Technik und dadurch einen höheren Energieeinsatz. Den, so sagt die Richtlinie, müsse die Abwasserwirtschaft selbst erneuerbar erzeugen oder von Dritten erwerben. Weil es bei vielen Betrieben aufgrund der begrenzten Flächen und Anlagentechnik schlichtweg nicht möglich sei, auf - wie es ursprünglich angedacht war - 100 Prozent eigene Energieerzeugung zu setzen, sei die nun vorliegende Entscheidung praktikabler. Betriebe könnten ihre Energieneutralität auch durch einen bis zu 35-prozentigen Zukauf aus nichtfossilen Quellen erreichen.

Erweiterte Herstellerverantwortung

Aus Sicht von Dr. Lisa Broß, Sprecherin der DWA-Bundesgeschäftsführung „ist die Novellierung der Kommunalabwasserrichtlinie ein wichtiger Schritt für einen nachhaltigen Gewässerschutz und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen". Die Ziele und Vorgaben seien zum Teil äußerst ambitioniert, insbesondere im Bereich Nährstoffe und der geforderten Energieneutralität des Sektors. „Absolut zu begrüßen" sei die jetzt feststehende Verankerung der erweiterten Herstellerverantwortung. Das bereits 1987 in die Umweltpolitik der EU eingeführte Verursacherprinzip finde damit endlich auch in der Wasserwirtschaft Anwendung, unterstrich Broß.

Auch nach Auffassung des BDEW werden mit dem neuen Rechtsakt wichtige Vorgaben und Maßnahmen für die Abwasserreinigung der kommenden Jahre getroffen. „Mit der erzielten Trilog-Einigung finalisieren die EU-Institutionen die Überarbeitung der über 30 Jahre alten kommunalen Abwasserrichtlinie und passen diese an aktuelle Herausforderungen sowie den technologischen Fortschritt an", erklärte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser. Insbesondere die verbindliche Einführung der erweiterten Herstellerverantwortung stelle einen umweltökonomischen Meilenstein dar. Dadurch, dass zukünftig die Hersteller von Arzneimitteln und Kosmetikprodukten dazu verpflichtet werden, die Kosten der Einführung und des Betriebs der Vierten Reinigungsstufe aufzukommen, werde das Verursacherprinzip nun auch in der Abwasserwirtschaft rechtskräftig umgesetzt, hob Weyand hervor. **DK**

Kaiser-Therme vor großer Herausforderung

Als Kernthema der jüngsten Sitzung des Bau- und Werkausschusses des Zweckverbands Kurmittelhaus Bad Abbach stand die Modernisierung der technischen Gebäudeausstattung in der Kaiser-Therme in Bad Abbach auf der Tagesordnung. In diesem Zusammenhang erfolgten die Erläuterung des Status quo und die Vorstellung der Vorplanung inklusive einer Kostenschätzung.

„Mit den erwarteten Kosten von rund 17 Millionen Euro und einer möglichen Schließzeit zwischen eineinhalb und zwei Jahren stehen wir vor großen Herausforderungen", resümierte Verbandsrat Alfred Holzner, Vorsitzender des Bau- und Werkausschusses, im Anschluss an die Präsentation des beauftragten Ingenieurbüros AquaForum GmbH und des Bezirksbaumeisters Matthias Kopf.

Da sich die Kaiser-Therme in öffentlicher Trägerschaft befindet (Gewährsträger sind der Bezirk Niederbayern, der Landkreis Kelheim und der Markt Bad Abbach) sieht Bad Abbachs Bürgermeister Dr. Benedikt Grünewald eine weitere dringliche Aufgabe zunächst in der Finanzierungsfrage: „Bei dieser Größenordnung können wir nicht ohne Weiteres in die Umsetzung der Sanierung einsteigen. Die Finanzlage ist in den öffentlichen Haushalten mehr denn je angespannt. Vielmehr muss zuvor und bis zur kommenden Versammlung des Zweckverbands geklärt werden, wie eine Finanzierung ermöglicht werden kann." In der Diskussion zum weiteren Vorgehen entstand auch der Gedanke, sich zumindest in den Planungen weiteren Ideen zu öffnen. „Wir müssen den Weitblick und Mut haben, Szenarien zuzulassen, welche die Nutzungsmöglichkeiten der Kaiser-Therme verändern", forderte Verbandsrat Markus Scheuermann.

Bei einem zügigen Einstieg in die notwendigen Vorbereitungen kann von einem Sanierungsbeginn in gut zweieinhalb Jahren ausgegangen werden. Auch die Mitarbeitenden der Kaiser-Therme Bad Abbach wurden bereits über die anstehenden Planungen informiert. „Wir werden mit einem zukunftssichernden Personalkonzept und im Austausch mit jedem Einzelnen eine individuelle und passende Lösung finden", ist sich der strategische Geschäftsführer der Niederbayerischen Thermengemeinschaft Franz Altmannsperger sicher. ❐

MESSE MÜNCHEN

Kluges Wassermanagement ist eine Herausforderung. Aber machbar.

Willkommen auf der IFAT Munich – Weltleitmesse für Umwelttechnologien

Unser Fokus: Alles, was Kommunen weiterbringt. Von der Trinkwasserversorgung bis zur Abwasserentsorgung – als wichtigster Impulsgeber der globalen Umweltwirtschaft bietet die IFAT Munich innovative Lösungen für modernes Wassermanagement. Für mehr Kosteneffizienz, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit.

13.–17. Mai 2024 | Messe München
Jetzt Ticket sichern: ifat.de/tickets

ifat.de

IFAT Munich

Forderung der bayerischen Wasserversorger:

Trinkwasser muss in Bayern hohe Qualität haben

VBEW-Fachtagung Wasser in Bamberg

„Die Sicherung der Trinkwasser- und Gewässerqualität in Bayern hat für uns oberste Priorität. Dies ist kein leichtes Unterfangen, denn vor dem Hintergrund der Energiewende kommt hinsichtlich des Grundwasserschutzes auf die Unternehmen der bayerischen Wasserwirtschaft einiges zu," sagte Gerhard Moser, Vorstandsmitglied des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW im Vorfeld des diesjährigen Expertentreffens der bayerischen Wasserwirtschaft. „Und auch die auf europäischer Ebene diskutierten Neuregelungen der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie können für unsere Unternehmen noch reichlich Handlungsbedarf verursachen."

Für die Wasserversorger wird es nicht einfacher. Der mit der eingeleiteten Energiewende einhergehende Umbau der Energieerzeugung hin zu erneuerbaren Energien ist insbesondere hinsichtlich des Grundwasserschutzes bedeutsam. „In Bayern wird mit einem Anteil von ca. 90 Prozent weitgehend das gesamte Trinkwasser aus Grundwasser gewonnen. Grundwasser hat ein langes Gedächtnis. Das heißt, dass wir „heute" die möglichen wasserwirtschaftlichen Auswirkungen für „morgen", die sich etwa beim Bau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen und beim vermehrten Anbau von Energiepflanzen für den Schutz des Trinkwassers ergeben können, unbedingt berücksichtigen müssen," sagte Moser.

Grundwasserschutz bei der Energiewende beachten

Sowohl innerhalb als auch außerhalb von Wasserschutzgebieten können in unterschiedlicher Intensität Gefährdungen durch Photovoltaik-, Biogas-, Windkraft- und Geothermieanlagen für das Grundwasser ausgehen. Auch ein verstärkter Energiepflanzenanbau und Monokulturen können durch die Düngungsintensivierung die Auswaschungsgefahr von Nitrat und Pflanzenschutzmittelrückständen in das Grundwasser erhöhen. „Den Anbau alternativer und grundwasserschonender Energiepflanzen testen wir bereits in Feldversuchen in enger Kooperation mit der Agrarwirtschaft," erläuterte Moser. Die bayerische Wasserwirtschaft werde ihr hohes Engagement für den vorsorgenden Gewässerschutz fortsetzen. „Auch wir wollen die Energiewende, Ziel ist es aber, den Kunden auch in Zukunft Trinkwasser überwiegend aus naturbelassenem Grundwasser in Bayern zur Verfügung zu stellen", so Moser.

Bewährte Struktur der ortsnahen Wasserversorgung

„Eine sichere und zuverlässige Wasserver- und Abwasserentsorgung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge für die Menschen und deshalb eine kommunale Pflichtaufgabe. Der Ordnungsrahmen einer ortsnahen und öffentlich-rechtlichen Unternehmensstruktur hat sich dafür seit Jahrzehnten bestens bewährt", sagte Moser. Die Unternehmen der Städte und Gemeinden sowie die Zweckverbände, zu denen sich mehrere Gemeinden oder auch Landkreise zusammengeschlossen haben, gewährleisten in Bayern eine hohe Ver- und Entsorgungssicherheit. Die meisten Wasserver- und Abwasserentsorger sind in Bayern in öffentlicher Rechtsform organisiert. Bei kleineren Betrieben überwiegen die Rechtsformen Regie- bzw. Eigenbetrieb, mittlere Unternehmen sind meist als Zweckverband, Kommunalunternehmen oder Eigenbetrieb und größere Unternehmen auch in privatrechtlicher Rechtsform als GmbH oder Aktiengesellschaft ggf. auch mit Beteiligung eines dritten Unternehmens organisiert.

Dienstleistungskonzessionsvergaberichtlinie

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion auf EU-Ebene zur Konzessionsvergaberichtlinie, die die Vergabe von Konzessionen EU-weit regeln soll, könnten Unternehmen der Wasserver- und der Abwasserentsorgung in Deutschland und in Bayern betroffen sein, sofern sie nicht zu 100 Prozent kommunal organisiert sind. „Die Unternehmen müssen nun prüfen, wenn die Richtlinie tatsächlich so in Kraft tritt, wie vom EU-Binnenmarktausschuss verabschiedet, wie sie darauf reagieren", so Moser. „Jedes Unternehmen muss allerdings die Entscheidungs- und Gestaltungshoheit haben, in welcher Rechtsform es organisiert sein will."

Die Wasserversorgung ist in Bayern regional gut aufgestellt und hat langfristige Entwicklungen wie etwa die Auswirkungen des Klimawandels oder die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur fest im Blick. „Zweifelsohne haben wir in Bayern insbesondere in den Regionen, die vom Bevölkerungsrückgang stark betroffen sind, auch in der Wasserwirtschaft erheblichen strukturellen Anpassungsbedarf. Die dafür notwendigen Maßnahmen abzuleiten schaffen wir aber alleine. Dazu brauchen wir die EU-Richtlinie nicht", ergänzte der VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer.

VBEW-Fachtagung Wasser – wichtiges Branchentreffen

„Die Fachtagung Wasser ist für uns jedes Jahr ein wichtiges Branchentreffen. Auf der Agenda stehen zentrale bayerische Wasserthemen, aber auch übergeordnete Aspekte, die unsere Branche betreffen und über die unsere Unternehmen informiert sein müssen," so Gerhard Moser. An der Tagung nahmen rund 150 Fachleute der Wasserwirtschaft, Wissenschaftler, Vertreter aus Ministerien und Behörden sowie von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen teil. Als Tagungsort hat der VBEW Bamberg gewählt, da hier die Trinkwasserversorgung in ihrer Qualität, Struktur und Organisation exemplarisch für Bayern stehen kann.

Trinkwasser in Bamberg

Mit einer Wasserabgabe von jährlich rund sechs Millionen Kubikmetern zählen die Stadtwerke Bamberg zu den bedeutendsten Wasserversorgern im fränkischen Raum. Rund zwei Drittel der Menge werden in Gebieten entlang der Regnitz gewonnen und über ein 280 Kilometer langes Rohrnetz an die Kunden im 80.000 Einwohner umfassenden Versorgungsgebiet geliefert. „Die Stadt Bamberg macht mit der kommunalen Wasserversorgung sehr positive Erfahrungen. Vor diesem Hintergrund sind wir sehr sensibilisiert, wenn die Europäische Union die Vergabe von Trinkwasser-Konzessionen neu regeln will", so Bambergs Oberbürgermeister und Vorstandsmitglied des bayerischen Städtetags, Andreas Starke, anlässlich der Tagung in der Welterbestadt. Erst im Januar hatte sich der Bamberger Stadtrat mit einer Resolution einstimmig für eine Anpassung der EU-Konzessionsrichtlinie ausgesprochen. „Als wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge muss die Trinkwasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden", unterstrich Starke vor den bayerischen Wasserexperten.

Die Stadtwerke Bamberg realisieren derzeit ein Jahrhundertprojekt, um die sichere Wasserversorgung auch für die kommenden Jahrzehnte garantieren zu können. Neben der erfolgreichen Ausweisung eines Wasserschutzgebiets zählen der derzeitige Neubau des Bamberger Wasserwerks sowie die Planung eines zentralen Hochbehälters am Fuße der Bamberger Altenburg zu dem Projekt. „Diese Investitionen sind Basis dafür, dass wir auch zukünftig qualitativ hochwertiges Wasser an die Kunden abgeben können," sagte Klaus Rubach, Geschäftsführer der Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgungs GmbH. ❐

Vortrieb des Sammlers Untenitter in Solingen

Sicherheit und Qualität für den Gewässerschutz

In Solingen setzen die Technischen Betriebe Solingen (TBS) in Zusammenarbeit mit dem Bergisch-Rheinischen Wasserverband (BRW) bis Mitte 2024 ein ganzheitliches Gewässerschutz Konzept im Ittertal um. Zu den Maßnahmen zählt neben der Erstellung des Staukanals Ittertal (BRW und TBS) und des Sammlers Bavert (TBS) auch der Bau des Sammlers Untenitter (TBS) mit einer Länge von rund 1.080 Metern und einem Nennweitendurchmesser DN 1800. Die Sonntag Baugesellschaft mbH & Co. KG, Dörth, errichtete diesen grabenlos im Rohrvortrieb.

So wird die Itter zukünftig sowohl vor der unzulässig hohen stofflichen Belastung der angeschlossenen Gebiete als auch vor der hydraulischen Überlastung aufgrund von Starkregenereignissen geschützt.

Damit der neue Sammler seine Aufgabe langfristig erfüllen kann, wird bei der Umsetzung Wert auf den Dreiklang aus Qualität, Qualifikation und Arbeitsschutz gelegt. Mit dem Gütezeichen VMD der Gütegemeinschaft Kanalbau verfügt Sonntag über den Nachweis der spezifischen fachtechnischen Qualifikation, um die Arbeiten durchzuführen. Als Bauherr, Bauoberleitung und als Bauüberwachung betreuen die TBS unter anderem auch die zusätzliche Qualitätsüberwachung der Rohrherstellung im Werk. Die Beauftragung von Fischer Teamplan, Niederlassung Düsseldorf zur Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination (SiGeKo), sorgt für einen sicheren und reibungslosen Bauablauf.

Das große Ganze im Blick

Auf Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes NRW entstanden bereits vor 15 Jahren die ersten Planungen für das Großprojekt mit den Baumaßnahmen entlang der Itter. 2019 begannen die Arbeiten mit dem Bau des Staukanals. Mitte 2022 starteten die vorbereitenden Arbeiten für den Vortrieb des neuen Mischwassersammlers Untenitter. Dieser verläuft von dem gleichnamigen Regenüberlaufbecken (RÜB) entlang der im Tal gelegenen Straße und endet in einem Übergabebauwerk zum Staukanal Ittertal. Über eine integrierte Schwallspülklappe innerhalb dieses Bauwerkes lässt sich der neue Sammler darüber hinaus zur Spülung des Staukanals einstauen.

Speziell abgestimmt auf den Baugrund

Insgesamt wurden 283 Stahlbetonrohre DN 1800 einzeln auf die Baustelle geliefert und von einer gut 15 Meter tiefen Startbaugrube zum Zielschacht vorgetrieben. Wegen der bergigen Lage des Ittertals verändert sich die Erdüberdeckung auf der Leitungstrasse und beträgt in Teilbereichen bis zu 25 Meter. Die große Tiefenlage hat den Vorteil, dass die gesamte Vortriebstrecke unterhalb des Kampfmittelhorizontes verläuft. So konnte die Kampfmittelsondierung auf den Bereich der Baugruben beschränkt werden. Gleichzeitig erfolgt der Vortrieb jedoch komplett im Grundwasser mit variierendem Grundwasserdruck zwischen 0,7 und 2,4 bar.

Für den Vortrieb wurde eine Vollschnittmaschine mit Druckluftstützung eingesetzt. Das Schneidrad der Maschine stimmte Sonntag speziell auf die Gegebenheiten ab, um den Verschleiß während des Vortriebes möglichst gering zu halten. „Die vorliegende Geologie in Solingen ist hochkomplex. Wir mussten fast ausschließlich durch Schiefergebirge aus Ton- und Sandstein fahren, in dem neben hochfesten quarzitischen Bereichen auch weichere bindige Bodenlinsen eingeschlossen waren", erläutert Sonntag-Oberbauleiter Dipl.-Ing. (FH) Jonathan Trosdorff. Insgesamt viermal wurde der Vortrieb für einen Werkzeugwechsel gestoppt, um verschlissene Disken und Schälmesser auszutauschen.

Für ein dichtes Bauwerk

Damit der neue Sammler die Erdlasten zuverlässig aufnehmen und ableiten kann, haben sich die TBS für dickwandige Stahlbetonrohre mit einem Außendurchmesser DN 2400 in drei und vier Metern Länge entschieden. Die kürzeren Rohre sind in dem Rohrstrang so angeordnet, dass sie später in den engen Kurvenbereichen des Sammlers mit einem Radius von 500 m liegen. So wird die Abwinkelung und Klaffung zwischen zwei Rohren in den Rohrfugen reduziert, um auch in engeren Kurvenbereichen eine hohe zuverlässige Pressenkraft zu erreichen. Darüber hinaus wird der Gefahr einer Undichtigkeit durch übermäßige Abwinklungen entgegengewirkt.

Zudem wurde bei der Bauausführung und bei der Produktion der Stahlbetonrohre viel Wert auf Qualität gelegt. So besuchte der zuständige TBS-Projektleiter, B.Sc. Marius Langerhans Muhlack mehrmals die Betonwerke, in denen die Rohre gefertigt wurden: „Dabei habe ich mir von der Herstellung der Bewehrungskörbe über die Schalung bis hin zum fertigen Rohr alles genau angesehen. Jedes Rohr betrachten wir als ein einzelnes Bauwerk." Zusätzlich wurden die Rohre mit einer Edelstahlplakette versehen, auf der eine eindeutig zuordenbare Rohrnummer eingefräst ist. Auf dem dazugehörigen Rohrbegleitschein werden neben dieser Nummer alle anderen wichtigen Daten des Rohres erfasst, die zukünftig für eine BIM-gerechte Datennutzung bereitgestellt werden sollen.



Im Rahmen einer unangekündigten Baustellenprüfung kontrolliert Güteschutz-Prüfingenieur Marc Mielke (l.) zusammen mit Sonntag-Oberbauleiter Jonathan Trosdorff die Dokumentation der Eigenüberwachung. Bild: Güteschutz Kanalbau

Fachliche Qualifikation

Qualitativ hochwertig hergestellte Rohre sind jedoch nur ein Baustein für ein langlebiges, dichtes Bauwerk. Ein weiterer ist die Verlegung nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik. Einen möglichen Nachweis für die fachliche Qualifikation, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des ausführenden Unternehmens stellt das RAL-Gütezeichen 961 dar. „Die Firma Sonntag verfügt über das Gütezeichen VMD für den grabenlosen Einbau von Kanälen mit geschlossenen, steuerbaren Schilden und Stützung der Ortsbrust durch Flüssigkeit, mit Druckluft oder Erddruck und ist damit fachlich qualifiziert, das Projekt Untenitter umzusetzen", führt Dipl.-Ing. Marc Mielke, vom Güteschutz beauftragter Prüfingenieur, aus. „Bei den unangekündigten Baustellenprüfungen legen wir Prüfingenieure Augenmerk auf die Arbeitsweise vor Ort, kontrollieren die Eigenüberwachung sowie deren Dokumentation und prüfen und bewerten die Unterlagen auf Vollständigkeit." Dabei gehe es auch um den Gesamteindruck, den eine Baustelle bietet, und der sei in Solingen sehr gut gewesen. Der Bericht über die Baustellenprüfung enthielt keinerlei Beanstandungen.

Gemeinsam zum Ziel

Basis für den guten Gesamteindruck bilden auch die wöchentlich stattfindenden Baubesprechungen mit den Verantwortlichen. Trosdorff betont: „Wir hatten eine sehr gute und zielführende Zusammenarbeit. Themen, Probleme und auftauchende Fragestellungen wurden im Team auf einer vernünftigen technischen Basis fachgerecht und kompetent behandelt."

„Bei Kanalbauarbeiten ist es bei den TBS üblich, die Ausschreibung von Projekten selbst zu machen, das Ausschreibeverfahren zu begleiten und die Bauleitung, Bauoberleitung und Bauherrenfunktion zu übernehmen. Dabei greifen wir bei Bedarf auf die Unterstützung eines Bodengutachters zurück und beauftragen ein Ingenieurbüro, gemäß Baustellenverordnung einen Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator – kurz SiGeKo – für die Baumaßnahme zu stellen", erläutert Langerhans-Muhlack. So koordiniert Leon Psula von Fischer Teamplan den Sicherheits- und Gesundheitsschutz: „Zu Beginn wird die Gefährdungsbeurteilung erstellt. In dieser werden die möglichen Gefahren aufgezeigt und Schutzmaßnahmen beschrieben. Darauf aufbauend wird der Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan erstellt, der den Gewerken auf der Baustelle Gefahren und Schutzmaßnahmen zuordnet." Nach erfolgter Einweisung der Baubeteiligten in die einzuhaltenden Arbeitsschutzbestimmungen wird deren Einhaltung regelmäßig während unangekündigter Baustellentermine überprüft. Psula: „Bis jetzt gab es im Rahmen des Bauvorhabens an der Untenitter nur wenige Beanstandungen. Darin zeigt sich, dass ein erfahrenes Unternehmen mit der Umsetzung beauftragt wurde."

Wenn alle Arbeiten abgeschlossen sind und der Sammler voraussichtlich Mitte 2024 in Betrieb geht, wird der aktuelle Sammler im Ittertal stillgelegt und die beiden Bauwerke RÜB Untenitter und der Regenüberlauf (RÜ) Sonnenschein/ Mittelitter außer Betrieb genommen und zurückgebaut. ❐

Klarheit bei „roten Gebieten"

Kaniber zu Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

Aufgrund neuer Bundesvorgaben mussten bis Ende November 2022 die mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebiete in Bayern mit der Änderung der Ausführungsverordnung Düngeverordnung (AVDüV) neu ausgewiesen werden. Mittlerweile sind über 60 Normenkontrollanträge gegen die Ausweisung beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof anhängig, geklagt haben circa 1.000 landwirtschaftliche Betriebe. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat vier Musterverfahren abgetrennt und nun die ersten Urteile in den Musterverfahren verkündet.

„Unsere Ausweisungsverordnung ist grundsätzlich rechtmäßig. In einem Fall wurde eine Messstelle als nicht geeignet angesehen. Da werden wir die Urteilsbegründung abwarten müssen. Der gesamten Bayerischen Staatsregierung ist aber auch bewusst, dass wir sowohl im Interesse der Landwirte wie auch der gesamten Gesellschaft das Ausweisungsmessnetz bis Ende des Jahres 2024 auf 1.500 Ausweisungsmessstellen ausbauen müssen. Das bleibt eine große Herausforderung für die Wasserwirtschaftsverwaltung und das Umweltministerium. … Der Bund muss endlich die versprochene verursachergerechte Regelung beim Düngerecht angehen. Das hat Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir vor zwei Jahren in einer Protokollerklärung im Bundesrat verbindlich zugesagt. Darauf warten die Landwirte immer noch", so Agrarministerin Michaela Kaniber zu den Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. ❐

Wohnungsbau:

KfW-Fördergelder wieder verfügbar

Ende des vergangenen Jahres wurden einige Bau-Förderprogramme der Bundesregierung gestoppt. Der Grund: Bereits nach zehn Monaten war der Fördertopf leer. Damit ist jetzt Schluss. Seit kurzem können für die Programme Klimafreundlicher Neubau (KFN), Genossenschaftliches Wohnen und Altersgerecht Umbauen wieder Anträge bei der KfW gestellt werden.

Laut Bundesbauministerin Klara Geywitz sind alle drei Bau-Förderprogramme wichtig für die stark schwächelnde Baukonjunktur: „Jeder Förder-Euro löst Aufträge in den Büchern der Handwerker aus und kurbelt die Binnennachfrage an. Das sind genau die Impulse, die wir jetzt brauchen." Für die Programme stehen insgesamt 927 Millionen Euro bereit.

Beim Programm Klimafreundlicher Neubau (KFN) liegt der Endkundenzinssatz für Wohngebäude bei 2,1 Prozent und damit deutlich unter den aktuell marktüblichen Zinsen für Baufinanzierungen. Für KFN stehen heuer insgesamt 762 Millionen Euro für die Zinsverbilligung von Förderkrediten zur Verfügung. Möglich sind Kreditsummen bis zu 100.000 Euro (klimafreundliches Wohngebäude) bzw. bis zu 150.000 Euro (klimafreundliches Wohngebäude mit Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude QNG).

Gefördert werden der Neubau sowie der Ersterwerb neu errichteter klimafreundlicher und energieeffizienter Wohn- und Nichtwohngebäude, die spezifischen Grenzwerte für die Treibhausgas-Emissionen im Lebenszyklus unterschreiten und den energetischen Standard eines Effizienzhauses 40/Effizienzgebäudes 40 für Neubauten vorweisen. Eine größere Unterstützung gibt es für Gebäude, die zusätzlich das Qualitätssiegel QNG erreichen.

Die Förderung erfolgt über zinsverbilligte Kredite zur Errichtung von klimafreundlichen Wohn- und Nichtwohngebäuden. Investoren, Genossenschaften, Unternehmen und Privatpersonen können Anträge über ihre Förderbanken stellen. Darüber hinaus erhalten Kommunen und Landkreise Investitionszuschüsse, z.B. für den Bau von Wohnungen, Kindertagesstätten oder Schulen. Der Zuschuss beträgt dabei bis zu 12,5 Prozent ihrer Kosten für Wohngebäude, Wohneinheiten und Nichtwohngebäude bei Neubau und Erstkauf.

„Genossenschaftliches Wohnen"

Für das Programm „Genossenschaftliches Wohnen" stehen in diesem Jahr insgesamt 15 Millionen Euro (2023: neun Millionen Euro) zur Verfügung. Damit werden Menschen unterstützt, die eine eigene Genossenschaft gründen, um anschließend zu bauen, oder die Genossenschaftsanteile erwerben möchten, mit zinsgünstigen Krediten und einem Tilgungszuschuss. Zum Start liegt der Zinssatz bei 2 bis 2,5 Prozent, je nach Laufzeit. Es können Kredite bis zu 100.000 Euro aufgenommen werden. Der Tilgungszuschuss liegt bei 7,5 Prozent.

Die Förderung erfolgt sowohl bei Neugründung als auch bei der Beteiligung an einer bestehenden Wohnungsgenossenschaft. Voraussetzung für die Förderung ist, dass die erworbenen Genossenschaftsanteile für die Selbstnutzung der Genossenschaftswohnung verwendet werden. Antragsberechtigt sind Privatpersonen.

„Altersgerecht umbauen"

Damit Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Zuhause wohnen bleiben können, wird mit dem Programm „Altersgerecht Umbauen" der barrierefreie Umbau von Wohnungen unterstützt. In diesem Jahr stehen hierfür 150 Millionen Euro bereit, eine Verdoppelung der Summe aus dem vergangenen Jahr. Einzelne Maßnahmen werden mit bis zu 2.500 Euro bezuschusst. Wer sein Haus zum Standard „Altersgerechtes Haus" umbaut, bekommt 12,5 Prozent der förderfähigen Kosten (maximal 6.250 Euro) von der KfW erstattet.

Geplant ist nach Geywitz' Angaben noch ein weiteres Programm zur Förderung des Wohnungsneubaus: „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment" (KNN). Hier werden noch die Förderrichtlinien ausgearbeitet. Zudem solle künftig die Förderung „Jung kauft Alt" junge Familien beim Kauf alter Immobilien unterstützen und mit dem Programm „Gewerbe zu Wohnen" der Umbau von Gewerbe- zu Wohnimmobilien bezuschusst werden.

Bundesregierung in der Pflicht

Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, verwies darauf, dass mit den Förderprogrammen zwar die zweimonatige Förderlücke im Wohnungsbau geschlossen werde, die Bundesregierung jedoch nach wie vor eine konsistente und auf Verlässlichkeit ausgerichtete Wohnungsbaupolitik schuldig bleibe. Dies zeige sich unter anderem daran, dass auf Bundes- und Länderebene eine umfassende Prioritätensetzung zur Beseitigung der Wohnungsnot fehlt.

Branche braucht Klarheit und Sicherheit

Die Branche brauche Klarheit und Sicherheit für unternehmerisches Handeln, und das über mehrere Jahre. „Unsere Unternehmen beweisen täglich auf Deutschlands Baustellen, welche Zukunftspotentiale sie und ihre rund eine Million Fachkräfte heben. Diese Einstellung fordern wir auch von der Politik", unterstrich Müller. **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

Tourismus in Bayern:
Starkes Dach für den bayerischen Tourismus

Bayern ist und bleibt Deutschlands Reiseland Nr. 1. Mit 100 Millionen Übernachtungen und über 500 Millionen Tagesreisen generieren Bayerns Gäste jährlich einen touristischen Gesamtkonsum von ca. 47,5 Milliarden Euro. Der Tourismus ist damit eine wichtige Leitökonomie für Bayern. Die Organisation, die in Bayern auf Landesebene für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft zuständig ist, ist die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM). Als Landestourismusorganisation verantwortet sie im Auftrag des Freistaats und ihrer 28 Gesellschafter aus den verschiedensten Bereichen des Tourismus das nationale und internationale Marketing für das Urlaubs- und Reiseland Bayern. Sie unterstützt ihre Partner in den Orten und Regionen des Freistaats bei der Tourismusentwicklung als starker Wirtschaftsfaktor und wichtiger Arbeitgeber. Damit hilft die BayTM, regionale Wertschöpfungsketten, gute (Freizeit-)Infrastrukturangebote und natürliche Ressourcen zu bewahren – für eine lebenswerte Heimat für Einheimische und Gäste.

Eine Kernaufgabe der BayTM ist die Entwicklung und Umsetzung von Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des Endkunden-Marketings. Destinationen und Kommunen, die ihre Produkte und Angebote über die BayTM vermarkten, profitieren von der Bekanntheit und Stärke der Marke Bayern sowie von zielgerichteten Bühnen, die ihnen die Landtourismusorganisation bietet, um gemeinsam für Bayern zu werben. Mit mehr als 180.000 Websitebesuchen pro Monat, über 66 Mio. Impressionen auf Social Media und 520.000 Magazin-Exemplaren pro Jahr erreicht die BayTM eine Vielzahl potenzieller Gäste. Durch ihr gewachsenes Netzwerk an erfahrenen Autoren und Fotografen ist die BayTM in der Lage, hochwertigen Content zu den Urlaubsthemen ihrer Partner zu konzipieren und zu produzieren. So erreichen auch sie ihre Ziele und Zielgruppen ohne große Streuverluste.

Gemeinsam mehr erreichen

Damit der Tourismus in Bayern auch in Zukunft weiter so erfolgreich ist, unterstützt die BayTM die touristischen Akteure im Freistaat auch bei der Destinationsentwicklung. Dafür teilt sie ihr Wissen für Märkte, Trends und Entwicklungen und stellt ihnen strategische Werkzeuge in den Bereichen Nachhaltigkeit und Digitalisierung zur Verfügung. Zusätzlich schafft die BayTM Plattformen für den Austausch und die Vernetzung der unterschiedlichen Tourismusakteure, um gemeinsam mehr erreichen zu können. Ein dicht geknüpftes, solides und verlässliches Netzwerk ist die wichtigste Voraussetzung für eine dynamische Weiterentwicklung der Destination Bayern.

Mehr Informationen zur BayTM und ihren Services gibt es unter tourismus.bayern. ❐

Neubauatlas aktualisiert

Interaktive Karte ermöglicht bundesweite Vergleiche zu Gebäuden und Wohnungen

Der Neubauatlas ist eine interaktive Karte der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und liefert bundesweite Daten der Baufertigstellungsstatistik für die Jahre 2018 bis 2022.

Mit dem Neubauatlas kann bspw. die Entwicklung neu fertiggestellten Wohnraums bis auf Gemeindeebene als Karte visualisiert und über die Zeit hinweg beobachtet werden. Die regionalen Unterschiede in der Entstehung von neu gebauten Wohngebäuden sowie Wohnungen sind damit einfach sichtbar. Neben der Gesamtzahl neu fertiggestellter Wohnungen in den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands kann auch die Fertigstellung je 1 000 Einwohner mit wenigen Klicks angezeigt und somit bundesweit verglichen werden.

München verfügt über die meisten fertiggestellten neuen Wohnungen

Für Bayern zeigt sich beispielsweise, dass im Jahr 2022 mit einer Anzahl von 6 467 die meisten neuen Wohnungen in der Stadt München fertiggestellt wurden. Bezieht man die Anzahl der neu fertiggestellten Wohnungen auf den Bevölkerungsstand zum 31. Dezember 2022 errechnet sich eine Bauintensität für die Landeshauptstadt von 4,28 Wohnungen je 1 000 Einwohner. Für die Städte Fürth, Nürnberg und Schweinfurt bspw. lauten die entsprechenden Vergleichswerte 827 bzw. 6,29, 1 644 bzw. 3,14 sowie 68 bzw. 1,24.

Vergleicht man die Kaufwerte für baureifes Land, kostet baureifes Land im Jahr 2022 in München durchschnittlich 5 434 Euro, in Fürth 660 Euro, in Nürnberg 1 206 Euro und in Schweinfurt 380 Euro je Quadratmeter. Im Jahr 2018 liegen die Werte erwartungsgemäß deutlich niedriger bei 2 638 Euro, 637 Euro, 699 Euro bzw. 213 Euro.

Der Neubauatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist im Statistikportal unter dem Link https://neubauatlas.statistikportal.de erreichbar. ❐

Verleihung des Gütesiegels „Flächenbewusste Kommune"

Mit dem staatlichen Gütesiegel „Flächenbewusste Kommune" wurden jüngst Ebermannstadt, Bubenreuth und Unterwössen ausgezeichnet. Wie Umweltminister Thorsten Glauber, Wirtschaftsstaatssekretär Tobias Gotthardt und der Amtschef des Bayerischen Bauministeriums, Dr. Thomas Gruber betonten, zeichneten sich die neuen Preisträger insbesondere dadurch aus, dass sie ein aktives Flächenmanagement betreiben und innovative Konzepte und Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs anwenden.

Zu den Zielen des Mittelzentrums Ebermannstadt im Landkreis Forchheim zählen eine nachhaltige Siedlungs- und Flächenentwicklung, die Deckung des Bedarfs an Wohnbauflächen sowie eine sozial gerechte Bodennutzung mit besonderem Augenmerk auf den Erhalt einer lebendigen Innenstadt. Ebermannstadt hat dazu in den Jahren 2014/2015 im Zusammenwirken von Stadtrat, Verwaltung, Bürgerschaft und Nachbarkommunen eine Strategie nach dem Grundsatz „Innen vor Außen" erarbeitet. Am Anfang stand der Aufbau eines städtischen Immobilienmanagements. Es folgte ein Grundsatzbeschluss zu einem Baulandmodell und die Installation eines Zentrenmanagements. Mit Bebauungsplänen der Innenentwicklung wurden brachliegende innerstädtische Flächen für den Wohn- und Gewerbebau aktiviert.

Innenentwicklung in Ebermannstadt

Im Ergebnis konnten Potenziale der Innenentwicklung durch Nachnutzung, Umbau und Sanierung von Leerständen, auch von städtischen Liegenschaften, gehoben werden. Ein neues Baugebiet wird aktuell nach dem Baulandmodell erschlossen. Brachliegende Areale werden einer Nutzung zugeführt, unter anderem durch die Schaffung von Baurecht für ein „Generationenquartier" mit stationärer Pflege, ambulant unterstütztem Wohnen für Menschen mit Behinderung, Kinderkrippe und Kindergarten.

Die Gemeinde Bubenreuth (Landkreis Erlangen-Höchstadt) startete 2015 den Ortsentwicklungsprozess „Bubenreuth 4.0 mit integriertem städtebaulichen Entwicklungskonzept". Damit soll die hohe Lebensqualität zumindest erhalten und gleichzeitig die historisch gewachsene Ortsstruktur gesichert werden.

Bubenreuth 4.0

Die weitere Ortsentwicklung wird etwa durch Bürgerforen regelmäßig thematisiert. 2021 erfasste die Gemeinde Baulücken und Leerstände. Zudem wurden kommunale Förderprogramme zur gestalterischen Aufwertung von Anwesen, für Flächenentsiegelung, Nachbegrünung und Biodiversität sowie zur CO2-Einsparung in den Bereichen Mobilität, Wärme und Strom aufgelegt. Durch die Aufstellung von Bebauungsplänen konnte eine im Innenbereich gelegene Brachfläche für Wohnbebauung wieder nutzbar gemacht werden.

Für ein 5,6 Hektar großes Areal in der Ortsmitte wurde Baurecht für Geschosswohnungsbau geschaffen. Darüber hinaus wurden neue Wohnungen errichtet, und es soll ein verkehrsberuhigtes Quartier mit Wohnungen, Wohnraum für „Leben und Wohnen im Alter", Nahversorger, Bäcker/Café, Laden- und Praxisräumen entstehen. Mit finanzieller Unterstützung durch die Städtebauförderung wird eine ehemalige, teils denkmalgeschützte Hofstelle zum Kulturhof umgebaut. Nahe der S-Bahn-Haltestelle sind ein Parkhaus und eine Bike & Ride-Anlage entstanden.

Gemeinde Unterwössen

Ziel der Gemeinde Unterwössen (Landkreis Traunstein) ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Grund und Boden als begrenzter Ressource, das Entgegenwirken einer Zersiedelung in den Randbereichen von Ober- und Unterwössen, die Stärkung des Tourismus als wichtigem Wirtschaftszweig und eine nachhaltige Daseinsvorsorge für ortsansässige Familien.

Ab 2016 entstand ein Konzept zur Flächen- und Ortsentwicklung, das schließlich in einem Grundsatzbeschluss der Gemeinde festgehalten wurde. Die Ortsentwicklung wird so gesteuert, dass der Ortskern gestärkt, Flächeninanspruchnahme minimiert und Baulücken, Brachflächen und Leerstände aktiviert werden.

So entstand auf einer zentralen Gewerbebrache in räumlicher Nähe zum Rathaus ein Wohn- und Beschäftigungsprojekt mit bezahlbaren und geförderten Wohnungen für Menschen mit und ohne Behinderungen, mit Gemeinschaftsräumen, einer Praxis für Allgemeinmedizin und einem integrativen öffentlichen Café. Ein ehemaliges Hallenbad wandelte sich zum Bürgerhaus. Durch dessen umfassende Sanierung wurde ein gesellschaftlicher, kultureller und sozialer Mittelpunkt für Vereine und den Ort sowie das Achental geschaffen. **DK**



GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit
Bayerischer Industrieverband
Baustoffe, Steine und Erden e. V.
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Heimischen Rohstoffe
Recycling-Beton

Nachfrage nach Beton mit recycelten Gesteinskörnungen nimmt deutlich zu

Der europäische Green Deal beinhaltet die Stärkung der Kreislaufwirtschaft (Circular Economy), also die verstärkte Rückführung von Abfällen in den Wirtschaftsprozess. Die Baubranche mit einem jährlichen Abfallaufkommen von rund 53 Mio. Tonnen pro Jahr [1] allein in Bayern trägt dabei eine besondere Verantwortung.

Beton besteht zum überwiegenden Teil aus Gesteinskörnungen, also Kies, Sand und/oder Splitt. Hier liegt das Potenzial, nämlich primär gewonnene Gesteinskörnungen durch Recycling-Material zu ersetzen. Doch so einfach wie es klingt, ist die Sache nicht!

Technische Qualitäten müssen stimmen

Beton ist ein genormter Baustoff, der vorgegebenen Anforderungen an Standfestigkeit, Dauerhaftigkeit und Gebrauchstauglichkeit entsprechen muss. Daraus ergeben sich auch Anforderungen an die Ausgangsstoffe, insbesondere die eingesetzten Zemente (Bindemittel) und die Gesteinskörnungen. Diese sind hohen Qualitätsstandards unterworfen. Aufbereiteter Bauschutt ist in der Regel ein Gemisch unterschiedlicher Ausgangsmaterialien (Beton-, Ziegel-, Gips- und Mörtelgemische), die diese Qualitätsmaßstäbe nicht in jedem Fall erfüllen. Deshalb begrenzt die Betonnorm den Einsatz nach Menge und Zusammensetzung der Recycling-Gesteinskörnungen und legt auch besondere Qualitätssicherungsmaßnahmen bei deren Einsatz fest. Das macht die Bereitstellung von Recycling-Beton für den Hersteller aufwendiger und teurer.

Verfügbare Mengen an Recycling-Material sind begrenzt

Der überwiegende Anteil des anfallenden mineralischen Abfalls sind Erdaushübe, die nur in Ausnahmefällen ohne großen Aufwand zu Ausgangsmaterial für Beton verwendbar sind. Bauschutt fällt in einer Größenordnung von 10 Mio. Tonnen pro Jahr an, davon werden aktuell rund 7 Mio. Tonnen zu Recycling-Baustoffen in speziellen Anlagen aufbereitet. Der Rest lässt sich unter den gegenwärtigen technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zum Recycling-Baustoff aufbereiten, weil er zu viele Fremdstoffe oder belastetes Material enthält. Um den tatsächlich wiederverwertbaren Anteil konkurrieren unterschiedliche Anwendungen im Bauwesen: Tiefbau, Straßen- und Wegebau und eben auch Betonhersteller. Der Einsatz im Beton stellt vom Sortieraufwand und der Aufbereitungstechnik die höchsten Anforderungen an den Aufbereiter. Das führt dazu, dass Recycling-Material in der Regel dort seine Wiederverwertung findet, wo dies mit dem geringsten Aufwand und damit geringeren Kosten möglich ist.

Normung und Fördermaßnahmen ermöglichen breitere Anwendung

Die Überarbeitung der Betonnorm erleichtert zukünftig den Einsatz von normgerechtem Recycling-Beton. Die Verwendung von Recycling-Gesteinskörnungen wurde erweitert, der Mehraufwand bei der Gütesicherung reduziert. Sowohl öffentliche wie auch private Ausschreibungen setzen verstärkt auf den Einsatz von Recycling-Beton. Das hat auch wirtschaftliche Hintergründe für die Bauherren, weil für förderungswürdige Zertifizierungen der Bauwerke immer häufiger der Einsatz von rezyklierten Baustoffen nachgewiesen werden muss. Insofern stellt sich die Betonindustrie auf eine zunehmende Nachfrage ein, deren Bedienung alle Beteiligten vor Herausforderungen stellt. ❐

Begriffserläuterungen:
Beton: Baustoff aus Zement, Gesteinskörnungen, Wasser und ggfs. geringen Mengen an Zusatzstoffen und Zusatzmitteln
Recycling-Beton: Beton, bei dem ein Teil der Gesteinskörnungen durch die Verwendung von aufbereitetem Bauschutt ersetzt wird, ansonsten gleiche Zusammensetzungen

[1] Mengenangaben zu mineralischen Abfällen, anfallendem und aufbereitetem Bauschutt sind Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (BayLfStD) entnommen.





Die Beispielbilder stammen aus dem Albrecht-Ernst-Gymnasium in Oettingen. Attraktive Lernlandschaften werden im Landkreis Donau-Ries sehr gut angenommen, denn sie bringen echte pädagogische Verbesserungen
Bilder: Simon Kapfer, LRA Donau-Ries

Gymnasium Donauwörth:

Bauausschuss stimmt für weitere Lernlandschaften

Als Sachaufwandsträger für die weiterführenden Schulen baut und saniert der Landkreis Donau-Ries seit vielen Jahren fortlaufend seine Schulgebäude. Am Gymnasium Donauwörth, der größten Schule des Landkreises, wird seit mehreren Jahren in verschiedenen Bauabschnitten an einer vollständigen Modernisierung des Schulgebäudes gearbeitet.

Neben baulichen Ertüchtigungen und einer besseren Ausstattung mit modernen Geräten steht dabei auch die Umsetzung eines von einer schulischen Arbeitsgruppe ausgearbeiteten pädagogischen Konzepts im Vordergrund.

Abwechslung im Unterricht

Dabei sind unter anderem insgesamt fünf „freie Klassenzimmer" bzw. Lernlandschaften für die Klassen der Unterstufe vorgesehen.

Lernlandschaften bzw. „freie Klassenzimmer" sind deutlich größer als übliche Klassenräume und offener gestaltet. So wird die pädagogische Zusammenarbeit mehrerer Klassen in einem Raum und damit eine Abwechslung im Unterricht als neuer pädagogischer Anreiz ermöglicht.

Lernlandschaften bereits in mehreren Landkreisschulen

In seiner letzten Sitzung sprach sich der Bauausschuss des Landkreises Donau-Ries mit großer Mehrheit für die Schaffung zweier weiterer Lernlandschaften am Gymnasium Donauwörth aus und entsprach so dem Wunsch der Schulleitung und der schulischen Arbeitsgruppe. Im vorangegangenen Bauabschnitt konnten schon drei Lernlandschaften realisiert werden. Landrat Stefan Rößle begrüßt die Entscheidung: „Lernlandschaften wurden bereits in mehreren unserer Landkreisschulen umgesetzt und werden sehr gut angenommen. Dass wir nun auch dem Wunsch der Schulleitung am Gymnasium Donauwörth entsprechen konnten, freut mich sehr. Auch der Bauabschnitt IV an unserer größten Landkreisschule wird eine echte pädagogische Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler und um eine Attraktion reicher." ❐

BVI-Präsident Thomas Meier fordert:

Umfassendes Förderprogramm für Eigentumswohnanlagen

„Selbst die Mittelschicht kann sich die energetische Sanierung ihres Wohnungseigentums kaum leisten"

Geht es nach der Bundesregierung, sollen Deutschlands Bestandsgebäude in Zukunft deutlich effizienter werden. Das betrifft auch einen Großteil der rund 10 Millionen Eigentumswohnungen. Doch genau hier fehle es an geeigneten Fördermöglichkeiten, kritisiert der BVI Bundesfachverband der Immobilienverwalter e. V., dessen Mitglieder rund 15 Prozent des Bestandes an Eigentumswohnungen betreuen. Auf den Münchner Verwaltertagen im Februar forderte der Verband ein gesondertes Förderprogramm, das die komplexe Beschlussfassung und die Kostenlast in Wohnungseigentümergemeinschaften (WEGs) berücksichtigt.

„Die Fördermaßnahmen für energetische Sanierungen im Bestand greifen zu kurz. „Selbst die breite Mittelschicht kann sich die energetische Sanierung ihres Wohnungseigentums kaum leisten", sagte BVI-Präsident Thomas Meier auf dem Branchentreff in München. Damit es auch in Deutschlands Eigentumswohnungen mit der Wärmewende klappe, brauche es zielgenaue Unterstützung durch den Bund, die angesichts der gewaltigen Herausforderungen finanziell deutlich umfassender ausgestattet werden müsse als die bisherigen Hilfen. Erforderlich sei ein spezifisches Programm: „Die aktuellen Fördermittel mögen für Ein- und kleinere Mehrfamilienhäuser funktionieren, doch auf die Kostenlast und die Komplexität der Entscheidungsprozesse in größeren Eigentumswohnungsanlagen sind sie einfach nicht zugeschnitten", machte Meier deutlich.

Komplexe Beschlussfassung

Während Hausbesitzer oft unabhängig über den zeitlichen und finanziellen Rahmen von Sanierungsmaßnahmen entscheiden können, sind Wohnungsbesitzer an die Entscheidungen ihrer Eigentümerversammlung und deren Fristvorgaben gebunden. Dass der Gesetzgeber diesen Umstand nicht hinreichend berücksichtigt hat, zeigt eine große Zahl an Rückmeldungen, die den Verband erreicht. Demnach können etliche WEGs die Fördermittel des Staates nicht ohne Weiteres einsetzen, weil sie die ihnen gesetzlich vorgeschriebenen Fristen zur Beschlussfassung einhalten müssen. Erschwerend hinzu komme die Vielzahl der Akteure, die bei der energetischen Sanierung einer Wohnanlage im Boot sitzen. Eine Abstimmung und Koordination sei unter anderem mit Schornsteinfegern, Energieberatern, Behörden und Handwerkern nötig.

Hohe Kostenlast in Eigentumswohnanlagen

Was die aktuellen Förderprogramme laut Verband noch vermissen lassen: Sie federn die hohe Kostenlast nicht genügend ab, die mit der Modernisierung eines großen Mehrparteienhauses meist einhergehen. „Bei der Formulierung des GEG hat das politische Berlin offensichtlich nicht ausreichend bedacht, welche enormen Kosten auf Eigentümer in Wohnungseigentümergemeinschaften zukommen", sagte Meier in München.

600 bis 1.000 Euro / qm

Laut Studien kämen je nach angestrebtem Effizienzstandard im Bestand zwischen 600 und mehr als 1.000 Euro pro Quadratmeter auf die Wohnungsbesitzer zu. Die Erfahrung der rund 800 Verbandsmitglieder zeige, dass viele mit der Finanzierung umfassender Sanierungsmaßnahmen überfordert seien. Zudem bereiteten hohe Zinsen sowie steigende Baukosten eben nicht nur bei Neubauten erhebliche Probleme, sondern auch im Bestand.

„Wenn es die Bundesregierung mit der Energiewende ernst meint, muss sie entschlossen handeln. Sie muss Eigentümern und Verwaltern das nötige Rüstzeug an die Hand geben – und vor allem Planungssicherheit schaffen", betonte der BVI-Präsident. So würden die zuletzt schnell geleerten Fördertöpfe bei Wohnungseigentümern und Immobilienverwaltern fast zwangsläufig die Frage aufwerfen: Werden auch in Zukunft genügend Mittel vorhanden sein, um die dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen umzusetzen?

Langfristige Förderstrategie notwendig

Nach Ansicht des BVI könnten mit gesonderten Förderprogrammen die größten Hürden für WEGs aus dem Weg geräumt werden – sofern die Finanzmittel schnell, unbürokratisch und zielgerichtet abrufbar seien. Nach den Worten von Meier brächten Deutschlands Immobilienverwalter die Energiewende im Bestand gerne kompetent voran. Aber dafür brauche es dringend eine klare und langfristige Förderstrategie vom Bund.

Über den BVI

Der BVI Bundesfachverband der Immobilienverwalter e. V. vertritt seit 1983 professionelle Unternehmen aus der Immobilienverwaltung. Insgesamt gehören dem Verband rund 800 Hausverwaltungen an, die über 1,4 Millionen Einheiten betreuen und damit rund 15 Prozent des Bestandes an Eigentumswohnungen in Deutschland. Die von den Verbandsmitgliedern verwalteten Vermögenswerte in der Immobilienwirtschaft betragen über 140 Milliarden Euro. Thomas Meier ist seit mehr als 20 Jahren Präsident des BVI. ❐

Alternatives Beschaffungskonzept:

Sach- und fachgerechte Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen

Die Unsicherheiten bei der Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen nach Streichung des § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV haben ein Ende: Kammern und Verbände der planenden Berufe haben ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. iur. Martin Burgi, dem Leiter der Forschungsstelle für Vergaberecht und Verwaltungskooperationen an der Ludwig-Maximilians-Universität München, vorgelegt, das eine EU-rechtskonforme Lösung aufzeigt.

Die Frage, wie der geschätzte Auftragswert bei der Vergabe von Planungsleistungen rechtssicher berechnet werden kann, hat seit der Änderung der VgV im letzten Jahr zu erheblichen Unsicherheiten bei den öffentlichen Auftraggebern geführt. Um diese – auch im Interesse der Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer – zu beseitigen, hat Prof. Burgi im Auftrag von Kammern und Verbänden der planenden Berufe die Zulässigkeit eines alternativen Beschaffungskonzepts geprüft.

Entlastung für Vergabestellen und Auftragnehmer

Dieses Konzept erlaubt einen sach- und fachgerechten Umgang mit Vergaben bei Planungs- und Bauaufträgen und entlastet Vergabestellen ebenso wie Auftragnehmer deutlich von Bürokratie. Möglich wird dies durch das europarechtlich verankerte Wahlrecht des Auftraggebers, Planungs- und Bauleistungen entweder getrennt oder gemeinsam, auch kombiniert mit einer Fachlosbildung, zu vergeben. Dabei geht das europäische Vergaberecht davon aus, dass es sich insgesamt um einen Bauauftrag handelt, für den der für die Vergaben von Bauleistungen geltende Schwellenwert von 5.538.000 Euro zur Anwendung kommt.

Mittelstandsfreundliche Vergabe

Denn: Die Streichung von § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV lässt den Grundsatz der mittelstandsfreundlichen Vergabe unberührt. Deshalb sind die zu vergebenden Planungs- und Bauleistungen auch bei diesem Beschaffungskonzept in Fach- und Teillose aufzuteilen, was wiederum eine Vergabe nach Haushaltsvorgaben oder der Unterschwellenvergabeverordnung eröffnet. Mit anderen Worten: Architektenleistungen können im Wege eines eigenen Fachloses vergeben werden.

Die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, Prof. Lydia Haack, begrüßt dieses Ergebnis: „Das Gutachten zeigt nicht nur einen Weg auf, den bürokratischen Aufwand bei der Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen in Grenzen zu halten, sondern ermöglicht vor allem auch regionalen und jungen Architekturbüros, sich erfolgreich um Planungsaufträge, die im Wege von Fachlosen vergeben werden, zu bewerben. Das stärkt gerade angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage die regionale Planungs- und Bauwirtschaft."

Das Rechtsgutachten „Gemeinsame Vergabe von Aufträgen für Planungs- und Bauleistungen, kombiniert mit Fachlosbildung: Funktionsweise und Rechtskonformität eines alternativen Beschaffungskonzepts (v. a. bei kommunalen Investitionsvorhaben für Klimaschutz, sozialer Infrastruktur, Sanierung, etc.) nach Streichung des § 3 Abs. 7 S. 2 VgV finden Sie unter: https://bak.de/wp-content/uploads/2024/02/Burgi-Gutachten.pdf . ❐

Wissen bringt Rendite

Wie die Deutschen Geld vernichten und was dagegen hilft

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Dass die Deutschen wissen, wie man spart, ist nichts Neues. Traditionell liegt ihre Sparquote weltweit im Spitzenfeld. 2023 haben sie nach vorläufigen Zahlen voraussichtlich 11,2 Prozent ihres verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante gelegt. Besser sind da nur noch die Nachbarn in der Schweiz und in den Niederlanden. Allein 2023 ist das Geldvermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik um rund sechs Prozent auf 7,9 Billionen Euro gewachsen – gestiegene Zinsen und Börsenentwicklung haben den Vermögensaufbau zusätzlich befördert.

Angesichts eines unsicheren wirtschaftlichen und globalen Umfeldes geben die Bundesbürger weniger aus und halten ihr Geld zusammen. Das stellen sie freilich nur begrenzt clever an. Jedenfalls dann, wenn man sich die Ergebnisse der repräsentativen Studie „So investiert Deutschland" zu eigen macht, die die Commerzbank beim Markt- und Meinungsforschungsinstitut Ipsos beauftragt und Ende Februar vorgelegt hat.

64 Milliarden Euro Kaufkraftverlust

Etwas mehr als 2,1 Billionen Euro horten die Deutschen auf ihren Sparbüchern, Tages- oder Festgeldkonten. Und damit fängt die Malaise an. Der Privatkundenvorstand der Commerzbank, Thomas Schaufler, hat es bei der Präsentation der erwähnten Studie vorgerechnet. Denn, so sein Gedankengang, bei einer durchschnittlichen Inflation von sechs Prozent und einem Einlagenzins von drei Prozent belaufe sich der Kaufkraftverlust auf drei Prozent und damit 64 Milliarden Euro. Ein Verlust, der daraus resultiert, dass die Sparer in Deutschland Anlagealternativen mit besseren Renditen nur wenig nutzen. Zum Vergleich: Rund 3,2 Billionen Euro ihres Geldvermögens halten sie als Einlagen und Bargeld, weitere 2,3 Billionen haben sie in Versicherungsprodukten angelegt. Bei Aktien und Investmentfonds halten sie sich dagegen zurück. Sie investieren hier mit 1,8 Billionen Euro lediglich etwas mehr als 23 Prozent ihres Geldvermögens – und verschenken damit Rendite.

Das alles mag in einem Land, in dem das Sicherheitsdenken in allen Lebensbereichen sehr ausgeprägt ist, nicht verwundern. Doch ist damit die tendenziell einseitige Anlagepolitik der Deutschen nicht vollständig erklärt. Die Commerzbank-Studie weist auf einen Punkt hin, der nachdenklich stimmt. Nämlich die erheblichen Defizite der Bundesbürger, wenn es um ihr Finanzwissen geht – und weil sie sich nicht so gut in Finanzdingen auskennen, legen sie eben ihr Geld in beschriebener Form an, verzichten nolens volens auf Rendite.

Die der Produkt- und Unternehmenswerbung unverdächtige Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat zuletzt in einer eigenen Studie zur Finanzbildung Erschreckendes veröffentlicht: Lediglich 21 Prozent der Erwachsenen sind in Finanzfragen stattelfest und: Die Deutschen haben selbst bei der Lösung einfacher Zinsrechnungen Probleme.

Mangelndes Finanzwissen in der Bevölkerung ist in Deutschland ein Thema. Allerdings auch eines, das seit vielen Jahren bekannt ist. Viele politische Anläufe gab es in der Vergangenheit, um Abhilfe zu schaffen. Den letzten hat die Bundesregierung 2023 mit der „Finanzbildungsstrategie für Deutschland" gestartet. Großes wird zusammen mit der OECD angestrebt – Finanzbildungsplattform und Stärkung der Forschung zur finanziellen Bildung lauten die PR-Schlagworte. Eine fürsorglich gemeinte bildungspolitische Reparaturmaßnahme, mehr aber auch nicht.

Finanzbildung in die Lehrpläne

Wer das Thema Finanzbildung angehen will, muss konsequent anders ansetzen und Durchhaltevermögen an den Tag legen. Die Ergebnisse der letzten Pisa-Studie diktieren dazu die politischen Hausaufgaben: Wer die Finanzbildung in der Breite und für die Zukunft stärken will, muss Finanzbildung in die Lehrpläne in allen Altersstufen und Schulformen einpassen. Er muss den Anteil leistungsschwacher Schüler in Mathematik von aktuell 30 Prozent deutlich verringern. Er muss jungen Menschen den Alltagsnutzen von Mathematik vermitteln (Zinsrechnung!) und Jugendliche befähigen, den Sinn von Texten zu erfassen, denn da hapert es ebenfalls gewaltig. Wie all das geht? Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) hat im Januar fundiert Positionen zu den „Lehren aus der Pisa-Misere" formuliert. Wer sie beherzigt, führt auch die deutschen Sparer à la longue zur besseren Anlagerendite.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❐

LfA-Förderbilanz 2023:

Bayerischer Mittelstand investiert weiter in Modernisierung

2,3 Milliarden Euro für die Zukunft von Bayerns Unternehmen und Kommunen
Trotz Investitionszurückhaltung gestiegene Nachfrage nach Innovationskrediten

Die LfA Förderbank Bayern verzeichnete 2023 ein solides Förderjahr. Erreicht wurde ein Kreditvolumen von rund 2,3 Milliarden Euro für die bayerischen Unternehmen und Kommunen. Davon wurden etwas mehr als 1,6 Milliarden Euro im Rahmen programmgebundener Förderkredite vergeben. Insgesamt nutzten mehr als 3.500 Unternehmen und Kommunen die Angebote der LfA.

In den wichtigen Förderbereichen Gründung (über 465 Millionen Euro) und Wachstum (über 765 Millionen Euro) sagte die LfA Kredite von mehr als 1,2 Milliarden Euro zu. Mehr als die Hälfte der Gründungsförderung wurde für Unternehmensnachfolgen eingesetzt. Die LfA unterstützt Unternehmensübergaben ebenso wie Neugründungen. Einen deutlichen Zuwachs von 33 Prozent gab es beim Innovationskredit 4.0, mit dem im vergangenen Jahr über 350 Unternehmen mit rund 185 Millionen Euro insbesondere Innovations- und Digitalisierungsvorhaben finanziert haben.

Wirtschaftliche Unsicherheiten sowie der Wegfall von Sondereffekten führten dazu, dass die Nachfrage nach den LfA-Förderkrediten 2023 im Vergleich zum überaus starken Vorjahr insgesamt geringer ausgefallen ist. So gab es im ersten Halbjahr 2022 eine ungewöhnlich hohe Fördernachfrage aufgrund von Vorwegnahme-Effekten wegen der sich damals bereits abzeichnenden Zinsentwicklung. Zudem standen dem bayerischen Mittelstand im ersten Halbjahr 2022 noch die LfA-Coronaprodukte zur Verfügung.

Schädliche Zurückhaltung bei Investitionen

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger erklärt: „Innovation, Gründung und Wachstum waren die Treiber des Förderjahres 2023. Das sind klare Zukunftsthemen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die bayerische Wirtschaft am Puls der Zeit bleiben kann. Für eine neue Aufbruchstimmung müssen deshalb die Rahmenbedingungen stimmen. Die Zurückhaltung bei Investitionen ist schädlich."

„Auch 2023 hat die LfA den bayerischen Mittelstand mit zielgerichteten Förderangeboten unterstützt. Um den Kreditzugang für die Betriebe und Hausbanken weiter zu erleichtern, haben wir zu Beginn dieses Jahres die bisher getrennten Produkte Start- und Investivkredit zu einem einfachen und schlanken Produkt ‚Gründungs- und Wachstumskredit' zusammengefasst. Mit diesem neuen und vielseitig einsetzbaren Kreditprodukt erleichtern wir Unternehmen die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen", erläutert Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern. ❐

Bayerische Finanzpolitik:

Spitzenrating und FinanzIT BAYERN-Turbo

Erfreuliche Nachrichten aus dem Bayerischen Finanzministerium: Der Freistaat Bayern erhält für seine Finanzpolitik auch 2024 die Top-Note von Standard & Poor's. Die renommierte Ratingagentur bewertet Bayerns Haushaltspolitik damit bereits seit 2012 durchgehend mit dem Spitzenrating ‚AAA/A-1+' mit stabilem Ausblick. „Das zeigt: Bayern ist und bleibt der Garant für finanzpolitische Stabilität – trotz vieler Herausforderungen durch die zu bewältigenden Krisen der letzten Jahre. Bayern hat damit nach wie vor von drei Ratingagenturen das jeweils bestmögliche Rating erhalten", erklärte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

„Wir werden auch weiter an diesem Kurs festhalten", stellte der Minister klar: „Mit dem Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 2024/2025 setzen wir unsere solide und zukunftsorientierte Haushaltspolitik in Bayern fort. Unter anderem 52 Milliarden Euro für Bildung und Forschung, 22,4 Milliarden Euro an Investitionsausgaben – das alles schafft der Freistaat Bayern trotz schwieriger Rahmenbedingungen ohne neue Schulden im Staatshaushalt."

In der Höchstbewertung der Ratingagentur kommen vor allem das starke Finanzmanagement und eine im internationalen Vergleich sehr niedrige Verschuldung zum Tragen. Dazu gesellen sich die soliden institutionellen Rahmenbedingungen und die sehr widerstandsfähige breit aufgestellte Wirtschaft und Unternehmenslandschaft in Bayern.

Abgeschlossen ist unterdessen die Gründung der ‚FinanzIT BAYERN': Dank der neuen Organisationsstruktur werden die umfassenden IT-Kompetenzen des Landesamts für Finanzen ab sofort zentral in Regensburg gebündelt.

Füracker zufolge ist Bayern Vorreiter bei der Digitalen Transformation der Steuer- und Finanzverwaltung. „Mit der ‚FinanzIT BAYERN' kommen wir unserem Ziel der Volldigitalisierung der Personalwirtschaft einen enormen Schritt näher. Zudem profitiert die Oberpfälzer Region: Wir bieten heimatnahe, zukunftssichere und familienfreundliche Arbeitsplätze in einem dynamischen Umfeld mit innovativen und spannenden Aufgaben." Die „FinanzIT BAYERN" ist als moderner IT-Dienstleister mit über 400 Beschäftigten, davon allein rund 300 in der Oberpfalz, einer der größten IT-Arbeitgeber in der Region. Perspektivisch entstehen dort zusätzlich 110 weitere IT-Arbeitsplätze.

Die schnelle, effiziente und digitale Kommunikation kommt, so der Minister, sowohl den Beschäftigten als auch den Steuerzahlern zugute. Das erfolgreiche digitale Antrags- und Auskunftsportal „Mitarbeiterservice Bayern" ermögliche volldigitale Personalprozesse, unter anderem die Bereitstellung digitaler Mitteilungen, Personaldaten, Versorgungsauskünfte und Angebote wie das JobBike Bayern sowie ein Dienstreisemanagement.

Auch im Bereich der digitalen Zahlungsabwicklung des Freistaats stelle die „FinanzIT BAYERN" moderne ePayment-Verfahren zur Verfügung. Die „FinanzIT BAYERN" führe kontinuierlich innovative digitale Verfahren ein – so wurde nach erfolgreicher Testphase die Digitale Personalakte Bayern mittlerweile in allen Besoldungsreferaten implementiert. **DK**

BayernLabo emittiert erfolgreich dritten Social Bond im Benchmarkformat

Die BayernLabo hat erneut mit großem Erfolg auf Basis ihres Social Bond Frameworks einen Social Bond am Kapitalmarkt platziert. Die Emission mit einem Volumen von 500 Mio. Euro wird von der Ratingagentur Moody's mit Aaa bewertet. Mit dem Emissionserlös refinanziert die BayernLabo Darlehen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit geringem Einkommen.

Die erfolgreiche Platzierung wurde von einem Konsortium aus BayernLB, Erste Group, NordLB, Société Générale und UniCredit begleitet. Die Anleihe mit einer Laufzeit von sieben Jahren weist einen Zinskupon von 2,875 Prozent aus. In einem herausfordernden Marktumfeld stieß der deutlich überzeichnete Social Bond bei den Investoren auf großes Interesse. Die Nachfrage wurde dominiert von Banken-Treasuries und Asset Managern. Mehr als 40 Prozent dabei aus dem Ausland.

Die Bewertungen von anerkannten Nachhaltigkeits-Ratingagenturen bescheinigen der BayernLabo eine herausragende Nachhaltigkeitsleistung. Damit gehört sie auch global zu einem der am besten bewerteten Unternehmen der Branche. ❐



DSGV-Präsident Prof. Reuter zur Konjunkturprognose 2024:

Leistung muss belohnt werden

„Nur mit klimagerechtem Wirtschaftswachstum kann Deutschlands Wohlstand erhalten bleiben. Die Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung aller arbeitsfähigen Menschen in diesem Land und mehr Leistungsbereitschaft", machte DSGV-Präsident Prof. Ulrich Reuter auf einer Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Konjunkturprognose deutlich.

Nach Einschätzung der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe könnte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr ein Plus von 0,3 Prozent verzeichnen. Der Chefvolkswirt der DekaBank, Dr. Ulrich Kater, verwies darauf, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gleichzeitig unter strukturellem und konjunkturellem Druck stehe. Eine Verbesserung sei in Sicht: „Der private Konsum erholt sich, weil sich die Inflation weiter beruhigt. Gleichzeitig tritt eine Gewöhnung an wieder dauerhaft höhere Zinsen ein, was Investitionen begünstigt. Nicht zuletzt wird der Export wieder anziehen, was für die exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders wichtig ist."

Wie Präsident Reuter ausführte, gebe es spezifische Gründe, weshalb Deutschland derzeit schwächer wächst als andere Industrieländer: „Zum einen haben wir – zum Glück und anders als in vielen anderen Ländern – eine ausgeprägte Industrie in diesem Land, häufig energieintensiv. Die muss unbedingt hier gehalten werden. Zum anderen ist Deutschland ein starkes Exportland. Die schwächelnde Weltkonjunktur trifft uns deshalb besonders. Mir ist deshalb wichtig, dass sich unser Land, vor allem die Politik, auf die Rahmenbedingungen konzentriert, die die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und verbessern."

Für die Zukunft entscheidend ist aus Reuters Sicht eine sichere und kostengünstige Energieversorgung – „vor allem für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie". Aus guten ökologischen Gründen habe sich Deutschland entschieden, dass regenerative Energien künftig die Basis sein sollen. Diese seien heute im Preis durchaus wettbewerbsfähig. Sie benötigten allerdings für den Ausgleich von Belastungsspitzen Reservekapazitäten – für eine gewissen Zeit noch Kohle, möglichst schnell Gas und langfristig Wasserstoff. Die dazu laut Bundesnetzagentur notwendigen 25 Gigawatt – das sind rund 50 Gaskraftwerke – müssten so finanziert werden, dass sie nicht zu einer dauerhaften Belastung der Energiepreise und damit der Wettbewerbsfähigkeit werden.

Als weiteren entscheidenden Erfolgsfaktor betrachtet der DSGV-Chef die internationale Ausrichtung der deutschen Wirtschaft. „Sie ist dadurch allerdings nicht nur konjunkturell für globale Störungen anfällig, sondern auch in den Lieferketten. Wir haben das gesehen im Rahmen der Corona-Phase, zu Beginn des Kriegs gegen die Ukraine, beim querliegenden Frachter im Suez-Kanal und jetzt bei den Schiffs-Angriffen der Huthis im Roten Meer. Es ist deshalb gut, dass sich die deutsche Wirtschaft bei den Zulieferern breiter – auch regional breiter – aufstellt", unterstrich Reuter und ergänzte: „Ich denke, dass die Politik diesen Prozess gut unterstützen sollte und könnte – durch mehr Partnerschaften mit weiteren Schwellenländern und durch gezielte Auslandsinvestitionen."

Die deutsche Wirtschaft brauche schlichtweg mehr Partner in der Welt. Dies müsse politisch flankiert werden. Dank des Europäischen Binnenmarktes sei die EU neben China und den Vereinigten Staaten einer der drei größten globalen Akteure im internationalen Handel. Der Europäische Binnenmarkt helfe den EU-Mitgliedsstaaten, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten und stärke den Einfluss der EU in der Welt. Eine Abwendung von der EU wäre deshalb nach Reuters Auffassung ökonomischer Unsinn.

Für die Zukunft entscheidend sei auch der Einsatz neuer Technologien und vor allem von KI. „Dabei müssen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und den Erhalt der eigenen Souveränität gleichermaßen im Auge behalten. Konkret: Im B-to-C-Geschäft liegen heute die meisten Daten bei globalen Big-Techs, die deren Nutzungsmöglichkeiten nicht fair teilen. Das ist ein erheblicher Wettbewerbsnachteil europäischer Anbieter – eine unfaire Wettbewerbsbeschränkung. Das darf im B-to-B-Geschäft nicht auch noch passieren. Denn hier hat Deutschland derzeit noch große, selbst erarbeitete Wettbewerbsvorteile, die wir nicht unfreiwillig und fahrlässig Dritten überlassen dürfen. Deshalb ist es wichtig, dass die Forschung und Anwendung künstlicher Intelligenz für Unternehmen und für die Politik ein zentraler Faktor ist bzw. wird. Das betrifft etwa die Verfügbarkeit von Großrecheneinheiten."

Benötigt werde zudem eine neue Leistungskultur. Reuter zufolge sollte die Politik den Menschen in diesem Land klarer als bisher sagen, dass der Weg hin zu neuer Wettbewerbsfähigkeit nur mit neuen und auch größeren Anstrengungen erfolgreich zu bewältigen ist. Ich verstehe deshalb, wenn Arbeitnehmende einen fairen Anteil am Wertzuwachs haben und auch durchsetzen wollen. Wir alle müssen aber auch verstehen: Es ist jetzt nicht die Zeit, für kürzere Arbeitszeiten einzutreten. Im Gegenteil: Wir alle müssen die Ärmel hochkrempeln, um uns aus den aktuellen Schwierigkeiten herauszuarbeiten."

Leistung und zusätzliche Arbeit sollten deshalb gefördert und belohnt werden. „Ich könnte mir zum Beispiel politisch vorstellen, zusätzliche Arbeitsstunden über ein definiertes Mindestmaß hinaus steuerlich zu entlasten oder eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit steuerrechtlich oder sozialversicherungsrechtlich stärker zu belohnen. Umgekehrt muss jetzt wirklich und ernsthaft die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft von Unternehmen und Arbeitnehmenden durch den Abbau überzogener Bürokratie- und Berichtspflichten entfesselt werden. Angekündigt wurde das schon oft, bisher ist für die Unternehmen kein Vollzug sichtbar geworden", stellte der Sparkassenpräsident fest.

„Wir als Sparkassen-Finanzgruppe sind bereit und in der Lage, den Weg hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen und zu finanzieren. Wir sind überall in Deutschland der wichtigste Ansprechpartner, wenn es um Unternehmensfinanzierungen geht. 42 Prozent aller Unternehmenskredite kommen aus unserer Gruppe, rund drei Viertel aller Unternehmen sind unsere Kunden", betonte Reuter und fuhr fort: „Wir stehen für stabile Finanzierungen. Wir begleiten unsere Kundschaft dabei, ihre Geschäftsmodelle von ‚braun' zu ‚grün' zu entwickeln. Damit unterstützen wir wesentlich den Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft." Die Sparkassen seien für diese Aufgabe ausreichend kapitalisiert. „Und wir werden unsere ökonomische Substanz auch weiter stärken. Gleichzeitig wollen wir – im Firmenkundengeschäft und im Privatkundengeschäft gleichermaßen – unsere schon starke Marktstellung schrittweise weiter ausbauen", hob Reuter abschließend hervor. **DK**

Für eine lebenswerte Welt

Stiftung der Sparkasse Donauwörth vergab erstmals Nachhaltigkeitspreis

Premiere bei der „Stiftung der Sparkasse Donauwörth": Erstmals vergab sie den mit 10.000 Euro dotierten Nachhaltigkeitspreis. Diese Auszeichnung wurde an 13 Vereine und Organisationen verliehen, die sich in Bereichen wie Ressourcenschonung, Energieeffizienz und Umweltschutz engagieren.

Zu den Preisträgern zählt das Reparatur-Café, Landratsamt Donau-Ries mit Partnern. Unter dem Motto „Reparieren statt Wegwerfen" bringen ehrenamtliche Helfer (Näher, Fachkräfte, Meister und Bastler) kaputte Gegenstände in Donauwörth und Nördlingen wieder in Gang. Bezahlt werden nur die Ersatzteile. Hauptziel des Projekts ist es, ein Umdenken in den Menschen zu wecken, vom wachsenden Wegwerftrend hin zur Sensibilisierung für Ressourcen. Ein weiteres Reparatur-Café in Harburg ist in Planung.

Eine Projektwoche der Leonhard-Fuchs-Grundschule und Mittelschule Wemding zum Thema „Fairtrade" überzeugte so, dass der Prozess zum „Zertifikat Fairtrade-School" angestoßen wurde. Im Mittelpunkt stehen faire Produkte, wie z.B. Kaffee im Lehrerzimmer, Bananen in der Schulobstaktion, Hefte mit blauem Engel, Pausenverkauf mit fair gehandelten Snacks und Getränken sowie der Versuch, regionales Einkaufen näher zu bringen, wozu es auch eine Wanderausstellung an der Schule gab.

Am Albrecht-Ernst-Gymnasium Oettingen wurde ein nachhaltiger Schulgarten mit Gemüse und Kräutern zur Bereicherung der Schulküche angelegt. Verwendung fand ein Hochbeet aus Altholz und ein Komposthaufen. Verzichtet wurde auf Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmittel. Das Projekt soll anderen Schulen als Vorbild dienen.

Das Projekt „Wasser – ein kostbares Gut" der Sebastian-Franck-Grundschule Donauwörth-Parkstadt wurde zum 50-jährigen Schuljubiläum gestartet, auch aufgrund des Trinkwasserproblems in der Parkstadt. Ein Musical („Wassertropfen-Weltreise") wurde einstudiert, zudem wurden eine Ausstellung von UNICEF („Wasser ist Leben") und ein Sponsorenlauf („Running for water") organisiert. Im Rahmen der ressourcenschonenden Verwendung von Wasser wird der Schulgarten nur noch mit gesammeltem Regenwasser bewässert. Plakate sollen auf der Schultoilette zum Wassersparen animieren.

Der Abschlussjahrgang der Anton-Jaumann-Realschule Wemding stellte sich die Aufgabe, eine eigene Biogas-Anlage zu bauen. Mit Unterstützung der Schule und eines Sponsors wurden ein passender Behälter und die Technik angeschafft, um so die Funktionsweise nachhaltiger Energiegewinnung kennenzulernen. Mit dieser wurde beispielsweise Nudelwasser erhitzt und ein Mittagessen zubereitet.

Private Wirtschaftsschule Donauwörth

Die Private Wirtschaftsschule Donauwörth erreichte mit ihrem verankerten Leitbild beim Thema Umwelt- und Klimaschutz eine Auszeichnung als „Umweltschule in Europa/Internationale Nachhaltigkeitsschule". In den Klassen wird ein strenges, von Lehrkräften überwachtes Heizprotokoll mit dem Ziel geführt, den Energieverbrauch zu senken. Außerdem setzten Schüler unter Anleitung eines Försters in Zusammenarbeit mit der Stadt Donauwörth Rotbuchensetzlinge. Das Wachstum soll informativ bei Wandertagen begleitet werden. Darüber hinaus wurde mit einer Bodenanalyse der Schulgarten angelegt und passend gedüngt. Bewusst wird auf Chemikalien und Giftstoffe verzichtet und der Umgang mit Regenwasser sowie die Kompostwirtschaft erlernt. Angelegt wurden zudem Nisthilfen für Vögel und Bienen, Igelunterschlupfe und ein Miniteich. Gebaut wurde auch ein „grünes Klassenzimmer" für den Unterricht im Freien. Der Naturgarten wurde vom Landratsamt zertifiziert.

Das Hauptziel des Deutschen Alpenvereins, Sektion Donauwörth, ist die Klimaneutralität bis 2030. Im Rahmen nachhaltiger Mobilität sollen Zielorte klimaschonend und möglichst wohnortnah geplant werden. Dazu gehören unter anderem Fahrgemeinschaften, ein sektionsinternes Tempolimit bei 120, ein vereinsinternes Klimabudget bei Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die Planung der Ziele mit anderen Sektionen zur Auslastung des Reisebusses und perspektivisch der Umstieg auf Busse mit nachhaltigen Antrieben. Zusätzlich verfolgt der Verein die Umstellung auf Ökostrom, die Aufstellung einer CO2-Bilanz, den Einbau einer digitalen Wärmesteuerung für das Vereinsheim, die Nutzung regionaler Getränke und vegetarischer Alternativen, möglichst Fairtrade oder Recycling-Produkte.

Das Aktionsbündnis „Monheim summt!" hat bisher über 70.000 Blumenzwiebeln ausgepflanzt. Das Projekt hat das Hauptziel „Insektenschutz", dazu sollen Blühflächen geschaffen, Beete insektenfreundlich umgestaltet werden, das Nahrungsangebot für Insekten erweitert, Nisthilfen angelegt und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Erweitert wurde das Projekt durch eine Aktion mit Streuobstwiesen, die Bürger künftig nutzen können. Um einen möglichst insektenfreundlichen Garten zu entwickeln, bietet das Bündnis eine Gartenberatung an.

Das Gymnasium Donauwörth führt im Rahmen der Umwelt AG verschiedene Aktionen durch, um die Schüler für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. Projekte waren unter anderem eine Handysammelaktion mit 269 Altgeräten, deren Verkaufserlös an die Missio München gespendet wurde, ein zentraler Heftverkauf aus Recyclingpapier in der Schule, das Erstellen eines Erklärvideos zum Thema Artenvielfalt und die Teilnahme an der Müllsammelaktion des AWV.

Arbeitskreis Nachhaltigkeit Oettingen

Der Arbeitskreis Nachhaltigkeit Oettingen wartet mit zahlreichen Beiträgen zur Sensibilisierung und Bildung der Bevölkerung in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf. Weitere Themen sind Vorträge in der VHS zu Themen wie ökologische und soziale Aspekte bei der Bekleidung, Schulung von Bauhofmitarbeitern zu Baumbepflanzung, Heckenschnitt und Mähen, Initiative zur Anschaffung von Pfandringen an Müllbehältern, Teilnahme an der Mehrweginitiative „Nachhaltiges Nordschwaben", Aktion gegen Schottergärten, Unterstützung von Projekten der AG Umweltschutz an der Grund- und Mittelschule, Organisation von Müllkippen-Sammelaktionen und Aufstellen von Kippensammelbehältern sowie Aufklärungsarbeit über die Schädlichkeit des Rauchens.

Die Stadt Oettingen hat im Sommer in Zusammenarbeit mit der Diakoneo, die auch an der Organisation des Host-Town-Programms maßgeblich beteiligt war, den Zuschlag für die Special Olympic World Games erhalten, deren Ziel es ist, Menschen mit geistiger Behinderung durch den Sport zu mehr Anerkennung, Selbstbewusstsein und letztlich zu mehr Teilhabe an der Gesellschaft zu verhelfen und die Inklusionsbewegung voranzubringen. In Oettingen war die Delegation für Boccia und Leichtathletik aus Kambodscha zu Gast. Das bunte Programm beinhaltete auch einen Spiel-, Sport- und Gesundheitstag, der sich alle zwei Jahre wiederholen soll. Die auf der Freibadinsel gebaute Boccia-Bahn kann von der Bevölkerung genutzt werden. Während der Host-Town-Woche wurde auch ein großer inklusiver Fackellauf in der Innenstadt ausgerichtet.

Nachdem urbaner Gartenbau in Großstädten längst zum Trend geworden ist, gibt es seit 2023 auch ein solches Projekt in Donauwörth. Volkshochschule und Stadtverwaltung haben sich hier zusammengetan, um jungen Familien die Chance zu bieten, für sich zu gärtnern. Auf zehn Parzellen kann je nach Bedarf angepflanzt werden, was beliebt. Professionelle Begleitung und Beratung vom Gärtner gibt es obendrauf.

Der Verein Transition Town Donauwörth („Stadt im Wandel") steht für mehr Gerechtigkeit und Achtsamkeit im Umgang mit Menschen, Umwelt und Erde, nimmt regelmäßig an Treffen eines Nachhaltigkeitsstammtisches teil und unterstützt diesen bei seinen Aktivitäten. Themen bei Veranstaltungen mit Referenten, die sich auf Nachhaltigkeit spezialisiert haben, sind beispielsweise die Donauwörther Klimawoche, Reinigen ohne Plastik und Tipps für nachhaltige Putz- und Waschmittel sowie müllsparende Verbräuche im Haushalt.

Der Vorsitzende der „Stiftung der Sparkasse Donauwörth", Oberbürgermeister Jürgen Sorré, wertete die Vergabe des Nachhaltigkeitspreises als eine „ausgezeichnete Idee, um sich für eine lebenswertere Welt einzusetzen". Dies zeige sich auch am Einreichen der Vielzahl an guten und auszeichnungswürdigen Vorschlägen.

Landrat Stefan Rößle, ebenfalls im Stiftungsvorstand vertreten, verwies auf das langjährige, vielfältige Engagement im Landkreis für mehr Nachhaltigkeit. „Wir nehmen die Aufgabe sehr ernst, denn Kommunen spielen für die Verwirklichung praktisch aller Ziele einer nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle. Hier leben die Menschen, die nachhaltige Entwicklung im alltäglichen Handeln aktiv umsetzen und die Veränderungen spüren", unterstrich Rößle. **DK**

GVB zu EU-Krisenmanagement- und Einlagensicherungsregeln:

Finanzstabilität und Proportionalität wahren

Im April 2023 legte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für eine Überarbeitung der Regelungen zum Krisenmanagement von Banken und zur Einlagensicherung (Crisis Management & Deposit Insurance, CMDI) vor. Damit sollen die europäischen Abwicklungsvorschriften künftig nicht mehr nur für internationale Großbanken gelten, sondern auf mittlere und kleinere Banken ausgeweitet werden. Die Änderungen betreffen aber auch weitere Kernelemente wie die genossenschaftliche Institutssicherung.

Wie der Bayerische Genossenschaftsverband in einem Positionspapier darlegt, möchte die Europäische Kommission mit der CMDI-Reform das EU-Krisenmanagement ausbauen und einen einheitlichen Abwicklungsansatz für in Schieflage geratene Banken etablieren. Durch eine Ausweitung des Anwendungsbereichs auf nicht-systemrelevante Banken würden die regulatorischen Anforderungen auch für kleine Institute an die der Großbanken angeglichen. Zudem sollen effiziente nationale Absicherungsmechanismen zugunsten einer europäischen Lösung abgelöst werden.

Aus Sicht des GVB verletzt der Gesetzentwurf durch die Ausweitung des Anwendungsbereichs den Proportionalitäts- und den Subsidiaritätsgrundsatz. Für die Ausweitung des EU-Abwicklungsregimes bestehe kein Anlass. Nationale Sicherungs- und Insolvenzregeln seien bereits bestens geeignet, um maximalen Einlegerschutz zu garantieren.

„Regionalbanken sind im europäischen Kontext nicht systemrelevant und durch nationale Systeme abgesichert", unterstreicht der Genossenschaftsverband. „Der Kommissionsvorschlag erläutert folglich nicht, wie eine Ausweitung des Abwicklungsmechanismus auf nicht-systemrelevante Banken die Finanzstabilität erhöhen soll und Eingriffe in nationale Sicherungstöpfe rechtfertigt. Im Gegenteil kann die beabsichtigte, möglichst schnelle Abwicklung das Vertrauen in das Bankensystem beschädigen." Darüber hinaus sei im Legislativpaket eine Vereinheitlichung effizienter nationaler Instituts- und Einlagensicherungssysteme vorgesehen. Das geplante Verfahren für den präventiven Einsatz von Einlagensicherungsmitteln ist laut GVB jedoch praxisfern und der Prozess zur Kostenoptimierung würde den präventiven Mitteleinsatz faktisch unmöglich machen. Dem vorausschauenden Charakter der genossenschaftlichen Institutssicherung werde mit dem Vorschlag nicht Rechnung getragen, und das obwohl sich die Institutssicherung und das genossenschaftliche Prüfungssystem seit über 80 Jahren bestens bewährt haben. Eine Einschränkung der präventiven Maßnahmen von Institutssicherungen wäre daher der falsche Weg für die Finanzstabilität in Europa.

„Kleine und mittlere Institute leisten bereits heute finanzielle Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds sowie zur Finanzierung des Single Resolution Boards (SRB). Es ist sachlich nicht nachvollziehbar, worin der Mehrwert für die Finanzstabilität liegt, wenn kleine Institute zusätzlichen, unverhältnismäßigen Kosten ausgesetzt werden", stellt der GVB fest. „Sie sollten daher gänzlich von der Ausweitung des EU-Abwicklungsregimes ausgenommen werden. Auch die deutschen Instituts- und Einlagensicherungssysteme haben ihre Praxistauglichkeit bewiesen. Eine Aushebelung dieser funktionierenden Systeme muss verhindert werden, da ansonsten Fehlanreize erzeugt würden." **DK**

KRITIS – besserer Schutz für Strom, Wasser, Netze und Co.

Europäische und nationale Gesetze ziehen Sicherheitszaun um Kritische Infrastrukturen

Anschläge auf Erdgas-Pipelines, durchtrennte Kabel bei der Bahn, Spionage-Drohnen über Truppenübungsplätzen: Die Kritische Infrastruktur (KRITIS) ist verletzlich. Europäische wie nationale Gesetze und Verordnungen sollen Abhilfe schaffen und künftig etwa Energieversorger, Unternehmen der medizinischen Versorgung oder des Transports besser schützen. Mit dem geplanten KRITIS-Dachgesetz sollen auch weitere Branchen zur Bewertung von Risiken, zu Mindeststandards und zentralem Störungsmonitoring verpflichtet und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zur übergeordneten Behörde umgebaut werden.

Der Bund nimmt mit dem Dachgesetz demnächst auch die Privatwirtschaft stärker in die Pflicht. Künftig soll es mindestens elf Sektoren der Kritischen Infrastruktur geben: Energie, Verkehr, Bankwesen, Finanzmarkt-Infrastrukturen, Gesundheit, Lebensmittel, Trinkwasser, Abwasser, digitale Infrastruktur, öffentliche Verwaltung und Weltraum. Wer in Kürze dazu zählen könnte, sollte sich jetzt mit den Anforderungen und Möglichkeiten vertraut machen – und wird schnell feststellen: Technik und etablierte Standards für Hochsicherheitsbereiche sind längst vorhanden, das Know-how der Sicherheitsbranche ist enorm.

Videosicherheitssysteme als moderne Gefahrenabwehr

Ob Umspannwerk, Recyclinganlage oder Flughafen – die Bedrohungsszenarien sind immer individuell. Wollen zum Beispiel Energieversorger Metalldiebe von ihrem Gelände fernhalten, ist es hingegen die Aufgabe von Justizvollzugsanstalten, Straftäter festzuhalten. Videosicherheitssysteme von Securiton Deutschland lassen sich flexibel den jeweiligen Aufgaben anpassen – in Kombination mit intelligenten Videoanalysen bilden sie das Rückgrat der modernen Gefahrenabwehr. Analyse-Algorithmen sichten und bewerten die Flut an Kamerabildern. Gefährliche Situationen, Unregelmäßigkeiten und unerwünschte Ereignisse werden zuverlässig erkannt und in Echtzeit gemeldet – erst danach muss der Mensch aktiv werden.



360-Grad-Schutz für Kritische Infrastrukturen umfasst Grundstücksgrenze, Gelände und Luftraum sowie Gebäudeaußenhaut und Innenräume. Bild: Securiton Deutschland

Speziell für Kritische Infrastrukturen hat Securiton Deutschland ein eigenes Analyse-Modul entwickelt. IPS Critical Infrastructure Protection schützt die kritischen Anlagen gegen Einbruch, herumlungernde Personen und Kamerasabotage.

Die Außenbereiche besonders sensibler und schützenswerter Einrichtungen sichert das Videosicherheitssystem mit dem patentierten Zonenkonzept. Es erkennt verlässlich Übertritte und verdächtige Bewegungen. Im Ernstfall nimmt das System sogar virtuell die Verfolgung auf, und Sicherheitskräfte wissen jederzeit ganz genau, wo sich ein mutmaßlicher Täter aufhält oder in welche Richtung er sich bewegt. Das Videosicherheitssystem wird exakt auf die besonderen Projektanforderungen abgestimmt. So entsteht ein hochstabiles Frühwarnsystem zur Gefahrenerkennung. Das Bildmaterial wird für eine gewisse Zeit gespeichert und datenschutzkonform verarbeitet. Diese Form der Prävention begrenzt den Schaden, vermeidet daraus resultierende Störfälle, spart Kosten und unterstützt das Fachpersonal maßgeblich. Ergänzend können zur Bewertung der Lage auch Aufklärungsdrohnen entsandt werden, um die Alarmursache genauer zu verifizieren.

Wärmebildkameras behalten auch bei schwierigen Umgebungsbedingungen selbst nachts das Umfeld im Blick: Denn herumlungernde Personen könnten beispielsweise ein Ziel ausspähen. Werden sie direkt durch Lautsprecher angesprochen, ist der Aufenthalt in den meisten Fällen schnell und kontaktlos beendet. Zäune können darüber hinaus mit Detektionssensoren ausgestattet und überwacht werden. Alarme verarbeitet die zentrale Sicherheitsmanagement-Plattform.

Eine Schutzkuppel für KRITIS

Das Dome-Security-Konzept von Securiton Deutschland legt sich digital wie eine schützende Kuppel über die Liegenschaft. Ergänzend zur Bodensicherung kann auch eine Überwachung des bodennahen Luftraums sinnvoll sein. Die Technik kann feindliche Drohnen erkennen, abwehren oder wahlweise übernehmen und kontrolliert landen lassen. Die Detektion liefert Daten zu den Positionen von Pilot und Drohne, zu ihrer Flugbahn und Flughöhe – sogar den Modelltyp erkennt sie.

Risiken bewerten Standards festlegen

Risiken und Wahrscheinlichkeiten müssen zunächst bewertet, Schutzziele bestimmt und präventive Maßnahmen definiert werden. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist für jeden Anwendungsfall ratsam. Betreiber müssen ihre Investitionen sorgsam planen – in Bezug auf Planungs-, Personal- und Kapitalressourcen. Das Dachgesetz sieht wenigstens eine Bewertung von Risiken, die Definition von Mindeststandards und ein zentrales Störungsmonitoring vor. Gefahrenabwehrsysteme von Securiton Deutschland sind modular aufgebaut und können jederzeit auch erweitert werden. Der Sicherheitsexperte betreut bundesweit den gesamten Errichtungsprozess von der Beratung bis zur Wartung.

Über Securiton Deutschland

Securiton Deutschland mit Hauptsitz in Achern ist führender Systemanbieter und Anwendungsspezialist von Alarm- und Sicherheitssystemen mit einer Firmengeschichte von 45 Jahren. Die Experten sind spezialisiert auf elektronische Sicherheitslösungen „Made in Germany".

Die Lösungsvielfalt und das Applikations-Know-how an integrativen Gesamtsystemen für den Brandschutz sowie den Objekt- und Perimeterschutz zur Luft- und Bodensicherung reicht von vernetzten Brand- und Sonderbrandmeldesystemen zur Brandfrühesterkennung über intelligente Videosicherheitssysteme mit modularen Videoanalysen, hochmodernen Drohnensicherheitssystemen zur zuverlässigen Detektion und kontrollierten Übernahme, Gefahren- und Einbruchmeldesysteme, Zaundetektionslösungen und Zutrittskontrolle bis hin zu Sicherheitsmanagementsystemen. Securiton schützt Leben und Sachwerte – in allen Anwendungsumfeldern. ❐

Katastrophenschutztage in Schweinfurt

Beutlhauser liefert Know-how und Technik für den Ernstfall

Schweinfurt. Katastrophen kündigen sich in der Regel nicht an. Sie kommen unerwartet und zwingen Hilfsorganisationen, Behörden und Kommunen zum sofortigen Handeln. Wie gelingt es, die Stromversorgung für die kritische Infrastruktur aufrechtzuerhalten? Welche Maßnahmen stellen den Schutz der Bevölkerung sicher? Wie lässt sich eine kontinuierliche Versorgung mit Frischwasser gewährleisten? Fehlen im Ernstfall die Antworten auf diese drängenden Fragen, geht wertvolle Zeit verloren. „Deshalb ist Prävention im Katastrophenschutz das Mittel der Wahl", sagt Alexander Westermann, Vertriebsleiter des Geschäftsbereichs Baugeräte bei Beutlhauser in Schweinfurt. Er war es auch, der die ersten Katastrophenschutztage von Beutlhauser initiiert hatte.

Im Februar waren Vertreter von Kommunen, Stadtverwaltungen, Energieversorgern, Bauhöfen sowie von Feuerwehren und Hilfsorganisationen in die Schweinfurter Beutlhauser-Niederlassung eingeladen, um sich einen umfassenden Überblick über das Thema zu verschaffen. „Wir möchten für den Katastrophenschutz sensibilisieren und vor allem eine einheitliche Informationsbasis schaffen, welche technischen Produkte für die Schadensabwehr benötigt werden", so Westermann.

Verpflichtung ohne exakte Vorgaben

Katastrophenschutz ist kein neues Thema. In den letzten Jahrzehnten war es allerdings in den Hintergrund gerückt. Diverse Großschadensereignisse in der jüngeren Vergangenheit, darunter insbesondere das verheerende Hochwasser im Ahrtal im Sommer 2021, sorgten schließlich dafür, dass Katastrophenschutz auf der Prioritätenliste wieder nach oben gerückt ist. „Plötzlich wurde hinterfragt, ob Hilfsorganisationen und Kommunen mit der passenden Ausrüstung ausgestattet sind", berichtete Westermann. Zwar gilt nahezu bundesweit ein System, wonach Gemeinden und Kommunen verpflichtet sind, im Katastrophenfall für Bürger Katastrophenschutz-Leuchttürme bereitstellen zu müssen. Das sind zentrale, notstromversorgte Gebäude, die Hilfesuchenden als Orientierungspunkte und Anlaufstellen bei einem Stromausfall dienen.

Das Problem: Sämtliche Vorgaben zum Katastrophenschutz werden derzeit nicht mit exakten Anforderungsprofilen an die technische Ausrüstung untermauert. Für Verantwortungsträger ist es schwierig, eine gut informierte Entscheidung zu treffen. Hier setzt Beutlhauser an: mit Know-how und der passenden Technik. „Wir wollen zeigen, was machbar ist, wenn man querdenkt und Baustellentechnologie mit Sicherheitstechnologie vereint. Die benötigten Gerätschaften liefern wir aus einer Hand."

Notstrom, Frischwasser und Notunterkünfte

In Theorie und Praxis wurden die wichtigsten Themen beleuchtet. Beispielsweise teilten Markus Ullrich, Brandinspektor beim Landratsamt Bad Kissingen, und Christian Müller, Geschäftsführer der Ingenieurgesellschaft IDEAS, in Fachvorträgen ihr Wissen zur sicheren Notstromversorgung. Die Botschaft: Ein Stromgenerator allein tut es nicht. Um Sach- und Personenschäden durch Überspannung zu vermeiden, ist die Ermittlung des richtigen Aggregats mithilfe von Messtechnik essenziell.

Das breite Portfolio an Stromerzeugern und Pumpen, die bei einer Katastrophe wie einem Hochwasser benötigt werden, präsentierte ein Team von Atlas Copco – in Fachvorträgen, aber auch bei Live-Vorführungen. Zur Ausstellung zählte zudem ein Lagercontainer mit 20 Fuß, in dem sich ein Edelstahlfrischwassertank befand. „In den Behälter kann man frisches Wasser einlaufen lassen und den Container dann ins Katastrophengebiet fahren. Über eine spezielle Filter- und Regeltechnik lässt sich vor Ort die Frischwasserversorgung sicherstellen", erklärte Alexander Westermann.

Container kommen auch zum Einsatz, wenn kurzfristig Notunterkünfte, Sanitär- und Sanitätscontainer oder weitere Unterbringungsmöglichkeiten benötigt werden. „In Ahrweiler haben wir in nur sechs Wochen sogar eine ganze Schule aus Containern aufgebaut."

Proaktive Vorbereitung ermöglicht

Darüber hinaus präsentierte Beutlhauser in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern viele weitere Gerätschaften, die im Katastrophenschutz eine tragende Rolle spielen – von Rescue-Sägen über diverse Leuchtmittel und Trockentechnik bis hin zu mobilen Schutzwänden aus Kunststoff, die als Hochwasserschutz, Löschbecken oder zur Wasserleitführung verwendet werden können. „Wir können Katastrophen nicht abwehren. Aber wir können die entsprechende Technik liefern, damit Feuerwehren, Gemeinden, Kommunen und grundsätzlich öffentliche Einrichtungen fortlaufend an der Grundversorgung teilnehmen können", stellte Alexander Westermann den Auftrag von Beutlhauser heraus. In Kombination mit dem gelieferten Hintergrundwissen ist bei den Besuchern nun der Grundstein gelegt, um für den Ernstfall gut gerüstet zu sein. ❐



Zentraler Bestandteil der Katastrophenschutztage von Beutlhauser in Schweinfurt war eine Live-Vorführung mit verschiedenen Gerätschaften. Sie zeigte beispielsweise, wie es bei einem Stromausfall in der Nacht möglich ist, dass die Lichtquellen weiter zur Verfügung stehen. Bild: Beutlhauser

Sicher feiern in Bayern

Mehr Sicherheit für Mädchen und Frauen auf Veranstaltungen

Großveranstaltungen, Festivals, Sportevents, Volksfeste und Konzerte werden jährlich in Bayern von Millionen Menschen besucht, auch von vielen Frauen. Obwohl es verbindliche Sicherheitskonzepte für solche Veranstaltungen gibt, erleben viele Frauen dort Belästigungen und Übergriffe bis hin zu Straftaten. Die vorhandenen Sicherheitskonzepte enthalten keine verpflichtenden Regelungen und Maßnahmen für die Sicherheit von Frauen.

Konsum von Alkohol und Drogen ist kein Freibrief für übergriffiges Verhalten. Die Zahl der Übergriffe, zum Beispiel auf dem Oktoberfest, ist erschreckend hoch, wie die Aktion „Sichere Wiesn" (https://sicherewiesn.de/wordpress/jahreskurzbericht) belegt. Entsprechend hoch ist die Dunkelziffer bei Gewaltdelikten gegen Frauen auf solchen Veranstaltungen. Viele der größeren Veranstaltungen treffen bislang keine Vorkehrungen zur Sicherheit von Frauen.

Bayerischer Landesfrauenrat fordert:

- **Aufklärung und Prävention:** Durchführung von Aufklärungskampagnen in Zusammenarbeit mit den Veranstaltern, um mehr Bewusstsein für das Problem zu schaffen (Plakat-Aktionen im öffentlichen Raum, Hinweise auf Hilfsangebote und Notrufnummern in Sanitäreinrichtungen und im öffentlichen Raum, „Postkarten" zum Mitnehmen in Schulen, Lokalen, Clubs, etc.).
- **Sicherheitskonzepte:** Erarbeitung eines verbindlichen modularen Sicherheitskonzeptes für verschiedene Veranstaltungstypen in Anlehnung an die Konzepte der ‚Sichere Wiesn', wie z.B. Einsatz von geschultem Fachpersonal / Awareness-Teams, Einrichtung von Sicherheitsbereichen für Frauen (Safe Spaces), Zusammenarbeit mit der Polizei; Aufklärung, Nachsorge, etc.), App „SafeNow".
- **Schulung von Personal:** Verpflichtung der Betreiber von Veranstaltungen (Diskos, Clubs, Konzerte, etc.), ihr Personal (Service- und Sicherheitspersonal) speziell für die Gefahren und die Sicherheitsbedürfnisse von Frauen zu sensibilisieren und für sofortige, erste Interventionen zu schulen.
- **Großveranstaltungen:** Verbindliche Verpflichtung der Organisatoren von Großveranstaltungen, das erarbeitete Sicherheitskonzept umzusetzen und die entsprechende Infrastruktur für die speziellen Sicherheitsvorkehrungen für Frauen auf allen Großveranstaltungen bereitzustellen.

Der Bayerische Landesfrauenrat fordert alle politischen Akteure auf, die geforderten Maßnahmen ernsthaft zu prüfen und zügig umzusetzen, um die Sicherheit von Mädchen und Frauen auf Veranstaltungen zu verbessern, zum Beispiel in Form einer Verfahrensanweisung der Bayerischen Staatsregierung zur Sicherheit von Mädchen und Frauen bei Großveranstaltungen. ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberschneiding. Bei uns leben rund 3.300 Einwohner.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
Am 01.05.2002 habe ich mein Amt zum Bürgermeister der Gemeinde Oberschneiding angetreten. Dieses Amt habe ich anfangs 12 Jahre ehrenamtlich ausgeführt, seit 2014 bin ich hauptamtlicher Bürgermeister.
Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?
Ich war vorher 25 Jahre lang Sozialversicherungsfachangestellter bei der AOK Bayern. Seit der hauptberuflichen BGM-Tätigkeit übe ich meinen ursprünglichen Beruf nicht mehr aus.

Ewald Seifert

Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberschneiding

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich wollte, dass in bestimmten Bereichen (Schuldenabbau, Bauplätze für junge Familien, Ansiedlungen) etwas vorwärts geht und zeigen, dass es tatsächlich auch geht, wenn man es richtig anpackt.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich habe mich nicht speziell darauf vorbereitet. Vor meinem Amtsantritt war ich bereits sechs Jahre im Gemeinderat und im Kreistag tätig. Ich habe daher die Probleme schon gekannt, die auf mich zukamen.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die Gemeinde hatte keine finanziellen Spielräume. Es gab keine Ansiedlungsflächen für Betriebe und somit dementsprechend auch nur sehr geringe Gewerbesteuereinnahmen. Außerdem wanderten sehr viele junge Oberschneidinger ab, weil in ihrer Heimatgemeinde keine Bauplätze zu erwerben waren.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Grundsätzlich sicher die gleichen, wie in allen Gemeinden. Besonders Sorgen macht mir die zunehmende Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger vom politischen Geschehen. Das betrifft uns ja nicht nur in Berlin, sondern auch in den Gemeinden.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Ich versuche immer wieder unserer Bürgerschaft klarzumachen, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, die es gibt, dass sie aber nicht kostenlos zu haben ist. Der Preis dafür ist regelmäßiges Interesse.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Wenn Ihr etwas für Eure Gemeinde tun wollt, nur zu. Es macht Spaß, etwas zu bewegen. Aber achtet immer auf Eure Unabhängigkeit. Politik sollte nie zum „Job" werden.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Wir informieren breit gefächert auf allen Kanälen. Wir verfügen über eine Gemeinde-App, haben eine Homepage und Social-Media-Kanäle. Es gibt dreimal jährlich ein Gemeindeblatt, mindestens einmal jährlich eine Bürgerversammlung, Informationsvideos über Gemeinderatssitzungen und Berichte in der aktuellen Tagespresse. Derzeit sind wir gerade dabei ein Mitarbeiterinformationssystem einzuführen, um Informationen schnellstmöglich transportieren zu können. Außerdem nehme ich mir oft und gerne auch Zeit für ein persönliches Gespräch.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Schwer zu sagen. Wir sollten sie auf alle Fälle nutzen, um Informationen an die Frau oder an den Mann zu bringen. Die Digitalisierung führt auch dazu, dass sich viele nach zwei/drei Klicks im Internet bereits als Experte fühlen. Das macht allerdings vieles nicht wirklich einfacher.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Leben und leben lassen.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Als anständiger Mensch auf den man sich jederzeit verlassen konnte. ❐

Bezirk Niederbayern:

Neue Kriseninterventions-Station am Bezirksklinikum Mainkofen

Bezirkstagspräsident zeigt sich bei Besuch beeindruckt

Mainkofen. Das Bezirksklinikum Mainkofen betreibt seit Anfang Januar 2024 eine eigene Kriseninterventions-Station. Auf der Station B6/O werden Patienten in einer akuten psychischen oder psychosozialen Krise behandelt. Dazu gehören auch ersterkrankte Patienten mit langsamer Progression der Symptome sowie „erfahrene" Patienten, die die Warnsignale einer neuen Krankheitsphase erkennen. Ziel ist es, die Betroffenen frühzeitig zu stabilisieren und Strategien zu vermitteln, damit sie wieder mehr Kontrolle und Selbstwirksamkeit erleben können.

Im Februar, vier Wochen nach Eröffnung, hat Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich die Station besucht und eine Führung sowie Einblicke und erste Erfahrungen durch Ärzte, Psychologen und Pflegende erhalten. Dabei zeigte sich Dr. Heinrich beeindruckt von dem Angebot: „Man merkt, wie leidenschaftlich und tatkräftig die Belegschaft hier ihr neues Aufgabenspektrum anpackt. Das begrüße ich sehr, denn die neue Kriseninterventionsstation erfüllt eine unerlässliche Aufgabe: Menschen in psychischen Ausnahmesituationen schnell, unbürokratisch und kompetent zu helfen. Mit diesem Angebot beweist der Bezirk Niederbayern, dass er sich für eine moderne und leistungsfähige Gesundheitsversorgung in Niederbayern einsetzt."

Die Station verfügt über insgesamt 18 Betten. Die Dauer des Aufenthalts ist auf der Station B6/O grundsätzlich für alle Patienten auf zehn Tage begrenzt. Während dieser Zeit wird durch ein multiprofessionelles Team im Rahmen eines hochfrequenten Therapieprogramms intensiv an der Stabilisierung der Patienten gearbeitet. Der Wochenplan umfasst unterschiedliche ärztliche, pflegerische, psychologische und sozialpädagogische Angebote. Dazu gehören unter anderem tägliche Einzelgespräche mit Ärzten, Psychologen und Bezugspflege sowie zahlreiche Gruppenangebote. Darüber hinaus gibt es ergänzende Therapieangebote wie tägliche Bewegungstherapie (Nordic Walking), tiergestützte Therapie oder selbstverständlich auch Kunst- und Musiktherapie.



Nach dem Besuch auf der Krisen-Interventions-Station (v.li.): Agnes Kolbeck, Pflegedirektorin; Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Elisabeth Keil, Stationsleitung; Dr. phil. Torsten Piendl, Leitung Psychologischer Dienst, Sandra Agler, stv. Stationsleitung; Xenia Kreuzer, Psychologin; Matthias Kaiser, Bereichsleitung (hinten); Dr. Sabine von Kovatsits, Oberärztin; Prof. Dr. Johannes Hamann, Ärztlicher Direktor; Uwe Böttcher, Krankenhausdirektor. Bild: Huber, Bezirk Niederbayern

Gemeinsame Definition von realistischen Zielen

Die Patienten erarbeiten noch am Aufnahmetag gemeinsam mit dem Bezugstherapeuten und/oder mit der Bezugspflege einen individuellen Therapieplan. Bei der gemeinsamen Definition von Zielen für den stationären Aufenthalt wird darauf geachtet, dass diese innerhalb eines Zeitraums von zehn Tagen realistisch zu erreichen oder zumindest bedeutsam anzubahnen sind. Dabei werden bis zu drei konkreten Zielen für den Aufenthalt definiert.

Im Rahmen des Entlassmanagements erfolgt eine detaillierte Überprüfung des Erreichungsgrades der definierten Therapieziele sowie eine umfassende Vorbereitung auf zukünftige Krisen. Zudem wird den Patienten ein individueller Krisenplan sowie ein zuvor angebahntes engmaschiges ambulantes Unterstützungs-Setting an die Hand gegeben.

Einen Monat nach Eröffnung der neuen Station fällt das Fazit insgesamt positiv aus. „Das Angebot wird bisher sehr gut angenommen, auch wenn wir noch nicht voll ausgelastet waren. Wir bekommen viele positive Rückmeldungen von den Patienten, wobei das dichte und abwechslungsreise Therapieangebot besonders gut bewertet wird", sagt Prof. Dr. med. Johannes Hamann, Ärztlicher Direktor des Bezirksklinikums.

„Neben dem Therapiekonzept ist auch eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit mit vorgeschalteten und nachgeschalteten Behörden, Einrichtungen, Zuweisern und Nachbehandlern unerlässlich. Dieses Netzwerk bauen wir stetig aus und davon profitieren nun unsere Patienten", ergänzt Dr. phil. Torsten Piendl, Leitung Psychologischer Dienst.

Eigene Ressourcen bewusstmachen

„Wir haben in den ersten Wochen unter anderem junge Patienten mit Panikstörungen oder ohne Antrieb und fehlenden Lebensmut auf der Station gehabt. Dank unseres engagierten multiprofessionellen Teams und der engmaschigen Betreuung mit einem umfassenden Therapiekonzept konnten wir den Patienten eigene Ressourcen bewusstmachen und so für eine Verbesserung und Stabilisierung ihres Zustands sorgen", erklärt Oberärztin Dr. Sabine von Kovatsits. **- ca -**

Aktion Zukunft+ und VKB schließen Kooperationsvereinbarung

Versicherer wird zweiter Kooperationspartner des Klimaschutz Crowdfundings der Landkreise München und Ebersberg

Die Versicherungskammer Bayern schließt sich der Aktion Zukunft+ an und unterstützt das Klimaschutz-Crowdfunding ab sofort als Kooperationspartner. Damit gestaltet das Unternehmen den Klimaschutz in der Region aktiv mit. Auch die eigenen Emissionen wird das Unternehmen künftig über die Aktion Zukunft+ ausgleichen. Landrat Christoph Göbel, Prof. Dr. Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer, und Dr. Markus Juppe, Bereichsleiter Konzernentwicklung der Versicherungskammer, unterzeichneten Anfang März die Kooperationsvereinbarung.

Vor rund zehn Monaten startete der Landkreis München die Aktion Zukunft+ mit dem Ziel, Klimaschutzprojekte vor Ort im Landkreis München und weltweit gemeinschaftlich zu finanzieren. Nun bekommt die Crowdfunding-Aktion für den Klimaschutz, die im Januar 2024 auch auf den Landkreis Ebersberg ausgeweitet wurde, weitere Unterstützung. Mit der Versicherungskammer Bayern schließt sich ein weiteres namhaftes Unternehmen der Aktion Zukunft+ an.

Landrat Christoph Göbel empfing den neuen Kooperationspartner im Landratsamt München am Mariahilfplatz und überreichte dem Vorstandsvorsitzenden, Prof. Dr. Frank Walthes, und dem Bereichsleiter Konzernentwicklung, Dr. Markus Juppe, ein aus Moos gestaltetes „Plus"-Zeichen als Symbol der künftigen Zusammenarbeit.

Spende für lokales Humusaufbauprojekt

Die Vertreter des größten öffentlichen Versicherers überreichten dem Landrat im Gegenzug eine symbolische Startspende in Höhe von 1.000 Euro, mit der das Humusaufbauprojekt in den Landkreisen München und Ebersberg gefördert werden soll. Über dieses Projekt soll auf einer Gesamtfläche von 50 Hektar Kleegras anstelle von Mais angebaut werden. Das fördert den Humusaufbau und erhöht die CO2-Bindung im Boden aufgrund der Wurzelprozesse der Leguminosen. Durch die Spendeneinnahmen erhalten die Landwirte eine Entschädigungssumme und fördern den Klimaschutz und die Bodenqualität.

Knapp die Hälfte des Spendenbetrags fließt zudem in ein Klimaschutzprojekt in Indien. Das Projekt ermöglicht den Ausbau erneuerbarer Windenergie und ersetzt somit die Notwendigkeit von Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden.

Ab 2025 wird das Unternehmen dann seine jährlichen Restemissionen mithilfe des Erwerbs von Zukunft+ Zertifikaten ausgleichen. Erstmalig wird dies im ersten Quartal 2025 rückwirkend für das Jahr 2024 erfolgen. Bei der Ermittlung der Höhe der auszugleichenden Emissionen wird der Versicherer von der Projektpartnerin Energieagentur Ebersberg-München beraten.

Der CO2-Ausgleich ist Teil einer umfangreichen Nachhaltigkeitsstrategie der Versicherungskammer. Der Konzern hat im Jahr 2022 seine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Ein Fokus liegt dabei auf der Vermeidung und Reduktion von CO2-Emissionen in allen drei Scopes des Greenhouse Gas Protocols, also sowohl von direkten als auch von indirekten Emissionen. Dies wird durch entsprechende wirksame Maßnahmen im Betrieb umgesetzt.

Informationen zur Aktion Zukunft+

Künftig wird in allen Geschäftsstellen der Versicherungskammer Bayern Informationsmaterial zur Aktion Zukunft+ und zum Erwerb der Zukunft+ Zertifikate zu finden sein. Kundinnen und Kunden des Unternehmens können sich vor Ort oder im Online-Auftritt und den verschiedenen Kommunikationskanälen näher über das Förderprogramm informieren.



Die VKB ist neuer Kooperationspartner der Aktion Zukunft+. Anfang März unterzeichneten Landrat Christoph Göbel, Prof. Frank Walthes (r.), Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, und Dr. Markus Juppe (l.), Bereichsleiter Konzernentwicklung der Versicherungskammer, die Kooperationsvereinbarung. Bild: LRA München

„Ich freue mich sehr, dass mit der Versicherungskammer Bayern nun ein weiteres namhaftes Wirtschaftsunternehmen mit unserer Aktion Zukunft+ kooperiert. Wir haben mit dem Zukunft+ Zertifikat ein attraktives und wirksames Instrument geschaffen, mit dem wir sowohl lokale Klimaschutzprojekte hier vor Ort in unserer Region fördern als auch weltweit durch die Stilllegung von CO2 Zertifikaten am freiwilligen Markt etwas zum Klimaschutz beitragen. Der Landkreis München ist – wie die gesamte Metropolregion München – eine prosperierende Wirtschaftsregion. Davon profitieren wir, aber es bringt auch Pflichten mit sich. Wir brauchen Unternehmen und weitere Partner, die ebenfalls bereit sind, Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen und dem Klimawandel mehr als nur ein Signal entgegenzusetzen", so Landrat Christoph Göbel.

Prof. Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, betont: „Das Angebot der Aktion Zukunft+ ergänzt unsere Aktivitäten und Vorhaben in idealer Weise. Dies besonders vor dem Hintergrund, als hier für konkrete Projekte in unserer Region Verantwortung übernommen wird". ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Oberbürgermeister Andreas Starke enthüllen den Gedenkstein am Schillerplatz. Bild:Stadtarchiv Bamberg, Melina S. Knobloch

„Orte der Demokratie“:

Landtagspräsidentin hebt Bambergs historische Bedeutung hervor

Eine Ausstellung des Bayerischen Landtags im Stadtarchiv würdigt Bamberg als zentralen Ort für die demokratische Verfassung

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat die Wanderausstellung „Orte der Demokratie in Bayern“ im Stadtarchiv Bamberg eröffnet. Die Ausstellung des Bayerischen Landtags beleuchtet insgesamt 13 ausgewählte Orte im ganzen Freistaat und würdigt ihre wichtigen Beiträge zur Entwicklung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Aigner unterstrich in ihrer Rede die besondere Rolle der Stadt: „In Bamberg steht die Wiege der bayerischen Demokratie, denn die erste demokratische Verfassung wurde hier aus der Taufe gehoben. Im Spiegelsaal der Bamberger Harmonie fanden 1919 die Beratungen des Landtags und die Abstimmung über die erste wirklich demokratische Verfassung Bayerns statt. Bamberg ist daher nicht nur ein Ort der Demokratie – Bamberg ist eine Keimzelle der Demokratie!“

Einen Bogen zur aktuellen Lage schlug Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp in seiner Rede bei der Ausstellungseröffnung. „Demokratie muss nicht nur gelebt werden, sie muss auch verteidigt werden. Deshalb freue ich mich sehr, dass so viele Menschen in unserem Land – auch hier in Bamberg – seit Monaten ein klares Zeichen setzen und für unsere Demokratie eintreten“, betonte Glüsenkamp vor den geladenen Gästen aus dem Landtag und dem Bamberger Stadtrat. Er dankte auch Stadtarchivleiter Horst Gehringer für die Organisation und sprach die Hoffnung aus, dass die Ausstellung auch Anlass ist, um darüber nachzudenken, „was eine Demokratie ausmacht und wie Demokraten untereinander umgehen sollten“.

Sichtbare Demokratiegeschichte

Oberbürgermeister Andreas Starke hatte vor der Eröffnung der Ausstellung gemeinsam mit der Landtagspräsidentin das Gedenkobjekt am Schillerplatz enthüllt, mit dem der Landtag wichtige Orte sichtbar machen will, an denen bayerische Demokratiegeschichte geschrieben wurde. Die Stele mit dem goldenen Würfel am Schillerplatz, angelehnt an den Verfassungswürfel und die Verfassung von 1818, erinnert zusammen mit der Gedenktafel am Harmonie-Gebäude an das Jahr 1919, als in den Harmonie-Sälen die erste demokratische Verfassung des Freistaats Bayern erarbeitet und verabschiedet wurde. „Zum ersten Mal in seiner Geschichte erhielt Bayern eine parlamentarisch demokratische Verfassung, die von einem aus allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahlen hervorgegangenen Landtag beschlossen wurde“, so OB Starke. Erstmals betraten hier auch acht Frauen als Abgeordnete den Plenarsaal und konnten so an der demokratischen Willensbildung in der Harmonie teilhaben. Die Harmonie-Säle stellten den Rahmen für die zahlreichen Sitzungen des Landtags während seiner Anwesenheit in Bamberg dar.

Schon lange bevor Bayern ein Freistaat wurde, begann vielerorts ein Ringen um politische Teilhabe und Selbstbestimmung. Von Bauernaufständen im frühen 16. Jahrhundert über die großen Revolutionen bis hin zu zivilgesellschaftlichem Engagement der jüngeren Vergangenheit – in ganz Bayern gab es über die Jahrhunderte hinweg bedeutende Entwicklungsschritte unserer Demokratie.

Die Aussstellung des Bayerischen Landtags lädt ein zur gedanklichen Reise an die historischen Schauplätze, fragt aber auch nach der heutigen Bedeutung der Orte. Zahlreiche Bilder, Quellentexte und nicht zuletzt das Darstellungselement mit Graphic Novel lassen diesen Streifzug lebendig werden: Zeitlich und räumlich weit auseinanderliegende Ereignisse sind in einer gemeinsamen Erzählung verbunden. Ergänzt durch historische Exponate werden zentrale Ereignisse und Persönlichkeiten der Demokratiegeschichte aus allen Teilen Bayerns greifbar – eine Reise auf den Spuren unseres Weges zum Freistaat. Die Ausstellung ist bis zum 14. Juni 2024 während der Öffnungszeiten des Stadtarchivs zu sehen. Ausstellungsführungen sind nach Terminvereinbarung (stadtarchiv@stadt.bamberg.de) möglich. ❐

Interkommunaler Ausschuss:

Vertiefung der Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Würzburg

Die Verzahnung zwischen Stadt und Landkreis Würzburg nimmt Fahrt auf. Im letzten Interkommunalen Ausschuss stadt.land.wü. (IKA) informierten Jacek Braminski (Persönlicher Mitarbeiter des Oberbürgermeisters) und Michael Dröse (Leiter der Stabsstelle des Landrats) über die bereits Ende 2023 beschlossene Erarbeitung einer Zukunftsstrategie, die neue Felder der Kooperation zwischen Stadt und Landkreis ausleuchten wird. Der offen angelegte Prozess hat bereits mit einer Bestandsaufnahme begonnen. Die „Bildungsregion“, die Öko-Modellregion und die „Smarte Region“ sind aktuell die bekanntesten Erfolgsbeispiele interkommunaler Zusammenarbeit; unter dem Label „stadt.land.wü“ könnten aber noch viele weitere Partnerschaften entstehen. Oberbürgermeister Christian Schuchardt: „Wir können uns auf zwei spannende Jahre freuen. So strukturiert haben wir unsere Zusammenarbeit, die über die Jahre immer intensiver geworden ist, noch nie bilanziert und neujustiert.“

In einem ersten IKA-Workshop im vergangenen Jahr wurden über 80 Kooperationsideen in den Handlungsfeldern „Umwelt- und Naturschutz“, „Kultur, Schule und Sport“, „Wirtschaft und Wettbewerb“, „Bau und Infrastruktur“ und „Jugend, Familie und Soziales“ zusammengetragen.

Schon diese Bandbreite zeigt: Die Analyse ist denkbar weit gefasst, „Grenzüberschreitungen“ zwischen Stadt und Landkreis sind ausdrücklich erwünscht. Nun gilt es, Struktur in diese Ideensammlung zu bringen.

Datengrundlage mit Controllingsystem

Für die weitere Analyse wird eine noch größere Datengrundlage mit Controllingsystem etabliert. Dies kann im Verwaltungsalltag nicht eben nebenbei geschehen, auch wenn bereits im Dezember im Rathaus und Landratsamt ein Strategieteam an den Start ging.

Durch eine erfolgreiche Fördermittelbeantragung beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie stehen Mittel für ein externes Beratungsbüro oder auch zahlreiche Bürgerbeteiligungsformate bereit. 90 Prozent der Gesamtkosten von rund 170.000 Euro kommen aus dem Fördertopf für Regionalentwicklung.

Pilotcharakter hat überzeugt

Landrat Thomas Eberth: „Dieser innovative Ansatz für eine interkommunale Zusammenarbeit mit Pilotcharakter hat auch das zuständige Staatsministerium überzeugt. Auch andere Regionen blicken bereits seit Jahren auf die Zusammenarbeit unserer Gebietskörperschaften und werden unseren Prozess sicher genau ansehen, welche Synergien sinnvoll sind und welche praktische Umsetzung sich jeweils anbietet.“

Ziel: konkrete und priorisierte Handlungsempfehlungen

Das Beratungsbüro soll den Prozess baldmöglichst begleiten, am Ende sollen konkrete und priorisierte Handlungsempfehlungen beschlossen werden. Im weiteren Verlauf gilt es, möglichst viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu finden: in der Politik, in den Verwaltungen, aber natürlich primär auch in der Bürgerschaft.

Die größten Potentiale für eine Vertiefung der Zusammenarbeit werden vor allen Dingen dort gesehen, wo die Bürgerinnen und Bürger einen großen praktischen Nutzen haben. Bürgerbeteiligungsformate sind fester Bestandteil des Strategieprozesses und sind in der ganzen Region geplant. Wenn beispielsweise der Weg zum Wertstoffhof kürzer wird, weil man künftig alle Standorte in dieser Region nutzen kann. Oder der Behördengang nicht nur am Wohnort, sondern auch dort erledigt werden kann, wo der Arbeitsort liegt. ❐

GZ PINOS WELT



Es ist ja klar, dass aus Sicht einer Katze die Menschen manchmal sehr sonderbare Verhaltensweisen an den Tag legen. Ich denke da heute zum Beispiel an das Verhältnis zum Nachwuchs. Arterhaltung und Fortpflanzung ist ja im Tierreich die Triebfeder des Lebens schlechthin. Dabei gilt: Für den Wurf wird gesorgt, bis er auf eigenen Pfoten stehen kann und dann Tschüss.

Bei den Menschen habe ich das bisher immer etwas anders beobachtet. Da endet die Fürsorge nicht, wenn die Jungen auf eigenen Füßen stehen. Man besucht sie weiterhin, fragt am Telefon nach dem Befinden, macht teilweise aufwändige Geschenke zu allen möglichen Anlässen, feiert mit ihnen und betreut sogar deren Nachwuchs, wenn die Jugend mal ausgehen will. Doch diese rührende Sorge ist auf die eigenen Nachkommen beschränkt. Sobald es abstrakt um die Zukunft oder das Wohlergehen der jüngeren Generationen als solche geht, kümmert sich die Gesellschaft kein bisschen mehr.

> Der Jugend eine Lobby!

Beispiel BAföG-Reform. Die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten soll sicherstellen, dass junge Menschen sich unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern die Zeit für eine hochwertige Ausbildung nehmen können. OK, eine gute Ausbildung ist wichtig für einen selbst, aber die heutigen Schüler und Studenten halten später einmal als Techniker, Ingenieure oder Ärzte die Gesellschaft am Laufen. Seit Jahren ist unbestritten, dass die BAföG-Sätze zum Leben – vor allem in teuren Städten – viel zu gering sind. Werden sie also demnächst erhöht, sagen wir um 12 Prozent wie das Bürgergeld? Nein. Zwar bekommen zukünftig Studienanfänger ein Startgeld von 1.000 Euro, aber das mutet eher wie eine Maßnahme an, die dafür sorgen soll, dass ein paar Millionen Steuergelder sinnlos unters Volk gebracht werden. Was will man schon mit einem Tausender anfangen? Das reicht nicht mal für die Kaution für eine Bude. Fakt ist: Das Bürgergeld für Transferempfänger, also Leute, die keinen Beitrag für das Gemeinwesen leisten, steigt um 12 Prozent, der BAföG-Satz für diejenigen, die eine gute Ausbildung wollen, bleibt gleich. Generationengerecht?

Stichwort Generationenkapital: In Zukunft macht der Bund Schulden, die er dann auf dem Kapitalmarkt, zum Beispiel in Aktien, investiert und will mit den Erträgen die gesetzliche Rentenversicherung bezuschussen, damit sie zukünftig Renten in einer Höhe auszahlen kann, die angesichts der sprunghaften Zunahme der Rentenberechtigten gegenüber der sinkenden Zahl der aktiv im Erwerbsleben Stehenden utopisch hoch sind. Pferdefuß: Die Rendite aus der Aktienanlage muss zunächst mal so hoch sein, dass die Zinszahlungen abgedeckt werden. Gelingt das nicht, müssen die künftigen Steuerzahler, also die Jungen von heute, die Zinslast tragen. Sie müssten aber auch die Steuerzuschüsse zur Rentenversicherung tragen, hätte man das Generationenkapital nicht eingeführt. Sie sind also in jedem Fall die Gelackmeierten, weil nicht an den Leistungen für die Älteren gespart wird, sondern die Jungen belastet werden.

*Nun soll jeder und jede im Alter gut und sorgenfrei leben, gar keine Frage. Aber warum hilft man den Leuten nicht, selbst für das Alter vorzusorgen? Hört man Vertreter*innen (sic!) der Jusos oder Grünen Jugend zu, so sind Kapitaleigner Gottseibeiuns und Beelzebub in einem. Dabei könnte im Laufe eines Berufslebens angesammeltes Kapital (also richtig verdientes Geld, nicht vom Staat gepumptes) einen Beitrag zur Sicherung des Lebensstandards im Alter bieten. Kapital anzusammeln ist aber schwer, da die Erträge bei uns mit 25 Prozent besteuert und nur 1.000 Euro pro Jahr steuerfrei gestellt werden. Als die Sozialdemokraten noch einem Aufstiegsversprechung anhingen, haben sie in den 70er Jahren den Gedanken der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand propagiert. Etwa durch vermögenswirksame Leistungen vom Arbeitgeber, die steuerlich begünstigt oder mit staatlichen Prämien dauerhaft zur Vermögensbildung angelegt werden konnten. Wissen Sie, wieviel vermögenswirksame Leistungen ein Beamter bekommt? 6,65 Euro im Monat, also 79,80 Euro pro Jahr, was 3.192 Euro nach 40 Dienstjahren ergibt. Generationengerecht?*

Irgendwie haben die jungen Leute bei uns keine Lobby. Gilt der Satz von Salvador Dalí noch: „Das größte Übel der heutigen Jugend besteht darin, dass man nicht mehr dazugehört?“

Ihr Pino

Bayerische Wahlergebnisse

Bei der Stichwahl um das Bürgermeisteramt in **Thurmansbang** (Landkreis Freyung-Grafenau) siegte **Stefan Wagner (CSU)** mit 65,3 Prozent der Stimmen. Damit tritt er die Nachfolge von Martin Behringer an, der seit November 2023 für die Freien Wähler im Landtag sitzt. Fritz Kamm (UBL) erhielt 34,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,2 Prozent.

Max Boneberger ist mit 95,7 Prozent der Stimmen zum neuen Rathauschef von **Altusried** (Landkreis Oberallgäu) gewählt worden. Der von **CSU und Freien Wählern** unterstützte 41-Jährige hatte keinen Gegenkandidaten. Boneberger folgt auf Joachim Konrad, der für die CSU in den bayerischen Landtag gewählt worden war. Wahlbeteiligung: 39,5 Prozent.

Ohne Gegenkandidaten wurde in **Untergriesbach** (Landkreis Passau) Bürgermeister **Hermann Duschl (Christliche Wählergemeinschaft CWG)** mit 95,4 Prozent der abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Duschl geht damit in seine vierte und letzte Wahlperiode. Wahlbeteiligung: 32,9 Prozent.

Hans Steinfelder wird neuer Rathauschef von **Weitramsdorf** (Landkreis Coburg). Mit nur fünf Stimmen setzte sich der **CSU**-Bewerber in der Stichwahl denkbar knapp gegen 2. Bürgermeister Dominic Juck (SPD) durch. Wahlbeteiligung: 55,6 Prozent.

Michael Lorenz (CSU) wird künftig die Geschicke von **Inzell** (Landkreis Traunstein) leiten. Für den langjährigen 2. und 3. Bürgermeister votierten 91 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Er war der einzige Kandidat. Wahlbeteiligung: 39,3 Prozent.

Äußerst knappes Rennen

Edwin Klostermeier (SPD) bleibt Bürgermeister der Gemeinde **Putzbrunn** (Landkreis München). In einem äußerst engen Rennen behielt der Amtsinhaber mit 52,8 Prozent der Stimmen gegen seinen einzigen Herausforderer Tobias Stokloßa (CSU), der 47,2 Prozent auf sich vereinte, die Oberhand. Wahlbeteiligung: 53,6 Prozent.

Stefan Sommer (CSU) ist der neue Rathauschef in **Waltenhofen** (Landkreis Oberallgäu). Mit 53,2 Prozent der Stimmen besiegte der langjährige Gemeinderat und 2. Bürgermeister Amtsinhaber Eckhard Harscher (Wir für Waltenhofen), der sein Amt seit 2006 innehatte und 46,8 Prozent erzielte. Wahlbeteiligung: 56,1 Prozent.

Abwahl auch in **Lenting** (Landkreis Eichstätt): **Christian Conradt (CSU)** lag mit 82,7 Prozent deutlich vor Amtsinhaber Christian Tauer (SPD), der auf 17,3 Prozent der abgegebenen Stimmen kam und sein Amt nach zwölf Jahren abgeben muss. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,1 Prozent. **DK**

Stadt Stein:

Ehemaliges Trafohaus wird zum Artenschutzturm

Das ehemalige Trafohaus im Steiner Ortsteil Oberbüchlein lag seit Jahren brach. Nun wurde es erfolgreich zu einem Artenschutzturm umgebaut und Verantwortliche – darunter auch der Erste Bürgermeister von Stein, Kurt Krömer – trafen sich vor Ort, um das Ergebnis zu begutachten.

Hintergrund: Nachdem das Trafohaus seine Funktion verloren hatte, plante der Netzbetreiber den Rückbau und Abriss. Wolfgang Schaffrien, der Leiter des städtischen Bauamtes, erkannte das Potenzial für den Artenschutz und die Stadt Stein erwarb das Gebäude. Die Elektrik wurde im Zuge dessen entfernt. Bei einer Ortseinsicht im Jahr 2022 mit Vertretern von Bauamt, Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Fürth und vom Landschaftspflegeverband Mittelfranken e.V. wurde schließlich das vorhandene Aufwertungspotenzial festgestellt.

Umsetzung: Der Landschaftspflegeverband Mittelfranken plante die Realisierung des Artenschutzturms und beantragte Fördermittel. Die Maßnahme wird zu 90 Prozent vom Freistaat Bayern (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz) gefördert, die Stadt Stein trägt 10 Prozent der Kosten. Die langfristige Betreuung der Kästen ist durch den LBV – Kreisgruppe Fürth geplant. Die Nistmöglichkeiten wurden rechtzeitig zur beginnenden Vogelbrutsaison 2024 vom städtischen Bauhof angebracht.

Erfolgte Aufwertungen an der Außenfassade: Mauerseglerkästen, Spaltenquartiere für Fledermäuse und Nistmöglichkeiten für Mehlschwalben, Stare und Sperlinge wurden geschaffen.

Aufwertungen im Turminneren: Ein Schleiereulen-Kasten mit eigenem Einflugloch wurde an der Ostseite angebracht, ebenso wie Spaltenquartiere für Fledermäuse in Deckennähe. Das Glasbausteinfenster an der Südseite wurde als Einflugmöglichkeit für Fledermäuse geöffnet, verdunkelt und als taubensicheres Einflugfenster gestaltet. Um Wartungs- und Kontrollarbeiten an den Kästen durchführen zu können, wurde eine weitere Ebene eingebaut.

Gemeinsame Kräfte für die Natur

Die Realisierung des Artenschutzturms ist das Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Stein, insbesondere dem Bauhof, der Unteren Naturschutzbehörde, dem Landschaftspflegeverband Mittelfranken und dem Landesbund für Vogelschutz. Schon bald wird sich zeigen, wie gut der neue Artenschutzturm angenommen wird. ❐



Vertreter des Landschaftspflegeverbandes, des LBV und städtische Mitarbeiter freuen sich mit Ersten Bürgermeister Kurt Krömer (Mitte) über die gelungene Umsetzung. Bild: Stadt Stein

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7/2024, die am 28. März 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk**
- **Arbeitsplatz Kommune**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Abfall, Entsorgungsmanagement, technische Lösungen**
- **Kommunalfahrzeuge, Fuhrpark**
- **Fachliteratur, Kommunale Rechtsfragen**

Stadt Bamberg:

Wichtiger Beitrag für Bildungsgerechtigkeit

vhs-Förderverein spendet der KulturTafel 4000 Euro

Studien belegen es immer wieder: Kinder von Eltern, die ein geringes Einkommen besitzen oder anderweitig aus sozial schwachen Schichten kommen, haben signifikant schlechtere Chancen auf einen positiven Bildungserfolg. Einen wichtigen Beitrag für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit in der Domstadt leistet der Förderverein der Volkshochschule Bamberg Stadt. Er spendete der KulturTafel Bamberg des Diakonischen Werks Bamberg-Forchheim vhs-Gutscheine im Wert von 4.000 Euro, die alle erfolgreich vermittelt werden konnten.

„Nicht die Herkunft und der Geldbeutel einer Person sollten über ihre Zukunft entscheiden, sondern ihr Wunsch nach individueller Weiterbildung“, betonte Vorsitzende Ulrike Siebenhaar bei der Spendenübergabe. Die Gäste der KulturTafel, die sich für vhs-Angebote interessieren, konnten sich dank der Gutscheine kostenlos für Sprach- oder PC-Kurse, für Angebote der Gesundheitsbildung oder auch kreative und kulturelle Angebote anmelden.

Fred Schäfer, Leiter Soziale Dienste bei der Diakonie: „Mir ist bayernweit keine gleichartige Unterstützung einer KulturTafel bekannt, wie sie der Förderverein der Volkshochschule hier in Bamberg leistet“, bedankte er sich. „Danke, dass Sie seit Jahren ein zuverlässiger Partner für uns als Träger sind“, würdigte er das herausragende Engagement des vhs-Fördervereins.

250 Personen in fünf Jahren

„Seit 2020 haben wir der KulturTafel Gutscheine im Wert von insgesamt 10.000 Euro zur Verfügung gestellt“, rechnete die stellvertretende Vorsitzende Marion Zachert die finanzielle Unterstützung für Bildungsgerechtigkeit zusammen. In den Jahren zuvor hatte die Volkshochschule der KulturTafel bereits freie Plätze in ausgewählten Kursen für ihre Gäste angeboten, erinnerte vhs-Leiterin Dr. Anna Scherbaum. Fast 250 Menschen hätten dieses Angebot binnen fünf Jahren genutzt. Das Engagement des städtischen Bildungs- und Kulturzentrums für soziale und kulturelle Teilhabe erklärt Dr. Scherbaum so: „Wir wollen Bildung für alle anbieten und mit unseren Teilnehmenden die ganze Gesellschaft abbilden.“ Sie verwies zudem auf zahlreiche kostenlose Bildungsangebote im Programm – zu Themen wie Verbraucherschutz, Energiesparen, Mediennutzung, politische Bildung, interreligiöse Verständigung, Geschichte und Kultur.

„Für nur 25 oder 100 Euro Mitgliedsbeitrag können Privatpersonen bzw. Firmen die Bildungsarbeit der Volkshochschule im Förderverein unterstützen“, sagte Schriftführerin Andrea Grodel. Mehr Mitglieder sowie Spenden bedeuteten einen größeren finanziellen Spielraum für neue Unterstützung. Eine Beitrittserklärung gibt es auf www.vhs-bamberg.de/foerderverein. ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Teichrettung

WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 28. März 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 7

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

MP Söder beim KPV-Landesvorstand:

Argumente für eine Politik der Vernunft

Ehre, wem Ehre gebührt: Als Veranstaltung der besonderen Art dürfte die jüngste Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München in bester Erinnerung bleiben: Den 60. Geburtstag des Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) am 16. März nahmen nicht nur die zahlreich erschienen Delegierten zum Anlass, sich bei ihrem Chef zu bedanken; auch Parteivorsitzender und Ministerpräsident Dr. Markus Söder ließ es sich nicht nehmen, seinen langjährigen Wegbegleiter und dessen wertvolle Arbeit für die kommunale Gemeinschaft zu würdigen. Sie sei Ausdruck einer „großen Leidenschaft für Politik", hob Söder hervor.

Weniger Positives hatte der Parteichef in seinem anschließenden Impulsvortrag zu berichten. Die wirtschaftliche Situation hierzulande sei alles andere als rosig. Unter den führenden Industrienationen im G7-Raum sei Deutschland das einzige Land, das zurückfalle. Weniger Neuaufträge und steigende Unsicherheit lösten Zurückhaltung bei den großen Unternehmen aus. Auch könne von einer Stärkung des Mittelstands keine Rede sein.

Ampel: Subventionsgelenkte Staatswirtschaft

„Die Wirtschaftspolitik der Ampelregierung ist eine rein subventionsgelenkte Staatswirtschaft", machte Bayerns Ministerpräsident deutlich und warf in diesem Zusammenhang die Frage nach „Instrumentarien der Wirtschaftsförderung" auf. Vom nunmehr verabschiedeten Wachstumschancengesetz erwartet er indes keinen Wachstumsschub. Dieses Gesetz werde keine ernsthafte große Verbesserung mit sich bringen, mutmaßte Söder.

Eine große Herausforderung bleibt auch das Thema Migration. „Wir gehen hier nicht von zurückgehenden Zahlen aus", erklärte der Ministerpräsident. Die Kommunen befänden sich an der Schwelle zur Überforderung. Auf Bundesebene werde viel zu wenig getan. Die aktuelle Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten von Ländern und Kommunen entspreche nicht annähernd dem Bedarf vor Ort. Bayern allein investiere im Doppelhaushalt 2024/25 5,2 Mrd. Euro in Asyl und Zuwanderung.



V.l.: Carmen Pepiuk, Dr. Markus Söder, Stefan Rößle, Eva Weber, Josef Mederer und Hannelore Langwieser. ❐

Grundlegender Wandel

Es brauche einen grundlegenden Wandel in der Migrationspolitik. Dazu zählten eine klare Integrationsgrenze und ein dauerhafter, konsequenterer Grenzschutz mit möglichen Zurückweisungen an den deutschen Grenzen auch dann, wenn Migranten an der Grenze ein Asylgesuch äußerten. Als sinnvoll erachtet Söder zudem eine Änderung des Asylgrundrechts. In der aktuel-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Offener Brief der Krankenhausgesellschaften:

Scharfe Kritik an Lauterbach

Die 16 Krankenhausgesellschaften der Länder haben Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in einem offenen Brief scharf kritisiert. In dem Schreiben werfen sie ihm vor, die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) mit der Argumentation der AfD gleichzusetzen. „Diese Entgleisung" sei der „Tiefpunkt" einer „andauernden Diffamierung der Deutschen Krankenhausgesellschaft und ihrer hochrangigen Vertreter". Auslöser ist die noch unveröffentlichte Plakatkampagne „Alarmstufe Rot" der DKG, mit der vor dem „kalten Strukturwandel" in der Krankenhauslandschaft und einem prognostizierten Krankenhaussterben gewarnt werden soll.

In ihrem Brief fordern die Unterzeichner, darunter Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Lauterbach nun auf, sich von seinem „unsäglichen Vergleich und dem Vorwurf der Hetze" zu distanzieren und mit der DKG und ihren Mitgliedsverbänden in einen „konstruktiven Dialog" einzutreten. „Ihr Versuch, durch die Gleichsetzung der Argumentation der Deutschen Krankenhausgesellschaft mit der einer in Teilen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei Ihren inhaltlichen Kritiker bei der Krankenhausreform mundtot zu machen und zu diskreditieren, ist ein Schaden für das demokratische Miteinander in Deutschland", urteilen die Verfasser.

Lobbyistenvorwurf

Seit Beginn seiner Amtszeit habe Lauterbach jedes Angebot für eine aktive Mitwirkung an der geplanten Krankenhausreform ausgeschlagen, heißt es

(Fortsetzung auf Seite 4)



Kommunales Benefiz-Schafkopfrennen für den guten Zweck

„A Herz hat a jeder" hieß es beim 1. Kommunalen Benefiz-Schafkopfrennen am vergangenen Samstag im Schlossgut Odelzhausen, das die Bayerische GemeindeZeitung auf Initiative des Dachauer Landrats Stefan Löwl mit veranstaltete. Schirmherren waren Landräte-Präsident Thomas Karmasin, der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter und Gastgeber Löwl. Als Sponsoren fungierten die Sparkasse Dachau, der Bayerische Bauindustrieverband und die Bayerische GemeindeZeitung. Die kompletten Einnahmen in Höhe von 2.300 Euro gehen 1 : 1 in Hilfsprojekte. Die Hälfte des Geldes erhält das heilpädagogische Kinderheim „Die Wiege" – www.die-wiege.info. Der Rest fließt in gemeinnützige Projekte, die die ersten drei Gewinner benennen. Sieger wurde der Dachauer Kreisrat und 2. Bürgermeister von Röhrmoos, Arthur Stein. Unser Bild zeigt v.l.: Günther Meilhaus (2. Platz); Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags; Theresa von Hassel (GZ, beste Dame); Sieger Arthur Stein; Dachaus Landrat Stefan Löwl; Anne-Marie von Hassel (GZ); Josef Märkl (3. Platz, Gemeinderat Bergkirchen) und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel. Bild: LRA Dachau

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

ORH-Jahresbericht 2024:

Tiefe Spuren im Staatshaushalt

Die aktuelle Haushaltspolitik der Staatsregierung gibt dem Bayerischen Obersten Rechnungshof (ORH) Anlass zur Kritik. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Milliarden-Entnahmen aus der Rücklage sowie eine unzureichende Rückzahlung von Corona-Schulden. Insgesamt bestätigt der ORH-Jahresbericht dem Freistaat für das Haushaltsjahr 2022 erneut eine solide Haushaltsführung und damit eine verantwortungsvolle Aufgabenbewältigung in Krisenzeiten.

Die bereinigten Einnahmen stiegen 2022 um 3,6 auf 74,3 Mrd. Euro (+ 5,0 Prozent). Grund hierfür waren insbesondere die höheren Steuereinnahmen. Die bereinigten Ausgaben gingen um 0,4 auf 71,5 Mrd. Euro (- 0,6 Prozent) zurück. Dies war überwiegend auf die geringeren Ausgaben beim Sonderfonds Corona-Pandemie zurückzuführen.

Corona-Schulden ein Dorn im Auge

Vor allem die geplante Änderung der Tilgungsregelung beim Abbau der Corona-Schulden ist dem ORH ein Dorn im Auge. Der Haushaltsgesetzgeber hatte 2020 zu Beginn der Corona-Pandemie entschieden, die für den Sonderfonds Corona-Pandemie neu aufgenommenen Schulden ab 2024 in 20 gleichbleibenden Jahresraten zurückzuführen. In dem nun dem Landtag zur Beratung vorliegenden Entwurf zum Doppelhaushalt 2024/2025 sind 770,9 Mio. Euro weniger zur Tilgung eingeplant als ursprünglich vorgesehen. „Aus Sicht des ORH sollten die haushaltsgesetzlichen Vorgaben zur Tilgung der coronabedingten Kredite aus den Jahren 2020 bis 2023 beibehalten und diese Schulden ab dem Jahr 2024 entsprechend abgebaut werden. Die Veranschlagung der fehlenden 770,9 Mio. Euro in einer Rücklage ‚Konjunkturvorsorge' ist im Ergebnis zu unverbindlich", erklärte Präsidentin Heidrun Piwernetz.

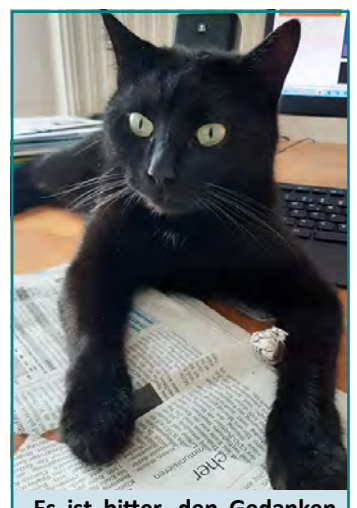
Verbesserungspotenziale

Verbesserungspotenzial sehen die Kassenprüfer auch bei der Einnahmenerzielung: So haben sie etwa bei der Besteuerung professioneller Social-Media-Akteure (sog. Influencer) erhebliche Ermittlungs- und Vollzugsdefizite festgestellt. Den Finanzämtern fehlten oft wichtige Daten zur Besteuerung von Influencern. Die Steuerverwaltung sollte alle Ermittlungsmöglichkeiten wie z. B. Auskunftsersuchen an Social-Media-Plattformen ausschöpfen.

Steuerausfallrisiko bei Kryptowährungen

Massive Defizite stellt der Bayerische Oberste Rechnungshof auch bei der Besteuerung von Gewinnen aus dem Handel mit Kryptowährungen fest und schätzt das Steuerausfallrisiko für Bayern vorsichtig auf jährlich 150 Mio. Euro. Jedes Jahr würden Kryptowährungen im Wert von mehreren Mrd. Euro in Deutschland gehandelt. Nur ein minimaler Anteil der daraus entstandenen Gewinne werde

(Fortsetzung auf Seite 2)



„Es ist bitter, den Gedanken an Krieg nicht mehr ganz weit hinten im Bewusstsein abzulegen, sondern als Gefahr zu definieren, der wir präventiv begegnen müssen", sagt Pino, „aus dieser Erkenntnis muss aber Handeln werden." S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern bleibt sicheres Bundesland 2
13 neue immaterielle Kulturerbe in Bayern 2
KPV-Kongress für CSU-Kommunalpolitikerinnen 3
GZ-Kolumne Eva Weber:
Vesperkirche: Alle an einem Tisch! 3
Aigner: Ordnungsgeld im Bayerischen Landtag 3
Defizite der Krankenhäuser verschärfen Krise der Kommunen . . 4
Kommunikationstechnik • IT • Breitband . . . . . 5 - 9
Kommunale Energiethemen 10
Umwelt- und Abfallthemen . . . . . 11 - 12
Kommunaltechnik • Wald • Stadtgrün 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Trotz Anstieg der Kriminalitätsbelastung:

Bayern bleibt sicheres Bundesland

Licht und Schatten hielten sich bei der Vorstellung der bayerischen Kriminalstatistik 2023 die Waage. Einerseits, so Innenminister Joachim Herrmann, sei die Kriminalitätsbelastung im Freistaat im vergangenen Jahr mit 4.361 Straftaten pro 100.000 Einwohner (ohne ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt) im Vergleich zu 2022 um 2,4 Prozent gestiegen. Andererseits sei es der Bayerischen Polizei gelungen, mit 65,2 Prozent mehr Straftaten polizeilich aufzuklären.

„Mit dem Anstieg der Kriminalität werden wir uns nicht abfinden, auch wenn das ein bundesweiter Trend ist, für den besonders Ausländer und Zuwanderer verantwortlich sind", betonte der Minister. „Wir haben das Landeskriminalamt und unsere Polizeipräsidien beauftragt, die Kriminalitätsentwicklungen genauestens zu analysieren, um gegebenenfalls Einsatzkonzepte und Polizeipräsenz anzupassen."

Mehr Diebstahlsdelikte

Herrmann zufolge ist der Anstieg der Gesamtkriminalität insbesondere auf den Bereich der Diebstahlsdelikte zurückzuführen (152.495 Fälle, +10,5 Prozent). Die Diebstähle machen 23,4 Prozent aller im Freistaat registrierten Straftaten aus. Einen erheblichen Anstieg gab es im Bereich der Ladendiebstähle (42.449 Fälle, +19,5 Prozent). Beim Wohnungseinbruchdiebstahl relativiert sich der enorme Rückgang während der Corona-Jahre jedoch wieder (3.436 Fälle, +20,8 Prozent). Die Zahl der Wohnungseinbrüche war im vergangenen Jahr aber immer noch deutlich unter dem Niveau vom Vor-Corona-Jahr 2019 (4.342 Fälle).

40 Prozent Nichtdeutsche

Mit Blick auf die Zusammensetzung der Tatverdächtigen erklärte Herrmann, dass 2023 von den insgesamt 266.390 Tatverdächtigen 39,6 Prozent Nichtdeutsche waren (2022: 36,5 Prozent). Auch Zuwanderer (Asylbewerber, Geduldete, Kontingent-/Bürgerkriegsflüchtlinge, international/national Schutzberechtigte, Asylberechtigte und Personen mit dem Status ‚unerlaubt') hätten eine größere Rolle gespielt. Insgesamt wurden vergangenes Jahr 32.037 tatverdächtige Zuwanderer registriert (+20,5 Prozent). Die Zahl der tatverdächtigen Deutschen sei hingegen leicht um 1,1 Prozent zurückgegangen.

Insgesamt 6.943 Straftaten wurden in Asylbewerberunterkünften begangen (+21,9 Prozent). „Die Zahl der Straftaten in Asylunterkünften liegt aber noch deutlich unter dem Allzeithoch aus dem Jahr 2016 mit 12.300 Delikten", berichtete Herrmann. Die meisten Straftaten in Asylbewerberunterkünften waren 2023 Rohheitsdelikte (3.839 Fälle), Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt (601 Fälle) sowie Rauschgiftdelikte (563).

Rohheits-, Vermögens- und Fälschungsdelikte

Außerhalb der Unterkünfte hat die Polizei Zuwanderer als Tatverdächtige häufig bei Rohheitsdelikten (8.833 Fälle), Vermögens- und Fälschungsdelikten (9.798 Fälle) sowie Ladendiebstahl (8.611 Fälle) registriert. Bei der Gewaltkriminalität stieg 2023 die Zahl der Fälle mit Zuwanderern als Tatverdächtige um 12,3 Prozent auf 3.517. Rund ein Viertel der erfassten Fälle von Gewaltkriminalität mit einem Zuwanderer als Tatverdächtigen ereigneten sich in Asylbewerberunterkünften. 49,9 Prozent der Opfer waren selbst Zuwanderer.

Großstädte über dem Landesdurchschnitt

Auffällig ist laut Herrmann, dass der Anstieg der Kriminalität in allen bayerischen Großstädten über dem Landesdurchschnitt liegt. Fast alle Großstädte im Freistaat weisen teils erhebliche Verschlechterungen der Häufigkeitszahl (Delikte je 100.000 Einwohner) auf.

Die höchsten Steigerungen weisen Fürth (+17,6 Prozent), Aschaffenburg (+16 Prozent), Regensburg (+12,5 Prozent) und Würzburg (+11,5) auf, niedrigere Augsburg (+2,8 Prozent), Nürnberg (+2,9 Prozent), Ingolstadt (+3,8 Prozent), Erlangen (+6,0 Prozent), Landshut (+6,6 Prozent) und München (+9,6).

Trotz der Steigerungsrate ist Fürth gemessen an der Häufigkeitszahl mit 4.684 Straftaten je 100.000 Einwohner noch die sicherste bayerische Großstadt, gefolgt von Erlangen (5.498) und München (5.934). Die höchste Kriminalitätsbelastung verzeichnen Regensburg (8.895), Bamberg (8.137), Würzburg (8.015) und Nürnberg (7.611).

Von den Polizeipräsidiumsbereichen melden Oberfranken (-6,2 Prozent auf 4.168 Straftaten je 100.000 Einwohner), Schwaben Süd/West (-1,6 Prozent auf 3.486), Niederbayern (-0,9 Prozent auf 3.345) und Oberbayern Nord (-0,5 Prozent auf 3.494) eine rückläufige Kriminalitätsbelastung, anders als die anderen Präsidiumsbereiche.

Belastung durch unkontrollierte Zuwanderung

„Die Kriminalstatistik macht deutlich, dass sich die unkontrollierte Zuwanderung auch negativ auf die Sicherheitslage auswirkt", machte Herrmann deutlich. „Besonders wichtig ist, nach Verbüßen der Strafe diejenigen Ausländer möglichst unverzüglich außer Landes zu bringen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sind." Leider habe die Bundesregierung trotz vollmundiger Ankündigungen noch keine spürbaren Verbesserungen bei Rückführungen erreicht.

„Zudem brauchen wir endlich einen grundlegenden Kurswechsel in der Asylpolitik und vor allem eine wirksame Eindämmung der illegalen Migration", forderte der Minister. „Die Bundesregierung kann in einer solchen Situation nicht mehr darauf verzichten, illegale Migranten auch bei einem Asylgesuch an den Grenzen Deutschlands zurückzuweisen." Darüber hinaus sei ein deutlich besserer Schutz der EU-Außengrenzen überfällig. „Bis dahin müssen unsere Binnengrenzen effektiv kontrolliert werden, eine wichtige Aufgabe von Bundespolizei und Bayerischer Grenzpolizei", erklärte Herrmann. Die erheblich ausgebaute Bayerische Grenzpolizei sorge in Bayern für ein deutliches Sicherheitsplus. Bis 2028 werde sie auf insgesamt 1.500 Stellen verstärkt. „Wir werden nicht nur illegale Migration und Schleuser, sondern die gesamte grenzüberschreitende Kriminalität intensiver bekämpfen", kündigte der Minister an.

Als einen weiteren Schwerpunkt der Polizeiarbeit 2024 definierte Herrmann die konsequente Bekämpfung des Wohnungseinbruchs und vor allem von professionellen internationalen Einbrecherbanden: „Unsere intensiven Schleierfahndungskontrollen sind hier eine wirksame Fahndungsmaßnahme." Überdies werde die Polizei verstärkt in Wohngebieten unterwegs sein. „Auch bei der Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum setzen wir einen klaren Schwerpunkt", informierte der Innenminister. Dazu zählten mehr Polizeipräsenz, an geeigneten Örtlichkeiten auch mit Polizeireitern und Fahrradstreifen, und der verstärkte Einsatz von Videoüberwachungssystemen an Kriminalitätsbrennpunkten.

Hochmoderne Ausstattung und kontinuierliche Personalverstärkung

Neben einer hochmodernen Ausstattung und innovativen Technik gehöre zur weiteren Verstärkung der bayerischen Polizei ganz besonders die kontinuierliche Personalverstärkung. „Wir haben die Bayerische Polizei von 2008 bis 2023 mit insgesamt 8.000 zusätzlichen Stellen verstärkt, das ist deutschlandweit einmalig", unterstrich Herrmann. Der Stellenbestand soll bis 2028 um weitere 2.000 Stellen auf dann insgesamt rund 47.000 Polizeistellen ausgebaut werden.

Mit Blick auf das „Bürokratie-Ungetüm" Cannabis-Legalisierung verwies Herrmann darauf, dass die Länder die zusätzlichen Aufgaben und Aufwände werden ausbaden müssen. „Die Polizei wird nicht nur mit zusätzlichen Aufgaben wie der Überwachung von Konsumverboten belastet sein. Sie wird sich auch nach wie vor um die Bekämpfung des Schwarzmarktes und des illegalen Umgangs kümmern müssen. Ich versichere Ihnen: Wir werden die neuen Cannabis-Regelungen so streng wie möglich kontrollieren!" **DK**

13 neue immaterielle Kulturerbe in Bayern

Brückenbau zwischen Menschen und Traditionen

Seit 2003 stellt die UNESCO immaterielle kulturelle Ausdrucksformen in den Fokus der Öffentlichkeit. Bis heute sind 180 Staaten dem UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes beigetreten. Neben dem bundesweiten Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes gibt es in Bayern ein eigenes Landesverzeichnis, das nunmehr um 13 neue Kulturformen erweitert wird und damit insgesamt 82 Eintragungen enthält.

Neu in das bayerische Landesverzeichnis aufgenommen werden der Chinesenfasching Dietfurt, die vier Knabenchöre Bayerns in Regensburg, Augsburg, Bad Windsbach und Bad Tölz, die Fahnenstickerei, der Gelübdefeiertag St. Sebastian in Grafenwöhr, das Goldschlägerhandwerk in Schwabach, die Kreuther Leonhardifahrt, die Kronacher Schwedenprozession, das Kunigundenfest in Lauf an der Pegnitz, der Memminger Fischertag, der Schwäbischwerder Kindertag zu Donauwörth, die „Schweinfurter Schlachtschlüssel", die Studioglasbewegung Frauenau, sowie das Treideln auf dem Ludwig-Donau-Main-Kanal. „Bayerns kulturelle Vielfalt ist einzigartig – hier verschmelzen Tradition und Moderne harmonisch zu einer optimalen Einheit. Die bewusste Pflege und Wertschätzung dieser besonderen Kultur in unserer Heimat fördert das Verständnis und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl in einer vielfältigen Gemeinschaft. Durch den Erhalt und die Weitergabe unseres Immateriellen Kulturerbes schaffen wir einen Rahmen für sozialen Austausch, geben Stabilität in herausfordernden Zeiten und bauen Brücken zwischen Menschen und Traditionen", betonte Heimatminister Albert Füracker.

Die neuen Einträge im Bayerischen Landesverzeichnis zeigten, wie sich unzählige Menschen für ihre lebendige Tradition und ihre Heimat einsetzen. „Ihnen gebührt höchster Respekt und außerordentlicher Dank für ihren Einsatz für unsere Heimat Bayern!", stellte Füracker fest. **DK**

Tiefe Spuren im ...

(Fortsetzung von Seite 1)

jedoch gegenüber dem Finanzamt erklärt.

Nachholbedarf bestehe zudem bei der Digitalisierung der Verwaltung, zumal die Staatsregierung sich das Ziel gesetzt habe, die Volldigitalisierung im Jahr 2025 zu erreichen. So habe sich die Transparenz im Zuwendungswesen seit Jahrzehnten nicht wesentlich verbessert. Eine valide Übersicht zum eingesetzten Mittelvolumen bei Förderungen existiere nicht, obwohl sich nach Kenntnis des ORH die Zahl der Förderprogramme in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt hat.

Als nicht mehr zeitgemäß und zu bürokratisch wird das derzeitige papierbasierte Verfahren bei der steuerlichen Behandlung des Spendenabzugs beurteilt. Der ORH empfiehlt, die digitale Übermittlung von Zuwendungsbestätigungen schnellstmöglich umzusetzen.

Kosten je Impfung bis 317 Euro

Stichwort Kostenerstattung für Corona-Impfzentren: Während der Corona-Krise wurden überall kommunale Impfzentren aufgebaut – die Kosten beliefen sich für Bayern bis Februar 2023 auf insgesamt 1,4 Mrd. Euro. „Die Kosten je Impfung bewegten sich bei den vom ORH geprüften Impfzentren in einer Spanne von 39 bis 317 Euro", heißt es im Bericht. Man verkenne nicht die Sondersituation während der Pandemie, betont der ORH, kritisiert aber: „Durch das Fehlen einer begleitenden Kostenkontrolle wurden jedoch wesentliche Potenziale zur Kostenreduktion nicht hinreichend genutzt."

Rückforderung unberechtigter Zahlungen

170 Mio. Euro flossen im Jahr 2020 an die Universitätsklinika und das Deutsche Herzzentrum für coronabedingte Erlösausfälle, Mehrkosten und Investitionen aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Für Zahlungen in Höhe von 27,6 Mio. Euro fehlte es laut ORH aber an den nötigen Voraussetzungen oder diese wurden nicht nachgewiesen. Die Zahlungen sollten deshalb überprüft und unberechtigte Zahlungen gegebenenfalls zurückgefordert werden.

In der Corona-Pandemie hatte der Freistaat auch Hilfsprogramme für Kunst und Kultur aufgelegt. Fast 100 Mio. Euro allein an Landesmitteln gingen an Kultur-Spielstätten und -Veranstalter, Kinos, soloselbstständige Künstler und andere. Aufstellung und Steuerung der Programme sowie die nachträglichen Prüfungen weisen aus Sicht des ORH jedoch erhebliche Mängel auf. Eine Erfolgskontrolle habe nicht oder nicht in ausreichendem Maße stattgefunden. Die Maßnahmen sollten deshalb „im Hinblick auf künftige Krisensituationen evaluiert werden".

Haushaltsmittel möglichst effizient einsetzen

Stichwort Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer: Bayern unterstützte die Schulaufwandsträger bei der IT-Ausstattung mit einem Förderprogramm aus Landesmitteln, dem Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer. Die Förderung erfolgte unabhängig von der vorhandenen Ausstattung, deren Bestand regelmäßig an allen Schulen erhoben wird. Der ORH empfiehlt, künftig bei Förderprogrammen stärker auf ohnehin vorhandene Daten zurückzugreifen, um die Haushaltsmittel möglichst effizient einzusetzen.

Der Freistaat fördert den Bau, die Sanierung und den Betrieb von Krankenhäusern. Allerdings wurden bei der Prüfung der Verwendungsnachweise für Maßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von einer Milliarde Euro „erhebliche Defizite" festgestellt. Dadurch seien überhöhte Förderzahlungen und finanzielle Nachteile für den Freistaat in Kauf genommen worden.

Mangelhaftes Kostencontrolling

Bei der Verwaltung staatlicher Immobilien fehlt es nach Auffassung der Kassenprüfer nach wie vor an einem ressortübergreifenden und objektbezogenen Kostencontrolling. „Angesichts jährlicher Ausgaben für Bewirtschaftung und Instandhaltung von über einer Milliarde Euro sieht der ORH Einsparpotenziale in dreistelliger Millionenhöhe pro Jahr", heißt es im neuen Jahresbericht.

„Der Freistaat steht auch in Krisenzeiten für eine vorausschauende, verlässliche und solide Finanzpolitik, an der wir auch in Zukunft weiter festhalten werden", hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der ORH-Veröffentlichung hervor. Erst kürzlich sei Bayerns Finanz- und Haushaltspolitik von den beiden renommierten Ratingagenturen Moody's sowie Standard & Poor's jeweils mit einem Spitzenrating bewertet worden. Dennoch sei das Bayerische Finanzministerium stets darauf bedacht, Verwaltungshandeln in seinem Ressortbereich zu überprüfen bzw. zu optimieren, erläuterte der Minister. Die im Bericht enthaltenen Anmerkungen und Empfehlungen des ORH, unter anderem zur Besteuerung von Kryptowährungen und Influencern, würden daher ausführlich geprüft.

Füracker zufolge setzt sich die Steuerverwaltung bereits intensiv für die Sensibilisierung der Beschäftigten durch die Sondereinheit Zentrale Steueraufsicht sowie für die verbesserte steuerliche Erfassung durch die Bereitstellung spezifischer Formblätter ein. Daneben soll künftig im Rahmen von Betriebsprüfungen von Unternehmen, die mit Influencern als Werbepartner kooperieren, umfangreiches Kontrollmaterial für die Besteuerung von Influencern gewonnen werden. Die Besteuerung von Kryptowährungen sei ein aktuelles, wichtiges und länderübergreifendes Thema, dem sich auch die bayerische Finanzverwaltung angenommen hat. So sei den Finanzämtern u.a. bereits ein Analysetool zur Auswertung von Transaktionen auf der Blockchain zur Verfügung gestellt worden. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Friedberger
Gemeinde Buchhofen
am 28.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Schuster
Gemeinde Loiching
am 8.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Tempel
Gemeinde Breitenbrunn
am 3.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Bauer
Stadt Grafing
am 1.4.

Bürgermeisterin
Regina Bruckmann
Markt Lonnerstadt
am 2.4.

Bürgermeister Thomas Kraußer
Gemeinde Leinburg
am 4.4.

Bürgermeister Stefan Breuer
Markt Oberkotzau
am 7.4.

Bürgermeister Thomas Loderer
Gemeinde Ottobrunn
am 10.4.

Bürgermeister Jakob Frank
Stadt Teuschnitz
am 13.4.

Bürgermeister Robert Putz
Gemeinde Schönau
am 16.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Berktold
Gemeinde Seeg
am 30.3.

Landrat Thomas Eichinger
Landkreis Landsberg a. Lech
am 17.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thilo Wehner
Gemeinde Sondheim/Rhön
am 16.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Landrat Siegfried Walch
Landkreis Traunstein
am 8.4.

Bürgermeister Daniel Paul
Gemeinde Weiding
am 14.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Neue „Statistik kommunal 2023" für Bayern veröffentlicht

Bevölkerung, Wirtschaft, Finanzen und Infrastruktur bis auf Gemeindeebene verfügbar

Das Bayerische Landesamt für Statistik hat die neue Ausgabe des jährlich erscheinenden Journals „Statistik kommunal 2023" für Bayern fertiggestellt.

Darin finden sich fundierte Regionalprofile für alle kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städte, Landkreise und Regierungsbezirke sowie den Freistaat insgesamt. Jeweils 2 200 ausgewählte statistische Eckdaten beschreiben die Regionaleinheiten hinsichtlich Bevölkerung, Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen.

Link zu den PDF-Dateien:
www.statistik.bayern.de/produkte/statistik_kommunal ❐



V.l.: Constanze von Hassel, Vigdis Nipperdey, Lioba Schneider, Jasmin Ghubbar Mohamed und Hannelore Langwieser. ❐

KPV-Kongress für CSU-Kommunalpolitikerinnen:

Netzwerke nutzen, Strukturen verändern

Was wäre die Kommunalpolitik ohne starke Frauen? Bereits zum zweiten Mal organisierte die KPV am Weltfrauentag in München einen Kongress für die CSU-Kommunalpolitikerinnen. Neben der Gelegenheit zur Vernetzung und lockerem Austausch gab es Impulsvorträge und Diskussionen mit prominenten Gästen darüber, wie Frauen zum Engagement in der CSU motiviert und in der Kommunalpolitik mehr gefördert werden können. Die Zielsetzung ist klar: Der Frauenanteil bei den nächsten Kommunalwahlen 2026 muss gesteigert werden.

Laut Carmen Pepiuk, stellvertretende KPV-Landesvorsitzende und KPV-Frauenbeauftragte, sowie Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabitz, sind in Bayern 10 Prozent der Bürgermeisterinnen weiblich. Von den knapp 2.000 Rathauschefs sind folglich nur 204 Frauen. Dieses „bemerkenswerte Ungleichgewicht" zeige, dass es noch Raum für Veränderungen gibt.

Vor Ort die Situation lebens- und liebenswert gestalten

Nach Pepiuks Erfahrung gibt es keine schönere Aufgabe, als vor Ort die Situation lebens- und liebenswerter zu gestalten – gemeinsam mit Gemeinderäten, Bürgern und Unternehmen Projekte zu finden, zu entwickeln und umzusetzen. Es erfülle sie mit Freude, Stolz, Dankbarkeit und Demut, ein abgeschlossenes Projekt präsentieren zu dürfen. Positive Erlebnisse wie diese gelte es zu vermitteln.

Kathrin Alte, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing und Sprecherin der parteiübergreifenden „ARGE Frauen führen Kommunen" des Bayerischen Gemeindetags, betonte: „Mehr Frauen für das spannende Feld der Kommunalpolitik zu gewinnen und damit unsere Dörfer und Städte zu gestalten – das ist und bleibt eine ganz große Aufgabe." In ihrer Funktion als ARGE-Leiterin gemeinsam mit der Bürgermeisterkollegin Susanne Hoyer aus Langenbach (Landkreis Freising) werden hauptsächlich die genannten 10 Prozent bayerischen Rathauschefinnen vernetzt.

Das Bürgermeisteramt ist kein Nebenjob

Alte wies darauf hin, dass viele Bürger hohe Ansprüche an die Erreichbarkeit und Verfügbarkeit des Bürgermeisters hätten, so dass diese mitnichten eine 40 Stunden-Woche absolvierten. Das Bürgermeisteramt sei kein Nebenjob. „Problematisch ist, dass die Arbeitszeiten nicht wirklich geregelt sind und die Work/Life-Balance oftmals zu wünschen übriglässt. Hinzu kommt die häufig nicht vorhandene Wertschätzung unserer Arbeit in der Kommunalpolitik", machte das Gemeindeoberhaupt deutlich.

Warum also sollte sich nun jemand entscheiden, ein kommunales Mandat anzustreben? „Weil wir gestalten können, weil wir unser unmittelbares Lebensumfeld mitprägen können, weil wir gutes Geld verdienen, Verantwortung tragen dürfen, Chefin einer Verwaltung sind und es auch einfach Spaß macht. Und weil das ein Job ist, der davon lebt, Menschen zu helfen, täglich interessante Begegnungen zu haben und immer unter den unterschiedlichsten Leuten sein zu dürfen", erklärte Alte. Frauen müssten sich mehr trauen, besser unterstützt werden, die „gläserne Decke" und die vorhandenen männlichen Netzwerke durchdringen. Darüber hinaus dürfe der Aspekt der familiären Unterstützung nicht vernachlässigt werden.

„Vieles ist in Bewegung und erfordert Flexibilität, eine Eigenschaft, die besonders Frauen mitbringen", stellte Alte klar. Aus ihrer Sicht müssen sie an dem Thema Einstiegshürden und Versorgung stetig weiterarbeiten, damit dieser Job attraktiver wird und künftig auch bleibt. „Einmal Bürgermeisterin, immer Bürgermeisterin" gelte heute nicht mehr. Laut Bayerischem Gemeindetag steigt die Zahl der Rathauschefs, die bereits nach einer Amtsperiode wieder aufhören oder abgewählt werden.

Risiko Mandat auf Zeit

Ein Bürgermeisteramt sei zwar ein Mandat auf Zeit, aber nach sechs Jahren – aus welchem Grund auch immer – aufhören zu müssen, sei kein Spaß, weder beim beruflichen Wiedereinstieg in den alten Job, noch bei der finanziellen Vorsorge. Erst nach zehn Jahren greife der volle Versorgungsanspruch. „Als qualifizierte Frau (und als Mann) sich auf diesen Weg zu begeben, ist ein Risiko, das nicht jede eingehen will und finanziell auch nicht kann. Daran müssen wir in den kommenden Jahren weiterarbeiten", so Anzings Gemeindechefin.

Gesamtgesellschaftlich gelte es, die Wertschätzung für Mandatsträger wiederherzustellen und das Miteinander zu stärken. Der Umgangston sei rauer geworden, „auch eine Corona-Folge und eine Folge der Digitalisierung". „Beleidigungen, sexistische Anspielungen, Verleumdungen usw. gehören für einige von leider uns zum Alltag", hob Alte hervor und ergänzte: „Als kleine, aber feine Truppe, sind wir Bürgermeisterinnen keine Randgruppe, sondern die beste Option für die Zukunft unserer Städte und Dörfer. Es ist an uns, selbstbewusst und gut über diesen Traumjob, diese Aufgabe und die Gestaltungsmöglichkeiten zu sprechen. Es ist an uns, jüngeren Frauen zu erklären, warum es wichtig ist, sich für sein Lebensumfeld einzusetzen und für die Menschen, mit denen wir täglich zusammen sind."

Unter dem Motto „Frauen mit – in – für Europa" leitete GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel eine Podiumsdiskussion mit Jasmin Ghubbar (Mitglied der Geschäftsleitung und Leiterin Vertrieb in der DSV-Gruppe), Hannelore Langwieser (Vizebürgermeisterin von Mainburg, ehem. stellvertretende Landrätin im Kreis Kelheim, Stadt-, Kreis- und Bezirksrätin), Vigdis Nipperdey (Gemeinderätin in Icking, Bezirksvorsitzende Oberbayern Arbeitskreis Hochschule und Kultur der CSU sowie Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Außenpolitik München) sowie Lioba Schneider, mehrfache Mutter und ehrenamtlich engagiert im Kinderhospiz und bei den Maltesern.

Plädoyer für Europa

Ein Plädoyer für die Europäische Union hielt zunächst Vigdis Nipperdey. In der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter werde anhand politischer Ziele und Maßnahmen dargelegt, wie bis 2025 messbare Fortschritte auf dem Weg zu einem Europa der Gleichstellung erzielt werden können. So soll eine Europäische Union geschaffen werden, in der Frauen und Männer, Mädchen und Jungen in all ihrer Vielfalt ihr Leben frei gestalten können, die gleichen Chancen haben, gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilhaben und diese führen können. Nipperdey zufolge sind durchaus Entwicklungen zu beobachten, die in die Zukunft weisen. In Führungspositionen zu gelangen, gehe allerdings auch immer wieder einher mit lange währenden, teils stagnierenden Prozessen, und auch Rückschlägen. „Wir müssen einfach weiterkämpfen und uns als Frauen in der EU durchsetzen. Eine EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen reicht nicht. Wir müssen auf allen Etagen weiterkämpfen", unterstrich Nipperdey.

Diskussion um die Quote

Hannelore Langwieser definiert sich in der Politik nicht als Frau. Sie sei stets strikt gegen eine Quote gewesen, weil es genauso schlechte und unqualifizierte Frauen wie Männer gebe. „Uns hat die Quote immer mehr geschadet als genützt", betonte Langwieser. „Ob Frau oder Mann: Wir sollten darüber gar nicht so viel reden. Wenn jemand qualifiziert ist, soll er den Job haben. Letztlich seien es doch die zu wenigen Netzwerke, die Frauen daran hindern, voranzukommen. „Wir sollten viel ehrlicher miteinander umgehen und offensiv bekunden, den Job zu wollen. Immer jammern und von Benachteiligung sprechen, bringt uns nicht weiter. Das muss man allerdings lernen", bekannte die Kommunalpolitikerin.

Wie Jasmin Ghubbar darlegte, gebe es in der S-Finanzgruppe ein starkes Frauennetzwerk, das bundesweit agiere und sich häufig fachlich austausche. „Das gibt uns viel Unterstützung und Stabilität untereinander." Geschlossenheit spiele ebenso eine große Rolle. Vor allem habe man sich der Nachwuchsförderung verschrieben.

Etappenziele im Netzwerk

Das Netzwerk definiere klare Etappenziele bis zur Präsidialebene, die nun auch in die Geschäftsstrategie verankert würden. Ziel des Fünf-Jahres-Plans sei es, Frauen in Vorstandspositionen zu bringen, u. a. durch die Installierung eines offiziellen Stellvertreters. Voraussetzung dafür sei bereits eine Quote in den Gremienbesetzungen. „Im Grunde muss alles messbar sein, auch im Sinne der zu erreichenden SDG-Sustainable Development Goals, deshalb ist eine wie auch immer genannte Quote durchaus eine gerechtfertigte Messgröße", erläuterte Ghubbar. Darüber hinaus stünden Lobbyarbeit und Mentoringprogramme über alle Regionalverbände hinweg im Fokus. „Wir müssen Teil des Systems sein", forderte Ghubbar. Wir verfügen zwar nicht über große Budgets, punkten aber mit viel Eigenengagement und Integration in andere Projekte."

Vollzeitmütter sind notwendig

Ganz andere Schwerpunkte setzt Lioba Schneider, repräsentiert sie doch ein sehr traditionelles, aber auch außergewöhnliches Familienbild. Der Mann verdient das Geld, sie kümmert sich um sieben Kinder. Nach ihrer Beobachtung ist es für eine Frau in Deutschland sehr schwierig, nach der Kinderzeit wieder in den Beruf einzusteigen. „In der Kinderbetreuung müsste viel mehr passieren, damit eine Frau guten Gewissens ihre Kraft woanders investiert." Vorreiter bei den Eingliederungsmaßnahmen sei Frankreich: Das Land verfüge über eine qualitativ hochwertige Betreuung, die es ermögliche, die Kinder mit einem sehr viel besseren Gefühl abzugeben. Grundsätzlich sei für ihren Lebensentwurf in der heutigen Gesellschaft zu wenig Platz, monierte Schneider. „Wir Vollzeitmütter sind notwendig, werden aber definitiv nicht wahrgenommen."

GZ **KOLUMNE**
Eva Weber



Liebe Leserinnen und Leser,

im März hatte in Augsburg die Vesperkirche ihre Türen geöffnet. Während ähnliche Projekte in anderen Städten schon seit vielen Jahren zum jährlichen Veranstaltungskalender gehören, ist es die erste ihrer Art in Augsburg – und die erste ökumenische Vesperkirche in Bayern. Wo, wenn nicht in Augsburg, in der Stadt des Religionsfriedens und der Parität, passt das besser.

Idee der Vesperkirche ist es, die Menschen an einen Tisch zu holen, einen Wohlfühlort zu schaffen, an dem alle Menschen aus Augsburg willkommen sind und sie eingeladen sind, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jeden Tag gibt es für einen symbolischen Euro ein Mittagessen, es gibt Kaffee und Kuchen und Angebote wie Haarschnitte, medizinische und soziale Beratung, kulturelle Beiträge und natürlich Gottesdienste.

Alle an einem Tisch!

Dass Orte wie die Vesperkirche in unserer Gesellschaft bitter nötig sind, habe ich bei meinen Besuchen in der Vesperkirche erlebt. An den Tischen im Kirchenschiff wird sichtbar, wieviel materielle Armut, vor allem aber auch wie viel Vereinsamung in einer Großstadt wie Augsburg an der Tagesordnung ist. Aus dem ganzen Stadtgebiet kommen die Augsburgerinnen und Augsburger nach St. Paul – natürlich für ein warmes Essen für kleines Geld, aber auch, um mal rauszukommen, um mal unter Menschen zu sein und um neue Menschen kennenzulernen.

Die soziale Unwucht – sowohl materiell als auch emotional – in unseren Städten ist nichts Neues. Gerade während und nach der Corona-Pandemie konnte man überall spüren, dass das Miteinander einer Stadtgesellschaft mehr erfordert als früher. Wunschbäume an Weihnachten in Seniorenheimen, städtische Mittagstische in den Stadtteilen oder Rikschafahrten der Malteser für Seniorinnen und Senioren sind nur drei Beispiele, die sich in den letzten Jahren hier in Augsburg etabliert haben, neben all den Angeboten vom Mehrgenerationentreff bis hin zum Familienstützpunkt, die seit vielen Jahren Teil der städtischen Infrastruktur sind. Sie zeigen, dass der Bedarf für Aktivitäten gegen Einsamkeit und für den kleinen Geldbeutel groß ist.

Eine Stadtverwaltung kann das alleine nicht stemmen. Umso schöner ist es, wenn aus der Stadtgesellschaft heraus Initiativen wie die Vesperkirche entstehen, die von Ehrenamtlichen getragen werden, die mit Feuereifer dieses Projekt zum Fliegen gebracht haben. Es sind nur zwei Wochen im Jahr, aber wer weiß, was aus diesen zwei Wochen heraus sich alles entwickeln kann.

Ihre Eva Weber
Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

Landtagspräsidentin Ilse Aigner:

Ordnungsgeld im Bayerischen Landtag

Landtagspräsidentin Ilse Aigner will bei parlamentarischen Sitzungen zunächst einen Ordnungsruf, bei Wiederholung oder besonders gravierenden Vorfällen ein Ordnungsgeld von bis zu 2.000 Euro und als letztes Mittel den Ausschluss von der Sitzung einführen. Zudem wird die Präsidentin eine jährlich wiederkehrende, längerfristige Umfrage zur Zufriedenheit mit der Demokratie in Bayern in Auftrag geben. „Unsere parlamentarische Demokratie ist wehrhaft, sie lässt sich nicht verächtlich machen und sie lässt sich von niemandem auf der Nase herumtanzen", so Aigner.

Die Fraktionen von CSU, Freien Wählern, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD brachten dazu einen gemeinsamen Entwurf zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes ein.

Der Ton in der politischen Debatte hat sich verschärft, in der vergangenen Legislaturperiode wurde eine Vielzahl an Rügen ausgesprochen. Deshalb hatte sich Landtagspräsidentin Aigner im Vorfeld für ein dreistufiges Verfahren im neuen Abgeordnetengesetz stark gemacht. Im ersten Schritt wird ein Ordnungsruf erteilt, dann bei Wiederholung oder besonders gravierenden Vorfällen das Ordnungsgeld und als letztes Mittel der Ausschluss von der Sitzung angeordnet. Die Rüge wird damit abgeschafft und durch die neuen Stufen ersetzt.

Ergänzend brachten sich Dr. Angelika Niebler, Vorsitzende der CSU-Europagruppe im EU-Parlament und stellvertretende CSU-Parteivorsitzende, Kerstin Stuber, Direktorin Bayerischer Gemeindetag, sowie die digital zugeschalteten Martin Huber, Generalsekretär der CSU, und Innenstaatssekretär Sandro Kirchner in die Diskussion ein.

„Es geht um 50 Prozent der Bevölkerung, aber um etwas zu ändern, brauchen wir die 100 Prozent. Zentrale Voraussetzung für eine zukunftsfähige und faire Gesellschaft ist die Gleichstellung/Gleichberechtigung von Frauen und Männern", resümierte Moderatorin Constanze von Hassel. Frauen sollten fordern, was ihnen zusteht. „Dies ist sehr schwierig, aber hier können wir alle helfen. Es liegt an uns, Frauen stärker sichtbar zu machen. Denn starke weibliche Vorbilder helfen Mädchen und Frauen, eigene Talente zu entdecken, ihren eigenen Fähigkeiten zu vertrauen, selbstbewusst ihre Chancen zu ergreifen, sich mutig dem Wettbewerb zu stellen, sich Ziele zu stecken und zu verwirklichen. Und zum Beispiel auch, den Mann oder Partner stärker in die Pflicht zu nehmen und die Familienarbeit gleichberechtigt aufzuteilen." **DK**

Zudem plant die Landtagspräsidentin, mit einer jährlich wiederkehrenden, längerfristigen Umfrage die Zufriedenheit mit der Demokratie im Freistaat zu erheben. Mit einem „Demokratiespiegel Bayern" möchte Aigner untersuchen lassen, wie gefestigt die Demokratie in Bayern ist. Das Ziel: „Eine Erhebung unter allen in Bayern wohnhaften Wählerinnen und Wählern, die in die Tiefe geht und nicht die klassische Sonntagsfrage stellt oder parteipolitische Zustimmungs- oder Ablehnungswerte erfasst", so Aigner. „Denn es gibt verschiedene Kräfte … die versuchen, unsere Demokratie zu schwächen. Ich möchte herausfinden, ob diesen Kräften das gelingt oder ob unsere Demokratie stark bleibt." Der erste „Demokratiespiegel Bayern" soll nach der Sommerpause präsentiert werden. ❐



Beim Geburtstagsempfang in der CSU-Landesleitung feierten KPV-Landesvorstand- und Hauptausschuss ihren Vorsitzenden. ❐

GZ-Herausgeber Stefan Rößle zum 60. Geburtstag:

Grandioses Engagement einer starken Führungspersönlichkeit

Bei einer Feierstunde in der Aula des Donauwörther Gymnasiums, an der über 200 Gäste aus Politik, Kirchen, Wirtschaft und der Landkreisverwaltung teilnahmen, würdigte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in seiner Laudatio Rößles Verdienste um den Landkreis, die Kommunalpolitik und den Dienst an seinen Mitbürgern. Landrat Rößle stehe für eine erfolgreiche und bürgernahe Kommunalpolitik, seine Expertise und seine Erfahrung seien über die Grenzen Schwabens und des Freistaats hinaus gefragt. „Mit unglaublich großem Engagement und großer Hingabe machst Du Dich für die Umsetzung Deiner kommunalpolitischen Ziele stark", unterstrich der Kommunalminister.

Herrmann blickte auf die politische Karriere des Jubilars zurück, die ihn über die Polizeilaufbahn zum Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Oberndorf am Lech (1996-2002) und schließlich zum Landrat von Donau-Ries (seit 2002) führte. Nicht zu vergessen Rößles langjährige Mitgliedschaft im CSU-Parteivorstand. Der Minister lobte das große und leidenschaftliche Engagement des Donau-Rieser Kreischefs: „Du bist nun seit über zwanzig Jahren nicht nur ein Landrat, sondern eine visionäre Führungskraft, die den Landkreis bedeutend weiterentwickelt hat. Du kümmerst dich um die Anliegen des Einzelnen, aber auch um die großen Fragen, die die Welt beschäftigen. Dies miteinander zu verbinden ist deine große Fähigkeit."

Wichtige Bausteine für die Zukunft

Herrmann nannte diverse zentrale Anliegen, für die sich „der vielseitig begabte und dynamische Geist" einsetze: von Investitionen in die Bildung über große Erfolge in der Pflege und Gesundheit bis hin zur Gründung gemeinsamer Kommunalunternehmen und den öffentlichen Personennahverkehr. Stefan Rößle habe wichtige Bausteine für die Zukunft des Landkreises gelegt, wie etwa den Bau eines neuen Technologietransferzentrums im Jahr 2018 in Donauwörth oder dank seines persönlichen Einsatzes das Projekt „Nationaler Geopark Ries" mit der Auszeichnung zum „UNESCO Global Geopark Ries", dem ersten in Bayern. Einer der großen Verdienste des Jubilars sei auch, dass der Landkreis Donau-Ries seit 2017 schuldenfrei ist. „In Deinem Landkreis kannst Du mit Stolz sagen: Der Nachwuchs erbt hier Chancen, keine Schulden!"

Herzensprojekt „1.000 Schulen für unsere Welt"

Zum Abschluss wendete sich Herrmann dem Herzensprojekt des Landrats, „1.000 Schulen für unsere Welt", zu. „Mittlerweile konnten hier über 240 Schulen möglich gemacht werden. So werden die Spenden zu Ehren deines Geburtstages eine Schule in Liberia ermöglichen. Das ist beeindruckend. Wir lösen die Probleme Afrikas nicht, indem wir neue Mauern errichten. Wir lösen die Probleme, indem wir Perspektiven vor Ort schaffen. Die Bildung der jungen Generation ist hier ein entscheidender Schlüssel. Vielen Dank für dieses grandiose Engagement." **DK**

Bayerischer Landkreistag und Städtetag:

Defizite der Krankenhäuser verschärfen Krise der Kommunen

Angesichts der dramatischen Lage der Krankenhäuser und der nicht vorhandenen Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft des Bundes haben sich die bayerischen Landrätinnen und Landräte an Ministerpräsident Dr. Markus Söder gewandt.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, erklärte, dass Länder und Bund sich so verstritten hätten, dass nichts weiterginge. Diese Blockade führe derzeit deutschlandweit zu monatlich 500 Mio. Euro Erlösausfall. Die Reform würde erst 2027 greifen. Die Krankenhausplanung müsse vorher diskutiert werden. Die Landkreise würden ansonsten Monate und Jahre verlieren, die sich in Millionendefiziten ausdrücken.

„Wir können in Bayern nicht abwarten bis der Bund alles in trockenen Tüchern hat", so Karmasin. „Wir beklagen zu Recht, dass Berlin die Planungshoheit der Länder aushöhlt. Eben diese Planungshoheit müssen wir aber auch nutzen. Wir Landkreise sind reformfähig und reformwillig. Wir brauchen aber die Moderation durch den Staat, der die ganze Kliniklandschaft des Freistaates im Blick hat. Wir brauchen die Krankenhausplanung des Freistaates, damit wir wissen, welche Krankenhäuser gebraucht werden. Dabei geht es nicht darum, dass der Freistaat die Aufgabe übernimmt, Häuser für uns zu schließen. Bayernweit muss Bedarfsgerechtigkeit hergestellt werden. Wir brauchen Kriterien, nach denen wir diese bemessen können. Die Krankenhausplanung muss neu aufgestellt werden", forderte der Fürstenfeldbrucker Landrat.

„Die Existenz vieler Krankenhäuser ist akut bedroht, weil die Defizite nicht mehr ausgeglichen werden können. Seit 2019 mussten viele kreisfreie Städte hohe Summen aufbringen, um das Eigenkapital ihrer Kliniken zu stärken. Trotzdem hat sich die Finanzlage der Krankenhäuser weiter verschärft. Viele kreisfreie Städte sind kaum mehr in der Lage, weiterhin die Defizite ihres Krankenhauses finanziell zu tragen. Bei den Landkreisen wirken sich die Mehrbelastungen massiv auf die Kreisumlagen aus: Als Folge entstehen enorme Löcher auch in den Haushalten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden", hob der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, hervor.

Pannermayr zufolge ist die gefährliche finanzielle Schieflage nicht nur strukturell bedingt, sondern auch Folge der Inflation sowie höherer Kosten für Medikamente, medizinisches Material, Gerätschaften und steigender Energiepreise – dies alles kann über die Fallpauschalen nicht ausreichend refinanziert werden. Hinzu kommt die Frage des Personals. Wegen des Personalmangels müssen teilweise Stationen schließen, so dass weniger Patienten aufgenommen werden können.

„Die traurige Realität zeigt: Kommunen sind zu Ausfallbürgen geworden, die Defizite ausgleichen. Das darf nicht sein. Der Bund muss seiner Pflicht nachkommen, die Betriebskosten für Krankenhäuser sicherzustellen. Der Freistaat muss seiner Verantwortung für die Krankenhausplanung gerecht werden. Wenn nicht sofort gehandelt wird, werden einige Kliniken die Ergebnisse der geplanten Krankenhaus-Reform nicht mehr erleben", prognostizierte der Städtetagschef. **DK**

Argumente für eine ...

(Fortsetzung von Seite 1)
len Situation seien weniger Zuzugsanreize und nicht mehr das Gebot der Stunde.

Ja zu Hilfe in Not, aber Nein zu Schleusern und Schleppern

„Wir sagen Ja zu Hilfe in Not, aber Nein zu Geldtransfers ins Ausland und an Schleuser und Schlepper", fuhr Söder fort. Deshalb sei die Bezahlkarte nun in den vier Pilotkommunen Fürstenfeldbruck, Traunstein, Günzburg und Straubing eingeführt worden. Der bayernweite Rollout folge im zweiten Quartal.

Mit der Bezahlkarte können alle Waren des täglichen Gebrauchs wie Essen, Kleidung, Hygieneartikel und Kommunikation bezahlt werden. Bargeld gibt es nur noch als kleines Taschengeld bis 50 Euro pro Monat. Überweisungen, Online-Shopping und Glücksspiel sind komplett gesperrt. Zudem ist die Karte örtlich auf die jeweiligen Landkreise begrenzt. „Nun muss der Bund eine verlässliche Rechtsgrundlage schaffen", erklärte Söder. Eine Ausschreibung sei jedoch frühestens Ende Juni, Anfang Juli vorgesehen.

Fetter Skandal beim Transformationsfonds für Krankenhäuser

Sorge bereitet zudem die äußerst angespannte wirtschaftliche Lage vieler Krankenhäuser in Deutschland. „Zahlreiche Standorte werden sich in Zukunft wohl nicht mehr tragen", befürchtete Söder. Gesundheitsminister Karl Lauterbach sei verantwortlich für eine „völlige Kaputtstrukturierung" und sein angekündigter Transformationsfonds in Höhe von 50 Mrd. Euro ein „fetter Skandal". Die Bundesregierung plane, ihren Anteil von 25 Mrd. Euro auf die Beitragszahler abzuwälzen. Die Länder sollen dagegen zusätzlich zur bisherigen Investitionskostenförderung ebenfalls 25 Mrd. Euro tragen, ohne bislang dazu überhaupt gefragt worden zu sein. Sinnvoll wäre aus Sicht des Ministerpräsidenten ein Inflationsausgleichsprogramm.

Wir stehen vor einem harten, kalten Entzug

Neben einer dringend benötigten Soforthilfe erwarte man von der Bundesregierung, dass sie den Ländern ausreichende Ausnahmemöglichkeiten bei der Einstufung der Leistungsgruppen einräumt. Nur so könne man den unterschiedlichen Bedürfnissen in den Ballungsräumen und auf dem Land gerecht werden.

„Wir stehen vor einem harten, kalten Entzug", unterstrich Söder. Für Landkreise bestehe eine Sondersituation, wie er am Beispiel Weilheim-Schongau erläuterte. Bei einem vom Aktionsbündnis „Pro Krankenhaus Schongau" initiierten Bürgerentscheid hatten sich über 67 Prozent der Teilnehmer gegen ein geplantes Zentralklinikum ausgesprochen. Die beiden vom Landkreis getragenen Häuser sollten nach dem Willen der Verantwortlichen geschlossen und zu einem neuen Krankenhaus fusioniert werden. Die weiteren Planungen für eine Zusammenlegung müssen nun für ein Jahr ruhen.

„Wir brauchen verlässliche Strukturen in unserem Land. Deshalb gilt es auf Bundesebene maximal zu klagen, zu streiten und zu kämpfen", forderte der Ministerpräsident und plädierte deshalb für ein „massives Krankenhaus-Bündnis mit allen Playern".

Neben dem immensen Fachkräftemangel im Bereich der Ganztagsbetreuung ging Söder schließlich noch auf das Thema Bürokratieabbau ein. Dafür sollen weniger Verwaltungsvorschriften und vor allem der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung sorgen. Er kündigte an, einen Prozess aufzusetzen, um die Verwaltung schlanker zu machen. Angesichts zunehmend knapper Kassen plant der Ministerpräsident nun einen Stellenabbau im Öffentlichen Dienst. Zwar will er an den angekündigten zusätzlichen Stellen bei Polizei, Justiz und Lehrern festhalten, jedoch sei es möglich, in anderen Bereichen der Verwaltung langfristig auch wieder Stellen einzusparen. Bis 2035 könnten dies insgesamt bis zu 5.000 Stellen sein. **DK**

Scharfe Kritik an ...

(Fortsetzung von Seite 1)
in dem Schriftstück. „Stattdessen mussten wir uns wiederholt Ihren Lobbyistenvorwurf gefallen lassen, obwohl Sie wissen, dass die Deutsche Krankenhausgesellschaft der vom Gesetzgeber bestimmte Selbstverwaltungsträger für die deutschen Krankenhäuser und damit für die flächendeckende Gesundheitsversorgung ist, und damit legitimer und vom Gesetz bevollmächtigter Vertreter der deutschen Krankenhäuser gegenüber der Politik." Die „mit angeblichen Fakten geführte Qualitätsdebatte" ziele darauf ab, die deutsche Krankenhauslandschaft in gute und schlechte Krankenhäuser zu spalten und die Bevölkerung mit Blick auf die Versorgungsqualität in ihrer Heimatregion zu verunsichern.

Insolvenzen und Krankenhausschließungen

Die Krankenhausversorgung in Deutschland steht mitten in einem kalten Strukturwandel. Neben den bekannten Insolvenzen und Krankenhausschließungen sind praktisch alle Krankenhausträger aktuell gezwungen, harte Kostensenkungsmaßnahmen durchzuführen, die unweigerlich auch zu einer Beeinträchtigung der Patientenversorgung führen werden. Auf diese Zusammenhänge und Ihre Verantwortung als zuständiger Minister hinzuweisen ist keine „Hetze", sondern notwendiger Ausdruck unserer tiefen Sorge um die Patientenversorgung in Deutschland. Ihre Botschaften von der Entökonomisierung, Entbürokratisierung und der Existenzsicherung bedarfsnotwendiger Krankenhäuser sind ohne Substanz. Kein Vorschlag von Ihnen erreicht diese Ziele, wie unsere Auswirkungsanalysen zu Ihren Reformansätzen zeigen.

Sie haben die Gelegenheit verpasst, als Ergänzung zum Transparenzgesetz eine Anpassung der Landesbasisfallwerte vorzunehmen und damit den kalten Strukturwandel abzumildern und dies auch ohne jede negative Konsequenz für die Beitragszahler. Die Lösung dafür steht im Koalitionsvertrag, nämlich der erhöhte Steuerzuschuss zum Ausgleich für versicherungsfremde Leistungen. Sie aber unternehmen nichts in diese Richtung. Damit tragen Sie als Minister die Verantwortung für die aus dem kalten Strukturwandel resultierenden Beeinträchtigungen der Patientenversorgung in Deutschland.

Erste Schritte zu künftigen Strukturveränderungen in der bayerischen Krankenhauslandschaft im Zuge des medizinisch-pflegerischen Fortschritts und des Fachkräftemangels, die während der Corona-Pandemie zurückgestellt werden mussten, sieht Roland Engehausen, Geschäftsführer der BKG, im veröffentlichten fortgeschriebenen Bayerischen Krankenhausplan 2024. „Die Krankenhäuser in Bayern haben im letzten Jahr bereits spürbar damit begonnen, sich auf erforderliche Veränderungsprozesse einzustellen. Erste Anpassungen wurden bereits umgesetzt und sind im neuen Krankenhausplan sichtbar. Es erfolgte eine Anpassung auf neue Leistungsanforderungen etwa durch den Ausbau von Kapazitäten in der insbesondere teilstationären psychosomatischen Versorgung. In anderen Leistungsbereichen, wie der stationären Allgemeinchirurgie, gab es erste stationäre Kapazitätsrückgänge, auch weil ambulante Operationen verstärkt möglich sind. Ein Trend zu höherer Spezialisierung ist erkennbar."

Enormer Kostendruck

„Wir bewerten es positiv, dass sich die Krankenhäuser bereits auf den Weg zu einem bedarfsgerechten Strukturwandel machen und nicht auf die Krankenhausreform des Bundes warten, die ins Stocken geraten ist. Besorgniserregend ist aber, dass es bereits im letzten Jahr auch Fachabteilungs- bzw. Standortschließungen gab, die in erster Linie auf den enormen Kostendruck der Kliniken zurückzuführen sind", erläutert BKG-Vorsitzende Tamara Bischof. „Die aktuelle finanzielle Schieflage der Krankenhäuser seit 2022 führt nicht nur dazu, dass im letzten Jahr etwa 8 von 10 Krankenhäusern mit Defiziten zu kämpfen haben, sondern führt auch zu einem kalten Strukturwandel aufgrund von Rekorddefiziten."

Mit Blick auf dieses Jahr geht die BKG von größeren Veränderungen in der Krankenhauslandschaft aus. Diese Veränderungen ließen sich oftmals nicht aufhalten. Die Krankenhausreform soll nach aktuellem Stand ab 2025 in mehreren Schritten eingeführt werden und erst ab 2027 vollständig wirken. Neben dem erforderlichen Strukturwandel bezüglich des Fortschritts in der Medizin, digitaler Möglichkeiten wie Telemedizin sowie dem demographischen Wandel befürchtet die BKG allerdings, dass in den nächsten Monaten Leistungskürzungen aus Kostendruck dominieren werden.

„Während die Krankenhäuser einerseits richtigerweise hohe Tarifsteigerungen in 2024 zu finanzieren haben, läuft zeitgleich der bisherige Hilfsfonds zum Ausgleich inflationsbedingter Kostensteigerungen am 30. April völlig ersatzlos aus. Die bedrohliche Defizitsituation wird sich unter dem Strich in diesem Jahr sogar nochmals verschärfen, wodurch Einschnitte in der Versorgung kaum zu verhindern sind", erläutert Engehausen und fordert den Bund auf: „Wir benötigen eine Regelung für 2024, die sich in den Bilanzen der Krankenhäuser positiv abbildet. Mit vorgezogenen Auszahlungen bestehender Ansprüche und vagen Absichtserklärungen der Bundespolitik kann keine Insolvenz verhindert werden."

Hoffnung setzt die BKG auf die geplanten Möglichkeiten der Umwandlung von bisherigen Krankenhäusern in sogenannte ambulant-stationäre Versorgungseinrichtungen, die der Bund mit der Abkürzung „Level 1i" in seiner Reform beschreibt. Dafür würden sich aus Sicht der BKG mehrere Standorte in Bayern eignen, sofern die integrierte Notfallversorgung verlässlich geklärt ist.

Um einen transparenten Einblick in die Veränderungen der bayerischen Krankenhausversorgung zu ermöglichen, arbeitet die BKG derzeit an einer interaktiven Karte, in der Veränderungen künftig transparent abgebildet werden. Laut Tamara Bischof ist im Laufe des zweiten Quartals eine Veröffentlichung der Landkarte zum Krankenhausstrukturwandel in Bayern auf der Homepage der BKG geplant, die auch in den kommenden Jahren die Entwicklungen jeweils aktuell abbilden soll. **DK**

Spitzengespräch „Digitales Bayern 2025“:

Freistaat und Kommunen schließen Digitalpakt

Der Staat muss dringend moderner und digitaler werden. Dazu haben Freistaat, Landkreise und Kommunen einen Digitalpakt geschlossen. Ziel ist es, die Prozesse zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern zu beschleunigen und einfacher zu gestalten. Laut Ministerpräsident Dr. Markus Söder sollen rund 200 Verwaltungsleistungen, wie das Beantragen eines Personalausweises, digitalisiert werden. Dazu kündigte er bei einer Pressekonferenz eine Kommission an.

Söder zufolge erwarten alle Bürger zu Recht mehr digitale Dienstleistungen. Dazu sollen einheitliche IT-Standards geschaffen, Doppelstrukturen aufgelöst, mehr KI eingebunden und ein digitales Behördensiegel eingeführt werden. Bayern investiere zusätzlich 15,5 Mio. Euro zur Vereinheitlichung von Online-Dienstleistungen.

Dickicht staatliche Digitalisierung

Zwar steht der Freistaat laut Söder im Bundesvergleich sehr gut da, jedoch reiche dies nicht. „Wir haben in Bayern die stärkste Breitbandversorgung, die beste Schuldigitalisierung mit 80.000 digitalen Klassenzimmern und 900.000 Geräten und viele Online-Dienstleistungen der Kommunen. Aber es braucht dringend noch mehr Veränderung“, mahnte der Ministerpräsident an. „Wir müssen bei der staatlichen Digitalisierung neu durchstarten und eine klare Linie ins Dickicht bringen. Das Spitzengespräch war dazu heute ein sehr guter partnerschaftlicher Auftakt.“

„Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Services besser vernetzen, umfangreiche Erfahrungen bündeln und so effizienter und noch bürgerfreundlicher werden“, erklärte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. Besonders wichtig sei dabei das Ziel einer digitalen Dividende: Digitalisierung müsse dazu führen, Kapazitäten für neue Herausforderungen im Dienst am Bürger zu schaffen. „Dazu müssen wir gemeinsame Kompetenzen ausbauen und Parallelstrukturen weiter abbauen“, so Füracker.

Turbo für innovative Verwaltung

Digitalminister Dr. Fabian Mehring sprach von einem bundesweit einzigartigen Schulterschluss zwischen kommunaler Familie und Staatsregierung“. Man sei entschlossen, gemeinsam einen Turbo für eine echte innovative Verwaltung und für ein modernes Bayern zu zünden. Die Botschaft laute: „Wir bringen Bayern an die Spitze der digitalen Transformation.“ In diesen bewegten Zeiten sei dies nicht weniger als ein Dienst an der Demokratie, machte Mehring deutlich. Wichtig sei die positive Identifizierung des Bürgers mit dem Staat. Einen modernen Staat auf den Weg zu bringen, sei aber auch ein „knallharter Standortfaktor“. Mehring: „Der Sound der Zukunft spielt im Digitalen. Die Vision ist klar: Bayern soll Europas Heimat für High-Tech sein.“

Für die bayerischen Landkreise sind die geplante zentrale Plattform für die digitale Behördenzusammenarbeit und die Fachstellenbeteiligung von besonderer Bedeutung. Nach den Worten von Verbandspräsident Thomas Karmasin werde der reine digitale Datenaustausch damit der Vergangenheit angehören und durch eine durchgängig digitale Zusammenarbeit ersetzt. Damit solle auch das Nebeneinander von verschiedenen, gegebenenfalls nicht miteinander kompatiblen „Insellösungen“, beendet werden.

Beitrag des Bayerischen Innovationsrings

„Die stärkere Zusammenarbeit von Freistaat und Kommunen bei der Digitalisierung der Verwaltung als gemeinsame und dauerhafte Aufgabe wird unsere Verwaltungen effizienter, schneller und smarter machen. Dabei ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz für die künftige Handlungsfähigkeit der Landratsämter unverzichtbar“, unterstrich Karmasin. „Der Bayerische Innovationsring wird sich hier aktiv mit einem eigenen Projekt zur KI einbringen. Die getroffenen Vereinbarungen sind wichtig für eine zukunftsfähige und smarte Verwaltung im Dienste unserer Bürger.“

„Wir Städte sind erfreut, unsere Expertise einbringen zu dürfen“, erklärte Ambergs Oberbürgermeister Michael Cerny als Vertreter des Bayerischen Städtetags. Das Miteinander sei der Schlüssel zum Erfolg. „Wie wir die Daten künftig gemeinsam verwalten und nutzen, um mit der KI Mehrwerte für die Bürger und die Wirtschaft zu schaffen“, sei von enormer Wichtigkeit.

Endliche Ressourcen

Auch für die Behörden stehe das Thema Digitalisierung ganz oben auf der Agenda, seien doch die Ressourcen sowohl monetär als auch personell endlich. „Bereits heute haben wir große Probleme, entsprechende IT-Fachkräfte zu akquirieren“, erläuterte Cerny, weshalb auch hier Standardisierung und Vereinheitlichung unverzichtbar seien.

„Wir werden diesen Prozess mit großem Engagement begleiten“, unterstrich Cerny. „Der Zeitplan ist eng, aber die Bereiche Digitalisierung und Künstliche Intelligenz haben eine derart große Dynamik, dass wir hier mit großem Tempo voranschreiten müssen.“ **DK**



Über die Ergebnisse des Spitzengesprächs „Digitales Bayern 25“ informierten im Münchner Prinz-Carl-Palais (v.l.): Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Digitalminister Dr. Fabian Mehring sowie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.
Bild: Bayerischer Landkreistag

100.000 mal Daumen hoch für die digitale Verwaltung

Dank der Betriebs- und Management-Plattform für Online-Dienste FRED kann die AKDB genau nachverfolgen, wie viel einzelne digitale Anträge genutzt werden und sogar Feedback von Nutzenden einsehen. Die Zahlen sprechen Klartext: 4,7 von 5 Sternen bekommen die Online-Dienste im Durchschnitt.

Über 100.000 positive Bewertungen verzeichnet die AKDB seit Mitte 2023 von Nutzern ihrer E-Government-Dienste. Auf einer Skala von eins bis fünf Sternen betrug die durchschnittliche Bewertung der Bürger 4,7. Neben der Sternebewertung gibt es die Möglichkeit, ein Freitextfeld zu nutzen, wo Kritik, Lob und Verbesserungsvorschläge hinterlassen werden können. „Die Kommentare reichen vom Dank bis hin zu sehr präzisen Hinweisen und Verbesserungsmöglichkeiten“, so Volker Müller, Produktgruppenleiter Digital Factory bei der AKDB.

Nicht verwunderlich, dass die Nutzungszahlen der Online-Dienste im Bürgerservice-Portal kontinuierlich gestiegen sind: Seit Anfang 2023 verzeichnete die AKDB etwa 2 Millionen erfolgreiche Transaktionen. Inzwischen sind fast alle der gut 100 verfügbaren Online-Dienste, die die AKDB anbietet, mit einer Feedbackmöglichkeit ausgestattet. Selbst dann, wenn die Bürger einen Antrag abbrechen. Derzeit registriert die AKDB-eigene Betriebs- und Management-Plattform FRED ca. 70.000 Anträge pro Monat. Sie werden übersichtlich und tagesaktuell in einem Dashboard visualisiert. FRED steht für Framework for E-Government Deployment und ist eine Lösung, um standardisierte Online-Dienste an Kommunalverwaltungen auszuspielen.

Feedback-Funktion

Die Feedback-Funktion ist kein Selbstzweck: Sie wird genutzt, um Online-Dienste und Antragsstrecken nutzerfreundlicher zu gestalten oder Bugs zu beseitigen. „Durch das Feedback können die Bürger sich selbst am stetigen Verbesserungsprozess beteiligen“, so Müller. Das Feedback wird auch den Kommunen zur Verfügung gestellt, die die Online-Dienste bereitstellen. Seit Jahren berät sich die AKDB mit der Fakultät für Informatik und Wirtschaftsinformatik an der FH Würzburg. Die Spezialisten mit E-Commerce-Erfahrung entwickeln Wireframes und Antragsoberflächen, die den neuesten Erkenntnissen des UX/UI-Designs folgen. ❐

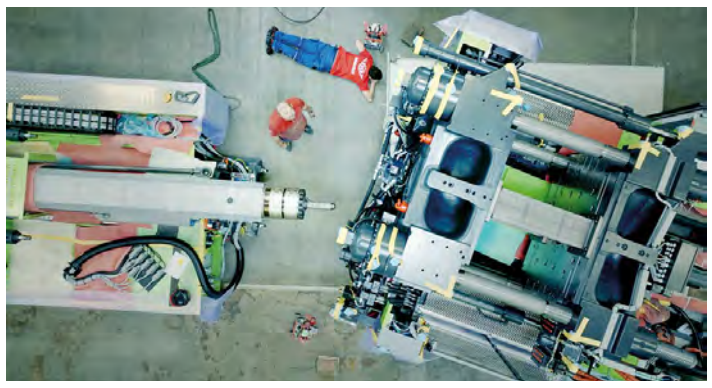


Massive Kapazitätsausweitung bei Langmatz

Beschleunigter Breitbandausbau sorgt für anhaltenden Nachfrageschub

Der Ausbau schneller Glasfasernetze hat sich in Deutschland erheblich beschleunigt. Laut Marktanalyse des Branchenverbands VATM[1] haben Telekommunikationsunternehmen im Jahr 2023 die Rekordsumme von 13,6 Mrd. Euro in den Glasfaser- und 5G-Ausbau investiert. Diese Dynamik hat bei Langmatz, Hersteller hochwertiger Infrastrukturkomponenten für FTTX-Glasfasernetze, einen enormen Nachfrageschub ausgelöst. Darauf hat der Systemspezialist jetzt mit einer massiven Ausweitung seiner Produktionskapazität reagiert.

„Um angesichts des beschleunigten Ausbaus der Breitbandnetze der steigenden Nachfrage gerecht zu werden, haben wir unsere Fertigungsstraßen in Rekordzeit optimiert, damit wir unseren Kunden gleichbleibende Qualität schneller liefern können“, erläutert Leonhard Reitzner, neben Ludwig Fischer und Dieter Mitterer einer der Geschäftsführer von Langmatz und maßgeblich für den Bereich Produktion zuständig. Mit den durchgeführten Kapazitätserweiterungen geht ein enormer Leistungszuwachs einher, der sämtliche Produktionsaspekte betrifft: von Spritzgussmaschinen bis hin zu Logistikverbesserungen und Robotersystemen. Die nahtlose Integration der Neuerungen optimiert Produktivität, Effizienz, Qualität und Präzision entlang des gesamten Fertigungsprozesses.



Aus der Vogelperspektive fast wie moderne Kunst: Die Integration einer neuen Spritzgussmaschine im Langmatz Werk in Oberau ist Maßarbeit. Bild: Langmatz

Kundenzufriedenheit im Mittelpunkt

Das Investitionsvolumen der in jüngster Zeit durchgeführten strukturellen Maßnahmen beträgt rund sechs Mio. Euro. Ziel der weitreichenden Investitionen ist es, den Systemspezialisten ständig weiterzuentwickeln, Prozesse permanent zu optimieren und dadurch Lieferzeiten stetig verkürzen zu können. „Dank unserer hohen Fertigungstiefe und strategischer Lieferantenpartnerschaften sind wir für die Zukunft bestens aufgestellt“, betont Leonhard Reitzner. Dabei haben er und seine beiden Kollegen in der Geschäftsführung bei allen Maßnahmen in erster Linie die Zufriedenheit der Kunden im Blick: „Unsere Verlässlichkeit bildet die Grundlage für das Vertrauen unserer Kunden, ihre Projekte mit Zuversicht voranzutragen.“

Komplettlösungen für den Glasfaserausbau

Für den Ausbau zukunftssicherer FTTX-Glasfaser- und FTTA-5G-Netze bietet das in Garmisch-Partenkirchen ansässige Unternehmen ein durchgängiges Portfolio mit aufeinander abgestimmten Komponenten – vom Central Office bis zum Customer Premise. Dazu gehören Schutz- und Überwachungssysteme, Glasfaser-Hauptverteiler, Kabelschächte aus Kunststoff, oberirdische Glasfaser-Netzverteiler, unterirdische Verteileinrichtungen, Hauseinführungen sowie Glasfaser-Abschlusspunkte. Das international tätige Unternehmen ist einer der führenden Infrastrukturanbieter für Breitbandnetze, Energieverteilung und Verkehrstechnik in Europa.

Weitere Infos

Video-Link: „Mit Vollgas mehr Kapazität“: https://www.youtube.com/watch?v=aQMs6Z-09G8o&t=4s

[1] DIALOG CONSULT / VATM – 25. TK-Marktanalyse Deutschland 2023 (vom 29.11.2023) ❐

M-net:

Zuverlässiger Schutz vor Gefahren aus dem Netz

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net und der finnische Cyber-Security-Spezialist F-Secure bündeln weiterhin ihre Kräfte für mehr Sicherheit im digitalen Leben der Verbraucher. Im Rahmen der Partnerschaft stellt M-net sein neues Sicherheitspaket vor, das auf der branchenführenden F-Secure Total Security-Lösung basiert und ab sofort erweiterte Funktionen für Identitätsschutz (Monitoring) sowie zum Schutz der Privatsphäre (VPN, Tracking-Schutz) bietet. Das M-net Sicherheitspaket ist für alle Kundinnen und Kunden als Zusatzoption zum Internetvertrag verfügbar. M-net ist der erste Internetanbieter in Deutschland, bei dem das erneuerte Sicherheitspaket von F-Secure erhältlich ist.

Die Digitalisierung und somit auch das Internet spielen eine immer größere Rolle in unserem Alltag. Wir nutzen es für die Kommunikation, zum Arbeiten, zum Online-Shopping und für Unterhaltung. Doch mit dem Komfort des Internets kommen auch Risiken: Hacker, Betrüger und andere Kriminelle versuchen, Daten zu stehlen, Identitäten zu missbrauchen und sich finanziell auf Kosten anderer zu bereichern. Sicherheit, Privatsphäre und Identitätsschutz im Internet sind daher keine Selbstverständlichkeit. Wer sich sicher in der digitalen Welt bewegen will, muss Sorge dafür tragen, dass die eigenen Daten und die eigene Identität geschützt sind.

Vollständige Überarbeitung

„Für M-net haben der Schutz, die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit digitaler Informationen oberste Priorität“, erklärt Dr. Wolfgang Wallauer, Leiter des Privatkundengeschäfts bei M-net. „Daher gibt es bereits seit 2007 das bewährte und laufend aktualisierte M-net Sicherheitspaket, das die Daten unserer Kundinnen und Kunden bei der Internetnutzung wirksam und aktiv schützt. Im Rahmen unserer Partnerschaft mit dem führenden IT-Security-Spezialisten F-Secure wurde das Paket nun vollständig überarbeitet und weiter verbessert. Das Ergebnis ist eine speziell auf die M-net Produkte ausgelegte State-of-the-Art Sicherheitslösung zum Rundumschutz des digitalen Lebens.“

Umfassender Schutz zum kleinen Preis

Das neue M-net Sicherheitspaket umfasst zahlreiche bewährte Funktionalitäten wie die zuverlässige Absicherung vor Viren, Trojanern und Spyware oder den Browser- und Banking-Schutz, der schädliche Webseiten blockiert. Auch der Familienmanager, der Kinder vor gefährlichen und anstößigen Inhalten schützt, und der M-net Passwortmanager, der Kennwörter vor unbefugtem Zugriff bewahrt, sind weiterhin enthalten. Erweiterte Funktionen enthält das Sicherheitspaket ab sofort beim Schutz der Privatsphäre, beispielsweise in den Bereichen WLAN-Sicherung und virtueller Standort (VPN), sowie beim Identitätsschutz, etwa durch eine Online-Identitätsüberwachung und die Hilfe bei Identitätsdiebstahl. Alle Funktionalitäten lassen sich nun auch in einer einzigen App verwalten.

Das M-net Sicherheitspaket steht sowohl neuen als auch bestehenden Kundinnen und Kunden zur Verfügung. Bei Abschluss eines M-net Internet-Tarifs kann das Sicherheitspaket in der Basic-Version für ein Endgerät ganz einfach kostenfrei hinzugebucht werden. Bei Bedarf lässt es sich erweitern: Das Sicherheitspaket S für bis zu drei Endgeräte ist für nur 4 Euro pro Monat erhältlich. Für bis zu sechs Geräte (Sicherheitspaket M) kostet es nur 6 Euro monatlich. Sicherheit für bis zu 15 Endgeräte gibt es mit dem Sicherheitspaket L für nur 10 Euro im Monat. Alle Ausführungen des Sicherheitspakets sind jederzeit zum Ende des nächsten Monats kündbar.

F-Secure: Cyber Security made in Finland

Das in Finnland ansässige Unternehmen F-Secure ist seit mehr als 30 Jahren führend in der Cybersicherheitsbranche. Mit einem starken Fokus auf Forschung und Entwicklung und einem leidenschaftlichen Engagement für Sicherheit und Datenschutz setzt F-Secure weltweit den Standard für zuverlässigen und effektiven Verbraucher-Cyberschutz. Mit seinen preisgekrönten Produkten für Endverbraucher und rund 200 Service-Provider-Partnern schützt das Unternehmen rund 30 Millionen Menschen weltweit.

Optimale Kombination

„Ein Gefühl der Sicherheit im Internet ist das Wichtigste, was wir unseren Kunden bieten können“, betont Timo Laaksonen, Präsident und CEO von F-Secure. „Durch die Verbindung unserer langjährigen Expertise im Bereich Cybersicherheit mit der leistungsstarken Glasfaserinfrastruktur von M-net schaffen wir eine optimale Kombination aus erstklassiger Sicherheitslösung und zuverlässiger Konnektivität. Gemeinsam setzen wir Maßstäbe für den Schutz vor Cyberbedrohungen und bieten Kundinnen und Kunden eine umfassende Lösung, die ihnen die Gewissheit gibt, dass ihre Daten und ihre Privatsphäre geschützt sind, egal wo sie sich befinden.“

„F-Secure macht jeden digitalen Moment sicherer, für jeden. Wir bieten brillant einfache, reibungslose Sicherheitserlebnisse, die den Millionen von Menschen, die wir schützen, und unseren über 200 Service-Provider-Partnern das Leben leichter machen. Seit mehr als 30 Jahren sind wir führend in der Cybersicherheitsbranche, inspiriert von einem Pioniergeist, der aus der Überzeugung erwächst, dass man gemeinsam mehr erreichen kann.“ ❐



Füracker zum Onlinezugangsgesetz 2.0:

Bund muss nachbessern

Der Bundestag hat eine Neuauflage des Onlinezugangsgesetzes beschlossen. Das OZG 2.0 gibt Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen und Organisationen das Recht, digitale Verwaltungsleistungen des Bundes vom Jahr 2028 an beim Verwaltungsgericht einzuklagen. Bayern unterstützt die Bemühungen des Bundes, Fortschritte bei der Verwaltungsdigitalisierung zu erreichen. Um die Digitalisierung schnell und zielführend voranzutreiben, seien jedoch umfangreiche Änderungen am Gesetz notwendig, forderte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Im engeren Sinn bezieht sich das OZG 2.0 nur auf Bundesverwaltungen wie die Bundesanstalt für Arbeit oder das Amt für Ausbildungsförderung (Bafög). Gleichwohl soll es auch auf die Bundesländer und Kommunen ausstrahlen. Das Gesetz sieht vor, dass Bund und Länder in einem gemeinsamen Gremium in den kommenden zwei Jahren Standards entwickeln, die für alle Beteiligten verbindlich sind. Damit soll auch verhindert werden, dass in den Verwaltungen mehrfach Programme geschrieben werden, um dasselbe Problem zu lösen.

Nach dem Willen der Ampel-Koalition soll auch die Infrastruktur für ein digitales Bürgerkonto nicht mehrfach angeboten werden, sondern sich auf das zentrale Bundeskonto (Bund-ID) konzentrieren. Bislang bieten auch einzelne Bundesländer digitale Bürgerkonten an.

Ein vereinfachtes Log-in, das sich den Gepflogenheiten beim Online-Banking annähert, soll zu mehr Akzeptanz der Bund-ID beitragen. Bislang müssen Anwender sich bei jeder Einwahl mit dem elektronischen Personalausweis („ePerso”) identifizieren. Künftig soll dies nur beim ersten Mal notwendig sein. Danach reicht auch eine Bestätigung durch biometrische Merkmale aus, etwa FaceID beim iPhone. Darüber hinaus wird mit dem OZG 2.0 auch das Schriftformerfordernis in der Verwaltung abgeschafft.

Vergebene Chance

„Mit ihrer Fixierung auf den elektronischen Personalausweis im Onlinezugangsgesetz 2.0 vergibt die Bundesregierung eine wichtige Chance: Die Nutzung der ELSTER-Konten auch für nicht steuerliche Zwecke kann einen bedeutenden Beitrag zum Erfolg der Verwaltungsdigitalisierung leisten“, hob Füracker hervor. Mit inzwischen über 20 Millionen Nutzerkonten biete ELSTER ein hervorragendes Beispiel dafür, wie umfassend komfortable digitale Angebote von den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen anerkannt und nachgefragt werden. Statt auf der jahrzehntelangen Erfahrung der Steuerverwaltung mit Online-Authentifizierung aufzubauen, wolle die Ampelregierung den bislang erfolglosen und nutzerunfreundlichen elektronischen Personalausweis durchsetzen.

Nachbesserungsbedarf bestehe auch deshalb, weil wichtige Belange der Länder und Kommunen weiter unberücksichtigt bleiben, fuhr der Minister fort. Der Bund dürfe sich insbesondere seiner finanziellen Verantwortung im Digitalisierungsbereich nicht entziehen, weshalb sich der Freistaat für die dringend nötige Überarbeitung des Gesetzes durch den Vermittlungsausschuss einsetze.

Füracker zufolge muss Deutschlands Ziel eine Spitzenposition im Bereich der digitalen Verwaltung sein. Hier sei noch viel zu tun. „Alle Akteure sind dazu aufgerufen, ihre Anstrengungen bei der Digitalisierung des Staates zügig und in der Sache zu verstärken. Vollmundige Zielankündigungen, schnelle Schlagzeilen und öffentlichkeitswirksame Scheindebatten sind bei diesem wichtigen Thema deplatziert.“

Stellungnahme Bitkom

Der Digitalverband Bitkom begrüßt das „überfällige OZG-Änderungsgesetz“. Laut Präsident Dr. Ralf Wintergerst nimmt die Koalition damit „wichtige Weichenstellungen für eine wirklich digitale Verwaltung“ vor. Dazu zählten etwa durchgehend digitale Verwaltungsprozesse zumindest auf Bundesebene, aber auch zentral bereitgestellte und gemeinsam genutzte Basiskomponenten und eine verpflichtende Durchsetzung von Standards und offenen Schnittstellen. Künftig könne der Bund dafür sorgen, dass das digitale Rad auf kommunaler Ebene nicht immer wieder neu erfunden wird.

„Wir müssen uns von alleinstehenden Insellösungen verabschieden. Nötig sind gleichzeitig mehr Mittel für Investitionen in eine moderne IT-Infrastruktur. Nachdem im Zuge der Haushaltsplanung 2024 Einsparungen vorgenommen wurden, brauchen wir an dieser Stelle im Laufe des Jahres eine Kehrtwende. Digitalisierung gibt es nicht zum Nulltarif, aber sie lohnt sich“, stellte Wintergerst fest.

Bund, Länder und Kommunen sind gefragt

Mit dem OZG-Änderungsgesetz sei die gesetzliche Grundlage für eine digitale Verwaltung geschaffen, jetzt müssten Bund, Länder und Kommunen die Umsetzung gemeinsam vorantreiben. Dazu gehöre zum Beispiel, dass Best Practices wo immer möglich kopiert werden und Verwaltungsleistungen, die einen hohen Standardisierungsgrad aufweisen, den Kommunen vom Bund zur Verfügung gestellt werden.

An dieser Bereitschaft zur Kooperation hänge der Erfolg der Gesetzesnovelle, denn sie hat aus Sicht des Bitkom-Präsidenten in der vorliegenden Form eine Schwäche: „Der Umsetzungsdruck auf Seiten der Verwaltung wird nicht ausreichend erhöht.“ Es sei zwar ein Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen vorgesehen, doch dieser bleibe zahnlos, weil zu viele Ausnahmemöglichkeiten eröffnet werden. Außerdem sollten Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger das Recht erhalten, die erneute Angabe von Daten zu verweigern, wenn diese Daten bereits bei einer öffentlichen Stelle vorliegen. Dies sei bislang nicht vorgesehen, erläuterte Wintergerst. **DK**

Stadt Abensberg und LEONET unterzeichnen Kooperationsvertrag

Großflächiger Ausbau mit Glasfaser-Internetanschlüssen

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen LEONET wird in der Stadt Abensberg großflächig ein Glasfasernetz errichten. Hierfür haben Vertreter der Stadt Abensberg nach entsprechenden Beschlüssen mit Vertretern der LEONET einen Kooperationsvertrag zum Glasfaserausbau unterzeichnet. Insgesamt können knapp 4.200 Gebäude mit rund 6.400 Haushalten und Gewerbebetrieben von dem Vorhaben direkt profitieren.

LEONET hatte sich im Rahmen eines offiziellen Markterkundungsverfahrens (Gigabit 2.0) beworben und den Zuschlag erhalten. Der erste Bürgermeister Dr. Bernhard Resch, der Stadtrat sowie die Stadtverwaltung begrüßen das Vorhaben außerordentlich und haben LEONET die volle Unterstützung zugesagt.

Das niederbayerische Glasfaserunternehmen wird das Infrastrukturprojekt komplett eigenwirtschaftlich finanzieren; ohne Unterstützung öffentlicher Steuergelder. Die Stadt Abensberg profitiert dadurch in mehrerlei Hinsicht. So kann die Projektrealisierung schneller erfolgen als bei zeitlich langwierigen Förderprojekten. Darüber hinaus wird der kommunale Finanzhaushalt nicht belastet, denn bei öffentlich geförderten Glasfaserausbauprojekten trägt neben dem Bund auch die Kommune einen Teil der finanziellen Unterstützung. „Wir sind von LEONET und der Projektlösung zur Glasfasererschließung unserer Stadt absolut überzeugt“, erklärt der erste Bürgermeister Dr. Resch. „Die digitale Standortattraktivität von Abensberg wird damit für die nächsten Generationen gesichert. Und das, ohne dass wir unseren Stadthaushalt auch nur mit einem Euro belasten müssten.“



V.l.: Martin Naber, Geschäftsführer der LEONET und Dr. Bernhard Resch, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg. ❐

Ausbaukonzept überzeugt

Neben dem Kernbereich der Stadt wird LEONET auch die Stadtteile Sand- und Holzharlanden, Arnhofen, Pullach, Offenstetten sowie Ober-/Unter-/Mitterhörlbach mit der hochmodernen Glasfasertechnologie erschließen. Damit wird sichergestellt, dass gerade auch die Stadtteile, wo die verfügbaren Internetgeschwindigkeiten tendenziell noch schlechter als im Kerngebiet der Stadt sind, über zukunftsfähige Anschlüsse werden verfügen können. Die realisierten Glasfaser-Internetanschlüsse werden standardmäßig im Download 1.000 Mbit/s leisten können.

„Wir freuen uns sehr, dass die Stadt unser Vorhaben voll unterstützt“, erklärt LEONET-Geschäftsführer Martin Naber. „Im Rahmen unserer äußerst konstruktiven Gespräche hat die Verantwortlichen neben unserer langjährigen Erfahrung vor allem unser Ausbaukonzept überzeugt.“ Dieses sieht gegenüber einem Projektentwurf eines Mitbewerbers ein deutlich größeres Gebiet vor. „Würden wir dem nachträglich eingereichten Projektentwurf des Mitbewerbers von LEONET den Vorzug geben, hätte dies zur Folge, dass bis zu einem Viertel weniger Haushalte der gesamten Kommune von dem Zukunftsprojekt eines digitalen Hausanschlusses profitieren würden“, erläutert Stadtkämmerer Andreas Poschenrieder. „Unser Anspruch und unser Ziel für die Stadt lautet aber ganz klar: Wir wollen einen direkten Zugang zum Glasfaser-Internet für alle Abensberger Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbebetriebe im gesamten Stadtgebiet und den Ortsteilen sicherstellen“, bringt Bürgermeister Dr. Resch zum Ausdruck.

Umfassende Infokampagne

Im März startet LEONET eine umfassende Informationskampagne für die örtliche Bevölkerung. Auf insgesamt fünf Veranstaltungen wird den Bürgern das Projektvorhaben im Detail erläutert und auf jegliche Fragestellungen individuell eingegangen. Im Rahmen dessen werden auch die geringfügigen Baumaßnahmen erläutert, die direkt am Haus zur Einführung der Glasfaser vorgenommen werden müssen. Der Glasfaser Hausanschluss ist für Eigentümer gratis, die einen Telefonie- und Internetvertrag unterzeichnen. Die ausschließliche Ausstattung der Immobilie mit einem zukunftsfähigen Glasfaser-Anschluss kostet 499 Euro. Im Sinne des sogenannten Open Access Prinzips steht das Glasfasernetz der LEONET auch allen anderen interessierten Internetdienstanbietern für deren digitale Angebote offen. ❐

Lücken im Glasfaser- und 5G-Netz schließen

vbw-Tagung in München zur digitalen Infrastruktur im Freistaat

Mit den Perspektiven des Ausbaus der digitalen Netze in Bayern befasste sich in München ein Kongress der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Aktualisierte vbw-Studien zeigen, dass der Bedarf der Unternehmen nach leistungsfähigen Netzen und höheren Bandbreiten ansteigt und der Ausbau mit den steigenden Ansprüchen nur schwer Schritt halten kann. Viele Unternehmen erlebten noch Beeinträchtigungen durch Netzlücken. Im bundesweiten Vergleich sei der Freistaat jedoch überdurchschnittlich gut mit schnellen Breitbandanschlüssen versorgt.

Laut der Untersuchung „Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern“ bieten mittlerweile rund 90 Prozent der kabelgebundenen Anschlüsse in den digitalen Netzen ihren Nutzern eine solide Grundversorgung. Auch der Ausbau von Gigabit-Anbindungen kommt gut voran. Allerdings bleibt trotz hoher Zuwachsraten viel zu tun. Glasfaseranschlüsse bis zum Endkunden erreichen bislang nur ein knappes Viertel der Haushalte und ein gutes Viertel der Unternehmen außerhalb von Gewerbegebieten.

Auch im Bereich des Mobilfunknetzes gibt es deutliche Fortschritte. Nach Zahlen des Bundes sind die Gewerbegebiete mittlerweile fast flächendeckend mit 5G versorgt. „Hier werden die Förderprogramme des Freistaates Bayern und des Bundes für Mobilfunkmasten weiter für Verbesserung sorgen. Mit ihnen können Netzlücken in wirtschaftlich nicht abdeckbaren Regionen nach und nach geschlossen werden“, so die vbw.

Deutliche Netzschwächen

Allerdings lohne ein genauerer Blick auf die Mobilfunknetze, die durch steigende Nachfrage immer stärker herausgefordert werden. „In unserer Studie stellten wir Netzschwächen und erhebliche Unterschiede zwischen lokalen Angeboten verschiedener Netzbetreiber auch in vermeintlich gut versorgten Gewerbegebieten fest. Staatliche Förderung stößt hier an beihilferechtlich bedingte Grenzen. Falls diese nicht aufgelöst werden, kommt es für diese Netzschwächen vor allem auf die marktgetriebene Weiterentwicklung der Netze an“, heißt es.

Das Update der vbw-Studie „Breitbandbedarf der bayerischen Wirtschaft – leitungsgebunden und mobil“ zeigt das weitere Voranschreiten der digitalen Transformation in den Unternehmen und damit auch die wachsenden Anforderungen an die Netze. Um diesen gerecht zu werden, sind aus Sicht der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft gezielte politische Impulse für den Ausbau der Glasfaser- und 5G-Netze unverzichtbar.

Verlässliche Förderung bleibe für die Netzentwicklung speziell in ländlichen Regionen ein bestimmender Faktor. Hier müsse der Bund haushaltspolitische Kontinuität sicherstellen. Bei der Mobilfunkförderung gehe es zudem darum, bei der EU marktttaugliche Bedingungen durchzusetzen, um auch seitens des Freistaates weiter fördern zu können. Zudem müsse der Bund Ausbauauflagen bei der Frequenzvergabe auf langfristige Investitionen ausrichten.

Genehmigungsverfahren vereinfachen

Um beim Ausbautempo zuzulegen, seien auch Genehmigungsverfahren deutlich zu vereinfachen. Bayern habe auf diesem Feld im Ländervergleich am meisten getan, etwa mit Genehmigungsfiktionen oder verringerten Anforderungen bei Abstandsflächen. Eine weitere Verbesserung würden Rahmenzustimmungen durch Wegebaulastträger versprechen. Bei einem mehrere Straßen übergreifenden Ausbau würden so deutlich weniger Einzelverfahren anfallen. Auch sollten noch mehr unterschiedliche Einzelschritte in Genehmigungsverfahren digital gebündelt werden.


Finanz-und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel. Bild: vbw

Der Handlungsbedarf ist also eindeutig, und die passenden Instrumente sind bekannt. Beim Münchener Kongress waren sich alle Teilnehmer einig, dass Glasfaser schnell ausgerollt und Bayern mit verlässlichem 5G-Mobilfunk abgedeckt werden muss.

Wie Martin Schöffel, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, erläuterte, „unterstützt kein anderes Bundesland so kraftvoll beim Breitbandausbau wie der Freistaat Bayern. Obwohl eigentlich der Bund zuständig ist, haben wir seit 2014 massiv mit rund 2,4 Milliarden Euro an Landesmitteln investiert – auf freiwilliger Basis.“

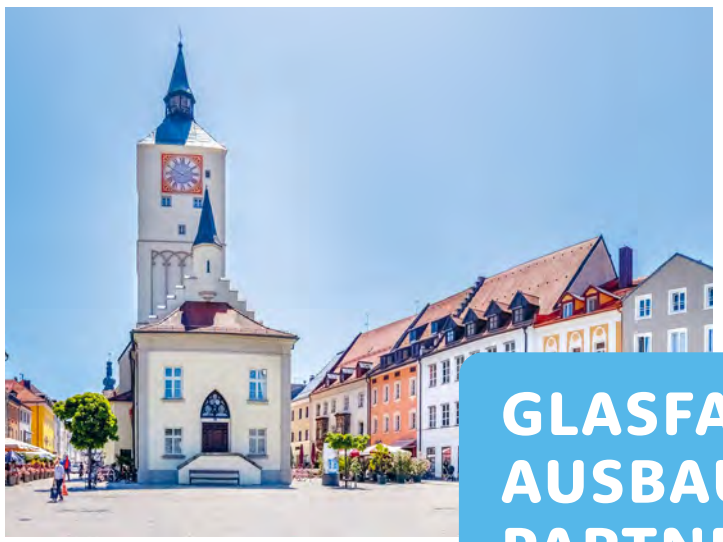
Die aktuellen Studien der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft bestätigten, dass sich dieses starke Engagement auszahle. Trotz der im Bundesvergleich mit weitem Abstand größten Fläche seien heute schon über 90 Prozent aller bayerischen Standorte mit 100 Mbit/s schnellem Internet und rund 68 Prozent gigabitfähig versorgt. Über 90.000 Kilometer Glasfaserleitungen wurden und werden dank der bayerischen Förderung verlegt.

„Angesichts der weiter steigenden Bedarfe werden wir uns auch künftig entschlossen einbringen, um bestmögliche Standortbedingungen zu schaffen. Der Freistaat kann den Weg in die digitale Zukunft aber nicht im Alleingang stemmen - der Bund muss seiner finanziellen Verantwortung deutlich gerechter werden und endlich im erforderlichen Umfang Gelder bereitstellen“, machte der Staatssekretär deutlich. Auch Wirtschaft und Bürger als Anschlussnutzer könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten: „Erst wenn die verfügbaren Bandbreiten auch tatsächlich gebucht werden, setzt dies ein starkes Signal an die ausbauenden Telekommunikationsunternehmen und den Bund als originär zuständigen Fördergeber.“

Elementarer Standortfaktor

Nach Angaben von vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt „ist die digitale Infrastruktur ein elementarer Standortfaktor für den Freistaat. Homeoffice und Videokonferenzen sind für neun von zehn Unternehmen aus dem Industrie-Dienstleistungsverbund in Bayern heute betrieblicher Alltag. Das Interesse an datenintensiven Technologien wie Künstlicher Intelligenz, Fernwartung, Extended Reality oder Cloud-Anwendungen wächst stetig. Ohne schnelle Netze sind diese Anwendungen kaum nutzbar. Deshalb müssen wir noch bestehende Lücken im Glasfaser- und im 5G-Mobilfunknetz schließen.“

Glasfaseranschlüsse bis zum Endkunden erreichten bislang 24,4 Prozent der Haushalte und 28,4 Prozent der Unternehmen, in Gewerbegebieten seien es 39,9 Prozent. Brossardt zufolge zeigt das Breitbandförderprogramm des Freistaats seine Wirkung. Allerdings sei nach wie vor ein regionales Gefälle zu beobachten: In Städten haben 37 Prozent der Anschlüsse Glasfaser, außerhalb unter 14 Prozent. Nach den derzeitigen Ausbauplänen werde sich der bayernweite Durchschnitt in den nächsten Jahren auf knapp 50 Prozent erhöhen. Bis zu flächendeckender Glasfaserversorgung sei es aber noch ein weiter Weg. **DK**



LEONET

GLASFASER-AUSBAU UNTER PARTNERN

LEONET, Ihr starker Partner aus Bayern, bringt über 14 Jahre Erfahrung im Glasfaserausbau im Freistaat mit. Wir bieten gigabitfähiges Internet als Schlüsselelement für eine zukunftssichere Infrastruktur. Unser ganzheitlicher Ansatz betrachtet Kommunen flächendeckend und kombiniert dabei privatwirtschaftlichen und geförderten Ausbau.

Als Mitglied des „Pakts Digitale Infrastruktur“ der Bayerischen Staatsregierung sind wir mit umfassenden Finanzmitteln für den Glasfaserausbau ausgestattet. Aktuell expandieren wir über unsere Stammgebiete – Landkreise Cham und Regen – und investieren in immer mehr Kommunen Bayerns. Die Zukunft? Vielleicht schon bald bei Ihnen.

Das Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.

Adrian Richter
Leiter
Kommunalbetreuung

Tel.: +49 (0)151 1881 5692
adrian.richter@leonet.de

EIN UNTERNEHMEN DER INFRAFIBRE

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE

Gelöscht wird nur höchst selten

Städte mit Social Media-Aktivitäten bestätigen angeblichen Trend zum Hass nicht

An Menschen, die gern auf Achse sind und es lieben, schöne Städte zu entdecken, richtet sich der Nördlinger Instagram-Account. Idyllische Bilder locken in die Große Kreisstadt. „Social Media ist für uns wichtig", sagt Daniel Wizinger, der in Nördlingen für Tourismus zuständig ist.

In Zeiten, in denen kaum mehr persönliche Briefe mit der Post geschickt und Bankgeschäfte immer häufiger online erledigt werden, kommen zumindest größere Städte nicht mehr an Social Media vorbei. So erreicht man Touristen. Und so erreicht man viele Bürger. Letztere schätzen die neue Art und Weise, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Und zwar vor allem wegen der Möglichkeit, zu kommentieren. Hass und Hetze, angeblich auf bedenkliche Weise im Aufwind, kommen auf kommunalen Plattformen nach wie vor extrem selten vor.

Was interessiert die Bürger?

Bürger interessiert, um ein Beispiel zu nennen, ob die Stadt neue E-Ladesäulen in Betrieb nimmt. Das erfährt man auch aus der Tageszeitung. Doch eine Zeitung hat, nicht zuletzt, weil gespart werden muss, längst nicht mehr jeder. Sich einen Facebook-Account zuzulegen, kostet nichts. Zudem bietet die Plattform die Möglichkeit, der Stadt zurückzumelden, was man von dem, was sie tut, hält. Bleiben wir beim Beispiel der E-Ladesäulen. Dass neue Ladesäulen in Betrieb genommen werden, wird sicherlich begrüßt. Doch wahrscheinlich teilen Bürger auch prompt mit, wo solche Säulen noch fehlen. Oder sie kritisieren die Standortwahl.

Überall, wo Städte Informationen über Social Media anbieten, findet sich rasch eine Community, die den Content goutiert, kommentiert und manchmal auch schimpft. Je nach Plattform, sind die Communitys unterschiedlich. Der Facebook-Account der Stadt Nördlingen hat aktuell um die 7.750 Follower. Etwas mehr als 7.400 sind es auf Instagram. „Die Follower-Zahl sagt allerdings nichts über die Reichweite, die, je nach Content, stark schwankt", betont Daniel Wizinger.

Mancher von ihm eingestellte Inhalt wird gerade mal von 5.000 Interessierten angeklickt. Dann wieder gibt es Beiträge, die für eine Menge Leute attraktiv sind. Sie erreichen zehntausende User.

Social Media-Auftritte sind mit allem Drum und Dran ganz schön aufwändig. Ist es doch nicht damit getan, den Content zu kreieren. Jedenfalls dann nicht, wenn die Fans und Follower auf Instagram, Facebook, TikTok, YouTube oder X kommentieren dürfen. Da stellt sich von vornherein die Frage: Will eine Kommune das?

Und, wenn ja, wie geht man mit allzu rüdem Vokabular, mit polemischen Äußerungen, Beleidigungen, implizierten Drohungen oder gar noch Schlimmerem um? Glaubt man den Medien, gibt es immer mehr Unbeherrschte, die beim leisesten Ärgernis gleich rotsehen. Menschen, die im politischen Leben stehen, beklagen zunehmende Gewalt.

„Kritik ist nichts Schlechtes"

Wizinger kann nicht bestätigen, dass Hass und Hetze eine neue Qualität erreicht hätten. „Selbst Polemik hatten wir kaum gehabt", sagt er. Die Mehrheit der Follower findet gut, was er verbreitet: „Zu politischen Themen äußern wir uns nicht." Natürlich werde manchmal Kritik geübt: „Was ja nichts Schlechtes ist." Daniel Wizinger ist nicht der Ansicht, dass alle dem, was er einstellt, ohne Wenn und Aber zustimmen müssten. Bisher, sagt er, sei alles Kritische „gut aushaltbar" gewesen.

Doch was, wenn der Fall eintritt, dass eine Kritik zu harsch ist? Nun, das wird man sehen. „Ich halte es auf jeden Fall für wichtig, dass man jede Meinung öffentlich kundtun kann", unterstreicht der Medienfachmann. Kommentare einfach zu löschen, findet er falsch: „Wir haben das auch noch nie gemacht." Selbst harte Kritik bleibt stehen: „Die Bevölkerung soll ruhig sehen, mit welchen Problemen man als Stadt zu kämpfen hat."

Das fortwährende Aufpassen auf den Inhalt der Kommentare kann ganz schön anstrengend sein, meint Stephan Rockinger, der die Regensburger Online-Kommunikation leitet. Auf dem Kanal der Oberbürgermeisterin wurde zum Beispiel über deren Teilnahme an einer Demo gegen Rechts berichtet. Die daraufhin eingetrudelten Kommentare zu moderieren, sei schwierig gewesen. Alles Mögliche sei behauptet worden. Einige Kommentare mit harscher Kritik an den Demos frappierten Rockinger und seine Crew von der Online-Kommunikation: „Es wurde zum Beispiel behauptet, dass es bezahlte Teilnehmer bei der Demo gegeben hätte."

Öfter mal Halbwahrheiten

Gerade die Tatsache, dass es sich bei dem, was zum Teil von Kommentatoren unter den Social Media-Posts der Stadt geäußert wird, „nur" um Unterstellungen und Halbwahrheiten, nicht aber um Strafbares handelt, stelle eine Herausforderung dar. „Teilweise blenden wir Beiträge aus", gibt der Regensburger zu. Dies komme allerdings nicht allzu oft vor: „Wir lassen wirklich viel laufen." Überhaupt habe man sich bewusst dagegen entschieden, die Kommentarfunktion auszuschalten.

Nachdem Regensburg deutlich größer ist als Nördlingen, hat die oberpfälzische Stadt auch viel mehr Follower. Dem Instagram-Kanal, der 671 Beiträge umfasst, folgen 27.500 Nutzer. Sie werden vor allem mit historischen Bildern über Regensburger Schmuckstücke erfreut, so Rockinger: „Wir öffnen unser Bildarchiv und zeigen die Schönheit der Stadt." 14.800 Follower hat der Facebook-Auftritt. Fast 2.250 Internetnutzer folgen Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer auf deren Facebook-Account.

Die Bürger diskutieren gern

Laut Stephan Rockinger ist spürbar, dass die Bürger sehr gerne diskutieren. Und dass sie dies liebend gern über Social Media nicht nur untereinander, sondern auch mit der Stadtverwaltung tun würden. Doch das sei nicht möglich. Denn das für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Team kann den Bürgern ohne Rücksprache mit den Verantwortlichen in der Verwaltung nicht einfach antworten. Als es Kritik an der Demo gegen Rechts hagelte, appellierte das Team allerdings an die User: „Wir empfehlen Fakten zu überprüfen und sich auf evidenzbasierte Diskussionen und Quellen zu konzentrieren."

Als es vor über zehn Jahren losging mit Social Media, überlegte sich das Regensburger Online-Team genau, was man transportieren wollte. „Wir haben uns bewusst für Informationen und Service entschieden", meint Rockinger. Über Facebook bekommen die Bürger zum Beispiel mit, wenn sich Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen ändern.

Direkter Draht ins Rathaus

Wie kann man unterschiedliche Zielgruppen möglichst gut und breit aufgestellt erreichen? Diese Frage stand am Beginn der Social Media-Aktivitäten der Stadt Bamberg. Man entschied sich schließlich für Facebook, Instagram und YouTube. Über diese Kanäle werden, so Pressesprecherin Anna Lienhardt, „zuverlässige Informationen" aus der Stadtverwaltung vermittelt. Umgekehrt sollen die Bürger einen direkten Draht ins Rathaus haben.

In Bamberg existiert ein Social-Media-Leitfaden. Der sieht verschiedene Formate vor. Dazu gehört ein digitaler Wochenrückblick mit dem Oberbürgermeister, die „Bürgerfrage des Monats" sowie „Erklär-Reels", zum Beispiel zum Winterdienst.

Das Interesse an den Social Media-Auftritten wächst laut der Pressesprecherin: „2020 hatten wir circa 4.100 Follower auf Instagram, mittlerweile sind es 12.200." Alleine im Januar kamen 213 neue Follower hinzu. Die Follower-Zahl auf Facebook wuchs ebenfalls. Aktuell liegt sie bei fast 13.000. Über 550 Interessierte abonnierten den Bamberger YouTube-Kanal.

Die Kommentare unter den Beiträgen werden „im Blick behalten": „Gerade bei sensiblen Inhalten." Gelöscht würden nur Kommentare, die beleidigend seien oder zu Straftaten aufriefen: „Als Plattform einer öffentlichen Verwaltung legen wir großen Wert auf einen offenen Meinungsaustausch." Ein Hinweis auf eine „Demo zu zwei Jahre Ukraine Krieg" wurde zum Beispiel kommentiert: „Nein der Krieg dauert schon fast 10 Jahre." Die Löschung menschverachtender Beiträge wird angekündigt. In den vergangenen fünf Jahren wurden acht Kommentare gelöscht.

Rede und Gegenrede

Social-Media ist heute ein „unverzichtbarer Pfeiler der Öffentlichkeitsarbeit", sagt auch Michael Klarner, Pressesprecher von Ingolstadt. Seit 2009 ist Ingolstadt auf Facebook, seit 2013 auf Instagram aktiv. Zusammengenommen gibt es rund 70.000 Follower. Kommentare werden laut Klarner unverzüglich bearbeitet und „wo nötig sachlich beantwortet": „Kritische Rückmeldungen sind kein Shitstorm, sondern die Darstellung von Rede und Gegenrede." Mehrere Kommentare gab es zum Beispiel zum Auftakt der Bauerndemos. Etwa: „Großes Lob an alle Bauern. Genau so wird demonstriert und nicht wie diese Klimakleber…" Kommentare, die gegen die Netiquette verstoßen, also sexistisch, homophob oder strafrechtlich relevant sind, würden anmoderiert gelöscht. Dies geschehe „mit konsequentem Augenmaß".

In der Gemeinde Neufahrn bei Freising ist Gabriele Ostertag-Hill seit März 2020 für Social Media verantwortlich. „Über unsere Homepage versuchen wir weiterhin, allgemeine Informationen zu verbreiten", sagt sie. Viele Bürger hätten zwar Zugang zum Internet: „Aber nicht jeder nutzt Facebook oder Instagram." In Neufahrn werden beide Plattformen sowie YouTube bespielt: „TikTok möchte unser Bürgermeister aufgrund des negativen Images nicht."

Die Inhalte, die Ostertag-Hill einstellt, ähneln sich zu 80 Prozent. Extrem selten seien Kommentare beleidigend: „Löschungen kann ich an einer Hand abzählen." Viele Bürger kommentieren wohlwollend. So lautet ein Kommentar zur Feier anlässlich des Volkstrauertags: „Die (…) richtigen Lehren aus den zwei Weltkriegen sowie den kriegerischen Auseinandersetzungen der Gegenwart wurden durch die (…) Feier eindrucksvoll dokumentiert." **Pat Christ**



Die LNI freut sich über den Start des größten bayerischen kommunalen Glasfasernetzausbaus im Landkreis Regensburg und Teilen des Landkreises Neumarkt: (v.l.) Sebastian Prechtl (Projektleiter), René Meyer (Geschäftsführer der Laber-Naab Infrastruktur GmbH), Tanja Schweiger (Landrätin Landkreis Regensburg und stellv. Aufsichtsratsvorsitzende der LNI), Josef Bauer (Bürgermeister der Stadt Parsberg und Aufsichtsratsvorsitzender der LNI), Sabine Spangler (Projektleiterin). Bild Steffanie Bentner

Weitere 47,4 Millionen Euro für Gigabit-Internetausbau

Größtes bayerisches kommunales Glasfasernetz kann starten

Regensburg (RL). Im Februar 2024 wurden weitere 47,4 Mio. Euro an Fördermitteln aus Berlin für den interkommunalen Glasfaserausbau in den beiden Landkreisen Regensburg und Neumarkt bewilligt. Somit kann nun mit der Planung von insgesamt 33.000 förderfähigen Hausanschlüssen und 310 Mio. Euro Gesamtinvestitionsvolumen in drei Clustern begonnen werden. Der Freistaat Bayern wird darüber hinaus noch Fördermittel zur Kofinanzierung beitragen und die Kommunen stellen zusätzlich jeweils einen Eigenanteil zur Verfügung.

„Ich freue mich sehr, dass der Bund die bisher unterversorgten Adressen in Kommunen in den Landkreisen Regensburg und Neumarkt beim Breitbandausbau mit weiteren 47,4 Millionen Euro kräftig unterstützt. Schnelles und verlässliches Internet ist die Grundlage für Home-Office, Freizeitvergnügen, aber auch für digitale Verwaltungsleistungen. Außerdem leisten wir damit einen Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Die erfolgreiche Arbeit der Laber-Naab-Infrastruktur GmbH zeigt auch, wie wirkungsvoll ein Schulterschluss auf kommunaler Ebene sein kann", sagt Bundestagsabgeordneter Stefan Schmidt, Bündnis 90/Die Grünen.

Dank an die Gesellschafterkommunen

Die LNI bedankt sich bei Ihren Gesellschafterkommunen, die sich innerhalb einer Solidargemeinschaft zum Ziel gesetzt haben, den flächendeckenden Glasfaserausbau in kommunaler Hand voranzutreiben. Weiterhin gilt der Dank dem Projektträger PricewaterhouseCoopers (PWC) und auch dem Freistaat Bayern und allen Abgeordneten auf Bundes- und Landesebene, die sich in den vergangenen Wochen für die Genehmigung und Bereitstellung von Fördermitteln eingesetzt haben. „Der Bund fördert den Breitbandausbau auf Rekordniveau mit drei Milliarden Euro im Jahr – so viel wie noch nie, trotz angespannter Haushaltslage. Das ist richtig, denn die Digitalisierung ist ein Standortfaktor für Unternehmen aber mittlerweile auch für Abläufe an Schulen oder Krankenhäusern unerlässlich. Wir fördern außerdem zielgerichtet den ländlichen Raum, was uns als SPD besonders wichtig ist mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse", freut sich Dr. Carolin Wagner, SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Regensburg.

Ausschreibung für Bauleistungen

René Meyer, Geschäftsführer der LNI, bestätigt: „Endlich wurden die nötigen Bescheide für alle Kommunen bewilligt. Die harte Arbeit hat sich gelohnt und kann bald die ersten Früchte tragen, wenn der Bau startet." Mit den Förderbescheiden im Gepäck geht die LNI zusammen mit den Fachplanern nunmehr auf die Suche nach Bauunternehmen, die die geplante Infrastruktur großflächig ab 2024 verwirklichen können. Die Telekom Deutschland GmbH wird als Pächter der LNI-Infrastruktur im kommunalen Eigentum, die Glasfaseranschlüsse peu à peu in Betrieb nehmen.

Tanja Schweiger, Landrätin des Landkreises Regensburg ergänzt: „Als Landkreis haben wir den Breitbandausbau seit vielen Jahren finanziell und personell massiv unterstützt und koordiniert. Die Mühen haben sich gelohnt. Unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen bekommen nun flächendeckend ein zukunftsfähiges Glasfasernetz. Garantiert wird dies durch interkommunalen Zusammenhalt und unter Beteiligung professioneller Partner." ❐

IT-Sicherheit Grundlage für Digitalisierung

Schöffel und Kirchner beim LSI: Länderübergreifende Zusammenarbeit und eigene Kompetenzen bei IT-Sicherheit essenziell

Im IT-Sicherheitsumfeld ist sowohl die enge Zusammenarbeit der Länder aber auch der Aufbau und die Pflege eigener Kompetenzen von zentraler Bedeutung. Bayern hat die Herausforderungen durch Cybergefahren früh erkannt und als erstes Bundesland bereits vor über sechs Jahren eine eigenständige Fachbehörde für IT-Sicherheit errichtet.

„Um unser Behördennetz bestmöglich zu schützen, analysiert das Landesamt täglich ca. 2 Milliarden Datensätze auf mögliche Angriffe und kann damit rund 1,2 Milliarden potentiell schädliche Internetaufrufe pro Monat verhindern. Um Deutschlands staatliche IT-Systeme flächendeckend zu schützen, teilen wir unseren reichhaltigen Erfahrungsschatz stets gerne im föderalen Verbund. Auch künftig müssen wir die IT-Sicherheit in Deutschland kontinuierlich weiter stärken", betont Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel, anlässlich eines Besuchs am Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) gemeinsam mit dem Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Sandro Kirchner.

Bayern ist gut aufgestellt

Innenstaatssekretär Kirchner hob hervor, dass die Cyberbedrohungen immer größer werden, nicht nur für Bürger und Unternehmen, sondern auch für kritische Infrastrukturen und Kommunen. „Das LSI ist deshalb ein zentraler sowie unverzichtbarer Baustein in unserer Cybersicherheitsarchitektur." Laut Kirchner ist Bayern bei der Cybersicherheit insgesamt sehr gut aufgestellt. Um entschlossen und wirkungsvoll auf aktuelle Bedrohungen reagieren zu können, hat Bayern hochspezialisierte Einheiten unter anderem bei Polizei und Verfassungsschutz geschaffen. Bereits seit 2021 sind beispielsweise polizeiliche IT-Spezialisten in den ‚Cybercrime-Quick Reaction-Teams' rund um die Uhr einsatzbereit, um eine schnellstmögliche Beweissicherung und Gefahrenabwehr bei Cyberangriffen zu gewährleisten. Die engie Vernetzung und der schnelle Austausch aller mit Cybersicherheitsaufgaben betrauten Behörden und Einrichtungen wird nach Kirchners Worten in der ‚Cyberabwehr Bayern' gewährleistet. Durch die Beteiligung am Nationalen Cyber-Abwehrzentrum wird dort auch die wichtige Scharnierfunktion für den Informationsaustausch mit dem Bund abgebildet.

„Dank unserem schlagkräftig aufgestellten Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik nimmt der Freistaat bis heute eine Vorreiterrolle in puncto Cybersicherheit ein. Einem Großteil der Verdachtsfälle kann dabei automatisiert, z.B. unter Einsatz von Methoden der künstlichen Intelligenz, entgegengewirkt werden", betont der Leiter des LSI Bernd Geisler beim gemeinsamen Rundgang durch das Lagezentrum und das IT-Sicherheitslabor des LSI.

Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik schützt Bayerns staatliche IT-Systeme sowie das Bayerische Behördennetz und den Bayernserver. Daneben steht die Behörde Kommunen und öffentlichen Unternehmen als Betreiber kritischer Infrastrukturen, wie Krankenhäusern und Wasserversorgern, als spezialisierter und individueller Berater bei allen Themen in Fragen der IT-Sicherheit zur Seite.
https://www.lsi.bayern.de/ ❐

Fiberdays 24 in Wiesbaden:

Glasfaserbranche weiter auf Kurs

Das zentrale Treffen der deutschen Glasfaserbranche, die fiberdays 24 in Wiesbaden, bot eine Reihe spannender Inhalte und Plattformen für den Austausch auf kommunalpolitischer Ebene. Die vom Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) präsentierte zweitägige Veranstaltung hat sich nun auch zu einem wichtigen Anlaufpunkt für die kommunale Politik und Verwaltung entwickelt.

Rund 7.600 Fachbesucher informierten sich bei den 220 nationalen und internationalen Ausstellern über neueste Produkte, Innovationen und Dienstleistungen rund um die zukunftssichere und energieeffiziente Glasfaser. Währenddessen diskutierten die Führungskräfte der Telekommunikationsbranche mit Politik, Verwaltung und Wissenschaft kontrovers und konstruktiv aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze für einen zügigen flächendeckenden Glasfaserausbau.

In ihrer Keynote lobte Daniela Kluckert, MdB, Staatssekretärin beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, die hohe Dynamik im Glasfaserausbau und beleuchtete die Rolle der Bundesregierung: „Durch die Bündelung unseres Know-hows in unserer Gigabitstrategie, im Gigabit-Grundbuch und dem Gigabitbüro des Bundes haben wir eine starke Schnittstelle zu allen Akteuren geschaffen, um den flächendeckenden Ausbau ehrgeizig zusammen voranzutreiben."

Gigabit-Campus und Kommunaler Marktplatz

Stärker als in den vergangenen Jahren standen auch regionale und kommunale Themen im Zentrum des Kongressprogramms. So tauschten sich Kommunen auf dem „Gigabit-Campus der Länder und des Bundes" mit den Digitalvertretungen aus elf Bundesländern und dem Gigabitbüro des Bundes aus. Laut Sven Butler, Leiter des Gigabitbüros, war der Gigabit-Campus erneut ein Erfolg: „Der intensive Austausch über den Breitband- und Mobilfunkausbau mit Vertretern der Länder prägte die beiden Messetage. Wir freuen uns darauf, diese Möglichkeit auch im nächsten Jahr in Frankfurt am Main anzubieten."

Ein weiterer Magnet für Verantwortliche in Gemeinden und Kreisen war der 2023 neu eingeführte Kommunale Marktplatz. Thorsten Fellmann, Geschäftsführer der GVG Glasfaser, mit der Marke teranet Goldsponsor der fiberdays24: „Die fiberdays sind schon seit Jahren Deutschlands führende Messe rund um die zukunftssichere Glasfaser. Die GVG Glasfaser setzt schon seit ihrer Gründung 2014 ausschließlich auf reine Glasfaser (FTTH) und hat sich mit ihrer bundesweiten Marke teranet daher auch in diesem Jahr mit voller Überzeugung als Goldsponsor engagiert. Wir sind stolz darauf, gemeinsam mit dem BREKO den Kommunalen Marktplatz ins Leben gerufen zu haben, der sich mittlerweile als einer der wichtigsten Anlaufpunkte für kommunale Vertreter auf den fiberdays etabliert hat."

Fachkräftemangel, Zinswende, Baukostensteigerungen und Konsumzurückhaltung: Telekommunikationsbranche und Politik benannten die aktuellen Herausforderungen für den Glasfaserausbau klar und berieten konkrete Lösungen. „Die Glasfaserbranche steht sehr robust da. Unsere Stärke ist, dass der Glasfaserausbau in Deutschland auf viele Schultern verteilt ist", erklärte BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers. „Natürlich haben sich die Rahmenbedingungen in den letzten Monaten erschwert. Aber unsere Marktanalysen zeigen, dass weiter investiert wird und die Glasfaser ausbauenden Unternehmen – allein 250 im BREKO – werden in der Lage sein, sich den geänderten Bedingungen anzupassen."

Um Glasfaserinvestitionen auch in Zukunft attraktiv zu halten, stellte Albers konkrete Forderungen an die Politik: „Die Branche braucht keinen Masterplan 2030, sondern Maßnahmen, die sofort wirken: Die Bundesregierung muss den strategischen Doppelausbau der Telekom stoppen, die Bundesnetzagentur ein marktgerechtes Konzept für die Kupfer-Glasfaser-Migration vorlegen und Bund und Länder müssen endlich die überbordende Gigabitförderung so dosieren, dass der eigenwirtschaftliche Ausbau nicht kannibalisiert wird."

„Die Herausforderungen im Glasfaserausbau haben in den zwei Jahren seit der viel zitierten ‚Zeitenwende' stark zugenommen," bestätigte Norbert Westfal, Präsident des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO) und Sprecher der Geschäftsführung der EWE TEL. Damit die Branche auch über die nächsten Jahre an der Kapazitätsgrenze ausbauen kann, sei jetzt ein klares Signal aus der Politik erforderlich: „Im Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungsgesetz müssen Mobilfunk- und Glasfaserausbau als ‚im überragenden öffentlichen Interesse' definiert werden, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Außerdem brauchen die Glasfaseranbieter ohne eigenes Mobilfunknetz fairen Zugang zu 5G-Vorleistungen. Nur eine wirksame Diensteanbieterverpflichtung kann fairen Wettbewerb gewährleisten, indem wir attraktive Bündeltarife aus Festnetz und Mobilfunk anbieten und so mit den Mobilfunknetzbetreibern auf Augenhöhe konkurrieren können", hob Westfal hervor.

Hebelwirkung der Digitalisierung

Wie relevant diese Forderungen sind, unterstrich Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Er betonte die Hebelwirkung einer erfolgreichen Digitalisierung: „Die Digitalisierung ist eine wichtige Chance für Unternehmen, um ihre Produktivität zu steigern und um sich besser im globalen Wettbewerb zu behaupten. Eine schnellere und umfassendere Digitalisierung wird auch in Zeiten des Fachkräftemangels zunehmend dringender." Dem schloss sich Oliver Gürtler, Leiter des Mittelstandsgeschäfts bei Microsoft Deutschland, an. Zudem verwies er auf die große Bedeutung der Künstlichen Intelligenz auch für die Glasfaserbranche.

Die Impulse waren der Auftakt für ein umfangreiches Kongressprogramm mit sechs Podiumsdiskussionen und zahlreichen Vorträgen, Workshops und Seminaren. Darin thematisieren Führungskräfte namhafter Telekommunikationsunternehmen und Entscheider aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik aktuelle Fragen rund um den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Zu den Themen zählten unter anderem Nachhaltigkeitsaspekte im Glasfaserausbau, Open Access, Investitionen, strategische Themen, technische Innovationen, sowie die europäische Regulierung. **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Datev eG

ABC Arbeitsplatz Kommune:
Handlungsbedarf durch E-Rechnungspflicht für Unternehmen

Für Städte und Gemeinden ist die E-Rechnung nichts Neues, schließlich ist sie im sogenannten Business-to-Government-Bereich (B2G) bereits seit Jahren obligatorisch. Doch bald müssen auch etliche kommunale Betriebe ihre Rechnungsprozesse umstellen, die dafür bisher keine Notwendigkeit gesehen haben. Grund dafür ist die Verpflichtung zur obligatorischen E-Rechnung für inländische Umsätze zwischen Unternehmen, die grundsätzlich ab 2025 gilt. Sofern kommunale Unternehmen durch die Regelung des § 2b des Umsatzsteuergesetzes (UStG) als umsatzsteuerliche Unternehmen (§ 2 Abs. 1 UStG) einzuordnen sind und im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Betätigung umsatzsteuerpflichtige Lieferungen und Leistungen erbringen, gelten die neuen Regelungen der elektronischen Rechnungsstellung auch für sie. Die E-Rechnungsvorschriften knüpfen somit an die Unternehmereigenschaft im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG an, greifen jedoch nicht im hoheitlichen Bereich von kommunalen Betrieben.

Ab dem 01.01.2025 müssen Unternehmen ihre Rechnungen also grundsätzlich als elektronische Rechnungen in einem Format ausstellen und übermitteln, das der europäischen Norm EN16931 entspricht. Für betroffene Kommunen und kommunale Betriebe, die bereits die XRechnung im Eingangsprozess eingeführt haben, besteht nun auf Ausgangsseite ebenfalls Handlungsbedarf, auch wenn hier Synergieeffekte genutzt werden können. Neben der XRechnung ist auch das etablierte Format ZUGFeRD ab der Version 2.0.1 zulässig. Es bietet den Vorteil, dass es auch privaten Endkunden zugestellt werden kann, da es neben dem obligatorischen Datensatz auch über eine Sichtkomponente in Form einer PDF-Datei verfügt. So ist keine spezielle Software nötig, um ZUGFeRD-Rechnungen lesen zu können. Ausgereifte Lösungen, um Rechnungen gemäß diesen Standards zu erstellen und zu empfangen, existieren bereits und sind seit Jahren etabliert. Das gilt beispielsweise für alle rechnungsschreibenden Programme der DATEV.

Übergangsfristen bis Ende 2027

Während der Empfang von E-Rechnungen ohne Ausnahme direkt ab 2025 gewährleistet werden muss, sieht der Gesetzgeber für Ausgangsrechnungen großzügige Übergangsfristen bis Ende 2027 vor. Dennoch empfiehlt es sich, den Umstellungsprozess möglichst bald anzugehen. Die Übergangsphase bietet die Möglichkeit, sich mit den elektronischen Rechnungsformaten und den damit einhergehenden elektronischen Rechnungsprozessen vertraut zu machen und sich frühzeitig rechtssicher aufzustellen.

go.datev.de/e-rechnung ❐

Ergoldsbach:

KI warnt bei Unwetter und Hochwasser

In der niederbayerischen Marktgemeinde Ergoldsbach hat ein Pilotprojekt begonnen, bei dem Sensordaten zu Niederschlag, Pegelständen und anderen Echtzeitdaten gesammelt und KI-gestützt ausgewertet werden. Ziel dieses Projekts ist es, Hochwassergefahren frühzeitig zu erkennen und entsprechende Warnungen auszugeben.

In der Vergangenheit war Ergoldsbach bereits von Hochwasser betroffen, und aufgrund des fortschreitenden Klimawandels werden Extremwetterereignisse voraussichtlich jedes Jahr wahrscheinlicher. Das KI-Warnsystem in Ergoldsbach nutzt Daten 35 örtlicher Wetter- und Pegelsensoren im Gemeindegebiet, um Extremwettersituationen besser vorhersagen zu können. Diese Sensoren messen Parameter wie Niederschlagsmenge, Feuchtigkeit, Temperatur, Windrichtung und die Pegelstände an Gewässern. Zusätzlich fließen meteorologische Daten des Deutschen Wetterdienstes in das System ein und werden in Echtzeit ausgewertet. Die Künstliche Intelligenz prognostiziert die Entwicklung, beispielsweise die Pegelstände in den nächsten zwei Stunden, um eine drohende Hochwassergefahr für bestimmte Ortsteile zu erkennen.

Dieses Projekt ist eines von zehn Vorhaben, das im Rahmen des vom bayerischen Digitalministeriums ausgeschriebenen Ideenwettbewerbs „Kommunal? Digital!" gefördert wird. Ergoldsbach erhält dafür eine Förderung in Höhe von 432.000 Euro. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen anschließend auch anderen Kommunen als Best-Practice-Beispiele zur Verfügung stehen.

„Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern für die Menschen da. In Ergoldsbach nutzen wir innovative Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, um die Bevölkerung besser zu schützen und die Kommunen resilienter gegen Extremwetter zu machen. Wir setzen auf kluge Prävention mit Hilfe von Innovation. Im modernen Bayern wird KI damit vom Science-Fiction-Schreckgespenst aus der Zukunft zum Lebensretter in der Gegenwart", betonte Digitalminister Dr. Fabian Mehring bei einem Besuch des Vorzeigeprojekts. **DK**

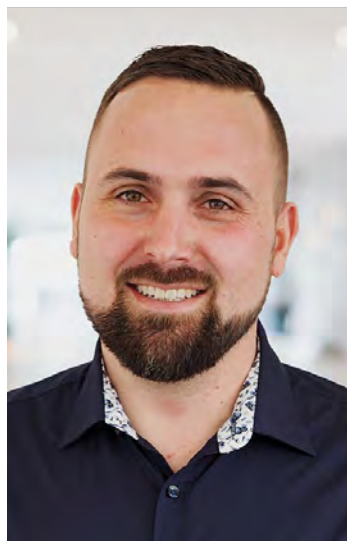


Bayerns Energiewende:

Gemeinden im Fokus

Daniel Ziehr, Leiter des bayerischen VSB-Regionalbüros, beleuchtet im Gespräch, wie Bayerns ambitionierte Klimaziele durch die Zusammenarbeit mit Gemeinden und den Einsatz innovativer Strategien erreicht werden können. Akzeptanz und maßgeschneiderte Beteiligungsmodelle legen seiner Meinung nach den Grundstein für eine erfolgreiche und nachhaltige Energiezukunft des Freistaates.

Könnten Sie uns zunächst einen Überblick über die aktuellen regionalen Klimaziele in Bayern geben und wie sich diese auf Gemeinden und Kommunen auswirken?
Daniel Ziehr: Bayern hat sich im Bereich der erneuerbaren Energien klare Ziele gesetzt. Bis Ende 2027 sollen in jeder Planungsregion 1,1 Prozent und bis Ende 2032 bayernweit 1,8 Prozent als Windenergieflächen ausgewiesen werden. Dies stellt eine große Chance für die Kommunen dar, selbstbestimmt zu handeln, indem sie geeignete Flächen an die regionalen Planungsverbände melden. Die Kommunen haben damit jetzt die Chance, selbstbestimmt den Ausbau erneuerbarer Energien mitzugestalten.
Wie können Kommunen und Gemeinden von Erneuerbaren Energien-Projekten profitieren?
Ziehr: Die Chance, von erneuerbaren Energieprojekten zu profitieren, sollte genutzt werden! Durch die Entwicklung maßgeschneiderter Beteiligungsstrategien können Kommunen und Gemeinden nicht nur finanzielle Vorteile realisieren, sondern auch lokale Wertschöpfung generieren. Darüber hinaus wird die Verfügbarkeit erneuerbarer Energien zunehmend zu einem entscheidenden Standortvorteil. In einer Zeit, in der das Bewusstsein und die Nachfrage für Nachhaltigkeit steigen, sind Standorte mit Zugang zu erneuerbaren Energiequellen für potenzielle Neuansiedlungen attraktiver. Das macht Gemeinden, die auf erneuerbare Energien setzen, für Unternehmen besonders attraktiv.
Inwieweit ist es wichtig, dass die Entwicklung und Umsetzung von Erneuerbaren Energien-Projekten auf kommunaler Ebene von der Akzeptanz der Bevölkerung begleitet wird und wie sieht dies in der Praxis aus?



Daniel Ziehr, Leiter des VSB-Regionalbüros in Bayern Bild: VSB

Ziehr: Wir bei VSB sind davon überzeugt, dass Akzeptanz in der Bevölkerung ein entscheidender Faktor für den Erfolg von Erneuerbaren Energien-Projekten ist. Bei VSB wird dieses Prinzip aktiv umgesetzt, indem Gemeinden und Bürger von Anfang an in die Planung einbezogen werden. Wir setzen auf eine breit angelegte frühzeitige Informationskampagne sowie auf umfassende Beteiligungsmöglichkeiten wie die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften, Bürgersparmodellen oder die Zusammenarbeit mit Stadtwerken und anderen lokalen Akteuren. Die Maßnahmen werden immer individuell auf den Standort und die spezifischen Bedürfnisse der Gemeinde abgestimmt.
Welche konkreten Schritte unternimmt VSB, um sicherzustellen, dass die Erneuerbaren Energien-Projekte langfristig effizient und rentabel betrieben werden können?
Ziehr: VSB verfügt über mehr als 25 Jahre Erfahrung in der Projektentwicklung und Betriebsführung von erneuerbaren Energieanlagen, über 700 Projekte haben wir erfolgreich geplant und umgesetzt. Auch individuelle Energielösungen gehören zu unserer Kernkompetenz. Bei all unseren Projekten legen wir großen Wert auf eine professionelle und nachhaltige Planung sowie eine zuverlässige Betriebsführung. Damit stellen wir sicher, dass unsere Projekte langfristig effizient und rentabel betrieben werden.
Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen VSB und den kommunalen Entscheidungsträgern, um eine nachhaltige Energieversorgung auf regionaler Ebene sicherzustellen?
Ziehr: Die Zusammenarbeit mit kommunalen Entscheidungsträgern gestaltet sich als ein partnerschaftlicher Prozess, in dem Transparenz, Kommunikation und gemeinsame Zielsetzungen im Vordergrund stehen. VSB arbeitet eng mit Gemeinden und Landkreisen zusammen, um nicht nur den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, sondern auch lokale Interessen und Bedürfnisse zu berücksichtigen.
Wie sehen Sie die Zukunft der erneuerbaren Energien in Bayern und welche langfristigen Pläne hat VSB, um die Gemeinden weiterhin auf ihrem Weg zur Energiewende zu unterstützen?
Ziehr: In Bayern sehen wir ein großes Potenzial für erneuerbare Energien: Als VSB-Regionalbüro in Bayern engagieren wir uns aktiv dafür, die Kommunen auf ihrem Weg zur Energiewende bestmöglich zu unterstützen. Unser Ziel ist es, den Ausbau erneuerbarer Energien in den kommenden Jahren im Freistaat voranzutreiben und zusammen mit regionalen Akteuren zu gestalten. Dafür setzen wir weiterhin auf maßgeschneiderte Beteiligungskonzepte, um die lokale Wertschöpfung zu stärken und die gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern. Wir freuen uns darauf, mit den Kommunen und Gemeinden ins Gespräch zu kommen. Eine gute Gelegenheit hierfür bietet sich am 23. April beim Bayerischen EnergieForum. Lassen Sie uns gemeinsam dem bayerischen Wind wieder Flügel verleihen!



Grüne Zukunft: Gemeinden sind der Motor der bayerischen Energiewende. Bild: VSB

Kontakt:

VSB Neue Energien Deutschland GmbH , Regionalbüro Regensburg, Bischof-von-Henle-Str. 2a, 93051 Regensburg |0941 298375 122 | bayern@vsb.energy ❐

Bad Berneck setzt auf Photovoltaik

Die Stadt Bad Berneck im Fichtelgebirge liegt im Landkreis Bayreuth und ist bekannt als Luftkurort und Heilbad. Wie alle Kommunen möchte auch Bad Berneck einen Beitrag zur Energiewende leisten, vor allem aber die Energiekosten für die Abwasseranlage senken. Wie hat die Stadt diese Aufgabe angepackt, ohne die Verwaltung zusätzlich zu belasten und ohne den Haushalt zu überfordern?

Die Stadt hatte zunächst mit dem eigenen Bauamt eine Liste aller städtischen Gebäude zusammengestellt, auf denen grundsätzlich eine Aufdach-PV-Anlage technisch machbar und sinnvoll erscheint. Für die weitere Bearbeitung und Auswahl eines wirtschaftlich sinnvollen Projektes aus dieser Liste hat sich die Stadt für eine enge Zusammenarbeit mit einem kommunalen Dienstleister, nämlich der KFB Leasfinanz GmbH aus Reuth bei Erbendorf entschieden. Die KFB ist ein inhabergeführtes Familienunternehmen in der zweiten Generation und steht für „Kommunales Für Bayern“. Die KFB Leasfinanz GmbH ist ein Spezialist für kommunales Leasing und hat eine Lizenz hierfür von der BaFin. Bei PV-Anlagen übernimmt die KFB die Konzeptionierung, die Angebotseinholung bei den Bau- und Installationsfirmen und abschließend die langfristige Finanzierung.

Entscheidung für Mietkauf

Erster Bürgermeister Jürgen Zinnert erklärt die Details: „Wir haben der KFB die Aufgabenstellung genannt, mögliche Lieferfirmen vorgeschlagen und die KFB zum Verhandeln der Preise ins Rennen geschickt. Die KFB hat uns dann – unter Beachtung eines fairen Wettbewerbs – die erhaltenen Angebote zum Vergleich vorgestellt. Nach den – von der KFB durchgeführten – Bieterverhandlungen kam der Vergabevorschlag für den Stadtrat unter voller Transparenz zustande. Und nicht nur das, die KFB hat in der Folge unsere regionale Sparkasse und unsere Genossenschaftsbank in die Finanzierung miteinbezogen und die jeweiligen Konditionen angefragt. So konnte die KFB für die jeweils anstehende Objektfinanzierung mehrere Finanzierungsvorschläge mit unterschiedlichen Laufzeiten unterbreiten.“ Nach der Beratung im Stadtrat durfte die Stadt Berneck auch bei der Refinanzierung der Objekte durch die KFB Leasfinanz GmbH mitbestimmen. Die Entscheidung fiel zugunsten eines Mietkaufs. Die Vorteile des Mietkaufs fasst Robert Rüger, Geschäftsführer KFB kurz zusammen. „Beim Mietkauf werden die Gesamtkosten der Investition über eine vertragliche Laufzeit verteilt und durch fest definierte Mieten bezahlt. Sie erwerben unmittelbar wirtschaftliches Eigentum. Diese Form der Finanzierung kann sinnvoll sein, wenn Sie beispielsweise Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen, welche an den Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums geknüpft sind.

Bei der Größenordnung des Investments war bei der Stadt eine Rechtsaufsichtgenehmigung nach Art 72 BayGO (kreditähnliche Rechtsgeschäfte) nicht erforderlich. Dennoch sind die monatlichen Mietkaufraten geschätzten Erträge im Eigenverbrauch als durchlaufende Posten in den Haushalt aufzunehmen. Somit war eine direkte Kreditaufnahme für die Stadt Bad Berneck nicht erforderlich; ein weiterer Vorteil, weil nur die jährlichen Finanzierungsraten in den Haushalt eingestellt werden mussten. Dieser Punkt erleichterte die jeweils haushaltsrechtlichen Entscheidungen sehr.



Bürgermeister Jürgen Zinnert. Bild: Stadt Bad Berneck

Die Anlage ist komplett als Eigenverbrauchsanlage ausgelegt. Brandschutzauflagen wurden bei der Anlagenauslegung ebenso berücksichtigt wie die außerordentlich hohen Schneelasten im Fichtelgebirge. Die Kläranlage hat einen jährlichen Gesamtenergieverbrauch von 180.000 kWh. Auch mit den über 200 Modulen von jeweils 420 Watt (peak) auf der Dachfläche kann der Gesamtenergiebedarf der Kläranlage naturgegeben nicht vollständig abgedeckt werden, jedoch kann der Jahresverbrauch um 70 bis 90.000 kWh reduziert werden. Bei einem angenommenen Strompreis von 0,25 Euro pro kWh ergibt das jährliche Einsparungen von etwa 22.000 Euro. Einschließlich aller Kosten, das heißt Baukosten, Prüfungskosten einschließlich der Finanzierungskosten wird sich die Anlage damit nach weniger als 10 Jahren amortisiert haben.

Erster Bürgermeister Zinnert fasst zusammen: „So können wir mit Fug und Recht behaupten, dass wir in der Zusammenarbeit mit der KFB bei der Energiewende unseren Anteil als Stadt leisten und auch die Energiekosten bei der Abwasseranlage senken. Ja, die KFB hat uns bei der Konzeptionierung und Realisierung sehr geholfen. Die langfristige Finanzierung schont unseren Haushalt und lässt Luft für andere dringende Maßnahmen bei unseren kommunalen Pflichtaufgaben. Bei allen Projekten wäre zu überlegen, einen privatrechtlichen Dienstleister wie die KFB einzuschalten. Das gibt doch auch der Art. 61 der BayGO so vor: Aufgaben sollen in geeigneten Fällen daraufhin untersucht werden, ob sie durch private Dritte ebenso gut erledigt werden können.“ ❐

Die kommunale Wärmewende:

31. C.A.R.M.E.N.-Forum in Straubing

Die Wärmeplanung stellt Kommunen vielerorts vor die gleiche Frage: Wie lassen sich sinnvolle Konzepte erarbeiten und in die Tat umsetzen? Diese Fragestellung erörtert C.A.R.M.E.N. e.V. am 15. April 2024 in Straubing.

Die Besucherinnen und Besucher erwarten hilfreiche Impulse und Hintergrundinformationen rund um die Umsetzung der Wärmewende im kommunalen Umfeld und Vernetzungsmöglichkeiten mit den Wegbereitern und Akteuren der kommunalen Wärmewende!

Staatsminister Hubert Aiwanger eröffnet das Programm des 31. C.A.R.M.E.N.-Forums. Rund um den Titel „Kommunale Wärmewende – Rahmenbedingungen, Umsetzung und Best Practice“ werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Expertenbeiträge geboten, die einen Mehrwert für die Umsetzung der kommunalen Wärmewende vor Ort darstellen. Eine Podiumsdiskussion rundet die Veranstaltung ab. ❐

Weitere Informationen

Veranstaltung: https://t1p.de/4ed2u, **Programm:** https://t1p.de/32so0 und **Anmeldung:** https://t1p.de/3f6k9



EU-Verpackungsverordnung:

Kreislaufwirtschaft fördern

Die EU-Ratspräsidentschaft und die Vertreter des Europäischen Parlaments haben eine vorläufige politische Einigung über einen Vorschlag für eine Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle erzielt. Ziel ist es, die steigende Menge der in der EU anfallenden Verpackungsabfälle zu bekämpfen und gleichzeitig den EU-Binnenmarkt für Verpackungen zu harmonisieren und die Kreislaufwirtschaft zu fördern.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) äußerte sich zum gefundenen Kompromiss positiv. „Der historische Höchststand bei Verpackungsabfällen kann nur durch eine stringente Abfallvermeidung und der Förderung von Wiederverwendung und Recycling verringert werden“, erklärte Vizepräsident Patrick Hasenkamp. Die Ziele zur Rezyklierbarkeit bis 2030 wären aus seiner Sicht voraussichtlich unerfüllbar, sollte der Gesetzgebungsprozess nicht noch in dieser EU-Legislaturperiode abgeschlossen werden können.

Deutliche Zunahme der Abfallmenge

Laut der Europäischen Kommission hat die Menge der Verpackungsabfälle in der EU in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 20 Prozent zugenommen und wird bis 2030 um weitere 19 Prozent ansteigen, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Bei Verpackungsabfällen aus Kunststoff ist bis 2030 mit einer Zunahme von 46 Prozent zu rechnen. „Diese Erhebungen zeigen: Wir benötigen zwingend eine stringente Lösung für den Ressourcenschutz und die Abfallvermeidung, um den Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft baldmöglichst zu gewährleisten. Hierfür setzen sich die kommunalen Unternehmen unermüdlich ein. Dafür brauchen wir auch die EU-Verpackungsverordnung“, unterstrich Hasenkamp.

In der vorläufigen Einigung werden die Planziele für 2030 und 2040 für den Mindestanteil an recyceltem Material in Kunststoffverpackungen beibehalten. Die Gesetzgebungsorgane einigten sich darauf, kompostierbare Kunststoffverpackungen und Verpackungen, deren Kunststoffanteil weniger als 5 Prozent des Gesamtgewichts der Verpackung ausmacht, von diesen Zielen auszunehmen. Die Kommission muss die Umsetzung der Ziele für 2030 überprüfen und die Machbarkeit der Ziele für 2040 bewerten.

Die neuen Vorschriften sollen unnötige Verpackungen reduzieren, indem ein maximaler Leerraumanteil von 50 Prozent bei Sammel-, Transport- und E-Commerce-Verpackungen festgelegt wird und die Hersteller und Importeure verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass Gewicht und Volumen der Verpackungen minimiert werden, mit Ausnahme von geschützten Verpackungsdesigns (vorausgesetzt, dieser Schutz war zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung bereits in Kraft).

Der Text legt neue verbindliche Wiederverwendungsziele für 2030 und Richtziele für 2040 fest. Die Zielvorgaben variieren je nach Art der von den Unternehmen verwendeten Verpackungen: alkoholische und alkoholfreie Getränke (mit Ausnahme von Wein und aromatisierten Weinen, Milch und anderen leicht verderblichen Getränken), Transport- und Verkaufsverpackungen (mit Ausnahme von Verpackungen für gefährliche Güter oder Großgeräte und flexiblen Verpackungen, die in direktem Kontakt mit Lebensmitteln stehen) sowie Sammelverpackungen. Auch Kartonverpackungen sind generell von diesen Anforderungen ausgenommen.

Kunden dürfen eigene Behälter mitbringen

Take-away-Betriebe wurden verpflichtet, ihren Kunden die Möglichkeit zu bieten, ihre eigenen Behälter mit kalten oder warmen Getränken oder Fertiggerichten ohne Aufpreis mitzubringen. Außerdem müssen bis 2030 10 Prozent der Produkte in Verpackungen angeboten werden, die für die Wiederverwendung geeignet sind.

Nach den neuen Vorschriften müssen die Mitgliedstaaten bis 2029 die getrennte Sammlung von mindestens 90 Prozent der Einwegplastikflaschen und metallischen Getränkeverpackungen pro Jahr sicherstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sie Pfandsysteme (DRS) für diese Verpackungsformate einrichten.

Die Gesetzgebungspartner einigten sich zudem darauf, die Mitgliedstaaten von der Verpflichtung zur Einführung eines DRS auszunehmen, wenn sie im Jahr 2026 eine Getrenntsammlungsquote von über 80 Prozent erreichen und einen Umsetzungsplan mit einer Strategie zur Erreichung des übergeordneten Ziels von 90 Prozent Getrenntsammlung vorlegen.

Beschränkungen für bestimmte Verpackungsformate

Mit den neuen Vorschriften werden Beschränkungen für bestimmte Verpackungsformate eingeführt, darunter Einweg-Plastikverpackungen für Obst und Gemüse, für Lebensmittel und Getränke, Gewürze und Soßen im HORECA-Sektor, für kleine Kosmetik- und Toilettenartikel, die im Beherbergungsgewerbe verwendet werden (z. B. Shampoo- oder Bodylotion-Flaschen), und für sehr leichte Plastiktüten (z. B. solche, die auf Märkten für lose Lebensmittel angeboten werden).

Auch der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft (BDE) bezeichnete die vorläufige Einigung zur EU-Verpackungsverordnung als richtiges und wichtiges Votum: „Wir sind sehr erleichtert. Die EU-weit geltenden neuen Regeln für Verpackungen sind dringend notwendig, um die hochwertige ressourcen- und klimaschonende Kreislaufführung von Verpackungsabfällen weiterzuentwickeln. Genau dies ist wichtig“, erklärte Hauptgeschäftsführer Andreas Bruckschen in Berlin. **DK**



Gemeinsam erfolgreich: Beim LPV ziehen Politik, Stadt Würzburg und Naturschützer an einem Strang. Bild: LPV, Stephanie Möltner

20 Jahre Landschaftspflegeverband:

Gemeinsame Pflegeaktion im Dürrbachtal

Der Landschaftspflegeverband für Mensch und Natur Stadt Würzburg e.V. (LPV) hatte anlässlich seines 20-jährigen Bestehens zu einer gemeinsamen Mitmachaktion von Mitgliedern und der BUND Naturschutz Ortsgruppe Dürrbachtal geladen.

Die Veranstaltung, die noch vor Beginn der Vogelbrutzeit stattfand, war ein großer Erfolg. Politiker, Beschäftigte der Stadt Würzburg und engagierte Naturschützer arbeiteten Hand in Hand, um gemeinsam eine völlig zugewachsene Trockenmauer wieder in einen attraktiven Lebensraum für verschiedene Tier- und Pflanzenarten zu verwandeln. Durch die zahlreichen helfenden Hände war die circa 30 Meter lange Trockenmauer in kurzer Zeit von beschattenden Gehölzen und Gestrüpp befreit.

„Die Veranstaltung hat gezeigt, dass der Schutz und die Förderung unserer Kulturlandschaft einer gemeinsamen Verantwortung unterliegen, die nur durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten erfolgreich bewältigt werden kann. Nach unserem beherzten Eingreifen finden gefährdete Schlingnattern oder Zauneidechsen wieder wertvollen Lebensraum im Dürrbachtal“, freut sich der 1. Vorsitzende des LPV, Bürgermeister Martin Heilig, und betont damit die Wichtigkeit des Artenschutzes.

Unter dem Motto „Wir lieben Landschaft“ ist der Landschaftspflegeverband für Mensch und Natur Stadt Würzburg e.V. seit 2004 tätig. Ein wesentliches Merkmal aller Landschaftspflegeverbände ist die Drittelparität der Vorstandschaft. Sie setzt sich aus Vertretern der Landnutzer, des Naturschutzes und der Kommunalpolitik zusammen. Dadurch wird der Interessensausgleich zwischen den Gruppen sichergestellt, was die Erfolgsgeschichte des LPV seit über 20 Jahren prägt. ❐



IFAT Munich vom 13. bis 17. Mai 2024:

Rund 50 internationale Start-ups präsentieren ihre Innovationen

Green Stage: Aktionsfläche für Vorträge, Networking und Diskussionen

Die IFAT Munich präsentiert sich erneut als Startrampe für innovative Jungunternehmen der Umwelttechnologiebranche. Zwischen dem 13. und 17. Mai 2024 stellen sie sich der internationalen Fachwelt unter anderem in der Start-up Area, auf der Green Stage und bei speziellen Führungen vor.

„Während sich in anderen Wirtschaftsbereichen das Gründungsgeschehen abgekühlt hat, ist die Dynamik der Start-up-Szene in der Umwelttechnologiebranche ungebrochen hoch", freut sich Stefan Rummel. Der Geschäftsführer der Messe München führt dies hauptsächlich auf die langfristige, existentielle Bedeutung der bearbeiteten Themenfelder zurück. „Die Lösung der globalen Umweltprobleme – wie der Klimawandel und seine Folgen, verschmutzte Meere und Wassermangel oder wachsende Abfallberge und schwindende natürliche Ressourcen – gehört zu den großen Menschheitsaufgaben und bietet einen geradezu unbegrenzten Raum für innovative Ideen und neue Geschäftsmodelle", ist sich Rummel sicher.

Folgerichtig erhalten Jungunternehmen auf der IFAT Munich 2024 erneut ein breites Forum. So weist die Weltleitmesse für Umwelttechnologie zwischen 13. und 17. Mai dieses Jahres in Halle C4 wieder eine Start-up Area aus. In dem gesonderten Ausstellungsbereich stellen sich rund 50 Nachwuchsfirmen aus über 15 Nationen vor. Dazu gehört beispielsweise das norwegische Unternehmen Renasys, das mit einer neuartigen mechanischen Filtration die Abwasseraufbereitung revolutionieren will. „Unser Verfahren bietet beispiellos hohe Durchflussraten für Filtrationsstufen von 40 bis 5 Mikrometer", erläutert Christopher Sveen, Mit-Gründer und Geschäftsführer bei Renasys, und fährt fort: „Damit erreichen wir nicht nur eine überragende Effizienz bei der Partikelentfernung, sondern leisten auch Pionierarbeit bei der Rückgewinnung von Ressourcen, zum Beispiel von organischen Stoffen aus kommunalen Abwässern oder von Mineralien aus dem Bergbau." Sein Ziel ist es, auf der IFAT Munich weitere langfristige Partnerschaften zu schmieden, um gemeinsam einige der weltweit dringendsten ökologischen Herausforderungen anzugehen.

Die IFAT Munich 2024 markiert ferner den Markteinstieg von Solar Materials. Das Magdeburger Start-up hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit seiner patentierten Technologie Solarmodule vollständig zu recyceln. „Dabei werden nicht, wie bisher branchenüblich, nur Glas, Aluminium und Kupfer zurückgewonnen, sondern auch der kritische Rohstoff Silizium und das Edelmetall Silber", beschreibt Mit-Gründer Dr.-Ing. Jan-Philipp Mai. Nach seinen Worten sinken durch diese Wertschöpfung die Recyclinggebühren für Kunden wie Solarparkbetreiber und Modulhersteller. Aktuell verfügt das Unternehmen über eine jährliche Recyclingkapazität von bis zu 150.000 Modulen, die bereits im Jahr 2025 auf 500.000 Module ausgebaut werden soll.

Der „weltweit effizienteste und vertrauenswürdigste Marktplatz für Sekundärmetalle" zu werden ist derweil der Plan des im Jahr 2022 in Köln gegründeten Jungunternehmens Metycle. Die digitale Plattform ermöglicht Verkäufern und Käufern den Handel mit allen Arten von Metallen und Mischmetallen. Metycle managt dabei die gesamte Handelskette, so dass Schrotthändler und Metallsammler nicht selbst in Kontakt mit Recyclingunternehmen und Schmelzhütten treten. Die jeweiligen Parteien des Geschäfts können die Lieferkette in Echtzeit online verfolgen.

Täglich Führungen zu ausgewählten Start-ups

Neben dem Besuch der Aussteller der Start-up Area „auf eigene Faust" kann sich das Fachpublikum der IFAT Munich 2024 auch geführten Touren anschließen. An den Nachmittagen von Montag bis Donnerstag werden dabei unter sachkundiger Leitung ausgewählte Unternehmen des Sonderbereichs aufgesucht.

Als weiteres Informations- und Networkingangebot ist in die Start-up Area unter dem Namen „Green Stage" eine Aktionsfläche für Ausstellervorträge, Präsentationen von Verbänden und Partnerinstitutionen sowie wissenschaftlich orientierte Diskussionsrunden integriert. An den Vormittagen der vier ersten Messetage stehen hier jeweils rund zweistündige Vortrags- und Diskussionsblöcke zu für die Gründerszene besonders relevanten Themen auf dem Programm. So werden am Beispiel der automatisierten Demontage das Ende der linearen Wirtschaft und die Chancen von Industrie-Kollaborationen beleuchtet, während anhand des Bausektors aktuelle Ansätze für eine optimierte Kreislaufwirtschaft präsentiert und diskutiert werden. Weitere Schwerpunkte sind die technischen Umsetzungsmöglichkeiten aus der Bioökonomie sowie die Zusammenarbeit von Start-ups mit dem öffentlichen Sektor.

„Mit der Start-up Area erleichtern wir Jungunternehmen den Marktzugang und bieten einen ‚Verdichtungsraum der Gründerszene' an, aber selbstverständlich finden sich auch unter den sonstigen Ausstellern unserer 18 Hallen und des Freigeländes viele weitere spannende Newcomer", betont Philipp Eisenmann, Exhibition Director der IFAT Munich.

Erstmalig und direkt als Hauptaussteller in Halle B5, Stand 124 dabei ist WeSort.AI. Innerhalb von nur zweieinhalb Jahren entwickelte sich das im Jahr 2021 gegründete Würzburger Unternehmen von einer vielversprechenden Idee zu einem beachteten Akteur in der Recyclingbranche. Spezialisiert auf die granulare Analyse und Sortierung von Abfallobjekten mittels Künstlicher Intelligenz (KI) und Objekterkennung, revolutioniert WeSort.AI die Abfallwirtschaft. „Mit unserer Lösung erschließen wir neue Fraktionen und erreichen bislang unerreichte Reinheiten", erklärt Co-Founder Nathanael Laier und fährt fort: „Ein Highlight unserer Technologie, das Produkt ‚BatterySort', leistet einen wesentlichen Beitrag zur Brandprävention in Sortieranlagen. Wir werden dieses auf der IFAT Munich auch auf der Green Stage in einem Vortrag vorstellen." Die Technologie ist bereits erfolgreich bei verschiedenen Recyclern in Deutschland im Einsatz, im Jahr 2024 werden weitere KI-Analyse- und Sortiermaschinen installiert.

Welche hervorragenden Entwicklungen ehemalige Nachwuchsfirmen nehmen können, zeigt das Beispiel von Greyparrot. Das britische Unternehmen präsentierte schon bei der letzten IFAT Munich im Jahr 2022 – damals noch als Teil der Start-up Area – sein innovatives System, das mittels KI und maschinellem Lernen den Abfallsortierungsprozess optimiert. Auch in diesem Jahr ist Greyparrot wieder in München dabei, diesmal jedoch als „regulärer" Aussteller in Halle B4, Stand 137.

Fortschritt durch Zusammenarbeit

„In den vergangenen zwei Jahren ist es bei uns auf vielen Feldern massiv vorangegangen – von der Erweiterung unserer Abfallerkennungsbibliothek auf mehr als 70 Kategorien über die Installation von über 100 Greyparrot-Analyzers in 14 Ländern bis hin zu unserer kürzlich angekündigten strategischen Partnerschaft mit Bollegraaf, dem weltweit größten Hersteller von Recyclinganlagen", berichtet Mikela Druckman. Und die CEO von Greyparrot blickt weiter nach vorne: „Fortschritte bei der Bewältigung der globalen Abfall- und Ressourcenkrise können nur erzielt werden, wenn wir zusammenarbeiten. Wir freuen uns daher erneut auf die IFAT Munich, um herauszufinden, wie unser System die internationalen Hauptakteure des Recyclingsektors noch weitgreifender unterstützen kann." ❐

Leuchtende Turnschuhe und brennende Recyclinganlagen

Schwerpunkt Elektroaltgeräte: Aktuelle Herausforderungen bei der Fachtagung „Wertstoffhof 2024"

Dass der Akku des Smartphones in Brand geraten kann, ist vermutlich allgemein bekannt – welche Probleme lithiumhaltige Batterien in der Entsorgung darstellen, wird klar, wenn Container in Wertstoffhöfen oder Abfallbehandlungsanlagen brennen. „Das Risiko von Bränden ist mittlerweile so hoch, dass es immer schwieriger wird, Versicherungen für Recyclinghöfe abzuschließen," erklärt Jürgen Beckmann vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU). Rund 1.400 Feuerschäden in Wertstoffhöfen und Recyclingbetrieben jeweils mit einer Schadenssumme von mindestens 200.000 Euro wurden in den vergangenen zehn Jahren gemeldet. Eine Vielzahl an rechtzeitig gelöschten Entstehungsbränden ist hierbei gar nicht erfasst.

Mehr als 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten bei der Fachtagung „Wertstoffhof 2024" am LfU in Augsburg die aktuellen Herausforderungen bei der Entsorgung speziell von Elektroaltgeräten. Neben der Brandgefahr durch Lithium-Batterien ging es auch um die Frage, wie mit kleinsten elektrischen Bauteilen umzugehen ist.

Bei falscher Handhabung oder Entsorgung im Restmüll kann eine Lithium-Batterie für Nutzer und Entsorger gefährlich werden: Es sind Brände für die gesamte Sammel- und Entsorgungsphase dokumentiert, sowohl im Haushalt, am Wertstoffhof, in Müllfahrzeugen als auch in Recyclinganlagen. Hat sich ein Brand durch Lithium-Ionen- Akkus erst einmal entwickelt, ist dieser nur schwer wieder zu löschen.

Immer mehr Elektrogeräte werden auf den Markt gebracht: Waren es deutschlandweit im Jahr 2016 noch etwa 2 Millionen Tonnen Elektrogeräte, so stieg die Zahl im Jahr 2022 auf bereits rund 3 Millionen Tonnen – ein Anstieg um 50 Prozent. Derzeit liegen Produkte wie Möbel oder Sofas mit elektronischen Zusatzfunktionen, „smarte" Sportbekleidung und Turnschuhe mit Leuchtsohle stark im Trend. Da sie eine fest integrierte elektrische Funktion aufweisen, zählen auch diese Produkte zu den Elektro- und Elektronikgeräten, die am Ende der Nutzungsphase in vorgesehenen Sammel- und Rücknahmestellen abgegeben werden müssen.

„Wirksame Lösungen kommen im Kollektiv", betonte Werner Bauer von der ia GmbH-Wissensmanagement und Ingenieurleistungen bei der Diskussion über Lösungsansätze für die Branche. Die Entsorgung und das Recycling von Elektrogeräten müssen bereits bei der Entwicklung und im Design neuer Produkte mitgedacht werden, z.B. durch eine modulare Bauweise von Produkten, bei der die elektrischen Einheiten einfach durch die Nutzer entfernt werden können. Auch die erweiterte Herstellerverantwortung durch Rücknahme- und Entsorgungspflichten müsse angegangen werden.

In der Diskussion wurden auch Forderungen nach einem Verbot bestimmter Einwegprodukte laut. Die von Bayern initiierte Bundesratsinitiative zum Verbot von Einweg E-Zigaretten fand viel Zuspruch. „Es geht um praxisgerechte und für die Verbraucherinnen und Verbraucher alltagstaugliche Lösungen", fasste der Vizepräsident des LfU, Dr. Richard Fackler, das Ziel im Umgang mit Elektroaltgeräten zusammen. ❐

Umweltminister Glauber:

Dauerhafte Erfolgsprojekte

Ehrung für BUND Naturschutz Kreisgruppe Günzburg, Energiewende Oberland – Bürgerstiftung für erneuerbare Energien und Energieeinsparung, Naturpark Ammergauer Alpen e.V. und die Umweltstation Dingolfing-Landau: Die vier Einrichtungen wurden von Umweltminister Thorsten Glauber für ihre Umweltbildungsangebote ausgezeichnet. Sie zählen damit zu den aktuell rund 150 Trägern des Qualitätssiegels „Umweltbildung.Bayern".

Umweltbildung

„Umweltbildung lebt vom Mitmachen. Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir den Umwelt- und Klimaschutz fest in der Gesellschaft verankern", betonte Glauber. „Mehr als 30.000 Veranstaltungen werden von den Qualitätssiegelträgern jedes Jahr in Bayern angeboten. Damit erreichen wir mit unseren Bildungsangeboten mehr als eine Million Menschen. Mit dem Qualitätssiegel wollen wir die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern weiter stärken und zum Mitmachen motivieren. Unsere Partner füllen die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern mit Leben und machen aus Projekten Herzensangelegenheiten."

Seit 2006 verleiht das Umweltministerium das Qualitätssiegel gemeinsam mit dem Kernteam „Umweltbildung.Bayern" an Einrichtungen, Selbstständige sowie Netzwerke, die hochwertige (Umwelt-)Bildungsangebote im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) anbieten. Mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen tragen die Partner insbesondere Umwelt- und Klimaschutzthemen in die breite Öffentlichkeit. Die Auszeichnung erfolgt befristet für drei Jahre und kann verlängert werden. Das Umweltministerium stellt jährlich insgesamt rund 3,8 Millionen Euro für die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern bereit.

Wie das Umweltministerium weiter mitteilte, wird der Moorschutz in Bayern weiter gestärkt. Rund acht Millionen Euro fließen in den kommenden fünf Jahren in drei neue große Moorprojekte in Schwaben. Die neuen Projekte liegen im Gundelfinger- und Leipheimer Moos in den Landkreisen Dillingen an der Donau und Günzburg, im Dattenhauser Ried im Landkreis Dillingen an der Donau sowie im Gennachhauser Moor mit den Korbseemooren im Landkreis Ostallgäu. Sie werden durch das Bayerische Umweltministerium und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert.

Moorschutz und Landesgartenschauen

Bayern verfügt insgesamt über rund 220.000 Hektar Moorflächen. Der Freistaat will diese kostbaren Lebensräume noch besser schützen. Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist es, bis 2040 insgesamt 55.000 Hektar wiederzuvernässen.

Nach Angaben von Umweltminister Glauber baut der Freistaat zudem die finanzielle Unterstützung für Landesgartenschauen deutlich aus und fördert die Kommunen künftig zusätzlich auch bei der Durchführung einer Gartenschau. „Landesgartenschauen schaffen Chancen für die Kommunen. Sie bieten Möglichkeiten für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Sie ermöglichen grüne Oasen in den Kommunen und fördern Naherholung und Naturerlebnisse vor Ort. Durch eine deutliche Erweiterung des staatlichen Förderangebots sollen die Landesgartenschauen auch in Zukunft ihre Erfolgsgeschichte fortschreiben können", erklärte Glauber.

Künftig werden auch die Ausgaben der Kommunen für die Durchführung einer Landesgartenschau mit bis zu einer Million Euro gefördert. Außerdem wächst die Investitionsförderung auf bis zu sechs Millionen Euro an. Damit ist die Förderung einer Landesgartenschau durch den Freistaat mit bis zu sieben Millionen Euro möglich.

Derzeit erhalten Kommunen, die eine Landesgartenschau durch führen, Zuwendungen für Investitionen zur Schaffung von Grün- und Erholungsstrukturen. Förderfähig sind unter anderem dauerhafte Pflanzbereiche, Ruhezonen, Teichanlagen oder das Wegesystem. Die höchstmögliche staatliche Förderung dafür liegt derzeit bei fünf Millionen Euro. Diese Fördersumme wird um eine Million Euro angehoben. Hinzu kommt künftig eine weitere Million zur Förderung der Durchführungskosten, beispielsweise für Personal.

Das Umweltministerium hat seit 1980 Gartenschauen mit insgesamt knapp 80 Millionen Euro gefördert. Dadurch wurden bislang über 530 Hektar dauerhafte Grün- und Erholungsflächen in Bayern geschaffen. Über 25 Millionen Gäste haben die Gartenschauen bisher besucht. Die nächste Landesgartenschau findet in diesem Jahr in Kirchheim bei München statt, im Jahr 2025 ist Furth im Wald Ausrichter. Für das Jahr 2026 wird nach der Absage der Stadt Tittmoning nach einer Ersatzlösung gesucht. **DK**

Öko-Modellregionen Bamberger Land und Obermain-Jura:

Gemeinsam für die Artenvielfalt

Am 3. März fand der Welttag des Artenschutzes statt, der von den Vereinten Nationen als Aktionstag zum Schutz bedrohter Wildtier- und Pflanzenarten ausgerufen wurde. Ein Anlass für die Öko-Modellregionen Bamberger Land und Obermain-Jura, verschiedene Interessierte aus der Region in die Gemeindebücherei Oberhaid einzuladen, um über wirksame Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt zu informieren und Akteure zu vernetzen.

Die Landwirtschaft gestaltet, pflegt und erhält unsere Kulturlandschaften, unterstützt damit die Biodiversität und setzt mit Leidenschaft und in hoher Eigeninitiative Strategien zur Förderung der Artenvielfalt um, die weit über die gesetzlichen Regelungen hinausgehen.

Sehr erfreulich war die rege Teilnahme von 25 Interessierten aus unterschiedlichen Bereichen. So waren neben biologisch und konventionell wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten und einer Biodiversitätsbeauftragten einer Kommune auch Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden, dem örtlichen Bauhof, der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG), des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), des Gemeindeverbundes ILE-Jura-Scheßlitz und der Obst- und Gartenbauvereine anwesend.

Referentin Aline Stieglitz von der Bioland-Naturschutzberatung führte anhand ihrer praktischen Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft ein Bündel an Möglichkeiten vor, wie sowohl im Ackerbau und Grünland als auch an der Hofstelle Rückzugsräume und Wandermöglichkeiten für Insekten und Wildtiere geschaffen werden können, und das zum Teil mit kleinen und schnell umsetzbaren Maßnahmen als Kleinstbiotop. Besonders interessant war für die Teilnehmer die Erkenntnis, dass nur 10 Prozent der Ackerunkräuter Schaden verursachen. Die nicht störenden 90 Prozent könnten erhalten werden und bilden ein wichtiges Angebot an Nahrung für Wildbienen und andere Insekten, die für Bestäubung und als „Vogelfutter" enorm wichtig sind. Ein großes Problem für bodenbrütende Vögel sind im Frühsommer nicht angeleinte Hunde in der Flur.

Für mehr Teilhabe an Bildungsprojekten

Schon während des Vortragsteils sammelten die Anwesenden Umsetzungsideen. Beispielsweise wie ein etwas späterer Schnitt von Wiesen und Kleegras zum Schutz von Feldlerchen, veränderter Heckenschnitt durch Kommunen und Wegegemeinschaften, einfache Stein- und Sandhaufen und Totholzaufschüttungen. Ebenso wünschen sich die Akteure der Landwirtschaft eine zunehmende Teilhabe an Bildungsprojekten, um auch den Sinn und Wert einer erfolgreichen Maßnahme zu kommunizieren: Manche Vorhaben, wie der Radikalschnitt einer Hecke scheint im ersten Zug falsch, fördert aber die Neubildung einer Hecke und die Lichtausnutzung und wird in der Regel nur auf jährlich wechselnden kleinen Teilstücken umgesetzt. Aus einigen Gesprächen nach dem Vortrag könnten noch konkrete Projektideen entstehen. ❐

Mehr Stadtbegrünung gegen Hitze und Entsiegelung

Bürgerdelegierte überreichen ihre Empfehlungen zur Klimavorsorge an Umweltstaatssekretärin Christiane Rohleder

Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Bundesregierung ein entschlossenes Handeln gegen die Folgen des Klimawandels. Das ist das zentrale Ergebnis der fünf regionalen Dialogveranstaltungen zur Klimaanpassung, die der Staatssekretärin Christiane Rohleder im Bundesumweltministerium übergeben wurden. Die Bürgerinnen und Bürger fordern mehr innerstädtisches Grün gegen die Hitze und die Entsiegelung von Flächen, damit das Regenwasser wieder in den Boden gelangen kann. Außerdem möchten sie, dass die Entnahme von Grundwasser zum Schutz der Ressourcen klar geregelt wird und sie vor Wetterextremen geschützt arbeiten, lernen und wirtschaften können, damit Leistungsfähigkeit und Gesundheit erhalten bleiben. Die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere ÖPNV und Bahn, müsse auch bei Extremwetterereignissen und Hitze zuverlässig funktionieren.

Umweltstaatsekretärin Christiane Rohleder: „Die Klimakrise wird in Deutschland immer stärker spürbar. Das belegen die in den letzten Jahren zunehmenden Wetterextreme wie Dürren, Hitzewellen und Starkregen. Wie sich in Zukunft Klimafolgen mindern und Lebensqualität erhalten lässt, zeigen uns Bürgerinnen und Bürger mit ihren Zukunftsbildern und machen konkrete Vorschläge für die Politik. Die Ergebnisse helfen bei der weiteren Entwicklung der neuen Klimaanpassungsstrategie, in der wir die Perspektiven und Vorschläge aus der Bevölkerung berücksichtigen."

Gemeinschaftliches Engagement

Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes: „Die fünf Dialoge haben bestätigt, dass die Menschen sich von den Folgen des Klimawandels betroffen fühlen und zu Lösungen beitragen wollen. So legen die beteiligten Bürgerinnen und Bürger Wert darauf, dass Menschen im Klimawandel gesund bleiben und sich und andere besser schützen können. Dafür wollen sie beispielsweise gekühlte öffentliche Räume bei Hitze, aber auch eine bessere Aufklärung über Risiken. Im Zusammenhang mit der Forderung nach einem grünen, lebendigen Wohnumfeld und klimaangepassten Gebäuden ist ebenfalls die Bereitschaft zu gemeinschaftlichem Engagement erkennbar. Das ist eine große Chance, um Klimaanpassung auch vor Ort umzusetzen."

Thema Klimaanpassung bekannter machen

Die Bürgerinnen und Bürger fordern beim Thema Versorgung mit Wasser, Energie und Rohstoffen auch, dass die Entnahme von Grundwasser klar geregelt und die Energieversorgung dezentralisiert wird, um die Versorgung sicherzustellen. Der Zugang zu klimaangepassten öffentlichen Räumen müsse für alle und gerade die besonders von Hitze betroffenen Bevölkerungsgruppen ohne lange Wege ermöglicht werden. Insgesamt wünschen sie sich, dass das Thema Klimaanpassung in der Bevölkerung bekannter wird und notwendige Maßnahmen besser akzeptiert werden. Deswegen sollten Bildung, Kommunikation und Beteiligung dazu verstärkt werden.

Hintergrund

Auf Einladung des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes trafen sich im Herbst letzten Jahres zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in fünf Dialogveranstaltungen in den unterschiedlich vom Klimawandel betroffenen Regionen Ostseeküste in Wismar, Mittelelbe in Dessau-Roßlau, Rhein-Ruhr in Duisburg, Rhein-Main in Worms und Bayerischer Wald in Zwiesel. Jeweils zwei Tage lang erarbeiteten insgesamt 331 Personen Ideen und Empfehlungen dazu, wie sich die Zukunft im Klimawandel lebenswert gestalten lässt. Bürgerdelegierte aus den verschiedenen Regionen haben heute die Empfehlungen dem Bundesumweltministerium übergeben.

Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel

Die Bundesregierung entwickelt derzeit die Deutsche Anpassungsstrategie aus dem Jahr 2008 weiter und will bis Ende 2024 eine neue, vorsorgende Anpassungsstrategie an den Klimawandel vorlegen. Diese Strategie ist im neuen Klimaanpassungsgesetz verankert, das im November 2023 vom Bundestag verabschiedet wurde. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses mit Bürgerinnen und Bürgern sowie der Fachwelt werden in die Arbeiten zur neuen Klimaanpassungsstrategie der Bundesregierung einfließen.

Weitere Informationen:

- Empfehlungsbroschüre: https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/empfehlungen-von-buergerinnen-buergern-fuer-die
- Dialog Klimaanpassung (BMUV): https://www.bmuv.de/buergerservice/beteiligung/ueberblick-beteiligung/dialog-klimaanpassung-leben-im-klimawandel
- Dialog Klimaanpassung (UBA): https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/anpassung-an-den-klimawandel/anpassung-auf-bundesebene/dialog-klimaanpassung#undefined ❐

„Unser Wald braucht einen Kurswechsel in Brüssel"

Österreich und Bayern sehen in der derzeitigen EU-Umweltpolitik eine Gefahr für den Erhalt zukunftsfähiger Wälder und einer lebenswerten Heimat. Mit der „Salzburger Erklärung" appellieren der österreichische Forstwirtschaftsminister Nobert Totschnig und Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber an die EU, einen sofortigen Kurswechsel zu vollziehen: „Wir fordern eine europäische Politik, die an den Erfordernissen der Wälder und an den Nöten der Menschen, die sie pflegen, ausgerichtet ist. Anstatt sie durch immer neue überzogene Vorgaben zu gängeln und damit den Glauben an die Europäische Idee zu erschüttern, muss Brüssel ihnen endlich Vertrauen entgegenbringen. Nur mit den Waldbesitzern, und nicht gegen sie, sichern wir klimastabile, zukunftsfähige Wälder im Interesse der gesamten Gesellschaft."

Bundesminister Totschnig würdigte die Charta als einen wichtigen Schulterschluss zwischen Bayern und Österreich: „Die wachsende Bürokratie aufgrund des Green Deals und die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen sind nur einige Beispiele, die unsere Waldbäuerinnen und -bauern beschäftigen. Deshalb tragen wir Verantwortung für unsere Regionen, unseren Wald und künftige Generationen, denn nur durch die Selbstbestimmung über die Waldbewirtschaftung können wir dieser gerecht werden."

Gegen Bevormundung

Forstministerin Kaniber zufolge ist die Charta ein klares Zeichen gegen Bevormundung und Misstrauen seitens der EU: „Wir erwarten, dass unsere Waldbesitzer in Brüssel mit am Tisch sitzen. Wir brauchen eine praxisnahe EU-Politik, die den Waldbesitzern dabei hilft, ihre Wälder an den Klimawandel anzupassen, anstatt immer wieder neue Bürokratiemonster zu erschaffen."

Wald und Waldbewirtschaftung haben in Österreich wie in Bayern einen besonders hohen Stellenwert und eine lange Tradition. Mit über vier Mio. Hektar in Österreich und 2,6 Mio. Hektar in Bayern sind beide Länder ausgesprochen waldreich. Gerade im ländlichen Raum ist die Waldbewirtschaftung ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie sichert allein in Österreich und Bayern entlang der Wertschöpfungskette Forst und Holz insgesamt 480.000 Arbeitsplätze bei einer Wertschöpfung von mehr als 44 Mrd. Euro jährlich. Seit Generationen leisten Waldbesitzerfamilien mit der Pflege ihrer Wälder einen unverzichtbaren Dienst für die gesamte Gesellschaft. Denn nur bewirtschaftete, stabile Wälder liefern nachhaltig den klimafreundlichen Rohstoff Holz, reinigen die Luft, filtern Trinkwasser, bewahren die Artenvielfalt und schützen vor Lawinen, Muren, Steinschlägen und Hochwasser. ❐



V.l.: Der Einladung von David und Hermann Lindner folgten der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, Karl Josef Schubert, der Südtiroler Gemeindenverbandschef Andreas Schatzer, Bürgermeister Franz Rasp aus Berchtesgaden für den Bayerischen Gemeindetag und Keynote-Speaker Rudolf Schleyer, Vorstand der AKDB. Bild: Lindner Traktoren

Kommunalforum Alpenraum:

„KI in den Gemeinden muss es der Bevölkerung leichter machen"

Künstliche Intelligenz ist keine Zukunftsvision, sondern im Alltag vieler Gemeinden schon präsent: Das war ein Fazit des Kommunalforums Alpenraum, das im Innovationszentrum des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner in Kundl über die Bühne ging.

Künstliche Intelligenz ist mehr als ChatGPT: Gemeindevertreter und -vertreterinnen aus Südtirol, Tirol und Bayern informierten sich grenzüberschreitend über die Einsatzmöglichkeiten der KI. Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB (Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern), zeigte in seinem Impulsvortrag auf, wie KI die Verwaltung effizienter machen kann und was konkrete Einsatzgebiete sind: von der vorbeugenden Wartung von Straßen bis zu Chatbots, die eine Bürgerkommunikation rund um die Uhr ermöglichen. Sein Appell an die Kommunen: „Probieren Sie die KI aus!" David Lindner und Josef Astner von Lindner Traktoren gaben anschließend einen kompakten Einblick, wie Künstliche Intelligenz und smarte Lösungen in Traktoren und Transportern bereits heute die Arbeit von Gemeinden erleichtern – zum Beispiel im Winterdienst.

Ethik und Datenschutz im Fokus

In der abschließenden Talkrunde diskutierten Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Franz Rasp (Bayerischer Gemeindetag), Fritz Fahringer (Standortagentur Tirol) und Peter Raggl (Direktor Tiroler Bauernbund) über die Chancen und Risiken der KI im kommunalen Sektor. KI würde bereits heute in vielen Bereichen eingesetzt: Bei Übersetzungen, im Rechnungswesen, aber auch bei der Raumplanung. Der Tenor: KI muss dazu beitragen, es den Bürgerinnen und Bürgern leichter zu machen. Und eine weitere breite Forderung: Bei allen KI-Anwendungen müssen Ethik und Datenschutz in Einklang gebracht werden. „Am Ende wird die natürliche Intelligenz weiter wichtiger bleiben als die künstliche", brachte es Karl-Josef Schubert auf den Punkt.

Über das Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative von Lindner Traktoren. Partner sind der Südtiroler Gemeindenverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Österreichische Gemeindebund, Forum Land, der Bayerische Gemeindetag, die Standortagentur Tirol, die Tiroler Tageszeitung, die Bayerische Gemeinde-Zeitung und Bauhof-online. Alle Infos auf www.kommunal-forum-alpenraum.eu und auf LinkedIn. ❐



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden immer knapper. Deshalb verlangen sie nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen.

Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: egal ob besonders kompakt (U 216 / U 218 / U 219), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



V.l. Andreas Meier (Neustadt an der Waldnaab), Willibald Gailler (Neumarkt), Regierungspräsident Walter Jonas, Polizeipräsident Thomas Schöniger, Vizepräsident Robert Fuchs, Richard Reisinger (Amberg-Sulzbach), Franz Löffler (Cham), Tanja Schweiger (Regensburg), Thomas Ebeling (Schwandorf), Andrea Degl (Bayerischer Landkreistag) und Roland Grillmeier (Tischenreuth). Bild: Joachim Gebhardt

Zuwanderung beherrscht die Oberpfälzer Landrätetagung

Landkreis-Quoten bei rund 90 Prozent

Regensburg. Die Flüchtlingsproblematik beherrscht nach wie vor die politische Diskussion – das wurde deutlich bei der Tagung der Oberpfälzer Landräte, die sich in Brennberg im Landkreis Regensburg bei Gastgeberin Tanja Schweiger trafen. Die sieben Kommunalpolitiker unter Vorsitz des Amberg-Sulzbacher Landrats Richard Reisinger tauschten sich auch mit Regierungspräsident Walter Jonas aus.

Jonas brachte denn auch die ersten Zahlen ins Spiel: In der Oberpfalz lägen die Städte über der angestrebten Quote, die Landkreise auch schon bei rund 90 Prozent. Etwa 80 Prozent der Ankerzentrum-Einrichtungen seien mit Flüchtlingen belegt, nach weiteren Unterkünften werde mit Hochdruck gesucht. Allerdings betrage der Anteil der sogenannten „Fehlbeleger" knapp 38 Prozent – wären diese in anderen Wohnungen untergebracht, würde sich die Lage merklich entspannen. Da aber Wohnungen allerorten fehlen, würde sich das Unterbringungsproblem nur in den Verantwortungsbereich der Gemeinden verlagern.

Mehr zentrale Einrichtungen wären Franz Löffler (Landkreis Cham) zufolge der effizientere Weg. Bis dahin sei die Anwendung des sogenannten „Königsteiner Schlüssels" zur Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Landkreise notwendig. In ihm sei festgelegt, dass damit alle Gemeinden in die Unterbringung einbezogen werden.

Nach wie vor gebe es Gemeinden mit 2.000 Einwohnern, die keine Flüchtlinge aufgenommen hätten, andere seien dafür überbeansprucht. Tanja Schweiger (Regensburg) schloss die Beschlagnahme kommunaler Turnhallen, von Gemeinden, die bislang keine Flüchtlinge beherbergen, nicht länger aus, Thomas Ebeling (Schwandorf) sah flexible Lösungen lieber als feste Quoten. Richard Reisinger (Amberg-Sulzbach) sprach sich ebenfalls für zentrale Unterbringungsstellen aus, damit die Quoten leichter erfüllt werden können und eine effizientere Versorgungslogistik gewährleistetet sei.

Jonas appellierte, die Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge besser zu nutzen, die teils auch in der Unterkunft vorhanden seien. Willibald Gailler (Neumarkt) bestätigte, dies für seinen Landkreis bereits zu tun. Andreas Meier (Neustadt/Waldnaab) sah dabei ein Problem: Durch den Datenschutz stehe man sich selber im Weg. Das bestätigte Tanja Schweiger, die auf die Tatsche hinwies, dass sogar erst der Bundestag darüber entscheiden müsse, ob Ausländeramt und Sozialämter ihre Daten austauschen dürften. Bezüglich der Zuwanderungsperspektive geht der Regierungspräsident davon aus, dass sich in diesem Jahr die Zahl der Zugänge wie im vergangenen Jahr bewegen werde.

Bürokratieabbau

Das zweite Thema: Bürokratieabbau. Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages, berichtete aus diesem Gremium, dass sie bis dato 330 Vorschläge aus den Landkreisen zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen erhalten habe. Zeitnah werde man der Staatskanzlei diese Liste vorlegen mit der Bitte um Bearbeitung. Vorgeschlagen wurde unter anderem eine digitale Informationsplattform, in der alle vorhandenen Fördermöglichkeiten zusammengefasst seien. Auch die Digitalisierung sei eine Kernforderung des Landkreistages, ebenso eine Lösung, die verhindere, dass der kalte Strukturwandel bei den Krankenhäusern so weitergehe.

Über die Stärkung der Vertrauensleute für Schwerbehinderte referierte Andrea Wagner, Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen im Geschäftsbereich des Innenministeriums, zusammen mit Bezirksvertrauensperson Dr. Christoph Vatter. Einstellung, Beratung, Betreuung, Förderung, Hilfe, das alles seien die Aufgaben der Vertrauensleute auch bei den Landkreisverwaltungen. Sie seien zwar nicht im Personalrat vertreten, aber als eigene Interessenvertretung handlungsfähig und sollten in alle Entscheidungen, Schwerbehinderte betreffend, einbezogen werden.

Die Sicherheitslage schilderten am Ende der Oberpfälzer Polizeipräsident Thomas Schöniger und Vizepräsident Robert Fuchs. Auch hier nahmen die Asylbewerber breiten Raum ein – komme es doch speziell in Regensburg und anderen Städten vermehrt zu bandenähnlichen Gruppierungen bestimmter Nationalitäten, die immer mehr Straftaten verübten und denen ein Gefängnisaufenthalt wenig ausmache. Trotzdem liege die Aufklärungsquote im Präsidium bei fast 70 Prozent, ein Beweis, dass man in der Oberpfalz noch sicher leben könne. ❐



V.l. Franz Schonlau, Bayerngrund, Sorya Lippert, 2. Bürgermeisterin Schweinfurt, Franz-Josef Sauer, 1. Bürgermeister Arnstein, Berthold Stahl, Sparkassw Schweinfurt-Haßberge, Roland Reichert, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayerngrund und Bereichsleiter Sparkassen & Finanzinstitutionen der BayernLB. Bild: Bayerngrund

Bayerngrund:

Eröffnung in Schweinfurt

Im März hat der Geschäftsführer der Bayerngrund GmbH, Franz Schonlau, die neue Geschäftsstelle der Bayerngrund im Rahmen einer Feier und im Kreis von zahlreichen Vertretern unterfränkischer Kommunen, unterfränkischer Sparkassen und vielen Mitarbeitern offiziell eröffnet.

Roland Reichert (Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerngrund) hob in seinem Grußwort die außergewöhnlich große Nachfrage gerade auch unterfränkischer Kommunen hervor, Bayerngrund mit ihren unterschiedlichen Dienstleistungen bei den kommunalen Infrastrukturprojekten vertrauensvoll einzubinden. Mehr als 50 Prozent aller bayerischen Kommunen haben bisher Bayerngrund-Dienstleistungen bei den unterschiedlichsten Projekten genutzt. Mit der Neueinstellung von 10 erfahrenen und kompetenten Projektleitern in den vergangenen 12 Monaten wurde Bayerngrund der stetig wachsenden Nachfrage gerecht. Bayerngrund steht jetzt in Franken „auf zwei Beinen" und ist noch besser erreichbar und auch noch schneller „vor Ort". Die künftig expandierende Geschäftsstelle in Schweinfurt und die etablierte Geschäftsstelle in Nürnberg bilden ein starkes, verantwortungsvolles Team für ihre fränkischen kommunalen Kunden.

Die zweite Bürgermeisterin der Stadt Schweinfurt, Sorya Lippert, unterstrich die Bedeutung des Standortes auch für ihre Heimatstadt. Viele Aufgaben warten in Schweinfurt und der unmittelbaren Region auf eine nachhaltige Realisierung in einer Zeit des Umbruchs. Die Bayerngrund, das „Bauamt auf Zeit" ganz nah am fränkischen Kunden, sei genau jetzt der richtige Schritt. Berthold Stahl, Vorstand der Sparkasse Schweinfurt-Haßberge, verwies im Namen aller unterfränkischen Sparkassen auf das langjährige und erfolgreiche Zusammenwirken mit Bayerngrund zum Vorteil der fränkischen Kommunen. Die räumliche Nähe wird diese Zusammenarbeit noch weiter befeuern. Mit Franz-Josef Sauer, Bürgermeister der Stadt Arnstein und Vertragspartner bei einer Wohnbaugebietsentwicklung, sprach der Vertreter der unterfränkischen Gemeinden ein eindringliches Schlusswort an alle Festgäste: „Die ländliche Region ist wichtiger denn je. Sie sichert u.a. unsere Ernährung, ist der Standort für regenerative Energiegewinnung und stellt bezahlbaren Wohnraum. Damit die Infrastruktur des ländlichen Raums mit ihren Aufgaben mitwachsen kann, braucht es verlässliche und leistungsfähige Partner wie die Sparkassen und die Bayerngrund, die mit ihrer Kompetenz auf Augenhöhe die Kommunen bei der Lösung der schwierigen Herausforderungen partnerschaftlich begleiten." ❐

GZ ZU GAST BEI ...



© Thomas Scheuplein

Kathrin Alte

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Schon in jungen Jahren war ich im Gemeinderat und im Kreistag in meiner früheren Heimat in Oberfranken tätig. Die Politik begleitet mich eigentlich schon immer, sowohl ehrenamtlich als auch beruflich. Den Anstoß als Bürgermeisterin in Anzing anzutreten, gab dann aber Ilse Aigner: Sie ermutigte mich, zu kandidieren und selbst die Dinge zu gestalten.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich hatte ja schon einiges an kommunalpolitscher Erfahrung sammeln dürfen, deshalb war es mir wichtiger, weniger auf Schulungen zu gehen, sondern mich ehrenamtlich in Anzing einzubringen, reinzuhören, was wirklich gebraucht wird im Dorf und gemeinsam mit einem großartigen Team Ideen für Anzing zu entwickeln.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich musste wie alle Bürgermeister 2020 mitten im Lockdown anfangen mit der Arbeit. Das war zu Beginn eine gute Schule und hat uns in der Verwaltung gleich für die nächsten Herausforderungen wie die Flüchtlingsunterbringen mit Beginn des Ukraine-Kriegs vorbereitet. Gleichzeitig stand eine Haushaltskonsolidierung an und es musste unsere „Offene Ganztagsschule" für 130 Kinder und ein neuer Kindergarten noch umgesetzt werden. Das hat jetzt den Vorteil, dass der Gemeinderat und die Eltern dem ab 2026 geforderten Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung sehr gelassen entgegensehen können.

Ich hatte und habe sehr großes Glück, dass ich eine hervorragende und hoch motivierte Verwaltung habe. Wir konnten das alles managen und gleichzeitig haben wir die notwendige Digitalisierung schnellstmöglich umgesetzt. So konnten wir während der Pandemie gut arbeiten und für die Bürgerinnen und Bürger da sein. Auch unsere Gemeindefinanzen sind heute stabil. Ich bin wirklich froh und dankbar darüber, was wir in den vergangenen vier Jahren geschafft haben.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell planen wir gemeinsam mit der Wohnbaugesellschaft des Landkreises Ebersberg 24 bezahlbare Wohnungen, die mit dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (Komm-WFP) umgesetzt werden. Ganz bewusst bauen wir kleine Wohnungen für Auszubildende, Berufsanfänger und die Mitarbeiter unserer Einrichtungen wie Kindergärten, Offene Ganztagsschule und Pflegeheim. Auch die Belebung des Ortskerns ist uns im Gemeinderat sehr wichtig: Wir sanieren ein gemeindeeigenes Gebäude mit Unterstützung der Städtebauförderung und schaffen so neue Räume für unsere Musikschule mitten im Dorf. Endlich können wir auch unsere 60 Jahre alte Grundschule renovieren: Für 450.000 Euro bauen wir jetzt im Sommer neue sanitäre Anlagen ein und investieren in die Barrierefreiheit. Wichtig ist mir auch die kommunale Energiewende. Auf den Liegenschaften der Gemeinde werden derzeit PV-Anlagen installiert. Und in diesem Jahr geht es mit großen Schritten weiter mit der Digitalisierung der Verwaltung für mehr Bürgerservice in Anzing.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Finanzlage bleibt das große Thema, auch bei uns ist der Landkreis unter großem Druck und steigender Aufgabenlast. Hier sitzen wir alle in einem Boot und brauchen, um finanziell handlungsfähig zu bleiben, nicht nur kreative Vorschläge, sondern Unterstützung von Bund und Land. Wo künftig Flüchtlinge untergebracht werden sollen – und vor allem wer sich um die Menschen kümmert – bleibt für uns alle eine Kernfrage. In Anzing stehen in den kommenden Jahren zahlreiche Großprojekte an: Unsere Schulturnhalle muss saniert werden, ein neuer Bauhof mit Wertstoffhof steht an und wir müssen auch eine renovierungsbedürftige Sportgaststätte auf einen guten Weg bringen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Bürgermeisterin sein zu dürfen, ist ein großes Privileg und eine erfüllende, wenn auch ab und an anstrengende Tätigkeit. Am besten ist, wenn man das mit gesundem Menschenverstand, einer Prise Humor und der Einstellung, sich nicht verbiegen zu lassen, angeht.

Für Frauen im Bürgermeisteramt gibt es da noch einige besondere Herausforderungen. In der ARGE „Frauen führen Kommunen" des Bayerischen Gemeindetags, deren Sprecherinnen die Kollegin Susanne Hoyer und ich sind, unterstützen wir uns hier gegenseitig und bilden ein starkes Netzwerk. Das kann ich insbesondere den Kolleginnen und allen, die Bürgermeisterin werden möchten, ans Herz legen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Anzing ist im besten Sinne ein Dorf und wir haben eine gut funktionierende Dorfgemeinschaft mit vielen Ehrenamtlichen. Als Bürgermeisterin kann und will ich da mittendrin sein und höre rein, was den Leuten unter den Nägeln brennt. Alle nötigen Kommunikationstools, die den Informationsfluss und den Austausch fördern (Social Media, Gemeindeblatt, Bürgerversammlung online übertragen usw.), nutzen wir im Rathaus auch dafür.

Wir haben darüber hinaus eine gute und konstruktive Diskussionskultur im Gemeinderat und in der Verwaltung. Das war bei meinen Vorgängern schon so. Das heißt auch eine umfassende Vorbereitung mit digitalen Fraktionssprecherrunden, wöchentlichen Bürgermeisterbesprechungen. Das ist mir wichtig mit Blick auf die Ehrenamtlichen: Bessere Information und Vorbereitung trägt dazu bei, dass der Gemeinderat schneller zu Entscheidungen kommt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses sind in diesem Prozess nicht nur gute Rat- und Ideengeber für mich, sondern auch für den Gemeinderat.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung ergänzt und verbessert heute schon den Service für die Bürgerinnen und Bürger und unterstützt die Arbeit der Gemeinderäte. Das ist nicht die Zukunft, sondern gelebte Realität und übrigens für viele Bürger im Alltag und Beruf eine Selbstverständlichkeit. Dass Behörden und Verwaltung da so langsam sind, verstehen viele nicht. Dazu gehört meiner Meinung auch, dass z.B. hybride Gemeinderatssitzungen zum Standardprogramm werden. In Anzing wollen wir das bis zur Kommunalwahl 2026 umsetzen: Wir wollen im Gemeinderat auch künftig Berufstätige oder junge Eltern dabei haben, die sich bei Bedarf online reinschalten können und dann auch mitentscheiden können. Da geht es nicht darum, die Präsenzsitzung abzuschaffen, sondern ein Angebot vorzuhalten, das, wenn es beruflich oder familiär nötig ist, die Gemeinderatsarbeit erleichtert.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Keep your eyes on the stars and your feet on the ground." (Theodore Roosevelt) ❐

Bezirk Niederbayern:

Mediziner warnen vor zu viel Digitalisierung im Unterricht

Bezirkstagspräsident: „Müssen technologischen Wandel mit Augenmaß vorantreiben"

Rund ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland zwischen zehn und 17 Jahren zeigt eine problematische Nutzung von digitalen Medien, wie Zahlen einer Untersuchung der DAK zusammen mit der Uniklinik Hamburg-Eppendorf zeigen. Hochgerechnet sind das 1,3 Mio. Kinder und Jugendliche und damit rund dreimal so viel wie vor der Pandemie. Suchtkriterien erfüllen sechs Prozent aller Kinder und Jugendlichen. Heißt: Sie vernachlässigen Aktivitäten, setzen den Konsum trotz Leidensdruck und negativer Konsequenzen fort, erleben Kontrollverlust. Obwohl die absoluten Zahlen im Vergleich zu 2022 etwas rückläufig sind und die Mediennutzungszeit in der Freizeit insgesamt leicht stagniert, alarmieren die Suchtzahlen und die damit verbundenen Konsequenzen den Bezirk Niederbayern als Träger psychiatrischer Einrichtungen in der Region.

Dr. Tanja Hochegger ist Chefärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Landshut. Sie sagt: „Wir wissen, dass unsere Patienten, die Medien exzessiv nutzen, andere Probleme wie soziale Isolation, Depressionen, Ängstlichkeit, Selbstwertdefizite oder auch ADHS damit kompensieren wollen. Wir wissen auch, dass das Belohnungssystem bedient wird, etwa durch viele ‚Likes'. Für die Entwicklung einer Abhängigkeit ist allerdings nicht die Expositionsdauer entscheidend, sondern die persönliche Vulnerabilität. In jedem Fall ist die Behandlung digitaler Abhängigkeiten für alle Beteiligten, auch für die Kinder- und Jugendpsychiatrie eine große Herausforderung.

Deshalb sei es wichtig, schon in jungen Jahren ein „normales Medienverhalten" zu vermitteln. „Zielführender als ein Verzicht auf digitale Medien ist eine altersentsprechende Nutzung verbunden mit guter Aufklärung und Präventionsarbeit", so Hochegger. Dem Alter und Entwicklungsstand entsprechend brauche es ein qualitatives Heranführen zur Medienkompetenz. „Hier spielen natürlich die Eltern, aber auch Schule und Politik eine entscheidende Rolle. Der alleinige Verzicht auf Medien im Schulalltag ohne attraktive Alternativen und Blick auf das Verhalten außerhalb der Schule wird keine Option sein. Die Etablierung von Medienklassen ohne klares Konzept muss ebenso kritisch betrachtet werden." Eine gute Nachricht sei, dass erste Präventionsmaßnahmen bereits Wirkung zeigten.

Prof. Dr. Matthias Keller, Chefarzt der Kinderklinik Dritter Orden in Passau und enger Kooperationspartner des Bezirkskrankenhauses Passau, sagt: „Gerade in jungen Jahren erlernen wir Grundfähigkeiten, die für unsere spätere Entwicklung unverzichtbar sind. Bücher und Stifte sind dabei wichtige Werkzeuge im Lernerwerb. Gut gemeint ist allerdings nicht immer gleich gut gemacht. Klar ist, dass wir Kinder an den Umgang mit digitalen Medien strukturiert heranführen müssen. Aber bei der Vermittlung von Grundfertigkeiten und Wissen zu früh und zu stark auf Laptops und Tablets zu setzen, wäre verkehrt. Wir müssen aufpassen, dass wir keine Fehler machen, die wir später bereuen."

Die Art und Weise, wie Kinder und Jugendliche auf spätere Herausforderungen vorbereitet und mit Fertigkeiten, Fähigkeiten und Kompetenzen „ausgestattet" würden, habe langfristige Konsequenzen für das einzelne Kind, aber auch für die Resilienz und Innovationskraft der Gesellschaft im Gesamten, so Keller weiter. Laptops und Tablets seien nicht geeignet, um Kindern und Jugendlichen den Umgang mit den sozialen, gesellschaftlichen, fachlichen und intellektuellen Fragestellungen der Zukunft zu vermitteln. „Ich appelliere dafür, die Digitalisierung als Mittel des Lernerwerbs und der Wissensvermittlung insbesondere an den Grundschulen und frühen Jahrgangsstufen mit Bedacht voranzutreiben."

Die Jüngsten nicht überfordern

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Die Behandlungszahlen in unserer Kinder- und Jugendpsychiatrie sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. In dieser Lage dürfen wir die Jüngsten unserer Gesellschaft nicht überfordern. Digitalisierung ist wichtig und inzwischen integraler Bestandteil unseres Alltags, der technologische Wandel sollte allerdings mit Augenmaß vorangetrieben werden. Die Politik muss dabei auf die Expertise unserer Medizinerinnen und Mediziner hören. Wir müssen die Warnungen vor einer Überforderung der Kinder- und Jugendlichen ernst nehmen – und, wie etwa in Schweden und Dänemark geschehen, unseren Kurs wenn nötig korrigieren." Dass Fachleute wie Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer vom Universitätsklinikum Ulm bei einer Fachveranstaltung des Bezirks Niederbayern im vergangenen Jahr zu größter Vorsicht beim Einsatz digitalen Medien in Grundschulen aufgerufen haben, müsse Gehör finden und zu politischen Konsequenzen führen.

Beim bayerischen Philologenverband rückte das Thema der Frühdigitalisierung nach einer Umfrage unter seinen Mitgliedern ebenfalls in den Fokus. Denn: Eine große Mehrheit der befragten Lehrkräfte sprach sich laut einer kürzlich veröffentlichten Studie des Verbandes gegen zu viel Digitalisierung im Unterricht aus – gerade in den unteren Jahrgangsstufen. **- kh -**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

GZ PINOS WELT



Ein Gespenst geht um in Europa. Nein, es ist diesmal nicht der Kommunismus, den ja, siehe China oder Nordkorea, nicht mal mehr die Kommunisten ernst nehmen. Nein, das derzeitige Gespenst heißt Krieg.

In einem unserer Nachbarländer, der Ukraine, tobt der Krieg aktuell so brutal und unmenschlich wie sinnlos. Die Menschen leiden. Ihnen wird ihre Zukunft zwischen rauchenden Trümmern und verwüsteten Landschaften genommen. Die Infrastruktur wird zerstört, die zivile Wirtschaft ruiniert und die Natur in einem Maße nachhaltig geschädigt, dass sich eigentlich ganze Heerscharen von Aktivisten von den Baumhäusern in Grünheide, wo sie gegen den Bau von Elektroautos demonstrieren, schwingen und schnurstracks zum Roten Platz in Moskau begeben müssten, wenn sie es mit ihrer Sorge um die Umwelt redlich meinen würden. Viel Spaß beim Ankleben dort.

Präventiv der Gefahr des Krieges begegnen

Im Nahen Osten herrscht Krieg in Gaza. Mag er nach dem Terrorüberfall auf Israel auch rechtlich wie moralisch gerechtfertigt sein, die Bilder der Opfer kommen jeden Abend zu uns via Fernsehen oder Social Media – die Binnenflüchtlinge in Gaza und die Geiseln der Hamas. Free them all!

Nicht zuletzt erinnert der Überfall des Islamischen Staats in Moskau daran, dass es noch einen permanenten Krieg auf der Welt gibt, der ohne Vorwarnung, gnadenlos und sinnlos Opfer fordert – der globale Terror im Namen einer Religion.

Das hinterlässt natürlich auch in unserer Gesellschaft Spuren. Die Bereitschaft der Ukraine mit Geld und Waffen zu helfen ist weiterhin überraschend hoch in einem Land, dem so wie keinem anderen der Frieden zur zweiten Natur wurde, nach den schrecklichen Kriegen im vergangenen Jahrhundert. Der Kanzler und sein Fraktionsvorsitzender versuchen ja derzeit, aus parteitaktischen Gründen die Friedensglocke zu läuten und verweigern Waffenlieferungen oder wollen den Krieg „einfrieren", was ja gegenwärtig nur die Kapitulation der Ukraine bedeuten kann. Aber anders als bei den Irakkriegen oder der Bombardierung Libyens ist keine Erleichterung in der Bevölkerung zu spüren, dass Deutschland sich aus allem raushält.

Die Forderung nach einem Einfrieren des Kriegs unterstützen nur die Parteien am ganz rechten und am ganz linken Rand des politischen Spektrums. Die windigen Ausflüchte des Kanzlers zu Taurus-Lieferungen sind schon so gründlich von Experten, Presse und Politik auseinandergenommen worden, dass der SPD-Parteivorsitzende und sein Generalsekretär sich nur noch in Befehle zum Debattenende flüchten. Als ob in einer Demokratie Kritik an „Das-gilt-Scholz" Majestätsbeleidigung wäre.

Da kann der Bundesverteidigungsminister noch so sehr darauf dringen, dass Deutschland bald kriegstüchtig wird, da kann der Bundesgesundheitsminister fordern, die Krankenhäuser besser auf Konfliktfälle vorzubereiten, da kann die Bundesbildungsministerin die Sensibilisierung von Schulen für Kriege anmahnen (der Thüringer Ministerpräsident und sein Kultusminister gehören der vielfach umbenannten SED an, vielleicht haben die ja noch einen alten DDR-Lehrplan zur Wehrkunde an der Hand) – solange die Bundesregierung nach Moskau nichts anderes als das Signal aussendet „Wir haben Angst vor euch und deshalb kuschen wir", wird es weder für Deutschland noch für das demokratische Europa Sicherheit durch Abschreckung geben.

In diesen Ostertagen beklagen wir den Tod Jesu und feiern seine Auferstehung, die der Menschheit Erlösung brachte und ein Fanal für den Frieden sein sollte. Da ist es bitter, den Gedanken an Krieg nicht mehr wie in den letzten gut 30 Jahren ganz weit hinten im Bewusstsein abzulegen, sondern als Gefahr zu definieren, der wir präventiv begegnen müssen. Aus dieser Erkenntnis muss aber Handeln werden: In der Unterstützung der Ukraine, in der Solidarität mit Israel, in der internationalen Zusammenarbeit gegen den Terror, vor allem aber in einer konsequenten Aufrüstung Deutschlands und Europas.

Auch wenn es alles andere als erbaulich ist, wir müssen uns an den Satz des römischen Militärschriftstellers Vegetius erinnern: „Wer (den) Frieden wünscht, bereitet (den) Krieg vor."

Ihr Pino

Sudetendeutsche Landsmannschaft:

Märzgedenken in Donauwörth

Ca. 100 Besucher waren zum Märzgedenken in die Donauwörther Promenade gekommen. Der Sohn des verstorbenen Obmannes Erwin Hofmann, Martin Hofmann, begrüßte die Gäste. Zusammen mit Wolfgang Fackler (MdL) und dem Interimsvorsitzenden der Donauwörther Sudetendeutschen, Kurt Aue aus Augsburg (gleichzeitig Obmann des Kreisverbands Augsburger Land und Mitglied des Landesvorstandes Bayern) hatte Hofmann zu der Feier geladen.

Wolfgang Fackler erinnerte an die schrecklichen Ereignisse am 4. März 1919, als ein friedlicher Aufstand der Sudetendeutschen in mehreren, damals tschechoslowakischen, Städten gleichzeitig mit militärischer Gewalt von der tschechischen Armee blutig niedergeschlagen wurde. Es gab 54 Tote.

Blick nach vorn

Der Donauwörther Oberbürgermeister Jürgen Sorre lobte die Aufbauarbeit der Sudetendeutschen nach dem Krieg und sprach dafür den Dank aus. Das Mitglied der Sudetendeutschen im Landesvorstand Bayerns, Kurt Aue, der aus Augsburg angereist war, ging auch kurz auf die Ereignisse im März 1919 ein. In seinem Grußwort blickte er nach vorne und gab zu verstehen, das man in Donauwörth die Ortsgruppe der Sudetendeutschen und den Kreisverband wieder neu beleben werde. Er habe Gespräche mit dem Donauwörther Vorstand der Egerländer Gmoi, Peter Krebs, geführt, so dass man eine Fusion mit den „Egerländern" anstrebe. Aue bat alle Mitglieder der Sudetendeutschen und der Egerländer Gmoi weitere Verhandlungen aufzunehmen.

Sudetendeutscher Tag

Abschließend lud Aue alle Anwesenden zum Besuch des Sudetendeutschen Tages an Pfingsten in Augsburg ein. Mit den Klängen der Donauwörther Stadtkapelle unter der Stabsführung von Josef Basting endete die feierliche Kundgebung. ❐



V.l. vor dem Gedenkstein der Sudetendeutschen in der Donauwörther Promenade: Landesvorstandsmitglied Kurt Aue, MdL Wolfgang Fackler, Oberbürgermeister Jürgen Sorré und Martin Hofmann. Bild: oH

Mehr denn je für Heimatpflege und Erinnerung

„Bayern bleibt bundesweit führend bei der Förderung der Belange der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler". So kommentiert Dr. Petra Loibl, MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, dass auf Initiative der Regierungsfraktionen auch heuer wieder umfassende zusätzliche Mittel für diesen Bereich bereitgestellt werden. Das sei, so die Beauftragte, eine hervorragende Gemeinschaftsleistung, besonders aber auch der Verdienst von Josef Zellmeier, MdL, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Landtag, mit dem gemeinsam es gelungen sei, die Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler mehr denn je zu berücksichtigen. „Gerade in einer Zeit, in der die Betroffenen Gegenwind aus Berlin spüren, ist das ein wichtiges Zeichen. Schließlich sind die Aussiedler und Vertriebenen die besten Brückenbauer ins östliche Europa", so Dr. Loibl.

Gefördert werden nicht weniger als zwölf Projekte und Initiativen für die Vertriebenen und Aussiedler in Bayern sowie die Heimatverbliebenen mit einer Gesamtsumme von 1.237.000 Euro. Für ein neues „Haus der Heimat" in Landshut werden allein 700.000 Euro zur Verfügung gestellt, und auch das Kulturwerk der Siebenbürger Sachsen erhält im Jahr des dreifachen Gedenkens an 800 Jahre Beginn der Siedlungstätigkeit Deutscher in Siebenbürgen, 80 Jahre Deportation und Vertreibung eines Teils der Bevölkerung und 75 Jahre des Bestehens von Landes- und Bundesverband 100.000 Euro. Eine Förderung in gleicher Höhe fließt an die Karpatendeutschen unter anderem für die nachhaltige Zukunftssicherung der von ihnen herausgegebenen Zeitung „Karpatenpost". Ferner wird auch die institutionelle Förderung für das Kulturwerk Schlesien in Würzburg um 20.000 Euro erhöht.

Unterstützung für vielfältige Projekte

Mit fünfstelligen Summen unterstützt werden der BdV Bayern (50.000 Euro), das Egerland-Museum in Marktredwitz (40.000 Euro), das am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung der Universität Regensburg angesiedelte Forschungsprojekt „Kultur und Erinnerung. Heimatvertriebene und Aussiedler in Bayern 1945-2020" (50.000 Euro), eine Ausstellung zur Geschichte und Gegenwart wolgadeutscher Auswanderer in Argentinien (30.000 Euro), ein Musikworkshop für schlesische und fränkische Jugendchöre (12.000 Euro), die Sammlung karpatendeutschen Liedguts und ein Onlineportal zur besseren Erfassung, Pflege und Zugänglichkeit karpatendeutschen Kulturerbes (35.000 Euro), die Teilnahme einer Oppelner Damenfußballmannschaft an der „Europeada 2024" im deutsch-dänischen Grenzgebiet (20.000 Euro) und die Wiederherstellung des Wappenbaums in Neugablonz (80.000 Euro).

Beeindruckt zeigt sich die Beauftragte vor allem vor der Vielfältigkeit der Projekte und Initiativen, die verschiedenste Aspekte des kulturellen Lebens der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler betreffen. „Mit dieser Förderung", ist sich Dr. Loibl sicher, „setzen wir gewaltige Potentiale frei und können sehr viel bewegen. Deshalb war es so wichtig, dass wir hier nicht an der falschen Stelle gespart, sondern gezielt Initiativen bezuschusst haben, die sich der Kulturpflege, Erinnerung und Verständigung der Völker verpflichtet fühlen". ❐

Landkreis München:

Gemeinsames Bildungsverständnis

Bildung beschränkt sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche. Sie ist ein lebenslanger Prozess, der sich von der Geburt bis ins hohe Rentenalter erstreckt. Im Landkreis München gestaltet eine Vielzahl von Akteuren die Bildungslandschaft. Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter aus den Gemeinden und Städten, dem Landratsamt sowie Mitarbeitende aus den Volkshochschulen kamen Ende Februar auf Einladung des Bildungsbüros im Landratsamt zum ersten kommunalen Bildungsdialog zusammen, um sich auf den Weg zu einem gemeinsamen Bildungsverständnis zu machen.

Im Fokus der Diskussion standen dabei die kommunale Verantwortung von Bildung, die Verankerung von Bildungsthemen in kommunalen Gremien und die Arbeit an einem Bildungsleitbild. Seit dem vergangenen Jahr koordiniert das Bildungsbüro im Landratsamt im Rahmen des ESF+ Förderprogramms „Bildungskommunen“ die aktive Gestaltung der Bildungslandschaft im Landkreis München. Uwe Hacker, Leiter des Referats Kinder, Jugend und Familie, in dem das Bildungsbüro verortet ist, eröffnete die Veranstaltung mit der in eine Frage verpackten Erkenntnis, dass Bildung sich darin ausdrücke, immer wieder neue Fragen zu stellen, und damit ein lebenslanger Prozess sei. Eine erfolgreiche kommunale Bildungslandschaft erfordere ein gemeinsames Verständnis aller Bildungsakteure. Es sei eine überaus komplexe Aufgabe, die nur kooperativ mit allen Bildungsakteuren bewältigt werden kann, so Hacker weiter.

Grundlage: Gemeinsames Bildungsverständnis

Elternhaus und Schule sind maßgeblich für den Bildungserfolg von Kindern verantwortlich. Aber auch das Angebot vor Ort hat entscheidenden Einfluss auf die persönliche und berufliche Entwicklung von Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters. Die Kommunen beeinflussen dabei die Rahmenbedingungen für Bildungsanbieter und Lernende in hohem Maße und tragen somit auch Verantwortung im Sinne der Bildungsgerechtigkeit.

„Uns war es wichtig, mit den verschiedenen kommunalen Akteuren über unser Verständnis von Bildung zu diskutieren und darüber, wie wir die komplexe Bildungslandschaft im Landkreis in Zukunft so gestalten können, dass bedarfsgerechte Angebote für alle entstehen. Bildung hört eben nicht nach der Schule auf. Um Bildungsgerechtigkeit über alle Lebensphasen zu fördern und so auch Lebensumstände zu verbessern, müssen die verschiedensten Akteure an einem Strang ziehen“, so Jessica Schmid, die fachliche Leiterin des Bildungsbüros.

Einig war man sich, dass ein erfolgreiches Bildungsmanagement nur dann gelingen kann, wenn Schnittstellen in der Bildungslandschaft identifiziert und Doppelstrukturen vermieden werden. Insbesondere im Bereich der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, einem Schwerpunktthema der Veranstaltung, wurde deutlich, dass die konkreten Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger unabdingbar sind, um ein kommunales Leitbild für die Bildung im Landkreis München zu entwickeln.

„Mit dem Bildungsdialog haben wir einen ersten Schritt getan, einen Diskurs über die künftige Gestaltung der Bildungslandschaft im Landkreis München anzuregen. Viele weitere müssen aber noch folgen. Neben den kommunalen Akteuren werden in den nächsten Schritten auch Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft sowie staatliche Akteure einbezogen“, so Patrick Siskov, Bildungsmanager des Landkreises München, zum Abschluss der Veranstaltung.

Das ESF+ Förderprogramm „Bildungskommune“

Der kommunale Bildungsdialog ist ein Baustein innerhalb des Bundes Förderprogramms „Bildungskommune“ des Europäischen Sozialfonds Deutschland (ESF+). Weitere sind die Schaffung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements, die Entwicklung eines ganzheitlichen Leitbilds und einer Bildungsstrategie, die Etablierung einer analog-digital vernetzen Bildungslandschaft, der Aufbau eines kommunalen digitalen Bildungsportals sowie die zielgerichtete Vertiefung von Bildungsthemen über eine thematische Schwerpunktsetzung. Im Landkreis München sind dies die Themen Fachkräftesicherung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Beraten wird das kommunale Bildungsmanagement im Landkreis München durch die Regionale Entwicklungsagentur für Kommunales Bildungsmanagement Bayern (kurz: REAB). Ziel der regionalen Entwicklungsagenturen ist es unter anderem, beim Ausbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements zu unterstützen und Kommunen in Fragen der Bildungssteuerung individuell zu begleiten. ❐

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8/2024, die am 18. April 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunaler Bau**
- **Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen, Kindergärten**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zum Bayerischen Energie- und WasserkraftForum am 23.4.2024 in Gunzenhausen sowie eine Beilage KFB LEASFINANZ GMBH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Landkreis Bamberg:

Bestandsaufnahme zur Nachhaltigkeit

Ein aktueller Bericht zeigt erstmals gebündelt das vorhandene Engagement der Landkreisverwaltung für Nachhaltigkeit in der Region

„Der Landkreis Bamberg leistet mit seinem vielfältigen Engagement in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern der Nachhaltigkeit einen klaren Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030.“ Dieses Fazit wird in einem Bericht gezogen, der Ende vergangenen Jahres im Auftrag der „SKEW – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ für das Landratsamt Bamberg erstellt wurde.

Unter Beteiligung vieler Fachbereiche wurde eine Bestandsanalyse durchgeführt, um aufzuzeigen, in welchem Umfang die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bereits durch die tägliche Arbeit der Verwaltung berücksichtigt und bearbeitet werden. „Wirtschaftlich prosperierende Jahre und ein entsprechender politischer Wille haben dem Landkreis ermöglicht, in der Breite der Verwaltung umfangreiche freiwillige Leistungen und tragfähige Konzepte im Bereich Nachhaltigkeit zu entwickeln“, so das Autorenteam.

Umfassender Blick

In zehn Handlungsfeldern, von der „Nachhaltigen Verwaltung“ über „Lebenslanges Lernen und Kultur“ bis zu „Wohnen und nachhaltige Quartiere“ bietet der Bericht erstmals in dieser Breite einen umfassenden Überblick über Projekte und Maßnahmen, die von der Landkreisverwaltung ausgehen. Bürgerinnen und Bürger, aber auch Wirtschaftsunternehmen, Politik oder Wissenschaft erhalten damit die Möglichkeit, mit ihrem Engagement an vorhandene Strukturen anzuknüpfen. Dies ist wichtig, da gerade in Zeiten knapper Personal- und Geldressourcen gute Ideen nicht bei Null starten müssen, sondern die Synergien sinnvoll genutzt werden sollten.

Landrat Johann Kalb begrüßt den Bericht als Basis für Information und Partizipation ausdrücklich und ruft alle Akteure auf, die Verwaltung des Landkreises als Partner für eine nachhaltige Entwicklung der Region zu verstehen: „Das Landratsamt ist ein Dienstleister für die Anliegen der Bevölkerung und der Unternehmen. Für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Landkreises Bamberg als einer florierenden und lebenswerten Region ist der Schulterschluss zwischen allen Menschen, Einrichtungen und Unternehmen eine Voraussetzung.“ Für ihn sei die nun vorliegende Bestandsaufnahme der Ausgangspunkt für die strategisch ausgerichtete, nachhaltige Weiterentwicklung des gesamten Landkreises. Dabei sollen weitere konkrete Ziele und Maßnahmen möglichst verbindlich aufgeführt und regelmäßig überprüft werden. Ein Förderantrag zur Gewinnung der dafür notwendigen Expertise wurde durch das Bildungsbüro des Landkreises bereits gestellt.

Interessierte können den Bericht zur Bestandsaufnahme unter www.bildungsregion-bamberg.de/angebote/nachhaltiger-landkreis-bamberg herunterladen. ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen Gemeindefahnen Maste Bekleidung uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Teichrettung



Organisatorische Hinweise

Veranstaltungsort
Stadthalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Termin
Dienstag, 23. April 2024, 10:00 - 16:30 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr
Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller
www.bayerisches-energieforum.de

Veranstalter
Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
gemeinsam mit
Bayerischer Gemeindetag

So erreichen Sie das Bayerische Energie- & WasserkraftForum

Unter www.bayerisches-energieforum.de → Veranstaltung 2024 → Veranstaltungsort können Sie direkt Ihre Route planen.
→ ÖPNV: Der Bahnhof Gunzenhausen liegt etwa 1,4 km entfernt. Eine Busverbindung ist vorhanden.
→ PKW: Zahlreiche kostenfreie Parkmöglichkeiten stehen vor Ort zur Verfügung.

Tagungsbeitrag
- Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen: 15,- €
- Wirtschaftsvertreter: 110,- €
- Abonnenten der BGZ: 70,- €

pro Person, zzgl. USt.
Die Rechnungsstellung erfolgt nach Anmeldung.

Verköstigung
Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung
Bayerische GemeindeZeitung
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-energieforum.de /besucheranmeldung

Unsere Partner und Aussteller

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Landeshauptstadt München Referat für Klima- und Umweltschutz
VBEW Energie. Wasser. Leben.
uniper
GVB Genossenschaftsverband Bayern
schwaben netz
WIRTSCHAFTSRAT RECHT
ALPE PIPE SYSTEMS
Bayerische Energietage Energiewende Hier. Jetzt!
bayerische energie agenturen
egis eg
Erdwärme Grünwald
LfL Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
terahash
RIWA
ROMOLD Wenn's um Schächte geht!
SONNTAG Wirtschaftsprüfung. Steuer. Recht.
UNTERSTÜTZER TEAM ENERGIEWENDE BAYERN
Verbund
VSB
Bayern Grund
bayernwerk netz
Corwese
ENIANO
RIETZLER GRUPPE
ENERPIPE
energie schwaben
juwi
LfA Förderbank Bayern
SENERTEC energie.anders.leben
SWM Stadtwerke München
MAGELLAN Geografisches Informationssystem
BAYERISCHER GEMEINDETAG
GemeindeZeitung www.gemeindezeitung.de
TV BAYERN LIVE

BAYERISCHE GemeindeZeitung
BAYERISCHER GEMEINDETAG

BAYERISCHES ENERGIE- & WASSERKRAFT FORUM

Dienstag, 23. April 2024
Einlass 9:00 Uhr
Stadthalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen
www.bayerisches-energieforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die erste Themenübersicht. Weitere Vorträge folgen. Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-energieforum.de.

Das WPG in Bayern: Erste Schritte hin zur Kommunalen Wärmeplanung
Fabian Schatz |
Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag

Wärmeversorgung 2045
Gunnar Braun | VKU Landesgruppe Bayern, Verband Kommunaler Unternehmen e.V.

Die kommunale Wärmeplanung der Stadt München – ein Praxisbeispiel
Birgit Schott & Clemens Hecker |
Landeshauptstadt München

N.N.
n.n. | ENIANO GmbH

Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und Einführung eines Energie-Management-System
Reinhard Kofler | RIWA GmbH

N.N.
Juliane Hauskrecht | con|energy consult gmbh

Wettlauf um die Milliarden – Wer sollte wann was tun?
Dr. Henrik Bremer | WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Grundlagen und Förderungen im Bereich Wasserstoff
Thomas Eichenseher | Landesagentur für Energie und Klima (LENK)

Eine Strommarktanalyse – Erlöse aus EE-Anlagen und die finanzielle Beteiligung der Kommune
Martin Strobl | Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL)

Kommunale Wärmeplanung – Lösungen von energie schwaben
Dr. Sylke Schlenker-Wambach | energie schwaben gmbh

Energiedorf Bundorf – Energiewende ganzheitlich gedacht: Strom – Wärme – E-Mobilität
Pascal Lang | EGIS eG

H2vorOrt – die Transformationsplanung der deutschen Gasverteilnetze und die Ausgestaltung in Bayerisch-Schwaben
René Schoof | schwaben netz gmbh

Kommune und Genossenschaft – so funktionierts
Max Riedl | Genossenschaftsverband Bayern e.V.

100 Jahre Walchenseekraftwerk
Dr. Klaus Engels | Uniper Kraftwerke GmbH

Stahlrohre für Wasserkraftwerke
Alois Kluibenschädl | ALPE PIPE SYSTEMS GmbH & Co KG

Ladesäuleninfrastruktur (AT)
Karl Weber | Romold GmbH

Neuerungen aus dem Energie-Atlas Bayern
Clemens Borkenhagen & Martina Reinwald |
Ökoenergie-Institut Bayern im Bayerischen Landesamt für Umwelt (ÖIB)

Energiewende und flexible Wasserkraft
Dipl.-Ing. Herfried Harreiter |
VERBUND Innkraftwerke GmbH

Der Wasserkraftbetreiber vom physikalisch-technischen Hintergrund zur Umsetzung wesentlicher Zukunftsthemen
Dipl-Ing. Georg Loy |
VERBUND Innkraftwerke GmbH

N.N.
n.n. | naturstrom AG

Bitcoin als ESG-Technologie & Energie-Infrastruktur: ökonomische und ökologische Chancen für den Standort Deutschland
Kristian Kläger | terahash.energy GmbH

Wärmenetze im ländlichen Raum erfolgreich umsetzen
Karina Schröder | Enerpipe GmbH

Mit Strom durch den Winter – ein Erfahrungsbericht
Detlef Fischer | Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW e.V.

Geothermie in Bayern – So gelingt's!
Andreas Lederle | Erdwärme Grünwald

N.N.
Dr. Thomas Reif | Sonntag & Partner Partnerschaftsgesellschaft mbB

Wärme und Daten im Einklang – Wie Kommunen mit klimafreundlichen Wärmenetzen und High-Speed Internet zugleich versorgt werden können
Jürgen Schuster | Corwese GmbH
Felix Schwahn | GP JOULE THINK GmbH & Co. KG

Mit KWK die Anforderungen des Gebäudeenergie- und des Wärmeplanungsgesetzes erfüllen
Hagen Fuhl | SenerTec Kraft-Wärme-Energiesysteme GmbH

Stand: 01.03.2024 | Änderungen vorbehalten

Anmeldung

Bitte melden Sie sich direkt an:
www.bayerisches-energieforum.de/besucheranmeldung
oder per eMail an **veranstaltungen@gemeindezeitung.de**
oder scannen Sie diesen **QR-Code** mit Ihrem Handy:

Achtung:
Das Vortragsprogramm findet in vier Räumen parallel statt und die Ausstellung ist groß.

Bringen Sie sich Verstärkung mit!

Abonnement BGZ

Sie haben noch kein **Abo** der Bayerischen Gemeindezeitung?
Das können Sie ändern:
news@gemeindezeitung.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der BAYERISCHE GemeindeZeitung www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
- ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
  - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
  - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)

Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

PV-Anlagen für Kommunen

Hat Ihre Kommune **nicht ausreichend finanzielle und personelle Kapazitäten**, um eine eigene PV-Anlage zu realisieren, dann hilft Ihnen die KFB Ihr Ziel zu erreichen durch operative Leistungen und eine haushaltsneutrale Finanzierung.

Das Mietkaufkonzept der KFB ist die Lösung

Die Strompreiserhöhungen im Jahr 2023 haben gezeigt, dass die Selbstversorgung bei Strom von großem Vorteil ist und Ihrer Kommune Kosten spart.

KFB

KOMMUNALES FÜR BAYERN

SEIT 1992 UNABHÄNGIGER PARTNER DER KOMMUNEN

GRÜNER STROM in der HAND DER KOMMUNE



Vorteile beim Mietkauf

- Das **Eigentum** geht sofort von der **KFB auf die Kommune über**.
- Die Kommune **generiert die Einnahmen** aus der Stromgewinnung und zahlt daraus die Mietkaufrate.

KOMMUNALES FÜR BAYERN

Vorteile im MIETKAUF mit der KFB

- Die Projektorganisation und die Projektfinanzierung liegt bei der **KFB**.
- Die Finanzierung findet **„haushaltsneutral“** statt.
- Die Kommune hat keine **personellen Belastungen** bei der Projektentwicklung bis zur betriebsfertigen Übergabe.
- In einem bestimmten finanziellen Rahmen unterfällt der kommunale Mietkauf **nicht der rechtsaufsichtlichen Genehmigung**; es genügt der Beschluss der Kommune.

Fordern Sie noch heute ein freibleibendes Angebot an

SEIT 1992 UNABHÄNGIGER PARTNER DER KOMMUNEN

KFB LEASFINANZ GMBH

Wilhelm-Zeitler-Straße 14
92717 Reuth bei Erbendorf
Telefon: 09682 1837-0

www.kfb-reuth.de

info@kfb-reuth.de

Verantwortlich für den Inhalt: Robert Rüger STOAWOLDdesign.de (März 2024)

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 18. April 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 8

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen


Seite 10

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayern-Agenda zur Europawahl 2024:

Kernversprechen für Europa

Einstimmig hat der CSU-Parteivorstand die Bayern-Agenda für die Europawahl am 9. Juni 2024 beschlossen. „Unsere Bayern-Agenda für Europa enthält viele bayerische Schmankerl zur Europawahl. Wir sind die Stimme Bayerns in Deutschland und Europa. Wir bieten Bayern pur", machte Parteichef und Ministerpräsident Dr. Markus Söder deutlich.

Manfred Weber, CSU-Spitzenkandidat zur Europawahl, konstatierte: „Die CSU ist eine Garantie für Stabilität. Die Ampel hat keine Vorstellung von Zukunft, die radikale Rechte legt die Axt an Sicherheit und Wohlstand." Mehr denn je müsse die Europäische Union bei ihren großen Kernaufgaben handlungsfähig sein, gleichzeitig aber beherzigen, sich nicht im bürokratischen Klein-Klein zu verlieren. Aus diesem Grundsatz heraus wolle die CSU die EU in den kommenden Jahren entlang einer Reihe von Kernversprechen gestalten.

EU-Kommissar für Verteidigung

Um Frieden zu sichern, will die CSU einen EU-Kommissar für Verteidigung einführen, die Ukraine weiter in ihrem Verteidigungskampf unterstützen, die bayerische Rüstungsindustrie stärken und einen gemeinsamen europäischen Raketenabwehrschirm aufbauen. Abgelehnt wird dagegen ein EU-Beitritt der Türkei.

Keine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme

Mit Blick auf die Migrationspolitik gibt es ein klares Bekenntnis zur Arbeitsmigration, jedoch ein „Nein" zur Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme. „Wir schützen unsere Grenzen mit der Bayerischen Grenzpolizei und reduzieren Zuzugsanreize mit einer bayerischen Bezahlkarte. Für eine nachhaltige Lösung der Migrationskrise brauchen wir – neben einer Kehrtwende der Bundesregierung – ein entschlossenes Handeln der EU", heißt es weiter.

Daneben soll Frontex zu einer echten europäischen EU-Grenz- und Küstenschutzeinheit mit 30.000 Kräften ausgebaut und damit effektiver Außengrenzschutz garantiert werden. Bis der Außengrenzschutz funktioniert, müssten Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben. Zudem müssten Asylverfahren an der EU-Außengrenze sowie unter dem Schutz der Europäischen Union auch in sicheren Drittstaaten außerhalb Europas durchgeführt werden und Schutzberechtigten im Anschluss vor Ort Schutz bieten.

Fehlanreize vermeiden

Um Fehlanreize zu vermeiden, sei es sinnvoll, Sozialleistungen für Asylbewerber und Schutzberechtigte in der EU zu vereinheitlichen sowie Migrationsabkommen über die Verringerung und Rücknahme von Migranten in Kooperation mit Nachbarländ-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

15. Bayerisches EnergieForum und 10. Bayerisches WasserkraftForum:

Von kommunaler Wärmeplanung über Wasserkraft bis Bitcoin

23.4.2024 in der Stadthalle Gunzenhausen

Das Bayerische Energie- und WasserkraftForum der Bayerischen GemeindeZeitung und des Bayerischen Gemeindetags ist seit 2008 die Kommunikationsplattform aller mit Energiethemen betrauten Entscheidungsträger in den bayerischen Kommunen und Behörden. Diesjähriger Schwerpunkt ist aus aktuellem Anlass die „Kommunale Wärmeplanung".

Erste Hinweise, wie die Umsetzung der Planungspflicht in Bayern organisiert werden soll, stellt Direktor Stefan Graf, Fachreferent beim Bayerischen Gemeindetag, gemeinsam mit dem zuständigen Ansprechpartner im Bayerischen Wirtschaftsministerium, Fabian Schatz, vor. Daneben werden Praxisbeispiele präsentiert und digitale Lösungen vorgestellt. In vier Sälen finden gleichzeitig interessante Vorträge auch z.B. zu den Themen Ladesäuleninfrastruktur, Wärmenetze, genossenschaftliche Modelle, Wasserstoff und Wasserkraft statt.

Neben dem persönlichen Austausch und konkreten praktischen Beispielen liefert das Forum neue Denkanstöße, die im Idealfall zu Problemlösungen führen. So wird bspw. „Bitcoin" als ökonomische und ökologische Chance für den Standort Deutschland vorgestellt. Das „Mining" von Bitcoin, also der Erzeugungsprozess neuer Coins, geht mit einem hohen Energieverbrauch einher.

Bereits seit 2008 veranstaltet die Bayerische GemeindeZeitung das Bayerische EnergieForum und seit 2013 das Bayerische WasserkraftForum als Informationsplattform für kommunale Entscheidungsträger. Dieses Jahr ist der Bayerische Gemeindetag, der als kommunaler Spitzenverband die Interessen aller 2.031 kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern vertritt, als Mitveranstalter an Bord.

Informationen: https://www.bayerisches-energieforum.de/programm-2024
Anmeldung: https://www.bayerisches-energieforum.de/besucheranmeldung
Fachmesse und Aussteller: https://www.bayerisches-energieforum.de/partner-aussteller-2024 ❐

DStGB zu Bundeswehr und Zeitenwende:

Herausforderungen für die Standortkommunen

Der Arbeitskreis Garnisonen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes fordert vom Bund und Ländern eine bundesweite Verbesserung der Infrastruktur von Bundeswehrstandorten. In dem vom Arbeitskreis beschlossenen Positionspapier wird insbesondere der teils schlechte Zustand vieler Unterkünfte der Soldatinnen und Soldaten kritisiert. Daneben wird eine bessere Anbindung der Standorte an den Bus- und Bahnverkehr gefordert.

„Die veränderten Schwerpunkte der Bundeswehr erfordern insgesamt eine schnelle Verbesserung der Arbeitssituation an den Standorten. Um die hohe Einsatzbereitschaft der Bundeswehr aufrechterhalten zu können, benötigt die Bundeswehr insbesondere eine bessere militärische Infrastruktur in allen Bundesländern", heißt es in dem Papier.

Kommunen fordern mehr Unterstützung

Die Kommunen forderten hier insbesondere mehr Unterstützung durch die Länder bei Bauvorhaben in den Kasernen. Wie die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Dr. Eva Högl, in ihren Berichten immer wieder festgestellt habe, führe der Zustand von Unterkünften, Sanitäreinrichtungen und Wirtschaftsgebäuden bei vielen Soldatinnen und Soldaten nicht nur zu Frustration, sondern zuweilen auch zu einem Vertrauensverlust in die politische Handlungsfähigkeit.

Qualität der Arbeitsplätze ...

Aus Sicht des DStGB muss der Bund mit den Ländern eine Lösung finden, wie Bundeswehrstandorte im gesamten Bundesgebiet zeitnah auf ein vergleichbares bauliches Niveau gehoben werden können. Dies gelte nicht nur aus sicherheitspolitischen Interessen. Vielmehr bestimme die Qualität des Arbeitsplatzes ebenfalls die Arbeitssituation der Truppe und damit auch die Bereitschaft zu dienen. Es sei inakzeptabel, dass es von der Situation in den Landesbauverwaltungen abhängt, ob gute Ausbildungsbedingungen am jeweiligen Standort geschaffen werden. „Aufgrund der absehbaren Personalknappheit und im Interesse gegenseitiger Unterstützung zur Stärkung der Bundeswehr sollten die Länder die Amtshilfe der Landesbauverwaltungen stärken. Denn es gibt Bundesländer, die vorbildlich zeitnah Projekte an Bundeswehrstandorten umsetzen."

... und der Infrastruktur

Neben einer verbesserten verkehrlichen Anbindung der Standorte muss nach Auffassung des Verbandes die kommunale Infrastruktur bedarfsgerecht ausgebaut werden. Erforderlich sei eine Zeitenwende bei der Infrastruktur der Standortgemeinden. Dazu müssten finanzielle bzw. rechtliche Anreize für den bedarfsgerechten Ausbau erfolgen. Beispielsweise sollte der Rechts- und Finanzierungsrahmen von Bund und Ländern für Infrastrukturprojekte in Kommunen im Umfeld von Bundeswehrstandorten gezielt erleichtert bzw. verbessert werden. Dies betreffe im Einzelnen die finanzielle Förderung zum Ausbau von Einrichtungen der Kinderbetreuung sowie deren Unterhaltung, die Energie-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Strukturwandel jetzt gestalten

BKG-Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend 2024

Seit Monaten dreht die Bundespolitik „Schleifen" bei der großen Krankenhausreform. „Damit verlieren wir wertvolle Zeit und Klarheit, wohin die Reise genau gehen soll. Zeit, die wir aber nicht mehr haben. Und es wird Vertrauen verloren", mahnte Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), bei der Vorstellung des diesjährigen Bayerischen Krankenhaustrends im Münchner Presseclub unter dem Motto „Klarheit schaffen. Schaden begrenzen. Strukturwandel gestalten. Menschen mitnehmen." Aktuell stünden die „immensen Defizite und großen Sorgen unserer Krankenhäuser in Bayern mit über 210.000 Beschäftigten" im Fokus.

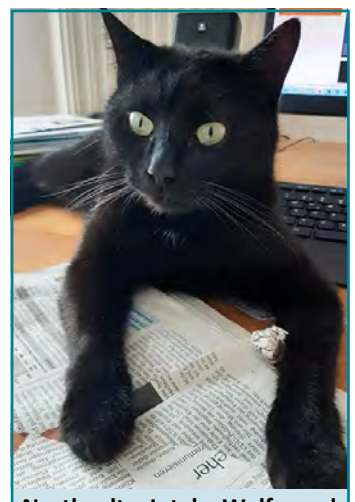
„Es ist für uns unverständlich, warum der Bund die Zusammenarbeit mit den Ländern Ende letzten Jahres eingestellt hat. Diese politische Taktik geht nun zulasten der Kliniken", fuhr Bischof fort. Aus Sicht der BKG wäre es dringend nötig, dass sich Bund und Länder auf eine gemeinsame Gesetzesgrundlage für die Krankenhausreform einigen, damit die Krankenhäuser Planungssicherheit haben. Die BKG bedauerte, dass der Bund jetzt zunächst nur einen Rahmen der Reform im Alleingang durchsetzen will. Erst 2025 sollen Struktur- und Personalvorgaben für Leistungsgruppen gemeinsam mit den Ländern mittels einer Rechtsverordnung geregelt werden.

Rote Zahlen in 7 von 10 Kliniken

Die Auswertung des aktuellen Bayerischen Krankenhaustrends hat ergeben: Im Jahr 2022 waren 6 von 10 Krankenhäusern im Freistaat defizitär und die Jahresabschlüsse für 2023 lassen 7 von 10 Kliniken mit roten Zahlen erscheinen. Für das laufende Jahr 2024 erwarten die Krankenhausverantwortlichen, dass 8 von 10 Kliniken in der Verlustzone landen werden und eine neue bundesweite Rekordzahl von Klinikinsolvenzen. Die größten Sorgen bereiten das Betriebskostendefizit (87,8 Prozent), die Bürokratie (83,5 Prozent), der Fachkräftemangel (71,3 Prozent), mangelnde Investitionsmittel (63,5 Prozent) und das Schlechtreden der Kliniken durch die Politik (50,4 Prozent).

Der Anteil der Kliniken mit Betriebskostendefiziten wurde in der Prognose der letztjährigen Umfrage sogar noch höher erwartet. „Die Nachbesserungen beim Hilfsfonds des Bundes und die zusätzliche Unterstützung des Freistaates hat das Schlimmste kurzfristig verhindert, doch jetzt stehen wir wieder leer da, weil diese Hilfen auslaufen und eine Gesetzesreform mit einer fairen Anpassung der Erlöse weiter auf sich warten lässt", stellte Landrätin Bischof fest und ergänzte: „Während frei-gemeinnützige und privat getragene Kliniken ihre Reserven derzeit komplett aufbrauchen, erleben wir auch in der Kommunalpolitik, dass die

(Fortsetzung auf Seite 4)



Northvolt, Intel, Wolfspeed und ZF: Unser Rathauskater Pino bescheinigt Deutschland schwere Subventionitis. Seiner Meinung nach läuft etwas schief, wenn Unternehmen nur noch investieren, weil sie Subventionen erhalten. Subventionen seien nur vor die Klammer gezogene Steuergutschriften für wenige Auserwählte. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Neues aus dem bayerischen Kabinett 2
EU-Parlament: Neues Migrations- und Asylpaket 2
Integrationspreis: Frauen im Fokus 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Die Europäische Union als Partner der Kommunalpolitik 3
Haben Bürgermeistermacher Einfluss auf den Wahlerfolg? . . .3
Statistik Kommunalfinanzen 2023: Hohe Defizite 5
Kommunale Finanzthemen 5
Kommunale Energiethemen . . . . . 6 - 11
Kommunale Bauthemen . . . . . 12 - 15
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 16 - 20

Neues aus dem bayerischen Kabinett

Der bayerische Ministerrat hat in München den von Gesundheitsministerin Judith Gerlach erlassenen Bußgeldkatalog für Verstöße gegen die Vorschriften der Cannabis-Legalisierung zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Freistaat Bayern wird das Cannabis-Gesetz restriktiv anwenden und greift nun mit einem Bußgeldkatalog durch.

Für Verstöße gegen das neue Cannabis-Gesetz, wie etwa Kiffen in Gegenwart von Kindern oder Jugendlichen, drohen 1.000 Euro Bußgeld. 500 Euro sind für das Kiffen in Fußgängerzonen zwischen 7 und 20 Uhr, in Schulen und deren Sichtweite oder auf Kinderspielplätzen und in deren Sichtweite vorgesehen. Gleiches gilt für Kinder- und Jugendeinrichtungen und öffentlich zugängliche Sportstätten. Wer in militärischen Bereichen der Bundeswehr Cannabis konsumiert, muss mit einem Bußgeld von 300 Euro rechnen. Und wer mehr als die zulässige Höchstmenge von 25 Gramm Cannabis besitzt oder mit sich führt, wird mit einem Bußgeld zwischen 500 und 1.000 Euro bedacht.

Drohende Bußgelder

Teuer wird es auch für Verstöße im Zusammenhang mit künftigen Cannabis-Anbauvereinigungen: Für das unerlaubte Werben oder Sponsoring, für eine unzureichend gesicherte Lagerung von Cannabis und viele weitere Verstöße drohen Bußgelder von mehreren hundert Euro. Für einige Verstöße sind sogar Bußgelder von bis zu 30.000 Euro möglich, etwa für den unerlaubten Versand oder die Lieferung von Cannabis-Stecklingen.

Grundsätzlich gelten alle genannten Summen laut Bußgeldkatalog für einen „vorsätzlichen Erstverstoß“. Im Wiederholungsfall können die Bußgelder verdoppelt, bei Fahrlässigkeit halbiert werden. Aber auch je nach Einzelfall können die Behörden von den Regelsätzen nach oben oder auch nach unten abweichen.

Landarztquote gegen Ärztemangel

Themenwechsel. Mit einer Erweiterung der sog. Landarztquote will der Freistaat den sich in einigen Landesteilen verschärfenden Mangel an Kinder- und Jugendärzten abfedern. Das Kabinett beschloss die Übernahme der seit 2020 geltenden Regelung für Landärzte für Weiterbildungen zum Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin. Damit sollen künftig auch Hochschulabsolventen ohne Einser-Abitur studieren können, sofern sie sich verpflichten, im Anschluss als Kinder- und Jugendarzt im ländlichen Raum zu arbeiten.

Gesetzesänderung

Wann die Regelung greift, war zunächst offen. Der Ministerrat beauftragte das zuständige Gesundheitsministerium, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes vorzulegen. Bislang war dies im Rahmen der Landarztquote nur bei einer Verpflichtung zur Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt für Innere Medizin möglich.

Bayern hatte als eines der ersten Bundesländer 2020 die Landarztquote eingeführt. Damit bekommen junge Menschen, die als Hausarzt arbeiten wollen, eine zusätzliche Chance für einen Medizinstudienplatz. Im Gegenzug verpflichten sich die angehenden Ärzte, nach dem Studium und einer fachärztlichen Weiterbildung in den Fachrichtungen Allgemeinmedizin oder Innere Medizin mindestens zehn Jahre lang als Hausarzt zu arbeiten – und zwar in einer Region, die hausärztlich unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht ist.

Vorabquote für Medizinstudienplätze

Bis zum Wintersemester 2023/2024 haben sich insgesamt 447 Studenten für ein Studium im Rahmen der Landarztquote entschieden. Derzeit stehen 5,8 Prozent der Vorabquote für Medizinstudienplätze für die Landarztquote zur Verfügung sowie zusätzlich 1 Prozent für die Quote für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Die Aufnahme von Kinder- und Jugendärzten soll innerhalb der bestehenden Vorabquote von 5,8 Prozent erfolgen. Damit würde sich die Quote künftig auf Fachärzte für Allgemeinmedizin, Innere Medizin sowie für Kinder- und Jugendmedizin aufteilen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Seibold
Gemeinde Höttingen
am 18.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Volker Schmiechen
Gemeinde Untersteinach
am 19.4.

Bürgermeister Jörg Nowy
Markt Essing
am 21.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stephan Antwerpen
Stadt Altötting
am 19.4.

Bürgermeister
Franz Degele
Gemeinde Bad Kohlgrub
am 24.04.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dipl.-Ing. (FH) Claus Meyer
Stadt Betzenstein
am 21.4.

Bürgermeister Hans Schmalhofer
Stadt Plattling
am 26.4.

Bürgermeister Gerald Rost
Gemeinde Gottfrieding
am 1.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerald Bauer
Gemeinde Höchstädt i. F.
am 22.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Miriam Steiner
Gemeinde Syrgenstein
am 18.04.

Bürgermeister Michael Schwing
Gemeinde Röllbach
am 28.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Europäisches Parlament nimmt neues Migrations- und Asylpaket endgültig an

- **Schnellere Prüfung von Asylanträgen, darunter an den EU-Grenzen, und wirksamere Rückführung**
- **Verbesserte Identifizierung bei der Ankunft und verpflichtende Sicherheits- und Gesundheitskontrollen sowie Prüfungen der Schutzbedürftigkeit für Menschen, die irregulär in die EU einreisen**
- **Mitgliedstaaten können wählen, ob sie Verantwortung für Asylbewerber übernehmen, finanzielle Beiträge leisten oder operative Unterstützung bieten**
- **Bessere Bewältigung von Krisensituationen und neue Regelung für die freiwillige Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Drittstaaten**

Das Europäische Parlament hat in Brüssel zehn Gesetzestexte zur Reform der europäischen Migrations- und Asylpolitik angenommen, auf die sich Parlament und Rat im Dezember geeinigt hatten.

Solidarität und Verantwortung

Zur Unterstützung von EU-Ländern, die unter Migrationsdruck stehen, werden andere Mitgliedstaaten einen Beitrag leisten, indem sie Asylsuchende oder Personen, die internationalen Schutz genießen, in ihr Hoheitsgebiet umsiedeln lassen, finanzielle Beiträge leisten oder operative bzw. technische Unterstützung bieten.

Darüber hinaus werden die sogenannten Dublin-Vorschriften überarbeitet – also die Kriterien, nach denen bestimmt wird, welcher Mitgliedstaat für die Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz zuständig ist.

Das Europäische Parlament nahm die von Berichterstatter Tomas Tobé (EVP, Schweden) vorgelegte Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement mit 322 zu 266 Stimmen bei 31 Enthaltungen an.

Bewältigung von Krisensituationen

Die Verordnung zur Bewältigung von Krisensituationen und Situationen höherer Gewalt sieht einen Mechanismus für die Reaktion auf einen plötzlichen Anstieg des Migrantenzustroms vor. Dadurch sollen Solidarität sowie die Unterstützung jener Mitgliedstaaten sichergestellt werden, die mit einer außergewöhnlich hohen Zahl an Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten konfrontiert sind.

Die neuen Regeln behandeln auch die Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten, die von Drittstaaten oder feindseligen nichtstaatlichen Akteuren gezielt eingesetzt werden, um die EU zu destabilisieren.

Die Europaabgeordneten nahmen den von Berichterstatter Juan Fernando López Aguilar (S&D, Spanien) vorgelegten Text mit 301 zu 272 Stimmen bei 46 Enthaltungen an.

Überprüfung von Drittstaatsangehörigen an den EU-Grenzen

Personen, die die Voraussetzungen für eine Einreise in die EU nicht erfüllen, werden vor der Einreise in einem bis zu sieben Tage andauernden Verfahren überprüft. Dabei werden sie identifiziert, ihre biometrischen Daten werden erfasst und sie werden Gesundheits- und Sicherheitskontrollen unterzogen. Die Mitgliedstaaten müssen unabhängige Kontrollmechanismen einrichten, um sicherzustellen, dass die Grundrechte geachtet werden.

Der von Berichterstatterin Birgit Sippel (S&D, Deutschland) vorgelegte Text wurde mit 366 zu 229 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen. Außerdem billigten die Abgeordneten neue Regeln für das zentralisierte System für Informationen zu Verurteilungen (ECRIS-TCN) mit 414 zu 182 Stimmen bei 29 Enthaltungen.

Schnellere Asylverfahren

Für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes wird EU-weit ein neues, gemeinsames Verfahren eingeführt. Die Bearbeitung von Asylanträgen an den Grenzen der EU muss in Zukunft schneller erfolgen. Auch sollen die Fristen für unbegründete oder unzulässige Anträge künftig kürzer sein.

Das Parlament nahm den von Berichterstatterin Fabienne Keller (Renew, Frankreich) vorgelegten Text mit 301 zu 269 Stimmen bei 51 Enthaltungen an. Das Abstimmungsergebnis für das Rückführungsverfahren an der Grenze war 329 zu 253 Stimmen bei 40 Enthaltungen.

Eurodac-Verordnung

Die Daten von Personen, die irregulär in die EU kommen – darunter Fingerabdrücke und Gesichtsbilder von Menschen ab sechs Jahren –, werden in der überarbeiteten Eurodac-Datenbank gespeichert. Die Behörden sind künftig auch in der Lage, zu erfassen, ob jemand ein Sicherheitsrisiko darstellen könnte oder gewalttätig bzw. bewaffnet war.

Der von Berichterstatter Jorge Buxadé Villalba (EKR, Spanien) vorgelegte Text wurde mit 404 zu 202 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Anerkennungsverordnung

Mit Blick auf die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus sowie auf die Rechte jener, die ein Anrecht auf Schutz haben, sprach sich das Parlament für neue einheitliche Normen für alle Mitgliedstaaten aus.

Die Mitgliedstaaten sollen die Lage im jeweiligen Herkunftsland auf der Grundlage von Informationen der EU-Asylagentur bewerten und die Flüchtlingseigenschaft regelmäßig überprüfen. Schutzsuchende müssen im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats bleiben, der für ihren Antrag zuständig ist bzw. in dem Schutz gewährt wurde.

Der Text wurde von Berichterstatter Matjaž Nemec (S&D, Slowenien) vorgelegt und mit 340 zu 249 Stimmen bei 34 Enthaltungen angenommen.

Aufnahme von Asylsuchenden

Die Mitgliedstaaten müssen in Zukunft sicherstellen, dass für die Aufnahme von Asylsuchenden gleichwertige Normen gelten. Das betrifft unter anderem Unterkunft, Schulbildung und Gesundheitsversorgung.

Registrierte Asylbewerberinnen und Asylbewerber können künftig spätestens sechs Monate nach Antragstellung eine Arbeit aufnehmen. Neue Regeln für Inhaftierung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit sollen außerdem Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, davon abhalten, sich innerhalb der EU zu bewegen.

Das Parlament nahm den von Berichterstatterin Sophia in `t Veld (Renew, Niederlande) vorgelegten Text mit 398 zu 162 Stimmen bei 60 Enthaltungen an.

Sicherer und legaler Weg nach Europa

Nach einem neuen Rahmen für Neuansiedlung und Aufnahme aus humanitären Gründen können Mitgliedstaaten anbieten, von den Vereinten Nationen anerkannte Flüchtlinge aus Drittstaaten aufzunehmen und ihnen damit die legale, organisierte und sichere Einreise in die EU zu ermöglichen. Der von Berichterstatterin Malin Björk (Die Linke, Schweden) vorgelegte Text wurde mit 452 zu 154 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen.

Nächste Schritte

Als Nächstes muss der Rat das Paket förmlich billigen. Danach treten die neuen Vorschriften in Kraft, sobald sie im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden. Es wird erwartet, dass die Verordnungen in zwei Jahren zur Anwendung kommen. Was die Richtlinie über Aufnahmebedingungen betrifft, haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, um die Änderungen in ihr nationales Recht einzuführen. ❐

20 Jahre EU Osterweiterung:

Nach der Osterweiterung ist vor der Osterweiterung ...

... lautet das Thema einer Jubiläumsveranstaltung des Ost-WestWirtschaftsForums Bayern und der Ukrainische Freie Universität der Ukraine – UFU, https://ufu-muenchen.de – in München am 6. Mai um 14.00 Uhr.

Die Osterweiterung hat Europa wiedervereinigt und den Binnenmarkt mit fast 500 Millionen Einwohnern zu einem globalen Schwergewicht weiterentwickelt. 20 Jahre später sollen Erfahrungen ausgetauscht werden mit damaligen Beitrittsländern, den heutigen Beitrittskandidaten und dem Freistaat Bayern, der von einer Randlage ins Zentrum der Europäischen Union wanderte.

„Wir richten den Blick nicht nur zurück, sondern auch nach vorne, um in der Europawoche Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hat mehr als deutlich gemacht, dass die Europäische Union geographisch und institutionell stärker werden muss, um Europäische Werte zu sichern, den Binnenmarkt auszubauen und eine globale Rolle zu spielen“, heißt es in der Einladung.

Keynote-Sprecher ist Markus Ferber, Mitglied des Europäischen Parlaments. In einer hochkarätig besetzten Diskussionsrunde werden Erfahrungen von Beitrittsländern und die Erwartungen von Beitrittskandidaten erörtert. Präsident Eberhard Sinner, Staatsminister a. D., wird zum Ende der Veranstaltung ein Fazit ziehen.

Programm:https://www.owwf.bayern/media/Termine/240506_EU/owwf_240506_DE_EU_Prog.pdf
Anmeldung: https://www.owwf.bayern/termine/060524EU/
Adresse: UFU, Am Münchner Tor 1, 80805 München. ❐

Bayerischer Integrationspreis 2024:

Frauen im Fokus

Die vom Gehörlosenverband München und Umland e.V. organisierte Initiative „Gehörlos, weiblich, neu in München“ erhält den diesjährigen Bayerischen Integrationspreis. Weitere Preisträger sind das Internationale Frauen- und Mädchenzentrum e.V. Nürnberg, IN VIA Bayern e.V., Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit, sowie das Freiwilligen-Zentrum Augsburg gGmbH.

Unter dem diesjährigen Motto „Integration – Frauen im Fokus“ wurden vier Projekte ausgewählt, die sich in besonderer Weise um die Integration von Frauen verdient gemacht haben und integrative Strahlkraft ausüben. Der Bayerische Integrationsbeauftragte Karl Straub, Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann und Landtagspräsidentin Ilse Aigner werden die Preise in Kürze im Bayerischen Landtag überreichen. Der Bayerische Integrationspreis 2024 ist mit insgesamt 11.000 Euro dotiert.

Peerberatung

In dem seit August 2022 bestehenden Siegerprojekt „Gehörlos, weiblich, neu in München – ein Projekt zur Information und Stärkung tauber geflüchteter Frauen“ werden Vorträge und Workshops für gehörlose deutsche und ukrainische Frauen angeboten und Möglichkeiten für Begegnungen geschaffen. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sind viele gehörlose Frauen aus der Ukraine nach München geflüchtet. Im Sinne einer Peerberatung sollen sie in die Gehörlosengemeinschaft in München und Umland integriert werden. Dies geschieht durch Vorträge in Deutscher und Ukrainischer Gebärdensprache, zum Beispiel zu den Themen Gesundheit und Arbeitsleben, sowie durch einen monatlichen Austausch zur Situation in den beiden Ländern. Darüber hinaus gibt es einen Telegram-Kanal für die gehörlosen ukrainischen Geflüchteten, um die Nutzerinnen regelmäßig mit aktuellen Informationen zu versorgen.

Selbstbestimmtes und tolerantes Miteinander

Das mit dem 2. Preis bedachte Internationale Frauen- und Mädchenzentrum in Nürnberg ist seit über vier Jahrzenten fester Bestandteil im Stadtgebiet Gostenhof und stellt für Frauen, Kinder und Jugendliche zahlreiche Angebote in den Bereichen Bildung, Beratung und Freizeit bereit. Dazu zählen etwa Integrations- und Konversationskurse, Computerkurse oder Bewerbungsunterstützung sowie ein offener Nachmittag zum Austausch. Das Zentrum versteht sich als Ort, an dem im täglichen Umgang selbstbestimmtes und tolerantes Miteinander gelebt wird. Die vielfältigen Angebote bieten den Frauen und Mädchen die Möglichkeit, in einem sicheren Rahmen ihren Entfaltungsspielraum auszuprobieren und diesen in ihrem Umfeld zu erweitern. Im Mittelpunkt der Zentrumsarbeit steht die Emanzipation der Frauen und Mädchen. Traditionelle Rollenbilder sollen durchbrochen und bisher versteckte Ressourcen zur Selbstbestimmung sowie Handlungsfähigkeit aktiviert werden.

Mentorinnen

Mit dem seit Anfang 2023 bestehenden und mit dem 3. Preis ausgezeichneten Projekt „MumM! – Mentorinnen unterstützen motivierte Migrantinnen!“ (Ingolstadt/München) möchte IN VIA Bayern durch Berufsmentoring die Arbeitsmarktintegration von gut qualifizierten Migrantinnen verbessern. Sie erhalten Unterstützung auf der Suche nach einer Stelle, die ihren Qualifikationen entspricht. Das Projekt besteht aus einer Workshop-Phase (zehn

(Fortsetzung nächste Seite)

Fraktionsinitiativen zum Haushalt 2024:

Für ein Bayern in Vielfalt und Klasse

Für bayernweite Akzente und regionale Projekte haben die Regierungsfraktionen von CSU und Freien Wählern zusätzlich zum diesjährigen Haushaltsentwurf der Staatsregierung 100 Mio. Euro eingeplant, 30 Mio. Euro mehr als im vergangenen Jahr. CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek, der Vorsitzende der FW-Fraktion im Bayerischen Landtag Florian Streibl, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier sowie der haushaltspolitische Sprecher der FW-Fraktion Bernhard Pohl erläuterten die Schwerpunkte.

Mit gut 29 Mio. Euro wird der ländliche Raum besonders unterstützt. Davon fließen rund 6,4 Mio. Euro in die Stärkung der Dorferneuerung. Durch die hohe Nachfrage der Gemeinden, von Kleinstunternehmern und privaten Bauherren nach Maßnahmen der Dorferneuerung konnten nicht alle Projekte zeitnah gefördert werden. Vor allem die attraktive Initiative „Innen statt Außen“ kommt sehr gut an.

Bus on Demand

Im Bereich Wohnen, Bau und Verkehr erhält das Kloster Michelfeld für Sanierung und Umbau 1,2 Mio. Euro. Der Betrieb eines autonomen Busses on Demand in der Marktgemeinde Birnbach wird mit 585.000 Euro gefördert, das Dorfgemeinschaftshaus Kirchheim mit 450.000 Euro.

Im Bereich Umwelt stellen die Regierungsfraktionen dem Zentrum Umwelt und Kultur in Benediktbeuern 1 Mio. Euro zur Verfügung. 250.000 Euro werden für einen Energiewende-Chatbot, der allen Bürgern und Amtsträgern fundiert Fragen rund um das Thema Energie beantwortet, aufgewendet, sowie weitere 500.000 Euro für die Digitalisierung der Förderprogramme des Naturschutzes. 400.000 Euro fließen in ein Pilotprojekt zur letalen Vergrämung von Saatkrähen, um landwirtschaftliche und urbane Schäden zu verhindern.

Für ein Lese-Förderprogramm für schwache Schüler der Sekundarstufe werden im Sektor Bildung 1 Mio. Euro in die Hand genommen, darüber hinaus 250.000 Euro zur Schwimmförderung an Grundschulen. 250.000 Euro fließen auch in die Sprachstandserhebung vor der Einschulung. Fast 10 Mio. Euro investieren CSU und FW in das Thema „Sicherheit und Rettungsdienst“. Knapp 2,2 Mio. Euro stehen für die Digitalisierung der bayerischen Polizei bereit. Mit knapp 1 Mio. Euro wird die Ausbildung von mehr Notfallsanitätern unterstützt.

2 Mio. Euro zur Erforschung von Long Covid

Insgesamt 20 Mio. Euro gehen in den Wissenschaftsbereich. Davon fließen allein 2 Mio. Euro in den Ausbau des bayerischen Netzwerks zur Erforschung von Long Covid und dem chronischen Fatigue-Syndrom. Ein Notfallkonzept in Reaktion auf Cyberangriffe an bayerischen Universitäten wird mit 1,1 Mio. Euro bedacht, das Bayerische Phagentherapiezentrum mit 700.000 Euro und die Einrichtung des Studiengangs Architektur an der TH Landshut mit 500.000 Euro.

Im Sektor Wirtschaft wird das Fraunhofer-Institut UMSICHT mit seinen Forschungsprojekten „Senkung der CO2-Emissionen der bayerischen Gasversorgung“ sowie „Hochqualitative CO2-reduzierte Rezyklate für die bayerische Automobilindustrie“ mit insgesamt 1 Mio. Euro. unterstützt. Die Gründerinnen von Digital-Startups erhalten über 220.000 Euro.

In den Kunst- und Kulturbereich fließen insgesamt 17 Mio. Euro. Darin sind zusätzliche Mittel für den Denkmalschutz, für Museen und Kulturveranstaltungen enthalten. Für die Förderung von Sing- und Musikschulen werden 1,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, 700.000 Euro gehen an Bibliotheken, das Schulmuseum Ichenhausen darf sich auf 500.000 Euro freuen und das Deutsche Musikfest in Ulm und Neu-Ulm erhält 320.000 Euro.

Rescue-Teams für Kindernotfälle

12 Mio. Euro zusätzliche Mittel investieren die Regierungsfraktionen in die Bereiche Gesundheit und Soziales. Rescue-Teams für Kindernotfälle bekommen 1 Mio. Euro, Auszeithöfe für erlebnisorientierte Angebote für Senioren, Demenzkranke und pflegende Angehörige 300.000 Euro. Mit diesem Betrag werden auch die Bahnhofsmissionen unterstützt. Zur Förderung des demokratischen und ehrenamtlichen Engagements junger Menschen gehen 3,6 Mio. Euro an die Jugendarbeit.

Seismographen der Lebenswirklichkeit

Wie CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek darlegte, „bilden wir mit über 300 Initiativen die Vielfalt unseres Landes ab. Mit vielen kleinen Projekten sind unsere Abgeordneten Seismographen der Lebenswirklichkeit in unserem Freistaat. Wir kümmern uns um konkrete Anliegen und zeigen Lösungswege auf. Dieser Teamgeist innerhalb der Fraktion steht für das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft. Kleine Projekte können in der Region eine große Wirkung entfalten – ob bei der Dorferneuerung, im Tourismus oder bei den Rettungsdiensten. Wir sorgen dafür, dass Bayern ein lebenswertes und sicheres Land bleibt.“

„Mit den Initiativen unserer Regierungsfraktionen setzen wir wichtige Akzente für den Haushalt 2024 und stärken die Kernbereiche unserer Regierungsarbeit“, erklärte FW-Fraktionsvorsitzender Florian Streibl. „Wir stellen sicher, dass die Menschen im ganzen Freistaat von unserer vernünftigen Haushaltsführung profitieren. Neben den Ballungsgebieten gilt unser Augenmerk maßgeblich den ländlichen Regionen mit wichtigen Landwirtschafts- und Umweltprojekten. Wir stärken damit die grüne Lunge Bayerns und bewahren ein wichtiges Stück Heimat.“ Die Fraktionsinitiativen werden aktuell im Haushaltsausschuss beraten. Die finale Abstimmung über den Doppelhaushalt 2024/2025 ist ab dem 4. Juni 2024 geplant. **DK**

Frauen im ...

(Fortsetzung von Seite 2)

eintägige Workshops), in der es um Arbeitskultur, interkulturelle Kommunikation, Bewerbungs- und Vorstellungsgesprächstraining oder um die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ging, und einer im September 2023 gestarteten Mentoring-Phase, in der jede Teilnehmerin eine Mentorin an die Seite bekommt, die zu ihren beruflichen Bedürfnissen passt. Die Mentorin hilft mit „Insider“-Wissen, Tipps und schließlich mit dem Start eines ersten beruflichen Netzwerks.

Frauen stärken

Ein ebenfalls 3. Preis wird dem 2019 ins Leben gerufenen Augsburger Projekt „Frauen stärken – Frauenpower“ zuteil. Sehr oft vergessen Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund, die in ihren Heimatländern beruflich aktiv waren, ihre Kompetenzen und fühlen sich hilflos. Probleme bereiten ihnen zudem Sprachbarrieren und ungeschriebene Verhaltensregeln. Mit dem Projekt, das aus einem Workshop mit zehn Modulen besteht, soll das Selbstbewusstsein der Frauen gestärkt werden.

Der Workshop findet zweimal jährlich mit wöchentlichen Veranstaltungen statt. Mit Übungen und Interaktionen finden Frauen wieder zu ihren Kompetenzen zurück, erweitern ihre Sprachkenntnisse und spüren ihre Selbstwirksamkeit. Ziel ist es, die Frauen zu motivieren und sie durch ein Hilfenetzwerk bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Bisher haben über 70 Frauen an dem Programm teilgenommen, die sich dann teilweise wieder ehrenamtlich am Projekt beteiligten. Auf Wunsch werden die Frauen von Mentorinnen begleitet. Darüber hinaus findet alle zwei Wochen ein offener Frauen-Stammtisch statt. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

aus kommunalpolitischer Perspektive sind die Europäische Union und ihre Institutionen oftmals wenig greifbar und scheinbar weit weg von den konkreten Beschlüssen vor Ort. Aber die Entscheidungen auf europäischer Ebene haben unmittelbare und tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke. Kommunalpolitik wird somit nicht nur vor Ort, sondern auch in Brüssel und Straßburg gemacht.

So wird die EU von Kommunalpolitikern gerne als unnötiges Bürokratiemonster wahrgenommen, das den kommunalen Alltag für unsere Mandatsträger eher erschwert als erleichtert. Diese Wahrnehmung ist auch nicht so einfach von der Hand zu weisen. So bedenke man nur das komplexe EU-Vergaberecht, die neue Kommunalabwasserrichtlinie und zahlreiche EU-Verordnungen, die direkten Einfluss auf die Politik vor Ort haben und teilweise für Mehrarbeit in den kommunalen Verwaltungen sorgen.

Die Europäische Union als Partner der Kommunalpolitik

Aus kommunalpolitischer Perspektive dürfen wir uns aber nicht per se gegen die EU stellen, sondern müssen proaktiv Einfluss auf die Entscheider in Brüssel und Straßburg nehmen. Wir müssen die EU als Partner der Kommunalpolitik verstehen und gemeinsam mit dem Freistaat Bayern, dem Europabüro der bayerischen Kommunen und unseren bayerischen Mitgliedern des Europaparlaments uns für die Durchsetzung der kommunalpolitischen Interessen einsetzen.

Nicht jede Entscheidung der EU-Intuitionen ist eine gute, aber ohne die Europäische Union wären Frieden, Sicherheit und Wohlstand massiv gefährdet und die kommunale Arbeit vor Ort würde durch eine Abstinenz der EU keinesfalls erleichtert, sondern massiv erschwert werden.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine erfolgreiche Zukunft im Zusammenspiel von EU und bayerischer Kommunalpolitik!

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Wahlkampfhilfe im Ländle:

Haben Bürgermeistermacher Einfluss auf den Wahlerfolg?

Bürgermeistermacher, also professionelle Wahlkampfhelfer, sind keine Seltenheit. Julian Brandstetter erklärt in seiner Bachelorarbeit, welchen Einfluss sie auf den Wahlerfolg haben.

Ludwigsburg. Jährlich finden in Baden-Württemberg circa 140 Bürgermeisterwahlen statt, bei denen Kandidierende um den Einzug in das Bürgermeisteramt streiten. Kandidaturen sind in Baden-Württemberg Einzelbewerbungen, was bedeutet, dass die Organisation des Wahlkampfes alleine den Kandidierenden obliegt. Hierfür müssen nicht nur finanzielle Ressourcen mobilisiert werden, auch Wissen und Erfahrung in der Durchführung eines Wahlkampfes sind von grundlegender Bedeutung.

Es warten etliche Herausforderungen auf die Kandidierenden, schließlich sind die Erwartungen der Wählerschaft an die Gestaltung von Wahlkampagnen größer geworden. Vielen fehlt aber das für einen qualitativ hochwertigen Wahlkampf notwendige Know-how. Einige Unternehmer erkannten dies und machten sich als sogenannte Bürgermeistermacher selbstständig.

Solche Wahlkampfmanager begleiten gegen Entgelt Bewerbende durch den gesamten Wahlkampf. Die Bewerbenden versprechen sich von dieser Form der professionellen Wahlkampfhilfe entscheidende Impulse und Vorteile gegenüber der Konkurrenz. Aus diesem Grund wurden alle Bürgermeister/innen, die zwischen dem 15.06.2018 und dem 14.06.2020 gewählt wurden, zu einer Umfrage über ihren Wahlkampf eingeladen. Insgesamt 75 Bürgermeister/innen nahmen an dieser Umfrage teil.

Professionelle Unterstützung bei Wahlen längst üblich

Die Umfrage unter neugewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern verdeutlichte, dass professionelle Unterstützung längst auf Ebene der Bürgermeisterwahlen angekommen ist. Die professionelle Unterstützung definiert sich hierbei allerdings nicht dadurch, dass sich die Unterstützenden als Bürgermeistermacher bezeichnen. Auch Fotografen, Web-Designer und andere Dienstleister sind in diesem Kontext zu nennen.

Über 80 Prozent der Befragten gaben an, dass sie mindestens eine solcher Hilfen in Anspruch nahmen. Insbesondere bei der Erstellung von Werbemitteln scheint eine rege Nachfrage zu existieren.

Kandidierende, die ihre Wahlkämpfe in unserem Nachbarbundesland ohne fremde Hilfen bestritten, finden sich fast ausnahmslos in kleineren Gemeinden. Mit steigender Gemeindegröße scheint die Hinzuziehung solcher Unterstützungen somit an Bedeutung zu gewinnen.

Bessere Chancen für ein positives Ergebnis

Bürgermeistermacher, die die Kandidierenden mit verschiedenen Dienstleistungen durch den kompletten Wahlkampf begleiten, werden ebenfalls gelegentlich engagiert. Fast jeder fünfte neugewählte Bürgermeister, beziehungsweise jede fünfte neugewählte Bürgermeisterin, engagierte einen Bürgermeistermacher, wenn auch anzunehmen ist, dass eine gewisse Dunkelziffer existiert, da die Wahlkampfberatung auf kommunaler Ebene einen eher negativen Ruf innehat.

Sofern Bürgermeistermacher zum Einsatz kommen, können sie die Chancen auf einen Wahlsieg ihrer Klient/innen tatsächlich erhöhen. Für Bürgermeisterwahlen existieren verschiedene Erfolgsfaktoren.

Persönlichkeit und Sozialprofil

Neben dem Sozialprofil und der Persönlichkeit der Kandidierenden, beeinflussen die Organisation und Kommunikation sowie der Orts- und Wahlkontext die Siegchancen. Das Sozialprofil und die Persönlichkeit sind dabei von besonderer Bedeutung. Kandidierende, die beispielsweise keine Verwaltungserfahrung vorweisen können, oder bereits in einem Alter sind, das keine zweite Amtsperiode erlauben würde, haben jedoch auch mit einem Bürgermeistermacher nur geringe Chancen auf einen Wahlsieg. Stimmen diese persönlichen Voraussetzungen aber mit den Erwartungen der Wählenden überein, kann ein Bürgermeistermacher in der Organisation und Kommunikation hingegen entscheidende Impulse setzen.

Coaching für Sprache und Habitus

Durch Coaching in Sprache und Habitus kann das gesamte öffentliche Auftreten von Kandidierenden verbessert werden. In diesem Zusammenhang muss aber festgehalten werden, dass die befragten Bürgermeister/innen mit Wahlkampfberater aufgrund ihres Sozialprofils ohnehin gute Voraussetzungen auf den Wahlsieg hatten. Ob die Arbeit der Bürgermeistermacher in diesen Fällen ausschlaggebend für den Wahlsieg war, kann somit zumindest partiell in Frage gestellt werden. ❐

Zum Autor:

Im Februar 2021 schloss Julian Brandstetter den Bachelorstudiengang Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg erfolgreich ab. Bereits zu Beginn seines Studiums entwickelte er großes Interesse an kommunalpolitischen Prozessen. Deshalb war für ihn früh klar, dass er seine Bachelorarbeit über Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg schreiben möchte. So entstand die Idee einer Arbeit über professionelle Wahlkampfhilfe, die von Rafael Bauschke und dem Bürgermeister von Immenstaad am Bodensee, Johannes Henne, betreut wurde. Julian Brandstetter ist wohnhaft in Friedrichshafen und hat ebenfalls bei der Stadt Friedrichshafen zum 01.03.2021 seine Stelle angetreten.
Dies ist nur eine Kurzzusammenfassung der Bachelorarbeit. Kontakt bei Rückfragen: brandstetter.julian@gmail.com.

Quelle/Autor: Julian Brandstetter

Bayern sucht weitere „Genussorte“

Ministerin Michaela Kaniber startet neuen Wettbewerb

Bayern ist ein Genussland. Hier lässt es sich überall genießen, hier gibt es landauf landab ganz besondere regionale Spezialitäten. Wie viele bekannte und auch nicht so bekannte kulinarische Spezialitäten es in Bayern gibt, konnte man schon beim ersten Wettbewerb im Jahr 2018 erahnen. Zum 100-jährigen Jubiläum des Freistaats wurden erfolgreich 100 Genussorte in Bayern gesucht und gefunden. Nun hat Ernährungsministerin Michaela Kaniber dazu einen neuen landesweiten Wettbewerb gestartet. „Der Wettbewerb soll Verbrauchern deutlich machen, welchen kulinarischen Reichtum der Freistaat zu bieten hat“, sagte die Ministerin.

Gesucht werden im Rahmen des Wettbewerbs Orte mit einer eigenständigen kulinarischen Tradition, die den facettenreichen, heimischen Genuss für Einheimische und Gäste erlebbar machen. Bewerben können sich Gemeinden oder Städte, in denen mindestens drei Akteure aus verschiedenen Bereichen in einem regionalen Zusammenschluss genussbringend zusammenwirken. Zu diesen Zusammenschlüssen können unter anderem privatwirtschaftliche Unternehmen, kommunale Träger, Erzeuger und Gastronomen gehören. In diesem Jahr werden bis zu 50 neue Genussorte ausgezeichnet.
Infos sowie die Teilnahmebedingungen: www.100genussorte.bayern/wettbewerb. ❐

Landkreistag verwahrt sich gegen Vereinnahmung durch den Bundesgesundheitsminister

In der Ärztezeitung wird Bundesgesundheitsminister Lauterbach mit dem Satz wiedergegeben: „Er betonte, dass die kommunalen Spitzenverbände keine Bedenken gegen die Reform vorgetragen hätten." Dagegen verwahrt sich der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, der persönlich am Gespräch des Ministers mit den kommunalen Spitzenverbänden teilgenommen hat.

Sager: „Wir haben mit dem Bundesgesundheitsminister gesprochen. Nach wie vor haben wir große Bedenken gegen die geplante Krankenhausreform. Nun gibt die Ärztezeitung Minister Lauterbach mit der Aussage wieder, die kommunalen Spitzenverbände hätten keine Bedenken gegen die Reform vorgetragen. Richtig ist das Gegenteil: Seit vielen Monaten werden wir nicht müde, die möglichen negativen Folgen für die Gesundheitsversorgung vor Ort darzustellen und anzuprangern. Uns dergestalt zu vereinnahmen und unsere Zustimmung zu unterstellen, macht uns fassungslos. Wir haben große Sorgen vor allem mit Blick auf die Erreichbarkeiten der Kliniken in der Fläche und die unter Umständen gravierenden Veränderungen der Patientenströme."

Folge dürfe nicht sein, viele Standorte in ihrer Existenz zu bedrohen. „Es geht an dieser Stelle um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland. Insofern ist es ein offener Affront gegen die Belange des ländlichen Raumes und der Fläche, wenn die erheblich unterschiedliche Betroffenheit von städtischem und ländlichem Raum übergangen wird. Ein Kliniksterben in der Fläche muss unbedingt verhindert werden." ❐

Strukturwandel jetzt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Grenzen möglicher Defizitausgleiche überschritten werden."

Wie dramatisch die Situation ist, macht aus BKG-Sicht ein Vergleich deutlich: „Wie bei einem Deich durch ständiges Hochwasser irgendwann ein Bruch droht, ist jetzt ohne Lösung der finanziellen Notlage in der stationären Versorgung ein struktureller Kollaps unmittelbar zu befürchten", unterstrich Bischof.

Regionalkonzepte und Fusionen

In Bayern nehmen die Krankenhausträger daher den Strukturwandel zunehmend selbst in die Hand. „Der jetzige Veränderungsprozess ist bereits viel dynamischer als in den letzten Jahrzehnten. Regionalkonzepte werden entwickelt, Fusionen angestrebt, digitale Vernetzungen ausbaut und bisherige Krankenhausstrukturen verstärkt ambulant umgewandelt sowie teilweise Leistungsangebote konzentriert", erläuterte der 2. BKG-Vorsitzende und Oberbürgermeister der Stadt Marktredwitz, Oliver Weigel.

Beispiel Klinikum Fichtelgebirge

Bezogen auf das Beispiel Klinikum Fichtelgebirge und die beiden Standorte in Selb und Marktredwitz mit insgesamt 380 Betten erklärte Weigel: „Im Landkreis Fichtelgebirge arbeiten wir an unserem Projekt Freiraum, um die ambulante wie stationäre Versorgung der Menschen neu zu gestalten. Dabei haben wir die Menschen vor Ort in unsere Entscheidungen frühzeitig mit eingebunden, was unbedingt erforderlich ist."

Im Jahr 2023 habe der Verwaltungsrat richtungsweisende Klausurtagungen und Sitzungen abgehalten und anhand eines zuvor beauftragten Gutachtens mit Rückendeckung durch eine breite Zustimmung im Kreistag sich für die stationäre Leistungserbringung in Marktredwitz und den Ausbau der ambulanten Leistungserbringung am Standort Selb entschieden. „In Betriebsversammlungen und Teamgesprächen wurden dann bis Jahresende alle Krankenhausbeschäftigten über die geplanten Schritte informiert und ihnen ein entsprechendes Angebot unterbreitet. Alle Entscheidungen und Maßnahmen wurden von uns darüber hinaus mit einer breiten Pressearbeit verbunden", stellte Weigel fest.

Stand heute wurden Teile der Mitarbeiter aus Selb in Marktredwitz bereits integriert (Umzug Orthopädie/Unfallchirurgie sowie Teile Innere Medizin) und die OP-Kapazitäten auf stationäre Eingriffe optimiert. Zudem wird die Notaufnahme umgebaut und erweitert. Am Standort Selb wurde inzwischen der Wegfall von 115 stationären Betten eingeleitet und die orthopädisch/unfallchirurgische Versorgung zum 31.03.2024 eingestellt. Die Schließung der Notaufnahme ist für das Ende des 2. Quartals 2024 vorgesehen. Darüber hinaus wird ein ambulanter Medizincampus mit den beiden Fachbereichen Allgemeinmedizin (Hausarzt) und Gynäkologie aufgebaut. Die Ansiedlung weiterer Fachärzte ist möglich und gewünscht. Geplant ist zudem eine Kooperation mit einer chirurgischen Gemeinschaftspraxis, die eine Filialpraxis im Bereich der ehemaligen Notaufnahme in Selb betreibt.

Problem hohe Betriebskostendefizite

„Die von uns bisher umgesetzten Maßnahmen, d. h. die Zentralisierung medizinischer Leistungen, sind aus meiner Sicht nicht nur ökonomisch, sondern auch medizinisch sinnvoll. Problem für uns sind jedoch nach wie vor die hohen Betriebskostendefizite und die Frage der Finanzierung des Transformationsprozesses", betonte der Oberbürgermeister.

Gestützt auf bisher gewonnene Erfahrungen formulierte er folgende Ziele des Strukturwandels der Kliniken in Bayern aus Sicht der BKG: „Erstens gilt es, die Versorgung der Menschen im ländlichen Raum im Rahmen der Möglichkeiten durch einen durchdachten Strukturwandel zu sichern. Zweitens ist die Vernetzung der Krankenhäuser auszubauen, wie etwa mit dem gemeinsamen Patientenportal ‚mein.krankenhaus.bayern', an dem über 100 Kliniken in Bayern teilnehmen, und das Anfang Mai an den Start gehen wird. Außerdem ist auch die Vernetzung in der gestuften Versorgung weiter auszubauen, wie beispielsweise mit den Schlaganfallnetzwerken, stationären Versorgungsverbünden und einer besseren Zusammenarbeit von ambulanten Arztpraxen, Rettungsdienst und Kliniken. Drittens ist die Innovation und Spitzenmedizin weiter zu fördern, wie es der Freistaat derzeit mit der High Care-Agenda für die Universitätsmedizin plant. Viertens geht es darum, Ressourcen mit Blick auf den Fachkräftemangel zu schonen, was bedeutet, dass die Krankenhäuser ihr jeweiliges Leistungsspektrum noch gezielter abstimmen. Fünftens müssen wir auch prüfen, wo und wie Kosten zu senken sind, möglichst ohne negative Auswirkungen auf die Menschen vor Ort, also die Beschäftigten und die Patientinnen und Patienten."

Dazu benötigten die Kliniken aber einen verlässlichen und fördernden gesetzlichen Rahmen und zumindest die faire Chance auf einen ausgeglichenen Haushalt, was heute in der Regel nicht der Fall sei, führte Weigel aus.

Finanzierungsgrundlage muss fair sein

Aus Sicht der Bayerischen Krankenhausgesellschaft ist die Voraussetzung für einen guten Strukturwandel weiterhin eine faire Finanzierungsgrundlage. Dazu forderte Geschäftsführer Roland Engehausen: „Die Inflationslücke von 4 Prozent je Behandlungsfall ist jetzt zu lösen, wie es der Bundesrat gefordert hat, um den Strukturwandel aus Sicht der Patientinnen und Patienten gut gestalten zu können" und ergänzte eine zweite konkrete Forderung aus den Umfrageergebnissen: „Wenn wir nicht umgehend unsere Mitarbeitenden von Bürokratie befreien, wird das künftige Fachkräfteproblem nicht lösbar sein."

Leider sieht der Entwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes nach Einschätzung der BKG sogar deutlich höhere Bürokratieaufwände vor und die praktischen Wirkungen der komplexen Regelungen bleiben unklar. Es gelte, die Auswirkungen des Reform-Entwurfes im Sinne einer radikalen Vereinfachung grundlegend zu überprüfen. **DK**

Kernversprechen für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
dern wie beispielsweise Tunesien, Marokko oder der Türkei zu schließen.

Bayern profitiert als sechstgrößte Volkswirtschaft der EU und als exportorientiertes Land enorm vom freien Handel und einer starken EU. Über 50 Prozent der bayerischen Exporte gehen in die EU. Vor diesem Hintergrund will die CSU den Industriestandort Europa, Deutschland und Bayern durch ein klares Bekenntnis und Entlastungen für Branchen wie die Automobilindustrie, Grundstoffindustrie, Luftfahrt, energieintensive Unternehmen sowie auch Mittelstand und Handwerk technologieoffen stärken. Auch liegt das Augenmerk auf einem wettbewerbsfähigen Europäischen Datenraum. Wieder abgeschafft werden soll das EU-Verbrennerverbot.

Um den Mittelstand von Bürokratie zu entlasten, brauche es nach dem „Green Deal" nun einen echten „Economic Deal". „Deshalb wollen wir den EU-Mittelstandsbeauftragten mit einem Veto-Recht ausstatten, Bürokratie konsequent abbauen, die Taxonomie und den Green-Deal kritisch überprüfen und die Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen anheben."

Damit Europa einen Sicherheitsgaranten für seine Bürger darstellt, sei eine bessere Zusammenarbeit von Europol ebenso geboten wie eine europaweite Ächtung von Drogen wie Cannabis, das Ausschöpfen aller rechtsstaatlichen Mittel zum Schutz von Kindern sowie eine bessere Bekämpfung von Extremismus aller Art.

Für ein Europa, das Innovationen fördert, sollen Zukunftstechnologien gefördert, ein souveräner Zugang zum Weltraum für Europa geschaffen, sowie Bayern als Leitregion für technologischen Fortschritt entwickelt und zum Nummer-1-Standort für Start-ups gemacht werden. Mit Blick auf den Gesundheitsschutz „wollen wir eine europäische Gesundheitsinnovationsunion."

Leitprinzip Subsidiarität

Um die Energieversorgung zu sichern, soll Bayern zum Wasserstoffdrehkreuz Europas entwickelt werden. Alle Erneuerbaren Energien seien gleichwertig zu fördern und auch die Kernenergie müsse weiter genutzt und erforscht werden. Ein europäisches Heizgesetz wird abgelehnt.

Darüber hinaus bekennt sich die CSU zu einem Europa, das keine Schulden macht: „Wir wollen eine strikte Durchsetzung der EU-Schuldenregeln, keine europäische Schuldenunion und Bargeld als Zahlungsmittel erhalten. Die EU-Kommission und den EU-Beamtenapparat gilt es zu verkleinern."

Thematisiert wird auch die Wertschätzung der Landwirtschaft: „Wir wollen Ernährungssicherheit und wirtschaftliche Perspektiven für unsere Landwirte. Überzogene Vorgaben und Bürokratie wie Flächenstilllegungen lehnen wir ab." Durch eine klare Herkunftskennzeichnung soll die regionale Lebensmittelerzeugung gefördert werden.

Stichwort Umwelt: „Wir wollen die europäischen Klimaziele durch Innovation und Anreize erreichen, nicht durch Verbote", heißt es weiter. „Wir setzen auf Emissionshandel, Speicherung und Abscheidung von CO2 und die Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Bei wichtigen Elementen der Daseinsvorsorge, wie etwa der Wasserversorgung, gilt ‚Kommunal vor Kommerz'."

„Mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen", lautet das letzte Kernversprechen. „Subsidiarität bleibt unser Leitprinzip. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen in Formaten wie der EU-Donauraum-Strategie, der EU-Alpenraumstrategie, der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, der internationalen Bodenseekonferenz oder den Europaregionen und Euroregios ausbauen und die Partnerschaften Bayerns zum westlichen Balkan und nach Skandinavien weiterentwickeln. Die langfristig gewachsenen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich wollen wir pflegen und aufrechterhalten."

Europäische Innovationsregionen

Außerdem schwebt der CSU eine Neubelebung der „Motoren für Europa" vor, in dem die bayerische Zusammenarbeit insbesondere mit weiteren Erfolgsregionen Europas wie der Lombardei, Venetien, Île-de-France, Südschweden sowie den Großräumen Warschau und Prag forciert und gleichzeitig die bestehenden partnerschaftlichen Beziehungen mit Mitgliedstaaten aus der EU und darüber hinaus strategisch ausgebaut werden. Auch soll eine EU-Innovationsunion unter dem Motto „Stärken stärken" die regionale Zusammenarbeit von europäischen Innovationsregionen bei Zukunftstechnologien stärker fördern. Durch enge Beziehungen wie etwa zu Tschechien soll der Freistaat als Motor der fortschreitenden Integration Mittel- und Osteuropas, insbesondere mit Blick auf die Infrastrukturanbindung, fungieren. **DK**

Herausforderungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
erzeugung und Verteilung zur Erhöhung einer autarken Energieversorgung und Steigerung der örtlichen und regionalen Wertschöpfung, sowie Investitionen zur Verbesserung der örtlichen und regionalen Freizeitgestaltung wie etwa die Förderung von Sportplätzen und Schwimmbädern sowie kulturellen Angeboten.

Trotz aller Widrigkeiten in den vergangenen Jahren sei die Bundeswehr immer wieder an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gegangen und über sich hinausgewachsen, betont der DStGB. Die Soldatinnen und Soldaten hätten nicht nur ihre Aufgaben im Rahmen der Landesverteidigung wahrgenommen; auch habe die Truppe unter schwierigsten Bedingungen deutsche Staatsangehörige aus Konfliktgebieten ausgeflogen oder den Kommunen in Deutschland bei Krisen zur Seite gestanden wie etwa bei Hochwassern, Waldbränden oder der Pandemie-Bekämpfung.

Resilienz gegen Schadensereignisse

Um die Resilienz gegen Schadensereignisse wie Dürre, Flut und Brände zu stärken, sollte es in größerem Umfang auch gemeinsame Übungen von zivilen und militärischen Kräften geben. Die neue Sicherheitslage in Europa und der Welt begrenzten die Möglichkeiten der Bundeswehr, eine Reservefunktion im Bevölkerungsschutz wahrzunehmen. Mit Blick auf die knappen Ressourcen der Truppe, die für die Bündnis-/ Landesverteidigung existenziell sind, dürfe die Amtshilfe der Bundeswehr nur subsidiär beim Einsatz von Mitteln gegen Katastrophen erfolgen. „Es ist daher unbedingt erforderlich, dass der Bevölkerungsschutz in den Kommunen vor Ort weiter gestärkt wird. Hierzu muss ein eigenes Sondervermögen gebildet werden."

Viele Gemeinden nutzten bereits die Möglichkeiten, ihre Solidarität und Wertschätzung gegenüber der Bundeswehr zum Ausdruck zu bringen: sei es die Idee der Gelben Schleifen, bei der diese etwa an Rathäusern als Symbol der Verbundenheit sichtbar platziert werden, oder eine Patenschaft zwischen einer Kommune und einem Truppenteil. Gemeinsame Veranstaltungen, aber auch Diskussionsformate seien bereits heute in vielen Kommunen feste Termine, um einander kennenzulernen und zu verstehen. Aber auch das Arbeiten an gemeinsamen Herausforderungen, wie etwa Kooperationen bei Kindertagesstätten, habe in der Vergangenheit die Verbindung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft vor Ort gestärkt. Kommunen und Bundeswehr seien aufgefordert, diese Zusammenarbeit weiter auszubauen, um den Zusammenhalt von Bundeswehr und Gesellschaft stärker zu fördern. Dazu zähle beispielsweise, dass der Tag der Bundeswehr künftig in mindestens einer Kommune je Bundesland durchgeführt wird, erklärt der DStGB-Arbeitskreis.

Auch der Freistaat Bayern setzt sich für eine starke Bundeswehr ein. Erst vor kurzem billigte der Ministerrat den Entwurf für ein Bayerisches „Bundeswehr-Gesetz", das erste Gesetz eines deutschen Bundeslandes zur Stärkung der Streitkräfte und der Landes- und Bündnisverteidigung.

Der Gesetzentwurf enthält Änderungen in zahlreichen Bereichen des Landesrechts, um die Bundeswehr bei der Bewältigung der neuen Hauptaufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung zu unterstützen. Laut Staatsregierung „zeigt der Krieg in der Ukraine, wie wichtig etwa modernste Flugabwehrsysteme und das Beherrschen disruptiver Technologien für den Schutz unserer Bevölkerung sind. Der Transfer von Know-how und die Ausbildung von Fachkräften durch die Hochschulen sind elementar dafür, dass sich unsere Demokratie gegen Bedrohungen von außen verteidigen kann."

Deshalb wolle der Freistaat die Forschung zu Zwecken der Landes- und Bündnisverteidigung fördern, zum Beispiel im Bereich KI, Robotik, Drohnen und Cyberwaffen. Dafür sei es essenziell, dass die Hochschulen mit den Einrichtungen der Bundeswehr zusammenarbeiten. Der Gesetzentwurf sieht deshalb ein Kooperationsgebot für die Hochschulen vor und, wenn es aus Gründen der nationalen Sicherheit erforderlich ist, auch eine Kooperationspflicht. Zugleich wird klarstellt, dass es an Bayerns Hochschulen auch künftig keine Zivilklauseln geben wird, die Forschung zu militärischen Zwecken zu verbieten.

Da die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft gehöre, müsse sie auch im schulischen Bereich unter bestimmten Rahmenbedingungen sichtbar sein. Im Bereich der politischen Bildung sollen alle staatlichen Schulen mit den Jugendoffizieren sowie den „Blaulichtorganisationen" zusammenarbeiten. Zudem sollen sie bei Veranstaltungen zur beruflichen Orientierung ihre Ausbildungs-, Berufs- und Dienstmöglichkeiten vorstellen dürfen. Denn eine starke Bundeswehr benötige Nachwuchs. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht seien Möglichkeiten der Information über Einsatzmöglichkeiten unverzichtbarer Baustein für die Personalgewinnung der Bundeswehr.

Schlüsselfaktor Infrastruktur

Ein weiterer Schlüsselfaktor für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und auch für künftige Standortentscheidungen sei die militärische Infrastruktur. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts sei diese Notwendigkeit freilich immer weiter in den Hintergrund des öffentlichen Bewusstseins gerückt. Künftig solle Verteidigung bei der Landesplanung wieder „mitgedacht" und stärker berücksichtigt werden. Dies sei eine strukturelle Voraussetzung dafür, dass die Bundeswehr die nötigen Einrichtungen für die Landes- und Bündnisverteidigung vorhalten und auch ihre „Drehscheibenfunktion" im Herzen des europäischen Kontinents für die NATO erfüllen kann.

Die militärische Infrastruktur in Deutschland erfordert Milliarden-Investitionen für moderne Kasernen, Depotstrukturen und Verwaltungseinheiten. Es gibt bundesweit einen Investitionsstau, der nur schwer aufzulösen ist. Mit Maßnahmen zur Beschleunigung des militärischen Bauens sei der Freistaat bereits Vorreiter. Der Gesetzentwurf sieht nun zusätzlich den Abbau bürokratischer Hürden für das militärische Bauen vor. Bauvorhaben der Bundeswehr auf Militärgelände sollten verfahrensfrei gestellt, und die Bundeswehr von örtlichen Bauvorschriften der Standortgemeinden freigestellt werden. „Diese Entbürokratisierung und Deregulierung ermöglicht Wiederholungsplanungen und fördert serielles Bauen, was Kosten senken und Bauvorhaben beschleunigen wird. Außerdem werden so die Bauaufsichtsbehörden entlastet." **DK**

Statistik Kommunalfinanzen 2023:

Hohe Defizite

Inflation, Wachstumsschwäche und zunehmende Aufgaben lassen die Defizite der Kommunalhaushalte weiterwachsen. Der finanzielle Druck auf die Kommunen ist erheblich. Damit bestätigt die nun vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Kassenstatistik den Negativ-Trend für die kommunalen Finanzen.

Laut Destatis ist der kommunale Finanzierungssaldo um mehr als 9 Mrd. Euro abgestürzt, von einem geringen Überschuss von 2,6 Mrd. Euro im Jahr 2022 auf ein Defizit von 6,8 Mrd. Euro im vergangenen Jahr. Einen vergleichbaren Einbruch gab es zuletzt im Zuge der Finanzmarktkrise ab dem Jahr 2008.

Das Ergebnis setzt sich aus kommunalen Kern- und Extrahaushalten zusammen: Das Defizit der Kernhaushalte belief sich im Jahr 2023 auf 6,2 Mrd. Euro, nach einem Überschuss von 2,2 Mrd. Euro im Vorjahr. Die Extrahaushalte verzeichneten im Jahr 2023 ein Defizit von 0,7 Mrd. Euro. Im Vorjahr hatte sich ein Überschuss von 0,5 Mrd. Euro ergeben.

Ausgaben steigen um 12 %

Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände stiegen im vergangenen Jahr im Vergleich zum Jahr 2022 sehr stark um 12,0 Prozent bzw. 39,2 Mrd. Euro auf 364,9 Mrd. Euro. Treiber der Ausgabenseite waren vor allem die Sozialausgaben. Sie stiegen um 11,7 Prozent auf 76,0 Mrd. Euro. Hauptgrund für den Anstieg waren die zum 1. Januar 2023 erhöhten Regelsätze für das Bürgergeld nach SGB II und für die Sozialhilfe nach SGB XII. „Aber auch die Berechtigung von Schutzsuchenden aus der Ukraine zum Bezug von Bürgergeld trug dazu bei, wenngleich im Gegenzug die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 2023 mit 3,7 Mrd. Euro um 7,9 Prozent niedriger ausfielen als im Vorjahr“, heißt es in dem Bericht.

Die kommunalen Leistungen nach SGB II entfielen zum größten Teil auf Unterkunft und Heizung und waren in der Folge auch erheblich vom Anstieg der Energiepreise betroffen. Die Leistungen lagen im Jahr 2023 mit +14,7 Prozent deutlich höher als im Vorjahr und betrugen 14,8 Mrd. Euro. Im Gegenzug nahm die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung um 19,0 Prozent auf 9,4 Mrd. Euro zu.

Auch die übrigen wesentlichen kommunalen Sozialleistungsausgaben stiegen 2023 beträchtlich: Die Ausgaben für Eingliederungshilfen nach SGB IX erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 10,9 Prozent auf 19,9 Mrd. Euro, die Leistungen der Sozialhilfe nach SGB XII um 12,5 Prozent auf 18,7 Mrd. Euro und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII um 15,2 Prozent auf 15,7 Mrd. Euro.

Teure Personalkosten

Neben den Ausgaben für Sozialleistungen wuchsen auch andere bedeutsame Ausgabearten kräftig: In den Kernhaushalten stiegen die Personalausgaben um 7,4 Prozent auf 80,9 Mrd. Euro, was vor allem auf den Tarifabschluss 2023 im öffentlichen Dienst zurückzuführen ist, insbesondere auf die Sonderzahlung zum Inflationsausgleich im Juni 2023. Die laufenden Sachaufwendungen stiegen um 8,2 Prozent und die Sachinvestitionen um 12,3 Prozent, was auch auf die allgemeine Teuerung zurückzuführen ist. Der sprunghafte Anstieg der Zinsausgaben der Kernhaushalte um 37,4 Prozent im Jahr 2023 ist laut Destatis mit der „Refinanzierung und Neuaufnahme von Verbindlichkeiten zu höheren Zinssätzen als in den Vorjahren“ zu erklären.

Die bereinigten Einnahmen der kommunalen Kern- und Extrahaushalte waren im Jahr 2023 mit 358,1 Mrd. Euro zwar um 9,0 Prozent oder 29,7 Mrd. Euro höher als im Vorjahr, sie konnten damit aber den Anstieg auf der Ausgabenseite nicht ausgleichen.

Die Einnahmen aus Steuern (netto) waren mit 130,3 Mrd. Euro im Jahr 2023 um 7,3 Prozent höher als im Jahr 2022. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto) nahmen dabei stärker als erwartet um 7,3 Prozent zu. Während die Gewerbesteuereinnahmen (netto) in Rheinland-Pfalz im Vergleich mit den besonders hohen Einnahmen im Vorjahr um 26,9 Prozent zurückgingen, stiegen sie in den übrigen Ländern um durchschnittlich 9,5 Prozent.

Die von den Ländern an die kommunalen Kern- und Extrahaushalte gezahlten Zuweisungen für Investitionen wuchsen im Jahr 2023 kräftig um 15,6 Prozent und damit nahezu im gleichen Umfang wie die von den Kommunen verausgabten Sachinvestitionen (+15,7 Prozent). Dagegen blieb der Anstieg der Schlüsselzuweisungen der Länder zur allgemeinen Finanzierung der kommunalen Haushalte (+6,1 Prozent) ebenso wie das Wachstum der von den Ländern gezahlten Zuweisungen für laufende Zwecke und Kostenerstattungen (+6,2 Prozent) hinter dem allgemeinen Anstieg der Ausgaben zurück.

Deutschlandticket

„Wegen der Einführung des Deutschlandtickets und der damit verbundenen größeren Abhängigkeit von öffentlichen Zuweisungen wurden etwa 370 kommunale ÖPNV-Unternehmen und -verbände ab dem 2. Quartal 2023 erstmals als Extrahaushalte in die vierteljährliche Kassenstatistik einbezogen“, so das Statistische Bundesamt. „Diese Neuaufnahmen beeinträchtigen den Vorjahresvergleich insbesondere bei den Personalausgaben, den Ausgaben für den laufenden Sachaufwand und den Einnahmen aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren der zusammengefassten Ergebnisse der Kern- und Extrahaushalte.“

Weg vom Förderwirrwar

„Die Zeiten ausgeglichener Haushalte sind für die Kommunen vorbei. Inflationsbedingte dramatische Ausgabensteigerungen und gering wachsende Einnahmen bilden eine unheilvolle Allianz“, kommentierte die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert. „Wenn Bund und Länder die Finanzausstattung der Kommunen nicht nachhaltig verbessern, werden hohe Defizite auch in den kommenden Jahren unvermeidbar sein. Die Kommunen werden dann nicht ausreichend investieren können.“

Deshalb sei es geboten, grundsätzlich an die Finanzausstattung heranzugehen, fuhr Göppert fort. „Wir müssen weg vom Förderwirrwarr, insbesondere für die zentralen Transformationsaufgaben, die von den Kommunen umgesetzt werden müssen. Es ist klüger, stattdessen grundsätzlich den Steueranteil der Städte und Gemeinden zu erhöhen, zum Beispiel an der Umsatzsteuer. Es ist wichtig, dass die Städte wieder mehr investieren können.“ **DK**

Bayerns Finanzminister Albert Füracker:

Bayern fordert im Bundesrat weitreichenderen Bürokratieabbau

Geplantes Bürokratieentlastungsgesetz des Bundes greift zu kurz
Entlastung muss bei allen spürbar ankommen

„Deutschland braucht dringend Entlastungen auf vielen Ebenen – und insbesondere auch bei der Bürokratie! Auch wenn der Bund dies mittlerweile erkannt hat, steuert er mit seinem geplanten Bürokratieentlastungsgesetz nicht ausreichend gegen – der Gesetzentwurf der Ampelregierung greift zu kurz! Bayern setzt sich deshalb im Bundesrat für einen weitreichenderen und substanziellen Abbau von Bürokratie in unserem Land ein: Der Freistaat fordert so unter anderem die einheitliche Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Handels- und Steuerrecht von zehn auf sechs Jahre – damit vereinheitlichen und vereinfachen wir die Aufbewahrung enorm und schaffen Sicherheit sowie klare Vorgaben für die Unternehmen in puncto Aufbewahrungsfristen,“ so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zum diesbezüglichen Antrag Bayerns im Finanzausschuss des Bundesrates zum Vierten Bürokratieentlastungsgesetz in Berlin.

„Bürokratieabbau muss bei allen ankommen. Viele unserer im Vereinsleben engagierten Bürgerinnen und Bürger sehnen sich nach Vereinfachungen für ihren Alltag. Mit einem eigenen Antrag im Finanzausschuss des Bundesrats fordern wir daher die Rückkehr zu den leicht handhabbaren Freistellungsaufträgen für die Konten und Mannschaftskassen vieler Vereine! Wertvolles Engagement darf nicht an unnötiger Bürokratie bei den Bankkonten scheitern!“, betont Füracker.

Durch das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz der Bundesregierung sollen Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung von überflüssiger Bürokratie entlastet werden.

Der Gesetzentwurf des Bundes sieht eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege im Handels- und Steuerrecht von zehn auf acht Jahre vor. Bücher und Aufzeichnungen, Inventare, Jahresabschlüsse, Lageberichte und viele weitere Unterlagen müssen jedoch weiterhin zehn Jahre aufbewahrt werden. Aufgrund der Belegfunktion dieser Unterlagen für die Buchführung ist davon auszugehen, dass sich Unternehmen aus Vorsichtsgründen verpflichtet sehen, auch die Buchungsbelege weiterhin zehn Jahre aufzubewahren. Die Verkürzung der Aufbewahrungsfrist stellt somit nur auf dem Papier eine Entlastung für die Wirtschaft dar. Bayern setzt sich im Finanzausschuss des Bundesrates deshalb für eine einheitliche Aufbewahrungsfrist auf sechs Jahre für alle Unterlagen ein.

Nicht steuerbefreiten Körperschaften wie Sparclubs, Kegelclubs oder Mannschaftskassen steht ein Sparer-Pauschbetrag in Höhe von 1.000 Euro zu, wenn sie Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielen. Bis 2022 konnten diese Körperschaften ihrem Kreditinstitut einen zeitlich unbefristeten Freistellungsauftrag erteilen, um einen Steuerabzug zu verhindern. Das aktuell geltende Verfahren sieht nur noch eine zeitlich befristete Nichtveranlagungsbescheinigung vor. Diese ist mit deutlich mehr bürokratischen und wiederkehrenden Aufwand für die Körperschaften als auch Finanzämter verbunden. Bayern fordert daher eine Rückkehr zur alten Rechtslage, um diese nicht steuerbefreiten Körperschaften von unnötiger Bürokratie dauerhaft zu entlasten. ❐

Kein neuer Verwaltungsmoloch bei der Kindergrundsicherung

Nachdrücklich abgelehnt wird vom Deutschen Landkreistag die Schaffung eines neuen Verwaltungsmolchs zur Organisation der künftigen eigenständigen Kindergrundsicherung.

„Wir haben von Anfang an den immensen Behördenaufbau kritisiert, zu Recht hinterfragen die Parlamentarier die erforderlichen 5.000 zusätzlichen Staatsbediensteten. Denn die ganze Operation bringt bedürftigen Familien keinen Mehrwert. Sie würde sie sogar durch den Aufbau neuer Bürokratie zusätzlich belasten.“

Ein vernünftiger Gesetzgeber könne dieses Projekt nicht weiterverfolgen, so Sager weiter. Der ursprüngliche Zeitplan habe vorgesehen, dass die Reform bis Januar 2024 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wird und dann bis Ende Februar der Bundesrat zustimmt. „Bislang haben die Ampelfraktionen aber keine Lösung für das Hauptproblem finden können: die Kindergrundsicherung so zu gestalten, dass sie tatsächlich Erleichterungen für Familien bringt. Das ist aber genau der Knackpunkt: Es wird für die bedürftigen Familien nicht einfacher, für sie würden künftig mehrere Behörden zuständig sein. Das ist der grundlegende Konstruktionsfehler. Und auch für die Verwaltung wird es komplizierter. Der Regierungsentwurf veranschlagt 5.000 neue Stellen, ohne dass an anderer Stelle – bei den Jobcentern oder bei den Kommunen – Personal eingespart werden könnte.“

Derzeit wird daher der Alternativvorschlag des DLT diskutiert, den Zusatzbetrag der Kindergrundsicherung für Kinder aus Bürgergeld-Familien über die Jobcenter abzuwickeln. ❐

Neue Führung und Vision für die Bayerische Verwaltungsschule:

Hans-Christian Witthauer übernimmt das Ruder

In einem feierlichen Akt haben Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (MdL) und Hans-Peter Mayer, Verwaltungsratsvorsitzender der BVS und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags am 2. April 2024 Hans-Christian Witthauer als neuen Vorstand der BVS ins Amt eingeführt.

Mit dem Antritt von Hans-Christian Witthauer als neuem Vorstand der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) beginnt ein neues Kapitel in der über 100-jährigen Geschichte der größten Aus- und Fortbildungsstätte für die Verwaltung in Deutschland. Witthauer folgt auf Monika Weinl, unter deren Leitung die BVS seit 2018 ihre Position als führendes Institut in diesem Bereich weiter ausbauen konnte.

„Die Zukunft der Verwaltung liegt in der Digitalisierung“

In seiner Antrittsrede skizzierte Witthauer die Leitlinien seiner Vision für die Zukunft der BVS und betonte die Bedeutung der Schule für die bayerische Verwaltung. Er hob hervor, dass die BVS eine zentrale Rolle dabei spielen müsse, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auf die Herausforderungen einer digitalisierten Welt vorzubereiten. „Die Zukunft der Verwaltung liegt in der Digitalisierung. Dies bietet uns die Chance, bürokratische Hürden abzubauen und den Bürgerservice zu verbessern“, sagte Witthauer. Gleichzeitig warnte er davor, den menschlichen Kontakt aus den Augen zu verlieren. Moderne Verwaltung bedeute, digitale Lösungen zu nutzen, um den menschlichen Kontakt zu unterstützen und zu verbessern.

Witthauer, der verantwortungsvolle Posten bei der Bundeswehr, der Bundesagentur für Arbeit und deren Führungsakademie inne hatte und zuletzt als Vizepräsident und CTO für die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) tätig war, betonte die Bedeutung von Bildung und Weiterbildung als roten Faden seines beruflichen Lebens. „Aus- und Fortbildung waren immer der Schlüssel zu Erfolg und Innovation.“

Unter seiner Führung soll die BVS ihre Angebotspalette kontinuierlich anpassen und erweitern, um den sich ändernden Anforderungen gerecht zu werden. Die Schule vermittelt nicht nur fachliche Kompetenz, sondern fördert auch die Fähigkeit, kreativ zu denken und innovative Lösungen zu entwickeln. Witthauer kündigte an, die digitalen Lehrangebote auszubauen und dabei moderne Bildungselemente zu integrieren. „Wir haben bereits erste Schritte in Richtung der Digitalisierung der Lehre unternommen, aber es bleibt noch viel zu tun“, erklärte er.

Die BVS unterhält nicht nur in Bayern, sondern auch international Kooperationen und ist für ihre Kompetenz weltweit bekannt. Witthauer betonte die Wichtigkeit dieser Partnerschaften und dankte den knapp 1.300 nebenamtlichen Lehrbeauftragten für ihr Engagement. „Ihre Arbeit ist



V.l.: Innenminister Joachim Herrmann, Hans-Christian Witthauer und Hans-Peter Mayer, Verwaltungsratsvorsitzender der BVS und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags. Bild: BVS

essentiell für den Erfolg unserer Lernenden und somit für die Zukunft der Verwaltung in Bayern“, sagte er. Dies sei nur möglich, weil die Dienstherren ihre engagierten Mitarbeitenden für die Lehre freistellten. „Ohne diese Freistellung, die auch insbesondere vom Innenministerium und Amtschef Dr. Erwin Lohner gefordert und empfohlen wird, können wir unsere dringend benötigen Nachwuchskräfte nicht ausbilden“, appellierte Witthauer an die rund 100 anwesenden Gäste des Festakts. „Sie profitieren davon, denn Ihre Mitarbeitenden sind auf dem aktuellsten Stand, präsentieren Ihre Behörde als Arbeitgeber und werden von unseren Fachreferenten und Pädagogen geschult und unterstützt“, betonte Witthauer weiter.

Seinem Apell schlossen sich auch der bayerische Innenminister und Hans-Peter Mayer, Verwaltungsratsvorsitzender der BVS und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags an.

Hochqualifizierte und zukunftsorientierte Fachkräfte

Mit Hans-Christian Witthauer an der Spitze setzt die Bayerische Verwaltungsschule ihren Weg fort, die Verwaltung in Bayern und darüber hinaus mit hochqualifizierten und zukunftsorientierten Fachkräften zu versorgen. Seine Vision für die BVS stellt sicher, dass die Schule auch in einer sich schnell wandelnden Welt weiterhin eine führende Rolle einnehmen wird. ❐

KKW-Kommunenbefragung 2023:

Kernergebnisse zur Kommunalen Wärmeplanung

Zum Jahreswechsel ist das Gesetz zur Kommunalen Wärmeplanung in Kraft getreten. Einige Kommunen haben bereits begonnen, ihre Pläne zu entwerfen, andere haben schon konkrete Schritte unternommen. Mit der Auswertung seiner zweiten Befragung zur KWP liefert das Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW) der Deutschen Energie-Agentur (dena) einen aktuellen Überblick darüber, was bei der Kommunalen Wärmeplanung zu beachten ist und wo Nachbesserungsbedarf besteht.

Zu den zentralen Erkenntnissen zählt zunächst, dass die Umsetzung der Wärmewende viele Hürden aufweist: Finanzierung, Fachkräfte, Bürokratie, Datenbeschaffung sind zentrale Punkte. Sie alle finden sich in den Antworten der Kommunen wieder. Überraschend ist laut KKW, „dass je nach Planungsfortschritt die Beteiligung der Akteure, die Bürgerbeteiligung oder die Kommunikation als häufigste oder zweithäufigste Herausforderung genannt werden. Hier zeigt sich, dass die Wärmeplanung ein Multi-Akteurs-Prozess ist. Bürgerinnen und Bürger verfolgen die Planungen ihrer Kommune, nicht zuletzt, weil sie durch das Gebäudeenergiegesetz in absehbarer Zeit selbst dazu verpflichtet sind, ihre Gebäude klimaneutral zu beheizen".

Die meisten Teilnehmer, die bereits mit der Wärmeplanung begonnen haben, beauftragen externe Dienstleister, um die Aufgaben der Wärmeplanung zu erfüllen. Die Kosten variieren stark - zwischen 0,84 Euro bis 6,32 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Diese Kosten sind umso höher, je weniger Einwohner es in der betreffenden Gemeinde gibt. Für kleinere Kommunen ist es aus Sicht des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende deshalb fachlich wie finanziell sinnvoll, die Wärmeplanung gemeinsam mit anderen Kommunen durchzuführen und einen interkommunalen Wärmeplan zu erstellen. Diese Zusammenarbeit ermögliche es auch, personelle Ressourcen zu bündeln und den Austausch sowie die Zusammenarbeit in der Region von Anfang an zu fördern.

Planungsprozesse schreiten voran

Trotz der Vielzahl an Herausforderungen gibt es auch positive Erkenntnisse. So zeigt ein grober Vergleich der aktuellen Befragungsergebnisse mit den Antworten aus 2022, dass die Teilnehmer ihren Wissensstand zur kommunalen Wärmeplanung 2023 deutlich besser einschätzten. Dies lässt darauf schließen, dass die Planungsprozesse in den Kommunen voranschreiten und sich entwickeln.

Weniger überraschend ist, dass die Mehrheit der Kommunen angibt, die Wärmeplanung über das Klimaschutzmanagement zu koordinieren und die nötigen Planungs- und Prozessschritte als Dienstleistungen auszuschreiben. Ebenfalls bestätigt wurde die bisherige Einschätzung, dass einheitliche Vorlagen, wie beispielsweise für Ausschreibungsunterlagen und Hilfestellungen zur Datenbeschaffung, den Planungsprozess in den Kommunen unterstützen können.

Speziell für Bayern lässt sich festhalten, dass sich die Mehrheit der teilnehmenden Kommunen in der Vorbereitung der Kommunalen Wärmeplanung befindet. Die meisten Durchführenden durchlaufen die Phase der Bestandsanalyse. Noch nicht begonnen haben Kommunen im Freistaat vor allem aufgrund des unklaren rechtlichen Rahmens.

In der Verwaltung übernimmt in der Regel der Bereich Klimaschutz die Koordination der KWP. Die Mehrheit der Befragten in Bayern vergibt die KWP allerdings überwiegend oder komplett fremd. Auch im Freistaat ist eine Korrelation zwischen der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner in der Kommune und den Gesamtkosten der KWP ersichtlich. Die Kosten sind verhältnismäßig niedriger, je größer die Bevölkerung einer Kommune ist. Insgesamt entstehen so für Gemeinden mit einer niedrigeren Einwohnerzahl (10.000 bis unter 20.000) verhältnismäßig höhere Kosten.

Wissensstand zur KWP

Unter den Befragten in Bayern arbeitet nur eine Landgemeinde bei der KWP als interkommunaler Zusammenschluss. Fast die Hälfte der Befragten in Bayern schätzt ihren Wissensstand zur KWP im mittleren Bereich ein. Mehr Befragte geben an, dass sie einen (eher) geringen Wissensstand haben (33 Prozent), als solche, die ihn als (eher) hoch einschätzen (22 Prozent).

Keinen oder nur unzureichenden Zugang haben die befragten Kommunen bei Themen wie Daten für den Wärmeplan sowie bei allgemeinen Informationen zur Wärmeplanung. Das größte Interesse besteht an Informations- und Beratungsformaten, die spezielle Informationen für bestimmte Kommunentypen enthalten. **DK**

Grünes Gas für alle Fälle:

Mit erneuerbaren Energien in die Zukunft

Als erster Versorger in Deutschland bietet energie schwaben schon jetzt grünes Gas für alle Anforderungen des GEG bis zur klimaneutralen Energieversorgung 2045 an.

Die Tarife, die alle Anforderungen der GEG-Novelle (Gebäudeenergiegesetz) erfüllen, sind ab sofort online über einen Preisrechner buchbar. Vier Produkte stehen zur Auswahl: Mein BioGas 15, Mein BioGas 30, Mein BioGas 65 und Mein BioGas 100. energie schwaben liefert in diesen Tarifen jeweils einen Anteil von 15, 30 oder 65 Prozent beziehungsweise zu 100 Prozent Biogas.

Biogas und Wasserstoff für klimaneutrale Zukunft

Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung energie schwaben, erklärt: „Ohne Gas wird die Energiewende nicht gelingen. Wir setzen uns dafür ein, dass klimaneutrale Gase Erdgas zunehmend ersetzen. Daran arbeiten wir. In Zukunft wird das vor allem Wasserstoff sein, aber auch Biogas bietet gerade in unserer Region viele Chancen und hat das Potenzial, schon jetzt einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der CO2-Emissionen zu leisten."

Ziel der Gesetzesnovelle ist es, den Anteil von erneuerbaren Energien in der Wärmeversorgung von Gebäuden zu erhöhen. Damit die Umstellung auf eine klimaneutrale Energieversorgung bis 2045 in Deutschland klappt, gibt das GEG vor, dass ab 2024 neu eingebaute Gasheizungen bis 2045 schrittweise auf Biogas oder Wasserstoff umgestellt werden. Gasheizungen, die vor 2024 eingebaut wurden, können bis 2045 unverändert mit Erdgas weiterbetrieben werden.

Bereits heute in die Energiezukunft starten? Natürlich ist es auch möglich, den eigenen CO2-Fußabdruck schon heute zu verkleinern und die Biogastarife unabhängig von gesetzlich verpflichtenden Zeitpunkten zu buchen.

Mit energie schwaben auf der sicheren Seite

So oder so: energie schwaben stellt alle im Rahmen des neuen GEG benötigten grünen Gas-Produkte zur Verfügung.

Zukünftig können die Gasnetze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen. Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Wärme und sogar Strom in Privathaushalten zu erzeugen. ❐

BERR eG und naturstrom feiern 10-jährige Zusammenarbeit

Andrea Bayer und Sonja Frisch empfingen kürzlich den Vorstandsvorsitzenden der BERR, Joachim Scherrer, und seinen Kollegen Justin Schlecht im neuen naturstrom-Büro in der Ludwig-Eckert-Straße in Regensburg. Gefeiert wurde nicht nur die Eröffnung des 14. naturstrom-Standorts, sondern auch die 10-jährige Kooperation der beiden Energiewende-Vorreiter. Diese nahm mit einem besonderen Projekt ihren Anfang.

2014 hat die BERR in enger Zusammenarbeit mit naturstrom die zukunftstaugliche Mieterstrom-Versorgung für das gemeinschaftliche Wohnprojekt „Haus mit Zukunft" der NaBau eG in Regensburg mitgestaltet. Den Strom einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach können die Bewohnerinnen und Bewohner direkt nutzen, ohne Umwege über das öffentliche Netz. Dadurch entfallen die Netzentgelte und Abgaben an den Netzbetreiber.

Auf diese Weise haben noch vor der offiziellen Einführung des Konzepts „Mieterstrom" BERR und naturstrom das erste Mieterstromprojekt Bayerns aus der Taufe gehoben. In den folgenden Jahren wurde das erfolgreiche Modell noch bei sechs weiteren Wohngebäuden in Stadt und Landkreis Regensburg sowie in Landshut verwirklicht.

Beide Partner sind überzeugt: Energiewende passiert vor Ort

Für Andrea Bayer ist es eine Herzensangelegenheit, mit regionalen Erzeugungsanlagen eine enkeltaugliche Zukunft zu schaffen. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Es gehört zur naturstrom-Überzeugung, dass Bürgerinnen und Bürger von Anfang an eingebunden werden. So werden Anlagen wie zum Beispiel Solarparks nicht an externe Betreiber verkauft, sondern generieren im Betrieb mit lokalen Partnern Gewinne vor Ort. Der Öko-Energieversorger legt von Anfang an größten Wert auf Information, Transparenz und Teilhabe.

Zusammenarbeit mit der BERR als klarer Wegweiser nach Regensburg

Für Andrea Bayer steht fest: „Die Wertschöpfung beim Ausbau der Erneuerbaren muss in der Region, also bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen bleiben." Dafür steht naturstrom als Pionier der Energiewende seit 25 Jahren.

Joachim Scherrer zeigte sich sichtlich gerührt, als er einen Geburtstagskuchen überreicht bekam. Für die BERR und naturstrom ist die Zielrichtung für die nächsten 10 Jahre klar. Die Energiewende in der Region Regensburg wird mit gemeinschaftlichen Wind- und Photovoltaik-Projekten gemeistert! ❐



V.l.: Jan Dühring, Daniel Mölk, Michael Müller. Bild: Eavor

CO2-freie und heimische Naturwärme für Geretsried

Im März ist der Wärmeliefervertrag zwischen der Isar Loisach Naturwärme GmbH (ILN), einer Tochter der Stadtwerke Geretsried, und der Eavor Erdwärme Geretsried GmbH feierlich im Rathaus in Geretsried unterzeichnet worden, nachdem der Vertrag zuvor durch den Verwaltungsrat der Stadtwerke Geretsried und den Rat der Stadt Geretsried genehmigt wurde.

Der Erste Bürgermeister Michael Müller betonte die Bedeutung dieses Vertrages für die Bürgerinnen und Bürger von Geretsried: „Die Nutzung der Geothermie ist für unsere Region und Bayern ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende, regional kann sie uns zuverlässig mit klimafreundlicher Wärme versorgen. Es wird zunächst sicher nicht jeder Geretsrieder Haushalt an das Fernwärmenetz anschließen können. Das Rückgrat bilden große Liegenschaften wie Schulen, Unternehmen und große Wohnviertel."

Der Vertrag sieht die Lieferung von bis zu 81.200 MWh/a Wärme an die Isar Loisach Naturwärme GmbH vor. Jan Dühring, Vorstand der Stadtwerke und Geschäftsführer der Isar Loisach Naturwärme GmbH: „Der Ausbau der notwendigen Infrastruktur für die Nutzung der Geothermie ist für unsere neue Gesellschaft, unsere Stadtwerke und die Stadt als Ganzes eine Herausforderung, der wir uns gerne und mit viel Energie stellen werden." Das Fernwärmenetz der ILN wird, je nach Bohrfortschritt ab 2025/2026, in sechs Ausbaustufen errichtet und vom Gewerbegebiet in Gelting bis nach Geretsried-Stein reichen.

Daniel Mölk, Geschäftsführer der Eavor Erdwärme Geretsried GmbH: „Dieser Vertrag stellt einen weiteren Meilenstein in einem sehr wichgen Projekt für Geretsried uns seine Bürger dar. Wir schreiben mit diesem Projekt ein neues Kapitel in der Energiewende. Wir zeigen hier, wie mit der Eavor-LoopTM Technologie eine echter Gamechanger für den Wärmesektor Realität wird. Geretsried wird damit zum Vorbild für Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität."

Die ILN arbeitet auf Hochtouren an einer Webseite als Informationsplattform, um in wenigen Wochen zu vielen Fragen rund um das Thema „Fernwärme in Geretsried" zu informieren. Um keine wichtigen Informationen und Entwicklungen zu verpassen, besteht unter www.naturwaerme-geretsried.de bereits jetzt die Möglichkeit, sich für den Newsletter der ILN zum Fernwärmeausbau zu registrieren. ❐



Bericht des Bundesrechnungshofs zum Stand der Energiewende:

Umsteuern dringend erforderlich

Harsche Kritik an der Bundesregierung und deren Arbeit am „Generationenprojekt Energiewende“ hat der Bundesrechnungshof geübt. In einem kürzlich veröffentlichten Sonderbericht weisen die Kassenprüfer darauf hin, dass Deutschland zwar sehr ambitionierte Ziele verfolge, das Vorhaben jedoch nicht auf Kurs sei und die Regierung ihren Zielen hinterherhinke. Nötig sei daher eine umgehende Reaktion, um eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung zu gewährleisten. Nach Ansicht von BRH-Präsident Kay Scheller „hätte ein Scheitern gravierende Folgen, denn der Erfolg der Energiewende ist zentral für ihre Akzeptanz in der Bevölkerung, den Wirtschaftsstandort Deutschland und das Erreichen der Klimaschutzziele“.

Die vorgesehene Transformation ziele auf eine grundlegende Umstellung der Energieversorgung in Deutschland, auf erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz ab. Doch aktuell sehen die Haushaltsexperten die sichere Versorgung mit zudem vergleichsweise teurem Strom gefährdet. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) müsse die erneuerbaren Energien entsprechend den gesetzlich festgelegten Zielpfaden ausbauen. Allerdings ist laut BRH absehbar, dass die Ausbauziele nicht erreicht werden: „So konnte die Bundesnetzagentur (BNetzA) im Jahr 2023 lediglich 50 Prozent des Zielvolumens für Windenergieanlagen an Land vergeben: statt 12,84 GW nur 6,38 GW. Um den Zielpfad zu erreichen, müsste sie im Jahr 2024 nunmehr 16,46 GW vergeben. Das ist nicht realistisch.“

Rückstand beim Netzausbau: 7 Jahre und 6.000 km

Die Stromerzeugung durch Photovoltaik und Windanlagen unterliege Schwankungen, so dass es zu Versorgungslücken kommen könne. Deshalb sei der Zubau ausreichender gesicherter, steuerbarer Backup-Kapazitäten bis zum Jahr 2030 von zentraler Bedeutung. Diesen müsse das BMWK gewährleisten. „Mit der Kraftwerksstrategie 2026 wird ihm das aber nicht gelingen, denn die darin vorgesehenen 10 GW H2-ready-Gaskraftwerke werden nicht ausreichen. Auch die Ausgestaltung eines zusätzlich geplanten Kapazitätsmechanismus für weitere Leistung ist noch offen. So ist nicht sichergestellt, dass die erforderlichen Backup-Kapazitäten rechtzeitig verfügbar sind“, unterstreicht der Rechnungshof. Zudem sei ein erheblicher Ausbau der Stromnetze nötig. „Der Netzausbau liegt erheblich hinter der Planung zurück. Der Rückstand beträgt mittlerweile sieben Jahre und 6.000 Kilometer.“

Wirklichkeitsfremde Bundesnetzagentur

Gleichzeitig werden die Annahmen der Bundesregierung beim Monitoring der Versorgungssicherheit als „wirklichkeitsfremd“ bewertet. In ihrem Monitoringbericht für die Jahre 2025 bis 2031 betrachte die Bundesnetzagentur lediglich ein „Best-Case“-Szenario, wonach die Ausbauziele sicher erreicht werden. Alternative Szenarien würden nicht miteinbezogen, obwohl der Ausbau weder bei den erneuerbaren Energien noch den Stromnetzen auf Kurs sei. „Das Szenario ist sehr unwahrscheinlich. Es weicht von den tatsächlichen Entwicklungen erheblich ab“, betonte Präsident Scheller. „So nimmt das BMWK hin, dass Gefahren für die sichere Versorgung mit Strom nicht rechtzeitig sichtbar und Handlungsbedarfe zu spät erkannt werden. Der Zweck des Monitorings als Frühwarnsystem zur Identifizierung solcher Handlungsbedarfe wird faktisch ausgehebelt.“

Hohe Strompreise stellten ein erhebliches Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Akzeptanz der Energiewende dar. Die Preise für Strom seien hierzulande kontinuierlich gestiegen und zählten zu den höchsten in der EU.

Weitere Preissteigerungen seien absehbar. Bis 2045 fielen allein für den Ausbau der Stromnetze massive Investitionskosten von mehr als 460 Mrd. Euro an. Das BMWK berücksichtige diese Systemkosten bisher nicht bei seiner Darstellung der Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien. Um den sehr hohen Strompreisen entgegenzuwirken, habe die Bundesregierung diese wiederholt mit staatlichen Mitteln punktuell bezuschusst. „Dadurch entsteht ein falsches Bild der tatsächlichen Kosten der Transformation“, macht Scheller deutlich.

Aus seiner Sicht muss die Bundesregierung die Systemkosten der Energiewende klar benennen. Darüber hinaus sollte sie endlich bestimmen, was sie unter einer bezahlbaren Stromversorgung versteht. Die von ihr geregelten Strompreisbestandteile muss sie konsequent auf ihre energiepolitischen Ziele ausrichten.

Relativierung des BDEW

Nach Auffassung von Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, sei die Kritik in einzelnen Punkten zwar berechtigt, jedoch schieße der Bundesrechnungshof mit seiner Generalkritik über das Ziel hinaus. Es seien sehr wohl Energiewende-Fortschritte sichtbar: „Die Bedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich haben sich deutlich verbessert. Im vergangenen Jahr hatten Erneuerbare Energien erstmals einen Anteil von über 50 Prozent an der Stromversorgung Deutschlands. Auch beim Stromnetzausbau gibt es erkennbare Fortschritte. Es ist klar, dass es weitere Vereinfachungen bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren geben muss. Dies fordert die Energiebranche mit Nachdruck ein. Dazu gehört auch, die Unternehmen endlich von Bürokratie zu entlasten. Der BDEW hat hierzu eine Reihe sehr konkreter Vorschläge gemacht.“

Eine „Versorgungslücke“ im Stromsystem, wie sie der Bundesrechnungshof befürchtet, sehe der BDEW nicht, betonte Andreae. „Die Bundesregierung muss aber jetzt Tempo machen, um den Zubau wasserstofffähiger Gaskraftwerke zu ermöglichen. Denn das ist eine von mehreren zentralen Grundvoraussetzungen dafür, dass die Bundesregierung ihr Ziel eines vorgezogenen Kohleausstiegs erreicht. Die Gefahr bei einem verzögerten Ausbau von wasserstofffähigen Kraftwerken liegt nicht in einer Gefährdung der sicheren Stromversorgung, sondern in einer Gefährdung des vorgezogenen Kohleausstiegs. Ohne Zubau wird dies nicht möglich sein.“

Rolle der KWK bedenken

„Aus unserer Sicht muss die Rolle der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) im Hinblick auf die Kraftwerksplanung und gesicherte Erzeugungskapazitäten bedacht werden – gerade auch deshalb, weil 10 Gigawatt gesicherte Leistung tatsächlich zu wenig sind“, fuhr Andreae fort. Die KWK leiste neben der Stromerzeugung ebenso einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit wärmeseitig – und darüber hinaus auch zur Absicherung der Wärmewende. Mit einer Weiterentwicklung des KWK-Gesetzes über das Jahr 2026 hinaus und hin zu klimaneutralen Brennstoffen wie Wasserstoff könne die Kraft-Wärme-Kopplung die Kraftwerksstrategie zum Aufbau von steuerbarer Erzeugungskapazität und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bereich Strom und Wärme flankieren. **DK**

Ein Jahr Atomausstieg:

Noch viele Aufgaben für nukleare Entsorgung

Am 15. April 2024 jährte sich Deutschlands Atomausstieg zum ersten Mal. Mit der Abschaltung der letzten drei verbliebenen Atomkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 ist ein Jahr zuvor die kommerzielle Nutzung der Kernenergie beendet worden.

Dazu erklärt der Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Christian Kühn: „Der Atomausstieg hat dafür gesorgt, dass keine weiteren hochradioaktiven Abfälle mehr produziert werden. Voraussichtlich 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfälle bleiben nach der jahrzehntelangen Nutzung der Kernenergie zurück. Mit dieser festen Größenangabe kann – und muss – jetzt ein tiefengeologisches Endlager gesucht werden.“

Anders als viele andere Staaten hat Deutschland einen gesetzlich geregelten, wissenschaftsbasierten und transparenten Suchprozess festgelegt und durch einen Fonds, in den die Atomkraftwerksbetreiber einzahlen mussten, finanziell abgesichert. Dieser vertrauensbildende Prozess ist gefährdet, wenn der Atomausstieg und wider besseren Wissens die weltweit anerkannte Notwendigkeit der geologischen Tiefenlagerung infrage gestellt werden.

„Deutschland ist durch den Atomausstieg sicherer geworden. Gleichzeitig zeigt die geringe Zahl der bereits vollständig zurückgebauten Reaktoren, wie aufwändig dieser Rückbau, die Zwischenlagerung und Endlagerung sind. Nukleare Sicherheit muss also noch für viele Jahrzehnte gewährleistet werden und bleibt eine Daueraufgabe“, so BASE-Präsident Kühn.

Der Ausstieg aus der Atomenergie resultiert aus einem Bundestagsbeschluss von 2011. Dieser Bundestagsbeschluss – kurz nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima – fußte auf einer breiten, parteiübergreifenden Mehrheit. Gleichzeitig ermöglichte der Ausstieg erstmals eine sowohl von Atomkraftbefürwortern wie -gegnern gemeinsam getragene Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle.

Mammutprojekt

„Die Endlagersuche ist ein Mammutprojekt, das nur gelingen kann, wenn die Breite der Gesellschaft dafür eintritt. Behauptungen über andere und angeblich einfachere Optionen haben keine fachliche Basis und lenken davon ab, dass weiterhin ein Endlager in tiefen geologischen Schichten die einzige Entsorgungsmöglichkeit für die gefährlichen Stoffe ist“, so Kühn.

Die Lagerung in tiefen und stabilen Formationen wird sowohl in Deutschland wie auch von fast allen anderen Staaten mit derartigen Abfällen als einzige langzeitsichere Alternative zum Umgang mit hochradioaktiven Hinterlassenschaften gesehen. Auch neue oder vermeintlich neue Reaktortechnologien erfordern derartige langzeitsichere Endlager. ❐

Energiewende im Staatswald:

Regionale Bietergemeinschaft gewinnt Windkraftausschreibung

Fünf neue Windenergieanlagen in Oberbayern

Der Ausbau der Windenergie im bayerischen Staatswald schreitet zügig voran: Eine regionale Bietergemeinschaft wird im oberbayerischen Landkreis Fürstenfeldbruck (Gemeinde Moorenweis) bis zu fünf neue Windenergieanlagen errichten. Das ist das Ergebnis des kürzlich abgeschlossenen Auswahlverfahrens der Bayerischen Staatsforsten (BaySF). Der Standortsicherungsvertrag liegt bereits vor.

Das Auswahlverfahren wurde gestartet, nachdem die Standortgemeinde durch Gemeinderatsbeschluss grünes Licht für die Planungen gegeben hatte. Für die BaySF waren dabei die Wünsche und Vorgaben der Gemeinden entscheidend für die Ausgestaltung des Auswahlverfahrens.

Die Sieger: MSE Solar GmbH und EnValue GmbH

Nun steht der Gewinner des Auswahlverfahrens fest – durchgesetzt und die Vorgaben der Gemeinden am besten umsetzen wird eine Bietergemeinschaft: Die MSE Solar GmbH aus München wird zusammen mit der EnValue GmbH aus dem bayerischen Hofkirchen und dem Ingenieurbüro Windplan Bosse GmbH aus Berlin die Anlagen errichten. Diese Bietergemeinschaft konnte sich schon im Auswahlverfahren im benachbarten Kottgeisering durchsetzen.

Enge Zusammenarbeit mit Kommunen und lokalen Akteuren

Fred Garside, Projekt-Manager der MSE Solar: „Wir freuen uns, erneut einen Zuschlag im Auswahlverfahren der BaySF erhalten zu haben und nun für den neuen Windpark in der Gemeinde Moorenweis gemeinsam mit dem benachbarten Windpark in der Gemeinde Kottgeisering die Planung anzugehen. Unsere Bietergemeinschaft sieht mit großer Vorfreude der weiteren Projektentwicklung entgegen. Um unserer Philosophie einer engen Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen und lokalen Akteuren gerecht zu werden, haben wir bereits Kontakt mit beiden Standortgemeinden aufgenommen. Dies bildet aus unserer Sicht das Rückgrat für eine effiziente und kommunalfreundliche Umsetzung unseres Vorhabens. Wir sind fest entschlossen, den Genehmigungsprozess mit der gleichen Sorgfalt und dem gleichen Engagement zu durchlaufen und die Öffentlichkeit kontinuierlich über den Fortschritt zu informieren, wie es sich in vergangenen Projekten bewährt hat.“

Auf den Flächen der BaySF wurden bisher bereits 101 Windenergieanlagen realisiert. Derzeit sind aktuell 30 Standortsicherungsverträge für bis zu 150 neue Windenergieanlagen abgeschlossen. Mit diesem abgeschlossenen Auswahlverfahren werden es 31 Standortsicherungsverträge für bis zu 155 neue Anlagen sein.

Aktuell laufen zudem Auswahlverfahren im oberbayerischen Landkreis Landsberg am Lech (Gemeinde Denklingen) für bis zu sechs neue Windenergieanlagen sowie im mittelfränkischen Landkreis Ansbach (Gemeinde Dombühl) für eine Anlage.

Weitere Informationen: www.baysf.de/windenergie ❐



WIR FÖRDERN
ENERGIESCHAFFEN
UND ENERGIESPAREN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz sowie weitere kommunale Projekte. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 089/21 24 -10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

LfA Förderbank Bayern

GSWT-Technologie setzt neue Maßstäbe

Die multifunktionale Gegenstrom-Schicht-Wärmetauscher-Technologie hat die luft- und klimatechnische Branche revolutioniert, indem sie neue Maßstäbe in Bezug auf Effizienz, Betriebssicherheit und Bauweise gesetzt hat. Im Vergleich zu herkömmlichen WRG-Systemen bietet die GSWT-Technologie eine Vielzahl von Vorteilen, was zu erheblichen Energieeinsparungen und Kostensenkungen führt.

Die Funktionsweise der GSWT-Technologie basiert auf dem bewährten Prinzip des Gegenstroms. Dabei strömen beide Medien, Luft und Wasser, entgegengesetzt zueinander durch den Wärmeüberträger. Dies ermöglicht einen beidseitigen Temperatur-Austauschgrad von 90 Prozent.

Der GSWT besteht aus einer Vielzahl von Wärmeüberträgern, die schichtweise übereinandergestapelt werden. Zwischen den Schichten sorgt eine Trennlage für eine zwangsgeführte Luftströmung im Gegenstromprinzip. Jede Schicht ist nur wenige cm hoch und erhält separate Absperrventile. Eine defekte Schicht kann im laufenden Betrieb aus dem Übertragungsprozess ausgekoppelt werden. Bei einem GSWT mit 20 Schichten würde bei Ausfall einer Schicht 95 Prozent der Wärmeübertragungsfläche erhalten bleiben und weiterhin einen hohen Temperaturaustauschgrad gewährleisten. Dies erhöht die Verfügbarkeit und die Zuverlässigkeit der Anlage und bietet eine unvergleichlich hohe Betriebssicherheit.

Zudem weist er kleine Strömungskanäle auf, die seitlich durch die Lamellen und in der Höhe durch die Trennlagen begrenzt sind. Diese tragen zur sehr guten und einfachen Reinigungsfähigkeit des Wärmeübertragers bei.

Die GSWT-Technologie zeichnet sich durch ihre hohe Rückwärmezahl und Effizienz aus. Für ein hocheffizientes GSWT-System werden zwei GSWT zu einem Kreislaufverbundsystem kombiniert und erzielen Rückwärmzahlen von bis zu 80 Prozent, d.h. 80 Prozent der Abluftwärme (Differenz Abluft zu Außenluft) wird zurückgewonnen. Diese hohen Rückwärmezahlen in Verbindung mit hoher Redundanz erlauben eine multifunktionale Nutzung, wodurch die Effizienz weiter gesteigert wird.

Das Kreislaufverbundsystem

Das Kreislaufverbundsystem (KVS) auf GSWT-Basis verbessert die Effizienz von luft- und klimatechnischen Anlagen durch eine intelligente Kreislaufverbundregelung. Dieses System ermöglicht eine präzise Steuerung und Optimierung der Energieverteilung in Gebäuden, indem es verschiedene Komponenten wie Lüftungs-, Heizungs- und Klimaanlagen miteinander verbindet und synchronisiert. Durch die Integration von Sensoren und intelligenten Regelungsalgorithmen kann das KVS den Energieverbrauch reduzieren und den Komfort für die Nutzer erhöhen.

Mit Einsatz der GSWT-Technologie wird im KVS gleichzeitig die Betriebssicherheit verbessert und ermöglicht Substitutionen in anderen Gewerken. Insgesamt bietet das Kreislaufverbundsystem eine Lösung zur Effizienzsteigerung und Optimierung von TGA-Anlagen in verschiedenen Anwendungsbereichen.

Ein weiterer entscheidender Vorteil der Kreislaufverbundsysteme ist ihre Fähigkeit zur keim- und schadstofffreien Wärmeübertragung. Im Gegensatz zu anderen Wärmerückgewinnungssystemen wie Rotationswärmetauscher und Plattenwärmetauscher können auch bei belasteter Fortluft oder erhöhten Hygieneanforderungen hohe Rückgewinnungsleistungen erzielt werden. Zudem ermöglicht sie den Einsatz einer indirekt adiabatischen Kühlung, ohne Feuchtigkeit oder Keime zu übertragen.

Betriebssicherheit

Die hohe Betriebssicherheit der GSWT gewährleistet im Winter eine ausfallsichere Wärmerückgewinnungsleistung, sodass die eingesparte Wärmeleistung bei der Auslegung der noch vorzuhaltenden Heizleistung berücksichtigt und die Heiztechnik um bis zu 80 Prozent kleiner ausgelegt werden kann.

Da das GSWT-System im Sommer auch zur Kälterückgewinnung eingesetzt werden kann, wird somit auch Kälteleistung eingespart. Durch die eingesparte Kälteleistung in Kombination mit adiabatischer Vorkühlung fällt die Kältetechnik sowie die zugehörige Rückkühltechnik deutlich kleiner aus.

Die GSWT-Technologie bietet somit die Möglichkeit zur Substitution von Heiz-, Kühl- und Rückkühlleistung. Durch ihren redundanten und betriebssicheren Aufbau können Leistungen angepasst und reduziert werden, was zu erheblichen Einsparungen bei den Investitionen führt. Die Substitution von Heiz-, Kühl- und Rückkühlleistung ermöglicht auch eine effizientere Nutzung von Ressourcen.

Multifunktionale Nutzung

Die GSWT-Technologie verbindet hohe Rückwärmezahlen mit hoher Redundanz und bilden damit die Grundvoraussetzungen für eine multifunktionale Nutzung. Es existiert eine beeindruckende Palette von integrierten Funktionen. Neben der Wärmerückgewinnung können auch Funktionen wie Kälterückgewinnung, indirekt adiabatische Verdunstungskühlung, Nacherwärmung, Nachkühlung, Abwärmenutzung, Solarwärmenutzung, Kältemaschinen-Rückkühlung, Freie Kühlung und viele andere integriert werden.

Alle Funktionen werden zusammen mit einer Schalteinheit in einer Elektro-Hydraulischen-Baugruppe komplett anschlussfertig installiert. Die integrierte Steuerung übernimmt die komplette Regelung der GSWT-Technologie und kann in jede übergeordnete MSR-Technik eingebunden werden. Auch die Elektro-Hydraulische-Baugruppe wird betriebssicher aufgebaut und beinhaltet eine Not-Handbedienebene, sodass alle Funktionen auch bei Ausfall der Regeleinheit verfügbar bleiben.

In Bezug auf die Wärme-/Kälterückgewinnung eines gesamten Betriebsjahres bietet die GSWT-Technologie eine beeindruckende Effizienz. Mit integrierter Nacherwärmung und Nachkühlung können Effizienzwerte von bis zu 1:30 erreicht werden. Zusätzliche Funktionen wie freie Kühlung, Entfeuchtungskälterückgewinnung und Rückkühlung der Kältemaschine können die Effizienz sogar auf bis zu 1:100 steigern.

Der GSWT übernimmt somit auch die Funktion eines Erhitzers, Kühlers, Rückkühlers, etc. Zusätzliche luftseitige Wärmetauscher oder Rückkühlaggregate sind nicht erforderlich, was den Platz- und Strombedarf der Anlagentechnik erheblich reduziert und die GSWT-Technologie besonders attraktiv für die Sanierung von Bestandsanlagen macht.

Retrofit: Sanierung von Bestandsanlagen

Die Anwendung der GSWT-Technologie bei der Sanierung von Bestandsanlagen bietet eine Reihe von Vorteilen, insbesondere in Bezug auf die Modernisierung bestehender Lüftungssysteme. Oftmals sind diese Systeme veraltet und entsprechen nicht mehr den aktuellen energetischen Anforderungen. Durch die Integration der GSWT-Technologie können diese Systeme effizienter gestaltet und der Energieverbrauch reduziert werden.

Eine der größten Herausforderungen bei der Sanierung von Bestandsanlagen ist häufig der begrenzte Platz in den vorhandenen Lüftungszentralen oder Bereichen, die schwer zugänglich sind. Die modulare Bauweise und die Zerlegbarkeit der einzelnen Wärmetauscher ermöglichen jedoch eine flexible Installation, selbst unter beengten Verhältnissen. Dies minimiert die Notwendigkeit von aufwändigen baulichen Maßnahmen wie Wanddurchbrüchen und erleichtert den Einbau in bestehende Systeme.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Möglichkeit, fast jede Luftleistung an die spezifischen Gegebenheiten des Gebäudes anzupassen. Dies ermöglicht eine maßgeschneiderte Lösung für jede Situation, unabhängig von der Größe oder Komplexität des Projekts. Darüber hinaus kann die GSWT-Technologie auch in historischen Gebäuden eingesetzt werden, ohne die Fassaden öffnen zu müssen, was den Erhalt des architektonischen Erbes unterstützt.

Insgesamt ist die Anwendung der GSWT-Technologie bei der Sanierung von Bestandsanlagen eine zukunftsweisende Lösung, um bestehende Lüftungssysteme zu modernisieren, den Energieverbrauch zu reduzieren und gleichzeitig den Komfort und die Effizienz zu verbessern.

Fazit: Die Gegenstrom-Schicht-Wärmetauscher-Technologie (GSWT) steht mit für den Fortschritt in der Luft- und Klimatechnik, indem sie eine hohe Effizienz und multifunktionale Einsatzmöglichkeiten bietet. ❐





V.l.: Cetin Yasasin (Fachbereichsleiter Wärmeerzeugung der Stadtwerke), Miriam Seidl (Geschäftsleiterin Stadt Kelheim), Thomas Winkler (Projektleiter Planung der Gammel Engineering GmbH), Kelheims Bürgermeister Christian Schweiger, Sabine Melbig (Geschäftsführerin Stadtwerke Kelheim) und Felix Ipfelkofer (Projektleiter der Stadtwerke) vor dem 20 Meter hohen Pufferspeicher am Biomasseheizkraftwerk. Bild: Stadtwerke Kelheim/C. Holzer

Stadtwerke Kelheim:

Investition in die Zukunft

Eine klimaneutrale Wärmeversorgung spielt bei der Erreichung der Klimaziele eine wesentliche Rolle. Um die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu verringern, haben die Stadtwerke Kelheim ihr Biomasseheizkraftwerk nun um einen Pufferspeicher ergänzt.

Der Energieversorger investiert bereits seit Jahren in seine Netzinfrastruktur und ermöglicht durch die Erweiterung mittels Speichers eine effizientere Wärmeversorgung seiner Verbraucher mit erneuerbaren Energien. Sabine Melbig, Geschäftsführerin der Stadtwerke Kelheim, betont: „Neben der gestiegenen Nachfrage unserer Kunden nach Versorgung durch Fernwärme spielt für uns auch das Thema Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle. Wir müssen verantwortungsvoll mit den natürlichen, uns zur Verfügung stehenden Ressourcen umgehen. Das ist in unserem Unternehmensleitbild fest verankert."

Präzisionsarbeit

Bereits vor Wochen wurden im Kesselhaus des Heizkraftwerkes alle notwendigen Anbindungen für den Speicher vorbereitet. Ende Februar war es dann so weit und der rund 20 Meter hohe Pufferspeicher wurde mithilfe von Autokranen aufgestellt.

Gespannt verfolgten Sabine Melbig, Felix Ipfelkofer (verantwortlicher Projektleiter der Stadtwerke) und Cetin Yasasin (Fachbereichsleiter Wärmeerzeugung Stadtwerke) die Präzisionsarbeit, mit der der Speicher exakt auf das dafür erstellte Fundament gesetzt und an die Leitungen zum Kraftwerk angeschlossen wurde. Auch Thomas Winkler von der Gammel Engineering GmbH aus Abensberg war als zuständiger Projektleiter der Planung mit vor Ort.

Einsparung von ca. 62 Tonnen CO2 pro Jahr im Pufferspeicher

Als Bestandteil des Heizkraftwerkes dient der Pufferspeicher dazu, zeitliche Differenzen zwischen der Erzeugung und dem Verbrauch von Wärme auszugleichen. Das ermöglicht eine gewisse Glättung der tageszeitlichen Spitzenlasten, vor allem in den Morgenstunden. Der fossile Anteil wird gesenkt und der Deckungsanteil der Biomasse erhöht. Dadurch können große Mengen an CO2 eingespart werden.

Mit einem wärmetechnisch nutzbaren Volumen von 200.000 Litern Heizwasser ergibt sich im Pufferspeicher der Stadtwerke Kelheim so eine Einsparung von ca. 62 Tonnen CO2 pro Jahr - für eine klimafreundliche und wirtschaftliche Zukunft Kelheims. Darüber freut sich insbesondere Bürgermeister Christian Schweiger, der gemeinsam mit Miriam Seidl, Geschäftsleiterin der Stadt Kelheim, den Pufferspeicher besichtigte.

Mit Fernwärmenetz werden ca. 73 Gebäude versorgt

2011 ging das Biomasseheizkraftwerk der Stadtwerke Kelheim in Betrieb. Aus naturbelassenen regionalen Holzhackschnitzeln wird Biowärme und -strom erzeugt. Der Kessel hat eine Feuerungswärmeleistung von 3.800 kW (Biomasse). Die Leistung der ORC-Turbine liegt bei 600 kW (elektrisch). Mit diesem Fernwärmenetz versorgen die Stadtwerke Kelheim ca. 73 Gebäude über eine Trassenlänge von rund 10 Kilometern. ❐

Konzern Versicherungskammer:

Versicherer der Regionen, Finanzierer der Regionen

Die Zusammenarbeit der Versicherungskammer mit kommunalen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen in Bayern hat Tradition. Vor über 100 Jahren wurde unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände die Kommunalversicherung und damit eine bis heute anhaltend gute Geschäftsbeziehung ins Leben gerufen. Unterbelichtet bleibt dabei gerne, dass die Versicherungskammer längst nicht mehr nur „Versicherer der Regionen" ist, sondern – besonders im Kontext der Energiewende – immer stärker als „Finanzierer der Regionen" und Partner der Kommunen in Erscheinung tritt. Die Rede ist hierbei von Infrastrukturprojekten.

Infrastrukturinvestitionen auf hohem Niveau

„Die Versicherungskammer setzte bei den Kapitalanlagen frühzeitig auf die Assetklasse Infrastruktur und ist seit mehr als zehn Jahren ein Branchen-Vorreiter. Das gilt auch für Engagements im Kontext der Klima- und Wärmewende in Kommunen. Als langfristiger Investor liegt der Fokus unter anderem auf Themen wie Dekarbonisierung, Digitalisierung und Daseinsvorsorge", erläutert Sebastian Schweier, Teamleiter Infrastruktur bei der Versicherungskammer.

Schweier hat die Infrastrukturinvestitionen im Konzern wesentlich mit aufgebaut. Das Engagement in Infrastrukturanlagen liegt im Haus auf hohem Niveau. Es handelt sich um rund 5 Mrd. Euro europaweit, davon über 1,5 Mrd. Euro im sozialen und kommunalen Bereich allein in Deutschland. Das verdeutlicht die gesellschaftliche Verantwortung der Versicherungskammer. Hierzu zählen beispielweise soziale Wohnbaugesellschaften mit dem Gemeinwohlauftrag, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sowie die adäquate Versorgung der Bevölkerung über Krankenhäuser, Pflegeheime und Kindertagesstätten zu gewährleisten. „Davon profitiert nicht nur die Bevölkerung, dies ist auch für die Kommunen nicht unwesentlich," unterstreicht Schweier. Denn auf diese Weise werde privates Kapital mittelbar mobilisiert, die Investitionslücke im infrastrukturellen Bereich reduziert und die Kassen der Kommunen entlastet.



Sebastian Schweier, Teamleiter Infrastruktur Versicherungskammer. Bild: dpn

Öffentlicher Auftrag und Nachhaltigkeitsstrategie perfekt umgesetzt

Ein Beispiel: Die Versicherungskammer hat 2023 mit „Ferngas" einen Gasnetzbetreiber in Bayern und Thüringen erworben. Die Ferngas ist für rund ein Viertel des bayerischen Gasdurchlaufs verantwortlich und zählt eine erhebliche Zahl kommunaler Stadtwerke zu ihren Kunden.

Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung

Derzeit geht es vordringlich um den Wasserstoffhochlauf. Hierfür werden intensive Gespräche etwa mit Politik, Wirtschaft und Banken geführt. Mit einer derartigen Investition werden öffentlicher Auftrag und Nachhaltigkeitsstrategie der Versicherungskammer perfekt umgesetzt: durch nennenswerte Beiträge sowohl zur Versorgungssicherheit als auch zur Dekarbonisierung in Deutschland. Gleichwohl ist festzustellen: Die Zugänge für institutionelle Investoren zu Infrastruktur sind noch nicht so, wie sie sich im Kontext des Investitionsbedarfs darstellen müssten. Hier steht die Politik in der Pflicht. Entsprechende Weichenstellungen sind überfällig.

„Wir: Partner der Energiewende"

Die Anstrengungen des Konzerns mit Blick auf die Energiewende setzen an unterschiedlichen Stellen den Hebel an: Etwa durch die neue Initiative der Versicherungskammer, „Wir: Partner der Energiewende", eine Kooperation mit der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Versicherungskammer sieht sich seit jeher als strategischer Partner für die vermittelnden Sparkassen, da sie sehr langfristige Finanzierungen übernehmen kann. Außerdem geht es um Beratung und Wissenstransfer, etwa wenn einer Sparkasse die Finanzierung eines Windparks angetragen wird. Hier gilt es einmal mehr, Synergien zu heben.

Bei der Initiative geht es u.a. um um Investitionen in regionale Infrastrukturprojekte, dabei auch um die Finanzierung kommunaler Projekte in Zusammenarbeit mit der lokalen Sparkasse. Der Investitionsbedarf ist immens, zum Beispiel bei regenerativen Energien, kommunaler Wärmeplanung, aber ebenso Krankenhäusern oder bezahlbarem Wohnraum. Hier kann eine bewährte Partnerschaft einmal mehr optimal kooperieren, auch im Dienste der Kommunen.

Das Verhältnis zwischen den Kommunen und der Versicherungskammer ist von Vertrauen geprägt, das stetig gewachsen ist. Das Interesse und die Sorge um das Wohl der Menschen in Stadt und Land sowie ihre regionale Verwurzelung zeichnen die Versicherungskammer seit jeher aus. Die Energiewende durch entsprechende Infrastrukturinvestitionen in den Kommunen voranzutreiben ist ihr ein ureigenes Anliegen. ❒

Bundesverband Geothermie:

Projekte für nachhaltige Energiezukunft

Nach Mitteilung des Bundesverbandes Geothermie haben die Stadtwerke München im Münchner Klimarat ihren Transformationsplan zur Dekarbonisierung der Landeshauptstadt vorgestellt. Seit 2012 wird an der „Fernwärmevision" gearbeitet. Ziel ist, bis spätestens 2040 den Ausbau von klimaneutralen Wärmenetzen abgeschlossen zu haben.

Gelingen soll dies vor allem mithilfe der Tiefengeothermie. Nach den Anlagen in Riem (2004), in Freiham und Sauerlach errichten die SWM auf dem Gelände des Michaelibads die größte innerstädtische Geothermieanlage in Kontinentaleuropa. Auch auf dem Gelände des früheren Virginia-Depots im Münchner Norden ist ein weiteres Geothermie-Vorhaben geplant. Zudem sollen in der Innenstadt Anlagen entstehen.

Umfangreiches Portfolio

Darüber hinaus machen die SWM ihre bestehenden Geothermie-Standorte durch zusätzliche Bohrungen leistungsfähiger. Ergänzend wollen die SWM u. a. auch in kommunalen Kooperationen mit Partnern Geothermiepotenziale in der Region München erschließen. Neben der Versorgung angrenzender Gemeinden soll die Wärme über Trassen auch in das Münchner Fernwärmeverbundnetz eingebunden werden.

Insgesamt werden laut SWM nach derzeitigem Stand zehn Geothermievorhaben mit mehr als 50 neuen Tiefbohrungen geplant. Ergänzt wird das Portfolio durch Großwärmepumpen, sofern möglich direkt am Standort der Geothermieanlage, die zusätzliche Wärme aus dem Rücklauf gewinnen und für die Fernwärme nutzbar machen können.

Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH haben nun einen entscheidenden Schritt für die Dekarbonisierung des Wärmebedarfs in Neu-Ulm und Senden gemacht. Partner ist die Eavor GmbH.

Neu-Ulm und Senden

Im ersten Schritt wird die Nutzung der Tiefengeothermie in Neu-Ulm und Senden geologisch und technisch untersucht. Die Erkundungsphase des Projekts läuft seit Januar 2024 und erstreckt sich zunächst über einen Zeitraum von drei Jahren. Dabei wird zunächst nicht gebohrt, sondern es werden vorwiegend Messmethoden an der Oberfläche zum Einsatz gebracht. Neben umweltrelevanten Untersuchungen finden auch geologische Untersuchungen statt. Hierbei wird eine 2D-Seismik-Kampagne im Herbst/Winter 2024 durchgeführt. Ziel ist es, innerhalb des mit Fernwärme versorgten Gebietes in Neu-Ulm und Senden die Potenziale der Erdwärmenutzung zu untersuchen.

Neu-Ulm will bereits im Jahr 2040 klimaneutral sein. Dafür ist es nötig, jetzt auch den Wärmesektor anzugehen. Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger unterstützt das Projekt: „Das Bestreben, den sicheren Einsatz von Tiefengeothermie in unserer Region zu prüfen, markiert einen bedeutsamen Schritt in Richtung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Energiezukunft für Neu-Ulm. Mit der Wärmetransformationsplanung zeigen wir unser Engagement für innovative und sichere Energietechnologien. Insbesondere schätzen wir, dass die SWU dabei den Umwelt- und Sicherheitsaspekten oberste Priorität einräumt. Dieses Projekt stärkt unsere Position als Vorreiter in der regionalen Energiewende und trägt dazu bei, die Energieversorgung unserer Stadt nachhaltig zu gestalten."

Dachau-Nord

Laut Bundesverband Geothermie hat das Bayerische Wirtschaftsministerium den Stadtwerken Dachau die Genehmigung erteilt, Erdwärmebohrungen durchzuführen. Die Genehmigung gilt für das Gebiet „Dachau-Nord". Hier dürfen die Stadtwerke bis 2.500 Meter tiefe Bohrungen durchführen, um nach heißen Tiefenwasser zu suchen.

Vorher werden allerdings noch die Daten aus vorherigen Probebohrungen und Studien aus dem Gebiet analysiert. Außerdem arbeitet Dachau mit seinen Nachbarkommunen Haimhausen, Röhrmoos und Hebertshausen, an einem Konzept, wie Geothermie gemeinsam für die Fernwärmeversorgung zu nutzen. **DK**



Marian Rappl. Bild: VBEW



Florian Mattner. Bild: VBEW

VBEW-Geschäftsführung künftig als Doppelspitze

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW wird ab dem 1. Juli 2024 von einer neuen hauptamtlichen Doppelspitze geführt. Marian Rappl und Florian Mattner teilen sich zukünftig die Aufgaben in der VBEW-Geschäftsführung im Verband und seiner Dienstleistungsgesellschaft. Damit ist ein nahtloser Übergang nach dem Ausscheiden des langjährigen Hauptgeschäftsführers Detlef Fischer zum 30. Juni 2024 gewährleistet.

„Diese strategische Entscheidung markiert einen bedeutenden Schritt in der Weiterentwicklung des Verbandes. Wir danken Detlef Fischer für seine ausgezeichnete Arbeit in den vergangenen 22 Jahren für den VBEW", betonte Klaus Steiner, Vorsitzender des Vorstands des VBEW.

Marian Rappl wird als neuer Hauptgeschäftsführer federführend u.a. die strategische Ausrichtung, die Interessenvertretung und die Kommunikation des Verbandes verantworten. Mit seiner langjährigen Erfahrung in Verbänden und Unternehmen, auch in der Energie- und Wasserwirtschaft, bringt er exzellente Fähigkeiten als Verbandsmanager mit.

Florian Mattner soll ihm 2025 aus der aktuellen Geschäfts- in die Hauptgeschäftsführung folgen und wird zusätzlich zu seinen bisherigen Tätigkeiten in der Gremienarbeit und der Verbandsorganisation von Detlef Fischer die Geschäftsführung der VBEW Dienstleistungsgesellschaft mbH übernehmen. Diese hat sich in den letzten Jahren zum größten beruflichen Fortbilder in der Energie- und Wasserwirtschaft in Bayern entwickelt.

„Der VBEW ist damit gut aufgestellt, um mit seinen Mitgliedsunternehmen die bevorstehenden Herausforderungen in der Energie- und Wasserwirtschaft zu meistern und die Rahmenbedingungen aktiv mitzugestalten", so VBEW-Vorstandsvorsitzender Steiner. ❒



Renexpo Interhydro:

Zentrum der europäischen Wasserkraft

Zwei Tage lang stand das Messezentrum Salzburg wieder im Zeichen der Wasserkraft. Die Fachmesse Renexpo Interhydro war am 21. und 22. März Branchentreffpunkt für Europas führende Unternehmen im Bereich der Hydroenergie. Ein Ausstellerplus von 15 Prozent und rund 1.200 Fachbesucher zeigen Aktualität und Relevanz der nachhaltigen Energieproduktion durch Wasserkraft.

Schauplatz für Innovation, Information und Aktion

Die internationale Ausstellerschaft umfasste die komplette Bandbreite, die der Wirtschaftssektor Wasserkraft zu bieten hat. Von Planung, über Produktion bis hin zur Dienstleistung - vom Großkonzern zum Kleinstbetrieb: Spezialisierung und Expertise im jeweiligen Fachgebiet ist allen eins. Die Besucher profitierten von einem zentralisierten Branchenauftritt für innovative Technologien, Branchenneuheiten und qualitatives Networking. Umrahmt wurden die beiden Messetage von einem versierten Vortrags- und Bühnenprogramm. Zahlreiche Hydro-Profis gaben in ausgewählten Themenbereichen ihr Fachwissen zum Besten und fanden sich auf der Bühne zu Talk- und Diskussionsrunden ein.

Schwerpunkt auf Austausch und Dialog

Über zehn verschiedene Fachvorträge bot die Messeagenda 2024. Die Inhalte reichten von breiter aufgestellten Themenstellungen wie „Die Wasserkraft – ein wichtiger Beitrag für Klimaschutz und Klimaanpassung“ hin zu spezifischen Lösungsansätzen für ausgewählte Szenarien und Herausforderungen, zum Beispiel „Systemauslegung zur Schwarzstartfähigkeit eines Trinkwasserkraftwerkes“ und „Wenn sonst nichts mehr hilft - Lösungsmöglichkeiten für „überschüssigen“ Strom“.

Energietalk

Zu Beginn erwartete die Besucher der Energietalk „13 Jahre Energiewende: Wohin geht die Reise? Zentrale vs. dezentrale Energieversorgung“ unter österreichisch-bayerischer Beteiligung aus Wirtschaft und Politik mit Dr. Gerhard Löffler (Land Salzburg), Herwig Struber (Salzburg AG), Florian Streibl (Bayerischer Landtag) und Dipl.-Ing. Hermann Steinmaßl (LEE Bayern). Einig war man sich über die gute, grenzübergreifende Zusammenarbeit der beiden Länder, sowie die wichtige Rolle des Themas „gesellschaftliche Akzeptanz“ für das Vorantreiben erneuerbarer Energieformen. Dies impliziere auch das Bewusstsein über notwendige Ausbaumaßnahmen, vor allem im ländlichen Raum.



Energietalk im Messezentrum Salzburg mit v.l.: Moderatorin und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, MdL Florian Streibl, Hermann Steinmaßl (LEE Bayern), Dr. Gerhard Löffler (Land Salzburg), Herwig Struber (Salzburg AG). Bild:JK

Dr. Gerhard Löffler sprach sich dafür aus, dass die Zieldiskussionen im Bereich des Klimawandels aufzulösen seien und zur Tat geschritten werden müsse. Man weiß was zu tun sei, hätte die erforderliche Kompetenz und auch die technischen Voraussetzungen seien vorhanden. Dipl.-Ing. Hermann Steinmaßl betonte, dass im Hinblick auf Investoren frühzeitige Behördenentscheidungen über Realisierbarkeit, Durchführungs- und Planungssicherheit essenziell seien. Der Vorstand der Salzburg AG, Herwig Struber, MSc, appelliert, dass zentrale und dezentrale Versorgungsformen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten, sondern ein Miteinander gepflegt werden müsse.

Wasserstrom als neuer Gamechanger

100 Prozent Erneuerbare Energien-Botschafter und Präsident der Energy Watch Group, Hans-Josef Fell, präsentierte auf der Fachmesse gemeinsam mit Heinrich Strößenreuther (Umwelt- und Energie-Experte und Co-Autor der Studie) und Dr. Roland Steinhoff (Vorstand Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke) erstmalig Studienergebnisse von #Wasserkraft 2030. Diese hebt vor allem die Vorteile des nachhaltigen Energieträgers, wie: die CO2-freie, verlässliche Produktion, wichtige Unterstützungsfunktion in den solar- und windschwachen Wintermonaten, sowie ihren Beitrag zum Katastrophenschutz (Schutz gegen Hochwasser und Dürre) und die regionale Wertschöpfung, hervor. Die detailliierten Studienergebnisse stehen zum kostenlosen Download bereit: https://energywatchgroup.org/wp/wp-content/uploads/2024/03/Wasserkraft-Studie.pdf

Expert Event „Rivermanagement & Ecology“

Zeitgleich zur Messe fand in Kooperation mit vgbe energy e.V. und VÖU eine Konferenz zum Thema Flussbewirtschaftung und -ökologie statt. Führende Betreiber, Hersteller und Zulieferer, Behörden, Forschungsinstitute und andere Akteure trafen aufeinander, um wichtige Fragen im Bereich der Flussbewirtschaftung und -ökologie zu erörtern. Mit rund 60 Teilnehmern konnte auch hier ein Erfolg verbucht werden.

Aussteller loben Besucherqualität

Über alle Fachbereiche verteilt berichteten die Aussteller von einem versierten Messepublikum, vielversprechenden Gesprächen und wichtigen Kontakten zur gewünschten Zielgruppe.

Die nächste Renexpo Interhydro findet am 27. und 28. März 2025 statt. ❐

BDW begrüßt neue Studie zur Wasserkraft

Studie der Energy Watch Group beziffert Potenzial von 7,1 Gigawatt für Wasserkraft in Deutschland

Der Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke e.V. (BDW) hat die Ergebnisse der Wasserkraft-Studie der Energy Watch Group ausdrücklich begrüßt. BDW-Geschäftsführer Dr. Helge Beyer unterstrich: „Wir begrüßen die Ergebnisse der Studie ausdrücklich und sehen uns in der positiven Einschätzung der Wasserkraft bestätigt. Das genannte Potenzial von 7,1 Gigawatt klimaneutraler und regenerativer Energie entspricht einer Leistung von rund 20 Kohlekraftwerken. Mit diesen Zahlen ist eine Neubewertung der Wasserkraft in Deutschland notwendig und besonders auch wegen des vorrangigen öffentlichen Interesses an erneuerbaren Energien zu erwarten.“

Schlüsseltechnologie für die Energiewende

Im Hinblick auf Kriterien zur Gewässerökologie unterstrich Beyer: „Maßnahmen zum Fischschutz und zur Fischwegigkeit sorgen längst für gewässerökologische Verträglichkeit der Wasserkraft. Darüber hinaus leisten Wehre teils seit Jahrhunderten einen wichtigen Beitrag zum Wasserrückhalt, Grund- und Trinkwasserschutz sowie zum Hochwasserschutz.“ Weiter betonte er: „Wasserkraft ist eine Schlüsseltechnologie für die Energiewende, ihre Potenziale müssen genutzt werden!“ Die Energy Watch Group (energywatchgroup.org) mit Sitz in Berlin hat auf der Renexpo Interhydro in Salzburg die Studie „Wasserstrom - der neue Gamechanger für Klimavorsorge, Heimatenergien und Naturstrom“ vorgestellt. Darin wird die mittelfristig durch Repowering, Modernisierung und Reaktivierung von Wasserkraftwerken zusätzlich realisierbare Leistung auf 7,1 Gigawatt mit einer jährlichen Energieerzeugung von 28 Terawattstunden geschätzt. Gleichzeitig wird eine Neubewertung des positiven ökologischen Beitrags der Wasserkraft zur Gewässerökologie sowie auf Flora und Fauna angemahnt. ❐



Die Gründer des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU“ (v.l.): Armin Holderried (Stv. Vorsitzender Abwasserverband Wertach-Ost), Helmut Bucher (Vorsitzender Abwasserverband Wertach-Ost), Klaus Förster (1. Bürgermeister Stadt Bobingen), Rudolf Schneider (Vorsitzender Abwasserzweckverband Lechfeld), Robert Irmler (1. Bürgermeister Gemeinde Hiltenfingen), Christian Schlegel (Vorsitzender Abwasserverband Gennach-Kirchweihtal), Roland Peter (3. Bürgermeister Stadt Mindelheim), Robert Pöschl (1. Bürgermeister Stadt Buchloe), Bernhard Kugelmann (2. Bürgermeister Gemeinde Mittelneufnach), Christian Kähler (Vorsitzender Verwaltungsgemeinschaft Türkheim). Bild: Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU

Die Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU stellt sich vor

Vor kurzem stellten zwei Initiatoren das gemeinsame Kommunalunternehmen zur Phosphorwiedergewinnung aus Klärschlamm vor, die Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU. Verwaltungsratsvorsitzender des gKU ist der Buchloer Bürgermeister Robert Pöschl, der die interkommunale Zusammenarbeit und den Weitblick des Gemeinschaftsprojektes hervorhob: „Die Kommunen können stolz sein, dieses Projekt in unserer Region angestoßen zu haben. Es geht dabei um zentrale Zukunftsthemen: Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit. Davon profitieren wir alle.“

Bei einer Pressekonferenz berichteten die Initiatoren, wie es zur Idee und Entwicklung des gemeinsamen Kommunalunternehmens zur Phosphorwiedergewinnung aus Klärschlamm kam.

Am Anfang stand der Wunsch der Kommunen nach mehr Unabhängigkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Klärschlammentsorgung. Daraus entwickelte sich ein Projekt mit vielen weiteren Vorteilen, wie die Beteiligten berichteten.

Verwaltungsratsvorsitzender des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU“ ist der Buchloer Bürgermeister Robert Pöschl. Er betonte: „Es ist uns gelungen, für die Region ein zukunftsweisendes Projekt anzustoßen und mehrere Herausforderungen in einem Zug anzugehen. Wir sorgen für langfristige Entsorgungs- und Planungssicherheit beim Klärschlamm, gewinnen den knappen Rohstoff Phosphor wieder und sorgen für negative CO2-Emissionen.“ Die erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit würden Bürger schon aus vielen Bereichen kennen, wie etwa Kliniken oder Kläranlagen, so Pöschl. Für kleinere Städte und Gemeinden sei dies eine hervorragende Möglichkeit, um Aufgaben gemeinsam anzupacken – auch beim Thema Klärschlamm-Verwertung.

Projektentwicklung durch engagierte Experten

Die Naturenergie Buchloe GmbH engagiert sich schon lange für nachhaltige Lösungen in der Kommunalpolitik, wie Projektleiter Klärschlamm-Upcycling Richard Dauberschmidt ausführte. Das Unternehmen entwickelte das Projekt der Phosphorwiedergewinnung aus Klärschlamm für die Kommunen der Region. Schon die bewährte Idee der Genossenschaften zeige, dass man Probleme gemeinsam besser lösen könne, so Dauberschmidt. Der Experte für Entsorgung und Recycling treibt das Projekt seit Januar 2024 bei der Naturenergie Buchloe GmbH voran. Er führte aus: „Aus etlichen Branchen weiß ich: Kreislaufwirtschaft funktioniert sehr gut, wenn man sich entschlossen dafür einsetzt. So kann Abfall wieder zu einem Wertstoff werden. Es ist überfällig, dies nun auch mit Klärschlamm umzusetzen.“

Klärschlamm wird zu Humus

Nach der ersten Verwaltungsratssitzung erfolgt nun der Aufbau des gemeinsamen Kommunalunternehmens und der geplanten Anlage zur Trocknung und Verkohlung von Klärschlamm. Es gibt bereits einige Anlagen in Deutschland, in denen dies erfolgreich geschieht – beispielsweise im sächsischen Niederfrohna oder im hessischen Lorsbach. Mit der Kommunalen Energieverwertung Schwaben gKU können die zusammengeschlossenen Kommunen der Region um die Stadt Buchloe bald ebenfalls von diesem Verfahren profitieren. ❐

Bayernwerk startete Bau für längstes Hochspannungskabel

Start frei für den Bau des Hochspannungs-Erdkabels vom Umspannwerk Kleinschwabhausen zum Netzknoten in Oberbachern nördlich von München: Über den Bauablauf informierte der Netzbetreiber Bayernwerk Eigentümer und Pächter. Die Regierung von Oberbayern hat das Projekt genehmigt.

Der 18 Kilometer lange Neubau ist das bisher längste Erdkabel des Bayernwerks. Der Netzausbau soll zukünftig helfen, dass überschüssiger grüner Strom aus der Region besser verteilt werden kann. In die neue Stromleitung investiert das Bayernwerk rund 39 Millionen Euro.

„Mit der Erdkabelleitung zwischen Kleinschwabhausen und Oberbachern tragen wir einen wichtigen Beitrag zur überregionalen Energieversorgung bei“, berichtet Bauprojektleiter Bernd Igelbüscher von der Bayernwerk Netz GmbH. „Die Region erzeugt seit Jahren mehr grünen Strom als direkt vor Ort verbraucht wird. Mit der Erdkabelleitung kann diese Energie nun dorthin verteilt werden, wo sie gebraucht wird.“

Das Erdkabel verläuft durch den Landkreis Dachau bis zum Umspannwerk Oberbachern. Dabei führt die Leitung vom Umspannwerk Kleinschwabhausen durch das Glonntal, entlang der S-Bahnlinie und weiter nach Süden. Südlich von Stetten endet das Kabel als regionale Verbindung im Umspannwerk Oberbachern.

Verlegung größtenteils in offener Bauweise

Am 15. April begann eine Arbeitsgemeinschaft aus den beiden Tiefbaufirmen Pfaffinger Bau SE aus Passau und W. Markgraf GmbH & Co. KG aus Bayreuth mit dem Aushub der Gräben für das Erdkabel.

Seit Anfang April werden bereits Wege und Bauflächen vorbereitet, um zum Baufeld zu gelangen. Den Kabelbau wickelt die Firma Omexom Hochspannung GmbH aus Bernau ab. Die Baufirmen starten jeweils gleichzeitig am Nord- und Südende der Trasse und arbeiten sich im Verlauf der kommenden Monate auf die Streckenmitte zu.

Der Großteil des Erdkabels wird in offener Bauweise verlegt. Hierbei heben die Bauunternehmen einen circa 1,75 Meter tiefen Kabelgraben aus und lagern den Aushub daneben ab. Danach werden Leerrohre verlegt, in die später die Stromkabel eingezogen werden, nachdem die Grube wieder mit dem Aushub gefüllt wurde.

Die 110-kV-Stromleitung quert mehrere Staats- oder Kreisstraßen und Gewässer wie beispielsweise den Rothbach auf einer Länge von 230 Metern. Um den Verkehr und die Gewässer nicht zu beeinträchtigen, werden in diesen Bereichen sogenannte Spülbohrungen umgesetzt. Ein spezielles Spülbohrgerät bohrt zunächst einen unterirdischen Kanal und bringt im Rückzug die Leerrohre für die Kabel ein.

Gesicherte Energieversorgung in Oberbayern

Die Erdkabelleitung zwischen Kleinschwabhausen und Oberbachern stellt einen wichtigen Baustein für die Energiewende in Oberbayern dar. Gerade in der nördlichen Region von München steigt der Energiebedarf durch Unternehmen und Privathaushalte bei der Transformation hin zur E-Mobilität und nachhaltiger Wärmeversorgung stetig an. Hier sichert regional überschüssiger Strom aus erneuerbarer Energie, der über die Erdkabelleitung verteilt werden kann, die Energieversorgung. Die neue Leitung erhöht aber auch die Netzstabilität und -qualität direkt vor Ort – davon profitieren die Anwohner im Landkreis Dachau und den umliegenden Landkreisen.

Seit Beginn der Planungen informiert das Bayernwerk kontinuierlich Eigentümer und Bewirtschafter entlang der Trasse über das Projekt. Zum anstehenden Baubeginn fand im Gasthof Lachner in Stetten ein Informationsabend statt. Im Verlauf des Abends stellten sich Ansprechpartner aus der Bauleitung sowie verschiedene Partnerunternehmen vor und standen für Fragen zur Verfügung. ❐

Bayerisches Chemiedreieck:

Modernisierung und Ausbau der Strominfrastruktur

Kommunikationsauftakt in Altötting: TenneT, Bayernwerk und Unternehmen aus dem Chemiedreieck informieren Politikerinnen und Politiker der Region

TenneT und das Bayernwerk haben in Altötting den erforderlichen Ausbau des Stromnetzes vorgestellt, der eine entscheidende Rolle für die Industrietransformation der energieintensiven Unternehmen im Bayerischen Chemiedreieck spielt. Die Netzausbaupläne basieren auf detaillierten Strombedarfsprognosen der Wacker Chemie AG, OMV Deutschland GmbH und des Chemieparks GENDORF. Auf dem Weg hin zur Klimaneutralität werden die Firmen künftig an ihren Standorten im Chemiedreieck deutlich mehr elektrische Energie benötigen.

Das Bayerische Chemiedreieck steht vor wegweisenden Veränderungen. Um die Energiewende voranzutreiben und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren, setzen die energieintensiven Unternehmen des Chemiedreiecks auf die Transformation ihrer Industrieprozesse.

Transformation der Industrieprozesse

Im Fokus steht dabei die Elektrifizierung. Auf dieser Basis haben die Unternehmen ihren Strombedarf für die kommenden Jahrzehnte berechnet: Sie gehen davon aus, dass ihr Bedarf bis 2050 beim 2,5-fachen des heutigen Strombezugs liegt, nämlich bei einer Leistung von rund zwei Gigawatt. Das macht eine umfassende Modernisierung und den Ausbau der Netzinfrastruktur in den Landkreisen Rottal-Inn und Altötting erforderlich. Für die regional und international bedeutenden Chemieunternehmen ist dieser Ausbau von entscheidender Bedeutung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und den Wirtschaftsstandort langfristig zu sichern.

Dr. Bernhard Langhammer, Sprecher der Initiative ChemDelta Bavaria, unterstreicht die Notwendigkeit des Netzausbaus für die Unternehmen in der Region: „Bereits jetzt verbraucht das Chemiedreieck mehr als fünf Terawattstunden Strom pro Jahr. Das ist rund ein Prozent des gesamtdeutschen Strombedarfs. In Zukunft wird dieser Wert noch deutlich ansteigen, schließlich gilt es, mit nachhaltig erzeugtem Strom den Sprung zur Klimaneutralität zu schaffen – etwa, indem wir unseren zwingend benötigten Prozessdampf mit strombetriebenen Wärmepumpen anstelle von Gaskraftwerken erzeugen. Die dafür notwendigen Strommengen können nicht nur in der Region erzeugt werden, sie müssen im Wesentlichen von außen herangeführt werden. Deswegen ist ein deutlicher Ausbau der Netzinfrastruktur für uns von essenzieller Bedeutung. Der Bau der zweiten 380-kV-Leitung muss schnellstmöglich und ohne Verzögerungen erfolgen."

TenneT wird mit dem Bau einer neuen 380-Kilovolt-Freileitung zwischen Burghausen und Simbach am Inn und je einem neuen Umspannwerk in Burghausen und Simbach sowie einer neuen Schaltanlage im Suchraum Zeilarn die Versorgung der ansässigen energieintensiven Industrieunternehmen sowie der Bürgerinnen und Bürger mit nachhaltig erzeugtem Strom sichern.

Stärkung des Wirtschaftsstandorts

Tim Meyerjürgens, COO von TenneT, betont die Bedeutung des Übertragungsnetzes: „Der Ausbau des Höchstspannungsnetzes im Bayerischen Chemiedreieck ist ein wesentlicher Schritt, um die Region zukunftsfähig zu machen und den Wirtschaftsstandort zu stärken. Die geplanten Maßnahmen legen den Grundstein für die Transformation der ansässigen Unternehmen und somit für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Darüber hinaus trägt der Netzausbau dazu bei, die Strompreise zu stabilisieren, indem er die Übertragungskapazität erhöht und somit die Notwendigkeit von Eingriffen ins Netz reduziert. Dies wird langfristig dazu beitragen, die hohen Kosten für die Engpassbewirtschaftung zu senken."

Mit Blick auf die weiteren Planungen betont Meyerjürgens daher: „Uns ist es wichtig, die Öffentlichkeit von Anfang an mit einzubeziehen, denn der Netzausbau in Bayern ist für eine sichere und zuverlässige Stromversorgung von morgen alternativlos. Gleichzeitig sind wir auf die Unterstützung vor Ort angewiesen, damit wir gemeinsam mit allen Beteiligten den Netzausbau konsequent vorantreiben und rasch in die Realisierung bekommen."

Mehr lokal erzeugter Ökostrom im Netz

Das Bayernwerk beginnt bereits in diesem Jahr mit Netzbau-Maßnahmen in der Region, um erste Leistungserhöhungen für seine Industriekunden bereitzustellen. „Es liegt uns am Herzen, dass wir unseren Kunden möglichst schnell eine klimaneutrale Energieversorgung mit grünem Strom ermöglichen. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Unternehmen, aber auch der ganzen Region. Denn vom Ausbau des Hochspannungsnetzes profitieren nicht nur die Industrieunternehmen. Wir werden in einem hochmodernen Netz auch mehr lokal erzeugten Ökostrom im Netz aufnehmen und verteilen können. Wir planen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes in der Region die umfassende Erneuerung und den massiven Ausbau des Netzes", sagt Robert Pflügl, Geschäftsführer der Bayernwerk Netz GmbH.

Eingriffe in die Natur so gering wie möglich

Die Planungen des Verteilnetzbetreibers setzen dafür überwiegend auf die Modernisierung und Verstärkung vorhandener Leitungen, so dass die Eingriffe in die Natur und den Lebensraum der Menschen durch den Netzausbau so gering wie möglich bleiben.

In diesem Zusammenhang lobt Erwin Schneider, Landrat von Altötting, die Informationspolitik der Unternehmen und sichert seine Unterstützung zu: „Wir befinden uns derzeit zweifelsohne in einem Transformationsprozess, der unser gesamtes Wirtschaftsleben erfasst. Der Ausbau des Stromnetzes ist daher ein zentraler Baustein, den hohen Energiebedarf der chemischen Industrie auch in Zukunft zu decken. Daher freuen wir uns, dass die zentralen Akteure heute gemeinsam den Start für die zukunftssichere Stromversorgung des Chemiedreiecks vereinbart haben."

Geplante Maßnahmen für die klimaneutrale Zukunft des Chemiedreiecks

Am 1. März 2024 bestätigte die Bundesnetzagentur den Netzentwicklungsplan Strom 2037/2045 (2023) der vier Übertragungsnetzbetreiber und damit auch die Notwendigkeit des Projekts P474. Das Projekt sieht eine neue 380-KV-Freileitung zwischen Burghausen und Simbach am Inn vor, zwei neue Umspannwerke in Burghausen und Simbach sowie eine Schaltanlage im Raum Zeilarn. Die Bestätigung durch die Bundesnetzagentur ermöglicht TenneT nun den Beginn der Planung eines Trassenkorridors.

Im ersten Schritt werden zeitnah Flächen für die Umspannwerke und die Schaltanlage gesucht, die als Knotenpunkte der Netzplanung maßgeblich für die weitere Planung sind. Das gesamte Neubauprojekt begleitet TenneT mit umfassenden Dialog- und Informationsmaßnahmen , um alle Beteiligten kontinuierlich über die aktuellen Planungen zu informieren. Die Inbetriebnahme ist vor 2035 geplant.

Das Bayernwerk plant, vorhandene Hochspannungsleitungen in der Region zu erneuern und zu verstärken: Das Umspannwerk Bruck bei Gendorf soll erweitert werden und eine direkte Anbindung an den Netzknoten Pirach bei Burgkirchen an der Alz erhalten. Dafür will das Bayernwerk die Leitung zwischen Pirach und Bruck ertüchtigen. Auch die beiden Hochspannungsleitungen, die zwischen Pirach und dem Wacker-Standort in Burghausen verlaufen, sollen erneuert werden.

Kapazitäten werden erweitert

Das neue Umspannwerk bei Burghausen, ein Knotenpunkt von Übertragungs- und Verteilnetz, will der Verteilnetzbetreiber mit neuen Hochspannungsleitungen Richtung Simbach und zu den Standorten von Wacker und OMV anbinden. An den Standorten der beiden Unternehmen sind zudem zwei neue Umspannwerke geplant. Noch in diesem Jahr erweitert das Bayernwerk die Kapazitäten der Freileitung zwischen Simbach und Burghausen.

Darüber hinaus ist vorgesehen, die Leitungen Töging-Pirach und Töging-Neuötting zu modernisieren. Im Herbst dieses Jahres beginnen die Bauarbeiten an der Leitung Töging-Neuötting. Voraussichtlich 2025 will das Bayernwerk mit der Modernisierung der Freileitung Töging-Pirach beginnen. ❐

Bayerischer Energiebeirat:

Ergebnisse der „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral"

Im Rahmen der jüngsten Sitzung des Bayerischen Energiebeirats unter dem Vorsitz von Staatsminister Hubert Aiwanger wurden die Ergebnisse der „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral" vorgestellt. Die Studie zur „szenarienbasierten Analyse von Wegen in ein treibhausgasneutrales Bayern", erstellt von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE), soll als Grundlage für die Entwicklung eines Energieplans für Bayern im Jahr 2040 dienen.

Durch die Nutzung unterschiedlicher Technologiepfade soll das bayerische Klimaziel erreicht werden. Analysiert wurden die Vor- und Nachteile entlang des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. Dabei wurden nicht nur die Herausforderungen und Chancen in den Sektoren Industrie, Verkehr, Gebäude und Energiewirtschaft betrachtet, sondern auch die Auswirkungen der Transformation auf die Strom- und Gasnetze.

Kernaussagen

Die „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral" enthält folgende Kernaussagen:

- Die Transformation reduziert die Abhängigkeit von Energieimporten. Im Jahr 2019 stammten 77 Prozent des Primärenergiebedarfes aus Importen (vor allem Mineralöl, Erdgas und Uran). Dieser Wert soll bis 2040 mit einem hohen Anteil Erneuerbarer Energien sowie der Elektrifizierung auf 22 Prozent sinken.
- Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss deutlich verstärkt werden. Zuviel Zubau von PV- und Windenergieanlagen gibt es dabei nicht. In Zahlen bedeutet dies im Mix-Pfad bis 2040 einen Zubau von 51 GW an PV-Freiflächenanlagen, 27 GW an PV-Aufdachanlagen und 12 GW an Windenergieanlagen.
- Die Elektrifizierung ist ein Kernelement der Transformation. Sie wird ergänzt durch die Nutzung von Wasserstoff, Bioenergie, grüner Fernwärme und synthetischen Energieträgern. Trotz starker Effizienzverbesserungen führt die Elektrifizierung und die Produktion von Wasserstoff zu einem Anstieg des Stromverbrauchs. Ein weiterer Bedarf kann hinzukommen, wenn auch für den internationalen Flugverkehr Kerosin, Naphtha und Methanol in Bayern synthetisch hergestellt werden.
- Bayern kann sich nicht zu jeder Stunde im Jahr selbst versorgen. Die wichtigste Flexibilitätsoption ist das Strom-Übertragungsnetz. Dies ermöglicht den Stromaustausch innerhalb Bayerns und mit den angrenzenden Regionen. Bis 2040 müssten in einem bestimmten Szenario jede Woche ca. 7 Kilometer Übertragungsnetz zugebaut oder verstärkt werden.
- Die Investitionen in die Energiewende zahlen sich aus. Gegenüber der Transformation im aktuellen Tempo könnten zwischen 2024 und 2040 ca. 100 Mrd. Euro eingespart werden, da deutlich weniger kostspielige synthetische Brennstoffe importiert werden müssen.

Staatsminister Hubert Aiwanger kündigte an, dass das Energieministerium bis Jahresende 2024 den Energieplan Bayern 2040 entwickelt: „Beim nötigen Umbau unserer Energiesysteme müssen wir realistisch und konsequent vorgehen. Wir müssen die Menschen überzeugen, den gezielten Ausbau der Erneuerbaren Energien, Speicher etc. mitzutragen.

Und es braucht eine starke, erfolgreiche Wirtschaft, um die Herausforderungen zu stemmen. Wenn die Energiewende zu einem Verlust an wirtschaftlicher Kraft und zu einer Deindustrialisierung führt, haben wir nichts gewonnen. Ohne Unterstützung durch politische und gesellschaftliche Mehrheiten werden wir langfristig nicht erfolgreich sein."

Politik muss die Menschen einbinden

Die Energiepolitik der Ampel in Berlin habe gezeigt, dass es nicht funktioniert, Energiepläne über die Köpfe der Menschen hinweg ideologisch durchzudrücken, unterstrich Aiwanger. „Verantwortungsvolle Politik plant eine Energiewende nicht vom Reißbrett weg, sondern bindet die Menschen ein. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz wird es nicht funktionieren."

Der Bayerische Energiebeirat, ein Gremium bestehend aus rund 80 Vertretern der bayerischen Wirtschaft, den Spitzen- und Fachverbänden und weiterer für die Energiewende gesellschaftlich relevanter Institutionen wurde als Nachfolgeformat des Energiegipfels 2018/2019 ins Leben gerufen. Aufgabe des Beirates ist die Beratung des Energieministers zu Fragen rund um das Thema Energie. Der Beirat soll die hierfür relevanten fachlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte einbringen und erörtern. **DK**



Wertvolle Infrastrukturleistung für Bürger, Verwaltung und Wirtschaft

Bayerische Vermessungsverwaltung stellt Geobasisdaten als OpenData zur Verfügung

Die Gemeinden und Landkreise Bayerns nutzen seit vielen Jahren die Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung (BVV). Anwendungsbereiche sind z. B. Bauleitplanungen, die Kontrolle und Pflege öffentlicher Einrichtungen (Bauwerke, Gewässer, Grünanlagen usw.), die Einrichtung und Wartung von Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie für kommunale Planungen. Über die bestehenden Rahmenvereinbarungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der BVV erhalten die Landkreise und Gemeinden regelmäßig aktuelle Daten der BVV. Darüber hinaus stellt die BVV seit 1. Januar 2023 eine große Auswahl an Geobasisdaten kostenfrei für alle Interessierten zur Verfügung. Mit diesem neuen OpenData-Angebot der BVV wird es für die Gemeinden und Landkreise jetzt noch einfacher eine Vielzahl von Geobasisdaten abzurufen.

Die meisten der als OpenData angebotenen Geobasisdaten können im Zuge der Umsetzung des Datennutzungsgesetzes unter https://geodaten.bayern.de/opengeodata/ jederzeit unkompliziert heruntergeladen werden. Die Nutzerinnen und Nutzer können sich damit unabhängig von Lieferterminen zu jeder Zeit mit den aktuellsten Daten versorgen. Das OpenData-Portal enthält die Daten in einer hohen Qualität und wird kontinuierlich ausgebaut.

Aktualisierungen und Produktverbesserungen

Zudem werden die Datensätze regelmäßig aktualisiert, so dass auch Produktverbesserungen zeitnah weitergegeben werden können. Die kostenfreie Bereitstellung eröffnet den Nutzerinnen und Nutzern neue Möglichkeiten der Verfügbarkeit und Verarbeitung von Geodaten sowie bei der Entwicklung von Produkten oder neuen Geschäftsmodellen. Ergänzt wird das OpenData-Portal durch einen umfangreichen FAQ-Bereich mit hilfreichen Informationen zum bestehenden Angebot, Anleitungen zur erweiterten Aufbereitung der Daten sowie mit einem Newsletter.

Vielfältige Geobasisdaten

Das Angebot an Geobasisdaten als OpenData ist vielschichtig und umfangreich. Zur Produktpalette gehören Daten der Landesvermessung wie z. B. das Digitale Landschaftsmodell (ATKIS® Basis-DLM), das Digitale Geländemodell oder topographische Karten. Darüber hinaus werden auch einige Daten des Liegenschaftskatasters wie die Parzellarkarte (Grenzdarstellung in Rasterformat ohne Flurstücksnummer und Abmarkungsart) sowie das 3D-Gebäudemodell (LoD2) zur Verfügung gestellt.

Die Daten können vielfältig verwendet werden, z. B. für Solardach-Analysen, für Sichtbarkeitsanalysen neu geplanter Bauwerke, für dreidimensionale Ansichten als Grundlage politischer Entscheidungen, für historische Betrachtungen und vieles mehr. Möglich ist sowohl der Bezug von Einzeldaten (Kacheln) für kleine Gebiete als auch der Massendownload von großen Gebietseinheiten wie z.B. Landkreisen oder auch von Datensätzen für ganz Bayern.

Digitales Geländemodell

2023 wurden rund 32 Millionen Dateien heruntergeladen. Am häufigsten nachgefragt wird das Digitale Geländemodell mit einer Bodenauflösung von 1 m (DGM 1).



Zusätzlich kann ein Großteil der OpenData-Produkte über Services genutzt werden. Für die Geodaten aus dem OpenData-Portal gelten umfangreiche Nutzungsrechte. Die Daten dürfen bearbeitet, geteilt, veröffentlicht und auch kommerziell genutzt werden.

Urheber- und Rechteangaben beachten

Die Lizenzbedingungen sind bei jedem einzelnen Produkt angegeben. Sie können schnell und unkompliziert eingesehen werden. Beachtet werden muss bei der Verwendung der Daten lediglich, dass angemessene Urheber- und Rechteangaben erfolgen, ein Link zur Lizenz eingefügt und ein entsprechender Hinweis angebracht wird, falls Änderungen vorgenommen werden. Für sensible Daten wie Flurstücksgrenzen ist das Recht zur Veränderung jedoch ausgeschlossen.

Kommunaler Nutzen

Das OpenData-Angebot ist natürlich auch für kommunale Betriebe, Zweckverbände sowie Ver- und Entsorgungsunternehmen und Dienstleister der Landkreise und Gemeinden von großem Nutzen. ❒

Richtungsweisend für Bayern:

Energieeffizientes Bauen und Sanieren

Energieminister Hubert Aiwanger eröffnet die Kampagne

Energieminister Hubert Aiwanger hat die bayernweite Kampagne „Richtungsweisend für Bayern - Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ mit der dazugehörigen Infotour auf der Fertighaus- und Energiemesse in Straubing eröffnet.

Organisiert und umgesetzt wird die Tour von der Landesagentur für Energie- und Klimaschutz (LENK). Aiwanger erklärte: „Mit der Kampagne liefern wir den Menschen vor Ort technologieoffen und vorurteilsfrei Informationen über neue Arten zum Heizen und Dämmen. Damit zeigen wir ihnen sinnvolle und effiziente Möglichkeiten zum Einsparen von Energie und Kosten für ihre jeweilige Situation auf. Und wir fördern damit auch den Klimaschutz. Denn rund die Hälfte des Endenergieverbrauchs sowie knapp 30 Prozent aller energiebedingten CO2-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich.“

Im Rahmen der Eröffnung stellte die LENK ein mobiles Modellhaus vor. Dieses zeigt, wie richtungsweisende Heizungstechnologie funktioniert. „Auf anschauliche Weise können sich die Besucher am Modellhaus selbst überzeugen, wie sie ihren Geldbeutel und das Klima schonen, Wärme sparen und gleichzeitig den Wohnkomfort erhöhen können. Für mich zeigt das Haus daher gute Möglichkeiten, wie die Energiewende in der Praxis umsetzbar ist“, sagte der Minister. Das Modellhaus wird von März bis Oktober dieses Jahres in 16 bayerischen Städten erlebbar sein. Es behandelt die Themen Heizen und Dämmen.

Die Wärmewende-Aktion ist Teil einer Informationskampagne der LENK. Sie richtet sich vor allem an Bürgerinnen und Bürgern, die eine Baumaßnahme planen. Auf der Tour gibt die LENK Orientierung und hilft Interessierten, die jeweils individuell richtigen Entscheidungen zu treffen bzw. relevante Informationsangebote zu nutzen. Neben den Heizkosten werden auch die künftige Lebensqualität und die Wohngesundheit in Wohnräumen berücksichtigt.

Informationen zu Technologien und Tour-Terminen:
www.richtungsweisend.bayern und https://zukunftskompass-waerme.bayern/ ❒.

Baukultur muss Balance zwischen Herkunft und Zukunft finden

Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich spricht bei BDA-Architekturpreisverleihung „regioNO“

Landshut. Die bestehende Baukultur wertschätzen und dabei Ressourcen schonen, sich zugleich aber Neuem nicht verschließen. Mit dieser Botschaft wandte sich Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich in seiner Rede an Preisträger und Besucher der diesjährigen Verleihung des BDA-Regionalpreises Niederbayern-Oberpfalz „regiNO“ in Landshut. „Denn Baukultur hat in der heutigen Zeit viel mit Klimawandel und somit auch mit dem Erhalt der Schöpfung zu tun.“ Architektur könne das Alte bewahren, aber auch neue Wege beschreiten. „Die Balance zwischen Herkunft und Zukunft ist der Königsweg“, so Dr. Heinrich.

Bereits zum siebten Mal verleiht der BDA, der Bund Deutscher Architektinnen und Architekten, seinen Regionalpreis Niederbayern-Oberpfalz „regiNO“ an verdiente Bauherren und Architekten.

Dialog fördern

Durch das Herausstellen bemerkenswerter zeitgenössischer Architektur und guten Städtebaus in der Region wolle man den Dialog aller am Baugeschehen Beteiligten und Interessierten fördern, heißt es von Vereinsseite. Heuer würdigte die internationale Jury aus Fachleuten in Niederbayern die Neue Ortsmitte Baierbach und die Staatliche Dombauhütte Passau mit der Auszeichnung. Eine Anerkennung erhielt das Holzblockhaus „Gastgeb“ in Landshut. Lobend erwähnt wurde der Neubau an der Stadtmauer an der Landshuter Isarpromenade und das Pfarrheim in Bad Abbach. Der Preis wird in dreijährigem Turnus verliehen.


Bezirkstagspräsident. Dr. Olaf Heinrich. Bild: Peter Litvai

Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich: „Baukultur hat in der heutigen Zeit viel mit ressourcenschonendem Umgang, Klimawandel und somit auch mit dem Erhalt der Schöpfung zu tun. Das Denken in Kreisläufen bekommt in der Baukultur immer mehr Bedeutung.“ Es sei wichtig, die „graue Energie unserer Häuser“ zu berücksichtigen. „Jeder Ziegel, der schon einmal produziert wurde, muss nicht noch einmal hergestellt werden. Die Wertschätzung für das Material, aus dem wir Neues schaffen, führt automatisch zu einem sparsameren Denken, das gut für uns selbst, vor allem aber für unsere Umwelt ist.“

Denkmalpreis des Bezirks

Dann verwies Dr. Heinrich auf den Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern, der seit 2002 verliehen wird. „Mit unserem Denkmalpreis wollen auch wir einen Beitrag dazu leisten, dass Bauherren den Wert von bestehenden Gebäuden wahrnehmen und damit möglichst viele denkmalgeschützte Objekte in Niederbayern erhalten werden können.“ Doch auch bei neuen Projekten gelte: „Es macht Sinn, sich etwas von den früheren Generationen abzuschauen. Denn man sollte nicht nach aktueller Mode bauen, sondern in dem Bewusstsein, dass die Gebäude für Generationen bestehen bleiben.“

Es sei eines der zentralen Themen moderner Architektur, Umweltaspekte und Ästhetik miteinander zu verknüpfen. Dr. Heinrich weiter: „Es ist jedes Mal aufs Neue spannend, welche Bauten daraus in Niederbayern und der Oberpfalz entstanden sind. Solche Vorzeigeprojekte sind eine wichtige Orientierung für öffentliche Auftraggeber, denn sie sind es, die durch ihre eigenen Bauvorhaben auch eine Vorreiterrolle in der Region einnehmen können.“ Letztlich prägten alle Gebäude das Gesicht ihrer Heimat und „tragen dazu bei, dass in Niederbayern traditionelle Baukultur bewahrt, modern interpretiert und zum Wohle unserer Umwelt weiterentwickelt wird.“ **- kh**

Nachhaltig bauen, Kosten senken

Bayerns Bauminister Bernreiter berät mit Bund, Wissenschaft und Praxis in Berlin

„Nachhaltiges Bauen und Kostensenkungen – Ein Spannungsverhältnis?“ – Unter diesem Motto hat Bayerns Bauminister Christian Bernreiter Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis zu einem Parlamentarischen Abend in die Bayerische Vertretung in Berlin geladen. „Wir haben uns ambitionierte Klimaziele gegeben, die uns auch im Bauwesen vor Herausforderungen stellen“, so Minister Bernreiter. „Nachhaltigkeit muss sich für Bauherren lohnen! Mir ist es daher wichtig, deutschlandweit mit politischen Entscheidern, Experten und Vertretern der Bauwirtschaft im Austausch zu sein. Wir brauchen neue Ansätze für ökologische, kostengünstige und energieeffiziente Bauweisen, neue Technologien und die richtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Mit der Initiative „Sustainable Bavaria“ setzen wir gemeinsam mit den Bayerischen Bauverbänden auf Digitalisierung und ökologische Transformation der Bauwirtschaft.“

An der Veranstaltung nahmen insgesamt rund 150 Personen aus der Bundes- und Landespolitik, der Forschung und Praxis teil. Diskussionsteilnehmer waren neben Bayerns Bauminister Bernreiter der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, MdB Sören Bartol, der Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau Prof. Dr. Ing. Norbert Gebbeken, Prof. Elisabeth Endres von der Technischen Universität Braunschweig und Prof. Dr. Matthias Ottmann von der Technischen Universität München.

Laut Sören Bartol, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen wolle die aktuelle Regierung bis 2045 Klimaneutralität erreichen. Das BMWSB habe hierfür mit dem Wärmeplanungsgesetz und gemeinsam mit dem BMWK mit dem Gebäudeenergiegesetz „zwei wichtige Leitplanken in dieser Legislaturperiode umgesetzt“. Die im März dieses Jahres veröffentlichten Emissionsschätzungen für den Gebäudebereich zeigten, dass die Energiewende im Gebäudesektor deutlich an Fahrt aufgenommen hat. „Mein Haus setzt sich sowohl für die Begrenzung der Umweltwirkungen von Gebäuden über den gesamten Lebenszyklus als auch eine Begrenzung der Baukosten etwa durch serielles Bauen und Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung ein.“ Wenn die Umweltwirkung von Gebäuden über deren gesamten Lebenszyklus optimiert werden kann, so der Staatssekretär, wirke sich das auch auf die Wirtschaftlichkeit der dafür nötigen Investitionen positiv aus.

Prof. Dr. Ing. Norbert Gebbeken sprach über das von der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau initiierte Bündnis ‚Sustainable Bavaria‘. Dabei ginge es gleichermaßen um die Erreichung der Klimaziele und der Ziele des UN-Sendai-Abkommens 2030 zur Katastrophenvorsorge. Hier habe die Baubranche in Bayern gemeinsam unter dem Dach von ‚Sustainable Bavaria‘ einen sehr konkreten Maßnahmenkatalog entwickelt.

Prof. Elisabeth Endres und Prof. Dr. Matthias Ottmann brachten die Perspektive der akademischen Forschung in die Diskussion ein und betonten die Bedeutung interdisziplinärer Zusammenarbeit für die Entwicklung zukunftsfähiger Baukonzepte. Die Kosten nachhaltigen Bauens zahlen sich demnach in den meisten Fällen bei einer Betrachtung über des gesamten Lebenszyklus des Gebäudes aus. Die Investitionen in nachhaltiges Bauen müssen sich für die Bauherren kurz- und mittelfristig durch Einsparungen, etwa geringere Energiekosten, lohnen. Bayerische Pilotprojekte im Rahmen von „Sustainable Bavaria“ sind etwa der „Gebäudetyp-e“ und der Einsatz von Recycling-Baustoffen im Hoch- und Straßenbau. Minister Bernreiter wiederum betonte, dass eine nachhaltige und zukunftsfähige Bauwirtschaft nur im Austausch zwischen der Politik und den verschiedenen Akteuren des Bauwesens gestaltet werden könne. ❒.



Wohnungsbau im freien Fall

Verbändebündnis fordert beim Wohnungsbau-Tag in Berlin „Ad-hoc-Förderung des Staates“

Die Situation ist dramatisch: Der Wohnungsbau steckt tief in der Krise. Aktuell fehlten bereits mehr als 800.000 Wohnungen, hoben Vertreter der Baubranche beim Wohnungsbau-Tag in Berlin hervor. Düster ist auch die Prognose zweier aktueller Studien, die auf dem Branchen-Gipfel vorgestellt wurden: Das Wegbrechen des Wohnungsneubaus werde der Volkswirtschaft in diesem Jahr Milliarden-Verluste und dem Staat erhebliche Rückgänge bei den Steuereinnahmen bescheren. Dies sei sozialer Sprengstoff und lasse politische Unzufriedenheit wachsen.

Organisiert wurde die Veranstaltung vom Bündnis Wohnungsbau, in dem sich Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft mit dem Mieterbund, der IG Bau sowie mit der Mauerstein-Industrie und dem Baustoff-Fachhandel zusammengeschlossen haben. Aus deren Sicht hält aber vor allem fehlender Wohnraum auch dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland zunehmend davon ab, nach Deutschland zu kommen. Dies sei eine fatale Entwicklung.

Verbändebündnis plädiert für sofortige Sonderförderung

Vor diesem Hintergrund fordert das Verbändebündnis die Bundes- und Landespolitik zu einer sofortigen Sonderförderung des Wohnungsneubaus auf. Konkret würden jährlich 23 Milliarden Euro an Subventionen benötigt: 15 Milliarden Euro für 100.000 neue Sozialwohnungen und zusätzlich 8 Milliarden Euro für den Neubau von 60.000 bezahlbaren Wohnungen. Dies geht aus Berechnungen von Wissenschaftlern des Bauforschungsinstituts ARGE (Kiel) in ihrer Studie zum Wohnungsbau-Tag hervor. Es sei dringend notwendig, dieses Geld als „Ad-hoc-Förderung des Staates für den Wohnungsneubau“ bereitzustellen. Außerdem müsse deutlich einfacher gebaut werden. Keine überzogenen Standards und deutlich mehr Förderung – nur so schaffe Deutschland den Weg aus der Wohnungsbau-Krise.

Zu viele Vorschriften

Bauministerin Klara Geywitz lehnte dies umgehend ab: Mit einer Dauersubvention in allen Bereichen werde es nicht gehen, erklärte die Politikerin. Stattdessen brauche es einen Markt, „wo es sich trägt, in den frei finanzierten Wohnungsbau zu investieren“. Deshalb setze die Bundesregierung vor allem auf eine Absenkung der Baustandards. Viele Vorschriften seien nicht nötig, um ein gutes und sicheres Haus zu bauen. Für das schleppende Tempo beim Bürokratieabbau verwies die SPD-Ministerin auf das in vielen Fällen zuständige Justizministerium von Marco Buschmann.

Höhere Zinsen würgen Bauprojekte ab

Nach den Worten von Wirtschaftsminister Robert Habeck ist die dramatisch schlechte Lage am Bau zwar Realität, „die politische Hintergrundmusik“ sei aber, „dass das im Grunde so geplant war“. Die Europäische Zentralbank (EZB) habe im Kampf gegen die Inflation die Zinsen stark erhöht, was zahlreiche Bauprojekte abgewürgt habe. Der Sinn höherer Zinsen sei, dass sich die Wirtschaft abkühlt, erläuterte Habeck, machte aber auch darauf aufmerksam., dass es nun wieder bergauf gehe. Die Inflation sei stark zurückgegangen und auch die Zinsen würden in absehbarer Zeit wieder sinken. „Wir müssen noch ein bisschen durchhalten, und das ist die ehrliche Antwort, die ehrliche Analyse“, stellte der Minister fest.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lange kritisierte dies scharf: „Durchhalteparolen und Schönrederei müssen endlich enden. Anders als die Regierung behauptet, ist die Talsohle beim Wohnungsbau noch lange nicht durchschritten.“

Erstmals untersuchten Wissenschaftler gezielt und damit isoliert vom restlichen Bausektor die wirtschaftliche Bedeutung des Wohnungsbaus. Das Beratungsunternehmen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Econ) ermittelte dabei für die Wohnungsbaubranche eine Bruttowertschöpfung von insgesamt rund 537 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Der Wohnungsbau stecke damit quer durch alle Wirtschaftsbereiche hinter jedem siebten Euro der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland. Außerdem habe jeder siebte Arbeitsplatz mit dem Wohnungsbau zu tun: Hier sei es im vergangenen Jahr um die Jobs von knapp 6,6 Millionen Menschen gegangen – 2,3 Millionen davon mit einem Arbeitsplatz direkt in der Wohnungsbaubranche. Auch finanzpolitisch hat der Wohnungsbau Gewicht: Hinter ihm steckten im vergangenen Jahr Steuereinnahmen von 141 Milliarden Euro – immerhin 17 Prozent der gesamten Steuereinnahmen in Deutschland.

Wohnungsbau ist Binnenkonjunktur-Motor

Außerdem zieht die Studie einen volkswirtschaftlichen Vergleich zwischen der Automobilbranche als „Zugpferd der deutschen Wirtschaft“ und dem Wohnungsbau. Im Fokus dabei: die Bruttowertschöpfung und die Arbeitsplätze. Das Fazit der Wissenschaftler: Beide Branchen leisten einen ähnlich großen Beitrag zur deutschen Wirtschaft. „Volkswirtschaftlich sind beide – Auto- und Wohnungsbau – auf Augenhöhe. Wobei der Wohnungsbau Binnenkonjunktur-Motor ist: Er produziert in Deutschland und für die Menschen im Land“, so das Verbändebündnis Wohnungsbau. Jetzt komme es darauf an, dass auch die Politik den „Konjunkturmotor Wohnungsbau“ als starkes Zugpferd für die Wirtschaft wiederentdecke.

Rückläufige Investitionen

Die Branche konfrontierte dazu Spitzenpolitiker auf dem Wohnungsbau-Tag mit der provokanten Frage: „Wann wird Deutschland – neben der Auto-Nation – endlich auch wieder eine Wohn-Nation?“ Die Zeichen dafür stehen aktuell allerdings schlecht: Schon drei Jahre in Folge sind die Gesamtinvestitionen in den Wohnungsbau rückläufig. Doch jetzt erwartet das DIW in diesem Jahr beim Wohnungsbauvolumen sogar einen deutlichen nominalen Rückgang von 5,4 Prozent. Allein für den Staat würde das gegenüber dem Vorjahr ein dickes Minus von fast 5 Milliarden Euro bei den Steuereinnahmen bedeuten. Eine Entwicklung, vor der Wirtschaftswissenschaftler warnen.

DIW-Studienleiter Prof. Martin Gornig sieht im Wohnungsbau sogar eine „Achillesferse der deutschen Wirtschaft“, die deutlich angeschlagen sei: „Der Wohnungsbau ist ein wichtiger Enabler für die Wirtschaft, ein ‚Möglichmacher von Beschäftigung‘. Fachkräfte werden gerade in den Ballungsräumen dringend gebraucht. Sie wollen kommen. Aber sie werden nicht kommen, wenn sie keine Wohnung finden, die sie sich leisten können.“ Dazu das Fazit der Branche auf dem Wohnungsbau-Tag: „Es gibt kein Wachstum der Gesamtwirtschaft ohne Wachstum im Wohnungsbau. Passiert jetzt nichts, dann erlebt Deutschland einen Bumerangeffekt der Wohnungsbau-Krise, der die gesamte Wirtschaft empfindlich treffen wird.“

Wohnungsnot eskaliert

Die Wohnungsnot sei wirtschaftlich, aber auch sozial längst ein „politischer Risikofaktor“. Jeder dritte Mieterhaushalt und damit über 7 Millionen Haushalte bundesweit sind nach Angaben des Bündnisses mit ihren Wohnkosten überlastet: Sie seien gezwungen, mehr als 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für das Wohnen auszugeben. Jeder sechste Mieterhaushalt (3,1 Millionen Haushalte) zahle über 40 Prozent allein für die Kaltmiete. Die Hälfte davon müsse sogar 50 Prozent oder mehr vom Einkommen fürs Wohnen aufbringen.

Aktuell leben rund 9,3 Millionen Menschen in Deutschland in überbelegten Wohnungen – und damit 11 Prozent der Bevölkerung. Das geht aus der ARGE-Studie zum Wohnungsbau-Tag hervor. Besonders betroffen seien armutsgefährdete Menschen. Von ihnen lebe mehr als jeder Fünfte auf zu engem Raum. „Durch die Krise im Wohnungsbau eskaliert die Wohnungsnot. Gelingt es nicht, die Krise abzuwenden, folgt den wohnungsbaupolitischen Defiziten ein sozialpolitisches Versagen“, warnt das Bündnis.

„Es ist einfach fatal, dass die Bevölkerung in den relevanten Regionen deutlich schneller wächst als die Anzahl der Wohnungen. Und außerdem ist es – auch schon mit Blick auf die Altersvorsorge – verhängnisvoll, dass sich immer weniger Menschen einen Neubau als Wohneigentum leisten können. Die Folge liegt auf der Hand: Wer sich früher seine eigenen vier Wände anschaffen konnte, drängt heute auf den ohnehin überstrapazierten Mietwohnungsmarkt“, erläuterte ARGE-Studienleiter Prof. Dietmar Walberg.

Kostentreiber auf dem Prüfstand

Neben einer deutlich höheren Förderung für den Wohnungsneubau rief er vor allem auch dazu auf, dass „alle und allen voran der Staat kräftig an den Stellschrauben bei den baulichen Standards drehen“. Zahlreiche Normen, Vorgaben und Auflagen seien „schlichtweg überzogen“, betonte Walberg. Alles, was die Kosten beim Neubau unnötig nach oben treibe, gehöre auf den Prüfstand. „Vieles wird mit High-End-Standards gebaut, weil es sonst keine Förderung gibt, anderes, weil es ökologisch oder mit Blick auf den Wohnkomfort vermeintlich ein Optimum bietet. Hier brauchen wir ein neues Augenmaß für das, was wirklich Sinn macht und auch noch bezahlbar ist“, machte der Institutsleiter deutlich.

Seit 2000 hätten sich die Baukosten im Wohnungsbau pro Quadratmeter um ein 2,5-Faches höher. Preistreiber sei dabei vor allem die Technik in den Gebäuden – von der Heizung über die Lüftung bis zur Sanitär- und Elektrotechnik. Einen enormen Preis-Push habe der Wohnungsbau seit 2020 erlebt: Seitdem gab es einen Anstieg der Baukosten von mehr als 42 Prozent, erklärten die Wissenschaftler der ARGE.

„Unsere Unternehmen sind unter den aktuellen Rahmenbedingungen gezwungen, den Neubau einzustellen, denn er ist nicht mehr bezahlbar – weder für die Bauherren noch für die künftigen Mieter“, stellte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, fest. „Während der Neubau massiv einbricht, bleibt die Wohnungsnachfrage vor allem mit Blick auf die starke Zuwanderung auf einem hohen Niveau. Die dramatische Lage auf den Wohnungsmärkten wird sich in den kommenden Jahren also weiter zuspitzen.“

Ruf nach Zinsprogramm

Ein wirksames Maßnahmenpaket statt Stückwerk von zu zaghaften Lösungen sei deshalb dringend notwendig, so Gedaschko. „Um der anhaltenden Krise im Wohnungsbau endlich entgegenzuwirken, brauchen wir an erster Stelle ein breit angelegtes Zinsprogramm für den bezahlbaren Wohnungsbau. Ein Zinssatz von einem Prozent könnte die Bautätigkeit enorm ankurbeln. Die daraus entstehenden Steuereinnahmen für den Staat gleichen die Kosten der Zinssubvention wiederum aus. In Kombination mit der günstigeren seriellen und modularen Bauweise können Wohnungsunternehmen dann auch bezahlbare Mieten von 12 Euro pro Quadratmeter garantieren – statt der derzeit notwendigen mindestens 18 Euro pro Quadratmeter, die sich kaum jemand noch leisten kann.“ **DK**

Richtfest für Holz-Hybrid-Mietshaus in Fürth

Richtfest für ein deutschlandweit einzigartiges Projekt: Auf der Fürther Hardhöhe realisiert die Wohnungsbaugesellschaft WBG das erste achtgeschossige Holz-Hybrid-Mehrfamilienhaus mit Mietwohnraum in Deutschland.

Das Mietshaus wurde mit tragenden Massivholzwänden aus Nadelschnittholz errichtet. Diese innovative Holz-Hybrid-Bauweise ermöglicht nicht nur eine umweltfreundliche Konstruktion, sondern schafft auch zusätzlichen Wohnraum. Die einzigen vergleichbaren Gebäude in Deutschland befinden sich in Heilbronn und Berlin (Gewerbe) sowie in Hamburg (Eigentumswohnungen), wobei bei diesen Projekten das Erdgeschoss vollständig in Stahlbetonbauweise ausgeführt wurde.

Zuschüsse in Form von „Wohnungspakt Bayern“

Im Oktober 2022 stellte die WBG Fürth das erste serielle Holz-Hybrid-Haus in Fürth auf der Hardhöhe fertig. Im Jahr darauf erfolgte der Baubeginn für zwei weitere Mehrfamilienhäuser in Fürth-Stadeln. Aufgrund positiver Erfahrungen stellt sich die WBG Fürth nun einer neuen Herausforderung.

Für die Maßnahme wurden Zuschüsse des Freistaates Bayern in Form des Programms „Wohnungspakt Bayern“ in Anspruch genommen. Hier erhalten Investoren einen Zuschuss. Das Objekt wird mit einer Belegungsbindung von mindestens 40 Jahren festgeschrieben, so dass die Wohnungen nur an einen bestimmten Personenkreis vermietet werden können. Die Mieter erhalten zudem einen Mietzuschuss in Form der Einkommensorientierten Förderung „EOF“.

Neben der Grundförderung hat die WBG Fürth einen weiteren Nachhaltigkeitszuschuss erhalten, da über die ohnehin bestehenden kommunalen Vorgaben hinaus weitere Nachhaltigkeitsaspekte wie Auslegung der Haustechnik auf regenerative Energie und Errichtung einer Photovoltaikanlage mit Mieterstrommodell erfüllt werden. Zudem werden alle Dächer inklusive Nebengebäude begrünt. Auch bleibt der vorhandene Baumbestand größtenteils erhalten.

Hoher Vorfertigungsgrad

Durch die Kombination von Holz und Beton wird die Verwendung von Stahlbeton minimiert. Außerdem wird im Bauprozess bis zu 70 Prozent der CO2-Emission im Vergleich zu herkömmlicher Massivbauweise in Stahlbeton eingespart.

Insgesamt wird mit einer Bauzeit von 13 Monaten gerechnet. Möglich wird dies durch den hohen Vorfertigungsgrad. Die Fertigstellung soll im Oktober 2024 erfolgen. Die Projektkosten belaufen sich auf ca. 6,3 Millionen Euro. Seit März können sich potenzielle Mieter auf die Wohnungen bewerben. **DK**



Weltwassertag:

Klimabaumpflanzung zur Stärkung der Schwammstadt

Schirmherren sind Christian Bernreiter, Bayerischer Bauminister und Thorsten Glauber, Bayerischer Umweltminister

Bayerns Bauminister Christian Bernreiter sowie Dr. Andreas Rimböck, Franz Damm und Michael Kordon von der Verbändekooperation „Wassersensibles Planen und Bauen" haben nahe der U-Bahnstation Oberwiesenfeld in München als Ersatz für einen abgestorbenen Baum einen sehr robusten Japanischen Schnurbaum gepflanzt. Die Pflanzung soll auf die Notwendigkeit der Stärkung der blau-grünen Infrastruktur zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels aufmerksam zu machen. Angesichts zunehmender Hitzephasen und Starkregen haben die Beteiligten auf die Vorteile von Schwammstädten (www.schwammstadt.bayern) hingewiesen. Diese Baumpflanzung leistet hierzu einen konkreten Beitrag.

Für eine klimagerechte und zukunftsfähige Siedlungsentwicklung spielt der richtige Umgang mit Wasser eine immense Rolle. In Schwammstädten kann Wasser aufgenommen, zurückgehalten, gespeichert und wieder abgegeben werden. Damit können einerseits Überflutungen reduziert werden. Andererseits kann die Vegetation in Trockenperioden mit dem notwendigen Wasser versorgt werden. Die Begrünung leistet zudem einen wichtigen Beitrag zu Beschattung, Kühlung, Erholung und Biodiversität.

Anlässlich der Baumpflanzung sagte Bauminister und Schirmherr Christian Bernreiter, MdL: „Jeder Baum zählt, deshalb freue ich mich über die Aktion! Hoch verdichtete Bereiche wie Innenstädte und Ortskerne sind vom Klimawandel besonders betroffen. Schwammstädte sind da eine gute Lösung, um Wasser zu speichern und die Luft zu kühlen. Deshalb unterstützt der Freistaat die Kommunen bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen, beispielsweise mit unserer neuen Förderinitiative der Städtebauförderung 'Klima wandel(t) Innenstadt'." Per Videobotschaft unterstützte auch Umweltminister Thorsten Glauber, MdL, ebenso Schirmherr der Aktion: „Wir müssen unsere Städte zum Flaggschiff im Kampf gegen die Wasserknappheit machen. Das Zukunftskonzept heißt Schwammstadt. Wir brauchen grüne und blaue Infrastruktur für Wasserrückhalt und als natürliche Klimaanlage."

Verbändekooperation

Die Initiative „Wassersensibles Planen und Bauen" wird von mehreren Verbänden getragen, die sich für lebenswerte Siedlungen einsetzen. Dr. Andreas Rimböck, stv. Vorsitzender des DWA Landesverbands Bayern begrüßt die Verbändekooperation: „Klimaanpassung geht nur gemeinsam! Daher haben wir gemeinsam diesen wichtigen Schwammstadtbaustein gepflanzt. Schwammstädte sind nämlich wahre Multitalente: sie schaffen Dürre- und Überflutungsvorsorge, gute Luft und Kühlung, Erholungsraum für Mensch und Lebensraum für Natur – also langfristig lebenswerte Siedlungen. Und: klug geplant kann man auch noch Flächen sparen, indem man sie mehrfach nutzt, z.B. für Sport und Wasserrückhalt!"

Für Franz Damm, Vizepräsident Bayerische Architektenkammer sind Klimaanpassung und Schwammstadt Themen, die in dichten Städten genauso wie in ländlichen Regionen wichtig sind, um Lebensqualität zu erhalten und zu schaffen: „Als Landschaftsarchitekt weiß ich, dass man früh mit der Vorsorge beginnen muss, denn Bäume als Baustein der Klimaanpassung brauchen Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten."

Michael Kordon, Vizepräsident Bayerische Ingenieurekammer Bau, hofft, dass das Schwammstadtprinzip im Landesentwicklungsprogramm festgeschrieben wird: „Der neu gepflanzte Baum am Oberwiesenfeld ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer besseren blau-grünen Infrastruktur in unseren Städten. Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau setzt sich seit Jahren mit Nachdruck für diesen Schritt und für weitere bauliche Maßnahmen ein, die die Folgen des Klimawandels abfedern. Jeder Baum, jede Pflanze zählt. Doch damit die heutige Maßnahme kein Tropfen auf den heißen Stein wird, müssen wir uns mit voller Kraft dafür einsetzen, in allen Regionen konsequent Richtung Schwammstadt zu gehen."

Dr. Jürgen Büllesbach, Geschäftsführer der OPES Immobilien Gruppe: „Wir haben die Fläche für die Pflanzung sehr gern zur Verfügung gestellt und sehen im Konzept der Schwammstadt einen wichtigen Beitrag zur klimagerechten Stadt. So werden wir auch im neuen Quartier an der Moosacher Straße auf bisher versiegelten ehemaligen Industrieflächen einen öffentlichen Park anlegen."

Pflanzung eines Japanischen Schnurbaums

Am städtisch geprägten Pflanzstandort wird als Ersatz für einen abgestorbenen Baum ein Japanischer Schnurbaum gepflanzt. Diese Baumart gilt als Stadtbaum als besonders geeignet. Hierzu wurden auch im Projekt „Stadtbaum 21+" der Bayerischen Landesanstalt für Wein- und Gartenbau Freilandversuche durchgeführt. Er hat zusätzlich einen hohen Nektarwert und ist für Bienen sehr wertvoll. Gerade in den ersten Jahren nach der Pflanzung ist eine intensive Betreuung und Pflege, vor allem Bewässerung, nötig. Der Grundstückseigentümer wird das sicherstellen.

Bundes- und Landesförderung

- Seit Februar 2024 gewährt die KfW im Programm 444 „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen" bis zu 90 Prozent Zuschüsse an Kommunen für naturnahe Gestaltung von Grünflächen oder eben auch Pflanzung von Stadtbäumen: https://t1p.de/s80gk
- Förderung des StMB: https://t1p.de/j5lto

Schwammstadt in Bayern

Beispiele für sehr aktive Kommunen, die Schwammstadtelemente realisieren:

- Die Schwammstadt Pfaffenhofen, BR-Beitrag: https://www.youtube.com/watch?v=wsTp6odRFb0
- Neu-Ulm schützt sich vor Starkregen und Hitze, BR-Beitrag: https://t1p.de/jxirw
- Weitere Beispiele finden sich im „Leitfaden wassersensible Siedlungsentwicklung", der hier bestellt werden kann: https://t1p.de/3z93t ❐



Klimabaumaktion: Bauminister Christian Bernreiter (4.v.l.) und Stiftungspartner. Bild: DWA

DVGW auf der IFAT 2024:

Innovative Strategien und Lösungen zu Trinkwasser und Wasserstoff

Als Partner der IFAT, der Weltleitmesse für Umwelttechnologien, präsentiert der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) vom 13. bis 17. Mai in München einem internationalen Fachpublikum sein Know-how zu Trinkwasser und Wasserstoff. Ziel ist, die Herausforderungen für die Energie- und Wasserversorgung im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Wirtschaftlichkeit auf der einen sowie Klimawandel und Energiewende auf der anderen Seite transparent zu machen. Innovative Formate im Vortragsprogramm und auf den beiden Messeständen des DVGW zeigen technologiebasierte Lösungswege für nachhaltiges und klimafreundliches Wirtschaften mit der Ressource Wasser sowie dem Zukunftsenergieträger Wasserstoff auf.

„Die nachhaltige Ausrichtung unserer Versorgung mit Energie und Wasser unter der dringlichen Maßgabe des Klimaschutzes ist eine gewaltige Aufgabe. Innovative und zukunftsgerichtete Technologien sind ein Schlüsselfaktor, um die damit verbundenen enormen Herausforderungen zu meistern. Die IFAT 2024 bietet eine herausgehobene Plattform für den internationalen Wissensaustausch. Hiervon gehen wichtige Impulse und neue Ansätze für die Umsetzung in die betriebliche Praxis aus", erläutert Dr. Wolf Merkel, Vorstand des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW).

Der DVGW ist seit 2018 ideeller Träger der IFAT und beteiligt sich aktiv an der Ausgestaltung des Rahmenprogramms. Dieses Jahr bringt er seine Expertise zur Zukunftssicherung der Wasser- und Energieversorgung verstärkt in die „Spotlight Area Digitalisierung in der Wasserwirtschaft" und in die „H2 Spotlight Area" ein. Diese und weitere Highlights erleben Besucher des DVGW auf der IFAT 2024:

Spotlight Areas

Hier erfahren Besucher praxisnah die visionäre Welt der Energie- und Wasserversorgung von morgen. So wird zum Beispiel anschaulich demonstriert, wie aus in der kommunalen Kreislaufwirtschaft anfallenden Stoffen Wasserstoff gewonnen und zur Betankung von kommunalen Fahrzeugen oder, über die Gasnetze verteilt, für die Wärmeversorgung genutzt werden kann (Spotlight Area H2 in Halle A4).

In einer weiteren Spotlight-Area direkt hinter dem DVGW-Messestand können Besucher durch Augmented Reality in eine projektierte Anlage zur Wasserversorgung visuell eintauchen und die Anwendung digitaler Techniken erleben.

Lösungstouren

In Impulsvorträgen erfahren Besucher alles rund um spezifische Aufgabenstellungen der Wasserwirtschaft – im Anschluss werden die Lösungsanbieter in der Ausstellung aufgesucht. Geplante Themen sind zum Beispiel Technologien zur Zustandsbewertung von erdüberdeckten Rohrleitungen oder der Schutz kritischer Infrastrukturen in der Trinkwasserversorgung.

TechLIFT

Im Focus des TechLIFTS stehen die in der neuen Trinkwasserverordnung erstmals mit einem Grenzwert versehenen toxikologisch relevanten PFAS. Im Rahmen von TechLIFT werden neue Ansätze zur Aufbereitung PFAS-haltiger Wässer präsentiert und mit Experten erörtert.

Tag der resilienten Kommunen

Konzepte und Maßnahmen, wie sich Kommunen und kommunale Unternehmen in Zukunft am besten aufstellen, um die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern, werden im Rahmen des von DVGW, DWA, VKU sowie kommunalen Spitzenverbänden ausgerichteten „Tag der resilienten Kommunen" diskutiert.

Abgerundet wird der DVGW-Auftritt durch weitere Aktivitäten zum Beispiel aus den Aktionsfeldern „Nachwuchsförderung" oder „Wasserforschung". ❐

Baupreise für Neubau von Wohngebäuden steigen

Wie die Expertinnen und Experten für die Bauleistungspreise im Bayerischen Landesamt für Statistik mitteilen, steigt der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden im Februar 2024 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,7 Prozent.

Gemessen am Jahr 2022, als Steigerungsraten von über 17 Prozent ermittelt wurden, hat die Preisentwicklung beim Wohnbau somit auffallend an Dynamik verloren.

Die Preissteigerungsraten gehen wegen der schwachen Konjunktur im Wohnbau bereits seit Anfang 2023 stetig zurück. Für Rohbauarbeiten ermitteln die Statistiker derzeit sogar um 0,4 Prozent fallende Preise im Vorjahresvergleich, während bei den Ausbauarbeiten weiterhin ein Preisanstieg von 3,3 Prozent verzeichnet wird.

Die stärksten Rückgänge beobachten die Expertinnen und Experten des Bayerischen Landesamts für Statistik bei Betonarbeiten sowie Zimmer- und Holzbauarbeiten, die jeweils um 2,9 Prozent niedriger sind. Bei den Ausbauarbeiten erhöhen sich die Preise gegenüber Februar 2023 um 3,3 Prozent. ❐





V.l.: CTIP-Geschäftsführer Peter Keller, Landrat Johann Kalb, Bürgermeister der Stadt Hallstadt Thomas Söder und Gesellschaftervertreter der Michelin Reifenwerke Christian Metzger beim Richtfest. Bild: Landratsamt Bamberg / Förtsch

Cleantech Innovation Park:

Richtfest für das Innovationszentrum

Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen können sich ab September in Hallstadt vernetzen

„Das ist ein großartiger Tag für unseren Landkreis: Hier entsteht eine Drehscheibe für digitale Transformation, für ressourceneffiziente Produktion, für künstliche Intelligenz. Ein Treffpunkt für den Austausch von Wissen und Ideen", umriss Landrat Johann Kalb beim Richtfest für das Innovationszentrum die Bedeutung des Cleantech Innovation Parks (CTIP), den Landkreis, Stadt Hallstadt und Michelin als Gesellschafter auf dem Areal des früheren Michelin-Werkes errichten.

Unternehmen, Hochschulen und Institute sollen dort ab September auf insgesamt 6.000 Quadratmetern in vier Produktionshallen Verbund- und Kooperationsprojekte umsetzen. Der Landrat dankte insbesondere der Stadt Hallstadt mit Bürgermeister Thomas Söder, Christian Metzger, dem Gesellschaftervertreter der Michelin Reifenwerke AG & Co. KGaA und CTIP-Geschäftsführer Peter Keller: Wir machen hier gemeinsam und mit Unterstützung des Freistaates Bayern aus einer Krise eine Chance für unsere Region, die stark von der Autozuliefererindustrie geprägt ist."

„Ich baue darauf, dass wir im September 2024 die ersten Räume beziehen werden", steckte Geschäftsführer Peter Keller das ehrgeizige Ziel ab. Bürgermeister Söder ergänzte außerdem: „Wir brennen darauf, dass diese wichtige Forschungseinrichtung für die Zukunft unserer Region bald fertiggestellt wird."

„Das ist ein besonderer Moment für mich: Wenn man weiß, was hier noch vor wenigen Jahren gestanden hat, dann schwingt Wehmut mit. Wenn man nun sieht, was wir hier daraus jetzt gemeinsam entstehen lassen, dann dürfen wir durchaus auch stolz sein: eine echte Chance für die Region", so Christian Metzger, ehemaliger Standortleiter von Michelin Hallstadt.

Den Richtspruch sprach Thorsten Balzer, Projektleiter der Wiehag Timber Construction GmbH, die das Dachtragwerk in Holzbauweise errichtete.

Schlüssel und Motor für die Transformation

Der CTIP ist Schlüssel und Motor für die Transformation der regionalen Automobilzulieferer. Allein in der Region Bamberg gibt es mehr als 20.000 Beschäftige im Bereich Automotive; in der Europäischen Metropolregion Nürnberg sind es 100.000. Veranschlagt ist das Projekt, in einer ersten Stufe, mit einem Volumen von ca. 38 Millionen Euro. Der Freistaat stellt Fördermittel in Höhe von 20 Millionen Euro in Aussicht.

Im Innovationszentrum sollen neue Produkte und Prozesse im Bereich Cleantech, Ressourceneffizienz, KI und Digitalisierung entwickelt werden. Außerdem entsteht ein separates Prüfstandsgebäude für den Test neuer Prozesse mit Wasserstoff oder E-Fuels und die praktische Ausbildung im Bereich der Wasserstofftechnologie (H2-Akademie). Das Kreativ-Forum wird ein Ort für Kommunikation und Netzwerkbildung. Für dieses Gebäude verkündete Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im Rahmen des letzten Cleantech Innovation Summit den vorzeitigen Maßnahmenbeginn in Höhe von 10 Millionen Euro. ❐

Urbanes Wohnen in grüner Oase

123 neue Wohnungen für Metropolregion München

Arbeiten in der Stadt, Wohnen auf dem Land. Was lange Zeit als Standard galt, bricht die moderne Stadtplanung zunehmend auf. Gemäß dem Konzept einer „Stadt der kurzen Wege" entsteht aktuell im Münchner Vorort Haar mit dem AVES QUARTIER ein moderner Wohn- und Geschäftskomplex. Hier liegt alles, was man braucht, bequem und nah beieinander: Wohnhäuser und Bürogebäude, Einkaufszentren, Restaurants und öffentliche Verkehrsmittel sowie Grünflächen und soziale Einrichtungen. In den nächsten Monaten will das Haarer Familienunternehmen KM-WOHNBAU Baubetreuung GmbH den Neubau fertigstellen. Das auf Bau und Immobilien spezialisierte Planungs- und Beratungsunternehmen Drees & Sommer SE ist hier für die Projektsteuerung zuständig.

Schon von Weitem wird der Blick auf den neuen Gebäudekomplex des AVES QUARTIER gelenkt: Mit der architektonisch gestalteten Fassade des Wohnturms, die einen aufsteigenden Vogelschwarm nachempfindet, bekommt das AVES QUARTIER ein ganz besonderes Wahrzeichen, das gleichzeitig auch die Verbindung zwischen dem Quartiersnamen AVES – vom lateinischen Vögel – mit der Architektur herstellt.

Große Auswahl an verschiedenen Wohnungen

Mit 131 Wohn- und Gewerbeeinheiten bietet das AVES QUARTIER eine große Auswahl von Wohnungen, darunter 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen mit Flächen von etwa 33 bis 155 Quadratmetern. Alle Gebäude verfügen über Aufzüge, um einen barrierefreien Zugang zu gewährleisten. Zusätzlich befinden sich im Hochhaus Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss und großräumige Büroflächen im 1. Obergeschoss. Die hufeisenförmige Struktur umschließt einen begrünten Innenhof, der von der belebten Münchener Straße abgewandt ist und dadurch eine ruhige Umgebung bietet.

Qualität und Nachhaltigkeit auch bei Mietwohnungen

„Langlebigkeit, Qualität und Nachhaltigkeit sind unsere Leitprinzipien, um eine langfristige Werterhaltung zu gewährleisten", sagt Andreas Fischer, Projektleiter der KM-WOHNBAU. Eine Besonderheit: „Unser Wohnungsangebot besteht zu 60 Prozent aus Mietobjekten mit 16 Wohnungen im Haarer Modell, die wir im Bestand behalten. Das trägt dazu bei, den angespannten lokalen Wohnungsmarkt zu entlasten", so Fischer weiter. Alle Wohnungen bieten ausgewähltes Echtholzparkett, Fußbodenheizung und dreifach verglaste Fenster, um den Energieverbrauch zu minimieren. Für eine umweltfreundliche Wärmeversorgung sorgt eine sogenannte Grundwasserpumpe. Die Pumpe nutzt die konstante Temperatur des Grundwassers und bietet eine zuverlässige Wärmequelle. Ihre Nutzung führt zu geringeren Betriebskosten, reduziert den CO2-Ausstoß und trägt zur Schonung natürlicher Ressourcen bei. Für Drees & Sommer-Projektleiter Andreas Feil hat das Vorbildcharakter.



Das AVES QUARTIER zeichnet sich durch seine Nutzungsmischung aus: Neben Eigentums- und Mietwohnungen gibt es hier auch Laden- und Büroflächen, die das Angebot für die Bewohnerinnen und Bewohner sinnvoll erweitern. Bild: KM-WOHNBAU Baubetreuung GmbH

Bauabteilung auf Zeit: Alle Rädchen greifen ineinander

Gemeinsam mit seinem Team ist Andreas Feil für die Projektsteuerung des neuen Quartiers verantwortlich. „Vereinfacht gesagt, sind wir eine Art Bauabteilung auf Zeit", erklärt Feil. „Neben organisatorischen Aufgaben kümmern wir uns um die Einhaltung von Terminen, Kosten und Qualitätsstandards. Dabei ist die Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen allen Beteiligten ein wichtiger Erfolgsfaktor – vom Bauherrn über die Planer bis zu den ausführenden Firmen." Beim AVES QUARTIER habe dies sehr gut funktioniert. Wenn die ersten Bewohnerinnen und Bewohner einziehen, profitieren sie von einem durchmischten Quartier. In unmittelbarer Nähe befinden sich alle Geschäfte des täglichen Bedarfs sowie Ärztehaus und Kinderbetreuung. Für Andreas Fischer macht noch etwas anderes den Standort attraktiv: „Durch die gute Bus- und Bahnanbindung ist die Münchner Innenstadt innerhalb von 20 Minuten zu erreichen. Auch Flughafen und Messe sind gut angebunden – ebenso wie die Naherholungsgebiete in den Bergen." ❐

Doppelter Förderaufruf zur Holzbauinitiative:

Laubholz im Holzbau und Sanieren mit Holz

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) startete zwei Förderaufrufe zur Holzbauinitiative der Bundesregierung. Mit den Aufrufen sollen Forschungs-, Entwicklungs- und Modellprojekte zum verstärkten Laubholz-Einsatz im konstruktiven Holzbau und das Sanieren und Modernisieren mit Holz und weiteren nachwachsenden Rohstoffen auf den Weg gebracht werden. Die Fördermittel wird das BMEL aus dem Programm „Nachhaltige erneuerbare Ressourcen" bereitstellen.

Der Förderaufruf „Steigerung des Einsatzes von Laubholz im konstruktiven Holzbau" basiert auf den Ergebnissen der Studie „Laubholzproduktmärkte" und auf entsprechenden Empfehlungen aus den Arbeitsgruppen der Charta für Holz 2.0.

Marktaugliche Produkte

Einen Schwerpunkt legt der Projektaufruf auf die innovative Laubholznutzung im Bauwesen, speziell auf die Entwicklung konkurrenzfähiger Nutzungsoptionen und marktauglicher Produkte für den konstruktiven Holzbau. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf Projekten zur Kommunikation und Information, vornehmlich auf der Entwicklung praktikabler Strategien zum Wissenstransfer im Bereich Bauen mit Laubholz. Außerdem können Projekte zur Information relevanter Zielgruppen aus der Holzbaubranche, der öffentlichen Hand und gewerblicher Nutzer von Produkten aus Laubholz gefördert werden.

Zirkuläre Einsatzstrategien

Zum Förderaufruf „Sanieren und modernisieren mit Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen" sollen Projekte eingereicht werden, denen zirkuläre Einsatzstrategien recyclingfähiger Produkte zugrunde liegen und die anwenderfreundlich und wirtschaftlich umsetzbar sind.

Förderschwerpunkte

Zu den Förderschwerpunkten gehört zum einen das serielle Sanieren, Modernisieren und Aufstocken im vorhandenen Gebäudebestand. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Materialentwicklung und Optimierung – beispielsweise in der Entwicklung neuartiger Lösungen durch die Kombination von Holz mit weiteren natürlichen Materialien.

Kommunikation

Zum dritten können Projekte zur Kommunikation und Information gefördert werden, etwa solche zur Datenerfassung und Bewertung von Baustoffen und Bauwerken in einem digitalen Gebäude-Ressourcenpass oder zur Ausarbeitung von Informationsmedien für typische Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten.

Der Aufruf ist befristet bis zum 31. Juli 2024. Hier ist er vollständig abrufbar: https://www.fnr.de/index.php?id=10815#n15911 . ❐



Smarte Region Würzburg:

Erste Erfolge in der Umsetzung

Die Smarte Region Würzburg, ein gemeinsames Projekt von Stadt und Landkreis, kann bedeutende Fortschritte in der Umsetzung verzeichnen. Das vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen geförderte Projekt zielt darauf ab, durch eine intelligente Kombination aus analogen und digitalen Maßnahmen den Zusammenhalt in der Region zu stärken und die Bewältigung von Krisensituationen zu erleichtern.

Nach einer erfolgreichen Strategiephase und ersten Umsetzungserfolgen wurde das gesamte Maßnahmenpaket dem Interkommunalen Ausschuss „stadt.land.wü." präsentiert. Der Stand der Entwicklungen wurde ausführlich vorgestellt, und es wurden Empfehlungen zur Anpassung der weiteren Projektplanungen gegeben. Angesichts des knappen Zeithorizonts bis Ende 2026 wurden Vorschläge zur Kürzung von Einzelbereichen in den Maßnahmen unterbreitet. Dennoch konnte das Projekt bereits einige Erfolge verbuchen.

Klaus Walther, Fachbereichsleiter Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing der Stadt Würzburg, betont: „Im Laufe dieses Jahres werden die Maßnahmen auch für die Bevölkerung der Region sichtbarer. Wir werden zum Beispiel im Dürrbachtal einen Treffpunkt für die Menschen einrichten mit einem Angebot an Informationen, Veranstaltungen und Workshops. Hierfür wird ein Heimatmanager vor Ort sein. Zusätzlich wird er auch mobil in der Region unterwegs sein und die Menschen mit einem Angebot an Sprechstunden und Kursen mit Digitalfokus aufsuchen."

Weitere Angebote

Zusätzlich wird der Heldenhelfer in 2024 umgesetzt, eine Vernetzungsplattform für Vereine und Institutionen. Erste Pilotvereine werden in der zweiten Jahreshälfte die Möglichkeit haben sich mit einem Forum und mit einem digitalen Büro vertraut zu machen und diese zu testen. Bereits nutzbar ist die Webseite gesund-studieren-wuerzburg.de, die aus einem von der AOK geförderten Projekt der Würzburger Hochschulen entstanden ist und nun von der Smarten Region weiterentwickelt wird. Hier werden Informationen für gesundheitsförderliche Angebote zusammengestellt und für unterschiedliche Zielgruppen aufbereitet, in einem ersten Schritt für Studierende.

Digitale Innovationen

Ein wesentlicher Fokus der Smarten Region Würzburg liegt auf digitalen Innovationen. In den vergangenen sechs Monaten wurden grundlegende IT-Entwicklungen vorangetrieben, um einen intuitiven und unkomplizierten Umgang mit der geplanten Software sicherzustellen. Der sogenannte Smart City Hub nimmt dabei eine zentrale Rolle ein, indem er als neue technische Basis neben den bestehenden IT-Strukturen in Stadt und Landkreis fungiert. Diese Plattform soll den Datenaustausch und die Kommunikation zwischen Kommunalverwaltungen, Vereinen, Institutionen der Region sowie den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern und fördern.

Um diese Fortschritte hautnah zu präsentieren, fand eine weitere Veranstaltung statt, bei der Stadträtinnen und Stadträte, Kreistagsmitglieder und Verwaltungsangestellte aus dem Bereich der Digitalisierung einen Einblick in die bereits erreichten und für die Zukunft geplanten Entwicklungen erhielten.

Die Smarte Region Würzburg hat sich das Ziel gesetzt, die Lebensqualität der Menschen durch innovative digitale und analoge Lösungen zu steigern. Die ersten Erfolge zeugen von einer vielversprechenden Entwicklung auf dem Weg zu einer modernen und vernetzten Region. ❐

Markt Teisnach:

Offenes Ohr bei Krisen und Problemen

Jugendsozialarbeiterin unterstützt Schülerinnen und Schüler der Grund- und Mittelschule Teisnach

Für die Grund- und Mittelschule Teisnach war es ein langer Weg hin zum Angebot der „Jugendsozialarbeit an Schulen" (JaS), ein mit Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördertes Projekt. Begonnen hatte der Weg bereits 2008. Seit Herbst letzten Jahres unterstützt nun Sozialpädagogin Melissa Dötsch die Schülerinnen und Schüler bei Kummer und Sorgen, hilft bei Problemen im Alltag, in den Familien oder in der Schule. Darüber hinaus hat Dötsch auch ein offenes Ohr für ratsuchende Eltern oder Lehrkräfte. Ziel der Fachkraft ist es, gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern Lösungswege zu entwickeln. Häufig ist dabei eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern notwendig, da familiäre, erzieherische oder schulische Schwierigkeiten nur auf diesem Weg verbessert werden können.

„Die Arbeit von Frau Dötsch stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen unseren Schülern und deren Eltern, der Schule und dem Jugendamt dar", freut sich Schulleiter Markus Lemberger über die Hilfe. Denn die Schulfamilie stoße in der Bewältigung der Problemlagen ihrer Schülerinnen und Schüler immer wieder an die eigenen Grenzen. Umso mehr sei man dankbar für das vom Landkreis Regen und dem Schulverband der Mittelschule Teisnach finanzierte Angebot, so der Schulleiter.

Schnell unkompliziert helfen

„Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist ein Angebot der Jugendhilfe, niedrigschwellig angelegt, direkt an der Schule verortet", erklärt Dirk Opitz als zuständige Gruppenleitung im Jugendamt am Landratsamt Regen den Ansatz dieser Unterstützung. „Die Fachkräfte können den Schülerinnen und Schülern schnell und oftmals auch recht unkompliziert helfen. JaS soll außerdem dazu beitragen, soziale Benachteiligungen auszugleichen", erläutert Opitz. ❐



Seit Herbst letzten Jahres gibt es nun auch an der Grund- und Mittelschule Teisnach Jugendsozialarbeit. Das erste Zwischenfazit, das (v.l.) Schulleiter Markus Lemberger, JaS-Fachkraft Melissa Dötsch und Dirk Opitz vom Kreisjugendamt zogen, fiel äußerst positiv aus.

Bild: Horst Blüml, Grund- und Mittelschule Teisnach

Bayerns staatliche Museen ziehen Bilanz

Blume: „Mehr als 3,6 Millionen Gäste in den staatlichen Museen und Sammlungen"

Die staatlichen Museen im Freistaat konnten im vergangenen Jahr wieder deutlich mehr Gäste begrüßen. „Insgesamt haben mehr als 3,6 Millionen Menschen den staatlichen Museen und Sammlungen sowie dem Haus der Bayerischen Geschichte im Jahr 2023 einen Besuch abgestattet. Das zeigt: Unsere Museen und Sammlungen sind wahre Besucherlieblinge. Die Besucherzahl in den staatlichen Häusern ist im Vergleich zum Vorjahr um mehr als eine halbe Million gestiegen. Dieser Positivtrend kommt nicht von ungefähr: Die Museen in Bayern sind den Herausforderungen der vergangenen Jahre mit Kreativität, Innovation und Leidenschaft begegnet. Durch wegweisende Konzepte, digitale Errungenschaften und kreative Ausstellungsformate nehmen unsere staatlichen Museen ihre Gäste auf faszinierende Reisen durch die Geschichte, Kunst und Wissenschaft mit. So viel Mühe wird belohnt! Herzlichen Dank an die Menschen, die unsere Museumslandschaft mit Expertise und Ideenreichtum so großartig machen", fasst Kunstminister Markus Blume die aktuelle Bilanz der Besucherzahlen der staatlichen Museen und Sammlungen in Bayern erfreut zusammen.

Besonders beliebt waren die Alte Pinakothek, die Pinakothek der Moderne sowie die Staatlichen Antikensammlungen und Glyptothek. Große Besucherzuströme konnten ferner das Museum für die Sammlung Brandhorst, das Museum Fünf Kontinente, das Bayerische Nationalmuseum und das Staatliche Museum für Ägyptische Kunst verzeichnen. Letzteres stellt einen neuen Rekord auf: Nie hat es im 2013 neu eröffneten Haus mehr Besucherinnen und Besucher geben als im letzten Jahr. Der positive Trend ist nicht nur in Kunstmuseen und großen Häusern spürbar. Aufwind bekommen auch kleine Museen wie das Deutsche Theatermuseum und naturwissenschaftlich ausgerichtete Sammlungen wie der Botanische Garten München Nymphenburg oder das Museum Mensch und Natur.

Außerhalb Münchens konnten sich insbesondere das Staatliche Textil- und Industriemuseum (tim) in Augsburg sowie das Porzellanikon in Selb über einen Besucherzuwachs freuen. Ein besonderes Highlight feierte man zudem im Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg: Dort wurde kurz vor Weihnachten 2023 die Schallmauer von einer Million Besucherinnen und Besuchern durchbrochen – und das nach nur viereinhalb Jahren seines Bestehens.

Highlights 2024

- 2024 hat die bayerische Museumslandschaft zahlreiche neue Highlights zu bieten. Ein Höhepunkt: Die Wiedereröffnung der Archäologischen Staatssammlung im April in München. Besucherinnen und Besucher erwartet auf über 2.000 Quadratmetern eine spannende Zeitreise durch 120.000 Jahre bayerische Siedlungsgeschichte.
- Das Neue Museum Nürnberg verfügt über eine der größten öffentlichen Sammlungen von Gerhard Richter. Im Programms kultur.digital.vermittlung wird das Werkkonvolut nun auf völlig andere Art erschlossen: Über das persönliche Smartphone ist ein Multimedia-Guide abrufbar, der abwechslungsreiche Informationen zu den gezeigten Bildern für Alt und Jung liefert.
- Erstmals bietet die Neue Sammlung in der Pinakothek der Moderne ein Vermittlungsangebot für Menschen mit Hör- und Seheinschränkungen, Sprachverständnisschwierigkeiten und kognitiver Einschränkung. Taststationen oder Videos in deutscher Gebärdensprache vermitteln damit einem breiten Publikum die Vielfältigkeit der Sammlung und Designideen.
- Das Haus der Bayerischen Geschichte eröffnet im April die Bayernausstellung „Ois anders! Großbaustellen in Bayern" und für das erste Juni-Wochenende wird mit dem „Fest der Demokratie" wieder ein buntes Programmangebot für die ganze Familie geplant. Ferner ist es mit der Bayerischen Landesausstellung 2024 wieder auf Tour: Vom 7. Mai bis 3. November kann man im Diözesanmuseum auf dem Domberg in Freising die Landesausstellung „Tassilo, Korbinian und der Bär. Bayern im frühen Mittelalter" erleben.

Ausstellungstipps für das Frühjahr

Die staatlichen Kunstsammlungsbestände in Bayern gehören zu den bedeutendsten in ganz Europa. Auch die naturwissenschaftlichen Museen und Sammlungen bieten eine große Bandbreite an interessanten Themen. Museumsliebhaber in ganz Bayern können sich über besondere Ausstellungs-Highlights freuen:

- Besucherinnen und Besucher des Bayerischen Nationalmuseums können in der Studioausstellung „Goldene Passion – Georg Petel und das Rätsel seiner Kreuzigungsgruppe" ein spannendes Rätsel im Werk des berühmten Augsburger Barockbildhauer Georg Petel nachvollziehen. Mit computertomographischen Aufnahmen werden die Herstellungstechniken der Bronzen des „deutschen Michelangelo" visualisiert.
- Das Museum fünf Kontinente in München zeigt noch bis Anfang Mai die Fotoausstellung „Witches in Exile": Am Beispiel der abgeschiedenen Northern Region im Norden Ghanas widmet sich diese Ausstellung dem Glauben an Hexerei, der vornehmlich Frauen zu Sündenböcken werden lässt.
- Besonders für Familien bietet sich auch ein Besuch des Glasmuseums in Frauenau an: Das Museum nimmt Besucherinnen und Besucher mit auf eine Reise durch die Kulturgeschichte des Glases, von den Anfängen im Zweistromland bis heute. Kinder können sich schon auf der Website https://glasmuseum-frauenau.de mit dem Museumsgeist Durandl anfreunden, der ihnen dort auf spielerische Art den Werkstoff Glas und das Handwerk näher bringt und die Lust auf einen Besuch des Museums weckt.
- Das Museum Mensch und Natur in München zeigt aktuell seine neue Sonderausstellung „Skelette – Choreografen der Bewegung", die sich Tierskeletten und den Knochen als Wunderwerken der Natur aus verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen nähert.

Überblick

Einen guten Überblick über alle Museen in Bayern gibt die Website https://museen-in-bayern.de. Rund 1.300 Museen und Ausstellungshäuser geben dort einen Überblick über ihr Angebot – und lassen schnell ganz neue „Lieblingsmuseen" entdecken. ❐

Stadt Würzburg:

Vorsicht auch bei privaten Chats

Workshop im Jugendzentrum vermittelte Medienkompetenz

Zum ersten Mal gab es im städtischen Jugendzentrum Zoom in der Lindleinsmühle einen Workshop für Jugendliche zum Thema „Strafbares Verhalten bei der Smartphone-Nutzung".

Initiiert wurde die Veranstaltung von Jonas Rilke, Sozialarbeiter im JUZ: „Unsere Jugendlichen machten mir in Gesprächen klar, dass sie sich sehr unsicher sind bezüglich der strafrechtlichen Relevanz ihres Smartphone-Nutzungsverhalten. Welche Bilder und Memes darf ich weiterleiten? Was kann passieren, wenn ich in einem Chat über andere falsche Sachen erzähle? Solche Fragen beschäftigen unsere Jugendlichen sehr." Gemeinsam mit Kilian Schick (Fachbereich Jugend und Familie, Jugendzentren und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz), Florian Leis (Stadtjugendring) und dem Jugendbeamten Tobias Hofmann (Polizeiinspektion Würzburg Stadt) wurde der Workshop organisiert. Tobias Hofmann: „Wir freuen uns als Polizei, wenn wir von der Offenen Jugendarbeit in Würzburg in unterschiedliche Projekte eingebunden werden, seien es Sportturniere, Anti-Gewalt-Workshops oder solche Medienkompetenzprojekte – das Kennenlernen auf Augenhöhe kann die Präventionsarbeit der Polizei nur fördern und im besten Fall sogar zukünftige Straftaten verhindern."

Im Workshop selbst ging es für die etwa 20 interessierten Jugendlichen um praxisnahe Fragen und Beispiele. Vielen war vorher gar nicht bewusst, dass ein vermeintlich privater Chat auch Grund für eine Anzeige wegen Volksverhetzung, Nötigung oder übler Nachrede sein kann. „Ich denke, alle konnten etwas mitnehmen. Am Ende geht es darum, unsere Kinder und Jugendliche dazu zu befähigen, verantwortungsvoll mit den digitalen Medien umgehen zu können", so das Resümee von Florian Leis. Geplant sind weitere Workshops in anderen Jugendzentren, denn das Thema Medienkompetenz bleibt (nicht nur) für Jugendliche höchst relevant. ❐

Heldinnen und Helden" erobern eine Stadt in Oberbayern

Lokschuppen präsentiert seit Anfang März neue Ausstellung in Rosenheim

Wer ist Superheld oder Superheldin: der starke Herakles, Batman und Catwoman, Nelson Mandela, Marie Curie oder eher ein Alltagsheld oder eine Alltagsheldin bei der Polizei, der Feuerwehr oder im Pflegeheim? Das Ausstellungszentrum Lokschuppen in Rosenheim geht auf eine ungewöhnliche Spurensuche. Die Ausstellung „Heldinnen und Helden" eröffnet für die Besucherinnen und Besucher neue Dimensionen. Sie gehen auf eine sehr persönliche Heldenreise voller Erinnerungen, erleben das Heldentum anhand unterschiedlichster Fußabdrücke und Spuren, die ihre Vorbilder hinterlassen haben. Die Veranstalter präsentieren sehenswerte Zeugnisse des Heldentums aus aller Welt. Angefangen vom lebensgroßen „Batmobil" aus dem Film von Tim Burton und die 3,40 Meter hohe Statue des „Herakles Farnese" über den Spielerpass von Fritz Walter und die Boxhandschuhe von Muhammad Ali bis hin zu Originalbriefen aus dem ersten Harry Potter Film. Unter den 351 Exponaten sind 192 Originale. „Heldinnen und Helden" ist eine Ausstellung der Veranstaltungs + Kongress GmbH Rosenheim (VKR). Sie läuft bis zum 15. 12. 2024.

Rund 145.000 Besucher werden erwartet. „Wir haben 2,4 Mio. Euro investiert", so VKR-Geschäftsführer Florian Englert. „Unser Ziel ist es, diese Ausgaben zu 90 Prozent durch unsere Gäste zu refinanzieren. Das ist ein Spitzenwert für einen Kulturbetrieb."

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien Florian Herrmann bezeichnete „Heldinnen & Helden" als großartige Ausstellung: „Die Geschichten und Taten, die hinter den hier präsentierten ‚Heroes' stehen, zeigen uns: Es braucht immer Mut, Willenskraft und Herz, um das Beste aus sich herauszuholen, um ein kleiner oder großer Held zu sein. Unser Leben und unsere Gesellschaft wären um vieles ärmer, ohne diese besonderen Menschen, die den Unterschied ausmachen. Gerade in unsicheren Zeiten braucht es den Willen, etwas zu gestalten und Vorbild zu sein."

„Heldinnen und Helden" bietet weit mehr als einzigartige Exponate in Vitrinen. „Wir zeigen anhand unserer Beispiele, was jemanden zum Helden oder zur Heldin macht", erläutert die Leiterin des Ausstellungszentrums Lokschuppen Jennifer Morscheiser.

#heROs2024

Erstmals erobert eine Lokschuppen-Ausstellung eine ganze Stadt. Die Veranstaltenden haben zusammen mit unterschiedlichsten Kulturschaffenden, städtischen und freien Trägern, mit Vereinen und Gruppen unter dem Hashtag #heROs2024 ein Rahmenprogramm mit 60 Events organisiert. ❐



Sie freuten sich über einen gelungenen Workshop: (v.l.) Anika Rothenpieler (Kompetenzzentrum für Ernährung), Franziska Baum und Susanne Dobelke (Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung Oberfranken, AELF Bayreuth-Münchberg), Oberbürgermeister Thomas Ebersberger (Stadt Bayreuth), Anna Bialas, Kitaleiterin Christiane Wolf (Kita Heinersreuth), Kitaleiterin Marianne Schmidt (Kita „Fantaisie" Donndorf) und Kirstin Köhler (Klimaschutzmanagement Stadt Bayreuth) sowie (vorne v.l.) Carola Kiene (Klimaschutzmanagement Landkreis Bayreuth) und Florian Mädler (Ansprechpartner Kita Saas). Bild: Stadt Bayreuth

Stadt Bayreuth:

Lebensmittel essen, nicht wegwerfen

Workshop des Kooperationsprojekts „Kitas retten Lebensmittel" im Rathaus Bayreuth erarbeitet Lösungen gegen Verschwendung

Lebensmittel retten und dabei noch Kosten sparen: Bei einem Workshop zogen die Einrichtungen, die an dem im Oktober 2023 gestarteten Kooperationsprojekt „Kitas retten Lebensmittel" teilnehmen, eine erste Bilanz. Mit den Klimaschutzmanagements von Stadt und Landkreis, dem Kompetenzzentrum für Ernährung und dem federführenden Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Bayreuth-Münchberg diskutierten sie Herausforderungen und Lösungen.

Bei der Vermeidung von Lebensmittelabfällen nehmen Kindertagesstätten eine Schlüsselrolle ein, denn die durchschnittliche Abfallquote beträgt Studien zufolge 19 Prozent. Das heißt, Kitas haben enormes Potenzial Lebensmittabfälle einzusparen. Die Ursachen für die Verschwendung sind unterschiedlich. Um Lösungsstrategien zu finden, sollten daher Abläufe, Versorgungstrukturen und Mahlzeiten der einzelnen Einrichtungen betrachtet werden. Neben dem bewussteren Umgang mit Lebensmitteln bringt die Reduktion von Lebensmittelabfällen viele Vorteile mit sich: Es können sowohl Kosten für Einkauf und Entsorgung als auch Arbeitszeit, Strom und Wasser gespart werden. Gerade in Zeiten knapper Personalkapazitäten sowie steigender Preise sind dies wichtige Aspekte.

Fünf Kitas aus Stadt und Landkreis nehmen teil

Fünf Kitas aus Stadt und Landkreis Bayreuth haben sich dem Thema angenommen, Lebensmittelabfälle erfasst und Einsparmaßnahmen teilweise sogar schon abgeschlossen. Mit dabei sind die evangelischen Kitas Heinersreuth und Saas, „Sonnenschein" in Bindlach und „Fantaisie" in Donndorf sowie das Kinderzentrum „Bergzwerg" in Bindlach. Genannte Kitas werden zumeist von einem Caterer beliefert, um den Kindern ein warmes Mittagessen anbieten zu können. Gerade wenn Catering-Unternehmen mehrere Kitas beliefern, gestaltet es sich häufig schwierig, individuelle Bedürfnisse umzusetzen. Eine gute, zeitlich abgestimmte Kommunikation mit dem Caterer birgt dabei großes Potenzial, die Lebensmittelverschwendung einzudämmen.

Auch personelle Engpässe gehören in beinahe jeder Einrichtung zum Alltag. Es fehlt mitunter die Zeit, Maßnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung im Team abzustimmen und umzusetzen. Großen Raum nahmen auch Hygieneauflagen und Haftungsansprüche ein.

Trotzdem zeigte die Veranstaltung, dass etliche Maßnahmen bereits erfolgreich umgesetzt wurden. So wurden Kommunikationsformate von Elternabenden über die Mitarbeit der Kinder erprobt und Gespräche mit Caterern und Trägern geführt – und das mit Erfolg. Dadurch konnte nicht nur ein Teil der Lebensmittelabfälle in Form von Teller- und Ausgaberesten eingespart werden. Außerdem wurden die beteiligten Personen sensibilisiert und einbezogen, was das Projekt nicht nur auf Organisationsebene zum Gemeinschaftsprojekt macht.

„Vorreiter in der Kitalandschaft"

„Die beteiligten Kitas heben sich schon jetzt als Vorreiter in der Kitalandschaft hervor", bestätigt Susanne Dobelke, Leiterin des Sachgebiets Gemeinschaftsverpflegung und der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung Oberfranken. Sie zeigen, welche Schlüsselrolle soziale Einrichtungen in der Reduzierung von Lebensmittelabfällen haben.

Dass der Prozess zu weniger Lebensmittelverschwendung noch Zeit braucht, wurde im Projekt-Verlauf deutlich. So konnten die Kitas diverse Maßnahmen ausmachen, die noch nicht umgesetzt werden konnten. Deswegen wird es eine dritte Erfassungsrunde geben, in der die weitere Entwicklung analysiert werden soll. Am 6. Juni werden die Ergebnisse im Rahmen einer öffentlichen Infoveranstaltung präsentiert. ❐

Zukunftsfähigkeit und Klimaschutz unter einem Hut

Qualitätssicherung beim Planen und Bauen Thema des Zukunftsrats-Forums-Lichtenfels.

50 oberfränkische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie 20 Vertreterinnen und Vertreter des Amts für Ländliche Entwicklung Oberfranken (ALE) kamen Anfang März im Stadtschloss Lichtenfels zum Zukunftsrats-Forum zusammen.

Im Rahmen moderierter Gruppenarbeiten tauschten sie sich lebhaft über Lösungen für zukunftsfähiges und nachhaltiges Planen und (Um-) Bauen im ländlichen Raum aus. Dabei standen unter anderem die Themen Finanzierung, Selbstverständnis der einzelnen Akteure im ländlichen Raum und Bildung auf dem Programm. „Es hat sich gezeigt, dass den Teilnehmenden vor allem am Herzen liegt, konkrete Beispiele für nachhaltiges Bauen zu zeigen. Zudem wurden die Finanzierung anstehender Projekte sowie der bürokratische Aufwand konstruktiv diskutiert", so Amtsleiter Lothar Winkler.

Der Zukunftsrat bestand aus 14 zufällig ausgewählten Personen aus Kommunen und Abteilungen des ALE. Sie hatten sich im Vorfeld an zwei Seminartagen intensiv damit auseinandergesetzt, welche Schritte konkreten notwendig sind, um qualitativ hochwertiges und zugleich nachhaltiges Planen und (Um-) Bauen in der Ländlichen Entwicklung zu gewährleisten. Dabei nahmen sie finanzielle und personelle Herausforderungen in den Blick und entwickelten gemeinsam konstruktive und innovative Lösungen. Zukunftsräte und -foren gibt es in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken.

Hintergrund des Beteiligungsprojekts sind die Regierungserklärung „Klimaland Bayern" und das Bayerische Klimaschutzgesetz, demnach in Bayern bis 2030 im Vergleich zu 1990 65 Prozent CO2-Ausstoß eingespart werden soll. Bis 2040 soll der Freistaat klimaneutral werden. Dies sowie weitere Aspekte wie Baukultur, regionale Identität, Anforderungen an Flächensparen und Ressourcenschutz müssen auch beim Planen und (Um-) Bauen in der Ländlichen Entwicklung mitgedacht werden.

Die Ergebnisse der bayerischen Zukunftsrats-Foren werden Ende April mit einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe diskutiert. Ziel ist es, die Ergebnisse zu sichten, zu priorisieren und nächste Schritte anzudenken. ❐

Nachhilfelehrer per App

Raiffeisenbank im Oberland bietet kostenlose Online-Lernunterstützung für mehr Bildungsgerechtigkeit

Die Raiffeisenbank im Oberland startet ab sofort ein neues Angebot für junge Kunden: Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren bzw. der Klassenstufen 5 bis 13, die ein Jugendgirokonto besitzen oder neu eröffnen, erhalten auf Wunsch kostenlos ein Jahr lang Online-Lernunterstützung und Nachhilfeunterricht im Wert von 1.788 Euro. Möglich macht dies eine Kooperation mit dem führenden digitalen Bildungsanbieter ubiMaster aus Baierbrunn.

Die Raiffeisenbank im Oberland will mit dem ungewöhnlichen Angebot einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten. „Wir sind eine der ersten Banken im Verbund der Volks- und Raiffeisenbanken, die die Kooperation mit ubiMaster in die Tat umsetzen und ihren Kunden diese Möglichkeit anbieten", sagt Manfred Klaar, Vorstandssprecher der Raiffeisenbank im Oberland. Er betont die Bedeutung von Bildung für den beruflichen und gesellschaftlichen Werdegang. „Eine solide Schulbildung ist eine der wesentlichen Grundlagen für den Wohlstand unserer Region", so Klaar. Der gleichberechtigte Zugang zu Bildungsangeboten sei essenziell, um jedem die Chance zu geben, seine Talente und Visionen zu entwickeln. Fehlende Bildung erhöhe das Risiko von Armut und könne den Zugang zum Arbeitsmarkt gefährden. Die Raiffeisenbank im Oberland engagiere sich daher aktiv für Aktivitäten, die zu wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe befähigen. „Mit diesem Angebot bieten wir effektive Lernunterstützung und damit einen echten Mehrwert für unsere jungen Kundinnen und Kunden", erklärt Manfred Klaar. „Und das Ganze zeitgemäß, digital und ohne Stress für Eltern und Schüler, Nachhilfelehrer zu suchen und Termine abzustimmen."

1:1-Beratung

Und so einfach funktioniert's: Die jungen Kundinnen und Kunden der Raiffeisenbank im Oberland erhalten für ein Jahr einen kostenlosen unbegrenzten Zugang zur ubiMaster-App. Nach Installation der App auf Smartphone oder Tablet und Eingabe des Zugangscodes kann es direkt losgehen: Nach Formulierung einer Frage durch die Schülerin/den Schüler steht innerhalb weniger Minuten eine Lehrkraft per Video- oder Textchat für eine 1:1-Beratung zur Verfügung und hilft bei der Beantwortung der gestellten Frage. Die Lernunterstützung, Hausaufgaben- und Nachhilfe steht für die Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik, Physik und Chemie zur Verfügung. Zusätzlich enthält die App Übungsaufgaben im Quizformat, um Lerninhalte zu vertiefen. Die Leistungen sind online sieben Tage die Woche verfügbar, montags bis freitags von 14 bis 19 Uhr und samstags sowie sonntags von 10 bis 16 Uhr. Die Plattform ubiMaster wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Mehr zum Thema unter: www.oberlandbank.de/ubimaster ❐

Region Oberland:

Fortschreibung des Regionalplans

Teilfortschreibung Windkraft

Der Planungsausschuss des Planungsverbandes der Region Oberland hat in seiner Sitzung über die weitere Vorgehensweise zur Fortschreibung Windkraft beraten.

Die Sitzung des Planungsausschusses wurde für alle Verbandsmitglieder, d.h. für alle 94 Kommunen der Region, per Videokonferenz übertragen. Mitglieder des Planungsverbands der Region Oberland sind die Landkreise Bad Tölz Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Weilheim-Schongau sowie ihre 94 Kommunen. Verbandsvorsitzender ist Landrat Josef Niedermaier. Die Geschäftsführerin des Planungsverbandes ist Frau Sabine Holzinger, die Geschäftsstelle des Planungsverbandes hat ihren Sitz im Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen.

Hintergrund

Der Planungsausschuss des Planungsverbandes der Region Oberland hat in seiner Sitzung im Oktober 2022 die Teilfortschreibung des Regionalplans Windkraft beschlossen. Gemäß des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) müssen alle Regionen in Bayern 1,1 Prozent der Regionsfläche bis zum 31.12.2027 als Vorranggebiete für Windenergie festlegen. In einem weiteren Schritt muss Bayern 1,8 Prozent der Landesfläche bis zum 31.12.2032 als Windenergiegebiete nachweisen. Inwieweit diese 1,8 Prozent der bayerischen Landesfläche regional ausdifferenziert auf die Planungsregionen in Bayern aufgeteilt werden, ist derzeit noch nicht bekannt.

In der Sitzung des Planungsausschusses im Juli 2023 wurden vorläufige Suchräume vorgestellt, die für eine Ausweisung als Vorranggebiet für Windenergie geeignet sein könnten. Diese vorläufigen Suchräume wurden ermittelt, indem Flächen ausgeschieden wurden, die nicht für die Windenergienutzung geeignet sind (z.B. ausreichende Abstände zu Siedlungen, schutzwürdige Naturräume, Bereiche mit zu geringen Windgeschwindigkeiten etc.). Im Anschluss wurden die vorläufigen Suchräume hinsichtlich weiterer Fachbelange untersucht und auf dieser Grundlage weiter eingegrenzt.

In der Sitzung im März 2024 hat der Planungsverband über den aktuellen Stand der Windkraft-Fortschreibung informiert:

Der Planungsverband hat die in der Sitzung vom Juli 2023 vorgestellten Suchräume für Vorranggebiete für Windenergieanlagen weiter untersucht. Die ursprüngliche Suchraumkulisse wurde hierbei nochmals reduziert, z. B. aufgrund militärischer Einschränkungen und zugunsten des Artenschutzes. Es ist mit weiteren Konflikten mit verschiedenen Belangen zu rechnen, die zu einer weiteren Verkleinerung der Suchräume führen können. Diese konfliktträchtigen Suchräume können aber zum aktuellen Zeitpunkt nicht von vornherein ausgeschlossen werden, da noch keine abschließende Klärung möglich ist.

Innerhalb dieser Suchräume wird nun weiter geprüft und abgewogen, in welchen dieser Flächen grundsätzlich Vorranggebiete ausgewiesen werden könnten. Hierbei wirken die Gemeinden, Städte und Landkreise mit.

Den Bedürfnissen gerecht

Im nächsten Schritt werden ab April 2024 informelle Vorgespräche mit den Kommunen geführt. Ziel ist es, ein Konzept zu entwickeln, das den örtlichen Bedürfnissen entspricht. Sobald ein Entwurf mit der Darstellung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen fertiggestellt ist und der Planungsausschuss darüber beraten hat, wird dieser zur Einsicht ausgelegt. Alle betroffenen Kommunen, Behörden und die Öffentlichkeit erhalten dann die Möglichkeit, ihre Belange in den Planungsprozess einzubringen. ❐





Landesverband Frauenlisten e.V. zu Besuch bei Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Bild: Landesverband Frauenlisten

Landesverband Frauenlisten Bayern e.V.:

Vom Land in die Stadt

Sternfahrt zu Ilse Aigner

Eine München Premiere: Mitte März besuchten 13 der insgesamt 27 bayerischen Frauenlisten auf Einladung von Ilse Aigner den Landtag.

Rund 65 politisch engagierte Frauen und Mandatsträgerinnen aus ländlichen Kommunen kamen aus allen Richtungen und Regierungsbezirken im Maximilianeum zusammen. Dazu hatte sich die Landtagspräsidentin die Zeit genommen, die Damen im Plenarsaal zu begrüßen und Fragen zu beantworten.

Themenvielfalt

Themen wie der raue Umgangston und die mangelnde Diskussionskultur innerhalb politischer Gremien wurden angeschnitten, das Genderverbot, aber auch soziale Probleme, wie z.B. die steigende Zahl von obdachlosen Frauen wurden thematisiert.

Unterstützung für Frauen

Die Vorsitzende des Landesverbandes der Frauenlisten Bayern e.V., Andrea Hinterwaldner, wünschte sich mehr Förderung vom Land – speziell für parteilose Frauen.

Alle Anwesenden waren sich einig: Für demokratische, nachhaltige Entscheidungen müssen mehr Frauen vor allem in den ländlichen Gebieten politisch aktiv werden.

„Frauen, traut Euch!“

Ilse Aigner ließ die Zuhörerinnen über Ihre persönlichen Erfahrungen mit dem niedrigen Frauenanteil in der Politik von Beginn ihrer Karriere bis heute teilhaben. Aus dem Plenum erhielt sie Lob für Ihre Arbeit in der Sitzungsleitung und besonders aktuell in der Verwaltung des Landtags.

„Frauen, traut Euch! Seid selbstbewusster!“ mit diesem Appell verabschiedete sich Landtagspräsidentin Ilse Aigner von den Teilnehmerinnen der Sternfahrt. ❐

Landkreise Dillingen und Günzburg:

„Gesundheitsversorgung überregional betrachten“

Die medizinische Landschaft unterliegt aktuell gravierenden Veränderungen. Vor allem der zunehmende Mangel an qualifiziertem Fachpersonal, sowohl in der Pflege wie im ärztlichen Bereich stellt dabei viele Patientinnen und Patienten vor große Herausforderungen. Aufgrund der fortschreitenden demographischen Entwicklung gestalten sich die Suche nach Arztterminen aber auch die Suche eines Allgemein- oder Facharztes immer schwieriger. Gleichzeitig verstärkt die zu erwartende Krankenhausstrukturreform den Druck auf das Gesundheitssystem, da eine Vielzahl von Leistungen aus dem stationären in den ambulanten Bereich verlagert werden soll. Zudem werden durch neue personelle Mindeststandards im Bereich der Kliniken auch weiter Veränderungen auf den Kliniksektor zukommen. Aber auch die fortschreitende Digitalisierung wird sich intensiv auf die Art der medizinischen Diagnostik und damit auch auf Strukturen der medizinischen Versorgung auswirken. Gleichzeitig haben sich auch die Kreiskliniken der beiden Landkreise Dillingen und Günzburg bereits vor einiger Zeit auf den Weg gemacht, ihre Strukturen neu aufzustellen.

Um diesen Prozess aktiv zu gestalten und nicht nur von den demographischen, wirtschaftlichen und vor allem gesetzgeberischen Vorgaben getrieben zu werden, wollen die Landkreise Dillingen und Günzburg ihre Gesundheitsversorgung gemeinsam betrachten und eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage für viele künftige Weichenstellungen schaffen.

Machbarkeitsstudie

Das haben die beiden Landräte Markus Müller und Dr. Hans Reichhart sowie die Kreiskliniken Dillingen-Wertingen und Günzburg-Krumbach nach intensiven Beratungen mit den verantwortlichen Gremien beschlossen. In Rücksprache mit dem Bayerischen Gesundheitsministerium als Planungsbehörde soll nun eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden. Ziel ist, die Möglichkeiten strategischer Kooperationen zur wohnortnahen Patientenversorgung der Bevölkerung zu analysieren und zu bewerten. Dabei wird die gesamte Versorgungsregion Nord- und Mittelschwaben betrachtet. Die Landkreise Dillingen und Günzburg gehen somit einen innovativen, von Planungsbehörde und Landkreistag vorgeschlagenen Weg, Medizinversorgung ganzheitlich und überregional zu denken. „Wir stehen wie viele Kommunen vor großen Herausforderungen im Gesundheitswesen. Gemeinsam mit dem Landkreis Dillingen können wir diesen Herausforderungen gestärkt begegnen und so die wohnortnahe Gesundheitsversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Die Machbarkeitsstudie ist dabei ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung“, erläutert der Günzburger Landrat Reichhart. „Uns vereint die Zielsetzung, gerade die Grund- und Notfallversorgung in den Landkreisen bezogen auf die vorhandenen Krankenhausstandorte und der beiden Medizinkonzepte gut und finanzierbar für die Menschen neu auszurichten“, betont der Dillinger Landrat Müller.

Zudem müsse der Blick der Gesundheitsversorgung auch über die Landkreisgrenzen hinaus geweitet werden. „Wir sind offen für die Betrachtung weiterer Versorgungsgebiete“, sind sich Reichert und Müller ebenso einig.

„Wenn es um die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung geht, müssen wir generationenübergreifend und über Landkreis-Grenzen hinweg denken. Schließlich stehen alle Regionen vor ähnlichen Herausforderungen. Deshalb sind neben den klinikinternen Entscheidungen auch ambulante Versorgungskonzepte, aber auch Allianzen sehr wertvoll, damit wir heute und morgen eine bestmögliche medizinische Versorgung sicherstellen können. Hier sind wir zusammen mit allen Beteiligten schon auf einem wirklich guten Weg“, erläutert Robert Wieland, Vorstand der Kreiskliniken Günzburg-Krumbach.

Nie dagewesene Veränderung

Sonja Greschner, Geschäftsführerin der Kreiskliniken Dillingen-Wertingen, sieht die Zukunft in einem landkreisübergreifenden Ansatz: „Die medizinische Landschaft steht vor einer nie dagewesenen Veränderung und daher gilt es, gemeinsam zu denken und gemeinsam zu agieren: Über Landkreise, Krankenhäuser und Sektoren hinweg. Wir werden daher die medizinische Versorgungssituation in der Region betrachten – unser Ziel ist es, eine starke Versorgung auf- und auszubauen, die die medizinische Versorgungsqualität on top setzt. Wir setzen darauf, aus einer gemeinsamen Stärke heraus uns für die Zukunft aufzustellen.“

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll zunächst die ambulante, die stationäre und die Notfallversorgung landkreisübergreifend analysiert werden. Daraus soll eine sektorenübergreifende, abgestufte und nachhaltige Medizinstrategie für die Bevölkerung und alle Beteiligten im Gesundheitswesen vor Ort entwickelt werden. Erste Ergebnisse sollen noch vor der Sommerpause vorliegen. Beide Landkreise machen sich also frühzeitig auf den Weg zu übergreifenden und abgestimmten wohnortnahen Versorgungskonzepten für die Gesundheit der Bürger.

Die Gesundheitsversorgung ist damit nach der Zusammenarbeit im Tourismus ein weiterer Bereich, bei dem die Landkreise Günzburg und Dillingen ihre Kräfte bündeln. ❐

GZ ZU GAST BEI ...



Dr. Alexander Legler

Landrat Landkreis Aschaffenburg

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich habe das Privileg und die Freude, als Landrat des Landkreises Aschaffenburg, dem nordwestlichsten Eingangstor zum Freistaat mit seinen rund 177.000 Einwohnerinnen und Einwohnern arbeiten zu dürfen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Hauptamtlicher Arbeitsbeginn war der 1. Mai 2020.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach meinem Jurastudium in Würzburg und Poitiers (F) sowie den sich daran anschließenden Referendariatsstationen in Aschaffenburg, Brüssel und Ingolstadt habe ich zunächst als Rechtsanwalt gearbeitet, zuletzt als Fachanwalt für Verwaltungsrecht und durfte von September 2011 bis April 2020 als hauptamtlicher Bürgermeister meiner Heimatstadt Alzenau deren Entwicklung mit gestalten.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die Erkenntnis, tatsächlich, zeitnah und unmittelbar etwas bewegen und eigene Ideen umsetzen zu können und dabei in der Regel auch unmittelbar Rückmeldung zu Ideen und getroffenen Entscheidungen zu erhalten. Vor allem begeistert mich nach wie vor die Vielfalt der mit der Kommunalpolitik verbundenen Begegnungen sowie all der Aufgaben und Möglichkeiten der direkten Mitgestaltung von Lebensqualität für das eigene Umfeld.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

In jedem Fall auch für Arbeit als Landrat zugute kamen mir meine Erfahrungen als Stadtrat von Alzenau, in den ich 2002 gewählt wurde, als zunächst Zweiter Bürgermeister ab 2008 und anschließend seit 2011 als Erster Bürgermeister sowie seit 2008 auch als Mitglied des Aschaffenburger Kreistags.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Nahezu ausschließlich in der Bewältigung der Corona-Pandemie mit all ihren damit verbundenen und seinerzeit nahezu täglich neuen Herausforderungen.

Abgesehen davon galt es, den weiteren Ausbau der lange schon begonnenen Digitalisierung unserer Schulen voranzutreiben, den Anbau unseres Landratsamtes abzuschließen sowie die Fortführung der Optimierung unseres ÖPNV zu begleiten.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

In Stichworte und Schwerpunkte gefasst sind das derer fünf: Flüchtlinge, Klinikum, Finanzen sowie Biosphärenregion und Energiewerk.

Die Zuweisungen an Geflüchteten halten auch bei uns ungebrochen an mit der Folge einer weiterhin massiven Überlastung der Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen unserer Rathäuser und im Landratsamt. Unterkünfte bleiben Mangelware; eine adäquate Betreuung und Integration ist nahezu weiter unmöglich und die Akzeptanz vor Ort sinkt, nach meinem Empfinden, deutlich.

Unser gemeinsam mit der Stadt Aschaffenburg getragenes Klinikum kämpft mit einem Defizit von rund 40 Millionen Euro, das wir zur Hälfte mit der Stadt Aschaffenburg zu tragen haben, davon abgesehen bringen wir fortlaufend strukturelle Veränderungen unseres Hauses voran und seitens des Bundes werden wir mangels Problembewusstsein der Ampel für die Nöte der Kliniken und dem Ausbleiben einer klugen Reform weiter alleine gelassen.

Klinik-Defizit, Personalkostensteigerungen, inflationsbedingte Mehrkosten sowie massive Kostensteigerungen bei der Realisierung von Vorhaben führen mehr und mehr zu knappen Kassen unserer Gemeinden und damit auch des Landkreises, so dass auch wir mehr und mehr zum Verwalten verdammt sind, statt aktiv gestalten zu können mit der Folge, dass vor allem ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik nicht an Attraktivität gewinnt und die Unzufriedenheit vor Ort gegenüber kommunalen Mandatsträgern auch angesichts unumgänglicher Gebührenerhöhungen, für die es sehr oft an Verständnis fehlt, zumindest nicht weniger wird.

Im Sinne der Nachhaltigkeit, gerade mit Blick auf künftige Generationen sowie zur Steigerung der Attraktivität unserer Region haben wir uns gemeinsam mit den Landkreisen Miltenberg und Main-Spessart sowie der Stadt Aschaffenburg auf den Weg gemacht, UNESCO-Biosphärenregion zu werden, was uns jedenfalls dann gelingen wird, wenn unsere Gemeinden in den Landkreisen diesen Pfad mitgehen wollen. Derzeit finden Informationsveranstaltungen und Abfragen in den Gemeinden statt, nachdem die für eine Bewerbung als Grundvoraussetzung erforderliche Machbarkeitsstudie die grundsätzliche Machbarkeit unserer Region als Biosphäre mit all ihren Vorzügen, unter anderem auch gegenüber einem Naturpark, der wir als Landschaftsraum Spessart bereits sind, oder in Bezug auf einen Nationalpark mit seinen deutlich restriktiveren Vorgaben, bejaht hat.

Schließlich werden wir den von uns eingeschlagenen Weg zum Klimaneutralen Landkreis weiter vorangehen und unser gemeinsam mit den Gemeinden gegründetes Energiewerk mit Leben erfüllen und die anstehenden Windkraft- und PV-Vorhaben realisieren mit dem Ziel, dass die Wertschöpfung vor Ort bleibt und sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aktiv daran beteiligen können.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Eine Daueraufgabe bleibt die Sicherung unseres Klinikums Aschaffenburg-Alzenau als kommunales Haus mit seinem umfassenden Leistungsspektrum als Haus der Maximalversorgung inklusive aller damit verbundenen finanziellen und personellen Herausforderungen.

Auf Dauer beschäftigen wird uns auch die Bewältigung der massiven Flüchtlingszahlen vor Ort mit allen sich daraus ergebenden Folgeaufgaben.

Darüber hinaus wollen wir auch weiterhin unserer Vorreiterrolle bei der Digitalisierung unserer Schulen gerecht bleiben, den ÖPNV und unser Radwegenetz weiter ausbauen, unser Energiewerk mit Projekten füllen sowie dem sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel auch in den Verwaltungen Herr werden und uns ebenso erfolgreich den demographischen Veränderungen stellen mit dem Ziel, auch weiterhin eine bestmögliche Pflege und medizinische Versorgung in unserem Landkreis sicherzustellen, insbesondere auch in den ländlich geprägten Regionen des Landkreises.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Einen Rat habe ich nicht im Angebot, weder einen wichtigen noch sonst einen, eher einen Strauß an Empfehlungen, die mir bislang nicht geschadet haben, so z. B.: geht nicht, gibt´s nicht, nicht unterkriegen und ärgern lassen, sowie sich nicht grämen darüber, was sich im Nachhinein nicht mehr ändern lässt!

Vor allem aber: offen bleiben für die Menschen, auf sie zugehen, zuhören, sie rechtzeitig in Vorhaben einbinden sowie kritikfähig und in der Lage bleiben, sich immer wieder selbst zu hinterfragen und die eigene Meinung zu korrigieren!

In jedem Fall braucht es ein selbstbewusstes Umfeld auf Augenhöhe und damit couragierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jederzeit kritisch loyal sind, keine Scheu haben, Entscheidungen zu treffen, auch neue Wege einzuschlagen und insbesondere dem Chef mit einer klaren Meinung entgegentreten, erst recht, wenn sie nicht der Meinung des Chefs entspricht!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Frühzeitig mit Vorschlägen und Ideen, aber auch mit Herausforderungen und Problemstellungen in den Austausch gehen, das Gespräch suchen und sich Rückmeldungen einholen und bei Bedarf nach tragbaren Lösungen bzw. gangbaren Kompromissen suchen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Wir werden schon allein aufgrund des sich auch in unseren Verwaltungen abzeichnenden massiven Personalmangels nicht umhin kommen, mehr und mehr Prozesse zu digitalisieren, nicht nur im Sinne der Bürgerfreundlichkeit, um sich Wege ins Amt zu ersparen, Fragen ohne unmittelbare Vorsprache beantwortet zu bekommen sowie zu jeder Zeit Anträge stellen zu können, sondern auch dann, wenn es darum geht, Verfahren z.B. zur Bescheidserstellung standardisiert und damit immer auch zügig und weiterhin zur Zufriedenheit unserer Bürgerinnen und Bürger abarbeiten zu können..

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Nicht wirklich. Aber bislang gut gefahren bin ich mit der Einstellung: Aufgeben gilt nicht! Nicht ärgern lassen von nichts und niemandem (Anmerkung: gelingt meistens 😉) und dem Grundsatz: Bevor ich mich aufrege, ist es mir lieber egal (Anmerkung: gelingt ebenfalls meistens 🙂)!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Bis sich diese Frage praktisch – und wenn überhaupt – eines Tages stellt, bleibt hoffentlich noch viel Zeit, schließlich bin ich mit 46 Jahren noch jung 😉, habe noch viel vor und eine Menge an Ideen.

Sollte diese Frage aber dann doch irgendwann einmal zur Beantwortung anstehen, dann gerne als jemand, von dem die Menschen überzeugt sind, er hat ihnen zugehört, sie ernst genommen, war ihnen aufrichtig und authentisch gegenüber und hat ihnen im Rahmen seiner Möglichkeiten geholfen und dabei zugleich mitgewirkt daran, entsprechend dem Motto unserer unvergessenen Barbara Stamm unsere Welt ein kleines Stück weit besser gemacht zu haben! ❐

Informationsveranstaltung der Regierung von Niederbayern:

Gestaltung der Energiewende läuft auf Hochtouren

„Die niederbayerischen Landkreise, Städte und Gemeinden zeigen, wie Energiewende funktioniert", betonte Präsident Rainer Haselbeck bei einer Informationsveranstaltung der Regierung von Niederbayern in Ergolding. Hundert Landräte und Bürgermeister nutzten den gemeinsamen Austausch und setzten somit ein starkes Zeichen, den Weg der nachhaltigen Energiezukunft gemeinsam zu gehen.

Dass Niederbayern in Sachen erneuerbare Energien bayern- und bundesweit Spitzenreiter ist, sei das Verdienst der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger, die den Wandel vor Ort engagiert gestalten und voranbringen, betonte Haselbeck. An die 90 Prozent des jährlichen Stromverbrauchs Niederbayerns werde rechnerisch schon heute mit regenerativen Energien erzeugt. Um das Ziel „saubere, sichere und vor allem bezahlbare Energie" zu erreichen, sei es erforderlich, „unser Know-how und unsere Stärken" zu bündeln. „Diese Jahrhunderaufgabe kann nur im engen Schulterschluss mit den Kommunen, den Bürgern und Unternehmen gestemmt werden", unterstrich der Regierungspräsident.

Nachbarschaftlicher Zusammenschluss

Einen Überblick zum kürzlich in Kraft getretenen Wärmeplanungsgesetz (WPG) und dem Umsetzungsstand in Bayern gab Wirtschaftsreferent Florian Gleich vom Bayerischen Städtetag. Er verwies darauf, dass in der zweiten Jahreshälfte zum WPG noch eine Ausführungsverordnung erlassen werden solle. Zu erwarten sei dabei, dass die Städte und Gemeinden als planungsverantwortliche Stellen für die Wärmeplanung festgelegt werden. Nach dem Konnexitätsprinzip erfordere dies aber auch einen angemessenen finanziellen Ausgleich für die Kommunen. Die kommunalen Spitzenverbände stünden hier in enger Abstimmung mit den betroffenen Ministerien. Exemplarisch für den noch anstehenden Regelungsbedarf sei der Anschluss- und Nutzungszwang bei Wärmenetzen, der durchgesetzt werden müsse, um finanzielle Risiken bei kommunalen Wärmeversorgungsprojekten zu begrenzen. Gleich empfahl, sich bei der Wärmeplanung möglichst mit benachbarten Kommunen zusammenzuschließen, um Wärmepotenziale gemeinsam zu nutzen und kosteneffizient zu arbeiten.

Beispiel Markt Bad Abbach

Eine Vorreiterrolle im Bereich der kommunalen Wärmeplanung nimmt in Niederbayern der Markt Bad Abbach ein: Dort läuft seit vergangenem Jahr ein Pilotprojekt des Bayernwerks, in dem konkrete Maßnahmen zur Umgestaltung der Wärmeerzeugung im Kurort an der Donau entwickelt werden sollen. Laut Erstem Bürgermeister Dr. Benedikt Grünewald ist es das Ziel aller Beteiligten, nach einer notwendigen und sehr gründlichen Bestandsanalyse zu konkreten Umsetzungsplänen zu kommen, die wirtschaftlich und technisch sinnvolle Energielösungen für Bad Abbach aufzeigen. Wie der Rathauschef erläuterte, müsse man stets die Wirtschaftlichkeit im Auge behalten, wofür auf Jahrzehnte verlässliche Rahmenbedingungen erforderlich seien. Wichtig sei es vor allem, rechtzeitig die Großverbraucher in der Gemeinde mit ins Boot zu holen.

Schlüssel für Akzeptanz und kommunale Wertschöpfung

Die kommunale Planungshoheit als starkes Steuerungselement hob Dr. Christian Hofer vom Bayerischen Landkreistag hervor. Eine frühzeitige und gezielte Sicherung und Steuerung von Entwicklungsflächen für erneuerbare Energien könne der Schlüssel für mehr Akzeptanz und kommunale Wertschöpfung in der Energiewende sein. Um komplexe Aufgaben zu lösen und gemeinsam von der Energiewende zu profitieren, sei ein Zusammenschluss von Kommunen in Form von Regionalwerken empfehlenswert.

Wie Ludwig Friedl von der Energieagentur Regensburg darlegte, sei nicht nur die Energieerzeugung, sondern auch deren Speicherung zunehmend bedeutsam. Funktionierende Speichertechnologien seien bereits verfügbar und würden bei künftig geplanten Vorhaben noch an Wichtigkeit gewinnen. Auch Friedl wies darauf hin, dass eine frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung die Akzeptanz für etwaige Projekte vor Ort erhöhen könne. Dabei gelte es vor allem, Vorurteile abzubauen. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

GZ PINOS WELT



Der Bürgermeister erzählt derzeit gerne eine Geschichte, in der es um einen Brief eines Jugendlichen an Bundeswirtschaftsminister Habeck geht. Jener junge Mann schildert eine Geschäftsidee. Er verteile morgens vor der Schule in seiner Nachbarschaft die aktuellen Tageszeitungen und sonntags in einem etwas größerem Umfeld Sonntagszeitungen. Da immer mehr Sonntagszeitungen jetzt bereits am Samstag erschienen und überhaupt die Nachfrage nach Zeitungen zurückgehe, wolle er seinen Kunden in Zukunft anbieten, mit der Zeitung auch Semmeln, Brez'n oder anderes Frühstücksgebäck zu liefern. Auch eine Expansion habe er als langfristig denkender Jungunternehmer im Auge: Backwaren für Nichtzeitungsleser, weil diese Zielgruppe stetig wächst. Das alles wolle er nicht mit seinem alten Mofa erledigen, sondern per Fahrrad. Damit dieses umsetzbar sei, hätte er gern einen Bundeszuschuss zum Kauf eines solchen als Transformationshilfe. Ein ausreichend robustes wie leichtgängiges Rad sei schon für 1.200 Euro zu haben. Seine Eigenleistung läge entsprechend dem jüngsten Kassensturz bei 300 Euro, 150 gäben seine Eltern dazu, so dass der Bund nur noch 750 Euro Zuschuss für den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität und für die Förderung eines in guter deutscher Tradition völlig analogen Start-ups beisteuern müsse.

Deutschland hat schwere Subventionitis

Gut, diese Geschichte dürfte eher in die Kategorie „wenn nicht wahr, so gut erfunden" gehören, aber sie kommt beim Erzählen immer gut an und die Kernbotschaft versteht jeder (Zeitungsleser): Deutschland hat schwere Subventionitis.

So erhält der schwedische Konzern Northvolt für den Bau einer Batteriefabrik im Land zwischen den kalten Meeren 902 Millionen Staatsknete, obwohl der auf einem Auftragsbestand von 50 Milliarden Euro sitzt. In Magdeburg will der Weltkonzern Intel 30 Milliarden Euro in eine Chipfabrik investieren, wovon 9,9 Milliarden aus öffentlichen Kassen kommen sollen. Also machen die Subventionen weiiiiit unter einem Drittel der Investitionssumme aus. Eine kleinere Investition in Sachen Chips planen Wolfspeed und ZF im kleinen Saarland. Zwar beläuft sich die Investitionssumme auf nur 2,7 Milliarden Euro, die Konzerne haben aber schon klar bekundet, dass der Löwenanteil aus staatlichen Zuwendungen bestehen muss oder es isch over.

Zudem fügt sich Termin an Termin, bei dem der Bundeswirtschaftsminister mit maximaler PR-Show Förderbescheide an Stahlunternehmen und andere energieintensive Produzenten übergibt, mit denen die Umstellung auf klimaneutrale Energien, vorzugsweise grünen Wasserstoff, gefördert werden soll.

Wundert es da, wenn so Fake-Geschichten wie die vom geplanten Semmelexpress die Runde machen? Klar, es gibt einen großen Investitionsfonds in Amerika und China subventioniert seine staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen, als ob Geld Konfetti wäre (was der Renminbi auch bald werden könnte). Aber ist es wirklich klug, auf dieses Karussell aufzuspringen und nach dem Gießkannenprinzip oder auf Zuruf Steuergelder unter die Leute zu bringen? Wäre nicht zuerst eine Grundsanierung der Standortbedingungen sinnvoller?

Wenn Unternehmen nur noch investieren, weil sie Subventionen erhalten, dann läuft etwas schief. Wenn man sich den Luxus eines Hochsteuerlandes erlaubt, das Unternehmensgewinne mit mehr als 30 Prozent besteuert und auch noch den Solidaritätszuschlag am verfassungsrechtlich bedenklichen Leben erhält, dann sind doch Subventionen nur vor die Klammer gezogene Steuergutschriften für wenige Auserwählte. Der Rest, kleine Handwerker und Mittelständler, müssen sich krummlegen, damit der Kanzler, der Wirtschaftsminister und die Ministerpräsidentin in einer saarländischen Industrieruine funkelnde Siliziumscheiben in die Kameras halten können.

Was sind dagegen die Bauchaufschwünge, die Gemeinden machen müssen, wollen sie mal die Ansiedlung eines Betriebes durch ein verbilligtes Grundstück fördern. Dann wird immer schnell die Gleichheitskeule geschwungen. Aber im Großen erinnert sich niemand an den Satz des ehemaligen britischen Premiers Harold Macmillan: „Staatliche Planwirtschaft ist wie ein prachtvoller Baum mit weit ausladender Krone. In seinem Schatten wächst nichts."

Ihr Pino

Landkreis München:

Erfolgreicher Start für das Klimaanpassungskonzept

Landkreis und Kommunen arbeiten gemeinsam an Lösungen für eine klimaresiliente Zukunft

Klimaanpassung ist deutschlandweit bereits in vielen Kommunen eine Erfolgsgeschichte. Investitionen in Klimaanpassung sind Investitionen in eine lebenswerte Gemeindeinfrastruktur, eine widerstandsfähige Wirtschaft, die Gesundheit, Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen vor Ort. Auch der Landkreis München hat sich zusammen mit 27 beteiligten Kommunen dazu entschlossen, bis Ende 2025 ein Klimafolgenanpassungskonzept zu erstellen. Dieses soll die Grundlage für eine umfassende und effektive Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels schaffen. Mitte März fiel im Festsaal des Landratsamts der Startschuss für das Projekt.

Die Herausforderungen des Klimawandels erfordern gemeinsames Handeln auf lokaler Ebene. Um dieser Verantwortung nachzukommen und den Landkreis widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu machen, soll in den kommenden Jahren ein Klimaanpassungskonzept für den Landkreis erarbeitet werden, mithilfe dessen gezielte Maßnahmen geplant und umgesetzt werden können. Im Rahmen des Konzepts werden diejenigen Themenbereiche und Kommunen im Landkreis München identifiziert, die besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels sind. Darauf aufbauend sollen gezielte Maßnahmen zur Risikominderung entwickelt werden. Basierend auf den identifizierten Vulnerabilitäten werden maßgeschneiderte Anpassungsstrategien entwickelt, um den Landkreis widerstandsfähiger gegenüber Hitze, Dürre, Starkregen und anderen klimatischen Extremen zu machen. Mit der Klimaanpassung gehen zusätzliche Vorteile einher: Neben der Minderung von Risiken und Schäden kann sie zu einer Verbesserung der Lebensqualität insbesondere für zukünftige Generationen, zur Schonung und Erhaltung natürlicher Ressourcen sowie zu wirtschaftlichen Chancen führen.

Auftaktveranstaltung Mitte März

Mitte März fand nun der Auftakt zum „Integrierten Klimaanpassungskonzept für den Landkreis München und seine kreisangehörigen Kommunen" im Landratsamt München statt. Eingeladen waren neben den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern insbesondere die Klima- und Umweltreferenten der Kommunen sowie Vertreterinnen und Vertreter externer Organisationen. Rund eineinhalb Stunden dauerte die Veranstaltung, die aus zwei Vorträgen und einem interaktiven Teil bestand. Luisa Ehmke, Klimaanpassungsmanagerin im Landratsamt München, gab einen Überblick über den Ablauf der Konzepterstellung, die Zielsetzungen sowie die geplante Akteursbeteiligung. Im Anschluss stellten Vertreterinnen der beiden begleitenden Fachbüros die Bedeutung der interkommunalen Klimaanpassung sowie erste Ergebnisse der Bestandsaufnahme zu den Klimaveränderungen im Landkreis München vor.

Danach hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, Erkenntnisse zu schildern und in den Austausch mit den anderen kreisangehörigen Kommunen zu treten. Dabei wurden bereits erste Betroffenheiten in den Kommunen identifiziert und diskutiert.

Hitzeinseln

Aus den letzten Jahren sind Ereignisse wie Hochwasser, Hagel, hohe Schneelasten und Hangrutsche im Landkreis bekannt, aber auch Infrastrukturen, wie Kläranlagen und Energieversorgung sind betroffen. Ergebnisse wie die Bildung von Hitzeinseln, die eigentlich in jeder Kommune lokalisiert werden können, regten gerade die Vertreterinnen und Vertreter aus benachbarten Kommunen zu Gesprächen an.

Die direkte Einbindung der Teilnehmer aus den beteiligten Kommunen, dem Landratsamt sowie von externen Organisationen aus dem Landkreis ist ein wesentlicher Baustein, um gemeinsam Strategien zu entwickeln, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Gegebenheiten vor Ort zugeschnitten sind. Dies wird im Rahmen des zweijährigen Projektes mithilfe mehrerer Workshops fortgeführt.

Online-Befragung

In den kommenden Wochen wird es zudem eine Online-Befragung der Beteiligten geben, um konkret und im Detail Erfahrungen mit den Folgen des Klimawandels und Betroffenheiten zu erfassen und bewerten zu können. Im Anschluss bilden Workshops mit Expertinnen und Experten aus den Kommunen und aus dem Landratsamt die Basis für die Betroffenheitsanalyse und die Entwicklung von Maßnahmenvorschlägen für die beteiligten Kommunen und das Landratsamt.

Auswirkungen des Klimawandels spürbar

Landrat Christoph Göbel betonte am Rande der Veranstaltung die Bedeutung des neuen Projekts: „Der Landkreis München setzt sich seit vielen Jahren intensiv und auch sehr innovativ mit dem Thema Klimaschutz auseinander. Das zeigen nicht zuletzt Projekte wie unsere Aktion Zukunft+. Mit dem Klimaanpassungskonzept gehen wir nun einen Schritt weiter und nehmen neben dem Schutz unseres Klimas auch die Folgen des fortschreitenden Klimawandels in den Blick. So sind wir in der Lage, konkrete Perspektiven und Lösungen zu entwickeln, um uns bestmöglich an veränderte klimatische Bedingungen anzupassen."

Dass die Notwendigkeit besteht, sich mit der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu beschäftigen, zeigt ein Blick auf die harten Fakten: 2024 lag die Durchschnittstemperatur im Landkreis München im Februar zwischen sechs und acht Grad Celsius, während der Normalwert innerhalb der letzten dreißig Jahre nur knapp über dem Gefrierpunkt lag. Auch die Prognosedaten des Deutschen Wetterdienstes deuten darauf hin: Ohne Klimaanpassung und -schutz könnte es im Landkreis München bis zum Ende des Jahrhunderts eine Erwärmung um vier Grad Celsius geben.

Frühwarnsysteme, Schutzinfrastrukturen, Evakuierungspläne

Steigende Temperaturen können besonders bei vulnerablen Gruppen, wie Kindern und Senioren, zu Gesundheitsproblemen wie Hitzeschlag, Dehydrierung und Atemwegserkrankungen führen. Das Klimaanpassungskonzept setzt genau hier an: Es kann die öffentliche Gesundheit schützen, indem es beispielsweise Kühlpunkte einrichtet, körperliche Aktivität in kühleren Stunden fördert und die Luftqualität verbessert. Überregional können im Rahmen des Klimaanpassungskonzepts Frühwarnsysteme, Schutzinfrastrukturen und Evakuierungspläne entwickelt werden, um die Häufigkeit extremer Wetterereignisse wie Stürme, Starkregen, Überschwemmungen, Dürren und Hitzewellen einzudämmen und somit der Erwärmung der Erdatmosphäre und der Ozeane entgegenzuwirken. ❐

Landkreis Dachau:

Schafkopfspielen für den guten Zweck

„Was wir brauchen, ist ein Kinderarzt und die Sicherung der Refinanzierung unseres Neubauprojekts“

2.300 Euro wurden Ende März beim 1. Kommunalen Schafkopfturnier im Schlossgut Odelzhausen insgesamt erspielt. Sie gehen komplett an Hilfsprojekte. Den Löwenanteil davon erhält auf Beschluss der drei Schirmherren – Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter und Initiator Stefan Löwl, Landrat im Landkreis Dachau – das heilpädagogische Kinderheim „die wiege“ in Odelzhausen. Gemeinsam mit Bezirksrätin Stephanie Burgmaier und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel übergab Löwl nunmehr 1.150 Euro an wiege-Heimleiter Thilo Wimmer. „Wir können die Spende, die 1:1 an die Kinder und Jugendlichen geht, gut gebrauchen! Während Corona haben viele Therapiemöglichkeiten gelitten, die wir jetzt wieder aufnehmen. Zwei unserer Kinder besuchen z.B. gerade einen Schwimmkurs, was uns sehr stolz macht. Auch für gemeinsame Ausflüge und andere Aktivitäten kommt uns die Hilfe sehr gelegen“, so Wimmer.

Zielsetzung der „wiege“ ist die individuelle, bedarfsgerechte und ganzheitliche Förderung, Bildung und Erziehung, Pflege und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Landrat Löwl ist sich sicher, dass das Geld hier sinnvoll verwendet wird: „Man kann nur immer wieder dankbar sein, dass es solche Einrichtungen wie „die wiege“ gibt, die sich um die Schwächsten in unserer Gesellschaft kümmern.“

Im Jahr 1966 unter bescheidenen Bedingungen als privates Säuglingsheim von Elisabeth Barth gegründet, bietet das Haus heute in fünf Wohngruppen – verteilt auf fünf Gebäude – Platz für 35 Kinder und Jugendliche mit schweren, oft multiplen Behinderungen. Ein 90-köpfiges engagiertes und hochmotiviertes Team stellt eine liebevolle Rund-um-Versorgung nach modernsten medizinischen, therapeutischen und pädagogischen Standards sicher.

Trotz eines spürbaren Fach- und Hilfskräftemangels in der Heilerziehungspflege, Pflege und Pädagogik ist „die wiege“ bald 60 Jahre nach ihrer Gründung für die Zukunft personell gut aufgestellt. Ein Blick in die Historie der Einrichtung auf der Internetseite www.die-wiege.info verrät, dass oft Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eine lange Beschäftigungszeit zurückblicken; viele Jubiläen sind aufgelistet. „Hier arbeitet man gerne, jeder schätzt das familiäre Umfeld. Einen Fachkräftemangel haben wir nicht“, sagt Wimmer. Schwieriger ist die Suche nach einem Kinderarzt oder einer Kinderärztin, die auch ins Haus kommen: „Wenn hier jemand weiterhelfen kann, möge er oder sie sich bitte melden!“

Geschäftsführer und Enkel der Gründerin des Kinderheims Philipp Barth ergänzt, dass für die mittelfristige Sicherung des Heims dringend barrierefreier Wohnraum für die Kinder und Jugendlichen geschaffen werden muss. Bereits seit 2017 versucht Familie Barth die Refinanzierung des Kinderheim-Neubaus zu sichern. Mit dem Neubau der Einrichtung können auch weitere dringend erforderliche Heimplätze in Bayern geschaffen werden. Ein sehr gut geeignetes Grundstück in Odelzhausen dafür ist vorhanden und die Baupläne sind von der Regierung von Oberbayern und dem Gemeinderat bereits bewilligt. Zur Sicherung der Refinanzierung einer neuen Einrichtung bittet „die wiege“ um Mithilfe von Politik und Wirtschaft.



Begeisterte Mitspieler beim 1. Kommunalen Schafkopfturnier v.l.: Oberbürgermeister Dieter Reiter, Landeshauptstadt München, Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau, Landrätepräsident Thomas Karmasin, Landrat im Landkreis Fürstenfeldbruck sowie Landrat Stefan Frey, Landkreis Starnberg. Bild: LRA Starnberg

Mit dem Bezirk Oberbayern besteht eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung, die laufenden Kosten werden aus dem Sozialhilfefonds des Bezirks bestritten. „Die wiege ist die einzige private Einrichtung in Bayern, die Heimplätze im Kinder- und Jugendbereich anbieten kann. Außerdem ist sie eine von nur vier Einrichtungen in Bayern, die auch Kinder unter drei Jahren aufnehmen darf“, Bezirksrätin Stephanie Burgmaier betont die Wichtigkeit dieses Hauses.

Sieger des Schafkopfrennens wurde der Dachauer Kreisrat und 2. Bürgermeister von Röhrmoos, Arthur Stein. Den zweiten Platz machte Günther Meilhaus. Dritter wurde Josef Märkl, Gemeinderat Bergkirchen. Der Rest des Preisgeldes fließt in gemeinnützige Einrichtungen, die von den drei Gewinnern benannt wurden (Dachauer Tafel, Krieger- und Soldatenverein Odelzhausen und die Schützengesellschaft Pachara 1885 Unterbachern e.V.).

Als Sponsoren fungierten die Sparkasse Dachau, der Bayerische Bauindustrieverband und die Bayerische GemeindeZeitung. Wichtig: Eine Neuauflage ist geplant! **CH**



V.l. GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, Heimleiter Thilo Wimmer, Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau und Bezirksrätin Stephanie Burgmaier, Bezirk Oberbayern. Bild: LRA Dachau

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9/2024, die am 3. Mai 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Teichrettung



WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 18. April 2024 75. Jahrgang Nr. 8/2024



Transporter und Kehrmaschine sind perfekt aufeinander abgestimmt.

Mit dem Unitrac ganzjährig einen Schritt voraus

Gemeinden in ganz Europa schätzen die vielseitigen und leicht zu bedienenden Unitracs von Lindner. Einer der großen Vorteile: Die stufenlosen und wendigen Transporter punkten 365 Tage im Jahr bei den unterschiedlichsten Einsätzen.

Die Bandbreite reicht vom Transport über Arbeiten mit der Kehrmaschine bis zum anspruchsvollen Winterdienst mit Streuer, Schneepflug und Schneefräse. Spitzenmodell im Transporterbereich ist der stufenlose Unitrac 122 LDrive. Zum Einsatz kommt ein Perkins-Syncro-Turbodiesel-Motor mit 4-Zylindern, der Stufe 5 erfüllt. Profis stehen 122 PS (90kW) zur Verfügung. Das Drehmoment beträgt 500 Nm bei 1.500 U/min. Ein weiteres Highlight ist das Lindner-ZF-Stufenlosgetriebe. Der Unitrac 122 LDrive fährt stufenlos bis 50 km/h, alle Einstellungen erfolgen über die LDrive-Armlehne. Die Mehr-Kreis-Hydraulik hat eine Verstellpumpe, die bis zu 88 l/min liefert.

Für Fahrkomfort steht das Hochleistungsfahrwerk mit Einzelradaufhängung und hydraulischer Federung mit Niveauregelung. Optional gibt es die 4-Rad-Lenkung, die den Unitrac sehr wendig macht. Durchblick bei Nebel oder in der Nacht gewährleistet der Voll-LED-Hauptscheinwerfer inklusive LED-Tagfahrlicht und zusätzlichen LED-Scheinwerfern oben. Bis zu 6.000 kg Nutzlast und gute Zugkraft ermöglichen schwere Transportarbeiten. Gemeinsam mit bewährten Gerätepartnern stellt Lindner effiziente Komplettlösungen zur Verfügung: vom Schneepflug bis zum 3-Seiten-Kipper mit Kran.

SONDERDRUCK LINDNER

Lintrac mit Noremat: Gut gepflegter Straßenrand

Lindner und das französische Unternehmen Noremat haben eine Profi-Lösung für die Pflege von Straßen und Wegenetzen im Programm. Der Lintrac mit Noremat ist der Spezialist für die professionelle Pflege von Straßenrändern.

Die wendigen und kompakten Modelle sind für professionelle Dienstleister maßgeschneidert. Ein Highlight ist die eigens konstruierte Fahrerkabine. Der Böschungsmäher mit Knickarm arbeitet seitlich des Fahrers. Er hat so gute Sicht auf das Anbaugerät. Auf der rechten Seite ist eine Polycarbonatscheibe eingebaut. Kracht ein Stein gegen die Windschutzscheibe, wird der Fahrer geschützt. Der Fahrer steuert die Geräte über eine eigene Armlehne mit gleitender Armauflage im Traktor. Diese ist so ergonomisch gestaltet, dass der Fahrer auch bei sehr langen Einsätzen optimale Arbeitsbedingungen vorfindet. Erhältlich sind zusätzlich Profi-Anbaugeräte wie Astschneider, Mulcher oder Leitschienen-Mähgeräte.

Sie wollen den Lintrac mit Noremat in Action auf der Großglockner Hochalpenstraße in Österreich sehen? Dann gleich QR-Code scannen und sich im Video von den Vorteilen im Praxiseinsatz überzeugen!

Der stufenlose Lintrac 100 mit Noremat punktet mit seiner kompakten Kabine. Der Motor der Stufe 5 bringt 117 PS auf die Straße. Außerdem gibt es auch den mit 136 PS stärksten Lindner-Traktor, den stufenlosen Lintrac 130, als Spezialmodell mit Noremat. Damit können auch größere Anbaugeräte problemlos verwendet werden. Fahrer haben über das Dachfenster freien Blick auf den Astabschneider: Das ist ideal beim Mähen von Alleen.

Lindner auf der IFAT

Von 13. bis 17. Mai 2024 bekommen die Besucher der IFAT beim Lindner-Stand (C5.315/414) aus erster Hand alle Informationen zum Kommunalprogramm des österreichischen Fahrzeugherstellers. Die stufenlosen und wendigen Traktoren und Transporter von Lindner punkten ganzjährig bei den unterschiedlichsten Einsätzen: vom Transport über Arbeiten mit der Kehrmaschine und dem Böschungsmäher bis zum Winterdienst mit Streuer und Schneepflug. Spitzenmodell bei den Transportern ist der Unitrac 122 LDrive, den Lindner auf der IFAT mit der speziell abgestimmten Trilety-Kehrmaschine zeigt. Alle Infos gibt es darüber hinaus zum Lintrac mit Noremat, dem Spezialisten für die professionelle Pflege von Straßenrändern.

Der Lintrac mit Noremat erfüllt die hohen Anforderungen von Kommunalprofis.





Der Unitrac spielt seine Stärken auch dort aus, wo wenig Platz ist.

Jetzt QR-Code scannen und sich im Video vom Lintrac und Unitrac im Solarpark überzeugen:

Wendig im bayerischen Solarpark

Lindner hat die maßgeschneiderten Traktoren und Transporter für Einsatzprofis in den bayerischen Kommunen im Programm. Lintrac- und Unitrac punkten aber nicht nur beim Transport, dem Winterdienst oder mit der Kehrmaschine, sondern auch bei sehr beengten Platzverhältnissen wie im Solarpark Schornhof der Anumar GmbH in Bayern. Dort wird auf mehr als 200 Hektar umweltfreundliche Sonnenenergie produziert. „Durch die Solarmodule, die auf Pfosten angebracht wurden, ist es für uns teilweise schwierig, den Park in den engen Reihenabständen zu pflegen. Hinzu kommt, dass der Solarpark auf Moorgrund errichtet wurde und wir uns an vorgegebene Mähzeiten halten müssen.

Ihre Ansprechpartner in Bayern



Gebietsverkaufsleiter Bayern

Manfred Entner

Tel. +43 (0) 5338 74 20-605

manfred.entner@lindner-traktoren.at



Gebietsverkaufsleiter Schwaben

Martin Radlingmaier

Tel. +43 (0) 5338 74 20-181

martin.radlingmaier@lindner-traktoren.at

Wir benötigen also ein Gerät, das auf großer Fläche, in den Reihen zwischen den Modulen und auf Moorgrund effektiv arbeitet. Der Unitrac von Lindner erfüllt alle diese Anforderungen“, erläutert Johannes Kögl, Leiter Betrieb bei Anumar.



Smarte Transporter

TracLink unterstützt Unitrac-Fahrer bei der Bedienung aller Anbaugeräte und sorgt immer für die optimale Abstimmung von Fahrzeug und Gerät. Außerdem erstellt es eine automatische Einsatzdokumentation, z.B. ein Streuprotokoll. So kann bequem nachverfolgt werden, welches Gerät wie lange im Einsatz war und wie viel Material verwendet wurde. Die Daten werden automatisch im TracLink-Portal gespeichert. Neben Lindner-Fahrzeugen kann der gesamte Fuhrpark mit dem System ausgerüstet werden.

Kommunalforum Alpenraum: „KI muss es Menschen leichter machen“

Künstliche Intelligenz ist mehr als ChatGPT: Gemeindevertreter aus Südtirol, Tirol und Bayern informierten sich beim Kommunalforum Alpenraum 2024 grenzüberschreitend über die Einsatzmöglichkeiten der KI.

Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB (Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern), zeigte in seinem Impulsvortrag auf, wie KI die Verwaltung effizienter machen kann und was konkrete Einsatzgebiete sind: von der vorbeugenden Wartung von Straßen bis zu Chatbots, die eine Bürgerkommunikation rund um die Uhr ermöglichen.

Sein Appell an die Kommunen: „Probieren Sie die KI aus!“ David Lindner und Josef Astner von Lindner Traktoren gaben anschließend einen kompakten Einblick, wie Künstliche Intelligenz und smarte Lösungen in Traktoren und Transportern bereits heute die Arbeit von Gemeinden erleichtern – zum Beispiel im Winterdienst.

In einer Talkrunde tauschten sich Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Franz Rasp (Bayerischer Gemeindetag), Fritz Fahringer (Standortagentur Tirol) und Peter Raggl (Direktor Tiroler Bauernbund) über die Chancen und Risiken der KI im kommunalen Sektor aus. KI müsse dazu beitragen, es den Bürgerinnen und Bürgern leichter zu machen, so der Tenor. Und eine weitere breite Forderung: Bei allen KI-Anwendungen müssen Ethik und Datenschutz in Einklang gebracht werden.



Blickten in die KI-Zukunft der Gemeinden (v.l.): Lindner-Geschäftsführer David Lindner, Hermann Lindner, Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Franz Rasp (Bürgermeister Berchtesgaden und Vertreter des Bayerischen Gemeindetags) und AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer.



Zahlreiche Gemeindevertreter aus dem Alpenraum informierten sich darüber, wie Künstliche Intelligenz ihren Arbeitsalltag verändern wird.

Über das Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative von Lindner Traktoren. Partner sind der Südtiroler Gemeindenverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Österreichische Gemeindebund, Forum Land, der Bayerische Gemeindetag, die Standortagentur Tirol, die Tiroler Tageszeitung, die Bayerische GemeindeZeitung und Bauhof-online.

Alle Infos auf www.kommunalforum-alpenraum.eu und auf LinkedIn.

Familienunternehmen seit vier Generationen

Vor mehr als 75 Jahren hat Lindner den ersten Traktor produziert. Heute fertigt Lindner in Kundl jährlich 1.200 Traktoren und Transporter. Seit 1948 hat Lindner 80.000 Traktoren ausgeliefert und zählt heute 40.000 Kunden – von Bayern bis nach Kanada. Lindner beschäftigt 273 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Geschäftsführer sind David, Christoph und Stefan Lindner.

Lindner im Internet: lindner-traktoren.at

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

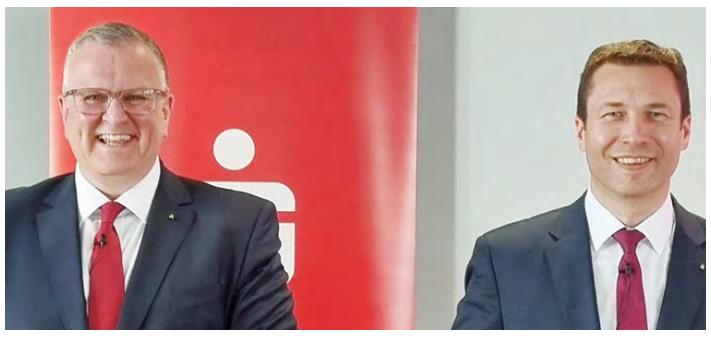
Bilder: Lindner
Gestaltung: Britta Eriskat
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Druck: Creo-Druck, Bamberg
Verlag: Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 3. Mai 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 9









BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kleiner CSU-Parteitag in München:

Endspurt im Europa-Wahlkampf

Knapp sechs Wochen vor der Europawahl leitete die CSU beim kleinen Parteitag in München die heiße Phase des Wahlkampfes ein. Auf dem Programm standen Grundsatzreden von Parteivorsitzendem Dr. Markus Söder und CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber, sowie ein gemeinsam verabschiedeter Wahlaufruf.

CSU-Chef Söder schwor die Partei auf den Europa-Wahlkampf ein: „Dieser Parteitag soll überzeugen, er soll aber auch mobilisieren. Wir wollen diese Wahl gewinnen und am besten sieben Abgeordnete plus x in das Europäische Parlament senden. Wir sind die bayerische Stimme in Europa und der Welt."

„Die CSU ist die Europapartei. Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland und Europa unsere Zukunft. Europa sichert den Frieden, stärkt die Wirtschaft und Europa ist die Chance auf Freiheit", fuhr Söder fort. Zugleich sei die Europawahl am 9. Juni aber auch eine wichtige Abstimmung über die Politik der Ampel-Regierung in Berlin: „Die Ampel löst keine Probleme, die Ampel ist das Problem!"

Für ein Europa der Freiheit

EVP-Fraktionschef und CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber zog eine positive Bilanz der zurückliegenden Legislaturperiode. Wesentliche Punkte des letzten CSU-Europawahlprogramms habe man angepackt und durchgesetzt. So sei das kürzlich beschlossene Migrationspaket der EU „CSU pur", denn: „Der Staat entscheidet, wer nach Europa kommt und nicht die Schlepperbanden!"

Mit Blick auf die Grünen und das Verbrenner-Verbot ab 2035 stellte Weber klar: „Wir stehen für ein Europa der Freiheit und nicht der ideologischen Besserwisserei und Verbote." Der Spitzenkandidat rief dazu auf, den „European way of life" zu stärken. „Wer CSU wählt, der wählt eine Partei, die stolz auf dieses Europa ist, die einen klaren Plan hat, eine klare Idee und auch die Ambition hat, dieses Europa in eine starke Zukunft zu führen."

Mit Blick auf den Kampf gegen Kindesmissbrauch und rechtsfreie Räume im Internet forderte Weber mehr Kompetenzen für Polizei und Justiz in Europa. Als Partei der inneren Sicherheit müsse sich die CSU in Brüssel in den kommenden Jahren dafür stark machen, hundertprozentige Rechtssicherheit für Onlineuntersuchung und Vorratsdatenspeicherung zu bekommen. Ermittler würden bislang immer wieder an fehlenden Möglichkeiten verzweifeln, Beweise im gleichen Maß zu sichern, wie es in der analogen Welt selbstverständlich sei.

Beim Thema Einlagensicherung unterstrich Weber: „Wir sagen Ja zur Bankenunion, lehnen aber ab, dass diejenigen, die kein Risiko für die Bankenstabilität Europas darstellen, gezwungen werden, in diese Einlagen einzubezahlen. Wir kämpfen für unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken!"

Mit ihrem Wahlaufruf „Für ein starkes Bayern in Europa" hoben die Delegierten die immense Bedeutung der Europawahl für den Kontinent hervor. Es gelte, die enormen Herausforderungen – Europas Frieden zu sichern, die Migrationskrise zu beenden und den Wohlstand nachhaltig zu erhalten – mit aller Kraft anzupacken. Dabei setzt die CSU auf folgende Schwerpunkte: Friedenssicherung, Migrationsbegrenzung, Innovationen, Wertschätzung der Landwirtschaft und Schuldenverzicht. **DK**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried



V.l.: Gunzenhausens Erster Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, KI-Spezialist Vinzent Ellissen, Gemeindetagsvizepräsidentin Dr. Birgit Kreß und Gmeindetags-Direktor Stefan Graf. Bild: JK

Bayerisches Energie- und WasserkraftForum:

Mehrwert durch Erneuerbare

Gelungene Premiere in Gunzenhausen: Erstmals veranstaltete die Bayerische GemeindeZeitung das Bayerische Energie- und WasserkraftForum gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindetag. „Das macht uns sehr stolz. Damit stellen wir eine noch bessere Versorgung mit relevanten Themen für unsere Besucher und Partner sicher", stellte GZ-Verlegerin Constanze von Hassel fest. Breiten Raum nahm dabei die am 1.1.2024 in Kraft getretene Kommunale Wärmeplanung ein.

Mehr als 300 Teilnehmer informierten sich in Gunzenhausen über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Beispiele.

Gäste, Partner, Aussteller, Referentinnen und Referenten

Noch mehr Aussteller als in der Vergangenheit, 39 Partner sowie 35 Referentinnen und Referenten wohnten der bewährten Fachveranstaltung bei. Forums-Kooperationspartner waren erneut VKU Bayern und die Bayerischen Energieagenturen. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin Markt Erlbach und Zweite Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags, hob in

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die **Dokumentation** der Veranstaltung erscheint in Ausgabe 12/2024 der GZ am 20. Juni.
Die **Vorträge** stehen nach Freigabe unter https://www.bayerisches-energieforum.de/ in einem geschützten Bereich zur Verfügung. Ein Passwort muss hierfür bei veranstaltungen@gemeindezeitung.de angefordert werden.
Link zum Bericht auf TV Bayern live: https://www.tvbayernlive.de/mediathek/video/bayerisches-energieforum . **DK**

OB-Konferenz zu Bürokratie:

Vertrauen reduziert Komplexität

Wie kann man Prozesse einfacher und schneller machen? Diese Leitfrage steckt hinter den Begriffen Entbürokratisierung, Vereinfachung von Förderverfahren und Diskussion über Standards, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „Was zunächst als einfache Frage erscheint, erweist sich als kompliziert und vertrackt aufgrund des föderalen Staatsaufbaus mit seinen vielfältigen Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Noch komplexer wird die Sache aufgrund europäischer Vorgaben. Der Bayerische Städtetag begrüßt, dass die Bayerische Staatsregierung und die Fraktionen im Bayerischen Landtag das Thema aufgreifen und Lösungen finden wollen. Wir erleben gerade eine Verdichtung der Debatte und setzen auf konstruktive Lösungen. Wir begrüßen den Dialog mit dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Florian Herrmann bei der Konferenz der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister in Straubing Mitte April. Dies dient dem internen Meinungsaustausch zwischen dem Chef der Staatskanzlei mit den Rathauschefinnen und -chefs von 25 kreisfreien Städten und 29 Großen Kreisstädten."

Komplizierte Regelungen

Beim Blick auf komplizierte Regelungen, wie etwa bei der Abwicklung des Wohngelds oder bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder, lässt sich laut Pannermayr ein häufiger Webfehler bei vielen Gesetzen erkennen – der kommunale Sachverstand wird zu wenig und zu spät beim Gesetzgebungsverfahren genutzt: „Die Dinge laufen besser, wenn bei der Gesetzgebung die kommunalen Ebenen mit ihrem Praxiswissen frühzeitig gehört werden und mit ihren Einschätzungen und Erfahrungen ernst genommen werden. Der Blick aus der Praxis schärft das Bewusstsein für Regelungen, die sich dann auch umsetzen lassen. Hemmende Bürokratie kann schon im Entstehungsprozess von Gesetzen, Verwaltungsvorschriften und Förderprogrammen eingedämmt werden, wenn die kommunalen Spitzenverbände früh auf Augenhöhe eingebunden werden. Leider erschweren inzwischen kurz bemessene Anhörungsfristen eine seriöse Prüfung und Beurteilung von Vorhaben."

Notwendig ist eine Verein-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Stärke durch Gemeinsamkeit

Amtseinführung von Hans-Peter Mayer als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags

Gut acht Jahre lang war Dr. Franz Dirnberger Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags. Mit einer offiziellen Verabschiedung Ende 2023 in München gab er seine aktive Arbeit in der Geschäftsstelle auf und übergab sie seinem Nachfolger Hans-Peter Mayer. Dieser wurde nun im Senatssaal des Bayerischen Landtags im Beisein zahlreicher Kommunalvertreter in sein Amt eingeführt.

„Als bisheriger Stellvertreter des Geschäftsführendenden Präsidialmitgliedes sind Sie mit dem



Hans-Peter Mayer. ❐

Verband bestens vertraut. Auch ich durfte Sie stets als verlässlichen Gesprächspartner (Beispiel: Stabilisierungshilfen) kennenlernen. Sie bringen die besten Voraussetzungen mit, um an der Verbandsspitze einen unverzichtbaren Beitrag zu leisten – zum Wohl der Menschen in Bayern", hob der Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Tobias Reiß, MdL, in seiner Begrüßung hervor. In Bayern seien die Kommunalen Spitzenverbände und der Staat Partner auf Augenhöhe. „Taten statt Worte, Substanz statt Show – dafür stehen Sie alle mit Ihrem feinen Gespür für das politisch Machbare", betonte Reiß.

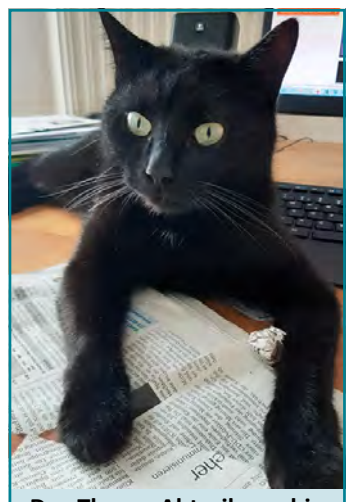
Unverzichtbare Gesprächspartner

Kommunalstaatssekretär Sandro Kirchner verlieh seiner Freude über die zukünftige Zusammenarbeit Ausdruck: Die kommunalen Spitzenverbände seien unverzichtbare Gesprächspartner, gerade auch im Hinblick auf den kommunalen Finanzausgleich. „Die Kommunen haben sich als Fundament der Demokratie bewährt. Daueraufgabe der Staatsregierung ist es, dieses Fundament weiter zu stärken."

Beste Voraussetzungen

Kirchner zufolge verfügt Hans-Peter Mayer über beste Voraussetzungen für dieses anspruchsvolle Amt. Fachliche Kompetenz und Durchsetzungsvermögen zeichneten den neuen Geschäftsführer aus, mit Herzblut habe dieser stets die Interessen der Verbandsmitglieder vertreten. Die bayerische Verwaltung sei ihm bestens bekannt, mit der bayerischen Politik sei er bestens vertraut. 25 Jahre sei Mayer für die Bereiche Personal, Organisation,

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Das Thema Abtreibung bietet alle Zutaten für einen veritablen Kulturkampf", so Pino, unser Rathauskater. Er fragt sich, weshalb die Bundesregierung es für nötig erachtet, den deutschen grauen Mittelweg, mit dem keine der extremen Seiten so richtig einverstanden war, mit dem aber beide seit 40 Jahren in Frieden leben konnten, in Frage zu stellen. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Verfassungsschutzbericht von Innenminister Herrmann 2
Berichte aus dem Maximilianeum 2
60. Geburtstag der Messe München 3
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Willkommen bei der Landesgartenschau in Kirchheim! 3
Personenstandswesen im Wandel 3
Europatagung in Ottobeuren: Europa als Chance 4
Kommunale Finanzthemen . . . . . 5 - 11
Wasser • Abwasser . . . . . 12 - 13
Bestattungswesen • GaLaBau • Kommunaltechnik . . . . 14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 18 - 20

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann stellt Verfassungsschutzbericht 2023 vor:

Besorgniserregende Entwicklung in allen extremistischen Szenen

Zunahme von Unterwanderungsversuchen – Extremisten im Antisemitismus vereint

„Es gibt keine Entwarnung, im Gegenteil: Extremisten jeglicher Couleur haben ihre Bemühungen verstärkt, die Gesellschaft zu spalten und den politischen Diskurs mit ihren Positionen zu unterwandern." Das erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2023 in München.

„Gerade bei Demonstrationen der bürgerlichen Mitte, gleich ob zum Klimawandel, zur Zukunft der Landwirtschaft oder zum Nahostkonflikt, mischen sie sich als Trittbrettfahrer unter die Menschen, um ihre eigene extremistische Agenda voranzubringen", so Herrmann. Eine weitere erschreckende Gemeinsamkeit sieht der bayerische Innenminister im Wiedererstarken des Antisemitismus: „In nahezu allen extremistischen Szenen erleben wir Scharfmacher, die aus ganz unterschiedlicher Motivation gegen Israel hetzen! Sie nehmen an pro-palästinensischen Versammlungen teil, nutzen die sozialen Medien, um Hass, Propaganda oder Fake News zu verbreiten und infiltrieren auch unsere Universitäten."

Brandbeschleuniger Nahostkonflikt

Der Nahostkonflikt wirkt nach Herrmanns Worten in der islamistischen Szene wie ein Brandbeschleuniger: „Islamistische Gruppierungen instrumentalisieren den Krieg und stellen Muslime weltweit als Opfer dar. Die Gefahr einer emotionalen Radikalisierung ist hoch." Von groß angelegten islamistischen Terroranschlägen ist Deutschland 2023 dank der hervorragenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zwar verschont geblieben, jedoch beweise nicht nur ein Blick auf den jüngsten Anschlag bei Moskau die ungebrochene Gefährlichkeit islamistischer Terroristen. „Propagandaorgane des IS-Ablegers ISPK rufen verstärkt zu Anschlägen auch in Europa auf – dabei stehen vor allem Großereignisse wie Konzerte oder Sportveranstaltungen im Fokus. Wir sind daher auch mit Blick auf die bevorstehende Fußball-Europameisterschaft sehr wachsam", kündigte Herrmann an.

Der Nahostkonflikt hat eine weitere beunruhigende Entwicklung zur Folge: Der Hass auf Israel und jüdische Mitmenschen vereint ideologisch extremistische Akteure aus unterschiedlichen, größtenteils verfeindeten Spektren. Exemplarisch nannte Herrmann säkulare palästinensische Extremisten und türkische Links- und Rechtsextremisten. „Der auslandsbezogene Extremismus ist zuletzt durch die starke Emotionalisierung im Nahostkonflikt deutlicher in Erscheinung getreten." Zum Beispiel auch in München: „Die Gruppierung „Palästina spricht München" erweckt bei Versammlungen einen gemäßigten Anschein, verbreitet über die sozialen Medien aber ungeniert antisemitische Inhalte."



Die EnergieForums-Chefs „auf Augenhöhe": Gemeindetagsdirektor Stefan Graf und GZ-Geschäftsführerin Theresa von Hassel. Bild: JK

Bei Extremisten rechts und ...

Das rechtsextremistische Personenpotenzial ist von 2.590 im Jahr 2022 auf 2.725 in 2023 angestiegen. „Das ist hauptsächlich Folge der deutlichen Steigerung der Mitglieder der Jungen Alternative", sagte der Minister. „Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Straftaten ist erfreulicherweise von 787 auf 476 gesunken – ein Minus von fast 40 Prozent!", so Herrmann. Allerdings haben sich die Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr auf nunmehr 52 mehr als verdoppelt. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes bestätigen, dass sich verfassungsfeindliche Tendenzen innerhalb der AfD weiter ausbreiten. Auch habe die Vernetzung der Partei in das extremistische „Vorfeld" im letzten Jahr qualitativ und quantitativ zugenommen.

Auch die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter erfahre weiter Zulauf: „2023 wurden in Bayern 5.406 Personen als Reichsbürger identifiziert – ein neuer Höchststand!" Auffällig dabei: Auch das gewaltorientierte Personenpotential ist auf 500 Personen angewachsen (2022: 450). Positiv hob Herrmann die Entwaffnung der Reichsbürgerszene in Bayern hervor. „2023 wurde gegen alle insgesamt identifizierten 29 mutmaßlichen Reichsbürger mit Waffenerlaubnissen Widerrufsverfahren eingeleitet."

Die deutsche linksextremistische Szene vertritt überwiegend pro-palästinensische Positionen, bis hin zur Verharmlosung oder gar Leugnung der HAMAS-Massaker. „Offenkundig setzt sich ein Großteil der Szene nur dann für Menschenrechte ein, wenn dies dem eigenen ideologischen Weltbild dient." Dies wirft ein Schlaglicht auf den in der Szene seit jeher vorhandenen Antizionismus als eine Spielart des Antisemitismus. Besorgniserregend sind laut Herrmann auch die Beeinflussungsversuche an deutschen Universitäten, mit denen durch aggressive Anfeindungen pro-israelische Meinungen unterdrückt werden sollen.

... links keine Entwarnung

Auch wenn das Personenpotenzial der linksextremistischen Szene mit 3.260 (2022: 3200) im Jahr 2023 relativ stabil geblieben und bei den gewaltorientierten Personen ein leichter Rückgang auf 840 (Vorjahr 880) zu verzeichnen ist, bestehe kein Anlass zur Entwarnung: Linksextremistische Straftaten sind 2023 auf 378 (Vorjahr: 364) gestiegen. Besorgniserregend findet Herrmann insbesondere die Zunahme der Gewaltdelikte um rund 17 Prozent auf nunmehr 49: „Gewalt gegen Personen als Mittel der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wird immer mehr akzeptiert. Das zeigen auch die Kampfsporttrainings, die von Szeneangehörigen besucht werden", so Herrmann. „Zudem haben unsere Verfassungsschützer allein im vergangenen Jahr 21 Brand- und Sprengstoffdelikte festgestellt – in 11 Fällen Angriffe auf die Infrastruktur."

Herrmanns Fazit: „Extremisten haben an einem Auseinanderdriften der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen und einer schwindenden Akzeptanz der Demokratie ein großes Interesse: Es bringt sie ihrem Ziel näher, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat zu zerstören. Damit diese Rechnung nicht aufgeht, dürfen wir den Grundkonsens über die uneingeschränkte Geltung der Grundrechte und die Wertschätzung des Andersdenkenden niemals aufgeben." ❐

Kommunikation in kommunalen Projekten

Angebot in den Schulen der Dorf- und Landentwicklung

Viele Projekte von Kommunen sind zur Zielscheibe von Einzelinteressen, emotionaler Kritik und zum Beweis eines generellen Unverständnisses geworden. Das hat viele unterschiedliche Gründe – einer aber ist immer dabei: der Verzicht auf frühzeitige Kommunikation. Für Theresa Schäfer, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten, ein wichtiger Grund, Bayerns Kommunen ein entsprechendes Seminarangebot zu unterbreiten.

Formale Verfahren reichen längst nicht mehr aus, um Wissenslücken, Ängste und Vorstellungen einzufangen und zu allseitigem Wohlwollen zu formen. Zu viele Interessensgruppierungen sind bei kommunalen Vorhaben bereit, ihre Sicht der Dinge als allgemeingültig zu positionieren. Und damit richten sie, allein aufgrund der damit einhergehenden Verzögerung der Vorhaben, jährlich Milliardenschäden an, was die ohnehin klammen Haushalte der Kommunen zusätzlich belastet.

„Es ist an der Zeit, sich über eine sinnvolle Kommunikationsstrategie Gedanken zu machen", meint Theresa Schäfer. „Mit unserer Referentin Gisela Goblirsch haben wir einen absoluten Profi mit großem Erfahrungsschatz. Das neue zweitägige Praxisseminar wurde aus ihrem neuesten Buch entwickelt, das im August beim Haufe-Verlag erscheint. In unserem Seminar gibt es einen Theorieteil mit vielen Beispielen und einen Praxisteil, in dem eigene Projekte und Vorhaben diskutiert und im Sinne einer guten Kommunikation vorbereitet werden können."

Online-Seminar am 14. und 15. Mai

Das Projektkommunikations-Seminar wird am 14. und 15. Mai angeboten und soll möglichst vielen Rathauschefs und Fachleuten aus den Bauämtern zugänglich sein. Deshalb wird das Seminar online stattfinden. „Wir raten dazu, sich in kleinen Teams (zwei bis drei Personen) anzumelden, damit das Wissen aus dem Seminar möglichst reibungslos in den Rathäusern angewendet werden kann", so Schäfer.

Informationen und Anmeldungen: https://www.sdl-thierhaupten.de/veranstaltungen/25/kommunikation-in-kommunalen-grossprojekten-online. ❐

Gutachten zum Abgeordnetengesetz

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat ein Rechtsgutachten zum Bayerischen Abgeordnetengesetz in Auftrag gegeben.

Prof. Dr. Tristan Barczak, LL.M. vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und das Recht der neuen Technologien an der Universität Passau hat sich bereit erklärt, ein Gutachten zur Einführung einer sogenannten „Extremismusklausel" im Bayerischen Abgeordnetengesetz zu erstellen. Das Gutachten soll noch vor der Sommerpause vorliegen und den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden.

„Ich empfinde es als gefährliche Lücke, dass wir es derzeit zulassen müssen, dass Verfassungsfeinde von Steuergeldern bezahlt werden", erklärte Aigner hierzu. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Gleitsmann
Markt Wachenroth
am 13.5.

Bürgermeisterin
Barbara Wilhelm
Gemeinde Pentling
am 14.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Deichl
Gemeinde Schmidgaden
am 4.5.

Bürgermeister
Dieter Möhring
Gemeinde Aidhausen
am 13.5.

Bürgermeister Alfons Neumeier
Gemeinde Salching
am 14.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Schreff
Gemeinde Altfraunhofen
am 5.5.

Bürgermeister Michael Müller
Stadt Geretsried
am 5.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Schmidt
Markt Ipsheim
am 6.5.

Bürgermeister
Martin Dannhäußer
Stadt Creußen
am 9.5.

Bürgermeister Reinhard Dorn
Gemeinde Lautrach
am 12.5.

Bürgermeister André Eckardt
Gemeinde Burgberg
am 15.5.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Franziska Mettmann
Gemeinde Mönchsroth
am 6.07.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Mehrwert durch ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ihrem Grußwort die Bedeutung der Wasserkraft hervor. In Bayern sorgten 4.200 Wasserkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 2,9 GW in hohem Maße für eine grundlastfähige Absicherung. Somit sei die Wasserkraft neben Wind und Sonne eine immens wichtige Energiequelle, so Kreß.

Mit Blick auf die Kommunale Wärmeplanung warnte die Vizepräsidentin vor einer „vorzeitigen Beauftragung und Schnellschüssen". Die bereits von zahlreichen Landkreisen auf den Weg gebrachten Energienutzungspläne könnten hier eine wertvolle Vorarbeit leisten. Hier würden Daten erhoben, auf die die Kommunen zurückgreifen dürfen.

Kommunale Wärmenetze

„Bei uns im ländlichen Raum gibt es bereits in vielen der 14 Ortsteile Wärmenetze, die teilweise über Biogas oder andere Energieträger gespeist werden", berichtete Gastgeber Karl-Heinz Fitz, Erster Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen. Aktuell sei man gerade dabei, ein Baugebiet mit 90 Bauplätzen zu realisieren und ein kaltes Nahwärmenetz aufzubauen. „Im Neubaubereich, wo der Energiebedarf in den Häusern nicht mehr so hoch ist, ist dieses Unterfangen leichter zu realisieren", betonte Fitz, wies aber auch darauf hin, dass der Bebauungsplan relativ lang gedauert habe und „allein die Konzeption des Nahwärmenetzes wieder eine Zeitspanne von ein bis zwei Jahren verschlingt". Insgesamt aber sei die Stadt Gunzenhausen auf einem guten Weg, konstatierte der Rathauschef.

Bayerische Energietage im September

Julia Langer vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie warb für die vom Team Energiewende Bayern initiierten Bayerischen Energietage, die nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr heuer fortgesetzt werden und vom 21. bis 29. September 2024 stattfinden. Unter dem Motto „Energiewende. Hier. Jetzt." wird gezeigt, wie die Energiewende vor Ort gelingt. Positivbeispielen und Vorbildern soll eine große Bühne gegeben werden. Ob Nachbarschaftsgemeinschaft, Kita oder Verband, ob Anlagenbetreiber oder Stadtwerke, ob Start-up oder alteingesessenes Unternehmen, ob Kommune oder Landkreis: Alle können mitmachen und sich mit Aktionen und Veranstaltungen beteiligen. „Denn schließlich ist die Energiewende ein Gemeinschaftsprojekt, das nur gemeinsam funktioniert", erklärte Langer. **DK**

Sitzung des Kommunalsenats im Maximilianeum:

Passgenaue Lösungen

Die Finanzierung staatlicher Stellen in den Landratsämtern, digitale Verwaltungsleistungen und das geplante Wasserentnahmegeld „Wassercent" standen auf der Agenda der jüngsten Sitzung des von der FW-Landtagsfraktion ins Leben gerufenen Kommunalsenats im Maximilianeum.

An dem Austausch nahmen neben Fraktionschef Florian Streibl, dem Innenausschussvorsitzenden und kommunalpolitischen Sprecher Roland Weigert, dem innenpolitischen Sprecher und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Hauber sowie Innenausschussmitglied Bernhard Heinisch mehr als 15 kommunale Mandatsträger teil – darunter die Landrätin des Landkreises Regensburg Tanja Schweiger. Aktuell werden zahlreiche staatliche Aufgaben durch kommunale Mittel finanziert, so dass Kommunen und Landkreise finanziell zunehmend an ihre Belastungsgrenzen stoßen. „Konkret ist die Kostenunterdeckung für staatliche Aufgaben im Durchschnitt pro Landkreis in den letzten fünf Jahren von zwei Millionen Euro auf knapp fünf Millionen Euro angewachsen", monierte der Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen Josef Niedermaier. Ohne eine substanzielle Verbesserung der Finanzausstattung seien viele staatliche Stellen von Streichungen bedroht, befürchtete Innenausschussvorsitzender Roland Weigert.

Das Thema brenne vielen Bürgermeistern und Landräten unter den Nägeln. Der Freistaat greife immer tiefer in den Säckel der Landkreise. Diese wiederum holten sich das Geld über die Kreisumlage von den Gemeinden. Weigert: „Die Schieflage schränkt die Kommunen in ihrer Leistungsfähigkeit ein. Dabei brauchen wir gerade jetzt inmitten der Transformation starke und vitale Städte und Gemeinden. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck für eine ausreichende Finanzierung der Landkreise zur Erfüllung staatlicher Aufgaben ein."

Innenausschussmitglied Bernhard Heinisch informierte zudem über die von Digitalminister Dr. Fabian Mehring ins Leben gerufenen „BayernPackages". Dabei handelt es sich um ausgewählte Online-Dienste, die zentral für die kommunale Ebene zur Verfügung gestellt und finanziert werden. Konkret umfassen die BayernPackages Dienste aus vier verschiedenen Bezugsquellen: Seit 2024 beinhalten sie sogenannte EfA-Leistungen – gemäß des „Einer für Alle"-Prinzips können von anderen Bundesländern zentral entwickelte Online-Dienste für Bayern nachgenutzt werden. Ein weiterer Baustein sind Dienste, die das Bayerische Digitalministerium direkt bei Dienstleistern beauftragt oder eingekauft hat. Außerdem bietet der BayernStore als Teil des BayernPortal-Redaktionssystems den Kommunen weitere Online-Dienste, die kostenlos genutzt werden können. Viele Online-Dienste sind außerdem über das Projekt Digitaler Werkzeugkasten des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistages verfügbar. Diese Dienste können über den DigitalStore nachgenutzt werden.

Mit Blick auf das geplante Wasserentnahmegeld „Wassercent" betonte Wolfgang Hauber, innenpolitischer Sprecher der Freien Wähler: „Der Wassercent soll dieses Jahr in Bayern eingeführt werden, um unnötigen Wasserverbrauch zu reduzieren und so langfristig die Wasserreserven im Freistaat zu schonen. Wegen der Erneuerung ihrer Wasser- und Abwasseranlagen stehen unsere Kommunen zudem vor großen Herausforderungen." Über die RZWas würden sie bei den entstehenden Kosten entlastet. Der Wassercent solle das auch in Zukunft sicherstellen. Der durchschnittliche Abgabewert in den Bundesländern, die den Wassercent bereits eingeführt haben, liege bei 11 Cent pro Kubikmeter. „Allerdings wird derzeit heiß diskutiert, wer die Abgabe zu leisten hat. Als Freie Wähler-Fraktion ist uns dabei besonders an einem fairen Interessenausgleich gelegen, der weder Bürger noch Industrie und Landwirtschaft finanziell überfordert." Verbraucherinteressen und Umweltschutz dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, stellte Hauber fest. **DK**

60. Geburtstag der Messe München:

Ein Glücksfall für Stadt und Freistaat

Vom lokalen Marktplatz an die Weltspitze
Wenn die Ausstellungshallen voll sind, profitiert davon ganz Bayern

Der 1. April 1964 war ein Glückstag für München und den Freistaat: Vor 60 Jahren wurde die „Münchner Messe- und Ausstellungsgesellschaft“ gegründet und löste damit den „Verein Ausstellungspark“ ab. In diesem Jahr feiert sie Jubiläum. „In der Aufbruchstimmung der 1960er Jahre hat sich die Messe München von einem regionalen Veranstalter zu einer weltweit agierenden Messegesellschaft entwickelt“, so der Aufsichtsratsvorsitzende der Messe München und Münchner OB Dieter Reiter. Und Bayerns Wirtschaftsminister und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Hubert Aiwanger betont: „München gehört heute mit dem großen internationalen Messe-Portfolio zu den weltweit führenden Messeplätzen.“

Für die beiden Messechefs Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel ist das starke Messeportfolio internationaler Leitmessen das Erfolgsrezept: „Dank dieser Stärke sind wir erfolgreich nach der Corona-Krise neu durchgestartet und erreichen bei unseren Veranstaltungen fast wieder Vor-Corona-Werte. Das Prinzip der realen Messe hat sich eben bewährt.“



V.l.: Die beiden Münchner Messechefs Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel. Bild:Messe München

Mit sieben eigenen Veranstaltungen hat die Messe vor 60 Jahren begonnen. Heute sind es weltweit mehr als 80 Fachmessen, darunter allein elf Weltleitmessen – so viele wie bei keiner anderen deutschen Messegesellschaft: Das sind die bauma (die flächenmäßig größte Messe der Welt), BAU, IFAT, transport logistic, analytica, electronica, automatica, productronica, LASER World of PHOTONICS, LOPEC und drinktec.

Wirtschaftsmotor und Tourismustreiber

Die Professionalisierung machte die Messe zu einem bedeutsamen Wirtschaftsmotor und Tourismustreiber für München und die ganze Region. Heute nützt die Messe München bei weitem nicht nur sich selbst. Wenn die Ausstellungshallen oder das ICM – Internationales Congress Center voll sind, brummt es in der Stadt. Die Messen, Gastveranstaltungen und internationalen Kongresse bringen im Jahr rund zwei Millionen Besucher aus aller Welt und mehr als 30.000 Aussteller nach München. Das schafft Arbeitsplätze, Umsatz für die Wirtschaft und Steuereinnahmen. Eine für alle lukrative Umwegrentabilität, wie eine Untersuchung ergab: in der Hotellerie und Gastronomie, bei Messebauern und im Handwerk, für Taxler, den MVV oder Bewachungsfirmen. In einem normalen Messejahr erwirtschaften alle zusammen in München, der Region und bundesweit rund 3,3 Milliarden Euro.

Der nach der Gründung der Messegesellschaft zweite existenziell wichtige Schritt war 1998 der Umzug von der zu klein gewordenen Theresienhöhe in der Münchner Innenstadt auf ein neues und hochmodernes Messegelände in München-Riem: mit heute 18 Hallen und 200.000 Quadratmetern Fläche sowie 414.000 Quadratmetern Freifläche. Das sicherte die internationale Konkurrenzfähigkeit.

2024 ist für die Messe München das Jahr zahlreicher Jubiläen: Neben der Messegesellschaft werden auch die BAU und die electronica 60 Jahre alt, die Schmuck- und Uhrenmesse Inhorgenta wird 50 und die bauma 75 Jahre alt (1949 in Würzburg von einem Verleger gegründet, kam sie vor 70 Jahren, 1954, nach München).

Internationale Verkehrsausstellung 1965 und Walt Disney in München

Ein Jahr nach ihrer Gründung holte die Messe erstmals die Weltwirtschaft nach München: mit der Internationalen Verkehrsausstellung (IVA) 1965. Die IVA war die erste Weltmesse in München, und der erste Schritt in die Internationalisierung. Das ist fast 60 Jahre her, doch noch immer hält die IVA Rekorde: Mit 101 Tagen ist sie die längste Einzelveranstaltung der Messe München und zog mit über drei Millionen Besuchern das größte Publikum an.

Zu den Highlights gehörten Raketen der US Air Force, das Modell einer Weltraumstation und eine Seilbahn. Zu der spektakulären Schau kamen Gäste aus aller Welt, darunter US-Astronaut John Glenn, Kosmonaut Jury Gagarin und: Walt Disney. Der amerikanische Trickfilmproduzent war wegen der auf Hochschienen gleitenden „Monorail“-Bahn nach München gereist. Eine ähnliche Bahn war im kalifornischen „Disneyland“ seit 1959 eine Attraktion, Disney interessierte sich deshalb für den Münchner Zug und sicherte sich die Rechte für seine Vergnügungsparks. Die Themen Verkehr und Mobilität haben die Messe München nie ruhen lassen. Sie stehen auch im Mittelpunkt einer großen Veranstaltung, die 2021 erstmals bei der Messe München stattfand: die IAA Mobility.

Olympia, WM, European Championships

Während der Olympischen Sommerspiele 1972 in München wurden in einer Halle auf dem Messegelände auf der Theresienhöhe vier olympische Wettkämpfe ausgetragen: Fechten, Ringen, Gewichtheben und Judo. Die „Ringerhalle“ war unter anderem Schauplatz für die „Sensation von Olympia“: Dabei gelang es der deutschen Ringerlegende Wilfried Dietrich („Der Kran von Schifferstadt“), den fast zwei Meter großen und 182 Kilo schweren Amerikaner Chris Taylor niederzuringen. Für eine Medaille reichte es zwar nicht, doch sein Triumph ist legendär.

Weitere sportliche Gastveranstaltungen: Während der Fußball-WM 2006 war auf dem Messegelände das Internationale Medienzentrum. Davon zeugt noch heute der WM-Brunnen vor dem Nordeingang, der im Mai 2006 von Fußball-Legende Franz Beckenbauer eingeweiht wurde. Während der European Championships 2022 in München fanden die Bahnrad Wettbewerbe in Riem statt – dafür wurde in der Messehalle C1 eine Radrennbahn installiert.

Modern & Grün: Umzug von der Theresienhöhe nach Riem

Es war eine historische und existenzielle Entscheidung: Mitte der 80er-Jahre stimmten der Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München dafür, die aus allen Nähten platzende Messe von der Theresienhöhe in der Innenstadt an den Stadtrand in Riem zu verlagern – auf das Gelände des Flughafens, dessen Umzug ins Erdinger Moos beschlossen war. Die Bauarbeiten für die neue Messe begannen 1994: Fast alle Flughafengebäude wurden abgerissen, einzig Tower und Wappenhalle blieben stehen.

Am 12. Februar 1998 wurde die neue Messe feierlich eröffnet: Damit nicht nur das modernste, sondern auch das grünste Messegelände der Welt. Wegweisend war auch die Photovoltaikanlage auf den Hallendächern, die damals weltweit größte ihrer Art. Denn bereits 1998 legte die Messe München großen Wert auf Ökologie und Nachhaltigkeit – und das gilt bis heute. Die Vollendung des Messegeländes wurde im Dezember 2018 mit der Eröffnung der Hallen C5 und C6 sowie des Conference Center North (CCN) gefeiert.

Von Riem aus in die Welt

Zu Beginn der 2000er-Jahre stellte die Messe München wichtige Weichen für die Internationalisierung. Etwa durch ein festes Standbein in dem wichtigen Auslandsmarkt China: 2001 wurde das Messegelände in Shanghai eröffnet, das Shanghai New International Expo Centre (SNIEC), an dem die Messe München beteiligt ist, zusammen mit den Messen Düsseldorf und Hannover sowie chinesischen Partnern. Gemessen an der Auslastung ist das SNIEC mit seinen 17 Hallen und einer Gesamtfläche von 300.000 Quadratmetern inzwischen das erfolgreichste Messegelände der Welt. 2001 wurde außerdem die Tochtergesellschaft der Messe München in China gegründet. Es folgten Tochtergesellschaften in Indien, Südafrika, Türkei, Brasilien und zuletzt in Singapur.

Fachmessen im Ausland

Über 50 Fachmessen, darunter bauma, IFAT und electronica, finden heute auch im Ausland statt. Allein auf dem wichtigen Markt Indien hat die Messe München 18 eigene Veranstaltungen. Von den Münchner Messen im Ausland profitiert auch der Heimatstandort: Dank ihnen steigt bei Messen in Riem seit Jahren der Anteil internationaler Besucher und Aussteller.

Eine Messe bei der Messe: Papst Benedikt XVI. feiert Gottesdienst in Riem

Die Bilder aus München gingen im September 2006 um die Welt: Unter strahlend blauem Himmel feierte Papst Benedikt XVI. auf dem Freigelände der Messe einen Gottesdienst mit 250.000 Menschen. Eine ganz besondere Großveranstaltung, auch für die Messe München. Publikumsstarke Events gehören zum Alltag des Unternehmens: Von Kongressen, Hauptversammlungen, bis hin zur bauma, der flächenmäßig größten Messe der Welt, die alle drei Jahre Tausende Aussteller und rund eine halbe Million Besucher nach München bringt. Es hat sich weltweit herumgesprochen, dass die Messe München eine Spezialistin für anspruchsvolle Großveranstaltungen ist. So kamen im messefreien Sommer 2022 mit Helene Fischer, Andreas Gabalier und Robbie Williams gleich drei Musikstars mit Hunderttausenden Fans auf das Freigelände. In diesem Jahr sind die zehn Konzerte des britischen Popstars Adele die logistische Herausforderung, erwartet werden rund 800.000 Fans aus ganz Europa.

Ehemalige US-Präsidenten als Stargäste im ICM

Seit zehn Jahren bringt das erfolgreiche Start-up-Festival „Bits & Pretzels“ renommierte Expertinnen und Experten aus der Tech- und Start-up-Branche aus aller Welt nach München. Seit 2015 findet das Gründerfestival im Internationalen Congress Centrum München (ICM) auf dem Messegelände in Riem statt, seit 2018 ist die Messe München ein Partner der „Bits & Pretzels“. Ein echter Coup gelang den drei Veranstaltern Bernd Storm van’s Gravesande, Felix Haas und Andreas Bruckschlögl 2019: Sie konnten den ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama dafür gewinnen, im ICM die Eröffnungsrede zu halten. Dessen Ehefrau Michelle, die einstige First Lady, war 2023 der Stargast bei der „Bits & Pretzels“. Barack Obama war nicht der einzige ehemalige US-Präsident auf dem Münchner Messegelände: Bill Clinton kam 2005 zur Verleihung des Medienpreises „Bambi“ ins ICM und erhielt ein goldenes „Bambi“ aus den Händen von Schauspielerin Maria Furtwängler. ❐

GZ **KOLUMNE**
Christoph Göbel



Liebe Leserinnen und Leser,

in wenigen Wochen eröffnet in der Gemeinde Kirchheim bei München die 37. Bayerische Landesgartenschau unter dem schönen Motto „Zusammen.Wachsen.“ Dieser Slogan ist keineswegs nur eine vollmundige Marketingfloskel: Denn mit dem hier entstehenden Ausstellungsgelände und späteren Ortspark wachsen die beiden Ortsteile Kirchheim und Heimstetten nun auch im wahrsten Sinne des Wortes zusammen. Wo bis vor kurzem noch eine Straße das verbindende (und gleichzeitig auch trennende) Element war, empfangen ab dem 15. Mai fünf neue Naturräume und mehr als 800 neu gepflanzte Bäume nicht nur die Bürger der Kirchheimer Ortsteile, sondern die hoffentlich in Scharen kommenden Besucherinnen und Besucher der Landesgartenschau. Auf knapp 20.000 Quadratmetern wachsen unzählige Hecken-, Stauden- und Strauchpflanzen, rund 150.000 Blumenzwiebeln wurden gepflanzt und auf die jüngeren Besucher warten tolle Spielplätze und Aktionen.

Landesgartenschau in Kirchheim

Auch der Landkreis München präsentiert sich zusammen mit seinen Kommunen in seiner ganzen Vielfalt mit einem Ausstellungsbeitrag auf der Bayerischen Landesgartenschau. 29 klappbare Lamellen bilden die Außenhaut unseres Ausstellungspavillons. Sie zeigen „Gesichter“ und ihre spannenden Geschichten aus allen Landkreiskommunen. Die ausgewählten Porträts stehen stellvertretend für das große Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger im Landkreis München in den Bereichen Naturschutz, Klimaschutz und bei der Pflege des Brauchtums. Der offene, bewaldete Innenhof des Pavillons inklusive einer kleinen Waldbühne steht für die zahlreichen Forste in und um den Landkreis sowie dessen grünes Erscheinungsbild und ermöglicht es den Besuchern, den Naturraum unmittelbar zu erleben. Die Landkreiskommunen und andere Institutionen bieten den Besuchern hier jeden Tag ein abwechslungsreiches Programm. Im Anschluss an die Landesgartenschau kann der komplette Pavillon dann ab- und an anderer Stelle wieder aufgebaut und weitergenutzt werden. Auch er bleibt somit den Bürgerinnen und Bürger des Landkreises auch über die Gartenschau hinaus erhalten.

Jetzt aber freue ich mich, Sie erst einmal alle zu einem wunderbaren Gartenschau-Sommer in den Landkreis München einladen zu dürfen. Der Besuch lohnt sich, das verspreche ich Ihnen!

Auf bald in Kirchheim!

Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Personenstandswesen im Wandel

Tagung des Fachverbandes der bayerischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten

Über 500 Standesbeamte aus dem Freistaat sowie zahlreiche Gäste aus den Landesverbänden weiterer Bundesländer und aus dem Ausland trafen sich in Straubing zur 58. Fachtagung Personenstandswesen und der Verbandsversammlung 2024 des Fachverbandes der bayerischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten e.V. unter dem Vorsitz von Mathias Müller.

Oberbürgermeister Markus Pannermayr gratulierte zum 75-jährigen Jubiläum des Fachverbandes und gab einen Überblick über die Änderungen im Personenstandswesen innerhalb einer einzigen Generation. Zudem informierte der Hausherr darüber, welche enormen Anforderungen an die Standesämter damit einhergehen. Über die Herausforderungen der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung berichtete Innenstaatssekretär Sandro Kirchner.

Paradigmenwechsel durch Selbstbestimmungsgesetz

Mit Blick auf das zwischenzeitlich vom Bundestag verabschiedete neue Selbstbestimmungsgesetz, mit dem die Änderung von Geschlechtseinträgen auf dem Amt leichter werden soll, sprach Prof. Dr. Konrad Duden, LL.M. (Cambridge), Universität Leipzig, von einem Paradigmenwechsel: Änderungen des Geschlechtseintrages sollen künftig allein durch eine Erklärung der betroffenen Person vor dem Standesamt möglich sein, psychologische Gutachten würden entbehrlich. „Für die Standesämter werden Änderungen des Geschlechtseintrags damit eine ganz neue Bedeutung annehmen“, hob Duden hervor.

Liberalisiertes Namensrecht

Allerdings werfe die Änderung des Geschlechtseintrags auch zahlreiche Folgefragen auf – vom Namen und der Elternschaft der betroffenen Person bis hin zu Änderungen von Geschlechtseinträgen durch Minderjährige oder Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. „Auch auf diese zum Teil sehr komplexen Fragen werden Standesämter Antworten finden müssen“, erklärte der Professor.

Liberalisiert wird auch das deutsche Namensrecht. Künftig haben Eheleute mehr Optionen bei der Wahl eines Nachnamens für sich selbst und ihre Kinder. Laut Prof. Dr. Katharina Lugani, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, wird der seit Jahrzehnten geforderte „echte Doppelname“ für Ehegatten und für Kinder eingeführt. Daneben schafft das Gesetz, das 2025 in Kraft treten soll, eine Möglichkeit zur „Rückbenennung nach Einbenennung“ sowie zur Namensänderung nach Erlangen der Volljährigkeit. Auch erhalten Minderheiten nun erweiterte Möglichkeiten zur Namensgebung entsprechend ihren Traditionen. Zudem sollen der Zwang zur Namensänderung nach einer Erwachsenenadoption aufgehoben und das internationale Namensrecht maßvoll liberalisiert werden.

Münchner Leitplankenmodell

Einblicke in das „Münchner Leitplankenmodell“ als langfristiger Ansatz für den Umgang mit Personen im Standesamt, deren Identität ungeklärt ist, gab Torsten Hensel, Verwaltungsamtsrat und Standesamtsaufsicht der Stadt München. Der Vortrag un-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Europatagung in Ottobeuren:

Europa als Chance

Gastgeber Hanns-Seidel-Stiftung, Bistum Augsburg und Benediktinerabtei Ottobeuren

Eine bunte Mischung aus Wissenschaftlern, Geistlichen und Ökonomen debattierte im Rahmen der Europatagung in Ottobeuren über die Herausforderungen des Alten Kontinents. Auf welchem Fundament ist Europa entstanden und wie lässt es sich weiterbauen? Inwiefern können christliche Werte zu einem modernen Europa beitragen? Und wie sieht das Europa von morgen aus? Über Chancen und Risiken des Alten Kontinents diskutierten Politiker, Wissenschaftler, Ökonomen und Unternehmer im Rahmen der Europatagung, zu der die Hanns-Seidel-Stiftung und das Bistum Augsburg in die Benediktinerabtei Ottobeuren eingeladen hatten.

„Manchmal muss ein Fundament auf seine Wetterfestigkeit überprüft und nachgebessert werden", resümierte Markus Ferber, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, MdEP, mit Blick auf die extremistischen Kräfte und den Ukraine-Krieg, die Europa bedrohten. Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., hielt in seiner Festansprache einen beeindruckenden Abriss europäischer Geschichte und schlug die Brücke vom Westfälischen Frieden über den Wiener Kongress bis hin zu den Anfängen der Europäischen Union, der deutsch-französischen Freundschaft zwischen Robert Schuman und Konrad Adenauer.

Christliche Werte

„Wie relevant sind christliche Werte im heutigen Europa?" lautete der Titel der Podiumsdiskussion, zu der der HSS-Vorsitzende Markus Ferber, MdEP, Dr. Bertram Meier, Bischof von Augsburg, Isabella Schuster-Ritter, Bundesvorsitzende der Paneuropa-Jugend, Prof. Dr. Dr. Holger Zaborowski, Professor für Philosophie an der Universität Erfurt, sprachen.

Zukunftsstrategie

Über „Europa auf der Suche nach einer Zukunftsstrategie" dachte Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München, nach. Er sprach sich dafür aus, dass Europa seinen politischen Handlungsspielraum ausbauen und den Fokus auf Sicherheit und Transparenz (schlanke- re Gesetzgebung) legen müsse.

Green deal 2.0 durch Wirtschaftskraft und Klimaschutz

„Wie kann ein Green deal 2.0 durch Wirtschaftskraft und Klimaschutz zum Exportschlager werden?" Zu diesem Thema tauschten sich HSS-Vorsitzender Markus Ferber, MdEP, Eric Beißwenger, MdL, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Günther Felßner, Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Dr. Marie-Theres von Schickfus, stvt. Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen und Andrea Thoma-Böck, Geschäftsführerin der Thoma Metallveredelung, aus. Andrea Thoma-Böck kritisierte, die EU sei eine „Regulierungsmaschine" geworden, die sie ihrer unternehmerischen Freiheiten beraube.

Realitätscheck

Eric Beißwenger betonte die Notwenigkeit von Decoupling, Derisking und Subsidiaritätsprinzip und HSS-Vorsitzender Markus Ferber, MdEP, plädierte dafür den „30.000 Mitarbeitern der EU-Kommission einen Realitätscheck zu unterziehen" und Organisationen zu verschlanken.

Verantwortungsvolle EU-Erweiterungspolitik

Wie sieht eine verantwortungsvolle EU-Erweiterungspolitik in Zeiten geopolitischer Instabilität aus? Darüber diskutierten Vladimir Duvbjak, Generalkonsul der Republik Kroatien, Johann Hubmann von den Jungen Europäischen Föderalisten, Prof. Dr. Gisela-Brandeck-Bocquet vom Institut für Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Würzburg sowie Prof. Dr. Gerhard Sabathil, Botschafter a.D. von der Ukrainischen Freien Universität München. Einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass das Einstimmigkeitsprinzip bei Abstimmungen im Rat gelockert werden müsse und mehr junge Menschen für die Idee Europa begeistert werden müssen.



Markus Ferber, MdEP und Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung unterzeichnet zusammen mit dem Bischof Dr. Betram Meier und Abt Johannes Schaber vom Benediktinerkloster Ottobeuren ein Manifest für Europa. Bild: Hanns-Seidel-Stiftung

Europa-Manifest

Mit der Unterzeichnung des Europa-Manifests durch den HSS-Vorsitzenden Markus Ferber, MdEP, Dr. Bertram Meier, Bischof von Augsburg, und Johannes Schaber OSB, Abt der Benediktinerabtei Ottobeuren, wurde schließlich ein symbolisches Zeichen für ein friedliches, prosperierendes Europa gesetzt. ❐

Stärke durch ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Recht der Bürgermeister, Straf- und Haftungsrecht wie auch Finanzpolitik im Bayerischen Gemeindetag Verband zuständig gewesen – seit 2015 als Stellvertreter des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds. Begonnen habe Hans-Peter Mayer seine Laufbahn im Personalreferat der Landeshauptstadt München. Über die Bayerische Verwaltungsschule führte ihn sein Weg zum Bayerischen Gemeindetag.

Heribert Thallmair, Ehrenpräsident des Kommunalverbands, bezeichnete die kommunale Selbstverwaltung als die große Kraft von unten, der eine enorme Bedeutung zukomme. Der Grundsatz der Subsidiarität besage: Was auf örtlicher Ebene erledigt werden kann, muss auf örtlicher Ebene erledigt werden. Entsprechend seien mehr Eigenverantwortung und weniger staatlicher Dirigismus geboten.

Die besten Lösungen für Kommunen und Menschen

„Wir wollen die Dinge formulieren und unseren Beitrag leisten, tagtäglich um die beste Lösung für unsere Kommunen und für alle Menschen, die in den Kommunen leben, zu ringen", hob der neue Verbandsgeschäftsführer abschließend hervor. Bund und Freistaat Bayern rief er zu: „Habt Mut zur kommunalen Selbstverwaltung, sie ist es wert!"

Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, mit Überzeugung und Mut sowohl Themen wie Verwaltungsvereinfachung, Deregulierung und Standardabbau anzugehen, aber auch einen grundsätzlichen Ansatz zur Entbürokratisierung in den Blick zu nehmen, machte Mayer deutlich. Ein lösungsorientiertes Miteinander aller Ebenen sei dabei unverzichtbar. **DK**

Personenstandswesen ...

(Fortsetzung von Seite 3)

tersuchte die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverwaltungsgerichts sowie diverser Oberlandesgerichte. Letztere zeigen Hensel zufolge zum Teil erhebliche Diskrepanzen auf. Die Identitätsfeststellung bleibe eine schwierige Aufgabe in der personenstandsrechtlichen Praxis. Deshalb sei es wichtig, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Amtsermittlungspflicht und der Mitwirkungsobliegenheit der Beteiligten zu finden. Hensel zufolge dient das Münchner Modell als Orientierung und hat als Ziel, dass standesamtliche Entscheidungen einer Prüfung vor Gericht standhalten.

Neue Eheschließungsformen

Stichwort Neue Eheschließungsformen: Hier kommt in der Bundesrepublik nach Angaben von Fachausschussmitglied Heinz Zimmermann, Standesamt Berlin/Neukölln, eine rechtswirksame Eheschließung ausschließlich durch das gemeinsame Ja-Wort im Standesamt zustande, andere Formen der Eheschließung lasse das deutsche Recht nicht zu. Diese Situation stelle sich in anderen Ländern weitaus liberaler dar: So ließen viele Staaten etwa die Hochzeit vor einem Geistlichen zu, freie Redner könnten – zum Beispiel im Elvis-Kostüm – wirksam Menschen miteinander verheiraten, in einigen Staaten sei noch nicht einmal zwingend ein „Trauorgan" vorgeschrieben, sondern die Verlobten schlössen miteinander einen Vertrag und verheirateten sich sozusagen selbst.

Mit all diesen bunten Formen von Eheschließungen seien die Standesbeamten in ihrer täglichen Arbeit regelmäßig befasst, so Zimmermann. Dabei gelte der Grundsatz, dass diese Ehen auch in Deutschland als wirksam angesehen werden, wenn sie in der im jeweiligen Staat üblichen Form geschlossen wurden. Immer wieder tauchten aber neue Phänomene auf, mit denen die Standesämter konfrontiert würden. So gebe es beispielsweise Staaten – darunter auch EU-Staaten – in denen die Ehegatten nicht zwingend persönlich zu ihrer Eheschließung erscheinen müssen, sondern sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen können. Selbst eine doppelte Stellvertretung sei in einigen Ländern inzwischen möglich, bei der keiner der Ehegatten persönlich anwesend ist, berichtete Zimmermann. Darüber hinaus ließen seit einiger Zeit Staaten wie der US-Bundesstaat Utah auch Online-Eheschließungen zu.

„In der standesamtlichen Praxis wird tagtäglich virulent, dass die gelebten Familienverhältnisse zunehmend internationaler werden. Dies hat zur Folge, dass die Standesbeamtinnen und Standesbeamten bei jeder Beurkundung, der ein grenzüberschreitender Sachverhalt (z.B. infolge einer ausländischen Staatsangehörigkeit eines Beteiligten) zugrunde liegt, zunächst das anwendbare Recht anhand der einschlägigen Kollisionsnormen ermitteln müssen", betonte Prof. Dr. Claudia Mayer, LL.M. (Chicago) Universität Regensburg in ihrem Vortrag „Das Kinderschutzübereinkommen in der täglichen Praxis der Standesämter".

Elterliches Sorgerecht

Das Haager Kinderschutzübereinkommen vom 19.10.1996 regle u.a. die Bestimmung des anwendbaren Rechts auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung in Fällen mit Auslandsbezug. Aus personenstandsrechtlicher Sicht stelle sich die Frage nach der elterlichen Sorge in einer Vielzahl von Fällen, insbesondere im Hinblick auf den Kindesnamen. So könne gemäß Art. 10 Abs. 3 EGBGB der „Inhaber der elterlichen Sorge" gegenüber dem Standesamt bestimmen, dass das Kind nach einem der dort genannten Rechte den Familiennamen erhalten soll (Rechtswahl). Im deutschen Sachrecht sei es möglich, dass sich die Vorfrage der elterlichen Sorge stelle, wenn etwa § 1617 Abs. 1 BGB die Wahl des Familiennamens für das Kind durch die Eltern von deren „gemeinsamer Sorge" abhängig macht.

Aber auch in anderen Zusammenhängen könne die Frage aufgeworfen werden, wer Inhaber der elterlichen Sorge ist – so etwa im Abstammungsrecht, wenn es im Rahmen einer Vaterschaftsanerkennung um die Zustimmung der Mutter geht, erläuterte Mayer. Anhand konkreter Fallbeispiele erörterte sie praxisrelevante Konstellationen, in denen sich aus Sicht des Standesamts die elterliche Sorge als sog. Erst- oder Vorfrage stellt. Die Behandlung dieser Vorfragen ist in der Literatur und Rechtsprechung teilweise umstritten und wurde deshalb präzise dargestellt und diskutiert. **DK**

Bund der Steuerzahler in Bayern:

Kosten einer Eheschließung im besonderen Ambiente

Von 0 Euro in der Münch-Ferber-Villa in Hof bis 520 Euro im Gartensaal im Aufseßhöflein in Bamberg

Die Standardeheschließung ist in Bayern gebührenfrei. Es entsteht lediglich eine Gebühr für die Anmeldung der Eheschließung, die auch die Amtshandlung der Trauung beinhaltet. Diese Gebühr beträgt einheitlich 55 Euro. Ist ausländisches Recht zu beachten, erhöht sich die Gebühr um 30 Euro pro Person.

Auf ein besonderes Ambiente muss bei der standesamtlichen Hochzeit in Bayern kein Brautpaar verzichten. Das zeigt eine Umfrage des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Die Gebühren, die dafür erhoben werden, sind allerdings unterschiedlich und reichen bis zu 570 Euro. Auch wenn das Ja-Wort außerhalb der Dienstzeiten der Standesbeamten fällt, muss das Brautpaar extra zahlen. Aber: In allen Städten sind die Gebühren moderat und die Standesbeamten sehr flexibel.

Ambiente-Trauorte

Fast alle kreisfreien Städte in Bayern bieten Ambiente-Trauorte in städtischen Einrichtungen an. Beispielsweise im kleinen Sitzungssaal im Münchner Rathaus oder auf Schloss Nymphenburg, im Tucherschloss in Ingolstadt, im Fürstenzimmer des Augsburger Rathauses oder im Botanischen Garten in Augsburg, im Markgräflichen Pavillon in Ansbach, im Tucherschloss oder auf der Kaiserburg in Nürnberg, im sog. Wenzelsaal in Würzburg oder gar auf dem fest verankerten Schiff „MS Fürstin Gloria" in Regensburg.

Bamberg ist am teuersten

Die Stadt Bamberg erhebt dabei die höchsten Gebühren. 570 Euro muss ein Paar zahlen, das im Gartensaal im Aufseßhöflein in Bamberg heiraten möchte. Die anderen vorgenannten Ambiente-Trauorte schlagen mit Zusatzgebühren von 100 Euro bis 440 Euro zu Buche. Wenn Brautleute sich im kleinen Sitzungssaal im Münchner Rathaus oder in der Galerie im Palas der Altenburg in Bamberg trauen lassen, müssen sie mit 440 Euro eine relativ hohe Gebühr zahlen. Auch ist die Gebühr einer Eheschließung im Tucherschloss in Nürnberg mit 355 Euro relativ hoch.

Moderate Gebühren im Fünfknopfturm

Ganz anders ist es z.B. in der „Münch-Ferber-Villa" in Hof. Dort kann ein Brautpaar sogar zum Nulltarif heiraten. Moderate Gebühren werden z.B. verlangt, wenn ein Paar im „Fünfknopfturm", dem Wahrzeichen der Stadt Kaufbeuren (70 Euro), im Großen Sitzungssaal im Memminger Rathaus (70 Euro), im Kleinen Rathaussaal in Passau (55 Euro), im Trausaal Mandlstraße in München (60 Euro), im Kleinen Rathaussaal in Rosenheim (75 Euro), im Bürgersaal in Schwabach (50 Euro) oder in der „Oberen Diele" im Schweinfurter Rathaus (50 Euro) heiraten möchte.

Auch in fast allen kreisfreien Städten in Bayern wird kein zusätzliches Entgelt für die Deko des Trauzimmers verlangt, außer in Regensburg (5 Euro), in Erlangen und Ingolstadt (jeweils 6 Euro).

Feierabendzuschlag

Es kann allerdings nur noch eines hinzukommen: „Der Feierabendzuschlag". Soll nämlich die Trauung nach Dienstschluss des Standesbeamten, etwa Freitag nachmittags oder samstags vollzogen werden, dürfen die Kommunen auch dafür einen

Zuschlag erheben. In den meisten Kommunen bewegt sich dieser zwischen 70 Euro und 180 Euro.

Die Kommunen sind flexibel

Die Umfrage des Bundes der Steuerzahler in Bayern hat gezeigt, dass die Standesbeamten – sowohl was den Trauort, als auch die Trauzeiten anbelangt – sehr flexibel sind. Man kann in fast jeder Stadt – wenn auch durch zusätzliches Entgelt – in einem schönen Ambiente heiraten. ❐

Vertrauen reduziert ...

(Fortsetzung von Seite 1)

fachung der vielen staatlichen Förderprogramme, die immer differenzierter, komplizierter und kurzfristiger aufgelegt werden. Um ein Förderprogramm zu nutzen, müssen Kommunen vielfältige Aufgaben erfüllen und dicke Anforderungskataloge bearbeiten – oft begleitet von Gutachten, komplexen Planungsschritten und einer Fülle an prüfenden Stellen, etwa bei den Bezirksregierungen oder Fachbehörden. Komplexe Vorgaben des Vergaberechts, die vielfach eine europaweite Ausschreibung nötig machen, erschweren eine zügige Abwicklung. Unabhängig von der Größe einer Stadt kommen kommunale Bauämter, Kämmereien, Jugendämter und Schulreferate in Anbetracht der Fülle an Förderprogrammen an ihre Grenzen, zumal Personal fehlt.

Kommunen brauchen mehr Kontinuität und Verlässlichkeit

Pannermayr: „Kommunen brauchen mehr Kontinuität und Verlässlichkeit von bestehenden Programmen. Den Kommunen sollte mehr Vertrauen im Umgang mit staatlichen Fördermitteln entgegengebracht werden. Vertrauen reduziert Komplexität. Fördervoraussetzungen und Nachweispflichten sollten verringert werden. Hilfreich wäre es, die kommunale Investitionskraft grundlegend mit höheren Pauschalen oder höheren Fördersätzen im kommunalen Finanzausgleich zu stärken, um etwa Schulen, Kindergärten, Kindertagesbetreuung, Klimaschutz, Radwegebau und Nahverkehr als Daueraufgaben auszubauen."

Im Vergabewesen haben sich zur Bewältigung aktueller Krisen Erleichterungen etabliert: Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat für die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich die Wertgrenzen für Direktaufträge auf 25.000 Euro erhöht und Verhandlungsvergaben sowie Beschränkte Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb für Liefer- und Dienstleistungen bis zum EU-Schwellenwert ermöglicht. Pannermayr: „Die Erhöhung der Wertgrenzen brachte eine Vereinfachung und Beschleunigung kommunaler Auftragsvergaben, ohne den Wettbewerb einzuschränken und die Transparenz zu gefährden. Das hilft den Kommunen und besonders den kleineren und mittelständischen Bietern. Es wäre gut, wenn die Bayerische Staatsregierung auf diesem Weg bleibt und die Wertgrenzen dauerhaft erhöht. Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb müssen dauerhaft bis zum EU-Schwellenwert für Liefer- und Dienstleistungen ermöglicht werden. Das muss auch für Bauaufträge gelten. Ein weiterer Ansatzpunkt liegt bei der EU: Besonders würde helfen, wenn es dem Freistaat gelingt, Bund und EU davon zu überzeugen, die seit Jahrzehnten kaum veränderten EU-Schwellenwerte deutlich nach oben anzupassen. Das wäre eine enorme Erleichterung für Kommunen und Betriebe." ❐

Prof. Dr. Joachim Wuermeling zum Digitalen Euro:

Chancen und Herausforderungen für Kommunen

„Für Kommunen wäre jetzt genau der richtige Zeitpunkt, die intelligenten Funktionen des Digitalen Euro in ihre Digitalisierungsprojekte einzubauen“

Prof. Dr. Joachim Wuermeling war von 2016 bis 2023 Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank. Vor seinem Amtsantritt hatte er verschiedene leitende Positionen in der Finanz- und Versicherungswirtschaft sowie in der Politik inne, unter anderem war er Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Europaabgeordneter der CSU. Vor dem Eintritt in die Bundesbank führte er den Verband der Sparda-Banken. Seit Januar 2024 unterrichtet er an der European School of Management and Technology (ESMT) in Berlin. Unter seiner Federführung wird dort der „Digital-Euro-Hub“ aufgebaut. Weiterhin ist Wuermeling als Rechtsanwalt bei der Kanzlei A&O Shearman in Frankfurt tätig. GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel sprach mit ihm über den Digitalen Euro.

GZ: Herr Prof. Wuermeling, lassen Sie uns direkt einsteigen: Welches Potenzial ist mit dem Digitalen Euro für bayerische Kommunen verbunden?
Wuermeling: *Der Digitale Euro birgt ein enormes Potenzial für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, insbesondere in den Kommunen in Bayern. Der immense Fortschritt gegenüber dem klassischen Zahlungsverkehr liegt darin, dass Zahlungen automatisiert ausgelöst werden können. Während derzeit nur Zahlungen zu festgelegten Zeiten selbstständig möglich sind, erlauben konditionierte oder bedingte Zahlungen mit dem programmierbaren Digitalen Euro die automatische Auslösung von Zahlungen in Reaktion auf jedwedes digitale Signal.*
GZ: Können Sie ein konkretes Beispiel nennen?
Wuermeling: *Nehmen wir einen einfachen Besuch im Schwimmbad: Durch die Verknüpfung mit dem Digitalen Euro und entsprechenden Geodaten könnte die Zahlung der Eintrittsgebühr automatisch ausgelöst werden, nachdem das System registriert hat, wann der Besucher das Bad betreten und wieder verlassen hat. Dem muss der App-Benutzer natürlich datenschutzkonform zustimmen. Dann aber bietet die Anwendung erheblichen Komfort: kein Anstehen an der Kasse, keine Ticketverwaltung – die Kommune könnte sogar auf die Kasse verzichten. Zudem wären detaillierte Auswertungen über die Besucherströme möglich.*
Für den kommunalen Bereich sind zahlreiche Anwendungen denkbar, da viele Zahlungsverpflichtungen digital festgestellt werden können, ob Sozialleistungen oder Parkgebühren. Wenn ich meinen neuen Personalausweis abhole, könnte die Gebühr beim Verlassen des Gebäudes automatisch bezahlt werden. Verwaltungsvorgänge würden dadurch erheblich vereinfacht und beschleunigt.
GZ: Wie können die Kommunen diese Möglichkeiten nutzen?
Wuermeling: *Mein Appell wäre, bei der fortschreitenden Digitalisierung in den Kommunen nun auch das Bezahlen mitzudenken und einzubauen. Es ist ein wenig wie bei der Einführung des Smartphones, bei der viele zunächst „keinen Mehrwert“ sehen wollten. Beschäftigte man sich aber damit, eröffnete sich ein riesiges Feld von Möglichkeiten. Die Optimierungspotenziale können nur in den Kommunen selbst erkannt werden, denn dafür muß man die täglichen Prozesse kennen.*
GZ: Werden diese intelligenten Nutzungen von Anfang an den Kommunen zur Verfügung stehen?
Wuermeling: *Das ist noch offen. Den digitalen Euro gibt es praktisch in einer Basisversion und in einer fortgeschrittenen Version. Über die smarten Funktionen wird an vielen Stellen intensiv nachgedacht. Aber die EZB hat noch nicht entschieden, ob der Digitale Euro über die Basisversion hinaus damit von Anfang an ausgestattet wird. Dazu rate ich dringend, denn genau hier liegt das enorme Potenzial einer digitalen Währung, das bisherige Zahlungssysteme schlicht nicht bieten können. Die Kommunen sollten auch darauf drängen, dass die intelligenten Funktionen des Digitalen Euro von der EZB für sie von Anfang an bereitgestellt werden.*

Mehrwert für die Verwaltung

GZ: Wenn der Digitale Euro kommt, und das könnte schon in drei oder vier Jahren so weit sein, dann soll es eine Annahmeverpflichtung geben und Kommunen und öffentliche Einrichtungen wären die ersten, die eine Wallet haben müssten.
Wuermeling: *Richtig, jedoch handelt es sich hierbei nicht um den smarten, intelligenten Digitalen Euro, von dem ich zuvor gesprochen habe. Vielmehr geht es um die einfache Basisversion, die die EZB derzeit vorbereitet. Bei dieser Variante löse ich die Zahlung manuell aus, ähnlich wie bei einer Kartenzahlung. Ja, die Kommune benötigt eine Wallet, um Zahlungen entgegenzunehmen, aber das ist Teil des Girokontos und bedeutet keinen großen Aufwand. Die interessantere Frage ist, ob die Kommune mittelfristig überhaupt noch andere Zahlungsmethoden anbieten muss, wenn der einfache Digitale Euro verfügbar ist. Dadurch könnten die Kommunen Kartenterminals ablösen, Gebühren einsparen und auf Bargeldhaltung verzichten. Es würden die gleichen Funktionen wie bei Paypal oder ApplePay zur Verfügung stehen, jedoch ohne die hohen Transaktionsgebühren. Hier sehe ich schon in der Basisversion des Digitalen Euro einen großen Mehrwert für die öffentliche Verwaltung.*
GZ: Die Ambition ist also, ein einziges Zahlungsmittel für alles zu schaffen?
Wuermeling: *Und das nicht nur lokal, sondern in ganz Europa! Es gäbe ein Zahlungsmittel für den gesamten Euroraum, mit dem Sie an der Ladenkasse, im Internet, mit dem Handy oder privat bezahlen können. Sie bräuchten nicht mehr wie heute mit zahlreichen Karten, mit Geldscheinen und Paypal parallel zu hantieren.*
GZ: Was sagen die Banken?
Wuermeling: *Die sind skeptisch, erkennen aber zunehmend die Chancen für sich. Richtig ist aber zunächst: Die Einführung des Digitalen Euro könnte sich auf die Erträge der Banken im Zahlungsverkehr auswirken. Auch Paypal und Kreditkartenunternehmen könnten stark betroffen sein, wenn Kunden künftig lieber mit dem Digitalen Euro bezahlen. Eine weitere Sorge besteht darin, dass Bankkunden ihr Geld möglicherweise nicht mehr auf dem Girokonto, sondern digital in der Wallet aufbewahren. Dies würde das Geldangebot für Kredite reduzieren, was wiederum die Grundlage des Bankengeschäfts bildet. Eine mögliche Lösung für Banken wäre, das Halten von Geld auf dem Konto durch attraktive Zinsen zu fördern, da Wallets keine Zinsen bieten. Es wäre auch eine Obergrenze für die Haltesumme in einer Wallet denkbar, um den Abfluß von Einlagen zu begrenzen.*
Jedoch könnten die smarten und intelligenten Anwendungen des Digitalen Euro den Banken neue Dienstleistungsmöglichkeiten eröffnen, wie z. B. das Angebot von smarten Verträgen. Damit kann z.B. digital mit einem schlichten Foto festgestellt werden, dass ein Gärtner den Rasen gemäht hat und dann fließt ihm automatisch der Digitale Euro zu. Handwerker bräuchten in solchen Fällen keine Rechnungen mehr zu stellen und sich vor allem keine Sorgen mehr machen, ob die Kunden am Ende auch bezahlen. Solche Funktionalitäten könnten möglicherweise von Sparkassen, Genossenschaftsbanken oder anderen Banken angeboten werden.



Prof. Dr. Joachim Wuermeling. Bild: privat

GZ: Woher kommt die Idee für den Digitalen Euro?
Wuermeling: *Zentralbanken in aller Welt waren besorgt, dass sie mit der weiteren Verbreitung von Bitcoin und anderen Kryptowährungen die Kontrolle über das Geld verlieren könnten. Zusätzlich sorgte das Libra-Projekt von Facebook für Unruhe. Da das von den Notenbanken herausgegebene Geld ein Stabilitätsfaktor unseres Wirtschaftssystems ist, mussten die Zentralbanken erwägen, ihrerseits digitales Geld bereitzustellen, um die staatliche Hoheit über das Geld zu bewahren. Das von einer Zentralbank kontrollierte Geld genießt das Vertrauen der Öffentlichkeit und ermöglicht etwa die Bekämpfung von Inflation. Deshalb denken*

(Fortsetzung auf Seite 6)



Die Crux mit den Zahlen

Sparkassen und Kreditgenossen zu Unrecht unter Generalverdacht

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Regelmäßig im Frühjahr veröffentlicht die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), wie oft und zu welchen Themen sich Bankkunden im abgelaufenen Jahr über ihre Institute beschwert haben. Die Zahlen für 2023 lassen aufhorchen. Danach hat die Verärgerung über Banken immens zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Kunden, die über ihr Kreditinstitut bei der BaFin schimpfen, um 86,6 Prozent gestiegen. Ein erstaunlicher Zuwachs. Entsprechend betitelten die Aufseher dann auch die Verlautbarung auf ihrer Website mit „Zahl der Verbraucherbeschwerden bei der BaFin steigt deutlich". Damit war die Tonalität gesetzt, der viele Medien mit ihrer Berichterstattung zum vermeintlichen Unmut der Kunden mit ihren Banken folgten.

Was folgerichtig klingt, muss nicht immer folgerichtig sein. Ja, die Beschwerden der Bankkunden sind 2023 tatsächlich erheblich gestiegen. Von 14.760 auf 27.536. Aber eben nicht flächendeckend und nicht bei allen Banken. Und das macht die Brisanz der BaFin-Information aus. Der tiefere Blick in die Zahlen zeigt nämlich: Bei Sparkassen haben die Beschwerden sogar geringfügig auf 2.216 abgenommen. Bei den Genossenschaftsbanken ist der Unmut im Jahresvergleich von 1.807 auf 1.920 Beanstandungen nur leicht gestiegen. In Wallung gekommen sind die Kunden dagegen in der Säule der Privaten Banken. Hier haben die Beschwerden tatsächlich signifikant zugenommen, von 7.935 im Jahr 2022 auf 20.238 im letzten Jahr. Die Entwicklung ist wohl ganz wesentlich den Problemen aus der IT-Umstellung bei der Postbank und in kleinerem Umfang mitunter verspätet zugestellter Jahressteuerbescheinigungen der Commerzbank geschuldet. Die diskreten Formulierungen in der Pressemitteilung der BaFin weisen in dieselbe Richtung. Nichts Neues also – zu beiden Themen gab es in den letzten 12 Monaten hinreichend Medienberichterstattung.



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

Fünf Lehren

Warum die Aufseher, die seit geraumer Zeit eher dazu neigen, Kreditinstitute bei Verfehlungen sehr direkt zu benennen, das bei der Präsentation der Beschwerdestatistik nicht getan und lieber einen Schatten auf die ganze Branche geworfen haben, wird ihr Geheimnis bleiben. Zugleich lassen sich aus dem Vorgang jedoch fünf Lehren ziehen:

Da ist erstens die Crux mit den Zahlen. Jetzt sollen die Beschwerden über Banken hier nicht klein geschrieben werden und hinter jeder steht ein persönliches menschliches Empfinden – mal größer, mal kleiner. Und doch: Bei 114 Millionen Girokonten in Deutschland sind 27.356 Kunden, die sich über eine Unzulänglichkeit in ihren Bankgeschäften beschweren, keine Zahl, die einem den Atem stocken lässt.

Zweitens ist es nicht so einfach bei Seite zu wischen, wenn der eine oder andere Banker – bei vorgehaltener Hand – hinterfragt, welche grundlegenden Erkenntnisse die Aufseher aus der Beschwerdestatistik ziehen. Nicht jeder teilt, angesichts der genannten Zahlenverhältnisse die Ansicht von Christian Bock, dem Leiter der BaFin-Verbraucherschutzabteilung, nach der Beschwerden für die Aufsichtsarbeit „ein wichtiger Indikator" seien.

Zum Dritten steht es einer Behörde nicht gut zu Gesicht, wenn sie über Mitteilungen einen Ton so anschlägt, dass er zwar von den Medien sicher gehört wird, aber ansonsten wenig nuanciert klingt. Von einer staatlichen Einrichtung, die bei den beaufsichtigten Kreditinstituten sehr formell agiert, sollte man im Presseauftritt mehr Etikette erwarten dürfen.

Viertens ist es (nochmals) einer politischen Debatte wert, wieviel an Verbraucherschutzbehörde künftig in der BaFin stecken soll. Das kritisch mit politischen Entscheidern, Aufsehern, Kreditwirtschaft und Verbraucherschützern zu diskutieren, scheint notwendig. Durchaus auch zum Schutz der Bankenaufsicht, der eine überbetonte Rolle als „Kundenanwalt" womöglich mehr schadet als nutzt.

Fünftens schließlich ist das Ganze ein Beispiel für den Grenzbereich medienvermittelter Kommunikation. Wenn selbst in Teilen der sogenannten Qualitätspresse die Botschaft der BaFin wenig einordnend und hinterfragend aufgenommen wird, dann ist das nicht nur handwerklich bedauerlich, sondern auch aus anderem Grunde bedenklich. Warum? Weil sie damit ein Stück der wichtigen Orientierungsfunktion für ihre Nutzer aufgibt – und damit ein relevantes Unterscheidungsmerkmal im Wettstreit mit jenen, die gerne den informatorischen (digitalen) Flach-, Kurz- und Fehlpass spielen.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❐

Jahresbilanz der Bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken:

Auf solidem Erfolgskurs

Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken blicken auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2023 zurück. Wie Gregor Scheller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, in München mitteilte, sei das Betriebsergebnis von 1,8 Mrd. Euro auf 2,1 Mrd. Euro gestiegen. Die positive Entwicklung sei auf das nach wie vor stabile Kundengeschäft und eine weitere Verbesserung in der Kosteneffizienz zurückzuführen.

Die Ausleihungen der Genossenschaftsbanken nahmen um 2,7 Prozent auf 140,5 Mrd. Euro zu. Das hohe Kreditwachstum aus den zurückliegenden Ausnahmejahren sei jedoch nicht erreicht worden. Die Kredite an Firmenkunden stiegen um 3,4 Prozent auf 75,3 Mrd. Euro, Kredite an Privatkunden wuchsen um 1,7 Prozent auf 61,3 Mrd. Euro. „Die Banken spüren die Zurückhaltung bei Privathaushalten und Wirtschaft. In einem insgesamt langsamer wachsenden Markt haben die bayerischen VR-Banken ihren Marktanteil weiter leicht ausgebaut", betonte Scheller.

Immobilienkredite

Abgekühlt hat sich dagegen das Geschäft mit Immobilienkrediten, einem wesentlichen Geschäftsfeld der Volks- und Raiffeisenbanken. Das private Wohnbaukreditgeschäft stieg mit 1,6 Prozent leicht auf ein Volumen von 56 Mrd. Euro an. Das Neugeschäft erreichte aber bei Weitem nicht mehr die Rekordzuwächse der zurückliegenden Jahre. Scheller zufolge ist der Bedarf an Wohnraum ungebrochen. Es gebe viele Wohnungssuchende, zugleich lasse die Bauaktivität spürbar nach. Damit verschärfe sich die Lage, vor allem in Ballungszentren. „Diese Entwicklung betrachte ich nicht nur unter dem geschäftlichen Aspekt mit Sorge. Die Wohnungen, die heute nicht finanziert und gebaut werden, fehlen morgen auf dem Wohnungsmarkt. Davor sollte die Politik nicht die Augen verschließen und für Impulse beim Wohnungsbau sorgen", forderte der GVB-Chef.

Positiv wirkt sich die Zinswende auf das Ergebnis der Volks- und Raiffeisenbanken aus. Der Zinsüberschuss stieg um 14 Prozent auf rund 3,6 Mrd. Euro. „Nach der Negativzinsphase sind die Banken wieder in der betriebswirtschaftlichen Normalität angekommen. Geld hat wieder einen Preis", kommentierte Scheller. Die Provisionserträge blieben konstant bei knapp 1,4 Mrd. Euro.

Kundengelder

Bei den bilanziellen Kundengeldern verzeichneten die Banken ein Plus von 0,4 Prozent auf 158,5 Mrd. Euro. Dabei ist eine deutliche Umschichtung zu beobachten von Sichteinlagen in Einlagen bei festverzinslichen Sparprodukten. Die Termineinlagen legten aufgrund attraktiverer Verzinsung deutlich zu und haben sich mehr als verdreifacht (plus 216,5 Prozent). „Die Banken haben den Kunden gut verzinste Alternativen zum Tagesgeld angeboten", stellte Scheller fest. Folglich sind auch die Zinskosten gestiegen, um mehr als 300 Prozent von 288 Mio. Euro auf fast 1,2 Mrd. Euro. Das außerbilanzielle Kundenanlagevolumen stieg wegen gewachsener Bestände im Wertpapier- und Fondsgeschäft. Die Kunden investierten aufgrund des steigenden Zinsniveaus 2023 deutlich mehr in Rentenpapiere und Rentenfonds als im Vorjahr. Die Nettozuflüsse bei Aktien und Aktienfonds, Immobilienfonds und Mischfonds waren im Jahr 2023 hingegen geringer als im Vorjahr.

Nach Abschreibungen auf die selbst gehaltenen Wertpapiere in Höhe von 1,7 Mrd. Euro im Vorjahr notierten die Banken 2023 Zuschreibungen von rund 330 Mio. Euro. Zum einen ist dies darauf zurückzuführen, dass Anleihen, deren Wert sich aufgrund der Zinsentwicklung im Vorjahr stark verringert hatte, wieder an Wert gewonnen haben, weil der Fälligkeitstermin näher gerückt ist. Zum anderen hat sich der Rückgang im Marktzins im vierten Quartal positiv auf die Bewertung ausgewirkt.

Solide Ausstattung mit Eigenkapital

Deutlich stärker als die Kosten stiegen die Erträge der bayerischen Genossenschaftsbanken. Die Aufwand-Ertrag-Relation (CIR) ist mit einem Wert von 59,8 (2022: 61,2) erstmals unter 60 gesunken. Gewachsen ist auch das harte Kernkapital der Banken: von 19,2 auf 19,9 Mrd. Euro. Die harte Kernkapitalquote liegt damit bei 16,3 Prozent. Scheller sieht darin einen weiteren Beleg für die Solidität der Kreditgenossenschaften: „Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken sind solide mit Eigenkapital ausgestattet. Damit haben sie die besten Voraussetzungen, um auch künftig Firmen- und Privatkunden verlässlich mit Krediten versorgen zu können und damit die Transformation der Wirtschaft sowie die notwendigen Investitionen in die Energiewende zu finanzieren."

Durch Fusionen sank laut Scheller die Anzahl der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken von 197 auf 184 Banken. Diese Entwicklung stehe in direktem Zusammenhang mit zunehmenden regulatorischen Auflagen. „Die Erfüllung der Regulierungsanforderungen bindet immer mehr Fachkräfte in der Bank. Der Regulierungsdruck erhöht auch den Fusionsdruck", erläuterte der Präsident. Er plädierte dafür, Fachkräfte weniger stark mit administrativen Aufgaben zu beschäftigen. „Der Bürokratieabbau muss in der Praxis umgesetzt werden. Wir sollten unsere Kräfte in der Wirtschaft mehr auf Transformation und Wachstum richten und uns von unnötigem Papierkram verabschieden", ergänzte Scheller. Ein Beispiel dafür seien AGB-Änderungen: Nach einem Urteil des BGH müssen Kunden sämtlichen Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen ausdrücklich zustimmen. Dies sei praxisfern, belaste Banken sowie deren Kunden gleichermaßen und leiste keinen Beitrag zum Verbraucherschutz.

Nach wie vor sind Volks- und Raiffeisenbanken attraktive Arbeitgeber: So blieb die Zahl der Beschäftigten mit 29.334 (Vorjahr 29.336 Beschäftigte) konstant – davon sind 1.799 Auszubildende, 81 mehr als im Jahr davor.

Verhaltener Optimismus

Trotz der von zahlreichen Unsicherheiten geprägten aktuellen Lage (die weitere Zinspolitik der EZB ist noch nicht absehbar, künftige konjunkturelle Risiken sind nicht auszuschließen) zeigt sich der Genossenschaftsverband Bayern verhalten optimistisch: „Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken sind gut kapitalisiert. So werden sie ihren soliden Erfolgskurs fortsetzen", prognostizierte Präsident Scheller. Für die gesamte Wirtschaft wünscht er sich mehr Soziale Marktwirtschaft und mehr Eigenverantwortung. „Wir haben in Deutschland, in Bayern, in unserer Wirtschaft viel Potenzial. Das gilt es auszuschöpfen. Wir müssen mehr umsetzen und weniger lamentieren." **DK**

Chancen und Herausforderungen...

(Fortsetzung von Seite 5)

praktisch alle Zentralbanken weltweit, nicht nur die EZB, über die Herausgabe einer digitalen Währung nach. Das interessante daran ist: Erst im Laufe des Projekts wurde deutlich, dass digitales Zentralbankgeld noch viel mehr Vorteile bietet als die Wahrung des staatlichen Geldmonopols. Es zeigte sich, dass digitales Geld das überlegene und intelligentere Zahlungsmittel im Vergleich zum herkömmlichen Geld ist. Daher steht heute der innovative Charakter von digitalem Geld im Vordergrund.

GZ: Aber der digitale Euro ist keine Anlageform?

Wuermeling: *Genau, und das ist der entscheidende Unterschied zu Bitcoin. Ein Euro bleibt ein Euro, unabhängig von seiner Form. Sein Wert schwankt nicht. Er verkörpert einen Anspruch gegenüber der Zentralbank, sei es in Form von Digitalgeld, einer Banknote oder als Guthaben auf einem Konto bei der Zentralbank. Zwar verzinst sich der Digitale Euro nicht, aber dafür ist er anders als etwa Kryptoassets sicher.*

Kritik am Digitalen Euro

GZ: Kommen wir zur Kritik am Digitalen Euro. In Venezuela ist die Einführung der staatlichen Kryptowährung Petro nach fünf Jahren gescheitert. In China wird das digitale Zentralbankgeld bereits benutzt, um die Gesellschaft im Sinne von Partei und Staat zu gestalten. Was unterscheidet denn das europäische digitale Zentralbankgeld von diesen Beispielen?

Wuermeling: *Das, was Sie „Gestaltung" in China nennen, ist im Grunde genommen nichts anderes als die Nutzung des digitalen Geldes als Überwachungsinstrument. Im Kern ist das digitale Zentralbankgeld eine Basistechnologie, die für sehr verschiedene Zwecke genutzt werden kann, solche und solche. In Entwicklungsländern wird sie hauptsächlich eingesetzt, um denjenigen, die ein Handy, aber kein Bankkonto haben, den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu ermöglichen – also finanzielle Inklusion zu fördern. Doch dies funktioniert natürlich nicht, wenn die Bevölkerung, wie in Venezuela, kein Vertrauen in die staatliche Währung hat. Denn letztendlich bleibt das Geld dasselbe, unabhängig davon, ob es in digitaler Form, als Konto oder Banknote verfügbar ist. Wenn Menschen kein Vertrauen in staatliches Geld haben, werden sie es auch dann nicht nutzen, wenn es digital angeboten wird.*

Aber digitales Zentralbankgeld kann ein effektives Instrument zur Bekämpfung der finanziellen Ausgrenzung sein, da Menschen ihr Geld dann über eine Wallet auf ihrem Handy verwalten können und keine herkömmliche Bank benötigen. Dies ist jedoch nicht die Absicht hinter dem Digitalen Euro im Euroraum. Hier ist das Ziel, ein Zahlungsmittel für die digitale Welt bereitzustellen. In dieser Hinsicht ist die EU unter den Industrieländern gegenwärtig sogar führend.

GZ: Die Kritik am Digitalen Euro schließt auch die Unvereinbarkeit von Anonymität im Zahlungsverkehr und Schutz vor Geldwäsche mit ein.

Wuermeling: *Die digitale Natur des Digitalen Euro eröffnet eine Vielzahl von Möglichkeiten der Ausgestaltung. Zum Beispiel könnte der Zahler anonym bleiben, während der Empfänger identifiziert wird, oder ähnliche Konfigurationen. Es gibt eine Vielzahl von Varianten, die in Betracht gezogen werden können. Letztendlich muss die Politik und die Gesellschaft entscheiden, welches Ziel höher bewertet wird: die Anonymität der Zahlungen zum Schutz der Privatsphäre oder die Transparenz zur Bekämpfung von Betrug. Dabei muss uns bewusst sein, dass wir derzeit keineswegs vollständige Anonymität bei unseren Zahlungen haben. Während Bargeldzahlungen noch anonym sind, sind alle anderen Arten von Transaktionen – sei es eine Überweisung, eine Zahlung mit Kreditkarte, EC-Karten oder PayPal – offen wie eine Postkarte. Ihre Kontoauszüge zeigen detailliert, wann und an wen Sie welche Beträge gezahlt haben. In den täglich genutzten Zahlungsmethoden gibt es also heute eine geringe Anonymität.*

Im Vergleich dazu wird eine Zahlung mit dem digitalen Euro von Natur aus viel anonymer sein, da auf Ihrem Kontoauszug lediglich der Kauf von digitalen Euros verzeichnet wird, ohne weitere Details. Während der eigentlichen Transaktion entsteht keine Datenübertragung, es sei denn, es besteht eine gesetzliche Verpflichtung dazu. Im Wesentlichen ist eine Zahlung im digitalen Euro fast so anonym wie mit Bargeld.

GZ: Der digitale Euro wird auch als Instrument dargestellt, um uns unabhängiger zu machen. Wieso?

Wuermeling: *Zwei Drittel aller inländischen Zahlungen werden über nicht-europäische Systeme abgewickelt. Die Emittenten von Kreditkarten sind allesamt US-Unternehmen, ebenso wie Paypal und Apple, von denen wir völlig abhängig sind. Wenn man bedenkt, dass bei einem Ausfall der Zahlungssysteme eine gesamte Volkswirtschaft zum Erliegen kommt, ist das ein unbestreitbares Risiko. Der Digitale Euro hingegen operiert auf einer ausschließlich europäischen Infrastruktur. Die Einführung des Digitalen Euro würde uns deshalb unabhängiger und widerstandsfähiger machen.*

GZ: Gehen Sie davon aus, dass der Digitale Euro kommt?

Wuermeling: *Ich bin absolut davon überzeugt, denn die Vorteile des Digitalen Euro treten immer deutlicher zutage. Die Notwendigkeit wird ebenfalls immer offensichtlicher, insbesondere vor dem Hintergrund des digitalen Fortschritts mit Web 3.0, Industrie 4.0, Machine-to-Machine-Zahlungen, dem Metaverse und vielem mehr. In diesen neuen Ökosystemen gibt es bisher schlichtweg kein staatliches Geld, mit dem Zahlungen getätigt werden können. Stattdessen bleiben Sie auf Bitcoin, Dollar-Stablecoins oder ähnliches angewiesen. Wenn der Staat durch die Zentralbanken kein digitales Geld bereitstellt, wird das Geld reprivatisiert. Das wäre eine Rückschritt um 150 Jahre als es nur privates Geld gab. Die Reaktion der Zentralbanken, digitales Geld zu entwickeln, entspringt einem klaren Bedarf der Verbraucher, der privaten Wirtschaft und eben auch der öffentlichen Hand. Das wird allen Beteiligten immer stärker bewußt.*

GZ: Und was heisst das nun für die Kommunen?

Wuermeling: *Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für Kommunen, die intelligenten Möglichkeiten des Digitalen Euro in die Digitalisierungsprojekte der Städte und Gemeinden einzubauen. Bei allem Nachholbedarf steht Bayern ja mit an der Spitze bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Deshalb sollte es auch zu den ersten gehören, die von den Möglichkeiten des Digitalen Euro in der Verwaltung Gebrauch machen. Konsequenterweise sollte die bayerische Politik dann auch verlangen, dass, wenn schon ein Digitaler Euro eingeführt wird, er dann aber auch von Anfang an mit allen intelligenten Funktionen ausgestattet ist, die Nutzen bringen.* **CH**

Jahresbilanz 2023 der LfA:

Stärkung des bayerischen Mittelstandes im Fokus

Die LfA Förderbank Bayern blickt auf ein solides Geschäftsjahr 2023 zurück: Im Kerngeschäft mit Programmkrediten für Mittelstand und Kommunen sagte die staatliche Spezialbank rund 1,62 Milliarden Euro zu. Die mittelständischen Betriebe und Selbständigen konnten damit Investitionen in Höhe von rund 2,2 Milliarden Euro realisieren. Zusammen mit den Konsortial- und Globaldarlehen (678 Millionen Euro) erreichte die Kreditvergabe 2023 mit rund 2,30 Milliarden Euro ein ähnliches Niveau wie im letzten Vorpandemiejahr 2019. Das gilt auch für die Gesamtförderleistung für den Wirtschaftsstandort Bayern, die einschließlich der Risikoübernahmen (188 Millionen Euro) bei rund 2,48 Milliarden Euro lag. Die Bilanzsumme betrug 25,049 Milliarden Euro. Die Kernkapitalquote (Tier 1) stieg auf 19,6 Prozent.

Erneut stark gefragt waren im vergangenen Jahr die Finanzierungsangebote für Gründung und Unternehmensnachfolge sowie für Modernisierungs- und Wachstumsinvestitionen. Die Gründungsförderung lag bei 466 Millionen Euro. Neben mehr als 280 Neugründungen wurden auch über 620 Existenzgründungen durch Betriebsübernahmen finanziert. Die Förderung von Modernisierungs- und Wachstumsvorhaben bildete mit Zusagen von 1,12 Milliarden Euro einen weiteren Schwerpunkt. Ein deutliches Plus gab es beim Innovationskredit 4.0 zur Finanzierung der gesamten Bandbreite von Innovationsvorhaben, Digitalisierungsvorhaben, innovativen Geschäftsmodellen und innovativen Unternehmen – dort erhöhte sich das Zusagevolumen um mehr als 33 Prozent auf über 185 Millionen Euro.

Investitionen in die kommunale Infrastruktur

Knapp 80 bayerische Kommunen konnten 2023 mit LfA-Förderkrediten Investitionen in die kommunale Infrastruktur in Höhe von rund 179 Millionen Euro realisieren.

Die Mitte bzw. Ende des Jahres 2022 eingeführten Krisenhilfen zur Absicherung von Unternehmen, die von der Energiepreiskrise im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg besonders hart betroffen waren, wurden im zurückliegenden Jahr erfreulicherweise kaum benötigt. Die „Ukraine-Bürgschaften der LfA“ sind zum 31.12.2023 ausgelaufen. Der „Energieliquiditätskredit“ wird Ende April eingestellt.

Die im Verbund mit der LfA stehenden Unternehmen BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und Bayern Kapital GmbH stellen den bayerischen Gründern und Unternehmern zudem Eigenkapitalangebote in allen Entwicklungsphasen der Unternehmen zur Verfügung. Im vergangenen Jahr wurden allein über unsere 100-prozentige Tochter Bayern Kapital sowie Fondsinvestitionen rund 90 Millionen Euro neu zugesagt.

Stabile Vermögens- und Ertragslage

Die LfA kann betriebswirtschaftlich auf ein erneut erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die Bilanzsumme lag mit 25,049 Milliarden Euro leicht über dem Vorjahresniveau (+ 2,7 Prozent). Die harte Kernkapitalquote stieg leicht auf 19,6 Prozent (2022: 19,5 Prozent). Das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge beträgt erfreuliche 50 Millionen Euro. Dies ermöglicht nicht nur eine Stärkung der Rücklagen der Bank (Zuführung von 30 Millionen Euro zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB), sondern auch einen unverändert hohen Jahresüberschuss von 20 Millionen Euro, der zum Großteil an den Freistaat Bayern ausgeschüttet wird.

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger: „Unsere mittelständischen Betriebe in Bayern brauchen verlässliche Partner wie die LfA. Fast 3.600 Unternehmen und Kommunen hat unsere staatliche Förderbank im vergangenen Jahr unterstützt. Ich freue mich ganz besonders, dass bei den Förderungen die Felder Innovation, Gründung und Wachstum im Fokus lagen. Das ist ein starkes Zeichen für die Zukunft und stimmt mich auch ein Stück weit optimistisch trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen in Deutschland.“

Passgenaue Finanzierungshilfen

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, betont: „Mit unseren passgenauen Finanzierungshilfen konnten wir auch 2023 einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die bayerischen Unternehmen durch herausfordernde Zeiten zu begleiten. Die alles überlagernde Aufgabe ist die Transformation hin zu Digitalisierung und klimafreundlichem Wirtschaften. Bei der Finanzierung des damit verbundenen enormen Investitionsbedarfs schlägt langfristig hier die ‚Stunde der Förderbanken‘. Wir laden den bayerischen Mittelstand ein, mit unseren Förderangeboten in eine erfolgreiche Zukunft zu investieren.“ ❐



V.l.: Dr. Bernhard Schwab, Vorsitzender des LfA-Vorstands; Hubert Aiwanger, Bayerns Wirtschaftsminister; Stefan Höck, Mitglied des LfA-Vorstands. Bild: Stefan Heigl

Kommunale Kassenlage 2023

Laut Informationsbrief des Bayerischen Städtetags hat die Dynamik bei den Ausgaben die Kassenlage der Städte und Gemeinden im Freistaat verschärft. Das Defizit belief sich 2023 auf 2,5 Mrd. Euro. Lediglich ein gutes Gewerbesteueraufkommen im Schlussquartal und ein kassentechnischer Einmaleffekt zu Jahresbeginn konnten ein höheres Defizit verhindern. „Damit ist die Ausgangslage für 2024 ungünstig. Aufgrund der Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben werden die Haushalte weiter unter Druck geraten. Es zeichnet sich ein deutlicher Anstieg der Verschuldung ab“, heißt es.

Nach Angaben des Statistischen Landesamts stiegen die Einnahmen der bayerischen Kommunen (+5,3 Prozent) langsamer als die Ausgaben. Bei den Ausgaben setzte sich der Anstieg (+11,3 Prozent) fort. Im Ergebnis führte die Entwicklung zu einem Defizit von 2,5 Mrd. Euro. Mehr als die Hälfte des negativen Finanzierungssaldos entfiel auf die kreisfreien Städte (1,5 Mrd. Euro). Im kreisangehörigen Raum lag das Defizit bei knapp einer Milliarde Euro.

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen (Netto) stiegen um 5,4 Prozent auf rund 25 Mrd. Euro. Die Brutto-Gewerbesteuer (ohne Abzug der Gewerbesteuerumlage) lag mit einem bayernweiten Gesamtaufkommen von rund 13 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2023 moderat über dem Vorjahresaufkommen (+2,9 Prozent). Zum 30. September 2023 war die Entwicklung bei der Gewerbesteuer noch leicht rückläufig (-0,4 Prozent).

Während die kreisfreien Städte nach den ersten drei Quartalen noch einen leichten Zuwachs (+1,9 Prozent) verzeichneten, gab es im kreisangehörigen Raum einen Rückgang um 2,2 Prozent. Im Jahresschlussquartal stiegen die Gewerbesteuereinnahmen deutlich. Vor allem bei den kreisfreien Städten legte das Steueraufkommen zu (+19,1 Prozent). Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden notierten ein Plus von 6,2 Prozent.

Das Beteiligungsaufkommen der Gemeinden an der Einkommensteuer lag mit einem gesamtbayerischen Aufkommen von rund 9,9 Mrd. Euro über dem Vorjahresaufkommen (+8,7 Prozent). Allerdings beruht das Plus auf einem kassentechnischen Effekt im ersten Quartal. Zu Jahresbeginn profitierten die Gemeinden von einer hohen Nachzahlung aus der Spitzabrechnung für das Jahresschlussquartal 2022. Ohne diesen Effekt läge der Anstieg beim Einkommensteueranteil nur geringfügig (+0,4 Prozent) über Vorjahresniveau.

Der Zuwachs bei den Ausgaben ist breit angelegt. Bei den Personalausgaben gab es einen Aufwuchs um 8,3 Prozent auf 13,9 Mrd. Euro. Auch beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+9,4 Prozent) und bei den Bauausgaben (+12,8 Prozent) fiel der Anstieg hoch aus. Das Plus bei Sozialausgaben (+10,9 Prozent) ist auf die hohe Dynamik bei der Sozialhilfe zurückzuführen (+15,9 Prozent). Der Aufwuchs fiel bei Landkreisen (+20,7 Prozent) höher aus als bei kreisfreien Städten (+18,0 Prozent).

Grund für den flächendeckenden Anstieg sind gestiegene Fallzahlen bei der Grundsicherung im Alter und ein vermehrter Rechtskreiswechsel von Geflüchteten aus dem AsylbLG ins SGB XII zum 1. Juni 2022, höhere Ausgaben beim Bürgergeld, mehr Anspruchsberechtigte und höhere Wohnkosten. **DK**

150 Jahre Raiffeisen-Volksbank im Ries

Auf den Tag genau 150 Jahre nach der Gründungsveranstaltung der Raiffeisen-Volksbank Ries eG fanden sich in der Nördlinger Hauptfiliale rund 100 Gäste zur Vernissage einer Pop up-Ausstellung ein. Das Kooperationsprojekt mit dem Museum KulturLand Ries, das sein 40-jähriges Bestehen feierte, rückt die bewegte Geschichte von den Anfängen der Nördlinger Gewerbebank und den Genossenschaftsgründungen auf den Rieser Dörfern bis zur heutigen RVB Ries in den Mittelpunkt. Bis 31. Juli sind weitere Veranstaltungen und kostenlose Vermittlungsprogramme für Schulklassen geplant.

Die Raiffeisen-Volksbank Ries fußt auf zahlreichen kleinen Rieser Dorf-Genossenschaften, die überwiegend in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufen wurden. Die erste Genossenschaft entstand in Nördlingen. Dort wurde am 4. März 1874 unter der Federführung des Buchhändlers, Journalisten und Verlegers Ernst Rohmer die Gewerbebank Nördlingen gegründet. Diese erste Gründung einer Kreditgenossenschaft im Ries stand ganz im Geiste Hermann Schulze-Delitzschs. Um wirtschaftlicher Not zu begegnen, kämpfte er seit Mitte des 19. Jahrhunderts für den Zusammenschluss in Genossenschaften als Hilfe zu Selbsthilfe.

Neben ihm war es Friedrich Wilhelm Raiffeisen, der als einer der Vordenker und Initiatoren der Genossenschaftsidee gilt. Er propagierte Darlehenskassenvereine, deren Verwaltung die Mitglieder selbst übernahmen. Die finanzielle Beteiligung zahlreicher Bürger ermöglichte Anschaffungen im Gemeinschaftsinteresse und minimierte gleichzeitig das Risiko für den Einzelnen. Dem Credo „Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele“ folgend, avancierte die Genossenschaftsidee zum Erfolgsmodell. 1883 entstand mit Alerheim die erste Vereinsgenossenschaft auf dem Rieser Land, der bis 1921 in fast allen Gemeinden des Umlands weitere 64 nach dem Muster Raiffeisens folgten.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts spürten auch die Dorf-Raiffeisenkassen die Auswirkungen der beiden Weltkriege und der Inflation sehr deutlich. Das Vereinsleben lag oft viele Jahre brach. In allen Fällen jedoch organisierten sich die Genossenschaftsmitglieder nach schwierigen Phasen wieder neu und waren oft die Aktivposten in der Dorfgemeinschaft.

In den 1960er-Jahren beschlossen viele Raiffeisenkassen, sich zu größeren Einheiten zusammenzuschließen. So gingen etwa im Jahr 1966 die Raiffeisenkasse Bühl und die Raiffeisenkasse Wörnitzostheim mit der Raiffeisenkasse Alerheim zusammen. Kleinsorheim schloss sich 1965 mit Möttingen zusammen, 1968 Pfäfflingen und Löpsingen. Insgesamt entstanden stärkere und handlungsfähigere Einheiten.

Die heutige Raiffeisen-Volksbank Ries entstand aus den großen Zusammenschlüssen der Raiffeisenbank Nördlingen mit der Volksbank Nördlingen 1990. 1998 kam die Raiffeisenbank Oettingen dazu, 2002 die Raiffeisenbank Möttingen und 2003 die Raiffeisenbank Oberes Kesseltal. Die RVB Ries als Partner der heimischen Wirtschaft und der privaten Investoren ist heute der größte Finanzdienstleister in der Region mit einer Bilanzsumme von rund 905 Mio. Euro. **DK**



Bayerische Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften 2023:

Reges Gründungsgeschehen

Von einem regen genossenschaftlichen Gründungsgeschehen war das vergangene Jahr geprägt. Insgesamt nahm der GVB in Bayern 51 genossenschaftliche Neugründungen in seine Reihen auf, davon allein 40 neue Energiegenossenschaften (inklusive 32 Wärmegenossenschaften). „Diese Entwicklung ist ein klarer Beleg für die Attraktivität des Genossenschaftsmodells", erläuterte GVB-Präsident Gregor Scheller bei der Vorlage der Bilanzzahlen.

Nach seinen Angaben haben sich die 1.031 im GVB organisierten Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in einem volatilen Umfeld erfolgreich behauptet. Der Gesamtumsatz stieg auf 16,6 Mrd. Euro, eine Zunahme von 2,4 Prozent. „Genossenschaften zeigen, was in ihnen steckt, wenn das Gesamtumfeld von Unsicherheiten geprägt ist. Entstanden im 19. Jahrhundert in Krisenzeiten beweisen sie bis heute ihre Leistungsfähigkeit", kommentierte Scheller. Die 329 Energiegenossenschaften erwirtschafteten 2023 insgesamt 457 Mio. Euro Umsatz, ein Plus von 20,7 Prozent zum Vorjahr. Ermöglicht wurde dies unter anderem durch die wachsende Zahl von Energiegenossenschaften, durch nach wie vor relativ hohe Strompreise und eine gute Stromausbeute bei Photovoltaikanlagen. Um 8,8 Prozent auf 12,3 Mio. Euro steigerten die 147 Wärmegenossenschaften in Bayern ihre Erlöse. Scheller zufolge kommt Nahwärmenetzen eine wachsende Bedeutung zu. In ganz Deutschland trieben Städte und Gemeinden ihre kommunale Wärmeplanung voran. Wärmegenossenschaften könnten hier behilflich sein, weil sie die Umsetzung der Wärmeplanung in wesentlichen Teilen in Bürgerhand übernehmen. Als Finanzierer nähmen die Volks- und Raiffeisenbanken eine Schlüsselrolle ein. Mit ihrer regionalen Nähe könnten sie einen aktiven Beitrag zum Gelingen der Wärmewende leisten. Neben der Zahl der Wärmegenossenschaften legte auch die Zahl der Photovoltaikgenossenschaften zu. Sie stieg um sieben auf 114 Mitglieder. Für die kommenden Jahre zeichnen sich im Energiebereich Fusionen ab. Dies ist bei den mitunter kleinen Genossenschaften notwendig, um weiteres Wachstum zu stemmen und sich an größeren Projekten beteiligen zu können. Zudem fallen Anlagen nach und nach aus der EEG-Förderung, worauf sich die Genossenschaften einstellen und sich entsprechend anpassen müssen.

Rückgänge sind dagegen beim Raiffeisen-Warengeschäft zu verzeichnen: Die 74 bayerischen Raiffeisen-Warenunternehmen erwirtschafteten Umsätze in Höhe von 1,6 Mrd. Euro. Dies ist ein Rückgang von rund elf Prozent zum Jahr 2022. Positiv schlägt sich allerdings u.a. nieder, dass sich die Raiffeisen-Händler vermehrt an privaten Unternehmen aus den Branchen Agrarhandel, Baustoffe und Energie beteiligen und diese Marktausweitung zu Umsatzsteigerungen führt. „Die Raiffeisen-Märkte sind eine wichtige Stütze der ländlichen Regionen Bayerns. Über viele Jahre haben sie sich das Vertrauen von Kundinnen und Kunden sowie Mitgliedern erarbeitet. Das bewährt sich insbesondere in herausfordernden Zeiten", erklärte der GVB-Präsident.

Plus beim Handel

Während die 99 Milchgenossenschaften 2023 einen Umsatz in Höhe von 3,8 Mrd. Euro und damit einen Rückgang um 3,7 Prozent verzeichneten, können sich die 63 Handelsgenossenschaften im Freistaat über ein Umsatzplus von 4,9 Prozent auf 6,6 Mrd. Euro freuen. Zwar wird diese Sparte klar von einem Handelsunternehmen aus der Arzneimittelbranche dominiert, jedoch umfasst sie auch die Bereiche Nahrungs- und Genussmittel sowie Dorfläden, die erneut mit einem Ergebnisplus von 6,7 Prozent aufwarteten. „Die Nahversorgung der Bevölkerung auf dem Land wird von den Menschen angenommen. Hier zeigt sich, wie Genossenschaften dazu beitragen können, Lücken zu schließen und zum Wohl der Allgemeinheit zu wirken", unterstrich Scheller. Der regionale Handel stehe allerdings unter starkem Druck der Discounter.

Einen Umsatz in Höhe von mehr als 1,4 Mrd. Euro (plus 6,9 Prozent) vermelden die 226 ländlichen Genossenschaften. Dabei gab es bei den genossenschaftlichen Unternehmen aus dem Bereich Obst und Gemüse deutliche Zuwächse um mehr als 25 Prozent auf 203 Mio. Euro. Hier schlagen nicht nur gestiegene Preise, sondern auch der Trend zur Regionalität durch.

Die 46 Handwerksgenossenschaften konnten ihren Umsatz um 0,7 Prozent auf 991 Mio. Euro steigern. In diesem Segment macht sich der Konjunktureinbruch im Baugewerbe bemerkbar. Die Unternehmen beklagen zudem, dass Nachwuchs immer schwieriger zu finden ist. Auch dadurch bleiben immer wieder Aufträge auf der Strecke, weil sie aufgrund fehlenden Personals nicht ausgeführt werden können.

Einen Umsatzsprung um 18,4 Prozent auf 1,6 Mrd. Euro notierten schließlich die 150 gewerblichen Genossenschaften. Auch hier ist ein einzelnes Unternehmen dominant, das der Kommunikations- und IT-Branche angehört. Darüber hinaus zählen zu dieser Sparte freie Berufsgruppen, Gastronomie, Gesundheit, Marketing und Tourismus sowie Verkehr. **DK**

Bürgerbeauftragter MdL Wolfgang Fackler zur neuen Grundsteuer:

Bürgerinnen und Bürger sollten sich rechtzeitig für angepasste Hebesätze einsetzen

Die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat machen sich zunehmend Sorgen über eine starke Erhöhung der Grundsteuer im kommenden Jahr infolge der ab 2025 greifenden Grundsteuerreform. „Zuletzt haben sich deshalb einige betroffene Personen mit der Bitte um Unterstützung an mich gewandt", so der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Wolfgang Fackler. Nach Erhalt der Bescheide vom Finanzamt haben sie festgestellt, dass sich der neue Grundsteuermessbetrag nun teilweise auf das Zwei- oder Dreifache des bisherigen Messbetrags beläuft.

Appell der Bayerischen Staatsregierung

Der Bürgerbeauftragte Fackler rät von derartigen Vergleichsberechnungen erst einmal ab und weist auf die noch ausstehende Festlegung der neuen Hebesätze durch die Gemeinden hin. „Erst wenn die Gemeinden die neuen Hebesätze festgelegt haben, kann die künftige Grundsteuer durch Multiplikation des Grundsteuermessbetrags mit dem jeweiligen Hebesatz verlässlich errechnet werden", erklärt MdL Fackler.

Der Bürgerbeauftragte ist jedoch zuversichtlich, dass die bayerischen Gemeinden bei der Entscheidung über die Anpassung der Hebesätze den Appell der Bayerischen Staatsregierung ernst nehmen werden, die Grundsteuerreform insgesamt aufkommensneutral auszugestalten und somit keine Erhöhung des gesamten Grundsteueraufkommens durch die Hintertür anzustreben. „Es darf auf keinen Fall sein, dass am Ende des Tages die Bürgerinnen und Bürger die Zeche bezahlen müssen, obwohl das alte Grundsteuermodell vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig einkassiert wurde", macht der Bürgerbeauftragte Fackler deutlich.

Um Überraschungen zu vermeiden und sich am Prozess der Anpassung der Hebesätze im Rahmen der Möglichkeiten zu beteiligen, empfiehlt Fackler den Bürgerinnen und Bürgern, frühzeitig das Gespräch mit den Gemeinde- und Stadträten vor Ort zu suchen und auf die Problematik aufmerksam zu machen. „Es zeigt sich immer wieder, dass rechtzeitige Kommunikation und höchstmögliche Transparenz der Schlüssel zu mehr Akzeptanz und zum Erhalt des Miteinanders innerhalb einer Kommune sind", so der Bürgerbeauftragte Wolfgang Fackler.

Der Bürgerbeauftragte erklärt dies auch in einem Video: Tipp vom Bürgerbeauftragten: Grundsteuerreform 2025 – Bayern (youtube.com) https://www.youtube.com/watch?v=x99NVg2E_MU . ❐

Übergabe des neuen Geschirrmobils

Landrat Dr. Alexander Legler hat gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Aschaffenburg Miltenberg Jürgen Schäfer den offiziellen Startschuss für das neue Geschirrmobil für den Landkreis Aschaffenburg gegeben. Das Geschirrmobil wurde mit 6.000 Euro von der Sparkasse Aschaffenburg Miltenberg bezuschusst.

Ab sofort können Vereine, Institutionen und Privatpersonen aus dem Landkreis Aschaffenburg das durch die Abfallwirtschaft im Landkreis angeschaffte Geschirrmobil gegen eine Mietgebühr in Höhe von 50 Euro pro Tag ausleihen.

Industriespülmaschine

Das Geschirrmobil ist mit einer Industriespülmaschine und dem erforderlichen Zubehör ausgestattet. Durch die integrierten Schiebeschränke sowie die Arbeitsflächen ist für ausreichend Platz gesorgt. Ebenfalls verliehen werden Geschirr und Besteck. Dieses wird in passenden Transportbehältnissen je nach Bedarf mit herausgegeben.

Einweggeschirr vermeiden

„Ich freue mich, dass wir pünktlich zur Festsaison offiziell mit unserem neuen Geschirrmobil starten können. Das damit insbesondere für unsere Vereine im Landkreis verbundene Angebot soll mit dazu beitragen, Einweggeschirr auf Festen und Veranstaltungen auch weiterhin zu vermeiden. Zusätzlich kann das Angebot mithelfen, dass der Veranstaltungsort frei bleibt von durch Geschirr verursachten Abfall mit der positiven Folge vor allem auch für unsere Umwelt und die jeweiligen Veranstalter, die dadurch hoffentlich auch tatsächlich eine Entlastung erfahren beim Aufräumen des Festgeländes", so Landrat Dr. Alexander Legler.

Besonderer Dank an die Sparkasse

Sein besonderer Dank geht nicht nur an all diejenigen, die ohnehin schon auf Einweggeschirr verzichten oder das neue Angebot annehmen werden, sondern auch an die Sparkasse Aschaffenburg Miltenberg für ihre großzügige finanzielle Unterstützung zu diesem nachhaltigen Angebot.

„Die Sparkasse unterstützte diese Anschaffung sehr gerne. Mit dem Geschirrmobil profitieren alle Vereine bei ihren Veranstaltungen im gesamten Landkreis und können letztendlich nachhaltiger und umweltbewusster ihre Vereinsfeste durchführen.", so Vorstandsvorsitzender Jürgen Schäfer.

Informationen

Informationen zum Geschirrmobil sind über die Homepage des Landratsamtes unter www.abfallwirtschaft-ab.de zu finden.
Reservierungen sowie Informationen zu den genauen Rahmenbedingungen und Preisen können telefonisch unter der 06021/ 394 – 7422 oder per E-Mail an abfallberatung@Lra-ab.bayern.de erfragt werden. ❐



Landrat Dr. Alexander Legler und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Aschaffenburg Miltenberg Jürgen Schäfer mit Kolleginnen und Kollegen des Landratsamtes. Bild: LRA Aschaffenburg

Kommunale Finanzverwaltung:

Was tun bei Fachkräftemangel?

AKDB bietet schnelle, unkomplizierte Lösung
Dank Personalzuwachs im Servicecenter Finanzwesen gibt es nun noch mehr Kapazitäten.

Der Bayerische Städtetag geht davon aus, dass es in Deutschland bis 2030 über eine Million unbesetzte Stellen im öffentlichen Dienst geben wird. Es müssen mehr Mitarbeitende für die Arbeit in der Verwaltung gewonnen werden. Und das verfügbare Personal muss optimal eingesetzt werden. Die Lösung lautet: Digitalisierung des öffentlichen Sektors. Und eine – zumindest temporäre – Auslagerung von Routineaufgaben. Zum Beispiel im Finanzwesen.

Als Partner der Kommunen unterstützt die AKDB Verwaltungen mit ihren Servicecentern aus den verschiedenen Fachbereichen. Im Servicecenter Finanzwesen übernimmt die AKDB bestimmte Arbeitsaufträge aus der Finanzverwaltung.

Kompetenzen bündeln

Die Finanzexperten kümmern sich um definierte Tätigkeiten aus Buchhaltung, Kasse oder Veranlagung. Dabei kann es um zeitlich limitierte, punktuelle Hilfe zur Kompensation von Fehlzeiten oder Arbeitslastspitzen gehen. Aber auch um die dauerhafte Übernahme von Leistungen. Durch die Übernahme solcher Routinearbeiten können Mitarbeitenden Ihrer Finanzverwaltung neue Freiräume für komplexere Aufgaben gewinnen.

Von der Zählerablesung bis zur Ablage der Bescheide

Im Veranlagungsbereich unterstützt die AKDB mit einem vielfältigen Portfolio aus Software, Service und kommunaler Expertise. Die Finanz- und Verfahrensspezialisten des AKDB Servicecenter Finanzwesen übernehmen im Rahmen eines Dienstleistungsauftrags die Verbrauchsgebühren-Jahresabrechnung. Entweder als dauerhafte Leistung über den Service „Verbrauchsgebührenabrechnung" oder als einmalige Leistung über die Angebote „Zählererfassung" und „Jahresabrechnung".

Dazu gehören die Stammdatenkontrolle, optional die Erstellung von Ableselisten oder -briefen, die Erfassung der Zählerablesungen und die Freischaltung des Bürgerservice-Portals. Die Experten erledigen für die Jahresendabrechnung sowie die Festsetzung der künftigen Vorauszahlungen bis hin zur Ablage der Bescheide im Archiv oder der elektronischen Akte.

Für Kommunen, die unterjährig abrechnen, kann das Servicecenter Finanzwesen aktuell auch noch kurzfristig freie Kapazitäten im Bereich Verbrauchsgebührenabrechnung anbieten.

„Wir empfehlen in Ihrer Verwaltung frühzeitig die jeweils benötigten und verfügbaren Personalressourcen für Hochlastzeiten wie Verbrauchsgebührenabrechnung, Jahreshauptveranlagung oder Grundsteuer abzugleichen", heißt es in einer AKDB-Mitteilung. ❐

Bayerns Finanzminister Albert Füracker:

Ehepartner müssen Lohnsteuerklassen frei wählen können

Bundesregierung plant Abschaffung der Lohnsteuerklassen-Kombination III und V

Zu den Plänen der Bundesregierung zur Abschaffung der Lohnsteuerklassen III und V stellt Bayerns Finanzminister Albert Füracker klar: „Ein klares Nein zur ideologiegetriebenen Bevormundung für Ehepaare! Bayern setzt sich vehement für die Beibehaltung der jetzigen Lohnsteuerklassen ein – den entsprechenden Entschließungsantrag haben wir bereits 2023 im Bundesrat eingebracht."

Aktuell wählen viele verheiratete Paare die bürokratiearme Option der Lohnsteuerklassen-Kombination III und V bewusst.

Wahlfreiheit muss erhalten bleiben

„Diese Wahlfreiheit muss auch in Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben. Statt ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag zum Schutz der Ehe nachzukommen, will die Ampelregierung mit der geplanten Abschaffung den selbstbestimmten Lebenszuschnitt von Millionen von Verheirateten sanktionieren und ihre Weltanschauung bis in den privaten Bereich hinein diktieren. Wir wollen, dass sich Ehepartner auch in Zukunft frei entscheiden können, welche Lohnsteuerklassen-Kombination für ihre jeweilige Lebenssituation am besten passt", so der Minister weiter.

Effektive Steuerschuld ändert sich ohnehin nicht

Die Bundesregierung will in Kürze ein Gesetzespaket vorstellen, das die Abschaffung der beiden Steuerklassen III und V und die zwangsweise Überführung in das Faktorverfahren der Lohnsteuerklasse IV vorsieht. Die endgültige effektive Steuerschuld ändert sich durch die Wahl der Lohnsteuerklassen ohnehin nicht, denn der monatliche Lohnsteuerabzug hat ausschließlich Vorauszahlungscharakter auf die vom Finanzamt festgesetzte Einkommensteuer.

Ehegattensplitting ist keine beliebig änderbare Steuervergünstigung

Die verpflichtende gesetzliche Normierung der Lohnsteuerklasse IV mit Faktor könnte im Ergebnis der Einstieg und Versuch der Bundesregierung sein, das bestehende, steuerlich vorteilhafte „Splitting für Ehegatten und Lebenspartner" abzuschaffen. Das Ehegattensplitting ist jedoch keine beliebig änderbare Steuervergünstigung. Art. 6 des Grundgesetzes stellt neben der Familie ausdrücklich auch die Ehe unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Es darf somit auch keine Abschaffung des Ehegattensplittings durch die Hintertür geben. ❐

Ertragsstark und stabil:

Konzern Versicherungskammer zieht erfolgreiche Bilanz

Profitables Wachstum unterstreicht Solidität: Konzernjahresüberschuss mit 340 Mio. Euro
12 Prozent über Vorjahr / Fitch bestätigt Finanzstärke AA-/ Ausblick stabil
Infrastruktur und Immobilienanlagen weiter im Ausbau

Der Konzern Versicherungskammer blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2023 zurück. Er hat sich in einem anspruchsvollen Marktumfeld erneut gut entwickelt. Den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, welche aufgrund multipler Krisenherde in Deutschland und weltweit bestehen, trägt die Versicherungskammer Rechnung. Damit beweist der größte öffentliche Versicherer, dass er auch in unsicheren Zeiten ein verlässlicher Partner in der Gesellschaft, für die Politik, Kundinnen und Kunden, Mitarbeitende sowie seine Vertriebspartner bleibt.

Der Vorstandsvorsitzende des Konzerns Versicherungskammer, Prof. Dr. Frank Walthes, erläutert zusammenfassend: „Ich bin mit dem Geschäftsjahr 2023 absolut zufrieden. Angesichts Inflation und konjunktureller Schwankungen, um nur zwei kritische Beispiele der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu nennen, und vor dem Hintergrund, dass wir das zweitgrößte Schadenereignis unserer Konzerngeschichte zu bewältigen hatten, können wir auf eine überzeugend gute Gesamtleistung zurückblicken."

Mit einem Plus von 4,4 Prozent konnte der Konzern bei den laufenden Beiträgen über alle Geschäftsfelder ein sehr gutes Wachstum erzielen. „Wir setzen auf organisches, profitables Wachstum. Und das ist uns 2023 wirklich gut gelungen", sagt Walthes.

Im Zehn-Jahresvergleich liegt die Versicherungskammer beim durchschnittlichen laufenden Beitragswachstum mit 2,7 Prozent deutlich über Markt (Markt rund 2,1).

9,7 Prozent Wachstum bei Schaden- und Unfallversicherung

Im Geschäftsjahr 2023 wurden in der Schaden- und Unfallversicherung Beitragseinnahmen in Höhe von 3,20 Mrd. Euro erzielt. Damit gelang dem Konzern in diesem Bereich ein überdurchschnittliches Wachstum von 9,7 Prozent. Beigetragen haben dazu sowohl das Privat- als auch das Individualkundengeschäft – insbesondere die positiven Entwicklungen in der verbundenen Wohngebäude- und der Kraftfahrtversicherung stärkten das Wachstum.

Herausfordernd waren, neben einer Reihe von Großschäden, mehrere außergewöhnlich starke Naturschadenereignisse im Geschäftsgebiet der Versicherungskammer Bayern. Allein die Aufwendungen für das Sturmtief „Denis", das im August in Oberbayern, vor allem in den Ortschaften Bad Bayersoien und Benediktbeuern, verheerende Schäden durch extremen Hagel sowie Sturm und Starkregen angerichtet hat, belaufen sich nach den aktuellen Hochrechnungen auf rund 255 Mio. Euro.

Erhöhter Absicherungsbedarf

„Der Hagelsturm ‚Denis' hat uns den erhöhten Absicherungsbedarf aufgrund von Naturgefahren vor Augen geführt, weshalb die von unserer Zweckgesellschaft King Max Re emittierte Katastrophenanleihe (Cat-Bond) eine richtig gute Entscheidung war", betont Walthes.

In der Kraftfahrt- und Sachversicherung stiegen außerdem inflationsbedingt die Schadendurchschnitte. Die vereinfachte Schaden-Kosten-Quote (brutto) erreichte vor diesem Hintergrund mit 103,8 (92,6) Prozent einen entsprechend hohen Wert. Die außerordentliche Ergebnisbelastung konnte insbesondere durch die Rückversicherung abgefedert werden, sodass der Konzern in der Schaden- und Unfallversicherung trotz der enormen Aufwände ein weitgehend ausgeglichenes versicherungstechnisches Ergebnis erzielte.

Kranken- und Pflegeversicherung: mehr als 3 Mrd. Euro Beitragseinnahmen

Die beiden Kranken- und Pflegeversicherer, die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die bundesweit tätige Union Krankenversicherung, erzielten ein Prämienvolumen von über 3,0 Mrd. Euro und wuchsen um 1,9 Prozent. Besonders gut hat sich das Geschäft bei der betrieblichen Krankenversicherung (bKV) entwickelt, bei welcher der Konzern auch weiterhin ein hohes Potenzial sieht. Unterstützt wird dies durch neue digitale Lösungen zur Verwaltung der bKV-Verträge durch die Arbeitnehmenden und der individuellen Möglichkeit der Ausweitung des persönlichen Versicherungsschutzes.

Alltagshelfer-Plattform „Karlå" und Pflegeinnovationspreis

Im Zuge der Alterung der Gesellschaft und des zunehmenden Pflegebedarfs sehen die Kranken- und Pflegeversicherer der Versicherungskammer dringenden Handlungsbedarf, weshalb sie sich auch über ihr originäres Geschäft hinaus engagieren. So haben sie 2023 zusammen mit einigen Sparkassen die digitale Alltagshelfer-Plattform „Karlå" gegründet, die alternde Menschen und Helfende zusammenbringt, um Unterstützung im Alltag zu erhalten und diesen einfacher zu gestalten, was insbesondere in ländlichen Regionen von großer Bedeutung ist.

Auch mit dem „Deutschen Pflegeinnovationspreis", den der Versicherer in diesem Jahr bereits zum achten Mal zusammen mit der Sparkassen-Finanzgruppe ausschreibt, wird der Fokus auf zukunftsweisende Wohnformen und Versorgungslösungen im Alter gelegt.

Dringender Reformbedarf

Dringenden Reformbedarf mahnt Walthes bei der Finanzierung der Pflegeversicherung an, um die Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung nicht weiter auszudehnen und kommende Generationen nicht weiter zu belasten. Dass bis heute kein nachhaltiges Finanzierungskonzept des Bundesgesundheitsministeriums in Sicht ist, hält der größte öffentliche Versicherer schlicht für unverantwortlich. Er plädiert für eine stärker kapitalgedeckte Pflegevorsorge, die beispielsweise über mehr Eigenvorsorge oder über eine vom Arbeitgeber geförderte betriebliche Pflegeversicherung erreicht werden könnte.

Lebensversicherung: Geförderte Altersvorsorge auf dem Vormarsch

In der Lebensversicherung lagen die Beitragseinnahmen bei 2,36 Mrd. Euro. Während sich die laufenden Beiträge in der Lebensversicherung in etwa auf Vorjahresniveau entwickelten, gingen die Einmalbeiträge zurück. Da die Sparerinnen und Sparer durch die gestiegenen kurzfristigen Zinsen wieder stärker auf klassische Anlageprodukte der Banken zurückgegriffen haben, machte sich dies bei dem traditionell starken Bankassurance-Versicherer deutlich bemerkbar.

Die Versicherungskammer ist überzeugt, dass die Lebensversicherung langfristig die bessere Lösung für Kundinnen und Kunden ist, da nur eine Lebensversicherung lebenslange Rentenleistungen und das Einkommen bei Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit garantiert. Insbesondere appelliert Walthes an Selbstständige, sich mit einer privaten Rentenversicherung, wie etwa der Basisrente, abzusichern, bevor mit dem Rentenpaket III die neue Altersvorsorgepflicht für Selbstständige in Kraft tritt und damit der Generationenvertrag weiter strapaziert wird.

Kapitalanlage: Nachhaltigkeit hat hohen Stellenwert

Der gesamte verwaltete Kapitalanlagenbestand des Konzerns Versicherungskammer, inklusive Drittgeschäft, stieg – nach Buchwerten – um rund ein Prozent auf 69,9 (69,4) Mrd. Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen erreichte 1,4 (1,1) Mrd. Euro, die Nettoverzinsung beträgt 2,3 (1,8) Prozent.

Im Rahmen der Klimastrategie setzte die Versicherungskammer bei den Kapitalanlagen frühzeitig auf die Asset-Klasse Infrastruktur und ist seit mehr als zehn Jahren ein Branchenvorreiter. Als Buy-and-Hold-Investor liegt der Fokus auf Themen wie Energiewende, Digitalisierung und Daseinsvorsorge. Etwa 8 Prozent der rund 68 Mrd. Euro Assets under Management flossen bislang in Infrastrukturprojekte, überwiegend in Deutschland. „Diese Investitionen sind für uns besonders bedeutend, da sie gemeinwohlorientiert und nachhaltig sind", betont Walthes. Durch den Betrieb der von der Versicherungskammer finanzierten Erneuerbare-Energien Anlagen wurden im Geschäftsjahr 2023 anteilig mehr als 1,6 TWh regenerativer Strom erzeugt. Damit könnten rund 600.000 Haushalte mit Ökostrom versorgt werden. Der Bruttostromverbrauch in Deutschland lag im Jahr 2023 bei 529 TWh.

Erfolgreiche Transaktionen

Die Versicherungskammer konnte 2023, auch in Anbetracht des schwierigen Immobilienmarktumfelds, erfolgreiche Transaktionen abschließen und als Eigenkapitalinvestor mit einem langfristigen Anlagehorizont Marktopportunitäten nutzen. So wurde beispielsweise im Sommer 2023 die Calwer Passage in Stuttgart erworben. Mit der einzigartigen begrünten Fassade ist das Pionierprojekt die Vorzeige-Immobilie der schwäbischen Landeshauptstadt. Mit Wirkung zum 01.04.2024 wird die Versicherungskammer Real Estate GmbH gegründet. Das eigenständige Unternehmen betreut künftig das Immobilienportfolio der Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer mit einem Volumen von 7,7 Mrd. Euro. Zudem soll die Expertise der rund 100 Mitarbeitenden auch institutionellen Interessenten zur Verfügung stehen.

340 Mio. Euro Jahresüberschuss

Erfreulich entwickelt hat sich auch das Jahresergebnis des Konzerns Versicherungskammer. Der Konzernjahresüberschuss lag bei 340,6 (304,4) Mio. Euro. Positiv auf das Ergebnis ausgewirkt haben sich moderate Steuerbelastungen, die guten Kapitalanlagenergebnisse sowie marktbedingt geringere Zinsanforderungen der Passivseite. Durch den Zinsanstieg ergaben sich, wie im Vorjahr, ein deutlich verminderter Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen und Entlastungen bei der Zinszusatzreserve Leben. In der Krankenversicherung nutzt der Konzern die Ergebnisse zur Aufstockung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung, wovon insbesondere die Kundinnen und Kunden profitieren.

Gesellschaftliche Verantwortung aus Tradition: Partner von Hilfsorganisationen

Der Konzern Versicherungskammer übernimmt seit jeher gesellschaftliche Verantwortung. Diese geht weit über die finanzielle Unterstützung von Vereinen, Initiativen etc. hinaus. Insbesondere für Hilfsorganisationen ist die Versicherungskammer ein wichtiger Partner. Das hat sich 2023 vor allem in den von den Unwettern in Oberbayern sehr stark betroffenen Gebieten gezeigt, indem bei den Einsätzen nach dem Hagel „Denis" fast alle Notdächer aus ganz Bayern nach Bad Bayersoien und in den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen gebracht und von den Feuerwehren vor Ort angebracht wurden. Diese Notdächer hat die Versicherungskammer 2019 in jedem Regierungsbezirk in Bayern und in der Pfalz an zentralen Stellen deponiert. Aufgrund der Erfahrungen im Sommer 2023 wird die Versicherungskammer nun weitere „Module Notdach-Plane" für schwerste Unwetter an verschiedenen Standorten in Bayern deponieren. Ein „Modul Notdach-Plane" umfasst etwa 80 Notdächer und großformatige Planen.



Prof. Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstandes, Konzern Versicherungskammer. Bild: Konzern Versicherungskammer

Fitch bestätigt Finanzstärke AA-

Die Ratingagentur Fitch bestätigt dem Konzern Versicherungskammer im aktuellen Rating von 2023 die Finanzstärke AA-. Der Ausblick ist unvermindert stabil. Hervorgehoben werden das starke Unternehmensprofil und die sehr starke Kapitalausstattung. Zudem bezeichnet Fitch die Versicherungskammer als integralen Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe.

„In Zeiten zunehmender Unsicherheit und Komplexität unterstreicht das Rating unsere verantwortungsvolle Fokussierung auf Privatkunden, kleine und mittlere Unternehmen sowie den öffentlichen Sektor", betont Walthes. ❐



BayernLB-Bilanz 2023:

Erfolgreiches Jahr mit starkem Ergebnis

Weiterentwicklung zum Spezialfinanzierer mit klarer Produkt- und Kundenfokussierung

2023 war für den BayernLB-Konzern ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr mit einem guten Vorsteuerergebnis in Höhe von 1,4 Mrd. Euro (2022: 1,1 Mrd. Euro). Wie Vorstandsvorsitzender Stephan Winkelmeier und Finanzvorstand Dr. Markus Wiegelmann in München berichteten, sei das Ergebnis wesentlich geprägt von der Zinsentwicklung insbesondere im ersten Halbjahr, gehe aber auch zurück auf eine gute operative Ertragsentwicklung in allen Kundensegmenten. Das Konzernergebnis (nach Steuern) betrug 1,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,1 Mrd. Euro).

Die im Rahmen des 2023 abgeschlossenen Transformationsprogramms erreichte Ausrichtung der BayernLB als Fortschrittsfinanzierer und die DKB-Strategie des profitablen Wachstums zeigten Wirkung. „Gerade in einem sehr volatilen Marktumfeld mit multiplen Risiken sind wir gut beraten, weiter konsequent an der Sicherung der Profitabilität und der robusten Kapitalisierung des Konzerns zu arbeiten. Denn wir wollen auch weiter ein stabiler und verlässlicher Partner für unsere Kundinnen und Kunden sein“, stellte Winkelmeier fest.

Ein Blick auf weitere Finanzzahlen weist einen deutlich gestiegenen Zinsüberschuss auf 2,9 Mrd. Euro (Vj.: 2,1 Mrd. Euro) aus. Davon entfielen auf die DKB rund 1,9 Mrd. Euro, auf die BayernLB rund 1,0 Mrd. Euro. Der Wert profitierte maßgeblich vom gestiegenen Zinsniveau insbesondere im Einlagengeschäft sowie von weiteren Volumenzuwächsen im Kundengeschäft. Auch der Provisionsüberschuss erhöhte sich auf 473 Mio. Euro (Vj.: 424 Mio. Euro). Ursächlich für den Anstieg waren vor allem das gute Kreditgeschäft im Bereich Corporates bei der BayernLB sowie höhere Erträge aus dem Zahlungsverkehr und dem Kartengeschäft der DKB.

Für das Geschäftsjahr 2023 weist der BayernLB-Konzern Nettoaufwendungen aus der Risikovorsorge in Höhe von 180 Mio. Euro aus (Vj.: 70 Mio. Euro). Insgesamt ist die Risikovorsorge im Kreditgeschäft von einem Anstieg der Einzelwertberichtigungen sowie einer leichten Reduzierung des Post Model Adjustments (PMA) geprägt. Der Anteil des PMA am Bestand der Risikovorsorge belief sich zum Bilanzstichtag auf 337 Mio. Euro (Vj.: 362 Mio. Euro).

Darüber hinaus war das Risikovorsorgeergebnis durch Rückführungen von problembehafteten Kreditengagements geprägt. Aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen realisierte der BayernLB-Konzern 102 Mio. Euro (Vj.: 26 Mio. Euro).

Bilanzsumme: 273,4 Mrd. Euro

Die Bilanzsumme des BayernLB-Konzerns lag bei 273,4 Mrd. Euro (31.12.2022: 259,3 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) blieben weitgehend stabil und betrugen 64,5 Mrd. Euro (31.12.2022: 65,3 Mrd. Euro).

Die BayernLB verfügte zum 31. Dezember 2023 weiterhin über eine Kapitalbasis auf hohem Niveau. Die CET1-Quote der BayernLB lag bei 19,3 Prozent (Vj.: 17,4 Prozent). „Entsprechend können wir unsere Anteilseigner, den Freistaat Bayern und die bayerischen Sparkassen, am wirtschaftlichen Erfolg des Konzerns beteiligen und eine Dividende in Höhe von 350 Mio. Euro (Vj.: 225 Mio. Euro) ausschütten“, erklärte Winkelmeier. Die Eigenkapitalrendite (RoE) stieg auf 12,7 Prozent (Vj.: 10,5 Prozent). Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich auf 46,8 Prozent (Vj.: 56,2 Prozent).

Gerade mit Blick auf die auch 2023 herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die deutlich verschärfte geopolitische Lage und die besondere Belastung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch die erforderliche Transformation insbesondere im Bereich der Energie galt das Augenmerk der BayernLB dem Abschluss des Transformationsprogramms „Fokus 2024“.

Von der Universalbank zum Spezialfinanzierer

„Damit haben wir die BayernLB in den vergangenen vier Jahren von einer Universalbank zum Spezialfinanzierer mit klarer Produkt- und Kundenfokussierung weiterentwickelt, uns im Geschäftsfeld Corporates & Markets konsequent auf Zukunftssektoren konzentriert und die Verwaltungsaufwendungen wie auch die Komplexität in der BayernLB reduziert. Die Hausbankfunktion für den Freistaat Bayern sowie die Zentralbankfunktion für die bayerischen Sparkassen haben wir dabei bewahrt. In einem schwierigen Marktumfeld hat sich zudem die umsichtige Steuerung unseres Geschäftsfelds Immobilien bewährt“, unterstrich der Vorstandsvorsitzende. Parallel dazu habe die DKB das Kundenwachstum vorangetrieben sowie das Ertragspotenzial gesteigert und die Bank als „Geldverbesserer“ mit Fokus auf profitables Wachstum positioniert.

Bei den operativen Kundensegmenten betrug das Vorsteuerergebnis bei „Immobilien & Sparkassen/Finanzinstitutionen“ 242 Mio. Euro (Vj.: 287 Mio. Euro). Die Erträge des Segments erhöhten sich, wurden jedoch durch zusätzliche Risikovorsorge im Geschäft mit Gewerbeimmobilien überkompensiert.

Das Geschäftsfeld „Immobilien“ erwirtschaftete ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 4 Mio. Euro (Vj.: 187 Mio. Euro). Die operativen Erträge des Geschäftsfelds blieben trotz marktbedingt moderaten Neugeschäfts mit 319 Mio. Euro konstant (Vj.: 317 Mio. Euro). Der Ergebnisrückgang resultierte im Wesentlichen aus der Erhöhung der Risikovorsorge, die mit -210 Mio. Euro (Vj.: -36 Mio. Euro) der Lage am Markt für Gewerbeimmobilien Rechnung trägt.

Das Vorsteuerergebnis des Geschäftsfelds „Sparkassen & Finanzinstitutionen“ verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 154 Mio. Euro. Haupttreiber dieser Entwicklung war die mit 84 Mio. Euro (Vj.: 1 Mio. Euro) deutlich positive Risikovorsorge, die im Wesentlichen aus dem Eingang auf abgeschriebene Forderungen gegenüber der HETA (78 Mio. Euro) resultierte. Die Ertragsseite profitierte zudem vom Anstieg des Zinsüberschusses infolge der positiven Marktzinsentwicklung.

Die BayernLabo erzielte ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 72 Mio. Euro (Vj.: 25 Mio. Euro). Der Ergebnisanstieg ist wesentlich von der Steigerung des Zins überschusses auf 101 Mio. Euro (Vj.: 57 Mio. Euro) im Zuge der positiven Auswirkungen des aktuellen Zinsumfelds beeinflusst; unter anderem wurden höhere Erträge aus der Anlage liquider Mittel erzielt.

Das Ergebnis vor Steuern der Real I.S. betrug 27 Mio. Euro (Vj.: 31 Mio. Euro). Der Rückgang war im Wesentlichen der schwierigen Situation am Immobilienmarkt mit einem rückläufigen Transaktionsvolumen geschuldet. Die BayernInvest erreichte ein ausgeglichenes Vorsteuerergebnis (Vj.: 4 Mio. Euro). Ursächlich für den Ergebnisrückgang waren vor allem Aufwendungen aus einer Beteiligungsbewertung sowie ein Rückgang des Provisionsüberschusses infolge höherer Aufwendungen für Vermittlungsprovisionen.

Das Geschäftsfeld „Corporates & Markets“ steigerte sein Vorsteuerergebnis auf 236 Mio. Euro (Vj.: 154 Mio. Euro). Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus der konsequenten Umsetzung der Fokussierungsstrategie, die sich in einer positiven Geschäftsentwicklung mit Ertragssteigerungen niederschlug. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch das Markt- und Zinsumfeld.

Die DKB hat die Zahl ihrer Privatkunden auf rund 5,6 Millionen (Vj.: rund 5,3 Millionen) gesteigert und damit ihre Position als zweitgrößte Direktbank und einer der Marktführer im digitalen Banking in Deutschland weiter gefestigt. Zur nachhaltigen Sicherung der Marktposition erfolgten 2023 unter anderem weitere Investitionen in den Aufbau zusätzlicher IT-Kompetenz, was einen Anstieg des Verwaltungsaufwands auf 802 Mio. Euro zur Folge hatte (Vj.: 740 Mio. Euro).

Für das Jahr 2024 erwartet der BayernLB-Konzern Winkelmeier zufolge ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,0 bis 1,2 Mrd. Euro. Angesichts hoher geopolitischer Risiken und der Inflations- und Zinsentwicklung sei die Prognose allerdings mit einem erhöhten Maß an Unsicherheit behaftet, informierte der Vorstandschef. **DK**

Aktuelle DEHOGA Bayern-Umfrage:

Gastgewerbe kämpft mit steigenden Kosten

...und den Folgen der Mehrwertsteuererhöhung

Gastronomie und Hotellerie in Bayern haben weiterhin mit großen Problemen zu kämpfen. Die Betriebe beklagen Umsatzverluste, Kostensteigerungen sowie die Folgen der Mehrwertsteuererhöhung. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbands DEHOGA Bayern zur wirtschaftlichen Lage der Branche hervor, an der sich 727 gastgewerbliche Unternehmer beteiligten.

„Angesichts der vielfältigen Herausforderungen ist die Politik gefordert“, sagt DEHOGA Bayern-Landesgeschäftsführer Dr. Thomas Geppert. „Wir erwarten dringend Maßnahmen zur Entlastung und Stärkung der Betriebe.“ Dazu gehören für ihn konsequenter Bürokratieabbau, mehr Flexibilität für die Unternehmer und einheitlich 7 Prozent Mehrwertsteuer auf Essen.

7,1 Prozent Umsatzminus im März und verhaltenes Ostergeschäft

Laut der Verbandsumfrage setzten die Gastronomen und Hoteliers im März durchschnittlich 7,1 Prozent weniger um als im Vorjahr. Auch das so wichtige Ostergeschäft lief nur verhalten. 9,1 Prozent der Betriebe berichten von einem „sehr guten“, 25 Prozent von einem „guten Verlauf“. 36,9 Prozent bezeichnen den Verlauf ihres Ostergeschäfts als „befriedigend“. Diesen gut 70 Prozent stehen 29 Prozent gegenüber, die ihre Geschäfte mit „schlecht bis sehr schlecht“ bewerten. Denn für die meisten Betriebe lief das Ostergeschäft (57 Prozent) schlechter als im Vorjahr. 32,5 Prozent melden gleichbleibende Geschäfte, nur 10,5 Prozent konnten bessere Geschäfte verbuchen.

Anhaltend hoher Kostendruck

Die Betriebe müssen nicht nur fehlende Umsätze, sondern zugleich steigende Kosten verkraften. Die Kosten für Energie lagen durchschnittlich um 22 Prozent höher als im Vorjahr, die von Lebensmitteln um 15,6 Prozent, Getränken um 11,1 Prozent. Die Personalkosten stiegen um durchschnittlich 13,8 Prozent. Erschwerend für Pachtbetriebe hinzukommen Pachterhöhungen von durchschnittlich 6,3 Prozent. Die steigenden Personalkosten (75,6 Prozent) werden von den Betrieben als die derzeit größte Herausforderung angesehen, gefolgt von der zunehmenden Bürokratie (68,4 Prozent) und der Anhebung der Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie zu Jahresbeginn (67,1 Prozent). Die Hoteliers und Gastronomen leiden darüber hinaus unter steigenden Energiekosten (63,4 Prozent).

Umsatzrückgänge bei gleichzeitig steigenden Kosten lassen die Gewinne schrumpfen. Die Unternehmer beziffern den Rückgang im März auf durchschnittlich 18,8 Prozent.

Aber nicht nur die Lage im Moment ist schwierig, auch der Blick auf die nächsten drei Monate gibt Anlass zur Sorge. 47,4 Prozent der Betriebe erwarten eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation, nur 16,1 Prozent der Unternehmer geben sich zuversichtlich und hoffen auf bessere Geschäfte. 36,5 Prozent gehen von „gleichbleibenden“ Geschäften aus.

Mehr als die Hälfte der Betriebe meldet weniger Gäste

Neben den gestiegenen Kosten für Personal, Lebensmittel und Energie machen insbesondere die Folgen der Erhöhung der Mehrwertsteuer von sieben auf 19 Prozent den Unternehmern zu schaffen. „Viele Betriebe spüren eine wachsende Preissensibilität und Konsumzurückhaltung der Gäste“, berichtet Dr. Geppert und verweist auf die Umfrageergebnisse. Danach beklagen mehr als die Hälfte der Betriebe weniger Gäste (56,3 Prozent) sowie Ertragsrückgänge (53,7 Prozent) und Umsatzrückgänge (48,5 Prozent).

Preiserhöhungen für die meisten Betriebe unausweichlich

Aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung um zwölf Prozentpunkte sahen sich laut der Umfrage 85,5 Prozent der Betriebe gezwungen, ihre Preise zu erhöhen. „Nach vier Verlustjahren ließen die massiv gestiegenen Kosten den Betrieben keine andere Wahl, als die Preise anzupassen“, erklärt Dr. Geppert. 14,5 Prozent der Befragten haben ihre Preise noch nicht verändert. „Wann und in welchem Umfang die Gastronomen für welche Speisen erhöhen, ist auch abhängig von der konkreten Kostenentwicklung und vom Konzept des Betriebes, von den Gästen und vom Standort des Betriebes“, führt der DEHOGA Bayern-Landesgeschäftsführer aus. Jeder Unternehmer müsse für sich sauber kalkulieren, um wirtschaftlich arbeiten und zugleich wettbewerbsfähig bleiben zu können.

Mehrwertsteuererhöhung bremst Investitionen und Angebotsvielfalt

Spielräume für Investitionen gibt es derzeit kaum. Wie die DEHOGA Bayern-Umfrage zeigt, verzichten 67,2 Prozent der Betriebe aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung auf Investitionen oder fahren ihre Ausgaben hier zurück. 55,4 Prozent passen ihr Angebot an. 31,1 Prozent kürzen ihre Öffnungszeiten. 16,2 Prozent der Betriebe gaben an, Mitarbeiter entlassen zu müssen. 3,7 Prozent erwägen die Schließung beziehungsweise Aufgabe ihres Betriebes.

Essen einheitlich mit 7 Prozent besteuern

Mit Blick auf die negativen Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung bekräftigt Dr. Geppert die zentrale Forderung des Verbandes, Essen einheitlich mit 7 Prozent zu besteuern. „In 22 von 27 EU-Staaten wird steuerlich kein Unterschied gemacht zwischen Essen aus dem Supermarkt, der Lieferung von Essen, dem Essen im Gehen, im Stehen und dem Essen im Restaurant“, hebt Dr. Geppert hervor. „Es ist absurd, dass für das Essen in der Gastronomie wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer gelten, während das Essen To Go, der Fertigsalat aus dem Supermarkt und die Essenslieferung weiterhin mit 7 Prozent besteuert wird. Diese Ungleichbehandlung muss endlich dauerhaft beseitigt werden.“

An der Umfrage des DEHOGA Bayern zur Situation im Gastgewerbe nahmen vom 3. bis einschließlich 7. April 727 gastgewerbliche Betriebe aus ganz Bayern teil. ❒

Altersvorsorge im internationalen Vergleich:

Erfolgsmodell Neuseeland

Der demografische Wandel stellt Deutschland wie auch viele andere Industriestaaten vor enorme Herausforderungen. Gleichzeitig hinkt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich bei der individuellen Altersvorsorge hinterher. Erfolgsmodelle aus anderen Ländern wie etwa Neuseeland können ein Vorbild für Deutschland sein. Denn hier werden mit subtiler Verhaltenslenkung – wie der automatischen Anmeldung in betriebliche Vorsorgeprodukte – Menschen dazu bewegt, mehr in die betriebliche oder private Altersvorsorge zu investieren. Auf diese Weise ließe sich in Deutschland die Rentenlücke ohne großen finanziellen Mehraufwand für den Staat schließen. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie des Roman Herzog Instituts e. V. (RHI).

Im Jahr 2000 kamen in Deutschland 26,4 Menschen im Alter von mindestens 65 Jahren auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 65 Jahren. 2022 waren es schon 37,4 und 2035 werden voraussichtlich 49,2 Menschen über 65 auf 100 Erwerbstätige kommen. „Umlagefinanzierte Rentensysteme wie in Deutschland stoßen an ihre Grenzen, weil immer weniger Beitragszahler für immer mehr Rentenempfänger aufkommen müssen. Deshalb lohnt der Blick über den Tellerrand, wie andere Staaten mit den Herausforderungen des demografischen Wandels umgehen und die Altersvorsorge ihrer Bürger organisieren“, erläutert Prof. Randolf Rodenstock, Vorstandsvorsitzender des RHI.

Die RHI-Studie „Förderung privater und betrieblicher Altersvorsorge – Steuerliche Anreize und Nudging im internationalen Vergleich“ analysiert die Altersvorsorge-Systeme verschiedener Staaten und stellt dar, wie Erwerbstätige dazu gebracht werden können, individuell besser für ihr Alter vorzusorgen. Vorbildcharakter für Deutschland haben dem Ländervergleich zufolge Staaten, die sogenannte „Nudging“-Ansätze nutzen. Das heißt, die Erwerbstätigen werden durch nichtfinanzielle Eingriffe dazu gebracht, ihre individuelle Altersvorsorge zu erhöhen. „Statt die finanzielle Absicherung im Alter allein der Entscheidung jedes Einzelnen zu überlassen, setzen andere Länder seit langem erfolgreich auf die verpflichtende Einschreibung in Altersvorsorge-Programme, häufig bei gleichzeitiger Möglichkeit, wieder ohne Aufwand auszusteigen“, so Rodenstock.

Blick über den Tellerrand

Die geringe Verbreitung individueller Altersvorsorgeprodukte in Deutschland zeigt, dass derartige Modelle auch hierzulande sinnvoll sein können: Der Studie zufolge haben nach eigener Aussage rund 85 Prozent der Befragten einen Anspruch auf eine gesetzliche Rente oder eine Beamtenpension. Rund 40 Prozent sorgen betrieblich vor und nur rund 35 Prozent verfügen über eine private Altersvorsorge. Rodenstock erläutert: „Das Deckungskapital von betrieblicher und steuerlich geförderter privater Altersvorsorge in Deutschland beträgt nur rund 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zum Vergleich: In Schweden sind es 97,9 Prozent, in den USA sogar 137,5 Prozent des BIP. Der Durchschnitt aller OECD-Länder liegt bei 86,5 Prozent. Hierzulande ist also noch viel Luft nach oben.“

Vorbild für Deutschland

Der internationale Vergleich zeigt, dass das neuseeländische Modell einen besonderen Vorbildcharakter für Deutschland hat: Arbeitgeber melden neu eingestellte Beschäftigte automatisch in einem Betriebsrentenprogramm an, Altbeschäftigte können sich freiwillig dafür entscheiden. Ein standardmäßiger Beitragssatz des Bruttoeinkommens wird zur Hälfte auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgeteilt, der Ausstieg aus dem Programm ist für die Beschäftigten frühestens nach zwei Jahren möglich. Die Verwaltung und Anlage der gezahlten Beiträge übernehmen ausschließlich private Anbieter, in der Regel Banken und Versicherungen.

„Mit einem solchen System setzt der Staat zwar Anreize für mehr individuelle Altersversorgung. Die Entscheidungsfreiheit der Beschäftigten bleibt aber gewahrt, weil der Einzelne sich auch gegen das Programm entscheiden kann. Gleichzeitig sorgt die Einbindung privater Anbieter für Wettbewerb und damit die Effizienz des Programms“, erklärt Rodenstock abschließend.

Mehr zur RHI-Studie unter: https://www.romanherzoginstitut.de/publikationen/detail/foerderung-privater-und-betrieblicher-altersvorsorge.html ❒

Bayerische Sparkassen 2023:

Verantwortungsvolle und stabile Marktführer

Nahezu konstant gebliebene Bilanzsumme von 254,9 Mrd. Euro
Sparkassen zählen zu den größten Kreditgebern für die Bayern:
Kreditbestand in Höhe von 170 Mrd. Euro

„Auch die Sparkassen haben sich im vergangenen Jahr an die Auswirkungen der geldpolitischen und geopolitischen Umbrüche angepasst und sind damit stabil und zukunftsorientiert aufgestellt", unterstrich Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, bei der Vorstellung der Geschäftsergebnisse 2023 der 60 bayerischen Sparkassen in München. „Das Geschäftsjahr 2023 konnten sie mit sehr ordentlichen Ergebnissen abschließen. Das Hauptziel ist nun, nach dieser Anpassungsphase als Marktführer die ganze Kraft der Organisation unseren Kunden zu widmen."

„Ihre kumulierte Bilanzsumme von 254,9 Mrd. Euro zeigt die wirtschaftliche Kraft der bayerischen Sparkassen, die Geschäftsgebiete im ganzen Freistaat kraftvoll mit Finanzdienstleistungen zu versorgen", betonte der Verbandspräsident. Trotz eines Jahres, das geprägt gewesen sei von einer bisher nicht gekannten Zurückhaltung bei der Nachfrage nach Krediten, sei die Bilanzsumme nahezu konstant geblieben (-1 Prozent gegenüber 2022).

Höheres Kreditvolumen

Das Kreditvolumen übertraf 2023 laut Dießl leicht das im Vorjahr erzielte Rekordniveau: Mit einem Kreditbestand von nunmehr 170 Mrd. Euro zählen die Sparkassen zu den größten Kreditgebern für die Bayern – sie stehen für zwei von fünf Finanzierungen im Freistaat. Mit einer Wachstumsrate von 0,7 Prozent im Bestand gehört das Kreditjahr 2023 aufgrund der veränderten Zinssituation allerdings zu den schwächsten der vergangenen 15 Jahre. Die Zinswende zur Jahresmitte hatte bereits 2022 zu einer geringeren Darlehensnachfrage geführt, was zusammen mit anstehenden Tilgungen das inzwischen verlangsamte Wachstum im Kreditbestand im vergangenen Jahr nach sich zog.

Ruf nach steuerlichen Investitionsanreizen für Unternehmen

„Vor dem Hintergrund, dass die Transformation unserer Wirtschaft jetzt mit voller Kraft finanziert werden muss, ist das keine gute Entwicklung. In Zeiten hoher Zinsen werden Investitionsentscheidungen häufig aufgeschoben, doch das ist gerade jetzt fatal", warnte Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern. „Um den Wandel hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu stemmen, muss jetzt in großem Umfang privates Kapital mobilisiert werden. Möglichst viele Unternehmen müssen die Möglichkeit haben, den Weg von einer CO2-intensiven zu einer grünen Industrie zu gehen. Ein wichtiger Beitrag wären signifikante steuerliche Investitionsanreize zur Stärkung des Eigenkapitals der Unternehmen. Auch der Zugang zu Fördergeldern sollte vereinfacht und berechenbarer gestaltet werden."

Bürokratische Hemmnisse reduzieren

Proßer mahnte zudem, bürokratische Hemmnisse auf dem Weg zur Klimaneutralität zu reduzieren: „Wir stehen hier vor einer Generationenaufgabe mit gigantischem Finanzierungsbedarf, da dürfen Nachhaltigkeitsziele nicht durch übermäßig wachsende oder inkonsistente Bürokratie stranguliert werden."

Das Kreditneugeschäft sank 2023 insgesamt um knapp ein Drittel (-32 Prozent). Die Darlehenszusagen waren bereits 2022 unter Vorjahresniveau gelegen (-6 Prozent). Die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige sanken dabei um fast ein Drittel (-28 Prozent), sie betrugen knapp 14 Mrd. Euro. Damit sind sie wieder auf dem Niveau von 2016 angekommen. Im Neugeschäft mit privaten Kunden zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Rückgang (-42 Prozent).

Das gestiegene Bauzinsniveau sowie zumeist hohe Immobilienpreise schlagen inzwischen voll auf das Immobilienneugeschäft durch. 2023 wurden 43 Prozent weniger Wohnungsbaufinanzierungen abgeschlossen als im Vorjahr (2022: -12 Prozent). Darin enthalten sind auch Zinsanschlussverträge für laufende Darlehen, die in der neuen Zinskonstellation zu hohen Belastungen bei Kunden führen können. „In diesen Fällen sind die Sparkassen besonders achtsam für die Situation der Kunden und erarbeiten flexible Lösungen für die Ausgestaltung eines neuen Darlehens," hob Proßer hervor.

Bausparverträge wieder gefragt

Mit Blick auf die Zukunft und als Vorsorge für die „Heizwende" setzen viele Bauinteressenten einstweilen wieder auf einen Eigenkapitalaufbau über einen Bausparvertrag, der ihnen ein niedriges Zinsniveau für ihren künftigen Darlehensvertrag sichert. Nach dem absoluten Rekordbausparjahr 2022 (+55,6 Prozent, 101.025 Neuverträge) versorgten die bayerischen Sparkassen ihre Kunden 2023 mit 84.378 Bausparverträgen mit einer Bausparsumme von insgesamt 6,39 Mrd. Euro.

Mit Sorge betrachtet SVB-Chef Dießl die Entwicklung: „Immer mehr junge Menschen müssen sich vom Gedanken an eine eigene Immobilie verabschieden, die doch Baustein ihrer Altersvorsorge sein könnte. Das ist schlimm. Wir brauchen schon deshalb jede Form von Wohnbauförderung, sei es eine Senkung der Grunderwerbssteuer oder die Wiedereinführung der Steuerabzugsmöglichkeit von privaten Bauzinsen. Auch die Verfügbarkeit von Fördermitteln muss berechenbarer werden. Was wir gar nicht brauchen, sind kontraproduktive Maßnahmen wie die Verteuerung von Immobilienkrediten durch regulatorische Maßnahmen wie die im letzten Jahr eingeführten Kapitalpuffer. Genauso überflüssig wären neue makroprudenzielle Instrumente wie die starre Setzung von Einkommensgrenzen für die Kreditvergabe. Der private Wohnungsbau darf nicht ausgebremst werden!"

Einlagenzustrom gestoppt

Ausgelaufen ist vergangenes Jahr der heftige Einlagenzustrom der Negativzinsjahre: Bei gleichbleibendem Marktanteil verzeichneten die bayerischen Sparkassen erstmals, vornehmlich in der ersten Jahreshälfte, einen leichten Einlagenrückgang um 0,9 Prozent (1,7 Mrd. Euro). Genauere Analysen zeigen jedoch, dass die Kunden vor allem ihre Einlagenstruktur anpassten: Nach Beratung durch ihre Sparkassen reduzierten sie ihre täglich fälligen Gelder und Spareinlagen deutlich (-26 Mrd. Euro) und legten fast dieselbe Summe wieder in Termingeldern und Eigenemissionen an, was jeweils einen Zuwachs von mehr als 300 Prozent ausmacht. Stefan Proßer zufolge „erlebt der klassische Sparkassenbrief, der zwischendurch mangels Interesses fast eingestellt wurde, eine Renaissance – hier geben die Sparkassen höhere Zinsen an ihre Kunden weiter."

Wachstum beim Wertpapiergeschäft

2023 setzte sich auch das Wachstum des Wertpapiergeschäfts fort: Der Nettoabsatz stieg auf 6,1 Mrd. Euro (+2,2 Prozent), gehandelt wurden aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus vornehmlich festverzinsliche Wertpapiere. Insgesamt konnten die Kunden 2023 trotz hoher Lebenshaltungskosten 4,4 Mrd. Euro an neuem Geldvermögen bilden.

Höherer Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss legte nach einem Jahrzehnt der Null- bis Negativzinsen um fast ein Drittel (+1,1 Mrd. Euro) zu. Ein wesentlicher Treiber der Steigerung waren die Zusatzerträge aus vorausschauenden Zinsabsicherungsgeschäften mit Derivaten. Mit der Zinswende führt die EZB-Politik seit 2022 zu einer zunehmenden Normalisierung der Zinsergebnisse: In Relation zur DBS steht der Zinsüberschuss wieder bei einer Marke, die zuletzt 2016 erreicht wurde.

Auch der Provisionsüberschuss konnte leicht um 1,9 Prozent (+30 Mio. Euro) gesteigert werden. Trotz gestiegenem Verwaltungsaufwand (+ 4,7 Prozent) erhöhte sich damit das Betriebsergebnis vor Bewertung insgesamt auf 3.1 Mrd. Euro (+49 Prozent), die Cost-Income-Ratio verbesserte sich auf 51,3 Prozent (2022: 60 Prozent).

Höheres Betriebsergebnis

Matthias Dießl ordnete das Ergebnis als wichtigen Schritt für die kommunal getragenen Sparkassen in Bayern ein: „Wo die Konjunkturprognosen beinahe täglich nach unten korrigiert werden, wollen unsere mittelständischen Kunden wissen, dass sie in uns stabile Partner haben, die ihnen den Rücken stärken können. Das ist für die kommende Zeit enorm wichtig und wir werden diese Aufgabe erfüllen."

Nach Korrektur durch die Bewertungsergebnisse im Kredit- und im Wertpapierbereich erwarten die bayerischen Sparkassen für das Geschäftsjahr 2023 ein deutlich gestiegenes Betriebsergebnis nach Bewertung von 1,4 Mrd. Euro (2022: 671 Mio. Euro) und nach Steuern am Ende auch einen klar gesteigerten Jahresüberschuss von 587 Mio. Euro (2022: 239,4 Mio. Euro).

Wie Dießl weiter ausführte, „müssen die Sparkassen immer darauf achten, dass sie ihre Wurzeln bewahren. Und auch bei Zusammenschlüssen muss immer das persönliche Bankgeschäft und der Bezug zur örtlichen Heimat im Vordergrund bleiben." Aktuell unterhielten die Sparkassen im Freistaat 1.727 personenbesetzte Geschäftsstellen, davon 344 spezialisierte Beratungscenter, 619 Selbstbedienungsfilialen und 3.236 Geldautomaten.

Infrastruktur zukunftsfähig gestalten

„Sparkassen tragen Mit-Verantwortung für die ortsansässige Wirtschaft, finanzieren und begleiten örtliche Erneuerbare Energie-Projekte und helfen so mit, die jeweilige regionale Infrastruktur lebendig und zukunftsfähig zu gestalten", machte der Verbandspräsident deutlich. „Denn Entscheidungen über sinnvolle Investitionen werden vor Ort getroffen und die Beteiligten wissen, worauf und auf wen sie sich verlassen können." Als regionale Steuerzahler führten die bayerischen Sparkassen für 2023 zudem voraussichtlich 793 Mio. Euro an gewinnabhängigen Steuern ab, darunter insbesondere Gewerbesteuern, die die bayerischen Kommunen stärken. Auch stellten sie für soziale und kulturelle Zwecke, für Umwelt und Sport insgesamt 67 Mio. Euro (+55 Prozent gegenüber 2022) bereit.

Frauenanteil in der Führungsriege erhöhen

Nach Dießls Angaben beschäftigten die bayerischen Sparkassen vergangenes Jahr 33.556 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Knapp 62 Prozent der Beschäftigten und 22 Prozent der Führungskräfte waren weiblich, darunter 8 Prozent Vorstandsmitglieder. „Dies liegt vor allem daran, dass in der Vergangenheit nicht genügend Mitarbeiterinnen die Qualifizierung für die Geschäftsleitereignung durchlaufen haben. Die bayerischen Sparkassen wollen deshalb den Anteil von Frauen, die über eine Geschäftsleitereignung verfügen, deutlich erhöhen, so dass spätestens bis 2030 in jeder bayerischen Sparkasse mindestens ein weibliches stellvertretendes Vorstandsmitglied qualifiziert bzw. bestellt ist."

Fachkräftemangel und demografische Entwicklung

Trotz zunehmender Digitalisierung des Geschäfts stellt künftig auch der zunehmende Fachkräftemangel die bayerischen Sparkassen vor Herausforderungen. Bereits heute ergeben sich erste Engpässe bei der Besetzung von Positionen. Die Altersstruktur der Belegschaften wird in den kommenden Jahren zu großem Nachbesetzungsbedarf in allen Bereichen führen: 28 Prozent der Mitarbeiter werden in den nächsten zwölf Jahren das Rentenalter erreichen.

Wie der SVB-Chef erläuterte, „entwickelt sich die Demografie langsam, aber sicher zu einer zentralen Herausforderung für Regionalbanken". Die Sparkassen setzten daher verstärkte Anstrengungen in die Gewinnung neuer Kolleginnen und Kollegen sowie in den Aufbau der nächsten Generation junger Sparkassenmitarbeiter.

„Insgesamt stehen die bayerischen Sparkassen in den nächsten Jahren vor vielen Herausforderungen. Sie sehen sich gut gerüstet dafür und werden eng am Ball bleiben", resümierte Dießl: „Weil sie die Kreditinstitute der Regionen sind und dort auch mitgestalten wollen: Stabil, achtsam und verantwortungsvoll – für die Menschen und die Wirtschaft in unserer Heimat." **DK**



SVB-Präsident Matthias Dießl (r.) und Vizepräsident Stefan Proßer bei der Vorstellung der Geschäftsergebnisse. Bild: CH

Bayern erhält Bestnote für Haushalts- und Finanzpolitik auch von Moody's

„Neben Standard & Poor's hat auch die Rating-Agentur Moody's Bayerns Finanzpolitik wieder mit dem bestmöglichen Kreditrating ‚Aaa stable' bewertet. Damit sind die beiden renommierten Rating-Agenturen auch weiterhin von der soliden Finanzpolitik Bayerns überzeugt und bescheinigen dem Freistaat die höchstmögliche Kreditwürdigkeit", freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Anfang März gab bereits Standard & Poor's bekannt, dass der Freistaat weiterhin die Spitzennote führt. „Solidität und Beständigkeit sind seit jeher die tragenden Säulen unserer Haushaltsführung in Bayern – die Finanzmärkte wissen dies zu schätzen und würdigen es mit ihrem Vertrauen. Mit unserem Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2024/2025 verfolgen wir unseren Weg auch künftig weiter und setzen uns für finanzielle und wirtschaftliche Stabilität und Planungssicherheit in Bayern ein", stellt Füracker fest. ❐

BayernLabo begeht 140-jähriges Jubiläum

2023 Darlehens- und Zuschusszusagen von rund 2,6 Mrd. Euro
Rund 9.250 Wohneinheiten im Jahr 2023 gefördert

Die Bayerische Landesbodenkreditanstalt („Bayern-Labo") feiert dieses Jahr ihr 140-jähriges Jubiläum. Seit ihrer Gründung hat sich die BayernLabo als Organ der staatlichen Wohnungspolitik und Kommunalkreditbank des Freistaats Bayern zu einem Grundpfeiler der bayerischen Wohnraum- und Städtebauförderung entwickelt.

Am 21. April 1884 unterzeichnete König Ludwig II. persönlich das „Gesetz, die Landeskultur-Rentenanstalt betreffend". Die Bayerische Landeskulturrentenanstalt war ursprünglich für die Kapitalbeschaffung für sog. Kulturunternehmungen – wie Wasserbaumaßnahmen oder Urbarmachung von öden Flächen – zuständig. 1908 kam der soziale Wohnungsbau hinzu. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde sie in Bayerische Landesbodenkreditanstalt umbenannt und fokussierte sich auf den sozialen Wohnungsbau.

1972 fusionierte die BayernLabo mit der Bayerischen Gemeindebank zur BayernLB und ist seit 2008 auch Kommunalbank und Finanzierungspartner bayerischer Kommunen.

Füracker gratuliert

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker gratuliert anlässlich des 140. Geburtstages: „Die BayernLabo ist als zuverlässige und erfahrene staatliche Institution eine der tragenden Säulen im bayerischen Wohnungsbau. Sie treibt die Umsetzung und Verwirklichung der Programme der staatlichen Wohnraumförderung mit innovativem Einsatz und zielgerichteter Förderung voran. Im Rahmen des „Wohnbau-Boosters Bayern" wurde insgesamt eine Milliarde Euro für Wohnraumprogramme und Wohnraumförderungen bereitgestellt und verstetigt. Mit Hilfe des – bundesweit einzigartigen – zinsverbilligten Bayern-Darlehens werden vor allem junge Familien auf dem Weg zum Eigenheim unterstützt. Ein großes Dankeschön an die Geschäftsleitung und die gesamte Belegschaft für ihr großes Engagement und ihren Einsatz."

Im Jahr 2023 gab es im Neugeschäft der BayernLabo Darlehens- und Zuschusszusagen in Höhe von rund 2,6 Mrd. Euro, dabei entfielen ca. 1,5 Mrd. Euro auf Zusagen und Zuschüsse in der Wohnraumförderung und 1,1 Mrd. Euro auf Zusagen im Kommunalkreditgeschäft. „Die BayernLabo erfüllt als Heimatförderer im Bereich der Wohnungsbauförderung und Kommunalfinanzierung einen wichtigen Teil des gesellschaftspolitischen Auftrages der BayernLB als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut und passt wunderbar zu uns," betont Gero Bergmann als zuständiges Mitglied des Vorstandes der BayernLB. „Wir als BayernLB-Konzern legen besonderen Wert auf soziale und energetische Kriterien im Rahmen unserer ESG-Ausrichtung. Hierbei bleibt die BayernLabo als Teil der BayernLB auch in Zukunft ein verlässlicher Partner für die Bayerische Staatsregierung, Kommunen, Unternehmen und Bürger."

Rund 9.250 Wohneinheiten wurden im Jahr 2023 insgesamt durch die BayernLabo gefördert. Auch in der Mietwohnraumförderung sowie im Bayerischen Modernisierungsprogramm wurden 2023 weitere wesentliche Investitionsanreize gesetzt. Ein zentrales Thema für die Wohnungswirtschaft ist die Umsetzung der Energiewende bei bestehenden Gebäuden. Vielfältige Herausforderungen wie energetische Modernisierung und Treibhausgasminderung, altersgerechter Umbau und Instandsetzung sind zu bewältigen, ohne jedoch Mieter und Darlehensempfänger finanziell zu überfordern.

Die Schaffung eines bayernweit einheitlichen Online-Antragstellungsprozesses für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern im Jahr 2023 ermöglicht die Antragsstellung unabhängig von den Öffnungszeiten der rund 100 regionalen für die Antragsbewilligung zuständigen Ämter. Bei der Digitalisierung des zweistufigen Bewilligungsverfahrens war die BayernLabo damit deutschlandweiter Vorreiter unter den Förderbanken. ❐

Bayerischer Gemeindetag in Neunburg vorm Wald:

Die Anwältin des Trinkwassers

Sie ist Kult, die „Führungskräftetagung der Wasserwirtschaft" des Bayerischen Gemeindetags – organisiert von Dr. Juliane Thimet, Referentin u.a. für das Wasserrecht beim kommunalen Spitzenverband. 180 Fachleute aus den bayerischen Kommunen, darunter viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, gingen durch ein dreitägiges intensives Schulungsprogramm in der Schwarzachtalhalle in Neunburg vorm Wald.

In diesem Jahr wurde die Veranstaltung vom Vorsitzenden des Umweltausschusses im Bayerischen Landtag, Alexander Flierl, MdL, begleitet. Die Entscheidung über den Wassercent steht bevor, und seine Anwesenheit unterstreicht die Relevanz dieses Themas. Dr. Thimet dankte dem Landtagsabgeordneten dafür, dass er sich Zeit genommen hat, die Anliegen und Herausforderungen der Verantwortlichen anzuhören, bevor weitere Entscheidungen getroffen werden: „Das eröffnet uns die Möglichkeit, über die richtigen Schritte beim Wasserentnahmeentgelt zu diskutieren."

Die Forderungen der Wasserversorger bezüglich des Wassercents sind klar: Erstens sollte die Abgabe ausschließlich in den Wasserschutz investiert werden. Zweitens sollen nicht nur die Wasserversorger zur Kasse gebeten werden, da sie allein wissen, wie viel Wasser bei Ihnen entnommen wird. Auch die Industrie und die Landwirtschaft sollten ihren Beitrag leisten. Dr. Thimet betonte jedoch, dass hierfür noch Zeit benötigt werde.

Ein weiteres Thema der Veranstaltung war die Diskussion über die oft langwierigen Verfahren zur Ausweisung neuer Trinkwasserschutzgebiete. „Wir reden hier über Verfahren, die teilweise seit 20 Jahren oder länger laufen", sagte Thimet. Sie wünscht sich, dass dem Trinkwasser ein ähnlicher Status wie den erneuerbaren Energien eingeräumt wird, denen 2022 „überragendes öffentliches Interesse" bescheinigt wurde. Dies könnte Infrastrukturprojekte beschleunigen, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind. „Wasser hat oberste Priorität und das gehört auch so ins Wasserhaushaltsgesetz", betonte sie.

Alexander Flierl, Vorsitzender des Umweltausschusses, unterstützte die Forderungen der Wasserversorger. „Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und muss höchsten Schutz genießen. Das Arbeitsprogramm der Staatsregierung lautet daher: Kommunal vor Kommerz." In Bezug auf den Wassercent, der bereits in 13 anderen Bundesländern existiert, herrsche Konsens darüber, dass er eingeführt werden soll. Nun müssen noch Fragen der Zuständigkeit und der Verwendung geklärt werden. Auch die entstehende Bürokratie muss im Auge behalten werden. Vorschläge zur Beschleunigung der Ausweisung neuer Schutzgebiete sollen ebenfalls geprüft werden.



V.l. Alexander Flierl, MdL und Umweltausschussvorsitzender im Bayerischen Landtag, Martin Birner, Erster Bürgermeister von Neunburg vorm Wald und Dr. Juliane Thimet, Bayerischer Gemeindetag. Bild: CH

Wasserschutz durch guten Boden

Der Schutz des Wassers erfordert einen nachhaltigen Umbau der Wälder. Nach Ludwig Pertl, Verfasser des Handbuchs für nachhaltigen Waldumbau, hat sich die Stadt Neunburg als bundesweit erste Kommune dem Projekt „Future Forest" als freiwillige Initiative verschrieben. „Im Sommer stammen 70 Prozent des Niederschlags allein aus Verdunstung", erklärt Pertl. Ein gesunder Waldboden ist daher entscheidend für die Maximierung des Wasserspeichers. „Wir brauchen leistungsfähige Dauerwälder, um das Wasser in der Landschaft zu halten", betont er. In Neunburg wird aktiv daran gearbeitet.

Bürgermeister Martin Birner erläuterte, warum seine Stadt die Vorreiterrolle übernimmt: „Wir möchten die Wasserressourcen hochwertig und nachhaltig erhalten." **CH**

Mikrobiom-Lab:

Belastungen im Gewässer auf natürliche Weise reduzieren

In ganz Bayern geraten immer mehr Gewässer durch den Klimawandel aus ihrem Gleichgewicht und tendieren zur Eutrophierung (nährstoffreicher Zustand). Der geforderte, gute ökologische Zustand gemäß Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wird von den meisten bayerischen Gewässer nicht erreicht. Fischsterben und Algenprobleme nehmen zu.

Das Mikrobiom-Lab hat Wege gefunden, um kommunale Gewässer wieder in den geforderten, guten ökologischen und chemischen Zustand gemäß WRRL zurückzuführen und Belastungen im Gewässer auf natürliche Weise ohne Einsatz von Chemie zu reduzieren: Es gibt mit dem VITALO-Konzept sogar ein Warnsystem zur frühzeitigen Erkennung von sich ankündigendem Fischsterben. Am Anfang dieses Weges steht eine solide Diagnostik, auf der dann die weiteren Schritte zur Re-Oligotrophierung (Rückführung in den ursprünglichen Gewässerzustand) eingeleitet werden können.

1. Schritt: Gewässermonitoring

Vor der Verbesserung des Gewässerzustands steht eine sorgfältige chemische und biologische Analyse, um die Ursachen der Probleme aufzudecken. So eine Analyse mit dem sogenannten „Lake-Data-Sheet" ist vergleichbar mit dem großen Blutbild beim Menschen und deckt nicht nur zu hohe Nährstofffrachten auf, sondern zeigt auch Wege, wie der gute ökologische Zustand des Gewässers wieder erreicht werden kann. Dieses „Lake-Data-Sheet" dient als Grundlage zur Verbesserung der Gewässergüte. Es beinhaltet chemische, physikalische und biologische Untersuchungen im Freiwasser und im Sediment ebenso wie die Ermittlung des Trophiegrads, also der Nährstofffrachten. Aus einer Fülle von Daten ergibt sich daraus ein Bild mit einem Stärken-Schwächen Profil des Gewässers, eben das „Lake-Data-Sheet". Dieser Steckbrief ist die Grundlage für eventuell nachfolgende Optimierungen.

2. Schritt: Fischbestandsermittlung mit eDNA

Heute genügt eine einfache Wasserprobe, um den gesamten Fischbestand zu ermitteln, sogar die Kleinfische und die invasiven Arten. Zugleich kann damit auch der Bestand an Wasserpflanzen, Kleinstlebewesen und Krebsen mit dieser Wasserprobe ermittelt werden.

Die Trefferquote ist vergleichbar zur Elektrobefischung, jedoch mit 490 Euro netto vergleichsweise sehr günstig und ohne Bestandsverluste. eDNA Verfahren eignen sich daher idealerweise für ein Gewässermonitoring. Die Probenahme ist mit unserem Probenahmeset kinderleicht und sicher und kann auch von Laien durchgeführt werden.

Das Verfahren ist jedoch deutlich günstiger und einfacher und eignet sich daher sehr gut für ein Monitoring an Ihrem Gewässer, um Vergleiche über mehrere Jahre oder mehrere Gewässerabschnitte durchzuführen. Das Verfahren eignet sich sehr gut für kommunale Gewässer.

3. Schritt: Gibt es übermäßiges Algenwachstum?

Die gestiegenen Temperaturen der letzten Jahre fördern das Wachstum von Grünalgen oder Blaualgen an vielen Gewässern und verschärfen deren Eutrophierung. Die Belastung mit Blaualgen wird sich bis 2060 verdoppeln, in Bayern sind immer mehr Gewässer von Blaualgenproblemen betroffen. Erhöhte Algenbelastung bewirkt mehr Sediment und dieses wiederum verbraucht zusätzlichen Sauerstoff, oft verbunden mit der Freisetzung von zusätzlichen Nährstoffen. Außerdem erzeugen Algen tagsüber hohe Sauerstoffsättigungen, gepaart mit sehr geringen Sauerstoffwerten nachts und extremen Sprüngen im pH.

Dieses Rauf und Runter vertragen viele Fische nicht, es kann zu Fischsterben kommen - bevorzugt in den frühen Morgenstunden. Aale, Barsche und Zander sind meist die ersten Fischarten, die dann absterben. Unser Konzept beinhaltet eine Art Frühwarnsystem für Fischsterben und versetzt Kommunen in die Lage, mit eigenen Bordmitteln die gemeindeeigenen Gewässer zu überwachen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Krisensignale sind sinkende Wasserspiegel, 3 Wochen sonniges Wetter über 30°C, wolkenloser Himmel und Wassertemperaturen ab 19°C. Mit dem VITALO-Konzept können Gemeinden nun Vorsorge treffen und die Gefahr möglicher Fischsterben frühzeitig erkennen.

Peter Flasshoff-Gockel

Hoher Besuch beim Zweckverband Laber-Naab

Wasser-Info-Team Bayern hält Mitgliederversammlung in Beratzhausen ab

Die Frage der Verfügbarkeit und Qualität des Wassers hat zuletzt – auch wegen des Klimawandels – in der öffentlichen Diskussion stark zugenommen. Das Wasser-Info-Team Bayern e.V., ein gemeinnütziger Verein, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit rund um das Thema Wasser direkt oder indirekt über seine Mitglieder zu informieren. Zwölf Verbände, Institutionen und Körperschaften aus dem Wasser- und Abwasserbereich gehören dem Wasser-Info-Team an. Mitte März trafen sich die Mitglieder – namhafte Personen des Wasserversorgungs- und Abwasserbereichs – beim Wasserzweckverband Laber-Naab in Beratzhausen, um die künftige Ausrichtung des Vereins zu beraten.

Über die bisherigen Schritte informierte nach der Präsentation des Laber-Naab-Werkleiters Franz Herrler über seinen Verband der 1. Vorsitzende Simon Schropp, 1. Bürgermeister der Gemeinde Untermeitingen (Landkreis Augsburg) und Vorsitzender des Wasserzweckverbandes Lechfeld. Er nannte den neuen Veranstaltungskalender, den Blog auf der Homepage, den Newsletter, die Präsenz in den Sozialen Medien und die erste bereits erfolgreich durchgeführte Messe als Aktivitäten, um dem Thema Wasser mehr Präsenz zu verleihen. Im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit könnten auf der Homepage des Vereins Inhalte oder Textbausteine zur Verfügung gestellt und positive Beispiele guter Öffentlichkeitsarbeit eingestellt werden.

Ein wichtiges Zukunftsthema ist die Gewinnung von Fachkräften, die verstärkt über den Blog und die Sozialen Medien geschehen soll. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil ab 1. August 2024 die neue Ausbildung in den Umwelttechnischen Berufen in Kraft tritt. Künftig heißt die bisherige Fachkraft in der Wasserversorgungstechnik „Umwelttechnologe für Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung." Neben dem Thema Fachkräfte wurde über die Ausbildungsschwerpunkte diskutiert. Die rege und offene Diskussion bei dieser Mitgliederversammlung brachte die Idee mit sich, öfter Diskussionsrunden anzuberaumen.

Großartige Leistungen in Eigenregie

Bei der Führung in den Gebäuden des Zweckverbandes Laber-Naab durch Franz Herrler, der auch 2. Vorsitzender des Wasser-Info-Teams Bayern ist, zollten die Mitglieder hohen Respekt für den Wasserversorger. Dr. Andreas Lenz, Geschäftsbereichsleiter Umwelt und Technik bei den Bayerischen Verwaltungsschulen und u.a. zuständig für die Ausbildung im Bereich IT-Sicherheit in der Wasserversorgung, staunte über den Digitalisierungsgrad des Zweckverbandes. Er bat Herrler, eine Exkursion nach Beratzhausen machen zu dürfen.

Der stellvertretende Geschäftsführer des Bayerischen Städtetages Dr. Manfred Riederle war höchst überrascht von den Leistungen, die der Zweckverband in Eigenregie erbringt, „Einen Baubetrieb zu führen und damit einen hohen Grad Selbstständigkeit zu erreichen, das ist richtungsweisend und vorbildlich", so Riederle.

„Einfach klasse", sagte Dr. Juliane Thimet, Direktorin und Stellvertreterin des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds beim Bayerischen Gemeindetag, über die Vielfalt der Arbeitsfelder bei der Laber-Naab-Gruppe. Einen weiteren Aspekt nannte Robert Scherer, der Geschäftsführer der Landesgruppe Bayern des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW). Seit über zehn Jahren ist der Zweckverband Laber-Naab ein geprüftes Unternehmen im Bereich Technisches Sicherheitsmanagement (TSM). Das sei sehr anerkennenswert „mit Blick auf die neue Trinkwasserverordnung und die seit 11. Dezember 2023 in Kraft getretene Trinkwassereinzugsgebieteverordnung, die ein Risikomanagement für alle Trinkwasserversorger erfordern wird. Das verdient höchsten Respekt", so Scherer. Simon Schropp brachte es auf den Punkt: „Hut ab, Chapeau zur Arbeit der Laber-Naab-Gruppe!"

Im Wasser-Info-Team Bayern sind neben Institutionen aus dem Wasserversorgungs- und Abwasserfeld Bayerischer Gemeindetag und Bayerischer Städtetag, der VKU und das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz vertreten.

Weitere Informationen unter www.wasser-bayern.de.

Markus Bauer





DWA-Politikmemorandum 2024:

Kommunalabwasserrichtlinie mit Augenmaß umsetzen

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) hat ihre Positionen zur Umweltpolitik in dem neuen Politikmemorandum „Zukunft der Wasserwirtschaft gestalten" formuliert. Zahlreiche Forderungen wiederholen sich aus den vergangenen Jahren, als besonders aktuell und spannend erweist sich allerdings der Part zur Kommunalabwasserrichtlinie. Mit der nunmehr novellierten EU-Kommunalabwasserrichtlinie aus dem Jahr 1991 werden wesentliche Bereiche der Siedlungswasserwirtschaft neu geordnet und zukunftsweisende Anforderungen gesetzt. Mit ihr kommen bedeutende Veränderungen und Herausforderungen auf die deutsche Wasserwirtschaft zu.

„Die Wasserwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung und Aufgaben sehr bewusst. Die notwendigen Maßnahmen dürfen nicht länger aufgrund von Personalengpässen oder Finanzierungsfragen vertagt werden. Die Politik ist gefordert, den finanziellen und regulatorischen Rahmen für eine zeitnahe Umsetzung zu schaffen. Untätigkeit wird am Ende deutlich teurer", betonte Dr. Lisa Broß, Sprecherin der DWA-Bundesgeschäftsführung, bei der Übergabe des Politikmemorandums an die umweltpolitischen Sprecher der im Bundestag vertretenen Parteien.

Mit der Novellierung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie verschärft die EU die Grenzwerte für Phosphor und Stickstoff und schreibt der Branche mittelfristig Energieneutralität vor. Zudem fordert sie einen großflächigen Ausbau der Kläranlagen um eine sogenannte vierte Reinigungsstufe zum Abbau von Spurenstoffen, in erster Linie von Arzneimittelrückständen. Finanziert werden soll die weitergehende Abwasserbehandlung über eine Erweiterte Herstellerverantwortung, Hersteller und Inverkehrbringer von Humanarzneimitteln und Kosmetika sollen 80 Prozent der Investitions- und Betriebskosten der vierten Reinigungsstufe übernehmen.

Für angemessene Finanzierungskonzepte

Gewässerschutz ist Kernaufgabe der DWA. Die Ziele der EU, den Schutz der Gewässer vor Schadstoffeinträgen und den Schutz des Klimas durch Energieneutralität, unterstützt die Vereinigung voll umfänglich. Die Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie löst aber auch erhebliche Investitionen aus, die zusätzlich zur Erneuerung und Sanierung der abwasserwirtschaftlichen Infrastruktur gestemmt werden müssen. Hier braucht es laut Memorandum Finanzierungskonzepte, die den Herausforderungen angemessen sind, wie Förderprogramme oder zinsverbilligte Darlehen. Die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht müsse zudem pragmatisch und mit Augenmaß erfolgen. Nationale Verschärfungen und Alleingänge, wie aktuell beispielsweise bei der Überwachungsmethodik für Phosphor und Stickstoff, seien unbedingt zu vermeiden.

Erweiterte Herstellerverantwortung

Von großer Bedeutung für die DWA ist die Umsetzung der Erweiterten Herstellerverantwortung in das deutsche Recht. Die EU macht diesbezüglich keine konkreten Vorgaben, sondern überlässt explizit den einzelnen Mitgliedsstaaten die rechtliche und ökonomische Ausgestaltung.

Aktuell verfügen in Deutschland gut 80 Abwasserbehandlungsanlagen über eine Reinigungsstufe zum signifikanten Abbau von Spurenstoffen. Fachleute schätzen, dass bis 2045 rund 1.700 der insgesamt gut 9.000 Kläranlagen in Deutschland um eine entsprechende Reinigungsstufe erweitert werden, um die Vorgaben der EU zu erfüllen. Die Erweiterte Herstellerverantwortung müsse national so ausgestaltet werden, dass die Finanzierung, wie von der EU vorgeschrieben, verursachungsgerecht über die Industrie erfolgt. Die Abwasserwirtschaft brauche für dieses milliardenschwere Investitionspaket Planungs-, Rechts- und Finanzierungssicherheit. Die Kosten dürften nicht über die Gebühren auf die Bürger abgewälzt werden.

Der Klimawandel hat erhebliche Auswirkungen auf das Wasserdargebot. Wasser ist schon immer eine zentrale Ressource, die phasenweise und örtlich im Übermaß vorhanden ist, mit der entsprechenden Gefahr von auch großflächigen Überflutungen, dann aber auch über längere Zeiträume knapp wird. Die sichere Wasserversorgung von Industrie, Gewerbe, Land-, Forst- und Energiewirtschaft sowie Natur könne auch in Deutschland nicht jederzeit und überall gewährleistet werden. Der Klimawandel verstärke diese Tendenzen durch vermehrt stationäre Wetterlagen.

Laut DWA muss die Wasserwirtschaft die Überflutungsvorsorge weiter nachdrücklich verfolgen und sich gleichzeitig auf Dürre, Trockenheit und Niedrigwasser vorbereiten. Dazu seien ein naturnaher Landschaftswasserhaushalt und ein Ende der massiven Bodenversiegelung geboten. Zudem werde der Ausbau und Neubau von Wasserspeichern und eine gezielte Wasserwiederverwendung benötigt. Auch müsse die wasserbewusste Stadtentwicklung nachdrücklich betrieben und in der Fläche forciert werden. Die DWA fordert die Bundespolitik auf, die grundsätzlich richtige bauliche Nachverdichtung im urbanen Raum unbedingt in Konzepte zur wasserbewussten Stadtentwicklung einzubinden und Bau- und Wasserrecht entsprechend zu gestalten. Die Vereinigung macht hier konkrete Vorschläge.

„Einen vollständigen technischen Schutz gegen Überflutungen wird es nicht geben können", heißt es weiter. Für eine notwendige Risikominderung sei es besonders wichtig, die Vorsorge bereits mit dem Rückhalt in der Fläche zu beginnen. Ein naturnaher Landschaftswasserhaushalt mit speicherfähigen Böden und renaturierten oder reaktivierten Auen sollte geschaffen werden, weil damit nicht nur die Überflutungsvorsorge, sondern auch die Vorsorge gegen Trockenheit und Dürre und der Biodiversitätsschutz gestärkt wird.

Der technische Überflutungsschutz in Form von Hochwasser-, Regenrückhaltebecken oder Deichen und Mauern sei flächendeckend auf den Stand der Technik zu bringen und auszubauen. Die dazu nötigen Genehmigungsverfahren seien zu vereinfachen und zu beschleunigen. Ein Starkregenrisikomanagement (SRRM) vergleichbar mit dem europarechtlich vorgegebenen Hochwasserrisikomanagement müsse jetzt verbindlich im Wasserrecht geregelt und als zwingender Bestandteil in die Bauleitplanung eingebunden werden.

Nach Auffassung der DWA braucht es zudem mehr Anreize zur Eigenvorsorge der Bürger und weitere Verbesserungen der Risikokommunikation gegenüber der Bevölkerung. Der Bau in überschwemmungsgefährdeten Gebieten sollte grundsätzlich vermieden werden. Mindestens sollte der Nachweis einer Elementarschadenversicherung für den Bau von Gebäuden in gefährdeten Gebieten verpflichtend werden.

„Die Anpassung an den Klimawandel und die Erhöhung der Resilienz ist jetzt unsere Pflichtaufgabe und darf nicht länger aufgrund von Personalengpässen oder von Finanzierungsfragen vertagt werden. Untätigkeit wird am Ende teurer. Die Politik muss den entsprechenden Rahmen für zeitnahe Umsetzungen schaffen. Auch hier ist Planungs- und Finanzierungssicherheit zu schaffen", stellt die Vereinigung fest. Die Finanzierung der wasserbewussten Stadtentwicklung dürfe nicht auf Projektförderung basieren. Die DWA plädiert dafür, einen Teil der Einnahmen aus der CO2-Abgabe verursachungsgerecht dafür bereitzustellen und Finanzierungsmöglichkeiten über Abwasserentgelte vorzusehen. **DK**

EU-Anforderungen an Materialien im Kontakt mit Trinkwasser:

DVGW begrüßt verbindliche, einheitliche Regeln

Die EU-Kommission hat jetzt im Rahmen der Umsetzung der EU-Trinkwasserrichtlinie die Anforderungen an die hygienische Beschaffenheit von Materialien, die in Kontakt mit Trinkwasser kommen, verbindlich und einheitlich geregelt. Aus Sicht des DVGW wurde damit eine wichtige Regelungslücke geschlossen. Dazu sagt Dr. Wolf Merkel, Vorstand des DVGW: „Die neuen, EU-weit geltenden, einheitlichen, hygienischen Anforderungen an Materialien und Produkte im Kontakt mit Trinkwasser sind ein Meilenstein für den gesundheitlichen Verbraucherschutz und für die sichere Nutzung ohne Handelshemmnisse in der EU. Wasserversorgungsunternehmen erhalten damit die Sicherheit, dass ihnen nur Materialien und Produkte auf dem europäischen Markt zur Verfügung stehen, die für den langjährigen Einsatz in der Trinkwasserversorgung geeignet sind." ❐



Klimaresilienz – Gemeinsam zum Ziel

Einstieg in eine sichere Wasserzukunft im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim

Die Folgen des Klimawandels zeigen sich bereits deutlich. Nur gemeinsam kann es gelingen, Wege für einen nachhaltigen Umgang mit dem nur begrenzt zur Verfügung stehenden Wasser zu finden. Der Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim möchte sich pilothaft klimaresilient aufstellen. In einem breiten Bündnis haben deshalb Landkreis, Kommunen, Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken und Wasserwirtschaftsamt Ansbach – mit tatkräftiger Unterstützung von vielen weiteren Institutionen, Verbänden und Betroffenen – Möglichkeiten für einen zukunftsorientierten Wasserrückhalt und eine geordnete Nutzung des Wassers erarbeitet. Die Entwicklung neuer und innovativer Lösungsansätze kann nur gemeinsam und ohne „Scheuklappen-Denken" gelingen. Die im Jahr 2023 erarbeiteten Ergebnisse wurden in einer Broschüre zusammengestellt, gerne auch, um anderen eine Anregung zu bieten.

Herausforderung Klimawandel

Der Klimawandel ist auf dem Vormarsch und die Folgen, wie wärmere Winter mit weniger Schnee, sind bereits zu spüren. Bedingt durch längere und heißere Trockenperioden im Sommer gehen die Abflüsse in den Gewässern zurück, Böden trocknen aus und Pflanzen leiden unter Wassermangel. Weniger Niederschläge bewirken auch eine abnehmende Grundwasserneubildung, was Auswirkungen auf die Nutzung des Grundwassers hat. Plötzlich auftretende Starkregenereignisse verschärfen die Situation. Der Boden kann das Regenwasser kaum aufnehmen und es fließt oberirdisch ab.

Dadurch kann es zu Überschwemmungen kommen. Neben den negativen Folgen für Flora und Fauna sind Menschen direkt von den geänderten klimatischen Bedingungen betroffen.

Die Trockenheit ist im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim besonders zu spüren. Die Grundwasserneubildung liegt mit rund 60 mm pro Jahr bereits jetzt deutlich unter dem bayerischen Durchschnitt. Grund genug, sich frühzeitig Gedanken um die Zukunft des regionalen Wasserdargebots zu machen. Es gilt, den Landkreiseinwohnerinnen und -einwohnern weiterhin deren Lebens- und Existenzbedingungen zu sichern. Trinkwasserversorgung, Zugang zu sauberen Gewässern, Bespannung von Fischteichen oder umweltverträgliche Bewässerung von Sonderkulturen wie Wein seien beispielhaft genannt.

Gemeinsam zum Ziel

Ziel war es, Möglichkeiten bzw. Alternativen zu finden, die einen zukunftsorientierten Wasserrückhalt und eine geordnete Nutzung des Wassers vor Ort garantieren – auch und gerade in Trockenzeiten! Wichtig waren der Arbeitsgruppe vor allem zwei Aspekte: Erstens, dass der Weg gemeinsam bestritten wird und zweitens, dass direkt in die praktische Umsetzung eingestiegen wird. Im Laufe der Zusammenarbeit ist ein „Wir-Gefühl" entstanden, auf dass das Team besonders stolz ist. Durch das gemeinsame Anpacken soll es gelingen, den Folgen des Klimawandels fachübergreifend und wirkungsvoll zu begegnen. Hierzu haben sich die Projektpartner in vier Workshops mit Experten und Betroffenen zu folgenden Themenschwerpunkten ausgetauscht:

1. Gewässer und Talaue
2. Siedlung und Infrastruktur
3. Land- und Forstwirtschaft
4. Sonderkulturen und Teichwirtschaft



Blick auf den Ortsteil Neuherberg (Gemeinde Ergersheim) mit ehemaliger Teichkläranlage, umgestaltet zum Wasserspeicher. Bild: Wasserwirtschaftsamt Ansbach

Möglichkeiten der Klimaanpassung

Naturnahe Gewässer und Auen können klimabedingte Stresssituationen besser überwinden. Hierbei spielt die Anpflanzung von standortgerechten Ufergehölzen eine zentrale Rolle. Sie bieten vielen Lebewesen im und am Wasser Lebensräume, beschatten Gewässer und schützen sie so vor hohen Wassertemperaturen. Aber auch an den Menschen muss gedacht werden. Um die Gewässer erlebbar zu machen, können Lehrpfade, Aufenthaltsorte wie Spiel- und Picknickplätze in Verbindung mit einer ökologischen Aufwertung angelegt werden. Die Siedlung der Zukunft ist nach dem Prinzip „Schwammstadt/Schwammdorf" sowohl an Starkregen, als auch an Trockenperioden angepasst. Das zentrale Thema dabei ist die „Blaue Planung", also der Umgang mit dem Wasser im Siedlungsgebiet. Neben der bewährten Speicherung von Wasser in Zisternen wurden auch zentrale Regenwasserspeicher von Kirchendächern oder Industriebauten, stillgelegte Güllegruben oder ehemalige Teichkläranlagen diskutiert. Mit dem gespeicherten Wasser können beispielsweise Bäume, Grünanlagen oder Sportplätze bewässert werden.

Erosionsschutz und Wasserrückhalt in der Fläche stehen im Mittelpunkt einer klimaangepassten Landwirtschaft. Durch organischen Dünger, vielfältige Fruchtfolgen und dem Anbau von Zwischenfrüchten kann der Humusanteil des Bodens auf Ackerflächen erhöht und somit mehr Wasser im Boden gespeichert werden. Auch konservierende Saatverfahren wie Mulch-, Direkt- oder Untersaat unterstützen den Humusaufbau. Ebenso ist der Wald an die künftigen Gegebenheiten anzupassen. Im klimagerechten Wald werden Baumarten gepflanzt, die mit dem veränderten Klima besser zurechtkommen. Die Bewässerung von Sonderkulturen wie Gemüse oder Wein wird zukünftig an Bedeutung gewinnen. Eine nachhaltige und wasserspa-



Gemeinschaftsprojekt „Wasserrückhalt in Grünen Gräben" des Landkreises, Bayerischen Bauernverbands und Wasserwirtschaftsamtes Ansbach: Entwässerungsgräben werden in ihrer Funktion umgekehrt und dienen nun dem Wasserrückhalt. Bild: Wasserwirtschaftsamt Ansbach

rende Planung ist elementar. Um das Grundwasser zu entlasten, soll bevorzugt Niederschlagswasser in Speicherbecken gesammelt und ressourcenschonend verwendet werden. Die Wasserspeicherung funktioniert auch in Kombination mit der Teichwirtschaft, indem größere Becken sowohl zur Fischzucht, als auch zur Bewässerung genutzt werden.

Umsetzung in die Praxis – Wir gestalten unsere Zukunft

Neben fachlichen Aspekten wurden für jeden Workshop Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat Bayern zusammengetragen. Die Ergebnisse wurden in einer Broschüre aufgearbeitet. So sollen andere Landkreise und Kommunen aktiv ermutigt werden, sich ebenfalls dem Schutzgut Wasser zu widmen und sich klimaresilient aufzustellen. Da Fokus die rasche Umsetzung in die Praxis war, wurde gleich losgelegt:

Gewässer und Talaue

- Einstellung eines Wasserkümmerers im Landkreis als übergeordneter Ansprechpartner, um Kommunen bei der Umsetzung der wassersensiblen Planung zu unterstützen
- Angebot von Wassertagen durch das Wasserwirtschaftsamt Ansbach, um sich mit den Kommunen vor Ort über alle Wasserthemen unbürokratisch auszutauschen
- Intensivierung von Gehölzanpflanzungen an Gewässern erster und zweiter Ordnung durch das Wasserwirtschaftsamt Ansbach
- Beschlossenes Förderprogramm „Gehölzanpflanzungen an Gewässern dritter Ordnung" durch den Landkreis

Siedlung und Infrastruktur

- Vorrang der blauen Planung bei kommunalen Projekten und Bauleitplänen
- Beschlossenes Förderprogramm „Ideenwettbewerb für Schüler zum Thema Wasser" durch den Landkreis
- Beschlossenes Förderprogramm „Reinigung und Umnutzung stillgelegter Güllegruben als Wasserspeicher" durch den Landkreis
- Einführung einer Blauen Seite in den gemeindlichen Amtsblättern, um die Bevölkerung über Aktuelles zum Thema „Wasser" zu informieren
- Umgestaltung der ehemaligen Teichkläranlage Neuherberg zu einem Wasserspeicher

Land- und Forstwirtschaft

- Fortführung des Gemeinschaftsprojekts „Wasserrückhalt in Grünen Gräben" des Landkreises, Bayerischen Bauernverbands und Wasserwirtschaftsamtes mit dem Ziel, Entwässerungsgräben in ihrer Funktion umzukehren und für den Wasserrückhalt zu nutzen
- Vorstellung der Erkenntnisse aus den Workshops und Beratung bei landwirtschaftlichen Veranstaltungen durch das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth-Uffenheim und den Bayerischen Bauernverband
- Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mit Flurneuordnung sowie den Initiativen „boden:ständig" und „FlurNatur" durch das Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken

Sonderkulturen und Teichwirtschaft

- Vorgespräche zur Aufstellung eines Bewässerungskonzeptes für eine nachhaltige und umweltverträgliche Weinbergbewässerung
- Kombination aus Regenrückhalt und Bewässerung von Sonderkulturen im Rahmen von „boden:ständig"
- Im Landkreis besteht bereits eine gute Zusammenarbeit. Wegen des Klimawandels muss diese Zusammenarbeit weiter vorangetrieben werden.

Die Broschüre „Klimaresilienter Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim – Gemeinsam zum Ziel" ist auf der Internetseite des Wasserwirtschaftsamtes Ansbach veröffentlicht: https://www.wwa-an.bayern.de/ ❐

IFAT 2024:

Aktuelle Themen der Wasser- und Abwasserwirtschaft

Wege zur Schwammstadt – Martkimpulse durch neue EU-Richtlinie – Digitale Transformation

Ob Klimaresilienz, Chancen der Digitalisierung, optimierte Abwasserreinigung oder globale Wassergerechtigkeit – die Umwelttechnologiemesse IFAT Munich 2024 ist erneut ein Spiegel aktueller Themenfelder der Wasser- und Abwasserwirtschaft.

Die Umwelttechnologiemesse IFAT Munich wird vom 13. bis 17. Mai 2024 erneut zeigen, welche Herausforderungen und Marktimpulse die internationale Wasser- und Abwasserwirtschaft derzeit bewegen. Zu den diesjährigen Leitthemen der Münchner Branchenschau gehören die Anpassungen an die Folgen des Klimawandels. Im Veranstaltungsprogramm der Messe finden sich dazu gleich mehrere Termine, die Teilaspekte aus dieser drängenden gesellschaftlichen Aufgabe aufgreifen. Beispielsweise richten die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfälle e.V. (DWA), der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) und der Verband kommunaler Unternehmen am 16. Mai ab 09:30 Uhr den „Tag der resilienten Kommunen" aus. Dessen Vorträge und Podiumsdiskussionen finden auf der Blue Stage – einer Bühne eigens für Wasserthemen – in der Halle B2 statt.

Bausteine für Schwammstädte

Für mehr Klimaresilienz sind Städte und Gemeinden unter anderem aufgefordert, mit den Auswirkungen von zunehmenden und verschärften Trockenphasen und Starkniederschlägen zurechtzukommen. Ein hoffnungsvolles Konzept hierfür ist die wasserbewusste Stadt, auch als Schwammstadt bezeichnet. Für deren Umsetzung liefern IFAT-Aussteller hilfreiche Bausteine. Beispiele sind die Baumrigole ViaTree der Mall GmbH aus Donaueschingen, das Rigolensystem EcoBloc der Otto Graf GmbH aus Teningen und die Regenwasserbehandlungsanlage Stormclean der ACO GmbH aus Büdelsdorf.

Kommunalabwasserrichtlinie umsetzen

Eine bedeutende marktgestaltende Wirkung können ferner neue gesetzliche Vorgaben haben – namentlich auf EU-Ebene. Ein aktuelles Beispiel ist die Europäische Kommunalabwasserrichtlinie. Diese wurde nach über 30 Jahren umfassend überarbeitet, der Kompromiss aus Brüssel liegt nun vor. „Die dabei vorgesehenen Veränderungen werden einen erheblichen Einfluss auf die Abwasserbehandlung in Europa haben, insbesondere für die Entfernung von anthropogenen Spurenstoffen, bei der Steigerung der Energieeffizienz und Eigenenergieerzeugung auf kommunalen Kläranlagen oder für die Behandlung von Mischwasser", betont DWA-Präsident Prof. Dr. Uli Paetzel. Vor diesem Hintergrund veranstaltet die Vereinigung am 14. Mai um 16:30 Uhr auf der Blue Stage eine Session, bei der Entwicklungen und Entscheidungen zur Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie unter rechtlichen, technischen und betrieblichen Gesichtspunkten erläutert und diskutiert werden.

Auch auf Seiten der Aussteller widmet man sich den anspruchsvolleren Anforderungen. So präsentiert die Huber SE aus Berching unter anderem den neu entwickelten Tuchfilter RotaFilt. Dieser scheidet feine suspendierte Stoffe wie Schlammflocken und Mikroplastik zuverlässig ab und entfernt Phosphor per Flockungsfiltration. Und die ProMinent GmbH aus Heidelberg zeigt, wie Mikroschadstoffe wie Medikamentenrückstände mit Ozon beseitigt werden und wie die Ozonerzeugung mit modularen Anlagen besonders wirtschaftlich betrieben wird.

Wohin führt die Digitalisierung?

Auch in der Wasser- und Abwasserwirtschaft ist die digitale Transformation in vollem Gange. Der Münchner Branchentreff gibt in selten verfügbarer Breite Antworten auf Fragen wie: Wo stehen wir in diesem Prozess? Welche Chancen und Risiken sind damit verbunden? Wohin kann in Zukunft die digitale Reise gehen? Räumlich verdichtet findet sich dieses Fokusthema in der Spotlight Area „Digitalisierung in der Wasserwirtschaft" am Eingang West des Münchener Messegeländes. Auf dem von der DWA organisierten Sonderausstellungsbereich direkt hinter den Verbändeständen stehen Best-Practice-Lösungen im Mittelpunkt. Unter anderem präsentiert der DVGW dort das Projekt „Quelle der Zukunft. Wasser für Generationen". Hierbei will die Bodensee-Wasserversorgung mit neuen Anlagen die Trinkwasserversorgung von rund vier Millionen Menschen auch für die nächsten Jahrzehnte sicherstellen. Die Besucherinnen und Besucher können durch Augmented Reality in die Anlagen visuell eintauchen und die Anwendung digitaler Techniken erleben.

Raum für zukunftsweisende digitale Entwicklungen bietet nicht zuletzt die lokale Hochwasser-Frühwarnung. Am Stand des Unternehmens Endress + Hauser aus Weil am Rhein können sich Interessierte dazu über das System Netilion Flood Monitoring informieren. Bei diesem hilft Künstliche Intelligenz, auf der Grundlage von vor Ort durch Pegelmessgeräte sowie Regen- und Bodenfeuchtsensoren erhobenen Daten – verknüpft mit Wettervorhersagen und Informationen zur Geländebeschaffenheit – Hochwasserlagen frühzeitig und präzise einzuschätzen. Digitale Zwillinge gehören zur den Schlüsselkonzepten der Industrie 4.0 – auch in der Wasserwirtschaft. So demonstriert die Siemens AG aus Erlangen auf der Messe ein solches virtuelles Modell, das den gesamten Anlagenlebenszyklus abbildet. Mit diesem lassen sich schlanke Prozesse realisieren – vom Design und Engineering über Betrieb und Instandhaltung bis hin zur Optimierung.

Wassergerechtigkeit für eine harmonischere Welt

Wasser hat auch eine geopolitische Dimension – heute vielleicht mehr denn je. So kann es bei Wassermangel oder ungleicher Verteilung des blauen Goldes zu regionalen oder nationenübergreifenden Spannungen kommen. Faktoren, wie der fortschreitende Klimawandel, die wachsende Weltbevölkerung oder auch kriegerische Auseinandersetzungen, verschärfen die Situation. Im Umkehrschluss hat eine gerechte und nachhaltige Wassernutzung das Potenzial, ein harmonisches Zusammenleben auf allen Ebenen zu fördern. Nicht von ungefähr stand der diesjährige Weltwassertag am 22. März unter dem Motto „Wasser für Frieden". „Viele Technologien und Systeme unserer Aussteller können als Beiträge zu mehr globaler Wassergerechtigkeit und damit zu mehr Frieden gesehen werden", sagt Philipp Eisenmann, Exhibition Director der IFAT Munich. Wie zum Beispiel das mobile, palettengroße Wasseraufbereitungssystem PurAID des Herstellers Pureco aus Budpest/Ungarn. Das kostengünstige, modulare System eignet sich für die Wasserversorgung in ländlichen und abgelegenen Gebieten. Es entfernt Arsen, Eisen, Mangan, Ammoniak, Fluor, Bakterien und Viren aus Grundwasser, Brunnenwasser und bereits vorhandenem, aber verschmutztem Netzwasser. Im Veranstaltungsprogramm widmen sich unter anderem die European Water Association (EWA) und die International Water Association (IWA) diesem Themenkreis: Am 14. Mai um 14:30 Uhr organisieren sie gemeinsam auf der Blue Stage die Podiumsdiskussion „Invest in Water – Invest in Security". „Wir haben internationale Akteure eingeladen, über ihre Maßnahmen und Erfahrungen bei der weltweiten Unterstützung des Wassersektors zu berichten, die darauf abzielen, Sicherheit und Frieden zu fördern", schildert EWA-General-Sekretär Johannes Lohaus. ❐

servus.
Neue Wege in der Bestattungskultur.

GZ-Interview mit Cornelia Benesch und Marlene Lippok

Eher unbemerkt wird ein Wandel auf unseren Friedhöfen sichtbar. Immer mehr Grabflächen bleiben frei. Der Friedhof als Kulturort und das Thema Lebensende bewegt zwei Frauen aus Augsburg. Die Bayerische GemeindeZeitung hat sie interviewt.

GZ: Sie bezeichnen sich selbst als Botschafterinnen für einen neuen Umgang mit dem zweiten elementaren Erlebnis eines jeden Menschen – dem Tod. Sie wollen einen anderen Umgang mit dem Tod etablieren. Warum ist das notwendig?
Benesch: *Unsere Gesellschaft ist interkulturell geworden und unsere Vorstellungen zum eigenen Lebensende damit auch. Wir stellen uns heute andere Fragen als noch unsere Eltern. Es gibt mehr Vielfalt in der Gesellschaft – Weltanschauungen, Bestattungsriten, Religionen, Beziehungsformen – ja, und auch Fragen rund um das Thema Nachhaltigkeit.*
Lippok: *Menschen haben nach ihrem Tod nicht dieselben Wünsche. Es gibt verschiedene Vorstellungen, welche Bestattungsart die richtige ist oder wie ein Grab gestaltet werden soll . Das alles spiegelt sich auf unseren Friedhöfen. Es gibt Grabfelder für Menschen anderer Religionen oder Kulturen, verschiedene Bestattungsarten, Grabformen und sogenannte Friedwälder. Hier wird sichtbar, wie sich die Bedürfnisse ändern. Die Friedhofssatzungen sind die alten geblieben. Vor 50 Jahren war noch viel klarer, was nach dem Tod geschieht, weil Vorstellungen einheitlicher waren. Das stellt uns als Gesellschaft vor Herausforderungen. Wir brauchen Mut, Dinge anders zu machen.*
Benesch: *Und Informationen, das heißt Beispiele darüber, wie es sein kann. Aufklärung.*
GZ: Bitte führen Sie aus.
Lippok: *Mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Beerdigung und der Grabgestaltung an sich wäre ein guter Anfang. Die Trauerforschung zeigt, dass es unglaublich hilft, selbst aktiv zu werden. Bei einer Bestattung sind wir immer noch eher passive Anwesende. Dabei gibt es auf Friedhöfen viele Arbeitsschritte, in die Angehörige einbezogen werden könnten: Graböffnung- und -Schließung, Sarg zum Grab tragen, Grabhügel anlegen…*

Heilsames Abschiednehmen

Benesch: *Feste Abläufe verhindern Individualität und lassen Menschen mit all diesen überwältigenden Emotionen hilflos zurück. Genau dieses „Hand anlegen“ erlaubt ein heilsames Abschiednehmen.*
GZ: Warum ist der Abschied von den geliebten Menschen so wichtig? Ist nicht tot tot?



Cornelia Benesch mit einer druckfrischen Chronik. Bild: Benesch

Lippok: *Das Abschiednehmen ist ein wichtiges Ritual. Damit ein konstruktiver Trauerprozess beginnen kann, muss der Tod zunächst begriffen werden. Und Begreifen kommt von Anfassen. Den Tod zu begreifen, fällt uns viel leichter, wenn wir nochmal Kontakt zur verstorbenen Person hatten. Die Aufbahrung und Abschiednahme ist also für den Trauerprozess sehr wichtig.*
Benesch: *Abschiednehmen und Trauer ist uns nicht nur rund um den Tod abhandengekommen; im ganz normalen Leben haben wir ja auch keine Zeit zum Trauern, ständig blicken wir nach vorn. Wir bekommen gerade mal 2 Tage frei. Danach hat der Mensch wieder zu funktionieren. Abschiede, Brüche im Leben, Abschiede von der eigenen Jugend – ein Innehalten und Trauern ist heute gesellschaftlich nicht akzeptiert. Da ist es nicht verwunderlich, dass wir unsere Toten nicht mehr achtsam versorgen und sie zu Hause aufbahren. Die Haus-Geburt, der Tod daheim und die Abschiednahme im Kreis der Familie sind unmodern geworden. Und dies, obwohl wir uns alle wünschen, solange wie nur irgend möglich daheim zu leben. In der vertrauten Umgebung.*
Lippok: *Neben der Tabuisierung des Todes liegt das auch an fehlenden Räumlichkeiten. Was Friedhöfe als Orte für Aufbahrungen so zu bieten haben, ist weit weg von schön und einladend. Es wäre eine wichtige Aufgabe der Städte und Gemeinden, der Verwaltungen der Friedhöfe, hier ansprechende Räume anzubieten.*

Nachhaltigkeit und Umweltschutz

Benesch: *Auch eine Form von Daseinsfürsorge. Eben am Ende meines Lebens. Ich denke, immer mehr Menschen lehnen die herkömmlichen Angebote der Bestattungen ab. Ein Beispiel: Ich habe mein ganzes Leben versucht nachhaltig, im Einklang mit der Umwelt zu leben. Und bei meiner Bestattung? Da verursache ich mehr Sondermüll mit der Sargausstattung. Der ungenutzte Energieverbrauch im Krematorium, – warum wird diese Wärme nicht weiter genutzt? Die in Deutschland aktuell gängigen Bestattungsarten, Erd- und Feuerbestattung, sind ökologisch höchst fragwürdig. Mit der sogenannten „Reerdigung“ wurde eine ökologischere Variante zugelassen, die sich in Deutschland aber erst noch ausbreiten muss. Oder: Warum kann ich nicht mit einem Lasten-Fahrrad zum Grab gefahren werden?*
GZ: Das Thema Umweltschutz kommt auf dem Friedhof an?
Lippok: *Die meisten Friedhofsverwaltungen fangen schon an, sich als ökologisch wertvolle Orte wahrzunehmen und entsprechend zu agieren. Sie legen Bienenblühwiesen an, erlauben Bienenstöcke, Hecken und Insektenhotels.*
Benesch: *Trotzdem gibt es noch viel zu tun. Zum Beispiel ist es üblich, mehrere Blumenkränze oder Gestecke zu haben. Mit Blumen, die in Monokulturen im Ausland angebaut und dann importiert wurden. Ähnlich ist es mit der Grabbepflanzung.*
GZ: Viele Friedhöfe haben offene Grabstellen. Es ist ein hässliches Lückenfeld entstanden.
Lippok: *Die sozialen Strukturen haben sich verändert. Weg von der Großfamilie, hin zur Kleinfamilie oder Singlehaushalten. Es gibt weniger Familiengrabstätten, in denen mehrere Generationen ihre letzte Ruhe finden. Zudem hat sich die Kremation samt platzsparender Urnenbestattung in den letzten Jahrzehnten zur häufigsten Bestattungsart entwickelt.*
Benesch: *Die praktischen Stelen aus Beton können das Bedürfnis nach Zwiesprache über den Tod hinaus nicht stillen. Werden aber dennoch immer beliebter, da sie pragmatisch erscheinen: „Nur keine Umstände.“*
Lippok: *Wir zeigen Gegenmaßnahmen auf. Friedhöfe können in Richtung kulturelle Öffnung arbeiten. Wir zeigen, warum Friedhöfe wichtige kulturelle Orte sind. Aber dafür müssen Friedhöfe aktiv werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit den Lücken umzugehen: Bestimmte Gräberfelder nicht mehr belegen, sodass langfristig Freiflächen zur Gestaltung entstehen. Friedhöfe sind leider auch politisch nur Randthemen. So verliert diese „uralte Kulturlandschaft“ die Menschen. Dieser Prozess kann und muss aufgehalten werden.*
GZ: Wie kann gegengesteuert werden – nicht nur unser Dorf muss schöner werden – auch unser Friedhof muss belebter werden?
Benesch: *Wir müssen den Friedhof ganz neu kennen lernen und die erlernte Angst davor verlieren. Friedhöfe werden zudem oft mit Kirche verbunden, obwohl die wenigsten Friedhöfe kirchlich sind. Und weil Kirchen immer weniger Anklang finden, werden auch Friedhöfe abgelehnt. Was dem Friedhof als bedeutungsvollem Ort für eine Gemeinschaft nicht gerecht wird.*
Lippok: *Ja! Mit ganz niederschwelligen Angeboten, wie Friedhofsführungen, Kulturveranstaltungen, Aufenthaltsorte schaffen… eine schattige Sitzgruppe. Der Friedhof ist ein Kulturgut, eine Begegnungsstätte könnte er sein. Vielen Kommunen ist dies nicht bewusst oder sie haben keine entsprechenden Konzepte..*

Angst vor dem Tod

GZ: Frau Lippok, Sie bieten auch Unterrichtseinheiten zu Sterben, Tod und Trauer für Kindergärten und Schulen an. Das könnte auch direkt auf dem Friedhof ablaufen.
Lippok: *Sterben, Tod und Trauer sind in der Gesellschaft tabuisiert. Kinder übernehmen das Tabu. Sie merken intuitiv, dass es sich um kein ‚normales‘ Thema handelt, wenn sie neugierig Fragen stellen und speichern ab: Hoppla, hier ist Gefahr. Die Angst vor dem Tod gehört zu den zehn häufigsten Ängsten von Kindern. Es konnte nachgewiesen werden, dass diese Angst durch Angebote zu diesem Thema deutlich abgebaut werden kann. Kinder brauchen Informationen, es hilft es ihnen zu wissen, was passiert, wenn jemand gestorben ist, und wie sie mit Trauer umgehen können.*



Marlene Lippok. Bild: Lippok

Die Wurzeln kennen

Benesch: *Da setzt meine Mission ein: Die Frage nach dem Erinnern. Was erinnern wir von den Mitgliedern unserer Familie? Sehr kleine Kinder fragen oft nach einer Bestattung „und wann kommt Oma/Opa dann wieder?“ Größere sollten die Geschichte ihrer Familie kennen, um die berühmten „Wurzeln“ ausbilden zu können. Erinnerungsarbeit schließt sich an Trauer an und führt den Heilungsprozess weiter.*

Herbst 2024: Veranstaltung in Augsburg

GZ: Sie planen eine Messe für all die Themen rund um eine Bestattung im Oktober 2024 – die servus. Wer soll sich angesprochen fühlen?
Benesch: *Eigentlich alle. Große, Kleine, Alte, Middleager und Junge. Der Tod gehört zu unserem Leben dazu. Viele kommen erst mit dem Bestattungswesen in Berührung, wenn es einen konkreten Todesfall gibt. Wenn wir in einer emotionalen Ausnahmesituation sind, ist es zu spät, sich zu informieren. Und was hat sich die oder der Tote eigentlich gewünscht?*
Lippok: *Bei einer Bestattung können wir viele Entscheidungen treffen, die unseren Trauerprozess nachhaltig beeinflussen. Nur wer sich vorher schon einmal Gedanken gemacht hat und weiß, was alles möglich ist, kann gute Entscheidungen treffen. Genau diese Möglichkeit wollen wir den Messebesucherinnen und -besuchern rund um Augsburg ermöglichen. In einer lockeren Atmosphäre wollen wir Einblick in die höchst unterschiedlichen Aspekte rund um das eigene Lebensende geben.*
Der Tod ist ein unglaublich spannendes Thema, leider beschäftigen sich die meisten Menschen viel zu wenig damit.

Die Interviewpartnerinnen:

Marlene Lippok, Kulturwissenschaftlerin, Trauerbegleiterin und Autorin „Der Tod und Ich“. www.endlichkeitswerkstatt.de
Cornelia Benesch, Diplom-Journalistin, Bestatterin, Bewahrerin der Erinnerungen. „Ein Leben hat so viel Fülle und unfassbare Wendungen erlebt. Es ist ein unglaublicher Verlust für eine Familie, diese Geschichten nicht zu bewahren und weiterzugeben. Gerade in diesen Umbruchszeiten“. www.dolorundamor.de ❐



Erinnerungssteine am einem Grab. Bild: Lippok



Friedhofsbesuch mit einer 3. Klasse. Bild: Lippok



Bayerische Landesgartenschau Kirchheim 2024:

Grüne Oase vor den Toren Münchens

Die Vorfreude ist groß: Unter dem Motto „Zusammen.Wachsen." öffnet die 37. Bayerische Landesgartenschau am 15. Mai in der Gemeinde Kirchheim bei München ihre Pforten. Bis 6. Oktober laden mehr als 90 Ausstellungsbeiträge und ein Programm mit über 3.500 Einzelveranstaltungen die Besucher dazu ein, den neuen, mehr als 10 Hektar großen Ortspark in Kirchheim zu entdecken.

Das neu gestaltete Gelände verbindet die Ortsteile Kirchheim und Heimstetten. Fünf Naturräume – Garten, Wildnis, Wasser, Wald und Wiese – wurden mit Ruhezonen und Spielbereichen auf dem Gelände angelegt. Flächenentsiegelungen, Neupflanzungen und der Ausbau vorhandener Grünstrukturen verbessern das Stadtklima, die Regenwasserversickerung und die Artenvielfalt. Ein knapp 7.400 Quadratmeter großer „Parksee" mit integrierten Schilfinseln dient auch dem Hochwasserschutz. Zudem wurde ein Rad- und Fußwegenetz neu geschaffen.

Neben heimischen Arten wurden rund 800 Bäume neu gepflanzt. Auf knapp 20.000 Quadratmetern gibt es Hecken-, Stauden- und Strauchpflanzungen. Ein besonderer Fokus für Familien ist der Spielplatz „Keltenwelten", der mit seinem Langhaus und verschiedenen Palisaden-Kletterwänden Bezüge zur Siedlungsgeschichte in Kirchheim herstellt.

Schaufenster über Bayern hinaus

Bei der Eröffnungs-Pressekonferenz sprach Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber von einer „neuen grünen Oase, die vor den Toren Münchens entsteht". Mit diesem Projekt sei Kirchheim nicht nur ein Schaufenster in Bayern, sondern über Bayern hinaus.

Die „herausragende Qualität des neuen Ortsparks" hob auch Kirchheims neuer Erster Bürgermeister Stephan Keck hervor und freut sich deshalb auf einen „unvergesslichen Sommer und dauerhaft mehr Lebensqualität in Kirchheim".

Sein Vorgänger Maximilian Böltl, der im Oktober 2023 als Abgeordneter für den Stimmkreis München-Land-Nord in den Bayerischen Landtag gewählt wurde, hatte die Bewerbung um die Landesgartenschau 2018 angestoßen und den Großteil der Bauphase als Erster Bürgermeister begleitet. Er sprach bei der Pressekonferenz von einem „Gänsehaut-Gefühl – und das nicht nur angesichts der plötzlich eingebrochenen, sehr kühlen Temperaturen". In einer krisenhaften Zeit sei die Landesgartenschau ein Lichtblick, betonte Böltl.

Strukturprojekt Kirchheim 2030

„Dass der neue Ortspark Menschen zusammenführen wird", unterstrich zudem der Landrat des Landkreises München, Christoph Göbel. Er sprach von der „großen Dynamik" der Gemeinde Kirchheim, die das Strukturprojekt Kirchheim 2030 angestoßen hat, zu dem neben dem Bau des neuen Ortsparks unter anderem der angrenzende Bau des neuen Rathauses mit Bürgersaal, der Erweiterungsneubau des Gymnasiums sowie Kindertageseinrichtungen zählten.

Neben der 14.000-Einwohner-Gemeinde Kirchheim bei München gehörten weitere 28 Städte und Gemeinden zum Landkreis München, so Göbel. Sie alle präsentieren sich während der Landesgartenschau im Landkreis-Pavillon. Die Holzbau-Konstruktion sei offen gestaltet mit einer „Waldbühne" in der Mitte und einer interaktiven Ausstellung zu „Gesichtern und Geschichten aus den Städten und Gemeinden" auf 29 klappbaren Lamellen rund um den bewaldeten Innenhof.

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz bespielt während der Landesgartenschau in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Umwelt einen Holzpavillon-Komplex mit der Ausstellung „Leben braucht Vielfalt" und die gärtnerisch gestaltete Freifläche „Lebensadern" auf insgesamt rund 850 Quadratmetern. Insgesamt werden mehr als 90 Ausstellungsbeiträge, darunter elf Themengärten und vier Reihenhausgärten von Gartenbau-Fachbetrieben des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau in Bayern, präsentiert.

Das Umweltministerium und die EU haben die Schau mit jeweils rund 4 Millionen Euro gefördert. Kirchheim ist die erste bayerische Kommune, deren Investitionskosten für die Errichtung der Grün- und Erholungsanlage mit 80 Prozent gefördert werden können. **DK**



V.l. Landrat Christoph Göbel, Umweltminister Thorsten Glauber und Bürgermeister Stephan Keck. Bild: Claus Schunk


Die hauptamtliche Bürgermeisterin Karin Gansloser (3.v.l.) zusammen mit Bestatterin Emily Maiche, Stadtplanerin Sarah Czasny, Produktdesigner Georg Matics, Friedhofsgärtner Johannes Heiser, und Friedhofsverwalterin Lara Schink (v.l.) beim Besuch im „Campus Vivorum" in Süßen. Bild: Willy Hafner

Ist der Friedhof hip?

Karin Gansloser ist seit 2023 hauptamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Schlat in Baden-Württemberg; knapp 1.800 Einwohner, am Rande der Metropolregion Stuttgart. Gemeinsam mit elf jungen Frauen und Männern entwickelt sie im Rahmen der internationalen Fachmesse „Stone+tec" in Nürnberg am 21. Juni 2024 ein Konzept für den Friedhof von morgen. Wird mit ihnen alles neu? Wie stellen sich junge Menschen die Zukunft des Friedhofs vor? Kann das Thema Firedhof „hip" sein? Diese Fragen werden auf der Messe erörtert.

Der Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx moderiert die „Transformation-Impulse"; Bürgermeisterin Karin Gansloser entwickelt gemeinsam mit Planern, Psychologen, Soziologen und Theologen sowie Menschen aus unterschiedlichen, am Friedhof tätigen Berufen ein Zukunftsbild. Der niederländische Landschaftsarchitekt Bart Brand stellt „Die Zukunft des Friedhofs in der Stadt- und Raumplanung" vor, der Philosoph und Psychotherapeut Michael Lehofer gibt einen Einblick in die trauernden Seelen der Gesellschaft und Sprecher der Initiative „Raum für Trauer", Günter Czasny, beschreibt wie menschenorientierte Friedhöfe aussehen und was sie bewirken können.

Für Gansloser stehen dabei die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt. Sie will den Friedhof der Zukunft wie ein offenes Bürgerhaus gestalten: „Ein Friedhof ist ein Friedhof. Ein neuer Name hilft nicht weiter. … Es braucht dort mehr Interkulturalität und vor allem mehr Miteinander. Den Friedhof wie ein offenes Bürgerhaus zum Wohlfühlen zu gestalten – ihn den Menschen als ein gemeinsam zu nutzendes Gemeindehaus ohne Konsumzwang jedoch mit vielen privaten Räumen anzubieten – das sollte das Ziel sein."

Veranstaltungshinweis

„Generation Y und Z denken die Zukunft des Friedhofs neu" – am 21. Juni 2024, ab 10:45 Uhr in Nürnberg; Tagungsprogramm und Tickets unter: www.messe-ticket.de/AFAG/Stone-tec2024/Shop?culture=de ❐

Staffelübergabe in der Lindner-Geschäftsführung

Nach 33 Jahren in der Geschäftsführung ging Hermann Lindner in den Ruhestand. Sein Sohn David übernimmt mit April 2024 die Agenden und ist künftig federführend für die Finanzen, das Personal, Marketing & Vertrieb, den Kundendienst und die Digitalisierung des Tiroler Traktoren- und Transporterherstellers verantwortlich.

Beim Tiroler Familienunternehmen Lindner ist der Übergang von der dritten auf die vierte Generation voll im Gange. Mit April 2024 steigt der bisherige Marketing- und Exportleiter David Lindner in die dreiköpfige Geschäftsführung auf und folgt seinem Vater Hermann Lindner, der in den Ruhestand geht. David Lindner zeichnet künftig für die Finanzen, das Personal, Marketing & Vertrieb, den Kundendienst und die Digitalisierung des Unternehmens mit Sitz in Kundl verantwortlich. Stefan Lindner ist in der Geschäftsführung für den Bereich Technologie, Einkauf sowie die Teilefertigung, Christoph Lindner für Fahrzeugmontagen und das Reparaturwerk zuständig.

Perfekte Lösungen für den Kommunalbereich

„Ich freue mich, dass ich ein sehr gesundes Unternehmen übernehmen darf, das dank seiner konsequenten Nischen- und Innovationsstrategie heute internationaler und breiter denn je aufgestellt ist", erklärt David Lindner. „Wir werden auch künftig stark auf unser Kerngeschäft, die Landwirtschaft im alpinen Raum, setzen. Aber wir haben mittlerweile auch perfekte Lösungen für Profianwender mit langen Einsatzzeiten – in der Kulturlandwirtschaft ebenso wie im Kommunalbereich."

David Lindner startete seine Karriere im Unternehmen bereits im Jahr 2000 als Werkstudent. Nach Abschluss seines Studiums und einem Auslandsjahr übernahm er 2007 das Marketing des Fahrzeugherstellers. 2015 erhielt Lindner für die Markteinführung des Lintrac den Staatspreis Marketing. Darüber hinaus leitete David Lindner in den vergangenen Jahren den Export und fungiert als Geschäftsführer der Tochtergesellschaften in der Schweiz und in Frankreich. Schon früh beschäftigte sich Lindner mit der Digitalisierung. Eines der Ergebnisse ist TracLink. Damit erkennen die Fahrzeuge Anbaugeräte automatisch oder halten die Spur auf bis zu zwei Zentimeter genau.

Hermann Lindner blickt auf eine sehr erfolgreiche Ära in der Leitung des Landmaschinenspezialisten zurück. Seit seinem Eintritt in die Geschäftsführung im Jahr 1991 hat sich der Umsatz von damals 26 Millionen Euro auf 112 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2022/23 vervierfacht. Der Exportanteil kletterte von 15 auf 60 Prozent. „Darüber hinaus konnten wir den Mitarbeiterstand von 200 auf 273 ausbauen und die Betriebsfläche von 10.500 auf 40.000 Quadratmeter erweitern", bilanziert Hermann Lindner, der auch immer politisch engagiert war: U.a. als Gemeindevorstand in Kundl, als Spartenobmann Industrie in der Wirtschaftskammer Tirol und als Vizepräsident der Industriellenvereinigung Tirol.

Unter seiner Geschäftsführung wurden zahlreiche Innovationen präsentiert. Die Bandbreite reicht von der Markteinführung der Unitrac-Transporter im Jahr 1992 über die Geotrac-Serie im Jahr 1996 bis zum Lintrac, dem ersten stufenlosen Standardtraktor mit 4-Rad-Lenkung.

Vor mehr als 75 Jahren hat Lindner den ersten Traktor produziert. Heute fertigt Lindner in Kundl jährlich 1.200 Traktoren und Transporter. Seit 1948 hat Lindner 80.000 Traktoren ausgeliefert und zählt heute 40.000 Kunden – von Tirol bis nach Kanada. ❐


David Lindner folgt Hermann Lindner in der Geschäftsführung des Tiroler Familienunternehmens Lindner. Bild: Lindner Traktoren

Verkehrssicher unter härtesten Witterungsbedingungen

Bucher Municipal Wernberg präsentiert führende Winterdienstlösungen auf der IFAT in München

Bucher Municipal Wernberg, ein weltweit führender Anbieter von Winterdienstmaschinen, wird auf der IFAT 2024 in München vertreten sein. Vom 13. bis 17. Mai wird das Unternehmen seine innovativen Produkte präsentieren, die dazu beitragen, die Herausforderungen im Bereich Winterdienst effektiv zu bewältigen.

Die IFAT, als weltweit führende Messe für Umwelttechnologien, bietet Bucher Municipal die ideale Plattform, um sein breites Spektrum an Winterdienstlösungen vorzustellen. Dieses reicht von Schneepflügen, über Salz- und Solestreuautomaten, bis hin zu Hydraulikanlagen. Das Unternehmen beteiligt sich somit maßgeblich daran, Straßen und Verkehrswege auch unter härtesten Witterungsbedingungen verkehrssicher zu halten.

Geschäftsführerin Victoria Rasoulkhani sieht die Messe als eine ausgezeichnete Gelegenheit, um neueste Winterdiensttechnologie zu präsentieren und zusammen mit Kunden und Partnern an noch effizienteren Lösungen für sichere Straßen im Winter zu arbeiten.

Besucher der IFAT sind herzlich eingeladen, den Stand von Bucher Municipal (Halle C6, Stand 328 und 329) zu besuchen, um einen Einblick in die Zukunft des Winterdiensts zu erhalten und mit den Experten des Unternehmens in Kontakt zu treten. ❐



Gerüstet fürs Mähen, Schneiden, Räumen und Streuen

Mercedes-Benz Trucks mit Unimog und E-LKW auf der IFAT 2024

Mercedes-Benz Trucks zeigt vom 13.-17. Mai 2024 auf der IFAT, Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft verschiedene LKW für kommunale Aufgaben. Auf Stand 451 in Halle C6 präsentiert der Hersteller einen Unimog Geräteträger mit dem neuen Bediensystem UNI-TOUCH sowie zwei batterieelektrische LKW: ein eActros 400 mit Abrollkipper von Meiller und Winterdienstausstattung mit Schneepflug von Bucher Municipal und ein eEconic für kommunale Aufgaben.

Vor Halle C6 ist ein Arocs 6x4/4 mit gelenkter Nachlauf-Achse mit Kipper und Kran ausgestellt. Weitere batterieelektrische Fahrzeuge, wie beispielsweise ein eEconic als Abfallsammelfahrzeug und ein eActros als Abrollkipper, können im Außengelände bei Live-Demos erlebt werden.

Noch mehr Komfort

Franziska Cusumano, Leiterin Mercedes-Benz Special Trucks: „Auf der IFAT präsentieren wir erstmals unseren Unimog Geräteträger mit dem Bediensystem UNI-TOUCH und neuen Sicherheitsassistenzsystemen. Damit sind unsere Kunden in Zukunft mit noch mehr Komfort und Sicherheit für die Erledigung ihrer Aufgaben auf der Straße, auf Schienen, im Feld oder im Gelände unterwegs."

Christian Wilz, Leiter Mercedes-Benz Trucks Sales and Services Deutschland, sagt, dass das Unternehmen auf der diesjährigen IFAT weiter den Fokus auf die Integration batterieelektrischer Fahrzeuge in kommunalen Anwendungen setzt: „Mit dem eActros 400 und dem eEconic haben wir zwei Fahrzeuge auf dem Stand, die mit den passenden An- und Aufbauten vielseitige Möglichkeiten bieten. Von der Abfallentsorgung bis zum demonstrierten Schneeräumen und Streuen, im dichten innerstädtischen Verkehr, bei Kälte und Glätte – unsere E-LKW sind einsatzbereit."

Unimog mit GSR, UNI-TOUCH und drei Anbaugeräten

Mercedes-Benz Special Trucks zeigt erstmalig einen Unimog Geräteträger, der die Vorgaben der ab Juli 2024 in Kraft tretenden EU-Gesetzgebung zur Fahrzeugsicherheit (EU-Verordnung 2019/2144 General Safety Regulation II, kurz: GSR) erfüllt und dadurch mehr Unterstützung für den Fahrer und mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer schaffen kann. Im Rahmen der neuen GSR sind jetzt unter anderem der Sideguard Assist, ein Frontguard Assist, ein Verkehrszeichen-Assistent, eine Rückfahrkamera und ein Warnsystem bei Reifendruckverlust serienmäßig verbaut.

Fast alle der für den Unimog verfügbaren Anbaugeräte lassen sich künftig über das neue Bediensystem UNI-TOUCH steuern. Das neue Bediensystem kann geräteeigene Bedienpulte ersetzen und die Bedienung ergonomischer und intuitiver machen. Die Mittelkonsole ist umfassend überarbeitet, schlanker konzipiert und quer und längs verschiebbar. Die Anzahl der Bedienelemente konnte durch die Möglichkeit, Tasten individuell zu belegen und Anwendungsprofile sowie wiederkehrende Abläufe zu speichern, platzsparend reduziert werden. Über einen 10,5 Zoll (26 cm) großen Touchscreen kann der Anwender die passenden Einstellungen für den jeweiligen Arbeitseinsatz vornehmen. Für einen flexiblen Blickwinkel lässt sich der Bildschirm drehen und im Neigungsgrad verstellen.

Der optionale Multifunktions-Joystick verfügt über frei belegbare Bedienelemente und kann wahlweise in die Vorbereitung am Fahrersitz oder am Beifahrersitz eingesteckt werden. So kann der Anwender den Joystick immer mit der rechten Hand bedienen und seinen Arm dabei auf der Armlehne abstützen. Gleichzeitig bewegt sich der Joystick durch die Verbindung mit dem Schwingsitz automatisch mit, sodass der Fahrer ergonomisch arbeiten kann.

Weitere Elemente des neuen Bediensystems sind die Start-/Stopp-Taste, die den klassischen Zündschlüssel des Geräteträgers ersetzt und die neuen Türbedienfelder an der Fahrer-, Beifahrer- und der optionalen Mähtür.

Der ausgestellte Geräteträger ist mit einer Mäh-Schneid-Kombination an der Fahrzeugfront und einem Streuautomaten ausgestattet. Das Frontausleger-Mähgerät MFK 500 von Mulag hat eine Reichweite von sechs Metern (sieben Meter mit Teleskop) und kann beidseitig eingesetzt werden. Der Antrieb erfolgt wahlweise über die fahrzeugseitige Leistungshydraulik oder über die Frontzapfwelle. Das Lichtraumprofilschneidgerät FSG 2000 von Mulag lässt sich zur Gehölzpflege und zum Freischneiden von Straßen und Gleistrassen einsetzen. Das Anbaugerät lässt sich mit wenig Aufwand an die Frontanbauplatte des Unimog montieren.

Der aufgebaute Streuautomat Yeti W22 Omega von Bucher Municipal verfügt über einen Zusatztank für Sole, der fest im Streubehälter zwischen den beiden Förderschnecken verbaut ist. Der Streuer bietet dadurch das gleiche Volumen für Trockenstoff (Streusalz) und Sole: 2,2m³ bzw. 2.200 Liter. Dies ermöglicht das Ausbringen von Feuchtsalz mit 50 Prozent Soleanteil (FS 50). Der gesteigerte Soleanteil macht die Glättebekämpfung durch die längere Liegedauer und weniger Verwehungen des Feuchtsalzes effizienter und umweltverträglicher. Auf Wunsch kann der Kunde mit dieser Technik über den Streuteller auch reine Sole (FS 100) ausbringen. Im Sommerdienst kann der Zusatztank als Wasserspender für Gieß- und Reinigungsarbeiten fungieren. Weiterer Vorteil der Baureihe Yeti Omega ist die niedrige Bauhöhe durch die innovative Doppelförderschneckentechnologie, die für einen niedrigen Schwerpunkt und sehr gute Rundumsicht sorgt.

E-LKW für den kommunalen Einsatz

Mercedes-Benz Trucks präsentiert den Mercedes-Benz eActros 400 auf der IFAT erstmals als Winterdienstfahrzeug mit Abroller von Meiller und Winterdienstausstattung von Bucher Municipal. Der Schneepflug der Baureihe Polyx L verfügt über die serienmäßige, patentierte Neoprenräumleiste, welche eine geräuscharme und fahrbahnschonende Räumung ermöglicht, sowie einen verbesserten Schneeauswurf durch die Polyethylen Schare. Der Schneepflug wird über eine neuartige Frontanbauplatte mit dem Fahrzeug verbunden. Die Frontanbauplatte, welche zuvor fest mit dem Chassis verbunden war, verbleibt nun beim Schnellabnehmen am Schneepflug und ermöglicht dadurch eine uneingeschränkte Nutzung der Sensorik der GSR-Anforderungen ohne diese versetzen zu müssen. Zusätzlich ergibt sich eine deutliche Gewichtsersparnis im Einsatz außerhalb des Winterdienstes. Der elektrisch angetriebene, vom Fahrzeug autarke Icebear VP350e FS 30-Streuer verfügt über fünf Kubikmeter Trockenstoff- und 2150 Liter Solevolumen.

Die Batterien des eActros 400 bestehen aus vier Batteriepaketen, die jeweils eine installierte Kapazität von 112 kWh und eine nutzbare Kapazität von rund 97 kWh bieten. Mit vier Batteriepaketen hat der eActros 400 je nach Anwendungsfall eine Reichweite von bis zu 400 Kilometern. Technologisches Herzstück des Elektro-LKW ist die Antriebseinheit, eine elektrische Starrachse mit zwei integrierten Elektromotoren und Zwei-Gang-Getriebe. Die beiden flüssigkeitsgekühlten Motoren generieren eine Dauerleistung von 330 kW sowie eine Spitzenleistung von 400 kW.

Am Messestand finden Interessierte außerdem den vollelektrischen Mercedes-Benz eEconic 300 mit der Radformel 6x2 als Fahrgestell ausgestellt. Das Basisfahrzeug zeichnet sich durch ein im Wettbewerbsvergleich besonders niedriges Leergewicht aus. Ohne Aufbau können Besucher einen besseren Blick auf die Antriebsarchitektur des Fahrzeugs werfen. Der eEconic wird überwiegend im innerstädtischen und kommunalen Einsatz als Abfallsammelfahrzeug genutzt, wo er durch die verbesserte Nutzlast seine Vorteile ausspielen kann. Der eEconic als Abfallsammelfahrzeug ist bei den Aufbauherstellern im Freigelände Mitte, Zöller (Stand 710/5), FAUN (Stand 712/5) und Terberg HS (713/15), zu sehen.



Neues Bediensystem UNI-TOUCH im Unimog Geräteträger.

Bild: Daimler Truck

Mercedes-Benz LKW „in Action" im Außengelände

Vor der Halle ist der auf Stabilität und Beständigkeit ausgelegte Mercedes-Benz Arocs 2748 mit GSR zu sehen. Das Fahrzeug, das bisher vor allem im Bauwesen zum Einsatz kommt, wird auf der IFAT mit der Radformel 6x4/4 präsentiert. Das Fahrzeug hat einen permanenten Vorderradantrieb und eine gelenkte Nachlaufachse. Die Winterdienstausstattung kommt von Küpper-Weiser, der Kipper-Aufbau von Meiller und der Kran von Palfinger.

Auf dem VAK (Verband der Arbeitsgeräte-Kommunalfahrzeugindustrie e.V.) Außengelände zeigt Mercedes-Benz Trucks bei der Live-Demo „Truck in Action" einen eEconic 300 mit einem Aufbau der Firma Zöller. Das Fahrzeug war bereits über ein Jahr im Kundeneinsatz, die Experten berichten von den Erfahrungen und den Verbrauchswerten. Begleitet wird der eEconic von einem eActros 300 mit Meiller-Abroller und Anhänger. Der Lastzug lädt zwei Container mit einem Gesamtvolumen von 96 m3, die vollelektrisch auf- und abgeladen werden.

Mit einem eEconic aus der Werkslogistik des Lkw-Werks in Wörth am Rhein stellt Mercedes-Benz Special Trucks außerdem das Fahrzeug, auf dessen Aufbau die VAK-Podiumsdiskussion stattfindet. ❐



Summen, Brummen und Flattern auf Friedhöfen

Aktionsplan gibt Empfehlungen und Tipps für eine naturnahe Gestaltung

Friedhöfe können wertvolle Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen sein. Im Aktionsplan fassen die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege und der kirchliche Verein „Schöpfung bewahren konkret e.V." ihre Erfahrungen für Insektenschutz und mehr Artenvielfalt zusammen.

Friedhöfe sind nicht nur Orte der Stille und der Trauer. Sie sind auch Orte des Lebens. Wenn Wiesen und Gehölze ökologisch gepflegt und alte Mauern erhalten werden, finden viele Tiere Nahrung, Nistplätze oder Unterschlupf. In naturnahen Lebensräumen gibt es auch optimale Standortbedingungen für viele, darunter sogar seltene Pflanzen.

Die Besonderheit von Friedhöfen ist ihre große Strukturvielfalt. Auf kleinstem Raum liegen halboffene Flächen, Kleinststandorte mit unterschiedlichen Nutzungsarten und naturnahe Restbiotope direkt nebeneinander. Alte Grabmauern und historische Gebäude sind Ersatzbiotope für Felslandschaften. Dadurch werden viele ökologische Nischen geschaffen, wo zahlreiche Pflanzen und Tiere das finden, was sie zum Leben brauchen. Vor allem in Städten und Dörfern können naturnahe Friedhöfe wichtige Rückzugsräume für viele Arten sein.

Biodiversität erhöhen

Welche Maßnahmen die Biodiversität auf Friedhöfen erhöhen, zeigt die Broschüre „Oasen für Pflanzen und Tiere – Friedhöfe. Aktionsplan für Insektenschutz und mehr Artenvielfalt". Sie gibt konkrete Handlungsempfehlungen, wie Friedhöfe ökologisch aufgewertet werden können. Praktische Tipps und Hinweise zur Pflege und dem ökologischen Wert von Bäumen, Hecken, Sträuchern und Wiesen ergänzen die Beschreibungen.

Im Rahmen der Bayerischen Biodiversitätsstrategie wurde das Projekt „Friedhöfe – Oasen für Pflanzen und Tiere" durchgeführt, gemeinsam von der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, dem kirchlichen Verein „Schöpfung bewahren konkret e.V." und der Projektgruppe NaturVielfaltBayern. Erstellt wurden neben dem Aktionsplan fünf Merkblätter zu ökologischen Pflegemaßnahmen und weitere Publikationen mit Tipps und Hilfestellungen. Über 20 Friedhöfe wurden vor Ort betreut und dort Maßnahmen für die Biodiversität umgesetzt. Aus Rasen wurden Wiesen entwickelt, alte Laubbäume erhalten, Blühgräber mit heimischen, regionalen Samenmischungen angelegt und in aufgelassenen Gräbern wurde die spontane Besiedelung durch Wildkräuter zugelassen. Diese Erfahrungen und Erkenntnisse, die stets gemeinsam mit den Zuständigen der Friedhöfe geplant und umgesetzt wurden, flossen in die Publikationen ein. Der Aktionsplan kann hier bezogen werden: www.bestellen.bayern.de/shop-link/anl_nat_0046.htm ❐

Besser abschneiden.

Die wirtschaftliche Lösung: der Unimog BlueTEC 6. Wenn es um kommunale Aufgaben wie Mäheinsätze geht, macht dem Unimog keiner etwas vor. Dafür sorgen hohe Achslasten für bis zu drei Mähausleger, der innovative Fahrantrieb EasyDrive für den spontanen Wechsel zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe sowie die kraftvolle Zapfwelle und eine leistungsstarke Hydraulik für effizientes Arbeiten. Seine hohe Produktivität verbindet der Unimog mit kompakten Abmessungen, Pkw-ähnlichem Komfort und bester Übersicht.

Profitieren Sie mit unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Alexander Dorr

Erster Bürgermeister der Stadt Freystadt

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich darf als 1. Bürgermeister die Stadt Freystadt, Landkreis Neumarkt i.d.OPf., mit derzeit rund 9.400 Einwohnern vertreten.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
Ich bin seit 01.05.2014 hauptamtlicher Bürgermeister.
Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?
Ich habe 1988 eine Lehre als Verwaltungsfachangestellter bei der Stadtverwaltung Freystadt begonnen und war nach meinen Fortbildungen zum Verwaltungsfach- und Verwaltungsbetriebswirt zuletzt Kämmerer meiner Heimatgemeinde.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Als langjähriger Mitarbeiter der Stadtverwaltung war mir die künftige positive Entwicklung meiner Großgemeinde mit 33 Ortsteilen und u.a. 16 Freiwilligen Feuerwehren wichtig. Mit meiner Kandidatur zum 1. Bürgermeister hatte ich die Chance, dies in maßgeblicher Position mitzugestalten.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Durch meine Tätigkeit in der Stadtverwaltung kannte ich zum einen natürlich die internen Abläufe. Ansonsten wurde ich von meinem Vorgänger zwischen Wahl und Amtsantritt sehr gut eingearbeitet.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Eine große Herausforderung war die Situation unserer Martini-Grund- und Mittelschule in Freystadt mit Filialgebäude in einem Ortsteil. Die Schließung dieser Grundschulfiliale zugunsten der Erweiterung und Generalsanierung des Schulgebäudes im Hauptort wurde sehr kontrovers diskutiert und war politisch eine der bisher schwersten Entscheidungen. Nach insgesamt acht langen Jahren Planungs- und Bauphase konnten wir die Baumaßnahme 2022 abschließen.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Derzeit planen wir die Zusammenlegung unserer vier Kläranlagen zu einer großen Anlage für das gesamte Gemeindegebiet. Im Sommer werden wir mit der Generalsanierung der Dreifachturnhalle beginnen. Zwei Maßnahmen von vielen weiteren kleineren, die unseren Haushalt für die nächsten Jahre stark strapazieren werden.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Eine der größeren Maßnahmen in den nächsten Jahren wird die Sicherstellung der Wasserversorgung durch die Niederbringung von weiteren Brunnen sowie der Neubau bzw. die Erweiterung des Wasserhochbehälters werden. Zudem möchte ich die kleinteilige Struktur unserer verschiedenen Wasserversorgungen „bereinigen“.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
„Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“ Zu Beginn meiner Amtszeit hätte ich diesen Spruch vielleicht das ein- oder andere Mal beherzigen sollen. Außerdem muss man als Bürgermeister aufpassen, am Boden zu bleiben und sich selbst nicht zu wichtig zu sehen.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
In der Verwaltung werden die anstehenden Entscheidungen regelmäßig in Besprechungen mit den Abteilungs- und Sachgebietsleitern besprochen und diskutiert. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten Informationen über das kommunale Geschehen und die Sitzungen des Stadtrates über das zwei Mal im Monat erscheinende Mitteilungsblatt und direkt in den insgesamt 15 Bürgerversammlungen, die ich jährlich in den ehemaligen Gemeinden abhalte. Mit den Bürgermeisterkollegen des Landkreises tauschen wir uns neben den vierteljährlichen Kreisversammlungen des Bayerischen Gemeindetages auch mindestens einmal im Monat in einer Videokonferenz über die anstehenden Themen aus.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung wird und muss die Arbeitsprozesse in unseren Verwaltungen komplett verändern. Der Großteil der Serviceleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger wird sich verbessern und 24/7 zur Verfügung stehen. Die größte Hemmschwelle liegt dabei meiner Überzeugung nach vor allem in den Köpfen der Menschen selbst. Die Kommunalpolitik wird auch mehr und mehr digital stattfinden. Seit der Wahlperiode 2020 sind alle Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates mit einem Tablet ausgestattet, über das sie die Sitzungseinladungen und -unterlagen übermittelt bekommen. Seit der Corona-Pandemie finden unsere Stadtratssitzungen „hybrid“ statt, d.h. Gremiumsmitglieder können online an der Sitzung teilnehmen und natürlich auch mit abstimmen. Sicherlich erst ein Anfang ...
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Kämpfe für Deine Überzeugungen!
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Als ein Bürgermeister der die Großgemeinde nicht nur verwaltet sondern gestaltet hat. ❐



Bürgermeisterin Kathrin Alte (r.) freut sich mit den jugendlichen Helferinnen und Helfern über den hohen Besuch von Kardinal Reinhard Marx (mittig, sitzend) und der Steuerungsgruppe. Bild: Stefan Kiderle

Gemeinde Anzing:

„Uns schickt der Himmel!“

Kardinal Reinhard Marx besucht Ministranten und Firmlinge

Nach 72 Stunden endete am 21. April die dritte bundesweite Sozialaktion des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Rund 80.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben sich in 2.720 Gruppen für soziale, politische und ökologische Projekte engagiert und die Welt so ein Stück besser gemacht. Mit den zahlreichen Unterstützern vor Ort, den Teilnehmern an Workshops, Begegnungsfesten, Spielenachmittagen, Singkreisen und vielem mehr, beteiligten sich so bundesweit rund 170.000 Menschen aller Generationen an der diesjährigen 72-Stunden-Aktion. „Wir haben in drei Tagen gesehen, was junge Menschen erreichen können, wenn sie den Raum dazu bekommen. Sie setzten sich für andere ein, wollen und können ihr soziales Umfeld aktiv mitgestalten und sind so allen Menschen ein Vorbild“, resümiert Lena Bloemacher, Bundesvorsitzende des BDKJ.

Um Aktionsgruppen zu besuchen und sich vor Ort einen Eindruck von den vielfältigen Projekten zu machen, war der vierköpfige BDKJ-Bundesvorstand in den vergangenen 72 Stunden in ganz Deutschland unterwegs. „Ich bin absolut beeindruckt von den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ich bei meinen Besuchen treffen konnte! Selbst bei strömendem Regen oder im Schnee haben sie sich nicht davon abhalten lassen, ihre Projekte für den guten Zweck freudestrahlend und voller Energie umzusetzen“, zeigt sich BDKJ-Bundesvorsitzender Gregor Podschun begeistert von diesem Engagement.

An der Aktion, die dieses Jahr unter dem Motto „Uns schickt der Himmel!“ stand, beteiligten sich auch Ministranten und Firmlinge aus Anzing. Sie räumten im Garten des Seniorenheims auf, strichen Gartenbänke, zeigten den Pflegebedürftigen Bilder von der Kirchenrenovierung und machten vier der Spielplätze sauber. Beeindruckt von den jugendlichen Helferinnen und Helfern sagte Bürgermeisterin Kathrin Alte: „Ihr habt eure Projekte trotz des schlechten Wetters fröhlich und voller Energie umgesetzt, das ist großartig!“ Sie dankte auch herzlich den Cheforganisatoren Christian Mader und den beiden Oberministranten Vanessa Wadsack und Niklas Holzendorf.

Ein besonderes Highlight für die Gemeinde im Osten Münchens war der hohe Besuch des Kardinals Reinhard Marx und der Steuerungsgruppe der 72-Stunden Aktion im BDKJ München und Freising. „Wegen des schlechten Wetters konnten wir alle mit dem Kardinal Kaffee trinken und Kuchen essen. Die Jugendlichen hatten so die einmalige Gelegenheit direkt mit dem Kardinal in Kontakt zu treten“, so die Bürgermeisterin. ❐

CSU-Bezirksparteitag Mittelfranken:

Klare Ansagen

Herrmann und Weber: „Für ein starkes Bayern in Europa“

„Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ist für Deutschland von existenzieller Bedeutung“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann beim Bezirksparteitag seiner Partei in Bad Windsheim. Gastredner und bayerischer CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber sprach sich dafür aus, dass Europa künftig mehr mit Demokratien und weniger mit Diktaturen zusammenarbeitet.

Auch der mittelfränkische Spitzenkandidat Dr. Konrad Körner sprach davon, dass man in Europa „neu anpacken“ müsse. Europa müsse besser werden, „aber wir lassen uns das Erreichte nicht von Nationalisten und Extremisten kaputtmachen“. Dazu Manfred Weber, Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Vorsitzender der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei): „Führung aus der Mitte heraus ist die beste Politik gegen links und rechts. Wir geben Menschen Orientierung und stehen klar an der Seite von Freiheit, Frieden und Demokratie“.



Manfred Weber. Bild: EVP-Fraktion

Klare Worte von Manfred Weber auch bei den Themen Zuwanderung und Militär: „Der Staat muss entscheiden, wer ins Land kommt, nicht irgendwelche Schlepperbanden“. Und Europa brauche eine eigene Verteidigungsfähigkeit und eine europäische Cyber-Defense, „und zwar jetzt“. Es gehe dabei um Verteidigung vor Attacken im Netz, die Erhöhung der Informationssicherheit und nicht zuletzt zum Schutz der so genannten „kritischen Infrastruktur“.

Zu Gast war auch die stellvertretende CSU-Generalsekretärin Tanja Schorer-Dremel, die im Rahmen eines Grußwortes Joachim Herrmann „die Innenminister-Bank in Deutschland“ nannte. Einig war sie sich mit Manfred Weber, Joachim Herrmann und Dr. Konrad Körner: „Nur wer CSU wählt, kann sichergehen, dass Kandidatinnen und Kandidaten aus Bayern und Franken in das Europäische Parlament einziehen“. Deshalb gelte: „Nur wer CSU wählt, wählt für ein starkes Bayern in Europa und damit für unsere Heimat“. **pmw**

LAG Mangfall-Inntal:

Startschuss für neue Förderprojekte

Fünf spannende Projekte hat das Entscheidungsgremium der LAG Mangfalltal-Inntal im Rahmen ihrer Sitzung in Brannenburg für die LEADER-Förderperiode 2023 bis 2027 freigegeben. Die Projektträger der sehr unterschiedlichen Einreichungen können nun ihren Antrag beim für die LEADER-Förderung zuständigen Landwirtschaftsamt in Rosenheim stellen.

Die LAG Mangfalltal-Inntal ist ein Zusammenschluss von 22 Kommunen im Landkreis Rosenheim. Gemeinsames Ziel ist es, unter anderem mit dem europäischen Förderprogramm LEADER die Region als Heimat der Bürger und Bürgerinnen lebenswert zu erhalten und für die Zukunft zu stärken. Dafür entwickeln die Menschen vor Ort Konzepte und Projekte, die anschließend auch umgesetzt werden.

Ausgewählte Projekte gehen in die Umsetzung

Zu den freigegebenen Vorhaben zählt der „Themenweg am Auerbach“ in Oberaudorf. Mithilfe interaktiver Mitmachstationen entlang des Weges sollen bei diesem Bürgerprojekt künftig facettenreiche Geschichten rund um den Bach erzählt werden. In Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen wird dadurch das regionale Wissen bewahrt und gleichermaßen für Einheimische und Gäste zugänglich gemacht.

Mit einem wetterunabhängigen Übungsraum soll die geplante „Erweiterung der Bergrettungswache Oberaudorf-Kiefersfelden“ die Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort verbessern. Diese Maßnahme trägt nicht nur zu einer besseren Ausbildung bei, sondern ermöglicht auch die vielfältigere Nutzung des bestehenden Schulungsraums für weitere Bildungsveranstaltungen und verbessert damit die künftigen Einsätze der Bergwacht.

Eindlich mehr Platz: Neubau Vereinsheim

Schon lange steht der „Neubau des Vereinsheims GTEV Almarausch Ostermünchen“ auf der Agenda, nun ist der Wunsch in greifbare Nähe gerückt. Der Verein benötigt mehr Platz für die Gautrachtenproben, die Jugendarbeit und den Austausch mit anderen Vereinen im Ort sowie mit regionalen Trachtenvereinen. Neben der Förderung planen die Trachtler intensiv selbst mit Hand anzulegen, um ihr neues Heim erschwinglich zu halten.

Eine „moderne Segelflugausbildung in Tuntenhausen“ will der Fliegerclub Condor Antersberg in Tuntenhausen ermöglichen. Mittels eines neuen Flugsimulators sind auch im Winter und bei schlechtem Wetter Ausbildungseinheiten durchführbar, wobei zusätzlich CO_2 eingespart wird. Ein modernes Schulungsflugzeug ergänzt die Ausbildungsaktivitäten des Vereins, der damit eine engere Zusammenarbeit mit lokalen Bildungseinrichtungen anstrebt.

Kleinprojektefonds

Stichwort „Unterstützung Bürgerengagement“: Das ehrenamtliche Engagement in der Region Mangfalltal-Inntal wird vielerorts großgeschrieben. Manchmal fehlt jedoch ein wenig Kleingeld, um das Ehrenamt lebenswert bzw. am Leben zu erhalten. Hier greift der Kleinprojektefonds für die freiwillige Arbeit, den die LAG bereits in der vergangenen Förderphase aufgelegt hatte. LEADER ermöglicht es der LAG, diese Kleinprojekte unbürokratisch zu unterstützen, wenn der Fonds als Projekt bewilligt ist. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Zu stark angepasst?

Was Kommunalpolitiker in Bayern über den Zustand der Pressefreiheit denken

Es braucht Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen und Online-Magazine, um die Bevölkerung zu informieren. In einer immer undurchschaubareren Welt sind Medien wichtiger denn je. Allerdings brauchen sie Rahmenbedingungen, um ihrer Aufgabe gerecht werden zu können. Allen voran Pressefreiheit. Ohne die ist es unmöglich, kritisch gegenüber den Mächtigen zu recherchieren. Anlässlich des Tags der Pressefreiheit am 3. Mai erzählen Kommunalpolitiker, wie sie die Pressefreiheit hierzulande einschätzen.

Viele, die noch keine direkte Berührung mit Pressevertretern hatten, denken beim Stichwort „Journalist" an „rasende Reporter", die mit Eifer, brennender Neugier und viel Fleiß hintergründige Informationen zu brisanten Fragen sammeln. Dass der journalistische Alltag heute zum Teil komplett anders ausschaut, geht aus einem kürzlich veröffentlichten Manifest hervor, das von über 100 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern getragen wird. Das ist nicht nur mit Blick auf den „Tag der Pressefreiheit" brisant. Auf den Weg gebracht wurde es von Mitarbeitern von ARD, ZDF und Deutschlandradio.

Machtmissbrauch zwischen den Zeilen

Das Manifest beklagt zwischen den Zeilen Missbrauch von Macht in den Redaktionen. „Innere Pressefreiheit existiert derzeit nicht", lautet wörtlich die vernichtende Feststellung. So, wie die Dinge liegen, könnten Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ihren journalistisch-ethischen Standards nicht mehr genügen. Abzurufen ist das Manifest unter https://meinungsvielfalt.jetzt/manifest.html. Herausgeber der Website ist Ole Skambraks. Er war insgesamt zwölf Jahre als Redakteur und redaktioneller Mitarbeiter für den MDR, WDR und SWR tätig. Wenige Tage nach der Veröffentlichung seines offenen Briefs „Ich kann nicht mehr" wurde Skambraks 2021 vom Dienst freigestellt.

Das Manifest inspiriert dazu mal wieder darüber nachzudenken, was Pressefreiheit bedeutet. Hintergründig dargestellt und kompakt aufbereitet finden sich dazu Informationen auf der digitalen Plattform „Rechtskunde Online" der Uni Potsdam. Die Pressefreiheit, heißt es dort, schützt „die Wahrnehmung aller naturgemäß mit der Pressearbeit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten". Pressefreiheit habe die Funktion eines „klassischen Abwehrrechts, das vor staatlichen Eingriffen und Einflussnahmen schützen soll". Alle Beeinträchtigungen des Pressebetriebs sowie Sanktionen, die an Inhalt und Gestaltung des Presseerzeugnisses anknüpfen, stellten einen Eingriff dar.

Was im Manifest öffentlich gemacht wurde, bringt auch Robert Kühn (SPD), Bürgermeister von Bad Wiessee im oberbayerischen Landkreis Miesbach, zum Nachdenken. „Meiner Meinung nach ist es enorm wichtig, immer wieder die Freiheit der Presse auf den Prüfstand zu stellen und zu hinterfragen, ob wir genug für deren Gewährleistung tun", sagt er. So gesehen sei das Manifest eine Aufforderung, die Wichtigkeit und Verletzlichkeit der Pressefreiheit zu beleuchten. Die Pandemie und die Kriegsereignisse der letzten Jahre hätten im Übrigen gezeigt, wie schwer es sein kann, einen respektvollen und verantwortungsbewussten Umgang mit unterschiedlichen Meinungen zu haben.

Wesentliches Merkmal eines freiheitlichen Staates

Grundsätzlich denkt Robert Kühn allerdings, dass Pressefreiheit in Deutschland praktiziert wird: „Auch, wenn wir in den letzten Jahren aufgrund vermehrter Angriffe auf Pressevertreter im internationalen Ranking nach hinten gefallen sind." Pressefreiheit ist für den Kommunalpolitiker ein wesentliches Merkmal eines freiheitlichen Staates: „Und in einem solchen leben wir glücklicherweise." Vor allem als Politiker sieht er die Pressefreiheit „als wichtigen Motor für einen lebendigen Diskurs" an.

Vierte Gewalt

„Der Presse kommt in unserem demokratisch regierten Land eine Bedeutung zu, die zu Recht als die vierte Gewalt bezeichnet wird", meint Christian Wilhelm (Freie Wähler) aus Sonthofen im schwäbischen Kreis Oberallgäu. Wobei der Kommunalpolitiker sich fragt, ob die Presse dem gesteckten Anspruch zu jeder Zeit gerecht wird oder werden kann. Dies sei nicht so einfach.

Die originäre Aufgabe

„Die Finanzierung hat einen direkten Einfluss auf die Arbeit der Journalisten und wird in der heutigen Zeit immer brisanter", so Christian Wilhelm. Trotz dieser Hürde erwarte er als Politiker und Bürger, dass Journalisten bei bedeutsamen Themen ihrer originären Aufgabe nachkommen: „Nämlich umfassend zu recherchieren und Meinungen und Gegenmeinungen fair gegenüber zu stellen." Bei vielen Berichten spüre er den Zeitdruck und den Personalmangel: „Der führt dazu, dass schneller auf Einzelmeinungen zurückgegriffen wird und diese oftmals nicht hinterfragt werden."

Letztlich sieht aber auch Christian Wilhelm kein Problem mit der Pressefreiheit in Deutschland. „Es ist eher so, dass wir aktuell nicht erkennen, welchen Stellenwert die Presse haben sollte, um einen Gegenpol zu den Meinungen in den sogenannten Sozialen Medien darzustellen und auch um Propaganda zu entlarven", erklärt er. Gute Pressearbeit koste aber nun mal Geld: „Wir müssen wieder mehr dazu bereit sein, dieses Geld zu investieren."

Dass es Einschränkungen der Pressefreiheit durch Einflussnahme von Entscheidungsträgern gibt, kann sich Vanessa Wagner (CSU), Stadträtin in Rehau im oberfränkischen Landkreis Hof, nicht vorstellen. Besorgniserregend ist für sie allerdings, „dass Reporter bedroht und teilweise auch angegriffen werden". Vanessa Wagner findet es außerdem „alarmierend", dass diese Angriffe „häufig in verschwörungsideologischen und extremen Kreisen" stattfänden. „Als Gesellschaft müssen wir gegen jede Form von Gewalt oder Einschüchterung vorgehen und sicherstellen, dass kritische Berichterstattung geschützt wird", appelliert sie.

Wichtig für die Kommunalpolitik

Gerade als Kommunalpolitikerin ist Pressefreiheit für Vanessa Wagner wichtig. Nur so sei es möglich, die Öffentlichkeit über lokale Angelegenheiten zu informieren und den Dialog zu fördern. Pressefreiheit sei überdies wichtig im Sinne der Bürgerbeteiligung. „Leserbriefe und Meinungsäußerungen in der Presse ermöglichen es Bürgern, sich aktiv an der lokalen Debatte zu beteiligen", so die Stadträtin. Diese Rückmeldungen wiederum seien für kommunale Vertreter „äußerst wertvoll".

Das Manifest der Rundfunkjournalisten macht sie aufgrund ihrer eigenen positiven Erfahrungen mit der Presse und mit Pressefreiheit ein wenig ratlos: „Mir ist allerdings bewusst, dass die Frage der inneren Pressefreiheit komplex ist." Vanessa Wagner vertraut darauf, „dass die Verantwortlichen die nötigen Maßnahmen zum Schutz ergreifen." Sie selbst schätzt die Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die zeichne sich durch fundierte Analysen aus. Im Gegensatz zu reißerischen Online-Schlagzeilen" biete der ÖRR „verlässliche Informationen, die durch Faktenchecks belegt werden".

„Zu reißerisch"

Wiebke Richter, Grünen-Stadträtin in Regensburg, findet die Bezeichnung „Manifest" über dem Text der Rundfunkjournalisten sehr „reißerisch". „Ich muss aber sagen, dass ich zu wenig Einblick in die inneren Strukturen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter habe, um mir hier eine belastbare Meinung bilden zu können", schränkt sie ein. Als Politikerin sei es ihr wichtig, „dass besonders die Öffentlichen nicht von rechten oder anderen Strukturen beeinflusst oder sogar unterwandert werden." Dazu gehören für sie auch die im Text des Manifests benannten „Querdenker" und „Schwurbler".

Wie inflationär diese „Kampfbegriffe" verwendet werden, eben das macht kritische Journalistinnen und Journalisten dieser Tage nachgerade kirre. Wörtlich heißt es dazu im Manifest: „Stimmen, die einen – medial behaupteten – gesellschaftlichen Konsens hinterfragen, werden wahlweise ignoriert, lächerlich gemacht oder gar ausgegrenzt." Inflationär bediene man sich zu diesem Zwecke „Kampfbegriffen" wie „Querdenker", „Schwurbler", „Klima-Leugner", „Putin-Versteher" oder „Gesinnungspazifist".

Minderheiten werden mundtot gemacht

Mit diesen Begriffen, zeigen die Initiatoren des Manifests, werde versucht, „Minderheiten mit abweichender Meinung zu diffamieren und mundtot zu machen". Dadurch komme es zu einer „Eingrenzung des Debattenraums anstelle einer Erweiterung der Perspektive". Die Initiatoren des Manifests vermissen den Fokus auf ihre Kernaufgabe: „Bürgern multiperspektivische Informationen anzubieten". Stattdessen verschwämmen Meinungsmache und Berichterstattung „zusehends auf eine Art und Weise, die den Prinzipien eines seriösen Journalismus widersprechen".

Für Wiebke Richter sind die Vorwürfe nicht nachvollziehbar. Sie versteht nicht, was man an „Querdenkern" gut finden könnte. Bei Veranstaltungen oder an Wahlkampfständen mache sie immer wieder die Erfahrung, dass viele der von „Querdenkern" vertreten Aussagen „nichts mehr mit Meinungsfreiheit zu tun hätten. Die Pressefreiheit in Deutschland ist nach ihrer Ansicht „zuverlässig erhalten". Im internationalen Vergleich sei das keineswegs selbstverständlich: „Und auch unser Land hat ja bereits andere Zeiten erlebt."

Kritik an den öffentlich-rechtlichen Medien hält Wiebke Richter für ungerechtfertigt. Zwar sei sie auch nicht mit allen Berichten einverstanden. „Ich finde jedoch weiterhin, dass ich mich auf die Neutralität und Informationsbreite der Öffentlich-rechtlichen verlassen kann und bin sehr froh darüber", so die Stadträtin. **Pat Christ**

GZ PINOS WELT



In letzter Zeit habe ich viel über den Begriff „grau" nachgedacht. Jetzt nicht als Farbe im materialisierten Sinne oder im Sinne Goethes, wonach alle Theorie grau sei. Nein, eher in dem Sinne, dass nachts alle Katzen grau sind oder, vielleicht konkreter, dass es auch von Vorteil sein kann, wenn es Graubereiche im Leben gibt.

Meines Erachtens ist dieses Land bisher in verschiedenen Bereichen gut damit gefahren, nicht einseitig auf „schwarz" oder „weiß" zu setzen, also auf eine Form der reinen Lehre, die immer nur einen Teil der Gesellschaft mitnimmt und überzeugt, sondern auf den pragmatischen Kompromiss, der einen breiten Konsens herzustellen vermag oder zumindest von allen Beteiligten akzeptiert werden kann. Kurz, eine Lösung, mit der die ganze Gesellschaft weitgehend leben kann und die damit einen breiten Rechtsfrieden garantiert.

Abtreibung: Barbarei oder zivilisatorische Errungenschaft

Das war nach meinem Verständnis bisher auch in der Frage der Zulässigkeit bzw. der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen so der Fall. Man kann sich kaum ein Thema vorstellen, dass ähnlich konfliktträchtig ist wie die Frage nach der Einordnung einer Abtreibung. Einerseits die ethisch – nicht nur religiös – absolut nachvollziehbare Einordnung als Tötung der Leibesfrucht, die entweder mit nachvollziehbaren biologischen Argumenten oder aufgrund tiefsitzender religiöser Überzeugungen als Mensch angesehen wird. Die Tötung eines Menschen muss aber nach jeder humanen Rechtsordnung bestraft werden.

Auf der anderen Seite die ebenso nachvollziehbare Haltung, dass keine Frau gezwungen werden sollte, ein Kind auszutragen, wenn sie dazu nicht bereit ist. Man wird auch die Haltung „mein Bauch gehört mir", als Ausdruck des absoluten Selbstbestimmungsrechts der Frau über ihren Körper als philosophisch-weltanschaulich vertretbar zur Kenntnis nehmen müssen. Jedenfalls ist diese Haltung in einem nicht unbeachtlichen Teil der Bevölkerung konsens- und anschlussfähig.

Wie gesagt, ein hoch emotionalisiertes Thema, bei dem jede und jeder wahrscheinlich eine „Wahrheit" anerkennen kann und bei dem kaum ein größerer Antagonismus denkbar ist.

Hier liegen alle Zutaten bereit für einen veritablen Kulturkampf. Wir sehen ihn derzeit in den Vereinigten Staaten toben. In einer Reihe von Staaten ist Abtreibung in gewissen Zeiträumen nach der Empfängnis legal, während andere Staaten wiederum Abtreibungen für gänzlich unzulässig erklären, selbst wenn die werdenden Mütter halbe Kinder sind oder vergewaltigt wurden. Frankreich schreibt das Recht auf Abtreibung in die Verfassung, was dort von vielen als große zivilisatorische Errungenschaft gefeiert wird, von anderen aber als Barbarei verdammt.

In Deutschland ging man seit den 70er Jahren einen Weg zwischen den Extremen, zwischen schwarz und weiß – eben einen grauen Mittelweg. Ausgehend von einem weisen Verfassungsgericht und einer Gesellschaft, die empfänglich war – und wohl auch noch ist – für eine Lösung, die keiner Seite absolut Recht gibt, es jedoch auch jeder Seite recht machen kann. Nach unserer Rechtsordnung ist Abtreibung strafbar, wird aber nicht bestraft, wenn die Gesundheit der Frau durch die Schwangerschaft gefährdet ist, die Schwangerschaft auf einer Vergewaltigung beruht oder sich die Frau nach einer Beratung zum Abbruch entschließt.

Diese Regelung hat dem Land fast vierzig Jahre Rechtsfrieden beschert. Weder die entschiedenen Abtreibungsgegner noch die Verfechter des weiblichen Selbstbestimmungsrechts waren zufrieden, konnten aber damit leben. Die Kernanliegen beider Seiten werden nur so weit eingeschränkt, dass es eben gerade noch erträglich ist. Jetzt wollte die Bundesregierung diesen Kompromiss aufkündigen und das Land zurück in den Kulturkampf der 70er Jahre führen. Wieso?

Man sollte sich an ein Wort Henry Kissingers erinnern: „Ein Kompromiss ist nur dann gerecht, brauchbar und dauerhaft, wenn beide Partner damit gleich unzufrieden sind."

Ihr Pino

Bürokratieabbau, Wasserstoff und Krankenhausreform

Landtagsabgeordnete Jenny Schack bei der Mitgliederversammlung des CSU Ortsverbands Günzburg

Bei der Mitgliederversammlung des CSU Ortsverbands Günzburg im Sportheim in Wasserburg gab der CSU Ortsvorsitzende Philipp Rauner einen umfassenden Überblick über die Aktivitäten und Erfolge des vergangenen Jahres sowie über die zahlreichen politischen Veranstaltungen, die organisiert wurden. Besonders freute es Rauner, dass auch ein monatlicher Stammtisch zur Stärkung der Gemeinschaft und zum regelmäßigen Austausch etabliert werden konnte.

Der CSU Ortsschatzmeister Jörn Nagel präsentierte einen detaillierten Kassenbericht, der den Mitgliedern Einblick in die finanzielle Situation des Verbands gewährte.

Bericht aus dem Stadtrat

Ferner informierte der Fraktionsvorsitzende der CSU Stadtratsfraktion Stefan Baisch über die Arbeit der Stadtratsfraktion und den aktuellen Haushalt der Stadt Günzburg und betonte die bereits erfolgte weitgehende Umsetzung des Wahlprogramms. „Gerade im Bereich der Kinderbetreuung sind wir mit der Kitaoffensive schon sehr weit gekommen", zeigte sich Baisch überzeugt.

Bericht aus dem Landtag

Die örtliche Günzburger Landtagsabgeordnete Jenny Schack blickte auf ein erfolgreiches erstes halbes Jahr im Bayerischen Landtag zurück. In den vergangenen Monaten hat sie sich intensiv für wichtige Themen eingesetzt, die die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis betreffen.

Schack äußerte sich zur Cannabisregelung in Bayern und betonte die Bedeutung einer verantwortungsvollen Politik, die den Jugendschutz und die Prävention in den Vordergrund stellt. Des Weiteren berichtete sie über Gespräche in der CSU-Landtagsfraktion zum Ladenschlussgesetz und unterstrich die Notwendigkeit einer ausgewogenen Regelung, die sowohl den Bedürfnissen der Verbraucher als auch den Interessen der Wirtschaft und der Beschäftigten gerecht wird. Ein weiterer Schwerpunkt ihres Berichtes lag auf dem Bürokratieabbau und der Krankenhausreform, bei der sie sich für effiziente Strukturen und eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung einsetzt. Schack äußerte sich auch zum Thema Energiegewinnung aus Wasserstoff und betonte die Bedeutung von innovativen Technologien für die Energiewende in Bayern. Hierzu lud sie zu einer Veranstaltung für regionale Unternehmen ein und informierte diese über den Stand des Netzausbaus. „Wir reden nicht nur, wir packen an und stellen die Weichen für die Zukunft", so Jenny Schack abschließend.



V.l.: Landtagsabgeordnete Jenny Schack, der Fraktionsvorsitzende der CSU Stadtratsfraktion Stefan Baisch, Ortsvorsitzender Philipp Rauner und der stv. Ortsvorsitzende Daniel Schuler. Bild: Flemisch/CSU

Für Günzburg

Die Mitgliederversammlung bot Raum für Fragen, Anregungen und eine aktive Beteiligung der Anwesenden. Der CSU Ortsverband Günzburg blickt motiviert in die Zukunft und setzt sich weiterhin engagiert für die Belange der Bürgerinnen und Bürger Günzburgs ein. ❐

AG Historische Städte in Regensburg:

Innenstadtgestaltung und Mobilität

Ein Jahr nachdem die Arbeitsgemeinschaft Historische Städte ihr 50-jähriges Bestehen im Rahmen eines Parlamentarischen Abends in Berlin gewürdigt hatte, trafen sich Bürgermeister, Baureferenten und -dezernenten sowie Planer aus Bamberg, Regensburg, Görlitz, Lübeck, Meißen und Stralsund nach der Pandemie erstmals wieder in Präsenz. Bei der zweitägigen Arbeitstagung in Regensburg standen die Perspektiven des innerstädtischen Einzelhandels ebenso auf der Agenda wie der Verkehr bzw. die Mobilität in der historischen Stadt.

„Für uns ist der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedsstädten extrem wertvoll. Die vor uns liegende Aufgabe hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit unserer Städte ist im historischen Stadtkern hoch komplex. In diesem Zusammenhang ist der Austausch anhand von konkreten Maßnahmen ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit“, betonte Benedikt M. Hummel, Bürgermeister der Stadt Görlitz und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Historische Städte, nach der Videobotschaft von Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer.

Nach einer Einführung zu spannenden Projekten und städtebaulichen Schätze in Regensburg startete der Rundgang der Teilnehmer in dem im Februar neu eröffneten „document Kepler“. Über das „Emmeram Forum Regensburg“, das gegenwärtig saniert und zu einem Kultur- und Begegnungshaus umgebaut wird, ging es weiter zur Simadergasse, wo die Planer über die Sanierungsarbeiten am ehemaligen „Gloria“-Kino informiert wurden. Ebenso auf dem Programm stand ein Besuch des Obermünstertiertels und des Kulturenortes M26. Hier fand ein Austausch zum Thema der Nachnutzung von durch Leerstand bedrohte Großstrukturen wie Kaufhäusern oder Einkaufspassagen in historischen Städten statt.

Flächenkonkurrenz im Altstadtbereich

Wie Regensburgs Planungs- und Baureferent Florian Plajer vor der Presse erläuterte, bewege alle beteiligten Kommunen die Frage, wie es gelingt, die fachlichen Konzepte und Überlegungen der Gestaltung der historischen Innenstädte umzusetzen und erlebbar im Stadtraum zu machen, um somit auch für Akzeptanz zu sorgen. Die Flächenkonkurrenz im Altstadtbereich sei ein gemeinsames Schwerpunktthema: Stellplätze, wirtschaftliche Faktoren und Qualität in der Gestaltung für die Außengastronomie und Hotellerie seien vor Ort begangen, beobachtet und diskutiert worden. Die Frage der Aufenthaltsqualität und Grünanteile im öffentlichen Raum hätten die Teilnehmer gleichermaßen bewegt.

Mit großer Spannung werde die Zukunft der Galeria Karstadt Kaufhof-Filialen erwartet. Die Entscheidung des Insolvenzverwalters stehe in den nächsten Wochen an, erklärte Plajer. „Interessiert haben wir beispielsweise die Fortentwicklung und Erhalte bestehender Standorte sowie Nutzungsszenarien der nahen und fernen Zukunft innerstädtischer Einzelhandelsflächen diskutiert. In Regensburg bereiten wir uns auf die anstehende Entscheidung vor, die ‚Taskforce Galeria‘ der Stadtverwaltung unter Federführung der Stadtentwicklung und der Wirtschaftsförderung arbeiten schon länger im Hintergrund an möglichen Szenarien.“

Ein überragendes Thema ist der Verkehr bzw. die Mobilität in der historischen Stadt. Regensburg stellte auszugsweise Handlungsfelder aus dem Verkehrskonzept Altstadt vor und berichtete insbesondere über die breite Beteiligung der Öffentlichkeit im Planungsprozess. Die Stadt Görlitz präsentierte ihrerseits wesentliche Bausteine aus dem Gesamtverkehrsplan. Laut Rathauschef Hummel wird gerade die Straßenbahn modernisiert. Diese Investition von 70 Millionen Euro sei für Görlitz mit seinen 57.000 Einwohnern zwar eine Herausforderung, mit Strukturfördermitteln aber machbar. Die Straßenbahn gehöre zum urbanen Selbstverständnis, weshalb sie in der Bevölkerung mehr als nur akzeptiert sei.

Aus Sicht von Planungs- und Baureferent Plajer würde dieses Megaprojekt als Rückgrat des ÖPNV auch der Stadt Regensburg gut zu Gesicht stehen. Dafür seien beim Bürgerentscheid am 9. Juni Vertrauen in die Planung sowie „Mut zum Übermorgen“ erforderlich. Bei diesem Verkehrsprojekt müsse man 15 oder 20 Jahre vorausdenken. Mit seinen ca. 175.000 Einwohnern sei die oberpfälzische Metropole keineswegs zu klein, wie Kritiker immer wieder behaupteten. **DK**

Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10/2024, die am 16. Mai 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Abfall · Entsorgungsmanagement · technische Lösungen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Sicherheit und Arbeitsschutz · Brand- und Katastrophenschutz · Extremwetterereignisse**
- **Kommunaler Bau · Schulen · Kindergärten · Horte · Spielplätze · Krankenhäuser · Pflegeheime**
- **Handwerkliche Dienstleistungen · Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**

KULTURmobil 2024:

Welt-Bühnenliteratur in Niederbayern

Mit seinem jährlichen Familienprogramm zieht das Kulturmobil demnächst erneut durch Niederbayern. An 30 Orten gibt eine professionelle Künstlertruppe auf der ausklappbaren Bühne eines Lastwagens insgesamt 60 Vorstellungen. Die diesjährige Tournee startet mit der Premiere am 8. Juni in Bayerbach bei Ergoldsbach (Landkreis Landshut), der letzte Vorhang der knapp drei Monate währenden Tournee fällt am 1. September in Mallersdorf-Pfaffenberg (Landkreis Straubing).

Seit 27 Jahren begeistert KULTURmobil bei freiem Eintritt Jung und Alt mit humorvollen, unterhaltsamen und anspruchsvollen Stücken. Um 17 Uhr steht „Das NEINhorn“ von Marc-Uwe Kling auf dem Programm. Das Kinderstück nach dem Bestseller von 2019 handelt von einem Einhorn, das die kitschige Zuckerwattewelt seiner Artgenossen nicht mehr erträgt und ausbricht. Das Stück zeichnet sich durch kreativen Wortwitz und viele Sprachspielereien aus und zeigt auf humorvolle Weise, wie man trotz gesellschaftlichen Drucks seinen eigenen Weg gehen kann. Regie führt Sebastian Kamm, der unter anderem am Theater an der Rott in Eggenfelden als Regisseur und Autor tätig war. Bei KULTURmobil hat er bereits 2023 mit seiner Inszenierung von Janoschs „Oh, wie schön ist Panama“ für Begeisterung beim jungen Publikum gesorgt.

Um 20 Uhr wird William Shakespeares berühmte Komödie „Ein Sommernachtstraum“ aufgeführt. Mit seinen poetischen Liebesszenen ist das Stück ebenso wie mit seinen etwas derben und sehr komischen Handwerkerfiguren geradezu prädestiniert, zauberhafte Theaternächte entstehen zu lassen. Nach den Inszenierungen der Jahre 2018 und 2019 kehrt der im Rottal lebende Regisseur Sebastian Goller mit der diesjährigen Produktion zu KULTURmobil zurück. Mit „Ein Sommernachtstraum“ stellt sich der Leiter der Athanor Akademie für Schauspiel und Regie in Passau der Herausforderung, die Größe dieses nicht umsonst seit Jahrhunderten gefeierten Stückes mit den Mitteln des mobilen Theaters neu auszuloten.

Weitere Infos

Spielplan, Spielorte und weitere Informationen unter www.kulturmobil.de. **DK**



Oben v.l.: Krankenhausdirektor Uwe Böttcher, Raimund Völkl, Leiter der Arbeits- und Ergotherapie, und Dr. Laurenz Schulz vom Referat für Kultur- und Heimatpflege des Bezirks Niederbayern mit einem kleinen Teil des Teams auf der Bühnenkulisse für die Mittagsvorstellung „Das NEINhorn“. Bild: BK Mainkofen / S.Steinhauser

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Teichrettung



ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 16. Mai 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 10







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Oliver Schulte, Sebastian Franz, Stefan Rößle, Markus Ferber, Christoph Göbel, Josef Mederer und Michael Kießling. ❒

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Europa beginnt in den Kommunen

Ein eindringliches Plädoyer für ein Europa, das durch starke Regionen getragen wird, gab der CSU-Europaabgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Markus Ferber, im Rahmen der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München unter der Leitung des Vorsitzenden Stefan Rößle ab. „Die Subsidiarität bleibt für uns Leitprinzip", unterstrich Ferber und bekannte sich deshalb zu „Mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen".

„Europa ist in unserem Alltag omnipräsent", so der Bobinger Europaabgeordnete. Als sechstgrößte Volkswirtschaft der EU und als exportorientiertes Land profitiere der Freistaat enorm vom freien Handel und einem starken Europa: Jeden zweiten Export-Euro verdiene er durch den Handel mit EU-Partnern.

EU-Fördermittel

Die Förderung Deutschlands aus europäischem Struktur- und Investitionsfonds beträgt von 2021 bis 2027 rund 21 Mrd. Euro. 6 Mrd. Euro jährlich erhält die deutsche Landwirtschaft als Direktzahlung. Über 8.000 Forschungsprojekte von 16.500 Forschern werden durch die EU unterstützt. EU-Fördermittel gehen an Dörfer, Gemeinden, Städte, Landkreise und Regionen für Dorferneuerung, Stadtentwicklung und innovative Projekte. Kleinere und mittlere Unternehmen profitieren von Hilfen, Darlehen und Bürgschaften.

Gemeinsame Lösungen

„Viele Herausforderungen unserer Zeit können nur gemeinsam mit den europäischen Partnern gelöst werden. Städtepartnerschaften sind ein wichtiger Teil dieser Zusammenarbeit", betonte Ferber. Für sie bestehe seit vielen Jahren die Möglichkeit, sich für EU-Gelder zu bewerben. Das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel diene dabei als wichtiger Ansprechpartner.

Kompromiss zur Asylreform

Nach jahrelangem Ringen hat das EU-Parlament einem Kompromiss zur Asylreform zugestimmt. Künftig sollen mit Hilfe der neuen Regelungen schnellere Abschiebungen ermöglicht werden. Ferber zufolge bedarf es sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene weiterer Schritte, um der illegalen Migration in die EU und insbesondere nach Deutschland Einhalt zu gebieten. Bereits an der Außengrenze zu erfassen, ob ein Asylantrag überhaupt eine Aussicht auf Erfolg hat, sei ebenso vonnöten wie die Umsetzung des Konzepts sicherer Drittstaaten bei Asyl, der Abschluss von Abkommen mit Transit- und Herkunftsstaaten wie zuletzt zwischen der EU und Ägypten sowie eine möglichst weitgehende Angleichung von Standards bei der Versorgung Schutzbedürftiger in der gesamten EU.

Da die Rückführung von Flüchtlingen sich grundsätzlich schwierig gestalte, wäre es aus Ferbers Sicht sinnvoll, Rücknahmeabkommen nicht mit den Herkunftsländern, sondern den Flüchtlingsländern zu schließen. Insgesamt müsse für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gesorgt werden, damit nicht nur einige wenige EU-Länder die Hauptlast tragen müssen.

Kommunen am Limit

„Klar ist auch: Die jetzt beschlossene Reform der EU-Asylregeln wird frühestens erst in zwei Jahren Wirkung entfalten", erläuterte der CSU-Europaabgeordnete. Von einer schnellen Lösung könne keine Rede sein. Nach fast zwei Jahren Migrationskrise seien die deutschen Kommunen jedoch längst am Limit. Die Bundesregierung müsse endlich die illegale und unkontrollierte Migration als Si-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Landkreise zwischen Baum und Borke

Die Themen Kreishaushalte, Krankenhausreform und Deutschlandticket bestimmten die Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags im Landkreis Oberspreewald-Lausitz. Mit Blick auf die schwierige Finanzsituation stellte DLT-Präsident Reinhard Sager fest: „Die kommunale Ebene hat im vergangenen Jahr mit einem Defizit von etwa 6 Milliarden Euro abgeschlossen. Vor allem die stark steigenden Ausgaben machen den Städten, Landkreisen und Gemeinden zu schaffen. Die Lage der Kreisfinanzen ist mit einem Defizit von ca. 2 Milliarden Euro ebenso besorgniserregend und bleibt es selbst nach den Prognosen des Bundesfinanzministeriums auch für die kommenden Jahre."

Gerade die Kreishaushalte seien alles andere als krisenfest, denn die Landkreise hätten keine eigenen Steuereinnahmen und seien bei der Erhebung der Kreisumlage durch ein Rücksichtnahmegebot gegenüber den Gemeinden begrenzt. „Um dieses Dilemma aufzulösen, unterstützt der Deutsche Landkreistag den Gang der Landkreise Mansfeld-Südharz und des Salzlandkreises vor das Bundesverfassungsgericht. Eine andere Möglichkeit sehen wir nicht", machte Sager deutlich.

Kostendynamik

Der düstere Befund der stark steigenden Ausgaben treffe insbesondere für die 294 Landkreise zu: Hohe Personalausgaben, steigende Sachaufwände, ein üppiger Tarifabschluss und vor allem die Sozialausgaben seien die wesentlichen Kostentreiber. Gerade bei den Ausgaben für – ukrainische und andere – Geflüchtete hätten es die Landkreise aktuell mit einer wachsenden Kostendynamik zu tun: „Unsere Kernforderung nach einer vollständigen Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund ist noch immer unerfüllt.

Fünf Milliarden Euro mehr für die Unterbringung

Allein hier geht es 2022 und 2023 zusammen um 5 Milliarden Euro. Nur so können die betroffenen Landkreise, die die Unterbringung leisten, unmittelbar von den damit verbundenen Kosten entlastet werden", erklärte der DLT-Präsident.

Kreise haben keine eigenen Steuereinnahmen

Für die Landkreise komme erschwerend hinzu, dass sie keine eigenen Steuereinnahmen haben und zudem bei der Erhebung der Kreisumlage durch das Bundesverwaltungsgericht sehr reglementiert seien. Sager zufolge „fordern wir deshalb, die Widerstandsfähigkeit der kommunalen Haushalte, insbesondere der Kreishaushalte gezielt politisch anzugehen. Dazu bedarf es einer Aufstockung der originären kommunalen Steuereinnahmen durch einen erhöhten Umsatzsteueranteil, die gezielt den Landkreisen zugutekommen sollte. Dabei muss man sich aber vom bisherigen wirtschaftsbezogenen Verteilungsmaßstab lösen und die Mittel nach Einwohnern verteilen."

Verzwickte Lage

Wie der Verbandschef erläuterte, müssten die Landkreise einerseits in Anbetracht ih-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Gewinner des Wettbewerbs „Land.Dorf.Zukunft":

Fit für kommende Generationen

Die diesjährigen Gewinner des Wettbewerbs „Land.Dorf.Zukunft" stehen fest. Die für die Ländliche Entwicklung zuständige Staatsministerin Michaela Kaniber wird am 17. Oktober in der Münchner Residenz für vorbildliche Projekte der Ländlichen Entwicklung zehn Staatspreise sowie einen Innovationspreis verleihen. Die Staatspreise sind mit jeweils 5.000 Euro dotiert, der Innovationspreis mit 2.500 Euro.

In der Kategorie „Umfassende Leistungen für Dörfer und Gemeinden" geht der Staatspreis 2024 an die Dorferneuerung Kößlarn (Landkreis Passau), an die Dorferneuerung Heidenheim (Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen) und an die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) Iller-Roth-Biber (Lkr. Neu-Ulm).

Schmuckstück Ortskern

Den Bürgerinnen und Bürgern des Marktes Kößlarn ist es dank ihrer Ausdauer, Hingabe und Hartnäckigkeit gelungen, ihren Ortskern in ein Schmuckstück zu verwandeln und den Markt für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen. Ein neu gestalteter Dorfplatz, ein Nahwärmenetz, eine Senioren-Tagespflege und mustergültige Privatsanierungen machen die Kommune lebens- und sehenswert.

Während der Dorferneuerung nahmen die Heidenheimer ihre Häuserfassaden in Angriff, begrünten einen Fußweg mit Blick auf das Münster und legten eine Blühwiese mit Lümmelbank sowie Totholzhaufen an. Ein offener Wasserlauf wertet den neuen Marktplatz mit Brunnen auf. Mit dem Umbau des Klosters entstand eine Begegnungs-, Bildungs- und Dokumentationsstätte. Ein besonderes Denkmal in Form eines Schiffs mit Sitzmöglichkeiten aus Quadern erinnert die kommenden Generationen an die Dorferneuerung.

Bürgerideen und Kümmerer

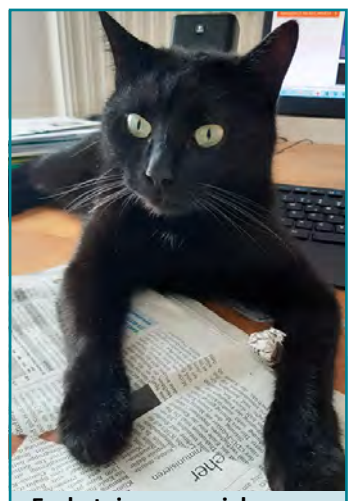
Mit Bürgerideen und einem „Kümmerer" zur Hand stellen sich sieben Kommunen in der Region Iller-Roth-Biber den Themen Klimaschutz, Innenentwicklung und regionale Wertschöpfung. Drei Dorferneuerungen stärken die Ortskerne und das soziale Miteinander. Eine Klimawoche sensibilisierte die Bevölkerung für den Klimaschutz, zudem nahm eine Bürgerenergiegenossenschaft ihre Arbeit auf. Das Regionalbudget ist ein Erfolgsmodell für die Region.

Gewinner in der Kategorie „Herausragende Einzelleistungen zur Stärkung des ländlichen Raums im Bereich Stärkung der Grund- und Nahversorgung" sind der multifunktionale Mühlenhof im Markt Mähring (Lkr. Tirschenreuth), der Dorfladen Zedtwitz in der Gemeinde Feilitzsch (Lkr. Hof) und der Dorfladen in der Gemeinde Neusitz (Lkr. Ansbach).

Aufblühen des sozialen Zusammenhalts

Wie eine über 400 Jahre alte, denkmalgeschützte ehemalige Mühle zum Grundstein für neues Leben und Aufblühen des sozialen Zusammenhalts werden kann, haben in Mähring zahlreiche engagierte Bürger mit Unterstützung der Kommune, des Amtes für Ländliche Ent-

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Es hat ja ganz vielversprechend angefangen", denkt Pino, der Rathauskater, über den Zustand unserer Bundeswehr nach. Die Zwischenbilanz hält er für ernüchternd. **Seite 13**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Stärkung des Kongressstandorts Bayern	2
Heimat.Erlebnistag 2024	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunalpolitischer Wahlaufruf zur Europawahl 2024	3
OB-Barometer 2024: Kommunale TOP-Themen	
In wenigen Schritten zur Kur	3
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	4 - 6
Kommunale Abfall- und Umweltthemen	7 - 8
Kommunale Bauthemen	9 - 10
Kommunale Verkehrsthemen	10 - 11
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 14

Bayerischer Ministerrat:

Stärkung des Kongressstandorts Bayern

2023 war ein Erfolgsjahr für den bayerischen Tourismus. Zum zweiten Mal überhaupt wurde die magische Grenze von 100 Millionen Gästeübernachtungen überschritten. Der Tourismus in Bayern steht für gut 28 Milliarden Euro Wertschöpfung (Gesamtumsatz 48 Milliarden Euro) und rund 550.000 Erwerbstätige. Auf ihn entfallen sieben Prozent aller Arbeitsplätze im Freistaat. „Auf dieser beachtlichen Bilanz bauen wir auf und entwickeln den Tourismus weiter", informierte Staatsministerin Michaela Kaniber im Rahmen einer Kabinettssitzung.

Handlungsansätze sieht die Staatsregierung dabei unter anderem in den Bereichen Digitalisierung und im Einsatz von künstlicher Intelligenz. Wichtigstes Vorhaben ist hier die Bayern-Cloud Tourismus, ein weiterer Baustein ist die digitale Besucherlenkung. Durch die Eingliederung des Tourismus in das Bayerische Landwirtschaftsministerium sieht die Staatsregierung große Chancen, weitere Synergieeffekte zu heben. Gerade im Bereich der regionalen Produktvermarktung gibt es vielversprechende Potenziale. Auch im Bereich des Agritourismus werde Bayern erhebliche Synergieeffekte realisieren, zeigte sich Kaniber überzeugt.

Tourismusförderung

Im Bereich der Tourismusförderung plant der Freistaat Ausgabemittel in Höhe von 48,6 Millionen Euro pro Jahr im Doppelhaushalt 2024/25, um den Tourismus zu stärken und Wachstumschancen wie etwa im Gesundheitstourismus zu nutzen.

Da der Freistaat einen hervorragenden Ruf als Geschäftsreisedestination genießt, sieht Bayern laut Kaniber einen Chancenmarkt beim Geschäftstourismus. Da das Potenzial in diesem Bereich in den vergangenen Jahren jedoch nicht immer voll ausgeschöpft worden sei, soll eine Initiative für Bayerns Kongresswirtschaft auf den Weg gebracht werden. Ziel ist es, im Wettbewerb der Destinationen wieder aufzuschließen und gleichzeitig eine Pionier-Rolle zu übernehmen. Der Freistaat ist das erste deutsche Flächenland, das entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringt und damit das erste Land, das Städte und ländliche Regionen bei der Kongressakquisition gleichermaßen unterstützt.

In den vergangenen letzten Jahren hätten zahlreiche Standorte im In- und Ausland die Anwerbung von Kongressen finanziell unterstützt und damit auch zu ihren Gunsten beeinflusst, berichtete Kaniber und stellte klar: „Wir wollen hier nicht tatenlos zuschauen. Unsere neue Initiative ist der richtige Weg, damit Bayern als Kongressstandort auch zukünftig in der höchsten Liga spielt." In den kommenden fünf Jahren sei ein finanzielles Engagement des Freistaats in Höhe von 25 Millionen Euro geplant.

Gefördert werden können Kongresse und Tagungen, die bis Ende 2029 stattfinden. Projektträger ist die Bayern Innovativ GmbH mit Sitz in Nürnberg. Die Beteiligten wickeln die Verfahren vollelektronisch ab, um den bürokratischen Aufwand für alle Seiten gering zu halten. Voraussichtlich ab dem 22. Juli können Anträge für die Kongressförderung gestellt werden.

Festbetragsfinanzierung

Die Projekte fördert der Freistaat mit einer Festbetragsfinanzierung, gestaffelt nach Teilnehmerzahl und Veranstaltungsdauer, mit Förderzuschlägen für internationale Veranstaltungen und solche in der Kongress-Nebensaison. Dabei können geschlossene Fachveranstaltungen mit mindestens 300 Teilnehmern und einer Dauer von mindestens zwei Tagen eine Förderung erhalten. Entsprechende Veranstaltungen müssen entweder grundsätzlich neu konzipiert sein oder als etabliertes Format erstmals wieder in Bayern stattfinden.

Vermehrt Kongresse in Bayern

„Die vermehrte Ausrichtung von Kongressen in Bayern erhöht die touristische Nachfrage vor Ort und bringt Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Hotels, Gaststätten, Handel und touristische Dienstleister werden unmittelbar von dieser Entwicklung profitieren. Kongressförderung ist effektive Wirtschaftspolitik", unterstrich die Ministerin. Kongresse fungierten als Keimzelle für neue Ideen, trügen maßgeblich zum Wirtschaftswachstum bei und seien Motor für wissenschaftlichen Fortschritt. Mit der neuen Initiative würden somit drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. **DK**

Landkreise zwischen Baum ...

(Fortsetzung von Seite 1)
rer schwierigen Finanzsituation die Gemeinden stark über die Kreisumlage heranziehen, seien aber andererseits durch die Rechtsprechung dazu verpflichtet, den Gemeinden nicht deren möglicherweise letzte finanzielle Bewegungsfreiheit zu nehmen. „Die Landkreise sind damit in einer komplizierten Lage. An das jeweilige Land können und müssen sie sich zwar im Hinblick auf die Sicherstellung einer angemessenen Finanzausstattung wenden, allerdings haben wiederum verschiedene Landesverfassungsgerichte und Länder dies unter den Vorbehalt der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Landeshaushalts gestellt. Damit sitzen die Landkreise zwischen Baum und Borke und sind die eigentlich Leidtragenden. Das muss aufgelöst werden."

Ablehnung der Krankenhausstrukturreform

Rundum abgelehnt wird vom Deutschen Landkreistag die Krankenhausstrukturreform in der derzeitigen Form. Befürchtet wird ein Kahlschlag bei den stationären medizinischen Versorgungsstrukturen in ländlichen Räumen, wenn der vorliegende Gesetzentwurf beschlossen werden sollte. Aus Sagers Sicht müssen die Krankenhäuser zunächst in ihrem Bestand gesichert werden. Hierzu bedürfe es einer zusätzlichen, umfassenden Liquiditätssicherung und einer massiven Erhöhung des Landesbasisfallwerts. Erst dann könne es um eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur gehen, für die die Bundesregierung zügig eine Auswirkungsanalyse vorlegen muss.

Für den Präsidenten ist das grundsätzliche Problem der Krankenhausreform, im Moment eine „Black Box" zu sein. Liest man den vorliegenden Entwurf, sei man danach kaum schlauer. „Die entscheidende Frage für uns ist, was die vorgeschlagenen Maßnahmen ganz konkret für die Städte, Landkreise und ihre Krankenhäuser bedeuten. Diese Antwort ist der Bund noch schuldig. Es gibt im Moment keine Analyse, was aber für ein so in die Lebenswirklichkeit der Menschen einschneidendes Gesetz selbstverständlich sein sollte."

Die Versorgung in der Fläche müsse nach wie vor aufrechterhalten werden. „Es darf unter keinen Umständen zum Regelfall werden, dass das nächste voll ausgestattete Krankenhaus 80 Kilometer weit weg ist. Im Moment ist dieses Szenario nicht ausgeschlossen. Gerade in dünn besiedelten Landkreisen braucht es Krankenhäuser, in denen man auch mit kleineren Beschwerden ambulant versorgt wird."

Freiheit bei den Krankenhausplanungen

In den ländlichen Räumen gebe es sehr leistungsfähige Krankenhäuser, die fachlich ebenso wie Häuser in Ballungsräumen in der Lage seien, zusätzliche medizinische Leistungen zu übernehmen. „Die darf man nicht schließen und Spezialbehandlungen nur noch in Großstadt-Kliniken anbieten. Das ginge an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. In den Landkreisen leben schließlich 68 Prozent der deutschen Bevölkerung", verdeutlichte Sager. Die Länder benötigten deshalb Freiheit in der konkreten Ausgestaltung über die Krankenhausplanungen, sonst drohe die Reform auf jeden Fall zulasten der ländlichen Räume zu gehen.

Berücksichtigung der Vorhaltekosten

Die stärkere Berücksichtigung von Vorhaltekosten bei der Finanzierung sei demgegenüber ein richtiger Ansatz. Die tatsächliche Ausgestaltung lasse allerdings nicht erwarten, dass es dadurch zu wesentlichen Verbesserungen gerade für Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung kommen werde. „Das Problem ist, dass es kaum Veränderungen für bedarfsnotwendige, aber besonders belastete Krankenhäuser in der Fläche geben wird. Die Vorhaltepauschalen müssten deshalb, um einen wirklichen Effekt zu haben, einen sehr viel höheren Anteil an der Finanzierung ausmachen."

Mit Blick auf die Liquiditätshilfen von bis zu 6 Mrd. Euro, die im Rahmen des Krankenhaustransparenzgesetzes zugesagt worden sind, erklärte der DLT-Präsident: „Wir können nicht nachvollziehen, wie der Bund auf diese Summe kommt. Denn diese Mittel werden nicht ausreichen, um einen kalten Strukturwandel zu verhindern. Der unkontrollierte Wegfall von Kliniken und Versorgungsleistungen muss aber unbedingt vermieden werden."

Allein die Landkreise müssten nach Schätzungen des Deutschen Landkreistags heuer 3 Mrd. Euro aufbringen, um als Krankenhausträger ihre Kliniken – also nicht private oder frei gemeinnützig betriebene – zu stützen. „Wir müssen Zeit gewinnen, um mit einer wohl überlegten und gesteuerten Strukturreform die Situation zu verbessern und nicht voreilig Porzellan zu zerschlagen", so Sager.

Mit zahlreichen Baustellen sehen sich die Landkreise auch beim Deutschlandticket konfrontiert. Sowohl bei der Einnahmeaufteilung als auch beim Defizitausgleich gehe es nicht voran und es müsse weiterhin auf Sicht gefahren werden. Wie das endgültige Finanzierungssystem aussieht, sei ebenfalls unklar. Präsident Sager zufolge „ist das für die Kunden, die kommunalen Aufgabenträger und die Verkehrsunternehmen ein unzumutbarer Zustand, der schleunigst beendet werden muss. Wir brauchen einen verlässlichen und auf Dauer angelegten Rechtsrahmen, der die deutschlandweite Anwendbarkeit des Tickets sicherstellt und Planungssicherheit schafft. Das gilt insbesondere für die finanziellen Fragen."

Nachdem das Deutschlandticket zum 1.5.2023 gestartet ist, sei es weiterhin in seinen wesentlichen Bestandteilen ein Provisorium. „Bei der Aufteilung der Einnahmen des Tickets verharren wir immer noch in der ersten Stufe, bei der jeder seine jeweiligen Erlöse behält. Das ist kein Dauerkonstrukt, sondern muss erst noch ein belastbares System werden. Bislang sind die damit einhergehenden Verwerfungen vor Ort noch nicht spürbar, aber künftig werden auf diese Weise die Anreize gehemmt, den ÖPNV weiter auszubauen, da die Einnahmen nicht vor Ort bleiben", stellte Sager fest und forderte, umgehend in die zweite Stufe der Einnahmeaufteilung nach Postleitzahlen einzusteigen.

Auch der Defizitausgleich, der bei dem auf 49 Euro begrenzten Preis an Bedeutung gewinnt, sei trotz vieler Bund-Länder-Gespräche eine weiterhin ungelöste Frage. Gesetzlich geregelt sei bislang nur, dass Bund und Länder bis 2026 jeweils 1,5 Mrd. Euro pro Jahr für den Ausgleich der Mindereinnahmen bereitstellen. Lediglich für 2023 bestand eine Nachschusszusage. „Weil das Ticket erst mitten im Jahr gestartet ist, hatten wir 2023 noch kein Finanzierungsproblem. Deshalb konnte auch im laufenden Jahr bislang auf eine Tarifanpassung verzichtet werden. Voraussetzung ist allerdings, dass die Restmittel aus 2023 für 2024 zusätzlich bereitgestellt werden, wofür die gesetzliche Grundlage nun zügig geschaffen werden muss."

Für 2025 und darüber hinaus sei die Situation vollständig ungeklärt. „Das Risiko liegt nach derzeitiger Rechtslage damit weiterhin allein bei den kommunalen Aufgabenträgern. Denn infolge ihrer Tarifvorgabe gegenüber den Verkehrsunternehmen sind sie in vollem Umfang ausgleichspflichtig und können sich insoweit nicht auf einen Haushaltsvorbehalt berufen. Der einzige Ausweg aus kommunaler Sicht ist daher ein gesetzlicher Anwendungsbefehl in den ÖPNV-Gesetzen der Länder, aufgrund dessen die Länder den Aufgabenträgern gegenüber zum Ausgleich verpflichtet werden", so Sager. Kommt dieser nicht, sei eine dauerhafte Teilnahme aller kommunalen Aufgabenträger an dem Deutschlandticket keinesfalls sichergestellt.

Auf Sicht fahren beim Deutschlandticket

Wie das endgültige Finanzierungssystem des Deutschlandtickets aussieht, sei insgesamt noch offen. Dazu gebe es derzeit nur eine grobe Vorstellung. In einer solchen Situation könne vorerst weiterhin nur „auf Sicht gefahren" und die Tarifvorgabe seitens der Aufgabenträger nur jeweils befristet verlängert werden. „Das ist für alle Beteiligten höchst unbefriedigend und belastend. In Anbetracht der finanziell unsicheren Situation ist dieses Vorgehen der Aufgabenträger aber die vernünftigste Variante", machte der DLT-Präsident abschließend deutlich. **DK**

Zur Europawahl:

Fünf Millionen Wahlbenachrichtigungen

Die AKDB druckt seit Jahren bei allen Wahlen auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene die Wahlbenachrichtigungen. Im Vorfeld der diesjährigen Europawahl erhalten mehr als fünf Millionen Menschen Wahlbenachrichtigungsbriefe von der AKDB.

Eine anspruchsvolle Aufgabe, diese Herausforderung in einem eng begrenzten Zeitfenster technisch zu meistern. 10,4 Millionen bayerische Bürgerinnen und Bürger sind am 9. Juni wahlberechtigt – so viele wie niemals zuvor, denn hier macht sich die Herabsetzung des Mindestwahlalters auf 16 Jahre bemerkbar. Mehr als die Hälfte davon erhalten ihre Einladung zur Wahl durch die AKDB: Im Druck- und Kuvertierzentrum in Bayreuth werden derzeit rund um die Uhr über fünf Millionen Wahlbenachrichtigungen gedruckt und kuvertiert. Die Systeme produzieren ins gesamt bis zu 60.000 Seiten und bis zu 20.000 Briefe pro Stunde. Das geschieht wieder mit Hilfe von Hightech-Produktionslaserdruckern, Hochleistungskuvertiermaschinen – und vor allem hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Dreischichtsystem. Diese leisten damit einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Durchführung demokratischer Wahlen.



Markus Förster, AKDB-Dienststellenleiter Bayreuth und Abteilungsleiter Rechenzentrums-Services und Partnermanagement (links), mit Peter Leicht, Leiter des Briefzentrums der Deutschen Post AG und DHL in Bayreuth. Bild: Deutsche Post AG

Hohe Briefwahlquote

Ende April wurden der Deutschen Post im Bayreuther Briefzentrum die ersten Benachrichtigungen für die Zustellung übergeben. Peter Leicht, Leiter des Briefzentrums der Deutschen Post AG und DHL in Bayreuth, sagte bei einem gemeinsamen Pressetermin mit Vertretern der AKDB: „Wir haben uns auf den Auftrag intensiv vorbereitet und sind uns unserer Verantwortung bewusst. Dabei freuen wir uns über die erneute sehr gute Zusammenarbeit mit der AKDB." Markus Förster, AKDB-Dienststellenleiter Bayreuth und Abteilungsleiter Rechenzentrums-Services und Partnermanagement, bestätigt: „Gemeinsam mit der Deutschen Post nehmen wir die Herausforderung an, in kurzer Vorlaufzeit die Wahlbenachrichtigungsbriefe zu drucken, zu kuvertieren und der Post zu übergeben. Innerhalb von nur drei Wochen kommen insgesamt 5,3 Millionen Wahlbenachrichtigungsbriefe aus dem Druck- und Kuvertierzentrum der AKDB. Die intensive Planung und gute Abstimmung mit der Deutschen Post sind uns dabei sehr wichtig."

Die Wahlbenachrichtigungen sind auch Grundlage für die hohe Briefwahlbeteiligung. Bei den letzten Wahlen erreichte die offizielle Briefwahlquote schon über 50 Prozent. Über einen auf dem Brief aufgedruckten QR-Code kann der Empfänger direkt mit dem Smartphone die Briefwahlunterlagen anfordern. ❒

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Anton Drexler
Gemeinde Wiesenfelden
am 19.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Ludwig Biller
Gemeinde Weiherhammer
am 4.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Michael Cerny
Stadt Amberg
am 16.5.

Bürgermeister
Hubert Mangold
Gemeinde Schwaigen
am 17.5.

Bürgermeister Hans Henninger
Markt Flachslanden
am 22.5.

Bürgermeister Werner Langhans
Markt Wendelstein
am 25.5.

Bürgermeister Josef Loferer
Gemeinde Schleching
am 30.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Zita Baur
Gemeinde Fellen
am 19.5.

Bürgermeister
Alexander Greulich
Gemeinde Ismaning
am 24.5.

Bürgermeister
Erwin Gerstlacher
Gemeinde Ried
am 25.5.

Landrat
Alexander Tritthart
Landkreis Erlangen-Höchstadt
am 4.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Reiter
Gemeinde Oberottmarshausen
am 27.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Volker Satzinger
Gemeinde Burgsalach
am 26.5.

Bürgermeister Thomas Löffler
Gemeinde Steinbach a. Wald
am 4.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

„Heimat.Erlebnistag“ 2024:

Geschichte und Traditionen der Region

Gemeinsam mit dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e.V. und den Bezirken fand zum zweiten Mal der bayernweite „Heimat.Erlebnistag“ statt. Mit Aktionen, Führungen und Vorträgen zu Heimatthemen konnten Bürgerinnen und Bürger ihre Heimat noch näher kennenlernen. Ehrenamtliche, Heimatpflegerinnen und Heimatpfleger, Geschichtsvereine und Feldgeschworene boten rund 280 Veranstaltungen an.

„Das Trachtenkulturzentrum im niederbayerischen Holzhausen lässt die Geschichte und Traditionen der Region aufleben. Seit mittlerweile fast zehn Jahren leistet es einen wertvollen Beitrag zur Erhaltung der bayerischen Trachtenkultur – insbesondere das Trachtenkulturmuseum lädt zu einer Reise durch die bayerische Lebensart ein. Auch heute ist mit der Ausstellung zu Kunsthandwerk und Gartengestaltung, dem musikalischen Unterhaltungs- und Kinderprogramm sowie der historischen Kegelbahn einiges geboten“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Eröffnung des „Heimat. Erlebnistag“ gemeinsam mit Niederbayerns Bezirkstagspräsidenten Dr. Olaf Heinrich, Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, und Geschäftsführer Dr. Rudolf Neumaier. Olaf Heinrich zufolge „gelingt eine Verknüpfung zwischen Herkunft und Zukunft vor allem dann, wenn wir in unserem Nahraum mit Traditionen, Bräuchen und den vielfältigen Angeboten der Heimatpflege in Kontakt kommen. Genau solche positiven Erlebnisse sind im Rahmen des ‚Heimat.Erlebnistages‘ möglich.“

Interessante Fachvorträge Ausstellungen und Aktionen

Zu Ehren seines 30-jährigen Jubiläums war auch der Kreisobstlehrgarten im oberbayerischen Sankt Wolfgang mit einem Tag der offenen Tür Bestandteil des „Heimat.Erlebnistag“. Dabei konnten die Besucher bei interessanten Fachvorträgen, spannenden Führungen und einem vielseitigen Kinderprogramm Bayerns (Obst-)Vielfalt hautnah erleben. Laut Rudolf Neumaier „ist im Kreisobstlehrgarten auf kleinem Raum zu lernen, was bayerische Kulturlandschaft ausmacht. Streuobstwiesen sind ein immer wieder blühender Teil unserer Heimat und ein wertvoller Lebensraum. Schön, dass das an einem Tag der offenen Tür erlebbar gemacht wurde.“

Die Ausstellung „WALDgeschichten Fichtelgebirge“ im Gerätemuseum in Arzberg-Bergnersreuth (Oberfranken) zeigte die Bedeutung des Waldes im Fichtelgebirge als Erholungs-, Naturschutz- und Wirtschaftswald. Sie machte die Magie, zugleich aber auch die Verletzlichkeit des Waldes sichtbar und beleuchtete die Entwicklung in der Region anhand der sich wandelnden Nutzungen. Beschäftigung mit dem Wald ist dabei aktueller denn je: Mehr und mehr ist insbesondere der Fichtelgebirgswald herausgefordert durch Hitze und Klimawandel. Besonders die Fichte leidet unter Wassermangel, hohen Temperaturen und dem Borkenkäferbefall. Dem gilt es mit verstärkter Holzernte, Waldverjüngung und neuen Baumarten entgegenzuwirken.

Enorme Bedeutung des Waldes

Oberfrankens Bezirkstagspräsident Henry Schramm hob die vielfältigen Funktionen des Waldes hervor: „Der Wald genießt bei uns in Oberfranken eine enorme Bedeutung – kein Wunder, sind doch fast 300.000 Hektar der Fläche Oberfrankens von Wald bedeckt“, so Schramm. Ihm sei es deshalb ein besonderes Anliegen, auf die Verletzlichkeit und Schutzbedürftigkeit der Wald- und Forstbestände hinzuweisen: „Leider zeigen sich die Folgen der klimatischen Veränderungen gerade in unseren Wäldern in zum Teil dramatischer Weise. Den Wald zu schützen ist deshalb dringend notwendig und ein direkter Beitrag für den Erhalt unserer oberfränkischen Heimat.“

Vorbildliche Geschichtsarbeit

Bei der Abschlussveranstaltung „Mühldorf – Heimat am Inn“ luden zahlreiche Führungen und Aktionen zur Erkundung der Kultur in der oberbayerischen Stadt ein. „Sie blickt auf eine über tausendjährige Geschichte zurück“, erläuterte Füracker. So konnten etwa die Katharinenkirche bei einer Einführung in die Geschichte der restaurierten Kirche samt Orgelkonzert und der Nagelschmiedturm bei einer Turmführung erkundet werden. Auch das Rathaus bot Führungen samt Schauspielszene an. Mit der Innfähre waren kostenlose Überfahrten möglich. Ebenso öffneten das Geschichtszentrum und das Museum ihre Türen. Wie Dr. Neumaier unterstrich, „macht Mühldorf mit seinem großartigen Kreismuseum und dem herausragenden Stadtarchiv eine vorbildliche Geschichtsarbeit. Beim ‚Heimat-Erlebnistag‘ haben die heimischen Historiker wieder einmal bewiesen, dass sich lokale Identität hervorragend durch Geschichte vermitteln lässt.“ **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

am 9. Juni werden die politischen Weichen für die Europäische Union und somit auch für die Zukunft unserer bayerischen Kommunen gestellt. Mobilisieren Sie jetzt unsere Kommunalpolitiker für die Europawahl 2024 und stimmen Sie für ein Europa, das unsere bayerischen Kommunen stärkt.

So finden Sie im nachfolgenden fünf Argumente für die CSU zur Europawahl aus kommunalpolitischer Perspektive.

Stimmen Sie für ein Europa, das die kommunale Selbstverwaltung stärkt – ein Europa, das mehr rechtliche Freiräume für die Kommunen schafft, die politische Eigenverantwortlichkeit der kommunalen Ebenen unterstützt und auf die Leistungsbereitschaft der kommunalen Verantwortungsträger vor Ort setzt.

Kommunalpolitischer Wahlaufruf zur Europawahl 2024

Stimmen Sie für ein Europa, das Sicherheit und Ordnung garantiert – ein Europa, das unsere Bürger vor Kriminalität, Krieg und Terrorismus schützt und die Belastungen der irregulären Migration dauerhaft abmildert.

Stimmen Sie für ein Europa, das Wohlstand und Wachstum fördert – ein Europa, das unnötige Bürokratie verhindert, regionale Wirtschaftskreisläufe fördert und das europäische Vergabe- und Beihilferecht für Kommunen vereinfacht.

Stimmen Sie für ein Europa, das Gemeinschaft und Lebensqualität ermöglicht – ein Europa, das Städtepartnerschaften lebt, kommunale Leuchtturmprojekte fördert und die Entwicklung unserer Innenstädte und Dorfkerne ermöglicht.

Stimmen Sie für ein Europa, das die kommunale Daseinsvorsorge sicherstellt – ein Europa, das den Ausschuss der Regionen stärkt, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land gewährleistet und die Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben ermöglicht.

Ihre Stimme für die CSU ist eine Stimme für ein Europa der Mitte und für eine starke kommunale Stimme in Brüssel und Straßburg.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bayerischer Heilbäder-Verband:

In wenigen Schritten zur Kur

Rund 100 Vertreterinnen und Vertreter aus den Kurorten Bayerns informierten sich bei der Frühjahrstagung des Bayerischen Heilbäder-Verbandes (BHV) in Bad Endorf über die weitere Digitalisierung in den Heilbädern und Kurorten. Als Festrednerin hieß der BHV-Vorsitzende, Landrat Peter Berek (Wunsiedel), Bayerns neue Gesundheitsministerin Judith Gerlach willkommen.

Die bayerischen Heilbäder und Kurorte gehen mit einem bundesweit einmaligen Service online: Ab sofort können Patientinnen und Patienten online einen Kurantrag ausfüllen und auch den Kurort ihrer Wahl aussuchen. Auf der Frühjahrstagung präsentierte der BHV die neue Homepage www.gesundes-bayern.de. „Mit dem digitalen Kurantrag, unserer sogenannten Kur auf Klick, beschreiten wir deutschlandweit Neuland. Und wir beweisen wieder einmal unsere Innovationsstärke“, hob Vorsitzender Berek hervor.

Die neue Homepage bietet für Interessierte einen kurzen, digitalen Weg zur ambulanten Vorsorgeleistung. „Jeder, der eine Kur beantragen will, macht beim Menüpunkt digitaler Kurantrag sein Kreuzchen, dann öffnet sich das übersichtliche Menü“, erläuterte Berek. „Der Patient oder die Patientin gibt die Krankenkasse ein, und sofort erscheint der Kurantrag der jeweiligen Kasse.“ Alle wesentlichen Informationen, wie etwa Ziel der Kur, die Beschwerden und die bisherigen Therapien würden eingetragen. Am Ende könne jeder den Antrag an seine Hausarztpraxis mailen. Dort werde er dann mit den nötigen Patientendaten versehen und fertiggestellt.

Ambulante Vorsorgeleistung ist gesetzliche Pflichtleistung

Obwohl die ambulante Vorsorgeleistung inzwischen gesetzliche Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen ist, gibt es diese Kuren nach Bereks Auffassung noch zu selten. Für 2023 wurden bayernweit 10.745 ambulante Vorsorgeleistungen registriert, mehr als 700 weniger als im Vorjahr. Das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft, Forsten und Tourismus förderte den Digitalen Kurantrag mit 100.000 Euro und habe damit das Projekt erst ermöglicht, so der BHV-Chef.

Laut BHV-Geschäftsführer Frank Oette werden die Heilbäder und Kurorte die Digitalisierung weiter vorantreiben. „Insgesamt wollen wir mit der neuen Homepage und den effektiven Marketing-Maßnahmen die Präventionsangebote in unseren kompetenten Kur- und Heilbädern mit ihren natürlichen ortsgebundenen Heilmitteln stärken und die Fallzahlen der ambulanten Leistungen steigern.“

Thomas Jahn, Bad Aiblinger Kurdirektor und Vorsitzender des Marketing-Ausschusses im BHV, verwies auf die umfangreichen Angebote auf der neuen Homepage. „Wir haben unseren Symptomchecker, der den Patienten erste Hinweise auf mögliche Erkrankungen gibt. Und mit unserem Gesundheitsfinder kann sich jeder seinen gewünschten Kurort mit den jeweiligen Dienstleistern wie Kurbetriebe oder Kliniken suchen. Er wird sofort dorthin verlinkt und kann gleich Gesundheitsprogramme oder seine ambulanten Vorsorgeleistungen buchen. Auch Informationen zu einem möglichen Gesundheitsurlaub sind auf der Seite. Insgesamt haben wir damit ein einmaliges digitales Angebot geschaffen.“

Gesundheitsvorsorge Prävention und Rehabilitation

Bayerns Gesundheits- und Präventionsministerin Judith Gerlach warb bei der Frühjahrstagung für das Thema Gesundheitsvorsorge: „Prävention und Rehabilitation sind sehr wichtig. Sie sind ausschlaggebend dafür, dass wir heute im hohen Alter gesünder und fitter sind als die Generationen vor uns.“

Bedeutender Wirtschaftsfaktor

Dazu leisteten auch die bayerischen Kurorte und Heilbäder einen wichtigen Beitrag. Mit etwa 1,3 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung im Jahr 2017 seien Bayerns Kurorte und Heilbäder nicht nur ein bedeutender Faktor in der Gesundheitswirtschaft, sondern auch für den Tourismus. Die aktuellen Umsätze überträfen sogar die Werte vor der Corona-Pandemie. „Dies zeigt: Die Branche hat sich deutlich erholt und ist attraktiver denn je.“ **DK**

OB-Barometer 2024:

Kommunale TOP-Themen

Laut OB-Barometer 2024, der repräsentativen Jahresbefragung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), ist „Kommunalfinanzen“ das aktuell beherrschende Thema der Kommunen – dicht gefolgt vom TOP1-Thema 2023 „Geflüchtete“. Die Klimathematik hat 2024 an Bedeutung verloren.

Auch 2024 müssen die Kommunen mit verschiedenen Krisenfolgen gleichzeitig umgehen. Denn die Rahmenbedingungen haben sich auf der kommunalen Ebene nicht grundlegend verändert. Laut OB-Barometer des Difu nennen die Stadtspitzen im Jahr 2024 – erstmals seit 2015, dem Beginn der jährlichen Difu-Befragung – das Thema „Finanzen“ als aktuell wichtigstes Handlungsfeld für die eigene Stadt. Auf den weiteren Plätzen folgen die Themen „Unterbringung und Integration von Geflüchteten“, „Wohnungsbau und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ sowie die „Klimathematik“, die die (Ober)Bürgermeisterinnen und -bürgermeister (OBs) zugleich mit Aufgaben wie Energiepolitik und Wärmewende verknüpfen.

Wachsender Ausgabendruck

Geht es um den Blick in die Zukunft, also die künftig wichtigsten Aufgaben, so wird die Klimathematik wieder weit vorn genannt – aktuell scheint sie von drängenderen Aufgaben überlagert zu sein.

„Das OB Barometer 2024 macht deutlich, dass die OBs im Vergleich zu den Vorjahren noch mehr die Finanzlage und die Haushaltskonsolidierung als wichtiges Thema auch für die Zukunft ansehen. Dementsprechend werden Fragen der Finanzverteilung zwischen den staatlichen Ebenen und steigende Ausgaben in den nächsten Jahren ein Thema bleiben. Gleiches gilt für die Aufnahme, Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen als kommunale Daueraufgabe“, so Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl.

Bei der Frage nach den krisenbedingt größten Herausforderungen stehen die Investitionen für Klimaschutz und Klimaanpassung auf Platz 1. Dazu gehören auch die Anforderungen, denen die Kommunen durch die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes gegenüberstehen, u.a. die Erarbeitung einer kommunalen Wärmeplanung.

Als fast ebenso große Herausforderungen sehen die OBs die Aufgabe, ihre Innenstädte attraktiv und zukunftsfähig zu machen und in die Mobilitätswende zu investieren – all diese Erfordernisse hängen eng miteinander zusammen. Hinzu kommen die Herausforderungen durch die Unterbringung von Geflüchteten, die mit einer hohen Belastung der Ausländerbehörden verknüpft sind.

Diese vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen fordern die Kommunen finanziell erheblich. Sie stehen unter wachsendem Ausgabendruck, der sich durch weiter steigende Sozialausgaben verschärft. Dies erklärt auch, warum die OBs in diesem Jahr Finanzfragen als das wichtigste Thema für die eigene Stadt nennen und die Finanzpolitik der Bereich ist, in dem sie am dringendsten Unterstützung durch die Länder, den Bund oder die EU einfordern. Fast ebenso wichtig ist den Stadtspitzen trotz aller schon getroffenen Vereinbarungen, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Flüchtlingspolitik zu erreichen. Städte und Gemeinden sind bei der Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen an ihrer Belastungsgrenze angelangt und werden hier auch in den kommenden Jahren intensiv gefordert sein.

Innenstadtentwicklung

Das OB-Barometer des Difu zeigt, dass 2024 vorrangig die Handlungsfelder Finanzen, Geflüchtete, Klima und Wohnen die kommunale Agenda bestimmen. Aber auch das Thema Innenstadtentwicklung hat in der diesjährigen Befragung wieder an Bedeutung gewonnen, sicher auch ausgelöst durch die aktuelle Situation beim Warenhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof. Diese wird in einer Reihe von Städten zu Kaufhausschließungen führen. Es stellt sich daher die Frage der Nachnutzung. www.difu.de/OB-Barometer. ❐

8.000 Besucher beim „Fest für die Demokratie“ im Landtag

Großes Interesse an der Arbeit des Parlaments

Insgesamt kamen rund 8.000 Besucherinnen und Besucher zum Tag der offenen Tür ins Maximilianeum. Landtagspräsidentin Ilse Aigner zeigte sich erfreut: „Wir sind ein offenes Haus für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns – und das haben wir mit großem Stolz und herausragendem Erfolg gezeigt: Der Tag der offenen Tür war ein Fest für die Demokratie!“

Der Andrang war von Beginn an groß: Beim ersten Tag der offenen Tür im Bayerischen Landtag seit 2016 standen die Bürgerinnen und Bürger schon am Morgen an den Toren des Maximilianeums. Insbesondere bei den Begegnungen und Fragestunden mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner, den Vizepräsidenten Tobias Reiß (CSU), Ludwig Hartmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Markus Rinderspacher (SPD) sowie Landtagsdirektor Peter Worm war der Plenarsaal immer wieder aufs Neue komplett gefüllt.

Auch das Programm der Fraktionen im Bayerischen Landtag mit der Möglichkeit zu direkten Gesprächen mit den Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden war sehr gut besucht.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Ich habe unzählige gute Gespräche geführt und bin kaum durch die Gänge gekommen, weil so viele Menschen in den Bayerischen Landtag gekommen sind. Das freut mich sehr. Für dieses Interesse an unserer, an Ihrer Demokratie kann ich mich nur bedanken.“ ❐

Bayerische Forderungen:

„Zehn Punkte für Europa“

In der kommenden Legislaturperiode muss sich die EU auf ihre Stärken besinnen: Wohlstand sichern, Wettbewerbsfähigkeit stärken, Sicherheit und Freiheit garantieren und Ernährungssicherheit durch kluge Landwirtschaftspolitik gewährleisten. Hierfür sind unkomplizierte und pragmatische Lösungen gefragt. Um dies zu gewährleisten, fordert der Ministerrat folgende „Zehn Punkte für Europa“:

- 1. Jetzt einen „Economic Deal“, der sich am Dreiklang „technologieoffen, wissenschaftsbasiert, innovationsgetrieben“ orientiert
- 2. Ausreichend Energie zu angemessenen Preisen. An der einheitlichen deutschen Stromgebotszone darf nicht gerüttelt werden
- 3. Neue Ideen für eine gezielte Arbeitsmigration nach Europa
- 4. Unternehmerische Freiheit statt Dirigismus
- 5. Ein Europa, das die Landwirtschaft wertschätzt
- 6. EU als Sicherheitsversprechen
- 7. Rasche Umsetzung des neuen Gemeinsamen Asylsystems
- 8. EU-Erweiterung: Fördern, fordern, Werte bewahren
- 9. Stabile Finanzen - klares Nein zu neuen EU-Schulden
- 10. Ein Europa lebendiger Regionen. **DK**

Europa beginnt in …

(Fortsetzung von Seite 1)
cherheitsrisiko anerkennen und wirksame Maßnahmen zu ihrer spürbaren Reduzierung ergreifen. Es gelte, deutsches Recht an einigen Stellen an europäisches Recht anzupassen. Freiwillige Aufnahmeprogramme müssten umgehend gestoppt und der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten beendet werden.

Weitere Länder müssten als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Zudem seien Leistungen – gerade für Ausreisepflichtige – zu reduzieren. Ohnehin gestalte sich die Integration in den Arbeitsmarkt immer schwieriger, monierte Ferber. Deutschland sei das Land mit der geringsten Erwerbsmöglichkeit von Ukraine-Flüchtlingen. Wenn nur noch die finanzielle Förderung im Mittelpunkt steht, reduziert dies deutlich den Anreiz, zu arbeiten“, stellte der MdEP fest.

Keine Vergemeinschaftung von Bankenrisiken

Ein Schritt in die falsche Richtung ist aus seiner Sicht auch die Zustimmung des EP-Wirtschaftsausschusses für eine Vergemeinschaftung der europäischen Einlagensicherung. Dies mit der Bankenunion gleichzusetzen, sei ein Fehler. Der CSU-Europaabgeordnete fordert, dass eine Reduzierung von Bankenrisiken Vorrang vor deren Vergemeinschaftung haben muss: „Wir müssen zunächst bestehende Risiken abbauen, bevor wir überhaupt über weitere Schritte nachdenken. Dafür braucht es einerseits den politischen Willen, andererseits aber auch einfach mehr Zeit.“

Kritik übte Ferber auch an der neuen Europäische Luftqualitätsrichtlinie, verbunden mit neuen Grenzwerten für Luftschadstoffe ab 2030. Fakt sei, dass sich die Luftqualität in der EU in den vergangenen Jahren deutlich verbessert habe. Die Verschärfung von CO2-Flottengrenzwerten, EURO-7-Abgasnormen und Luftqualitätsstandards blende die Realität in den Kommunen völlig aus und stelle eine massive Belastung für Verbraucher dar.

Grenzwerte jenseits der Lebenswirklichkeit

Derart strikte Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxid mögen zwar prinzipiell gut gemeint sein, könnten aber zu einem Fahrverbot in vielen Innenstädten Deutschlands führen oder gar zu einem de facto Verbot des Dieselmotors durch die Hintertür. Eine derartige Verbotspolitik hätte gravierende Konsequenzen für die Kommunen, die nun gezwungen seien, mitten in der Krise im Eiltempo Busse oder Müllabfuhrwägen durch eine neue Fahrzeug-Generation zu ersetzen. „Nach den neuen WHO-Standards, deren Werte lediglich empfehlenden Charakter haben, hält selbst ein Elektrobus die vorgegebenen Grenzwerte nicht mehr ein. Dies hat mit der Lebenswirklichkeit nichts mehr zu tun. Damit käme der Öffentliche Verkehr zum Erliegen. Ökonomisch und politisch ist dies keine Option und für ein Land wie Bayern ein Todesurteil, weshalb die EVP-Fraktion die Vorgaben abgelehnt hat“, erklärte Ferber. Nun hoffe man auf eine Nachjustierung und entsprechende Korrekturen.

Digitaler Euro: Kein Mehrwert

Viele Fragen bleiben auch in Sachen digitaler Euro offen. Sein konkreter Mehrwert sei für den Bürger nicht erkennbar. Dass es Zweifel am Nutzen eines digitalen Euro gibt, liege auch daran, dass es in Europa bereits heute leistungsfähige Zahlungssysteme gibt. Wenn Sofortüberweisungen bald der neue Standard seien, gebe es keine offensichtliche Lücke, die ein digitaler Euro schließen muss. Kein Zweifel dürfe daran aufkommen, dass der digitale Euro Bargeld zwar ergänzen, es aber nicht ersetzen darf. Bargeld werde auch in Zukunft gebraucht.

Ferbers Fazit: „Es gilt, die Kernkompetenzen der EU zu stärken und die überbordende Regelungsflut und Eingriffe in die Kommunale Selbstverwaltung zurückzunehmen. So werden sich wieder mehr Menschen dem europäischen Projekt zuwenden. Der anhaltende russische Überfall auf die Ukraine und der terroristische Überfall auf Israel sowie die andauernde Flüchtlingskrise erfordern von den 27 europäischen Mitgliedstaaten gemeinsame Antworten.“ **DK**

Strategische Nachhaltigkeit:

Hof setzt auf die Ziele der Agenda 2030

Mit Blick auf globale Herausforderungen wie Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit sehen sich Städte, Gemeinden und Landkreise zunehmend in der Verantwortung, für eine nachhaltige Entwicklung einzutreten. Ein Beispiel hierfür ist die Stadt Hof, die als 250. Kommune die Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet hat. Doch warum ist dieses Engagement vor Ort im Rahmen der kommunalen Entwicklungspolitik so bedeutend? Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Stadt Hof? Und welche Rolle spielen dabei die Bürgerinnen und Bürger?

„Auf Wunsch der Oberbürgermeisterin befasst sich die Stadtverwaltung bereits seit geraumer Zeit mit der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 innerhalb der Verwaltung“, erklären Hofs Klimamanager Ute Fischer und Johannes Groß. Die Agenda 2030 ist ein internationales Rahmenwerk mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, auch bekannt als Sustainable Development Goals (SDGs). Sie wurde im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen beschlossen. Kommunen wie Hof spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, diese nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen.

Warum kommunale Entwicklungspolitik?

Die Welt ist in hohem Maße vernetzt, daher lautet die Frage nicht mehr: „Was haben Armut, soziale Ungleichheit oder Wasserknappheit mit uns zu tun?“ Sondern: Wie wollen Kommunen Verantwortung übernehmen? Mit dem Engagement in der kommunalen Entwicklungspolitik soll die Welt ein Stück nachhaltiger und gerechter gestaltet werden. Eine Möglichkeit ist die Ausrichtung der eigenen Kommunalentwicklung an den universellen Zielen der Agenda 2030 und eine Lokalisierung der SDGs vor Ort. Der Schutz des Klimas oder die Bewahrung der Biodiversität müssen vor Ort angepackt werden, um weltweit Wirkung zu entfalten.

Die globalen Herausforderungen sind drängend, Abwarten ist keine Option. Und ohne die Kommunen geht es nicht, denn dann könnten schätzungsweise 65 Prozent der 169 Unterziele der Agenda 2030 nicht erreicht werden. Die Nähe der Kommunen zum Leben der Menschen macht sie zu einem idealen Ort für gemeinsame Projekte im Sinne der Agenda 2030. Wie also loslegen?

Hof geht voran: Von der Theorie zur Praxis

Das Unterzeichnen der Musterresolution, wie es das oberfränkische Hof nach dem Beschluss im Stadtrat am 11.03.2024 gemacht hat, ist für viele ein bewährter Start ins Engagement. Mit der Resolution bekennen sich die Kommunen dazu, sich für eine generationengerechte und zukunftsfähige Entwicklung sowohl vor Ort als auch global einzusetzen.

Die Stadt Hof plant passend zu SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ die Umnutzung von zwei innerstädtischen Gewerbebrachen zu klimaneutralen und klimaresilienten Wohnquartieren. Im Einklang mit SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ stehen bei der Überarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Themen wie Klimaanpassung und klimafreundliche Wärmeversorgung im Mittelpunkt. Mit nachhaltiger Beschaffung und weiteren Maßnahmen will Hof SDG 12 „Nachhaltiger Konsum und Produktion“ umsetzen.

„Es ist uns ein großes Anliegen, die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an in Planungen aktiv einzubinden“, sagen Fischer und Groß. Dies wird durch Workshops realisiert, wie sie etwa bei der Entwicklung des Klimaschutzkonzepts stattfinden.

Unterstützung durch SKEW

Interessierte Kommunen können in Einstiegsseminaren der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global erfahren, welche entwicklungspolitischen Aktivitäten am besten zu ihnen passen – von der fairen Beschaffung über kommunale Partnerschaften mit dem Globalen Süden bis hin zur umfassenden kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie. Neben Vernetzung bietet die SKEW individuelle Beratung und Fördermittel für Projekte und/oder Personal vor Ort und im Globalen Süden. Für die Umsetzung der Agenda braucht es vereinte Kräfte. Deshalb sind alle Kommunen eingeladen, es der Stadt Hof nach zu tun und sich auf den Weg zu machen. Die SKEW unterstützt dabei. ❐



Global nachhaltiges Hof: Oberbürgermeisterin Eva Döhla (r.) steht persönlich hinter der Agenda 2030 und den 17 Zielen. Bild: Stadt Hof

Weitere Informationen

Ihre Kommune möchte sich entwicklungspolitisch engagieren und Sie wünschen eine individuelle Beratung? Das nächste Online Einstiegsseminar findet am Mittwoch, den 11. September 2024 von 9:30 – 12 Uhr statt. Weitere Informationen finden Sie hier https://skew.engagement-global.de/einstiegsseminar-kommunale-entwicklungspolitik.html oder scannen Sie den QR-Code!

Kontakt

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
+49 228 20 717-2670
info@service-eine-welt.de
https://skew.engagement-global.de

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. ❐

Fit für kommende …

(Fortsetzung von Seite 1)
wicklung Oberpfalz und weiteren Fördergeldgebern demonstriert. In den vergangenen Jahren sind nicht nur Ferienwohnungen entstanden, sondern auch ein Eventstadel, ein Mühladen und ein Café. Und die Planungen gehen weiter.

Zentraler Bestandteil der Dorferneuerung Zedtwitz war bereits von 2004 bis 2016 die Belebung der Dorfmitte. 2018 ergab eine Bürgerbefragung, dass sich die Zedtwitzer dringend eine fußläufige Einkaufsmöglichkeit, aber auch einen Treffpunkt im Dorf wünschen. In einem leerstehenden Dreiseithof entstanden ein neuer Dorfladen und ein modernes Café.

Dorfladen

Gut entwickelt hat sich der Dorfladen in der kleinen Gemeinde Neusitz vor den Toren Rothenburgs. Der Nahversorger, ein jahrelanger Herzenswunsch der Neusitzer, hat seit Juli 2023 geöffnet. Mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, Wärmegewinnung durch eine Luft-Wasser-Wärmepumpe sowie einer modernen Kühl- und Wärmerückgewinnungsanlage ist der Dorfladen in dem ehemaligen leerstehenden TÜV-Gebäude auch energetisch gut für die Zukunft aufgestellt.

In der Kategorie „Herausragende Einzelleistungen zur Stärkung des ländlichen Raums im Bereich: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel – Landschaftswasserhaushalt“ werden dieses Jahr die Flurneuordnung Erkheim (Lkr. Unterallgäu) und die boden:ständig-Projekte Haubach (Lkr. Rhön-Grabfeld), Mühlhausen (Lkr. Kelheim) und Pelhamer See (Lkr. Rosenheim) mit jeweils einem Staatspreis ausgezeichnet.

Bachmuschel, Kiebitz und Goldhahnenfußarten kehren wieder ins „Wasenmoos“ zurück. Durch gezielte Pflegemaßnahmen wurde der weitere Artenschwund gestoppt. Gemeinsam fanden der Markt Erkheim, die Untere Naturschutzbehörde, der Bund Naturschutz, der Bayerische Bauernverband und betroffene Grundstückseigentümer kluge Lösungen. Flurstücke wurden erworben und neu geordnet, Flachtümpel angelegt, Randbereiche am Haselbach aufgeweitet, kräuterreiche Wiesen in den Randzonen angesät sowie Fichtenbestände entbuscht und in moortypische seggen- und binsenreiche Nasswiesen umgewandelt.

Initiative ‚boden:ständig‘

Seit längerem prägen Trockenphasen mit negativen Folgen für Landwirtschaft und Trinkwasserversorgung den Grabfeldgau. Hinzu kommen nitrat- und phosphatbelastete Abflüsse aus Drainagen, die in Bäche gelangen und letztlich das Trinkwasser belasten. In der Initiative ‚boden:ständig‘ arbeiten Kommunen, Landwirte und zahlreiche Fachbehörden engagiert zusammen. Bereits einfache Dinge wie Pufferstreifen oder Blühflächen sind hilfreich. Ein Schwerpunkt rund um den Haubach sind zwei aufwändige Biofilterbecken, die den Schadstoffeintrag vermindern und bei Starkregen das Schwemmwasser zurückhalten.

Immer wieder haben die Bürgerinnen und Bürger in Mühlhausen mit verheerenden Auswirkungen bei Starkregen zu kämpfen. Die Fluren um den Ort sind durch seine Lage in der Hallertau vor allem von Hopfenanbau und Spargelfeldern geprägt, der Boden besteht überwiegend aus feinem Sand. Mithilfe der Initiative boden:ständig wurde der Schutz des Ortes bei Starkregen ganzheitlich angegangen. Abflussmulden, Rückhaltebecken und ein Damm halten nun Wasser und Schlamm auf, bevor sie den Ort erreichen. Und die Planungen gehen weiter.

Für bessere Gewässerqualität

Damit der Pelhamer See eine bessere Gewässerqualität erreicht und diese auch langfristig gesichert werden kann, wurde ein boden:ständig-Projekt gestartet und die Flurneuordnung Pelhamer See eingeleitet. Gemeinsam mit den Landwirten, der Wasserwirtschafts- und Landwirtschaftsverwaltung wurden viele kleine Maßnahmen umgesetzt, wie etwa der Bau eines Rückhaltebeckens oder die Aktion Mehr Grün, bei der die Pflanzung von Bäumen und Sträuchern den Bodenschutz verbessert und die Erosion verringert. Die ingenieurökologische Maßnahme am Doblbach hat bereits den ersten Starkregen erfolgreich überstanden.

Der Innovationspreis geht in diesem Jahr an die ILE Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach (AOVE) im Landkreis Amberg-Sulzbach für die Aktion „Sag wAS“. Mit diesem Beteiligungsformat für Jugendliche und mit der geplanten Gründung des „Regionalwerks Amberg-Sulzbach“ geht die AOVE den Weg voran in Richtung Mitbestimmung, aber auch in Richtung lebenswerte Region und Versorgungssouveränität. **DK**



V.l.: Antisemitismusbeauftragter Dr. Ludwig Spaenle, Präsidentin Eva Haller und Sozialministerin Ulrike Scharf. Bild: StMAS/Schäffler

Gemeinsam gegen Radikalisierung und Antisemitismus

Erfolgreiche Präventionsarbeit muss sich den technischen und digitalen Entwicklungen, wie der in der KI, anpassen. Deshalb lud die Europäische Janusz Korczak Akademie (EJKA) gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) zu einem Expertenkreis mit Fachkräften, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein. Dazu betont Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf: „Radikalisierung, Extremismus und Antisemitismus sind allgegenwärtig. Als Gesellschaft müssen wir uns gemeinsam für Freiheit und Toleranz einsetzen! Prävention und die Weiterentwicklungen von Maßnahmen gegen jede Form von Extremismus und Antisemitismus unterstützen wir mit ganzer Kraft. ❐



Der Kreis Heinsberg macht sich krisenfest. Die integrierte Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises verbindet alle wichtigen Themen von nachhaltigem Konsum bis hin zu Mobilität. So wird man zukunftssicher.
Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für lokale Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de

1.000 Schulen für unsere Welt:

Bildung als Sprungbrett in ein besseres Leben

Der Münchner Stadtrat Hans Hammer baut gemeinsam mit seiner Familie und seinem Unternehmen eine Schule in Tansania

Die Bayerische GemeindeZeitung berichtet kontinuierlich über die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“, deren federführender Initiator der Herausgeber der Bayerischen GemeindeZeitung, Landrat Stefan Rößle (Landkreis Donau-Ries), ist. In seiner Funktion als bayerischer Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) hat er das Projekt mittlerweile erfolgreich in alle kommunalen Spitzenverbände weitergetragen. Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag und dstgb – mit ihren Landesverbänden – unterstützen inzwischen weltweit Schulprojekte, vor allem aber im globalen Süden. Im August 2023 hat der Münchner Stadtrat Hans Hammer gemeinsam mit seiner Familie eine Schule in Tansania ihrer Bestimmung übergeben. Mit ihm sprach die GZ über die Hintergründe.

GZ: Herr Hammer, was hat Sie und Ihre Familie veranlasst eine Schule in Tansania zu bauen?
Hans Hammer: *Egal wo auf der Welt: Der Schlüssel für zukünftigen Wohlstand ist Bildung. Wenn wir Menschen aus der Armut helfen wollen, müssen wir Bildungsmöglichkeiten schaffen. Unsere Familie und unser Unternehmen haben eine enge Verbindung mit Afrika. Bereits in den 1960er Jahren wurde ein Entwicklungshilfeprojekt ins Leben gerufen. Die Entstehung dieser Schule in Tansania verdanken wir jedoch eher dem Zufall.*

Während einer Familienreise – mit dem Ziel, meine vier Kinder für die Lebensrealitäten weniger privilegierter Menschen zu sensibilisieren – stießen wir durch Missio auf eine Grundschule, geleitet vom Orden der Rosminianer, bei der wir vor Ort mitarbeiten durften. Das Engagement der Aktiven vor Ort hat uns so sehr beeindruckt, dass wir gefragt haben, an welcher Stelle wir langfristige Hilfe leisten können. So entstand die Idee eine weiterführende Schule einzurichten, die die Schülerinnen und Schüler auf die Universität bzw. das College vorbereitet.

GZ: Können Sie finanzielle Größenordnungen nennen?
Hammer: *Bislang wurden 375.000 Euro in die Infrastruktur investiert, einschließlich Gebäuden, Klassenzimmern, sanitärer Einrichtungen und Laborräumen. Die Gesamtinvestition wird sich auf 550.000 Euro belaufen. Die Schule ist für bis zu 400 Schülerinnen und Schüler ausgelegt. Derzeit, während die ersten Jahrgangsstufen erst aufgebaut werden, sind 50 Schülerinnen und Schüler eingeschrieben.*

GZ: Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit dauerhafter Schulbetrieb möglich ist?
Hammer: *Wir legen unseren Fokus auf die Bereitstellung einer soliden Infrastruktur, während die Schule sich selbst tragen muss. Wir erhalten keine fortlaufenden staatlichen Zuschüsse. Daher sind wir auf engagierte Lehrkräfte vor Ort und eine aktive Elternschaft angewiesen, die die Schule mit Leben erfüllen. Es ist mir besonders wichtig zu betonen, dass wir keine externen Strukturen implementiert haben. Diese Schule entwickelt sich organisch aus sich selbst heraus. Der Orden der Rosminianer unterstützt uns bei der Kommunikation vor Ort und kümmert sich um administrative Belange.*

GZ: Welche Partner haben Sie dabei unterstützt?
Hammer: *Große Unterstützung haben wir durch den Orden der Rosminianer und Missio erfahren. Durch Missio wurden unsere Gelder unentgeltlich nach Afrika transferiert und Spendenquittungen ausgestellt. Besonderer Dank gebührt unseren großzügigen Spendern, darunter die Peter-Osypka-Stiftung, der Rotary Club München-Königsplatz, die Hammer AG sowie zahlreiche Freunde. Ohne ihr Engagement wäre dieses Projekt niemals realisiert worden.*

Und natürlich freuen wir uns über jede weitere Spende, die den Bau der neuen Kantine sowie die Erweiterung der Schule sicherstellt. Die Verbindung für das Spendenkonto ist IBAN: DE96 7509 0300 0800 0800 04 bei der LIGA Bank (BIC: GENODEF1M05), Verwendungszweck: 54787-1146: Rosminian Fathers / Fam. Hammer.



Das Ehepaar Hans und Chantal Hammer inmitten der Ordensleute bei der Einweihung der Schule im August 2023. Bild: Hammer AG

1.000 Schulen für unsere Welt

GZ: Haben Sie sich evtl. einer bestehenden Organisation angeschlossen?
Hammer: *Zu unseren Spendern gehört auch Landrat Stefan Rößle aus dem Landkreis Donau-Ries und daher sind wir auch eine der „1.000 Schulen für unsere Welt“.*

GZ: Was ist das Konzept Ihrer Schule? Halten Sie auch künftig Kontakt?
Hammer: *In unserer Schule werden Mädchen und Jungen gemeinsam unterrichtet. Wir verfolgen einen inklusiven Ansatz, soweit dies in Afrika möglich ist. Das bedeutet, dass wir Kinder aufnehmen, die sonst möglicherweise vor Herausforderungen stünden, wie zum Beispiel Albino-Kinder. Zudem stehen wir in engem Austausch, da unser Projekt noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Die Kantine muss noch fertiggestellt werden; sie befindet sich derzeit in einem provisorischen Zustand. Ebenso fehlt noch eine Bibliothek, und wir planen den Bau von Schlafsälen, damit Kinder aus dem Hochland und von weiter entfernten Orten unsere Schule besuchen können.*

Des Weiteren streben wir die Einführung eines Stipendiatenprogramms an, um Familien, die sich die Schulgebühren nicht leisten können, die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder zu uns zu schicken. Es ist uns wichtig zu betonen, dass wir nicht dauerhaft für den laufenden Schulbetrieb aufkommen können; die Schule muss sich selbst tragen. Dennoch möchten wir sicherstellen, dass einzelne Kinder die Chance erhalten, unsere Schule zu besuchen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation.

GZ: Sie sind als Bauingenieur in der Projektentwicklung tätig und arbeiten mit Bauunternehmen eng zusammen. Sie haben nun erlebt, wie ein Schulgebäude in Ostafrika erstellt wurde. Im Rückblick: Gibt es etwas, was Deutschland sich abschauen könnte?
Hammer: *Definitiv ja, denn wir müssen nicht immer Goldstandard bauen. Durch eine Reduzierung unserer Anforderungen und Vorschriften könnten wir erheblich kostengünstiger bauen, und dennoch würde alles einwandfrei funktionieren.*

GZ: Auch die Stadt München engagiert sich in der kommunalen Entwicklungshilfe. Warum ist das wichtig?
Hammer: *Insbesondere Humanisten sollten anderen Ländern die Möglichkeit für Entwicklung eröffnen, weshalb kommunale Entwicklungshilfe von großer Bedeutung ist. Neben der moralischen Verpflichtung, Armut und Leid zu mildern, existieren auch strategische Gründe für eine Entwicklungszusammenarbeit. Angesichts der Tatsache, dass Afrika bald vier Milliarden Einwohner haben wird, ist es unabdingbar, für Wohlstand zu sorgen. Andernfalls könnten sich Krisenherde unaufhaltsam vermehren.*

GZ: Sie waren bei der Einweihung Ihrer Schule vor Ort, welche Botschaft haben Sie mit nach Hause genommen?
Hammer: *Die Menschen, insbesondere die Kinder, sind wissbegierig und schauen optimistisch in die Zukunft. Sie beim weiteren Aufbau ihrer Fähigkeiten zu unterstützen ist eine Form der Hilfe zur Selbsthilfe, die gerne angenommen wird.*

GZ: Die Schule trägt den Namen Cathy Hammer Secondary School, benannt nach Ihrer Mutter. Warum?
Hammer: *Meine Mutter war das einzige Mädchen unter ihren vier Geschwistern und die Einzige, die einen Hochschulabschluss erlangte. Bildung hatte für sie stets einen hohen Stellenwert, insbesondere die Bildung von Mädchen, denn sie betrachtete Bildung als Sprungbrett in ein besseres Leben.* **CH**

Verleihung „Bayerischer Eine Welt-Preis 2024“:

Sonderpreis für Augsburg und Mömlingen

Die Bayerische Staatsregierung, vertreten durch Ministerialdirektor Dr. Rainer Hutka, verlieh gemeinsam mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. auf der Burg Trausnitz in Landshut den „Bayerischen Eine Welt-Preis 2024“ zur Förderung des bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements. Dieser bereits zum siebten Mal vergebene Preis würdigt das Engagement von Menschen in Bayern, die sich für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität, Frieden und den Schutz der Natur einsetzen.

Mit dem 1. Preis (3.000 Euro) wurde der Weltladen „fair miteinander“ e.V. (Ainring/ Mitterfelden) bedacht. Bereits seit 1987 gibt es im Pfarrzentrum St. Severin einen Weltladen. Das breite Warensortiment von Lebensmitteln über handwerkliche Produkte wie Schmuck, Musikinstrumente und Spielzeug bis hin zu Kosmetika stammt fast ausschließlich aus Fairem Handel. Alle Mitarbeiterinnen sind ehrenamtlich tätig.

Gegen Korruption und Ausbeutung

Mit dem Kauf im Weltladen wird der Kampf gegen Korruption und Ausbeutung unterstützt. Fair gehandelte und streng kontrollierte Waren aus Entwicklungsländern wie Chile, Peru, Afrika oder Indien tragen dazu bei, den Erzeugern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und selbstständig ihre Familien zu ernähren. Auch ein Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen wird dadurch unterstützt und eine Minimalversorgung für Alte und Kranke gesichert.

Der zweitplatzierte Preisträger (2.000 Euro) Musicians for a better life e.V., München, ist ein gemeinnütziger Verein, der Projekte mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in sozialen Brennpunkten verschiedener Länder umsetzt. Ziel ist es, weltweit vor Ort Strukturen und Netzwerke mit Musikern aufzubauen und die Arbeit mit Musik als Basis für Entwicklungszusammenarbeit nachhaltig zu etablieren. Durch die gemeinsame Sprache der Musik werden Menschen unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft verbunden.

Wertvolle Unterstützung leistet der Verein in Rumänien, Tansania, Brasilien und Deutschland. So wurde im Herbst 2018 gemeinsam mit der Caritas in zwei Gemeinschaftsunterkünften in München-Laim ein Chor- und Musikprojekt mit Kindern im Grundschulalter begonnen. Studenten der Hochschule für Musik und Theater München unterrichten die Kinder in der Gemeinschaftsunterkunft und bauen zwei Chöre auf. Musik stärkt sie und lässt sie durch ein internationales Repertoire verschiedene Musikstile und Kulturen kennenlernen und zu einer Gemeinschaft werden.

Über einen 3. Preis (1.000 Euro) durfte sich die gemeinnützige MI4People gGmbH mit Sitz in Neufahrn i. NB. freuen. Sie arbeitet mit Non-Profit Organisationen und Forschern, die sich dem Gemeinwohl widmen, zusammen, um der Frage nachzugehen, wie akute Probleme des Gemeinwohls mit Machine Intelligence (MI)-Technologien wie Data Science, Künstliche Intelligenz, maschinelles Lernen, Process Mining oder robotergesteuerte Prozessautomatisierung gelöst werden können.

Gemeinsam mit ihren Partnern kreiert und führt die MI4People gGmbH die MI-Projekte aus, kümmert sich um die Projektfinanzierung, macht Projektresultate öffentlich und sucht nach Möglichkeiten, die Ergebnisse am effektivsten zu nutzen. Aktuelle Projekte befassen sich unter anderem mit einem Bewertungssystem für die Bodenqualität, einer Allgemeinen Computer Vision für das Gesundheitswesen, der Erkennung von Meeresmüll über Satelliten, oder der Künstlichen Intelligenz für seltene pädiatrische Krankheiten.

Sonderkategorie Kommunen

In einer Sonderkategorie wurden zudem Kommunen für ihr Eine Welt-Engagement ausgezeichnet. Den 1. Preis, dotiert mit 1.000 Euro, teilen sich heuer die Stadt Augsburg und die Gemeinde Mömlingen im Landkreis Miltenberg.

Die Stadt Augsburg wurde für ihren umfangreichen Nachhaltigkeitsprozess, ihr Engagement als Fairtrade- und als Biostadt, für die Projektpartnerschaftsarbeit mit Perwomajsk in der Ukraine und Ar Ramtha in Jordanien, für die dezentrale Unterbringung und Integration Geflüchteter und die Kampagne „Wir alle sind Augsburg“ gegen Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und jegliche Form von Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geehrt.

Oberbürgermeisterin Eva Weber bezeichnete die Ehrung als eine besondere Auszeichnung für die gesamte Kommune: „Die Auszeichnung würdigt unser aller Engagement, die Vielfalt in unserer Friedensstadt und den Zusammenhalt. Auch bestätigt uns die Würdigung, dass wir der Verantwortung im Bereich der Nachhaltigkeit und der Zivilgesellschaft, die wir als Kommune haben, gerecht werden.“

In Mömlingen, der ersten Fairtrade-Kommune der Region Bayerischer Untermain, tragen neben der langjährigen Eine-Welt-Arbeit der KjG (Katholische Junge Gemeinde) vor allem die Bemühungen der Steuerungsgruppe im kommunalen Bereich und Gemeindeleben durch alle gesellschaftlichen Gruppen Früchte. Die Gemeinde beschafft Produkte, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt sind, die Bauhofmitarbeiter tragen faire Arbeitskleidung und das Beschaffungswesen wird nach fairen und nachhaltigen Alternativen durchforstet. Die kulinarischen Ortsrundgänge mit einer festen Station im Eine-Welt-Laden mit Kaffee, Schokolade und fairer Weinprobe wurden 2022 als neuer touristischer Baustein entwickelt, sind regelmäßig ausgebucht und inzwischen eine feste Einrichtung mit steigender Nachfrage.

Zum FairFestival im Freizeitgelände Königswald mit den inhaltlichen Schwerpunkten Nachhaltigkeit, Fairer Handel und Geschlechtergerechtigkeit kommen bis zu 2.000 Besucher und viele Mitwirkende gestalten die Earth Hour mit zahlreichen fairen und nachhaltigen Angeboten. Der Dorfplatz wurde mit Fair Stones gepflastert, auf dem Friedhof werden nur noch Grabsteine ohne Kinderarbeit errichtet, Neubürger erhalten seit 2023 eine faire Neubürgertasche mit allgemeinen sowie Informationen der Fairtrade-Gemeinde.

Die Hans-Memling-Schule mit Schulweltladen und Partnerschaften mit den Primary Schools in Lupanga und Mdete in Tansania ist seit 2017 Fairtrade-School und die Schüler tragen faire T-Shirts. Beide KiTas wurden als Faire Kita ausgezeichnet, die Kita Regenbogen ist inzwischen Eine Welt-Kita. Der Asylhelferkreis kümmert sich in Kooperation mit der Gemeinde um die Integration von über 100 Flüchtlingen durch kulturellen Austausch, Kooperation mit JUZ und Vereinen, Einrichtung einer Kleiderkammer, Sprachunterricht und erfolgreicher Hilfe bei Praktikums-, Arbeits- und Wohnungssuche. Zahlreiche Flüchtlinge „revanchieren“ sich mit Hilfeleistungen im gemeindlichen Bereich.

Nominiert für den „Bayerischen Eine Welt-Preis 2024“ und mit einer Urkunde ausgezeichnet wurden schließlich in der Kategorie „Vereine / Initiativen / Schulen / Kirchengemeinden“: Eine Welt e.V. (Herrieden), Frauen für den Frieden (Augsburg), Haus der Nachhaltigkeit (Neu-Ulm), Indienhilfe e.V. (Herrsching), Pfarrei St. Nikolaus (Rosenheim), Staatliche Berufsschule 1 (Kempten) sowie Togoverein e.V. (Augsburg). **DK**



Spenden statt Geschenke

„Keine persönlichen Geschenke“ erbat sich Landrat Stefan Rößle zu seinem 60. Geburtstag am 16. März. Wer ihm eine Freude machen möchte, so bat der KPV-Landesvorsitzende und GZ-Herausgeber, könne sich gerne mit einer Spende an der von ihm ins Leben gerufenen Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ beteiligen. Mit den Zuwendungen, so Rößles Wunsch, sollen weitere Schulbauprojekte finanziert werden. Die Resonanz war überwältigend: Insgesamt kamen Spenden in Höhe von mehr als 50.000 Euro zusammen. Damit können vier neue Schulen gebaut werden. Die aus den Geburtstagsspenden entstandenen Schulbauprojekte markieren für Rößle ein besonderes Ereignis: Die Zahl der Projekte innerhalb der Initiative beläuft sich nun auf 250 und – sechs Jahre nach Gründung – beträgt die Gesamtspendensumme gut 10 Millionen Euro. Unser Bild zeigt bei der Scheckübergabe im Donauwörther Landratsamt oben von links: Barbara Weber (Hilfe für Togo e.V.), Clifton Grover (Street Child e.V., Landesmanager Deutschland), Landrat Stefan Rößle (1. Vorsitzender des Vereins „1.000 Schulen für unsere Welt e.V.“), Ramona Ruf (LRA Donau-Ries, Koordinatorin für Entwicklungszusammenarbeit); unten von links: Anton Weber (Hilfe für Togo e.V., 1. Vorsitzender), Simone Inhofer (Street Child e.V.), Pia Eberlein (Menschenfreude e.V.) und Jürgen Perteck (Menschenfreude e.V., 1. Vorsitzender). Bild: Sonntag

26. Internationaler bvse-Altpapiertag:

Turbulente Zeiten in der Recyclingbranche

Zwei große Themenkomplexe bestimmten die diesjährige Tagung des bvse-Fachverbandes Papierrecycling, zu der bvse-Vizepräsident und Fachverbandsvorsitzender Werner Steingaß die internationale Altpapierbranche nach Berlin einlud. Die Zukunft der Recyclingfähigkeit faserbasierter Verpackungen stand ebenso im Vordergrund wie die Suche nach konstruktiven und tragfähigen Lösungen, die auch in Zukunft die Versicherbarkeit der von hohem Brandrisiko betroffenen Branchenunternehmen gewährleisten. Ein begleitendes Ausstellerforum rundete die Veranstaltung ab.

Vor rund 500 Teilnehmern sprach Steingaß von einer Achterbahnfahrt der Herausforderungen, die die Altpapierrecyclingbranche in Deutschland seit den turbulenten Ereignissen der Pandemie und des Ukraine-Konflikts erlebe. Das Herunterfahren verschiedener Wirtschaftsbereiche während der Pandemie habe zu einem Rückgang der Altpapiermengen in der Bundesrepublik geführt, während gleichzeitig die Nachfrage im Verpackungsbereich gestiegen sei. Die Folge: ein drastischer Preisanstieg, der bis Mitte 2022 anhielt und die Branche vor nie dagewesene Herausforderungen stellte.

Die Folgen des Ukraine-Konflikts hätten die Situation zusätzlich verschärft: Extrem gestiegene Energiepreise erhöhten die Produktionskosten für energieintensive Papierfabriken, während ein plötzlicher Einbruch der Nachfrage im Verpackungsbereich aufgrund des Konsumentenrückgangs zu existenziellen Bedrohungen für die Industrie führte. Dies zwang Papierfabriken zu Abstellmaßnahmen und Preiskorrekturen. Laut Steingaß ist die Schmerzgrenze langsam erreicht, weshalb die Politik dringend gegensteuern müsse. Aus seiner Sicht „ist es unbestreitbar, dass die Politik, obwohl sie einige wenige Punkte regeln konnte, insbesondere wirtschaftlich vor großen Herausforderungen steht. Es scheint, dass die Regierung hier vollkommen überfordert ist."

Bürokratische Hürden

Den Mittelstand als tragende Säule der Wirtschaft sieht Steingaß zunehmend mit bürokratischen Hürden konfrontiert, die das eigentliche Geschäft erschweren. Neue Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Auflagen, Verbote und langwierige Genehmigungsverfahren belasteten die Unternehmen. Gleichzeitig kämpften sie mit gestiegenen Frachtkosten aufgrund erhöhter Mautsätze, die je nach Fahrzeug teilweise verdoppelt wurden. Dies schwäche die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf internationaler Ebene.

„Wir müssen unsere Risiken minimieren und den Gürtel enger schnallen. Die schwierigen Zeiten sind noch nicht vorüber, und wir müssen uns darauf vorbereiten", unterstrich der Fachverbandsvorsitzende. In diesem Kontext wird die kürzlich von der Europäischen Union verabschiedete Abfallverbringungsverordnung als weiterer Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung der Altpapierbranche bewertet. „Obwohl dank unserer intensiven Lobbyarbeit, insbesondere über unseren Dachverband EuRIC, nicht alle unsere Befürchtungen eingetreten sind, wird die neue EU-Abfallverbringungsverordnung den Export von Altpapier in Länder außerhalb der Europäischen Union erheblich erschweren", kritisierte Steingaß.

Extreme Preisverfälle verhindern

Laut seinen Ausführungen wird gemäß der neuen EU-Verordnung ab Mai 2027 Altpapier nur noch in OECD-Staaten exportiert werden können, wenn der Empfänger alle zwei Jahre ein Audit einer unabhängigen Stelle vorweisen kann. „Wir sind uns alle bewusst, dass in Europa mehr als sieben Millionen Tonnen Altpapier keinen Bedarf finden. Wir sind auf den Export in Übersee angewiesen, um extreme Preisverfälle zu verhindern, die bis hin zu Kosten für die Entsorgung führen könnten", erklärte der bsve-Vize. Für Nicht-OECD-Staaten seien die Hürden noch höher. Um den Export zu ermöglichen, müsse der Nicht-OECD-Staat zunächst auf die Liste der EU gelangen, die es ihm erlaubt, Abfälle aus der EU zu importieren. Voraussetzung hierfür sei ein Abfallbewirtschaftungsplan des Nicht-OECD-Staates, der Informationen über das Abfallaufkommen, die Behandlungskapazitäten und die umweltverträgliche Entsorgung enthält. Nach Überprüfung durch die EU-Kommission und Aufnahme in die Liste müssten auch hier alle zwei Jahre unabhängige Audits bei den konkreten Empfängern stattfinden.

„Diese umfangreichen Anforderungen bergen die Gefahr, dass wichtige Absatzmärkte für hochwertiges Altpapier ernsthaft gestört werden und sich die Importeure anderen Ländern zuwenden, in denen solche Hürden nicht existieren", warnte der Fachverbandsvorsitzende eindringlich. Eine positive Aussicht bestehe darin, dass die neue Abfallverbringungsverordnung keine detaillierten Vorgaben für die Inhalte der Audits im Empfängerstaat enthält. Die EU-Kommission werde eine Expertengruppe beauftragen, um dies zu klären.

Trotz der vorherrschenden Unsicherheiten besteht Steingaß zufolge die Hoffnung, dass die Altpapierrecyclingbranche ihre Resilienz unter Beweis stellen und sich langfristig erholen wird. Es sei jedoch unerlässlich, dass sowohl die Politik als auch die Industrie gemeinsam Lösungen finden, um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. **DK**

Heimat genießen und Natur erleben:

Startschuss für die BayernTourNatur 2024

Die 24. BayernTourNatur startet in die Sommersaison: Mehr als 4.000 Veranstaltungstermine in ganz Bayern bis Ende Oktober umfasst das vielfältige Programm – und wöchentlich kommen weitere dazu.

Umweltminister Thorsten Glauber sprach bei der Auftaktveranstaltung im Stadtwald Augsburg von einem „bunten Veranstaltungsjahr 2024". BayernTourNatur bedeute Heimat genießen, Natur erleben und die Umwelt wertschätzen. Die BayernTourNatur öffne den Blick für die kleinen und großen Naturwunder vor der eigenen Haustür. Gleichzeitig sei sie Wegbereiter für naturtouristische Angebote.

Glauber: „Das Programm liefert spannende Erlebnisse für Naturliebhaber. Es vermittelt außerdem wertvolles Wissen über die Natur in allen Regionen des Freistaats und ist damit ein wichtiges Fundament für den Artenschutz. Vor 24 Jahren haben wir diese Erfolgsgeschichte ins Leben gerufen. Im kommenden Jahr werden wir auf ein Vierteljahrhundert BayernTourNatur zurückblicken. Ich freue mich schon heute auf das großartige Jubiläum."

Der Jahresauftakt 2024 fand in einem ganz besonderen Exkursionsgebiet statt: Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hatte den Augsburger Stadtwald als Waldgebiet des Jahres 2024 ausgewählt. Die bundesweite Auszeichnung ist damit zum zweiten Mal nach Bayern gegangen. Der rund 2.200 Hektar umfassende Augsburger Stadtwald zieht sich am Lech entlang und verfügt über eine große Vielfalt von Ökosystemleistungen innerhalb des Stadtgebietes. Er ist eines der ältesten und bedeutendsten Naturschutzgebiete Bayerns sowie Natura-2000-Gebiet.

Rund 500 Veranstalter

Nicht nur im Sommer, sondern das ganze Jahr über liefert das Programm der BayernTourNatur spannende Einblicke in das Naturgeschehen. Angeboten werden die Termine jedes Jahr von rund 500 Veranstaltern, darunter Landschaftsführer, Natur- und Kräuterpädagogen, Kultur- und Heimatvereine, die Gebietsbetreuung, Geo-, Natur- und Nationalparke, diverse Bildungseinrichtungen sowie umwelt-, touristisch- und erlebnisorientierte Institutionen. „Die BayernTourNatur präsentiert das großartige Engagement von Naturexperten aus allen gesellschaftlichen Gruppen im Freistaat. Für die Zukunft unserer bayerischen Naturheimat brauchen wir Naturfreunde, die ihr Expertenwissen und ihre Erfahrung begeistert weitergeben", so Glauber.

Die Natur- und Umweltbildungsaktion wird unterstützt von den bayerischen Sparkassen als Premiumpartner sowie von der DB Regio Bayern, dem Deutschen Alpenverein, der AOK Bayern, der Landesapothekerkammer und den bayerischen Tourismusverbänden. ❐

Neue EU-Vorschriften:

Weniger Verpackungen, mehr Wiederverwendung und Recycling

Bestimmte Einwegverpackungen aus Kunststoff ab 1. Januar 2030 verboten

Ende April nahm das Parlament neue Regeln an, die für nachhaltigere Verpackungen und weniger Verpackungsmüll in der EU sorgen sollen. Mit der Verordnung, die mit 476 zu 129 Stimmen bei 24 Enthaltungen angenommen wurde, will man gegen die ständig wachsende Abfallmenge vorgehen, die Binnenmarktvorschriften vereinheitlichen und die Kreislaufwirtschaft ankurbeln.

Weniger Verpackungen und Einschränkungen bestimmter Verpackungsformen

Die vorläufige Einigung mit dem Rat umfasst nicht nur Zielvorgaben für die Verpackungsreduzierung (5 Prozent bis 2030, 10 Prozent bis 2035 und 15 Prozent bis 2040), sie verpflichtet auch die EU-Staaten, für weniger Verpackungsmüll aus Kunststoff zu sorgen. Damit weniger unnötige Verpackungen entstehen, gilt für Umverpackungen, Transportverpackungen und Verpackungen für den elektronischen Handel künftig, dass der Leerraumanteil höchstens 50 Prozent betragen darf. Hersteller und Importeure müssen außerdem für leichtere Verpackungen mit weniger Volumen sorgen.

Ab dem 1. Januar 2030 werden bestimmte Einwegverpackungen aus Kunststoff verboten, z. B. Verpackungen für unverarbeitetes frisches Obst und Gemüse, Verpackungen für Lebensmittel und Getränke, die in Cafés und Restaurants zum Verzehr angeboten bzw. ausgeschenkt werden, Einzelportionen (z. B. Gewürze, Soßen, Sahne, Zucker), kleine Einwegkunststoffverpackungen für Toilettenartikel in Hotels und sehr leichte Kunststofftragetaschen (mit einer Wandstärke unter 15 Mikron).

Ewigkeitschemikalien

Im Sinne des Gesundheitsschutzes ist es künftig verboten, bestimmte Grenzwerte überschreitende sogenannte Ewigkeitschemikalien (Per- und Polyfluoralkylsubstanzen, kurz: PFAS) in Verpackungen zu verwenden, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen.

Verbraucher sollen mehr wiederverwenden und wiederbefüllen können

Bei Verpackungen alkoholischer und nichtalkoholischer Getränke (mit Ausnahme von Milch, Wein, aromatisiertem Wein, Spirituosen o. Ä.), Transport- und Verkaufsverpackungen sowie Umverpackungen sind besondere Ziele für die Wiederverwendung bis 2030 vorgesehen. Unter bestimmten Bedingungen können die Mitgliedstaaten eine fünfjährige Ausnahme von diesen Anforderungen erlauben.

Endvertreiber von Getränken und von Speisen zum Mitnehmen müssen es Verbraucherinnen und Verbrauchern ermöglichen, eigene Behälter zu verwenden. Außerdem müssen sie sich bemühen, bis 2030 10 Prozent ihrer Produkte in wiederverwendbaren Verpackungen anzubieten.

Bessere Abfallsammlung, wirksameres Recycling

Nach den neuen Vorschriften müssen alle Verpackungen (außer Verpackungen aus Leichtholz, Kork, Textilien, Gummi, Keramik, Porzellan und Wachs) strengen Anforderungen an die Recyclingfähigkeit genügen.

Es werden auch Mindestziele für den Rezyklatanteil von Kunststoffverpackungen und Mindestziele für das Recycling von Verpackungsabfällen nach Gewichtsprozent vorgegeben.

Bis 2029 müssen 90 Prozent aller Einweggetränkebehälter aus Kunststoff und Metall (mit bis zu drei Litern Inhalt) getrennt gesammelt werden (im Rahmen von Pfandsystemen oder mithilfe anderer Verfahren, die dafür sorgen, dass dieses Ziel erreicht wird).

Berichterstatterin Frédérique Ries (Renew, Belgien) sagte: „Erstmals führt die EU in einem Umweltgesetz Ziele zur Reduzierung von Verpackungen ein, und das unabhängig vom verwendeten Material. Die neuen Regelungen unterstützen Innovationen und sehen auch Ausnahmen für Kleinstunternehmen vor. Dass Chemikalien in Lebensmittelverpackungen nun komplett verboten werden, ist ein riesiger Erfolg für die Gesundheit der europäischen Verbraucher. Jetzt fordern wir alle Industriebranchen, die EU-Staaten und die Verbraucher auf, sich am Kampf gegen unnötige Verpackungen zu beteiligen."

Bevor die Vereinbarung in Kraft treten kann, muss auch der Rat sie förmlich billigen.

Hintergrundinformationen

Im Jahr 2018 wurde in der EU mit Verpackungen ein Umsatz von 355 Mrd. Euro erwirtschaftet. Verpackungen verursachen jedoch immer mehr Müll. Die Gesamtmenge der Verpackungsabfälle in der EU stieg von 66 Mio. Tonnen im Jahr 2009 auf 84 Mio. Tonnen im Jahr 2021 an.

Im Jahr 2021 entstanden in der EU pro Kopf 188,7 kg Verpackungsabfälle. Wenn nicht mehr dagegen unternommen wird, dürfte diese Menge bis 2030 auf 209 kg ansteigen. ❐



bvse-Branchenforum in Düsseldorf:

Transformation der Schrottwirtschaft

Aktuelles aus der Schrottwirtschaft, dem Elektro(nik)-Altgeräterecycling sowie die fachübergreifenden Schnittpunktthemen Ökobilanzierung und Brandschutz standen im Zentrum des diesjährigen bvse-Branchenforums in Düsseldorf mit den Fachtagungen „18. Forum Schrott“ und „22. Elektro(nik)-Altgerätetag“.

Das „18. Forum Schrott“ richtete seinen Fokus zunächst auf die relevanten Entwicklungen der EU-Politik. Julia Blees (Secretary General, EuRIC) berichtete über die Situation der Schrottwirtschaft angesichts europäischer Politikvorgaben. Im Anschluss rückte die Transformation der Schrottwirtschaft in den Mittelpunkt der Veranstaltung. Alexander Neuhardt (Neuhardt Management Consulting GmbH) ordnete den Stahlhandel zwischen Herstellern und Verarbeitern ein und beschäftigte sich mit der Rolle des Stahlhandels in der Wertschöpfungskette und dessen strategischen Prioritäten.

Frank Peter von Agora Industrie zeigte Aussichten und Veränderungen für die Schrottwirtschaft auf, ehe Carolin Petri vom Eisenbahn-Logistik- und Waggonvermietunternehmen VTG den Teilnehmern multimodulare Logistiklösungen in der Schrottwirtschaft präsentierte. Sie gab Ausblicke darauf, wie Schrotte über verschiedene Verkehrslösungen zu den Abnehmern gelangen können.

Laut Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung zeigt die bvse-Analyse des Elektroschrott-Recyclings in Deutschland eine zwiespältige Bilanz: Während einige Verbesserungen erzielt wurden, bleibt eine Vielzahl von Herausforderungen bestehen, die dringend angegangen werden müssen.

Als besonders besorgniserregend bezeichnete Rehbock die anhaltend niedrige Sammelquote, die weit hinter den europäischen Vorgaben zurückbleibe. Aktuellen Daten zufolge liegt die Sammelquote in Deutschland deutlich unter 40 Prozent und hat damit einen historischen Tiefststand erreicht. Trotz bekannter Mengen und Standorte werden ressourcenrelevante Altgeräte weiterhin an zertifizierten Erstbehandlungsanlagen vorbeigeführt, wodurch das geltende Gesetz an dieser Stelle nicht effektiv durchgesetzt wird.

Nur langsame Verbesserung der Sammlungsqualität

Auch die Qualität der Sammlung verbessere sich nur sehr langsam und Fehler, wie die Erfassung von Bildschirmgeräten im Großcontainer, seien bis heute nicht korrigiert worden, kritisierte Rehbock. Zusätzlich seien viele Altgeräte in die Behandlungsstruktur integriert, obwohl sie nicht passen. Der offene Anwendungsbereich des ElektroG erfordere die Verarbeitung artfremder Altgeräte wie Kaffeebecher, Turnschuhe und Möbel, obwohl ihre elektronischen Bauteile nur einen geringen Anteil am Gesamtprodukt ausmachen.

Die wachsende Anzahl von Akkus führe immer wieder zu Bränden, wobei anzunehmen sei, dass diese mittlerweile täglich in der Branche auftreten. Trotz intensiver Diskussionen seit 2016 bleibe dieses Problem nach wie vor ungelöst, wie Rehbock darlegte: „Was die Brandrisiken betrifft, ist es bereits fünf nach zwölf. Es ist an der Zeit, diese drängenden Probleme anzugehen. Die politisch Verantwortlichen müssen ordnungspolitisch handeln, um die Kreislaufwirtschaft von Elektro(-nik)-Altgeräten zu stärken und die Branche bei der Bewältigung von Brandproblemen zu unterstützen.“

Probleme wirksam angehen

Der bvse-Hauptgeschäftsführer verwies auf eine Reihe von Lösungsvorschlägen, die bereits gemacht wurden, darunter die organisierte Annahme von Altgeräten durch Fachpersonal, eine herstellerfinanzierte Fondslösung zur Absicherung der Recycling- und Entsorgungswirtschaft im Brandfall sowie eine bessere Risikominimierung durch Produktdesign und Informationen über die Gefahren unsachgemäßer Entsorgung. Es sei unerlässlich, dass die politisch Verantwortlichen jetzt endlich handeln, um diese Probleme wirksam anzugehen. „Ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten, die Abschaffung festverbauter Akkus und die Diskussion über ein Pfand für größere Akkus sind dringend erforderlich und dürfen nicht bis 2027 aufgeschoben werden.“

Nach den Worten von Sebastian Will, Mitglied im geschäftsführenden bvse-Präsidium, haben die jüngsten Entwicklungen in der internationalen Schrott- und Stahlindustrie verdeutlicht, wie schwierig die wirtschaftliche Lage und wie groß die unternehmerischen Herausforderungen sind. Will berichtete, dass weltweit kein signifikantes Wachstum festzustellen sei. Es bestehe ein „Wirtschaftswirrwarr „und momentan gebe es keine nennenswerten konjunkturellen Impulse.

„Dies spiegelt sich auch in harten Zahlen wider. Im Jahr 2023 verzeichnete die Stahlindustrie einen Rückgang von 3,9 Prozent in der Rohstahlproduktion im Vergleich zum Vorjahr. Besonders betroffen war die Elektrostahlproduktion, die ihren Tiefpunkt mit lediglich 9,8 Mio. Tonnen erreichte und die Produktion aus dem Jahr der Finanzkrise 2009 nochmals unterschritt. Damals lag die hergestellte Tonnage über die Elektrostahlroute bei 11,3 Mio. Tonnen. In Europa sank die Stahlproduktion um 7,3 Prozent auf 126,4 Mio. Tonnen und damit deutlich stärker als auf dem deutschen Inlandsmarkt.

Nicht zuletzt deshalb verzeichnet der deutsche Schrotthandel einen Netto-Export-Überschuss von 4,4 Mio. Tonnen Schrott, eine Zunahme von 24,8 Prozent. Der Netto-Exportüberschuss in der EU 27 kletterte um 14,5 Prozent auf nahezu 15 Mio. Tonnen. Diese gewaltigen Exportüberschüsse zeigen wiederum deutlich auf, wie enorm wichtig der internationale Handel als entscheidendes Ventil für die Materialaufbereitung ist.

Stahlindustrie: Hohe Investitionen in Produktionsstätten

Die Stahlindustrie besitzt den größten Anteil an Treibhausgasemissionen mit rund 30 Prozent der industriellen Emission und rund 6 Prozent der Gesamtemission in Deutschland. Die deutschen Hüttenwerke stehen daher vor der Herausforderung, ihre Produktion klimaneutraler zu gestalten. Die Stahlindustrie investiert daher massiv in die Modernisierung ihrer Produktionsstätten, um den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren.

Will zufolge „profitieren die Stahlwerke von erheblichen staatlichen Zuschüssen zur Realisation der Transformation hin zu einer klimaneutralen Produktion. Die Medien berichten über immer neue gigantische Förderzusagen für die Stahlwerke. Doch trotz dieser milliardenschweren Subventionen hat erst kürzlich ein großer Stahlhersteller angekündigt, die Produktionskapazitäten um 23 Prozent zu kürzen.“

Für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft

Von der Politik werde dabei offensichtlich nicht wahrgenommen, dass die Schrottwirtschaft eine entscheidende Rolle spielt, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, hieß es in Düsseldorf. Nur durch die Erhöhung des Schrottanteils bei der Stahlherstellung könne eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft realisiert werden. Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung hat daher das „Green Scrap“ Symbol eingeführt, um den Beitrag der Schrottwirtschaft zur klimaneutralen Produktion hervorzuheben. Dieses Symbol steht für den geschlossenen, grünen Kreislauf, der es ermöglicht, grünen Stahl herzustellen.

„Die Herausforderungen sind groß, aber mit gemeinsamen Anstrengungen und innovativen Lösungen können wir die Transformation der Schrottwirtschaft vorantreiben und einen bedeutenden Beitrag zum Umweltschutz leisten.“ Nur mit einer verstärkten Nutzung von grünem Schrott sei eine nachhaltige Zukunft für die Stahlindustrie gestaltbar, unterstrich Sebastian Will abschließend. **DK**

Qualitätsgesicherte Sekundärbaustoffe sind Rohstoffe der Zukunft

Die Bauwirtschaft wird in Zukunft am Einsatz ressourcen-, flächen-, energie- und umweltschonender Sekundärbaustoffe nicht mehr vorbeikommen. Diese Botschaft nahmen die rund 100 Akteure aus der Bau- und Recyclingwirtschaft, aus Planungsbüros sowie der Bau-, Naturschutz- und Umweltverwaltung auf dem Ostbayerischen Recyclingbaustoff-Aufschlag des Baustoff Recycling Bayern e.V. und des BUND Naturschutz in Bayern e.V. in Straubing mit.

Gleichwertige Qualität zu Primärrohstoffen – Breites Einsatzpotenzial

Mineralische Abfälle sind nicht nur die mengenmäßig größte Abfallfraktion in Deutschland, sondern sie bergen erhebliche, leicht zu realisierende, brachliegende Einsatzpotenziale. Und in der Bewertung vieler bereits realisierter Baumaßnahmen zeigt sich: Sekundärbaustoffe sind oder werden in Zukunft nahezu universell einsetzbar sein. Als Straßenbaumaterial, Pflanzgranulate, für die Betonherstellung oder für den Erd-, Tief- und Hochbau. Qualitätsgesicherte Sekundärbaustoffe erfüllen alle gestellten bau- und umwelttechnischen Anforderungen. Erfahrungen aus zahlreichen Einbauten in der Praxis zeigen: Verwender sehen keinen Unterschied mehr zu Produkten aus Primärrohstoffen.

Verwertungsquoten steigern

Mehr noch, Sekundärbaustoffe sind dabei, sich immer neue Anwendungsbereiche zu erobern und sich damit ganz klar als Rohstoffe der Zukunft zu etablieren. Zudem ist die Deponieraumknappheit ein weiteres wichtiges Argument dafür, die Verwertungsquoten mineralischer Abfälle zu steigern und weiter auszubauen. Dies machte Stefan Schmidmeyer, Geschäftsführer des bvse-Fachverband Mineralik – Recycling und Verwertung und Geschäftsführer des Baustoff Recycling Bayern e.V., in seinen Ausführungen zu den Einsatzmöglichkeiten von Sekundärbaustoffen in der Praxis und den Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung von Recyclingprojekten mit vielen Praxisbeispielen deutlich.

Erfolgstories in der Praxis: RC-Baustoffe in Bayernkaserne ...

So berichtete Schmidmeyer vom Erfolgsbeispiel auf dem Gelände der alten Bayernkaserne in München, in der sogenannten Recycling-Siedlung. 5.500 neue Wohnungen werden dort aus rund 75 Prozent der alten Bausubstanz errichtet. Ca. 1,2 Millionen Tonnen Material werden dabei direkt vor Ort wiederverwendet. Etwa 600.000 Tonnen Material werden zu hochwertigen zertifizierten Sekundärbaustoffen aufbereitet und anschließend als Straßenbaumaterial, als Pflanzgranulate, für die Betonherstellung oder für den Erd- und Tiefbau eingesetzt.

... und Humboldt-Universität

Auch beim Einsatz von Recyclingbeton im Neubau des Forschungs- und Laborgebäude Lebenswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin, in der R-Beton mit einer Gesamtmenge von rund 5.400 m³ sowohl für die Herstellung der Schlitzwand als auch für die Bauhauptarbeiten am Gebäude eingesetzt wurde, zeigten sich hervorragende Ergebnisse, betonte Schmidmeyer. „Dieses Projekt zeigt neben vielen anderen, dass Recycler in der Lage sind, eine qualitativ hochwertige rezyklierte Gesteinskörnung für den Einsatz in Beton zu produzieren, die der natürlichen Gesteinskörnung qualitativ in keinem Punkt nachsteht. Die Transportbetonproduzenten konnten R-Beton problemlos mit den vorgeschriebenen Anforderungen, z. B. an Festigkeitsklasse oder Konsistenz, herstellen und dabei den R-Beton beim Einbau genauso handhaben wie Normalbeton“, so der Baustoffrecyclingexperte.

Schonung natürlicher Ressourcen

Mit dem vermehrten Einsatz von Recyclingbaustoffen können zudem unsere wertvollen natürlichen Ressourcen geschont werden, machte Johann Meindorfer vom BUND Naturschutz in Bayern deutlich. Die Einsparung von Ressourcen und Energie durch eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist zentral wichtig für den Klima- und Umweltschutz, bestätigte auch der Geschäftsführer des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land (ZAW-SR), Gangolf Wasmeier.

Auch wenn der Gesamtbedarf an Baustoffen nicht komplett durch Sekundärbaustoffe substituiert werden kann, so gilt es doch, das vorhandene und bei weitem noch nicht ausgeschöpfte Recyclingpotenzial bei den jährlich anfallenden Bau- und Abbruchabfällen, wie Bauschutt und Bodenaushub, so weit als möglich auszuschöpfen, forderte Stefan Schmidmeyer. Die rechtlichen Voraussetzungen sind geschaffen, die Technik ist vorhanden und aus wirtschaftlicher wie auch ökologischer Sicht wäre dies mehr als geboten.

Öffentliche Hand mit Vorbildfunktion in der Pflicht

Als unabdingbare Voraussetzung dafür, dass der Einsatz von Sekundärbaustoffen weiter voranschreiten kann, muss insbesondere die öffentliche Hand ihrer Verpflichtung und Vorbildfunktion nachkommen, umweltverträgliche Recyclingbaustoffe verstärkt nachzufragen und einzusetzen, betonte Meindorfer. Jedoch wurde dafür in den vergangenen Jahren vor allem auf kommunalpolitischer Ebene zu wenig unternommen. In diesem Zusammenhang zeigte sich der Mitinitiator des Ostbayerischen Recyclingbaustoff-Aufschlags sehr erfreut darüber, dass sich die Stadt Straubing mit Bürgermeister Werner Schäfer mit einem Konzept bereits klar zu einem nachhaltigen Beschaffungswesen bekannt habe, das auch den Einsatz von RC-Baustoffen umfasst.

Recyclingbaustoffe werden Primärrohstoffe überall ersetzen können

In Zukunft wird es wohl kaum mehr ein Bauvorhaben geben, bei dem Primärbaustoffe, wie Kies und Schotter, nicht auch in größeren Anteilen als bisher durch Recyclingbaustoffe ersetzt werden können, lautete Meindorfers Resümee. ❐

Zero Waste Day:

Verpackungen aus Holz als idealer Beitrag zur Kreislaufwirtschaft

Mit Holz als Verpackungsmaterial lässt sich Abfall optimal vermeiden. Denn der nachwachsende Rohstoff aus dem Wald ist vielfach verwendbar und recycelbar, wie der Bundesverband Holzpackmittel, Paletten, Exportverpackung (HPE) anlässlich des „Zero Waste Day” erklärte.

Der „Zero Waste Day“, der „Null-Abfall-Tag“, wurde von den Vereinten Nationen 2022 während der Corona-Pandemie und der einhergehenden Delle im Welthandel ausgerufen. Übergeordnetes Ziel des Zero Waste Day: Viel weniger Abfall, um die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen, mit denen die Weltgemeinschaft bis 2030 deutliche Fortschritte bei Klima- und Umweltschutz, nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Konsum erzielen möchte.

„Der globale Warenaustausch hat sich wieder erholt – auch wenn Deutschlands Wirtschaft schwächelt. Höchste Zeit am Zero Waste Day zu erinnern: Im internationalen Handel, sei es in der Europäischen Union oder global, sind sichere Verpackungen aus Holz immer ein entscheidender Faktor. Denn Paletten und Holzexportverpackungen sind derjenige Lastenträger, der verlässlichen Im- und Export erst ermöglicht“, sagt HPE-Geschäftsführer Marcus Kirschner.

Entscheidender Pluspunkt der Holzverpackungen: Sie stammen aus Biomasse, die klimaschädliches Kohlendioxid während ihres Wachstums bindet. „Verpackungen aus Holz sind daher in natürliche Kreisläufe eingebunden. Sie sind mobile Kohlenstoffspeicher, die global unterwegs sind”, erläutert Marcus Kirschner. Denn eine Palette aus Holz bindet ca. 30 kg CO2-Äquivalente, das der Baum, aus dem sie stammt, aufgenommen hat. Bei einer angenommenen Menge von 3 bis 4 Milliarden Paletten, die allein in der EU stets im Umlauf sind, entspricht dies rund 100 Mio t CO2-Äq., die in Paletten aus Holz gespeichert sind.

Pluspunkte der Holzverpackungen

Neben dem Speichereffekt muss man auch die gute CO2-Bilanz bei der Produktion von Holzverpackungen berücksichtigen. So können beispielsweise Paletten je nach Nutzungsintensität und Einsatzgebiet viele Male verwendet werden, sei es im Transport per Container auf See, im Lkw oder auf der Schiene. „Einmal hergestellt lassen sich Holzverpackungen bis ans Ende ihrer Nutzungsdauer wiederverwerten. Am Ende der Nutzungskaskade steht häufig die energetische Verwertung zur Erzeugung von grünem Strom und umweltfreundlicher Wärme. Mit diesen Eigenschaften bietet Holz als Verpackungsmaterial unschlagbare Klimavorteile”, hebt Kirschner auch vor dem Hintergrund aktueller politischer Debatten in der EU hervor.

Ressourcen effizient nutzen

So ist zwischen den Institutionen der Europäischen Union - EU-Parlament, Ministerrat und Kommission - in den vergangenen Monaten die Verordnung zu Verpackungen und Verpackungsabfall (PPWR) heftig diskutiert worden. Der derzeit zur Debatte stehende Kompromiss trägt den besonderen Vorteilen von Verpackungen aus Holz ein gutes Stück weit Rechnung. Die Holzpackmittelbranche konnte damit politisch wichtige Punkte im Sinne der Nachhaltigkeits-Vorteile von Paletten und Exportverpackungen durchsetzen. Andererseits droht mit der PPWR trotzdem deutlich erhöhter Dokumentations- und damit Bürokratieaufwand.

Fachkräftemangel im Blick

„In Zeiten des Fachkräftemangels sollten wir wertvolles Personal in Deutschland produktiv, nicht aber für überflüssige Kontrollen zum Schaden unserer Wettbewerbsfähigkeit verwenden“, mahnt Kirschner. Denn der Zero Waste Day will auch als Aufruf zu einer effizienten Nutzung nicht nur materieller, sondern auch personeller Ressourcen verstanden werden“, appelliert der HPE-Geschäftsführer im Sinne von EU-Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft. ❐

Kampf gegen Wohnungslosigkeit

Bundeskabinett legt Nationalen Aktionsplan vor

Erstmals hat das Bundeskabinett einen Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit (NAP W) beschlossen. Ziel ist es, die Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland bis 2030 zu überwinden. Dies erfordert eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen sowie Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.

Der 30 Seiten umfassende Aktionsplan identifiziert als bundesweiter Handlungsleitfaden Rahmenbedingungen und Herausforderungen und setzt mit seinen inhaltlichen Leitlinien und den Leitlinien zum Verfahren einen akzeptierten und abgestimmten Handlungsrahmen für alle beteiligten Akteure.

Kernpunkt: Mehr bezahlbare Wohnungen

„Dass es diesen bundesweiten Handlungsleitfaden gibt, war ein expliziter Wunsch der Zivilgesellschaft, der vielen Menschen, die sich um obdach- und wohnungslose Menschen kümmern“, betont Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Mehr bezahlbare Wohnungen seien dabei der Kernpunkt für die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit. Dafür stelle der Bund Milliarden für den Sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

Mit dem WohngeldPlus sei zudem eine wichtige Unterstützung für Menschen geschaffen worden, die Probleme haben, ihre Miete zu bezahlen. Gemeinsam mit allen Akteuren werde man nun zum Beispiel an den Standards für die Unterbringung in Notunterkünften arbeiten. Frauen und Männer sollten getrennt untergebracht werden können, wenn sie das möchten. Auch die Prüfung des Zugangs einer Krankenversicherung sei Teil des NAP. „Und wir werden das Thema weiter auf EU-Ebene angehen, denn Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist ein länderübergreifendes Problem“, erläutert Geywitz.



Bundesbauministerin Klara Geywitz. Bild:Henning Schacht

Neue Kompetenzstelle

Auf Bundesebene wird beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eine Kompetenzstelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit eingerichtet. Damit wird das Ziel verbunden, mittelfristig eine bundeseigene Institution gegen Wohnungslosigkeit zu etablieren, die neben der fachlichen Beratung und Begleitung der Bundesressorts ein Ort sein soll, an dem Informationen und Wissen aufgebaut und geteilt, Investitionen in bezahlbares Wohnen für wohnungslose Menschen modelhaft gefördert sowie deren Beratung durch eine vernetzte Zusammenarbeit der örtlichen Institutionen unterstützt werden.

Zu Beginn des Umsetzungsprozesses sollen drei Facharbeitsgruppen eingerichtet werden: „Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“, „Wohnraumversorgung“, und „Hilfen, Hilfesysteme und Notversorgung“. Außerdem soll einmal im Jahr ein Jahreskongress zum Nationalen Aktionsplan stattfinden.

Laut einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes gab es zum Stichtag 31. Januar 2022 rund 178.100 untergebrachte wohnungslose Menschen, darunter etwa 47.200 Kinder und minderjährige Jugendliche. Die Gesamtzahl der Menschen ohne Unterkunft auf der Straße sowie der verdeckt wohnungslosen Personen wurde im Untersuchungszeitraum vom 31. Januar 2022 bis 07. Februar 2022 auf rund 86.700 Personen geschätzt. Neue Gesamtzahlen zur Wohnungslosigkeit in Deutschland werden im zweiten Wohnungslosenbericht des Bundes Ende 2024 veröffentlicht.

Leitbild allein genügt nicht

In einer gemeinsamen Mitteilung begrüßen die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) und der Deutsche Städtetag den Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit. Laut Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, „bringen die Städte schon jetzt viele obdachlose Menschen unter. Das wichtigste Mittel gegen Wohnungslosigkeit ist und bleibt ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Hier braucht es mehr Unterstützung von Bund und Ländern. Dazu muss der Bund auch die im Koalitionsvertrag geplanten Vorhaben in den Bereichen des Miet-, Boden- und Bauplanungsrechts endlich umsetzen.“

Ein Leitbild allein werde allerdings nicht genügen, um das ambitionierte Ziel Realität werden zu lassen, machen BAGFW, BAG W und Städtetag deutlich. Es brauche auch politische Handlungsspielräume und finanzielle Ressourcen sowie eine Ausweitung des Mieterschutzes. Denn aktuell sind laut der neuesten Hochrechnung der BAG W über 600.000 Menschen in Deutschland wohnungslos, etwa 50.000 von ihnen leben ohne Unterkunft auf der Straße. Und dies, obwohl es eine Vielzahl an Unterstützungsangeboten von Städten, Gemeinden und Verbänden gibt sowie zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer.

„Die Zahlen verdeutlichen, dass es große gemeinsame Kraftanstrengungen braucht, wenn man die Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 beenden möchte. Aus den Leitlinien des Nationalen Aktionsplanes müssen deshalb schnell konkrete und zielgerichtete Maßnahmen werden. Notwendig ist eine ressortübergreifende und über alle staatlichen Ebenen hinweg abgestimmte Vorgehensweise und neue gesetzliche Regelungen genauso wie konkrete Förderinstrumente. Es geht darum, wohnungslose Menschen mit Wohnraum zu versorgen und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen effektiv vor dem Verlust ihrer Wohnung zu schützen“, so BAGFW, BAG W und Städtetag abschließend. **DK**

Der Ober sticht den Unter

§ 13b BauGB – Gründe und Folgen der Unionsrechtswidrigkeit

Auf Einladung von Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL und Landesvorsitzender des Arbeitskreises Juristen der CSU, referierte Prof. Dr. Andreas Decker, Richter und Mitglied des 4. Senats des Bundesverwaltungsgerichts, über „§ 13b BauGB – Gründe und Folgen der Unionsrechtswidrigkeit“. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 18.07.2023 den § 13b BauGB als mit Europarecht unvereinbar beurteilt und deswegen den in diesem Verfahren aufgestellten Bebauungsplan „Oberer Kittel/Wüstes Stück“ der Gemeinde Gaiberg in Baden-Württemberg für unwirksam erklärt.

Die Vorschrift regelte die Überplanung von Freiflächen außerhalb des Siedlungsbereichs einer Gemeinde im beschleunigten Verfahren. Wenngleich durch den Gesetzgeber mit § 215a BauGB zwischenzeitlich eine Reparaturvorschrift erlassen wurde, hat die vorgenannte Entscheidung weiterhin große Auswirkungen auf Bauherren und Kommunen, denn das Verfahren betrifft nicht nur die Gemeinde Gaiberg, sondern, nach Aussage von Decker, mehrere hundert Gemeinden allein in Bayern, die im Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit der gesetzlichen Regelung Bebauungsplanverfahren begonnen oder – wie im Fall von Gaiberg – bereits beendet haben.

Hintergrund

Auf Grundlage von § 13b wurden im Jahr 2017 befristet Außenbereichsflächen in das beschleunigte Genehmigungsverfahren für Bebauungspläne einbezogen. Ziel war es, die Errichtung von Wohnraum im Außenbereich zu erleichtern. Diese Befristung wurde im Zuge einer späteren Novellierung des BauGB durch das „Baulandmobilisierungsgesetz“ vom 14. Juni 2021 bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.

Gegen den von der Gemeinde Gaiberg 2018 aufgestellten Bebauungsplan wurde in mehreren Verfahren geklagt. Den Normenkontrollantrag hat der Verwaltungsgerichtshof als unbegründet abgewiesen, denn er hielt § 13b BauGB für unionsrechtskonform, er ging davon aus, dass das Aufstellungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt wurde und der Bebauungsplan, jedenfalls in seiner letzten Fassung, auch materiell-rechtlich nicht zu beanstanden war. Allerdings hat der BUND als Antragsteller die vom Verwaltungsgerichtshof zugelassene Revision eingelegt, sich aber darauf beschränkt, die Unionsrechtswidrigkeit des § 13b BauGB zu rügen. Der 4. Revisionssenat hat deshalb nur geprüft, ob § 13b BauGB mit den Vorgaben aus Art. 3 Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5 und Abs. 7 SUP-Richtlinie im Einklang steht. Das Ergebnis des Bundesverwaltungsgerichts in Leizig lautete: § 13b BauGB wurde als mit Europarecht unvereinbar beurteilt.



V.l.: Prof. Dr. Andreas Decker gemeinsam mit Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL. Bild:CH

Die Vorsitzende des BUND Baden-Württemberg, Sylvia Pilarsky-Grosch, begrüßte das Urteil. In einer Pressemitteilung heißt es: „Deutsches Baurecht darf europäisches Umweltrecht nicht aushebeln. … Denn § 13 b BauGB hat dazu geführt, dass hier in Gaiberg, wie auch in vielen weiteren Kommunen, Baugebiete ohne Umweltprüfung ausgewiesen wurden.“ Der Anwalt des BUND, Dirk Teßmer, ergänzte: „Das Urteil geht in seiner Bedeutung weit über den konkreten Fall hinaus. Da § 13b BauGB für europarechtswidrig befunden wurde, gilt das – deutschlandweit – auch für alle anderen Bebauungspläne, die im Verfahren nach § 13b BauGB aufgestellt wurden.“

Wie es weiter geht, erklärt die Gemeinde in einer Pressemitteilung: „Die vom BVerwG als europarechtswidrig und damit als unanwendbar bezeichnete Norm betrifft das Verfahren, nicht den Inhalt des Bebauungsplans. Der Bebauungsplan kann ohne weiteres mit demselben Inhalt, lediglich in einem anderen Verfahren erneut aufgestellt werden. Das BauGB sieht für fehlerhafte Bebauungspläne ein „Heilungsverfahren“ (§ 214 Abs. 4 BauGB) vor.“ Für die Käufer und Bauherren im Baugebiet bedeutet das, dass die Verwaltung dem Gemeinderat vorschlägt, ein Heilungsverfahren durchzuführen. **CH**



V.l.: Dipl. Ing. Alfred Emhee, Matthias Hörl, Raffael Diepold, Landrat Stefan Löwl und Annette Resch. Bild: LRA Dachau

Kommunales Wohnungsbaugespräch:

Lösungsansätze für die Wohnraumkrise in Bayern

Weniger Bürokratie, attraktivere Förderprogramme, Steuerentlastungen sowie die ideologiefreie Gleichbehandlung unterschiedlicher Bauformen: Mit diesen vier Schritten könne die aktuelle Krise der Bauwirtschaft und der Wohnraummangel gezielt überwunden werden. Davon zeigten sich die rund 80 Teilnehmenden der Veranstaltung „Kommunales Wohnungsbaugespräch – Aktuelle Trends zum nachhaltigen Bauen“, die Mitte April im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Dachau stattfand, überzeugt.

Um ins Gespräch zu kommen, brachte die Wirtschaftsförderung des Landkreises in Kooperation mit der Bauinnung Dachau und dem Bayerischen Ziegelindustrie-Verband dafür Vertreter der örtlichen Bauwirtschaft, Architekten und Planer, mit Kommunalpolitikern und Mitarbeitern von Bauämtern und Kommunen zusammen. Nach einer Begrüßung durch Matthias Hörl, dem Geschäftsführer der Hörl & Hartmann Ziegeltechnik GmbH & Co. KG aus Dachau und Vorstandsmitglied des Bayerischen Ziegelindustrieverbands hob Landrat Stefan Löwl die Baubranche als einer der wichtigsten Wohlstandsgaranten der Region hervor. Aus diesem Grund liegt sie im ganz besonders am Herzen.

Baustoffneutral und technologieoffen

Obermeister Raffael Diepold führte dann schließlich ins das Hauptthema des Abends, das nachhaltige Bauen ein und plädierte für Technologieoffenheit und Baustoffneutralität bei Bauentscheidungen, um größtmögliche Nachhaltigkeit über den gesamten Lebenszyklus zu erreichen. „Wem echte Nachhaltigkeit am Herzen liegt, muss baustoffneutral und technologieoffen bauen und für jedes Bauvorhaben den richtigen Baustoffmix finden.“

Dipl. Ing. Alfred Emhee zeigte in seinem Vortrag „Klimafreundlich bauen – Ökobilanz, Klimaresilienz & Recycling“ unter anderem den Weg zur Klimaneutralität der Baubranche auf und wie diese erreicht werden kann. „Der Schlüssel liegt insbesondere in der Einsparung von CO2, daher ist die Ökobilanz (CO2-Bilanz) inzwischen zentraler Bestandteil der Nachhaltigkeitsbewertung.“, so Emhee.

Wie die Transformation zur CO2-Neutraliät der Baubranche in der Praxis aussieht, stellte Matthias Hörl am Beispiel seines Familienunternehmens am Standort Dachau dar. Nachhaltigkeit wird bei Hörl & Hartmann mit einem geschlossenen Recycling-Kreislauf in fünf Schritten erreicht. Dieser beginnt mit dem ökologischen Abbau direkt am Werk, der Nutzung alternativer Energien bei der Produktion und der Wiederverwendung von anfallenden Abfällen. „Seit 2012 wurden am Standort Dachau mehr als 30 Mio. EUR in modernste Anlagentechnik und Energieeffizienz investiert, unsere brennstoffbedingten Emissionen konnten um 46 Prozent reduziert werden und wir erzeugen mehr Strom, als wir verbrauchen.“, sagt Matthias Hörl. Um dies zu erreichen hat das Unternehmen mittlerweile sogar eine Synthesegas-Anlage, die den Bedarf an Erdgas zu substituiert. In der anschließenden Diskussion und in den Gesprächen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ging es insbesondere um die Frage, auf welchen Wegen die Klimaneutralität am besten und schnellsten erreicht werden kann.

Landrat Stefan Löwl fasst zusammen: „Zahlreiche Bauakteure aus dem ganzen Landkreis konnten sich über die aktuelle Situation der Baubranche einen Überblick verschaffen und sich erfolgreich vernetzen. Denn mit den großen Herausforderungen durch Normen, Bürokratie und finanziellen Rahmenbedingungen müssen alle Akteure zusammenarbeiten.“ ❐



GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit
Bayerischer Industrieverband
Baustoffe, Steine und Erden e. V.
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Heimischen Rohstoffe
Dekarbonisierung

Ziel: Klimaneutraler Beton bis 2045

Beton, oder exakter gesagt, das zur Erhärtung zuzugebende Bindemittel Zement, trägt weltweit zu rund 6 bis 7 Prozent der anthropogenen CO2-Emissionen und deutschlandweit immerhin zu 3 Prozent (das sind rund 20 Mio. Tonnen pro Jahr) der menschengemachten Treibhausgasemissionen bei. Um klimaneutralen Beton herstellen zu können, muss bei der Zementherstellung angesetzt werden. Effizienzsteigerungen und die Anstrengungen zum Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien sollen bis 2045 weitestgehend CO2-neutrale Produktionsprozesse ermöglichen. In der Fachsprache bezeichnet man das als Dekarbonisierung.

Bei der Zement- und Branntkalkherstellung ist eine Dekarbonisierung nur bedingt möglich, weil der überwiegende Anteil an Kohlendioxid prozessbedingt entsteht. D. h. selbst bei der Verwendung CO2-neutraler Energien, wie z. B. grünem Wasserstoff oder Wind- und Solar-Strom, verbleiben rund 2/3 des heutigen Ausstoßes an Treibhausgasen, die bei hohen Temperaturen von rund 1.450 °C aus dem Ausgangsmaterial Kalkstein herausgelöst werden. Und Beton ohne Zement ist wie ein Aquarium ohne Wasser. Es funktioniert nicht.

Entwicklung neuer Zemente und leistungsoptimierter Betoneinsatz

Um ganz korrekt zu sein, besteht der handelsübliche Zement, der für die Herstellung von Beton benötigt wird, ebenso aus einer Vielzahl von Ausgangsstoffen, von denen nur der sogenannte Zementklinker den zuvor beschriebenen emissionsreichen Produktionsprozess durchläuft. Deshalb arbeitet die Zementindustrie bereits seit langem daran, einen Teil dieses Zementklinkers durch andere Bestandteile zu ersetzen.

Der Schlüssel zum klimaneutralen Beton: CCUS-Technologie

Um das Bauen mit Beton tatsächlich auf Null klimarelevante Emissionen zu bringen, bedarf es ganz neuer Technologien, an denen Zement- und Kalkhersteller seit mehreren Jahren forschen. Das sind Verfahren, die eine Abscheidung des unerwünschten Kohlenstoffdioxids aus dem Abgasstrom der Zement- und Kalköfen und eine Weiternutzung oder dauerhafte Einspeicherung des CO2 ermöglichen. Diesen Gesamtprozess bezeichnet man als CCUS.

Im Labor sowie bei kleineren Abscheideanlagen haben sich unterschiedliche Verfahren bereits bewährt. Noch bis Ende 2024 wird es den ersten klimaneutralen Zement geben, der im norwegischen Brevik produziert wird.

Allerdings: so einfach wie sich das hier anhört ist es nicht. Die Technik ist weitgehend bekannt und erprobt, aber es gibt eine Reihe von rechtlichen Hürden, z.B. bei der Einspeicherung. Für den Weg in die Klimaneutralität brauchen wir eine komplett neue Infrastruktur, um einerseits grüne Energie verfügbar und andererseits den Transport von abgeschiedenen CO2 möglich zu machen.

Könnten wir nicht mittelfristig auf Zement verzichten?

Das scheint angesichts des weiterhin hohen Baubedarfs beim Wohnungsbau und in der Infrastruktur eher illusorisch. Beton ist zu vielseitig, um ihn in nennenswerten Mengen durch alternative klimaneutrale Baustoffe zu ersetzen. Und: ohne Zement funktioniert eben auch der Beton nicht. ❐

Begriffserläuterungen

- Dekarbonisierung: bezeichnet die Verringerung bzw. Vermeidung von Treibhausgasemissionen in allen Lebensbereichen (Wohnen, Verkehr, Industrie etc.) insbesondere durch die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger
- CCUS: „Carbon Capture and Utilisation bzw. Storage“, also auf deutsch „Kohlenstoffabscheidung und Nutzung bzw. Speicherung“

Lokale Kaltluft für die Planung richtig bewerten

Die aktualisierte Kaltluftrichtlinie gibt für die Umwelt- und Flächenplanung eine überarbeitete und erweiterte Hilfestellung zur Beurteilung der Planungsrelevanz lokaler Kaltluftprozesse. Insbesondere wurden quantitative Beurteilungsmethoden ergänzt.

Die Bedeutung der lokalen Kaltluft für die Bereiche Stadtentwicklung, Straßenbau, Landwirtschaft und Immissionsschutz wird in der Richtlinie VDI 3787 Blatt 5 E hervorgehoben. Lokale Kaltluft, die sich bei autochthonen Wetterlagen in gegliedertem Gelände bildet und lokal die Temperatur beeinflusst, spielt eine wichtige Rolle in der räumlichen Gesamtplanung auf regionaler und lokaler Ebene.

Lokale Kaltluft ist Luft, die gegenüber ihrer Umgebungsluft kühler ist und als untere Atmosphärenschicht auf der Erdoberfläche lagert. Sie entsteht während klarer, austauscharmer und von überregionalen Windströmungen unbeeinflussten Witterungsbedingungen insbesondere nachts auf sich abkühlenden natürlichen, heißt unversiegelten Oberflächen.

Die Schichtung der Kaltluft ist sehr stabil und in flachem Gelände äußerst lagefest. In geneigtem Gelände erfolgt jedoch ein gravitativer Kaltlufttransport zu niedrigeren Geländelagen. Eine weitere Möglichkeit des Kaltlufttransports kann ggf. eine nahe gelegene städtische Wärmeinsel sein, die als relatives örtliches Tiefdruckgebiet die Kaltluft bodennah vom Umland („von der Flur“) in Richtung Siedlung saugen kann (Flurwind).

Die bodengebundenen Kaltluftströme sind jedoch sehr empfindlich gegenüber Strömungshindernissen wie Dämmen, Mauern, Häuserzeilen, Baumhecken, Gehölzen oder Wäldern, welche die Kaltluftströme stoppen und zu einem luvseitigen Kaltluftstau mit anschließender Ausbildung von Kaltluftseen führen können. Baum- und siedlungsfreie Täler und Ventilationsbahnen im urbanen Bereich hingegen fördern den Kaltlufttransport.

(Un-)Erwünschte Auswirkungen der Kaltluft

Kaltluft kann auf verschiedene Flächennutzungen positive oder negative Wirkungen haben. In der Landwirtschaft und im Straßenwesen beispielsweise kann Kaltluft in den kühleren Jahrzeiten die Bildung unerwünschter Fröste begünstigen. Im Städtebau hingegen ist die Zufuhr von Kaltluft aus dem Umland oder aus größeren innerstädtischen Parks zur Minderung insbesondere sommerlicher Wärmebelastungen in Wohngebieten erwünscht, gerade auch im Hinblick auf die zukünftige Zunahme und Intensivierung von Hitzeperioden. Ferner können Kaltluftflüsse im Siedlungsraum zur lufthygienischen Verbesserung beitragen. Andererseits besteht in Gewerbe- oder Industriegebieten sowie in alten Wohnsiedlungen mit veralteter Gebäudeheiztechnik die Gefahr der Anreicherung der Kaltluft mit unerwünschten anthropogenen Spurenstoffen.

Die Richtlinie soll dazu beitragen, die positiven Effekte der Kaltluft bei der Planung von Wohngebieten, Industrie- und Gewerbegebieten, Verkehrswegen und Kraftwerken zu nutzen und bei Sanierung und Umnutzung bestehender Baugebiete und Anlagen zu verstärken. Die Beeinträchtigung der positiven Wirkung der Kaltluft soll bei der Erweiterung bestehender oder Planung neuer Baugebiete und Anlagen minimiert werden.

Richtlinie als Entscheidungshilfe für Planungsverantwortliche

Hinsichtlich des umweltrechtlich geforderten Schutzes der Naturressource Klima ergibt sich daher die planungsrechtliche Notwendigkeit, im Rahmen von Flächenplanungen potenzielle lokale Kaltluftprozesse zu erkennen, ihre lokale Wirkung zu beschreiben, hinsichtlich der Relevanz für das lokale Klima und die lokale Flächennutzung zu bewerten und gegebenenfalls durch geeignete Planungsmaßnahmen ein verträgliches Lokalklima zu erreichen.

Ziel dieser Richtlinie ist eine qualifizierte Hilfestellung für diese Aufgabe. Sie ermöglicht Umwelt-, Raum- und Stadtplanern die umwelt- und planungsrechtlich angemessene Berücksichtigung, Bewertung und Behandlung des Themas lokale Kaltluft, indem die Grundlagen und Wirkungen der Kaltluft auf der lokalen Skala erläutert werden. Der in überregional ausgedehnten Hügel- und Berglandschaften nachweisbare Einfluss regionaler Kaltluftflüsse bleibt aus Gründen der Übersichtlichkeit unberücksichtigt.

Qualifizierte Hilfestellung

Als neues Werkzeug dient ein grafisches Entscheidungsbaumschema zur Beurteilung der lokalen Kaltluftrelevanz für Siedlungen anhand topografischer Gebietsmerkmale. Ergänzend werden quantitative Methoden zur objektiven Bearbeitung des Themas aufgezeigt, wobei neben den weiterhin enthaltenen einfachen empirischen Methoden zur Ersteinschätzung erstmals physikalisch basierte Beurteilungsmaßstäbe bereitgestellt werden.

Die lokale Kaltluft gewinnt insbesondere durch den projizierten Klimawandel an Bedeutung und stellt somit einen wichtigen Faktor für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Raumplanung dar.

Die Richtlinie VDI 3787 Blatt 5 E „Umweltmeteorologie - Lokale Kaltluft“ ist im März 2024 als Entwurf erschienen und kann für 103,50 Euro bei DIN Media (Tel.: +49 30 2601-2260) bestellt werden. Einsprüche zum Entwurf können über das elektronische Einspruchsportal oder eine E-Mail an die herausgebende Gesellschaft (krdl@vdi.de) eingereicht werden. Die Einspruchsfrist endet am 30.06.2024.

VDI-Mitglieder erhalten 10 Prozent Preisvorteil auf alle VDI-Richtlinien. ❐

Arbeitskreis Militärkonversion in Penzing:

Ruf nach besserer Kommunikationskultur

Seit 2013 tauschen sich die bayerischen Konversionsstädte untereinander und mit Vertretern der bayerischen Staatskanzlei, des bayerischen Bauministeriums und des bayerischen Wirtschaftsministeriums aus, um eine tragfähige Nachnutzung für die ehemals militärisch genutzten Liegenschaften zu finden. Anfang Mai traf sich der Arbeitskreis Militärkonversion des Bayerischen Städtetags bereits zum zwanzigsten Mal an einem bayerischen Konversionsstandort.

„Man darf dabei nicht vergessen, dass einige bayerische Kommunen vom Abzug des Militärs schwer getroffen sind. Für die betroffene Kommune ist die Konversion eine komplexe Zukunftsaufgabe. Bislang militärisch genutzte Flächen, die oft zentral in den Städten liegen, müssen städtebaulich entwickelt werden und sie müssen vollwertig in die Gemeindefläche integriert werden. Die Kommunen benötigen langfristige Unterstützung und Planungssicherheit für diesen Prozess,“ betont das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer.

Allzu oft wurde der Planungsprozess in den Konversionsstädten durch unzureichende Kommunikation erschwert. So hat Penzings Bürgermeister Peter Hammer, Gastgeber der 20. Sitzung des Arbeitskreises, erst im Zuge der öffentlichen Berichterstattung von einer Bedarfsprüfung des Bundes auf der Penzinger Liegenschaft für das Raketenschutzschild Arrow erfahren. Dabei sind die Planungen für eine zivile Anschlussnutzung in Penzing bereits weit fortgeschritten: Die Penzing Studios möchten dort Europas größten Filmstudiokomplex errichten.

2018 erfuhren die Konversionsstädte zunächst über die Medienberichterstattung über neue Stationierungspläne des Bundes und eine Verschiebung der Freigabezeitpunkte der Liegenschaften. Auch bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden leisten die Konversionsstädte einen zentralen Beitrag, werden aber oft im Ungewissen gelassen.

Notwendige Neubewertung des Stationierungskonzepts

„Die bayerischen Konversionskommunen wollen einen wirkungsvollen Beitrag zur humanitären Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden leisten. Die aktuelle Situation macht es wieder erforderlich, dass Flüchtlinge auch in leerstehenden Kasernengebäuden und verlassenen militärischen Liegenschaften vorübergehend Schutz finden,“ unterstreicht der Vorsitzende des Arbeitskreises Christian Hinterstein, berufsmäßiger Stadtrat der Stadt Bamberg: „Wir kritisieren nicht die Notwendigkeit, auf geänderte Gegebenheiten zu reagieren. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine macht eine Neubewertung des Stationierungskonzepts der Bundeswehr notwendig. Wir kritisieren die fehlende Kommunikation. Weder der Bund noch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben BImA haben die betroffenen Standortkommunen über die neue Situation auf der Liegenschaft informiert. Dabei ist das vertrauensvolle Zusammenwirken von Bund und Kommunen für den Konversionsprozess zentral.“

Planungsunsicherheit ist ein ständiger Begleiter der dritten großen Konversionswelle in Deutschland. Auch die sogenannten Verbilligungsrichtlinien, mit denen der Bundeshaushaltsgesetzgeber seiner Immobiliengesellschaft BImA erlaubt, Grundstücke verbilligt an Standortkommunen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, beispielsweise für den sozialen Wohnungsbau, zu verkaufen, wurden erst kurz vor Jahresende und dem Auslaufen der Verbilligungssätze um weitere fünf Jahre verlängert und auch punktuell verbessert.

Staatskanzleiminister Dr. Florian Herrmann und der Bayerische Städtetag haben massiv auf eine frühzeitige Verlängerung der Verbilligungsrichtlinien gedrängt, um den Standortkommunen dieselben Startchancen zu geben, deren Freigabezeitpunkt vom Bund nach hinten verschoben wurde.

Für den Bayerischen Städtetag ist die Verlängerung der Geltungsdauer der Verbilligungsrichtlinien ein Teilerfolg, sagt Buckenhofer: „Dass die Verbilligungen für jede geschaffene Wohneinheit erhöht wurden, ist zu begrüßen. Es wird aber nicht berücksichtigt, dass in einem neuen Quartier nicht nur Wohnungen, sondern hierfür erforderliche Infrastruktur, Kindergärten, Schulen und Straßen, gebaut werden müssen. Es werden punktuelle Abzüge von teils hohen Kaufpreisforderungen gewährt. Der Bayerische Städtetag unterstreicht die Auffassung, dass der richtige Weg eine Bemessung des Kaufpreises unter Berücksichtigung der sozialen Zielsetzung der Standortkommune wäre. Sollten danach Planungsgewinne bei der Standortkommune entstehen, könnten diese mit dem Bund abgerechnet werden, sobald die Maßnahmen abgeschlossen sind. Die damaligen Als-Ob-Maßnahmen könnten dafür Vorbild sein.“ ❐

VDV zur wirtschaftlichen Lage im ÖPNV:

Dramatische Zuspitzung

Aktuell sind nach Auskunft des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen mehr als elf Millionen Menschen im Besitz eines Deutschlandtickets. Im Laufe des ersten Jahres hätten rund 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger mindestens einmal ein Deutschland-Ticket besessen. Durch das Ticket seien die Fahrgäste in die Busse und Bahnen zurückgekehrt und die coronabedingten Fahrgastverluste damit weitgehend rückgängig gemacht worden.

„Die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte ist jedoch gefährdet, denn die strukturelle Unterfinanzierung der Branche ist durch das Deutschland-Ticket verfestigt worden, die wirtschaftliche Lage des öffentlichen Nahverkehrs ist insgesamt dramatisch“, urteilt der VDV.

Der Bund ist am Zug

Nach den Worten von Ingo Wortmann, VDV-Präsident und Vorsitzender der Geschäftsführung der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), „ist das Deutschland-Ticket ein Beispiel dafür, was möglich ist, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen. Nach einem Jahr zeigt sich: Das D-Ticket hat maßgeblich dazu beigetragen, während der Pandemie verlorene Fahrgäste für den ÖPNV zurückzugewinnen. Insgesamt liegen die Fahrgastzahlen allerdings vor allem außerhalb der Ballungsräume und Großstädte noch etwas unterhalb der Vor-Corona-Jahre, daher haben wir uns mit einer Steigerung auf 15 Millionen D-Tickets bis zum Jahresende ein ehrgeiziges Ziel gesetzt – sofern die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.“

Aus Wortmanns Sicht ist nun der Bund am Zug und muss sich, so wie die Länder in der jüngsten Verkehrsministerkonferenz, klar und deutlich zu einer langfristigen Mitfinanzierung des Deutschland-Tickets bekennen. Denn zugleich spitze sich die Finanzierungssituation im ÖPNV dramatisch zu. Jeder Euro fließe momentan in den Erhalt des bestehenden Angebots und selbst das genüge nicht, um die Kostensteigerung bei Personal, Energie oder Instandhaltung aufzufangen. Für Ausbau oder Modernisierung des Systems fehlten die Mittel. „Wir waren im ÖPNV nie weiter weg von den im Zuge der Verkehrswende politisch vereinbarten Ausbauzielen als aktuell“, mahnte der VDV-Chef. **DK**

Nürnberg – Erlangen – Herzogenaurach:

VCD-Resolution für Stadt-Umland-Bahn

Im Rahmen einer vom Verkehrsclub Deutschland (VCD)/Landesverband Bayern organisierten Tagung bayerischer Bahnreaktivierungs-Initiativen in Nördlingen wurde eine Resolution zur Stadt-Umland-Bahn (StUB) von Nürnberg über Erlangen nach Herzogenaurach verabschiedet. Die StUB habe große Bedeutung für die öffentliche Mobilität und leiste einen Beitrag bei der Bewältigung der Klimakrise, betonten die Tagungsteilnehmer.

Das seit Jahrzehnten in der Diskussion befindliche Projekt der Einführung eines Stadtbahnsystems für Erlangen stelle den Anschluss an die Straßenbahn in Nürnberg und damit die Verbindung der unterschiedlichen Wissenschaftsstandorte in der Metropolregion dar. Gleichzeitig verbessere es die Anbindung der Standorte von Adidas und Puma in Herzogenaurach.

Die StUB wird seit vielen Jahren diskutiert. Die geplanten Kosten von rund 640 Millionen Euro tragen zu 90 Prozent der Freistaat Bayern und der Bund. Die Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach haben bereits mehrere Millionen Euro in die Planung investiert.

Am 9. Juni findet ein Bürgerentscheid zur StUB statt. Initiator ist die Erlanger CSU-Stadtratsfraktion, die bauliche Eingriffe in ihrer Stadt befürchtet. Bei einem Bürgerentscheid 2016 hatten sich 60 Prozent der Teilnehmer für die Stadt-Umland-Bahn ausgesprochen. **DK**

Verkehrsministerkonferenz in Münster:

Offene Baustellen

Knapp ein Jahr nach der Einführung des Deutschlandtickets drängen die Bundesländer auf eine nachhaltige und längerfristige finanzielle Absicherung. Deshalb arbeiten sie mit dem Bund an der dauerhaften Finanzierung des Deutschlandtickets über das Jahr 2025 hinaus. Einen entsprechenden Beschluss haben die Minister und Senatoren auf ihrer Frühjahrssitzung in Münster getroffen.

Für 2024 soll der Einführungspreis von 49 Euro weiterhin bestehen bleiben, um möglichst viele Kunden für das neue Angebot zu gewinnen. Laut Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter, gleichzeitig Sprecher der unionsgeführten Länder, ist das Deutschlandticket noch nicht das Erfolgsmodell für ganz Deutschland, als das es gerne hingestellt wird. Vor allem im ländlichen Raum hätte den Menschen eine Investition in verbesserte Infrastruktur und ein zuverlässiges Angebot mehr gebracht als ein günstiges Ticket. „Da das Ticket aber nun eingeführt ist, sollten wir am einfachen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr festhalten. Dafür ist aber maßgeblich, dass der Bund endlich die zugesagten Restmittel aus dem vergangenen Jahr überträgt. Nur so können wir den aktuellen Preis von 49 Euro für den Rest des Jahres gewährleisten."

Auf der Grundlage der Entwicklung und der Prognosen zu den Verkaufszahlen, der Kostenentwicklung und somit des Zuschussbedarfs wird die Verkehrsministerkonferenz rechtzeitig in der zweiten Jahreshälfte 2024 einen Ticketpreis für das Jahr 2025 festlegen. Bekräftigt wurde auch die Bereitschaft für eine nachhaltige und längerfristige finanzielle Absicherung des Tickets über das Jahr 2025 hinaus.

Ein weiteres dominierendes Thema auf der Frühjahrssitzung der Verkehrsministerkonferenz war die Gesamtfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur und des ÖPNV. Nach einer Studie des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) ist für den Öffentlichen Personennahverkehr allein bis 2031 ein Finanzbedarf für den Ausbau und die Modernisierung von rund 40 Milliarden Euro notwendig. Nach Auffassung der Verkehrsminister stellt dies jedoch nur eine Untergrenze der notwendigen Mittel dar. Hinzu kommen noch weitere notwendige Erhaltungsinvestitionen in die Straßen-, Brücken und Wasserstraßeninfrastruktur. Wie Bernreiter darlegte, „ist mehr Geld für die Infrastruktur zweifelsohne eine Forderung, hinter der wir uns alle versammeln können. Wichtig ist dabei, dass sich der Bund nicht aus der Verantwortung stiehlt und über Umwege die Länder zur Kasse gebeten werden. Die Forderung an den Bund ist klar: Wir brauchen mehr Investitionen und eine zuverlässige Finanzierung für Straße und Schiene!"

Kritik an Bundesschienenwege-ausbaugesetz

Bayerns Verkehrsminister bekräftigte seine Kritik an der Novelle des Bundesschienenwege-ausbaugesetzes: „Das Gesetz ist dringend notwendig, um das marode Schienennetz in Deutschland auf Vordermann zu bringen. Aber in dieser Form ist es unbrauchbar, da wichtige Themen ausgeklammert werden. Hier müssen unbedingt grundlegende Nachbesserungen her. Deswegen haben die Länder den Vermittlungsausschuss angerufen, ich habe selbst im Bundesrat dazu gesprochen. Die Bahn muss ihr Netz dringend modernisieren. Allerdings darf sich das nicht nur auf so genannte ‚Hochleistungskorridore' beschränken. Wir haben in Bayern viele Regionalverkehrsstrecken, die dringend ertüchtigt werden müssen. Wir brauchen einen Booster für das gesamte Schienennetz, und nicht nur für die Hauptstrecken. Vollsperrungen darf es nur geben, wenn ein sinnvoller Schienenersatzverkehr organisiert und finanziert wird. Der Bund darf diese Aufgaben nicht auf die Länder abwälzen und muss wichtige Maßnahmen auf Haupt- und Nebenstrecken finanzieren. Das betrifft etwa die Umstellung auf das europäische einheitliche Zugsicherungssystem ETCS. Der Freistaat muss zahlreiche Nahverkehrsfahrzeuge entsprechend umrüsten, beziehungsweise Neufahrzeuge mit ETCS-bestellen. Das geht nicht ohne Förderung durch den Bund. Bislang ist das im Gesetz nicht enthalten."

Ausbau und Modernisierung des ÖPNV

Auch beim Ausbau und der Modernisierung des ÖPNV-Angebots schaffe der Bund neue Probleme, so Bernreiter. Um die Klimaziele zu erreichen, sollen Busse auf saubere, alternative Antriebe umgestellt werden. Eine europäische Richtlinie bzw. das Bundesgesetz zu deren Umsetzung schreiben Verkehrsunternehmen dafür Quoten vor. Laut Bernreiter sind hier massive Investitionen nötig. Die Unterstützung des Bundes für die Unternehmen sei nie ausreichend, die Förderungen immer überzeichnet. Der Freistaat habe deswegen freiwillig Mehrkosten für alternative Antriebe bezuschusst, wenn eine Bundesförderung abgelehnt wurde. 2023 seien mit sechs Millionen Euro insgesamt 236 Klimabusse gefördert worden. Da der Bedarf steigt, sei im bayerischen Koalitionsvertrag das Ziel von 400 Klimabussen pro Jahr festgeschrieben worden. Jetzt aber habe der Bund die Förderung massiv gekürzt. Heuer fehlten 77 Millionen Euro, bis 2028 seien es 210 Millionen Euro weniger. Dies widerspreche dem Klimaschutz und sorge dafür, dass die höheren Kosten für alternativ angetriebene Busse über die Ticketpreise an die Fahrgäste weitergegeben werden. Dies könnten die Länder nicht ausgleichen.

„Statt über Fahrverbote zu sprechen, um die Klimaziele zu erreichen, sollte Bundesminister Wissing sich lieber für eine Fortsetzung der Förderung einsetzen", empfahl Bernreiter. „Mit dieser Politik drohen beim gesamten ÖPNV in den kommenden Jahren ein Modernisierungsstau und damit weniger Angebot für die Fahrgäste."

Radverkehr

Stichwort Radverkehr: In einem 14 Punkte umfassenden Beschluss bedauern die Minister und Senatoren unter anderem, dass der Bund der Forderung vergangener Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz nach einer deutlichen Erhöhung der Bundesmittel zur Finanzierung der investiven Radverkehrsförderung auf 1 Mrd. Euro jährlich bis 2030 nicht entsprochen habe. Die Verkehrsministerkonferenz bittet darum, dass die Radverkehrsförderung des Bundes im Bundeshaushalt für das Jahr 2025 zunächst mindestens wieder das Niveau des Jahres 2022 erreicht und im Anschluss zunehmend gestärkt wird. Darüber hinaus wird der Bund aufgefordert, das Straßenverkehrsgesetz um eine Innovationsklausel zu erweitern, um die Erprobung zusätzlicher fahrradfreundlicher Maßnahmen vor Ort zu ermöglichen.

DK

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

Mobilität & Tourismus: Eine untrennbare Kombination

Mobilität und Tourismus sind untrennbar miteinander verbunden. Die Erreichbarkeit von Urlaubsdestinationen ist ein entscheidender Faktor bei der Wahl des Reiseziels und damit für Bayerns Destinationen von existenzieller Bedeutung. Mit Blick auf eine nachhaltige Tourismusentwicklung ist aber nicht nur die Anreise eine Herausforderung. Auch die Art und Weise, wie sich Gäste in der Destination bewegen, spielt dabei eine zentrale Rolle. Gleichzeitig beeinflussen Mobilität, Komfort und Flexibilität maßgeblich die Qualität des Aufenthalts und damit auch die Zufriedenheit der Reisenden. Attraktive und nachhaltige Mobilitätsangebote erhöhen die Gesamtattraktivität von Destinationen, fördern eine positive Entwicklung der touristischen Nachfrage und werden künftig auch immer stärker von Gästen erwartet werden.

Mobilität gemeinsam denken

Touristische Akteure haben auf diesen zentralen Aspekt des Tourismus aber nur bedingt Einfluss: Die Verkehrsplanung ist in der Regel Aufgabe der öffentlichen Verwaltung. Um die Mobilität in touristischen Regionen langfristig nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten, müssen auch die Besonderheiten des touristischen Verkehrs berücksichtigt werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Tourismusakteuren und Verkehrsplanungsverantwortlichen ist dafür unerlässlich. Der Erfolg des bayerischen Tourismus ist eng mit einer gut durchdachten Verkehrsanbindung und attraktiven sowie nachhaltigen Mobilitätskonzepten vor Ort verknüpft. Davon profitieren am Ende nicht nur die Gäste, sondern vor allem auch die Einheimischen.

In der vor Ort-Mobilität sind durch die Zusammenarbeit von Tourismus und kommunalen Verantwortlichen bereits spannende und erfolgreiche Ansätze entstanden. Beispielsweise im Bayerischen Wald mit dem „GUTi-Ticket", das Urlaubsgäste, die in der Nationalpark- und Naturparkregion Bayerischer Wald umweltbewusst ohne Auto unterwegs sind, mit einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV belohnt. Auch die digitale „Pfaffenwinkel-Gästekarte" und die „Königscard" im westlichen Oberbayern und im Allgäu animieren Gäste dazu, auf den Bus umzusteigen und damit zu den Sehenswürdigkeiten, Seen, Schlössern, Bergen und Veranstaltungen zu fahren.

Mehr zum Thema Mobilität und Tourismus wird in der kommenden Ausgabe des BayTM Magazins zu lesen sein. Dieses erscheint im Juli 2024 unter magazin.tourismus.bayern. Hier können auch alle bisherigen Ausgaben des BayTM Magazins abgerufen werden. ❐

Brandrisiko bei E-Scooter Batterien

TÜV-Verband und unabhängige Gutachten der ÖPNV-Branche kommen zu ähnlichen Einschätzungen

Im letzten Drittel einer langen Pressemitteilung des TÜV-Verbands, der politischen Interessenvertretung der TÜV-Prüforganisationen, zur Brandgefahr bei E-Scootern steht der entscheidende Satz: „Mit der angekündigten Novelle der eKFV sollte eine Angleichung der Sicherheitsanforderungen für Batterien von E-Scootern und Pedelecs erfolgen." Die dort geforderte Angleichung von Sicherheitsstandards bei den Batterien von E-Scootern an die höheren Anforderungen, die bei Pedelecs bereits gelten, sind aus Sicht der Betriebsverantwortlichen der ÖPNV-Unternehmen der wesentliche Punkt.

Laut VDV-Geschäftsführer Martin Schmitz „ist es gut, dass der TÜV-Verband an der entscheidenden Stelle zu ähnlichen Erkenntnissen kommt wie die beiden unabhängigen Gutachten, die wir als Branche dazu in Auftrag gegeben haben: Aktuell besteht eine Regelungslücke bei den Sicherheitsstandards der mechanischen Festigkeit von Batterien in E-Scootern. Was auf den ersten Blick wie eine Kleinigkeit oder Formalie wirkt, ist aus Sicherheitsaspekten und in Haftungsfragen ein entscheidender Baustein."

Genau deshalb, so Schmitz, sähen sich die Betriebsverantwortlichen der ÖPNV-Unternehmen aktuell zum Handeln gezwungen. Solange diese Frage offenbleibt, müsse weiterhin vor Ort durch die betrieblich Verantwortlichen entschieden werden, wie mit der Mitnahme von E-Scootern in Bussen und Bahnen umzugehen ist. „Da hilft auch der Hinweis auf eine Straßenzulassung dieser Fahrzeuge nicht."

Regelungslücke schließen

Denn im Brandfall seien die Auswirkungen von brennenden Akkus und Batterien auf der Straße, also unter freiem Himmel, komplett anders als in geschlossenen Räumen wie in Bus oder Bahn, bemerkte der Geschäftsführer. Besonders die entstehende Rauchentwicklung und auch das mögliche Feuer im Ein- und Ausstiegsbereich der Fahrzeuge könne in hohem Maße gesundheitsgefährdend für alle Fahrgäste in den Fahrzeugen sein. „Damit E-Scooter künftig überall im ÖPNV wieder mitgenommen werden können, muss die Regelungslücke geschlossen werden. Dies geht am besten über die Angleichung der entsprechenden Norm."

Bis dahin könnten die Hersteller auch rechtssicher und verbindlich schriftlich erklären, dass ihre Fahrzeuge alle notwendigen gesetzlichen Vorgaben, auch bezüglich der Sicherheit der verbauten Batterie, erfüllen. Dazu reiche allerdings nicht eine Pressemitteilung mit vielen Aussagen im Konjunktiv. „Gerne stehen wir dazu auch weiterhin für den fachlichen Austausch mit dem TÜV zur Verfügung. Inhaltlich liegen wir an den entscheidenden Stellen nicht weit auseinander", erklärte Schmitz. ❐



Könige der Kochkunst in Schwangau

Gourmet Festival begeistert Gäste mit Allgäuer Erzeugnissen

Die Schwangauer haben über die Jahrhunderte schon viel an gekrönten und ungekrönten Häuptern gesehen. Könige, Ministerpräsidenten, (Staats)minister. Aber noch nie zuvor waren so viele Michelin-dekorierte Starköche bei ihnen im Ort zu Gast wie zum „1. Schwangauer Gourmet Festival". Dazu zählen Simon Schlachter vom Sternerestaurant Pavo in Pfronten, Florian Wagenbach, Chef des Sternrestaurants Silberdistel in Ofterschwang, der in Füssen aufgewachsene und längst weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannte Moses Ceylan sowie Simon Prokscha, der sich seinen Michelinstern einst in Frankfurt erkochte. Er leitet mittlerweile nicht nur die Küche im Schwangauer Hotel Helmer, sondern ist zusammen mit Andreas Helmer, Chef des Schlossbrauhauses Schwangau und Vorsitzender der Dehoga Ostallgäu, spiritus rector des Festivals.

Ihrem Ruf folgten am ersten Maiwochenende insgesamt 30 Gastköche, einheimische Bierbrauer, Schnapsbrenner, Fischzüchter, regionale Erzeuger und extra angereiste Winzer aus deutschen und österreichischen Anbaugebieten. Über 400 Gästen boten sie im Schlossbrauhaus kulinarische Kunst auf Spitzenniveau, die einem klar umrissenen Konzept folgt. Regionaltypische Produkte stehen nämlich im Mittelpunkt, und das hat seinen Grund, wie Prokscha betont. „In unserer Region kann man eine große Produktvielfalt auf einem extrem hohen Level finden. Das Schwangauer Gourmet Festival ist ein Liebesbeweis daran und soll den Besuchern den Geschmack der Region auf die Zunge bringen."

Ein „Liebesbeweis", der nicht nur bei den Gästen, sondern auch auf politischer Ebene Anklang findet. Die bayerische Tourismusministerin Michaela Kaniber würdigt entsprechend in ihrem vom Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke überbrachten Grußwort die Allgäuer Landwirtschaft und die von ihr produzierten „Premium-Lebensmittel". Daran knüpft in seinen Begrüßungsworten der Geschäftsführer der Allgäu GmbH und des Tourismusverbandes Allgäu Bayerisch Schwaben, Bernhard Joachim, ebenso an, wie die Landrätin des Ostallgäu-Kreises, Maria Rita Zinnecker. Sie war zwar terminlich verhindert, hebt aber in ihrem schriftlichen Grußwort „die gastronomische Qualität unserer Heimat" hervor. Zugleich betont sie, dass derartige Veranstaltungen nicht nur die Branche stärkten, sondern auch dazu beitrügen „neue Kolleginnen und Kollegen durch Begeisterung für das Gastgewerbe zu gewinnen."

Nachwuchsförderung liegt den beiden Festival-Initiatoren ebenfalls am Herzen. Deshalb haben Prokscha und Helmer eine Kooperation mit der den Staatlichen Berufsschulen Ostallgäu und Oberallgäu gestartet und wollen damit Verantwortung für die Zukunft des Berufsstandes übernehmen. Da nichts mehr überzeugt als Taten, haben sie Berufsschüler eingeladen, sich während des Festivals selbst ein Bild von der Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Zunft zu machen.



V.l. Sternekoch Simon Proschka, Schwangaus 1. Bürgermeister Stefan Rinke, Stephan Stracke, MdB und Braumeister Andreas Helmer. Bild: Andrea Hösl

Bei Essen und Trinken finden die Leute zusammen

Der Schwangauer Bürgermeister Stefan Rinke zeigt sich begeistert von der Resonanz auf das Gourmet Festival. „Es hat sich mal wieder bewiesen, dass bei Essen und Trinken die Leute zusammenfinden." So sei das Festival nicht nur ein Branchentreffen von 100 Mitwirkenden, sondern zugleich Börse für neue Geschäftsideen und -anbahnungen. Werbung für die gastronomische Leistungskraft Schwangaus ist es überdies. Zufrieden blickt Rinke auf die Tatkraft der heimischen Gastronomie, die nicht jammere und bei Anderen Hilfe einfordere, sondern selbst nach innovativen Ideen suche, um die eigene Attraktivität und die der Tourismusgemeinde zu wahren. Sein Wunsch nach Wiederholung verwundert da nicht. Er hat wohl gute Chancen, in Erfüllung zu gehen. Zwar will sich Prokscha noch nicht abschließend festlegen, ob er und Helmer das Genuss-Event im einjährigen oder zweijährigen Rhythmus fortsetzen. Der Blick in seine Augen verrät beim abendlichen Gespräch in kleiner Runde freilich, dass ihn längst das nächste Kulinarik-Highlight umtreibt. Die ersten Könige der Kochkunst haben zudem schon angedeutet, dass sie gerne wiederkommen würden. Sie fühlen sich in Schwangau wohl und in ihrem Können wertgeschätzt. **jmg**

GZ ZU GAST BEI ...



© Julia Pietsch

Martin Sailer

Landrat Landkreis Augsburg
Bezirkstagspräsident Schwaben

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Landrat des Landkreises Augsburg mit 262.493 Einwohnern und Einwohnerinnen (Stand: 30. Juni 2023) in 46 Städten, Märkten und Gemeinden.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit 2008 hauptamtlich als Landrat tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach meinem Studium der Betriebswirtschaftslehre war ich bis 2003 als Diplom-Kaufmann in verschiedenen leitenden Positionen in den Bereichen Produktmanagement und Vertrieb tätig. Von 2003 bis 2008 war ich Mitglied des Bayerischen Landtags. Beide Tätigkeiten übe ich aktuell nicht mehr aus. Allerdings bin ich nicht nur Landrat des Landkreises Augsburg, sondern auch Bezirkstagspräsident des Bezirks Schwaben.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Es gehört für mich zu den schönsten politischen Aufgaben, mich für meine Mitmenschen zu engagieren – insbesondere für diejenigen, die beispielsweise aufgrund eines Handicaps etwas mehr Unterstützung benötigen als andere. Deshalb bin ich in die Politik gegangen, deshalb setze ich in meiner Arbeit – sowohl als Bezirkstagspräsident als auch als Landrat – seit Jahren einen besonderen Fokus auf Teilhabe und Inklusion, Nachhaltigkeit und kulturelle Bildung. Ein Tag ist für mich ein guter Tag, wenn ich mit meiner Arbeit mit einem kleinen Baustein zu einem besseren gemeinschaftlichen Miteinander beitragen konnte.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Dadurch, dass ich bereits mit 17 Jahren Mitglied der Jungen Union wurde und dort schnell als Orts-, Kreis- und Bezirksvorsitzender immer mehr Verantwortung übernommen habe, habe ich, denke ich, gute Einblicke in die politische Arbeit bekommen.

Überdies habe ich mit 20 Jahren zum ersten Mal für den Gemeinderat kandidiert und bin dann später (1996) auch als Jüngster in den Gemeinderat von Diedorf gewählt worden. Beides – meine Zeit in der JU und im Gemeinderat – waren für mich eine gute Vorbereitung für meine spätere hauptamtliche politische Tätigkeit.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich bin im Mai 2008 zum ersten Mal zum Landrat des Landkreises Augsburg gewählt worden und sah mich danach relativ schnell den Herausforderungen und Problematiken ausgesetzt, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgerufen wurden. Unter anderem hatten wir in dieser Zeit mit 4,5 Prozent die höchste Arbeitslosenquote, an die ich mich im Landkreis Augsburg erinnern kann.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell beschäftigen mich insbesondere die Flüchtlingsthematik, die Unzufriedenheit in breiten Teilen der Bevölkerung, die adäquate, bedarfsgerechte Versorgung in den Bereichen Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie die Finanzierbarkeit unserer Standards (beispielsweise im Bereich ÖPNV). In den letzten Monaten herrscht sehr viel Unzufriedenheit in unserem Land und gemeinschaftlich wird zumeist nur demonstriert (Klima, Krieg, Landwirtschaft, Demos gegen rechte Tendenzen etc.). Ich hoffe, dass unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren – und damit auch im Landkreis Augsburg –wieder näher zusammenrückt. Hierzu muss aber auch unsere Bundespolitik beitragen, indem sie nachvollziehbare Entscheidungen trifft, anstatt die Menschen in unserem Land durch interne Differenzen weiter auseinanderzudividieren.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

In den nächsten Jahren werden wir uns im Landkreis neben dem Thema ÖPNV insbesondere mit einem potenziellen Neubau für unsere Wertachkliniken, einem bedarfsgerechten Angebot in der Pflege, aber auch dem Neubau unseres Kreisjugendheims auseinandersetzen müssen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ich würde mir wünschen, dass sie ihren Mitmenschen gegenüber offen bleiben. Unabhängig davon, wie unterschiedlich wir teilweise auf den ersten Blick wirken; am Ende des Tages funktionieren wir als Gesellschaft nur dann gut, wenn wir unsere Vielfalt als Stärke anerkennen und nicht gegeneinander, sondern gemeinsam an einem Miteinander arbeiten. Gerade in Zeiten, in denen rechte Stimmen laut werden, die versuchen, bestehende Problematiken für ihre Zwecke zu missbrauchen, ist es besonders wichtig, sich selbst ein Bild zu machen, sich auseinanderzusetzen und sich nicht von Dritten instrumentalisieren zu lassen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Der Austausch mit meinen Mitmenschen – egal ob Kolleginnen und Kollegen, Mitbürgerinnen und Mitbürger oder Mitarbeitende – ist mir außerordentlich wichtig. Schließlich bin ich nicht gewählt worden, um nur meinen eigenen Willen durchzuboxen, sondern um mich für das Wohl aller im Landkreis Augsburg (und im Bezirk Schwaben) einzusetzen. Aus diesem Grund versuche ich, wo es nur geht, in den gemeinsamen Dialog zu treten. Sei es im Rahmen von Bürgersprechtagen, über die Sozialen Medien, per E-Mail, in meiner Kinder- und Jugendsprechstunde oder im persönlichen Gespräch.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird weiter Einfluss auf alle unsere Lebensbereiche haben, natürlich auch auf die Kommunalpolitik. Sie hat ja seit der Pandemie bereits in vielen Kommunen Einzug gehalten (beispielsweise im Rahmen digitaler Meetings, aber im Landkreis Augsburg auch beim digitalen Bauantrag bzw. der digitalen Baugenehmigung). Im besten Fall werden auf diese Weise Abläufe vereinfacht und beschleunigt. Allerdings halte ich es nach wie vor für zwingend notwendig, dass wir uns in regelmäßigen Abständen persönlich begegnen. Im digitalen Raum macht man doch ab und an Dinge parallel. Im direkten Gespräch hingegen lasse ich mich zu 100 Prozent auf mein Gegenüber ein und kann auch die Mimik und Gestik viel besser deuten.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Ich habe nicht unbedingt ein Motto, aber ich lebe nach dem Prinzip, dass ich mich selbst und meine eigenen Probleme nicht zu wichtig nehme. Diesen Charakterzug schätze ich auch an anderen Menschen und nehme ihn besonders häufig bei Kindern und Jugendlichen wahr, was ich schön finde. Wenn diese in meine Sprechstunde kommen, geht es eigentlich nie um Themen, die nur sie selbst betreffen, sondern immer um Anliegen, die der Gemeinschaft weiterhelfen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Auch wenn das sehr nach einem Nachruf klingt und ich für diesen hoffentlich noch ein paar Jährchen Zeit habe, hoffe ich, dass ich meinen Mitmenschen als wertschätzend, verbindlich, interessiert, konstruktiv und lösungsorientiert in Erinnerung bleibe. ❐

Bürgermeister/in des Jahres 2024 gesucht

„Die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen der bayerischen Städte und Gemeinden tragen täglich ein hohes Maß an Verantwortung für das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger. Viele gehen dabei den berühmten Schritt extra und engagieren sich weit über die an ihre Position gestellten Erwartungen hinaus", erklärt Dr. Stefan Detig, der selbst Altbürgermeister der Gemeinde Pullach ist, die Idee hinter dem Preis.

Mit dem Preis werden Bürgermeister/innen ausgezeichnet, die innovative Maßnahmen und Projekte auf den Weg gebracht oder umgesetzt haben. Dabei sollen auch die eigenen Bürger vor Ort erkennen, welche hervorragenden Leistungen ihre Bürgermeisterin bzw. ihr Bürgermeister erbringt und auf sie bzw. ihn stolz sein. Vorschläge können bis zum 4. Juni 2024 eingereicht werden.

Kontakt

DETIG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Dr. Stefan Detig, M.B.A., Altbürgermeister
Telefon: 089/72444850-0
Mail: info@detig-rsw.de ❐

Bezirk Niederbayern:

Kulturelle Bildung in Ganztagsangebote einbringen

Qualifizierung von Ehrenamtlichen aus dem Kulturbereich für Angebote an Grundschulen

Ab 1. August 2026 wird stufenweise ein bundesweiter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt. Beginnend mit den Erstklässlern des Schuljahres 2026/27 sind die Kommunen als Sachaufwandsträger der Grundschulen in der Pflicht, entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen und mit pädagogisch geschultem Personal abzudecken. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich will diese vom Gesetzgeber geschaffene Erforderlichkeit nutzen, um die kulturelle Bildung an bayerischen Grundschulen zu stärken.

Gemeinsam mit der freien Tanzvermittlerin Eva Seidl, dem Bildhauer und Kunstvermittler Hubert Huber sowie der stellvertretenden Vorsitzenden der Landesvereinigung „Kulturelle Bildung Bayern", Marion Glück-Levi, diskutierte Bezirkstagspräsident Heinrich im Rahmen eines Podiums in der Freyunger FreYbühne die Fragestellung, wie sich die kulturelle Bildung im ländlichen Niederbayern effektiv stärken lässt. Die Podiumsdiskussion war Teil des zweitägigen „Labors für Kulturelle Bildung Niederbayern" im Rahmen des Projektes „Land schafft Kultur" der Landesvereinigung „Kulturelle Bildung Bayern".

Für Dr. Olaf Heinrich besteht der erfolgversprechendste Ansatz zur Stärkung der kulturellen Bildung in der Fläche im Bereich der Schaffung schulischer Angebote jenseits des klassischen Unterrichts.

Niederschwellige und dezentrale Angebote

Als gute Möglichkeit neue Modelle der Vermittlung kultureller Bildung im schulischen Kontext zu denken und umzusetzen betrachtet Dr. Heinrich hierbei die gesetzliche Verpflichtung zur Schaffung von Angeboten der Ganztagsbetreuung für alle Grundschüler bis zum Jahr 2029/30. „Um junge Menschen für beispielsweise Kultur, Musik, Tanz, Theater oder Gesang zu begeistern, benötigen wir möglichst niederschwellige und dezentrale Angebote", ist er überzeugt. Der schulische Raum eigne sich daher ganz besonders als Schnittstelle und Erstkontakt für musikalische, künstlerische, dramaturgische und tänzerische Angebote.

„Wir sollten jetzt die sich bietende Chance ergreifen, um Personal pädagogisch so zu qualifizieren, dass die künftige Ganztagsbetreuung an den Grundschulen mit vielfältigen kulturellen Angeboten ausgestaltet werden kann", betont Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Dabei erachtet er insbesondere ein Modell der Qualifizierung von Ehrenamtlichen des Kulturbereiches als erfolgversprechend. „Wenn wir es schaffen, die vielfältigen Kompetenzen der Ehrenamtlichen in die Schulen einzubringen, stärkt das unsere schulischen Ganztagsangebote", unterstreicht der Bezirkstagspräsident. Hierbei könne man aus dem obligatorischen Betreuungsangebot einen echten Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Kulturszene generieren und zugleich dem sich abzeichnenden, gravierenden Personalmangel im Bereich dieser Betreuungsangebote entgegenwirken, wie Heinrich weiter erläutert.

Das Projekt „Land schafft Kultur" will die Kulturelle Bildung in den ländlichen Räumen Bayerns stärken. In partizipativen Laboren in allen sieben bayerischen Bezirken werden Entwicklungs- und Handlungsbedarfe mit den Akteuren vor Ort erarbeitet. Die Veranstaltungen der Landesvereinigung „Kulturelle Bildung Bayern" dienen auch der Sichtbarmachung der lokalen Angebote der Kulturellen Bildung und dem überregionalen Transfer bewährter Praxisbeispiele. Derartige Praxisbeispiele müssten nun zeitnah geschaffen werden, um die sich im Zuge des entstehenden Ganztagsanspruchs ergebenden Chancen optimal nutzen zu können, so Heinrich am Ende des Podiumsgesprächs. **- cw -**

Weil der Staat irren kann

Was Kommunalpolitikern aus Bayern zu „75 Jahre Grundgesetz“ durch den Kopf geht

In der zehnten Klasse des Gymnasiums lernen Jugendliche, mit dem Grundgesetz zu arbeiten. Auch Maurice Schönleben, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Fürth, hat sich zunächst im Sozialkundeunterricht und dann später im Politik- und Geschichtsstudium mit dem Grundgesetz befasst. Was für ihn wichtig war: „Grundrechte nehmen eine elementare Stellung in unserer Rechtsordnung ein“, sagt er anlässlich des diesjährigen Jubiläums „75 Jahre Grundgesetz“. Besonders wichtig ist ihm Artikel 3.

Als Maurice Schönleben in der zehnten Klasse war, hatten homosexuelle Männer ein Grundrecht, das ihnen zum Zeitpunkt seiner eigenen Geburt im Jahr 1991 noch nicht zugestanden worden war. „Bis 1994 wurden sexuelle Handlungen zwischen Männern kriminalisiert“, erinnert der Kommunikationsberater. Diese grundgesetzwidrige Kriminalisierung zeigt für ihn etwas Wesentliches: „Wir brauchen Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat, denn der Staat kann irren und Unrecht begehen.“

Weil politische Herrschaft grundgesetzwidrig ausgeübt werden kann, muss Bürgern nach Überzeugung von Maurice Schönleben ein Beschwerderecht gegenüber dem Staat zugestanden werden. „Wir müssen von einer unabhängigen Justiz eine staatliche Maßnahme oder ein Gesetz auf seine Grundrechtskonformität hin überprüfen lassen können“, führt er aus. An Politiker auf allen Ebenen appelliert er: „Egal, über welches Gesetz, welche Verordnung oder Regelung wir beraten, wir dürfen Artikel 3 des Grundgesetzes, also die Gleichheit aller Menschen, nie aus den Augen verlieren.“

Maurice Schönleben ist bewusst, dass viele Bürger mit bestimmten Corona-Regeln nicht einverstanden waren und dass sie bestimmte Corona-Vorschriften als grundgesetzwidrige Entmündigung empfunden hatten. Der SPDler kann dies nachvollziehen. Wobei er auch sagt: „Politik und Justiz konnten nur auf Grundlage der damals zur Verfügung stehenden Erkenntnisse entscheiden.“ Manche Maßnahme, die retrospektiv „irrsinnig“ erscheint, habe man aufgrund der damals unklaren Informationslage für erforderlich gehalten: „Doch nun ist eine saubere Aufarbeitung der Entscheidungen und Fehlentscheidungen wichtig.“

Gegen Demokratiefeindlichkeit

Maurice Schönlebens Parteikollege Norbert Seidl, Bürgermeister von Puchheim im Landkreis Fürstenfeldbruck, sieht das Grundgesetz als ein wirksames Mittel gegen Demokratiefeindlichkeit an. Es sichere Meinungsfreiheit zu und sei der wichtigste Schutz gegen Tendenzen hin zu Ungleichheit und Unfreiheit. Für ihn persönlich ist die grundgesetzlich garantierte Unantastbarkeit der Würde des Menschen der wichtigste Artikel. Daraus ergäben sich alle anderen Grundgesetzgarantien.

Das 1949 in Kraft getretene Grundgesetz mit seinen 146 durchnummerierten Artikeln, das bis dato rund 70 Mal geändert wurde, ist kein Stück Literatur wie jedes andere. Kaum jemand hat es in einem Stück von vorne bis hinten durchgelesen. Auch Schüler müssen dies nicht tun. Das wäre auch wenig sinnvoll, meint Norbert Seidl. „Auch, ob Jugendliche die Grundrechte auswendig aufsagen könnten oder nicht, wäre irrelevant“, betont der Hauptschullehrer: „Entscheidend ist das Verständnis für diese Rechtsgrundlage, die unser Zusammenleben regelt.“ Und die zum Beispiel besagt, dass jeder Bürger das Recht hat, gehört und geachtet zu werden.

Nicht immer gehört wurden Bürger, die darlegen wollten, warum sie den Corona-Regeln die Zustimmung verweigerten. Viele konnten das nur auf eigenen Blogs oder in digitalen Medien tun. Viele hatten das Gefühl, dass man sie in der Öffentlichkeit mundtot machen wollte.

Dass die damalige Situation nicht zuletzt im Lichte des Grundgesetzes schwierig war, sieht auch das Amnesty international-Mitglied Norbert Seidl: „Besonders in Bayern wurde Sicherheit durch Quarantäne als oberste Handlungsmaxime ausgegeben.” Vor allem die Isolierung der Kinder und Jugendlichen mit der Folge, dass sich manche junge Menschen im Cyberspace verloren und nicht wenige psychische Störungen entwickelten, bewertet auch er im Nachhinein als „übervorsichtig“. Eine Abwägung hin zu mehr Kindeswohl wäre geboten gewesen.

Frage der Verhältnismäßigkeit

Was im Zeitraum zwischen März 2020 und April 2023 in Bayern galt, sieht auch Hans Kaltenecker, UWB-Fraktionsvorsitzender im schwäbischen Günzburg, heute kritisch: „Im Nachhinein mit dem jetzigen Wissen hätten einige Aktionen anders ablaufen können.“ Die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen sieht er heute als „nicht immer im Einklang mit dem Nutzen, der daraus erfolgte“. Gleichzeitig ist Hans Kaltenecker überzeugt, dass damals jeder guten Willens war, das Richtige zu tun: „Respekt vor denen, die in der Verantwortung standen, Maßnahmen treffen zu müssen.“

Das Wichtigste am Grundgesetz ist für den Günzburger Stadtrat die Garantie, dass Menschen aller Kulturen und unabhängig vom sozialen Status in der Bundesrepublik dieselbe Würde zukommt. Diese Würde dürfe von niemandem verletzt werden: „Auch nicht vom Staat.“ Als Abwehrinstrumente schützten eben die Grundrechte die persönliche Freiheit der Bürger vor staatlichen Eingriffen.

Das Grundgesetz habe den Menschen in Deutschland ein Leben in Frieden und Freiheit gesichert und „eine geglückte Demokratie beschert“, hieß es vor zehn Jahren im Bundestag anlässlich der Feier zu „65 Jahre Grundgesetz“. Der Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so der Linken-Parlamentarier Gregor Gysi in seinem damaligen Redebeitrag, sei „die einzig richtige Antwort auf die Nazi-Barbarei“ gewesen. Auch für Joachim Jarosch, ÖDP-Fraktionsvorsitzender in Erlangen, ist Artikel 1 der allerwichtigste im Grundgesetz: „Unsere Großeltern des Grundgesetzes haben sich sehr genau überlegt, warum sie ihn an diese Stelle setzen.“

Anliegen des Anderen

Dieser Satz sollte nach Überzeugung von Joachim Jarosch ein ständiger Begleiter im Alltag sein: „Würde bedeutet für mich, dass jeder Mensch das Recht auf einen respektvollen Umgang hat.“ Respekt brauche es vor allem vor den Anliegen und Themen des anderen Menschen. „Würde hat für mich auch etwas mit Nächstenliebe und Menschlichkeit zu tun”, so der ÖDPler. In der heutigen Zeit, die durch digitale, „unsoziale“ Medien geprägt werde, komme dies oft zu kurz: „Wir sollten wieder deutlich mehr den Menschen in den Mittelpunkt stellen.“

Als Fürsprecher der Corona-Politik kann Joachim Jarosch die aktuell zum Teil massive Kritik am damaligen, nach Ansicht der Kritiker nicht grundrechtskonformen Vorgehen nicht nachvollziehen. „Es hat sich um eine globale Pandemie gehandelt, welche es seit 100 Jahren nicht mehr auf der Welt gegeben hat, und deren tödliche Auswirkungen nicht bekannt waren”, unterstreicht er. Und fragt: „Was würden die Leute heute sagen, wenn durch eine laxe Corona-Politik in der Pandemie mehrere Millionen Menschen gestorben wären und doppelt so viele unter Long-Covid leiden würden als heute eh schon?”

Für Julian Wendel, Behindertenbeauftragter der Stadt Würzburg, ist es erstaunlich, wie „präzise“ die bayerische Regierung in der Corona-Zeit den Meinungen von Wissenschaftlern gefolgt sei. „In der Klimakrise wird die Wissenschaft aber nahezu komplett ignoriert”, so das SPD-Mitglied. Er würde sich wünschen, dass sich Verfassungsrichter mit den damaligen Grundrechtseinschnitten auseinandersetzen: „Nach meinem Verständnis waren die Einschränkungen unverhältnismäßig.“

Entfaltung der Persönlichkeit

Der wichtigste Artikel ist auch für Julian Wendel jener erste, bei dem es um die Würde des Menschen geht. „Davon abgesehen empfinde ich das Grundrecht auf eine freie Entfaltung der Persönlichkeit, wie in Artikel 2 formuliert, als einen grundlegenden Baustein für unsere individuelle wie gesellschaftliche Integrität”, sagt er. Dieser Abschnitt gefalle ihm deshalb so gut, weil er nicht nur das Bestehende schützt: „Er formuliert auch das Recht auf eine individuelle und dadurch gesellschaftliche Entwicklung.“

Nach Auffassung des Behindertenrechtsaktivisten nehmen die Grundrechte den Staat in die Pflicht: „Und zwar vor allem in die Pflicht, die Grundrechte zu schützen und damit auch jedes Individuum.“ Dies betreffe ihn als Mensch mit einer Behinderung, der auf Hilfe von öffentlich finanzierten Assistenten angewiesen ist und der dadurch in starker Abhängigkeit lebt, besonders. „Es bedeutet, dass ich mich durch die Berufung auf meine Grundrechte aus diesem Gefüge der Abhängigkeit lösen und ein hohes Maß an Selbstbestimmung erreichen kann“, sagt er.

Bislang keine Verfassung

Als eine der ältesten demokratischen Verfassungen gilt jene der Vereinigten Staaten von Amerika. 1787 wurde sie verabschiedet. Heute verfügen fast alle Länder über ein geschlossenes Verfassungsdokument. Zu den wenigen Staaten, die weder eine formale Verfassung noch ein Grundgesetz haben, gehört Israel. Auch Deutschland hat keine Verfassung. „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt“, heißt es in Artikel 146. Die solle vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden sein. **Pat Christ**

GZ PINOS WELT



„Stell Dir vor, es ist Zeitenwende und keiner geht hin.“ Ok, nicht jeder mag es goutieren, einen gefühlt pazifistischen Spruch, der angeblich von Berthold Brecht stammt, hier gleichsam bellizistisch abgewandelt zu sehen. Aber so wenig der Ausspruch von Brecht stammt, so selten wird er vollständig zitiert. Carl Sandburg, der wahre Autor, hat nämlich 1936 geschrieben: „Stell dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin – dann kommt der Krieg zu euch“. Womit wir wieder beim eigentlichen, richtigen Sinn der Zeitenwende wären.

Die Zeitenwende brauchen wir, damit der Krieg nicht zu uns kommt, der seit zwei Jahren seine hässliche Fratze in der Ukraine zeigt. Es hat ja ganz vielversprechend angefangen: Sondervermögen Rüstung, Einhaltung des 2-Prozent-Ziels für den Verteidigungshaushalt, stärkeres Bewusstsein für die Bedrohungslage in der Bevölkerung.

Vom eigentlichen und richtigen Sinn der Zeitenwende

Die Zwischenbilanz ist allerdings ernüchternd: Das Sondervermögen – fast aufgebraucht für eilig zusammengekaufte Rüstungsgüter, darunter amerikanische Bomber, die hinten und vorne nicht in die vorhandenen Hangars und zur übrigen Ausrüstung der Luftwaffe passen, Funkgeräte, die man nicht in die Fahrzeuge einbauen kann, ein Raketenschirm, der nicht mit unserem wichtigsten europäischen Partner, Frankreich, abgestimmt ist. Zum Erreichen des 2-Prozent-Ziels wird alles zusammengerechnet, was irgendwie mit Verteidigung zu tun haben könnte, einschließlich der Ruhestandsbezüge früherer Soldaten. Ob die Kosten für die jährliche Feierstunde zum Volkstrauertag im Bundestag eingerechnet werden, war nicht in Erfahrung zu bringen, ist aber wahrscheinlich. Und obwohl 68 Prozent der Deutschen höhere Verteidigungsausgaben befürworten, muss auch der Verteidiger im nächsten Haushalt voraussichtlich Federn lassen, weil ein sozialpolitisches Grundanliegen nicht angetastet werden soll: Wer nicht arbeitet, soll Bürgergeld beziehen.

Auch die Personalprobleme der Bundeswehr werden nur unzureichend angegangen. Aus der Regierung hört man nur, dass zu wenige Frauen bei den Streitkräften Dienst tun und die Junge Union hat es scheinbar aufgegeben, junge Wähler anzusprechen und die allgemeine Dienstpflicht im CDU-Grundsatzprogramm verankern zu lassen.

Ein beliebtes Argument in der Debatte, dass die Personalstärke der Streitkräfte nicht erhöht werden könne, ist die Frage der fehlenden Kasernen. Richtig, viele einstmals militärisch genutzte Flächen – Kasernen, Munitionsniederlagen, Truppenübungsplätze – wurden nach dem Ende des Kalten Krieges im Rahmen der Konversion ziviler Nutzung zugeführt. Das war auch aus heutiger Sicht richtig, denn der Bund hat es durch in der Regel äußerst günstige Konditionen in den 90er Jahren ermöglicht, dass die betroffenen Kommunen spannende und wichtige städtebauliche Entwicklungen anstoßen konnten.

Auch unsere alte Kaserne, einstmals im Königreich Bayern für wackere, pickelbehauptete Infanteristen vor den Toren der damaligen Stadt gebaut, war in den späten 90ern von städtischer Besiedlung umfasst und konnte harmonisch für ein Ansiedlungsvorhaben genutzt werden.

Wenn also für die Zeitenwende alle gefragt sind, dann sind das natürlich primär diejenigen, die neben einer tauglichen und funktionalen Ausrüstung unserer Streitkräfte auch den notwendigen Personalstand festlegen und Wege zur Gewinnung einer ausreichenden Zahl von Frauen und Männern für die Armee konzipieren müssen.

Es ist aber ebenso die Kommunalpolitik gefragt zu prüfen, ob und in welchem Umfang sich Grundstücke für Zwecke der Verteidigung identifizieren lassen. Man kann es natürlich so machen, wie eine Kommune in NRW, die den Erweiterungsbau einer Munitionsfabrik zu Gunsten irgendeines Feel-good-nice-to-have-Projekts blockiert. Aber das wird weder den ernsten Zeiten noch den sicherheitspolitischen Gegebenheiten gerecht.

Denken wir an George Bernhard Shaw: „Wir werden nicht durch Erinnerung an unsere Vergangenheit weise, sondern durch die Verantwortung für unsere Zukunft.“

Ihr Pino

THD-Verwaltungsstudierende auf Exkursion in Tschechien

Vom Hörsaal in die Praxis: Das stand auf dem Programm der Mastergruppe Public Management im 4. Semester. Hier bilden sich Verwaltungsmitarbeitende aus ganz Bayern berufsbegleitend am Wochenende weiter. Erstes Reiseziel war das Regionalamt in Karlsbad. Die Studiengruppe erfuhr, wie weit die Digitalisierung in Tschechien schon fortgeschritten ist. Thema war die persönliche kostenfreie Datenbox, über die Bürgerinnen und Bürger zahlreiche digitalisierte Verwaltungsleistungen nutzen. Auch steht der Bevölkerung eine App für Ausweis- und Fahrerlaubnisdaten oder den Kfz-Schein zur Verfügung, mit der sie diese Dokumente sicher und verschlüsselt auf ihrem Smartphone mitführen können. Ebenso werden einfache Schreib- und Verwaltungstätigkeiten zunehmend digitalisiert: „Robotische Automatisierung“ ist hier das Stichwort um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Letzterer ist gerade in Tschechien spürbar, da hier mit einer Arbeitslosenquote von nur 2,6 Prozent Vollbeschäftigung herrscht und die Zahl der offenen Stellen darüber liegt.

Weiter ging die Exkursion nach Prag. Terezie Radoměřská, Bürgermeisterin des Bezirks 1 der Stadt Prag, präsentierte den Masteranden das vollautomatisierte Bußgeldverfahren für Parkverstöße. Der Bezirk generiert so 13 Prozent seiner Einnahmen. Einer der Höhepunkte der Studienreise war der Besuch der Deutschen Botschaft in Prag, bei dem Erinnerungen an die Ereignisse im Jahr 1989 wachgerufen wurden.

Auf der letzten Reisestation in Wien erfuhren die Studierenden, dass in Österreich die Haushaltsreform weit vorangeschritten ist. Das KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) bietet hier eine Transparenzplattform an, welche auf Freiwilligenbasis aussagekräftige Daten aus den Haushalten der Gemeinden einstellt und veranschaulicht. Starke Eindrücke hinterließen sowohl der Besuch bei den Vereinten Nationen in der „UNO-City“ als auch das Zusammentreffen mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl in Wien. Die Reise bildete den Abschluss eines anspruchsvollen Masterstudiums. Die Studenten werden nur noch ihre Masterarbeit anfertigen.

Infos zum Studium

Das 4semestrige Public Management M.A. richtet sich an Verwaltungsmitarbeitende mit Erststudium und beginnt immer zum Wintersemester. Information und Beratung: julia.dullinger@th-deg.de. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

HSS-Veranstaltung zu Steuerung und Begrenzung irregulärer Migration:

Für Humanität und Ordnung

Autorin: Dr. Susanne Schmid

Das Thema „Migration, Flucht und Asyl“ steht auch mit Blick auf die Europawahlen weit oben auf der politischen Agenda. Die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 hat die Notwendigkeit einer kohärenten und umfassenden Migrations- und Asylpolitik – sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber Drittstaaten – deutlich gemacht. Die Hanns-Seidel-Stiftung und das Bayerische Innenministerium widmeten diesem Themenkomplex Ende April eine Podiumsdiskussion unter der Überschrift „Für Humanität und Ordnung – Mit neuen Impulsen irreguläre Migration zum Schutz vor Überforderung steuern und begrenzen“.

Oliver Jörg, Generalsekretär der HSS, stellte in seiner Begrüßungsrede die Schlüsselfrage: „Wie kann eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik implementiert werden, die der außen- und entwicklungspolitischen Dimension des Themas ebenso gerecht wird wie sie einen Ausgleich zwischen Zuwanderungsdruck und Zuwanderungsbedarf findet?“

Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann, MdL, forderte in seinem Impulsvortrag: „Wir brauchen eine bessere Begrenzung der irregulären Migration – anderenfalls gefährden wir unsere Innere Sicherheit.“ Neben der Fortsetzung effektiver Grenzkontrollen müssten laut Herrmann auch Zurückweisungen an der deutschen Grenze im Falle eines Asylgesuchs möglich sein. Er verwies darauf, dass 2022 rund zwei Drittel der Asylbewerber nach Deutschland kamen, ohne vorher in einem anderen europäischen Land registriert und geprüft worden zu sein, oft ohne Ausweispapiere. „Das ist ein massiver Verstoß gegen geltendes europäisches Recht und auch eine ernsthafte Bedrohung unserer Sicherheit“, sagte Herrmann.

EU-Mitgliedstaaten wie Italien und Griechenland hintertrieben durch fehlende Registrierung oder gar offen erklärte Überstellungsstopps die zentralen Vereinbarungen des gemeinsamen europäischen Asylsystems – zu Lasten Deutschlands. Herrmann: „Selbst im Erstaufnahmeland registrierte Flüchtlinge, die nach Deutschland weitergereist sind, werden oft nicht mehr zurückgenommen, obwohl es das Dublin-Abkommen vorschreibt. Wie lange kann Deutschland das aktuell noch akzeptieren?“

Die irreguläre Migration wirke sich auch negativ auf unsere Kriminalitätslage aus. „Die gestiegenen Kriminalitätszahlen belegen es und die Stimmen aus den Kommunen, die uns sagen, sie seien am Limit, halten es fest – wir brauchen eine Begrenzung der irregulären Migration.“

Herrmann verlangte darüber hinaus eine Diskussion über das Konzept des sogenannten subsidiären Schutzes, der vor allem Bürgerkriegsflüchtlingen gewährt wird. „In einer Zeit, in der bewaffnete Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt leider an der Tagesordnung sind, müssen die Fragen gestellt werden: Gewährt Deutschland weiterhin bei internationalen Krisen individuell und unbegrenzt Schutz? Oder wird künftig zusammen mit der Weltgemeinschaft und den EU-Mitgliedstaaten mit festen Aufnahmezusagen Schutz gewährt?“

Herrmann nannte in seiner Rede eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Migrationssteuerung wie die Beschleunigung von Asylverfahren, die Einstufung weiterer sicherer Herkunftsstaaten oder auch die Reduktion finanzieller Anreize: „Wir zahlen einem Asylbewerber, der rechtskräftig abgelehnt worden ist, bis zu dem Tag, an dem er das Land tatsächlich verlässt, immer noch Sozialleistungen auf einem Niveau wie in keinem anderen europäischen Land. Das ist gegenüber den Steuerzahlern in unserem Land kaum vertretbar.“

Die Bundesregierung forderte der Bayerische Innenminister auf, jetzt schnellstmöglich die zentralen Weichen für einen echten Kurswechsel in der Asylpolitik zu stellen.

Deutschland erfüllt humaitäre Verpflichtungen

Die Expertenrunde, moderiert von BR-Moderators, Dr. Stefan Meining, kam zu folgendem Schluss: Deutschland erfüllt seine humanitären Verpflichtungen, es steht zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention. Das christliche Menschenbild gebietet die Unterstützung für Menschen in Not. Verfolgten zu helfen und ihnen Schutz zu gewähren, ist eine Frage der humanitären Verantwortung, der Mitmenschlichkeit und der Nächstenliebe. Dass Deutschland ein weltoffenes und solidarisches Land ist, zeigt die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Ferner zählt Deutschland zu den führenden Aufnahmeländern von Schutzsuchenden weltweit. Seit Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges wurden über eine Million Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Ende 2023 lebten in Deutschland über drei Millionen Geflüchtete. 2023 wurden in Deutschland über 350.000 Asylanträge gestellt. Die Gesamtschutzquote (Anteil positiver Asylentscheidungen) für alle Herkunftsländer lag im Jahr 2023 bei fast 52 Prozent. Deutschland gewährt Asylsuchenden Sozialleistungen auf einem Niveau wie in keinem anderen europäischen Land. Der Bayerische Innenminister resümierte vor diesem Hintergrund: „Humanität wird in Deutschland meist als selbstverständlich vorausgesetzt.“

Stefan Löwl, Landrat des Landkreises Dachau, sieht aktuell ein massives Abschiebe- und Integrationsproblem. Seine 17 Gemeinden sehen sich mit vielen parallelen Herausforderungen konfrontiert. Stetig kommen neue Geflüchtete an, die es mit Wohnraum zu versorgen gilt, gleichzeitig leben noch Asylbewerber aus den Jahren 2015/2016 in den Unterkünften (sogenannte Fehlbelegungen). Löwl führte aus, dass die Unterbringung zwar noch gelingt, aber Spracherwerb, Sozial- und Arbeitsmarktintegration schwer möglich sind. Einerseits aufgrund des Wegfalls von ehrenamtlichen Unterstützern, aber auch wegen Fehlbelegungen: „Integration im Container geht nicht“, so der Landrat. Zwar könne der Landkreis Dachau Integrationserfolge vorweisen, aber bei zu großem Zuzug gelänge Integration nicht mehr. Löwl unterstrich die handlungsleitenden Motive „Humanität und Ordnung“ sowie „Fördern und Fordern“.

Staatsminister Joachim Herrmann betonte: „Die Menschen, die auf Dauer bei uns bleiben, wollen wir bestmöglich integrieren.“ Er verwies darauf, dass Bayern im Deutschlandvergleich die niedrigste Arbeitslosenquote sowohl von ausländischen Männern als auch von ausländischen Frauen hat. Bei den Einbürgerungen konnte Bayern 2023 einen Rekord von 36.000 Personen vermelden.

Die Podiumsdiskussion hat gezeigt, dass es beim Thema Flucht und Asyl keine einfachen Lösungen gibt. Dennoch ist jetzt die Zeit, die richtigen Weichen zu stellen: „In einer Epoche gleichzeitiger, tiefgreifender Umbrüche und Krisen braucht es politischen Weitblick und Mut zur unbequemen Wahrheit. Nur wer die Zeichen der Zeit erkennt, kann die Zukunft zum Wohl der Menschen gestalten“, so Oliver Jörg, der Generalsekretär der HSS.

Dies ist ein Auszug aus https://www.hss.de/news/detail/humanitaet-und-ordnung-news11333/.

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11/2024, die am 6. Juni 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung**
- **Kommunale Finanzthemen**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**
- **Kommunal-Marketing, Stadtmarketing**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Sonderdruck „Tourismus in Bayern“ des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz



DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Teichrettung


WENIGER ALGEN.
INTAKTE GEWÄSSER.
WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 16. Mai 2024 75. Jahrgang Nr. 10/2024



© Das Titelbild wurde mit der KI DALL-E erstellt.

Die Bayern Tourismus Marketing GmbH macht den bayerischen Tourismus fit für eine nachhaltige und digitale Zukunft.

Tourismus in Bayern

Grußwort von Staatsministerin Michaela Kaniber



© StMELF

Was wäre der Tourismus ohne unsere Kommunen und das Engagement unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker? Er würde nicht funktionieren. Denn unsere Gestalter vor Ort sind unerlässliche Anschieber im Bayerntourismus. Sie wissen genau, was den Tourismus ausmacht. Sie sorgen für gepflegte Rad- und Wanderwege, Spielplätze, Bäder und Parks, dafür, dass Kultur und Freizeit vor Ort mit Leben erfüllt werden. Ohne Tourismus wären viele Kommunen für eine lebendige Infrastruktur zu klein, gäbe es weniger Arbeitsplätze und damit weniger Einwohner. Tourismus-Gemeinden sind immer auch Einheimischen-Gemeinden. Kommunales Engagement und starker Bayerntourismus sind zwei Seiten einer Medaille. Im vergangenen Jahr haben wir zum zweiten Mal mehr als 100 Mio. Gästeübernachtungen in Bayern gezählt. Dieses starke Ergebnis wäre ohne den Einsatz in Kommunalpolitik und Verwaltung nicht möglich. Dafür ein herzliches Vergelt´s Gott.

Dieses Tourismusbewusstsein, also das Wissen über seine vielfältigen positiven Effekte, möchte ich weiter stärken. Gemeinsam müssen wir den Menschen nahebringen, dass sie auf vielfältige Art und Weise vom Tourismus profitieren, auch wenn sie nicht unmittelbar in der Branche tätig sind. Als neue bayerische Tourismusministerin ist es mir ein Herzensanliegen, gemeinsam mit unseren Kommunen den Tourismus weiterzuentwickeln. Nachhaltigkeit, Anpassung an den Klimawandel und Barrierefreiheit sind hier nur einige Stichworte. Es geht auch um das Thema finanzielle Unterstützung, vor allem um die Förderung kommunaler Tourismusinfrastrukturen und von Seilbahnen.

Beide Förderinstrumente haben sich bewährt, beide werden wir nach Kräften fortsetzen. Nähere Informationen dazu entnehmen Sie gerne diesem Sonderdruck.

Eine neue Fördermöglichkeit wird es ab Sommer für unsere bayerischen Kongressstandorte geben. Wir sind gerade dabei, ein Förderprogramm aufzulegen, mit dem wir die Akquisition neuer Kongresse in Bayern finanziell unterstützen. Wir werden das Programm so konzipieren, dass gerade auch kleinere Veranstaltungen gefördert werden können. Alle bayerischen Kongressstandorte werden davon profitieren können, gerade auch der ländliche Raum. Wir zünden den Kongress-Turbo, um die Sichtbarkeit Bayerns als Kongressstandort weiter zu erhöhen!

Auch wenn es um das Thema Digitalisierung geht, sind die Kommunen unverzichtbare Partner im Tourismus. Die Gäste erwarten, dass sie aktuelle Informationen und buchbare Angebote in digitaler Form erhalten. Deshalb wandeln sich auch die Anforderungen an die Tourismusinformationen in den Gemeinden. Neben der persönlichen Beratung geht es immer mehr um die digitale Eingabe und Pflege touristisch relevanter Daten. Öffnungszeiten, Auslastungs- und Verkehrsdaten in Echtzeit oder Informationen über Sehenswürdigkeiten müssen digital verfügbar sein. Was digital nicht sichtbar ist, wird der Gast nicht finden!

Ziel ist es, unseren Gästen bestmögliche Informationen für ihren Aufenthalt bereitzustellen. Ich möchte alle kommunalen Akteure ermutigen, die Chancen von Digitalisierung und Open Data, also den freien Zugang zu strukturierten Daten, zu nutzen. Mit der Kompetenzstelle Digitalisierung und der BayernCloud Tourismus haben wir das passende Werkzeug geschaffen, um alle relevanten Daten zu sammeln, die in passgenaue Reiseerlebnisse und neue digitale Anwendungen umgemünzt werden können. Das bedeutet zufriedenere Gäste! Und zufriedene Gäste kommen gerne wieder! Lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsam an einem Strang ziehen für unseren Bayerntourismus!

Michaela Kaniber

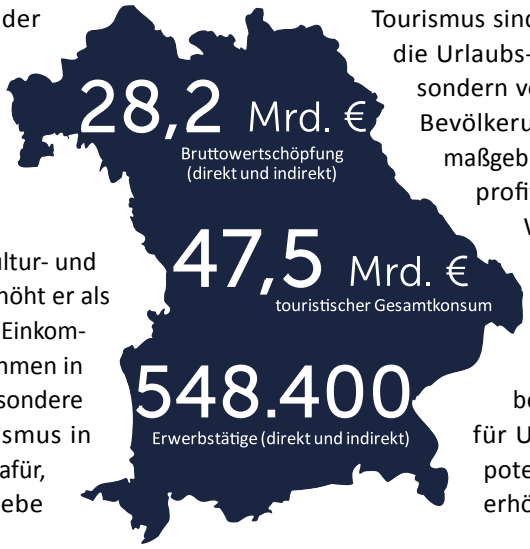


Bayerische Staatsministerin
für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Das bringt Tourismus

Der Tourismus in Bayern boomt. Seit Jahren schreibt der Freistaat touristische Erfolgsgeschichte und behauptet auch im Jahr 2023 mit über 20 Prozent Marktanteil seinen Platz als Reiseland Nr. 1 in Deutschland. Rund 100 Millionen Übernachtungen und über 500 Millionen Tagesreisen verzeichnet Bayern pro Jahr und einen touristischen Gesamtkonsum von 47,5 Milliarden Euro.

Als Querschnittsbranche schafft der Tourismus damit rund 550.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze in verschiedenen Sektoren, die maßgeblich zur regionalen Entwicklung beitragen – von der Gastronomie über den Einzelhandel bis hin zur Landwirtschaft sowie der Kultur- und Freizeitbranche. Darüber hinaus erhöht er als Lebensader die Unternehmens- und Einkommensvielfalt sowie die Steuereinnahmen in den bayerischen Gemeinden. Insbesondere im ländlichen Raum ist der Tourismus in vielen Regionen mitverantwortlich dafür, dass auch Klein- und Kleinstbetriebe eine Zukunftsperspektive haben.



Der Tourismus ist aber nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Bayern, sondern auch ein Garant für die konstant hohe Lebensqualität im Freistaat. Gemeinden und Destinationen, die bewusst auf Tourismus setzen, verfügen nachweislich über eine bessere lokale Infrastruktur und ein breiteres Freizeitangebot, über mehr Rad- und Wanderwege, ein abwechslungsreicheres gastronomisches Angebot, eine bessere öffentliche Nahverkehrsanbindung, ein attraktiveres Ortsbild sowie ein umfangreicheres Brauchtums- und Kulturangebot. Investitionen in den Tourismus sind daher nicht nur Investitionen in die Urlaubs- und Erlebnisqualität der Gäste, sondern vor allem auch Investitionen in die Bevölkerung vor Ort – denn sie ist es, die maßgeblich von dem vorhandenen Angebot profitiert. Eine höhere Zufriedenheit, Wertschätzung und Identifikation mit ihrer Heimat sind die Folge. Ebenso tragen Investitionen in den Tourismus dazu bei, einen attraktiven Lebensraum zu bewahren sowie die Anziehungskraft für Unternehmensansiedlungen und potenzielle Arbeits- und Fachkräfte zu erhöhen.

Um die Wirtschaftskraft und Lebensqualität Bayerns auch langfristig zu sichern und weiter auszubauen, braucht es eine starke, nachhaltige Tourismusentwicklung, die allen guttut. ■

Ein starkes Dach für den bayerischen Tourismus

Die Organisation, die in Bayern auf Landesebene für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft zuständig ist, ist die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM). Als Landestourismusorganisation verantwortet sie im Auftrag des Freistaats und ihrer 28 Gesellschafter aus den verschiedensten Bereichen des Tourismus das nationale und internationale Marketing für das Urlaubs- und Reiseland Bayern. Sie unterstützt ihre Partner in den Orten und Regionen des Freistaats bei der Tourismusentwicklung als starker Wirtschaftsfaktor und wichtiger Arbeitgeber. Damit hilft die BayTM, regionale Wertschöpfungsketten, gute (Freizeit-)Infrastrukturangebote und natürliche Ressourcen zu bewahren – für eine lebenswerte Heimat für Einheimische und Gäste.

Die BayTM und ihre Aufgaben

Die BayTM ist der Motor der touristischen Entwicklung Bayerns. Sie begeistert für Bayern – nach innen und nach außen. Dabei setzt sie auf vier zentrale Aufgaben: Vernetzung, Wissensmanagement, Destinationsentwicklung und Vermarktung.

Bayern als Reiseziel platzieren

Die Vermarktung des Reiselandes Bayern ist Gründungsaufgabe der BayTM. Dabei kommuniziert sie den Freistaat mit einer klar definierten Storytelling- und Editorial-Marketing-Strategie als vielfältige und „traditionell andere“ Destination. Über ihre eigenen reichweitenstarken Kanäle spricht die BayTM potenzielle Gäste an und vermittelt ihnen mit spannenden Geschichten ein facettenreiches, faszinierendes Bild von Bayern, das Sehnsüchte weckt sowie das einzigartige bayerische Lebensgefühl erlebbar macht und zu einer Reise in den Freistaat inspiriert.

Die BayTM ist gut vernetzt

Die BayTM engagiert sich als Netzwerker für den gesamten Reisemarkt. Denn sie ist überzeugt, dass in einer Querschnittsbranche mit einer Vielzahl an Akteuren und einer vielfältigen Tourismuslandschaft wie Bayern eine starke Vernetzung sowie ein gegenseitiges voneinander lernen, für den Erfolg unerlässlich sind. Deshalb sorgt die BayTM für den Austausch, den Dialog und den Zusammenschluss der unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteure in der Branche, sowohl im In- als auch im Ausland. Denn ein dicht geknüpftes, solides und verlässliches Netzwerk ist die wichtigste Voraussetzung für eine dynamische Weiterentwicklung der Destination Bayern.

Gleiches Wissen für Alle

Das Wissensmanagement ist eine der zentralen Aufgaben moderner Destinationsorganisationen. Der seit einigen Jahren stattfindende Wandel in den touristischen Aufgaben führt zu immer umfangreicheren Themen, die ein gewisses Grundlagenwissen voraussetzen. Die BayTM hat sich zum Ziel gesetzt, die Destinationen und Kommunen dabei zu unterstützen und gibt ihnen daher Hilfsmittel an die Hand, mit denen sie sich auf den Weg machen und in bestimmten Themenfeldern besser aufstellen können.



Die BayTM schafft Plattformen für den Austausch, den Dialog und die Vernetzung der unterschiedlichsten Akteure in der Tourismusbranche.

© Copyright: Gert Krautbauer

Wandel gestalten

Damit der Tourismus in Bayern auch in Zukunft weiter so erfolgreich ist, unterstützt die BayTM die touristischen Akteure im Freistaat auch bei der Destinationsentwicklung. Sie setzt Impulse, koordiniert neue Themen und stellt ihnen strategische Werkzeuge insbesondere in den Bereichen Nachhaltigkeit und Digitalisierung zur Verfügung, um die Branche bei der Umsetzung ihrer neuen Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus engagiert sich die BayTM intensiv für die Verbesserung des Images der bayerischen Tourismusbranche für mehr Tourismusakzeptanz. ■

Eine Zukunft für alle

Nachhaltige Destinationsentwicklung ist ein Kernthema für die BayTM. Die Idee dahinter: ein Tourismus, der als Lebensraumgestalter wirkt und Gäste und Einheimische gleichermaßen im Blick hat.

Das einzigartige Naturerlebnis, die bayerische Kultur und Tradition, die vielfältige Kulinarik und vor allem das typische bayerische Lebensgefühl sind die Grundlage für das Image und den touristischen Erfolg Bayerns. Sie sind die wichtigsten Gründe, warum jährlich Millionen von Menschen in den Freistaat reisen. Und diese Reisenden tragen in enormem Maß zum wirtschaftlichen Erfolg Bayerns bei. Wenn der Tourismus in Bayern auch in Zukunft erfolgreich sein will, dann geht das nur durch die Bewahrung der Heimat und damit seiner Existenzgrundlage: mit guter regionaler Wertschöpfung, stabilen gesellschaftlichen Strukturen und ressourcenschonendem Umgang mit der Natur.

Mit einer Vielzahl von touristischen Akteuren hat sich die BayTM daher auf den Weg gemacht und eine gemeinsame Vision für eine nachhaltige Destination Bayern geschaffen. Diese Vision bedeutet nicht „irgendwas mit Umweltschutz“, denn diese weitverbreitete Definition von Nachhaltigkeit greift viel zu kurz. Sie betrachtet ökologische, wirtschaft-



Das Handbuch zum Download:
tourismus.bayern/handbuch-nachhaltige-destinationsentwicklung

Zahlreiche Kommunen und touristische Organisationen haben mit einem Workshop der BayTM bereits ihre individuelle Strategie zur nachhaltigen Entwicklung ihrer Destination erarbeitet.



© Copyright: Gert Krautbauer



© Copyright: Gert Krautbauer

Nachhaltigkeit im Tourismus heißt, eine Balance zu schaffen zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialen und ökologischen Werten

liche und soziale Fragestellungen – und diese nicht isoliert voneinander, sondern gemeinsam und in ihrem Zusammenwirken. Schon lange kann der Tourismus nicht mehr als abgeschlossener Sektor begriffen werden. Als äußerst bedeutender Wirtschaftsfaktor muss er vielmehr als glaubwürdiger Lebensraumgestalter gesehen werden. Als Querschnittsbranche, die eine große Vielzahl von wirtschaftlichen Teilbereichen umfasst und die Verantwortung für das Allgemeinwohl trägt. Sprich, für eine hohe Lebensqualität von Gästen und Einheimischen gleichermaßen.

Die Matrix für nachhaltige Destinationsentwicklung

Darüber hinaus wurde ein gemeinsames Werkzeug erarbeitet, das den touristischen Akteurinnen und Akteuren im Freistaat konkrete Impulse gibt, wie sich Nachhaltigkeit in der eigenen Region fest verankern lässt – basierend auf den drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales sowie unter Berücksichtigung der von den Vereinten Nationen ausgegebenen „17 Ziele für nachhaltige Entwicklung“ (der sogenannten SDGs). Entstanden ist die Matrix für nachhaltige Destinationsentwicklung, angelehnt an einen Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie. Sie definiert 20 Aufgabenfelder mit zentralen Fragen und ausgewählten Beispielen, die als Inspiration für Projekte von DMOs sowie Touristikerinnen und Touristikern dienen sollen – weit über eine reine Produktentwicklung mit Ökolabel hinaus. Denn nachhaltiges Handeln ist seit jeher tief in der bayerischen Lebensart verwurzelt: Die traditionellen Formen des Wirtschaftens in und mit der Natur, die Wertschätzung für die regionalen Erzeugenden und die hochwertige Arbeit bayerischer Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen, der lebendige Erhalt der reichhaltigen Kulturschätze und der saisonale, regionale Konsum – all das gibt es bereits. Aber auch das engagierte Miteinander in den Regionen, die Maßnahmen zum Erhalt von Natur- und Kulturlandschaft und der Biodiversität, das Engagement für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und die Arbeit an einer immer besseren Lebensqualität für Bevölkerung und Gäste – auch das hat in Bayern längst Tradition. Nun kann es die Basis zu einer nachhaltigen Entwicklung des Tourismus sein.

Nachhaltigkeit muss zur Haltung werden

Die nachhaltige Organisation des Tourismus ist eine hochkomplexe Aufgabe, die sämtliche wirtschaftlichen, administrativen und gesellschaftlichen Aktivitäten rund ums Reisen betrifft. Doch zuallererst ist nachhaltiger Tourismus eine Frage der Haltung. Diese Haltung zu fördern und die Botschaft in die Destinationen zu tragen, dass Gäste und Einheimische im Einklang leben sollen – das ist die Mission der BayTM. Die BayTM versteht sich dabei als Inspirator und Wissensvermittler, aber auch als Koordinator. Sie bietet eine Vielzahl an Informationen zum Thema und ein eigenes Netzwerk für den Fach- und Erfahrungsaustausch zwischen den unterschiedlichen Akteuren an. Zudem können Destinationen und Kommunen Sensibilisierungsvorträge oder Workshops, die bei der Erarbeitung einer eigenen Strategie unterstützen, buchen. Erschienen ist auch ein Handbuch zur nachhaltigen Destinationsentwicklung in Bayern, das den Einstieg in die Matrix erleichtert und zudem viele praktische Tipps zur Arbeit mit ihr in der eigenen Organisation enthält. ■

Nachhaltige Destinationsentwicklung – das bringt’s:

- Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des Tourismus durch Erhalt der Natur und Stärkung des sozialen Miteinanders
- Zukunftsfähige Gestaltung und Positionierung des Tourismus
- Erhöhung der Tourismusakzeptanz und Zufriedenheit der Einheimischen
- Förderung lokaler Wertschöpfungsketten
- Sicherung von Arbeitsplätzen

Nähere Informationen zur nachhaltigen Destinationsentwicklung gibt‘s unter tourismus.bayern/matrix

Digital erfolgreich

Die digitale Zukunft des Tourismus in Bayern aktiv zu gestalten und zu fördern, ist eine der vier großen Kernaufgaben der BayTM. Die Destination Bayern soll noch digitaler und effizienter werden, um Gästen wie Einheimischen jederzeit und überall die bestmöglichen touristischen Informationen zur Verfügung zu stellen – denn das ist es, was Reisende immer häufiger als selbstverständlich erwarten – damit ihr Reiseerlebnis noch besser wird.

Mit der BayernCloud Tourismus (BCT) stellt die BayTM sämtlichen Akteuren eine zentrale Dateninfrastruktur für all ihre touristisch relevanten Informationen (von Points of Interest über Events, Wanderrouten und Öffnungszeiten bis hin zu Wetter- und Verkehrsdaten) zur Verfügung. Um eine breite Nutzung der Daten zu ermöglichen, sorgt die BCT für eine durchgängige und einheitliche Qualität sowie ein maschinenlesbares Format der Daten. Dadurch können diese unkompliziert in verschiedenen Anwendungen und Plattformen ausgespielt werden. Jede Änderung in der BCT wird anschließend auch in allen Ausspielungskanälen sichtbar. Dieser freie Datenfluss ist eine Grundvoraussetzung für mehr Effizienz, mehr Gästezufriedenheit, mehr Nachhaltigkeit und erfolgreicheres Marketing im bayerischen Tourismus. Ein wichtiger Teil der Strategie ist zudem die Bereitstellung von Inhalten mit Open Data-Lizenzen, da diese erhebliche Synergien bei der gemeinsamen Datennutzung schaffen und somit die Reichweite der touristischen Daten erhöhen.

Die BayernCloud Tourismus ist ein Gemeinschaftsprojekt aller touristischen Akteure im Freistaat. Die lokalen Leistungsträger, Kommunen und Touristinfos übernehmen die Pflege der touristischen Daten. Die übergeordnete Tourismusorganisation koordiniert optimalerweise die organisatorische und vertragliche Abwicklung der Anbindung an die BCT. Die Betreuung und Weiterentwicklung sowie die Koordination der verschiedenen Ausspielungskanäle sowie die Zusammenarbeit mit weiteren Datenplattformen übernimmt die BayTM. Gemeinsam tragen alle Akteure dazu bei, die BayernCloud Tourismus flächendeckend mit qualitativ hochwertigen Daten zu füllen und so die Grundlage für eine effiziente Gästeinformation und damit ein verbessertes Reiseerlebnis zu schaffen.

BayernCloud Tourismus – das bringt´s:

- Kostenfreie Nutzung der BCT-Infrastruktur für Datenliefernde bzw. -bereitstellende
- Automatisierte Ausspielung und Aktualisierung der Daten auf verschiedenen Ausgabekanälen wie Online-Plattformen, Infoterminals, Apps, …
- Offene Verfügbarkeit der Daten führt zu höherer Reichweite und Sichtbarkeit des eigenen Betriebs und/oder der Urlaubsregion
- Minimierter Pflegeaufwand durch Prinzip „einmal pflegen – überall ausspielen“
- Verwendung aller vorhandenen Daten für eigene Ausspielungen
- Rechtssicherheit bei Weiterverwendung von Daten, wie z. B. Bildern (Creative-Commons-Lizenzierung)
- Datenbasis zur Schaffung von neuen innovativen Lösungen für Gäste, z. B. digitale Gästekarte

Scannen Sie den QR-Code und sehen Sie „Die BayernCloud Tourismus kurz erklärt“: https://youtu.be/vFRIngfwDic.

Beispiele für die Verwendung der BCT-Daten

Das Wintersportmodul

Die BayernCloud Tourismus wurde Anfang 2024 um ein Wintersportmodul erweitert, das Echtzeitdaten zu Schneehöhen, geöffneten Liften oder gespurten Loipen aus ganz Bayern via Schnittstellen in der BCT aggregiert. Damit schafft die BayTM eine standardisierte, qualitativ hochwertige Datenbasis und vereinfacht die Bereitstellung und Nutzung der entsprechenden Daten. Denn die gesammelten Daten können gebündelt an die verschiedenen Wintersportportale verteilt werden und stellen so eine einheitliche Qualität der Live-Informationen auf allen Portalen sicher. Akteure vor Ort pflegen ihre Daten künftig nur noch einmal in ihrem Managementsystem und sind trotzdem überall präsent. Über Widgets, interaktive Anwendungselemente, können die Daten kostenfrei auf den Websites von Destinationen und Kommunen eingebunden werden, was die Präsenz der Akteure vor Ort stärkt.

Das Karten-Widget

Mit dem Karten-Widget können interaktive Karten in eine Website eingebunden werden, die eine Vielzahl von touristischen Elementen aus der BayernCloud Tourismus anzeigen – ohne sich um die Aktualisierung dieser Daten kümmern zu müssen. Denn diese aktualisieren sich automatisch mit den aktuellen Informationen aus der BCT. Das Karten-Widget ermöglicht

- eine visuelle Übersicht über Sehenswürdigkeiten, Attraktionen oder Aktivitäten einer Region,
- die individuelle Auswahl der Datenkategorien (z.B. Attraktionen, Einkauf & Dienstleistungen, Essen & Trinken, Mobilität & Infrastruktur, Naturerlebnisse sowie Touren und Veranstaltungen) und

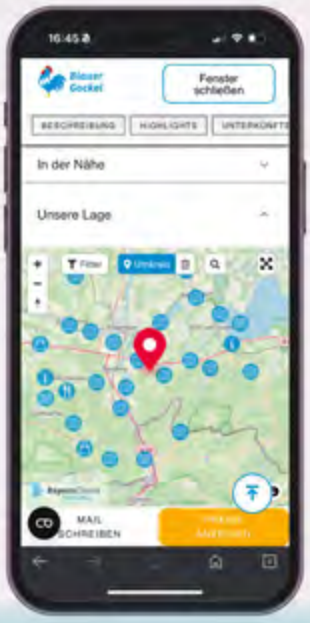
- flexible Filtermöglichkeiten, um die Informationen gezielt an die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe anzupassen (z.B. Filter nach Tourismusregionen oder Orten, sowie eine Umkreissuche um den gewünschten Standort).

Jetzt dabei sein!

Sie möchten die vorhandenen Daten der BayernCloud Tourismus nutzen oder Ihre Inhalte an die BCT anschließen? Die BayTM unterstützt Sie mit

- Anleitungen zur Verwendung der verschiedenen Widgets,
- einem Leitfaden zu Datenmanagement und Open Data,
- einem kostenlosen Digitalisierungscheck,
- Sensibilisierungsvorträgen und
- Schulungen. ■

Setzen Sie sich mit uns in Verbindung! Kontaktdaten sowie weitere Informationen finden Sie unter bayerncloud.digital.



Mit dem Karten-Widget kann eine Vielzahl touristischer Elemente aus der BayernCloud Tourismus auf der eigenen Website angezeigt werden.

Gut zu wissen: Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE)

Eine wichtige Fördermaßnahme des Freistaats Bayern für Kommunen im Bereich Tourismus betrifft die Förderung öffentlicher touristischer Infrastruktureinrichtungen.

Attraktivität steigern und Qualität verbessern

Die Förderung soll zum Wohle der Gemeinschaft als Ganzes der Attraktivitätssteigerung und Qualitätsverbesserung der Tourismusinfrastruktur beitragen.

Wer kann gefördert werden?

Zuwendungsempfänger sind kommunale Körperschaften sowie ausschließlich kommunal getragene Organisationen (z.B. ILE, Zweckverbände). Das können auch privatrechtliche Unternehmen sein, an der die Kommune oder mehrere Kommunen 100 % der Anteile halten.

Was kann gefördert werden?

Gefördert werden öffentliche Einrichtungen des Tourismus im Sinne von Basiseinrichtungen der touristischen Infrastruktur, die von unmittelbarer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Entwicklung von Tourismusgebieten sind und überwiegend dem regionalen Tourismus dienen. Das Vorhaben muss sich grundsätzlich in ein touristisches Entwicklungskonzept einpassen.
Es ist zwischen nicht einnahmeschaffenden (d. h. beihilfefreien) Maßnahmen wie etwa Kurparks, Kurwegen oder unentgeltlichen Tourismusämtern und -informationszentren und einnahmeschaffenden Maßnahmen wie beispielsweise Veranstaltungszentren, Kurhäuser oder Thermalbädern zu differenzieren.

Darüber hinaus sind auch Loipenspur- und Wegepflegegeräte förderfähig. Ebenfalls förderfähig sind Maßnahmen zur Besucherstromlenkung.

Wie hoch ist die Förderung?

Der Ausgangsfördersatz für Fördervorhaben liegt bei 35 Prozent. Unter Berücksichtigung der Lage des Investitionsortes in einem besonders strukturschwachen Gebiet, der finanziellen Leistungsfähigkeit des Maßnahmenträgers sowie weiterer Faktoren kann ein höherer Fördersatz gewährt werden. Was sind die wesentlichen Fördervoraussetzungen? Es werden nur Vorhaben gefördert, für die ein touristischer Bedarf vorliegt und die überwiegend touristisch genutzt werden.

Mindestinvestitionssumme

Die Mindestinvestitionssumme in diesem Programm beträgt 100.000 Euro, bei Loipenspur- und Wegepflegegeräten 50.000 Euro. Eigenständige Vorhaben zur Herstellung der Barrierefreiheit können bereits ab zuwendungsfähigen Ausgaben von 10.000 Euro gefördert werden.

Wo finde ich nähere Informationen?

Nähere Informationen zum RÖFE-Programm, insbesondere zur Förderrichtlinie, zur Antragsstellung und zu den Antragsformularen finden Sie auf der Website des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus unter:
www.stmelf.bayern.de/foerderung/foerderung-touristischer/index.html

Die Services der BayTM auf einen Blick

Der BayTM Hub

Im BayTM-Hub – dem Informationsportal für die bayerische Tourismuswirtschaft – finden Verantwortliche aus Destinationen und Kommunen jede Menge Wissen und Wissenswertes rund um den Tourismus im Freistaat: laufende Kampagnen, interessante Artikel aus Tourismus und Marketing, aktuelle und grundlegende Daten für ihre (Marketing-) Arbeit, Netzwerkmöglichkeiten und vieles mehr.
tourismus.bayern

Netzwerke und Veranstaltungen

Die BayTM schafft vielfältige Möglichkeiten für einen Austausch mit (neuen) Branchenkolleginnen und -kollegen sowie der BayTM. Die Netzwerke der Landestourismusorganisation sind die optimale Plattform für alle, die im oder für den Tourismus arbeiten, um sich übergreifendes Fachwissen anzueignen und Erfahrungen auszutauschen. Alle Events und Veranstaltungen gibt es unter:
tourismus.bayern/veranstaltungen

Tourismus Know-how

In unserem BayTM Magazin, in zahlreichen Artikeln auf dem BayTM Hub sowie den digitalen Knowledge-Breaks gibt es interessante Impulse, aktuelles Fachwissen und spannende Trends aus der Tourismusbranche, die die eigene Arbeit unterstützen.

Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des Endkunden-Marketings

Destinationen und Kommunen, die ihre Produkte und Angebote über die BayTM vermarkten, profitieren von der Bekanntheit und Stärke der Marke Bayern. Mit mehr als 180.000 Websitebesuchen pro Monat, über 66 Mio. Impressionen auf Social Media und 520.000 Magazin-Exemplaren pro Jahr erreicht die BayTM eine Vielzahl potenzieller Gäste. Durch ihr gewachsenes Netzwerk an erfahrenen Autoren und Fotografen ist die BayTM in der Lage, hochwertigen Content zu den Urlaubsthemen ihrer Partnerinnen und Partner zu konzipieren und zu produzieren. So erreichen auch sie ihre Ziele und Zielgruppen ohne große Streuverluste.
tourismus.bayern/b2c-beteiligungsmoeglichkeiten

BayernCloud Tourismus

Offene Daten sind entscheidend für eine optimale Verfügbarkeit von Informationen aller Art, ob für Gäste oder Einheimische. Mit der BayernCloud Tourismus (BCT) stellt die BayTM die passende digitale Infrastruktur dafür zur Verfügung. Mit der BCT müssen Daten nur einmal eingepflegt und können dann überall ausgespielt werden – für mehr Reichweite und Sichtbarkeit. Ein Leitfaden und ein kostenfreier Digitalisierungscheck unterstützen Destinationen und Kommunen bei einer effizienten Datenimplementierung und -aufbereitung. Alle weiteren Infos zur digitalen Destinationsentwicklung in Bayern unter bayerncloud.digital.

Zahlen und Fakten

Die BayTM stellt Destinationen und Kommunen grundlegende Daten rund um den bayerischen Tourismus zur Verfügung: Aktuelle Studienergebnisse, interaktive Statistiken und SVG-Grafiken zum Download. Damit können diese bestmögliche Marketingentscheidungen für ihre Arbeit treffen und sind bestens über die aktuellen Entwicklungen in der Tourismusbranche informiert.
tourismus.bayern/statistiken-und-studien

Fachwissen

Die BayTM teilt ihr Wissen für Märkte, Trends und Entwicklungen in verschiedenen Vorträgen und Workshops, die von Destinationen und Kommunen schnell und einfach gebucht werden können:
tourismus.bayern/b2b-beteiligungsmoeglichkeiten

Bildarchiv

Destinationen und Kommunen, die auf der Suche nach ansprechendem und inspirierendem Bildmaterial sind, werden unter bilder.bayern fündig. Die BayTM stellt dort eine umfangreiche und hochwertige Sammlung zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung. Bewegtbildmaterial erhalten Interessierte auf Anfrage unter partner@bayern.info. ■

Sie möchten mehr über die Arbeit der BayTM und Möglichkeiten der Zusammenarbeit erfahren? Dann vereinbaren Sie gerne einen Termin:
partner@bayern.info
Tel.: 089 212397-88

Hier geht‘s zur Anmeldung für den B2B-Newsletter der BayTM:
tourismus.bayern/newsletter

Besuchen Sie das Wissensportal für Deutschlands Tourismusland Nr. 1: **tourismus.bayern**

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung
Bilder: Bayern Tourismus Marketing GmbH, StMELF
Gestaltung: Britta Eriskat
Verantwortlich: Constanze von Hassel (verantwortlich)
Redaktion: Sylvia Freund
Druck: Creo-Druck, Bamberg
Verlag: Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 6. Juni 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 11







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerischer Landkreistag in Wunsiedel:

Plädoyer für energiegeladene Landkreise

Schwerpunkt der diesjährigen Landkreisversammlung des Bayerischen Landkreistags in Wunsiedel i. Fichtelgebirge war die Energie- und Verkehrswende. Zudem beherrschten kommunale Dauerthemen wie Kommunalfinanzen, Sozialausgaben, Aufgabenkritik und die Lage der Krankenhäuser die zweitägige Konferenz.

„Wir wollen gemeinsam mit den Gemeinden bei der Energieversorgung vorankommen. Der notwendige Ausbau der Erneuerbaren ist nur gemeinsam zu schaffen. Zusammen wollen wir vor Ort für Akzeptanz, Wertschöpfung und Versorgungssicherheit sorgen“, unterstrich der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck).

Nur im Einvernehmen mit den Gemeinden

Um eine kommunal getragene und akzeptanzorientierte Energiewende zu stärken, müsse den bayerischen Landkreisen die Energieerzeugung und -vermarktung im Einvernehmen mit ihren Gemeinden umfassend möglich sein. Ihre direkt und überörtlich gewählten Repräsentanten stünden für den gesellschaftlichen Willen vor Ort, gäben der Energiewende ein Gesicht und schafften in besonderer Weise die notwendige Identität. Dort, wo sie die Errichtung und den Zusammenschluss überörtlicher und damit wettbewerbsfähiger kommunaler Energieunternehmen freiwillig gestalten, würden die gesellschaftliche Akzeptanz, der Erhalt des Wirtschaftsstandorts und das strukturelle Gelingen der Energiewende in ihrer Gesamtheit in den Mittelpunkt gestellt.

Keine unnötigen bürokratischen Hürden

Im Gegenzug sollten keine unnötigen bürokratischen Hürden aufgebaut werden. Die Grundlagen für eine umfassende energiewirtschaftliche Betätigung der Landkreise seien nun mit der Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes gelegt worden und müssten nun auch gelebt werden.

Die bayerischen Landkreise fordern einen technologieoffenen und mengenbezogenen Aus- und Umbau der regenerativen Energien. Statt scharfer Flächenvorgaben, Überbetonung einzelner Erzeugungsarten und einem ungesteuerten Ausbau müssten die Maßnahmen vor Ort an den unterschiedlichen regionalen Stärken und Bedürfnissen orientiert werden dürfen.

Wichtige Grundlastfähigkeit

Die Nutzung grundlastfähiger regenerativer Energien, wie der Wasserkraft, von Biomasse oder der Geothermie, dürfe in einem Gesamtkonzept keine nur nachgeordnete Rolle spielen. Die Definition ableitbarer regionaler Zielmarken sei dabei nicht nur Voraussetzung für einen kommunal gesteuerten Ausbau regenerativer Energien, sondern auch Grundlage einer bedarfsgerechten und vorausschauenden Netzinfrastrukturplanung. Gesetzesänderungen zugunsten von Privilegierungstatbeständen, wie zuletzt im Bereich der Photovoltaik, wirkten dem notwendigen gesteuerten Umbau des Energiesystems hingegen diametral entgegen.

Statt Nord-Süd-Debatten über Strompreiszonen zu führen, verlangen die bayerischen Landkreise eine gerechte Verteilung der Lasten und Nutzen des Umbaus des Energiesystems. Beispielsweise müsse der Ausbau der Photovoltaik gleichermaßen in Stadt und Land erfolgen, vor allem seien bereits ver-

(Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags und Ministerpräsident Dr. Markus Söder. ❒



Scholz, Söder, Herrmann, Faeser und Glauber danken Einsatzkräften

Es regnet und regnet im Freistaat; längst sind zahlreiche Gewässer über die Ufer getreten und in vielen Kommunen herrscht Katastrophenalarm. Dämme bersten, Einwohner sind eingeschlossen und können sich selbst nicht mehr befreien und leider verlor auch ein Feuerwehrmann sein Leben. Tausende Hilfskräfte – beruflich ebenso wie ehrenamtlich – sind rund um die Uhr im Einsatz. Bundeskanzler Olaf Scholz, Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Umweltminister Thorsten Glauber besuchten am Montag markante Krisengebiete. „Alle notwendigen Vorbereitungen werden getroffen“, betonten Söder und Herrmann. Ihr großer Dank gilt allen Einsatzkräften von Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen, die die Bürgerinnen und Bürger vor dem Hochwasser schützen. Bild: Polizeipräsidium Oberbayern Nord

DStGB-Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft:

Gmehlings Notsignale

Die zunehmende Schieflage der Kommunalfinanzen sowie die kommunale Wärmeplanung standen im Zentrum der jüngsten Sitzung des DStGB-Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft in Wismar. „Die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Kommunen ist akut gefährdet“, betonte Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling (Neuburg an der Donau) als Vorsitzender des Gremiums.

Gmehling zufolge schlossen die Kommunen das vergangene Haushaltsjahr mit einem Finanzierungsdefizit in Höhe von minus 6,2 Mrd. Euro ab. Während die Ausgaben infolge von Inflation, Tarifabschluss sowie steigenden Kosten für soziale Leistungen weiter dynamisch anwachsen, sei bei den Steuereinnahmen nur mit einem leichten Wachstum zu rechnen. Folge sei eine dauerhafte strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden, die die Handlungs- und Investitionsfähigkeit massiv einschränkt.

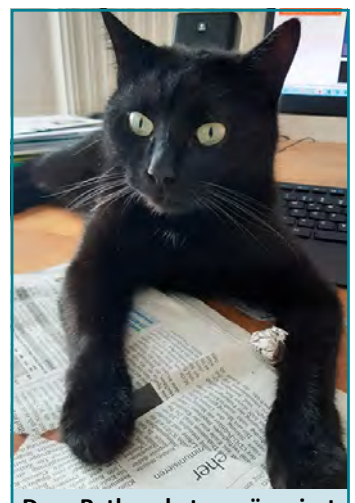
Kommunen brauchen Handlungsfähigkeit

„Diese Entwicklung ist fatal. Die Kommunen als Fundament unserer Demokratie und Politikvermittlung vor Ort müssen handlungsfähig bleiben. Bund und Länder stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden zu leisten“, unterstrich der Ausschussvorsitzende. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands stehe auf dem Spiel, wenn die Kommunen finanziell nicht in die Lage versetzt werden, in ihre Infrastruktur zu investieren.

„Das heißt, der massive bestehende Investitionsrückstand, insbesondere bei Schulen und der Verkehrsinfrastruktur, muss reduziert, sowie dringend notwendige Zukunftsinvestitionen, unter anderem in den Bereichen Energie und Klima sowie Digitalisierung, getätigt werden.“

Mit Blick auf die kommunale Wärmeplanung, die maßgebliche Grundlage für die Steuerung

(Fortsetzung auf Seite 4)



Der Rathauskater räsoniert über den 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes und bemängelt mangelnde Qualität und Phantasie, die man in die Würdigung der freiheitlichsten, beständigsten und wehrhaftesten Verfassung investierte, die unser Staat je hatte.
Seite 13

Krankenhausreform:

Lauterbachs verpasste Chancen

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bund und Ländern zu der von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vorgelegten Krankenhausreform sind auch bei einem Treffen mit den Ministerinnen und Ministern der Länder nicht ausgeräumt worden. „Wir brauchen eine praxistaugliche Reform. Diese haben wir bisher nicht“, stellte die Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz der Länder, Schleswig-Holsteins Ressortchefin Kerstin von der Decken klar. Das Bundeskabinett hatte den Entwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) knapp zwei Wochen zuvor beschlossen, obwohl das Bundesjustizministerium seine rechtliche Prüfung noch nicht endgültig abgeschlossen hatte.

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hatte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Vorfeld aufgefordert, bei dem Bund-Länder-Gespräch über die Krankenhausreform die Bereitschaft zu deutlichen Nachbesserungen an seinem Gesetzentwurf zu zeigen: „Deutschland braucht dringend eine sinnvolle Krankenhausreform. Deshalb sollte Lauterbach seine starre Haltung aufgeben und im nun anstehenden parlamentarischen Verfahren die wichtigen Vorschläge der Länder unterstützen!“

Entwurf mit gravierenden inhaltlichen Schwächen

Aus Gerlachs Sicht hat der bisherige Gesetzentwurf gravierende inhaltliche Schwächen. Leider sei Lauterbach aber nicht auf die vielen konstruktiven Vorschläge der Länder eingegangen. „Wir Länder werden im Rahmen des anstehenden parlamentarischen Verfahrens alle Möglichkeiten ausschöpfen, um doch noch Gehör für notwendige Korrekturen zu finden“, stellte die Ministerin klar. Es sei ein starkes Signal, dass alle Länder geschlossen und über Parteigrenzen hinweg ein gemeinsames Papier erarbeitet haben, das alle wesentlichen Forderungen enthält, die nunmehr im Bundesratsverfahren diskutiert werden. Die Einigkeit aller Länder mache deutlich, dass Lauterbach mit seinem Reformpaket kaum Unterstützer hat und Nachbesserungen unerlässlich sind.

Keine unkontrollierten Standortschließungen

Gerlach warnte: „Wenn es am Entwurf keine Korrekturen geben sollte, drohen noch schwierigere Zeiten für viele Krankenhäuser. Die Folge wäre eine schlechtere Versorgung der Patientinnen und Patienten in

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Notarzteinsätze: Rasanter Anstieg seit zwei Jahren 2
FW-Landesversammlung in Bamberg 2
Sudetendeutscher Tag und Heimattag der Siebenbürger Sachsen .3
GZ-Kolumne Carmen Pepiuk: Wärmeplanung setzt Kommunen unter Druck 3
Herrmann: Strategien gegen Extremismus und Terrorismus 3
Scharf: Das Bürgergeld verfehlt sein Ziel. 3
Reale Kaufkraftverluste wegen hoher Inflation 4
Kommunale Finanzthemen . . . . . .5 - 8
Kommunale Energiethemen . . . . . .9 - 11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 11 - 14

Rasanter Anstieg seit zwei Jahren

2022 wurde der Notarzt im Bayern fast 403.000 Mal zu Kassenpatienten gerufen

Sie kommen, hat sich eine Katastrophe ereignet. Ein Zugunglück. Eine Massenkarambolage. Sie kommen bei ausgeprägter Atemnot. Bei Herzstillstand. Und starken Schmerzen. Notärzte sind ein elementarer Teil des Gesundheitswesens. Allein im bodengebundenen Notarztdienst, also ohne Rettungshubschrauber, kam es bei Kassenpatienten letztes Jahr bayernweit zu fast 385.000 Notarzteinsätzen. 2022 lag die Zahl sogar noch deutlich darüber.

Fast 403.000 Mal wurde der bodengebundene Notarzt 2022 zu Kassenpatienten gerufen. Damit waren Notärzte, landauf, landab, vor zwei Jahren jeden Tag mehr als 1.100 Mal im Freistaat im Einsatz. Die Einsatzzahl bedeutet einen erstaunlichen Ausreißer. Im Vergleich zum Vorkrisenjahr stieg sie um mehr als sieben Prozent: 2019 wurden erst knapp 376.000 Einsätze registriert. Zu Beginn der Coronakrise, 2020, kam es nachvollziehbarerweise zu einem Einbruch. 358.000 Mal fuhr der Notarzt vor vier Jahren mit Tatütata los. Die Menschen waren nicht mehr viel unterwegs. Darum sanken zum Beispiel die Unfallzahlen deutlich.

Jährlicher Zuwachs

Die Frage, warum es 2022 mit einem Mal zu einem großen Sprung kam, bleibt rätselhaft. „Ich habe dafür keine Erklärung“, sagt etwa Günther Griesche, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung in Bayern (Arge ZRF Bayern). Günther Griesche selbst leitet den Zweckverband für die Region Ingolstadt. Auch hier gab es 2022 einen Ausreißer. 67.300 Rettungseinsätze sind für dieses Jahr registriert. 2023 sanken die Zahlen wieder auf 65.600 Einsätze. Das sind immer noch rund 1.000 mehr als 2019. Im Vergleich zum letzten Jahr vor Ausbruch der Corona-Krise wuchs die Einsatzzahl 2022 in Ingolstadt um 4,5 Prozent.

Beim Bayerischen Roten Kreuz war die Gesamteinsatzzahl 2022 ebenfalls deutlich höher als in den Jahren davor und danach. Mit über 1.300 Einsatzfahrzeugen und mehr als 6.200 angestellten Einsatzkräften wurden 2022 mehr als zwei Millionen Rettungsdiensteinsätze absolviert. Der Sprung von 2019 auf 2022 lag, ähnlich wie bei den Zahlen der Kassenärztlichen Vereinigung in Bayern, bei rund sieben Prozent.

Grundsätzlich ist eine Steigerung der Einsatzzahlen von Jahr zu Jahr zu beobachten. 2014 zum Beispiel leisteten die Rettungsdienstler des BRK nur gut 1,7 Millionen Einsätze ab. Der Zuwachs zum Folgejahr 2015 betrug damals schon 6,55 Prozent.

Zu berücksichtigen sind bei der Analyse der Zahlen allerdings die zahlreichen Fehl- und nicht verrrechnungsfähigen Einsätze. Rechnet man die heraus, liegt die Einsatzzahl des Bayerischen Roten Kreuzes für das Jahr 2022 bei knapp 1,35 Millionen. Im Jahr 2019 waren gut 1,33 Millionen Einsätze notwendig und wurden verrechnet. Werden die Fehleinsätze und nicht verrechnungsfähigen Einsätze berücksichtigt, beträgt der Zuwachs im gesamten Rettungsdienst des BRK in Bayern zwischen 2019 und 2022 nur noch ein Prozent.

Nicht nur Bagatellen

Doch so einfach ist die Welt nicht. Denn es fragt sich, was hinter der Formel „nicht verrechnungsfähige Einsätze“ steckt. Darüber klärt BRK-Pressesprecher Sohrab Taheri-Sohi auf. Verrechnet werden können Rettungsdiensteinsätze nach seinen Worten nur dann, wenn ein Patient transportiert wurde. Was im Übrigen nicht bedeutet, dass der Rettungsdienst in solchen Fällen leer ausginge: „Wir sind vorhaltefinanziert, das heißt, wir erhalten eine pauschale Vergütung für unseren Sicherstellungsauftrag.“

Einsätze mit Patiententransport werden allerdings am Ende höher vergütet. Wichtig bleibt, zu wissen, dass auch nicht verrechnungsfähige Einsätze Notfälle sein können. „Wenn wir also beispielsweise nur vor Ort eine Versorgung durchgeführt haben, der Patient dann aber Zuhause geblieben ist, so ist dieser Einsatz für uns nicht verrechnungsfähig”, führt Sohrab Taheri-Sohi aus. Falsch wäre es nach seinen Worten, „Fehleinsätze“ sowie „nicht-verrechnungsfähige“ Einsätze ausschließlich als Bagatellen, Lappalien oder „nicht notwendig“ zu deklarieren.

Dass es im Jahr 2022 zu erstaunlich vielen Notfalleinsätzen im Rettungsdienst kam, zeigt laut Bayerischem Innenministerium der „Rettungsdienstbericht Bayern 2023“. „Mit 1.225.890 Ereignissen wies das Jahr 2022 ein 14 Prozent höheres Aufkommen der Notfallereignisse als das Jahr 2019 auf“, heißt es darin dick hervorgehoben. Ebenfalls erstaunlich: Während die Zahl der Rettungsdienstereignisse kontinuierlich von Jahr zu Jahr wächst, abgesehen vom Ausnahmejahr 2020, gehen die Zahlen von 2022 auf 2023 plötzlich zurück. Letztes Jahr wurden bayernweit 1.187.201 Notfallereignisse registriert. Das ist ein Rückgang von über drei Prozent.

Weshalb der Notarzt vor allem gerufen wird, kann das Innenministerium nicht sagen. Auch die Frage, warum es ausgerechnet 2022 zu extrem vielen Notfallereignissen kam, vermag das Ministerium nicht zu beantworten. Es verweist auf den prinzipiell kontinuierlichen Anstieg der Anzahl der Notfallereignisse von Jahr zu Jahr. „Anzunehmende Gründe hierfür sind unter anderem Veränderungen bei der ambulanten Versorgung, der demographische Wandel und die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes bei minderschweren Erkrankungs- und Verletzungsbildern“, heißt es.

Kein Problem?

Nach den Recherchen unserer Zeitung wird der plötzliche Anstieg der Notfallereignisse 2022 nirgends in der „Szene“ problematisiert. Obwohl es ja um Tausende von Menschen geht, die sozusagen „zusätzlich“ zum Notfallereignis wurden. Eine Analyse wäre von daher interessant. Grund dafür, dass sie ausbleibt, mag sein, dass Rettungsdienstler genug andere Sorgen haben.

„Wie in allen medizinischen Bereichen ist auch der Rettungsdienst von sehr knappen personellen Ressourcen geprägt“, sagt Claire Banzer von der Pressestelle des BRK. Notärzte sind darum im Dauerstress. Und müssten dringend entlastet werden. Das Bayerische Rote Kreuz schlägt eine stärkere Einbindung von Notfallsanitätern in der Versorgung von Notfallpatienten vor. Sie seien so gut ausgebildet, dass sie vor Ort eigenverantwortlich zahlreiche lebensrettende Maßnahmen durchführen könnten. Die weitere ärztliche Versorgung könnte dann zum Beispiel durch einen Telenotarzt übernommen werden.

Dass es zu wenige Notärzte ergibt, liegt laut Gökhan Katipoglu, Leiter des Bereichs „Notdienste“ bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) nicht zuletzt an schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen. „Die fachlichen Zugangsvoraussetzungen wurden erhöht“, erklärt er. Kurze Arbeitsverträge an Kliniken ließen die Bereitschaft sinken, sich zum Notfallmediziner weiterzubilden: „Und niedergelassene Ärzte müssen sich zwischen der Versorgung ihrer Patienten in der Praxis und dem Notarztdienst entscheiden.“ Hinzu komme, dass für die Notfallversorgung relevante Klinikstationen geschlossen wurden.

Nicht immer besetzt

„Unterm Strich stagniert die Zahl der am Notarztdienst teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte bei zirka 3.700, während gleichzeitig die Anzahl der vom einzelnen Arzt übernommenen Dienste sinkt“, so Gökhan Katipoglu. Aus diesem Grund sind die Notarztstandorte in der Regel nicht zu 100 Prozent besetzt. Im vergangenen Jahr gab es bayernweit eine Besetzungsquote von 93,1 Prozent.

Negativer Spitzenreiter war der Notarztstandort Bad Königshofen mit einer Besetzungsquote von lediglich rund 44 Prozent im Jahr 2023: „Im bisherigen Verlauf des Jahres 2024 sehen wir aber wieder eine Verbesserung der bayernweiten Besetzung.“ Sofern Dienstschichten an einem Notarztstandort nicht besetzt werden können oder wenn ein Notarzt kurzfristig ausfällt, ist die Versorgung laut Gökhan Katipoglu weiterhin durch die benachbarten Notarztstandorte sichergestellt. „Zu einem Notarzteinsatz ist, unabhängig von der jeweiligen Besetzung der einzelnen Notarztstandorte, grundsätzlich immer das am schnellsten verfügbare geeignete Rettungsmittel zu alarmieren“, so der Notdienste-Leiter.

Problematisch für Rettungsdienstler ist laut Günther Griesche, Vorsitzender der Arge ZRF Bayern, auch, dass Rettungsdienstfahrzeuge relativ häufig kaputt sind. „Das liegt daran, dass in den letzten Jahren die Lebensdauer und die Kilometerleistung in die Höhe gesetzt wurden“, erklärt er. Ein gewaltiges Problem stellten darüber hinaus Krankenhausschließungen dar: „Deswegen kann man den Patienten manchmal nirgendwo hinbringen.“ Um mehr Notärzte zu gewinnen, plädiert Günther Griesche für eine bessere Honorierung: „Der Bereitschaftsdienst der KVB wird besser bezahlt.“ Letztlich müsste das Gesundheitswesen als Ganzes reformiert werden. **Pat Christ**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Beimler
Markt Waldthurn
am 19.06.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Weber
Gemeinde Auerbach
am 10.06.

Bürgermeister Mirco Ketz
Markt Pöttmes
am 14.06.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Bader
Gemeinde Rottenbuch
am 14.06.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Daniel Graßl
Markt Teisnach
am 10.06.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

FW-Landesversammlung in Bamberg:

Pro Europa der Bürger und Regionen

„Die EU muss sich auf Kernthemen wie die Migrations- und Sicherheitspolitik oder die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, die immer mehr verloren geht, konzentrieren. Für die Politik vor Ort braucht es aber individuelle Lösungen“, machte der Landes- und Bundesvorsitzende der Freien Wähler Bayern, Hubert Aiwanger, bei der FW-Landesversammlung in Bamberg deutlich. Im Vorfeld der Europawahl plädierte Aiwanger für „ein Europa der Bürger und Regionen, nicht der Bürokraten und Zentralisten“.

Aiwanger zufolge geht es darum, sich um die Bedürfnisse der Menschen zu kümmern, statt ideologische Klientelpolitik zu betreiben. „Europa ist gut, wenn es vernünftig gesteuert wird. Berlin und Brüssel müssen aufwachen und handeln, wir befinden uns bereits in der Deindustrialisierung – ganze Industriezweige drohen abzuwandern.“

Ideologisches Verbrenner-Aus

Als „größten industriepolitischen Fehler der vergangenen Jahre unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen“ bezeichnete der Parteichef „das ideologische Verbrenner-Aus im Jahr 2035“. Dieses müsse sofort gestoppt werden. Die ‚Evaluation‘ habe jetzt und nicht erst 2026 zu erfolgen. Betriebe und Kunden benötigten Planungssicherheit.

Prekär ist aus Sicht der Freien Wähler auch die Situation in der Gesundheitsversorgung. Bundesweit seien derzeit 70 Prozent der Kliniken ernsthaft besorgt um ihre Existenz und auch im Freistaat sei die Lage dramatisch. Insolvenzbedingte Schließungen seien die Folge der verfehlten Bundespolitik.

Verfehlte Krankenhauspolitik

Wie Generalsekretärin Susann Enders ausführte, „ist es offensichtlich, dass die Krankenhausreform des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach zu spät kommt. Bis zur Umsetzung werden viele Krankenhäuser bankrott sein. Der Bundesgesundheitsminister ignoriert zudem, dass die Krankenhäuser in ländlichen Regionen mittlerweile vielfach für die ärztliche Grundversorgung sorgen. Es kann nicht sein, dass die ländliche Bevölkerung die Zeche für die Sparpolitik der Bundesregierung zahlt.“

Konkret brauche es die Erarbeitung eines breit angelegten Klinikkonzepts, an dem die kommunalen Spitzenverbände beteiligt werden, sowie alle betroffenen Pflege- und Gesundheitsverbände genauso wie die Rettungsdienste - inklusive der Sicherung von Haus- und Zahnärzten sowie der Facharztdichte und der Förderung von Vor-Ort-Apotheken als erste Ansprechpartner.

Gute medizinische Versorgung für alle Bürger im Freistaat

Für die Freien Wähler ist klar: Die ambulante und stationäre Versorgung, ebenso wie die physikalische Therapie und die Reha- und Heilbehandlung, müssten für alle Bürger im Freistaat gleichermaßen gesichert werden. Genauso brauche es ein Konzept, damit Rettungsdienste auch auf dem Land schnell vor Ort sind. Zudem solle das Gesundheitsministerium in Bayern künftig einen jährlichen Bericht zur Situation der Krankenhäuser vorlegen, um bei Fehlentwicklungen rasch gegensteuern zu können.

„Das Schengener Abkommen ist gescheitert! Die verfehlte Migrationspolitik gefährdet Demokratien, Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir Freie Wähler sagen klar: Wir müssen die unkontrollierte Zuwanderung in unsere Sozialsysteme stoppen“, hob Aiwanger mit Blick auf die europäische Migrationspolitik hervor. Es brauche einen funktionierenden Außengrenzen-Schutz, „so dass wir innerhalb der EU die Grenzen offenhalten können“. Immer mehr Migranten mit sehr geringer Anerkennungsquote, vor allem auch aus den Maghreb-Staaten, kämen unkontrolliert und unregistriert an den deutschen Grenzen an, weil sie vorher an keiner europäischen Grenze gestoppt worden seien.

Gesellschaftsjahr für alle

Die FW wollen den Milliardenausgaben der EU einen Riegel vorschieben und fordern deshalb in ihrem Europawahlprogramm, die völkerrechtliche Möglichkeit von Rückführungen auch gegen den Willen des betroffenen Staates zu prüfen.

Wie die Wehrpflicht früher, so bedarf es nach Auffassung der FW auch heute eines identitätsstiftenden Einsatzes für die Gesellschaft. Andernfalls drohe die Gesellschaft in lose Gruppen von Individualisten zu zerfallen. Veränderte Sicherheits- und Bedrohungslagen erforderten zudem die Anpassung der militärischen Strukturen, womit sich der Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs erhöhe. Die Freien Wähler fordern deshalb „ein Gesellschaftsjahr für Frauen und Männer zwischen dem 18. und 30. Lebensjahr“. Dabei soll es eine Wahlfreiheit zwischen dem Dienst in der Bundeswehr, im Katastrophenschutz, bei der Feuerwehr und weiteren Blaulichtorganisationen sowie im sozialen Bereich geben, heißt es in einer der verabschiedeten Resolutionen. **DK**

Deutscher Landkreistag:

Mehr Handhabe für die Jobcenter

In seinem Positionspapier „Mehr Handhabe für die Jobcenter – Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration“ hat der Deutsche Landkreistag Forderungen zur Weiterentwicklung des Bürgergeldes veröffentlicht. Damit soll die Balance zwischen existenzsichernder Hilfeleistung und berechtigten Interessen der Steuerzahler verbessert werden.

Um die Integration in den Arbeitsmarkt seitens der Jobcenter konsequent befördern zu können, bedarf es nach Überzeugung des Deutschen Landkreistags nach wie vor einer starken Komponente des „Forderns“, „nicht hingegen der Freistellung größerer Vermögen und jedweder Wohnungen und Häuser während der ersten eineinhalb Jahre des Leistungsbezugs“. Dies gebiete auch die gesellschaftliche Akzeptanz bei denjenigen, die die SGB II-Leistungen mit ihren Steuermitteln finanzieren.

Betreuungsintensität erhöhen

Vor diesem Hintergrund schlägt der Kommunalverband in punkto Bürgergeld vor, die Jobcenter durch ausreichende Verwaltungs- und Eingliederungsmittel in die Lage zu versetzen, die Betreuungsintensität zu erhöhen. Auch sollten die Mitwirkungspflichten bei der Integration in Arbeit intensiviert werden. Die Regelung zur Vollsanktionierung müsse im Hinblick auf Tatbestand und Rechtsfolgen geschärft werden, damit ihr ein sinnvoller Anwendungsbereich zukommt und den Jobcentern ein notwendiges Instrument bei Totalverweigerung an die Hand gegeben wird. „Wer ohne wichtigen Grund nicht zur Annahme zumutbarer und existenzsichernder Arbeit bereit ist, sollte keinen Leistungsanspruch haben“, heißt es in dem Papier. Auch sollte das Nichterscheinen zur ersten Gesprächseinladung ohne wichtigen Grund mit einer Leistungsminderung belegt werden können.

Gestrichen werden sollte nach Auffassung des Landkreistags dagegen die Vorgabe eines zusätzlichen Schlichtungsverfahrens im Falle von Meinungsverschiedenheiten bei der Erstellung oder Fortschreibung eines Kooperationsplans. Gleiches gelte für die „Karenzzeit Wohnen: Im ersten Jahr des Leistungsbezugs auf eine „Prüfung der Angemessenheit der Miete“ zu verzichten, führe zu Fehlanreizen. Darüber hinaus seien negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt zu befürchten, da die Mieten erfahrungsgemäß schnell nachziehen. Dies laufe dem Ziel der Schaffung bezahlbaren Wohnraums zuwider. Bei Streichung der Karenzzeit bleibe es immer noch bei einem Zeitraum von sechs Monaten, in dem die Miete geschont wird. Grundsätzlich sollte das Wohnen „in erheblich überdurchschnittlich teuren Wohnungen“ gesetzlich ausgeschlossen werden.

Karenzzeit Vermögen

Ebenfalls zu streichen ist laut Deutschem Landkreistag die „Karenzzeit Vermögen“: Die derzeitige Regelung – im ersten Jahr Schutz aller nicht erheblichen Vermögen bis zu 40.000 Euro pro Person - lasse sich mit Sinn und Zweck einer steuerfinanzierten Sicherung des Existenzminimums nicht vereinbaren.

Reduziert werden sollte der Grundfreibetrag für Vermögen in Höhe von 15.000 Euro pro Person. Über die genaue Höhe wäre zu diskutieren. Eingeführt worden sei eine Gesamtvermögensfreigrenze je Bedarfsgemeinschaft, so dass die Freibeträge der gesamten Bedarfsgemeinschaft genutzt werden können, wenn das Vermögen der Einzelpersonen die Freigrenze übersteigt. „Damit entfernt sich das Bürgergeld immer weiter vom Grundsatz des Nachrangs der Existenzsicherung“, so der Landkreistag.

Gesamtverantwortung der Jobcenter erhalten

Die zum 1. Januar 2025 anstehende Zuständigkeitsverlagerung für die berufliche Weiterbildung von Bürgergeld-Beziehern von den Jobcentern zu den Agenturen für Arbeit dürfe den Integrationsprozess nicht beeinträchtigen, wird abschließend gefordert. Um Brüche für die Bürgergeld-Bezieher zu vermeiden, müsse die Gesamtverantwortung der Jobcenter so weit wie möglich erhalten bleiben. **DK**

Sudetendeutscher Tag und Heimattag der Siebenbürger Sachsen:

Zukunft braucht Herkunft

Unter dem Motto „Schicksalsgemeinschaft Europa“ fand am Pfingstwochenende in der Donau-Arena Regensburg das traditionelle Treffen der Sudetendeutschen statt. Zeitgleich führten die Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl ihren Heimattag durch. Das Motto: „75 Jahre Gemeinschaft – Mach mit!“

Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, ging in seiner Rede auf das jahrhundertelange Zusammenleben von Deutschen und Tschechen in Europa ein. Bereits in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie habe der Grundsatz „Alle Volksstämme sind gleichberechtigt“ gegolten.

Mit Richard Graf Coudenhove-Kalergi aus Ronsperg in Böhmen sei es ein Sudetendeutscher gewesen, der 1922 die Paneuropa-Bewegung begründete. Zu Recht könne die europäische Einigung daher als eine sudetendeutsche Erfindung bezeichnet werden.

Europäischer Karls-Preis für Jean-Claude Juncker

Die Verleihung des Europäischen Karls-Preises der Landsmannschaft an den früheren luxemburgischen Ministerpräsidenten und EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker Posselt nutzte Posselt, um scharfe Kritik „an jenen nationalen Politikern zu üben, die Junckers europäisches Aufbauwerk wieder in Frage stellen“. Die Europawahl am 9. Juni müsse beweisen, „dass es nicht auseinanderdriftende tschechische und deutsche Nationalinteressen gibt, sondern eine Gemeinsamkeit im Herzen Europas, auf die vor allem die Sudetendeutschen besonderen Wert legen. Je besser das deutsch-tschechische Verhältnis ist, desto besser für unsere völkerverbindende Volksgruppe.“

Ministerpräsident Dr. Markus Söder würdigte in seiner Festrede die Leistungen und den Versöhnungswillen der Sudetendeutschen. Die Völkerverständigung zwischen Deutschen und Tschechen sei auch ein Verdienst der damaligen Vertriebenen. „Unsere sudetendeutschen Landsleute sind unser vierter bayerischer Stamm. Sie haben mit Mut und Kraft unsere gemeinsame Heimat wieder aufgebaut und Bayern so stark gemacht, wie es heute ist. Zugleich haben sie die Türen geöffnet für die Freundschaft mit unseren tschechischen Nachbarn.“



V.l.: Jean-Claude Juncker und Bernd Posselt. ❒

Damit so Söder, seien die Sudetendeutschen „Vorbilder und Wegbereiter für die europäische Idee von Frieden, Freiheit und Wohlstand, denn es ist die Liebe zur Heimat, die immer Kraft gibt, sich für andere einzubringen. Daher gilt gerade jetzt in diesen bewegten Zeiten Dank und Anerkennung für solche Botschafter des Friedens und der Versöhnung, wie es unsere sudetendeutschen Landsleute sind.“

75-jähriges Verbandsjubiläum

Zum 75-jährigen Bestehen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann der Vertriebenenorganisation für ihre Arbeit gedankt. „Ich gratuliere Ihnen von Herzen zu diesem großartigen Jubiläum. Seit 75 Jahren halten Sie das siebenbürgisch-sächsische Bewusstsein wach, geben es an die nächste Generation weiter und bringen es einer breiten Öffentlichkeit nahe.“

Herrmann würdigte zudem den großen Beitrag der Vertriebenen und Aussiedler in ihrer neuen bayerischen Heimat: „Zusammenhalt, gegenseitige Hilfe, Fleiß und Leistungswille sind bei Ihnen lebendige Werte. Der Wille mitzugestalten und anzupacken sowie das vielfältige ehrenamtliche Engagement machen die Siebenbürger Sachsen zu einem großen Gewinn für unsere Gesellschaft. Wir in Bayern können uns wirklich glücklich schätzen, dass Sie bei uns Ihre Heimat gefunden haben“, hob der Minister hervor.

Bereicherung für den Freistaat Bayern

Bayern hat nach Herrmanns Worten bei der Entwicklung zu einem modernen Industriestaat besonders von der Leistung der Aussiedler profitiert. „Als gut ausgebildete Handwerker, Industriearbeiter, Lehrer und Wissenschaftler haben die Siebenbürger Sachsen mit ihrer zupackenden Art viel zur Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Bayern beigetragen. Seit Jahrzehnten gestalten sie unser Land mit und bereichern es auch mit ihrer Kultur. Die alte Heimat tragen Sie nach wie vor fest im Herzen.“ Hiervon zeugten eine Vielzahl von Trachtengruppen, Chören, Blaskapellen und Theatergruppen.

Die Siebenbürger Sachsen seien echte Brückenbauer zwischen ihrer alten Heimat in Rumänien und ihrer neuen in Bayern: „Sie leben uns hier in Bayern auf vorbildliche Weise vor, wie die Bewahrung von lebendiger Kultur und Tradition funktioniert. Und genau damit prägen Sie auch unsere Zukunft – denn Zukunft braucht Herkunft!“, unterstrich der Innenminister und bekräftigte abschließend auch das klare Bekenntnis des Freistaats zu den Vertriebenen und ihrem Schicksal: „Sie haben die volle Wertschätzung des Freistaats Bayern und unsere Unterstützung.“ **DK**

GZ KOLUMNE Carmen Pepiuk

Liebe Leserinnen und Leser,



die Kommunen stehen vor einer Vielzahl an Herausforderungen, die sich stetig erweitern. Die Aufgaben reichen vom Bau und Betrieb von Kindergärten über die Unterbringung von Flüchtlingen bis hin zur Erstellung kommunaler Wärmepläne und der Organisation von Kommunalwahlen. Die Personalressourcen in den Verwaltungen wachsen jedoch nicht im gleichen Maße wie die Anforderungen, was zu einer erheblichen Überlastung führt.

Insbesondere der Bau und Betrieb von Kindergärten ist eine dringliche Aufgabe, um den Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder zu decken. Dies ist entscheidend für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für die frühkindliche Bildung.

Wärmeplanung setzt Kommunen unter Druck

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine weitere dringende Aufgabe, die erhebliche organisatorische und soziale Herausforderungen mit sich bringt. Hier müssen geeignete Unterkünfte geschaffen und gleichzeitig Integrationsmaßnahmen angeboten werden.

Ebenso laufen in den Kommunen bereits die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen 2026. Auch hier ist eine sorgfältige Planung und Durchführung erforderlich, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten und die demokratische Partizipation sicherzustellen.

Jetzt kommt noch die Verpflichtung zur Erstellung kommunaler Wärmepläne hinzu. Diese Pläne sind wohl notwendig, um die Energiewende voranzutreiben und den Klimaschutz auf lokaler Ebene zu stärken. Sie erfordern jedoch detaillierte Analysen und umfangreiche Planungsarbeiten. Die kommunale Wärmeplanung liegt noch längst nicht überall auf dem Tisch und stellt vor allem mittlere und kleinere Gemeinden vor eine große Aufgabe. Viele Kommunen werden die Aufgabe mit eigenem Personal nicht stemmen können und in vielen Rathäusern fehlt einfach auch das Know-how.

Die zunehmenden Aufgaben werden nicht durch eine entsprechende Erhöhung des Personals in den Verwaltungen begleitet. Dies führt dazu, dass immer mehr externe Büros beauftragt werden müssen, um die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen. Dies wiederum verursacht ständig steigende Kosten für die Kommunen, was deren finanzielle Belastung weiter erhöht.

Insgesamt stehen die Kommunen vor der Herausforderung, wie sie mit den stetig wachsenden Anforderungen umgehen sollen, ohne dass ihnen entsprechend mehr personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Durch Kombination verschiedener Ansätze können die Kommunen ihre wachsenden Aufgaben eventuell besser bewältigen, auch wenn die personellen Ressourcen begrenzt bleiben. Langfristig sind jedoch auch politische Lösungen notwendig, um die strukturellen Herausforderungen im öffentlichen Dienst zu adressieren und eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

Ihre Carmen Pepiuk

Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabitz



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann begrüßet das in Abu Dhabi unterzeichnete Memorandum of Understanding zwischen der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und dem Manara Regional Center for Coexistence. „Ziel der Absichtserklärung ist, gemeinsam an Initiativen für einen intensiveren interreligiösen und interkulturellen Dialog zu arbeiten. Im Mittelpunkt stehen mehr Verständnis und Toleranz füreinander für ein friedlicheres Zusammenleben“, so Herrmann. Unser Bild zeigt (v.l.): Houssam Maarouf, Vizepräsident der Deutsch-Arabischen Freundschaftsgesellschaft, Prof. Dr. Mathias Rohe, Direktor des Zentrums für Islam und Recht in Europa an der FAU, Bakhita Al Roumeithi, Direktorin des Manara Regional Center for Coexistence, Innenminister Joachim Herrmann, Dr. Otto Wiesheu, Präsident der Deutsch-Arabischen Freundschaftsgesellschaft. Bild StMI

Joachim Herrmann in Abu Dhabi:

Austausch und Strategien gegen Extremismus und Terrorismus

Im Mittelpunkt eines dreitägigen Informationsbesuchs von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) standen angesichts der weltweiten Sicherheitslage aktuelle Fragen der Inneren Sicherheit, insbesondere zum Kampf gegen Extremismus und Terrorismus.

Nach Gesprächen mit dem stellvertretenden Premierminister und Innenminister der VAE, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigung, Innere und Auswärtige Angelegenheiten im Parlament der VAE sowie mit dem Präsidenten des Auslandsgeheimdienstes in Abu Dhabi sagte Herrmann: „Wir haben uns intensiv über die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten ausgetauscht, die unmittelbar Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Europa und Deutschland haben.“

Weltweite Gefahren durch Islamismus

Einigkeit bestand in der Einschätzung, dass die von Islamisten ausgehenden Gefahren weltweit zugenommen haben. „Umso wichtiger ist ein intensiver und regelmäßiger Austausch mit den VAE“, erklärte Herrmann. „Deshalb werden wir die polizeiliche Zusammenarbeit intensivieren.“

Als vorbildhaft bezeichnete Herrmann das Hedayah Center in Abu Dhabi, ein internationales Zentrum im Kampf gegen Extremismus und Gewalt. „Das Zentrum leistet weltweit durch innovative Programme, strategische Kommunikation und Forschung vor Ort einen wichtigen Beitrag, um das Radikalisierungsrisiko zu reduzieren sowie Toleranz, Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten.“

Christliche Kirche, islamische Moschee, jüdische Synagoge

Beeindruckt zeigte sich Herrmann auch vom Besuch des Abrahamic Family House in Abu Dhabi, ein richtungsweisendes Projekt zum friedlichen Zusammenleben der drei abrahamitischen Weltreligionen. Auf einem gemeinsamen Areal sind dort in moderner Architektur drei neue Gotteshäuser errichtet worden, eine christliche Kirche, daneben eine islamische Moschee und eine jüdische Synagoge. „Ein starkes Zeichen! Die VAE nehmen eine Vorreiterstellung beim interreligiösen Dialog ein. Dieser muss auch in Deutschland noch deutlich ausgebaut werden“, betonte Herrmann.

Vertiefung des Dialogs

Ein wichtiger Beitrag zur Vertiefung des Dialogs zwischen den Kulturen und Religionen sei daher auch die Unterzeichnung des Memorandum of Understanding zwischen dem Zentrum für Islam und Recht in Europa an der Erlanger Universität und dem Manara Regional Center for Coexistence. In diese Kooperation einbezogen werde auch die vom bayerischen Innenministerium geförderte Forschungsstelle für religiöse Vielfalt. „Ich danke dem Direktor des Zentrums, Prof. Dr. Mathias Rohe, für sein großartiges Engagement. Wir brauchen für ein friedliches Zusammenleben mehr Verständnis und Toleranz füreinander.“ ❒

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf:

„Das Bürgergeld verfehlt sein Ziel!“

Arbeitsministerin fordert weiterhin dringend notwendige Reform des Bürgergelds

Das IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) hat jüngst die kurzfristigen Auswirkungen der Bürgergeldreform zum 1. Januar 2023 auf die Arbeitsaufnahmen analysiert. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass diese um fast 6 Prozent im ersten Jahr nach der Reform gesunken ist. Das IAB empfiehlt daher eine Anpassung der Regelungen, u. a. eine Verlängerung der Sanktionsdauer und eine Verbesserung der Personalausstattung in den Jobcentern.

Bayerns Arbeitsministerin Ulrike Scharf sieht sich durch die Untersuchung des IAB in ihrer Kritik an der Bürgergeldreform bestätigt: „Das Bürgergeld der Bundesregierung hat das Leben mit Grundsicherung für Arbeitsuchende bequemer und eine Arbeitsaufnahme weniger interessant gemacht. Das Bürgergeld in seiner jetzigen Form ist ein verheerendes Signal an alle, die tagtäglich zur Arbeit gehen. Die Balance zwischen existenzsichernder Hilfeleistung und berechtigten Interessen von Steuerzahlenden muss dringend wieder verbessert werden. Ich fordere konkrete Änderungen am Bürgergeld, um die Menschen schneller wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.“

Arbeitsministerin Scharf erklärt weiter: „Das Bürgergeld verfehlt das Ziel, die Menschen möglichst rasch in Arbeit zu bringen. Mehr Geld ist leichter zugänglich verfügbar. Gleichzeitig sind die Jobcenter unterfinanziert. Das wirkt sich negativ auf die Betreuung und die Arbeitsmarktintegration aus. Das muss sich wieder ändern!“

Ministerin Scharf fordert eine konkrete Änderung des Bürgergelds in folgenden Punkten:

- **Fördern und Fordern stärken:** Das Eingliederungs- und Verwaltungsbudget der Jobcenter muss dauerhaft erhöht werden, um die Arbeitsuchenden besser betreuen zu können. Außerdem müssen die Sanktionen verschärft werden, da auch die aktuelle Neuregelung der Bundesregierung weiterhin unzureichend und untauglich ist.
- **Nach Leistung differenzieren:** Nur Personen mit entsprechender Lebensleistung dürfen in den Genuss von Karenzzeiten und besonderen Freibeträgen kommen.
- **Erhöhung des Regelbedarfs zum 1. Januar 2024 aussetzen:** Der Mechanismus der jährlichen Anpassung muss angepasst und die Erhöhung des Bürgergelds zum 1.1.24 ausgesetzt werden.
- **Kostenbremse bei den Kosten der Unterkunft und Heizung:** Die Karenzzeit soll auf sechs Monate und auf Personen mit entsprechender Lebensleistung beschränkt werden. Die Kosten für teure Wohnungen werden auch während einer Karenzzeit nicht mehr übernommen und die Karenzzeit sollte im Falle eines Umzuges sofort enden.
- **Vermögensanrechnung wieder verschärfen:** Die derzeitige Karenzzeit für Vermögen bis zu 40.000 Euro pro Person im ersten Jahr muss ersatzlos gestrichen werden. Nach Ablauf der Karenzzeit soll der Grundfreibetrag in Höhe von 15.000 Euro je leistungsberechtigter Person auf sechs Monate verkürzt und auf Personen mit entsprechender Lebensleistung beschränkt werden.
- **Leistungsausschlüsse für Ausländer erweitern:** Leistungen dürfen nach fünfjährigem unrechtmäßigen Aufenthalt nicht automatisch gewährt werden. Auch hier müssen Leistungsausschlüsse möglich sein. ❒

Plädoyer für energie...

(Fortsetzung von Seite 1)
siegelte und überbaute Flächen stärker zu nutzen. Dort, wo die notwendige Energie am Ort des Verbrauchs erzeugt wird, könnten Infrastrukturkosten wesentlich reduziert werden. Es gelte, Hemmnisse im Denkmalschutz sowie im gemeindlichen Satzungsrecht zu überwinden. Nicht zuletzt müssten ausschließlich den ländlichen Raum treffende Lasten des Ausbaus regenerativer Energien sowie von überörtlichen Infrastrukturmaßnahmen in Form einer dauerhaften und verpflichtenden kommunalen Strukturabgabe ausgeglichen werden. Akzeptanzfördernde Direktzahlungen von Investoren sollten rechtssicher ermöglicht werden.

Karmasin an Habeck: Weniger Vorschriften, mehr Geld und ein stärkeres Mitspracherecht

Im digitalen Austausch mit Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, machte Karmasin deutlich: „Wir brauchen weniger Vorschriften, mehr Geld und ein stärkeres Mitspracherecht zur Frage, was vor Ort Sinn macht. Eine Umfrage im Vorgriff auf unsere Landkreisversammlung unter allen 71 Landkreisen zeigt, dass 90 Prozent der bayerischen Landkreise der Auffassung sind, dass der Gesetzgeber nicht immer die richtigen Weichen für die Energiewende gestellt hat. Als diejenigen, die die Gesetze vollziehen sollen, wissen wir oft nicht mehr, was gilt. Aufgrund wechselnder Vorgaben herrscht ein investitionsfeindliches Klima. Das kann so nicht weitergehen!“

Laut Habeck ist die Unterstützung der Kommunen zentral für den Erfolg der Energiewende. Sie seien etwa bei Planungs- und Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien-Anlagen, beim Netzausbau oder der Wärmewende unverzichtbare Partner. Die damit verbundene Bürokratie müsse auf ein notwendiges Maß reduziert werden.

Der Bundesminister appellierte an die bayerischen Regionen, den Ausbau erneuerbarer Energieanlagen nicht zu verschleppen, da dies mit negativen wirtschaftlichen Folgen behaftet sei. Insbesondere bei Windkraftanlagen habe der Freistaat Aufholbedarf. Er warb in diesem Zusammenhang dafür, die Bevölkerung beispielsweise über Bürgerwindparks stärker auch an den Renditen zu beteiligen. Zudem wies Habeck darauf hin, dass der Bund plane, für das nächste Jahr Änderungen an der Verteilung der Netzentgelte vorzunehmen. Demnach sollen vor allem Kommunen im ländlichen Raum, die sich intensiv am Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligen, entlastet werden.

Auch bei der Verkehrswende ging es um politische Ziele, die sich am realistisch Machbaren orientieren. „Mobilität ist trotz immer sparsamerer Fahrzeuge einer der größten Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland. Da die Einsparziele in den letzten Jahren verfehlt wurden, versuchen EU und Bund, den CO2-Ausstoß durch die verpflichtende Umstellung auf alternative Antriebe einzudämmen. Die Umsetzung trifft die Landkreise insbesondere im ÖPNV unmittelbar. Egal ob Fahrzeuge selbst beschafft oder an Busunternehmen Verkehrsverträge vergeben werden, sind die Vorgaben zu erfüllen“, stellte Landrat Franz Löffler (Cham), Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag, fest.

Teure Alternativbusse

Busse mit alternativem Antrieb seien doppelt so teuer wie Dieselbusse und deren Reichweite sei wesentlich geringer, weshalb zusätzliche Busse und mehr Fahrer wegen kürzerer Umlaufstrecken notwendig sind, so Löffler. Bei unveränderten Rahmenbedingungen werde es mangels finanzieller und personeller Ressourcen zu einem Angebotsabbau im ÖPNV kommen. „Wir benötigen zusätzliche staatliche Mittel, um die Antriebswende und den Angebotsausbau möglich zu machen“, erklärte der Landrat.

ÖPNV-Unterstützung durch den Freistaat

Nach den Worten von Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter unterstützt der Freistaat die Kommunen beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs: „Die bayerischen Kommunen sind auf einem guten Weg. Viele haben mit Unterstützung des Freistaats flexible Bedienformen wie Rufbusse eingerichtet, wir greifen bei der Umstellung auf nachhaltigere Klimabusse unter die Arme und haben die ÖPNV-Zuweisungen im Vergleich zu 2017 nahezu verdoppelt. Allerdings laufen die Kosten gerade in allen Bereichen davon, deshalb brauchen wir auch ausreichend Finanzmittel durch den Bund, der sich gerade bei den Regionalisierungsmitteln und auch bei der Förderung von Bussen mit alternativen Antrieben aus der Affäre zieht.“

Themenwechsel. Mit Blick auf die stark steigenden Sozialausgaben erklärte Landkreistagschef Karmasin: „Wir erleben, dass immer mehr Menschen hilfs- und pflegebedürftig vor unseren Türen stehen. Zugleich hat die Bundesregierung den Hang zur Erfindung ständig neuer Wohltaten. Der ungebremste Anstieg dieser Kosten ist gigantisch und dauerhaft kommunal nicht mehr zu bewältigen.“ Deshalb gelte es, umzudenken. „Wir müssen aufhören, dass wir hunderttausende Menschen, seien es Deutsche oder Ukrainer, mitunter für Jahre im Bürgergeldsystem einfach faktisch stilllegen, statt sie zur Arbeit zu motivieren. Wir müssen aufhören, bei jedem noch so kleinen Thema immer und immer wieder personalintensive bürokratische Pirouetten zu drehen. Wir sind dankbar, dass die Bayerische Staatsregierung jetzt in ihrem Bemühen um Entbürokratisierung ernst macht. Wir sollten uns bei jedem Standard fragen, brauchen wir ihn? Und wenn ja, brauchen wir ihn so? Passiert wirklich etwas Schlimmes, wenn wir das einfacher machen? Deutschland ist längst Weltmeister in der Haltungsnote, jetzt müssen wir endlich einmal wieder weit springen.“

Skandalöse Ignoranz des Bundes

Zur katastrophalen Lage zahlreicher kommunal getragener Krankenhäuser meinte der Präsident: „Obwohl der Bund für die Zahlung der Betriebskosten zuständig ist, können über 80 Prozent der Krankenhäuser ihren laufenden Betrieb nicht mehr decken. Sie alle rutschen in ein Defizit der Betriebskosten, für das die Landkreise mit kommunalem Geld einspringen müssen. Das bedeutet, wir müssen kommunale Aufgaben gegeneinander ausspielen: Bauen wir noch Kindergärten, können wir den ÖPNV noch finanzieren? Und das alles nur, weil wir mit kommunalem Geld die Ignoranz des Bundes notgedrungen ausgleichen. Das ist ein unglaublicher politischer Skandal!“

Wie Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder hervorhob, lege der Bund immer neue Steine in den Weg, sei es bei der Krankenhausreform oder der Ganztagsbetreuung: „Berlin schafft an, die Kommunen sollen zahlen.“ Dies belaste gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten zusätzlich. Bayern steuere mit der Krankenhausmilliarde, der Möglichkeit zur Energieerzeugung und Vermarktung durch die Landkreise und einem Rekordbetrag von 11,3 Mrd. Euro im kommunalen Finanzausgleich dagegen. Zugleich nehme die Aggression gegenüber der Politik zu. „Wir geben unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern all unseren Rückhalt und wollen schnelle und harte Strafen für diese inakzeptablen Angriffe“, stellte Söder klar.

Migrationskrise

Auch die vielfältigen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Migrationskrise spielten im Austausch der Landräte mit dem Ministerpräsidenten eine große Rolle. Die kommunale Handlungsfähigkeit wird durch die Pflicht zur Unterbringung enorm eingeschränkt. Mit einer kurzfristigen Entlastung ist nicht zu rechnen. Dafür bedürfe es unter anderem eines funktionierenden Rückkehrsystems.

Zu Beginn der Verbandsversammlung hatten Wunsiedels Erster Bürgermeister Nicolas Lahovnik und Landrat Peter Berek den Wunsiedler Weg der Energiezukunft vorgestellt. Lahovnik zufolge hat die oberfränkische Stadt den ersten und größten netzdienlichen Elektrolyseur für grünen Wasserstoff gebaut – „abgesehen von einer kleineren Mobilitäts-Förderung komplett wirtschaftlich finanziert“. Dies nämlich sei die Idee des Wunsiedler Wegs: „Alle unsere Modelle müssen fliegen und Geld verdienen.“ Deswegen werde Wasserstoff auch nicht nur für die Mobilität genutzt, „sondern wir integrieren ihn sektorübergreifend und netzdienlich in unser komplettes Energiesystem“, bestehend u.a. aus Biomasseanlagen, Nahwärmenetzen und Biogasanlagen. „In Wunsiedel wurde das Thema Energie schon vor über 20 Jahren als Teil der Regionalentwicklung ernst genommen und immer weiterverfolgt”, bilanzierte Berek. Davon konnten sich Gäste der Tagung bei einer Besichtigung des Energieparks überzeugen. **DK**

Gmehlings Notsignale ...

(Fortsetzung von Seite 1)
und Ausgestaltung der Wärmewende auf kommunaler Ebene, forderte der OB einen vollständigen Ausgleich der Planungskosten. Die Kommunen erwarteten vom Bund, dass alle Anträge auf Bundesförderung über die Kommunalrichtlinie, die fristgerecht eingereicht worden sind und die weiteren Voraussetzungen erfüllen, eine Förderzusage erhalten.

Die Möglichkeiten der Kommunen, den lokalen Transformationsprozess zu gestalten, hängen nach Angaben des Vorsitzenden entscheidend von den überörtlichen Rahmenbedingungen ab. Seit Anfang des Jahres liege die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes bei den Ländern. Sie entschieden über die Ausgestaltung bezüglich der Möglichkeit zur interkommunalen Wärmeplanung und zur verkürzten Wärmeplanung. Auch ein vereinfachtes Beteiligungsverfahren könnten die Länder für die Kommunen möglich machen.

Aus Gmehlings Sicht „müssen die Länder die Voraussetzungen für eine effiziente Wärmeplanung schaffen, die knappe Planungsressourcen klug einsetzt. Zum Beispiel sollte dort eine verkürzte Wärmeplanung möglich sein, wo sich naheliegend abzeichnet, dass keine aussichtsreiche Perspektive für die Errichtung eines Wärmenetzes besteht.“

Auch die Finanzierung der Wärmeplanung müsse im Zuge der landesgesetzlichen Umsetzung abgesichert werden. „Die Länder müssen die 500 Millionen Euro Bundesmittel vollständig an die Städte und Gemeinden weitergeben. Auch die weiteren Kosten der Wärmeplanung müssen nach dem Konexitätsprinzip vollständig ausgeglichen werden“, verlangte der Oberbürgermeister.

Drohender Vertrauensverlust

Zudem sei sicherzustellen, dass alle Anträge auf Bundesförderung über die Kommunalrichtlinie, die fristgerecht eingereicht worden sind und die weiteren Voraussetzungen erfüllen, eine Förderzusage erhalten und diese Vorhaben auch vollumfänglich gefördert werden. Bereits gestellte Anträge nicht mehr zu bewilligen und bewilligte Vorhaben zu widerrufen, sobald ein Landesgesetz in Kraft getreten ist, führe zu einem erheblichen Vertrauensverlust bei den Kommunen. So werde den planerischen Aktivitäten der Kommunen die Grundlage entzogen und der Erfolg einer fristgerechten Wärmeplanung insgesamt in Frage gestellt.

„Kommunen können Bürgerinnen und Bürgern nur Orientierung geben, wenn sie selbst einen verlässlichen Rechts- und Förderrahmen haben. Die Wärmeplanung ist der erste Schritt einer gesamtgesellschaftlichen Transformationsaufgabe, die die Kommunen nur mit Unterstützung von Bund und Ländern bewältigen können“, stellte Gmehling abschließend fest. **DK**

Lauterbachs verpasste ...

(Fortsetzung von Seite 1)
manchen Regionen – vor allem auf dem Land. Unkontrollierte Standortschließungen aus finanziellen Gründen müssen vermieden werden.“

Bayern und den anderen Ländern gehe es zum Beispiel darum, dass der Bund seiner Verantwortung für die Betriebskostenfinanzierung der Kliniken gerecht wird und eine auskömmliche Finanzierung sicherstellt. Denn ohne auskömmliche Finanzierung drohe eine Pleitewelle der Kliniken. Der Bund ist für die Betriebskosten zuständig. Überdies brauche es deutlich mehr Möglichkeiten für Krankenhäuser, um mit anderen Kliniken kooperieren und Strukturen zusammenlegen zu können. Bisher sehe der Bund hier nur sehr begrenzte Regelungen vor. Es müsse aber möglich sein, Standorte durch sinnhafte Kooperationen zu erhalten und so eine bestmögliche medizinische Versorgung für die Menschen auch auf dem Land zu sichern.

Verfassungswidriges Gesetz

„Zudem betrachten wir das Gesetz in seiner aktuell geplanten Form als verfassungswidrig“, erläuterte Gerlach, „denn die Regelungen greifen viel zu stark in die Planungshoheit der Länder ein. Deshalb behält sich Bayern auch weiterhin das Instrument der Verfassungsklage vor, wenn der Bundesgesundheitsminister die Länder weiterhin ignoriert.“

Im Fokus stehe auch der Transformationsfonds. Der aktuelle Gesetzentwurf sehe nur sehr wenige Unterstützungsmöglichkeiten vor. Die Umstrukturierung könne aber nur dann erfolgreich sein, wenn weitreichende Fördermöglichkeiten bestehen. Zudem werde die hälftige Finanzierung durch die Länder klar abgelehnt. Denn sie berücksichtige nicht, dass der Bund die alleinige Verantwortung für die notwendigen Transformationsmaßnahmen trägt. Dies müsse sich auch in der Finanzierung widerspiegeln.

„Auch diesmal hat der Bundesgesundheitsminister eine weitere Gelegenheit verstreichen lassen, einen guten Kompromiss mit den Ländern zu finden“, machte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) Dr. Gerald Gaß deutlich.

Die Kritikpunkte der Länder entsprächen im Großen und Ganzen auch denen der Praktiker aus den Kliniken: Das reformierte Vergütungssystem müsse so gestaltet sein, dass man von einer echten fallzahlunabhängigen Vorhaltevergütung reden könne. Lauterbachs angekündigte Vorhaltefinanzierung befreie die Kliniken keineswegs aus dem Hamsterrad von immer mehr Fällen. Sie sichere auch nicht die Existenz der bedarfsnotwendigen kleinen Krankenhausstandorte, und sie fördere nicht die Konzentration hochkomplexer Behandlungen an Zentren. „Damit werden alle politischen Ziele der Finanzierungsreform verfehlt“, erklärte Gaß.

Nach Auffassung der Deutschen Krankenhausgesellschaft benötigten die Kliniken jetzt endlich den Inflationsausgleich. Krankenhausinsolvenzen und Leistungseinschränkungen wegen der wirtschaftlichen Notlage gefährdeten zunehmend die Versorgung. Die Krankenhausträger müssten sich massiv verschulden, und die ohnehin klammen Kommunen hätten hohe Summen aufzuwenden, um ihre Kliniken zu subventionieren – Steuergeld, das an anderer Stelle fehlt. Auch hier schaue der Minister trotz aller Appelle weiter tatenlos zu.

Geisterfahrt aufgeben

„Minister Lauterbach muss endlich seine Geisterfahrt bei der Krankenhausreform aufgeben“, forderte Gaß. „Seine Hinterzimmerpolitik der verschlossenen Türen und handverlesenen widerspruchsfreien Diskussionszirkel ist krachend gescheitert. Seine Krankenhausreform verzögert sich immer weiter, obwohl sie so dringend gebraucht wird.“

Jüngstes Ergebnis seiner Ausgrenzungs- und Eskalationspolitik sei der Klinik-Atlas, der nach monatelangen großen Ankündigungen nichts anderes als „eine gefährliche Ansammlung gravierender Fehler und Falschdarstellungen“ sei. Ungezählte anerkannte Fach-Experten forderten mittlerweile, dass dieser Klinik-Atlas abgeschaltet wird, betonte Gaß. Die dort enthaltenen Fehler führten zu einer massiven Patientengefährdung. Statt mehr Transparenz fänden die Patienten im Lauterbach-Atlas fehlerhafte Fallzahlen, nicht mehr existierende Abteilungen und falsch zugeordnete Notfallstandorte.

Die Krankenhäuser appellierten nun an die Bundestagsabgeordneten, den Minister zum Kompromiss zu drängen. „Nach allen gescheiterten Kompromissversuchen ist nun das Parlament der letzte Ort, der noch in der Lage ist, eine praxistaugliche Reform durchzusetzen, die die Sicherung der Versorgung und die langfristige Finanzierbarkeit des Systems im Fokus hat“, unterstrich Gaß abschließend. **DK**

Reale Kaufkraftverluste wegen hoher Inflation

Verfügbares Einkommen je Einwohner in Bayern im Jahr 2022 so stark gestiegen wie seit Langem nicht

Nach Meldung des Bayerischen Landesamts für Statistik hatten private Haushalte in Bayern im Jahr 2022 durchschnittlich 28.469 Euro je Einwohner für Konsum und Sparen zur Verfügung. Dies ist der höchste Wert unter allen Ländern. Mit einem Zuwachs um 5,5 Prozent ist das Verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Bayern zudem 2022 nominal so stark gestiegen wie seit 1991 nicht mehr. Real mussten die Haushalte in Bayern dennoch Kaufkraftverluste hinnehmen, da die Inflation mit 7,1 Prozent im Jahr 2022 den Einkommenszuwachs übertraf.

Fürth. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik meldet, erzielten die privaten Haushalte in Bayern im Jahr 2022 mit durchschnittlich 37 085 Euro je Einwohner das höchste Primäreinkommen in Deutschland. Es umfasst das Einkommen aus Erwerbsarbeit und Vermögen. Zieht man davon u. a. Steuern und Sozialabgaben ab und rechnet u. a. die empfangenen monetären Sozialleistungen hinzu, standen den bayerischen Haushalten im Jahr 2022 durchschnittlich 28 469 Euro je Einwohner für Konsum und Sparen zur Verfügung – ebenfalls der höchste Wert in Deutschland. Auch im zeitlichen Vergleich ragt dieses Ergebnis besonders heraus: Nie seit Beginn der Zeitreihe für das wiedervereinigte Deutschland im Jahr 1991 ist das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Bayern binnen eines Jahres nominal so stark gestiegen wie im Jahr 2022, nämlich um 5,5 Prozent gegenüber 2021. Für Deutschland insgesamt belief sich die Zunahme nominal auf 5,6 Prozent. Trotz dieses starken Wachstums blieb das Verfügbare Einkommen in Bayern und Deutschland jedoch hinter dem Anstieg der Verbraucherpreise zurück, die 2022 im Vorjahresvergleich um 7,1 bzw. 6,9 Prozent anzogen. Unter dem Strich sank somit die reale Kaufkraft in Bayern und in Deutschland.

Nimmt man die Einkommenssummen für Bayern insgesamt in den Blick, losgelöst von der Pro-Kopf-Betrachtung, zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen bei einzelnen Einkommenskomponenten im Jahr 2022. So haben zu dem starken nominalen Wachstum des Verfügbaren Einkommens in Bayern der deutliche Anstieg der empfangenen Arbeitnehmerentgelte mit nominal plus 6,0 Prozent und die erhebliche Zunahme des Netto-Vermögenseinkommens mit nominal 19,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr maßgeblich beigetragen. Demgegenüber ist das Einkommen aus selbständiger Tätigkeit (Nettobetriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen) nominal sogar um 3,7 Prozent zurückgegangen. Im Rahmen der Umverteilung der Einkommen wirkte der Anstieg der geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern mit plus 8,9 Prozent deutlich dämpfend auf die Entwicklung des Verfügbaren Einkommens in Bayern. Teilweise kompensiert wurde dies aber durch die Erhöhung der „sonstigen laufenden Transfers“ um nominal 69,8 Prozent gegenüber 2021. Hier schlagen u.a. die Maßnahmen des Staates zur Entlastung der privaten Haushalte bei den stark angestiegenen Energiekosten zu Buche. ❐

Wieder ein starkes Jahr für die Förderprofis der bayerischen Sparkassen

2,7 Mrd. Euro an Förderkrediten ausgereicht
BayernLB zeichnet besonders engagierte Institute aus

Die S-Finanzgruppe hat bei der Vergabe von Förderkrediten im Freistaat erneut ein sehr hohes Volumen erreicht. Vergangenes Jahr haben die bayerischen Sparkassen in Kooperation mit der BayernLB Darlehen der LfA Förderbank Bayern, der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank mit einem Gesamtvolumen von 2,7 Mrd. Euro ausgereicht. Damit erzielten sie einen Marktanteil von 38,3 Prozent. Für ihren Beitrag zu diesem Erfolg wurden wieder besonders engagierte Sparkassen in München mit dem „Förderprofi" ausgezeichnet.

„Bayerns Sparkassen und die BayernLB sind im Verbund auch im Fördergeschäft sehr gut aufeinander eingespielt. Förderdarlehen für Kunden bestmöglich in die Finanzierung einzubinden, erfordert hohe Fachexpertise und Kundennähe der Berater. Die hohe Förderkompetenz und das gute Teamwork in der S-Finanzgruppe zahlen sich für Privatkunden ebenso aus wie für landwirtschaftliche Betriebe oder mittelständische Unternehmen. Mit Fördermitteln wird auch die Transformation der Energiewende mit Blick auf nachhaltiges Bauen weiter vorangebracht. Förderkredite der Förderbanken gibt es für alle betrieblichen Investitionsmaßnahmen aber auch für private Haushalte. So gibt es für jeden Heizungstausch, wie auch für Sanierungsmaßnahmen sehr günstige Darlehen", sagt Gero Bergmann, der im Vorstand der BayernLB das Sparkassengeschäft verantwortet.

Perfektes Team

Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern: „Die bayerischen Sparkassen und die BayernLB sind das perfekte Team, das zuverlässig einen Weg durch jeden Förderdschungel ebnet. Die besondere Stärke unserer Sparkassen ist dabei ihre regionale Verwurzelung – sie kennen die Unternehmen und deren lokale Umgebung, die Handwerksbetriebe, die Menschen vor Ort. Sie sind ja selbst ein Teil davon. Darum wissen sie, wie wichtig eine verantwortungsvolle Partnerschaft in Finanzfragen ist. Von politischer Seite wünsche ich mir manchmal mehr Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit bei der Ausgestaltung der Förderkulisse. Sonst leidet das Investitionsklima. Die bayerischen Sparkassen setzen sich dafür ein, dass Förderung dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Genau das wird durch die Auszeichnung sichtbar – was mich außerordentlich freut. Herzlichen Glückwunsch im Namen des Sparkassenverbands an alle ‚Förderprofis'".

Auszeichnung für die Besten

Die Auszeichnung „Förderprofi" vergibt die BayernLB jährlich. Sie würdigt damit die engagiertesten Institute im Fördergeschäft in jedem Regierungsbezirk. Gemessen an der Neugeschäftsquote (Anteil Förderkreditzusagen am Kreditneugeschäft) waren das im Jahr 2023 die Sparkasse Allgäu, die Sparkasse Amberg-Sulzbach, die Sparkasse Deggendorf, die Sparkasse Forchheim, die Sparkasse Freising Moosburg, die Vereinigten Sparkassen Gunzenhausen und die Sparkasse Schweinfurt-Haßberge.

Des Weiteren wurde der Sparkasse Deggendorf der Förderprofi „Nachhaltigkeit" verliehen. Sie wies die höchste Zusagequote für Förderprogramme aus, die auf Energieeffizienz und Umweltschutz einzahlen, diese hatte auch gleichzeitig das höchste Zusagevolumen aller in Bayern tätigen Sparkassen erreicht.

Die LfA verlieh darüber hinaus einen Sonderpreis für das höchste Zusagevolumen von LfA-Programmen an die Sparkasse im Landkreis Neustadt a. d. Aisch - Bad Windsheim.

„Die bayerischen Sparkassen sind langjährige und erfahrene Partner, auf die wir uns bei der Vermittlung unserer Förderangebote stets verlassen können. Ihre regionale Vernetzung macht es möglich, mittelständische Unternehmen und Existenzgründer in ganz Bayern mit den passgenauen und zielgerichteten Finanzierungshilfen der LfA zu unterstützen – etwa mit unserem neuen Gründungs- und Wachstumskredit. Besonders hervorheben möchten wir das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse im Landkreis Neustadt a. d. Aisch - Bad Windsheim, die im vergangenen Jahr führend bei der Vermittlung unserer Förderangebote war", fügt Hans Peter Göttler, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern, hinzu. Der Sonderpreis Landwirtschaft für das höchste Rentenbank-Fördervolumen ging an die Sparkasse Dachau.

Zentraler Dienstleister

Die BayernLB steht den Sparkassen im Fördergeschäft als zentraler Dienstleister zur Seite. Sie berät zu Verfügbarkeit, Konditionen und Kombinationsmöglichkeiten der Programme und leitet sämtliche Mittel von den Förderinstituten an die Sparkassen weiter. Dabei spielen die Förderprogramme für Sanierungsmaßnahmen sowie den energieeffizienten und nachhaltigen Neubau für Privat- als auch gewerbliche Kunden eine immer gewichtigere Rolle für die bayerischen Sparkassen. Stark nachgefragt sind auch Förderprogramme für Innovations- bzw. Digitalisierungsmaßnahmen, diese beherrschen die bayerischen Sparkassen sogar im besonderen Maße.

Von der S-Finanzgruppe und den Förderbanken wurden zudem sechs Kundenberaterinnen und Kundenberater bayerischer Sparkassen ausgezeichnet. Sie haben aus einer Vielzahl von Förderangeboten das passende Förderprogramm ausgewählt und für ihre Kunden die bestmögliche Finanzierungslösung entwickelt. Diese umfassten beispielsweise Wohnungsbauförderung, Umwelt-, Gründungs- und Innovationsförderung oder Rentenbankförderung sowie Infrastrukturförderung in der Kommune. ❐

Schreiben von Bürgermeister Günther Werner an MdL Wolfgang Fackler:

Nicht den Kommunen die Schuld in die Schuhe schieben

Der Artikel in der Bayerischen Gemeinde-Zeitung vom 03.05.2024 „Bürger sollten sich rechtzeitig für angepasste Hebesätze einsetzen" veranlasste Haßfurts Ersten Bürgermeister Günther Werner zu einer Replik an den CSU-Abgeordneten Wolfgang Fackler. Wir veröffentlichen sein Schreiben im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter Fackler, im genannten Artikel der GemeindeZeitung werden Sie mit dem Hinweis zitiert, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die neue Grundsteuer von Vergleichsberechnungen erst einmal absehen sollen. Sie sollten vielmehr auf die neuen Hebesätze der Gemeinden warten.

Nachdem bei uns in Haßfurt Bürgerinnen und Bürger sich aufgrund ihres Grundsteuermessbetragsbescheides an uns wandten, hat der zuständige Mitarbeiter angefangen eine kleine Tabelle anzulegen. Dabei hat sich mittlerweile herausgestellt, dass sich die Werte zu den bisherigen Einheitswerten drastisch unterscheiden. Die Spanne reicht vom 1,2-fachen bis zum 18-fachen Wert!

Aufgrund dieser Tatsache werden wir es schwer haben, die von der Staatsregierung immer wieder in den Raum gestellte Kostenneutralität zu erreichen. Dabei ist auch der Nivelierungshebesatz von entscheidender Bedeutung. Dieser beträgt in Bayern den Wert 310, was bedeutet, dass eine Kommune diesen Wert nicht unterschreiten darf um Kürzungen bei Förderungen in Kauf zu nehmen.



Günther Werner, Erster Bürgermeister Haßfurt. Bild: Stadt Haßfurt

Aus diesem Grund und der Tatsache, dass viele Kommunen im ländlichen Raum schon jetzt nur Hebesätze zwischen 320 und 400 haben, haben diese Kommunen nur wenig Spielraum ihren Hebesatz nach unten anzupassen. Dies bedeutet auf der anderen Seite, dass viele Grundbesitzer tatsächlich aufgrund des neuen Grundsteuermessbetrags mehr bezahlen müssen.

Die Thematik habe ich bereits mit mehreren Mandatsmitgliedern diskutiert. Ich habe den Eindruck, dass dieser Fakt wenig interessiert und die Schuld der höheren Grundsteuer am Schluss den Kommunen in die Schuhe geschoben wird, da sie ihre Hebesätze nicht entsprechend – also auch unter 310 – angepasst haben.

Da nützt es auch nichts, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern empfehlen frühzeitig das Gespräch mit ihrer Kommune zu suchen. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen werden diese keine gekürzte Förderung akzeptieren und maximal ihren Hebesatz auf 310 (Nivelierungshebesatz) festsetzen können.

Ich bin gespannt, wie Sie als Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung dies sehen. Von Ihren Kollegen, mit denen ich dieses Thema besprochen habe, habe ich bisher keine Rückantwort erhalten." ❐

Redaktionsgespräch Versicherungskammer Bayern:

Auf Nummer sicher gehen

Rückendeckung für Kommunen,
kommunale Angestellte und ehrenamtliche kommunale Entscheider

Wer an Atychiphobie leidet, wird kaum eine Position als kommunaler Entscheider oder Entscheiderin einnehmen. Die chronische Angst, Fehler zu machen, ist ein psychosomatisches Krankheitsbild, das die Ausübung eines kommunalen Mandats erheblich erschwert. Dennoch kennt jeder die Furcht, wichtige Entscheidungen treffen zu müssen und dafür möglicherweise haftbar gemacht zu werden. Diese Angst führt zum Versuch sich genügend abzusichern und damit oft zu übermäßiger Bürokratie, bei der zahlreiche teure Gutachten erstellt werden, nur um im Ernstfall sagen zu können: „Ich war's nicht."

Wie können Mitarbeiter in den Verwaltungen sowie Kommunalpolitikerinnen und -politiker darin bestärkt werden, klar und deutlich Position zu beziehen und Verantwortung bei schwierigen Entscheidungen zu übernehmen? Dazu ist eine gute Rückendeckung erforderlich. Profis in Sachen Rückendeckung sind die Versicherungen. Deshalb sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit Christian Krams, Leiter Konzern Schaden und Vorstand BavariaDirekt, und Dr. Herbert Hofmann, Abteilungsleiter für das Kommunalgeschäft der Versicherungskammer Bayern.

Dr. Hofmann beleuchtete die verschiedenen Aspekte des kommunalen Vermögensschadenskonzepts, mit dem die in der Verwaltung handelnden Personen umfassend abgesichert sind. Mit der Kommunalen Haftpflichtversicherung sind kommunale Wahlbeamte und Mitglieder der Gremien (Stadt-/Gemeinderat) vor Schadenersatzansprüchen Dritter geschützt. Mitversichert im Versicherungsschutz der Kommune dürfen sie darauf vertrauen, dass geltend gemachte Forderungen geprüft, unberechtigte Ansprüche vom Versicherer für sie abgewehrt und berechtigte reguliert werden.



V.l.: Dr. Herbert Hofmann, Constanze von Hassel und Christian Krams. Bild: VKB/Dr. Michael Lehner

Kein Regress zu befürchten

Hat die Kommune darüber hinaus auch eine Kommunale Kassenversicherung abgeschlossen, ergibt sich ein weiterer Schutz. Erleidet die Kommune einen Vermögensschaden wegen eines fahrlässig fehlerhaften Handelns ihres Bediensteten oder Inhabers eines Ehrenamtes (z. B. Mandatsträger), erhält die Kommune ihren Schaden über die Kommunale Kassenversicherung ersetzt. Der Mandatsträger muss – außer bei Vorsatz –keinen Regress des Versicherers befürchten und auch der Dienstherr ist grundsätzlich von einem Mitarbeiterregress entbunden.

(Fortsetzung auf Seite 6)



Zahl der Bankfilialen weiter rückläufig

Kommentar von Dr. Jürgen Gros: „Warum das so bleiben wird und gar nicht so schlimm ist“

In Deutschland nimmt die Zahl der Banken und ihrer Zweigstellen weiter ab. Ende 2023 gab es in Deutschland 1.458 Banken, wie die Bundesbank jüngst veröffentlicht hat. Zusammen verfügen sie über 19.501 mit Menschen besetzte Filialen. Im Vergleich zu 2022 hat national mithin die Zahl der Kreditinstitute um 55 und die der Zweigstellen um 945 abgenommen. Unangefochtene Platzhirsche im Bundesgebiet sind nach wie vor die 1.084 Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit zusammen 13.392 Dependancen.

Für den Freistaat Bayern gilt spiegelbildlich Gleiches. Zwar reduzierte sich 2023 die Zahl der Sparkassen fusionsbedingt um eine und die ihrer Filialen um 66. Ebenso ging die Anzahl der Genossenschaftsbanken aufgrund von Fusionen um 13 zurück. 54 Niederlassungen machten die Kreditgenossenschaften im letzten Jahr dicht. Dennoch dominierten 2023 die 60 Sparkassen mit 1.727 Geschäftsstellen zusammen mit den 185 Kreditgenossenschaften und deren 1.742 Zweigstellen zumindest zahlenmäßig auch den bayerischen Bankenmarkt.



Dr. Jürgen Gros. ©Barbara Obermaier

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen.

An dieser numerischen Dominanz der Banken mit den roten und blau-orangen Logos wird sich im Freistaat wie im Bundesgebiet auf Sicht wenig ändern. Sicher ist freilich auch, dass sowohl die Zahl der Kreditinstitute und ihrer Zweigstellen weiter deutlich zurückgehen werden. Es liegt in der Natur der deutschen Bankenstruktur, dass es vor allem zahlreiche Sparkassen und Genossenschaftsbanken sein werden, die in Verschmelzungen aufgehen und Geschäftsstellen schließen. Ausgehend von der Entwicklung der letzten fünf Jahre ist es nicht allzu verwegen, für das Jahr 2030 etwa 900 Banken mit weniger als 12.000 Geschäftsstellen in Deutschland zu prognostizieren.

Warum das so sein wird? „Die zunehmende Verbreitung des Online-Bankings sowie der weiterhin bestehende Kostendruck führten zu einer Verschlankung des Filialnetzes in quasi allen Banksektoren“, gibt die Bundesbank als Antwort für die zurückliegenden Filialreduktionen. Zugleich ist damit die Begründung für die künftige Entwicklung vorgezeichnet, wie zudem eine Umfrage zeigt, die der Digitalverband Bitcom im Mai veröffentlicht hat. Danach erledigen 81 Prozent der Deutschen ihre Bankgeschäfte mittlerweile online. Vor allem Senioren werden zunehmend digitaler. In der Altersgruppe der über 65jährigen ist binnen Jahresfrist der Anteil derer, die die Bankgeschäfte online abwickeln von 45 auf 54 Prozent gestiegen. Das verwundert kaum. Denn allmählich kommen jene ins Seniorenalter, die vor knapp 20 Jahren zu den Smartphonepinonieren zählten.

Die Entwicklung zum digitalen Banking wird anhalten. „On line-Only“ sei der eindeutige Trend beim Banking, meint Bitcom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder dazu. So ganz falsch liegt er damit wohl nicht, denn 49 Prozent der 1.004 Befragten der Bitcom-Studie sagt, ihnen würde „nichts fehlen“, wenn es keine Bankfilialen mehr gäbe.

Gespräche mit genossenschaftlichen Bankvorständen legen offen, dass es zwei weitere Treiber gibt, die die Flächenpräsenz verringern werden: Personalmangel einerseits und abnehmende Bereitschaft des vorhandenen Personals andererseits, Tätigkeiten wie Filialleitung und Arbeiten in einer Niederlassung zu übernehmen. Sie werden mitunter als eintönig bis langweilig empfunden – weil eben in vielen Zweigstellen der Flächenbanken zunehmend weniger los ist. Gleichzeitig wird Personalgewinnung, insbesondere in hochspezialisierten Tätigkeitsfeldern, zur Königsdisziplin für die HR-Beauftragten in den Instituten. Die benötigten Hochqualifizierten sprengen zugleich das bisherige Gehaltsgefüge, insbesondere bei Regionalbanken wie Sparkassen sowie Volksbanken und Raiffeisenbanken. Knappheit und Leistung bestimmen den Preis, den jedoch zunehmend mehr Bankleiter bereit sind zu bezahlen. Zumal der Regulator, aber auch die Kunden in Beratungsprozessen zu Immobilienfinanzierung, Altersvorsorge oder der Absicherung von Lebensrisiken, Qualität erwarten.

Qualität kostet. Höhere Dotierungen in der Spitze der Leistungsträger sind die Folge und führen in der Gegenfinanzierung zur Personalverschlankung in der Breite. Die Konsequenz ist dann weniger Dienstleistung in der Fläche, die der Kunde gleichwohl zunehmend seltener nachfragt, weil er den Alltagsservice von früher im digitalen Zeitalter schlichtweg nicht mehr benötigt. Was stattdessen zählt, sind digitale und telefonische Erreichbarkeit der Bank – und zwar dann, wenn es dem Kunden pressiert. Dass in solchen Momenten die Technik funktioniert und das Institut erreichbar ist, sind die erwarteten Standards. Zweigstellen nicht mehr. ❐

Finanzminister Albert Füracker:

Bargeldobergrenze beschneidet Freiheitsrechte!

EU beschließt Barzahlungsobergrenze von 10.000 Euro ab 2027

„Bayern setzt sich klar und konsequent für eine wirksame Bekämpfung von Geldwäsche ein. Mit der jetzt endgültig beschlossenen europaweiten Barzahlungsobergrenze von 10.000 Euro im Geschäftsverkehr werden die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger jedoch erheblich eingeschränkt. Bayern wird sich mit aller Kraft dafür engagieren, dass die jetzt beschlossene Beschränkung kein Auftakt für weitere Verbote oder gar zur vollständigen Abschaffung von Bargeld als Zahlungsmittel wird. Schnelle Verfügbarkeit, Unabhängigkeit von technischer Infrastruktur und sicherer Schutz der Privatsphäre – auch in Zukunft müssen die vielen Vorteile des Bargeldes verfügbar bleiben! Die ab 2027 geltende Barzahlungsgrenze beruht zu einem großen Teil auch auf dem mangelnden Einsatz der Bundesregierung. Während sich der Bundesfinanzminister noch Anfang des Jahres öffentlichkeitswirksam gegen Bargeldbeschränkungen positioniert hat, konnte er ihre Einführung auf EU-Ebene doch nicht verhindern. Mit öffentlichkeitswirksamen Lippenkenntnissen lässt sich die Preisgabe liberaler Ideale im Handeln nicht verdecken!“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Einschränkungen ab 2027

Rat, EU-Parlament und EU-Kommission hatten sich bereits im Januar in sogenannten Trilog-Verhandlungen auf die Einführung einer EU-weiten Obergrenze für Barzahlungen im Geschäftsverkehr von 10.000 Euro geeinigt. Nachdem im April das EU-Parlament die neue Regelung formal gebilligt hat, wurde diese jetzt auch vom Rat angenommen. Die neue Beschränkung wird nun im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und schränkt ab 2027 die Nutzung von Bargeld auch in Deutschland ein. ❐

Auf Nummer sicher …

(Fortsetzung von Seite 5)

Das Vermögensschutzkonzept wird abgerundet durch eine Amts- und Diensthaftpflichtversicherung. Speziell für kommunale Unternehmen dient die D&O-Versicherung dem Schutz von Managern und Geschäftsführer, wenn diese persönlich von Dritten oder der Kommune in Anspruch genommen werden. Als Beispiel nannte Dr. Hofmann mögliche Fehler im Energieeinkauf von Stadtwerken, die schnell zu erheblichen Vermögensverlusten führen können.

Der Versicherungsexperte betonte: „Trotz hoher im Raum stehender Risiken bietet die VKB eine D&O-Versicherung an. Um Eigenschäden effektiv abzudecken, ist die Integration der kommunalen Unternehmen, wie zum Beispiel der Stadtwerke, in das Vermögensschadenskonzept dringend ratsam.“

Genereller Schutz für ehrenamtliches Engagement

Neben dem Versicherungsschutz für kommunale Mandatsträger sichert die Versicherungskammer grundsätzlich auch ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger ab. Ehrenamtliche, die für Kommunen tätig sind, sind dabei im Rahmen der Kommunalen Haftpflichtversicherung mitversichert. Sollte diese oder eine private Haftpflichtversicherung des Ehrenamtlichen nicht greifen, kann die Bayerische Ehrenamtsversicherung des Freistaats Bayern weiteren Schutz bieten.

Im Bereich der kommunalen Gebäudeversicherung gehen die Verantwortungsbereiche von Hofmann und Krams Hand in Hand. Denn in einem Schadenfall kann und darf nur der versicherte Schaden reguliert werden. Beide machten mehrfach darauf aufmerksam, deshalb den Versicherungsschutz regelmäßig, d.h. alle zwei bis drei Jahre und spätestens bei baulichen Veränderungen, zu überprüfen. Anlass hierfür ist immer auch eine Änderung der Nutzung von Gebäuden, wenn z.B. eine Garage eines Bauhofs als Materiallager und nicht für das Abstellen eines Fahrzeugs verwendet wird. Bei den beiden Rathausbränden in Straubing und Dillingen hatten die Kommunen Glück im Unglück, denn der Versicherungsschutz durch die kommunale Gebäudeversicherung war kurz vorher überprüft und angepasst worden. „Es ist sowieso eine große Herausforderung für die Mitarbeiter im Rathaus einen solchen Ausnahmezustand zu bewältigen, wenn der eigene Arbeitsplatz nicht mehr zur Verfügung steht. Dank einer gut gewählten Versicherungsstrategie fallen in einer solchen Situation dann wenigstens nicht noch zusätzliche finanziellen Sorgen ins Gewicht“, erläutert Krams die Bedeutung eines effektiven Versicherungsschutzes.

Elementarschäden müssen besser abgesichert werden

In der kommunalen Gebäude- und Inhaltsversicherung sehen beide Versicherungsexperten jedoch auch ein “Sorgenkind“: Während der Versicherungsschutz für Feuer in der Regel besteht, hat noch immer ein Anteil von ca. 30 Prozent aller kommunalen Gebäude in Bayern keinen Versicherungsschutz für die Gefahr „Sturm/Hagel“. Erweiterte Elementargefahren (z.B. Starkregen, Überschwemmung, Schneedruck oder Erdrutsch) sind sogar bei ca. 75 Prozent aller kommunalen Liegenschaften noch nicht im Versicherungsschutz enthalten. Wie die letzten Unwetterereignisse gezeigt haben, ist auch ein Großteil des Gebäudeinhaltes, etwa Mobiliar, ohne Versicherungsschutz. ❐

Ergebnisse Steuerschätzung Frühjahr 2024:

Weniger Geld für kommunale Investitionen

Auch in Bayern starker Rückgang der Steuereinnahmen

Auch in der aktuellen Steuerschätzung spiegelt sich das stagnierende Wirtschaftswachstum in Deutschland wider. Gegenüber der Herbst-Steuerschätzung 2023 haben sich die Konjunkturerwartungen der Bundesregierung deutlich verschlechtert. Demnach müssen Bund, Länder und Gemeinden bis 2028 mit insgesamt 80,7 Milliarden weniger Steuereinnahmen rechnen. Für den Bund bedeutet dies nach Angaben von Bundesfinanzminister Christian Lindner ein Minus von 41,6 Milliarden Euro.

Wie DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger betonte, bestätigten die veröffentlichten Zahlen die zunehmend kritische öffentliche Finanzlage. Betroffen sei vor allem die kommunale Ebene, die kaum Einfluss auf die Ausgabenentwicklung habe und besonders unter der stagnierenden Einnahmeentwicklung leide.

Die Steuerschätzung prognostiziere für die Gemeinden Steuereinnahmen in Höhe von 145,8 Mrd. Euro für das laufende Jahr. Betrachte man die Jahre 2024 bis 2026, fällt das Ergebnis um 4,1 Mrd. Euro schlechter als noch bei der Herbstschätzung angenommen aus, was unter anderem auf die zu erwartenden Mindereinnahmen durch das Wachstumschancengesetz sowie die weiter bescheidene konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen sei, so Berghegger.

Einzig infolge der allgemeinen Inflation und der hohen Tarifabschlüsse bleibe die Steuerentwicklung insgesamt weiterhin positiv. Inflation und Tarifabschluss wirkten sich gleichwohl in stärkerem Ausmaß auf die kommunalen Ausgaben aus. Hinzu kämen weiter äußerst dynamisch steigende Ausgaben für soziale Leistungen. „Marginal steigenden Einnahmen stehen weiter förmlich explodierende Ausgaben entgegen. Durch diese dauerhafte strukturelle Unterfinanzierung ist die kommunale Handlungs- und Investitionsfähigkeit akut gefährdet. Bund und Länder müssen sich ihrer Verantwortung stellen und ihren Beitrag für nachhaltige Kommunalfinanzen leisten. Hierfür braucht es in erster Linie eine aufgabenadäquate Finanzausstattung, die mit Blick auf die Konnexität auch nachträgliche Standardanpassungen berücksichtigt“, unterstrich der Hauptgeschäftsführer.

Die Länder stünden verfassungsrechtlich in der Finanzierungsverantwortung ihrer Kommunen, allerdings trage der Bund durch Standardanpassungen und Aufgabenerweiterungen maßgeblich zur strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen bei. „In Zeiten begrenzter öffentlicher Mittel kann aber selbstverständlich nicht immer nur über notwendige Mehrausgaben gesprochen werden. Es braucht zunächst ein Aufgabenmoratorium und in der Folge eine Diskussion zwischen Bund, Ländern und Kommunen über eine mögliche Priorisierung öffentlicher Aufgaben. Es ist schlicht nicht mehr alles, was wünschenswert ist, auch finanzierbar“, machte Berghegger deutlich.

„Die Städte werden unterm Strich weniger Geld für Investitionen zur Verfügung haben. Denn zum einen steigen die Steuereinnahmen deutlich weniger als erwartet, zum anderen fressen steigende Kosten die zusätzlichen Einnahmen komplett auf“, erklärte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

Auch die mittelfristige Entwicklung der Steuereinnahmen sei ernüchternd. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage drohe eine lange Durststrecke. Dedy: „Schwaches Wirtschaftswachstum führt zu schwachem Steuerwachstum. Wir haben nicht nur ein Konjunkturproblem, sondern auch ein Strukturproblem. Steuersenkungen lösen in dieser Lage keines der Probleme, sie sorgen dafür, dass die öffentliche Hand weniger handlungsfähig ist. Wenn wir raus wollen aus der Wachstumsschwäche, müssen Infrastruktur und Rahmenbedingungen stimmen. Dafür müssen die Städte investieren können.“

Die Kommunen brauchen aus seiner Sicht dringend eine bessere Finanzausstattung. Nur dann könnten die Städte und Gemeinden ihren Teil dazu beitragen, dass die Wirtschaft wieder wächst und die Transformation gelingt.

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostiziert für die Städte und Gemeinden eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen um 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für den Bund werden Einnahmesteigerungen von 5,5 Prozent erwartet, für die Länder von 3,1 Prozent.

Das Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer als wichtigste eigene Steuer der Städte wird 2024 voraussichtlich bei 75,6 Milliarden Euro liegen, im Jahr 2025 voraussichtlich bei 78,0 Milliarden Euro. Das ist deutlich weniger als noch vor einem halben Jahr erwartet wurde. Gegenüber der Steuerschätzung vom November 2023 sinken die Erwartungen zum Gewerbesteueraufkommen für die Jahre 2024 bis 2028 um insgesamt 7,2 Milliarden Euro.

„Dem Freistaat wird für das Jahr 2024 ein Rückgang der Steuereinnahmen von rund 0,6 Milliarden Euro prognostiziert, für das Jahr 2025 von knapp 0,5 Milliarden Euro“, stellte der Bayerische Finanz- und Heimatminister Albert Füracker fest. „Das Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung ist die Quittung für die verfehlte Politik der Ampel in Berlin. Sie muss ein deutlicher Weckruf und Appell an die Bundesregierung sein, endlich geeignete Maßnahmen zu ergreifen und die Wirtschaft in Deutschland wieder auf Kurs zu bringen – es ist allerhöchste Zeit. Es kann so nicht weitergehen, sonst bekommen wir wirklich tiefgreifende Probleme in unserem Land. Mit Ankündigungen und leeren Versprechungen lässt sich diese Krise nicht lösen“, forderte Füracker.

Aus seiner Sicht bestätige sich nun Bayerns solide und vorausschauende Haushaltsplanung: „Wir haben mit Blick auf die schwache konjunkturelle Entwicklung bereits bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2024/2025 solide geplant und uns auf absehbare Rückgänge bei den Steuereinnahmen eingestellt. Fakt ist aber auch: Unsere finanziellen Spielräume sind sehr beschränkt, zusätzliche Mehrausgaben sind nicht finanzierbar.“ **DK**

Wirtschaftsminister Aiwanger:

Belegausgabepflicht mildern

Die Flut an Kassenbons, die frisch ausgedruckt weggeworfen werden, ist überflüssig und absolut vermeidbar. In einem Brief an Bundesfinanzminister Christian Lindner forderte Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger erneut eine Reform der Kassenbonpflicht. Er betonte die Notwendigkeit, unnötige Bürokratie abzubauen und Unternehmen zu entlasten. „Je weniger Papier wir sinnlos entsorgen, desto besser ist das für Wirtschaft und Umwelt“, sagt der Minister.

In einer Antwort des Bundesfinanzministeriums (BMF) wurde jetzt bekanntgegeben, dass Erleichterungen bei der Kassenbonpflicht für Kleinbeiträge geprüft werden. Weitergehende Vorschläge wurden dagegen abgelehnt. Aiwanger äußerte sich enttäuscht über diese Antwort: „Wenn wir in Deutschland innerhalb von vier Jahren nicht mal solche offensichtlich schädliche Bürokratie beseitigen können, glaubt niemand mehr an den vielbeschworenen Bürokratieabbau. Dabei sind es genau die kleinen praxisrelevanten Stellschrauben, die die Rahmenbedingungen der Unternehmen erleichtern würden. “

Aiwanger wies darauf hin, dass Bayern bereits 2020 einen Entschließungsantrag im Bundesrat eingebracht habe, um die Belegausgabepflicht zu entschärfen. Die Vorschläge seien damals jedoch nicht berücksichtigt worden. In der Bundesratsinitiative wurde der Vorschlag eingebracht, dass keine Kassenbons mehr bei unbaren Geschäften sowie Kleinbeträgen von unter 15 Euro ausgedruckt werden müssen. ❐

Konjunkturumfrage des Genossenschaftsverbands Bayern:

Unsicherheiten bleiben – Deutschland braucht jetzt einen Schub

Bayerische Volks- und Raiffeisenbanken sehen leichte Erholungstendenzen

Der Tiefpunkt der Krise scheint überwunden. Die Volks- und Raiffeisenbanken in Bayern erkennen erste leichte Erholungstendenzen im Tagesgeschäft. Das ist das Ergebnis der halbjährlichen Konjunkturumfrage des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) unter seinen 184 Mitgliedsinstituten, die im Zeitraum vom 18.03.2024 bis 29.03.2024 durchgeführt wurde. „Viele Unsicherheiten bleiben, aber es deutet sich eine leichte Entspannung an", kommentierte GVB-Präsident Gregor Scheller das Ergebnis der Umfrage.

Mit aktuell 38,3 Punkten beurteilen die Volks- und Raiffeisenbanken ihre derzeitige Geschäftslage so gut wie zuletzt vor zwei Jahren. Infolge der sich 2022 anbahnenden Wirtschaftskrise war die Geschäftslage auf ein Allzeittief von 15,6 Punkten gefallen, hatte sich aber bis zuletzt sukzessive verbessert. Die Lage bleibt weiter sehr volatil. Nach wie vor erwarten in den kommenden sechs Monaten mehr Institute eine Verschlechterung der Geschäftslage als eine Verbesserung. Im Vergleich zu früheren Umfragen hat sich deren Anteil aber deutlich verringert. Das Geschäftsklima stieg dank der verbesserten Ausgangslage auf einen positiven Wert von 16,3 Punkten. Im vergangenen Halbjahr 2023 lag dieser Wert mit minus 2,2 noch knapp im Negativen.

Die Hauptursache für die Entwicklung beim Geschäftsklima und den Erwartungen ist der Ausblick auf eine Stabilisierung der Wirtschaft und damit einhergehend eine erwartete Senkung der Leitzinsen. Der Höhepunkt der Krise nach der Corona-Pandemie, hohen Energiepreisen und Negativwachstum scheint überwunden. Allerdings muss vor allem das Wohnungsbaugeschäft erst wieder anlaufen. „Wir benötigen dringend umfangreiche Strukturreformen, sonst wird Deutschland den Anschluss an andere Volkswirtschaften verlieren", mahnte Scheller.

Signale stehen auf Zuversicht

Im Kreditgeschäft mit Privatkunden scheint die Talsohle ebenfalls erreicht, auch wenn eine Rückkehr zur Normalität noch auf sich warten lässt. Nach dem historischen Tiefstand von saldiert minus 81,6 Zählern im Sommer des vergangenen Jahres, erholte sich das Privatkundengeschäft auf minus 68,8 Zähler. Die Bewertung der Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten drehte sich auf 29,7 Zähler in den positiven Bereich. Mehr Banken rechnen mit einer anstehenden Verbesserung der Lage als mit einer weiteren Verschlechterung. Zurückzuführen ist der Einbruch im Kreditgeschäft mit Privatkunden vor allem auf den erheblichen Rückgang in der Baufinanzierung.

Auch im Firmenkundensegment verbesserte sich die Einschätzung der aktuellen Kreditvergabe erstmals seit 2022 etwas. Mit minus 30,2 Saldopunkten bewerten die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken die Nachfrage aber immer noch als schwach. „Die Kombination aus kontraktiver Geldpolitik und fehlenden Impulsen für die Wirtschaft verunsichert den bayerischen Mittelstand. In der Folge wird weniger investiert", analysierte Scheller. Für die kommenden sechs Monate erwarten die Institute analog zum Privatkundengeschäft eine deutliche Verbesserung ihrer Situation.

„Die Signale stehen auf Zuversicht", sagte Scheller. Allerdings sei eine konjunkturelle Erholung kein Selbstläufer. „Wir brauchen jetzt endlich den Mut und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und bürokratische Hemmnisse abzubauen. Vor allem die überbordende Regulatorik sollte schnell zurückgefahren werden", mahnte Scheller.

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB) vertritt seit mehr als 130 Jahren die Interessen bayerischer Genossenschaften. Zu seinen 1.186 Mitgliedern zählen 184 Volksbanken und Raiffeisenbanken (davon 29 Banken mit Warengeschäft) sowie 1.002 Unternehmen aus Branchen wie Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Sie bilden mit rund 50.000 Beschäftigten und 2,8 Millionen Anteilseignern eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat (Stand: 31.12.2023). ❒

Erste Bilanz der LBS Landesbausparkasse Süd

Start geglückt

Summe der Bauspardarlehen fast verdreifacht – 7,75 Milliarden Euro für den Wohnungsbau

Nach einem herausfordernden Jahr 2023, in dem die LBS Südwest und die LBS Bayern fusionierten, hat die neu entstandene Landesbausparkasse Süd ihr erstes Geschäftsjahr erfolgreich abgeschlossen. Die LBS Süd ist die größte der fünf Landesbausparkassen in Deutschland und erreicht per Ende September 2023 einen Marktanteil von 34 Prozent in ihrem Geschäftsgebiet. Ihre Kundinnen und Kunden verfügen über rund 3,3 Mio. Verträge mit einer Bausparsumme von etwa 160 Mrd. Euro. Die vorläufige Bilanzsumme der LBS Süd beträgt 38,1 Mrd. Euro. Damit steht sie künftig unter der Aufsicht der Europäischen Zentralbank. Da die Fusion rückwirkend zum 1. Januar vollzogen wurde, bilanziert die LBS Süd für 2023 ihr erstes volles Geschäftsjahr.

Gegenüber dem von der dramatischen Zinswende geprägten Ausnahmejahr 2022 hat sich das Bausparneugeschäft im vergangenen Jahr normalisiert. 2023 wurden in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz knapp 218.000 Verträge (-10,8 %) über eine Bausparsumme von 16,4 Mrd. Euro ab (-19,9 %). Das Neugeschäft erreicht damit ein hohes Niveau, das die Vorjahre 2020 und 2021 noch deutlich übertrifft. Erfreulich ist der sehr hohe und stark gestiegene Anteil der Bauspardarlehen, deren Summe sich seit 2021 mehr als versechsfacht hat.

Die Summe der Auszahlungen von Bauspardarlehen stieg 2023 um rund 186 Prozent auf 1,17 Mrd. Euro. „Darin zeigt sich der Kernnutzen des Bausparens, der mit der abrupten Zinswende wieder in den Fokus gerückt ist: langfristig sichere und günstige Darlehenszinsen. Wer noch einen zuteilungsreifen Bausparvertrag hat, kann jetzt bei der Baufinanzierung davon profitieren", sagt Stefan Siebert, Vorsitzender des Vorstands der LBS Süd. In den nächsten Jahren werden bei der LBS Süd Jahr für Jahr Bausparverträge mit mehr als 5 Mrd. Euro Bausparsumme in die Zuteilung kommen – und das ganz überwiegend zu einem Darlehenszins von unter 3 Prozent.

Im Gesamtjahr 2023 erreichte die LBS Süd ein Finanzierungsneugeschäft in Höhe von 2,8 Mrd. Euro (-25 %). Die gesamten Wohnbaufinanzierungen von Privathaushalten und Selbstständigen in Deutschland verzeichneten einen Rückgang von gut 37 Prozent. Die Kreditauszahlungen beliefen sich 2023 insgesamt auf 3,26 Mrd. Euro (-7,7 %). Inklusive der Bausparguthaben stellte die LBS Süd ihren Kundinnen und Kunden im vergangenen Jahr rund 7,75 Mrd. Euro (+2,8 %) zur Verfügung. Der Kreditbestand betrug zum Jahresende 23,0 Mrd. Euro.

Wachstumsmarkt kommunales Bausparen

Neben privaten Haushalten können auch Kommunen und kommunale Unternehmen mit einem Bausparvertrag für künftige Investitionen vorsorgen oder unmittelbar erforderliche Maßnahmen finanzieren. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für eine zuverlässige Planung und gerade bei angespannter Haushaltslage von großer Bedeutung. Mit den gestiegenen Zinsen registriert die LBS Süd auch ein verstärktes Interesse von Kommunen an Bausparverträgen als Zinssicherungsinstrument. Kommunale Bausparverträge haben im Geschäftsjahr 2023 bei der LBS Süd eine Summe von rund 460 Millionen Euro erreicht.

Zum Zinsanstieg addierten sich Unsicherheiten über staatliche Förderprogramme, die Energiewende im Gebäudebestand, steigende Baukosten und Bauauflagen als bremsende Faktoren. Die Finanzierung der eigenen vier Wände ist die größte und langfristigste Investition eines Privathaushalts. Deshalb gehören Planungssicherheit und Verlässlichkeit zu den wichtigsten Rahmenbedingungen, um Wohneigentum zu erwerben.

Wohnungspolitik gefordert

Die Baugenehmigungen waren im Geschäftsgebiet der LBS Süd im vergangenen Jahr zweistellig rückläufig: in Bayern mit einem Minus von knapp 25 Prozent. Mit Blick auf den zunehmenden Wohnungsmangel und die weiter steigenden Mieten sieht die LBS Süd dringenden Handlungsbedarf. Angesichts des sich abzeichnenden Fehlens von mehr als 700.000 Wohnungen fordert Siebert die Politik auf, die Wohneigentumsbildung nicht aus den Augen zu verlieren. Wohneigentum entlastet den Wohnungsmarkt. ❒

KfW-Kommunalpanel 2024:

Getrübte Stimmung in den Kämmereien

Das aktuelle, vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführte KfW-Kommunalpanel 2024, bestätigt die finanziell düsteren Zukunftsaussichten in Deutschlands Kommunen. Wesentliche Ursache für die weitere Anspannung ihrer finanziellen Lage im vergangenen Jahr sei die Ausgabensituation gewesen, getrieben durch gestiegene Sozial- und Personalausgaben, so das Ergebnis der Befragung. Eine große Rolle habe aber auch die hohe Inflation gespielt. Analog dazu sei die kommunale Verschuldung wieder angewachsen.

Angesichts dieser Gesamtsituation bewerteten 58 Prozent der insgesamt knapp 800 teilnehmenden Kommunen ihre aktuelle Finanzlage im vergangenen Jahr als bestenfalls „ausreichend". Dies sind knapp 10 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Zu einer positiven Einschätzung der Finanzlage kommen derzeit nur noch 17 Prozent der befragten Kommunen, ein Minus von 6 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Noch pessimistischer ist der Ausblick der Kämmereien auf die kommenden fünf Jahre: Angesichts der engen kommunalen Haushaltsspielräume erwarten nur noch 2 Prozent der Kommunen eine positive Entwicklung ihrer Finanzlage, die große Mehrheit von 88 Prozent blickt eher negativ in die nahe Zukunft.

Sorge vor Investitionskürzungen

Die Sorge ist, dass dieser Umstand über kurz oder lang beispielsweise zu niedrigeren Investitionen führen wird. Für das aktuelle Jahr rechnen die Kommunen aber mit Gesamtinvestitionen von 45 Mrd. Euro in ihren Kernhaushalten. Insgesamt legen die Investitionsplanungen damit um 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, gleichen aber die Preissteigerungen im Bausektor nicht aus. Wichtigste Investitionsschwerpunkte bleiben mit knapp 13 Mrd. Euro die Schulen, gefolgt von knapp 11 Mrd. Euro für die Straßen. Mit Abstand folgen die Kinderbetreuung sowie der Brand- und Katastrophenschutz mit jeweils rund 4 Mrd. Euro. Für die öffentlichen Verwaltungsgebäude werden nur etwas mehr als 3 Mrd. Euro eingeplant.

Investitionsrückstand bei den Kommunen

In der bundesweiten Hochrechnung führten die steigenden Preise gemeinsam mit weiter zunehmenden Anforderungen an die kommunale Infrastruktur zu einem Anstieg des wahrgenommenen Investitionsrückstands der Kommunen auf insgesamt 186,1 Mrd. Euro. Das entspricht 20,5 Mrd. Euro bzw. 12,4 Prozent mehr als im Vorjahr und wird im Wesentlichen durch die Investitionsbereiche Straßen (+ 9,7 Mrd. Euro auf 48,3 Mrd. Euro), Schulen (+ 7,3 Mrd. Euro auf 54,8 Mrd. Euro) sowie Brand- und Katastrophenschutz (+ 4,0 Mrd. Euro auf 16,3 Mrd. Euro) getrieben. Weitere größere Blöcke des Investitionsrückstands stellen Verwaltungsgebäude mit 18,8 Mrd. Euro, Kitas mit 12,7 Mrd. Euro und Sportstätten mit 12,1 Mrd. Euro dar.

Als Sonderthema des diesjährigen KfW-Kommunalpanels wurden kommunale Investitionen in Verwaltungsgebäude in den Blick genommen. Auf sie entfällt seit Jahren ein relativ hoher Anteil des kommunalen Investitionsrückstands. Die Difu-Analyse offenbart nicht nur, dass der Zustand von Verwaltungsgebäuden in der Kommunalpolitik in der Regel keine hohe Priorität besitzt, sondern dokumentiert auch, dass gerade in den Bereichen, die mit dem energetischen Zustand der Gebäude zusammenhängen, besonders hohe Investitionsbedarfe bestehen.

Fehlende Eigenmittel

Verschiedene Hemmnisse stehen einer Steigerung der kommunalen Investitionstätigkeit im Wege oder verzögern die Umsetzung von Investitionen. In mehr als der Hälfte der Kommunen werden notwendige Projekte aufgrund fehlender Eigenmittel nicht durchgeführt. Gleich mehrere Ursachen sind zudem dafür verantwortlich, dass sich Investitionen regelmäßig erheblich verzögern. Dazu gehören Liefer- und Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft, komplexe Genehmigungs- und Vergabeverfahren, aber auch die oft langwierige Bearbeitung von Förderanträgen sowie Personalmangel in der Bauverwaltung.

Kaum verändert hat sich im Vergleich zum Vorjahr, wie die Kommunen ihre Investitionen finanzieren. Eigenmittel machen rund die Hälfte im Finanzierungsmix aus, während sich die andere Hälfte weitgehend aus Fördermitteln (22 Prozent) sowie Kommunalkrediten (24 Prozent) zusammensetzt. Angesichts der immer enger werdenden Haushaltsspielräume erwartet jede zweite Kommune eine steigende Bedeutung der Kreditfinanzierung. Dies fällt in einen Zeitraum deutlich gestiegener Zinsen. Rund 40 Prozent der Kommunen, die einen Kredit in Anspruch genommen haben, empfanden die Konditionen der Kreditaufnahme im vergangenen Jahr als eher oder sehr schlecht. Für das kommende Jahr bleibt der überwiegende Teil der Kommunen auch mit Blick auf die Kreditkonditionen pessimistisch. **DK**



Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der **PlusPunktRente**!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand

Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!
Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Jetzt anmelden! UNSER NEWSLETTER www.bvk-zv.de/Newsletter
Jetzt lesen! UNSER MAGAZIN www.bestens-abgesichert.de
Folgen Sie uns! UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS bvkzusatzversorgung

Bayernwerk stellt Studie vor:

6,9 Gigawatt zu wenig gesicherte Leistung

Erzeugungsleistung aus zentralen Großkraftwerken geht zurück; Verbrauchlast steigt bis 2030

Mit einer „Wachstumsoffensive Energiezukunft Bayern“ holt das Bayernwerk laut Vorstandsvorsitzendem Dr. Egon Leo Westphal zum großen Wurf aus. „Mit einem für das Bayernwerk historischen Wachstumsprogramm gehen wir als Unternehmen ‚All-in‘ und starten ein mehrjähriges, milliardenschweres Programm für den Ausbau unserer bayerischen Verteilnetze. Bis 2028 – also in den nächsten vier Jahren – wollen wir die Netze um zusätzliche 540 Kilometer Hochspannungsleitung, etwas mehr als 10.000 Kilometer Mittelspannungsleitung, knapp 10.000 Kilometer Niederspannungsleitung, 173 Umspannwerke und 8.500 digitale Ortsnetzstationen erweitern. Und das ist erst der Anfang einer dynamisierten Netzentwicklung.“

Um das zu stemmen, erhöhe das Unternehmen die Belegschaftszahl signifikant im vierstelligen Bereich. Personal- und Vertriebsvorstand Albert Zettl: „Zum Ende des ersten Quartals 2024 arbeiten in der Bayernwerk-Gruppe über 4.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der bayerischen Energiezukunft. In herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Zeiten bedeutet das für die letzten 18 Monate einen Wachstumssprung von mehr als einem Drittel.“ Die Wachstumsoffensive schaffe zudem einen zusätzlichen Bedarf von mehreren tausend Stellen bei Dienstleisterfirmen.

Bayernwerk-Finanzvorständin Dr. Daniela Groher stellte die Entwicklung des Netzbudgets vor: „In Summe wird das Bayernwerk damit von 2024 bis 2026 5,1 Mrd. Euro für Bayerns Energiezukunft aufbringen.“ Daniela Groher verwies bei der Vorstellung der Netzbudgets darauf, dass jegliche Investitionsvorhaben immer in Verbindung zu wirtschaftlichen Umfeldbedingungen wie Materialverfügbarkeit, Kostenentwicklungen, Inflationsgeschehen, Fachkräftebedarf, Genehmigungsdauer oder auch zur gesellschaftlichen Akzeptanz örtlicher Maßnahmen stehen.

Ein Einspeiserekord jagt den nächsten

Die bisherige Entwicklung der Energiewende in Bayern bezeichnete Egon Leo Westphal im Rückblick als Erfolgsgeschichte. „Waren es 2015 noch 40.000 Photovoltaikanlagen, konnten wir 2023 über 87.000 Anlagen mit einer Leistung von mehr als 2.200 Megawatt neu an unser Netz anschließen, so viele wie nie zuvor“, betonte Westphal. Der Vorstandsvorsitzende gab einen Einblick, was das in der Praxis des Netzbetriebs bedeutet. „Pünktlich zum 103. Geburtstag des Bayernwerks kam es zu einem PV-Einspeiserekord. … Wir sind ein wetterabhängiges Großkraftwerk und trotzdem zu 99 Prozent versorgungssicher.“ Das Jahr 2024 stehe im Zeichen der Energiezukunft. „Erstmals in der Bayernwerk-Geschichte werden wir in diesem Jahr dank PV mehr Energie aus unseren Netzen exportieren als importieren. Das neue Energiesystem wird sichtbar“, so Westphal.

Bei der Jahrespressekonferenz ging der Vorstandsvorsitzende ebenso auf aktuelle Massenphänomene der Energiewende ein, die das Bayernwerk und seine Mitarbeitenden derzeit stark fordern. So verzeichne das Unternehmen bei Einspeisern, Speichern und andere Bezugsanlagen von Januar bis März 2024 rund 47.000 Anfragen. Das sei im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Steigerung um rund 24 Prozent. „Da fällt es je nach regionaler Situation oft schwer, Schritt zu halten. In der Transformation bleiben wir alle Lernende. Wir kennen die aktuellen Engpässe und arbeiten an Lösungen“, so der Vorstandsvorsitzende. Problematisch wirke sich in allen Bereichen der Transformation aus, dass der Ausbau Erneuerbarer Energie nicht an die Netze angepasst sei.

„Nach wie vor fehlt ein effizienter und steuernder Bauplan. Es geht immer noch nach dem Motto „Erneuerbare voran, Netze hintendran“. Das ist die falsche Reihenfolge. Durch den massiven Zubau von Erneuerbarer Energie werden in vielen Regionen vorhandene Netzkapazitäten ausgereizt. Der Ausbau der Energienetze kann da nicht Schritt halten. Deshalb steht ein bayerischer Landesbedarfsplan auf Platz eins unserer politischen Forderungen“, so Westphal.



Das Vorstandsteam v.l.: Albert Zettl, Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal und Dr. Daniela Groher.

Bild: Florian Hammerich, altrofoto/ Bayernwerk AG

„Plug and Play“ mit Einspeisesteckdose

Erneuerbare Energie müsse dorthin, wo die Netze sind. Nicht umgekehrt. Dazu habe das Bayernwerk gemeinsam mit LEW Verteilnetz eine wirkungsvolle Lösung entwickelt: die sogenannte Einspeisesteckdose. Westphal: „An passenden Stellen des Netzes bauen wir spezielle Einspeise-Umspannwerke, die für die Aufnahme Erneuerbarer Energie da sind. So stellen wir proaktiv zusätzliche Kapazitäten bereit, an die sich regional Erneuerbare Energie-Anlagen anschließen oder anstecken können, also „Plug and Play“ in der Energiezukunft.“

Studie und Strategiekonzept für gesicherte Leistung

Mit Fokus auf Versorgungssicherheit hat das Bayernwerk in der Jahrespressekonferenz eine landkreisspezifische Studie vorgestellt. Laut der Studie hat Bayern aus heutiger Sicht für das Jahr 2030 eine Lücke von 6,9 Gigawatt an gesicherter Leistung. Denn die gesicherte Erzeugungsleistung aus zentralen Großkraftwerken in Bayern geht zurück. Und die Verbrauchlast steigt. Auf Basis dessen hat das Bayernwerk ein Konzept vorgestellt, wie in Ergänzung und unterstützend zur Kraftwerksstrategie des Bundes dezentrale Potentiale in den bayerischen Regionen genutzt werden können, um eine bayerische Leistungslücke zu vermeiden. „Dabei geht es konkret um die Einbindung von Flexibilitäten in Haushalten und Gewerbe, den Ausbau von Großspeichern, die Erweiterung bestehender Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und den Zubau dezentraler „H2-ready“-Gaskraftwerke. Das sind Schätze, die man nutzen sollte“, erklärte der Vorstandsvorsitzende. „Eine wichtige Erkenntnis lautet: Wärmeplanung, Mobilität und Versorgungssicherheit müssen auch verzahnt gedacht und entwickelt werden“, so Egon Leo Westphal weiter.

Bayernwerk-Akademie für Nachwuchs und Fachkräfte

Der Fachkräftemangel bleibt laut Albert Zettl ein Megathema in der Energiebranche, das Antworten fordert. „Wir haben als Bayernwerk proaktiv einen revolutionären Kurs gewählt und mit der Bayernwerk-Akademie unsere eigene Nachwuchs- und Fachkräfteschmiede ins Leben gerufen“, erklärte der Personal- und Vertriebsvorstand. Darüber hinaus verstehe sich die Bayernwerk-Akademie als Fachkräftemotor für die gesamte Energiebranche mit dem Ziel ein weites Wissensnetzwerk aufzubauen. Erste Initiativen sind bereits auf dem Markt. In einer Kooperation mit IHK Regensburg kann die Ausbildung zum Industriemeister für Elektrotechnik erfolgen. Für Quereinsteiger in die Energiewirtschaft bietet die Bayernwerk-Akademie die hauseigene EFK-Ausbildung sowie ein Ausbildungsprogramm in Form eines Qualifikationssprints. Ab dem beginnenden Wintersemester bietet die Akademie eigens entwickelte Bachelor- und Masterstudiengänge an.

„Ein vielversprechendes neues Geschäftsfeld der Bayernwerk Natur liegt im Bereich der Großbatteriespeicher. Großbatteriespeicher gewinnen bei großen PV-Freiflächenanlagen stark an Bedeutung. Die Kombination aus Erzeugung und Speicherung macht derartige PV-Freiflächenanlagen zum Schweizer Taschenmesse der Energiewende“, betont der Vertriebsvorstand. Stolz sei man mit dem Partner Stadtwerke Dingolfing auf einen Dekarbonisierungs-Auftrag am größten BMW-Produktionsstandort Europas in Dingolfing. „Ab Mitte 2025 werden dort durch unser Biomasseheizwerk 50 Prozent grüne Prozesswärme aus regionalem nachhaltigem Restholz erzeugt“, so Albert Zettl. Und einen Meilenstein gab es in Geschäftsfeld der Straßenbeleuchtung. „Wir betreiben in 1.200 bayerischen Kommunen die Straßenbeleuchtung. Vor einer Woche haben wir die 500.000ste LED-Leuchte in Betrieb genommen. Damit sind knapp 75 Prozent aller 650.000 Leuchten umgerüstet. Die Vollumrüstung fassen wir für 2026 ins Auge“, blickt Albert Zettl voraus. **CH**

Energieministerkonferenz 2024 in Kiel:

Koordinaten künftiger Energiepolitik

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat bei der Energieministerkonferenz 2024 in Kiel die Bundesregierung aufgefordert, den Bundesratsbeschluss zu wasserstofffähigen Gaskraftwerken schnellstmöglich voranzutreiben. „Deutschland braucht im Rahmen der Kraftwerksstrategie genügend wasserstofffähige Gaskraftwerke für die Versorgungssicherheit, gerade auch im Süden. Nur mit einem raschen, signifikanten Zubau grundlastfähiger Kraftwerke kann die Stromversorgungssicherheit trotz Kohleausstieg gewährleistet werden“, hob der Staatsminister hervor.

Er bat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, nach der bis Jahresende 2024 geplanten Ausschreibung von Kraftwerken mit einer Erzeugungskapazität von insgesamt 10 Gigawatt rasch Kapazitäten von weiteren sieben bis elf Gigawatt auf den Weg zu bringen. Nach Kalkulation der Bundesnetzagentur müsse Deutschland ab 2031 etwa 17 bis 21 Gigawatt Kraftwerkskapazitäten zur Verfügung haben. Zehn Gigawatt seien zu wenig. Die Wirtschaft brauche eine sichere Stromversorgung trotz Kohleausstieg. Aiwanger zufolge „können wir uns Unsicherheit nicht leisten. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien kommt gut voran, aber wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, brauchen wir genügend Kraftwerkskapazität in Deutschland. Ich habe Sorge, dass wir nicht schnell genug vorankommen.“ Aiwanger wies darauf hin, dass der Bund den Ausbau der Wärmenetze mit ausreichend Bundesmitteln fördern müsse: „Klimafreundliche Wärmenetze sind ein zentraler Bestandteil der Dekarbonisierung der kommunalen Wärmeversorgung. Der Bund muss ausreichend Mittel verlässlich zur Verfügung stellen.“

Zudem stellte Bayerns Wirtschafts- und Energieminister den Entwurf für eine Bayerische Speicherstrategie vor. „Mit der Bayerischen Speicherstrategie haben wir bereits ein konkretes Konzept für den Speicherhochlauf entwickelt. Der Bund hat das bisher leider versäumt“, stellte Aiwanger fest.

Bayerische Speicherstrategie

Die Bayerische Speicherstrategie ist die erste von fünf Teilstrategien zur Umsetzung des im bayerischen Koalitionsvertrag vereinbarten Energieplans Bayern 2040. Die weiteren Teilstrategien Versorgungssicherheitsstrategie, Wasserstoffstrategie 2.0, Wärmestrategie und Erneuerbare-Energien-Strategie werden nacheinander im weiteren Verlauf des Jahres 2024 entwickelt und ergeben das energiepolitische Gesamtkonzept.

Aiwanger zufolge müssen auf Bundesebene zunächst die regulatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um den erforderlichen Speicherausbau zu ermöglichen, insbesondere sollte die Speicherdefinition einheitlich in den verschiedenen Gesetzen gehandhabt werden. Aber auch auf bayerischer Ebene wolle man tätig werden und etwa zusätzliche Pumpspeicherkraftwerke in Bayern ermöglichen. Außerdem sollen im Bereich der Wasserstoffspeicherung erste konkrete Projekte auf den Weg gebracht werden.

Der DStGB forderte im Austausch mit den Ministerinnen und Ministern eine ausreichende Finanzierung der Wärmeplanung. Bereits jetzt sei klar, dass gerade in kleineren Gemeinden die verfügbaren personellen und finanziellen Kapazitäten in keinem Verhältnis zur Aufgabe der Wärmeplanung stehen. Im Rahmen der Förderung bedürfe es deshalb eines ausreichenden Sockelbetrags, der unabhängig von der Einwohnerzahl der Gemeinden gewährt wird. Alle Gemeinden seien unabhängig von ihrer Größe zur Wärmeplanung verpflichtet, unterstrich Beigeordneter Timm Fuchs.

Bundesregierung in der Pflicht

Gegenüber dem Bund machte der DStGB deutlich, dass die Bundes-Förderung der Wärmeplanung nach der Kommunalrichtlinie vollständig gewährt werden muss. Alle Gemeinden, die form- und fristgerecht einen Antrag gestellt haben, der die inhaltlichen Anforderungen der Förderrichtlinie erfüllt, müssten auch in den Genuss der Fördermittel kommen. Dies war zuletzt unter Verweis darauf infrage gestellt worden, dass keine Bundesförderung gewährt werden kann, sobald den Gemeinden durch Landesgesetz eine Verpflichtung zur Wärmeplanung auferlegt wird.

An die Länder appellierte Timm Fuchs, im Rahmen der Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes des Bundes Verfahrenserleichterungen zugunsten der planenden Gemeinden zu schaffen. Dazu zählt etwa, die Planung in gemeindlichen Konvois zu ermöglichen und zugleich ein verkürztes Verfahren für Gebiete einzurichten, in denen weder die Errichtung eines Wärme- noch eines Wasserstoffnetzes in Betracht kommt. So kann der Aufwand deutlich reduziert werden.

Ein weiteres Thema des Austauschs mit den Ministern war die Transformation der Gasverteilnetze. Der Kommunalverband stellte klar, dass es nicht Aufgabe der Gemeinden sei, in Fällen von Unwirtschaftlichkeit künftig Gasnetze zu betreiben. Wenn sich kein Versorgungsunternehmen mehr findet, sollte der bisherige Netzbetreiber gegen eine wirtschaftliche Entschädigung durch den Gesetzgeber zu einem befristeten Weiterbetrieb verpflichtet werden. Der Bundesgesetzgeber sei mithin gefordert, entsprechende Regelungen zu treffen, die einen geordneten Rückzug aus der Gasversorgung ermöglichen. Ein vollständiger Rückbau der Gasnetze sei volkswirtschaftlich ineffizient. Auch kämen ggf. Nachnutzungen in Betracht. Die Gemeinde sollte aber im Bedarfsfall, etwa wenn die Leitungen die Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur beeinträchtigen, die Beseitigung stillgelegter Leitungen verlangen können.

Verteilnetzentgelte wälzen

Darüber hinaus gelte es, den Wasserstoffhochlauf dezentral auszugestalten, damit im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse die damit verbundene Wertschöpfung auch in ländlichen Regionen entsteht. Um die Regionen zu entlasten, in denen der starke Zubau erneuerbarer Energien für hohe Strompreise sorgt, müssten die dortigen Netzkosten (sog. Verteilnetzentgelte) bundesweit gewälzt werden.

Mit Blick auf den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien unterstrich der Deutsche Städte- und Gemeindebund, dass die Akzeptanz vor Ort gegenüber Windenergie- und Solaranlagen maßgeblich davon abhängt, ob der Ausbau von den Gemeinden gesteuert werden kann. Durch eine finanzielle Beteiligung der Gemeinden an Wind- und Photovoltaikanlagen würden Vorteile für die örtliche Gemeinschaft sichtbar.

Insofern kritisierte der Verband sehr deutlich, dass dies im von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Solarpaket I nicht ausreichend berücksichtigt wurde: Für Solaranlagen des sog. ersten Segments gebe es dort keine finanzielle Beteiligung der Gemeinden und die kommunale Duldungspflicht für die Verlegung und den Betrieb von Anschlussleitungen für erneuerbare Energien Anlagen sei zu weit gefasst. Beides müsse im folgenden Solarpaket II dringend nachgebessert werden. **DK**

Kommunale Wärmeplanung:

Klarheit vom Bund bei Förderprogrammen gefordert

Runder Tisch von Staatsminister Hubert Aiwanger mit Vertretern der Kommunen und der Energiewirtschaft

Auf Initiative von Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat ein Runder Tisch zur kommunalen Wärmeplanung stattgefunden. Im Fokus stand die Frage, wie das Wärmeplanungsgesetz des Bundes in den Bayerischen Kommunen und Städten umgesetzt werden soll. Dazu der Wirtschaftsminister: „Viele bayerische Kommunen sind bereits ohne bundespolitischen Zwang in die Wärmeplanung gestartet. Als Staatsregierung begleiten wir unsere Städte und Gemeinden eng bei der Umsetzung der bundespolitischen Vorgaben.“

In der Planung werde es keine Zwänge oder planwirtschaftliche Vorgaben geben, versichert der Minister. „Wir müssen die Bürger mitnehmen und gut beraten. Die Wärmewende wird in der Praxis das Ergebnis vieler individueller Lösungen sein. Im Gegensatz zur Bundesregierung wollen wir in Bayern niemandem pauschale Lösungen aufdrängen, die oftmals weder praktikabel noch bezahlbar sind. Stattdessen sehe ich die große Chance einer breit aufgestellten kommunalen Wertschöpfung, an der sich je nach Kommune verschiedene Akteure wie Stadtwerke, Bürgerenergiegenossenschaften, Landwirte oder Privatunternehmen beteiligen können.“

Immenser Kostenfaktor

Von der Bundesregierung fordert Aiwanger ausreichend Fördermöglichkeiten. „Die Planung ist ein immenser Kostenfaktor für die Kommunen. Als Freistaat werden wir unseren Beitrag leisten. Der Bund muss jetzt rasch Klarheit schaffen, wie es mit den Förderprogrammen weitergeht.“

Am Runden Tisch haben rund 30 Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und aus der Energiewirtschaft teilgenommen. Hintergrund zur kommunalen Wärmeplanung: Seit Anfang des Jahres besteht die Verpflichtung, in den nächsten Jahren eine flächendeckende Wärmeplanung in den Kommunen zu erstellen. Für Städte und Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern gilt die Frist bis zum 30. Juni 2028, für größere Städte gilt als Frist bereits der 30. Juni 2026. Die Wärmeplanung soll den Weg zu einer effizienten und klimafreundlichen Wärmeversorgung vor Ort ermitteln. Die Aufgabe der Wärmeplanung soll an die Kommunen übertragen werden. Zu diesem Zweck verhandelt die Staatsregierung mit dem Städte- und Gemeindetag über den finanziellen Ausgleich im Rahmen des so genannten Konnexitätsverfahrens. ❐

Energieminister Aiwanger:

Neue Märkte erschließen

Bei der Grundsteinlegung für den Bau von drei Windenergieanlagen im Höhenkirchener Forst würdigte Energieminister Hubert Aiwanger das „Modellprojekt für ganz Bayern". Das Bürgerwindprojekt zeige exemplarisch, wie durch Bürgerbeteiligung der Ausbau erneuerbarer Energien erfolgreich umgesetzt werden kann. Die frühe Einbindung der lokalen Bevölkerung habe entscheidend zu Vertrauen und Akzeptanz beigetragen.

Anfang 2020 wurde der Standortsicherungsvertrag abgeschlossen und im Frühjahr 2023 hatten die Gemeinden Egmating, Oberpframmern und Höhenkirchen-Siegertsbrunn gemeinsam die Genehmigung für die Windenergieanlagen beantragt. In naher Zukunft können sich die Einwohner der drei Gemeinden an den Windenergieanlagen als sogenannte Kommanditisten an der Betreibergesellschaft beteiligen.

Kommune profitiert

„Damit werden die Bürger zu Miteigentümern an den Windrädern und haben umfangreiche Stimmrechte", betonte Aiwanger. Außerdem profitiere die Kommune als Ganzes von der dezentralen Energiewende. Arbeitsplätze blieben erhalten oder würden neu geschaffen, weil regionale Firmen für den Windenergieausbau gebraucht werden. Die Pachteinnahmen wiederum kämen den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) zugute, die das Geld sinnvoll für Waldumbau und Walderhalt einsetzen. Davon profitierten wiederum die Bürger. Aiwanger hofft, dass sich das beispielhafte Vorgehen auf geplante Windparkprojekte in anderen Regionen positiv auswirkt.

Die drei Windenergieanlagen des Typs Enercon E-160 halten insgesamt knapp 17 MW an Leistung bereit und liefern rund 30 Millionen kW/h Strom. Sie erzeugen so viel wie ungefähr 9.000 Haushalte im gleichen Zeitraum verbrauchen. Errichter und Betreiber des Windparks ist die „Bürgerwind Höhenkirchner Forst GmbH & Co KG". Fachkundige Unterstützung beim Projekt leistete die Energieagentur Ebersberg-München.

Bayerisches Biogas

Voranbringen will der Minister auch das bayerische Biogas, das aus seiner Sicht Ausgangsstoff für erneuerbares Kerosin sein könnte: „In Bayern erzeugen über 2.800 Anlagen Biogas. Diesen regionalen Rohstoff können wir auch zur Herstellung moderner Kraftstoffe nutzen. Statt fossilem Kerosin könnte bayerisches Biogas künftig Flugzeuge bewegen. Das ist ein echter Zukunftsmarkt für die Betreiber von Biogasanlagen", bemerkte Aiwanger.

Um dieses Ziel zu erreichen, müsse Biogas zu Biomethan aufbereitet werden. Erst dann könne daraus Kerosin hergestellt werden. Entsprechende Projekte im Freistaat hätten dies bereits demonstriert. „Jetzt müssen die rechtlichen Weichen gestellt werden", erklärte der Minister und fordert deshalb vom Bund, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) anzupassen: „Wir müssen im EEG die massenbilanzielle Abrechnung im Rohgasnetz ermöglichen. So kann nachgewiesen werden, welcher Anteil des Roh-Biogases rein rechnerisch für die Erzeugung von Biokraftstoffen genutzt wird. Auf diese Weise kann die Herstellung von Flugzeugtreibstoff aus Biomasse wirtschaftlich interessant werden."

Aiwanger zufolge unterstützt der Freistaat Bayern seit mehreren Jahren tatkräftig Überlegungen und Planungen zum Aufbau von Demonstrationsanlagen und industriellen Produktionsanlagen für erneuerbare Flugkraftstoffe. „Leider legt der Bund Unternehmern und Investoren immer wieder Steine in den Weg. Wir brauchen freie Fahrt für Innovationen und Investitionen."

Die massenbilanzielle Abrechnung von Biomethan erfolgt über entsprechende Herkunftsnachweise. Hier gibt es bereits etablierte Zertifizierungs- und Datenbanksysteme, in denen beispielsweise die Anrechnung von Biomethan auf die Kraftstoffquote geregelt sind. Dies könnte als Vorbild für die bilanzielle Teilung von Roh-Biogas dienen.

Stichwort Wasserstofftankstellen

Nach Angaben des Bayerischen Wirtschaftsministeriums geht Anfang Juni das Bayerische Förderprogramm zum Aufbau einer Wasserstofftankstelleninfrastruktur in eine neue Runde. Damit sind neuerdings auch Wasserstofftankstellen für Pkw förderfähig. Projektskizzen können bis 15. Juli 2024 eingereicht werden. Das Bayerische Wirtschaftsministerium empfiehlt allen Interessenten, sich zeitnah mit dem Projektträger Bayern Innovativ abzustimmen.

„Nur wenn der Treibstoff in der Fläche zur Verfügung steht, werden auch Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb gekauft. Dieses Henne-Ei-Problem kennen wir bereits aus der Elektromobilität. Mit unserem Förderprogramm gehen wir das an. Die Nachfrage gibt uns Recht: Alle drei bisherigen Förderaufrufe in den Jahren 2022 und 2023 waren stark überzeichnet", teilte Aiwanger mit. Seit dem ersten Förderaufruf im März 2022 wurden inzwischen 23 Förderbescheide für Tankstellen in ganz Bayern ausgestellt. Die ersten drei Tankstellen sind in Betrieb, weitere folgen in Kürze.

Sorgen macht dem Energieminister allerdings, dass der Bund zahlreiche Förderprogramme im Wasserstoffbereich ausgesetzt hat. Besonders betroffen sind Wasserstoffbusse und -Nutzfahrzeuge. „Der Ausfall der Bundesprogramme schadet der bayerischen Wasserstoffwirtschaft. Viele Betriebe haben mit dem Geld vom Bund gerechnet und sind in Vorleistung gegangen", erläuterte Aiwanger und fordert die Bundesregierung daher auf, die entsprechenden Förderprogramme weiterzuführen. „Genau das hat der Bund in der Fortschreibung der nationalen Wasserstoffstrategie angekündigt und muss jetzt liefern. Andernfalls gefährdet die Bundesregierung den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Bayern und ganz Deutschland", machte Aiwanger deutlich.

Die Errichtung öffentlicher Tankstellen wird mit bis zu 90 Prozent, die von betriebsinternen Tankstellen mit 40 Prozent der zuwendungsfähigen Investitionskosten unterstützt. Der Freistaat hatte ein solches Förderprogramm als erstes Bundesland bereits im Oktober 2020 aufgelegt. **DK**

LEW treibt Energiewende in der Region voran

Umbau des Energiesystems als gemeinsame Kraftanstrengung

Die Energiewende im Südwesten Bayerns läuft auf Hochtouren: Die Transformation umfasst neben dem massiven Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auch den Aus- und Umbau der Stromnetze, die Flexibilisierung des Stromverbrauchs, neue Speichertechnologien sowie die Verbesserung der Energieeffizienz.

Derzeit speisen Ökostromanlagen mit einer Leistung von 3,5 Gigawatt in das Verteilnetz von LEW ein. Um Klimaneutralität zu erreichen, wird dieser Wert um ein Vielfaches steigen. Neben der Stromversorgung müssen gleichzeitig auch der Wärme- und der Verkehrssektor klimaneutral gestaltet werden.

Grün, regional, digital

„Die Transformation ist eine Jahrhundertaufgabe", sagt LEW-Vorstand Christian Barr. „Wir sind fest entschlossen, den Umbau des Energiesystems in der Region weiter voranzutreiben. Unser Leitbild dabei ist: grün, regional, digital". Auf der Jahrespressekonferenz 2024 erläuterte das Unternehmen, wie LEW den Umbau des regionalen Energiesystems weiter beschleunigen will. Allein im Geschäftsjahr 2023 hat die LEW-Gruppe insgesamt 226 Millionen Euro investiert – so viel wie noch nie in der über 120-jährigen Geschichte des Unternehmens. Innerhalb von fünf Jahren plant LEW weitere Investitionen von 1,3 Milliarden Euro. Auch die Neueinstellungen erreichten 2023 mit 284 neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen historischen Höchststand. Die heimische Wirtschaft profitiert ebenfalls vom Wachstumskurs der LEW-Gruppe: Im vergangenen Jahr gingen Aufträge mit einem Volumen von über 90 Millionen Euro an Unternehmen der Region.

Die Wurzeln von LEW liegen in der Wasserkraft. Jedes Jahr liefern die 36 von LEW betriebenen Wasserkraftwerke rund eine Milliarde Kilowattstunden CO2-freien Strom. Das entspricht dem jährlichen Strombedarf von mehr als 300.000 Haushalten. Außerdem übernimmt LEW wichtige Zusatzfunktionen wie etwa den Hochwasserschutz. „Als Vorreiter der nachhaltigen Wasserkraft investieren wir kontinuierlich in Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerökologie sowie in die Modernisierung und technologische Weiterentwicklung der Anlagen", sagt LEW-Vorstand Dietrich Gemmel. Dabei kommen auch neue digitale Technologien zum Einsatz – etwa künstliche Intelligenz für die Erzeugungsprognose. Im Bereich der Photovoltaik (PV) hat LEW die eigene Erzeugungskapazität innerhalb eines Jahres von 11 auf rund 26 Megawatt peak erhöht. Über die Genossenschaft LEW BürgerEnergie können sich Bürgerinnen und Bürger an vielen PV-Projekten von LEW finanziell beteiligen und damit von der Energiewende profitieren.

Neben der Stromwende sind die Wärme- und Verkehrswende unverzichtbare Bausteine für eine klimaneutrale Region. Für Kommunen und Geschäftskunden realisieren die Energiespezialisten von LEW integrierte und innovative Energielösungen, die Strom, Wärme und Mobilität miteinander verbinden.

Mehr als 100.000 Erzeugungsanlagen – vor allem Photovoltaikanlagen, aber auch Wasserkraft-, Biomasse- sowie Windkraftanlagen – sind inzwischen an das LEW-Verteilnetz angeschlossen. Ihre gesamte Erzeugung hat 2023 rechnerisch fast 90 Prozent des Strombedarfs aller an das Verteilnetz angeschlossenen Stromkunden gedeckt. Der Wert liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt von etwa 52 Prozent.

Die Anforderungen an die Infrastruktur sind deshalb schon heute enorm und werden weiter steigen. Innerhalb weniger Jahre haben sich die Anmeldezahlen neuer Erzeugungsanlagen vervielfacht: 2023 verzeichnete LEW Verteilnetz 25.000 Anmeldungen für neue PV-Anlagen unterschiedlichster Größenklassen. Rechnerisch gesehen wird inzwischen alle 300 Meter Ökostrom in das LEW-Verteilnetz eingespeist.

Bis zum Ende dieses Jahrzehnts muss die bestehende Netzinfrastruktur um etwa 50 Prozent erweitert werden. Um Klimaneutralität zu erreichen, ist in den Folgejahren ein weiterer erheblicher Netzausbau notwendig.

„Der Transformationsbedarf ist enorm. Wir müssen ihn so effizient wie möglich realisieren. Neben dem Ausbau von Leitungen und Anlagen gilt es, die Transparenz und Steuerbarkeit im System durch Smartifizierung zu erhöhen. Um die geänderten Anforderungen zu meistern, sind neue Lösungen gefragt", sagt Christian Barr.

LEW Verteilnetz verfolgt diese neuen Ansätze in mehreren Projekten, etwa zur Beschleunigung und Optimierung der Netzanbindung neuer, großer Erzeugungsanlagen. Im Projekt FLAIR – „Flexible Anlagen intelligent regeln", wiederum hat ein LVN-Team in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Industrie einen Algorithmus entwickelt, der es ermöglicht, den Verbrauch von Wallboxen oder Wärmepumpen auf die lokale Erzeugungssituation abzustimmen und so die lokalen Netzressourcen optimal zu nutzen. Um Netzstabilität im größeren Maßstab geht es beim dezentralen Netzbooster, der in Kooperation mit Amprion und E.ON entsteht. Durch den Einsatz von dezentral im Verteilnetz angeschlossenen Batteriemodulen mit einer Gesamtleistung von 250 Megawatt sollen Leitungen im Übertragungsnetz von Amprion höher ausgelastet und teure Redispatch-Maßnahmen reduziert werden. Zusätzlich wird in dem Projekt untersucht, wie die Speicher im regionalen Verteilnetz zur Optimierung der Leitungsauslastung beitragen können.

Ein nachhaltiges und bezahlbares Energiesystem ist nur durch den Einsatz digitaler Technologien möglich. Dazu ist eine leistungsfähige IT-Infrastruktur notwendig. LEW TelNet, das Telekommunikationsunternehmen von LEW, sorgt mit einem über 7.000 Kilometer langen Glasfasernetz für eine hochwertige digitale Vernetzung der Region und bietet ein breites Spektrum digitaler Dienste an.

Mit dem neuen LEW Green Data Center entsteht derzeit in Augsburg ein Leuchtturmprojekt, das die Themen Digitalisierung, Regionalität und Klimaschutz unter einem Dach vereint. Mit seinem energieeffizienten und klimaschonenden Betrieb ist das grüne Rechenzentrum das erste seiner Art in der Region. Es bietet Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen die Möglichkeit, ihre Server-Infrastruktur in eine nachhaltige IT-Umgebung auszulagern und so aktiv ihren CO2-Fußabdruck zu reduzieren.

Gemeinsam Aufgaben angehen

Der Umbau des Energiesystems ist stark von den politischen Leitplanken abhängig. Deshalb kommt es entscheidend auf die weitere Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen an. Beispielsweise, indem Regulierungen vereinfacht, Genehmigungsprozesse vor allem beim Leitungsbau beschleunigt sowie PV- und Netzausbau besser koordiniert werden. „Es ist an der Zeit, gemeinsam die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass sie einen erfolgreichen, zügigen und wirtschaftlichen Umbau unseres Energiesystems möglich machen", sagt Christian Barr.

Einen weiteren Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende sieht LEW in Zusammenarbeit und Vernetzung auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. „Nur durch den Austausch von Erfahrungen, die gemeinsame Entwicklung neuer Technologien und die intelligente energiewirtschaftliche Vernetzung von Regionen und Ländern werden wir die Herausforderungen bewältigen. Wir arbeiten an der grünen, regionalen und digitalen Zukunft im Südwesten Bayerns. Als Partner der Region bereitet LEW den Weg in die nachhaltige Zukunft", so Dietrich Gemmel. „Diesen Weg sollten wir gemeinsam gehen. ❐



Eine „Blaupause“ für weitere ähnliche Projekte

Auftakt des Gemeinschaftsprojekt Gabreta Smart Grids von Bayernwerk und E.ON Czech

Mit einem einzigartigen Event starteten die Bayernwerk AG und die tschechische E.ON-Konzernschwester EG.D in der Schwarzachtalhalle in Neunburg vorm Wald das gemeinsame, grenzüberschreitende Energieprojekt Gabreta Smart Grids. Bei dem 200-Millionen-Euro-Projekt (50-Prozent-Förderung durch die EU) geht es um eine smarte grenzüberschreitende Digitalisierung der Energienetze im bayerisch-böhmischen Raum und damit um die Sicherung der Stromversorgung. Bei Podiumsgesprächen wurden die gesellschaftlich-politischen sowie die technischen Aspekte erörtert. Für die EU-Kommission bezog Wolfgang Bücherl, Leiter der Regionalvertretung für Baden-Württemberg und Bayern, Stellung.

Umrahmt von moderner und klassischer Musik mit deutschen und tschechischen Musikern, die Stile ineinander verwoben, standen im Hauptteil zwei Gesprächsrunden im Zentrum. Geleitet von der Schweizer Moderatorin Nina Havel diskutierten Dr. Egon Leo Westphal (Vorstandsvorsitzender Bayernwerk AG), Claudia Viohl (Geschäftsführerin E.ON Tschechien), Hubert Aiwanger (stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie) und Dieter Janecek (MdB, Koordinator für maritime Wirtschaft und Tourismus, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bundestages) die Thematik aus politischer und gesellschaftlicher Sicht.

Bedeutung der ländlichen Regionen

Einig waren sich die vier Podiumsteilnehmer, dass bei der Energiewende trans- bzw. international, europäisch und grenzüberschreitend gedacht und gehandelt werden müsse, aber zugleich alle regionalen Ebenen einzubeziehen seien. Westphal erinnerte an das Jahr 2018, in dem die Idee zu diesem Projekt entstand. „Die Energiewende muss sich vor allem und auch in ländlichen Regionen vollziehen“, konkretisierte der Bayernwerk-Chef. Er verwies auf die gestiegene Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien, aber auch auf die Aspekte Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Preis/Kosten bzw. Finanzierbarkeit. Das Projekt Gabreta Smart Grids könne als Mikrokosmos für Europa im Feld der Energiewende im ländlichen Raum dienen, sei sicher aber „ein schweres Stück Arbeit“. Zusammenfassend nannte er dieses grenzüberschreitende Vorhaben eine „Blaupause“ für ähnliche Unternehmungen.

Ohne Netze keine Energiewende

Dem stimmte auch Claudia Viohl zu. Sie kann sich auch vorstellen, dass ein Impuls davon ausgeht. Insgesamt sprach sie von „großen Herausforderungen durch die Energiewende, jedes Land muss seinen Beitrag leisten“. Für Tschechien nannte sie aktuell 17 Prozent Einspeisung aus Erneuerbaren Energien, bis 2030 sollen es 30 Prozent werden. „Wir könnten etwas schneller sein“, mahnte sie an. Doch dies sei mit hohen Investitionen in die Infrastruktur und – damit einhergehend – mit entsprechender Gesetzgebung verbunden, die unter anderem Klarheit über Tarifstrukturen, Daten, Speicherung, Flexibilität bringen sollte. „Die Netze sind wichtig, ohne diese werden wir die Energiewende nicht schaffen“, so die Geschäftsführerin. Dafür seien erhebliche Investitionen nötig. „Das müssen wir viel mehr diskutieren und erklären – auch im Hinblick auf die Kostenverteilung“, machte Viohl deutlich.

„Heute ist ein bedeutender Tag der gemeinsamen Weichenstellung“, freute sich Minister Aiwanger. Grundsätzlich ist ihm der richtige Umgang mit Überschusssituationen wichtig. Daher setzt er sich ganz besonders für die Speicherung und den intelligenten Ausbau von Speichertechnik ein. „Es geht darum, Energie abzunehmen und diese nicht abzuriegeln. Und möglichst viel dezentral zu erzeugen und auch zu verbrauchen“, so Aiwanger. Bei der Energiewende müsse sich die Politik – auf allen Ebenen – auch mit den Verbrauchern rückkoppeln. „Wir dürfen den Kunden, Bürger, Wähler nicht verlieren – wir müssen ihn mitnehmen“, empfahl der Wirtschaftsminister. Das Projekt Gabreta Smart Grids sieht er als „wegweisend für die Region“, aber auch als überregionales Vorbild.



Symbolisch fügten Dr. Egon Leo Westphal und Claudia Viohl zwei Stecker zusammen. Links Wolfgang Bücherl, rechts Dieter Janecek und Hubert Aiwanger. Bild:Markus Bauer

Leuchtturmprojekt für die Energiezukunft

Auf die Einhaltung der Klimaschutzziele machte Dieter Janecek aufmerksam. „Die Zahlen sind gut, aber wir brauchen eine Beschleunigung bei den Erneuerbaren Energien“, riet der Bundestagsabgeordnete. Er nannte dabei auch die aktuellen Rahmenaspekte: hohe Kosten für Infrastruktur, geopolitische Bedrohung (Russland, China), weshalb schnelles Handeln zur Erreichung der Unabhängigkeit angesagt sei. Ein Auge sei dabei aber immer auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu richten.

Als „Leuchtturmprojekt für die Energiezukunft“ würdigte in einer Videogrußbotschaft der Bayerische Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales Eric Beißwenger, MdL, das Gemeinschaftsprojekt.

Um was es geht

Im technischen Bereich geht es um die Verbindung und Stärkung der Verteilnetze (41 Mio. Euro). Konkret werden auf beiden Seiten der Grenze je zwei Umspannwerke und im Projektraum drei neue Mittelspannungsverbindungen gebaut. Und – der zentrale Punkt: das bestehende Verteilnetz wird zum Smart Grid modernisiert (97 Mio. Euro; davon Tschechien 36 Mio. Euro und Bayern 61 Mio. Euro). Unter anderem entstehen hier auf tschechischer Seite 300 und auf bayerischer Seite 1.024 digitale Ortsnetzstationen. In Tschechien steht außerdem die Installation von Smart Grid Komponenten sowie die Entwicklung smarter Technologien zur Verbesserung der Qualität und Sicherung des Verteilnetzes an. 44 Mio. Euro sind für die Verteilnetzkommunikation veranschlagt, unter anderem für den Ausbau des Glasfasernetzes (Bayern 190 Kilometer, Tschechien 130 Kilometer). Schließlich sind für Smart Grid IT-Lösungen 16 Mio. Euro vorgesehen. Zusammengerechnet also 200 Mio. Euro. „Die europäischen Klimaziele sollen auch durch Erneuerbare Energien und durch Projekte wie dieses erreicht werden“, betonte mit Blick auf die für das Jahr 2050 in der EU festgelegte Klimaneutralität Wolfgang Bücherl, Leiter der Regionalvertretung für Baden-Württemberg und Bayern. Weitere Infos unter www.gabreta-smartgrids.eu/home-de.

Markus Bauer

Wasserkraft hat eine vielversprechende Zukunft

Die Jahrestagung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. versammelte führende Persönlichkeiten aus Politik und Energiebranche, um die Zukunftsaussichten der Wasserkraft mit den Mitgliedern der Vereinigung zu erörtern. Unter den Teilnehmern waren prominente Vertreter wie Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Muhanad Al-Halak, MdB, Hans-Josef Fell, Präsident der Energy-Watch-Group, Dr. Helge Beyer, Geschäftsführer des BDW e.V. sowie Josef Lausch, MdL, und Anton Rittel, MdL.

Fritz Schweiger, Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern, betonte den Stellenwert der Wasserkraft und wies auf die Erfolge der Verbandsarbeit der letzten Jahre hin. „Die Wasserkraft ist Teamplayer in vielfacher Hinsicht, das wird unsere Arbeit auch für die Zukunft prägen“, so Schweiger zur Eröffnung der Jahrestagung. Daran schloss sich Dr. Helge Beyer, Geschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) e.V., an: „Mit dem Zusammenschluss aller deutschen Wasserkraftverbände haben wir eine neue Schlagkraft und ermöglichen eine effektive Vertretung der Interessen der Wasserkraftbranche.“

Stellenwert der Wasserkraft in Europa

Prof. Dr. Angelika Niebler richtete den Fokus auf die aktuelle Lage der Wasserkraft in Europa: „In den Diskussionen im europäischen Parlament fehlt die verdiente Aufmerksamkeit für die Wasserkraft. Mein Ziel ist es, die Rolle der Wasserkraft hochzuhalten“, so Niebler. Denn vor allem für Regionen, die allein topografisch bedingt gute Voraussetzungen haben, muss auch die Wasserkraft, als langjährige erneuerbare Energie einen entsprechenden Stellenwert im Energiemix erhalten. „In Bayern hat die Wasserkraft eine lange Tradition und bedeutendes Potenzial. Das sollte erhalten bleiben“, so Niebler weiter. Natürlich ging es auch um das Thema Bürokratieabbau, v.a. um die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die Vereinfachung von Rahmenbedingungen. In der weiteren Diskussion wurde u.a. angeregt, den Fokus bei neuen Genehmigungsverfahren auf vorhandene Staustufen zu legen. Eine Flächenbetrachtung, wie es bei Sonne und Wind umgesetzt wurde, ist für die Wasserkraft weniger zielführend. Zudem müssen Genehmigungsverfahren für den Weiterbetrieb von Anlagen bürokratisch verschlankt werden.

Unerschlossenes Potenzial

Dass die Wasserkraft in ganz Deutschland noch weitere unerschlossene Potenziale hat, die nur gehoben werden müssten, weiß Hans-Josef Fell, Präsident der Energy Watch Group. Die Ergebnisse der Metastudie „Wasserstrom – der neue Gamechanger für Klimavorsorge, Heimatenergien und Gewässernatur“ zeigten, dass enormes Potenzial für eine Leistungssteigerung im Wasserkraftsektor für ganz Deutschland vorhanden ist. Aus Klimaschutzgründen müsse die Wasserkraft modernisiert und ausgebaut werden, denn sie liefert CO2-freien Strom und ergänzt mit sicherer Leistung Solar- und Windstrom, insbesondere im Winter. „Mit optimierten neuen Technologien und Anlagenkonzepten leistet die Wasserkraft auch einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Biodiversität in und an unseren Flüssen und Bächen. Die Wasserkraft ist ein wichtiger Akteur in vielfacher Hinsicht, trägt zur Importunabhängigkeit bei und fördert die lokale Wertschöpfung“, betonte Fell.

Bundespolitischer Blick

Auch auf bundespolitischer Ebene ist das Potenzial der Wasserkraft im Fokus, so Muhanad Al-Halak MdB. Eine anstehende umfangreiche Potentialstudie soll neue Blickwinkel auf die Wasserkraft ermöglichen. Das Budget dafür wurde im Bundeshaushalt 2024 bereits beschlossen.

Wärme aus dem Fluss

Wasserkraft kann nicht nur Strom erzeugen, sondern auch Wärme. „Wärmepumpen an Fließgewässern – Analyse des theoretischen Potenzials in Bayern“ heißt eine aktuelle Untersuchung der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE). Dass Wasserkraftstandorte auch für die künftige Wärmegewinnung genutzt werden können, stellten Joachim Ferstl und Niklas Wettberg von der FfE vor. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass mindestens die Hälfte der bayerischen Städte und Gemeinden für die durchzuführende Wärmeplanung Wärmepumpen an ihren Flüssen einbeziehen könnten. Weitere Standortvorteile, die Wärmegewinnung an Wasserkraftanlagen umzusetzen, lägen auf der Hand: die erneuerbare Stromerzeugung vor Ort ist vorhanden, weitere Eingriffe ins Ökosystem bleiben gering und bereits „kleine“ Wasserkraftwerke können im Wärmebereich große Anlagen sein. Für die Kommunen, die alle bis 2028 eine Wärmeplanung aufsetzen müssen, wäre das eine gute Perspektive im Möglichkeitsspektrum. ❐

Kommunale PV-Planung für eine nachhaltige Energiewende

Regierung der Oberpfalz informiert zu sinnvoller Herangehensweise

Regensburg. Rund 80 Vertreterinnen und Vertreter von Oberpfälzer Kommunen sowie Interessierte aus Behörden und Organisationen haben sich an der Regierung der Oberpfalz zum Thema „Die kommunale PV-Planung als Unterstützung für einen synchronisierten Netzausbau“ informiert. Die Veranstaltung im Spiegelsaal der Regierung der Oberpfalz bot einen Einblick in aktuelle Entwicklungen und Erfahrungen im Bereich der Energiewende und des Netzausbaus.

Regierungsvizepräsidentin Christiane Zürn betonte dabei die entscheidende Rolle der Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende und hob die Bedeutung eines koordinierten Vorgehens hervor: „Unsere Kommunen sind maßgeblich daran beteiligt, die Energiewende voranzubringen. Durch ihre Beteiligung an der regionalen Planung und Genehmigungsverfahren sowie durch den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern tragen sie entscheidend zum Gelingen bei.“ Die Regierung der Oberpfalz stehe den Kommunen als Partner zur Seite, um sie bestmöglich zu unterstützen. Der Wohlstand unserer Gesellschaft hänge von einer funktionierenden Energieversorgung ab. Ohne Strom, Wärme und Mobilität sei unser Alltag nicht mehr denkbar. Das Ziel der Energiewende müsse es daher sein, eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung zu realisieren.

Bedarfsgerechter Ausbau der Stromnetze und -speicher

„Der Aus- und Umbau der Strominfrastruktur ist dabei zentrale Herausforderung für eine nachhaltige Energieversorgung. Je mehr Strom aus regenerativen Quellen wie Windkraft und Photovoltaik stammt, desto mehr räumliche und zeitliche Flexibilität muss auch die Infrastruktur bieten. Stromnetze und -speicher müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden, um genügend Windstrom von Nord nach Süd zu bringen oder auch den dezentral vor Ort erzeugten Strom abnehmen und Einspeisen zu können“, so Zürn weiter.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand daher auch die regionale Netzausbauplanung und die Erstellung von PV-Standortkonzepten auf kommunaler Ebene. Experten der Bayernwerk Netz GmbH und Vertreter des Bayerischen Gemeindetags präsentierten Lösungsansätze und Best Practices. Ein zentraler Punkt war die Erkenntnis, dass der Ausbau von Freiflächen-PV-Anlagen zunehmend durch die Kapazität des Stromnetzes begrenzt wird. Dies erfordere eine strategische und zeitnahe Planung, um den reibungslosen Übergang zu erneuerbaren Energien zu gewährleisten unter Beibehaltung der kommunalen Planungshoheit. Die Devise für die Kommunen sollte lauten „Agieren statt Reagieren.“

Ein Erfahrungsbericht von Bürgermeister Markus Ackermann aus Waldmünchen zeigte Einblicke in die kommunale PV-Planung und bot Erkenntnisse und Inspiration für andere Kommunen. ❐



Regierungsvizepräsidentin Christiane Zürn (m.) mit den Referenten (v.l.) Markus Ackermann, 1. Bürgermeister Stadt Waldmünchen, Stefan Graf, Direktor Bayerischer Gemeindetag, Dr. André Zorger, Leiter Kommunalmanagement Ostbayern, Bayernwerk Netz GmbH, Michael Kölbl, Leiter Netzplanung, Bayernwerk Netz GmbH.

Bild: Regierung der Oberpfalz/Schmied

Energiesparmeister-Wettbewerb für Schulen:

Freude in Regensburg und Kempten

Gleich mehrere bayerische Schulen dürfen sich heuer Energiesparmeister nennen und werden dafür vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mit Preisen ausgezeichnet. Die Berufsfachschule für Büroberufe und die Berufsoberschule Wirtschaft in Regensburg erhalten den mit 2.500 Euro dotierten Preis als bayerischer Landessieger. Das Hildegardis-Gymnasium in Kempten wird mit dem mit 1.000 Euro dotierten Sonderpreis Energiesparmeister geehrt. Der Sonderpreis geht damit zum ersten Mal nach Bayern.

Die Berufsfachschule für Büroberufe und die Berufsoberschule Wirtschaft in Regensburg erhalten den Preis des bayerischen Landessiegers für ihre Schulungsoffensive „Sei dein Energiemanager“. Allein im Wärmebereich konnten dort bereits Einsparungen von über 100 Tonnen CO2 erzielt werden. Für ihr Ziel, bis 2030 klimaneutral zu werden, erarbeiten alle Klassen jährlich in einer mindestens 90-minütigen Trainingseinheit, wie sie zum Beispiel durch optimales Lüften, Müllvermeidung und -trennung die CO2-Bilanz des Schulgebäudes messbar verbessern können. Unter den 16 Landessiegern werden aktuell noch Bundespreise ermittelt. Für den Sieger winken weitere 2.500 Euro. Bereits 2019 wurde das Hildegardis-Gymnasium in Kempten für sein Konzept „Weg zur Klimaneutralität“ als bayerischer Landessieger mit dem Energiesparpreis ausgezeichnet. 2022 wurde das Gymnasium als eine von drei Schulen als Klimaschule Bayern Gold ausgezeichnet und erreichte im selben Jahr sein Ziel, klimaneutrale Schule zu sein – vier Jahre früher als geplant. **DK**

Rosenheimer Energiedialoge:

Von Wasserkraft bis Wärmedämmung

Im Rahmen der Initiative „Rosenheimer Energiedialoge“, einer mehrteiligen Themenreihe der Technischen Hochschule Rosenheim, des Landkreises Rosenheim, dem Klimaschutzmanager der Stadt Kolbermoor, des Rosenheimer Solarfördervereins (Rosolar) sowie dem BUND Naturschutz Rosenheim gemeinsam mit der Energiezukunft Rosenheim (ezro), fanden in jüngster Zeit einige Informationsveranstaltungen zu den Themen Energiewende und Nachhaltigkeit statt.

Unter dem Titel „Kleinwasserkraft – Energie und Ökologie?“ hatte die Initiative nach Westerham eingeladen. Einen spannenden Einblick in dieses Thema vermittelten u.a. Prof. Dr. Markus Aufleger, Leiter des Lehrstuhls Wasserbau der Universität Innsbruck, und Dr. Christoph Rapp, Leiter des Bereichs Wasserkraft der Stadtwerke München (SWM).

Der Ausstieg aus der fossilen Wärme verdopple in etwa den Stromverbrauch, betonte Prof. Aufleger. Wasserkraftanlagen seien hierfür ein wesentlicher Baustein. Gleichwohl seien ökologische Probleme wie Sedimentablagerung, zu geringe Restwassermengen bei Ausleitungsstrecken, stark schwankende Wasserstände bei Speicherung (Schwall und Sunk), und Durchgängigkeit für auf- und absteigende Fische zu lösen. Die ökologisch besonders wichtigen freien Fließstrecken sollten bewahrt werden. Die Uni Innsbruck kümmere sich vor allem um den Schutz beim Abstieg. Lösungen hierfür biete unter anderem der Fish-Protector.

Strom aus Wasserkraft nur Nebenprodukt

Christoph Rapp hob die Stromerzeugung und die CO2-Einsparung durch die Isarkraftwerke in München sowie der Uppenborn- und Leitzachwerke hervor. Die Wasserkraft-Nutzung sei historisch in der Regel ein Nebenprodukt anderer Ziele gewesen wie Gewässer-Sanierung, Grundwasseranhebung, Gewinn von Siedlungs- oder landwirtschaftlichen Flächen, Bewässerung, Hochwasserschutz und Schifffahrt.

Als weitere Vorteile der (SWM-) Wasserkraft nannte Rapp u.a. die lokale Wertschöpfung durch Bau und Unterhalt, eine lange Lebensdauer, Schwarzstartfähigkeit, Netzstabilisierung, Regelenergie, Schaffung von neuen Habitaten sowie Reinigung der Flüsse von Müll.

Wärmedämmung

Im Rahmen der Informationsveranstaltung „Dämmung bringt’s!“ in der TH Rosenheim gab Prof. Dr. Harald Krause (Studiengang Energie- und Gebäudetechnologie) mit seinem Vortrag „Wärmedämmung – der Weg zum Niedrigstenergiehaus“ zunächst einen grundsätzlichen Überblick über das Thema.

Der auch als Energieberater fungierende Experte erinnerte daran, dass Deutschland gemäß dem Klimaschutzgesetz 2021 die Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 erreichen soll. Dazu muss laut verschiedenen Studien der Energiebedarf für Heizung und Warmwasser um ca. 50 Prozent sinken, 90 Prozent der Gebäude sind bis 2050 thermisch zu sanieren oder neu zu bauen. Geheizt werden soll dann überwiegend mit Wärmepumpen und Fernwärme, beide aus regenerativen Quellen gespeist. Krause gab einige Beispiele für die Dämmung von Bestandsgebäuden: Der Wärmeverlust der 24 cm-Ziegelwand eines Gebäudes aus den 1950er und 60er Jahren lasse sich durch 16 cm Dämmstoff auf 1/10 vermindern. Konstruktiv gelöst werden könne dies beispielsweise durch ein Wärmedämmverbundsystem (WDVS) oder eine Holzständer-Konstruktion mit vorgehängter Fassade. Letzteres sei meist teurer, verbessere aber Flexibilität und Rückbaubarkeit.

Den Wärmeverlust eines typischen Daches mit nur 10 cm Zwischensparrendämmung könne durch volle Ausnutzung der Sparrenhöhe und zusätzlich 10 cm Aufdachdämmung auf ein Drittel verringert werden, fuhr der Professor fort. Bei Fenstern hätten sich die Wärmeverluste durch größere Rahmendicke, Wärmeschutzglas mit drei Scheiben und verbesserte Abstandhalter seit 1995 auf ein Drittel verkleinert.

Die Dämmung habe auch Einfluss auf das Heizsystem: Die Heizlast werde geringer, die niedrigere Vorlauftemperatur steigere die Effizienz einer Wärmepumpe. Daher sollte die Reihenfolge der Schritte zur energetischen Sanierung ebenso bedacht werden, wie die vielfältigen Förderungen für die Maßnahmen, erläuterte Krause. Architekt und Stadtplaner Robert Kellner bot seinerseits interessante Einblicke in die materialökologischen Aspekte der Wärmedämmung. Er stellte klar, wie weit Deutschland von seinen Energiesparzielen für 2030 noch entfernt ist. Dabei gehe es nicht nur um das Einsparen von Energie, gehörten zum nachhaltigen Bauen gemäß dem Leitfaden des Bundesbauministeriums doch drei Säulen, die ausgewogen berücksichtigt werden müssen: Ökonomie, Ökologie und Soziokulturelles, womit menschliche Gesundheit, soziale und kulturelle Werte gemeint seien. Zur Information über Umwelt- und Gesundheitsaspekte bei der Baustoffwahl empfahl Kellner das Portal WECOBIS des Bundesbauministeriums und der Bayerischen Architektenkammer. Bei den Dämmstoffen äußerte sich Kellner kritisch zum expandierten Polystyrol (EPS), das bis 2016 das Flammschutzmittel HBCD enthielt. Dieses reichere sich in Lebewesen an, sei schwer abbaubar und giftig für Wasserorganismen; auch zu dem aktuell verwendeten Ersatzstoff gebe es ablehnende Meinungen. Ein Recycling von gebrauchtem EPS finde kaum statt, die thermische Verwertung „macht nur den Ofen voll“. Problematisch könnten aber auch die bei nachwachsenden organischen Dämmstoffen verwendeten Flammschutzmittel sein.

Rückbau und Wiederverwertung

Vor dem Hintergrund schwindender Ressourcen gewinnen Kellner zufolge Rückbau und Wiederverwertung an Bedeutung. Insbesondere bei vielen WDVS-Dämmungen sei dies eher Theorie. Auf keinen Fall sollte das Abbruchmaterial Schadstoffe enthalten.

Windkraft

Ebenfalls in der TH Rosenheim befassten sich Experten mit dem Thema „Mehr Windkraft in der Region?!“

Prof. Dr. Frank Buttinger, Leiter des Studiengangs Energie- und Gebäudetechnologie an der TH, verdeutlichte mithilfe aktueller Diagramme wie den Energy-Charts des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) die bedeutende Rolle der Windenergie, insbesondere im Winter, für die Stromerzeugung. Bereits jetzt stammten in Deutschland 55 Prozent des erzeugten Stroms aus erneuerbaren Energien. Um jedoch das im EE-Gesetz für 2040 angestrebte Windleistungsniveau von 160 GW an Land zu erreichen, sei in den kommenden Jahren ein jährlicher Zubau von ca. 7 GW erforderlich.

Basierend auf den Windkarten im Energieatlas Bayern identifizierte Buttinger potenzielle Standorte von Windenergieanlagen entlang der Grenzen des Landkreises Rosenheim. Die Finanzierung von Projekten stellt aus seiner Sicht kein Problem dar, seien doch erst kürzlich für ein Projekt im Hofoldinger Forst beeindruckende sechs Millionen Euro innerhalb von nur zweieinhalb Stunden per Crowdfunding gesammelt worden.

Auf dem Weg zum Projekt stellt laut Maria Burghardt, Leiterin der Beratung Windenergie bei der Energieagentur Ebersberg-München, das Wind-an-Land-Gesetz mit verbindlichen Zielen zur Ausweisung von Vorrangflächen einen wichtigen Rahmen dar. Bis zum Jahr 2027 seien für Bayern und seine Planungsregionen 1,1 und bis 2032 1,8 Prozent der Fläche als Ziel festgelegt. Dies sei deutlich mehr als die in der Region Südostoberbayern im Jahr 2015 ausgewiesenen 0,6 Prozent an Vorrangflächen, die weiterhin Bestand haben. Der Regionale Planungsverband sei mit der Ausweisung betraut, wobei Kommunen im Rahmen ihrer Planungshoheit zusätzliche Flächen festlegen können. Neben bereits genannten Standorten sieht Burghardt weitere potenzielle Gebiete in den Alpen, sofern Probleme wie Naturwald und Erschließung gelöst werden können.

Aus wirtschaftlicher Perspektive würden möglichst große Windkraftanlagen (WKA) geplant, mit Abmessungen von bis zu 199 Metern Nabenhöhe, einem Rotordurchmesser von 175 Metern und einer Leistung von 7,2 MW. Trotz ihrer Größe benötigten WKA dauerhaft im Durchschnitt nur 0,35 Hektar, was für die höchste Flächeneffizienz unter allen EE sorge. Bei Flächensicherung und Auswahl der Projektierer ist aus Burghardts Sicht eine aktive Beteiligung der Kommunen erforderlich, um den Frieden im Ort zu wahren und die lokale Wertschöpfung zu fördern.

Neue Chancen

Stefan Schindler, Projektierer und Planer für WKAs in Deutschland und der Schweiz bei reencon in Stephanskirchen, wies auf weitere positive Wirkungen der Windkraft hin: Die dezentrale Stromerzeugung trage zur Unabhängigkeit von überregionaler EE-Erzeugung und -Transport bei. In Deutschland gebe es bereits 400.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien, was auch den Technologie-Export stärke. Gleichzeitig sinke die Rohstoff-Abhängigkeit von anderen Ländern. Durch Gesetzesänderungen ergäben sich neue Chancen, bekräftigte Schindler: Das Genehmigungsverfahren werde durch die EU-Notfallverordnung, das vom Bund zugestandene „überragende öffentliche Interesse“ sowie die Änderung weiterer Gesetze beschleunigt. Dadurch könne die Entwicklung eines Windenergieprojekts, die bisher vier bis zehn Jahre dauert, auf zwei bis drei Jahre verkürzt werden.

Mit Blick auf die Bürgerbeteiligung als zentralem Erfolgsfaktor unterstrich Schindler die Bedeutung transparenter Kommunikation. Mittlerweile sei gesetzlich geregelt, dass 0,2 Cent pro Kilowattstunde erzeugtem Strom an die Standortgemeinde fließen dürfen. Durch eine Flächenpool-Regelung profitierten zudem alle Grundeigentümer im Umfeld der Windkraftanlage. **DK**

Klimafreundliches Wärmenetz im ländlichen Raum

EGIS eG weiht Anlage in Bundorf ein

Startschuss für die Fernwärme auf dem Land: Die Bürgerenergiegenossenschaft EGIS eG und ihre Partner haben zusammen mit Steffen Vogel, MdL das Fernwärmesystem in Bundorf in Betrieb genommen. Die Anlage ist Teil einer ganzheitlichen Energieversorgung, zu der auch ein 125 Hektar großer Solarpark, einer der größten in Deutschland, sowie einige Ladesäulen für E-Fahrzeuge zählen. „Der Leuchtturmcharakter des Energiewende-Projekts hier im Landkreis Haßberge ist riesig. Das Konzept ist klug und beteiligt zudem die Anwohner; die ganze Gemeinde hat mit großer Zustimmung zur Realisierung beigetragen. Ich wünsche mir, dass wir für die Energiewende überall etwas mehr wie die Bundorferinnen und Bundorfer denken und handeln“, sagt Vogel zur Eröffnung der Fernwärme.

Die Fernwärmeversorgung in Bundorf besteht aus einer Heizzentrale mit zwei großen Luftwärmepumpen, einem Biomassekessel, einem Warmwasserspeicher und einem 1.600 Meter langen Fernwärmeleitungsnetz, das die klimafreundliche Wärme in die Gebäude bringt. Der Baubeginn war im Jahr 2023, parallel zur Errichtung des großen Solarparks in Bundorf. Seit Ende 2023 befindet sich das Fernwärmenetz im Probebetrieb und ist nun, dank der Integration der Luftwärmepumpen, voll einsatzfähig. Den Strom für die Anlage liefert ein Teil des 125 Megawatt starken Photovoltaikparks, den die EGIS eG mit Ihrem Projektpartner, der MaxSolar GmbH, im September 2023 in Betrieb genommen hat. 1,5 Megawatt der installierten Leistung nutzt die Energiegenossenschaft nun für die Fernwärmeversorgung. Der Strom wird mittels Stromdirektleitung an die Heizzentrale am Ortsrand von Bundorf abgegeben. Die Großwärmepumpe erhitzt mit der Energie das Wasser für die Wärmeversorgung. Angeschlossen sind aktuell über 20 private Haushalte sowie die öffentlichen Liegenschaften der Gemeinde wie das Rathaus, das Bürgerhaus und der Kindergarten.

Energiewendeprojekte ganzheitlich denken

Betreiberin des Fernwärmesystems ist die Energiegenossenschaft EGIS eG. „Mit dem Projekt in Bundorf erzeugen wir Solarstrom, tragen zur umweltfreundlicheren Mobilität bei und schaffen eine nachhaltige Wärmeversorgung. Unser Ansatz, Erneuerbare-Energien-Anlagen ganzheitlich einzusetzen, schöpft ihr Potenzial erst richtig aus. Wir bringen damit Fernwärme auch in ländliche Regionen“, informiert Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG. Damit die Fernwärme unabhängig von den Sonnenstunden immer versorgt ist, nutzt das System sowohl die Vorteile der Luftwärmepumpentechnologie als auch die der Hackschnitzelheiztechnik. „Zukünftig werden durch die kommunale Wärmeplanung und dem Ziel, Alternativen für Öl und Gas zu schaffen, viele Fernwärmenetze auf Basis von Hackschnitzel errichtet“, vermutet Matthias Zimmermann, Teamleiter Fernwärme der EGIS eG. Hier setzt der von der EGIS eG gewählte Ansatz an, der die Abhängigkeit von sich veränderbaren Hackschnitzelpreisen auf ein niedriges Niveau reduziert.

Bürgermeister von Bundorf Hubert Endres zeigt sich überzeugt: „Hier wurde eine neuartige Lösung für die Wärmeversorgung im ländlichen Raum geschaffen die, so sind der Gemeinderat und ich überzeugt, eine langfristig, preislich sichere Versorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger gewährleistet.“ Die Gemeinden könnten auf diese Art ihre kommunale Wärmeplanung auf ein neues Level heben und ihre Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, klimafreundlich Wärme zu beziehen. Bisher beschränke sich Fernwärme als Lösung in der Wärmewende weitgehend auf städtische Gebiete.

Akzeptanz durch Beteiligung

Die EGIS eG hat bewirkt, dass ein Teil des Solarparks, etwa 30 Prozent, sowie das gesamte Fernwärmesystem in Bundorf, dauerhaft in Bürgerhand verbleiben. Weitere Informationen: www.egis-energie.de. ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Stadt Gemünden a.Main mit rund 10.000 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich habe mein Amt am 01.05.20214 angetreten und bin hauptamtlicher Bürgermeister.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meinem Amtsantritt war ich Beamter im Landratsamt Main-Spessart. Ich war in der Schulverwaltung als stellv. Sachgebietsleiter in der 3. Qualifikationsebene tätig.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Jürgen Lippert

Erster Bürgermeister der Stadt Gemünden a.Main

Die Kommunalpolitik eröffnet die Möglichkeit seine eigene Heimat mitzugestalten. Diese Chance wollte ich ergreifen, um an maßgeblicher Stelle die Entwicklung meiner Heimatstadt Gemünden a.Main mit ihren 14 Stadtteilen mit zu begleiten und auch mit zu lenken. Insbesondere war mein Ziel, die aufgelaufenen Herausforderungen anzugehen und entscheidend an der Umsetzung mitzuwirken.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine vorherige Zeit als Stadtrat der Stadt Gemünden a.Main waren viele Themen bereits bekannt, wenn auch nicht in der ganzen Tiefe. Darüber hinaus hatte ich aufgrund meiner Tätigkeit durchaus Vorerfahrungen in Bezug auf Sitzungsabläufe kommunaler Gremien. Eine konkrete Vorbereitung fand allerdings nicht statt.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Eine Übergabe der Dienstgeschäfte durch meinen Vorgänger fand nicht statt. So war die Einarbeitung in verschiedene Sachverhalte durchaus nicht ganz einfach, wenngleich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung mir die Einarbeitung sehr erleichtert haben.

Die größte Herausforderung war die längst überfällige Sanierung bzw. der Neubau der Mainbrücke. Bereits vier meiner Vorgänger haben sich an diesem Thema versucht. Schlussendlich gelang es, die Maßnahme in meiner ersten Amtszeit anzugehen und umzusetzen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Die Themen sind vielfältig. An großen Maßnahmen beschäftigt mich der geplante Neubau der Kindertagesstätte in Gemünden sowie die Entwicklung eines Neubaugebietes. Darüber hinaus natürlich die Beschaffung von Fahrzeugen und die Ausstattung für unsere vielen Feuerwehren. Auch die Themen Digitalisierung in der Verwaltung sowie in den Schulen in Trägerschaft der Stadt sind weiterhin im Fokus. Als Vier-Flüsse-Stadt hat natürlich auch das Thema Brückenbau und Brückensanierung Priorität. Neu hinzugekommen sind Themen wie Altstadtsanierung, Jugendförderung und Tourismusentwicklung. Alles in allem ein bunter Strauß an Aufgaben, die derzeit und in den nächsten Jahren zu bewältigen sind.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Der Glasfaserausbau im Stadtgebiet hat bereits begonnen. In den nächsten Jahren werden alle Stadtteile nach und nach erschlossen werden. Der Bereich Straßenausbau ist ebenfalls in den nächsten Jahren in den Fokus zu nehmen. Alles vor dem Hintergrund knapper werdender Finanzkraft. Es wird interessant bleiben, all diese Herausforderungen zu meistern.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Wichtig ist eine gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und natürlich mit dem Stadtrat.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

In der Verwaltung finden selbstverständlich regelmäßige Besprechungen mit den Amtsleitungen statt aber auch ein Austausch mit allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Darüber hinaus werden die Bürgerinnen und Bürger durch verschiedene städtische Medien (wöchentliches Mitteilungsblatt, Bürger-App, Internet etc.) von aktuellen Vorgängen in Kenntnis gesetzt.

Die jährlich stattfindenden Bürgerversammlungen sind wichtig für den Austausch mit den Bürgern. Darüber hinaus hat jeder Bürger die Möglichkeit seine Anliegen schriftlich, mündlich oder auch persönlich bei mir vorzubringen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Der Einfluss der Digitalisierung wächst ständig. Sitzungen der Gremien finden bereits mit digitalen Endgeräten statt. Die Möglichkeiten der Dienstleistungen für die Bürger werden nach und nach ausgebaut. Trotzdem ist es m.E. wichtig, dass der Bürger auch zukünftig die Möglichkeit hat, seine Anliegen persönlich und mit dem Gang ins Rathaus vorzubringen. Er kann auch weiterhin erwarten, kompetente Ansprechpartner vorzufinden. Wir sind derzeit alle mitten im Prozess der Digitalisierung. Wie es sich weiterentwickeln wird, bleibt spannend.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Wer etwas erreichen will, sucht Wege, wer etwas verhindern will, sucht Gründe.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als Bürgermeister, der einige wichtige Projekte und Aufgaben umgesetzt bzw. vorangebracht hat. ❐

Euregio-Inntal Gemeindetag in Scheffau:

Megatrends in bayerischen und Tiroler Gemeinden

Dass bayerische und Tiroler Gemeinden gemeinsam voneinander lernen und auf diese Weise noch effizienter Maßnahmen für ihre Bewohner umsetzen können, zeigte der Euregio Inntal- Gemeindetag in Scheffau. Bei diesem grenzüberschreitenden Austausch unter dem Vorsitz von Präsident Christoph Schneider präsentierten Rathauschefs aus der Grenzregion „Best Practice“ - Beispiele aus ihren Gemeinden. Auch gab es ausreichend Gelegenheit für Vernetzungsgespräche.

Neben den Themen „Pflege in der Gemeinde“ (Bürgermeister Wolfgang Knabl/Gemeinde Söll), „Breitbandausbau und Digitalisierung in der Gemeinde“ (Bürgermeister Christian Tschugg/Scheffau), „Vermittlung zur Wertigkeit von Infrastrukturmaßnahmen der Gemeinde“ (Erster Bürgermeister Christoph Schneider/Neubeuern) und „Spannungsfeld Haupt- und Nebenwohnsitze in Gemeinden“ (Bürgermeister Ekkehard Wimmer/Walchsee) hielten Martin Hintermayr (Wasserburger Wohnungsbaugenossenschaft) und Irene Biebl-Daiber, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Bernau am Chiemsee, erkenntnisreiche Impulsvorträge.

Genossenschaftliches Wohnen auf dem Land

In seinem Referat über „Genossenschaftliches Wohnen als Chance für ländliche Gemeinden bei Wohnungsnot und Flächenknappheit“ sprach Geschäftsführender Vorstand Hintermayr von der GWG eG Wasserburg als „preisdämpfenden Marktakteur“. Gegründet 1950, habe das Unternehmen ca. 1.500 Wohnungen im Bestand. Jedes Jahr müssten etwa 3 Mio. Euro allein in Instandhaltungsmaßnahmen investiert werden.

„Genossenschaftliches Wohnen bei uns zeichnet sich durch eine starke Stellung des Mieters, Professionalität in der Vermietung und im Bau aus“, betonte Hintermayr. „Unsere Mieter sind Mitglieder in unserer Genossenschaft (3 Anteile a´ 155 Euro) und verfügen dadurch über ein starkes, eigentumsähnliches Mietverhältnis.“ Eine Kündigung wegen Eigenbedarf sei nicht möglich.

Die Mietverhältnisse der Genossenschaft, die sich auf einheimische Bürger konzentrieren, sind laut Hintermayr sehr auf Langfristigkeit ausgelegt; die durchschnittliche Mietdauer liege bei über 20 Jahren. Menschen mit Handicap, Alleinerziehende und Familien mit Kindern hätten Vorrang.

Angebot für viele Lebenssituationen

Als „professioneller“ Vermieter verfüge die GWG eG über eine langjährige Erfahrung im Vermietungsprozess und bei der laufenden Betreuung der Mietverhältnisse. Der Mix aus barrierefreien, zumindest barrierearmen Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen garantiere ein Angebot an viele Lebenssituationen und Generationen. Geheizt werde mit erneuerbarer Energie, wichtiger Aspekt sei ein hoher energetischer Standard.

Rathauschefin Irene Biebl-Daiber aus Bernau stellte das preisgünstige, vor zwei Jahren ins Leben gerufene ÖPNV-Angebot „Rosi“ – Mobil am Chiemsee vor. Es ermöglicht bedarfsgerechte Busfahrten auf Abruf. Die Nutzer können „Rosi“ je nach Fahrtwunsch über eine App oder per Telefon anfordern. Mit dem Shuttle fahren sie dann ohne feste Route oder Fahrplan an ihr individuelles Wunschziel. Dafür sind fünf Elektrofahrzeuge in den Gemeinden Aschau, Bad Endorf sowie Bernau, Breitbrunn, Prien und Gstadt, Eggstädt, Frasdorf, Höslwang, Rimsting und Samerberg im Einsatz. Spezielle Haltestellenschilder zeigen an, wo „Rosi“ überall hält und wo ein Zu- und Ausstieg möglich ist.

Für die Durchführung des On-Demand-Verkehrs für die kommenden sechs Jahre beauftragte der Landkreis Rosenheim die beiden Deutsche Bahn-Töchter Regionalverkehr Oberbayern GmbH (RVO) und ioki GmbH.

Begeistern für Europa

Simon Lochmann, Leiter der Abteilung Südtirol, Europaregion und Außenbeziehungen des Landes Tirol, hob im Anschluss die wichtige Rolle der Euregios für den Grenzraum hervor und rief die Politiker dazu auf, ihre Kommunen und ihr Umfeld für die Europawahl zu begeistern. Nur durch eine rege Wahlbeteiligung könne sichergestellt werden, dass das Sicherheitsprojekt Europäische Union erfolgreich fortgeführt wird.

Auch der Europa-Gemeinderat und Kitzbüheler Stadtrat Andreas Fuchs-Martschitz bekräftigte die wichtige Rolle der Europäischen Union als Wertegemeinschaft und verdeutlichte, dass es unverzichtbar sei, diese täglich zu leben und zu verteidigen. „Das sind Grundpfeiler der Demokratie“, so Fuchs-Martschitz abschließend. **DK**

Bürgerbeauftragter:

Schwimmen und Lesen Zwei Kernkompetenzen der Kinder stärken

Bürgerbeauftragter Wolfgang Fackler, MdL, zum Start der Freibadsaison 2024: Kinder müssen im und am Wasser sicher unterwegs sein. Zu einer gelungenen Freibadsaison gehört aber auch ein gutes Buch. Beides müssen wir stärken: Schwimmfähigkeit und Lesekompetenz unserer Grundschulkinder!

Der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Wolfgang Fackler, MdL, hebt zum Start der Freibadsaison 2024 hervor: „Es ist lebenswichtig, dass Kinder frühzeitig Schwimmen lernen. Dabei geht es nicht nur um die Bewegung oder um sportliche Leistungen, sondern um die grundlegende Schwimmfähigkeit der Kinder im Grundschulalter.“

Eltern in der Pflicht

Fackler sieht dabei mehrere Ansatzpunkte. Neben professionellem Schwimmunterricht innerhalb oder außerhalb der Schule sieht der Beauftragte auch die Eltern in der Pflicht. Der Beauftragte regt darüber hinaus eine breite Diskussion an, um Verbesserungen zu erreichen. Dabei denkt er etwa an Schwimmcamps, Schwimmfestivals oder Wettbewerbe zwischen den Schulen.

Nachholbedarf in Sachen Lesekompetenz

Wichtig ist Fackler aber auch: „Im Freibad geht es nicht nur um das Schwimmen. Im Sommer Zeit im Freibad zu verbringen, ist Lebensgefühl pur. Dazu gehört für mich auch ein gutes Buch.“ Die Lesekompetenz der Kinder in Bayern braucht Förderung. „Die richtige Auswahl an Literatur für Kinder ist wichtig, um den Spaß am Lesen zu fördern,“ so der Beauftragte. „Die aktuellen Ergebnisse der letzten Pisa-Studie haben gezeigt, dass bei der Lesekompetenz der Kinder in Deutschland Nachholbedarf besteht.“

Aktuelle Tipps

Der Beauftragte freut sich daher über die aktuellen Lesetipps, die die Leiterin der Landesfachstelle für Büchereien und Bildung im Sankt Michaelsbund und Präsidentin der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur, Frau Dr. Claudia Maria Pecher, vorgestellt hat. „Da ist sicher für alle etwas dabei“, so der Bürgerbeauftragte.

Leseliste für Kinder

Die Präsidentin betont: „Wie das Schwimmen will auch das Lesen geübt sein – und soll doch vor allem Spaß machen. Meer, Wasser und Schwimmen sind seit jeher Erzählanlässe in der Literatur: von Atlantis bis zu moderner preisgekrönter Kinderliteratur mit Büchern von Anne Becker, Stefanie Höfler oder Will Gmehling. Gerade ist ein neuer Band der Akademie mit dem Titel „Alles im Fluss! Wasserwelten in der Kinder- und Jugendliteratur“ erschienen, der die Geschichte und neuere Produktionen in den Blick nimmt. Jetzt haben wir eine aktuelle Leseliste zusammengestellt, die Lesen und Schwimmen exemplarisch verbindet.“ Diese Liste kann unter www.akademie-kjl.de/buch-app-empfehlungen/extrablatt/ eingesehen werden. ❐

Landkreis München:

Gemeinsam Barrieren überwinden

Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung wird fortgeschrieben

Über eine Milliarde Menschen weltweit leben mit langfristigen Behinderungen. Mit der Frage, wie öffentliche und unsichtbare Barrieren minimiert und Beruf und Alltag inklusiver gestaltet werden können, beschäftigt sich das Landratsamt München seit vielen Jahren.

Nach acht Jahren soll nun der 2015 beschlossene Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung im Landkreis München unter Einbeziehung von Bürgerschaft und Akteuren aus dem sozialen Bereich fortgeschrieben werden.

Mit seinem Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung hat der Landkreis München seit 2015 mehr als 130 Maßnahmen in 9 Handlungsfeldern – darunter Wohnen, politische Teilhabe und Information, Mobilität und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, (früh-)kindliche Bildung, Freizeit, Kultur und Sport, Schule, Arbeit und Beruf, Assistenz sowie Gesundheit – definiert. Eine Evaluation erfolgte 2022 und zeigte, dass die bisherigen landkreisweiten Maßnahmen nicht alleine ausreichen, um Inklusion nachhaltig zu verwirklichen. Mit Beschluss des Sozialausschusses aus dem Mai 2023 soll der Aktionsplan weiterhin unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie mit Vertreterinnen und Vertretern einschlägiger Organisationen sozialräumlich fortgeschrieben werden.

Im Rahmen der Fortschreibung des Aktionsplans, der auf der UN-Behindertenrechtskonvention basiert, sollen weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen erarbeitet werden. Hierzu werden messbare Indikatoren zu ihrer Überprüfung entwickelt. Dabei sollen auch Anregungen aus der kommunalen Familie, der Bürgerschaft sowie zahlreicher Akteure im sozialen Bereich einfließen. Dazu wurde der Landkreis München in insgesamt sechs Planungs- und Gestaltungsregionen nach dem ISAR-Prozess (integrierte, sozialraumorientierte Arbeit) eingeteilt. Diese Einteilung ermöglicht eine schnellere und passgenauere Ermittlung notwendiger Maßnahmen. Den Anfang macht die Region sechs, die aus den Gemeinden Baierbrunn, Gräfelfing, Grünwald, Neuried, Planegg, Pullach i. Isartal, Schäftlarn und Straßlach-Dingharting besteht. Die weiteren Regionen können der folgenden Abbildung unter www.landkreis-muenchen.de/themen/chancengleichheit/leben-mit-einer-behinderung/aktionsplan-un-brk/ entnommen werden. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Gelebte kommunale Partnerschaften

Unter den tausenden kommunalen Partnerschaften sind natürlich die grenznah benachbarter Städte, Gemeinden und Landkreisen die lebendigsten, weil Zusammenarbeit und Austausch häufig, billig, unkompliziert und persönlich stattfinden.

So hat der wirtschaftliche Aufschwung des Landkreises Cham mit seinem fast wöchentlich die Grenze überquerenden Landrat Franz Löffler, auch den täglich 6.000 einreisenden Fachkräften aus dem Landkreis der gegenüberliegenden Choden-Hauptstadt Domazlice (Taus), die deshalb auch nicht zum Sudentenland gehörte, zu verdanken.

Viel mehr als nur der Drachenstich

Das alte Grenzstädtchen Furth im Wald strahlt nicht nur mit dem Drachenstich, sondern 2025 auch mit der Landesgartenschau und schon seit 2005 mit dem Europadirektbüro Brüssels weit über seine Partnerstadt Taus bis ins Egerland und den Böhmerwald hinaus. Weitere Beispiele sind das von der EU mitfinanzierte Centrum Bavaria-Bohemia in Schönsee, der Partnerstadt der gegenüberliegenden Paneuropastadt Pobezovice (Ronsperg) oder die Partnerschaft von Donaustauf mit Prameny (Sangerberg) oberhalb Marienbads.

Modelle für gute Nachbarschaft

Vor allem die Euregios Agriensis mit Cheb (Eger) und Böhmerwald mit dem anderen grenznahen Europadirektbüro in Freyung sowie die AG Mittlerer Böhmerwald sind bereits seit 1990 Modell für gute Nachbarschaftspolitik europaweit geworden.



V.l.: Der Kreisbetreuer von Horsovsky Tyn (Bischofteinitz) Peter Pawlik aus Otterfing mit Professor Dr. Gerhard Sabathil, dem neu gewonnenen Ortsbetreuer für Pobezovice (Ronsperg). ❒

Gegenseitige staatliche Vertretung

Von zentraler Bedeutung für Bayern und Tschechien ist natürlich die gegenseitige staatliche Vertretung durch das Münchner Generalkonsulat unter JUDr. Ivana Červenková, und die Vertretung des Freistaats in Prag seit 1. Mai neuerdings durch den langjährigen Europaabgeordneten und Vorsitzenden der sudeten-böhmischen Ackermanngemeinde, den vielsprachigen Martin Kastler, der schon die Hanns-Seidl-Stiftung in Prag geleitet hatte, und dort eng mit der Vertretung der Sudentendeutschen Landsmannschaft Peter Barton zusammenarbeitet.

Hunderte sudetendeutscher Kreis- und Ortsbetreuer

Die ältesten seit dem 2. Weltkrieg im Kalten Krieg nicht einfach und oft gegen politischen Widerstand entstandenen Beziehungen sind aber die hunderte sudetendeutscher Kreis- und Ortsbetreuer zu ihren Heimatgemeinden und ihren vertriebenen und geflüchteten Mitbewohnern. Auch wenn manche in den acht Jahrzehnten seither nicht mehr nachzubesetzen waren, sind viele doch sehr lebendig, besonders bei den jährlichen Pfingsttreffen der Sudetendeutschen, gemeinsamen Besuchen in den Heimatorten und in den Regionalbeilagen der Sudetendeutschen Zeitung aus München.

Erinnerung an Richard Coudenhove-Kalergi

Umso mehr freute sich der Kreisbetreuer von Horsovsky Tyn (Bischofteinitz) Peter Pawlik aus Otterfing mit Professor Dr. Gerhard Sabathil den Enkelsohn des letzten sudetendeutschen Bürgermeisters von Pobezovice (Ronsperg) als neuen Ortsbetreuer gewonnen zu haben, der nicht nur mit dem jetzigen Bürgermeister Martin Kopecky befreundet, sondern auch mit der gräflichen Familie des berühmtesten Sohns der Stadt, dem visionären Gründer der Paneuropabewegung Richard Coudenhove-Kalergi eng verbunden ist. ❒

GZ PINOS WELT



Manchmal ist das mit der deutschen Geschichte doch verflixt schwer. Am Pfingstdienstag strahlte das ZDF eine „Terra X History"-Sendung unter dem Titel „75 Jahre Deutschland – Deutschland hat Geburtstag! Vor 75 Jahren wird die Bundesrepublik gegründet – und die DDR" aus. Mehr gequirlter Quark auf einmal geht sicher nicht mehr.

Wann Deutschland geboren wurde, ob mit dem Vertrag von Verdun 843, mit der Thronbesteigung Heinrichs I 919, mit dem Westfälischen Frieden 1648 oder doch erst mit der Reichsgründung 1871 – darüber mögen Historiker sich die Köpfe heiß reden. 1949 jedenfalls gab es Deutschland schon lange, es musste nach zwölf Jahren skrupelloser Terrorherrschaft und fünf Jahren infernalischem Krieg allerdings wieder aufgerichtet und neu organisiert werden. Den Zeitläuften geschuldet in zwei getrennten staatlichen Einheiten.

Bedauerlich defizitäre Geschichtskenntnisse

Weil Deutschland in den westlichen Besatzungszonen als demokratischer, föderaler und freiheitlicher Staat organisiert werden sollte, gab es tatsächlich einen 75. Geburtstag zu feiern, und zwar am 23. Mai: Den Geburtstag des Grundgesetzes, der freiheitlichsten, beständigsten und wehrhaftesten Verfassung, die der Gesamtstaat je hatte. Erst in den Ländern der alten Bundesrepublik gültig, ist es seit die DDR und damit die zweite deutsche Diktatur zur Fußnote der Geschichte wurde, die Verfassung unseres ganzen Landes.

Wie hat Deutschland also sich und sein Grundgesetz gefeiert? Das Bundesfinanzministerium hat eine echt coole Sonderbriefmarke herausgegeben, deren Motiv ein gedrucktes Grundgesetz ist, das lässig in einer Jeans-Gesäßtasche steckt. So wie unsere Verfassung halt sein sollte – Teil unseres täglichen Lebens. Problem: Die Post verkauft Sondermarken nur noch an ganz wenigen Verkaufsstellen und wer Briefe überhaupt noch schreibt, vermeidet ja eher Briefmarken, die man hinten ablecken muss. Chance vertan, an das Jubiläum in den Briefkästen breit zu erinnern.

Dann gab es eine Sondermünze, allerdings keine zu 2 Euro, die man dann täglich benutzen könnte (eine solche gab es wenigstens zur Feier der Paulskirchen¬Verfassung vor 175 Jahren – immerhin ein Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte), sondern zu 20 Euro, die nur in Sammleralben oder als mäßig originelles Geschenk zur Firmung auftauchen dürfte.

Klar, landauf, landab wurde beflaggt, auch bei uns am Rathaus. Ernüchternd war, wie viele Besucher an der Pforte erst mal gefragt haben „Warum heute die Fahnen?" und nachdem der Pförtner sie aufgeklärt hat, mit „Ey, OK, wusste gar nicht, dass heute Verfassungstag ist" zum Dank antworteten.

Die regierungsamtliche Propagandatruppe hat all ihre Kraft und finanziellen Mittel auf zwei Feste der Demokratie in Berlin und Bonn konzentriert, auf denen sich die Regierungspolitiker präsentieren und blamieren konnten (Habeck: Heizungsgesetz als Versuchsanordnung für die Energiewende), aber nichts unternommen, um Feierstimmung auch im weiten Land zu erzeugen, vor allem da, wo nicht die Eliten wohnen, sondern die Einstellung gegenüber unserer Demokratie etwas kritischer ist.

Vereinzelt hat man sich darüber lustig gemacht, dass über den Berliner Himmel ein paar Fallschirmspringerschüler mit Fahnen abgesprungen sind, während in Paris oder Rom am Nationalfeiertag die Patrouille de France bzw. die Frecce Tricolori die jeweiligen Nationalfarben aus den Düsen ihrer Jets in den Himmel zaubern. Aber das ist OK. Wenn wir keine einsatzbereiten Streitkräfte haben, brauchen wir auch keine Kunstflugstaffel. Im Übrigen steht es den Deutschen gut zu Gesicht, die Nation eine Nummer kleiner zu feiern.

Populärer als der Verfassungstag wird in diesem Jahr sicher der Tag des Anpfiffs der Fußball-EM der Männer sein. Mal sehen, ob es wieder ein Sommermärchen mit sympathischen Zeichen der Zusammengehörigkeit der Deutschen, gekrönt von einer weltoffenen Grundeinstellung gibt.

Zur Verfassung wie zum Fußball passt übrigens ein Wort von Walter P. Chrysler: „Das wahre Geheimnis des Erfolges ist die Begeisterung".

Ihr Pino

Regionalpartnerschaften:

Motor für Partnerschaften mit tschechischen Kommunen

Podiumsgespräch des Sudetendeutschen Heimatrates

Als Vorbild für kommunale Partnerschaftsarbeit kann die Regionalpartnerschaft zwischen Mittelfranken und Südmähren dienen. Dies wurde beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg bei der Podiumsdiskussion des Sudetendeutschen Heimatrates zum Thema „Deutsche und Tschechen – kommunale Partnerschaften" deutlich.

Nach Frankreich hat Mittelfranken seit den 1970er Jahren partnerschaftliche Beziehungen. Seit der Gebietsreform in Frankreich 2016 ist es jetzt die Region Nouvelle-Aquitaine. 2000 kam die Regionalpartnerschaft mit der Woiwodschaft Pommern in Polen dazu, flankiert von fünf kommunalen Partnerschaften. Christa Naaß schlug im Bezirkstag Mittelfranken vor, eine solche Partnerschaft auch mit Südmähren zu installieren. Zunächst reiste eine Delegation zum „ersten Anklopfen", so Peter Daniel Forster, Bezirkstagspräsident Mittelfranken. Erschwerend war, dass es in Südmähren wie auch Mittelfranken von 2015 bis 2024 mehrere Wechsel im Kreishauptmanns- bzw. Bezirkstagspräsidentenamt gab.

Landwirtschaft als verbindendes Element

Thematisch anknüpfen ließ sich im landwirtschaftlichen Segment. In Triesdorf befinden sich die landwirtschaftlichen Lehranstalten, Südmähren ist die bedeutendste Weinbauregion Tschechiens mit einer Schule für Weinbau. Als die Corona-Beschränkungen vorbei waren, beschloss der Bezirkstag Mittelfranken 2023 die Gründung der Regionalpartnerschaft mit der Region Südmähren. „Wir verstehen diese Partnerschaft auch in dem Sinn, kleinen Gemeinden Hilfen für eigene kommunale Partnerschaften zu geben", konkretisierte Forster. Dabei sind ihm besonders die Jugend und die Vereine wichtig. Vor Ort müssten entsprechende Komitees gegründet werden. Mit Freude verwies er darauf, dass Ende Juni die erste Gemeindepartnerschaft zwischen dem Markt Arberg und dem südmährischen Dolní Dunajovice besiegelt wird. Positiv ist, dass eine Mitarbeiterin im Büro für Regionalpartnerschaften Tschechisch spricht.

118 Nationen in Waldkraiburg

Völlig anders sieht es in Waldkraiburg, einer der bayerischen Vertriebenenstädte, aus. Seit 1980 ist Waldkraiburg Patenstadt der Sudetendeutschen aus dem Adlergebirge. Und auf Antrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft hat der Waldkraiburger Stadtrat 1985 die Patenschaft für die Stadt Haida übernommen. Darüber hinaus besteht seit 1997 eine Städtepartnerschaft mit Sartrouville nahe Paris. Laut Bürgermeister Robert Pötzsch leben aktuell Personen aus 118 Nationen in Waldkraiburg – mit entsprechenden Kulturen. „Wir feiern zusammen, es entstehen Freundschaften und Partnerschaften", merkt er an. Doch er sieht auch etwas betrübt in die Zukunft: „Die Kultur aus der Vergangenheit, besonders von den Heimatvertriebenen, wird immer weniger. Die Stadt Waldkraiburg hat keine eigene Kultur entwickelt. Wenn die Aufbaukultur nicht mehr da ist – und damit die Erinnerung, der Rückblick, und auch das Lernen aus der Vergangenheit, dann fehlt ein wichtiges Stück Heimat und Kultur." Und genau dieses Erbe mache, so Pötzsch, eine Vertriebenenstadt aus.



Die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer. V.l.: Peter Daniel Forster (Bezirkstagspräsident Mittelfranken), Robert Pötzsch (Bürgermeister Waldkraiburg), Moderator Toni Dutz (Bürgermeister Wiesau), Irene Novák, Petra Laurin, Stefan Bosse (Oberbürgermeister Kaufbeuren). Bild: Markus Bauer

Gemeinsamer Blick auf die Geschichte

Neugablonz, ein Stadtteil von Kaufbeuren, ist eine weitere Vertriebenenstadt. Die Stadt im Allgäu hat seit September 1991 eine Städteliaison mit Ferrara in Italien, seit Juli 1992 mit Szombathely in Ungarn und – naheliegend – seit September 2009 mit Gablonz an der Neiße (Jablonec nad Nisou). Zu Gablonz an der Neiße gab es keine Alternative als tschechische Partnerstadt. „Wir mussten keine andere finden, es war ja die Originalstadt", erläuterte Oberbürgermeister Stefan Bosse. Neben dem guten Verhältnis der Bürgermeister ist für den Kaufbeurer Rathauschef speziell hier der „gemeinsame Blick auf die Geschichte" von Bedeutung. Auch Bosse, seit fast 20 Jahren im Amt, stellte fest, dass seit Gründung der Partnerschaft in Gablonz an der Neiße inzwischen der fünfte Rathauschef amtiert. „Aber ist es immer gelungen darzustellen, dass die Partnerschaft wichtig ist", bilanzierte Bosse, der auch die Heimatvertriebenen in die Partnerschaftsarbeit einbezieht.

„Es gab damals auf tschechischer Seite Vorurteile", erläuterte Petra Laurin aus Gablonz an der Neiße. Zusammen mit Irene Novák vermittelte sie die gemeinsame Geschichte von Deutschen und Tschechen in Böhmen und Mähren. So schufen sie eine gute Basis für die Städtepartnerschaft mit Kaufbeuren/Neugablonz. „Städtepartnerschaften sind eine sehr wichtige Sache. Aber die zwischen Kaufbeuren/Neugablonz und Gablonz an der Neiße ist eine ganz besondere", drückte Irene Novák ihre Begeisterung aus. **Markus Bauer**

Stadt Kempten:

Familiennetzwerk bündelt Informationen

Das vor einem halben Jahr neu gegründete „Netzwerk für Familienleistungen Kempten", dessen Ziel es ist, die Transparenz für insgesamt 59 nebeneinanderstehende familienpolitische Einzelleistungen in Kempten zu erhöhen, bündelt ab sofort alle wichtigen Informationen auf der Internetseite www.kempten.de/familiennetzwerk. So sollen sich Hilfesuchende leichter orientieren können und schneller Lösungen finden.

Im Vordergrund steht der Überblick über finanzielle Leistungen für Familien verschiedener Leistungsträger.

Zu den Leistungsträgern gehören die Familienkasse Bayern Süd, die Agentur für Arbeit Kempten-Memmingen, das Zentrum Bayern Familie und Soziales Schwaben, die AOK Kempten-Oberallgäu-Lindau, die Caritas Kempten-Oberallgäu, die Diakonie Allgäu sowie verschiedene Ämter des Sozialreferats der Stadt Kempten.

Die Mitarbeitenden informieren sich gegenseitig über Abläufe und Neuerungen, so dass Familien mit ihren Anliegen gleich zur richtigen Stelle gelotst werden. „So soll sichergestellt werden, dass Hemmnisse abgebaut und die Leistungen da ankommen, wo sie gebraucht werden", erläutert Oberbürgermeister Thomas Kiechle. Kempten möchte damit noch familienfreundlicher werden.

Wie es weiter geht

Weitere Projekte des Netzwerks, wie ein Wegweiser, Workshops und Vorträge sind bereits in Vorbereitung. Die nächste Informationsveranstaltung zu finanziellen Familienleistungen findet am 16. Juli 2024 von 9 bis 11 Uhr statt – online oder in der Arbeitsagentur Kempten. ❒

Stadt Würzburg:

Fly me to the Musikbücherei

Angesummt-Werden als Berufsrisiko

Im Kosmos der Würzburger Stadtbücherei gibt es eine klangvolle Galaxie namens Musikbücherei. Eine gewaltige Ansammlung von Jazzgrößen, klassischen Kompositionen und massentauglichen Popstars, angeordnet im 2. Obergeschoss des Falkenhauses.

Wer diesen interstellaren Raum einmal völlig losgelöst erforschen möchte, braucht natürlich ein geeignetes Mess-Instrument. Die Ukulele zeigt exemplarisch, welche Saiten die beiden Musikspezialisten des Hauses mit fein aufeinander abgestimmten Angeboten bei der Kundschaft zum Schwingen bringen möchten.

Theoretisch und praktisch zum Profi werden

Manfred Ullrich, der Leiter der Musikbücherei, ist stolz darauf, dass seine Ukulelen zum Ausleihen bereits im Orbit waren, noch lange bevor die „Bibliothek der Dinge“ an den Start ging. Inzwischen hat es sich vielleicht herumgesprochen, dass man in der Stadtbücherei nicht nur Bücher, sondern beispielsweise auch Mischpulte, Mikrophone oder Synthesizer kostenlos nach Hause mitnehmen kann. Die Ukulele übernahm hier quasi als „Ur-Ding“ wichtige Pionierarbeit und steht für eine große Lust an „neuen Medien“, einer konsequenten Orientierung an Kundenwünschen und einem Bildungsbegriff, der sich ständig ausdehnt.

Die Angebote der Bücherei sollen nicht durch einen strengen Bildungskanon „erziehen“, sondern mit den richtigen „Spielsachen“ zu lebenslangem Lernen, Experimentieren und Freude an der Musik ermuntern. Wer im OPAC, der Medien-Suchmaschine der Stadtbücherei, nach „Ukulele“ sucht, erhält neben den aktuell drei Mini-Gitarren zahlreiche weitere Treffer: Songbücher, CDs, Kurse mit Video-Tutorials oder gar Spielfilme, in denen das Instrument eine kleine Nebenrolle hat. Sachbücher zeigen, dass sich Ukulelen zur Interpretation von Barockmusik oder als Banjo-Ersatz im Bereich Folk/Country eignen. Es gibt ein Ukulelen-Notenbuch nur für Billie-Eilish-Fans oder auch für alle, die schon jetzt Weihnachtslieder einstudieren wollen. Ratgeber informieren über die verschiedenen Stimmweisen des Instruments oder geben wertvolle Reparaturtipps. Man kann durch die Bücherei theoretisch und praktisch zum Ukulelen-Profi werden.

Dieses Suchergebnis belegt, was die Bücherei heute alles leistet und wie sich die Philosophie des Hauses über die Jahrzehnte immer wieder verändert hat. 1937 noch am damaligen Theaterstandort gegründet, gab es immer wieder markante Einschnitte. So zum Beispiel 1969 als die „Phonothek“ eröffnete und man sich vom Personal plötzlich an drei Hörplätzen eine von zunächst 394 Schallplatten auflegen lassen konnte. Neben Beethoven erklangen hier auch die Beatles. Oder was könnte besser zu diesem Jahr passen als eine Schallplatte mit Tondokumenten von der ersten Mondlandung?

Heute ist das Vinyl, das zwar aktuell ein großes Revival erlebt, wieder aus der Abteilung verschwunden. CDs sind nun einmal viel pflegeleichter und die erfolgreichsten Tonträger müssen über die Jahre durchaus einiges aushalten. Auf stolze 479 Ausleihen kommt bislang Peter Gabriels Album „So“. Ein vielleicht unerwarteter Spitzenreiter und auch auf den nächsten Plätzen folgen mit Simon and Garfunkel (Filmmusik „The Graduate“), den Rolling Stones („Love you live“) oder Emerson, Lake & Palmer nicht unbedingt die üblichen Verdächtigen von Michael Jackson bis Herbert Grönemeyer. In der Rubrik Klassik gibt es mit Mozarts „Cosi fan tutte“ und Bachs „Violoncello-Suiten“ schon eher Favoritensiege.

Mit dem Siegeszug von Spotify und YouTube gingen die CD-Ausleihen zuletzt dramatisch zurück. 2004 war das erfolgreichste Jahr aller Zeiten. Damals wurden rund 9.000 Bücherei-CDs in Jahresfrist stolze 163.000 Mal ausgeliehen. Im vergangenen Jahr wurden hingegen die aktuell rund 7.400 CDs nur noch 17.600 Mal verbucht. Sehr gefragt ist weiterhin die Rubrik „Preisgekrönt“, mit der sich die Stadtbücherei am „Preis der deutschen Schallplattenkritik“, „Opus Klassik“ oder hervorragenden Besprechungen in Zeitschriften orientiert und somit auch anspruchsvolle Werke und Interpretationen empfiehlt. Auch der gute alte BRAVO-Sampler ist in Zeiten von kostenlos verfügbaren Playlisten aber weiter sehr gefragt. Ullrich weiß viel über die Vorlieben seiner Kundschaft. Aus den Ausleihstatistiken lässt sich einiges ablesen, doch unverzichtbar ist natürlich insbesondere das persönliche Gespräch.

Nicht selten wird dem Diplom-Bibliothekar mit Zusatzausbildung zum Musikbibliothekar auf der Suche nach Noten oder CDs auch etwas vorgesungen oder vorgesummt. „Die Leute sind dann schwer beeindruckt, wenn ich aus dem Stegreif sagen kann ‚Jesus bleibet meine Freude – Bach Werke Verzeichnis 147!‘. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass fast immer die gleichen rund 20 Melodien vorgetragen werden. Diese hat man nach einigen Jahren dann natürlich drauf“, gibt sich der Musikexperte mit einem breiten persönlichen Interesse, von Bach über Jazz bis zu den griechischen Liedermachern, ganz bescheiden. Aus den persönlichen Begegnungen lernt er auch, die Verschlagwortung der Medien zu perfektionieren – dies sei das Herz jeder Bücherei. So gibt es beispielsweise auch die Suchkategorie „Hochzeit“, weil eben schon häufig nach passender Musik für Trauungen gefragt wurde und sich dieser Bezug meist nicht direkt aus einem Albumtitel ergibt. Und nicht jeder will CDs ausleihen, manche bringen auch CDs.



Die vielseitige und manchmal auch viersaitige Musikbücherei: Manfred Ullrich machte bereits 1979 ein Praktikum im Falkenhaus. Seit 1982 gehört der heutige Leiter der Abteilung fest zum Team und hat in dieser Zeit das weite Feld Musik immer wieder neu präsentiert .

Bild: Georg Wagenbrenner

Die Bücherei hat einige langjährige Kooperationspartner, wie beispielsweise das Africa Festival, das über die Jahre die „Weltmusik“ in der Stadtbücherei mitgeprägt hat. Auch Würzburgs Musikschaffende bringen immer wieder ihre neuen Publikationen in der Musikbücherei vorbei.

Potential der Digitalisierung

Und was war vor der Compact Disk und der Langspielplatte? Über Jahrzehnte waren dies Notenbücher. Allein die Gesamtausgabe Mozarts füllte in der Abteilung über Jahrzehnte zwei komplette Regalwände. Was schließlich ins Magazin wandert, ist selbstverständlich nicht verloren, sondern weiter in der Suchmaschine und so kann man auch seltene Schätze wie beispielsweise sämtliche Noten, die dem Falkenhaus vom Komponisten Berthold Hummel vermacht wurden, weiter studieren oder ausleihen. Doch es ist wie in der gesamten Innenstadt: nicht alle Waren werden in den Schaufenstern der 1A-Lage präsentiert – im Falkenhaus wäre dies der großzügige Marktbereich im Erdgeschoss mit Ausstellungen im monatlichen Wechsel. Neue Ware drängt ständig nach. Die Digitalisierung bietet laut Ullrich auch bei der chronischen Raumnot der Stadtbücherei große Potentiale. Schon heute sieht man selbst in Konzertsälen auf den Notenständern immer häufiger Tablets. Dieser papierlose Trend dürfte sich weiter verstärken und auch die Musikbücherei in der Würzburger Stadtbücherei einmal mehr verändern; so wie eBooks und Tolino viele gedruckte Romane und Sachbücher ersetzt haben. Mit der Fortschreitung der Digitalisierung dürften weitere Regalmeter frei werden. Das Bibliotheks-Team wird sich auch für diese „unendlichen Weiten“ etwas einfallen lassen. ❐

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 20. Juni 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Arbeitsplatz Kommune**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz



DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de
www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Teichrettung


WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 20. Juni 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 12



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Söders Regierungserklärung im Landtag:

Bayern-Update für starke Wirtschaft

In seiner jüngsten Regierungserklärung hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder das Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030 vorgestellt. Mit diesem Programm setze die Staatsregierung einen klaren Wachstumsimpuls für den Wirtschaftsstandort Bayern, so der CSU-Parteichef. „Deutschland braucht eine völlig andere Wirtschaftspolitik. Wir können nicht auf die Ampel warten. Wir krempeln die Ärmel hoch und packen an. Daher legen wir ein Standort- und Motivationsprogramm mit fast 50 Neuerungen und über 100 Entbürokratisierungsmaßnahmen vor“, kündigte Söder an. Dieses umfasst die Themen Bürokratieabbau, Digitalisierung, Energie, Fachkräfte und Mittelstandsfinanzierung.

Bayerns Landeschef machte klar, dass Deutschland unter der Last zu vieler Vorschriften ächze: „Das können wir uns nicht mehr länger leisten. Wir brauchen einen schlankeren Staat, damit



Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Bild: www.bayern.de

sich unternehmerische und ehrenamtliche Kräfte wieder entfalten können.“ Deshalb solle im Landtag noch vor der Sommerpause ein Modernisierungsgesetz vorgelegt werden, dessen Ziel es sei, zehn Prozent aller Verwaltungsvorschriften abzubauen. Neue Gesetze soll es nur noch auf Bewährung geben. Werden sie nicht gebraucht, sollen sie nach fünf Jahren wieder abgeschafft werden.

Vorgesehen ist auch eine deutliche Entschlackung bzw. Vereinfachung des Baurechts. Für zahlreiche Maßnahmen wie Ausbauten oder Umwandlungen sollen keine Baugenehmigungen mehr notwendig sein. Geplant ist, Abstandsflächen zu flexibilisieren und landesweite Stellplatzpflichten zu streichen. Zudem soll das Vergaberecht deutlich gelockert werden. Auch im Bereich des Ehrenamts ist ein drastischer Abbau von Genehmigungspflichten vorgesehen. So sollen etwa Umzüge von Trachtlern und Vereinen künftig kostenfrei sein.

Flächendeckender KI-Einsatz

Um die Digitalisierung der Verwaltung zu vereinheitlichen und zu beschleunigen, unterstützt die Bayerische Staatsregierung die Kommunen mit 15 Millionen Euro und fördert den flächendeckenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried



Bild: Polizeipräsidium Oberbayern Nord

Nach dem „Jahrhunderthochwasser“:

Lehren aus der Katastrophe

Aufatmen in Bayerns Hochwasserregionen nach einer erneuten „Jahrhundertflut“: Die Pegelstände der Flüsse haben sich größtenteils wieder normalisiert, immer mehr betroffene Landkreise heben Badeverbote auf. Rund 84.000 Helferinnen und Helfer waren seit Beginn der Katastrophe im Einsatz und kämpften gegen die Wassermassen. Tausende Personen wurden evakuiert, mindestens sechs Todesopfer sind zu beklagen.

Seit dem Nachmittag des 31. Mai 2024 hatte das Unheil seinen Lauf genommen. Beginnend bei den kleineren Donauzuflüssen in Schwaben flossen Flutwellen Richtung Donau und darin weiter durch Oberbayern, die Oberpfalz und Niederbayern. Kleine Bäche wurden zu reißenden Strömen, ganze Stadtteile wurden überflutet. Zahlreiche Landkreise und kreisfreie Städte stellten den Katastrophenfall fest. Dank des großartigen Engagements zahlreicher haupt- und ehrenamtlicher Helfer konnte noch größerer Schaden abgewendet werden.

Dank an die Einsatzkräfte

Innenminister Joachim Herrmann dankte allen Einsatzkräften „und vor allem den vielen Ehrenamtlichen von Feuerwehr,

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gesundheitssystem vor großen Herausforderungen

Bayerische Landräte fordern von Bund und Freistaat die Sicherstellung der stationären und ambulanten Versorgung

„Die demografische Entwicklung stellt das gesamte Gesundheitssystem vor große Herausforderungen sowohl im stationären Bereich der Krankenhäuser als auch im Bereich der ambulanten Versorgung und der niedergelassenen Ärzte. Die Lage ist insgesamt besorgniserregend“, erklärte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin während der Schwerpunktklausur des Bayerischen Landkreistags in Deggendorf zum Thema „Kreiskrankenhäuser und medizinische Versorgung in den Landkreisen“.

Im Spiegel des aktuellen Stands der Krankenhausreform haben sich die bayerischen Landrätinnen und Landräte mit politisch Verantwortlichen wie der Bayerischen Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention, Judith Gerlach, MdL, und verschiedenen Fachreferenten über die Krankenhausreform, intersektorale Versorgungsmodelle und den ambulanten medizinischen Bereich ausgetauscht.



Thomas Karmasin. Bild: Bayerischer Landkreistag

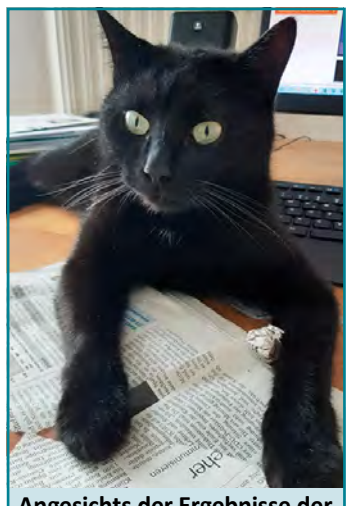
Hohe Betriebskostendefizite

„80 Prozent der Krankenhäuser haben hohe Betriebskostendefizite. Die Notfallpatienten landen nicht dort, wo sie hingehören. Der Rettungsdienst wird immer mehr zum Ausfallbürgen einer verfehlten Patientensteuerung. Diese müssen in die richtige Versorgungsstruktur gebracht werden. Im ambulanten Bereich sehen wir eine zunehmende Überalterung der Ärzte bei einem gleichzeitig gewandelten Berufsverständnis der jüngeren Ärztegeneration. In immer mehr ländlichen Gebieten gibt es weder im Krankenhaus noch in den Praxen Ärzte“, berichtete der Präsident.

Überholte Strukturen und Zuständigkeiten

Er kritisierte: „Gleichwohl hält die Politik an überholten Strukturen und Zuständigkeiten fest. Die Chancen der Digitalisierung und der Ambulantisierung werden viel zu wenig gesehen. Wir brauchen einen umfassenden Aktionsplan des Bundes und nicht ein Stückwerk, wie es die unabgestimmt nebeneinanderher laufenden Reformpläne zur Krankenhausversorgung und zur

(Fortsetzung auf Seite 4)



Angesichts der Ergebnisse der Kommunalwahlen, die zusammen mit der Europawahl in den „jungen“ Bundesländern durchgeführt wurden, stellt Rathauskater Pino die Gretchenfrage: „Wie hältst Du es mit der Zusammenarbeit?“
Seite 15

Doppelhaushalt 2024/25 im Landtag beschlossen:

150 Mrd. Euro für Bayerns Zukunft

Fast 30 Prozent des Haushalts fließen an Kommunen

Der Bayerische Landtag hat den Doppelhaushalt 2024/2025 auf den Weg gebracht. Insgesamt umfasst der Staatshaushalt 150 Mrd. Euro – für das Haushaltsjahr 2024 73,7 Mrd. Euro und für 2025 76,4 Mrd. Euro. Finanzminister Albert Füracker sprach von einem „starken Fundament für eine erfolgreiche Zukunft Bayerns“.

Der Freistaat habe im Gegensatz zum Bund „solide, vorausschauend und umsichtig“ geplant und führe seine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik „komplett ohne neue Schulden“ fort. Der Freistaat stehe auch weiterhin fest an der Seite seiner Kommunen: „Fast 30 Prozent unseres gesamten Haushaltsvolumens fließen in diesem Jahr an Bayerns Kommunen – das ist absolutes Top-Niveau!“, unterstrich der Finanzminister.

Im Bereich Bildung mit einem Gesamtetat von 32,7 Mrd. Euro setzt sich die CSU-Fraktion für mehr Personal und eine Stärkung der Digitalisierung an Bayerns Schulen ein. Insgesamt werden bis zum Jahr 2025 4.100 neue Stellen an den Schulen geschaffen. Rund 300 Mio. Euro werden für die Förderung der Beschaffung zusätzlicher mobiler Endgeräte sowie ein Medienbudget investiert. Für den flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten und der Mittagsbetreuung sind insgesamt knapp eine Milliarde Euro veranschlagt.

Neuer Höchststand

Mit einem Gesamtetat für den Bereich Wissenschaft und Kunst in Höhe von insgesamt 17,9 Mrd. Euro für beide Haushaltsjahre erreicht dieses Ressort einen neuen Höchststand. Einen Schwerpunkt setzt die Fraktion dabei erneut auf die Hightech-Agenda mit 900 Mio. Euro. Weiter gestärkt werden mit zusätzlich 140 Mio. Euro für die Jahre 2024/2025 auch die Bayerischen Universitätsklinika. Die Ausgaben für Kunst und Kultur werden um 72,1 Mio. Euro erhöht und erreichen mit knapp 1,7 Mrd. Euro Rekordhöhe.

Schwerpunkte beim Ressort Wohnen, Bauen und Verkehr sind die Mobilität und die Wohnraumförderung. Für die Mobilität werden die Mittel für den Schienenpersonennahverkehr weiter erhöht, sie steigen auf insgesamt 4,3 Mrd. Euro. Gleichzeitig werden auch die Gelder für Staatsstraßen massiv aufgestockt, hier gibt es ein neues Rekordniveau in Höhe von insgesamt 1,1 Mrd. Euro.

Wohnraumförderung so hoch wie nie zuvor

Für mehr Wohnraum im Freistaat werden insgesamt 1,8 Mrd. Euro in die staatliche Wohnraumförderung investiert, so viel wie noch nie zuvor. Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm, der Studentenraumförderung und der Bayerischen Holzbauförderung wird im Staatshaushalt die Wohnungsbaumilliarde wieder erreicht.

Im Bereich Umwelt mit einem Gesamtetat von 2,4 Mrd. Euro legt die CSU-Fraktion besonderen Wert auf Naturschutz und Landschaftspflege, Klima- und Hochwasserschutz sowie Arten-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Neues Projekt: Schule trifft Landtag 2
Justizministerkonferenz: Bayerische Inhalte 2
OpenSource ist nicht die Lösung aller Probleme 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Europa-Wahl: Migration bleibt große Aufgabe 3
Immunisierung mit Folgen 3
Online-Voting für Ehrenamtspreis 4
Breitband • IT • Digitalisierung . . . . . 5 - 9
Wasser • Abwasser . . . . . 10 - 11
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau • Forst • Feuerwehr . . . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 14 - 16

Frühjahrs-Justizministerkonferenz in Hannover:

Bayerische Inhalte

Mit inhaltlich wichtigen Vorhaben kann die 95. Justizministerkonferenz in Hannover aufwarten. Insgesamt wurden 66 rechtspolitische Themen behandelt und 50 Initiativen beschlossen. Als besonderen Erfolg der Konferenz werteten die Landesminister ihr gemeinsames Bekenntnis zur Stärkung des Grundgesetzes, des Bundesverfassungsgerichts und des gesamten Rechtsstaats.

Auf Initiative Bayerns fordert die Justizministerkonferenz den Bund nun unter anderem auf, wichtige Reformen zum Schutz der Menschen vor neuen Gefahren der digitalen Welt anzugehen. Laut Landesminister Georg Eisenreich zählt dazu ein besserer Schutz vor Mobbing und Cybermobbing, die bei Betroffenen zu enormen psychischen und auch körperlichen Schäden führen könnten – in Einzelfällen bis hin zu Suizid. Besonders gefährdet seien Kinder, Jugendliche und Frauen. Laut einer Studie der Techniker Krankenkasse und des „Bündnisses gegen Cybermobbing“ waren bereits Ende 2022 allein mehr als 1,8 Millionen Schülerinnen und Schüler von Cybermobbing betroffen.

Schutz der individuellen Lebensgestaltung

Auch im Lichte der aktuellen EU-Gesetzgebung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt stellten die Justizminister fest, dass nicht alle Fallgestaltungen strafrechtlich erfasst sind. Erörtert werden muss aus ihrer Sicht ein umfassender und effektiver strafrechtlicher Schutz gegen fortgesetzte systematische Beeinträchtigungen der individuellen Lebensgestaltung und der psychischen Integrität. Darüber hinaus sei es geboten, strafschärfende Regelungen für diejenigen Fälle zu prüfen, in denen die Täter einer Nachstellung bzw. fortgesetzten Belästigung die Tat im Auftrag oder mit Billigung eines (fremden) Staates begehen. Anwendungsfälle hierfür ergäben sich insbesondere für das Handeln autokratisch regierter Staaten, die in Deutschland lebende Oppositionelle durch regimetreue Anhänger verfolgen und belästigen lassen.

Die Forschung für KI-Anwendungen zu erleichtern, war eine weitere Forderung des Freistaats. Die Forschung an und die Nutzung von KI-Anwendungen in der Justiz bietet nach Auffassung der Justizminister großes Potenzial. KI-Anwendungen könnten für unterstützende Tätigkeiten z. B. bei der Strukturierung von Sachverhalten, der Bewältigung von Massenverfahren oder der Anonymisierung von Urteilen eingesetzt werden und so die Tätigkeit von Gerichten und Justizbehörden erleichtern.

Der Einsatz von KI sei daher ein wichtiger Baustein, um die Justiz angesichts immer komplexer werdender Verfahren und knapper werdender Ressourcen zukunftsfest auszugestalten.

Jedoch wurde darauf hingewiesen, dass die Forschung an KI-Anwendungen für den Einsatz in der Justiz zum Teil urheberrechtlichen Problemen begegnet: Für KI-Projekte sei es oftmals erforderlich, große Mengen an anwaltlichen Schriftsätzen, die potenziell urheberrechtlich geschützt sind, im Wege des Text- und Data Mining auszuwerten. Hierfür könnten sich die Justizstellen, die über die Schriftsätze verfügen, auf die Schranke für das Text- und Data Mining nach § 44b UrhG berufen.

Phänomen Cybertrading

Zudem befassten sich die Justizminister – unter anderem auf Antrag Bayerns – mit dem aktuellen Phänomen betrügerischer Anlageplattformen im Internet (sog. Cybertrading), durch die Privatanleger durch angeblich attraktive Geldanlagen hohe Verluste erleiden. Die psychologisch geschulten Täter operieren aus dem Ausland und sind der Organisierten Kriminalität zuzuordnen. Die Ermittlungsverfahren gegen die Betreiber der Anlageplattformen, die Polizei und Staatsanwaltschaften bundesweit führen, sind daher regelmäßig äußerst komplex und weisen immer internationale Bezüge auf.

Eisenreich zufolge ist der verursachte Schaden enorm hoch. Allein bei der Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) seien seit 2017 bereits mehr als 8.000 Anzeigen zu rund 1.950 betrügerischen Trading-Plattformen eingegangen. In einem einzelnen Verfahren vor dem Landgericht Regensburg habe der Gesamtschaden 77 Millionen Euro betragen. Insgesamt würden seit 2017 in Bayern Verfahren mit einem Gesamtschaden von 350 Millionen Euro geführt. Die Dunkelziffer dürfte noch um einiges höher liegen.

Effektive Strafverfolgung

Die Landesminister stimmen in Hannover darin überein, dass eine effektive Strafverfolgung auch im Phänomenbereich Cybertrading insbesondere auch zum Schutz des Vermögens der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich ist. Angesichts der großen Anzahl der sich ständig wandelnden betrügerischen Plattformen, der länderübergreifenden und internationalen Bezüge der Ermittlungsverfahren und der Vielzahl an Spuren und Ermittlungsansätzen sprachen sich die Justizminister für die Bündelung von Informationen aus verschiedenen Ermittlungsverfahren mittels einer beim Bundeskriminalamt angesiedelten zentralen Informationsplattform ebenso aus wie für den Informationsaustausch unter den Strafverfolgungsbehörden.

Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung

Die Konferenz setzt sich auf Vorschlag Bayerns auch für eine Prüfung ein, ob und unter welchen Voraussetzungen öffentliche Aufrufe zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung strafrechtlich geahndet werden können. Wie Eisenreich erläuterte, „sind bislang öffentliche Aufrufe zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland für sich genommen nicht strafbar. Deshalb hat die Justizministerkonferenz den Bundesjustizminister gebeten, die Möglichkeiten für eine strafrechtliche Ahndung zu prüfen. Anlass für diesen bayerischen Antrag waren öffentliche Forderungen nach Einführung eines Kalifats. Das ist völlig inakzeptabel.“

Beschleunigung von Asylverfahren

Überdies wurden die Möglichkeiten der weiteren Beschleunigung asylgerichtlicher Verfahren erörtert. Die Verfahrenslaufzeiten asylgerichtlicher Verfahren haben sich bereits deutlich verkürzt. Ergänzend soll die Verwaltungsgerichtsbarkeit auch künftig in dem Ziel, die Verfahrenslaufzeiten insgesamt weiter zu reduzieren, unterstützt werden. Dazu wird eine Arbeitsgruppe zur nächsten Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister die Ergebnisse ihrer Beratungen vorlegen.

Reform des Verkehrsstrafrechts

Auf Initiative Bayerns schlugen die Justizminister außerdem eine Reform des Verkehrsstrafrechts vor. Nach Eisenreichs Angaben starben vergangenes Jahr in Bayern im Straßenverkehr 37 Menschen bei Unfällen mit Fahrern unter Alkoholeinfluss und zehn bei Unfällen mit Fahrern unter Drogeneinfluss. „Ich befürchte, dass die Teillegalisierung von Cannabis zu einem Anstieg schwerer Verkehrsunfälle führen wird. Das Verkehrsstrafrecht muss auch vor diesem Hintergrund dringend reformiert werden. Es bietet in einigen Bereichen keinen ausreichenden Schutz.“

Verbesserungsbedarf besteht insbesondere mit Blick auf folgende Fallgestaltungen: die Verursachung tödlicher Verkehrsunfälle unter dem Einfluss von Rauschmitteln, verbotene Kraftfahrzeugrennen mit schwerwiegenden Unfallfolgen und das Werfen von Gegenständen auf fahrende Kraftfahrzeuge. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Schmid
Stadt Vohburg/Donau
am 01.07.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Uwe Emmert
Markt Wilhermsdorf
am 21.06.

Bürgermeister Herbert Preuß
Gemeinde Kollnburg
am 22.06.

Bürgermeisterin Susanne Fischer
Markt Kirchheim
am 26.06.

Landrat Richard Reisinger
Landkreis Amberg-Sulzbach
am 02.07.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Neues Projekt des Bayerischen Landtags zur politischen Bildung:

„Schule trifft Landtag“

Der Bayerische Landtag startet ein neues Projekt zur Förderung der politischen Bildung und zur Demokratieerziehung. Unter dem Motto „Schule trifft Landtag – Landtagspräsidentin Ilse Aigner zu Besuch“ tritt die Präsidentin der bayerischen Volksvertretung in den Austausch mit Schülerinnen und Schülern in ganz Bayern.

Geplant sind Besuche unterschiedlicher Schularten in allen Regierungsbezirken, bei denen die Landtagspräsidentin im Rahmen einer Doppelstunde mit Jugendlichen über Fragen und Erwartungen zum Thema „Demokratie“ diskutiert. Erste Station war am Montag, 17. Juni 2024 das Hardenberg-Gymnasium in Fürth.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner betont: „Die Lehrkräfte in Bayern arbeiten unermüdlich daran, einer heute sehr heterogenen Schülerschaft den Wert und die Bedeutung unserer Demokratie nahezubringen. Das ist aktuell wichtiger denn je. Denn die Demokratie steht im Feuer – Angriffe von innen und von außen setzen ihr zu. Als Landtag wollen wir auf allen Ebenen mithelfen, unsere Gesellschaft für die Zukunft stark gegen die Feinde der Demokratie aufzustellen! Deshalb habe ich angeregt, das bewährte Angebot der bayerischen Volksvertretung zur Demokratieförderung um einen weiteren Baustein zu ergänzen: Ich freue mich sehr auf eine Doppelstunde Demokratie mit Schülerinnen und Schülern, bei der wir uns intensiv unterhalten wollen über die beste Staatsform, die es gibt!“

Auftakt der neuen Reihe bildet der Besuch des Hardenberg-Gymnasiums. Die Schule in der Fürther Südstadt gehört mit ihren 1330 Schülerinnen und Schülern unterschiedlichster Herkunft zu den zehn größten Gymnasien in Bayern. Respektvoller Umgang miteinander, gegenseitige Wertschätzung sowie Toleranz gehören zu den wichtigsten Leitzielen des Hardenberg-Gymnasiums. Der Schule ist es ein Anliegen, mit zahlreichen Projekten (u.a. Juniorwahl, Model United Nations und Betzavta) das Demokratieverständnis zu stärken und Raum für Diskussionen zu schaffen. ❐

OpenSource ist nicht die Lösung aller Probleme

In den letzten Wochen beherrschten Berichte über die weltweite sicherheitstechnische beinahe Katastrophe um SSH, bzw. der eingebundenen Bibliothek „liblzma.so“ die Fachpresse und erschüttern die OpenSource-Szene. Nach bisherigen Erkenntnissen hatten chinesische Angreifer es fast geschafft, durch Social Engineering und technische Manipulation, eine Hintertür im weltweit in Sicherheitskreisen gebräuchlichen Tool SSH zu platzieren. Dabei wurde der Schadcode erst im finalen Binary eingefügt, so dass dieser im Quellcode nicht sichtbar ist. Die Art der dabei verwendeten Hintertür wird von Geheimdiensten bevorzugt, weil sie ihnen exklusiven Zugang zu den kompromittierten Rechnern bietet.

Entdeckt wurde der Hack zufällig durch einen misstrauischen deutschen Microsoft-Mitarbeiter, der sich über die hohe Prozessorlast des SSH-Tasks in seiner unstable-Linux-Version wunderte. Tausenden anderen Usern war dies jedoch nicht aufgefallen. Wäre der Angriff nicht entdeckt worden, wäre die Version wahrscheinlich bald in die Stable-Version von Linux-Distributionen übernommen worden, weil (vermutlich Fake-)Nutzer in der Szene bereits intensiv darauf drängten.

Dieser Vorgang kann von zwei Seiten betrachtet werden:

1. OpenSource hat bewiesen, dass es funktioniert, weil die Manipulation entdeckt wurde.
2. OpenSource ist ein Sicherheitsrisiko, weil jeder mitarbeiten kann und einige Staaten potenziell die größeren Ressourcen für ihre Zwecke aufwenden können.

Die vom DATABUND bereits seit längerem vorgetragene Warnung, dass OpenSource nicht alle Probleme löst und teilweise alte Probleme durch neue ersetzt, hat sich bewahrheitet. In der Theorie ist OpenSource eine gute Sache. Aber im Grunde kann wie bei einer Blockchain eine ausreichend große Menge von personellen Ressourcen das System korrumpieren.

Bereits in der Standardisierung wendet China diese Strategie seit über 10 Jahren an. Durch eine schiere Masse von Personen, die in die Gremien geworfen werden und die dann die Bildung von immer mehr Untergliederungen und Untergruppen vorantreiben, übernehmen sie in dem Moment die alleinige Steuerung, wo westliche Länder nicht mehr die Ressourcen haben, all diese Gremien zu besetzen. Im OpenSource-Bereich kann eine ähnliche Strategie genauso zum Erfolg führen und niemand kann sagen, ob sie nicht in einem oder mehreren anderen Fällen bereits erfolgreich gewesen ist. Die Kontrolle des Quellcodes funktioniert nur so lange, wie ausreichende Ressourcen für eine ausführliche und gewissenhafte Kontrolle vorhanden sind. Hinzu kommt, dass niemand die Verantwortung für Quellcode und dessen Kontrolle übernimmt. Fahrlässigkeit und Fehlverhalten haben keine wirtschaftlichen und juristischen Konsequenzen für einen Community-Entwickler. Keine öffentliche Verwaltung würde jedoch eine Software beschaffen, für die nicht die Funktionsfähigkeit garantiert und gehaftet wird.

Abschließend sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es ein deutscher Microsoft-Entwickler war, der den Hack aufgedeckt hat. Ohne Microsoft wäre dieser vielleicht unentdeckt geblieben, oder zu spät erkannt worden. Microsoft und andere große Softwarehersteller zu verbannen, wie es Schleswig-Holstein gerade vormacht, kann hier schnell zu einem Bumerang für die IT-Sicherheit werden.

DATABUND tritt für eine sachliche Abwägung und Auswahl von Software ein, für einen offenen Wettbewerb von Lösungen, ohne diesen durch Festlegung eines Lizenzmodells einzuschränken. Die Softwarewelt ist nicht nur schwarz und weiß. Digital souverän ist, wer nicht nur auf ein Lizenzmodell setzt, sondern sich Optionen offenhält und mehrgleisig fährt. ❐

Jahresbericht 2023 der Bundesnetzagentur:

Marktzahlen Telekommunikation

In ihrem Jahresbericht zu Aktivitäten und Regulierungsentscheidungen im Sektor Telekommunikation verweist die Bundesnetzagentur auf konstante Investitionen. Mit 13,2 Mrd. Euro lagen sie in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Investitionsschwerpunkte der Unternehmen hätten erneut im Ausbau von Glasfaser- und 5G-Netzen gelegen.

Auf 17,9 Mio. (+37 Prozent) erhöhte sich die Anzahl der mit Glasfaser versorgten bzw. unmittelbar erreichbaren Endkunden (Homes Passed). Einen geringeren Anstieg (14 Prozent) von 6,4 Mio. im Jahr 2022 auf 7,3 Mio. im Jahr 2023 verzeichneten dagegen die aktiven und nicht aktiven Glasfaseranschlüsse (Homes Connected). Zugleich nahm die Verbreitung aktiver Glasfaseranschlüsse auf 4,3 Mio. zu und übertraf damit den Bestand Ende 2022 um ca. 900.000.

Der Anteil aktiver FTTH/FTTB-Anschlüsse (Homes Activated) an den gesamten aktiven Breitbandanschlüssen in Festnetzen ist von 9,1 Prozent im Jahr 2022 auf 11,2 Prozent zum Jahresende 2023 angewachsen. Die geringe Verbreitung solcher Anschlüsse ist im Wesentlichen auf den hohen Versorgungsgrad mit bestehenden leistungsfähigen Infrastrukturen (VDSL-Vectoring und HFC-Netze) zurückzuführen. Aufgrund steigender Nachfrage nach höheren Datenraten wird für die kommenden Jahre erwartet, dass sich der FTTH/FTTB-Anteil deutlich erhöhen wird.

Dagegen setzt sich der kontinuierliche Rückgang von Festetzgesprächsvolumen, der durch die Pandemie unterbrochen wurde, weiter fort. Das über Festnetze abgewickelte Gesprächsvolumen im Jahr 2023 ging gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent auf 64 Mrd. Gesprächsminuten zurück.

Vergangenes Jahr wurden über Mobilfunknetze im Inland rund 153,5 Mrd. abgehende Gesprächsminuten geführt. Dies entspricht im Durchschnitt rund 122 Minuten monatlich pro aktivem SIM-Profil. Insgesamt ist das über Mobilfunknetze im Inland abgewickelte Gesprächsvolumen im Jahr 2023 mit einer Abnahme um knapp vier Prozent gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Dies lässt sich unter anderem durch die zunehmende Nutzung von nummernunabhängigen interpersonellen Telekommunikationsdiensten, insbesondere von Messenger- und Videokonferenz-Diensten, erklären.

Im Jahr 2023 wurden 15,8 Mrd. (2022: 13,3 Mrd.) abgehende Sprachtelefonie-Anrufe sowie 8,2 Mrd. (2022: 7,7 Mrd.) abgehende Video-Anrufe über Messenger- und Videokonferenz-Dienste geführt. Das jeweilige Gesprächsvolumen ist dabei auf insgesamt 175,1 Mrd. (2022: 121,0 Mrd.) Sprachtelefonie-Minuten sowie auf 176,4 Mrd. (2022: 143,2 Mrd.) Videotelefonie-Minuten angewachsen. Zudem wurden im Jahr 2023 insgesamt 891,4 Mrd. (2022: 805,4 Mrd.) Sofortnachrichten über Messenger- und Videokonferenz-Dienste versendet.

Insgesamt wurde im Berichtsjahr in Festnetzen deutschlandweit ein Datenvolumen von rund 132 Mrd. GB übertragen. Dies entspricht im Durchschnitt einem Datenvolumen von ca. 287 GB pro Anschluss und Monat. Im Vergleich zum Jahr 2022 stieg das in Festnetzen übertragene Datenvolumen um rund 11 Mrd. GB.

Das durchschnittlich genutzte Datenvolumen in Mobilfunknetzen pro aktivem SIM-Profil und Monat erhöhte sich gegenüber 2022 um etwa 36 Prozent auf 7,2 GB. Nach Erhebungen der Bundesnetzagentur belief sich das übertragene Datenvolumen über Mobilfunknetze im Inland im Jahr 2023 auf 9.118 Mio. GB gegenüber 6.714 Mio. GB im Jahr 2022. Der überwiegende Teil (91 Prozent) des Datenverkehrs wurde dabei über LTE realisiert, sechs Prozent des Datenverkehrs über das 5G-Netz und drei Prozent des Datenverkehrs über das GSM-Netz (2G) abgewickelt.

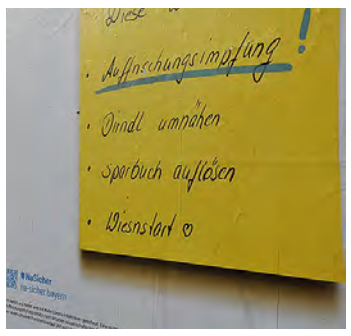
„Die Zahlen der Bundesnetzagentur bestätigen den bereits in der Breko-Marktanalyse 2023 erkennbaren Trend: Der Glasfaserausbau läuft auf Hochtouren“, erläuterte Sven Knapp, Leiter des Hauptstadtbüros beim Bundesverband Breitbandkommunikation, die Berichtszahlen. „Der im Vergleich zum Vorjahr nochmal gesteigerte Zuwachs an verfügbaren Glasfaseranschlüssen zeigt, dass weiter stark investiert wird. Der leichte Investitionsrückgang im Telekommunikationsmarkt insgesamt betrifft wohl vorwiegend die kupferbasierten Brückentechnologien DSL und TV-Kabel, deren 2022 begonnener Abwärtstrend sich 2023 verstetigt hat. Um diese positiven Entwicklungen fortzuführen, braucht es jedoch bessere Rahmenbedingungen, insbesondere ein Ende des strategisch-destruktiven Glasfaser-Doppelausbaus, und bessere Aufklärung, damit mehr Bürgerinnen und Bürger die verfügbaren Glasfaseranschlüsse auch nutzen.“ **DK**

Immunisierung mit Folgen

Inzwischen wurde in Bayern in 141 Fällen ein Corona-Impfschaden anerkannt

Unvergessen sind die Worte von Karl Lauterbach am 13. Februar 2022 bei „Anne Will“. „Die Impfungen sind halt mehr oder weniger nebenwirkungsfrei. Das muss immer wieder gesagt werden“, hatte der Bundesgesundheitsminister betont. Heute wissen wir: Es gibt Impfschäden. Es gibt sie ziemlich oft. Und einige sind höchst gravierend. Einzelne Impfgeschädigte in Bayern erhalten inzwischen auch Leistungen. Gezahlt werden sie vermutlich größtenteils aus Steuergeldern. Denn die Hersteller wollten nicht haften.

Relativ bald nach Beginn der Impfkampagne stellte sich heraus, dass die Corona-Impfungen nicht die Patentlösung zur Beendigung der Corona-Krise



Millionen-Beträge wurden staatlicherseits in Propaganda investiert, um die Menschen zur mehrfachen Impfung zu motivieren. Großformatige Anzeigen-Kampagnen, Bratwurst-Einladungen und andere Skurrilitäten waren an der Tagesordnung. Bild: Pat Christ

sein würden. Denn etliche sogar vielfach Geimpfte infizierten sich trotz Immunisierung. Zum Teil erkranken sie sogar schwer an Covid-19. Inzwischen sind aber auch so viele Fälle schwerer Impfschädigungen bekannt, dass niemand mehr das Thema „Nebenwirkungen“ als unwichtig abtun kann. Allein beim Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) in Bayreuth gingen bisher fast 2.470 Anträge auf Anerkennung eines Impfschadens ein.

„141 Fälle wurden davon bisher anerkannt“, teilt Pressesprecherin Inge Wolff auf Anfrage der Bayerischen GemeindeZeitung mit. In etwas mehr als 1.900 Fällen wurden die Anträge abgelehnt – und zwar hauptsächlich deshalb, weil keine auf eine Impfung kausal zurückzuführende gesundheitliche Schädigung festgestellt werden konnte.

„In einigen Fällen lag auch eine vorübergehende, letztendlich aber abgeheilte Gesundheitsstörung vor“, erläutert Inge Wolff. Eine Leistung konnte dafür nicht gewährt werden, weil der Antrag außerhalb der dafür erforderlichen Frist gestellt worden war. In 76 Fällen wurden die Anträge zurückgenommen oder auf eine andere Weise erledigt. Zum Beispiel kam es vor, dass der Antrag an ein anderes Bundesland abgegeben wurde: „Offen sind aktuell noch 611 Fälle.“ Die Betroffenen schildern die unterschiedlichsten Beschwerden: „Nahezu alle denkbaren Erkrankungen werden als Impfkomplikation geltend gemacht.“ Statistisch erfasst werde dies nicht.

Dreimal Bestattungsgeld

In 40 Fällen werden monatliche Rentenleistungen oder weitere Leistungen gezahlt. In drei Fällen gab es ein Bestattungsgeld. Wie viel pro Monat gezahlt wird, kann höchst unterschiedlich sein. Unter anderem ist dies vom jeweiligen Einkommen abhängig.

„Die genauen Höhen der monatlichen Rentenleistungen sind nicht mit vertretbarem Aufwand anzugeben“, so Inge Wolff. Zudem stünden exakteren Angaben datenschutzrechtliche Gründe entgegen: „Bei weiterer Ausdifferenzierung von Einzelfällen könnten Rückschlüsse auf diese gezogen werden.“ Dies bedeutet, dass nicht klar ist, wie viel den bayerischen Steuerzahler die Corona-Impfschäden im Moment kosten. Ob und in welcher Höhe Hersteller bisher Leistungen für Impfschäden erbracht haben, kann das ZBFS nicht sagen: „Soweit uns aus der Presse bekannt ist, sind vor einigen Zivilgerichten Klagen anhängig.“

Über alle Impfungen hinweg erhalten aktuell in Bayern 437 Personen Versorgungsleistungen, die ihren Rechtsgrund im Impfschadensrecht haben: „Eine Differenzierung nach der Art der Impfung erfolgt nicht.“ Im vergangenen Jahr wurden insgesamt knapp 12 Millionen Euro an Rentenzahlungen für impfgeschädigte Personen erbracht. „Eine Differenzierung nach Art der Impfung ist nicht möglich“, so Inge Wolff.

Ebenfalls über alle Impfungen hinweg wurde 2023 für 13 Kinder in Bayern erstmalig ein Antrag auf Leistungen nach dem bis Ende 2023 geltenden Infektionsschutzgesetz gestellt. Neun der Anträge wurden abgelehnt, vier sind noch in Bearbeitung. Heuer wurde für zwei Kinder ein Antrag auf Leistungen nach dem SGB XIV bei Impfschäden gestellt. Beide Fälle befinden sich in Bearbeitung.

Medizinische Befunde

Die auf die Corona-Impfung bezogenen Anträge zu bearbeiten, ist für das ZBFS nicht einfach. „Je nach Lage des Einzelfalls werden durch die Verwaltung die notwendigen Informationen eingeholt“, so Inge Wolff. Angefordert werden zum Beispiel medizinische Befunde, außerdem muss aus dem Antrag hervorgehen, wann genau und was genau geimpft wurde. All dies muss eindeutig nachgewiesen sein: „Zum Beispiel durch Eintragung im Impfpass.“ Bei Anträgen im Kontext der Corona-Impfungen sei das in aller Regel kein Problem.

Liegen alle Unterlagen vor, beginnt der ärztliche Dienst des Zentrums Bayern Familie und Soziales, die Akten zu prüfen. Im Vordergrund steht die Frage, ob die vom Antragsteller geschilderte, gesundheitliche Störung oder die gesundheitliche Schädigung tatsächlich, also kausal, auf die Impfung bezogen werden kann. „In komplexen Fällen kann auch ein externes ärztliches Gutachten eingeholt werden“, so die Pressesprecherin.

In jedem Fall muss ein kausaler Zusammenhang deutlich über den Zeitpunkt der Impfung hinausgehen. Gesetzlichen Vorgaben zufolge kann frühestens sechs Monate nach einem schädigenden Ereignis von einer dauerhaften Schädigungsfolge ausgegangen werden. Ergibt sich ein langanhaltender, kausaler Zusammenhang zur Impfung, werden die Schädigungsfolgen bezeichnet und ein Grad der Schädigungsfolgen (GdS) festgelegt: „Der festgestellte GdS ist dann Grundlage für zustehende Leistungen.“

Die Verfahrensdauer hängt davon ab, wie schnell die benötigten Informationen vorliegen. Oft seien Mitarbeiter des ZBFS auf Informationen der antragstellenden Personen angewiesen, so Inge Wolff. Ein eigenes Team zur Bearbeitung von Anträgen, die von Menschen gestellt worden, die einen Corona-Impfschaden bei sich befürchten, existiert nicht.

Freigeklagte RKI-Protokolle

Das Thema „Corona-Impfung“ gewinnt durch die freigeklagten RKI-Protokolle an Brisanz. Anders, als nach außen verkündet und medial wiedergegeben, scheint es im Robert-Koch-Institut diesen Protokollen zufolge erhebliche Bedenken der Impfung gegenüber gegeben zu haben. So soll die Ständige Impfkommission (STIKO) Ende Oktober 2020 erklärt haben, dass sie „ungern so ohne Phase III Studienergebnisse Empfehlungen verfassen“ möchte. Zur Erinnerung: Zu Beginn der Impfkampagne war die Phase III der Impfstoffentwicklung noch nicht abgeschlossen gewesen.

Am 1. Juni nahm sich das ZDF der RKI-Protokolle an. In ihrem Beitrag verweist die Redaktion auf eine brisante Stelle von Anfang 2021. „Impfstoffwirkung ist noch nicht bekannt“, steht im Protokoll mit Datum 8. Januar 2021. Der erste Impfstoff war damals schon mehr als zwei Wochen zugelassen. Anzunehmen ist, dass sich viele Menschen nicht hätten impfen lassen, hätten sie dies gewusst. Das ZDF allerdings relativiert in seiner Einordnung der RKI-Protokolle mit den Worten: „Manche der entschwärzten Stellen zu Impfstoffen und anderen Themen taugen nur zum Skandal, wenn man sie missversteht.“

„Erfahrungen sammeln“

„Der vermeintliche Widerspruch erklärt sich, da es an dieser Protokollstelle nicht um die grundsätzliche Wirkung eines Impfstoffs geht, sondern ausschließlich um Geimpfte, die sich doch infizieren“, beruhigt das ZDF. Entsprechend habe sich das RKI laut Protokoll deshalb auch damit schwergetan, eine vom Bundesgesundheitsministerium geforderte Empfehlung zu Quarantäne-Regeln für Geimpfte zu formulieren. „Wir müssen noch Erfahrungen mit Geimpften sammeln“, ist im Protokoll zu lesen.

Allerdings steht am 8. Januar noch mehr in den Protokollen, als das ZDF widergibt. Nämlich nicht nur: „Impfstoffwirkung ist noch nicht bekannt.“ Sondern auch, wie die „Schwäbische“ am 30. Mai diesen Jahres berichtet: „Dauer des Schutzes ist ebenfalls unbekannt“. Laut Statista hatten vier Wochen später bereits 2.370.735 Menschen in Deutschland die Erstimpfung erhalten. Weitere vier Wochen später waren es 5.420.388.

Die „Schwäbische“ gehört zu den bisher erst wenigen Zeitungen, die sich die RKI-Protokolle ganz genau anschauen. Aus dem Beitrag von Ende Mai erfährt der Leser, was unter dem Überpunkt „Update Impfung“ im Protokoll vom 19. Februar 2021 steht: „Wenn niedergelassene ÄrztInnen impfen, sind zeitnahe Infos über das Schicksal der Impflinge unwahrscheinlich. Wird das Monitoring dann eingestellt? Wie soll dann vorgegangen werden?“

Langes Schweigen

Aus den zunächst geschwärzten, nun öffentlich zugänglichen Stellen geht weiter hervor, dass die Möglichkeit von Impfdurchbrüchen mindestens seit 1. März 2021 bekannt war. Die „Schwäbische“ zitiert die entsprechende Stelle aus dem Protokoll: „Nach der Vorstellung von ZIG2 zur Evidenz von Reinfektionen und Infektionen von Geimpften sowie dem Vorgehen anderer Länder (Israel), EU-Plänen zu Impfausweis sollte die Empfehlung des RKI zu Quarantäne von Geimpften und Genesenen in Zukunft angepasst werden.“ In der Öffentlichkeit wurde hierüber vier volle Monate lang geschwiegen.

Auch über Impfnebenwirkungen wurde im Robert-Koch-Institut früh diskutiert. Schon in den ersten Wochen im ersten Quartal 2021 kam es bekanntlich zu zwölf Fällen von Sinusvenenthrombose bei Frauen im Alter 55+ nach einer Impfung mit AstraZeneca. Später wurde AstraZeneca deshalb durch mRNA-Stoffe ersetzt.

Brisant ist auch die Aussage vom 5. März 2021. Im Protokoll ist festgehalten: „Das Impfzertifikat soll die Erfassung von Impfwirkung, Spätfolgen etc. ermöglichen, nicht Grundlage für Kategorien und Vorrechte sein.“ Der „Nordkurier“ berichtete hierüber in einem langen Beitrag vom 24. März diesen Jahres. Der explizite Verweis darauf, dass das Impfzertifikat der „Erfassung von Spätfolgen“ dienen sollte, ist für Autor Philippe Debionne „brisant“: „Denn diese Gefahr gab es offiziell nicht.“

Keine Langzeitfolgen?

Er verweist auf Klaus Cichutek, der als Chef des Paul-Ehrlich-Instituts Anfang 2022 sagte: „In der Regel haben die Impfstoffe keine unerwünschten Langzeitfolgen, die im ursächlichen Zusammenhang mit den Impfungen stehen. Häufig meinen besorgte Bürgerinnen und Bürger mit Langzeitfolgen Nebenwirkungen, die erst spät auftreten. Diese Sorgen sind unberechtigt.“

Am 25. Oktober 2021 verlautbarte die Bild-Zeitung: „Wissenschaftlicher Konsens ist das, was Carsten Watzl (49), Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Immunologie, so formuliert: ‚Was offensichtlich viele Menschen unter Langzeitfolgen verstehen, nämlich dass ich heute geimpft werde und nächstes Jahr eine Nebenwirkung auftritt, das gibt es nicht, hat es noch nie gegeben und wird auch bei der Covid-19-Impfung nicht auftreten.“ Mindestens 141 Fälle allein in Bayern sprechen hiergegen.

Pat Christ

Verzweifelten eine Stimme geben

Mehr als zwei Millionen Klicks auf verschiegenen Plattformen hat inzwischen eine Dokumentation, die es Menschen ermöglicht, über ihre – teilweise sehr schweren – Schäden zu sprechen, die sie auf Impfungen zurückführen, mit denen sie sich vor einer Corona-Erkrankung schützen wollten – oder sollten. Denn viele von ihnen hätten ohne den angeblich „kleinen Pieks“ ihren Beruf nicht weiter ausüben dürfen, oder kranke Angehörige nicht mehr besuchen können. Die Einschränkungen, die Ungeimpfte hinnehmen mussten, waren vielfältig. Oftmals auch die Anfeindungen.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat inzwischen zugegeben, dass es zu Impfschäden gekommen ist und schnelle Hilfe versprochen. Darauf warten viele Betroffene nach wie vor.

Informationen:
https://www.youtube.com/@COLLATERAL2024 ❐

Landesamt für Statistik zum Klimaschutz in Bayern:

Prozessbedingte CO2-Emissionen seit 1990 rückläufig

Historische Werte erstmals berechnet

Kohlendioxid (CO2) ist das mengenmäßig relevanteste Treibhausgas. Es entsteht vor allem durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Erdöl und Erdgas, beispielsweise zur Erzeugung von Strom und Wärme als sogenannte energiebedingte Emission. Daneben gibt es unter anderem die prozessbedingten CO2-Emissionen der Industrie aufgrund chemischer Reaktionen, zum Beispiel bei der Herstellung von Zement, Ziegeln, Glas oder Hüttenaluminium.

Das Bayerische Klimaschutzgesetz sieht vor, dass die Treibhausgasemissionen je Einwohner bis 2030 um mindestens 65 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990 reduziert werden sollen. Um die Fortschritte bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen bemessen zu können, müssen zunächst die historischen Emissionswerte auch einschließlich der prozessbedingten CO2-Emissionen, die bisher noch nicht vorlagen, erfasst werden. Ein spannender Fachbeitrag der aktuellen Ausgabe von „Bayern in Zahlen“ beschreibt das aufwendige Verfahren zur Erfassung und Berechnung dieser Werte für die Jahre 1990 bis 1994, stellt wesentliche Ergebnisse vor und setzt die bayerische Vorgehensweise in Relation zur Bundesmethodik. ❐

GZ **KOLUMNE** Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

vor wenigen Tagen fand die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Wir alle wissen, dass Europa und die Europäische Union für unsere kommunale Ebene von herausragender Bedeutung sind.

Auf der einen Seite werden dort politische Vorgaben beschlossen, die dann in der Folge vor Ort in den Landkreisen, Städten und Gemeinden planungsrechtlich, baurechtlich und verwaltungstechnisch umgesetzt werden müssen. Auf der anderen Seite kommen die Kommunen – nach der Überwindung der einen oder anderen bürokratischen Hürde – auch vielfältig in den Genuss europäischer Förderungen. Ich denke dabei an die Bereiche Strukturentwicklung und Arbeitsmarktförderung oder an soziale Projekte, die aus den EFRE und ESF-Fonds unterstützt werden. Kommunale Projekte im ländlichen Raum profitieren zudem seit geraumer Zeit durch die finanzielle Unterstützung der LEADER-Förderung. Darüber gilt der Grundsatz, dass Deutschland als wirtschaftsstärkstes Land der EU der größte Nutznießer des europäischen Binnenhandels ist. Das darf man nicht vergessen.

Europawahl: Migrationsfrage bleibt große Aufgabe

Jetzt aber zum Ausgang der Europawahl: Positiv sehe ich die auf Bundesebene vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung mit 64,8 Prozent. Das gab es seit der Wiedervereinigung noch nie in Deutschland und Demokratie lebt ja bekanntlich vom Mitmachen.

Ebenfalls positiv: Die demokratische Mitte des Parteienspektrums bleibt im EU-Parlament stabil – trotz den besorgniserregenden Zuwächsen von Populisten und Radikalen.

Ein weiterer Erkenntnisgewinn: Die deutschen Ampel-Parteien kommen zusammen nur auf etwas mehr als 30 Prozent der Stimmen und haben als Bundesregierung in der Bevölkerung keine Mehrheit für ihre Politik. Die Analysten sprechen hier davon, dass die Ampel durch dauerhaften Parteienstreit, mangelhafte Umsetzung wichtiger politischer Vorhaben sowie eine schwache politische Führung dies selbst zu verantworten hätte. Hier kann man kaum widersprechen, denn auch die Kommunen hat die derzeitige Bundesregierung leider mehrfach im Regen stehen lassen – man denke nur an die komplett verfehlte Zuwanderungspolitik.

Apropos Zuwanderung – eine der größten Aufgaben, die von dem neuen EU-Parlament zusammen mit der neuen EU-Kommission und den Regierungschefs neben die übergeordneten Aufgaben der Friedens- und Wohlstandssicherung dauerhaft gelöst werden muss, ist die Migrationsfrage. Hier haben wir uns als KPV immer wieder deutlich positioniert und bleiben bei unserer Haltung:

Wir brauchen einen klaren Kurs bei der Asyl- und Flüchtlingsfrage, denn nur ein gemeinsamer Kraftakt von Europa, Bundesregierung und Freistaat kann das Ruder bei der Migration noch herumzureißen und ein langfristiges, geordnetes und gesteuertes System etablieren.

Was Europa angeht, war der EU-Migrationspakt vom April dieses Jahres ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg muss jetzt von dem durch die Wahlen neu aufgestellten Europäischen Parlament fortgesetzt werden. Als KPV stehen wir dazu im Sinne der kommunalen Familie in ständigem Dialog mit unseren zuständigen Mandatsträgern und politischen Entscheidern auf bayerischer, bundesdeutscher und europäischer Ebene.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Lehren aus der ...

(Fortsetzung von Seite 1)
THW und Hilfsorganisationen, die unermüdlich geschuftet haben, um unsere Bürgerinnen und Bürger vor dem Hochwasser zu schützen“.

Gleichwohl hat die Hochwasserkatastrophe für die Menschen in vielen Regionen Bayerns gravierende Folgen. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb entschieden, die Akuthilfe zur Linderung der Notlage von 100 auf 200 Millionen Euro aufzustocken. Für Privathaushalte wird eine Soforthilfe „Haushalt/Hausrat“ in Höhe von bis zu 5.000 Euro je Haushalt gewährt (bei Versicherbarkeit Abschlag von 50 Prozent). Zudem wird eine Soforthilfe „Ölschäden an Gebäuden“ in Höhe von bis zu 10.000 Euro je Wohngebäude gewährt (bei Versicherbarkeit Abschlag von 50 Prozent). Voraussetzung für die Auszahlung dieser Hilfen ist ein Antrag bei der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde.

Soforthilfe

Für betroffene gewerbliche Unternehmen, Angehörige Freier Berufe und gewerbliche Träger wirtschaftsnaher Infrastruktur mit bis zu 500 Mitarbeitern wird eine Soforthilfe in Höhe von bis zu 200.000 Euro je Unternehmen gewährt: Erstattet werden unmittelbar durch das Hochwasser verursachte Schäden an Betriebsstätten und Infrastrukturen. Bei nicht versicherbaren Schäden wird dabei die Soforthilfe in Höhe von bis zu 50 Prozent der erstattungsfähigen Ausgaben, bei versicherbaren und bei versicherten Schäden in Höhe von bis zu 25 Prozent der erstattungsfähigen Ausgaben gewährt. Die Auszahlung erfolgt auf Antrag durch die zuständige Bezirksregierung.

Für den Bereich der Landwirtschaft wird das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Soforthilfen für landwirtschaftliche Unternehmen (einschließlich Gartenbau) und den Fischereisektor gewähren. Bei einem Mindestschaden von 5.000 Euro kann ein Ausgleich von bis 50 Prozent des Gesamtschadens, maximal 50.000 Euro erfolgen, sofern der Schaden nicht versicherbar ist. Bei versicherbaren Schäden ist der Ausgleich auf 25 Prozent begrenzt. Die Auszahlung erfolgt auf Antrag durch die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Allen Bürgern, Gewerbebetrieben, selbstständig Tätigen sowie Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, die in eine existenzielle Notlage gekommen sind, stehen bei drohender Existenzgefährdung ebenfalls Zuschüsse aus dem Härtefonds zur Verfügung: Hilfeleistungen je nach finanzieller Leistungskraft der Geschädigten bis maximal 100 Prozent; keine Überkompensation, Versicherungsleistungen werden angerechnet.

Steuerliche Erleichterungen

Daneben gibt es für alle vom Hochwasser Betroffene steuerliche Erleichterungen. Soweit Schäden an bestimmten kommunalen Einrichtungen entstanden sind, kommt für die betroffenen Kommunen eine Förderung nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) in Betracht.

Schnell und unbürokratisch will die Staatsregierung den Menschen in den Hochwassergebieten helfen. Betroffene können schon jetzt Unterstützung beantragen. Laut Finanzminister Albert Füracker sind die notwendigen Anträge bei den Landratsämtern bereits angekommen.

Staatsregierung empfiehlt Versicherung für Elementarschäden

Angesichts der zunehmend häufiger auftretenden Großschadensereignisse und Naturkatastrophen empfiehlt die Staatsregierung allen Bürgern erneut dringend, künftig zu ihrem eigenen Schutz entsprechend umfassende Versicherungen abzuschließen. Konkret spricht sie sich für die Einführung einer verpflichtenden Elementarschadenversicherung aus.

Darüber hinaus erwartet der Freistaat, dass der Bund der von Bundeskanzler Scholz zugesagten Solidarität Taten folgen lässt: Die Staatsregierung fordert den Bund vor allem auf, sich hälftig an den Kosten des Soforthilfeprogramms des Freistaats zu beteiligen, sich für Mittel aus dem EU-Solidaritätsfonds einzusetzen und auf Erstattung von Auslagen von THW, Bundespolizei und Bundeswehr zu verzichten.

Mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge

Angesichts des verheerenden Hochwassers in Teilen Bayerns und Baden-Württembergs verlangt der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Uwe Brandl, ein Umdenken. „Allen voran braucht es mehr Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Bereitschaft der Gesellschaft, das Problem gemeinsam anzugehen und auch selber aktiv zu werden“, sagte Brandl der „Augsburger Allgemeinen“. Dazu gehöre es, Grundstücke abzugeben, wenn dies zum Hochwasserschutz erforderlich ist, aber auch die Mitfinanzierung von Schutzmaßnahmen oder der Verzicht auf das Bauen im Überschwemmungsbereich.

DLT-Präsident Reinhard Sager erklärte der Funke Mediengruppe, dass sich Deutschland besser als bislang auf extreme Wetterereignisse vorbereiten müsse. Bund und Länder müssten dazu die Kommunen finanziell stärken, um etwa Schutzdämme zu ertüchtigen. Insgesamt funktioniere der Katastrophenschutz aber gut.

Klimaanpassung wird kommunale Daueraufgabe

„Die Klimaanpassung wird zur kommunalen Daueraufgabe“, betonte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Die Einsatzkräfte, ob professionell oder ehrenamtlich, benötigten die bestmögliche Ausstattung und Infrastruktur. Bund und Länder müssten deshalb die Mittel für den Hochwasser- und Katastrophenschutz wieder deutlich ausbauen – und zwar dauerhaft und nicht ad hoc über Sonderprogramme.

Mehr Tempo beim Ausbau des Hochwasserschutzes

Die Landräte von Deggendorf und Passau, Bernd Sibler und Raimund Kneidinger, forderten mehr Tempo beim Ausbau des Hochwasserschutzes an der Donau in Niederbayern zwischen Deggendorf und Vilshofen. Die Lage sei in dem Bereich beim aktuellen Hochwasser zwar deutlich besser gewesen als im Jahr 2013, jedoch habe der Katastrophenfall ausgerufen und der Abschnitt auf 13 Kilometern Länge mit Sandsäcken verstärkt werden müssen, stellte Sibler fest.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bekräftigte, dass an der Donau weitere Flutpolder errichtet werden. Das 2021 beschlossene Programm werde realisiert, teilte Glauber in München mit: „Für Extremhochwasser setzt Bayern auf eine Flutpolderkette entlang der Donau. Seit meinem Amtsantritt 2018 werbe ich für die geplante Flutpolderkette. Das Flutpolderprogramm wird umgesetzt.“ Mit Flutpoldern könne bei einem Katastrophenhochwasser „gezielt die Notbremse gezogen werden“.

Um die Umsetzung von überregional wirkenden Hochwasserschutzmaßnahmen voranzutreiben, hat die Umweltministerkonferenz mit der Stimme Bayerns einen Beschluss gefasst, der den Bund auffordert, die Mittel im Nationalen Hochwasserschutzprogramm nicht wie geplant zu kürzen. Glauber: „Hochwasserschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle Ebenen sind gefordert. Die Länder brauchen die volle Unterstützung des Bundes bei überregional wirkenden Hochwasserschutzmaßnahmen. Große Projekte haben lange Umsetzungszeiträume. Die Länder brauchen bei den Projekten Planungssicherheit.“ **DK**

150 Mrd. Euro für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schutz und Biodiversität. Insgesamt 480 Mio. Euro werden in Naturschutz und Landschaftspflege investiert. Für den Bau von Wasserversorgungsanlagen und die Sanierung von Wasserleitungen wird die Rekordsumme von rund 350 Mio. Euro veranschlagt. Darüber hinaus stehen im Doppelhaushalt 2024/2025 allein für den Umweltbereich insgesamt rund 210 Mio. Euro für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung.

Förderung von Technologie und Forschung

Mit einem Gesamtetat von 3 Mrd. Euro werden im Ressort Wirtschaft Schwerpunkte in den Bereichen Technologieförderung und Forschungseinrichtungen mit insgesamt 1,6 Mrd. Euro gesetzt. Um das Handwerk und den Mittelstand weiter zu stärken, stellt die Fraktion 94 Mio. Euro für die kostenlose Meisterausbildung zur Verfügung. Dies ist deutschlandweit einzigartig.

Besonderer Schwerpunkt beim Etat Landwirtschaft und Tourismus ist die Umsetzung des „Zukunftsvertrags Landwirtschaft“ mit insgesamt 40 Mio. Euro. Um den ländlichen Raum zu stärken und attraktiv zu gestalten, werden im neuen Doppelhaushalt 408 Mio. Euro bereitgestellt. Für das Tourismusland Bayern stehen knapp 100 Mio. Euro zur Verfügung.

Stärkung von Familien

Im Ressort Familie und Soziales mit einem Gesamtetat von knapp 17 Mrd. Euro setzt die CSU-Fraktion den Schwerpunkt auf die Stärkung von Familien. Die Förderungen für Kindertageseinrichtungen betragen knapp 7 Mrd. Euro. Die Mittel schließen die Betriebskostenförderung, den Beitragszuschuss, das Krippengeld sowie Mittel für die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung mit ein. Für das Bayerische Familiengeld sind über 1,5 Mrd. Euro vorgesehen. Im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder stellt die CSU-Fraktion über 32 Mio. Euro für den Doppelhaushalt zur Verfügung.

Schwerpunkt Innere Sicherheit

Ein Schwerpunkt im Ressort Inneres wird im Bereich Sicherheit mit einem Gesamtetat von 16,7 Mrd. Euro gesetzt. Wesentlicher Bestandteil ist hier der weitere Stellenaufwuchs um 640 Stellen bei der bayerischen Polizei. Zusätzliche Schwerpunkte sind die Feuerwehr, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz mit über 417 Mio. Euro.

Im Bereich Gesundheit und Pflege mit einem Gesamtetat von über 1,9 Mrd. Euro für den Doppelhaushalt 24/25 liegt das Augenmerk unter anderem auf der Landarztprämie und der Förderung kleiner Krankenhäuser im ländlichen Bereich. Mit 18,1 Mio. Euro können die Rahmenbedingungen in der Pflege verbessert werden. Die Finanzmittel für das Bayerische Landespflegegeld werden auf hohem Niveau in Höhe von 445 Mio. Euro fortgeschrieben. Dazu kommen 800 Mio. Euro für den Bereich der Krankenhausbauinvestitionen, die im Kommunalen Finanzausgleich veranschlagt sind.

Digitalisierung bei der Justiz

Bei einem Gesamtetat von über 6,4 Mrd. Euro im Doppelhaushalt 24/25 setzt die CSU-Fraktion im Bereich Justiz vor allem auf die Digitalisierung: Im Mittelpunkt stehen die flächendeckende Einführung der elektronischen Akte und die Leistungsfähigkeit der Justiz durch 350 neue Stellen für Richter, Staatsanwälte und weitere Justizbeschäftigte.

Zum Abschluss der Haushaltswoche im Plenum wurden die Etats für Finanzen sowie Digitales beschlossen, zudem wurde das Gesetz zum Kommunalen Finanzausgleich auf den Weg gebracht. 2024 stellt der Freistaat den Kommunen insgesamt 11,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit wird das Vorjahresergebnis mit einer Steigerung um 1,9 Prozent nochmals übertroffen.

Einen Schwerpunkt setzt die Fraktion beim Etat für Finanzen und Heimat im Breitbandausbau. Mit zusätzlichen 480 Mio. Euro im Doppelhaushalt wird der Aufbau einer flächendeckenden gigabitfähigen Infrastruktur gefördert. Ein weiterer Schwerpunkt liegt mit 26 Mio. Euro in der Heimatpolitik.

Ausbau der digitalen Verwaltung

Im Bereich Digitales mit einem Gesamtetat von 201 Mio. Euro wird insbesondere der weitere Ausbau der digitalen Verwaltung unterstützt. Die bayerische Computerspielbranche wird mit 8,8 Mio. Euro gefördert.

Laut CSU-Fraktionsvorsitzendem Klaus Holetschek „setzt Bayern in Zeiten von verantwortungsloser Ausgabenpolitik im Bund klare Prioritäten im Haushalt. Mit diesem Doppelhaushalt gelingt Planungssicherheit ohne Neuverschuldung auf einem finanziell soliden Niveau.“ Auch habe man die Investitionsquote auf Spitzenniveau bei 15 Prozent gehalten. Dies sei im Ländervergleich einmalig. „Was wir in den vergangenen Jahrzehnten für Bayern geleistet haben, darf man zurecht als ‚CSU-geführtes Wirtschaftswunder‘ bezeichnen und wir werden diesen Weg weitergehen“, machte Holetschek deutlich. **DK**

Ehrenamtspreis 2024:

Online-Voting

Auch in diesem Jahr vergibt die Versicherungskammer Stiftung im Rahmen der Ehrenamtpreissausschreibung 2024 wieder einen Publikumspreis.

Im Mittelpunkt stehen innovative und impulsstarke Konzepte, die eine breite Wirkung erzielen können, beispielsweise in der Nachwuchsgewinnung, Öffentlichkeitsarbeit oder Weiterentwicklung des bestehenden Engagements.

Noch bis zum 15. Juli 2024 kann man über Lieblinksprojekte abstimmen: https://versicherungskammer-stiftung.de

Der Publikumspreis ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert – das Preisgeld wird nach folgendem Schlüssel vergeben:
1. Platz: 2.000 Euro
2. Platz: 1.500 Euro
3. Platz: 1.000 Euro
4. Platz: 500 Euro ❐

Gesundheitssystem ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Notfallmedizin von Karl Lauterbach zeigen. Sonst wird sich die Versorgung der Bevölkerung vor allem im ländlichen Raum in den kommenden Jahren immer weiter verschlechtern.“

„Es reicht nicht, wenn der Bund sich fernab der tatsächlichen Realitäten vor Ort Dinge ausdenkt, Zuständigkeiten vermischt, immer kompliziertere Regelungen erfindet und ohne Beteiligung der Praktiker durchsetzt. Bund und Länder müssen auf eine bedarfsgerechte, bürgernahe und bezahlbare medizinische Versorgung im stationären wie ambulanten Bereich hinwirken“, so Karmasin weiter.

Bund muss mehr Geld ins System geben

„Wir brauchen Antworten auf die Finanznöte der Krankenhäuser, auf den sich verschärfenden Personalmangel und auf nicht mehr funktionierende Strukturen. Insbesondere muss der Bund sofort mehr Geld ins System geben, um den finanziellen Kollaps unzähliger Krankenhäuser überhaupt noch zu verhindern“, so Thomas Karmasin.

„Wir fordern zudem vom Freistaat Bayern eine Krankenhausplanung, die diesen Namen auch verdient. Das bedeutet konkret, dass der Freistaat bayernweit auf einer soliden Datengrundlage eine zukunftsorientierte Strukturplanung im Hinblick auf Bedarf, Qualität und Erreichbarkeit macht. Das gilt vor allem für den Bereich der notfallmedizinischen Versorgung“, so der Präsident abschließend.

Wachsendes Defizit

Neben Gesundheitministerin Judith Gerlach, haben u.a. Landrat Thomas Eichinger, Landsberg am Lech, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag, der gastgebende Landrat Bernd Sibler, Deggendorf, Prof. Dr. Eckhard Nagel, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Integrierte Versorgung, Prof. Dr. Christian K. Lackner, Enneker-Stiftung, Roland Engehausen, Geschäftsführer Bayerische Krankenhausgesellschaft, Landrat a.D. Thomas Reumann, Reutlingen, Dr. Christian Pfeiffer, Kassenärztliche Vereinigung Bayern, Dr. Tobias Gantner und Dr. Andreas Bachmeier, Engel & Zimmermann, die Zukunftsfragen rund um die Sicherstellung der stationären und ambulanten Versorgung im ländlichen Raum mit den bayerischen Landrätinnen und Landräten diskutiert. Währenddessen ist durch das Nichtstun des Bundes das Defizit der bayerischen Krankenhäuser stündlich weitergewachsen. ❐

Bayern-Update für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Verwaltung. Zehn Prozent aller Verwaltungsvorschriften sollen gestrichen werden und neue Gesetze automatisch nach fünf Jahren auslaufen, wenn sie sich nicht bewähren.

Mit Blick auf sichere und bezahlbare Energie als zentralen Standortfaktor kritisierte Söder, dass Deutschland das einzige Industrieland der Welt sei, das gleichzeitig aus zwei grundlastfähigen Energieformen aussteigt. Dies sei „industriepolitischer Selbstmord“. Der Freistaat hingegen sei Spitzenreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, hier sorge man für weitere Beschleunigung.

Ausbau der Windkraft

Stetig voran gehe der Ausbau bei der Windkraft. „Derzeit gibt es über 500 Initiativen und Planungen für neue Windräder in Bayern“, betonte der Ministerpräsident. Der Bau von Windrädern solle künftig für Kommunen und Bürger noch attraktiver werden, beispielsweise durch vergünstigte lokale Stromtarife oder eine direkte Beteiligung der Bürger an den Windrädern. Zudem wolle man sich in Europa und im Bund für eine Abschaffung des Verbandsklagerechts einsetzen. Ortsfremde NGOs sollen sich nicht mehr in jeder Gemeinde einmischen können.

Beschleunigung beim Leitungsbau.

Eine massive Beschleunigung brauche es beim Leitungsbau. Strom dürfe nicht zum Standortrisiko für Bayern werden, deshalb gilt Söder zufolge künftig beim Ausbau der Netze: „Oberirdisch, wo möglich, unterirdisch, wo nötig.“ Dies beschleunige und verbillige den Bau. Zusätzlich will die Staatsregierung ab 2035 über 85 Wasserkraftwerke wieder in bayerische Hand nehmen. Der Anschluss Bayerns an das Wasserstoffnetz laufe auf Hochtouren. Der Freistaat werde hier zur Anschubfinanzierung in eine erhebliche finanzielle Vorleistung gehen und sich am Aufbau einer Entwicklungsgesellschaft beteiligen.

Bestehen im internationalen Wettbewerb

Stichwort Fachkräftemangel: „Klar ist: Nur mit Teilzeit, Vier-Tage-Woche und Homeoffice werden wir im internationalen Wettbewerb nicht bestehen können“, unterstrich Bayerns Ministerpräsident. Vonnöten seien deshalb Leistungsanreize und eine gezielte Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland. „Wir brauchen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, aber nicht in unsere sozialen Sicherungssysteme“, betonte Söder. Zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte werde man deshalb das „Fast-Lane“-System auf alle Berufe ausweiten und den Flickenteppich bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beseitigen und vereinheitlichen.

Für Mittelstand und Handwerk wird der Freistaat neue Finanzierungsangebote für Innovation und Transformation schaffen. Vorrangig müssten den regionalen und mittelständischen Unternehmen die passenden Finanzierungsangebote gemacht werden, die sie brauchen, um in einer Umbruchsphase im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, so Söder. Die Förderbank LfA werde zur „Bayern-KfW“ ausgebaut. Für Start-Ups solle ein neuer Super-Risikokapitalfonds geschaffen werden. Zudem wolle man Unternehmensübergaben, etwa beim Handwerk, gezielt fördern. **DK**

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, MdL, im Interview:

Das Bayerische Behördennetz

Rückgrat für die sichere Kommunikation der Verwaltung von Freistaat und Kommunen

Gewappnet gegen Cyberangriffe und IT-Ausfälle: Mit dem Bayerischen Behördennetz (BYBN) stärkt der Freistaat seine Verwaltung. Landkreise und kreisfreie Städte haben bereits einen Zugang, auch auf Landkreisebene schließen sich viele Kommunen an. Staatsminister Albert Füracker betont im Interview mit der Bayerischen GemeindeZeitung mit Nachdruck, dass er jeder Stadt und jeder Gemeinde den Anschluss an das BYBN ans Herz legt.

GZ: Was ist das Bayerische Behördennetz (BYBN), wie kann man sich das vorstellen und wer betreibt das?
Albert Füracker: *Wir haben in Bayern bereits ein hohen Digitalisierungsgrad unserer Staatsverwaltung erreicht. Hier ist eine hochverfügbare, leistungsfähige und professionelle Netzinfrastruktur unerlässlich. Beispielsweise müssen eventuell auftretende Störungen schnell beseitigt werden können, andernfalls droht ein Stillstand in den Verwaltungen. Zudem haben Behörden sehr hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit – die Daten von Bürgern und Unternehmen müssen bestmöglich vor Cybergefahren geschützt werden.*

Unsere Behörden sind deshalb nicht unmittelbar an das Internet angeschlossen, sondern kommunizieren über ein eigenes und besonders geschütztes Netz – das Bayerische Behördennetz. Insbesondere die sichere Übertragung der Daten spielt hier eine besonders große Rolle. Die ständige Überwachung der IT-Sicherheit im Bayerischen Behördennetz erfolgt durch unsere IT-Spezialisten am Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) mit modernsten Werkzeugen. Über das Bayerische Behördennetz greifen die staatlichen Behörden auf die im BayernServer betriebenen Dienste, wie Fachverfahren, E-Mail oder Videokonferenzsysteme zu. Zudem werden dort zentral Informationen für alle staatlichen Behörden bereitgestellt.

GZ: Wer kann beim BYBN mitmachen?
Füracker: *Neben allen Behörden des Freistaates Bayern können auch die Kreisverwaltungsbehörden einen Anschluss an das BYBN erhalten. Alle 71 Landkreise und 25 kreisfreien Städte haben derzeit einen unmittelbaren Zugang.*

GZ: Wie können Kreisangehörige Gemeinden mitmachen?
Füracker: *Kreisangehörige Gemeinden können mittelbar einen Anschluss über ein Kommunales Behördennetz (KomBN) erhalten. Hierzu baut der Landkreis ein gemeinsames, geschlossenes Netz mit seinen Kommunen auf. Dabei bieten Landratsämter oftmals ein weites Serviceangebot für die angeschlossenen Kommunen, was die interkommunale Zusammenarbeit stärkt.*

Datensicherheit auch für kommunale Gremien

GZ: Ist das Behördennetz denn auch für die Kommunikation der ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und -träger geeignet, z.B. innerhalb des Gemeinde-, Stadt- oder des Kreisrats?
Füracker: *Auch wenn Mandatsträger grundsätzlich außerhalb behördlicher Strukturen stehen: Datensicherheit ist natürlich auch für kommunale Gremien von Bedeutung z.B. für das Ratsinformationssystem. Die Kommunalen Behördennetze bieten einen sicheren Ort für Daten, den die einzelnen Gemeinden nur mit sehr hohem Aufwand und Kosten selbst anbieten könnten.*

IT-Sicherheit durch das LSI

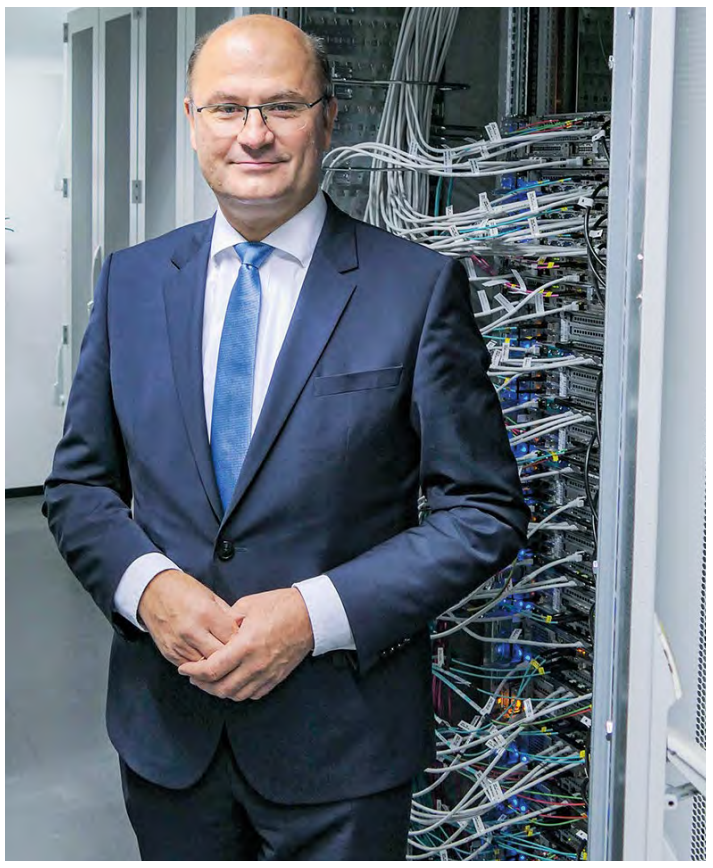
GZ: Welche Vorteile bietet das BYBN den Gemeinden konkret?
Füracker: *Die Mitnutzung der Sicherheitsinfrastruktur des Behördennetzes ist definitiv ein wesentlicher Vorteil: Die Kommunen können von der Steuerung der zentralen IT-Sicherheits-Infrastrukturen durch das LSI erheblich profitieren. Zum Beispiel werden über die sogenannte „Malware Information and Sharing Platform" (MISP) des LSI nahezu in Echtzeit „Fingerabdrücke" von Angriffs- und Schadsoftwaremuster vom LSI an die dort angeschlossenen Behörden bereitgestellt.*
Gerade im Bereich der IT-Sicherheit ist der Faktor Zeit ein maßgeblicher Faktor. Durch den direkten, schnellen und unkomplizierten Austausch von IT-Sicherheitsinformationen über die Plattform kann schnell reagiert und potentiellen Angreifern zuvorgekommen werden.

Das LSI analysiert täglich rund 2 Milliarden Datensätze auf Indizien zu möglichen Angriffen. Im Schnitt werden rund 5.000 verdächtige Aktivitäten pro Jahr verzeichnet, wobei es sich letztlich nur bei einem Bruchteil tatsächlich um kritische IT-Sicherheitsvorfälle handelt. Einem Großteil der Verdachtsfälle kann dabei automatisiert entgegengewirkt werden.

GZ: Wenn BYBN so sicher ist, wurde schon einmal eine Gemeinde im BYBN erfolgreich angegriffen?
Füracker: *Grundsätzlich ist kein System 100-prozentig vor einem Cyberangriff sicher. Je höher die aufgestellten Hürden für einen solchen Angriff sind, desto mehr reduziert sich allerdings das Risiko, dass tatsächlich ein Schaden eintritt. Gefährlichen Mails sind grundsätzlich auch Teilnehmer im Bayerischen Behördennetz ausgesetzt. Die zentralen und hochaktuellen Sicherheitsinstanzen im Bayerischen Behördennetz entschärfen allerdings einen Großteil dieses Angriffspotentials und erhöhen die Chance, dass Angriffe rechtzeitig entdeckt und damit verhindert werden können.*

Um gegen Risiken eines Cyberangriffes gut vorbereitet zu sein, bietet das LSI für Kommunen zudem ein vielfältiges Beratungsangebot: So gibt es vom LSI beispielsweise den Warn- und Informationsdienst, eine Handreichung zum IT-Notfallmanagement und das Siegel „Kommunale IT-Sicherheit". Zudem werden regelmäßig regionalen Thementage in den Bezirken veranstaltet, um die IT-Sicherheit vor Ort zu stärken.

Fest steht: Bei Kommunen, die an das Kommunale Behördennetz angeschlossen sind, würde es zu weit mehr Sicherheitsvorfällen kommen, würde die Kommunikation nicht über das Behördennetz abgewickelt. Ich kann daher nur an alle Beteiligten appellieren, sich daran anzuschließen.


Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, MdL. Bild: StMFH

GZ: Wie sieht die künftige Fortentwicklung aus, bestehen konkrete Pläne für neue Funktionen?
Füracker: *Das Behördennetz wird auch in Zukunft ein wichtiges Fundament der Digitalisierung sein. Wir werden es hierzu kontinuierlich fortentwickeln und an veränderte Rahmenbedingungen anpassen. Aktuell erarbeiten Freistaat und Kommunen im Rahmen der Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 gemeinsam Ideen und konkrete Maßnahmen, um die Attraktivität des Behördennetzes noch weiter auszubauen. Dazu gehört beispielsweise, dass wir das Angebot an zentral bereitgestellten Diensten und Anwendungen bedarfsgerecht erweitern wollen. Aber auch eine gemeinsame Fortentwicklung im Bereich IT-Sicherheit spielt eine wichtige Rolle. Denn klar ist, dass Cyberkriminelle weiterhin nichts unversucht lassen werden und sich fortschrittlicher Technologien bedienen – wir dürfen und werden uns daher auch nicht auf dem sehr hohen Schutzniveau unseres Behördennetzes ausruhen. Es gilt auch künftig, das Menschenmögliche für die IT-Sicherheit der Behörden zu leisten.*

GZ: Vielen Dank für das Interview. ❐



Staatsminister Mehring:

„Digitalland Bayern nimmt Fahrt auf!“

Nach Angaben des Bayerischen Digitalministeriums hat die BayernID, das zentrale Nutzerkonto für Bürgerinnen und Bürger des Freistaats, einen bedeutenden Meilenstein erreicht: Mit mehr als 1 Million aktiver Konten verzeichne die BayernID einen beständigen jährlichen Zuwachs um ca. 40 Prozent und etabliere sich so im Alltag als unverzichtbarer Zugang für digitale Behördengänge. „Unser Turbo für die digitale Verwaltung bei den Menschen in Bayern zündet“, erklärte Staatsminister Fabian Mehring. „Das Digitalland Bayern nimmt derzeit auf seinem Weg zum modernen Staat ordentlich Fahrt auf.“

Die BayernID ermöglicht den sicheren und einfachen Zugang zu zahlreichen Online-Diensten der staatlichen und kommunalen Verwaltung, darunter die Beantragung von Führungszeugnissen oder Kfz-Zulassungen. Wichtiger Treiber für die Zunahme in der Nutzung ist die Authentifizierung über die Elster-Technologie, die bei digitalen Behördengängen starke Zuwächse verzeichnet. Die Methode ist durch die digitale Steuererklärung in der Bevölkerung weit verbreitet und kann als sicherer und zugleich komfortabler Zugang auch für digitale Verwaltungsservices genutzt werden. Der Freistaat hatte sich auf Bundesebene für Elster als besonders niedrigschwellige Authentifizierungsalternative zum elektronischen Personalausweis eingesetzt.

KI-Vorteile nutzen

„Durch die Nutzung unserer Angebote entfallen schon heute zahllose unnötige Wege ins Rathaus oder Landratsamt. Wir entlasten so nicht nur unsere Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, sondern sparen auch Papier, Zeit und Steuergeld. Noch effizienter wird unsere digitale Verwaltung, wenn wir im nächsten Schritt auch die Vorteile Künstlicher Intelligenz nutzen. Dazu habe ich erst kürzlich eine Vereinbarung mit dem erfolgreichen europäischen KI-Startup Aleph Alpha geschlossen. Mein mittelfristiges Ziel ist die Etablierung eines innovativen Push-Governments. Die Menschen in Bayern sollen ihre Zeit nicht auf Amtsstuben absitzen müssen. Stattdessen wird der moderne Staat künftig proaktiv und digital auf seine Bürger zugehen, wenn es etwas zu erledigen gibt“, machte Mehring deutlich.

Als eines der ersten Bundesländer hat der Freistaat 2014 mit der BayernID seinen Bürgerinnen und Bürgern ein digitales Nutzerkonto zur Verfügung gestellt und gilt damit bis heute als bundesweiter Vorreiter. Die Technologie fand Nachnutzer in anderen Bundesländern und auch die BundID basiert technisch auf der bayerischen Lösung.

Leuchtturmprojekte

Mit dem Programm „Kommunal? Digital!“ fördert das Bayerische Staatsministerium für Digitales zehn bayerische Kommunen bei der Umsetzung digitaler, nachhaltiger Smart City/Smart Region-Projekte mit einem Volumen von insgesamt über 4 Millionen Euro. Minister Mehring besuchte nun zwei wegweisende Projekte, bei denen bayerische Kommunen modernste Technologie zum Schutz der Umwelt einsetzen, und zeigte sich beeindruckt von den Projektfortschritten und dem Engagement der Teams vor Ort: „Klimawandel und Digitalisierung sind die beiden Masterthemen unserer Zeit. Technologie und Umweltschutz sind dabei keine Widersprüche. Unsere Projekte in Bamberg und Erlangen zeigen auf eindrucksvolle Weise, wie modernste Technologie dazu beiträgt, Ressourcen zu schonen und unsere Umwelt zu schützen. Zeitgleich sparen wir damit bares Geld, das die Kommune an anderer Stelle gut einsetzen kann. So geht kommunaler Klimaschutz durch digitale Innovation!“

In Bamberg besuchte Mehring ein innovatives Projekt, bei dem mittels Drohnen und Künstlicher Intelligenz Waldgebiete genau überwacht werden, um frühzeitig auf Umweltveränderungen reagieren zu können. Dabei erfassen die Drohnen bei ihren Aufklärungsflügen mittels Spezialsensoren die Vitalität des Waldes. Eine KI-gestützte Software ermittelt daraus den jeweiligen Zustand der Bäume, etwa einen möglichen Befall durch Schädlinge. So können die städtischen Baumpfleger schnell und effizient die optimalen Schutz- und Anpassungsmaßnahmen ergreifen. Das Bayerische Staatsministerium für Digitales fördert das Projekt mit insgesamt rund 450.000 Euro.

Intelligente Sensortechnologie

Beim Projekt in Erlangen trägt intelligente Sensortechnologie zur effizienten Bewässerung von Bäumen bei. So werden Feuchtigkeitsniveaus im Boden kontinuierlich überwacht und ausgewertet. Ein speziell entwickelter KI-Algorithmus ermittelt dann für die städtischen Baumpfleger die jeweils besten Routen. Gegossen wird nur dort, wo es auch nötig ist, und somit wird wertvolles Wasser, Energie und Geld gespart. Unterstützt wird das Projekt mit insgesamt rund 400.000 Euro.

Die Leuchtturmprojekte mit Modellcharakter sollen anderen Kommunen einen Anstoß geben, die digitale Transformation aktiv anzugehen und zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Ein besonderer Fokus liegt daher auf der Übertragbarkeit der Lösungen. Die Förderprojekte des Programms „Kommunal? Digital!“ sind im Dezember 2021 gestartet und laufen noch bis spätestens Ende September 2024. **DK**

Difu und Fraunhofer IAO:

Wie wirken sich Smart-City-Maßnahmen auf Städte aus?

Deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise nutzen zunehmend digitale Lösungen, um ihre Kommunen lebenswerter und nachhaltiger zu gestalten. Doch oft ist unklar, wie sich diese Maßnahmen auf den öffentlichen Raum auswirken. Welche Veränderungen für den städtischen Verkehr bringt eine intelligente Ampelschaltung mit Bevorrechtigung für den ÖPNV? Helfen Parksensoren gegen den Parkdruck im Wohnquartier? Diesen und weiteren Fragen gingen das Deutsche Institut für Urbanistik und das Fraunhofer IAO in einer Studie nach und entwickelten ein Modell zur räumlichen Wirkungsmessung von Smart-City-Maßnahmen.

Um zukunftsgerichtete Entscheidungen treffen zu können, ist es wichtig, die Auswirkungen von Smart-City-Maßnahmen auf ein Quartier, eine Stadt oder eine Region zu kennen. Nur dann können Kommunen einschätzen, ob sich angedachte Maßnahmen mit Blick auf das gewünschte Ziel und das Aufwand-Nutzen-Verhältnis lohnen. Das Forschungsteam von Difu und IAO hat deshalb in Kooperation mit dem BBSR eine Praxishilfe erarbeitet, die zeigt, wie Kommunen räumliche Auswirkungen von Smart-City-Maßnahmen erfassen können. Die Publikation ist als schrittweises Handlungsmodell mit Praxisbeispielen konzipiert.

Wertvolle Praxishilfe

Kommunen können nach dieser Methode die Auswirkungen ihrer Maßnahmen auf den jeweiligen Raum als Wirkungsumgebung bewerten und geeignete Indikatoren zur Wirkungsmessung im Rahmen einer digital gestützten Stadt- oder Regionalentwicklung festlegen. Das Vorgehen ist praxisorientiert in sechs Schritten beschrieben: Von der Gesamtstrategie und Formulierung der messbaren Ziele über die Umsetzung von Maßnahmen bis hin zu deren Evaluation. Zudem ist es flexibel und kann auch für die Wirkungsmessung fortgeschrittener Maßnahmen eingesetzt werden.

Im Mittelpunkt dieser Publikation stehen Ziele und Wirkungen, denn Maßnahmen – ob digital oder analog – sind kein Selbstzweck. Sie werden umgesetzt, um vorab definierte stadtentwicklungspolitische Ziele zu erreichen. „Für Kommunen ist es wichtig, vorab raumwirksame Ziele zu definieren sowie geeignete Schlüsselindikatoren festzulegen. Diese sind die Grundlage, um räumliche Wirkungen überhaupt messen zu können“, sagt Wissenschaftler Jan Abt vom Deutschen Institut für Urbanistik. In der Praxishilfe werden die einzelnen Stufen des Modells anhand von drei Beispielen veranschaulicht.

Da die Erfassung, Messung und Bewertung der Wirkungen einer Smart City Daueraufgaben sind, sollten Kommunen kontinuierlich überprüfen, ob sie ihre selbst definierten Ziele für eine lebenswerte und nachhaltige Stadt erreichen. „Kommunen sollten das Verfahren als Steuerungs- und Optimierungsinstrument verstehen und es langfristig und unabhängig von Einzelmaßnahmen umsetzen“, betont Janika Kutz, Teamleiterin am Fraunhofer IAO.

In der Studie gibt das Forschungsteam Empfehlungen, wie Kommunen ihre Ziele erreichen können. Diese betreffen unter anderem finanzielle und personelle Ressourcen, nachhaltiges Wissensmanagement und den Umgang mit Daten.

Hintergrund

Die Fördermaßnahme „Modellprojekte Smart Cities“ (MPSC) wird seit 2019 vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit insgesamt 73 Modellprojekten umgesetzt. Als zentrale Anlaufstelle für die Modellprojekte in Deutschland gestaltet und steuert die „Koordinierungs- und Transferstelle Smart City“ (KTS) den Transfer von Smart-City-Lösungen in die kommunale Praxis. ❐

Freistaat Bayern und Deutsche Telekom:

Starke Partner für Bayerns Digitale Zukunft

Füracker: Durch intensive Kooperation gute Rahmenbedingungen für Netzausbau in Bayern beibehalten

„Bayern treibt den Glasfaserausbau weiter voran! Der Freistaat engagiert sich seit Jahren auf freiwilliger Basis massiv und hat bereits über 2,4 Milliarden Euro an Landesmitteln investiert. Damit werden mehr als 97.000 Kilometer Glasfaser verlegt. Der enge Austausch mit Telekommunikationsunternehmen ist essenziell, um beste Rahmenbedingungen für den Netzausbau beizubehalten und so gemeinsam die ohnehin schon hohe Gigabitquote im Freistaat von 69 Prozent zügig zu steigern. Die Deutsche Telekom nimmt als größter Netzbetreiber, vorbildlicher Partner für viele vom Freistaat geförderte Kommunen und eifriger Akteur im eigenwirtschaftlichen Netzausbau eine unverzichtbare Rolle für Bayerns digitale Zukunft ein. Vielen Dank für den vertrauensvollen Austausch und Ihr entschlossenes Engagement!“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen einer Videokonferenz mit Srini Gopalan, Vorstandsmitglied der Deutschen Telekom AG und Sprecher der Geschäftsführung der Telekom Deutschland GmbH.

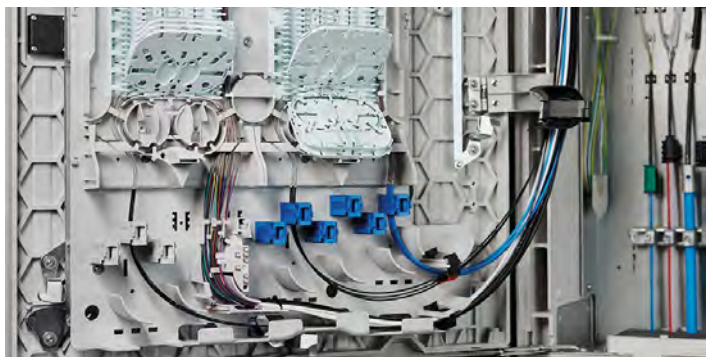
Auf dem Weg ins Gigabitzeitalter müssen Füracker zufolge alle Akteure weiter an einem Strang ziehen, damit gerade auch der ländliche Raum schnell flächendeckend versorgt wird. Der Bund werde seiner Zuständigkeit und finanziellen Verantwortung hier immer noch nicht ausreichend gerecht.

Kooperationen und Förderprogramme

„Bayern ist ein wichtiger Bestandteil in unserer Strategie für den Glasfaserausbau in Deutschland. Wir haben in den vergangenen Monaten bereits weit über einer Million Haushalte und Unternehmen einen Zugang zum Glasfaser-Netz der Telekom ermöglicht. Und pro Jahr kommen mehrere hunderttausend Haushalte hinzu. Darüber hinaus spielen Kooperationen und Förderprogramme eine wichtige Rolle für unseren Glasfaserausbau in Bayern“, betonte Srini Gopalan.

Durch den engen Austausch zwischen dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und der Deutschen Telekom soll der privatwirtschaftliche Glasfaserausbau als zentraler Infrastrukturmotor auch in den kommenden Jahren weiter vorangebracht werden.

Auch alle Anschlussnutzerinnen und -nutzer können einen wichtigen Beitrag für mehr Schub beim Gigabitausbau in Bayern leisten: Deutschlandweit bucht nicht einmal jeder Zehnte all derer, die Gigabitbandbreiten buchen könnten, auch tatsächlich auch einen Gigabit-Vertrag. Nur eine hohe Nachfragequote setzt ein starkes Signal an engagierte Telekommunikationsunternehmen wie die Deutsche Telekom und den Bund als originär zuständigen Fördergeber. ❐



Einfacheres Handling der Glasfasern: Faserführung, Biegeradien und Einfädelung wurden optimiert, der Scharnierkanal zwischen Kassetten und Organizer vergrößert. Bild: Langmatz

ANGA COM 2024:

Langmatz präsentiert neues Fasermanagement für Netzverteiler

System für Glasfaser-Verteilgehäuse und Fasermanagement erleichtert Handling

Langmatz, Spezialist für den Ausbau zukunftssicherer FTTX-Glasfaser- und FTTA-5G-Netze, bietet ein durchgängiges Portfolio hochwertiger Infrastrukturkomponenten – vom Central Office bis zum Customer Premise. Als Messeneuheit auf der ANGA COM 2024 präsentierte das Unternehmen aus Garmisch-Partenkirchen ein völlig neues Fasermanagement-System, das die Montage und das Handling von Fasern in Glasfaser-Netzverteilern und -Abschlusspunkten deutlich vereinfacht.

Für das neue „Langmatz Fasermanagement-System 3.0 (LFMS 3.0)“ wurden alle für die Glasfaserkabel-Verteilung relevanten Komponenten, von der Montageplatte bis zu den Spleißkassetten, in enger Kooperation mit Kunden im eigenen Haus entwickelt. So wurden Faserführung, Biegeradien und Einfädelung deutlich optimiert. Um eine höhere Faserdichte ein- und ausführen zu können, wurde der Scharnierkanal zwischen den neu entwickelten Kassetten und Organizer vergrößert. Zur Vermeidung eines ungewollten Herausspringens der Fasern schließen sich die Scharnierkanäle beim Arretieren der Kassetten automatisch.

„Unsere Forschungs- und Entwicklungsabteilung hat alle Aspekte des Fasermanagements unter die Lupe genommen und innovative Lösungen entwickelt, die die aufwändige Montage und Ablage der Glasfasern nicht nur vereinfachen, sondern auch schneller und effizienter machen“, erläutert Marketingleiter Dieter Klasmeier die Vorteile. Sämtliche im Hause entwickelten Komponenten werden aus recyceltem Kunststoff im eigenen Werk in Oberau gefertigt, Zukaufteile kommen nicht hinzu. Damit bietet Langmatz für das neue System eine verlässliche Lieferkette.

Leichtere Organisation und Zugänglichkeit der Fasern

Um die Faserführung, den Schutz, die Organisation und die Zugänglichkeit der Glasfasern zu erleichtern, bietet das neue Fasermanagement-System eine Vielzahl von Optimierungen:

- Montageplatte 3.0: Ein schraubenloses Stecksystem, das eine flexible Positionierung der Zugangs-Kabelabfangung in der Tür sowie einen einfacheren und schnelleren Austausch von Komponenten ermöglicht.
- Mikrokabelsortierung 3.0: Adapterplatten sind nicht mehr notwendig und es kann ein insgesamt größerer Durchmesserbereich der Mikrokabel genutzt werden (grau: 16 x ø 1,2mm - 2,5mm; blau: 12 x ø 2,3mm - 4,6mm)
- Kopfstück 3.0: Der Einführbereich für die Fasern wurde auf 2 x 105mm pro Kopfstück verbreitert. Außerdem ist der Abmantelbereich in der neuen Variante markiert.
- Zugangs-Kabelabfangung 3.0: Bei der Zugangsabfangung in der Tür können 7 HK-Kabel ≤ ø 6,5mm oder alternativ 4 HK-Kabel mit ø 10,5mm (bzw. 4 Wellschläuche bis ø 13,5mm) befestigt werden. Sie beinhaltet ein Stecksystem, integrierte Zugentlastungsbügel und hat einen Biegeradius von R45.
- Organizer & Faserbrücke 3.0: Ein Organizer bietet 18 Kassettenrastplätze, bei denen die Gefahr von Faserbrüchen deutlich reduziert wurde, da es kaum Lücken, Spalten, Kanten oder Schlitze gibt, in denen sich Fasern verfangen könnten. Die Einzelfaserbrücke verfügt über ein komfortables Stecksystem ohne Schrauben.
- Kassetten & Organizer: Kassetten und Organizer wurden speziell von Langmatz entwickelt und werden, wie alle anderen Komponenten auch, im eigenen Haus produziert. Die Kassetten verfügen über ein patentiertes Positioniersystem, das in drei Stellungen sicher arretiert werden kann, um eine schnelle und einfache Montage zu gewährleisten. Eine integrierte Halterung ermöglicht die Aufnahme von jeweils einem Splitter (bis zu 1:32) in der 5mm Kassette. Weiterer Vorteil: Kassetten und Organizer bieten durch ihre bläuliche Einfärbung einen hohen Farbkontrast insbesondere zu grau/weißen Fasern, ohne den Kontrast zu blauen/hellblaue Fasern zu verlieren.
- Haube 3.0: Als Sonnen- und Regenschutz sowie zur sicheren Aufbewahrung während der Montage verfügt der Gf-NVt in der Version „Large“ zusätzlich über eine Schutzhaube, die an der Tür aufgehängt werden kann.

Einsatz des Systems in Glasfaser-Gehäusen

Mit dem Fasermanagement-System 3.0 erweitert der Spezialist für Glasfaser-Gehäuse seine Produktpalette um ein integriertes, hochwertiges System, dessen sämtliche Komponenten nicht nur im eigenen Haus entwickelt wurden, sondern auch in den eigenen Werken gefertigt werden. Das Fasermanagement-System wird künftig in den Gehäusen der eigenen Glasfaser-Netzverteilerserie unter der Produktbezeichnung Gf-NVt 3.0 in fünf verschiedenen Baugrößen sowie in zwei Varianten der Glasfaser-Abschlusspunkte zum Einsatz kommen.

Komplettlösungen für den Glasfaserausbau

Das FTTX-Produktportfolio von Langmatz umfasst Schutz- und Überwachungssysteme, Glasfaser-Hauptverteiler, Kabelschächte aus Kunststoff, oberirdische Glasfaser-Netzverteiler, unterirdische Verteileinrichtungen, Hauseinführungen sowie Glasfaser-Abschlusspunkte. Das international tätige Unternehmen zählt zu den führenden Infrastrukturanbietern für Breitbandnetze, Energieverteilung und Verkehrstechnik in Europa. ❐

Gigabit-Studie von Dialog Consult und VATM:

Wettbewerber als Treiber des Glasfaser-Ausbaus

35,9 Millionen der insgesamt 45,7 Millionen Haushalte und kleinere Unternehmen werden laut einer Studie von Dialog Consult im Auftrag des Verbands der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM) deutschlandweit Mitte dieses Jahres einen Gigabit-Anschluss über Glasfaser- oder TV-Kabelnetze beziehen. Die Gigabit-Versorgungsquote werde dann bei 78,6 Prozent liegen und somit 2,2 Prozentpunkte über der des Vorjahres.

80 Prozent der gigabitfähigen Haushalte werden von Wettbewerbsunternehmen erreicht. 90,9 Prozent der Nutzer beziehen ihren Gigabit-Anschluss (Homes Activated) von einem Wettbewerbsunternehmen, nur 9,1 Prozent von der Telekom. Die Versorgung der Bevölkerung wird dabei maßgeblich durch HFC-Netze sichergestellt, wobei auch diese Carrier zunehmend FTTB/H-Anschlüsse bauen oder darauf umrüsten.

Bis zum Ende des ersten Halbjahres 2024 wurden im FTTB/H-Markt insgesamt 5,7 Millionen Glasfaseranschlüsse von den Wettbewerbern betriebsfertig (Homes Connected) gebaut. Insgesamt stieg die Glasfaserversorgungsquote im ersten Halbjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Punkte auf 17,7 Prozent, wobei hier der Anteil der Wettbewerber 70,4 Prozent beträgt. Auch hier sind es laut VATM die Wettbewerber, die den flächendeckenden Glasfaserausbau vorantreiben. Dies zeige nicht zuletzt ihr Anteil von über 72 Prozent im geförderten ländlichen Ausbau.

Unterschiedliche Strategie der Anbieter

Bei den tatsächlichen Nutzungszahlen werde die unterschiedliche Strategie der Anbieter besonders deutlich, so die Studie. Während Wettbewerber um jeden Kunden kämpften und eine Take-up-Rate von 35 Prozent erreichten, verzeichne die Telekom trotz großer Marketingstärke nur 13 Prozent. „Bei der Telekom geht es ganz vornehmlich um Handtuchwerfen zur Investitionsverdrängung und einer lukrativeren Weiterversorgung mit Kupfer DSL“, stellt Studienleiter Andreas Walter fest. Daher baue sie vornehmlich an den Häusern vorbei und schließe viel weniger Kunden an. Dies habe deutliche Auswirkungen auf den Ausbau von Glasfasernetzen, auf die Digitalisierung und den Wirtschaftsstandort.

Ruf nach höheren Bandbreiten

Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung ist, dass eine wachsende Anzahl von Verbrauchern nach höheren Bandbreiten verlangt. Im ersten Halbjahr 2024 ist das über gigabitfähige Anschlüsse erzeugte Datenvolumen pro Anschluss und Monat um gut 7 Prozent gestiegen und liegt bei durchschnittlich 435 Gigabyte. Mehr als die Hälfte der Kunden der Wettbewerber fragt Bandbreiten von 250 Mbit/s und mehr nach. Geschäftskunden sind gegenüber hohen Bandbreiten noch affiner, so dass in diesem Marktsegment über 42 Prozent der Kunden Bandbreiten von mindestens 500 Mbit/s nachfragen.

„Ende des Jahres 2024 werden etwa 80 Prozent der Haushalte und KMU mit einem Gigabit-Netz erreichbar sein. Die Zahl mit Gigabit-Netzen erreichbaren 45,7 Mio. Haushalten und KMU in Deutschland wird unter Berücksichtigung von Doppelzählungen Ende 2024 bei etwa 48 bis 49 Millionen liegen“, so die Prognose.

Die Zahl der FTTB/H-Anschlüsse in Deutschland werde Ende 2024 bei 8,5 bis 9,0 Millionen liegen (Homes Connected). Die Glasfaserversorgungsquote werde bis Ende des Jahres auf 18,5 bis 19 Prozent zunehmen. Ende 2024 werden über 5 Millionen Haushalte FTTB/H-Glasfaseranschlüsse aktiv nutzen. Dies entspricht 57 Prozent der Haushalte und KMU mit FTTB/H-Anschlüssen (Homes Connected). Das über Gigabit-Anschlüsse übertragene Datenvolumen werde in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 auf über 460 Gigabyte pro Anschluss ansteigen.

Studienleiter Walter zufolge unterstreicht die Studie die Dringlichkeit von Planungssicherheit seitens der Politik und der Wettbewerbsbehörden. „Auch die jüngsten Ausbauaktivitäten der Deutschen Telekom wären ohne den von den Wettbewerbern ausgehenden Investitionswettbewerb nicht denkbar“, schlussfolgert VATM-Geschäftsführer Dr. Frederic Ufer. Zudem müsse die Bundesnetzagentur die Regulierung der Telekom stärker in den Blick nehmen, denn bei deren Glasfasernetz zeige sich ein fataler Trend zur Re-Monopolisierung.

Um beim Gigabit-Ausbau auf der Überholspur zu bleiben und den Wettbewerb zu stärken, brauche es auch klare Regeln für die Migration von Kupfer auf Glas, statt einer Deregulierung der Telekom. „Die Politik darf nicht weiter abwarten, sondern muss endlich die Rahmenbedingungen für eine flächendeckende Infrastruktur schaffen, auf die die gesamte Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft baut“, unterstrich VATM-Präsident David Zimmer. **DK**



Die neue Stele im Innenhof zeigt Ausschnitte der neuen Seite und bietet interaktive Funktionen. V.l.: Pressesprecher Walter Brucker, Fabian Polster (Projektverantwortlicher), Landrat Roland Grillmeier und Wolfgang Fenzl (Leiter Hauptverwaltung). Bild: LRA Tirschenreuth

Tirschenreuth:

Relaunch der Landkreis-Homepage

Der Landkreis Tirschenreuth hat seine Website www.kreis-tir.de umfassend überarbeitet und präsentiert sich nun mit einer modernen und benutzerfreundlichen Online-Präsenz. Das Ziel des Relaunchs war es, eine zeitgemäße und effektive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten.

Moderner Auftritt und verbesserte Funktionalität

„Die alte Homepage aus dem Jahr 2014 war technisch veraltet und unübersichtlich. Der Relaunch war längst überfällig, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden und den Bürgerinnen und Bürgern den bestmöglichen Service zu bieten“, erklärt Landrat Roland Grillmeier. „Die neue Website ist nun nicht nur optisch ansprechend, sondern auch technisch auf dem neuesten Stand.“ Besonderes Augenmerk habe man dabei auf die responsive Darstellung auf allen möglichen Endgeräten sowie auf eine benutzerfreundliche Navigation gelegt.

Technische Verbesserungen und neue Inhalte

Der Relaunch der Website verfolgte dabei mehrere Ziele. Neben einer verbesserten Auffindbarkeit bei Suchmaschinen wie Google, lag der Fokus auf einer übersichtlichen Startseite, die die wichtigsten Informationen schnell zugänglich macht. „Es war uns wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger nun alle relevanten Informationen und Ansprechpartner schnell finden können. Besonders stolz sind wir auf die fast 100 Online-Anträge, die nun verfügbar sind“, betont Fabian Polster, Projektverantwortlicher für den Relaunch. Auch die Ansprechpartner-Suche nach Schlagwörtern in Verbindung mit einer Info-Stele im Innenhof des Landratsamtes ist ein wichtiger Baustein.

Benutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit im Fokus

Die neue Website zeichnet sich durch eine klare und intuitive Navigation aus, die es den Nutzern ermöglicht, schnell zu den gesuchten Informationen zu gelangen. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei natürlich auch auf die Barrierefreiheit und den Datenschutz gelegt. „Wir haben Funktionen wie vergrößerbare Schrift und veränderbaren Kontrast eingebaut und auf einfache Sprache geachtet. Eine Zertifizierung in Leichter Sprache haben wir aus Zeit- und Kostengründen nicht umgesetzt, aber die wesentlichen Anforderungen sind erfüllt,“ so Polster.

Um die Interaktion mit den Nutzern zu fördern, verfügt die Website über verschiedene interaktive Funktionen, wie die bereits erwähnten 100 Online-Formulare, einen Veranstaltungskalender, verschiedene Kontaktformulare wie die „Post an den Landrat“ und die Integration von Social-Media-Verlinkungen. Inzwischen ist auch ein neues Bewerberportal, eine Familien-App sowie ein Chatbot hinzugekommen. Dieses Angebot der „Viind GmbH“ aus Würzburg, das sowohl vorgegebene Antwortmöglichkeiten als auch KI-generierte Antworten bietet, möchte der Landrat besonders hervorheben: „Der Chatbot hilft uns, die häufigsten Anfragen der Bürgerinnen und Bürger zu analysieren und unser Angebot kontinuierlich zu verbessern.“ Außerdem soll mittelfristig auch die Verwaltung damit entlastet werden.

Kontinuierliche Verbesserung und Erfolgskontrolle

Die Erfolgskontrolle des Relaunchs erfolgt durch regelmäßige Auswertung der Website-Besucherzahlen, Verweildauer und Klickraten. „Wir nutzen den datenschutzkonformen Dienst Matomo, um die Nutzung der Website zu analysieren. Das Feedback ist bisher durchweg positiv, und wir arbeiten kontinuierlich daran, die Seite weiter zu optimieren“, sagt Polster.

Zukunftspläne

Für die Zukunft ist die Umsetzung der Seite als Progressive Web App geplant, um die wichtigsten Inhalte noch schneller und einfacher zugänglich zu machen. Zudem wird ein Online-Bürgerbüro angestrebt, das virtuelle Termine mit Sachbearbeitern ermöglicht. „Die Umsetzung der neuen Homepage war ein voller Erfolg, aber wir sehen dies als einen kontinuierlichen Prozess, der ständige Aufmerksamkeit und Wartung erfordert,“ so Grillmeier abschließend. ❐

Kommunale IT-Einkaufsgenossenschaft:

BayKIT-Gründungsphase erfolgreich abgeschlossen

Mit der Eintragung in das bayerische Genossenschaftsregister ist die Gründungsphase der Bayerischen Kommunalen IT-Einkaufsgenossenschaft eG (BayKIT) erfolgreich abgeschlossen. Auch die Geschäftsstelle hat ihren Betrieb aufgenommen.

„Wir freuen uns, dass es jetzt auch in Bayern eine IT-Einkaufsgenossenschaft für den kommunalen Bereich gibt, die es uns ermöglicht, in Zukunft leistungsfähige Verwaltungs-IT ohne viel Aufwand zu attraktiven Konditionen zu beschaffen“, sagt Alex Eder, Landrat des Landkreises Unterallgäu und Vorsitzender des Aufsichtsrats der BayKIT.

Breiter Zuspruch

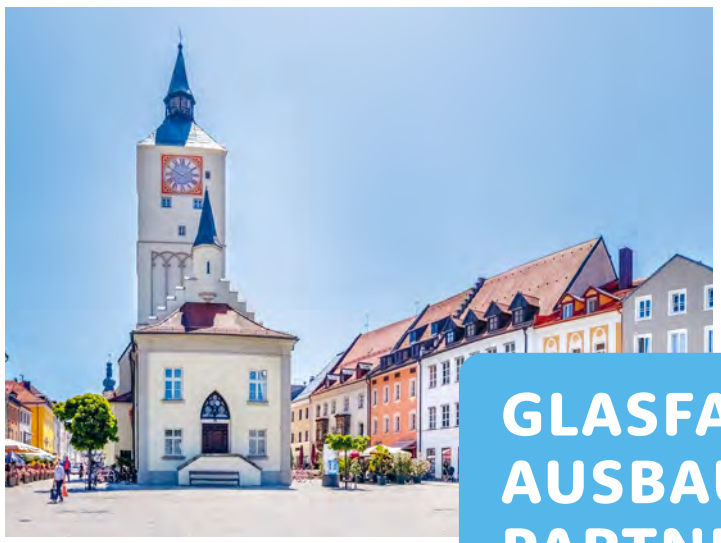
„Bei kommunalen Trägern stößt die Gründung der BayKIT auf breiten Zuspruch. Seit dem Start konnten wir bereits zahlreiche neue Mitglieder begrüßen. Dies zeigt deutlich die Notwendigkeit einer solchen Organisation, die die Bedarfe der Mitglieder im Verwaltungs- und Schulbereich erfüllen kann“, betont Rudolf Schleyer, erster Vorstand der BayKIT.

Andreas Feller, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Schwandorf und gleichzeitig zweiter Vorsitzender der BayKIT: „Es ist mir eine Ehre, 2. Vorsitzender der BayKIT zu sein. Mit diesem IT-Beschaffer-Netzwerk treten Kommunen gemeinsam auf, sparen sich nicht nur viel Zeit und Geld, sondern schaffen einen Mehrwert durch Bildung eines großen Netzwerkes. Das ist mir ein besonderes Anliegen. Daher war ich bereits bei der Gründerversammlung im Januar in München mit dabei.

Nur zusammen in einem größeren Verbund können die Kommunen die neuen Herausforderungen meistern – vor allem im Bereich der Digitalisierung“. Parallel dazu hat die BayKIT-Geschäftsstelle ihren Betrieb aufgenommen. Über die Adresse geschaeftsstelle@baykit.de können dort jederzeit Beitrittsanträge und die Satzung der Genossenschaft angefordert werden. Weitere Informationen und Details zur Aufnahme gibt es auch unter www.baykit.de.

Über die BayKIT

Die Bayerische Kommunale IT-Einkaufsgenossenschaft eG (BayKIT) wurde im Januar 2024 gegründet und ist eine von ihren Mitgliedern getragene Organisation. Genossenschaftsmitglieder können sich zukünftig individuelle und in eigener Verantwortung durchzuführende, komplexe und somit teure Vergabeverfahren ersparen und diese Aufgabe in Gänze an die BayKIT abgeben. Die Geschäftsstelle der BayKIT hat ihren Sitz in München. Von hier aus werden die gemeinsamen Aktivitäten koordiniert und in enger Abstimmung mit den Mitgliedern durchgeführt. ❐



LEONET

GLASFASER-AUSBAU UNTER PARTNERN

LEONET, Ihr starker Partner aus Bayern, bringt über 14 Jahre Erfahrung im Glasfaserausbau im Freistaat mit. Wir bieten gigabitfähiges Internet als Schlüsselelement für eine zukunftssichere Infrastruktur. Unser ganzheitlicher Ansatz betrachtet Kommunen flächendeckend und kombiniert dabei privatwirtschaftlichen und geförderten Ausbau.

Als Mitglied des „Pakts Digitale Infrastruktur“ der Bayerischen Staatsregierung sind wir mit umfassenden Finanzmitteln für den Glasfaserausbau ausgestattet. Aktuell expandieren wir über unsere Stammgebiete – Landkreise Cham und Regen – und investieren in immer mehr Kommunen Bayerns. Die Zukunft? Vielleicht schon bald bei Ihnen.

Das Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.

Adrian Richter
Leiter
Kommunalbetreuung

Tel.: +49 (0)151 1881 5692
adrian.richter@leonet.de

EIN UNTERNEHMEN DER INFRAFIBRE

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE



Nelson Killius, Sprecher der M-net Geschäftsführung (li.), und Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung, bei der Eröffnung des neuen Glasfaser-Infocenters in München-Moosach. Foto: SWM

Eröffnung des Glasfaser-Infocenters

SWM und M-net bringen die Lichtgeschwindigkeit in Münchens Wohnzimmer, Homeoffices und Unternehmen

Gemeinsam mit M-net haben die SWM weite Teile der Stadt München mit einem hochmodernen Glasfasernetz erschlossen. Gut 650.000 Haushalte und Unternehmen können schon heute per Highspeed ins Internet, das entspricht einer Abdeckung von rund 70 Prozent. Nun haben die SWM und M-net den Turbo angeworfen: Mit Fiber-To-The-Home (FTTH) kommt noch mehr Bandbreite in den Münchner Haushalten und Unternehmen an. Die Verlängerung der Glasfaser vom Gebäudekeller bis in die einzelnen Wohnungen und Büros ermöglicht noch effektiveres Arbeiten, superschnelles Surfen sowie Streaming und Gaming in höchster Qualität. Allein in den vergangenen Monaten haben die SWM und M-net rund 8.000 Haushalte mit FTTH ausgestattet. Dieser Ausbau soll weiter beschleunigt werden. Beitragen wird dazu auch das neu eröffnete Glasfaser-Infocenter in der Hanauer Straße 20 in München-Moosach.

Im Glasfaser-Infocenter stehen die Experten von SWM und M-net Immobilieneigentümern und Hausverwaltungen Rede und Antwort zu allen Fragen, die die Modernisierung der Gebäude-Infrastruktur betreffen. An einer Schauwand können technische Details anschaulich erläutert werden, etwa wie einfach die technische Umrüstung von den herkömmlichen Kupfer-Anschlüssen im Haus zu zeitgemäßen Glasfaserleitungen vonstattengeht.

Baustein zur Smart City

Mit dem FTTH-Ausbau schließen SWM und M-net die Glasfaserlücke vom Keller bis in die Wohnung. Zusätzlich installieren die SWM beim Ausbau im Gebäude sogenannte Service-Anschlussdosen für den Anschluss von Smart-Gateways zur Digitalisierung der Stromnetze, für PV-Anlagen oder weitere technische Einrichtungen, die einen Kommunikationsanschluss benötigen. Somit können die Anschlussdosen nicht nur für High-Speed-Internet genutzt werden, sondern auch für E-Ladelösungen, Smart-Grid, Smart-Meter, PV-Anlagen und vieles mehr. Damit schaffen SWM und M-net die Voraussetzung für die Digitalisierung und Smart-City-Anwendungen im Gebäude.

Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung: „Mit FTTH sind Wohn- und Gewerbeimmobilien technisch zukunftssicher ausgestattet. Somit wird man auch den steigenden Anforderungen und Ansprüchen an die digitale Infrastruktur gerecht. Privatpersonen wie auch Unternehmen erhalten mit FTTH eine leistungsstarke und verlässliche Daten-Anbindung, auch für Funktionen und Services, die derzeit noch entwickelt werden. Deshalb sollten Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer jetzt handeln und das Kupfer in ihrem Gebäude durch Glasfaser ersetzen. Die SWM und M-net sind auch hierbei ihre erfahrenen und verlässlichen Partner."

Bislang führen die Glasfaser-Leitungen bei erschlossenen Gebäuden überwiegend nur bis in die Keller, die Datenübertragung im Haus erfolgt in der Regel noch über die bestehende Kupferverkabelung. Damit die Lichtgeschwindigkeit aber nicht im Keller endet, sondern auch bei den Kunden ankommt, sollte die Glasfaser bis in die einzelnen Wohnungen reichen. Fiber-To-The-Home oder FTTH ist der Fachbegriff.

„Spätestens mit dem Ende der Umlagefähigkeit für Kabelentgelte im kommenden Sommer ist für Immobilieneigentümer und Wohnungsunternehmen jetzt die Zeit gekommen, die Infrastruktur in ihren Objekten in die digitale Zukunft zu führen", so Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung von M-net. „Diese Zukunft heißt Glasfaser bis in die Wohnung, denn eine durchgängige Glasfaserverbindung ermöglicht höchste Bandbreiten und ist die Basis für hochwertigste Telekommunikationsdienste. Zudem ist sie auch klimafreundlich: Im Gegensatz zu kupferbasierten Technologien sinken der Stromverbrauch und in der Folge der CO2-Ausstoß deutlich."

Schrittmacher für das digitale Heute und Morgen

In den jüngsten Glasfaser-Ausbaugebieten haben M-net und SWM die Gebäude nach Möglichkeit bereits mit FTTH erschlossen. In den bestehenden FTTB-Gebieten (Fiber-To-The-Building) werden Wohn- und Geschäftseinheiten in Absprache mit den Eigentümern sukzessive auf FTTH aufgerüstet. Über M-net steht das Glasfasernetz in München im Rahmen von „Open Access Vereinbarungen" auch weiteren Telekommunikationsanbietern zu fairen Konditionen für die Versorgung ihrer Kunden zur Verfügung. Der Glasfaserausbau ist neben dem Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und der Elektromobilität ein weiterer Beitrag der SWM für eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt.

Im Rahmen des gemeinsamen Ausbauprojekts für München übernehmen die SWM das Verlegen der passiven Glasfaserinfrastruktur, M-net installiert die aktive Netztechnik und betreibt das Netz mit Telekommunikations- und Mediendiensten. Private Nutzerinnen und Nutzer profitieren so von schnellen und stabilen Internet-, Telefon- und HD-TV-Anschlüssen mit Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde. Unternehmen erhalten mit der Glasfaser Standortanbindungen und hoch performante Vernetzungslösungen mit deutlich höheren Bandbreiten bis hin zu 100 Gigabit pro Sekunde im Up- und Downstream.

Infos zur Glasfaser gibt es auf www.swm.de/glasfaser ❒

CSU-Landtagsfraktion verabschiedet Resolution:

Datenschutz mit Augenmaß

Datenschutz soll den Menschen nutzen – nur mit Augenmaß lassen sich hier Potenziale für Bürger, Wirtschaft und Ehrenamt entfesseln. In ihrer Fraktionssitzung hat die CSU-Fraktion dazu eine entsprechende Resolution verabschiedet.

Darin heißt es: „Wir stehen zum Schutz der persönlichen Daten: Wir stehen zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Datenschutz darf aber nicht zum Bürokratie-Monster werden." Wenn Gesundheitsdaten für die wissenschaftliche Forschung nicht breit verfügbar seien und eine effektive Kommunikation zwischen Krankenhaus und Hausarztpraxis erschwert werde, „ist das nicht unser Verständnis von sinnvollem Datenschutz. Wenn sich Straftäter im Internet in der Anonymität verstecken können und Ermittlungsbehörden zum Schutz von Kindern und im Kampf gegen Kinderpornographie nicht auf relevante Daten, etwa IP-Adressen, zur Täterermittlung zugreifen können, wird Datenschutz zum Täterschutz. Hier muss die Bundesregierung endlich einlenken."

„Wir wollen einen Datenschutz, der schützt, wo es nötig ist, etwa mit Blick auf die großen Plattformen wie Facebook oder TikTok. Der Datenschutz darf aber nichts unnötig verkomplizieren", heißt es weiter. Die CSU-Fraktion vertraut auf die Freiheit und Eigenverantwortung von Menschen und Unternehmen. Bürokratiebelastungen durch unnötige datenschutzrechtliche Vorgaben lehnt sie ab, „zum Beispiel, wenn Ausnahmeregelungen für kleine und mittlere Unternehmen im Bereich der Verarbeitungsverzeichnissen weitestgehend ins Leere gehen. Wir wollen, dass Daten leichter zugänglich gemacht und übermittelt werden können, wenn es den Menschen dient, etwa beim Versand von ärztlichen Befunden oder Bankunterlagen per E-Mail."

Im Fokus steht zudem „ein Datenschutz mit Augenmaß statt deutsches ‚Goldplating': Die Datenschutzgrundverordnung sei dringend zu überarbeiten, um sie anwenderfreundlicher zu machen und Menschen und Unternehmen zu entlasten. Über das europäische Recht noch hinausgehende, zusätzliche Datenschutzregelungen in Deutschland sollen laut CSU-Fraktion wieder auf die Eins-zu-eins-Umsetzung zurückgeführt werden, etwa die verschärfte Pflicht zur Bestellung betrieblicher Datenschutzbeauftragter. „Bestrebungen, die Kompetenzen des Bundesbeauftragten für den Datenschutz auf die Datenverarbeitung auf Landesebene auszuweiten, sehen wir als Angriff auf die föderale Grundordnung und erteilen ihr eine klare Absage." **DK**

BayernFunk ergänzt digitale Bürgerkommunikation

Die App ist für sämtliche bayerischen Landkreise und Gemeinden kostenfrei verfügbar und bietet neue Funktionen

München. Die BayernFunk-App ist eine sichere und vertrauenswürdige Kommunikationsplattform für Kommunen. Sie übermittelt offizielle Informationen an Bürgerinnen und Bürger digital und in Echtzeit.

Bisher wird sie in über 200 bayerischen Gemeinden genutzt. Seit April ist sie für alle bayerischen Landkreise und Gemeinden kostenlos freigeschaltet. Somit können sie den BayernFunk ab sofort exklusiv für ihre digitale Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürger nutzen.

In der Rubrik „News" bietet die BayernFunk-App neben Nachrichten von Gemeindeverwaltung und Bayerischem Innenministerium auch Informationen der örtlichen Vereine, Ehrenamtsorganisationen und Veranstaltungshinweise. Die Bürgerinnen und Bürger können sich selbst aktiv einbringen: Hilfeleistungen suchen oder anbieten, oder sich über die Funktion „Ratsch" miteinander austauschen.

Seit kurzem liefert die BayernFunk-App offizielle regionale Einsatzmeldungen, Fahndungen und Informationen öffentlicher Institutionen wie Bayerisches Rotes Kreuz und Polizei über den Bereich „Blaulichtkanal". Zudem unterstützt sie Prävention, Schutz und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe der Integration des Warnsystems „Katwarn" – ganz einfach und kostenfrei per Push-Benachrichtigung. Eine integrierte KI-Löschfunktion bietet Schutz vor unangebrachten Beiträgen auf der Plattform.

Max Heimerl, Landrat des Landkreises Mühldorf am Inn und Vorreiter der digitalen Bürgerkommunikation: „Mit der BayernFunk-App haben die Landkreisbürgerinnen und -bürger alle wichtigen Informationen und Veranstaltungen aus ihrer Kommune immer mit dabei. Darüber hinaus bietet die Kommunikationsplattform ideale Möglichkeiten, sich miteinander zu vernetzen. Das fördert das Miteinander und stärkt die örtliche Gemeinschaft."

Der Zugang zu einer smarten Bürgerkommunikation in Bayern muss so selbstverständlich sein wie der zu Wasser und Strom. Deshalb kooperieren das Bayerische Rote Kreuz, Fraunhofer IESE, der Landesfeuerwehrverband Bayern und die Versicherungskammer in der Bereitstellung der Kommunikationsplattform BayernFunk.

Informationen: https://www.bayernfunk.digital/

Video BayernFunk: https://www.youtube.com/watch?v=4AjyYRoWGpA

Staatsminister Füracker besucht Landratsamt Fürstenfeldbruck :

260 Verwaltungsleistungen online

„Digitalisierung ist längst ein fester Begriff geworden, der uns täglich begegnet und ja, auch in der in öffentlichen Verwaltung ist das gewiss kein Fremdwort mehr", so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin anlässlich des Besuchts von Finanzminister Albert Füracker im Landratsamt Fürstenfeldbruck. Der Minister machte sich vor Ort ein Bild über den Stand der Digitalisierung der Verwaltung.

„Im Landratsamt Fürstenfeldbruck wird mit großem Engagement und Nachdruck am Fortschritt der Digitalisierung gearbeitet. So freut es mich besonders, dass wir im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen mit heutigem Stand bereits über 260 Verwaltungsleistungen online anbieten können, womit wir im bayernweiten Vergleich derzeit den zweiten Platz der Landratsämter belegen", ergänzt der Landrat. „Von den rund 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt arbeiten bereits rund 800 mit der elektronischen Akte. Bereits seit 01. Oktober 2022 kann der Bauantrag digital bei uns eingereicht werden und der aktuelle Bearbeitungssachstand kann über ein Portal eingesehen werden. Zusammenfassend kann ich für mein Haus mit Freude sagen, dass wir unseren Auftrag, die Digitalisierung unserer Verwaltungsarbeit voranzutreiben, sehr frühzeitig erkannt haben und auf einem äußert guten Weg sind", betont Karmasin.



Landrat Thomas Karmasin (l.) und der Bayerische Staatsminister für Heimat und Finanzen, Albert Füracker, präsentieren im Rahmen der Initiative #Digitales Bayern 5.0 die digitale Kfz-Zulassung (i-Kfz) im Landratsamt Fürstenfeldbruck. Bild: LRA Fürstenfeldbruck

Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0

„Bei der Digitalisierung hervorragend aufgestellt – Bayerns Verwaltung ist bundesweit bereits an der Spitze! Im Finanzressort haben wir hierfür unter anderem mit dem IT-Dienstleistungszentrum und unserem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik von Anfang an konsequente Aufbauarbeit geleistet. Beste Ausgangsbedingungen also für die Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0: Hand in Hand mit der kommunalen Familie schaffen wir jetzt einheitliche Strukturen und Standards und fördern den Einsatz neuer Technologien. Gemeinsam und unmittelbar setzen wir uns ein, damit Bayerns Verwaltung noch schneller, bürgerfreundlicher und mit weniger Bürokratie funktioniert", so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen des Austauschs.

Füracker weiter: „Eine umfassende Bestandsaufnahme und der direkte Austausch bilden die Basis für pragmatische, bedarfsgerechte und nachhaltige Lösungen. Mit der digitalen Zulassung von Kraftfahrzeugen und der digitalen Einreichung von Bauanträgen präsentiert sich das Landratsamt Fürstenfeldbruck heute schon als wahrer Vorreiter in Sachen Digitalisierung. Ein herzliches Vergelt's Gott an alle Beschäftigten für Ihr Engagement!" ❒

Neues bürgerfreundliches Webangebot

Der Landkreis Amberg-Sulzbach wird noch bürgerfreundlicher und verbessert weiter sein digitales Angebot. Auf der Startseite der Landkreis-Homepage sind unter der Rubrik „Unsere Heimat" ab sofort wichtige Informationen rund um den Landkreis und das Landratsamt Amberg-Sulzbach auf einen Blick zusammengefasst.

Auch wenn die Optik der einer App ähnelt, ist es keine App im klassischen Sinn. Der Vorteil, so Landrat Richard Reisinger: Der Endnutzer muss nichts herunterladen. Die mobil-optimierten Seiten können im Browser abgerufen werden und sind dadurch unabhängig vom Betriebssystem des Smartphones.

Über den Link mobil.amberg-sulzbach.de gelangen die User direkt zum Angebot. „Wir sehen uns als modernen Dienstleister für unsere Landkreisbewohner. Mit dem neuen Online-Angebot ermöglichen wir es unseren Kunden, noch benutzerfreundlicher an Informationen rund um den Landkreis und das Landratsamt zu kommen", fasst Landrat Reisinger zusammen.

Dafür verantwortlich zeichnet Matthias Birner, Ansprechpartner für den Bereich E-Government. Er weist auf das responsive Design hin. Heißt, egal mit welchem Endgerät die Informationen abgerufen werden, das Webdesign gleicht sich an. Die Inhalte passen sich dem jeweiligen Endgerät perfekt an. Das Angebot ist so für einen größtmöglichen Nutzerkreis benutzerfreundlich.

Zudem hat das Landratsamt Amberg-Sulzbach als zertifiziertes Digitales Amt unter der Adresse service.amberg-sulzbach.de auch sämtliche digitale Angebote aufgelistet. Hier finden Bürgerinnen und Bürger sämtliche Online-Verfahren, Online-Formulare, Informationen und weitere Serviceleistungen der Behörde. Auch das Geoportal für den Landkreis Amberg ist hier verlinkt. Mithilfe der BayernID können die Bürger ohne Unterschrift immer mehr Online-Verfahren im Freistaat Bayern nutzen. Auch die sichere Kommunikation mit der Behörde ist hier gewährleistet, so Birner.

Es war die JU-Fraktion im Kreistag, die den Antrag für eine Heimat- oder BürgerApp gestellt hatte. ❒

Von wegen Amtsschimmel

Landratsamt Amberg-Sulzbach ist mit Bring- und Abholservice-Station in der Zulassungsstelle modern und kundenorientiert

Die Paketstationen der Deutschen Post oder anderer Lieferservices kennen viele. Pakete können dort rund um die Uhr abgeholt werden. Diesen Service bietet das Landratsamt Amberg-Sulzbach nun auch in der Zulassungsstelle an, wie die Behörde informiert. An der Bring- und Abholservice-Station (BAS-Station) in der Beethovenstraße können Landkreisbewohner ab sofort ihre Unterlagen zu jeder Tages- und Nachtzeit bringen und abholen.

Äußerst komfortabel und ohne Wartezeit, so lässt sich das Prinzip der BAS-Station schnell und einfach zusammenfassen. Amtliche Dokumente können hier in Boxen hinterlegt werden, das Ganze elektronisch gesichert. Öffnungszeiten kennt die BAS-Station nicht. Sie steht den Landkreisbewohnern 24/7 zur Verfügung. „Die Bring- und Abholservice-Station ist ein weiterer Schritt hin zur modernen Verwaltung, mit der wir uns den flexiblen Bedürfnissen unserer Kunden anpassen“, freute sich Landrat Richard Reisinger bei der Inbetriebnahme.

Kein Termin mehr notwendig

Wie funktioniert der Service genau? Wer sein Fahrzeug zulassen möchte, hat ab sofort zwei Möglichkeiten. Entweder die Unterlagen wie gewohnt im Rahmen der regulären Öffnungszeiten in der Zulassungsstelle abholen oder zeitlich völlig flexibel an der BAS-Station. Für letzteres ist nur noch ein Telefonat mit der Zulassungsstelle nötig, um zu besprechen, welche Unterlagen tatsächlich benötigt werden. „Damit wollen wir im Vorfeld verhindern, dass Unterlagen für die Bearbeitung fehlen“, so Verena Hiltel, die Leiterin der Verkehrsbehörde.



Landrat Richard Reisinger und Verena Hiltel, Leiterin der Verkehrsbehörde, testen die neue Bring- und Abholservice-Station der Zulassungsstelle. Bild: Christine Hollederer

Zahlencode sorgt für Sicherheit

Per Mail erhalten die Landkreisbewohner dann einen Zahlencode. Diesen müssen sie an der Box eingeben, sodass sich das Schließfach öffnet. Nachdem die Unterlagen für die Zulassung darin abgelegt wurden, kann das Fach geschlossen werden. Mitarbeiter der Zulassungsstelle kümmern sich dann um die zügige Bearbeitung des Vorgangs. Sobald dieser abgeschlossen ist, erhalten die Kunden eine weitere Mail mit der Information, dass die Unterlagen in der BAS-Station zur Abholung bereitliegen. Die Mail enthält zudem einen weiteren Zahlencode, mit dem sich die Box nach dem Zahlvorgang vom Kunden öffnen lässt. Der Code stellt sicher, dass nur berechtigte Personen Zugriff auf die Dokumente haben. Bezahlt werden kann laut Landratsamt mittels EC-Karte.

Die BAS-Station befindet sich beim Parkplatz in der Beethovenstraße, zwischen dem Gebäude der Verkehrsbehörde und dem Medienzentrum.

Im Idealfall hinterlegt ein Berufspendler am Morgen auf dem Weg in die Arbeit seine Unterlagen in der Box und holt die bearbeiteten, fertigen Dokumente am Nachmittag nach der Arbeit wieder dort ab. ❐

MUCGPT:

KI-Sprachassistenz für städtische Beschäftigte gelauncht

Die Beschäftigten der Stadt München können sich über einen neuen Kollegen freuen: MUCGPT, ein fortschrittlicher und innovativer Sprach-KI-Assistent, steht künftig allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung zur Verfügung. Von Dezember bis Februar hatten rund 300 Mitarbeiter der Stadt München die Pilotversion getestet. Dabei wurden 12.000 Nachrichten generiert und von den Testern schließlich 59 Verbesserungsvorschläge eingereicht. Beim Launch-Event im IT-Referat konnten sich Mitarbeiter aus den städtischen Referaten nun selbst ein Bild machen und MUCGPT nach der Präsentation durch die Kollegen aus dem InnovationLab selbst ausprobieren.

Die Begrüßung hatte sich IT-Referentin Dr. Laura Dornheim direkt von MUCGPT erstellen lassen und gab damit gleich ein erstes Beispiel, wie das Sprachmodell eingesetzt werden kann. Auch Bürgermeister Dominik Krause zeigte sich begeistert von der Entwicklung: „Ich bin froh, dass die riesigen Chancen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz für eine bessere, effektivere und schnellere Verwaltung erkannt und direkt umgesetzt werden. Diese Weiterentwicklung ist kein Selbstzweck, sondern wird für die Bürgerinnen und Bürger ein großer Gewinn sein.

Das IT-Referat leistet hier durch die Integration von KI in Verwaltungsprozesse Pionierarbeit. Wir sind deutschlandweit mit die ersten, die so etwas machen.“ Das Sprachmodell basiert wie ChatGPT auf künstlicher Intelligenz und ist in der Lage, schriftliche Unterhaltungen in Form von Chats zu führen. Hierbei berechnet die KI Wortwahrscheinlichkeiten mit Hilfe eines neuronalen Netzes, um Antworten zu generieren, die natürlich und plausibel klingen. Da die Antworten nicht reproduzierbar sind, bekommt man auf die gleiche Anfrage zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Ergebnisse. Denkbare Einsatzszenarien sind beispielsweise Brainstormings, Zusammenfassung großer Texte, Übersetzungen, die Unterstützung bei kreativen Aufgaben und vieles mehr. Der Unterschied zu ChatGPT liegt vor allem im Ort der Datenverarbeitung. Dieser liegt anders als bei ChatGPT nicht in den USA, sondern verschlüsselt auf einem europäischen Server.

Bittet man MUCGPT beispielsweise sich vorzustellen, erhält man die folgende Antwort: „Ich bin MUCGPT, ein fortschrittlicher Sprach-KI-Assistent, der speziell für die Stadt München entwickelt wurde. Ich bin in der Lage, natürliche Sprache zu verstehen und zu verarbeiten und kann Ihnen bei der Bewältigung Ihrer täglichen Aufgaben und der Organisation Ihres Arbeitsalltags helfen. Mit meiner fortschrittlichen Technologie und meiner Benutzerfreundlichkeit bin ich sicher, dass ich eine wertvolle Ergänzung für das Team der Stadt München sein werde. Ich freue mich darauf, mit Ihnen zusammenzuarbeiten und Ihnen bei allem zu helfen, was Sie brauchen.“

IT-Referentin Dr. Laura Dornheim: „Künstliche Intelligenz hat eine prominente Zukunft innerhalb der Münchner Stadtverwaltung. Ich sehe die Entwicklung von MUCGPT als Mehrwert für alle Mitarbeitenden und bin stolz, dieses Produkt aus unserem Haus jetzt allen städtischen Kollegen an die Hand geben zu dürfen. In meiner Funktion muss ich diverse Grußworte halten, nicht nur beim Brainstorming dafür habe ich in der Testphase bereits auf MUCGPT zurückgegriffen und erfolgreich genutzt.“ ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Datev eG

ABC Arbeitsplatz Kommune:
Mit digitalen Belegen zu effizienten Abläufen

Digitale Prozesse sind der Schlüssel zu mehr Effizienz in der Verwaltung. Als Voraussetzung dafür müssen bereits die zugrunde liegenden Informationen elektronisch vorliegen. Daher ist die konsequente Digitalisierung von Papierbelegen der erste Schritt auf dem Weg der digitalen Transformation.

So empfiehlt es sich, die Rechnungsbearbeitung komplett auf E-Rechnungen umzustellen. Auch in Vorbereitung auf die grundsätzlich ab Jahresbeginn 2025 geltende Verpflichtung zur obligatorischen E-Rechnung für inländische Umsätze zwischen Unternehmen ist dieser Schritt ratsam. Dazu müssen zunächst die Lieferanten informiert werden, dass sie ausschließlich digitale Rechnungen ausstellen sollen. Diese müssen dann auf einer zentralen Rechnungseingangs-E-Mail-Adresse eingehen. Das schafft die Grundlage dafür, dass die Rechnungen dann automatisch weiterverarbeitet werden können – beispielsweise mittels einer Softwarelösung wie dem Cloud-System DATEV-Unternehmen online. Bereits durch diese Veränderung werden Prozessschritte wie das Öffnen der Post, Sortieren oder auch Scannen eingespart. Dennoch in Papier ausgestellte Belege wie Kassenbelege oder Tankquittungen lassen sich heute einfach über das Smartphone scannen und im System bereitstellen. DATEV bietet dafür mit der App Upload mobil eine einfach zu bedienende Option an.

Beleg-Workflows für beschleunigte Prozesse

Die nächste Etappe auf dem Weg in ein digitales Finanzwesen liegt dann im Einrichten von Beleg-Workflows für Rechnungseingang und -ausgang. Anstatt wie bisher die Rechnungen manuell durch die Organisation zu tragen und manuell zu unterschreiben, werden Belege in einem Beleg-Workflow ohne Zeitverlust digital geprüft und freigegeben. Mit Lösungen für die Belegfreigabe und die Rechnungsfreigabe mit Mittelprüfung bietet DATEV gleich zwei Varianten für die Ausgestaltung dieses Prozesses an.

Ein zusätzlicher Vorteil eines digitalen Beleg-Workflows ist die vollständige Transparenz über den Prüfprozess. Im System ist jederzeit ersichtlich, in welchem Status sich ein Beleg befindet und wie weit die Prüfung schon fortgeschritten ist. Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden die Prozesse rund um Rechnungen so deutlich einfacher. Mittels OCR-Erkennung und E-Rechnung können viele buchungsrelevante Daten direkt aus dem Beleg ausgelesen und verarbeitet werden. Das reduziert manuelle Tätigkeiten und erhöht gleichzeitig die Datenqualität.

Automatisiert gesetzeskonform mit der E-Rechnung

Nach dem Rechnungseingang gilt es dann, das Augenmerk auf die Ausgangsrechnungen zu richten. Für eine gesetzeskonforme Rechnungsstellung – mit fortlaufender Rechnungsnummer, Unveränderbarkeit und revisionssicherer Speicherung – ist eine geprüfte Software ohnehin notwendig. Deshalb sollte auch die Rechnungsschreibung gleich auf E-Rechnungen umgestellt werden. DATEV stellt dazu als Erweiterung für Unternehmen online das Modul Auftragswesen next bereit.

Neben der technischen Seite der Umstellung auf digitale Belege und elektronische Rechnungs-Workflows ist es außerdem wichtig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von vornherein einzubeziehen. Denn damit die neuen Prozesse ihr volles Potenzial entfalten können, ist die Akzeptanz und die Unterstützung aller beteiligten Fachbereiche ein elementarer Faktor.

Weitere Informationen unter:
go.datev.de/e-rechnung ❐



7. Wasserforum Oberpfalz an die Regierung der Oberpfalz:

„Wünschenswert wäre, dass viel Wasser versickern kann“

Rund 100 Vertreter von Kommunen, Landkreisen, Wasserversorgern sowie Verbänden und Einrichtungen kamen zum 7. Wasserforum Oberpfalz an die Regierung der Oberpfalz. „Für eine sichere Wasserversorgung“ lautete das Thema. Aus verschiedenen Perspektiven beleuchteten die Referentin und die Referenten die Thematik.

„Sicheres Trinkwasser ist eine Aufgabe für uns alle, die uns sehr beschäftigt“, betonte Regierungspräsident Walter Jonas in seiner Begrüßung. Der Bayerischen Staatsregierung sei es ein Anliegen, das Wasser zu sichern. Dafür nötig sei eine Beteiligung aller Akteure. Denn trotz der aktuellen Sicherung der Grundwassersituation sei der langfristige Trend – ein rückläufiger Grundwasserpegel seit gut 20 Jahren – nicht gestoppt. Als Grund nannte Jonas den Klimawandel, Wetterereignisse seien eine Gefahr für die Trinkwasserversorgung. Angesichts der Hochwasser plädierte er für eine Verstärkung des Hochwasserschutzes.

Grundwassersituation

Über die Grundwassersituation in der Oberpfalz informierte Hans-Dietrich Uhl, Leiter des Sachgebiets Wasserwirtschaft an der Regierung der Oberpfalz. Seit 2001 gebe es in Nordbayern wegen Trockenheit und mangelndem Regen große Wasserverluste. „Das Grundwasser reagiert sehr schnell auf diese Entwicklungen, es hat etwa drei Wochen Reaktionszeit“, erklärte Uhl. Rekordtemperaturen wie im März und April, die über den bisherigen Monatsmitteln liegen, und dazu wenig Regen – weit unter dem Mittel – wirkten sich auf den Wasserhaushalt aus. „Von den Niederschlägen gelangt immer weniger in den Untergrund. Seit 2000 nimmt der Wasseranteil, der zur Grundwasserneubildung beiträgt, ab“, vertiefte der Sachgebietsleiter. Für die Oberpfalz nannte er das feuchte Winterhalbjahr sowie hohe Temperaturen, was den Abfluss bzw. die Verdunstung gefördert habe. Zwar habe es etwas „Erholung“ gegeben, „aber die Grundwasserverhältnisse werden immer schwieriger. Wünschenswert wäre, dass viel Wasser versickern kann“, fasste er zusammen.

Über die neue Trinkwassereinzugsgebieteverordnung, die am 12. Dezember letzten Jahres in Kraft getreten ist, referierte Jingbo Hasubek vom Referat Grundwasserschutz und Wasserversorgung im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Sie gab zu, dass vor allem den Wasserversorgern wenig Zeit zur Umsetzung bleibe. „Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist die Verordnung begrüßenswert“, stellte sie fest. Seitens der Betreiber erfolge eine Bewertung der Trinkwassereinzugsgebiete, beim Risikomanagement seien besonders die Behörden gefragt, die unteren Wasserbehörden müssten die Verordnung bis zum 12. Mai 2027 umsetzen. Aufgrund der bayerischen Struktur der öffentlichen Wasserversorgung sei angedacht, „besonders die kleinen Versorger vor bürokratischer Überlastung zu schützen“, erläuterte Hasubek. Noch zu klären seien zahlreiche (rechtliche) Vollzugsfragen, fasste die Referentin zusammen.

Wasserversorgungsbilanzen und SüSWasser

Zwei Themen präsentierte Michael Belau vom Bayerischen Landesamt für Umwelt: die Fortschreibung der Wasserversorgungsbilanzen und das Projekt „Sicherheit der Wasserversorgung in Bayern – überregionale Systeme“ (SüSWasser). In der Oberpfalz gibt es laut Belau Regionen mit 50 Prozent weniger Grundwasserneubildung aus Niederschlägen. Neben dem Klimawandel sieht er die Ursache in einer „sehr überprägten Kulturlandschaft“: Wald/Holz und Zunahme der landwirtschaftlichen Flächen zur Ernährung der Bevölkerung. „Wir müssen diese Themen in der Bevölkerung viel bewusster machen. Wir haben eine horizontale Verteilung des Wassers“, meinte Belau. Ebenso appellierte er für einen strengeren Blick auf das Dargebot. „Wir wollen nicht weg von den ortsnahen, dezentralen Wasserversorgern. Überregionale Systeme sind eine Ergänzung“, betonte Belau.



Die Organisatoren und Referenten des 7. Wasserforums (von links): Claudia Muhr, Hans-Dietrich Uhl, Johannes Müller, Jingbo Hasubek, Felix Schäffer, Michael Belau und Raimund Schoberer. Bild: Markus Bauer

Zum Abschluss berichteten Felix Schäffer vom Freilandmuseum Oberpfalz und Johannes Müller vom Wasserwirtschaftsamt Regensburg über „25 Jahre Weltwasserwoche in Neusath-Perschen“. Heuer zur 25. Ausgabe wurde der Parcours auf 20 Stationen erweitert. Insgesamt 2718 Schüler der vierten Jahrgangsstufe aus Bayern und eine Klasse aus Tschechien nahmen das Angebot wahr, ein großes Netzwerk ist entstanden. „Das Projekt soll auch in anderen Regierungsbezirken vorgestellt werden – Nachahmer sind ausdrücklich erwünscht!“, resümierte Müller. **Markus Bauer**

Wasser – alles klar:

Nachwuchskräftegewinnung für die Zukunft der Wasserwirtschaft

Die Wasserwirtschaft ist das blaue Rückgrat unserer Gesellschaft und Umwelt, doch auch sie steht vor einer gewaltigen Herausforderung: dem akuten Fachkräftemangel. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) ruft mit der Initiative „Wasser – alles klar“ dazu auf, jetzt aktiv zu werden.

In der öffentlichen Wahrnehmung tritt die Wasserbranche neben Themen wie dem Klimawandel, der Energieversorgung und der Inflation oft in den Hintergrund, doch das muss sich ändern. Schließlich wäre das normale Leben ohne die als alltäglich wahrgenommene Versorgung mit Trinkwasser und die Abwasserentsorgung nicht möglich.

Fachkräftemangel betrifft alle

Ohne qualifizierte Fachkräfte steht einiges auf dem Spiel: Trinkwasserwerke und Abwasseranlagen sind auf gut ausgebildetes Personal angewiesen, um rund um die Uhr einwandfrei zu funktionieren. Fehlen diese Fachkräfte, drohen Störungen, was gravierende Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit und die Umwelt haben könnte. Kommunale Entscheidungsträger und Personalverantwortliche stehen vor der dringenden Aufgabe, diese kritische Lücke zu schließen, um die Ver- und Entsorgungssicherheit in ihren Gemeinden weiterhin zu gewährleisten.

„Wasser – alles klar“ ist eine bundesweite Kampagne, die im Januar 2024 startete. Das Ziel ist klar: Die Wasserwirtschaft soll als nachhaltige, sinnstiftende und technisch innovative Branche im Bewusstsein der Jugendlichen verankert werden. Die Initiative bietet Kommunen und Unternehmen eine Plattform, um sich zu präsentieren und aktiv an der Nachwuchsgewinnung teilzunehmen – und das zu einem minimalen Kostenaufwand.



Beispielplakat der Initiative. Bild: DWA Bayern

Jede Kommune, jede Behörde und jedes Unternehmen aus der Wasserwirtschaft kann sich beteiligen und von einem umfangreichen, individualisierbaren Werbemittelpool, einem Online-Stellenmarkt sowie der Vernetzung untereinander profitieren. Die zentrale Website www.wasser-allesklar.de dient als Herzstück der Kampagne. Hier können Teilnehmende ihre Karriereseiten verlinken und Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden erste Empfehlungen zu verschiedenen Berufsbildern erhalten.

Jugendliche erreichen, digitale Medien nutzen

Um die Zielgruppe der 15- bis 20-Jährigen anzusprechen, setzt die Initiative insbesondere auch auf soziale Medien wie TikTok. Echte Azubis präsentieren hier in kurzen, authentischen Videos ihre Arbeitswelt. Ziel ist es, junge Menschen auch in der digitalen Welt abzuholen und ihnen die Wasserwirtschaft als Arbeitgeber näherzubringen.

Vorteile auf einen Blick

- Rekrutierung von Nachwuchskräften durch erhöhte Sichtbarkeit auf der Website und einem eigenen Online-Stellenmarkt.
- Einheitlicher Auftritt der Branche auf Website Social Media und durch die Mitglieder der Kampagne vor Ort.
- Gestaltete Werbematerialien im Medienpool für maximale Außenwirkung.
- Umfangreiche Informationen für potenzielle Nachwuchskräfte und Quereinsteiger.
- Vernetzung von Interessierten und Arbeitgebern.
- Unterstützung bei eigenen Nachwuchsgewinnungsaktivitäten.

„Wasser – alles klar“ ist mehr als nur eine Initiative – es ist eine Bewegung, die darauf abzielt, die Wasserwirtschaft als zukunftsorientierten Arbeitgeber zu positionieren und die dringend benötigten Nachwuchskräfte zu gewinnen. Die Beteiligung jeder Kommune ist entscheidend, um gemeinsam eine neue Sichtbarkeit zu schaffen und die Branche für junge Menschen attraktiv zu gestalten. ❐

46 Mio. Euro für Hochwasserschutz in GAP

Rund 46 Millionen Euro flossen seit 2004 in den Hochwasserschutz an Kanker und Partnach in Garmisch-Partenkirchen. Dies betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bei der offiziellen Einweihung der Hochwasserschutzmaßnahmen.

„Hochwasserereignisse mit Starkregen und Sturzfluten werden infolge des Klimawandels weiter zunehmen. Jede Hochwasserschutzmaßnahme kann hier den entscheidenden Unterschied machen. Für Garmisch-Partenkirchen bedeutet der modernisierte Hochwasserschutz ein deutliches Plus an Sicherheit. Eines der größten Wildbachprojekte Bayerns ist nun fertiggestellt“, betonte Glauber.

Mit dem Abschluss der umfangreichen Hochwasserschutzmaßnahmen ist an Kanker und Partnach der Schutz vor einem hundertjährlichen Ereignis sichergestellt. Zu den nun umgesetzten Maßnahmen gehören insbesondere der Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens, einer Teilüberleitung der Kanker in die Partnach sowie der Ausbau und die Instandsetzung der Flussläufe. Die rund 46 Millionen Euro Investitionskosten teilen sich der Freistaat und der Markt Garmisch-Partenkirchen. Aktuell ist als weitere Maßnahme vor Ort ein Wildholzrückhalt am Ferchenbach vorgesehen.

Bayernweit sollen mit dem laufenden Aktionsprogramm PRO Gewässer 2030 weitere 150.000 Menschen gezielt vor einem hundertjährlichen Hochwasserereignis geschützt werden. Mit dem Maßnahmenpaket sollen bis Ende 2030 insgesamt 2 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert werden. Rund 4 Milliarden Euro wurden bayernweit seit 2001 in den Hochwasserschutz investiert. ❐



Güteschutz Kanalbau baut digitale Formate aus

Mit ihren Weiterbildungsangeboten für Mitglieder fördert die Gütegemeinschaft Kanalbau Qualität und Qualifikation. Die Angebote sind auf www.kanalbau.com unter dem Begriff AKADEMIE und den Bereichen „Veranstaltungen“, „E-Learning“, „Arbeitshilfen“ und „Technisches Regelwerk“ zusammengefasst und werden konsequent weiter ausgebaut. Unter anderem mit neu erstellten Schulungsvideos, die dem Fachpersonal der Unternehmen wichtige organisatorische und technische baustellenrelevante Sachverhalte näherbringen sollen sowie mit einer ebenfalls neu entwickelten Kanalbau-App, welche eine Schulung zum Thema „Kanalbau in offener Bauweise“ auch für Quereinsteiger möglich macht. Die Formate stehen voraussichtlich Ende dieses Jahres zur Verfügung.

„Die Qualifikation des Fachpersonals ist ein entscheidender Faktor für die Ausführungsqualität auf den Baustellen – und damit auch für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens“, ist Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Kanalbau, überzeugt. „Deshalb geben wir Unterstützung in Form von praxisnahen Schulungen und bieten darüber hinaus alternative Optionen für die Weiterbildung des Fachpersonals an.“ Hierbei geht es um Abläufe der Gütesicherung und um die fachgerechte Ausführung auf Grundlage des technischen Regelwerkes. Da die Nachfrage nach diesen Angeboten insbesondere nach der Corona-Pandemie laut Künster wieder deutlich gestiegen ist und die Teilnehmerzahlen im Geschäftsjahr 2023 noch über das Niveau der bisherigen Rekordjahre hinausgingen, wurden nun weitere digitale Formate entwickelt, die auch unabhängig von den personellen Kapazitäten der Organisation Gütegemeinschaft Kanalbau funktionieren.

Wissen für unterwegs

Unter anderem wurde mit webApp.kanalbau.com ein Online-Modul entwickelt, welches per Tablet oder Smartphone abgerufen werden kann. Die Kanalbau-webApp ist abgestimmt auf Quereinsteiger ohne Vorkenntnisse, aber auch auf Facharbeiter, Vorarbeiter und Poliere. Sie vermittelt, wie Arbeiten bei der offenen Bauweise entsprechend dem aktuellen Regelwerk ausgeführt werden. In unterschiedlichen Sprachen informiert die App über alle erforderlichen Arbeitsgänge und bietet zur Erläuterung viele Abbildungen und Animationen. Die Inhalte können eigenständig und zeitunabhängig durchgearbeitet werden. Ein abschließender Verständnistest gibt Rückmeldung über den Lernerfolg. Zusätzlich kann die App baubegleitend als Unterstützung der Mitarbeiter vor Ort dienen.

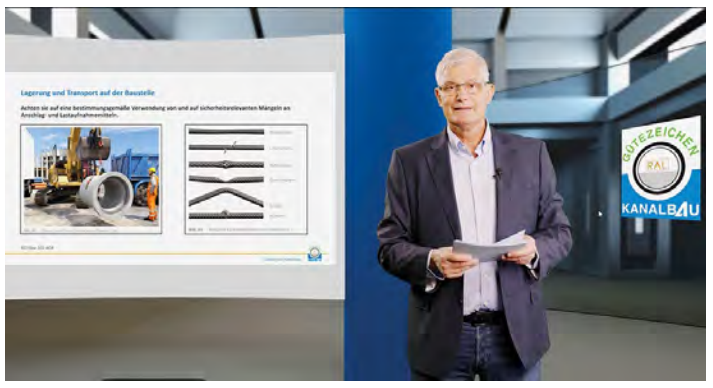
Fit für den Berufsalltag

Auch die neuen Schulungsvideos werden den Mitgliedern künftig eine Unterstützung bieten. Die Formate, aufgenommen in einem virtuellen Studio und mit Grafiken anschaulich hinterlegt, werden von Dipl.-Ing. Sven Fandrich, Leitung Bereich Außendienst der Gütegemeinschaft Kanalbau, moderiert. Sie greifen eine Fülle von baustellenrelevanten Themen auf, die von der Wareneingangskontrolle über Verbausysteme, die Herstellung der Bettung, den Einbau von Rohren und die fachgerechte Verfüllung und Verdichtung bis hin zu Rohrstatik und Eigenüberwachung reichen. Ergänzt werden sie um die Themen Dichtheitsprüfung und Grundstücksentwässerung. „Einen zusätzlichen Mehrwert bekommen diese neuen digitalen Formate auch deshalb, weil sie von den Unternehmen intern zur Weiterbildung ihrer Mitarbeiter genutzt werden können“, so Künster weiter.

Barrierefreier Zugriff möglich

Mit der digitalen Erweiterung des Dienstleistungspaketes hat die Gütegemeinschaft Kanalbau nicht zuletzt das allgegenwärtige Thema Fachkräftemangel konsequent im Blick. Deutschland benötigt qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl und auf praktisch allen Ebenen. Insbesondere vor dem Hintergrund langfristiger und tiefgreifender Transformationsprozesse, etwa bei der Digitalisierung oder dem demografischen Wandel steigen die Herausforderungen für die Fachkräftesicherung und den Arbeitsmarkt in Deutschland stetig an. Vor diesem Hintergrund räumen Unternehmen dem Thema Weiterbildung der Mitarbeiter hohe Priorität ein – unter anderem, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

An dieser Stelle bieten die neuen Angebote, auf die ein barrierefreier Zugriff möglich ist, den Nutzern eine professionelle Unterstützung bei der Stärkung der Qualifikation im eigenen Hause. Durch einen einfachen Zugang zu Schulungen und Arbeitshilfen werden die Qualifikation der Mitarbeiter und letztlich die Ausführungsqualität gefördert. ❐



Die neuen Schulungsvideos können von Unternehmen für die interne Weiterbildung der Mitarbeiter genutzt werden.

Grafik: Güteschutz Kanalbau, Bild: Güteschutz Kanalbau



Stellvertretend für die Landkreise in Bayerisch-Schwaben, die das Hochwasser besonders schwer getroffen hat, nahm Dr. Hans Reichhart (Mitte), Landrat im Kreis Günzburg, die Spende von Helmut Kaumeier (l.), Kommunalkundenmanagement energie schwaben, und Dr. Christian Blümm, Leiter Marketing und Unternehmenskommunikation energie schwaben, entgegen.

Bild: energie schwaben

100.000 Euro für Wiederaufbau nach Hochwasser

energie schwaben spendet an Landkreise im Versorgungsgebiet

Insgesamt 100.000 Euro gehen als Spende der energie schwaben Gruppe an Landkreise in Bayerisch-Schwaben, die das Hochwasser in den vergangenen Wochen stark getroffen hat. Dr. Hans Reichhart, Landrat im Kreis Günzburg, erklärt: „Die Folgen dieses Hochwassers werden wir noch lange spüren. Ich bedanke mich für die Unterstützung von energie schwaben, die uns sehr hilft, für die betroffenen Menschen im Landkreis möglichst schnell Lösungen zu suchen und erste Hilfestellungen zu bieten.“

Unkomplizierte Unterstützung für betroffene Bürger

Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung energie schwaben, betont: „Uns ist es wichtig, den Menschen in der Region schnelle und unkomplizierte Unterstützung zukommen zu lassen. Dafür sind die Landrätinnen und Landräte unsere besten Ansprechpartner: Sie und ihre Teams kennen die Situation vor Ort am besten und können beurteilen, wo Hilfe jetzt am nötigsten ist.“

Mit dem Geld unterstützt energie schwaben die Landkreise Günzburg, Neu-Ulm, Donau-Ries, Dillingen, Augsburg und Unterallgäu. Diese Landkreise waren von den jüngsten Hochwasserereignissen an Donau und Iller beziehungsweise deren Zuflüssen besonders stark betroffen.

Für Energiezukunft gerüstet

Neben der sicheren Versorgung mit Gas liegt der Fokus bei energie schwaben auf Erzeugung und Vermarktung von Biogas und Strom aus erneuerbaren Quellen, Bau und Betrieb von Fern- und Nahwärmenetzen und Dienstleistungen wie die kommunale Wärmeplanung – und das alles in Verbindung mit regenerativen Energien. Das Unternehmen bietet Dienstleistungen rund ums Thema Energie für Kommunen, Wohnungswirtschaft, Gewerbe und Industrie sowie für Privathaushalte. Auch Photovoltaik, Windenergie und Geothermie sind möglich. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen der energie schwaben-Gruppe. Dezentrale Netze spielen eine wichtige Rolle für die umwelt- und klimaschonende Energiezukunft. ❐

Bewässerung des Ringparks neu gedacht

Förderurkunde über 1.275.000 Euro eingetroffen

Im Jahr 2022 hatte sich das Umwelt- und Klimareferat der Stadt Würzburg mit einer Projektidee zur nachhaltigen Bewässerung des Ringparks für das Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ beworben. Nachdem Anfang 2023 von Seiten des Bundes die Mitteilung erfolgte, dass die Stadt Würzburg ausgewählt wurde, konnte die Projektbearbeitung gestartet werden.

Bürgermeister Martin Heilig erläutert: „Kernidee des Projektes ist es, eine ungenutzte und bisher direkt in die Pleichach abgeleitete Quellschüttung im Bereich des Bahnhofs für die Wasserversorgung des Ringparks nutzbar zu machen. Über eine Rohrleitung soll dem Pleicher See das Quellwasser zugeführt werden und ihn stetig mit Frischwasser versorgen. Der See soll als Wasserspeicher für eine zu errichtende Betankungsanlage für Bewässerungsfahrzeuge des Gartenamtes dienen. Weiterhin soll ein Teil des Baum-/ Gehölzbestandes des Ringparks automatisiert bewässert werden.“

Nachdem das Projekt ausgewählt wurde, hat das Gartenamt sogleich begonnen, sich mit der Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH, dem Wasserwirtschaftsamt und diversen städtischen Fachämtern abzustimmen. Auch fand im Juni 2023 ein umfangreiches Koordinierungsgespräch mit Vertretern des Bundes inklusive Ortseinsicht am Pleicher See und den Bahnhofsquallen statt, führt der zuständige Projekt- und Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob aus. Darauf aufbauend wurde dann seitens des Gartenamtes der offizielle Zuwendungsantrag erarbeitet und im Oktober 2023 beim Bund eingereicht.

Da das Förderprogramm auf Bundesmittel des Sondervermögens „Klima- und Transformationsfonds“ zugreift, war es von der Haushaltssperre Ende letzten Jahres betroffen. „Nachdem wir monatelang keine Rückmeldung auf unseren Antrag erhalten haben waren wir beunruhigt“, gesteht Oberbürgermeister Christian Schuchardt ein. „Als mir dann im April 2024 die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen, Klara Geywitz die Förderurkunde zugeschickt hat, ist mir ein großer Stein vom Herzen gefallen.“

Unterstützung vom Bund

Der Bund hat zugesagt, das Projekt zur nachhaltigen Bewässerung des Würzburger Ringparks mit sage und schreibe 1.275.000 Euro zu unterstützen. Das ist ein großer Beitrag zur Anpassung an die Klimaerhitzung unserer Stadt. „Für die Unterstützung vom Bund sind wir sehr dankbar“, so Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob. Aufgrund der Verzögerungen durch die Haushaltssperre wird sich der Förderzeitraum um ein Jahr bis 31.12.2027 verlängern, was uns bei der komplexen Projektumsetzung etwas Luft verschafft.

Schuchardt zufolge soll das Projekt einen wesentlichen Beitrag leisten, die größte und wichtigste Grünanlage – den Würzburger Ringpark –, resilienter gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu machen. Zudem erhofft er sich mit der Umsetzung des Projektes einen Mehrwert für zukünftige Vorhaben, da das Thema „Nachhaltige Bewässerung“ in Zeiten des Klimawandels eine immer größere Bedeutung gewinnen wird. ❐

Umwelt-Award für Isar-Renaturierung

Die Renaturierung der kanalisierten Isar zwischen Dingolfing und Landau wurde mit dem Umweltpreis „Life Award“ der Europäischen Union ausgezeichnet.

Frei fließender Fluss mit Nebenarmen und neuen Inseln

Das gemeinsame Projekt des Wasserwirtschaftsamtes Landshut und der Regierung von Niederbayern hat die kanalartige Isar wieder in einen frei fließenden Fluss mit Nebenarmen und neuen Inseln verwandelt. Durch die Renaturierung konnten seltene Tierarten wie der Flussregenpfeifer zurückkehren und fast ausgestorbene Fischarten wie Nase und Barbe sind dank neuer Kiesbänke und der verbesserten Strömung wieder zu sehen.

„Oscar für Naturschützer“

Der Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Landshut, Patrik Giebel, freute sich sehr über diesen „Oscar für Naturschützer“. Jetzt gelte es, weiterhin an der frei fließenden Isar zu arbeiten und sie zu schützen. „Die Natur, die Artenvielfalt, die Menschen in Niederbayern – sie alle haben mit dem Life-Projekt ‚Flusserlebnis Isar schon längst gewonnen‘ betonte Niederbayerns Regierungspräsident Rainer Haselbeck. Dass das „Flusserlebnis Isar“ nun auch noch aus einer Vielzahl anderer Projekte aus ganz Europa für die Auszeichnung ausgewählt worden sei, mache ihn sehr stolz und sei eine Bestätigung für die Arbeit. „Ganz besonders freut es mich, dass ausdrücklich die exzellente Zusammenarbeit von zwei bayerischen Behörden gewürdigt worden ist.“ **DK**

VKU-Branchenumfrage:

Die Sorgenfalten kommunaler Badbetreiber

Vorsichtig optimistisch blicken die kommunalen Badbetreiber auf die diesjährige Freibadsaison, aber der Ausblick auf die kommenden fünf Jahre und die Situation der Hallenbäder sehen düster aus. Fachkräftemangel bereitet den Betreibern Sorgen, und der Sanierungsbedarf der Hallenbäder ist ein weiteres Problem. Diese Erkenntnisse stammen aus einer Branchenumfrage des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) unter 314 Betreibern kommunaler Bäder in ganz Deutschland.

Die Freibadsaison 2023 war zwar für die meisten Betreiber kommunaler Bäder (46 Prozent) besser als das Krisenjahr 2022. Allerdings ist auch der Anteil der Bäder, denen es im Jahr 2023 schlechter ging als ein Jahr zuvor, von 17 auf 27 Prozent gestiegen. Die Gründe hierfür sind vielfältig.

Immense Herausforderungen

Die Mehrheit der Badbetreiber (54 Prozent) blickt eher pessimistisch in die Zukunft. Zu den größten Herausforderungen zählen der Fachkräftemangel (78 Prozent), der Sanierungsstau/-bedarf (60 Prozent) und der notwendige Wandel zum grünen/klimaneutralen Bad (40 Prozent), d.h. die Umstellung auf eine erneuerbare Energieversorgung und mehr Energieeffizienz. Knapp zwei Drittel der Befragten gaben an, dass sie sich eine stärkere politische Unterstützung wünschen.

Für 2024 erwarten die meisten Freibadbetreiber ähnlich viele oder mehr Besucher als 2023, aber es mangelt an Personal. Bis zum 1. Mai 2024 waren noch 50 Prozent der offenen Stellen unbesetzt.

Der bauliche Zustand der Freibäder ist noch gut, jedes sechste Freibad (16 Prozent) wurde frisch saniert. Allerdings muss in den kommenden fünf Jahren mehr als jedes dritte Freibad umfangreich saniert werden – im Vorjahr war es noch weniger als ein Drittel. Bei der Sanierung sehen sich 56 Prozent der Freibadbetreiber mit Hindernissen konfrontiert, so etwa durch nicht ausreichende Fördermittel (37 Prozent), gefolgt von gestiegenen Baukosten (26 Prozent). **DK**





Staatsministerin Michaela Kaniber mit Teilnehmern des Runden Tisch. Bild: StMELF/Schmidhuber

Borkenkäfer im Bayerischen Wald

Forstministerin Michaela Kaniber macht die Landkreise Regen und Freyung-Grafenau zur exklusiven Modellregion

Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber bekräftigte am „Runden Tisch Borkenkäfer“ in Zwiesel den Schulterschluss mit den Waldbesitzern vor Ort: „Bayern leistet für seine Waldbesitzer maximale Fürsorge. Das Waldschutzmonitoring in der Region wurde nochmal massiv ausgeweitet. Die Borkenkäferfallen wurden auf 30 Stück verdoppelt und die Luftbeobachtung rund um den Nationalpark beträgt nun drei Kilometer. Auf der Fläche unterstützen wir die Waldbesitzer mit umfangreichen Fördermaßnahmen. Allein im letzten Jahr mit 430.000 Euro nur in den Landkreisen Regen und Freyung-Grafenau. Zusätzlich stärken wir den Runden Tisch um ein Arbeitsgremium. Und wir machen die beiden Landkreise zur exklusiven Modellregion eines Projekts der LWF. Zusammen mit allen Akteuren müssen wir alles dafür tun, die grüne Lunge der Region zu schützen und für die kommenden Generationen zu erhalten.“

Gemeinsam mit Vertretern des Privat-, Kommunal- und Staatswaldes sowie dem Nationalpark veranstaltet das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regen quartalsweise Runde Tische, verstärkt seit 2022, um einen Informationsaustausch zur aktuellen Käferlage zu ermöglichen. Dieses bewährte Format wird nun um ein zusätzliches Arbeitsgremium erweitert, mit dem Ziel regelmäßig gemeinsame Bekämpfungsmaßnahmen abzustimmen. Ergänzt wird die Arbeit vor Ort durch das Forschungsprojekt „Forstliches Kalamitätsmanagement“ der Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft. Im Rahmen des Projektes wird ein praxisgerechtes Managementsystem zur Bewältigung von Kalamitäten entwickelt. Damit profitieren die Waldbesitzer von Erkenntnissen aus Borkenkäfer-Schwerpunkten, wie zum Beispiel dem Frankenwald.

Kaniber bekräftigte am Runden Tisch: „Nur im engen Schulterschluss können wir es schaffen, eine weitere Ausbreitung zu verhindern. So gewinnen wir wichtige Zeit, um weitere Schäden zu vermeiden und die Fichtenbestände der Region in klimastabile Mischwälder umzubauen. Wir müssen wieder agieren, um nicht nur reagieren zu können,“ so die Ministerin.

„Ich danke allen Beteiligten für den guten und konstruktiven Austausch. Es hat sich klar gezeigt, dass alle bereit sind, zusammen an einem Strang zu ziehen. Auch die durch meinen Ministerkollegen Thorsten Glauber ermöglichte, intensivere Käferbekämpfung im Nationalpark, begrüße ich ausdrücklich. Mit den heutigen Impulsen vom Runden Tisch zu möglichen Weiterentwicklungen des Käfermanagements in der Region werde ich nochmals auf ihn zugehen,“ so die Forstministerin weiter.

Die Forstverwaltung steht allen Waldbesitzern mit Beratung, Forschung und einer Förderung auf Rekordniveau zur Seite. Allein für die Borkenkäferbekämpfung hat der Freistaat Bayern im letzten Jahr rund 24 Millionen Euro Fördermittel ausbezahlt. Ein weiteres wichtiges Element bei der Borkenkäferbekämpfung sind ausreichende Holzlagerkapazitäten. Hier unterstützt der Freistaat durch die Übernahme von bis zu 80 Prozent der förderfähigen Kosten.

Die Ministerin lobte den Einsatz der Försterinnen und Förster vor Ort, die aktuell unter anderem mit rund 5.000 Einzelberatungen im Jahr in der Fläche tätig sind. Sollte sich die Käfersituation weiter zuspitzen und dadurch Engpässe am Amt Regen bei der Förderung entstehen, sagte Forstministerin Kaniber zu, eine personelle Unterstützung zu prüfen.

Weiteres Infomaterial

- Weiter Informationen zum Forschungs- und Innovationsprojekt „Forstliches Kalamitätsmanagement Bayern“ finden sich unter https://www.lwf.bayern.de/waldbesitz-forstpolitik/336312/index.php
- Weitere Informationen zum Waldumbau finden sich unter www.waldbesitzer-portal.bayern.de. Beratung und Unterstützung für interessierte Waldbesitzer bieten die Försterinnen und Förster der Forstverwaltung (Försterfinder: https://www.waldbesitzer-portal.bayern.de/025776/index.php) ❐

Staatsminister Joachim Herrmann:

Wer löscht morgen?

Das Ergebnis des Forschungsprojekts „Engagement & Freiwillige Feuerwehr/Wer löscht morgen?“ mit der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm ist ein wichtiger Beitrag, um das enorme ehrenamtliche Potenzial in den bayerischen Feuerwehren dauerhaft zu erhalten“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der offiziellen Übergabe des Abschlussberichts durch die Projektleiterin Prof. Dr. Doris Rosenkranz in Nürnberg.

Mit herausragender Expertise und einer umfassenden Untersuchung mit verschiedensten Methoden habe das Projekt zahlreiche wichtige Handlungsimpulse erbracht, um die Feuerwehren fit für die Zukunft zu machen. Der Innenminister dankte dem Forscherteam für diesen fundierten und wertvollen Blick von außen. Rosenkranz betonte, „dass es nicht die eine Stellschraube gibt, die sofort für ausreichend Feuerwehrmitglieder sorgt. Zielführend ist ein strategisches und gesamtheitliches Herangehen, das insbesondere die Perspektive der Aktiven und der künftigen Aktiven in den Blick nimmt.“ Nun sei es laut Herrmann wichtig, die zahlreichen Ideen gemeinsam um zu setzen: „Hier sind wir alle gefordert – Feuerwehren, Kommunen, Staat und Politik – mit anzupacken, damit wir auch in Zukunft auf unser etabliertes Hilfeleistungssystem setzen können.“

320.000 ehrenamtliche Feuerwehrleute in Bayern

Wie Herrmann erläuterte, sei es keinesfalls selbstverständlich, dass sich rund 320.000 Frauen und Männer in Bayern ehrenamtlich in den Feuerwehren engagieren. Überrascht habe ihn die Erkenntnis aus dem Bericht, dass sehr viele Bürgerinnen und Bürger gar nicht wissen, dass der Feuerwehrdienst weit überwiegend ehrenamtlich geleistet werde. „96 von 100 Feuerwehrmänner und -frauen leisten diesen Dienst an der Gemeinschaft ehrenamtlich. Dies müssen wir den Menschen besser vor Augen führen und im Bewusstsein verankern! Nur wer weiß, dass die Feuerwehrleute ehrenamtlich tätig sind, kann sich selbst aktiv beteiligten und mitgestalten."

Der Innenminister betont: „Jeder kann mitmachen! In den Feuerwehren finden alle ihren Platz, man muss nicht besonders stark, groß oder technisch versiert sein, um sich einzubringen. Jede und jeder – Mann oder Frau, Alteingesessene, Zugezogene oder Menschen mit Migrationshintergrund – kann helfen und Teil des starken Teams sein!“ Herrmann abschließend: „Damit sich auch weiterhin genügend Freiwillige engagieren, müssen wir vor allem eines – das hat die Studie gezeigt: Den Menschen stärker in den Mittelpunkt stellen!“ ❐

Stadt Garching bei München:

Kneippanlage, Kletterwürfel und Calisthenicsanlage

Drei neue Freizeiteinrichtungen im nördlichen Bürgerpark auf einmal

Gleich drei neue Bürgerpark-Einrichtungen konnten Garchings Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann und Ralph Gutknecht vom städtischen Umweltreferat den Garchingerinnen und Garchingern Anfang Mai übergeben. Die Anlagen am nördlichen Eingang ergänzen damit Abenteuerspielplatz, Boule-Bahn und Picknickbereich, die daran angrenzen und sich bereits großer Beliebtheit erfreuen.

Die Platzfläche der Calisthenicsanlage besteht aus einem grünen Kunststoff-Fallschutzbelag und wassergebundener Wegedecke. Entstanden ist eine multifunktionale Workoutanlage mit fest installierten Sportgeräten, welche Trendsportarten wie Parcours und Streetworkout in einer Anlage verbindet. Ausgestattet ist diese für Anfänger und für Fortgeschrittene. Die Hindernisse werden durch Parcoursläufer selbstständig nach gewünschtem Schwierigkeitsgrad kombiniert. Sitzgelegenheiten laden zum Zuschauen und Durchatmen ein.

Gegenüber der Calisthenicsanlage, im Obsthain, wurde ein Kletterwürfel installiert, der besonders Teenager und ältere Kinder zum Klettern ermutigt. Mit seinem skulpturähnlichen Aussehen und professionellen Klettergriffen lädt der Würfel zu einschätzbaren Kletterherausforderungen und Spielen ein. Die Möglichkeit, in der eigenen Geschwindigkeit zu klettern, zu kriechen und zu balancieren, macht den Kletterwürfel zu einer sicheren Option für Kinder mit unterschiedlichen Fähigkeiten und sorgt gleichzeitig für stundenlangen Nervenkitzel und Kletterspaß. Der Fallschutzbelag ist ein stoßdämpfender Spielplatzboden mit Holzhackschnitzel.

Bachaufweitung Nord und Kneippanlage

Zum nördlichen Eingangsbereich gehört auch die nach Osten angrenzende Bachaufweitung des Wiesäckerbachs mit Holzdeck und Kneippanlage. Dabei wurde der bestehende Bach nach Westen zum Park hin aufgeweitet. Im mittleren Bereich bildet sich zwischen dem alten Flussbett und der Bachaufweitung eine Insel, die bei Hochwasser teilweise überflutet wird. Findlinge sind als Störsteine eingesetzt und erzeugen ein natürlich anmutendes Flussbild. In langsamen Randbereichen wurde Schilf angepflanzt. Seitlich der Bachaufweitung wurden typische Auengehölze ergänzt. Die verschiedenen Weidenarten dienen zur Befestigung des Ufers und sind daher temporär durch eine Drahthose vor Biberbiss geschützt.

Um einen guten Zugang zum Bach zu ermöglichen, sind zwei Treppenanlagen mit Handlauf eingebaut. Im nördlichen Bereich löst sich diese Insel auf und der Wiesäckerbach gliedert sich in einen neuen seichten sowie in einen bestehenden tiefen Bereich auf. Das große Holzdeck und die Sitzstufenanlage laden zum Verweilen ein und die natürliche Kneippanlage dient zur Abkühlung an heißen Sommertagen. ❐



V.l.: Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann, Stadt Garching b.München, Ralph Gutknecht, Umweltreferat, mit Lucia Thumann und Julia Csoti (beide adlerolesch Landschaftsarchitekten) präsentieren die neue Kneippanlage im Bürgerpark. Bild: Stadt Garching

Messe RETTmobil in Fulda:

Hochgeländegängiger Unimog als Tanklöschfahrzeug

Mercedes-Benz Special Trucks präsentierte auf der diesjährigen RETTmobil ein Unimog Tanklöschfahrzeug. Mit zahlreichen Off road-Eigenschaften ist das Fahrzeug für Einsätze in besonders schwerem Gelände, wie beispielsweise Wald- und Vegetationsbrände oder Hochwasser- und Hilfeleistungseinsätze, konzipiert. Besucher konnten sich vor Ort zum Unimog und seinen vielfältigen Einsatzmöglichkeiten bei Blaulichtorganisationen beraten lassen. Weitere Einsatzfahrzeuge auf Unimog-Basis, wie beispielsweise einer der 26 vom Land Hessen kürzlich beschafften Unimog U 5023 mit Logistikaufbau für Wechselmodule (GW-L KatS), waren ebenfalls auf der RETTmobil zu sehen. Die nächste RETTmobil findet vom 14. bis 16. Mai 2025 wieder in Fulda statt.

Der hochgeländegängige Unimog U 5023 bietet eine Reihe von technischen Eigenschaften, mit denen er für Einsätze in unwegsamem Gelände und speziell für die Waldbrandbekämpfung gerüstet ist. Mit der hohen Bodenfreiheit von 50 Zentimeter kann der Unimog selbst im extremen Gelände viele Hindernisse überfahren und durch die großen Rampen- und Böschungswinkel auch steile Hänge erklimmen. Die Kombination aus spezieller Geländebereifung und integrierter Reifendruckregelanlage, durch die eine schnelle Anpassung des Reifendrucks während der Fahrt möglich ist, sorgt dabei für Traktion auf verschiedenen Untergründen. Die sogenannte Watfähigkeit von bis zu 1,2 Meter als Sonderausstattung erlaubt es der Besatzung beispielsweise Flüsse zu durchfahren oder ihr Fahrzeug in Überschwemmungsgebieten einzusetzen. Der Unimog ist zudem mit einem Hitzeschutz an allen betriebsrelevanten Leitungen ausgestattet, was die Sicherheit der Einsatzkräfte und die Zuverlässigkeit des Fahrzeugs in hitzeintensiven Umgebungen steigert.

Der Unimog U 5023 ist mit einem Aufbau von Rosenbauer ausgestattet, der den Anforderungen eines TLF 3000 nach Feuerwehrnorm DIN-14530-22 gerecht wird. Der Tank fasst 3.000 Liter und das Löschmittel wird mittels einer Feuerlöschkreiselpumpe FPN 10-2000 nach DIN EN 1028 ausgebracht. Auf Kundenwunsch können auch größere Pumpenleistungen und zusätzliche Sprühbalken ergänzt werden. Zwei Geräteräume auf jeder Seite sowie ein Geräteraum im Heck des Fahrzeugs sorgen für den nötigen Stauraum. Klappbare, rutschsichere Auftritte erleichtern den Zugang zu den Geräteräumen, während die Trittstufenbeleuchtung die Sicherheit der Einsatzkräfte bei Nacht zusätzlich erhöht. Für Einsätze im Dunkeln ist eine Umfeldbeleuchtung mit etwa 5.000 Lumen pro Meter an Bord und weitere Ausstattungen wie ein Lichtmast können ergänzt werden.

Hohe Stabilität, geringes Gewicht

Das Aluminiumschweißgerippe des Rosenbauer-Aufbaus gewährleistet hohe Stabilität bei gleichzeitig geringem Gewicht, während die bestmögliche Gewichtsverteilung zwischen Vorder- und Hinterachse sowie ein niedriger Schwerpunkt die Fahreigenschaften des Fahrzeugs optimieren. Mit Aufbau liegt der Böschungswinkel am Heck bei 42 Grad, was auch das Fahren in sehr anspruchsvollem Gelände mit wechselnder Topografie erlaubt. ❐



Mercedes-Benz Special Trucks zeigt auf der RETTmobil einen hochgeländegängigen Unimog als Tanklöschfahrzeug.

Bild: Mercedes-Benz Special Trucks

BuGG-Bundeskongress in Düsseldorf:

Biodiversität Gebäudegrün

Beim zweitägigen Fachkongress des Bundesverbandes Gebäudegrün e.V. (BuGG) in Düsseldorf drehte sich alles um die biologische Vielfalt rund um Gebäude mit Dach- und Fassadenbegrünung. Wie BuGG-Präsident Dr. Gunter Mann vor mehr als 250 Teilnehmern betonte, „haben wir ganz bewusst den diesjährigen Bundeskongress unter das Thema Biodiversität gestellt, um diesen für Wirtschaft und Gesellschaft extrem wichtigen Aspekt zu fokussieren. Beim Gebäudegrün geht es um ein besseres Mikroklima, Extremwettermanagement, Gesundheit, effizienten Gebäudebetrieb, aber eben auch um die Schaffung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere, um Artenschutz und die Wahrnehmung von Verantwortung."

Tatsache ist: Der Verlust von vielfältigen Lebensräumen in der freien Landschaft führt zu neuen Herausforderungen im bebauten Raum. Auf europäischer Ebene werden naturbasierte Lösungen propagiert, dazu gehören auch sogenannte Schwammstadtkonzepte und Maßnahmen zur Förderung der grün-blauen Infrastruktur, insbesondere die Gebäudebegrünung. „Es gilt, ein kluges Regenwassermanagement mit dem Schutz und Ausbau von Lebensräumen für die Flora und Fauna zu verbinden und gleichzeitig, wo möglich, Naturerfahrungsräume für die Menschen vor Ort zu schaffen", betont der BuGG.

Flächenpotenzial für kreative Nutzung

Insbesondere in den hochverdichteten Innenstädten, aber auch in Neubau- und in Gewerbegebieten sei Freiraum für Grünflächen ein äußerst knappes Gut. Der überwiegende Teil der Flächen sei durch Gebäude, Plätze und Straßen versiegelt und biete keine Chance für Regenwasserversickerung und Verdunstung und erst recht nicht für Pflanzen und Tiere. Allerdings bieten Gebäude auf Dächern und an Fassaden aus Verbandssicht ein riesiges Flächenpotenzial, das kreativ genutzt werden müsse. Längst seien die Systeme zur Dach- und Fassadenbegrünung technisch ausgereift und in Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie bei Investoren als nachhaltige, lebendige Elemente zur Schaffung von klimawirksamen und ästhetisch ansprechenden Gestaltungen anerkannt.

Das abwechslungsreiche Tagungsprogramm umfasste Fachvorträge zu verschiedenen Aspekten der Dach- und Fassadenbegrünung, gesetzliche Rahmenbedingungen, wissenschaftliche Untersuchungen sowie Praxisbeispiele von Unternehmen und Büros. Darüber hinaus standen Informationen zu Förderungen und Zertifizierungssystemen auf der Agenda. Jeder Themenblock wurde von einer Podiumsdiskussion mit den Referenten begleitet. Eine Fachausstellung verschiedener Unternehmen rundete die Veranstaltung ab.

Es wäre von Vorteil, könnte man bestehende Minimalbegrünungen fit für den Klimawandel und für Biodiversität machen. Der Regensburger Naturgartenplaner Reinhard Witt zeigte am Beispiel einer Dachbegrünung von über 3000 qm in München, wie dies funktioniert. Auf das bestehende Dachsubstrat von 8 cm Höhe wurden im Jahr 2018 7 cm zusätzliches Substrat aufgebracht und artenreich mit heimischen Wildpflanzen begrünt.

Prof. Dr. Wolfgang W. Weisser, Lehrstuhl für Terrestrische Ökologie an der TU München, stellte seinerseits die Methode „Animal-Aided Design" vor, die das Ziel hat, Tiere in architektonische Planungen mit einzubeziehen. Hier gilt es, gute Gestaltung mit der Förderung von Naturerlebnissen zu verbinden. Anhand von Praxisbeispielen wurden dabei Möglichkeiten und Herausforderungen erörtert.

In den Diskussionen wurde auch deutlich, dass es einen neuen Blick auf das Stadtgrün braucht. In längeren Trockenphasen oder im Winter können auch etablierte Dach- und Fassadenbegrünungen zeitweise weniger attraktiv aussehen – wie in der Natur. „Die Vorstellung von ganzjährig frisch grünen, blühenden und schmucken Grünflächen entspricht nicht den natürlichen Zyklen – auch eine Wiese oder ein Wald verändern sich im Jahreslauf. Hier ist eine neue Ästhetik gefragt, die anerkennt, dass eben auch vorübergehend vergilbte Grünflächen ökologischen Wert haben", erläuterte Gunter Mann. Diese Sichtweise zeige sich auch in jüngeren Konzepten zur Nachhaltigkeitsbewertung. Das Gebäudegrün sei sowohl im Zertifizierungssystem der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) als auch im aktuell erstellten Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) des Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) ausdrücklich enthalten.

Sichtbare und wertvolle Naturerfahrungsräume

„Vielfalt braucht Vielfalt", lautete der Tenor des Kongresses. Mit einer Vielfalt der Pflanzen, unbedingt auch heimischen Arten, vor allem aber einer Vielfalt der Strukturen und Materialien, wie Totholz, Steinen, Sandlinsen und Wasserstellen sowie standorttypischen Substraten könnten vielfältige Lebensräume auch für Insekten und Tiere, vor allem Vögel geschaffen werden. Solche Gebäudebegrünungen seien dann auch sichtbare und wertvolle Naturerfahrungsräume für Menschen.

Wie der BuGG-Präsident darlegte, „haben wir gesehen, dass vielfältige, intensive Dachbegrünungen, mindestens aber ökologisch aufgewertete extensive Dachbegrünungen, übrigens auch in Kombination mit PV-Anlagen, bestens geeignete Räume für die Biodiversität sind. Die Fassadenbegrünung etabliert sich als kreatives Aufgabenfeld zur nicht nur ästhetisch, sondern auch ökologisch wertvollen Gebäudegestaltung."

Als Messgröße für den ökologischen Wert von biodiversem Gebäudegrün wurde vor allem die Anzahl von Arten in Flora und Fauna gesehen. Viele Insekten und auch Vogelarten finden gerade in speziell begrünten Dächern und Fassaden ihre Futter-, Nist- und Schutzräume. Bundesumweltministerin Steffi Lemke, die die Schirmherrschaft für den Fachkongress übernommen hatte, verdeutlichte in ihrer Videobotschaft die Bedeutung des Gebäudegrüns und verwies ausdrücklich auf sein Potenzial einer ökologisch orientierten Planung, Gestaltung und nachhaltigen Pflege. **DK**

Ein kleines Jubiläum

Fünf Jahre Beutlhauser und REFORM

Mit dem Vertrieb des Geräteträgers Metrac fiel im Jahr 2019 der Startschuss für die Zusammenarbeit von Beutlhauser und REFORM. Aufgrund der guten Erfahrungen, gerade was After-sales, die Serviceabwicklung und die Kundenzufriedenheit angeht, erfolgte im Frühjahr 2023 ein wegweisender Schritt: Beutlhauser übernahm die Gebietsbetreuung der gesamten REFORM Fahrzeugpalette in Thüringen, Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern.

Konkret bedeutet das: Neben der Metrac-Baureihe erhalten Kunden seither auch die Transporter Muli sowie die Boki Kommunalfahrzeuge bei Beutlhauser. Zudem ist Beutlhauser für den flächendeckenden Service verantwortlich. „Nach einem Jahr können wir ein erstes Zwischenfazit ziehen: Die Teams von Beutlhauser und REFORM wachsen immer mehr zusammen. Die intensivierte Zusammenarbeit ist für beide Seiten und insbesondere die Kunden ein Gewinn", sagt Claus Artmayer, Leiter Kommunaltechnik bei Beutlhauser.

Kontinuierlicher Austausch

Allerdings ist der Ausbau einer Partnerschaft kein Selbstläufer, sondern mit viel Arbeit verbunden. „Unser Projektplan sah von Anfang an vor, alle Beteiligten eng in Entscheidungsprozesse einzubinden und einen intensiven Austausch zu pflegen. In einem ersten Schritt haben sich die rund 50 Vertriebs- und Servicekollegen beider Unternehmen bei REFORM in Dorfen kennengelernt", so Artmayer weiter.

Im März 2023 folgte die offizielle Auftaktveranstaltung der intensivierten Partnerschaft mit einer REFORM-Ausstellung bei Beutlhauser in Hengersberg. Im Januar dieses Jahres kamen die Mitarbeiter von Beutlhauser und REFORM dann erneut zusammen, um in offener Runde die bisherige Zusammenarbeit zu beleuchten.

Weiterer Ausbau der Geschäftsbeziehungen geplant

Auch REFORM bewertet die Partnerschaft positiv. „Nach dem Start der erfolgreichen Zusammenarbeit im Jahr 2019 war es der logische Schritt, das komplette REFORM Sortiment in einem erweiterten Gebiet durch die Firma Beutlhauser am Markt vertreten zu lassen. Die überaus erfolgreiche Abwicklung diverser Aufträge führte Ende 2023 zu einem besonderen Auftrag bei einem renommierten Kunden. Die Professionalität und Umsetzung der bisher gemeinsam abgewickelten Projekte ermöglicht uns, diesen Großauftrag zusammen mit Beutlhauser umzusetzen", berichtet Johannes Lindenbauer, Verkaufsleitung Kommunaltechnik bei REFORM.

Zugleich kündigt er an: „Für das Jahr 2024 arbeiten wir gemeinsam an einem weiteren Ausbau unserer Geschäftsbeziehung und der erfolgreichen Weiterentwicklung der professionellen Marktbearbeitung mit dem gesamten umfangreichen Sortiment von REFORM." ❐

Markt Fürstenzell:

Zurück zum Unimog

Bauhof erhält U 427 mit Sonderausstattung

Von der Kinderbetreuung über verschiedene Bildungseinrichtungen bis hin zum vielfältigen Vereinsleben und einer verlässlichen medizinischen Versorgung vor Ort – Fürstenzell im niederbayerischen Landkreis Passau positioniert sich mit vielen Argumenten als lebenswerte Marktgemeinde für alle Altersgruppen. Auch die Infrastruktur und die Pflege der Straßen und Wege spielt eine zentrale Rolle. Bei diesen und weiteren Aufgaben wird das Team des Bauhofs künftig von einem leistungsstarken Allrounder unterstützt: einem Unimog U 427, der über Beutlhauser in Hagelstadt beschafft wurde.

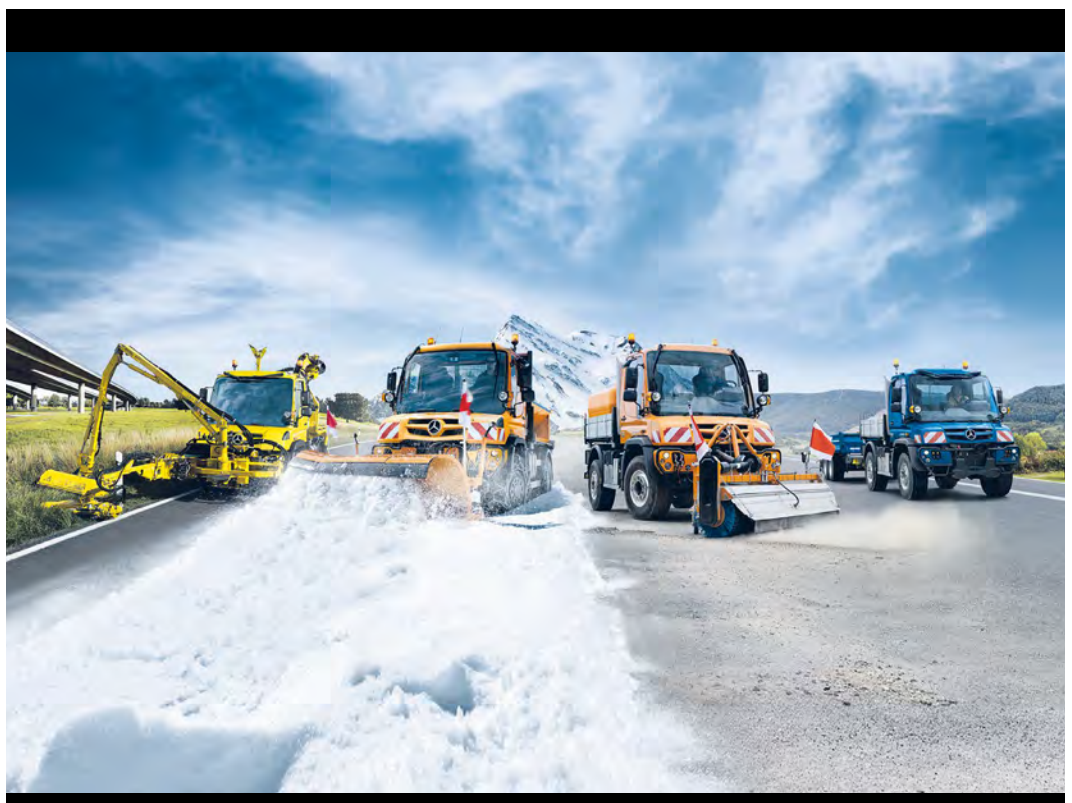
Mit dem Neuzugang ist nach rund 40 Jahren erstmals wieder ein Unimog für den Bauhof im Einsatz. „Die Entscheidung beruht vor allem auf zwei Faktoren: Ein ausschlaggebender Punkt war zum einen die Geländegängigkeit des Unimog. Wenn beispielsweise Biberdämme beseitig werden müssen, können wir direkt bis zum Damm fahren und das Material aufladen. Das vereinfacht die Arbeit ungemein", sagt Bauhofleiter Mario Weiß. Als zweiten zentralen Faktor nennt er den Service. Mit Beutlhauser wurde ein regionaler Partner mit einem schlagkräftigen Servicenetz gewählt. Auch die verlässliche und zügige Ersatzteilbeschaffung überzeugte den Bauhof.



Nach 30 Jahren setzt der Bauhof Fürstenzell wieder auf einen Unimog. Bauhofleiter Mario Weiß (2.v.r.) nennt als Gründe die Geländegängigkeit, den Service und die Ersatzteilverfügbarkeit. Bild: Beutlhauser

Zweckmäßige Ausstattung

Zum Einsatz kommt der U 427 vorwiegend im Winterdienst, bei Transporten und im Bereich der Bankettpflege. Dementsprechend wurde er mit diversen Zubehör ausgestattet. Neben einer Stahlpritsche nach Sondermaß von Hecka entschied sich der Bauhof auch für einen Schneepflug von Schmidt aus der Tarron-Serie, einen Streuer von Bucher Municipal sowie Front- und Heckkraftheber von AS-Söder. Der 6-Tonnen-Heckkraftheber beispielsweise wird benötigt, damit ein Wegepflege- und Instandhaltungsgerät eingesetzt werden kann. Damit können in einem Zug die Schotter- und Feldwege aufgefräst und dann gleich wieder glatt gewalzt werden. In der Folge freuen sich die Anwohner und Besucher von Fürstenzell über ebenmäßige Straßen. ❐



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Marktgemeinde Emskirchen im schönen Frankenland. Die Gemeinde zählt 6.147 Einwohner, hat 31 Ortsteile und Weiler und umfasst 67 km².

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

2008 wurde ich in den Gemeinderat gewählt und durfte seitdem auch das Amt der Zweiten Bürgermeisterin ausüben. Seit 2020 bin ich Erste Bürgermeisterin und hauptamtlich tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Sandra Winkelspecht

Erster Bürgermeisterin
Markt Emskirchen

Vor meinem Amtsantritt 2020 habe ich für einen Bundestagsabgeordneten gearbeitet.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich bin familiär vorgeprägt. In meiner Familie gab es immer schon Kommunalpolitiker. Dadurch wurde mein Interesse geweckt, mich aktiv für meine Heimatgemeinde einzubringen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Da ich bereits 12 Jahre das Amt der Zweiten Bürgermeisterin ausüben durfte, habe ich einen guten Einblick in die Aufgaben und den Tätigkeitsbereich des Ersten Bürgermeisters erlangen können. Zusätzlich habe ich verschiedene Seminare besucht.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Der Start in meine Amtszeit war überschattet von der Corona-Pandemie und all ihren Auswirkungen. Die Arbeit begann quasi direkt mit Krisenbewältigung. Dazu kam, dass ein Zusammenkommen mit Bürgerinnen und Bürgern für sehr lange Zeit sehr schwierig war.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Zur Zeit beschäftigen wir uns mit dem „Wind an Land-Gesetz“ und somit mit der Ausweisung neuer Windkraftvorranggebiete. Daneben verlegen wir im gesamten Gemeindegebiet Glasfaser. Weitere Themen sind die Schaffung neuer Gewerbe- und Baugebiete und der Rechtsanspruch der Ganztagesbetreuung im Grundschulalter.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Wir möchten ein attraktives Angebot für unsere Jugendlichen schaffen, das den Bedarf auch tatsächlich deckt. Die Sanierung unserer Straßen ist und bleibt ein großes Aufgabengebiet.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Nachdem ich mich auch noch zu den jungen Kolleginnen zähle, bin ich noch dankbar für gute Ratschläge.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich arbeite sehr transparent und bin jederzeit ansprechbar. Wir informieren den Gemeinderat vor jeder Sitzung sehr umfassend und im Anschluss an Gemeineratssitzungen bzw. Ausschusssitzungen setzen wir die Bürgerschaft über alle Entscheidungen ausführlich in Kenntnis.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird Kommunalpolitik tiefgreifend verändern, indem sie Prozesse effizienter macht, die Bürgerbeteiligung erhöht, und die Transparenz verbessert. Die Herausforderung besteht darin, diese Technologien verantwortungsvoll einzusetzen, um die Vorteile voll ausschöpfen zu können und gleichzeitig Risiken wie Cyberbedrohungen und Datenschutzprobleme zu minimieren.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Wer einen Baum pflanzt, um in seinem Schatten zu sitzen, hat den Sinn des Lebens nicht verstanden.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als eine Bürgermeisterin, der ihre Gemeinde am Herzen lag. ❐

Gewinner des Bayerischen Demografiepreises 2023:

Bayern fit für die Zukunft machen

Sieben Preisträger erhielten in Nürnberg aus den Händen von Staatsminister Albert Füracker den „Bayerischen Demografiepreis 2023“. „Das Heimatministerium zeichnet kreative, innovative und nachhaltige Ideen und Projekte mit insgesamt 15.000 Euro aus und macht sie damit als Vorbilder sichtbar“, unterstrich Füracker.

In der Kategorie „Meine.Heimat.Zukunftssicher“ wurden der „Pflegekrisendienst“ des Landkreises Erding, die Vereine Oberfranken Offensiv und Avanti – Mobile Zukunft Schwarzenbruck, sowie der Campus GO eG ausgezeichnet.

Der „Pflegekrisendienst“ bietet schnelle, unkomplizierte medizinische Hilfe vor Ort, wenn kein anderer Dienst verfügbar ist. Die enge Vernetzung mit Nachbarschaftshilfen vor Ort und dem etabliertem Pflegestützpunkt ermöglicht eine sehr kurzfristige Versorgung der Patientinnen und Patienten.

Lebensqualität verbessern

Der Verein Oberfranken Offensiv e.V. zeigt mit seinem Projekt „Digitales Gesundheitsnetzwerk Oberfranken-DGNO“, wie telemedizinische und digitale Technologien eingesetzt werden können, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu verbessern. Durch die Vernetzung von Gesundheitsdienstleistern, die Nutzung digitaler Daten und den Einsatz moderner Kommunikation wurde ein oberfrankenweites Gesundheitsnetzwerk entwickelt: Dabei wurden unter anderem eine Oberfranken Regio-Online Sprechstunde, ein Oberfranken Regio-E-Rezept sowie eine Oberfranken Telekonsil-Plattform konzeptioniert. Mit der Teilnahme von bereits 57 Medizinerinnen und Medizinern, 16 Pflegeheimen, drei ambulanten Pflegediensten und zwei Kliniken stellt das Konzept ein durchschlagskräftiges Instrument dar, das Gesundheitswesen neu auszurichten.

Mit dem Projekt „Mobile Zukunft Schwarzenbruck“ stellt sich der Verein Avanti – Mobile Zukunft Schwarzenbruck e.V. der großen Herausforderung, Mobilität nachhaltig und generationenübergreifend zu gestalten. Das vorbildhafte Projekt zeigt alternative Verkehrslösungen auf und bietet zahlreiche kostenfreie Angebote an, die auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger angepasst sind.

In Zeiten, in denen ländliche Regionen zunehmend mit dem Rückzug medizinischer Dienstleistungen kämpfen, hat sich Bayerns erste gemeinwohlorientierte Genossenschaft zur Sicherung der medizinischen Versorgung Campus GO eG dieser Herausforderung angenommen. Im April 2023 wurde das erste Medizinische Versorgungszentrum in Schneeberg eröffnet. Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung und zu einer erheblichen Verbesserung des Arbeitsumfelds für Ärztinnen und Ärzte.

In der Kategorie „Meine.Heimat.Arbeit&Familie“ wurde der Landkreis Regen mit seinem Projekt „ZAUBERWOID“ bedacht, das einen völlig neuen Ansatz in der regionalen Berufsorientierung verfolgt: Jugendliche aus den Abschlussklassen unterschiedlicher Schulen werden auf einer Begegnungs- und Austauschplattform mit regionalen Unternehmen zusammengebracht. Im Rahmen von Workshops und verschiedenen Interaktionen arbeiten Schülerinnen und Schüler mit Unternehmern an konkreten Aufgaben.

Preisträger in der Kategorie „Meine.Heimat.Lebensqualität“ sind der Verein PYR-einander sowie der Kreisjugendring Augsburg-Land. Im Markt Pyrbaum werden Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Kommunalverwaltung, Kirchen und regionale Unternehmen vernetzt, um gemeinsame Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren im Ort zu organisieren. Das Projekt „PYR-einander“ schlägt eine Brücke zwischen den Generationen und zeigt, wie durch Vernetzung verschiedener Akteure gemeinschaftsstärkende Synergien entstehen. Zudem setzt es sich für soziale Teilhabe von Seniorinnen und Senioren ein.

Sprachrohr für die Jugend

Der Kreisjugendring Augsburg-Land zeigt mit seinem Projekt „JUZE Adelsried“, was innerhalb eines Jahres mit viel Engagement auf die Beine gestellt werden kann: Die Jugend vor Ort hat einen attraktiven Raum für sich geschaffen, aber auch die Dorfgemeinschaft profitiert. Mit zahlreichen neuen Veranstaltungen bereichert die Jugend das Dorfleben. Darüber hinaus ist eine Jugendinitiative entstanden, die als Sprachrohr für die Jugend dient. **DK**

Unterfränkische Kulturtage:

„Rhönkäppchen macht Kultur“

Unter dem Motto „Rhönkäppchen macht Kultur“ fanden die diesjährigen Unterfränkischen Kulturtage statt – heuer erstmals in einer Integrierten Ländlichen Entwicklung, der „Allianz Kissinger Bogen“.

Seit fast 40 Jahren präsentiert der Bezirk Unterfranken gemeinsam mit jeweils einem anderen Landkreis eine der vielen unterfränkischen Kulturlandschaften. Heuer konnten Interessierte in den Märkten Oberthulba, Burkardroth, Bad Bocklet und der Gemeinde Nüdlingen die Vielfalt und das kulturelle Erbe Unterfrankens miterleben. Zu dem Event unter dem Motto „Vielfalt der Blasmusik im Markt Oberthulba“ versammelten sich beispielsweise Musikbegeisterte aus der ganzen Region, um einem spektakulären Nachmittag und Abend voller musikalischer Darbietungen beizuwohnen.

Die Kulturtage lockten mit einem bunten Strauß aus Veranstaltungen wie Märkten, Vernissagen und Lesungen. Daneben gab es Ausstellungen, Führungen, Konzerte und vieles mehr. Begonnen wurden die Unterfränkischen Kulturtage mit der Auftaktveranstaltung auf Schloss Aschach, mit der auch die Sonderausstellung „Gekauft – Unterfranken handelt“ eröffnet wurde.

Passend dazu findet im Graf-Luxburg-Museum nach wie vor die Salonausstellung „Ein Graf kauft Kunst“ statt. Das Team um Museumsleiterin Josefine Glöckner gibt damit tiefe Einblicke in die Handelsgeschichte der Region und deren Einfluss auf das tägliche Leben. Präsentiert werden historische Handelsplätze und Märkte bis hin zu modernen Einkaufsformen. Außerdem wird beleuchtet, wie Handel das soziale und kulturelle Leben Unterfrankens geprägt hat. Die Sonderausstellung läuft noch bis zum 8. September 2024 und kann zu den Öffnungszeiten der Museen besichtigt werden.



Finanz- und Heimatminister Albert Füracker verleiht Demografiepreis Bayern 2023. Bild: StMFH

Allianz Kissinger Bogen

Harald Hofmann, Erster Bürgermeister der Gemeinde Nüdlingen und Sprecher der Allianz Kissinger Bogen, stellte zum Auftakt die Bedeutung der regionalen Verbundenheit und der kulturellen Vielfalt, die durch die Allianz Kissinger Bogen und die beteiligten Gemeinden gefördert werde, heraus. „Wir sind hier, um das kulturelle Leben in unserer Region mit neuen Impulsen zu bereichern und die Lebensqualität unserer Bewohner zu erhöhen“, erklärte Hofmann.

Bezirkstagspräsident Stefan Funk verwies auf die kulturelle Relevanz und die Innovationen, die die Region prägen. Insbesondere hob er die erfolgreiche Renovierung des Schlosses und seines Museums, die das historische Erbe für die Zukunft bewahrt hat, hervor. Zudem machte Funk auf die Erfolgsgeschichte der Veranstaltungsreihe aufmerksam. Es sei von Anfang an darum gegangen, der regionalen Kultur immer wieder neuen Schwung zu verleihen, so Funk.

Die anhaltenden Bemühungen und die Zusammenarbeit innerhalb der Allianz Kissinger Bogen würdigte Gotthard Schlereth, stellvertretender Landrat des Landkreises Bad Kissingen und Gründungsmitglied der ILE „Allianz Kissinger Bogen“. Er unterstrich die Bedeutung des Regionalbudgets und betonte die kulturelle Vielfalt, die er humorvoll als „fränkisches Chaos“ beschrieb. **DK**

Gemeinde Unterammergau:

Bürgermeister Robert Stumpfecker überraschend verstorben

Die Gemeinde Unterammergau trauert um Robert Stumpfecker. Der Erste Bürgermeister verstarb vollkommen unerwartet. Zweiter Bürgermeister Michael Buchwieser schreibt auf der Internetseite der Gemeinde: „Wir verlieren einen wichtigen Teil unserer Gemeinschaft und werden ihn in liebevoller Erinnerung behalten“.

Robert Stumpfecker befand sich mit mehreren Landkreispolitikern zu einem kommunalen Austausch in Bad Reichenhall, als er leblos in seinem Hotelzimmer aufgefunden wurde. Die Todesursache ist nicht bekannt. Robert Stumpfecker hinterlässt seine Frau und drei Kinder. ❐

Bundesweiter Wettbewerb „startsocial“:

Auszeichnung für Miesbacher Begegnungszentrum

Große Anerkennung für das „Bunte Haus“ der evangelischen Kirchengemeinde Miesbach beim bundesweiten Wettbewerb „startsocial“: Das ehemalige evangelische Gemeindehaus hatte sich in einer ersten Runde gegen mehrere hundert weitere Bewerber durchgesetzt und bekam ein mehrmonatiges Coaching durch Profis aus der Wirtschaft, die bei der Weiterentwicklung des Projekts beratend zur Seite standen. Nun wurden die erfolgreichsten 25 der 100 gecoachten Projekte ins Bundeskanzleramt eingeladen und sieben davon, darunter auch das „Bunte Haus“, mit Geldpreisen in Höhe von jeweils 5.000 Euro ausgezeichnet. Neben eigenen Angeboten bietet das Begegnungszentrum Räume und Rahmenbedingungen für andere Initiativen und Projekte, die den Gemeinschaftssinn und die Selbstwirksamkeit fördern.

Unter dem Motto „Hilfe für Helfer“ unterstützt „startsocial“ das ehrenamtliche soziale Engagement. Die Initiative will ein inklusives Miteinander schaffen, in dem alle Menschen - unabhängig von Hintergrund und Lebensweg - willkommen sind. Über „startsocial“ wurden seit der Gründung des Wettbewerbs mehr als 2.000 Vereine und Initiativen gefördert. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Die bayerische Fahnenstickerei ist immaterielles Kulturerbe: mittig v.l. Willi Hogger, stv. Landrat Landkreis Regensburg, Staatsminister Albert Füracker, Dr. Florian Englmaier, Fahnen Kössinger GmbH und Christian Kiendl, Bürgermeister Schierling. Bild: Christian Blaschka/StMFH

Staatsminister Füracker:

Auszeichnung für sieben lebendige Traditionen in Bayern

Aufnahme in das Landesverzeichnis des Immaterellen Kulturerbes

„Unsere Heimat Bayern ist geprägt von Traditionen wie Bräuchen und Festen, Musik und Tanz, überliefertem Wissen und traditionellen Handwerkstechniken – das bayerische Landesverzeichnis ist seit März um weitere dreizehn kulturelle Ausdrucksformen reicher. Die bewusste Pflege und Weitergabe dieser besonderen kulturellen Schätze in unserer Heimat wirkt identitätsstiftend und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl in einer vielfältigen Gemeinschaft. Durch Offenheit für Neuinterpretationen bleiben Traditionen lebendig und begeistern auch die nächsten Generationen. Diese Begeisterung der Menschen und das damit verbundene Engagement macht unsere Heimat Bayern so lebenswert und attraktiv. Es ist mir daher eine große Freude, gleich sieben der insgesamt dreizehn diesjährigen Neuaufnahmen im festlichen Rahmen in der Residenz München zu würdigen und persönlich auszeichnen zu dürfen. Die neuen Einträge in unserem Bayerischen Landesverzeichnis zeigen, wie sich unzählige Menschen für ihre lebendige Tradition und ihre Heimat einsetzen. Ihnen gebührt höchster Respekt und außerordentlicher Dank für ihren Einsatz für unsere Heimat Bayern!“, betont Finanz- und Heimatminister Füracker bei der Urkundenübergabe in der Residenz München.

Seit 2003 stellt die UNESCO immaterielle kulturelle Ausdrucksformen in den Fokus der Öffentlichkeit. Überall auf der Welt sollen überliefertes Wissen und Können, das einen wesentlichen Bestandteil unserer Alltagskulturen ausmacht, als immaterielles Kulturerbe sichtbar gemacht sowie Maßnahmen unterstützt werden, die zur Erhaltung und Weiterentwicklung geeignet sind. Bis heute sind 180 Staaten dem UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes beigetreten. Deutschland ist seit 2013 Vertragsstaat. Neben dem Bundesweiten Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes gibt es in Bayern ein eigenes Landesverzeichnis, das nun 82 Eintragungen enthält.

Folgende Kulturformen wurden nach Empfehlung durch das unabhängige Expertengremium neu in das Bayerische Landesverzeichnis aufgenommen:

Chinesenfasching Dietfurt

Der Chinesenfasching in Dietfurt an der Altmühl gehört zu den bekanntesten Faschingsveranstaltungen in Bayern. Am „Unsinnigen Donnerstag“ bewegt sich ein rund 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zählender Umzug mit „Kaiserpaar“, teilweise chinesisch gewandeten Fußgruppen und Umzugswagen in Richtung Stadtplatz, wo der „Empfang“ vor dem „Thron“ einen Höhepunkt bildet. Der Name basiert auf dem historischen Ortsnecknamen „Chinesen“ für die Dietfurter und wird seit dem frühen 20. Jahrhundert als Faschingsmotto umgesetzt. Heute gibt es einen engagierten Kulturaustausch mit China, zum Umzug kommt der Generalkonsul und chinesische Kulturvereine beteiligen sich.

Fahnenstickerei

Die Fahnenstickerei umfasst neben der Planung, Gestaltung und Ausführung auch die Pflege und Restaurierung von Fahnen. Bis zum frühen 19. Jahrhundert handelte es sich um reine Handarbeit, die unter anderem in Klöstern und speziellen Werkstätten erledigt wurde. Seit der Industrialisierung kamen dann auch Stickmaschinen zum Einsatz. Ihren Höhepunkt erlebte die Fahnenstickerei durch das Aufblühen des Vereinswesens im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Zum handwerklichen Wissen und Können zählen die Kenntnis der Materialien und die Sticktechniken ebenso wie die für eine Restaurierung historischer Stücke notwendigen Spezialkenntnisse.

Kreuther Leonhardifahrt

Die Leonhardifahrt ist eine Prozession zu Pferd, die zu Ehren des als Viehpatron verehrten heiligen Leonhard von Limoges in Kreuth, wie auch in anderen Orten in Altbayern und Westösterreich, alljährlich an seinem Gedenktag am 6. November durchgeführt wird. Seit 1599 in Kreuth belegt, handelte es sich in der Frühen Neuzeit um Umritte mit Pferdesegnung, spätestens seit dem frühen 20. Jahrhundert kamen auch Fuhrwerke mit den sogenannten „Truhenwagen“ hinzu, auf denen die in Tracht gekleideten Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Kirche ins Dorf fahren. Als Besonderheit der Kreuther Leonhardifahrt gilt das Lenken der Pferde nicht vom Wagen aus, sondern vom Sattel.

Studioglasbewegung Frauenau

Die Studioglasbewegung Frauenau zielt seit den 1960er Jahren auf handwerklich und künstlerisch gestaltetes Glas – meist Unikate – ab, das nicht den Regeln der seriellen und auf Akkord ausgelegten Glasproduktion in großen Glashütten folgt. Studioglas wird in Frauenau und seiner Umgebung inzwischen von mehreren Generationen von Handwerkerinnen und Handwerkern sowie Künstlerinnen und Künstlern in individuellen Studios und Werkgemeinschaften hergestellt. Zentral für die Vermittlung ist die 1987 gegründete internationale Sommer-Akademie. Dadurch werden Wissen und Können in einer Region erhalten und vermittelt, die bis vor wenigen Jahrzehnten für die Glasproduktion in Bayern und darüber hinaus von zentraler Bedeutung war.

Schwäbischwerder Kindertag zu Donauwörth

Der „Schwäbischwerder Kindertag“ zu Donauwörth, der seit 1680 belegt ist, findet im zweijährigen Rhythmus gegen Ende des Schuljahres am „Kindertag-Wochenende“ statt. Rund 870 Schulkinder und weitere Akteure spielen in historischen Gewändern in einem farbenprächtigen Festumzug und durch ein großes Historienspiel die Stadt- und Reichsgeschichte nach. Zum Umzug gehören auch aufwändig gebaute Wagen. Der seit 1983 gebräuchliche Name des Kinderfestes bezieht sich auf die Blütezeit der ehemaligen Reichsstadt, die bis zur Reichsacht von 1607 „Schwäbischwerd“ hieß.

Memminger Fischertag

Der Ende Juli gefeierte Fischertag hat sich als zentrales Stadtfest im schwäbischen Memmingen um das jährliche Abfischen und Reinigen des Stadtbaches entwickelt, das seit dem 16. Jahrhundert belegt ist. Im Mittelpunkt steht das Bemühen, aus dem Stadtbach mit einem Kescher den größten Fisch zu fangen, um dadurch zum „Fischerkönig“ oder zur „Fischerkönigin“ gekrönt zu werden. Um dieses Ereignis herum hat sich ein teils historisierender Festkomplex herausgebildet, zu dem unter anderem eine Wallenstein-Woche im vierjährigen Rhythmus gehört. Seit 2022 ist die Teilnahme beim Bachausfischen nicht mehr auf Männer beschränkt.

Die vier Knabenchöre Bayerns

Zu den „Vier Knabenchören Bayerns“ zählen die Chöre in Regensburg und Augsburg, hervorgegangen aus mittelalterlichen Domsingschulen, sowie in Bad Windsbach und Bad Tölz, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden. Die Tradition der Knabenchöre beruht auf deren besonderer Stimmlage. Die Chöre bemühen sich um eine praktisch wie theoretisch fundierte musikpädagogische Ausbildung und sind für ihre international renommierten Konzerte bekannt. Das Repertoire umfasst Chorwerke von der Gregorianik über die moderne Oper bis hin zum Volkslied. Mittlerweile nimmt der Chor in Regensburg auch Mädchen auf. ❒

GZ PINOS WELT



Der Untergang des Abendlandes ist vorerst abgewendet. Jedenfalls haben die Europawahlen am 9. Juni nicht die befürchtete Unregierbarkeit Europas durch eine braune Schlammlawine nationalistischer und extremistischer Parteien gebracht. Stärkste und mit 190 Mandaten gestärkte Fraktion wurde die EVP, die Sozialdemokraten kamen mit milden Verlusten davon; nur die Liberalen sowie die Grünen mussten etwas mehr Federn lassen.

Ja, Zugewinne haben auch die nationalistischen und populistischen Parteien erhalten, aber da muss man sicher differenzieren. Beispiel Italien: Da ist die wild um sich schlagende, Putin-freundliche Lega und da ist die stärkste Regierungspartei, Fratelli d’Italia. Letztere ist sicher nicht im klassischen Sinne progressiv, aber wenn Ministerpräsidentin Meloni als Gipfel-Gastgeberin in Apulien aus dem G7-Abschlussdokument

Die Gretchenfrage in der Kommunalpolitik

das Bekenntnis zum Recht auf Abtreibung streichen lässt, mag das in linken Kreisen Schnappatmung auslösen, bürgerlich-konservativ eingestellte Menschen können es ertragen.

Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel. Frankreich erlebte geradezu einen Tsunami der alten Front National (die jetzt in guter französischer Tradition anders heißt) und Präsident Macron hat gleich das Parlament aufgelöst. Die spannende Frage ist, ob er das aus einer Art Todessehnsucht heraus gemacht hat oder um die Le-Pen-Truppe in der Regierung zu zermürben. Motto: Dann macht ihr den Dreck doch selber.

Etwas gruselig ist auch die Deutschlandkarte anzusehen, in der die jeweils regionalen Siegerparteien der Europawahl in den Wahlkreisen eingetragen sind. 35 Jahre nach dem Mauerfall zeichnen sich die Konturen der alten Bundesrepublik schwarz für die Union ab und die alternative Farbe Blau zeichnet die Umrisse der deutschen Länder, die mal als die „Jungen Länder“ bezeichnet wurden und jetzt ganz schön alt aussehen. Das ist staatspolitisch und als Zwischenstand der deutschen Einheit mehr als bedenklich, auch wenn aufgrund der geringen Bevölkerungszahl in den Ländern der blauen Zone keine unmittelbare Gefahr für unsere gesamtstaatliche Demokratie ausgeht.

Leid tun mir vor allem die Kommunalpolitiker in den jungen Ländern, in denen auch Kommunalwahlen stattfanden. Denn nicht nur die Partei rechtsaußen hat dort Ergebnisse um die 27/28 Prozent eingefahren, sondern auch die Partei linksaußen ist wieder stark und wo sie angetreten ist auch die neue Partei BSW, die sich noch nicht recht zwischen links- und rechtsaußen entscheiden kann. Dass sie außen ist, hat sie mit dem beschämenden Auszug ihrer Abgeordneten, zusammen mit denen der AfD aus dem Bundestagsplenum bei der Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj eindrucksvoll demonstriert.

Was also tun in den Rathäusern und Kreistagen, in die viele Mandatsträger auf deren Tickets eingezogen sind? Kindergärten, Umgehungsstraßen und Angelegenheiten des Bauhofs sind ja per se nicht parteipolitisch oder ideologisch, sondern nur pragmatisch zu diskutieren. Die Gretchenfrage heißt: Wie hältst Du es mit der Zusammenarbeit? Schließlich sind Gemeinde-, Stadt- oder Kreisräte keine Parlamente, sondern Verwaltungsorgane der Kommune, die zwar nach parteipolitischen Spielregeln funktionieren, aber immer noch das Wohl der Allgemeinheit über alles andere zu stellen haben. Noch fataler wird die Frage, sobald die Gemeinde- oder Kreisordnung verlangt, dass es bei Abstimmungen keine Enthaltung geben kann. Man kann ja schließlich nicht permanent auf die Toilette gehen, um nicht mit einer anderen Partei stimmen zu müssen, obwohl man deren Standpunkt in einer Sachfrage teilt.

Man wird wohl – Brandmauer hin, Abscheu gegen prorussischen Populismus her – nicht darum herumkommen, auf kommunaler Ebene unterhalb formeller Koalitionen auch mit Parteien und Gruppierungen zu arbeiten, deren ideologische Grundhaltung man ablehnt. Das nennt man Pragmatismus.

Und hoffen darf man, dass Nicolás Gómez Dávila Recht hat: „Die Wahrheit wird sich nie beweisen; nur der Irrtum verrät sich früher oder später.“

Ihr Pino

Motivation für die Einsatzkräfte

Abensberger Kindergartenkinder bemalen Sandsäcke

Zur Unterstützung und Motivation der vielen Freiwilligen an den Hochwasserdämmen haben die Kinder des Abensberger Kindergartens „Lummerland“ Sandsäcke mit schönen, farbigen Motiven verziert. Anfang Juni wurde ein ganzer Stapel bemalter Säcke an die Abensberger Feuerwehr übergeben. Angestoßen wurde die Aktion durch die Abwesenheit des Kinderpflegers Markus Glas, der sechs Tage im Hochwasser-Einsatz war – er ist selbst Mitglied der Feuerwehr.

Fantastische Werbung fürs Ehrenamt

Weil die Kinder seiner Gruppe wissen wollten, wo ihr Markus ist, wurde das Interesse an der Feuerwehr riesig – und weil viele von der dramatischen Situation wussten, wollten sie mithelfen. Die „Lummerland“-Verantwortlichen rund um Leiterin Cathleen Winkler haben deshalb Farbe mit Kleber gemischt („Damit’s hält!“) und legten mit den Kindern los. „Die Nachfrage war gigantisch, alle wollten mitmachen“, so Frau Winkler.

Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Bernhard Resch, Feuerwehr-Kommandant Konrad Bauer und 2. Kommandant Bernhard Resch freuten sich sehr: „Das ist eine schöne Unterstützung und Motivation für die Einsatzkräfte.“ Sie dankten allen Beteiligten, insbesondere den vielen kleinen Künstlerinnen und Künstlern, die mit farbenfrohen Motiven und aufmunternden Zeichnungen gar nicht sparsam waren. Auch Kreisbrandmeister Fabian Weyerts war bei der Übergabe gerne dabei und schloss sich dem Dank an. Das sei eine tolle Aktion und eine fantastische Werbung für das Ehrenamt. ❒



V.l.: Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Bernhard Resch, von der Freiwilligen Feuerwehr Abensberg der stellvertretende Kommandant Bernhard Resch, Kreisbrandmeister Fabian Weyerts, zuständig auch für die Kinder- und Jugendfeuerwehren, Kommandant Konrad Bauer und „Lummerland“-Leiterin Cathleen Winkler sowie Kinderpfleger und Feuerwehr-Mitglied Markus Glas inmitten der Kindergartenkinder, die in den letzten Tagen Sandsäcke bemalt haben. Bild: Knott/Stadt Abensberg

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Markus Bauer (FW) heißt der neue Rathauschef von Tüssling im Landkreis Altötting. In einer Stichwahl setzte er sich mit 57 Prozent der Wählerstimmen gegen Carolin Auer (CSU) durch, die 43 Prozent auf sich vereinen konnte. Der bisherige Bürgermeister Helmuth Wittich (FW) war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 65,2 Prozent.

In Sugenheim (Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim) behielt Toni Schiefer (SPD) mit 67,1 Prozent der Stimmen die Oberhand. Sein Kontrahent Günther Schell (Freie Wähler Oberer Ehegrund FWOE), der auch von der CSU nominiert worden war, und Kämmerer in der Verwaltungsgemeinschaft Iphofen ist, kam auf 32,9 Prozent. Wahlbeteiligung: 76,2 Prozent.

Jan-Malte Marberg ist neuer Bürgermeister von Bad Brückenau (Landkreis Bad Kissingen). In einer Stichwahl setzte sich der SPD-Kandidat mit 53,8 Prozent der Stimmen gegen Dirk Stumpe (Parteilose Wählergemeinschaft PWG) durch, der 45,7 Prozent erreichte. 0,5 Prozent der Stimmen waren ungültig. Der Urnengang in der unterfränkischen Kleinstadt war nötig geworden, weil nach nur vier Jahren Dienstzeit CSU-Bürgermeister Jochen Vogel nach einer Post-COVID-Erkrankung seinen Posten niederlegen musste. Wahlbeteiligung: 49,9 Prozent.

Denkbar knapp war die Entscheidung in Iggensbach im Landkreis Deggendorf. Mit nur sechs Stimmen Vorsprung heißt der neue Erste Bürgermeister der Gemeinde Wolfgang Schwarz von der SPD. Mit 50,2 Prozent gewann er gegen seinen Herausforderer Bernhard Lenz (Unabhängige Bürgerliste Iggensbach e.V.), der 49,8 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Wahlbeteiligung: 72,9 Prozent

Deutlich fiel dagegen der Sieg des amtierenden Zweiten Bürgermeisters von Jetzendorf (Landkreis Pfaffenhofen), Tobias Endres (Parteiunabhängige), mit 74 Prozent der Stimmen aus. Er behielt die Oberhand gegenüber Emily Rumpf (Grüne) und Bastian Hepperle (parteilos) mit jeweils 10,2 Prozent der Stimmen und Florian Bachmeier (CSU), der bei 5,7 Prozent landete. Wahlbeteiligung: 79,3 Prozent.

In Zeilarn im Landkreis Rottal-Inn heißt der neue Erste Rathauschef Karl Holböck (Vereinigte Wählergemeinschaft). Der bisherige Dritte Bürgermeister holte sich 58,5 Prozent der Stimmen. Gerhard Schmidbauer (WIR – miteinander-füreinander) kam auf 41,5 Prozent. Wahlbeteiligung: 73,5 Prozent.

Neues Oberhaupt in Markt Schwaben (Landkreis Ebersberg) ist Walentina Dahms. Die Kandidatin von CSU und FW erhielt 62,3 Prozent. Ihr Herausforderer Ronny Schreib, der für die Grünen und eine parteifreie Gruppe ins Rennen gegangen war, erreichte 37,7 Prozent der Wählerstimmen. Der parteilose Bürgermeister Michael Stolze war wegen eines Streits über eine Asylbewerberunterkunft zurückgetreten. Wahlbeteiligung: 62,4 Prozent. **DK**

Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13/2024, die am 4. Juli 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Abfall, Entsorgungsmanagement, technische Lösungen**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH der Sonderdruck „**Mehrwert durch Erneuerbare**“ anlässlich des Bayerischen Energie- und WasserkraftForums bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Landkreis Donau-Ries:

Digitallotsen-Netzwerktreffen

Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring zu Gast in Rain

Im Mai fand das alljährliche Digitallotsen-Netzwerk im Landkreis Donau-Ries statt. Es bietet den ehrenamtlich engagierten Digitallotsen und Digitallotsinnen eine Plattform, um ihr Wissen über die digitale Welt zu teilen und auszubauen. Unter der Schirmherrschaft von Landrat Stefan Rößle versammelten sich zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem inspirierenden Abend im Zeichen der Digitalisierung.

Landrat Stefan Rößle eröffnete die Veranstaltung mit lobenden Worten: „Ich bin beeindruckt, wie viele ehrenamtlich engagierte Menschen sich heute zum Digitallotsen-Netzwerk getroffen haben. Sie helfen den Menschen in unserem Landkreis, sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Egal ob einfache oder schwere Fragen, Sie stehen ihnen zur Verfügung – das macht mich sehr stolz.“

An dem Netzwerk, das in diesem Jahr in der Stadt Rain stattfindet, nahmen insgesamt 45 Digitallotsen und deren Organisatoren aus neun Kommunen des Landkreises teil. Auch Rains Bürgermeister Karl Rehm ist beeindruckt wieviel geballte Ehrenamtskraft in den Digitallotsen steckt: „Die Stadt Rain hat aktuell 18 Digitallotsen. Unseren Digitallotsen geht die Arbeit nicht aus, unsere regelmäßigen Sprechstunden finden großen Anklang bei den Rainer Bürgerinnen und Bürgern.“

Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring betonte, wie notwendig es ist, alle Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg in die digitale Zukunft mitzunehmen.

Die Veranstaltung wurde durch eine Fortbildung der Initiative „Deutschland spricht über 5G“ bereichert. Lynn Willner vermittelte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in ihrem Vortrag „Wie funktioniert eigentlich Mobilfunk“ wichtiges Wissen über die Grundlagen des Mobilfunks und die Unterschiede zwischen 4G und 5G. Der Vortrag klärte zum Beispiel darüber auf, dass 5G die schnellere Nachfolger-Version von 4G ist und keine neuen Masten benötigt, um ausgestrahlt zu werden. Weitere Vorteile von 5G wurden erläutert, darunter höhere Datenraten, schnellere Reaktionszeiten und verbesserte Datensicherheit.

Digitallotsen-Alltag im Austausch

Bei einem kleinen Imbiss hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, sich über neues Wissen sowie aktuelle Herausforderungen aus ihrem Digitallotsen-Alltag auszutauschen.

Die Digitalisierungskoordinatorin des Landkreises, Laura Brummer, zeigte sich erfreut über den Erfolg der Veranstaltung: „Die Digitallotsen und deren Organisatoren sind meiner Meinung nach ganz besondere Menschen. Es freut mich jedes Mal, wenn wir durch unsere regelmäßig stattfindenden Fortbildungen und Netzwerke neues Wissen streuen und weitere Kontakte knüpfen können.“

Pilotprojekt ausgeweitet

Die Digitallotsen sind ein Projekt des Landkreises Donau-Ries. Das Projekt wurde von der Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit unter der Leitung von Klemens Heininger initiiert und wird von dort bei Marketing, Aus- und Fortbildung unterstützt. Organisatoren sind die einzelnen Kommunen. In diesem Rahmen unterstützen die Digitallotsen in den Kommunen Hilfesuchende beim Umgang mit Handy, Tablet und Laptop. Gestartet ist das Projekt im Herbst 2022 mit den fünf Pilotkommunen Nördlingen, Donauwörth, Wemding, Harburg und Deiningen so erfolgreich, dass die Zahl der Partnerkommunen auf acht gestiegen ist. Auch in Rain, Ederheim und Oettingen gibt es mittlerweile eine Anlaufstelle. Weitere Informationen zu den Digitallotsen können abgerufen werden unter www.donau-ries.de/themen/digitalisierung/digitallotsen. ❐

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Teichrettung



WENIGER ALGEN.
INTAKTE GEWÄSSER.
WIR MACHEN DAS!
WWW.MIKROBIOM-LAB.DE
MIKROBIOM LAB INNOVATION

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 20. Juni 2024 75. Jahrgang Nr. 12|2024



V.l.: Stefan Graf, Dr. Birgit Kreß, Vinzent Ellissen, Constanze von Hassel und Karl-Heinz Fitz

15. BAYERISCHES ENERGIEFORUM UND 10. BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM IN GUNZENHAUSEN

Mehrwert durch Erneuerbare

Gelungene Premiere in Gunzenhausen: Erstmals veranstaltete die Bayerische GemeindeZeitung das Bayerische Energie- und WasserkraftForum gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindetag. „Das macht uns sehr stolz. Damit stellen wir eine noch bessere Versorgung mit relevanten Themen für unsere Besucher und Partner sicher“, stellte GZ-Verlegerin Constanze von Hassel fest. Breiten Raum nahm dabei die Kommunale Wärmeplanung ein, die seit 1.1.2024 verpflichtend ist.

Mehr als 300 Teilnehmer informierten sich in Gunzenhausen über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Beispiele. Noch mehr Aussteller als in der Vergangenheit, 39 Partner sowie 35 Referentinnen und Referenten wohnten der bewährten Fachveranstaltung bei.

Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin Markt Erlbach und Zweite Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags, hob in ihrem Grußwort die Bedeutung der Wasserkraft hervor. In Bayern sorgten 4.200 Wasserkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 2,9 GW in hohem Maße für eine grundlastfähige Absicherung. Somit sei die Wasserkraft neben Wind und Sonne eine immens wichtige Energiequelle, so Kreß.

Mit Blick auf die Kommunale Wärmeplanung warnte die Vizepräsidentin vor einer „vorzeitigen Beauftragung und Schnellschüssen“. Die bereits von zahlreichen Landkreisen auf den Weg gebrachten Energienutzungspläne könnten hier eine wertvolle Vorarbeit leisten. Hier würden Daten erhoben, auf die die Kommunen zurückgreifen dürfen.

„Bei uns im ländlichen Raum gibt es bereits in vielen der 14 Ortsteile Wärmenetze, die teilweise über Biogas oder andere Energieträger gespeist werden“, berichtete Gastgeber Karl-Heinz Fitz, Erster Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen. Aktuell sei man gerade dabei, ein Baugebiet mit 90 Bauplätzen zu realisieren und ein kaltes Nahwärmenetz aufzubauen. „Im Neubaubereich, wo der Energiebedarf in den Häusern nicht mehr so hoch ist, ist dieses Unterfangen leichter zu realisieren“, betonte Fitz, wies aber auch darauf hin, dass der Bebauungsplan relativ lang gedauert habe und „allein die Konzeption des Nahwärmenetzes wieder eine Zeitspanne von ein bis zwei Jahren verschlingt“. Insgesamt aber sei die Stadt Gunzenhausen auf einem guten Weg, konstatierte der Rathauschef.

Julia Langer vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie warb für die vom Team Energiewende Bayern initiierten Bayerischen Energietage, die nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr heuer fortgesetzt werden und vom 21. bis 29. September 2024 stattfinden.

Unter dem Motto „Energiewende. Hier. Jetzt.“ wird gezeigt, wie die Energiewende vor Ort gelingt. Positivbeispielen und Vorbildern soll eine große Bühne gegeben werden. Ob Nachbarschaftsgemeinschaft, Kita oder Verband, ob Anlagenbetreiber oder Stadtwerke, ob Start-up oder alteingesessenes Unternehmen, ob Kommune oder Landkreis: Alle können mitmachen und sich mit Aktionen und Veranstaltungen beteiligen. „Denn schließlich ist die Energiewende ein Gemeinschaftsprojekt, das nur gemeinsam funktioniert“, erklärte Langer.

Kooperationspartner des Bayerischen Energie- und WasserkraftForums waren erneut VKU Bayern und die Bayerischen Energieagenturen. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live. DK

TV-BERICHTE

Über die Veranstaltung gibt es einen Fernsehbeitrag von TV Bayern live: https://tinyurl.com/38eass79

DOKUMENTATION

Vorträge der Veranstaltung finden Sie im internen Bereich, online abrufbar unter: www.bayerisches-energieforum.de. Passwort via Mail an: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

PARTNERBEITRÄGE

Auf Seite 35 finden Sie Beiträge unserer Partner.

DIREKTOR STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG UND
FABIAN SCHATZ | BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE


Stefan Graf


Fabian Schatz

Das WPG in Bayern: Erste Schritte hin zur Kommunalen Wärmeplanung

DIE ERSTEN 100 TAGE DES WÄRMEPLANUNGSGESETZES

Klimaschutz ist seit April 2024 ein Menschenrecht. Dieses Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hat eine Signalwirkung: Zum ersten Mal wurde ein Land (Schweiz) verklagt, zu wenig für den Klimaschutz gemacht zu haben. Damit erreichten die Klägerinnen, die Schweizer Klimaseniorinnen, einen historischen Sieg. Nun bangen viele Länder, dass auch sie nach der EMGR-Entscheidung juristisch belangt werden, mehr Maßnahmen zeitnah für den Klimaschutz zu ergreifen – auch die deutsche Bundesregierung und Bundestag müssen nachlegen, um jetzt die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft zu stellen.

Die nationale Politik hatte Ende 2023 die rechtliche Grundlage für die verbindliche Einführung einer flächendeckenden Wärmeplanung geschaffen. Seit 1. Januar 2024 ist das Gesetz für Wärmeplanung und Dekarbonisierung (WPG) in Kraft. Fabian Schatz, Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, und Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag, zogen über die ersten 100 WPG-Tage ihr Fazit und sprachen über noch ungeklärte Fragen rund um eine flächendeckende Wärmeplanung, deren Ziel es ist, in Gebieten mit dezentraler Wärmeversorgung bestehende Wärmenetz- oder Wasserstoffnetzgebiete auf ihre Um- und Ausbaumöglichkeiten zu untersuchen. Schatz verglich den Weg zu einem eigenen Wärmeplan mit einem Marathonlauf, bei dem es gilt, immer wieder neue Hürden und Herausforderungen zu überwinden. Wie im Sport braucht es Durchhaltevermögen. Er wünsche sich bei der Umsetzung weniger Aufregung, weil die Wärmeplanung in jeder Kommune seiner Meinung nach einem „iterativen Prozess“ unterworfen sei. Denn für ihn stehe fest, dass auf dem Weg zum finalen Ergebnis die Wärmeplanung mit immer neuen Daten weiterentwickelt und verbessert wird: „Wir stehen an der Seite der Kommunen und wollen die Belastung so gering wie möglich halten. Es wird Unterstützung bei Fragen und Herausforderungen geben“, erläuterte Schatz.

Sinnvolles und zielgerichtetes Planungsinstrument

Nach Ansicht der beiden Referenten bringe jedoch die Kurzfristigkeit der gesetzlichen Regeln des Bundes offene Fragen, beispielsweise wie die Analyse eigentlich finanziert werden soll. →





#Team Energiewende

Markus Briechle, Julia Langer

Doch beide versichern: Die Wärmeplanung stelle ein sinnvolles und zielgerichtetes Planungsinstrument für örtliche Entwicklungskonzepte dar und sei ein wichtiges Instrument für die Dekarbonisierung der Wärmenetze. Mit der Erstellung des Wärmeplans erhielten Bürger und Gewerbebetriebe einen detaillierten Überblick mit welchem Energieträger und welcher Versorgung sie lokal rechnen können. Diese Planungssicherheit im Hinblick auf künftige Wärmeversorgungsoptionen könne einen Beitrag leisten, dass Kommunen als Wohnort oder als Ort zur Ansiedlung von Gewerbe attraktiver werden. So könne beispielsweise ein Hausbesitzer auf die Installation einer Wärmepumpe oder Biomasseheizung verzichten, wenn die kommunale Wärmeplanung ermittelt, dass das Gebiet, in dem sich das Haus befindet, künftig an das Fernwärmenetz angeschlossen wird.

Ruf nach Kostenausgleich für kommunalen Zusatzaufwand

Da eine direkte Übertragung von Aufgaben durch den Bund an die Kommunen verfassungsrechtlich nicht möglich ist, muss dies jetzt jedes Bundesland für sich lösen, wer die Erstellung des Wärmeplans in Angriff nehmen muss. Der Freistaat, so der Energieexperte des Gemeindetags, Stefan Graf, beabsichtige die Kommunen als planungsverantwortliche Stelle einzusetzen, da sie die nötigen Kenntnisse der konkreten Voraussetzungen vor Ort am besten kennen. Aktuell wird die landesrechtliche Umsetzung erarbeitet. Der Gemeindetag fordert für den Zusatzaufwand der Kommunen einen Kostenausgleich. Schließlich erhalte der Freistaat eine finanzielle Unterstützung von 79 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt. Graf legte ein Konzept vor, wie dieser Kostenausgleich aussehen könnte: „Der Freistaat soll ein Musterleistungsverzeichnis für externe Fachplaner die mit der Erstellung des Wärmeplans beauftragt werden und auch die Kosten dafür tragen: „Wir fordern einen pauschalen Kostenersatz für den internen Aufwand einer Kommune. Des Weiteren soll das ENP[1], das Bayerische Förderprogramm Energiekonzepte und kommunale Energienutzungspläne um den Aspekt Fernwärmecluster von Kommunen erweitert werden. Denn es braucht finanzielle Anreize, damit sich Kommunen zusammenschließen. Das aktuell feststellbare Kirchturmdenken, dass jede Kommune allein für sich plant, ist nicht zielführend. Eine Erweiterung der ENP-Förderung wäre hier sicherlich eine große Unterstützung und Anreiz für eine stärkere Kooperation der Gemeinden untereinander.“ Hinsichtlich einer Anpassung des ENP-Förderprogramms stehe das Wirtschaftsministerium, so eine Ergänzung von Schatz, bereits im Austausch mit dem bayerischen Finanzministerium.

Datengrundlage Energie-Atlas

Bayern verfügt mit dem Energie-Atlas Kommunale Wärmeplanung[2] über eine aussagekräftige Datengrundlage für die Wärmeplanung. Dieses Datenfundament ist ein gutes Tool, um loslegen zu können. Schatz kündigte an, dass der Energie-Atlas noch stärker an den Wärmebedarf in den Kommunen angepasst und um weitere Daten erweitert werden soll. So fragt das Bayerische Landesamt für Statistik die Kehrbuchdaten, die sehr kleinteilig sind, bei den Bezirksschornsteinfegern ab, um mehr über die erfassten Anlagen in den jeweiligen Kehrbezirken zu erfahren. In Zukunft sollen die Feuerstättenarten genauso digital erfasst werden wie die Nennwärmeleistungen und der Heiz- und Brennwert der Anlagen. Im Jahr 2024 sollen die Daten aus dem Berichtsjahr 2023 vorliegen. Ziel sei es, ein digitales Abbild des Freistaates Bayern zu erhalten, um ein Fundament für eine kosteneffiziente Wärmeplanung zu schaffen und interkommunale Zusammenschlüsse als regionale Cluster zu erleichtern.

In der anschließenden Fragerunde erhielten die anwesenden Bürgermeister und Vertreter der Kommunen zusätzliche Hinweise, wie die Wärmeplanung in Angriff genommen werden kann. So empfehlen die Referenten Schatz und Graf, dass für die Wärmeplanung mindestens ein Jahr Arbeit angesetzt werden müsse. Zudem appellieren sie an die Kommune nicht allein loszulaufen. Sie verabschiedeten sich vom Plenum mit dem Tipp: „Schließen Sie sich mit anderen Kommunen zusammen, um gegenseitig von den Erfahrungen benachbarter Gemeinden zu profitieren.“ Das senke die Kosten und bedeute Zeitersparnis, weil nicht jeder individuell die Herausforderungen eigenständig lösen muss. HOF

[1] ENP ENERGIENUTZUNGSPLÄNE ONLINE
www.enponline.de
[2] ENERGIE-ATLAS BAYERN KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG
www.energieatlas.bayern.de/kommunen/kommunale_waermeplanung



Bild: Unsplash

DETLEF FISCHER | VERBAND DER BAYERISCHEN ENERGIE- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V. – VBEW

Mit gutem Beispiel voran


Detlef Fischer

Mit Strom durch den Winter – ein Erfahrungsbericht

DER WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT – EIN ERFOLGREICHES PRAXISBEISPIEL SUCHT NACHAHMER

2040, 2045, 2050: Was nach einem Nummerncode klingt, sind die Klimaschutzziele nach Jahren von Bayern, Bund und der EU. Alle verfolgen das gleiche Ziel: Klimaneutralität.

Danach sollen nur noch so viele Treibhausgase in die Atmosphäre freigesetzt werden, wie die Natur absorbieren kann, d.h. Wälder, Ozeane und Böden aufnehmen können. Das 2023 in Kraft getretene bayerische Klimaschutzgesetz soll Bayern bis 2040 klimaneutral machen. Das Klimaschutzgesetz des Bundes peilt das Jahr 2045 als Ziel an. Der Europäische Rat beschloss im Jahr 2019, die Klimaneutralität 2050 zu erreichen. Die Fristen sind nach Ansicht von Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, sehr ambitioniert: „Mir fehlen für das Erreichen der Klimaneutralität Tempo, Tempo, Tempo. Denn nur mit Aufschreiben von Worten und einer Jahreszahl wird das Klima nicht neutral. Es braucht Taten. Denn die Energieabhängigkeit muss nach dem Wegfall von der Primärenergien Atomenergie, Mineralöl oder Kohle verringert werden. Wasserkraft und Erneuerbare Energien müssen dies zeitnah kompensieren. Und jeder muss seinen Beitrag für den grünen Wandel und den Übergang zu einer emissionsfreien Gesellschaft leisten. Ich stellte mir die Frage, wie ich im privaten Verbrauch klimaneutral werden kann und begann mit dem Umbau meines Eigenheims.“ Aktuell liegt in Bayern der Primärenergieverbrauch eines jeden Bürgers bei durchschnittlich 98 kWh pro Tag, das ungefähr einem Verbrauch von 10 Litern Mineralöl entspreche.

In Gunzenhausen stellte Fischer seinen individuellen Praxisbericht vor, welche Herausforderungen er beim Umbau seiner Doppelhaushälfte zu bewältigen hatte. Der energetische Gebäudestandard ist mittlerer Standard mit einem Wärmebedarf mit Brauchwasser von rund 12.000 kWh pro Jahr. „Zuerst einmal musste sich meine Familie von der alten Technologie trennen. Es war wie bei einer Scheidung. Es begann ein neuer Lebensabschnitt für unseren Haushalt, in dem am Anfang nicht alles rund lief. Denn die neuen Technologien harmonierten nicht automatisch. Bei der Steuerung gibt es noch viel Schau- und Handarbeit zu erledigen. Doch insgesamt fällt mein Resümee positiv aus: Mit viel Durchhaltevermögen funktioniert die Klimaneutralität in den eigenen vier Wänden. Die Elektrifizierung (Elektromobilität/Wärmepumpe) bekommt mit der Eigenversorgung neuen Schwung. Jeder kann auf diese Weise seinen Beitrag zu mehr Klimaneutralität leisten. Denn ich bin überzeugt, dass jeder im Privaten viel bewegen kann.“ Nachdem im Oktober 2023 noch die alte Gasheizung gegen eine Luft-Wasser-Wärmepumpe ausgetauscht wurde, zieht Fischer Bilanz: Diese hat einen COP (Coefficient of Performance) von 4,72. Der Stromverbrauch liegt bei 218 kWh und die Thermische Energie beläuft sich auf 1.030 kWh. Bei seiner Rechnung nach Wirtschaftlichkeit und des Hausverbrauchs zieht er ein erfreuliches Fazit: Fischer hatte nicht nur Strom im Winter; sondern die Investitionskosten für PV, Wärmepumpe und die Heimladestation für das E-Auto haben sich mittlerweile schon amortisiert. Offen bleibt noch die Frage, wie jeder den hohen Stromverbrauch bei der Wärmeumwälzung im Bad einsparen kann. Aber eine mögliche Lösung kann Teil der Fortsetzung des Praxistestes in naher Zukunft sein. Auf jeden Fall lädt dieses positive Beispiel von Detlef Fischer zum Nachmachen ein. Copy and paste ist ausnahmsweise ausdrücklich erwünscht. HOF

WWW.VBEW.DE

GUNNAR BRAUN | VKU LANDESGRUPPE BAYERN – VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN E.V.





Gunnar Braun

Wärmeversorgung 2045

DAS E-REZEPT FÜR DIE ENERGIEWENDE: MEHR NUTZUNG DER POTENZIALE VON GEO- UND AQUATHERMIE

Derzeit stammt laut einer Analyse des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) die Hälfte des täglich produzierten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen. Aus der Solarenergie kamen 31,7 Prozent des Stroms, aus der Windenergie 23,9 Prozent und Wasserkraft lieferte 5,8 Prozent. Beim Umbau des Energiesystems werden nach Ansicht von Gunnar Braun, Geschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) in Bayern, noch zu wenig die Potenziale aus Geo- und Aquathermie berücksichtigt. Nach seiner Ansicht könne hiermit der Großteil des bayerischen Wärmebedarfs abgedeckt werden. Bis zu 40 Prozent könne aus Tiefengeothermie abgedeckt werden, bis zu 60 Prozent mit oberflächennaher Geothermie nach Sanierung. Diese liefere Wärmeenergie und Klimakälte beispielsweise für Einfamilienhäuser, Bürogebäude, Schulen oder Werks- und Montagehallen.

Bei seiner Vorschau auf die Wärmeversorgung 2045 stellte Braun die Leistungen der unterschiedlichen Wärmepumpenkategorien und Einsatzgebiete gegenüber: Luft-Wasser, Sole-Wasser und Abwärme. Dabei weisen die beiden letzteren Kategorien eine bessere Strombedarfsbilanz auf. Braun ist überzeugt, dass es in den nächsten 21 Jahren auf einen Energieträgermix ankomme, um den Endenergieverbrauch in Gebäuden, Industrie und Verkehr zu decken. Wie sich der Strommix zusammensetzt, ist von Tag zu Tag unterschiedlich, denn die Erzeugung erneuerbarer Energie hänge vom Wetter, der Tageszeit und von der Jahreszeit ab. Für sämtliche Vorhaben, egal ob der klimafreundliche Strom aus Wind- und Wasserkraft oder durch Wasserstoff oder der Sonne komme, sei es wichtig, frühzeitig die Bürger zu beteiligen. Denn nur mit einem „gemeinsamen Anpacken für die Energiewende“ gelinge die Transformation der Wärmeversorgung.

Überzeugen statt verunsichern

Daher schlägt der VKU einen Energiewende-Fonds mit lokaler Ausprägung vor, um die Energiewende zu finanzieren. Dies hätte den Vorteil, dass die Klimaschutzziele bürgernah und vor Ort erreicht werden können. Energieunternehmen suchen private Investoren für ihre Vorhaben. Finden sie genügend Investoren, steuern Bund und Land noch weitere Finanzmittel bei. Der Staat und die privaten Investoren sind an dem erwirtschafteten Gewinn beteiligt, bis der Fonds nach Ende der Laufzeit zurückgezahlt wird.

Neben der regionalen Koordination sei in der Kommunikation von Seiten der Kommunen, Versorger und Medien in Richtung der Bürger noch viel Luft nach oben. Es gelte doch die Menschen zu überzeugen und nicht durch negative Schlagzeilen in Medien zu verunsichern. Begriffe wie „Schock“, „Energie-Hammer“ oder „Klima-Reinfall“ bewirken das genaue Gegenteil. Dies veranschaulichte Braun anhand einer Bildschlagzeile vom 19. und 21. April 2024. Auslöser der Berichterstattung war eine Studie, die der VKU mit seinen 221 Mitgliedsunternehmen in Bayern und dem vbew in Auftrag gab. Hier sollten die Potenziale von Wärmepumpen in Flüssen und Seen untersucht werden. Die Boulevardzeitung veröffentlichte den gleichen journalistischen Artikel unter zwei unterschiedlichen Überschriften: „Unsere Flüsse können Gas und Öl ersetzen“ (19. April) und „Lösen unsere Flüsse unser Energieproblem?“ (21. April). Auf die Frage des Referenten, welche Überschrift das Publikum wählen würde, um auch weniger Interessierte für die Energiewende zu gewinnen, fiel das Urteil einer Schnell-Umfrage eindeutig aus: Die Überschrift vom 19. April wäre der Gewinner, wenn das Gunzenhausener Publikum die Blattmacher wären, weil diese neutraler, sachlicher und weniger negativ sei. HOF

ADVERTORIAL

BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT

Energie-Atlas Bayern: Daten, Tools und Tipps zur Energiewende

Der Energie-Atlas Bayern ist zentrale Anlaufstelle für Fragen zum Energiesparen, zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien. Interessierte finden schnell, kompakt und fachlich fundiert die gesuchten Informationen und Daten. Das Angebot wird ständig weiterentwickelt – neu dabei sind unter anderem Potenzialdaten zu Photovoltaik auf Dachflächen und oberflächennaher Geothermie.



Energie-Atlas auf dem Mobiltelefon

Oberflächennahe Geothermie: Potenziale für Bayern erkennen

Neue Karten[1] zeigen die in Bayern nutzbaren geothermischen Potenziale für Erdwärmesonden, Erdwärmekollektoren und Grundwasserwärmepumpen. Sie unterstützen Kommunen, Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen bei der Frage, ob und wie Geothermie die Wärmewende vor Ort voranbringen kann.

Photovoltaik auf Dachflächen: Sonnige Potenziale nutzen

Wie groß ist das Potenzial für Photovoltaik[2] auf bayerischen Dächern? Im Energie-Atlas Bayern sind nun Daten wie Potenzial, Ausbaustand und Ausbaugrad für Regierungsbezirke, Landkreise und Gemeinden in Bayern ersichtlich. Die Potenziale wurden auf Basis einer genaueren Datengrundlage neu erhoben und eignen sich ideal als lokale Planungsgrundlage.

Freiflächen-Photovoltaik: Planung und Genehmigung meistern

Freiflächen-Photovoltaikanlagen unterliegen gesetzlichen Vorschriften auf Bundes- und Landesebene. Die neue „Themenplattform für das Planen und Genehmigen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen“[3] bündelt daher die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen und unterstützt mit weiteren Hinweisen.

Steckbrief Stromdaten: Für jeden Ort in Bayern verfügbar

Der „Steckbrief Stromdaten“[4] fasst Informationen zu Stromverbrauch und Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kompakt auf einer Seite zusammen und zeigt den Ausbau vor Ort in den letzten zehn Jahren. Die übersichtliche grafische Darstellung kann hervorragend für die Kommunikation genutzt werden.

Kommunale Wärmeplanung: Die Herausforderung schaffen

Die Wärmeplanung ist in den kommenden Jahren eine der zentralen Herausforderungen in Kommunen. Auf der Seite „Kommunale Wärmeplanung“[5] gibt es nützliche Tipps und Infos für die nächsten Schritte sowie Hinweise auf unterstützende Angebote des Energie-Atlas Bayern.


3D-Analyse Wind und PV

Der Kartenteil: Daten zur Energiewende in Bayern finden und verstehen

Der Kartenteil des Energie-Atlas Bayern enthält über 200 digitale Info-Karten und rund 800.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen. Er bietet damit ideale Voraussetzungen für den schnellen Überblick und intensive Recherchen.

Weitere Angebote des Energie-Atlas Bayern im Überblick:

- Eine räumliche und zeitliche Recherchefunktion[6] durchsucht die in den Karten dargestellten Daten nach verschiedenen Kriterien und bietet die Möglichkeit zum Daten-Download.
- Das Tool Mischpult[7] zeigt den aktuellen Stand der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien an. Interessierte erfahren, wie groß der Anteil erneuerbarer Energien am aktuellen Stromverbrauch bzw. Wärmebedarf ist und welche Potenziale vorhanden sind.
- Das Tool 3D-Analyse Wind und PV [8] visualisiert, wie neue Windenergie- und Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Landschaft wirken würden.
- Die Gebietskulisse Windkraft[9] weist bayernweit Flächen aus, in denen die Nutzung von Windenergie unter Berücksichtigung von Umweltaspekten voraussichtlich möglich ist.
- Die Karte zur Wärmebedarfsdichte[10] zeigt grob auf, wo hohe Wärmedichten vorliegen und wo gegebenenfalls zentrale Wärmeversorgungen eine geeignete Alternative zu dezentralen Heizsystemen darstellen.
- Mit der praktischen iFrame-Funktion[11] können individuell zusammengestellte Karten auf der eigenen Webseite eingebunden werden.
- Der „Heizungsvergleich“[12] erleichtert die Suche nach der passenden Heizung und berücksichtigt nun auch die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes.

Online-Sprechstunde

Das Team des Energie-Atlas Bayern beantwortet regelmäßig Fragen zum Portal. Die nächsten Termine[13] finden Sie unter Aktuelles auf der Startseite.

WEITERFÜHRENDE LINKS

1. Oberflächennahe Geothermie	https://tinyurl.com/3p9tk8p9
2. PV-Potenzial auf Dachflächen	https://v.bayern.de/y2PJK
3. Planen Genehmigen von Freiflächen-PV	https://tinyurl.com/2n67hckr
4. Steckbrief Stromdaten	https://tinyurl.com/4bwbnnmf
5. Kommunale Wärmeplanung	https://tinyurl.com/mr2pay6x
6. Recherchefunktion	https://tinyurl.com/4ye4p826
7. Mischpult	https://tinyurl.com/3dnk3r4w
8. 3D-Analyse Wind und PV	https://tinyurl.com/5n8zwrhr
9. Gebietskulisse Windkraft	https://tinyurl.com/4e27mydv
10. Wärmebedarfsdichte	https://v.bayern.de/FWNdL
11. iFrame-Funktion	https://tinyurl.com/3bvrd8bd
12. Heizungsvergleich	https://tinyurl.com/4h2bhbd6
13. Termine Sprechstunde	https://tinyurl.com/tkxxs8bk

Der Energie-Atlas Bayern wird bereitgestellt vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) und Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) und finanziert vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi).

ADVERTORIAL

LENK

Windenergie in Kommunen

So können Städte und Gemeinden erfolgreich Windkraft-Projekte umsetzen

Der Ausbau der Windenergie in Bayern ist ein wichtiger Beitrag zu einer sicheren und CO2-neutralen Energieversorgung: Kommunen können durch frühzeitige Planung und kluges Handeln Akzeptanz und Wertschöpfung vor Ort erreichen.

Bilder: LENK



Bei der Planung und dem Bau von Windenergieanlagen gibt es vieles zu beachten: Die Leitfäden der Landesagentur für Energie und Klimaschutz geben Kommunen nützliche Hilfestellungen.

Die Energiewende voranbringen: Das wollen viele Städte und Gemeinden in Bayern. Dank überarbeiteter 10H-Regelung und dem Wind-an-Land-Gesetz des Bundes hat der Ausbau der Windenergie im Freistaat neuen Schwung bekommen.

Den Kommunen kommt bei diesem Ausbau der Windenergie eine große Bedeutung zu: Sie können geeignete Flächen für Windräder ausweisen und stehen mit den Menschen vor Ort im ständigen Dialog. Sie können vermitteln, weshalb der Ausbau der Windkraft so bedeutsam ist und durch frühzeitges Handeln und kluge Konzepte erreichen, dass die Menschen vor Ort auch wirtschaftlich von Windenergieanlagen profitieren.

Deswegen bietet die Wissensplattform Wind der bayerischen Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Bayerischen Landesamt für Umwelt mit ihren Leitfäden und Informationen rund um Windenergie den Städten und Gemeinden im Freistaat wertvolle Hilfestellungen und viele Unterstützungsangebote.

Von Artenschutz über Finanzierung bis zu Waldrecht finden Interessierte auf der Wissensplattform Wind fundiert recherchierte und fachlich geprüfte Beiträge zu zahlreichen Aspekten der Windenergie – dabei immer im Fokus: die Situation in Bayern und landesrechtliche Regelungen.

Die Themenplattform „Planen und Genehmigen“ bündelt alle in Bayern maßgeblichen ergänzenden Verwaltungsvorschriften und sonstigen Hinweise. Auch gibt es hier wichtige ministerielle Hinweis- und Vollzugsschreiben zum Herunterladen. Raumordnung und Regionalplanung werden ebenso thematisiert wie immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren und steuerliche Aspekte des Betriebs von Windenergieanlagen.

Wie Städte und Gemeinden Windkraftprojekte erfolgreich umsetzen und begleiten können, das erläutert der Abschnitt Windenergie in Kommunen. Neun Module zeigen anschaulich den Weg von den ersten Schritten des Projekts bis zum fertigen Windpark. Kommunale Entscheidungsträger bekommen wichtige Informationen zu:

- Regionalplanung
- Kommunale Zielklärung
- Flächensicherung
- Interessenbekundungsverfahren
- Projektentwicklung und Genehmigungsverfahren
- EEG-Ausschreibung und Stromvermarktung
- Finanzierung und finanzielle Teilhabe
- Bau des Windparks
- Betriebsphase des Windparks

Praktische Tipps für Verwaltungsangehörige geben die Leitfäden der Landesagentur für Energie und Klimaschutz, die auf der Wissensplattform Wind zum Download angeboten werden. Diese Leitfäden fassen auf wenigen Seiten die wichtigsten Aspekte eines Themas zusammen und geben Ratschläge für die Praxis. So findet sich hier zum Beispiel eine Argumentationshilfe für die Windenergie, die kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Verwaltungsangestellte bei der Vorbereitung auf Dialogveranstaltungen zu Windenergieprojekten auf kommunaler Ebene unterstützt. Auch kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, die sich über die praktische Umsetzung von kommunalem Flächenpooling informieren möchten, werden hier fündig.

Die Wissensplattform Wind ist Teil des Energie-Atlas Bayern, dem Internetportal der Bayerischen Staatsregierung zur Energiewende und zu Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Der Energie-Atlas Bayern bietet Anwendungen sowie digitale und interaktive Karten mit denen für ganz Bayern wichtige Daten abrufbar und vielfältig kombinierbar sind. So ist zum Beispiel die Gebietskulisse Wind eine wichtige Planungsgrundlage für ein Windenergievorhaben. Neben der Windkraft sind die Themenfelder Biomasse, Wasserkraft, Solar, Abwärme weitere Rubriken zu denen Interessierte viele Fachartikel, Leitfäden und Publikationen finden.

Den Kommunen, die bei sich ein Windenergie-Projekt umsetzen und Hilfe vor Ort brauchen stehen die Windkümmerer zur Seite, die von der bayerischen Landesagentur für Energie und Klimaschutz koordiniert werden. Diese bieten seit 2020 den Kommunen kompetente und zielorientierte Beratung und begleiten Sie auf Ihrem Weg hin zur regionalen Windenergie. Aktuell gibt es noch freie Plätze in dem Programm Windkümmerer 2.0: Interessierte Städte und Gemeinden können sich noch bewerben.

DIE WISSENS- UND THEMENPLATTFORM WIND FINDET SICH UNTER:
www.energieatlas.bayern.de/thema_wind

WEITERE INFORMATIONEN UND ANMELDUNG ZUM PROGRAMM WINDKÜMMERER GIBT ES AUF:
www.lenk.bayern.de/themen/energiewende/windkuemmerer_kommunen

MARTIN STROBL | BAYERISCHE LANDESANSTALT FÜR LANDWIRTSCHAFT (LFL) – INSTITUT FÜR AGRARÖKONOMIE (IBA)



Kommunen in der Pflicht: Errichtung und Betrieb von Anlagen im überragenden öffentlichen Interesse

Bild: Andreas Gücklhorn auf Unsplash



Martin Strobl

Eine Strommarktanalyse. Erlöse für Photovoltaik-Freiflächenanlagen und die finanzielle Beteiligung der Kommune

GEMEINDEN STEHEN UNTER STROM – ALLES ANDERE ALS DIE SONNENSEITE

Stromerzeugung aus Windkraft und Photovoltaik nimmt im Freistaat Bayern zu. So lag laut des Bayerischen Landesamtes für Statistik die Bruttostromerzeugung im Jahr 2022 bei 40.209 GWh aus Erneuerbaren Energieträgern. In seiner Strommarktanalyse stellte Martin Strobl den finanziellen Ertrag von PV-Anlagen für die Kommunen dar.

Strobl, der bei der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft die Arbeitsgruppe Ökonomik der regenerativen Energien leitet, sieht vor allem in den negativen Spotmarktpreisen und den aktuellen Stromvergütungen die größte Herausforderung für die bayerischen Kommunen: „Die Kommunen sind nach dem § 2 des EEG-Gesetzes in der Pflicht. Demnach liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im überragenden öffentlichen Interesse. Die Herausforderung besteht darin, dass man meistens dann einspeisen kann, wenn alle anderen auch einspeisen. Aufgrund des Überangebots an Strom auf dem Markt hat dies zumeist einen negativen Spotmarktpreis an der Strombörse zur Folge. Dieser negative Strompreis hat den Effekt, dass die Förderung nach dem EEG aussetzt. Wer bei negativen Marktpreisen Strom einspeist, erhält keine Erlöse, sondern muss für seinen eingepreisten Strom letzten Endes bezahlen. Zudem ist der Marktpreis hoch spekulativ."

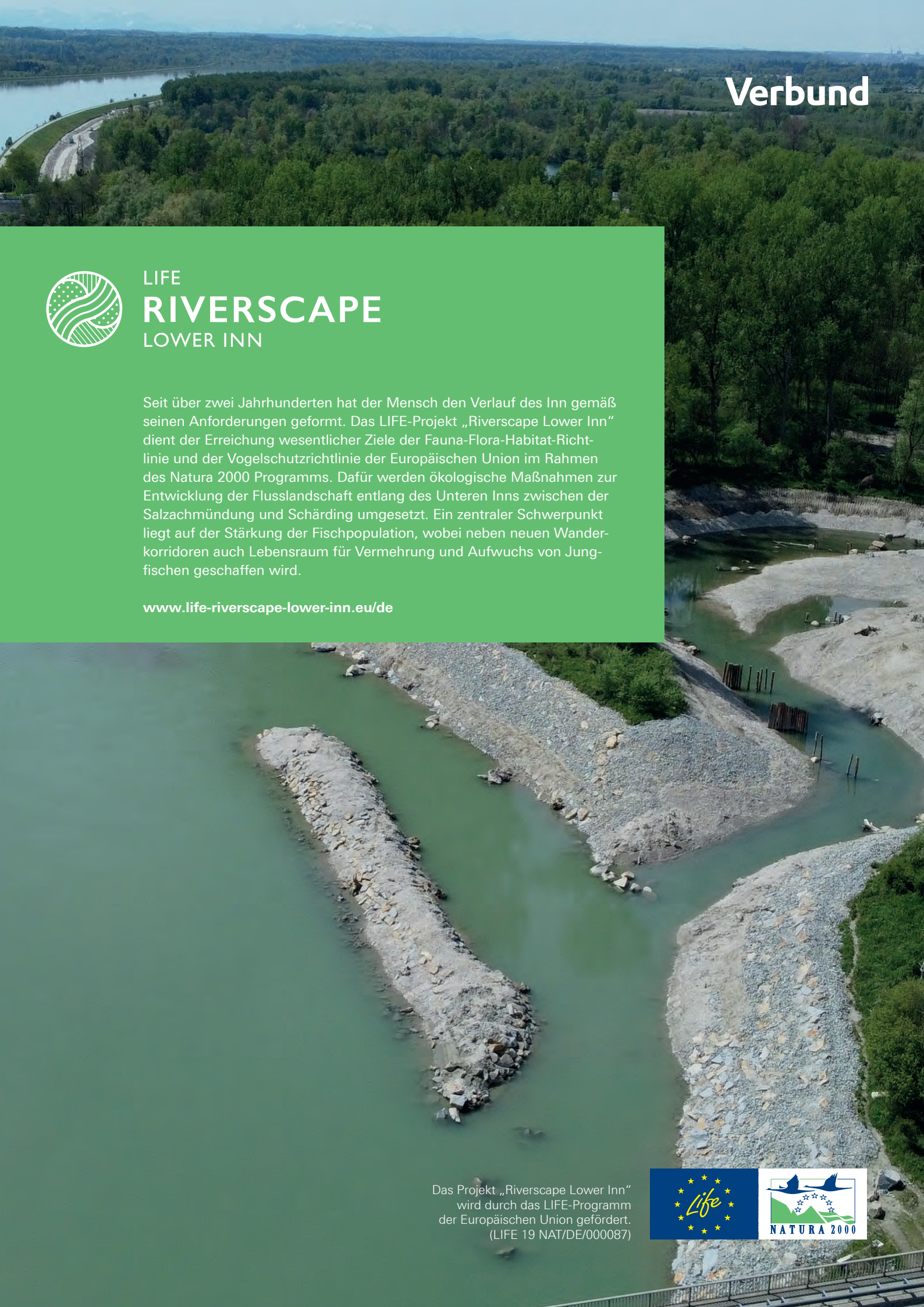
Schritt für Schritt zum Erfolg

Nach Berechnungen des Bayerischen Wirtschaftsministeriums wird im Freistaat täglich jeder fünfte Hektar neu beanspruchter Fläche für Freiflächenphotovoltaik verwendet. Im letzten Jahr konnte das Ministerium für eine bessere Vereinbarkeit aus Landwirtschaft und Umweltschutz bereits einen kleinen Erfolg erzielen. Bislang musste eine PV-Anlage komplett umzäunt werden. Dies hatte für die Wildtiere zur Folge, dass wichtiger Lebensraum verloren geht. Im Jahr 2023 verständigte sich das Wirtschaftsministerium mit der Versicherungswirtschaft, dass künftig ein Durchschlupf für Wildtiere in Rehgröße in die Zaunanlagen rund um eine PV-Freifläche eingebaut werden kann. Eine entsprechende Veränderung der bisherigen Vorgaben für die Gemeinden in der Bauleitplanung soll erfolgen. Positiv sind die vielen Bürgerbeteiligungen auf kommunaler und regionaler Ebene, die sich zu genossenschaftlich organisierten Energieproduzenten zusammenschließen und somit einen wichtigen Beitrag beim Gelingen der Energiewende leisten.

Neben den verschiedenen Akteuren und der Vereinbarkeit von Artenschutz und Energiewende haben die Gemeinden ein Interesse, dass sich eine PV-Freifläche auch lohnt. Um den negativen Spotmarktpreisen entgegenzuwirken, schlägt Strobl eine Garantievergütung vor: „Es braucht mehr Flexibilität für den Erzeuger, um die negativen Strompreise zu verhindern. Die Politik muss sich mehr Gedanken machen, wie auch bei einem Stromüberschuss vergütet wird. Denn eines steht fest: Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien hat einen weiter sinkenden Preis zur Folge. Aktuell gibt es in den Zeitfenstern negativer Preise für die Kommunen, die gerade in die Errichtung einer neuen EE-Anlage investiert haben, nichts zu verdienen. Es muss etwas unternommen werden, dass auch neue Anlagen eine Förderung erhalten. Denn nach den Vergütungsregeln der EEG-Novelle liegen bei Erstinbetriebnahme einer Solaranlage ab Februar 2024 die Fördersätze bei 4,9 Cent / kWh." HOF



Reinhard Kofler, RIWA, (r.) im Gespräch mit Fachbesuchern



Verbund

LIFE
RIVERSCAPE
LOWER INN

Seit über zwei Jahrhunderten hat der Mensch den Verlauf des Inn gemäß seinen Anforderungen geformt. Das LIFE-Projekt „Riverscape Lower Inn“ dient der Erreichung wesentlicher Ziele der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie der Europäischen Union im Rahmen des Natura 2000 Programms. Dafür werden ökologische Maßnahmen zur Entwicklung der Flusslandschaft entlang des Unteren Inns zwischen der Salzachmündung und Schärding umgesetzt. Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der Fischpopulation, wobei neben neuen Wanderkorridoren auch Lebensraum für Vermehrung und Aufwuchs von Jungfischen geschaffen wird.

www.life-riverscape-lower-inn.eu/de

Das Projekt „Riverscape Lower Inn“ wird durch das LIFE-Programm der Europäischen Union gefördert. (LIFE 19 NAT/DE/000087)

NATURA 2000

PASCAL LANG | EGIS EG

Energiedorf Bundorf – Energiewende ganzheitlich gedacht


Pascal Lang

Die EGIS-Energie ist eine EnergieGenossenschaft, die von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Unternehmen in der Region Inn-Salzach sowie deutschlandweit gegründet wurde. Sie ist überzeugt, dass die Energiewende in Deutschland in erster Linie von Bürgern umgesetzt werden sollte. Seit ihrer Gründung 2013 zählt die EGIS eG mittlerweile 2.485 Mitglieder, darunter 27 Kommunen, und gehört somit zu einer der größten EnergieGenossenschaften in Deutschland. Sie beteiligt sich an Projekten zur Erzeugung Erneuerbarer Energie unter Berücksichtigung einer landschafts- und umweltverträglichen Gestaltung. „Bei uns steht Nutzen- vor Gewinnmaximierung“, erläuterte Vorstandsvorsitzender Pascal Lang.

Mit dem Genossenschaftskapital der Mitglieder hat die EGIS eG bisher annähernd 30 Projekte deutschlandweit umgesetzt, darunter vor allem zahlreiche Photovoltaik-Anlagen wie etwa die PV-Lärmschutzwand in Neuötting, den Bürgersolarpark im unterfränkischen Reckertshausen mit seinen innovativen Großspeichern oder die Bürgersolaranlagen Unterdietfurt bzw. Frankenthal.

Der im September 2023 ans Netz gegangene PV-Park im unterfränkischen Bundorf ist der größte zusammenhängende Solarpark in Bayern. Etwa ein Drittel der 125 Megawatt großen Erneuerbaren-Energien-Anlage wurde in Bürgerhand realisiert. Der Solarpark erzeugt rund 131 Milliarden Kilowattstunden Strom jährlich. Rechnerisch kann er damit den Energiebedarf für private Haushalte des gesamten Landkreises Haßberge und darüber hinaus decken. Die Freiflächen-Solaranlage in Bundorf umfasst eine Fläche von 125 Hektar. Mehr als 232.000 Photovoltaikmodule wandeln dort die Energie der Sonne in erneuerbaren Strom um.

Die Anlage spart jährlich rund 91.000 Tonnen CO2 ein. Das entspricht etwa der Summe an Klimagasen, die 8.000 Personen in Deutschland im Jahr verursachen. In Bundorf leben etwa 900 Menschen. Rechnerisch können mit dem regenerativen Strom des Solarparks knapp 40.000 Vier-Personen-Haushalte versorgt werden.

Die Idee vom EGIS-Energiedorf entstand im Herbst 2020. Bereits im Oktober 2022 begann der Bau des Solarparks. 2023 wurde in Bundorf das Fernwärmenetz errichtet. Das Fernwärmesystem der EGIS eG besteht aus einer Heizzentrale mit Großwärmepumpe, einem Biomassekessel, einem Warmwasserspeicher sowie dem über 1.600 Meter langen Leitungsnetz.

Gleichzeitig wurde in Bundorf und in seinen umliegenden Ortsteilen eine E-Ladeinfrastruktur, versorgt aus dem 100 Prozent ökologischen EGIS-Strom-Tarif, realisiert. E-Autofahrer können ihre Fahrzeuge mit grünem Strom aufladen. So entsteht ein nachhaltiger Wertschöpfungskreislauf in der Region.

„Das Konzept der Bundorfer Anlage ist einmalig in Deutschland. Bisher wurde die Leistung von Energiewendeprojekten nicht ganzheitlich ausgeschöpft. Mit dieser Anlage beweisen wir, dass man Solaranlagen sektorenübergreifend denken kann und sollte“, hob Lang hervor.

„Finanziert von vielen Bürgerinnen und Bürgern, Stiftungen, Vereinen und Kommunen aus ganz Deutschland investieren wir in die Energieversorgung der Zukunft.“ DK



Das EGIS-Team

JULIANE HAUSKRECHT | CON|ENERGY CONSULT GMBH

Digitale Werkzeuge und interkommunale Kooperation: eine Antwort auf die neue Daueraufgabe Wärmeplan

Für die Wärmeplanung braucht es ein leistungsstarkes IT-Werkzeug , wie z.B. einen echtdatenbasierten digitalen Zwilling. Mit diesem Simulationstool für die Wärmeversorgung können aussagefähige Wärmepläne erstellt werden. Juliane Hauskrecht, Geschäftsführerin von con|energy consult GmbH, berichtete über den Einsatz der eigenen Simulationssoftware simergy bei zahlreichen kommunalen Projekten wie z.B. für Regionen in Brandenburg oder in Städten wie Lübeck oder Berlin.


Juliane Hauskrecht

Mithilfe eines Simulationsalgorithmus bildet das Tool die Heizstruktur im Zeitverlauf ab. Die Software ist ein digitaler Zwilling, der für die Gebietskörperschaften, Energieversorger oder Netzbetreiber in die Zukunft blickt. Denn die Software errechnet die belastbare Grundlage für die Transformation in eine klimaneutrale und dekarbonisierte Zukunft und bildet diese visuell in Karten ab. Alle Beteiligten erhalten ein virtuelles, detailliertes Abbild des lokalen Wärmemarktes, wie dieser sich in einem bestimmten Gebiet entwickeln wird. Diese Berechnung dient als ein wichtiges Fundament für eine integrierte und datengesteuerte Wärmeplanung. Die Simulation beinhaltet z.B. Informationen darüber, welche Gebäude bereits energetisch saniert wurden. Vorteil dieses digitalen Zwillings ist es, dass dieser modular aufgebaut ist und individuell auf das jeweilige geographische Gebiet angepasst werden kann. Mit diesem Status-Quo erhält jede Kommune einen umfassenden Überblick über die aktuelle Versorgungssituation (Gebäude, Netze, Verbrauch) und die Bevölkerung eine Hilfestellung bei ihrer langfristigen Energieplanung. Denn die digitale Lösung bietet eine Prognose hinsichtlich Energieträger nach dem örtlichen Gebäudebestand und den Jahreszeiten und kann im Voraus berechnen, wann eine Überhitzung der Stadt wahrscheinlich ist oder eine Verkehrsüberlastung eintreten wird. Im nächsten Schritt könnten dann mögliche Lösungen auf Praxistauglichkeit untersucht werden.

Praxisbeispiel: Wärmekataster Land Brandenburg

Als Praxisbeispiel schilderte Hauskrecht ihre Erfahrungen über den, für das Land Brandenburg ab 2022 erstellten Wärmekataster, einer flächendeckenden Bestands- und Potenzialanalyse. Dieses kartografische Verzeichnis von bestehenden Wärme- und Kältequellen/-senken sowie über die Netzinfrastruktur hat con|energy im vergangenen August 2023 abgeschlossen. Basierend auf verfügbaren Daten zur Gebäudegeometrie und Gebäudenutzung, genutzter Energieträger sowie Informationen zu Gas- und Fernwärmenetze kann nun eine Abschätzung des Wärmebedarfs und Endenergieverbrauchs erfolgen. Für Bayern könne sich Hauskrecht eine interkommunale Kooperation sehr gut vorstellen, in der sich Landkreise und Gemeinden zusammenschließen. Denn ein digitales Abbild der eigenen Kommune stelle eine enorme Unterstützung bei Infrastruktur- und Ressourcenplanung sowie beim Thema Nachhaltigkeit dar.

„In Bayern braucht es aber hierfür eine vollumfängliche Erfassung, Georeferenzierung und Abbildung der Wärme- und Kältequellen des Bundeslandes genauso wie Informationen über Wärme- und Kältenetz“, so Hauskrecht. „Sobald der Freistaat final entschieden hat, die Kommunen als planungsverantwortliche Stellen für die Wärmeplanung zu benennen und ein valider Datensatz vorliegt, könnten wir eine bayerische Lösung in Angriff nehmen. Die Vorteile eines einheitlichen und gemeindeübergreifenden Organisierens liegen auf der Hand, ansonsten sind die Wärmenetze in Zukunft so löchrig wie ein Schweizer Käse. Doch im Freistaat fehlt bis jetzt die landesrechtliche Umsetzung.“ HOF



VSB

Wir unterstützen Ihr Vorhaben mit unserem Netzwerk vor Ort.

VSB ist Ihr regionaler Partner:
- Akzeptanzfördernde Projektentwicklung
- Individuelle Energielösungen
- Energieparkmanagement

VSB Neue Energien Deutschland GmbH
Regionalbüro Regensburg
Bischof-von-Henle-Str. 2a, 93051 Regensburg
0941 298375 122 | bayern@vsb.energy

www.vsb.energy


Dr. Sylke Schlenker-Wambach


V.l.: Walter Albrecht, Detlef Fischer, Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Tanja Erb

DR. SYLKE SCHLENKER-WAMBACH | ENERGIE SCHWABEN GMBH

Kommunale Wärmeplanung – Lösungen von energie schwaben

Die kommunale Wärmeplanung wird zum Dreh- und Angelpunkt der Energiewende auf kommunaler Ebene. CO2-Ausstoß senken, Energie sparen und erneuerbare Quellen ausbauen: „energie schwaben unterstützt Kommunen in ihrer Region bei der Planung und Umsetzung von nachhaltigen und zukunftssicheren Wärmekonzepten“, stellte Dr. Sylke Schlenke-Wambach, Kommunalkundenmanagement energie schwaben, fest.

Mit Hilfe unterschiedlicher Daten erlaubt die kommunale Wärmeplanung, viele verschiedene Aspekte in der Ortsentwicklung nebeneinanderzulegen und in einem größeren Zusammenhang zu betrachten. Städte und Gemeinden nehmen dabei eine zentrale Rolle ein.

Als regionaler Energiedienstleister ist energie schwaben Experte auf dem Gebiet der Energiezukunft und bietet alles aus einer Hand: Von der Bestandsanalyse bis zur Kalkulation und Umsetzung geeigneter Maßnahmen. Das entlastet die Verwaltungen, aber auch Bürger und Bürgerinnen. Denn mehr Klimaschutz durch eine effiziente Energieversorgung bedeutet auf längere Sicht weniger finanzielle Belastung für alle.

Erster Schritt und Grundlage für den Handlungsplan ist die Bestandsanalyse. Aktuelle Daten liefern zum Beispiel Katasterämter, Open Source Quellen und andere Geoinformationssysteme. Für jedes einzelne Gebäude können damit Bedarf und Einsparpotenzial ermittelt werden. Darauf folgt die Potenzialanalyse: Gibt es Biogasanlagen im Umkreis? Welche Flächen eignen sich für Photovoltaik- oder Windenergieanlagen? Gibt es Firmen, deren Abwärme genutzt werden kann? Aus den Daten der Analysen wird ein Zielszenario entwickelt: Welche Ergebnisse wollen wir in welchem Zeitraum erreichen? Und schließlich entwickelt die Kommune eine Wärmewendestrategie, in der geeignete Umsetzungsmaßnahmen bereits festgelegt sind: Heizungstausch, Netzausbau, ÖPNV stärken, Ladestationen für Elektroautos errichten und vieles mehr – maßgeschneidert auf die Bedarfe der Gemeinde.

Besonders in kleinen Kommunen im ländlichen Raum gibt es laut Schlenker-Wambach spezifische Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt.

Dazu zählen:

- Große Fläche mit geringer Einwohnerzahl, viele Ortsteile, dazwischen land- und forstwirtschaftliche Flächen
- Individuelle Interessen und direkte Involvierung der Akteure vor Ort (Landwirte, Unternehmer usw.)
- Hoher Anteil an Selbstversorgung (Holz, PV usw.)
- Wenig Industrie und direkte Abwärmepotenziale
- Geringe Wärmeliniendichte
- Viel Fläche für Erzeugungsanlagen, lange Zuleitungen mit hohen Kosten
- Begrenzte Ressourcen an Geld und Personal, teilweise auch in VGs gebündelt.

„Die Wärmewende auf dem Land ist nur mit der Bevölkerung umsetzbar und erfordert das ganze Spektrum an Lösungen“, machte die Referentin deutlich. Klimaschutzziele ließen sich am besten im Dialog erreichen. energie schwaben erarbeitet umsetzbare Vorschläge und Innovationen und entwickelt gemeinsam mit den Kommunen die Wärmeplanung, die optimal zur Vor-Ort-Situation passt. Dies ermittelt das Team von Sylke Schlenker-Wambach im Rahmen der Vorarbeiten für den kommunalen Wärmeplan.

Kapazitäten für eine künftige Wärmeversorgung sieht Schlenker-Wambach in räumlich verorteten Potenzialen zur Nutzung Erneuerbarer Wärme, in der potenziellen Wärmebedarfssenkung durch energetische Sanierung, in räumlich verorteten Potenzialen für Abwärme (Industrielle/kommunale Abwärme-Quellen) und für die Nutzung Erneuerbarer Energien (insbesondere Wind und PV) sowie im GTP-Gastransformationspfad (H2). DK

ANDREAS LEDERLE | ERDWÄRME GRÜNWALD GMBH

Geothermie in Bayern – so gelingt's!


Andreas Lederle

Geothermie birgt ein enormes Potenzial für einen relevanten Beitrag der grünen Wärmewende. „In Bayern und ganz Deutschland liegt hydrothermisches und petrothermisches Potenzial direkt unter unseren Füßen. Im Gegensatz zu anderen erneuerbaren Energien wie Wasserkraft oder Solar- und Windenergie steht die Erdwärme, unabhängig von Tages- und Jahreszeit und von den meteorologischen Gegebenheiten, immer zur Verfügung. Erdwärme ist daher eine ständig verfügbare, heimische, krisensichere und umweltfreundliche Energiequelle", unterstrich Andreas Lederle.

Tiefengeothermie stabilisiert sich als Strom- und Wärmeerzeuger. Im Jahr 2022 hatte die tiefe Geothermie einen Anteil von 0,3 Prozent an der bayernweiten Bruttostromerzeugung, wobei rund 176 Mio. kWh Strom erzeugt wurden. Zur Wärmeerzeugung trug sie mit 1.140 Mio. kWh rund 0,6 Prozent bei. Die Wärmeerzeugung aus Geothermie hat sich seit 2012 mehr als verdreifacht.

Praxisbeispiel Grünwald

Die energetische Nutzung konzentriert sich in Bayern auf das Molassebecken südlich der Donau. Hier steht mit dem Malm der potenziell ergiebigste Thermalgrundwasserleiter Bayerns zur Verfügung. Lederle zufolge beträgt die technisch gewinnbare Wärmeenergie durch Tiefengeothermie für Temperaturen über 80 Grad 8.929 MW, was einer 45-prozentigen Deckung des Bayerischen Wärmebedarfs entspreche.

Im Oktober 2008 sicherte sich die Gemeinde Grünwald die Geothermiequelle in Laufzorn in der Nachbargemeinde Oberhaching und brachte das Projekt der Erdwärme Grünwald auf den Weg. Ein 100 Prozent kommunales Energieversorgungsunternehmen, das auf die heimische, regenerative Energie Geothermie setzt. Die Erfahrungen der Erdwärme Grünwald GmbH der vergangenen fast 20 Jahre sind nach Angaben des Geschäftsführers umfassend: „Die größten Herausforderungen waren und sind Genehmigungsverfahren, Fündigkeitsrisiken, lange Projektphasen und die täglichen Anforderungen an einen reibungslosen Betrieb."

Im Spätsommer 2009 war Bohrbeginn in Laufzorn. Im August 2010 starteten die Arbeiten zum Bau des Grünwalder Fernwärmenetzes, seit Oktober 2011 fließt Wärme an Haushalte, Unternehmen und kommunale Einrichtungen in Grünwald. Bereits Ende 2017 war das Fernwärmenetz fertig erstellt →



und konnte bis 2023 auf rund 110 Kilometer ausgebaut werden. Aktuell sind über 3.500 Haushalte, Gewerbe und öffentliche Gebäude an die geothermische Fernwärme angeschlossen. Zusätzlich produziert die EWG seit Ende 2014 in ihrem ORC-Kraftwerk grünen Strom und speist ihn ins öffentliche Stromnetz ein.

Kooperation mit Stadtwerken München

Südlich des bestehenden Standorts „Laufzorn I“ soll nun das Großprojekt „Laufzorn II“ realisiert werden. Geplant ist ein weiterer Standort zur Wärmeversorgung mit vier Bohrungen (Doppeldublette). Eine Erweiterung auf sechs Bohrungen ist nachträglich möglich. Der Bau des Bohrplatzes ist für das zweite Halbjahr 2024 vorgesehen. Das „Laufzorn II“-Projekt ist Teil des Großvorhabens „Perlenschnur“, einem überregionalen geothermischen Wärmeverbund, an dem die EWG in Kooperation mit den Stadtwerken München arbeitet. 2025 soll der Baubeginn für das Geothermie Heizkraftwerk „Laufzorn II“ erfolgen.

2020 hat die Erdwärme Grünwald mit weiteren Geothermie-Unternehmen die Initiative „Wärmewende durch Geothermie“ ins Leben gerufen. Unterstützer sind Unternehmen der Bau- und Zulieferindustrie, Verbände und Forschungsinstitute sowie kommunale und private Energieversorgungsunternehmen. Ziel dieses Zusammenschlusses ist die Verbreitung von Geothermie als Wärmelieferant zu fördern und das Wissen und die Erfahrungen der Kooperationspartner einfach und transparent weiterzugeben.

Aus Lederles Sicht muss das Augenmerk nun darauf liegen, verantwortliche Umsetzungseinheiten aufzubauen, zeitnahe Forschungsprojekte zu fördern, bürokratische Hürden für Genehmigungsprozesse abzubauen, ein Geothermie-Erschließungsgesetz zu erlassen, das Förderumfeld zu verbessern, günstige Projektbedingungen zu schaffen und Finanzierungsinstrumente für Kommunen bereitzustellen. Wichtig sei letztlich ein klares Bekenntnis der Staatsregierung zum umfassenden Einstieg in die Geothermie als Vertrauens- und Investitionsgrundlage für die Bevölkerung, die Kommunen und die Geothermie-Branche. DK



Das Team von RIWA und netCADservice mit den Referenten Klaus Gottschalk (2.v.l.) und Reinhard Kofler (r.)

REINHARD KOFLER UND KLAUS GOTTSCHALK | RIWA GMBH UND NETCADSERVICE GMBH

Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und Einführung eines Energie-Management-Systems

ENERGIEMONITORING UND DATENERHEBUNG VON GEBÄUDEN SIND KEINE „ROCKET SCIENCE“

Das Ziel der CO2-Neutralität wird nur mit der Nutzbarmachung verschiedener Energieformen, der energetischen Sanierung der Bestandsgebäude und mit Geoinformationsdaten bei der Energieplanung gelingen. Auf dieses Erfolgstrio legen Reinhard Kofler (RIWA GmbH) und Klaus Gottschalk (netCADservice GmbH) den Fokus bei ihrem schwäbisch-oberbayerischen Doppelvortrag. Die RIWA GmbH hat ihren Firmensitz in Kempten, netCADservice in Freilassing. „Jeder will doch wissen, was in seinem Gemeindebezirk möglich ist. Mit unserem System kann jede Kommune individuelle Angaben machen und sich so Baukosten für Dämmung, Solaranlagen oder Wärmepumpen und CO2-Einsparungen berechnen lassen. Wir wollen mit unserer IT-Technologie vor allem kleine Kommunen und Hausbesitzer unterstützen“, sagt Kofler. Die RIWA GmbH hat eine über 25-jährige Erfahrung mit Geoinformations-Systemen (GIS). In Gunzenhausen stellte das Unternehmen ein Energie-Management-System (EMS) vor, das ein Energiemonitoring ermöglicht. Dieses Energieverbrauchscontrolling (Strom, Gas, Wasser, Wärme) soll nicht nur die Anlagen und Komponenten über wachen und analysieren, sondern auch Einsparpotenziale ermitteln. →

Die RIWA-Spezialisten haben vor kurzem das große Geodatenprojekt „Interkommunale 3D-Energieplanung“ für den Landkreis Kulmbach abgeschlossen. In einem Konvoiverfahren wurden für die 22 Städte, Märkte und Gemeinde des Landkreises mit seinen 72.000 Bewohnern die Potenziale von Gründächern und Wärmepumpen ermittelt. Das 3D-Modell zeigt auf, welche Gebäude sich beispielsweise für die Installation einer Solaranlage eignen. „Der Zusammenschluss von mehreren Gemeinden bei der Wärmeplanung hat viele Vorteile: Das Verfahren wird preiswerter, einfacher und schneller. Jeder profitiert von den Erfahrungen der Nachbargemeinde“, erklärte Kofler.

Praxisbeispiel Landkreis Unterallgäu

Gerade startete das interkommunale Pilotprojekt im schwäbischen Landkreis Unterallgäu. Für die gemeinsame Wärmeplanung des Marktes Türkheim mit den Gemeinden Rammingen und Wiedergeltingen sind neben netCAD Service und RIWA auch die Lechwerke mit dabei. Nun werden die Potenziale der Wärmeversorgung für die rund 11.000 Einwohner und Industrie- und Gewerbebetriebe der drei Kommunen analysiert und visualisiert. Hier kommt die flexRM-Software aus dem Haus netCADService zum Einsatz. „Der Datenschutz spielt für uns eine große Rolle. Daher liegt die Datenhoheit bei der Kommune sowohl bei der Datenerhebung als auch beim -austausch. Die Daten der Hausbesitzer und Gewerbetreibenden werden anonym erfasst“, erläutert Klaus Gottschalk, geschäftsführender Gesellschafter der netCADService GmbH.

Ein wichtiger Baustein für die Energiewende fehle laut Kofler bei allen Überlegungen in der Energiepolitik: Die großen Potenziale der Gebäudesanierung werden nach seiner Ansicht noch zu wenig berücksichtigt. „Fragen über die sanierten Bestandsgebäude sowie über die Vollbenutzungsstunden der Wohngebäude, Bürohäuser, Rathaus, Schulen und Krippen werden zu wenig beantwortet. Die Lösungen für eine energetische Sanierung des Gebäudebestandes, ist ein großer Schlüssel für mehr CO2-Neutralität“, ist sich Kofler sicher. „Die Erhebung der Daten ist zwar eine Mammutaufgabe, aber keine „rocket science“. Warum können nicht einfach die Daten für die Grundsteuer des Bundes, die für Grundstück und Immobilie seit 2022 abgefragt werden, für die kommunale Wärmeplanung genutzt werden?“ HOF



Als Ansprechpartner vor Ort: RIWA und netCADservice





Bayerisches Landesamt für Umwelt, v.l.: Annika Bittner, Birgit Lohmeyer und Thomas Eichenseher

Wasserstoff liefert neue Wertschöpfungspotenziale

THOMAS EICHENSEHER | LANDESAGENTUR FÜR ENERGIE UND KLIMASCHUTZ (LENK)

Grundlagen und Förderungen im Bereich Wasserstoff

Um unsere Klimaziele zu erreichen, brauchen wir innovative Technologien. Als Energieträger der Zukunft kann Wasserstoff (H2) Besonderes leisten. Er schlägt die Brücke zwischen Energie, Verkehr, Industrie und Wärme, lässt sich vielseitig und emissionsfrei nutzen und ist gleichzeitig gut transportierbar und speicherbar. Wie Thomas Eichenseher betonte, komme der Wasserstoff auf der Erde nahezu ausschließlich gebunden vor. „Er ist keine Energiequelle und muss unter Energieeinsatz gewonnen werden."

Nach den in der Bayerischen Wasserstoffstrategie formulierten Zielen der Staatsregierung soll der Freistaat im Bereich der Wasserstofftechnologie weltweit eine Vorreiterrolle einnehmen. Neben einer Unterstützung der Energiewende steht Wasserstoff auch für neue Wertschöpfungspotenziale und nachhaltige Geschäftsmodelle für die bayerische Wirtschaft.

Aktuell gibt es eine Vielzahl an Fördermöglichkeiten auf Europäischer, nationaler und auch auf Landesebene. Zur Unterstützung des dezentralen Aufbaus einer heimischen Produktion von erneuerbarem H2 in Bayern stellt der Freistaat 150 Millionen Euro für das Bayerische Förderprogramm zum Aufbau einer Elektrolyse-Infrastruktur (BayFELI) zur Verfügung. Bezuschusst werden die Anschaffungskosten von Elektrolyseuren und ihren unmittelbar verbundenen Anlagenbestandteilen mit einer Förderquote von 45 Prozent (mittlere Unternehmen bis zu 55 Prozent, Kleinunternehmen bis zu 65 Prozent). Für Speicher oder EE-Anlagen gibt es keine Förderung. Die Zuwendungssumme beträgt maximal 5 Mio. Euro.

Der erste Förderaufruf fand von September bis Mitte Oktober 2023 statt. 42 Projektskizzen gingen beim Projektträger VDI Technologiezentrum ein, 13 Projekte erhielten einen Zuschlag. Die Mittel des Aufrufs wurden von ursprünglich geplanten 50 auf 65 Mio. Euro aufgestockt. Der nächste Förderaufruf ist für Mitte 2024 geplant.

Beim Bayerischen Förderprogramm zum Aufbau einer Wasserstofftankstelleninfrastruktur (Projektträger Bayern Innovativ) erfolgt die Förderung als Zuschuss. Gefördert werden die technische Infrastruktur sowie die Kosten der Installation und Ausrüstung (nicht der Gesamtprojektkosten). Für öffentliche Tankstellen gibt es eine Unterstützung von bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Für KMU ist eine Erhöhung um 10 Prozent möglich. Für betriebsinterne Tankstellen sind bis zu 40 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben möglich. Die Zuwendungssumme für ein einzelnes Projekt soll 2 Mio. Euro nicht überschreiten.

Im Wesentlichen müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Versorgung der Tankstelle mit 100 Prozent erneuerbarem Wasserstoff
2. Öffentliche Tankstelle: Abgabe 24 Stunden an sieben Wochentagen
3. Betriebsinterne Tankstelle: Es darf keine Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit geben.

Die Förderlotsen Bayern (Projektträger Bayern Innovativ) fungieren wiederum als einheitliche Ansprechpartner für Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen. Sie informieren über das gesamte Spektrum der Technologieförderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene und unterstützen bei der Entwicklung von Projektideen und der Identifikation geeigneter Förderprogramme. Darüber hinaus beraten und unterstützen die Förderlotsen bei der Antragsstellung und begleiten während des gesamten Fördervorhabens.

An der Landesagentur für Energie und Klimaschutz unterstützen sog. Wasserstoff-Multiplikatoren den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft in Bayern. Sie stehen Regionen, Kommunen und kommunalen Unternehmen zur Seite, die konkrete Wasserstoff-Projekte anstoßen wollen. Sie unterstützen bei Vorüberlegungen und bewerten erste Projektideen für den Aufbau möglicher Infrastruktur wie Elektrolyseanlagen oder Tankstellen. Dazu werden Umsetzungsmöglichkeiten und geeignete Förderinstrumente präsentiert.

Um bayerische Kommunen und Landkreise zu einer eigenen Energiewende-Strategie zu inspirieren, bieten die Wasserstoff-Multiplikatoren auch individuelle Führungen für kommunale Akteure durch den Energiepark in Wunsiedel an. Dieser Park beherbergt Bayerns größte Elektrolyse-Anlage mit einer Anschlussleistung von 8,75 MW. Pro Jahr werden dort bis zu 1.350 Tonnen Wasserstoff ausschließlich mit erneuerbarer Energie hergestellt. Die Führungen werden durch einen Kurzvortrag und Workshops begleitet, um grundlegende Schritte auf dem Weg zur Wasserstofftechnologie aufzuzeigen. DK

KARINA SCHRÖDER | ENERPIPE GMBH

Wärmenetze im ländlichen Raum erfolgreich umsetzen

Einleitend erklärte Schröder das Grundprinzip von Nah- und Fernwärme: „Es ist nicht die Infrastruktur, die sie privat mit ihren Heizkörpern kennen, sondern etwas komplexer, von der Thematik her aber ähnlich. Wir haben als Erzeuger eine Energiequelle, von der die Abnehmer mit Wärme versorgt werden wollen. Abhängig von der Lokation kann die Erzeugerquelle mit Biogas, industrieller Abwärme oder Biomasse betrieben werden. Wichtig ist dabei: Wo steht die Anlage und wo befinden sich die Abnehmer? Der Aufbau eines Wärmenetzes ist wie ein Baum. Je größer die Entfernung desto kleiner sind die Rohrleitungen für den Transport. Weil wir mit unseren dezentralen Pufferspeichern planen, können wir grundsätzlich unser Wärmenetz schlanker dimensionieren. Zusätzlich arbeiten wir mit gleitenden Vor- und Rücklauftemperaturen, abhängig von der Außentemperatur. Die gesamte Netzinfrastruktur ist dabei für mehrere Jahrzehnte ausgelegt.“


Karina Schröder

Zum 2007 gegründeten Unternehmen Enerpipe mit rund 130 Mitarbeitern erklärte Schröder, dass es keine Netze baut und betreibt, sondern als Systemanbieter auf die Wärmeverteilung spezialisiert ist. Der Fokus liege auf der Auswahl von Erzeugerkonzepten und der damit verbundenen Wärmeverteilung. Ausgewählt würden auch die Übergabetechnik sowie das Rohrleitungskonzept. Umsatzträger sei aber nicht die Planung, sondern der Verkauf von Produkten als Systemanbieter. Das Produkt- und Leistungsspektrum fasste sie zusammen: Projektsteuerung, Großpufferspeicher, Verteileranlagen, Heizhaus-Steuerung, Rohr- und Verbindungssysteme und Nahwärmespeicher. Schließlich werde auch Unterstützung bei der Auswahl der beteiligten Akteure wie Planer, Betreiber, Tiefbau, Heizungsbau und Elektriker angeboten. So bleibe die Wertschöpfung in der Region. Als Referenzen beschrieb Schröder die Nahwärmenetze in Dittenheim und Dornhausen im Detail. Und im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wurden bereits insgesamt 65 Wärmenetze realisiert.

Um ein Projekt erfolgreich umzusetzen müsse zunächst das Verhältnis von Wärmeverteilungsverlusten zur Wärmebedarfsdichte betrachtet werden. Wünschenswert sei hier ein Ergebnis im wirtschaftlichen Bereich.

Dafür beschrieb Schröder für den planerischen Ansatz einige Effizienzkriterien für Nah- und Fernwärmesysteme:

1. Reduzierung des Volumenstroms
2. Exakte Wärmebedarfsermittlung für jeden Anschlussnehmer
3. Reduzierung der Spitzenlast mittels dezentralem Pufferspeicher
4. Optimierte Beladung beim dezentralen Pufferspeicherkonzept
5. Erhöhen der Spreizung
   (Unterschied zwischen Vor- und Rücklauftemperatur)
6. Gleichzeitigkeit
7. Optimierung der Erzeugung
8. Einsatz der „richtigen“ Wärmeleitung – Stahl oder Kunststoff
9. Effiziente Auslegung
10. Visualisierung/Steuerung.

Abschließend beschrieb Schröder ein schrittweises Vorgehen zum Erfolg. Nach einem Erstkontakt mit Datenerhebung folge die Besprechung der Ergebnisse. Danach sollten die Wärmeabnehmer informiert werden, um anschließend nach Auswahl des passenden Betreibermodells die Firmengründung zu initiieren. Ist die Finanzierung gesichert, folgen Ausschreibungen und Vergaben. Bei der Umsetzung stehe Enerpipe auch noch zur Nachbetreuung zur Verfügung. GK

WASSERKRAFT
Ja bitte!

Wasserkraft –
Bayerns erneuerbare
Stromquelle

Gemeinsam für die Wasserkraft!

Wasserkraft – Ja bitte! eine Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW

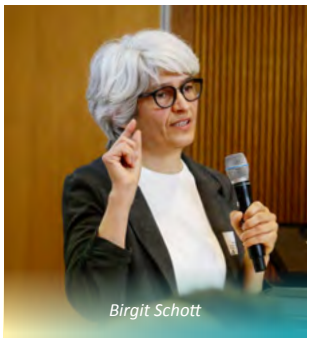
Wir sind Partner:

Verbund · uniper · RMD · LEW Wasserkraft · LEW Lechwerke · SUC · SWP · Kraftwerk · Stadtwerke Bad Tölz · EW/H · VBEW · Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen · bayernwerk · SW/M Stadtwerke München · Energieallianz Bayern · swa

BIRGIT SCHOTT & CLEMENS HECKER | LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Die kommunale Wärmeplanung der Stadt München

EIN PRAXISBEISPIEL


Birgit Schott


Clemens Hecker

Um die Wärmewende und die Energiesouveränität voranzutreiben, hat der Bund 2023 entschieden, dass jede Kommune mit mehr als 100.000 Einwohnern bis 30. Juni 2026 einen Wärmeplan vorlegen muss, der die lokalen Gegebenheiten berücksichtigt. Als erste Großstadt Bayerns hat die Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken München (SWM) und externen Experten nun ihre kommunale Wärmeplanung erarbeitet. Der Stadtrat verabschiedete den Beschlussentwurf mit großer Mehrheit.

„Die Empfehlungen für die Wärmestrategie München basieren auf einer Analyse der übergreifenden rechtlichen Rahmenbedingungen und kommunalen Handlungsoptionen der LHM sowie auf den charakteristischen Eignungsgebieten. Zentrale Hebel der Wärmewendestrategie sind die klimaneutrale Quartiersentwicklung, die Energieberatung im Quartier, Nahwärme- und Gebäudenetzlösungen sowie Information und Beratung außerhalb der ausgewählten Quartiere“, verdeutlichten Birgit Schott und Clemens Hecker.

Der Münchner Wärmeplan liefert den Kompass, um flächendeckend fossile Brennstoffe durch erneuerbare Wärme zu ersetzen, das Klima zu schützen und dabei gleichzeitig die Heizkosten sozial verträglich zu halten. Dazu berücksichtigt er die aktuelle Wärmeversorgung im Stadtgebiet und gibt Auskunft über zukünftige klimaneutrale Versorgungsmöglichkeiten. Die kommunale Wärmeplanung bündelt Daten zum Thema Wärme und informiert die Münchner Bürger, wie sie ihr Haus klimafreundlich heizen können.

Fernwärme soll bis 2045 zwei Drittel des Wärmebedarf decken

Im Zentrum der Planung steht der Ausbau der Fernwärme, die heute rund ein Drittel des Münchner Wärmebedarfs deckt. Damit der Anteil der Fernwärme bis 2045 auf zwei Drittel ansteigt, soll dieses Netz verdichtet und ausgebaut werden. Dies erfordert den Bau neuer Geothermie-Anlagen und ihre Einbindung in das Fernwärmenetz. Alternativ zu einem Fernwärmeanschluss entwickeln die SWM auch dezentrale Angebote für die Wärmeversorgung auf Basis von Luft- und Grundwasserwärmepumpen. Sie sollen insbesondere außerhalb des Fernwärmegebiets als Alternative zu Gas- und Ölheizungen angeboten werden. Jedes zweite Gebäude in München wird derzeit mit Öl oder Gas beheizt.

Herzstück des Wärmeplans ist die nunmehr im Münchner GeoPortal veröffentlichte und für alle zugänglich gemachte Wärmekarte. Sie zeigt den Münchner Bürgern, welche erneuerbaren Wärmequellen sie in ihrem Baublock nutzen können. Das Münchner Referat für Klima- und Umweltschutz unterstützt die Münchner auf diesem Weg zusätzlich mit seiner Expertise und geht in der Quartiersarbeit auf die individuelle Situation der Anwohner ein.

Außerdem werden die Bürger rund um Heizungstausch und Gebäudesanierung beraten und informiert. Gleichzeitig unterstützt das Umweltreferat die Bürger finanziell und ergänzt die Bundesförderung mit dem Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude (FKG).

Beschluss im Herbst 2024

Laut Wärmeplanungsbeschluss könnten die Hauseigentümer im besten Fall auf einen Fördersatz von 70 Prozent kommen. Die maximal und einmalig förderfähigen Investitionskosten für den Heizungstausch in einem Einfamilienhaus liegen bei 30.000 Euro. Außerdem werden im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) die Dämmung der Gebäudehülle, der Austausch von Fenstern, der Einbau von Lüftungsanlagen, Smart-Home-Technologie und Maßnahmen zur Heizungsoptimierung unterstützt.

Im Rahmen der Klimaschutzkampagne Re:think München finden zudem Mitmach-Aktionen, Straßenfeste, Veranstaltungen und Ausstellungen statt, die informieren und zu einem Neudenken motivieren sollen. Darüber hinaus bietet das Bauzentrum München des Referats für Klima- und Umweltschutz neutrale und kostenfreie Beratungen, Materialien und Veranstaltungen zum Thema nachhaltiges Wohnen, Sanieren und Bauen an. Ein Wärmewendetelefon und ein umfangreiches Online-Angebot runden das Beratungsangebot ab.

Nach dem Stadtratsbeschluss besteht einen Monat lang für alle interessierten Bürger und weitere Akteure (Netzbetreiber, Wärmeproduzenten, Wohnungswirtschaft) die Möglichkeit, sich an der Ausgestaltung der Wärmeplanung mit einer Stellungnahme zu beteiligen. Im Herbst 2024 soll der finale Wärmeplan vom Stadtrat beschlossen werden. DK


Die Stadtwerke München mit Mario Jurakic (2.v.l.) und Michael Rademacher (2.v.r.)

JÜRGEN SCHUSTER | CORWESE GMBH UND FELIX SCHWAHN | GP JOULE WÄRME GMBH & CO. KG

Wärme und Daten im Einklang

WIE KOMMUNEN MIT KLIMAFREUNDLICHEN WÄRMENETZEN UND HIGH-SPEED INTERNET ZUGLEICH VERSORGT WERDEN KÖNNEN

Die GP JOULE Gruppe mit über 900 Mitarbeitern wurde 2009 gegründet. Die Gründer Heinrich Gärtner und Ove Petersen, entwickeln bereits seit mehr als 19 Jahren Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien. Ihr landwirtschaftlicher Hintergrund erklärt die Vielfalt an Standbeinen, das Entwickeln von Wertschöpfung sowie die nachhaltige Herangehensweise von GP JOULE. Von sieben deutschen Standorten aus werden die Kunden betreut. Weitere Standorte bestehen in Frankreich, Österreich, Irland, Italien, Kanada und USA. Bisher wurden mehr als 25 Windparkprojekte und mehr als 130 Solarprojekte installiert. Das Unternehmen entwickelt, baut und betreibt Energielösungen in allen Bereichen der Wertschöpfungskette von der Erzeugung über Umwandlung und Verteilung bis hin zur Nutzung. Der Fokus liegt auf Wärmenetzen insbesondere im ländlichen Raum. Im Betrieb spielt die Mess-, Steuer- und Regeltechnik eine Schlüsselrolle.

„Daten werden wir künftig in allen Lebensbereichen sehen," erklärte Felix Schwahn und erläuterte die Grundidee: „Wir sehen große Synergien, wenn wir die Themen Wärme und Glasfaser zusammenbringen. Deshalb haben wir die Kooperation mit Corwese gegründet. Die Bürger wollen eine grüne Heizung und schnelles Internet. Wenn wir in einer Kommune unser Wärmenetz verlegen, verlegen wir die Rohre für Glasfaser gleich mit im Boden. Aus zwei Bauprojekten wird somit eines, d.h. wir verlegen Leerrohre für Glasfaser mit und nutzen Synergien." Daraus ergebe sich eine Reihe von Vorteilen für die Kommune: Die Straße wird nur einmal aufgerissen, die gleichzeitige Verlegung von zwei Infrastrukturen bringt Zeit- und Kostenersparnis und das Wärmenetz kann durch die Dateninfrastruktur effizienter gesteuert werden.


Jürgen Schuster


Felix Schwahn

Jürgen Schuster stellte anschließend kurz sein Unternehmen Corwese vor: Mit ca. 40 Mitarbeitern werden mehr als 600 Städte und Gemeinden sowie mehr als 50 Stadtwerke und kommunale Unternehmen betreut. Die Basis für ein gemeinsames Projekt bilde jeweils der Masterplan für die Mitverlegung. Dadurch ergeben sich Synergien bei der gemeinsamen Begehung und Bestimmung der Hauseinführungen, Kosten- und Zeiteinsparungen beim Bau sowie eine höhere Akzeptanz bei der Vermarktung von Kombipaketen. Als Erweiterung käme ferner noch das Thema IoT (Internet of Things) hinzu. Von Interesse sei hier die Einbindung von Sensoren aus den Bereichen Raumklima, Parken, Gebäudeüberwachung, Heizung, Wasser, Pegelstände und Beleuchtung. Als Technologie für die Übertragung all dieser gesammelten Daten biete sich die Funktechnologie LoRaWAN an. Mit einem Netzwerk an Sendern, Empfängern und Servern ermögliche LoRaWAN die nahtlose Interaktion von verschiedenen Systemen und Techniken ohne aufwendige Installationen. Durch die geringe Datenbandbreite mit großer Reichweite und extrem niedrigem Stromverbrauch biete sich LoRaWAN perfekt für die Vernetzung von Objekten zu einem Internet der Dinge an. Ein entsprechendes Pilotprojekt wurde mit der Gemeinde Heretsried realisiert. GK

Sauberer Strom aus Bayern

Mit uns setzen Sie Ihre Solar- und Windenergie wirtschaftlich, naturverträglich und bürgernah um.

Für eine klimafreundliche, sichere und unabhängige Energieversorgung.
Für Bayern. Jeden Tag.

JUWI

www.juwi.de





Tobias Huter

Mit mehr Strom aus Erneuerbaren Energien den Einsatz von fossilen Energien reduzieren

TOBIAS HUTER | NATURSTROM AG

Was passiert nach der Kommunalen Wärmeplanung – Mut zur sektorgekoppelten Wärmewende!

„DIE ENERGETISCHE SEKTORENKOPPLUNG IST EINE WESENTLICHE VORAUSSETZUNG FÜR DAS GELINGEN EINER ÖKONOMISCH UND TECHNISCH OPTIMIERTEN ENERGIEWENDE IN ALLEN SEKTOREN“

Energie ist mehr als nur Strom. Denn zum Endenergieverbrauch gehört auch die Energie, die für die Wärme- und Kälteerzeugung in Haushalten und Unternehmen benötigt wird. Tobias Huter vom Ökostrom-Anbieter naturstrom fordert mehr Mut bei der sektorengekoppelten Energiewende und will Impulse für die Phase nach der kommunalen Wärmeplanung geben.

Huter setzt sich für ein sektorenübergreifendes Stromma-nagement ein, um mit mehr Strom aus Erneuerbaren Ener-gien den Einsatz von fossilen Energien zu reduzieren. „Die Sektorenkopplung ist eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen einer ökonomisch und technisch optimierten Ener-giewende in allen Sektoren. Denn die intelligente Interaktion von Erzeugung und Verbrauch von Energie über die Grenzen der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr ermöglicht die De-karbonisierung, sorgt für ein effizienteres Gesamtsystem und führt zu einem höheren volkswirtschaftlichen Nutzen. Erste technische Lösungen zur Sektorenkopplung sind vorhanden und bereits erprobt, finden aber aus diversen Gründen nur unzureichend Anwendung“, erläuterte der Umwelt- und Be-triebswirtschaftler Huter.

„Denn nur eine ganzheitliche Verknüpfung aller Bereiche des Energiesystems ermöglicht die bedarfsgerechte Bereitstel-lung Erneuerbarer Energie in den Bereichen Strom, Wärme, Mobilität und Industrie. Aktuell werden gerade einmal 17 Prozent bei der Wärmeversorgung aus Erneuerbaren Energien gedeckt. Das ist zu wenig! In Zukunft werden Wärmepumpen, Biomasse, Tiefengeothermie, Solarthermie und Wasserstoff für die Wärmeversorgung sorgen. So ist die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze der Großen Koalition aus dem Jahr 2021 zu begrüßen, weil sie auf die Anforderungen der Wärme-wende zugeschnitten ist. Das Ziel ist, den Anteil erneuerbarer und klimaneutraler Wärmequellen in den Wärmenetzen bis 2030 auf 30 Prozent auszubauen.“ Naturstrom setzt Energie-projekte für die Kommunen und Bürger um – von Windkraft über Biogasanlagen und Photovoltaik bis hin zu Ladeinfra-struktur – und unterstützt bei der Stromvermarktung. Auch begleitet das Unternehmen die Kunden auf dem Weg zu einer klimaneutralen Zukunft, wie bei der mehrjährigen Projekt-entwicklungszeit von Windenergieanlagen. Denn allein von



Das naturstrom-Team

der Standortprüfung bis hin zur Inbetriebnahme von neuen Windenergieanlagen dauert es nach einer aktuellen Studie des Instituts für Infrastruktur und Ressourcenmanagement der Universität Leipzig durchschnittlich über fünf Jahre. Auf-schlussreich war Huters Beispielrechnung der Kosten einer Vollsanierung von Gebäuden aus den 1960er Jahre auf den Gebäudeenergiestandard EH85 auf der Grundlage der Ener-gieeinsparverordnung (EnEV) mit den zu erwartenden Energie-einsparungen. Um die Gesamtenergieeffizienz zu optimieren und den Transmissionswärmeverlust zu senken, würden für Dachsanierung, Fenster, Dämmung und Luft-Wasser-Wärme-pumpen Kosten zwischen 178.000 bis 320.000 Euro anfallen. Für die Haushaltskasse hätte dies eine durchschnittliche Kos-tenreduktion von 50 Prozent beim Gesamt- und Heizungswär-mebedarf zur Folge. Zum Schluss sagt Huter: „Die Zukunft ist die strombasierte und regionale Wärmeversorgung, weil sie unabhängig von steigenden CO2-Kosten ist. Denn sie redu-ziert die Ausgaben für Heizungssanierung und Schornsteinrei-nigung. Warum können sich die über 2.000 Gemeinden in den sieben bayerischen Regierungsbezirken bei einer zukunftsfä-higen Wärmeversorgung nicht kooperieren? Dann wäre der Betrieb netzdienlicher, profitabler und flexibler.“ HOF

WALTER ALBRECHT | LECHWERKE AG

Energiewende ganzheitlich umsetzen – Beiträge und Lösungen von LEW


Walter Albrecht

BAYERN IST FÜR DIE STROMWENDE GUT AUFGESTELLT

Eine hohe Versorgungssicherheit ist für den Wirtschaftsstandort Bayern existenziell. Walter Albrecht bezifferte die durchschnittliche jährliche Unterbrechungsdauer je Kunde für Bayern mit 10,5 Minuten. Dieser sehr gute Spitzenwert liege noch unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 12,2,- gefolgt von der Schweiz mit 14,0 und Österreich mit 25,2. Die längsten Ausfallzeiten entfallen auf Schweden mit 126,5. Die hohe Versorgungssicherheit in Bayern ist insbesondere auf die stetig wachsende Digitalisierung in der Anlagentechnik der Netze zurückzuführen.

Das neue Klimaschutzgesetz von 2021 nennt ehrgeizige Ziele: Bis 2030 müssen im Vergleich zu 1990 mindestens 65 Prozent der Treibhausgase eingespart werden und bis 2040 mindestens 88 Prozent. 2045 soll Deutschland dann klimaneutral sein. Albrecht betonte, dass eine neue Phase der Energiewende bereits längst begonnen hätte, wofür die Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität einen elementaren Baustein darstelle. Um die vorgegebenen Ziele zu erreichen, bezifferte er für die einzelnen Sektoren jeweils den Bedarf pro Woche wie folgt: 80 Photovoltaik-Fußballfelder für die Stromwende, 7.000 neue zugelassene E-PKW für die Mobilitätswende und rund 1.000 energetisch sanierte Wohnungen für die Wärmewende. Für jeden Tag, an dem wir dieses Mengengerüst nicht schaffen, müssen die folgenden wöchentlichen Ziele der Energiewende bis zu einer Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 erhöht werden.

Weil sich die erneuerbare Energieerzeugung auf den ländlichen Raum konzentriert, werden sich die ländlichen Regionen zu Stromversorgern der städtischen Gebiete entwickeln. Die aktuellen Verteilnetze sind für diese Aufgabe oftmals nicht ausgelegt, deshalb ist ein massiver Ausbau notwendig. Albrecht nennt für das LEW-Verteilnetz für das Jahr 2023 folgende Zahlen: 48 km Hochspannungsnetz, 130 km Mittelspannungsnetz, 220 km Niederspannungsnetz und 250 digitale Ortsnetzstationen. Ein weiterer wichtiger Baustein seien Stromspeicher. Laut einer Fraunhofer ISE-Kurzstudie müsse die derzeitige Speicherkapazität von 11 GWh um 1.500 Prozent auf 175 GWh steigen.

Der Referent verwies schließlich darauf, dass der politische Druck zum Handeln insbesondere im Wärmesektor für neue Dynamik sorge. Auf europäischer Ebene sei vorgesehen, dass bis spätestens 2050 der Gebäudebestand null Emissionen erzeugt, auf Bundesebene bereits 2045. Ferner sei die kommunale Wärmeplanung ab 10.000 Einwohnern bis 2028 und ab 100.000 Einwohnern bereits bis 2026 vorgesehen.

Mit der kommunale Wärmeplanung wird den Kommunen erstmalig die Gestaltung durch Entwicklungspfade im Wärmesektor eingeräumt. Während bisher oft dezentrale Insellösungen bestanden, können zukünftig Bürger von Wärmenetzen im Sinne des Gemeinwohles profitieren.

Die Wärmepumpentechnologie ist langjährig erprobt und steht für den umgehenden Einsatz,- ob als Großwärmepumpe oder als dezentrale Lösung - bereit. Für viele Kommunen könnte auch eine Flusswasserwärmepumpe als Wärmequelle dienen. Die Lechwerke besäßen bereits Erfahrung in Planung, Bau und Betrieb von Wärmenetzen, die u.a. in Königsbrunn, Peißenberg und Friedberg realisiert wurden. Ferner reize der steigende CO2-Preis zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Der verdoppele sich nämlich von 25 EUR pro Tonne im Jahr 2021 auf 50 EUR im Jahr 2026. Und mit über 400 Ladestationen der Lechwerke werde die E-Mobilität ebenfalls praktisch unterstützt. GK





Gute Daten sind Voraussetzung für eine korrekte Planung

Martina Reinwald

MARTINA REINWALD | ÖKOENERGIE-INSTITUT BAYERN IM LFU (ÖIB)

Neuerungen aus dem Energie-Atlas Bayern

Der Energie-Atlas Bayern (EAB) ist das Internetportal der Bayerischen Staatsregierung zur Energiewende und zu Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Er enthält digitale Karten mit ca. 770.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen, Potenzialen erneuerbarer Energien, Planungsgrundlagen und speziellen Tools wie etwa Daten-Recherche, Mischpult „Energiemix Bayern vor Ort“ und 3D-Analyse Wind und PV.

Für die Planung der Wärmeversorgung in Kommunen, einen wichtigen Baustein zum Gelingen der Wärmewende und auf dem Weg zur Klimaneutralität, bietet der Energie-Atlas Bayern nunmehr wertvolle Unterstützung, wie Martina Reinwald berichtete. Dabei geht es um die Auswahl der geeigneten Wärmeversorgungsart und die Integration erneuerbarer Energien.

Aufgrund der dynamischen Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen in nahezu allen für die Windenergie relevanten Rechtsmaterien spiegelte der Bayerische Windenergie-Erlass nicht mehr in allen Punkten die geltende Rechtslage wider und wurde nun durch eine flexible und schnell aktualisierbare Themenplattform Windenergie abgelöst. Darauf finden sich, strukturiert nach den bisherigen Themenbereichen, die von den zuständigen Ressorts aktualisierten Hinweise und Verwaltungsvorschriften, sowie ergänzende Informationen zur Genehmigungspflicht, Raumordnung, Steuern und Finanzen, aber auch Natur-, Boden- und Denkmalschutz.

Rechtliche Rahmenbedingungen aktuell abgebildet

Um die für die Freiflächen-PV-Anlagen geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen auch angesichts der dynamischen Entwicklung der betroffenen Gesetzesmaterien abbilden zu können, wurden die Hinweise zur bau- und landesplanerischen Behandlung von Freiflächenphotovoltaikanlagen vom 10.12.2021 durch eine flexible und schnell aktualisierbare Themenplattform für das Planen und Genehmigen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen abgelöst. Künftig stellen die zuständigen Ressorts aktualisierte ministerielle Hinweise sowie ergänzende Informationen über die Themenplattform bereit.
Wie geplante PV-Freiflächen- oder Windenergieanlagen in der Landschaft aussehen würden, zeigt die „3D-Analyse“. Das Tool ermöglicht dem Betrachter, die Anlagen an Standorten seiner Wahl zu platzieren und sie aus beliebiger Perspektive anzusehen. Zudem können Distanzen zur Anlage gemessen oder der Schattenwurf von Windenergieanlagen simuliert werden. Der „Steckbrief Stromdaten“ für Kommunen, Landkreise und Regierungsbezirke liefert wiederum Informationen zum Stromverbrauch und zur Entwicklung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren in den vergangenen zehn Jahren.

Stichwort Oberflächennahe Geothermie: Der Energie-Atlas Bayern stellt Rasterkarten zur Verfügung, die erstmals flächendeckend für ganz Bayern die nutzbaren Potenziale für Erdwärmesonden, Erdwärmekollektoren und Grundwasserwärmepumpen präsentieren. Zudem zeigt die neue Karte zur Wärmebedarfsdichte, in welchen Gebieten hohe Wärmedichten vorliegen. Dazu wurde der Wärmebedarf des bayerischen Gebäudebestands erhoben, mit dessen Hilfe die Nutzbarkeit der oberflächennahen Geothermie im Rahmen der kommunalen Wärmewende analysiert werden kann.

Geplante Aktualisierungen bzw. Neuerungen betreffen Reinwald zufolge u.a. die Gebietskulisse Windkraft (Aktualisierung 2024), die PV-Freiflächenkulisse, das PV-Dachflächen-Potenzial und das Biogaspotenzial. DK



LEVIN KRÜGER UND DR. MATTHIAS FREUND | MUTH & PARTNER

Kommunale Wärmeplanung und Vergaberecht – wie gelingt die Ausschreibung?


Dr. Matthias Freund

„DRUM PRÜFE, WER SICH EWIG BINDET" – DIE PARAGRAPHEN-FALLSTRICKE BEI DER AUFTRAGSVERGABE FÜR DIE WÄRMEPLANUNG

Auf dem Weg zur kommunalen Wärmeplanung sind ein paar Paragraphen-Fallstricke gespannt. Denn für viele Beteiligte trifft wahrscheinlich der Satz von Pippi Langstrumpf zu: „Wie soll ich das wissen, wenn ich es noch nie versucht habe!" Daher sind die Erläuterungen der beiden auf Vergaberecht spezialisierten Fachanwälte Levin Krüger und Dr. Matthias Freund von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Muth & Partner eine große Unterstützung, wie die Ausschreibung ohne Festhängen an den juristischen Hürden gelingen kann. Da die Kommune in den meisten Fällen einen externen Dienstleister (z.B. Ingenieur- und Planungsbüro) mit der Wärmeplanung beauftragen muss, komme folglich das Vergaberecht zur Anwendung. In Bayern könnten die Kommunen der Rechtsträger für die Umsetzung des WPG werden. Doch aktuell fehlt im Freistaat noch die Entscheidung, ob die Landesregierung wirklich die Kommunen nach § 33 des Wärmeplanungsgesetz „als planungsverantwortliche Stelle bestimmt."



Levin Krüger

Bei der Beauftragung von Dienstleistern wäre die Ermittlung des richtigen Auftragswertes eine wichtige Weichenstellung. Denn der Auftragswert entscheide nach Aussage Krügers, ob der Einkauf einer „fremden Leistung" (Durchführung der Wärmeplanung) nach Europäischem oder nationalem Vergaberecht ausgeschrieben werden müsse. Aktuell liegt der EU-Schwellenwert für Dienstleistungsaufträge bei 221.000 Euro (netto). Liegt der Wert unter dieser Schallmauer – das wird nach Schätzung von Muth & Partner bei der Mehrheit der Kommunen zutreffen – greift das nationale Haushalts- und Vergaberecht und weniger das EU-Vergaberecht. Kann eine Kommune den Auftragswert nicht genau beziffern, ist eine Schätzung zulässig. Diese kann aus Markterkundungen, Erfahrungen benachbarter Gemeinden oder Konnexitätszahlungen der Länder an die Kommunen für die Erstellung von Energiekonzepten erfolgen. Das Konnexitätsprinzip besagt vereinfacht, dass derjenige die Rechnung bezahlt, der die Planung in Form des WPG bestellt hat – in diesem Fall wäre das der Bund. Dieser Zusammenhang „Wer bestellt, bezahlt" wird in §104 des Grundgesetzes geregelt. Zum Schluss ihres Vortrags gingen beide Anwälte auf die Ausgestaltung der Vergabeunterlagen näher ein. „Ich empfehle die Aufnahme einer detaillierten Leistungsbeschreibung in den Vertrag mit Ablauf, Status Quo der Gemeinde inklusive Daten und einer detaillierten Zielbeschreibung darüber, was die Gemeinde in Zukunft erreichen will", sagt Krüger. Freund ergänzte seine Ausführungen mit Erfahrungen aus der Praxis. „Bei der Auswahl der Dienstleister sollten natürlich technische Planungskompetenzen unbedingt berücksichtigt werden. Denn in einer Wärmeplanung dürfen Basisdaten, die Rückschlüsse auf den Energiemix und den eingesetzten Technologien liefern, genauso Teil der Pläne sein wie fundierte, realistische Umsetzungsmaßnahmen für eine nachhaltige Wärmeplanung. Es braucht einen externen Partner mit Fachexpertise, auch wenn das WPG keine Vorgaben zu den Qualifikationen externer Planer macht. Gut wäre natürlich ein Ingenieur- und Planungsbüro, das bereits einen kommunalen Wärmeplan abgeschlossen hat. Doch ein zu dicker Forderungskatalog des Auftraggebers beschränkt automatisch ungewollt den Bietermarkt." Angesichts dieser vergaberechtlichen Anforderungen an den künftigen Durchführungspartner der Wärmeplanung trifft auch hier der Satz aus Schillers „Lied der Glocke" zu: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet." HOF



TIMO ELLIOTT | RHEINENERGIE AG


Timo Elliot

Contracting-Lösungen zur Umsetzung der kommunalen Wärmewende

„Wir haben heute viel über das Thema Wärmeplanung gehört. Ich werde den Horizont etwas erweitern. Nämlich den Blick auf die Umsetzung werfen und Ihnen dazu konkret die Möglichkeiten mit Contracting aufzeigen“, stimmte Timo Elliot die Teilnehmer auf seine Präsentation ein. Es folgte eine kurze Vorstellung des Unternehmens RheinEnergie, das sich als “Ihr Energiemanager“ für eine langfristige Partnerschaft sieht. Als Experte für nachhaltige und innovative Energielösungen werden Konzepte für Kunden aus Industrie, Gewerbe und Immobilienwirtschaft entwickelt. Egal ob Einzelleistungen oder hochkomplexe Verbundlösungen – gemeinsam werde mit den Kunden die Energiezukunft gestaltet. Mit über 2.600 Mitarbeitern und Investitionen in Erneuerbare Energien von mehr als 100 Mio. EUR werden derzeit mehr als 600 Projekte bundesweit gestaltet.

Eine Studie von 2023 befasste sich mit den Fragen, die die Stadtwerke momentan beschäftigen. Der Aufbau Erneuerbarer Energien sowie die Wärmewende und Wärmeplanung belegen dabei die ersten Plätze. Damit verbunden sind eine Reihe von Herausforderungen, die bewältigt werden müssen: Steigender Dekarbonisierungsdruck, steigende und volatile Energiepreise, hohe Finanzierungskosten, komplexe Projektentwicklung, fehlende Planungssicherheit und Fachkräftemangel. An dieser Stelle greife das Kooperationsmodell Contracting, das Elliott anschließend detailliert erklärte. Dahinter stehe eine ganzheitliche Dienstleistung, wobei der Contractor – in diesem Fall RheinEnergie – die Planung, Finanzierung, Errichtung, Betriebsführung und sämtliche Instandhaltungsrisiken der neuen Energieerzeugungsanlagen übernehme. Der Kunde befreie sich von den Investitionskosten, bleibe aber Betreiber und Schnittstelle zum Endverbraucher und kümmere sich um Vertrieb und Abrechnung der erzeugten Energieprodukte. Zusätzlich übernehme RheinEnergie das Fördermittelmanagement und die Brennstoffbeschaffung und trage damit auch zu einer Verbesserung der CO2-Bilanz bei. Durch diesen ganzheitlichen Dienstleistungsansatz erhalte der Kunde alle Leistungen aus einer Hand. Für die Wärmewende gebe es verschiedene technische Lösungsansätze wie z.B.: Wärmepumpen, Kraft-Wärme-Kopplung, biogene Wärmeerzeugung, Power-to-Heat, Abwärmenutzung und Abfall-zu-Energie. Zur Verdeutlichung präsentierte Elliott einige Praxisbeispiele, bei denen auch die hauseigene AGO Calora Wärmepumpe zum Einsatz kommt.

„Die Wärmewende braucht starke Kooperationen“, fasste der Redner zusammen und gab einen Ausblick auf die weitere Entwicklung: Zukunftsfähige Energielösungen werden technisch komplexer und kapitalintensiver sie und binden erhebliche Personalressourcen. Die erforderlichen Investitionen werden viele Energieunternehmen an die Grenze der gesunden Eigenkapitalquote bringen. Dies erhöhe die Chancen einer Kooperation mit RheinEnergie. Diese bringe eine liquiditätsschonende Umsetzung von Energieprojekten, da keine Eigeninvestition erforderlich sei. Es gäbe individuelle Kooperationsmodelle für die Umsetzung von Einzelprojekten oder projektübergreifende Zusammenarbeit, basierend auf der Erfahrung aus über 600 bundesweit realisierten Projekten. „Rheinenergie könnte somit in der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung der einzige Ansprechpartner für Beschaffung, Planung und Energierecht, Fördermittelakquise, Anlagenbau sowie Betrieb sein“, schloss Elliot. GK

GEORG VON ARETIN | ORSTED ONSHORE DEUTSCHLAND GMBH

Da dreht sich was!

POTENZIALE UND STOLPERSTEINE BEIM AUSBAU DER ERNEUERBAREN IN BAYERN

Zur Firmengeschichte berichtete von Georg von Aretin, dass 1992 das Familienunternehmen Ostwind von der Familie Lenz gegründet wurde. 2010 baute Ostwind Bayerns größten Wald-Windpark. 2020 initiierte die Firma erfolgreich neue Solarparks. Aus Altersgründen in der Familie Lenz wurde Ostwind 2022 Teil von Ørsted. Schließlich wurde 2023 das Unternehmen Ostwind Erneuerbare Energien GmbH in Orsted Onshore Deutschland GmbH umbenannt. Mit mehr als 8.000 Mitarbeitern weltweit zählt Ørsted zu den nachhaltigsten Energieunternehmen der Welt. Mit Hauptsitz in Dänemark sei das Unternehmen in vier Geschäftsbereichen tätig: Offshore Windenergie, Onshore Windenergie, Solarenergie & Speicherung, Erneuerbarer Wasserstoff und grüne Kraftstoffe (P2X) sowie Bioenergie und andere. In Deutschland liege der Fokus auf Windenergie. Aus dem Firmensitz in Regensburg und Niederlassungen in Essen, Lauf a.d. Pegnitz, Potsdam und Worms werden mit mehr als 70 Mitarbeitern die folgenden Projekte in ganz Deutschland betreut: 413 Windenergieanlagen, 72 Windparks und 16 Solarparks.


Georg von Aretin

Anhand des Bayernplans Energie 2040 der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. zeigte von Aretin die Potenziale für den EE-Strombereich auf. Demnach solle die installierte EE-Nennleistung im Zeitraum von 2019 bis 2040 von 20 auf 99 GW gesteigert werden und die erzeugte EE-Strommenge im gleichen Zeitraum von 38 auf 108 TWh anwachsen. Auch die mittleren Windgeschwindigkeiten zwischen 5 und 6 m/sec in 160 m Höhe böten für viele bisher ungenutzte Flächen Potenzial für den Ausbau mit moderner Anlagentechnologie. →

Zu den politischen Rahmenbedingungen sprach von Aretin zunächst, als möglichem Stolperstein das Windenergieflächenbedarfsgesetz an. Dieses sieht für Bayern einen Flächenbeitragswert (das ist der Anteil der Landesfläche in Prozent) von 1,1 bis 2026 und 1,8 bis 2032 vor. Wenn Bayern diese Vorgaben nicht erreichen sollte, verlöre man jegliche Steuerungswirkung. Für die Ausweisung von Windvorranggebieten seien die regionalen Planungsbehörden zuständig. Bisher wären aber viele Kriterien dabei bisher nicht berücksichtigt worden; z.B.: Steillagen können nicht bebaut werden, zivile und militärische Luftfahrtbelange werden oft erst im Genehmigungsverfahren berücksichtigt, Höhenbeschränkungen führen zur Unwirtschaftlichkeit von Projekten und die Ausschreibungen von Flächen des Bayerischen Staatsforstes stocken seit Monaten. Auch die bereits gelockerte 10-H-Regel behindere weiterhin den Windkraftausbau. Schließlich sei noch der Schutz von Vogelarten z.B. durch Populationsdichtezentren zu berücksichtigen.

Abschließend präsentierte von Aretin einen Lösungsansatz basierend auf kommunaler Kooperation. Die ZukunftsEnergie Nordostbayern GmbH (ZENOB) und die Orsted Onshore



V.l.: Christoph Markl-Meider, Theresa von Hassel und Alexander Puritscher

Deutschland GmbH haben die WINOB Windkraftwerke Nordostbayern GmbH gegründet. Beide Partner halten je 50 Prozent der Firmenanteile. Interessierte Kommunen könnten von dieser Kooperation wie folgt profitieren:

- Vertraglich garantierte Gewinnbeteiligung
- Klimafreundlicher und sicherer Strom für die Region zu fairen Preisen – auch für die Industrie
- 100 Prozent regionale Wertschöpfung aus der Region für die Region
- Betreuung und wirtschaftliche Absicherung durch die WINOB. GK


Karl Weber

KARL WEBER | ROMOLD GMBH

Aus dem Untergrund – praktische Innovationen für die Netzinfrastruktur

Nach einer Vorstellung des Unternehmens Romold per Video betonte Karl Weber, wie wichtig Innovationen für die Zukunft in Bereichen wie Elektrizität, Treibstoffe, Mobilität und Gesundheit seien. Für alle diese Bereiche wird eine leistungsfähige Infrastruktur benötigt. ROMOLD sieht sich als Spezialist für die Herstellung markt- und bedarfsgerechter Kunststoff-Schächte. Als Pionier auf diesem Gebiet seit mehr als 25 Jahren und als Anbieter von durchdachten System- und Individuallösungen kann Romold deshalb auf jeden Kundenwunsch reagieren.

Beim Blick auf die Zukunft der Kommunikation verwies Weber auf das erklärte Ziel bis 2030 eine flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur in Deutschland zu implementieren und den neuen Mobilfunkstandard der sechsten Generation bei der Einführung zu unterstützen. 2023 wurde ein Glasfaseranschlussgrad von ca. 33 Prozent erreicht. Die Zukunft der Energieerzeugung sieht vor, dass bis 2045 die Energie von dann bis zu 1.300 TWh hauptsächlich aus regenerativen Quellen stammen soll. 2023 wurden ca. 457 TWh produziert, davon 268 TWh bereits regenerativ. Für die Zukunft der Mobilität soll bis 2050 der Verkehr ohne Emissionen und fossile Kraftstoffe stattfinden. Bis 2030 sollen 1 Mio. Ladepunkte für Elektrofahrzeuge verfügbar sein. Diese Netze benötigen eine passive Infrastruktur basierend auf Kabelschächten, die den jeweiligen Zugang ermöglichen.

Romold offeriert erprobte Kunststoff-Kabelschächte nicht nur für die Bereiche Elektro und Telekommunikation, sondern auch für Wasserver- und -entsorgung, Straßenentwässerung, Kanalsanierung und Druckentwässerung. „Jedes Kabel beginnt im Kunststoff-Kabelschacht," erklärt Weber und betont die Vorteile von Kunststoff als Material: „Unsere Schächte bestehen aus Polyethylen / Polypropylen, sind daher leicht und schnell einzubauen; sie sind belastbar bis D 400 nach DIN EN 124 und bieten die höchste Flexibilität der Anschlüsse." Der Werkstoff Polyethylen/ Polypropylen wird zu 100 Prozent als Neumaterial verarbeitet, ist leicht zu bearbeiten und resistent gegen Benzine, Säuren und Basen aus dem Erdreich und 100 Prozent recycelbar. „Diese Kabelschächte sind dicht und rund und in verschiedenen Bauhöhen monolithisch oder mehrteilig verfügbar," fasste Weber diesen Produktbereich zusammen.

Als zweites Sortiment stellte Weber die ROM-Box vor, ein rechteckiger Kabelschacht. Der ist modular aufgebaut, sanddicht und in allen gängigen Größen verfügbar. Die Box wird mit Sonder- und handelsüblichen Abdeckungen angeboten. Die verriegelbare Romold-Abdeckung ist aus Guss oder Kunststoff und kann mit Beton bzw. frei wählbaren Stoffen gefüllt werden. Die Anschlüsse für alle Kabelleerrohrsysteme sind frei wählbar. Die ROM-Box ist ferner für die Überbauung bestehender Rohrtrassen geeignet.

Zur Verbesserung der E-Mobilität muss die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe ausgebaut werden. Die Mindestziele laut der seit März 2023 geltenden AFIR-Verordnung (Alternative Fuels Infrastructure Regulation) fasste Weber wie folgt zusammen:

- Ausbau der E-Ladesäulen bis 2025: alle 60 km für PKW und alle 120 km für Nutzfahrzeuge / LKW / Busse
- Tankinfrastruktur für Wasserstoff bis 2030 alle 200 km
- LNG-Tankstellen für die Infrastruktur für emissionsfreie/-arme Fahrzeuge und Schiffe. GK





René Schoof

RENÉ SCHOOF | SCHWABEN NETZ GMBH

H2vorOrt – die Transformationsplanung der deutschen Gasverteilnetze und die Ausgestaltung in Bayerisch Schwaben

„Der Anteil Erneuerbarer steigt, aber es geht nicht schnell genug. Wir brauchen bald große Mengen importierter klimaneutraler Energie. Die Transformation der Gasinfrastruktur kann einen relevanten Teil der Mammutaufgabe ‚Klimaneutralität' lösen und Wasserstoff in Deutschland verteilen", hob René Schoof hervor. Die Verteilnetze versorgten hierbei 1,8 Mio. Industrie- und Gewerbekunden sowie die Hälfte aller Haushalte.

Für eine umfassende Transformation der Gasverteilnetze zur Nutzung klimaneutraler Gase wie Wasserstoff setzt sich H2 vor Ort, die Dekarbonisierungsinitiative der deutschen Gasverteilnetzbetreiber, ein. Von den 562.500 Kilometer deutscher Gasverteilnetze betreiben die Projektpartner über 50 Prozent.

Durch das standardisierte Planungsinstrument GTP ist die Konzeption der Verteilnetztransformation in vollem Gange. Dabei führen die Verteilnetzbetreiber neben einer Kapazitätsanalyse und einer technischen Analyse auch eine Einspeise- sowie eine Kundenanalyse durch. Ziel ist Investitionsfähigkeit bis 2025.

Seit Anfang September liegt nun der GTP-Ergebnisbericht für 2023 vor. 241 Verteilnetzbetreiber haben am GTP 2023 teilgenommen. 381 von 401 Landkreisen in Deutschland verfügen über Netze von GTP-Teilnehmern, über 415.000 Kilometer Gasverteilnetz werden von den GPT-Teilnehmern gemeinschaftlich betrieben.

Bis 2030 wird in großen Teilen Deutschlands mit der Einspeisung von Wasserstoff (H2) in die Verteilnetze begonnen. Bereits 2035 werden in den meisten Landkreisen Teilnetze auf 100 Prozent H2 umgestellt. Die vollständige Umstellung der Wasserstoffgebiete wird bis 2045 abgeschlossen sein.

Erstmals wurden Zielzustände für 2045 ausgewertet: Es ist ersichtlich, dass Wasserstoff fast in ganz Deutschland zum Einsatz kommen wird. Viele Netzbetreiber gehen auch von einem gleichzeitigen Einsatz von Biomethan oder anderweitig klimaneutral erzeugtem Methan aus.

76 Prozent der 1.908 befragten Industrieunternehmen rechnen mit einem zukünftigen Einsatz von Wasserstoff in ihrem Unternehmen. 932 von 951 befragten Kommunen setzen auf klimaneutrale Gase. Dabei hat sich gezeigt, dass 544 Kommunen (58 Prozent) klimaneutrale Gase wie Wasserstoff langfristig als einen Baustein der sicheren energetischen Versorgung sehen. 337 Kommunen (36 Prozent) halten dies für „möglich" und nur 51 Kommunen (5 Prozent) sehen derzeit langfristig keinen Einsatz klimaneutraler Gase.

Der Bericht zeigt den Willen der Branche, die Klimaneutralität ambitioniert umzusetzen. Die Ergebnisse des GTP verdeutlichen, dass die Transformation der Gasverteilnetze zur Nutzung klimaneutraler Gase wie Wasserstoff eine entscheidende Rolle nicht nur für die Industrie, sondern auch für die kommunale Wärmeplanung haben wird.

„Die Transformationsplanung der Gasverteilnetze führt zu einem kohärenten Zielbild der deutschen Wasserstoffversorgung", erläuterte Schoof. Als Teil der energie schwaben Gruppe war schwaben netz von Anfang an Mitbegründer der Initiative H2vorOrt. Mehr als 95 Prozent seines regionalen Verteilnetzes ist bereits H2-ready. „Die vor uns liegende Aufgabe ist, bis 2045 zu 100 Prozent klimaneutrale Gase im Netz zu haben", so Schoof.

Neben der Wärmeversorgung vieler Haushalte in Bayerisch-Schwaben sichert die schwaben netz die Energieversorgung zahlreicher Industrie- und Gewerbebetriebe. 850 Industriekunden sind angeschlossen. Insgesamt gibt es mehr als 100.000 gasversorgte Haushalte.

Im Rahmen des GTP wird im Netzgebiet der schwaben netz eine Umstellplanung erarbeitet. Mit dem Startschuss im Jahr 2030 ist für jeden Hausanschluss und RLM-Kunden ein Jahr zur Umstellung vorgesehen. Das Augenmerk liegt dabei auf einer abgestimmten Planung mit sämtlichen vor- und nachgelagerten Netzbetreibern sowie der Konzentrierung der notwendigen Umbaumaßnahmen auf die ersten Umstellzonen. DK



Anton Fuchs

Analysen helfen, Prozesse und Werte sicherzustellen

DR. TOBIAS KAUF | SCHRAML GMBH

Smarte Prozessleit-, Fernwirk- und Automatisierungstechnik für Heizhäuser und Wärmenetze


Dr. Tobias Kauf

Die Schraml GmbH beschäftigt sich seit 35 Jahren mit Infrastrukturthemen, insbesondere Kläranlagen, Wasserversorgung, Energie, Kanalnetze – mit dem Referenzkunden Stadt Nürnberg, Hochwasserschutz und Spezialprojekten wie z.B. der Stammstrecke in München. Die Themenkomplexe werden jeweils im Ganzen betrachtet. Mit Dr. Stephanie Kauf-Schraml als Clustersprecherin und Vorstandsvorsitzende des Umweltcluster Bayern engagiert sich das Unternehmen auch in Umweltfragen. Dr. Tobias Kauf besitzt umfangreiche ISO-Zertifizierungen. Als Treiber für die Firmenaktivitäten nannte Kauf Wasserver- und -Entsorgungssicherheit, extremes Wetter wie Dürre und Hochwasser, Energiemanagement und -optimierung, IT-Sicherheit für KRITIS-Anlagen, KI, IIoT und Vernetzung.

Für die Prozessleit-, Fernwirk- und Automatisierungstechnik hat Schraml eigene Hard- und Software als All-in-One Lösung entwickelt: AQASYS. AQASYS steht für einen Datenpool und ein Login, mit dem Prozessdaten und Energieflüsse entweder lokal oder aus der Cloud verarbeitet werden. Die Bedienung erfolgt über PC, Web oder App.

Diese Funktionen und Menüs sind verfügbar:

- Störmeldungen und Alarme
- Überwachen und Bedienen
- Grafische Auswertungen
- Protokollieren und Exportieren
- Steuern und Optimieren (Prozess, Energie)
- Maschinendokumentation, Wartung, Aufgaben
- Automatische Auswertungen, Anomalie-Erkennung.

Die von Schraml verfolgten Ziele für das Energiemanagement fasste Kauf wie folgt zusammen:

- Energiekosten senken, Lastspitzen verhindern, externen Bezug minimieren
- Erneuerbare Energien und verschiedene Quellen nutzen (auch sektorübergreifend), Energiewende meistern, hohe Eigendeckung, Dekarbonisierung
- Von der Energieanalyse zur Energieeffizienz, Transparenz der Energieflüsse; Kennzahlen und Bilanzen; Querschnittscharakter beachten
- Weg von „manuellen“ Analysen und Eingriffen, hin zu automatischen Auswertungen, (aktiven) Regelungen und Optimierungen, systemische Perspektive
- Energie-Resilienz und Autarkie, dezentral, erneuerbar, ausfallsicher, autark

Abschließend erläuterte Kauf am Beispiel eines Stadtwerks als Kunde, warum ein Leitsystem auch für Heizhaus und Fernwärme sinnvoll sei. Als Verantwortlicher für die Wärmeversorgung vieler Wohneinheiten müssen Prozesse und Werte sichergestellt werden. Dabei helfen Analysen zur Kontrolle sowie eine schnelle Störungs- und Verursachersuche. Im Hinblick auf Kosten und Einsparpotenziale gelte es Optimierungspotenziale zu finden und umzusetzen. Dabei helfen das Verstehen von Einflussfaktoren auf die Wärmeerzeugung, ferner die Optimierung von Temperaturen und schließlich die Gegenprüfung von Werten und Rechnungen von Lieferanten. Die genannten Stadtwerke betreiben drei Blockheizkraftwerke, ein Fernwärmeversorgungsnetz von ca. 10 km, versorgen ca. 3.000 Wohneinheiten und 17 öffentliche Einrichtungen und haben 2023 16.500 MWh Wärme verkauft.

Mit dem Einsatz von AQASYS wurden folgende Ziele erreicht:

- Verantwortliche haben die Prozesse im Griff
- Beweiskräftige Daten gegenüber Wärmeabnehmern
- Kosten gespart durch Optimierung der Vorlauftemperatur
- Schnelle Reaktion und Fehlerbehebung durch Erkennen von Störungen
- Kontrolle und Korrektur von Abrechnungen der Lieferanten. GK

MAX RIEDL | GENOSSENSCHAFTSVERBAND BAYERN E.V.

Kommune und Genossenschaft – so funktioniert's

Für viele Kommunen stellt die Energiewende einen großen Kraftakt dar. Die Zusammenarbeit mit einer eingetragenen, lokalen Genossenschaft (eG) bietet hier eine wichtige Option für Kommunen, die Herausforderungen der Energiewende gemeinsam anzugehen.



Max Riedl

Max Riedl zufolge ist die Rechtsform Genossenschaft als Gesellschaftsform besonders leistungsfähig bei der Transformation der Energiesysteme. Sie schafft Akzeptanz bei Bürgern und garantiert eine verlässliche Versorgung mit erneuerbaren Energien. Mittlerweile gibt es bayernweit 334 Energiegenossenschaften, allen voran Wärme- und Photovoltaikgenossenschaften. Sie alle sind ein wichtiger Bestandteil der lokalen Wertschöpfung.

Genossenschaften beteiligen Bürger, Kommunen, Unternehmen und Stadtwerke. Sie setzen vor Ort die Energiewende mit konkreten Projekten um. Die Beteiligung der Bürger ist unabdingbar, wenn das Projekt auf breite Akzeptanz stoßen soll und muss. Die Genossenschaft bietet hier die Möglichkeit, die Einwohner der verschiedenen Kommunen zusammenzuführen, regelmäßige Bürgergespräche zu organisieren und die Wünsche und Bedenken der Bewohner in einem langfristigen Prozess frühzeitig einzubeziehen.

Die Idee ist so simpel wie erfolgreich: Einer Genossenschaft kann man einfach beitreten und jedes Mitglied hat grundsätzlich eine Stimme – unabhängig von der Höhe der finanziellen Beteiligung – und damit das gleiche Gewicht bei Entscheidungen. Einzelinteressen können deshalb nicht dominieren. Das schützt die Genossenschaft auch vor der Übernahme Dritter, die andere Interessen verfolgen.

Die Genossenschaft fördert ihre Mitglieder, weil sie in der Lage ist, Leistungen anzubieten, die das einzelne Mitglied allein nicht oder nur unter großem Aufwand erbringen kann. Da die Gesellschaft in erster Linie den Mitgliedern verpflichtet ist, geht es nicht um eine kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern um einen langfristigen Nutzen der eingelegten Mitgliedsanteile. Zudem handelt es sich bei der Genossenschaft um eine insolvenzsichere Gesellschaftsform – dazu dient auch die übergeordnete Kontrolle durch den Genossenschaftsverband Bayern. Insgesamt fußt das demokratische Geschäftsmodell der Genossenschaft auf den Grundprinzipien Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.

„Der GVB schafft Mehrwert für seine Mitglieder", unterstrich Riedl. „Mit unserem Prüfungsauftrag leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der genossenschaftlichen Solidargemeinschaft. Zudem bündeln, schaffen und teilen wir wertvolles Wissen. Daraus entwickeln wir praxisnahe Weiterbildungsangebote. Mit unserer Akademie sind wir der zentrale Partner für Fortbildungen. Als konstruktive Gestalter engagieren wir uns im Verbund und vertreten dort und gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit die Interessen unserer Mitglieder und unserer genossenschaftlichen Familie. Wir beraten und betreuen unsere Mitglieder bei ihren strategischen, betriebswirtschaftlichen, organisatorischen, steuerlichen und rechtlichen Herausforderungen – kompetent, effizient und praxisnah." DK

DR. THOMAS REIF | SONNTAG & PARTNER PARTNERSCHAFTSGESELLSCHAFT MBB

Von der Wärmeplanung zur Wärmeversorgung (aus Geothermie)



V.l.: Franz Bezold, Niklas Bammler, Dr. Thomas Reif und Maximilian Erhardt

Auf die Frage, wie eine kommunale Wärmeplanung bis hin zu einer Wärmeversorgung aussehen kann, antwortet das KI-Programm ChatGPT: Um eine Wärmeversorgung in einer Stadt oder Gemeinde klimaneutral zu gestalten, ist eine umfassende Wärmeplanung erforderlich. Auch die Förderung von energetischer Gebäudesanierung und die Implementierung von effizienten Wärmenetzen sind wichtige Schritte. Zudem ist es entscheidend, die Bürger in den Prozess einzubeziehen und zu sensibilisieren. Mit einem Mausklick erhält jeder von der KI mehr Informationen als „Keine Idee". In diesem Fall steht die Abkürzung KI für kreativen Input. Doch besser als ein digitales Informationssystem, sind die analogen Ausführungen von Thomas Reif. Der Anwalt der mittelständischen Wirtschaftskanzlei Sonntag & Partner zeigte auf, wie jede Kommune bei der Wärmeplanung Ökonomie und Technologie am besten kombinieren und wie rechtliche Chancen und Hemmnisse für erneuerbare Wärme und Klimaschutz in der kommunalen Planung aussehen können. →

Dabei empfahl Reif, bereits frühzeitig ein großes Augenmerk auf die wirtschaftliche und finanzielle Machbarkeit zu legen. „Auch wenn die Kommune vielleicht externe Fachleute und Experten auf dem Gebiet der Energietechnik, Wärmeversorgung und Fernwärmenetzausbau beauftragt hat, bringen Sie sich als Kommune unbedingt mit ihrem Wissen aus den Energienutzungsplänen ein. Dieser Prozess mag zwar kleinteilig und zeitintensiv sein, aber spätestens bei der Überprüfung der Banken auf Projektwirtschaftlichkeit ist das Ihr Vorteil. Denn Sie treten glaubhafter und transparenter gegenüber Kreditgebern auf“, sagte Reif. „Dies sind dann ebenfalls die big points bei ihrer Darlehensanfrage wie die Zusammenstellung von Unterlagen, die neben einem intelligenten Erzeugungsnetzkonzept auch einen belastbaren Businessplan umfassen sollen. Die Businessplan-Säulen wären Auskunft über Eigenkapital, Sicherheiten für Darlehen, Projektpartner, marktfähige Wärmepreise und bereits erfolgte Prüfungen von Landes- und EU-Förderungen. Denn sehr früh stellt sich in jedem Projekt die Frage nach der Finanzierbarkeit. Oftmals sind die Projektinitiatoren auf Fördermittel angewiesen. Nur diese gewährleisten die Umsetzung und sie können mit der Detailplanung starten.“ Der Fachanwalt ist sich sicher, dass es ohne Fördermittel keinen flächendeckenden, kommunalen Netzausbau geben könne – das sei nach seiner Erfahrung essenziell bei Geothermieprojekten. Daher begrüße er die Ankündigung, dass beispielsweise ab Mitte 2024 ein KfW-Förderprogramm an den Start gehen soll, das Tiefengeothermie mit Krediten finanziert. Als groben Zeitplan für die unterschiedlichen Schritte der Wärmeplanung vom Vergabeverfahren und Finanzierung der Idee bis hin zum Bau und Betrieb kalkuliert Reif mit einer Dauer von durchschnittlich fünf Jahren. Zum Schluss appellierte der Anwalt an die Zuhörer: „Machen Sie die Wärmeplanung zu einem Bürgermeisterprojekt. Denn bei der Umsetzung ist neben Durchhaltevermögen und Kommunikation vor allem die Begeisterung der Stadtspitze der wichtigste Faktor für den Erfolg. Des Weiteren binden Sie frühzeitig die Bürger genauso ein wie die größten Abnehmer z. B. ihre Mittelstandsbetriebe im Ort. Werden alle diese Punkte berücksichtigt, so steht einer erfolgreichen, kommunalen Wärmeplanung auf einem stabilen, transparenten, gesellschaftlich breiten und planbaren Fundament nichts mehr im Wege.“ HOF

HAGEN FUHL | SENERTEC KRAFT-WÄRME-ENERGIESYSTEME GMBH

Mit KWK die Anforderungen des Gebäudeenergie- und des Wärmeplanungsgesetzes erfüllen

Zur Einstimmung auf das Thema verwies Hagen Fuhl auf einen kürzlichen Bericht der Wirtschaftswoche, wonach der Bundesrechnungshof auf 58 Seiten mit der Energiewende abrechnet und auf erhebliche Risiken.

Folgende Punkte hob Fuhl hervor:

- Die Bundesregierung hinke ihren Zielen beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie hinreichend gesicherter, steuerbarer Kraftwerksleistung hinterher.
- Die Versorgungssicherheit sei gefährdet, der Strom sei teuer und Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt könne die Bundesregierung nicht umfassend bewerten.
- Diese Lage berge erhebliche Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung.
- Bereits heute stehe die Bezahlbarkeit der Stromversorgung in Frage.
- Der Zeitplan zum Zubau gesicherter, steuerbarer Backup-Kapazitäten mit der jüngst vorgestellten Kraftwerksstrategie sei voraussichtlich nicht einzuhalten.
- Zudem sei absehbar, dass insbesondere Windenergie an Land nicht in dem gesetzlich vorgesehenen Umfang ausgebaut werde.
- Der Stand des Netzausbaus liege erheblich hinter der Planung zurück, genauer gesagt: Ganze sieben Jahre.

Das Gesamtfazit des Rechnungshofes laute: „Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Energiewende sind ungenügend und bergen deshalb gravierende Risiken.“ Zu den steigenden Stromkosten – die Stromnetzentgelte inklusive Messung und Messstellenbetrieb haben sich im Zeitraum 2014 (6,63 Ct/kWh) bis 2024 (11,51 Ct/kWh) um rund 74 Prozent erhöht – bemerkte Fuhl, dass diese auch weiterhin steigen werden. Gewichtiger Treiber dazu seien die Netzausbaukosten. Entlastungen der Endverbraucher seien aber durch Förderungen und Steuerbefreiungen möglich.


Hagen Fuhl

Die vorteilhaften Eigenschaften einer Wärmepumpe erläuterte Fuhl danach wie folgt. Qualitativ betrachtet gelte: Je niedriger die Außenlufttemperatur, desto niedriger ist die Leistungszahl. Hohe Leistungszahlen würden in der Regel ab ca. der Heizgrenztemperatur erreicht. Je höher die Vorlauftemperatur sei, desto niedriger fiele die Effizienz der Wärmepumpe aus. Ideal wäre der Betrieb bei positiven Außentemperaturen und einer möglichst niedrigen Rücklauftemperatur. Und das wäre die ideale Kombination mit einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Bei intelligentem Einsatz könne sich der Wärmepreis sogar halbieren. Wärmepumpen seien sehr gut geeignet im Neubau bzw. bei Sanierungen, insbesondere mit Flächenheizung und niedrigen Vorlauf-Temperaturen. Möglicherweise könnten sich dabei Probleme für die Warmwasserbereitung ergeben. Leider limitieren notwendige hohe Systemtemperaturen (z. B. im Bestand) im Heizkreis die Effizienz.

Senertec stelle bereits heute schon die Technologien für morgen zur Verfügung. Fuhls Fazit: KWK helfe bei Überlastung des Netzes ausreichende Energie für Wärmepumpe und E-Auto zu liefern. Aber auch ein Hybridsystem bestehend aus dem Firmenprodukt Dachs und Wärmepumpe mache Sinn. Hyperdachs erfülle zudem die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes, spare eine Menge CO2 und könne den Wärmepreis halbieren. GK



Bitcoin-Mining als Baustein für die Energiewende

Michael Bohlinger (l.) im Gespräch mit Kristian Kläger



Kristian Kläger

KRISTIAN KLÄGER | TERAHASH.ENERGY GMBH

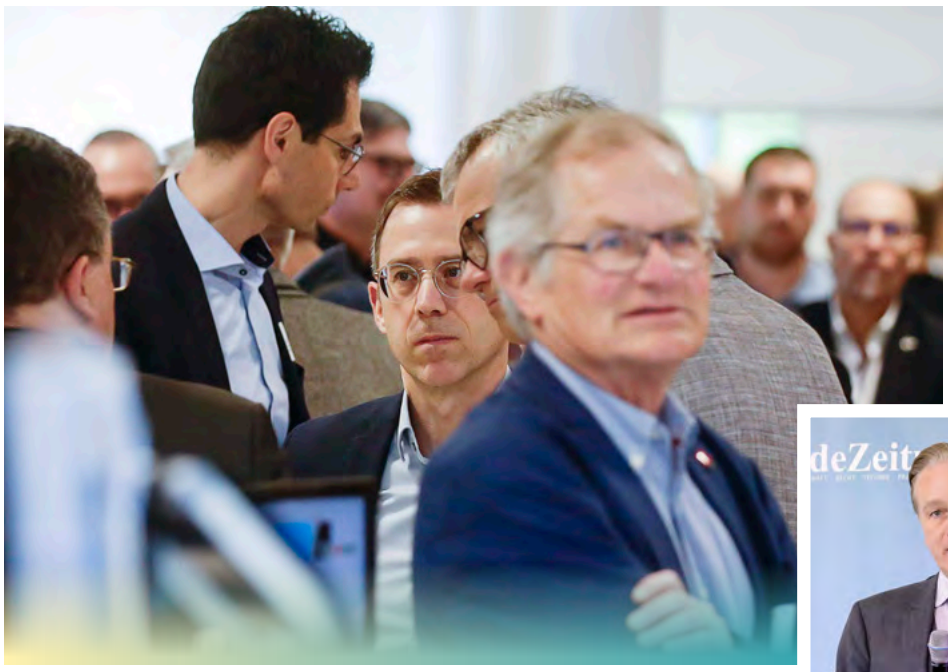
Bitcoin als ESG-Technologie & Energie-Infrastruktur: ökonomische und ökologische Chancen für den Standort Deutschland

ZUKUNFTSCHANCE BITCOIN: DIGITALE WÄHRUNG FÜR ANALOGE ENERGIEWENDE

Bitcoin ist die grünste Branche der Welt. Hier ist sich Kristian Kläger (terahash.energy GmbH) sicher, vorausgesetzt Politik, Wirtschaft und Bevölkerung schenken dieser neuen Technologie mehr Vertrauen als ihr mit Ängsten zu begegnen. In seinem Vortrag warb Kläger für mehr Offenheit. Bitcoin sei eine Absicherung und ein verlässlicher Motor für die Energiewende. „Ich sehe die staatlich unabhängige Kryptowährung Bitcoin als eine Brückentechnologie für die grüne Transformation," sagte Kläger.

„Bitcoin-Mining-Anlagen fördern den Ausbau der Erneuerbaren Energie, tragen zur Netzstabilisierung bei und können die erzeugte und verbrauchte Elektrizität fein und in Echtzeit ausbalancieren. Denn das Problem bei Solar- und Windenergie ist die variable Energieproduktion und die damit verbundene Energieverschwendung, wenn mehr Energie produziert wird, als die lokale Nachfrage benötigt. So könnten Mining-Zentren in der Nähe von Solar- und Windkraftanlagen angesiedelt werden, um ansonsten verschwendete Energie zu günstigen Preisen zu nutzen." In seinem Vortrag zeigt er das Potenzial auf, wie Bitcoin als ESG-Technologie ungenutzte Energieressourcen erschließen kann.

Seit Jahren sucht Kläger nach Lösungen, um das Energiemanagement der von ihm geleiteten Kläger Group zu verbessern und sich in Zukunft unabhängiger aufzustellen. Denn das Plastikindustrieunternehmen entwickelt und produziert mit hohem Energieaufwand Sprühsysteme und Kunststoffflaschen. Nun hat er ein eigenes Energie-Start-Up terahash.energy GmbH gegründet. „Ich bin überzeugt: Wer in Deutschland energieintensiv produzieren will, muss seinen eigenen Strom erzeugen. Der Einsatz von erneuerbaren Energien, kombiniert mit neuen Technologien wie wassergekühlten Bitcoin-Rechenzentren, spielt eine wichtige Rolle bei der grünen Transformation", erläuterte Kläger. „Mit terahash verbinden wir die beiden Zukunftsthemen Bitcoin und Energie-Infrastruktur und schaffen ein modernes, dezentrales Energiesystem. Denn bis jetzt kann die Frage im Detail nicht beantwortet werden: Was geschieht mit dem Strom, wenn der Betrieb ihn akut nicht benötigt? Bitcoin kann als unabhängiges Netzwerk als hochflexibler und verlässlicher Stromabnehmer genutzt werden." Er ist sich sicher, dass Bitcoin eine Energieinfrastruktur mit unfassbarem Potenzial und Chancen für die Energiewende, Netzstabilität und Ausbau erneuerbarer Energien schaffe. Ihm stehe bei der Kryptowährung immer noch zu stark allein der hohe Energieverbrauch im Fokus. Bei seinem Fazit über den Status Quo sprach Kläger auch offen über den in der Öffentlichkeit immer wieder diskutierten ökologischen Fußabdruck: „Die seit 2009, den Anfangszeiten der Kryptowährung, immer wieder vorgebrachte CO2-Bilanz beim Mining („Schürfen"), der Erzeugung des neuen Kryptogeldes, ist bis heute ein Imagekiller für Bitcoin. Für mich ist Bitcoin-Mining ein Baustein für die Energiewende. Ich möchte an unserem Beispiel vielmehr Lösungen und Visionen aufzeigen, wie mit dieser Technologie eine nachhaltige Wertschöpfung in Deutschland umgesetzt werden kann. Unser eigenes Forschungszentrum, das Energy-Lab, wird mit Solarenergie betrieben. Überschüssige Energie fängt unser Bitcoin-Rechenzentrum auf und monetarisiert diese. So haben wir mit Bitcoin-basierten Energielösungen als Mittelständler schon unser Energiemanagement stark verbessern können." HOF





DR. HENRIK BREMER | WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Wettlauf um die Milliarden – wer sollte wann was tun?

Neben den aktuellen Herausforderungen der Infrastrukturtransformation widmete sich der Vortrag von Dr. Henrik Bremer dem immensen Investitionsbedarf, der bereits gegenwärtig tiefgreifende Auswirkungen auf die allgemeine Preisentwicklung hat und den deutschen Markt beeinflusst. Zudem gab der Geschäftsführer einen strategischen Überblick, wie Kommunen einen eigenen Fahrplan für die Umsetzung der Energie- und Wärmewende entwickeln können.

Im Zuge der Energiewende besteht Bremer zufolge dringender Handlungsbedarf: Das Stromnetz passe immer weniger zu den Bedürfnissen der Erneuerbaren. Die Betreiber der sogenannten Stromautobahnen gehen davon aus, dass sich wegen des Verzichts auf Kohle, Öl und Erdgas der jährliche Stromverbrauch in Deutschland bis 2045 auf über 1.000 Terawattstunden verdoppelt. Zur Deckung wird mit einer Verfünffachung der installierten Leistung aus erneuerbaren Energien auf rund 700 Gigawatt im Jahr 2045 gerechnet. Sie zu integrieren und einen sicheren Netzbetrieb zu ermöglichen, erfordert weiteren Netzausbau. Laut den Netzbetreibern werden 14.000 Kilometer neue Hoch- und Höchstspannungsleitungen benötigt, die aktuelle Stromübertragungsnetzlänge beträgt 35.000 Kilometer.

Überschrittene Nutzungsdauer vieler Anlagen

Auch sind hierzulande vielerorts Leitungen und Kanäle der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung am Ende der Nutzungsdauer angekommen und müssen saniert oder erneuert werden. Das deutsche Bundeswasserstraßennetz umfasst ca. 7.300 Kilometer, wobei zahlreiche Anlagen eine überschrittene Nutzungsdauer aufweisen. „Deutschland befindet sich am Wendepunkt“, so der Rechtsanwalt. Für den notwendigen Umbau zur Klimaneutralität bis 2045 wird etwa 1 Billion Euro für Zusatzinvestitionen in „grüne Sachgüter“ nötig sein, für den Ersatz oder die Instandhaltung bestehender Infrastruktur, Anlagen oder Gebäude ca. 5 Billionen Euro.

Mit Blick auf das Vortragsthema erstellte Bremer eine Roadmap, „ein Grundkonstrukt zur eigenen Realisierung der Energie- und Wärmewende“, bestehend aus Bedarfsanalyse, Analyse der Energieeffizienz, Finanzierungsstrategie, Ausbau und Integration Erneuerbarer Energien, Ausbau des Wärmenetzes mit Fokus auf Fernwärme, Konzept für Wärmespeicher, Beteiligung und Einbindung der Bürger sowie Umsetzung und Monitoring.

Ein vielversprechender Lösungsweg für eine Dekarbonisierung der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs ist die Sektorenkopplung. Zukunftsweisende Antworten sowohl auf die aktuellen Herausforderungen im Bereich Energiebeschaffung als auch die Elektrifizierung des straßengebundenen Nahverkehrs gibt hier etwa die eMIS Management GmbH. Sie vermietet E-Busse und smarte Ladetechnik zu attraktiven Konditionen. Jeder ÖPNV-Busbetreiber, ob kommunal oder privat, im Ballungs- oder ländlichen Raum, kann auf diese Weise ohne Einsatz von Eigen- oder Fremdkapital auf E-Mobilität umstellen. Auch der Strom aus erneuerbaren Energien kommt von eMIS. Somit wird der elektrische ÖPNV-Busbetrieb wirtschaftlich und klimafreundlich.

Auch in der Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit, beispielsweise durch die Gründung eines Regionalwerks, sieht Bremer eine Möglichkeit, die zahlreichen Hausausforderungen „im Wettlauf um die Milliarden“ zu stemmen und sowohl die kommunalen Pflichten zu erfüllen als auch die eigenen Chancen wahrzunehmen. Gemeinsam mit Kommunen und den Bürgern vor Ort mache das Kommunalunternehmen den Ausbau erneuerbarer Energie vor Ort gestaltbar. Bremer: „Die Energiewende wird vor allem auch eine regionale Wende mit deutlich mehr dezentralen Erzeugungen sein. Dann wird es eben darauf ankommen, was vor Ort gemacht wird.“ DK



V.l.: Dr. Josef Rampl, Theresa von Hassel, Georg Loy und Fritz Schweiger



Herfried Harreiter

DIPL.-ING. HERFRIED HARREITER | VERBUND INNKRAFTWERKE GMBH

Energiewende und flexible Wasserkraft

Mit einem Blick auf die Europäische Perspektive begann Herfried Harreiter seine Präsentation und beleuchtete das 2040 Rahmenwerk der EU. Dieses nicht verbindliche Dokument bestätigt die zunehmende Elektrifizierung als Voraussetzung für die Dekarbonisierung. Die Elektrifizierung soll bis 2040 48 bis 51 Prozent des finalen Energieverbrauchs konsumieren und sich bis 2050 auf bis zu 62 Prozent erhöhen. Die gesamte installierte Kapazität wird sich im Zeitraum von 2022 bis 2040 verdoppeln. Das System soll dann auf 81 bis 87 Prozent erneuerbaren Energien basieren. Gleichzeitig wird ein zunehmender Bedarf an flexiblen Speichern prognostiziert. Die gesamte Speicherkapazität soll sich von 50 auf 531 bis 636 GWh verzehnfachen. Harreiter verwies dazu auf die kürzlich verabschiedete Kraftwerksstrategie Deutschland mit dem Fokus auf gesicherte Leistung, wonach Deutschland bis 2045 ein klimaneutrales Industrieland werden soll.

Zu den Möglichkeiten der flexiblen Wasserkraft erklärte Harreiter: „Da gibt es zum einen reine Speicherkraftwerke. Hier wird der natürliche Zufluss in einem Speicher aufgestaut und saisonal oder kurzfristig verlagert. Ein Beispiel dafür ist das heute bereits erwähnte Walchenseekraftwerk. Daneben gibt es Pumpspeicherkraftwerke: Statt durch natürlichen Zufluss wird der Speicher mit hochgepumptem Wasser gefüllt. Ein Beispiel dafür ist Goldisthal in Thüringen von Vattenfall. Speziell im alpinen Bereich gibt es auch Kombinationen von natürlichem Zufluss und Pumpspeicherung. Als Beispiel nenne ich hier die von uns betriebenen vier hochflexiblen Kraftwerke der Gruppe Zemm-Ziller im Zillertal.“

Beim anschließenden Vergleich des Wirkungsgrades verschiedener Speichertechnologien – konkret Pumpspeicherkraftwerk (PSKW), Batterie und Power-to-Gas-to-Power (P2G2P) – verwies Harreiter auf die unterschiedliche Lebensdauer dieser Technologien. Sie liegt bei PSKW zwischen 80 und 100 Jahren, bei Batterien zwischen 7 und 10 Jahren sowie bei P2G2P zwischen 18 und 20 Jahren. Den höchsten Wirkungsgrad von 90 Prozent erreichen Batterien, gefolgt von PSKW mit 80 Prozent jeweils bei geringen Investitionskosten. Die P2G2P-Technologie besitzt nur einen geringen Wirkungsgrad zwischen 30 und 35 Prozent bei hohen Investitionskosten.

Der Überblick der Stromerzeugung im Jahr 2021 in Deutschland und insbesondere in Bayern zeigte auch die Bedeutung der Wasserkraft. Folgende Zahlen präsentierte Harreiter:

BRUTTOSTROMERZEUGUNG DEUTSCHLAND 585 TWH

- Erneuerbare Energien (EE) 237 TWh (rd. 40 Prozent)
- Erzeugung Wasserkraft 19,4 TWh (rd. 8 Prozent der EE)
- Anzahl Wasserkraftanlagen rund 7.300 Anlagen, davon 31 Pumpspeicherwerke

BRUTTOSTROMERZEUGUNG BAYERN 80,1 TWH

- Erneuerbare Energien (EE) 38,4 TWh (rd. 48 Prozent)
- Erzeugung Wasserkraft 11,4 TWh (rd. 30 Prozent der EE)
- Anzahl Wasserkraftanlagen rund 4.200 Anlagen, davon 7 Pumpspeicherwerke

86 Prozent der Wasserkrafterzeugung in Deutschland stammen aus Bayern (59 Prozent) und Baden-Württemberg (27 Prozent).

Der VERBUND Innkraftwerke hat derzeit 17 Wasserkraft-Projekte in der Ausführung und investiert dafür insgesamt 1,5 Mrd. EUR. Das größte Projekt ist das Pumpspeicherkraftwerk Limberg III als Erweiterung der Kraftwerksgruppe Kaprun mit Investitionen von 570 Mio. EUR. Damit verbunden sind umfassende ökologische Ausgleichsmaßnahmen. Harreiters Fazit: „Auch in einem künftigen erneuerbaren Energiesystem spielt die Wasserkraft eine wesentliche Rolle.“ GK

DIPL-ING. GEORG LOY | VERBUND INNKRAFTWERKE GMBH

Der Wasserkraftbetreiber – vom physikalisch-technischen Hintergrund zur Umsetzung wesentlicher Zukunftsthemen

Die aktuellen Themen reichen von Hochwasserschutz, Klimafolgenanpassung, EU-Biodiversitätsstrategie, Wasserrahmenrichtlinie, Erhalt gefährdeter Fischpopulationen und Artenschutz, Umgehungsgewässer und Auen im systemischen, prozessorientierten Ansatz, Energiewende und Energiespeicher. Dazu ermunterte Loy gleich zu Beginn seiner Präsentation die Anwesenden auch persönlich mitzumachen: „Es handelt sich um eine gesellschaftliche Aufgabe, die im Konsens mit gemeinsamen Zielen realisiert werden muss! Alle im Raum sind gefordert!“


Georg Loy

Den wissenschaftlich technischen Hintergrund bezeichnete Georg Loy mit: „Alles ist Physik!“ Deshalb seien für die meisten Naturgesetze exakte Berechnungen und Modellierungen möglich. Zu den ökologischen Themen werde hingegen Grundlagenforschung betrieben, die sich auf statistische Methoden stützt. Als Beispiel für exakte Berechnung erklärte er die Formel zum Berechnen der Leistung einer Turbine in einem Wasserkraftwerk: $P = \eta * p * g * h * Q$ *(Leistung = Wirkungsgrad*Wasserdichte*Fallbeschleunigung*nutzbare Fallhöhe*Volumenstrom).*

Nach einem Blick auf die in der Resolution der Vereinten Nationen Agenda 2030 festgeschriebenen nachhaltigen Entwicklungsziele widmete sich Loy dem Programm „Wasserzukunft Bayern 2050“, der integralen Strategie der bayerischen Wasserwirtschaftsverwaltung zur mittel- bis langfristigen Bewirtschaftung unserer Wasserressourcen, die für bislang absehbare Folgen des Klimawandels und weitere Veränderungsfaktoren Anpassungsmaßnahmen ableitet. Sie umfasst die vier strategischen Bereiche Wassersicherheit (Trockenheit und Dürre), Hochwasserschutz, Ökologie und Sozialfunktion. Zum Thema Hochwasser bemerkte Loy, dass dieses keine abstrakte Gefahr darstelle. Man könne sich schützen durch ständiges Messen und Modellieren sowie eine rechtzeitige Anpassung von Dämmen und Deichen und Schaffung von Resilienzen. Für große Gewässer bestehe bereits die Norm HQ 1000 DIN 19700 Teil 13, die bei entsprechender Anpassung für eine angemessene Sicherheit sorgt. Bei Extremereignissen böten Polder zusätzliche Sicherheit. Als Beispiel verwies Loy auf das Hochwasser von 1985: „Durch die konsequente Umsetzung und Beseitigung von Schwachstellen nach dem Hochwasser 1985 konnten wesentliche Defizite beseitigt werden.

Es ist aber die Aufgabe neue Schwachstellen und Schadstellen systematisch zu analysieren und zu beseitigen, um für das nächste Ereignis gewappnet zu sein.“ Er konstatierte: „Nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser!“

Danach erläuterte Loy die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRLL): Die Erhaltung und Förderung der Funktion der Gewässer und des Naturraums mit seiner Interaktion. Die Wasserkraft muss für eine Durchgängigkeit für Fische, Sedimentfunktion und Habitate für alle Lebewesen am Fluss sorgen. Alle Themen der Wasserkraft müssen flussgebietsbezogen, systemisch betrachtet werden. Wasserkraft ist nachhaltig, auch mit der regelmäßigen Notwendigkeit zur Hochwasserschutzanpassung z.B. durch neue Normen. Deshalb forderte Loy: „JEDER, aber auch der Staat, hat die Aufgabe die Biodiversität zu stärken, Habitate zu erhalten und Prozesse in den Raum bringen.“ GK

THEODOROS REUMSCHÜSSEL | UNIPER KRAFTWERKE GMBH

100 Jahre Walchenseekraftwerk

Das Walchenseekraftwerk möchte das Jubiläumsjahr auch für besondere Publikumsveranstaltungen nutzen. Theodoros Reumschüssel bot dazu einen persönlichen Besuch des Kraftwerks an oder zumindest den Besuch des Ausstellungsstandes. Dort lag nämlich für die Besucher das Jubiläumsmagazin aus, mit wirklich interessanten Geschichten, die von der Belegschaft auf insgesamt 100 Seiten zusammengetragen wurden. Dieses Magazin enthält aber nicht nur Geschichten, sondern dokumentiert auch die Geschichte des Wasserkraftwerks.



Theodoros Reumschüssel und Manuela Winbeck

Bereits 1866 entstanden die ersten Ideen zur Nutzung des Walchensees um Energie zu erzeugen. Erst durch den persönlichen Einsatz von Oskar von Miller entstanden daraus konkrete Pläne. Dazu präsentierte Reumschüssel ein Zitat aus einem Vortrag von Millers am 17. Mai 1907: „Die Ausnützung des zirka 200 Meter hohen Gefälles zwischen Walchensee und Kochelsee ist so naheliegend, dass dieses Projekt zu den ältesten und am häufigsten vorgeschlagenen Wasserkraftprojekten in Bayern gehört.“ Und es gab zu dieser Zeit auch andere Ideen: Der Walchensee sollte um sechs Meter höher aufgestaut werden. Das wäre jedoch ein unvorstellbarer Eingriff in die Landschaft gewesen.

Im Juni 1918 beschloss der bayerische Landtag den von Miller vorgeschlagenen Kraftwerksbau. Es sollte aber nicht nur ein Kraftwerk entstehen, sondern ein ganzes Kraftwerksystem. →

Oskar von Miller hatte nämlich vorgeschlagen einen bayerischen Hochspannungsring zu bauen. Dieser Ring mit der ersten Kraftquelle im Süden, dem Walchensee-Kraftwerk war dann auch die Geburtsstunde der bayerischen Landes-Elektrizitätsversorgung, später Bayernwerk AG. Dazu zitierte Reumschüssel nochmals von Miller: „Möge auch in Bayern dieses neue Gebiet der Technik in jeder Weise unterstützt werden, damit das Volk die Vorteile genießen könne, welche die Anwendung des elektrischen Stroms bietet, damit der Staat auch Nutzen ziehen könne aus dem Kapitale, das er in seinen bisher unbenutzten Wasserkräften besitzt."

Nachdem der damalige Verkehrsminister Heinrich von Frauendorfer überlegt hatte, die Bahn zu elektrifizieren, machte Oskar von Miller dazu eine Studie mit dem Ergebnis: Die jährlichen Einsparungen liegen zwischen 600.000 und zwei Millionen Mark. Reumschüssel bestätigte: „Um es kurz zu machen, Ende der 20er Jahre lag über die Hälfte der elektrifizierten Bahnstrecken Deutschlands in Bayern." Also wurden separate Bahnstrommaschinen eingebaut, die ausschließlich Strom für die Bahn lieferten. Etwa ein Drittel des gesamten produzierten Stroms ist auch heute noch für die Bahn bestimmt.

Ein Bild des Nordtors des Wasserschlosses sollte zeigen, wie prächtig allseits gebaut wurde. Über dem Tor sieht man den Waller, der schon damals zu kuriosen Diskussionen führte. Die Sage erzählt nämlich, dass seit mehr als tausend Jahren im Walchensee ein gigantischer Waller seinen Schweif im Maul hält. Ärgert man den Waller, lässt er los und zerschlägt den Kesselberg und eine Flut ertränkt die Menschen vom Isarwinkel bis nach München.

In den Spitzenzeiten waren rund 2.000 Arbeiter mit dem Bau beschäftigt, wobei Kochel damals nur 1.600 Einwohner zählte. Leider gab es offiziell auch 17 Todesfälle, die in einer Gedenktafel gewürdigt sind. GK

ALOIS KLUIBENSCHÄDL | ALPE PIPE SYSTEMS GMBH & CO KG

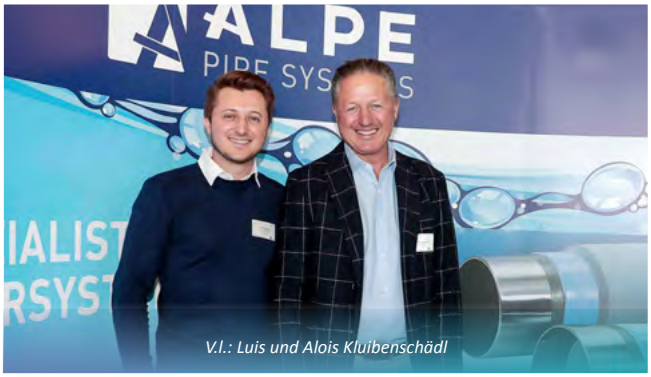
Stahlrohre für Wasserkraftwerke

Das Lieferprogramm von Alpe Pipe Systems für den Rohrleitungsbau umfasst Stahlrohre und Formteile, Gussrohre und Formteile, Armaturen, Hydranten und Rohrleitungszubehör. In seiner Präsentation konzentrierte sich Alois Kluibenschädl auf Stahlrohre mit Durchmessern von einem Zoll bis zu vier Meter und Formteile sowie einige Referenzprojekte. Der Partner Mannesmann Line Pipe aus Deutschland ergänzt das Lieferprogramm mit Stahlrohren für folgende Einsatzbereiche: Trinkwasser, Abwasser, Kraftwerksbau, Feuerlöschleitungen, Beschneiungsanlagen, Gasleitungen sowie diverse Sonderanwendungen.

Kluibenschädl beschrieb zunächst als wichtige Komponente die verschiedenen Verbindungssysteme für Stahlrohre. Dazu zählen:

- Stumpfschweißverbindung DN50 – DN4000
- Einsteckschweißmuffe DN80 – DN1200
- Die Eigenentwicklung „FUCHSROHR" Steckmuffenverbindung DN80 – DN600
- Kupplungsverbindung DN25 – DN600.

Diese Verbindungssysteme beleuchtete Kluibenschädl anschließend im Detail. So ist bei Stumpfschweißverbindungen ab DN 500 ein nachträgliches Beschichten des Verbindungsspaltes mit Zementmörtel möglich. Als Innen-Beschichtungsvarianten nannte er: FBE-Epoxy, Liquid-Epoxy, PUR, und für die Außenbeschichtung: PEHD, FZM, PUR, Epoxy. Die Einsteckschweißmuffe wird vorwiegend bei innenzementierten Rohren eingesetzt, oder auch für aggressive Wässer. Die Schweißung erfolgt mittels Kehlnaht und Schweißnahtprüfung mittels Rot-Weiß Prüfung. Es besteht eine durchgehende Zementauskleidung im Verbindungsbereich, dadurch ist kein Nachzementieren erforderlich. Die Eigenentwicklung „FUCHSROHR" wird als Steckmuffenverbindung mit Gussformteilen und Riegelverbindung mit Gussdoppelmuffen angeboten. Bei beiden Varianten sorgt das Einschrumpfen der Verbindung für einen lückenlosen Vollschutz (Vollschutzumhüllung). Das Sortiment Kupplungsverbindungen umfasst eine große Anzahl von längskraftschlüssigen und nicht



V.l.: Luis und Alois Kluibenschädl

längskraftschlüssigen Kupplungen. Auch hier bieten eine durchgehende Zementauskleidung im Verbindungsbereich und das Einschrumpfen der Verbindung einen lückenlosen Vollschutz.

Als Höhepunkt seines Vortrags präsentierte Kluibenschädl einige aktuelle Referenzprojekte. Nach rund 100 Betriebsjahren mussten die alte Stahldruckrohrleitung des Wasserkraftwerks der Österreichischen Bundesbahn Spullersee erneuert werden. Es wurden im Zeitraum Mai bis Oktober 2020 insgesamt 1.451 m spiralgeschweißte Stahlrohre DN 1100, in verschiedenen Wanddicken, für einen Betriebsdruck bis zu 80 Bar verlegt. Als Verbindungsart wurde die Stumpfschweißverbindung gewählt. Für das Wasserkraftwerk Sellrain wurden im Zeitraum Oktober 2021 bis September 2022 insgesamt 3.565 m spiralgeschweißte Stahlrohre DN 1300 für einen Betriebsdruck bis zu 50 bar verlegt. Als Verbindungsart wurde auch hier die Stumpfschweißverbindung gewählt. Und im Zeitraum Mai bis Oktober 2021 wurden insgesamt 2.540 m längsnahtgeschweißte Stahlrohre DN 300 mit Stangenlängen von 6 bis 12 m für einen Betriebsdruck von 40 bar verlegt. Als Verbindungsart wurden zugfeste Steckmuffenverbindungen FURO eingesetzt. „Das war ein besonders anspruchsvolles Projekt, weil wir hier vorgefertigte Stahlbrücken mit Hubschraubern verbauen mussten", betonte Kluibenschädl. GK

PARTNERBEITRÄGE

BAYERNWERK NETZ GMBH


V.l.: Tobias Weinzierl, Markus Leczycki und Stephan Leibl

Kommunale Wärmeplanung

MIT GUTEN PARTNERN ENTSPANNT DURCH DIE WÄRMEWENDE

Die Bayernwerk Netz GmbH ist als Betreiber von Stromnetzen seit vielen Jahren ein verlässlicher Partner für über 1.200 Kommunen in Bayern. Auch bei der Kommunalen Wärmeplanung (KWP) steht das Bayernwerk den Gemeinden im Freistaat unterstützend zur Seite; wohl wissend, dass die KWP für die Gemeinden einen erheblichen Aufwand bedeutet. Insbesondere bei den kommunikativen Aufgaben der Bürgerbeteiligung kann das Bayernwerk jahrzehntelange Erfahrung mit einbringen.

Bereits im vergangenen Jahr hat das Bayernwerk Pilotprojekte zur Kommunalen Wärmeplanung (KWP) in Bad Abbach und in der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Weiherhammer mit dem Nachbar-Markt Mantel begonnen. Erfahrungen aus diesen Projekten fließen in die Wärmeplanung für die VG Neumarkt-Sankt Veit ein, die die Bayernwerk Netz GmbH derzeit erarbeitet.

Stärken bündeln: Die Planungsleistung bei der KWP mit ihren gesetzlich festgelegten Bestandteilen übernimmt, wie das Beispiel Neumarkt-Sankt Veit zeigt, ein Planungsbüro aus dem qualifizierten Partnernetzwerk des Bayernwerks. Projektmanagement, Einbindung relevanter Stakeholder sowie die übergreifende Kommunikation sind Aufgabe des Bayernwerks.

Die kommunale Wärmeplanung wird in ihrer Gänze maßgeblichen Einfluss auf die Energielandschaft von morgen haben. Das Kommunalmanagement des Bayernwerks steht Kommunen mit seiner energiewirtschaftlichen Expertise bei Fragen zur kommunalen Wärmeplanung und Projektanfragen gerne zur Verfügung:

KOMMUNALMANAGEMENT@BAYERNWERK.DE

LFA FÖRDERBANK BAYERN


Marc Rossner und Christina Auer

Förderkredite zur erfolgreichen Finanzierung des Energieumstiegs

Die LfA unterstützt bayerische Kommunen und Betriebe als staatliche Spezialbank bei Investitionen in eine moderne Infrastruktur, in nachhaltige Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie bei der Umstellung auf umweltfreundliche und erneuerbare Energieträger mit zinsgünstigen und langfristigen Förderkrediten.

Mit dem Spezialprogramm Infrakredit Energie bietet die LfA den Kommunen zinsgünstige Finanzierungen von Maßnahmen zur Energieeinsparung von mindestens 20 Prozent, etwa die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED. Außerdem ist die Umstellung auf erneuerbare Energieträger förderfähig (ohne EEG- und KWK-Anlagen). Allgemeine Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger können unter bestimmten Voraussetzungen auch im Infrakredit Kommunal der LfA gefördert werden. Damit sind darüber hinaus beispielsweise auch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur oder die Ver- und Entsorgung förderfähig. Investitionen in Feldern, in denen der Antragsteller eine wirtschaftliche Tätigkeit im EU-beihilferechtlichen Sinne ausübt, sind in beiden Programmen nicht förderfähig.

Neben äußerst günstigen Konditionen bieten die Darlehen mit langfristigen Laufzeiten von bis zu 30 Jahren und optionalen Tilgungsfreijahren weitere Vorteile. Bei Darlehen bis 2 Mio. Euro beträgt der Finanzierungsanteil bis zu 100 Prozent.

Beantragt werden die Infrastruktur-Förderdarlehen direkt bei der LfA.

KONTAKT:
LFA FÖRDERBANK BAYERN, TEAM INFRASTRUKTURFINANZIERUNG
TEL.: +49 89 2124 1505
E-MAIL: INFRA@LFA.DE
WWW.LFA.DE/INFRASTRUKTUR

WEITERE PARTNER


Bayerngrund


Geoinform


Rietzler


Juwi


VSB

Terminhinweis

NÄCHSTES EVENT

11.BBF

11. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

www.bayerisches-breitbandforum.de

&

BAYERISCHER GEMEINDETAG

www.bay-gemeindetag.de

17. Oktober 2024
Stadthalle Gunzenhausen



IMPRESSUM:
Sonderdruck Nr. 12/2024 der
Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Constanze von Hassel
Doris Kirchner, Patrik Hof,
Gerhard Kafka
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Jessica Maiwald-Kassner,
sonst wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 4. Juli 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 13







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags:

Inklusion im Arbeitsleben

Unter dem Motto „Inklusion im Arbeitsleben“ fand in Würzburg die zweitägige Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags statt. Vertreter aus Politik, Wirtschaft, von Betroffenenverbänden und aus der Praxis erörterten das Potenzial, das eine inklusive Arbeitswelt bietet. Zudem wurden neben politischen Maßnahmen und inspirierenden Beispielen Möglichkeiten, die sich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bieten, beleuchtet.

„Wir brauchen Reformen, damit der Sozialstaat seine Aufgaben weiter erfüllen kann“, machte Bezirketagspräsident Franz Löffler eingangs deutlich. Dabei gehe es nicht um „weniger“ Leistungen, sondern um das Entwickeln innovativer Ideen und zukunftsfähiger Konzepte, die eine bestmögliche Versorgung mit den vorhandenen Ressourcen ermöglichen.



V.l.: Franz Löffler, Präsident Bayerischer Bezirketag, Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Stefan Funk, Bezirkstagspräsident von Unterfranken. **Bild: Michaela Spiller/ Bayerischer Bezirketag**

Häusliche Pflege stärken

Gerade mit Blick auf den Arbeits- und Fachkräftemangel und die steigenden Pflegekosten sei es wichtig, die häusliche Pflege zu stärken, erläuterte der Verbandschef. Hier müssten alle kommunalen Ebenen zusammenarbeiten und den Aufbau von Kümmerer-Strukturen in den Gemeinden forcieren. Ohne eine dauerhafte finanzielle Unterstützung durch den Freistaat werde dies aber nicht gelingen.

Neue Pfade müssten auch bei den Hilfen für Menschen mit Behinderung beschritten werden. „Wir müssen gewährleisten, dass auch zukünftig diejenigen die Unterstützung erhalten, die sie dringend benötigen. Eingliederungshilfe darf nicht das Privileg von wenigen Personen werden“, erklärte Löffler.

Ein Umdenken ist aus seiner Sicht gerade beim Personalein-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried



Vorne v.l.: Erster Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, Gunzenhausen, Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Oberbürgermeister Markus Pannermayr (Vorsitzender), Straubing, Oberbürgermeisterin Eva Weber, Augsburg, Gastgeber Oberbürgermeister Thomas Kiechle, Kempten (Allgäu), Erster Bürgermeister Markus Loth (2. stv. Vorsitzender), Weilheim, Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Regensburg, Erster Bürgermeister Toni Dutz, Wiesau, Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, Günzburg, Oberbürgermeister Sebastian Remelé, Schweinfurt; **2. Reihe v.l.:** Erster Bürgermeister Robert Ilg, Hersbruck, Oberbürgermeister Dr. Christian Moser, Deggendorf, Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung (1. stv. Vorsitzender), Fürth, Oberbürgermeister Andreas März, Rosenheim, Oberbürgermeister Marcus König, Nürnberg, Oberbürgermeister Dr. Florian Janik, Erlangen, Oberbürgermeister Michael Cerny, Amberg; **3. Reihe v.l.:** Erster Bürgermeister Klaus Hacker, Röthenbach, Erster Bürgermeister Peter Haugeneder, Neuötting, Erster Bürgermeister Thomas Herker, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Erster Bürgermeister Günther Werner, Haßfurt, Erster Bürgermeister Franz Heilmeier, Neufahrn b. Freising, Oberbürgermeister Frank Rebhan, Neustadt b. Coburg. **Bild: Bayerischer Städtetag**

Bayerischer Städtetag in Kempten:

Gutes Altwerden braucht gute Orte

Fit und gesund, wohlhabend und gut gelaunt, so würde wohl jeder am liebsten älter werden. Jedoch gehört zur Wahrheit, dass ältere Menschen gebrechlich und dement werden können und manche ein einsames und von Depressionen begleitetes Dasein fristen. Das Altersspektrum ist breit gestreut – vom Renteneintritt bis ins teilweise sehr hohe Alter. „Dies bringt ein Bündel an Herausforderungen für die Städte und Gemeinden, birgt aber auch großes Potenzial“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr bei der Jahrestagung des Verbandes in Kempten.

„Gutes Altwerden braucht gute Orte. Gestalten wir unsere Städte weiter so, dass wir dort im Alter gerne leben“, betonte Pannermayr vor knapp 400 Delegierten und Gästen aus der Europa-, Bundes- und Landespolitik. „Immens ist der Bedarf an altersgerechten Wohnungen, die barrierefrei, schwellenarm und bezahlbar sind. Bauliche Veränderungen und digitale Lösungen können dazu beitragen, lange in den eigenen vier Wänden zu leben“, erklärte der Präsident: „Wohnungen sollen die Chance bieten, aktiv am Leben teilzuhaben. Nötig sind hierfür unter anderem eine auskömmliche und planbare Mittelausstattung der bayerischen Wohnraumförderung, mehr Flexibilität bei den Bestimmungen über die Barrierefreiheit von Wohnraum oder die Unterstützung alternativer Wohnformen.“

Bedürfnisse von Senioren verstärkt berücksichtigen

Darüber hinaus gelte es, bei der Infrastruktur in den Städten und Gemeinden die Bedürfnisse von Senioren verstärkt zu berücksichtigen. Neben einem „demenzsensiblen Stadtbild“ könnten hier etwa Hitzeschutzpläne, die einige Städte bereits auf den Weg gebracht haben, hilfreich sein. Da Innenstädte und Ortszentren emotionaler Mittelpunkt einer Kommune seien, müssten Ortskerne als Versorgungszentren erhalten bleiben. „Ziel sollte eine Stadt der kurzen Wege sein, mit einer guten Infrastruktur an Läden, Gasthäusern, Cafés, Apotheken, Ärzten, Banken und Kultureinrichtungen, so Pannermayr. Hierfür sollte die Städtebauförderung aufgestockt werden.

Ältere Menschen in die Gesellschaft integrieren

Wichtig sei es außerdem, ältere Menschen weiterhin in die Gesellschaft zu integrieren. Benötigt würden Orte der niedrigschwelligen und zwanglosen Begegnung, sog. Dritte Orte. Dabei handle es sich um Häuser, Räume, Grünflächen oder Parks, die allen Menschen und Generationen offenstehen, um sich zu treffen, auszutauschen und zu unterstützen. Ein lebenswerter Raum für alte Menschen sei ein Gewinn für alle Generationen. Das Ehrenamt oder Mehrgenerationenhäuser könnten dabei wertvolle Hilfe leisten.

Selbstständigkeit bewahren

Neben dem selbstständigen Wohnen im eigenen Zuhause ist die eigenständige Mobilität für Seniorinnen und Senioren wichtig, unterstrich der Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerische Landräte warnen:

Kommunale Handlungsunfähigkeit durch verschärfte Finanzsituation

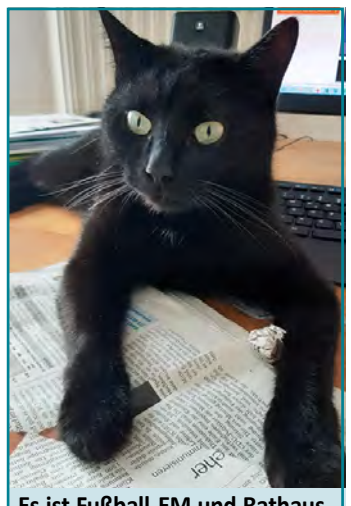
Die Finanzsituation der bayerischen Landkreise verschärft sich weiterhin. 2023 waren die kommunalen Ausgaben 2,5 Mrd. höher als die Einnahmen. Für 2024 zeichnet sich eine weitere Verschärfung ab. Viele Landkreise sind in Bedrängnis. Die Landrätinnen und Landräte sehen zunehmend ihre Handlungsfähigkeit in Gefahr.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, dazu in der Sitzung des Finanzausschusses beim Bayerischen Landkreistag, an der auch der Bayerische Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, MdL, teilgenommen hat: „Wir brauchen eine kurzfristige Stabilisierung der Finanzsituation und grundsätzlich muss auf allen politischen Ebenen ein Umdenken, das in einen echten Bürokratieabbau mündet, stattfinden. Wir sollten uns bei jedem Standard fragen, brauchen wir ihn? Und wenn ja, brauchen wir ihn so? Kommunen, Freistaat und Bund bleiben nur dann mittel- und langfristig handlungsfähig, wenn ernsthaft entbürokratisiert wird sowie Aufgaben und Standards hinterfragt werden. Die kommunalen Finanzierungsdefizite werden vielfach durch übertragene Aufgaben verursacht, für die kein angemessener finanzieller Ausgleich erfolgt.“

Signifikante „Kostentreiber

„Signifikante „Kostentreiber“ sind der Sozialbereich und die Jugendhilfe sowie unter anderem Defizitausgleiche bei den Krankenhäusern und im ÖPNV. Im Sozialbereich leiden wir unter dem Hang der Bundespolitik zur Erfindung dauernd neuer Wohltaten. Der ständige Anstieg dieser Kosten ist gigantisch und dauerhaft kommunal nicht mehr zu bewältigen. Unabhängig von der Sinnhaftigkeit vieler Beschlüsse sollte das Prinzip „Wer anschafft, der zahlt“ wieder mit Leben gefüllt werden“, so Karmasin.

„Bei den Krankenhäusern sieht es nicht besser aus. Obwohl der Bund für die Zahlung der Betriebskosten zuständig ist, können über 80 Prozent der Krankenhäuser ihren laufenden Betrieb nicht mehr decken. Sie alle rutschen in ein Defizit. Damit sie nicht Konkurs anmelden müssen, gleichen die Landkreise das mit Mitteln der Kreisumlage aus. Das bedeutet, es muss an anderer Stelle gespart werden. Die Gemeinden müssen das bei ihren Kindergärten und die Landkreise beim ÖPNV sowie an den Schulen, damit sie eine Zahlung vornehmen können, für die der Bund zuständig ist. Die kommunale Handlungs- und Zukunftsfähigkeit bleibt auf der Strecke und die Bürger sind die Leidtragenden“, so der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen, Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries. ❐



Es ist Fußball-EM und Rathauskater Pino erlaubt sich eine Zwischenbilanz. Positiv aufgefallen sind ihm die schottischen Fans: „Ich unterstütze ausdrücklich diejenigen, die ab sofort ein jährliches Freundschaftsspiel Deutschland-Schottland in München fordern!“ Seite 13

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin: Sofortprogramm . . . 2
Sonder-Bauministerkonferenz in Berlin: Neubau beleben 3
Bundesweites Klimaanpassungsgesetz tritt in Kraft 3
GZ-Kolumne Franz Löffler: Erfolgreiche Zusammenarbeit
Die Entwicklung oberpfalz-tschechischer Beziehungen 3
Zensus 2022 für Bayern:
Innenminister Herrmann stellt zentrale Ergebnisse vor 3
Kommunale Finanzthemen . . . . . 5 - 9
Tourismus in Bayern 9
Umwelt • Abfall . . . . . 10 - 11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 12 - 14

Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin:

Sofortprogramm statt Endlosschleife

Vorrangig im Zeichen der Asyl- und Migrationspolitik lag die jüngste Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin. Darüber hinaus wurde die Einführung einer Pflichtversicherung für Elementarschäden ebenso diskutiert wie die Themen Bürokratieabbau und wehrhafte Demokratie. Aus Sicht von Bayerns Landeschef Markus Söder „reichen die Beschlüsse der Konferenz hinten und vorne nicht. Alles geht nur in Trippelschritten, wo Siebenmeilenstiefel nötig wären. Der Bund verzögert, anstatt entschlossen zu handeln. Es braucht ein Sofortprogramm und keine Endlosschleife."

Konkret riefen die Ministerpräsidenten der Länder die Bundesregierung auf, mögliche Modelle für Asylverfahren in Drittstaaten vorzulegen. Nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte dieser anschließend Prüfungen zur Möglichkeit von Asylverfahren in Staaten außerhalb der EU an.

Schnellere Abschiebungen

Laut dpa will Söder schnellere Abschiebungen und vorherigen Sofortarrest von nicht anerkannten Asylbewerbern auch dann, wenn sie nicht straffällig geworden sind, sondern lediglich als Gefährder eingestuft wurden. Dies sei rechtlich über die Polizeigesetze machbar.

Es bestehe die Gefahr, dass in der Bevölkerung der Eindruck entstehe, der Rechtsstaat sei zu liberal, sagte Söder im Deutschlandfunk. Deutschland brauche zu lange, um Entscheidungen voranzubringen. Es müssten endlich Rückführungsabkommen in Kraft treten, dies sei ein entscheidender Punkt. „Ich fordere auch die Bundesregierung auf, mit Syrien direkt zu reden, nicht über Umwege zu versuchen, kleine Lösungen zu haben", erklärte Söder. Dies gelte grundsätzlich auch für Afghanistan. Er erwarte jetzt nicht, dass die Außenministerin sofort nach Kabul fliegt; das Auswärtige Amt könne aber andere Kanäle nutzen, um auch etwa mit den Taliban in einen Dialog zu kommen.

Zu viele Menschen, die aus Syrien oder Afghanistan nach Deutschland kämen, erhielten über den sogenannten subsidiären Schutz Blankoschecks. Es erfolge „eine de facto 100-Prozent-Anerkennung". Stattdessen müsse es wieder mehr Einzelfallprüfungen geben und die Rückführung generell möglich bleiben. Söder erhofft sich in dieser Frage auch Impulse auf europäischer Ebene durch eine neue EU-Kommission.

Bezahlkarte und 50 Euro bar

Eine Einigung wurde bei der neuen Bezahlkarte für Asylbewerber erzielt. Die Höhe der Bargeld-Auszahlungen soll flächendeckend 50 Euro pro Monat betragen. Noch in diesem Sommer soll die Bezahlkarte bundesweit eingeführt werden. Zudem forderten die Bundesländer, die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu erleichtern. Dementsprechend erteilten sie an die zuständige Kultusministerkonferenz einen Prüfauftrag zur Vereinfachung von Verfahren.

Mit der Forderung nach einer bundesweiten Einführung einer Pflichtversicherung für Elementarschäden scheiterten die Länder allerdings. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Angebotspflicht reicht den Ministerpräsidenten nicht aus. Scholz versprach, die Diskussion fortzusetzen.

Praxis-Checks gegen bürokratischen Aufwand

Stichwort Bürokratieabbau: Bundeskanzler und Regierungschefs fassten den Beschluss, die Belange von KMU besser zu berücksichtigen, inklusive Unternehmen der „Mid Cap"-Kategorie und von KMU in mehrheitlich öffentlicher Hand (u.a. Stadtwerke). Dies gelte insbesondere bei der Erarbeitung von EU-Rechtsakten und Standards.

Die Berichtspflichten sollen um mindestens 25 Prozent reduziert werden. Gleichzeitig ist geplant, „Praxis-Checks" auf europäischer Ebene einzuführen. Sie sollen den vermeidbaren bürokratischen Aufwand bei Vorhaben auf EU-Ebene durch den Austausch mit Unternehmen und anderen Betroffenen frühzeitig ermitteln und ihn bei der Umsetzung des Vorhabens vermeiden.

Weniger Auskunfts-, Informations- und Dokumentationspflichten

Neben einer konsequenten Überprüfung und Senkung von Auskunfts-, Informations- und Dokumentationspflichten auch auf europäischer Ebene halten Scholz und die Länderchefs eine gezielte Flexibilisierung des EU-Beihilfenrechts für nötig, damit der Zusammenhalt des Binnenmarktes gewährleistet wird und neben strukturschwachen Gebieten in der EU auch wirtschaftlich starke und innovative Regionen, die besonders die nachhaltige und digitale Transformation vorantreiben, wirtschaftliche Anreize erhalten können. Außerdem setzt sich die Bundesregierung für eine Anwendung des Once-Only-Prinzips auf EU-Ebene ein.

Für eine wirksame Bekämpfung hybrider Bedrohungen verpflichten sich Bund und Länder, bis September 2024 zentrale Koordinierungs- und Ansprechstellen für das Thema hybride Bedrohungen einschließlich Desinformation einzurichten, die im Bund und im Land jeweils ressortübergreifend koordinierend für das Thema hybride Bedrohungen federführend sind.

Nach Auffassung von Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags, sind Bund und Länder beim Thema Migrationspolitik noch lange nicht am Ziel. „Wir brauchen wirksame Maßnahmen für ein Begrenzung und ein Umsteuern. Nötig ist eine Kraftanstrengung bei den Asylverfahren, die schneller werden müssen. Zudem müssen mehr Migrationsabkommen mit Drittstaaten abgeschlossen werden, wobei auch die Türkei eine Rolle spielt."

Zuzug stärker begrenzen

Nach wie vor gehe es den Landkreisen um eine Reduzierung der Zuzugszahlen. „An dieser Stelle spielt mittelfristig auch die EU-Asylreform eine gewisse Rolle, die aber erst noch umgesetzt werden muss. Unterdessen müssen die Grenzkontrollen verlängert werden, da sie einen deutlichen Effekt haben. Dass wir allein wegen der Grenzkontrollen zur Fußball-EM hunderte illegaler Einreisen verhindern und dutzende Schleuser fassen konnten, zeigt die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme", unterstrich Sager.

Außerdem müssten die Anstrengungen deutlich intensiviert werden, Personen ohne Aufenthaltsrecht, erst recht natürlich Straftäter, abzuschieben – auch nach Syrien oder Afghanistan. „Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf, den sog. subsidiären Schutzstatus auf europäischer Ebene nach Möglichkeit abzuschaffen. Sehr viele Syrer haben diesen niedrigsten Status und sind daher keine anerkannten Flüchtlinge. Es würde die Rückführung dieser Personen erheblich erleichtern, wenn sie lediglich Geduldete wären."

Für Asylverfahren in sicheren Drittstaaten

Auch wenn die Asylanträge derzeit etwas weniger seien als im Vorjahr, seien die Belastungssituation in den Landkreisen und die weiter sinkende Akzeptanz der Bevölkerung spürbar. Kapazitäten für eine gute Integration fehlten.

Der Durchführung von Asylverfahren in sicheren Drittstaaten steht der Deutsche Landkreistag aufgeschlossen gegenüber, so der Präsident weiter: „Das muss natürlich menschenwürdig ablaufen. Der Bund ist aufgefordert, tragfähige vertragliche Absprachen mit den in Frage kommenden Staaten zu treffen. Andere westeuropäische Länder sind bereit, diesen Weg zu gehen, Deutschland sollte auch diese Bereitschaft haben."

Kommunen brauchen volle Kostenerstattung

Enttäuscht zeigte sich Sager einmal mehr, dass die kommunale Forderung nach einer vollständigen Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund noch immer nicht erfüllt sei. „Allein 2023 fehlen den Landkreisen so 3 Milliarden Euro, die wir in der gegenwärtigen prekären kommunalen Finanzsituation gut gebrauchen könnten."

„Um die Zahl der Asylsuchenden, die nach Deutschland einreisen, zu reduzieren und die Kommunen zu entlasten, ist ein Zusammenspiel verschiedener Instrumente notwendig. Dabei sollten wir die Signalwirkung, die einzelne Maßnahmen haben können, nicht unterschätzen. Es ist wichtig, dass auch in den Herkunftsländern wahrgenommen wird, dass sich illegale Migration nach Deutschland nicht lohnt", erklärte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger. Der Ansatz, mögliche Modelle für Asylverfahren in Drittstaaten zu prüfen, gehöre in die Reihe dieser möglichen Maßnahmen. „Wir müssen jeden Stein umdrehen und jeden möglichen Ansatz auf seine Wirksamkeit prüfen. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass dies kurz- oder mittelfristig für signifikante Entlastung sorgen wird. Wir warnen davor, den Menschen zu suggerieren, solch eine einzelne Maßnahme könne die Flüchtlingssituation nachhaltig verändern. Notwendig sind viel mehr viele einzelne Bausteine."

Dazu können Berghegger zufolge wirksame Grenzkontrollen, die rasche Umsetzung des EU-Asylkompromisses und die Reduzierung sogenannter Pull-Faktoren, etwa durch den Einsatz der Bezahlkarte, gehören. Von zentraler Bedeutung sei außerdem, dass die Städte und Gemeinden von den Kosten für Unterbringung, Versorgung und Integration vollständig entlastet werden.

„Für die Städte ist es ein gutes Signal, dass Bund und Länder um ernsthafte Lösungen in der Flüchtlings- und Asylpolitik ringen. Aber nicht alles, was diskutiert wurde, hilft uns vor Ort kurzfristig weiter. Die Drittstaaten-Lösung ist etwas, das man prüfen kann. Sie würde in der Praxis aber keine schnellen Effekte haben", stellte Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister von Münster, fest.

Die Städte benötigten praktische Lösungen, die schnell Entlastung bringen. „Wir brauchen deutlich mehr Unterstützung, um die vielen Integrationsaufgaben vor Ort zu stemmen. Die im letzten Jahr vereinbarte Pro-Kopf-Pauschale von 7.500 Euro je Geflüchteten war ein guter Schritt und der Einstieg in ein ‚atmendes System' der Finanzierung, dass wir immer gefordert haben. Aber für die vielen Integrationsaufgaben vor Ort reicht sie noch nicht aus. Hier sollte der Bund noch einmal nachlegen. Und die Länder müssen dafür sorgen, dass das zusätzliche Geld auch tatsächlich bei den Kommunen für die Flüchtlingsversorgung ankommt."

Offene Fragen bei der Bezahlkarte

Bei der Bezahlkarte, so Lewe, seien viele Detailfragen, wie etwa: Für welchen Personenkreis gilt die Karte? Gilt die Karte für Asylbewerber die neu hierherkommen oder auch für Menschen, die schon länger hier sind? Gilt sie nur für Asylbewerber in Einrichtungen oder auch für Menschen, die bereits in Privatwohnungen leben? Akzeptiert jeder Vermieter die Bezahlkarte? noch immer offen. Hier müssten die Länder noch nacharbeiten, damit es keinen Flickenteppich gibt und bundesweit möglichst einheitliche Regeln für die Bezahlkarte gelten.

Keine gute Nachricht ist aus Sicht des Deutschen Städtetags, dass es bei der Elementarschadenversicherung keine Einigung gab. „Extremwetterereignisse nehmen zu und kommen in immer schnellerem Takt. Es ist deshalb sehr wichtig, dass für mehr Häuser als bisher eine solche Versicherung abgeschlossen wird", machte der Präsident deutlich.

Allerdings seien die Hürden für eine Pflichtversicherung sehr hoch. „Wir halten deshalb den Vorschlag der Versicherer für eine gute Option, künftig die Wohngebäudeversicherungen nur mit Elementarschadenversicherung anzubieten. Dann müssten Kunden aktiv wählen, wenn sie keine Elementarschadenversicherung wollen. Das ist im Kern auch der Vorschlag, den der Bund im Vorfeld des Bund-Länder-Treffens gemacht hatte. Bundeskanzler und Ministerpräsidenten konnten sich aber auf keinen gemeinsamen Ansatz verständigen. Gar keine Lösung ist aber die schlechteste Lösung, die Gespräche dazu müssen jetzt weitergehen." **DK**

Bayerische Variante der Grundsteuer bleibt in der Diskussion:

Bürgerbeauftragter Fackler antwortet

Der Artikel „Bürger sollten sich rechtzeitig für angepasste Hebesätze einsetzen" in GZ 9/2024 vom 03.05.2024 auf Seite 8 veranlasste Haßfurts Ersten Bürgermeister Günther Werner zu einer Replik an den CSU-Abgeordneten Wolfgang Fackler https://t1p.de/bdsqj. Nun hat der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung geantwortet. Wir veröffentlichen auch dieses Schreiben im Wortlaut:



Wolfgang Fackler, MdL; Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung. Bild: Bayerische Staatskanzlei

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in oben genannter Angelegenheit komme ich zurück auf Ihr Schreiben vom 17. Mai 2024, das auch in der Bayerischen GemeindeZeitung vom 6. Juni 2024 veröffentlicht wurde. In diesem Schreiben weisen Sie auf Schwierigkeiten der Kommunen bei der Anpassung der Hebesätze im Zuge der Grundsteuerreform ab 2025 hin. Zudem äußern Sie die Sorge, dass eine mögliche Unterschreitung des Nivellierungshebesatzes von derzeit 310 Prozent bei der Festlegung der neuen Hebesätze zu Nachteilen beim kommunalen Finanzausgleich führen könnte.

Vorab möchte ich betonen, dass mein in der Bayerischen GemeindeZeitung vom 3. Mai 2024 veröffentlichter Beitrag zur Grundsteuer keinesfalls den Zweck verfolgte, den Kommunen die Schuld für mögliche Mehrbelastungen zuzuweisen. Als Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung ist es mir jedoch ein großes Anliegen, mögliche Missverständnisse durch rechtzeitige Kommunikation auszuräumen. Meine Erfahrung zeigt, dass Ärger und Unmut meist dort am größten sind, wo Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, nicht ausreichend informiert und nicht in Entscheidungsprozesse einbezogen worden zu sein.

Nach Rücksprache mit dem Bayerischen Staatsministerium für Finanzen und Heimat kann ich Ihnen mitteilen, dass sich die Bayerische Staatsregierung der von Ihnen beschriebenen Thematik bezüglich des Nivellierungshebesatzes bewusst ist. Man kann deshalb jetzt schon davon ausgehen, dass der bisherige Nivellierungshebesatz von 310 Prozent nicht mehr sachgerecht sein wird. Somit war Ihr Einwand natürlich völlig berechtigt, da dies in der öffentlichen Debatte bisher selten bis kaum angesprochen wurde. Auswirkungen auf die Finanzausgleichsleistungen werden die Einnahmen aus der Grundsteuer für das Jahr 2025 jedoch erst ab dem Jahr 2027 haben. Bis dahin gilt es, das System des Nivellierungshebesatzes zu überprüfen und auf Basis einer soliden Datengrundlage gegebenenfalls eine neue Regelung zu treffen.

Das Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist es dabei, Verwerfungen zu vermeiden und insbesondere diejenigen Gemeinden, die insgesamt aufkommensneutrale Hebesätze festgelegt haben, beim kommunalen Finanzausgleich nicht zu benachteiligen. Die Neuregelung wird, das hat mir das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat versichert, selbstverständlich in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden entwickelt werden. Insofern lautet meine Empfehlung an die Gemeinden, die Planungen für die ab 2025 geltenden Hebesätze unabhängig von der aktuell geltenden Regelung des Nivellierungshebesatzes voranzutreiben.

Es ist mir bewusst, dass es dabei selbst bei einem innerhalb der Gemeinde insgesamt aufkommensneutral ausgestalteten Hebesatz im Einzelfall zu Belastungsverschiebungen kommen wird. Aufgrund des neuen Berechnungsmodells ist dies jedoch unvermeidbar.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass der Bayerische Landtag mit Artikel 8 des Bayerischen Grundsteuergesetzes (BayGrStG) eine zusätzliche Erlassregelung geschaffen hat. Diese ermöglicht es den Gemeinden, in Einzelfällen, in denen allein aufgrund des Systemwechsels eine unangemessen hohe Steuerbelastung eintritt, die Grundsteuer im eigenen Ermessen ganz oder teilweise zu erlassen." ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Landrat Willibald Gailler
Landkreis Neumarkt i. d. OPf
am 11.07.

Bürgermeister Wilhelm Friedrich
Markt Zeitlofs
am 16.07.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Preischl
Stadt Greding
am 09.07.

Bürgermeisterin
Waltraud Amrhein
Gemeinde Dammbach
am 12.07.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Meiler
Gemeinde Flossenbürg
am 15.07.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christoph Kraus
Gemeinde Eggstätt
am 15.07.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Steffen Kropp
Markt Rentweinsdorf
am 13.07.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Englram
Gemeinde Langdorf
am 16.07.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Sommer – Ferien – Filme!

Landesmediendienste versenden kostenlosen Ferienfilmkoffer

Für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen bieten die Landesmediendienste Bayern wieder den kostenlosen Ferienfilmkoffer an. Das Angebot richtet sich an alle bayerischen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendorganisationen, aber auch an Kliniken, Heime, Eltern- und Familienbildungsstätten, Mütter-/Väter- und Nachbarschaftstreffs. Der Ferienfilmkoffer enthält eine Auswahl von 15 Filmen, nach Themen oder Wunschtiteln zusammengestellt, die alle mit dem nichtgewerblichen öffentlichen Vorführrecht ausgestattet sind.

Der Ferienfilmkoffer kann auf Wunsch direkt an die Freizeitstätte gesendet werden. Solange der Vorrat reicht. Versand 29. Juli (bei Bedarf früher), letzte Bestellmöglichkeit: 2. August. Reservierung: Tel. 089 3816090, info@mediendienste.info, oder mit dem Bestellblatt „Ferienfilmkoffer 2024" auf www.mediendienste.info/Aktuelles/Infomaterial. ❐

Sonder-Bauministerkonferenz in Berlin:

Neubau beleben

Die Themen Wohngeld und wirksame Instrumente zur Bekämpfung der Krise im Neubau bildeten die Schwerpunkte einer Sonder-Bauministerkonferenz (BMK) in Berlin. Laut dem BMK-Vorsitzenden, Bayerns Bauminister Christian Bernreiter, ist es vor allem beim komplizierten Wohngeldrecht wichtig, schnell echte Verbesserungen zu sehen. Schließlich herrsche über ein Jahr nach Inkrafttreten der Wohngeldreform in vielen Wohngeldbehörden noch immer ein großer Antragsstau mit langen Bearbeitungszeiten.

Der Bund hat Bernreiter zufolge zwar begonnen, einzelne Maßnahmen zu prüfen, eine umfassende Vereinfachung sei jedoch nicht erkennbar. „Deshalb haben wir den Bund nochmals aufgefordert, auf der BMK am 26. und 27. September in Passau einen konkreten Zeitplan für eine Reform vorzulegen."

Bund soll höheren Wohngeld-Anteil tragen

Neben Bayern fordern fünf weitere Länder die Bundesregierung auf, einen höheren Anteil als 50 Prozent an dem Wohngeld zu übernehmen. Die vollständige Übernahme der Kosten für das Wohngeld durch den Bund wäre nur gerecht und sei daher anzustreben, hieß es.

Außerdem tauschten sich die Länder über ihre Initiativen zur Förderung des Wohnungsbaus aus. Die Landesmittel wurden aufgestockt, Förderkonditionen verbessert und Erleichterungen in den Landesbauordnungen verankert. Gleichwohl bedarf es weiterer Anstrengungen, damit ausreichend Wohnraum und verstärkt bezahlbare Wohnungen geschaffen werden können. Ein zentrales gemeinsames Ziel ist daher die Senkung der Wohnungsbaukosten unter anderem durch einen Abbau der hohen Pflichtstandards.

Voraussetzungen für „Gebäudetyp E"

Die Bauministerkonferenz forderte den Bund daher auf, die zivilrechtlichen Voraussetzungen für den „Gebäudetyp E" zügig bereitzustellen. Zudem seien verbesserte und vereinfachte Rahmenbedingungen sowie verlässliche und ausreichend ausgestattete Förderprogramme des Bundes notwendig. Dazu zähle insbesondere eine dauerhafte Mittelausstattung in der sozialen Wohnraumförderung. Die Sonder-BMK machte deutlich, dass diese rechtzeitig für 2025 und 2026 mit den Ländern abgestimmt werden soll.

Novellierung des Baugesetzbuches

Zudem ist es aus Sicht der Länder unerlässlich, die bereits 2023 angekündigte umfassende Novellierung des Baugesetzbuches zu vollenden. Länder und Kommunen benötigten vor allem eine Entfristung der Maßnahmen des Baulandmobilisierungsgesetzes sowie praxisgerechte Verbesserungen in der Bauleitplanung.

Bei der Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie und der Energieeffizienzrichtlinie ist den Ländern wichtig, dass keine überhöhten Anforderungen an den Neubau und die Sanierung von Gebäuden gestellt werden. Nach den Worten des BMK-Vorsitzenden Bernreiter „muss der Bund berücksichtigen, dass sich die Situation im Bausektor aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich verschärft hat. Die Richtlinien müssen deshalb unbürokratisch umgesetzt werden, um keinen weiteren Hemmschuh beim Wohnungsbau zu schaffen. Die Sonder-BMK fordert, dass die Länder hier frühzeitig und unmittelbar beteiligt werden."

Keine Förderkonkurrenzen!

Frühzeitig eingebunden werden wollen die Länder auch bei einer sozialen Wohnraumförderung durch die EU. Zwar begrüßen sie, wenn die EU den sozialen Wohnungsbau durch Erleichterungen im Beihilferecht oder durch verstärkte Förderung zum Beispiel der europäischen Investitionsbank unterstützt. Da bei diesem Thema die Länder federführend zuständig sind, ist ihnen aber gleichzeitig wichtig, dass keine Förderkonkurrenzen entstehen und das jeweilige föderale Förderregime beachtet wird. **DK**

Bundesweites Klimaanpassungsgesetz

Am 1. Juli 2024 trat das erste bundesweite Klimaanpassungsgesetz in Kraft. „Damit erhält Deutschland erstmals einen verbindlichen Rechtsrahmen für die Klimaanpassung des Bundes, der Länder und der Kommunen", heißt es in einer Pressemeldung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). Das Gesetz schaffe die Grundlagen dafür, dass alle Verwaltungsebenen strategisch Vorsorge gegen die Folgen der Klimakrise treffen und verankert erstmals die Anpassung an die Folgen der Klimakrise als staatliche Aufgabe im Bundesrecht.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke geht davon aus, dass dieses „Klimaanpassungsgesetz" den Menschen helfe, sich besser auf die Folgen der Klimakrise vorzubereiten und Risikovorsorge zu treffen. Dass Stadtgrün Schatten spendet und Kühlung bringt, ist nicht ganz neu; aber man kann es nicht oft genug betonen. Das gilt auch für die Schwammstädte, die bei Starkregen Wasser aufnehmen und für Dürrezeiten speichern.

Vorsorgende Klimaanpassungsstrategie

Für soziale Einrichtungen wie Altenheime, Kitas oder Krankenhäuser werden Hitzeaktionspläne erstellt. „Wir brauchen einen guten Hochwasser- und mehr natürlichen Klimaschutz. Für die Risikovorsorge und gezielte Klimaanpassungsmaßnahmen ist es wichtig, klar zu regeln, welche staatliche Ebene wo handeln muss", schreibt das BMUV. „Mit dem Klimaanpassungsgesetz verpflichtet sich die Bundesregierung, eine vorsorgende Klimaanpassungsstrategie mit messbaren Zielen vorzulegen, regelmäßig zu aktualisieren und fortlaufend umsetzen. Außerdem müssen künftig die Folgen der Klimakrise bei Planungen berücksichtigt und Klimaanpassungskonzepte vor Ort entwickelt werden. Diese und weitere Vorsorgemaßnahmen gegen die Folgen der Klimakrise sind angesichts von Wetterextremen wie Starkregen und Hitze das Gebot der Stunde." Ziel des Gesetzes sei die flächendeckende Vorsorge in Deutschland gegen die Folgen der weltweiten Klimaerwärmung.

Länder in der Pflicht

Das Gesetz berücksichtige, dass die Betroffenheit und die Gegebenheiten von Region zu Region sehr unterschiedlich sind und legt daher einen Schwerpunkt darauf, eine passgenaue Klimaanpassung vor Ort zu stärken. Dafür werden die Länder beauftragt, mit Bezug zu Gebieten der Gemeinden und Kreise Anpassungskonzepte mit Maßnahmenplänen erstellen zu lassen. Grundlage hierfür seien Risikoanalysen, die die lokalen Gegebenheiten berücksichtigen. Nach dem Klimaanpassungsgesetz werden auch alle Länder jeweils eigene Klimaanpassungsstrategien vorlegen und umsetzen [sic!]. „Die vorsorgende Klimaanpassungsstrategie des Bundes mit messbaren Zielen wird aktuell von allen beteiligten Bundesressorts entwickelt und soll voraussichtlich zum Ende dieses Jahres verabschiedet werden", verkündet die Pressestelle.

Berücksichtigungsgebot

Als weiteres Instrument zur Stärkung der Klimaanpassung in Deutschland haben Träger öffentlicher Aufgaben bei ihren Planungen und Entscheidungen das Ziel der Klimaanpassung fachübergreifend und integriert zu berücksichtigen (Berücksichtigungsgebot). Dabei sollen sie auch im Rahmen ihrer Maßnahmen darauf hinwirken, bereits versiegelte Böden, deren Versiegelung dauerhaft nicht mehr notwendig ist, in den natürlichen Bodenfunktionen wiederherzustellen und zu entsiegeln, soweit dies erforderlich und zumutbar ist.

Das Klimaanpassungsgesetz soll die Planung und Steuerung von Maßnahmen der Klimaanpassung in ganz Deutschland regeln. Die Sicherung der Finanzierung der „erforderlichen Maßnahmen", die normalerweise vor Rechtsgültigkeit eines Gesetzes sichergestellt sein muss, wird „als nächster Schritt" angekündigt. „In der Umweltministerkonferenz wird diskutiert, ob die Beteiligung des Bundes an dieser langfristigen Aufgabe durch die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz abgesichert werden sollte", lässt Lemke verlauten. „Wer bestellt, bezahlt", sagte der frühere Bundespräsident Roman Herzog. Daraus entwickelte man in Bayern das Konnexitätsprinzip.

BMUV ergänzt „modellhaft"

Neben den für Länder und Kommunen verpflichtenden Regeln möchte das BMUV „über das Gesetz hinaus … auch weiterhin Länder und Kommunen bei der Erstellung von Klimaanpassungskonzepten durch eigene Förderprogramme und durch das Zentrum KlimaAnpassung (ZKA) unterstützen". Mit der Förderrichtlinie „Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels" solle „gezielt die strategische Steuerung der nachhaltigen Anpassung an den Klimawandel in Kommunen mithilfe nachhaltiger kommunaler Anpassungskonzepte weiter vorangebracht werden". Unter anderem fördert dieses Programm den Einsatz von „Klimaanpassungsmanager*innen" [sic!]. Mit Hilfe der Förderrichtlinie „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen (AnpaSo)" möchte das BMUV ferner modellhaft dazu beizutragen, akute klimatische Belastungen in sozialen Einrichtungen abzumildern und diese auf zukünftige klimatische Veränderungen vorzubereiten.

Informationen auf der Themenseite des BMUV unter: https://www.bmuv.de/WS7195 ❐

GZ KOLUMNE Franz Löffler

Liebe Leserinnen und Leser,



als Verwaltungsbeamter der Stadt Waldmünchen habe ich den Fall des „Eisernen Vorhangs" mit eigenen Augen vor Ort in Waldmünchen/Höll am Grenzzaun erlebt. Am 26. Januar 1990 wurde der Grenzübergang symbolisch wieder geöffnet, die offizielle Grenzöffnung erfolgte mit einem Festakt am 1. August 1990.

Diese Zäsur der Weltgeschichte und die daraus folgende Entwicklung konnte ich als Bürgermeister von Waldmünchen (2002 bis 2010), Bezirkstagpräsident der Oberpfalz (seit 2008), Landrat des Landkreises Cham (seit 2010) und als Präsident des Bayerischen Bezirketags (seit 2018) gemeinsam mit zahlreichen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus Bayern und Tschechien aktiv mitgestalten.

Erfolgreiche Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Die Entwicklung oberpfalz-tschechischer Beziehungen seit 1990

Wir sollten aber nie vergessen: Damals wie heute sind es die Menschen, die durch Zuversicht, Fleiß und Vertrauen die Veränderungen im deutsch-tschechischen Miteinander vorangebracht haben.

Erfolgreicher Handel gleichberechtigter Partner

Rund ein Drittel der tschechischen Exporte geht seit langem in die Bundesrepublik, und deutsche Unternehmen beschäftigen knapp eine halbe Million Menschen in Tschechien. Auch für die deutsche Seite ist die Verflechtung wichtig: Im Jahr 2023 war die Tschechische Republik gemessen am Handelsumsatz der zehntgrößte Handelspartner Deutschlands. Für Bayern ist Tschechien beim Export der drittwichtigste Handelspartner (Quelle: Deutsch-tschechische Industrie- und Handelskammer).

Heute pflegen über 3.000 bayerische Unternehmen Geschäftsbeziehungen mit Tschechien; ungefähr 350 bayerische Firmen sind mit Niederlassungen in Tschechien vertreten. Davon haben 166 eigene Produktionsstätten. Die Region Pilsen und die Oberpfalz erwirtschaften zusammen jährlich weit über 60 Mrd. Euro.

Dynamischer Arbeitsmarkt mit hoher grenzüberschreitender Verflechtung

Der Quantensprung in der wirtschaftlichen Entwicklung lässt sich auch ablesen in der Historie der Arbeitslosenquote: Diese lag in den Wintermonaten vor der Grenzöffnung noch bei rund 50 Prozent im damaligen Landkreis Kötzting. Aktuell beträgt die Quote in der Oberpfalz 3,2 Prozent und in der Region Pilsen 2,9 Prozent.

Mehr als 28.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Tschechischen Republik sind sozialversicherungspflichtig im bayerischen Grenzraum beschäftigt. Allein in den Landkreis Cham pendeln täglich rund 5.700 Menschen aus der Tschechischen Republik bzw. dem Nachbarbezirk Pilsen ein. Auch der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Grenze in entgegengesetzter Richtung überqueren, steigt.

Zusammenarbeit konkret

Einen wichtigen Beitrag leisten dazu die beim Bezirk Oberpfalz mit Unterstützung des Bayerischen Finanzministeriums eingerichteten Beratungsbüros. Diese beraten kleine und mittelständische Unternehmen gezielt zu Fördermöglichkeiten und begleiten bei der Umsetzung innovativer Projektideen. Seit 2016 konnten 57 Unternehmen in der Region Fördermittel in Höhe von 9,3 Millionen Euro einwerben.

Auch der Bezirk Pilsen punktet mit hochwertigen Einrichtungen wie der Westböhmischen Universität (gegründet 1991), die vier eigene Forschungszentren unterhält. Allein in den letzten Jahren konnten 113 Patente angemeldet werden.

Ein weiterer Motor der Zusammenarbeit ist die im Sommer 2012 gegründete Europaregion Donau-Moldau (EDM). Die Oberpfalz, der Bezirk Pilsen und fünf weitere Regionen aus Bayern, Österreich und der Tschechischen Republik ergreifen die Initiative bei Zukunftsthemen wie Industrie 4.0., Gesundheit oder Digitalisierung. Seit Sommer 2023 unterstützt der Bezirk auch die Regionalkooperation Oberpfalz-Pilsen, die seit 2001 zwischen der Regierung der Oberpfalz und dem Bezirksamt Pilsen besteht. Vertreter des Bezirks leiten die Arbeitsgruppen „Kultur" und „Soziale Dienste".

Im April 2023 hat der Beirat für grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik seine Arbeit aufgenommen, dessen stellvertretenden Vorsitz ich seit der Gründung innehabe. Konkrete Erfolge gelungener Kooperation sind zum Beispiel der grenzüberschreitende Rettungsdienst und das Feuerwehrwesen. Im Rettungswesen sichert die Zusammenarbeit eine schnelle Erstversorgung der Bevölkerung im Grenzraum. So kann über eine spezielle Kommunikationssoftware mit dem Namen Babylon 2 eine grenzüberschreitende Verständigung und Alarmierung gewährleistet werden. In mehr als 720 Einsätzen haben verletzte Bürgerinnen und Bürger bisher davon profitiert.

Wir sind auf einem sehr guten Weg, weil Wirtschaft, Politik und die Menschen beiderseits der Grenze vorankommen wollen für Frieden, Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand. Bilanziert man die Erfolge der Zusammenarbeit kann man feststellen: Die Grenzöffnung 1989/90 war das größte Wirtschaftsförderprogramm aller Zeiten für beide Länder.

Ihr Franz Löffler
Bezirketagspräsident und
Bezirkstagspräsident der Oberpfalz
sowie Landrat des Landkreises Cham

Zensus 2022 für Bayern:

Innenminister Herrmann stellt zentrale Ergebnisse vor

Bevölkerung im Freistaat ist gewachsen und älter geworden
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat die Ergebnisse des Zensus 2022 für Bayern im Bayerischen Landesamt für Statistik in Fürth vorgestellt. Eine der zentralen Botschaften laut Herrmann: „Die Bevölkerung im Freistaat ist gewachsen, aber auch älter geworden." So stieg die Bevölkerungszahl im Freistaat seit dem letzten Zensus vor elf Jahren zum Stichtag 15. Mai 2022 um knapp 5,2 Prozent auf rund 13,04 Millionen Menschen.

Das größte Wachstum verzeichneten die Regierungsbezirke Oberbayern mit 8,1 Prozent (350.822 Personen) und Schwaben mit 6,4 Prozent (113.806 Personen). Bis auf Oberfranken (-1,5 Prozent, 16.011 Personen) ist die Bevölkerung in allen Regierungsbezirken gewachsen. „Die Zensus-Ergebnisse bestärken uns darin, die Attraktivität aller Regionen Bayerns im Blick zu haben und vor allem auch außerhalb der Ballungszentren zu erhöhen", fasste der Minister zusammen. „Unser Ziel sind möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land."

Zuzug aus dem Ausland

Das Gros des Bevölkerungsanstiegs ist laut Herrmann auf den Zuzug aus dem Ausland zurückzuführen. Etwa 1,86 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft wohnten zum Stichtag 2022 in Bayern (14,3 Prozent der Gesamtbevölkerung), davon knapp 964.000 Erwerbstätige sowie gut 293.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. 2011 waren es 1,02 Millionen (8,2 Prozent der Gesamtbevölkerung), davon 569.000 Erwerbstätige sowie 119.000 unter 18-Jährige. „Wir brauchen angesichts der demografischen Entwicklung den Zuzug ausländischer Fachkräfte", betonte Herrmann. „Die illegale unkontrollierte Migration stellt uns aber vor große Herausforderungen und bringt unsere Kommunen sowie unser Sozialsystem an die Belastungsgrenze. Umso wichtiger ist ein grundlegender Kurswechsel in der Migrationspolitik seitens der Bundesregierung!"

Steigendes Durchschnittsalter

Nach den Ergebnissen des Zensus 2022 betrug das durchschnittliche Alter in Bayern 43,7 Jahre. „Wir liegen damit noch unter dem Bundesdurchschnitt mit 44,3 Jahren, müssen aber auch feststellen, dass die bayerische Bevölkerung im Durchschnitt um mehr als ein Jahr ge-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gutes Altwerden ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Jung, erster stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. „Mobilität bedeutet Lebensqualität und hat viele Gesichter: Gehen, Fahrradfahren, E-Bike, E-Rollator, Auto, Bus, Tram und Bahn. Eine generationengerechte Mobilität funktioniert nur über die gesamte Mobilitätskette."

Generationengerechte Mobilität

Die Mobilitätsbedürfnisse älterer Menschen sind heterogen, sie sind bestimmt von der Raumstruktur in Stadt und Land, abhängig von der Gesundheit, vom sozialen Umfeld, vom Wohnumfeld im Quartier. Kurze Wege sind entscheidend – zum Einkauf, zum Arzt, zu Konzert, Theater oder Freizeitaktivitäten. Städte und Gemeinden stehen dabei vorunterschiedlichen Herausforderungen. Während in Ballungsräumen meist ein gut funktionierender öffentlicher Nahverkehr vorhanden sei und es dort darum gehe, das Angebot seniorengerecht und barrierearm zu gestalten, ist es in ländlichen Gebieten Jung zufolge oft nicht möglich, den öffentlichen Nahverkehr adäquat anzubieten, weshalb Senioren häufig auf das Auto angewiesen seien. Bayerische Kommunen hätten sich bereits auf den Weg gemacht und böten Ruf- oder Flexibusse an, um allen Menschen mehr Möglichkeiten der Mobilität zu geben. „Künftig werden Modelle, wie autonomes Fahren, fahrerlose Züge oder Busse hinzukommen", so der Vizepräsident.

Seinen Ausführungen zufolge müssen Bund und Freistaat die Investitionen mit mehr Regionalisierungsmitteln und mit der besseren Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs deutlich erhöhen. Nur so könne der öffentliche Nahverkehr einen besseren Beitrag in Stadt und Land leisten.

Bund und Freistaat sind gefordert

Generationengerechte Mobilität umfasse Verkehrsanlagen an Bahnhöfen, Haltestellen für Bus, Tram und U-Bahnen, akustische und visuelle Signale an Haltestellen und in Bussen, Toiletten an Bahnhöfen und Plätzen. Und schließlich müssten die Ziele barrierefrei sein – Ärztehäuser, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Geschäfte, Konzerthallen, Schwimmbäder. Barrierefrei müsse auch das Ticket für Bus und Bahn sein, „denn Digitalisierung ist kein Allheilmittel", bemerkte Jung.

„Kommunen geben Hilfe zur Selbsthilfe, um Seniorinnen und Senioren durch Höhen und Tiefen zu begleiten", unterstrich der zweite stellvertretende Vorsitzende, Weilheims Erster Bürgermeister Markus Loth. Wichtig für ein langes gesundes Leben seien Prävention und Vermeidung von Risikofaktoren. Die Förderung körperlicher Aktivität und Mobilität sei elementar – in der Reha, im Pflegeheim und Zuhause.

Pflege fit für die Zukunft und bezahlbar machen

Wenn Prävention nicht mehr hilft, müsse für Seniorinnen und Senioren eine flächendeckende wohnortnahe medizinische Versorgung gesichert sein, was sich derzeit jedoch ungünstig entwickelt, so Loth: Bei Krankenhäusern stünden Kommunen vor enormen Herausforderungen, sie seien als Träger oft zu Ausfallbürgen geworden. Bei hausärztlicher Versorgung gälten 25 von 204 Planungsbereichen in Bayern bald als unterversorgt. Die Zahl der Apotheken sinke, Lieferservice und Internet seien nur bedingt Alternativen, da die persönliche Beratung häufig fehlt.

„Eine große Welle rollt bei der Pflege auf uns zu. Immer mehr Pflegebedürftige kommen auf immer weniger Pflegepersonal. Es ist höchste Zeit, die Pflege fit für die Zukunft zu machen", bemerkte der stellvertretende Verbandschef. Es brauche zusätzliche Unterstützung für Angehörige und ein System vernetzter Versorgungsformen, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten. Ein wichtiger Baustein sei die wohnortnahe ambulante und stationäre Pflege. Der Pflegeberuf müsse attraktiver sein. Bürokratie sei abzubauen, etwa bei der Anerkennung von ausländischen Pflegeabschlüssen. Mut für neue Wege, wie die Einführung einer Gemeindeschwester, die mit Hilfestellungen die Pflegebedürftigkeit lindern kann, sei vonnöten.

Die Pflege muss für Pflegebedürftige bezahlbar sein. Es dürfe nicht zur Regel werden, dass der Sozialhilfeträger einspringen muss, betonte Loth. Steigende Sozialhilfekosten schränkten kommunale Handlungsspielräume ein. Hier sei die Pflegeversicherung angemessen auszugestalten. Auch sei die Finanzierung der Langzeitpflege sicherzustellen.

Die angesprochenen Schwerpunktthemen fanden auch Eingang in eine Podiumsdiskussion, an der Sozialministerin Ulrike Scharf, die Neu-Ulmer Oberbürgermeisterin Katrin Albsteiger, ihre Regensburger Amtskollegin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, der Hersbrucker Bürgermeister Robert Ilg und Professor Dr. Andreas Kruse, Psychologe und Gerontologe von der Universität Heidelberg, teilnahmen.

Verbesserte Förderung in Bayern

Wie Staatsministerin Scharf betonte, lebten in Bayern aktuell 2,8 Millionen Bürger im Alter von über 65 Jahren in Bayern. In 20 Jahren werden es bereits 3,5 Millionen sein, d.h. ein Viertel der Bevölkerung. Diesem Umstand gelte es Rechnung zu tragen. So habe das bayerische Sozialministerium zum 1. Juni 2024 eine Neufassung der Förderrichtlinie „Selbstbestimmt Leben im Alter – SeLA" veröffentlicht. Neu ist insbesondere ein verbessertes Förderangebot für finanz- und strukturschwache Kommunen. Sie können künftig für seniorengerechte Quartierskonzepte nach Ablauf der vierjährigen Anschubfinanzierung eine jährliche Anschlussförderung beantragen.

Eine wichtige Rolle spielten neben den großen Themen Mobilität und Barrierefreiheit auch die Koordinierungsstelle Wohnen im Alter sowie die Teilhabe älterer Menschen in den Kommunen, sei es über das Ehrenamt oder Kontakte wie Mehrgenerationenhäuser.

Ehrenamtliche integrieren

Das Ehrenamt wird Rathauschef Ilg zufolge größtenteils von Menschen im höheren Alter mit entsprechend größerer Lebenserfahrung getragen. Jedoch werde in Hersbruck auch versucht, jüngere Bürger, die sich engagieren und Hilfestellung leisten, über eine Lenkungsgruppe einzubinden. Ein gutes Beispiel hierfür sei das Reparaturcafé.

„Bereits seit den 1990er Jahren verfügt Regensburg über ein eigenes Seniorenamt", berichtete Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer. „Wir bieten den hauptamtlichen Hintergrund für hohes Engagement in unserer Kommune." Exemplarisch nannte das Stadtoberhaupt den Treffpunkt Seniorenbüro, Aktivzentren für Senioren sowie das vom Seniorenamt organisierte Netzwerk „Regensburgs nette Nachbarn", bestehend aus Kirchengemeinden, Altenclubs, Nachbarschaftshilfe, Besuchsdiensten und Stadtteilkümmerern.

Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt zu schaffen, ist aus Sicht von Oberbürgermeisterin Albsteiger sehr wichtig. Im „Generationentreff" in Neu-Ulm versuche die ältere Generation, mit Schulen und Kindergärten in Kontakt zu treten und Kooperationsveranstaltungen durchzuführen. Die Stadt biete hierfür die entsprechenden Räumlichkeiten.

Generationenübergreifende Projekte

Ein ambitioniertes Bauprojekt stellt das „Heiners" in der Neu-Ulmer Innenstadt dar. In dem siebengeschossigen Bau sollen ab 2025 unter anderem die Stadtbücherei, rund 50 generationenübergreifende Wohnungen, ein Generationentreff mit Seniorenberatung, Cafes, Restaurants und Büros Platz finden. Angedacht ist darüber hinaus, die städtische Musikschule für Senioren ebenso zu öffnen wie auch in der VHS mehr Angebote für diese Altersgruppe zu schaffen.

Joachim Herrmann für aktive Seniorenpolitik

„Jeder Vierte in Deutschland ist aktuell 60 Jahre oder älter. Hierauf müssen wir mit einer aktiven Seniorenpolitik reagieren und die Weichen für ein gutes Leben im Alter stellen", hatte Kommunalminister Joachim Herrmann im Rahmen des Festabends betont. „Unsere Kommunen können hier einen großen Beitrag leisten, damit Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung wohnen können." Dazu zähle etwa eine altersgerechte Infrastruktur, aber auch die konsequente Einbindung von Seniorenbeiräten und -beauftragten. Besonders erfreulich für Herrmann: Fast alle bayerischen Gemeinden haben bereits eine Seniorenvertretung. „Hier müssen wir auch weiter ansetzen, das Engagement von Seniorinnen und Senioren noch stärker nutzen und von ihrem wertvollen Erfahrungswissen profitieren", betonte der Minister.

Nachwuchsgewinnung für die Kommunalpolitik

Laut Herrmann ist in diesem Zusammenhang auch die große Anzahl kommunaler Amtsträger über 60 Jahre beachtenswert: „In Bayern sind 629 von insgesamt 2.031 Ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bereits älter als 60 Jahre. In diesem Jahr kommen nochmals weitere 74 hinzu." In den 25 kreisfreien Städten zeige sich ein ähnliches Bild: „Auch hier werden Ende des Jahres zehn Oberbürgermeister über 60 Jahre alt sein." Hinzu komme, dass mehr als ein Viertel aller bayerischen Ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie sechs Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister bereits drei Amtsperioden oder sogar noch länger im Amt sind.

Mit Blick auf die kommenden Gemeinde- und Landkreiswahlen in weniger als zwei Jahren betonte Herrmann: „Angesichts des demographischen Wandels dürfen wir auch in der Kommunalpolitik die Nachwuchsgewinnung nicht aus den Augen verlieren." Gerade in der heutigen Zeit sei es wichtig, Nachwuchs zu finden, der bereit und fähig ist, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und die Zukunft der Gesellschaft mitzugestalten. „Hier sind wir alle gefragt: Wir müssen aktiver werden und unsere Werte wie Respekt, Menschlichkeit und Toleranz hochhalten, mit Leben füllen und verteidigen. Angriffe auf Kommunalpolitiker dürfen wir keinesfalls hinnehmen", forderte der Minister abschließend. **DK**

Innenminister Herrmann ...

(Fortsetzung von Seite 1)
altert ist. Die Geburtsjahrgänge der letzten elf Jahre sind geringer ausgefallen", so Herrmann. Hier machten sich nach Herrmanns Worten besonders regionale Unterschiede bemerkbar: In Schwaben und Oberbayern gebe es den größten Anteil von Kindern und Jugendlichen, das Durchschnittalter liege bei 43,6 beziehungsweise 42,8 Jahren. In anderen Regierungsbezirken falle die Alterung der Bevölkerung deutlicher aus, beispielsweise in Oberfranken mit 45,3 Jahren oder in Unterfranken mit 44,7 Jahren.

Wohn- und Lebenssituation

Auch die Wohn- und Lebenssituation der Menschen ist im Rahmen des Zensus untersucht worden. Demnach ist die Anzahl an Wohngebäuden auf mehr als 3,13 Millionen gestiegen, die Zahl der Wohnungen auf rund 6,41 Millionen. Erstmals wurden im Rahmen des Zensus auch Bestandsmieten aller Wohnungen abgebildet. „In ganz Bayern lag die durchschnittliche Nettokaltmiete bei 8,74 Euro", erklärte Herrmann. „Die Spanne der durchschnittlichen Nettokaltmiete pro Quadratmeter ist jedoch enorm und bewegt sich von 5,99 Euro in Oberfranken bis hin zu 10,95 Euro in ganz Oberbayern und sogar 12,89 Euro in München."

Informationen

Die Statistiken zum Zensus sind auch auf der Webseite des Bayerischen Landesamtes für Statistik (https://statistik.bayern.de/) abrufbar. Ausgewählte Zensus-Ergebnisse für die Regierungsbezirke wird das Landesamt auf Regional-Pressekonferenzen bekanntgeben. ❐

Inklusion im ...

(Fortsetzung von Seite 1)
satz und bei den Personalvorgaben der Ordnungsbehörden erforderlich: „Es wird immer schwerer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kliniken, Pflegeheimen und in der Eingliederungshilfe zu finden. Ich warne daher davor, die Qualität einer Leistung pauschal an der Menge der Mitarbeitenden zu messen. Hohe Personalvorgaben führen schon jetzt dazu, dass Einrichtungen schließen bzw. Plätze abbauen müssen, weil sie das vorgeschriebene Personal nicht mehr finden", gab der Präsident zu bedenken.

Bessere Ergebnisse durch Pooling

Laut einer aktuellen Studie bringt das Pooling von Schulbegleitern für die betroffenen Schüler bessere Ergebnisse als die Zuordnung einer Individualbegleitung. Dies zeige, dass es sich oft lohnt, die aktuelle Praxis auf den Prüfstand zu stellen. Konkret seien Prozesse in der sozialen und gesundheitlichen Daseinsvorsorge neu zu denken. Dafür werde die Unterstützung von Freistaat und Bund benötigt. Nur mit einem flexiblen Ordnungsrecht könnten jeweils passende Lösungen für die Bedarfe vor Ort gefunden werden.

Als weitere große Herausforderung nannte der Bezirketagschef die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt. Die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Höhe der Steuereinnahmen hielten der Ausgabenentwicklung insbesondere im Sozialbereich derzeit nicht stand. Löffler zufolge werden die Bezirke auf Dauer höhere staatliche Zuweisungen benötigen. Nur so könnten sie ihre Aufgaben insbesondere bei der Sicherstellung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und einer menschenwürdigen Pflege weiterhin gewährleisten, ohne die Umlagezahler zu überfordern.

In seiner Festrede hob Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann die vielfältige Arbeit der Bezirke als dritte kommunale Ebene hervor, die unmittelbar in das Leben der Bürgerinnen und Bürger hineinwirke. Mit umfassenden, wohnortnahen Leistungsangeboten ermöglichten sie Menschen mit Behinderung Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und förderten die Inklusion vor allem auch im Arbeitsleben. Zudem trügen sie erheblich zur gesundheitlichen Versorgung bei und unterhielten rund ein Fünftel aller Krankenhausbetten im Freistaat. Auch erfüllten sie wichtige Aufgaben bei der Kultur- und Heimatpflege in Bayern.

Unterstützung durch den Freistaat

Der Freistaat unterstütze die wichtige Arbeit der Kommunen und Bezirke nach Kräften, auch in finanzieller Hinsicht, bekräftigte der Minister. Zwar steige im laufenden Jahr die Umlagekraft der bayerischen Bezirke um durchschnittlich rund 7 Prozent, allerdings würden die Einnahmezuwächse durch den inflationsbedingten Preisanstieg und den Kaufkraftverlust erheblich geschmälert. Besonders laufende Ausgaben wie Personalkosten, Sozialausgaben oder die kommunalen Zinsausgaben nähmen kontinuierlich zu.

„Generell ist auch aufgrund der kommunalfreundlichen Politik der Staatsregierung die Finanzlage unserer Kommunen deutlich besser als in den meisten anderen Bundesländern", unterstrich Herrmann. Gleichwohl gelte es, die Entwicklungen weiter „mit wachem Auge zu beobachten", um die Kommunen weiterhin bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bestmöglich begleiten zu können. Einen wichtigen Beitrag hierzu leiste auch der kommunale Finanzausgleich, der trotz angespannter Haushaltslage des Freistaats für 2024 ein neues Spitzenniveau erreicht. So werden die Zuweisungen an die Bezirke um 10 Millionen Euro auf 716,5 Millionen Euro erhöht.

Potenziale besser nutzen

Beim Fachtag zur Inklusion im Arbeitsleben wies Präsident Löffler darauf hin, dass in Zeiten des Arbeits- und Fachkräftemangels das Potenzial von Menschen mit Einschränkungen besser genutzt werden müsse. „Durch die vielfältigen Perspektiven und Talente, die Menschen mit Behinderungen einbringen, wird Kreativität gefördert, Innovation vorangetrieben und ein Arbeitsumfeld geschaffen, das für alle fairer und gerechter ist."

Um inklusive Arbeitsplätze zu schaffen, bedürfe es neben der Bereitschaft der Arbeitgeber oft auch der richtigen Beratung bzw. Unterstützung. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) stelle das Selbstbestimmungsrecht der Menschen mit Behinderungen in den Vordergrund. Entsprechend ihren Wünschen, Bedürfnissen und Fähigkeiten hätten sie Wahlfreiheit, wie und wo sie am Arbeitsleben teilhaben. Als Träger der Eingliederungshilfe förderten die Bezirke deshalb bereits vielfältige Maßnahmen, um den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dafür sei ein starkes Netzwerk aus unterschiedlichen Akteuren notwendig.

Auch Dr. Markus Gruber, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, betonte, welch hoher Stellenwert der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung beigemessen wird: „Gemeinsam mit den bayerischen Bezirken arbeiten wir auf das Ziel einer inklusiven Gesellschaft hin. Dabei haben wir in Bayern schon vieles erreicht." Laut Inklusionsbarometer Arbeit 2023 der Aktion Mensch ist die Arbeitslosenquote bei Menschen mit Behinderung 2022 auf einen Tiefstwert von knapp unter 11 Prozent gesunken. Jedoch liegt sie noch immer mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote.

Projekt BÜWA

Laut Löffler riefen das Bayerische Sozialministerium, die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen, die Integrationsfachdienste, alle bayerischen Bezirke sowie der Bayerische Bezirketag im Jahr 2014 das Projekt BÜWA (Begleiteter Übergang aus der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt) ins Leben. Mit diesem Projekt soll für Menschen mit Behinderung der Weg aus der Werkstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtert werden. Zudem sollen Arbeitgeber motiviert werden, Menschen aus Werkstätten einzustellen. „Beim Projekt BÜWA war entscheidend, dass erstmals alle beteiligten Träger an einem Strang zogen. Aber auch bei anderen Angeboten wie beispielsweise dem Budget für Arbeit zeigt sich, dass der Schlüssel in der engen Kooperation aller beteiligten Akteure liegt", bemerkte der Verbandschef.

Individuelle Lösungen

Besonders die Bundesagentur für Arbeit spiele eine wichtige Rolle in diesem Zusammenspiel aus verschiedenen Akteuren. Mit einem breit gefächerten Portfolio an Unterstützungsmöglichkeiten würden gemeinsam mit den Unternehmen Lösungen gesucht, die genauso individuell sind, wie die Einschränkungen der Arbeitsuchenden.

Menschen mit einer Behinderung sollen nicht nur einen Arbeitsplatz finden, der zu ihnen passt, sondern dieser soll auch so ausgestaltet sein, dass sie ihr volles Potenzial entfalten können, unterstrich auch Dr. Markus Schmitz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit: „Durch vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten der Arbeitsagenturen und Jobcenter tragen wir dazu bei, dass Inklusion gelingt... Die enge Zusammenarbeit im Netzwerk der Eingliederungshilfe baut Hürden ab und bringt die Inklusion in der Gesellschaft voran."

Barrieren abbauen

Insbesondere bei den Übergängen von den Werkstätten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt sei das vorhandene Instrumentarium der Bundesagentur für Arbeit äußerst hilfreich und zielführend, betonte Löffler. Dies müsse auch für in Werkstätten beschäftigte Menschen gelten, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt – gegebenenfalls mit Unterstützung durch ein Budget für Arbeit – tätig werden wollen. Gemeinsames Ziel müsse sein, Barrieren abzubauen – seien es physische, kommunikative oder strukturelle Hürden. **DK**

Bilanzzahlen 2023 der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

Stabile Geschäftsentwicklung

Das Jahr 2023 war international weiterhin von wirtschaftlichen und politischen Krisen geprägt. Innerhalb der deutschen Wirtschaft führten geringere Exportnachfrage und inflationsbedingt zurückhaltender Privatkonsum im Jahresverlauf zu einer Rezession. Die fortgesetzten Leitzinsanhebungen der EZB milderten die Inflation ab, führten jedoch auch zu einer weiteren konjunkturellen Abkühlung. Im Großraum München und somit auch dem Geschäftsgebiet der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg ist diese insbesondere in der Immobilienbranche spürbar.

Das Kundengeschäftsvolumen der Kreissparkasse, welches sich aus Kundeneinlagen, Kundenkrediten und dem Volumen der Kunden-Wertpapierdepots zusammensetzt, stieg leicht um 0,6 Prozent (165 Millionen Euro) und betrug zum Jahresende 2023 rund 26,2 Milliarden Euro.

Der Bestand an Kundeneinlagen sank um 4,3 Prozent auf rund 10,7 Milliarden Euro. „Kundinnen und Kunden haben im vergangenen Jahr das gestiegene Zinsniveau genutzt und ihre kurzfristigen Einlagen verstärkt in mittel- bis langfristig ausgerichtete Anlageformen umgeschichtet“, erläutert Andreas Frühschütz, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse.

So stieg das Gesamtvolumen von Sparkassenbriefen mit Laufzeiten von einem bis zu zehn Jahren im Jahr 2023 weiter an auf rund 1 Milliarde Euro. Der Anteil täglich fälliger Anlagen auf den Konten der Kundinnen und Kunden sank bis zum Jahresende auf rund 74 Prozent. „Bei unserer Einlagenentwicklung kommt hinzu, dass viele Menschen in Folge schnell gestiegener Lebenshaltungskosten und teilweise noch nicht nachgezogener Löhne im vergangenen Jahr etwas weniger Geld zurücklegen konnten, als in den Vorjahren oder möglicherweise gar ihre Rücklagen antasten mussten“, fuhr Frühschütz fort.

Bei Krediten war ein leichter Rückgang von 1,1 Prozent im Gesamtbestand auf rund 10,4 Milliarden Euro zu verzeichnen. Insbesondere die Nachfrage nach neuen Wohnbaufinanzierungen ging unter dem Eindruck der weiteren Zinserhöhungen merklich zurück. „Bis zur Jahresmitte 2023 waren Finanzierungen bei weiterhin hohen Bau- und Kaufpreisen für viele Interessenten nicht mehr realisierbar“, so Frühschütz. „Marktbedingte Zinssenkungen sowie rückläufige Kaufpreise führten jedoch ab der zweiten Jahreshälfte zu einer Trendumkehr, so dass wir mittlerweile wieder deutlich mehr Kredite im Wohnbaugeschäft neu zusagen“, erläutert Frühschütz.

In den Wertpapierdepots der Kundinnen und Kunden spiegelte sich 2023 die positive Zinsentwicklung und der Aufwärtstrend an den Aktienmärkten wider. Während im Vorjahr noch ein Rückgang im Wertpapierbestand zu verzeichnen war, mündeten insbesondere Kursgewinne 2023 in einen Zuwachs um 17,2 Prozent und einen Gesamtbestand von rund 5,2 Milliarden Euro zum Jahresende.

Ertragsentwicklung

Die Zinsspanne als wichtigste Ertragsquelle der Kreissparkasse entwickelte sich 2023 positiv: Erwirtschaftet wurde ein Zinsüberschuss in Höhe von 220 Millionen Euro.

Das Provisionsergebnis verminderte sich gegenüber dem Jahr 2022 um rund 2 Millionen Euro auf 67 Millionen Euro. Hier machten sich vor allem die Auswirkungen der schwierigen Bedingungen auf dem Immobilienmarkt auf unsere Immobilienvermittlung bemerkbar. Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) bewegten sich mit 141 Millionen Euro leicht über dem Vorjahr (139 Millionen Euro).

Während im Vorjahr 2022 durch den abrupten Zinsanstieg noch ein hoher vorübergehender Abschreibungsbedarf auf unsere festverzinslichen Eigenanlagen im Wertpapierbereich ausgelöst wurde, konnte dieser 2023 in Folge der Zinsentwicklung zum Jahresende zu nennenswerten Teilen wieder wettgemacht werden.

Darüber hinaus ermöglicht das durch die Marktzinsentwicklung erzielte Ergebnis die weitere Stärkung der Reserven. „Mit unseren Überschüssen stärken wir vorausschauend unsere Rücklagen, um unsere Finanzierungskraft auch unter unsicheren Bedingungen zu erhalten und der regionalen Wirtschaft ein zuverlässiger und starker Partner zu bleiben“, so Frühschütz. „Zudem konnten wir aufgrund des guten operativen Ergebnisses auch die Vorsorgereserven wieder auffüllen, die wir im vergangenen Jahr zum Ausgleich vorübergehender Bewertungsabschläge auf unseren eigenen festverzinslichen Wertpapierbestand reduziert hatten.“

Von ihrem Ergebnis führt die Kreissparkasse voraussichtlich 42 Millionen Euro Steuern ab. Darin sind knapp 20 Millionen Euro Gewerbesteuer an die Kommunen im Geschäftsgebiet enthalten. Der verbleibende Jahresüberschuss in Höhe von rund 27 Millionen Euro wird den Rücklagen zugeführt.

„Wir blicken auf ein turbulentes Jahr 2023 zurück“, so der Vorstandsvorsitzende. „Das wieder anziehende Kreditgeschäft im vierten Quartal sowie das leicht abgesunkene Zinsniveau haben uns letztendlich ein positives Jahresergebnis beschert. Dies darf aber nicht über die erheblichen Herausforderungen unseres Umfelds hinwegtäuschen. Wir setzen weiterhin auf vorausschauende wirtschaftliche Planung und solide Margen als Grundlage dafür, unseren öffentlichen Auftrag auch künftig uneingeschränkt zu erfüllen.“

An der Seite der regionalen Wirtschaft

Unternehmerische Kunden der Kreissparkasse standen 2023 großen Herausforderungen in Verbindung mit sinkenden Exporten, steigenden Zinsen, einer schwächelnden Konjunktur und einem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel gegenüber. Das gestiegene Zinsniveau stellt insbesondere die im Immobiliensektor tätigen Kunden, aufgrund von Preiskorrekturen und schwacher Nachfrage, vor große Herausforderungen. Die nach wie vor nicht beseitigte Wohnraumknappheit, steigende Tariflöhne und im Langfristvergleich nach wie vor moderate Bauzinsen sollten mittelfristig hier jedoch für eine Entspannung sorgen.

„Angesichts der Unwägbarkeiten im nationalen und internationalen Umfeld wollen wir unseren mittelständischen Kunden verlässlich und bedarfsgerecht zur Seite stehen“, erklärt Andrea Felsner-Peifer, die im Vorstand der Kreissparkasse das Geschäft mit unternehmerischen Kunden verantwortet. Der gesetzlich vorgegebene Weg hin zu Klimaneutralität und Dekarbonisierung stelle die Unternehmen in den kommenden Jahren vor wahre Mammutaufgaben. „Die Transformation unserer Wirtschaft wird mittel- bis langfristig erhebliche Investitionen erfordern. Wir begleiten unsere Kunden bei den Entscheidungen und Vorhaben, die in diesem Zusammenhang zu realisieren sind“, so Felsner-Peifer. „Dazu zählen zum Beispiel Investitionen in Gebäude zur Verbesserung der Energieeffizienz oder zur Umstellung der Energieversorgung.“

Ausbau von Kundenberatung und -service

Kundinnen und Kunden bedarfsgerecht zu beraten ist erklärtes Ziel der Kreissparkasse. Mit einer qualifizierten Beratung im unternehmerischen Generationenmanagement sowie für Ausübende von Heilberufen hat sie ihr Angebot weiter ausgebaut. Auch die Teams im telefonischen Service-Center für Privatkunden sowie im BusinessCenter für Firmenkunden werden sukzessive verstärkt. Diese stehen von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr zur Verfügung. Als bequeme Alternative zum Besuch einer Filiale dienen darüber hinaus die mehrfach ausgezeichnete Banking-App Sparkasse sowie das Online-Banking.

Nachhaltig in die Zukunft

Die Kreissparkasse hat sich den Weg zur Klimaneutralität auf die Fahnen geschrieben: Nicht vermeidbare Restemissionen kompensiert die Kreissparkasse seit 2023 freiwillig über die Aktion Zukunft+ der Landkreise München und Ebersberg in Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen Energieagentur Ebersberg-München gGmbH. Erklärtes Ziel ist, bis zum Jahr 2035 den eigenen Geschäftsbetrieb CO2-neutral zu gestalten. Erreicht werden soll dies unter anderem durch Energieeffizienz und -einsparung, beispielsweise durch weitere Flächenreduzierung im Rahmen von Home Office.

Ihren Papierverbrauch reduziert die Kreissparkasse bereits seit Jahren durch erhebliche Investitionen in die Digitalisierung, beispielsweise bei Kontoauszügen oder Kundenbriefen. Auch Emissionen ihrer Beschäftigten auf dem Arbeitsweg hat die Kreissparkasse im Blick und subventioniert zur Förderung klimafreundlichen Pendelns seit Juli 2023 allen Mitarbeitenden das Deutschlandticket.

Fachkräfte im Fokus

Die Kreissparkasse sucht seit Jahren zunehmend qualifiziertes Personal für Beratung und Service. Das Thema rückte 2023 strategisch weiter in den Fokus: „Mit Blick auf die demografische Entwicklung allgemein und die Altersstruktur unserer Belegschaft arbeiten wir mit Hochdruck daran, die Kreissparkasse als attraktive regionale Arbeitgeberin zu positionieren“, so Frühschütz.

Über eine Million Euro investierte die Kreissparkasse zwischen 2021 und 2023 in die technische Infrastruktur, um mobiles Arbeiten zu ermöglichen. „Daneben bieten wir erhebliche Zusatzleistungen wie Zuschüsse zur Verpflegung, zu Fitnessangeboten oder eben das Deutschlandticket, die unser bestehendes attraktives Leistungspaket für Beschäftigte ergänzen“, so der Vorstandsvorsitzende weiter.

Gesellschaft/Soziales

Die Kreissparkasse engagiert sich für Soziales, Kultur, Bildung, Umwelt und Breitensport in ihrer Region: Mittels Spenden, Sponsoring und den vier gemeinnützigen Stiftungen der Kreissparkasse kamen 2023 über 1,2 Millionen Euro vielfältigen Initiativen, Einrichtungen und Vereinen zugute. Dazu zählten auch insgesamt 100.000 Euro, die im Rahmen der jährlichen Aktion „Spenden statt Weihnachtskarten“ ausgeschüttet wurden und im Dezember 2023 gezielt nachhaltigen Projekten und Initiativen aus der Region zugutekamen. So wurden etwa die Anschaffung einer Wärmebilddrohne zur Kitzrettung oder ein Projekt gegen Lebensmittelverschwendung gefördert.

Personelle Wechsel

Der Vorstand der Kreissparkasse ist seit April 2023 nun in neuer Zusammensetzung komplett: Andrea Felsner-Peifer, die zuletzt Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Freising Moosburg war, vervollständigte das dreiköpfige Vorstandsteam. Sie übernahm in ihrem Ressort unter anderem die Verantwortung für die Marktbereiche der unternehmerischen Kunden, das Private Banking und den Eigenhandel.

Eine Veränderung ergab sich auch im Verwaltungsrat der Kreissparkasse. Rolf Zeitler, Altbürgermeister von Unterschleißheim und Kreisrat, verstarb im Januar 2023 mit 79 Jahren. Sein Nachfolger ist Jan Neusiedl, 1. Bürgermeister der Gemeinde Grünwald.

Ausblick

„Wir leben in einer Zeitenwende: Die Entwicklungen der vergangenen Jahre, darunter die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, haben uns gelehrt, dass unvorhersehbare Ereignisse schnell unsere Tagesordnung bestimmen können. Gleichzeitig bauen wir in der Kreissparkasse auf unsere Erfahrung, dass wir mit umsichtigem und langfristig ausgelegtem Wirtschaften die beste Grundlage schaffen, uns für Herausforderungen zu rüsten“, stellte Frühschütz fest.

Im laufenden Geschäftsjahr 2024 seien die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch eine schwächelnde Konjunktur, kriselnde Immobilienwirtschaft sowie die starke Konkurrenz um Einlagen der Kundinnen und Kunden für die Kreissparkasse besonders herausfordernd. Grundsätzlich rechne die Kreissparkasse mit einem Ergebnis unter dem des Vorjahres.

„Wir kalkulieren als Basis für unser Handeln natürlich mit einer Vielzahl möglicher Szenarien, aber selten war die Lage in der Wirtschaft und an den Zinsmärkten so volatil wie derzeit. Wir setzen unsere umsichtige Planung weiter fort, um für alle Entwicklungen gerüstet zu sein“, so der Vorstandsvorsitzende abschließend. ❐

Finanzminister Füracker:

Abschaffung der Schuldenbremse löst längst nicht alle Probleme

Wirtschaftsleistung ankurbeln statt Zinslasten anhäufen

Nach Auffassung von Staatsminister Albert Füracker „sind die ewig monotonen Forderungen nach der Abschaffung der Schuldenbremse definitiv zu plump und lassen echten Reformwillen vermissen“. Deutschland sei auf intelligentere Ansätze angewiesen, um die derzeitigen Herausforderungen zu meistern.

Die Abschaffung der Schuldenbremse werde längst nicht alle Probleme lösen, so der Minister. „Man sieht dies auch am Beispiel des Bundes, der 2024 mit Zinszahlungen von über 37 Milliarden Euro kalkuliert - mehr als eine Verdoppelung seit 2022! Wir können es uns in Zeiten gestiegener Zinsen schlicht nicht leisten, alle nötigen Aufgaben mit immer neuen Schulden zu finanzieren. Auch in Folge verfehlter Wirtschaftspolitik ist Deutschland beim Wirtschaftswachstum im Vergleich mit anderen EU-Ländern und führenden westlichen Industriestaaten auf einen der hintersten Plätze zurückgefallen. Ich rufe alle Verantwortlichen in diesem Land auf, endlich alle Kraft darauf zu verwenden, wie wir wieder mehr Wirtschaftsleistung erreichen können. Nur so kann unser Sozialsystem dauerhaft finanziert und gleichzeitig deutlich mehr investiert werden“, machte Albert Füracker deutlich. ❐



Finanzierungs-
lösungen. Für Sie.

Sie gehen Ihren eigenen Weg.
Dabei unterstützen wir Sie und sorgen
für Liquidität, Schutz und Sicherheit.
Damit unsere Finanzierungen Sie noch
stärker machen.

Weil’s um mehr als Geld geht.

Finanzinstitute als Naturschützer

Biodiversität bietet Heimatbanken Chancen und testet ihre Glaubwürdigkeit

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Der Schutz der menschlichen Lebensgrundlagen ist kein neues Thema. In den Programmen der politischen Parteien Deutschlands ist es – zugebenermaßen in unterschiedlichen Nuancierungen – seit Jahrzehnten gesetzt. Für die Koalitionsverträge der regierungstragenden Parteien gilt seit etlichen Regierungsperioden auf Bundes- und Landesebene Gleiches. Jahr für Jahr beschäftigen sich internationale Institutionen und Konferenzen mal mehr, mal weniger aufmerksamkeitswirksam mit Umwelt- und Naturschutz. Und die Dringlichkeit des Themas wächst. Auch in Deutschland. Aufgrund menschlichen Einwirkens gelten hierzulande 70 Prozent der natürlichen Lebensräume als gefährdet, 40 Prozent der einheimischen Tierarten sowie 70 Prozent der Amphibien- und Reptilienarten als bedroht. Ein Viertel der heimischen Farn- und Blütenpflanzen ist bestandsgefährdet. Zahlreiche Tierarten und Pflanzenarten sind bereits ausgestorben.

Ohne die in Abermillionen Jahren gewachsenen biologischen Ökosysteme wird menschliches Überleben schwer, auch wirtschaftlich. Für das Weltwirtschaftsforum stellt ihr möglicher Verlust in den kommenden 10 Jahren ein wesentliches globales Risiko dar. Tritt das Risiko ein, wären die wirtschaftlichen Folgen immens. Davon jedenfalls geht die Weltbank aus und schätzt den jährlichen Verlust weltweit auf 2,7 Billionen US-Dollar, wenn nur drei Ökosysteme wie natürliche Bestäubung, Holz- und Fischangebot zusammenbrechen. Die Folge: Erhebliche Bremswirkungen auf die globale Wirtschaftsleistung.



Dr. Jürgen Gros. ©Barbara Obermaier

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen.

Naturschutz und die Bankenregulatorik

Alles Erkenntnisse, die schon seit längerem auch die Bankenregulatoren wie Europäische Zentralbank (EZB), Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), Deutsche Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sensibel aufnehmen. Die EZB geht davon aus, dass in der Eurozone 75 Prozent der Unternehmenskredite in hoher Abhängigkeit von mindestens einer Ökosystemleistung stehen. Die Logik der Aufseher: Kollabiert die Natur, drohen unterbrochene Produktions- und Lieferketten, womöglich Kreditausfälle und damit Instabilitäten im Bankensystem. Das wiederum läuft dem Ziel der Bankenaufsicht zuwider, die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors sicherzustellen. Ergo: Naturschutz hat – von Finanzinstituten mitunter kaum wahrgenommen – bereits Einzug in die Bankenregulatorik gehalten.

Die Verantwortlichen und Mitarbeitenden in den Banken werden schon allein deshalb nicht umhinkommen, in nächster Zeit ihren Wortschatz (und den ihrer Kunden) um ein Wort zu erweitern: Biodiversität. Also den Erhalt der Mannigfaltigkeit an Pflanzen, Tieren, Lebensräumen und der genetischen Vielfalt an Arten sowie Populationen.

Der Umgang damit in der Praxis wird für Kreditinstitute und ihre Kunden alles andere als einfach. Naturbezogene Risiken und Chancen zu messen ist zweifelslos nicht trivial. Ohne neue Kennzahlen, Steuerungsprozesse, Tools, Bewertungs- und Entscheidungskriterien sowie deren Dokumentation wird es nicht gehen. Leistbar ist es freilich allemal. Zumal der Zug längst abgefahren ist. Systemrelevante Banken müssen der EZB zeitnah aufzeigen, wie sie Biodiversitätsrisiken in ihr Risikomanagement integrieren. National beaufsichtigt Finanzhäuser haben dafür wohl noch einige Jahre Zeit. Gleichwohl wird auch an ihnen der Kelch nicht vorbeigehen, Anlage- und Kreditentscheidungen naturbezogen zu bewerten.

Indes auf Handlungsanweisungen der Aufseher zu warten, wird der Dimension des Themas ohnehin nicht gerecht. Insbesondere regional tätige Banken tun gut daran, eine intrinsische Motivation an den Tag zu legen, wenn es um Biodiversität geht. Längst nicht nur, um naturbezogene Risiken im Kreditportfolio zu erkennen und zu steuern. Angebote auf der Anlage- und Kreditseite, die zum schonenden Umgang mit der Natur motivieren, werden auch aus ganz anderem Grunde notwendig. Wer nämlich damit wirbt, für die Heimat Verantwortung zu übernehmen, dort verwurzelt zu sein, regionale Zukunft gestalten zu wollen, der steht unweigerlich in der Pflicht, den Erfordernissen der Biodiversität Genüge zu tun – wenn er denn in seinem Markenversprechen glaubwürdig sein möchte.

So gesehen wird der Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen zum strategischen Thema für Heimatbanken. Kreditgenossenschaften und Sparkassen, die Platzhirsche im Geschäft mit Mittelstand, Landwirten und Häuslebauer, bieten sich hier zahlreiche Ansatzpunkte. Biodiversität ist für sie ein Chancenthema. ❐

Standpunkte zum EU-Kapitalmarkt:

Kein Allheilmittel

Ein zu starker Fokus auf den Kapitalmarkt stellt für die deutsche, mittelständisch geprägte Wirtschaft aus Sicht des Genossenschaftsverbands Bayern nicht die passende Lösung dar. In ihrem aktuellen Positionspapier zur Europäischen Kapitalmarktunion weist der GVB darauf hin, dass ein einheitlicher europäischer Kapitalmarkt für den deutschen Mittelstand nur begrenzte Effekte haben werde. „Denn die externe Mittelstandsfinanzierung wird auch in Zukunft vor allem durch Bankkredite erfolgen."

„Im Firmenkundenbereich haben Regionalbanken einen Marktanteil von 70 Prozent. Der Mittelstand vertraut bei der Finanzierung seiner Hausbank. Während der Kapitalmarkt liberalisiert werden soll, wird die Kreditvergabe parallel durch immer strengere und bürokratischere Regulierung erschwert", heißt es in dem Papier. Diese gegenläufige Entwicklung sei nicht im Sinne kleiner und mittlerer Unternehmen, die solide und planbare Finanzierungen in Form von Krediten mit fester Zinsbindung bei verlässlichen Kreditinstituten in ihrer Region wünschten.

Rahmenbedingungen für Kreditvergabe verbessern

Statt den Mittelstand in komplexe Kapitalmarktinstrumente zu lenken, sollten die Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe laut GVB verbessert werden, damit diese einfacher, schneller und kostengünstiger wird. Dazu zählten keine weitere Erhöhung von Eigenkapitalanforderungen, sowohl im Bereich von Mindestkapitalanforderungen (Säule I) als auch von bankaufsichtlichen Maßnahmen (Säule II), die Senkung administrativer Anforderungen in den Bereichen Markt und Marktfolge in den Banken bei der Kreditvergabe, der Abbau bürokratischer Belastung im Bereich Meldewesen und Offenlegung, sowie eine vereinfachte Aufsichtspraxis für risikoarme Regionalbanken.

Eine hilfreiche Ergänzung dieser Maßnahmen durch die Kapitalmarktunion könne der Ausbau des Verbriefungsmarktes sein, betont der GVB. „Denn durch einen breiten Verbriefungsmarkt könnten Geldinstitute Kreditrisiken auf den Kapitalmarkt übertragen und damit gleichzeitig Freiraum für zusätzliche Kreditvergabe schaffen." **DK**

EU-Ratskompromiss zu CMDI:

Nachbesserungen erforderlich

Der Rat der Europäischen Union (EU) hat seine allgemeine Ausrichtung zu den Gesetzesvorschlägen der EU-Kommission für eine Änderung des Rahmenwerks für die Bankenabwicklung und Einlagensicherung (CMDI-Review) verabschiedet. Aus Sicht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) und des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) gehen die Korrekturen am ursprünglichen Entwurf zwar in die richtige Richtung, jedoch seien Nachbesserungen erforderlich.

Laut DSGV-Präsident Dr. Ulrich Reuter ist der EU-Ratskompromiss „sicher kein Wunschergebnis". Die Korrekturen seien im Ergebnis zu bürokratisch und komplex.

Zwar zeige sich, dass die Mitgliedsstaaten der Heterogenität und Diversität der europäischen Bankenlandschaft ein stärkeres Gewicht beimessen als EU-Kommission und EU-Parlament. So zum Beispiel in der Klarstellung des Rates, dass die Mittel der Einlagensicherung weiterhin für präventive Maßnahmen der Institutssicherung genutzt werden können. Auch die Beibehaltung der besonderen Vorrangstellung der Ansprüche aus Positionen gedeckter Einlagen in Insolvenzverfahren, wodurch sich die Nettokosten der Einlagensicherung entsprechend reduzieren, sei richtig. Jedoch überwiege insgesamt die Skepsis.

Korrekturen sind zu bürokratisch und komplex

„Selbst die vom Rat verabschiedeten Änderungen bringen noch zahlreiche neue administrative Belastungen für Institute und Sicherungssysteme mit sich", unterstrich Reuter. Zudem seien verwobene und komplizierte Abstimmungsprozesse zwischen Aufsichts- und Abwicklungsbehörden bei unscharfer Zuständigkeitsregelung zwischen nationaler und europäischer Ebene vorgesehen. Ein weiterer Kapazitätsaufbau auf behördlicher Seite sei zu erwarten, wobei die Kosten 1:1 an die Kreditinstitute durchgereicht würden. Hier zeige sich, dass das EU-Recht die derzeitigen nationalen Anstrengungen zum Bürokratieabbau vollständig konterkariert.

Für den nun anstehenden Trilog muss aus Sicht des DSGV der Erhalt der Ratsposition das Minimalziel sein. Reuter zufolge „setzen wir nun darauf, dass die Bundesregierung diese Linie auch hält". Darüber hinaus sei es angeraten, Entbürokratisierung, bezogen auf behördliche Prozesse und Strukturen sowie auf Anforderungen an Institute und Sicherungssysteme, stärker in den Blick zu nehmen.

Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken begrüßt, dass der Rat die bedeutende Rolle der Institutssicherungssysteme und ihrer präventiven Maßnahmen bei seinem Kompromiss berücksichtigt hat. „Der Rat hat die herausragende Bedeutung der Institutssicherungssysteme für das Kundenvertrauen und die Finanzstabilität deutlich besser erkannt als die Europäische Kommission und das EU-Parlament. Nur die Position des Rates steht im Einklang mit der Erklärung der Eurogruppe vom Juni 2022, wonach ein funktionierender Rahmen für Institutssicherungssysteme beibehalten werden soll", erklärte BVR-Präsidentin Marija Kolak.

Weitere Detailarbeit nötig

Obwohl auch der Rat nicht die vom BVR nachdrücklich geforderte Ausnahme für Banken, die einem Institutssicherungssystem angehören, umgesetzt habe, bleibe die Möglichkeit bestehen, präventive Maßnahmen zugunsten der institutssicherungsgeschützten Banken durchzuführen, wenn auch unter strengeren und aufwändigeren Bedingungen. „Um Effizienz und Schnelligkeit zukünftig gewährleisten zu können, wird hier noch weitere Detailarbeit notwendig sein", machte Kolak deutlich und verwies auf die Notwendigkeit einer zielgerichteten Verbesserung des Krisenmanagements im Rahmen des bevorstehenden Trilogs. Dessen Aufgabe sei es nun, auf Basis der konstruktiven Ausrichtung des Rates den Vorschlag der Europäischen Kommission erheblich zu verbessern. Stabilität und Sicherheit des Bankensektors in Europa müssten ohne unnötige Belastungen für die etablierten Systeme gewährleistet sein. Dies sei nur möglich, wenn die Institutssicherung im Interesse der Strukturen des deutschen Bankenmarktes und insbesondere der Existenz der kleinen und mittleren Institute erhalten bleibt. Ausdrücklich lobte die Präsidentin in diesem Zusammenhang den Einsatz der deutschen Bundesregierung für den Erhalt der Institutssicherungssysteme: „Es ist gut zu sehen, dass die Bundesregierung zu ihrem Wort steht, sich für die Belange insbesondere der mittelständischen Wirtschaft einzusetzen, die auf die Finanzierung durch regionale Banken angewiesen ist." **DK**



V.l.: Wolfgang Tinzmann, Vorstand SSKA; Rolf Schäffer, Leiter Volkswirtschaftliche Analyse LBBW; Michael Kramer, Bereichsleiter Center.Unternehmenskunden SSKA; Cornelia Kollmer, stv. Vorstandsvorsitzende SSKA; Dominik Mittring, Geschäftsführer S-International Business; Oliver Rohr, Bereichsleiter Büro und Gewerbe bulwiengesa AG. Bild: Nicole Gergen, sska

S-Mittelstandsforum der Stadtsparkasse Augsburg:

Die Zukunft der Region im Blick

Konjunktur, Immobilienmarkt, Zinsmanagement: Diese drei Themen standen im Mittelpunkt des alljährlichen Mittelstandsforums der Stadtsparkasse Augsburg, die hierzu traditionell Firmenkundinnen und Firmenkunden in den Kaiserhofsaal einlädt.

Wolfgang Tinzmann, Vorstandsmitglied der Stadtsparkasse Augsburg und verantwortlich für Individualvertrieb im gewerblichen und privaten Kundensegment, begrüßte rund 150 Unternehmerinnen und Unternehmer und betonte, dass es trotz zahlreicher Herausforderungen und Unsicherheiten, die zurzeit vorherrschen, auch Chancen und Lösungsmöglichkeiten gibt, die allerdings erkannt werden müssen. Dafür bot sich in der Stadtsparkasse an diesem Abend die Gelegenheit, drei Experten auf ihrem Gebiet informierten und standen Rede und Antwort.

Michael Kramer, stv. Vorstandsmitglied und Bereichsleiter Center.Unternehmenskunden, führte durch den Abend und begrüßte zuerst Rolf Schäffer, Leiter Volkswirtschaftliche Analyse bei der LBBW.

Schwache Konjunktur, Zinswende, Geopolitik und Wahlen

Seinen Kapitalmarktausblick eröffnete Schäffer mit einem Panorama auf die geopolitischen Risiken und einem Standort Deutschland unter Druck. In Hinsicht auf die US-Wahl im November gelte es verstärkt, Risikoszenarien im Blick zu behalten. Von einer Leitzinssenkung im Juni 2024 sei auszugehen, Frühindikatoren wiesen auf eine sich stabilisierende Eurokonjunktur hin, allerdings mit einem Schlusslicht Deutschland. Wirtschaftsverbände sehen hohe Energie- und Personalkosten, Fachkräftemangel sowie eine überbordende Bürokratie als Belastungsfaktoren. Dazu komme eine im internationalen Vergleich hohe Steuerlast. Fazit: Hausgemachte Faktoren bremsen Deutschland aus, ein Gegensteuern ist dringend erforderlich.

Lösungsorientiertes Zinsmanagement

Nach dieser Standortbestimmung sorgte Dominik Mittring, Geschäftsführer S-International Business, für Aufbruchstimmung. Zinsmanagement: Was sich kompliziert anhört, ist mit Hilfe der Expertinnen und Experten der S-International unkompliziert in den Griff zu bekommen. Der Unternehmenserfolg wird von verschiedenen Risiken beeinflusst. So bergen Marktpreisrisiken, wie Zinsen, Währungen oder auch Rohstoffe, finanzielle Herausforderungen.

Durch ein aktives Zinsmanagement kann allerdings frühzeitig auf Zinsentwicklungen reagiert werden, Zinssicherungsinstrumente ermöglichen maximale Flexibilität. Wie die aktuelle Zinsstrukturkurve Opportunitäten für Zinssicherungen birgt, erläuterte Mittring den anwesenden Gästen an einem Beispiel. Dabei unterstützen die Spezialisten der S-International durch Fokussierung auf den jeweiligen Bedarf und dem Aufzeigen von Gestaltungsspielräumen bei der individuellen Lösungsfindung.

Immobilienmarkt Augsburg und Region

Welche Auswirkungen das Finanzierungsklima und die Konjunktur auf den Immobilienmarkt der Region Augsburg haben, erläuterte Oliver Rohr, Bereichsleiter Büro und Gewerbe der bulwiengesa AG, München. Betrachtet man den Wohnimmobilienmarkt, reicht die Bautätigkeit in der Stadt Augsburg nicht aus, so der Experte. Er erwartet, auch aufgrund eines Rückgangs der Genehmigungen und veränderter Finanzierungsbedingungen, eine Zuspitzung des Wohnungsmangels, was zu höheren Mieten führen wird. Die Zeiten steigender Kaufpreise für Wohnimmobilien seien dagegen vorbei.

Für den nach München teuersten Bürostandort in Bayern sieht Rohr dagegen Potenzial. Moderne und nachhaltige, attraktive Gebäude, zentral und gut angebunden, bringen die Menschen dazu, wieder ins Büro zu kommen. Bei den Logistik- und Unternehmensimmobilien sehen sich kleinteilige Gewerbeflächen einer hohen Nachfrage ausgesetzt. Die allgemeine Renditeentwicklung geht nach dem Allzeittief von 2021 wieder nach oben, bei konstant positiver Mietentwicklung. ❐

Niederbayerische Sparkassen legten Bilanzzahlen für 2023 vor:

Stabil und zukunftsorientiert

Auch im herausfordernden Umfeld des Jahres 2023 haben die niederbayerischen Sparkassen solide gewirtschaftet. Wie Landrat Michael Fahmüller (Rottal-Inn), Vorsitzender des Sparkassenbezirksverbandes Niederbayern, bei der Vorlage der Bilanzzahlen für das vergangene Geschäftsjahr betonte, bewahrten die acht niederbayerischen Sparkassen ihre Wurzeln und agierten gleichzeitig zukunftsorientiert. Fahmüller verband dies mit dem Appell an die Unternehmen und Menschen in Niederbayern, sich den aktuellen Themen im Transformationsprozess rund um Energiewende, Modernisierung und Digitalisierung aktiv zu widmen.

Trotz anspruchsvoller Marktbedingungen und politischer Unsicherheiten wie etwa beim Heizungsgesetz sowie einer unbefriedigenden Förderlandschaft sei es gelungen, den Kreditbestand mit rund 17,6 Mrd. Euro leicht über dem Vorjahresniveau zu halten, teilte der Bezirksverband mit. Einschnitte hätten sich vor allem im Neugeschäft mit Privaten, hier insbesondere im Baufinanzierungsgeschäft, gezeigt. Mit 937,8 Mio. Euro halbierten sich annähernd Volumen und Anzahl der neu abgeschlossenen Baufinanzierungen gegenüber dem Vorjahr. Die Einlagen gingen leicht um 1,10 Prozent auf gut 19 Mrd. Euro zurück. Innerhalb dieses Bestandes gab es Umschichtungen von Spareinlagen in Termingelder, bei denen sich der Bestand fast versechsfacht habe.

Umsatzsteigerung im Wertpapiergeschäft

Im Wertpapiergeschäft steigerte sich der Umsatz um fast ein Drittel auf 3,2 Mrd. Euro. Der Schwerpunkt lag mit fast 1,6 Mrd. Euro bei festverzinslichen Wertpapieren. Insgesamt konnten die niederbayerischen Kunden im vergangenen Jahr weitere 510 Mio. Euro Geldvermögen bilden. Dass dies fast 60 Prozent weniger als im Vorjahr ist, lässt sich laut SPK-Bezirksverband Niederbayern unter anderem auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten, beispielsweise rund um Energie, zurückführen.

Bessere Kapitalausstattung

Die Bilanzsumme ging um ein Prozent auf 26 Mrd. Euro zurück. Die niederbayerischen Sparkassen schlossen das Geschäftsjahr 2023 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 309,4 Mio. Euro. „Trotz der Herausforderungen im Kreditgeschäft konnten die niederbayerischen Sparkassen wichtige Erträge aus dem Zinsgeschäft generieren, die dazu beitragen, deren wirtschaftliche Substanz und Vorsorgekapazitäten zu stärken“, hieß es. Gerade nach einem wirtschaftlich anspruchsvollen Vorjahr 2022 verbessere dieses Ergebnis die Kapitalausstattung und damit die Leistungsfähigkeit der Sparkassen.

„Schon im laufenden Jahr rechnen wir mit einem Rückgang unserer Zins- und Jahresergebnisse“, machte Christoph Helmschrott, Bezirksobmann der niederbayerischen Sparkassen, deutlich. „Die Stärkung der Kapitalbasis in den Sparkassen war wichtig, sie dürfte in den nächsten Jahren allerdings wieder abebben. Immense Investitions- und hieraus hohe Finanzierungsbedarfe bei den Kunden brauchen leistungsfähige und eigenkapitalstarke Sparkassen. So können wir die Zukunft mit unseren Kunden aktiv gestalten, so können wir die Region und deren Bevölkerung in der weiteren Entwicklung unterstützen. Wir sind stolz darauf, diesen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region zu leisten.“ Ebenso erinnerte Helmschrott daran, dass aus guten Jahresergebnissen spürbar Steuern auch in die Region Niederbayern ankommen. „Allein mit einem Gewerbesteueraufkommen von gut 32,3 Mio. Euro profitieren unsere Kommunen von einer um ein Drittel höheren Steuerzahlung der Sparkassen aus dem Geschäftsjahr 2023.“

Nachhaltige Investitionen

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt liegt im Bereich der Nachhaltigkeit. „Die Transformation der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit ist eine Generationenaufgabe, der sich die niederbayerischen Sparkassen stellen. Kunden dabei zu unterstützen, ihre finanziellen Ressourcen verantwortungsbewusst anzulegen und nachhaltige Investitionen zu tätigen, sehe ich als wichtige Aufgabe“, hob Verbandsvorsitzender Fahmüller hervor. Deswegen seien in einigen Sparkassen Nachhaltigkeitsmanager bzw. Nachhaltigkeitsberater tätig, die diese Aspekte in Projekte einbringen und in die Arbeitswelt übertragen. Der Geschäftsbetrieb der Sparkassen, von eigenen PV-Anlagen und Blockheizkraftwerken bis hin zu E-Ladesäulen und E-Mobilität, stehe ebenso im Fokus von Nachhaltigkeit wie die Sensibilisierung und Beratung der Kunden.

Bleibende Nähe zum Kunden

Der Slogan „Weil’s um mehr als Geld geht“ wird von den Sparkassen nicht nur einfach in den Raum gestellt. Die niederbayerischen Sparkassen sind auf vielfältige Weise für Ihre Kunden präsent. „In 190 Geschäftsstellen, über Mobile Banking oder einfach mit Selbstbedienungsleistungen: Die Kunden erledigen immer mehr online und greifen vermehrt zum Telefon. Darauf stellen sich auch die niederbayerischen Sparkassen ein und passen sich an. Kern unserer Sparkassen bleibt dennoch die Nähe zu unseren Kunden, nur eben omnikanal“, erläuterte Helmschrott.

Kritisch sieht er die Entwicklungen rund um Bürokratie, die auch seine Branche treffen. Ebenso die wiederholten Vorstöße in Bezug auf die beabsichtigte Vergemeinschaft der Einlagensicherung. Gerade die von den Kunden überaus geschätzte Institutssicherung der Sparkassen werde seitens der Europäischen Union erneut angegriffen. Helmschrott appellierte an alle Bürger und politisch Engagierten, sich weiterhin für die Institutssicherung der Sparkassen und auch die der Genossenschaftsbanken einzusetzen.

Auch die beabsichtigte Einführung des Digitalen Euro, vornehmlich ein EZB-politisches Projekt, stellt für die Sparkassen eine besondere Herausforderung dar. Die Einflüsse auf die Liquiditätssteuerung der Kreditinstitute mit massiven Auswirkungen auf die Kreditvergabemöglichkeiten bedrohten die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Mit scheinbar starken Argumenten werbe die EZB für die Einführung des Digitalen Euro, letztlich bleibt laut Helmschrott aber der Eindruck, es sollen Probleme gelöst werden, die für die Menschen und Unternehmen gar nicht existieren.

Als bedeutende Arbeitgeber in Niederbayern tragen Sparkassen eine besondere Verantwortung und sind stolz darauf, wichtige Teile des Gemeinwohls zu sein, unterstrich Fahmüller abschließend. Sie spielten am Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. Mit 3.475 Arbeitsplätzen im Finanzdienstleistungsgeschäft seien sie ein wichtiger Arbeitgeber in Niederbayern.

Beitrag zum Gemeinwohl

Die Leistung für die Bevölkerung ergänzen die niederbayerischen Sparkassen mit gesellschaftlichen Initiativen und Förderengagements. „Teile der erwirtschafteten Erträge kommen unmittelbar der Gesellschaft direkt in der Region zugute. Mit Spenden und Sponsoring in Höhe von gut 3 Mio. Euro haben die Sparkassen im Jahr 2023 Initiativen rund um Sport, Kultur, Soziales, Bildung und Wissenschaft sowie Umwelt unterstützt. „Sie leisten damit einen weiteren wichtigen Beitrag im Sinne des Gemeinwohls“, stellte Fahmüller heraus. **DK**

Gründerpreis der niederbayerischen Sparkassen:

Hochmotivierte Gewinner

In insgesamt sieben Kategorien haben die niederbayerischen Sparkassen den Gründerpreis 2024 vergeben. Damit werden vorbildhafte Leistungen bei der Entwicklung innovativer und tragfähiger Geschäftsideen und beim Aufbau neuer Unternehmen gewürdigt. „Erfolgreiche Unternehmen verdienen Öffentlichkeit mehr denn je“, bekräftigte Christoph Helmschrott, Obmann des Sparkassenbezirksverbandes Niederbayern, in der Sparkassen-Akademie in Landshut.

In der Kategorie „Konzept“ ging der erste Platz an die Iconic technology GmbH, Deggendorf. Das Unternehmen bringt innovative Ideen in die Entwicklung, Reparatur und Wiederaufbereitung von Batteriesystemen ein. Den zweiten Platz belegte ChemNex aus Saal an der Donau (Landkreis Kelheim). Das Unternehmen übt nur Monate nach seiner Gründung bereits deutschlandweit Einfluss in der Kühlwasserbehandlung und Prozessadditivierung aus. Über Platz drei durfte sich das Bader-Kollektiv, Deggendorf, freuen. Friseurmeisterin Kristina Matzke-Schleicher hat einen Platz für Beauty-Handwerker geschaffen, der sich dadurch auszeichnet, dass vier Schneidplätze und weitere Räume für Fußpflege und Kosmetik individuell angemietet werden können. Da das Bader Kollektiv besonders auf das Thema Nachhaltigkeit und ausschließlich auf vegane und tierversuchsfreie Produkte setzt, hebt es sich von der Konkurrenz ab.

Sieger in der Rubrik „Aufsteiger“ wurde die HangOwear GmbH aus Waldkirchen (Kreis Freyung-Grafenau). Das Unternehmen zählt zu den Marktführern im Segment „trendige Trachtenmode“ und zeichnet sich besonders durch die Alltagstauglichkeit seiner Produkte aus. Bedient werden namhafte Kunden wie Otto-Versand, Intersport und die Fussl-Modestraße.

Bestes „Start Up“

Als bestes „Start Up“ wurde die Chrimanto GmbH aus Vilshofen (Landkreis Passau) prämiert. Das multidisziplinäre, innovative Beratungsunternehmen findet durch ganzheitliche Analyse - unabhängig von der Branche - maßgeschneiderte Lösungen und konnte damit seinen Geschäftsplan besonders erfolgreich umsetzen. Das Start Up-Team ist mit viel Know-how und Erfahrung besetzt, pflegt aber einen sehr engen Kontakt zu Hochschulen, um den hohen Innovationsgrad beibehalten zu können.

In der Kategorie „Nachhaltigkeit“ behielt die Bäckerei Mareis aus Vilsbiburg (Landkreis Landshut) die Oberhand. Besondere Würdigung erfuhren die Optimierung der Produktprozesse und Maschinen, die Regionalität der verarbeiteten Rohstoffe und das soziale Engagement für die Menschen in der Region.

Sonderpreis

Mit dem „Sonderpreis“ wurde Rupert Stadler ausgezeichnet, der sich vom Landwirt in Schönau (Landkreis Rottal-Inn) zum erfolgreichen Inhaber des überregional beliebten Erlebnisparks Voglsam mit zahlreichen Attraktionen entwickelt hat. Der Eintritt in die Parkanlage ist nach wie vor kostenlos.

Zu einem überregionalen Zweiradhändler hat sich das Familienunternehmen Zweirad Würdinger GmbH, Vilshofen, entwickelt und siegte damit in der Kategorie „Unternehmensnachfolge“. Mit den Brüdern Stefan und Thomas Würdinger hat inzwischen die vierte Generation die Geschäfte übernommen, betreibt erfolgreich drei Standorte und entwickelt das Geschäftsmodell laufend weiter.

„Lebenswerk“

Zu den wichtigsten Anbietern von Pflegeleistungen und Heimunterbringungen in der Region Freyung-Grafenau zählt die Rosenium GmbH, Waldkirchen. Für sein 1994 in Neureichenau gegründetes Pflegeunternehmen mit mittlerweile 21 Senioren-Pflegeheimen in Ostbayern erhielt der Facharzt Dr. Siegfried Schmidbauer den Gründerpreis in der Kategorie „Lebenswerk“.

Nach Auffassung von Landshuts Landrat Peter Dreier können nur innovative Gründer, besondere Aufsteiger und etablierte Unternehmen den Herausforderungen begegnen, weiter auszubilden und die Mitarbeiter zu halten. „Die Bundesregierung müsste diesen Unternehmen eigentlich einen Bonus für mutige Entscheidungen zahlen“, hob Dreier hervor. **DK**

Steuerverwaltung unterstützt Kommunen bei der Digitalisierung

„ELSTER ist mit bundesweit über 21 Millionen Nutzern die erfolgreichste E-Government Anwendung Deutschlands. Dank ihr können bereits viele steuerliche Verwaltungsleistungen elektronisch bereitgestellt werden und das Serviceangebot wird weiter kontinuierlich ausgebaut: Nun können Kommunen mittels ELSTER auch Gewerbesteuerbescheide elektronisch versenden und bekanntgeben“, erklärte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

„Mit der neuen Funktion sparen wir bei allen Beteiligten Aufwand und Zeit – dies ist ein wichtiger Schritt, gerade auch im Interesse der Unternehmen“, erläuterte Füracker. „Wir nutzen das bewährte ELSTER-Verfahren der Steuerverwaltung nun auch für die rund 11.000 Kommunen in Deutschland. Insbesondere bei großen Firmen mit Betriebsstätten in mehreren Kommunen führen die neuen digitalen Gewerbesteuerbescheide zu einer wesentlichen Entlastung – bundesweit gibt es rund 4 Millionen gewerbesteuerpflichtige Unternehmen“, so der Minister.

Während die Gewerbesteuererklärungen durch die Unternehmen bereits seit vielen Jahren über ELSTER bei den Finanzämtern eingereicht werden können, war ein Versand der Gewerbesteuerbescheide durch die zuständigen Kommunen lange aus technischen Gründen nur in Papierform möglich – bundesweit gibt es rund 600 verschiedene Formate.

Die Steuerverwaltung bietet nun über ELSTER einen medienbruchfreien Weg, um Gewerbesteuerdaten von den Finanzämtern an die Kommunen zu übermitteln und über den Rückkanal digitale Gewerbesteuerbescheide in das Postfach des ELSTER-Unternehmenskontos bekanntzugeben.

Die Bescheide sind sowohl menschen- als auch maschinenlesbar und können somit in die IT-Systeme der steuerpflichtigen Unternehmen und Steuerberater schnell und leicht eingelesen und elektronisch verarbeitet werden. ❐



Die Sparkasse Schwaben-Bodensee zieht Bilanz:

Bereit für die Zukunft

Mit einer Bilanzsumme von 9,3 Milliarden Euro ist die Sparkasse die größte in Bayerisch-Schwaben. Sie zieht eine positive Bilanz für das Jahr 2023, trotz eines herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds, geprägt durch den anhaltenden Ukraine-Krieg, der Inflation und einem veränderten Zinsumfeld.

Thomas Munding, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schwaben Bodensee, ist zufrieden: „Unsere Bilanzzahlen zeigen, dass wir auch in wechselhaften Zeiten eine stabile Sparkasse sind. Unsere Kundinnen und Kunden können sich darauf verlassen, dass wir Ihnen in allen Lebenslagen zur Seite stehen."



V.l.: Thomas Munding, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Schwaben-Bodensee, Vorstandsmitglied Harald Post und stellvertretender Vorstandsvorsitzender Dr. Wolfgang Zettl. Nicht im Bild: Bernd Fischer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender Bild: Marcus Merk

Erfolgsfaktoren im Jahr 2023

Die Zinswende hat bei der Sparkasse Schwaben-Bodensee zu einer verstärkten Nachfrage nach individueller Beratung für die optimale Geldanlage im kurz-, mittel- und langfristigen Bereich geführt. Im Rahmen der ganzheitlichen Beratung ist die Altersvorsorge ein wichtiger Aspekt. Der Absatz von fondsgebundenen Lebensversicherungen ist in den letzten Jahren gestiegen. Damit partizipieren unsere Kunden an der positiven Entwicklung der Wertpapiermärkte. Auch die betriebliche Altersvorsorge, die durch steuer- und sozialabgabenfreie Ansparmöglichkeiten vom Staat gefördert wird, wurde verstärkt nachgefragt.

Noch mehr Kunden als im Jahr zuvor ließen ihr Vermögen professionell durch die hauseigene Vermögensverwaltung der Sparkasse vor Ort managen. Die Anzahl an Kundenmandaten erhöhte sich um 76 auf insgesamt 460 Mandate mit einem Volumen von insgesamt 257 Millionen Euro.

Die Kundenanlagen sind mit einem Volumen von knapp 11 Milliarden Euro leicht angestiegen. „Unsere Kundinnen und Kunden wissen, dass ihr Geld bei uns sicher angelegt ist", sagt der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Bernd Fischer. „Das Wertpapiergeschäft hat dazu beigetragen, dass sich die Kundenanlagen insgesamt gut entwickelt haben." Damit liegt die Sparkasse Schwaben-Bodensee deutlich über dem Durchschnitt der bayerischen Sparkassen.

Trotz gestiegener Zinsen konnte die Sparkasse einen – im bayerischen Vergleich – überdurchschnittlichen Zuwachs der Gesamtausleihungen von 1,1 Prozent auf rund 6,5 Milliarden Euro im Privat- und Firmenkundengeschäft verzeichnen. Die Entwicklung der Kreditzusagen ist marktbedingt etwas rückläufig.

„Durch unsere zahlreichen regionalen Unternehmen im Bereich erneuerbarer Energien liegen wir dennoch besser als der Durchschnitt der bayerischen Sparkassen", sagt Dr. Wolfgang Zettl, stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

Die ganzheitliche und qualitativ hochwertige Beratung der Sparkasse ist für die Kundinnen und Kunden weiterhin der Schlüssel zum Erfolg. Auch öffentliche Fördermittel sind nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Finanzierungen.

Entwicklung des Immobilienmarktes

Steigende Zinsen führten zu einer geringeren Nachfrage und damit zu sinkenden Preisen. Steigende Bau- und Grundstückspreise sowie politische Entscheidungen verstärkten die Zurückhaltung am Immobilienmarkt. Mittelfristig sehen wir dennoch eine positive Entwicklung: „Unsere attraktive und wirtschaftsstarke Region zieht weiterhin Menschen an, die auch künftig nach Wohnraum fragen", sagt Zettl.

Arbeit und Ausbildung mit Perspektive

Leben und arbeiten zwischen Augsburg und dem Bodensee: Das ermöglicht die Sparkasse Schwaben-Bodensee ihren 1.090 Mitarbeitenden. „Mit einem starken Gemeinschaftsgefühl schaffen wir ein Umfeld, das zahlreiche berufliche Perspektiven bietet", sagt Vorstandsmitglied Harald Post. Die Karrierechancen innerhalb des Unternehmens bleiben auch in Zukunft vielfältig. Im Jahr 2023 starteten 50 junge Menschen ihre Ausbildung zur Bankkauffrau/-mann. Wer als Azubi startet, kann sich im Unternehmen mit einem dualen Hochschulstudium bis zum Masterstudium weiterentwickeln. Darüber hinaus bietet die Sparkasse Angebote und Weiterbildungen, die jede und jeden Einzelnen in seinen Fähigkeiten stärken sollen.

Verantwortung für die Gesellschaft

Im Jahr 2023 spendete die Sparkasse Schwaben-Bodensee 611.000 Euro an Organisationen und örtliche Vereine aus den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt, Sport und Wissenschaft in über 900 Spenden- und Sponsoringmaßnahmen. 250 Vereine im Geschäftsgebiet erhielten 145.000 Euro im Rahmen der Spendenaktion mit dem Fokus „Kinder und Jugendliche". Unterstützt wurde ebenso der Girls Day des ECDC Memmingen oder die Aktion „Wunschsterne" des Bunten Kreises in Augsburg. Gemeinsam mit der AOK Bayern holte die Sparkasse Schwaben Bodensee zudem die Fotoausstellung „Demenz neu sehen" des Vereins Desideria Care nach Memmingen, um das Thema Demenz aus der Tabuzone zu holen und auf rechtzeitige Vorsorge aufmerksam zu machen. Das Ferienprogramm des Augsburger Kreisjugendrings wurde in diesem Jahr auch wieder unterstützt. Bei der inklusiven Sommerfreizeit konnten alle Kinder, unabhängig von ihren Fähigkeiten, teilnehmen. „Als Sparkasse möchten wir positive Veränderung und Weiterentwicklung ermöglichen und die Gesellschaft flächendeckend stärken", so Munding.

Einen weiteren wesentlichen Beitrag für die Gesellschaft leisten die Sparkassenstiftungen sowie die Stiftergemeinschaft der Sparkasse, unter deren Dach sich zwischenzeitlich 100 Unterstiftungen angesammelt haben. Alle mit dem Zweck, verschiedene Initiativen in der Region zu unterstützen. ❐

Genossenschaftsverband Bayern:

Weniger Bürokratie – mehr Wachstum

Unterstützung für Vorschläge der Staatsregierung zum Bürokratieabbau

„Jeden zielführenden Beitrag, die Bürokratie zurückzudrängen und damit der lahmenden Konjunktur einen Impuls zu geben, unterstützen wir ausdrücklich." So freute sich Gregor Scheller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), in München über die Ankündigung von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder zu einem Entbürokratisierungs- und Beschleunigungsprogramm.

Überbordende Bürokratie hat sich als ein wesentlicher Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erwiesen. Der GVB begrüßt deshalb, dass die Staatsregierung eine Forderung der Wirtschaftsverbände aufnimmt und die sogenannte „Paragrafenbremse" – das Streichen von zwei bestehenden Gesetzen für ein neues Gesetz – verschärfen und neue Gesetze mit einem Ablaufdatum versehen will. Aus Sicht des GVB ist es zielführend, beim Bürokratieabbau allgemeinen Effizienz-Prinzipien Vorrang vor kleinteiligen Einzelfallbetrachtungen einzuräumen. Praxis-Checks zur Auswirkung von Gesetzen vor deren Inkrafttreten würden ebenfalls dazu beitragen, ein weiteres Anwachsen der Bürokratie zu verhindern.

„Volks- und Raiffeisenbanken, Selbstständige und mittelständische Unternehmen müssen wieder mehr Zeit haben, sich um ihr Geschäft zu kümmern, anstatt bürokratischen Vorgaben Genüge zu tun", sagte Scheller.

Zudem begrüßt der GVB ausdrücklich die Ausführungen Söders, die Bürger unmittelbar am Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beteiligen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Das Genossenschaftsmodell ist hierzu besonders geeignet. Es fördert als Zusammenschluss regional verbundener Mitglieder den Mehrwert vor Ort und sichert den Mitgliedern ein Mitspracherecht sowie eine Beteiligung an den Vorteilen der grünen Energie. „So wird die Akzeptanz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gefördert", betonte Scheller. Bei kommunalen Vergabeverfahren sollte deshalb die genossenschaftliche Rechtsform regelmäßig als effektive Form der Bürgerbeteiligung in Betracht gezogen werden. ❐

Sparkassen Dillingen-Nördlingen und Donauwörth:

Fusionsverhandlungen

Banken und Sparkassen stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Demografische Veränderungen, zunehmende Anforderungen des Gesetzgebers und die steigenden Erwartungen der Kunden sind nur einige davon. Schon seit einigen Jahren haben Fusionen bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken gezeigt, dass auch regional verankerte Banken sich dafür entscheiden, diese Herausforderungen durch den Zusammenschluss mit Nachbarbanken besser zu bewältigen.

Die Sparkassen Donauwörth und Dillingen-Nördlingen hatten deshalb in den vergangenen Monaten Sondierungsgespräche gestartet, die die Frage klären sollten, ob eine Fusion der beiden Sparkassen sinnvoll und möglich ist. Die beiden Verwaltungsratsvorsitzenden – Oberbürgermeister Jürgen Sorré für die Sparkasse Donauwörth und Landrat Markus Müller für die Sparkasse Dillingen-Nördlingen – sind gemeinsam der Auffassung, dass man in konkrete Fusionsverhandlungen eintreten kann. Über wesentliche Inhalte scheint innerhalb der Verwaltungsräte bereits Einigung erzielt zu sein. Ein „gutes und tragfähiges Zukunftskonzept" sei akzeptiert worden.

Vorgespräche mit allen Beteiligten

Beteiligt waren an den Vorgesprächen selbstverständlich auch Landrat Stefan Rößle als stv. Verwaltungsratsvorsitzender in Donauwörth sowie die Oberbürgermeister von Nördlingen, David Wittner und Frank Kunz aus Dillingen.

In ähnlich lautenden Presseerklärungen zeigten sich die Vertreter beider Institute davon überzeugt, dass die fusionierte Sparkasse in dem dann vergrößerten Geschäftsgebiet in Nordschwaben ihre Kunden noch leistungsfähiger betreuen kann. Zudem bieten sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Möglichkeiten der Entwicklung und Spezialisierung.

Die beiden Landräte Müller und Rößle sowie die Oberbürgermeister Wittner, Kunz und Sorré sehen für den Fall der Fusion die Chance, in dem dann vergrößerten Geschäftsgebiet in Nordschwaben die Leistungsfähigkeit für die Kunden nachhaltig zu stärken sowie die Gestaltung der Arbeitsplätze noch besser nach den Belangen der Mitarbeitenden einrichten zu können.

Signifikante Belebung der Sparkassenlandschaft

Die Fusion bringe für Nordschwaben und das Ries eine signifikante Belebung der Sparkassenlandschaft. Sie gewährleiste zudem Stabilität und Sicherheit für die Kunden und Mitarbeitenden der Sparkassen. Durch das erweiterte Geschäftsgebiet können Dienstleistungen ausgebaut und verbessert werden.

„Diese Fusion entsteht nicht aus der Not heraus – vielmehr handeln wir proaktiv aus einer Position der Stärke. So können wir die Grundlage dafür schaffen, dass wir auch weiterhin eine stabile Sparkasse bei uns vor Ort haben", heißt es in einer Presseerklärung.

Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern ist es den Verhandlungsführern wichtig zu betonen, dass „wir jeden Mitarbeitenden auch in Zukunft benötigen, da die Anforderungen an Regulatorik und Spezialisierung im Kundenbereich steigen."

Wichtig ist den Politikern zudem, dass durch die Bündelung der Leistungen das gesellschaftliche und gemeinnützige Engagement als wesentliches Kernelement des Sparkassenauftrags im gesamten Geschäftsgebiet auf Dauer weiterhin gewährleistet ist. Der Dillinger Landrat bewertet diesen für ihn, in der Betrachtung des Bankenumfeldes, wichtigen Schritt zur richtigen Zeit insgesamt als „Bekenntnis zu einer in der Region verwurzelten starken Regionalbank".

Sein Amtskollege des Landkreises Donau-Ries Stefan Rößle sieht in der Fusion das sinnvolle Zusammenführen von zwei im Landkreis Donau-Ries tätigen Sparkassen. Die neue Größe der künftigen Sparkasse erlaubt es, die Wirtschaft noch umfangreicher zu begleiten. Gleichzeitig bleibt die regionale Nähe und kurze Entscheidungswege erhalten.

Sparkassen-Auftrag wird gewährleistet

Nach einer Fusion würde sich die Bilanzsumme auf über 3,6 Mrd. € belaufen. Rund 500 Mitarbeitende würden dann die über 223.000 Einwohner, die mittelständischen Unternehmen sowie die im Geschäftsgebiet liegenden Kommunen finanzwirtschaftlich betreuen. Das gesellschaftliche und gemeinnützige Engagement als wesentliches Kernelement der Sparkassen wird auch von der fusionierten Sparkasse im gesamten Geschäftsgebiet, das dann den Landkreis Dillingen und einen Großteil des Landkreises Donau-Ries umfasst, auf Dauer gewährleistet sein.

In den nächsten Wochen werden die Gespräche vertieft und die notwendigen Verträge diskutiert und vorbereitet. Als Fusionszeitpunkt ist der 01.01.2025 geplant. ❐

Versicherungskammer stattet Feuerwehren mit 1.250 Schwimmsaugern aus:

Schnelle Hilfe in großer Not

Technik zur sicheren Löschwasserversorgung bewährt sich im Hochwassereinsatz

München/Reichertshofen. Starkregen und Überschwemmungen suchen Bayern aktuell in katastrophalem Ausmaß heim. Dabei erweisen sich gerade die 1.250 Schwimmsauger als sehr nützlich, mit denen die Versicherungskammer Bayern die bayerischen Feuerwehren für 750.000 Euro ausgerüstet hat. Ursprünglich zur Löschwasserversorgung bei niedrigem Wasserstand gedacht, kommen sie nun beim Abpumpen vollgelaufener Keller, Garagen und Senken zum Einsatz. Kurzfristig verteilt die Versicherungskammer nun die restlichen Geräte in die besonders betroffenen Katastrophengebiete.

Aktuell müssen die Feuerwehren vielerorts das Hochwasser abpumpen. Ein Problem dabei: Ist der Wasserstand zu niedrig, kann das Wasser mit großen Kreiselpumpen der Feuerwehr nicht mehr angesaugt werden und es werden Tauchpumpen und Wassersauger nötig. Diese sind aber oft nicht ausreichend leistungsfähig oder in zu geringer Zahl vorhanden.

Eine Lösung: Der Schwimmsauger

„Mit den Schwimmsaugern können die Pumpen viel effektiver zum Auspumpen von Kellern und überschwemmten Flächen verwendet werden", erläutert Christian Krams, Leiter Konzern-Schaden und Pate des Feuerwehr-Sponsorings der Versicherungskammer. „Wir unterstützen die bayerischen Feuerwehren durch die Bereitstellung von Schwimmsaugern, von denen wir in den vergangenen fünf Jahren bereits 1.250 Stück an die örtlichen Feuerwehren verteilen konnten." Diese Schwimmsauger kamen nun im ganzen Land zum Einsatz. Kurzfristig wurden zusätzliche 20 Schwimmsauger in Reichertshofen an den besonders betroffenen Landkreis Pfaffenhofen übergeben. Parallel dazu werden neue Schwimmsauger beschafft. Die langjährige Kooperation der Versicherungskammer Bayern mit den bayerischen Feuerwehren zahlt sich nun besonders aus. Die Schwimmsauger werden aktuell zur Bekämpfung der Hochwasserlage in allen betroffenen Gebieten in Bayern eingesetzt.

Absaugen von Wasser auf nahezu Bodenniveau möglich

Mit dem Schwimmsauger kann die Feuerwehr Schmutzwasser auch bei geringem Wasserstand abpumpen, selbst wenn der Wasserstand nur noch 5 cm beträgt. Bisher waren mindestens 30 cm notwendig. Dies ist in der Regel für das Löschen von Bränden bei Löschwassermangel relevant, denn nicht überall sind Hydranten vorhanden. Dann muss das Löschwasser aus Bächen oder Teichen gepumpt werden. Ebenso kann der Schwimmsauger aber auch für das Absaugen von Wasser bei Überschwemmungen auf nahezu Bodenniveau genutzt werden. Zudem wird kaum Schlamm angesaugt, weil der Schwimmsauger nicht zum Boden absinkt.

Der 7 kg leichte Schwimmsauger besteht aus einem 60 cm langen Polyethylen-Körper und wird anstelle eines herkömmlichen Saugkorbes aus Metall am Saugschlauch angebracht. Dieser Saugschlauch wird an der Pumpe des Feuerwehrfahrzeuges angeschlossen.

Schwimmsauger bei Überschwemmungen bereits bewährt

Bei Überflutungen hat sich der Einsatz von Schwimmsaugern schon oft bewährt. Kommandant Sebastian Reeg aus Virnsberg im Landkreis Ansbach berichtete im Jahr 2021: „Der Schwimmsauger hat seinen Vorteil gegenüber dem klassischen Saugkorb bei diesem Einsatz schnell unter Beweis gestellt und erlaubte uns auch, minimale Wasserstandhöhen bis auf nahezu Nullniveau zu beseitigen. Die betroffenen Bürger waren von diesem wirkungsvollen Einsatzmittel und dem Ergebnis angesichts der Lage sehr erleichtert."

Die Versicherungskammer Bayern dankt allen Einsatzkräften für ihren meist ehrenamtlichen und unermüdlichen Einsatz. ❐

Tourismus Oberbayern München e.V.:

(Ober-)Bayern boomt

Die 18. Mitgliederversammlung des Tourismus Oberbayern München e.V. (TOM e.V.) fand im historischen Asamsaal in Freising statt. Die Veranstaltung zog Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Tourismus an. Ein zentrales Thema war die enge Verflechtung zwischen städtischen und ländlichen Räumen, die für den nachhaltigen Erfolg des Tourismus in Oberbayern entscheidend ist.

„Der Tourismus in Oberbayern ist eine starke Säule unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Wir freuen uns sehr, dass Staatsministerin Michaela Kaniber unsere Mitgliederversammlung mit ihrem Impulsvortrag bereichert und die politische Unterstützung für unsere Branche unterstreicht. Die positive Entwicklung und die zukunftsweisenden Projekte zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind, auch wenn noch viele Herausforderungen im Zuge der weiteren Transformation des Tourismus vor uns liegen," erklärte Klaus Stöttner, Präsident des TOM e.V.

Mitgliederversammlung: Einblick und Ausblick

Die Mitgliederversammlung begann mit einem Rückblick auf das erfolgreiche Geschäftsjahr 2023, vorgestellt von Oswald Pehel, Geschäftsführer des TOM e.V. In seinem Bericht hob Pehel die zahlreichen erfolgreichen Projekte und Partnerschaften, sowie die positive wirtschaftliche Entwicklung hervor. Oberbayern legte 2023 mit einem Zuwachs von 16,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bei den Gästeankünften enorm zu und erreichte damit erneut den Spitzenplatz in Bayern. Auch bei den Übernachtungen konnte eine Steigerung von 9,9 Prozent gegenüber 2022 verzeichnet werden– ein großer Erfolg für die ganze Region. Das entspricht insgesamt rund 43.6 Millionen Übernachtungen und 17.8 Millionen Gästeankünften.

Der wieder erstarkende Städtetourismus in München und Umland war besonders erfreulich: 22,9 Prozent Zuwachs für die Landeshauptstadt und ganze 18,1 Prozent Zuwachs für das Münchener Umland. München verzeichnete damit allein im vergangenen Jahr fünf Rekordmonate, in denen die höchsten Übernachtungszahlen seit Aufzeichnungsbeginn geschrieben werden konnten. Pehel prognostizierte eine ebenso positive Entwicklung in 2024, da durch Großveranstaltungen wie die Fußball-EM oder auch Konzerte renommierter internationaler Künstler die Attraktivität Münchens und des Umlands für Gäste aus aller Welt steigt.

Diese herausragenden Ergebnisse für ganz Oberbayern resultieren unter anderem daraus, dass Oberbayern als touristische Ganzjahresdestination eine Sonderstellung innehat. Sommer- wie Wintertourismus sind stark ausgelastet und andernorts auftretende Schwankungen in den Nebensaisonzeiten werden durch einen differenzierten Angebotsmix ausgeglichen.

Zudem wurde die aktuelle strategische Arbeit des Vereins vorgestellt, die zukünftig eine noch bessere Netzwerkarbeit für den oberbayerischen Tourismus weiter untermauern soll.

Chance zur Schaffung attraktiver Regionen

Der Impulsvortrag von Staatsministerin Michaela Kaniber bildete den Auftakt zur Podiumsdiskussion. Kaniber betonte in ihrer Rede die Bedeutung Oberbayerns als treibenden Motor für den bayerischen Tourismus und die beeindruckende Leistung der gesamten Branche im Jahr 2023.

Sie unterstrich, dass der Tourismus für einen nachhaltigen Ausbau konstante politische Unterstützung erfahren müsse, wie beispielsweise beim gerade aufgesetzten Kongressfonds – und dass es weiterhin viel Diskussionsbedarf zu Themen wie einer nachhaltigen Tourismusfinanzierung oder auch dem Arbeitskräftemangel und der Arbeitszeitflexibilisierung gibt.

Sie erklärte: „Nach 2019 war 2023 das zweiterfolgreichste Jahr, das es im Bayerntourismus jemals gegeben hat. Bayern ist das Tourismusland Nummer eins in Deutschland. Im Bereich des Tourismusverbands München-Oberbayern wurde mit 43,6 Millionen Übernachtungen sogar das Vor-Krisen-Niveau von 2019 erreicht. Die gute Tourismusbilanz des vergangenen Jahres ist ein beeindruckender Beleg für die Leistungsfähigkeit unserer Betriebe und die Attraktivität unserer Destinationen. Und der Trend scheint sich weiter fortzusetzen. Bereits im ersten Quartal 2024 ist für das gesamte Verbandsgebiet Oberbayern ein Plus bei den Übernachtungen von neun Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Aber der Erfolg im Tourismus ist kein Selbstläufer. Wir sind dann erfolgreich, wenn wir für unsere Gäste weiterhin attraktive Angebote bieten können. Dafür sind auch Investitionen in touristische Neubauprojekte erforderlich. Stillstand ist keine Option, wenn wir den Tourismus als wertvollen Wirtschaftsfaktor sichern wollen. Genau aus dem Grund haben wir auch den neuen Kongressfonds aufgelegt. Wir übernehmen eine Pionier-Rolle und unterstützen Städte und ländliche Regionen gleichermaßen beim Akquirieren von Kongressen und Tagungen."

Angela Inselkammer, Präsidentin des DEHOGA Bayern, wies auf die Herausforderungen und Chancen hin, die sich durch die Nähe ländlicher Gebiete zu Münchens Messezentrum ergeben. Sie erklärte: „Wir profitieren von großen Messen und Veranstaltungen in München. Hier kommen u.a. viele Tagesgäste zu uns. Alle Vorteile, die durch Touristen bei uns generiert werden, müssen jedoch auch den Einheimischen aufgezeigt werden. So machen wir bei größeren Neuplanungen Nachbarschaftseinladungen, um den Anwohnern alles zu erklären. So bekommen wir Akzeptanz durch Einbindung."

Tobias Eschenbacher, Oberbürgermeister der Stadt Freising, betonte die Bedeutung der touristischen Entwicklung für die Lebensqualität der Einheimischen: „Wir haben in den vergangenen Jahren einen dreistelligen Millionenbetrag in bspw. kulturelle Einrichtungen investiert. Auch wenn diese Bauvorhaben erst mit Einschränkungen der Bürger:innen einhergehen, merkt man jetzt, wie sich die Qualität des Angebots wandelt. Neue, andere Gastronomie oder außergewöhnliche Orte wie der Asamsaal hier entstehen. Das macht die Menschen stolz und erhöht die Identifikation mit Freising und die Lebensattraktivität vor Ort."

Clemens Baumgärtner, Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, hob hervor, dass auch Metropolen wie die Stadt München stark von einem attraktiven Umland profitieren – so wie das Umland wiederum durch städtische Initiativen und dort stattfindenden Großveranstaltungen: „Genau die beiden Pole – ruhiges Umland und Großstadt – machen die Tourismusregion Oberbayern aus. Wir wissen, dass die Gäste nach einigen Tagen Münchenerlebnis das Umland besuchen. Unsere Großveranstaltungen, wie dieses Jahr Konzerte von Adele oder die Fußball-EM, haben eine Magnetwirkung und machen München in der ganzen Welt bekannt. Das ist eine Werbung, die durch die Abstrahleffekte für ganz Oberbayern unbezahlbar ist."

Erfolgreiche Stadt-Umland-Vernetzung

Die Wahl Freisings als Veranstaltungsort war kein Zufall – so unterstreicht die Entwicklung der Stadt vor den Toren Münchens die Bedeutung der touristischen Stadt-Umland-Vernetzung. Allein in den letzten zehn Jahren stieg der Bevölkerungsstand um über 10 Prozent. Die umfassenden Sanierungen und Investitionen in das Asamgebäude und die Innenstadt, die über 88 Millionen Euro umfassen, haben die Attraktivität Freisings sowohl für Einheimische als auch für Gäste erheblich gesteigert.

Diese Entwicklung bringt jedoch ebenfalls Herausforderungen mit sich, wie steigende Mietpreise und den benötigten kontinuierlichen Ausbau der Infrastruktur. Dennoch, da waren sich alle Teilnehmenden der Podiumsdiskussion einig, bleibt die Stadt-Umland-Verflechtung ein essenzieller Faktor für den touristischen – und somit auch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen – Erfolg in der Region.

Zu diesem Erfolg tragen unter anderem auch Vorzeigeprojekte wie die äußerst beliebten „Wasser-Radlwege" bei. Städtetouristen können mit ihren (Miet-) Fahrrädern, z.B. aus München heraus, die speziellen Fahrrad-Züge der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) nutzen, um anschließend auf den drei Schleifen der insgesamt 1.200 km langen Wasser-Radlwege die Natur, Kultur und Kulinarik Oberbayerns zu genießen. Eins von vielen oberbayerischen Beispielen, wie Stadt und Umland touristisch zu einem attraktiven Gesamterlebnis für die Gäste werden.

Zukunftsperspektiven und politische Unterstützung

Die Diskussionen und der Vortrag bei der Mitgliederversammlung machten deutlich, dass trotz der Spitzenposition des oberbayerischen Tourismus, die enge Netzwerkarbeit zwischen Stadt und Land, die Einbindung der Einheimischen sowie eine starke politische Unterstützung notwendig sind, um den Tourismus nachhaltig zu stärken und weiterzuentwickeln. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

Unterstützung für Kommunen: Touristische Infrastruktur in Bayern stärken

Eine wichtige Fördermaßnahme des Freistaats Bayern für Kommunen im Bereich Tourismus betrifft die Förderung öffentlicher touristischer Infrastruktureinrichtungen (RÖFE).

Attraktivität steigern und Qualität verbessern

Die Förderung zielt darauf ab, die Attraktivität und Qualität der touristischen Infrastruktur zum Wohl der Gemeinschaft als Ganzes zu steigern.

Wer kann gefördert werden?

Zuwendungsempfänger sind kommunale Körperschaften sowie ausschließlich kommunal getragene Organisationen (z.B. ILE, Zweckverbände). Das können auch privatrechtliche Unternehmen sein, an der die Kommune oder mehrere Kommunen 100 Prozent der Anteile halten.

Was kann gefördert werden?

Gefördert werden öffentliche Einrichtungen des Tourismus im Sinne von Basiseinrichtungen der touristischen Infrastruktur, die von unmittelbarer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Entwicklung von Tourismusgebieten sind und überwiegend dem regionalen Tourismus dienen. Das Vorhaben muss sich grundsätzlich in ein touristisches Entwicklungskonzept einpassen.

Es wird zwischen nicht einnahmeschaffenden (d.h. beihilfefreien) Maßnahmen wie etwa Kurparks, Kurwegen oder unentgeltlichen Tourismusämtern und -informationszentren und einnahmeschaffenden Maßnahmen wie beispielsweise Veranstaltungszentren, Kurhäuser oder Thermalbädern differenziert.

Auch Loipenspur- und Wegepflegegeräte sind förderfähig ebenso wie Maßnahmen zur Besucherstromlenkung.

Wie hoch ist die Förderung?

Der Ausgangsfördersatz für Fördervorhaben liegt bei 35 Prozent. Unter Berücksichtigung der Lage des Investitionsortes in einem besonders strukturschwachen Gebiet, der finanziellen Leistungsfähigkeit des Maßnahmenträgers sowie weiterer Faktoren kann ein höherer Fördersatz gewährt werden.

Was sind die wesentlichen Fördervoraussetzungen?

Es werden nur Vorhaben gefördert, für die ein touristischer Bedarf vorliegt und die überwiegend touristisch genutzt werden.

Mindestinvestitionssumme

Die Mindestinvestitionssumme in diesem Programm beträgt 100.000 Euro, bei Loipenspur- und Wegepflegegeräten 50.000 Euro. Eigenständige Vorhaben zur Herstellung der Barrierefreiheit können bereits ab zuwendungsfähigen Ausgaben von 10.000 Euro gefördert werden.

Wo finde ich nähere Informationen?

Nähere Informationen zum RÖFE-Programm gibt es unter: www.stmelf.bayern.de/foerderung/foerderung-touristischer/index.html ❐

Arbeitsministerin Scharf und Finanzminister Füracker:

Länger arbeiten und dabei Steuern sparen

Forderung an den Bund: Einstieg in flexibleren Renteneintritt ermöglichen

Die Bayerische Staatsregierung sieht vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des sich verschärfenden Fachkräftemangels den Bedarf, zusätzliche Anreize für ein längeres, freiwilliges Arbeitsleben zu schaffen. Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf und Finanzminister Albert Füracker haben sich dazu an Bundessozialminister Hubertus Heil und Bundesfinanzminister Christian Lindner gewandt.

Die bayerische Arbeitsministerin Ulrike Scharf betont: „Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist durch den sich verschärfenden Arbeits- und Fachkräftemangel zunehmend gefährdet. Bis 2036 gehen 13 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rente. Wir brauchen deshalb gezielte Anreize, die motivieren, möglichst lange zu arbeiten. Es muss attraktiv werden, länger am Arbeitsleben teilzuhaben. Besonders in den Blick genommen werden müssen dabei Menschen, die noch keine Altersrente beziehen, obwohl sie die Regelaltersgrenze bereits erreicht haben. Sie müssen steuerlich entlastet werden."

Wertvolles Potenzial älterer Generationen

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker sagt: „Der Fachkräftemangel und der demografische Wandel sind zentrale Herausforderungen für die Wirtschaft und unsere Gesellschaft gleichermaßen. In Bayern setzen wir uns dafür ein, dass die Lebensleistung jedes Einzelnen anerkannt und gewürdigt wird und jeder die Möglichkeit hat, seinen Lebensabend aktiv und selbstbestimmt zu gestalten. Innovative Anreize sind daher das Mittel der Wahl, um einen längeren Verbleib im Arbeitsleben zu erzielen und die wertvollen Potenziale älterer Generationen zu erschließen! Wer trotz Erreichens der Regelaltersgrenze und bestehenden Rentenanspruchs durch Arbeit Wachstum und Wohlstand in unserem Land fördert, hat eine steuerliche Entlastung nach dem Vorbild des Altersentlastungsbetrags mehr als verdient."

Arbeitsministerin Scharf erklärt weiter: „Chancen und Risiken für den Arbeitsmarkt und unser Sozialversicherungssystem sind bei unterschiedlichen Maßnahmen immer abzuwägen. Es darf kein Konflikt zwischen der erwerbstätigen Generation und der Renten-Generation entstehen. Wir brauchen Stabilität im Rentensystem bei gleichzeitig größtmöglicher Flexibilität und Generationengerechtigkeit."

Im gemeinsamen Brief an Bundesminister Heil und Bundesminister Lindner betonen Scharf und Füracker, es sei ihnen ein großes Anliegen, auch die Potenziale älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch möglichst lange Erwerbstätigkeit zu nutzen. Dafür bedürfe es allerdings entsprechender Anreize. Beide Minister würdigen, dass durch die Aufhebung der Hinzuverdienstgrenzen und den Rentenzuschlag bei Verschieben des Renteneintritts sozialversicherungsrechtlich die ersten Weichen gestellt worden seien. Dennoch bleiben große Herausforderungen. Der tatsächliche Renteneintritt liegt im Schnitt noch substantiell unter der gesetzlichen Regelaltersgrenze.

Die Bundesregierung wird aufgerufen, diesen Vorschlag zu prüfen. „Wir sehen darin das Potenzial, einen Beitrag zur Stärkung der Sozialversicherung zu leisten", so Scharf und Füracker. Es könnte zudem der Einstieg in eine stärkere Flexibilisierung des individuellen Rentenbeginns sein – und das, ohne ein gesetzlich fixiertes Renteneintrittsalter aufgeben zu müssen.

Stimme der Wirtschaft

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. hebt angesichts eines Kongresses die Bedeutung Älterer für den erwirtschafteten Wohlstand in Deutschland und den Wert älterer Menschen in den Unternehmen hervor. vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt kommentiert: „Ältere Mitarbeiter bringen Leistungsstärke und viel Erfahrung ein. Von ihrem Wissen profitieren auch die jüngeren Erwerbstätigen und letztendlich die Betriebe selbst. Es ist uns ein Anliegen, Leistungsbereitschaft im Alter wertzuschätzen. Die Unternehmen sind auch angesichts des sich verschärfenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels auf qualifiziertes, erfahrenes Personal angewiesen. Denn bis Mitte der 30er Jahre wird die Zahl der über 67-Jährigen in unserem Land deutlich ansteigen. Jeder Vierte wird dann zur älteren Generation gehören. Für uns ist deshalb klar: Auf den demografischen Wandel müssen wir mit einem Mentalitätswandel zur Arbeit im Alter reagieren."

Um diesen Wandel zu gestalten, fordert die vbw die passenden politischen Rahmenbedingungen: „Das Erreichen der Regelaltersgrenze darf nicht mehr zwangsläufig das Ausscheiden aus dem Beruf bedeuten. Die abschlagsfreie Rente mit 63 muss auslaufen. Außerdem ist eine sachliche Diskussion über die Anpassung des Renteneintrittsaltes im Verhältnis zur Entwicklung der Lebenserwartung überfällig. Gleichzeitig muss die Beschäftigung Älterer zu beiderseitigem Vorteil vereinfacht werden. Dazu gehört die Möglichkeit einer befristen Beschäftigung von Menschen im Ruhestand sowie das Streichen einiger hemmender Sozialabgaben", erklärt Brossardt und führt aus: „Von den 65- bis 69-Jährigen sind in Deutschland knapp 18 Prozent erwerbstätig. In Schweden sind es fast 26 und in Norwegen fast 29 Prozent. In Japan ist sogar die Hälfte der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig. Der Vergleich zeigt, dass eine längere Erwerbstätigkeit oder die Weiterarbeit trotz Rentenbezug entscheidende Stellschrauben sind, an denen wir hierzulande drehen können. Denn auch jenseits des Renteneintrittsalters sind viele Menschen in unserem Land arbeitswillig, leistungsfähig und tatkräftig – darauf können wir stolz sein."

Die vbw hat gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie das Projekt „Talente in Rente" ins Leben gerufen. Es bringt Ruheständler, die weiterhin Interesse an einer Erwerbstätigkeit haben, mit Unternehmen zusammen, bei denen Personalbedarf besteht. Derzeit sind mehr als 140 Unternehmen und über 1.000 Ruheständler auf der Plattform registriert. ❐

25. Bayerische Abfall- und Deponietage:

Zukunft der Kreislaufwirtschaft

Aktuelle Themen und Fragestellungen der Kreislaufwirtschaft und der Deponietechnik griffen die 25. Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg auf. Dabei stellte die Fachtagung den Austausch und die Kommunikation zwischen dem Anlagenbetrieb, den Fach- und Genehmigungsbehörden und der Rechtsprechung in den Vordergrund. Gemeinsam mit den Kooperationspartnern Bayerisches Landesamt für Umwelt, AU Consult und dem bifa Umweltinstitut konnte das Kompetenzzentrum Kumas über 460 Teilnehmer im Kongress am Park begrüßen.

Wichtige Impulse gingen vom Auftaktvortrag von Dr. Florian Kammerer vom Bundesumweltministerium zur Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie aus. Die Koalitionspartner haben sich Kammerer zufolge darauf verständigt, dass die Bundesregierung eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) erarbeitet, in der unter anderem bestehende rohstoffpolitische Strategien gebündelt werden. Diese soll Ziele und Maßnahmen zum zirkulären Wirtschaften und zur Ressourcenschonung aus allen relevanten Strategien zusammenführen. Damit wird ein Rahmen geschaffen, der die rohstoffpolitisch relevanten Strategien der Bundesregierung so zusammenführt, dass das Ziel des Koalitionsvertrages, den primären Rohstoffbedarf absolut zu senken, erreicht wird.

Rohstoffsicherung für Schlüsselbranchen

Auf die besonderen Herausforderungen, die sich in der Rohstoffsicherung für ausgewählte Schlüsselbranchen in Bayern stellen, ging Dr. Simone Richler vom Bayerischen Ressourceneffizienzzentrum (REZ) am Landesamt für Umwelt ein. Neben dem Recycling werden nach Expertenmeinung das Produktdesign, die Auswahl der verwendeten Materialien und der Energie- und Rohstoffverbrauch in der Nutzungsphase künftig die entscheidende Rolle beim Erreichen der Umwelt- und Klimaziele spielen.

Mit der Ersatzbaustoffverordnung und dem Ende der Abfalleigenschaft befasste sich Dr. Alexander Döring/Durmin – Entsorgung und Logistik GmbH, Nürnberg. Laut Döring wird durch die zum 1. August 2023 in Kraft getretene Verordnung ein einheitlicher, bundesweiter rechtlicher Rahmen für den Umgang mit mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) festgelegt. Die ser bietet Erzeugern, Recyclern und Bauherrn feste Richtlinien für den Umgang mit MEB in technischen Bauwerken. Für verschiedenste Materialarten wurden Qualitätsklassen und Einbauweisen festgelegt, die nun den Einbau unterschiedlichster MEB ermöglichen.

Durch die Bündelung werde bundesweit von den einheitlichen Qualitätsklassen mit den gleichen Bezeichnungen gesprochen, dies ermögliche einen gleichbleibenden Qualitätsstandard für alle Beteiligten. Diese Maßnahme erleichtere es insbesondere Bauherrn, die länderübergreifend Bauvorhaben betreuen, sowie Recyclern, die an entsprechenden Ausschreibungen für Bauvorhaben teilnehmen. Durch die klar definierten Richtlinien bekämen auch Baustoffe wie Aschen und verschiedene Schlackenwieder vermehrt Möglichkeiten, in Baumaßnahmen eingesetzt zu werden. „Mit diesen Veränderungen werden Sekundärbaustoffe hergestellt, die zur nachhaltigen Ressourcenschonung von Primärbaustoffen wie Kies und Sand und zur Förderung der Circular Economy beitragen“, unterstrich Döring.

Rechtlicher Rahmen für Umgang mit MEB

Durch die einheitliche Güteüberwachung von MEB würden zudem bundesweit qualitativ hochwertige Sekundärbaustoffe hergestellt, die Naturbaustoffen in keinen Punkten nachstehen und für den jeweiligen Verwendungszweck geeignet sind. Durch die Ersatzbaustoffverordnung ergäben sich für einige Qualitätsklassen Einbringungsmöglichkeiten von MEB in bestimmten Zonen von Wasserschutzgebieten, wodurch sich größere Verwendungsmöglichkeiten zu vorherigen Regelungen ergeben hätten.

Dass nicht alles an der Ersatzbaustoffverordnung Verbesserungen gebracht hat, sei jedoch nicht von der Hand zu weisen, betonte Döring. Teilweise werde von einem schlechteren Absatz von Recyclingbaustoffen, verglichen mit den Verkaufszahlen vor dem 01.08.2023 gesprochen. Andere Unternehmen hätten berichtet, dass anfangs mehr Material auf Deponien oder in Verfüllungen entsorgt wurden, weil Unsicherheit bei Behörden, Bauherrn oder Recyclern über den richtigen Umgang mit den MEB bestand.

Insgesamt ermöglicht die Ersatzbaustoffverordnung aus Dörings Sicht mehr Vorteile als negative Aspekte für alle Beteiligten, die hoffentlich im Zuge der nächsten Anpassung der Verordnung geändert werden.

Am Beispiel der geplanten Klärschlammverwertungsanlage im Industriepark Gersthofen zeigte Dr. Markus Leirer, MVV Industriepark Gersthofen GmbH, Rahmenbedingungen der künftigen Klärschlammentsorgung in Bayern auf. Durch die Novelle der AbfKlärV vom 03.10.2017 ergebe sich für viele Kläranlagenbetreiber ab 2029 bzw. 2032 die Verpflichtung zum Phosphorrecycling. Generell könne Phosphor sowohl im Klärschlamm, aus dem Zentrat oder aus der Klärschlammasche zurückgewonnen werden, stellte Leirer fest.

Die Rückgewinnung aus der Klärschlammasche setze eine Monoverbrennung von Klärschlamm voraus. Bei der bisher üblichen Mitverbrennung in Kohlekraftwerken, Müllverbrennungsanlagen oder Zementwerken sei dies nicht möglich. Die momentan in Bayern verfügbaren Monoverbrennungsanlagen reichten nicht aus, den Bedarf zu decken, weshalb ein Ausbau der Klärschlammmonoverbrennungskapazitäten notwendig sei. Für die Rückgewinnung des Phosphors aus der Klärschlammasche stünden verschiedene Technologien zur Verfügung.

Klage über bürokratischen Aufwand

In der Diskussion weiterer Themen zeigte sich vor allem Unzufriedenheit mit dem bürokratischen Aufwand, der durch immer neue Anforderungen aus Verordnungen und Berichterstattungspflichten entsteht. Hier besteht nach einhelliger Meinung inzwischen eine große Diskrepanz zwischen Aufwand und Nutzen, bei gleichzeitiger Anerkennung, dass Rechtssicherheit und Wirtschaftlichkeit essenziell für den Erfolg für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind. Die aktuelle politische Weltlage, hohe Energiepreise und mangelnde Planungssicherheit hätten inzwischen Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche.

Der zweite Veranstaltungstag widmete sich traditionell der Deponietechnik. Auch künftig werden Deponien unerlässlich sein für eine geordnete, umweltgerechte Entsorgung, die auch das Ziel der Nachhaltigkeit erfüllen muss. Über Nachsorge und Betreuung abgeschlossener Deponiestandorte informierten anhand von Praxisbeispielen Christian Dierig und Wolfgang Huber, AU Consult GmbH, Augsburg.

Laut ihren Ausführungen hat sich die Deponietechnik in den vergangenen Jahrzehnten deutlich weiterentwickelt. Im Zuge dieser Entwicklung des technischen Fortschritts wurden auch die Anforderungen an die Qualitätssicherung, die Eigen- und Fremdkontrollen sowie an die behördliche Überwachung erhöht. Nicht zuletzt wurden mit der Novellierung des Deponierechts durch die Deponieverordnung von 2009 und den weiteren Anpassungen in den Folgejahren die Anforderungen konkretisiert.

Deponietechnik

Die gesellschaftliche Verpflichtung, dass die von der Ablagerung der Abfälle ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt auch über die Ablagerungs- und Stilllegungsphase hinaus zu vermeiden sind, finde sich in den aktuellen gesetzlichen Vorschriften als Schutz zum Wohl der Allgemeinheit wieder, erläuterten Dierig und Huber. Deshalb bleibe für den Deponiebetreiber auch nach der Betriebsphase der Deponie eine Vielzahl von Aufgaben erhalten. Dabei müsse der Betreiber immer vor Augen haben, dass die Deponie nur dann aus der Nachsorge entlassen wird, wenn er durch die dokumentierten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen gegenüber der zuständigen Behörde nachweisen kann, dass diese nicht mehr erforderlich sind und deshalb ein Abschluss der Nachsorge festgestellt werden kann.

Abhängig von der Komplexität der Deponie und der personellen Ausstattung des Deponiebetriebes könnten mehr oder weniger Aufgaben aus der Nachsorgephase einer Deponie auf einen Dienstleister bzw. ein qualifiziertes Ingenieurbüro übertragen werden. Abhängig vom Übertragungsumfang habe der Deponiebetreiber dadurch folgende Vorteile:

- qualifizierte Bearbeitung unterschiedlicher Aufgabenstellungen aufgrund interdisziplinärer Zusammensetzung der Bearbeiter im Team
- hohe Entlastung des Auftraggebers
- hohes Bearbeitungstempo durch Mehrpersoneneinsatz
- kein Kostenrisiko
- nur ein Vertrags- und Ansprechpartner.

Ein weiterer, großer Vorteil sei dabei die Flexibilität, da das Aufgabenspektrum jederzeit ergänzt oder gekürzt werden kann.

Transparenz und aktive Kommunikation

Jedem Vorhabenträger, Planer und Projektsteuerer ist bekannt, dass Genehmigungsverfahren schon lange nicht mehr unter dem Radar der Öffentlichkeit laufen. Diese ist interessiert, im positiven wie im negativen Sinn. Um ein Genehmigungsverfahren überhaupt mit Erfolgsaussichten auszustatten, seien Transparenz und aktive Kommunikation unerlässlich geworden, um ein Genehmigungsverfahren überhaupt mit Erfolgsaussichten auszustatten, erklärte Dr. Christoph Heim, Geiger-Gruppe, Waltenhofen.

Dabei dürfe dem Antragsteller jedes Mittel im positiven Sinne recht sein: egal ob klassisch (analog) oder digital. Beteiligung und Informationsgabe über Homepage oder social media seien geeignet, um auch die verfahrensrechtliche Forderung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zu erfüllen. Digitale Planungsinstrumente, z.B. die Visualisierung von Planungsständen und -zielen wie Deponiekonturen, seien wirksame Mittel, um die Akzeptanz eines Vorhabens auch bei Behörden, Kommunen etc. erreichen zu können, verdeutlichte Heim. **DK**



Stadtwerke als Pioniere: Die Vorstände der STW Dörte Schulte-Derne und Armin Lewetz erläuterten dem Klimabeirat wichtige Wegmarken ihres Unternehmens bei der Energiewende. Bild: Georg Wagenbrenner

Umwelt- und Klimapakt Bayern:

Auszeichnungen für Stadtreiniger und Stadtwerke

Aus dem Umwelt- und Klimaschutz sind die Beiträge der lokalen Wirtschaft nicht wegzudenken. Der Umwelt- und Klimapakt Bayern bietet deshalb Unternehmen und Betrieben einen Anreiz, nachhaltigere Lösungen in ihr Handeln zu integrieren. Für die Teilnahme am Programm überreichte Klimabürgermeister Martin Heilig während der Sitzung des Würzburger Klimabeirats dem städtischen Entsorgungsfachbetrieb „Die Stadtreiniger“ und der Stadtwerke Würzburg AG (STW) ihre Urkunden.

Preisträger Wolfgang Kleiner, Werkleiter der Stadtreiniger, hob das Engagement seiner Mitarbeiter hervor: „Unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten täglich daran, Umwelt- und Klimaschutz in die Praxis umzusetzen“. Der moderne städtische Fuhrpark mit seiner steigenden Anzahl an Elektro-Fahrzeugen spreche hier für sich. Mit der Umweltstation unterhalten „Die Stadtreiniger“ darüber hinaus eine Einrichtung, die nicht nur architektonisch sinnbildlich für nachhaltige Entwicklung steht. Von den dortigen Bildungsangeboten zu Themen wie Klimaschutz oder Abfallvermeidung profitiere die Stadtbevölkerung umfassend.

Frühzeitiger Einsatz für Klimaschutz

Auch die Stadtwerke Würzburg AG erhielt für ihre wiederholte Teilnahme am Umwelt- und Klimapakt Bayern eine Urkunde. Die Vorständin Dörte Schulte-Derne führt den Fortschritt der Stadtwerke in der Energiewende auf deren frühzeitigen Einsatz für Klimaschutz zurück. „Wir haben uns bereits sehr früh mit der Frage nach dem „Warum“ der Energiewende beschäftigt. Von dieser Entschlossenheit profitieren wir heute. Wir sind mittlerweile einige Schritte weiter und können uns ganz konkret der Umsetzung – dem „Wie“ – widmen.“

Dieser Einsatz zeigt sich bereits in der Praxis: Wie Vorstandskollege Armin Lewetz anmerkte, konnten energieeffizienzsteigernde Maßnahmen dazu beitragen, den CO2-Ausstoß des Heizkraftwerks an der Friedensbrücke maßgeblich zu senken. Die STW sind bereits seit 2010, damals durch die HKW GmbH, Mitglied im Umwelt- und Klimapakt Bayern.

Die Teilnahme erfordert die Implementierung von betrieblichen Umweltschutzmaßnahmen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Dabei kann es sich etwa um die Einführung und Anwendung eines Umweltmanagementsystems (z.B. EMAS) handeln. Aber auch die energetische Sanierung von Betriebsgebäuden oder der Einsatz von Elektromobilität sind Maßnahmen, die die Teilnahme am Programm ermöglichen.

„Das Programm wurde von der Bayerischen Staatsregierung, der Bayerischen Wirtschaft e.V., dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag und dem Bayerischen Handwerkstag ins Leben gerufen. Die Teilnahme der beiden lokalen Unternehmen „Die Stadtreiniger“ und der Stadtwerke Würzburg AG am Umwelt- und Klimapakt Bayern erstreckt sich über drei Jahre und kann anschließend erneuert werden. ❒

München bleibt cool

Hitzeschutzaktivitäten des Gesundheitsreferats

Die Auswirkungen des Klimawandels sind besonders in den Sommermonaten auch in München bereits deutlich spürbar. Gerade für vulnerable Personengruppen sind die zunehmend gehäuft auftretenden Hitzephasen eine besondere gesundheitliche Belastung. Der Gesundheitsausschuss des Stadtrats hat das Gesundheitsreferat daher beauftragt, die Maßnahmen zum Hitzeschutz auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen und weiterzuentwickeln. Die Vollversammlung des Stadtrats muss den Empfehlungsbeschluss des Gesundheitsausschusses noch bestätigen.

Bürgermeisterin Verena Dietl zufolge „heizen sich gerade Städte in den Sommermonaten besonders auf. Die Landeshauptstadt München ist sich ihrer Verantwortung für die geeignete Anpassung an den Klimawandel und immer wärmer werdende Sommermonate schon lange bewusst. Zur Reduzierung der gesundheitlichen Auswirkungen durch Hitze sind die Maßnahmen des Gesundheitsreferats daher ein wichtiger Baustein in der städtischen Gesamtstrategie.“

„Wir sehen immer häufiger, dass Temperaturrekorde geknackt werden und Extremwetterereignisse zunehmen. Mir ist es daher ein besonderes Anliegen, die Münchner*innen vor den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen – vor allem diejenigen, die in Hitzephasen besonders zu kämpfen haben: Menschen mit Vorerkrankungen, ältere Menschen, Schwangere und Kleinkinder. Unser aktuelles Maßnahmenpaket setzt daher dort an“, hob Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek hervor.

Dieses Jahr hat das Gesundheitsreferat für alleinlebende Seniorinnen und Senioren ein zusätzliches Informationsangebot aufgebaut. Zudem werden Pflegeeinrichtungen noch gezielter zu ihren Hitzeschutzkonzepten beraten.

Hitzewarnsystem im Blick

Schwangere erhalten ein zusätzliches Informations- und Beratungsangebot, und auch den jüngsten Münchnern und Familien soll durch niederschwellige Informationsangebote die Anpassung an sommerliche Hitze erleichtert werden. Außerdem wird Schritt für Schritt ein Hitzewarnsystem etabliert, das in den kommenden Jahren ausgebaut werden soll.

Informationen und zielgruppengerechte Verhaltenstipps hält das Gesundheitsreferat unter www.muenchen.de/hitze vor. ❒

Recycling von Baustoffen:

Testversuch 2.0 in Neufreimann

Rund 55 Prozent aller Abfälle in Deutschland kommen aus dem Bausektor. Dies ist ein großer Ansatzpunkt für die Münchner Zero-Waste-Strategie, Abfälle bis 2035 zu reduzieren. Der Stadtrat hat 2022 auf Antrag der Kommunalreferentin einen zentralen Maßnahmenplan beschlossen. Er soll dazu beitragen, die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft gerade auch im Bausektor zu etablieren, Abfälle zu reduzieren und Emissionen zu verringern.

In der ehemaligen Bayernkaserne in Freimann erprobt München in einem Pilotprojekt das Recycling von Baustoffen. Auf dem 50 Hektar großen Gelände entsteht das neue Stadtviertel Neufreimann. So viel Abbruchmaterial wie möglich (rund 755.000 Tonnen) wird vor Ort aufbereitet und dem Neubau (zum Beispiel als Recycling-Substrate und Recycling-Beton) zur Verfügung gestellt, so dass ein Kreislauf entsteht.

Alle Arbeitsschritte werden auf der Baustelle durchgeführt mit dem Ziel, Transportwege einzusparen, nämlich 90.000 Lkw-Fahrten – das sind ungefähr 80 Fahrten rund um die Welt.

Im Rahmen des Modellvorhabens „Innovative Baufeldfreimachung zur Quartiersentwicklung Neu-Freimann“ testet das Kommunalreferat der Landeshauptstadt München jetzt, wie sich CO2 in R-Beton speichern lässt. Mit dem Schweizer Unternehmen neustark wird ein zweiwöchiger Testversuch der Aufnahmefähigkeit von CO2 in Abbruchmaterialien gestartet. Begleitet wird der Versuch von Professorin Dr. Andrea Kustermann, Hochschule für angewandte Wissenschaften München. ❒

Internationaler bvse-Alttextiltag in Dresden:

Eigentumsfrage hat höchste Priorität

Beim 11. Internationalen bvse-Alttextiltag in Dresden wurde neben den anhaltend aktuellen Themen, wie sinkenden Qualitäten bei gesammelten Alttextilien und der durch Fast-Fashion Konsum hervorgerufenen Probleme für das hochwertige Textilrecycling, das Augenmerk auch auf die Recyclingverfahren gelegt, die künftig einen Teil der textilen Kreislaufwirtschaft bilden werden.

Aus Sicht von bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock wird die Eigentumsfrage, die sich bereits wie ein roter Faden durch die Verpackungsgesetzgebung zieht, auch im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung eines Systems der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) für Textilien höchste Priorität für die Branche haben. Vor rund 100 Teilnehmern bezeichnete er die Einführung eines geeigneten EPR-Systems als ein äußerst komplexes Thema, das der bvse mit seinem Fachverband Textilrecycling und über seinen europäischen Branchendachverband EuRIC nach Kräften begleiten werde.

Gute und nachhaltige Qualität generieren

Ein zentrales Kriterium sei die Festlegung des Eigentums an den Textilien, machte Rehbock deutlich. Das Interesse, gute und nachhaltige Qualität zu generieren, sei entscheidend daran gekoppelt, dass die Unternehmen eigene Verantwortung tragen und den Output selbst vermarkten können. Dies habe man klar aus den Erfahrungen mit dem Verpackungsbereich lernen können: „Wenn nur nach Tonnage bezahlt wird, ist die Qualität, die hinten herauskommt, egal“, so der Verbandschef.

In Deutschland seien bereits über Jahre gut funktionierende Strukturen in der textilen Sammlung, Sortierung und Verwertung aufgebaut worden, erklärte Rehbock: „Wir haben in Deutschland ein Sammel- und Verwertungssystem für Alttextilien, das in Europa seinesgleichen sucht. Im Hinblick auf die EU-weite Diskussion um die verpflichtende Getrenntsammlung von Textilien ab Januar 2025 können wir sagen: In Deutschland ist bereits alles da!“

Plädoyer für EPR-System

Laut dem bvse-Vizepräsidenten und Vorsitzenden des Fachverbandes Textilrecycling, Stefan Voigt, muss am bestehenden Gemeinwerk von gewerblichen, caritativen und kommunalen Sammlern, Sortierern und Verwertern auch nichts verändert werden. Allerdings komme man nicht mehr umhin, ein EPR-System zu errichten, das die Branche bei der Gewinnung von Finanzmitteln für die Aufrechterhaltung ihres bewährten Systems unterstützt, habe diese doch mittlerweile ein immer größer werdendes Finanzproblem: „Unsere Branche verrichtet eine Dienstleistung an der Bevölkerung und muss im Gegensatz zu anderen Stoffströmen dafür bezahlen – und das sofort oder sogar vorab. Die Finanzmittel für die Aufrechterhaltung des Systems durch den Verkauf der Alttextilien erhalten die Unternehmen der Alttextilbranche oft jedoch Monate, im Exportgeschäft sogar teilweise erst ein ganzes Jahr später“, erläuterte Voigt. „Die Alttextilbranche benötigt dringend ein EPR-System, das frische Gelder in das System bringt und deren Wirken im Sinne der Kreislaufwirtschaft unterstützt.“

Bei der Implementierung eines geeigneten Systems gehe es allerdings nicht ohne eine Organisation, in der alle Daten zusammenfließen, hob Hauptgeschäftsführer Rehbock hervor. Nur so könne man das Problem mit nicht registrierten Trittbrettfahrern vermeiden, die Produkte auf den Markt werfen, ohne sich an der Finanzierung für Sammlung, Sortierung und Recycling zu beteiligen. „Der bvse wird weiterhin alles dafür tun, den Textilmarkt zu erhalten und dafür zu sorgen, dass unsere privatwirtschaftlichen Unternehmen weiterhin in der Wertschöpfungskette vertreten sein werden“, so Rehbock.

Auf die Frage, wie die operative Umsetzung eines EPR-Systems aussehen könnte, ging André Rückert vom Unternehmen Ecologicon ein, das sich auf die Beratung für Unternehmen der Kreislauf- und Abfallwirtschaft spezialisiert hat. „Die Regierung und der Gesetzgeber müssen die bestehende Struktur miteinbeziehen, um auch Arbeitsplätze und Geschäftsmodelle zu schützen“, bestätigte Rückert.

Wichtige Eckpunkte

Allerdings werde mit den kommenden gesetzlichen Regelungen der Alttextilmarkt komplexer und insbesondere der bürokratische Umsetzungsaufwand steigen, prophezeite der Projektingenieur. Er machte deutlich, dass unter Einbeziehung der Interessen und Rollen aller Akteure in der zukünftigen Umsetzungskette Qualitätssicherung und Standards sowie Kostenmodelle und Incentivierung in Abhängigkeit von Materialzusammensetzung und Verwertungswegen wichtige Eckpunkte darstellen. Zudem müsse es eine international klar abgestimmte Intention für ein End of Waste und auch für die Materialströme der Rezyklate geben. Auch sei eine Unterstützung des Einsatzes von Rezyklaten sinnvoll. Dazu müssten auch ein Markt für Rezyklate erarbeitet sowie vorhandene Verwaltungs- und Vollzugsstrukturen genutzt werden, um weitere Bürokratisierung zu vermeiden.

Das Thema EPR für Textilien ist für einige Inverkehrbringer noch recht abstrakt, erklärte Jonas Stracke vom Gesamtverband Textil und Mode. „Es stehen noch viele Fragen im Raum. Beispielsweise, wie die künftigen Anforderungen für eine Produktverantwortung nach der Konsumeigenschaft für Hersteller aussehen könnten und vor allem, wie eine gleichberechtigte Teilnahme in einem künftigen EPR-System von der Herstellerindustrie aussehen kann. Hersteller wollen über ein mögliches Dokumentieren und Bezahlen hinaus aktiv werden, das zeichnet sich auch im Verband deutlich ab“, unterstrich Stracke.

Neue innovative Recyclingverfahren

Welche Rolle die angewandten Wissenschaften in den Prozessen des Textilsektors spielen, der durch aktuelle politische Regulierungen auf nationaler und europäischer Ebene immer weiter vorangetrieben wird, und wie sich Unternehmen daran beteiligen können, erläuterte die wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Produkte und Stoffströme des Öko-Instituts, Clara Löw. Wie wichtig verlässliche Qualitätssicherungsmaßnahmen für die Sicherstellung von Inputqualitäten bei Recyclingunternehmen sind, davon wusste der Gründer der SRE GmbH und langjährige Branchenexperte Thomas Staudt zu berichten. Sein Vortrag drehte sich um ein Modell zur Faserqualitätsbestimmung.

„Chemische Verfahren – Neuer Stoffstrom“ waren die Schlagworte, die am ersten Veranstaltungstag neue innovative Textilrecyclingverfahren angekündigt hatten. Einblicke zur Frage, ob der Weg zu einer zirkulären Textil- und Kreislaufwirtschaft durch ein neues chemisches Verfahren zum Monomer-Recycling von PET-Kunststoffen und Polyesterabfällen gelingen kann, gewährte Ben Rump, Geschäftsführer von matterr. Wie der Entwicklungsprozess bei der chemischen Verwandlung alter Textilien in Zellulose- und Polyesterkomponenten vom Labor bis zum Markt aussieht, darüber informierte der Mitbegründer des Startup-Unternehmens eeden GmbH, Steffen Gerlach.

Textilrevolution aus Franken

Bringt vielleicht ein neues Faser-zu-Faser-Verfahren, das ganz ohne Chemie auskommt, den Durchbruch? Über den Turns®-Faserkreislauf als Textilrevolution aus Franken berichtete die Mitbegründerin des Startups Turns GmbH, Katja Wagner, während Klaus Wohnig (Atmedio GmbH) sein langjähriges Expertenwissen bezüglich Alttextilien und dem Chemischen Kunststoffrecycling mit den anwesenden Teilnehmern und Branchenexperten teilte.

Ein abschließendes Podium bot die Gelegenheit, die vorgetragenen Impulse der Referentinnen und Referenten im Gespräch mit den Teilnehmern noch einmal gemeinsam zu vertiefen und weitere relevante und aktuelle Themen der Branche zu diskutieren. **DK**

Glauber und Bernreiter:

Baustoffe müssen im Kreislauf bleiben

Bund muss geplante Rechtsnormen anpassen

Bayern setzt sich gegenüber dem Bund weiter für eine Stärkung von Recycling-Baustoffen ein. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber und Bayerns Bauminister Christian Bernreiter haben dazu den Bund in einem aktuellen Schreiben noch einmal aufgefordert, geplante Rechtsnormen auf Bundesebene anzupassen.

„Wir müssen in Deutschland alles tun, die Kreisläufe auch bei Baustoffen zu stärken. Wir können es uns nicht weiter leisten, auf die Wiederverwertung wertvoller Rohstoffe zu verzichten. Der Bund plant jedoch genau das“, betonten die Minister.

Für praxisgerechte Regelung

Nach den aktuellen Plänen soll ein Großteil der verschiedenen Klassen von Ersatzbaustoffen rechtlich Abfall bleiben. Nach Glaubers und Bernreiters Worten „senkt das deren Akzeptanz deutlich und verursacht Zusatzkosten bei der Entsorgung. Die Kreislaufwirtschaft wird damit gehemmt, anstatt gefördert. Dieser Fehler darf nicht in eine Verordnung gegossen werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass qualitätsgesicherte Recycling-Rohstoffe vermehrt auf Deponien landen, statt im Kreislauf wiederverwendet zu werden. Damit steigen die Baukosten weiter an. Wir fordern den Bund daher erneut auf, eine praxisgerechte Regelung für die Bau- und Recyclingbranche zu schaffen.“

Marktakzeptanz erhöhen

Der Bund arbeitet aktuell an einer Verordnung, die sich mit der Frage befasst, welche mineralischen Ersatzbaustoffe zukünftig im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft nicht mehr dauerhaft als Abfälle klassifiziert werden müssen. Dies ist nach den Plänen des Bundes derzeit nur bei sehr wenigen Ersatzbaustoffen der Fall.

Aus bayerischer Sicht ist eine Erweiterung der umfassten Baustoffe erforderlich, um die Marktakzeptanz von Ersatzbaustoffen zu erhöhen und mehr Rechtssicherheit zu gewährleisten. Schädliche Auswirkungen für Mensch und Umwelt werden dabei durch die geltenden Regelungen der Ersatzbaustoffverordnung verhindert. ❐



Karin Brechenmacher-Dumberger (l.) pflanzte gemeinsam mit ihrer Mutter Julianna Brechenmacher (r.) 6.000 Bäume zugunsten des 100.000 Bäume-Projekts des Landkreises Donau-Ries, das von Landrat Stefan Rößle initiiert wurde. Bild: Diana Sonntag

So kann Kreislaufwirtschaft gelingen

Gezielte Ausschleusung von Schadstoffen ermöglicht
Rückführung von Abfällen in Stoffkreislauf und schont Ressourcen

Am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) fand das Bayerische Fachsymposium der Abfallwirtschaft statt. Schwerpunkte der Veranstaltung waren die abfallrechtliche Einstufung von Abfällen und die Entsorgung asbesthaltiger Abfälle.

Es wurde deutlich, dass die Abfalleinstufung zwei Hauptaufgaben hat. Zum einen bekommt der Abfall durch die Einstufung einen eindeutigen Namen, einen so genannten Abfallschlüssel. Insgesamt 842 Abfallschlüssel stehen im Abfallverzeichnis der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) zur Auswahl. Zum anderen wird der Abfall bei der Abfalleinstufung hinsichtlich gefahrenrelevanter Eigenschaften geprüft, wodurch festgestellt werden kann, ob der Abfall gefährlich ist oder nicht.

Vertrauen stärken

Durch die Abfalleinstufung werden die im Abfall enthaltenen Schadstoffe berücksichtigt und können so gezielt ausgeschleust werden. Vor allem im Hinblick auf das Recycling (d.h. die stoffliche Verwertung) von Abfällen ist die Ausschleusung von gefährlichen Stoffen wichtig, um eine Rückbelastung von Recyclingprodukten durch schädliche Stoffe zu vermeiden. „Denn es geht darum“, so Dr. Richard Fackler, Vizepräsident des LfU „dass das Vertrauen in die Recycling-Produkte gestärkt wird.“ Für eine gelingende Kreislaufwirtschaft ist es unerlässlich, Stoffkreisläufe zu schließen, in dem Abfälle natürliche Ressourcen ersetzen.

Als besonders relevanter Schadstoff wurde im zweiten Veranstaltungsteil Asbest behandelt, welcher, auf Grund des vielseitigen Einsatzes in der Vergangenheit abfallwirtschaftlich eine große Herausforderung darstellt. Bis 1993 wurde Asbest vorwiegend in der Baubranche für zahlreiche Anwendungen eingesetzt bis die gesundheitsschädliche Wirkung von Asbest bekannt wurde. Hr. Dr. Surkau vom Umweltbundesministerium wies darauf hin, dass nun die Zeit sei, den Schadstoff Asbest konsequent auszuschleusen. Dies könne nicht auf zukünftige Generationen verschoben werden, da die Gebäude, welche vor 1993 erbaut wurden, in den nächsten Jahren zu Abfall würden und eine schadstoffgerechte Abfallbewirtschaftung unerlässlich sei.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass bereits verbotene und beinahe vergessene Schadstoffe uns nun bei der Entsorgung von Abfällen wieder einholen und diese erschweren. Deshalb ist es notwendig, dass bereits bei der Entwicklung von Produkten die Entsorgung mitgedacht wird.

Im Rahmen des Symposiums wurden Neuerungen auf Bundes- und europäischer Ebene vorgestellt, beispielsweise die geplante Einführung neuer Abfallschlüssel für Lithium-Ionen-Akkumulatoren- und Batterien auf EU-Ebene um auf den künftig größer werdenden Abfallstrom durch die Zunahme der Elektromobilität reagieren zu können. Zudem wurde die Methodik zur Abfalleinstufung näher beleuchtet und auf die frisch überarbeiteten „Technischen Hinweise zur Einstufung von Abfällen nach ihrer Gefährlichkeit“ hingewiesen, welche auf der Website der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall als Hilfestellung zur Abfalleinstufung veröffentlicht wurden.

Unerlässliche Schadstofferkundung

Asbest stellt abfallwirtschaftlich eine große Herausforderung dar. Man findet Asbest in Fassadenplatten an Hauswänden, in Abstandshaltern von Betonwänden, in Spachtelmassen in Deckenfugen oder in Fliesenklebern. Asbest wurde in solch zahlreichen Bereichen eingesetzt, dass Gebäude, welche vor 1994 errichtet wurden, als potenziell asbestverdächtig gelten.

Die Tagung zeigte auf, dass eine gründliche Schadstofferkundung im Vorfeld einer Abbruchmaßnahme unerlässlich ist, um die Einsatzbereiche von Asbest in einem Gebäude zu identifizieren und eine gezielte Sanierung oder einen kontrollierten Rückbau vornehmen zu können. Zudem weisen die Bau- und Abbruchabfälle ein großes Potenzial zur Schonung der Ressourcen auf, da dieser Stoffstrom in Bayern den größten Abfallstrom darstellt. Durch die konsequente Ausschleusung von Asbest können hochwertige Recycling-Baustoffe hergestellt werden. ❐

Landkreis Donau-Ries:

6.000 Bäume für 100.000 Bäume-Projekt

Julianna Brechenmacher ist seit ihrer Jugend im Wald aktiv und hat in dieser Zeit schon unzählbar viele Setzlinge gepflanzt, geschätzt wohl weit jenseits der 100.000 Bäume. Zusammen mit ihrer Tochter Karin Brechenmacher-Dumberger kümmert sie sich um das vor drei Jahren erworbene Waldstück. Freie Flächen wurden vor kurzem mit 6.000 Bäumen aufgeforstet. Die Setzlinge kommen dem 100.000 Bäume-Projekt des Landkreises zugute, das von Landrat Stefan Rößle 2019 initiiert wurde.

Insgesamt sind unter den 6.000 gemeldeten Bäumen 40 verschiedene Sorten, darunter Klassiker wie etwa Eichen-, Buchen-, Ahorn- und Tannenarten.

„Hauptsache bunt und vielfältig, was morgen noch wächst, ist schwer vorauszusagen. Wichtig ist die Biodiversität sowie Schädlings- und Klimaresilienz“, betont Julianna Brechenmacher.

Nutzen für die nächsten Generationen

Die Bäume für ihre Wälder sät sie selbst und zieht diese voller Freude im eigenen Garten. Mit dem Setzen der jungen Bäume ist es jedoch nicht getan, denn jede Pflanze benötigt ihren Einzelschutz. Die sogenannten Hosen, die um jeden Setzling angebracht werden müssen, dienen als Reibe- und Verbissschutz. Das Ausgrasen ist zeit- und kraftintensiv, denn das Gras macht den Setzlingen das Leben schwer. Wenn die Setzlinge größer sind, folgt das Ausasten.

Aber auch Hitze und Mäuse setzen den jungen Bäumen schwer zu und vernichten dabei nicht selten die Hälfte der Baumsetzlinge und die Arbeit beginnt von vorn. Trotzdem bleibt Familie Brechenmacher motiviert „Man macht es, weil man es liebt, einen Nutzen hat man davon selbst definitiv nicht, dafür aber die nächsten Generationen.“ ❐

Wertingen überzeugt mit Team Wirkung

Heimatgeschichte erleben – läuft bei uns!

Alles in einem Gebäude: Ein Rathaus, ein Veranstaltungsort und ein Heimatmuseum – wie soll das funktionieren? Die Wertinger haben einen überaus mutigen Schritt in eine zeitgemäße Präsentation ihrer Stadtgeschichte gewagt und famos gewonnen.

Wer die moderne zweiflügelige Tür am Wertiger Schloss öffnet, betritt ein modernes, zweckmäßiges Rathausgebäude. Außen Schloss, innen Verwaltungsgebäude und an den Wänden Vitrinen mit der Heimatgeschichte. Ein pragmatisches, oft praktiziertes Vorgehen. Seit kurzer Zeit jedoch begegnet den großen und kleinen Bürgerinnen und Bürgern der Wertinger Zeitstrahl. Heimatgeschichte, Stadtgeschichte lockt nun mit frischen, heiteren Farben zu einem scheinbar schwerelosen Pfeil zwischen zwei Säulen im Foyer. Der Pfeil gibt die Richtung vor, die Farben geben Orientierung in den knapp 20.000 Jahren Wertinger Geschichte und sie lassen die Schätze und Kleinodien des Heimatmuseums wie Juwelen magisch funkeln. Das verführt Groß und Klein in dieses Mini-Museum einzutauchen und mehr wissen zu wollen. Die Begleitbroschüre wird intensiv genutzt.

Machbarkeitsstudie bestärkt Bürgermeister Lehmeier

1. Bürgermeister Willy Lehmeier erinnert sich: „2020 hat mich die Machbarkeitsstudie bestärkt, das Heimatmuseum zu einem zentralen Wertinger Kulturort zu machen. Mit einem attraktiven Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger." Ein klares Ziel, für das sich nicht nur der historisch interessierte Lehmeier engagierte: „Ich hatte einen aufgeschlossenen Stadtrat und mit Cornelius Brandelik, dem heutigen Museumsreferenten, sowie mit Dr. Johannes Mordstein, dem Wertinger Archivar, große Unterstützer und Ideengeber."

Stärke durch Gemeinsamkeit

Was hatte Wertingen, was andere nicht haben, damit Stadtgeschichte leuchtet? Lehmeier bestätigt, dass das Team bei der Umsetzung ein großer Glückfall war: „Und wir hatten mit Tom Sisto von der Agentur Neonpastell und der Schreinerei ZUM Schreiner weitere Verbündete, die in der Planungsphase und Umsetzung zu einer Einheit wurden." Alle brachten ihre Stärken ein. Tom Sisto sieht darin die Erfolgsgarantie. „Zudem ist uns bei der Konzeptionierung der genaue Blick auf die örtlichen Gegebenheiten wichtig. Denn die Möglichkeiten für eine spannende Ortsgeschichte sind immer größer als gedacht. Kostengünstige, platzsparende und umsetzbare Lösungen lassen sich immer realisieren und mit digitalen Mittel sogar Außenräume als Ausstellungsorte erschließen."

Audiosammlung zur Gegenwartsgeschichte

In Wertingen wird schwäbisch gesprochen. Acht Dialektsprecher und Sprecherinnen aller Altersstufen erzählen Geschichten aus dem 21. Jahrhundert in ihrer Mundart. Wirkungsvoller kann Heimatgeschichte kaum präsentiert werden. Eine Identifikation mit Heimat fällt so sehr leicht. Dass die Macher der inspirierenden Ausstellung durchaus mit Witz arbeiten, zeigt sich an vielen Details – etwa an der auf der Vitrine zum 21. Jahrhundert wie zufällig abgestellten, leeren Bierflasche. Ein Schwanenbräu-Kellerbier, eine Wertinger Spezialität. Gebraut wurde seit 1416.

Heimatgeschichte – wichtig für die Zukunftsfähigkeit

Bürgermeister Lehmeier ist fest davon überzeugt: „Ja! Wenn ich irgendwo auf dieser Welt geboren bin und lebe, benötige ich Hintergrundwissen über die Vergangenheit und die Geschehnisse vor meiner Zeit. Damit ich einen Bezug, eine Beziehung, eine Verbundenheit zu den Menschen und zu meinem Ort leben, spüren und aufbauen kann." Das ist die eine Seite, auf der anderen



Die Audiostation spricht Geschichte: Wer einmal die acht Mundartsprecherinnen und -sprecher gehört hat, mag gar nicht mehr aufhören ihnen zu lauschen.

Bild: Cornelia Benesch

will Lehmeier die Menschen für Heimatgeschichte begeistern: „Mit Ausstellungen, mit interessanten Büchern, Vortragsreihen und Stadtführungen. Dabei sollten möglichst viele verschiedene Bereiche der Gesellschaft eingebunden werden. So z.B. die Schulen, die Volkshochschule, die Musikschule." So wird das Heimatmuseum vom reinen Sammelort zum lebensprallen Kulturort. **Cornelia Benesch**



Bürgermeister Willy Lehmeier, Stadt Wertingen, und Tom Sisto, Agentur Neonpastell, sind sich einig: Das Konzept von Heimatgeschichte erleben ist ein Erfolg.

Bild: Cornelia Benesch

Nordgautag in Grafenwöhr:

„Oberpfalz trifft Amerika"

Die Oberpfalz zu Gast in Grafenwöhr: 1.500 Festzug-Teilnehmer, 35 Einzelveranstaltungen, Besuche von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und NATO- und EUCOM-Kommandeur Christopher G. Cavoli: Der 44. Nordgautag war ein Fest der Superlative. Das Kulturfestival stand heuer unter dem Motto „Oberpfalz trifft Amerika – Heimat auf Zeit" und widmete sich dem Zusammenleben der Einheimischen mit den am Truppenübungsplatz Grafenwöhr stationierten US-Soldaten.

Vier Tage lang präsentierten sich Grafenwöhr, seine Bürger und Vereine. Es fanden Konzerte, Ausstellungen, eine Museumsnacht, ein Stadtfest mit zahlreichen Aufführungen, ein Kinder- und Jugendprogramm, sowie der traditionelle Festzug zum Abschluss statt. Hinzu kamen u.a. Lesungen, Tanzveranstaltungen und Vorträge. Herausragende Höhepunkte waren der Festakt und die Verleihung der Nordgaupreise an Eckard Bodner (Heimatpflege), Alfred Wolfsteiner (Literatur) und Wolfgang Herzer (Bildende Kunst).

Noch nie seien Musik, Theater und bildende Kunst so wertvoll gewesen wie heute, um miteinander die eigenen Wurzeln der Heimat zu finden, betonte Altlandrat Volker Liedtke, Präsident des Oberpfälzer Kulturbunds, bei der Eröffnung der 44. Auflage des Nordgautags. Durch die amerikanischen Freunde und Partner habe dieser einen ganz besonderen Charakter mit herausragendem Alleinstellungsmerkmal.

Laut Grafenwöhrs Bürgermeister Edgar Knobloch besteht seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine freundschaftliche Verbundenheit zwischen US-Amerikanern und Deutschen. Die Menschen kämen zusammen, um eine gute Zeit miteinander zu verbringen. Dadurch werde das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt.

„Kultur, Dialekt und Musik sind Werte, die wichtig sind und die US-Army ist Teil unserer Kultur", stellte Regierungspräsident Walter Jonas fest. „Wir sollten uns immer besinnen, wie wir leben; Bräuche und Gemeinschaft stärken uns. Es ist gut zu wissen, dass wir mit den Vereinigten Staaten verbündet sind." „In guten und in schlechten Zeiten sind wir füreinander da", machte auch Generalkonsul Timothy Liston deutlich. Die transatlantischen Beziehungen seien eine wichtige Säule.

„Die Oberpfalz ist ein ganz starkes Stück Bayern. Tausende Besucher und zahlreiche ehrenamtliche Teilnehmer aus Tracht, Brauchtum und Heimat machen die Veranstaltung zu einem Erlebnis", urteilte Ministerpräsident Markus Söder. Grafenwöhr stehe besonders für die enge bayerisch-amerikanische Freundschaft. Bayern sei stolz, seit Jahrzehnten Heimat für US-Soldaten zu sein. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit in Europa.

Alle zwei Jahre und jeweils in einer anderen Stadt rückt die reiche kulturelle Tradition der Oberpfalz mit dem Bayerischen Nordgautag in den Mittelpunkt des Interesses. Zum ersten Mal war Grafenwöhr Ausrichtungsort. Der Name Nordgautag soll an den Begriff des Bayerischen Nordgaus anknüpfen, der seit dem 8. Jahrhundert das altbairische Gebiet nördlich der Donau bezeichnete. **DK**

GZ ZU GAST BEI ...



Wolfgang Beißmann

Erster Bürgermeister der Stadt Pfarrkirchen

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Kreis- und Hochschulstadt Pfarrkirchen (Niederbayern) mit rund 14.400 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 1. Mai 2014 darf ich als hauptamtlicher Bürgermeister die Geschicke der Stadt Pfarrkirchen leiten.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Als Kfz-Technikermeister und geprüfter Automobilverkäufer war ich als Geschäftsführer eines Volvo- und Alfa Romeo Autohauses mit Werkstatt und angeschlossener Tankstelle (Familienbetrieb) tätig.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

In der Kommunalpolitik hat man die Möglichkeit, seine Heimat mitzugestalten und in der „direktesten" Form der Politik aktiv zu sein.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine langjährige kommunalpolitische Aktivität konnte ich bereits viele Erfahrungen sammeln, die mir bei meinem Amtsantritt sehr hilfreich waren. So wurde ich bereits im Jahr 2002 in den Stadtrat gewählt und durfte dann ab dem Jahr 2008 das Amt des 2. Bürgermeisters unserer Stadt bekleiden.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Durch die höchst engagierte Vorarbeit unseres Bürgermeisters a. D. Georg Riedl, erhielt die Stadt Pfarrkirchen im Februar 2014 die Zusage zur Ansiedlung eines Hochschulstandorts mit bis zu 2.000 Studierenden und einem Start des Studienbetriebs zum Wintersemester 2015/2016. So war der Beginn meiner Amtszeit geprägt von den vorbereitenden Maßnahmen, bei denen die Stadt eng involviert war (wir brachten uns finanziell, mit Grundstücken und mit Gebäuden ein). Dies war für uns völliges Neuland.

Mit der Ansiedlung des European Campus Rottal-Inn rückte natürlich auch das Thema Wohnraum in einen ganz besonderen Fokus. Gepaart mit den großen Strömen an Geflüchteten, die im Jahr 2015 nach Deutschland kamen (wir sind direkt in der Grenzregion zu Österreich), sowie dem Wohnraumbedarf, den wir ohnehin durch unser stabiles Wachstum hatten (und noch immer haben), standen wir vor großen Herausforderungen.

Diese Herausforderungen setzten sich dann ganz besonders im Bereich der Kinderbetreuung bis hin zu den Schulen in unserer Sachaufwandsträgerschaft fort. So ist der Bereich der Kinderbetreuung nach wie vor ein zentraler Punkt unseres Handelns. Ein breites bedarfsorientiertes Angebot in diesem Sektor unterstützt unsere Familien, fördert die Vereinbarkeit der Familie mit dem Beruf und unterstützt den Bereich der Integration.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Hier gäbe es unzählige Themen zu nennen, von denen ich an dieser Stelle einige besonders herausgreifen möchte.

Ein besonders Augenmerk liegt auf den Schulen in unserer Sachaufwandsträgerschaft. Aktuell läuft die Generalsanierung unserer Mittelschule (mit einem Volumen von rd. 25 Mio. Euro) an, und gleichzeitig steigen wir in die Planung für umfassende Erweiterungsmaßnahmen unserer Grundschule (aktuell rd. 500 Schülerinnen und Schüler) ein.

Ein weiterer Fokus liegt auf unserer Innenstadt, die natürlich auch dem Wandel wie auch den bekannten Herausforderungen unterliegt. Hier beschäftigen wir uns aktiv mit dem Thema Leerstandsmanagement und ergänzenden Nutzungen – nur wenn wir den Mut haben, „Innenstädte neu zu denken", werden wir diese zentralen Räume unserer Städte auch für die Zukunft lebendig erhalten können.

Ein großes Anliegen ist mir im Bereich der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Mit einem umfassenden Sturzflutrisikomanagementsystem, der Vorbereitung auf verschiedene Großschadenslagen, der Schaffung entsprechender interner Strukturen wie auch der notwendigen Ausstattung an Material, möchten wir ein möglichst optimales Niveau der Vorsorge im Sinne des Schutzes unserer Bevölkerung erreichen.

Die Herausforderungen im Bereich der Schaffung von Wohnraum nannte ich bereits; möchte diesen Punkt aber nochmals unterstreichen. Die Schaffung von ausreichend Wohnraum ist von zentraler Wichtigkeit für gute Lebensbedingungen vor Ort, sozialen Frieden und ein wichtiger Standortfaktor in den verschiedensten Belangen.

Bei allen Maßnahmen, die wir planen bzw. durchführen, gilt es stets, im Sinne aller Generationen zu handeln.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Bei dieser Frage denke ich an den Bereich der Klimaresilienz unserer Kommunen. Hier liegen gewaltige Herausforderungen vor uns, die es schnellstens anzugehen gilt. Dabei nenne ich nur die Schlagworte Schwammstadt, Innenstadtbegrünung, angepasstes Bauen und vieles mehr.

Im Hinblick auf die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand, die ich als elementar wichtig erachte, liegt ein zentrales Augenmerk auf unseren Stadtwerken. Als kommunaler Versorger in allen Bereichen durchlaufen wir einen Transformationsprozess, den es erfolgreich zu bestreiten gilt. Nur so können wir unsere Leistungsfähigkeit auch für die Zukunft erhalten.

Darüber hinaus haben wir uns mit einer überbordenden Bürokratie auseinanderzusetzen. Hier müssen wir bei den übergeordneten Ebenen fortlaufend den Finger in die Wunde legen und die Belange der kommunalen Familie deutlich artikulieren.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Bei dieser Frage muss ich ein bisschen schmunzeln, bin ich doch mit meinen 47 Jahren noch immer einer der jüngeren Bürgermeister. Zunächst denke ich, dass es wichtig ist, auch wenn die Aufgabenfülle noch so umfangreich erscheint, Prioritäten zu setzen und sich nicht in unendlichen Konzeptionsphasen zu verlaufen, sondern Projekte stringent „durchzuziehen" und abzuschließen.

Weiter darf man die so wichtigen freiwilligen Leistungen nicht aus den Augen verlieren. Hierzu gehört die Förderung des Ehrenamtes, das eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft ist. Auch die Unterstützung von Kunst und Kultur ist sicherlich nicht messbar und doch so wichtig für die Lebensqualität vor Ort.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich bin im ständigen Austausch mit meinen Kolleginnen und Kollegen. Dies geht von der regelmäßigen Abteilungsleiterbesprechung, über den Austausch mit den Stellen im Haus, der Präsenz auf Baustellen, der Teilnahme an gemeinsamen Fortbildungen bis hin zur abteilungsübergreifenden Beteiligung bei den verschiedensten Projekten.

Der interkommunale Austausch sowie der Austausch über die kommunalen Spitzenverbände stellen für mich ebenfalls ein wichtiges Werkzeug in der Bewältigung unserer Herausforderungen dar.

Von zentraler Wichtigkeit ist natürlich der Austausch mit der Bürgerschaft. Hier steht allem voran das persönliche Gespräch gepaart mit der Erreichbarkeit auf den verschiedensten „Kanälen" (Social Media, Homepage, Gratulationen, offene Bürotür, Präsenz bei Veranstaltungen, etc.). Hier gilt es dynamisch zu sein um einen schnellen Informationsfluss / Austausch zu gewährleisten. Zudem gilt es die Bürgerschaft wie Interessensgruppen über verschiedene Beteiligungsformen in Projekte einzubinden.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird einen erheblichen Einfluss haben. Prozesse wie auch der Dialog werden sich in vielen Bereichen dynamischer darstellen. Vorgänge werden teils anders / automatisiert bearbeitet werden, wobei es gleichzeitig gilt, die persönliche Ebene bei aller Digitalisierung nie aus den Augen zu verlieren. Das Gewicht, das dem Bereich der IT-Sicherheit zufällt, wird immer größer, gilt es doch hier ein maximales Level sicherzustellen, da ohne eine funktionierende IT-Infrastruktur Kommunen nicht mehr arbeitsfähig sind und ihrem Auftrag nicht nachkommen können.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Nimm Dich selbst nicht zu wichtig." ❐

Bayerischer Heimattag in Regensburg:

Grünflächen im urbanen Raum

Müssen unsere Städte grüner werden? Diese Frage wird immer drängender angesichts der Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt. Der zweitägige Heimattag in Regensburg, gemeinsame Veranstaltung des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine und des Bund Naturschutz in Bayern, beleuchtete aus historischer, naturschutzfachlicher und heimatpflegerischer Perspektive die Bedeutung von Grünflächen im urbanen Raum. In Fachvorträgen und im Rahmen thematischer Führungen in der Stadt Regensburg wurde veranschaulicht, welche Rolle Gärten und Parks, aber auch Straßen- und Platzbegrünungen für die Lebensqualität der Bevölkerung spielen.

Der BN-Vorsitzende und amtierende Präsident des Bayerischen Heimattages, Richard Mergner, unterstrich, wie wichtig grüne Städte in Zeiten der Klima- und Biodiversitätskrise sind: „Mehr Grün in den Städten bedeutet mehr Lebensqualität.



Präsidium und Festredner des Bayerischen Heimattages: (v.l.) Bezirkstagspräsident und Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, Dr. Olaf Heinrich, die Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Andrea Gebhard, der Vorsitzende des BUND Naturschutz in Bayern e.V., Richard Mergner, der 2. Vorsitzende des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine, Gerhard Tausch und Bezirketagspräsident Franz Löffler. Bild: Christoph Weishäupl, Bezirk Niederbayern

Mehr noch: Das Leben in unseren Städten wird mit fortschreitender Klimakrise immer beschwerlicher werden. Grünflächen und ein gesunder und ausreichender Baumbestand sowie Frischluftschneisen wirken wie eine Klimaanlage für die gesamte Stadt und machen die Hitze erträglicher."

Erhebliche Herausforderungen

Laut Dr. Olaf Heinrich, Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, „werden mit dem Klimawandel erhebliche Herausforderungen auf unsere Städte zukommen, etwa hinsichtlich Stadtplanung, Baukultur, Verkehrsentwicklung oder innerstädtischer Freizeitgestaltung. Es ist daher auch für die Heimatpflege ein zentrales Anliegen, sich mit diesen Veränderungsprozessen, die zukünftige Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Städten maßgeblich beeinflussen werden, auseinanderzusetzen."

„Grünflächen erlangen für unsere Städte eine immer größer werdende Bedeutung, um Lebens- und Aufenthaltsqualität zu gewährleisten. Einblicke in die vergangenen Jahrhunderte können zeigen, wie die Menschen früher mit ähnlichen Phänomenen umgegangen sind. Dies kann uns heute helfen, auf diesen Erfahrungen aufzubauen und sie für die heutigen Gegebenheit zu adaptieren", hob Gerhard Tausche, 2. Vorsitzender des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine, hervor.

Oasen mit vielfältigen Funktionen

Dass Regensburg für den diesjährigen Heimattag ausgewählt wurde, hat einen guten Grund: In der Welterbestadt ist es gelungen, grüne Inseln inmitten der kulturhistorischen Baukultur in unterschiedlichen Strukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Grünzüge entlang der Donau und Naab, insbesondere aber die Grüngürtel um die Altstadt haben als wichtige Oasen eine Vielfalt ökologischer, klimatischer und sozialer Funktionen. Gleichzeitig bieten sie unterschiedlichen Nutzergruppen wohnortnahe Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten in einer verdichteten Großstadt.

Mehr Hochwasserschutz

Trotzdem gibt es Mergner zufolge noch viel zu tun: „Das Hochwasser hat uns wieder einmal vor Augen geführt, welche dramatischen Folgen die Begradigung der Flüsse und das Zubauen der Landschaft hat. Damit Städte wie Regensburg in Zukunft besser geschützt sind, brauchen wir mehr natürlichen Hochwasserschutz mit gesunden Auen und genügend Ausweichfläche für das Wasser."

„Wir haben nicht viel freie Flächen", machte Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz Schwarzfischer deutlich. Regensburg gelte als mittelalterliche Stadt, die aus Stein erbaut worden und eben nicht grün sei. Hier gebe es auch bei der Denkmalpflege ein Umdenken, so das Stadtoberhaupt. Wie Andrea Gebhard, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, ausführte, sei die Transformation von der steinernen zur grünen Stadt auch in bestehenden Quartieren ohne Baulücken oder weiter verfügbaren Flächen möglich.

Bezirkstagspräsident Franz Löffler ging schießlich auf den oft inflationär genutzten Heimatbegriff ein. Es sei wichtig, die Geschichte der eigenen Region zu kennen und ein Bewusstsein in der Gesellschaft für die aktuellen Probleme herzustellen.

Der Bayerische Heimattag fand erstmals im Jahre 1949 in Rothenburg ob der Tauber statt. Seither tagt er alle zwei Jahre an unterschiedlichen Orten und mit ausgewählten Schwerpunkten. Der Heimattag ist organisiert als Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus dem Landesverein für Heimatpflege, dem Verband bayerischer Geschichtsvereine und dem Bund Naturschutz. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

GZ PINOS WELT



Deutschland steht im Viertelfinale der Europameisterschaft im eigenen Land und das ist schon mal eine Gelegenheit, etwas Zwischenbilanz zu ziehen und Manöverkritik zu üben.

Zunächst ist festzustellen, dass keine so ausgelassen-fröhliche patriotische Stimmung herrscht wie 2006 beim Sommermärchen. Wenig Fahnen an den Autos, wenig an Balkonen befestigt, ab und an mal eine Deko am Imbiss oder in einer Kneipe mit Fernseher. Das mag viel damit zu tun haben, dass noch keine richtige Sommerstimmung aufgekommen ist, bei dem nassen, regnerischen und in jeder Hinsicht durchwachsenem Wetter. Fanmeilen mussten immer wieder mal geräumt oder gesperrt werden, Fernschauen im Biergarten war mal möglich, mal nicht.

Aber es ist sicherlich auch die allgemein schlechte Ausstrahlung des Landes, die als Stimmungskiller wirkt. Zwar spekulieren jetzt schon

Europameisterschaft: Eine Zwischenbilanz

seriöse Journalisten im Gleichklang mit intelligenten Kabarettistinnen, dass die Europameisterschaft so manch bittere Pille versüßen oder das triste Tages- und Weltgeschehen in den Hintergrund rücken könnte. Aber wahrscheinlich sind die Kriege, Krisen und täppischen Versuche der Ampel eine Bundesregierung abzugeben doch so präsent, dass ein entschlossenes Ausblenden und Feiern nicht so einfach ist.

Feiern konnten die Münchner mit den Schotten; das war ein ganz pfundiges Erlebnis. Tausende ausgelassene Frauen und Männer – die Kerle teils in Röcken – zogen, die kaledonische Spielart des Englischen sprechend, durch die Stadt und waren selbst dann noch gut drauf, als die deutsche Mannschaft ihre Fußballhelden mit 5:1 vom Platz räumte. Diese Fans haben begriffen, was es mit dem Begriff Fußballfest auf sich hat: Feiern vorm Spiel, mit der Mannschaft fiebern während des Spiels und feiern nach dem Spiel. Ich unterstütze ausdrücklich diejenigen, die ab sofort ein jährliches Freundschaftsspiel Deutschland-Schottland in München fordern!

Aber gerade was Fangruppen angeht, gab es bisher leider auch sehr negative Beispiele. Etwa den Balkankonflikt en miniature zwischen Serben, Kroaten und Albanern, der verbal und nonverbal so unschön ausgetragen wurde, wie man es sonst nur von Engländern her kennt. Die haben natürlich auch wieder ihrem schlechten Ruf alle Ehre gemacht. Englische Fans haben ja auch für Schlagzeilen gesorgt, weil sie Austragungsstädte der EM in sozialen Netzwerken mit Architekturkritik und Betrachtungen zur Lebensqualität dort negativ bewertet haben. Das erstaunt doch sehr für Bürger eines Landes, das außerhalb Londons mittlerweile sehr der dritten Welt gleicht.

Recht haben natürlich alle Fans, gleich welcher Nationalität, mit ihrer Verwunderung, dass es in Deutschland nicht einmal zu Zeiten eines so großen Sportfestes gelingt, Menschen – auch wenn es sehr viele sind – mit der Bahn oder dem öffentlichen Personennahverkehr pünktlich von A nach B zu bringen. Eigentlich hätte man doch erwarten können, dass so ein Großereignis den Ehrgeiz bei Deutscher Bahn und kommunalen Verkehrsbetrieben weckt, sich von der besten, da leistungsfähigsten Seite zu zeigen. Satz mit X, war – bisher – wohl nix. Denn man kann ja nicht von jedermann verlangen, es dem – schottischen [sic!] – Fan gleichzutun, der die Strecke Edinburgh-München zu Fuß bewältigt hat. Angeblich war diese sportliche Challenge nicht durch den miserablen Ruf des deutschen Transportwesens inspiriert.

Schaun mer mal, wie es weitergeht. Jeder hat ja noch die Möglichkeit, sich und seine Leistungen zu steigern. Das gilt für die Bahn, das gilt für die Fans und das gilt für die Stimmung. Überraschungsmannschaften wie die Schweiz, Österreich und Georgien sind auch in diesem Turnier das Salz in der Suppe und wenn dieses Jahr nicht Deutschland, sondern Italien als Mitfavorit vorzeitig ausgeschieden ist, dann zeigt dies doch im Grunde nur, dass im Sport wie im Leben alles drin ist.

Halten wir es mit Barack Obama und wappnen uns und andere vor den Zufällen des Wettkampfs: „Zu den tollsten Dingen im Sport zählt, dass man ein gutes Spiel spielen und trotzdem verlieren kann."

Ihr Pino

Pressegespräch in Brennberg:

Nachbarschaftshilfen schlagen Alarm

28 von 41 Landkreisgemeinden verfügen über ehrenamtlich organisierte Nachbarschaftshilfen. Die niederschwelligen Alltagshilfen, die die Organisationen – insbesondere für Seniorinnen und Senioren – anbieten (Fahr- und Begleitdienste, Einkaufs- und Besuchsdienste, Mittagstische und „Essen auf Rädern"), werden vielerorts kontinuierlich nachgefragt. Sie sind aus dem Leben vieler Bürgerinnen und Bürger, die über keine privaten Netzwerke verfügen, nicht mehr wegzudenken. Ehrenamtlich organisierte Nachbarschaftshilfen haben daher eine große Bedeutung für die Daseinsvorsorge und für das soziale Zusammenleben – gerade in ländlichen Regionen. Aber es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, denn gesetzliche Regelungen machen allen beteiligten Ehrenamtlichen in zunehmenden Maße das Leben schwer.

Um die konkreten Herausforderungen an Landrätin Tanja Schweiger heranzutragen und mögliche Lösungsvorschläge zu finden, hatten Dr. Gaby von Rhein und Lisa Finn-Hampel von der Freiwilligenagentur des Landkreises vor wenigen Tagen Vertreter/innen von vier Nachbarschaftshilfen zu einem Treffen ins Brennberger „Spital" eingeladen: Für die Nachbarschaftshilfe Brennberg nahmen Bürgermeisterin Irmgard Sauerer als Vorsitzende, die Seniorenbeauftragte der Gemeinde und zweite Vorsitzende ‚Olga Wanninger, sowie die Koordinatorin, Resi Kandlbinder, teil; für die Nachbarschaftshilfe Pfatter war deren Vorsitzende Marianne Gstettner gekommen, die Nachbarschaftshilfe Mötzing war vertreten durch Koordinatorin Marianne Hausladen, und für die Nachbarschaftshilfe Wenzenbach nahm deren Vorsitzender Hans-Peter Semmler am Austauschtreffen teil. Dabei zeigte sich überdeutlich, was den ehrenamtlich Engagierten in ihrer täglichen Arbeit unter den Nägeln brennt und wie schwierig es ihnen zum Teil gemacht wird, rechtlich sauber und sicher zu agieren.

Intensiver Austausch

Anlass für diesen Austausch war ein Netzwerktreffen der Nachbarschaftshilfe-Organisationen im Landratsamt zum Thema „Geldflüsse" im November 2023. Eines der Ergebnisse des Vortrags war, dass die Abrechnung von Fahrtkosten in Kombination mit einer Aufwandsentschädigung nicht möglich sei. Ehrenamtliche Fahr- und Begleitdienste gehören insbesondere im ländlichen Raum, wo es häufig keine gewerblichen Anbieter oder Taxiunternehmen gibt, zum festen Angebot von Nachbarschaftshilfen. Kleine Aufwandsentschädigungen für die Ehrenamtlichen als Dank und Anerkennung würden gern gegeben und ein Wegfall stoße auf großes Unverständnis, berichtete Marianne Gstettner, 1. Vorsitzende des Nachbarschaftshilfevereins Pfatter. Die Koordinatorin der Nachbarschaftshilfe Mötzing, Marianne Hausladen, berichtete von einer besonderen Problematik von Organisationen unter kommunaler Trägerschaft: Hier gibt es keine Möglichkeit für die Gemeinde, Spendennachweise für die Ehrenamtlichen auszustellen, wenn diese auf Fahrtkostenerstattung verzichten. Die zunehmende Bürokratisierung und der hohe Aufwand, den die Ehrenamtlichen bei der Verwaltung ihrer Organisation bewältigen müssen, beschäftigte insbesondere Hans-Peter Semmler, 1. Vorsitzender des Wenzenbacher Nachbarschaftshilfevereins. „Wer übernimmt denn bei diesem bürokratischen Aufwand in Zukunft noch ein Ehrenamt?", stellte er heraus. Dass Nachbarschaftshilfe kein Selbstläufer sei, prangerten die Vorsitzenden der Nachbarschaftshilfe Brennberg, Bürgermeisterin Irmgard Sauerer und Olga Wanninger an. Grundkonsens war, dass all diese Regelungen zu einer zunehmenden Überforderung der Ehrenamtlichen führen.

Am Ende der intensiven Diskussion waren sich alle einig, dass Handlungsbedarf – zum Beispiel eine Reform des Personenbeförderungsgesetzes – besteht und man gemeinsam auf eine solche hinarbeiten müsse. „Dafür werden die Freiwilligenagentur und ich", so die Landkreis-Chefin, „unsere Kontakte auf Landes- und Bundesebene nutzen." ❐



Machen sich stark für die Nachbarschaftshilfe: v.l. Irmgard Sauerer, Bürgermeisterin Brennberg und 1. Vorsitzende Nachbarschaftshilfe Brennberg; Lisa Finn-Hampel, Freiwilligenagentur; Marianne Hausladen, Koordinatorin Nachbarschaftshilfe Mötzing; Landrätin Tanja Schweiger; Marianne Gstettner, 1. Vorsitzende Nachbarschaftshilfe Pfatter; Olga Wanninger, 2. Vorsitzende Nachbarschaftshilfe und Seniorenbeauftragte Brennberg; Resi Kandlbinder, Nachbarschaftshilfe Brennberg; Hans-Peter Semmler, 1. Vorsitzender Nachbarschaftshilfe Wenzenbach; Dr. Gaby von Rhein, Leiterin der Freiwilligenagentur. Bild: H.C. Wagner

Staatspreis für bayerische Kreativorte 2024:

Beispiele innovativer Konzepte

Vier Orte, die durch ihr Engagement das gesellschaftliche und kulturelle Leben in ihrer Kommune bereichern, werden heuer mit dem Staatspreis für bayerische Kreativorte 2024 bedacht. Ausgezeichnet werden die Kunsthalle Neuburg in Neuburg an der Donau, der Bergfried Kultur in Passau und der Z-Bau in Nürnberg. Den Sonderpreis für kommunales Engagement erhält das „Degginger" in Regensburg. Die drei Preise mit je 10.000 Euro Preisgeld sowie der undotierte Sonderpreis für kommunales Engagement werden im November feierlich verliehen. Die Umsetzung übernimmt die Bayern Innovativ GmbH durch das Bayerische Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft (bayernkreativ).

Der Verein Brückenkollektiv e.V. verwandelte die ehemalige Neuburger Markthalle in die temporäre Kunsthalle Neuburg als Ort für Veranstaltungen wie etwa Ausstellungen, Konzerte und Workshops. Das belebt die Innenstadt und vernetzt die lokale und regionale Kultur- und Kreativbranche mit der restlichen Wirtschaft.

Mit dem Bergfried Kultur wurde ein verlassenes Kloster in Passau wiederbelebt. Als Startschuss für die kulturelle Neubelebung dient ein jährlich stattfindendes Festival. Außerdem gibt es Konzerte, Kunsthandwerkermärkte und Workshops.

Der Z-Bau in Nürnberg ist ein kulturelles Zentrum mit vielfältigen Angeboten in den Bereichen Kunst, Musik, Theater, Literatur und politische Bildung. Das Projekt unterstützt und vernetzt lokale Künstlerinnen und Künstler sowie Initiativen und ist somit ein wichtiger Impulsgeber für die regionale Kultur- und Kreativwirtschaft.

Trotzdem kommunal

Mit dem „Degginger", benannt nach der ehemaligen Besitzerfamilie, verfügt Regensburg seit 2015 über einen zentralen Anlaufpunkt für die kreative Branche, in dem Gründer, Kreativschaffende, Publikum und Wissenschaft zusammenkommen, um an der Stadt der Zukunft mitzuwirken – realisiert nach den Ideen der Kreativschaffenden und trotzdem kommunal.

Die Türen des Treffpunkts stehen jedem offen. Knapp 200 Gäste passen ins Café im Erdgeschoss mit der Bühne, die regelmäßig mit Konzerten und Vorträgen bespielt wird. Neben Projektlabor und Pop-up Raum findet man dort noch „die kleinste galerie", darüber drei Stockwerke voller Co-Working-Spaces, Start-up- und Seminarräumen sowie Büros von Verbänden und Developern, Presse- und Architekturbüros, das Stadtmarketing sowie die Kreativbehörde des Amts für Wirtschaft und Wissenschaft, die das Degginger betreibt.

Gestartet als Experiment und finanziert aus Mitteln der Stadt, ist das Projekt so etwas wie ein kommunales Start-up und heute nicht mehr wegzudenken aus Regensburg. Laut Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer „ist das Degginger nicht nur ein dritter Ort der Vernetzung und der kreativen Wertschöpfung, sondern ein elementarer Baustein der wirtschaftspolitischen Strategie und somit mitentscheidend für die kreative Stadt Regensburg".

Wie Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betonte, „verdeutlichen die prämierten Kreativorte eindrucksvoll, wie die Kultur- und Kreativwirtschaft in Bayern zur wirtschaftlichen Dynamik beiträgt. Durch innovative Konzepte und kreative Projekte fördern sie die Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen und positionieren Bayern als attraktiven Standort für Kreativität und Unternehmertum gleichermaßen." **DK**

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14/2024, die am 18. Juli 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung**
- **Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen · Kommunale Rechtsfragen**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Kalender 2025 der LGA Landesgewerbeanstalt Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Jubiläumsfeier der CSU-Senioren mit viel Zuspruch:

Inspiration für die politische Arbeit

Neustadt a.d. Aisch / Mittelfranken. „Von den Seniorinnen und Senioren der CSU kommt unglaublich viel Inspiration für die politische Arbeit". Tobias Winkler, Wahlkreisabgeordneter im Deutschen Bundestag, bezeichnete bei der Jubiläumsfeier zum 25-jährigen Bestehen der Senioren-Union der CSU (SEN) im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim diese Arbeitsgemeinschaft als „Stachel im Fleisch der CSU".

Viel Lob für die Arbeit vor Ort über Generationen hinweg kam auch von Werner Stieglitz, dem Stimmkreisabgeordneten im Bayerischen Landtag. „Gerade in der Corona-Zeit haben sich viele ältere Parteifreunde, allen voran Vorsitzender Walter Reiß, schnell in die Handhabung neuer Medien eingearbeitet und so die Kommunikation trotz Begegnungsbeschränkungen ermöglicht".

Im Schnelldurchgang griff Winkler aktuelle bundespolitische Themen auf. So würden SPD und Grüne den Mittelstand auch im Wortsinn „links liegen lassen", hätten mit dem ursprünglich geplanten Heizungsgesetz viele verschreckt und auch die geplante Änderung des Wahlrechts habe Vertrauen zunichte gemacht. Nicht nur, dass „das Parlament in einer Nacht- und- Nebel- Aktion überrumpelt wurde", vor allem aber würden durch den Wegfall der Direktmandate der Wählerwille ignoriert und örtliche Ansprechpartner weitestgehend entfallen. Als „Ausverkauf der deutschen Staatsbürgerschaft" bezeichnete Winkler das geplante neue Staatsbürgerschaftsrecht, welches zudem zur Spaltung der Gesellschaft beitrage.

Der Landesvorsitzende der Senioren-Union der CSU (SEN), Altlandrat Franz Meyer, verband seinen Glückwunsch zum Jubiläum und „Dank für die großartige Arbeit" mit etwas Lokalkolorit: Gemeinsam mit dem seinerzeitigen Landtagsabgeordneten Hans Herold habe er im Zuge der Behördenverlagerung das Vermessungsamt nach Neustadt gebracht. Heute verfüge Neustadt nicht nur über das Vermessungsamt, sondern auch das BayernLab, das Landesarchiv und etliches mehr. „Damit sind viele hochqualifizierte Arbeitsplätze im Landkreis geschaffen worden", so Herold.

SEN als Sprachrohr älterer Menschen

„Die Frauen und Männer, die vor 25 Jahren die Senioren-Union gründeten, hatten sich zum Ziel gesetzt, Sprachrohr für die älteren Menschen zu sein", meinte Meyer in seiner Laudatio. Sie hätten damit nicht nur einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben geleistet, sie „haben sich auch als wirksame Stimme innerhalb der CSU entwickelt". Landesweit habe die SEN inzwischen etwa 12.000 Mitglieder in 100 Kreis- und acht Bezirksverbänden und zähle zu den aktivsten Arbeitsgemeinschaften der CSU, „als konstruktiver Ratgeber mit Erfahrung und Blick auf alle Generationen".

Heute sei es mehr denn je gemeinsame Aufgabe, das demokratische Fundament zu stärken und sich mit klaren Ansagen gegen alles Radikale und gegen Extremisten zu stellen. „In Deutschland ist auch kein Platz für den radikalen Islamismus", so Meyer, der beim Thema Migration von seinen Erfahrungen aus 2015 berichtete, wo er als damaliger Landrat des Landkreises Passau den Zustrom vieler Migranten zu bewältigen hatte.

SEN-Kreisvorsitzender Walter Reiß blickte auf die Gründung im Jahr 1999 zurück. Demnach war Anna-Luise Spitzl aus Bad Windsheim die Gründungsvorsitzende, ihr folgte 2001 Günter Rogowski, ebenfalls aus Bad Windsheim, und 2011 Roland Hegendörfer aus Emskirchen-Brunn. Reiß selbst habe sich mit seiner Amtsübernahme in 2018 zum Ziel gesetzt, die erfolgreiche Arbeit fortzusetzen. „Wir verbinden Politik mit Geselligkeit und Informationen". Das reiche von politischem Gedankenaustausch und der Einbringung diesbezüglicher Ideen bis hin zu Firmenbesuchen und Ausflügen, zuletzt nach Südmähren. Bei einer der Reisen nach Gera sei auch die Partnerschaft mit dem SEN-Landesverband Thüringen und der SEN-Mittelfranken entstanden, so Reiß. **pmw**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Kommunen **kompetent** erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!



[PRÜFSTATIK]
[BAUWERKSPRÜFUNG]
[BRAUNSCHUTZ]
[GEOTECHNIK]
[VERKEHRSWEGEBAU]
[MATERIALPRÜFUNG]

LGA

Sicherheit und Qualität seit 1869

Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
1 So	1 Mi Neujahr	1 Sa	1 Sa	1 Di	1 Do Tag der Arbeit	1 So	1 Di	1 Fr	1 Mo KW 36	1 Mi	1 Sa Allerheiligen	1 Mo KW 49	1 Do Neujahr
2 Mo KW 49	2 Do	2 So	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo KW 23	2 Mi	2 Sa	2 Di	2 Do	2 So	2 Di	2 Fr
3 Di	3 Fr	3 Mo KW 6	3 Mo KW 10	3 Do	3 Sa	3 Di	3 Do	3 So	3 Mi	3 Fr Tag d. dt. Einheit	3 Mo KW 45	3 Mi	3 Sa
4 Mi	4 Sa	4 Di	4 Di Fastnacht	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo KW 32	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So
5 Do	5 So	5 Mi	5 Mi	5 Sa	5 Mo KW 19	5 Do	5 Sa	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo KW 2
6 Fr	6 Mo Hl. Drei Könige	6 Do	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi	6 Sa	6 Mo KW 41	6 Do	6 Sa	6 Di Hl. Drei Könige
7 Sa	7 Di KW 2	7 Fr	7 Fr	7 Mo KW 15	7 Mi	7 Sa	7 Mo KW 28	7 Fr	7 So	7 Di	7 Fr	7 So	7 Mi
8 So	8 Mi	8 Sa	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So Pfingstsonntag	8 Di	8 Sa	8 Mo KW 37	8 Mi	8 Sa	8 Mo KW 50	8 Do
9 Mo KW 50	9 Do	9 So	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo Pfingstmontag	9 Mi	9 So	9 Di	9 Do	9 So	9 Di	9 Fr
10 Di	10 Fr	10 Mo KW 7	10 Mo KW 11	10 Do	10 Sa	10 Di KW 24	10 Do	10 Mo KW 33	10 Mi	10 Fr	10 Mo KW 46	10 Mi	10 Sa
11 Mi	11 Sa	11 Di	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Di	11 Do	11 Sa	11 Di	11 Do	11 So
12 Do	12 So	12 Mi	12 Mi	12 Sa	12 Mo KW 20	12 Do	12 Sa	12 Mi	12 Fr	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo KW 3
13 Fr	13 Mo KW 3	13 Do	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr	13 So	13 Do	13 Sa	13 Mo KW 42	13 Do	13 Sa	13 Di
14 Sa	14 Di	14 Fr	14 Fr	14 Mo KW 16	14 Mi	14 Sa	14 Mo KW 29	14 Fr	14 So	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi
15 So	15 Mi	15 Sa	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So	15 Di	15 Sa	15 Mo KW 38	15 Mi	15 Sa	15 Mo KW 51	15 Do
16 Mo KW 51	16 Do	16 So	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo KW 25	16 Mi	16 So	16 Di	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr
17 Di	17 Fr	17 Mo KW 8	17 Mo KW 12	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Do	17 Mo KW 34	17 Mi	17 Fr	17 Mo KW 47	17 Mi	17 Sa
18 Mi	18 Sa	18 Di	18 Di	18 Fr Karfreitag	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Di	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Do	18 So
19 Do	19 So	19 Mi	19 Mi	19 Sa	19 Mo KW 21	19 Do Fronleichnam	19 Sa	19 Mi	19 Fr	19 So	19 Mi	19 Fr	19 Mo KW 4
20 Fr	20 Mo KW 4	20 Do	20 Do	20 So Ostersonntag	20 Di	20 Fr	20 So	20 Do	20 Sa	20 Mo KW 43	20 Do	20 Sa	20 Di
21 Sa	21 Di	21 Fr	21 Fr	21 Mo Ostermontag	21 Mi	21 Sa	21 Mo KW 30	21 Fr	21 So	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi
22 So	22 Mi	22 Sa	22 Sa	22 Di KW 17	22 Do	22 So	22 Di	22 Sa	22 Mo KW 39	22 Mi	22 Sa	22 Mo KW 52	22 Do
23 Mo KW 52	23 Do	23 So	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo KW 26	23 Mi	23 So	23 Di	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr
24 Di Heiligabend	24 Fr	24 Mo KW 9	24 Mo	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Do	24 Mo KW 35	24 Mi	24 Fr	24 Mo KW 48	24 Mi Heiligabend	24 Sa
25 Mi Weihnachten	25 Sa	25 Di	25 Di KW 13	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Di	25 Do	25 Sa	25 Di	25 Do Weihnachten	25 So
26 Do Weihnachten	26 So	26 Mi	26 Mi	26 Sa	26 Mo KW 22	26 Do	26 Sa	26 Mi	26 Fr	26 So	26 Mi	26 Fr Weihnachten	26 Mo KW 5
27 Fr	27 Mo KW 5	27 Do	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 So	27 Do	27 Sa	27 Mo KW 44	27 Do	27 Sa	27 Di
28 Sa	28 Di	28 Fr	28 Fr	28 Mo KW 18	28 Mi	28 Sa	28 Mo KW 31	28 Fr	28 So	28 Di	28 Fr	28 So	28 Mi
29 So	29 Mi		29 Sa	29 Di	29 Do Himmelfahrt	29 So	29 Di	29 Sa	29 Mo KW 40	29 Mi	29 Sa	29 Mo KW 1	29 Do
30 Mo KW 1	30 Do		30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo KW 27	30 Mi	30 So	30 Di	30 Do	30 So	30 Di	30 Fr
31 Di Silvester	31 Fr		31 Mo KW 14		31 Sa		31 Do	31 Mo		31 Fr		31 Mi Silvester	31 Sa

$$M = \frac{q l^2}{8}$$

DIE LGA IN ZAHLEN

8
PRÜFÄMTER für **STANDSICHERHEIT** in Bayern

22
STANDORTE
deutschlandweit

1869
über 150 Jahre **SICHERHEIT UND QUALITÄT**

380
engagierte **MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER**

60
TECHNISCHE
Angestellte

6
INGENIEUR- und **PRÜFDIENSTLEISUNGS-FELDER** im Baubereich

210
BAUINGENIEURINNEN UND BAUINGENIEURE
stehen für Kompetenz am Bau



LGA
Sicherheit und Qualität seit 1869

DIENSTLEISTUNGEN DER LGA

PRÜFSTATIK

DIE FACHRICHTUNGEN
- Metallbau
- Holzbau
- Massivbau

SPEZIALGEBIETE
- Brückenbau
- **Glaskonstruktionen**
- Kunststoffkonstruktionen
- Historische Bauten
- Brandschutztechnische Nachweise
- Fliegende Bauten
- **Typenprüfungen**
- Windenergieanlagen
- **EBA-Anerkennung** für Massiv- und Metallbau, Schweißtechnik

BAUWERKSPRÜFUNG

- Überwachung und Bewertung des Zustandes von Strukturen, Bauwerken und Gebäudeschäden
- Sensorgestütztes **Bauwerks-monitoring**
- Zerstörungsfreie Prüfung
- Bauwerksprüfungen nach **DIN 1076** und **VDI 6200**
- Erschütterungsüberwachung nach DIN 4150
- Begutachtung historischer Bauwerke
- **Beweissicherung**
- Realtime-Überwachung von Schwerlastüberfahrten
- Instandsetzungskonzepte
- Sachverständige für Schadensfälle und Gerichtsgutachten

BRANDSCHUTZ

FEUERWIDERSTAND VON BAUARTEN UND BAUPRODUKTEN
- Feuerwiderstand aktueller und historischer Bauarten, wie z.B. hochfeste Stützen, Rippendecken
- Feuerwiderstand ungeregelter Bauprodukte und Bauarten

BRANDSCHUTZNACHWEISE
- **Integrale Brandschutznachweise** für Bestand und Neubau
- Wirksame und angemessene Lösungen für Abweichungen nach LBO
- **Naturbrandsimulation** und weitere moderne Verfahren

FORSCHUNG UND NORMUNG
- Normungsarbeit im DIN und DIBt
- Anwendungsforschung

GEOTECHNIK

- Gründungen, Baugruben, Spezialtiefbau
- **Tunnel- und U-Bahnbau**
- Dämme und Stützbauwerke
- Hydrologie
- Erdbebennachweise für erd-verlegte Rohre und Schächte
- **FEM–Anwendung** in der Geotechnik
- Bewertung dynamischer Stabilität und Erschütterung im Bahnbereich
- **EBA-Anerkennung** für Grund- und Erdbau, Felsbau im Eisenbahnbau

VERKEHRSWEGEBAU

- Geotechnik für Verkehrswege
- Erdbau
- Gesteinskörnungen, Baustoff-gemische und **Recyclingbaustoffe**
- Prüfung von Beschichtungs-systemen
- Boden- und Felsmechaniklabor
- **Asphalt/Bitumen**
- Fahrbahnmarkierungsstoffe
- Zustandserfassung und Trag-fähigkeitsuntersuchung an Verkehrsflächen
- Erhaltungsmanagement
- **Prüfstelle nach RAP Stra**

MATERIALPRÜFUNG

- Baustoffe und Bauprodukte
- **Betontechnologie**
- Beton- und Baustofflabor
- **Anlagen nach WHG/AwSV**
- Denkmalpflege
- Bauprodukte, Fassaden- und Massivbau
- Überwachen und **Zertifizieren von Bauprodukten**
- Naturstein- und Fassadentechnik
- Zerstörungsfreie Untersuchungs-methoden

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 18. Juli 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 14



Bild: StMFH Graser Florian

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS


V.l.: Oberbürgermeister Markus Pannermayr, Stadt Straubing und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags; Vizepräsident Stefan Proßer, Sparkassenverband Bayern; Walter Strohmaier, Bundesobmann der deutschen Sparkassen und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Niederbayern-Mitte; Ministerpräsident Dr. Markus Söder; Präsident Matthias Dießl, Sparkassenverband Bayern; Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Stadt Fürth und 1. Verbandsvorsitzender; Dr. Matthias Everding, Landesobmann der bayerischen Sparkassen und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Nürnberg. Bild: Sparkassenverband Bayern

Bayerischer Sparkassentag 2024 in Straubing:

„Stabil. Achtsam. Verantwortungsvoll."

Unter dem Motto „Stabil. Achtsam. Verantwortungsvoll." führte der Bayerische Sparkassentag 2024 in Straubing rund 470 Gäste aus Sparkassen, Trägerkommunen, Politik und Gesellschaft zusammen. Laut Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, lassen sich Erfolge aus der Vergangenheit nicht automatisch in die Zukunft verlängern. „Deshalb gestalten wir den Weg dahin aktiv mit unserer Geschäftsstrategie. Wir zeigen, dass wir verstanden haben, worauf es gerade in diesen Zeiten ankommt."

Dießl zufolge „brauchen unsere Kundinnen und Kunden in dieser komplexen und hochvolatilen Welt zuverlässige und kompetente Berater und Begleiter in den entscheidenden Fragen ihrer persönlichen finanziellen Lebensplanung. Denn es geht um viel mehr als ums Sparen: Einen klaren Plan, Finanzbildung, Entscheidungskompetenz. Die Sparkassen und die Menschen, die hier arbeiten, machen den entscheidenden Unterschied." Der Verbandspräsident verspricht sich dabei auch weiterhin Unterstützung von der Staatsregierung für die Sache der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und damit für alle Regionen des Freistaats.

Einzigartiges Institutssicherungssystem

Mit Blick auf die Bundes- und Europapolitik wies Dießl darauf hin, dass Sparkassen keine Nachhilfe in Verantwortung, Kundennähe und Vertrauen über die Regulierung benötigten. Auch die wiederholten Anläufe für eine zentralisierte europäische Einlagensicherung seien kontraproduktiv für die Sicherheit und Stabilität des einzigartigen Institutssicherungssystems, das Sparkassen wie Genossenschaftsbanken stark, stabil und erfolgreich mache und damit auch Europa stabilisiere und den Erfolg der Heimat Bayern stütze.

Spiegel der Gesellschaft

Dazu gehöre auch, dass die Sparkassen als Spiegel der Gesellschaft achtsam gegenüber deren Veränderungen seien. Denn „nicht nur die Zukunft unserer Gesellschaft ist bunt, divers, international. Auch die Gegenwart ist es schon. Und das ist gut so. Wir haben aber nur dann eine Zukunft, wenn wir bei Ein-

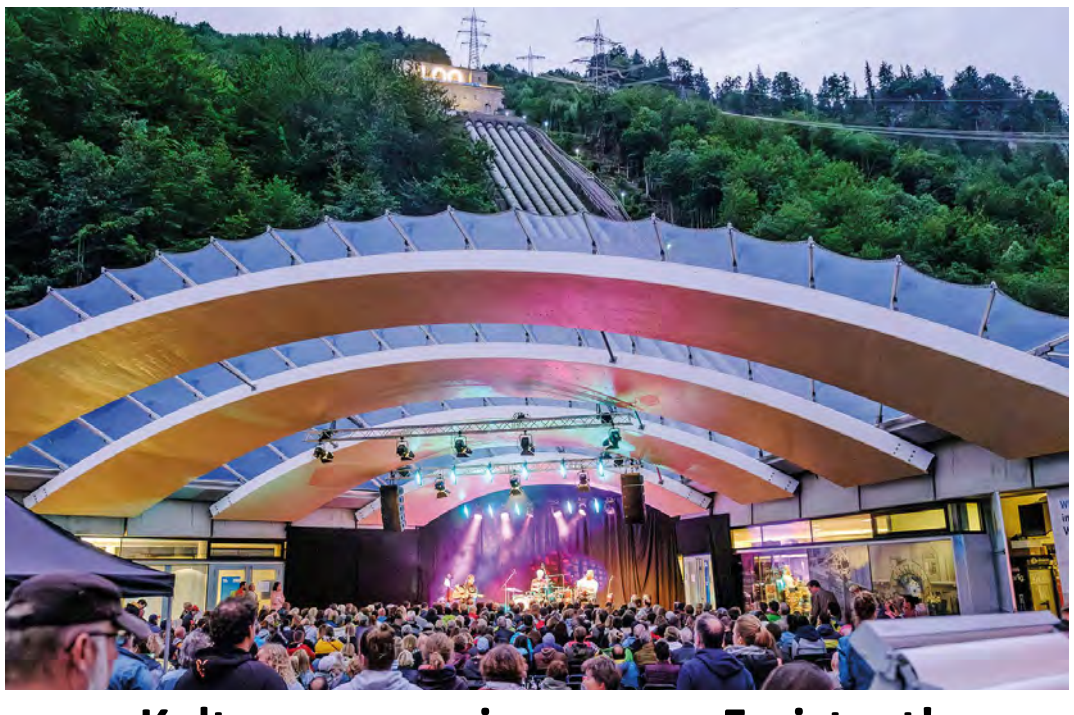
(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried


Bild: Rene van der Voorden

Kultursommer im ganzen Freistaat!

Das Angebot ist riesig und die Wahl fällt schwer. Die beste HiFi-Anlage kann den Besuch eines Konzerts nicht ersetzen. Musik live zu erleben ermöglicht eine einzigartige Atmosphäre – insbesondere vor spektakulärer Kulisse. Der Musiksommer am Walchenseekraftwerk ist eine feste Größe im Kultur-Kalender von Kochel und Umgebung. Vielleicht wird er so beständig wie das Wasserkraftwerk selbst, dessen 100-jähriges Jubiläum in diesem Jahr gefeiert wird. Vor der eindrucksvollen Kulisse der benachbarten Bergwelt, in die die technischen Anlagen des von Oskar von Miller konzipierten Kraftwerks eingebettet sind, gemeinsam Musik ausgewählter Künstlerinnen und Künstler erleben zu dürfen, gilt als kultureller „Leckerbissen" der Extraklasse. Das ist „Heimat, Konstante und Stabilität", so heißt es in der Einladungskarte. Bei einer zuverlässigen Hundertjährigen, die CO2-frei und grundlastfähig saubersten elektrischen Strom liefert, ist das wohl angebracht. Unser Bild entstand beim Konzert der Bananafishbones, die direkt aus der Region stammen. Zwei Konzerte stehen noch an: Infos: https://www.uniper.energy/sites/default/files/2024-03/3500_MUSO24_Programm_online_20240321.pdf .

Verleihung der Heimatpreise Bayern:

Gelebte Gemeinschaft

Zwanzig vorbildliche Projekte wurden in München und Nürnberg von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mit dem Heimatpreis im Rahmen des Festakts „Heimat Bayern" ausgezeichnet. „Die Preisträgerinnen und Preisträger verleihen ihrer Heimatverbundenheit unter anderem Ausdruck in den Bereichen Kultur, Dialektpflege, generationsübergreifender Austausch sowie Erhalt und Pflege von Bräuchen und der Heimatgeschichte", betonte Füracker.

Zu den mit dem Heimatpreis Geehrten zählt der oberbayerische Deutenhauser Viergsang. Seit bereits 35 Jahren bestehend, hat er es sich im Rahmen überwiegend ehrenamtlicher Tätigkeit zur Aufgabe gemacht, original bairisches Liedgut zu pflegen, zu bewahren und weiterzugeben. Dabei ist es ihm besonders wichtig, die Lieder aus der unmittelbaren Region wiederzubeleben und erneut zu Gehör zu bringen. Neben altüberlieferten Liedern werden auch neue geschaffen und gesungen.

Musiziertradition erhalten

Um die Heranführung und Weiterbildung von Kindern und Jugendlichen an die überlieferte Musikkultur kümmert sich in besonderer Weise der Verein „Aufgspuit und gsunga" aus dem oberbayerischen Ainring. So vermittelt er etwa in Kindergärten, Schulen und Vereinen die Bedeutung von Tradition für einen gelungenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig ist es dem Verein ein großes Anliegen, Musiziertradition zu erhalten und behutsam fortzuentwickeln.

Der „Apostelfischer" Passau e.V. zählt mit Grundsteinlegung im Jahr 1358 zu den ältesten Vereinigungen der Stadt Passau und besteht in seiner heutigen Form als eingetragener Verein seit 1962. Das Fischereirecht zwischen Gaißa- und Ilzmündung wurde nach urkundlicher Belegung zwölf Passauer Fischern eingeräumt. Der heutige Name „Apostelfischer" ist unter anderem auf die Anzahl der Jünger Jesu zurückzuführen. Mit gezieltem Befischen, seinem Einsatz für den Erhalt bedrohter Arten und seinem Engagement bei der Pflege neuer Ausgleichsmaßnahmen trägt der Verein massiv zum Erhalt der Kulturlandschaft an der Donau bei.

Heimatpflegerische Belange

Abstammend von dem Begriff „Bläserisches Musikfestival" organisiert der Bluval e.V. jährlich ein mehrwöchiges Musikfestival namens Bluval, das heuer nicht nur 30-jähriges Jubiläum feiert, sondern mittlerweile zu einem Synonym für den Musikherbst in und um Straubing geworden ist. Mit seinem breiten Spektrum von Volksmusik über Klassik bis hin zu Jazz bietet die Veranstaltung eine hohe künstlerische Qualität: Alleinstellungs-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bürgerpreis 2024 des Bayerischen Landtags:

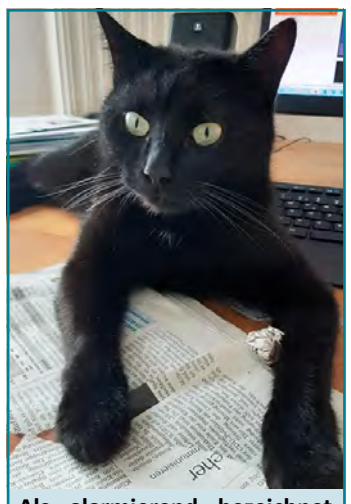
„Nie wieder ist jetzt!"

Drei Initiativen erhalten dieses Jahr den Bürgerpreis des Bayerischen Landtags, der unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt! Ehrenamtliches Engagement für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie" ausgelobt wurde. Alle Preisträger setzen sich in besonderer Weise sowohl für die Erinnerungskultur ein, als auch dafür, dass sich Ereignisse aus der Geschichte nicht wiederholen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner verleiht im Oktober die Preise. Diese Erinnerungen wachzuhalten, „ist immens wichtig für unsere Gesellschaft", so Aigner.

Mit 25.000 Euro wird der „Erinnerungsort BADEHAUS" bedacht; ein multimediales Museum in Wolfratshausen-Waldram, das die besondere und lange verdrängte Ortsgeschichte unter anderem als NS-Mustersiedlung, Lager für Zwangsarbeitskräfte und nach 1945 als Fluchtpunkt für jüdische „Displaced Persons" erforscht und dokumentiert.

15.000 Euro gehen an das Inklusionsprojekt „Nie Wieder!" der Lebenshilfe Miltenberg e.V. Dort arbeiten hochbegabte Schülerinnen und Schüler mit Menschen mit Behinderungen zusammen und ergründeten gemeinsam Schicksale von Menschen mit geistigen Behinderungen in der NS-Zeit.

Mit „Alef-Bet – das Alphabet der Erinnerungskultur" (Strullendorf, 10.000 Euro) hat das deutsch-israelische Forschungs- und Bildungsprojekt „Arche Musica" ein flexibel und individuell anpassbares Schulprojekt zur aktiven Erinnerungskultur und zur Antisemitismusprävention entwickelt. Ziel des Projekts ist es, Jugendlichen Wissen über die jüdisch-deutsche und jüdisch-bayerische Geschichte zu vermitteln und das demokratische Verständnis zu stärken. **DK**



Als alarmierend bezeichnet Rathauskater Pino das Ergebnis einer Allensbach-Studie: 44 Prozent der Bevölkerung trauen sich nicht ihre Meinung zu sagen. „Die Demokratie", so der Kater, „wurde geboren, als der erste mutige Mann öffentlich sagte ‚Der König ist ein Tyrann'." Seite 13

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Landtag: Aktuelle Stunde zum Wehr- und Sozialdienst 2
Ministerrat: Erfolgreicher Artenschutz 2
Staatsregierung: Ausbaukonzept für Ganztagsbetreuung 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Gemeinsam die zukünftige Finanzpolitik neu denken! 3
BKPV-Geschäftsbericht 2023: Empfehlungen für die Praxis . . .3
Kommunalen Haushalten droht Rekorddefizit 3
Kommunale Energiethemen . . . . . .5 - 8
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV . . . . . .9 - 10
GaLaBau • Kommunaltechnik • Krisenvorsorge . . . . . 10 - 11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 12 - 14

Bayerischer Landtag:

Aktuelle Stunde zum Wehr- und Sozialdienst

In einer aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag wurde das Thema „Für das Gemeinwohl: Verteidigungsfähigkeit herstellen – soziales Engagement stärken“ kontrovers diskutiert. In der Debatte um die Wiedereinführung von Wehr- und Sozialdienst wollen die Freien Wähler ihre Pläne für ein verpflichtendes „Gemeinschaftsjahr“ mehrheitsfähig machen. Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag plädiert für eine bundesweit verpflichtende „Gesellschaftszeit“ für Männer und Frauen und verabschiedete dazu eine Resolution.

Grundsätzlich soll die verpflichtende Gesellschaftszeit ein Jahr betragen, wobei es flexible Modelle geben soll. Damit sollen verschiedene Lebensentwürfe abgedeckt werden, um jungen Menschen ein möglichst breites Spektrum an Auswahlmöglichkeiten anzubieten.

Finanzieller Ausgleich

Der Vorschlag der CSU-Fraktion enthält zudem einen angemessenen finanziellen Ausgleich sowie pädagogische und fachliche Begleitung. Mögliche Einsatzorte könnten zentrale Bereiche des Gemeinwesens wie Kirchen, Hilfs- und Blaulichtorganisationen, soziale Einrichtungen und Sportvereine sein. Zudem müsse der Bund im Haushalt 2025 die nötigen Weichenstellungen vornehmen, damit bis zur Schaffung der notwendigen Strukturen für eine verpflichtende Gesellschaftszeit schon heute mit dem schrittweisen Aufwuchs der Plätze für die bestehenden Freiwilligendienste begonnen werden kann.

„Eine neu gestaltete Wehrpflicht für Männer und Frauen soll eine von mehreren Möglichkeiten sein, die verpflichtende Gesellschaftszeit abzuleisten“, heißt es weiter. Zuvor ist angedacht, die Aussetzung der Wehrplicht stufenweise zurückzunehmen.

Engagieren sich junge Menschen während der Schul- und Studienzeit oder während der Ausbildung über einen längeren Zeitraum für das Gemeinwohl, sollen davon mehr profitieren, zum Beispiel durch zertifizierte Aus- und Fortbildungen und die verstärkte Vergabe der Bayerischen Ehrenamtskarte an Nicht-Vereinsmitglieder. Darüber hinaus wird ein bayernweiter Informations- und Aktionstag für Schülerinnen und Schüler zum Thema Ehrenamt und Freiwilligendienste erwogen.

Mehr tun als die Pflicht

„Unsere Gesellschaft lebt von Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht. Das Engagement dieser Bürgerinnen und Bürger macht das Leben in Bayern so lebenswert. Wir spüren jedoch, dass die Überzeugung, das Gemeinwesen aktiv mitgestalten zu wollen, nachlässt. Gleichzeitig müssen wir unsere Prioritäten aufgrund der Bedrohung durch Russland anders setzen. Eine Politik, niemandem etwas abzuverlangen, wird nicht mehr funktionieren“, bekräftigte CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek.

Der Staat sind wir alle

„In Zeiten äußerer Bedrohung durch einen Aggressor darf, ja muss es mehr Zumutungen geben. Denn der Staat sind wir alle und er kann nur erfolgreich funktionieren, wenn die große Mehrheit ihn und seine Werte trägt und sich beteiligt, die Herausforderungen gemeinsam zu meistern“, urteilte der Fraktionschef. Eine verpflichtende Gesellschaftszeit sei eine Antwort auf die große Sorge vieler Menschen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bestehende Hürden wie zu niedriges Taschengeld oder fehlende Teilzeitoptionen ließen sich beseitigen. „Wir sind offen für eine breite Debatte zur Ausgestaltung einer Gesellschaftszeit.“

Wir müssen zusammenhalten

„Wir sind eine Gesellschaft, wir müssen alle zusammenhalten“, unterstrich der erste stellvertretende FW-Fraktionsvorsitzende Bernhard Pohl. Gerade der russische Angriffskrieg in der Ukraine habe gezeigt, „dass wir wieder stärker werden müssen – nach außen wie nach innen“. Das von den Freien Wählern favorisierte verpflichtende Gemeinschaftsjahr solle für Männer wie Frauen gelten und als „Teil gelungener Integration“ auch Migranten mit unbefristetem Bleiberecht einbeziehen. Die zum Dienst verpflichteten jungen Menschen hätten dabei die Wahl, ob sie bei der Bundeswehr dienen oder sich sozial engagieren wollen.

Dramatischer Personalmangel

„In Anbetracht des dramatischen Personalmangels in der Pflege ist es umso wichtiger, junge Menschen für soziale Berufe, insbesondere auch in der Pflege, zu interessieren und so die Bereitschaft für das Ergreifen eines Pflegeberufs zu wecken“, führte Fraktionskollege Thomas Zöller aus. Gleichzeitig könne ein gemeinnütziges Jahr das gute Gefühl vermitteln, eine sinnstiftende Tätigkeit zu leisten und zum Gemeinwohl beizutragen.

Laut AfD-Fraktionsvize Martin Böhm fällt Verteidigungsfähigkeit nicht vom Himmel, sondern fängt in den Köpfen der Menschen an. „Doch was sind die schönsten und blumigsten Appelle wert, wenn die gesellschaftlich herrschenden Kräfte das angebliche Ziel in der Praxis permanent unterminieren?“, fragte Böhm.

Die richtigen Weichenstellungen im Bund

Verteidigungsfähigkeit bedeute auch, im Bund die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Die vom Bundeskabinett im Juni 2023 beschlossene Nationale Sicherheitsstrategie sei zu spät gekommen und es habe eine entscheidende Komponente, nämlich eine parallele wirtschaftspolitische Strategie für den Rüstungsstandort Deutschland, gefehlt. „Unsere Militärtechnik, unsere Waffen und die Ausrüstung für unsere Soldaten sind aus deutschen und europäischen Quellen zu beschaffen, nicht aus Übersee“, betonte Böhm.

Florian Siekmann (Bündnis90/Die Grünen) übte Kritik an der Idee eines Pflichtjahres. Jetzt junge Menschen zu Diensten zu verpflichten, um politische Fehler bei der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr oder bei der Nachwuchsgewinnung in sozialen Berufen auszumerzen, nannte der Politiker zynisch. Die Lebenszeit junger Menschen dürfe nicht zur politischen Verfügungsmasse erklärt werden. Ohnehin wäre die Bundeswehr derzeit bei einer Rückkehr zur Wehrpflicht überfordert, was unter anderem an den fehlenden Ausbildungskapazitäten liege.

Neuer Wehrdienst

Mit dem von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius vorgelegten Plan zur stufenweisen Einführung eines neuen, auf Freiwilligkeit beruhenden Wehrdienstes, stimmte Parteigenosse Markus Rinderspacher überein. Mehr sei mit den aktuellen Strukturen der Bundeswehr derzeit nicht umsetzbar. Nach seiner Auffassung müssten auch die Sozialdienste freiwillig bleiben. Eine einjährige Pflicht für alle würde den Fachkräftemangel verschärfen, zudem sei in sozialen Berufen mehr ausgebildetes Personal und keine möglicherweise unmotivierten Pflichtdienstleister erforderlich.

Laut einer aktuellen Studie des ifo Instituts für das Bundesministerium der Finanzen könnte die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland gesamtwirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe verursachen. Die Studie untersucht die Kosten der Wehrpflicht in drei Szenarien. Betrifft die Wehrpflicht einen gesamten Jahrgang (100 Prozent), wäre mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung (Bruttonationaleinkommen) um 1,6 Prozent oder knapp 70 Milliarden Euro zu rechnen. Falls ähnlich wie bei der alten Wehrpflicht knapp ein Viertel eines Jahrganges eingezogen würde, könnte die Wirtschaftsleistung um 0,4 Prozent oder 17 Milliarden Euro zurückgehen. Werden nur 5 Prozent eines Jahrganges eingezogen (ähnlich wie in Schweden), beträgt der Rückgang 0,1 Prozent oder 3 Milliarden Euro. „Eine Wehrpflicht im Rahmen eines sozialen Pflichtjahres würde jährlich wirtschaftliche Kosten verursachen, die in etwa so groß sind, wie die Mittel aus dem Verteidigungshaushalt und dem Sondervermögen Bundeswehr im Jahr 2024 zusammen “, erläuterte ifo-Militärexperte Marcel Schlepper. Die Kosten entstünden vor allem, weil junge Menschen erst später beginnen, Humankapital und Vermögen aufzubauen. „Als Alternative zur Wehrpflicht wäre es sinnvoller, die Bundeswehr mit mehr Mitteln auszustatten, um sie als Arbeitgeber attraktiver zu machen.

Höhere Gehälter

Denkbar wäre, den Wehrdienstleistenden höhere Gehälter zu bezahlen“, hob ifo-Forscher Panu Poutvaara, Leiter des ifo Zentrums für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung, hervor. Dies würde zwar den Staatshaushalt stärker belasten, die gesamtwirtschaftlichen Kosten fielen aber um fast die Hälfte geringer aus als bei der Wehrpflicht: 37 statt 70 Milliarden Euro (im 100-Prozent-Szenario), 9 statt 17 Milliarden Euro (im 25-Prozent-Szenario) und 2 statt 3 Milliarden Euro (im 5-Prozent-Szenario). Die militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr würden bei der Marktlösung in jedem Szenario im gleichen Maße wie bei der Wehrpflicht wachsen. Die Kosten einer Wehrpflicht wären zudem nicht gleichmäßig in der Gesellschaft verteilt, sondern fielen primär bei den Wehrpflichtigen selbst an. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Wilhelm
Gemeinde Guteneck
am 30.07.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Rothfischer
Stadt Wörth a d Donau
am 22.07.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Poschner
Gemeinde Halsbach
am 22.07.

Bürgermeister Rainer Krauß
Gemeinde Nonnenhorn
am 25.07.

Bürgermeister Karl Lappe
Gemeinde Mistelgau
am 26.07.

Bürgermeister Max Kressirer
Gemeinde Finsing
am 27.07.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Schraud
Gemeinde Hausen
am 19.07.

Oberbürgermeister
Sebastian Remelé
Stadt Schweinfurt
am 30.07.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bastian Büttner
Gemeinde Niederfüllbach
am 24.07.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Josef Grienberger
Stadt Eichstätt
am 25.07.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Ministerrat:

Erfolgreicher Artenschutz

Die Staatsregierung hat fünf Jahre nach dem erfolgreichen Volksbegehren „Rettet die Bienen“ ein positives Fazit ihrer Bemühungen rund um den Artenschutz gezogen. Wie Umweltminister Thorsten Glauber und Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber nach einer Kabinettsitzung in München mitteilten, seien inzwischen fast 90 Prozent aller Maßnahmen aus dem Volksbegehren und einem 2019 verabschiedeten Begleitgesetz verwirklicht.

Das umfangreiche Maßnahmenpaket des „Volksbegehrens Plus“ habe zu einer Vielzahl von naturschutzrelevanten Verbesserungen geführt, erläuterten die beiden Ressortchefs. So sei z. B. das bayerische Vertragsnaturschutzprogramm deutlich ausgeweitet worden. Die Flächen hätten sich von 90.000 Hektar im Jahr 2018 auf aktuell über 164.000 Hektar fast verdoppelt.

Biodiversitätsberatung in der Fläche

Um die Beratung in der Fläche zu stärken, wurden 50 Stellen für Biodiversitätsberatung und deren Koordinierung geschaffen. Um naturschutzrelevante Maßnahmen vor Ort umzusetzen, wurde zudem die Neugründung von Landschaftspflegeverbänden unterstützt. Diese sind inzwischen auf deutlich über 90 Prozent der Landesfläche als Partner bei der Umsetzung naturschutzrelevanter Maßnahmen aktiv. Aus dem Volksbegehren sind weitere wichtige Projekte entstanden, wie etwa der Bayerische Streuobstpakt.

Bayern ist laut Glauber und Kaniber deutschlandweiter Vorreiter im Ökolandbau, den der Freistaat mit jährlich rund 120 Millionen Euro unterstützt. Aktuell bewirtschaften rund 11.900 Ökobetriebe eine Fläche von rund 420.000 Hektar, das sind 13,6 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. 35 Öko-Modellregionen umfassen mittlerweile 43 Prozent der Landesfläche. Mit dem Landesprogramm BioRegio 2030 wird der Öko-Sektor gestärkt und weiterentwickelt.

Um rund 19 Prozent wurde die Menge der eingesetzten chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2018 bis zum Jahr 2022 reduziert. Die über das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) geförderten Blühflächen konnten von 2018 auf 2021 um mehr als 70 Prozent gesteigert werden. An allen Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde die Wildlebensraumberatung etabliert. Überdies wurden bei 22 der 32 Ämter nunmehr Wildlebensraum-Modellgebiete erarbeitet. Auch beim Thema Wald sei der Freistaat vorbildlich, wie die Minister betonten: Mit der rechtsverbindlichen Ausweisung von über 83.000 Hektar Naturwäldern sei das gesetzliche 10-Prozent-Ziel („grünes Netzwerk“) bereits im November 2022, und damit früher als vorgegeben, erfüllt worden.

Biotopverbundfläche

Erfolgreich läuft auch die Ausweitung des Biotopverbundes im Offenland. Die Berechnung weist für das Jahr 2023 einen Wert von 11,4 Prozent Biotopverbundfläche im Offenland in Bayern aus. Das gesetzlich festgelegte Flächenziel von 10 Prozent für das Jahr 2023 wurde somit erreicht. Der Ausbau des Biotopverbundes wird weiter fortgesetzt. Gesetzlich festgelegtes Ziel ist, dass der Biotopverbund bis zum Jahr 2030 mindestens 15 Prozent Offenland der Landesfläche umfasst. Zum weiteren Ausbau des Biotopverbundes wurde mit dem Bayerischen Naturschutzfonds eine Partnerschaft geschlossen. **DK**

Staatsregierung:

Ausbaukonzept für Ganztagsbetreuung

Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab dem Schuljahr 2026/27 hat die Staatsregierung nun ein „Gesamtpaket“ angekündigt. Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf und Kultusministerin Anna Stolz haben dazu Eckpunkte vorgelegt, mit denen die Kommunen intensiver unterstützt werden sollen.

So gibt es zusätzlich zur Investitionskostenförderung für jeden weiteren geschaffenen Platz eine Ausstattungspauschale in Höhe von 1.500 Euro. Damit können zum Beispiel Möbel, Spielgeräte oder Küchen finanziert werden. Das Landesförderprogramm sieht zudem eine einheitliche Platzpauschale zur Förderung der Investition in Höhe von 6.000 Euro vor. Diese Pauschale erhalten nun auch Plätze, die unter Schulaufsicht stehen oder in Kombieinrichtungen angesiedelt sind. Bislang lag hier die Förderpauschale bei 4.500 Euro. Diese Platzpauschale wird zusätzlich zur regulären Förderung nach dem BayFAG bzw. dem Schulfinanzierungsgesetz geleistet.

Hortbereich ausbauen

Darüber hinaus wird die Förderung von Um- und Erweiterungsbauten im Hortbereich erleichtert, indem die Bagatellgrenze auf 50.000 Euro halbiert wird. Außerdem wird künftig eine gleichzeitige Förderung durch das Bayerische Holzbauförderprogramm ermöglicht.

Die viertägigen Angebote unter Schulaufsicht (offener, gebundener Ganztag und Angebote der Mittagsbetreuung) werden auf fünf Tage während der Schulwochen ausgeweitet. Zur Finanzierung der Betriebskosten werden Bundesmittel in voller Höhe an die Kommunen weitergegeben. Diese erhalten organisatorische Unterstützung bei der Umsetzung der Ferienbetreuung, z. B. bei der Durchführung von Bedarfsabfragen in den Schulen.

Mehr Klarheit

Die verbesserte Ganztagsbetreuung wertete der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, als kleinen Schritt in die richtige Richtung: „Positiv ist, dass sich nach langen Verhandlungen das Sozialministerium und das Kultusministerium immerhin zusammen bewegt haben, und sogar in die gleiche Richtung. Für die Städte und Gemeinden bringt dies nach langer Zeit der Ungewissheit endlich mehr Klarheit. Die Zugeständnisse der beiden Ministerien helfen den Kommunen. Aber eine nachhaltige Lösung für den Kraftakt eines verlässlichen Ausbaus der Ganztagsbetreuung ist das noch nicht“, erklärte Pannermayr.

Freistaat gibt Bundesmittel ungekürzt weiter

Zu begrüßen sei, dass der Freistaat nun, anders als zunächst geplant, die Bundesmittel für die Betriebskosten ab 2026 ungekürzt an die Kommunen weiterreichen will. Offen sei jedoch weiterhin, dass der Freistaat die Bundesmittel mit Landesmitteln ergänzen muss, wenn dies der Bedarf notwendig macht. Positiv ist laut Pannermayr auch die Verbesserung des Ganztagsausbauprogramms (Investitionsprogramm) zu werten, allerdings müsse der Bund dringend die Umsetzungsfristen verlängern. Befürwortet wird überdies der Umstand, dass der Freistaat sich nun zur Verantwortung der Schulen für die Betreuung am Freitagnachmittag in Schulwochen bekennt.

Dass der Freistaat nun die organisatorische Mitwirkung der Schulen an der Ferienbetreuung regeln will, sei „ein grundsätzlicher Schritt, der längst überfällig ist“, fuhr der Städtetagschef fort. Der Schritt gehe aber noch nicht weit genug, da damit bislang keine Mitverantwortung der Schulen verbunden ist. Hier sehen die Kommunen noch weiteren Handlungsbedarf.

Spitzenverbände für fair play

Pannermayrs Fazit: „Aus Sicht der Städte sind die Verhandlungen ein Teilerfolg, denn der Freistaat kommt den Kommunen in wichtigen Punkten, die der Bayerische Städtetag schon lange gefordert hat, entgegen. Unser Dank gilt den beiden Staatsministerinnen, die das nun endlich ermöglicht haben. Das kann aber noch nicht die endgültige Lösung sein. Die Kommunen brauchen weitergehende Unterstützung von Bund und Land. Insbesondere die Höhe der notwendigen Mittel, die Umsetzungsfristen und die Mitverantwortung der Schule in den Ferienzeiten müssen weiter besprochen werden.“ Offen bleibe auch, ob tatsächlich genügend Personal zur Verfügung stehen wird, um das Ganztagsangebot auch tatsächlich auszubauen und den Rechtsanspruch damit erfüllen zu können.

(Fortsetzung nächste Seite)

BKPV-Geschäftsbericht 2023:

Empfehlungen für die Praxis

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2023 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben Empfehlungen zur wirtschaftlichen Gebäudereinigung, den Kosten eines Arbeitsplatzes und der haushaltsrechtlichen Verfahrensfreigabe stehen Vergabeverstöße bei geförderten Maßnahmen, die Planung und Durchführung kommunaler Bauvorhaben, das Thema Niederschlagswasser im Straßenbau sowie die Nachhaltigkeitsberichterstattung für kommunale Unternehmen in Bayern auf der Agenda.

Im Rahmen seiner Prüfungs- und Beratungstätigkeit bei größeren Bauvorhaben stellt der BKPV regelmäßig fest, dass bei den Kommunen Unsicherheiten bei der „internen" Aufgabenverteilung bestehen. Während der staatlichen Bauverwaltung in Bayern mit den „Richtlinien für die Durchführung von Hochbauaufgaben des Freistaates Bayern (RLBau 2020)" ablaufbezogene Regelungen für die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen staatlichen Beteiligten zur Verfügung stehen, gibt es Vergleichbares für die bayerischen Kommunen nicht.

Kommunalrechtliche und haushaltsrechtliche Vorschriften

Die einschlägigen kommunalrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorschriften enthalten laut Prüfungsverband nur wenige Vorgaben, die die Kommunen bei der internen Verteilung von Zuständigkeiten und Aufgaben zwischen den beteiligten Stellen bei der Abwicklung von Bauvorhaben zu beachten haben. Innerhalb dieses rechtlichen Rahmens können die Kommunen die internen Zuständigkeiten und Abläufe für ihren Bereich und angepasst an ihre jeweiligen konkreten Bedürfnisse eigenständig regeln. Dies bietet den kommunalen Bauherren die Möglichkeit, die Abwicklung von Bauprojekten nach ihren spezifischen Bedürfnissen zielorientiert zu gestalten.

Das Risiko von Kosten- und Terminüberschreitungen könne reduziert werden, wenn die Kommune frühzeitig und klar definierte Ziele für Umfang, Standard, Zeit und Kosten festlegt. Spätere Änderungen an diesen Zielvorgaben hätten regelmäßig erhebliche, insbesondere finanzielle Auswirkungen auf das Bauprojekt.

Vermeidbare Probleme sind zusätzliche Kosten

„In der Praxis führen unklare Vorstellungen, fehlende rechtzeitige Entscheidungen und Änderungen während der Bauzeit zu vermeidbaren Problemen und zusätzlichen Kosten. Die Prüfungs- und Beratungspraxis zeigt, dass hier oft auch die Bedeutung der Planungskosten unterschätzt wird, die einen erheblichen Teil der Gesamtkosten eines Bauvorhabens darstellen. Nachträgliche Änderungen an bereits gebilligten Planungsständen führen in der Regel zu beträchtlichen Mehrkosten und häufig auch zu Streitigkeiten mit den Planern über Mehrvergütungsansprüche, was laufende Projekte zusätzlich belastet", heißt es in dem Bericht.

Kommunen müssten ihre personellen und finanziellen Ressourcen effizient nutzen und die Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beachten. Die Kommune stehe vor der Aufgabe, ihren Bedarf unter Einsatz möglichst geringer finanzieller Mittel zu decken. Wegen ihrer besonderen Bedeutung für das Gelingen eines Bauprojekts, insbesondere auch dessen Wirtschaftlichkeit, sollten bestimmte Aufgaben von der Kommune selbst verantwortet und nicht auf externe Dritte, die andere Ziele verfolgen, delegiert werden. Dies folge auch aus der grundlegenden Verpflichtung des kommunalen Bauherrn, die Interessen der öffentlichen Hand und der Bürger angemessen zu vertreten und die verfügbaren finanziellen Mittel wirtschaftlich einzusetzen.

Bauherrenaufgaben

Die nicht delegierbaren Bauherrenaufgaben eines kommunalen Bauherrn umfassten neben der Festlegung von Projektvorgaben und allen zeitkritischen Entscheidungen insbesondere folgende Schlüsselbereiche: Entscheidung über den Bedarf und Zweck des Bauprojekts; Festlegung des Finanzierungskonzepts; Festlegung von Standards; Außenwirkung, Partizipation („Stakeholder"); wesentliche Entscheidungen in Vergabeverfahren; Anordnungen, Projektentscheidungen und rechtsverbindliche Aufgaben sowie (Oberste) Überwachungs- und Kontrollaufgaben.

Koordinierte Zusammenarbeit

Fazit: „Für eine zielgerichtete und möglichst kosten- und termingerechte Abwicklung von Bauvorhaben müssen die auf kommunaler Seite verschiedenen Beteiligten koordiniert zusammenarbeiten. Erleichtert wird dies, wenn bereits zu Beginn einer Maßnahme die Rollen und Aufgaben verteilt und die Abläufe für alle Beteiligten transparent definiert sind. Des Weiteren ist für eine erfolgreiche Projektabwicklung von Bedeutung, dass erforderliche Planungszeiten angemessen berücksichtigt und Projektschritte nicht übereilt durchgeführt oder ausgelassen werden."

Derzeit überarbeitet werden die technischen Regelwerke zur Versickerung von Niederschlagswasser und zur Einleitung von Niederschlagswasser in ein Oberflächengewässer. Der BKPV gibt Kommunen in seinem Geschäftsbericht eine Hilfestellung, welche technischen Regelwerke bei der Planung von Straßenbaumaßnahmen zu beachten sind und wie die Belange des Straßenbaus (zuverlässige Entwässerung der Verkehrsanlage) mit den Anforderungen an den Gewässerschutz (Vermeidung von nachteiligen Auswirkungen auf das Grundwasser und oberirdische Gewässer) sinnvoll kombiniert werden können.

Regeln der Technik

„Die Niederschlagsentwässerung von Verkehrsflächen muss den Belangen des Straßenbaus und der Wasserwirtschaft gleichermaßen entsprechen", betont der Prüfungsverband. Besondere Bedeutung habe dabei die konzeptionelle Planung im Hinblick auf die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und Richtlinien sowie den anerkannten Regeln der Technik. Die naturnahe Behandlung des Niederschlagswassers sei anzustreben und in den meisten Fällen auch in Siedlungsgebieten umsetzbar. Bei der Konzeptionierung der Anlagen dürfe der Unterhalt nicht außer Acht gelassen werden, da sich hieraus langfristig Kosten ergeben. Auch wenn die Umsetzung der naturnahen Behandlung des Niederschlagswassers mit erhöhtem Aufwand bzw. Kosten beim Bau und beim Unterhalt einhergeht, sollten die Kommunen die Chance nutzen, die Zukunft der Ressource Wasser aktiv und innovativ zu gestalten.

Was die Nachhaltigkeitsberichterstattung für kommunale Unternehmen in Bayern anbelangt, so sind landesrechtliche Regelungen weder in der Gemeindeordnung, Landkreisordnung, oder Bezirksordnung zu finden. Über die Umwelt (bzw. die Zielerreichung des BayKlimaG) und Arbeitnehmerbelange haben kommunale Unternehmen bereits jetzt im Rahmen ihrer Pflicht zur Berichterstattung über die Lage des Unternehmens berichtet.

Subsidiaritätsgedanke

Die EU sieht den Bedarf zur Berichterstattung ausschließlich bei kapitalmarktorientierten bzw. großen Kapitalgesellschaften bzw. haftungsbeschränkten Personengesellschaften, nicht bei Personengesellschaften, Eigenbetrieben, Kommunalunternehmen oder nicht-kapitalmarktorientierten, kleinen und mittleren haftungsbeschränkten Eigengesellschaften. Dies widerspräche auch dem Subsidiaritätsgedanken, der z.B. in der nichtfinanziellen Berichterstattung (NFRD) zur Begründung herangezogen wird.

Die Union kann im Einklang mit dem in Art. 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht auch die NFRD-Richtlinie explizit nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus. „Unter Berücksichtigung dieser Rechtsgedanken wird deutlich, dass für diese in der Regel regional begrenzten Aufgaben, die nicht dem Kapitalmarkt überlassen werden, sondern integraler Bestandteil der demokratisch legitimierten kommunalen Selbstverwaltung sind, eine Anwendung der CSRD nach dem Subsidiaritätsprinzip und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ausgeschlossen ist."

Sofern es sich nicht um eine große kommunale Eigengesellschaft handelt, ist der Aufbau einer Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der CSRD nach Auffassung des Prüfungsverbands nicht angezeigt und mit dem Grundsatz von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nicht im Einklang stehend. Erforderlich sei jedoch unabhängig davon der Ausbau der bisherigen Berichterstattung über die Lage des Unternehmens auf Umweltbelange (bzw. die Zielerreichung des BayKlimaG) sowie Arbeitnehmerbelange bei kommunalen Unternehmen. **DK**

Ausbaukonzept ...

(Fortsetzung von Seite 2)

Laut Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl „begrüßen wir es, dass der Freistaat in einigen Punkten auf die kommunale Familie zugegangen ist und Anregungen besonders hinsichtlich einer besseren Finanzierung und Vereinheitlichung aufgegriffen hat. Es bleibt aber dabei, dass es ein Systemfehler auf Bundesebene war, einen Rechtsanspruch zu Lasten der Kommunen zu schaffen. Korrekterweise hätte der, der den Betreuungsanspruch will, sich selbst in die Verantwortung nehmen müssen. Das ist fair play."

Ungeklärte Fragen

Fragen der Beförderung und weitergehenden Mitverantwortung der staatlichen Ebene, z.B. des Lehrpersonals während der Ferien, blieben offen. Trotz der gestiegenen Förderkulisse bleibe den Kommunen die Hauptlast der Umsetzung. Besonders problematisch seien nach wie vor die nicht ausreichende Personalausstattung und die komplexe, zeitraubende Fördersystematik.

„Wir sollten wegen dieser Rahmenbedingungen vorsichtig mit verbindlichen Versprechen sein, dass der Betreuungsanspruch überall im Rahmen der gesetzten Zeitachse zu erfüllen ist. Und das hat nichts mit Wollen oder Können der Kommunen zu tun … wir bemühen uns weiter nach Kräften", bemerkte der Gemeindetagschef. **DK**

GZ **KOLUMNE**
Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

die finanzielle Ausgangslage der Kommunen hat sich massiv verschlechtert. Dies ist nicht nur eine ernüchternde Feststellung, sondern auch eine alarmierende Realität, die einerseits ein langfristiges Umdenken und Handeln von Bund und Freistaat erfordert und anderseits die Kommunalpolitik vor Ort in Zukunft zwingen wird, harte Wahrheiten anzuerkennen und ggf. geplante Investitionen und eigene Herzensprojekte zurückzustellen.

Die jüngst veröffentlichten Prognosedaten der kommunalen Spitzenverbände belegen das Defizit eindrücklich: Im vergangenen Jahr verzeichneten die Kommunen in Deutschland bereits ein Minus von 6,2 Milliarden Euro. Für 2024 wird eine Verdoppelung des Defizits auf rund 13 Milliarden Euro prognostiziert.

Gemeinsam die zukünftige Finanzpolitik neu denken!

Die Gründe dafür sind relativ einfach: Die Mehrbelastung bei den bisherigen Aufgaben, immer wieder neue kommunale Aufgabenbereiche und steigende Kosten in fast allen Bereichen. Es wird in Zukunft schwer hinnehmbar sein, dass der Bund und die Länder finanzielle Lasten auf die Kommunen abwälzen. Insbesondere die ständige Ausweitung kommunaler Aufgaben ohne langfristige und verlässliche Finanzierungszusagen führen dazu, dass unsere Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke immer weniger eigene Handlungsspielräume haben. Die unzureichende Krankenhausfinanzierung, das unterfinanzierte Deutschland-Ticket und die ungelöste Finanzierungsfrage der Wärme- und Energiewende belegen dies.

Der prognostizierte Rückgang der kommunalen Investitionen ab 2025 ist dabei besonders alarmierend. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen wird der bereits jetzt bestehende Investitionsrückstand von 186 Milliarden Euro weiter anwachsen, da die Kommunen nicht mehr in der Lage seien werden in essenzielle Infrastruktur für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu investieren.

Auch sind die steigenden Ausgaben der Kommunen nicht allein auf die Inflation zurückzuführen. Insbesondere in der Kinderbetreuung und den Sozialbereichen führen neue Rechtsansprüche und steigende Fallzahlen zu einem massiven Anstieg der Ausgaben.

Als verantwortliche Kommunalpolitiker müssen wir den Menschen vor Ort dann erklären, dass wir nicht mehr alles so einfach realisieren können, neue politische Wege gehen und andere Lösungen finden, wenn dies die kommunale Kassenlage vor Ort nicht mehr zulässt.

Es ist höchste Zeit, die zukünftige Finanzpolitik grundlegend zu überdenken. Wir müssen gemeinsam mit Bund und Freistaat uns ehrlich machen, zielgerichteter investieren und das politische Handeln an die neuen Rahmenbedingungen von geringeren Finanzmitteln auf allen politischen Ebenen anpassen. Das wird keine leichte Aufgabe für die nächsten Jahre werden, aber nur so können wir sicherstellen, dass unsere Kommunen nicht nur verwalten, sondern weiterhin aktiv vor Ort gestalten und eine lebenswerte Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellen können.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Kommunale Spitzenverbände zu Prognosedaten:

Kommunalen Haushalten droht Rekorddefizit

Bund und Länder müssen in der öffentlichen Finanzpolitik umsteuern

Die finanzielle Lage der Kommunen verschlechtert sich rapide und läuft auf eine bislang nicht gekannte Defizithöhe zu. Im vergangenen Jahr mussten die kommunalen Haushalte bereits eine Verschlechterung ihrer Finanzlage um 8 Milliarden Euro und ein Defizit von 6,2 Milliarden Euro hinnehmen. Im laufenden Jahr verdoppelt sich das Defizit voraussichtlich auf eine Rekordhöhe von 13,2 Milliarden Euro. Auch in den Folgejahren wird das Defizit auf einem ähnlichen Niveau verharren.

Das geht aus der aktuellen Prognose des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für die Kommunalfinanzen bis zum Jahr 2027 hervor. Wenn Bund und Länder mit ihrer Finanzpolitik nicht grundlegend umsteuern, werden die kommunalen Haushalte tief in den roten Zahlen bleiben.

Zu den jetzt veröffentlichten Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage sagten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände Oberbürgermeister Markus Lewe (Deutscher Städtetag), Reinhard Sager (Deutscher Landkreistag) und Dr. Uwe Brandl (Deutscher Städte- und Gemeindebund): „Die Kommunalfinanzen sind in einer dauerhaften Schieflage. Wir brauchen dringend einen größeren Anteil an den Gemeinschaftssteuern. Außerdem muss endlich Schluss damit sein, dass Bund und Länder die Aufgaben der Kommunen immer mehr ausweiten, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Die Kommunen wollen vor Ort gestalten, mit Haushalten im Defizit können wir an vielen Stellen aber nur noch den Mangel verwalten."

Keine neuen Investitionen

Neue Investitionen können unter diesen Vorzeichen praktisch nicht mehr beschlossen werden. Vielmehr ist ab dem Jahr 2025 mit einem immer stärkeren Rückgang der kommunalen Investitionen zu rechnen. Es ist offensichtlich, dass die Kommunen in den kommenden Jahren bei weitem nicht so investieren können, wie es notwendig wäre. Und auch die bestehende Infrastruktur werden die Kommunen unter diesen Vorzeichen kaum instand halten können. Der heute schon besorgniserregende kommunale Investitionsrückstand von 186 Milliarden Euro wird weiter anwachsen. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Die Prognose zeigt: Die Ausgabenseite wächst, ohne dass die Kommunen darauf einen wesentlichen Einfluss haben. Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände machten deutlich: „Die immer weiter steigenden Ausgaben der Kommunen sind nicht allein der Inflation geschuldet. Gerade im Sozialbereich führen steigende Fallzahlen sowie neue von Bund und Ländern beschlossene Rechtsansprüche zu wachsenden Ausgaben. Wir sehen zudem mit großer Sorge, dass Bund und Länder ihre Haushalte entlasten, indem sie die Kommunen faktisch zwingen, als Ausfallbürgen einzuspringen. Beispiele sind die unzureichende Krankenhausfinanzierung, das unterfinanzierte Deutschland-Ticket oder die langfristig ungeklärte Finanzierung der Wärmewende. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Wir brauchen auch mit Blick auf das geringe Wirtschaftswachstum dauerhaft tragfähige Lösungen."

Strukturelle Unverfinanzierung

Die vorliegende Prognose der kommunalen Spitzenverbände geht für das aktuelle Jahr von einem nochmaligen Einbruch des kommunalen Finanzierungssaldos um mehr als 7 Milliarden Euro aus. Bereits im Vorjahr ist der Finanzierungssaldo um 8 Milliarden Euro eingebrochen. Seit längerem weisen die Kommunen darauf hin, dass ihre Haushalte strukturell unterfinanziert sind und in den vergangenen Jahren nur aufgrund kurzfristiger Nothilfen oder verschiedener Sondereffekte ausgeglichen werden konnten.

Wenn sich nichts ändert, sind die Zeiten weitgehend ausgeglichener Kommunalhaushalte vorbei. Defizite, Nothaushalte und harte Konsolidierungsdiskussionen sind vielerorts die neue Realität in den Rathäusern und Landratsämtern. ❐

„Stabil. Achtsam...

(Fortsetzung von Seite 1)
stellungen, Ausbildungen, Fortbildungen, Qualifizierungen und Beförderungen darauf achten." Dabei sei auch klar, dass es mehr Frauen in den Führungspositionen der bayerischen Sparkassen geben muss. Ziel müsse es sein, dass im Jahr 2030 in jedem Vorstand der bayerischen Sparkasse mindestens eine Frau zu finden ist.

Mehr denn je komme den Sparkassen in Zeiten der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft die verantwortungsvolle Aufgabe zu, „mit allen Köpfen am Ball zu bleiben", resümierte Dießl, denn: „Die Sparkassen leisten einen wesentlichen Beitrag für die Transformation in eine Heimat, die Zukunft hat. Dazu brauchen wir Leistungsträger aus allen Gruppen der Gesellschaft."

Gehaltenes Rekordniveau

Anlässlich des Bayerischen Sparkassentags gab der Präsident im Vorfeld auch einen kurzen Überblick über die aktuelle Geschäftsentwicklung der bayerischen Sparkassen in den ersten fünf Monaten 2024. Ausgehend vom 2023 gehaltenen Rekordniveau im Kreditvolumen, zeigen die ersten Monate 2024 demnach einen leichten Rückgang im Kreditneugeschäft. Im Vergleich zum Vorjahr ist seit Jahresbeginn ein Rückgang der Darlehenszusagen um 2,8 Prozent zu verzeichnen, bedingt vor allem durch den weiteren Rückgang im Neugeschäft mit Firmenkunden (-10,9 Prozent). Die Darlehenszusagen für den Wohnungsbau nehmen allerdings wieder zu. Der leichte Positiv-Trend seit Jahresbeginn setzt sich damit fort: Bis zum Juni 2024 konnten 4,9 Milliarden Euro (+11,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum) zugesagt werden. Zwei Drittel davon waren private Baufinanzierungen, die um 14,7 Prozent über dem Vergleichswert im Vorjahr liegen.

Die Einlagenentwicklung ist weiterhin leicht rückläufig. Weiterhin reduzieren die Kunden dabei Spar- und Sichteinlagen zugunsten von Eigenemissionen und Termingeldern. Der massive Einlagenüberhang der bayerischen Sparkassen nahm dadurch weiter auf nunmehr 24 Milliarden Euro ab. Damit können die Sparkassen im dritten Jahr nach der Zinswende weiter Zinserträge erzielen und ihre Ertragslage weiter stärken.

Im bisherigen Verlauf 2024 erzielen die Sparkassen ein Umsatzplus von 17,4 Prozent im Wertpapiergeschäft. Der Nettoabsatz liegt mit 2,3 Milliarden Euro allerdings in etwa bei der Hälfte des nach der Zinswende sehr positiven Vorjahreszeitraums. Die Käufe konzentrieren sich nun wieder eindeutig auf Investmentfonds (+41 Prozent).

Mit dem aktuell relativ stabilen Zinsniveau gehen die bayerischen Sparkassen für das Gesamtjahr erneut von einem auskömmlichen Zinsüberschuss aus, der bei inzwischen steigendem Zinsaufwand jedoch niedriger als 2023 ausfallen wird. Auch wenn die Sparkassenkunden wieder mit vielen Anlageprodukten Einlagezinsen erwirtschaften können, sind allerdings vor dem Hintergrund der Inflation positive Realzinsen mittel- bis langfristig hauptsächlich über Wertpapierengagements zu erwarten. Im laufenden Jahr 2024 gehen die Sparkassen Dießl zufolge weiterhin von einer gut auskömmlichen Weiterentwicklung der Geschäftslage im Kredit-, Einlagen- und Wertpapiergeschäft mit weiteren positiven Effekten auf die Ertragslage aus.

Oberbürgermeister Markus Pannermayr hatte in seinem Grußwort darauf hingewiesen, dass die Sparkassen seit 200 Jahren einen sehr wertvollen Beitrag für die Entwicklung der Heimat leisteten. Sie seien gerüstet für die Zukunft, benötigten aber dringend mehr Gestaltungsfreiraum, weniger Regulierung, dafür mehr Vertrauen und Mut".

Zuviel europäische Bankenregulierung

Im Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder stellten Karolin Schriever, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands und Expertin für Regulierungsfragen, und Matthias Dießl, dar, wie bestimmend sich die europäische Bankenregulierung für die Arbeit der 58 regionalen bayerischen Sparkassen auswirkt. Schriever: „140 Mandate und über 250 Richtlinien im aktuellen Bankenpaket sind zu viel. Es braucht eine regulatorische Pause." Laut Dießl „ist es bezeichnend, dass sich die Deutsche Bundesbank aktuell von Mitarbeiterkonten trennt – mit der Begründung, der regulatorische Aufwand für die Führung der Konten sei zu hoch. Auch den bayerischen Sparkassen fordert die Regulatorik immer noch eine ganze Menge Zeit, Ressourcen, Personal und Geld ab."

Söder: Europa braucht ein starkes Deutschland

Ministerpräsident Söder kritisierte die mangelnde Entscheidungsfähigkeit der Bundesregierung, die nicht in der Lage sei, den Turbo für die Wirtschaft zu zünden. Ohne ein starkes Deutschland könne Europa aber nicht funktionieren. Zudem brauche es in unsicheren Zeiten Verlässlichkeit im Finanziellen: „Bargeld bedeutet gelebte Freiheit und muss erhalten bleiben. Eine europaweite Risikohaftung über die Bankeinlagen lehnen wir ab. Zudem gilt: Geschäftsmodelle, die funktionieren, dürfen nicht aus ideologischen Gründen kaputtgemacht werden. Mehr ökonomischer Mut und weniger Regularien würden uns guttun", stellte Söder fest.

Bayern gehe hier mit einem massiven Bürokratieabbau, dem Ausbau der LfA Förderbank zu einer „Bayern-KfW" und dem Aufwuchs bei der Startup-Förderung voran, damit es mit der Wirtschaft aufwärts geht. „Dafür stehen unsere Sparkassen Pate und zeigen, dass sie wichtiger Partner für Wirtschaft und Bürger sind."

Die Keynotes des Kongresses beleuchteten zum einen die Mitarbeiterzufriedenheit in Unternehmen und zum anderen die Bedingungen für eine grundsätzlich stabile Gesellschaft. Dr. Caroline von Kretschmann, Geschäftsführende Gesellschafterin des 5-Sterne-Hotels „Europäischer Hof Heidelberg" sieht den achtsamen Umgang mit Mitarbeitenden als Schlüssel zur Kundenzufriedenheit und damit zum Erfolg.

Als Grundlage dafür informierte Dr. Florence Gaub, Politikwissenschaftlerin, Militärstrategin und Zukunftsforscherin bei der NATO darüber, was stabile Gesellschaften ausmacht, wie viel Kompromiss erforderlich ist, und welche Zwischenlösungen, Investitionen und Umstellungen auf dem Weg in eine gute Zukunft notwendig sein dürften. Denn in einer Zeit sehr vieler gleichzeitiger Herausforderungen für unsere Gemeinschaft nehme die Konkurrenz um begrenzte Ressourcen zu.

Bei der Abendveranstaltung des Bayerischen Sparkassentags hatte Kommunalminister Joachim Herrmann die enge Verzahnung zwischen Sparkassen und Kommunen hervorgehoben. Die gemeinwohlorientierten Sparkassen böten verlässlich und erfolgreich Finanzdienstleistungen für jedermann und besonders den Mittelstand. Als unverzichtbarer Teil eines engen lokalen Netzwerks förderten die Sparkassen seit ihrer Gründung die regionale Wirtschaft, die gesamte Gesellschaft und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Dabei könnten sie nicht nur als Kreditgeber tätig sein, sondern sich auch direkt an Unternehmen beteiligen.

Herrmann: Enge Verzahnung

Um bürokratische Hürden abzubauen, sei nun eine vereinfachte Erteilung von Ausnahmegenehmigungen im Einzelfall beschlossen worden, erklärte Herrmann: „Sparkassen können sich nun auch an gewerblichen Unternehmen regionaler nachhaltiger Energieerzeugung sowie regionaler Bauträgertätigkeit beteiligen. Damit sind weitere Handlungsoptionen zur Erfüllung unserer gesamtgesellschaftlichen Ziele eröffnet."

Die Bayerische Staatsregierung bekennt sich nach Herrmanns Worten „uneingeschränkt" zum Drei-Säulen-Modell. Darüber hinaus setze sich der Freistaat weiterhin für eine angemessene Berücksichtigung der Besonderheiten von Sparkassen und Genossenschaftsbanken ein, insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um eine gemeinsame europäische Einlagensicherung (EDIS), von der die Sparkassen nicht profitieren würden, aber europaweit für Institute in Mithaftung genommen werden sollten. Das sei kein Beitrag für eine solide Finanzmarktstabilität in Europa: „Es geht dabei um das Wesen unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken und auch um die Stabilität des Mittelstands, der zum Großteil von den Sparkassen kreditiert wird", machte der Minister deutlich. **DK**

Neues Präsidium

Die 98. Ordentliche Verbandsversammlung des Sparkassenverbands Bayern (SVB) hat ein neues Präsidium gewählt: Erster Verbandsvorsitzender ist auch künftig Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth und 1. Stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Zum zweiten Verbandsvorsitzenden wurde Richard Reisinger bestimmt, Landrat im Landkreis Amberg-Sulzbach und Präsidiumsmitglied des Bayerischen Landkreistags. Er folgt auf Matthias Dießl, bis Ende 2023 Landrat des Landkreises Fürth, der bereits seit dem Jahreswechsel als hauptamtlicher Präsident des Sparkassenverbands Bayern in der Geschäftsstelle in München agiert. Dritter Verbandsvorsitzender bleibt Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und des Deutschen Städte- und Gemeindebunds.

Dießl wünschte dem neuen Präsidium eine erfolgreiche Amtszeit: „Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Trägerkommunen ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Erfolgs als regionale Kreditinstitute. Ich freue mich, dass wir drei kommunale Vertreter mit viel Erfahrung und Kompetenz an der Spitze der Verbandsversammlung wissen, die sich mit voller Kraft engagieren, damit sich die Sparkassen und ihre Heimat erfolgreich in die Zukunft entwickeln können." **DK**

Gelebte Gemeinschaft ...

(Fortsetzung von Seite 1)
merkmal ist die einzigartige Ausrichtung auf alle Formen der Blasmusik. Neben seiner mehrwöchigen Musikveranstaltung bietet der Bluval e.V. seit mehreren Jahren Meisterkurse an, in denen der Kontakt zwischen renommierten Künstlern und dem musikalischen Nachwuchs vermittelt werden soll.

Der Heimattag für den Landkreis Lindau e.V. setzt sich öffentlichkeitswirksam für zahlreiche heimatpflegerische Belange ein. So wirkt er beratend oder mitwirkend bei Verfahren der Bau- und Landschaftsplanung sowie des Denkmal-, Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes, sammelt und archiviert Dokumente zur anschließenden Veröffentlichung, veranstaltet einen wöchentlichen Lesekurs für alte Schriften und veröffentlicht die „Westallgäuer Heimatblätter".

Verbindung von Kunst und Bildung

Als eine Mischung aus theaterpädagogischer Einrichtung und Jugendzentrum ist die Kunstwerkstatt in Kaufbeuren eine einzigartige Verbindung von Kunst und Bildung. Für rund 200 Nachwuchsschauspieler bietet sie jährlich die Möglichkeit, auf einer professionell ausgestatteten Bühne zu agieren. Inklusion und Integration spielen dabei eine wichtige Rolle, denn die Kulturwerkstatt ist nicht nur eine Freizeitstätte, sondern auch ein Ort, der vor allem Kindern und Jugendlichen Akzeptanz entgegenbringt und ihnen eine Heimat bietet.

Der Straubinger Kalender als ältester Heimatkalender Deutschlands erschien im Jahr 2020 zum 425. Mal – das älteste erhaltene Exemplar stammt aus dem Jahr 1765. Früher als Kalendarium für astronomische Daten, Bauernregeln und Wettervorhersagen gedacht, enthält er seit dem 19. Jahrhundert vermehrt Geschichten, Gedichte, Anekdoten, Rätsel, Bilder und Gesundheitsratschläge. Die Inhalte werden von einheimischen Schriftstellern, Volkskundlern, Historikern sowie durch Bürger der Stadt gestellt. Der Straubinger Kalender wird zum Teil sogar weltweit verschickt und ist dort für viele eine Brücke in die alte Heimat.

Bereits seit 25 Jahren besteht der VMV Volksmusikverein, Verein für bairische Kultur im Landkreis Landshut. Ziel seiner Gründung waren der Abbau von Vorurteilen gegenüber der Volksmusik sowie die Bündelung von Kräften, um Hilfe und Zuarbeit für die Volksmusikpflege zu sichern. Dies erreicht der Verein durch Seminare für Interessierte und Gleichgesinnte, eine Fachbetreuung für Familien und Kinder, den Erhalt von Noten, Tänzen, Bild- und Tondokumenten, der Veröffentlichung mehrerer CDs sowie der vierteljährlichen Herausgabe der Zeitschrift „Postillion".

Ein weit über Landsberg hinaus bekanntes Kinderfest mit langer Tradition und Geschichte ist das Landsberger Ruethenfest. Obwohl dessen Ursprünge im Dunkeln liegen, wird es bereits seit 1647 gefeiert. Bei den Festlichkeiten mit Tanz, Umzügen, Lagerleben, musikalischen Darbietungen und Gastronomieangeboten in der gesamten Innenstadt wird die Landsberger Vergangenheit alle vier Jahre wiederbelebt. Höhepunkt der ehrenamtlich organisierten Veranstaltung ist der historische Festumzug mit Pferdegespann und stilvoll geschmückten Wägen. Das Ruethenfest ermöglicht über 1.000 Kindern ein Miteinander ohne jedwede gesellschaftliche Grenze, schafft Verbundenheit und macht die Landsberger Geschichte kindgerecht erleb- und nachspielbar.

Erhaltung des Dialekts

Beim Schulprojekt „Chiemgauer Mund-ART Weg" engagieren sich Schüler für den Erhalt ihres Chiemgauer Dialekts. Nach vielfältigem Einsatz durch Singen, Dichten und Schreiben kleiner Geschichten, der Aufnahme von Hördateien und eines Jingles sowie Online- und Bücherrecherchen zur bairischen Sprache, wurde 2022 der Chiemgauer Mund-ART Weg eröffnet. Auf sieben Themenwegen verraten über 60 Schilder abwechslungsreiche Begriffe und Redewendungen der heimischen Mundart. QR-Codes liefern die richtige Aussprache und weitere interessante Fakten.

Eine wechselvolle Geschichte mit fast 20 Pfarrherren prägt den Gempfinger Pfarrhof im Landkreis Donau-Ries. Als sein Vorgängerbau vermutlich zerstört wurde, erfolgte 1709 ein Neubau in barockem Stil, der mehrfach als Militärunterkunft diente. Ab 2002 war der Pfarrhof vollständig unbewohnt, nachdem er im 20. Jahrhundert sehr heruntergekommen war. Daraus entstand der Entschluss zur Sanierung mit dem Ziel der gemeinschaftlichen Nutzung. Der Förderverein Gempfinger Pfarrhof hat damit ein vorbildliches Zentrum des gesellschaftlichen Lebens geschaffen und bringt Menschen bei Ausstellungen, Konzerten, Vorträgen und Lesungen zusammen.

Der Historische Verein Memmingen wurde bereits 1882 mit dem Ziel der Heimatpflege gegründet. Er bewahrt geschichtliche Zeugnisse aller Art und ist Herausgeber diverser Publikationen zur Vermittlung historischer Fakten. Weiter veranstaltet er Vorträge, Führungen und Ausstellungen und engagiert sich in der Denkmalpflege, indem er sich kritisch mit modernen städtebaulichen Veränderungen und der Stadtentwicklung auseinandersetzt.

Das Ziel des 1971 gegründeten Volkstumsverein Waldmünchen (Oberpfalz) ist die Pflege bayerischer Volkskultur und basiert im Wesentlichen auf den drei Pfeilern Volkstanz, Volksmusik und dem Kohlenmeiler. Ein besonderes Augenmerk legt der Verein dabei auch auf die Nachwuchsförderung. Ob das Schmücken des Osterbrunnens, der Kultursommer, die Heimatabende mit Musik- sowie Tanzdarbietungen oder das Herbstfest: Der Volkstumsverein Waldmünchen hält die Traditionen des gesamten Jahreskreises lebendig. Ein jährlicher Höhepunkt sind dabei auch der Aufbau und das Entzünden des Kohlenmeilers bzw. Kinderkohlenmeilers. Das oberpfälzische OVIGO Theater überzeugt mit einer umfassenden Bandbreite an Inszenierungen: von Musical, Komödie, Krimi Dinner über Erlebnisführungen mit Schauspiel.

Innerstädtischer Erwerbsgartenbau

Bereits seit dem Spätmittelalter wird im Bamberger Land Gemüseanbau betrieben. Seit 2014 ist das Gärtner- und Häckermuseum Bamberg e.V. als „Innerstädtischer Erwerbsgartenbau in Bamberg" im Bayerischen Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes und seit 2016 im Bundesverzeichnis vertreten. Eröffnet wurde das Museum 1979 durch die Stadt Bamberg und den Verein „Gärtner- und Häckermuseum". Seitdem trägt und betreibt der Verein das Museum ehrenamtlich.

Der 2006 gegründete Verein zur Erhaltung von Jean Pauls Einkehr- und Dichterstube in der Rollwenzelei hat sich die Restauration und künstlerische Wiederbelebung der Bayreuther Wirtshausstube wie zu Lebzeiten Jean Pauls zur Aufgabe gemacht. Im Jahr 1876 kam das stadtgeschichtlich bedeutende Gebäude in den Besitz der Familie Sommer: Der Dichter Jean Paul verweilte hier zum Zweck seiner ungestörten Arbeit und fand gleichzeitig in dem damaligen Wirtshaus Rollwenzelei eine Art „Heimat". Die Dichterstube im ersten Stock gehört mittlerweile zu den weltweit wenigen original erhaltenen Räumlichkeiten, in denen ein bedeutender Künstler gearbeitet hat. Daneben organisiert der Verein literarische Events und arbeitet mit anderen Einrichtungen sowie engagierten Künstlern eng zusammen. Der Verein Museum im Koffer Nürnberg wurde mit dem Konzept eines mobilen Museums im Jahr 1983 ins Leben gerufen. Ziel ist die Vermittlung von Wissen für Kinder und Jugendliche an den unterschiedlichsten Orten. Mit mehr als deutschlandweit 300 Besuchen jährlich in Schulen, Kindergärten, Bibliotheken und Freizeiteinrichtungen bietet das Museum im Koffer Nürnberg eine Lern- und Erlebnislandschaft für Klein und Groß. Im April 2001 wurde das Konzept um das neu eröffnete „Kindermuseum" ergänzt.

Das im Jahr 2012 auf dem 40 Hektar großen Gelände des Römerparks Ruffenhofen (Mittelfranken) eröffnete Museum Limeseum ist heutzutage das zentrale Museum zum Welterbe Limes, dem längsten Bodendenkmal Europas. Besucher erhalten zudem Einblicke in den damaligen Alltag durch verschiedene Modelle, Filme und Aktivstationen. Neben altersgerechten Führungen für Schulklassen gibt es auch vielfältige museumspädagogische Programme. Eine besonders innovative Idee der Wissensvermittlung ist der sogenannte Soldat December, der über sein fiktives Leben um 200 n.Chr. berichtet und auch in Filmen auftritt.

Mit Frack und Zylinder

Seit 2019 ist das Sebastianigelöbnis Oberschwarzach (Unterfranken) auf der Liste des Bayerischen Immateriellen Kulturerbes zu finden. Der „Sebastiantag" ist im unterfränkischen Oberschwarzach fest verankert und wird nach katholischem Kalender am 20. Januar begangen. St. Sebastian war ein Hauptmann der Prätorianergarde des kaiserlichen Hofes von Diokletian und wurde wegen der Verbreitung des christlichen Glaubens zum Tode verurteilt. Der Ursprung des Gelöbnisses ist auf das Pestgelübde im Jahr 1611 zurückzuführen. Man würde künftig den Festtag des Pestheiligen St. Sebastian feiern, wenn die Pest den Ort verschont. Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte sich die Prozession zur Oberschwarzacher Pfarrkirche St. Sebastiani zu einem Gesamtgeschehen. Eine wichtige Rolle neben der Prozession spielt die „Bürgerwehr", deren Markenzeichen der Frack, ein Zylinder und das mittlerweile rein symbolische militärische Zeremoniell ist.

Der 1978 gegründete Verein für Heimatgeschichte im Grabfeld (Unterfranken) ist ein wichtiger Kulturträger in Unterfranken. Das Grabfeld ist eine historische Landschaft im Grenzgebiet von Bayern und Thüringen, das bis in die Karolinger Zeit zurückreicht. Der Verein greift vor allem Themen wie die jüdische Gemeinde im Grabfeld, örtliche Bräuche, Ortsgeschichten oder die Aufarbeitung der deutschen Teilung und deren Folgen auf. Neben Ausstellungen, Veranstaltungen oder Büchern zur Kultur und Geschichte gibt der Verein mindestens einmal im Jahr die vereinseigene Zeitung „Das Grabfeld" heraus. **DK**

Energieminister Aiwanger:

Fortschritte bei der Energiewende

Dass Bayern ein guter Standort für erneuerbare Energien ist, zeigen nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie die Ergebnisse der jüngsten Ausschreibungen für Onshore-Wind und Innovation. 14 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von 81,6 Megawatt (MW) aus sechs Projekten erhielten einen Zuschlag. „Wir sind beim Windkraftausbau auf dem richtigen Weg", unterstrich Energieminister Hubert Aiwanger.

Windenergieanlagen

Aiwanger zufolge lag der durchschnittliche, mengengewichtete Zuschlagswert von 7,33 Cent pro Kilowattstunde nur knapp unter dem Höchstwert von 7,35 ct/kWh, was auf die weiterhin hohen Bau- und Finanzierungskosten zurückzuführen ist. Allein in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres seien 90 Genehmigungsanträge für Windenergieanlagen gestellt worden - deutlich mehr als im gesamten Vorjahr.

In der Innovationsausschreibung gingen 24 von insgesamt 43 Zuschlägen an Projekte aus dem Freistaat. Mit 245 MW Leistung entfallen die größten Zuschlags-Volumina auf bayerische Gebote für Photovoltaik-Speicher-Kraftwerke. Wie der Minister betonte, „sind Speicher ein Schlüssel für eine kosteneffiziente und sichere Energieversorgung. Ihre Bedeutung wird künftig für eine bessere Netzintegration weiter zunehmen. Umso erfreulicher ist daher, dass im Rahmen der Innovationsausschreibung Photovoltaik erfolgreich mit Speichern kombiniert wird." Der mengengewichtete Zuschlagswert lag wie im Vorjahr bei 8,33 ct/kWh.

Die nächste Ausschreibungsrunde für Windenergie an Land findet am 1. August 2024 statt, die Innovationsausschreibung folgt am 1. September 2024.

Biogas- und Biomasseanlagen

Auch bayerische Betreiber von Biogas- und Biomasseanlagen haben erfolgreich an der ersten Ausschreibung des Jahres für Biogasanlagen der Bundesnetzagentur teilgenommen. Fast die Hälfte aller Zuschläge und 37 Prozent des gesamten Ausschreibungsvolumens gingen an Betreiber im Freistaat. Die Ausschreibung war mit Geboten im Umfang von 742 MW für ein Volumen von 240 MW insgesamt erneut überzeichnet. Dadurch haben deutschlandweit lediglich 263 Biogasanlagenbetreiber überhaupt einen Zuschlag erhalten.

„Die bayerische Spitzenposition ist ein sehr erfreuliches Ergebnis. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die bezuschlagten Mengen sind mit Blick auf die Wärmewende und die kommunalen Planungen keinesfalls ausreichend. Anlagenbetreiber in Bayern und Deutschland brauchen deutlich mehr Ausschreibungsvolumen, um bestehende Anlagen mit Wärmenetzen weiter betreiben zu können. Eine fast dreifach überzeichnete Ausschreibung ist dafür ein klares Zeichen. Gleichzeitig ist es eine Katastrophe, dass Biogasanlagen mit Wärmenutzung aus der Förderung rausfallen", kommentierte Aiwanger das Ergebnis.

Klare Vorteile

Hinzu komme, dass zwar nun mit einer neuen EEG-Regelung ein Drittel des ungenutzten Volumens aus der gescheiterten Biomethan-Ausschreibung auf die Biomasseausschreibungen 2025 übertragen wird. Trotzdem reiche diese Menge nicht aus, um alle Biogasanlagen mit Wärmenetzen weiter zu betreiben und gleichzeitig erneuerbaren Strom und Wärme zu erzeugen. „Die Vorteile liegen auf der Hand. Biomasse zur Strom- und Wärmeerzeugung ist regional, grundlastfähig und flexibel einsetzbar. Deutschland muss dieses Potenzial für die Energiewende stärker und besser nutzen als bisher", hob Aiwanger hervor. Als enttäuschend betrachtet er die Ausschreibung für Biomethananlagen, da kein einziges Angebot eingereicht wurde: „Dieser Misserfolg ist das Ergebnis eines fehlerhaften Ausschreibungsdesigns. Eine Korrektur ist dringend geboten."

Zwar wurde im Rahmen der Ausschreibung bayernweit an 127 Biogasanlagen ein Zuschlagsvolumen mit insgesamt 90 MW erteilt, jedoch ist dies aus Aiwangers Sicht bei weitem nicht genug für die zahlreichen Anlagen aus den zubaustarken Jahren des EEG 2004 und 2009. „Wir brauchen deshalb eine zeitnahe Novellierung des EEG - sonst droht der Verlust weiterer Anlagen", stellte der Minister klar. Deshalb werde Bayern bei einer Novelle erneut die Forderungen aus der Bundesratsinitiative „Bioenergie stärken und für den Klimaschutz nutzen" vom März dieses Jahres einbringen.

Ladeinfrastruktur

Wie das Bayerische Wirtschaftsministerium zudem bekanntgab, wird mit dem vierten Aufruf im Förderprogramm „Öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern 2.0" weiter kräftig in den Ausbau der Ladeinfrastruktur investiert. Insgesamt werden weitere 4 Millionen Euro bereitgestellt. Der neue Förderaufruf soll vom 1. bis 30. August 2024 geöffnet sein.

Antragsteller können erneut natürliche und juristische Personen sein. Ähnlich wie beim letzten Mal sollen auch in diesem Aufruf insbesondere kleineren Kommunen Anreize für eine Antragstellung gegeben werden. Pro Standort sind mindestens ein Schnell-Ladepunkt bzw. mindestens vier Normal-Ladepunkte aufzubauen.

Nach absoluten Zahlen liegt Bayern bei der Ladeinfrastruktur im Bundesländervergleich auf Platz eins. Jeder fünfte öffentliche Ladepunkt in Deutschland ist im Freistaat installiert. Aktuell gibt es dort rund 23.554 öffentlich zugängliche Ladepunkte, darunter 19.220 AC-Normalladepunkte (82 Prozent) und rund 4.334 DC-Schnellladepunkte (18 Prozent). Die Anzahl der durchgeführten Ladevorgänge an öffentlichen Ladepunkten in Bayern verzeichnete im ersten Quartal 2024 erneut einen neuen Höchststand.

Pumpspeicherkraftwerk Happurg

Erfreulich ist laut Aiwanger auch der Umstand, dass das seit 2011 stillgelegte Pumpspeicherkraftwerk Happurg in Mittelfranken 2028 wieder in Betrieb genommen wird. Uniper zufolge werden dafür rund 250 Millionen Euro in die Sanierung des Kraftwerks investiert. Nach 50 Jahren Betrieb waren am Oberbecken umfangreiche Schäden festgestellt worden.

„Unsere Wasserkraftwerke sind wichtig für die Energiewende - nicht nur zur Stromerzeugung, sondern auch als Speicher. In Happurg kann Strom je nach Bedarf ein- oder ausgespeichert werden. Wir brauchen diese großen Speicher, um flexibel auf Schwankungen im Stromnetz reagieren zu können und das Netz stabil zu halten", stellte der Minister fest.

Mit einer Leistung von 160 Megawatt und einer Fallhöhe von 209 Metern kann das Pumpspeicherkraftwerk rund 850 Megawattstunden elektrische Energie in Form von hochgepumptem Wasser speichern. Zusammen mit dem Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten (für Bahnstrom) zählt es zu den größten Speicherkraftwerken seiner Art in Bayern. **DK**

Generalversammlung EGIS eG:

Mit Mut und Kreativität in die Energiezukunft

Die Energiegenossenschaft EGIS eG zieht eine weitgehend positive Bilanz aus dem Geschäftsjahr 2023. Bei der Generalversammlung in Neuötting präsentierte der Vorstand die Jahresergebnisse. Die Versammlung beschloss eine Ausschüttung von 4 Prozent Dividende an die Mitglieder der Genossenschaft.

„Wir treiben die Energiewende mit Mut und Kreativität voran", sagte Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG. „Mit unseren Projekten, wie der Kombination von Photovoltaik und Fernwärme im ländlichen Raum, werden wir inzwischen deutschlandweit als Innovationstreiber in der Energiewende wahrgenommen." 2023 hatte das sektorenübergreifende Innovationsprojekt Bundorf in Unterfranken für mediale Aufmerksamkeit gesorgt. Es wurde im Juni mit dem Branchenpreis Smarter-E-Award ausgezeichnet.

„Wir freuen uns, dass sich bis heute 2.572 Menschen unserer Genossenschaft angeschlossen haben. Sie alle machen mit Ihrem Engagement die Energiewendeprojekte der EGIS eG möglich. Vielen Dank für Ihre Beteiligung", sagte Pascal Lang und wendete sich dabei an die Mitglieder, die vor Ort und online an der Versammlung teilnahmen. Bis zum Jahresende hatte die EGIS eG 2.313 Mitglieder, 2022 waren es noch 1.724 Mitglieder. Sie beteiligten sich mit gut 19 Millionen an den Erneuerbaren-Energien-Projekten der EGIS eG (2022: 14 Millionen Euro). „Wir wollen, dass alle Menschen sich an der Energiewende beteiligen können und von ihr profitieren. Unser Partizipationsanspruch führt zu mehr Akzeptanz, auch bei unseren Projekten vor Ort", erläuterte Konrad Estermaier, Aufsichtsratsvorsitzender der EGIS eG.

Im vergangenen Geschäftsjahr stieg die Gesamtleistung der Erzeugungsanlagen der Genossenschaft deutlich: über Deutschland verteilt betreibt die EGIS eG über 30 Erneuerbare-Energien-Anlagen. Die Gesamtleistung erhöhte sich, hauptsächlich durch neue Solarprojekte, von 51 Megawattpeak 2022 um fast 90 Prozent auf 95,6 Megawattpeak 2023. Die Speicherkapazität betrug 10,7 Kilowatt. Die Anlagen erzeugten im vergangenen Jahr knapp 52 Millionen Kilowattstunden Strom aus Sonnenenergie und Wasserkraft und sparten damit knapp 20.000 Tonnen CO2 ein. Die Wärmenetze in Emmerting und Bundorf versorgen insgesamt 166 Kundinnen und Kunden.

Herausforderndes Geschäftsjahr 2023

„Wir haben einige Erfolge zu vermelden, gleichzeitig war 2023 herausfordernd: die konjunkturelle Entwicklung und hohe Zinsen machten die Projektfinanzierungen komplexer, während gleichzeitig die Erlöse aus den Stromerträge sanken", sagte Herbert Leiß-Maier, Finanzvorstand der EGIS eG. Die Umsätze der EGIS eG-Gruppe lagen 2023 bei 7,9 Millionen Euro (2022: 11,3 Millionen Euro), die Eigenkapitalquote der EGIS eG betrug 85,2 Prozent (2022: 82,1 Prozent).

Im unterfränkischen Bundorf haben die Projektpartner EGIS eG und MaxSolar GmbH im vergangenen Jahr einen 125 Megawatt starken Solarpark, einen der größten in Deutschland, realisiert. 30 Prozent der Photovoltaik-Freiflächenanlage verbleiben über die EGIS eG in Bürgerhand. Auch einige Ladepunkte für Elektrofahrzeuge sind Teil des Projekts. Gleichzeitig realisierte die EGIS eG ein Fernwärmenetz, das seine Energie aus der Solaranlage und einem Hackschnitzelheizwerk bezieht: „In ländlichen Gebieten gibt es bisher kaum Wärmenetze", erklärte Pascal Lang. „Unser Ansatz ist es, das Beste aus Erneuerbare-Energien-Anlagen herauszuholen. In Bundorf haben wir gezeigt, dass Fernwärme auf dem Land realisierbar ist."

Das Innovationsprojekt Bundorf und die Projektpartner erhielten im Juni 2024 den renommierten Branchenpreis Smarter-E-Award der Messeallianz The Smarter E in der Kategorie Outstanding Projects. Die größte Messeallianz für die Energiewirtschaft in Europa, zu der auch die Fachmesse Intersolar zählt, würdigt mit der Auszeichnung innovative Konzepte und Technologien, die einen bedeutenden Beitrag zur erneuerbaren Energieversorgung leisten.

Die Generalversammlung stimmte dem Vorschlag der Geschäftsführung zu, eine Dividende von vier Prozent an die Mitglieder auszuschütten. Insgesamt handelt es sich um einen Betrag von rund 650.000 Euro. Turnusmäßig fanden auch Aufsichtsratswahlen statt. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Christoph Strasser, der bisher im Vorstand der EGIS eG tätig war.



Der aktuelle Vorstand und Aufsichtsrat der EGIS eG: Rainer Brunnhuber (Vorstand EGIS eG), Herbert Leiß-Maier (Vorstand EGIS eG), Peter Pospischil (Aufsichtsrat EGIS eG), Konrad Estermaier (Vorsitzender des Aufsichtsrates der EGIS eG), Christoph Strasser (Aufsichtsrat EGIS eG), Peter Haugeneder (Aufsichtsrat EGIS eG) und Pascal Lang (Vorstandsvorsitzender der EGIS eG) (v.l.). Nicht auf dem Bild zu sehen: Georg Eder (Aufsichtsrat EGIS eG). Bild: EGIS eG

Ausblick

Noch in diesem Jahr plant die EGIS eG die Umsetzung eines weiteren Fernwärmeprojektes in Amerang im Landkreis Rosenheim. Dazu kommen neue Photovoltaik-Projekte, beispielsweise ein Solarpark am Unternehmensstandort Neuötting. Unter dem Titel EGIS On-Tour veranstaltet die Genossenschaft regelmäßig Online-Formate, ist auf Messen vertreten und hält Fachvorträge. „Wir wollen die Menschen von unserem Anliegen der Energiewende in Bürgerhand begeistern. Das geschieht am besten im möglichst direkten Austausch. Deshalb widmen wir diesen Veranstaltungen viel Zeit und Herzblut", sagt Pascal Lang. ❐



„Jede Kommunale Wärmeplanung ist nur so gut wie ihre Datengrundlage“

Marktgemeinde Bad Abbach, Bayernwerk und Institut für Energietechnik stellen Ergebnisse ihres Pilotprojekts vor

„Wir haben bei diesem wichtigen Thema nicht für die Schublade gearbeitet, ganz im Gegenteil: Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie den nächsten Schritt zur Umsetzung gehen“, sagt Dr. Benedikt Grünewald. Bad Abbachs Bürgermeister hat jetzt zusammen mit Vertretern der Bayernwerk AG (Bayernwerk) und des Instituts für Energietechnik (IfE) Ergebnisse eines Pilotprojekts zur Kommunalen Wärmeplanung (KWP) vorgestellt. Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal bezeichnete dabei die Wärmewende als „schlafenden Riesen und den größten noch zu bewegenden Hebel für einen klimaneutralen Freistaat“.

„Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie unseren Gewerbetreibenden eine sichere Wärmeversorgung anbieten, die unabhängig ist vom Weltgeschehen. Dabei war uns von Anfang an klar: Wir brauchen starke Partner! Ich denke, mit Blick zurück auf unsere Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk und dem Institut für Energietechnik an der OTH Amberg-Weiden darf ich behaupten: Wir haben diese starken Partner gefunden. Die Ergebnisse des Pilotprojekts sind eine verlässliche und solide Basis für die nächsten Schritte“, sagte Bürgermeister Dr. Grünewald bei einem Pressegespräch im Bad Abbacher Kursaal. Besonders wichtig hierfür sei eine „verlässliche gesetzliche Grundlage“, u.a. auch für staatliche Fördermittel.

Das Stromverteilnetz wird zum Wärmenetz

Der Endenergieverbrauch lag in Bayern 2021 bei rund 386 Terawattstunden. Mehr als die Hälfe davon wurde durch die Wärmeversorgung (Raum- und Prozesswärme, Warmwasser oder Kälteenergie) verursacht. Zum Erreichen eines klimaneutralen Freistaats sei die Wärmewende daher der größte noch zu bewegende Hebel, so Dr. Egon Leo Westphal. Der Vorstandsvorsitzende des Bayernwerks sagte zudem: „Das Stromverteilnetz wird nach und nach zum wichtigsten Wärmenetz.“ Der Energieversorger erwarte in Bayern im Jahr 2030 rund 1,25 Millionen Wärmepumpen, mehr als das Vierfache als 2020. Das seien Anlagen, die noch ins Verteilnetz integriert werden müssten.

Die Donau als Wärmequelle

Wärmepumpen können in Zukunft auch in Bad Abbach eine große Rolle spielen. Genauer gesagt: Grundwasser- und Großwärmepumpen. Denn wie die Wärmeplanung zeigt, gibt es in der Marktgemeinde ein sehr hohes Potenzial für Wärme aus der Donau durch Nutzung von Flusswasser oder Uferfiltrat. Probebohrungen könnten im Zuge einer Machbarkeitsstudie nach der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) bezuschusst werden, sagte Patrick Dirr, Bereichsleiter Digitale Energiesysteme beim IfE.

„Das Ergebnis einer jeden Wärmeplanung ist nur so gut, wie ihre Datengrundlage“, sagte Bayernwerk-Projektleiterin Rebecca Bell. Und: „Für die Wärmeplanung unserer Städte und Gemeinden gibt es keine Lösung von der Stange. Wir müssen uns flexibel an den individuellen Möglichkeiten und Bedürfnissen vor Ort ausrichten.“

Gute Kommunikation ist entscheidend für den Projekterfolg

Der Blick in vorhandene Statistiken allein reiche bei weitem nicht. Im Pilotprojekt habe man im Zuge der Bestandsanalyse alle relevanten Akteure und Großverbraucher wie Kaiser-Therme oder Asklepios Klinikum an einen Tisch geholt und zusätzlich eine umfassende Bürgerbefragung gestartet. „Gute Kommunikation mit den Akteuren vor Ort ist für den Projekterfolg entscheidend und gleichzeitig die große Stärke der Wärmeplanung. Wir als Bayernwerk können dabei unsere jahrelangen Erfahrungen als verlässlicher Partner für über 1.200 Kommunen in Bayern etwa aus den Bereichen Strom- und Gasnetz einbringen“, betonte Rebecca Bell.

Auch ein Ergebnis des Pilotprojekts: Das Bayernwerk baue die Kundenbetreuung weiter aus und stelle eigene KWP-Manager ein. Sie unterstützen die Kommunalbetreuer und übernehmen Projektleitung, Akteursbeteiligung und Kommunikation vor Ort.

28 mögliche Wärmeversorgungsgebiete

Patrick Dirr (IfE) sagte, die KWP schaffe nach den gesetzlichen Vorgaben die entscheidenden Grundlagen für eine weitere Planung, sie zeige Umsetzungsoptionen und Zielszenarien auf. Für Bad Abbach seien 28 mögliche Wärmeversorgungsgebiete samt Steckbriefen und acht vorstellbare Maßnahmen in Richtung klimaneutrale Wärmeversorgung ausgearbeitet worden. Die „große Lösung“ eines möglichen Wärmenetzes für den Ortskern könne auch in einzelne Lösungen für die ermittelten Quartiere heruntergebrochen werden.

Der Wärmebedarf für Bad Abbach liegt laut Dirr bei 104 Gigawattstunden pro Jahr. Es gebe 17 mögliche Windkraftstandorte im Gemeindegebiet und 18,8 Hektar mögliche Freiflächen für Photovoltaik. Dirr kündigte an, IfE werde der Kommune ein Tool zum Monitoring zur Verfügung stellen, um den Aufwand in der Verwaltung möglichst gering zu halten.

Interesse am Anschluss an ein Wärmenetz

„Die Bürger sind im Vergleich zu den vergangenen Jahren deutlich offener gegenüber dem Anschluss an ein Wärmenetz“, sagte Prof. Dr. Markus Brautsch, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Energietechnik. In Bad Abbach etwa könnten sich rund 60 Prozent der Teilnehmer an der Bürgerbefragung einen Anschluss an ein Wärmenetz grundsätzlich vorstellen.

Generell erhöhe der Prozess der Wärmeplanung „deutlich die Dynamik, mit der sich Kommunen mit dem Thema Wärmeversorgung beschäftigen“, so Brautsch. Bürger, Kommunen, Verwaltung, Industrie: Der Professor erkannte „hohe Unterschiede bei der Erwartungshaltung an die Wärmeplanung“. Klare Kommunikation spiele daher vor, während und nach der Wärmeplanung eine entscheidende Rolle. Und er stellte die Frage, wie Kommunen bei der Umsetzung weiter unterstützt werden könnten. Denn: „Ein Großteil der Arbeit beginnt erst nach der Wärmeplanung, zum Beispiel beim Aufbau der Infrastruktur, bei Modellen der Bürgerbeteiligung oder beim Betrieb der Anlagen.“ ❐



Dr. Egon Leo Westphal (2.v.r.), Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, und Prof. Dr. Markus Brautsch (3.v.l.), wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Energietechnik, überreichten den Wärmeplan an Bad Abbachs Bürgermeister Dr. Benedikt Grünewald (3.v.r.). Mit im Bild: Rebecca Bell (r.), Projektleiterin beim Bayernwerk, Patrick Dirr (2.v.l.), IfE-Projektleiter, und Herbert Islinger (l.), Geschäftsführer der Marktentwicklungsgesellschaft Bad Abbach mbH. Bild: Michael Hitzek / Bayernwerk AG

Kosten sparen, schneller werden

Bayernwerk Netz und LEW Verteilnetz stellten Energiewende-Projekt „Einspeisesteckdose” vor

Die beiden bayerischen Verteilnetzbetreiber Bayernwerk Netz (Bayernwerk) und LEW Verteilnetz (LVN) wollen den Anschlussprozess für große Erzeugungsanlagen neu ausrichten. Die Energieunternehmen haben das Pilotprojekt der sogenannten Einspeisesteckdose Staatsminister Hubert Aiwanger in München präsentiert. Erstmalig in Deutschland stellen die zwei regionalen Stromnetzbetreiber vorausschauend Netzkapazität zur Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien bereit.

Hintergrund ist der Anschlussboom in Bayern, der mit einer rasant steigenden Zahl an neuen Solar- und Windkraftanlagen verbunden ist. Allein 2024 gingen mehr als 100.000 Erzeugungsanlagen beim Bayernwerk und LEW Verteilnetz neu ans Netz.

Bisher sehen die gesetzlichen Regelungen vor, dass die Netzverträglichkeit jeder neuen Erzeugungsanlage einzeln geprüft wird und als Ergebnis der Berechnungen ein individueller Netzverknüpfungspunkt entsteht. Diese Einzelfallbetrachtungen sind bei der hohen Zahl an Anschlussanfragen zeitaufwändig und können zu langen und damit teureren Anschlusswegen führen. Deshalb gehen Bayernwerk und LVN mit der Einspeisesteckdose einen neuen Weg, den Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal vom Bayernwerk und LEW-Vorstand Christian Barr dem bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger präsentierten.

Bewerbungskriterien

Beim zentralen Anschluss wie bei einer Steckdose wird zusätzliche Trafoleistung im Netz an einem Ort bereitgestellt. Auf diese regionalen Kapazitäten können sich Projektentwickler mit ihren Anlagen bewerben. Die Bewerbungskriterien sind jetzt auf den Seiten von Bayernwerk Netz und LVN online. Die Netzbetreiber bündeln mit dem Pilotprojekt Einspeisesteckdose Netzanschlüsse in einer Region, beschleunigen die Prüfprozesse und treiben so die Energiewende und die wirtschaftliche Entwicklung voran.

Hubert Aiwanger zufolge „schaffen wir mit dem Projekt ‚Einspeisesteckdosen‘ Planungssicherheit für Investoren, die Erneuerbare-Energie-Anlagen bauen wollen“. Die zusätzlichen Umspannwerke schafften Abhilfe bei teuren Anschlusswegen und langen Wartezeiten für den Netzanschluss. „Der Ausbau kann nur funktionieren, wenn auch die Kapazitäten bei den Einspeisepunkten ausreichend und regional zur Verfügung stehen. Das wird jetzt angepackt.“

Laut Egon Westphal „müssen Anlagen für erneuerbaren Strom dorthin, wo die Netze sind. Nicht umgekehrt. Mit der ‚Einspeisesteckdose‘ haben wir eine schnelle, wirkungsvolle Lösung entwickelt. So stellen wir proaktiv zusätzliche Kapazitäten bereit. Dort können sich, regional gebündelt, Erneuerbare-Energie-Anlagen anschließen und einspeisen – das ist Energiewende ‚Plug and Play‘. Die Energiewende ist wie ein Buch mit 100 Kapiteln, aus dem aber meist nur das erste Kapitel ‚Erneuerbare Energie‘ und das letzte Kapitel ‚Klimaneutralität‘ gelesen werden. In den Kapiteln dazwischen steht aber, was die Transformation des gesamten Energiesystems bedeutet und was wir tun müssen, um zum Ziel zu kommen.“

Umbau des Energiesystems effizienter gestalten

Nach den Worten von Christian Barr „zeigt das Pilotprojekt ‚Einspeisesteckdose‘, wie wir den Umbau des Energiesystems beschleunigen und effizienter gestalten können: vorhandene Prozesse und Regelungen hinterfragen im Hinblick auf ihr Optimierungspotenzial, neu aufstellen und mit neuen Lösungen in die Umsetzung gehen. Dafür müssen wir auch den rechtlichen und regulatorischen Rahmen weiterentwickeln. Denn mit dem Instrumentarium aus den Anfangszeiten der Energiewende werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen nicht meistern. Innovativ, hochprofessionell, pragmatisch – so bringen wir die Energiewende in Bayern voran.“

Konkret errichten Bayernwerk Netz und LVN als Pilotprojekt jeweils eine Einspeisesteckdose in ihren Netzgebieten. Bayernwerk plant ein neues Umspannwerk in Niederviehbach im Landkreis Dingolfing-Landau. LVN rüstet das bereits bestehende Umspannwerk im bayerisch-schwäbischen Balzhausen mit einem zusätzlichen Transformator aus.

Diese zusätzlichen Kapazitäten sind wichtig für die Versorgung der Region mit grüner Energie. Umspannwerke sind leistungsstarke Einspeisepunkte im Netz. Transformatoren wandeln dort Strom zwischen den verschiedenen Spannungsebenen um. Die leistungsstarken Transformatoren schaffen eine direkte Verbindung vom örtlichen Mittelspannungsnetz zum bestehenden Hochspannungsnetz, so dass noch mehr regional erzeugter grüner Strom in einer Region aufgenommen und im gesamten Stromnetzverbund verteilt und transportiert werden kann. ❐

Rund 150 Stellungnahmen zum Steuerungskonzept Windenergie

RPV informiert über aktuellen Stand des Beteiligungsverfahrens

Der Geschäftsführer des Regionalen Planungsverbands München (RPV) präsentierte dem Planungsausschuss die Ergebnisse aus der Vorabbeteiligung zum Steuerungskonzept zur Windenergienutzung in der Region München. Die Sitzung fand im Rathaus München statt. 58 Prozent der RPV-Mitglieder sowie Nachbarregionen und Träger öffentlicher Belange haben bis Ende Mai 2024 zu dem Vorabentwurf Stellung genommen. Der RPV wertet die Rückläufe aus und erarbeitet einen neuen Konzeptentwurf.

„Innerhalb von zehn Wochen sind 147 Stellungnahmen zu den im Vorabentwurf vorgestellten 22 Vorranggebieten eingegangen. 112 (58 Prozent) unserer Mitglieder haben sich bis dato geäußert, davon 107 Gemeinden und Städte sowie fünf Landkreise. Zudem haben vier benachbarte Regionale Planungsverbände sowie acht Träger öffentlicher Belange Rückmeldungen abgegeben. Vereinzelt erreichten uns auch Stellungnahmen von nicht beteiligten Initiativen oder Privatpersonen“, führte RPV-Geschäftsführer Marc Wißmann aus.

Vom 20. März bis Ende Mai 2024 lief das informelle Beteiligungsverfahren des RPV offiziell. „Uns liegen auch einige Anträge auf Fristverlängerung vor“, so Wißmann weiter. „Mit Blick auf den straffen Zeitplan können wir die Frist grundsätzlich nicht weiter nach hinten verschieben. Jedoch berücksichtigen wir auf jeden Fall auch spätere Stellungnahmen. Es sind noch welche angekündigt“, sicherte Wißmann zu.

Alle Stellungnahmen werden vom Regionsbeauftragten Thomas Bläser in einer Abwägungstabelle erfasst und ausgewertet. Auf dieser Basis erstellt er die Unterlagen zur Vorbereitung der Abwägung im Planungsausschuss. Der eingesetzte Beirat Windenergie begleitet den Prozess zur Überarbeitung des Entwurfs für das Steuerungskonzept. Auf einer Sitzung im September 2024 werden Abwägung und der überarbeitete Entwurf für das Steuerungskonzept dem Planungsausschuss detailliert vorgestellt und behandelt.

Seit Beginn des Jahres haben Wißmann und Bläser das Vorabkonzept in allen Landkreisen, in deren Bürgermeisterdienstbesprechungen und auf Anfrage auch in einzelnen Gemeinden persönlich vorgestellt sowie viele telefonische und schriftliche Fragen dazu beantwortet. „Alles in allem war es ein sehr konstruktiver Austausch mit unseren Mitgliedern“, so Wißmanns Fazit.

Zur Vorabbeteiligung

Die Vorabbeteiligung dient dazu, den Entwurf des Steuerungskonzepts Windenergie weiter zu konkretisieren. Nach dem Beschluss des Planungsausschusses über den Vorabentwurf zum Steuerungskonzept Windenergienutzung am 11. Januar 2024 führte der RPV das informelle Beteiligungsverfahren durch. Der Verband hat alle 194 Verbandsmitglieder der Planungsregion München sowie weitere wichtige regionale Akteure per E-Mail angeschrieben. Bis Ende Mai konnten sich diese zu den im Vorabentwurf vorgeschlagenen 22 Vorranggebieten äußern.

Verteilung auf Planungsregionen noch offen

Bis spätestens Ende 2027 muss der RPV mindestens 1,1 Prozent seiner Regionsfläche als Windenergiegebiet gemäß Windenergiebedarfsflächengesetz)festgelegt haben. Das sind knapp 61 Quadratkilometer. Bis spätestens Ende 2032 muss der Freistaat Bayern in Summe bayernweit 1,8 Prozent seiner Landesfläche ausweisen. Wie das auf die 18 bayerischen Planungsregionen verteilt wird, ist noch offen. ❐

O2 Telefónica:

Startschuss für ersten energieautarken Mobilfunkmast

Der Telekommunikationsanbieter O2 Telefónica hat den ersten Mobilfunkstandort Bayerns in Betrieb genommen, der komplett unabhängig von der allgemeinen Stromversorgung funkt. In Sindlbach (Landkreis Neumarkt i.d. OPF.) versorgen Photovoltaikmodule und Biomethanol-Brennstoffzellen den neu errichteten Sendemast mit nachhaltiger Energie.

O2 Telefónica schließt damit für seine Kunden vor Ort ein Funkloch. Sie können nun mit dem modernen 5G Standard, 4G (LTE) sowie 2G (GSM) surfen und telefonieren. O2 Telefónica arbeitet daran, die letzten weißen Flecken zu schließen, und den Netzausbau zügig und nachhaltig voranzutreiben.

„Mit den energieautarken Standorten ist es uns möglich, selbst ländliche und entlegene Regionen mit schnellem Mobilfunknetz zu versorgen, wo eine herkömmliche Stromversorgung fehlt oder diese die Kosten sprengen würde. Wir setzen dabei auf grünen Strom und eine hohe Energieeffizienz. So schließen wir die letzten weißen Flecken nachhaltig. Das bayerische Sindlbach steht sinnbildlich für die moderne Mobilfunkversorgung des ländlichen Raumes“, sagt Mallik Rao, Chief Technology & Information Officer bei O2 Telefónica.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Der Mobilfunkausbau muss auch auf dem Land und in abgelegen Gebieten weiter vorankommen. Innovative Lösungen wie energieautarke Funkmasten sind deshalb eine sehr gute Ergänzung, gerade in infrastrukturschwachen Gegenden. Die Kombination aus Photovoltaik, Akkus und Brennstoffzelle ist ein Vorbild für viele andere Standorte. Ich freue mich sehr, dass Bayern bei dieser Entwicklung bundesweit ganz vorne mit dabei ist. Als Wirtschaftsministerium sorgen wir in Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern für eine hohe Ausbaudynamik im Freistaat. Allein 2023 sind fast 500 Funkstandorte neu errichtet worden.“ ❐

GZ-Interview mit Dr. Thorsten Blanke, CEO von Belectric:

Voraussetzungen für ein gelungenes PV-Projekt in der Kommune

Belectric ist einer der führenden Dienstleister in Europa für die Entwicklung, den Bau und den Betrieb von Solarkraftwerken und verfügt über mehr als 20 Jahre Expertise. CEO Dr. Thorsten Blanke sprach in der Bayerischen GemeindeZeitung über die Erfahrungen des Unternehmens mit kommunalen Projekten.

GZ: Knapp 56 Prozent der erzeugten und ins Netz eingespeisten Energie in Deutschland stammt aus erneuerbaren Energieträgern. Insgesamt etwa 12 Prozent entfallen auf Photovoltaik. Wie sehen Sie die Entwicklung der Photovoltaik speziell in Bayern?
Dr. Thorsten Blanke: *Bayern ist das Photovoltaik-Bundesland in Deutschland, auch weil der Wind hier nicht so stark weht wie im Norden. Das Potenzial beim Photovoltaikausbau ist daher gerade in Bayern bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Das gilt gleichermaßen für Anlagen auf Dächern, in Verbindung mit landwirtschaftlichen Betrieben (Agri-PV), auf Freiflächen oder aber Batteriespeichersysteme.*

Bei Belectric haben wir uns auf die Entwicklung und Realisierung von Freiflächen-Solarparks und Batteriespeichersystemen spezialisiert, die wir umwelt- und landschaftsfreundlich gestalten, damit sie ein Gewinn für Mensch, Flora und Fauna sein können.

GZ: Gibt es Besonderheiten im Betrieb von PV-Anlagen durch eine Kommune?

Blanke: *Ja. Kommunen haben vielfältige Möglichkeiten, einen Solarpark oder auch ein Batteriespeichersystem als Wertschöpfungsmodell zu nutzen. Die komplette Eigenfinanzierung eines solchen Projekts ist nicht unbedingt nötig. Es gibt andere Investitionsmodelle, die die Wertschöpfung in der Region halten. Beispielsweise kann die Anlage durch Dritte gekauft und dann an die Kommune verpachtet werden. Alternativ sind verschiedene Varianten eines Bürger-Sozialparks denkbar, bei dem die Kommunen wiederum nur Ihre Flächen verpachten und die weitere Verantwortung einer Genossenschaft übergeben. Es existiert also für nahezu jede Kommune eine realistische Variante, von Photovoltaik zu profitieren.*



Dr. Thorsten Blanke. ❐

GZ: Viele Kommunen haben neben Dächern ausreichend Flächen zur Verfügung, die sich für PV-Anlagen eignen könnten. Die Rahmenbedingungen sind also gut – oder nicht?
Blanke: *Sowohl bei Solarparks auf der freien Fläche als auch bei Batteriespeichern in Gewerbegebieten - wir versuchen immer, die im allgemeinen Interesse am besten geeigneten Flächen zu finden. Bei Freiflächenanlagen sind das zum Beispiel Flächen mit niedrigen Bodenpunkten und damit einer schlechten landwirtschaftlichen Ertragsfähigkeit.*

Doch Auflagen führen zu einer starken Eingrenzung der Auswahl. Selbst nach allen Vorgaben passende Standorte können in einigen Fällen nicht genutzt werden, da ein Netzanschluss zu hohe Kosten verursacht. Vielfach hinkt der Netzausbau dem Einspeisungspotenzial durch Solarenergie noch hinterher. Damit wir mit der grünen Energiewende weiter vorankommen, brauchen wir mehr Geschwindigkeit und auch bessere gesetzliche Rahmenbedingungen. Dennoch haben Kommunen viel selbst in der Hand, um die Realisierung solcher Vorhaben zu ermöglichen.

GZ: Welche Vorteile haben Kommunen bzw. kommunale Unternehmen bei der Initiierung von Freiflächen-PV?
Blanke: *Vor allem Flächenkommunen haben aufgrund der zumeist großen Anzahl gemeindeeigener Grundstücke eine höhere Wahrscheinlichkeit, passende Flächen für einen Solarpark zu identifizieren – die zugleich unter die EEG-Förderung fallen. Beim Bau einer Freiflächenanlage auf ihrem Gebiet profitieren Gemeinden von 0,2 Cent pro erzeugte Kilowattstunde. Auch eine direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ist möglich, etwa über Bürgerenergiegenossenschaften. Kommunen kennen ihre eigene Region am besten, besitzen im Idealfall einen Vertrauensvorschuss und können so auch die Menschen vor Ort von einem Projekt überzeugen. Dennoch gibt es in der Zusammenarbeit mit Kommunen immer wieder Hürden.*

GZ: Was meinen Sie damit?
Blanke: *In der Praxis erleben wir immer wieder, dass eng definierte Kriterienkataloge seitens der Kommunen die Realisierung eines PV-Projekts erschweren. Beispiele sind Vorgaben hinsichtlich der Sichtbarkeit bzw. des Landschaftsbilds, die über die Gebote der Landesentwicklungspläne hinausgehen oder große Einschränkungen bei der Errichtung in landwirtschaftlichen Räumen. Für mehr gelungene PV-Projekte in Kommunen wünschen wir uns hier noch mehr Flexibilität, um das große Potenzial der Photovoltaik in der Energieversorgung und regionalen Wertschöpfung auszuschöpfen.* ❐


Nach dem Motto: „Energiewende voranbringen – Chancen nutzen und die Herausforderungen meistern“ traten zehn Bürgermeister aus ganz Bayern und ein Altbürgermeister an, um die Energiewende, eines der wichtigsten Zukunftsprojekte, voranzubringen. Heute, knapp ein Jahr nach dem Abschluss der Unterschriftenaktion, an der sich innerhalb weniger Wochen 432 Bürgermeister beteiligten, erinnerten die Gründer dieser Initiative daran, welche Reaktionen dieser Appell in den Parteizentralen auf Landes- und Bundesebene ausgelöst hat. Auch in den Medien fand der Bürgemeisterappell mit seiner Vielzahl an Unterstützern schnell Gehör.

Unser Bild zeigt (v.l.) Claus Schwarzmann (1. Bürgermeister Eggolsheim), Christian Porsch (1. Bürgermeister Speichersdorf), Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Renate Deniffel (1. Bürgermeisterin Wildpoldsried), Helmut Krämer (Alt-Bürgermeister Heiligenstadt) und Rupert Steigenberger (1. Bürgermeister Berg). Bild: Staatskanzlei München


Der Fuß- und Radweg im Bayreuther Stadtteil Oberkonnersreuth wird beleuchtet. Die Stadt lässt auf dem 190 Meter langen Weg sechs Solarleuchten aufstellen. Die Laternen sind mit Bewegungssensoren ausgestattet, sodass sie sich nachts bei Bedarf einschalten. Die Kosten liegen bei gut 27.000 Euro. Da sich der Weg im Überschwemmungsgebiet befindet, hatte sich der Aufbau einer herkömmlichen Straßenbeleuchtung wegen der sonst üblichen, im Sockel der Leuchte untergebrachten Stromversorgung als schwierig erwiesen. „Mit der Beleuchtung wollen wir ökologisch sinnvoll für Sicherheit sorgen!“, betont Oberbürgermeister Thomas Ebersberger (re.), der mit dem Leiter des städtischen Tiefbauamts, Gisbert Röhle, die neuen Leuchten besichtete. Bild: Stadt Bayreuth

Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Ungenutzte Potenziale der Abwasserwärme erschließen

Die Energiegewinnung aus Abwasserwärme ist nach Auffassung der Unionsfraktion eine Technologie, die bei der klimaneutralen Wärmeerzeugung bisher zu wenig Aufmerksamkeit erfährt. In ihrem Antrag mit dem Titel „Ungenutzte Potenziale der Wärme aus Abwasser erschließen“ fordern die Abgeordneten von CDU und CSU die Bundesregierung auf, Abwasserwärme als wesentliche Option für eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu fördern und eine Strategie zur stärkeren Nutzung in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen sowie der Energie- und Wasserwirtschaft zu entwickeln.

Bis zu 15 Prozent des Wärmebedarfs im Gebäudesektor könnten mit Abwasserwärme abgedeckt werden, heißt es in dem Antrag. Die aus unmittelbarer Umgebung gewonnene Energie sei sauber, direkt vor Ort nutzbar und CO2-neutral. Für eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Wärmeversorgung gelte es, diese noch versteckte Ressource nutzbar zu machen. Die Unionsfraktion schlägt vor, ein Ausbauziel von zehn TWh Abwasserwärme bis 2030 anzustreben. Es brauche ein Ausbauziel, analog zur Geothermie, um Abwasserwärme Sichtbarkeit und Legitimation zu verleihen.

Infrastruktur bietet großes Potenzial

Die bereits vorhandene Abwasserinfrastruktur biete ein großes Potenzial für die Energiegewinnung aus Abwasser. Insbesondere in urbanen Räumen könne sich dieses Potenzial entfalten – vor allem dort, wo es bisher noch an innovativen und klimaneutralen Lösungen fehle. Abwasserwärme sei vergleichsweise einfach erschließbar. Je nach Größe der Kläranlagen könne sie auch für kleinere Kommunen eine Option sein, wenn das Kanalnetz zwar zu klein ist, aber es ausreichend Abwassermengen gibt.

Zukünftig müsse auch die Abwasserwärme als Energiequelle mit Geothermie, Solarthermie, Biomasse und Wasserstoff im Wettbewerb stehen oder gleichzeitig genutzt werden, um die Wärmenetze klimaneutral zu speisen, heißt es. Wertvolle Energie im Abwasser gehe vielerorts in der Kanalisation verloren. Dies sei verschwendetes Potenzial. „Es scheitert nicht an der technischen Machbarkeit, sondern am politischen Willen der Ampel.“

Stellungnahmen zum Antrag

Anlässlich einer Anhörung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie im Bundestag waren Expertinnen und Experten geladen, um Stellung zu einem Antrag der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag zu nehmen. Laut Dr. Kai Lobo, stellvertretender VKU-Hauptgeschäftsführer, „kann Abwasserwärme vor allem in dicht besiedelten Gebieten ein wichtiger Baustein für die Wärmewende sein. Deswegen sollte das Potenzial der Abwasserwärme auch beim nächsten Fernwärmegipfel auf der Agenda stehen.“

Für den Ausbau der Fernwärme im Allgemeinen und die Nutzung der Abwasserwärme im Speziellen würden generell einheitliche Regelungen, klare Zuständigkeiten und vor allem Investitions- und Planungssicherheit benötigt. Für den Fernwärmeausbau gehöre dazu auch eine Aufstockung der BEW auf 3 Milliarden Euro pro Jahr und eine KWKG-Verlängerung.

„Bei der Umsetzung in den Kommunen brauchen wir mehr und geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Genehmigungs- und Fachbehörden und die Beteiligung kommunaler Unternehmen an Entscheidungsprozessen“, führte Lobo abschließend aus.

Wie Tim Bagner vom Deutschen Städtetag bemerkte, sei Abwasserwärme vor allem in Kommunen ein wichtiges Thema. Obwohl das Potenzial nach seiner Beobachtung wohl eher bei fünf als bei 15 Prozent liege, könne Abwasserwärme ein relevanter Faktor sein. Allerdings brauche es für die Umsetzung aufgrund zu hoher Anfangsinvestitionen eine verstärkte Förderung für die Kommunen.

Licht und Schatten

Aus Sicht von Benjamin Köhler vom Öko-Institut ist die Technik vorhanden, etabliert und in anderen europäischen Ländern auch schon weiterverbreitet. Hemmnisse hierzulande seien die unzureichende Zugänglichkeit von Informationen wie beispielsweise zu digitalen Karten zur Lage und anderen Parametern des Kanalnetzes, sowie Wissenslücken und Bedenken bei kommunalen Akteuren und Projektentwicklern hinsichtlich der Potenziale und nicht standardisierte Genehmigungsprozesse.

Warnung vor Risiken und unerwünschten Nebenwirkungen

Frank Hennig, Diplomingenieur für Kraftwerksanlagen und Energieumwandlung warnte vor Risiken und unerwünschten Nebenwirkungen. So sollte etwa die Auswirkung abgekühlten Abwassers auf den Klärprozess untersucht werden. Sollte die Wirkung der Mikroorganismen (Bakterien) durch niedrigere Abwassertemperaturen negativ beeinflusst werden, könne möglicherweise der gesamte Klärprozess gefährdet werden und es drohe eine Überschreitung der Reinwasser-Grenzwerte. **DK**



Handlungsoptionen und Positionen:

DStGB zur Zukunft der Gasnetze

Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden. Im Zentrum aller Bemühungen steht dabei, eine treibhausgasneutrale und ausreichende Energieversorgung so schnell wie möglich sicherzustellen und die Bezahlbarkeit der Energie für alle Verbraucher zu gewährleisten. Die Kommunen unterstützen dieses Ziel ausdrücklich und haben eine Schlüsselfunktion für die Umsetzung der Energiewende vor Ort.

Die Dekarbonisierung der Energieversorgung hat neben einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze auch den Umstieg von Erdgas auf alternative, grüne Gase zur Folge. Laut Deutschem Städte- und Gemeindebund liegen hierzulande derzeit ca. 600.000 Kilometer an Erdgasleitungsrohren; die Hälfte davon wird von kommunalen Unternehmen bewirtschaftet. 14 Mio. Haushalte, 1,8 Mio. mittelständische Unternehmen und 300.000 Unternehmen der Großindustrie werden derzeit noch mit Erdgas versorgt.

Für den Hochlauf einer Wasserstoffinfrastruktur werden diese Netze gebraucht, allerdings nicht in dem Umfang, in dem sie heute für Erdgas verwendet werden. Bei abnehmender Zahl der Gasverbraucher und/oder der Abnahmemenge von Erdgas sind die Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung des Gasverteilernetzes von zunehmend immer weniger Kunden zu tragen. Ohne Gegensteuerung ergäben sich sehr stark steigende Netzentgelte für den Gasnetzbetrieb.“ Ziel muss aber sein, eine bezahlbare, wirtschaftlich tragfähige und sichere Energieversorgung auch in der Übergangsphase zur Klimaneutralität zu sichern, und eine Umwidmung auf Wasserstoff dort zu ermöglichen, wo Wasserstoff perspektivisch ökonomisch sinnvoll Anwendung findet“, so der DStGB.

Gaskonzessionen

Aus Verbandssicht ist damit zu rechnen, dass es in einzelnen Netzgebieten wegen der sinkenden Erdgaskundenzahl und damit verbundenen Refinanzierungsrisiken keine Bewerber auf neu zu vergebende Gaskonzessionen geben wird. In diesem Fall gebe es kein Unternehmen, das zu einem Weiterbetrieb eines örtlichen Versorgungsnetzes bereit wäre und es stelle sich die Frage nach der Aufrechterhaltung der Gasversorgung in der betroffenen Kommune zumindest für die Übergangszeit, bis für alle bisherigen Netzkunden sinnvolle Versorgungsalternativen bestehen.

In Fällen, in denen sich aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit kein Versorgungsunternehmen mehr findet, eine wesentliche Infrastruktur weiter zu betreiben, kommt laut Bundeswirtschaftsministerium in Betracht, den bisherigen Konzessionsnehmer zu einem befristeten weiteren Betrieb des Netzes zu verpflichten. Dies könnte erfolgen, nachdem z. B. durch eine Landes- oder Kommunalbehörde festgestellt wurde, dass es zur Gewährleistung der örtlichen Versorgung eines ggf. übergangsweisen Weiterbetriebes des konkreten Gasverteilernetzes bedarf. Im Zuge einer solchen Weiterbetriebspflicht wäre der Netzbetreiber, für den der Weiterbetrieb ökonomisch nicht mehr tragbar ist, vom Gesetzgeber entsprechend zu entschädigen. Hier sei der Bundesgesetzgeber gefragt, entsprechende Regelungen zu treffen, die einen geordneten Rückzug aus der Erdgasversorgung ermöglichen, um die Rechtslage zu klären.

Was die Rolle der Städte und Gemeinden anbelangt, so vergeben diese Wegerechte und sind nicht zum Betrieb von Gasnetzen verpflichtet. „Eine Übernahme dieser Aufgabe durch die Kommunen lehnen wir deshalb ab“, unterstreicht der DStGB.



Seit Juli ist Stefan Thums (r.) der neue Leiter des Bayerischen Landesamtes für Maß und Gewicht (LMG) in Bad Reichenhall. Aufgrund seiner bisherigen Funktion in der Abteilung Energiepolitik des Bayerischen Wirtschaftsministeriums ist er bestens vertraut mit den Aufgaben, die das LMG bei der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung in den bayerischen Gemeinden übernehmen wird. Unser Bild zeigt Thums mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, der ihm kürzlich die Bestellungsurkunde überreichte.

Bild: StMWi/Bastian Brummer

Stillgelegte Infrastruktur im Fokus

Im Weiteren sei zu klären, wie mit stillgelegter Infrastruktur umzugehen ist. Der Rückbau der Gasnetzinfrastruktur werde sich auch in den Netzkosten und Netzentgelten widerspiegeln. „Hier ist zu betonen, dass der Rückbau keine kommunale, sondern wie die klimaneutrale Transformation insgesamt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.“

Die Frage des Rückbaus eines nicht mehr benötigten Gasnetzes könne nur im Einzelfall auf der Grundlage der jeweiligen Situation vor Ort entschieden werden. Um den Umgang mit nicht mehr benötigter Gasnetzinfrastruktur für die örtlichen Entscheidungsträger zu strukturieren, sollte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz typisierte Szenario-Maßnahmen für Stilllegung und Rückbau in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden entwickeln. Sinnvoll erschienen dabei ausgewogene, vertragliche Regelungen zwischen kommunaler Seite und der Energiewirtschaft. Dabei müsse sichergestellt sein, dass die Gemeinde im Bedarfsfall die Beseitigung der stillgelegten Leitung auf Kosten des Konzessionsnehmers verlangen kann.

Eine „Überschreibung“ konzessionsvertraglicher Regelungen durch den Bundesgesetzgeber ist aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes abzulehnen. „Dies würde dem Grundsatz der Privatautonomie widersprechen, vor allem aber örtlich angepassten Regelungen im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung.“

Umwidmung der Gasnetze

Eine Umwidmung der Gasnetze werde also auch mit einem Rückbau bzw. einer Stilllegung einhergehen, wobei dieser Transformationsprozess noch nicht geregelt ist. Auch die Weiternutzung bestehender Gasnetze mit klimaneutralen Gasen wie Biomethan und Wasserstoff sowie der Bau neuer Wasserstoffleitungen müssten regulatorisch begleitet werden. Hier sei eine Unsicherheit in der derzeit noch ungewissen Verfügbarkeit von Wasserstoff begründet. Biomethan könnte vor allem in ländlichen Räumen eine Alternative für einen längerfristigen Weiterbetrieb von Gasnetzen und die Sicherstellung der Wärmeversorgung sein.

Der DStGB weist darauf hin, „dass die Planung von Wasserstoffinfrastruktur nicht isoliert von der Wärmeplanung erfolgen darf“. In der Begründung zum Wärmeplanungsgesetz finde sich eine Schätzung der Anzahl an Kommunen, die in 2030 Wasserstoffgebiete ausweisen werden. Für diese Schätzung wurde die Anzahl an Kommunen mit Gasverteilnetz zugrunde gelegt und angenommen, dass maximal 50 Prozent der Gebiete mit weniger als 10.000 Einwohnern auf Wasserstoff umsteigen werden. Das würde bedeuten, dass 2.908 Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern und insgesamt 3.690 Kommunen Wasserstoffgebiete ausweisen werden. Dies verdeutliche das Ausmaß und das Potenzial des Wasserstofftransports auf der Verteilnetzebene.

Transformationsplanung

Dabei spielten Städte und Gemeinden – auch zusammen mit den Stadtwerken bzw. kommunal geprägten Unternehmen – eine wesentliche Rolle, denn im Zuge der Energiewende müssten auf der Grundlage erneuerbarer Energien verbrauchsnahe Lösungen im Sinne der Bürger und der Wirtschaft entwickelt werden, die zudem einen Einfluss auf die Wertschöpfung in Kommunen und Regionen haben. Deshalb sei es essenziell, dass die Kommunen und die kommunalen bzw. kommunal geprägten Unternehmen von Beginn an in die Transformationsplanung miteinbezogen werden, dies müsse auch die kommunale Wärmeplanung berücksichtigen.

Der DStGB hat sich im Gesetzgebungsverfahren zum Wärmeplanungsgesetz für einen technologieoffenen Ansatz in der kommunalen Wärmeplanung eingesetzt, um Gemeinden im Einzelfall die Entscheidung offen zu halten, ob und wie sie Wasserstoff in ihre Wärmeplanung einbeziehen. Daher sei es wichtig, dass Entscheidungen über einen Rückbau von Gasnetzen nicht voreilig getroffen werden.

Die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung wird nach Einschätzung des Verbandes von vielen Akteuren und vielen Faktoren abhängen, so nicht zuletzt von der Finanzierbarkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Machbarkeit. Für Gebäudeeigentümer ergebe sich nach dem Wärmeplanungsgesetz in Verbindung mit dem Gebäudeenergiegesetz: „Für den Fall, dass die Gemeinde ein Wasserstoffnetzgebiet ausgewiesen hat, kann bis zum Anschluss an ein Wasserstoffnetz eine Heizungsanlage, die Erdgas verbrennen kann und auf die Verbrennung von 100 Prozent Wasserstoff umrüstbar ist, zum Zweck der Inbetriebnahme eingebaut oder aufgestellt werden.“

Für Städte, Gemeinden und die Versorger bestehe weiterhin Unklarheit über die zukünftige Verfügbarkeit und den Preis von Wasserstoff. Klar aber ist laut DStGB: „Die Kommunen müssen zu einer sachkundigen und zukunftsfähigen Wärmeplanung befähigt werden.“ **DK**



Eine Lichtgestalt tritt ab

Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des vbew, verabschiedet sich in den Ruhestand. „Frei, wie ein Anarchist“, nannte ihn Staatssekretär Tobias Gotthardt und ließ auch Fischers unbequeme Sachlichkeit nicht unerwähnt: „Wer selber so konsequent ist, darf den anderen ins Gewissen reden.“
Klaus Steiner, vbew-Verbandsvorsitzender, sagte aus eigener Erfahrung, dass Fischer sich nicht scheute, Klartext zu reden. An die beiden Nachfolger Marian Rappl und Florian Mattner appellierte Steiner: „Ohne Kritik entwickelt man sich nicht weiter.“
Die Bayerische GemeindeZeitung, auf dem Bild vertreten durch Constanze von Hassel (l.) und Theresa von Hassel, sagt DANKE für viele Jahre konstruktiven Austausch, und den einen oder anderen Denkanstoß. Alles Gute, lieber Herr Fischer! ❐



Sonder-Verkehrsministerkonferenz in Düsseldorf:

Deutschlandticket und kein Ende

Die Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister der Länder sind sich einig, dass das Deutschlandticket im kommenden Jahr teurer wird. Wie viel das Abo für den Öffentlichen Personennahverkehr dann kosten soll, sei derzeit nicht absehbar, erklärte NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer nach einer Sonderkonferenz in Düsseldorf. Weitere Planungen dazu soll es auf der kommenden Verkehrsministerkonferenz im Herbst geben, wenn insbesondere auch die politischen Entscheidungen des Bundes, die jetzt noch anstünden, zugrunde liegen. Bislang sind für das Ticket monatlich 49 Euro zu berappen.

„Wir als Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister der Länder wollen die Attraktivität des Tickets erhalten. Wir werden alles dafür tun, dass diese Erhöhung so moderat wie möglich ausfällt", unterstrich Krischer, verwies jedoch auf die allgemeine Preisentwicklung, die Inflation und die Kostenentwicklung im öffentlichen Verkehr.

Besonders was die Finanzierung seitens des Bundes angeht, herrsche bei den Ländern und der Verkehrsbranche weiter Unsicherheit. Immerhin habe der Bund nun endlich einen Kabinettsbeschluss zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes auf den Weg gebracht. Laut dpa enthält der Entwurf für eine Formulierungshilfe für einen entsprechenden Beschluss unter anderem die Möglichkeit für die Verkehrsunternehmen, nicht genutzte Mittel aus dem Jahr 2023 auch für 2024 und neuerdings 2025 nutzen zu können. Der nun angekündigte Kabinettsbeschluss müsse noch im Juli dieses Jahres im Kabinett verabschiedet werden, allerdings nicht, ohne vorher noch wesentliche Änderungen vorgenommen zu haben, fordern die Länder.

Auszahlung der Regionalisierungsmittel

Bisher sieht der Entwurf vor, dass Regionalisierungsmittel in Höhe von 350 Millionen Euro, die zur Finanzierung des Deutschlandtickets im Jahr 2025 fließen sollen, vorerst zurückgehalten werden. Erst wenn ein Bundesland einen Nachweis über die Verwendung der Mittel vorlegt, soll das Geld ausgezahlt werden. Das könne demnach frühestens ab dem 1. September 2026 geschehen.

Auch sollen nach dem Willen des Bundes weitere Preissenkungen im Rahmen des Deutschlandtickets, zum Beispiel für Schülertickets, künftig nicht mehr aus den Regionalisierungsmitteln bezahlt werden. Die Länder müssten solche Angebote demzufolge allein schultern. „Dies greift in die Länderhoheit ein und verringert zudem den Absatz und erhöht so das Defizit des Deutschlandtickets zulasten von Bund und Ländern", stellen die Minister klar.

Ankündigungen müssen Taten folgen

Wie Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter, zugleich Sprecher der B-Länder der Konferenz, deutlich machte, „reden wir seit acht Monaten an den Bund hin, die zugesagte Übertragung der Restmittel sicherzustellen. Jetzt soll es eine Sondersitzung des Bundeskabinetts im Juli richten. Das ist keine solide Regierungsarbeit und verunsichert die Fahrgäste und Verkehrsbetriebe im ganzen Land." Dem Bund könne man erst glauben, wenn die Finanzierung nicht nur angekündigt ist, sondern er seinen bereits im letzten Jahr eingegangenen Verpflichtungen für 2023 und 2024 endlich Taten folgen lässt. Dann endlich sei gesichert, dass der Preis für das Jahr 2024 stabil bleibt.

„Allerdings befürchten wir schon die nächste Trickserei", betonte Bernreiter. „Der Bund probiert durch den uns vorliegenden Gesetzentwurf ein Kofinanzierungsgeschäft spezieller Art: Es sieht so aus, als wolle er sich von den Ländern einen Kredit holen. Wir brauchen aber keine weiteren Haushaltsspielchen des Bundes, wir brauchen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung. Die Mittel werden 2024 auf alle Fälle verbraucht sein, so dass ehrlicherweise in 2025 mit einem Preisanstieg gerechnet werden muss. Hierüber muss im Herbst 2024 entschieden werden. Damit das Deutschlandticket von den Fahrgästen künftig noch besser angenommen wird, brauchen wir außerdem einen fortlaufenden Infrastrukturausbau. Dazu muss der Bund die zugesagten Regionalisierungsmittel liefern und auch endlich erhöhen."

Ebenso wie die führenden Verkehrspolitiker der Länder kritisiert auch der Branchenverband VDV den vorliegenden Gesetzentwurf. „Die Bundesregierung hat sich acht Monate Zeit genommen, um nun einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die zentralen Fragen der endgültigen Finanzierung des Deutschland-Tickets erst bis Ende 2026 klären soll. Zudem will sich der Bund offenbar schrittweise aus der hälftigen Mitfinanzierung des Tickets zurückziehen und den Ländern mehr Finanzverantwortung übertragen. Dabei war es diese Bundesregierung, die das Deutschland-Ticket gemeinsam mit den Ländern bei uns bestellt hat. Wer bestellt, der muss auch bezahlen! Und zwar so lange, wie es das Angebot gibt", hob VDV-Präsident Ingo Wortmann hervor.

Ausgangspunkt der Branchenkritik ist das im Gesetzesentwurf vorgeschlagene Verfahren zur Auszahlung von Regionalisierungsmitteln für das Jahr 2025 in Höhe von 350 Millionen Euro. „Wir sollen also trotz der extrem angespannten finanziellen Lage in der Branche noch fast zwei Jahre warten, bis die Regionalisierungsmittel vollständig ausgezahlt werden, die der Bund längst zugesagt hat. Das ist ein Unding und weder unternehmerisch noch wirtschaftlich vertretbar. Schon aktuell reichen, auch wegen des Deutschland-Tickets, die zur Verfügung stehenden Mittel kaum aus, um das Bestandsangebot zu finanzieren. Es ist vollkommen unverständlich, dass man in so einer Situation dem ÖPNV-System weitere 350 Millionen Euro vorenthält", so Wortmann. Zudem betrachtet die Branche es äußerst skeptisch, dass im Gesetzesentwurf nun nicht mehr davon die Rede sei, dass sich Bund und Länder die Finanzierung des Tickets zur Hälfte teilen, sondern sich die Länder mindestens in gleicher Höhe an der Finanzierung des D-Tickets beteiligen sollen.

„Damit verschiebt der Bund die Finanzierungsverantwortung in Richtung der Länder und kündigt de facto die ursprüngliche Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, die eine 50:50-Aufteilung des notwendigen Ausgleichs der Einnahmeverluste bei den Verkehrsunternehmen vorsieht. Man bekommt den Eindruck, dass die Bundesregierung nicht mehr voll und ganz hinter dem Deutschland-Ticket steht oder die Finanzierungsdimensionen unterschätzt hat. Mit solchen Vorschlägen wie im aktuellen Gesetzesentwurf sorgt man jedenfalls nicht für Sicherheit und Planbarkeit bei Kunden und Verkehrsunternehmen", stellte der VDV-Chef abschließend fest. **DK**

VDV-Jahrestagung in Düsseldorf:

Der Mensch im Mittelpunkt

Welchen Stellenwert das Thema Personal hat, wenn es um die Frage der Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Personen- und Schienengüterverkehrs geht, machte die diesjährige VDV-Jahrestagung in Düsseldorf mit über 850 Teilnehmern deutlich. Die dreitägige Veranstaltung stand unter dem Leitmotiv „Menschen im Fokus – Fachkräfte, Fahrgäste, Vielfalt".

In den Fachforen wurden die aktuellen Herausforderungen und Veränderungen in der Branche diskutiert: Im Fachforum Technik standen die Herausforderungen der Transformation zur Nachhaltigkeit durch neue Technologien im Vordergrund. Im Fachforum Eisenbahnverkehr ging es um die Zwischenbilanz des Projekts InfraGo, die Finanzierung der Schieneninfrastruktur sowie den Stand und die Perspektiven der Sanierung und des Ausbaus des Netzes.

Fachforen

Über Klimaschutz und Daseinsvorsorge durch Leistung und Qualität im öffentlichen Verkehr sowie die entscheidende Rolle einer auskömmlichen Finanzierung wurde im Fachforum ÖPNV erörtert. Im Forum „ÖPNV intensiv" drehte sich alles um die Zukunft des Deutschland-Tickets und die Notwendigkeit von Planungssicherheit für die Verkehrsunternehmen. Bei den Spartentreffen standen der Ausbau und die Modernisierung städtischer Schienenbahnen ebenso auf der Agenda wie das autonome Fahren im Öffentlichen Verkehr.

Bezugnehmend auf das Leitmotiv der Jahrestagung stellte VDV-Präsident Ingo Wortmann die Ergebnisse aus der VDV-Branchenumfrage Personal vor: „Wir sehen ein gesteigertes Interesse der Bewerberinnen und Bewerber, für Bus und Bahn zu arbeiten und insgesamt mehr Bewerbungen. Gleichzeitig geben 74 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie 2023 mehr Kolleginnen und Kollegen eingestellt haben als noch im Vorjahr, bei dem wir bereits sehr hohe Werte hatten. Wir können sagen: Die deutschlandweiten Einstellungsoffensiven laufen auf Hochtouren – und das müssen sie auch, denn es ist noch ein weiter Weg, die demografisch verursachten Effekte wettzumachen und uns personell aufzustellen für Angebotsausbau und Mobilitätswende", betonte Wortmann.

VDV-Branchenumfrage

75 Prozent der befragten Mitgliedsunternehmen des öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs gaben an, dass der Personalbedarf zugenommen habe – 23 Prozent davon geben sogar „stark zugenommen" an. Drei Viertel haben insgesamt mehr eingestellt als noch im letzten Jahr. Mehr als ein Viertel der Unternehmen hat über 15 Prozent Personal neu eingestellt. Am dringlichsten wird laut VDV-Branchenumfrage „Personal im Fahrdienst" gesucht, gefolgt von „gewerblich-technischem Personal".

Personalsuche in allen Bereichen

Wortmann: „Aber man kann hinschauen, wo man will, wir suchen in allen Bereichen!" Tatsächlich ist der Bedarf an Ingenieurinnen und Ingenieuren, IT-Spezialisten, beim kaufmännischen Personal sowie bei „Auszubildenden auf einem vergleichbar hohen Niveau.

Die Unternehmen prognostizieren in der VDV-Branchenumfrage Personal, dass sie die Zahl ihrer Mitarbeiter bis 2030 um rund 21 Prozent erhöhen müssen, um den politisch geforderten Wachstumszielen der Verkehrswende genügen zu können – ein Aufwuchs, der zusätzlich zu den Folgen des demografischen Wandels kommt: Die Branche geht davon aus, dass bis 2030 jährlich ca. 4.000 bis 6.000 Fachkräfte in den Ruhestand wechseln werden, schon jetzt gehen Branchenfachleute davon aus, dass bereits rund 20.000 Busfahrerinnen und -fahrer im ÖPNV bei den öffentlichen und privaten Busunternehmen in Deutschland fehlen.

Viel Potenzial bei Rekrutierung im Ausland

Rund 100.000 Busfahrerinnen und -fahrer befinden sich hierzulande aktuell in gewerblichen Beschäftigungsverhältnissen im ÖPNV. Dabei gaben fast die Hälfte der Unternehmen an, aus personellen Gründen den Betrieb zumindest zeitweilig eingeschränkt zu haben. „Der Altersdurchschnitt ist im Fahrdienst laut Branchenumfrage mit über 50 Jahren nochmal deutlich höher als im technischen Bereich oder in der Verwaltung mit je rund 45 Jahren", stellte der VDV-Präsident fest. Nur 13 Prozent der Unternehmen rekrutieren bereits aktiv im Ausland – der am häufigsten angegebene Grund, dies noch nicht zu tun: Die Personalabteilungen schätzen ein, ihren Bedarf am heimischen Arbeitsmarkt decken zu können. Wortmann zufolge „müssen wir uns die Arbeitsmarktdaten kritisch anschauen, ob das künftig reicht. Auch bei der Rekrutierung im Ausland gibt es noch viel Potenzial, das wir als Branche gemeinsam heben können." **DK**

Neue Direktzüge zwischen Nürnberg und Münchner Flughafen

Der Aufsichtsrat der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) hat der Verlängerung des Flughafenexpresses nach Nürnberg zugestimmt. Damit ist der Weg frei für zweistündliche Direktzüge zwischen dem Nürnberger Hauptbahnhof und dem Münchner Flughafen, die von den Bahnunternehmen Agilis und DB Regio betrieben werden. Dass zwei Eisenbahnunternehmen eine Linie gemeinsam betreiben, ist ein Novum im bayerischen Regionalverkehr.

„Für die bessere Schienenanbindung des Münchner Flughafens ist das ein Volltreffer", sagt Christian Bernreiter, Bayerns Verkehrsminister und Aufsichtsratsvorsitzender der BEG. „Aber nicht nur der Flughafen München profitiert, sondern auch der Großraum Nürnberg und die westliche Oberpfalz, denn der Flughafenexpress hält auch in Neumarkt, Parsberg und Beratzhausen. Außerdem erhalten Freising, Moosburg, Landshut und das westliche Niederbayern wieder eine Direktverbindung nach Nürnberg. Angesichts der finanziellen Engpässe durch die fehlende Mittelerhöhung des Bundes ist diese Entscheidung ein ziemlicher Kraftakt und alles andere als selbstverständlich."

Im Rahmen dieser Verbesserung wird der RE 50 Nürnberg – Regensburg, der ab Dezember 2024 von Agilis im Stundentakt betrieben wird, zweistündlich mit dem Flughafenexpress RE 22 München Flughafen – Regensburg von DB Regio verknüpft. In den Stunden dazwischen fährt der Flughafenexpress wie heute zwischen Regensburg und Münchner Flughafen sowie der neue RE 50 zwischen Nürnberg und Plattling. Die Fahrtzeit zwischen Nürnberg und dem bayerischen Luftfahrtdrehkreuz beträgt 2,5 Stunden.

Während der Flughafenexpress heute meist nur mit einem Zugteil unterwegs ist, werden künftig viele Züge auf der durchgehenden Linie Nürnberg – Flughafen München mit zwei Zugteilen verkehren. Dadurch steigt die Kapazität von heute maximal 219 Sitzplätzen auf der Linie Regensburg – Flughafen München auf bis zu 528. ❐



Kultureinrichtungen gründen „Notfallverbund Bayern“

Der Klimawandel begünstigt Naturkatastrophen und Extremwetterlagen, deren Folgen immer häufiger auch Kultureinrichtungen unmittelbar betreffen. Das Hochwasser 2024 beweist erneut, dass eine Bewältigung derartiger Schadensereignisse allein auf lokaler Ebene meist nicht mehr möglich ist. Immer bedeutsamer wird daher eine überregional vernetzte Infrastruktur für den Kulturgutschutz mit entsprechender personeller und technischer Ausstattung.

Um in Bayern auf Großschadensereignisse besser vorbereitet zu sein, schließen sich führende Kultureinrichtungen zum Notfallverbund Bayern zusammen. Erstunterzeichner der Vereinbarung sind die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, die Bayerische Staatsbibliothek, die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, das Bayerische Nationalmuseum, Archiv und Bibliothek des Erzbistums München und Freising, das Archiv des Erzbistums Bamberg, die Archäologische Staatssammlung und das Bundesarchiv für seine Einrichtung Lastenausgleichsarchiv Bayreuth. Unterstützt wird der Notfallverbund vom Landesfeuerwehrverband Bayern e.V., den bayerischen Feuerwehren sowie dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration und dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Überregionale Ebene

Der Notfallverbund Bayern ergänzt die bestehenden regionalen Notfallverbünde um eine überregionale Ebene. Bisher gibt es in Bayern aktive Notfallverbünde bereits an den Standorten aller Staatsarchive, also in Amberg-Sulzbach-Rosenberg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Landshut, München, Nürnberg und Würzburg. Weitere lokale Verbünde sind in Gründung. Kunstminister Markus Blume betont anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung: „Prävention, Schutz und Vernetzung gelingt am besten gemeinsam: Mit der Einrichtung des Notfallverbundes Bayern schließen sich Kultureinrichtungen aus dem ganzen Freistaat zum schnellen und umfangreichen Schutz unserer Kulturschätze zusammen. Herzstück des Verbundes ist zunächst die Bereitstellung und Koordination eines speziellen Notfallcontainers für den Kulturgutschutz. Im Notfall beraten und begleiten fachkundige Expertinnen und Experten des Verbundes die Feuerwehr beim Einsatz des Containers. So wird Hand in Hand mit den Einsatzkräften ein schneller, sicherer und passgenauer Schutz unserer Kulturschätze garantiert.“

Die ersten 48 Stunden entscheiden

Die im Notfallverbund Bayern zusammengeschlossenen Institutionen bündeln im Falle eines Großschadensereignisses ihre personellen, fachlichen und technischen Ressourcen, um unersetzliches Kulturgut vor Verlust und Zerstörung zu bewahren. Über den Erfolg einer Erstversorgung entscheiden die ersten 48 Stunden, nach dieser Zeit setzt erfahrungsgemäß bei nassen Objekten Schimmelbildung ein. Auch danach ist eine Bergung noch möglich, aber je zügiger richtig gehandelt wird, desto besser.

Ziele des Notfallverbundes Bayern sind die Beschaffung und die Bereitstellung erforderlicher Großgeräte sowie ein regelmäßiger Übungsbetrieb. Im Schadensfall helfen Mitglieder des Verbundes bei der Bergung und Erstversorgung, die anschließende Weiterbearbeitung ist nicht Aufgabe des Notfallverbundes. Für den Notfallverbund Bayern sollten möglichst große Einrichtungen gewonnen werden, die selbst eigene Werkstätten betreiben bzw. regelmäßig eigene Großprojekte im Bereich der Bestandserhaltung betreuen. Die Einrichtungen verfügen so über die nötige Fachkompetenz, um im Einsatzfall auch weitere Einsatzkräfte im fachgerechten Umgang mit zu bergendem oder bereits havariertem Kulturgut anzuleiten. Ebenfalls zentral war eine breite Kompetenzverteilung. Neben Archiven und Bibliotheken sind große Museen und mit der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen ein wichtiger kompetenter Repräsentant kleinerer Museen vertreten. Ob Urkunde, Buch, Gemälde oder Skulptur, für jede Art von Kulturgut sind Spezialisten mit an Bord.

Über die „Aufbauhilfe 2021“ unterstützt der Bund die 2021 von Hochwasser und Starkregen betroffenen Regionen beim Wiederaufbau und die dort beheimateten Kultureinrichtungen bei der Bewältigung entstandener Schäden. Aus den dafür bereitgestellten Mitteln werden insgesamt zehn Notfallcontainer mit Ausrüstung und Materialien für den Kulturgutschutz beschafft und für den bundesweiten Einsatz bereitgehalten. Übergeordnetes Ziel der insgesamt zehn über das Bundesgebiet zu verteilenden Container ist die Schaffung einer vernetzten Notfallinfrastruktur Kulturgutschutz, die auch zusammengezogen werden kann.

Für Bayern läuft derzeit die Fertigung eines Spezialcontainers nach dem Vorbild des bereits im Einsatz bewährten Abrollbehälters des Notfallverbundes Köln. Ab voraussichtlich Mitte 2025 steht dieser Abrollcontainer Kulturgutschutz an einem logistisch gut erreichbaren Standort im Raum München für den überregionalen Abruf über den Notfallverbund Bayern bereit. Die Alarmierung erfolgt über die Leitstellen der Feuerwehr, die finale Entscheidung, ob ein Anlass für eine Anforderung des Containers vorliegt, trifft der Notfallverbund Bayern. Über den Notfallverbund wird auch die Mannschaft des Containers – abgestimmt auf das jeweils betroffene Kulturgut – alarmiert.

Weitere Informationen

Notfallverbünde in Deutschland: https://notfallverbund.de/

Die Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes (KEK) berücksichtigt die Notfallvorsorge in ihren Förderlinien und unterstützt etwa den Ankauf von Notfallboxen und anderen Ausrüstungsgegenständen oder die Ausarbeitung von Notfallplänen. Eine Übersicht bisher geförderter Projekte im Bereich Notfallvorsorge ist über die Homepage der KEK abrufbar: https://www.kek-spk.de/projektliste?term=notfall.

Ebenfalls auf der Homepage der KEK bereitgestellt wird eine interaktive Übersichtskarte aller Notfallverbünde in Deutschland: https://www.kek-spk.de/notfallverbundkarte/.

Der SicherheitsLeitfaden Kulturgut (SiLK) bietet Archiven, Bibliotheken und Museen mit einem kostenfreien Online-Tool die Möglichkeit, in einer Selbstevaluation das Sicherheitsniveau der eigenen Einrichtung zu erheben und Schwachstellen aufzudecken: https://www.silk-tool.de/de/. ❐



Unterzeichnung der Vereinbarung „Notfallverbund Bayern“ in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. V.l.: Dr. Dirk Blübaum und Simone Schön (beide: Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern); Archivdirektor Karsten Kühnel M.A. (Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv); Prof. Dr. Johannes Merz (Archiv und Bibliothek des Erzbistums München und Freising); Eva Ortner M.A. (Doerner-Institut/Bayerische Staatsgemäldesammlungen); Dr. Laura Scherr und Dr. Bernhard Grau (beide: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns); Dr. Rolf-Dieter Jungk (Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst); Prof. Dr. Bernhard Maaz (Bayerische Staatsgemäldesammlungen); Dr. Frank Matthias Kammel (Bayerisches Nationalmuseum); Prof. Dr. Rupert Gebhard (Archäologische Staatssammlung); Dr. Klaus Ceynowa (Bayerische Staatsbibliothek); Kreisbrandrat Johann Eitzenberger (Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V.); Dipl.-Chem. Dipl.-Ing. (FH) Jürgen Schwarz (Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration). Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv.



V.l.: Harald Hegen (Abteilungsleiter öffentliche Sicherheit und Ordnung), Daniel Zolda (Brand- u. Katastrophenschutz), Heinz Mayr (Kreisbrandrat), Landrat Stefan Rößle, Johannes Stengel (Leiter UG-ÖEL) und Thomas Bieber (Drohnenbeauftragter UG-ÖEL). Bild: Diana Sonntag, LRA Donau-Ries

Landkreis Donau-Ries:

Eine Drohne für den Katastrophenschutz

Neue Drohne an die Unterstützungsgruppe Örtlicher Einsatzleiter (UG-ÖEL) übergeben

Landrat Stefan Rößle hat im Beisein von Kreisbrandrat Heinz Mayr eine neue, leistungsstärkere Drohne an die Katastrophenschutzeinheit UG-ÖEL übergeben.

Im Katastrophenschutz stellt der Einsatz von Drohnen eine wertvolle Ergänzung insbesondere im Bereich der Lageerkundung dar. Die neue Drohne besitzt u.a. eine Wärmebildkamera sowie einen leistungsstarken Suchscheinwerfer und kann auch bei Vermisstensuchen zum Einsatz gebracht werden. Die Drohne wird bei größeren Einsätzen zudem zur Dokumentation verwendet.

Das Bild- und Videomaterial kann dabei in Echtzeit in den Einsatzleitwagen oder ins Landratsamt übertragen werden.

Einen ersten Einsatz hatte die Drohne bereits vor der Übergabe hinter sich. Noch während der Hochwasserkatastrophe Anfang Juni konnte durch die Drohne eindrucksvolles und aussagekräftiges Bild- und Videomaterial geliefert werden. ❐

Stadt München:

Bedeutung des Carsharings wächst

Zum 1. Januar 2024 waren laut dem Bundesverband in Deutschland über 5,5 Millionen Menschen für die Nutzung von Carsharing-Angeboten registriert. In 935 Städten und Gemeinden deutschlandweit sind 293 Unternehmen in diesem Feld aktiv. Und auch in München wird das Angebot immer wichtiger: Hinter Karlsruhe darf sich München mit zwei Carsharing-Fahrzeugen pro 1.000 Einwohnern laut Bundesverband Carsharing mittlerweile Vize-Carsharing-Hauptstadt nennen.

Das zeigt sich auch im Straßenraum: Auf dem Münchner Stadtgebiet sind mittlerweile über 300 Plätze eigens für geteilte Autos zur Verfügung.

Zu finden sind diese sowohl an Mobilitätspunkten als auch an reinen Carsharing-Standorten. In den Apps der Anbieter ist erkennbar, welche Stellflächen in den Geschäftsgebieten liegen und angefahren werden können. Im öffentlichen Raum sind die Flächen an einem deutschlandweit einheitlichen Zusatzschild zu erkennen, das unter dem bekannten blauen Parkplatz-Schild angebracht ist. Das Schild zur Markierung von Carsharing-Parkplätzen wurde im April 2020 in die StVO aufgenommen. Es zeigt einen in der Mitte geteilten Pkw sowie vier Personen, die sich dieses Auto teilen. Außerdem wird geprüft, ob eine zusätzliche Beschilderung möglich ist, die verdeutlicht, dass die Stellplätze Carsharing-Fahrzeugen vorbehalten sind. ❐

Stadt München:

Stadtweite Mahdumstellung beim Straßenbegleitgrün

Münchens Zweiter Bürgermeister Dominik Krause und Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer haben den Sachstand und den Zeitplan zur Umstellung der Straßenbegleitgrünsmahd vorgestellt. Die Mahdumstellung wurde seit 2021 in einem Pilotprojekt erprobt. Dadurch hat das Baureferat die notwendigen Erkenntnisse hinsichtlich der Pflege- und Mähmethoden, der ökologischen Wirksamkeit und der Kosten sammeln können.

Das Straßenbegleitgrün umfasst in München rund 490 Hektar und wird als Teil der öffentlichen Verkehrsflächen vom Baureferat gepflegt. Krause ist der Meinung, dass der Erhalt von Naturflächen nicht nur Aufgabe ländlicher Regionen sein könne, „auch in der Stadt müssen wir unseren Beitrag leisten. Die Umstellung der Mahd ist ein wichtiger Baustein, um die Artenvielfalt in München systematisch zu fördern. Weltweit sind inzwischen 40 Prozent aller Insektenarten vom Aussterben bedroht – mit Folgen für unsere Ernährungssicherheit. Die blühenden Straßenzüge sind auch ein Gewinn an Lebensqualität für die Münchnerinnen und Münchner: optisch, für die Luftqualität und fürs Klima in der Stadt.“

Verkehrssicherheit gewährleistet

Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer: „Die artenvielfaltswirksame Bewirtschaftung des Straßenbegleitgrüns ist eine Herausforderung. Es ist nicht damit getan, seltener zu mähen.“ Der richtige Mäh-Zeitpunkt sei ebenso wie die Art der Pflege relevant. Das bedeute, dass die Experten in der Abteilung Gartenbau jede Fläche einzeln betrachten und auf die jeweilige Situation angepasst bearbeiten müssen: „Die Einführung des neuen Systems erfordert Ressourcen, auch finanziell. Aber der Aufwand lohnt sich. Mit dem neuen Mähkonzept schaffen wir blütenreiche Wiesenflächen, die als Habitate für Insekten und Kleinlebewesen dienen. Damit verbessern wir auch die Nahrungsgrundlage für Vögel und Fledermäuse sowie die Habitatvernetzung für Insekten und Kleinlebewesen. Mehr Grünvolumen heißt außerdem mehr Verdunstungsleistung, was das Kleinklima verbessert und eine kühlende Wirkung auf den immer häufiger stark aufgeheizten Stadtraum hat. Ein weiterer Aspekt ist die Begrünung von derzeit weitgehend vegetationsfreier, stark verschatteter Straßenbegleitgrünflächen. Und natürlich haben wir dabei immer im Blick, dass die Verkehrssicherheit gewährleistet bleibt.“

Das neue Mähkonzept reduziert die Mahd der bisher bis zu zwölfmal im Jahr gemähten Grünstreifen auf zweimal im Jahr. Es gibt nur mehr eine erste Mahd im Juli nach der Blüte und eine zweite Mahd im Oktober. Die Schnitthöhe wird auf acht bis zehn Zentimeter erhöht. Die Mahd erfolgt mit insektenschonenden Mähgeräten. Das Mähgut wird mindestens zwölf Stunden auf der Fläche belassen und anschließend abtransportiert und zum Beispiel über eine Kompostierung wiederverwertet. Diese neue Arbeitsweise mit Kleingeräten und viel Handarbeit ist wirtschaftlich aufwendiger. Die Umstellung ist auf bis zu 70 Prozent der Flächen ökologisch zielführend.

Die Evaluierung des Pilotprojekts hat ergeben, dass sich auf über einem Drittel der Flächen das Artenreichtum erhöht hat. Der Kräuteranteil ist gestiegen. Tendenziell entwickeln sich besonnte Flächen bezüglich des Artenreichtums besser als verschattete Flächen. Aber auch in verschatteten, kaum bewachsenen Flächen hat sich die Vegetationsdeckung verbessert. Durch die Mahdumstellung sind Grünvernetzungen entstanden – auch in Bereichen, in denen öffentliche Grünflächen fehlen. Die Resonanz der Bürger und Naturschutzverbände war positiv. Probleme bzgl. der Verkehrssicherheit haben sich nicht ergeben.

Der Stadtrat hat nach dem positiv verlaufenden Pilotprojekt das Baureferat im März 2023 beauftragt, die Voraussetzungen für die stadtweite Umstellung der Mahd des Straßenbegleitgrüns zu schaffen. ❐

Finger weg vom Rettungsdienst

Mit völligem Unverständnis reagieren der Deutsche Landkreistag und der Niedersächsische Landkreistag (NLT) auf die Ankündigung von Bundesminister Karl Lauterbach und den Koalitionsfraktionen zur Reform des Rettungsdienstes. Dafür ist entgegen den ursprünglichen Absichten kein ordentliches Gesetzgebungsverfahren mehr geplant. Vielmehr will der Bundesgesundheitsminister nun über Fraktionsänderungsanträge im laufenden Verfahren zur Notfallreform Beteiligungsrechte umgehen und auf Abstimmungen mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden verzichten.

„Die Landkreise machen einen hervorragenden Job beim Rettungsdienst, die Länder regeln alle Einzelheiten in ihren Rettungsdienstgesetzen. Eine Reform, die in Wahrheit nur darauf zielt, die Krankenkassen um die Investitionskosten zu entlasten und den Rettungsdienst genauso in die strukturelle Unterfinanzierung zu drängen wie aktuell unsere Krankenhäuser, braucht Deutschland nicht“, erklärt DLT-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Henneke in Berlin nach Beratungen mit dem Präsidium des NLT.

NLT-Hauptgeschäftsführer Hubert Meyer führt aus: „Wir haben bereits 2019/2020 mit einem breiten politischen Bündnis vieler Partner zahlreiche Argumente gegen die unausgegorenen Reformpläne des Bundes vorgebracht. Der Rettungsdienst ist elementarer Bestandteil der kommunal getragenen Gefahrenabwehr für unsere Bürger vor Ort.“ Polizei, Rettungsdienst und Katastrophenschutz arbeiten auf Grundlage des jeweiligen Landesrechts hoch professionell alle Lagen zusammen ab – vom Verkehrsunfall bis zum Hochwasser. ❐

So wird die GaLaBau 2024

Messeleiter Stefan Dittrich gibt einen aktuellen Überblick über den Stand der Vorbereitungen

Vom 11. bis 14. September 2024 trifft sich die grüne Branche zur 25. Jubiläumsausgabe der GaLaBau in Nürnberg. Als einzige, führende Fachmesse bildet die GaLaBau das gesamte Angebotsspektrum für die Planung, den Bau und die Pflege von Urban-, Grün- und Freiflächen sowie Sportplätzen, Golfanlagen und Spielplätzen ab. Stefan Dittrich, Leiter der GaLaBau bei der Nürnberg-Messe, fasst alle Messe-Highlights zusammen und gibt Einblick in den aktuellen Stand der Vorbereitungen.

Herr Dittrich, die Geschäftslage in der GaLaBau-Branche ist gut. Sieht es mit der Entwicklung der Messe ebenso erfreulich aus? Wie läuft es aktuell mit den Vorbereitungen?

Stefan Dittrich: *Ja, die Messe entwickelt sich in diesem Jahr sehr gut, was sicherlich auch daran liegt, dass die Branche in guter Stimmung ist. Das freut uns natürlich sehr! Neben allen großen Branchenakteuren sind dieses Jahr auch wieder viele spannende neue junge Unternehmen mit dabei. Unser Ziel von 60.000 qm Ausstellungsfläche für die GaLaBau 2024 haben wir erreicht, ebenso die angepeilten 1.000 Aussteller. Alles in allem blicken wir also auf sehr vielversprechende vier Messetage, die mit Sicherheit wieder einen bedeutenden Beitrag zur Weiterentwicklung und zum Zusammenhalt der Branche leisten werden.*

Was erwartet die Besucher auf der GaLaBau 2024?

Dittrich: *In 14 Messehallen und auf den Aktionsflächen im Außenbereich decken wir den gesamten Bedarf für GaLaBau-Betriebe, Landschaftsarchitekten, kommunale Vertreter, Motoristen sowie Betreiber von Spiel-, Sport- und Golfplätzen ab. Egal ob Pflegemaschinen und Pflegegeräte, Baumaschinen und Baugeräte, Stoffe und Bauteile oder Pflanzen – die GaLaBau bietet in sämtlichen Bereichen die beste Orientierung über alle aktuellen Trendprodukte. Besucher können sich online mit der Aussteller- und Produktdatenbank und dem interaktiven Hallenplan informieren und vorbereiten: www.galabau-messe.com/hallenplan.*

Zahlreiche Highlights hält auch wieder das vielseitige attraktive Rahmenprogramm bereit. Hier spannt sich die Bandbreite von verschiedenen thematisch gegliederten Foren über Aktionsflächen mit tollen Vorführungen bis hin zu Preisverleihungen und Wettbewerben wie dem Landschaftsgärtner-Cup.

Die GaLaBau dient unter anderem dazu, der Branche eine Plattform zum Austausch und gezielte Lösungsansätze für akute Herausforderungen zu geben.

Maßnahmen zur Klimaanpassung

Wie unterstützt die GaLaBau beispielsweise die Umsetzung von Maßnahmen zur Klimaanpassung?

Dittrich: *Damit dieses wichtige Thema die nötige Aufmerksamkeit bekommt, wird es auf der GaLaBau 2024 wieder den GRÜN-BLAUEN PFAD geben. Grün-blaue Infrastruktur im Garten- und Landschaftsbau, wie klimaresiliente Begrünungen, Klimabäume oder intelligente Lösungen zum Regenwassermanagement, können helfen, Städte und Freiräume widerstandsfähiger gegen extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen und Starkregen zu machen. Wir heben deshalb mit dem GRÜN-BLAUEN PFAD Aussteller hervor, die Techniken, Dienstleistungen oder Produkte wie begrünte Dächer und Fassaden, nachhaltige Softwarelösungen, Regenwassermanagement-Systeme, sickerfähige Beläge, Rinnensysteme, ökologische Drainagen oder nachhaltige Landschaftsgestaltungskonzepte an ihren Messeständen zeigen. Alle Teilnehmer des GRÜN-BLAUEN PFADS wurden vorab von einer erfahrenen Fachjury geprüft und zugelassen. Die teilnehmenden Aussteller sind an speziellen GRÜN-BLAUER PFAD Markierungen an den Messeständen und im Messebegleiter erkennbar. Mehr Informationen zum GRÜN-BLAUEN PFAD unter: www.galabau-messe.com/de-de/ausstellen/der-gruen-blaue-pfad.*

Die GaLaBau feiert in diesem Jahr ihr 25. Jubiläum. Warum sollte man sich diese Jubiläumsausgabe auf keinen Fall entgehen lassen?

Dittrich: *Neben den spannenden Lösungen und Innovationen an den Messeständen der Aussteller ist es besonders die lockere „anpacken und ausprobieren"-Stimmung, die den Charakter der GaLaBau auszeichnet. Nicht umsonst wird die GaLaBau oft als großes Familientreffen bezeichnet. Zur 25. Ausgabe der GaLaBau kommen wichtige Personen und renommierte Experten der Branche zusammen, z. B. Branchen-Promis, Nachwuchstalente, Persönlichkeiten hinter der Messe und langjährige Weggefährten. Einige davon haben wir schon vorab in unserer Jubiläumsreihe vorgestellt unter: www.galabau-messe.com/de-de/entdecken/25-koepfe.* ❐

Kirchheim/Heimstetten:

Henne Nutzfahrzeuge wird 100

Wenn Leidenschaft auf Unternehmergeist trifft

2023 zog der damalige Bürgermeister von Kirchheim, Maximilian Böltl, in den Bayerischen Landtag ein. Sein Nachfolger Stephan Keck erntet nun die Früchte der Arbeit seines Vorgängers. Dazu zählen die bevorstehenden Fertigstellungen des neuen Gymnasiums, Rathauses und Bürgersaals. Der größte Erfolg war jedoch der Zuschlag für die Landesgartenschau 2024, die kürzlich ihren 200.000sten Besucher begrüßte. Passend dazu fällt die Landesgartenschau mit dem 100. Geburtstag von Henne Nutzfahrzeuge, dem Spezialisten für Kommunaltechnik, Baumaschinen und Galabau aus Kirchheim/Heimstetten, zusammen. Das Unternehmen feierte selbstverständlich auf der Landesgartenschau.



V.l. IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Manfred Gößl übergab Thomas Rieger, Geschäftsführer von Henne Nutzfahrzeuge, eine Urkunde zum 100-jährigen Jubiläum. Bild: Henne

Im Jahr 1924 gründete der erfolgreiche Motorradrennfahrer Ernst Jakob Henne, bekannt als ‚Schneller Henne', eine kleine Motorrad- und Automobilwerkstatt in München. Diese Werkstatt entwickelte sich rasch zur Firma AUTO-HENNE und später zur Henne Nutzfahrzeuge GmbH.

Partnerschaft mit der Landesgartenschau

Nun, 100 Jahre später, feierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sechs Standorte des in Heimstetten ansässigen Unternehmens ihre Erfolge und die Partnerschaft mit der Landesgartenschau in Kirchheim. Obwohl Henne vor allem für den Unimog bekannt ist, hat das Unternehmen auch mehrere andere Fahrzeuge und Maschinen im Portfolio. Ein vollelektrischer Goupil G4 wurde zum Beispiel den Veranstaltern der Landesgartenschau für die Dauer des Events zur Verfügung gestellt. Er ist ideal für die Instandhaltung des Geländes, da er umweltfreundlich, emissionsfrei, wendig und vielseitig ist.

Auch die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern hat es sich nicht nehmen lassen, Henne zu diesem Jubiläum zu ehren. Nur etwa 0,5 Prozent der Unternehmen in Deutschland erreichen ein 100-jähriges Bestehen. Hauptgeschäftsführer Dr. Manfred Gößl übergab Henne eine Urkunde zum 100-jährigen Jubiläum und nutzte die Gelegenheit, eine Probefahrt im Jubiläumsunimog zu machen.

Henne steht für eine beeindruckende Geschichte, geprägt von Innovation und Tradition, die in der Welt der Kommunaltechnik und Baumaschinen einen festen Platz hat. Auch nach 100 Jahren bleibt das Unternehmen ein verlässlicher Partner für seine Kunden und ein Innovator in der Branche, stets an der Spitze technologischer Entwicklungen. **CH**

Bevölkerungsschutz im Zeichen von Klimawandel und Zeitenwende

Lösungsansatz für neue Herausforderungen im kommunalen Krisenmanagement

Von Dr. Sandra Kreitner, Vizepräsidentin der Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV)

Der Wert eines funktionierenden Krisenmanagements zeigt sich erst in den schwersten Stunden der kommunalen Geschichte. Die Krisen der letzten Jahre machen es deutlich: Wir wissen weder was kommt noch wie es kommt. Von daher werden Instrumente benötigt, die geeignet sind, jede denkbare Herausforderung zu meistern – also schlagkräftige Strukturen, keine Papiertiger. In Zeiten von Klimawandel und Zeitenwende müssen sich die Kommunen auf komplexe Szenarien einstellen. Zudem werden allen Verantwortungsträgern Krisenmanagementfähigkeiten abverlangt.

Zielgerichteter Aufbau kommunaler Basisstrukturen

Wer die Lehren aus den zunehmenden Angriffen auf unsere Kritischen Infrastrukturen, unter anderem den Hackerangriffen auf kommunale Datennetze sowie den verheerenden Starkregenereignissen und Sturzfluten ziehen – und seine Bürger wirksam schützen will, dem wird schnell klar: Am Aufbau kommunaler Krisenstäbe aber auch von Anlaufstellen für die betroffene Bevölkerung sowie der Einrichtung von Notfallmeldestellen – für den Fall, dass Strom- und Kommunikationsnetze ausfallen – führt kein Weg vorbei. Aufbau und Betrieb dieser Strukturen kann ausschließlich durch entsprechend qualifiziertes Personal erfolgen.

Spezieller Lehrgang für kommunales Personal

Um Städten und Gemeinden dieses hochqualifizierte Personal zur Verfügung zu stellen, wurde in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSW) eine Lehrgangslandschaft zum schnellen Kompetenzerwerb kommunaler Verantwortungsträger ins Leben gerufen: zeitgleich für das Krisenmanagement zu trainieren – legt Schwachstellen offen, die durch Resilienzmaßnahmen zu schließen sind. Sämtliche Entscheider sitzen im Krisenstab am Tisch und können aus einem gemeinsamen Verständnis für das simulierte Szenario die erforderlichen Maßnahmen unmittelbar auf den Weg bringen. Zudem wird die Fähigkeit vermittelt, den Krisenstab als zentrales Element der Ereignisbewältigung richtig einzusetzen. Planübungen zeigen, wie man Krisenstäbe auf spielerische Weise trainiert, wichtige Prozesse innerhalb angemessener Zeit zu beherrschen.

„First Line of Defense"

Wesentlicher Schlüsselfaktor der behördlichen Resilienz ist der Mensch. Von daher ist die Umsetzung von Resilienzmaßnahmen auf Ebene der Mitarbeiter essenziell. Anhand von Workshops, die 1:1 in die behördliche Praxis übernommen werden können, gelingt es, Mitarbeiter zu zuverlässigen Partnern in sämtlichen Sicherheitsbelangen und damit zu einer „First Line of Defense" zu machen.

Essenziell ist auch das Feld der Risiko- und Krisenkommunikation. Ohne begleitende Risikokommunikation ist die Implementierung von Resilienzmaßnahmen nicht realisierbar – das gilt sowohl für die interne Kommunikation als auch für die Kommunikation mit dem Bürger. Wie die Risikokommunikationsstrategie in der Praxis, basierend auf acht Bausteinen, auszugestalten ist, um erfolgreich zu sein, bildet daher ein unverzichtbares Element in der Ausbildung.

Unterstützung durch Community of Practice

Die Dozenten dieser Kurse betreuen zudem die Community of Practice Schutz KRITIS, die allen Absolventen kostenfrei offensteht. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk, welches sich in regelmäßigen Abständen online trifft und fachliche Anleitung zur Lösung von Herausforderungen bietet, die in der kommunalen Gefahrenabwehr auftreten. Damit finden kommunale Verantwortungsträger nachhaltige Unterstützung in Ihrem Bestreben einen modernen Bevölkerungsschutz zu etablieren.

Weitere Informationen

Informationen zur Ausbildung „Resilienzmanager KRITIS (IHK)" steht unter https://www.bvsw.de/aus-und-weiterbildung/ zum Abruf bereit. Eine Langversion dieses Beitrags kann unter https://t1p.de/ev3bd abgerufen werden. ❐



Erntehelfer. Facharbeiter.
Straßenmeister. Oder kurz: Unimog.

Der Unimog überzeugt Agrar- und Lohnunternehmen mit seiner enormen Wirtschaftlichkeit. Dafür sorgen der geringe Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig hoher Leistung von bis zu 220 kW (299 PS), Front- und Heckzapfwelle sowie Hydraulik ab Werk, schneller Gerätewechsel und dadurch eine hervorragende Auslastung an 365 Tagen im Jahr. Auf dem Acker und im Grünlandeinsatz bewegt sich der Allrounder zudem genauso souverän wie auf Straßen.

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter
mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/lohnunternehmer-und-dienstleister

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich vertrete die Große Kreisstadt Freising mit rund 50.000 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
Seit dem 1. Mai 2012 bin ich hauptamtlicher Oberbürgermeister.
Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?
Selbständig: Inhaber einer Cafébar und Mitgesellschafter sowie Redakteur eines Verlags
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich wollte schon als Jugendlicher das Leben und das Bild meiner Stadt mitgestalten.

Tobias Eschenbacher

Oberbürgermeister der Stadt Freising

Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich bin seit 2002 Mitglied des Stadtrats, dadurch hatte ich bereits Einblick in die Themen- und Aufgabengebiete.
Außerdem habe ich eine sehr kompetente und loyale Verwaltung. Das hat den Einstieg erheblich erleichtert.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Bei Amtsantritt lag eine Hauptherausforderung in der Umsetzung von mehreren Großprojekten und der Transformation der Altstadt.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Auf baulicher Ebene sind es vor allem Projekte aus dem Bildungsbereich (KiTas und Schulen). Außerdem haben wir mit Fachkräftemangel zu tun, der sich vor allem im Betreuungsbereich bemerkbar macht. Darüber hinaus haben wir mit einer angespannten Haushaltslage im Nachgang zur Pandemie und der Energiekrise zu kämpfen.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Die größten Herausforderungen sind derzeit der Fachkräftemangel, die Mobilitätswende und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Die wichtigste Erkenntnis ist, dass man in der Politik immer Abwägungsentscheidungen treffen muss und diese meistens nicht nur Befürworter haben. Deshalb ist es gut, wenn man die Entscheidungen stets für sich selbst begründen kann und zum Zeitpunkt, an dem man sie trifft, dazu steht, sich aber auch immer mal wieder hinterfragt, ob sie heute noch richtig sind.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Auch, wenn man im Ergebnis nicht allen alles recht machen kann, ist es m.E. wichtig, zumindest die Gelegenheit zum Austausch zu geben und sich alle Argumente und Gegenargumente anzuhören und abzuwägen.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung ist ein Kraftakt, ein immerwährender Prozess und wird hoffentlich den einen oder anderen Weg am Ende vereinfachen.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Wichtig finde ich, dass einem die Arbeit in Summe Spaß macht, denn dafür verbringen wir zu viel Zeit damit.
Frei nach Konfuzius: „Wähle einen Beruf, der dir Freude bereitet und du brauchst nicht mehr zu arbeiten.“
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ich denke, in meiner Amtszeit hat sich das Gesicht der Stadt in großen Teilen zum – aus meiner Sicht – Positiven verändert. Ich hoffe, dass das jetzt und in Zukunft von der Mehrheit ebenso gesehen wird. ❐



Zusammen für Energieeffizienz im Oberland: Netzwerktreffen von Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden Benediktbeuern, Bernried am Starnberger See, Egling, Fischbachau, Gmund am Tegernsee, Hausham, Otterfing, Pähl, Tutzing, Stadt Tegernsee, des Markts Holzkirchen, des Landkreises Miesbach, des Instituts für nachhaltige Energieversorgung und der Energiewende Oberland. Bild: Energiewende Oberland

Stromautarkie mit erneuerbaren Energien bei kritischer Infrastruktur

„Können Abwasser-Pumpanlagen betrieben werden, wenn der Strom ausfällt?“ Mit dieser Frage hat sich Markus Spallek von den Gemeindewerken Holzkirchen mit seinem Team befasst. Das Ergebnis: mit der herkömmlichen Notstromversorgung per Dieselaggregat ist eine Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur nicht möglich. Die Alternative fand Spallek in einer notstromsicheren Kombination aus Photovoltaik und Batterie-Speicher. Durch die Umstellung auf Erneuerbare Energien ist es nun möglich den Fortbetrieb im Krisenfall aufrechtzuerhalten und zusätzlich Energie und Kosten einzusparen. Die neu errichtete Stromversorgung ist nicht nur Schutz vor Blackout, sondern liefert auch günstigen Solarstrom. Dabei ist sie deutlich wartungsärmer als ein Aggregat auf Basis fossiler Energie. Schritt für Schritt möchte der Markt Holzkirchen nun die größten Pumpenhäuser mit dieser Technik ausstatten.

Auf dem 12. Netzwerktreffen des Energieeffizienz-Netzwerks für Kommunen im Oberland lauschten die teilnehmenden Kommunen den Ausführungen von Spallek und waren beeindruckt. „Das ist genau der Gedanke des Netzwerks“, so Stefan Drexlmeier, vom Kompetenzzentrum Energie der Energiewende Oberland. „Wir möchten, dass die teilnehmenden Kommunen Erfahrungen teilen und sich direkt aus erster Hand informieren können.“

Positive Bilanz der letzten drei Jahre

Bei einem Rückblick auf die letzten drei Jahre lobten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Netzwerktreffens den Netzwerkgedanken und den Austausch bei den Netzwerktreffen. „Der Austausch mit anderen Kommunen ist sehr wertvoll“, so ein Teilnehmer. „So können wir voneinander lernen und unsere Erfahrungen austauschen.“ Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonten außerdem, dass der Netzwerkgedanke auch zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich Energie und Klimaschutz im eigenen Haus geführt habe. „Das Thema Energie und Klimaschutz steht jetzt öfter auf der Tagesordnung“, so ein Teilnehmer. „Das ist ein sehr positiver Effekt des Netzwerks.“

Sebastian Gröbmayr vom Institut für nachhaltige Energieversorgung GmbH nahm den Ball auf und ermutigte alle Teilnehmenden die „Kräfte für die letzten drei Monate nochmal zu bündeln, um Ende September rundum zufriedene Gesichter bei der feierlichen Abschlussveranstaltung“ zum Netzwerk sehen zu können.

Blick in die Zukunft der Fernwärme-Versorgung

Zum Abschluss des Netzwerktreffens stellte André Behre, Vorstand der Stadtwerke Penzberg die Energiezentrale als Vorzeigeprojekt vor. Die Energiezentrale ist mit einem Biomasse-Heizkessel mit einer Leistung von 1,8 MW und einer Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 300 kWp ausgestattet. Zusätzlich soll perspektivisch die PV-Freiflächenanlage auf Gut Hub die Energiezentrale mit einer Direktleitung mit Strom versorgen.

Energieeffizienz-Netzwerk für Kommunen

Im Energieeffizienznetzwerk setzen sich während drei Jahren zwölf Gemeinden sowie ein Landkreis aus dem Oberland gemeinsam intensiv mit dem Thema Energiewende auseinander und tauschen Erfahrungen aus.

Begleitet wird das Netzwerk fachlich vom Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) und dem Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland. Im Rahmen der Netzwerktreffen werden klassische Themen wie Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften, Einführung von Energiemanagement-Systemen oder die Unterstützung bei Nahwärmenetzen erarbeitet, aber auch Zukunftsthemen wie Elektromobilität und die Kombination von Strom, Wärme und Mobilität vorangebracht. Parallel zu den Netzwerktreffen erhalten die Kommunen individuelle fachliche Beratung bei der Umsetzung der Projekte. ❐



Jede Menge los in Mini-München. Bild: Gerard Pleynet

45 Jahre Mini-München

Bis zu 2.000 Kinder und Jugendliche gestalten ihre eigene Stadt

Mini-München lädt in den ersten drei Sommerferienwochen Kinder und Jugendliche in das Showpalast-Gelände in München/Fröttmaning ein. Auch 2024 erwarten die Veranstalter täglich bis zu 2.000 junge Gäste. Mini-München ist seit 45 Jahren das größte Ferienangebot der Landeshauptstadt München. Alle Kinder zwischen sieben und 15 Jahren können mitmachen, kostenlos und ohne Anmeldung. In der Spielstadt schlüpfen sie in die unterschiedlichsten Rollen einer Stadtgesellschaft, die sie aktiv ausprobieren, kreativ interpretieren und nach eigenen Wünschen gestalten.

In Mini-München, der Stadt der Kinder und Jugendlichen, gehen alle einer Arbeit nach. Als Bürger organisieren sie Wahlen und Märkte, machen Schlagzeilen, empfangen internationale Gäste, schaffen neue Verkehrsrouten, feiern Feste und sammeln den Müll ein. Immer wieder streifen sie dabei den Alltag des großen Münchens.

Faszination Spielstadt

„Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Stadtgeschehen, sei es auf Spielstadt ebene oder in Bezug auf die große Stadt, ist dem Projekt gewissermaßen eingeschrieben“, erklärt Bürgermeisterin Verena Dietl. „Die Spielstadt bezieht ihre Spielimpulse aus der großen Stadt. Als Bürgermeisterin und ehemalige Mini-Münchnerin weiß ich um die Faszination der Spielstadt. Bei Mini-München erleben Kinder spielerisch, wie eine Stadt funktioniert und die Welt der Großen im Inneren zusammenhängt.“ Mehr als 60 Partner aus Wirtschaft, Kultur, Verwaltung, Medien, Handwerk und Wissenschaft machen mit. So entsteht eine große, vielfältige und spannungsvolle Spielstadt in der realen Stadt.

Veranstalter ist der freie Kultur- und Bildungsträger Kultur und Spielraum e.V. im Auftrag der Landeshauptstadt München, Sozialreferat/Stadtjugendamt. „Man kann dort viel Spaß haben, neue Freunde finden, und sich noch dazu in unterschiedlichsten Tätigkeiten und Rollen ausprobieren“, freut sich Sozialreferentin Dorothee Schiwy. Die Projektvorstellung zu Mini-München und aktuelle Informationen gibt es unter www.mini-muenchen.info. ❐

Kommunales Bildungsmanagement

Landkreis Regen setzt auf die Weiterentwicklung eines zentralen Standortfaktors in der Region

Regen. Anfang des Jahres wurde auf Initiative von Landrat Dr. Ronny Raith im Landkreis Regen das Zentrum für Chancengleichheit eingerichtet und als Stabsstelle im Landratsamt angesiedelt. Zentrales Handlungsfeld der Stabsstelle ist auch die Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft.

„Der Bereich der Bildung ist eines der wesentlichen Aufgabenfelder des Zentrums für Chancengleichheit“, erklärt Raith, „als Landrat ist es mir äußerst wichtig, für die Menschen in meiner Heimat ein Umfeld zu schaffen, über das sie sagen: Hier habe ich alles, was ich brauche. Hier sehe ich meine Zukunft. Dafür ist eine gute Bildung im Landkreis, zu der alle die gleichen Zugangschancen haben, ganz essenziell. Sie befähigt die Leute dazu, das eigene Leben möglichst frei zu gestalten und die eigenen Lebensziele zu verwirklichen.“ Ziel vor Ort ist es, die kommunale Bildungslandschaft für Bürgerinnen und Bürger jeden Alters ihren individuellen Voraussetzungen entsprechend bedarfsgerecht und leicht zugänglich zu gestalten. Somit arbeitet die Kommune an einem bedeutenden Hebel für die Standortattraktivität der Region und schafft die Voraussetzung für mehr Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Um dies gemeinsam mit allen relevanten Bildungsakteuren zu erreichen, macht sich der Landkreis Regen auf den Weg, ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement (DKBM) aufzubauen. Unterstützt wird der Landkreis dabei von der Regionalen Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement in Bayern (REAB Bayern).

Vor kurzem lud Raith die REAB Bayern zu einem gemeinsamen Termin mit dem Leiter des Zentrums für Chancengleichheit Andreas Koneberg ein und unterzeichnete eine Kooperationsvereinbarung mit der REAB Bayern. „Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit mit der REAB Bayern und sind davon überzeugt, dass wir gemeinsam im Bereich Bildung beziehungsweise Bildungsgerechtigkeit unseren Landkreis noch besser aufstellen können und interessante und vor allem bedarfsorientierte und maßgeschneiderte Angebote für alle umsetzen können. Alle Landkreisbürgerinnen und -bürger werden von diesem Mehrwert profitieren und auch für den Landkreis als Ganzes ergibt sich ein wichtiger Standortvorteil,“ so Koneberg, „Bildung muss für alle zugänglich sein und mit der Kooperation gehen wir einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.“

Zu Beginn: Bestandsanalyse

Zum Einstieg in den Begleitprozess wird das Zentrum für Chancengleichheit gemeinsam mit der REAB Bayern eine Bestandsanalyse der kommunalen Bildungslandschaft vornehmen. So können bestehende Strukturen und Anknüpfungspunkte identifiziert werden, auf welchen die Kommune aufbauen kann. Anschließend wird ein individueller Meilensteinplan erarbeitet, um konkrete Schritte im DKBM-Aufbau festzulegen, wie beispielsweise die Einrichtung eines Bildungsgremiums. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB, Kristan von Waldenfels, MdL, Matthias Fischer, Luisenburg Festspiele, Dr. Oliver Bär, Landrat Hof, Birgit Simmler, Luisenburg Festspiele, Johann Kalb, Landrat Bamberg, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Henry Schramm, Bezirkstagspräsident Oberfranken, Peter Daniel Forster, Bezirkstagspräsident Mittelfranken, Stefan Funk, Bezirkstagspräsident Unterfranken, Finanzstaatssekretär Martin Schöffel, MdL, Nicolas Lahovnik, Erster Bürgermeister Wunsiedel, Landrat Peter Berek sowie Klaus Peter Söllner, Landrat von Kulmbach und Bezirkstagsvizepräsident Oberfranken. Bild: Sabine Heid

Ganz Wunsiedel feiert

Tag der Franken lockt tausende Besucher

Mit einem Festakt, einem großen Stadtfest und viel fränkischem Selbstbewusstsein feierten die Menschen in Wunsiedel Anfang Juli den Tag der Franken. Der Bezirk Oberfranken hatte in Kooperation mit der Stadt Wunsiedel zur Großveranstaltung unter dem Motto „Vorhang auf für Franken“ geladen. Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bezirkstagspräsident Henry Schramm stellten in ihren Reden vor allem eines heraus: Die Franken können stolz sein auf sich und ihre Heimat.

„Diejenigen, die ihr Erbe kennen und fortentwickeln, die heute etwas leisten und bei Ihrem Tun das Morgen im Blick haben, diese Regionen werden im Wettbewerb die Nase vorn haben“, ist sich Bezirkstagspräsident Henry Schramm sicher. In seiner Begrüßung zum Festakt auf der Luisenburg in Wunsiedel stellte er vor zahlreichen Ehrengästen die Stärken Oberfrankens heraus: ein üppiges Kultur- und Naturerbe, die Genussregion mit einer hohen Dichte an Handwerksbetrieben, Industriefirmen und Universitäten mit Weltruf. Dies unterstrich auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Festansprache und stellte abschließend fest: „Ich mag Franken, hier wohnen liebenswerte Menschen, in einer liebenswerten Region.“ In wilden Zeiten sei es zudem sehr wichtig, zu wissen wo die eigenen Wurzeln liegen, so Söder.

Buntes Programm

Auch Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold plädierte in seinem historischen Diskurs für mehr Selbstbewusstsein der Franken. Er blickte auf die Rolle Frankens in Bayern in den vergangenen 200 Jahren zurück und bemerkte kritisch: „Franken steht auch deshalb im Schatten, weil es sein Licht selbst unter den Scheffel stellt.“ Passend zum Motto „Vorhang auf für Franken“ wurden beim der Festakt Szenen aus dem aktuellen Programm der Luisenburg-Festspiele gezeigt.

Am Vormittag begann in der Innenstadt von Wunsiedel schließlich ein großes Bürgerfest anlässlich des Tags der Franken – und die ganze Stadt war auf den Beinen. Auf den Bühnen gab es ein abwechslungsreiches Programm mit Tanz- Musik und Kulturvorträgen. In den Straßen beteiligten sich über 120 Vereine, Verbände und Gastronomen mit Ständen und Mitmach-Angeboten für die Besucher. Die Straßen waren den ganzen Tag über voller Menschen, die Farben Rot und Weiß dominierten das Stadtbild. Bezirkstagspräsident Henry Schramm bedankte sich bei allen engagierten Ehrenamtlichen und Organisatoren, die zum Gelingen beigetragen haben. „Es war ein lebendiger und fröhlicher Festtag mit viel fränkischen Selbstbewusstsein!“, so sein Fazit. ❐

GZ PINOS WELT



Ab nächstem Schuljahr wird an bayerischen Schulen eine Innovation Einzug halten: Die Verfassungsviertelstunde. So im Koalitionsvertrag der Staatsregierung vorgesehen, dürfte es sich um eine bundesweit einmalige Weiterentwicklung der klassischen Penne hin zu einem Ort der Schaffung staatsbürgerlichen Bewusstseins handeln.

Als solche ist sie natürlich zunächst ein Beispiel dafür, dass der Bildungsföderalismus einen echten Mehrwert hat. Im Bildungsbereich liefern sich die Länder immer noch das, was man in anderen Bereichen wie der Wirtschafts-, Haushalts- oder Steuerpolitik so schmerzlich vermisst, nämlich einen um bessere Lösungen ringenden Wettbewerbsföderalismus. Oder wer würde wirklich glauben, aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dieser ideen- und inspirationsfreien Zone, die seit vielen Jahren vom überforderten und sauertöpfischen politischen Proporz geführt wird, könnten echte Impulse für die Schulen im Sinne der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Zukunftsfähigkeit des Landes oder wie bei der Verfassungsviertelstunde zur Stärkung des demokratischen Zusammenhalts der Gesellschaft kommen?

Verfassungsviertelstunde für Meinungsfreiheit!

Klar, so manch einer und eine reibt sich an dem neuartigen Konzept; aber mit gesundem Katzen- bzw. Menschenverstand scheint es durchaus möglich, 15 Minuten irgendwann von Montag früh bis Freitagnachmittag mal was aus dem Stundenplan rauszuschneiden, um über Verfassung, Demokratie und Grundrechte zu sprechen. Vor allem, wenn man es in Relation zur Bildschirmzeit setzt, die Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren rein statistisch zwischen Montag und Freitag ansammeln, nämlich ganze 1.120 Minuten.

Außerdem, was wären das für traurige Pädagogen, die nicht schon jetzt im Schulalltag und vor allem in diskutierenden Fächern wie Deutsch, Religion/Ethik, Politik und Gesellschaft (den Älteren noch als Sozialkunde geläufig) oder Geschichte nicht auch Raum für aktuelle Entwicklungen und unter den Nägeln brennenden Fragestellungen einräumen würden.

Und Stoff für spannende Viertelstunden bieten sowohl die Bayerische Verfassung als auch das Grundgesetz ja allemal. Mich treibt zum Beispiel das Thema Meinungsfreiheit um, seit vor gut einem halben Jahr eine Allensbach-Studie zum Ergebnis gekommen ist, dass nur 40 Prozent der Deutschen glauben, ihre politische Meinung frei äußern zu können, 44 Prozent aber zur Vorsicht, vulgo zur Selbstzensur im öffentlichen Meinungsstreit raten. Bei der Gen-Z sieht es mit 50 zu 32 zwar besser aus, aber wenn ein Drittel derer, die noch zur Schule oder Hochschule gehen oder diese erst kurz hinter sich gebracht haben, meinen, sie müssten sich selbst Maulkörbe umhängen, ist das für eine freiheitliche Gesellschaft alarmierend.

Klar, auch die Meinungs-, Rede- und Publikationsfreiheit kann nicht grenzenlos sein. Sie muss die Persönlichkeitsrechte und die Ehre anderer wahren und einige Dinge, die in anderen Staaten zwar als ekelhaft, aber nicht strafwürdig angesehen werden, wie Volksverhetzung oder das Bekenntnis zum Nationalsozialismus, sind bei uns im Lichte unserer Vergangenheit zu Recht geächtet. Aber die Unsicherheit, die manch einem rät, seine wahre Meinung nicht kundzutun, entspringt ja nicht primär staatlichem Handeln oder staatlichen Vorgaben. Wobei gerade die amtierende Bundesinnenministerin aufpassen muss, nicht zu vergessen, dass die Demokratie geboren wurde als der erste mutige Mann öffentlich sagte „Der König ist ein Tyrann“. Will sagen, auch scharfe, beißende und verletzende Kritik an den Regierenden ist nicht „staatszersetzende Hetze“, sondern muss mit der Waffe der Gegenrede bekämpft werden.

Genau wie unsere allmächtigen Zensoren auf X, Insta und Co., die schnell mal einen Shitstorm auspacken oder Meinungen, die nicht in ihre Weltbilder passen, canceln und so den Schreiber dem sozialen Netzwerktod überantworten. Auch hier könnte eine gut gemachte Verfassungsviertelstunde zur Meinungsfreiheit durchaus Mut zur Widerrede einhauchen.

Lassen wir, wie vor zwei Wochen, Barack Obama das letzte Wort haben: „Die stärkste Waffe gegen Hassreden ist nicht Unterdrückung, sondern es ist mehr reden.“

Ihr Pino

Krisendienste Bayern:

Anrufzahlen steigen erneut an

Bezirketagspräsident Franz Löffler: „Krisendienste Bayern werden eine immer wichtigere Säule in der Versorgungslandschaft“

Für das Jahr 2023 können die Krisendienste Bayern erneut eine gestiegene Inanspruchnahme verzeichnen. Im vergangenen Kalenderjahr führten die Leitstellen insgesamt 88.111 Telefonate mit Menschen in seelischer Not. Darüber hinaus fanden 3.847 persönliche Kriseninterventionen durch mobile Einsatzteams statt.

Für Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, zeigt die gestiegene Inanspruchnahme, wie wichtig niedrigschwellige Beratungsangebote wie die Krisendienste Bayern sind: „Schnelle und professionelle Hilfe kann in psychischen Krisen eine weitere Eskalation stoppen oder sogar verhindern, dass sich die Krise in Form einer psychischen Erkrankung chronifiziert. Wir Bezirke sind stolz, mit den Krisendiensten Bayern ein Angebot geschaffen zu haben, das von den Menschen so gut angenommen wird. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Prävention von psychischen Erkrankungen.“

Martin Guth, Sprecher der sieben Leitstellen der Krisendienste Bayern, sagt: „Seelische Krisen bringen Menschen an die Grenzen ihrer emotionalen und körperlichen Belastbarkeit. In dieser Situation sind wir von den Krisendiensten Bayern da. Wir hören zu, sortieren Gedanken und besprechen, was die nächsten Schritte sein können, um aus der Krise herauszufinden. Viele Menschen denken immer noch, dass ihre Not nicht groß genug ist, um bei uns anzurufen. Ich kann nur sagen: Jeder Mensch, der sich psychisch belastet fühlt, ist bei uns richtig! Wir sind rund um die Uhr erreichbar und immer nur einen Anruf entfernt.“

Doppelstrukturen vermeiden

Mit Blick auf die Überlegungen des Bundesgesundheitsministeriums, ein Konzept für eine zentrale deutschlandweite Krisendienst-Notrufnummer zu entwickeln, sagt Verbandspräsident Löffler: „Grundsätzlich begrüße ich jede Verbesserung der Suizidprävention. Der Aufbau eines bundesweiten Krisendienstes kann aber aus unserer Sicht nur gelingen, wenn auf bewährte regionale Strukturen aufgebaut und an diese angeknüpft wird. Es sollte auf jeden Fall vermieden werden, Doppelstrukturen aufzubauen oder bereits etablierte und bewährte Strukturen zurückzubauen. Das sage ich gerade mit Blick auf unsere mobilen Einsatzteams, die ein wichtiges Werkzeug sind, um schnell Hilfe zu Menschen zu bringen, bei denen die telefonische Beratung nicht ausreicht.“ ❐



Feierten gemeinsam die vollständige LED-Umrüstung (v.l.): Forcheims stv. Landrat Otto Siebenhaar, Bayernwerk-Vorstand Egon Westphal, Ebermannstadts Bürgermeisterin Christiane Meyer, Minister Thorsten Glauber und Jürgen Fiedler von den Stadtwerken. Bild: Brinke

Landkreis Forchheim leuchtet in LED

Ebermannstadt. Die Kommunen im Landkreis Forchheim sind ein leuchtendes Beispiel bei der LED-Umrüstung: Als erster bayerischer Landkreis wurde die Straßenbeleuchtung in allen 28 Gemeinden auf effiziente LED-Technik umgestellt. Das feierten die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) sowie die Stadtwerke Ebermannstadt, die beiden Netzbetreiber im Landkreis, bei einem gemeinsamen Termin mit Umweltminister Thorsten Glauber.

Bis vor einigen Wochen war viel los im Landkreis Forchheim, jetzt hat sich der Erfolg eingestellt: Jede einzelne Straßenleuchte im öffentlichen Raum wurde nun auf die energiesparende und klimaschonende LED-Technik umgestellt.

„Ebermannstadt und der Landkreis Forchheim gehen mit der LED-Umrüstung voran. Das spart Strom und für die Bürgerinnen und Bürger bares Geld“, betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber beim gemeinsamen Termin mit den landkreisanhängigen Bürgermeistern und dem stellvertretenden Landrat Otto Siebenhaar.

Dimmbares LED-Licht sorgt für eine angenehme Atmosphäre und schont die Umwelt. Daher haben die Energieversorger im Landkreis Forchheim die Umstellung der Straßenbeleuchtung konsequent vorangetrieben. „Damit sind wir weiterhin vollkommen planmäßig auf unserem Weg zur 100 Prozent LED-Quote für ganz Bayern in 2026“, sagte Bayernwerks Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal. In den vergangenen Jahren wurden im Landkreis Forchheim die letzten der rund 13.000 Leuchten auf LED umgestellt. Insgesamt werden damit gut 2,5 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr eingespart, was einem Sparpotential von etwa 910 Tonnen C02 entspricht. Zum Vergleich: Ein Hektar Wald speichert pro Jahr 13 Tonnen C02. ❐

1000 Jahre Pulling

Pulling wird heuer 1.000 Jahre alt. Grund genug, das runde Jubiläum des Freisinger Ortsteils mit einem großen Feierwochenende zu begehen. Begeistert zeigte sich Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher vom Programm der Feierlichkeiten: „Es ist beeindruckend, was die Vereine, Organisationen und viele Freiwillige dort auf die Beine gestellt haben!“ Im Jahr 1024 wird erstmalig in Freisinger Urkunden der Freibauer „Pullo“ erwähnt, der sich auf dem heutigen Gemeindegrund im Süd-Westen Freisings niedergelassen hat. Diese sowie weitere Höfe waren der Ursprung der Gemeinde Pulling, die 1818 gegründet wurde und damals Achering, Dürneck sowie Eggertshofen umfasste. Bereits 1886 wurde Pulling mit dem Zug auf der Bahnstrecke München–Regensburg erschlossen, was dem Ort seither reges Bevölkerungswachstum beschert. 1978 erfolgte die Eingemeindung in die Stadt Freising.

Die Feierlichkeiten am ersten Juli-Wochenende hatten für jeden Geschmack etwas zu bieten: von Kinderprogramm, Feuerlösch-Training, Kirchenumzug mit Fahnenabordnung und anschließendem Gottesdienst, Theateraufführungen und Livemusik bis hin zum Traktor-Pulling, einem Bremswagenziehen, bei dem über 50 Traktoren in verschiedenen Leistungsklassen antraten. Ein Höhepunkt: die Vorstellung einer umfangreichen 400-Seiten Chronik samt flankierender Ausstellung in der Mehrzweckhalle, die mit Vereinsgeschichten, Auszügen aus Gemeindeprotokollen, sowie altem Filmmaterial aufwartete.

Heimat braucht Gemeinschaft

Bei seinen Grußworten am Festsonntag verwies OB Eschenbacher auf Pullings bewegte Geschichte. Nach der Eingemeindung in die Stadt Freising habe der Ort zwar seine Selbstständigkeit verloren, allerdings hätten die dort ansässigen Vereine weiterhin stark und äußerst aktiv das Leben im neuen Freisinger Gemeindeteil gestaltet. „Die Geschichte kreiert die Heimat – und Heimat braucht immer Gemeinschaft“, unterstrich der Rathauschef.

Der Freisinger Landrat Helmut Petz lobte insbesondere Ortschronist Josef Pellmeyer für dessen umfangreiche Arbeit, in der viel Herzblut stecke. Der Pullinger per se sei eine Kämpfernatur, was sich auch im jahrelangen Widerstand gegen den Bau der 3. Startbahn am Münchner Flughafen zeige.

Dr. Florian Herrmann, Freisinger Landtagsabgeordneter und Chef der Bayerischen Staatskanzlei, sprach von „einer großartigen Feierlichkeit mit Fahnenweihe und Aktivitäten für alle Generationen“. „Wie das Leben vor 1.000 Jahren war, können wir uns nur schwer vorstellen und wie es in 1.000 Jahren sein wird, auch. Also leben wir eben in der Zeitstunde, in die wir geworfen wurden und gestalten unser Leben - am besten in Gemeinschaft wie in der aktiven Ortsgemeinschaft von Pulling. Danke allen, die das schöne Fest ermöglicht haben!“ **DK**

Kinderbibliothekspreis 2024:

Zeichen setzen für die Leseförderung

Bayernwerk verleiht Kinderbibliothekspreis und Lesezeichen
75.000 Euro für Leseförderung – Paul Maar-Preis geht an Anne Becker

Regensburg. Zum 18. Mal hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) bayerische Büchereien mit dem Kinderbibliothekspreis ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung im Marina-Forum in Regensburg statt. Unter dem Motto „leseZEICHEN SETZEN" führte Moderator Thomas Ohrner durch den Abend. Im Anschluss an die Verleihung des Kinderbibliothekspreises wurde an diesem Abend auch der nach dem Kinderbuchautor Paul Maar benannte Preis „Korbinian – Paul Maar-Preis für neue Talente" für Nachwuchsautorinnen und Nachwuchsautoren verliehen.



Die Preisträger des „Kinderbibliothekspreises 2024" sowie des „Korbinian - Paul Maar-Preis für neue Talente".
Bild: Alex Schelbert, wildcard/ Bayernwerk AG

Der Kinderbibliothekspreis ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert und zeichnet das Engagement der Einrichtungen für die Leseförderung im Kinder- und Jugendbereich aus. Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender des Bayernwerks, überreichte den Preis zusammen mit Ministerialrätin Dr. Elisabeth Donoughue, Referentin für Literaturförderung und Kulturelle Bildung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, an die fünf Preisträger. Dr. Egon Leo Westphal betonte: „Diese Auszeichnung ist eine Herzensangelegenheit. Mit diesem Preis setzen wir ein Zeichen für die Relevanz von Leseförderung. Lesen und Bildung sind Grundlagen individueller Entwicklung und damit ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft." In diesem Jahr geht der Preis an die Stadtbücherei Baunach in Oberfranken, die öffentliche Bücherei Wolframs-Eschenbach in Mittelfranken, die Gemeindebücherei Winhöring in Oberbayern und an die Bibliothek Markt Stockstadt in Unterfranken. Über den Sonderpreis darf sich die Gemeindebücherei Ergolding in Niederbayern freuen. Kunstminister Markus Blume betonte anlässlich der Verleihung: „Bücher, Bildung, Begeisterung – das bieten unsere Bibliotheken im Freistaat!"

„Korbinian – Paul Maar-Preis für neue Talente"

Um jungen Schriftstellern den Weg in die Literaturszene zu erleichtern, stiftet das Bayernwerk den mit 2.500 Euro dotierten Nachwuchspreis der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur. Den Paul-Maar-Preis „Korbinian" für neue Talente erhielt in diesem Jahr Anne Becker mit „Luftmaschentage" (Beltz & Gelberg). Überreicht wurde er von Dr. Claudia Maria Pecher, Präsidentin der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur.

Familienfreundliche Oasen

Die Stadtbücherei Baunach eröffnete ihre Türen 2013 im neu erbauten Bürgerhaus der Stadt. Ein neues Bibliothekskonzept macht die Bücherei seither für die veränderten Nutzungsbedürfnisse und aktuellen Medienbedarfe fit und zukunftsfähig. Dass Familien hier besonders willkommen sind, zeigt sich auch im Raumkonzept der Stadtbücherei. So fügen sich an die Reihen der Erwachsenenbücher Regale für Kindersachbücher. Gemütliche Sitzmöglichkeiten laden kleine und große Gäste zum Schmökern ein.

Die öffentliche Bücherei Wolframs-Eschenbach befindet sich in einem historischen Gebäude von 1638, das komplett renoviert wurde. Mit einem klaren Fokus auf Kinder und Familien kombiniert der traditionelle Bau moderne Architektur und Technik.

Für die Gemeindebücherei Winhöring stehen ihre kleinen Gäste an erster Stelle. So bietet die Bücherei beispielsweise ehrenamtliche Lesepatenschaften für Leseeinsteiger und Kinder mit Migrationshintergrund an. In Eltern-Kind-Gruppen können Kinder schon im frühen Alter ihre Freude am Lesen entdecken.

Die Bibliothek Markt Stockstadt wurde 2018 neugestaltet. Heute fußt die Bibliotheksarbeit auf einem Bibliothekskonzept, das vor allem die Leseförderung in den Mittelpunkt stellt. Die Bibliothek kooperiert mit zwei Schulen und vier Kitas vor Ort und bietet zahlreiche Veranstaltungen an, die allesamt ein Ziel verfolgen: die Freude am Lesen fördern.

Die regional bekannte Gemeindebücherei Ergolding befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft eines Kinderhorts, der Volkshochschule und der örtlichen Grund- und Mittelschule. Damit ist die Bücherei ein ideal gelegener Treffpunkt für Kinder und Familien. Eine helle Atmosphäre mit gemütlichen Sitz- und Leseecken und einem bunt gestalteten Lesegarten für Kinder lädt zum Verweilen ein. ❐

Vorschau auf GZ 15-16

In unserer Ausgabe Nr. 15-16/2024, die am 1. August 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Wasser/Abwasser**
- **Kommunaler Bau**
- **Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze**
- **Ortskernbelebung, Renovierung/Denkmalschutz**
- **Freizeitanlagen, Tourismus**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz



DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de
www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 1. August 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 15-16





BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Landesversammlung und Sommerempfang:

Taten statt wohlfeile Sprüche

Die Kommunen sehen sich vor enorme Aufgaben gestellt. Stefan Rößle, KPV-Landesvorsitzender und Landrat Donau-Ries, verdeutlichte dies im Rahmen der diesjährigen KPV-Landesversammlung mit anschließendem Sommerempfang in München u.a. anhand der Themen Entbürokratisierung, Krankenhäuser, Finanzen, Kinderbetreuung und Digitalisierung. Als Ehrengast hieß er Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann, MdL, willkommen.



V.l.: KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle, Innenminister Joachim Herrmann, GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, Bürgermeisterin Kathrin Alte, Alt-Bezirkstagspräsident Josef Mederer und Alt-MdL und -MdB Bartholomäus Kalb. Bild: GZ

2023 waren die kommunalen Ausgaben der Landkreise 2,5 Mrd. Euro höher als die Einnahmen. Für 2024 zeichnet sich eine weitere Verschärfung ab. Kommunen und Staatregierung müssten gemeinsam andere Lösungen finden, wenn dies die kommunale Kassenlage vor Ort nicht mehr zulässt. Dies jedoch brauche Zeit. Unliebsame Wahrheiten müssten anerkannt und ggf. geplante Investitionen zurückgestellt werden. Es stelle sich die Frage, ob die CSU nicht vorangehen sollte, wenn es darum geht, den Menschen vor Ort zu erklären, dass Projekte nicht mehr so einfach zu realisieren sind.



Immer im Einsatz für die Kommunalpolitik: Die Landtagsabgeordneten Maximilian Böltl und Wolfgang Fackler. Bild: GZ

Nachhaltige Entbürokratisierung

Seit Jahren setzt sich die KPV für eine nachhaltige Entbürokratisierung in den Verwaltungen und eine spürbare Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ein. Im Zuge ihrer Entbürokratisierungs- und Deregulierungsbestrebungen hat die Bayerische Staatsregierung nun einen ersten Gesetzentwurf, das sog. Modernisierungsgesetz, vorgelegt. Ziel ist eine „schlankere und effizientere Bayerische Bau- und Rechtsordnung".

Aufschrei der Kommunen

Ausdrücklich begrüßte der KPV-Vorsitzende den „Willen der Staatsregierung, Vereinfachungen vorzunehmen". Da der Aufschrei in den Kommunen und bei den Kommunalen Spitzenverbänden jedoch unüberhörbar sei, mahnte er an, die Inhalte entsprechend auszudiskutieren. Die kommunalen Vertreter müssten dabei auch ein Stück weit von ihrem „Perfektionismus und Gerechtigkeitswahn" abrücken, riet Rößle.

Mit Blick auf die kommunale Krankenhausversorgung wies er darauf hin, dass die vom Bund angestoßene Krankenhausreform nichts Gutes verheiße. Keinesfalls dürfe sie zu einem Kahlschlag der Grund- und Regelversorgung in Bayern führen.

Krankenhausreform verheißt nichts Gutes

Obwohl der Bund für die Zahlung der Betriebskosten zuständig ist, können über 80 Prozent der Krankenhäuser ihren laufenden Betrieb nicht mehr decken und rutschen in ein Defizit. Damit sie nicht Konkurs anmelden müssen, gleichen die Landkreise dies mit Mitteln der Kreisumlage

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

GVB-Verbandstag in München:

Als „Möglichmacher" den Wandel gestalten

Die Bedeutung von Zusammenarbeit und Anpassungsfähigkeit in Zeiten des Wandels stand im Mittelpunkt des 123. Verbandstags des Genossenschaftsverbands Bayern in München. Vor 800 Gästen bezeichnete der scheidende GVB-Präsident Gregor Scheller Genossenschaften als „Möglichmacher", die den gesellschaftlichen Zusammenhalt förderten.

Nach seinen Worten sind Genossenschaften durch ihre Nähe zum Kunden, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Nutzung digitaler Möglichkeiten anpassungsfähig und können zudem passgenaue Produkte anbieten. „Unsere Genossenschaften sind bestens aufgestellt, um den Wandel zu gestalten und den Anforderungen der jungen Generation gerecht zu werden", zeigte sich Scheller überzeugt.

Zunehmende gesellschaftliche Spaltung

Sorge bereitet dem GVB-Präsidenten allerdings die zunehmende gesellschaftliche Spaltung. Umso wichtiger sei in diesen Zeiten, „dass Genossenschaften verbinden, anstatt zu spalten". Sie seien nah am Menschen und in der Region verwurzelt, stünden in engem Kontakt mit ihren Mitgliedern und fänden Lösungen. Mit Blick auf das Übermaß an Regeln und Verordnungen für Unternehmen erklärte Scheller: „Der Staat will mich verwalten und ich habe keinen Raum mehr zu gestalten."

In seiner Begrüßung hatte Dr. Gerhard Walther, ehrenamtlicher Verbandspräsident und Vorsitzender des Verbandsrats Genossenschaftsverband Bayern, darauf verwiesen, dass nach einer Phase der Konsolidierung der GVB seit 2022 einen Gründungsboom bei Genossenschaften verzeichnet. In dieser Zeit seien 76 Genossenschaften gegründet worden. Allein im laufenden Jahr waren es bis zum 30.06.2024 bereits 22 neue Genossenschaften – ein Großteil von ihnen Wärmegenossenschaften, die ihren Mitgliedern dezentral aus regenerativen Quellen kostengünstige Wärmeenergie zur Verfügung stellen.

1.200 Mitglieder

Als 1.200stes Mitglied im Verband könne man nun die im Juni gegründete Pabst Pflanzenbau eG mit Sitz in Vierkirchen im Landkreis Dachau willkommen heißen. Sie wickelt den Verkauf der selbst erzeugten landwirtschaftlichen Produkte und Erzeugnisse der Pabst Einzelbetriebe ab. Mithilfe der Vermarktungsgenossenschaft sollen Verwaltung und Abrechnung erleichtert und die Verhandlungsposition gegenüber Abnehmern verbessert werden. Zudem übernimmt die Genossenschaft die Aufbereitung und den Transport der Produkte an die Endkunden.

Auch Walther hob die Rolle der Genossenschaften als Stabilitätsanker in Krisenzeiten hervor: „Sie repräsentieren unsere Wirtschaftsleistung, unsere Heimat, unsere Tradition." Er forderte die Politik auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Flexibilität und Eigenverantwortung unterstützen. „Die Bürokratie belastet die genossenschaftlichen Unternehmen, den gesamten Mittelstand und auch die Regionalbanken in nie dagewesenem Ausmaß. Wir sehen das in unserer Gruppe als die größte Sorge des Mittelstands – mehr noch als den Fachkräftemangel", mahnte Walther. Sein Appell: „Bürokratische Hürden hemmen unsere Innovationsfähigkeit und belasten die wirtschaftliche Entwicklung. Wir brauchen mehr Spielraum für unternehmerische Entscheidungen."

Gestalterische Kraft

Als weiteres Beispiel für die gestalterische Kraft der Genossenschaften bezeichnete der ehrenamtliche Präsident die Energiewende. Er plädierte für Anreize statt starrer Vorgaben, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, und betonte die Notwendigkeit flexibler Regelungen für ländliche Gebiete sowie die Unterstützung von Bürgerenergiegenossenschaften durch lokale Behörden.

Prof. Dr. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, sprach in seinem Festvortrag über die Herausforderungen des Standorts Deutschland und betonte die Bedeutung von Innovation und Anpassungsfähigkeit. Er forderte die Politik zum Handeln auf: „Die Wirtschaft stagniert. Uns fehlen die Aufträge in der Industrie und am Bau. Die wirtschaftliche Lage stabilisiert sich, aber wir erreichen keinen Auf-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Brandl und Pannermayr:

Klage gegen Bürokratieabbau-Pläne denkbar

Auf deutlichen Widerspruch der Städte und Gemeinden stoßen die aktuellen Bürokratieabbau-Pläne der Bayerischen Staatsregierung, wonach unter anderem das Baurecht in Bayern entschlackt und vereinfacht werden soll. Aus Briefen von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl und Städtetagsvorsitzendem Markus Pannermayr an Staatskanzleichef Florian Herrmann geht hervor, man werde verfassungsrechtlich prüfen lassen, ob einzelne Vorhaben einen unverhältnismäßigen Eingriff in die kommunale Planungs- und Satzungshoheit darstellen.

Wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung zum Bürokratieabbau angekündigt hatte, sollen für zahlreiche Maßnahmen keine Baugenehmigungen mehr erforderlich sein. Für völlig misslungen halten die Verbandschefs etwa die Abschaffung der staatlich angeordneten Stellplatzpflicht sowie die Abschaffung der Möglichkeit zur Regelung der Freiflächengestaltung in gemeindlichen Satzungen. Gleiches gelte für die vollständige Kommunalisierung und Lockerung der Spielplatzpflicht.

Vielfältige Einwände

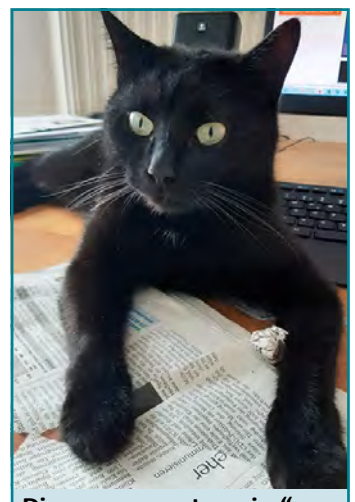
„Als politisch denkende Kommunalpolitiker fällt es uns schwer zu glauben, dass die Staatsregierung im Rahmen dieses Vorhabens den großen Schaden für die Allgemeinheit und den minimalen Nutzen für das Bauen ausreichend abgewogen hat", heißt es in dem Schreiben von Anfang Juli. Die avisierten Maßnahmen stellten „einen unfreundlichen Akt gegenüber den 2.000 Städten, Märkten und Gemeinden dar, dessen Effekt auf Baukosten und Bürokratie völlig untergeordnet sein wird".

Inhaltlich wirkten die Vorhaben völlig aus der Zeit gefallen und ignorierten die großen Themen unserer Zeit, namentlich die Klimaanpassung, die Biodiversitätskrise, die Notwendigkeit der Durchgrünung unserer Siedlungsbereiche, aber auch Fragen der Mobilitätswende und der Sozialgerechtigkeit. Städte und Gemeinden, die sich in Zeiten von Hitzestress und Artensterben aktiv der Gestaltung öffentlicher und privater Freiflächen verschrieben und eigene Konzepte entwickelt hätten, würden vor den Kopf gestoßen.

Kommunale Regelungsflut befürchtet

Wenn alle Kommunen nun selbst neue Satzungen erlassen müssen, sei eher mehr Bürokratie zu befürchten. Sollte die Staatsregierung wie angekündigt alle bayerischen Stellplatzsatzungen aufheben, müssten Gemeindetag und Städtetag ihren mehr als 2.000 Mitgliedern empfehlen, „erstmals oder zum wiederholten Male eine Stell-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die vom „overtoursim" geplagten Reiseziele Mallorca, Barcelona oder Venedig sollten sich, so Rathauskater Pino, in Berlin informieren, wie sich die Besucherzahlen in nur fünf Jahren um fast 30 Prozent senken ließen. Sein Tipp für den Sommer: „Mal etwas kürzertreten und unsere Heimat genießen." Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Aktuelles aus Landtag und Ministerrat 2
SGK: Gemeinsam für starke Städte und Gemeinden 2
Tafeln sind das soziale Gesicht Bayerns 2
GZ-Kolumne Eva Weber: Goldenes Buch für Kinder 3
Drohende Vogelgrippe-Pandemie: Bloß nicht schon wieder... . . 3
Kabinett zu Ladenschluss, Sprachtests, Verwaltungsgericht . . . 4
Kommunale Bauthemen. . . . . 5 - 8
Tourismus • Messen . . . . . 9 - 10
Wasser • Abwasser . . . . . 10 - 12
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 13 - 16

Ministerratsbeschluss für Bayerns Krankenhäuser:

Zusätzliche Investitionen

Bayern investiert erneut kräftig in die Krankenhäuser. Um auch in Zukunft eine breitgefächerte leistungsfähige Krankenhausversorgung im gesamten Freistaat sicherstellen zu können, müssen die Gebäude und Ausstattung der Krankenhäuser kontinuierlich modernisiert und ausgebaut werden. Der Ministerrat hat daher den Weg für elf neue Krankenhausbauvorhaben freigegeben. Mit diesen Projekten werden zusätzliche Investitionen mit einem Volumen von rund 452 Millionen Euro angestoßen.

Zu den berücksichtigten Projekten zählen im Jahreskrankenhausbauprogramm 2025 die Baumaßnahmen am Kreiskrankenhaus Freyung (Gesamtsanierung, Bauabschnitt 5; förderfähige Kosten: 22,63 Mio. Euro) und am Krankenhaus St. Josef Regensburg (Strukturverbesserung, 1. Bauabschnitt; 28,7 Mio. Euro).

Jahreskrankenhausbauprogramm 2026

Im Jahreskrankenhausbauprogramm 2026 wird das Klinikum Ingolstadt (Ertüchtigung Warentransportsystem; 23,3 Mio. Euro) bedacht und im Jahreskrankenhausbauprogramm 2027 die München Klinik Bogenhausen (Bauabschnitt 3 – Bestandssanierung, 31,1 Mio. Euro), das Oberpfalz Klinikum Neumarkt (Strukturverbesserung, 2. Bauabschnitt; 58,5 Mio. Euro), und das Bezirkskrankenhaus Günzburg (Neubau Klinik für Psychiatrie – Teilbereich 2; 53,5 Mio. Euro). 2028 werden schließlich das InnKlinikum Altötting (Bauabschnitt 3.2; 13,9 Mio. Euro), die Klinik Kitzinger Land (Sanierung, 3. Bauabschnitt; 38,7 Mio. Euro) und im Jahreskrankenhausbauprogramm 2029 das Sana Klinikum Hof (Sanierung, Bauabschnitt 3; 29,1 Mio. Euro), die Klinik Neustadt a. d. Aisch (Neubau Pflegetrakt; 84,9 Mio. Euro), sowie das Bezirkskrankenhaus Werneck (Neustrukturierung, Bauabschnitt 1; 67,6 Mio. Euro) berücksichtigt.

Laufendes Bauprogramm 2024 und 2025 bis 2029

Im laufenden Bauprogramm 2024 und den Bauprogrammen 2025 bis 2029 sind damit zusammen Projekte mit einem Gesamtvolumen von über 5 Milliarden Euro eingeplant. Einen Schwerpunkt bildet dabei der ländliche Raum. Mit über 3,1 Milliarden Euro ist gut 62 Prozent des im Krankenhausbauprogramm abgesicherten Gesamtvolumens für Projekte an Kliniken außerhalb der Ballungszentren vorgesehen.

Allein in den vergangenen zehn Jahren hat die Staatsregierung rund 5,5 Milliarden Euro Fördermittel für den Ausbau und die stetige Modernisierung an die bayerischen Kliniken ausbezahlt. Damit es in Bayern auch künftig keinen Investitionsstau gibt, wurde im Koalitionsvertrag die bedarfsgerechte Aufstockung des Krankenhausförderetats im Laufe der Legislaturperiode auf eine Milliarde Euro festgesetzt. **DK**



Bürgermeister und Bürgermeisterinnen-Empfang der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, v.l.: Mirjam Steiner, Bürgermeisterin der Gemeinde Syrgenstein; Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth und Vorsitzender der SGK Bayern; Christiane Feichtmeier, kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion; Holger Grießhammer, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Jürgen Schröppel, Oberbürgermeister der Stadt Weißenburg

Bild: SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Gemeinsam für starke Städte und Gemeinden

Einladung zum SPD-Bürgermeister*innen-Empfang im Bayerischen Landtag

„Mit Herzblut und Engagement gestalten sie das Leben in Bayerns Städten und Gemeinden – die SPD-Bürgermeisterinnen und Bürgermeister“, so heißt es in einem Bericht aus der SPD-Landtagsfraktion. Am 23. Juli wurden die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker im Bayerischen Landtag für ihren unermüdlichen Einsatz geehrt. Die SPD-Fraktion und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Bayern e.V. (SGK Bayern) luden zum Empfang, um nicht nur Dank auszusprechen, sondern auch gemeinsam über die aktuellen Herausforderungen und die notwendige Unterstützung durch die Landespolitik zu beraten.

„Unsere vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister setzen sich tagtäglich mit ihrer ganzen Kraft für ihre Städte und Gemeinden ein. Für dieses großartige Engagement wollen wir uns zusammen mit der SGK Bayern bei den SPD-Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bedanken“, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende Holger Grießhammer in seiner Begrüßungsrede. „Die Städte und Gemeinden sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie brauchen eine starke Stimme und tatkräftige Unterstützung, um die vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können. Nur gemeinsam können wir für starke Städte und Gemeinden sorgen und die Herausforderungen der Zukunft meistern“, so Grießhammer.

Aktuelle Herausforderungen in den Rathäusern

Neben dem Dank standen auch aktuelle Herausforderungen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth und Vorsitzender der SGK Bayern, hob in seinem Grußwort hervor: „Für die BayernSPD sind die Rathäuser die wichtigsten Bastionen für eine lebendige und starke Sozialdemokratie in Bayern. Deren Verteidigung, angefangen in München bis hin in den ländlichen Raum, ist eine Zukunftsaufgabe für die gesamte BayernSPD.“

Kämpfer für Bayerns Kommunen

Die Veranstaltung wurde von der kommunalpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion Christiane Feichtmeier moderiert, die die Rolle der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unterstrich und die notwendige Unterstützung durch die Landespolitik betonte: „Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind unermüdliche Kämpfer für ihre Kommunen. Es ist unsere Aufgabe als Landespolitiker, sie in ihrem Einsatz bestmöglich zu unterstützen.“

Mit dem Empfang setzte die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag ein starkes Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung für die unermüdliche Arbeit der SPD-Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Zugleich wurden wichtige Impulse für die zukünftige Zusammenarbeit und die Stärkung der kommunalen Ebene in Bayern gesetzt. ❒

Aktuelles aus dem Bayerischen Landtag

Vor der Sommerpause beschloss der Bayerische Landtag eine Reihe von Gesetzen, darunter Änderungen im Polizeiaufgabengesetz, das Cannabisfolgenbegrenzungsgesetz und das bayerische Bundeswehrgesetz. Ein Antrag der Grünen, wonach die Staatsregierung die 71 Landkreise in Bayern dafür entschädigen soll, dass der Freistaat zu wenig staatliches Personal in den Landratsämtern beschäftigt, fand dagegen keine Mehrheit.

Mit einer von CSU, Freien Wählern und AfD befürworteten Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) gibt es nun eine Rechtsgrundlage für den Einsatz der Verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform „Mit VeRA werden wir die Möglichkeiten der Kriminalpolizei zur effektiven Gefahrenabwehr und Verhütung von Straftaten weiter stärken“, kündigte Innenminister Joachim Herrmann an. Dabei werde großer Wert auf den Grundrechtsschutz der Bürger, den Datenschutz und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gelegt.

Kripo-Spezialisten

Nach Herrmanns Worten werden mit VeRA speziell geschulte Spezialisten der Kriminalpolizei vorhandene Daten schneller und effektiver auswerten sowie miteinander verknüpfen können: „Damit sollen Gefährder und Banden schneller ermittelt, kriminelle Netzwerke leichter entdeckt, mögliche Opfer besser geschützt und Straftaten möglichst im Vorhinein verhindert werden.“

Rechtsgrundlage für Kameraüberwachung

Darüber hinaus wird im PAG eine Rechtsgrundlage zur Übermittlung von Bildmaterial von an gefährdeten Objekten angebrachten Kameras an die Polizei verankert werden, soweit die Polizei an diesen Orten selbst Kameras aufstellen dürfte. Dies betrifft beispielsweise die Videoüberwachung an großen Verkehrsknotenpunkten wie an Bahnhöfen oder Flughäfen.

Verkehrskontrollen

Zudem wird im Gesetz die Durchführung von Verkehrskontrollen durch die Wasserschutzpolizei präzisiert. Des Weiteren wird die Bayerische Polizei künftig auch gegenüber denjenigen Personen Platzverweise aussprechen dürfen, die Polizeieinsätze behindern. Außerdem wird sie Meldeauflagen unter den gleichen Voraussetzungen wie die allgemeinen Sicherheitsbehörden, also die Gemeinden, aussprechen können.

Hasch-Verbote

Künftig komplett verboten ist der Konsum von Cannabis im Freistaat in Biergärten, auf Volksfesten und auch im Bayerischen Landtag. Zudem werden Cannabis-Produkte in Bayern nun grundsätzlich vom gesetzlichen Rauchverbot umfasst, das ohnehin in Innenräumen unter anderem von öffentlichen Gebäuden, Gaststätten und Kultur- und Freizeiteinrichtungen gilt.

Außerdem erhalten die Kommunen jetzt die Möglichkeit, über eine Verordnung ein Cannabisverbot auf weiteren öffentlichen Flächen wie Festivals oder belebte Plätze zu erlassen. Dies schützt laut CSU-Fraktionsvorsitzendem Klaus Holetschek die passiv betroffene Bevölkerung vor stark gesundheitsschädlichem Cannabisrauch und ist ein wichtiges Signal für den Jugend- und Gesundheitsschutz.

Hohe Geldbußen bei Verstößen

Bei Verstößen gegen das Konsum-Verbot drohen in Bayern hohe Geldbußen. Wer etwa in einer Gaststätte einen Joint raucht, muss mit einer Strafe von 1.500 Euro rechnen, im Wiederholungsfall sogar mit 5.000 Euro. Der Bußgeldkatalog gilt bereits seit Anfang April.

Mit dem neuen Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern werden landesrechtliche Regelungen angepasst, um den ungehinderten Zugang der Bundeswehr zu Forschung und Entwicklung an Hochschulen sicherzustellen, ihren Zutritt zu Schulen zu erleichtern und den Erfordernissen der Verteidigung und des Zivilschutzes in der Raumordnung Rechnung zu tragen. Zudem soll das militärische Bauen erleichtert werden, um den baulichen Investitionsstau beim Bund schneller und leichter abbauen zu können.

Neben CSU und Freien Wählern stimmte auch die SPD für den Entwurf, beklagte aber, dass die Koalition viele Änderungswünsche nicht berücksichtigt habe und deshalb bei einer möglichen Verfassungsklage die alleinige Verantwortung für juristische Versäumnisse oder Ungenauigkeiten trage. **DK**



Tafeln sind das soziale Gesicht Bayerns

„Bayern ist ein starker Sozialstaat, auf den sich die Bürgerinnen und Bürger, die Hilfe benötigen, verlassen können“, so Sozialministerin Ulrike Scharf anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Münchner Tafel. „Die Tafeln sind ein bedeutendes Gesicht des sozialen Bayerns! Hier bekommen die Menschen nicht nur Lebensmittel, die Mitarbeitenden der Tafeln schenken auch Wärme und Hoffnung. Darüber hinaus leisten die Tafeln einen wichtigen Beitrag gegen Lebensmittelverschwendung.“ Unser Bild zeigt Sozialministerin Ulrike Scharf mit Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter und der Vorstandsvorsitzenden und Gründerin der Münchner Tafel e.V., Hannelore Kiethe. Bild: StMAS / Schäffler

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernhard Ruß
Gemeinde Sand am Main
am 15.08.

Bürgermeister
Georg Held
Gemeinde Burk
am 29.08.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl Oberschmid
Gemeinde Winterbach
am 9.8.

Bürgermeister
Jakob Herbert Markt Großostheim
am 12.8.

Bürgermeister
Andreas Meyer
Gemeinde Münchsmünster
am 12.8.

Bürgermeister
Ludwig Entfellner
Gemeinde Unterwössen
am 13.8.

Bürgermeister
Jürgen Spahl
Gemeinde Rednitzhembach
am 13.8.

Bürgermeister
Klaus Meier
Stadt Neustadt a.d. Aisch
am 22.8.

Bürgermeister
Konrad Linner
Gemeinde Amerang
am 24.8.

Bürgermeister
Georg Rath
Gemeinde Herbstadt
am 3.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Elisabeth Schätz
Markt Haag i. OBB
am 4.8.

Bürgermeister Edgar Knobloch
Stadt Grafenwöhr
am 4.8.

Bürgermeister Peter Juks
Stadt Ochsenfurt
am 12.8.

Bürgermeister Karl-Philipp Ehrler
Markt Stammbach
am 13.8.

Bürgermeister
Dr. Stephan Winter
Stadt Mindelheim
am 13.8.

Bürgermeister Franz Moll
Gemeinde Oberndorf a. Lech
am 19.8.

Bürgermeister Norbert Eckl
Gemeinde Teunz
am 26.8.

Bürgermeister Volker Dittrich
Markt Zapfendorf
am 30.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Frühbeißer
Stadt Pottenstein
am 2.8.

Bürgermeister
Falk Sluyterman van Langeweyde
Stadt Schongau
am 3.8.

Bürgermeister Anton Piermeier
Gemeinde St. Englmar
am 9.8.

Bürgermeister
Friedrich Fleckenstein
Gemeinde Laufach
am 11.8.

Bürgermeister Jörg Neubauer
Gemeinde Weißenbrunn
am 11.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Bein
Gemeinde Hausen
am 8.8.

Landrat Jens Marco Scherf
Landkreis Miltenberg
am 12.8.

Bürgermeister
Dr. Michael Higl
Markt Meitingen
am 18.8.

Bürgermeister
Dr. Volker Karb
Gemeinde Schwebheim
am 21.8.

Bürgermeister
Bernd Ruppert Gemeinde Hausen
am 31.8.

Bürgermeister
Alexander Enthofer
Gemeinde Unterdießen
am 10.9.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Oliver Schönfeld
Gemeinde Bellenberg
am 5.8.

Bürgermeister
Stefan Baumgartner
Gemeinde Chamerau
am 8.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Tobias Steinwinter
Gemeinde Zöschingen
am 4.8.

Hinweis in eigener Sache: Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig.
Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bloß nicht schon wieder…

Angesichts drohender Vogelgrippe-Pandemie fordern Lokalpolitiker Corona-Aufarbeitung

Keine Klassenreise mehr. Kein Treffen am See. Die Freundin durfte nicht mehr zu Besuch kommen. Corona hat jungen Leuten arg zugesetzt, sagt Daniel Liebetruth, SPD-Stadtrat in Germering und Kreisrat im Kreis Fürstenfeldbruck. Manche, so der Gymnasiallehrer, leiden bis heute. Daniel Liebetruth sagt: Es wurden Fehler gemacht. Nicht aus bösem Willen, betont der Sozialdemokrat. Dennoch: Mit Blick auf eine drohende Vogelgrippen-Krise gelte es, aus Fehlern zu lernen.

„Wir hätten nach dem ersten Lockdown intensiver untersuchen müssen, ob Kinder- und Jugendeinrichtungen wirklich Pandemietreiber sind", sagt er. Zu lange Lockdowns hätten einige junge Leute bis heute geschädigt. Der Pädagoge beobachtet eine Zunahme an Angsterkrankungen: „Gerade in Bezug auf Schulangst haben wir mehr Fälle." Einige Kinder hätten durch die Schulschließungen den Anschluss verloren, ihre Leistungen seien noch immer nicht so wie vor Ausbruch der Krise. Zu bemerken sei weiter, dass das soziale Lernen, für das Schule ja auch stehe, zu lange auf der Strecke blieb.

Keine Vorwürfe

Daniel Liebetruth kritisiert vorsichtig. „Ich unterstelle jedem, dass er nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat", betont er. Eine Aufarbeitung hätte er sich dennoch mit Blick auf künftige Gesundheitskrisen gewünscht. Ohne dass jemandem ein Vorwurf gemacht würde: „Für Leute, die Verschwörungserzählungen verbreiten, habe ich kein Verständnis." Gleichzeitig verstehe er aber nicht, dass es keine ordentliche Aufarbeitung in Bayern geben soll. Dass hinter den parlamentarischen Kulissen Aufarbeitung versucht wird, etwa mit den freigeklagten Protokollen des RKI, ist ihm bekannt: „Doch ich habe die Files nicht gelesen."

Abgesehen davon, dass er es im Rückblick nicht richtig findet, wie mit Kindern und Jugendlichen umgegangen wurde, hält Daniel Liebetruth bis heute das meiste, was in der Corona-Krise angeordnet wurde, für richtig. Auch die Impfung. „Ich selbst habe mich frühestmöglich geimpft, ganz bewusst, denn mein Vater ist Dialysepatient", sagt er.

All die Schreckensbilder

Als sich der Vater dennoch mit Corona infizierte, war die Familie besorgt: „Ich glaube nicht, dass er ohne Impfung überlebt hätte." Überhaupt beschäftigt Daniel Liebetruth, dass so viele Menschen wegen der Corona-Krise heute nicht mehr unter den Lebenden weilen. Was in Bergamo passiert ist, gibt er zu, schockte ihn: „All die Schreckensbilder, wie das Militär die Leichen abtransportiert hat."

Wird eine Pandemie ausgerufen, bleibt Städten und Gemeinden nichts weiter übrig als das zu tun, was von oben befohlen wird. „Die kommunale Ebene war während der Corona-Krise außen vor", sagt Martin Sielmann, FDP-Mitglied des Marktgemeinderats sowie Kreisrat in Garmisch-Partenkirchen. Das findet er, auch mit Blick darauf, dass es zum Ausbruch einer Vogelgrippe-Seuche kommen könnte, schwierig: „Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die großflächigen Verordnungen oftmals nicht der Lage vor Ort entsprochen haben." Er wünscht sich beim nächsten Mal mehr Mitsprache der kommunalen Ebene.

Ebenso wie Daniel Liebetruth ist Martin Sielmann kein Verfechter langer Schließungen von Schulen, Kindergärten, Horten oder Sporteinrichtungen. Aber auch die Frage nach der Rechtsstaatlichkeit stellt sich ihm. Die Versammlungsverbote hielt er für viel zu restriktiv. Das gelte vor allem für Gemeinderäte und Kreistage: „Hier konnten per Ausnahmerecht Ferienausschüsse eingesetzt werden." Zum Nachteil politischer Minderheiten in den kommunalen Parlamenten. Negativ seien die Auswirkungen auch auf Parteien gewesen: „Durch die Einschränkung des Versammlungsrechts wurde die innerparteiliche Demokratie großenteils ausgehebelt."

Ohne Legitimation

Falsch war es in seinen Augen auch, die Lockdowns durch die Exekutive und nicht parlamentarisch beschließen zu lassen. „Aus Sicht vieler Bürger fehlte die demokratische Legitimation", konstatiert er. Die Tatsache, dass das Versammlungsrecht gleichzeitig ausgehebelt war, habe die Rückkopplung zwischen Staat und Bürgern massiv erschwert.

Viele beobachten wie Martin Sielmann, dass sich eben dadurch Parallelwelten von Corona-Kritikern zu bilden begannen. Diese Menschen hatten zunehmend das Gefühl, als würde ihnen die Schlinge um den Hals gelegt. Und immer enger zugezogen. „Nach meinem Eindruck entstand bei vielen die Meinung, der Staat wolle uns für immer, mindestens für lange Zeit, die demokratischen Grundrechte entziehen", so Martin Sielmann.

Wenig eigene Möglichkeiten

Gerhard Wirner, Grünen-Stadtrat in Zirndorf, bestätigt, dass ein eigenständiger Umgang mit Krisenphänomenen vor Ort, während der Corona-Zeit kaum in Frage kam: „Wir hatten nur wenig Möglichkeiten einer eigenen Ausgestaltung." Wobei der Soziologe zu den wichtigsten Maßnahmen steht. Sowohl das Maskentragen als auch das Impfen seien „sehr sinnvoll" gewesen. „Wissenschaft spielte eine zentrale, positive Rolle bei der Bewältigung", sagt er und verweist auf Coronatests sowie die schnelle Impfstoffentwicklung. Er habe „Hochachtung" vor der Wissenschaft in der Corona-Krise: „Auch das RKI betreffend."

Als problematisch wertete der Zirndorfer die Entscheidung der Ministerpräsidentenrunde, Ende Oktober 2020 keinen stärkeren Lockdown zu verhängen: „Als Folge explodierten die Corona-Zahlen, Weihnachten 2020 gab es die meisten Todesfälle." Falsch sei es weiter gewesen, dass sich Armin Laschet und andere Anfang 2021 für Lockerungen ausgesprochen hätten: „Die Zahlen explodierten wieder." Zu reflektieren wäre auch die Rolle der Medien.

Heikle Aufarbeitung

Gerhard Wirner plädiert für die Einrichtung einer Enquete-Kommission. Die Schwärzungen in den RKI-Protokollen findet er nicht okay. Gerade hier sei eine öffentliche Aufarbeitung notwendig. Für ihn sei in der Aufarbeitung zentral, darüber nachzudenken, wie man verhindern könnte, dass bei einem nächsten Mal Leugnung, Verschwörung und Impfverweigerung wieder „diese enorme Bedeutung" bekommen.

Sehr dicht am Geschehen war Günter Helmbrecht, Grünen-Stadtrat sowie Schulreferent der Stadt Pfaffenhofen. Die pandemiebedingte Notwendigkeit des Homeschoolings habe für die Pfaffenhofener Schüler, Eltern und Lehrer bestmöglich umgesetzt werden können, resümiert er.

„Bei uns marschieren die Montagsspaziergänger immer noch", teilt Willi Dräxler, Stadtrat von der Brucker Bürgervereinigung (BBV) in Fürstenfeldbruck, mit. Das sieht er kritisch. Wobei der BBV-Kommunalpolitiker auch vieles, was während der Corona-Krise passiert ist, inzwischen skeptisch sieht. Aufgrund eigener Beobachtung. Ob die Impfung irgendetwas gebracht hat, darauf hat er bis heute keine rechte Antwort. „Eine Bekannte von mir, 90 Jahre alt, hat sich nicht impfen lassen, sie bekam Corona und hat das so locker weggesteckt wie eine normale Grippe", erzählt er. Mehrere seiner Freunde hätten sich nicht impfen lassen.

Nicht mehr in die Kneipe

Auch eine Stadtratskollegin. Die durfte dann nach der Sitzung nicht mehr mit den andern in die Kneipe: „Da bin ich aus Solidarität auch nicht mitgegangen." Für Willi Dräxler war klar, dass Impfen jedermanns ureigene Entscheidung sein müsse. Er selbst habe sich dreimal impfen lassen: „Weil ich nicht ausgeschlossen werden wollte." Eine vierte Impfung wollte er allerdings auf keinen Fall nehmen.

In den Krankenhäusern habe es schwierige Fälle gegeben, auch seien dort Menschen an Corona gestorben. Von vielen der Verstorbenen sei allerdings bekannt, dass sie Vorerkrankungen gehabt hätten. Wie Willi Dräxler zuverlässig weiß, starben zum Teil auch Corona-Kranke mit Impfung. Im übrigen habe er selbst trotz Impfung Corona bekommen. Von einer jungen Frau, Anfang 20, die sich hat impfen lassen, weiß er, dass sie nicht nur Corona bekam, sondern jetzt auch noch unter Long-Covid leidet.

„Durch all diese Beobachtungen bin ich zunehmend skeptischer geworden", räumt der BBV-Mann ein. Er sei allerdings bis heute nicht in der Lage, abschließend zu bewerten, was richtig und was falsch war. Mit den freigeklagten RKI-Protokollen habe er sich nicht beschäftigt: „Ich habe einfach nicht die Zeit." Als schwierig empfindet er es, dass durch die Corona-Krise immense Kosten verursacht wurden: „Während andere immense Gewinne gemacht haben." „Oberärgerlich" seien die Maskendeals: „Was hier abging, war wirklich eine Schweinerei." Im Übrigen habe er beobachtet, dass sich auch Menschen, die akribisch Maske trugen, infizierten.

Schon bald, nachdem es 2020 losging habe er erkannt, dass es sich um eine „Plandemie" handelt, sagt frank und frei Wolfgang Buttner, ÖDP-Kreisrat in Landsberg am Lech. Wolfgang Buttner ist 67 Jahre alt, von Beruf Maschinenbauingenieur und als Energieberater tätig. Für ihn war die Corona-Krise eine „irre Zeit". So habe ein Freund von ihm, weil er ohne Maske in der Landsberger Lechstraße erwischt worden war, 5.000 Euro an Strafe zahlen müssen.

„Ich hatte von Anfang an im Kreistag eine andere Meinung, ich sagte die auch, doch das wurde von der Presse komplett ignoriert", berichtet er. Auch von seinen Kollegen habe er sehr wenig Zuspruch erhalten. Es war ihm sogar vorgeworfen worden, dass er das Gremium „für seine Informationen missbrauche": „Ich gelte bis heute als Verschwörungstheoretiker."

Die freigeklagten RKI-Protokolle belegen für ihn, dass alles wahr war, was die Kritiker der Corona-Maßnahmen von Anfang an gesagt haben: „Masken helfen nicht, auch die Impfung hilft nicht vor Ansteckung, dafür gibt es jede Menge Kollateralschäden." Persönlich habe er niemanden gekannt, der an Corona verstorben wäre, wobei völlig klar sei, dass auch am Corona-Virus, wie bei jeder Grippe, Menschen gestorben seien.

Mit einer gewissen Sorge blickt Wolfgang Buttner auf die weitere Entwicklung in Bezug auf die Vogelgrippe. Die US-Gesundheitsbehörde CDC bestätigt ständig weitere Fälle von Vogelgrippe beim Menschen. Mitte Juli meldete Australien den ersten menschlichen Fall von Vogelgrippe A. Die Regierung in den USA zahlte Moderna laut „Spiegel" inzwischen 176 Millionen Dollar, um die Entwicklung eines pandemischen Grippeimpfstoffs zu beschleunigen. **Pat Christ**

Hier geht es zu den RKI-Files

„Ich brauche Informationen. Eine Meinung bilde ich mir selbst", meinte Charles Dickens. Aus diesem Grund stellt die Bayerische GemeindeZeitung an dieser Stelle Links zur Verfügung, über die angeblich sämtliche ungeschwärzten RKI-Files eingesehen werden können. Sie entstammen Leaks, die eine Journalistin im Rahmen einer Pressekonferenz am 23.7. um 10 Uhr in Berlin zugänglich machte. Quelle sei ein Whistleblower rsp. Whistleblowerin aus dem RKI, der/die aus einer Gewissensentscheidung der Öffentlichkeit diese Informationen zur Verfügung stellen wollte.

„Wir beenden das Drama um die Schwärzungen der #RKIProtokolle an dieser Stelle. Hier kommt der komplette Datensatz aller Sitzungsprotokolle des @rki_de-Krisenstabs, von 2020 bis 2023, ungeschwärzt, inklusive 10 GB Zusatzmaterial", hieß es deshalb in einer Pressemitteilung. Unter www.rki-transparenzbericht.de kann die Pressekonferenz ebenso eingesehen werden, wie alle Protokolle, Zusatzmaterial und eMails. ❐

GZ KOLUMNE Eva Weber



Liebe Leserinnen und Leser,

Als ich zur Oberbürgermeisterin gewählt wurde, war mein Patenkind acht Jahre alt. Als Grundschulkind lernt man dann ja auch, wer im Rathaus sitzt und was der Stadtrat so macht und wie das Stadtwappen aussieht (und die OB-Patentante bekommt dann stolz erzählt, dass man in der HSU-Probe alle Punkte hatte und man natürlich gewusst hat, wie die Oberbürgermeisterin heißt). Und man lernt, dass es ein Goldenes Buch gibt, in dem die Gäste der Stadt sich verewigen dürfen. Dies brachte mein Patenkind darauf zu fragen, dass sie eine total tolle Idee für eine Zeichnung hätte und ob sie nicht auch mal in das Goldene Buch malen darf.

Goldenes Buch für Kinder

Auch wenn das natürlich nicht geht, wurde mit dieser Frage eine Idee geboren: Das erste Goldene Buch der Stadt Augsburg für Kinder. Seit vielen Jahren praktizieren wir in Augsburg das Konzept „Lernort Rathaus", mit dem wir vor allem Grundschulklassen, inzwischen aber auch Hort- und Kitagruppen einladen, das Rathaus zu erkunden und im Gespräch mit Mitgliedern der Stadtspitze oder des Stadtrates ins Gespräch zu kommen und vor Ort zu lernen, was Stadt eigentlich ausmacht. Und auch darüber hinaus kommen oft unterschiedliche Gruppen von Kindern und Jugendlichen ins Rathaus. Die Gesprächsrunden, die ich mit unseren jüngsten Bürgerinnen und Bürgern dabei schon haben durfte, waren oft spannend und intensiv. Denn die jungen Augsburgerinnen und Augsburger wachsen in einer Medienwelt auf und sind über viele aktuelle Dinge mehr als auf dem Laufenden.

Mir ist bei Kinder-Besuchen im Rathaus immer wichtig, den kleinen Augsburgerinnen und Augsburgern diesen Demokratieort ans Herz zu legen, ihnen zu erklären, dass es ihr Rathaus ist und dass Politik – vor allem Kommunalpolitik – alles andere als langweilig oder nicht relevant für uns alle ist.

Mit dem Goldenen Buch der Stadt Augsburg für Kinder haben wir nun einen Baustein der Wertschätzung geschaffen. Dass sie sich im Rathaus verewigen dürfen, mit Zeichnungen, Sprüchen, Stempeln oder Unterschriften, macht die Kinder stolz. Stolz auf sich selbst, aber auch stolz auf die Stadt, auf ihre Stadt. Und damit ist ein guter Baustein gelegt dafür, dass Kinder Demokratie wertschätzen lernen und verstehen, dass sie ein ganz wesentlicher Teil davon sind.

Ich freue mich jetzt auf viele Einträge der Jungaugsburgerinnen und -augsburger. Sei es bei Schulbesuchen oder vom Engele bei der Eröffnung des Christkindlesmarktes oder weil Kinder eine herausragende Leistung errungen haben – ich bin mir sehr sicher, dass das Goldene Buch der Stadt Augsburg für Kinder ein sehr buntes Dokument der Zeitgeschichte wird.

Apropos bunt: Der erste Eintrag hat natürlich meinem Patenkind gebührt. Es hat das Turamichele gemalt. Wer wissen will, was das ist, dem empfehle ich einen Besuch in Augsburg rund um den Michaelitag.

Ihre Eva Weber

Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

Ladenschlussgesetz/Sprachtests/Verwaltungsgericht:

Bayerisches Kabinett gibt grünes Licht

Der Freistaat wird auf Beschluss des Ministerrats ein eigenes Bayerisches Ladenschlussgesetz (BayLadSchlG) erhalten. Damit wird der Koalitionsvertrag für die aktuelle Legislaturperiode umgesetzt, der weitere lange Einkaufsnächte und den durchgängigen Betrieb digitaler Kleinstsupermärkte als neue Form der Nahversorgung vorsieht. Das BayLadSchlG ersetzt das Bundesladenschlussgesetz von 1956.

Laut neuem Ladenschlussgesetz werden die allgemeinen werktäglichen Öffnungszeiten von 6 bis 20 Uhr beibehalten. Das grundsätzliche Verbot der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen ist verfassungsrechtlich geschützt und wird nicht angetastet. Weiterhin erlaubt sind bis zu vier anlassbezogene verkaufsoffene Sonn- oder Feiertage pro Jahr, die durch die Gemeinden selbst festgesetzt werden.

Einkaufsnächte

Städte und Gemeinden bekommen erstmals die Möglichkeit, pro Jahr bis zu acht längere anlasslose Einkaufsnächte von Montag bis Samstag bis 24 Uhr abzuhalten. Künftig bedarf es keiner Genehmigung durch die Bezirksregierungen mehr.

Digitale Kleinstsupermärkte wurden bislang als reine Warenautomaten angesehen, fielen folglich nicht unter das Ladenschlussgesetz des Bundes und durften an Werktagen 24 Stunden öffnen, an Sonn- und Feiertagen eingeschränkt.

Ausnahme im BayLadSchlG

Nach aktueller Rechtsprechung werden digitale Kleinstsupermärkte als Verkaufsstellen gewertet und unterliegen damit dem Ladenschlussgesetz des Bundes. Damit ein durchgehender Betrieb auch während der allgemeinen Ladenschlusszeiten sowie an Sonn- und Feiertagen möglich ist, bedarf es im BayLadSchlG einer Ausnahme. An Sonn- und Feiertagen dürfen diese nun generell öffnen.

Den zeitlichen Rahmen gibt die jeweilige Gemeinde vor. Eine Beschränkung des Sortiments digitaler Kleinstsupermärkte ist gegenüber dem üblichen Warenangebot von Supermärkten nicht vorgesehen. Die maximal zulässige Verkaufsflächengröße beträgt 150 Quadratmeter.

Sonn- und Feiertagsverkauf in Tourismusorten

Der Sonn- und Feiertagsverkauf in Tourismusorten an bis zu 40 Tagen im Jahr bleibt erhalten, sofern er auf ein bezirksbezogenes Warensortiment sowie touristisch relevante Warengruppen und Lebensmittel, die zum sofortigen Verzehr geeignet sind, beschränkt ist. In diese Kategorie fallen derzeit etwa 500 der 2.056 bayerischen Gemeinden. Durch konkretisierte Kriterien sollten künftig im Wesentlichen die bisherigen Ausflugs- und Wallfahrtsorte ihren Status beibehalten können. Das Verfahren zur Bestimmung der Ausflugs- und Wallfahrtsorte wird jedoch flexibilisiert.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hob vor allem das Ermöglichen acht langer Einkaufsnächte jährlich sowie die Öffnung der digitalen Kleinstsupermärkte auch an Sonn- und Feiertagen hervor: „Damit haben wir die Koalitionsvereinbarun-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Taten statt wohlfeile ...

(Fortsetzung von Seite 1)
aus. Laut Rößle gibt es Landkreise, die ihre Kreisumlage um 4 bis 5 Prozentpunkte erhöhen mussten. Die Folge: An anderer Stelle muss gespart werden.

Vor große Herausforderungen gestellt sehen sich die Städte und Gemeinden auch beim anstehenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab dem Schuljahr 2026/27. Im Hinblick auf dessen Umsetzung hat die Bayerische Staatsregierung angekündigt, die ungekürzten Bundesmittel für die Betriebskosten ab 2026 an die Kommunen weiterzuleiten und das Ganztagsausbauprogramm zu verbessern. Auch bekennt sich der Freistaat zur Verantwortung der Schulen für die Betreuung am Freitagnachmittag in Schulwochen und will überdies die organisatorische Mitwirkung der Schulen an der Ferienbetreuung regeln.

Nachdem die Ergebnisse aus Rößles Sicht bislang nicht zufriedenstellend gewesen sind, bewege sich die Staatsregierung nun erfreulicherweise. Die kommunale Seite begrüße die genannten Maßnahmen, jedoch müssten Baustellen wie etwa die alleinige kommunale Verantwortlichkeit für die Ferienabdeckung für alle Angebotsformen noch bearbeitet werden.

Verbesserungen sind auch beim Thema Digitalisierung zu vermelden. Wie der KPV-Vorsitzende betonte, stelle beim wichtigen Thema Digitalisierung von Schulen der hohe Bedarf an IT-Ausstattung kommunale Träger vor große Herausforderungen. Auf Initiative der AKDB sei die Bayerische Kommunale IT-Einkaufsgenossenschaft eG, kurz BayKIT, gegründet worden. Sie beschafft zunächst im Schulbereich Hardware sowie damit verbundene Dienstleistungen für ihre Mitglieder bzw. Genossen. Diese können sich dadurch zukünftig individuelle und in eigener Verantwortung durchzuführende, komplexe und somit teure Vergabeverfahren sparen und diese Aufgabe an die BayKIT abgeben.

KI könnte mehr bringen

Insgesamt aber hinke Deutschland bei der Nutzung von KI auch in der Kommunalverwaltung noch deutlich hinterher, bemängelte Rößle. Bestes Beispiel: Kfz-Zulassungsstelle. Hier könnten, wie in anderen Ländern bereits geschehen, schon längst Chatbots zum Einsatz kommen. Es gilt, Verwaltungsleistungen zu analysieren und zu optimieren mit dem Ziel, die Sachbearbeitung durch digitale Ende-zu-Ende-Prozesse zu entlasten.

Weitere politische Impulse setzte Kommunalminister Joachim Herrmann. Nach seinen Ausführungen „müssen wir auf Landesebene kommunalpolitische Themen nun intensiv angehen“. Mit der Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2026 dürfe man nicht erst nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr beginnen. Dabei spiele das Thema Finanzen eine große Rolle. In allen Bereichen stiegen die Ausgaben schneller als die Einnahmen, wobei die Kommunen in Bayern insgesamt finanziell immer noch besser dastünden als in den meisten anderen Bundesländern. „Bayern ist nur so stark wie seine Kommunen stark sind. Das müssen wir auch leben!“, unterstrich Herrmann.

Schwierige Flüchtlingspolitik

Nicht nur ums Geld, sondern auch um die Frage, wie Integration zu gestalten ist, geht es bei der Flüchtlingspolitik. Überhaupt noch neue Unterkünfte für Flüchtlinge zu schaffen, sei mittlerweile äußerst schwierig, konstatierte der Minister. Bei den ukrainischen Flüchtlingen sei die Hilfsbereitschaft hierzulande groß gewesen. Allein über 160.000 Frauen und Männer habe der Freistaat aufgenommen – „deutlich mehr als die gesamte französische Republik“.

Einige seien auf einem guten Weg der Integration, jedoch habe die Tatsache, dass Ukrainern im Gegensatz zu anderen Flüchtlingen sofort deutsches Bürgergeld gezahlt werde, auch dazu geführt, dass mitunter zunächst einmal kein unmittelbar großer Anreiz verspürt werde, sich sofort nach Arbeit umzusehen, führte Herrmann aus. Die CSU habe von Anfang an davor gewarnt. Nun müsse man zu der „eigentlichen, noch im Frühjahr 2022 geltenden Rechtslage, wonach auch solche Bürgerkriegsflüchtlinge Asylbewerberleistungen erhalten, wieder zurückkommen“, forderte der Innenminister. Hierfür setze Bayern sich auch auf Bundesebene ein.

Generell ist aus seiner Sicht „eine grundlegende Änderung in der Asylpolitik des Bundes“ erforderlich. Kanzler und Innenministerin gäben zwar „wohlfeile Sprüche“ von sich, „jedoch passiert zu wenig“. Immerhin habe die CSU in den vergangenen Jahren durchgesetzt, die

Grenzkontrollen deutlich auszudehnen. Dass die Flüchtlingszahlen dadurch merklich zurückgingen, belegten vermehrte Kontrollen an der tschechischen, polnischen und schweizerischen Grenze seit Oktober 2023. „Die illegale Migration ist zahlenmäßig um mindestens ein Drittel reduziert worden. Das ist schon eine ganze Menge, aber immer noch nicht genug“, stellte der Minister klar und ergänzte: „Das Schengen-Abkommen sieht vor, dass an den EU-Außengrenzen konsequent kontrolliert wird. Funktioniert dies nicht, weil es von vielen EU-Ländern nicht praktiziert wird, müssen wir im eigenen Interesse wieder dazu kommen, eigene Grenzkontrollen durchzuführen.“ Mit der bayerischen Grenzpolizei, die bis 2028 nochmals deutlich verstärkt werden soll, sei der Freistaat schon jetzt gut aufgestellt.

Für die Integration auf kommunaler Ebene erachtet es Herrmann als wichtig, „dass wir nun im Ministerrat das Konzept zur frühen Sprachstandsdiagnose für Kinder festgelegt haben“. Immer mehr Eltern nähmen wahr, dass der Lernfortschritt der eigenen Kinder darunter leidet, wenn in der Klasse immer mehr ausländische Kinder keine ausreichenden Deutschkenntnisse besitzen. Deshalb werde jedes Kind künftig eineinhalb Jahre vor der Einschulung auf seine Sprachkenntnisse getestet. Im Fall von Defiziten werde es eine verpflichtende Sprachförderung geben. Erst danach sei eine Einschulung in die Regelklasse möglich.

Entbürokratisierung

Mit Blick auf das Thema Entbürokratisierung meinte der Minister: „Wir müssen nach Jahren der Ankündigung jetzt wirklich Nägel mit Köpfen machen.“ Er respektiere jede Kritik an den aktuellen Plänen der Staatsregierung, „aber wir können uns nicht leisten, dass wir am Jahresende nichts vorzuweisen haben“. Jeder, der einen konkreten Vorschlag habe, möge sich bei ihm melden, bot Herrmann an.

Er bedauere sehr das Vorgehen von Bayerischem Städtetag und Gemeindetag (siehe dazu Bericht Seite 1). Dies könne nicht „Sinn der Sache sein“. Man müsse sich wieder darauf konzentrieren, was tatsächlich an Regelungen notwendig ist. Ständig neue Vorschriften gingen mit dem Einsatz von immer mehr Personal einher, das mit Blick auf die demografische Entwicklung jedoch nicht mehr zu bekommen sei. Hier müsse die Kommunikation deutlich verstärkt werden, meinte Herrmann und bat die KPV abschließend, sich um dieses Thema „intensiv zu kümmern“. **DK**

Klage gegen Bürokratie...

(Fortsetzung von Seite 1)
platzsatzung zu erlassen“. Klagen über eine bayerweite Regelungsflut seien damit vorprogrammiert. Gleiches gelte für den nunmehr notwendigen und sehr wahrscheinlichen Erlass von über 2.000 Spielplatzsatzungen.

Auch der bdla Bayern rät dringend davon ab, den Kommunen die Möglichkeit zu entziehen, kommunale Freiflächen- und Grüngestaltungssatzungen als örtliche Bauvorschriften zu erlassen, bzw. die bestehenden Satzungen außer Kraft zu setzen. Die genannten Änderungen seien „inakzeptabel“ und vermittelten, „dass der Eigentümer die Freiflächen seines Grundstücks zunehmend nach Belieben gestalten oder nutzen kann, gerne auch zu Ungunsten des Ortsbildes, des lokalen Klimas, des Wasserhaushalts, der Artenvielfalt – unserer wichtigsten Umweltgüter im Siedlungszusammenhang“.

Völlig falsches Signal

Wörtlich heißt es in der Stellungnahme des Ersten Vorsitzenden Dr. Johannes Gnädinger: „Mit den letzten Änderungen der BayBO wurde die ordnende und steuernde Rolle der Gemeinde gestärkt. Mit dem vorliegenden Änderungsentwurf wird nun das genaue Gegenteil erreicht. Ein völlig falsches Signal – es begünstigt eine fehlgeleitete Freiheit bei Eigentümern, während es zu Frustration bei Kommunalpolitikern, Gremien, Kommunalverwaltungen, bürgerschaftlich Engagierten und zu Verwirrung, wenn nicht Zwist bei den Bürgern führt.“

Eine bürokratische Entlastung bei den Kommunen sei nicht erkennbar, im Gegenteil. Denn nun müsse sich die Gemeinde selbst um (zusätzliche) Aufgaben kümmern, die zuvor dem Eigentümer oblagen... „Eine bizarre Vorstellung, erst recht, da die Inhalte und Resultate von mehr als zweifelhafter Qualität sind.“

Aus Gründen einer vorgeblichen Entbürokratisierung werde jetzt die kommunale Planungshoheit geschwächt. Der tatsächliche Effekt sei die Stärkung des Individualinteresses und des Eigennutzes sowie die Schwächung des Gemeinnutzens. Der bdla Bayern empfiehlt deshalb eine „grundlegende Überarbeitung“. **DK**

Als „Möglichmacher“ ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schwung. Um wieder angemessene Wachstumsraten zu erreichen, braucht Deutschland ein umfassendes wirtschaftspolitisches Reformpaket. Es geht um die Stärkung des Arbeitsangebots, der Investitionsbereitschaft und der Innovationen.“

Der demografische Wandel führe zu weniger Erwerbstätigen, erläuterte Fuest. Dies sei „Gegenwind für das Wachstum“. Hinzu komme, dass in Deutschland im Jahr pro Beschäftigen am wenigsten gearbeitet wird. Da Arbeitskräfte zwingend erforderlich seien, gelte es, sich mit der Frage zu befassen, weshalb so viele Menschen Teilzeit arbeiten wollen. Das betreffe vor allem Frauen bzw. Mütter.

Ans Klima anpassen

Fuest zufolge ist es erforderlich, sich an die Klimaerwärmung anzupassen. Dafür müsse man investieren und dekarbonisieren. Dies sei mit gewaltigen Anstrengungen verbunden.

Fuest plädierte auch dafür, bürokratische Vorgaben zu hinterfragen. Viele in den vergangenen Jahren beschlossene Gesetze entfalteten weder einen wirtschaftlichen noch ökologischen Nutzen, sie schadeten nur und produzierten Bürokratie. Dies gelte sicher für die EU-Taxonomie für Nachhaltige Entwicklung, die „komplett geschreddert“ werden könne.

Auch das Energieeffizienzgesetz sei ein Desaster: „Wir verabschieden Gesetze, von denen wir wissen, wir wollen diese gar nicht anwenden. Die ESG-Berichterstattung führt zu noch mehr Bürokratie und die Lieferkettensorgfaltsgesetzgebung, die geprägt ist von Misstrauen gegenüber Unternehmen, kann genauso in den Schredder, denn sie führt dazu, dass Vorschriften erlassen werden, die wir sowieso alle teilen. Wir brauchen stattdessen zum Beispiel strenge Strafen bei Kinderarbeit.“

Fuest machte abschließend darauf aufmerksam, dass die Abschaffung der Schuldenbremse keine Probleme löse. Das Augenmerk müsse auf mehr Investitionen gelegt werden. Deutschland verfüge nach wie vor über sehr viel Substanz. Dafür sorgten der Mittelstand und Hidden Champions mit einer breiten Streuung über viele Branchen. Auf diese Unternehmen müsse die Wirtschaftspolitik ihr Augenmerk richten.

Zum Abschluss des Verbandstags ergriff Stefan Müller das Wort. Der bisherige Bundestagsabgeordnete aus Erlangen wird zum 1. August Scheller als GVB-Präsident nachfolgen. Müller sieht den GVB als Impulsgeber im genossenschaftlichen Verbund und als eine der größten Mittelstandsvereinigungen des Freistaats. Er wolle weiter daran arbeiten, dass der GVB auch künftig ein starker, innovativer Dienstleister für die Mitglieder bleibe, kündigte er an.

Inzwischen übergab Gregor Scheller bei einem Festakt in München Stefan Müller offiziell die Amtsgeschäfte. Zahlreiche Ehrengäste nahmen an der Feier teil, um Schellers herausragende Leistung und seinen Einsatz für das Genossenschaftswesen zu würdigen. Als langjähriger Bankvorstand prägte er maßgeblich die Entwicklung der heutigen VR Bank Bamberg-Forchheim und engagierte sich intensiv in verschiedenen Gremien auf Bundes- und Landesebene. „In den letzten zwei Jahren hat Gregor Scheller im GVB als Präsident wichtige Weichenstellungen für die Zukunft des Verbands vorgenommen“, lobte Gerhard Walther. Für seine Verdienste erhielt Scheller die Raiffeisen-Schulze-Delitzsch-Medaille in Gold, die höchste Ehrung der genossenschaftlichen Organisation in Deutschland.

Söder: Wirtschaftliche Fundamente

Ministerpräsident Dr. Markus Söder unterstrich in seinem Grußwort Schellers unermüdlichen Einsatz für die Anliegen der Genossenschaften und würdigte seinen bedeutenden Beitrag zur Stärkung des Genossenschaftswesens in Bayern. Zudem bekannte er sich zum Mittelstand sowie zu regionalen Bankengruppen wie den bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken: „Der ländliche Raum ist die Seele des Freistaats. Mittelstand und Familienunternehmen sind unser wirtschaftliches Fundament und machen uns auch international stark. Dafür steht der Genossenschaftsverband Bayern in besonderer Weise. Besonders wichtig sind dabei die Genossenschaftsbanken. Sie sind ideale Partner gerade für kleine und mittlere Unternehmen. Mit ihrer regionalen Verankerung kennen sie die Verhältnisse vor Ort genau. Für sie werden wir auch in Europa kämpfen. Die Staatsregierung ist und bleibt ein starker Partner.“

Wie Verbandsratsvorsitzender Walther darlegte, bringe der neue GVB-Präsident Stefan Müller mit einer Bankausbildung und langjähriger politischer Erfahrung ideale Voraussetzungen für seine neue Aufgabe mit. „Mit Stefan Müller haben wir eine ideale Nachfolgelösung gefunden. Gemeinsam mit dem Prüfungsvorstand Alexander Leißl wird er dafür sorgen, dass der GVB auch weiterhin seiner Rolle als starker, moderner und innovativer Dienstleister und Fürsprecher für seine Mitglieder gerecht wird“, betonte Walther abschließend. **DK**

Bayerisches Kabinett ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gen umgesetzt, die mir als Wirtschaftsminister sehr wichtig waren. Die langen Einkaufsnächte dienen vor allem der Belebung der Innenorte. Digitale Kleinstsupermärkte ermöglichen dagegen vor allem die Verbesserung der Nahversorgung der Menschen im ländlichen Raum in Zeiten des Arbeitskräftemangels. Mehr Freiheit für die Kommunen, ihren Handel zu fördern, mehr Freiheit für den Handel selbst und Nutzung neuer technologischer Möglichkeiten sind die Kernelemente.“

Ausnahmeregelungen

Zufrieden zeigte sich der Minister auch damit, „dass wir uns auf flexiblere und leichtere Ausnahmeregelungen für Großereignisse verschiedenster Art einigen konnten. Bei über die bayerischen Grenzen hinaus populären Veranstaltungen wie der Landshuter Hochzeit, den Oberammergauer Passionsspielen oder auch sportlichen Großereignissen kann sich damit Bayern gerade gegenüber ausländischen Gästen, die an lange Öffnungszeiten gewohnt sind, besser darstellen.“

Laut Sozialministerin Ulrike Scharf „bleiben die Balance der verschiedenen Interessen und der wichtige Schutzgedanke des Gesetzes gewahrt. Kommunen erhalten künftig mehr Gestaltungsspielraum, unnötige Bürokratie wird abgebaut.“

Verpflichtende Sprachtests

Themenwechsel. Erstmals sollen Kinder, die im September 2026 in die Schule kommen, verpflichtende Sprachtests vor ihrer Einschulung absolvieren. Zu Beginn des Jahres 2025 erhalten die Eltern der Kinder von der zuständigen Grundschule ein Schreiben mit allen wesentlichen Informationen. Das Kabinett gab die dazu notwendigen Regelungen zur Verbändeanhörung frei, damit können im nächsten Schritt zunächst Bildungsverbände und andere Experten ihre Kommentare abgeben.

Die Feststellung des Sprachstands für die etwa viereinhalb Jahre jungen Kinder solle in einem zweistufigen Verfahren an den jeweiligen Grundschulen erfolgen: per fest etabliertem Sprachtest im vorletzten Kita-Jahr und per Sprachscreening bei der Schulanmeldung. Bei zu großen Sprachdefiziten ist vorgesehen, je nach Alter ein verpflichtendes Vorschuljahr einzuführen oder alternativ Sprachunterricht anzubieten.

Sollte eine staatlich geförderte Kita erklären, dass kein erheblicher Sprachförderbedarf bestehe, muss das Kind nicht an der Sprachstandserhebung an der Grundschule teilnehmen. Das Kultusministerium werde die Schulen durch die zentrale Bereitstellung eines wissenschaftsbasierten Instruments sowie zusätzliche personelle Ressourcen unterstützen.

Nach Angaben von Staatskanzleichef Florian Herrmann solle keine „unsinnige“ Bürokratie entstehen, es müsse aber garantiert sein, dass jedes Kind, das eingeschult wird, in der Lage ist, Deutsch so zu sprechen, wie es notwendig ist.

Neues Verwaltungsgericht

Grünes Licht gab der Ministerrat außerdem für ein Verwaltungsgericht für Niederbayern am Standort Plattling. Zudem leitete er ein Flächenmanagementverfahren für ein geeignetes Gebäude ein. Im Endausbau soll das neue Verwaltungsgericht sieben Kammern mit rund 50 Mitarbeitern umfassen. Dafür wird eine Gebäudefläche von rund 2.000 Quadratmetern benötigt.

Da staatliche Grundstücke in Plattling nicht zur Verfügung stehen, ist die Staatliche Immobiliengesellschaft IMBY mit der Suche nach einem geeigneten Miet-Objekt beauftragt worden. Je nach Angeboten soll das Gericht in einem Bestandsgebäude oder in einem Neubau unterkommen. Wie Innenminister Joachim Herrmann erläuterte, „gehen wir davon aus, dass das neue Gericht ab Juli 2028 den Betrieb aufnehmen kann. Das Verwaltungsgericht Plattling wird dann für alle ab diesen Zeitpunkt neu eingehenden Verfahren aus dem Regierungsbezirk Niederbayern örtlich zuständig sein.“

Das dafür benötigte Personal wächst entsprechend dem Bedarf schrittweise an. Großen Wert legt Herrmann darauf, dass der Verlagerungsprozess von Regensburg nach Plattling sozialverträglich gestaltet wird: „Nur so werden wir den neuen Gerichtsstandort erfolgreich auf den Weg bringen.“ Die Verlagerung stärke zugleich den ländlichen Raum Niederbayerns und entlaste die „Boomtown“ Regensburg.

Auf Herrmanns Vorschlag beschloss der Ministerrat zudem, die Asylverfahren für Flüchtlinge ausgewählter Herkunftsstaaten bei den einzelnen Verwaltungsgerichten zu konzentrieren. „Durch die Konzentration bestimmter Herkunftsstaaten gewinnen die Gerichte eine größere Expertise in den Verfahren. Dadurch erhoffen wir uns schnellere Asyl-Entscheidungen und insgesamt eine Beschleunigung der landesweiten Verfahrenslaufzeiten“, stellte der Minister fest.

Herrmann zufolge sollen künftige Streitigkeiten nach dem Asylgesetz mit Asylbewerbern aus dem Jemen und Nigeria bayernweit vor dem Verwaltungsgericht Augsburg verhandelt werden. Kommen die Asylbewerber aus Jordanien und Peru, wird das Verwaltungsgericht Bayreuth zuständig sein. Die Herkunftsländer Angola, Demokratische Republik Kongo, Kongo, Sierra Leone und Uganda sind dem Verwaltungsgericht Regensburg zugeordnet. Das Verwaltungsgericht Würzburg verhandelt zukünftig auch die Verfahren von Asylbewerbern aus der Türkei, für die bisher das Verwaltungsgericht Ansbach zuständig gewesen ist. **DK**

Modernes Bauen:

Auswege aus der Krise im Wohnungsbau

Gemeinsame Veranstaltung von Bayerischem Städtetag und BBIV

Die aktuellen Rahmenbedingungen sind für Baubranche und Investoren herausfordernd: immer weiter steigende Grundstückskosten, gefolgt von einem Engpass an Bauprodukten und massiv erhöhten Baukosten. Gleichzeitig erreichten die Bauzinsen im November 2023 einen schon lange nicht mehr gekannten Höchststand. Im Rahmen einer gemeinsamen Fachtagung von Bayerischem Städtetag und Bayerischem Bauindustrieverband in München zeigten hochrangige Experten nun Wege auf, wie Wohnungsbau gelingen kann.

Deutschlandweit sank die Zahl der genehmigten Wohnungen im Februar 2024 gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr um 18,3 Prozent, in Bayern gar um 18,5 Prozent, stellte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, in seiner Begrüßung fest. Dabei sei Wohnen ein unverzichtbares Grundbedürfnis, Lebensmittelpunkt, Basis für gesellschaftliche Teilhabe, Rückzugsort. Für die Städte und Gemeinden und für den Staat gehöre es zu den wichtigsten Aufgaben, dass Wohnungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Das Fehlen eines ausreichenden und bezahlbaren Wohnraumangebots führe zu sozialen Spannungen. Für Menschen am Existenzminimum berge das Fehlen bezahlbaren Wohnraums die Gefahr, in die Wohnungslosigkeit abzurutschen.

Bund muss handeln

Laut Buckenhofer fordert der Deutsche Städtetag in einem Positionspapier ein entschiedenes Handeln des Bundes. Dieser stelle den Ländern zwischen 2022 und 2027 insgesamt 18,15 Milliarden Euro für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung. Positiv sei, dass der Freistaat Bayern die Bundesmittel vollständig für die Wohnraumförderung verwende und die soziale Wohnraumförderung mit einem intensiven Mitteleinsatz kofinanziere. Leider erfolgten die Mittelzusagen jedoch nur von Jahr zu Jahr. „Eine für die Wohnungswirtschaft notwendige Planungssicherheit konnte seit dem Wohnungspakt 2016 nicht mehr hergestellt werden“, bemängelte Buckenhofer.

Um die Situation für den Wohnungsbau zu verbessern, verlangt der Kommunalverband noch ein Bündel an investiven und regulatorischen Maßnahmen durch den Bund, darunter Erleichterungen im Vergaberecht. So sollten Generalplanervergaben unter Wahrung des KMU-Schutzes erleichtert oder der EU-Schwellenwert für Vergaben von Bauleistungen auf 10 Millionen Euro erhöht werden. Zusätzlich müsse der EU-Schwellenwert für Planungsleistungen deutlich angehoben werden. Dieser liege aktuell bei 221.000 Euro und werde nach der Streichung des § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV regelmäßig bereits bei Planungsleistungen für Bauvorhaben ab 1 Million Euro gerissen.

Ein weiterer bestimmender Faktor des deutschen Vergaberechts ist Buckenhofer zufolge der Grundsatz der losweisen Vergabe. Indem große Auftragsvolumen mengenmäßig und fachlich aufgeteilt werden, wird mittelständischen und kleineren Unternehmen der Zugang zu Vergaben der öffentlichen Hand erleichtert. Auch sichert die Losaufteilung den Bestand und die Qualität der vielfältigen Professionen des Handwerks.

Ausnahmen im Vergaberecht

Jedoch lasse das Vergaberecht, so der Geschäftsführer, auch Ausnahmen von diesem Grundsatz zu, wenn wirtschaftliche oder technische Gründe dies erfordern. So stoße die klassische Trennung von Planungs- und Bauphase an Grenzen, wenn mit Modulen, vielleicht aus Holz, gebaut und die zeitgerechte Anlieferung anderswo hergestellter Module zum zentralen Gegenstand der Planung wird. Zudem gebe es weitere berechtigte Interessen der Bauherren, von dem Grundsatz abzuweichen.

Fazit: Die Zusammenfassung von Losen, die Vergabe an Generalunternehmer, Generalübernehmer, Totalübernehmer usw. ist kein Allheilmittel. Sie löst nicht alle aktuellen Probleme. Und sie ist auch nicht per se billiger, im Gegenteil: Die Dienstleistung, die unterschiedlichen Gewerke zu koordinieren, lässt sich ein Generalunternehmer bezahlen. Gleiches gilt für die übernommenen Risiken. Gleichwohl ist sie ein legitimes Mittel, eine legitime Gestaltungsmöglichkeit, die in bestimmten Fällen die Aufgabenerfüllung mit dem limitierten Personal in den Kommunen erleichtern kann.

Norbert Peine, Vizepräsident des Bayerischen Bauindustrieverbands, verwies in seiner Begrüßung insbesondere auf ein aktuelles Papier des Bauindustrieverbands „Bauen statt Streiten“ – Partnerschaftsmodelle am Bau, während Frank Thyroff, Geschäftsführer der wbg Nürnberg, die aktuellen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau aus Sicht eines kommunalen Wohnungsunternehmens skizzierte.

Bewertungsprobleme

Laut Thyroff wird statt fehlender Grundstücke und langer Genehmigungsverfahren die betriebswirtschaftliche Bewertung von Neubauprojekten zum Problem. Die Sichtweisen von Kommunen, Investoren und Wirtschaftsprüfern drifteten auseinander und führten zu erschwerten Investitionsentscheidungen. Der Wohnungsneubau sei jedoch in vielen Städten weiterhin dringend erforderlich, ansonsten werde sich die Situation auf den ohnehin schon angespannten Wohnungsmärkten weiter verschärfen.

Darüber hinaus führten steigende Kosten für Klimaschutz im Mietwohnungsbestand zu schwindenden Eigenkapitalreserven der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Liquiditäts- oder eigenkapitalstärkende Maßnahmen wie Gesellschaftereinlagen oder der Verkauf von Beständen wären dann erforderlich, um Wohnungsneubau weiterhin zu ermöglichen.

Notwendig seien vertretbare Mietsteigerungen im Bestand, ebenso eine deutlich verbesserte Bundes- und Landesförderung für den Wohnungsbau sowie eine verbesserte Einschätzung der Banken und keine Verschärfung durch EU-Taxonomie. „Die bisher geübte Beschaffungspraxis, in welcher der öffentliche Auftraggeber, gegebenenfalls mit Unterstützung von Planungsbüros, plant und Bauunternehmungen lediglich die Ausführung übernehmen, wird den aktuellen Erfordernissen im öffentlichen Bau in vielen Fällen nicht gerecht“, stellte Robert Huber vom Bayerischen Bauindustrieverband fest. Deshalb biete die Bauindustrie im Rahmen ihrer Modellvielfalt, die auch weiterhin die Fach- und Teillosvergabe umfasst, zusätzliche partnerschaftliche Beschaffungsvarianten, sog. Partnerschaftsmodelle, für öffentliche Auftraggeber an, in denen insbesondere Planung und Bau integrativ gedacht werden.

Kombination einzelner Projekte

Gerade bei komplexen Projekten ließen sich so einzelne Projektphasen miteinander kombinieren – von der Gesamtvergabe einer Bauleistung über Design-and-Build-, Partnering- und Zwei-Phasen-Modelle (Kopplung von Planung und Bau auf Basis einer Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm nach § 7c VOB/A) bis hin zu Bauteam-Verfahren sowie Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP). Partnerschaftsmodelle sollten zum einen in Abhängigkeit von personellen und finanziellen Ressourcen sowie dem vorhandenen Know-how auf Auftraggeberseite, und zum anderen mit Blick auf die Projektkomplexität ausgewählt werden, um die individuell passgenaue und wirtschaftlichste Lösung zu erhalten.

„Dadurch, dass in den allermeisten Fällen in Fach- und Teillosen ausgeschrieben wird, kommen Anbieter mit modularen und seriellen Konzepten nur selten zum Zug, da deren Lösungen zumeist nur bei funktionalen Ausschreibungen ihre Vorteile ausspielen können“, betonte Huber. Durch funktionale Ausschreibungen habe der öffentliche Auftraggeber ebenfalls die Möglichkeit, Vergaben im 2-Phasen-Modell durchzuführen und so Zugang zu Bietern mit modularen und seriellen Konzepten zu erhalten.

Standardisiertes Bauen

Durch standardisiertes Bauen könne der öffentliche Auftraggeber in Bayern in vielen Fällen deutlich schneller, qualitativ hochwertiger und preisgünstiger bauen. Der Einsatz serieller und modularer Konzepte biete sich vor allem beim kommunalen Wohnungsbau, bei Schulen und Kindergärten, Kliniken, Wohneinrichtungen für Pflegekräfte, Bundeswehr, universitären Gebäuden und Forschungseinrichtungen an. „In all den Fällen, bei denen bei öffentlichen Bauvorhaben eine individuelle architektonische Lösung aus städtebaulichen oder sonstigen übergeordneten Gesichtspunkten nicht zwingend notwendig erscheint, sollte der mögliche Einsatz von seriellen und modularen Konzepten standardmäßig geprüft werden“, unterstrich Huber.

Rechtsanwalt Bernhard Stolz ordnete im Anschluss unterschiedliche Ausprägungen und Begrifflichkeiten der Zusammenfassung von Losen ein und erläuterte deren Voraussetzungen. Mit einem Blick in die Praxis schloss die Fachtagung. Während Dirk Müller, Geschäftsführer KEC-Architekten, modulare Systeme der Zech-Bau Gruppe zeigte, referierte Daniel von Schamann, Mitglied der Geschäftsleitung der Münchner Wohnen, über wesentliche Erfolgsfaktoren für den sozialen Wohnungsbau. **DK**

Stabile Neubauzahlen bei kommunalen Wohnungsunternehmen

Bayerns kommunale Wohnungsunternehmen trotzen der Baukrise. Die im VdW Bayern organisierten Wohnungsunternehmen haben laut Verbandsdirektor Hans Maier 2023 fast 2.500 Wohnungen gebaut. Für das aktuelle Jahr ist die Fertigstellung von 2.184 Wohnungen geplant. Die kommunalen Wohnungsunternehmen haben einen Bestand von 242.802 Wohnungen und vermieten diese für durchschnittlich 7,05 Euro pro Quadratmeter.

Die 111 kommunalen Wohnungsunternehmen in Bayern seien die maßgeblichen Akteure, wenn es um den Bau öffentlich geförderter Wohnungen geht. Schließlich sei die Daseinsvorsorge ihr Satzungszweck, so Maier. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen sei es den städtischen Wohnungsunternehmen gelungen, die Neubauzahlen stabil zu halten. Von den derzeit bewilligten 18.000 neuen geförderten Wohnungen im Freistaat werden in den kommenden Jahren 15.000 durch die Verbandsmitglieder errichtet. **DK**

Gerlach und Füracker:

404 Millionen Euro für Krankenhausbauvorhaben

Flächendeckende leistungsfähige Krankenhausversorgung

Für Bauprojekte an bayerischen Kliniken investiert der Freistaat in diesem Jahr insgesamt rund 404 Millionen Euro. Darauf haben Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach und Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker nach der Freigabe des Jahreskrankenhausbauprogramms 2024 hingewiesen.

Gerlach betonte: „Bayern steht für eine flächendeckende leistungsfähige Krankenhausversorgung – und das soll auch so bleiben. Wir investieren dafür kräftig. Im Fokus der aktuellen Projekte stehen insbesondere moderne Untersuchungs- und Behandlungseinrichtungen, zeitgemäße patientenorientierte Pflegebereiche und Maßnahmen zur Verbesserung betriebsorganisatorischer Abläufe.“

Als „starkes Signal für den Erhalt einer qualitativ hochwertigen stationären Versorgung in allen bayerischen Regionen“ wertete Finanzminister Füracker das Jahreskrankenhausbauprogramm. Ein besonderer Schwerpunkt werde in diesem Jahr auf die Förderung der Krankenhausinvestitionen gelegt. Die rund 404 Millionen Euro für die Förderung der laufenden Krankenhausbauvorhaben sind rund 25 Prozent mehr als im Vorjahr.“

Hoher Investitionsbedarf

Gerlach fügte hinzu: „Wir sehen aber auch, dass die Kliniken weiterhin einen hohen Investitionsbedarf haben. Der Ministerrat wird deshalb in Kürze über die Finanzierung zusätzlicher Krankenhausbauvorhaben in den nächsten Jahren entscheiden.“

Füracker betonte: „Rund 59 Prozent der Gelder fließen 2024 an Kliniken im ländlichen Raum. Die gute Mittelausstattung für die Krankenhausinvestitionen eröffnet zudem den Spielraum, ein Bauvorhaben vorgezogen im Bauprogramm 2024 zu berücksichtigen. Für das Projekt ‚Neustrukturierung, Bauabschnitt 1‘ beim Klinikum am Europakanal Erlangen kann der Krankenhausträger damit bereits ein Jahr früher als ursprünglich geplant erste Fördermittel abrufen.“

„Durch den vorgezogenen Finanzierungsbeginn kann dieses Bauvorhaben schneller realisiert werden. Das ist ein positives Signal für die Versorgung in der Region! Zudem wird der Krankenhausträger dadurch spürbar von Vorfinanzierungskosten entlastet“, so Gerlach

Insgesamt enthält das diesjährige Jahreskrankenhausbauprogramm 102 Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtkostenvolumen von rund 3,7 Milliarden Euro, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

Besondere Vorhaben:

- München-Klinik Harlaching
- Klinikum Traunstein
- Klinikum Landshut
- Asklepios Klinik im Städtedreieck Burglengenfeld
- Klinikum Kulmbach
- Klinikum Nürnberg-Betriebsstätte Süd
- Klinikum Main-Spessart Lohr am Main
- Klinikum Memmingen ❐

WIR KÖNNEN STRASSENBAU

BIS ZU 50 % GÜNSTIGER
als herkömmliche Straßensanierungen

✗ Gemeindeverbindungsstraßen
✗ Hofzufahrten ✗ Moosstraßen
✗ Bergstraßen ✗ Radwege
✗ Wirtschaftswege ✗ Güterwege
✗ Beton- und Betonpflasterstraßen
✗ Innerorts Straßen ✗ Parkplätze
✗ Industrie- und Logistikflächen

Die Lösung:
DAS PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

- Kostengünstig
- Hochwertige Ausführung
- Schnelle Verfügbarkeit der Straße
- Einsparung von aufwändigem Bodenaustausch
- Verarbeitung von kontaminierten Böden (technisch möglich)



PANMAX
Nanotechnologie im Tiefbau

Tel. +49–8083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

Folgen Sie uns auf Youtube!

Verleihung des Deutschen Bauherrenpreises 2024:

Auszeichnung für Feldkirchen und Kempten

Bei einer festlichen Preisverleihung in Berlin wurden die Preise des Wettbewerbs zum Deutschen Bauherrenpreis vergeben. Unter dem Motto „Hohe Qualität – tragbare Kosten“ zeichnete die Jury unter 30 Nominierten acht Projekte, darunter zwei aus Bayern, mit einem Preis aus. Gewürdigt wurden zukunftsweisende und innovative Beispiele, die den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden und übertragbare Lösungen anbieten.

Mit dem Deutschen Bauherrenpreis wurde unter anderem die Gemeinde Feldkirchen bei München für die Schaffung der Wohnanlage Raiffeisengelände geehrt. Ihr sei es in besondere Weise gelungen, ein integriertes Wohnquartier und qualitätsvollen neuen Stadtbaustein zu schaffen, der positiv in die Nachbarschaft hineinwirkt, lautete das Urteil der Jury, die diese Arbeit als „ein herausragendes kommunales Eigenprojekt“ würdigte.

Vielzahl an Nutzungen

Die neue Bebauung in Bahnhofsnähe füge sich städtebaulich sehr gut in die Umgebung ein, heißt es in der Beurteilung. Ein zum Norden ausgerichteter Baukörper schütze das gesamte Quartier vor Lärmbelastungen der naheliegenden Bahnlinie. Der sehr gute architektonische Entwurf besteche durch eine Vielzahl an Nutzungen und Grundrisstypen. Alle 59 Wohnungen sind öffentlich gefördert und barrierefrei, acht davon sind rollstuhlgerecht. Zusätzlich wurden 20 Appartements für Senioren errichtet.

Bei der Auswahl der Baustoffe wurde auf den Einsatz von schadstofffreien Werkstoffen geachtet und auf WDVS weitestgehend verzichtet. Die Dächer sind begrünt und mit PV-Anlagen versehen. Versorgt wird das Quartier mit Fernwärme mit hohem Anteil regenerativer Energien. Der Freiraum ist mit wasserdurchlässigen Flächen, Fahrradstellplätzen, Spielbereichen, Mietergärten und vielfältiger Bepflanzung überzeugend gestaltet und bietet hohe Aufenthaltsqualitäten. Ein Bürgercafé lädt zu nachbarschaftlichen Begegnungen ein. Der Quartiersplatz hat eine Anbindung zum Schulcampus, so dass die Mittagsbetreuung für die Grundschulkinder direkt im Quartier stattfinden kann. Besonders hervorzuheben sei die frühzeitige Integration von Fachplanern und Behörden.

Mit einem Sonderpreis wurde das Projekt Wohnen am Weiher in Kempten (Bauherr: Sozialbau Kempten Wohnungs- und Städtebau GmbH) bedacht. Die Sozialbau Kempten zeigt laut Jury, dass auch hochgeschossige Wohngebäude ausschließlich aus einheimischen Hölzern und ohne Beton auf der Grundlage innovativer Brandschutzkonzepte gebaut werden können - ein wichtiges Zeichen für nachhaltiges Bauen in Deutschland.

Der siebengeschossige Neubau mit 21 Wohneinheiten wurde im Kemptener Stadtteil Wingers errichtet. Das Gebäude stelle eine zurückhaltende Ergänzung der bestehenden Quartiersbebauung dar. Die Fassade sei durch Brandbleche fein gegliedert. Die Loggien markierten die Ecken des Gebäudes, gäben diesem Stabilität und nähmen den Charakter der Nachbarbebauung unaufgeregt auf. Trotz der Bauhöhe sei das Gebäude vollständig in Massiv-Holzbauweise errichtet worden, bei dem auch der Aufzugsschacht ohne Beton auskommt. Das Holz stammt aus heimischer Produktion unter Verwendung von insgesamt 350 Fichten. Die Holzbauweise ermöglicht eine hohe Vorfertigung und eine kurze Bauzeit. Nach nur acht Wochen war das Holzhaus mit geschlossener Gebäudehülle fertiggestellt.

Kosteneinsparungen konnten auch durch die Planung von kompakten gleichartigen Grundrissen, die konsequent übereinander angeordnet wurden, sowie den Verzicht auf eine kostenintensive Raumlufttechnik, erreicht werden. Darüber hinaus wurde auf eine Tiefgarage verzichtet und die Stellplätze stattdessen oberirdisch nachgewiesen.

Ökologisches und klimafreundliches Wohnen

Seinem ökologischen Anspruch werde das Projekt nicht nur durch die Verwendung von Holz als Baustoff, sondern auch durch die Errichtung einer PV-Anlage bis hin zur Integration von 20 Nistplätzen für Mauersegler und Fledermäuse in die Fassade zum Schutz der Artenvielfalt gerecht. „Das Projekt ist ein ‚Zeichen‘ für einen ökologischen und klimafreundlichen Wohnungsbau, das mit einem innovativen Brandschutzkonzept sowie erlaubten Abweichungen von LBO in Bayern richtungsweisend ist“, so die Jury.

„Die Herausforderungen für Bauherren werden von Jahr zu Jahr immer komplexer. Fehlende Grundstücke, eine schwierige Finanzierungslage und die Herausforderungen des Klimawandels sind nur drei von vielen Problemfeldern, denen sich Bauwillige derzeit stellen müssen. Darüber hinaus spielt die Förderkulisse von Wohnraum eine entscheidende Rolle, um die Mieten für die Bewohner bezahlbar zu halten und Bauen in hoher Qualität zu tragbaren Kosten zu ermöglichen“, erläuterte Axel Gedaschko, Präsident des GdW.

„Viele Städte in Deutschland werden in den kommenden Jahren weiterwachsen. Wir benötigen daher mehr bezahlbaren, klimaneutralen und qualitativ hochwertigen Wohnraum auf möglichst wenig Fläche“, unterstrich Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und Vizepräsident des Deutschen Städtetages. Was sich wie die Quadratur des Kreises anhört, sei machbar. Die beim Deutschen Bauherrenpreis ausgezeichneten Projekte zeigten: „Hohe Qualität zu tragbaren Kosten ist auch unter schwierigen Rahmenbedingungen möglich, wenn alle Beteiligten ihre Fähigkeiten zusammenführen. Wir hoffen, dass die guten Beispiele aufgegriffen und vervielfältigt werden“, betonte Jung.

Der Deutsche Bauherrenpreis ist der wichtigste Preis im deutschen Wohnungsbau und wird von den drei auslobenden Verbänden GdW, BDA und Deutscher Städtetag, die sich zur AG KOOP zusammengeschlossen haben, bereits seit 1986 vergeben. **DK**



Schlüsselübergabe mit (v.l.) Kommandant Ronny Reuther, Bürgermeister Jens Korn, den Architekten Gottfried Jagusch-Pezolt und Kersten Schöttner, Projektbetreuerin Cornelia Schein und BayernGrund-Geschäftsführer Franz Schonlau. Bild: Stadt Wallenfels

Mammutprojekt und Herzensangelegenheit

Neues Feuerwehrgerätehaus in Wallenfels eingeweiht

Vor kurzem wurde das neue Domizil der Wallenfelser Feuerwehr seiner Bestimmung übergeben. Vor 40 Jahren zog sie von ihrem Domizil im alten Mädchenschulhaus in den ehemaligen Bauhof „Im Schlag“ um. Was damals nur ein Provisorium sein sollte, hatte bis Anfang November 2023 Bestand. Erst dann konnte das neue Feuerwehrgebäude auf dem Wollergelände bezogen werden. Bei den Einweihungsfeierlichkeiten schwärmte Bürgermeister Jens Korn: „Es ist so, als wenn Ostern und Weihnachten auf einen Tag fällt.“

„Die Stadt hat ihr Versprechen eingelöst, das sie vor 40 Jahren gegeben hat“, erklärte der Rathauschef. Rund 40 verschiedene Planer, Handwerker und Dienstleister arbeiteten auf dem Gelände. Eng eingebunden in alle Entscheidungen waren neben der Stadt Wallenfels auch die beiden Feuerwehrkommandanten.

Das Mammutprojekt war laut Jens Korn eine Herzensangelegenheit für den gesamten Stadtrat. Schließlich leisteten die Feuerwehren wertvolle Arbeit. Rund 160 Bürgerinnen und Bürger absolvierten ihren Dienst in den Wehren Wallenfels, Neuengrün, Wolfersgrün, Schnaid sowie Geuser und sorgten 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, für Sicherheit. Über alle Fraktionen im Stadtrat hinweg bestehe Einigkeit, den Frauen und Männern im Rahmen der finanziellen Verhältnisse die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. „Deshalb waren unsere Wehren in den letzten Jahren einer der großen Investitionsschwerpunkte der Stadt Wallenfels“, erläuterte Korn.

BayernGrund als Partner

Um das Projekt umzusetzen, wurde eigens eine Arbeitsgruppe gegründet. Ein Glücksfall war Korn zufolge das Areal auf dem Wollergelände, das zu einer realistischen Preisvorstellung erworben werden konnte. Hierbei förderte der Freistaat Bayern den Erwerb und Rückbau mit 90 Prozent aus der Förderoffensive Nordost Bayern. Um das Feuerwehrgerätehaus mit Neubaukosten in Höhe von 4,4 Millionen Euro als finanzschwache Stadt überhaupt schultern zu können, wurde die BayernGrund als Partner, der die Bauträgerschaft im Rahmen eines Treuhandverhältnisses übernahm, mit ins Boot genommen.

So entstand ein Gebäude, das zweckmäßig und für künftige Herausforderungen gerüstet ist. Das neue Haus ist ein Quantensprung für die Wehr: Mit einer Nutzfläche von 1.500 Quadratmetern, modern und effizient ausgestattet, steht im Gegensatz zu früher ein Vielfaches an Platz zur Verfügung. Das Haus beherbergt neben der Fahrzeughalle mit vier Stellplätzen auch eine Multifunktionshalle, in der sich die Schlauchpflegeanlage befindet. Im Obergeschoss des Sozialbaus sind ein Schulungssaal für 60 Personen, ein Raum zur Nachbesprechung, das Zimmer der Jugendfeuerwehr sowie das Büro der Kommandanten untergebracht. Das Haus ist zudem ein Fortschritt für alle Wehren in der Stadt: In Zukunft wird das Schlauchmaterial dort zentral verwaltet und gepflegt.

Der Bau des neuen Feuerwehrhauses ist eine der größten Maßnahmen der vergangenen Jahre. Die hohen Neubaukosten seien eine hohe finanzielle Belastung und die Fördermittel vergleichsweise niedrig, weshalb andere Projekte etwas zurückstecken müssten. Letztlich aber geschehe alles zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger, unterstreicht Korn. „Man muss nur an einem Strang ziehen, dann kann man mehr erreichen, als man sich selbst zutraut“, so Wallenfels‘ Bürgermeister. **DK**





Ansicht des Olympischen Dorfes, München, aufgenommen vom Olympischen Turm 2024. Bild: Michael Schmidt

Zukunftsweisende Pläne:

Erneuerbare Energien im Olympiadorf von 1972

Das Olympische Dorf, eine Architektur-Ikone der 1970er Jahre, umfasst zahlreiche Einzeldenkmäler und ist als Ensemble denkmalgeschützt. Im Juli beginnt ein besonderes Projekt, um dieses wichtige Kulturerbe nicht nur zu bewahren, sondern auch weiterzuentwickeln: Ziel des Rahmenplans im Kommunalen Denkmalkonzept (KDK) ist es, die Themen Photovoltaik und Erneuerbare Energien zu integrieren, ohne die historische Substanz und das Erscheinungsbild des Dorfes zu stören. Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sollen denkmalverträgliche Lösungen erarbeitet werden, um auf erneuerbare Energien umzusteigen.

Das Olympische Dorf atmet den Geist der 1960er- und frühen 1970er-Jahre – seine markante Architektur, geprägt von klaren Linien und offenen Räumen, und das innovative städtebauliche Konzept erinnern bis heute an den Optimismus und den Wunsch nach Modernität dieser Ära. Die Gebäude mit ihrer funktionalen Gestaltung und den harmonisch integrierten Grünflächen spiegeln die damaligen Ideale einer aufgeschlossenen und zukunftsorientierten Gesellschaft wider. Die Planer setzten auf langfristige Nutzbarkeit und Lebensqualität, lange bevor diese Begriffe in aller Munde waren.

Individuelle und sensible Konzepte vonnöten

„Die Verbindung von Denkmalschutz und Energiewende erfordert individuelle und sensible Konzepte“, so Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk, Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München. „Die energetische Transformation des Olympischen Dorfes als Teil des für das UNESCO-Welterbe vorgeschlagenen Olympiaparks soll als zukunftsweisendes Beispiel dienen und zeigen, dass Denkmalschutz und Klimaschutz miteinander vereinbar sind und sich ergänzen können.“

In enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) und der Landeshauptstadt München entwickelt eine Planungsgemeinschaft aus Architektur-, Energieberatungs-, Statik-, Landschaftsarchitektur- und Design büros einen Rahmenplan. Der Plan definiert geeignete Flächen für die Stromerzeugung und legt Gestaltungsvorgaben fest. Ein Handbuch wird die Ergebnisse verständlich darstellen. Das Projekt, initiiert von der Einwohner-Interessen-Gemeinschaft Olympisches Dorf und der Gruppe Projekt Olytopia des Vereins rehab republic sowie der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDB), wird durch Mittel der UDB und des BLfD finanziert.

Kommunales Denkmalschutzkonzept

„Das Kommunale Denkmalkonzept ist ein unverzichtbares Instrument, um das reiche kulturelle Erbe Bayerns zu bewahren. Es ermöglicht, Denkmäler gezielt zu schützen und Bürgerinnen und Bürger aktiv in den Denkmalpflegeprozess einzubeziehen. Nur durch gemeinsames Engagement können wir unsere historischen Bauwerke für zukünftige Generationen erhalten“, sagt Prof. Mathias Pfeil, Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege.

Zum Hintergrund: Das Kommunale Denkmalkonzept (KDK) des BLfD unterstützt bayerische Kommunen bei der systematischen Erfassung und nachhaltigen Pflege ihres historischen baulichen Erbes. Es umfasst die Bestandsaufnahme und Analyse der historischen Bausubstanz, die Identifikation von Problemen, die Festlegung von Zielen sowie die Entwicklung und Umsetzung eines planerischen Konzepts. Das KDK fördert die Eigenverantwortung der Kommunen und die Bürgerbeteiligung und nutzt die historische Bausubstanz als Potenzial für die Stadtentwicklung. Die weiteren Module des KDK für das Olympiadorf sind in den kommenden Jahren geplant.

Seit Einführung des Instrumente der städtebaulichen Denkmalpflege im Jahr 2015, konnte das BLfD mehrere wegweisende Kommunale Denkmalkonzepte auf den Weg bringen: In Feuchtwangen wird das Huppmann-Banse-Areal Stück für Stück wiederbelebt, in Lichtenberg konnten Solaranlagen im Denkmalensemble integriert werden und so dem Leerstand entgegenwirken. Aktuell wird in Bernbeuren eine denkmalgeschützte Scheune denkmalverträglich zu einem Lebensmittelgeschäft für die Region umgebaut. ❐

Bund-Länder Städtebauförderung:

198 Mio. Euro für 423 Städte und Gemeinden

Beträchtliche Mittel aus den drei Bund-Länder-Programmen der Städtebauförderung „Lebendige Zentren", „Wachstum und nachhaltige Erneuerung" sowie „Sozialer Zusammenhalt" fließen auch heuer wieder nach Bayern: „Wir stellen 2024 gemeinsam mit dem Bund mehr als 198 Millionen Euro für 423 Städte und Gemeinden bereit", gab Bayerns Bauminister Christian Bernreiter bekannt. „Dabei fließt der Großteil der Städtebauförderungsmittel in den ländlichen Raum und trägt somit zur Bewältigung des demografischen und wirtschaftlichen Strukturwandels bei."

Rund 25 Millionen Euro von Bund und Land gehen heuer an 71 unterfränkische Gemeinden. Dank der Städtebauförderungsmittel kann dieses Jahr beispielsweise in der Stadt Mainbernheim der nördliche Stadteingang als repräsentatives Entrée in das denkmalgeschützte Ensemble der Altstadt neugestaltet werden. Die Stadt Aschaffenburg gestaltet im Bereich des Johannisschlosses das Mainufer neu. Die umfassende Maßnahme verbessert die Aufenthaltsqualität und setzt die wertvollen Naherholungsflächen in Wert. Durch die deutliche Reduzierung von Stellplätzen werden zudem hochwertige Wege, Plätze und Flächen geschaffen. Mit der Revitalisierung des Anwesens „Alte Schmiede" in der Gemeinde Gochsheim zur regionalen Begegnungsstätte wird das Ergebnis aus dem vorangegangenen Architektenworkshop umgesetzt. Mit der Sanierung der leerstehenden, z.T. denkmalgeschützten Gebäude wird ein weiterer Baustein zur nachhaltigen Belebung des Ortskerns realisiert.

56 schwäbische Gemeinden erhalten in diesem Jahr rund 27 Millionen Euro. Die Stadt Augsburg saniert den Perlachturm, ein herausragendes Baudenkmal, das zusammen mit dem Rathaus das stadtbildprägende und wohl bekannteste Ensemble der Fuggerstadt bildet. Nach der Sanierung wird der Aufstieg über den neu konzipierten Treppenaufgang zu einem besonderen Erlebnis. In der Gemeinde Wasserburg am Bodensee wird in diesem Jahr der zweite Bauabschnitt zur Umgestaltung der Hafenpromenade begonnen. Mit der Neugestaltung wird die malerische, denkmalgeschützte Halbinsel für Touristen und Einheimische gleichermaßen attraktiver.

Schwaben

In der Stadt Schwabmünchen beginnt die Sanierung und Umnutzung des um 1727 als Posthalterei errichteten denkmalgeschützten „Alten Rathauses". Das Erdgeschoss soll gastronomischen Zwecken dienen, während die Obergeschosse der Volkshochschule und verschiedenen Vereinen für kulturelle Nutzungen zur Verfügung gestellt werden. Das Herzstück bildet dabei ein multifunktionaler Veranstaltungssaal im Dachgeschoss. Nach Fertigstellung des zentralen Bereichs zur Neugestaltung der Bürgermeister-Wohlfarth-Straße wird die Stadt Königsbrunn nun in einem zweiten Bauabschnitt den nördlich und südlich angrenzenden Bereich ebenfalls neugestalten und damit die Aufenthaltsqualität stark verbessern.

124 oberbayerische Gemeinden dürfen sich über mehr als 34 Millionen Euro freuen. In der Landeshauptstadt München beginnen die Sanierungsmaßnahmen und die Einrichtung eines Erinnerungsortes auf dem Areal des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers im Stadtteil Neuaubing. Neben einer Außenstelle des NS-Dokumentationszentrums finden hier öffentliche Nutzungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen, ein Veranstaltungsraum für Anwohner und Ateliers für Künstler Platz. Die Gestaltung des Außenbereichs der denkmalgeschützten Anlage setzt das Ausstellungskonzept des Erinnerungsortes im Freiraum fort und ergänzt gleichzeitig das öffentliche Angebot an Grünräumen.

Oberbayern

Dank der Städtebauförderungsmittel können dieses Jahr beispielsweise in der Gemeinde Taufkirchen an der Vils die Freiflächen zwischen dem Stephansbrünnlbach, dem Mehrgenerationenhaus und der Mittelschule zu einer klimaangepassten, innerörtlichen Landschaft umgestaltet werden. Kernbestandteile sind die abschnittsweise Renaturierung des Flussbetts, ein Outdoor-Gerätebereich für alle Altersgruppen sowie flexibel nutzbare, begrünte Aufenthaltsbereiche. In der Gemeinde Windach wird die Sanierung des denkmalgeschützten Gasthofes am Schloss weitergeführt. Die Pläne umfassen die Sanierung der Gaststätte mit einem Saal für verschiedene Veranstaltungen, den Ausbau des Dachgeschosses und die Neugestaltung der Außenanlagen. Dies erfolgt im Rahmen der Neugestaltung der Ortsmitte, die auch die Sanierung und Erweiterung des Schlossmarktes umfasst.

28 Gemeinden werden in Niederbayern mit über 28 Mio. Euro unterstützt. Die Gemeinde Fürstenstein erhält in diesem Jahr Fördermittel für die Sanierung eines Kultur- und Jugendzentrums in einem Anbau der Dreifachturnhalle. Das multifunktional nutzbare Gebäude soll als gemeinschaftliches Bürgerhaus für kulturelle, soziale, aber auch sportliche Veranstaltungen genutzt werden. Im Markt Fürstenzell wird der Rathausvorplatz neugestaltet. In eine Terrassenanlage integrierte Sitzstufen und Sockel mit farbigen Staudenpflanzungen sowie klimaresiliente Bäume tragen wesentlich zur Attraktivitätssteigerung und Aufenthaltsqualität bei. Der Markt Siegenburg wird bei der Sanierung des ehemaligen „Goller-Anwesens" am Marienplatz gefördert. In dem seit Jahren leerstehenden und vorübergehend als Kinderbetreuungseinrichtung zwischengenutzten Gebäude entstehen Räumlichkeiten für Vereine, soziale Gruppen sowie Fortbildungen. Das Dachgeschoss wird ausgebaut zu einem Bürgersaal, der sich bestens für Lesungen, Vorträge oder Theateraufführungen eignet.

Oberpfalz

Mit knapp 25 Mio. Euro werden in der Oberpfalz 74 Gemeinden gefördert. Dank der Städtebauförderungsmittel kann dieses Jahr etwa im historischen Stadtkern der Stadt Tirschenreuth mit der Sanierung des seit Langem nicht mehr genutzten Luitpold-Kinos begonnen werden. Die Stadt möchte das ehemalige Lichtspielhaus für öffentliche Veranstaltungen nutzen und einen Theatersaal für das Moderne Theater Tirschenreuth bereitstellen. In der Stadt Grafenwöhr soll das Verwaltungsgebäude der Stadt modernisiert, energetisch ertüchtigt und barrierefrei ausgebaut werden. Das Gebäude ist ein wichtiger Anlaufpunkt am historischen Marktplatz. Die ensemblegeschützte Schaufassade am Marktplatz wird vollständig erhalten bleiben. Durch die Optimierung der Gebäudehülle und der Anlagentechnik sollen der Primärenergiebedarf und der Transmissionswärmeverlust erheblich verringert werden. Die Stadt Bad Kötzting errichtet mit Unterstützung der Städtebauförderung den Ersatzneubau einer Quartiersgarage mit einem Panoramagarten auf dem Dach sowie einen Neubau für die Stadtbibliothek. Das Projekt ist das Ergebnis eines – ebenfalls bezuschussten – städtebaulichen Planungswettbewerbs.

Mittelfranken

In Mittelfranken (37 Gemeinden, rd. 27 Mio. Euro) können dieses Jahr beispielsweise in der südlichen Altstadt von Nürnberg die Freibereiche um den Nördlichen Marientorzwinger, den östlichen Teil der Katharinengasse sowie dem Gewerbemuseum neugestaltet und aufgewertet werden. Durch Entsiegelung entstehen ein grüner Stadtgarten mit neuen Bäumen und Biergarten und ein attraktiver öffentlicher Platz im Umfeld der historischen Stadtmauer. In der Gemeinde Illesheim soll eine leerstehende Scheune auf einer innerörtlichen Brachfläche saniert und als „Gemeindehaus Plus" wiederbelebt werden. Das Haus soll Raum für ein Miteinander der Generationen bieten und für unterschiedliche Veranstaltungen zur Verfügung stehen. In der Stadt Spalt wird die Ortsdurchfahrt umgestaltet und aufgewertet. Mit der Überplanung wird der Straßenraum barrierefrei gestaltet und erhält mit zusätzlicher Begrünung neue Aufenthaltsqualität.

Oberfranken

In Oberfranken (rd. 30 Mio. Euro für 34 Gemeinden) beabsichtigt beispielsweise die Stadt Coburg, die aus einem Wettbewerbsverfahren hervorgegangene Planung für die Neugestaltung des Lohgrabens zu verwirklichen. Durch das Vorhaben werden eine hohe Aufenthaltsqualität sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung realisiert: Neben dem Erhalt und der Ergänzung von Baumbestand, der Entsiegelung von Flächen sowie einem Wasserspiel für heiße Sommertage sind auch tieferliegende Pflanzbeete geplant, in denen Niederschlagswasser gesammelt und langsam versickern kann. Die Stadt Münchberg gestaltet mit Unterstützung der Städtebauförderung die Außenanlagen des Schützenhauses neu im Anschluss an die Sanierung des Gebäudes, das 2024 wiedereröffnet werden soll. So entsteht ein attraktiver barrierefreier öffentlicher Raum mit saniertem historischem Biergarten und ökologisch aufgewerteten Flächen.

Die Gemeinde Weitramsdorf möchte mit einem Realisierungswettbewerb die Entwicklung ihrer neuen Ortsmitte vorbereiten. Auf der Fläche eines ehemaligen landwirtschaftlichen Anwesens soll ein Bürgerhaus als sozialer Treffpunkt und Kommunikationsort entstehen. Die Stadt Hof erstellt eine Machbarkeitsstudie für die Sanierung des Hauptbahnhofs und des Bahnhofvorplatzes. Das unter Denkmalschutz stehende historische Bahnhofsgebäude bildet für Reisende das „Tor" zur Stadt. Die Studie untersucht insbesondere die Aspekte Klimaschutz, Barrierefreiheit und Öffentlichkeitsarbeit. **DK**

Wohnimmobilienmarkt Bayern 2023/2024

Marktspiegel der Sparkassen-Finanzgruppe veröffentlicht

Das anhaltend hohe Zinsniveau hat auch im Freistaat zu einem Rückgang der Preise für Wohnimmobilien geführt. Nachdem die Preisspitzen vergangener Jahre abgeschmolzen sind, zeichnet sich eine Stabilisierung der Preisentwicklung auf hohem Niveau ab, erklärten Vertreter der LBS Landesbausparkasse Süd, des Sparkassenverbands Bayern und der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH bei der Vorstellung des Marktspiegels der Sparkassen-Finanzgruppe in einem Pressegespräch.

Auch wenn die höheren Zinsen eine Hürde bei der Finanzierung darstellen, ist der Wunsch der Menschen nach einem Eigenheim nach wie vor groß. 31 Prozent der Befragten des „Vermögensbarometers 2023" zwischen 20 und 50 Jahren beschäftigen sich ernsthaft mit dem Erwerb einer Immobilie. Zwei Drittel von ihnen können sich vorstellen, eine Bestandsimmobilie zu kaufen. Lediglich ein Drittel möchte lieber einen Neubau.

„Nachdem das Immobiliengeschäft der bayerischen Sparkassen 2023 stark durch das gestiegene Bauzinsniveau belastet wurde, konnten im ersten Quartal 2024 wieder 10,5 Prozent mehr Darlehen im Wohnungsbau zugesagt werden", sagte Stefan Proßer, Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbands. „Die Märkte erwarten erste Zinssenkungen spätestens für den Sommer 2024. Da auch die Immobilienpreise nachgegeben haben, kann das auf eine Aufhellung am Immobilienmarkt hindeuten", so Proßer.

Während der Bedarf an Wohnraum hoch bleibt, ist bei der Bautätigkeit kein zusätzlicher Schwung zu erkennen. So nahm die Zahl der Baugenehmigungen im vergangenen Jahr um etwa 23 Prozent ab und sank damit von rund 77.000 im Vorjahr auf circa 59.000. Gebremst wird die Bautätigkeit weiterhin durch gestiegene Kosten und Knappheit bei Rohstoffen, durch Personalmangel in den Betrieben und durch die veränderten Finanzierungsbedingungen in Folge des Zinsanstiegs.

„In diesem Umfeld bleibt es eine zentrale Aufgabe der Politik, Wohnungsbau zu fördern und mehr Menschen den Weg in das eigene Zuhause zu ermöglichen. Dazu gehört eine Senkung der Erwerbsnebenkosten wie der Grunderwerbssteuer", sagte Erwin Bumberger, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LBS Landesbausparkasse Süd.

Die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH konnte im vergangenen Jahr die Position als größter Makler und Marktführer bei der Vermittlung von Wohnimmobilien im Freistaat bestätigen und in dem veränderten Marktumfeld weitere Marktanteile hinzugewinnen. Die Maklerinnen und Makler der Sparkassen und der LBS Süd in Bayern vermittelten im vergangenen Jahr mehr als 7.000 Immobilien. Insgesamt waren es 5.798 Kauf-Immobilien und 1.230 Mietverträge. Der Gesamtwert aller vermittelten Kaufobjekte betrug 2,2 Milliarden Euro.

Die Kaufpreise für gebrauchte Wohnimmobilien waren seit 2010 in Folge der günstigen Rahmenbedingungen bis etwa Mitte 2022 angestiegen. In Folge der veränderten Marktbedingugen kam es von da an zu einem Abschmelzen der erreichten Preisspitzen in etwa auf das Niveau des Jahres 2020. „Seit Beginn dieses Jahres bleiben die Immobilienpreise für gebrauchte Häuser und Wohnungen bei den von unseren Maklerinnen und Maklern vermittelten Objekten im Durchschnitt konstant und liegen damit in etwa doppelt so hoch wie noch vor 10 Jahren", sagte Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immobilien-VermittlungsGmbH.

Detailliert gibt der neue Marktspiegel der Sparkassen-Finanzgruppe, abrufbar unter www.sparkassen-immo.de, Auskunft zu den Preisen vor Ort. Dieser enthält die Preisspannen für Baugrundstücke, Häuser und Eigentumswohnungen in allen bayerischen Landkreisen einschließlich ihrer verschiedenen Teilregionen.

„Die erschwerten Finanzierungsbedingungen wirken in 2024 grundsätzlich weiter fort. Wir rechnen jedoch damit, dass sich die Rahmenbedingungen für einen Immobilienerwerb insgesamt etwas verbessern und sich damit die Nachfrage insbesondere von Eigennutzern weiter stabilisiert", stellte Fraunholz fest. ❐



Wohnungsbestand in Bayern zum Jahresende 2023.

Steigerung um knapp 1 Prozent gegenüber Vorjahreswert

Nach den Ergebnissen der Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes zum Stichtag 31. Dezember 2023, die auf Basis des Zensus 2011 berechnet werden, gibt es in Bayern 6.734.014 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Dies entspricht einem Zuwachs von 64.300 Wohnungen bzw. 1,0 Prozent gegenüber dem Bestand im letzten Jahr. Auf Regierungsbezirksebene liegt die niedrigste prozentuale Steigerungsrate mit 0,7 Prozent in Oberfranken. Die Oberpfalz weist mit 1,3 Prozent die höchste relative Veränderung auf.

Zum Ende des Jahres 2023 befinden sich, gemessen am Bevölkerungsstand zum 30. Juni 2023, bayernweit 50,3 Wohnungen pro 100 Einwohnern im Bestand. In den kreisfreien Städten liegt die rechnerische Wohnungsversorgung mit 55,4 Wohnungen pro 100 Einwohnern auf einem höheren Niveau als in den bayerischen Landkreisen mit 48,2 Wohnungen. Für die Regierungsbezirke Niederbayern und Schwaben sind entsprechend mit 48,2 beziehungsweise 48,7 Wohnungen im bayernweiten Vergleich die Werte unterdurchschnittlich. Die Bestandsquoten aller anderen Regierungsbezirke bewegen sich zwischen 50,4 Wohnungen pro 100 Einwohnern für Oberbayern und 52,4 für Oberfranken und befinden sich damit oberhalb des Durchschnitts.

Während die insgesamt zur Verfügung stehende Wohnfläche im Jahresvergleich 2022/2023 um 1,0 Prozent auf rund 659 Millionen Quadratmeter wächst, nimmt auch die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner im gleichen Zeitraum um 0,3 Prozentpunkte auf 49,2 Quadratmeter zu. Die Regierungsbezirke Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben verzeichnen Ende 2023 jeweils eine Wohnflächenquote zwischen 46,5 und 48,4 Quadratmeter je Einwohner. Niederbayern verbucht mit 53,5 Quadratmeter pro Einwohner den höchsten Wert aller Regierungsbezirke.

Im bayerischen Wohnungsbestand befinden sich Ende 2023 nun 966.226 Wohnungen mit einem oder zwei Räumen. Dabei handelt es sich um einen Anteil von 14,3 Prozent an allen Wohnungen und einen Anstieg um 19.467 Wohnungen beziehungsweise um 2,0 Prozent gegenüber dem 31. Dezember 2022. Der prozentuale Zuwachs des Bestands an Wohnungen mit einem oder zwei Räumen ist damit deutlich höher als die Zunahme im Wohnungsbestand insgesamt um 1,0 Prozent. ❐



VR-Bank-Vorstand Dr. Pia Weinkamm (l.) überreichte 5.000 Euro für das barocke Hafenareal an Bürgermeister Martin Heilig (2.v.l.). Rechts Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob, daneben Architekt Friedrich Staib. Bild: Claudia Lother

5.000 Euro mehr für barocke Hafenanlage in Würzburg

Die VR-Bank spendet für die Instandsetzung des barocken Hafenareals am Mainkai 5.000 Euro. Damit rückt der Baubeginn näher: „Wir sind schon sehr weit fortgeschritten", freut sich Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob, dem die Sanierung des Baudenkmals sehr am Herzen liegt, „und können unmittelbar nach Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung nach und nach mit der Umsetzung beginnen." Die Gesamtkosten für die Maßnahmen sollen über Spenden wie auch vorhandene Mittel finanziert werden. Aktuell befinden sich im Spendentopf 101.500 Euro, 7.900 Euro werden noch benötigt.

Bürgermeister Martin Heilig dankt der VR-Bank für die Spende, die Vorständin Dr. Pia Weinkamm überreichte: „Die freigelegte Bootsrampe ist ein Technikdenkmal der Neuzeit und wird in die heutige moderne Uferpromenade integriert werden, womit die historische Bedeutung des alten Handelsplatzes am Main wieder deutlich wird."

Im Zuge von Arbeiten des Gartenamtes am Maingärtchen war im Jahr 2021 die nahezu vollständig erhaltene Hafenanlage mit Bootsrampe freigelegt worden. Diese lässt sich aufgrund der Bauform des Aufsichtspavillons sicher in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts datieren. Folglich wurde dieses barocke Areal zeitgleich mit der Welterbestätte Residenz errichtet. Vor diesem Hintergrund wurde auch das barocke Aufsichtsgebäude der Anlage unter Denkmalschutz gestellt, das mit Altem Kranen, der Hafenmauer, der alten Floßgasse sowie den Resten des Umlaufkanals und des Streichwehres als Denkmalensemble von nationaler Bedeutung zu werten ist.

Gestalterische und ökologische Aufwertung

Ziel der Instandsetzung ist, das Maingärtchen gestalterisch und ökologisch aufzuwerten und mit der stark frequentierten Promenade am Alten Kranen zu verbinden. Die alte Rampe wird erhalten bleiben, das Gelände zum Teil aufgefüllt und damit begehbar werden. Neben dem Ziel einer sanierten barocken denkmalgeschützten Hafenanlage mit Aufsichtsgebäude, die Zeugnis eines Güterumschlagplatzes des 18. Jahrhunderts ablegt, werden für die Bevölkerung rund 250 m² Promenade neu hinzugewonnen. ❐



Teilnehmer der Exkursion mit Regierungspräsident Walter Jonas in der Bildmitte. Bild: Regierung der Oberpfalz/Schmied

„Lebendige Ortsmitten, Mehrfachnutzungen und Flächeneffizienz"

Busexkursion zu guten Beispielen in Stadt und Landkreis Tirschenreuth

„Lebendige Ortsmitten, Mehrfachnutzungen und Flächeneffizienz": Unter diesem Motto stand eine spannende Busexkursion. Organisiert wurde sie vom Flächensparmanagement der Regierung der Oberpfalz und dem Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz. Die Reise fand im Rahmen des Monats des Flächensparens statt und führte zu interessanten Projekten in Stadt und Landkreis Tirschenreuth.

Etwa 50 Teilnehmer waren dabei, darunter Bürgermeister, Stadtplaner, Architekten, Bauingenieure und Vertreter der Bauverwaltungen. Sie sahen erfolgreiche Beispiele, wie man alte Gebäude neu nutzen und brachliegende Flächen wiederbeleben kann. Die Veranstaltung zeigte, wie durch gute Planung und nachhaltige Ideen lebendige und zukunftsfähige Ortsmitten entstehen können.

Regierungspräsident Walter Jonas begrüßte die Teilnehmer in Tirschenreuth im Innenhof des neuen Rathauses II und betonte die Bedeutung solcher Projekte: „Die Exkursion zeigt eindrucksvoll, wie durch innovative Konzepte und Engagement aus Leerständen lebendige und multifunktionale Räume entstehen können, die das Ortsbild und die Lebensqualität nachhaltig verbessern."

Revitalisierung von Ortskernen und Reduzierung des Flächenverbrauchs

Kurt Hillinger, Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberpfalz, ergänzte mit Blick auf die dörflichen Projekte der Exkursion: „So unterschiedlich die Projekte sind, so ist jedes einzelne ein Paradebeispiel für die Revitalisierung von Ortskernen und die Reduzierung des Flächenverbrauchs. Innenentwicklung ist essenziell für die Attraktivität und Vitalität der Dörfer. Ideell und finanziell unterstützt unser Amt rund 70 solcher Vorhaben."

Wiederbelebung von Brachflächen: Fischhofpark in Tirschenreuth

Dr. Alfred Scheidler, stellvertretender Landrat des Landkreises Tirschenreuth, hob hervor: „Wie wichtig etwa die Wiederbelebung von Brachflächen für die Entwicklung einer Stadt ist, kann man besonders gut am Fischhofpark in Tirschenreuth sehen: Aus einer jahrzehntelangen gewerblichen Brache entstand hier Dank der Gartenschau ‚Natur in der Stadt' 2013 ein zentrumsnahes Naherholungsgebiet, das sehr gut von der Bevölkerung angenommen wird und auch auswärtige Besucher anzieht."

Beim Stadtrundgang durch Tirschenreuth wurde das neue Rathaus II besichtigt, das lange leer stand und jetzt ein schmuckes Servicezentrum ist.

Die Exkursion führte weiter zum Haus St. Elisabeth (Seniorenwohnen in der Altstadt), zur Fronfeste (eine alte Burg, die jetzt ein digitaler Bildungsort ist), zur im Bau befindlichen Kletterhalle im ehemaligen Sudhaus, zum Fischhofpark (eine ehemalige Brachfläche) und zum Maximilianquartier (Wohnen und Gewerbe im Zentrum).

Peter Gold, der 2. Bürgermeister von Tirschenreuth, Andreas Ockl, Stadtbaumeister von Tirschenreuth, Architekt Peter Brückner und Regina Harrer vom Sachgebiet Städtebau der Regierung der Oberpfalz stellten die verschiedenen Nutzungen und die positive Entwicklung der besichtigten Projekte vor.

Badehaus und Mühlenhof

Die Tour ging weiter zum ehemaligen Badehaus Maiersreuth, das jetzt eine Kunst- und Kulturstätte ist. Diese Anlage wird heute als Bühne, Atelier, Tanzfläche, Kunst- und Konzertraum genutzt. Die letzte Station war der lange leerstehende Mühlenhof im Ortskern von Mähring, das heute, nach umfangreicher Sanierung, Ferienwohnungen beherbergt. Der alte Stadl wurde zum Eventstadl umgebaut, außerdem gibt es jetzt einen Mühlenladen und ein Café. In Planung sind weiter als nächste Schritte das Gasthaus „Mahlwerk", die Mitmachbrauerei „Malzwerk" und ein Abenteuerspielplatz.

Die Veranstaltung zeigte die vielen Möglichkeiten, wie man leerstehende Gebäude und Brachflächen wiederbeleben kann, die sowohl wirtschaftlich als auch kulturell wertvoll sind. Die Teilnehmer bekamen viele Ideen, wie sie ähnliche Projekte in ihren Gemeinden umsetzen können.

Infos rund um das Thema Flächensparen unter https://www.regierung.oberpfalz.bayern.de/regierungsbezirk/flaechensparoffensive/index.html

Flächensparoffensive der Bayerischen Staatsregierung - Ziele, Maßnahmen und Instrumente: https://www.flaechensparoffensive.bayern ❐

GO Altbau:

Grünes Licht für grenzüberschreitende Beratungsoffensive

Viele Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer wollen ihre Immobilie energetisch sanieren und damit fit für die Zukunft machen. Entsprechend groß ist der Informationsbedarf. Zusätzlich zu den klassischen Energieberatungsangeboten, bei denen es immer wieder zu Wartezeiten kommen kann, bietet daher die Energieagentur Südostbayern mit vier Partnern die neue Informationsplattform „GO Altbau".

Bei dem grenzübergreifenden EU-Projekt beteiligen sich neben der Energieagentur Südostbayern auch das Energie- und Umweltzentrum Allgäu und die Bürgerstiftung Energiewende Oberland sowie in Österreich das Energieinstitut Vorarlberg und die Energieagentur Tirol.

Informationen über Sanierungsthemen aller Art

Auf der gemeinsamen Homepage unter www.go-altbau.eu gibt es Informationen zu den unterschiedlichsten Sanierungsthemen – angefangen von Tipps zum Dämmen und Fenstertausch über den Wechsel zu erneuerbaren Energien beim Heizen bis hin zur Nutzung von Solarenergie und den passenden staatlichen Förderprogrammen. Entwickelt werden sollen im Rahmen von GO Altbau auch neue Informations- und Beratungsformate, die mit weniger Beratungs- und Personalaufwand mehr Menschen erreichen können, erklärt Energieagentur-Geschäftsführerin Bettina Mühlbauer.

Jüngere Zielgruppen im Visier

„Das können sowohl Onlineangebote wie auch in Präsenz und hybrid durchgeführte Gruppenberatungen sein." Zudem wolle man mit GO Altbau über neue Social Media-Aktivitäten jüngere Zielgruppen erreichen, betont Mühlbauer.

Aktuell können sanierungswillige Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer bereits verschiedene Online Ratgeber nutzen und dabei unter anderem herausfinden, ob ihre Immobilie für den Umstieg auf eine Wärmepumpe als klimafreundliches Heizsystem geeignet ist. Auch ein Online Modernisierungs Ratgeber wird angeboten. Damit lässt sich ermitteln, ob der jeweilige Energieverbrauch zu hoch ist und mit welchen Maßnahmen man diesen reduzieren kann.

„Haus des Monats"

Unter der Rubrik „Haus des Monats" werden besonders gelungene Sanierungen vorgestellt – auch in Videoform. „Diese Beispiele zeigen, wie es geht und dass man von einer gut geplanten und umgesetzten Sanierung gleich in dreifacher Hinsicht profitiert: deutlich geringere Energiekosten, höherer Wohnkomfort und eine Wertsteigerung der Immobilie", so Bettina Mühlbauer.

Landkreise als Unterstützer

Unterstützt wird „GO Altbau" nicht nur von der EU durch das Interreg-Programm Bayern-Österreich 2021-2027, sondern auch von den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land. „Die Energiewende kann nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Eine umfassende Aufklärung durch Fachexperten in den Energieberatungen ist daher wichtig und zielführend um Sanierungen in den Landkreisen fachgerecht zu begleiten", so Landrat Bernhard Kern zur neuen Beratungsoffensive. ❐

Neue Wohngemeinnützigkeit

Eine weitere starke Säule für bezahlbares Wohnen

Das Bundeskabinett hat die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit beschlossen. Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2024 wird die „Förderung wohngemeinnütziger Zwecke" als neuer gemeinnütziger Zweck in die Abgabenordnung aufgenommen. Die Bundesregierung setzt damit eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um. Mit Hilfe der neuen Wohngemeinnützigkeit soll mehr bezahlbarer Wohnraum in Deutschland geschaffen werden. Von der Regelung könnten zunächst etwa 100 Körperschaften, wie zum Beispiel Stiftungen, Vereine oder Unternehmen und rund 105.000 Mieterinnen und Mieter profitieren.

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: „Die Wohngemeinnützigkeit ist wieder da! Ich freue mich sehr darüber, dass es gelungen ist, dieses so wichtige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Mit der Wohngemeinnützigkeit schaffen wir neben dem sozialen Wohnungsbau eine weitere starke Säule für mehr bezahlbaren Wohnraum in unserem Land. Soziale Unternehmen, Vereine und Stiftungen können künftig vergünstigten Wohnraum bereitstellen und dabei von den umfassenden Steuererleichterungen der Gemeinnützigkeit profitieren. Voraussetzung: Die angebotene Miete muss unter der marktüblichen Miete liegen. Die Einkommensgrenzen sind so festgelegt, dass rund 60 Prozent der Haushalte in Deutschland von der neuen Wohngemeinnützigkeit profitieren können. Das ist ein guter Tag für alle Mieterinnen und Mieter."

Die Förderung der neuen Wohngemeinnützigkeit im Rahmen der Abgabenordnung liegt in der vergünstigten Vermietung vor allem an Personen, deren Einkommen nicht mehr als das Fünf- bzw. (bei Alleinstehenden und Alleinerziehenden) das Sechsfache der Sozialhilfe nach SGB XII beträgt. Damit wird die Vermietung an ca. 60 Prozent der Haushalte in Deutschland unter den Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit steuerbefreit. Die angebotene Miete muss dabei dauerhaft unter der marktüblichen Miete angesetzt werden, da anderenfalls keine Unterstützungsleistung der jeweiligen Körperschaft vorläge. ❐

Tourismusministerin Kaniber:

Startschuss für neue bayerische Kongressinitiative

„Wo es schön ist, tagt man auch angenehmer“

Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber hat den Startschuss für die neue Kongressinitiative für die Bayerische Tourismuswirtschaft gegeben. Ziel der Initiative ist es, den Kongressstandort Bayern weiter zu stärken. Veranstalter und Agenturen, die einen Kongress oder eine Tagung in Bayern organisieren, können ab sofort finanzielle Förderung erhalten. Anträge können direkt beim Projektträger, der Bayern Innovativ GmbH, online unter https://www.bayern-innovativ.de/de/kongressinitiative-bayern/seite/kongressinitiative-bayern-online-antrag-stellen gestellt werden. Für die Initiative stehen in den kommenden fünf Jahren bis zu 25 Millionen Euro zur Verfügung.

In der Initiative sieht Tourismusministerin Kaniber einen starken Impuls, der den Wirtschaftsstandort Bayern als Kongressstandort stärkt: „Bayern genießt als Destination für Geschäftsreisen zwar einen hervorragenden Ruf, der nationale und internationale Wettbewerb wird aber spürbar härter. Unsere gute Position wollen wir mit unserer neuen Initiative für die bayerische Kongresswirtschaft sichern und weiter ausbauen. Wir möchten nationale und internationale Veranstalter für Bayern begeistern und die Zahl der Kongresse im Land weiter steigern. Wo es schön ist, tagt man auch angenehmer“.



Staatsministerin Michaela Kaniber, die gemeinsam mit Bertram Brossardt (Hauptgeschäftsführer vbw Bayern, l.) und Wolfgang Kerkhoff (Eurokongress GmbH, r.) den Startschuss zum ab sofort offenen Online-Portal für Förderanträge im Rahmen der Kongressinitiative gibt. Bild: Pia Regnet/StMELF

Als erstes Bundesland unterstützt Bayern seine Städte und ländlichen Regionen bei der Akquise von Tagungen und Kongressen. Dazu Tourismusministerin Kaniber: „Bayern verfügt über zahlreiche herausragende Kongressstandorte in Stadt und Land. Sie alle punkten mit attraktiven Kongress-Zentren, modernsten Tagungs-Hotels, einem breiten kulinarischen und kulturellen Angebot sowie mit der typisch bayerischen Gastlichkeit. Ob in der Stadt oder auf dem Land: Wir fördern Kongresse an allen Tagungsstandorten. Damit erzielen wir eine enorme Breitenwirkung und sorgen dafür, dass der wirtschaftliche und wissenschaftliche Mehrwert von Kongressen in ganz Bayern ankommt.“

Beantragt werden kann eine Förderung für Kongresse und Tagungen in Bayern, die sich in erster Linie an Fachpublikum richten. Die Förderung erfolgt als Festbetragsfinanzierung. Sie ist gestaffelt nach Teilnehmerzahl und Veranstaltungsdauer. Außerdem sind Förderzuschläge für internationale Veranstaltungen und solche in der Kongress-Nebensaison möglich. Gefördert werden geschlossene Fachveranstaltungen mit mindestens 300 Teilnehmern und einer Dauer von mindestens zwei Tagen. Die Basisförderung dafür beträgt 12.000 Euro; handelt es sich um eine fünftägige Veranstaltung mit mindestens 5.000 Teilnehmern kann Fördergeld in Höhe von bis zu 125.000 Euro ausgereicht werden. Voraussetzung ist, dass der Kongress oder die Fachveranstaltung erstmals oder nach drei Jahren wieder in Bayern durchgeführt wird und bis Ende des Jahres 2029 stattfindet.

„Kongresse sind Orte, an denen neue Ideen entstehen, die die Wirtschaft wachsen lassen und den Fortschritt in der Wissenschaft vorantreiben. Solche großen Veranstaltungen bescheren Bayern einen stärkeren Tourismus, mehr Wertschöpfung und mehr wissenschaftliches Know-how. Kurzum: Kongressförderung ist gute Wirtschaftspolitik”, so die Ministerin. Details finden sich in der Förderrichtline, die auf der Homepage des Ministeriums abrufbar ist: https://www.stmelf.bayern.de/foerderung/kongress-sinitiative-fuer-die-bayerische/index.html. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

ABC Tourismus in Bayern: Effizientes Datenmanagement als Erfolgsfaktor

Die Digitalisierung ist allgegenwärtig. Ob beruflich oder privat, auf Reisen oder im Alltag: Wir informieren uns inzwischen hauptsächlich im Internet, sei es über Reisedestinationen, Freizeitmöglichkeiten und Veranstaltungen, Speisekarten oder die Öffnungszeiten von Restaurants, Museen und Schwimmbädern. Dies zeigt die Notwendigkeit, aber auch das Potenzial digitaler Angebote. Für Kommunen, Destinationen und Unternehmen ist es daher unerlässlich, auf die umfangreiche digitale Verfügbarkeit ihrer Daten zu setzen, wenn sie auch in Zukunft erfolgreich sein wollen. Der uneingeschränkte Zugriff über Smartphones oder andere mobile Geräte auf relevante Informationen sowie digitale Services, werden künftig den entscheidenden Unterschied bei der Wahl des Reiseziels sowie dem (Reise)Erlebnis vor Ort machen.

Effizientes Datenmanagement als Erfolgsfaktor

Effizientes Datenmanagement ist hierbei der Schlüssel zum Erfolg. Denn nur wenn Destinationen, Kommunen und touristische Leistungsträger ihre Daten vollständig erfassen, öffentlich und frei zugänglich bereitstellen und regelmäßig aktualisieren, können diese für digitale Anwendungen wie z.B. digitale Stelen in der Touristinfo oder Webseiten überhaupt erst erfolgreich genutzt werden. Denn sämtliche digitalen Anwendungen können Gästen und Einheimischen nur Antworten zur Region und dem Angebot liefern, wenn sie mit guten Daten gefüttert werden.

BayernCloud Tourismus für mehr Effizienz und Reichweite

Die BayernCloud Tourismus (BCT) ist ein zentraler Baustein für ein zukunftsfähiges touristisches Datenmanagement in Bayern. Mit der BCT stellt die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM) sämtlichen Akteuren eine Plattform für all ihre touristisch relevanten, frei zugänglichen Informationen zur Verfügung und ermöglicht gleichzeitig die automatisierte Ausspielung und Aktualisierung der Daten auf verschiedenen Kanälen. Dadurch entsteht zum einen ein großer Pool an touristischen Daten, der wiederum von allen Akteuren für eigene Anwendungen genutzt werden kann. Zum anderen erhöht die Einbindung der eigenen Daten in die BayernCloud Tourismus die Reichweite des kommunalen und touristischen Angebots, weil sie von dort in verschiedene Webseiten, Infoterminals oder Apps Dritter verteilt werden. Dieser freie Datenfluss ist eine Grundvoraussetzung für mehr Effizienz, mehr Gästezufriedenheit, mehr Nachhaltigkeit und erfolgreicheres Marketing im bayerischen Tourismus.

Weitere Informationen zu den Themen Datenmanagement und Open Data gibt es unter https://tourismus.bayern/unsere-themen/digitale-destinationsentwicklung/. ❐



Bestmarken und Erfolgsrezepte

Bilanzpressekonferenzen von Messe München und NürnbergMesse

Rekordmarken dominierten die Halbjahres-Pressekonferenzen von Messe München und NürnbergMesse. Während die Messe München für das Jahr 2023 einen Rekord-Konzernumsatz von 441 Mio. Euro verbuchen konnte und sich dieser positive Trend auch 2024 fortsetzt, erwartet die NürnbergMesse nach einem überzeugenden Jahr 2023 im Jubiläumsjahr 2024 einen Rekordumsatz von über 350 Mio. Euro.

Nach Angaben der beiden CEOs der Messe München, Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel, „werden Messen in den kommenden Jahren als Plattform für die globale Wirtschaft, innovative Lösungen und für den Wissenstransfer eine noch zentralere Rolle spielen". Zum Münchner Erfolgsrezept zähle ein starkes Messeportfolio mit zwölf Weltleitmessen, die auch im Ausland sehr stark gefragt seien.

In einem Jahr ohne bauma schloss der Konzern weltweit mit einem Umsatzrekord von 441 Mio. Euro ab. Nur im bauma-Jahr 2019 war der Umsatz mit 474 Mio. Euro etwas höher. Somit erzielte die Messe München 2023 das zweitbeste Konzernergebnis in ihrer 60-jährigen Unternehmensgeschichte. Insgesamt wurde ein Konzern-Ebitda von 91 Mio. Euro erreicht.

Standort München

Das Geschehen am Standort in München bleibt laut Pfeiffer und Rummel Grundpfeiler für das erfolgreiche Messegeschäft. Mit 354 Mio. Euro Umsatz sei dieses fast 50 Mio. Euro stärker als geplant, der Ebitda in der Landeshauptstadt mit knapp 64 Mio. Euro um 47 Mio. Euro stärker als im Plan. In München gab es 19 eigene Messen und Kooperationen und 93 Gastveranstaltungen. Diese zogen 32.400 Aussteller und zwei Mio. Besucher an, deutlich mehr, als kalkuliert worden war. Hinzu kommen 40 Eigenveranstaltungen und Kooperationen im Ausland.

Internationales Publikum

Im vergangenen Jahr wiesen zahlreiche Messen Top-Ergebnisse auf, darunter die Reise- und Freizeitmesse f.re.e mit 163.000 Gästen (Besucherrekord), die komplett ausgebuchte BAU mit einem Ausstellerrekord und die transport logistic, die sogar drei Bestleistungen bei Ausstellern, Besuchern und der Internationalität verzeichnete. Dabei trug das internationale Publikum zum Erfolg des Messeplatzes München bei: Fast 60 Prozent der Aussteller kamen 2023 aus dem Ausland sowie 35 Prozent der Besucher.

„Wir sind ein Global Player mit unverrückbaren Wurzeln in München", unterstrichen die CEOs: „Dazu gehört, dass wir unsere Messen an den wichtigsten Weltmärkten etablieren." Ein Beispiel dafür sei die neue Umwelttechnologiemesse IFAT Brasil, die im April erstmals in Sao Paulo stattfand.

Ein wichtiges Standbein in München sind die zahlreichen Gastveranstaltungen. Zu den bedeutendsten hat sich die The Smarter E Europe/Intersolar entwickelt. Sie belegt inzwischen alle 18 Hallen, das Internationale Congress Center und auch einen Teil des Freigeländes.

Für die Messe München und auf den Veranstaltungen spielen Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz eine große Rolle. Bis 2030 will das Unternehmen CO2-neutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es viele Wegmarken: von Solarenergie über Stromsparen bis zur Abfallvermeidung oder auch den Einsatz des wiederverwertbaren Standsystems „woodi", entwickelt von der Messetochter meplan. „Digitalisierung kann den Messebesuch individualisieren und perfektionieren, das persönliche Gespräch ist dennoch unersetzbar", stellten Pfeiffer und Rummel fest: „Die Künstliche Intelligenz wird den Businessnutzen unserer Messen maximal verstärken, wenn nicht sogar revolutionieren."

Insgesamt sei die Messe München mit ihrem Kerngeschäft zu alter Stärke zurückgekehrt, bilanzierten die beiden Geschäftsführer. Davon profitierten das Unternehmen, die Stadt München und die ganze Region, denn die Messe sei ein wichtiger Wirtschaftsmotor und einer der bedeutendsten Tourismusfaktoren. Mit ihren herausragenden Ergebnissen stehe die Messe München glänzend da und verfüge über die besten Voraussetzungen, um auch in Zukunft im Wettbewerb zu bestehen und zu wachsen.

50 Jahre Messe Nürnberg

Ein besonderes Geschenk macht sich die NürnbergMesse zum 50. Geburtstag: In ihrem Jubiläumsjahr 2024 erwartet die Messegesellschaft einen Rekordumsatz von über 350 Mio. Euro. Doch wie CEO Peter Ottmann betonte, konnte auch das Vorjahr 2023 als veranstaltungsschwächeres ungerades Jahr überzeugen: An den insgesamt 150 Veranstaltungen der NürnbergMesse Group weltweit (2022: 155) beteiligten sich insgesamt 28.135 Aussteller (2022: 23.457) und rund 1,3 Mio. Besucher (2022: 989.338) auf einer Nettofläche von 904.466 Quadratmetern (2022: 841.612 Quadratmeter).

Schnelle Erholung nach Corona

Die hohe Beteiligung an Messen, Kongressen und Events führte zu einem Umsatz von 265 Mio. Euro im Konzern, dem immerhin zweithöchsten Umsatz in einem ungeraden Jahr. Damit knüpft die NürnbergMesse fast an ihr Umsatz-Niveau des Vor-Coronajahres 2019 an (285 Mio. Euro). „Unser Messegeschäft hat sich nach der Pandemie viel schneller erholt als gedacht und wächst erfreulich. Mit diesem Rückenwind peilen wir in unserem Jubiläumsjahr einen neuen Rekordumsatz an und investieren gleichzeitig in unsere Zukunft", hob Ottmann hervor.

Die Umsatzanteile am Konzernumsatz liegen für das Messejahr 2023 bei den Eigen- und Partnerveranstaltungen bei 29 Prozent, Gastveranstaltungen und NürnbergConvention tragen rund 28 Prozent bei, MesseService einschließlich der inländischen Tochtergesellschaften Holtmann und Lehrieder liegt bei rund 23 Prozent und der Bereich International macht 20 Prozent aus. Die große Zahl von 150 Veranstaltungen in Nürnberg und weltweit führten dazu, dass die NürnbergMesse durchschnittlich drei Veranstaltungen pro Woche durchgeführt hat. Für das Geschäftsjahr 2024 stehen insgesamt 137 Veranstaltungen im Messekalender, darunter 68 in Nürnberg.

Allein im Jubiläumsjahr investiert die NürnbergMesse über 50 Mio. Euro in eine moderne und nachhaltige Infrastruktur, um das in Teilen seit dem Gründungsjahr 1974 bestehende Messegelände fit für die Zukunft zu machen. Neben den Hallen zählen dazu auch die energetische Sanierung und Modernisierung des Mitarbeitergebäudes „NXT74" am Eingang NCC Mitte. Dort entstehen bis Ende 2025 neue Arbeitswelten und Büros für die Belegschaft.

Einen wesentlichen Pfeiler der Nachhaltigkeitsinitiativen der NürnbergMesse stellt die CO2-neutrale Energieversorgung bis 2028 dar. Bis Mitte 2025 wird ein erster Teilabschnitt der hybriden Energieversorgung abgeschlossen sein. Mit rund 21.000 Photovoltaikmodulen auf sieben Hallen und einem Parkhaus wird die Messegesellschaft dann mit ca. 9 Mio. Kilowattstunden grünem Solarstrom jährlich versorgt, was dem Verbrauch einer Kleinstadt mit rund 7.000 Einwohnern entspricht. Aktuell erzeugen die ersten Dachanlagen bereits bis zu 30 Prozent des benötigen Strombedarfs.

Neben der PV-Anlage mit Batteriespeichern wird die NürnbergMesse auch in einen neuen Elektrokessel investieren. Ebenso wird bis Ende 2026 die Zahl der E-Ladepunkte auf dem Gelände erheblich erhöht.

Gleichzeitig gilt es, die Relevanz von Daten zu stärken, weshalb die NürnbergMesse in den kommenden Jahren auch kräftig ihre IT-Systeme und die Künstliche Intelligenz ausbauen wird, wie Dirk Blum, CFO NürnbergMesse Group und für Finanzen und Gelände zuständiges Mitglied des Executive Boards, berichtete. „Auf Basis unserer starken Geschäftsergebnisse treiben wir als Team die Transformation in vielen Bereichen weiter voran und machen die NürnbergMesse damit zukunftsfest!"

Weil die Shooting-Stars von heute oftmals die Aussteller von morgen sind, bietet die NürnbergMesse auch in diesem Jahr auf ihren rund 50 Messen Gemeinschaftsstände für Startups an. Mit BayStartUP als Partner und ihrem langjährigen Engagement beim Startup-Hub ZOLLHOF unterstreicht die Messe ihre Verantwortung als wichtiger Wirtschaftsmotor und Startup-Hub in der Metropolregion Nürnberg. **DK**

Lehre und Hausaufgaben für das nächste Hochwasser

„Katastrophen kennt allein der Mensch, … die Natur kennt keine Katastrophen", schrieb der schweizerische Schriftsteller Max Frisch in seiner Erzählung „Der Mensch erscheint im Holozän" über einen Rentner, der nach einem Unwetter in einem Tessiner Bergdorf von der Außenwelt abgeschnitten wird. Nach dem sechsten Bericht des Weltklimarates (IPCC) wird die Anzahl an Extremwetterereignissen zukünftig weiter zunehmen. Es braucht dringend ein Umdenken beim Thema Hochwasser- und Starkregenvorsorge.

Städte und Kommunen müssen sich immer häufiger auf Extremwettersituationen einstellen. Der Katastrophenschutz obliegt in Deutschland nicht dem Bund, sondern den Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städte. Sie sind die so genannten unteren Katastrophenschutzbehörden. Städte und Gemeinden sind Schlüsselakteure, weil sie bereits heute durch eine hochwasserangepasste Steuerung der Flächennutzung und der Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung die notwendigen Rückhalteräume für das Wasser vergrößern.

Echtzeit-Prognose

Die Länder können lediglich nach Art. 35 GG zusätzliche Unterstützung von Bundeswehr, Polizei oder THW zusätzliche Hilfe anfordern. Beim Katastrophenschutz muss also Solidarität und Subsidiarität in Einklang gebracht werden, zumal Hochwasser selten an der Landesgrenze wieder versickert. Daher braucht es in Zukunft eine länderübergreifende Koordinierung in Flusseinzugsgebieten unter Einbeziehung der betroffenen Städte und Kommunen. So wäre ein gemeinsames Hochwasserschutzkonzept und die Erstellung einer interaktiven Hochwasser- und Starkregengefahrenkarte sinnvoll, die helfen könnte, grundstücksgenau die Fließwege des Wassers bei Hochwasser zu simulieren. Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) und das Geoforschungsforschungszentrum Potsdam (GFZ) entwickeln gerade eine genauere und schnellere Hochwasservorhersage, um Überflutungsflächen besser vorherzusagen. Dieser digitale Helfer soll nicht nur in einer Echtzeit-Prognose die Regenmenge abschätzen, sondern auch die Ausbreitung des Wassers simulieren. Neben der Wetterlage fließen Bodenfeuchte, das Terrain und Dichte der Bebauung in die Simulation ein. Das digitale Frühwarnsystem wird nun im Sommer 2024 an den kleinen Flüssen Murr und Fils (Baden-Württemberg) – ein Zu- und Nebenfluss des Neckars – in Echtzeit getestet. Beide Flüsse traten ebenfalls Anfang Juni beim Hochwasser in Süddeutschland über die Ufer.

Die Hausaufgaben für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz sind vielfältig. So braucht es Schulungen von Mitarbeitern in Kommunen und Einsatzkräften in Meteorologie und Hydrologie, um die Hochwasservorhersagen in Zukunft noch besser für den eigenen Landkreis interpretieren zu können. Viele Verantwortliche hätten Probleme Pegelstände und Regenmassen korrekt einzuschätzen. Zu diesem Ergebnis kam der Versicherer Zurich in seiner Post-Event-Review-Capability (PERC)-Ereignisanalyse des Ahrntal-Hochwassers bereits im Jahr 2022.

Ruf nach zukunftsgerichteter Finanzierung

Aus den Erfahrungen des Hochwassers im Juni 2024 sollten alle politischen Ebenen nun die richtigen Lehren ziehen und gemeinsam mehr Tempo beim dezentralen Hochwasserschutz machen. Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, fordert in einem Interview mit der Augsburger Allgemeinen Zeitung im Juni 2024: „Es braucht eine Zeitenwende, insbesondere, was die nachhaltige und zukunftsgerichtete Finanzierung des Bevölkerungsschutzes angeht."

Professionelle und ehrenamtliche Einsatzkräfte benötigen die beste Ausstattung und Infrastruktur. Bund und Länder müssen die Mittel für den Hochwasser- und Katastrophenschutz ausbauen und zwar dauerhaft und nicht, wie in den Vorjahren, zumeist über Sonderprogramme. Denn die Anforderungen steigen aufgrund des Klimawandels, dem knappe Haushaltskassen egal sind.

140 Millionen mehr

Mitte Juli wurde vom Bundeskabinett der Haushalt 2025 auf den Weg gebracht. Demnach sind für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz insgesamt 140 Millionen Euro mehr als 2024 eingeplant. Aktuell sieht die Realität bei den ehrenamtlichen Helfern vor Ort folgendermaßen aus: Dem THW werden seit Jahren zwar neue Fahrzeuge zugesagt. Nur in der Praxis fehlen diese. Der neue Entwurf lässt zumindest hoffen, dass sich dies ändert. Alleine für das THW mit seinen 668 Ortsverbänden sind über 88.000 Ehrenamtliche tätig. Für den Erwerb von Fahrzeugen, Technologie und Geräten sind Soll-Ausgaben für das Jahr 2025 in Höhe von 416, 9 Millionen Euro eingeplant. Damit ist die Höhe der Ausgaben vergleichbar mit den Jahren 2023 (428, 7 Mio. Euro) und 2024 (401,6 Mio. Euro). Nicht mehr zur Verfügung stehen dem THW und der DLRG Finanzmittel aus dem EU-Modul 17 – Flood Rescue using boats, die zur Bergungs- und Rettungseinsätzen bei Überschwemmungen im Ausland eingesetzt wurden – in Höhe von 425.000 Euro.

Kritiker fordern seit längerem, dass die bayerische Landespolitik mehr Prävention und proaktives Handeln beim Katastrophen- und Bevölkerungsschutz an den Tag legen soll als abwartendes Reagieren unter dem Motto: Es wird schon nichts passieren.

Wassersicherheit 2025

In Bayern ist seit 2022 die Gesamtstrategie „Wassersicherheit 2025" des Bayerischen Staatsministerium für Umwelt in Kraft, in dem auch der Hochwasserschutz thematisiert wird. Das Ziel ist die Reduktion der Risiken durch Hochwasser- und Starkregenereignisse. Bestandteile dieser Strategie sind technische Maßnahmen wie etwa der Ausbau der Hochwasserschutzanlagen, die Anpassung der Hochwassergefahrenkarten sowie der Hochwasser-Check für Kommunen. Den Kommunen sollen weitere Handlungsspielräume für einen flächendeckenden Schutz vor 100-jährlichen Hochwassern eröffnet werden. Hierfür sollen bis jetzt geltende Rahmenbedingungen geprüft und notwendige Gesetzesänderungen in Angriff genommen werden.

Beim Hochwasserrisikomanagement gibt es im Freistaat verschiedene Akteure: Städte und Gemeinde planen und verwirklichen Hochwasserschutzkonzepte. Sie berücksichtigen den Hochwasserschutz bei der kommunalen Bauleitplanung (Freihalten von Überschwemmungsgebieten) und sorgen mit den Feuerwehren für die Gefahrenabwehr. Bei größeren Gewässern setzt die Wasserwirtschaftsverwaltung – sie gibt auch Hochwassermeldungen heraus – in Abstimmung mit den Kommunen und Gemeinden Hochwasserschutzkonzepte um. Nach den Hochwasserereignissen im Juni 2024 verlangt der Bayerische Gemeindetag jedoch eine neue Strategie von Seiten des Freistaates. Denn derzeit tragen vor allem die Gemeinden den Löwenanteil. Hier bräuchte es eine Vereinbarung der Mitfinanzierung von Schutzmaßnahmen durch den Freistaat.

Neben der Schaffung von Rückhalteräume ist auch ein konsequenter Ausbau des technischen Hochwasserschutzes wie Deiche, Spundwände, mobile Hochwasserschutzmaßnahmen und steuerbare Polder für die Regionen unbedingt notwendig. Der Wasserrückhalt an Flüssen muss durch steuerbare Flutpolder, die anlassbezogen geöffnet werden können, um Hochwasserspitzen zu kappen, ausgebaut werden. Neben der Reaktivierung von Auen – wichtigster Rückhalteraum von Wasser – sind Polder, so die einhellige Meinung der Wissenschaftler, die effektivste Maßnahme. Diese und weitere Lösungen stehen im Positionspapier „Schutz vor Hochwasser" des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) aus dem Juli 2023.

HQ 100 keine verlässliche Größe

Doch bei Hochwasserpolder und planfestgestellten Hochwasserrückhalte-Becken stehen Parteipolitik, der Föderalismus oder die Bürokratie im Freistaat, die bei Wassermassen entlasten könnten, immer wieder im Weg. In Bayern kann von der Planung bis zum Bau von Rückhaltebecken schon einmal 20 Jahre vergehen. Daher müsste die Voraussetzung geschaffen werden, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Aufgrund komplexer Genehmigungs- und auch Klageverfahren gegen Bauvorhaben sind bauliche Maßnahmen in überschwemmungsgefährdeten Gebieten nur schwer umzusetzen. So wäre zu überlegen, ob Maßnahmen, die dem Klimaschutz oder dem Wiederaufbau nach Naturkatastrophen dienen, von der naturschutzrechtlichen Ausgleichsregelung freigestellt werden. Des Weiteren könnte das Klageverfahren gegen Infrastrukturvorhaben auf eine gerichtliche Instanz beschränkt werden. Auch sollte die Bayerische Landesregierung bei dem dezentralen Hochwasserschutz nachbessern und ihren Maßstab von Hochwasserrückhaltebecken überarbeiten. Bis jetzt gilt der statistische Wert für ein hundertjährliches Hochwasser, in der Fachsprache HQ 100 genannt. Doch aufgrund des Klimawandels stellt HQ 100 zur Bemessung von Hochwasserrückhaltebecken keine verlässliche Größe mehr dar.

Ein Problem für den Hochwasserschutz ist der kontinuierliche Anstieg der Bodenversiegelung des Freistaates. Mit Beton, Asphalt oder Pflastersteinen luftdicht überdeckter Flächen, können die Böden kein Regenwasser mehr aufnehmen oder speichern. Nach einer Studie der Julius-Maximilians-Universität (Würzburg) aus dem Jahr 2023 sind fast die Hälfte (47,2 Prozent) der bayerischen Landesfläche mit Straßen, Häusern und Industrieanlagen versiegelt. Der Wegfall der Flächen ist nicht nur für die Landwirtschaft existenzbedrohend, sondern die Versiegelung bringt eine Reihe an Umweltproblemen mit sich. Im Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wähler für die Legislatur 2023 bis 2028 steht, dass bis 2030 nur noch ein Flächenverbrauch von 5 Hektar pro Tag angestrebt wird. Von dieser bereits im Vertrag der ersten Koalition (2018) zwischen CSU / FW festgelegten Zielmarke hinsichtlich einer deutlichen und dauerhaften Flächen-Neuinanspruchnahme ist der Freistaat aktuell – laut Bayerischen Landesamt für Statistik lag der Flächenverbrauch (2022) bei 12,2 Hektar oder 17 Fußballfeldern – weit entfernt.

Auch sollte die Landespolitik gemeinsam mit Sozialverbänden im Sinne einer inklusiven Katastrophenversorgung Schutzkonzepte für Menschen mit Handicap oder ältere Menschen erarbeiten. Solche Rettungspläne gibt es noch nicht, um Altenheime oder Wohnheime von Menschen mit Handicap schneller zu räumen – so fehlt es schlicht an Personal, um eine Evakuierung der Bewohner gewährleisten zu können.

Denn das Hochwasser hat mal wieder gezeigt: Kluge auf Papier niedergeschriebene Pläne, die in irgendwelchen Aktenordnern der Behörden abgeheftet sind, nutzen niemandem, wenn die Wassermassen kommen. Es braucht also mehr politischen Hochdruck, um beim nächsten meteorologischen Tiefdruck besser vorbereitet zu sein. **Patrik Hof**

Arbeitstagung des Wasserpaktes im Regierungsbezirk Oberpfalz

„Kooperativer Gewässerschutz als gemeinsames Ziel“ lautete das Thema bei der jüngsten Tagung des Wasserpaktes im Regierungsbezirk Oberpfalz im Gasthaus Luger in Penting (Landkreis Cham). Dabei ging es um rechtliche und praktische Aspekte zu den Themen Gewässerökologie, Pflanzenschutz, Gewässerrandstreifen, Kontrollen usw. Auch wurden Beispiele moderner Technik bei der Düngung und beim Pflanzenschutz sowie für Gewässerrandstreifen gezeigt und erläutert.

Als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ bezeichnete Johannes Hebauer, Leiter des Bereichs Ernährung und Landwirtschaft an der Regierung der Oberpfalz, den Schutz des zentralen Lebenselements Wassers. Den Wasserpakt Oberpfalz gibt es seit 2017. Hebauer freute sich über die vielen Vertreter unterschiedlicher mit dem Wasser-Thema verbundener Behörden, Verbände und Einrichtungen: Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und -versorger, Trinkwasser- und Pflanzenschutz, Fischerei, Maschinenring und Lohnunternehmen, Biogas, Erzeugerring. Er verwies auf Projekte in den Feldern Gewässer-, Wasser- und Bodenschutz, die Verankerung des Themas Wasser in Lehrplänen, auf die boden:ständig-Aktivitäten in der ländlichen Entwicklung und auf Projekte der Wasserwirtschaft.

Verbesserung der Gewässerökologie

In das zentrale Thema „Rechtliche Regelungen sowie Maßnahmen zur Verringerung des Nährstoff- und Pflanzenschutzmitteleintrages in Gewässer“ führte Emanuel Schlosser, Leiter des Sachgebiets Agrarstruktur und Umweltbelange in der Landwirtschaft an der Regierung der Oberpfalz, ein und fungierte als Moderator. Inwieweit eine Verbesserung der Gewässerökologie durch Gewässerunterhaltung und -entwicklung erreicht werden kann, beleuchtete Raimund Schoberer vom Sachgebiet Wasserwirtschaft bei der Regierung der Oberpfalz. Das wichtigste Element in Gewässern ist der Sauerstoff, aber auch Schatten angesichts weiter steigender Temperaturen ist für Schoberer zentral. Denn Fische - zum Beispiel Karpfen und Forelle - leben bei verschiedenen Temperaturen. Neben der Beschattung könnten Gewässerrandstreifen und strukturelle Maßnahmen Verbesserungen bringen.

Nährstoff- und Pflanzenschutzmonitoring

Mit Dr. Jörg Brandner, Fachbereichsleiter Gewässeraufsicht beim Wasserwirtschaftsamt Regensburg, informierte Schoberer über das Nährstoff- und Pflanzenschutzmonitoring an Oberflächengewässern. Dabei ging es anhand von Fallbeispielen um die Phosphor-Werte, die zunehmende Erosivität nach Starkniederschlägen, die Saatverfahren und die Einträge von Pflanzenschutzmitteln. „Der Boden soll am Acker bleiben“, war das Fazit der beiden Vortragenden. Aus dem Publikum kam der Hinweis auf Biber und Fischotter und die Einbeziehung des Naturschutzes als Partner im Handeln.

Rechtliche Verordnungen

Über rechtliche Regelungen zum Pflanzen- und Gewässerschutz informierte Michael Kistler vom bei der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft angesiedelten Institut für Pflanzenschutz. Je nach Art des Gewässers und der dort dann umgesetzten Maßnahme greifen verschiedene rechtliche Verordnungen. Außerdem gab er Hinweise zum Umgang mit Terbuthylazin, Nicosulfuron und Glyphosat. Damit war das Thema von Thomas Mayer vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Regensburg-Schwandorf bereits angedeutet: „Pflanzenschutzmitteleinträge in Gewässer und deren Vorbeugung“. Als Ziel gab er ein „unbelastetes Grundwasser für eine sichere Versorgung mit natürlichem Trinkwasser“ an, damit verbunden den Verzicht oder die Reduzierung chemischer Mittel bzw. den Einsatz alternativer Präparate. Als beste fachliche Praxis empfahl Mayer ein „standortspezifisches Wirkstoffmanagement und die Umsetzung von geeigneten Vorsorgemaßnahmen (Gewässerrandstreifen)“.



Der BBV-Präsident Oberpfalz und stellvertretende bayerische BBV-Präsident Ely Eibisch und Johannes Hebauer, Leiter des Bereichs Ernährung und Landwirtschaft an der Regierung der Oberpfalz, verschafften sich beim Einsatz des Holmer-Gülletracs einen Endruck von dieser Maschine. Bild: Markus Bauer

Über Fachrechtskontrollen beim Pflanzenschutz und bei der Düngung klärte Patrick Koder vom AELF Neumarkt-Amberg auf, Dr. Stefan Kremb vom Sachgebiet Agrarstruktur und Umweltbelange in der Landwirtschaft an der Regierung der Oberpfalz erläuterte Besonderheiten bei Gewässerrandstreifen, die unterschiedliche Faktoren (Hanglage, Länge, Wasserführung beim Gewässer, rechtliche Hintergründe) haben können. „Ziel ist eine Landwirtschaft, die die Ernährung sichert, sich rechnet, die Umwelt schont und saubere Gewässer fördert“, fasste Kremb zusammen. Die boden:ständig-Maßnahme vor Ort in Schorndorf stellte Stefan Haupt vom ALE Oberpfalz vor.

In der Diskussion ging es neben den Naturschutz-Aspekten besonders um die Bürokratie. „Die Landwirte dürfen nicht resignieren“, meinte Georg Mayer, Leiter des AELF Regensburg-Schwandorf. „Der Landwirt darf mit der Problematik nicht alleine gelassen werden“, betonte Franz Roider, Vorsitzender des Maschinenrings Cham.

Aus der Praxis

Seine Einrichtung hatte federführend den Praxisteil nahe Obertraubenbach auf dem Düngeverordnungs-Nachweisgebiet Knöblingerbach organisiert. Vorgeführt wurden ein Holmer-Gülletrac, der mit Gülleschlitztechnik die Gülle direkt in den Boden einbringt, der „RumboJet“, ein an einen Traktor angehängtes Arbeitsgerät zur automatisierten Detektion und Bekämpfung von stumpfblättrigem Ampfer, und die Cultanausbringtechnik (flüssiger Ammonium-Dünger wird in der Nähe der Pflanzenwurzel injiziert). Abschließend zeigte Sebastian Schlag, Gewässerschutzberater am AELF Cham mehrere Varianten von Gewässerrandstreifen. „Es finden sich kaum Einträge von Schadstoffen im Bach“, zog Schlag eine positive Bilanz. **Markus Bauer**

Bundesrat:

Düngegesetz vorerst gescheitert

Der Bundesrat hat den von der Bundesregierung vorgelegten und vom Bundestag beschlossenen Änderungen des Düngegesetzes die Zustimmung verweigert. Zentraler Bestandteil des Gesetzentwurfes war unter anderem die Änderung der Rahmenbedingungen zur Stoffstrombilanz-Verordnung. Das Gesetz sollte unter anderem die Grundlagen für die Nährstoffbilanzverordnung und die Monitoringverordnung bilden. Bundesregierung oder Bundestag haben nun die Möglichkeit, den Vermittlungsausschuss anzurufen, um mit den Ländern über Kompromisse zum Düngegesetz zu verhandeln.

Durch die erstgenannte Verordnung sollte die Nährstoffbilanz landwirtschaftlicher Betriebe verbessert werden, indem diese ihre Nährstoffverwendung dokumentieren, um künftig nachhaltiger und effizienter zu düngen. Mittels Monitoring wollte die Bundesregierung überprüfen, wie wirksam die geltenden Düngeregeln sind.

Ziel des Gesetzes war es auch, die hohe Nitratbelastung deutscher Gewässer zu senken, wie von der EU-Kommission und dem Europäischen Gerichtshof wiederholt gefordert. Zudem sollte durch Umsetzung der EU-Düngeprodukteverordnung gewährleistet werden, dass nur sichere und wirksame Dünger aus der EU auf den europäischen Markt gelangen.

„Jetzt ergibt sich die Riesenchance zum Bürokratieabbau in der Landwirtschaft“, kommentierte Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber den Beschluss. „Bayerns Position ist klar: Wir tragen die neue Monitoring Verordnung mit, wenn im Gegenzug die Stoffstrombilanz-Verordnung gestrichen wird. Diese rein deutsche Regelung ist für die Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie nicht erforderlich und bürdet unseren Landwirten jede Menge bürokratischen Arbeit auf. Dem Düngegesetz konnten wir unter diesen Bedingungen nicht zustimmen“, so die Ministerin.

Landwirtschaftliche Betriebe entlasten

Sie bat den Bund, „nun auf die Länder und Landwirte zuzugehen und im Vermittlungsausschuss endlich die Stoffstrombilanzverordnung abzuschaffen. So kann sinnvoll für Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe gesorgt werden.“ Das Monitoring zur Düngeverordnung sichere künftig den notwendigen Gewässerschutz und mache die Stoffstrombilanz überflüssig. Gleichzeitig bildeten die damit verbundenen Datenerhebungen die Grundlage für Verursachergerechtigkeit. „Daran hätte der Bund schon seit 2022 arbeiten können und muss es jetzt endlich tun – dann kommt es zu keinerlei weiteren zeitlichen Verzögerungen zur ursprünglichen Terminplanung des Bundes“, machte Kaniber deutlich.

Für den Verband kommunaler Unternehmen, dessen Mitglieder rund 90 Prozent aller Einwohner Deutschlands mit Trinkwasser versorgen, ist die Ablehnung des Düngegesetzes im Bundesrat „ein Rückschlag für Gewässerschutz“. Das Düngegesetz böte unter anderem durch das Instrument der Nährstoffbilanz auch eine Chance, Landwirtschaft und Gewässerschutz besser zu vereinen. Insgesamt seien dringend weitere Maßnahmen erforderlich, um die Gewässer besser vor Nitrat zu schützen. Dies betreffe insbesondere das Grundwasser als wichtigste Trinkwasserressource. „Wir hoffen daher, dass Bund und Länder sich rasch einigen. Damit würden sie auch ein Vertragsverletzungsverfahren vermeiden, das mit dem millionenschwere Strafzahlungen verbunden wäre.“

In dieselbe Kerbe hieb Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser. Aus seiner Sicht hätten die vom Bundestag beschlossenen Regelungen die Chance geboten, die Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie aus dem Jahr 1991 nach mehr als 30 Jahren endlich in nationales Recht umzusetzen und die Nitrateinträge der Landwirtschaft nachhaltig zu reduzieren. Mit der Absage des Bundesrats sei diese Chance fürs Erste verspielt worden.

Deutschland könne damit auch wesentliche Zusagen gegenüber der EU-Kommission bei der Transparenz der Düngepraxis nicht einhalten. Dies könnte auch ernste Konsequenzen durch die EU nach sich ziehen, betonte Weyand: „Ohne eine Konkretisierung des vorgesehenen Wirkungsmonitorings besteht weiterhin die Gefahr, dass im Rahmen der aktuellen Evaluierung der EU-Kommission zur Umsetzung der Nitratrichtlinie Brüssel das Steuer übernimmt. Deutschland könnte die nationale Handlungssouveränität in diesem Bereich gänzlich aus der Hand genommen werden.“

Der Bundesrat sei nunmehr aufgefordert, einen konstruktiven Lösungsbeitrag zur Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie zu leisten. Wie der soeben veröffentlichte Nitratbericht 2024 des Bundesumwelt- und des Bundeslandwirtschaftsministeriums zeigt, überschreite immer noch etwa ein Viertel der Nitratmessstellen den gesetzlichen Grenzwert von 50 Milligramm je Liter Grundwasser. **DK**

Zukunftssicherung der Kaiser-Therme

Nur fünf Tage nach den Beschlussfassungen des Bezirkstags von Niederbayern und des Marktgemeinderats von Bad Abbach trat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kurmittelhaus Bad Abbach zusammen.

„Nachdem sich bereits zwei der drei Zweckverbands-Mitglieder mittels Beschlüssen klar zur Zukunftssicherung der Kaiser-Therme bekannt haben, ist es nun die Aufgabe des Zweckverbandes, das Tempo zu halten und sich fachlich, finanziell und personell einzubringen“, erläutert Bezirkstagspräsident und Verbandsvorsitzender Dr. Olaf Heinrich. So folgte die Verbandsversammlung der Empfehlung, den vorgeschlagenen strukturierten Verkaufsprozess oder ein strukturiertes Bieterverfahren voranzutreiben und damit die öffentlich getragene Kaiser-Therme in private Hände zu geben. „Das nimmt dem Betrieb der Kaiser-Therme die stark zweckgebundenen Einschränkungen. Damit eröffnen sich zahlreiche und attraktive Möglichkeiten für alle Beteiligten“, ist sich Bad Abbachs Erster Bürgermeister und stellvertretender Verbandsvorsitzender Dr. Benedikt Grünewald sicher.

Neben den formell zu beschließenden nächsten Verwaltungsschritten erhielt zudem das in der Tourismus- und Bäderbranche renommierte Beratungsunternehmen Project M einstimmig und mit sofortigem Beginn den Auftrag der Prozessbegleitung. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit dem gewählten Weg und dem spürbaren Zusammenhalt die maximale Energie bereitstellen und die Mitarbeitenden der Kaiser-Therme, die Bevölkerung, kurzum wir alle, zuversichtlich in die Zukunft blicken können“, unterstrich Martin Neumeyer, Landrat des Landkreises Kelheim und stellvertretender Verbandsvorsitzender, die Geschlossenheit und gegenseitige Unterstützung innerhalb der kommunalen Familie. ❐



Dem Klimawandel gemeinsam begegnen

Netzwerktreffen der Landesagentur für Energie und Klimaschutz in Würzburg

Wie schütze ich meine Gemeinde vor Starkregenereignissen? Wie kann ich der Sommerhitze in engen Altstadtgassen begegnen? Und wie bilanziere ich die Treibhausgasemissionen meiner Kommune richtig? Antworten auf diese Fragen gab es beim diesjährigen Netzwerktreffen der bayerischen Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK). Rund 150 Teilnehmer aus Städten, Gemeinden, Landkreisen, Ministerien und Behörden adressierten bei dem zweitägigen Treffen in Würzburg aktuelle Themen rund um den Klimawandel.

„Kommunen sind unverzichtbare Partner im Engagement für Energiewende und Klimaschutz", sagt Elena Blinzler, die Organisatorin des Netzwerktreffens. „Deswegen haben wir an der LENK vor drei Jahren unter dem Titel KOMMUNity ein eigenes Veranstaltungs- und Vernetzungsangebot für die rund 2.000 Gemeinden, Städte und Landkreise in Bayern geschaffen. Das Netzwerktreffen ist darin ein wichtiger Baustein für den Austausch von Fachwissen und Erfahrungen."

Bereits zum dritten Mal fand das bayernweite Netzwerktreffen nun statt, das die LENK dieses Mal gemeinsam mit dem Klima-Zentrum des Landesamts für Umwelt (LfU) und der Umweltinitiative Stadt.Klima.Natur organisiert hat. „Dieses Jahr lag der Fokus auf dem Thema Klimaanpassung", erklärt Thomas Leineweber, stellvertretender Leiter der LENK und verantwortlich für den Bereich Klimaschutz. „Das ist ein Thema, das immer wichtiger wird. Hier werden die Kommunen auch durch gesetzliche Vorgaben mehr und mehr in die Pflicht genommen."

Ein Punkt, der auch die steigende Resonanz des Netzwerkstreffens erklärt: „Klimaschutzmanager sind oft Einzelkämpfer in ihren Kommunen", sagt Leineweber. „Das Netzwerktreffen ist eine wichtige Gelegenheit, sich mit anderen in der gleichen Lage auszutauschen und in seinem Tun zu bestärken."

Wie Städte sich an die zunehmende Hitze anpassen können, zeigten die Klimaanpassungsmanagerinnen Katharina Schätz und Annegret Weidig mit Fallbeispielen aus Nürnberg und Regensburg auf. Wie Treibhausgasbilanzierung in Kommunen ablaufen kann, erläuterte Miriam Dingeldey vom Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) und auf die Frage, wie das Wärmeplanungsgesetz des Bundes für bayerische Kommunen einzuordnen ist, hatte Tobias Berger von der Deutschen Energieagentur (dena) Antworten.

Naturnahe Flächen in der Stadt, ökologisches Regenwasser-Management und strukturreiche Grünräume: Welche Maßnahmen eine funktionierende blau-grüne Infrastruktur ausmachen, zeigte das Klima-Zentrum in einem Workshop auf.

Auf welcher Grundlage können Maßnahmen umgesetzt werden? Wie Klimaschutz-Monitoring in Kommunen aussehen kann und welche Daten – vom Wetter bis zu Abfallmengen und Busfahrgästen – eine Kommune dafür nutzen kann, erläuterten Franziska Wittkötter und Paul Ratz vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu) aus Köln.

Kommunale Planungsinstrumente richtig angewendet bieten Möglichkeiten, um etwa Schottergärten zu verhindern oder den Bau von Zisternen zu fordern. Über den gesetzlichen Rahmen und juristische Fallstricke informierten Tanja Gallenmüller vom Klima-Zentrum und Rechtsanwalt Frank Sommer.

Zuhören und das Gegenüber verstehen: Vor allem der Kommunikation von Projekten und Maßnahmen zu Klimaschutz und Energiewende kommt eine große Bedeutung zu. Wie eine solche Kommunikation gelingen kann, stellte schließlich Carel Mohn von der Initiative Klimafakten dar. ❐

Klimawandel und Wasserwirtschaft:

Kooperation KLIWA wird 25 Jahre alt

Die Kooperation KLIWA „Klimaveränderung und Konsequenzen für die Wasserwirtschaft" hat Grund zu feiern: Seit 25 Jahren untersucht und zeigt KLIWA, wie konkret sich der Klimawandel bereits auf die Ressource Wasser als eines unserer wertvollsten Güter auswirkt. Regionale Veränderungen im Wasserhaushalt sowie der Wasserqualität werden dadurch früher und besser erkannt, es wird deutlich, wo die Wasserwirtschaft dementsprechend reagieren muss und sich Herausforderungen oder Gefahren abzeichnen.

Die Kooperation hilft damit, dem Klimawandel innerhalb der beteiligten Bundesländer zu begegnen. So lassen sich zukunftsorientierte, nachhaltige wasserwirtschaftliche Handlungsstrategien entwickeln, welche auf länderspezifische Anforderungen angepasst werden. Für Fragen der Klimafolgenanpassung werden in KLIWA Maßnahmen und Vorsorgekonzepte bewertet und neben wichtigen Grundlagen Hilfestellungen bei ihrer Umsetzung gegeben.

KLIWA ist eine Kooperation mehrerer Bundesländer sowie des Deutschen Wetterdienstes (DWD) zur Klimafolgenabschätzung und -anpassung in der Wasserwirtschaft. Nach dem Zusammenschluss von Baden-Württemberg und Bayern sowie dem Deutschen Wetterdienst im Jahr 1999, erfolgte der Beitritt von Rheinland-Pfalz im Jahr 2007. Seit 2024 sind auch die Bundesländer Hessen und Saarland offizielle Partner der Kooperation. Ziel ist es, fachliche Fragestellungen im Kontext Klimawandel/Wasserwirtschaft gemeinsam zu bearbeiten, Wissen in den Bereichen Meteorologie und Hydrologie zu bündeln sowie Synergien zu nutzen. Damit einhergehend wird ein einheitliches Vorgehen im süddeutschen Raum für vergleichbare Fragestellungen angestrebt. In KLIWA werden aktuell die Themen Starkregen und Bodenerosion, Wasser- und Bodenwasserhaushalt, Wassertemperatur, Stoffgehalt von Gewässern sowie Gewässerökologie betrachtet.

Weitere Informationen zur Kooperation sind zu finden unter www.kliwa.de. ❐



V.l.: Fabian Sturm und Ralf Büntig (beide Planungsbüro USS-Consult), Frank Gausche (LuK Helmbrechts), Florian Bauer (Bauleiter Fa. AS-Bau Hof), Rouven Dost (Bautechniker VG Schauenstein), Florian Schaller (Bürgermeister Stadt Schauenstein), Klaus Semmler (Fa. AS-Bau Hof). Bild: Stadt Schauenstein

Neuer Trinkwasserhochbehälter in Schauenstein:

Erfolgreiche Bauabnahme

Kürzlich wurde in Schauenstein der neu gebaute Trinkwasserhochbehälter offiziell abgenommen. Innerhalb kurzer Zeit, seit dem Baubeginn im August 2023, wurden die Schieberkammer und zwei Wasserbehälter errichtet und in Betrieb genommen. Damit hat die Stadt Schauenstein einen weiteren wichtigen Schritt zur Sicherung der Trinkwasserversorgung ihrer Bevölkerung gemacht.

Der Neubau war notwendig geworden, nachdem Keime im Trinkwasser des Leitungsnetzes aufgetreten sind. Die Bausubstanz der Wasserkammern des alten Hochbehälters war äußerst schlecht; weshalb bereits Anfang der 2000er Jahre eine der drei Kammern stillgelegt werden musste. Da auch die anderen Wasserkammern entsprechend schlechte Bausubstanz aufwiesen, musste hier dringend gehandelt werden. Der Stadtrat beschloss daraufhin einstimmig den Abbruch des bisherigen Hochbehälters und die Errichtung des neuen Hochbehälters.

Zügige Umsetzung des Projekts

„Mit dem neuen Hochbehälter sind wir jetzt in der Trinkwasserversorgung unserer Bevölkerung gut aufgestellt," freut sich Bürgermeister Florian Schaller. Er hob die hervorragende Zusammenarbeit zwischen dem Planungsbüro USS Consult und der ausführenden Baufirma AS-Bau Hof GmbH hervor. „Dank der präzisen Planung und des schnellen sowie reibungslosen Bauablaufs, mit einer schlagkräftigen Firma, haben wir dieses wichtige Projekt zügig umsetzen können," so Schaller weiter.

Eine Besonderheit bei dieser Baumaßnahme ist, dass der neue Hochbehälter aus PE-HD gefertigt wurde. So wurde die komplette Schieberkammer in einem Stück gefertigt und per Schwertransport aus Österreich geliefert. Die vier Kunststoff-Behälterteile wurden aus Köln geliefert und vor Ort mit der Schieberkammer verschweißt. Dies hat auch für eine schnelle Umsetzung dieses Projektes gesorgt.

Mit diesem PE-HD Material ist es der erste Hochbehälter seiner Art im Landkreis Hof. PE-HD, ein robustes und langlebiges Material, sorgt für zusätzliche Sicherheit und Effizienz in der Trinkwasserspeicherung und -versorgung.

Zukunftsorientierter Ausbau

Die stattfindende Bauabnahme verlief erfolgreich, die Gewerke wurden ohne Beanstandungen abgenommen, es sind nur noch kleinere Restarbeiten auszuführen. Eine Umzäunung wird noch gebaut, eine spätere Installation einer PV-Anlage ist vorbereitet. Weiterhin ist es positiv zu verzeichnen, dass die Kosten für den Neubau des Hochbehälters voraussichtlich unter den geplanten Baukosten von 965.000 Euro liegen werden.

Damit ist die Trinkwasserversorgung in Schauenstein nicht nur gesichert, sondern auch zukunftsorientiert ausgebaut. Somit ist ein weiterer, wichtiger Schritt in der Infrastrukturentwicklung der Stadt Schauenstein erreicht und abgeschlossen. ❐

Hervorragende Wasserqualität an Bayerns Badeseen

Auch in diesem Jahre beweisen die Badeseen im Freistaat ihre hervorragende Wasserqualität. Auf dieses aktuelle Ergebnis hat Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hingewiesen. Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) hatte seit Ende April 1.122 Wasserproben mikrobiologisch untersucht.

Ministerin Gerlach erläuterte: „Nahezu 98 Prozent der bayerischen Badegewässer sind derzeit hinsichtlich ihrer hygienischen Qualität als ‚ausgezeichnet' oder ‚gut' eingestuft. Die Ministerin fügte hinzu: „Der Klimawandel und steigende Durchschnittstemperaturen könnten in Zukunft zu vermehrten Problemen mit Blaualgen in einigen Gewässern führen. Umso wichtiger ist die Überwachung der Gewässer durch die Gesundheitsämter und das LGL."

Gerlach betonte: „Schlechte Wasserqualität kann zu gesundheitlichen Problemen wie Magen-Darm-Erkrankungen oder Hautreizungen führen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Wasserqualität im Blick haben. Die bayerischen Gesundheitsämter überwachen daher die bayerischen EU-Badestellen in der Badesaison."

Die Gesundheitsämter entnehmen kurz vor und während der Badesaison von Ende April bis 15. September insgesamt sechs Mal Wasserproben aus den Badeseen. Das LGL überprüft die eingesandten Wasserproben auf die Darmbakterien „Escherichia coli" und „Intestinale Enterokokken". Besteht an bestimmten, dafür anfälligen Seen der Verdacht, dass Cyanobakterien (Blaualgen) in höherer Konzentration vorkommen, werden zusätzlich Wasserproben auf Cyanobakterien untersucht.

Messwerte online verfügbar

Die aktuellen Messwerte sind auch online auf der Liste der EU-Badegewässer in Bayern verfügbar, die nach Regierungsbezirken sortiert ist. Dort sind 374 Badeplätze an 292 Seen aufgeführt.

Weitere Informationen unter www.stmgp.bayern.de/vorsorge/umwelteinwirkungen/badeseen ❐

Abwasserreinigung:

Startschuss für Schweinfurter Forschungsprojekt

Die städtische Kläranlage in Schweinfurt wird um eine vierte Reinigungsstufe erweitert. Die Stadt geht mit einem Forschungsprojekt sogar noch einen Schritt weiter: Sie will bei der Bewässerung Grundwasser und Wasser aus Oberflächengewässern durch aufbereitetes Abwasser aus der Kläranalage als Nutzwasser ersetzen.

Umweltminister Thorsten Glauber, der den Förderbescheid überreichte und das Projekt offiziell startete, betonte: „Bayern setzt auf die Erforschung und Einführung innovativer Techniken, um die Reinigung des Abwassers immer weiter zu verbessern. Wir unterstützen das Forschungsvorhaben in Schweinfurt und fördern den Bau der 4. Reinigungsstufe mit 10,8 Millionen Euro."

Mit Nutzwasser und moderner Bewässerungsinfrastruktur kann die städtische Bewässerung von Grünflächen, Parkanlagen und Sportplätzen effektiv und kostensparend erfolgen. Das Forschungsvorhaben der TU München „Nutzwasser für städtisches Grün" will dafür die Voraussetzungen schaffen. Das Umweltministerium stellt der TU München dafür 2,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Freistaat hat bereits vor mehr als zehn Jahren begonnen, die erforderlichen Grundlagen für die Umsetzung der vierten Reinigungsstufe zu erarbeiten. Auf freiwilliger Basis wird die Ausrüstung einer vierten Reinigungsstufe bei insgesamt 13 Kläranlagen gefördert. Die Pilotanlage in Weißenburg wurde mittlerweile in den Regelbetrieb überführt. Auch das Klärwerk Steinhäule in Neu-Ulm betreibt eine vierte Reinigungsstufe für die Behandlung von Abwasser aus Bayern und Baden-Württemberg. Die vierte Reinigungsstufe nutzt fortschrittliche Behandlungstechnologien, die mit breiter Wirkung Spurenstoffe entfernen können, die von den herkömmlichen Behandlungsstufen nicht erfasst werden.

Die EU und der Bund haben bislang keine verpflichtenden Vorgaben für den Bau vierter Reinigungsstufen erlassen. Die einzelnen Bundesländer haben in diesem Bereich keine Gesetzgebungskompetenz. Die Nachrüstung von Kläranlagen durch die Betreiber erfolgt daher bislang als freiwillige Vorsorgemaßnahme. ❐

Lindauer Seminar 2024

Bereits zum 36. Mal traf sich die Branche zur renommierten Fachveranstaltung für Entwässerung, Inspektion und Sanierung von Kanal- und Rohrsystemen. Moderierte Vortragsblöcke mit aktuellen Themenschwerpunkten der Branche, Diskussionen zu Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten sowie eine begleitende Fachausstellung, die mit innovativen Produkten und Dienstleistungen aufwartete, machten das von JT-elektronik veranstaltete Seminar erneut zu einem Podium intensiven Informations- und Erfahrungsaustausches.

Auch heuer wurden alle Facetten einer zukunftsfähigen Siedlungsentwässerung aus Sicht der Gesetzgebung, der Betreiber, der Planer und der Anwender vorgestellt und von den mehr als 600 Teilnehmern angeregt diskutiert. Nach einem Grußwort von Dr. Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau, durften sich die Besucher am ersten Fachtag auf vier thematische Vortragsblöcke freuen.

Ersterer befasste sich mit den Herausforderungen und Perspektiven der Wasserwirtschaft. Dabei wurden die Konsequenzen beschrieben, die sich aufgrund des Klimawandels für die kommunale Siedlungsentwässerung ergeben und deren Bedeutung beim Bemühen um eine Klimaneutralität der Abwasserentsorgung aufgezeigt. Die Siedlungsentwässerung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge sei von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung, hieß es. Gleiches gelte für den Infrastrukturerhalt in Zeiten knapper Kassen und fehlender Fachkräfte.

Integrale Siedlungsentwässerung

Im weiteren Verlauf wurden kommunale und private Aufgaben in der integralen Siedlungsentwässerung benannt. Zunächst wurde auf zwei neue bayerische Arbeitshilfen zum Umgang mit Hausdränagen und Grundstücksentwässerungsanlagen hingewiesen und die Ergebnisse eines Pilotprojekts zur Überprüfung und Sanierung privater Grundstücksentwässerungsanlagen präsentiert. Es folgten Beiträge zum erforderlichen Zusammenwirken von öffentlicher und privater Entwässerung für ein zukunftsfähiges Regenwassermanagement und zur Minimierung der Gewässerbelastungen.

Beim Thema „Werkzeuge zur Digitalisierung in der Siedlungsentwässerung – Möglichkeiten und Grenzen" ging es um erfolgreiche BIM-Implementierungen in der Kanalinstandhaltung, Erfahrungen mit KI aus der Sicht eines Dienstleisters und den Infrastrukturerhalt bei Fachkräftemangel. Dieser Vortragsblock endete mit einer Diskussion zum Thema Digitalisierung, Digitaler Zwilling und Erwartungen an die Auswertungsqualität der KI-Software. Insgesamt verfügt der Tiefbaubereich über ein erhebliches Potenzial in der Digitalisierung, so der Tenor.

Im Vortragsblock „Kanalmanagement – neue Entwicklungen" standen Beiträge zur strategischen Inspektionsplanung, zur Kanalinspektion mit Flugdrohnen, zum Einsatz von einfachen Untersuchungssystemen und zur Bedarfsorientierten Eigenüberwachung mit Empfehlungen auf Basis umfangreicher Zustandsdaten aus bis zu drei Inspektionszyklen auf der Agenda.

Am zweiten Seminartag lag der Fokus zunächst auf der Eigenwasserspülung als substanzschonende und energiesparende Alternative zur HD- Reinigung, einem möglichen Blackout im Kanalbetrieb, dem Füllstandsmonitoring und der Future City Fow Modellierung, der Simulation sowie der Vorhersage und Steuerung der Siedlungswasserwirtschaft, ehe das Thema „Kanalinstandhaltung in Zeiten begrenzter Ressourcen" den Abschluss bildete.

Im Mittelpunkt standen dabei praktische Beispiele zur Beschleunigung von Planungsprozessen, Ausbildungsberufe im Wandel, die bedarfsorientierte Straßenablaufreinigung, die Konformität von Ausschreibung, Angebot, Auftrag und Bauausführung bei der Kanalinstandhaltung und schließlich die Frage „Leistungswettbewerb oder Preiswettbewerb bei der Vergabe von Planungsleistungen?" **DK**

Staatsminister Füracker:

Auszeichnung für neun lebendige Traditionen in Nordbayern

Nachdem am 11. Juni in München sieben südbayerische Kulturformen in das Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes neu in das Bayerische Landesverzeichnis aufgenommen wurden (wir berichteten), überreichte nunmehr Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in Nürnberg nunmehr die Urkunden für lebendige Traditionen in Nordbayern. Dabei handelte es sich um die sechs diesjährigen sowie die drei letztjährigen Neuaufnahmen.

Jährlich an einem Samstag im Juli wird in der Nähe von Coburg das Neustadter Kinderfest veranstaltet. Im Mittelpunkt steht der von der örtlichen Schule organisierte Kinderumzug, bei dem die Schülerinnen und Schüler kostümiert durch die Straßen ziehen, begleitet von Musikkapellen und geschmückten Festwagen. Jede Klasse legt individuell ihr jährliches Leitthema fest und führt es beim Festzug auf. Im Anschluss an den Umzug finden Sport- und Freiübungen, Spiele und der traditionelle Neustadter „Rutscher"-Tanz, der schon im 19. Jahrhundert für Kinder adaptiert wurde, statt.

Das Goldschlägerhandwerk hat eine lange Tradition und ist ein wichtiger Teil der Geschichte von Schwabach. Seit dem 16. Jahrhundert ist die Stadt für ihre Blattgoldarbeiten bekannt, die weltweit exportiert werden. Blattgold aus Schwabach ziert zum Beispiel die „Goldelse" in Berlin, die Kuppel des Invalidendoms in Paris und die Freiheitsstatue in New York. Bundesweit existiert das Goldschlägerhandwerk nur noch in der mittelfränkischen Stadt.

Seit 1731 geht der Gelübdefeiertag in Grafenwöhr auf den Seuchen- und Pestheiligen Sankt Sebastian zurück, der nach seiner Anrufung die Stadt von der Pest befreit haben soll. Zahlreiche Bürger, Vereine, Stadtverwaltung, Pfarreien und sogar Vertreter des Truppenübungsplatzes beteiligen sich rege an den Feierlichkeiten. Der Stadtfeiertag wird bis heute jährlich am 20. Januar mit Kirchenzug, Gottesdienst und anschließenden Feierlichkeiten begangen.

Lange Tradition

Das Treideln, bei dem ein Schiff von einem am Ufer laufenden Pferd gezogen wird, hat eine lange Tradition am Ludwig-Donau-Main-Kanal. Diese Praxis geht bis in die 1840er Jahre zurück und erstreckt sich von Kelheim bis Bamberg. Nach Aufgabe des Kanals als offizielle Wasserstraße 1950 wurde das Treideln allmählich aufgegeben und 1996 zunächst im oberpfälzischen Landkreis Neumarkt und dann im mittelfränkischen Landkreis Nürnberg Land wiederbelebt. Die touristische Nutzung des Treidelns und die Weitergabe der alten Handwerkstechnik sind mittlerweile einmalig in Deutschland.

Das Kunigundenfest in Lauf an der Pegnitz ist seit dem 17. Jahrhundert belegt und vor allem ein Schul- und Kinderfest, das jährlich am ersten Juli-Wochenende gefeiert wird. In einem Festzug ziehen die Kinder der städtischen Schulen zum Reigenplatz und zeigen dort ihre Darbietungen. Umrahmt wird das Geschehen von einem fünftägigen Kirchweihfestbetrieb. Der Anlass für das Fest ist die Weihe der Kunigundenkapelle auf dem nördlich der Stadt gelegenen Kunigundenberg.

Die Kronacher Schwedenprozession geht auf eine Dankprozession für das glückliche Ende einer Belagerung durch schwedische Truppen im Dreißigjährigen Krieg zurück. Die seit 1632 alljährlich begangene Prozession führt am Sonntag nach Fronleichnam von der Stadtpfarrkirche zur Festung Rosenberg und wieder zurück. Nach der Prozession gibt es einen festlichen Ausklang. Früher beteiligten sich daran Zünfte und das Bürgermilitär, heute sind es Vereine, städtische Institutionen und historische Gruppen. Eine besondere Rolle bei der Dankesprozession kommt bis heute den Frauen zu, da die letzte Belagerung der Stadt nur durch ihre Hilfe abgewehrt werden konnte.

Kontinuierliche Brauchtums- und Trachtenpflege

Das Wissen über lokale historische Hochzeitsbräuche und Trachten aus der Zeit um 1890/1900 sowie die mit ihnen verbundenen handwerklichen Fähigkeiten soll die öffentliche Inszenierung eines evangelischen Hochzeitszuges aus der ehemaligen Grafschaft Wertheim durch den Gesang- und Trachtenverein Glasofen e.V. vermitteln. Aufführungen finden bei festlichen Gelegenheiten vor Ort und in der Umgebung statt, aber auch bei Ereignissen wie dem Trachten- und Schützenzug des Münchner Oktoberfests. Die kontinuierliche Brauchtums- und Trachtenpflege begann 1951 mit der Gründung einer Trachtengruppe durch einen örtlichen Lehrer. Neben den Umzügen stehen die Bewahrung und Nachbildung der historischen Kleidungsstücke, Kenntnisse um deren angemessene Verwendung und das teilweise sehr komplizierte Ankleiden im Zentrum der Erhaltungsbemühungen.

Ein von September bis April praktiziertes gesellschaftliches und kulinarisches Ritual, das sowohl in der Gastronomie wie auch in Vereinen oder in privaten Gesellschaften seit Mitte des 19. Jahrhunderts angeboten wird, ist die „Schweinfurter Schlachtschüssel". An einem Essen sind üblicherweise zwischen 30 und 150 Personen beteiligt. Hierbei wird das Fleisch nicht einzeln portioniert, sondern in ritualisierter Form tischweise gereicht. Zudem ist das Schlachtschüsselessen mit einem Unterhaltungsprogramm verbunden, bei dem die Gäste zum Mitsingen und Dichten aufgefordert werden.

Die Kirwa (Kirchweih) im Amberg-Sulzbacher Land ist ein traditionelles, farbenfrohes Volksfest mit Trachten, traditionellen Ritualen und kulinarischen Köstlichkeiten, das in etwa hundert Ortschaften im Landkreis Amberg-Sulzbach und der kreisfreien Stadt Amberg gefeiert wird. Die öffentlichen Feste dauern üblicherweise drei Tage, die Hauptelemente, darunter die Errichtung des Kirwabaums, sind ähnlich, jedoch gibt es lokale und regionale Besonderheiten. Im Mittelpunkt der Organisation stehen meist Gruppen von Jugendlichen und unverheirateten jungen Erwachsenen. **DK**

Zukunftsstiftung Ehrenamt:

Starthilfe für 20 Projekte

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern macht die Einsatzbereitschaft, Innovationskraft und Kreativität von Menschen im Ehrenamt sichtbar. Auch in diesem Jahr fördert sie wieder besonders herausragende ehrenamtlich getragene Projekte.

Folgende 20 Projektträger erhalten eine Starthilfe in Höhe von insgesamt rund 150.000 Euro:

- machbar bamberg e.V., Kultur statt Kaserne - Neue Nachbarschaft in Bamberg Ost
- Bürgerinitiative Mehr Platz zum Leben, Gestalte dein Viertel mit!
- Quartiersmanagement der Stadt Ostheim, Helferkreis Ostheim v. d. Rhön
- St. Johannes Zweigverein Theilheim e.V., Generationengarten, Theilheim
- Ausgepfuscht e.V., Gemeinsam engagiert! Wir lernen gemeinsam! Gilching
- Diakonisches Werk Schweinfurt e.V., Offene Soziale Dienste, Bibliothek der Dinge - digital und ganz persönlich
- Freiwillige Feuerwehr Forchheim e.V. für die Dorfgemeinschaft Forchheim, Musik, Tanz und Bewegung mit Senioren, gefördert in Kooperation mit der Bürgerstiftung Kerscher
- Stadtjugendring Kaufbeuren des Bayerischen Jugendrings, Freiwillig für Morgen
- Chorgemeinschaft Schnaittach, Lernen mit dem Liederweg, gefördert in Kooperation mit der Bürgerstiftung Kerscher
- Begegnungszentrum DAS BUNTE HAUS, Einsatz neuer Medien im Bürgerschaftlichen Engagement, gefördert in Kooperation mit der CONVIVO Stiftung
- Kunstwert-Wir machen Kultur e.V., Klassik im Kesselhaus in Kooperation mit der Bürgerstiftung Kerscher
- Freiwilligen Agentur Regensburg, Inklusion durch Engagement – Plauderbank
- Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit gGmbH, Ehrenamt belebt Stadtgemeinschaften - Verbindungen schaffen mit der Teil-Bar, Nürnberg
- Digitalraum Main-Donau-Moldau e.V., Koordination ehrenamtlicher Einsatzkräfte/Helfer mit Hilfe von GPS-Route
- Stadtbücherei im Kantorhaus, Bibliothek der Dinge - Bibliothek als 3. Ort
- Projektschmiede e.V, Community-Brauerei
- AOVE e.V., Zukunfts-Blick - So soll meine Heimat aussehen in Kooperation mit der Bürgerstiftung Kerscher
- Kulturlawine e.V., Harmonie in Vielfalt - ein inklusives Musikprojekt
- Community Kitchen gGmbH, Mitmachküche
- Verein zur digitalen Unterstützung von Einsatzdiensten e.V., HEiDi.medic - Das Medizin-Modul für die Hilfeapp für Einsatzdienste.

Ulrike Scharf, Bayerische Sozialministerin und Vorstandsvorsitzende der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern: „Das soziale Bayern lebt vom Ehrenamt. Ich bin begeistert, mit welcher Leidenschaft und Ideenreichtum sich die Menschen in unserem Land engagieren. Mit der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern sagen wir Ja und Danke zu diesem Einsatz." **DK**

Bayerischer Präventionspreis 2024:

Lebenswelten gestalten

Innovative und zukunftsweisende Projekte und Leistungen zu Gesundheitsförderung und Prävention aus München, Bad Birnbach, Erlangen, Fürth und Würzburg sind in der Landeshauptstadt von Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach mit dem Bayerischen Präventionspreis 2024 bedacht worden. Die Auszeichnung wurde in fünf Kategorien vergeben und mit jeweils 2.000 Euro dotiert. Beworben hatten sich 93 gesundheitsfördernde und präventive Projekte aus dem gesamten Freistaat.

Den Bayerischen Präventionspreis in der Kategorie „Prävention in Familie, Kindertagesstätte und Schule" teilen sich zwei Projekte: Gewürdigt wurden „Ich bin alles" – Infoportal zur Depression und psychischen Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen (Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie des LMU Klinikums München) und „YAM – Youth Aware of Mental Health", ein schulbasiertes Programm zur Förderung der psychischen Gesundheit von Jugendlichen (Mental Health Initiative gGmbH, MHI, München).

Ausbildungsstätte und Betrieb

Ausgezeichnet wurde zudem in der Kategorie „Prävention in Ausbildungsstätte und Betrieb" das Pilotprojekt „big.KMU – Mit Bad Birnbach zum gesundheitsfördernden Unternehmen" der Kurverwaltung Bad Birnbach mit Unternehmen aus dem Landkreis Rottal-Inn. Das Projekt wurde von der Kurverwaltung Bad Birnbach und Unternehmen aus dem niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn unter wissenschaftlicher Begleitung der Ludwig-Maximilians-Universität München durchgeführt. Es widmet sich der betrieblichen Gesundheitsförderung am Kurort und im Betrieb.

Prävention im Alter

Das Projekt „Streetwork for Seniors" der Initiative Erlangen erhielt den Präventionspreis in der Kategorie „Prävention im Alter". Dabei handelt es sich um ein kostenloses Riksch-a-Mitfahr-Angebot für Ältere in Büchenbach. Durch die Vermittlung von Informationen über Stadtteilangebote und die gleichzeitige Möglichkeit, mit der Riksch-a dorthin zu gelangen, nimmt die Teilhabe der Älteren zu, z. B. zu geselligen Mittagstischen oder zu Bewegungskursen. Weitere Teilnehmer berichten dankbar von der Riksch-a-Mitfahr-Nutzung zu Arztterminen oder Einkäufen, zu denen sie persönlich begleitet werden und sich somit sicherer fühlen.

Bewegungsförderung

In der Kategorie „Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit" siegte „Fürth bewegt!", ein kostenfreies Angebot zur Bewegungsförderung im öffentlichen Raum und zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe im Stadtteil. Das überregional bekannte und beliebte Angebot ist in der Kleeblattstadt mittlerweile auf sechs Standorte angewachsen. Grünflächen werden für die Bewegung der Stadtbevölkerung genutzt und dienen als Ergänzung zu Sportvereinen.

Beim „Präventionsschwerpunkt Einsamkeit" behielten schließlich die an 19 Standorten der Selbsthilfekontaktstellen (SeKo) Bayern e. V., Würzburg, angebotenen „Walk & Talk – Spaziergänge und gute Gespräche gegen Einsamkeit" die Oberhand. Einsame Menschen in Bewegung und ins Gespräch bringen, ohne Sie zu stigmatisieren: Bei einem Spaziergang sollen tiefere Gespräche angeregt und eine Brücke zu thematischen Selbsthilfegruppen gebaut werden. Zudem sollen neue Kontakte geknüpft und die Freude daran geweckt werden, andere Leute kennenzulernen. **DK**

Schule fürs Leben:

Jugendliche erleben regionale Wertschöpfung

Ein Projekttag im Zeichen des regionalen Einkaufs

Im Rahmen der vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus initiierten Projektwoche „Alltagskompetenzen – Schule für's Leben" konnten Schülerinnen und Schüler aus der 8. Jahrgangsstufe des örtlichen Gymnasiums am Projekttag „Regionales Picknick – Einkaufen mit der REGIOapp" ihre praktischen Fähigkeiten unter Beweis stellen und dabei die Vorteile regionaler Produkte kennenlernen. Der Bundesverband der Regionalbewegung e.V. (BRB) mit Sitz im mittelfränkischen Feuchtwangen hatte den Projekttag in Kooperation mit der ortsansässigen Regionalinitiative Artenreiches Land – Lebenswerte Stadt e.V. (ALLES e.V.) auf Initiative des Gymnasiums Feuchtwangen bereits im dritten Jahr in Folge veranstaltet. Im Mittelpunkt stand die Praxistauglichkeit von Regionalität.

Das Konzept „Schule fürs Leben" zielt darauf ab, in einer Praxiswoche den Lebensweltbezug im schulischen Alltag deutlich zu stärken und die Alltagskompetenzen der Schülerinnen und Schüler vor allem in den Bereichen Umweltverhalten, Ernährung, nachhaltiges Handeln und Haushaltsführung zu fördern. Die Schulen arbeiten dabei fächerübergreifend mit qualifizierten externen Partnern, wie hier dem BRB und dem ALLES e.V., zusammen.

Regionaler, digitaler Einkaufsführer

Nach einem informativen Einstieg in die zahlreichen guten Gründe für regionales Handeln lernten die Schüler auf dem Projekttag in Feuchtwangen die REGIOapp kennen. Die App, die 2013 vom BRB zunächst für Mittelfranken entwickelt wurde, hat sich mittlerweile bundesweit mit rund 75.000 Userinnen und User und etwa 13.500 Profileinträgen zu regionalen Produkten und Anbietern als regional-digitaler Einkaufsführer etabliert.

Auswirkungen der Einkaufsentscheidungen

Aufgabe der Schüler war es im Anschluss, ein Picknick mit möglichst regionalen Zutaten, inklusive Getränke und Nachtisch, zu planen, die Zutaten vor Ort einzukaufen und das Picknick zuzubereiten. Dabei war die Herausforderung nicht nur, authentisch regionale Produkte zu finden, sondern auch innerhalb eines vorgegebenen Budgets zu bleiben.

„Wir müssen Jugendliche dafür sensibilisieren, welche Auswirkungen jede ihrer Einkaufsentscheidungen auf ihre Umwelt, ihre Region und ihre Mitmenschen hat", erklärt Dr. Melanie Oertel, die als Projetleiterin beim BRB den „Tag der Regionen" leitet. „Ernährung ist ein hervorragendes Feld, da wir alle tagtäglich konsumieren. Jugendliche sind neugierig auf Zusammenhänge, interessieren sich für nachhaltiges Verhalten und brauchen dabei Unterstützung von innovativen Formaten, die ihnen Projekttage wie dieser hier liefern können", freut sich Andrea Winter, Pressesprecherin des BRB.



Florian Krommer von der Regionalbewegung mit Schülerinnen und Schülern der 8. Klasse bei der Zubereitung des regionalen Picknicks.

Bild: Andrea Winter, Bundesverband der Regionalbewegung e.V.

Achtsamkeit erfordert Flexibilität

Beim gemeinsamen Verzehr des selbst zubereiteten Picknicks wurde klar, dass nicht jedes als regional beworbene Produkt wirklich regional ist. Die Schüler erkannten, dass die Achtsamkeit auf Saisonalität und Regionalität teilweise Flexibilität im Speiseplan erfordert. „Wir hatten frische Himbeeren für unsere Joghurtspeise geplant, mussten aber feststellen, dass nur spanische Ware in den Verkaufsstellen, die wir aufgesucht haben, angeboten wurde. Wir haben uns dann für die unverpackten Johannisbeeren und Blaubeeren entschieden, die immerhin aus Deutschland sind" erklärt eine Schülerin. Ihre Mitschülerin betonte erstaunt, nachdem sich ihr Bio-Honig erst beim genauen Studium des Kleingedruckten als mexikanisches Erzeugnis entpuppte: „Ich hätte nicht gedacht, wie komplex es ist, im Alltag auf Regionalität zu achten und wie schwer es ist, wirklich regionale Produkte zu finden, vor allem, wenn man gleichzeitig Wert auf Bio legt."

REGIOapp bietet Orientierung

„Hier kann die REGIOapp eine gute Orientierung sein und unser Projekttag rund ums regionale Einkaufen könnte jeweils in Kooperation mit örtlichen Regionalinitiativen aufgrund der bundesweiten Reichweite der REGIOapp sogar in ganz Deutschland durchgeführt werden", freut sich Kerstin Horneber, die die REGIOapp bundesweit leitet und betreut. ❐



V.l. Tatkräftige Unterstützung durch Lara, Lina, Elsa und Lotte bei der Müllsammelaktion der Gotzinger Grundschule. Bild: Marina Muss

Gotzinger Grundschule in München/Untersendling:

Wir räumen gemeinsam auf

300 Schüler beschäftigen sich eine Woche mit dem Thema „Müll“

Die Zeit von Notenschluss bis Ferienbeginn ist eine besondere: Die Schüler sind ohne Leistungsdruck und die Lehrer haben die Gelegenheit ein Angebot unabhängig vom Lehrplan zu machen. Das Kollegium der Gotzinger Grundschule im Münchner Stadtteil Sendling hat sich daher eine besondere Aktion ausgedacht. Eine ganze Woche ging es um das Thema Müll, Recycling und Upcycling.

300 Schülerinnen und Schüler und ihre Familien bereiteten sich schon wochenlang auf das Projekt vor und sammelten fleißig, was eigentlich sofort im Müll landet: Dosen, Saft- und Milchkartons sowie Klopapierrollen und vieles mehr. Eine Mutter erzählt erstaunt, dass ihr erst durch das bewusste Aufheben der Milchkartons klar wurde, „wie viel Milch wir verbrauchen!“ Der gesammelte Müll wurde in diversen Workshops von den Kindern verarbeitet und zu neuem Leben erweckt. Aus den Milchkartons wurden beispielsweise Käppis und Geldbeutel gefertigt. Aus alten Büchern wurden dekorative Blumen gebastelt. Die Kinder kamen mit Insektenhotels und Bienenwachstüchern nach Hause. In Zusammenarbeit mit dem Großmarkt wurde aus 60 Kilo Obst Marmelade gekocht und alte Schraubgläser wurden zu hübschen Teelichtern.

genes Geschirr mitzubringen und handgerechte Speisen anzubieten. Den Abschluss aber bildete die große Müllsammelaktion: Alle Schüler wurden mit Begleitung durch Lehrerschaft und Elternbeirat klassenweise durch das Stadtviertel geschickt, um Müll zu sammeln. Eine Schülerin erzählte dabei fassungslos von den Müllbergen, die auch in München „einfach in den Straßen liegen!“ Was sie aber sehr gefreut habe, dass einige Leute auf der Straße sehr erstaunt und erfreut die Kinder gelobt hätten.

Konrektor Marius Trovato berichtete, dass es schon schwierig war, Unterstützung zu finden. Zum Glück kam über den Elternbeirat der Kontakt zu rehab republic, die den Kindern 300 Müllsammelzangen, 60 waschbare Beutel und rund 50 Kinderhandschuhe ausliehen. rehab republic ist ein Münchner Kreativkollektiv, das seit zwölf Jahren Kommuni-



Erstaunlich, wie viel Müll im Viertel zu finden ist. Die Gotzinger Grundschule räumt auf. Bild: Marina Muss

Das anschließende Sommerfest stand natürlich ebenfalls unter dem Motto Müllvermeidung. Die Familien wurden gebeten ei-

kationskampagnen für Umwelt- und Sozialthemen im urbanen Raum entwickelt und durchführt. Gefördert ist das Projekt unter anderem vom Referat für Klima und Umwelt sowie der Sparkassenstiftung – aktuell ist die Förderung allerdings nur bis Ende des Jahres gesichert und Sponsoren und andere Unterstützer werden gesucht. Neben Aktionen, die ohne Anmeldung offen für alle Interessierten sind, haben Unternehmen, Vereine und Schulen außerdem die Möglichkeit, ein organisiertes Cleanup-Event zu buchen oder Materialien zum Müllsammeln auszuleihen und auf eigene Faust loszuziehen, so wird München von Kippen, Kronkorken und anderem Müll befreit. Nachmachen und selbst Equipment ausleihen ist ausdrücklich erwünscht. Alle Infos zur Ausleihe und mehr gibt es unter: www.cleanupmunich.de.

Außerdem erhält die Gotzinger Schule Unterstützung vom Baureferat München, das sich bereit erklärt hat, den gesammelten Müll abzuholen, denn das wäre für die Schule schwierig geworden. Schulleiterin Susanne Sieben zeigt sich sehr zufrieden mit der Aktion: „Wir haben großes Glück mit einem sehr engagierten Elternbeirat und einem Kollegium, dass sich voll eingesetzt hat. Wir wissen, dass wir unseren Schülern etwas abverlangt haben, aber hoffen natürlich auch auf einen nachhaltigen Effekt in Bezug auf das Thema Müll.“ **CH**

GZ ZU GAST BEI ...



Andreas Hügerich

Erster Bürgermeister der Stadt Lichtenfels

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Stadt Lichtenfels (20.553 Einwohner; Stand 01.07.2024).

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 01.05.2014 bin ich als hauptamtlicher Erster Bürgermeister im Amt.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meinem Amtsantritt als Bürgermeister war ich als Standesbeamter bei der Stadt Lichtenfels tätig. Diesen Beruf übe ich selbstverständlich nicht mehr aus.

Allerdings freue ich mich sehr darüber, wenn sich die Gelegenheit ergibt, weiterhin Eheschließungen vorzunehmen. Es ist für mich immer ein besonderer Moment, Paare in den Bund der Ehe zu begleiten und an einem der glücklichsten Tage ihres Lebens teilzuhaben.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Mein persönlicher Anreiz, in die Kommunalpolitik zu gehen, war meine tiefe Verbundenheit mit meiner Heimatstadt Lichtenfels. Hier bin ich aufgewachsen, ging in den Kindergarten und zur Schule und habe in der Stadtverwaltung meinen Beruf als Verwaltungsfachangestellter erlernt. Ich habe so viele positive Erlebnisse in meiner Stadt; daher möchte ich aktiv an ihrer Gestaltung mitwirken.

Es ist mir ein Herzensanliegen, unsere Stadt gemeinsam mit allen Lichtenfelserinnen und Lichtenfelsern weiterzuentwickeln.

Besonders wichtig ist mir dabei eine parteiübergreifende Zusammenarbeit und die Einbindung aller. Denn nur gemeinsam können wir die Herausforderungen in einer Kommune erfolgreich angehen.

Unsere vielen ehrenamtlichen Helfer, die sich so engagiert einbringen, leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Mit ihnen zusammenzuarbeiten und zu sehen, wie wir gemeinsam unsere Stadt fit für die Zukunft machen, bereitet mir große Freude.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Um mich auf die Aufgabe als Bürgermeister vorzubereiten, habe ich selbstverständlich an verschiedenen Seminaren teilgenommen, die speziell für Bürgermeisterkandidaten angeboten werden. Diese Seminare waren äußerst wertvoll, um ein tiefes Verständnis für dieses Amt zu entwickeln.

Jedoch war die beste Vorbereitung für mich immer der direkte Austausch mit den Menschen unserer Stadt. Es ist unglaublich bereichernd und lehrreich, den Menschen zuzuhören, ihre Anliegen und Ideen ernst zu nehmen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Dieser kontinuierliche Dialog hat mir sehr geholfen. Bis heute bleibt dieser Austausch das Herzstück meiner Arbeit als Bürgermeister. Denn nur durch ein offenes Ohr und das engagierte Umsetzen von Vorschlägen und Anregungen können wir gemeinsam unsere Stadt voranbringen und lebenswerter gestalten.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Bei meinem Amtsantritt standen wir vor großen Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Innenstadtbelebung. Wie in vielen Städten hatten wir mit Leerständen und dem Wandel im stationären Handel zu kämpfen.

In den vergangenen Jahren haben wir in Lichtenfels jedoch enorme Fortschritte gemacht. Wir konnten zahlreiche Leerstände beseitigen und diese Flächen einer neuen Nutzung zuführen. Dies umfasste den Handel, die Gastronomie und das Wohnen.

Ein besonders wichtiger Meilenstein ist derzeit im Entstehen: die neue Stadtbücherei mit Touristinformation direkt am Marktplatz. Dieser Stadtbaustein, der im Jahr 2025 fertiggestellt wird, verbindet den Marktplatz mit unserem Stadtschloss, in dem viele kulturelle Veranstaltungen stattfinden. Zusätzlich haben wir jetzt viele kulturelle Veranstaltungen in unserer Innenstadt, was zur Belebung und Attraktivität beiträgt.

Ein weiterer Erfolg ist der enge Austausch mit den Händlern, Gastronomen und weiteren Dienstleistern. Dies zeigt, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen und so positive Veränderungen bewirken können. Mit diesen Maßnahmen und insbesondere durch die Förderung der Kultur möchten wir als Stadt unseren Beitrag dazu leisten, eine lebendige und attraktive Innenstadt zu gestalten.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit beschäftigen mich mehrere zentrale Themen. An erster Stelle steht die Haushaltssituation der Stadt. Wie in vielen anderen Kommunen sind auch bei uns die Finanzen angespannt. Es wird zunehmend schwieriger, die notwendige Infrastruktur und die Bedarfe unserer Bürgerinnen und Bürger mit den vorhandenen finanziellen Mitteln umzusetzen.

Ein weiteres großes Thema ist der Ausbau der Kinderbetreuung. Es ist essenziell, unsere Familien zu unterstützen, indem wir ausreichende Angebote für Krippen, Kindergärten und Sportplätze bereitstellen. Obwohl wir hier schon Fortschritte gemacht haben, sind wir noch nicht da, wo wir sein wollen, und setzen unsere Bemühungen fort.

Wir arbeiten auch daran, Lichtenfels als Wohnstandort weiterhin attraktiv zu gestalten. Dazu gehört in einem Ortsteil die Erschließung des 2. Bauabschnitts in einem Neubaugebiet und besonders die Innenentwicklung. Unser Ziel ist es, leerstehende Immobilien wieder für Familien nutzbar zu machen und freie Flächen im Innenbereich einer sinnvollen Wohnnutzung zuzuführen.

Darüber hinaus legen wir großen Wert auf die Weiterentwicklung als Gewerbe- und neuerdings auch als Hochschulstandort. Wir befinden uns auf einem sehr guten Weg und arbeiten eng mit den Unternehmen in unserer Region sowie der Hochschule Coburg zusammen. Besonders der neu gegründete Zweckverband FADZ setzt wichtige Impulse, um die heimische Wirtschaft im Bereich der digitalen Transformation zu unterstützen, insbesondere die mittelständischen Unternehmen, die so wertvoll für unsere Stadt sind.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Herausforderungen der Zukunft werden, wie in den vergangenen Jahren, vielfältig sein. Was die Kommunalpolitik so spannend macht, ist die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung unserer Heimat mitzuwirken.

Unsere Kommunen mussten sich schon immer für kommende Herausforderungen wappnen, und bisher ist es unseren Städten, Märkten und Gemeinden stets gelungen, diese zu meistern.

Eine der zentralen Aufgaben wird es sein, den Zusammenhalt in der Bevölkerung zu stärken. Denn nur eine starke Gemeinschaft kann die anstehenden Herausforderungen erfolgreich bewältigen. Es ist entscheidend, dass wir als Kommune zusammenstehen und gemeinsam Lösungen entwickeln.

Darüber hinaus müssen wir uns mit den Themen Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Kultur, Bildung, wirtschaftliche Entwicklung und soziales Miteinander auseinandersetzen. Diese Bereiche sind essenziell, um unsere Stadt zukunftsfähig und lebenswert zu gestalten. In all diesen Bestrebungen ist es mein Ziel, die Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubeziehen und ihre Stimmen und Ideen in die Entscheidungsprozesse einzubringen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ich möchte mir nicht anmaßen, ungefragt Ratschläge zu erteilen. Was mir jedoch sehr geholfen hat, war der Austausch mit erfahrenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Es ist unglaublich wertvoll, von ihren Erfahrungen und Erkenntnissen zu lernen. Dabei wird einem schnell bewusst, dass jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister eigene Herausforderungen hat. Es gibt aber auch viele Parallelen, die uns verbinden.

Ein Aspekt, den ich besonders schätze, ist der parteiübergreifende Zusammenhalt innerhalb der kommunalen Familie. Dieser Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung sind von unschätzbarem Wert.

Deshalb möchte ich jungen Kolleginnen und Kollegen ans Herz legen, den Dialog mit erfahrenen Amtsträgern zu suchen und sich auf diesen Zusammenhalt zu verlassen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Selbstverständlich halte ich regelmäßig Bürgerversammlungen und Sprechstunden für alle Bürgerinnen und Bürger ab. Darüber hinaus bin ich stets ansprechbar und habe immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen.

Bei der Entscheidungsfindung ist es mir wichtig, alle Argumente zu hören und zu berücksichtigen. Ob in Bürgerversammlungen, Besprechungen mit Kolleginnen und Kollegen oder im Stadtrat: ich lege großen Wert darauf, einen breit gefächerten Konsens zu erreichen. Das bedeutet, dass ich zuhöre, verschiedene Perspektiven einbeziehe und gemeinsam nach Lösungen suche, die von möglichst vielen getragen werden können.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird zweifellos einen zunehmenden Einfluss auf die künftige Kommunalpolitik haben, wie sie es bereits in vielen anderen Bereichen unseres Lebens getan hat. Dennoch bleibt das persönliche Gespräch unersetzlich. Es ermöglicht uns, Nähe zu den Bürgern zu bewahren, ihre Anliegen besser zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu finden. In einer digitalisierten Welt müssen wir sicherstellen, dass wir technologische Fortschritte nutzen, ohne den menschlichen Aspekt zu vernachlässigen, der das Fundament unserer Gemeinschaften bildet.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Mein Lebensmotto könnte man vielleicht mit „Mut, Ehrgeiz und langem Atem“ beschreiben. Als leidenschaftlicher Triathlet und Marathonläufer habe ich gelernt, dass diese Eigenschaften entscheidend sind, um persönliche Ziele zu erreichen. In der Kommunalpolitik sind sie genauso wichtig. Es geht darum, nie aufzugeben und mit Entschlossenheit und Ausdauer für unsere Ziele einzutreten. Große Ziele erfordern eben Mut, Ehrgeiz und den langen Atem, um sie zu verwirklichen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Aktuell darf ich mit dem Amt des Bürgermeisters meinen Traum leben, und ich bin allen Menschen in Lichtenfels sehr dankbar für ihr Vertrauen. In Erinnerung bleiben möchte ich als jemand, der stets sein Bestes gegeben hat und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern von Lichtenfels positive Veränderungen bewirkt hat. Es wäre mein größtes Glück, im Rückblick sagen zu können, dass wir zusammen viel erreicht haben und ich meinen Beitrag dazu leisten konnte. ❐



Frauen führen Kommunen: Vernetzungstreffen der bayerischen Bürgermeisterinnen. Bild: CH

Frauen führen Kommunen:

Bavaria ruft

Was hält unsere Dörfer und Städte zusammen

„Wie stärken wir das Ehrenamt und wie motivieren wir möglichst viele, sich für unsere Demokratie und unser Zusammenleben zu engagieren“, mit dieser Fragestellung kamen 50 Bürgermeisterinnen auf Einladung des Bayerischen Gemeindetags und seiner ARGE „Frauen führen Kommunen“ in Enkering/Kinding zusammen. Nur etwa 10 Prozent der 2.031 Bürgermeister in Bayern sind weiblich. Tendenz sinkend. Dabei machen Frauen 50 Prozent der Gesellschaft aus. Katharina Schulze, MdL und Fraktionssprecherin der Grünen im Bayerischen Landtag, spricht von einem Armutszeugnis und sieht auch die bayerische Landespolitik in der Pflicht. Übrigens: Die nächste Kommunalwahl 2026 fällt auf den Weltfrauentag am 8. März.

Das parteiübergreifende Frauen-Netzwerk geht auf eine Initiative von Cornelia Hesse beim Bayerischen Gemeindetag aus dem Jahr 2016 zurück und wird inzwischen von Kerstin Stuber geleitet. Anlass des diesjährigen Treffens war die Frage, wie die Gesellschaft wieder zu einem respektvollen Miteinander zurückfindet. So tauschten sich die Politikerinnen ganz konkret zu guten kommunalen Beispielen aus.

Die Hausherrin der Veranstaltung, Rita Böhm, ist seit 1990 Bürgermeisterin in Kinding. Sie sagt, dass sich das gesellschaftliche Klima sehr verändert habe, insbesondere seit Corona. Aber es sei schwer einen Grund dafür auszumachen: „Wir sind eine intakte Dorfgemeinschaft. Aber es wird immer schwieriger Ehrenamtliche zu finden. Die Bürger sind kritischer geworden, die Umgangsformen haben sich schlagartig verändert. Es wird weniger miteinander gesprochen.“ Auch Kathrin Alte, Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing und Sprecherin der ARGE sieht diese Entwicklung und ruft ihre Kolleginnen zu gezielten Aktionen auf: „Wir brauchen eine neue Form des Ehrenamts und es ist unser Job als Kommunalpolitiker auf die Menschen zuzugehen.“

Katharina Schulze betont die positive Stimmung der Veranstaltung, denn bei allen Herausforderungen, „in diesem Raum sind Frauen, die Lust haben zu gestalten. Die Probleme sehen und lösungsorientiert daran arbeiten,“ Dass es nur etwas über 200 Bürgermeisterinnen in Bayern gibt, das ist für Schulze nicht hinnehmbar: „50 Prozent der Gesellschaft sind weiblich, wenn diese Perspektive nicht auch entsprechend in den Gremien vertreten ist, dann werden diese Bedürfnisse der Bürgerschaft nicht gesehen.“

Aber wer ist eigentlich dafür zuständig, dass sich mehr Frauen überhaupt erst zur Wahl aufstellen lassen? Wo sind die Hürden und wie kann man sie wirklich abbauen? Alte berichtet von „Helvetia ruft“, eine schweizerische Kampagne, die tatsächlich für einen Anstieg an Kommunalpolitikerinnen geführt hat: „Warum nicht ‚Bavaria ruft‘?“ Aber das wäre nicht die alleinige Aufgabe der Bürgermeisterinnen: „Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mehr Frauen zu gewinnen, müssen alle politischen Parteien, (Frauen-) Verbände, Innen- und Sozialministerium endlich angehen. Gerne in einer Arbeitsgruppe, um alle Kräfte zu bündeln! Reine Absichtserklärungen helfen mit Blick auf die Kommunalwahl 2026 nicht weiter! Wir Bürgermeisterinnen helfen gerne mit.“ **CH**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Elisabeth Schätz, 1. Bgm. Haag i. OB., Kerstin Stuber, Bayerischer Gemeindetag, Rita Böhm, 1. Bgm. Kinding, Katharina Schulze, MdL, Hans-Peter Mayer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Gemeindetag und Kathrin Alte, 1. Bgm. Anzing. Bild: CH

Bayerische Wahlergebnisse

Thomas Etschmann (SPD) ist neuer Bürgermeister der Stadtgemeinde Osterhofen im Landkreis Deggendorf. In der Stichwahl setzte er sich deutlich mit 64,9 Prozent der Stimmen gegen seinen Kontrahenten Kurt Erndl (CSU/35,1 Prozent) durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,4 Prozent.

Zum Landrat im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim wurde Dr. Christian von Dobschütz (CSU) gewählt. In der Stichwahl lag er mit 52,2 Prozent der Stimmen vor der Markt Erlbacher Bürgermeisterin Dr. Birgit Kreß (FW), die 47,8 Prozent auf sich vereinte. Wahlbeteiligung: 51,8 Prozent.

Das neue Stadtoberhaupt von Greding (Landkreis Roth) heißt Josef Dintner. Der CSU-Politiker erreichte 53,0 Prozent. Auf Mark Dischner (SPD) entfielen 35,0 Prozent, Hermann Kratzer von den Freien Wählern kam auf 12,0 Prozent. Der bisherige Bürgermeister Manfred Preischl (FW) war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Wahlbeteiligung: 72,7 Prozent.

Kronburg/Illerbeuren (Landkreis Unterallgäu) hat mit Heike Klinkhammer eine neue Rathauschefin. Nach dem Tod des Amtsinhabers Hermann Gromer wurde die Kandidatin der Freien Wählergemeinschaft mit rund 93 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt. Sie war auch die einzige Bewerberin auf dem Stimmzettel. Kurz vor der Abstimmung hatte sich noch die parteilose Münever Stucke ins Spiel gebracht, für die allerdings nur 2,3 Prozent votierten. Die Wahlbeteiligung lag bei gut 50 Prozent.

Matthias Beck (CSU) ist neuer Erster Bürgermeister in Weißenstadt (Landkreis Wunsiedel). Er gewann deutlich mit 86 Prozent der Stimmen gegen den SPD-Bewerber Markus Zitzmann, der auf 14 Prozent kam. Der langjährige Bürgermeister Frank Dreyer (SPD) war aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 68,1 Prozent. **DK**

GZ PINOS WELT



So, wie ist das Wetter bei Ihnen, während Sie diese Kolumne lesen? Sonnig und heiß? Bewölkt und tropisch-feucht? Regnerisch und nasskalt? In diesem Sommer hatten wir ja bereits alles, was meteorologisch so auf dem Programm stehen kann.

Eigentlich doch, wenn man mal die vielen Jahre meines Katzenlebens so Revue passieren lässt, war es bisher – sieht man von den anfänglichen Wetterkapriolen mit den verheerenden Überschwemmungen ab – ein typisch bayerisch-mitteleuropäischer Sommer: Durchwachsen.

Die gute Nachricht dabei: Der Weltuntergang ist ausgeblieben. Staubtrockene, dürre Felder, apokalyptische Waldbrände und sonstige Horrorszenarien, mit denen uns die Letzte Generation und deren publizistischen Helfershelfer schrecken wollen, blieben aus. Der Klimawandel

Das Rezept gegen Overtourism

ist zwar nicht zu leugnen, aber wir dürften ihn in den Griff bekommen und wir müssen uns darauf einrichten, mit ihm zu leben.

Wen wundert es da, dass die Leute, kaum sind die Kinder in den Ferien, wieder in aller Herren Länder Urlaub machen wollen. Die Autobahnen sind voll, die Flughäfen melden Rekordpassagierzahlen und die Klimakleber legen den Flugverkehr lahm. Was für ein Armutszeugnis für die Sicherheitskonzepte unserer kritischen Infrastruktur. Denn keiner scheint vom anderen zu lernen. Berlin, München, Köln/Bonn, Frankfurt – überall das gleiche Muster und überall die gleiche hilflose Empörung, statt den Chaoten den Zutritt zu den Flugfeldern zu verwehren.

*Aber fanatisierte Idiot*innen [sic!] sind in dieser Saison nicht mal das größte Problem für die Urlauber. Sondern das Phänomen overtourism. Oder um es weniger chic auszudrücken: In vielen Ecken der Welt haben die Leute die Schnauze davon voll, dass so viele Touristen kommen. Venedig ist dafür ein gutes Beispiel: Jährlich kommt ein Vielfaches der Einwohnerzahl an Besuchern in die Stadt. Man findet an jeder Ecke einen Laden, der billige Karnevalsmasken made in China anbietet, aber kaum einen Metzger oder Gemüsehändler. Die Venezianer haben sich nun einfallen lassen, Eintritt für die Stadt zu verlangen. 5 Euro pro Tag. Effekt: Mehr Einnahmen für die Stadtkasse und kein Tourist weniger. Jetzt soll der Eintritt auf 10 Euro erhöht werden, aber wer potenziell bereit ist, für einen Cappuccino am Markusplatz 15 Euro zu bezahlen (kein Witz!), der wird auch von dieser Taxe nicht abgeschreckt.*

In Barcelona (ebenso jährlich mehr Touristen als Einwohner) und Mallorca (gibt es da überhaupt noch Einheimische?) häufen sich die Demonstrationen gegen die Folgen des Tourismus: Überfüllte Straßen, sauteure Wohnungen, keine eingesessene Gastronomie, die sich Otto-Normalmallorquiner leisten kann, und vor allem Wassermangel. Zwar hat es den Anschein, als würden sich hier die Einwohner selbst den wirtschaftlichen Ast absägen, auf dem sie sitzen, aber andererseits macht es auch nachdenklich, dass die sogenannten schönsten Wochen im Jahr der einen, die Lebensqualität der Einwohner der Sehnsuchtsorte doch sehr erheblich beschneidet.

Von overtourism betroffene Städte könnten sich allerdings Rat in Deutschland holen. Dort ist es in Berlin gelungen, die Zahl der Übernachtungen 2023 im Vergleich zu 2018 um 28 Prozent zu senken. Das Erfolgsrezept? Völlig überhöhte Lande- und Startgebühren auf dem Provinzflughafen, ein strenges Verbot von Privatübernachtungen (Stichwort Airbnb), ein dysfunktionales Sicherheitskonzept, das Berlin in der Welt in den Verruf einer unsicheren Stadt gebracht hat, unfreundliche Einwohner und ramschige Graffitis an buchstäblich jedem Ort verleiden die Neugier auf den Trip dorthin. Ja, Deutschland wird zwar mit der irregulären Migration nicht fertig, aber seine Hauptstadt schreckt zumindest zahlende Gäste ab.

Trotz dieser zum Schluss etwas düsteren Betrachtungen wünsche ich Ihnen schöne Urlaubstage und gute Erholung. Wenn Sie im Lande bleiben, lautet mein Rat: Mal etwas kürzertreten und unsere Heimat genießen. Für alle gilt der Satz des französischen Schriftstellers Gustave Flaubert: „Reisen macht einen bescheiden. Man erkennt, welch kleinen Platz man in der Welt besetzt.“

Ihr Pino

Alzenau gewinnt Bibliothekspreis

Die Stadtbibliothek im unterfränkischen Alzenau ist Bibliothek des Jahres. Im Wettbewerb der kleinen Kommunen und Regionen sicherte sich die Bücherei bei der Vergabe des Nationalen Bibliothekspreises den mit 7.000 Euro dotierten ersten Platz, wie der Deutsche Bibliotheksverband in Berlin mitteilte. In diesem Jahr hatten sich 62 der bundesweit über 9.000 Büchereien beworben.

Ausgezeichnet wird die Stadtbibliothek Alzenau u.a. für ihre Bildungsarbeit und systematische Zusammenarbeit mit den Grundschulen der Stadt. Im Rahmen der Kooperationen besuchen die Grundschulklassen nicht nur regelmäßig die Bibliothek, sondern die Bibliotheksmitarbeiter kommen auch in die Schulen und bieten dort Angebote zur Leseförderung und zur digitalen Medienbildung an. Ergänzt werden diese durch Nachmittagsangebote für Jugendliche, die im Makerspace den Dash-Roboter nutzen sowie in der Coding-AG das Programmieren lernen können. Ältere Menschen erhalten durch kostenlose Beratungsangebote Unterstützung im Umgang mit digitalen Medien.



Der amtierende mit dem künftigen (links) Landrat im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim: Dr. Christian von Dobschütz, Sophie von Dobschütz, Helmut Weiß. Bild: pmw

Outreach-Angebote

Besonders bemerkenswert fand die Jury zudem, dass die Bibliothek mit ihren Aktivitäten auch in den Ort geht: Mit verschiedenen sogenannten Outreach-Angeboten erreicht sie noch mehr Menschen. „Mit dieser Stadtbibliothek würdigen wir eine herausragende Einrichtung, die ihre Arbeit stringent am Bedarf der Stadtgesellschaft ausrichtet und zugleich vorbildlich ihre Rolle als außerschulischer Bildungsort in einer kleinen Kommune mit knapp 19.000 Einwohnern ausübt.“

Nachhaltigkeitsziele

Beeindruckt hat die Jury auch die konsequente Auseinandersetzung mit allen 17 Nachhaltigkeitszielen, heruntergebrochen auf die konkreten Möglichkeiten im Rahmen einer Stadtbibliothek. **DK**

Ein Zeichen der Wertschätzung

Die Helden der Hochwasserkatastrophe

„Demokratie lebt nur aus dem Ehrenamt und nicht bloß im kommunalen Bereich“, sagte der ehemalige Bundespräsident Theodor Heuss bei einer Rede in der Universität München im Jahr 1955. Das zeigte sich auch wieder beim Hochwasser Anfang Juni in Bayern. Über 60.000 Rettungskräfte, viele ehrenamtlich, waren im Dauereinsatz, um Menschen vor dem Hochwasser zu schützen.

Unter Hochdruck versuchten Bundeswehrsoldaten, Feuerwehren, das Bayerische Rote Kreuz und viele Ehrenamtliche mit Pumpen vollgelaufene Keller leer zu pumpen, Ölschäden zu beseitigen, Dämme mit befüllten Sandsäcken abzusichern oder mit Schlauchbooten eingeschlossene Menschen zu retten. In den Regierungsbezirken Schwaben, Oberbayern und Niederbayern riefen elf Landkreise (Aichach-Friedberg, Augsburg, Dachau, Dillingen, Donau-Ries, Freising, Günzburg, Kehlheim, Neuburg-Schrobenhausen, Pfaffenhofen an der Ilm, Unterallgäu) sowie die Stadt Passau Anfang Juni den Katastrophenfall aus. Nach einer ersten Prognose des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft wird nach der Flut in Bayern und Baden-Württemberg mit einem Schaden in Höhe von etwa zwei Milliarden Euro gerechnet – und das sind nur die versicherten Schäden.



V.l. Landrat Stefan Löwl auf dem Helferfest und – stv. für die vielen freiwilligen Helfer – ein Mitglied der Feuerwehr Karlsfeld. Bild: Löwl

Und das Hochwasser zeigte wieder einmal: In Ausnahmesituationen ist die Gesellschaft auf Ehrenamtliche angewiesen – eine nicht selbstverständliche Unterstützung. Sie gehen an ihre körperlichen und psychischen Grenzen, um andere Menschen zu retten, die sich nicht vorstellen können, was mehr als 100 oder 180 Liter Regen pro Quadratmeter bedeuten.

Danke für unschätzbare und freiwillige Hilfe

Auch wenn vielerorts immer noch Aufräumarbeiten in Gang sind, ist es Zeit die vielen Freiwilligen zu ehren und ihnen ein großes Dankeschön zu sagen, die rund um die Uhr versuchten, die Schäden im Freistaat so gering wie möglich zu halten. Landtagspräsidentin Ilse Aigner lud Mitte Juli ins Schloss Schleißheim 3.000 Ehrenamtliche zum Helfersfest ein, die in den Freiwilligen Feuerwehren, im BRK, in der DLRG oder der Bergwacht die Flutkatastrophe bewältigten, den Menschen in der Not halfen und Trost spendeten. „Die Menschen in Bayern helfen und halten zusammen, in schwierigsten Lagen. Ohne diese Menschen, die anpacken – trotz aller Gefahr – wäre unsere Gesellschaft nicht überlebensfähig“, sagte Aigner.

Auch in den betroffenen Regionen werden die Ehrenamtlichen für ihren Einsatz gewürdigt. So luden der Landrat des Landkreises Dachau, Stefan Löwl, und lokale Unternehmen Helfer des Jahrhunderthochwassers zu einem Dankesfest anlässlich des Karlsfelder Siedlerfests ein: „Viele von ihnen waren selbst vom Hochwasser betroffen“, führte Löwl bei seiner Rede aus. „Nach Stunden des ehrenamtlichen Engagements mussten sie auch noch zu Hause eine eigene Notlage bewältigen. Ohne sie hätte dieser Katastrophenfall zu einer schlimmeren Krise und noch größeren Schaden und zu Opfern führen können. Stellvertretend für alle Betroffenen in unserem Landkreis möchte ich Ihnen allen mein ganz großes Dankeschön sagen.“ Rund 850 Einsatzkräfte aus der Region – von den freiwilligen Feuerwehren über das Technische (THW) Hilfswerk und das Bayerische Rote Kreuz (BRK) bis hin zu Vertretern aus den Kommunen – folgten der Einladung des Landrats. Höhepunkt des Helferfestes war der Auftritt der Kabarettistin Martina Schwarzmann, die anstatt einer Gage sich einen neuen Walnussbaum für den Gartenbauverein Altomünster wünschte. Einem Wunsch, den Löwl sehr gerne erfüllte.

Bereits während des für den Landkreis Donau-Ries ausgerufenen Katastrophenfalls überraschte der Landrat Stefan Rößle die vielen tausenden Helfer vor Ort – von der Bundeswehr über die Feuerwehr bis hin zu den Mitarbeitern der Bauhöfe und Kommunen – mit einem süßen Energieschub. Rößle brachte persönlich süße Teilchen vorbei, um ihnen seine Wertschätzung und Dankbarkeit auszudrücken. Auf den von der Bäckerei Rosskopf (Donauwörth) hergestellten „Amerikaner“ stand in Zucker der Schriftzug „Danke“. Im Interview mit augsburg.TV sagte Rößle: „Diese Aufgabe kann niemand alleine leisten. Das war eine kollektive Aufgabe, die wir als Gemeinschaft gelöst haben. Das Ehrenamt ist das A und O. Es ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält und dafür sorgt, dass alles funktioniert.“ Stellvertretend für die 3.600 Ehrenamtlichen, die in Gemeinden Auchsesheim, Heißesheim, Nordheim oder in Asbach-Bäumenheim Deiche sicherten, Dämme bauten oder Keller leer pumpten, sagt Michael Näßl (Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Nordheim): „Wir haben unseren Dienst gemacht. Doch von außen sind gleich viele Leute gekommen, die sich um uns gekümmert haben, dass wir versorgt sind. Der Zusammenhalt war einzigartig. Es war beeindruckend.“



Vorne links: Landrat Stefan Rößle mit Helfern. Bild: LRA Donau-Ries

Im Landkreis Pfaffenhofen galt vom 1. bis 9. Juni der Katastrophenfall. Auch hier zeigte sich, dass die ehrenamtlichen Helfer einen großen Schatz der Gesellschaft darstellen. Diese Anerkennung drückte der Landrat Albert Gürtner (Freie Wähler) während des HQ-Extrem-Hochwassers mit folgenden Worten auf Social Media aus: „Wir sind überwältigt von der Hilfsbereitschaft und bedanken uns sehr herzlich bei allen, die sich bei uns gemeldet haben. Es liegt eine sehr anstrengende Woche hinter uns, in der von den Hilfskräften Übermenschliches geleistet wurde.“

Die Hilfsbereitschaft während der Katastrophe war auch in anderen bayerischen Regionen überwältigend. Der Kreisfeuerwehrverband Fürstenfeldbruck richtete sogar ein Portal (Anmeldung von Spontanhelfern – Kreisfeuerwehrverband (kfv-ffb.de)) ein, um die Ehrenamtlichen zu koordinieren. Das Bayerische Rote Kreuz und der Radiosender Bayern 3 hatten bereits vor dem Hochwasser ihre App „Team Bayern“ eingerichtet auf der sich Menschen melden können, die privat Hilfe leisten wollen – während des Hochwassers meldeten sich über diese App viele Freiwillige, um anderen gegen die Überschwemmungen zu helfen.

Patrik Hof

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17/2024, die am 12. September 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Entsorgungsmanagement und technische Lösungen**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de
www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 12. September 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 17



BAYERISCHES BREITBAND FORUM
Bayerisches BreitbandForum, 17. Oktober 2024,
Stadthalle Gunzenhausen, www.bayerisches-breitbandforum.de

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Migration und Asyl:

Konsequenzen aus Solinger Attentat

Nach dem Anschlag in Solingen hat sich die Ampel-Regierung auf neue Maßnahmen verständigt. So sollen unter anderem das Waffenrecht verschärft und Leistungen für bestimmte Asylbewerber gestrichen werden. Bei den Feiern zum 650. Solinger Stadtjubiläum hatte ein Mann mit einem Messer drei Menschen getötet und acht verletzt. Der mutmaßliche Attentäter Issa Al H. wurde festgenommen und sitzt in Untersuchungshaft. Im Falle des versuchten Anschlags am 5. September auf das israelische Generalkonsulat und das NS-Dokumentationszentrum in München hat inzwischen das Bayerische Landeskriminalamt unter Führung der Generalstaatsanwaltschaft die Ermittlungen übernommen und steht nach eigenen Angaben in engem Austausch auch mit österreichischen Ermittlern. Es zeige sich, dass sich Emrah I. islamistisch radikalisiert habe, so die Leitende Oberstaatsanwältin Gabriele Tilmann. Nun untersuche man unter anderem, ob I. noch Helfer oder Mitwisser hatte oder ob er in einem Netzwerk eingebunden war und was die Tat ausgelöst hat.

Geplant ist ein absolutes Messerverbot auf Volksfesten, Sportveranstaltungen, Messen und anderen Großveranstaltungen. Ebenso sollen die Länder ermächtigt werden, solche Messerverbote an „kriminalitätsbelasteten Orten“ einzuführen.

Verbote gegen islamistische Vereinigungen

Die Ampelkoalition will zudem präventiv gegen gewaltbereiten Islamismus vorgehen. Zur Verbesserung bei Aufklärung und Abwehr sollen Ermittlungsbehörden weitreichendere Befugnisse bekommen, etwa um Geldströme kontrollieren zu können. Um Tatverdächtige effektiver identifizieren zu können, ist zudem vorgesehen, die Befugnis für den Einsatz der „Gesichtserkennung“ auszuweiten.

Auch will die Bundesregierung bestimmten Asylbewerbern staatliche Geldleistungen streichen. Dabei gehe es um Migranten, für die laut Dublin-Regelung ein anderer europäischer Staat zuständig ist, der der Rückübernahme zugestimmt hat. Bei Reisen ins Herkunftsland, die nicht unbedingt notwendig sind, erfolgt die Aberkennung des Schutzstatus.

Um Terrorismusfinanzierung besser zu bekämpfen und Geldströme zu kontrollieren, erhält der Verfassungsschutz weitere Befugnisse. Auch sollen weitere Verbote gegen islamistische Vereinigungen verhängt werden.

Der bayerische Ministerrat hat nunmehr bereits die rechtliche Grundlage dafür auf den Weg gebracht, dass künftig schneller und flexibler Waffen-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried



Deutscher Landkreistag in Seeon:

Dramatisches Rekorddefizit

Seine diesjährige Jahrestagung hielt der Deutsche Landkreistag am vergangenen Wochenbeginn im bayerischen Kloster Seeon ab. Zu den Rednern gehörten u.a. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder sowie Bundesminister und Vizekanzler Dr. Robert Habeck. Unter dem Titel „Herausforderungen für die Landkreise in der Zeitenwende“ standen auf der Agenda gleichwertige Lebensverhältnisse, Migrationspolitik, Krankenhausreform, Kommunalfinanzen, Verkehrspolitik, Klimawandel und Sozialpolitik. Dabei wurde schon zu Beginn der Versammlung die Forderung des kommunalen Spitzenverbandes nach einem deutlich größeren Anteil an der Umsatzsteuer für die Kommunen laut. Präsident Reinhard Sager sagte: „Die kommunale Finanzlage wird dramatischer. Für 2024 befürchten die Landkreise ein Rekorddefizit von 2,6 Mrd. Euro. Die Städte, Landkreise und Gemeinden erwarten insgesamt für das laufende Jahr ein Defizit von 13,2 Mrd. Euro.“ Unser Bild zeigt v.l.: Landrat Thomas Karmasin, Präsident Bayerischer Landkreistag und Vizepräsident Deutscher Landkreistag, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer Deutscher Landkreistag, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Reinhard Sager, Präsident Deutscher Landkreistag. Unser Bericht folgt in GZ 18. **CH**

Bayerischer Ministerrat:

Klimabericht und Mindestlohngesetz

Das bayerische Kabinett beriet in seinen jüngsten Sitzungen unter anderem über den Klimabericht 2023 sowie die weitere Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Hierzu beschloss der Ministerrat eine Bundesratsinitiative, die ehrenamtlich organisierte Vereine und Organisationen von den bürokratischen Lasten des Mindestlohngesetzes befreien soll.

In der Regel sind ehrenamtlich Engagierte vom Anwendungsbereich des Mindestlohngesetzes ausgenommen. Wenn jedoch ehrenamtlich getragene Vereine und Organisationen Personen im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung („Minijob“) anstellen, werden die im Mindestlohngesetz verankerten Dokumentationspflichten ausgelöst. Dann muss die tägliche Arbeitszeit innerhalb der folgenden sieben Tage aufgezeichnet und diese Dokumentation zwei Jahre lang aufbewahrt werden.

Bürokratische Hürden

Da solche bürokratischen Hürden die ehrenamtlichen Vorstände sehr belasten, schlug der Ministerrat vor, zur Lösung des Problems ehrenamtlich organisierte Vereine und Organisationen aus dem Anwendungsbereich der Dokumentationspflichten des Mindestlohngesetzes herauszunehmen oder die Frist zur Erstellung der Arbeitszeit-Dokumentation von sieben Tagen auf einen Monat zu verlängern. Auch sollte die Aufbewahrungspflicht dieser Dokumentation von zwei Jahren auf ein Jahr reduziert werden.

Themenwechsel. Laut dem Klimabericht 2023 ist der Ausstoß an Treibhausgasen im Freistaat im Jahr 2022 deutlich zurückgegangen. Demnach wurden insgesamt 87,9 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente an Treibhaus-gasen ausgestoßen – drei Millionen Tonnen oder 3,3 Prozent weniger als im Jahr 2021. Von 1990 bis 2022 konnten die Treibhausgas-Emissionen damit um insgesamt 23,7 Millionen Tonnen verringert werden.

Rückgang der Treibhausgase

Je Einwohner beliefen sich die Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2022 auf 6,6 Tonnen, gegenüber noch 9,9 Tonnen im Jahr 1990. Das entspricht einem Rückgang um 33,3 Prozent. Der Freistaat liegt bei den Treibhausgas-Emissionen je Einwohner damit weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 8,9 Tonnen. Gegenüber dem Berichtsjahr 2019 haben sich die Treibhausgas-Emissionen je Einwohner in Bayern damit um rund 10 Prozent reduziert. Bundesweit stiegen die Treibhausgas-Emissionen pro Kopf im Zeitraum 2020 bis 2022 dagegen um 0,1 Tonnen an. Ursache hierfür ist insbesondere die stärkere Kohleverstromung in Deutschland im Jahr 2022.

Deutlich verringerte sich auch die Treibhausgasintensität: Bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt konnten die Treibhausgas-Emissionen in Bayern von 1990 bis 2020 mehr als halbiert werden. Mit einem Wert von 143 Tonnen CO2-Äquivalenten je Million Euro BIP liegt der Freistaat damit um rund 38 Prozent unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Bayerisches Klimaschutzprogramm

Der Klimabericht schätzt daneben erstmals die Treibhausgasminderungen durch das Bayerische Klimaschutzprogramm ab. Diese belaufen sich auf über 733.000 Tonnen CO2-Äquivalente im Jahr 2022. Da nicht für alle Maßnahmen Daten zu realisierten Emissionsminderungen erhoben werden können, liegen die tatsächlich erzielten Treibhausgas-Einsparungen tendenziell noch höher.

Sämtliche Maßnahmen des Programms aus dem Jahr 2022 wurden nun aktualisiert und fortgeschrieben, umgesetzte Maßnahmen herausgenommen und neue Maßnahmen in das Programm aufgenommen. So wurden etwa durch die Änderung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes die Belange des Denkmalschutzes und der Energieversorgung verbunden, Zielkonflikte aufgelöst und eine deutliche Erhöhung von PV-, Solar- und Geothermie-Anlagen im Denkmalbereich ermöglicht.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Pflege und Versorgung älterer Menschen

Deutscher Städtetag gibt Handlungsempfehlungen

Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind in den Städten bereits jetzt spürbar. Die Zahl der älteren Menschen nimmt zu, ebenso die der Pflegebedürftigen. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, Personal für die Pflege zu gewinnen oder auch nur zu halten. Die Kommunen sind oft die letzte Instanz, wenn andere Unterstützungssysteme nicht ausreichen, und tragen eine besondere Verantwortung für die Menschen vor Ort. In einem aktuellen Positionspapier zeigt der Deutsche Städtetag Herausforderungen der Kommunen bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen auf und leitet daraus konkrete Handlungsempfehlungen und Forderungen ab.

Nach Angaben des Deutschen Städtetags wird sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland allein durch die zunehmende Alterung bis zum Jahr 2055 auf etwa 6,8 Millionen erhöhen. Der derzeitige Aufwuchs an Pflegekräften könne ohne weitreichende Reformen mit der Altersentwicklung der Gesellschaft nicht Schritt halten.

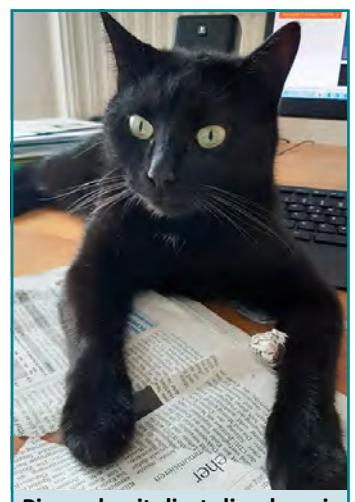
Zudem stiegen die pflegebedingten Kosten immer weiter an. Leistungsausweitungen und Qualitätsverbesserungen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Vergütung und der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals hätten in den vergangenen Jahren zu einem höheren pflegebedingten Aufwand geführt, so der Kommunalverband. Hinzu kämen Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie für Investitionskosten.

Gefahr der Altersarmut

Trotz Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 seien immer weniger Menschen in der Lage, die anfallenden Kosten bei Pflegebedürftigkeit vollständig aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Pflegebedürftigkeit führe in immer mehr Fällen zu Altersarmut. Auch Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, seien allein aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit auf Sozialhilfe angewiesen.

Sofern pflegebedürftige Menschen die Aufwendungen nicht selbst übernehmen können und die Leistungen der Pflegeversicherungen zur Deckung der Kosten nicht ausreichen, haben die Kommunen den weitaus größten Teil der verbleibenden Kosten im Rahmen der Sozialhilfe zu übernehmen. Die mit dem Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) zum 1.1.2022 erfolgte Einführung der Leistungszuschläge nach § 43c SGB XI zur Begrenzung der Eigenanteile an den pflegebedingten Aufwendungen in der vollstationären Pflege war aus Sicht des Deutschen Städtetags ein richtiger und wichtiger Schritt. Allerdings genüge die Begrenzung der Eigenanteile nicht, um die Ausgaben nachhaltig zu senken. Insbesondere Personalkostensteigerungen hätten dazu geführt, dass diese punktuelle Entlastung bereits aufgezehrt wurde.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Pino rekapituliert die olympischen Spiele, bei denen „wir“ kaum punkten konnten. Unsere Sportlerehre erfuhr tierische Hilfe. Die Autonation Deutschland verdankt ihre Medaillen weitgehend krassen Pferdestärken. **S. 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern ist Ehrenamtsland 2
Bundes-SGK zu Kommunalfinanzen und KI 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Herzstück unserer Kommunen: Kunst, Kultur und Tradition . . . 3
Nicht alle dürsten nach ÖRR-Bildung 3
Gelebte Inklusion auf dem Arbeitsmarkt 3
Kommunalwahl ‘26: Erfolgsrezepte für die Kandidatenfindung: . . 4
Kommunale Finanzthemen . . . . . 5 - 10
Abfall • Umwelt . . . . . 11 - 12
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV . . . . . 13 - 14
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau • Friedhof . . . . . 15 - 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 18 - 20

Verleihung des Engagiert-Preises 2024:

Bayern ist Ehrenamtsland

In der BMW-Welt München verlieh Innenminister Joachim Herrmann den Bayerischen Engagiert-Preis 2024 in den Kategorien „Ausdauer“, „Mut“, „Feuer & Flamme“ sowie „Herz“. Außerdem wurden zwei Projekte mit dem Sonderpreis des Innenministers ausgezeichnet. Die Preisträger stehen stellvertretend für das Engagement vieler Menschen im Freistaat, die ihre Freizeit nutzen, um anderen zu helfen und die Gemeinschaft zu stärken.

Ausdauer

Für die Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses wurde die Freiwillige Feuerwehr Bindlach (Landkreis Bayreuth) in der Kategorie „Ausdauer“ geehrt. Über zehn Jahre hinweg arbeiteten die Mitglieder ehrenamtlich und in Eigenregie an diesem Projekt.

Mut

In der Kategorie „Mut“ erhielt der Förderkreis ehemalige Synagoge Laudenbach e.V. den Engagiert-Preis. Ausgezeichnet wurde der 2013 gegründete Verein für die Erhaltung und den Ausbau der ehemaligen Synagoge im Dorf Laudenbach – heute ein Stadtteil von Karlstadt am Main – zu einem kulturellen Begegnungszentrum, um jüdisch-fränkische Kultur erfahrbar zu machen. Die Synagoge, eine der ältesten in ihrer ursprünglichen Form erhaltenen Dorfsynagogen, wird derzeit saniert.

Die Jugendfeuerwehr Oberallgäu wurde in der Kategorie „Feuer und Flamme“ für ihren Videodreh zur Nachwuchswerbung ausgezeichnet. Diese Initiative von und für Jugendliche zielt darauf ab, neue Mitglieder für die Feuerwehr zu gewinnen.

Herz

In der Kategorie „Herz“ wurde Udo Weiderer, TV Zwiesel von 1886 e.V., für die Entwicklung des Mini-Sportabzeichens für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren geehrt. Durch eine Bewegungsgeschichte mit den Protagonisten Luxi und Wolfi und altersgerechte Materialien in verschiedenen Sprachen wird Begeisterung für Sport und Bewegung geweckt.

Sonderpreise

Sonderpreise des Staatsministers gab es für die Ethikklasse des Gymnasiums Feuchtwangen für das Projekt „Ihr seid nicht vergessen – @verwehrte_steine“ sowie für das Team von Migranten für Migranten e. V. Das Projekt „Ihr seid nicht vergessen – Verwehrte Steine“ ist ein beeindruckendes Beispiel für innovative Erinnerungsarbeit. Unter der Leitung von Dr. Barbara Haas haben Schülerinnen und Schüler die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Schopfloch erforscht und dokumentiert. Vor allem beleuchteten sie die Schicksale von 60 jüdischen Bürgern, die während des Holocausts ermordet wurden.

Ein zentraler Bestandteil des Projekts war die Erstellung eines Instagram-Accounts (@verwehrte_steine), auf dem die Schüler in Beiträgen und Story-Highlights über die Opfer und die Umstände ihrer Ermordung berichteten. Zudem produzierten sie ein Lernvideo zur Geschichte des Antisemitismus und führten Interviews mit lokalen Persönlichkeiten, um die Erinnerungskultur in der Region zu stärken.

Migranten für Migranten

Migranten für Migranten e.V. ist ein Verein in Aschaffenburg, der sich für die Unterstützung und Integration von Migranten einsetzt. Der Verein wurde gegründet, um eine ideologiefreie, kultur-, religiös- und politisch unabhängige Plattform zu schaffen, die Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern zusammenbringt.

Die Mitglieder des Vereins kommen aus Deutschland, Irak, Syrien, Türkei, Russland, Ukraine und Polen. Ihr gemeinsames Ziel ist es, neu in Deutschland Ankommenden zu helfen, eine neue Existenz und ein neues Zuhause zu finden. Der Verein bietet ein vielfältiges Netzwerk und Wissen in verschiedenen Fachbereichen und (inter)kulturellen Kontexten.

Wie Minister Herrmann hervorhob, stünden die Preisträgerinnen und Preisträger nicht nur für sich selbst, sondern stellvertretend für alle im Ehrenamt tätigen Menschen in Bayern: „Sie machen Bayern zum Ehrenamtsland Nummer Eins. Sie nutzen Ihre Freizeit, um anderen zu helfen, zu unterstützen und Bayern zu einem lebenswerten Ort zu machen.“ Wichtig sei dabei immer, auch an den Nachwuchs zu denken und Jüngere zu motivieren, sich ehrenamtlich zu engagieren: „Sehr gerne habe ich deshalb die Schirmherrschaft für die erfolgreiche Aktion ‚112 Bayern 3 – Gemeinsam für mehr Kinderfeuerwehren in Bayern‘ übernommen.“ Herrmann bedankte sich beim Landesfeuerwehrverband und bei Bayern 3 für diese Aktion mit einer Sonderehrung. **DK**

Beschlüsse der Bundes-SGK:

Kommunalfinanzen und Künstliche Intelligenz

Der Vorstand der Bundes-SGK hat im Rahmen einer Videokonferenz ein Positionspapier zur Notwendigkeit einer strukturellen Verbesserung der Kommunalfinanzen sowie ein Diskussionspapier zum „Einsatz von vertrauenswürdiger KI in Kommunen“ beschlossen.

Um den enormen Bedarfen und Herausforderungen gerecht werden zu können, ist aus Sicht der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik eine fundamentale Verbesserung der Finanzierungsstrukturen zugunsten der Kommunen erforderlich. Es brauche einen Befreiungsschlag, der langfristig trägt und nicht zum Gegenstand jährlich wiederkehrender und müßiger Verhandlungen wird. Von daher werde der Impuls der Koalitionsfraktionen begrüßt, in einer Protokollnotiz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes Maßnahmen für eine faire, transparente und nachhaltige Finanzierung für die kommunale Ebene einzufordern, heißt es in dem Papier.

Um die finanzielle Situation der Kommunen nachhaltig zu verbessern, seien folgende Maßnahmen vonnöten:

1. Höhere Grundfinanzierung: Es braucht eine grundsätzliche und systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen jenseits von Förderprogrammen. Deshalb fordert die Bundes-SGK eine Anpassung der Gewerbesteuerumlage und/oder der Umsatzsteueranteile zugunsten der Städte und Gemeinden.

2. Einmalige Altschuldenhilfe: Es gibt viele Kommunen mit hohen Altschulden, die sich nicht mehr aus eigener Kraft aus dieser Situation befreien können. Ihnen fehlt die Finanzkraft für dringend notwendige Investitionen. Für sie braucht es unter finanzieller Beteiligung der Länder endlich eine Altschuldenregelung.

3. Konsolidierung von Förderprogrammen: Die derzeitigen Förderprogramme gehen vor Ort mit einem hohen bürokratischen Aufwand einher und zwingen Städte und Gemeinden häufig zu einer Veränderung in der ursprünglichen Priorisierung ihrer Investitionsprojekte. Es werden nicht die wichtigsten Projekte realisiert, sondern die, mit der besten Förderkulisse. Zielführender wären offenere statt spezifische Förderprogramme und eine maximale Entbürokratisierung der Verfahren.

4. Kapital für kommunale Unternehmen zur Transformationsfinanzierung: Auch viele kommunale Unternehmen stehen unter finanziellem Druck. In den nächsten Jahren müssen Milliarden in die Energie- und Wärmewende sowie den Ausbau des ÖPNV investiert werden. Schon heute reichen aber in vielen Städten die Gewinne der Energiesparte nicht mehr, um die Defizite der Verkehrsbetriebe auszugleichen. Es braucht deshalb dringend eine verlässliche Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge. Stadtwerke benötigen vor allem Eigenkapital, um auch Fremdkapital und Fördermittel aufnehmen zu können. Eine zusätzliche Versorgung mit Eigenkapital kann bisher wirtschaftlich nur durch die kommunalen Gesellschafter erfolgen. Dies wird in Zukunft nicht mehr ausreichen. Deshalb wird es erforderlich sein, einen staatlich unterstützten „Energiewendefonds“ aufzubauen.

Effizientes Verwaltungshandeln

Themenwechsel. Kommunen stehen vor gewaltigen Herausforderungen, die einmal mehr die Notwendigkeit eines effizienten Verwaltungshandelns und Ressourceneinsatzes aufzeigen. Dies kann durch die Automatisierung von Prozessen geschehen. „In diesem Zusammenhang ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in den Kommunen ein möglicher Schlüssel zum Erfolg und muss aktiv angegangen werden. Dabei gilt, was für die Digitalisierung insgesamt gilt: KI muss vertrauenswürdig und am Gemeinwohl orientiert eingesetzt und ausgerichtet werden“, betont der Vorstand der Bundes-SGK.

Im Diskussionspapier „Einsatz von vertrauenswürdiger KI in Kommunen“ weisen die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker darauf hin, dass Kommunen durch den Einsatz von KI unterschiedliche Mehrwerte für Bürger und Verwaltung selbst schaffen können. Dazu zählten verbesserte Analysefähigkeiten, um bessere Entscheidungen zu treffen, Prozesse durch Automatisierung effizienter zu machen und Dienstleistungen für Kunden einfacher und inklusiver zu gestalten. Aktuell reiche der Einsatz von KI in Kommunen von Anwendungen zur Kommunikation mit Bürgern über Ampelschaltungen und Protokollierung von Ratssitzungen bis hin zur KI-gestützten Auszahlung von Sozialleistungen. Darüber hinaus würden Umwelt- und Geodaten vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels zu einem wichtigen Analysefeld für KI. All dies seien erste wichtige „Fingerübungen“, um zu lernen und ein Bewusstsein innerhalb der Organisation zu schaffen.

Verbesserung der Arbeitsprozesse durch KI

Die eigentliche Transformation liege jedoch nicht in isolierten KI-Anwendungen, sondern in einem integrierten Ansatz, bei dem KI die Arbeitsprozesse umfassend verbessert. Dabei spiele das Zusammenspiel von Experten-KI und generativer KI eine zentrale Rolle. Erstere basiere auf explizitem menschlichem Wissen, das von Experten in Form von Regeln und Logiken festgelegt wird. Ein Beispiel sei die Erfassung und Bewertung von Straßenzuständen oder die Prüfung von Anträgen. Generative KI könne über die gesamte Verwaltung universell in allen Wissensbereichen eingesetzt werden, um beispielsweise Pressemitteilungen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder automatisierte Antwort-E-Mails zu erstellen. Derzeit würden beide Ansätze häufig noch isoliert voneinander betrachtet.

Künftig würden in Antragsprozessen beide Ansätze jedoch miteinander verzahnt. Das heißt, eine Experten-KI führe automatisiert Prüfungen und Berechnungen durch. Die integrierte generative KI liefere dem Sachbearbeiter automatisiert einen Text für den Bescheid oder für die Information des Antragstellers bei z.B. fehlenden Informationen.

„Um die Potenziale im Sinne eines vertrauenswürdigen Einsatzes von KI zu heben und den Fokus auf das Gemeinwohl nicht zu verlieren, bedarf es eines systematischen Vorgehens“, heißt es weiter. Grundsätzlich sollte KI darauf ausgerichtet sein, allen Menschen unabhängig von ihrem sozialen oder wirtschaftlichen Hintergrund gleiche Chancen und Zugang zu Dienstleistungen zu ermöglichen. Dies gelte analog für die Arbeit der kommunalen Beschäftigten. Beispiele dafür seien ein inklusiverer Zugang zu kommunalen Dienstleistungen, schnellere Bearbeitungszeiten, und die Entlastung von einfachen wiederkehrenden Tätigkeiten.

In diesem Zusammenhang spielten insbesondere Frei- und Experimentierräume, die im Netzwerk mit Bibliotheken, Volkshochschulen, Museen, Maker Spaces, City Labs entstehen, eine zentrale Rolle. Dies gelte sowohl für die Verwaltung selbst als auch für die örtliche Gemeinschaft.

Unzureichender Datenschutz

Der Datenschatz der Kommunen, ihrer Unternehmen und Verwaltungen ist nach Auffassung der Bundes-SGK ein bislang nur unzureichend bestelltes Feld. Allerdings sei sie für den wirksamen Einsatz von KI die zentrale Ressource. Nur wenn diese Daten in geeigneter Qualität und Quantität vorliegen, könnten sie auch von KI genutzt werden. Beim Einsatz von KI in Kommunen müssten die Standards des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre eingehalten werden. Mitarbeiter und Bürger sollten die Kontrolle über ihre persönlichen Daten behalten und darauf vertrauen können, dass sie vor Missbrauch und unbefugtem Zugriff geschützt sind. Zudem werde der Einsatz von KI zu einer Umstrukturierung von Arbeitsplätzen führen und stelle somit eine große Herausforderung für das kommunale Personalmanagement dar.

Fazit: „KI wird die Verwaltung verändern - vielleicht sogar revolutionieren. Die Anwendungsfelder sind vielfältig: Sie reichen von einer besseren Steuerung der Verwaltung, über Prozessverbesserungen bis hin zum Einsatz von KI im Rahmen einer vorausschauenden und proaktiven Verwaltung. Dieses ist ein attraktives und erstrebenswertes Zielszenario für die Kommunen, trotz der Gefahren, die eine falsch eingesetzte KI auch mit sich bringen kann.“ **DK**

Klimabericht und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Daneben hat die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern mehrere wichtige Änderungen für die Energiewende und den Klimaschutz geregelt. Zusätzlich wird mit einem Energieplan Bayern 2040 ein konkreter und realisierbarer Weg aufgezeigt, wie die Klimaneutralität 2040 im Bereich der Energieversorgung erreicht werden kann.

Um die grüne Wasserstofferzeugung in Bayern zu unterstützen, stellt die Staatsregierung außerdem für den dezentralen Aufbau von bis zu 50 Elektrolyseuren 150 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem Konzept „Geothermie 2050 – Bayerns Spitzenposition ausbauen“ wird der Anteil der (Tiefen-) Geothermie am bayerischen Wärmeverbrauch im Gebäudesektor gleichzeitig bis 2050 auf 25 Prozent angehoben.

Insgesamt enthält die vorliegende Fassung des Bayerischen Klimaschutzprogramms 110 Einzelmaßnahmen in den zentralen Aktionsfeldern „Erneuerbare Energien und Stromversorgung“, „Natürliche CO2-Speicherung“ (Wald, Moore, Wasser), „Klimabauen und Klimaarchitektur“, „Smarte und nachhaltige Mobilität“ sowie „CleanTech, Klimaforschung und Green IT“. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Ruber
Gemeinde Atting
am 13.09.

Bürgermeister Walter Bauer
Markt Eging am See
am 16.09.

Bürgermeister Michael Trzybinski
Stadt Schillingsfürst
am 18.09.

Bürgermeister Norbert Hummel
Markt Altmannstein
am 20.09.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Franz Hernandez Jimenez
Gemeinde Feilitzsch
am 14.09.

Bürgermeister Martin Betzinger
Gemeinde Aholming
am 21.09.

Bürgermeister Perry Gumann
Gemeinde Simmelsdorf
am 24.09.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Krebs
Gemeinde Ihrlerstein
am 22.09.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Werner Schuster
Gemeinde Windelsbach
am 17.09.

Landrat Manuel Westphal
Landkreis Weißenburg / Bayern
am 23.09.

Bürgermeister Jürgen Raab
Gemeinde Münster
am 24.09.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Kraus
Stadt Mellrichstadt
am 21.09.

Bürgermeister
Martin Bartlweber
Gemeinde Seeon-Seebruck
am 22.09.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Nach RKI-Protokollen:

Pflege-Impfpflicht doch verfassungswidrig?

Während der Pandemie mussten im Pflege- und Gesundheitsbereich Tätige nachweisen, dass sie gegen COVID-19 geimpft oder genesen sind. Das BVerfG hat das 2022 als verfassungsmäßig bestätigt. Doch aufgrund neuer Fakten hält das VG Osnabrück dies für nicht haltbar. Es hat daher erneut das BVerfG angerufen.

§ 20a IfSG sei im Laufe des Jahres 2022 „in die Verfassungswidrigkeit hineingewachsen“, so die Osnabrücker Richterinnen und Richter. Sie haben daher das Klageverfahren, das eine Pflegehelferin gegen den Landkreis Osnabrück führt, ausgesetzt (Beschluss vom 04.09.2024 – 3 A 224/22, unanfechtbar).

Die Pflegehelferin hatte 2022 in einem Krankenhaus gearbeitet. Der Landkreis hatte sie aufgefordert, einen Immunitätsnachweis vorzulegen, also entweder einen Impfnachweis, einen Genesenennachweis oder ein ärztliches Zeugnis darüber, dass sie nicht gegen das Coronavirus geimpft werden könne. Als die Pflegehelferin nicht reagierte, hatte der Landkreis es ihr Anfang November 2022 untersagt, weiter als Pflegehilfe tätig zu sein (befristet bis Ende Dezember 2022).

Es gehe um die Frage, ob § 20a IfSG (in der Fassung vom 18.03.2022) mit Art. 2 Abs. 2 S. 1 und Art. 12 Abs. 1 GG vereinbar gewesen ist, so das VG. Zwar habe das BVerfG dies im April 2022 bereits bejaht. Doch die nun vorliegenden Protokolle des COVID-19-Krisenstabs des Robert-Koch-Instituts (RKI) werfen aus Sicht des VG ein neues Licht auf die Sache: Die Unabhängigkeit der behördlichen Entscheidungsfindung sei in Frage zu stellen. Das untermauere auch die Vernehmung des RKI-Präsidenten Lars Schaade als Zeuge in der mündlichen Verhandlung.

Das RKI habe das Bundesgesundheitsministerium auch von sich aus über neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung informieren müssen. Nach der Gesetzesbegründung sei der Schutz vulnerabler Personen vor einer Ansteckung durch ungeimpftes Personal ein tragendes Motiv für die Einführung der einrichtungs- und unternehmensbezogenen Impfpflicht gewesen. Diese auf den Empfehlungen des RKI beruhende Einschätzung werde durch die nun veröffentlichten Protokolle des Instituts erschüttert. Der Gesetzgeber sei seiner Normbeobachtungspflicht nicht gerecht geworden. VG Osnabrück, Beschluss vom 04.09.2024 – 3 A 224/22 **beck-aktuell, gk, 4. September 2024**

Zur Debatte um die Rundfunkbeiträge:

Nicht alle dürsten nach ÖRR-Bildung

In Bayern kümmern sich Gerichtsvollzieher um Zehntausende säumiger Beitragszahler

Vor allem Menschen, die in bescheidenen Verhältnissen leben, stöhnen: „Nicht auch noch GEZ, beziehungsweise Rundfunkbeitrag“, wie es seit 2012 heißt. Manche verweigern die Überweisung. Dann muss der Betrag eingetrieben werden. In Nordrhein-Westfalen machten das bisher die Kommunen. Die Zuständigkeit für den Einzug änderte sich laut der Pressestelle der Stadt Hürth im Jahr 2021. Was für uns Anlass war, einmal nachzufragen: Wie verhält es sich eigentlich in Bayern?

Haben Haushalte offene Rechnungen für Rundfunkbeiträge, verschickt nicht die Stadt oder der Landkreis über den Vollstreckungsaußendienst eine Zahlungsaufforderung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, im Falle des Freistaats also der BR, ist dafür selbst zuständig. Er treibt die ausstehenden Forderungen über Gerichtsvollzieher ein. Interessant in diesem Zusammenhang: In mehreren Städten Bayerns gibt es gar keinen Vollstreckungsaußendienst mehr. „Wir zum Beispiel haben das nicht“, sagt Andreas Franke, Pressesprecher der Stadt Nürnberg. In Nürnberg vollstrecke der Rundfunk daher über das Amtsgericht.

In Bayern kommt der Gerichtsvollzieher

Gleiches gilt für Bayreuth. „Wir haben keinen Vollstreckungsaußendienst für säumige Rundfunkgebührenzahler, weder auf Ebene des Kämmerei-, noch auf der des Ordnungs- oder des Sozialamts“, informiert Joachim Oppold von der Pressestelle. Nach Kenntnis der Stadt Würzburg setzen zwar „die meisten bayerischen Städte in unserer Größenordnung“ weiterhin auf den Forderungseinzug durch einen qualifizierten Vollstreckungsaußendienst. Doch Rundfunkbeiträge würden inzwischen ausschließlich durch Gerichtsvollzieher vollstreckt.

Das bestätigt Dennis Sponholz vom „ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice“ in Köln. Beauftragt würden die zuständigen Gerichtsvollzieher durch ein entsprechendes Vollstreckungsersuchen. Der Beitragsschuldner habe in der Regel dann auch die Kosten der Verwaltungsvollstreckung selbst zu tragen.

„Bewährtes Verfahren“

Geregelt ist dies im Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz, erklärt Eva-Maria Unger, Pressesprecherin der Bayerischen Staatskanzlei. Das Vollstreckungsverfahren laufe wie bei anderen vollstreckbaren Forderungen ab: Es werde der örtlich zuständige Gerichtvollzieher beauftragt. Die Situation in Bayern sei daher nicht mit der in Ländern zu vergleichen, in denen die Zuständigkeit bei den Kommunen liegt: „Das aktuell geltende Verfahren hat sich in Bayern bewährt.“

Die Regelung in NRW, dass der Westdeutsche Rundfunk (WDR) künftig für die Vollstreckung offener Rundfunkbeiträge selbst verantwortlich ist, galt laut Eva-Maria Unger ab 2022 zunächst nur für ausgewählte Bezirke. Seit Jahresbeginn sei dies im gesamten Bundesland so. Inzwischen sind also auch in NRW Kommunen nicht mehr für die Vollstreckung zuständig.

Laut Martin Swoboda, Richter am Münchner Amtsgericht, wurden durch den Beitragsservice im Jahr 2020 rund 26.000 und im Jahre 2021 rund 22.000 Aufträge am Amtsgericht München eingereicht. „Die Höhe der Rückstände variiert”, so der Pressesprecher. Mal handele sich um 150 Euro. Mal um 1.300 Euro. Nicht alle Schuldner lebten finanziell prekär. „Gerichtsvollzieher werden nach hier vorliegenden Erkenntnissen durchaus auch mit Unzufriedenheit über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk konfrontiert”, sagt Swoboda.

Nein aus Unmut

Sprich: Es gibt nicht wenige Menschen, die es nicht nach öffentlich-rechtlichen Sendungen dürstet. Und die sich darüber empören, dass sie für etwas zahlen müssen, was sie gar nicht haben wollen. Ihr Unmut ist so groß, dass sie alles, was durch ihre Verweigerung unaufhaltsam ins Rollen kommt, also Mahnverfahren und Vollstreckung, auf sich nehmen.

Ob die Unzufriedenheit in den letzten Jahren gewachsen ist, kann man beim Amtsgericht München nicht sagen: „Uns liegen keine Erkenntnisse vor.“ Bekannt sei nur, dass Bürgerinnen und Bürger aus ganz verschiedenen Gründen unzufrieden mit dem ÖRR sind. Im Übrigen werde manchmal allein das Bestehen der Forderungen des Bayerischen Rundfunks als solche oder sogar auch die Rechtsstellung des Gerichtsvollziehers als Beamter bestritten. Wie der BR auf unsere Presseanfrage hin mitteilt, waren in Bayern Ende 2023 knapp 94 Prozent der Beitragskonten ausgeglichen. „Der Rundfunkbeitrag wurde regelmäßig und pünktlich gezahlt“, so ein Sprecher. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass über sechs Prozent der Beitragszahler im Verzug waren: „Das ist deutlich der niedrigste Wert im Vergleich aller Bundesländer.“

Bundesweiter Datenabgleich

Bayernweit gibt es, auf den BR bezogen, rund 7,4 Millionen Beitragskonten. Fast 367.000 befanden sich Ende 2023 im Mahnverfahren, mehr als 100.000 in der Vollstreckung. Die Zahlen stiegen im Vergleich zu den Vorjahren, wobei sie 2019 noch darüber lagen. „Ursächlich für den jüngsten Anstieg 2023 ist neben der verschlechterten wirtschaftlichen Gesamtsituation vieler Beitragszahlender vor allem der bundesweite Meldedatenabgleich 2022“, so der BR-Sprecher. Und erklärt zum Hintergrund: „Reagieren Angeschriebene nicht auf die Schreiben des Beitragsservice zur Klärung der Beitragspflicht, werden sie zum Rundfunkbeitrag angemeldet.“

Gleichzeitig erhalten sie eine Zahlungsaufforderung. Wird darauf nicht reagiert, beginne das mehrstufige Mahnverfahren. „Nicht selten reagieren Angeschriebene erst nach Erhalt einer Zahlungserinnerung oder des folgenden Festsetzungsbescheids“, erläutert der Sprecher.

Im übrigen gibt es viele Menschen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk frei sehen und hören dürfen. Sie sind von der Beitragspflicht befreit, weil sie viel zu wenig Geld haben. Diese Zahl sank laut dem BR in den vergangenen Jahren in Bayern kontinuierlich. Im vergangenen Jahr habe sie sich erstmals wieder leicht erhöht. Ende 2023 waren knapp 214.000 Bürger aus sozialen Gründen von der Zahlung des Rundfunkbeitrags befreit. Entweder, weil sie Bürgergeld bezogen, oder Grundsicherung. 2019 lag aber auch hier die Zahl höher. Zum Ende dieses Jahres waren über 227.000 Menschen befreit.

Es gebe keine Anhaltspunkte, unterstreicht der BR, dass es sich bei säumigen Beitragszahlern um „Beitragsverweigerer“ handelt. Wobei es letztlich für den BR Spekulation bleibt, warum jemand nicht zahlt: „Der Beitragsservice erfasst die Gründe für einen Zahlungsrückstand nicht und diese werden dem Beitragsservice in den seltensten Fällen überhaupt mitgeteilt.“

Über 80 Prozent der Bevölkerung beurteilen dem Sender zufolge den BR positiv und betonen seine Relevanz für die Gesellschaft: „Das zeigen Zahlen unserer Medienforschung.“ Neben teils „überschwänglichem Lob“ gebe es aber natürlich auch immer wieder mal kritische Anmerkungen.

Falsche Berichterstattung?

Bundesweit gesehen ist durchaus zu bemerken, dass der Unmut über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wächst. Wer beispielsweise im Netz nach Beschwerden über die Darstellung der Transsexualität in den ÖRR-Sendern sucht, findet zahllose Initiativen von Biologen, Medizinern, Psychologen, kirchennahen Vereinigungen usw.

So startete beispielsweise Eva Engelken 2022 den Aufruf „Schluss mit der Falschberichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!” Darin fordern Wissenschaftler und Ärzte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf, „von der ideologischen Betrachtungsweise zum Thema Transsexualität“ abzukehren. Verlangt wird „eine faktenbasierte Darstellung biologischer Sachverhalte nach dem Stand von Forschung und Wissenschaft“. Über 1.600 Mal wurde inzwischen unterschrieben. Auch von Ärzten und Forschern aus Bayern.

Zu den Erstunterzeichnern und Initiatoren gehört zum Beispiel der Jugendpsychiater Alexander Korte, Leitender Oberarzt an der Uniklinik München. Auch der Martinsrieder Neurobiologe Herwig Baier, Direktor des Max-Planck-Institut für biologische Intelligenz, unterschrieb. Selbiges taten der emeritierte Würzburger Informatikprofessor Klaus Wagner sowie der Münchner Kinderarzt Heinrich Schmidt, der Landshuter Informatiker Markus Mock, Psychologin Kathrin Thrum aus Bad Tölz sowie die Rosenheimer Traumapsychotherapeutin Margot Kreuzer.

Der Umgang mit der Gender-Problematik ist ein weiteres Thema, das für großen Unmut sorgt, ebenso wie die Tatsache, dass deutsch-sprachige Musikdarbietungen in den BR-Sendern unproblematisch nur digital empfangen werden können und damit offenbar für normale Autoradio-Hörer unerreichbar sind.

Es kriselt schon lange

Es kriselt allerdings nicht erst in jüngster Zeit beim ÖRR – siehe den Fall Schlesinger. Bereits 2013 veröffentlichten Hanno Beck und Andrea Beyer ihre Analyse „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Krise“. Gleich im ersten Satz konstatierten sie vor über zehn Jahren: „Diverse Skandale haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Misskredit gebracht.“ Damals ging es zum Beispiel um den Schleichwerbungsskandal bei „Wetten, dass…?“ Und auch damals schon wurde politische Einflussnahme aufgedeckt.

Ein „Spitzelsystem“

ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender hatte dem „Spiegel“ im Februar 2010 kurz vor seinem Ausscheiden gesagt, im ZDF gebe es ein „Spitzelsystem“ wie in der ehemaligen DDR. Redakteure würden den Parteien „Senderinterna zutragen“. Wenige Monate davor hatte die Unions-Mehrheit im ZDF-Verwaltungsrat durchgesetzt, dass Brenders Vertrag nicht mehr verlängert wird.

Brender ließ sich daraufhin im „Spiegel“ so zitieren: Es gebe „in der Union ein dunkles Schattenreich, das sich im Verwaltungsrat eingenistet hat und ihn mittlerweile zu dominieren versucht“. Nun sei „auch das ZDF beschädigt. Das Ganze hat der Glaubwürdigkeit der Öffentlich-Rechtlichen einen schweren Schlag versetzt“. Am Ende befasste sich das Bundesverfassungsgericht mit der Sache. Seit 2014 dürfen in den Aufsichtsgremien des ZDF, etwa dem Verwaltungsrat, nur noch höchstens ein Drittel der Mitglieder staatsnah sein. **Pat Christ**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer 2024 neigt sich so langsam dem Ende zu und wir können wieder auf eine Vielzahl von Veranstaltungen zurückschauen, die uns gezeigt haben, wie bedeutend Kunst, Kultur und Tradition für das öffentliche Leben in unseren Kommunen sind. Von lokalen Dorffesten über landkreisweite Theateraufführungen bis hin zu überregionalen Ausstellungen – überall engagieren sich Menschen vor Ort, schlagen Brücken zwischen Generationen und stärken so die lokale Gemeinschaft.

Dabei kann die Bedeutung von ehrenamtlichem Engagement sowie von kulturellen Ereignissen für unsere Gemeinschaft von uns als Kommunalpolitikern nicht hoch genug geschätzt werden; sie ist das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und prägt die Identität unserer Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke.

Herzstück unserer Kommunen: Kunst, Kultur und Tradition

In unserer Verantwortung als Kommunalpolitiker stehen hier insbesondere kommunale Kultureinrichtungen im Fokus. Aber auch die Kulturagenda Bayern, die die Bayerische Staatsregierung im vergangenen Jahr verabschiedet hat, setzt genau hier an: In einer Zeit, in der gesellschaftliche Umbrüche und die Digitalisierung unser Leben rasant verändern, betont sie die Notwendigkeit alter und neuer Kulturerlebnisse, um die Menschen vor Ort zu verbinden und gelebte Teilhabe zu ermöglichen. Kultur ist für alle da und kulturelle Vielfalt wird insbesondere durch das Engagement der Menschen für alle vor Ort auch erlebbar.

„Bayern ist ein Kulturstaat“. Das ist nicht nur ein Verfassungsgrundsatz, sondern auch ein Auftrag an Staat und Kommunen, Kultur und öffentliches Leben aktiv zu fördern. Mit bayernweiten Förderprogrammen wie z. B. dem Kulturfonds Bayern werden insbesondere partizipative Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche unterstützt. Kunst und Kultur sind damit nicht nur Selbstzweck, sondern auch ein Mittel zur Förderung von Demokratie und gesellschaftlicher Teilhabe. Gerade in unseren ländlichen Räumen haben solche Bildungsprojekte eine hohe Bedeutung, da sie das kulturelle Leben und zugleich die lokale Identität zur Kommune für zukünftige Generationen stärken.

Auch spielt – neben den zahlreichen kommunalen Initiativen – die bayernweite Digitalisierung im Kulturbereich eine immer größere Rolle. Die Kulturagenda Bayern setzt hier auf eine umfassende Digitalisierungsoffensive, die es durch Einsatz innovativer Technologien ermöglichen wird, z. B. die Kulturschätze Bayerns einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und so zusätzlich neue Formen der kulturellen Teilhabe vor Ort zu schaffen.

Für die KPV ist klar: Kommunale Kultureinrichtungen und ehrenamtliche Initiativen sind dabei das zentrale Herzstück. Unsere Aufgabe als Kommunalpolitiker ist es, Räume und Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Kunst, Kultur und Tradition weiterhin gelebt werden können und eine zentrale Rolle in unseren Kommunen spielen. Denn gelebte kulturelle Vielfalt ist mehr als nur ein „Nice-to-have“, sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines starken und zukunftsfähigen Gemeinwesens.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bayerischer Inklusionspreis JobErfolg 2024:

Gelebte Inklusion auf dem Arbeitsmarkt

Im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München zeichneten Sozialministerin Ulrike Scharf, Finanzstaatssekretär Martin Schöffel, Holger Kiesel, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, sowie VdK-Landesvorsitzende Verena Bentele Arbeitgeber aus der Privatwirtschaft und dem Öffentlichen Dienst mit dem Bayerischen Inklusionspreis JobErfolg 2024 aus. Die Ehrung soll helfen, Vorurteile abzubauen und Unternehmen und Dienststellen ermutigen, Menschen mit Behinderung einzustellen. In der Kategorie „Öffentlicher Dienst“ wurde der BRK Kreisverband Kulmbach, insbesondere das Dr.-Julius-Flierl-Seniorenheim im oberfränkischen Marktleugast, geehrt. In der Einrichtung des Bayerischen Roten Kreuzes haben 40 der 117 Beschäftigten eine Schwerbehinderung.

Über den Preis im Bereich Privatwirtschaft durfte sich die Memminger Niederlassung des Dachser SE Logistikzentrum Allgäu freuen. Dort ist ein eigener vollzeitbeschäftigter „Inclusion Officer“ angestellt. 61 der 880 Mitarbeiter sind schwerbehindert, und damit übertrifft Dachser die vorgeschriebene Quote von fünf Prozent deutlich.

Mit dem Ehrenpreis wurde das Restaurationsunternehmen Köhler aus Bamberg bedacht. Die Firma stellt immer wieder Menschen mit Fluchterfahrung, Behinderung, Lernschwierigkeiten oder auch mit schwierigem familiärem Hintergrund ein.

Den Innovationspreis erhielt der Arbeitskreis Inklusiver Arbeitsmarkt für das Konzept der inklusiven Job-Messe in Regensburg. Das 2013 gegründete Gremium besteht aus Vertretern unterschiedlichster Institutionen, Unternehmen und Kommunen, die sich um die Eingliederung von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt kümmern.

Inklusive Job-Messe „Menschen bieten Chancen“

Getreu dem Motto der inklusiven Job-Messe „Menschen bieten Chancen“ ist das vorrangige Ziel, sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen für Personen mit Einschränkungen zu schaffen, gegenseitige Vorurteile abzubauen und die Chancen aufzuzeigen, die der Einsatz von Personen mit Behinderung oder anderen Einschränkungen für Betriebe darstellen kann.

Die Preisträger betonten, dass eine solche Messe nur im Team gelingen kann. So waren an der Vorbereitung unter anderem das Inklusionsamt des Zentrums Bayern Familie und Soziales, die Handwerkskammer Niederbayern/Oberpfalz, der Werkhof Regensburg, Phönix e. V. und nicht zuletzt auch die Stadt Regensburg beteiligt.

Die erste Auflage der Messe im Juni 2022 war mit 45 Arbeitgeberständen und mehr als 800 Besuchern ein so großer Erfolg, dass sie im Mai 2024 am gleichen Standort – mit mindestens ebenso großer Resonanz – wiederholt wurde. Allein im Rahmen des Job-Speed-Datings konnten bemerkenswerte 25 Prozent der teilnehmenden Personen mit Behinderung einen Vertrag für einen sozialversicherungspflichtigen Job abschließen.

Diese hohe Vermittlungsquote und das große Interesse haben nicht nur bayern-, sondern auch deutschlandweit für Aufsehen gesorgt: So fand in diesem Jahr in Ingolstadt eine vergleichbare Veranstaltung statt. In Landshut ist eine inklusive Job-Messe für 2025 geplant,

Augsburg hat 2026 hierfür ins Auge gefasst. Auch München, Nürnberg und Bad Segeberg in Schleswig-Holstein haben Interesse bekundet.

„Die Auszeichnung ist eine große Ehre und ein Ansporn, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben weiter zu verbessern, Arbeitsplätze zu schaffen und in der breiten Öffentlichkeit dafür zu werben. Der JobErfolg für das Konzept unserer inklusiven Job-Messe zeigt, dass die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt ein echter Gewinn für alle ist“, betonte Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer. **DK**

Kommunalwahl 2026:

Erfolgsrezepte für die Kandidatenfindung

Die Kommunalwahl in Bayern am 8. März 2026 rückt näher, die Vorbereitungen bei den Parteien und Wählervereinigungen laufen. Fürwahr kein leichtes Unterfangen, gestaltet sich doch die Suche nach geeigneten Kandidaten gerade in Zeiten abnehmenden Interesses für die haupt- und ehrenamtliche Übernahme von Verantwortung in Gemeinden und Städten zunehmend schwierig. Vor dem Hintergrund demographischer und gesellschaftlicher Veränderungen sind immer weniger Menschen bereit, sich insbesondere dann für die eigene Gemeinde zu engagieren. Umso mehr gilt es, die Zeit vor der Wahl sinnvoll zu nutzen. Schließlich kommt vor einer möglichen Kandidatenkür die Pflicht: „Bürgermeister sein" bedingt zunächst einmal „Bürgermeister werden".

Erfahrungsgemäß, so Alois Scherer, langjähriger, ehemaliger Erster Bürgermeister von Deining und amtierender oberpfälzischer KPV-Bezirksvorsitzender sowie Kreistagsfraktionsvorsitzender, hänge ein Wahlerfolg oftmals von den Faktoren Bekanntheit, Sympathie und Kompetenz ab. So hätten etwa junge, dynamische und erfolgreiche Kandidaten, die bereits als Gemeinderats- oder Kreistagsmitglied oder optimalerweise als stellvertretender Bürgermeister fungieren, gute Siegchancen. Weitere Erfolgsfaktoren seien ehrenamtliches Engagement, die politische Partei oder Gruppierung, das Berufsbild sowie Persönlichkeit und Sozialprofil des Bewerbers.

Der vorpolitische Raum

Mögliche Bürgermeisterkandidaten, Gemeinderats- oder Kreistagsmitglieder könnten auch aus dem vorpolitischen Raum (Kirche, Vereine, Feuerwehren, Elternbeirat, Pfarrgemeinderäte usw.) rekrutiert werden, betont Scherer, der zum Thema Kandidatenfindung bereits Seminare für die Hanns-Seidel-Stiftung bzw. für die KPV in der Oberpfalz durchgeführt hat. Neben den Gemeindebürgern wären hier auch Neubürger, sowie auch Bewohner außerhalb der Gemeinde (für Bürgermeisteramt) denkbar. Wichtig sei es im Vorfeld, rechtzeitig bisherige Gemeinderatsmitglieder anzusprechen, ob sie für eine erneute Kandidatur zur Verfügung stehen. Sei dies nicht der Fall, müsse umgehend ein Nachrücker positioniert werden. Grundsätzlich gelte bei der offiziellen Rathauschefnominierung: „Bei hohem Bekanntheitsgrad später, unbekannt früher."

Mit Blick auf eine zielgerichtete Positionierung (Umbesetzung in Gemeinderatsgremien, z.B. als stellvertretender Bürgermeister; Umbesetzung in Fraktion zum Vorsitzenden; Übernahme von Ämtern im vorpolitischen Raum) sei es überdies ratsam, in Öffentlichkeit und Presse präsent zu sein.



Alois Scherer, Bürgermeister a.D., KPV-Bezirksvorsitzender und Kreistagsfraktionsvorsitzender.
Bild: Alois Scherer

Im Umgang mit politischen Mitbewerbern sollte Scherer zufolge u.a. die Möglichkeit einer Zusammenarbeit geprüft und grundsätzlich ein partnerschaftliches Verhältnis gepflegt werden. Darüber hinaus sei es angezeigt, schließlich zu verfolgen, was der Mitbewerber macht. Scherer empfiehlt, mit den eigenen Orts- und Stadtverbänden eine gemeinsame Strategie zu besprechen, Kandidaten rechtzeitig und persönlich anzusprechen sowie ein Kompetenzzentrum oder Team zu bilden.

Wahlkampfkosten kalkulieren

Die Wahlkampfzeit ist mitunter die anstrengendste Phase für den designierten oder bereits amtierenden Bürgermeisterkandidaten. Umso wichtiger ist es, frühzeitig seinen Aktionsplan zu überdenken. Das richtige Wahlkampfteam zu finden ist ebenso ein wichtiger Meilenstein wie die Planung von Veranstaltungen und Aktionen, um sich bekannt zu machen. Netzwerken und die richtige Wahlkampfvorbereitung bilden die Basis für einen erfolgreichen Wahlkampf. Die Finanzierung ist durch Spenden, Eigenmittel usw. sicherzustellen. Dabei sind laut Scherer Kosten in Höhe von ca. 3 bis 5 Euro je Einwohner einzuplanen.

Bürgermeistermacher

Etliche Herausforderungen warten also auf die Kandidaten, schließlich sind die Erwartungen der Wählerschaft an die Gestaltung von Wahlkampagnen größer geworden. Keine Seltenheit sind mittlerweile professionelle Bürgermeistermacher. Gegen Entgelt begleiten sie Bewerber durch den gesamten Wahlkampf. Das Ziel: entscheidende Impulse und Vorteile gegenüber der Konkurrenz. Eine Umfrage unter neugewählten Rathauschefs in Baden-Württemberg ergab, dass diese Form der Unterstützung längst auf der Ebene von Bürgermeisterwahlen angekommen ist. Insbesondere bei der Erstellung von Werbemitteln scheint mit steigender Gemeindegröße eine rege Nachfrage zu existieren. Werden Bürgermeistermacher eingesetzt, können sie die Chancen auf einen Wahlsieg ihrer Klienten augenscheinlich erhöhen. **DK**

Konsequenzen aus ...

(Fortsetzung von Seite 1)
und Messerverbotszonen nach dem Waffengesetz für bestimmte öffentliche Orte festgesetzt werden können. Das von der Staatsregierung dazu ermächtigte bayerische Innenministerium wird nun umgehend die zur Umsetzung erforderlichen Regelungen erlassen.

Sicherheitspaket

Als Reaktion auf das vorgelegte Sicherheitspaket hat der Deutsche Landkreistag Forderungen für eine Wende in der Migrationspolitik formuliert, die in erster Linie auf eine strikte Begrenzung der irregulären Migration zielen. Der Kommunalverband plädiert für Änderungen im materiellen Flüchtlingsrecht, insbesondere für eine Abschaffung, jedenfalls aber eine grundlegende Reform des subsidiären Schutzstatus sowie für Abschiebungen auch in Länder wie Syrien und Afghanistan. Schutzsuchende, für deren Asylverfahren andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union zuständig sind, sollten schon an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden können. Auch deshalb seien Grenzkontrollen konsequent auszubauen. Leistungen für Schutzsuchende sollten über das von der Bundesregierung vorgesehene Maß hinaus gesenkt, freiwillige Aufnahmeprogramme gestoppt und der Familiennachzug ausgesetzt werden.

Transitzentren an den EU-Außengrenzen

Die beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems wird begrüßt, eine schnelle Weiterentwicklung aber angemahnt. Alle Asylverfahren sollten künftig in Transitzentren an den EU-Außengrenzen durchgeführt und jeder Schutzsuchende nur Anspruch auf ein einziges Asylverfahren in der Union haben. Sollten diese Maßnahmen nicht zeitnah zu einer deutlichen Reduzierung der irregulären Migration führen, wird als Option vorgeschlagen, einen befristeten nationalen Aufnahmestopp als Ultima Ratio in Betracht zu ziehen. Darüber hinaus spricht sich der DLT für eine enge Einbindung der kommunalen Ebene sowohl in die Umsetzung des europäischen Reformpakets wie der nationalen Gespräche zur Ausgestaltung der Migrationspolitik aus.

Laut Deutschem Städte- und Gemeindebund „werden die Städte und Gemeinden als Reaktion auf die Ereignisse in Solingen noch einmal prüfen, ob Verbesserungen notwendig sind. Gleichzeitig gilt es zu beachten, dass alle Sicherheitskonzepte eine Abwägung zwischen bestmöglichem Schutz und größtmöglicher Freiheit darstellen."

Die Sicherheitsmaßnahmen müssten effektiven Schutz gewährleisten, gleichzeitig aber auch verhältnismäßig sein und unserer freiheitlichen Gesellschaft entsprechen. Wichtig ist aus Sicht des DStGB, „dass wir uns von Terroristen unseren freiheitlichen Lebensstil nicht zerstören lassen, denn dann hätten sie ihr Ziel erreicht. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass die Kommunen gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden alles daransetzen, sichere Veranstaltungen zu ermöglichen."

Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages, nannte es „richtig, dass Bund und Länder den Schutz vor Terror und Gewalt in Deutschland konkret verbessern wollen."

Lewe zufolge unterstützen die Städte, dass Geflüchtete abgeschoben werden sollen, wenn sie mit Waffen eine Straftat begangen haben. Auch die Dublin-Verfahren müssten unbedingt schneller und einfacher werden. Es müsse besser gelingen, Asylsuchende in die EU-Länder zu überstellen, die eigentlich für sie zuständig sind. „Wir erwarten von der eingesetzten Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern dafür zügig Ergebnisse. Wir brauchen auch in den Ländern bessere Verfahren, um Termine für Flüge, passende Papiere und den Kontakt zwischen Sicherheitsbehörden und Unterkünften zu koordinieren. Außerdem muss die Bundesregierung ihre Vereinbarungen mit den Drittländern in der EU verbessern, damit Rückführungen nicht mehr durch bürokratische Hürden der aufnahmepflichtigen Länder behindert werden. An Italien muss die Aufforderung ergehen, die ausgesetzten Rücküberstellungen wieder aufzunehmen."

Bundesregierung in der Pflicht

Notwendig seien auch intensive Gespräche der Bundesregierung mit Herkunftsländern über Rückführungsabkommen. Abschiebungen dürften nicht an fehlenden Passersatzpapieren scheitern oder daran, dass Herkunftsstaaten sich weigern, ihre Staatsangehörigen wieder aufzunehmen. „Wir brauchen Abkommen, die funktionieren und nicht nur auf dem Papier existieren. Erst dann gelingt es, abgelehnte Asylbewerber in die Herkunftsländer abzuschieben. Vordringlich ist es, das EU-Türkei-Abkommen wieder mit neuem Leben zu erfüllen. Hier muss als erstes angesetzt werden", bekräftigte Lewe.

Söder: Mehr Befugnisse für die Polizei

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder fordert als Konsequenz aus dem Anschlag in Solingen mehr Befugnisse für die Polizei und schnellere Abschiebungen – auch nach Syrien und Afghanistan. „Jemand der Asylbewerber ist, aber keinen Asylanspruch hat, der muss das Land verlassen", stellte Söder fest. Straftäter müssten sofort in Arrest genommen werden und das Land verlassen, insbesondere in Richtung Syrien und Afghanistan. „Die Wahrheit ist einfach: Wir müssen konsequenter sein und der Polizei mehr Möglichkeiten geben, auch anlasslose Kontrollen durchzuführen", so der Landeschef.

Söder bezeichnete die Migrationspolitik der Union um das Jahr 2015 als die Schwachstelle der Regierungszeit von Kanzlerin Angela Merkel. Danach sei vieles verbessert und verändert worden. Nun aber seien von der Ampel-Koalition, insbesondere den Grünen, andere Möglichkeiten geschaffen worden. „Wir sind ein Land, das gern helfen will, wir brauchen auch Zuzug, aber wir brauchen Zuzug, der uns nutzt", unterstrich der Ministerpräsident.

Innenminister Joachim Herrmann begrüßte die erste bundesweite Sammel-Abschiebung nach Afghanistan seit Juli 2021: „Es wurde auch höchste Zeit, dass die Bundesregierung endlich in die Gänge kommt. Ich hatte den Bund schon mehrfach dazu aufgefordert, die erforderlichen Voraussetzungen für Abschiebungen nach Afghanistan zu schaffen. Und siehe da: Entgegen den ursprünglichen Bedenken insbesondere der Grünen geht es doch!" Laut Herrmann befinden sich unter den Abgeschobenen drei Straftäter im Alter von 27, 29 und 30 Jahren aus Bayern. Zwei davon waren wegen Sexualstraftaten, der dritte wegen einer Straftat nach dem Betäubungsmittelgesetz zu Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Für Herrmann ist die Maßnahme ein erster wichtiger Schritt. Gleichwohl mahnte er: „Ich hoffe, dass es sich hierbei nicht um ein reines Strohfeuer der Bundesregierung handelt. Es müssen nun zügig weitere Rückführungen sowohl nach Afghanistan als auch nach Syrien folgen."

Allein die eigens beim bayerischen Landesamt für Asyl und Rückführungen eingerichtete „Taskforce für Straftäter" beschäftige sich derzeit mit 174 afghanischen und 203 syrischen Staatsangehörigen, die schwere Straftäter seien und rasch außer Landes gebracht werden müssten, so der Minister. „Der Schutz der bayerischen Bevölkerung hat hier klaren Vorrang und oberste Priorität. Wir müssen alle Hebel des Rechtsstaats in Bewegung setzen, um ausländische Straftäter, die sich schwerer Straftaten schuldig gemacht haben, und Gefährder außer Landes zu bringen – auch wenn diese aus Afghanistan oder Syrien kommen."

Herrmann: Umdenken beim subsidiären Schutz

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist für Herrmann auch ein Umdenken beim subsidiären Schutz von Syrern: Vor gut einem Monat habe das Oberverwaltungsgericht Münster ein richtungsweisendes Urteil gefällt, wonach für Zivilpersonen in Syrien keine ernsthafte individuelle Bedrohung ihres Lebens oder ihrer körperlichen Unversehrtheit im Rahmen eines Bürgerkriegs mehr besteht. „Nachdem selbst die Bundesaußenministerin davon spricht, dass das anderslautende Lagebild des Auswärtigen Amts für die Behörden nur Empfehlungscharakter hat, gibt es für die Bundesregierung keinen vernünftigen Grund mehr, jedem aus Syrien automatisch Schutz zu gewähren. Daher fordere ich, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge neu ankommenden Syrern keinen subsidiären Schutz mehr gewährt sowie in einem ersten Schritt den subsidiären Schutz bei all den Syrern hier im Land infrage stellt, die schwere Straftaten begangen haben oder als Gefährder gelten."

Nach Auffassung des CSU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek „brauchen wir endlich eine klare Kehrtwende bei der Migrationspolitik und müssen Islamisten konsequent bekämpfen. Das heißt: Mehr Rechtsstaat, weniger ideologiegetriebene Migrationspolitik. Die Menschen verlieren ansonsten jeglichen Glauben in die Handlungsfähigkeit des Staates. Es darf jetzt keine Denkverbote mehr geben und deshalb muss schnell gehandelt werden – jetzt wird die Politik an ihren Taten gemessen."

Aktuell werde ein Großteil der in Deutschland tätigen Imame aus dem Ausland entsendet, so Holetschek. Aus seiner Sicht sind „Ausbildungstransparenz und Standards, die sich an unseren Werten ausrichten", erforderlich. „Wir wollen sicherstellen, dass Prediger und muslimische Seelsorger auf dem Boden unserer Verfassung stehen. Der Bund agiert auf den Politischen Islamismus bisher planlos. Fest steht: Wir müssen unter Wahrung der Religionsfreiheit und der Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften alle staatlichen Anstrengungen darauf ausrichten, die akademische und geistliche Ausbildung von Imamen in Deutschland vorzunehmen. Ein Imam, der in Deutschland als solcher arbeiten will, muss bei uns seine Ausbildung absolviert haben."

Aktuell leben 5,3 Millionen Muslime in Deutschland, für sie gibt es 2.500 Moscheegemeinden. Die überwiegende Mehrheit ihrer Imame kommt derzeit aus dem Ausland und wird von dort finanziert. **DK**

Pflege und Versorgung ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Mittlerweile liege die bundesdurchschnittliche Belastung pflegebedürftiger Menschen in Einrichtungen im ersten Jahr bei monatlich rund 2.800 Euro.

„Die Pflege und Versorgung älterer Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Städte, Bund, Bundesländer, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen sind gemeinsam in der Pflicht. Den Städten ist es ein großes Anliegen, dass es gute und passgenaue Pflegeangebote gibt – vom Pflegeheim um die Ecke bis zur häuslichen Pflege mit Hilfe von Fachkräften. Sie werden ihre Verantwortung in der Daseinsvorsorge vollumfänglich wahrnehmen. Aber sie benötigen dafür passende Rahmenbedingungen und ausreichende finanzielle Ressourcen", heißt es in dem Positionspapier. Es sei an der Zeit, grundlegende Reformen durchzuführen und die Pflegeversicherung zukunftsfähig zu gestalten. Nur durch ein koordiniertes und entschlossenes Handeln lasse sich sicherstellen, dass die Städte auch in Zukunft Orte des würdevollen und selbstbestimmten Alterns bleiben und die Versorgung für alle Menschen gesichert ist.

Folgende Maßnahmen sind laut Deutschem Städtetag deshalb unverzichtbar:

1. Eine gute kommunale Pflegeplanung ist Voraussetzung für den lokalen Aufbau bedarfsgerechter und effizienter Versorgungstrukturen. Die Pflegekassen sind zu verpflichten, den Kommunen die erforderlichen aktuellen und kleinräumigen Daten mindestens halbjährlich zur Verfügung zu stellen.
2. Zulassung und Förderung von Einrichtungen dürfen künftig nur noch nach Zustimmung durch die Kommune erfolgen. Alle im Sozialraum wesentlichen Akteure sind zur verbindlichen Teilnahme an kommunalen Pflegekonferenzen zu verpflichten.
3. Die Pflege einschließlich der vorpflegerischen Versorgung ist sozialraumorientiert auszurichten.
4. Die Pflegeberatung ist in die Verantwortung der Kommunen zu geben. Die Finanzierung soll weiterhin zum überwiegenden Teil durch die Pflegekassen erfolgen. Alle am Pflegeprozess beteiligten Akteure haben sich angemessen zu beteiligen. Beratung, Bedarfsfeststellung, Versorgungsplanung und Case-Management müssen in einen zeitlichen und organisatorischen Zusammenhang gebracht werden.
5. Pflegende An- und Zugehörige benötigen ein besseres Angebot an Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen. Ihr Engagement ist auch finanziell angemessen zu honorieren.
6. Das neue Personalbemessungsinstrument (PeBeMe) muss einen flexibleren Personaleinsatz und vorübergehende Standardabsenkungen in personellen Notlagen ermöglichen.
7. Um mehr Fachkräfte für die Altenpflege zu gewinnen, muss die Anerkennung von ausländischen Ausbildungs- und Berufsabschlüssen für Gesundheitsberufe erleichtert werden.
8. Sektorengrenzen müssen aufgelöst werden. Es bedarf hierzu einer Innovationsklausel, die die Entwicklung innovativer Angebots- und Versorgungsstrukturen ermöglicht. Sie muss durch ein Förderprogramm für innovative Ansätze ergänzt werden.
9. Der Bau barrierearmer Wohnungen sowie der Umbau im Bestand sind besser als bislang zu fördern. Die Finanzierung notwendiger Wohnungsanpassungen durch die Kranken- und Pflegekassen ist auszuweiten.
10. Technische Hilfsmittel und Assistenzsysteme sind in den Leistungskatalog des SGB XI aufzunehmen. Es ist ein Digitalpakt Pflege zu initiieren, mit dem notwenige Investitionsmaßnahmen angestoßen und finanziert werden.
11. Der Bund wird aufgefordert, die Pflegeversicherung als Vollversicherung auszugestalten. Zumindest hat ein Sockel-Spitze-Tausch zu erfolgen. Die Diskriminierung versicherter pflegebedürftiger Menschen mit Behinderung bei den Leistungen der Pflegeversicherung muss beendet werden, indem § 43 a SGB XI aufgehoben wird. **DK**

Wie die LfA den Wirtschaftsmotor Bayern stärkt

GZ- Interview mit Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern

Dr. Bernhard Schwab ist Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern. Seine berufliche Laufbahn startete er im Bayerischen Wirtschaftsministerium und der Bayerischen Staatskanzlei. Seine Karriere umfasste zudem unterschiedliche Stationen als Pressesprecher sowie als Leiter der Bayerischen Vertretung in Berlin. Darüber hinaus war er im Bayerischen Wirtschaftsministerium als Ministerialdirektor und Amtschef tätig. 2019 trat er als Generalbevollmächtigter in die LfA Förderbank Bayern ein und wurde im August 2021 Mitglied des Vorstands, dem er seit September 2021 vorsteht. Seit ihrer Gründung vor mehr als 70 Jahren ist die LfA ein wichtiges Instrument der erfolgreichen Strukturpolitik in Bayern. Mit Dr. Bernhard Schwab sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel über die wirtschaftliche Situation Bayerns und die Herausforderungen, denen sich das Institut stellt.

GZ: Herr Dr. Schwab: Der wirtschaftliche Aufschwung Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Welchen Anteil hat die LfA daran?

Dr. Bernhard Schwab: *Seit ihrer Gründung als Flüchtlingskreditbank im Jahr 1951 hat die LfA bis heute die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns entscheidend mitgeprägt. In dieser Zeit hat sie einen wichtigen Beitrag sowohl zum bayerischen „Wirtschaftswunder“ in der Nachkriegszeit als auch zur Bewältigung verschiedener Wirtschaftskrisen geleistet.*

Heute steht – neben der Unterstützung der bayerischen Kommunen – die Gründungs- und Mittelstandsförderung im Mittelpunkt unserer Aktivitäten. Speziell im Firmenkreditgeschäft für den Mittelstand sind wir mit unseren Förderkrediten und Risikoentlastungen ein gefragter Partner. Im Verbund mit unserer Venture-Capital-Tochter Bayern Kapital sowie der BayBG Bayerischen Beteiligungsgesellschaft bieten wir darüber hinaus Eigenkapitalfinanzierungen für alle Unternehmensphasen an. Dazu kommt ein breites Beratungsangebot: Unsere Förderberatung informiert individuell zu allen Fördermöglichkeiten und die „Task Force“ berät Unternehmen in schwierigen Situationen. Unser Förderangebot entwickeln wir im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung und in Abstimmung mit unseren Bankenpartnern und den Kammern ständig weiter. Aktuell sind deutliche Erweiterungen bei unserem Förderkredit- und Beteiligungsangeboten in Planung.

GZ: Welche Aufgaben übernimmt die LfA für die bayerischen Kommunen?

Schwab: *Die bayerischen Städte und Gemeinden spielen eine zentrale Rolle für die Stärke unseres Landes. Wir sind der Überzeugung, dass eine leistungsfähige, zuverlässige kommunale Infrastruktur Grundvoraussetzung für einen zeitgemäßen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort ist. Für moderne Rahmenbedingungen sind allerdings regelmäßig weitreichende Investitionen nötig. Die damit verbundenen finanziellen Belastungen können Kommunen vor echte Herausforderungen stellen. Als LfA unterstützen wir sie deshalb als verlässlicher Finanzierungspartner mit zinsgünstigen und langfristigen Förderdarlehen bei ihren Investitionsvorhaben. Damit haben kommunale Gebietskörperschaften, rechtlich unselbständige Eigenbetriebe von kommunalen Gebietskörperschaften, kommunale Zweckverbände und Gemeindeverbände die Möglichkeit, Kredite auch für weitreichende Investitionen aufzunehmen, ohne sich finanziell zu überfordern.*

Angebote für Kommunen

GZ: Wie sehen die Finanzierungsangebote der LfA für die bayerischen Kommunen konkret aus?

Schwab: *Mit unserem „Basisangebot“ für die Finanzierung von Maßnahmen in die öffentliche Infrastruktur, dem Infrakredit Kommunal, fördern wir Investitionen beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur, die Ver- und Entsorgung einschließlich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die allgemeine Energieeinsparung oder die Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger. Auch Investitionen in die touristische Infrastruktur, Technik und Kulturpflege sowie in nicht umlagefähige Kosten für die Erschließung von Gewerbe- und Industrieflächen sind im Infrakredit Kommunal unter Berücksichtigung von EU-Beihilfevorschriften förderfähig.*

Mit dem Spezialdarlehen Infrakredit Energie ermöglichen wir darüber hinaus die besonders zinsgünstige Finanzierung von Maßnahmen zur Energieeinsparung um mindestens 20 Prozent. Ein anschauliches Beispiel ist die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen. Hinzu kommt die Umstellung auf erneuerbare Energieträger. Hier gilt eine Einschränkung: Vorhaben die bereits eine Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) oder nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) erhalten und somit in den Anwendungsbereich der EU-Beihilfevorschriften fallen, sind nicht förderfähig.

Außerdem stehen wir den Geschäftsbanken auf deren Einladung für die Finanzierung von größeren Infrastrukturmaßnahmen als wettbewerbsneutraler Partner in Konsortialfinanzierungsrunden mit Risikoübernahmen und Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung. Die Risikoteilung, insbesondere bei großvolumigen Projekten, schont die Großkreditgrenzen der Banken. Konsortialfinanzierungen dieser Art tragen dazu bei, dass wichtige Infrastrukturmaßnahmen realisiert werden können, die sonst an der Finanzierung scheitern könnten.

GZ: Kommunen leben von der Gewerbesteuer. Das bedeutet, geht es der bayerischen Wirtschaft gut, geht es auch den bayerischen Kommunen gut. Wie steht es aktuell um die Wirtschaft im Freistaat?

Schwab: *Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben unserer Wahrnehmung nach herausfordernd. Eine Vielzahl an Unsicherheiten, geopolitischen Krisen und nicht zuletzt die Zinsentwicklung sorgen seit einiger Zeit für ein verhaltenes Investitionsklima. Dies geht natürlich auch an den Betrieben in Bayern nicht spurlos vorbei. Außer Acht lassen darf man aber nicht: Trotz aller Unwägbarkeiten ist die bayerische Wirtschaft insgesamt stark und innovativ. Sie ist in Deutschland und Europa vorne dabei. Das sollte allen berechtigten Sorgen zum Trotz keinesfalls unerwähnt bleiben. Und unsere Mission als Förderbank heißt: Mithelfen, dass die bayerische Wirtschaft auch in Zukunft führend bleibt.*



Dr. Bernhard Schwab. Bild: Stefan Heigl

GZ: Die Energiepreise sind weiterhin hoch, und die Bauindustrie streicht 10.000 Arbeitsplätze. Können Sie einen Ausblick in die Zukunft geben? Sollte jetzt abgewartet oder investiert werden, wie ist Ihre Einschätzung?

Schwab: *Die Umstände sind herausfordernd, keine Frage. Und es ist verständlich, dass Meldungen wie die von Ihnen angesprochenen zu den bereits erwähnten Verunsicherungen beitragen. Wir als staatliche Förderbank maßen uns nicht an, Unternehmen, mit ihrer eigenen Kompetenz sich im Marktumfeld erfolgreich zu behaupten, Hinweise zu geben. Unsere Aufgabe ist es, mit guten Kreditprodukten und raschen Kreditentscheidungen Anreize für Investitionen zu setzen. Die größte Herausforderung mittel- und langfristig ist aus meiner Sicht die Umsetzung der „Transformation“ von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Digitalisierung sowie der Umgang mit dem demographischen Wandel. Für Unternehmen und Kommunen sind damit in den kommenden Jahren enorme Investitionsbedarfe verbunden. Genau hier*

(Fortsetzung auf Seite 6)



Wie die LfA ...

(Fortsetzung von Seite 5)

liegt die Kompetenz von uns Förderbanken. Als staatliche Förderbank können wir haushaltsschonend und mit überschaubaren Zinszuschüssen private Investitionen ermöglichen. Insbesondere in der aktuellen Marktsituation können Förderdarlehen, staatliche Risikoübernahmen und öffentliches Eigenkapital eine entscheidende Rolle spielen. Denn wir können damit nicht nur den großen Investitionsbedarfen und der aktuellen Investitionszurückhaltung der Wirtschaft etwas entgegensetzen, sondern auch die Banken bei der Kreditvergabe von Risiken entlasten.

GZ: Von der Bankenkrise bis Corona-Pandemie und Energiepreiskrise: Die LfA stand stets unterstützend zur Seite. Wie reagiert die Bank auf das große Hochwasser Anfang Juni?

Schwab: *Jede Krise ist anders und muss mit unterschiedlichen Mitteln bewältigt werden. Unsere Sonderhilfen, wie es sie in übergreifenden Krisen wie der Corona-Pandemie oder der Energiepreiskrise gab, erfolgen immer im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung. Beim Hochwasser sind wir als Förderbank erst in zweiter Reihe gefordert. Am wichtigsten war es für die geschädigten Privathaushalte, Freiberufler und Unternehmen, Soforthilfen in Anspruch nehmen zu können. Diese wurden durch die Staatsregierung in Zusammenarbeit mit den Bezirksregierungen ausgereicht. Betroffene Kommunen konnten eine Förderung nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz in Betracht ziehen, zudem steht den Kommunen mit unserem Infrakredit Kommunal dauerhaft eine zinsverbilligte und bei Bedarf langfristige Finanzierungsmöglichkeit auch für die Beseitigung von Flut- und Unwetterschäden, beispielsweise an der Verkehrsinfrastruktur, der Wasserversorgung oder der Abwasserentsorgung zur Verfügung.*

GZ: Angesichts steigender bürokratischer Anforderungen, die oft unnötige Hürden für Innovation darstellen, stellt sich die Frage: Wie geht die LfA mit bürokratischem Aufwand um?

Schwab: *Grundsätzlich teilen wir das Anliegen der Wirtschaft: Es braucht möglichst wenige und klare Vorgaben, sei es für Unternehmen, Kommunen oder Förderbanken. Uns liegt deshalb sehr daran, es unseren Kunden und Partnern so einfach wie möglich zu machen. Daher hinterfragen wir fortlaufend unsere eigenen Abläufe und suchen nach Verbesserungs- und Vereinfachungsmöglichkeiten. Eine moderne und leistungsfähige Banken-IT ist für mich zentraler Schlüssel, um die Kreditvergaben durch die LfA noch schneller und reibungsloser zu gestalten und schlanke interne Prozesse zu ermöglichen.*

Auch in anderen Feldern setzen wir uns für Vereinfachungen ein: Beim Thema Nachhaltigkeit beispielsweise unterstützen wir gemeinsam mit anderen deutschen Förderbanken Initiativen zur Vereinheitlichung von ESG-Datenanforderungen für kleine und mittlere Unternehmen bei der Kreditvergabe. Generell sollte sich ein praxisgerechter Berichtsstandard etablieren, der mit möglichst geringem bürokratischen Aufwand erfüllt werden kann. ❐

Bilanz Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte eG:

Wachstumskurs setzt sich fort

Trotz wirtschaftlicher Rezession und anhaltender Krisenstimmung kann die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte eG auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2023 mit solidem Wachstum und gutem Ergebnis verweisen. Wie Vorstandsvorsitzender Richard L. Riedmaier bei der Vorlage der Bilanzzahlen für das Geschäftsjahr 2023 mitteilte, „setzt sich unser Wachstumskurs der vergangenen Jahre kontinuierlich fort".

Nach Angaben des Finanzinstituts verzeichnet die Bilanzsumme mit einer Wachstumsquote von rund 4,2 Prozent angesichts der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine solide und respektable Steigerung. Als Wachstumstreiber habe sich erneut das Kreditgeschäft mit einem dynamischen Anstieg von 6,5 Prozent auf ein Kundenkreditvolumen von insgesamt 4,2 Mrd. Euro erwiesen. Das Kredit-Neugeschäft betrug eine knappe Milliarde Euro. Dabei unterstütze die VR-Bank sowohl mittelständische Kunden bei ihren Investitionsvorhaben als auch Privatkunden bei der Verwirklichung ihrer Wohnträume.

Die Kundeneinlagen bewegten sich mit 4,1 Mrd. Euro auf dem Vorjahresniveau. Das gesamte betreute Kundenvolumen hat zum 31.12.2023 ein Gesamtvolumen von rund 11,6 Mrd. Euro erreicht. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit bleibt die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte in der Region Marktführer im Kundengeschäft.

Laut VR-Bank ist das Bauspargeschäft weiterhin sehr gefragt. Die Kunden hätten sich günstige Zinsen für die Zukunft gesichert und bauten sich Eigenkapital für die eigenen vier Wände auf. Der Nettoabsatz bei den Wertpapieren bewege sich auf einem hohen Niveau.

Erneut sei die VR Bank für ihre hohe Beratungsqualität mit dem Prädikat „Sehr gut" für das PrivateBanking und als „Beste Bank vor Ort" geehrt worden. Laut Vorstand Riedmaier „konnten wir auch im Jahr 2023 wieder ein beeindruckendes Wachstum erzielen, das unsere Marktstärke und Kundennähe unterstreicht. Auch wenn unser Betriebsergebnis das durch den Sondereinfluss der hohen Erträge aus den Zinsabsicherungsgeschäften geprägte Niveau 2022 nicht erreicht hat, sind wir sehr zufrieden."

Hohe Beratungsqualität

Die 174.000 Kunden der VR-Bank werden vor Ort in 44 Filialen sowie direkt über die DigitalFiliale+ betreut. Diese kümmert sich darüber hinaus um die Bitcoin-Kunden der Genossenschaftsbank. Die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte war die erste deutsche Bank, die den Kauf von Bitcoin angeboten hat.

Vergangenes Jahr schloss die VR-Bank eine strategische Partnerschaft mit einer der führenden Plattformen im Kryptowährungsbereich. Riedmaier wertet die Beteiligung an der österreichischen FIOR Digital GmbH als „konsequente Weiterentwicklung unserer Bitcoin-Strategie", die „unser eigenes Angebot ergänzt". 21bitcoin sei eine der am schnellsten wachsenden Bitcoin-Dienste in Europa und habe ein überzeugendes Angebot rund um den Bitcoin geschaffen.

Die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte eG engagiert sich überdies für eine nachhaltige Entwicklung und ein starkes Gemeinschaftsgefühl in der Region. Insgesamt unterstützt sie soziale, kulturelle und karitative Projekte mit einer Gesamtsumme von rund 417.000 Euro. **DK**

Grenzenlos Zusammenleben im „Haus Tür an Tür"

Die Stiftung „Grenzenlos Zusammenleben" im HAUS DER STIFTER, der Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg, setzt ihren Namen in die Praxis um. Dank einer großzügigen Spende aus der Stiftung kann im Wohnprojekt „Haus Tür an Tür" der Gemeinschaftsraum mit finanziert und gleichzeitig grenzenloses Zusammenleben realisiert werden.

Das staatlich geförderte Wohnprojekt des Vereins „Tür an Tür e. V." ist eine dringend notwendige Investition, um die Wohnungsnot in Augsburg gerade für sozial benachteiligte Menschen mit geringem Einkommen oder Mobilitätseinschränkungen ein wenig zu verbessern. Der für ein gutes Zusammenleben dafür nötige Gemeinschaftsraum muss dabei vollständig privat finanziert werden. Hier soll es Bildungsangebote für Jung und Alt geben, Angebote für die Verbesserung der Sprachkenntnisse und gemeinschaftliche Schul- und Hausaufgabenbegleitung. Der Treff soll auch für die Vernetzung der Mieter mit der Nachbarschaft und dem Stadtteil Kriegshaber dienen.

Einziehen werden unterschiedliche Personengruppen: große und kleine Familien, Einzelpersonen, Zugewanderte wie Einheimische, Arbeitnehmer/innen, Studierende und Menschen in Ausbildung.

Die Gründungsstifter der Stiftung „Grenzenlos Zusammenleben" setzen sich genau für dieses Miteinander unterschiedlichster Menschen ein. Neben ihrem ehrenamtlichen Engagement vor Ort sammeln sie Spenden und Zuwendungen für ihre Stiftung, um dauerhaft und nachhaltig Menschen mit verschiedensten Lebensgeschichten zu helfen, zusammen zu bringen und zu integrieren.

Weitere Informationen auf www.haus-der-stifter-augsburg.de ❐

Einfach machen

Wer auch künftig mit Bargeld bezahlen möchte, sollte es heute nutzen

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Mitunter ist das so eine Sache mit der Wirklichkeit, den Wünschen und der Zukunftserwartung. Trefflich nachvollziehen lässt sich das am Verhältnis der Deutschen zum Bargeld. Neulich hat die Bundesbank dazu (mal wieder) interessante Fakten geliefert. Wenig überraschend: Mit Bargeld zahlen die Bundesbürger nicht mehr so oft wie früher. Ein Trend, der sich nicht nur in den Corona-Jahren beschleunigt hat, sondern auch danach weiter anhält. Interessant: An der Akzeptanz liegt es (noch) nicht. Bargeld würde bei 94 Prozent aller Bezahlvorgänge vor Ort angenommen, wenn der Kunde denn cash zahlen wollte. Aber auch hier: Die Bereitschaft, am Point of Sale bar zu kassieren, lässt sukzessive nach. Bei alledem bemerkenswert: Die Mehrheit der Deutschen möchte auch in Zukunft mit Bargeld den Einkauf begleichen können, erwartet jedoch zugleich einen weiteren Rückgang der Bargeldnutzung.

Klingt irgendwie typisch Deutsch: Für alle Fälle am Bewährten (Bargeld) sicherheitshalber festhalten, aber mindestens so gerne das Bequeme (unbare Zahlungsmittel wie Geldkarte, Smartphone oder -watch) nutzen wollen und dabei eine eher triste Zukunftserwartung pflegen. Die Deutsche Bundesbank ist da übrigens optimistischer. Sie hat sich mit der Zukunft des Bargeldes beschäftigt und hierzu eine Untersuchung in Auftrag gegeben.

Zwar haben Zukunftsprognosen letztlich ein gerüttelt Maß an Ungewissem. Die Quintessenz der Anfang des Jahres vorgelegten Studienergebnisse der Frankfurter Bundesbanker hat gleichwohl etwas Beruhigendes: Zwar wird auch in den nächsten 15 bis 20 Jahren der Anteil von Bargeld an den Gesamttransaktionen im Vergleich zu heute weiter rückläufig sein. Verschwinden wird das Bargeld jedoch vermeintlich nicht. Allein schon deshalb, weil es gegenüber unbaren Zahlungsmitteln drei unschlagbare Vorteile hat. Vereinfacht formuliert lauten diese: Es kann zu jeder Zeit unterm Kopfkissen (oder sonst wo) gehortet und bei Bedarf wieder hervorgeholt werden, bietet im Vergleich zu digitalen Bezahlmitteln allen gesellschaftlichen Gruppen Inklusion und ist schließlich widerstandsfähig gegen Unwägbarkeiten in technischen/digitalen Paymentstrukturen.



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

Heute Bargeld nutzen

Ungeachtet dessen: Wer künftig im Fall der Fälle mit Bargeld zahlen möchte, der sollte das heute auch schon tun. Und je mehr es tun, desto besser. Das nimmt denen Wind aus den Segeln, die regelmäßig den Abgesang auf den baren Euro anstimmen, womöglich auf die selbsterfüllende Prophezeiung setzen und die Zukunft interessengeleitet im digitalen Bezahlen sehen. Zugleich geben die Barzahler auch jenen Rückenwind, die sich politisch für den Erhalt des Bargelds einsetzen.

Politische Initiativen pro Bargeld gibt es immerhin einige – und sie dürfen durchaus als ernsthaft gelten. Erinnert sei an den Verordnungsvorschlag der EU-Kommission, der neben anderem vorsieht, regelmäßig den Zugang zu und die Akzeptanz von Bargeld zu analysieren. Erklärte Absicht der Brüsseler Behörde ist es, das Euro-Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel zu stärken. Auch die Gründung des Nationalen Bargeldforums der Bundesbank zahlt auf dieses Ziel ein. Und das Vorhaben, eine neue Euro-Banknotenserie aufzulegen, ist ebenfalls ein positives Signal.

Ein Ausrufezeichen zugunsten des Bargelds setzte zuletzt übrigens die Sveriges Riksbank – also die schwedische Nationalbank im skandinavischen Musterland des digitalen Bezahlens. In ihrem Payment-Report 2024 fordert sie Regierung und Parlament unumwunden auf, „die Möglichkeit der Barzahlung für lebenswichtige Güter zu untersuchen. Dies sollte zu einem stärkeren Schutz des Bargelds führen." Warum? Weil sie sicherstellen möchte, dass ein jeder zahlungsmäßig in der Lage ist, „eine Krisensituation in Friedenszeiten oder einen erhöhten Alarmzustand zu bewältigen." Nun mag man einwenden, dass es in Schweden ja auch keine Verpflichtung der Händler gibt, Bargeld anzunehmen. Das ist richtig. Freilich: Es im Euro-Raum und in Deutschland erst gar nicht so weit kommen zu lassen, ist das, was Kunden, Händler, Dienstleister, Gastronome, politische Entscheider und Euro-Zentralbanker vom beachtlichen Strategieschwenk der schwedischen Reichsbank lernen können.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❐



Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der **PlusPunktRente**!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand

Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!
Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Jetzt anmelden! UNSER NEWSLETTER www.bvk-zv.de/Newsletter
Jetzt lesen! UNSER MAGAZIN www.bestens-abgesichert.de
Folgen Sie uns! UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS bvkzusatzversorgung

#HEIMATFÖRDERER:

Kommunalpartner BayernLabo

GZ-Interview mit Christian Wunderlich, Mitglied der Geschäftsleitung und Wolfgang Schmidt, Abteilungsleiter Kommunalkredit Bayern

Die BayernLabo unterstützt als Finanzierungspartner eine breite Palette kommunaler Investitionen durch Förderkredite und klassische Kommunalkredite. Zudem verantwortet die BayernLabo die Wohnraumförderung des Freistaats Bayern. Sie bietet maßgeschneiderte Finanzierungsprodukte für Kommunen und Bürger an, um eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung Bayerns zu sichern. Mit Geschäftsleiter Christian Wunderlich und Wolfgang Schmidt, verantwortlich für den Kommunalkredit Bayern, sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

GZ: Worin besteht die Aufgabe der BayernLabo als Wohnraumförderer und Kommunalkreditbank des Freistaats Bayern?
Christian Wunderlich: *Den wenigsten Bürgern in Bayern ist sicherlich bewusst, dass sie nahezu täglich von den Leistungen der BayernLabo profitieren. Mehr als drei Viertel der bayerischen Bürger können in ihrem Wohnort Einrichtungen in Anspruch nehmen, die von der BayernLabo (mit) finanziert wurden.*

Von Bildungseinrichtungen über öffentliche Verwaltungsgebäude, Bürgerhäuser, Sport- und Schwimmhallen bis hin zu Feuerwehrhäusern und -fahrzeugen, die BayernLabo steht als verlässlicher Finanzierungspartner hinter einer großen Bandbreite an kommunalen Investitionen. Kurz die BayernLabo begleitet als Finanzierungspartner praktisch alle Projekte des gemeindlichen Investitionshaushalts. Als Kommunalkreditbank ist die BayernLabo aktuell Kreditgeber von gut einem Drittel der Kommunalkredite in Bayern – ein Zeugnis unseres tiefgreifenden Engagements und unserer Rolle in der bayerischen Gesellschaft.Darüber hinaus trägt die BayernLabo seit 1908 die banktechnische Verantwortung für die Wohnraumförderung des Freistaats Bayern. Ob selbst genutzte Immobilien oder Mietwohnungen mit Sozialbindung – die BayernLabo begleitet deren Finanzierung für breite Bevölkerungsschichten mit staatlichen und staatlich verbilligten Darlehen sowie staatlichen Zuschüssen.



V.l.: Wolfgang Schmidt, Constanze von Hassel und Christian Wunderlich. Bild: Amparo Hausherr-Bohn

Angebote für bayerische Kommunen

GZ: Welche Produkte und Dienstleistungen mit welchen besonderen Vorteilen bietet die BayernLabo bayerischen Kommunen an?
Wolfgang Schmidt: *Wichtigstes Ankerprodukt ist der klassische Kommunalkredit, den wir zu äußerst attraktiven Kapitalmarktkonditionen mit Zinsbindungen bis zu 30 Jahren anbieten. Der Kommunalkredit kann sehr flexibel auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten und übrigens auch für Umschuldungen genutzt werden.*

Daneben stellen wir alljährlich ein Kontingent für kommunale Förderkredite in Zusammenarbeit mit der KfW zur Verfügung. Dabei vergünstigt die BayernLabo die bereits auf Bundesebene vergünstigten Konditionen durch einen zusätzlichen bayerischen Fördermehrwert noch weiter.

Darüber hinaus haben wir aus unserer Rolle als Wohnraumförderbank des Freistaats heraus auch die bankseitige Verantwortung für das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm KommWFP, bei dem staatliche Investitionszuschüsse von bis zu 45 Prozent der realen Investitionskosten kombiniert mit einem Darlehen der BayernLabo angeboten werden.

Die Darlehenszinssätze können durch staatliche Zinszuschüsse zum Teil weit unterhalb der Konditionen des klassischen Kommunalkredits angeboten werden.

Damit die Finanzierungsvorteile auch in voller Höhe in den Kommunen zur Wirkung kommen, werden alle Kredite der BayernLabo als Direktkredite an die Kommunen vergeben.

Wir bieten unseren kommunalen Kunden eine umfassende, individuelle Beratung zu dem für sie optimalen Finanzierungsmix aus klassischem Kommunalkredit und kommunalen Förderkrediten an.

Bayerischer Kommunalkredit

GZ: Welche Rolle spielt der bayerische Kommunalkredit in der BayernLabo?
Wunderlich: *Der bayerische Kommunalkredit ist seit Ende 2008 integraler Bestandteil der BayernLabo. Mit aktuell 7,2 Mrd. Euro hat das Kommunalkreditportfolio einen Anteil von ca. 1/3 an der Bilanzsumme der BayernLabo und stellt ihr zweites wichtiges Standbein neben der langjährigen Aufgabenerfüllung in der Wohnraumförderung dar.*

Den Auftrag als Kommunalkreditbank in Bayern nimmt die BayernLabo für den Konzern der Bayerischen Landesbank im Rahmen ihrer EU-beihilferechtlichen Möglichkeiten exklusiv wahr, um den bayerischen Kommunen das gebündelte Know-How und die Vorteile der Förderbankenrefinanzierung kombiniert zur Verfügung stellen zu können. (Erläuterung siehe Kasten „Hintergrundinfo“, Anm. d. Red.)

GZ: Wie ist die Abgrenzung zur LfA als Wirtschaftsförderbank des Freistaats?
Wunderlich: *Die LfA fördert, insbesondere mit ihrem Infrakredit Kommunal, kommunale Investitionen in den Teilbereichen Wasser- und Abwasser, sowie den kommunalen Tiefbau. Durch Abgrenzung der Förderzwecke ist sichergestellt, dass es zwischen LfA und BayernLabo nicht zu für die kommunalen Antragsteller ggf. verwirrenden Überschneidungen bei den Förderkrediten kommt.*

Den klassischen kommunalen Direktkredit mit flexiblen Tilgungsmodalitäten und Zinsbindungen bis zu 30 Jahren jedoch bietet nur die BayernLabo an.

Auswirkungen der Nachhaltigkeitsanforderungen

GZ: Welche Herausforderungen sieht die BayernLabo aktuell und perspektivisch bei der Finanzierung kommunaler Projekte/ Investitionen?
Schmidt: *Die Nachhaltigkeitsanforderungen, deren regulatorischer Rahmen sich derzeit erst nach und nach herauskristallisiert, wird die Kreditvergabe in allen Bereichen stark verändern.*

Der heute übliche klassische Kommunalkredit ohne Verwendungszweckbezug wird aus unserer Beobachtung heraus mehr und mehr projektbezogene Aspekte beinhalten mit zusätzlichen Daten und Nachweisen. Im kommunalen Förderkredit, bei dem bereits heute der Verwendungszweck bekannt ist, ist diese Entwicklung teilweise heute schon angekommen.

Bei großen Herausforderungen wie der Energiewende und im Gesundheitswesen bei den Krankenhäusern unterstützt die BayernLabo die Gebietskörperschaften und Zweckverbände im Rahmen ihrer EU-beihilferechtlichen Möglichkeiten. Beispielsweise kann man hier an die Finanzierung von Nahwärmenetzten, erneuerbare Energieanlagen zum örtlichen Verbrauch und an Pflegeeinrichtungen sowie Krankenhäuser mit Versorgungsauftrag und mit nur lokalem oder kleinräumig regionalem Zuschnitt denken, die in kommunaler Eigenregie betrieben werden.

Eine direkte Finanzierung kommunaler und kommunalnaher Unternehmen ist der BayernLabo beihilferechtlich verwehrt. Unter bestimmten Bedingungen finden wir jedoch Finanzierungslösungen für die kommunalen Eigentümer.

GZ: Wie stellt sich die BayernLabo auf diese Herausforderungen mit Blick auf die Nachhaltigkeit ein?
Wunderlich: *Die BayernLabo bereitet sich intern auf die neuen Nachhaltigkeitsanforderungen vor bzw. setzt bereits formulierte Anforderungen der Aufsicht möglichst kommunalfreundlich um.*

Zudem bemühen wir uns über unseren Spitzenverband VÖB und in Zusammenarbeit mit dem Difu und den kommunalen Spitzenverbänden um für die Kommunen gut handhabbare Lösungen.

Darüber hinaus stehen wir im intensiven Austausch mit Kommunen, die im Feld der Nachhaltigkeit bereits besonders aktiv sind, um die kommunalen Möglichkeiten und die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen zusammen zu bringen.

Die gute Nachricht ist: Der Kommunalkredit der BayernLabo steht durch die staatliche Garantie für die BayernLabo weiter zu attraktiven Konditionen zur Verfügung. Künftige Herausforderungen werden wir gemeinsam mit unseren Partnern in der kommunalen Familie bearbeiten und lösen. ❐

Hintergrundinfo: Historie des EU Beihilfeverfahrens

In einer wegweisenden Entscheidung für das Bankwesen, stellte das EU-Beihilfeverfahren im Jahr 2001 die Weichen für die Zukunft öffentlicher Banken.

Während private Banken in Brüssel einen Sieg errangen und die Haftungsübernahme durch öffentliche Träger als beihilferechtswidrig deklariert wurde, blieb ein Sektor von dieser Umwälzung unberührt: die Landesförderbanken, darunter auch die BayernLabo. Diese Ausnahme unterstreicht die besondere Rolle des Staates, der die Freiheit behält, politische Ziele entweder durch direkte finanzielle Zuschüsse oder durch günstigere Kredite, ermöglicht durch staatliche Bürgschaften, zu fördern. Aus diesem Grund profitiert die BayernLabo auch heute noch von der Garantie des Freistaats für alle ihre Verbindlichkeiten, was zu Vorteilen bei der Geldbeschaffung am Geld- und Kapitalmarkt führt. Diese Vorteile transportiert die BayernLabo in der Form attraktiver Kommunalkredite und besonders zinsgünstiger kommunaler Förderkredite in der Fläche den bayerischen Kommunen. ❐

Konzern Versicherungskammer:

Förderung der Regionen durch Infrastruktur-Finanzierungen

Langfristige Ausrichtung des Konzerns bewährt sich bei Klinikum Fürth

Das Langfrist-Finanzierungsmodell des Konzerns Versicherungskammer kommt jetzt auch dem Klinikum Fürth zugute. Der Finanzierungsansatz, mit dem sich die Versicherungskammer als Finanzierer der Regionen bewährt, ist bislang wenig bekannt. Ihr Geschäftsmodell erlaubt der Versicherungskammer besonders langfristige Finanzierungen. Als klassischer Immobilienfinanzierer ist sie bereits seit fast 100 Jahren engagiert. In den letzten zehn Jahren entwickelte sie sich zudem zu einem Branchen-Vorreiter bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten. Es handelt sich um rund 5 Mrd. Euro europaweit, davon über 1,5 Mrd. Euro im sozialen und kommunalen Bereich in Deutschland.

„Das Interesse an den Menschen sowie die regionale Verwurzelung zeichnen die Versicherungskammer, die den Gemeinwohlauftrag ernst nimmt, aus“, unterstreicht Finanzvorstand Andreas Kolb. Die Versicherungskammer übernehme seit jeher Verantwortung für die Region. Dazu gehöre auch die Daseinsvorsorge, speziell die Bereiche Sozial- und Gesundheitswesen.

Kontinuität im Blick

„Wir sind – gerade auch als privater Krankenversicherer - an einer guten Gesundheitsversorgung interessiert und möchten durch unsere Investitionen dazu beitragen, dass diese gesellschaftlich notwendigen Einrichtungen weiter in guter Qualität und modernen Standards betrieben werden können. In Zeiten der Krankenhausreform vertritt die Versicherungskammer gemeinsam mit dem Klinikum Fürth weiterhin einen partnerschaftlichen Ansatz und setzt auf Kontinuität.“

„Wir freuen uns, mit der Versicherungskammer einen verlässlichen Partner an unserer Seite zu haben, der uns bei der Umsetzung unserer langfristigen Strategie unterstützt, das Klinikum als Daseinsvorsorger für die Menschen in Stadt und Landkreis Fürth weiterzuentwickeln“, so Dr. Alexander Mohr, Vorstand des Klinikums Fürth.

Dies unterstreicht Dr. Stefanie Ammon, Kämmerin der Stadt Fürth: „Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Krankenhäuser und Kommunen begrüßt die Stadt Fürth als Träger des Klinikums, dass durch die Zusammenarbeit zweier starker Partner das finanzielle Fundament für eine zukunftsweisende Ausrichtung des Klinikums Fürth geschaffen wird.“

„Doppelte Rendite“

Im Rahmen ihrer nachhaltigen Kapitalanlagestrategie generiert die Versicherungskammer durch diesen regionalen Finanzierungsansatz immer öfter eine „doppelte Rendite“: indem sie ökonomisch durchdacht investiert, etwa in zukunftsweisende örtliche Infrastruktur mit positivem sozialen und ökologischen Kern. ❐



BayernLB:

Im ersten Halbjahr 944 Mio. Euro vor Steuern erwirtschaftet

Die BayernLB hat im ersten Halbjahr 2024 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 944 Mio. Euro erzielt. (Vj.: 877 Mio. Euro). Das Ergebnis ist von der Zinssituation und einer guten operativen Ertragsentwicklung in allen Kundensegmenten geprägt. Das Konzernergebnis (nach Steuern) betrug 737 Mio. Euro (Vj.: 593 Mio. Euro).„Das erste Halbjahr ist gut gelaufen, wir konnten durch unser stabiles Kundengeschäft und mit Rückenwind aus dem aktuellen Zinsniveau unsere positive Ertragsentwicklung fortsetzen. Im derzeit sehr volatilen Marktumfeld stellt unser ausgewogenes Geschäftsmodell seine Robustheit unter Beweis“, so Stephan Winkelmeier, Vorstandsvorsitzender der BayernLB.

Der Zinsüberschuss des BayernLB-Konzerns lag bei 1.407 Mio. Euro (Vj.: 1.555 Mio. Euro). Hierzu trugen die DKB rund 950 Mio. Euro (Vj.: 1.041 Mio. Euro) und die BayernLB rund 460 Mio. Euro (Vj.: 513 Mio. Euro) bei. Der Wert wurde weiterhin vom aktuellen Zinsniveau insbesondere im Einlagengeschäft (v.a. Privatkundengeschäft der DKB) begünstigt.

Der Provisionsüberschuss stieg auf 275 Mio. Euro (Vj.: 230 Mio. Euro), prägend waren die Erträge aus dem Kreditgeschäft, dem Kartengeschäft der DKB sowie dem Fondsgeschäft der Asset Management-Gesellschaften Real I.S. und BayernInvest.

Für das erste Halbjahr 2024 hat die BayernLB ein Ergebnis aus der Risikovorsorge von -154 Mio. Euro ausgewiesen (Vj.: -16 Mio. Euro). Im Geschäftsfeld Immobilien wurde Risikovorsorge im Wesentlichen aufgrund der Erhöhung des Post Model Adjustments (PMA) sowie aufgrund von Einzelfällen bei Projektentwicklungen in Deutschland und Bestandsbüroimmobilien in den USA gebildet. Das Segment Corporates & Markets profitierte dagegen von der Auflösung von PMA. Bei der DKB waren Zuführungen sowohl im Bereich „Privatkunden“ als auch aufgrund von Einzelfällen im Bereich „Geschäftskunden“ zu verzeichnen. Die NPL-Quote, die den Anteil notleidender Kredite am Gesamtkreditvolumen abbildet, lag mit 1,0 Prozent dennoch weiterhin auf niedrigem Niveau (31.12.2023: 0,9 Prozent). Dies spiegelt die gute Portfolioqualität des BayernLB-Konzerns wider.

Das Fair-Value-Ergebnis erhöhte sich auf 165 Mio. Euro (Vj.: 89 Mio. Euro). Der Anstieg geht insbesondere zurück auf den Handel mit Emissionszertifikaten, die positive Wertentwicklung bei den DKB-Fonds im Eigenbestand und einen weiterhin hohen Ergebnisbeitrag aus dem Geschäft mit Edelmetallen. Die Sonstigen Ergebnisbestandteile stiegen auf 100 Mio. Euro (Vj.: -101 Mio. Euro). Der Wert profitierte von außerordentlichen Ergebniseffekten, unter anderem Beitrags- und Steuerrückerstattungen, Zuschreibungen und Rückstellungsauflösungen. Der negative Wert des Vorjahreszeitraums war dagegen geprägt durch Belastungen aus Wertpapier- und Zinssicherungsgeschäften aufgrund des starken Zinsanstiegs.

Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung reduzierte sich auf 32 Mio. Euro (Vj.: 95 Mio. Euro). Der BayernLB-Konzern hatte keine Bankenabgabe zu leisten, da das Beitragsvolumen bereits erfüllt wurde. Der Pflichtbeitrag zur Einlagensicherung erhöhte sich dagegen infolge gewachsener Bemessungsgrundlage leicht auf 32 Mio. Euro (Vj.: 25 Mio. Euro) und entfiel vollständig auf die DKB. Die BayernLB hat ihr Zielvolumen für das Sicherungssystem seit 2021 erreicht.

Die Bilanzsumme des BayernLB-Konzerns lag bei 279,0 Mrd. Euro (31.12.2023: 273,4 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) betrugen 66,5 Mrd. Euro (31.12.2023: 64,5 Mrd. Euro).

Der Konzern verfügt weiterhin über eine solide Kapitalbasis. Die CET1-Quote lag bei 18,5 Prozent (31.12.2023: 19,3 Prozent).

Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich auf 41,3 Prozent (Vj.: 44,1 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) betrug 15,6 Prozent (Vj.: 15,7 Prozent).

Ertragsentwicklung in den Kundensegmenten

Das Vorsteuerergebnis von „Immobilien & Sparkassen/Finanzinstitutionen“ betrug 119 Mio. Euro (Vj.: 159 Mio. Euro). Im anspruchsvollen Marktumfeld erzielte das Segment gute operative Erträge. Das Ergebnis des Vorjahreszeitraums war durch deutlich höhere Eingänge auf abgeschriebene Forderungen (HETA) im Geschäftsfeld „Sparkassen & Finanzinstitutionen“ begünstigt.

Im Geschäftsfeld „Immobilien“ stieg das Ergebnis vor Steuern auf 10 Mio. Euro (Vj.: 2 Mio. Euro). Die Verbesserung resultierte im Wesentlichen aus einem Rückgang der Risikovorsorge auf 119 Mio. Euro (Vj.: 127 Mio. Euro). Zins- und Provisionsüberschuss konnten trotz der herausfordernden Lage am Immobilienmarkt mit 174 Mio. Euro (Vj.: 178 Mio. Euro) weitgehend stabil gehalten werden.

Das Geschäftsfeld „Sparkassen & Finanzinstitutionen“ erzielte ein Ergebnis vor Steuern von 61 Mio. Euro (Vj.: 119 Mio. Euro). Bei anhaltend guter Entwicklung im Geschäft mit Sparkassen und Finanzinstitutionen konnten Zins- und Provisionsüberschuss mit 88 Mio. Euro (Vj.: 89 Mio. Euro) stabil gehalten werden. Grund für den Ergebnisrückgang war die Risikovorsorge des Geschäftsfelds, die mit +12 Mio. Euro zwar erneut von Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen gegenüber der HETA Resolution AG profitierte (Vj.: +78 Mio. Euro), jedoch einen deutlich geringeren positiven Ergebnisbeitrag als im Vorjahr lieferte.

Die BayernLabo steigerte ihr Vorsteuerergebnis aufgrund von positiven Auswirkungen des Zinsanstiegs auf 37 Mio. Euro (Vj.: 31 Mio. Euro).

Das Segment „Corporates & Markets“ hat bei zufriedenstellendem operativem Geschäftsverlauf und positivem Risikoergebnis sein Vorsteuerergebnis stabil bei 183 Mio. Euro gehalten (Vj.: 183 Mio. Euro). Im Geschäft mit Unternehmenskunden lagen Zins- und Provisionsüberschuss weitgehend auf dem Niveau des Vorjahres. Beim Zinsüberschuss war dennoch ein Rückgang auf 128 Mio. Euro (Vj.: 193 Mio. Euro) zu verzeichnen. Der Grund dafür war eine Verschiebung vom Zinsüberschuss zum Fair Value-Ergebnis, die aus der aktuellen Zinssituation im Derivatehandel resultiert. Die Risikovorsorge trug infolge der Reduzierung des Post Model Adjustment-Bestandes mit +44 Mio. Euro zum Ergebnis bei (Vj.: +32 Mio. Euro). Der Verwaltungsaufwand lag mit 121 Mio. Euro leicht unter Vorjahresniveau (Vj.: 126 Mio. Euro).

Das Segment „DKB“ hat mit einem Vorsteuerergebnis von 559 Mio. Euro (Vj.: 601 Mio. Euro) erneut einen starken Beitrag geleistet. Das Ergebnis profitierte von anhaltendem Wachstum im Kreditgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden. Der Zinsüberschuss lag mit 950 Mio. Euro (Vj.: 1.041 Mio. Euro) weiter auf hohem Niveau. Der Provisionsüberschuss stieg auf 121 Mio. Euro (Vj.: 71 Mio. Euro). Ursächlich für die Steigerung waren die positive Ertragsentwicklung im Kartengeschäft sowie eine Änderung im Ausweis von Bearbeitungs- und Vermittlungsgebühren, die nun im Zinsüberschuss abgebildet werden.

Das Ergebnis aus Sicherungsgeschäften verbesserte sich aufgrund des Zinsumfelds um 59 Mio. Euro und war mit -4 Mio. Euro nur noch leicht negativ. Belastet wurde das Segmentergebnis durch die höhere Risikovorsorge, die sich auf 91 Mio. Euro steigerte (Vj.: 2 Mio. Euro). Inflationsbedingte Preissteigerungen und Gehaltsanpassungen haben zudem den Verwaltungsaufwand planmäßig auf 400 Mio. Euro ansteigen lassen (Vj.: 391 Mio. Euro). Die DKB konnte die Anzahl ihrer Privatkunden auf rund 5,7 Millionen erhöhen und so ihre Position als zweitgrößte Direktbank und einer der Marktführer im digitalen Banking in Deutschland weiter festigen.

Ergebnisprognose angehoben

Die BayernLB hat ihre Ergebnisprognose für das Gesamtjahr angehoben und rechnet nun mit einem Vorsteuerergebnis von mehr als 1,2 Mrd. Euro. Angesichts hoher geopolitischer Risiken und der Inflations- und Zinsentwicklung ist die Prognose mit einem erhöhten Maß an Unsicherheit behaftet. ❐

Ideologiegetriebene Steuerklassenreform strikt abzulehnen

Bayern fordert rückwirkende Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags für 2024

„Die altbekannte Ampel-Routine setzt sich weiter fort: Großspurige Ankündigungen des Bundesfinanzministers erweisen sich als reine Lippenbekenntnisse. Eine auf den Jahresbeginn 2024 rückwirkende Erhöhung des einkommensteuerlichen Grundfreibetrags sowie des Kinderfreibetrags ist verfassungsrechtlich zwingend geboten – Steuerzahler werden sonst in diesem Jahr grundgesetzwidrig zu hoch belastet. Die Ampel muss jetzt umgehend tätig werden“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

„Alle arbeitenden und leistungsbereiten Bürgerinnen und Bürger werden sich fragen, warum ihnen die Ampel offenbar nicht einmal das verfassungsrechtlich Garantierte zugestehen will. Ich fordere den Bund auf, die weiter ausstehenden Entlastungen beim Grundfreibetrag wie auch beim Kinderfreibetrag schnellstmöglich umzusetzen. Spätestens mit der Dezember-Lohnabrechnung muss die Entlastung für 2024 auf dem Konto sein“, so der Minister.

Füracker weiter: „Hinzu kommt die im Entwurf des Zweiten Jahressteuergesetzes 2024 enthaltene Abschaffung der Steuerklassen III und V. Damit werden an die 12 Millionen Ehepaare und insbesondere viele junge Familien mit kleinen Kindern insgesamt mehrfach belastet! Teile der Ampelkoalition machen keinen Hehl daraus, dass die Steuerklassenreform nur den Einstieg zur Abschaffung des Splittings und damit zu einer gleichsam ideologiegetriebenen wie schweren steuerlichen Diskriminierung von rund 12 Millionen Ehepaare in Deutschland darstellt. Zu einer solchen Verletzung des verfassungsrechtlichen Schutzauftrages für die Ehe darf es nicht kommen – Bayern wird sich weiter auch im Bundesratsverfahren dafür einsetzen, dass selbstbestimmte Lebensentwürfe vor der Ampelsteuerpolitik geschützt und die bestehenden Steuerklassen erhalten bleiben.“

Das Bundesministerium der Finanzen hat im Juli 2024 den Referentenentwurf eines Zweiten Jahressteuergesetzes 2024 veröffentlicht, wonach der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag für die Veranlagungszeiträume ab 2025 angehoben werden sollen. Die bereits mehrfach angekündigte rückwirkende Anhebung des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags für das Jahr 2024 ist demgegenüber bisher noch in keinem Gesetzentwurf enthalten. ❐

DSGV-Fokuspapier:

Für wirksamen Sparerschutz in Europa

Europas Einlagensicherung auf dem Prüfstand: Die Europäische Kommission plant, die Einlagensicherung in Europa zu zentralisieren und zu vergemeinschaften (EDIS). Dadurch verspricht sie sich „mehr Sicherheit“. Doch das Gegenteil ist nach Auffassung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes der Fall, wie er in einem Fokuspapier darlegt. Darin heißt es: „In einem zentralisierten System müssten alle Kreditinstitute europaweit füreinander einstehen. Sie wären zur Haftung verpflichtet – ohne die Geschäftspolitik der anderen Banken überhaupt beeinflussen zu können. Gehaftet würde aus den Sicherungsmitteln der Sparerinnen und Sparer. Auch sie hätten keinerlei Einfluss.“

Bei der Einlagensicherung, so der DSGV, bestehe objektiv kein Regelungsbedarf. Seit Juli 2015 gelten europaweit einheitliche Regeln für die Höhe der besicherten Einlagen und die Funktionsweise der Sicherungssysteme auf nationaler Ebene. Mit dem CMDI-Review würden diese Regeln derzeit nochmals aktualisiert und, wo erforderlich, angepasst. Damit seien alle Sparer in Europa nach denselben Standards geschützt. Jedes Land sei durch diese Regeln verpflichtet, seine Sicherungssysteme vollumfänglich auszustatten und gut zu organisieren, so dass sie im Ernstfall handlungsfähig sind.

Entstehe durch EDIS aber die Möglichkeit, Risiken an die europäische Ebene „durchzureichen“, werde diese Möglichkeit auch genutzt, macht der Verband deutlich. „Eine Vergemeinschaftung schafft also nicht zusätzliche Sicherheit, sondern setzt Anreize zu risikohaftem Verhalten von Banken.“

Die Finanzstabilität hierzulande beruhe auf einem sicheren Kreislauf aus Einlagen und Krediten, der nicht gestört werden dürfe: Die deutsche Volkswirtschaft mit ihren mittelständischen und familiengeführten Unternehmen finanziere sich bevorzugt durch Kreditinstitute. Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken wiederum refinanzierten sich maßgeblich aus den Einlagen ihrer Kunden. Diese brächten ihre Einlagen dort hin, weil sie darauf vertrauten, dass von keiner Seite in deren Sicherungssysteme hineingegriffen wird.

Vergemeinschaftung schafft keine zusätzliche Sicherheit

Das Vertrauen der Kunden sei also die Grundlage dafür, dass sich Betriebe aller Branchen und Größenklassen zuverlässig finanzieren können. Dieses Vertrauen würde jedoch beschädigt, wenn die vorhandenen Sicherungsmittel für die Stützung fremder Banken in anderen Teilen Europas herhalten müssten, betont der DSGV.

Aus diesem Grund dürften die Institutssicherungssysteme von Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken nicht zwangsverpflichtet werden, in einen europaweiten Sicherungstopf einzuzahlen. Schon heute gebe es eine umfassende Risikoteilung – etwa im Bereich der Geldpolitik oder über Hilfsleistungen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie des Bankenabwicklungsfonds SRF.

Institutssicherungssysteme überwachten ständig die Leistungsfähigkeit eines Kreditinstituts und könnten rechtzeitig eingreifen, bevor ein Engpass droht. „Sie helfen also, die Wirtschafts- und Währungsunion krisenfest zu machen, weil sie Schwächen im Bankensystem vorbeugen und Krisen begrenzen.“

„Ansteckungsgefahren“

Mit einer zentralisierten Einlagensicherung geschehe jedoch das Gegenteil. Die „Ansteckungsgefahren“ aus einer Bank oder einem Markt übertrügen sich gerade in einem gemeinschaftlichen System leichter auf andere – und diese müssten dann haften, obwohl sie die ausschlaggebenden Risiken weder eingegangen sind, noch darauf einwirken konnten.

Konkret bedeute das: „Echter Sparerschutz entsteht durch Verantwortung innerhalb der bestehenden Systeme und nicht dadurch, dass Sicherungsmittel zwangsvergemeinschaftet werden.“ Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken seien bislang über die Institutssicherung ihrer jeweiligen Verbünde vor Insolvenz geschützt. Dieser Schutz könnte in einem europaweit zentralisierten System nicht mehr aufrechterhalten werden. **DK**

LfA-Halbjahresbilanz:

Neuer Gründungs- und Wachstumskredit etabliert sich

Bayerische Wirtschaft mit über 710 Millionen Euro gefördert

Im ersten Halbjahr 2024 hat die LfA Förderbank Bayern die bayerische Wirtschaft mit Darlehen in Höhe von über 710 Millionen Euro gefördert. Mehr als 560 Millionen Euro davon hat die LfA in ihren Programmkrediten zugesagt. Über 1.500 mittelständische Unternehmen und Kommunen profitieren in der ersten Jahreshälfte 2024 von den Angeboten der LfA. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fiel die Nachfrage nach dem Förderangebot der LfA insgesamt zurückhaltender aus.

Die größte Nachfrage gab es erneut bei den LfA-Förderprogrammen für Gründung und Unternehmensnachfolgen (rund 170 Millionen Euro) sowie für Wachstumsvorhaben einschließlich Modernisierungsmaßnahmen (mehr als 275 Millionen Euro).

Erfreulich ist dabei die Entwicklung bei dem zum Jahreswechsel gestarteten Gründungs- und Wachstumskredit (GuW). Der neue Kredit hat sich im ersten Halbjahr erfolgreich am Markt etabliert. So stieg die Nachfrage im zweiten Quartal 2024 gegenüber den ersten drei Monaten um rund 37 Prozent auf mehr als 178 Millionen Euro an. Die Darlehenszusagen im GuW erreichten damit im ersten Halbjahr 2024 insgesamt mehr als 308 Millionen Euro.

Starker Finanzierungspartner

Mit dem Gründungs- und Wachstumskredit hat die LfA Anfang des Jahres ihre früher getrennten Spezialprogramme zur Gründungs- und Wachstumsfinanzierung zu einem einfachen und schlanken Produkt für KMU zusammengeführt. Mitte Juni wurde der GuW für Betriebsmittelfinanzierungen geöffnet. Damit ist jetzt auch der gesamte anfallende Betriebsmittelbedarf zu den gleichen attraktiven Konditionen wie klassische Investitionen im GuW-Kredit förderfähig.

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger: „Das erste halbe Jahr 2024 war von einer unsicheren konjunkturellen Lage und einer verhaltenen Investitionsbereitschaft der Unternehmen in Deutschland geprägt. Umso wichtiger ist es, dass wir in Bayern mit der LfA einen starken Finanzierungspartner für den Mittelstand haben. Mit der weiter optimierten Förderung im neuen Gründungs- und Wachstumskredit werden wir nicht stehen bleiben. Vielmehr wollen wir das Kreditgeschäft der LfA weiter ausbauen – unter anderem mit erhöhten Darlehenshöchstbeträgen, einem Ausbau der anteiligen Risikoübernahmen sowie einer Ausweitung der Förderung auch auf größere Mittelständler.“

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Die LfA ist stabiler und verlässlicher Finanzpartner für die Wirtschaft in unsicheren Zeiten. Die verhaltene Nachfrage nach unserem Förderangebot in der ersten Jahreshälfte spiegelt die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wider. Umso wichtiger ist es, dass wir den Unternehmen auch weiterhin mit modernen und wirkungsvollen Förderangeboten zur Seite stehen. Denn jedes Modernisierungsvorhaben ist eine Investition in die Zukunft.“ ❐

Hochwasser in Bayern:

Kommunale Gebäude stark betroffen

Prävention und Versicherungsschutz als zentrale Aufgaben

Das Juni-Hochwasser hinterließ in Bayern deutliche Spuren und richtete beträchtliche Schäden an kommunalen Gebäuden an. Besonders betroffen waren Regionen wie der Augsburger Raum, doch die Auswirkungen waren im ganzen Freistaat spürbar. Dr. Christian Krams, Leiter Konzern-Schaden und Raimund Lichtmannegger, Leiter kommunaler Direktvertrieb bei der Versicherungskammer Bayern, sprechen im GZ-Interview über die regionale Verteilung der Schäden, die Herausforderungen bei der Regulierung und die Bedeutung von Prävention in Zeiten des Klimawandels.

GZ: Das Juni-Hochwasser hat in Bayern auch zahlreiche kommunale Gebäude getroffen. Wo lagen die Schwerpunkte dabei regional?

Dr. Christian Krams: *Das Hochwasser im Juni hatte gravierende Auswirkungen in ganz Bayern und dauerte von Ende Mai bis Mitte Juni. In diesem Zeitraum fiel in den betroffenen Regionen an einem Tag so viel Regen wie normalerweise in einem durchschnittlichen Monat. In sage und schreibe 18 Landkreisen und Städten in Bayern musste zwischenzeitlich der Katastrophenfall ausgerufen werden.*

Die Schwerpunkte in Bezug auf die regionale Häufung der bisher gemeldeten kommunalen Schäden lagen überwiegend im Augsburger Raum. Eine Vielzahl weiterer kommunaler Schäden verteilt sich relativ gleichmäßig über unser gesamtes Geschäftsgebiet in Bayern.

GZ: Welche (bei Ihnen versicherte) kommunale Schäden kamen hauptsächlich vor?

Krams: *Aufgrund der außergewöhnlich hohen Niederschlagsmengen, die über einen längeren Zeitraum eine Vielzahl verschiedenster Schäden verursachten, stellte das Ereignis eine sehr große Herausforderung für alle Betroffenen dar; auch die Kommunen blieben von dem schweren Schadenereignis nicht verschont.*

Neben der hohen Anzahl der Sachschäden bei Kommunen sind vor allen Dingen die Auswirkungen an Kulturdenkmälern erheblich. Unsere Schadenmanager arbeiten daran, die Schäden für unsere Kommunen so zügig wie möglich zu bewerten und zu regulieren. Dabei sind auch oft Fragen des Denkmalschutzes mit zu berücksichtigen, sodass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine valide Aussage über Schadenhöhen getroffen werden kann.

Es wurden viele kommunale Gebäude und natürlich auch deren Inventar betroffen. Die Art der Gebäude reicht von Rathäusern, Verwaltungsgebäuden, Kindergärten, Bauhöfen bis hin zu Brunnenanlagen. Die betroffenen Gebäude spiegeln dabei die gesamte Bandbreite der bei uns versicherten kommunalen Gebäude wider.

Infolge des Hochwassers bearbeiten wir kleinere, aber auch sehr große Schäden. Die Regulierung schreitet voran, die Gutachten wurden überwiegend erstellt, Sondersachverständige, wie Chemiker sind eingebunden und die ersten Zahlungen sind bereits dem Baufortschritt entsprechend erfolgt. Die Regulierer und Sachverständigen stehen dabei in regelmäßigem Austausch mit den Bürgermeistern und Gemeindebevollmächtigten.

GZ: Gibt es besonders prominente Beispiele von Hochwasser-getroffenen Gebäuden?

Krams: *Nennenswerte Schadenfälle sind z.B. die Stadt Memmingen, die mit einer Vielzahl an kommunalen Gebäuden betroffen war. Auch das Rathaus der Verwaltungsgemeinschaft Offingen wurde besonders schwer getroffen: Der Keller war überflutet und der Strom ist ausgefallen. Im Kindergarten Raubling wurden die Räume im Erdgeschoss des Kindergartens sehr stark beschädigt und in Holzkirchen wurde die Mehrzweckhalle des Marktes Holzkirchen überflutet.*

GZ: Welches Fazit lässt sich aus den Ereignissen vom Juni ziehen?

Raimund Lichtmannegger: *Die Starkregenfälle im Juni haben uns erneut eindrücklich die Bedrohungen durch den Klimawandel vor Augen geführt. Wir alle müssen uns auf massiv steigende Naturgefahren einstellen. Vor allem (lokale) Extremniederschläge bringen ein enormes Schadenpotential für das eigene Hab und Gut sowie die Infrastruktur mit sich. Es ist daher Verantwortung und Aufgabe eines jeden, der Zunahme von Wetterextremen präventiv etwas entgegenzusetzen. Dabei sind alle Akteure, vom privaten Wohngebäudebesitzer über die Landwirtschaft bis hin zu den Kommunen, aufgerufen, eigenverantwortlich Maßnahmen zu ergreifen bzw. im kooperativen Miteinander Vorsorge zu treffen. Ob mit Hochwasserschutzvorkehrungen für Bestandsgebäude, klimaangepasstem Bauen und Sanieren, kommunaler Planung bis hin zur Umsetzung sog. „Schwammstädte" – mit geeigneten Klimafolgenanpassungen können Schäden geringgehalten bzw. im besten Fall ganz verhindert werden.*

Versicherungsschutz gegen Elementargefahren ist dabei ein wertvoller Baustein, um sich vor den finanziellen Folgen zu schützen. Auch hier ist die Versicherungskammer Bayern ein verlässlicher Partner. Sie bietet die Elementarschadenversicherung für über 99 Prozent aller Gebäude in Bayern. Für die verbleibenden Gebäude beraten Experten zu individuellen Vor-Ort Lösungen mit dem Ziel, auch für diese Versicherbarkeit zu ermöglichen.



Dr. Christian Krams, Leiter Konzern-Schaden. Bild: VKB



Raimund Lichtmannegger, Leiter kommunaler Direktvertrieb. Bild: VKB

Versicherungsvertragsdichte bei Kommunen gering

Vor dem Hintergrund der spürbaren Dynamik des Klimawandels und den gefährdeten Vermögenswerten erscheint die Versicherungsvertragsdichte auch bei Gemeinden, Städten und Landkreisen weiter zu niedrig. Auch wegen der steigenden Gefahren für Bürgerinnen und Bürger sollte das Thema Prävention und Versicherung zur „Chefsache" gemacht werden. Für nähere Informationen und Beratung stehen Ansprechpartner der Kommunalen Direktbetreuung der Versicherungskammer Bayern gerne zur Verfügung. ❐

Feuerwehr erhält Notdächer für Hagelunwetter

Versicherungskammer Bayern beschafft Planen, die sich bereits bei Hagel „Denis" in Bad Bayersoien bewährt haben

Die Versicherungskammer Bayern rüstet die Feuerwehren mit über 200 Notdächern und Planen aus. Damit sind diese für zukünftige Katastropheneinsätze und Großschadenslagen nach Hagel und Stürmen noch besser gerüstet. In Rosenheim wird nun das erste neue Modul „Notdach-Plane" in Bayern stationiert.

Christian Krams, Leiter Konzern-Schaden der Versicherungskammer und Vorstand bei der BavariaDirekt, übergab gestern die Ausrüstung an den Rosenheimer Oberbürgermeister Andreas März und Stadtbrandrat Hans Meyrl. Die Feuerwehr Rosenheim zeigte, wie das Notdach mit einer Drehleiter angebracht wird. Johann Eitzenberger, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Bayern, und weitere Vertreter der Feuerwehren begutachteten vor Ort die neue Ausrüstung.

„Bereits nach dem Kumul ‚Jörn' im Jahr 2019 haben wir die ‚Aktion Notdach' ins Leben gerufen und den Feuerwehren über 100 Notdächer zur Verfügung gestellt", so Christian Krams. „Diese kamen auch letztes Jahr nach dem verheerenden Hagelsturm ‚Denis' in Bad Bayersoien und Benediktbeuern zum Einsatz, dem zweitgrößten Ereignis in der Unternehmensgeschichte der Versicherungskammer. Da vor Ort alle Dächer durch riesige Hagelkörner zerstört wurden, haben die Notdächer dort hervorragende Dienste geleistet. Gute Prävention ist uns ein wichtiges Anliegen, daher weiten wir die Aktion nun mit noch umfangreicherer Ausstattung aus."

Johann Eitzenberger war in seiner Funktion als Kreisbrandrat und Örtlicher Einsatzleiter (ÖEL) im Landkreis Garmisch-Partenkirchen mit den Schäden in Bad Bayersoien konfrontiert: „Mit den Notdächern konnten wir viele Häuser sehr effektiv abdecken. Es gelang dadurch schneller und robuster einen Schutz gegen Regen zu gewähren und die Menschen konnten weiter in ihren Häusern wohnen. Durch Nachschub aus ganz Bayern waren wir ausreichend ausgestattet".

Hagelstürme „Denis" und „Jörn"

Mit Hagelkörnern bis zu 10 cm Durchmesser wütete Hagelsturm „Denis" im August 2023, dazu kamen Sturm und Starkregen. In Bad Bayersoien und Benediktbeuern wurden hunderte Hausdächer zerstört. Auf den Bildern der zerstörten Orte sind grüne Planen, die Notdächer, erkennbar. Diese wurden von Feuerwehren, dem THW und Firmen angebracht, um die Gebäude vor eindringendem Regenwasser zu schützen. Bereits nach dem Hagelsturm „Jörn" an Pfingsten 2019 gab es im Großraum München enorme Schäden.

Schutz für bis zu 80 Häuser

Die Notdächer sind spezielle Planen, die innerhalb weniger Minuten mittels einer Feuerwehr-Drehleiter oder eines Krans auf das Dach gehoben und so befestigt werden, dass kein weiteres Regenwasser in das Haus eindringen kann. Da die Einsatzkräfte das Dach nicht betreten müssen, lassen sich die Notdächer schneller und sicherer aufbringen als herkömmliche Planen. Ein Notdach ist bis zu 18 Meter lang und 16 Meter breit. Die Planen in Rosenheim haben eine Gesamtfläche von fast 12.000 qm, was eineinhalb Fußballfeldern entspricht. Damit können etwa 70 bis 80 Häuser abgedeckt werden.

Neben Rosenheim werden dieses Jahr noch drei weitere Standorte für Notdächer in Bayern (München sowie die Landkreise Fürstenfeldbruck und Landshut) eingerichtet. Die Versicherungskammer Bayern investiert über 150.000 Euro in die Ausrüstung.

Hagelsturm „Denis" 2023 war das zweitgrößte Hagel-Kumulereignis in der Unternehmensgeschichte der Versicherungskammer – nur übertroffen vom „Münchner Hagel" von 1984. Hagel „Jörn" aus dem Jahr 2019 reiht sich dahinter ein. ❐

Neuer georedundanter ELSTER-Standort in Aschheim eröffnet

„Mit rund 22 Millionen aktiven Benutzerkonten ist ELSTER das erfolgreichste eGovernment-Verfahren Deutschlands und das digitale Aushängeschild unserer Steuerverwaltung – made in Bavaria. Um eine durchgehend störungsfreie Funktionsfähigkeit für Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, haben Zuverlässigkeit und Ausfallsicherheit von ELSTER für uns oberste Priorität. Mit dem neuen ELSTER-Standort bei unserem Partner noris network AG in Aschheim sichern wir uns auch in Zukunft bestmöglich gegen denkbare regionale Ausfallszenarien ab", betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Inbetriebnahme in Aschheim gemeinsam mit dem Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Steuern, Paul König, und dem Vorstand der noris network AG, Joachim Astel.

„Der Aufbau im laufenden Betrieb war ein Mammutprojekt für die Beteiligten", so Füracker: „Rund 350 Server mussten aufgebaut, verkabelt und in Betrieb genommen werden."

Paul König, Präsident des Bayerischen Landesamt für Steuern: „Unser neuer Standort in Aschheim ist ein weiterer wichtiger Schritt für die Verfügbarkeit von ELSTER und der Beginn einer zukunftsweisenden Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Verwaltung."

Sicheres Rechenzentrum

Joachim Astel, Vorstand der noris network AG: „Wir sind stolz, dass wir als bayerischer IT-Dienstleister ELSTER mit unserem hochsicheren, modernen und nachhaltig betriebenen Rechenzentrum in München Ost überzeugen konnten. ‚Mia san sicher'".

Seit 2007 betreibt Bayern im eigenen Rechenzentrum des Bayerischen Landesamts für Steuern das bundesweite KONSENS-Verfahren ELSTER an zwei voneinander unabhängigen Standorten in Nürnberg. Um auch zukünftig einen störungsfreien IT-Betrieb zu gewährleisten und insbesondere gegen elementare Gefährdungen, wie Starkregenereignisse oder längere Stromausfälle, bestens abgesichert zu sein, wurde gemeinsam im KONSENS-Verbund beschlossen, einen weiteren unabhängigen, georedundanten Standort einzurichten.

Georedundanz ist ein entscheidender Faktor, um den Betrieb auch bei möglichen regionalen Großschadensereignissen durch räumliche Distanz sicherzustellen. Der Datenbestand der Rechenzentren ist hierbei identisch, sodass jeder Standort die Funktion des jeweils anderen übernehmen kann, ohne dass die Funktionsfähigkeit für Nutzerinnen und Nutzer beeinträchtig wird. ❐



BECK Recht:

Neue Grundsteuer: Schon wieder verfassungswidrig?

Die Grundsteuer kommt auch nach ihrer Reform nicht zur Ruhe. Nachdem das BVerfG 2018 die alte Form für verfassungswidrig erklärte, meldet der BFH jetzt auch Zweifel an der Neufassung an. Warum und was das für die neuen Bescheide bedeutet, analysiert Dennis Klein, Professor für Allgemeines und Besonderes Steuerrecht am Fachbereich Steuerverwaltungsdienst der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen und im Nebenamt Steuerberater.

Die alte Grundsteuer krankte daran, dass ihre Bemessungsgrundlage auf veralteten und nicht mehr realitätsgerechten Einheitswerten beruhte. Wegen Verstoßes gegen den Allgemeinen Gleichheitssatz nach Art. 3 Abs. 1 GG kippte das BVerfG darum 2018 die damalige Regelung – freilich nicht, ohne dem Gesetzgeber eine großzügige Übergangsfrist für eine Neuregelung zu geben. Eben diese wurde schließlich Ende 2019 nach zähem Ringen eingeführt.

Der Kompromiss sah über eine Neufassung von Art. 105 Abs. 2 GG hinaus auch eine Freigabeklausel für eigene Grundsteuergesetze der Länder vor, die vier Bundesländer genutzt haben. Die übrigen Bundesländer wenden das sogenannte Bundesmodell an. Und an eben diesem entzündet sich nun wieder Kritik.

„Einspruchs-Tsunami" gegen neue Grundlagenbescheide

Die Grundsteuer wird in einem zweistufigen Verfahren erhoben. Im ersten Schritt ermitteln die Finanzämter auf den Bewertungsstichtag 1. Januar 2022 für jedes der rund 36 Millionen Grundstücke in Deutschland Grundsteuerwerte, die dann in einem Steuerbescheid gesondert festgestellt werden. Im zweiten Schritt wenden die Gemeinden ab 1. Januar 2025 auf den Grundsteuerwert aus dem Grundlagenbescheid einen selbst festgelegten Hebesatz an, wodurch in einem Folgebescheid die finale Grundsteuer zustande kommt. Bis dahin gelten für die Gemeinden noch die alten Grundsteuerregelungen und Werte. Das jährliche Gesamtaufkommen beläuft sich immerhin auf ca. 14 Milliarden Euro und stellt eine wesentliche kommunale Einnahmenquelle dar.

Mittlerweile haben die Finanzämter zahlreiche Bescheide zu den Grundsteuerwerten erlassen, gegen die schon über drei Millionen Einsprüche eingegangen sind – manche sprechen gar von einem „Einspruchs-Tsunami". In Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes sind unlängst zwei dieser Fälle bis zum BFH gelangt. Und wie schon die Vorinstanz hat auch der BFH dabei ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Bescheide geäußert.

Vereinfachende Pauschalierung gegen Einzelfallgerechtigkeit

Den Grundeigentümerinnen und -eigentümern in den beiden Verfahren gehörten Wohnimmobilien in Rheinland-Pfalz, wo der Grundsteuerwert nach dem Bundesmodell ermittelt wird. Die einschlägigen §§ 218 ff. BewG differenzieren für die anzuwendenden Bewertungsmethoden u.a. nach unbebauten und bebauten Grundstücken sowie der Art der Bebauung. In den Streitfällen waren die Grundstückswerte aus verschiedenen Komponenten zu ermitteln, die sich für den Grund und Boden aus den Bodenrichtwerten und für die darauf stehenden Gebäude aus deren Art, Baujahr, Wohnfläche, Mietniveaustufe und erzielbaren Nettokaltmieten zusammensetzten.

Daraus ergibt sich eine typisierte Bewertung, die aber nicht den individuellen Verkehrswert des Objekts darstellt und dies auch gar nicht soll. Das Konzept einer individuellen Grundstücksbewertung hat der Gesetzgeber explizit verworfen, da Steuerpflichtige und Finanzämter dies bei der Vielzahl von Grundstücken nicht mit vertretbarem Aufwand hätten stemmen können. Die so in den Streitfällen festgestellten Werte von 91.600 Euro bzw. 318.000 Euro halten die betroffenen Grundeigentümerinnen und -eigentümer für unrealistisch überhöht, da die Besonderheiten ihrer Immobilien unberücksichtigt blieben. So handelte es sich in einem Fall um ein 1880 erbautes Einfamilienhaus, an dem seither keine wesentlichen Renovierungen vorgenommen worden waren. Im anderen Fall ging es um eine in zweiter Reihe und Hanglage gelegene Immobilie, die nur über einen Privatweg erreichbar war. Da das BewG aber ausschließlich die typisierte Bewertung vorsieht, blieben diese Einwände in den Feststellungsbescheiden unberücksichtigt.

Für den BFH war dieser Umstand denn auch der Hauptansatzpunkt seiner Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Bescheide. Zunächst konstatiert der Senat in Übereinstimmung mit den Kriterien des BVerfG, dass der Gesetzgeber bei Massenverfahren wie der Grundsteuer mit 36 Millionen zu bewertenden Grundstücken einen großen Spielraum für Pauschalierungen und Typisierungen habe. Gewisse Überschreitungen der tatsächlichen Werte sind Grundeigentümerinnen und -eigentümern auch nach Ansicht des BFH zumutbar. Allerdings müsse bei deutlich zu hoch angesetzten Feststellungen von Grundsteuerwerten der Nachweis eines niedrigeren Wertes möglich sein.

Verfassungskonforme Auslegung als Ausweg

Das geltende Recht sieht zwar keine Möglichkeit vor, einen niedrigeren Immobilienwert nachzuweisen. Der BFH legte die einschlägigen Bewertungsvorschriften der §§ 218 ff. BewG aber verfassungskonform dahingehend aus, dass es bei deutlichem Überschreiten im Einzelfall trotzdem möglich sein müsse, niedrigere reale Werte nachzuweisen. Der BFH argumentiert, man habe bereits in anderen Fällen typisierender Bewertungsnormen den Nachweis niedrigerer Werte zugelassen, wenn ohne die Nachweismöglichkeit ein Verstoß gegen das grundgesetzliche Übermaßverbot vorliegen würde. Die Grenze, wann ein deutliches Überschreiten angenommen werden kann, sieht der BFH in der Linie früherer Entscheidungen von BVerfG und BFH bei Überschreitungen um mehr als 40 Prozent des realen Wertes.

In der Konsequenz dieser Argumentationslinie bestehen bereits einfachrechtliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der angegriffenen Feststellungsbescheide. Durch diesen „Kniff" entgeht der BFH dem Zwang, deutlicher zu den grundlegenden verfassungsrechtlichen Zweifeln Stellung zu beziehen. Anders als übrigens noch die Vorinstanz, die nämlich ernstliche Zweifel daran hatte, ob die einschlägigen §§ 218 ff. BewG generell dem aus Art. 3 Abs. 1 GG abgeleiteten Gebot einer realitäts- und relationsgerechten Grundstücksbewertung entsprechen. Die vielen gesetzlichen Typisierungen und Pauschalierungen würden zu Wertverzerrungen führen und die gewählte Regelungstechnik bewirke eine gleichheitswidrige Nivellierung der Grundstücksbewertung, bei der hochwertige Immobilien systematisch unterbewertet und Immobilien schlechter Lagen systematisch überwertet würden, so das FG damals. Ein weiteres Problem wird in den verwendeten Bodenrichtwerten gesehen, die ungenau und unvollständig erfasst und dadurch weitere gleichheitswidrige Verzerrungen verursachen würden.

Auslegung des BFH geht zu weit

Das Bundesmodell leidet an einem konzeptionellen Mangel, der sich aus der Reformhistorie ergibt. Zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland hatte der Bund die Gesetzgebungskompetenz für die Grundsteuer, hat diese aber später nach Art. 72 Abs. 2 GG an die Bundesländer verloren. Das schon ergangene Bundesgesetz blieb aber in Kraft. Damit derartige Gesetze nicht versteinern, hat der Bund nach der Rechtsprechung des BVerfG eine gewisse Fortschreibungskompetenz – aber nur unter Beibehaltung der wesentlichen Elemente eines Gesetzes.

Als 2018 die Reform notwendig wurde, hat der Bund das Konzept der Einheitswerte aus dem BewG deshalb lediglich fortschreiben, aber die Grundsteuer nicht wesentlich neu konzeptionieren wollen. Darum sind die Bewertungsregelungen so geworden, wie sie sind. Die typisierten Werte sind weder eine radikal einfache Bewertungsmethode, noch greifen sie die tatsächlichen aktuellen Verkehrswerte auf. Erst nachdem das reformierte Bundesmodell konzeptioniert war, ist gewissermaßen auf den letzten Metern die Freigabeklausel für die Bundesländer mit Art. 105 Abs. 2 GG n.F. ins Spiel gekommen. Das bisherige Bundesmodell aber blieb so, wie es war.

Die Lösung des BFH erscheint aktuell wie ein praktikabler Kompromiss. Die hineininterpretierte Möglichkeit zum Nachweis niedrigerer Grundsteuerwerte im Einzelfall entschärft die rechtlichen Bedenken. Zugleich bleibt die Grundsteuer erhalten und die Gemeinden können auf dieser Basis ab 2025 die neue Grundsteuer erheben. Nicht zuletzt bleibt dem Gesetzgeber eine etwaige erneute verfassungsrechtliche Schlappe vor dem BVerfG erspart. Allein die dogmatische Begründung mittels verfassungskonformer Auslegung überzeugt nicht restlos. Selbstredend sind Gesetze verfassungskonform auszulegen, insbesondere bei Zweifeln und Streitfällen. Die Auslegung ist aber von der Rechtsfortbildung abzugrenzen und hat sich im Rahmen der gesetzgeberischen Grundentscheidung zu halten.

Wenn der Gesetzgeber explizit ausschließlich eine typisierte Bewertung von Grundstücken ohne Einzelnachweis niedrigerer Werte vorsieht, dann bleibt in dieser Hinsicht kein Auslegungsspielraum. Indem die Rechtsprechung diesen Ausweg quasi durch die Hintertür einführt, überschreitet sie die Grenzen der Gesetzesauslegung, der BFH hätte die Reform damit erneut Karlsruhe zur Entscheidung vorlegen müssen. Mit dem nun gefundenen Ergebnis dürfte sich der Gesetzgeber daher mutmaßlich dankbar arrangieren. ❐

Startschuss für Förderprogramm „Jung kauft Alt"

Am 3. September 2024 startete das neue Förderprogramm „Jung kauft Alt", das Familien mit minderjährigen Kindern und kleineren bis mittleren Einkommen beim Wohneigentumserwerb von sanierungsbedürftigen Bestandsgebäuden unterstützt. Die Förderung erfolgt mittels zinsverbilligter KfW-Kredite. Für die Zinsverbilligungen der KfW stehen für 2024 insgesamt 350 Mio. Euro bereit. Zum Start liegt der Zinssatz bei 35 Jahren Kreditlaufzeit und einer zehnjährigen Zinsbindung bei 1,51 Prozent effektiv. Voraussetzung zur Inanspruchnahme der Förderung ist unter anderem der Erwerb einer Bestandsimmobilie mit einem Gebäudeenergieausweis der Klassen F, G oder H. In Deutschland trifft dies auf rund 45 Prozent aller Wohngebäude zu.

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: „Mit unserem neuen Förderprogramm können sich jetzt auch Familien mit mittleren und kleineren Einkommen ihren Traum vom Einfamilienhaus erfüllen. Durch zinsverbilligte Kredite, die deutlich unter dem liegen, was die eigene Hausbank anbietet, kann eine Familie mit zwei Kindern bis zu 18.000 Euro sparen. Familien können so zum Beispiel in die alte Heimat ziehen, dort ein bestehendes Haus sanieren und gleichzeitig andere Sanierungsförderungen in Anspruch nehmen."

Die Förderung erfolgt als Projektförderung in Form der Anteilsfinanzierung als Kredit mit Zinsverbilligung aus Bundesmitteln. Förderfähig sind die gesamten Ausgaben für den Eigentumserwerb inkl. (anteilige) Grundstückskosten. Nicht gefördert werden Kaufnebenkosten.

Förderberechtigt sind Familien mit minderjährigen Kindern und einem maximal zu versteuernden Haushaltseinkommen von 90.000 Euro bei einem Kind (+10.000 Euro je weiteres Kind).

Gefördert wird der Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum im Bestand. Die Gebäude müssen dabei den Energieeffizienzklassen F, G oder H (gemäß Energieausweis) zugehörig sein. Innerhalb von 54 Monaten nach Förderzusage muss auf mindestens Energieeffizienzklasse 70 EE saniert werden.

Fördervoraussetzung ist, dass das zu erwerbende Wohneigentum selbst zu Wohnzwecken genutzt wird. Nicht förderfähig sind Gebäude, die nicht zur dauerhaften Wohnnutzung vorgesehen sind (z.B. Ferienwohnungen, Gartenhäuser). Die Zweckbindung – selbstgenutztes Wohneigentum – besteht für die Dauer von fünf Jahren; die Wohneinheit selbst muss für mindestens zehn Jahre zu Wohnzwecken genutzt werden.

Die Förderung erfolgt mittels zinsverbilligter KfW-Darlehen. Die Kredithöchstbeträge sind abhängig von der Kinderanzahl und betragen bei einem Kind max. 100.000 Euro, bei zwei Kindern max. 125.000 Euro und bei drei oder mehr Kindern max. 150.000 Euro. Es sind Kreditlaufzeiten von 7 bis 35 Jahren sowie Zinsbindungen von 10 oder 20 Jahren möglich.

Eine Kombination mit anderen (Landes-)Förderprogrammen ist grundsätzlich möglich, ebenso die Kombination mit BEG-Mitteln (Sanierungsförderung).

Nicht förderberechtigt sind Personen, die Voreigentum besitzen oder bereits Baukindergeld beziehen bzw. bezogen haben.

Info: www.kfw.de/308 ❐



Das Cover des Geschäftsberichts 2023 zeigt das Rathaus der Marktgemeinde Bad Grönenbach, die Mitglied im Bayerischen Versorgungsverband ist. Bild: BVK

Gestärkte Resilienz in schwierigem Umfeld

BVK Beamtenversorgung stellt erfolgreiches Jahresergebnis 2023 vor

Im Geschäftsjahr 2023 erwies sich der Bayerische Versorgungsverband – BVK Beamtenversorgung – als sehr widerstandsfähig gegen negative Einflüsse. 2023 war geprägt durch geopolitische Spannungen, hohe Inflation und volatile Finanzmärkte. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen zeigte die BVK Beamtenversorgung eine stabile Performance. Die Zahlen der Mitglieder und angemeldeten Dienstkräfte erhöhten sich leicht. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen konnte konstant gehalten werden. Sie betrug – wie in 2022 – 3,1 Prozent. „Das ist ein sehr gutes Ergebnis", so die BVK. Der Verwaltungsrat nahm in seiner Sitzung im Juli den Jahresabschluss zustimmend zur Kenntnis und genehmigte den Wirtschaftsplan für 2025. Die Geschäftsführung wurde entlastet.

Sicherheitsanker Schwankungsrückstellung

Ein wichtiger Baustein für die Resilienz des Bayerischen Versorgungsverbands ist seine Schwankungsrückstellung: Sie stieg im Jahr 2023 um 7,3 Prozent auf knapp 1.380 Mio. Euro an. In den letzten fünf Jahren seit Anfang 2019 betrug ihr Zuwachs insgesamt 501 Mio. Euro. Damit verfügt die BVK Beamtenversorgung über einen belastbaren Sicherheitsanker.

Die Schwankungsrückstellung dient dazu, größere Veränderungen des Umlagesatzes zu vermeiden. Dieser blieb seit 2018 stabil bei 39,9 Prozent, obwohl der Versorgungsquotient (Verhältnis der Versorgungsfälle zu den angemeldeten Dienstkräften) aufgrund der demographischen Entwicklung deutlich von 79,2 Prozent auf 87,2 Prozent angestiegen ist. Das zeigt: Die BVK Beamtenversorgung hat rechtzeitig mit dem Aufbau einer demographischen Reserve begonnen.

Neues Service-Mitglied Stadt Würzburg

Zum Beginn des Geschäftsjahrs 2023 wurde die Service-Mitgliedschaft der Stadt Würzburg wirksam. Die Auszahlung der Leistungen an die 760 Versorgungsfälle der Stadt Würzburg war gut vorbereitet. Sie konnte termingerecht und reibungslos starten. Der Beitritt eines so großen Mitglieds hatte spürbare Auswirkungen auf einige Geschäftszahlen.

Entwicklung der Bestände

So wuchs die Zahl der Versorgungsfälle – inklusive der Servicefälle – von 16.181 auf 17.081. Die ausbezahlten Versorgungsleistungen stiegen um 10,1 Prozent von 667 Mio. Euro auf 734 Mio. Euro an. Darin sind 161 Mio. Euro für die Servicefälle enthalten. Diese werden von den 81 Service-Mitgliedern voll erstattet.

Die Zahl der Umlage-Mitglieder wuchs um sechs von 1.933 auf 1.939. Damit bleibt der Mitgliederbestand weitgehend stabil. Das gilt auch für die angemeldeten Dienstkräfte. Deren Zahl stieg um 34 von 15.963 auf 15.997. Dennoch erhöhte sich das Umlageaufkommen um 3,2 Prozent von 596,5 Mio. Euro auf 615,6 Mio. Euro. Darüber hinaus konnten aus der Kapitalanlage im Geschäftsjahr 2023 fast 50 Mio. Euro an Erträgen erwirtschaftet werden.

Die Kapitalanlagen wuchsen um 68,3 Mio. Euro oder 4,5 Prozent von 1.525,8 Mio. Euro auf 1.594,1 Mio. Euro. Die finanzielle Situation des Bayerischen Versorgungsverbands ist damit sehr stabil.

Vollständige Abdeckung durch das Mitglieder-Portal

Zum Jahresende 2023 erreichte das Mitglieder-Portal der BVK Beamtenversorgung einen wichtigen Meilenstein: Mit nur ganz wenigen Ausnahmen hatten sich bis dahin alle Umlage- und Service-Mitglieder für die Portalnutzung registriert. Der Abdeckungsrad für alle Angemeldeten und Leistungsempfänger liegt damit bei mehr als 99 Prozent.

Der Funktionsumfang des Portals wurde kontinuierlich erweitert. Mittlerweile können die Mitglieder nahezu das gesamte Meldewesen darüber abwickeln. Auf dieser Grundlage werden die Funktionen des Mitglieder-Portals laufend weiterentwickelt. Ziel ist es, durch die Nutzung des digitalen Datenaustauschs sowohl für die Mitglieder als auch für die BVK Beamtenversorgung nicht nur mehr Transparenz zu schaffen, sondern auch eine noch effizientere Verwaltung zu ermöglichen.

Als größte öffentlich-rechtliche Versorgungsgruppe Deutschlands ist die Bayerische Versorgungskammer ein Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für kommunale und berufsständische Altersversorgung. Sie führt die Geschäfte von zwölf rechtlich selbständigen kommunalen und berufsständischen Altersversorgungseinrichtungen mit insgesamt knapp 2,6 Millionen Versicherten und Versorgungsempfängern, ca. 5,7 Mrd. Euro jährlichen Beitrags- und Umlageeinnahmen und ca. 4,3 Mrd. Euro jährlichen Rentenzahlungen.

Die BVK ist seit 2010 Unterzeichner der Charta der Vielfalt, seit 2011 Unterzeichner der UN-Prinzipien für verantwortliches Investieren (PRI) und seit Februar 2017 Unterzeichner des Memorandums für Frauen in Führung. Seit 2020 ist sie Mitglied bei der Global Real Estate Sustainability Benchmark. 2021 trat sie der Net-Zero Asset Owner Alliance sowie im Oktober 2023 der ESG Data Convergence Initiative (EDCI) bei. ❐

Baustoff Recycling Forum in Ingolstadt:

Nachhaltiges Wirtschaften als Auftrag

Wo stehen wir nach zwölf Monaten Praxis Ersatzbaustoffverordnung? Wie müssen wir künftig mit Asbest bei Rückbaumaßnahmen und PFAS (Per- und polyfluorierte Chemikalien) in Böden umgehen? Wie setzen wir die neuen Vorschriften in der Praxis um? Mit diesen und weiteren Fragen befasste sich das Baustoff Recycling Forum 2024 in Ingolstadt. Vor über 200 Teilnehmern gaben Referenten aus dem bayerischen Bau- und Umweltministerium sowie der Recycling- und Entsorgungsbranche wieder wertvolle Hinweise und Anregungen für die betriebliche Praxis.

Nach der Begrüßung durch den wiedergewählten ersten Präsidenten des Baustoff Recycling Bayern e.V., Matthias Moosleitner, ging Ministerialdirigentin Dr. Monika Kratzer vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in ihrem Vortrag zunächst auf aktuelle gesetzliche Initiativen und Entwicklungen der Branche mit besonderem Blick auf den Freistaat Bayern ein.

Umsetzung der EBV

Laut Kratzer, seit 1. September Präsidentin des Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU), hat die über die Ersatzbaustoffverordnung (EBV) angestrebte Harmonisierung im Vollzug innerhalb eines Bundeslandes und auch zwischen den Bundesländern bislang nicht stattgefunden. Zum Verordnungstext der EBV gebe es häufig sehr unterschiedliche Auslegungen. Um einen möglichst einheitlichen, klaren und praktikablen Vollzug der Verordnung zu unterstützen, werde man in Bayern die bestehenden Auslegungsfragen (FAQ) zur EBV weiter fortschreiben.

Auch die auf Bundesebene umstrittene bayerische Lösung zum Abfallende habe sich als sehr pragmatisch herausgestellt und funktioniere, unterstrich Kratzer. Allerdings werde man in Bayern die Vollzugshilfe zur Entsorgung asbesthaltiger Abfälle in der derzeitigen Form nicht einführen, sondern Regelungen zum Thema Asbest in FAQ formulieren, die voraussichtlich schon im Herbst veröffentlicht werden. Zudem strebe man im Freistaat die Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren zur Genehmigung von BImSchV-Anlagen an. Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass die bestehenden Verordnungen zum Bundes-Immissionsschutzgesetz zunächst entschlackt werden, hob Kratzer hervor.

Mit Blick auf die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand zur Förderung des Einsatzes von Sekundärbaustoffen betonte die Referentin: „Nachhaltiges Wirtschaften ist für Bayern Auftrag." Es gebe bereits einige erfolgreich umgesetzte Beispiele, die zeigten, dass in Bayern langsam ein Umdenken in der Ausschreibungspraxis der Öffentlichen Hand beginne. Dies reiche aber noch nicht aus: „Alle Akteure müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen endlich anerkennen und ihr Handeln danach ausrichten", so Kratzers Appell.

Dass in punkto nachhaltiger öffentlicher Ausschreibungsunterlagen noch viel Handlungsbedarf besteht, darauf verwies Thomas Hölzl vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bauen und Verkehr. Mit den bautechnischen Regelungen und den umwelttechnischen Anforderungen in der EBV seien zwar alle formalen Voraussetzungen für den Einsatz von Ersatzbaustoffen geschaffen. Jedoch müsse noch viel Informations- und Überzeugungsarbeit in den Beschaffungsämtern geleistet sowie organisatorische Strukturen und Verfahrensweisen angepasst werden, um die Umsetzung der EBV und die Sekundärbaustoff-freundliche öffentliche Ausschreibungspraxis weiter voranzutreiben.

Zusätzliches Wertungskriterium

In Bayern wolle man künftig mit dem zusätzlichen Wertungskriterium „Wiederverwertung von Baustoffen" in Ausschreibungsunterlagen einen weiteren Impuls zur Förderung des Einsatzes von Sekundärbaustoffen setzen, erklärte Hölzl. Damit soll die Punktzahl und entsprechende Gewichtung für eine Angebotsbewertung steigen, je höher der prozentuale Anteil der eingesetzten Ersatzbaustoffe ist. Zudem sollen künftig Sanktionierungen möglich sein, wenn angebotene Leistungen bei der späteren Bauausführung hinsichtlich des Recyclinganteils aus Gründen, die der Auftragnehmer zu verantworten hat, nicht erfüllt werden. Auch sollen Nebenangebote zugelassen werden, um die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken.

Um die ausschreibenden Stellen bei der Formulierung rechtssicherer Ausschreibungsunterlagen zu unterstützen, werden die Partnerverbände Baustoff Recycling Bayern und bvse Mustertexte zur Baubeschreibung und, orientiert am Standard-Leistungskatalog, für die einzelnen Leistungspositionen im Straßen- und Erdbau veröffentlichen, kündigte Stefan Schmidmeyer, Geschäftsführer der beiden Partnerverbände Baustoffrecycling Bayern und bvse, an.

Neues Nachhaltigkeitstool

Maxime Rehbock (bvse) stellte unter anderem das neue Nachhaltigkeitstool seines Verbandes vor, das den Mitgliedsunternehmen von bvse und Baustoff Recycling Bayern exklusiv zur Verfügung steht und ihnen bereits heute die Möglichkeit eröffnet, künftige gesetzliche Vorgaben und Anforderungen der CO2-Preismechanismen zu erfüllen.

Das Tool ermöglicht Unternehmen, individuelle CO2-Berichte für ihre entsorgten und verwerteten Abfälle zu generieren. Diese Berichte bieten nicht nur eine Messung der eigenen Nachhaltigkeitsbemühungen, sondern auch eine transparente Darstellung gegenüber Kunden. Rehbock zufolge können Unternehmen bereits bei der Angebotsabgabe auf die CO2-Ersparnisse ihrer Sekundärbaustoffe aufmerksam machen. Damit setzen sie frühzeitig einen wettbewerbsrelevanten Impuls, der potenzielle Auftraggeber von den ökologischen und ökonomischen Vorteilen überzeugt - noch bevor diese explizit danach fragen."

Best Practice-Beispiele

Auf großes Interesse beim diesjährigen Baustoff Recycling Forum stießen Best Practice-Beispiele aus dem Bereich des Recyclings, des nachhaltigen Einsatzes von Sekundärbaustoffen und des regelkonformen Umgangs mit schadstoffbelasteten Böden, Bau- und Abbruchmaterialien. Deren Aufbereitung stellt hohe gesetzliche und technische Anforderungen an die Mineralik-Recyclingbranche, wie Sandra Giern, Geschäftsführerin des Gesamtverbandes Schadstoffsanierung deutlich machte: „Von den jährlich anfallenden, rund 60 Millionen Tonnen Bauschutt und rund 0,6 Millionen Tonnen Bauabfällen auf Gipsbasis ist ein nennenswerter Teil durch entsprechende Anhaftungen oder Bestandteile potenziell asbestbelastet", betonte Giern. Entsprechend groß sei das Interesse der Abfall- und Recyclingwirtschaft in Bezug auf eine einheitliche Vorgehensweise für den umweltfreundlichen und regelkonformen Umgang mit asbesthaltigen Bau- und Abbruchabfällen. Denn nur durch eine anlassbezogene Erkundung, beispielsweise durch Probenahmen und Analysen, die schon vor der Baumaßnahme durchgeführt werden, könne sichergestellt werden, dass ausschließlich Materialien in das Recycling und die Verwertung gehen, die den in der neuen Vollzugshilfe LAGA M 23 für die Beurteilung als „Asbestfrei" festgelegten relevanten Wert nicht überschreiten.

LAGA M23

Den Rahmen für ein bundeseinheitliches Vorgehen nach dem Stand der Technik soll eben dieses neue LAGA Merkblatt M23 schaffen. Mit Ausnahme von Bayern, das eine eigene Regelung dazu plant, wurde dieses Technische Regelwerk bereits in einigen Bundesländern eingeführt oder befindet sich in der Umsetzung.

Mit einigen praxisorientierten Anpassungen, beispielsweise zum Umgang mit Containern/Kleinmengen und in Verbindung mit einer novellierten Gefahrstoffverordnung sei die LAGA M23 für die Recycling- und Entsorgungsbranche grundsätzlich umsetzbar, stellte Giern fest. Allerdings sei für die Branche existenziell, dass bei der Novellierung der Gefahrstoffverordnung eine Verpflichtung für den Bauherren bzw. Veranlasser zur Vorerkundung bzw. Untersuchung seiner baulichen Anlage auf Gefahrstoffe hin fest verankert wird.

Dass die Herausforderungen zum Umgang mit schadstoffbelastetem Material mit hoher Innovationsbereitschaft von der Branche angenommen werden, zeigten auch die weiteren Vorträge des Baustoff Recycling Forums. So demonstrierte der Betriebsleiter der Schlösser Grund- und Tiefbau GmbH, Thomas Schlösser, anhand unterschiedlicher Beispiele die technischen Möglichkeiten der praktischen Erkundung und Separierung von asbesthaltigen Kleinbestandteilen (z.B. Abstandshalter) im Beton. „Sämtliche asbesthaltigen Kleinteile in Betonbauteilen müssen vor dem Abbruch detektiert werden, damit diese entfernt werden können und die restliche Mineralik einer Wiederverwertung zugeführt werden kann", erklärte Schlösser. In der Zukunft werde dies auch robotergestützt möglich sein.

Sulfat bzw. Gips gilt als weiterer kritischer Schadstoff bei der Herstellung von Ersatzbaustoffen und verhindert die uneingeschränkte Verwendung im Straßen-, Erd- und Hochbau. Andererseits wird die Rückgewinnung dieses für die Bauindustrie unverzichtbaren Rohstoffs bei gleichzeitig schwindenden natürlichen Vorkommen für eine künftige ausreichende Rohstoffversorgung immer wichtiger.

Ensuba-Verfahren

Eine Lösung hierfür könnte das im Fraunhofer IBP entwickelte Ensuba-Verfahren sein. Es ermöglicht, dass das Sulfat aus dem Materialstrom feinkörniger Recycling-Brechsande extruiert und somit neuer Gips als Rohstoff zurückgewonnen werden kann, veranschaulichte Dr. Sebastian Dittrich. Erste Schritte zur industriellen Anwendung wurden bereits angestoßen. Um das Verfahren weiterzuentwickeln, befürwortete Dittrich eine weitere intensive Zusammenarbeit und den Austausch mit Recyclingunternehmen, gerne auch als Projektpartner. **DK**

Neuer Tauschschrank in der Sanderau

Beitrag zu Abfallvermeidung und nachhaltigen Konsum

Wer in Würzburg gut erhaltene Gegenstände oder Kleidung unkompliziert loswerden möchte oder spontan und ressourcenschonend etwas Nützliches für sich sucht, freut sich über einen Tauschschrank. Wie ein kompakter Mini-Flohmarkt ist er ein barrierefreier Anlaufpunkt für anonymen und verwaltungsarmen Austausch und Kommunikation.

Nachdem am Marktplätzle in der Zellerau auf Anregung der Bürgerinnen und Bürger ein altes offenes Regal durch einen nagelneuen Tauschschrank von den Stadtreinigern ausgetauscht wurde, ist jetzt auch ein Metall-Tauschschrank in der Sanderau aufgestellt worden, und zwar genau an der Stelle, an der der alte abgebrannt ist, in der Virchowstraße 6.

Philipp Kuhn, Betriebsleiter der Stadtreiniger, betont: „Damit sind wir einem vielfach geäußerten Wunsch aus der Bevölkerung und dem Stadtrat nachgekommen. Wir freuen uns, wenn die Tauschschränke intensiv genutzt werden, weil wir damit den nachhaltigen Konsum und das Thema Abfallvermeidung direkt fördern können."

Wolfgang Kleiner, Werkleiter der Stadtreiniger, bittet die Würzburgerinnen und Würzburger, die Schränke sinngemäß zu nutzen und keinen Abfall dort abzulagern. „Das sorgt für Ärger bei der Nachbarschaft und viel Aufräumarbeit für die Mitarbeiter der Stadtreiniger und die Tauschschrankpaten, die sich freiwillig und hochengagiert um die Sauberkeit der Schränke kümmern."

Bei Fragen zu Abfallvermeidung und – sortierung steht das Team der Umweltstation u.a. per E Mail (umweltstation@stadt.wuerzburg.de) zur Verfügung. ❐



Wertstoffe aus Abfall

EU-Projekt Circular Flooring wandelt gebrauchte PVC-Böden in weichmacherfreie Rezyklate um

Nach fünf Jahren intensiver Forschungsarbeit liefert das Circular-Flooring-Konsortium den Beweis, dass die Produktion von weichmacherfreien PVC-Rezyklaten aus alten Weichfußbodenbelägen möglich ist. Mit dem lösungsmittelbasierten Recyclingverfahren, das die vom Fraunhofer IVV und CreaCycle gemeinsam entwickelten CreaSolv®-Formulierungen1 verwendet, lassen sich kritische Weichmacher aus alten PVC-Böden effizient entfernen. Das zurückgewonnene PVC-Material entspricht den Anforderungen der EU-Gesetzgebung (REACH) und kann demnach für die Produktion von neuen PVC-Böden verwendet werden. Damit unterstützt das Projekt die EU in ihrem Ziel, eine kreislauforientierte Wirtschaft in Europa zu etablieren.

Darüber hinaus hat das Konsortium die technologische Machbarkeit des Verfahrens im Pilot-Maßstab nachgewiesen und damit die Skalierung in den kommerziellen Maßstab vorbereitet. Das Fraunhofer-Institut für Verfahrenstechnik und Verpackung IVV in Freising führte das Projekt gemeinsam mit zehn Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus fünf europäischen Ländern durch. Die Europäische Union förderte Circular Flooring mit rund 5,4 Mio. Euro aus dem Rahmenprogramm „Horizon 2020".

PVC (Polyvinylchlorid) ist ein sehr robuster Kunststoff, der sich aufgrund seiner Langlebigkeit für viele Anwendungen nachhaltig einsetzen lässt – unter anderen für Bodenbeläge für Wohn-, Gewerbe- und Industriezwecke. Allerdings können alte gebrauchte PVC-Böden problematische Weichmacher wie DEHP enthalten, die gemäß REACH-Verordnung2 der EU in neuen PVC-Fußböden nicht mehr verwendet werden. Die einzige Möglichkeit zur Ausschleusung dieser Substanzen war bis jetzt die thermische Verwertung, was zur Verschwendung wertvoller Materialien führt.

Kritische Weichmacher erfolgreich neutralisiert

Das Circular-Flooring-Konsortium hat in seiner Forschungsarbeit gezeigt, dass recyceltes Material aus PVC-Bodenabfällen in den Produktkreislauf zurückkehren kann. Die Forschenden haben ein lösungsmittelbasiertes Recyclingverfahren für PVC-Bodenbeläge entwickelt, mit dem PVC von unerwünschten Weichmachern getrennt und zurückgewonnen wird.

Das PVC-Rezyklat kann erneut in Bodenbelägen eingesetzt werden. Um dieses Recycling zu erleichtern, wurden im Rahmen des Projekts neue maßgeschneiderte Additive und Stabilisatoren entwickelt.

Aufgrund der Anforderungen an die farbliche Qualität, die im Projekt nicht bearbeitet wurde, wird das Rezyklat nicht in der Decklage der PVC-Bodenbeläge verwendet, kann aber in nicht sichtbaren Lagen bis zu 100 Prozent Neuware-PVC ersetzen, sogar in den „Luxury Vinyl Tiles", die sich derzeit zunehmender Beliebtheit erfreuen. Darüber hinaus können die abgetrennten, kritischen Weichmacher in unkritische, REACH-konforme Substanzen umgewandelt werden.

„Die im Pilot-Maßstab produzierte Qualität des PVC-Rezyklats ist sehr gut, entspricht den EU-Normen und ermöglicht die Wiederverwendung des Rezyklats in neuen PVC-Produkten", sagt Projektkoordinator Dr. Martin Schlummer vom Fraunhofer IVV. „Die Umwandlung der abgetrennten Weichmacher in REACH-konforme Produkte war auf chemischer Ebene komplexer, als wir es uns zu Beginn vorgestellt hatten. Doch am Ende haben wir es geschafft."

Neues Großtechnikum in Freising eröffnet

Nach der erfolgreichen labortechnischen Vorentwicklung hat das Fraunhofer IVV nach mehrjähriger Bauzeit Ende 2023 auf seinem Gelände in Freising ein Großtechnikum eröffnet, das im Circular-Flooring-Projekt genutzt wurde, um reine PVC-Rezyklate zu produzieren. Das Technikum kann aber auch von anderen Branchen wie z.B. der Automotive-, Verpackungs- oder Baubranche genutzt werden, um Rezyklatmengen aus lösungsmittelbasiertem Recycling zu testen und für industrielle Anwendungstests herzustellen. Das Großtechnikum wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, dem Fraunhofer IVV und im Rahmen von Circular Flooring von der EU gefördert.

Nachfrage nach recyceltem PVC-Material steigt

Das Circular-Flooring-Konsortium hat auch mit einer Marktstudie gezeigt, dass das Thema Nachhaltigkeit bei Verbrauchern und Herstellern eine große Rolle spielt und die Nachfrage nach PVC-Rezyklaten steigt. Zudem gibt es in Europa genug Quellen für recycelbare PVC-Abfälle. „Die Infrastruktur für die Sammlung und Verarbeitung muss allerdings gerade für „post-consumer"-Fußbodenbeläge noch aktiviert, vernetzt und gestärkt werden", so Martin Schlummer.

Die Projektpartner haben auch in Bezug auf Wirtschaftlichkeit verschiedene Qualitätsnormen formuliert, untersucht und realistische „Business Cases" für die Produktion von neuen PVC-Bodenbelägen auf Basis von Rezyklaten beschrieben. Auch eine Ökobilanz wird im Rahmen des Projekts erstellt, um die Umweltauswirkungen des Verfahrens zu analysieren.

Beitrag zur Stärkung der europäischen PVC-Industrie

Dank der Forschungsarbeit in Circular Flooring gibt es nun einen neuen Weg, den Anteil von recyceltem PVC an der gesamten europäischen Kunststoffproduktion zu erhöhen. Das im Projekt entwickelte Verfahren bietet neben ökologischen auch wirtschaftliche Vorteile: Es stärkt die europäische PVC-Industrie und fördert das Schaffen neuer Arbeitsplätze im Recycling-Sektor.

Zum EU-Projekt Circular Flooring

Das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt Circular Flooring ist im Juni 2019 gestartet und erhält bis August 2024 rund 5,4 Mio. Euro Fördermittel aus Horizon 2020, dem Europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation. Ziel des Projekts war es, alte PVC-Bodenbeläge durch Lösen und Entfernen der kritischen Additive schonend zu verwerten und so neuwertiges PVC für die Anwendung in neuen Fußbodenbelägen zurückzugewinnen, sodass diese mit der EU-Gesetzgebung konform sind. Am Projekt beteiligen sich 11 Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Griechenland und Österreich. Koordiniert wird Circular Flooring vom Fraunhofer-Institut für Verfahrenstechnik und Verpackung IVV in Freising. Weitere Projektpartner aus Deutschland sind die Bayerische Forschungsallianz (BayFOR) GmbH, Sphera Solutions GmbH, Westlake Vinnolit GmbH & Co. KG, Lober GmbH & Co. Abfallentsorgungs-KG sowie die AgPR Arbeitsgemeinschaft PVC-Bodenbelag Recycling GbR.

Zur Bayerischen Forschungsallianz (BayFOR) GmbH

Die BayFOR unterstützte das Circular-Flooring-Konsortium erfolgreich bei der Erstellung des Antrags auf EU-Fördermittel. Als Projektpartner begleitete sie das Konsortium beim Projektmanagement und bei den Kommunikationsaktivitäten. Die vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst geförderte Bayerische Forschungsallianz berät und unterstützt bayerische Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft umfassend beim Einwerben von europäischen Mitteln für Forschung, Entwicklung und Innovation. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem laufenden Rahmenprogramm für Forschung und Innovation der EU Horizon Europe. Die BayFOR ist Partner im Enterprise Europe Network und in der Bayerischen Forschungs- und Innovationsagentur. ❐



„Müllmonster" Tonnenhäuschen lauern auf der Alten Mainbrücke

Nach der sehr positiven Resonanz 2020 auf die durch die Graffiti-Künstler Christoph Ulherr und Andreas Pistner im Rahmen Kampagne „Mach's mit – Gemeinsam für ein sauberes Würzburg" gestalteten Abfalltonnen wurden die Tonnenhäuschen auf der Alten Mainbrücke nun zum zweiten Mal durch das Würzburger Künstler-Duo ATE-CREW neu gestaltet.

„Müllmonster", die gefüttert werden wollen, sensibilisieren die Erholungssuchenden und Vorbeilaufenden „mit einem Augenzwinkern" für die leider anhaltende Problematik des wild hinterlassenen Mülls auf der Alten Mainbrücke und motivieren dazu, Abfälle ordnungsgemäß in die bereitgestellten Behälter zu entsorgen.

Der Werkleiter der Stadtreiniger und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner freut sich über die humorvolle Art, auf dieses wichtige Thema aufmerksam zu machen: „Die Verschmutzung der Brücke hat durch das Aufstellen der Mülltonnenhäuschen sehr abgenommen, weil der Großteil der Brückenbesucher den Müll jetzt richtig entsorgt. Wichtig ist mir aber noch, dass die häufig mitgebrachten Flaschen in den Glascontainern entsorgt und nicht neben die Tonnen gestellt werden. Oft werden diese umgetreten und verursachen dann Scherben, die gefährlich sind und aufwändig zusammengekehrt werden müssen."

Eine Bitte hat auch noch die Straßenreinigung: „Unterstützen Sie unsere Mitarbeiter bei ihrer Arbeit, indem Sie Ihnen Platz machen, wenn sie die Tonnen leeren!" Bild: Michael Lauricella

Gemeinsame Erklärung:

BDE fordert schnelleren Aufbau der Recyclinginfrastruktur

Der BDE hat mit Bund, Ländern und weiteren Wirtschaftsakteuren eine Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm unterzeichnet. Der Text ist ein Ergebnis des hochrangigen Branchendialogs „Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm", der vom Bundesumweltministerium in Berlin ausgerichtet wurde.

Der BDE hatte sich im Vorfeld bei der Umweltministerkonferenz für den Austausch stark gemacht. Der Verband unterstützt die Bemühungen um eine zügige und fristgerechte Umsetzung der Klärschlammverordnung. Gleichzeitig fordert der Verband verbesserte Rahmenbedingungen für den Aufbau von Rückgewinnungskapazitäten.

BDE-Präsidentin Anja Siegesmund: „Phosphor ist ein sehr knapper Rohstoff – unsere Landwirtschaft ist auf Importe dieses wertvollen Düngemittels angewiesen. Umso dringlicher ist hier der Ansatz, via Kreislaufwirtschaft aus Klärschlämmen Phosphor zurückzugewinnen. Das ist ein hervorragendes Beispiel, wie die Importabhängigkeit bei bestimmten Ressourcen mit kluger Politik verringert werden kann. Die Mitgliedsunternehmen des BDE leisten hier durch Forschung, Technologieentwicklung und Investitionen bereits einen großen Beitrag, um hochwertige Phosphorrezyklate auf den Markt zu bringen Wir brauchen jetzt ein Umfeld, dass den Auf- und Ausbau der Recyclinginfrastruktur wirksam begünstigt."

Für zügige Umsetzung der Klärschlammverordnung

Die 2017 novellierte Klärschlammverordnung schreibt größeren Kläranlagen ab 2029 respektive 2032 die Rückgewinnung von Phosphor zwingend vor. Das Umsetzungstempo seitens der Klärschlammerzeuger und der Politik reicht bislang aber nicht aus. Um Investitionssicherheit für den Aufbau von Recyclingkapazitäten zu schaffen, hätten die Länder beispielsweise schon seit Jahren die Gebührenfrage zur Kostendeckung der Phosphorrückgewinnung klären können.

Die Gemeinsame Erklärung übernimmt hier viele Forderungen des BDE: Dazu zählen der Ausbau von Planungskapazitäten, der sofortige Beginn von Planung und Umsetzung zum Anlagenbau und die Klärung rechtlicher Fragen bei den Abwassergebühren.

BDE-Präsidentin Siegesmund: „Die Gemeinsame Erklärung und der Branchendialog sind wichtig, können aus unserer Sicht nur der Auftakt sein. Wir brauchen rasch eine Praxis, in der die defensive Ausschreibungspraxis zur Behandlung der Klärschlämme beendet wird. Eine Zwischenlagerung oder gar langfristige Deponierung von Klärschlammaschen widerspricht den Zielen der Klärschlammverordnung und darf keine Handlungsalternative zur Phosphorrückgewinnung darstellen." ❐

Zeit für mehr Wertschätzung

Kampagne an den Recycling- und Wertstoffhöfen des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen

Ende August startete die Kommunale Abfallwirtschaft des Landratsamtes Weißenburg-Gunzenhausen ihre Kampagne „Zeit für mehr Wertschätzung" an den Recycling- und Wertstoffhöfen.

Mit der Kampagne soll die oft unterschätzte Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Höfen gewürdigt werden. Sie sind Fachkräfte aus den verschiedensten Bereichen, wie Elektriker, Schreiner, Mechaniker oder Fachkräfte für Kreislauf- u. Abfallwirtschaft. Alle tragen mit ihrem Wissen und Können dazu bei, den Recyclingprozess zu verbessern und wertvolle Ressourcen einzusparen. „Damit leisten alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen wertvollen Beitrag für den Umweltschutz und für mehr Nachhaltigkeit", freut sich Landrat Manuel Westphal.

Die Wertschätzungskampagne wird neben den klassischen Drucksachen auch auf der Homepage und in den sozialen Medien des Landkreises beworben. Darüber hinaus sind an den Höfen im Landkreis Banner gut sichtbar für die Besucher angebracht.

„Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Höfen sind genauso wie die Mitarbeitenden in der Verwaltung ein wichtiges Aushängeschild für den Service des Landratsamtes. Ich hoffe, dass wir der bedeutenden Arbeit, die auch an den Recycling- und Wertstoffhöfen geleistet wird, durch die Kampagne mehr Bedeutung zuschreiben können", betont Landkreischef Westphal und ergänzt: „Gemeinsam können wir uns für eine nachhaltige Zukunft einsetzen – getreu unserem Kampagnen-Slogan: ‚Wertstoff. Wertvoll. Wertschätzung.'" ❐

Würzburg räumt auf zum World Cleanup Day 2024

Im Rahmen des diesjährigen World Cleanup Days ruft die Umweltstation der Stadt Würzburg Vereine, Firmen und Initiativen sowie alle Bürgerinnen und Bürger Würzburgs auf, bis Ende September wilden Müll aus der Umwelt zu sammeln. Zusätzlich lädt das Team der Umweltstation erstmalig dazu ein, auch digital auf Endgeräten, Servern und Clouds aufzuräumen und nicht mehr benötigte Dateien zu löschen.

Personen aus der Stadt Würzburg, die mit dem Verein, der Firma, der Familie oder dem Freundeskreis eine eigene Abfallsammelaktion auf die Beine stellen möchten, dürfen sich gerne unter 0931 374400 bei der Umweltstation melden. Diese koordiniert sämtliche Sammlungen und steht bei Bedarf mit Leihausrüstung und weiteren Informationen zur Verfügung.

Wolfgang Kleiner, Werkleiter des städtischen Eigenbetriebs Die Stadtreiniger, betont die Bedeutung des Aktionstages: „Der World Cleanup Day ist mehr als nur eine Reinigungsaktion. Er ist ein symbolisches Zeichen unserer Verantwortung, unseren Planeten zu schützen und die Umweltverschmutzung zu bekämpfen, um eine nachhaltige Zukunft für kommende Generationen zu gewährleisten. Hier bei uns in Würzburg, in Deutschland und auf der ganzen Welt."

Dieses Jahr wird der World Cleanup Day am 20. September von den Vereinten Nationen im Rahmen des Cleanup Monats September eingeleitet. Der Cleanup Monat ist eine globale Kampagne, die darauf abzielt, den gesamten September über Menschen zu mobilisieren, um ihre Umgebungen sauberer und nachhaltiger zu gestalten. Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich an Aufräumaktionen zu beteiligen, ihre eigenen Initiativen zu starten und sich aktiv für eine saubere, gesunde und müllfreie Zukunft einzusetzen.

Durch die Registrierung von Aufräumaktion auf der Webseite des deutschen Trägervereins "Let's Do It! Germany e.V." unter www.worldcleanupday.de erhalten die Cleanups überregionale Strahlkraft. Zudem können kostenloses Werbematerial heruntergeladen und auf Wunsch ein Teilnahmezertifikat ausgestellt werden.

2023 beteiligten sich über 19 Millionen Menschen in über 190 Ländern weltweit am World Cleanup Day und setzten damit ein starkes Zeichen für eine saubere, gesunde und müllfreie Umwelt.

In Deutschland beteiligten sich in über 2.000 Städten und Gemeinden rund 438.000 Menschen in mehr als 9.100 Cleanups und sammelten über 1.900 Tonnen Müll.

Dass auch ein digitales Cleanup eine große Rolle für Umwelt- und Klimaschutz spielt, zeigt der stetig wachsende Energiehunger für die Herstellung und den Betrieb von Hardware und Rechenzentren. Deren Anteil an den weltweiten Treibhausgasemissionen liegt inzwischen bei etwa 4 Prozent. Das entspricht etwa 1.500.000.000 Tonnen CO2-Emissionen pro Jahr. Durch eine Reduzierung von Datenmengen und Datentransfers sowie einem achtsamen Nutzungsverhalten bei Videostreaming, Online-Konferenzen & Co. kann hier jede und jeder Einzelne einen wichtigen Beitrag für den Umweltschutz leisten. ❐

Teure Wahrzeichen

Die hohen Kosten der touristischen Schilder entlang deutscher Autobahnen

So direkt weiß es keiner, aber mehr als 3.400 „touristische Unterrichtstafeln“ stehen entlang deutscher Autobahnen. Bayern liegt bei diesen braunen Hinweistafeln auf regionale Sehenswürdigkeiten weit vor allen anderen Bundesländern. 836 Tafeln standen im Januar 2020 entlang der rund 2.800 bayerischen Autobahnkilometer. Zum Vergleich: Hessen zählte im gleichen Zeitraum 216 Schilder, das Saarland 60. Ein solches Schild kostet die Auftraggeber aktuell – abhängig von der Position und dem damit verbundenen Aufwand für die Verankerung – zwischen 20.000 und 40.000 Euro, wie die Pressestelle der Autobahn GmbH mitteilt. Und meistens steht jeweils ein Schild pro Fahrtrichtung für eine touristische Attraktion, was die Kosten schnell verdoppelt.

Angesichts der Tatsache, dass die Schilder vom Material her altern und auch optisch unansehnlich werden, sollten sie im Schnitt alle 15 Jahre überprüft und, wenn nötig, neu gesichert oder erneuert werden. Da kommt im Laufe der Zeit für die Auftraggeber doch ein beachtliches Sümmchen zusammen. Lohnt sich das?

Wirkung der Schilder

Sven Groß am Institut für Tourismusforschung (ITF) der Hochschule Harz, beschäftigt sich seit Jahren mit Wahrnehmung, Effekten und Entscheidungsverhalten der Verkehrsteilnehmer in Bezug auf touristische Beschilderungen. Und seine Studien tragen sicherlich dazu bei, dass die Schilder nicht weniger werden, denn laut seinen Untersuchungen ist „fast jeder sechste Befragte (17,1 Prozent) bereits mindestens einmal aufgrund einer touristischen Unterrichtungstafel spontan von einer Autobahn abgefahren, um die abgebildete Sehenswürdigkeit, Stadt oder Landschaft zu besuchen. Der Großteil der Befragten hat innerhalb des letzten Jahres einen spontanen Besuch durchgeführt (87,2 Prozent). Groß schließt daraus, dass diese Schilder wirken und zwar sowohl kurzfristig als auch langfristig.[1]

Es ist also eine Frage der Gewichtung, ob und wie lange solche „Unterrichtstafeln“ von der öffentlichen Hand finanziert werden. Als Auftraggeber fungieren fast ausschließlich Landkreise, Städte und Länder, oft auch Touristikvereine und -verbände, die mittelbar ebenfalls am Steuergeld hängen und ihre touristischen Attraktionen direkt sichtbar machen.

Aktuell sind die Kommunen und Gebietskörperschaften nicht mit finanziellen Überschüssen gesegnet. Im Februar musste sich der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen überlegen, ob er zwischen 20.000 und 30.000 Euro für eine Erneuerung eines Schildes zahlen wollte oder lieber 6.000 Euro für den Rückbau. Er entschied sich für den Rückbau. Die Stadt Straubing mit dem „Straubinger Zoo“-Schild und der „Naturpark Oberer Bayerischer Wald“ stellten ähnliche Überlegungen an, wie der Bayerische Rundfunk Ende Februar 2024 berichtete.

Warum sind die Schilder so teuer und wie setzen sich die Kosten zusammen? In den Unterlagen für Antragsteller (2011) heißt es: „Gem. § 51 StVO sind die Kosten für VZ 3856-52 StVO (touristische Unterrichtstafeln) von demjenigen zu tragen, der die Aufstellung beantragt hat.“ Neben den Erstellungskosten (Anfertigung, Fundament, Ständer und Montage) umfasst dies auch sämtliche weiteren Kosten, die im Laufe der Bestandszeit in Zusammenhang mit der Beschilderung ggf. entstehen können (Reparatur, Ersatz, Entfernung etc.). Für die durch die Beschilderung erschwerten Unterhaltungsarbeiten entlang der Autobahn (Mäharbeiten am Randstreifen, Gehölzschnitt, Reinigungsarbeiten etc.) wird einmalig ein Ablösebetrag von 50 Prozent der Erstellungskosten + 10 Prozent Verwaltungskostenzuschlag erhoben.

Die „Schneewittchenstadt Stadt Lohr am Main“ entschied sich im Jahr 2011 für zwei Schilder. Kostenpunkt: 7.000 Euro plus Ablösebetrag für die Unterhaltskosten von 50 Prozent der Erstellungskosten sowie einen Verwaltungskostenzuschlag. Insgesamt zahlte die Stadt Lohr vor 15 Jahren 12.000 Euro für zwei Schilder, die seit 2013 an der A3 zu finden sind. Ähnlich erging es der Stadt Straubing, die für zwei Zoo-Schilder im Jahr 2001 insgesamt 6.000 Euro zahlen musste. Das ist 23 Jahre her. Nun wird sich Straubing von seinen beiden Schildern trennen, denn 84.000 Euro für zwei neue Schilder – die nach einer neuen Norm aus dem Jahr 2008 größer als die vorherigen Schilder sein müssen – wollte der Stadtrat nicht ausgeben. Man vermutete die Kostensteigerung offenbar in den gestiegenen bürokratischen Vorgaben. Daher wandte sich Straubings OB Markus Pannermayr an Bundesverkehrsminister Volker Wissing und forderte einen Bürokratieabbau.

Mehr als einen Preistreiber

Doch liegen die Kosten für solche Schilder wirklich nur an einer überbordenden Bürokratie? „Die Ausgestaltung und Aufstellung der braunen Schilder erfolgt nach den Richtlinien für die touristische Beschilderung (RtB)“ so Maria Schraml Pressesprecherin der Autobahn GmbH Bayern Nord. Offenbar sind die der Norm von 2008 entsprechenden neuen Schilder aufgrund ihrer Größe teurer, als die älteren, kleineren Exemplare. Dazu kommen der Gabelständer für die Montage, die Montage vor Ort (inklusive der Fundamentsetzung). Die Kostensteigerungen für derartige Metalle sind abhängig von Rohmaterial- und Energiekosten zur Materialherstellung sowie Personal- und Transportkosten bei Herstellung und Versand. All dies ist in den vergangenen 10 Jahren kostenmäßig in schwindelnde Höhen gestiegen.

Der prozentuale Verwaltungskostenzuschlag ist im Vergleich zu 2011 gleich geblieben. Auch die zusätzlichen 50 Prozent Ablösebetrag, der für die Unterhaltsmehrkosten, wie mehrmalige Wartung der Schilder pro Jahr und das händische Rasenmähen rings um die Pfosten sind nach Angabe der Autobahn GmbH (prozentual) gleich geblieben – wobei gestiegene Grundkosten logischerweise auch steigende Anteilskosten zur Folge haben. Hinzu gekommen sind etwa 3.000 bis 4.000 Euro pro Schild für die Verkehrssicherung während der Montage und in den neuen Verträgen wird auch gleich die Demontage pro Schild mit ca. 5.000 Euro berechnet.

Es gibt also durchaus mehr als einen Preistreiber. Material und Dienstleistung geben die Grundausrichtung vor. Dann schlagen Personalkosten besonders bei den Sicherungsmaßnahmen während des Aufbaus zu Buche. „Für eine Montage müssen mehrere LKWs richtliniengemäß die Sicherheit der Arbeiter herstellen. Da sind mehrere Firmen im Einsatz. Und eine LKW-Stunde bedeutet, dass man das Fahrzeug und den Fahrer zahlen muss. Zusätzlich die Mitarbeiter der Erdbaufirmen und die Monteure“, sagt Josef Seebacher, der für die Autobahn GmbH Südbayern spricht. Für ihn steht die Sicherheit der Arbeiter an erster Stelle. Und er stellt klar: „Grundsätzlich verdienen wir nichts an den touristischen Hinweisschildern und organisieren nur die Aufstellung durch eine Fachfirma, die in einer öffentlichen Ausschreibung das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat.“

Kritik angekommen

Doch die Kritik der Kommunen ist angekommen: Die Autobahn GmbH unterzieht derzeit die Vergaben und Abläufe der touristischen Beschilderung einer kritischen Überprüfung mit dem Ziel, die Kosten im Sinne der Antragsteller zu optimieren. Was dabei herauskommt, ist abzuwarten. **(ggb)**

[1] https://wissenschafts-thurm.de/touristische-unterrichtungstafeln-an-autobahnen-in-deutschland/

Bayerische Flughäfen setzen Wachstumskurs fort

Erneut können die Flughäfen München, Nürnberg und Memmingen auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Nach Angaben der Airports setze sich der Wachstumskurs fort und die anhaltend hohe Nachfrage nach Flugreisen spiegle sich in den Verkehrsergebnissen des vergangenen Jahres und des ersten Halbjahres 2024 wider.

Aufwärtstrend in München

Am Flughafen München wurden vom 1. Januar bis zum 30. Juni mehr als 19 Millionen Passagiere gezählt – ein Plus von 14,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit erreicht der Münchner Airport im ersten Halbjahr 2024 knapp 85 Prozent des Fluggastaufkommens des Rekordjahres 2019. Noch nie waren die Maschinen in München im Durchschnitt so gut ausgelastet: Mit einem Wert von 80 Prozent erzielt der Flughafen München hier einen Rekord. Besonders stark zugelegt hat der Interkontinentalverkehr mit einem Passagierwachstum von annähernd 19 Prozent.

Der Aufwärtstrend zeigt sich auch beim Anstieg der Zahl der Flugbewegungen: Im ersten Halbjahr 2024 wurden über 156.000 Starts und Landungen registriert. Dies bedeutet ein Plus von über zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Verglichen mit dem Jahr 2019 sind bei der Anzahl der Flüge gut 76 Prozent erreicht. Mittlerweile bietet Bayerns Luftverkehrsdrehkreuz weltweit bereits wieder rund 160 Reiseziele an, darunter 47 Interkontinentalziele.

„Der positive Trend wird sich im Jahresverlauf fortsetzen, da bereits weitere neue Langstreckendestinationen angekündigt wurden“, heißt es in einer Mitteilung. Vom anziehenden Luftverkehr in München profitiere auch das Frachtgeschäft am Airport: Mit einem Gesamtaufkommen von rund 147.000 Tonnen stieg das Volumen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um elf Prozent.

Stabile Nachfrage in Nürnberg

3,9 Millionen Fluggäste aus der Metropolregion Nürnberg und darüber hinaus nutzten im vergangenen Jahr den Albrecht Dürer Airport für ihre Reisen. Damit wuchs die Passagiermenge im Vergleich zu 2022 um 19,9 Prozent und lag nur noch 4,4 Prozent unter dem Jahresergebnis von 2019.

Das Jahr 2023 zeichnete sich erstmals nach der Pandemie wieder durch eine durchgehend stabile Nachfrage aus. Der Sommerflugplan bot mehr als 60 Ziele, während die Auslastung der Flugzeuge bei annähernd 82 Prozent lag. Damit hat der Auslastungsgrad einen historischen Höchststand erreicht.

Mit Beginn des Sommerflugplans 2023 wurde die Passagiermenge von 2019 durchgehend übertroffen. Der Linienverkehr legte 2023 um 28,3 Prozent beim Passagieraufkommen im Vergleich mit 2022 zu, was vor allem am wachsenden Low-Cost-Verkehr und einem stabilen, ganzjährigen Angebot lag.

Ein Trend am Standort Nürnberg blieb der florierende Low-Cost-Verkehr: Über 1,8 Millionen Fluggäste wurden in diesem Segment 2023 befördert.

Stabilisierung der Lieferketten

2023 fanden am Albrecht Dürer Airport 50.363 Flugbewegungen statt, rund 4,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Konjunkturell bedingt und infolge der Stabilisierung der Lieferketten verringerte sich die geflogene Luftfracht im Vorjahresvergleich von 5.584 auf 4.464 Tonnen, die getruckte, per Lkw transportierte Fracht von 94.475 auf 81.495 Tonnen.

Für 2024 strebt der Airport Nürnberg rund 4,1 Millionen Passagiere an. Insgesamt fliegen über 20 Fluggesellschaften den Airport im Linien- und Charterverkehr regelmäßig an.

Rasantes Wachstum in Memmingen

Zufriedene Gesichter auch am Airport Memmingen: Noch nie flogen so viele Passagiere ab und nach Memmingen wie 2023.

Im abgelaufenen Jahr wurden 2.824.711 Passagiere verzeichnet, was einem Zuwachs von knapp 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Für das laufende Jahr rechnen die Verantwortlichen mit rund drei Millionen Fluggästen.

Das rasante Wachstum am Flughafen Memmingen hat freilich Konsequenzen. Nach Angaben der Geschäftsführung wird die Airport-Infrastruktur den veränderten Anforderungen angepasst, um den Passagieren weiterhin ein angenehmes Flughafen-Erlebnis zu garantieren. Dazu zähle der weitere Ausbau des Terminals. Dies betreffe insbesondere den Bereich der Sicherheitskontrolle sowie die Abflug-Gates. Zudem werden die Vorfeldflächen erweitert. Überdacht wurde das Mietwagen- und Airport Service Center, so dass ein geschützter Wartebereich für Passagiere, Abholer und Bringer entstand. Ebenfalls ausgebaut wurde das Gastronomie-Angebot im öffentlichen Bereich vor dem Terminal.

Green Airport

Laufend werde darüber hinaus in das ehrgeizige Projekt Green Airport investiert, das bis zum Jahr 2030 den Betrieb eines klimaneutralen Airports ermöglichen soll. Als nächster Schritt ist der Ausbau der Photovoltaik geplant. **DK**



Servicequalität der Regionalzüge auf Vor-Corona-Niveau

Bayerische Eisenbahngesellschaft veröffentlicht Ranking zur Servicequalität 2023

Bei Service und Komfort knüpften die Eisenbahnverkehrsunternehmen, die im Freistaat die Regionalzüge betreiben, im vergangenen Jahr an ihre Leistungen aus den Vor-Corona-Jahren an. Zu diesem Ergebnis kommt das jährliche Ranking Servicequalität der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG). Auf einer Skala von -100 bis +100 Punkten erreichten die 32 bewerteten Regionalverkehrsnetze im bayernweiten Durchschnitt 32,68 Punkte. Im Vergleich zum Vorjahr 2022 (46,92 Punkte) fiel der Wert um gut 14 Punkte. Er liegt jedoch leicht über dem Wert von 2019 (30,25 Punkte), als noch ähnlich viele Fahrgäste mit den Regionalzügen unterwegs waren wie im Jahr 2023. Er reiht sich somit in die grundsätzlich positive Entwicklung aus den Jahren vor der Corona-Pandemie ein.

Das vollständige Ranking zur Servicequalität 2023 hat die BEG auf der Webseite beg-ranking-servicequalitaet.de veröffentlicht. Die BEG plant, finanziert und kontrolliert im Auftrag des Bayerischen Verkehrsministeriums den Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern. Sie überprüft regelmäßig die Leistungen der bayerischen Eisenbahnverkehrsunternehmen in Sachen Sauberkeit, Komfort und Kundenorientierung mit Hilfe von externen Testern und Fahrgastbefragungen. Pünktlichkeitswerte und Zugausfälle fließen nicht in das Ranking zur Servicequalität ein. Sie werden in einem eigenen Messsystem ermittelt und separat veröffentlicht.

Das Netz Kahlgrund (DB Regio Netz) konnte seine Spitzenposition aus den Vorjahren bestätigen. Mit 100 von 100 möglichen Punkten führt das Netz die Tabelle auch im Jahr 2023 wieder an (2022: 100 Punkte). Platz 2 im Ranking belegt ein Aufsteiger: Das Netz Ammersee-Altmühltal (Bayerische Regiobahn) konnte gut 19 Punkte hinzugewinnen und erzielte insgesamt 74,64 Punkte (2022: 55,33 Punkte). Mit 65,99 Punkten und Rang 3 konnte das Netz Kissinger Stern (Erfurter Bahn) wiederum seine Platzierung aus dem Vorjahr verteidigen (2022: 93,18 Punkte).

Unabhängig von den jeweiligen Punktgewinnen oder -verlusten wurden die Mindesterwartungen der BEG an die Servicequalität in insgesamt 27 von 32 bewerteten Netzen übertroffen. Alle Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), die mehr als null Punkte erreichen, erhalten entsprechende Bonuszahlungen vom Freistaat; EVU, die Minuspunkte verzeichnen, müssen eine Strafe an den Freistaat entrichten.

Grundvoraussetzung für Qualität: Infrastrukturausbau

„Die Fahrgäste im bayerischen Schienenverkehr haben nichts weniger als einen Top-Service verdient. Deshalb freut es mich, dass einige Unternehmen ihre Leistungen sogar noch verbessern konnten und die Servicequalität unterm Strich auf einem vergleichsweise hohen Niveau ist. An vielen Stellen ist aber noch Luft nach oben. Die Ergebnisse des Rankings müssen für die Unternehmen Ansporn sein, weiter an ihrer Servicequalität zu arbeiten. Gleichzeitig muss die Deutsche Bahn die Infrastruktur ertüchtigen. Denn auch das ist eine Grundvoraussetzung für Qualität“, kommentiert Christian Bernreiter, Bayerns Verkehrsminister und zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der BEG, die Ergebnisse. Bärbel Fuchs, Geschäftsführerin der BEG, ergänzt: „Es liegt auf der Hand: Je mehr Menschen Bahn fahren, desto mehr leidet beispielsweise die Sauberkeit und desto häufiger kann die Ausstattung Schaden nehmen. Herausfordernd bleibt auch der branchenweite Personalmangel. Das darf aber nicht zu Lasten der Fahrgäste gehen. Schließlich ist es eine der originären Aufgaben der EVU, dass die Kunden jederzeit saubere und gepflegte Fahrzeuge erleben. Dennoch: In den meisten Netzen werden unsere hohen Mindesterwartungen deutlich übertroffen. Das zeigt, dass unser Mess- und Anreizsystem weiterhin sehr gut wirkt.“

Die größten Auf- und Absteiger im Ranking

Über das gesamte Ranking hinweg gab es viel Bewegung. Drei Netze schafften es neu in die Top Ten: Das Netz Ammersee-Altmühltal (Betreiber: Bayerische Regiobahn) konnte sich um 19,31 Punkte verbessern und landete mit insgesamt 74,64 Punkten auf Platz 2 der Tabelle (2022: Platz 12). Um zehn Plätze nach vorne schaffte es auch das Netz Hohenlohe-Franken-Untermain (DB RegioNetz). Das Netz gewann 15,52 Punkte hinzu und landete mit insgesamt 63,68 Punkten auf Platz 4 (2022: Platz 14). Ein ähnlicher Sprung nach vorne gelang auch dem Netz Oberland (Bayerische Regiobahn): Mit einem Zugewinn von 5,10 Punkten und insgesamt 62,60 erreichten Punkten schob sich das Netz von Platz 11 auf Platz 5 der Tabelle vor. Mit 41,81 Punkten hat das Netz Main-Saale-Express (DB Regio) zwar die Top Ten knapp verpasst. Gegenüber dem Vorjahr kamen allerdings 11,73 Punkte hinzu. Damit stieg das Netz von Platz 21 auf Platz 11 der Tabelle auf. In allen genannten Netzen konnten die Eisenbahnverkehrsunternehmen nahezu über alle Kategorien hinweg ihre Bewertungen gegenüber dem Vorjahr verbessern.

Sechs Netze mussten deutliche Abzüge von über 30 Punkten in ihren Bewertungen hinnehmen. Punktabzüge gab es vor allem bei der optischen Fahrgastinformation, bei der Sauberkeit sowie bei der Funktionsfähigkeit der Ausstattung. Das Netz Oberpfalzbahn/Waldbahn (Die Länderbahn) spielt zwar weiterhin im oberen Tabellendrittel mit, verliert aber gut 34 Punkte, was im Berichtsjahr mit insgesamt 60,31 Punkten immer noch für Platz 7 im Ranking reicht (2022: 94,62 Punkte, Platz 2). Für das Netz Werdenfelsbahn (DB Regio) führte ein Verlust von 37,43 Punkten ins Mittelfeld des Servicequalitätsrankings. Nach 74,85 Punkten und Platz 4 im Vorjahr reihte sich das Netz 2023 mit 37,42 Punkten auf Tabellenplatz 15 ein. Das Netz Flughafenexpress (DB Regio) verlor gut 46 Punkte und sortierte sich mit insgesamt 23,82 Punkten auf Platz 21 der Tabelle ein (2022: 70,38 Punkte, Platz 7).

Das Netz Linienstern Mühldorf (DB RegioNetz) musste mehr als 30 Punkte abgeben. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 15,56 Punkte erzielt, was in der Tabelle Platz 23 bedeutete (2022: 46,99 Punkte, Platz 16). Das E-Netz Allgäu (Arverio Bayern, ehemals Go-Ahead Bayern) wurde um knapp 60 Punkte schlechter bewertet als im Vorjahr und landete mit insgesamt 8,70 Punkten und Platz 26 im letzten Drittel der Tabelle (Vorjahr: 67,79 Punkte, Platz 8). Das Dieselnetz Allgäu Los 2 (DB Regio) verlor gut 37 Punkte, was im Ergebnis zu einer Gesamtbewertung von -10,36 Punkten und dem vorletzten Tabellenplatz führte (2022: 26,81 Punkte, Platz 26). Damit verpasste das Netz die Mindesterwartungen der BEG und es wird eine Strafzahlung fällig.

Schlusslicht der Tabelle, und damit ebenfalls mit einer Strafzahlung belastet, wurde das Netz Alex-Nord (Die Länderbahn). Nachdem im Vorjahr die Mindestanforderungen der BEG nur knapp verfehlt wurden (-0,09 Punkte), verlor das Netz gut 16 Punkte und belegte im Berichtsjahr mit -16,19 Punkten abermals den letzten Platz im Jahresranking.

Messsystem Servicequalität

Im Rahmen ihres Messsystems zur Servicequalität beurteilt die BEG bayernweit einheitlich seit 2008 Leistungskriterien, die unmittelbar in der Verantwortung der Eisenbahnverkehrsunternehmen liegen. Berücksichtigt werden die Sauberkeit der Fahrzeuge, die Fahrgastinformation, die Funktionsfähigkeit der Ausstattung, die Serviceorientierung der Zugbegleiter und die Kundenorientierung bei Beschwerden. Die Ergebnisse der Messungen haben unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf die Betreiber der jeweiligen Netze. Erreicht ein Unternehmen den Wert Null, sind die Erwartungen der BEG gerade erfüllt. Wer darüber liegt, erhält eine Bonuszahlung, wer Minuspunkte verzeichnet, zahlt Strafe (+100 Punkte = maximaler Bonus, -100 Punkte = maximaler Malus).

Die Pünktlichkeitswerte und Zugausfälle fließen nicht in die Ergebnisse des Rankings zur Servicequalität ein. Sie werden in einem gesonderten Messsystem ermittelt. Die Gründe für etwaige Verspätungen und Zugausfälle sind vielfältig. Sie liegen unter anderem an Mängeln der Schieneninfrastruktur und fallen damit nicht – wie die Servicequalität – allein in die Verantwortung der Verkehrsunternehmen, die den Zugverkehr in den einzelnen Netzen betreiben. ❐

Internationale Bodensee-Konferenz:

Bayern und Baden-Württemberg enttäuscht vom Bund

„Der Öffentliche Schienenverkehr in der Bodenseeregion hat mehr Interesse und Aufmerksamkeit verdient“

Bayerns Europaminister Eric Beißwenger und sein Baden-Württemberger Kollege Florian Hassler, Staatssekretär im baden-württembergischen Staatsministerium, haben jetzt in einem gemeinsamen Brief an den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Michael Theurer ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass kein politischer Vertreter der Bundesregierung an den Gesprächen der Internationalen Bodensee-Konferenz teilgenommen hatte. Sie appellieren darin ausdrücklich an den Bund, seine Zuständigkeiten im Bereich des Schienenverkehrs wahrzunehmen.

Ende Juni hatten sich die Regierungschefs und -vertreter der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) in der Bayerischen Vertretung in Berlin getroffen. Sie waren auf Initiative des Beißwengers dorthin eingeladen worden: „Wir wollten es den Vertretern des Bundesverkehrsministeriums und der Deutschen Bahn so einfach wie nur möglich machen, an dieser Sitzung teilzunehmen“, so der Minister. Die Regierungschefs wollten mit ihnen über den grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehr im Bodenseeraum diskutieren. Dafür hatten sie sich aus Bayern, Baden-Württemberg, Vorarlberg, der Schweiz und Liechtenstein in die deutsche Bundeshauptstadt aufgemacht. Bereits für Anfang Dezember 2023 hatte das Bundesverkehrsministerium eine Einladung nach München zu diesem Thema dankend abgelehnt. Jetzt waren Ministerium und Bahn nur mit Mitarbeitern, jedoch nicht mit politischen Entscheidungsträgern bei der Sitzung vertreten. Beißwenger: „Mein Eindruck ist, wir stoßen mit unseren Anliegen beim Bund auf taube Ohren, die politisch Verantwortlichen ducken sich weg. Und das, obwohl mit Michael Theurer ein gebürtiger Tübinger Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium ist.“ Der Baden-Württemberger ist nicht nur im Ministerium für den Bahnverkehr zuständig, er ist auch noch Beauftragter der Bundesregierung für den Schienenverkehr.

Täglich weit über 60.000 Pendler

Die Bodenseeregion mit über vier Millionen Einwohnern und über 20 Millionen Hotelübernachtungen im Jahr sei einer der wirtschaftlich stärksten Räume in der EU, bilde für die Bevölkerung einen gemeinsamen Lebens-, Kultur-, Natur- und Wirtschaftsraum und sei zudem ein beliebtes Urlaubsziel. Zwischen den vier Ländern pendelten täglich weit über 60.000 Menschen. Hinzu kämen zahlreiche Touristen, die sich rund um den Bodensee bewegen. Die Schieneninfrastruktur und die Bahnverbindungen trügen dem aber nicht ausreichend Rechnung, bedauert Beißwenger. Deswegen verfolgt die IBK mehrere Ziele: kürzere Reisezeiten, mehr Verbindungen und mehr umsteigefreie Direktverbindungen auch über die Landesgrenzen hinweg, aufeinander abgestimmte Anschlüsse ohne Anschlussbrüche an den Grenzen und eine auf das geplante Angebot abgestimmte Infrastruktur. Für Bayern sind besonders ein 30-Minuten-Takt zwischen Lindau und Friedrichshafen, ein Stundentakt in der Fernverkehrsverbindung (Eurocity) zwischen München und Zürich, eine direkte Fernverkehrsverbindung von Innsbruck über Feldkirch und Lindau nach Ulm sowie ein direkte S-Bahn-Verbindung von Rohrschach nach Lindau von besonderer Bedeutung.

Mehr Interesse und Aufmerksamkeit verdient

„Für uns geht es nicht in erster Linie ums Geld. Wir wollen, dass die Region in den Planungen des Bundes berücksichtigt wird, und dass sich der Bund mit den Regierungen in Österreich, der Schweiz und Liechtenstein über ein gemeinsames, grenzüberschreitendes Konzept abstimmt. Dafür brauchen wir nun einmal den Bund. Der Öffentliche Schienenverkehr in der Bodenseeregion hat mehr Interesse und Aufmerksamkeit verdient“, sind sich Beißwenger und Hassler einig. ❐

VDV-Forderungen:

Europäische Verkehrspolitik 2024-2029

Verkehr findet vor Ort statt – doch die Weichen dafür werden u. a. auf nationaler und europäischer Ebene gestellt. Vor diesem Hintergrund hat der VDV Forderungen für die europäische Verkehrspolitik 2024-2029 formuliert.

Grundsätzlich tritt der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen für die Stärkung des Eisenbahnverkehrs und öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Europa ein. Dabei müsse die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene die Maxime für die verkehrspolitische Arbeit auf EU-Ebene sein. Kombinierter Verkehr und Einzelwagenverkehr seien dafür gezielter zu fördern. Initiativen zur bloßen Stärkung des Straßengüterverkehrs müssten auf den Prüfstand.

Um den Verkehr auf die Schiene zu verlagern, sei die Infrastruktur zu ertüchtigen. Für Sanierung und Ausbau des Netzes müssten die nötigen Rahmenbedingungen im Hinblick auf Finanzierung sowie Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung geschaffen werden.

Technische Innovationen wie etwa die Einführung der „Digitalen Automatischen Kupplung“ (DAK) oder eine gemeinsame Datenplattform im Schienengüterverkehr sind aus Sicht des VDV voll durchzufinanzieren und in allen Mitgliedstaaten gleichzeitig zur Stärkung der Wettbewerbsposition der Schiene einzuführen.

Bus und Bahn statt privater PKW

Der Angebotsausbau mit Bussen und Bahnen sei als substanzielle Alternative zum privaten Pkw weiterhin zu verfolgen; gleichzeitig müssten als Mindeststandard die Ziele der Daseinsvorsorge gewährleistet sein. Öffentlich zugängliche Mobilitätsangebote als Grundbedürfnis dürften nicht zur Disposition gestellt werden. Sie seien zugleich ein Wirtschaftsfaktor für ganz Europa.

Europaweite Harmonisierung

Damit die grenzüberschreitende Mobilität einfacher wird, sollten Reiseinformationen, Vertrieb und Ticketing europaweit harmonisiert werden. Dafür bedürfe es einer Regulierung mit Augenmaß, die Potenziale hebt und zugleich Kundenschnittstellen bei den Verkehrsunternehmen belässt.

„Open-Data-Politik darf nicht zu einer pauschalen Freigabe von Mobilitätsdaten führen“, heißt es weiter. Daten hätten auch für Verkehrsunternehmen einen Wert.

Bereits heute seien Busse und Bahnen aktive Partner beim Klimaschutz; gleichzeitig stünden die Unternehmen gerade vor der gewaltigen Herausforderung der Antriebswende bis 2030. „Maßgaben für mehr Klima-, Umwelt- und Artenschutz müssen in der Umsetzung praktikabel und finanzierbar bleiben.“

Zur Umstellung der Flotten auf emissionsfreie Antriebe, zur Stärkung der Schiene oder zur Digitalisierung des ÖPNV seien EU-Förderprogramme nötig, die im mehrjährigen Finanzrahmen der EU eingeplant werden müssten. Die Programme sollten mit den Förderkatalogen der Mitgliedstaaten in Einklang gebracht werden.

Die EU-Kommission habe Initiativen zum Bürokratieabbau angekündigt: Neue Sicherheitsanforderungen, Berichtspflichten, Verbraucherrechte oder auch Transparenzregeln müssen laut VDV für Unternehmen praktikabel sein. Sie dürften nicht zur Überregulierung führen.

Ridehailing- und Ridepooling-Angebote seien inzwischen vielerorts Bestandteil der städtischen Mobilität. Auf EU-Ebene sei sicherzustellen, dass neue Anbieter nur zugelassen werden, wenn sie den ÖPNV sinnvoll ergänzen und in die Tarifstruktur, in Mitnahme- und Bedienpflichten eingebunden sind. Das Prinzip der Daseinsvorsorge dürfe nicht gefährdet werden. **DK**

VDV warnt vor Massensterben der Unternehmen

„Finanzielle Belastungsgrenze bereits 2023 erreicht“

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Branchenverband für 700 Verkehrsunternehmen des öffentlichen Personen- und des Eisenbahnverkehrs zeigt sich angesichts der Verständigung der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2025 alarmiert. Die Umwandlung von 4,5 Milliarden Euro an Zuschüssen in Eigenkapitalerhöhungen für die DB-Infrastruktur hat die Befürchtungen der Branche bestätigt. Joachim Berends, Vizepräsident des VDV, übt scharfe Kritik: „Die finanzielle Belastungsgrenze für den Schienensektor war bereits im Übergang von 2023 auf 2024 erreicht. Die jetzige Entscheidung ist ein schwerer Fehler. Wenn nicht weiterhin auf vergleichbarem Niveau seitens des Bundes investiert wird, droht ein Massensterben der Unternehmen, die in diesem Sektor tätig sind.“

Branchenstimmen werden konsequent ignoriert

Der VDV hat wiederholt und unmissverständlich auf die dramatische Lage hingewiesen. Doch seine Warnungen wurden ignoriert. „Es ist völlig unverständlich, warum die Branchenstimmen konsequent ignoriert werden. Wir haben immer wieder betont, dass ohne eine stabile und planbare Finanzierungsgrundlage die dringend notwendigen Ausbaumaßnahmen in der Schieneninfrastruktur nicht umgesetzt werden können. Das muss endlich anerkannt werden“, so Berends weiter.

Die aktuellen Kürzungen sind völlig unzureichend, um die ehrgeizigen Klimaschutzziele zu erreichen und vor allem den Schienengüterverkehr wettbewerbsfähig zu halten. „Es ist ein Konjunkturprogramm für den Lkw“, stellt Berends fest. Besonders betroffen sind Projekte, die für den Deutschland-Takt und die Schienengüterverkehrsnetze von zentraler Bedeutung sind.

Berends abschließend: „Es muss schnellstmöglich ein Umdenken erfolgen. Der Bund darf sich nicht von kurzfristigen fiskalischen Zwängen leiten lassen, sondern muss die langfristige Sicherung und den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur im Blick behalten. Der Wirtschaftsstandort Deutschland und die Verkehrswende dürfen nicht auf dem Altar der Schuldenbremse geopfert werden. Wir erwarten, dass unsere Stimme gehört wird.“ ❐

Zur Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit:

Soziale Orte schaffen Verbundenheit

Einsamkeit und Trauer haben vieles gemeinsam. Sie erfordern Anteilnahme. Menschenzugewandte Friedhöfe der Zukunft können diese zum Ausdruck bringen. Mit ihrer Strategie gegen Einsamkeit will die Bundesregierung mehr Verbundenheit in der Gesellschaft schaffen. Auch viele trauernde Menschen sind einsam. Ursachen und Symptome sowie gesundheitliche oder gesellschaftliche Auswirkungen sind ähnlich. Risikogruppen überschneiden sich. Wer die gesellschaftliche Verbundenheit stärken will, kommt an der gemeinschaftlichen Fürsorge für Menschen in Lebenskrisen nicht vorbei.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sieht einen wichtigen Lösungsansatz gegen die Einsamkeit in einer vorhandenen und erreichbaren, sozial ausgerichteten kommunalen Infrastruktur. Menschenzugewandte Friedhöfe der Zukunft können nach Ansicht der Initiative „Raum für Trauer" solche sozialen Orte sein – sie fördern die Gemeinschaft und stärken das Gefühl, nicht allein zu sein. Das Experimentierfeld „Campus VIVORUM" der Initiative versteht sich als Impulsort zur Entwicklung von für Menschen dienlichen Friedhöfen. Hier werden persönliche Beisetzungsorte als therapeutisch wirksame Trauerorte – und öffentliche Bereiche als Gemeinschaft stiftende Räume der Begegnung gestaltet. Dieses Reallabor gibt Verantwortlichen in kommunalen und kirchlichen Verwaltungen konkrete Anregungen zur Weiterentwicklung ihrer Friedhöfe angesichts der zur Zeit zu beobachtenden gesellschaftlichen Herausforderungen.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen von Einsamkeit sind dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zufolge gravierend – sie haben unter anderem: „… einen negativen Einfluss auf die demokratische Teilhabe, wie die Beteiligung an Wahlen, den sozialen Zusammenhalt sowie das Vertrauen in politische Institutionen" (Langenkamp 2021, zitiert im Strategiepapier auf S. 6, abrufbar unter https://t1p.de/strategiepapier-einsamkeit). Das „Einsamkeitsbarometer" des Ministeriums zeigt auf, dass Einsamkeit oft durch Lebensumbrüche oder einschneidende Lebensereignisse ausgelöst wird. Als subjektives, negatives, zuweilen schmerzhaftes Gefühl entstehe sie, „wenn die gewünschten sozialen Beziehungen nicht mit den tatsächlichen sozialen Beziehungen übereinstimmen".

Auswirkungen der Trauer

Das trifft zweifellos auch auf trauernde Menschen, zu – die den „Verlust von Lebenspartner oder Lebenspartnerin, nahestehenden Verwandten und engen Freunden oder Freundinnen" neben beispielsweise „gesundheitlichen Einschränkungen" verkraften müssen. Sie können eine gewünschte soziale Beziehung nicht mehr wie gewohnt weiterführen. Wie die Einsamkeit kann auch die Trauer negative Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit von Menschen sowie auf die soziale Teilhabe – und damit auf das gesellschaftliche Miteinander haben.

Trauernde wollen ihren Verstorbenen nahe sein, die emotionale Nähe zu ihnen nochmal spüren, um ihre Trauer allmählich in liebendes Gedenken wandeln zu können, weiß der Facharzt für Psychiatrie und Neurologie Prof. Dr. Dr. Michael Lehofer (Ärztlicher Direktor im Landeskrankenhauses Graz II). „Dabei kann insbesondere ein Beisetzungsort helfen, an dem Menschen sich den Verstorbenen nahe fühlen und die Kommunikation zu ihnen in Gedanken oder Gesten, wie dem Ablegen persönlicher Grüße oder Gegenstände, aufrechterhalten können, solange ihnen das gut tut und in ihrer Trauer hilft", so sein Resümée.

Der Sprecher der Initiative „Raum für Trauer", Günter Czasny, warnt: „Beisetzungsorte bzw. Grabformen, an denen die Möglichkeit eines selbstbestimmten Handels jedoch untersagt ist, nehmen den Menschen eine wichtige Möglichkeit der Trauerarbeit". Entsprechend weiterentwickelte, den Bedürfnissen der Menschen zugewandte und einladend gestaltete Friedhöfe, so Czasny, können eine positive gesellschaftliche Wirkung entfalten – sowohl als hilfreiche Orte für Trauernde als auch als Halt gebende Begegnungsorte für alle Bürger einer Gemeinde. Günter Czasny: „Auf Friedhöfen entstehen neue Begegnungen und Gemeinschaften, neue soziale Verbindungen". Friedhöfe als Teil der kommunalen Infrastruktur sind für ihn wichtige Orte, welche die örtliche Gemeinschaft fördern und damit Einsamkeit verhindern können.

Heilsames Trauern

Auch das „Einsamkeitsbarometer" der Bundesregierung sieht: „Insgesamt macht die aktuelle Forschung deutlich, dass Orte und Räume die Möglichkeiten zur Teilhabe und die Handlungsspielräume der Menschen strukturieren und daher eine wichtige Rolle bei der Prävention und Linderung von Einsamkeit spielen. Beispiele finden sich etwa im Fokus auf ‚sorgende Gemeinschaften' (…) oder dem „Soziale-Orte-Konzept" (…)." Menschenzugewandte Friedhöfe der Zukunft können solche Orte sein.

Die Initiative „Raum für Trauer" hat Möglichkeiten einer Friedhofsentwicklung erforscht, mit der Trauernde aus ihrer Isolation und Sehnsucht zu neuer Zuversicht in der Gemeinschaft geleitet werden können. Um diese anschaulich zu machen, hat die Initiative



Günter Czasny.
Bild: Initiative Raum für Trauer

unter Regie von Günter Czasny eine Utopie des „Friedhofs der Zukunft" geschaffen: den nach Erkenntnissen aus Forschung und Praxis gestalteten Campus VIVORUM in Süßen/Baden-Württemberg. Konsequent nach dem Gedanken des „heilsamen Trauerns" gestaltet soll er zeigen, wie Friedhöfe als „Caring Infrastructure" Kommunen therapeutisch wirksame Begegnungsorte bieten und Verbundenheit in der Bürgerschaft fördern können. Als begehbarer Impulsort soll der Campus VIVORUM Verantwortliche aus Kommunen und Kirchen zu einer menschenzugewandten Friedhofsentwicklung im Rahmen einer zukunftsorientierten Stadt- und Raumplanung anregen. Der rege Zuspruch von Städte- und Gemeindetagen und Landeskirchen – über 60 Gruppen auch aus dem Ausland waren seit Juli 2023 bisher zu Besuch – macht deutlich: Das Potenzial seines vor allem trauerpsychologischen Ansatzes, für mehr Verbundenheit in der Gesellschaft zu sorgen, wird bei Verantwortlichen zunehmend erkannt. ❐

Private Dach- und Fassadenbegrünung:

Bamberg startet neues Förderprogramm

Die Stadt Bamberg fördert ab Herbst Begrünungen von privaten Gebäuden. Nach Auskunft des Zweiten Bürgermeisters und Klimareferenten Jonas Glüsenkamp ist das vom Klima- und Umweltamt erarbeitete und vom Stadtrat einstimmig verabschiedete Förderprogramm „einer von vielen verschiedenen Bausteinen im Kampf gegen Hitze in der Stadt". Es ziele darauf ab, Bamberg zu begrünen, die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen und das Stadtklima zu verbessern.

Mit dem Programm werden nicht nur Dach- und Fassadenbegrünungen gefördert, sondern etwa auch die Begrünung anderer vertikaler Objekte wie Zäune und Gabionen. Anträge können ab dem 1. Oktober 2024 bis 30. November eingereicht werden. Förderwürdige Projekte erhalten 50 Prozent bzw. maximal 5.000 Euro erstattet. Neben Vermietern sind unter anderem auch Mieter, Genossenschaften, Vereine und Unternehmen antragsberechtigt. Diese finanzielle Unterstützung soll Anreize schaffen, um die grüne Infrastruktur in Bamberg auszubauen und die zahlreichen positiven Auswirkungen von Begrünungen zu nutzen.

Vielfältige Wohlfahrtswirkungen

Glüsenkamp zufolge bieten diese auch Tieren wie Insekten einen Lebensraum und verbessern durch Sauerstoffproduktion, CO2- und Luftschadstoffbindung, Lärmreduzierung und Schattenbildung nicht nur das Stadtklima. Begrünung biete in vielerlei Hinsicht gesundheitliche, soziale aber auch ökonomische Wohlfahrtswirkungen für die Bevölkerung. Wo für Grünflächen der Platz in einer verdichteten Stadt fehlt, ließen sich auch über Dach-, Zaun- und Fassadenbegrünungen wertvolle, innerstädtische Naturoasen schaffen. Ein begrüntes Sitzmobiliar mit vertikaler und horizontaler Begrünung an der Kettenbrücke, Ecke Heinrichsdamm, demonstriere noch bis 2. Oktober anschaulich die Vorteile einer begrünten Gebäudewand für das Klima in der Stadt. Alle wichtigen Fragen zum Förderprogramm werden unter www.stadt.bamberg.de/foerderung-gebaeudebegruenung beantwortet. **DK**

Zukunftsperspektive Naturschutz

Deutscher Landschaftspflegetag in Lutherstadt Wittenberg

Unter dem Motto „Gemeinsam Vielfalt fördern!" diskutierten über 200 Teilnehmer beim diesjährigen Deutschen Landschaftspflegetag in Lutherstadt Wittenberg aktuelle Herausforderungen des Agrarnaturschutzes. Daneben standen die Produktion und Anwendung gebietseigenen Saatgutes sowie innovative Techniken in der Landschaftspflege, beispielsweise der Einsatz von Drohnen zur Fernerkundung, auf der Agenda.

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) fordert, die politischen Ambitionen im Umwelt- und Klimaschutz nicht weiter abzuschwächen. Laut dem Dachverband der deutschen Landschaftspflegeorganisationen gilt es, für die nötige Transformation der Landwirtschaft die umfangreiche Praxiserfahrung der Landschaftspflegeverbände zu nutzen.

Gemeinwohlprämie als Konzept für die Zukunft

Nachhaltige Bewirtschaftung leistet einen wichtigen Beitrag, um die Zukunft natürlicher Ressourcen und damit der Landwirtschaft zu sichern. Mit dem Argument der Entbürokratisierung kam es binnen weniger Monate zu einem Aufweichen jener Standards, die nachhaltiges Bewirtschaften garantieren sollten. „Wenn wir Standards bei den Umweltleistungen abschwächen, dann müssen wir an anderer Stelle gegensteuern. Wenn Freiwilligkeit gestärkt wird, dann brauchen wir auch attraktive Angebote mit ausreichender Finanzausstattung für unsere landwirtschaftlichen Betriebe", forderte Maria Noichl MdEP, Vorsitzende des DVL. Unter dem Schlagwort „Gemeinwohlprämie" habe der Verband solche zukunftsfähigen Konzepte entwickelt. Jetzt sei es an der Zeit, sie umzusetzen.

Wie Silvia Bender, Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, ausführte, „müssen wir die Landwirtschaft unterstützen, nachhaltig und zukunftsfest zu wirtschaften". Dazu gelte es, Gemeinwohlleistungen nach dem Prinzip ‚Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen' besser zu honorieren. Bender gab ihrer Freude darüber Ausdruck, „dass wir auf die Expertise und Impulse des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege und seiner Landschaftspflegeorganisationen zurückgreifen können, die aus der Praxis heraus das Konzept der Gemeinwohlprämie entwickelt haben".

Der diesjährige Deutsche Landschaftspflegetag bildete auch den Rahmen für die Verleihung des Deutschen Landschaftspflegepreises für herausragende Leistungen zum Erhalt und zur Entwicklung der Kulturlandschaften. Der erste Preis in der Kategorie „Innovative Projekte" ging an den Landschaftspflegeverband Saaletal (Sachsen-Anhalt) für das Projekt „Ziegen auf Extremstandorten". Mit dem zweiten Preis wurde die Biologische Station Euskirchen (Nordrhein-Westfalen) für ihren Einsatz zum Erhalt und Förderung des Kulturgutes Streuobst ausgezeichnet.

Das Wirken von Birgit Krummhaar und Jörg Schuboth (Dessau-Roßlau, Sachsen-Anhalt) würdigte der DVL mit dem ersten Preis der Kategorie „Engagierte Personen". Der zweite Preis wurde Thomas Müller (Landkreis Lindau, Bayern) verliehen. Als versierter Praktiker der Landschaftspflege trägt Müller laut Jury seit mehr als 40 Jahren zum Artenschutz und zur nachhaltigen Nutzung von Landschaftspflegematerial in der Bodensee-Region bei. Als langjähriger Kooperationspartner dreier Landschaftspflegeverbände garantiert er durch innovative Ansätze und Mut zur Spezialisierung eine schonende Pflege der Kulturlandschaft. Dabei ist er Vorbild für landwirtschaftliche Betriebe und zugleich wichtiger Lieferant von Einstreu, das er aus Landschaftspflegematerial gewinnt. Dank seines Engagements konnten lange brach gefallene Feuchtflächen wieder schonend in Pflege gebracht werden. Außerdem stellt er sein Expertenwissen zur Verfügung, um Verfahren zur nachhaltigen energetischen Verwendung von Landschaftspflegematerial zu entwickeln.

In der Kategorie „Private Förderer von Naturschutz- und Landschaftspflegeprojekten" ehrte der DVL schließlich den Einsatz der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (Sachsen) mit einem undotierten Sonderpreis. **DK**





Geschäftsführerin Victoria Rasoulkhani (m.) mit dem ganzen Bucher-Team. Bild: Bucher Municipal Wernberg GmbH

Wernberg-Köblitz in der Oberpfalz:

Bucher Municipal Wernberg GmbH feiert neuen Standort

Mit einem großen Jahrmarktfest feierte die Bucher Municipal Wernberg GmbH Ende Juli mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie fast 500 weiteren Gästen die Fertigstellung des neuen Werks in Wernberg-Köblitz. Der Spezialist in Sachen Winterdienstgeräte und Kommunalfahrzeuge sowie die Schweizer Konzernmutter Bucher Municipal setzen damit ein deutliches Zeichen für den Produktionsstandort Deutschland im Allgemeinen und die Oberpfalz im Besonderen. Zu den geladenen Gästen gehörten neben dem Schwandorfer Landrat Thomas Ebeling und den Bürgermeistern von Wernberg-Köblitz, Konrad Kiener und Maria Schlögl, viele namhafte Vertreter der Partner Daimler Truck, MAN, HAKO, Meiller, Palfinger, MULAG und natürlich den Unimog Generalvertretungen in Deutschland und Partnern aus dem Ausland.

Geschäftsführerin Victoria Rasoulkhani dankte gemeinsam mit ihrem Team in ihrer Begrüßung dem Konzern und allen Partnern, die eine Investition von über 5 Millionen Euro für einen Neubau in der Oberpfalz ermöglicht haben. Der Neubau war nötig geworden, um die beiden bisherigen Produktionsstätten des Unternehmens an einem Standort zu bündeln, um der stetig wachsenden Auftragslage gerecht zu werden. Rasoulkhani verspricht sich von der Zusammenlegung der Standorte eine Verkürzung der Kommunikationswege, eine Stärkung der Synergien und somit generell optimierte Entscheidungs- und Managementprozesse sowie eine Kapazitätserhöhung. Gleichzeitig werden neue Arbeitsplätze in der Region entstehen.

Neu realisiert wurden eine Produktionshalle, die 3.200 Quadratmeter umfasst, sowie ein über 400 Quadratmeter großes Verwaltungsgebäude. Auf ranlage auf dem energieeffizienten Gebäude miteinschließt.

Raum für Entwicklung

Nach 16 Monaten Bauzeit bleibt auf dem 26.000 Quadratmeter großen Gelände auch noch Platz für die weitere Entwicklung. Aktuell befindet sich eine Lagerhalle mit über 1.000 Quadratmetern im Bau. Bucher verzeichnet seit Jahren stetiges Wachstum und erweitert somit seine Kapazitäten. **CH**



Wernberg-Köblitz, vertreten durch den Ersten Bürgermeister Konrad Kiener und die Zweite Bürgermeisterin Maria Schlögl (r.), feiert die Stärkung des Standorts gemeinsam mit Bucher-Geschäftsführerin Victoria Rasoulkhani vor dem neuen Gebäude. Bild: CH





V.l. Ein Boki für Windischeschenbach: Das Kommunalfahrzeug wurde über Beutlhauser in Hagelstadt angeschafft und wird für Mäharbeiten, die Laubentsorgung und den Winterdienst eingesetzt. Bild: Beutlhauser

Getestet und für gut befunden

Stadt Windischeschenbach entscheidet sich für Boki HY 1252

Ob Mäharbeiten, Laubentsorgung oder Winterdienst: All diese Arbeiten erledigt das Bauhof-Team der Stadt Windischeschenbach künftig mit einem Boki HY 1252 von Reform. Der Weg zum Boki führte über Beutlhauser in Hagelstadt. „Als klar war, dass wir einen Ersatz für unseren bisher genutzten Schmalspurschlepper benötigen, begann die Suche in alle Richtungen", sagt stellvertretender Vorarbeiter Matthias Neumann.

Beutlhauser-Verkaufsberater Thomas Birner empfahl den hydrostatisch angetriebenen Boki HY 1252, der für seine Vielseitigkeit und Kompaktheit bekannt ist. Das Fahrzeug ist nur 1,30 Meter breit und 3,70 Meter lang. Diese Bauweise garantiert ein hohes Maß an Wendigkeit, von der sich die Verantwortlichen der Stadt Windischeschenbach bei einer Vorführung in einer Nachbargemeinde selbst überzeugen konnten.

Testphase führte zum Aha-Effekt

„Zu diesem Zeitpunkt waren wir schon sehr angetan vom Boki", sagt Neumann. Zum Kauf führte schließlich eine einwöchige Testphase. „Der Test erzeugte den ‚Aha'-Effekt.

Pluspunkt Übersichtlichkeit an Kreuzungen

Die Pluspunkte des Boki sind für uns seine 4-Rad-Lenkung und die Übersichtlichkeit vor allem an Kreuzungen. Es werden keine zusätzlichen Kameras am Frontanbaugerät mehr benötigt." ❐

Herrsching am Ammersee:

Neue Swingo 200+ Kehrmaschine

Die Gemeinde Herrsching am Ammersee setzt erneut auf eine bewährte Lösung, um die Straßen und Wege sauber zu halten: Die neue Swingo 200+ Kehrmaschine von Schmidt wurde bereits vom Kommunaltechnikprofi Henne Nutzfahrzeuge geliefert und wird ab sofort an der beliebten Seepromenade am Ammerseeufer eingesetzt. Mit dem neuen Modell bleibt die Gemeinde ihrem bisherigen Weg treu, nachdem bereits der Vorgänger erfolgreich im Einsatz war.

Die vielseitige Swingo 200+ wird vor allem für die tägliche Reinigung und bei der Pflege nach Veranstaltungen genutzt, um die Promenade stets in einem gepflegten Zustand zu halten. Mit ihrem Zwei-Besen-System kann die Maschine effizient arbeiten und bietet eine optimale Reinigung auch an schwierigen Stellen.

Highlight: Integrierte Wildkrautbekämpfung

Ein besonderes Merkmal der neuen Kehrmaschine ist die integrierte Wildkrautbesen-Anlage. Diese ermöglicht eine effektive Bekämpfung von Unkraut, was zu einem noch ansprechenderen Erscheinungsbild der Wege beiträgt. Die Gemeinde erhofft sich dadurch eine deutliche Reduzierung des Arbeitsaufwands bei der Unkrautentfernung.

Technische Daten

Die Swingo 200+ ist eine leistungsstarke Kehrmaschine, die sich besonders für die Reinigung von Fuß- und Radwegen eignet. Mit ihrer Flexibilität und den verschiedenen Anbaumöglichkeiten – wie zum Beispiel für den Winterdienst oder die Wildkrautbekämpfung – ist sie ein echtes Multitalent. Die geräumige Kabine sorgt für einen komfortablen Arbeitsplatz für den Fahrer, während die Maschine selbst mit technischen Spezifikationen überzeugt:

- Motorleistung: 55 kW (75 PS) bei minimaler Feinstaubbelastung
- Wassertank: Druckumlaufwassersystem mit einem Volumen von 200 Litern
- Kehrbreite: 2.500 mm mit getrennt steuerbaren Besen
- Kehrleistung: Maximale Saugleistung für bis zu 30.000 m² pro Stunde

Mit dieser Investition zeigt die Gemeinde Herrsching am Ammersee, dass sie weiterhin auf Nachhaltigkeit und Effizienz setzt, um ihre öffentlichen Bereiche sauber und einladend zu halten. Die neue Swingo 200+ wird nicht nur bei den Anwohnern, sondern auch bei den zahlreichen Besuchern der Seepromenade für saubere und gepflegte Wege sorgen. ❐



Ihre neue Kehrmaschine nahm die Gemeinde Herrsching am Ammersee in Empfang. Bild: Henne

Gemeinde Schondorf am Ammersee:

Hansa mit Hakenlift von Henne Nutzfahrzeuge

Der neue Hansa APZ 1003 L mit Maytec Hakenlift wurde an die Gemeinde Schondorf am Ammersee von Henne Nutzfahrzeuge ausgeliefert. Der Geräteträger schickt seinen Vorgänger in die wohlverdiente Rente, denn der alte Hansa wurde über Jahre täglich intensiv genutzt und hat dabei unzählige Betriebsstunden abgeleistet.

Der Neuling im Team verfügt über einen leistungsstarken Maytec Hakenlift mit einer Tragfähigkeit von bis zu 5.500 kg. Dank dieses Aufbaus kann das Fahrzeug Mulden mühelos absetzen, dann anderweitig eingesetzt werden und schließlich die Mulde wieder aufnehmen. Diese multifunktionale Nutzung spart Zeit, optimiert die Arbeitsabläufe in der Gemeinde und steigert so die Flexibilität und Effizienz erheblich. Der Geräteträger ist täglich im Einsatz und erfüllt eine Vielzahl von Aufgaben, vom Transport bis zum Winterdienst. Durch die integrierte Müllpresse ist er auch für die Abfallentsorgung geeignet. ❐



V.l. Andrea Bienek, Florian Bauer, Thomas Bienek und im Bild ganz rechts Henne-Verkäufer Fabian Duschl vor dem neuen Hansa. Bild: Henne

Unimog auf der GaLaBau 2024:

Neue Systeme für die moderne Straßenunterhaltung

Die Grundlage für effizientes Arbeiten in der Landschaftspflege, bei der Straßenmeisterei, in der Landwirtschaft oder auf dem Bau ist ein leistungsfähiger Fuhrpark. Mit dem Unimog Geräteträger können vielseitige Aufgaben professionell, effizient und ergonomisch erledigt werden. Auf der GaLaBau, der europäischen Leitmesse für Garten- und Landschaftsbau, präsentiert Mercedes-Benz Special Trucks in Kooperation mit den Unimog ExpertPartnern MULAG und BUCHER Municipal drei Fahrzeuglösungen. Die Unimog mit Anbaugeräten sind am Gemeinschaftsstand der Unimog Generalvertretung Henne Nutzfahrzeuge zu finden (Stand 6-329, Halle 6). Die GaLaBau findet von 11. bis 14. September im Messezentrum Nürnberg statt.

Unimog mit UNI-TOUCH® und GSR-Ausstattung

Mercedes-Benz Special Trucks zeigt einen Unimog Geräteträger, der die Vorgaben der ab Juli 2024 in Kraft tretenden EU-Gesetzgebung zur Fahrzeugsicherheit (EU-Verordnung 2019/2144 General Safety Regulation II, kurz: GSR) erfüllt und dadurch mehr Unterstützung für den Fahrer und mehr Sicherheit für Verkehrsteilnehmer schaffen kann. Im Rahmen der neuen GSR sind unter anderem ein Sideguard Assist, ein Frontguard Assist, ein Verkehrszeichen-Assistent, eine Rückfahrkamera und ein Warnsystem bei Reifendruckverlust serienmäßig verbaut.

Um die Insassen unter allen Umständen bestmöglich zu schützen, befinden sich an der Kabine zusätzliche Verstärkungen am Fahrerhaus-Unterboden und Rohrbügel an der A-Säule. Damit erfüllt das Fahrzeug die gesetzlich vorgeschriebene ECE-R29/3-Norm für Nutzfahrzeuge.

Neben den neuen Sicherheits-Assistenzsystemen können Besucher das neue Bediensystem UNI-TOUCH® kennenlernen, das im Unimog U 430 verbaut ist. Künftig lassen sich fast alle für den Unimog verfügbaren Anbaugeräte über das neue Bediensystem steuern, was geräteeigene Bedienpulte ersetzt und die Bedienung ergonomischer und intuitiver macht.

Die Mittelkonsole ist umfassend überarbeitet, schlanker konzipiert und quer und längs verschiebbar. Zusätzlich konnten Bedienelemente platzsparend reduziert werden, durch die Möglichkeit Tasten individuell zu belegen und Anwendungsprofile sowie wiederkehrende Abläufe zu speichern. Über einen 10,5 Zoll (26 cm) großen Touchscreen kann der Anwender die passenden Einstellungen für den jeweiligen Arbeitseinsatz vornehmen. Für einen flexiblen Blickwinkel lässt sich der Bildschirm drehen und im Neigungsgrad verstellen.

Der optionale Multifunktions-Hebel verfügt über frei belegbare Bedienelemente und kann wahlweise in die Vorbereitung am Fahrersitz oder am Beifahrersitz eingesteckt werden. Die Steuerung erfolgt immer mit der rechten Hand und der Arm wird auf der Armlehne abgestützt. Der Bedienhebel bewegt sich durch die feste Verbindung zur Armlehne automatisch mit den Bewegungen des Schwingsitzes mit, sodass der Fahrer ergonomischer arbeiten kann. Weitere Elemente des neuen Bediensystems sind die Start-/Stopp-Taste, die den klassischen Zündschlüssel des Geräteträgers ersetzt und die neuen Türbedienfelder.

Der ausgestellte Unimog U 430 ist mit einer Mäh-Schneid-Kombination an der Fahrzeugfront und einem Streuautomaten ausgestattet. Das Frontausleger-Mähgerät MFK 500 von MULAG hat eine Reichweite von sechs Metern (sieben Meter mit Teleskop) und kann beidseitig eingesetzt werden. Der Antrieb erfolgt wahlweise über die fahrzeugseitige Leistungshydraulik oder über die Frontzapfwelle. Das Lichtraumprofilschneidgerät FSG 2000 von MULAG lässt sich zur Gehölzpflege und zum Freischneiden von Straßen und Gleistrassen einsetzen. Das Anbaugerät lässt sich mit wenig Aufwand an die standardisierte Frontanbauplatte des Unimog montieren.

Der Yeti W27 Streuautomat aus dem Hause BUCHER Municipal ist mit 2,7 m³ Trockenstoffvolumen und 1.280 l Solevolumen optimal für das FS-30-Streuverfahren ausgelegt. Das Doppelförderschnecken-System ermöglicht eine sehr niedrige Behälterbauweise. Zum einen profitiert der Fahrer dadurch von einer besseren Rundumsicht, zum anderen trägt der niedrige Aufbauschwerpunkt zu sicheren Fahreigenschaften bei.

Unimog U 535 mit ECO-Mähgeräten

Der Unimog U 535 mit 260 kW (354 PS) trägt zur Messe Anbaugeräte von Unimog ExpertPartner MULAG. Damit ist er der vielseitige Partner für die anspruchsvolle Grünpflege im Straßendienst. Zum Einsatz kommt an der Frontanbauplatte das Kombinationsmähgerät MKM 700, das aus einem Frontausleger und einem Randstreifenmähgerät besteht. Sein Zweck ist die effiziente Bearbeitung des Intensivbereichs des Straßenbegleitgrüns, also von Flächen wie Banketten, Mulden, Gräben, Trenn- und Mittelstreifen. Hinten am Unimog ist der Heckausleger SB 600 verbaut, der mit seiner Absaugeinrichtung die anfallende Mahd in einem Mähgutanhänger entsorgt. Unterschiedliche Arbeitsgerätevarianten ertüchtigen die Auslegergeräte für zahlreiche Aufgaben der Grünstreifenpflege im Sommerdienst. Eine besondere Rolle beim Insektenschutz kommt dem Grünpflegekopf ECO 1200 plus zu: Sein spezielles Schneidwerk schützt Insekten und Pflanzen wissenschaftlich belegt besser als viele konventionelle Schneidwerke.

Unimog mit ECO-Winterdiensttechnologie

Mit dem Sondermodell Unimog U 327 steht außerdem ein vielseitiger Spezialist für Winterdienst und Transport am Stand. Er mobilisiert 200 kW (272 PS) und ordnet sich in die mittelschwere Modellreihe bis 14,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht ein. Damit bietet der Unimog U 327 Leistung, Gewichtsklassen und Radstände eines U 427, kombiniert mit der Kompaktheit und Wendigkeit, welche die Baureihe Unimog U 319 so beliebt macht. Auch für Transporte und Kranarbeiten bietet dieses Modell eine geeignete Plattform. Für besondere Kundenanforderungen ist der Unimog U 327 auch mit langem Radstand und großer Pritsche lieferbar.

Unimog ExpertPartner Bucher Municipal hat das Fahrzeug mit seinem neuen Flügelschieber-Schneepflug Wingx LN2636t sowie einem Yeti W27 mit VarioMax und wechselbarem Streuteil ausgerüstet.



Unimog U 327: Das Sondermodell, ausgestattet mit ECO-Winterdienstgeräten von Bucher Municipal, kann auf der GalaBau in Augenschein genommen werden. Bild: DaimlerTruck.com

Der Schneepflug verfügt über variabel verstellbare Seitenflügel, womit er sich zum Räumen von großen Flächen eignet. Zudem ist dieser Schneepflug mit einer patentierten Neopren-Räumleiste ausgestattet, die ein oberflächenschonendes und zugleich geräuscharmes Räumen bei einer sehr hohen Standzeit ermöglicht. Zum Räumen von Eis und festgefahrenem Schnee verfügt der Wingx über ein optionales Doppelräumleistensystem, mit dem es möglich ist, während der Fahrt eine Stahlleiste hydraulisch zuzuschalten.

Der Yeti W27 Streuautomat mit Doppelförderschnecken-System und optionalem VarioMax-System, sowie einem abnehmbaren Streuteil bietet ein Trockenstoffvolumen von 2,7 Kubikmetern und ein Solevolumen von 1.280 Litern. Durch den VarioMax Behälter lässt sich der Streuautomat innerhalb kürzester Zeit von einem FS30 zu einem reinen Solestreuer (FS100) umrüsten. Dadurch wird das Solevolumen von 1.280 Liter auf 3.130 Liter erhöht. Die Ausbringung der Sole erfolgt über den Streuteller bis zu einer Breite von 8m. Mit der ECO Feuchtsalztechnologie von Bucher Municipal kann die Wirtschaftlichkeit gesteigert werden, indem Trockenstoff eingespart und die Liegedauer des ausgebrachten Materials erhöht wird.

Das abnehmbare Streuteil des Streuautomats kann im Sommer durch eine Schlauchhaspel ersetzt werden, um Gieß- oder Reinigungsarbeiten durchzuführen. Hierzu dienen die Seitentanks sowie der VarioMax Behälter als Wasserspender. Der gezeigte Unimog mit Anbaugeräten ist damit eine praktische Lösung für den Ganzjahreseinsatz. ❐



Der Doppelmessermähbalken mit Förderschnecke von BB-Umwelttechnik legt das gemähte Gras schonend in die Fahrzeugmitte ab, ohne es zu überfahren. Bild: Lindner Traktoren

Insektenfreundliches Mähen mit dem Unitrac

Der österreichische Traktoren- und Transporterhersteller Lindner hat in Zusammenarbeit mit seinen Partnern eine innovative Lösung entwickelt, die eine insektenschonende Pflege von Grünflächen ermöglicht. Die insektenfreundliche Maschinenkombination wird im Rahmen des Programms Natürlicher Klimaschutz in den Kommunen gefördert und auf der GalaBau 2024 vorgestellt.

Die Unitracs von Lindner sind vielseitige und wendige Transporter, die ihre Stärken ganzjährig im Kommunalbereich, bei Seilbahnen und bei Landwirten ausspielen – von der Straßenreinigung über den Winterdienst bis zum Mähen. Eine der großen Stärken ist der einfache und schnelle Wechsel der verschiedenen Anbaugeräte. Jetzt präsentiert Lindner mit seinen Partnern BB-Umwelttechnik (Bayern) und Gruber Ladewagen (Österreich) eine besonders tierfreundliche Innovation: Der Unitrac ist ab sofort in einer Gerätekombination erhältlich, die Grünflächen insektenschonend bewirtschaftet.

Der Doppelmessermähbalken mit Förderschnecke von BB-Umwelttechnik legt das gemähte Gras schonend in die Fahrzeugmitte ab, ohne es zu überfahren. Es erfolgt ein schonender Schnitt, bei dem keine Sogwirkung wie bei rotierenden Mähwerken entsteht. Zudem zeichnen sich die Doppelmessermähwerke durch ihr niedrigeres Gewicht und den geringen Leistungsbedarf aus.

Der zweite Bestandteil der insektenschonenden Maschinenkombination ist der Aufbauladewagen mit Schwingenladesystem, den Lindner mit der Firma Gruber entwickelt hat. Im Gegensatz zu herkömmlichen Saugtechniken wird das Erntegut ohne Verwirbelungen in den sehr geländetauglichen Ladewagen gelegt – auch das schont Bienen, Schmetterlinge & Co.

Förderungen sichern

Deutsche Städte und Gemeinden können sich attraktive Förderungen für den Unitrac mit insektenschonenden Anbaugeräten sichern. Über das Förderprogramm „Natürlicher Klimaschutz in den Kommunen“ können Zuschüsse zwischen 80 und 90 Prozent der Kosten beantragt werden. Ziel des Programms ist es, Grünflächen zu schaffen und die Artenvielfalt in urbanen Gebieten zu erhalten.

Lindner auf der GalaBau

Alle Informationen zum insektenschonenden Mähen und zur neuen Gerätekombination gibt es beim Lindner-Stand auf der GalaBau, bei dem auch BB-Umwelttechnik als Mitaussteller vertreten ist. Auf der internationalen Leitmesse für Urbanes Grün und Freiräume vom 11. bis 14. September 2024 in Nürnberg bekommen die Besucherinnen und Besucher außerdem alle weiteren Infos zum kommunalen Fahrzeugprogramm von Lindner.

Lindner im Internet:
lindner-traktoren.at ❐



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwaschgeräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Martin Pichler
Erster Bürgermeister des Markts Schönberg

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Im Markt Schönberg bin ich Bürgermeister von etwa 3.900 Bürgerinnen und Bürgern. Zugleich bin ich Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Schönberg, über die die Gemeinden Schöfweg, Innernzell und Eppenschlag mit verwaltet werden. Insgesamt leben hier etwa 7.800 Menschen.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
2014 wurde ich zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt und im Jahr 2020 bestätigt. 2014 als zweitjüngster in Bayern.
Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen?
Ich war in der Verwaltung der Marktgemeinde tätig. Dort hatte ich verschiedene Aufgaben und war nach dem Bauamt zu der Zeit als Kämmerer für die Finanzen zuständig.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Schon als Angestellter war die Motivation, am Gemeinwohl meiner Heimat aktiv mitgestalten zu können, ganz wichtig für mich. Deshalb war ich auch schon politisch tätig und habe es nicht gescheut, auch mehr Verantwortung zu übernehmen.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Die Themen und Abläufe kannte ich ja bereits gut. Ich denke, das war auch die ideale Vorbereitung. Denn neben dem Wunsch, etwas erreichen zu wollen, was man selbst als richtig sieht, gehört auch die Fähigkeit, das auch vermitteln und begründen zu können.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Schönberg war dank der stets guten Arbeit meiner Vorgänger bereits stark aufgestellt. Dennoch reißen die Herausforderungen nicht ab. Im Ratsgremium haben wir Zukunftsfragen priorisiert. Kinderbetreuung von Kita bis Schule; Breitbandausbau; Wasserver- und Abwasserentsorgung, Förderung der Wirtschaftsstrukturen und nicht zuletzt eine Innenortentwicklung bis hin zur Barrierefreiheit. Der Lohn: Schönberg ist attraktiv als Wohn- und Arbeitsort.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Den Euro kann ich dennoch nur einmal ausgeben. Gerade muss sich der Markt wieder etwas konsolidieren. Der Erfolg baut zugleich auch Druck auf. 2024 sind wir Einzahler in den „kommunalen Finanzausgleich“, erhalten aber zugleich keine Schlüsselzuweisungen. Das Schlagloch vor der Haustüre hat seine Ursache bisweilen auch in übergeordneten Themen wie Kreis-Krankenhausdefiziten oder weniger leistungsfähigen Gemeinden. Aber auch dieses Solidarsystem hat natürlich irgendwo seine Richtigkeit.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen / wollen?
Wie gesagt, nach eher sozialen Themen geht es jetzt stark in Richtung Infrastruktur. Eine große Brücke kann im Unterhalt schon einmal zum finanziellen Gewaltakt werden. Und dennoch will Schönberg keinen Investitionsstau vor sich herschieben. Oft ist es ja auch weniger die Frage der Mittel oder Förderung, sondern der Verfügbarkeit von Planern und Ausführenden.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Lasst Euch nicht beirren. Der größte Fehler wäre, einfach aus lauter Vorsicht nichts anzupacken. Wo die Ziele es wert sind, wird sich auch ein Weg finden.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Kommunikation und Offenheit sind extrem wichtig. Ohne Zustimmung geht nichts. Im Gemeinderat ist jeder aufgefordert sich einzubringen. Jeder steht hier auch als Fachfrau oder Fachmann für eigene Themenbereiche wie Tourismus oder Bauen. Die Verwaltung versorgt mich mit den wichtigen Daten und die Menschen am Ort treffe ich bei Festen und Anlässen auch selbst als Bürger. Dennoch ist klar: 100 Prozent Zustimmung ist utopisch. Aber die allermeisten Leute haben schon ein Gespür dafür ob es unter dem Strich passt.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Sie wird nicht. Sie hat bereits. Schönberg stellt immer mehr „Ämtergänge“ auf die digitale Bahn. Auch deshalb schauen wir, dass selbst abgelegene Gehöfte bis etwa 2027 Glasfaserstatus haben. Arbeitswelten verändern sich. Gesparte Kilometer entlasten die Umwelt und weniger Zeit auf der Straße sorgt für bessere Work-Life-Balance. Wir fürchten uns auch vor KI nicht, wenn wir nur weiter selbst Köpfchen beweisen.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Tue recht, fürchte Gott, scheue niemand! Das hört sich vielleicht zunächst etwas verstaubt an. Aber es fasst für mich Wichtiges kurz zusammen: Ehrliche Offenheit gegenüber anderen, eine Ehrfurcht vor einem größeren Schöpfungssinn und ein aufrechter Wille, für Überzeugungen auch gegen Widerstände einzutreten.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ich bin 2014 als einer der jüngsten Bürgermeister ins Amt eingestiegen und versuche mir diesen Elan auch zu behalten. In der Erinnerung bin ich dann hoffentlich aber nicht der „Ungeduldige“, sondern der, der Schönberg ein gutes Stück vorwärtsbewegen konnte. Ich habe ja hoffentlich noch über die zweite Amtszeit hinaus Zeit, mich auch noch zum abgeklärten Gestalter zu entwickeln. Aber zuerst ist noch zu viel zu tun. ❒

Frauenau und Wildflecken feiern runde Jubiläen

Ausdauernd und intensiv wird heuer das 700-jährige Ortsjubiläum der Gemeinde Frauenau im niederbayerischen Landkreis Regen gefeiert, zwölf Monate lang bis zum Silvestertag 2024. Ein Organisationskomitee um Bürgermeister Fritz Schreder und mehrere Arbeitskreise haben das Jubiläum organisiert.

„700 Jahre Frauenau sind nicht nur ein Anlass, die Vergangenheit zu feiern, sondern auch eine Gelegenheit einen Blick in die Zukunft zu werfen. Es ist beeindruckend zu sehen, wie sich die Gemeinde stets weiterentwickelt und dabei ihre Wurzeln nicht vergessen hat. Frauenau ist ein starker und großartiger Teil Bayerns!“, gratulierte Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann dem 2.800-Einwohner-Ort.

Der Minister nahm nicht nur an der Frauenauer Kirchweih mit einem großen historischen Festzug teil, sondern auch am feierlichen Festgottesdienst zum Patrozinium der Pfarrkirche ‚Mariä Himmelfahrt‘, die vor 257 Jahren eingeweiht wurde. Herrmann betonte: „Religion und Glaube spielen in Frauenau seit jeher eine wichtige Rolle. Die Pfarrkirche ist der Mittelpunkt des Ortes und eine der schönsten Rokokokirchen des Bayerischen Waldes. Sie ist das Ziel vieler Wallfahrerinnen und Wallfahrer.“

1324 ließ sich der Benediktinermönch Hermann am Nordhang des Flanitztals nieder und legte damit den Grundstein für den Ort Frauenau. Herrmann zufolge zählt dieser mit zu den herrlichsten Landstrichen Bayerns, indem es sich gut leben und Urlaub machen lässt. Außerdem sei Frauenau das ‚Gläserne Herz‘ des Bayerischen Waldes und Teil der ‚Glasstraße‘. „In Frauenau sind das Glasmuseum und die ‚Gläsernen Gärten von Frauenau‘ absolute Highlights. Sie können stolz sein auf die Erfolgsbilanz Ihrer Gemeinde und ihrer 700-jährigen Geschichte!“, stellte Herrmann fest.

Mit einem Festwochenende feierte die Gemeinde Wildflecken im Landkreis Bad Kissingen ihr 500-jähriges Bestehen. Der Truppenübungsplatz bot die Möglichkeit, „per pedes“ ausgewählte Bereiche des Platzes zu begehen, die Natur zu bewundern und seinen Blick über einen Teil der Rhön schweifen zu lassen. Angeboten wurden drei Touren über 10, 16 und 23 Kilometer. Begonnen hatte das Jubiläumsjahr bereits an Silvester 2023 mit einem Feuerwerk auf dem Rathausplatz.

Laut Erstem Bürgermeister Gerd Kleinhenz sind die Geschichte Wildfleckens und seine Entwicklung einzigartig. Seit dem Bestehen der Gemeinde hätten viele Menschen unterschiedlichster Nationalitäten hier ihre Heimat gefunden, seien zu Gast gewesen oder hätten ihren Militär- bzw. Wehrdienst abgeleistet. Dass dieses Zusammenleben in der Vergangenheit und auch heute noch so gut funktioniert, sei nicht zuletzt der Offenheit der Wildfleckener Bürger zu verdanken. **DK**

Bezirke Oberpfalz und Niederbayern:

Einsatz für kulturelle Vielfalt in der Region

Die Kulturausschüsse der Bezirkstage der Oberpfalz unter dem Vorsitz von Präsident Franz Löffler und von Niederbayern (Leitung: Vizepräsident Dr. Thomas Pröckl) haben in ihren Sommersitzungen in den Bezirkskliniken Wöllershof bzw. Mainkofen Fördermittel in Höhe von rund 230.000 Euro bzw. über 337.000 Euro bewilligt. Dabei handelt es sich um Kultureinrichtungen und -initiativen sowie kulturelle Veranstaltungen.

Zu den Fördermitteln des oberpfälzischen Bezirkstags zählen das Preisgeld für den Kultur- und Jugend-Kulturförderpreis sowie für die Denkmalpreise des Bezirks Oberpfalz. Bis zu 7.000 Euro gehen künftig an die Oberpfälzer Festspiele, denn der Bezirk hat die Förderrichtlinien aktualisiert. Ab 2025 wird der prozentuale Fördersatz von fünf auf zehn Prozent und die Deckelung des Höchstzuschusses von 5.000 auf 7.000 Euro erhöht.

Weitere einstimmig beschlossene Zuschüsse fließen u.a. an die Junge Philharmonie Ostbayern e.V.: Für Projektwochen für talentierte Musikerinnen und Musiker ist im Haushaltsjahr 2024 ein Zuschuss von 2.220 Euro vorgesehen und die Stiftung Regensburger Domspatzen wird mit einem Zuschuss von 4.000 Euro unterstützt. 5.500 Euro gehen an das Ostbayerische Jugendsinfonieorchester.

Dem Historischen Verein für die Oberpfalz und Regensburg wird zur Herausgabe des 164. Verhandlungsbandes im Haushaltsjahr 2024 ein Zuschuss von 4.000 Euro bewilligt. Der Markt Beratzhausen wird für die Umsetzung der „Literaturtage im Oberpfälzer Jura 2024“ mit 3.500 Euro unterstützt. Für die Neukonzeption der Dauerausstellung „Glas, Porzellan und Steingut“ im Kultur-Schloss Theuern erhält das Bergbau- und Industriemuseum Ostbayern einen Zuschuss von 20.000 Euro.

In Mainkofen genehmigte der Kulturausschuss u.a. einen Zuschuss von 2.500 Euro für den Blasmusikbezirk Isar-Vils Rott e.V. für das Bezirksjugendorchester 2024. Jeweils 130.000 Euro gehen an den Landkreis Rottal-Inn für den Betrieb des Theaters an der Rott in Eggenfelden im Jahr 2024 und die Stadt Straubing für den Betrieb des Tiergartens im Jahr 2024. Eine Förderung in Höhe von je 10.000 Euro erhalten die Katholische Erwachsenenbildung (KEB) im Landkreis Regen e.V. für das Volksmusikspektakel „drumherum“ 2024 sowie das Theater im Scharfrichterhaus für das Jahresprogramm 2024. 9.000 Euro werden Enrico Saller für die Produktion des Filmprojekts „Ein Bayerwaldkrimi – Im Schatten der Stille“ zuteil und mit 6.000 Euro wird das Bild-Werk Frauenau e.V. für die Internationale Sommerakademie für Glas und Bildende Kunst 2024 unterstützt. Mit je 5.500 Euro gefördert werden der Ostbayerische Jugendsinfonieorchester e.V. für das Arbeitsjahr 2024 und der For A Change e.V. für das „For A Change Festivals 2024“. Der Europäische Jugend Musikfestival e.V. bekommt 4.250 Euro für das 27. Young Classic Europe-Festivals 2024, der Markt Schönberg 3.540 Euro für die Publikation der Marktchronik Schönberg, der Markt Bad Abbach 3.500 Euro für das Heinrichsfest 2024 mit Kunstinstallation Multiple Mythen und das Theater ImPuls 2.500 Euro als Förderung für das Theaterprojekt „Drei Schwestern“. Weiterhin wird die Hofkapelle München gUG mit 2.090 Euro für die Konzertreihe „Mozart!Mozart!“ im Rahmen der Asam Barockakademie Aldersbach bezuschusst. Die Zauberberg gGmbH erhält als Förderung für das Festival „Umsonst & Draussen 2024“ einen Zuschuss in Höhe von 1.830 Euro, die Gemeinschaft Bildender Künstler in Straubing für die Sommerausstellung „Gegenwart aus Vergangenheit“ 1.820 Euro und der Musikbund von Ober- und Niederbayern e.V. zur Förderung der Blasmusik in Niederbayern 2024 1.800 Euro. Das Theater Plan B wird für das Theaterstück „Hautnah“ mit 1.690 Euro unterstützt, für das Theaterprojekt „Die Turing-Maschine“ gibt es 1.680 Euro und für das Theaterprojekt „Fight Club“ 1.390 Euro. Außerdem geht ein Zuschuss in Höhe von 1.270 Euro an den Junge Philharmonie Ostbayern e.V. für die Probenphasen Frühjahr und Herbst 2024 sowie ein Zuschuss in Höhe von 850 Euro an den Kulturförderverein Neuhaus am Inn für das grenzüberschreitende Musikfest „Funkenflug“ 2024 und 840 Euro für den Musikforum Freyung e.V. als Förderung der Freyunger Opernwerkstatt 2024.

Unterstützung regionaler Popkultur

Um die regionale Popkultur zu unterstützen, stimmte der Ausschuss zudem Mitteln in Höhe von insgesamt 4.379 Euro für Studioaufnahmen und Videoproduktionen einschlägiger Musikprojekte zu. Zur Förderung der Denkmalpflege wurden nach den einschlägigen Richtlinien des Bezirks Niederbayern für Bau- und Kunstdenkmäler aus Mitteln des Bezirkshaushalts im Rahmen der Regelförderung 120.850 Euro für 16 Einzelmaßnahmen bewilligt. Es fließen in die Landkreise Kelheim 49.950 Euro, Passau 25.600 Euro, Straubing-Bogen 6.500 Euro, Landshut 5.000 Euro, Freyung-Grafenau 2.000 Euro und Deggendorf 1.200 Euro; in die Städte Landshut 28.600 Euro und Passau 2.000 Euro. Ein „Interkommunales Denkmalkonzept“ (IKDK) ist ein vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) entwickeltes Instrument, um den historischen Baubestand und die Elemente der Kulturlandschaft einer Region als wertvolle Ressource zu erkennen, inwertzusetzen und nachhaltig weiterzuentwickeln. Der Landkreis Regen hat sich entschlossen, ein IKDK als Planungsinstrument einzuführen. Mit Beschluss des zuständigen Ausschusses im September 2023 wurde eine Projektskizze mit dem Titel „Zurück in die Zukunft: Nachhaltige Kulturtechniken neu entdecken“ erstellt. Auf dieser Grundlage geht der Landkreis Regen nun in die erste Projektphase. Der Bezirk Niederbayern fördert diese laut Beschluss vom Donnerstag mit 5.931 Euro, was einem Anteil von 10 Prozent der Gesamtkosten für Phase I entspricht. Die Gemeinde Winzer plant, in den ehemaligen Räumlichkeiten der Korbfabrik Moser eine museumsähnliche Einrichtung (begehbares Depot) zu gründen. Dort soll die Geschichte der Korbmacherfabrik, die für den Ort und für die Region überaus bedeutend war, als ein Stück regionaler Handwerks- und Gesellschaftsgeschichte für ein interessiertes Publikum erlebbar gemacht werden. Der Kultur-, Jugend- und Sportausschuss genehmigte hierfür einen Zuschuss von 10.000 Euro. Zudem erhalten die Stadt Zwiesel für die Internationale Glaskunstausstellung im Waldmuseum Zwiesel einen Zuschuss von 6.750 Euro und die Stadt Kelheim für die Publikation „Kelheim in den 1950er und -60er Jahren. Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“, die die gleichlautende Ausstellung vom 9.5. bis 3.11.2024 im Archäologischen Museum der Stadt Kelheim begleitet, einen Zuschuss von rund 2.223 Euro. **DK**

Terminhinweis 2. Regionalkonferenz:

Energiezukunft gestalten. Gemeinsam!

28. Septmber 2024, 9:00 – 17.30 Uhr, kreuz+quer, Erlangen

Die Themen sind:

- Freiflächen-Photovoltaik und deren positiver Einfluss auf die Biodiversität sowie deren Vereinbarkeit mit landwirtschaftlicher Nutzung durch Agri-Photovoltaik
- Klimaneutrale (Nah-)Wärmeversorgung mittels Pyrolyseanlagen und Groß-Wärmepumpen

Weiter Infos und Anmeldung unter
www.energiewende-erlangen.de/Regionalkonferenz ❒

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Velburg als Drehort im Rampenlicht

„Marie fängt Feuer“ und „Verstehen Sie Spaß?“ vor beeindruckender Kulisse

Die malerische Stadt Velburg rückte im Juni und Juli gleich zweimal ins Rampenlicht der deutschen Fernsehlandschaft. Zunächst verwandelte sich Velburg in eine Filmkulisse für die beliebte ZDF-Serie „Marie fängt Feuer“. Hauptdarstellerin Christine Eixenberger und das Produktionsteam drehten in den beeindruckenden Tropfsteinhöhlen im Gemeindeteil St. Colomann sowie in der Umgebung der Bärenhöhle. Diese idyllischen Orte boten die perfekte Kulisse für Szenen der Feuerwehrserie.

Eva Franz, Produzentin der Serie, wählte bewusst Velburg als Drehort, um den Charme der Region in Szene zu setzen. Für die Stadt war dies eine besondere Auszeichnung. Bürgermeister Christian Schmid zeigte sich begeistert: „Es ist nicht nur eine Ehre für uns, sondern auch eine großartige Gelegenheit, Velburg als attraktives Reiseziel einem breiten Publikum zu präsentieren.“

Schmid hieß das ZDF-Team herzlich willkommen und lobte die reibungslose Zusammenarbeit. Besonders hob er die Rolle von Vincent Beijk, Geschäftsführer der Erlebniswelt Velburg, hervor, der maßgeblich daran beteiligt war, Velburg als Drehort ins Gespräch zu bringen. Als Zeichen der Wertschätzung wurde das ZDF-Team feierlich ins Goldene Buch der Stadt eingetragen.

Vorbild Feuerwehr

Für Bürgermeister Schmid war es eine besondere Freude, dass ausgerechnet eine Feuerwehrserie in Velburg gedreht wurde. Als ehemaliger Kreisbrandinspektor, der nach seiner Wahl zum Bürgermeister 2020 noch einige Wochen beide Ämter gleichzeitig ausübte, fühlt er sich der Feuerwehr eng verbunden. Bis heute begleitet er, wenn möglich, Einsätze Tag und Nacht und engagiert sich in seiner Vorbildfunktion für die Freiwillige Feuerwehr.

Die Dreharbeiten zu „Marie fängt Feuer“ waren jedoch nur der Auftakt einer weiteren namhaften Produktion in Velburg. Kurz nach Abschluss der ZDF-Dreharbeiten fand das ARD-Format „Verstehen Sie Spaß?“ seinen Weg in die Stadt. Im Gutshofhotel Winkler Bräu im Ortsteil Lengenfeld wurde ein humorvoller Kurzfilm gedreht. Mit Unterstützung von Lockvögeln entstanden Szenen, die die Zuschauer zum Lachen bringen sollen. Die Ausstrahlung der Sendung ist für Mitte Oktober geplant. Auch bei diesen Dreharbeiten war Bürgermeister Schmid vor Ort und zeigte sich erfreut über das erneute Interesse der Fernsehbranche an Velburg: „Wir freuen uns, dass wir eine weitere Produktion einer namhaften Sendung in Velburg begrüßen dürfen. Ich bin selbst großer Fan von ‚Verstehen Sie Spaß?‘, und deshalb ist es für mich etwas Besonderes, die Dreharbeiten vor Ort begleiten zu dürfen“, erklärte Schmid stolz.

Für Velburg war dieser Sommer ein doppelter Erfolg: Nicht nur kann die Stadt ihre landschaftliche Schönheit einem breiten Fernsehpublikum präsentieren, sondern sie hat sich auch als attraktiver Drehort in der Region etabliert. Mit Spannung wird nun die Ausstrahlung der beiden Produktionen erwartet. **CH**



Das ZDF-Team der Serie „Marie fängt Feuer“ mit Bürgermeister Christian Schmid (2.v.l.) trägt sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Bild: Stadt Velburg

GZ PINOS WELT



Kennen Sie Dodgeball? Nein? Keine Angst, Sie sind in guter Gesellschaft, der Sport ist ziemlich unbekannt. Es ist ein Mannschaftssport, bei dem die Spieler, ähnlich wie beim Völkerball, Bälle werfen, fangen oder diesen ausweichen müssen. In Nordamerika, Asien und Großbritannien ist Dodgeball weit verbreitet, in Kontinentaleuropa erfreut sich das Spiel mit etwas härteren (cloth) oder weicheren (foam) Bällen aber stetig wachsender Beliebtheit. Zu den absoluten Top-Nationen, gemessen an internationalen Erfolgen, gehört übrigens unser Nachbar Österreich.

Wieso ich darauf komme? In diesem Sommer waren die Weltmeisterschaften in Graz. Nur eine Woche bei 100 Teams aus 20 Nationen (jeder Kontinent war vertreten) handelte es sich um einen richtigen Amateur-Sportevent, bei dem jedenfalls die deutschen Teilnehmer neben sehr viel Enthusiasmus, Kondition und Kraft auch noch selber das Geld für das Drumherum aufbringen mussten.

Olympia 2024: Eine Rückschau

Welch ein Kontrast zu den Olympischen Spielen, bei denen ja eigentlich auch „die Jugend der Welt“ zum „friedlichen Wettkampf“ unter dem Motto „Dabeisein ist Alles“ antreten sollte! Herausgekommen ist wie immer bei diesen internationalen Megaereignissen eine Mischung aus Größenwahn und Merchandising, aus Eitelkeiten und Ablenkungen.

Natürlich gibt es auch Ereignisse, an die man sich lange erinnern wird: An den Weltrekord von Armand Duplantis im Stabhochsprung oder an den Pechvogel in dieser Disziplin, Anthony Ammirati, dessen Qualifikationssprung viral ging, weil er die Latte mit einem Körperteil wegfegte, der nur einem Manne zu Gebote steht. Oder Aleksandra Mirosław, der man bei ihrem Weltrekord im Speedklettern kaum mit den Augen folgen konnte. Voraussehbar war der Titelgewinn im Boxen der Damen, nachdem man zum Wettbewerb eine Person zugelassen hatte, die in jeder Duisburger Eckkneipe mit dem Ehrentitel „watt en Kerl“ begrüßt würde. Kein Wunder, dass die Mitbewerberinnen reihenweise nur so verdroschen wurden.

Amüsant war, dass sich ausgerechnet Mitglieder des britischen Teams über das Essen in der Sportlerkantine beschwerten. Da haben sich die Franzosen wohl einen kulinarischen Standortvorteil verschafft.

Für Deutschland waren die Spiele ein Debakel – nur Rang 10 im Medaillenspiegel, so wenig Edelmetall wie nie zuvor. Wäre die Autonation Deutschland nicht durch krasse Pferdestärken gesegnet (Reiten gab Medaillen satt), wäre das Team der Stanford-University erfolgreicher gewesen als „wir“.

Nachdem wir Deutsche sind, wurde sofort nach dem Schuldigen gefragt. Und gefunden wurde die Ursache auch: Zu wenig Geld für die Sportförderung. Wie gesagt, eine sehr deutsche Diskussion. Sicher, die Zeiten als die Sportförderung noch von echten Sportenthusiasten wie Theo Waigel (Finanzen) und Wolfgang Schäuble (Inneres) verantwortet wurde, sind vorbei. Heute scheint sich die Bundesregierung mehr für die Freikarten bei den Wettkämpfen zu interessieren als für den Sport selbst.

Aber Forderungen wie eine Mio. Euro steuerfreies Handgeld für Olympiasieger können ja wohl nicht ganz ernst gemeint sein. Sport sollte in der Amateurklasse von Enthusiasmus, Leidenschaft und Ehrgeiz getrieben werden, nicht von Geldgier. Womit wir wieder bei den Dodgeballspielern und -spielerinnen vom Anfang wären.

Wir sollten uns auch darüber austauschen, welchen Stellenwert Leistung in unserer Gesellschaft noch hat. Ich meine jetzt nicht die alberne Diskussion über die Bundesjugendspiele – die waren noch nie eine Brutstätte für Leistungssportler. Leider genießen aber Leistungsträger – ob im Sport, in der Forschung oder als Unternehmer – hierzulande wenig bis keine Anerkennung. Neid und Missgunst liegen dieser Gesellschaft näher als Bewunderung für Menschen, die Außergewöhnliches erreichen.

Am Ende hat vielleicht auch Ephraim Kishon recht: „Es geht im Sport nicht nur ums Geschäft. Es geht auch darum, dass die Fans nichts davon merken.“

Ihr Pino

Landkreis Donau-Ries:

1.000 Schulen für unsere Welt

Zimmerer-Innungen Donau-Ries und Dillingen unterstützen Schulbauprojekte in Liberia

Vor einem Jahr besuchten Landrat Stefan Rößle und der Oettinger Holzbauunternehmer Erwin Taglieber zwei Schulen in Sierra Leone, die sie im Rahmen der bundesweiten Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ gespendet hatten. Die Initiative, die Landrat Rößle 2018 ins Leben gerufen hat, soll den Zugang zu Bildung in benachteiligten Regionen verbessern. Die Reise, die von der für den Bau verantwortlichen Organisation Street Child e.V. begleitet wurde, führte die beiden in eine ländliche Region des westafrikanischen Landes, in der Schulen selten und daher besonders wichtig sind. Beeindruckt von den Reiseberichten Tagliebers beschloss die Kreishandwerkerschaft Nordschwaben gemeinsam mit den Zimmerer-Innungen der Landkreise Donau-Ries und Dillingen, ebenfalls Spenden für Schulbauprojekte zu sammeln – diesmal für zwei Schulen in Liberia, einem Nachbarland von Sierra Leone.

Dank der Unterstützung von insgesamt 40 Innungsbetrieben konnten jeweils 12.500 Euro für die Schulbauprojekte in den Gemeinden Gbronyaquelle (Projekt der Zimmerer-Innung Donau-Ries) und Carter (Projekt der Zimmerer-Innung Dillingen) gesammelt werden. Christoph Schweyer, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Nordschwaben, betonte die Bedeutung der Gemeinschaftsleistung: „Die beiden Schulbauprojekte verdeutlichen, was wir erreichen, wenn alle an einem Strang ziehen. Durch die gemeinsame Unterstützung der Innungen und ihrer Betriebe geben wir Kindern in Liberia nun die Chance auf eine bessere Zukunft.“



Spendenübergabe im Landratsamt Donau-Ries: Oben v.l.: Clifton Grover und Simone Inhofer (Street Child e.V.), Ramona Ruf (Koordinatorin Entwicklungszusammenarbeit). Unten v.l.: Christoph Schweyer (Kreishandwerkerschaft Nordschwaben), Christian Graf (Zimmerer-Innung Dillingen), Landrat Stefan Rößle, Franz Motz (Zimmerer-Innung Donau-Ries) und Erwin Taglieber. Bild: Diana Sonntag

Die ebenfalls mit Street Child e.V. realisierten Schulen wurden kürzlich offiziell an die lokalen Gemeinden übergeben. Ein besonderes Merkmal der Projekte ist die enge Einbindung der Gemeinden von Anfang an in den Bauprozess. Darüber hinaus wird durch den Anbau von Nutzpflanzen auf dem Schulgelände Einkommen generiert, das die Familien der Schulkinder zusätzlich unterstützt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 25.000 Euro pro Schule, die andere Hälfte wird jeweils von einem CoSponsor finanziert.

Landrat Stefan Rößle dankte Franz Motz, Obermeister der Zimmerer-Innung Donau-Ries, und Christian Graf, stellvertretender Obermeister der Zimmerer-Innung Dillingen, im Namen aller beteiligten Innungsbetriebe und freute sich darüber, dass mit Street Child e.V. ein erfahrener Partner für die Innungen gefunden wurde. Die internationale Hilfsorganisation hat bereits fast 100.000 Kinder in Westafrika mit verschiedenen Maßnahmen wie Schulbau, landwirtschaftlichen Projekten und traumapädagogischer Beratung erreicht.

Lokale Unternehmen helfen global und nachhaltig

„Das Engagement der Zimmerer-Innungen zeigt eindrucksvoll, wie lokal verwurzelte Unternehmen global wirksam helfen können. Diese Schulen werden das Leben vieler Kinder nachhaltig verändern“, so Landrat Stefan Rößle. Pünktlich zum neuen Schuljahr im Herbst können die neuen Schulen genutzt werden. 300 Kinder, die bisher aufgrund der großen Entfernung zur nächsten Schule nicht zur Schule gehen konnten, dürfen sich dann auf ihren ersten Schultag freuen. ❐

Bibliothekspreis für Würzburg und Marktoberdorf

Der Bayerische Bibliothekspreis 2024 geht an die Stadtbibliothek Würzburg und die Stadtbücherei Marktoberdorf (Landkreis Ostallgäu). Wie Kunstminister Markus Blume betonte, zeichneten Ideen, Innovationen und eine große Prise Idealismus die Preisträger aus. Dr. Ute Eiling-Hütig, 1. Vorsitzende des Bayerischen Bibliotheksverbandes, ergänzte: „Die Welt der Bücher ist faszinierend – dort einzutauchen ist für Jung und Alt immer wieder ein Erlebnis. Unsere Bibliotheken sind dabei das wichtigste Tor für Abenteuer und Entdeckungsreisen.“

Der Hauptpreis, dotiert mit 10.000 Euro, wird für ein innovatives Bibliotheksangebot vergeben. Die Stadtbibliothek Würzburg ist laut Fachjury ein nationales und internationales Vorbild, da es den Paradigmenwechsel von Bibliotheken, die sich zu integrativen Orten des sozialen Miteinanders entwickelten, widerspiegele. Die Bibliothek habe einen Bibliotheksentwicklungsplan erarbeitet, der mit konkreten Handlungsfeldern in die Praxis umgesetzt werde. Im Rahmen von Mitarbeiterworkshops werde das Team der Stadtbücherei auf hervorragende Weise auf das sich verändernde Verständnis von Bibliotheken und die neuen Aufgaben mitgenommen und gestärkt. Mit dem 2022 neu gestalteten Raum Level3 im Falkenhaus könne zudem die Digitalisierung erlebt und aktiv mitgestaltet werden.

Gelungene Neukonzeption

Den Sonderpreis, dotiert mit 5.000 Euro, erhält die Stadtbücherei Marktoberdorf für einzelne zukunftsweisende Bibliotheksvorhaben. Sie überzeugte die Jury mit einer gelungenen Neukonzeption. Die über 30 Jahre alte Bibliothek konnte im Zuge der Gebäudesanierung des Rathauses komplett umgestaltet werden. Man habe behutsam Altes und Neues miteinander verbunden und so einen einladenden Raum für alle Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Besonders das Lesecafé, aber auch die übrigen neu gestalteten Bereiche wie etwa der Makerspace machbarMOD trügen dazu bei, dass die Stadtbücherei innerhalb kurzer Zeit zu einem wirklichen Treffpunkt und Begegnungsort geworden sei. **DK**



Ehre, wem Ehre gebührt: Der Bayern-Park würdigte 300 Menschen, die sich durch außergewöhnlichen Einsatz und besondere Hilfsbereitschaft ausgezeichnet haben, und veranstaltete im August erstmals einen Aktionstag, an dem die „Held*innen des Alltags“ in den Park eingeladen wurden. Unter den Ehrengästen, die die Aktion unterstützten, befanden sich auch Landrat Werner Bumeder (l.), Landkreis Dingolfing-Landau, und CSU-Generalsekretär Martin Huber. Bild: Bayern-Park

Oberpfälzer Landräte mit Krankenhausreform unzufrieden

Weitere Themen: Asyl und Energiewende

Amberg-Sulzbach. Nachdem die Landräte aus Franken wegen der Verluste der Krankenhäuser in Bayern mit dramatischen Auswirkungen auf die Haushalte der Landkreise und Gemeinden Alarm geschlagen haben, sehen auch die Oberpfälzer Landräte die Lage der Krankenhäuser als besorgniserregend. Das wurde bei der Tagung der Oberpfälzer Landräte in Oberviechtach (Landkreis Schwandorf), zu der der Schwandorfer Landrat Thomas Ebeling geladen hatte, mehr als deutlich. Dort standen die Themen Krankenhausplanung und medizinische Versorgung im ländlichen Raum auf der Agenda.

„Das gesamte Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen und Reformbedarf ist vorhanden", brachte es der Amberg-Sulzbacher Landrat und zugleich Sprecher der Oberpfälzer Landräte, Richard Reisinger, auf den Punkt. Ziel müsse es sein, für eine bedarfsgerechte und bürgernahe medizinische Versorgung sowohl im stationären als auch ambulanten Bereich zu sorgen. „Der Bund muss Strukturen schaffen, die eine Versorgung im ländlichen Raum dauerhaft sicherstellen, und für Behandlungen muss der Bund für eine ausreichende Finanzierung sorgen", wird Reisinger in einer Mitteilung seines Hauses zitiert.

Für den Tirschenreuther Landrat Roland Grillmeier stellt sich die aktuelle Situation als „unbefriedigend hoch 3" dar. „Die Krankenhausreform bzw. Veränderung kann nicht weiter auf dem Rücken der Landkreise und Gemeindefinanzen ausgetragen werden. Das kann sich keiner mehr leisten und die Menschen müssen die Veränderungen auch annehmen", so Grillmeier.

Auch den Freistaat Bayern sieht Franz Löffler, Chamer Landrat und Bezirkstagspräsident, in der Pflicht: „Es ist am Freistaat Bayern, Räume vorzugeben, die dann individuell in den Landkreisen ausgestaltet werden können." Konkret könnte dies so aussehen, dass der Freistaat bayernweit auf einer soliden Datengrundlage eine zukunftsorientierte Strukturplanung im Hinblick auf Bedarf, Qualität und Erreichbarkeit macht, vor allem für den Bereich der notfallmedizinischen Versorgung, wie es auch schon Landkreistag-Präsident Thomas Karmasin vor wenigen Wochen öffentlich formulierte

Energiewende mit Rückenwind

Aber nicht nur die Krankenhausreform, auch der Ausbau von erneuerbaren Energien in der Oberpfalz war Thema der Landrätetagung. Regierungspräsident Walter Jonas berichtete den Landräten, dass sich die Oberpfalz hier keineswegs verstecken müsse. In den vergangenen zwei Jahren habe das Thema deutlich an Fahrt aufgenommen, so Jonas. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch stieg in der Oberpfalz deutlich an. 4 Terrawattstunden (TWh) Strom wurden zuletzt aus Regenerativen Energiequellen erzeugt. Das entspricht 61 Prozent des benötigten Stroms in der Oberpfalz (6,6 TWh). Im Bayernvergleich liegt die Oberpfalz damit hinter Niederbayern an zweiter Stelle und deutlich über dem Durchschnitt (53,3 Prozent).

Spitzenreiter in der Oberpfalz mit einem Anteil Erneuerbarer Energien von 136 Prozent am Gesamtstromverbrauch ist der Landkreis Neumarkt. Dahinter folgt der Landkreis Amberg-Sulzbach mit 95 Prozent. Auch die restlichen Landkreise liegen allesamt über dem bayerischen Durchschnitt. Den größten Beitrag mit rund 30 Prozent leisten PV-Anlagen, gefolgt von Biomasse (17,5 Prozent) und Windenergie (8,9 Prozent).

Derzeit (Stand Juni 2024) gibt es in der Oberpfalz 129 Windenergieanlagen mit einer Nettoleistung von 328 MW. 24 neue Anlagen befinden sich laut Regierungspräsident im Genehmigungsverfahren. Diese Anlagen der neuen Generation können laut Jonas rund 50 Prozent der Energie erzeugen, die aktuell von den bestehenden Windkraftanlagen erzeugt werde.

„Die Bilanz der Oberpfalz ist erfreulich und die Richtung stimmt", bekräftigte Regierungspräsident Walter Jonas.



Die Oberpfälzer Landräte haben den Überblick. Sowohl von der großen Panoramabank in Oberviechtach als auch über die Themen, die ihnen und auch den Menschen unter den Nägeln brennen. (v.l.) Landrat Thomas Ebeling (Schwandorf), Bürgermeister Rudolf J. Teplitzky (Oberviechtach), Landrat Richard Reisinger (Amberg-Sulzbach), Landrat Franz Löffler (Cham), Landrat Willibald Gailler (Neumarkt), Regierungspräsident Walter Jonas und Dr. Klaus Schulenburg (Bayerischer Landkreistag). Bild: Christine Holleder

Dauerbrenner Asyl

Der Regierungspräsident gab den Landräten zudem einen aktuellen Überblick rund um das Thema Asyl. Jonas rechnet in den kommenden Wochen und Monaten mit einem stärkeren Zuzug von Flüchtlingen als im bisherigen Jahresverlauf und stellte fest, dass die Akquise von neuen Unterkünften immer schwerer werde. Die Oberpfälzer Landräte unterstrichen dies mit ihren Erfahrungen vor Ort in den jeweiligen Landkreisen. Problem seien auch so genannte Fehlbeleger. Davon gebe es im Regierungsbezirk aktuell rund 3.700, so Jonas.

Der Chamer Landrat Franz Löffler stellte aber auch fest, dass die vom Freistaat Bayern ergriffenen Maßnahmen wie Bezahlkarte und Grenzkontrollen wirken. Diesen eigeschlagenen Weg müsse der Freistaat Bayern konsequent weiterschreiten, so Löffler. ❐

Vorschau auf GZ 18/2024

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 26.9.2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk**
- **Arbeitsplatz Kommune**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management**
- **Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung



Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für
Wir liefern in 8-14 Tagen –
und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 26. September 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 18


Seite 3

BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Bayerisches BreitbandForum, 17. Oktober 2024,
Stadthalle Gunzenhausen, www.bayerisches-breitbandforum.de

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

DLT-Jahrestagung im Kloster Seeon:

Landkreise in der Zeitenwende

„Wir Landkreise sollten uns gerade in schwierigen Zeiten als Stabilitätsanker in der Fläche begreifen. Es gilt, das Vertrauen der Menschen in staatliche Strukturen zu stärken. Von ihnen und uns hängt viel ab“, unterstrich DLT-Präsident Reinhard Sager bei der Jahrestagung des Deutschen Landkreistags in Kloster Seeon. Die Landrätinnen und Landräte müssten standhaft bleiben. „Sie sind auch Brückenköpfe der Demokratie und des Rechtsstaates“, betonte Sager, dessen Amtszeit als DLT-Präsident nach zehn Jahren endete.

Zu Sagers Nachfolger bestimmte die Mitgliederversammlung den Landrat des Neckar-Oden-


Dr. Achim Brötel. Bild: DLT

wald-Kreises Dr. Achim Brötel. Der Fürstenfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin, seit Mai 2022 Präsident des Bayerischen Landkreistags, wurde einstimmig zum Vizepräsidenten des DLT wiedergewählt. Als weitere Vizepräsidenten fungieren die Landkreischefs Sven Ambrosy (Landkreis Friesland), Götz Ulrich (Burgenlandkreis), Anita Schneider (Landkreis Gießen, ab 28.11.2024) und Olaf Schade (Ennepe-Ruhr-Kreis, ab 16.11.2025).

Die Politik muss mehr liefern

„Die Politik muss mehr liefern, besser kommunizieren und darf sich nicht ständig verheddern im Klein-Klein. Dafür geht es um zu viel. In der Verunsicherung der Zeitenwende ist es umso mehr Aufgabe der Politik, Wege zu finden, das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken“, stellte der scheidende Präsident fest. Wichtig sei die Erkenntnis, dass Deutschland dezentral geprägt ist und die meisten, nämlich 57 Millionen Menschen, in der Fläche leben. Für diese müsse zuallererst Politik gemacht werden.

Mehr Gelassenheit

„Etwas mehr Gelassenheit und weniger Aufgeregtheit sind bei aller Wachsamkeit durchaus ratsam“, gab Sager den mehr als 200 Delegierten auf den Weg. „Unsere Demokratie ist sowohl stabil als auch wehrhaft. Auch sollten politische Erklärer – in Berlin, den Landeshauptstädten, den Rundfunkanstalten oder der Presse – nicht den Fehler machen, unliebsame Wahlergebnisse so zu deuten, als hätten die

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Gunzenhausen erwartet kommunale Entscheider

11. Bayerisches BreitbandForum am 17.10.2024 in der Stadthalle Gunzenhausen

Schnelles Internet, obwohl nicht als klassische Aufgabe der Daseinsvorsorge definiert, ist ein entscheidender Standortfaktor. Nur mit flächendeckenden, hochbitratigen Breitbandanschlüssen kann Bayern als Wettbewerbsstandort nachhaltig gestärkt werden. Und so liegt es letztendlich doch in der Verantwortung der kommunalen Entscheidungsträger, die bestmöglichen Lösungen zu finden, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und die Finanzierung sicherzustellen.

Das Bayerische BreitbandForum der Bayerischen Gemeinde-Zeitung bietet seit 2013 eine Plattform für alle, die mit Breitbandthemen in bayerischen Kommunen und Behörden betraut sind. Seit 2024 ist der Bayerische Gemeindetag, der als Spitzenverband die Interessen der 2.031 bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden vertritt, als Mitveranstalter an Bord. Am 17. Oktober 2024 findet die Veranstaltung in der Stadthalle Gunzenhausen statt.

Aktuelle Themen, wie die Reform der Bundesförderung, die im Rahmen einer Podiumsdiskussion erörtert wird, sowie ein neuer Musterbescheid für die Glasfasereinlegung in Straßen stehen in diesem Jahr im Fokus. Ergänzt wird das Programm durch Vorträge zum Breitbandausbau im ländlichen Raum, zu technischen Planungsfragen und zur nachhaltigen Gestaltung des Ausbaus.

Informationen über Forum, Fachmesse, Partner, Aussteller, Vorträge, Podiumsdiskussion und Programm:
www.bayerisches-breitbandforum.de
Eintrittspreise: Kommunale Vertreter: EUR 15,-- zzgl. MwSt.
Wirtschaftsvertreter: EUR 110,-- zzgl. MwSt.
Anmeldungen:
www.bayerisches-breitbandforum.de/besucheranmeldung.

Traditionell wird das Forum durch ein **Schafkopfturnier** abgerundet. Sowohl erfahrene Spieler als auch Neulinge sind willkommen. Anmeldung bitte unter: www.bayerisches-breitbandforum.de/schafkopfturnier. Für Einsteiger werden separate Tische angeboten, sodass jeder teilnehmen kann. ❐

DKG-Krankenhausgipfel:

Reformprozess am Tiefpunkt

Forderung nach tragfähigem Kompromiss zur Krankenhausreform

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat auf ihrem diesjährigen Krankenhausgipfel unter dem Motto „Die große Krankenhausreform – wie bringen wir sie gemeinsam zu einem guten Ende?“ betont, dass ein schneller und tragfähiger Kompromiss zur Krankenhausreform notwendig ist. Besonders wichtig sei dabei, dass der Bund die Bedenken der Bundesländer ernst nimmt und adäquat berücksichtigt.

Das Wegbrechen von für die Bevölkerung wichtigen regionalen Versorgungsangeboten durch den kalten Strukturwandel müsse sofort beendet werden. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verlässlichkeit der sozialen Daseinsvorsorge dürfe nicht verspielt werden, so die DKG. Vorstandsvorsitzender Dr. Gerald Gaß bezeichnete die Lage zwei Jahre nach Ausrufung der Revolution in der Krankenhauspolitik als „trostlos“.

Wirtschaftlage der Krankenhäuser so schlecht wie noch nie

Wirtschaftlich stünden die Krankenhäuser so schlecht da, wie noch nie. Die Defizite seien in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen, die Krankenhausträger müssten Personal entlassen und Versorgungsangebote streichen, um Insolvenzen und Standortschließungen zu vermeiden. Kommunen stützten ihre Krankenhäuser mit Milliardenbeträgen, ihnen fehle das Geld für andere Bereiche der kommunalen Tätigkeiten wie Schulen oder Schwimmbäder. „Es gibt für die Kliniken und die Träger, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine positive Perspektive, anders als Minister Lauterbach immer wieder behauptet, auch nicht durch das KHVVG“, machte Gaß deutlich.

Auch inhaltlich sei der Reformprozess an einem Tiefpunkt angekommen. Fehlende Klarheit und Planungssicherheit kennzeichneten die derzeitige Situation. Niemand könne verlässlich prognostizieren, wie es mit dem eigenen Klinikstandort weitergeht. Investitionen und Zukunftspläne würden in Frage gestellt.

Destruktiver Streit und Drei-Punkte-Plan

„Aus politischer Perspektive ist der Streit zwischen Bund und Ländern destruktiv. Die gesamte Reform droht in dieser Legislaturperiode zu scheitern. Krankenhausversorgung ist ein entscheidender Teil der Daseinsvorsorge und für die Menschen im Land ein zentrales Thema. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass sich Bund und Länder nach einer nunmehr zweijährigen Hängepartie endlich einigen und den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, dass ihre Versorgung nachhaltig und qualitativ hochwertig gesichert wird“, stellte Gaß fest und verwies auf einen Drei-Punkte-Plan der DKG, der die zentralen Zielsetzungen der Krankenhausreform praktisch umsetzbar mache:

1. Alle Länder und der Bund vereinbaren, in einer ersten Phase bis Ende 2026 die Krankenhausplanung nach dem Konzept der nordrhein-westfälischen Krankenhausplanung umzusetzen. Damit gebe es bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen und die Einführung des Leistungsgruppenprinzips. Auf weiterführende Forderungen des Bundes wie Mindestzahlen, verschärfte Personalvorgaben, neue ergänzende Leistungsgruppen oder Einschränkungen bei den Kooperationen sollte in dieser ersten Phase verzichtet werden. Dazu gebe es weder Auswirkungsanalysen noch Erfahrungswerte und deshalb sollten diese Themen auch erst in einer weiterführenden Phase der Reform nach 2027 diskutiert und möglicherweise entschieden werden.

2. Beim Finanzierungsteil der Reform ist die Idee der Vorhaltefinanzierung richtig. Aber so wie sie jetzt ausgestaltet sei, bleibe

(Fortsetzung auf Seite 2)

Klausurtagung der CSU-Fraktion im Kloster Banz:

„Bayern – Stark. Sozial. Gerecht.“

Unter dem Motto „Bayern – Stark. Sozial. Gerecht.“ traf sich die CSU-Landtagsfraktion zur Herbstklausur im oberfränkischen Kloster Banz. Inhaltliche Schwerpunkte der Tagung waren unter anderem Sicherheit, Wirtschaft, Bildung und Pflege sowie der Austausch mit internationalen Gästen u.a. aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik.

Über die Gefahren des politischen Islam referierte im Fraktionsvorstand zunächst Prof. Dr. Susanne Schröter, Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam. Die Abgeordneten beschlossen dazu die Resolution „Politischen Islamismus transparent machen und konsequent bekämpfen!“

Meldestelle nach österreichischem Vorbild

In Bayern will die CSU-Fraktion eine Meldestelle gegen Verschleppung und Zwangsheirat nach österreichischem Vorbild schaffen. Bevor bundesweit ein Schutzstatus gewährt werde, soll unter anderem künftig auch „ein Bekenntnis zu den Werten der Verfassung“ eingefordert werden. Darüber hinaus sollen in Deutschland nur noch Imame arbeiten dürfen, die hierzulande ausgebildet worden sind. Um islamistischen Terrorismus besser bekämpfen zu können, müsse „endlich die allgemeine und unterschiedslose Speicherung von IP-Adressen für einen begrenzten Zeitraum“ eingeführt werden. Für islamistische Organisationen, die der Verfassungsschutz beobachtet, dürfe es keine finanziellen Zuwendungen, Förderungen, Vertragsbeziehungen und Kooperationen geben. Zudem müsse die Negierung des Existenzrechts Israels künftig als Volksverhetzung strafbar sein.

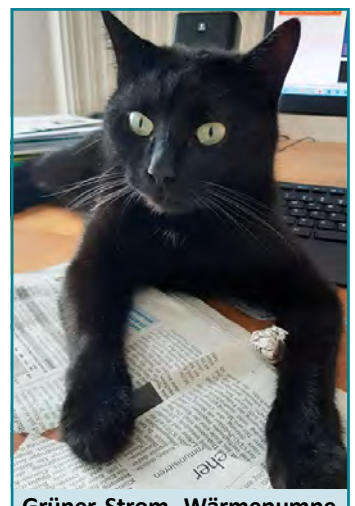
Zukunftsfähige Bildung

„Bildung der Zukunft“ lautete der Titel des Panels mit Dr. Petra Hiebl, Leiterin des Zentrums für Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt und Prof. Dr. Klaus Zierer, Ordinarius für Schulpädagogik, Universität Augsburg. Die Lehrerausbildung zu reformieren, zukunftsfähige Antworten auf die Heterogenität der Schülerschaft zu finden und einen starken Fokus auf Demokratieerziehung zu richten wurden hier als zentrale Punkte diskutiert. Oleksii Makeiev, Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland, informierte über die Lage in seinem Land und die Gefahren für Europa, sollte Putin-Russland den Krieg für sich entscheiden.

Hightech auf Bayerisch

Im Anschluss diskutierten die Abgeordneten mit Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V., über den Industriestandort Deutschland. Um sich auch weiter im internationalen Wettbewerb behaupten zu können, müsse die Wirtschaft hierzulande die zentralen Themen Arbeitsplätze, Investitionen und Infrastruktur voranbringen. Dazu brauche es die richtigen politischen Rahmen-

(Fortsetzung auf Seite 4)


Grüner Strom, Wärmepumpe und Elektromobilität: Die Blütenträume des Frühlings verfliegen wie jetzt das Laub der Bäume. Pino, der Rathauskater, prophezeit uns einen wirtschaftlichen „Herbst des Missvergnügens“. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Bayerisches Kabinett: Neuerungen zum Schulstart in Bayern . . . 2
Herbstklausur der FW-Fraktion: Ruf nach ehrlicher Realpolitik . . 2
Kinder in Gefahr! 2
GZ-Kolumne Christoph Göbel:
Erhalt der Lebensqualität durch Klimafolgenanpassung 3
Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität 3
Festakt 25 Jahre Senioren-Union 3
IT • Breitband • Digitalisierung . . . . . 5 - 10
Arbeitsplatz Kommunen 11
Kommunale Energiethemen . . . . . 12 - 16
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 18 - 20

Bayerisches Kabinett:

Neuerungen zum Schulstart in Bayern

Für rund 1,72 Millionen Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrkräfte hat das Schuljahr 2024/2025 begonnen. Damit steigt die Gesamtschülerzahl erneut um rund 31.000 an. Wie Kultusministerin Anna Stolz nach Beratungen des Bayerischen Ministerrats auf einer Pressekonferenz erläuterte, stocke der Freistaat die Personalkapazitäten an den Schulen mit 1.600 neu geschaffenen Stellen für Lehrkräfte sowie 600 Stellen für multiprofessionelle Kräfte deutlich auf. Damit solle die Unterrichtsversorgung gesichert werden. Zum Schulstart würden rund 3.800 Lehrkräfte neu eingestellt, hinzu kämen rund 3.700 Lehramtsabsolventen, die genauso wie 600 Quereinsteiger in den zweijährigen Vorbereitungsdienst starten. Insgesamt, so die Ministerin, sei die Personalversorgung zwar „herausfordernd, aber gut beherrschbar".

Stolz zufolge sollen Schulen lebendige, positive und inspirierende Orte für die Schüler und attraktive Arbeitsplätze für die Lehrkräfte sein. Dabei stehe stets die Frage im Vordergrund, wie Kinder und Jugendliche stark für ihr weiteres Leben gemacht werden. „Deshalb werde ich den Weg des Dialogs fortsetzen, damit wir gemeinsam unser gutes Bildungssystem kontinuierlich weiter verbessern und zusammen die Schule der Zukunft gestalten", erklärte die Ministerin.

PISA-Offensive und Verfassungsviertelstunde

Eine der Neuerungen zum Schulstart ist die Umsetzung der PISA-Offensive. Durch die Umgestaltung der Stundentafel (mehr Mathematik und Deutsch in der Grundschule; im Gegenzug weniger Schulstunden in den Fächern Englisch, Musik, Kunst, Werken und Gestalten) sowie die Einführung neuer Instrumente für Diagnose und Monitoring, sollen – begleitet durch entsprechende Förderprogramme – die Basiskompetenzen in den Grundschulen nachhaltig gestärkt werden. Eine kontinuierlich wachsende Aufgabe ist auch die schulische Integration. Im Lauf des Schuljahres setzt der Freistaat daher erstmalig verbindliche Sprachtests eineinhalb Jahre vor Einschulung und – bei festgestelltem Förderbedarf – verpflichtende Sprachförderung um. Die schulische Erstintegration wird zudem durch die Einführung schulartunabhängiger Deutschklassen weiterentwickelt.

Digitalisierung mit Augenmaß

Ebenfalls neue Impulse setzt Stolz bei der politischen Bildung durch die Einführung der Verfassungsviertelstunde oder die Stärkung des Lebensweltbezugs durch die Ausweitung des Konzepts „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben".

Die bayerischen Schüler fit für die Zukunft zu machen, bedeutet auch Digitalisierung mit Augenmaß. Deshalb startet im Freistaat der Roll-out der 1:1-Ausstattung mit digitalen Endgeräten an über 900 staatlichen Schulen – dies entspricht rund zwei Drittel aller teilnahmeberechtigten Schulen. Hinzu kommen ein Medien- und KI-Budget mit einem jährlichen Gesamtvolumen von 14,5 Mio. Euro.

Ein wichtiges Anliegen der Ministerin ist auch die „Zukunftswerkstatt Bildung in Bayern" – ein Dialogformat, das Stolz im vergangenen Jahr in allen Regierungsbezirken gemeinsam mit der Schulfamilie ins Leben gerufen hatte. Die Ergebnisse und Vorschläge werden aktuell noch ausgewertet, die Ministerin kündigte aber bereits insbesondere drei Maßnahmen für das neue Schuljahr an: „Ich werde in diesem Jahr den Fokus auf die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern, aber auch von Lehrkräften deutlich verstärken. Resilienz, Achtsamkeit, Stressbewältigung, Zeitmanagement werden immer wichtiger. Zudem werden wir die Lehrpläne in allen Schularten modernisieren, insbesondere entschlacken. Auch die Weiterentwicklung der Prüfungskultur werden wir in diesem Schuljahr grundlegend angehen. Ich will mir im Dialog mit den Schulfamilien ganz genau ansehen, was, wie und wie viel wir zukünftig prüfen sollten."

Lehrermangel

„Keiner leugnet den Lehrermangel mehr", hob die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV), Simone Fleischmann, hervor. Es fehlten definitiv überall Lehrkräfte. Statt Stunden zu streichen, forderte die Präsidentin eine Erweiterung der Stundentafel vor allem in der Grundschule.

Mit Blick auf die Herausforderung Integration meinte Fleischmann: „Wenn dies Sprachstandstests erfordert, dann geht das nur mit mehr Personal und es geht auch nur, wenn man dann auch entsprechende individuelle Förderangebote für die Kinder anbieten kann – was auch wiederum Personal und Ressourcen benötigt." Dies abzuwägen sei ganz klar die Aufgabe der Kultusministerin.

Digitalisierung mit klaren pädagogischen Konzepten

Für die Digitalisierung des Unterrichts forderte die BLLV-Präsidentin: „Digitalisierung ja! Aber nicht um der Digitalisierung willen, sondern mit klaren pädagogischen Konzepten." Um diese zu erarbeiten, brauche es zunächst einen klaren Fokus auf das Thema und dann die entsprechende Zeit für Lehrerinnen und Lehrer, um diese Konzepte zu entwickeln und zu implementieren. Denn auch das könne nicht schon wieder einfach so nebenbei und „on top" gemacht werden.

Ähnlich wie bei der Digitalisierung müsse auch bei der Entbürokratisierung der pädagogische Aspekt, nämlich eine klare Linie aus dem Kultusministerium mit maximaler Eigenverantwortung und den entsprechenden Freiheiten für die Schulen, im Vordergrund stehen, betonte Fleischmann. Einer der wichtigsten Punkte bleibe allerdings die Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs, eng verbunden mit der Lehrkräftebildung. Eine entsprechende Reform könne aber nur ein Bestandteil sein, um wieder mehr Lehrerinnen und Lehrer an die Schule zu bekommen – „und zwar nicht irgendwen, sondern die Besten".

Schulen ordentlich ausstatten

„Dafür", so die Präsidentin, „heißt es jetzt aber auch, die Kernmannschaft an den Schulen gesund zu halten, eine leistungsorientierte Besoldung zu gewährleisten und die Schulen entsprechend auszustatten". Es gehe um das Kerngeschäft der Kernmannschaft, die mit höchster Qualität beste Bildqualität liefern will und kann. Fleischmanns Fazit: „Der BLLV steht für Innovation, Weiterdenken, eine kritische Reflexion der Schulstruktur und der Bildungsforschung sowie die Steigerung der Bildungsqualität. Wir halten nichts vom blinden Bewahren, sich selbst Beweihräuchern, einer polemischen Politik und Stillstand." Resignation könne nicht der Weg sein. Motivation, Innovation und Veränderung benötige starke Lehrkräfte mit starken und überzeugenden Arbeitsbedingungen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Oswald
Markt Schöllnach
am 2.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Karg
Gemeinde Fuchstal
am 29.9.

Bürgermeister Jürgen Heckel
Stadt Bad Windsheim
am 3.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christoph Schmid
Markt Holzkirchen
am 1.10.

Bürgermeister
Thomas Bruckmüller
Gemeinde Wollbach
am 5.10.

Bürgermeister Jürgen Konsolke
Markt Dürrwangen
am 8.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Markus Holzammer
Gemeinde Schwarzenbruck
am 28.9.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Bosch
Markt Mainleus
am 8.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gilbert Edelmann
Gemeinde Wiesenbach
am 9.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Justus Pfeifer
Gemeinde Ruhpolding
am 1.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Kinder in Gefahr!

Über 20.000 Gefährdungseinschätzungen für Kinder und Jugendliche

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, werden in Bayern im Jahr 2023 insgesamt 20.295 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls durchgeführt. Betroffen sind 10 584 Jungen und 9.711 Mädchen.

Insgesamt ergeben 2.621 Gefährdungseinschätzungen (12,9 Prozent) eine akute und 2.202 (10,9 Prozent) eine latente Kindeswohlgefährdung. Dabei sind Anzeichen für eine Vernachlässigung, eine psychische oder körperliche Misshandlung die häufigsten einer Kindeswohlgefährdung.

Darüber hinaus wird bei 7.285 Gefährdungseinschätzungen (35,9 Prozent) zwar keine Kindeswohlgefährdung, aber Hilfebedarf im Rahmen einer Unterstützung durch Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe wie zum Beispiel Erziehungsberatung oder eine Schutzmaßnahme festgestellt. In 8.187 Fällen (40,3 Prozent) wird weder eine Kindeswohlgefährdung noch ein weiterer Hilfebedarf ermittelt.

Meldungen an Jugendämter erfolgten in den häufigsten Fällen (6.113) durch Polizei, Gericht oder Staatsanwaltschaft, sowie von der Schule (2.106). 1.854 Fälle wurden von Bekannten bzw. Nachbarn gemeldet, 2.093 anonym.

Eine Kindeswohlgefährdung liegt dann vor, wenn das körperliche, geistige und seelische Wohl eines Kindes durch das Tun oder Unterlassen der Eltern oder Dritter gravierende Beeinträchtigungen erleidet, die dauerhafte oder zeitweiligeSchädigungen in der Entwicklung des Kindes zur Folge haben können.

Eine Gefährdungseinschätzung ist vom Jugendamt dann abzugeben, wenn wichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohles eines Kindes oder Jugendlichen bekannt werden, es sich daraufhin einen unmittelbaren Eindruck von dem Minderjährigen und seiner persönlichen Umgebung verschafft hat und das Gefährdungsrisiko anschließend im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte eingeschätzt wurde. ❐

Herbstklausur der FW-Fraktion in Bad Griesbach:

Ruf nach ehrlicher Realpolitik

Bei ihrer Herbstklausur in Bad Griesbach hat sich die Freie Wähler-Landtagsfraktion mit aktuellen politischen Herausforderungen befasst und mit namhaften Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft Lösungen erörtert. Auf der Agenda standen z.B. Arbeitsmigration und Asyl, Grenzschutz, Hochwasserschutz, Finanzen, „Macherschule" Mittelschule und das Erfolgsmodell Tourismuswirtschaft in Bayern.

Fraktionsvorsitzender Florian Streibl wies darauf hin, dass in Deutschland seit den letzten Landtagswahlen etwas in Schieflage geraten sei: „Die Menschen haben Angst, sie sind um ihre Sicherheit besorgt. Eine Regierung muss dafür Sorge tragen, diese Sicherheit zu bieten." Dabei gehe es nicht nur um den Schutz vor Gewalttaten, sondern auch um die Sicherheit, das eigene Leben planen und gestalten zu können. Beides leiste der Bund nur noch unzureichend.

Streibl zufolge steht seine Fraktion klar zum Grundrecht auf Asyl, spricht sich aber genauso deutlich gegen unkontrollierte Zuwanderung, Überforderung und Kontrollverlust aus. Menschen, die nach Deutschland kämen, um als Fachkräfte zu arbeiten, seien herzlich willkommen. Um den sozialen Frieden im Land nicht zu gefährden, sei jedoch eine neue Realpolitik im Bereich Migration erforderlich. „Wir werden die Bayerische Staatsregierung deshalb auffordern, gegen die verfehlte Migrationspolitik der Ampel zu klagen – mit dem Ziel, dass die Bundesregierung endlich ihre verfassungsrechtlichen Pflichten erfüllt."

Sicherheit und Wohlstand für die Menschen garantieren

Laut Parteichef Hubert Aiwanger sehen es die Freien Wähler als ihre wichtigste Aufgabe an, Sicherheit und Wohlstand für die Menschen im Land zu garantieren. „Wir sehen aber, dass durch die verfehlte Migrationspolitik, begonnen in der Merkel-Ära, diese Grundfesten nicht mehr gegeben sind. Wir dürfen deshalb nicht weiter naiv sein, sondern wir müssen genau hinschauen, wer in unser Land kommt." Notwendig seien konsequente Rückweisungen an den deutschen Grenzen. „Indem die Bundesregierung Deutschlands Grenzen nicht sichert und unkontrollierte Zuwanderung zulässt, verletzt sie ihre Verfassungspflichten", unterstrich Aiwanger.

Bei ihrem Besuch der Kontrollstelle der Bayerischen Grenzpolizei erfuhren die Freien Wähler aus erster Hand, wie effektiv punktuelle Kontrollen von Grenzübertritten nach Deutschland sind. Aus ihrer Sicht sollte diese bayerische Praxis bundesweit Schule machen, um die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und die illegale Zuwanderung wirksam zu begrenzen. Dazu brauche es aber dringend einen Abbau von Bürokratie, um Beamten mehr Spielräume bei Zurückweisungen einzuräumen.

Vorbildwirkung hat auch das grenzübergreifende Katastrophenschutzlager in Schärding. Beim Besuch der Fraktion wurde deutlich, dass die Einsatzkräfte bei Hochwasserlagen sehr schnell reagieren und den Bürgern vor Ort umfassend helfen können.

Mittelschulen als Talentschmieden

Auch die Mittelschulen stehen weiter im Zentrum der Aufmerksamkeit: Laut FW sind sie Talentschmieden für das Handwerk, die Industrie, Gastronomie und Pflege und gleichzeitig ein hervorragendes Sprungbrett für eine Vielzahl von Bildungs- und Karrierewegen, kurzum: echte „Macherschulen", die Schülerinnen und Schüler in besonderer Weise auf ihr Berufsleben vorbereiten. Um die Mittelschule weiter zu stärken und sie zukunftsfest aufzustellen, haben die Freien Wähler einen Maßnahmenmix erarbeitet, der etwa die Einführung von A 13 für alle Lehrkräfte beinhaltet. Auch soll die Qualität des Lehrens und Lernens insbesondere im Bereich der Basiskompetenzen weiter gestärkt werden.

Unterstützung für Heilbäder und Thermen

Weiterhin unterstützt werden sollen überdies die für den bayerischen Tourismus wichtigen Heilbäder und Thermen, wie etwa das Bäderdreieck in Niederbayern. Hierzu wird ein Programm zur Stärkung des Gesundheitstourismus gefordert. Heilbäder und Kurorte spielten mit 100.000 Arbeitsplätzen und einer jährlichen Wertschöpfung von 4,5 Milliarden Euro eine tragende Rolle für den bayerischen Gesundheitstourismus. Die Fraktion beabsichtigt, diesen Stellenwert langfristig zu erhalten, denn jede vierte Übernachtung sei Kurorten und Heilbädern zuzurechnen. Gerade die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Einrichtungen sei der Schlüssel der bayerischen Erfolgsbranche Tourismus, heißt es in einer der zahlreichen verabschiedeten Resolutionen.

Notwendig sei auch, Unternehmen endlich wirksam zu entlasten, bekräftigte Parteichef Aiwanger. „Wir müssen Steuern und Abgaben für unsere Betriebe senken, sonst ist die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland akut gefährdet. Wir brauchen einen Befreiungsschlag für die Wirtschaft. Die Unternehmen brauchen mehr Spielraum und deshalb muss die Bundesregierung ihre fehlgeleitete Wirtschaftspolitik dringend korrigieren."

Auskömmliche Ausstattung für die Kommunen

Auch die Finanzpolitik stand auf der Agenda der FW-Klausurtagung. Die Freien Wähler im Bayerischen Landtag bekennen sich klar zur Schuldenbremse in Deutschland und Bayern. Dennoch halten sie an ihrer bereits im November 2023 erhobenen Forderung nach einer Investitionsklausel für einige wenige elementare Vorhaben fest.

Bayerns Kommunen müsse eine auskömmliche finanzielle Ausstattung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Eine Erhöhung der Steuereinnahmen gelingt laut FW nur unter einer Voraussetzung: „Um langfristig die Stärke der bayerischen Wirtschaft sicherzustellen, brauchen wir auf Bundesebene zukünftig eine Veränderung hin zu einer leistungs- und wirtschaftsfreundlichen Politik." **DK**

Reformprozess am Tief...

(Fortsetzung von Seite 1)

man bei der fallzahlabhängigen Vergütung und vor allen Dingen auch hoch komplizierten und bürokratischen Form des Finanzierungssystems. Eine Existenzsicherung von Krankenhäusern der Grundversorgung sei damit in keiner Weise gewährleistet. Das Ziel werde nicht erreicht. Dabei gebe es heute schon im Finanzierungssystem genug Instrumente, die fallzahlunabhängig und einfach sind. Diese Instrumente wie Notfallstufenzuschläge, Sicherstellungszuschläge oder Zentrumszuschläge sollten zügig weiterentwickelt und genutzt werden, um so eine Form der fallunabhängigen Vorhaltefinanzierung einzuführen.

3. Ein weiterer zentraler Punkt ist eine tatsächliche umfassende Entbürokratisierung, auch um die Kosten für die Krankenhäuser zu senken. Wenn man die bürokratische Arbeit nur um eine Stunde pro Tag reduzieren würde, könnte dies rechnerisch rund 21.600 Vollkräfte im ärztlichen und etwa 47.000 Vollkräfte im Pflegedienst freisetzen.

Versorgungs-stabilisierungsgesetz

Gaß zufolge muss dem Reformgesetz zwingend ein Versorgungsstabilisierungsgesetz vorgeschaltet werden, um den kalten Strukturwandel durch kostendeckende Krankenhausvergütungen zu beenden. „Bund und Länder müssen nun die nächsten beiden Wochen nutzen, um den Kompromiss zu schmieden. Wir erwarten aber auch, dass die Krankenhausträger eng eingebunden werden. Nur so kann die Reform noch gelingen."

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach kündigte an, im Streit um die Krankenhausreform auf die Länder zuzugehen. Damit soll ein Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat vermieden werden. Lauterbach betonte, dass die Anliegen der Bundesländer intensiv berücksichtigt werden sollen. Um ihre Forderungen im Gesetzgebungsprozess durchzusetzen, hatten einige Bundesländer bereits mit der Anrufung des Vermittlungsausschusses gedroht.

Gerlach fordert Soforthilfen

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach forderte Soforthilfen für die Kliniken in Deutschland.Aus ihrer Sicht liegt „die desolate finanzielle Lage vieler Kliniken" vor allem an immens gestiegenen Betriebskosten, deren Finanzierung ausschließlich der Bund zu regeln habe. Die Ministerin unterstützte die DKG-Kritik an der von der Bundesregierung geplanten Krankenhausreform und forderte erhebliche Nachbesserungen an dem Gesetzentwurf. Lauterbachs Konzept sei unzureichend. Damit drohe eine Verschlechterung der Versorgung vor allem in manchen ländlichen Regionen. Dies gelte es zu verhindern. **DK**

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Georg Eisenreich:

Verstärkte Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität

Aufgriffszahlen auf weiter hohem Niveau – Mehr Personal für die Grenzpolizei Spezialisierung bei allen grenznahen Staatsanwaltschaften

Auch in diesem Jahr ist die Bayerische Grenzpolizei bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität voll gefordert. Bei einer ersten Zwischenbilanz für das laufende Jahr erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: „Die hochprofessionelle Arbeit unserer Grenzpolizei ist wichtiger denn je und sorgt für mehr Sicherheit! Illegale Migration, menschenverachtende Schleuserbanden und internationale Verbrecherbanden – der immer noch absolut desolate Schutz der EU-Außengrenzen ist leider ein großes Sicherheitsproblem."

Vor allem seien weiterhin konsequente Kontrollen an deutschen Grenzen erforderlich. „Um die Kontrolldichte spürbar zu erhöhen, werden wir die Bayerische Grenzpolizei bis 2028 um weitere 500 auf dann insgesamt 1.500 Stellen verstärken", betonte der Innenminister. Zudem setze die Bayerische Grenzpolizei auf eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, die ebenfalls im grenznahen Raum und an den Grenzen kontrolliert.

Eisenreich: Strafverfolger vernetzen sich

Die bayerische Justiz hat ihre Schlagkraft gegen die Organisierte Kriminalität durch das bereits im April 2021 erfolgreich bei allen grenznahen Staatsanwaltschaften eingeführte ‚Traunsteiner Modell' weiter erhöht). Bayerns Justizminister Georg Eisenreich: „Organisierte Kriminalität macht vor Ländergrenzen nicht Halt. Die Täter gehen insbesondere bei Schleusungen teilweise skrupellos vor. Unsere Strafverfolger vernetzen sich mit Ermittlern aus dem Ausland, um an die Hintermänner der Verbrechen im In- und Ausland heranzukommen."

Herrmann: 12.500 Fahndungstreffer

Laut Herrmann hatte die Bayerische Grenzpolizei von Januar bis einschließlich August 2024 34.478 Vorgänge zu bearbeiten (Vorjahreszeitraum: 36.710). Bei den Schleierfahndungskontrollen, den vorübergehenden Grenzkontrollen an der Landgrenze zu Österreich und Tschechien sowie bei den Grenzkontrollen an den bayerischen Flughäfen Nürnberg und Memmingen erzielten die Grenzfahnder in diesem Zeitraum 12.575 Fahndungstreffer (Vergleichszeitraum 2023: 14.973), beispielsweise weil ein Haftbefehl vorlag oder ein Fahrzeug wegen Diebstahl ausgeschrieben war.

Unter den Fahndungstreffern befanden sich 739 Personen, nach denen von Justizbehörden mit Haftbefehl gefahndet wurde (Vergleichszeitraum 2023: 950). Dazu kommt eine Vielzahl aufgedeckter Straftaten: Im Bereich der Waffen- und Sprengstoffdelikte waren das 615 Fälle (Vergleichszeitraum 2023: 645), im Bereich der Urkundendelikte 956 Fälle (Vergleichszeitraum 2023: 921), worunter beispielsweise Passfälschungen oder die missbräuchliche Verwendung von Ausweisen fallen. Im Bereich der Rauschgiftkriminalität stellten die Grenzfahnder 1.609 Fälle fest (Vergleichszeitraum 2023: 2.701). Der Rückgang dürfte laut Herrmann vor allem in der Legalisierung von Cannabis in Deutschland begründet sein.

Fachliche Spezialisierung

Das von der Justiz etablierte ‚Traunsteiner Modell' zeichnet sich aus durch hohe fachliche Spezialisierung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, starke Vernetzung mit den Dienststellen von Bayerischer Grenzpolizei und Bundespolizei und eine enge Zusammenarbeit mit grenznahen Staatsanwaltschaften der Nachbarländer, mit Eurojust und Europol. Eisenreich: „Bayern hat seine Schlagkraft gegen das organisierte Verbrechen erhöht und von 2018 bis 2021 das sogenannte ‚Traunsteiner Modell' erfolgreich bei allen grenznahen Staatsanwaltschaften eingeführt. Die Spezialstaatsanwälte ermitteln an Bayerns potenziellen Einfallstoren der internationalen Kriminalität. Die Staatsanwaltschaft Traunstein hat Pionierarbeit geleistet. Der Freistaat stärkt seit Jahren die Justiz und vor allem die Staatsanwaltschaften. Die Justiz erhält in den Jahren 2024/2025 350 zusätzliche Stellen. Ich bin froh, dass wir insbesondere 120 neue Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte schaffen. Wir haben dann über 1.000 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Staatsanwaltschaft Traunstein erhält acht zusätzliche Stellen und schafft damit u.a. eine zusätzliche Abteilung für Schleuserverfahren."

Hilfe bei illegaler Migration

Auch bei der Eindämmung der illegalen Migration leistet die Bayerische Grenzpolizei nach Herrmanns Worten einen wichtigen Beitrag. So gelang es den bayerischen Fahndern an der Grenze zu Österreich in diesem Jahr bislang 888 Fälle unerlaubter Einreisen festzustellen (Vorjahreszeitraum 2023: 1.281) und an der Grenze zu Tschechien 499 Fälle (Vorjahreszeitraum 2023: 483). Zudem haben bayerische Grenzpolizisten 104 Schleuser festgenommen (Vorjahreszeitraum 2023: 160). „Der aktuelle Rückgang der hohen Fallzahlen im illegalen Migrationsgeschehen bedeutet leider noch keine Trendwende", stellte der Innenminister fest. „Die nach dem schrecklichen Solinger Anschlag angekündigten Maßnahmenpakete der Bundesregierung zur Eindämmung der illegalen Migration müssen nicht nur schleunigst umgesetzt, sondern insbesondere deutlich ausgebaut werden." Mit Blick auf den mangelhaften Schutz der EU-Außengrenzen und auch darauf, dass Mitgliedstaaten wie Italien sich beharrlich weigern, Asylbewerber im Dublin-Verfahren zurückzunehmen, erklärte Herrmann: „Das sind schwere Verstöße gegen geltendes europäisches Recht. Die Bundesregierung fordere ich auf, die Bundespolizei endlich anzuweisen, Personen auch dann an den Binnengrenzen zurückzuweisen, wenn sie ein Asylersuchen äußern. Denn Flüchtlinge an den deutschen Landgrenzen kommen ausnahmslos aus sicheren Drittstaaten."

Ampelregierung: Verfehlte Asyl- und Zuwanderungspolitik

Justizminister Eisenreich: „Die verfehlte Asyl- und Zuwanderungspolitik der Ampelregierung wirkt sich auf die Sicherheitslage in Deutschland aus. Die Zahl der Schleuserkriminalität bewegt sich seit Jahren auf einem hohen Niveau. Die Beschlüsse der Ampelregierung sind unzureichend. Der Bundesregierung fehlt bislang der Wille, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Die Bundesregierung darf nicht wieder auf Zeit spielen. Wir brauchen dringend eine Steuerung und konsequente Begrenzung der Zuwanderung." ❐

GZ KOLUMNE Christoph Göbel



Liebe Leserinnen und Leser,

die Hiobsbotschaften über Starkregen und Hochwasser, Hitzeperioden und Trockenheit ereilen uns seit einiger Zeit in immer kürzeren Abständen. Freilich gab es das auch früher schon. Doch Häufigkeit und Intensität solcher Extremwetterereignisse nehmen zu. Dass dies eine Folge des Klimawandels ist, daran zweifelt mittlerweile wohl (fast) niemand mehr.

Das Thema Klimawandel ist beileibe kein neues. Erste Studienergebnisse zu den heutigen klimatischen Veränderungen gab es bereits vor über 50 Jahren. Dennoch wurde lange nur wenig gegen den Treibhausgaseffekt unternommen. Auch deshalb rückt nun zunehmend die Anpassung an die Folgen des Klimawandels in den Fokus.

Erhalt der Lebensqualität durch Klimafolgenanpassung

Der menschengemachte Klimawandel ist real. Seine Auswirkungen sind vielfältig und wir bekommen sie alle zu spüren: durch gesundheitliche Beeinträchtigungen, Schäden an Infrastruktur und Transportwegen, Ertragsausfälle in der Landwirtschaft, Artenwandel und Artensterben, Bodenerosion und vieles mehr.

Ein „weiter so" können wir uns nicht mehr erlauben. Maßnahmen, um den Klimawandel zu verlangsamen, sind unverzichtbar und wir alle müssen etwas dazu beitragen. Seit einiger Zeit ergänzt jedoch eine weitere Säule den globalen Umgang mit dem Klimawandel: die Klimafolgenanpassung.

Maßnahmen zur Vorsorge und Anpassung an die Folgen des Klimawandels tragen dazu bei, die Lebensqualität für uns alle zu erhalten und zu verbessern. Indem wir in Klimaanpassung investieren, schaffen wir die Grundlage für eine weiterhin lebenswerte Gemeindeinfrastruktur, für den Erhalt der Gesundheit, Lebensqualität und das Wohlbefinden von uns allen. Den Landkreisen und Kommunen kommt hier eine zentrale Rolle zu. Denn die Folgen des Klimawandels betreffen nahezu alle kommunalen Handlungsfelder, wie beispielsweise die Stadt-, Grün- und Entwässerungsplanung, die Verkehrswegeplanung, die Wald- und Forstwirtschaft oder die Gesundheit. Die Herausforderungen des Klimawandels erfordern gemeinsames Handeln auf lokaler Ebene.

Um dieser Verantwortung nachzukommen und den Landkreis widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu machen, gehen wir im Landkreis München das Thema strategisch an und erstellen bis Ende des Jahres 2025 ein landkreisweites Konzept zur Anpassung an den Klimawandel. Mit seiner Hilfe sollen anschließend gezielte Maßnahmen geplant und umgesetzt werden.

Im Rahmen des Konzepts, dessen Erstellung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert wird, werden diejenigen Themenbereiche und Kommunen im Landkreis München identifiziert, die besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels sind. Darauf aufbauend sollen gezielte Maßnahmen zur Risikominderung entwickelt und der Landkreis so widerstandsfähiger gegenüber Hitze, Dürre, Starkregen und anderen klimatischen Extremen gemacht werden.

Unser Ziel ist es, eine nachhaltige Strategie zur Klimaanpassung zu entwickeln, die langfristig Bestand hat und nicht nur reagiert. Wir wollen die Anpassung an Auswirkungen des Klimawandels aktiv gestalten und vorausschauend lenken, damit unser Landkreis auch in Zukunft ein lebenswerter Ort für die jetzige und nachfolgende Generationen bleibt.

Je mehr Kommunen und Landkreise sich diesem Ziel anschließen und Taten folgen lassen, umso wirkungsvoller werden die Ergebnisse sein. Packen wir's also an!

Mit den besten Grüßen

Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Festakt 25 Jahre Senioren-Union:

Mit Erfahrung Zukunft gestalten

„Die Senioren-Union ist der politische Anwalt der Interessen der Seniorinnen und Senioren – wir sind ihre Stimme innerhalb unserer CSU wie auch in der Gesellschaft", erklärte Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU, Staatssekretär a.D. und Altlandrat, anlässlich des Festakts „25 Jahre Senioren-Union der CSU".

Dafür waren in die CSU-Landesleitung nach München zahlreiche prominente Gäste gekommen; allen voran Ministerpräsident a.D. Dr. Günther Beckstein, der ebenso ein Grußwort sprach wie der Ehrenvorsitzende der Senioren-Union, Minister a.D. Dr. Thomas Goppel, der österreichische Bundesratspräsident Mag. Franz Ebner, CSU-Generaltsekretär Martin Huber, der Abt des Klosters Scheyern, Markus Eller, Pfarrer Simon Döbrich aus Starnberg, Claus Bernhold, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU und Nicola Gehringer, Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union. Den Festvortrag hielt Prof. Sigmund Gottlieb, ehemaliger Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens.

Anwalt der älteren Generation

„Unser Festakt zum 25jährigen Bestehen ist ein Meilenstein, der vor allem deutlich machen muss, wie wichtig die Rolle und das Mandat der Senioren-Union sind", erklärte Meyer. „Die Senioren-Union ist der politische Anwalt der Seniorinnen und Senioren." Der älteren Generation eine deutliche Stimme zu geben, sei innerhalb der CSU ebenso wichtig wie in der Gesellschaft. Die Erwartung eines harmonischen Lebensabends sei durch Eingriffe der Berliner Ampel-Koalition immer mehr infrage gestellt. Die Anerkennung der Lebensleistung der älteren Menschen fehle und deren finanzielle Grundlagen seien gefährdet.

Bayern- und bundesweite Aufmerksamkeit

Gerade in der Gesundheitspolitik orientiere sich die Berliner Regierung an rot-grünen Ideologien, die die flächendeckende medizinische Versorgung und die Bezahlbarkeit von Pflegeplätzen aufs Spiel setzen. „Vom Leben im ländlichen Raum hat man in Berlin keine Ahnung", mahnte der Landesvorsitzende. „In der bayerischen Politik und in der CSU haben wir mit hartnäckigem Einsatz erreicht, dass die Aufmerksamkeit für unsere Altersgruppe gewachsen ist", ist sich Meyer sicher. „Auch nehmen wir zu vielen aktuellen Fragen Stellung und finden mit unserer Kritik – von der Gefährdung der Mütterrente bis zur Abschaffung von Faxgeräten in Behörden – bayern- und bundesweit Aufmerksamkeit." Es seien gerade auch die vielen Mitglieder der Senioren-Union, die mit ihrer Erfahrung die Zunkunft gestalten.

Menschen ernstnehmen in ihrer Lebenswirklichkeit

Klar bestärkt hat CSU-Generalsekretär Martin Huber die Mitglieder der Senioren-Union in ihrem Bestreben „dass die Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit ernst- und wahrgenommen werden." Es gelte den Kompass der Politik auszurichten an einem christlichen Menschenbild. Dabei geht es nach Huber keineswegs nur um tagespolitische Unterschiede; vielmehr gehe es auch um grundsätzliche, fundamentale Unterschiede. „Es geht darum, von unserem christlichen Menschenbild heraus zu sagen was uns ausmacht. Die Personalität, die Solidarität, die Subsidiarität als Grundpfeiler der christlichen Soziallehre sind doch auch die Pfeiler unserer Wirtschafts- unserer Arbeitsmarkt- unserer Sozialpolitik. Gerade bei unseren Unterschieden im Grundsätzlichen merken wir ganz klar, dass die Ampel auf einem völlig falschen Dampfer ist", äußerte Huber. **aha**

Bundeskonferenz Gleichstellungsstellen in Würzburg:

Wie begegnen Kommunen weiblichen Armutsrisiken?

Einen würdigen Rahmen für den 40.Geburtstag der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bot das CCW in Würzburg für etwa 500 Gäste. Das Thema der Konferenz: Armut. Weibliche Armut.

Frauen haben im Schnitt immer noch weniger Einkommen und deutlich niedrigere Altersrenten als Männer. Alleinerziehende, Migrantinnen und Frauen mit Behinderungen sind besonders von Armut betroffen bzw. armutsgefährdet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordern die Politik in Bund und Ländern auf, gezielte Maßnahmen umzusetzen und entsprechende Gesetze zu verabschieden. Bundesfrauenministerin Lisa Paus: „In Deutschland sind Frauen jeden Alters stärker armutsgefährdet als Männer. Und mit zunehmendem Alter wird der Unterschied immer größer. Das ist buchstäblich ein Armutszeugnis für unser Land!

Schon im jungen Alter werden die Weichen für Armutsgefährdung im Alter gestellt: Frauen sind – insbesondere ab dem 30. Lebensjahr – weniger erwerbstätig als Männer. Und das oft unfreiwillig. Viele treten mit Geburt des ersten Kindes beruflich kürzer, weil die Sorge für Kinder, Haushalt und manchmal auch Pflegebedürftige weitgehend auf ihren Schultern liegt. Verlässliche Betreuung von Kindern im Grundschulalter fehlt noch immer an vielen Orten. Vielen Frauen bleiben langfristig in der reduzierten Stundenzahl. Flexible Arbeitszeitmodelle sind zu selten Standard, die Stundenzahl aufzustocken trifft auf Widerstand, Führen in Teilzeit wird abgelehnt. Das Ergebnis sind kleinere Einkommen, weniger Chancen im Job und schlechtere Absicherung im Alter. Zu viele Frauen werden so auf Dauer wirtschaftlich abhängig.

Wirtschaftliche Eigenständigkeit der Einzelnen benötigt deshalb mehr Aufmerksamkeit! Hindernisse etwa im Steuerrecht sollten abgebaut, flexible Arbeitszeitmodelle und Führen in Teilzeit gestärkt werden. Ziel muss es sein, ökonomisch auf eigenen Beinen zu stehen, auch wenn sich das Leben ändert - für Frauen wie Männer. Daran müssen wir bestehende Strukturen messen. Wirtschaftliche Eigenständigkeit schützt vor Armut und sie eröffnet Freiräume für Selbstbestimmung!"

Bayerns Sozialministerin und Frauenbeauftragte der Staatsregierung Ulrike Scharf betont: „Altersarmut trifft vor allem Frauen. Ein eigenes Einkommen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine solide Altersvorsorge und finanzielle Bildung dürfen keine Wunschvorstellungen bleiben. Das sind die Grundlagen, um Armut bei Frauen zu verhindern." Um einer ungleichen Geschlechterökonomie entgegenzuwirken wird u.a. die Abschaffung des Ehegattensplittings gefordert. https://www.gleichberechtigt.org/. ❐

Landkreise in der ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Leute ‚falsch' gewählt. Das hilft niemandem", machte der langjährige Landkreischef deutlich.

Noch schlimmer sind aus seiner Sicht von der Bundespolitik aufgelegte „Demokratieförderprojekte" für Ostdeutschland. Diese taugten ausschließlich dazu, die Wahlentscheidungen als Hauptbestandteil demokratischer Verfasstheit zu relativieren. „In diese Falle sind leider viele hineingetappt", bedauerte Sager. „Stattdessen wäre hier eine vernünftige Politik insbesondere für die Menschen in den ländlichen Räumen das richtige Rezept und nicht eine Verknüpfung von Tatenlosigkeit und anschließender Wählerbeschimpfung."

Stabilitätsanker in der Fläche

Die Landkreise unternähmen viel, um gerade in schwierigen Zeiten als Stabilitätsanker in der Fläche wahrgenommen zu werden. Es sei wichtig, das Vertrauen der Menschen in staatliche Strukturen zu stärken. Allerdings bestehe kein Grund, mit der Bundespolitik zufrieden zu sein, so der Präsident: „Es lässt sich etwa beim Heizungsgesetz, beim 49-Euro-Ticket oder in der Krankenhausversorgung sowie im Wohnungsbau nicht behaupten, dass die Bundesregierung eine Politik für das gesamte Land gemacht hat."

Die Krankenhausreform beispielsweise werde die Menschen in den Landkreisen direkt und in negativer Weise betreffen. Sager: „Zwar hat der Bund noch immer nicht die von uns geforderte Auswirkungsanalyse vorgelegt. Aber man muss kein Prophet sein, um jedenfalls generell abzusehen, was da auf uns zukommt: ein Abbau bei den stationären medizinischen Versorgungsstrukturen in ländlichen Räumen. Wir befürchten, dass am Ende in den Landkreisen vorwiegend nur noch die „Sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen" bestehen werden. Das können in einzelnen Gebieten durchaus leistungsfähige medizinische Einrichtungen sein. Sie sind aber längst nicht überall geeignet, gerissene Lücken in der Krankenhauslandschaft zu füllen. Vor allem aber verweigert die Bundespolitik seit fast zwei Jahren den Krankenhäusern die notwendige ausreichende Finanzierung. Dies führt dazu, dass flächendeckend fast alle Krankenhäuser in den Roten Zahlen sind."

Landkreise müssen mit Milliarden einspringen

Die Landkreise in Deutschland brächten allein für ihre eigenen Krankenhäuser im Jahr 2024 einen Betrag von mindestens zwei bis drei Milliarden Euro auf, um diese vor der Insolvenz zu bewahren. Dies seien Gelder, die für andere ebenso wichtige, aber eigene Aufgaben der Landkreise nicht zur Verfügung stehen. In einem solchen Szenario eine Reform durchzuziehen, sei weder sachlich noch politisch nachvollziehbar, stellte Sager fest. Auf völliges Unverständnis treffe auch die Reform des Rettungsdienstes. Dafür sei entgegen den ursprünglichen Absichten kein ordentliches Gesetzgebungsverfahren mehr geplant. Vielmehr wolle der Bundesgesundheitsminister nun über Fraktionsänderungsanträge im laufenden Verfahren zur Notfallreform Beteiligungsrechte umgehen und auf Abstimmungen mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden verzichten. Auch dies sei ein weiterer Schlag ins Gesicht der Kommunen, deren fachlich berechtigter Kritik man offenbar elegant versuche, aus dem Weg zu gehen.

Auch in der Migrationspolitik lasse der Bund Konsequenz, Ordnung und Steuerung vermissen, fuhr der DLT-Chef fort. Die Belastungssituation in den Landkreisen sei ungeachtet der aktuell leicht rückläufigen Asylzahlen nach wie vor zu hoch. Zahlreiche Antragsteller aus dem vergangenen Jahr warteten noch auf ihren Bescheid. Hinzu kämen die rund 1,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung sei gering und sinke weiter. Von der im vergangenen Jahr ausgerufenen Rückführungsoffensive sei nur wenig zu spüren. Darüber hinaus seien keine Kapazitäten für eine gelingende Integration vorhanden, um die es ja eigentlich gehen sollte. „Neben schnelleren Asylverfahren brauchen wir daher dringend geringere Zuzugszahlen. Dazu dauerhafte Grenzkontrollen und mehr Migrationsabkommen mit Drittstaaten, auch mit der Türkei. „Und der Bund versagt uns seit Anfang 2022 den Vollausgleich der flüchtlingsbedingten Unterkunftskosten. Da reden wir bis heute über mehr als 7 Milliarden Euro", erläuterte Sager.

Rücklagen werden aufgebraucht

Er wies zudem darauf hin, dass ohne ordentlich finanziell ausgestattete Landkreise und Gemeinden kein Staat zu machen sei. „Von den 294 Landkreisen haben im letzten Jahr 189 ihren Haushalt nicht oder nur unter Rückgriff auf ihre Rücklangen ausgleichen können. Das sind zwei Drittel. 2024 werden dies 281, also fast alle Landkreise sein. Vielfach werden die Rücklagen in Milliardenhöhe damit vollständig aufgebraucht sein." Die Länder, aber über die Stärkung der kommunalen Steuerbasis auch der Bund, müssten für eine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen sorgen.

Die föderalen Kräfte seien insgesamt zu stärken. Das betreffe auch den Klimaschutz. „Fortschritte kann es hier nur gemeinsam mit den Landkreisen geben. Wir sehen große Wertschöpfungspotenziale in den ländlichen Räumen, zum Beispiel bei der Windenergienutzung oder bei Wasserstofftechnologien. Zudem muss die Netzentgeltregulierung so ausgestaltet werden, dass nicht die besonders intensiv die erneuerbaren Energien tragenden Landesteile die höchsten Netzentgelte leisten müssen."

Menschen zusammenführen

Die Berliner Politik müsse sich stärker dafür einsetzen, die Menschen im Land zusammenzuführen, bilanzierte der DLT-Chef. „Wir müssen alles daransetzen, unser Land weiterzuentwickeln, seine Errungenschaften zu sichern und es für den globalen Wettbewerb zu rüsten. Ich sehe zu diesem Miteinander, dem wir wieder zu mehr Geltung verhelfen müssen, keine Alternative."

Auch aus Sicht von Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck „müssen wir uns den Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam stellen". Es brauche jetzt die fortgesetzte, konzentrierte Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in ländlichen Räumen und in den Städten für ein gutes gesellschaftliches Miteinander auch in herausfordernden Zeiten. „Dabei sind die Landkreise und der Landkreistag eine entscheidende Stimme und ein zentraler Partner vor Ort, sie arbeiten Tag für Tag daran, das Leben für die Menschen vor Ort besser zu machen und die großen Herausforderungen zu bewältigen."

Zuvor hatte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei seiner Begrüßung darauf hingewiesen, dass der Freistaat Bayern ein starker Partner der Kommunen und des ländlichen Raums sei. „Nur wenn es den Kommunen gut geht, geht es dem Land gut."

Söder: Der ländliche Raum ist die Seele Bayerns

Rund 30 Prozent des Haushalts gingen an die Kommunen. „Der ländliche Raum ist die Seele Bayerns und hat für uns den gleichen Stellenwert wie die Metropolen", so Söder. Bedauerlicherweise lege der Bund den Kommunen aber durch praxisferne Beschlüsse und Bürokratie immer neue Steine in den Weg. Dies führe zu einer Überforderung. Gerade in der Asylpolitik, bei der Energie und der fehlerhaften Krankenhausreform werde das deutlich.

Bei der Migration brauche es in Deutschland am Ende weit weniger als 100.000 Zugänge pro Jahr, weil Integration sonst nicht mehr möglich ist. Des Weiteren müsse die Bundesregierung für mehr Abschiebearrestplätze im Land sorgen und Rückführungsverträge mit Ländern wie Syrien und Afghanistan aushandeln. Wer offene Grenzen haben wolle, müsse auch in der Lage sein, diese zu schützen. Dafür seien Grenzkontrollen und eine Grenzpolizei, wie Bayern sie habe, vonnöten. Außerdem plädierte der Ministerpräsident für die flächendeckende Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge. Allerdings sei das Bundesgesetz so „wässrig formuliert", dass es einige Unsicherheiten gebe. Die Bezahlkarte brauche es jedoch, um Deutschland für Zuwanderer nicht zu attraktiv zu machen.

Brötel fordert signifikante Stärkung der kommunalen Steuerbasis

In seiner Antrittsrede wies der neue DLT-Chef Achim Brötel darauf hin, dass die Landkreise wie keine zweite Ebene für lösungsorientiertes, zupackendes Handeln und damit zugleich auch für Verlässlichkeit vor Ort stünden. „Pragmatisch, effizient und erfolgreich. Daran müssen wir die Politik immer wieder erinnern. Ohne finanziell ordentlich ausgestattete Landkreise ist kein Staat zu machen." Der Weg führe über eine signifikante Stärkung der kommunalen Steuerbasis, was nur durch eine dauerhafte, spürbare und insbesondere auch strukturelle Erhöhung des Umsatzsteueranteils erfolgen könne, die unmittelbar den Landkreisen zugutekommt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sei nämlich kein leerer Programmsatz, sondern vielmehr ein eindeutiger politischer Handlungsauftrag.

Für 2024 befürchten die Landkreise ein Rekorddefizit von 2,6 Mrd. Euro. Städte, Landkreise und Gemeinden erwarten insgesamt für das laufende Jahr ein Defizit von 13,2 Mrd. Euro. Und mit roten Zahlen im deutlich zweistelligen Milliardenbereich wird es laut DLT weitergehen, stärkten Bund und Länder nicht umgehend die Kommunalfinanzen in struktureller Weise. Hohe Personalausgaben, steigende Sachaufwände, ein üppiger Tarifabschluss und vor allem die Sozialausgaben seien die wesentlichen Kostentreiber. Der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer muss sich nach Ansicht des Verbandes von heute knapp 8,2 Mrd. Euro auf um die 17,5 Mrd. Euro erhöhen. Dies wäre ein Befreiungsschlag, der dann zu Rückführungen zum Beispiel bei bestimmten Förderprogrammen führen könnte.

Die Bundespolitik ist nach Brötels Auffassung „ziemlich weit weg von dem, was die Menschen vor Ort bewegt". Den Landkreisen machten vor allem die schiere Aufgabenfülle und Aufgabenvielfalt große Schwierigkeiten. „Ein Kernthema ist die Bewältigung des immer noch zu hohen Zustroms geflüchteter Menschen, die unterzubringen, zu versorgen, vor allem aber zu integrieren sind. Hinzukommen der Klimawandel, die Zukunft des Sozialstaats, der Arbeitskräftemangel, die Energie- und Mobilitätswende, der flächendeckende Glasfaserausbau, der Pflegenotstand und vieles mehr."

Detailverliebtheit der Gesetzgeber

Problematisch sei außerdem die „nahezu grenzenlose Detailverliebtheit der Gesetzgeber, was inzwischen in Gesetze und Verwaltungsvorschriften mündet, die an filigraner Ausdifferenzierung kaum mehr zu überbieten sind. Das ist nicht nur nicht notwendig und verkompliziert die Umsetzung vor Ort. Es hemmt und lähmt auch die Entfaltung kommunaler Selbstgestaltung, wo wir sie dringend brauchen", hob der neue DLT-Präsident hervor und ergänzte: „Wir müssen uns in diesen Fällen ehrlich machen, auch wenn es weh tut. Jeder Euro lässt sich nur einmal ausgeben und jede Fachkraft nur einmal einsetzen. Deshalb brauchen wir dringend den Mut zur Priorisierung. Wir müssen offen sagen, was noch geleistet werden kann, was aber umgekehrt eben auch nicht mehr zu schultern ist."

Bayerns Bauminister Christian Bernreiter, ehemaliger Landrat des Landkreises Deggendorf und früheres Mitglied des Präsidiums des Deutschen Landkreistags, hatte zuvor über den militärischen Bundeshochbau im Freistaat informiert. Bernreiter zufolge führt Bayern als erstes Bundesland ein Gesetz zur Stärkung der Streitkräfte ein.

„Wir müssen die militärische Infrastruktur in Europa ertüchtigen", erklärte der Minister. „Unser Ziel ist eine schnellere Umsetzung militärischer Bauvorhaben durch Entbürokratisierung und Deregulierung. Zum Beispiel werden Vorhaben auf Militärgelände verfahrensfrei gestellt. Die Bundeswehr wird von örtlichen Bauvorschriften der Standortgemeinden freigestellt. Wir appellieren an den Bund, hier weitere Vereinfachungen voranzutreiben."

Bayern ist verlässlicher Partner für Bund und Kommunen

Die Bayerische Staatsbauverwaltung baut und erhält auch Gebäude des Bundes, der Bundeswehr und der US-Gaststreitkräfte im Freistaat. 25 bis 30 Prozent des jährlichen Bauvolumens kommen aus dem Bundeshochbau. Die USA, so Bernreiter, hätten Investitionen in Milliardenhöhe in ein neues hochmodernes Trainingszentrum für die U.S. Army Garrison Bavaria in Grafenwöhr angekündigt. Für die Umsetzung des gestiegenen Bauvolumens habe der Freistaat in den vergangenen Jahren über hundert neue Stellen für den Bundeshochbau geschaffen. Bayern bleibe somit verlässlicher Partner für Bund und Kommunen. **DK**

„Bayern – Stark. Sozial...

(Fortsetzung von Seite 1)
bedingungen. Erörtert wurden auch die transatlantischen Beziehungen und die aktuelle politische Lage in den USA. „Unsere Welt steht am ideologischen Scheideweg", stellte James Miller, Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika fest. Über Perspektiven nach der Landtagswahl in Thüringen berichtete Prof. Dr. Mario Voigt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, während Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland, schilderte, wie Israel im Kampf gegen die Hamas seine demokratische Freiheit verteidigt. Bei einem Start-up-Panel zum Thema „Hightech auf Bayerisch – Zukunft dahoam" ging es darum, wie die Start-up-Szene in eine erfolgreiche Zukunft geführt werden kann. Mit dabei: Bastian Behrens, CEO Blackwave GmbH, Janna Ensthaler, Unternehmerin und Investorin sowie Prof. Dr. Helmut Schönenberger, Geschäftsführer Unternehmer-TUM und Vizepräsident Bundesverband Deutsche Startups e.V. Ihre wichtigsten Ideen hielten die Abgeordneten anschließend in ihrer Resolution „Gründungsland, Zukunftsland! Beste Bedingungen für Start-ups in Bayern schaffen" fest.

Gezielte Impulse für Start-ups

„Mit gezielten Impulsen für Start-ups und Gründer wollen wir in Bayern einen anderen Weg einschlagen als der Bund. Start-ups und Gründer benötigen Kapital. Dafür stellen wir in Bayern einfache und pauschale Förderungen in der Frühphase von Gründungen zur Verfügung. Zudem wollen wir auch größere und spezifische Förderungen sowie staatliche Finanzierungen in der Wachstumsphase", betonte Klaus Holetschek, CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag. Der Bund müsse die Rahmenbedingungen für private Investoren sowie institutionelle Geldgeber wie Banken, Versicherungen und Pensionskassen verbessern und optimieren, damit sie in Wagniskapital investieren. Dazu zählten zum Beispiel auch steuerliche Anreize oder die Übernahme des Ausfallrisikos zu einem bestimmten Prozentsatz.

Den Abschluss der Tagung bildete ein Panel zum Thema „Zukunft der Pflege – Näher am Menschen". Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland und Vorsitzende des Sozialverbands VdK Bayern, Kai Kasri, Landesvorsitzender des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste e.V. Ralf Langejürgen, Vorstandsvorsitzender des BKK Landesverbands Bayern, Nicole Schorer, Pflegedienstleiterin und stellv. Leiterin des Alten- und Pflegeheims St. Augustin der Barmherzigen Brüder in Neuburg a. d. Donau sowie Kathrin Weidenfelder, Vorsitzende der Vereinigung der Pflegenden in Bayern erläuterten, was aus ihrer Sicht im System verändert werden muss, um auch künftig eine gute Pflege sicherzustellen.

Pflege der Zukunft

Ideen, Pflege neu zu denken, hielten die Abgeordneten in der Resolution „Pflege der Zukunft: Demografiefest, Generationengerecht, Qualitätsorientiert" fest. Laut einer von der CSU-Fraktion in Auftrag gegebenen dimap-Studie ist dieses Thema für 94 Prozent der bayerischen Bevölkerung wichtig.

Holetschek zufolge setzt sich die CSU-Fraktion für eine umfassende Pflegevollversicherung ein, die auch private Pflegeversicherungen integriert. Zusätzlich fordert sie mehr Finanzmittel aus Steuergeldern, um die Pflege langfristig abzusichern. Die Leistungsansprüche sollen in ein Pflegebudget und ein persönliches Budget zusammengeführt werden, um die Unterstützung zielgerichteter und flexibler zu gestalten. Außerdem müssen Pflegestützpunkte reformiert und pflegende Angehörige durch schnelle und unbürokratische Notdienste entlastet werden.

„Wir wollen die Arbeitsbedingungen verbessern, bürokratische Hürden abbauen und für eine gerechte Bezahlung der Pflegekräfte sorgen. Diese Maßnahmen sind notwendig, um den Herausforderungen im Pflegesystem gerecht zu werden", machte Holetschek deutlich. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels würden bessere Arbeitsbedingungen und weniger Bürokratie benötigt. Auch ungelernte Pflegehelfer aus EU- und Nicht-EU-Ländern müssten gleichgestellt werden, um das Personal zu entlasten. Durch Prävention und den gezielten Ausbau der Geriatrie könne der Pflegebedarf gesenkt und gleichzeitig die Qualität der Versorgung gesteigert werden. „Unsere Reform soll sicherstellen, dass die Pflege zukunftsfähig, gerecht und menschennah bleibt."

Klare Leitlinien für Bayern

Klare Leitlinien für Bayerns Zukunft formulierte auf der Klausurtagung Ministerpräsident Dr. Markus Söder. In seiner Rede machte er deutlich: Deutschland stecke mitten in einer Krise, aber Bayern werde entschlossen gegensteuern. Insbesondere kritisierte Söder das Verbrenner-Aus (hier soll der Automobilstandort durch bayernweit kostenloses, zeitlich befristetes E-Auto-Parken stabilisiert werden) wie auch das überzogene Bürgergeld der Bundesregierung. Der Ausverkauf der Wirtschaft drohe. Zudem sei die Infrastruktur marode. „Wenn das so weitergeht, haben die Bürger den Eindruck, dass Deutschland bald nicht mehr funktioniert", warnte der Ministerpräsident. Konkret forderte er „Steuersenkungen statt Subventionen" und nannte als wichtige Aufgaben Fragen der Energieversorgung mit den Schwerpunkten Kernkraft und Kernfusion, Biomasse und Wasserstoff sowie Zukunftsinvestitionen wie die Förderung von Start-ups sowie neue Inhalte bei der Clusterförderung.

Versorgungskonferenz für Bayerns Krankenhäuser

Um die Krankenhausversorgung zu sichern, sei eine Versorgungskonferenz vonnöten, so Söder. Er betonte die Notwendigkeit, die Kommunen als Partner für dieses Thema zu gewinnen. Ein wichtiges Thema sei zudem die Kinderbetreuung, für die derzeit fünf Milliarden Euro im Haushalt vorgesehen sind. „Hier brauchen wir ein gemeinsames Konzept." Künftig müsse es mehr um „Vertrauen statt Bürokratie" gehen. Stichprobenkontrollen, Abschaffung von Widerspruchsverfahren und Pflichtberichten, die Entschlackung von Brandschutzverordnungen und Datenschutz sollen die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

Auch müsse die Prüfdichte deutlich reduziert werden. Insbesondere die Wirtschaft solle so mehr Zeit zum Arbeiten haben. Ein wichtiges Anliegen ist dem Ministerpräsidenten die Sportförderung: Er will ein bayerisches Sportgesetz auf den Weg bringen, das den Schul- und Breitensport fördert. Konkret nannte Söder mehr Bewegung in der Schule, die Verstärkung von Sportgrundschulen und Sporteliteschulen. „Wenn der Bund meint, die Bundesjugendspiele abschaffen zu müssen, dann werden wir Bayernjugendspiele machen", stellte der Landeschef klar. **DK**

Wie das LDBV Bayerns digitale Zukunft gestaltet

GZ-Interview mit Daniel Kleffel, Präsident des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

Am 1. Januar 2023 haben die rund 3.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts und der Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV/ÄDBV) einen neuen Chef bekommen. Dipl.-Ing. Daniel Kleffel, der zuvor das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) geleitet hat, folgte auf den bisherigen Präsidenten Wolfgang Bauer, der als Leiter der Abteilung VII „Digitalisierung, Breitband und Vermessung" an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wechselte. Im Gespräch mit Constanze von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen GemeindeZeitung, erläutert Daniel Kleffel wie das LDBV durch den Ausbau von Glasfaser, die Bereitstellung von Geodaten und innovative Cloud-Dienste die bayerischen Kommunen unterstützt. Er spricht über die Herausforderungen des Breitbandausbaus, die Bedeutung von IT-Sicherheit und die Chancen, die Künstliche Intelligenz für die Staatsverwaltung bietet.

GZ: Digitalisierung, Vermessung, Breitband: Welche Rolle spielt das LDBV bzw. die ÄDBV in der Modernisierung und Vernetzung der digitalen Infrastruktur Bayerns? Welche Dienstleistungen bieten Sie den bayerischen Kommunen?

Daniel Kleffel: *Wir sind mit mehr als 220 Jahren eine der ältesten Verwaltungen des Freistaats, seit vielen Jahren aber auch der Treiber von Digitalisierung in Bayern. Das beginnt bei der physischen Infrastruktur – Stichwort Glasfaser – und führt hin zu den IT-Basisdiensten, Cloud und KI im IT-DLZ (IT-Dienstleistungszentrum Anm. d. Red.; Teil des LDBV) als Arbeitsgrundlage der Verwaltungen in Bayern.*

Entscheidend ist eine gigabitfähige Infrastruktur, als Grundlage für alle weiteren Digitalisierungsmaßnahmen. Hier ist unser Bayerisches Breitbandzentrum in Amberg zentraler Ansprechpartner für den geförderten Glasfaserausbau in Bayern. Als Breitbandmanagerinnen und -manager sind die Leitungen unserer Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in jedem bayerischen Landkreis vertreten und stehen im ständigen Austausch mit den dortigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie der Gemeindeverwaltung. Sie begleiten die Kommunen durch die Förderverfahren. Gerade für kleinere Gemeinden mit knappen Personalressourcen ist diese kostenfreie Beratung und Begleitung durch die Förderverfahren eine große Hilfe.

Darüber hinaus sind z.B. das Bayerische Behördennetz, der Antragsmanager, das BayernPortal oder die Geodateninfrastruktur Bayern hochwertige Infrastrukturdienste für die Digitalisierungsaufgaben der Kommunen. Die Geodateninfrastruktur etwa schafft die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Verfügbarkeit von Geodaten u.a. für die Verwaltungsebenen. Das inzwischen sehr engmaschige BayernWLAN bietet Konnektivität für alle.



Daniel Kleffel. Bild: LDBV

Der BayernAtlas bietet in seiner freien und in der Plus-Version einen schnellen Blick in alle verfügbaren amtlichen Geodaten Bayerns. Er liegt im Übrigen in neuer Version im Beta-Stadium vor und wir laden alle ein, Rückmeldungen zur Beta-Version zu geben.

Auch Cloud-Dienstleistungen unseres IT-Dienstleistungszentrums, wie z. B. die „BayernBox", erleichtern Kommunen die Arbeit: Über die digitale Datenaustauschplattform lassen sich große Datenmengen schnell, einfach und sicher austauschen.

IT-Sicherheit ist ein wichtiges Stichwort: Die Bedrohungslage wird zunehmend komplexer und für einzelne Kommunen schwer zu beherrschen. Die Nutzung von zentral angebotenen Diensten und die Bündelung von IT-Know-How durch Zusammenarbeit sind hier Lösungsmöglichkeiten.

Bundesfördermittelkürzung Breitbandausbau

GZ: Ende Juli wurde bekannt, dass der Bund, der für den Breitbandausbau zuständig ist, seine laufenden Mittel drastisch kürzen werde. Zudem ist unklar, welche Fördermittel ab 2025 zur Verfügung stehen werden. Wird 2024 das Jahr der unbequemen Wahrheiten in Bezug auf den Breitbandausbau? Wie ist die aktuelle Lage und welche Antworten hat Bayern darauf?

Kleffel: *Die Kürzungen der Mittel durch den Bund bei einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben sind ein verheerendes Signal und wirklich schlechte Nachrichten für den Gigabitausbau im ländlichen Raum sowie für die betroffenen Kommunen. Über die konkrete Ausgestaltung der Bundesfördermittel in 2024 und 2025 stimmt sich das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat derzeit mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr ab. Dem Ergebnis dieses Prozesses möchte ich nicht vorgreifen.*

Bayerns Ziel ist selbstverständlich nach wie vor der flächendeckende Gigabitausbau zu jedem Wohngebäude und zu jedem Gewerbebetrieb in Bayern. Der Freistaat Bayern unterstützt seine Kommunen hier seit vielen Jahren mit sehr viel staatlichem Geld, obwohl die Verantwortung für die digitale Infrastruktur nach dem Grundgesetz vom Bund wahrzunehmen ist.

Kommunen im Fokus

GZ: Sie haben diverse Stationen in der Bayerischen Vermessungsverwaltung durchlaufen und anschließend das LSI, das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie, mit aufgebaut, bevor Sie zurückkehrten. Gibt es Schnittstellen zwischen diesen beiden Ämtern?

Kleffel: *Die sich bisher stellenden Aufgaben waren stets mit ingenieurmäßigem Denken, Freude am Umgang mit Menschen und einem großen Interesse an digitalen Lösungen lösbar – egal ob bei der Arbeit am Vermessungsamt, am Finanzministerium, am LSI oder am LDBV. Der Aufbau des LSI von 2017 an machte die hohen Anforderungen noch deutlicher, die sich im ständig wachsenden Gefahrenpotential durch IT-Angriffe gerade auch im IT-DLZ stellen. Am LSI standen mir – wie ich es in der Vermessungsverwaltung vom ersten Tag an gelernt hatte – die Kommunen als ganz besonders wichtige Kunden und Partner im Fokus. Und nicht zuletzt die Gewinnung von qualifiziertem IT-Personal war und ist an beiden Ämtern eine wichtige Aufgabe.*

GZ: Ende Juli wurde bestätigt, dass China vor drei Jahren einen Hackerangriff auf das Bundesamt für Kartographie verübt hat. Warum war das Bundesamt für Kartographie von besonderem Interesse?

Kleffel: *Über die Gründe des Angriffs auf das BKG möchte ich nicht spekulieren.*

GZ: In Bezug auf die Digitalisierung: Worauf sollte eine bayerische Kommune unbedingt achten und welche Maßnahmen sollten bereits abgeschlossen sein?

Kleffel: *Bayerns Kommunen haben die Digitalisierung ihrer Verwaltungsleistungen mit großem Engagement vorangetrieben. Gleichzeitig stellt die beschleunigte digitale Transformation Kommunen auch vor große Herausforderungen. Bestehende Strukturen, Prozesse und IT-Lösungen müssen auf Optimierungspotenzial geprüft und, wo nötig, behutsam, aber entschlossen fortentwickelt werden.*

Angesichts zunehmender Cyberangriffe muss die IT-Sicherheit dabei höchste Priorität haben. Das Bayerische Behördennetz bietet als wichtige Grundlage höchstmögliche Ausfallsicherheit, einen gesicherten Internetübergang, sowie viele weitere Sicherheitskomponenten. Wir wollen daher die noch verbliebenen Kommunen baldmöglichst davon überzeugen, sich an unser Bayerisches Behördennetz anzuschließen, damit auch sie noch mehr vom umfassenden Schutz durch das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik profitieren.

Nicht nur im Bereich der IT-Sicherheit haben die Nutzung zentraler Lösungen und interkommunale Zusammenarbeit große Vorteile.

GZ: Stichwort „Künstliche Intelligenz": Fluch oder Segen?

Kleffel: *Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz bietet viele Potenziale – in fast jedem professionellen Umfeld. KI-Algorithmen bieten schon heute oft die schnellste Möglichkeit, mit den explodierenden Datenmengen umzugehen und zielgerichtete Auswertungen zu erstellen. Wir befassen uns im LDBV, insbesondere das IT-DLZ aber auch im Geobereich, deshalb sehr intensiv mit unterschiedlichen Anwendungen von KI, um Kompetenz aufzubauen, uns diese neue Techno-*

(Fortsetzung auf Seite 6)



Gigabitausbau in Bayern:

Planungssicherheit für Kommunen

„Jeder Meter neues Glasfaserkabel zählt: Eine moderne digitale Infrastruktur ist Grundpfeiler für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und entscheidet über die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Der Freistaat Bayern engagiert sich seit Jahren auf freiwilliger Basis massiv, um eine bestmögliche Versorgung seiner Bürgerinnen und Bürger insbesondere in den ländlichen Regionen zu ermöglichen. Seit 2014 haben wir im Rahmen der Bayerischen Gigabitförderung insgesamt bereits über 2,5 Milliarden Euro investiert, damit werden über 100.000 Kilometer Glasfaser in Bayern verlegt“, berichteten Finanz- und Heimatminister Albert Füracker sowie Staatssekretär Martin Schöffel bei der Übergabe zahlreicher Förderbescheide.

So wird die Stadt Marktredwitz beim Breitbandausbau mit über 5,8 Millionen Euro tatkräftig unterstützt. Damit werden weitere 1.030 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Die oberfränkische Kommune beteiligte sich bereits am Ausbau nach der Bayerischen Breitbandrichtlinie sowie der Förderung der Glasfaseranschlüsse an öffentlichen Schulen, Plankrankenhäusern und Rathäusern. Im Rahmen aller Programme wurden Marktredwitz insgesamt über 6,7 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

Förderbescheide für Scheßlitz und Verwaltungsgemeinschaft Gräfenberg

Die Stadt Scheßlitz wird beim Breitbandausbau mit über 2,36 Millionen Euro tatkräftig gefördert. Damit werden weitere 490 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Im Rahmen aller Programme wurden Scheßlitz insgesamt über 3,7 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt. Auch in der Verwaltungsgemeinschaft Gräfenberg wird der Gigabitausbau massiv vorangebracht. So fördert der Freistaat die Stadt Gräfenberg und den Markt Hiltpoltstein mit insgesamt über 5,9 Millionen Euro. Damit werden weitere 1.401 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Die Gemeinde Weißenohe hatte bereits im Februar 2022 einen Bescheid über 1.844.534 Euro erhalten. Im Rahmen aller Programme wurden der Verwaltungsgemeinschaft insgesamt bereits rund 9,2 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

Neunburg vorm Wald

Auch der Glasfaserausbau in der Oberpfalz geht mit Hochgeschwindigkeit voran. Der Freistaat unterstützt die Stadt Neunburg vorm Wald mit 1,65 Millionen Euro. Damit werden weitere 806 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Im Rahmen aller Förderprogramme wurden Neunburg vorm Wald insgesamt bereits über 4,6 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

70 Prozent der bayerischen Haushalte sind gigabitfähig erschlossen

Mit der Bayerischen Gigabitrichtlinie hat der Freistaat – als erste Region in der Europäischen Union – den Weg dafür geebnet, den Glasfaserausbau auch dort zu fördern, wo bereits ein Netzbetreiber mindestens 30 Mbit/s anbietet (sog. graue Flecken). Bislang sind schon über 1.440 Gemeinden in das Förderverfahren eingestiegen, rund 785 Millionen Euro Fördermittel wurden den Kommunen über die Gigabitförderung bereits zugesagt. 70 Prozent aller bayerischen Haushalte sind gigabitfähig erschlossen, nach Abschluss aller laufenden Projekte werden es 80 Prozent sein. Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bayernweit. Aktuell verfügen bayernweit bereits über 99 Prozent der Haushalte über schnelles Internet gemäß EU-Definition (über 30 Mbit/s). Die Kommunen entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit über die Inanspruchnahme eines Förderverfahrens und den Umfang der Fördergebiete.

Bund verspielt digitale Zukunft

Im Gegensatz zu Bayern verspielt der Bund laut Füracker die digitale Zukunft. Nachdem bereits das versprochene Gesamtfördervolumen für den Glasfaserausbau mitten im Förderaufruf 2024 von 3 Milliarden um rund ein Drittel zusammengestrichen wurde, bewahrheite sich die nächste Hiobsbotschaft für Bayerns ländlichen Raum: „Der Bund hat nochmals klargestellt, dass für 2025 deutschlandweit voraussichtlich nur noch eine Milliarde an Glasfaserfördermitteln bereitsteht – ein drastischer Fehler bei einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben überhaupt und ein erneuter herber Schlag für alle bayerischen Kommunen! Statt sich endlich der notwendigen Prioritätensetzung von Zukunftsinvestitionen zu stellen, opfert die Ampel Deutschlands digitale Zukunft lieber auf dem Altar des selbst verschuldeten Haushaltsstreits“, betonte der Minister.

Fördervolumen erhöhen, Planungssicherheit schaffen

Füracker weiter: „Die Bundesregierung muss ihrer grundgesetzlich verbürgten Verantwortung für die digitale Infrastruktur endlich gerecht werden, das Fördervolumen deutlich erhöhen und nach jahrelanger Unbeständigkeit Planungssicherheit für alle Akteure schaffen. Unsere Kommunen haben durch ihr Engagement bereits letztes Jahr einen tatsächlichen Bedarf nach Bundesmitteln in Milliardenhöhe allein für Bayern klar verdeutlicht. Trotz ihrer vorbildlichen Annahme der Förderaufrufe lässt der Bund Bayerns Kommunen seit 2022 ununterbrochen im Stich. Damit das kommunale Interesse am Glasfaserausbau nicht endgültig verloren geht, werden wir den Bund weiter mit allen Mitteln zur Wahrnehmung seiner Verantwortung für den Digitalstandort Deutschland auffordern.“

Das Grundgesetz zeichnet den Bund für den Breitbandausbau verantwortlich. Der aktuellen Bundesregierung gelinge es aber bereits das dritte Jahr in Folge nicht, ein zuverlässiges Glasfaserförderprogramm aufzulegen: Nach einem sofortigen Förderstopp wegen fehlender Haushaltsmittel im Oktober 2022 habe der Bund sein Förderprogramm 2023 erheblich unterdimensioniert. Obwohl von bayerischen Kommunen 1,6 Milliarden Euro an Fördergeldern beantragt wurden, konnten nur 585 Millionen Euro Bundesmittel bewilligt werden.

Ende Juli habe die Bundesregierung angekündigt, die Mittel zur Glasfaserförderung für 2024 erneut im laufenden Verfahren massiv zu kürzen, so dass statt der bereits versprochenen 460 Millionen Euro nur noch 295 Millionen Euro für Bayerns Kommunen zur Verfügung stehen.

515 bayerische Gemeinden – rund ein Viertel aller Gemeinden in Bayern – hätten sich bislang am Förderaufruf 2024 des Bundes beteiligt und seien so von der plötzlichen Kürzung überrascht worden. Mit der nun bestätigten weiteren Mittelkürzung für 2025 wirke sich die Problematik der unangemessenen Bundesförderung auf ihr viertes Jahr in Folge aus.

Bayern verlängert Kofinanzierungsprogramm bis zum Jahr 2029

„Anders als der Bund erkennen wir dieses klare Gebot der Digitalisierung und handeln entsprechend“, erklärte Füracker. „Bayern verlängert sein kraftvolles Kofinanzierungsprogramm daher jetzt bis zum Jahr 2029. Die niedrigen Fördersätze des Bundes werden so langfristig von schwachen 50 Prozent auf in der Regel 90 Prozent angehoben. Wir schaffen Planungssicherheit für unsere Kommunen“, erklärte Füracker im Rahmen der Veröffentlichung der neuen Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie 2.0.

Rund 2,5 Milliarden Euro an Landesmitteln habe der Freistaat seit 2014 bereits für den Glasfaserausbau ausgegeben – rein freiwillig und ohne jede Zuständigkeit. „Wir scheuen keine Kosten, um unsere Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Bayerns mit gigabitschnellem Internet zu versorgen“, teilte Füracker mit und ergänzte: „Wie schon in der Vergangenheit werden mit der neuen Bayerischen Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie 2.0 die niedrigen Fördersätze des Bundes deutlich angehoben. Mit einem neuen Lückenschlussprogramm wird es den Kommunen zudem ermöglicht, für förderfähige, aber bislang unberücksichtigt gebliebene kleinere Teilgebiete einen stark vereinfachten Förderantrag zu stellen.“ **DK**

Wie das LDBV...

(Fortsetzung von Seite 5)

logie nutzbar zu machen und so die Anforderungen unserer Kunden, aber auch eigene Fachaufgaben erfüllen zu können. Das IT-DLZ wird eine zentrale Rolle beim KI-Einsatz in der Staatsverwaltung einnehmen. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist für die Technologie grundlegend. KI ist viel stärker ein technisches Thema, als wir dies von der klassischen Verwaltungsdigitalisierung gewohnt sind.

Einsatzbereiche von KI sehen wir u.a. bei der Bilderkennung, der Klassifikation von Dokumenten oder der Einrichtung von Chatbots. Aktuelle Projekte setzen beispielsweise die Bereitstellung einer sicheren KI-Lösung zur internen Anwendung in der Staatsverwaltung oder die Einrichtung von Chatbots zur bürgerfreundlichen Kommunikation auf Webseiten um. Zu berücksichtigen sind dabei natürlich die Anforderungen des Datenschutzes und der Datensicherheit.

Im Geobereich wenden wir schon seit Jahren KI-Algorithmen zur Detektion von Neubauten in Luftbildern an. Heute Nachmittag starten wir gemeinsam mit Herrn StM Füracker an der OTH Amberg-Weiden ein Forschungsprojekt, um KI-gestützt Daten zur Fortführung der topographischen Datenbanken aus Bildern zu erkennen. Diese Algorithmen sollen auch bei unserer Satellitenmission, die kommendes Jahr mit dem Start der 5 Cubesats in die heiße Phase gehen wird, eingesetzt werden.

GZ: Kommunen verfügen über den Rohstoff unseres Zeitalters: Daten. Sollten sie diese Daten monetarisieren?

Kleffel: *Die Frage deckt ein weites Feld an denkbaren Datenbeständen ab. Daher kommt es darauf an, über welche Daten man genau spricht. Kommunen verwalten und speichern sehr viele schützenswerte Daten, beispielsweise Adress- und Ausweisdaten, Daten aus Gemeindesteuern, Beiträgen usw. Hier stehen selbstverständlich der Datenschutz und die IT-Sicherheit an oberster Stelle. Eine Monetarisierung dürfte mit dem Datenschutz schwer vereinbar sein.*

Wenn ich als ein Beispiel allerdings noch die Geodaten nennen darf, ist festzustellen, dass wir als Vermessungsverwaltung mit der einfachen und inzwischen meist völlig kostenfreien Bereitstellung unserer Daten – Stichwort „Open Data“ – sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Die Daten werden zahlreich nachgefragt und genutzt, innovative Anwendungen werden ermöglicht. Natürlich sind eventuelle gesetzliche Restriktionen bei der Bereitstellung der Daten, gerade auch was den Schutz von kritischen Infrastrukturen betrifft, zu berücksichtigen.

Ein Beispiel zu freien Geodaten: Die von den Kommunen beschilderten Wanderwege werden in den Karten der Vermessungsverwaltung mit ihrer jeweiligen Bezeichnung übernommen, sowohl in digitalen Angeboten als auch in Druckausgaben.

Ein Verzicht auf Gebühren entlastet auch die Verwaltung und kann zu einer positiven Wahrnehmung führen, wenn die Daten leicht nutzbar und ausreichend Informationen und Beratung verfügbar sind.

GZ: Ist der Beruf des Geodäten zukunftssicher?

Kleffel: *Der Beruf des Geodäten ist außerordentlich zukunftssicher. Die Arbeit der Geodäten wird zunehmend wichtiger für die Gesellschaft, da sie u.a. die Grundlagen für Navigation und Geoinformation liefert.*

Dabei nutzen sie nicht nur klassische Vermessungsinstrumente, sondern auch Satelliten- und Luftbilder, aus denen sich mittlerweile eine Vielzahl auch dreidimensionaler Informationen ableiten lassen. So können beispielsweise Überschwemmungsgebiete oder Standorte von Windenergieanlagen genau berechnet werden.

Speziell im öffentlichen Bereich sichern die Geodäten mit ihrer Arbeit das öffentliche Register aller Grundstücke und Gebäude und bilden die Grundlage zum Nachweis von Immobilieneigentum. Die Ausbildung hat auch eine starke rechtliche Komponente. Geodäten sind Baurechtsexperten – nicht nur im Bauplanungsrecht, sondern gerade auch im Bereich von Baulandumlegungen, einer Dienstleistung, die wir seit vielen Jahren den Kommunen anbieten und so schon viele Bebauungspläne realisiert haben.

Für diese und weitere Aufgabenfelder werden in der Bayerischen Vermessungsverwaltung ebenso wie bei vielen anderen privaten und öffentlichen Arbeitgebern Geodäten weiterhin dringend benötigt, sowohl in Ausbildungsberufen als auch nach einem Studium mit Bachelor- oder Masterabschluss.

GZ: Gibt es noch etwas, das Sie unseren Leserinnen und Lesern mit auf den Weg geben möchten?

Kleffel: *Meine inzwischen zahlreichen Stationen in der Vermessungs- und Digitalisierungsverwaltung mit den vielen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunen bestätigen immer wieder, dass wir als gesamte öffentliche Verwaltung digital gut aufgestellt sind. Den weiter wachsenden Anforderungen können wir mit mehr Zusammenarbeit, der Nutzung zentral bereitgestellter Angebote und vor allem mit Lust und Mut zu Neuem bestens begegnen. Der öffentliche Dienst ist auch für Digitalexperten ein attraktiver Arbeitgeber, was mir die hochqualifizierten Kolleginnen und Kollegen exemplarisch in meinen bisherigen Stationen immer wieder bestens gezeigt haben.* ❐



KI-gestütztes Straßenmanagement:

Eibelstadt optimiert kommunale Abläufe

Künstliche Intelligenz erleichtert Arbeit

Straßen und Radwege, Verkehrszeichen und Markierungen, Grünanlagen und Mülleimer – deutsche Ämter müssen unzählige Objekte im öffentlichen Raum verwalten. Durch die mühsame Zustandserfassung ohne technische Unterstützung konnten Schäden oft nicht rechtzeitig behoben werden. Deshalb arbeitet Eibelstadt mit einem digitalen Straßenmanagement-System, um den Straßenzustand automatisch zu erfassen und kommunale Abläufe zu beschleunigen. Bauhofleiter Johannes Urlaub und Franziska Beisheim von der Eibelstädter Verkehrsbehörde erklären, welche Verbesserungen das vialytics System für die Dienststelle bewirken konnte.

In der bayerischen Verwaltungsgemeinschaft Eibelstadt im Kreis Würzburg müssen die Mitarbeitenden der Verwaltung ein Streckennetz von 340 Kilometern überwachen und regelmäßig kontrollieren, um die gesetzliche Verkehrssicherheitspflicht zu erfüllen. Bisher geschah dies von Hand und nahm viel Zeit und Personal in Anspruch. Jetzt nutzt Eibelstadt dafür das Straßenmanagementsystem des Stuttgarter Unternehmens vialytics, mit dem die Zustandserfassung der Straßen und Wirtschaftswege automatisiert und digitalisiert wird. Durch die integrierte künstliche Intelligenz werden Schäden im Straßennetz automatisch erfasst und ausgewertet.

Bauhofleiter Johannes Urlaub betont, dass das Fehlen eines systematischen Prozesses und einer objektiven Beurteilung der Schäden die tägliche Arbeit deutlich erschwerte: „Schäden wurden vor vialytics nur bei der Sichtung, also sehr sporadisch, festgehalten und dann an die Bauverwaltung übergeben. Wir waren oft auf Bürgermeldungen angewiesen. Außerdem haben wir das meiste mit Stift und Zettel dokumentiert und dann abgeheftet."

Die Folge: Wenig bis gar keine Kommunikation zwischen den Abteilungen, lange Wege, viel Papier und Ordner. „Dadurch konnten Reparaturen meist nur punktuell durchgeführt werden und wir hatten keine Ahnung, auf welchen Straßen der höchste Reparaturbedarf vorhanden war," weiß Johannes Urlaub.



vialytics Smartphone-Zustandserfassung am Fahrradlenker.
Bild: vialytics GmbH

Transformation der Arbeit durch vialytics

Im Jahr 2022 wurde die Lage in der Verwaltung sondiert. Es bestand großer Bedarf für einen Prozess, der den Behörden mit der Priorisierung von Schäden und der besseren Koordination der Maßnahmen helfen kann. Die Entscheidung für das vialytics System wurde getroffen. Etwa eineinhalb Jahre später arbeiten Bauhof, Bauamt und Verkehrsbehörde im selben System.

Selbst die Polizei sei dabei involviert. Franziska Beisheim sagt: „Wenn beispielsweise ein Falschparker gemeldet wird, kann ich meine verkehrsrechtliche Anordnung mit den vialytics Bilddaten inklusive GPS und Zeitstempel direkt aus dem System an die Polizeibehörde schicken. Dort schätzen die Kolleginnen und Kollegen die ordentliche Dokumentation und die rechtssicheren Daten."

So verwaltet Eibelstadt seine Infrastruktur heute

Die Inbetriebnahme des Straßenmanagementsystems mache Eibelstadts Straßenverwaltung wesentlicher effizienter. Johannes Urlaub schätzt vor allem die objektive Schadensbewertung und die Möglichkeit, das System individuell und nach Bedarf zu nutzen. „Die Arbeit mit vialytics passt sich unseren bestehenden Abläufen an, die Arbeit mit der Anwendung ist einfach und intuitiv. Wir sparen uns nicht nur Fahrten vor Ort, sondern können durch die Aufgabenfunktion auch intern viel effizienter planen. Die Wege sind wesentlich kürzer geworden und wir haben endlich eine Datengrundlage, um unsere Straßen nach einem klaren Plan zu reparieren."

Seine Kollegin Franziska Beisheim teilt diese Auffassung: „Wir arbeiten hier alle Hand in Hand. Jeder weiß was der andere macht, Aufgaben können mit wenigen Klicks erstellt und geteilt werden. Uns ist selbst schon aufgefallen, wie viele Telefonate und Ausfahrten wir uns mittlerweile sparen. Zudem sind alle Daten im System gespeichert. Das gibt uns ein gutes Gefühl, da im Zweifelsfall nichts verloren geht."

So funktioniert das vialytics-System in der Praxis

Mitarbeiter des Eibelstädter Bauhofs befahren regelmäßig ihr Straßennetz mit einem Smartphone von vialytics. Die App nimmt automatisch alle vier Meter georeferenzierte Bilddaten der Straßen auf und analysiert diese mit der integrierten künstlichen Intelligenz



V.l.: vialytics-Gründer Achim Hoth, Danilo Jovicic-Albrecht und Patrick Glaser.
Bild: vialytics GmbH

auf Schäden an der Asphaltoberfläche oder an Inventar wie Verkehrszeichen. Zudem können Gefahrenstellen per Bluetooth-Knopf am Lenkrad manuell markiert und mit einer Sprachnotiz versehen werden. So digitalisiert vialytics die händische Streckenkontrolle mit Stift und Papier.

Die erhobenen Daten des Straßenzustandes werden am Rechner in einem Kartenmodus dargestellt. Auf einen Blick ist ersichtlich, welche Streckenabschnitte renovierungsbedürftig sind und wo die Verkehrssicherheit durch Straßenschäden beeinträchtigt ist. Die Schäden werden in Schadensklassen eingeordnet und mit Noten versehen. Dies hilft dem Tiefbauamt bei der Priorisierung von Maßnahmen und der Budgetplanung.

Auch der Winterservice kann durch das vialytics System vereinfacht werden. Streuungen und Schneeräumungsarbeiten kann die App dokumentieren und überwachen. Zudem werden mit dem vialytics System Wartungsarbeiten, Ausgrabungen und Baustellen dokumentiert, um im Gewährleistungsfall abgesichert zu sein.

Über die vialytics GmbH

Die drei Pioniere Patrick Glaser, Achim Hoth und Danilo Jovicic-Albrecht riefen vialytics 2018 ins Leben. Seitdem verfolgt das Stuttgarter Unternehmen mit 100 Mitarbeitern einen ambitionierten Wachstumskurs. Mittlerweile sind es über 500 Partnerkommunen, die ihre Straßen regelmäßig mit dem vialytics System befahren und aus den gesammelten Daten Maßnahmen ableiten. „Es gibt aktuell kein Straßenmanagementsystem, das den kommunalen Anforderungen gerechter wird als unseres", fasst Patrick Glaser zusammen. Die hohe Nachfrage aus Deutschland und den europäischen Nachbarländern kann vialytics durch eine neue Zusammenarbeit mit Scania Growth Capital sowie der langfristigen Investition durch EnBW New Ventures und Statkraft Ventures bedienen. Achim Hoth bestätigt: „Unser Straßenmanagementsystem hilft allen Kommunen, ihre Straßen effizienter zu verwalten und das meiste aus dem kommunalen Haushalt herauszuholen." ❐

vialytics

Das digitale Werkzeug für Bauamt und Bauhof

- Automatische Zustandsbewertung Ihrer Straßeninfrastruktur
- Verwaltung aller Arbeitsabläufe in einem einzigen System
- Planung wirksamer Maßnahmen mit aktuellen Daten



Download on the App Store
GET IT ON Google Play

Straßenmanagement mit System

+ Künstliche Intelligenz

Jetzt testen unter www.vialytics.de

Kontakt: +49 711 2529 5190 | info@vialytics.de | www.vialytics.de

BREKO Marktanalyse 2024:

Politische Kurskorrektur ist unerlässlich

In der kürzlich veröffentlichten Breko Marktanalyse 2024 weist der Bundesverband Breitbandkommunikation darauf hin, dass laut Prognose „die Bundesregierung ihr Ziel von Glasfaser für die Hälfte der deutschen Haushalte bis 2025 zwar erreichen, jedoch unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen die flächendeckende Glasfaserversorgung bis 2030 deutlich verfehlt wird". Mehr denn brauche es jetzt eine klare politische Kurskorrektur, um Investitionssicherheit zu schaffen und Investitionsanreize zu setzen.

Mit 2,6 Millionen neu gebauten Anschlüssen (Homes Passed) steigt die Glasfaserausbauquote laut Marktanalyse zwischen Mitte 2023 und Mitte 2024 um 7,6 Prozentpunkte auf 43,2 Prozent, wächst aber um 1,6 Prozentpunkte weniger als im Vorjahreszeitraum.

Der Anteil der angeschlossenen Haushalte (Homes Connected) nimmt um 4,5 Prozentpunkte auf 22,8 Prozent zu und wächst damit um 3,6 Prozentpunkte stärker als im Vorjahreszeitraum. Zeitgleich steigt auch der Anteil der Haushalte, die einen Glasfaseranschluss gebucht haben (Homes Activated), leicht an: Die Take-Up-Rate liegt jetzt bei 26 Prozent (Stand: 30. Juni 2024).

Aktuell sind rund ein Viertel (10,5 Millionen) der deutschlandweiten Gebäude und Wohnungen ans Glasfasernetz angeschlossen. Laut Studienautor Prof. Dr. Jens Böcker „investiert die Telekommunikationsbranche trotz vieler Hindernisse weiter in den Glasfaserausbau. Auffällig ist: Während der Fokus in den letzten Jahren auf dem Ausbau in der Fläche lag, gehen die Unternehmen jetzt zunehmend dazu über, die Haushalte, Unternehmen und öffentlicher Einrichtungen anzuschließen. Insbesondere die Wettbewerber der Telekom sorgen dafür, ihre Kundinnen und Kunden ans Glasfasernetz anzuschließen, statt die Glasfaser nur bis in die Straße zu bauen."

Treiber des Netzausbaus

Zwar befinden sich die Gesamtinvestitionen in den Glasfaser- und Mobilfunkausbau mit 13,2 Milliarden Euro nach wie vor auf hohem Niveau, jedoch sind sie erstmals seit Jahren leicht rückläufig. Obwohl der Investitionsanteil der Telekom auf 5,6 Milliarden Euro steigt und bei den Wettbewerbern auf 7,6 Milliarden Euro zurückgeht, bleiben die alternativen Netzbetreiber mit 58 Prozent der Investitionen Treiber des Netzausbaus. Besonders im Glasfaserausbau übernehmen die Wettbewerber der Telekom den Löwenanteil: Sie zeichnen für 61 Prozent der Homes Passed sowie für 70 Prozent der Homes Connected und 77 Prozent der Homes Activated verantwortlich.

Mit Blick auf die Prognose der Marktanalyse, wonach die Glasfaserausbauquote bei einer stabilen Entwicklung bis 2025 auf 50 Prozent, bis 2030 aber nur noch auf einen Wert zwischen 76 Prozent und 86 Prozent steigen wird, fordert Breko-Präsident Norbert Westfal insbesondere von der Bundesnetzagentur ein Konzept für einen wettbewerbskonformen Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze: Hier gelte es zu verhindern, dass die Deutsche Telekom ihr Kupfernetz strategisch nur dort abschaltet, wo sie selbst Glasfaser verlegt hat. Zudem brauche es endlich eine wirksame Diensteanbieterverpflichtung, um doch noch einen Impuls für fairen Wettbewerb zu setzen und das herrschende Oligopol im Mobilfunk aufzubrechen. „Leider wurde in den letzten Monaten zunehmend deutlich, dass die Ampel-Koalition offenbar das Interesse am Glasfaserausbau verloren hat", bedauert Westfal.

Eines der größten Probleme für den Glasfaserausbau bleibt der strategische Doppelausbau der Telekom. Aktuell sind 78 Unternehmen von Doppelausbau-Aktivitäten der Telekom oder ihrer Tochter Glasfaser Plus betroffen. Knapp jedes dritte Unternehmen (31 Prozent) hat sich aufgrund von Doppelausbau sogar aus Ausbauprojekten zurückgezogen.

Kupfer-Glasfaser-Migration

Auch der anstehende Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze beschäftigt die Branche. 9 von 10 Unternehmen sehen es laut Marktanalyse als wichtig oder sehr wichtig an, dass es eine wettbewerbskonforme Regelung für die sogenannte Kupfer-Glasfaser-Migration gibt. Nur 4 Prozent halten dies für unwichtig.

„Da die Wettbewerber für zwei Drittel des Glasfaserausbaus verantwortlich zeichnen, braucht es jetzt umso mehr ein Konzept für eine wettbewerbskonforme Kupfer-Glasfaser-Migration", unterstreicht BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers. Bislang gebe es für die Regionen, in denen die Wettbewerber Glasfaser verlegt haben, keine entsprechende Regelung. Die Telekom wiederum könne dort, wo sie Glasfaser ausgebaut hat, selbst über eine Abschaltung ihres Kupfernetzes entscheiden.

„Unsere Forderung ist klar: Die Abschaltung in Regionen, in denen die Telekom Glasfaser verlegt hat, darf nur dann genehmigt werden, wenn das Kupfernetz auch in Gebieten abgeschaltet werden kann, die durch Wettbewerber vergleichbar gut mit Glasfaser versorgt sind und vergleichbare Vorleistungsprodukte angeboten werden. Sowohl beim Doppelausbau als auch bei der Kupfer-Glasfaser-Migration braucht es eine Bundesnetzagentur, die nicht nur die Interessen des marktmächtigen Unternehmens im Blick hat, sondern aktiv für fairen Wettbewerb sorgt", stellt Albers fest.

Bayern im Mittelfeld

Im Ländervergleich hat Schleswig-Holstein mit 89,3 Prozent weiterhin die höchste Glasfaserausbauquote, gefolgt von Hamburg und Brandenburg. Bayern liegt mit 34,4 Prozent im hinteren Mittelfeld. Bei der Glasfaseranschlussquote belegt Schleswig-Holstein mit etwa 50 Prozent ebenfalls Platz 1, gefolgt von Brandenburg und Hamburg. Deutlich dahinter rangiert Bayern mit 19,2 Prozent.

Um den Ausbau in den Ländern zu beschleunigen, sind Albers zufolge schnellere Genehmigungsverfahren erforderlich. Auch der Glasfaserausbau müsse deshalb im Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz als im „überragenden öffentlichen Interesse" definiert werden. Bundestag und Bundesrat seien hier in der Pflicht, grundlegend nachzubessern, um doch noch Rahmenbedingungen für eine Beschleunigung des Glasfaserausbaus zu schaffen.

Zunehmend an Bedeutung gewinnt die Öffnung bestehender Netze für andere Anbieter. Laut Marktanalyse bieten 89 Prozent der im Breko organisierten Netzbetreiber bereits Zugang zu ihren Netzen an. Albers: „Open Access sorgt für mehr Wettbewerb und setzt sich als Alternative zum Doppelausbau durch. Die Kooperationen sorgen für eine höhere Auslastung der Netze und bieten den Kundinnen und Kunden mehr Angebotsvielfalt." **DK**

6. AKDB Kommunalforum:

Innovative Impulse für resiliente Kommunen

Am 10. Oktober 2024 findet in München das AKDB Kommunalforum statt. Im Fokus der eintägigen Veranstaltung steht die Frage, wie sich Kommunen für Zukunftsszenarien wappnen können: etwa hinsichtlich Cyberbedrohungen, Fachkräftemangel und Klimawandel. Die Veranstaltung bietet Kommunalvertretern aus ganz Deutschland eine Plattform, um neueste digitale Lösungen zu entdecken und sich mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen. Für eine Prise Humor sorgt der bekannte Comedian und Bestsellerautor Vince Ebert.

Ein Hauptprogramm im großen Auditorium, vier Fachforen und Workshop-Formate für kleine Arbeitsgruppen sowie eine begleitende Fachausstellung erwarten die Gäste des Kommunalforums, das dieses Jahr im Paulaner am Nockherberg in München stattfindet. Im Vordergrund steht die Frage, wie sich die Verwaltung aufstellen sollte, um in Zeiten komplexer werdender IT, erhöhter Cybergefahren, steigendem Fachkräftemangel und voranschreitendem Klimawandel ihrem Auftrag gerecht zu werden: optimale Daseinsvorsorge zu bieten und kommunale Lebensräume zukunftsfähig zu machen.

Passend dazu lautet das Event-Motto „digital.einfach.machen.". Denn Kommunalvertreter sind eingeladen, digitale Lösungen zu entdecken, die den Alltag von Verwaltung und Bürgern vereinfachen. Dabei handelt es sich um Innovationen der gesamten AKDB-Gruppe. Dazu gehören Töchter und Beteiligungen wie RIWA, roosi, Telecomputer, GKDS und LivingData.

Höhepunkte des Forums

Zu den Highlights des Forums gehört die DSGVO-konforme Business-Intelligence-Lösung SDS.Control, die Daten aus dem Finanz- und Einwohnerwesen analysiert und aufbereitet. Außerdem im Programm: das Cloud-Angebot der AKDB, KI-Anwendungen für Verwaltungsmitarbeitende, die Erstellung digitaler Zwillinge sowie Self-Service-Plattformen wie FRED (Framework for eGovernment Deployment). Mit letzterer können Verwaltungen Online-Dienste unkompliziert in ihre Webseiten einbinden und medienbruchfrei in die Fachsoftware integrieren. Ganz im Sinne einer digitalen Ende-zu-Ende-Verwaltung, wie sie das Onlinezugangsgesetz fordert. In den vier Fachforen wird auf spezielle Neuerungen rund um Fachverfahren für jeden Verwaltungsbereich eingegangen: Kämmerei, Personalabteilung, Bürgerbüro, Kitaverwaltung, Verkehrsamt und Bauhof.

Referenten sind Wissenschaftler wie der Professor für IT-Sicherheitsrecht Dennis-Kenji Kipker, Dr. Ferdinand Schuster vom Institut für den öffentlichen Sektor e.V., Christian Stummeyer, Professor für Wirtschaftsinformatik und Digital Commerce, sowie Vertreter des bayerischen Digitalministeriums und der Kommunen. Bestsellerautor und Comedian Vince Ebert wirft einen humorvollen Blick auf Digitalisierung und künstliche Intelligenz und beweist damit, dass man trotz riesiger Herausforderungen nicht alles bierernst zu nehmen braucht. Das Programm sieht neben Fachvorträgen auch eine Live-Hacking-Show, zahlreiche Praxisberichte und Live-Demos sowie Paneldiskussionen und Mitmach-Formate vor. Die Veranstaltung moderiert SZ-Journalist Matthias Punz. ❐





Bürgermeisterin Sibylle Entwistle (r.) mit M-net Regionalmanagerin Sandra Stiedl. Bild: Stadt Vilsbiburg

Erschließung mit Glasfaserleitungen

Glasfaseranschlüsse für rund 700 Haushalte und Büros in Vilsbiburg / Gemeinsamer Ausbau mit den Stadtwerken

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net erweitert gemeinsam mit den Stadtwerken Vilsbiburg das Glasfasernetz in mehreren Ortsteilen der Stadt Vilsbiburg im niederbayerischen Landkreis Landshut. Einen entsprechenden Kooperationsvertrag hat die Stadt nun mit M-net geschlossen. Durch die Erschließung mit Glasfaserleitungen bis zum Grundstück profitieren bald rund 700 Haushalte und Gewerbeeinheiten von Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (= 1.000 Mbit/s).

Nach der offiziellen Vertragsunterzeichnung ist der Grundstein für den weiteren Glasfaserausbau in Vilsbiburg gelegt. Bis Herbst 2026 werden rund 700 Privathaushalte und Gewerbeeinheiten in mehreren Ortsteilen durch die Stadtwerken Vilsbiburg als Infrastrukturpartner von M-net mit zukunftssicheren Glasfaserleitungen ausgestattet.

Hohe Übertragungsgeschwindigkeiten

Bei dem Ausbau wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis zu den jeweiligen Grundstücken errichtet. Für die Weiterführung der Glasfaserleitung bis ins Gebäude und die Installation eines Hausanschlusses erstellen die Stadtwerke Vilsbiburg allen Interessenten ein gesondertes Angebot. Die neuen Leitungen ermöglichen Internetanschlüsse mit Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig noch mehr.

Startschuss im Herbst 2024

Die Bauarbeiten für den Glasfaserausbau starten nach derzeitigem Planungsstand noch im Herbst 2024 und werden rund zwei Jahre in Anspruch nehmen. M-net ist bereits seit vielen Jahren als Anbieter für Telekommunikationsdienste in Vilsbiburg aktiv. Dank seines glasfaserbasierten FTTC-Netzes (Fiber-to-the-Curb = Glasfaser bis zum Bordstein) stehen schnelle und stabile Internet-, Telefon- und TV-Dienste von M-net bereits über 1.350 Haushalten in Vilsbiburg zur Verfügung. Darüber hinaus können bereits jetzt rund 1.000 Haushalte und Gewerbeeinheiten von einem direkten FTTB/H-Glasfaseranschluss (Fiber-tothe-Building/Home) profitieren.

„Mit dem FTTB/H-Ausbau sind die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Unternehmen in Vilsbiburg bestens für die digitale Zukunft gewappnet. Denn im Gegensatz zu allen kupferbasierten Anschlusstechnologien meistert ein reiner Glasfaseranschluss auch langfristig die Anforderungen, die mit der zunehmenden Digitalisierung unserer Gesellschaft auf uns zukommen", sagt M-net Regionalmanagerin Sandra Stiedl.

Die Bürgermeisterin von Vilsbiburg, Sibylle Entwistle, ergänzt: „Der Glasfaserausbau ist ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge und damit auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Umso mehr freuen wir uns, dass wir mit M-net einen starken Partner dafür gewinnen konnten, Vilsbiburg mit einem neuen Hochgeschwindigkeitsnetz als Lebens- und Wirtschaftsraum für die Zukunft zu stärken."

Warum Glasfaser?

Mit einem Glasfaseranschluss sind sowohl Wohn- als auch Gewerbeimmobilien zukunftssicher ausgestattet: Dieser bietet hohe und stabile Bandbreiten, ist besonders zuverlässig gegenüber externen Einflüssen wie Unwettern und Gewittern und ist auch für besonders datenintensive Anwendungen geeignet. Dazu zählen rasante Up- und Downloads, unterbrechungsfreies Videostreaming auch auf mehreren Endgeräten, Online-Gaming, das Speichern und Abrufen von Daten in einer Cloud oder die Nutzung des Anschlusses im Home-Office. Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorzüge gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. ❐

Digitalminister Fabian Mehring:

KI statt Bürokratie!

Digitalminister Fabian Mehring will Bayerns Mittelstand fit für das KI-Zeitalter machen. Genau dies ist das Ziel des Programms „KI-Transfer Plus“, das vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales ins Leben gerufen wurde: KMUs aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen werden dabei unterstützt, KI-Lösungen zu nutzen. Nunmehr gab Mehring den Startschuss für die vierte Runde des Erfolgsprogramms.

Unter den rund 20 Teilnehmern der vierten Runde befinden sich unter anderem Handwerksbetriebe, IT-Dienstleister, Bauunternehmen oder Versandhändler aus ganz Bayern. Sie erhalten in den kommenden neun Monaten Zugriff auf das umfassende Know-how bayerischer Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und können dadurch KI-Methoden auf dem neuesten Stand der Technik schnell in der Praxis nutzen. Dabei liegt das Augenmerk auf aktuellen Themen wie generative KI und großen Sprachmodellen.

Für den reibungslosen Technologietransfer in Richtung Wirtschaft sind die Programmpartner von „KI-Transfer Plus“ zuständig. Bislang waren das appliedAI (München), die OTH Regensburg und die TH Aschaffenburg. Mit Beginn der letzten Runde hat Minister Mehring das Programm auf die TH Nürnberg, die HS Neu-Ulm, die HS Kempten, die TH Ingolstadt und die TH Würzburg-Schweinfurt erweitert.

Positive Bilanz

Anlässlich des Kick-offs zogen Teilnehmer der früheren Runden eine durchweg positive Bilanz, berichtet Mehring. So konnte die IFTA GmbH aus Puchheim eine KI-Anwendung zur Überwachung von Verbrennungsschwingungen in Gasturbinen entwickeln, die genauere Aussagen über den Maschinenzustand und die frühzeitige Erkennung von Defekten ermöglicht. Das Verkehrs- und Touristikunternehmen Schwarzer Reisen aus Nördlingen arbeitet gerade daran, KI im Callcenter für einfache Gespräche einzusetzen und zusätzlich die Streckenplanung der Rufbusse mithilfe Künstlicher Intelligenz zu verbessern.

Bislang investierte das Digitalministerium insgesamt 9,1 Millionen Euro in „KI-Transfer Plus“. Daneben hat die Bayerische Staatsregierung weitere Förderprogramme gestartet, darunter die Hightech-Agenda mit einem Investitionsvolumen von 5,5 Milliarden Euro, von denen 600 Millionen Euro auf die Bereiche KI und SuperTech entfallen. Ausbildung und Forschung werden ebenfalls intensiv gefördert: Knapp 10.000 neue Studienplätze für KI und Informatik sowie mehr als 130 neue KI-Professuren sollen dazu beitragen, dass Bayern in diesen zentralen Zukunftsfeldern weltweit an der Spitze bleibt.

GovTech Campus Deutschland

Wie das Digitalministerium zudem berichtet, ist der Freistaat dem GovTech Campus Deutschland beigetreten. Als global profilierter Hightech-Standort habe Bayern den Anspruch, auch bei seinen Verwaltungsprozessen neueste Technologien wie KI, Cloud-Lösungen oder Big Data einzusetzen. Dabei sollen die Impulse aus Bayern auch die digitale Transformation in den anderen Bundesländern beschleunigen.

Ziel sei es, im Sinne der Bürger und Unternehmen Bayerns gemeinsam mit anderen führenden Akteuren aus dem Bereich Digitalisierung an neuen Services und Lösungen zu arbeiten. Der Beitritt sei Teil eines umfangreichen Maßnahmenbündels, mit dem das Staatsministerium für Digitales die digitale Verwaltung der Zukunft auf den Weg bringen will.

Mehring zufolge „entlasten wir durch den Einsatz von KI unsere Mitarbeiter in den Behörden und verkürzen die Verfahrenszeiten – eine Win-Win-Situation für Bürger und Verwaltung, die Entbürokratisierung befeuert und uns gegen den grassierenden Fachkräftemangel rüstet. Der GovTech Campus Deutschland bietet uns hierfür eine einzigartige Plattform für den Schulterschluss mit der Tech-Szene und die gemeinsame Weiterentwicklung unserer Verwaltungen. Unser Beitritt ist daher ein weiterer logischer Schritt hin zu unserem übergeordneten Ziel: Weiter der Pacemaker für die digitale Verwaltung in Deutschland zu sein. Schließlich sitzen unsere Mitbewerber auf den Zukunftsmärkten nicht in Berlin oder Frankfurt, sondern in Asien und dem Silicon Valley. Es gilt daher ein ‚Team-Deutschland‘ zu firmieren und unsere Kräfte bundesweit zu bündeln.“

Bayern ist Schrittmacher

Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei Bayern schon heute Schrittmacher auf diesem Gebiet, unterstreicht der Minister: Der Freistaat belege im OZG-Dashboard (Onlinezugangsgesetz) konsequent die vorderen Plätze und biete bereits 260 Online-Leistungen in der Fläche an. Dabei soll es aber nicht bleiben: Um möglichst schnell eine volldigitale Kommunikation innerhalb und zwischen den Behörden zu erreichen, hat Mehring 2023 einen „Fax-Bann“ ausgerufen, der bereits wirkt: Der Bestand der Faxgeräte in der bayerischen Verwaltung habe sich inzwischen ungefähr halbiert. Als Alternativen würden derzeit verschiedene digitale Kollaborations- und Kommunikationslösungen für die Behörden im Freistaat erprobt. Zudem werde ein bayerisches elektronisches Behördensiegel auf den Weg gebracht.

Verwaltungsprozesse beschleunigen

Mit solchen digitalen Technologien würden Medienbrüche vermieden, Verwaltungsprozesse beschleunigt und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in den Behörden ermöglicht – ein Thema, mit dem sich das Digitalministerium selbst intensiv beschäftige: „Wir entwickeln gerade eine KI-Strategie für unser eigenes Ministerium, die als Blaupause für andere Behörden, Verwaltungen und Kommunen dienen kann“, so Mehring. „Im Projekt ‚Applied Data Analysis für die öffentliche Verwaltung‘ zeigen wir zum Beispiel den Mehrwert von Cloud-Diensten. Und in unserem Open Data-Portal ‚open.bydata‘ demonstrieren wir modernes Datenmanagement und unterstützen insbesondere Kommunen bei der Umsetzung.“

Daneben habe der Freistaat zahlreiche weitere Initiativen wie die Hightech-Agenda und KI-Transfer Plus gestartet, um den Staat umfassend zu modernisieren und Unternehmen beim KI-Einsatz zu unterstützen. Auch der Superrisikokapitalfonds mit einer Hebelwirkung in Höhe von einer Milliarde Euro, die Förderung digitaler Talente sowie Kooperationen mit Technologieunternehmen stärkten das IT-Ökosystem des Freistaats.

Für eine gemeinsame digitale Zusammenarbeit erhalten auch Bayerns Kliniken Förderung vom Freistaat. Gemeinsam mit Gesundheitsministerin Judith Gerlach überreichte Mehring symbolisch den Förderbescheid in Höhe von 1,4 Millionen Euro an die Klinik IT Genossenschaft (KIG). Mit dieser Förderung wird die Plattform „mein-krankenhaus.bayern“ um eine Vernetzung zwischen den Krankenhäusern und den niedergelassenen Ärzten erweitert. Weiterhin unterstützt die Förderung die Einrichtung einer Incident-Response-Hotline für Cybernotfälle in den Kliniken.

Bayerische Krankenhäuser hatten sich vergangenes Jahr zusammengeschlossen und setzen gemeinsam das Vernetzungsprojekt „mein-krankenhaus.bayern“ unter der Führung der KIG um. Das Projekt steht vor allem für ein einheitliches digitales Patientenportal nach dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG). Inzwischen haben sich innerhalb der KIG 137 Krankenhäuser für die einheitliche Umsetzung des digitalen Patientenportals auf Basis einer gemeinsamen IT-Plattform zusammengefunden.

Doch soll diese nicht an der Sektorengrenze enden, sondern den Pfad von Patienten ins und aus dem Krankenhaus begleiten. Dies wird mit einer Förderung durch den Freistaat auf Initiative der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) möglich, die nun an die KIG übergeben wird. Von den 1,4 Millionen Euro wurden jeweils 700.000 Euro vom bayerischen Gesundheits- und vom Digitalministerium gefördert.

Klinik-Plattform

Nach Mehrings Worten „ist unsere gemeinsame Klinik-Plattform ein zukunftsweisendes Leuchtturmprojekt, das weit über Bayern hinaus strahlt. Gerade angesichts der gewaltigen Herausforderungen im deutschen Gesundheitssystem können Digitalisierung und Zukunftstechnologien als Gamechanger wirken, um Prozesse im Sinne der Patientinnen und Patienten zu optimieren.“

Mehr digitale Vernetzung benötige auch mehr IT-Sicherheit, denn die Angriffe - auch auf Kliniken – und die regulatorischen Anforderungen nähmen stetig zu. Um die Kliniken schnell bei einem Sicherheitsvorfall zu unterstützen, plane die KIG deshalb mit den Mitteln des Freistaats den Aufbau einer Incident-Response-Hotline, die den bayerischen Krankenhäusern rund um die Uhr mit Rat und Tat zur Seite steht. **DK**

Deutsche Telekom vermarktet Internetdienste über FTTC-Netze von LEONET

Deutsche Telekom kann nun in vielen Regionen Ostbayerns seinen Kunden noch mehr Geschwindigkeit anbieten

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen LEONET und die Deutsche Telekom haben eine FTTC-Wholesale-Kooperation geschlossen. Die Partnerschaft stellt für die Deutsche Telekom die Grundlage dar, dass sie über die sogenannten FTTC-Netze (Fiber to the curb / Glasfaser bis zum Kabelverzweiger) von LEONET ab sofort eigene attraktive Telefon- und Internetdienste vermarkten kann.

LEONET betreibt in vielen Regionen von Niederbayern und der Oberpfalz im ostbayerischen Raum FTTC-Netze. Die darauf basierende Netzarchitektur sieht eine Glasfaseranbindung bis zum Kabelverzweiger (den grauen Kästen am Bürgersteig) vor. Die Telekom kann auf Basis der Kooperation mit LEONET nun auch in Regionen Ostbayerns Telefon- und Internetdienste mit einer Geschwindigkeit von bis zu 100 Mbit/s anbieten, wo dies bisher nicht möglich war.

60.000 Haushalte profitieren

Von der Vereinbarung profitieren rund 60.000 Haushalte in den Landkreisen Regen, Cham, Passau, Freyburg-Grafenau Straubing-Bogen, Rottal-Inn, Deggendorf, Amberg Sulzbach, Landshut, Regensburg, Schwandorf, Dingolfing-Landau, Mühldorf a. Inn. Wer sich für einen schnellen Internetanschluss der Telekom interessiert, kann im Internet recherchieren, ob er von der Vereinbarung profitiert: www.telekom.de/festnetz. Die höheren Geschwindigkeiten sollen bis 100 Mbit/s zur Verfügung stehen.

Wegweisende Kooperation

„Wir freuen uns außerordentlich, dass wir die Deutsche Telekom als Wholesale-Partner gewonnen haben“, erklärt LEONET-Geschäftsführer Martin Naber. „Die Kooperation ist für beide Unternehmen wegweisend. Während wir unsere Open-Access-Strategie realisieren, erhält die Telekom über unser Netz nun die Möglichkeit attraktivere Produkte anzubieten.“

„Wir freuen uns, dass wir in vielen Bereichen Ostbayerns unseren Kunden höhere Geschwindigkeiten über das FTTC-Netz der Leonet anbieten werden“, unterstreicht Thilo Höllen, Leiter Breitbandkooperationen bei der Deutschen Telekom. „Kooperationen und Wholebuy sind Bestandteil unserer Strategie. Dafür nutzen wir seit einigen Jahren selbstverständlich FTTC-Netze unserer Wettbewerber und ab sofort auch der Leonet. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.“ ❐



Datenerfassungs- und Scanzentrum Wunsiedel:

Bereits über 56 Millionen Dokumente digitalisiert

Über 250 Beschäftigte leisten unverzichtbare Arbeit

„Das Scanzentrum Wunsiedel ist ein absolutes Leuchtturmprojekt der Bayerischen Steuerverwaltung und die ‚Eintrittspforte in die digitale Welt‘ für Steuererklärungen in Papierform. Wir verdanken es der hervorragenden und unverzichtbaren Arbeit der über 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier am Scanzentrum, dass sämtliche Steuererklärungen aus ganz Bayern digital in den Finanzämtern ankommen und dort elektronisch weiterverarbeitet werden können. Herzlichen Dank für Ihr großes Engagement und Ihren Einsatz“, betonte Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel bei seinem Besuch im Datenerfassungs- und Scanzentrum Wunsiedel.

„Der Freistaat Bayern hat hier ein effizientes und leistungsfähiges Zentrum geschaffen, in dem Papierunterlagen den direkten Weg in die Digitalisierung finden, eine wichtige Voraussetzung für das papierlose Finanzamt der Zukunft. Seit Bestehen des Scanzentrums in Wunsiedel wurden bereits rund 56 Millionen Steuererklärungen sowie weitere Dokumente digitalisiert. Neben Dokumenten aus Bayern werden seit Jahren auch Erklärungen für Rheinland Pfalz und Thüringen gescannt“, so Schöffel.

Das Datenerfassungs- und Scanzentrum der Bayerischen Steuerverwaltung wurde am 1. März 2011 eingerichtet. Die Beschäftigten im Scanzentrum Wunsiedel sind mit ihrem umfassenden technischen und fachlichen Know-how bei der Digitalisierung und Aufbereitung jeglicher Art von Daten und Unterlagen hochspezialisiert.

Hauptaufgabe des Datenerfassungs- und Scanzentrums in Wunsiedel ist die Digitalisierung von Steuererklärungen. Durch die Bündelung in einer zentralen Stelle können Informationen deutlich effizienter erfasst und weiterverarbeitet werden. Die Bearbeitung der Steuererklärungen erfolgt im Anschluss vollständig digital am jeweils zuständigen Finanzamt. ❐

Kooperation zwischen Telekom und R-Kom:

100 Prozent Glasfaser in Regensburg

Für Regensburg geht es mit großen Schritten ins Gigabitzeitalter. Bis spätestens 2032 wollen die Telekom und der regionale Anbieter R-Kom die gesamte Stadt mit rund 100.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten ans Netz der Zukunft anschließen. Das Investitionsvolumen beträgt rund 100 Millionen Euro. R-KOM und Telekom unterzeichneten im Alten Rathaus einen Kooperationsvertrag, der den offenen Netz-Zugang (Open Access) umfasst. Die Telekom kann zudem bereits heute eigenen Kunden über das R-KOM-Netz Glasfaseranschlüsse anbieten.

„Neu ist, dass wir künftig innerhalb dieses Netzes auf für uns reservierte Fasern zugreifen können", sagt Thilo Höllen, Leiter Breitbandkooperationen bei der Telekom, die somit auch als zweiter Netzbetreiber in Regensburg selbst aktiv wird. Er ergänzt: „Dadurch bekommen die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in der Stadt künftig die volle Wahlfreiheit beim Internetanbieter." Sie können bei den Netzbetreibern R-KOM und Telekom sowie bei deren jeweiligen Open-Access-Partnern wie 1&1 (R-KOM und Telekom) sowie Vodafone, O2 und anderen buchen.

Telekom wird als Netzbetreiber aktiv

Technisch bedeutet die Kooperation, dass die R-KOM beim weiteren Netzausbau eine zweite Lichtwellen-Faser für die Telekom mitverlegt. Noch dieses Jahr werden die ersten Hauptverteiler der Telekom in Regensburg ans R-KOM-Netz gekoppelt. „Anfang 2025 bauen wir erste Erschließungsgebiete nach diesem Konzept aus und gehen gemeinsam in Betrieb", kündigt Alfred Rauscher, Geschäftsführer der R-Kom, an. Dabei bleibt die R-KOM Eigentümerin der Netzinfrastruktur, die Telekom mietet die Fasern langfristig an.

Nach und nach rollen die Partner ihr Kooperationsmodell auch für die bereits mit Glasfasererschlossenen Gebiete in Regensburg aus. „In weiten Bereichen bietet das bestehende Netz ausreichend viele Glasfasern. Hier müssen wir nur die Verschaltungen ändern, damit die Telekom eine eigene Faser bekommt", so Rauscher. Wo Fasern fehlen, wird nachverlegt. Das Investitionsvolumen von insgesamt rund 100 Millionen Euro von 2024 bis 2032 fließt zu rund 80 Prozent in den Neubau, zu rund 20 Prozent in die Aufrüstung des Bestandsnetzes.

„Wenn mit der Telekom und der R-KOM zwei Marktführer an einem Strang ziehen, dann kann das für Regensburg nur von Vorteil sein", Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer zeigt sich erfreut über eine umfassende Kooperation der beiden Unternehmen beim Glasfaserausbau in Regensburg. „Dank der Zusammenarbeit kommen wir noch schneller ans Ziel von 100 Prozent Glasfaser. Wir vermeiden überflüssige Baustellen. Und die Bürgerinnen und Bürger können am Ende ihren Internet-Anbieter frei wählen", zählt die Oberbürgermeisterin die wichtigsten Vorteile auf. ❐



v.l. Thilo Höllen, Leiter Breitbandkooperationen bei der Telekom, Gertrud Maltz-Schwartzfischer, OB Regensburg und Alfred Rauscher, Geschäftsführer R-Kom. Bild: Telekom

Innovative Datenlösungen für die Wasserwirtschaft

AKDB und OOWV gründen die smart data worx

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband (OOWV) haben die gemeinsame Tochtergesellschaft smart data worx GmbH gegründet. Ziel dieser Kooperation ist die Entwicklung datenbasierter Lösungen zur nachhaltigen und klimaangepassten Nutzung von Wasserressourcen.

Die smart data worx GmbH wird Datenintelligenz zur Optimierung von Wasserressourcen einsetzen. Ziel ist es, einen Beitrag zur nachhaltigen Wasserwirtschaft zu leisten und eine führende Rolle in der datengetriebenen Wasserwirtschaft einzunehmen. Dabei profitiert das neu gegründete Unternehmen vom Know-how der AKDB-Tochter roosi GmbH, die auf Data Intelligence spezialisiert ist, sowie von der Expertise der Niedersachsen Wasser, einer Tochter des OOWV. Die Kooperation vereint Fachwissen aus dem öffentlichen und privaten Sektor, um Lösungen für Wasser- und Klimaherausforderungen zu entwickeln.

Technische Lösungen für Kommunen

Die smart data worx GmbH wird Kommunen und Wasserunternehmen verschiedene technologische Lösungen anbieten. Dazu gehören der „water spot 360", ein IoT-getriebener Dataspace für das Wassermanagement, der „SubsurfaceViewer", eine Plattform für geologische Analysen und Modelle, sowie der „Climate Manager", der Kommunen und Unternehmen bei der Entwicklung von Klimaschutzkonzepten unterstützt. Zudem werden Smart-City- und IoT-Lösungen zur Überwachung von Wasserressourcen und zur Optimierung der Infrastruktur angeboten.

Geschäftsführer der smart data worx GmbH sind Lars Friebe, Bereichsleiter Personal, Recht, IT und Organisation des OOWV, und Ralf Pichl, General Manager der roosi GmbH. Das Produktangebot der smart data worx gehört zum Lösungsportfolio der Smart Data Services der AKDB-Gruppe.

„Wasser ist eine der wichtigsten Ressourcen für die Zukunft. Durch Datenintelligenz können wir Wasser effizienter nutzen und besser schützen", so Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB. „Die smart data worx wird dazu beitragen, den Umgang mit Wasserressourcen zu verbessern."

„Wasser ist das wesentliche Element bei der Klimafolgenanpassung. Datenbasierte Lösungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels", erläutert Lars Friebe. „Ökologisch und ökonomisch sinnvolle Datenlösungen sparen Ressourcen, erhöhen die Effizienz und ermöglichen bessere Entscheidungen auf datenbasierter Grundlage", ergänzt Ralf Pichl.

Mehr Informationen zu smart data worx unter: www.smart-dataworx.com. ❐

Bayern setzt auf Digitale Bürgersprechstunden

Füracker besucht ACP IT Solutions AG in Regensburg

„Die Digitalisierung ist der Schlüssel zu noch mehr Bürgernähe für Bayerns Kommunen! Virtuelle Bürgersprechstunden sind ein effektiver Weg für die Bürgerinnen und Bürger, um schnell, einfach und direkt mit den kommunalen Verwaltungen in Kontakt zu treten – ohne lange Anfahrtswege und Warteschlangen! Erfahrungen aus der unternehmerischen Praxis bei digitalen Angeboten für Kommunen sind wichtige Impulse für die Arbeit unserer Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0. Der Freistaat und seine Kommunen benötigen die Innovationskraft der Wirtschaft zur Entwicklung neuer Anwendungen, um Bayerns Verwaltung in der Fläche noch schneller, bürgerfreundlicher und ohne Medienbrüche durchgängig digital aufzustellen! Die ACP IT Solutions AG bietet mit ihrem „virtuellen Bürgerbüro" einen interessanten Ansatz, um Behördengänge per Videokonferenz direkt über die Homepage der jeweiligen Behörde zu erledigen. Vielen Dank für dieses wichtige Engagement und den interessanten Austausch!", so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen seines Besuchs bei der ACP IT Solutions AG in Regensburg.

Die ACP IT Solutions AG entwickelt maßgeschneiderte Lösungen für Unternehmen, Behörden und Organisationen jeder Größe. Das Produkt „virtuelles Bürgerbüro" ist eine individuell auf Kommunen zugeschnittene Softwarelösung, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, durch eine personalisierte Videokonferenz Behördengänge virtuell durchzuführen. ❐

#Digitales Bayern 5.0

Füracker und König: Nürnberg Vorreiter bei Künstlicher Intelligenz im Bürgerservice

„Ob bei der Baufallerkundung in der Vermessungsverwaltung oder unseren Risikomanagementsystemen in der Steuerverwaltung: KI ist aus dem Arbeitsalltag des Finanzressorts bereits seit langem nicht mehr wegzudenken. Dank zahlreicher innovativer Projekte sind auch Bayerns Großstädte Vorreiter beim Einsatz modernster Technologien, von denen die Bürgerinnen und Bürger bereits heute profitieren können. Mit unserer Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 schaffen wir jetzt den notwendigen Rahmen, damit die vielen Vorteile künstlicher Intelligenz bei allen Gemeinden ankommen! Bayernweit gedacht bietet ein verantwortungsbewusster und effektiver KI-Einsatz eine unschätzbare Chance, um die Verwaltungen vor Ort flächendeckend noch digitaler, bürgerfreundlicher und bürokratieärmer aufzustellen. In der Zukunftskommission werden im engen Austausch zwischen Freistaat und Kommunen wertvolle Erfahrungen und mögliche Synergien deutlich sichtbar! Ein herzliches Vergelt's Gott an Oberbürgermeister Marcus König und alle Beschäftigten der Stadt Nürnberg für ihr vorbildliches Engagement!" so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker über den Austausch in Nürnberg.

Die Stadtverwaltung in Nürnberg betrachtet Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern hat sich zum Ziel gesetzt, nur Prozesse zu digitalisieren, die vorher optimiert und bürgerfreundlich neu gedacht wurden.

Messbarer Erfolg

Das hat in Nürnberg bereits zu messbaren Erfolgen geführt: Mit zahlreichen Online-Diensten wurde ein sehr breites Angebot erarbeitet, das viele Menschen erreicht und sie bei der Erledigung von Angelegenheiten mit der Stadtverwaltung unterstützt. Die Stadt pilotiert Chatbots und erprobt KI beim Einsatz von Vollständigkeitsprüfungen bei Antragsunterlagen. Roboter transferieren standardisierte Daten in Fachverfahren und beschleunigen dadurch die Sachbearbeitungen.

Oberbürgermeister Marcus König betont: „Diese Themen liegen mir persönlich am Herzen, deswegen habe ich das Thema Digitalisierung zur Chefsache erklärt und in der Stadtverwaltung hierfür einen eigenen Bereich – Bürgerservice, Digitalisierung und Recht – ins Leben gerufen. Wir haben heute wieder festgestellt: Es gibt noch viel zu tun, aber die bisher erreichten Ergebnisse können sich sehen lassen."

Fachkräftemangel und demografischer Wandel

Herausforderungen wie Fachkräftemangel und demografischer Wandel können in der Zukunft durch den Einsatz neuer Technologien abgefedert werden. „Die Zukunftskommission ist ein hervorragendes Format, an dem wir gerne aktiv mitarbeiten und unsere Expertise einbringen. Ich bedanke mich bei Staatsminister Albert Füracker sehr für die Unterstützung. Gemeinsam – Freistaat und Kommune – können wir die Digitalisierung voranbringen und so einen Mehrwert für die Menschen schaffen", so König weiter.

Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0

Um die Digitalisierung der Kommunen im Sinne eines vollständig digital ablaufenden Verwaltungsprozesses weiter zu verbessern wurde im Frühjahr 2024 die Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 – bestehend aus Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie der Bayerischen Staatsregierung – gebildet. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der kommunalen Praxis erarbeitet die Zukunftskommission bis Ende des Jahres 2024 Bedarfe und Lösungsvorschläge unter anderem zu kommunalen Online-Diensten, zentralen IT-Infrastrukturen oder dem sicheren Einsatz künstlicher Intelligenz. Erste konkrete Maßnahmen werden so schnell wie möglich in die Umsetzung gebracht. ❐

Smarter Stadtreiniger:

Robo „Butty" räumt in Köln mit Kippen auf

Digital X: Tech-Messe der Telekom zeigt Roboter für Stadtreinigung und mehr

Roboter Butty sammelt auf der Tech-Messe Zigaretten-Kippen. Der autonom fahrende Robo von Capra Robotics aus Dänemark ist ein Alleskönner. Er arbeitet auch in Industrie und Logistik. Der Roboter transportiert Paletten, stellt Pakete zu oder bewacht den Firmenzaun. Der geländegängige kleine Skandinavier prüft sogar Reben und sorgt für guten Wein in Hanglagen.

Der Roboter schleppt 100 Kilogramm Ladungen und zieht Lasten bis zu einer halben Tonne. Verschiedene Aufsätze wie Saugrüssel, Spritzdüse oder 3D-Kamera machen ihn zum Multitalent. Dafür sorgt auch Hightech im Hintergrund: Der Roboter fährt mit Echtzeit im IoT-Mobilfunk- und Satellitennetz der Telekom. Die Telekom hat dazu weltweit mit 600 Partnern Roaming-Verträge geschlossen. Unternehmen wie Intelsat oder Skylo ergänzen die Verbindung mit Satellitenfunk. Die autonome Technik nutzt so ein weltweites Netz zu Land, Wasser und in der Luft.

Robos brauchen Präzision fürs Kippen-Aufsaugen

Neben nahtlosem Funk brauchen autonome Roboter eine präzise Ortung. Denn etwa gerade kleiner Müll macht der Stadtreinigung größte Mühe: Für einen Zigaretten-Stummel muss Butty genau auf den Vier-Zentimeter-Punkt steuern. Treffsicherheit braucht der Robo auch fürs Enteisen von Bürgersteigen. Das Satelliten-Navigationssystem GPS ist dafür nicht genau genug. Daher arbeitet die Deutsche Telekom mit dem Unternehmen Swift Navigation zusammen an hochgenauer Satellitennavigation. Ein KI-gestütztes Navigationssystem lässt den Robot in Echtzeit mit Kameratechnik auf engem Raum um Hindernisse herum manövrieren.

Butty navigiert sicher in der Cloud

Die Telekom orchestriert die komplexe Technik zusammen in der Cloud. Auf den Servern eines geschützten Rechenzentrums arbeiten Netz, KI und Navigation zusammen. Da die Technik in der Cloud liegt, greifen Support-Mitarbeiter über das Internet darauf zu. Das ermöglicht einen weltweiten Service.

Die Industrie interessiert sich Roboter besonders. Unternehmen optimieren ständig ihre Logistik in Produktion oder Lieferung. Bauteile müssen fließend an einer Fertigungs-Anlage ankommen. Sonst droht teurer Produktions-Stop. Und der Endkunde ist unzufrieden, wenn der Liefertermin nicht klappt. Robos wie Butty könnten eine Lösung sein. Denn gerade der Materialtransport in der Produktion kostet Zeit. Zwischen Maschine A und Maschine B sorgt heute noch viel teure Handarbeit für den Liefertermin.

Hallentore sind für Robos eine Herausforderung

Auch der Wechsel vom Teile-Lager draußen und Fertigung drinnen ist für Robos eine Herausforderung. Am manchmal engen Hallentor muss er besonders genau fahren, auch um Kollisionen von Mensch und Maschine zu vermeiden. Lars Hee Hansen, Chief Commercial Officer of Capra Robotics, sagt: „Zuverlässiges 4G und 5G, punktgenaue Positionierung und Kamera basierte Navigation zusammen sorgen für Präzision. Wir schließen so die Lücke zwischen Innen- und Außenlogistik. Unternehmen sparen so Zeit und Kosten." Dennis Nikles, Geschäftsführer Deutsche Telekom IoT GmbH, ergänzt: „Der Capra übernimmt selbständig sich wiederholende Tätigkeiten. Das entlastet qualifizierte Arbeitskräfte in den Firmen."

Abseits von Kosten und Zeitersparnis: Selbständig arbeitende Technik hat Vorteile für die Umwelt. In der Industrie sparen autonome Fahrzeuge reichlich Emissionen. Die EU will ihren CO2-Ausstoß bis 2030 um 55 Prozent senken. Deutschland muss dafür 262 Mio. Tonnen CO2 pro Jahr einsparen. Laut Digitalverband Bitkom lassen sich bis zu 58 Prozent kann dieser Einsparungen über Digitalisierung erreichen.

Roboter in der Stadtreinigung

Besonders deutlich wird der Umwelt-Effekt von Butty & Co. bei der Stadtreinigung: Zigarettenkippen etwa sind weltweit das am häufigsten weggeworfene Abfallprodukt.

Die WHO zählt jährlich 4,5 Billionen achtlos weg geworfen Zigaretten-Stummel. Jeder braucht 15 Jahre, bis er restlos zersetzt ist. Zigarettenfilter sind oft aus Plastik. Sie enthalten viele Schadstoffe und verseuchen Trinkwasser. In Köln kostet daher die auf den Asphalt weggeworfene Kippe 50 Euro Strafe. Auf Spielplätzen oder in Grünanlagen werden ab 100 Euro fällig.

Kosten für die Entsorgung

Der Markt für autonome Roboter in der Stadtreinigung bekommt Schub. Die EU beteiligt die Hersteller von Einwegplastik per Richtlinie an den Kosten für die Entsorgung. Tüten, Becher oder Zigarettenfilter: Die Sonderabgabepflicht für die meisten Kunststoff enthaltenden Einweg-Produkte wird in Deutschland 2025 wirksam. Forscher schätzen, dass die Abgabe der öffentlichen Hand jährlich bis zu 450 Millionen Euro bringt. ❐

Bayerischer Datenschutzbericht 2023:

Vielschichtige Fragestellungen

Mit der Beratung in Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene, Beiträgen zu Anfragen bayerischer öffentlicher Stellen sowie Erkenntnissen, die bei der Bearbeitung von Bürgerbeschwerden gewonnen werden konnten, beschäftigt sich schwerpunktmäßig der vom bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, erstellte Tätigkeitsbericht 2023.

Im allgemeinen Datenschutzrecht setzte sich Petri etwa mit der grundsätzlichen Frage des Personenbezugs sowie den Folgen des Angemessenheitsbeschlusses zum EU-U. S. DataPrivacy Framework für Verantwortliche des bayerischen öffentlichen Sektors auseinander. Hinweise zu Datenpannen bei der Excel-Nutzung, zum Umgang mit der Windows-Telemetriekomponente sowie mit der automatischen Rechtschreibkorrektur bei Webbrowsern sollen dabei helfen, den Büroalltag in bayerischen Verwaltungen datenschutzkonform zu gestalten.

Was die Allgemeine Innere Verwaltung betrifft, so wurde die jüngste Kommunalrechtsnovelle kritisch begleitet. Bei den neuen Vorschriften für das Streaming von Bürgerversammlungen sowie von Gremiensitzungen konnte der Datenschutzbeauftragte „in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration klare datenschutzrechtliche Verbesserungen erreichen". Dagegen sei es ihm nicht gelungen, die Abschaffung der erst vor wenigen Jahren gefundenen, deutschlandweit vorbildlichen bayerischen Regelung zum Einsatz elektronischer Wasserzähler zu verhindern. Beschäftigt haben ihn daneben viele kleinere datenschutzrechtliche Fragen wie etwa die automatisierte Kennzeichenerfassung beim Kameraparken oder das öffentliche „Hinhängen" einer kritischen Bürgerin in einer Gemeinderatssitzung.

Da die Datenschutzaufsicht auch die Verarbeitung personenbezogener Daten in öffentlichen Registern erfasst, kann Petri die Einhaltung zahlreicher Vorgaben des Melderechts sowie des Fahrzeugregisterrechts überprüfen. So hat er nicht nur die Nutzung des Melderegisters für die Einladung zum Kinderfest einer politischen Partei förmlich beanstandet, sondern auch festgestellt, dass eine bayerische Metropole nicht berechtigt war, das Fahrzeugregister als „Adressquelle" zu verwenden, um Halter von Kraftfahrzeugen mit Dieselmotor über mögliche Fahrverbote zu informieren.

Vielschichtig waren im Jahr 2023 die Fragestellungen, die der oberste Datenschützer im Personaldatenschutz zu bewältigen hatte. Bei der Begleitung von dienstrechtlichen Gesetzgebungsverfahren etwa hatten Petris Bemühungen, ein Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei der Benennung und Abberufung des behördlichen Datenschutzbeauftragten sowie datenschutzgerechte Vorgaben für die Übermittlung von Untersuchungs- oder Beobachtungsbefunden im Rahmen der Unfallfürsorge zu etablieren, nun endlich Erfolg. Zu einer Art datenschutzrechtlichem Vexierspiel habe sich das Störfallmanagement des 2023 eingeführten Dienstradprogramms „JobBike Bayern" entwickelt. Auch hier konnten schließlich praktikable, gleichwohl datenschutzkonforme Lösungen gefunden werden.

Petris Prüfungs- und Beratungstätigkeit gab zudem Anlass, die Rahmenbedingungen für den Umgang mit den Kontaktdaten von Beschäftigten fortzuentwickeln. Bei der „Stufenvorweggewährung", einem tarifrechtlichen Instrument zur Bindung qualifizierter Fachkräfte, konnte die konsequente Anwendung von Datenschutzrecht sogar zu einer Verwaltungsvereinfachung beitragen.

Verbesserungen des Datenschutzes bei Schulen und Hochschulen wurden in gleich zwei Gesetzen erreicht: In das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen fand laut Petri ein voraussetzungsloses Widerspruchsrecht in Bezug auf Datenübermittlungen von Schulen an die Agenturen für Arbeit Aufnahme und im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz wurde die Zweckbindung von Schülerdaten bei der Abrechnung von Gastschulbeiträgen gestärkt. Im Zusammenhang mit der Masernimpfpflicht beschäftigten den Datenschutzbeauftragten mehrmals Beschwerden, die Weitergaben ärztlicher Atteste von Schulen an Gesundheitsämter betrafen.

Überdies befasste sich Petri beispielsweise mit der datenschutzgerechten Gestaltung von Bürgerbüros, der Nutzung nicht dienstlich administrierter E-Mail-Accounts im dienstlichen Kontext oder mit dem Verlust einer Patientenakte. Er beriet zahlreiche Verantwortliche zu Datenschutz-Folgenabschätzungen und beteiligte sich an der Gremienarbeit zur Anonymisierung und Pseudonymisierung sowie zum KI-Einsatz in der medizinischen Forschung. Auch gingen über den Berichtszeitraum beim obersten bayerischen Datenschützer erwartungsgemäß wieder hunderte Meldungen von Datenpannen ein, denen nachzugehen war. **DK**

Cybersicherheit:

„KI-Einsatz zur Optimierung dringend notwendig"

Allein durch Cyberkriminalität ist in den vergangenen zwölf Monaten in Deutschland ein Schaden von rund 267 Milliarden Euro entstanden. „Das ist ein trauriger Rekord und ein massiver Schaden für unsere Unternehmen. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Schäden um 29 Prozent zugelegt und der Anstieg in den kommenden Monaten dürfte wachsen", kommentierte der Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. , Bertram Brossardt, eine BITKOM-Studie auf einem Kooperationskongress mit den Verbänden BVSW – Bayerischer Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V., Bundesverband der Sicherheitswirtschaft BDSW, ISU – Interessengemeinschaft Selbständiger, Unternehmer und freiberuflich Tätiger e. V., Secure.Bayern e. V und der vbw.

In einer seit 2019 durchgeführten vbw Umfrage zu internationalen Risiken für bayerische Unternehmen belegt Cyberkriminalität mittlerweile den dritten Platz, hinter Fachkräfteengpässen und strukturellen Kostensteigerungen. „Das Risiko, Opfer krimineller Cyberattacken zu werden, ist gerade für kleine und mittelständische Betriebe groß: Sie verfügen in der Regel über weniger Schutz als große Unternehmen und sind dadurch leichter verwundbar", betonte Brossardt und fügte hinzu: „Cyberkriminelle nutzen viel aktiver den technischen Fortschritt, um ihre Angriffe effektiver zu machen. Hier kommt insbesondere die Künstliche Intelligenz (KI) ins Spiel, die die Entwicklung von schädlicher Software weiter beschleunigt. Hier gilt es für die Unternehmen mehr eigene KI-Einsätze zu nutzen."

Mehr Prävention nötig

Die vbw mahnt angesichts der zunehmenden Bedrohung durch Cyberkriminalität zu mehr Prävention durch Cybersicherheit. „Wir müssen technologisch auf dem neuesten Stand sein und die Verteidigung gegen kriminelle Machenschaften ganzheitlich denken", so Brossardt.

Alexander Borgschulze, Vorstandsvorsitzender, Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. – ASW Bundesverband, erklärte: „Der Wirtschaftsschutz in deutschen Unternehmen ist komplex und vielschichtig. Durch enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft wird die Resilienz unserer Wirtschaft gestärkt. Es liegt an uns, wachsam zu bleiben und in eine sichere Zukunft zu investieren, um die deutsche Wirtschaft stark und widerstandsfähig zu halten."

Laut Johannes Strümpfel, stellvertretender Sicherheitschef der Siemens AG, „sind Bedrohungen nur dann relevant für uns, wenn sie die verlässliche Verfügbarkeit wichtiger Ressourcen tangieren – seien es Infrastrukturen wie IT-Systeme, Produktionsanlagen oder Gebäude, seien es Lieferanten und Lieferketten, Produkte, Energie und Rohstoffe, Mitarbeiter und Kunden oder einfach die Ressource verlässlicher Informationen."

Sicherheitsstrategien anpassen

Dr. Sandra Kreitner, Vizepräsidentin, Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV), fügte abschließend hinzu: „Der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSW) bietet eine neu entwickelte Lehrgangsreihe, die darauf ausgerichtet ist, die Unternehmenssicherheit in Anbetracht der Risiken durch Klimawandel und geopolitische Entwicklungen zu stärken. Angesichts von Sturzfluten, Sabotage und Cyberangriffen müssen Unternehmen ihre Sicherheitsstrategien anpassen, um auch bei Lieferkettenunterbrechungen und Versorgungsengpässen langfristig als zuverlässige Leistungserbringer wettbewerbsfähig zu bleiben." ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Datev eG

ABC Arbeitsplatz Kommune: Die Zeichen stehen auf Cloud

Die Gesetzgebung setzt zunehmend auf Online-Strategien. Aktuelle Beispiele dafür sind das Onlinezugangsgesetz und die E-Rechnung. Um die mit der zunehmenden Digitalisierung verbundenen Anforderungen zu bewältigen, brauchen Städte, Gemeinden und kommunale Unternehmen vernetzte und flexible Software – und die kommt heute aus der Cloud.

Cloud-Lösungen funktionieren unabhängig von Ort und Zeit und können die Effizienz erheblich steigern. Ein gutes Beispiel dafür liefert der Bereich Haushaltsplanung. Bei der dafür verfügbaren Software von DATEV sorgt das ein Online-Planungstool Webplanung für die performante und sichere Erfassung planungsrelevanter Informationen. Von wo aus die Mitarbeiter auf das Werkzeug zugreifen, spielt keine Rolle. Die erfassten Planbereiche stehen anschließend dem Kämmerer in der Haushaltsplanung sofort zur Verfügung und können mit einem Klick in die zentrale Planung übernommen werden.

Cloud-Lösungen unterstützen bereits in vielen Bereichen

Ebenfalls von den Vorteilen der Cloud können Anwender im Umfeld der Veranlagungssoftware profitieren. Hier bietet die Lösung Messbescheidverwaltung eine Übersicht über die bereitgestellten GewSt-Messbescheide. Alle für die Veranlagung relevanten Daten inklusive der Erläuterungstexte werden pro Gewerbesteuerobjekt übersichtlich im Browser dargestellt. Im Gegensatz zur alten Papierakte ist der Zugriff auf die Daten jederzeit möglich.

Ein weiterer Cloud-Service unterstützt im Bereich Haushalt und Budget. Unterschiedliche grafisch aufbereitete Diagramme können damit als externe Dokumente in den Haushalt integriert werden. Im Zusatzmodul Budgetsteuerung lässt sich über in den Arbeitsoberflächen integrierte Dashboards auf einen Blick erkennen, was gerade in der eigenen Organisation passiert und was zu tun ist. Drilldown-Funktionen machen es möglich, Mittelherkunft und Mittelverbrauch exakt nachzuvollziehen.

Wegweiser auf dem Weg in die Cloud

Um Kommunen und kommunalen Unternehmen den Einstieg in die Welt der Cloud-Nutzung zu erleichtern, bietet DATEV den Public Sector Cloud-Kompass an. Übersichtlich und anschaulich aufbereitet informiert er über alle verfügbaren DATEV-Cloud-Anwendungen, deren Anwendungsbereiche und den konkreten Mehrwert, den die jeweilige Nutzung bringt. Dabei deckt er alle relevanten Bereiche ab, von den nötigen Voraussetzungen über die Bestellung bis hin zur Einrichtung. Erreichbar ist der DATEV Public Sector Cloud-Kompass unter www.datev.de/public-sector-cloud. ❐





V.l.: BdSt-Viszpräsident RA Klaus Grieshaber, BdSt-Präsident Rolf Baron von Hohenhau, Staatsminister Eric Beißwenger, Preisträger Frank Obrist, RAin Maria Ritch, BdSt-Vizepräsidentin, Dr. Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau, Michael Jäger, Präsident Europäischer Steuerzahlerbund sowie der Lindauer Landrat Elmar Stegmann. Bild: BdSt In Bayern/Rudolf Maier

Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler Bayern e. V.:

Nachhaltige Energieversorgung und Mobilität durch Innovationen

Mit dem Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler Bayern e.V. wurde während einer Festveranstaltung im Obrist-Kreativzentrum in Lindau Frank Obrist, Gründer und Vorsitzender der OBRIST Group, ausgezeichnet. Damit werde das besondere Engagement des Preisträgers und seines Unternehmens in der Forschung und Entwicklung für eine nachhaltige Energieversorgung und Mobilität gewürdigt, so Rolf von Hohenhau, Präsident des bayerischen Steuerzahlerbundes.

In Grußworten und Laudationes würdigten Lindaus Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons sowie MdL Eric Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales in Bayern sowie Prof. Dr. Gregor Kirchhof, Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht an der Universität Augsburg den Preisträger. Im abschließenden Expertengespräch unter Leitung von Dipl.-Kfm. Michael Jäger, Präsident Steuerzahlerbund Europa TAE, diskutierten die Podiumsteilnehmer über „Sub-Zero-Emission – Wie wir bessere Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklungen schaffen und globale Probleme durch Forschung und Entwicklung lösen".

Hochinnovative Lösungen

Der Luft wird durch die Nutzung von Sonnenenergie bei der Erzeugung von Methanol mehr CO2 entzogen, als dann im Verbrennungs- bzw. Energiegewinnungsprozess wieder emittiert wird. Die technisch hochinnovativen Lösungen der Firma von Obrist – aFuel und HyperHybrid – sind in mehrfacher Hinsicht bahnbrechend und haben sogar das Potenzial für ein weltweites Rollenmodell, um einerseits den Klimawandel effektiv zu bekämpfen und andererseits individuelle Mobilität und unsere Energieversorgung zu sichern – all dies zu marktfähigen Preisen. „Obrist ist mit seinen visionären Erfindungen ein Architekt für eine grüne Zukunft", führte von Hohenhau weiter aus.

Es sei eine Illusion zu glauben, dass man durch Verbote und Vorschriften eine bezahlbare Energieversorgung sicherstellen und gleichzeitig den Klimawandel bekämpfen könne. „Wir sehen es für Europa als nicht zielführend an, wenn die Politik einseitige (technologische) Festlegungen trifft, die dann zudem noch horrende Kosten und Ausgaben auslösen", so Hohenhau. Denn der Rest der Welt werde diesem Ansatz nicht folgen. Europa würde nur noch weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Das entstehende Angebotsvakuum durch Wegfall der Anbieter aus der EU würde dann von anderen Ländern wie China ausgefüllt. Deswegen fordert der Steuerzahlerbund von der EU-Kommission ein klares Bekenntnis zur Technologieoffenheit sowie eine umfassende Gesetzesfolgekostenabschätzung und Effizienzprüfung von Entscheidungen. „Zudem sehen wir individuelle Mobilität als Grundrecht der Menschen und Unternehmen an", so Jäger.

Präsident Hohenhau versicherte: „Obrist ist durch seinen aktiven Problemlösungsbeitrag für uns ein mehr als würdiger Preisträger. Die Preisverleihung ist für den Steuerzahlerbund aber nur ein Auftakt. Wir wollen Brüssel und der EU-Kommission sowie der ganzen Welt zeigen, was heute schon technisch möglich ist, um den Klimawandel effizient zu bekämpfen und wie wir dabei gleichzeitig eine nachhaltige Energieversorgung sicherstellen können."

Bessere Rahmenbedingungen schaffen

Für den Steuerzahlerbund ist der Preisträger ein Musterbeispiel für die Innovationskraft von Unternehmen. „Es sind Unternehmen, die durch ihre Forschung und Entwicklung sowie ihre Innovationen Probleme lösen und damit einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, unsere Zukunft und unseren Wohlstand zu sichern. Wir brauchen deshalb bessere Rahmenbedingungen für mehr Forschung und Entwicklung in Europa. Dazu gehört auch eine klare Wertschätzung des Unternehmertums seitens Politik und Öffentlichkeit." ❒

Wesentliche Eckdaten

- Die Obrist Gruppe forscht im Bereich der Entwicklung umweltfreundlicher industrieller Lösungen, um saubere Energie zu erschwinglichen Kosten zu erzeugen. Resultat ist eine bezahlbare Lösung für die Energieversorgung und Mobilität, die weltweit nutzbar ist. Überall dort, wo die Sonne scheint, kann die Sonnenenergie als Energieträger zur Umwandlung von CO2 genutzt werden.
- Das von OBRIST entwickelte „Sub-Zero-Emission-System" bewirkt, dass der Luft bei der Erzeugung von Methanol mehr CO2 entzogen als dann im Verbrennungs- bzw. Energiegewinnungsprozess wieder emittiert wird.
- Der CO2-Fußabdruck der globalen Mobilität kann dadurch weltweit und erheblich reduziert werden. Durch das eMethanol (aFuel®) wird erstmals eine CO2-negativ-Bilanz für Motoren möglich. Dieses aFuel® ist der erste klima-positive Energieträger der Welt!
- Innovatives Design des Plug-in-Hybrid-Elektroantriebs, mit maximaler Energieeffizienz, bei unvergleichlich niedrigen Kosten.
- Wichtig auch, man könnte die vorhandene Infrastruktur (Gasleitungen) sofort nutzen! Man muss also keine teure zusätzliche Infrastruktur unter Zeitdruck aufbauen.
- Verbrennungsmotoren (Antrieb und Wärme- sowie Kältegewinnung) können mit minimalem Aufwand weiter genutzt werden.
- Durch die niedrigen Kosten wird eine breite individuelle Mobilität auch für die Zukunft gewährleistet.
- Entwicklung innovativer Batterielösungen für Hybrid- und batteriebetriebene Fahrzeuge.



Gemeinsamer Appell:

Deutschland muss eine einheitliche Strompreiszone bleiben!

Die deutschen Industrie- und Handelskammern (IHKs) der Landeskammern Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland, die Übertragungsnetzbetreiber Amprion und TransnetBW sowie der Wirtschaftsbeirat Bayern sprechen sich entschieden gegen eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen aus. In einem gemeinsamen Appell fordern sie eine einheitliche Positionierung aller Bundesländer und unterstreichen die Bedeutung einer einheitlichen Strompreiszone für die deutsche Wirtschaft, insbesondere im Kontext der Energiewende.

Die Diskussion um die Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen wurde durch den „Bidding Zone Review" der EU-Elektrizitätsverordnung initiiert. Diese Überprüfung soll die Effizienz und Stabilität der Strommärkte in Europa gewährleisten. Allerdings kritisieren die IHKs und ihre Partner die Methodik dieser Überprüfung, da sie den fortschreitenden Netzausbau in Deutschland aus ihrer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt.

Ruf nach zeitnahen Gesprächen

Eine einheitliche Strompreiszone ist laut den IHKs und ihren Partnern essenziell für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Sie argumentieren, dass stabile Rahmenbedingungen notwendig sind, um die Klimaziele Deutschlands und der EU zu erreichen. Die Unterzeichner appellieren an die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für den Erhalt einer einheitlichen Strompreiszone stark zu machen. Sie fordern zeitnahe Gespräche mit den Ländern und der EU-Kommission, um eine gemeinsame Position zu finden, die die Interessen der deutschen Wirtschaft und die Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung in den Vordergrund stellt.

Eine Umsetzung der Aufteilung der Bundesrepublik in mehrere Strompreiszonen bedürfte eines enormen Vorbereitungs- und Realisierungsaufwands, der sich über mindestens drei bis fünf Jahre nach einem entsprechenden Beschluss hinziehen würde. Innerhalb dieser Jahre werden aber nach Aussage der zuständigen Übertragungsnetzbetreiber Amprion, TenneT, TransnetBW und 50Hertz relevante HGÜ-Vorhaben in Betrieb genommen. Hierzu zählten der SuedOst- (Inbetriebnahme Ende 2027) und SuedLink (Inbetriebnahme Ende 2028) sowie das Projekt A-Nord/Ultranet (Inbetriebnahme 2026/2027). Außerdem würden weitere wichtige Wechselstrom-Verbindungen und Interkonnektoren fertiggestellt und damit die kritisierten Engpasssituationen in Deutschland reduziert. Der Übertragungsnetzbetreiber Amprion beziffert das Einsparpotenzial allein durch die Inbetriebnahme von A-Nord/Ultranet auf 1 Mrd. Euro pro Jahr.

Netzausbau entscheidend für europäische Systemstabilität

„Außerdem würde bereits die Ankündigung einer solchen Aufteilung die Akzeptanz für den Übertragungsnetzausbau im ganzen Land beeinträchtigen; denn die Kritiker des Ausbaus könnten behaupten, dass die Beseitigung von Netzengpässen aufgrund des neuen Strompreiszonenzuschnitts nicht mehr notwendig oder zumindest nicht mehr ganz so dringlich sei", heißt es weiter. Der Netzausbau im Übertragungsnetz sei jedoch unabhängig vom gewählten Strompreiszonenzuschnitt von entscheidender Bedeutung für die deutsche sowie die europäische Systemstabilität und das Erreichen der nationalen wie europäischen Klimaziele. Daher gelte es, eine Beeinträchtigung der Akzeptanz und damit Probleme bei der Realisierung dieser wichtigen Netzvorhaben zu vermeiden.

„Bereits die Ankündigung einer Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen würde aber auch die Investitionssicherheit und damit die so wichtige Investitionsbereitschaft der Industrie schwächen", führen die Unterzeichner weiter aus. Dies gelte sowohl für den konventionellen Kraftwerksbau als auch für erneuerbare Erzeuger.

So würden im Norden die Anlagen Erneuerbarer Energien aufgrund des dort niedrigeren Marktpreises weniger profitabel, so dass etwa der für die Energiewende so wichtige Ausbau von Offshore-Windkraftwerken ins Stocken geriete. Zum anderen müsste die stromverbrauchende Industrie mit deutlich höheren Marktpreisen zurechtkommen. Da die Strompreise in Deutschland für die Wirtschaft im internationalen Vergleich bereits zu den höchsten weltweit zählten, wäre eine weitere Steigerung für die Wirtschaft und vor allem für deren energieintensive Industrie nicht mehr zu verkraften.

Aufgrund der engen innerdeutschen wirtschaftlichen Verflechtungen würde aber keineswegs nur die süddeutsche Industrie, sondern auch die norddeutsche Wirtschaft darunter leiden. Dann würden betroffene stromintensive deutsche Unternehmen ihre Investitionen unterlassen oder aber ins europäische und außereuropäische Ausland verlegen. Vor dem Hintergrund der derzeit ohnehin gegebenen Wirtschafts- und Investitionsschwäche hierzulande wäre ein solcher Schritt nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa wirtschaftlich schädlich, heißt es abschließend. **DK**

VKU-Stadtwerkekongress in Hannover:

Lösungen der Energie- und Wärmewende

Mehr als 700 Expertinnen und Experten aus ganz Deutschland trafen sich in Hannover, um beim VKU-Stadtwerkekongress über Herausforderungen und Lösungen der Energie- und Wärmewende zu beraten. Weitere Themenschwerpunkte waren Digitalisierung, IT-Sicherheit, Geschäftsmodelle der Zukunft sowie die Verleihung des Stadtwerke Awards 2024. Als Gastgeberin fungierte auch heuer die enercity AG, bundesweit eines der größten kommunalen Energieunternehmen.

Wie VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing ausführte, „zeigt Hannover als Paradebeispiel, wie man bei der Wärmewende spürbar vorwärtskommen kann. Auch weil die Zusammenarbeit des kommunalen Versorgers mit der Stadt hervorragend ist. Die kommunale Ebene allein kann es aber nicht richten. Energiepolitisch brauchen wir zeitnahe Entscheidungen zu Gesetzen und Verordnungen, um weiter ins Machen zu kommen. Was die Bundesregierung diesen Herbst nicht aufs Gleis bringt, kommt in dieser Legislaturperiode auch nicht mehr und bremst die Energiewende bis 2026 aus."

Stadtwerke, so Liebing, benötigten Rechtssicherheit, um Energiewende-Projekte planen und entsprechend investieren zu können. Die aktuelle Ungewissheit aber hemme Investitionen. Als Beispiel nannte er den 9 Milliarden Euro-Kürzungsbedarf im Klima- und Transformationsfonds. Dies sei ein Viertel des gesamten Volumens, was den Fonds per se in Frage stelle. „Dieser Griff in die Klimakasse verhindert Planungs- und Investitionssicherheit, die wir dringend brauchen. Das betrifft etwa das BEW-Förderprogramm für den Fernwärmeausbau, das schon jetzt hoffnungslos unterfinanziert wird. Und das betrifft auch die Kraftwerksstrategie, mit deren Hilfe neue H2-ready-Gaskraftwerke zur Sicherung der Energieversorgung bei Dunkelflauten gebaut werden sollen."

Im Klima- und Transformationsfonds seien zu ihrer Umsetzung lediglich 250.000 Euro für 2025 und ab dann nicht einmal mehr Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen. Dabei werde der Gesamtförderbedarf für die geplanten Kapazitäten auf eine zweistellige Milliardensumme geschätzt. „Bei dieser Summe stellen wir uns die Frage, wie ohne gesicherte Finanzierung in den kommenden Jahren Ausschreibungen stattfinden sollen", betonte der VKU-Hauptgeschäftsführer.

enercity-CEO Aurélie Alemany zeigte sich überzeugt, „dass wir als Unternehmen mit kommunalen Wurzeln einen großen Hebel haben, um die Energiewende weiter zu treiben". Dabei komme es auch auf das gute Zusammenspiel zwischen dem kommunalen Energieunternehmen und der Kommune an. Hannover könne hier als Blaupause dienen: „Bei der Wärmewende setzen wir gemeinsam mit der Landeshauptstadt Maßstäbe und sind ein echter Leuchtturm: Der Kohleausstieg befindet sich bereits in der Umsetzung. Dank eines intelligenten Technologiemixes mit ausschließlich erneuerbaren Anlagen ist die Fernwärme bis 2035 vollständig dekarbonisiert. Wir verdoppeln parallel die Länge des Netzes und bieten außerhalb der Fernwärme mit Wärmepumpen und Nahwärmenetzen klimaneutrale Lösungen."

Mobilitätswende

Auch bei der Mobilitätswende gehe das Unternehmen voran: „Wir haben Hannover unter den deutschen Großstädten zum Spitzenreiter in Sachen Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität gemacht und bringen unsere Expertise nun auch bundesweit im Rahmen des Deutschlandnetzes ein. Zudem sind wir Frontrunner bei den Erneuerbaren und zählen schon heute zu den größten Wind-Onshore-Betreibern Deutschlands. Der Investitionsbedarf ist allerdings erheblich."

Allein enercity plant laut Alemany, Milliarden in die Transformation des Energiesystems zu investieren. Ein verlässlicher und kosteneffizienter Investitionsrahmen etwa für den Hochlauf der Erneuerbaren, aber auch die Wärmewende, sei dafür unerlässlich: „Wir sind der Überzeugung, dass alles vorhanden ist, was es für die Energiewende braucht. Jetzt geht es darum, die Technologien intelligent in einem digitalen Ökosystem zu vernetzen, damit die Energiewende nicht teurer wird als nötig. Denn: Damit wir die Menschen mitnehmen, brauchen wir transparente und bezahlbare Preise. Die Energiewende funktioniert nur, wenn alle in der Lage sind, mitzumachen."

Dr. Karin Thelen, Geschäftsführerin Regionale Energiewende, Stadtwerke München GmbH, unterstrich die Bedeutung der schnellen und effizienten Umsetzung der Wärmewende. Sie hob hervor, wie wichtig eine frühzeitige Planung und Orientierungshilfe sind, um die Energiewende erfolgreich voranzutreiben. Die Bürgerinnen und Bürger müssten frühzeitig und umfassend informiert und einbezogen werden. Die Wärmewende erfordert aus Thelens Sicht „Mut, Offenheit und Entschlossenheit von allen Beteiligten in Gesellschaft, Politik und Unternehmen". Transformation bedeute, sich ganz neuen Fragen zu stellen und sich mit Unbekanntem auseinanderzusetzen. „Wir müssen Pionierarbeit leisten, denn vieles, was wir morgen brauchen werden, ist heute noch nicht vorhanden."

Stadtwerke Award 2024

Der VKU-Stadtwerkekongress diente auch als feierlicher Rahmen für die Vergabe des „Stadtwerke Award 2024". Ausgezeichnet wurden die Stadtwerk Haßfurt GmbH, die SWM Services GmbH (München) und die EWR AG (Worms). Die Gewinner setzten sich mit Pilot- und Forschungsprojekten in den Bereichen Energiemanagement, Digitalisierung und Nachhaltigkeit durch.

Nach den Ausführungen von VKU-Hauptgeschäftsführer Liebing „sind die Gewinnerprojekte ein gutes Beispiel dafür, wie sich kommunale Unternehmen in der dynamisch verändernden Energiewirtschaft behaupten. Das insgesamt starke Bewerberfeld beweist mit seinen Ideen und Projekten, dass der Innovationsgeist kommunaler Unternehmen ungebrochen ist. Das ist ein entscheidender Faktor für die kommenden Jahre, in denen die neue Energiewelt gleichermaßen auf Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Preisstabilität ausgerichtet werden muss. Ich freue mich, dass gerade die Stadtwerke hier vorangehen."

Mit dem „Pilotprojekt für eine Haßfurter Energiegemeinschaft - e-CREW" belegte die Stadtwerk Haßfurt GmbH den ersten Platz. Die unterfränkische Kreisstadt Haßfurt produziert bilanziell doppelt so viel Energie aus erneuerbaren Quellen, wie sie selbst verbraucht. Wegen dieser hohen Produktion und des relativ geringen Verbrauchs durch etwa 9.000 Haushalte und einige wenige Großabnehmer besteht ein erhöhtes Risiko für Netzengpässe. Um dem entgegenzuwirken, soll der lokale und regionale Eigenverbrauch gesteigert und ein generelles Umdenken bei den Verbrauchern angeregt werden.

Im Rahmen des Pilotprojekts „eCREW" schließen sich jeweils neun bis elf Haushalte in zehn Gruppen zusammen, um gemeinsam die Nutzung von Stromerzeugungs- und Batteriespeicherkapazitäten zu simulieren und die Energieeffizienz sowie die Ausgaben zu optimieren. Das Hauptziel besteht darin, passive Verbraucher zu aktiven Teilnehmern des lokalen Energiesystems zu machen, indem sie informierte Entscheidungen treffen und kollektive Maßnahmen ergreifen. Auf diese Weise soll der Verbrauch von lokal erzeugtem, grünem Strom gefördert werden. „Das EU-geförderte Pilotprojekt überzeugt mit einem ganzheitlichen und originellen Ansatz. Die Vermeidung von Netzengpässen und Redispatch-Maßnahmen sind vielversprechende Ansatzpunkte für die Optimierung unseres Energiesystems", lobte die Jury.

Den zweiten Platz sicherte sich die SWM Services GmbH. Die Tochtergesellschaft der Stadtwerke München GmbH punktet mit dem Projekt „Isarlicht". Das Konzept kombiniert den Ausbau des Glasfasernetzes mit der Einrichtung von Anschlüssen für „Smart-Gateways". Dabei werden die ohnehin erforderlichen Arbeiten für den Glasfaserausbau genutzt, um gleichzeitig Service-Anschlussdosen im Keller oder optional auf dem Dachboden zu installieren, die zur Digitalisierung der Stromnetze dienen. Diese Anschlüsse können vom Messstellenbetreiber beispielsweise für PV-Anlagen oder andere technische Geräte genutzt werden, die einen Kommunikationsanschluss benötigen.

„Das Projekt erschließt in einem einzigen Schritt mehrere Möglichkeiten: Die Glasfaser-Anschlussdosen können sowohl für High-Speed-Internet als auch für E-Ladelösungen, Smart-Metering und weitere Digitalisierungsoptionen genutzt werden. Die Kombination beider Vorgänge ist sinnvoll, spart Ressourcen und legt den Grundstein für weitere Digitalisierungsoptionen", lautete das Juryurteil. **DK**

Region Bayreuth ist Energiekommune des Monats Juli

Die Region Bayreuth ist von der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) als Energiekommune des Monats Juli ausgezeichnet worden. Diese Ehrung würdigt die herausragenden Bemühungen und Erfolge von Stadt und Landkreis im Bereich der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes.

Die Stadt Bayreuth war eine der ersten Mittelstädte, die sich intensiv mit dem Energiedatenmanagement auseinandergesetzt haben. Seit 2001 konnten durch entsprechende Maßnahmen knapp 10 Millionen kWh Strom eingespart werden.

Aufgrund seiner Flächengröße hat der Landkreis Bayreuth ein hohes Potenzial für die Nutzung Erneuerbarer Energien. Er deckt seit 2017 seinen Stromverbrauch komplett erneuerbar und erzielt damit jährliche Überschüsse zwischen 20 und 50 Prozent, die in das Stromnetz eingespeist und zur Deckung des Strombedarfes der Festspielstadt dienen. Das Regionalmanagement, ein Regionalausschuss und abgestimmte Nahverkehrspläne schaffen hierfür den synergetischen Rahmen.

Elektrifizierung kommunaler Fuhrparks

Maßgeblich vorangeschritten ist in den vergangenen Jahren die Elektrifizierung der kommunalen Fuhrparks. Bis 2030 strebt der Landkreis eine Quote von 90 Prozent an. Ab 2026 sollen in Bayreuth Wasserstoffbusse den ÖPNV ergänzen. Das grüne Gas soll durch Elektrolyse vor Ort erzeugt werden, die Energie von einem städtischen Solarpark stammen. Die Verwaltungen gehen bereits heute als Vorbild voran: Die kommunalen Liegenschaften wurden 2023 auf ihre Solareignung untersucht und werden konsequent mit PV-Anlagen ausgestattet.

Zudem versorgt in Bayreuth ein Biomasse-Nahwärmenetz des Bezirks die größte Wohnanlage der Stadt, mehrere Schulen, Ämter und die Landwirtschaftlichen Lehranstalten. Im Landkreis gibt es vergleichbare Projekte, unter anderem wird eine Therme mit einem Biomasse-Blockheizkraftwerk beheizt. Das Weltkulturerbe Markgräfliches Opernhaus in Bayreuth wurde über mehrere Jahre saniert und dabei energetisch optimiert. Man nutzt das Wasser des unter dem Opernhaus verlaufenden Mühlkanals, um eine Wärmepumpe zu betreiben, die sowohl zum Heizen als auch zum Kühlen eingesetzt werden kann.

49 Windenergieanlagen

Auch Windenergieanlagen (WEA) haben bereits Tradition in der Region: Schon Ende der 1990er Jahre wurden in Speichersdorf zwei WEA als Bürgerenergieanlagen errichtet, heute hat etwa die Stadt Pegnitz mit der Errichtung von vier WEA eine wichtige Vorreiterrolle: Durch Eingliederung in einen Eigenbetrieb wurde eine 100-prozentige Bürgerbeteiligung für den größten kommunalen Windpark Bayerns erreicht, der Strom für 7.500 Haushalte liefert. Aktuell sind 49 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 122 MW im Landkreis Bayreuth installiert, darunter auch ein Windpark am Stadtrand von Bayreuth, dessen Areal als Naherholungsgebiet gut angenommen wird.

Als Initialzündung gemeinsamen Agierens gilt die Bewerbung Bayreuths als eine der 25 Bioenergie-Modellregionen im Jahr 2008. Durch Netzwerkaktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit und konkrete Projekte wurde das Bewusstsein für die Vorteile Erneuerbarer Energien in der Region Bayreuth gestärkt.

Energiedatenmanagement

„Wir sehen in dieser Auszeichnung einen Ansporn, mit unseren Bemühungen in Sachen Energiewende konsequent fortzufahren. Die Stadt Bayreuth war beispielsweise eine der ersten Mittelstädte, die sich intensiv mit dem Energiedatenmanagement auseinandergesetzt haben", betonte Oberbürgermeister Thomas Ebersberger. „Die Erfassung geht zurück bis ins Jahr 2001. Damit sind wir Vorreiter-Kommune. Mittlerweile werden 25 Schulen, zwei Rathäuser, der Stadtbauhof, drei Kindertagesstätten sowie zahlreiche weitere städtische Gebäude erfasst – mit zählbarem Erfolg. Insgesamt konnten wir seit 2001 knapp 10 Millionen kWh Strom einsparen."

Wie Landrat Florian Wiedemann ausführte, würdige die Auszeichnung „das langjährige und erfolgreiche Engagement des Landkreises im Klimaschutz und die gute Kooperation mit der Stadt Bayreuth im Bereich der Energiewende". Diese Anerkennung gebühre aber auch den umweltaktiven Kommunen im Landkreis und der Vielzahl engagierter Bürger, die sich tatkräftig für die Energiewende stark gemacht haben.

Durch die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften, Investitionen in erneuerbare Energien oder die Etablierung von Nahwärmenetzen hätten sie wesentlich dazu beigetragen. „So konnten wir erreichen, dass der Landkreis inzwischen seinen gesamten Stromverbrauch aus erneuerbaren Quellen decken und sogar jährliche Überschüsse zwischen 20 und 50 Prozent in das Stromnetz einspeisen kann." **DK**



Solarpark Freyung auf Erfolgskurs

Bürgerbeteiligung und Partnerschaft für die Energiewende

Die Stadt Freyung setzt ein deutliches Zeichen für die Zukunft der erneuerbaren Energien: In Linden entsteht ein neuer Solarpark, der nicht nur umweltfreundliche Energie für rund 1.200 Haushalte liefern wird, sondern auch eine breite Bürgerbeteiligung ermöglicht. Die Sparkasse Freyung-Grafenau, Bayernwerk und die Stadt Freyung haben sich gemeinsam für dieses Projekt stark gemacht und bieten der Region damit eine wegweisende Lösung für die ökologische Transformation.

Die Sparkasse Freyung-Grafenau, seit 1832 im Dienst der regionalen Entwicklung, hat sich schon früh für Nachhaltigkeit und Klimaschutz eingesetzt. Bereits vor 20 Jahren begann die Sparkasse mit der Beratung zu energetischen Modernisierungen und zur Installation von Photovoltaikanlagen. Auch durch die Mitorganisation von Energiemessen in Zusammenarbeit mit der Stadt Freyung hat sie den Weg für nachhaltige Projekte geebnet.

„Wir fühlen uns verpflichtet, den Klimaschutz vor Ort aktiv voranzutreiben. Mit unserer Marktkenntnis und unserem Finanzierungsknowhow können wir einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten“, betont Dietmar Attenbrunner, Vorstand der Sparkasse Freyung-Grafenau.

Ab 500 Euro

Der Energieversorger Bayernwerk unterstützt das Vorhaben mit seiner Expertise und trägt zur technischen Umsetzung des Solarparks bei. Gemeinsam mit der Sparkasse und der Kommune wurde ein Modell entwickelt, das nicht nur den Klimaschutz voranbringt, sondern auch der lokalen Bevölkerung zugutekommt.

Bürgerinnen und Bürger können sich an dem Solarpark, der bis Herbst 2024 in Betrieb gehen soll, mit einer Mindestbeteiligung von 500 Euro finanziell am Projekt beteiligen und so nicht nur die Energiewende vorantreiben, sondern auch von attraktiven Renditen profitieren.

Die Stadt Freyung zeigt mit dem Solarpark in Linden, wie Klimaschutz auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann. Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich lobt die enge Zusammenarbeit der Beteiligten und sieht den Solarpark als wichtigen Schritt in Richtung einer nachhaltigen Energieversorgung. „Dieses Projekt ist ein Beispiel dafür, wie öffentliche, private und kommunale Akteure gemeinsam die regionale Energiewende gestalten können“, so der Bürgermeister. Dank der engen Zusammenarbeit mit Bayernwerk und der Sparkasse Freyung-Grafenau sei es gelungen, ein Projekt auf die Beine zu stellen, das für alle Beteiligten von Vorteil ist.

Interessierte Bürger können sich auf der Plattform „Energiewende jetzt“ über die Beteiligungsmöglichkeiten informieren und sich direkt am Solarpark Freyung beteiligen. Damit wird die Region nicht nur ökologisch gestärkt, sondern auch die Bevölkerung in die Klimaschutzbemühungen aktiv eingebunden.

Weitere Informationen und Anmeldungen sind unter www.energiewende-beteiligung.de möglich. ❒



Beim Spatenstich der neuen Solaranlage, v.l.: Dietmar Attenbrunner, Vorstand der Sparkasse Freyung-Grafenau, Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich und Dr. Egon Leo Westphal Vorstandsvorsitzender Bayernwerk. Bild: Sparkasse Freyung-Grafenau

Energieminister Aiwanger:

Keine grünen Experimente!

Das Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesnetzagentur kündigen an, die Industrienetzentgelte zu ändern. Ziel ist es, das Verbrauchsverhalten der Industrie flexibler zu gestalten und Anreize zu schaffen, in Zeiten hohen Stromangebots mehr und in Zeiten knappen Angebots weniger Strom zu verbrauchen. Diese Änderungen sollen helfen, das Stromnetz effizienter zu nutzen und die Integration erneuerbarer Energien zu fördern.

Nach Auffassung des bayerischen Wirtschafts- und Energieministers Hubert Aiwanger „muss sich die Wirtschaft jederzeit auf eine bezahlbare und sichere Stromversorgung verlassen können. Lieferung nur bei Sonne und Wind und Unsicherheiten und Preisexplosion in der windstillen Nacht ist für ein Industrieland nicht zumutbar. Wir brauchen einen günstigen Industriestrom statt grüner Experimente. Der Vorschlag des Bundes blendet die Realität aus. Er ist ein fatales Signal der Unsicherheit für unseren Wirtschaftsstandort.“

Schon jetzt befinde sich das Geschäftsklima auf einem schwachen Niveau, erläuterte Aiwanger. „Wenn unsere Unternehmen in Zukunft auch noch ihre Produktionszeiten daran ausrichten sollen, wann besonders viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden kann, bringt dies künstlich weitere Unsicherheiten in den Markt. Bei vielen Industriebranchen geht das schlichtweg nicht. Die wandern dann aus. Die Politik soll stattdessen endlich ein Modell anstreben, dass auch der Privatkunde in Strom-Überschusslagen unkompliziert billigen Strom bekommt.“

Bayern verfolge das Credo, seine heimischen Unternehmen jederzeit bedarfsgerecht und zuverlässig mit Strom versorgen zu können. Strom müsse dann zuverlässig verfügbar sein, wenn er gebraucht wird. Am aktuellen Netzentgeltrabatt für industrielle Großverbraucher dürfe nicht gerüttelt werden. Dieser sei elementar für die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen in Bayern, etwa in der Chemischen Industrie, der Glas- oder Keramikindustrie. Vielmehr müsse der Bund dafür sorgen, dass ausreichend regelbare Kraftwerke gebaut werden, die wetterabhängige Stromproduktion vor allem aus Sonne und Wind ausgleichen können, fordert Aiwanger.

Mit Blick auf die Ankündigung einer Reform der Biomasse-Förderung durch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck stellte sein bayerischer Amtskollege fest: „Biomasse zur Strom- und Wärmeerzeugung ist erneuerbar, regional, grundlastfähig und flexibel einsetzbar. Dieses große Potenzial hat die Ampel aus ideologischen Gründen bisher bewusst ausgebremst. Gerade die Grünen müssen endlich ihre Biomassefeindlichkeit ablegen. Den Worten von Bundesminister Habeck müssen jetzt Taten folgen.“

Neue Förderbedingungen dürften nicht wieder eine Mogelpackung aus praxisfremden Vorschriften sein, fordert Aiwanger. Biogasanlagen mit oder ohne angeschlossenen Wärmenetzen benötigten jetzt unverzüglich eine Perspektive und neue Einspeiseverträge, wenn die alten auslaufen.

Aktuell, so der Minister, herrsche in der Biogasbranche Endzeitstimmung, zwei von drei Anlagen bekämen keine neuen Verträge mehr. Er bezeichnete es als „skandalös, wenn unsere Biogasanlagen vom Netz genommen werden und die wegfallende Energie durch Frackinggas ersetzt werden muss“. Auch für Energieholz sei endlich ein klares Bekenntnis des Bundes anstatt ständiger Verunsicherung und Spekulationen über eine CO2-Abgabe vonnöten. Die Diskriminierung von Holzenergie gegenüber der Wärmepumpe bei staatlichen Förderprogrammen sei zu beenden. Anstatt Holz in den Wäldern verfaulen zu lassen, wobei genauso viel CO2 frei werde wie bei der Verbrennung, müsse die Nutzung von Brennholz und damit die Bewirtschaftung der Wälder aktiv unterstützt werden.

„Rückschritt für den Klimaschutz“

Der Strom aus der Wärmepumpe komme in der kalten Winternacht oftmals aus Kohle und Frackinggas, nicht aus Wind und Sonne, fuhr Aiwanger fort. Wärme aus Holz stamme dagegen zu 100 Prozent aus erneuerbarer Quelle. Dies müsse die Ampel endlich verstehen und umsetzen. Die Biomassebranche, die Land- und Forstwirtschaft, die Heizungsbranche und die Häuslebauer hätten ein Recht darauf, nach drei Jahren Ampelchaos und Verunsicherung endlich zu wissen, wie es weitergeht. Die Stilllegung von Biogasanlagen und Wäldern als Lieferant von erneuerbarer Energie sei ein „Rückschritt für den Klimaschutz“. Für den Freistaat ist Biogas ein wichtiger erneuerbarer Energieträger. Mit 2.737 Anlagen und rund 1,5 Gigawatt installierter Leistung stehen deutschlandweit die meisten Biogasanlagen in Bayern, umgerechnet ist das jede vierte Anlage. Alle bayerischen Anlagen zusammen ersetzen die Leistung des stillgelegten Kernkraftwerks Isar 2.

Erst vor kurzem hatte Aiwanger mit Branchenvertretern ein gemeinsames Positionspapier unterzeichnet, das zahlreiche Forderungen pro Biomasse an die Bundesregierung adressiert, unter anderem eine deutliche Anhebung des Ausschreibungsvolumens für Biomasseanlagen auf 1.200 MW und eine Anhebung des Flexibilitätszuschlags auf 120 Euro je KW. **DK**



Stärkung der E-Mobilität

MaxSolar und EGIS eG nehmen neue Ladesäulen in Neuötting in Betrieb

Am Standort Pfarrer-Leeb-Straße / Friedhof Neuötting wurde eine DC-Ladesäule mit zwei Ladepunkten à 50 Kilowatt sowie drei AC-Ladesäulen à 22 Kilowatt mit sechs Ladepunkten installiert. Zudem wurde am Parkplatz West eine weitere 50-Kilowatt-DC-Ladesäule in Betrieb genommen. Die Umsetzung dieses Projekts erfolgte durch den Projektierer MaxSolar GmbH mit Hauptsitz in Traunstein, während die EGIS eG aus Neuötting den Betrieb der Ladesäulen übernimmt.

„Die Errichtung dieser Ladesäulen ist ein bedeutender Schritt für Neuötting auf dem Weg zur nachhaltigen Mobilität. Wir sind stolz darauf, mit MaxSolar und der EGIS eG zwei starke Partner an unserer Seite zu haben, die dieses Projekt mit ihrem Know-how und Engagement möglich gemacht haben,“ betonte Bürgermeister Peter Haugeneder bei der Eröffnung.

Die neuen Ladesäulen bieten Elektrofahrzeughaltern eine zuverlässige und zukunftsorientierte Lademöglichkeit im Herzen von Neuötting. „Mit dieser Infrastruktur schaffen wir eine wichtige Grundlage für den weiteren Ausbau der Elektromobilität im Landkreis Altötting,“ ergänzte Florian Scharnagl, Teamlead „Sales E-Mobility“ bei der MaxSolar GmbH.

Weiterer Ausbau geplant

„Die Elektromobilität ist ein wesentlicher Baustein der Energiewende, und wir freuen uns, diesen Wandel aktiv mitzugestalten. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Neuötting und MaxSolar zeigt, wie Bürgerbeteiligung und der Ausbau Erneuerbarer Energien Hand in Hand gehen können,“ so Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG. Die Installation weiterer Ladesäulen ist bereits in Planung. Am Stadtplatz, genauer auf Höhe der Ludwigstraße 103, soll eine weitere 50 Kilowatt DC-Ladesäule mit zwei Ladepunkten entstehen. Langfristig besteht dort die Möglichkeit, die Anzahl der Ladesäulen auf bis zu drei zu erweitern. Der genaue Zeitpunkt für den Baustart ist abhängig vom geplanten Glasfaserausbau am Neuöttinger Stadtplatz.

Über die EGIS eG

Die EGIS eG ist eine 2013 gegründete Bürgerenergiegenossenschaft, die mittlerweile mehr als 2.600 Mitglieder, darunter viele Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen, zählt. Alle Mitglieder teilen die Überzeugung, dass die Energiewende in Deutschland vor allem in Bürgerhand umgesetzt werden sollte. Bisher hat die EGIS eG über 30 Erneuerbare-Energien-Projekte deutschlandweit in den Bereichen Photovoltaik und Wasserkraft umgesetzt. Neben einem historischen Wasserrad, PV-Parks und PV-Dachanlagen betreibt sie auch innovative Projekte wie z.B. PV-Parks mit Batteriespeicher oder eine PV-Lärmschutzwand. Daneben hat die EGISeG ein eigenes E-Ladesäulennetz und einen EGIS-Ökostrom-Tarif. Zudem plant, baut und betreibt sie Fernwärmenetze. Darunter auch ein PV-Strom geführtes Fernwärmenetz. Weitere Informationen: www.egis-energie.de. ❒



V.l.: Pascal Lang (Vorstandsvorsitzender EGIS eG), Peter Haugeneder (Bürgermeister Neuötting) und Florian Scharnagl (Teamlead „Sales E-Mobility“, MaxSolar GmbH). Bild: EGIS eG

Bundesverband Geothermie:

Perspektiven und Lichtblicke

Die Bundesregierung erleichtert den Ausbau von Geothermie. Wie der Bundesverband Geothermie mitteilt, werden die Genehmigungsverfahren für Geothermieanlagen, Wärmepumpen und für Wärmespeicher beschleunigt.

Die einzelnen Gesetzesänderungen lauten wie folgt:

- Im Bürokratieentlastungsgesetz IV (BEG IV) wird klargestellt, dass die oberflächennahe Geothermie (bis 400 Meter) nicht in den Anwendungsbereich des Bergrechts fällt.
- Im Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen (GeoWG) werden Genehmigungsverfahren für Geothermie, bestimmte Wärmepumpen und Wärmespeicher beschleunigt, vereinfacht und digitalisiert. Dafür sind Änderungen im Berg- und Wasserrecht vorgesehen.
- Geothermieanlagen liegen, wie andere Anlagen für Erneuerbaren Energie, im überragenden öffentlichen Interesse.
- Flankierend finden sich im Gesetzentwurf zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes, der bereits am Ende August im Kabinett beschlossen wurde, ambitionierte wasserrechtliche Zulassungsfristen für Geothermie und Wärmepumpen.
- Die ebenfalls im Kabinett beschlossene Baurechtsnovelle sieht die Einführung eines Privilegierungstatbestandes für Geothermie vor und sorgt dafür, dass Geothermievorhaben im Außenbereich einfacher zugelassen werden können.

Wie Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz erläuterte, sei das Potenzial der Geothermie jahrzehntelang in Deutschland vernachlässigt worden. „Jetzt holen wir die Geothermie endlich aus ihrem Schattendasein. Wir sorgen dafür, dass die Wärmeenergie aus tiefen Erdschichten für unsere Energieversorgung gezielt und unbürokratisch erschlossen werden kann. So können wir die Energiewende auch im Wärmebereich schneller vorantreiben und damit unsere Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle weiter verringern."

Förderung für SWM

Wichtige Unterstützung für die Münchner Wärmewende: Die SWM erhalten dem Bundesverband Geothermie zufolge 43,9 Millionen Euro aus der „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)". Sie hatten die Förderung für den Bau ihrer nächsten Geothermieanlage und den Ausbau der Fernwärme im Netzabschnitt Nordost beantragt. Die Summe deckt 40 Prozent der von den SWM berechneten förderfähigen Kosten für diese Projekte.

Für Helge-Uve Braun, Technischer Geschäftsführer der SWM, ist der Förderbescheid „ein wichtiger Baustein dafür, dass die SWM die Wärmewende konsequent weiter umsetzen können. Für den kompletten Umbau auf eine CO2-freie Fernwärme bis 2040 benötigen die SWM nach aktuellen Planungen 9,5 Milliarden Euro, das können wir nicht allein stemmen. Daher begrüßen wir, dass die BEW fortgesetzt wird. Allerdings glauben wir, dass die künftig dafür vorgesehenen Mittel nicht ausreichen werden und appellieren daher an die Bundesregierung, diese zu überprüfen und anzupassen."

Die BEW ist ein zentrales Förderinstrument zur Modernisierung und zum Ausbau von klimafreundlichen und effizienten Wärmenetzen. Unterstützt werden Projekte, die erneuerbare Energien und innovative Technologien integrieren. Damit leistet die BEW einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von CO2-Emissionen in der Wärmeversorgung.

Mit dem nun erteilten Bescheid bestätigen die Fördergeber den Transformationsplan der SWM hin zu einer CO2-freien Fernwärme und unterstützen dessen Umsetzung. Bereits seit 2012 arbeiten die SWM daran, die Fernwärme bis 2040 klimaneutral zu erzeugen und setzen dabei massiv auf den Ausbau von Geothermie.

Amperland Thermalwärme

Erfreulich auch: Zur Aufsuchung von Erdwärme hat das Gemeinsame Kommunalunternehmen für Abfallwirtschaft (GfA) mit Sitz im Olchinger Ortsteil Geiselbullach die „Amperland Thermalwärme GmbH" gegründet. Hintergrund ist die Begrenzung finanzieller Risiken, die sich nicht auf die von den Bürgern in beiden Landkreisen zu zahlenden Müllgebühren auswirken sollen. Dafür machten die Kreistage der beiden Landkreise Fürstenfeldbruck und Dachau den Weg frei.

Das GfA liefert Strom und seit 2001 auch Fernwärme aus der Abfallverbrennung in angeschlossene Netze der Kommunen Olching und Bergkirchen und zudem Prozesswärme für Betriebe in beiden Gewerbegebieten. Nach Angaben des Unternehmens könne die Geothermie nun flexibel in die vorhandene Fernwärme-Infrastruktur eingegliedert werden. Der Bohrplatz wird sich auf dem eigenen Firmenareal befinden, das rund um die Uhr überwacht wird und für das ein erprobtes Sicherheitskonzept gilt. Die Gründung der Amperland Thermalwärme GmbH war auch erforderlich, um Förderanträge stellen zu können.

Oberhaching

Wie der Bundesverband Geothermie des Weiteren berichtet, überarbeiten die Gemeindewerke Oberhaching die Geothermiebohrung. Um die Förderbohrung der Anlage, die seit Dezember 2013 in Betrieb ist, mit neuester Technik auszustatten, werden nun weitere Arbeiten durchgeführt.

Ende 2023 wurde die Förderbohrung, die pro Sekunde bis zu 100 Liter Thermalwasser mit einer Temperatur von 135 Grad an die Oberfläche pumpt, nach zehnjähriger Betriebszeit von entstandenen Ablagerungen befreit und für den künftigen Betrieb ertüchtigt. Nach diesen Arbeiten konnten weitere Messungen zur sogenannten Bohrlochintegrität erfolgen, im Zuge derer festgestellt wurde, dass das Stahlrohr, das in einem Zementmantel durch das Erdreich führt, an verschiedenen Stellen Verformungen aufweist.

Um die Förderbohrung für viele weitere Betriebsjahre zu ertüchtigen, werden jetzt in die bestehende Verrohrung mehrere hundert Meter Stahlrohre mit einem Durchmesser von 16 Zoll, also rund 40 Zentimetern, eingebaut. Diese werden gegenüber den vor über zehn Jahren verwendeten Rohren eine deutlich höhere statische Belastbarkeit haben und dadurch auch für mögliche höhere Förderraten noch ausreichende Sicherheitsreserven aufweisen.

Auf dem Gelände in Taufkirchen ist deshalb jetzt eine Bohranlage zu sehen, die zur Überarbeitung des Bohrstrangs dient. Durch die vorübergehende Öffnung des Thermalwasserkreislaufs kann es zu sichtbaren, aber unschädlichen Wasserdampf-Austritten an einem eigens dafür installierten Verdampfer kommen. Die Arbeiten, die durch das Bergamt Südbayern genehmigt wurden und laufend überwacht werden, sollen bis Mitte Oktober und damit rechtzeitig zu Beginn der neuen Heizsaison abgeschlossen sein.

Die mittlerweile mehr als 1.500 aktiven Fernwärme-Abnehmer werden auch während der Überarbeitung der Förderbohrung ohne Unterbrechung und zuverlässig mit Wärme versorgt. Dazu wird regenerative Wärme erstmalig auch durch die BioEnergie Taufkirchen zur Verfügung gestellt oder durch die in der Energiezentrale an der Raiffeisenallee installierten Redundanzheizkessel. **DK**



In Zukunft grünes Gas für Wolfertschwenden

Wegenutzungsvertrag mit schwaben netz abgeschlossen

schwaben netz, hundertprozentige Tochtergesellschaft von energie schwaben, übernimmt die Verantwortung für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Gemeinde Wolfertschwenden. Im August unterzeichnete Bürgermeisterin Beate Ullrich den Wegenutzungsvertrag. Mit auf dem Bild sind Rudolf Meinl, Dipl.-Geograf und Bauamtsleiter der Verwaltungsgemeinschaft Bad Grönenbach, (r.) und Christian Windisch, Konzessionsmanagement schwaben netz.

„Wir wollen für unsere Bürgerinnen und Bürger die zuverlässige und nachhaltige Energieversorgung in Wolfertschwenden langfristig sicherstellen. Auch unsere Gewerbetreibenden und die Versorgung kommunaler Einrichtungen liegen uns als Gemeinde am Herzen", sagte Bürgermeisterin Ullrich bei der Vertragsunterzeichnung.

Biomethan und Wasserstoff: Gas kann grün

„Die Gasnetze bleiben auch zukünftig wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur für eine zuverlässige Energieversorgung", betonte Christian Windisch, Konzessionsmanagement schwaben netz. „Wir setzen uns intensiv für die Umstellung der Verteilnetze ein. Über 95 Prozent unseres Gasverteilnetzes sind Wasserstoff-ready, sodass es in der Zukunft auch für den Transport von reinem Wasserstoff genutzt werden kann."

Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und umweltschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden.

Bild: schwaben netz

Energie Südbayern eröffnet neuen Schnellladepark in Pentling

Innovatives Konzept: Elektroautos laden mit bis zu 400 kW unterm PV-Dach

In Pentling (Landkreis Regensburg) laden Elektroautos künftig mit höchster Geschwindigkeit. Energie Südbayern (ESB) hat im September 2024 in Ammerholz einen neuen HPC-Schnellladepark (High Power Charging) eröffnet. Ab sofort stehen dort insgesamt zwölf Ladepunkte zur Verfügung mit einer Ladeleistung von bis zu 400 kW – aktuell ein Spitzenwert in der öffentlichen Ladeinfrastruktur.

Der Standort eignet sich bestens für das Hochleistungsladen: Zentral gelegen zwischen Autobahn und Bundesstraße ist für den Durchreiseverkehr die kurze Ladedauer besonders wichtig. Die Möglichkeit, ohne unnötig lange Pausen zügig weiterzufahren, macht Elektromobilität auch für längere Strecken attraktiv.

Solardach: Stromerzeugung und -abnahme

In Pentling setzt ESB auf das Zusammenspiel von Stromerzeugung und -abnahme. Ein Teil der Ladeplätze erhält eine Überdachung mit Photovoltaik-Modulen. Der vor Ort erzeugte Ökostrom wird genutzt, um die Elektrofahrzeuge aufzuladen.

Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung bei ESB, erläutert das innovative Konzept: „Mit zunehmender Verbreitung von Elektroautos steigt nicht nur die Nachfrage nach öffentlichen Lademöglichkeiten, sondern auch der Strombedarf. Unser neuer Ladepark mit PV-Überdachung verbindet diese beiden Aspekte. Wir stärken nicht nur die Ladeinfrastruktur, sondern erzeugen nachhaltig Strom direkt dort, wo er benötigt wird."

Durch intelligente Ladelösungen für zuhause und unterwegs macht ESB Elektromobilität im Alltag komfortabel. In Ober- und Niederbayern betreibt das Unternehmen gemeinsam mit regionalen Beteiligungen bereits heute über 1.000 Normal- und Schnellladepunkte abseits der großen Metropolen. Damit ist ESB Vorreiter bei der Entwicklung von Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum.

Der Lade- und Bezahlvorgang ist sowohl für Gelegenheits- als auch für Stammkunden unkompliziert: Freigeschaltet werden die Ladestationen mittels Smartphone-App oder RFID-Chipkarte. Die Ladestationen akzeptieren dabei die Ladekarten und Apps verschiedenster Anbieter und Roaming-Partner. In Zusammenarbeit mit ladenetz.de bietet die ESB auch eine eigene Ladekarte an, die Fahrern europaweit Zugang zum Elektroladenetz ermöglicht. Zudem ist das Adhoc-Laden, also mittels Kreditkarte, möglich. ❐



Offizielle Eröffnung des Ladeparks in Pentling, v.l.: Markus Böske (Geschäftsführer ESB), Barbara Wilhelm (Erste Bürgermeisterin Pentling), Thomas Aunkofer (Grundstückseigentümer) und Daniel Inkoferer (Projektverantwortlicher ESB).

Bild: ESB



100% ERNEUERBARE ENERGIEN FÜR IHRE KOMMUNE

Nachhaltig. Zukunftssicher. Klimaschonend.

Wir entwickeln Photovoltaik- und Windprojekte von der grünen Wiese bis zur Inbetriebnahme der Anlagen. Und wir sorgen mit Wärme-, Wasserstoff- und E-Mobilitätslösungen dafür, dass die Menschen vor Ort von der Energieerzeugung profitieren – und die Wertschöpfung in der Region bleibt. Gestalten Sie die Zukunft Ihrer Gemeinde mit GP JOULE.

www.gp-joule.de | kommunen@projects.gp-joule.de | T+49 8274 9278-851

Mit Transformationswissen gegen den Frust

Wie Kommunen ihre Mitarbeiter im Klimaschutz motivieren können

Wer den Klimaschutz in seiner Kommune voranbringen will, der setzt auf Klimaschutzmanagerinnen und -manager. Doch die Stellen sind oft starken personellen Wechseln unterworfen. Eine hohe Fluktuation sorgt für ein permanentes Abwandern fachlichen Know-hows und folglich eine starke Ineffizienz des kommunalen Klimaschutzes. Mit gezielten Fortbildungen können Klimaschutzmanagerinnen und -manager lernen, wie sie mit den Herausforderungen in der kommunalen Verwaltung umgehen können und das Bewusstsein für den Klimaschutz auch auf organisatorischer Ebene stärken können.

Die Arbeit im kommunalen Klimaschutzmanagement ist vielfältig und komplex. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen für die Erarbeitung und Umsetzung von Klimaschutzstrategien und sind damit das Bindeglied zwischen der Kommune und den Einwohnerinnen und Einwohnern in Klimaschutzfragen. Zugleich nehmen sie innerhalb der Verwaltung eine Querschnittsaufgabe wahr. Als Mittler und Entwickler zwischen Amtsleitung, Öffentlichkeitsarbeit, Bauamt und anderen Bereichen der Verwaltung, bringen sie in vielfältigster Weise ihr Wissen rund um Klimaschutzmaßnahmen und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ein.

Entscheidend ist ein gemeinsames Ziel

Besonders gut funktioniert der Klimaschutz in Kommunen, in denen die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Unterstützung der Hausspitze und der einzelnen Fachabteilungen spüren. Einer Umfrage von EQU:WIN zufolge, sehen 69 Prozent der befragten Klimaschutzmanagerinnen und -manager neben der großen Unterstützung auch klare Ambitionen durch Vorgesetze bzw. Verwaltungschef als größten Erfolgsfaktor für die Umsetzung von Klimaschutzzielen. Das verdeutlicht, dass vor allem ein gemeinsames Ziel entscheidend ist, selbst wenn dieses möglicherweise hochgesteckt ist und vielleicht in der Realität nur mit starken Bemühungen erreicht werden kann.

Die hohen Anforderungen an das Klimaschutzmanagement treffen zu oft jedoch auch auf eingefahrene Strukturen in den Verwaltungen. Die oftmals neu oder erst in jüngster Zeit geschaffenen Stellen wirken zu Beginn wie Fremdkörper in einer eingespielten kommunalen Verwaltung. Dass diese Stellen explizit den Finger in die Wunde kommunaler Klimaschutzversäumnisse legen und dadurch offenlegen, wo die jeweilige Kommune und ihre Bürgerinnen und Bürger die Bemühungen für einen nachhaltigen Klimaschutz und eine zukunftsfähige Anpassung an die Klimawandelfolgen intensivieren muss, verbessert die Ausgangslage der Klimaschutzmanagerinnen und -manager nicht.

Die Folge ist eine hohe Frustration über das Verfehlen eigener beruflicher Ziele innerhalb der Klimaschutzarbeit, sowie das Aufreiben zwischen der Diskussion mit und der Moderation zwischen den einzelnen Fachabteilungen der Verwaltung. Daraus resultiert nicht selten die Hoffnung, dass es in der nächsten Kommune oder der nächsten Organisation schon besser laufen werde. Noch bevor es überhaupt zu diesem Gedanken kommt, der schließlich in einer Kündigung und einer hohen Fluktuation mündet, setzen gezielte Fortbildungsmaßnahmen an, die ein umfangreiches Transformationswissen vermitteln.

Kompakte Fortbildung

In entsprechenden Fortbildungen, die die Münchner Kommunikationsagentur EQU:WIN für Klimaschutzmanagerinnen und -manager anbietet, bekommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer neben Einblicken in die Methodik des Storytellings und der Moderation auch schwieriger Gruppensituationen auch eine Einführung in Projektmanagement. Denn neben den bereits angesprochenen Faktoren ist für die erfolgreiche Umsetzung der Klimaschutzstrategien in den Kommunen auch der richtige Umgang mit den knappen personellen und finanziellen Ressourcen wichtig.

Kommunen sind Dienstleiter von der Wiege bis zur Bahre. Ihr umfassender Tätigkeitsbereich bedingt die finanzielle Abwägung zwischen allen Aspekten des Lebens in einer Stadt oder Gemeinde. Klimaschutz ist eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit und muss sich trotzdem in das Gefüge eng begrenzter kommunaler Haushalte einfügen.

Angebot der EQU:WIN

Mit dem „Transformationswissen für Klimaschutzmanager:innen“ bietet EQU:WIN eine kompakte Fortbildung an, die in ihrer preislichen Gestaltung nicht nur auf die finanziellen Gestaltungsräume des kommunalen Klimaschutzes Rücksicht nimmt, sondern den Teilnehmern auch genau jene Methoden an die Hand gibt, die sich in diesem Spannungsfeld gut umsetzen lassen. So lässt sich aus Sicht der kommunalen Verwaltungen mit einer gezielten und methodisch hochwertigen Fortbildung nicht nur die Wertschätzung den eigenen Mitarbeitenden gegenüber ausdrücken, sondern die Effizienz der Klimaschutzarbeit steigern. **Benjamin Hahn**

Weitere Informationen

Die EQUWIN-Klimaakademie bietet neben dem bewährten Basisseminar Transformationswissen neue Kurse zur Grundlagenvermittlung sowie zur gezielten Befähigung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanager und managerinnen an. Um radikale Kooperation zur Beschleunigung geht es im Klimasalon: „voneinander lernen, von Praktiker:innen für Praktiker:innen“.

Weitere Informationen zum Angebot der EQU:WIN-Klimaakademie – Transformation für den Klimaschutz auf https://equwin.com/klimaakademie



Geothermie:

Grünwald hat seine Versorgungssicherheit weiter ausgebaut

Zwischen den beiden geothermischen Erzeugungs-Standorten Laufzorn und Unterhaching entstand in den letzten 18 Monaten eine neue, etwa 4,8 km lange, Fernwärme-Transportleitung, die den Norden des Grünwalder Fernwärmenetzes versorgt.

Bei einer kleinen Feier am Schachtbauwerk wurde die neue Fernwärme-Transportleitung offiziell in Betrieb genommen. Grünwalds Erster Bürgermeister Jan Neusiedl (r.) und Andreas Lederle, Geschäftsführer der Erdwärme Grünwald, dankten den geladenen Gästen, die federführend an der Planung und am Bau der neuen Fernwärme Transportleitung beteiligt waren.

Wie weitsichtig es war in Tiefengeothermie zu investieren, zeigt sich heute ganz besonders. Die Nachfrage nach nachhaltiger heimischer Energie ist enorm. 2022 hat die Erdwärme Grünwald den Anschluss von 100 Haushalten geplant, tatsächlich wurden 423 neue Verträge abgeschlossen. 2023 wurden 170 Haushalte neu angeschlossen. Für 2024 rechnet man mit rund 150 neu gebauten Anschlüssen.

Derzeit betreibt die Erdwärme Grünwald ein Fernwärmenetz mit einer Gesamtleitungslänge von rund 120 km. – Die Erdwärme Grünwald betreibt damit das größte tiefengeothermische Fernwärmenetz in ganz Europa, mit Ausnahme von Island. Bild: EWG





Einweihung des neuen Zahlungsterminals in Sulzemoos, v.l.: Thomas Rahmen (SMART/LAB), Rüdiger Schulze (SMART/LAB), Johannes Kneidl (Bürgermeister Sulzemoos), Jürgen Hitz (ESB), Dr. Christoph Ullmer (Thüga AG) und Dr. Peter Robejsek (Mastercard). Bild: SMART/LABr

Partnerschaft für mehr Ladekomfort

Energie Südbayern, Mastercard und SMART/LAB erleichtern das Bezahlen an Elektroladestationen und starten Pilotprojekt

Die Unternehmen Energie Südbayern (ESB), Mastercard und SMART/LAB haben eine Partnerschaft bekanntgegeben, um das Bezahlen an Elektroladestationen komfortabler zu gestalten. Ziel der Zusammenarbeit ist es, eine weitere bequeme und unkomplizierte kontaktlose Zahlungsoption mittels Debit-, Kredit- oder Prepaidkarte anzubieten.

Im Rahmen dieser Kooperation integriert SMART/LAB ein innovatives Zahlungsterminalprodukt in die bestehende Backend-Architektur der Ladesysteme. Die Lösung ermöglicht es, Ladevorgänge direkt, einfach und sicher mit allen gängigen bargeldlosen Zahlungs- und Autorisierungsmethoden abzuwickeln, ohne eine Vertragsbindung eingehen zu müssen. Das Produkt erfüllt dabei die Anforderungen der AFIR (Alternative Fuels Infrastructure Regulation), durch die alle ab dem 13. April 2024 errichteten öffentlich zugänglichen Ladepunkte in der Europäischen Union mit einer Ladeleistung von mindestens 50 kW diese Form der Bezahlmöglichkeit anbieten müssen.

Erstes Pilotprojekt startet in Sulzemoos

Die ESB spielt eine entscheidende Rolle in dieser Partnerschaft, indem sie ihre fortschrittliche Ladepark-Infrastruktur auf dem Pendlerparkplatz neben der Autobahn A8, Ausfahrt Sulzemoos, für das gemeinsame Pilotprojekt zur Verfügung stellt. Mit dieser neuen Testumgebung, die nun feierlich eröffnet wurde, ermöglicht die ESB die praxisnahe Evaluation des innovativen Zahlungsterminals von SMART/LAB. „Das Projekt in Sulzemoos kann zur Blaupause für viele andere Ladepark-Standorte in Südbayern werden. Sicheres und vor allem komfortables Bezahlen ist eine wesentliche Voraussetzung, um die nachhaltige Mobilitätswende schneller voranzutreiben“, sagt Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung der Energie Südbayern. Als erfahrener Akteur im Bereich der Elektromobilität mit rund 1.000 Ladepunkten in Südbayern, trägt die ESB dazu bei, die Elektromobilitätsinfrastruktur zu verbessern und innovative Lösungen zu entwickeln, die das Ladeerlebnis für Elektrofahrzeugnutzende weiter optimiert.

„Elektromobilität kann sich nur durchsetzen, wenn eine flächendeckende Versorgung mit Lademöglichkeiten gewährleistet ist“, erklärt Dr. Peter Robejsek, Geschäftsführer bei Mastercard Deutschland. Auf die Bedürfnisse der E-Autofahrer müsse dabei Rücksicht genommen werden, fährt er fort, und schließlich seien einheitliche Standards und sichere, offene Bezahlsysteme wichtig, um die Akzeptanz bei den Verbrauchern zu fördern und so eine nachhaltige E-Mobilität zu stärken.

Derzeit erfolgt das Bezahlen beim Reisen mit Elektrofahrzeugen im Wesentlichen vertragsgebunden, das heißt unter Einsatz sogenannter Ladekarten und es fehlt der Zugang zu einer einheitlichen und offenen Zahlungsinfrastruktur. „Die Einführung des SMART/LAB-Bezahlterminals“, ist sich Dr. Mark Walcher von SMART/LAB sicher, böte den Nutzern mehr Optionen zum Bezahlen des Ladevorgangs: „Wir begrüßen dies ausdrücklich, denn es vereinfacht den Zugang für eine breitere Nutzerbasis.“

Als Initiator dieses Pilotprojekts bringt Mastercard seine umfassende Expertise im Bereich digitaler Zahlungslösungen ein, um Innovationen voranzutreiben und die nahtlose Integration von Zahlungsdienstleistungen in die Elektromobilität zu fördern. Entstanden ist das Pilotprojekt aus einer Kooperation mit der Thüga Aktiengesellschaft, welche das Ziel verfolgt Städte zu digitalisieren und nachhaltig zu entwickeln. SMART/LAB und ESB kamen als Umsetzer hinzu.

Durch die Zusammenarbeit mit der ESB und SMART/LAB setzt Mastercard einen klaren Fokus auf die Schaffung einer verbesserten Nutzererfahrung für Fahrerinnen und Fahrer von Elektrofahrzeugen. Das Technologieunternehmen sieht in dieser Partnerschaft die Chance, die Elektromobilität durch erweiterte Zahlungsmöglichkeiten voranzubringen und somit einen Beitrag zur Entwicklung einer nachhaltigen und effizienten Mobilitätslandschaft zu leisten. Weitere Unternehmen der Thüga-Gruppe planen die Lösung in den kommenden Monaten ebenfalls auszurollen. ❐

Kom.EMS:

Energieeffizienz verbessern und Einsparpotenzial heben

So können Kommunen Energie sparen: Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) stellt bayerischen Städten und Gemeinden mit dem Kommunalen Energiemanagement-System, kurz Kom.EMS, einen Werkzeugkasten zur Bewertung und Optimierung ihres Energiemanagements zur Verfügung

„Wenn es um Energieeffizienz und Klimaschutz geht, nehmen Städte, Gemeinden und Landkreise eine zentrale Rolle ein“, sagt Astrid Max von der LENK. „Denn im verantwortungsvollen Umgang mit vorhandenen Ressourcen sind sie nicht nur Akteur, sondern auch Vermittler und Vorbild. Die LENK unterstützt nun die bayerischen Kommunen bei diesen Herausforderungen.“

Arbeitshilfen und Rechentool

Ein Kom.EMS-Leitfaden hilft beim Aufbau eines Energiemanagement-Systems und der mit dem Kom.EMS-Check lassen sich bestehende Systeme bewerten. Herzstück von Kom.EMS ist ein Fragen- und Bewertungskatalog, nach dem drei Qualitätsstufen erreichbar sind, die auch extern bewertet und zertifiziert werden: Basis, Standard und Premium. Zu allen Fragen der drei Bewertungsstufen gibt es Arbeitshilfen, wie zum Beispiel ein Rechentool für Energiesparmaßnahmen und Muster-Beschlussvorlagen.

„Eine Zertifizierung und eine öffentlichkeitswirksame Auszeichnung schaffen für die kommunalen Verwaltungen einen zusätzlichen Anreiz, sich mit dem Thema Energiemanagement auseinanderzusetzen“ erklärt Max. „Sie können eine Vorbildrolle einnehmen. Und um Kommunen hierbei zu unterstützen, wird neben der Anlaufstelle an der LENK in den nächsten Monaten ein Netzwerk an Coaches in Bayern aufgebaut werden.“

Kom.EMS ist ein Werkzeug für den systematischen Aufbau und die Verstetigung eines Energiemanagement-Systems für kommunale Verwaltungen. Es ist speziell auf deren Anforderungen zugeschnitten und orientiert sich an der DIN EN ISO 50001, einem internationalen Standard für Energiemanagementsysteme.

Die Nutzung von Kom.EMS wird durch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) sowie das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) finanziert und ist für Kommunen kostenfrei: Registrierung und weitere Informationen auf www.lenk.bayern.de. ❐

EXPO REAL 2024:

Digitalisierung und Transformation im Fokus

Vom 7. bis 9. Oktober findet die diesjährige EXPO REAL auf dem Münchener Messegelände statt. Im Vorfeld wurden die Ergebnisse der jährlichen Umfrage unter den Teilnehmern der EXPO REAL, der internationalen Fachmesse für Immobilien und Investitionen, veröffentlicht. Insgesamt beteiligten sich 516 Aussteller und Besucher an der im August durchgeführten Online-Befragung. Die Themen „Digitalisierung" und „Transformation" stehen dabei klar im Mittelpunkt, wie die Ergebnisse des diesjährigen Stimmungsbarometers zeigen.

Digitalisierung, Zinspolitik und Dekarbonisierung

Die „Zukunftsfähigkeit der Immobilienbranche" war das zentrale Thema der Befragung, ein Thema, das den Nerv der Branche trifft. Stefan Rummel, Geschäftsführer der Messe München, betonte, dass die EXPO REAL 2024 in einer Zeit stattfindet, in der sich für Immobilien und Investitionen vieles verändert. Mit dem neuen Ausstellungsbereich „Transform & Beyond by EXPO REAL" setzt die Messe 2024 verstärkt auf Zukunftsthemen wie die Digitalisierung und die Transformation der Branche.

Die Umfrageergebnisse unterstreichen die Relevanz dieser Themen: 91 Prozent der Befragten bewerten die Digitalisierung als „sehr wichtig" oder „wichtig", gefolgt von der Zinspolitik mit 88 Prozent und energiewirtschaftlichen Lösungen für Quartiere mit 87 Prozent. Auch die Dekarbonisierung von Städten und Gebäuden wird von 82 Prozent als zentrales Thema angesehen.

Datenzentren und Pflegeimmobilien

Bei der Frage nach zukünftig bedeutenden Nutzungsarten steht Wohnen für 70 Prozent der Teilnehmer an erster Stelle, dicht gefolgt von Pflegeimmobilien (67 Prozent) und Datenzentren (61 Prozent). Besonders auffällig ist der Anstieg des Interesses an Datenzentren. Im Vergleich zu 2023, als nur 49 Prozent der Befragten diese Nutzungsart als relevant einschätzten, ist der Wert in diesem Jahr auf 61 Prozent gestiegen – ein klarer Hinweis auf die wachsende Bedeutung der Digitalisierung für die Immobilienbranche.

Investoren und bezahlbarer Wohnraum

Auch in Bezug auf Investoren sieht die Branche klare Tendenzen: 83 Prozent der Befragten halten Pensionsfonds und Versorgungswerke für „sehr relevant" oder „relevant", während 79 Prozent Family Offices als zukünftige Investoren sehen. Private Equity wird ebenfalls von 79 Prozent als bedeutend eingestuft. Crowdfunding über Internetplattformen scheint jedoch weniger an Bedeutung zu gewinnen und wird nur von 27 Prozent als relevant bewertet.

Ein zentrales Thema bleibt der bezahlbare Wohnraum. 95 Prozent der Befragten sehen „Bauen im Bestand" als entscheidenden Faktor, gefolgt von den Kosten für Grund und Boden (88 Prozent) und serielles Bauen (87 Prozent). Diese Themen werden auch auf der EXPO REAL in den Fokus gerückt, wie Claudia Boymanns, Exhibition Director der EXPO REAL, betont. Im Rahmen der Sonderschau „Bauen im Bestand" werden Praxisbeispiele vorgestellt, um Lösungen für bezahlbaren Wohnraum zu diskutieren.

Global betrachtet sehen 81 Prozent der Befragten Europa weiterhin als sehr wichtigen oder wichtigen Immobilienmarkt, gefolgt von den USA (66 Prozent) und der Asien-Pazifik-Region (61 Prozent). Innerhalb Europas gelten Westeuropa und die D-A-CH-Region als die wichtigsten Märkte. Auch B-Lagen in A-Städten und A-Lagen in B-Städten bieten laut den Teilnehmern Potenzial für Wachstum.

Transformation als Schlüssel zur Zukunftssicherung

Die Ergebnisse der Umfrage machen deutlich: Die Transformation des Immobilienbestands ist eine der zentralen Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Branche. 63 Prozent der Befragten nannten dies als entscheidend, gefolgt von der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle (56 Prozent) und der verstärkten Digitalisierung (54 Prozent). Die EXPO REAL bietet in diesem Jahr mit ihrem vielfältigen Konferenzprogramm und zahlreichen Foren eine Plattform, um diese Themen zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln.

„Die EXPO REAL ist der Treffpunkt der Immobilienbranche, um gemeinsam über die Herausforderungen der Zukunft zu sprechen", so Rummel. Besonders in Zeiten des Wandels sei der Austausch über Trends und Entwicklungen wichtiger denn je. ❐

Stadt Würzburg:

Mit der Handyapp die Radwege kontrollieren

Bei der Kontrolle der Würzburger Straßen lassen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des städtischen Fachbereiches Tiefbau und Verkehrswesen bereits seit Anfang 2021 von einer Software unterstützen. Jetzt verwenden sie die App, die die schwäbische Firma vialytics entwickelt hat, auch zur Kontrolle der Fahrradwege. Dazu wurde ein Dienstfahrrad der Stadt mit einem Handyhalter ausgerüstet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs der Stadt können so unterwegs mit ihrem Diensthandy alle paar Meter ein Foto des Radwegs aufnehmen.

Dabei werden Schlaglöcher oder freiliegendes Kopfsteinpflaster genauso aufgenommen, wie andere Straßenschäden. Die Fotoaufnahmen lassen sich dann ganz leicht am PC im Büro auswerten. Wo früher umfangreiche Kontrollen und Auswertung nötig waren, lassen sich so in kürzester Zeit ganze Radwege kontrollieren. Damit werden nun sukzessive alle Radwege im Stadtgebiet erfasst.

„Wir behalten damit einfacher und schneller das Radwegenetz im Blick und können auf schadhafte Stellen schneller reagieren", so Annette Messerer, Leiterin des Fachbereichs Tiefbau und Verkehrswesen.

Mehrfachnutzen

Und einen weiteren Vorteil haben die so erzeugten Bilder auch noch: Sie werden benutzt, um die Texturen für den digitalen Zwilling der Stadt herzustellen, dienen als Informationsquelle im Innendienst und zur Modifizierung der Beschilderung im Stadtgebiet. ❐



Mit dem Handy Radwege kontrollieren: Baureferent Benjamin Schneider, Petra Führbeck von der Firma vialytics, Michael Koschmieder und Annett Heusinger Fachabteilung Geodaten und Vermessung, und Annette Messerer, Leiterin des Fachbereichs Tiefbau und Verkehrswesen, begutachten die Arbeitsweise der neuen Kontroll-App. Bild: Nils Adelmann

Alzheimer und dann auch noch MS

Bayernweit werden mehr, gravierendere und rapidere Verläufe von Demenz beobachtet

Früher hatte es das Team des Würzburger Vereins „Halma – Hilfe für altersverwirrte Menschen im Alltag" in der Regel mit der netten, älteren Dame mit sich entwickelnder Demenz zu tun. Meist wurde sie von der Tochter unterstützt. Damit die sich hin und wieder aus der Pflege ausklinken konnte, erhielt sie eine Alltagshelferin. Inzwischen hat es das Team mit Senioren zu tun, die gravierend demenziell verändert sowie mehrfach erkrankt sind. Die Nachfrage nach Beratung und Hilfe ist aktuell hoch.

Rund 270.000 Menschen leben in Bayern mit Demenz. Dies teilt das Bayerische Gesundheitsministerium auf unsere Anfrage hin mit. Die Dunkelziffer sei hoch. Sofern kein medizinischer Durchbruch erzielt wird, werden die Zahlen nach Einschätzung des Ministeriums weiter steigen – und zwar auf voraussichtlich 300.000 bis 2030.

Wie diese hohe Zahl bewältigt werden soll, bleibt eine ungelöste Frage. „Halma" in Würzburg zum Beispiel hat jetzt schon alle Hände voll zu tun. „Wir zählen nicht, wie oft das Telefon bei uns am Tag klingelt", sagt Sabine Seipp, die sich bei „Halma" seit über 30 Jahren um Menschen mit Demenz kümmert. Ihr und ihren hauptamtlichen Kolleginnen stehen aktuell 70 Frauen und Männern als Alltagshelfer zur Seite. Sie entlasten 80 Familien mit betagten Angehörigen, die an Demenz oder einer psychischen Erkrankung leiden.

Den Beraterinnen von „Halma" werden am Telefon oft drastische Schicksale geschildert. So gibt es Angehörige, die sich um einen Vater oder eine Mutter kümmern, die schwer an Demenz erkrankt sind und eine vorangeschrittene Multiple Sklerose haben. Warum die Nachfrage derart hoch ist, warum so viele Betroffene mehrere schwerwiegende Diagnosen haben und warum „Halma" inzwischen öfter mit rapideren Demenzverläufen konfrontiert ist, kann Sabine Seipp nicht sagen.

Früher diagnostiziert

Wissenschaftler führen gewöhnlich den demographischen Wandel ins Feld. Außerdem heißt es, dass heute früher diagnostiziert wird. „Halma", sagt Sabine Seipp, „ist heute natürlich auch bekannter als vor 30 Jahren." Die Organisation wird also früher gefunden und kontaktiert.

Die hohe Nachfrage resultiert nach ihrer Vermutung außerdem daher, dass Pflegedienste eine geringere Kapazität haben. Auch veränderte Familiensituationen spielten in die aktuelle Entwicklung mit hinein: Kinder wohnen nicht mehr dort, wo die Eltern leben. Auch dadurch steige die Nachfrage nach Unterstützung.

Welchen Einfluss die Corona-Krise hat, ist für Sabine Seipp schwer zu beantworten. Klar sei: Menschen sind soziale Wesen. „Ist jemand ganz auf sich alleine gestellt, verkümmert die Seele", so die Fachberaterin. Die in der Corona-Krise verordnete Isolation könnte durchaus ein Faktor für aktuelle Phänomene im Bereich Demenz sein. Doch Belege gebe es nicht.

Verzweifelte Töchter

Laut Sabine Seipp müsste die Versorgungssituation dringend verbessert werden: „Gestern erst erhielt ich zwei Anrufe verzweifelter Töchter, beide suchen dringend Kurzzeitpflegeplätze für Eltern, die aus dem Krankenhaus entlassen wurden." Von der Politik wünscht sich Sabine Seipp endlich konkrete Maßnahmen, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen. So könnte die tägliche Arbeitszeit in der Pflege auf sechs Stunden beschränkt werden. Die Bezahlung müsste jedoch so hoch sein, dass man dennoch gut von seinem Beruf leben kann.

GZ-Umfrage

Das Thema „Demenz" treibt auch Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder, sowie Mitarbeiter in der Verwaltung um, ergab eine Umfrage der Bayerischen GemeindeZeitung. Ein Fazit aus 79 eingegangenen Antworten lautet: Es besteht in puncto Demenz in vielen Gemeinden ein hoher Bedarf an Unterstützung und Aufklärung. Andererseits gibt es auch bemerkenswerte Angebote und Aktivitäten.

Dazu zählt das Engagement von Michael Brehm, Wirtschaftsförderer im Landratsamt Haßberge. „Ich versuche, ‚meinen' Betrieben klarzumachen, dass ein ‚familienfreundlicher Arbeitgeber' erst dann richtig familienfreundlich ist, wenn er nicht nur Mütter und Väter im Blick hat", berichtet er. Die „Sandwich-Generation", die sich um die eigenen Kinder, die eigenen Eltern und zum Teil auch noch um Großeltern kümmert, müsse unbedingt in den Blick genommen werden.

Beruf und Pflege

Die Pflege von Angehörigen mit Demenz ist laut Michael Brehm oft schwer mit dem Beruf unter einen Hut zu bekommen. „Das führt dazu, die Arbeitszeit zu verkürzen, etwa von ganztags auf halbtags, bis dahin, dass der Job komplett aufgegeben wird", legt er dar. Auch damit gingen Fachkräfte verloren.

In vielen Kommunen, zeigt unsere Umfrage, wird jedoch inzwischen einiges getan, um Familien zu unterstützen. Es gibt Gruppen für pflegende Angehörige sowie Demenzgruppen, mancherorts wird stundenweise häusliche Betreuung angeboten. Fallzahlen von Menschen mit Demenz werden in Gemeinden normalerweise nicht erhoben. Zum Teil wird jedoch beobachtet, dass die Anzahl zunimmt und dass vor allem jüngere Menschen von Demenz betroffen sind.

Der Bayerische Bezirketag beobachtet einen wachsenden „Belegungsdruck" in den gerontopsychiatrischen Abteilungen der bezirklichen Kliniken. „Dies ist aus unserer Sicht vorrangig dem demographischen Wandel geschuldet", so Pressesprecherin Katharina Hering. Allein deshalb erwarteten Bezirkskliniken in den nächsten Jahren einen weiteren Anstieg.

„Pikasso" in Augsburg

Alle Bezirke versuchen laut Katharina Hering, sich an die geänderten Bedürfnisse der älter werdenden Gesellschaft anzupassen. So hätten sämtliche Bezirkskliniken spezielle Angebote wie etwa Gedächtnissprechstunden. Zu den besonders vorbildlichen Bezirksprojekten für Menschen mit Demenz gehört der Augsburger Tagestreff „Pikasso" des Bezirks Schwaben. Der richtet sich an Menschen ab dem 50. Lebensjahr, die eine Depression, Demenz oder eine andere psychische Erkrankung haben oder bei denen kognitive Defizite vorliegen. Das kostenlose Angebot umfasst etwa Kreativtherapie, Kognitives Training oder Depressionsbewältigung.

„Ein besonderes Angebot ist auch die ‚Blaue Blume Schwaben' in Kaufbeuren", so Hering. Die vom Bezirk Schwaben finanzierte Aktions- und Begegnungsstätte unterstützt ältere Menschen mit psychischen Erkrankungen. Im Gebäude der „Blauen Blume" finden außerdem Sprechstunden der gerontopsychiatrischen Institutsambulanz des BKH Kaufbeuren statt.

„Demenz", erklärt das Bayerische Gesundheitsministerium, ist nicht gleich „Demenz". Unter diesen Oberbegriff fielen Funktionsstörungen des Gehirns, durch die allmählich Denken, Orientierung und Lernfähigkeit verloren gingen. Am häufigsten trete die Alzheimer-Demenz auf. Bei einer vaskulären Demenz, der zweithäufigsten Form, verlangsamten sich die Denkprozesse. Erkenntnisse über die Häufigkeit von gravierenderen oder schnelleren Verläufen im Zusammenhang mit der Corona-Krise liegen dem Ministerium nicht vor.

Risikofaktor Einsamkeit

Eine Sprecherin verweist jedoch auf einen Bericht der Lancet-Expertenkommission. Demnach gibt es 14 Risikofaktoren, die mit einer Demenzentwicklung im Zusammenhang stehen. „Dazu gehören mangelnde soziale Aktivität und Einsamkeit", so das Gesundheitsministerium.

In Oberfranken kümmert sich Ute Hopperdietzel um Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen. Die Sozialpädagogin ist Senioren- und Behindertenbeauftragten der Gemeinde Regnitzlosau im oberfränkischen Landkreis Hof und leitet die Fachstelle für Demenz und Pflege Oberfranken. Außerdem ist sie ehrenamtliche Vorsitzender der Alzheimer-Gesellschaft Hof/Wunsiedel. Die Nachfrage nach Angeboten für Angehörige von Menschen mit Demenz sowie die Nachfrage nach Beratung ist ihr zufolge auch in Oberfranken hoch.

Abzulesen sei dies zum Beispiel am Online-Angebot „Partnerschulung": „Letztes Jahr hatten wir 180 Anmeldungen." Vor kurzem fand ein Online-Vortrag zur Diagnostik erster Demenz-Anzeichen statt. „Wieder war der Zulauf enorm", so Ute Hopperdietzel.

Jung und dement

Besonders schwierig ist die Versorgungssituation, wenn Menschen unter 65 Jahren von einer Demenz betroffen sind. Davon berichtet die Psychologin Sarah Straub aus Gundelfingen im Landkreis Dillingen. Sarah Straub arbeitet an der Uniklinik Ulm in einer Spezialsprechstunde. Die 38-Jährige kümmert sich dort um jüngere Menschen mit Demenz.

Schon vor Jahren verschrieb sich Straub der Demenzaufklärung. „Ich möchte vermitteln, dass ein gutes Leben auch mit Demenz möglich ist", sagt die junge Frau, die nicht nur Demenzexpertin, sondern auch Liedermacherin und Autorin ist. In jedem ihrer Konzerte kommt sie auf das Thema „Demenz" zu sprechen. Aktuell arbeitet sie an einem Buch, das von inspirierenden Begegnungen mit betroffenen Familien erzählt. „Es geht um Familien, die bestimmte Dinge im Zusammenhang mit Demenz richtig gut machen", verrät sie.

Besonders wichtig dürfte ihr Buch für Familien sein, in denen jemand sehr jung an Demenz erkrankt ist. Sarah Straub kennt Menschen, die sich bereits mit Mitte 40 demenziell zu verändern begannen. Besonders drastisch sei dieses Schicksal, weil die Demenz hier in vielen Fällen mit massiven Verhaltensveränderungen einhergeht: Die Betroffenen können aggressiv oder anderweitig verhaltensauffällig werden. Sie bräuchten ein Setting, wo sie zur Ruhe kommen können. Aber das gebe es selten.

Zu agil

Tagespflegeeinrichtungen lehnen es Sarah Straub zufolge oft ab, junge Patienten mit Demenz aufzunehmen. „Für die Gruppen sind die Betreffenden oft zu agil", sagt sie. Auch in Pflegeheimen kämen junge Menschen mit Demenz kaum unter.

Rund 100.000 Männer und Frauen sind von früher Demenz betroffen. Wobei es wahrscheinlich eine erhebliche Dunkelziffer gibt, sagt Sarah Straub. Dass die Zahl wächst, liegt nach ihren Erkenntnissen daran, dass heutzutage eher als in früheren Zeiten daran gedacht wird, dass auch junge Menschen von Demenz betroffen sein können: „Früher sind diese Patienten in der Psychiatrie gelandet und geblieben."

In der Ulmer Spezialsprechstunde werden acht Betroffene pro Woche beraten. Insgesamt 250 Menschen werden langfristig begleitet. Die Patienten kommen aus ganz Deutschland. Die Probleme sind überall ähnlich. Weil junge Patienten mit Demenz kaum irgendwo aufgenommen werden, müssen sie von der Familie betreut werden. Der Partner muss arbeiten gehen, nachdem ja ein Gehalt wegfällt. Nicht selten kommt es zu finanziellen Problemen. Die Notwendigkeit, Geld verdienen zu müssen, und die Pflege neben dem Beruf führen zu starker seelischer und körperliche Belastung. **Pat Christ**

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Bürgermeister der Gemeinde Zöschingen, der kleinsten Gemeinde im Landkreis Dillingen mit derzeit 780 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Begonnen habe ich am 1. Mai 2014 als damals jüngster Bürgermeister im Landkreis Dillingen. Das Bürgermeisteramt übe ich ehrenamtlich neben meinem Hauptberuf aus.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Beruflich bin ich gelernter Finanzwirt und Verwaltungsfachwirt und arbeite noch immer als Geschäftsleiter in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft in Wittislingen.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?



Tobias Steinwinter

Erster Bürgermeister der Gemeinde Zöschingen

Durch meine damalige berufliche Tätigkeit als Kämmerer war ich schon vorher sehr nahe an der Kommunalpolitik und den aktuellen kommunalpolitischen Herausforderungen dran. Zudem habe ich viele Jahre als Vorsitzender des Feuerwehrvereins ehrenamtlich im örtlichen Vereinswesen mitgewirkt. Über die Frage ob ich mich im Gemeinderat engagieren möchte, kam ich dann in den Gemeinderat.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Dadurch, dass ich sozusagen meinen Beruf auch zu meinem „Nebenjob" gemacht habe, war eine allzu große Vorbereitung nicht nötig. Durch meine vorherige Mitgliedschaft im Gemeinderat war ich auch in den aktuellen Themen schon ziemlich fest eingebunden.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Durch Realisierung des damals noch größten Windparks in Bayern war unsere Gemeinde stark gespalten, insbesondere auch im Gemeinderat. Viele notwendige Projekte konnten somit erst gar nicht angestoßen werden. Die Windkraft war damals das alles überlagernde Thema.

Hier galt es einen Weg für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde zu finden und alle Akteure wieder zu einigen, damit man gemeinsam die Gemeinde weiterentwickeln kann. Trotz aller politischen (Wind-)Widrigkeiten in der vorherigen Ratsperiode ist es aber auch gelungen, den Weg für die Sanierung unserer Gemeindehalle freizumachen. Dieses Projekt mit einem Gesamtvolumen von rund drei Mio. Euro galt es in meinen ersten Monaten als Bürgermeister baulich umzusetzen. Damals war es das bis dato größte Projekt der Haushaltsgeschichte in der Gemeinde Zöschingen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit sanieren wir unsere Ortsdurchfahrt auf einer Länge von insgesamt zwei Kilometern. Neben der Sanierung der kompletten Wasserleitung in diesem Abschnitt, verlegen wir auch Glasfaserleerrohre mit. Hier hat uns die Telekom sehr stark beschäftigt, da obwohl schon das Rohrmaterial auf die Baustelle geliefert wurde, dem Glasfaserausbau bei offenem Graben eine Absage erteilt wurde. Dies belastet nun unseren Haushalt sehr stark, da wir mit dieser Ausgabe von rund 160.000 Euro nicht gerechnet haben. Auf der anderen Seite schaffen wir es aber aufgrund des neuen Punktsystems des Bundes nicht in die Gigabitrichtlinie 2.0 und somit auch nicht in die bayerische Kofinanzierung. Die Richtlinien sind einfach „kleingemeindebenachteiligend" ausgestaltet.

Auf der anderen Seite verwirklichen wir derzeit in Zusammenarbeit mit der Fa. GP Joule aus Buttenwiesen ein CO2-neutrales Nahwärmenetz mit Großwärmepumpe und direkt angebundener Freiflächenphotovoltaikanlage. Dazu haben wir unter Beteiligung der Gemeinde die Renergiewerke Zöschingen GmbH gegründet. Eine kommunale Beteiligung war uns von Anfang an wichtig. Wir möchten den Bürgern damit maximale Transparenz und Sicherheit gewährleisten. Denn seit Ausbruch des Ukrainekrieges und der schwierigen bundespolitischen Handhabung dieses Themenfeldes, sind die Bürgerinnen und Bürger sehr sensibel und auch kritisch, was die Auswahl ihres zukünftigen Heizmediums betrifft.

Aber ich denke, dass wir hier eine Vorreiterstellung eingenommen haben und die sogenannte „Wärmewende" bei uns schon bald Realität ist. Aber auch das Thema Windkraft klopft schon wieder bei uns an. Diese möchten wir möglichst auch noch in die Wärmeversorgung integrieren um zusammen mit der Photovoltaik möglichst autark zu werden, wenn es um unsere Wärmeversorgung geht.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Es wird wieder das Thema Windkraft sein. Leider hat man es in Zöschingen im Jahre 2012 und davor nicht geschafft eine Wertschöpfung für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu erreichen. Dies wurde zwar immer wieder in allen „Sonntagsreden" propagiert, aber angekommen ist bei uns noch kein einziger Cent. Die einzigen, die sich bei uns die Tasche füllen sind die Bay. Staatsforsten und die Investoren. Deshalb kämpfe ich für ein Windenergie-Dividendenmodell nach hessischem Vorbild zusammen mit der Geschäftsstelle des Bay. Gemeindetages. Denn ich bin als Kreisvorsitzender im Landkreis Dillingen auch im Verband als Sprecher der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister engagiert. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Modell das einzig richtige im Zusammenspiel Kommunen/Freistaat Bayern sein kann. Denn nicht nur die Staatsforsten, sondern auch die Kommune vor Ort und damit die Bürgerinnen und Bürger sollen partizipieren, wenn die Anlagen schon vor deren Haustür stehen. Hier halte ich die derzeit im Gespräch befindliche Pflicht für 0,2 ct für eine Schattendiskussion. Diese muss nicht als Pflicht eingeführt werden, da sowieso alle Anlagenbetreiber freiwillig diese Leistung anbieten. Herr Aiwanger soll als Aufsichtsratsvorsitzender und stellv. Ministerpräsident, sowie Wirtschaftsminister endlich den Weg frei machen und den Kommunen ein Stück abgeben! Hessen kann es schließlich auch! Man muss das Gesetz nur abschreiben, fertig!

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ich glaube, dass die frühzeitige Einbindung der Gremien und Beteiligten der Schlüssel für eine gute Entwicklung einer Kommune ist. Wir ziehen uns dazu regelmäßig mindestens einmal in der Amtsperiode zu einer Gemeinderatsklausur zurück und legen die Projekte und deren Prioritäten gemeinsam fest. Damit haben wir einen klaren Weg und wenig Wiederholungsschleifen, die Entscheidungen und Projekte unnötig verzögern können.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Überwiegend durch persönliche Gespräche. Da Zöschingen eine sehr kleine Gemeinde ist, ist man auch sehr nahe an den Menschen und auch für die kleinsten Themen immer der direkte Ansprechpartner.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung ist einer der größten Umbrüche, die wir als Gesellschaft und damit auch als Gemeindevertreter zur begleiten haben. Sie wird uns effektiver und schneller machen, wenn wir auf der anderen Seite aber auch die bürokratischen Hürden nicht weiter nach oben hängen.

Das sehe ich nämlich als große Gefahr bei dem ganzen Thema an. Je mehr die KI und die Digitalisierung zu leisten im Stande ist, umso schneller gibt es jemanden, der die Eckpunkte z.B. einer Förderrichtlinie noch weiter verkompliziert. Rechnet ja schließlich der Computer aus 🙂. Nachdem wir alle zudem fortlaufend mit Personalengpässen zu kämpfen haben, kann uns wahrscheinlich auch die Digitalisierung die eine oder andere Aufgabe abnehmen und den Mangel kompensieren.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Frei nach Erich Kästner: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Gerade in der Kommunalpolitik muss man, um weiterzukommen, ständig anschieben und ziehen, damit sich etwas bewegen kann.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Durch ein gutes Miteinander und dem stetigen Anpacken der auf uns zukommenden Herausforderungen. ❐

Stadt Hersbruck:

Glasfaser flächendeckend

Die Hersbrucker Energie- und Wasserversorgung HEWA und der Laufer Telekommunikationsanbieter bisping & bisping starten den flächendeckenden Glasfaserausbau in Hersbruck. Die beiden Partner intensivieren ihre Zusammenarbeit für den Netzausbau und sorgen mit der neuen „GNH Glasfasernetz Hersbruck GmbH i.G." für schnelles Internet im gesamten Stadtgebiet.

Gemeinsam steigen die HEWA mit ihrem langjährigen Partner bisping & bisping aktiv in den Glasfaserausbau im Hersbrucker Stadtgebiet ein. Das eigengesteuerte Vorhaben nimmt die HEWA zusammen mit dem regionalen Netzbetreiber und Telekommunikationsanbieter bisping & bisping aus Lauf an der Pegnitz in die Hand. Zeitnah wollen die beiden Kooperationspartner ein leistungsstarkes Hochgeschwindigkeitsnetz mit der neu gegründeten Netzgesellschaft „GNH Glasfasernetz Hersbruck GmbH i.G." aufbauen, um Hersbruck flächendeckend mit schnellem Internet zu versorgen.

Große Synergieeffekte

„Im Rahmen unseres allgemeinen Versorgungsauftrages wollen wir in Hersbruck auch zukünftig für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie die ansässigen Unternehmen führender regionaler Versorger sein. Schnelles Internet gehört für uns zu einer zeitgemäßen Grundversorgung dazu", so Harald Kiesl, Geschäftsführer der HEWA GmbH. Für den Aufbau der dafür notwendigen Glasfaser-Infrastruktur ergeben sich große Synergieeffekte durch die vorhandenen Leitungstrassen der Energie- und Wasserversorgung in Hersbruck, erläutert er weiter. So wird der eigengesteuerte Breitbandausbau auch zu einer wirtschaftlich sinnvollen Entscheidung.

Der Netzbetreiber aus dem Nürnberger Land ist in Hersbruck bereits seit 2014 als Kooperationspartner der HEWA mit dem Aufbau von Glasfaserstrecken aktiv. Durch die konsequent vom Versorgungsunternehmen bei Tiefbauarbeiten mitverlegten Leerrohre konnten die beiden Partner bereits zahlreiche Glasfaserstrecken in Hersbruck aufbauen und vor allem Gewerbegebiete und -Standorte mit Gigabit-Anschlüssen versorgen. Diese ermöglichen bereits zahlreichen namhaften Hersbrucker Unternehmen einen zeitgemäßen Zugang zur Digitalisierung. Aber auch das Paul-Pfinzing-Gymnasium kann seit 2017, wie auch die Stadt Hersbruck selbst, Dank der innovativ genutzten Synergien so mit schnellem Internet versorgt werden.

Mit der erweiterten Kooperation und der neu gegründeten Netzgesellschaft wird sich nun nicht nur die Zusammenarbeit beider intensivieren, sondern auch ein ehrgeizig gesetztes Ziel zusammen verfolgt: Bis 2028 wollen die Kooperationspartner Hersbruck flächendeckend mit Glasfaser bis in die Gebäude erschließen. Für die Umsetzung der rund 3.500 Anschlüsse in höchster Ausbaustufe wollen die beiden Unternehmen gemeinsam zirka 12 Mio. Euro in Hersbruck investieren. Bereits im 3. Quartal 2024 sollen die ersten Highspeed-Internetanschlüsse in einem Teil von Altensittenbach sowie für größere Mehrfamilienhäuser in Hersbruck ausgebaut werden.

„Ein leistungsfähiges Breitbandnetz, das alle auf dem Land und in der Stadt erreicht, ist die Voraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt an modernen Lebens- und Arbeitswelten teilhaben können. Es freut uns sehr, dass die beiden innovativen Unternehmen die erfolgreiche Kooperation weiter ausbauen und so in die Zukunftssicherheit Hersbrucks investieren", begrüßt der Erste Bürgermeister Robert Ilg das Vorhaben.

„Insbesondere für Unternehmen stellt die zukunftsfähige Kommunikations-Infrastruktur einen grundlegenden Standortfaktor dar, dessen Bedeutung rasant zunimmt. Gemeinsam zeigen wir, wie wir nachhaltig und mit wertvollen Synergien Hersbruck per Glasfaser versorgen können", erklärt Johannes Bisping, Geschäftsführer des Netzbetreibers bisping & bisping.

Das Glasfasernetz wird im Eigentum dieser Glasfasernetz Hersbruck Gesellschaft verbleiben, und die Wertschöpfung vor Ort und in der Region halten. ❐



Intensive Zusammenarbeit für den flächendeckenden Glasfaserausbau in Hersbruck (v.l.): Susi Bisping (bisping & bisping, Gebietsentwicklung), Martin Dorn (bisping & bisping, Leiter Infrastruktur), Harald Kiesl (HEWA, Geschäftsführer), Johannes Bisping (bisping & bisping, Geschäftsführer) und Robert Ilg (Erster Bürgermeister der Stadt Hersbruck). Foto: Porta/Stadt Hersbruck

Schwabentag 2024 in Günzburg:

Das Fahrrad im Mittelpunkt

Beim diesjährigen Schwabentag verwandelte sich die Stadt Günzburg in ein lebendiges Zentrum der schwäbischen Kultur und Gemeinschaft. Unter dem Motto „Mit dem Fahrrad durch Schwaben" stand heuer das Fahrrad im Mittelpunkt der Feierlichkeiten. Der Schwabentag wird seit 2008 jährlich an wechselnden Orten ausgerichtet und vom Bezirk Schwaben großzügig gefördert. Ziel ist es, die Identität zu fördern und die regionale Vielfalt zu stärken.

Das Programm des Schwabentags in Günzburg gestaltete sich reichhaltig und abwechslungsreich. Es gab zahlreiche Mitmachstationen für Kinder, eine Kulturbühne mit Nachwuchsmusikern aus Schwaben und eine Genussmeile.

Die Hauptbühne mit einem abwechslungsreichen Musik- und Sportprogramm befand sich auf dem Schloßplatz. Eine weitere Bühne stand auf der Wiese am Stadtgraben bzw. am Hofgarten. Alle Aktionen, Infostände und Showbühnen waren rund um das Heimatmuseum, den Schloßplatz und den Hofgarten gebündelt. Zahlreiche Teilnehmer und Besucher nutzten zudem die Gelegenheit, sich in traditionellen schwäbischen Trachten und historischen Kostümen zu kleiden, um die kulturelle Vielfalt und das Erbe der Region zu feiern.

Entwicklung des Fahrrads

Ein Höhepunkt war die „Schwabentag-Kids-Meisterschaft" des Deutschen Alpenvereins (DAV) Sektion Günzburg, der die kleinsten Besucher dazu einlud, mit dem Laufrad einen Parcours zu absolvieren. Eine beeindruckende Sammlung historischer Fahrräder brachte das Mobile Museum des Deutschen Fahrradmuseums Bad Brückenau mit, die im Museumshof ausgestellt wurden. Besucher konnten die Fahrräder nicht nur bestaunen, sondern auch einige Modelle selbst ausprobieren. Diese interaktive Präsentation ermöglichte es den Besuchern, die Entwicklung des Fahrrads hautnah zu erleben und einen Einblick in die Geschichte der Mobilität zu gewinnen.

Für die kleinen Besucher gab es kreative Angebote, bei denen Lieblingsfahrräder gestaltet werden konnten, während die Polizei Günzburg über Verkehrssicherheit informierte. Darüber hinaus fand eine Versteigerung gut erhaltener Fundfahrräder aus dem Stadtgebiet statt. Ein weiterer Stand, betrieben vom Bezirk Schwaben, widmete sich der Stromerzeugung durch Pedaltritt – eine interessante Verbindung von Aktivität und Umweltbewusstsein.

Den Abschluss des Schwabentags bildete eine besondere Radtour. Der Burgauer Künstler Hermann Skibbe und der Günzburger Stadtarchivar Dr. Raphael Gerhardt konzipierten mit „Giro di Gontia. GlücksRadTour" eine kulturell-geschichtliche, rund 19 Kilometer lange Entdeckungstour rund um Günzburg.

Bei der feierlichen Eröffnung des Schwabentags freute sich Oberbürgermeister Gerhard Jauernig über die Chance, die Stadt Günzburg präsentieren zu können. Um Ausrichter des Schwabentages zu werden, müssten interessierte Städte ein Rahmenkonzept beim Bezirk Schwaben einreichen und dieses im Kultur- und Europaausschuss vorstellen. Mit den zentralen Themen beim Günzburger Schwabentag – Fahrradfahren in Verbindung mit regionalem und nachhaltigem Tourismus – würden zwei wichtige Trends in den Mittelpunkt gestellt. „Zudem arbeiten wir auf die Fahrradstadt 2025 hin", stellte Jauernig fest.

Ein großes Fahrradnetz durchzieht Schwaben, verbindet Städte und Dörfer miteinander und ermöglicht so nachhaltiges Reisen in Schwaben. „Die Umwelt und Natur unserer Heimat zu bewahren und für zukünftige Generationen zu sichern, zählt zu den Kernaufgaben des Bezirks Schwaben", erklärte Bezirkstagspräsident Martin Sailer. Günzburg selbst sei aufgrund seiner Größe und eines gut ausgebauten Radwegenetzes erstklassig geeignet, um täglich das Fahrrad zu nutzen. Darüber hinaus bilde die Stadt den idealen Ausgangspunkt, um in die Natur zu starten. Der Schwabentag sei die perfekte Gelegenheit, um Günzburg (neu) zu entdecken. **DK**



V.l.: Martin Stumpf, Landrat Stefan Rößle, Dr. Erwin Lohner, Pater Stan und der Schuldirektor der Grundschule Awila. Bild: Ramona Ruf

Schulbauprojekte im Norden Ugandas:

Gemeinsam Großes bewirken

Landkreis Donau-Ries/Uganda „Wenn in manchen Ländern schon der Schatten eines Baumes zum Unterrichten dient, dann schafft dort ein Schulgebäude eine ganz neue Bildungslandschaft – voller Wissen, Begegnungen und Zukunftsperspektiven“, fasst Landrat Stefan Rößle den Erfolg der von ihm gegründeten Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ zusammen. Während einer privaten Reise nach Uganda konnte Rößle nun gemeinsam mit einer Delegation die positiven Veränderungen erleben, die in Zusammenarbeit mit dem Nördlinger Verein „Vier Steine für Afrika e.V.“ und dem örtlichen Pater Stan (Katholische Unterpfarrei Gomi) in einer Region erreicht wurden, die noch immer von den Folgen des Bürgerkriegs gezeichnet ist.

Der Besuch in der Region Alenga im Norden Ugandas zeigte eindrucksvoll, wie wichtig die Schulprojekte für die Menschen vor Ort sind. Viele kehrten erst Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs 2006 in ihre Heimatdörfer zurück. Während des Konflikts mussten sie vor Rebellenangriffen fliehen. Schulen wurden zerstört und Dörfer verlassen. „Wir haben Schulen gesehen, deren Fenster überdimensionale Löcher im Mauerwerk waren – schnelle Fluchtwege für die Kinder, wenn die Rebellen kamen“, berichtet Rößle. „Das Leben hier war lange von Angst und Unsicherheit geprägt.“

Bildung als kollektive Traumabewältigung

Pater Stan, der seit 18 Jahren in der Region tätig ist, betont die zentrale Rolle von Bildung für die kollektive Traumabewältigung: „Bildung ist der Schlüssel, um den Kreislauf von Unsicherheit und Armut zu durchbrechen.“ Er hat aus nächster Nähe miterlebt, wie tief die Spuren des Konflikts sind und wie wichtig es ist, den Kindern durch Bildung eine Perspektive zu geben.

Die Delegation besuchte 13 Schulen, von denen viele stark baufällig und dringend sanierungsbedürftig sind. Oft sitzen die Kinder mangels Schulbänken auf dem staubigen Boden. In einer Schule am Nil wurden drei Kinder wegen eines fehlenden Zauns von Krokodilen getötet. In einer anderen Schule starb ein Kind nach einem Blitzeinschlag, da die Gebäude keinen Blitzableiter hatten.

Neue Schulgebäude wie das in Awila, das durch den Verein „Vier Steine für Afrika“ und die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ errichtet wurde, bieten dagegen sichere und stabile Lernorte. Finanziert durch eine private Spende von Dr. Erwin Lohner (ehemaliger Regierungspräsident von Schwaben, jetzt Amtschef im Bayerischen Innenministerium), der ebenfalls an der Reise teilnahm, erstrahlt das Gebäude in Gelb, Blau und Braun – den Farben, die Pater Stan als Markenzeichen für alle Projekte deutscher Spender gewählt hat.

Gemeinschaft als Schlüssel zum Erfolg

Die Grundschulkinder in Awila begrüßen die Gäste aus Deutschland unter einem großen Baum mit Liedern und Tänzen – ein Baum, der zwar nicht mehr für den Unterricht genutzt wird, aber weiterhin als wichtiger Treffpunkt dient. „Ein Schulgebäude allein reicht nicht aus – es ist die Gemeinschaft, die den Ort mit Leben füllt und den Kindern hilft, ihre Potenziale zu entfalten“, betont Lohner in seiner Rede an die Schulgemeinschaft und dankt insbesondere den Lehrern für ihren Einsatz unter oft schwierigen Bedingungen.

Martin Stumpf, Vorsitzender des Vereins „Vier Steine für Afrika“, unterstreicht ebenfalls die Bedeutung der Gemeinschaft: „Neben den Spendern und Lehrern leisten auch die Eltern einen wichtigen Beitrag. Das Schulgeld ist freiwillig, damit kein Kind vom Unterricht ausgeschlossen wird. Die daraus generierten Einnahmen ermöglichen es den Schulen, zusätzlich zu den staatlichen Lehrern weitere Lehrer einzustellen oder Lehrerunterkünfte zu bauen – eine wichtige Maßnahme, um das Unterrichten in abgelegenen Dörfern attraktiv zu machen und dem Lehrermangel in Norduganda zu begegnen.“

Weitere Schulen, die die Delegation besuchte, und an denen durch großzügige Spenden aus dem Landkreis Donau-Ries der Bau neuer Schulgebäude ermöglicht wurde, sind die Grundschule Barkwaro (Spende der Familie Lesiak aus Eggelstetten), die Berufsschule Alenga (Familie Hafner aus Nördlingen), die Grundschule Gomi (Familie Engelhardt aus Deiningen), die Grundschule Cakali (Kunden und Freunde von Vanessa Stumpf, Inhaberin von Herrenbekleidung Lettenbauer in Nördlingen), die Grundschule Abuge (anonymer Spender aus Nördlingen) und die Grundschule Ayago (Landrat Stefan Rößle). „Für die Kinder ist es das Größte, lernen zu dürfen. Ihre Begeisterung ist für mich bei jedem Schulbesuch immer wieder überwältigend“, fasst Stumpf die vielen Eindrücke vor Ort zusammen.

Ein Gewinn für alle

Neben der Freude am Lernen spielt auch die Fußballbegeisterung eine große Rolle im Schulalltag. In den Pausen kicken die Kinder auf Bolzplätzen, häufig mit selbstgebastelten Bällen. Die Besucher aus Deutschland brachten daher nicht nur Schulmaterialien, sondern auch Fußbälle samt Luftpumpen mit. In Cakali überreichte Pater Stan den Ball feierlich an den Kapitän der Schulmannschaft mit den Worten „Wir wollen Gewinner sehen!“, was tosenden Applaus der Schülerschaft auslöste. Der Ball kam sofort zum Einsatz und auch Landrat Rößle schloss sich der Partie an.

„Wo alle zum Erfolg eines Schulbauprojekts beitragen – Lehrer, Schüler, Eltern, Spender, Kirche, staatliche Träger und Hilfsorganisationen – gewinnen am Ende alle“, resümiert Rößle. „Jedes erfolgreiche Schulbauprojekt inspiriert zu weiteren.“ Bereits während der Reise fand sich unter den Mitreisenden ein neuer Spender: Kreisrat Dr. Andreas Becker aus Möttingen, der eine dringend benötigte Schulsanierung unterstützen möchte. „Es gibt noch viel zu tun, aber es gibt auch viele Menschen, die etwas bewegen wollen“, betont Rößle. „Zu erleben, wie viel Freude schon kleine Veränderungen – eine neue Schulbank oder ein neuer Fußball – auslösen können, ist unglaublich motivierend. Es zeigt, dass jede Hilfe zählt und einen riesigen Unterschied machen kann.“

Weitere Informationen können unter www.viersteinefuerafrika.de und unter www.donau-ries.de/ez abgerufen werden. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

GZ PINOS WELT



Jetzt ist er da, der Herbst und hat uns ziemlich kalt erwischt. Ganz im Süden hat er sich mit Dauerregen eingeführt, in den Bergen mit Schnee. Die Tage werden kürzer, die Temperaturen gehen runter, die Stimmung trübt ein. Wirtschaftlich gesehen könnte es ein veritabler Herbst des Missvergnügens werden.

Stichwort Superfabriken: Im Frühjahr jagte eine Nachricht die andere, wo in der Republik jetzt überall Chipfabriken aus dem Boden schießen werden, um Deutschland und Europa unabhängig von fragilen Lieferketten aus Übersee und China zu machen. Im Herbst verfliegen die Blütenträume wie das Laub der Bäume. Die Mega-Fabrik in Magdeburg wird um zwei Jahre verschoben, was bei den kurzen Innovationszyklen in diesem Feld einer Aufgabe des Projektes gleichkommt und von der Ansiedlung im Saarland hört man gar nichts mehr.

Herbst des Missvergnügens

Stichwort grüner Strom: Da rissen die Jubelmeldungen nicht ab, wie rasant der Anteil des nachhaltig aus Sonne und Wind erzeugten Stroms steige und steige. Das Auswärtige Amt meinte sogar, der Weltgemeinschaft und vor allem den Energiejunkies aus den USA via Presseerklärung mitteilen zu müssen, dass Deutschland die Hälfte seiner Energie (sic!) regenerativ produziere. Das wäre ein schöner Erfolg, den das Land zu einem Gutteil auch Privatleuten, Bauern und Kleinunternehmern verdankt, die auf ihre Haus-, Scheunen- und Werkstattdächer fleißig Solarmodule montieren. Aber jetzt merkt die Regierung, Mist, der Strom wird zwar produziert, aber nicht gespeichert und deshalb überlastet er die Leitungen. Konsequenz? Man diskutiert über ein Ende der Solarförderung für kleine Anlagen und würde die Energiewende damit abwickeln.

Stichwort Wärmepumpe: Der Markt ist zusammengebrochen, weil diese auch da nicht eingebaut werden, wo sie sinnvoll wären. Wenn überhaupt noch gebaut wird.

Stichwort Elektromobilität: Elektroautos sind in Deutschland so beliebt wie Fußpilz, die Absatzzahlen brechen ein. Auf EU-Ebene hat man die Lösung – Importzölle auf chinesische E-Autos, die aber kaum gekauft werden. Bei uns sind immer noch Tesla, BMW, VW und Opel Zulassungs-Kings. Zurückzuführen ist der E-Auto-Blues auf zwei Faktoren: Nicht genügend Ladesäulen und eine erratische Förderpolitik. Zwar gibt es 125.000 Ladepunkte für E-Fahrzeuge in Deutschland, gebraucht würden aber noch 400.000 mehr. Schauen Sie sich das öffentliche Ladenetz in Ihrer Umgebung an und bedenken Sie, dass in Bayern das Netz bundesweit am dichtesten ist. Dann ist klar, dass Teile der Republik ladefreie Zonen sind. Ausgerechnet jetzt, da der Ausbau der Ladeinfrastruktur superdringlich wäre, geraten darauf spezialisierte Firmen in finanzielle Schieflage oder gehen schlicht pleite. Ein Wahnsinn.

Die Förderpolitik des Bundes ist erkennbar dem Muster eines Hochseeschiffs bei starkem Wellengang nachempfunden. Zunächst eine großzügige Förderung für alle, auch Hybride. Dann Stopp der Förderung für Hybride. Dann Stopp der Förderung für betrieblich genutzte Fahrzeuge. Dann nichts mehr für alle. Jetzt soll dann wieder eine großzügige Förderung für Dienstwagen kommen. Und/Oder eine Tauschprämie von Verbrenner zu Elektro. Da schwirrt einem der Kopf.

Unter diesem Stop-and-Go leidet ja nicht nur die Autoindustrie. Beispiel Ladesäulen: Da wurde eine Förderung für private Ladesäulen aufgelegt, die so knapp bemessen war, dass sie am ersten Tag der Freischaltung des Portals überzeichnet war. Sie wurde nicht fortgeführt, weil sie nur Besserverdienenden mit eigenem Dach zugutekam (ja wer soll sonst Ladesäulen bauen?). Beispiel Energieberatung: Die Gutachten von Energieberatern zur Vorbereitung einer Haussanierung werden gefördert. Die Förderung wurde aber über Nacht halbiert. Die Förderprogramme für energieeffizientes Bauen und Sanieren bzw. die daran geknüpften Bedingungen wechseln so rasch, dass niemand darauf eine solide Kalkulation und Planung aufbauen kann. Folglich baut nur der, der es sich auch ohne Förderung leisten kann und nimmt halt mit, was er kriegt.

Bei all dem Chaos hoffe ich nur, dass G. B. Shaw am Ende Recht hat: „Der Nachteil der Intelligenz ist, dass man ständig gezwungen ist, dazuzulernen.“

Ihr Pino

Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen:

„Erfolgreich auf dem Weg zur digitalen Kita“

Abschluss zur Kampagne „Startchance kita.digital“

Vertreterinnen und Vertreter aus sechs Kindertageseinrichtungen, die an der Kampagne „Startchance kita.digital“ im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen sowie im Nachbarlandkreis Garmisch-Partenkirchen teilnahmen, durften sich beim feierlichen Abschluss über ihre Teilnahmeurkunde freuen. Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen veranstaltet dieses Projekt federführend seit einem Jahr, vier der ausgezeichneten KiTas sind hier beheimatet. Bereits in der vergangenen hatten zwei KiTas aus dem Landkreis den Kurs erfolgreich durchlaufen.

Die im September 2021 bayernweit gestartete Kampagne ist ein mehrjähriges, kostenfreies Qualifizierungsangebot des Bayerischen Familienministeriums für alle bayerischen Kindertageseinrichtungen inklusive Kinderkrippen, das auch über Mittel des Bundesfamilienministeriums aus dem KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz (KiQuTG) mitfinanziert wird. Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen setzt das Projekt seit dem Schuljahr 2023/2024 um.

„Beim Eintritt in die Kita haben heute die allermeisten Kinder bereits Erfahrungen mit digitalen Medien. Und sie haben Anspruch, dass ihre Kinderrechte auf Teilhabe, Schutz und Befähigung in der digitalen Welt erfüllt werden. Es ist daher Auftrag von Kindertageseinrichtungen, Kinder schon frühzeitig in einem kreativen, kritischen und sicheren Umgang mit digitalen Medien zu begleiten“, so das Staatsinstitut für Frühpädagogik und Medienkompetenz (IFP), das die Kampagne mit dem JFF-Institut für Medienpädagogik konzipiert hat, umsetzt und wissenschaftlich begleitet.

In den einjährigen Kampagnenkursen gehen die daran teilnehmenden Kitas mit den Kindern und unter Einbezug der Eltern erste Schritte in die digitale Bildungswelt. Sie gehen diese Schritte begleitet von qualifizierten kita.digital.coaches sowie unterstützt durch die Onlineplattform KITA HUB Bayern.

Mit großem Engagement haben sich auch im dritten Kampagnenjahr bayernweit rund 300 Kitas – trotz des sich verschärfenden Fachkräftemangels – gemeinsam auf den spannenden Weg zur digitalen Kita gemacht. Sie erhielten vielfältige Anregungen für die digitale Foto-, Audio- und Filmarbeit mit Kindern und wie sie dabei die Eltern als Partner einbeziehen können. Dazu wurden auch der Onlinekurs (MOOC) „Startchance kita.digital“ sowie digitale Vernetzungsmöglichkeiten erprobt.

Die Teilnahme an der Kampagne ist für Kitas eine große Bereicherung, um Kinder an die digitale Welt, deren Chancen und Herausforderungen aktiv und sicher heranzuführen. 95 Prozent der Kampagnenkitas, die im ersten und zweiten Kampagnenjahr dabei waren, empfehlen anderen Kitas die Teilnahme.

Alle derzeitigen Kampagnenkitas gehören nach dem Kurs dem Bayerischen Netzwerk „kita.digital.vernetzt“ an und erhalten dort weitere vielfältige Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote zusammen mit den Kitas, die bereits am Modellversuch „Medienkompetenz in der Frühpädagogik stärken“ und an den ersten beiden Kampagnenjahren teilgenommen haben. Das Netzwerk umfasst rund 1.150 bayerische Kitas. ❐



Die Preisträger des Bürgerenergiepreises Niederbayern 2024. Bild: Armin Weigel / Bayernwerk Netz GmbH

Auszeichnung für vorbildhafte Projekte:

Bürgerenergiepreis in Niederbayern verliehen

Bayernwerk Netz und Regierung von Niederbayern verleihen insgesamt 10.000 Euro Preisgeld

Landshut. Im Juli hat die Bayernwerk Netz GmbH in Kooperation mit der Regierung von Niederbayern zum zwölften Mal den Bürgerenergiepreis verliehen. Der Preis für vorbildhafte Projekte wurde in Landshut in den Räumlichkeiten der niederbayerischen Regierung verliehen. Die diesjährigen Preisträger sind die Sankt Notker Schule in Deggendorf, Michael Putz aus Freyung (Landkreis Freyung-Grafenau) und das Johannes-Gutenberg-Gymnasium aus Waldkirchen (Landkreis Freyung-Grafenau).

Ausgezeichnet wurden die Preisträgerinnen und Preisträger von Markus Leczycki, Leiter Kommunalmanagement der Bayernwerk Netz GmbH, und Niederbayerns Regierungspräsident Rainer Haselbeck. „Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Gerade jetzt wird vielen Menschen klar, dass sie eine grundlegende Transformation bedeutet. Deshalb ist es gerade jetzt wichtig, Verständnis zu wecken. Und genau das tun unsere Preisträgerinnen und Preisträger mit ihren Projekten“, sagte Markus Leczycki. Rainer Haselbeck ergänzte: „Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt, aber vor allem ist sie ein Mitmachprojekt. Die ausgezeichneten Projekte zeigen eindrucksvoll, dass jeder im Kleinen einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten kann.“ Für den Bürgerenergiepreis wurden insgesamt 10.000 Euro Preisgeld vergeben.

Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19/2024, die am 10.10.2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Entsorgungsmanagement und technische Lösungen**
- **Kommunaler Bau**
- **Krankenhäuser · Pflegeheime**
- **Schulen · Kindergärten · Spielplätze**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**

Schulprojekt „Unsere vier Säulen der Nachhaltigkeit“

Schülerinnen und Schüler der Berufsschulstufe an der Sankt Notker Schule für geistige Entwicklung in Deggendorf haben sich vier Wochen lang innerhalb verschiedener Projekte mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt. Eine Gruppe hat beispielsweise aus Sperrholzplatten einen Baum mit vier dicken Ästen gesägt. An jedem Ast hängen Zweige in Form von Plakaten und QR-Codes zum Weiterstöbern.

Dabei werden die vier Themengruppen Achtsamkeit im Alltag, Fortbewegung und Klimaschutz, Konsum und Ernährung sowie Umgang mit Müll behandelt. Der Baum hängt im Gang der Schule an einer Wand, sodass die Schüler jederzeit etwas über Nachhaltigkeit erfahren können. Auch außerhalb dieser Projektwoche achten die Lehrkräfte der Schule darauf, den Kindern den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu vermitteln. In Hochbeeten bauen sie gemeinsam mit den Schülern Gemüse und Kräuter an. Dadurch lernen die Schüler den Weg dieser Nahrung vom Anbau bis zum Verzehr. Die Schule verwendet Umweltpapier und bietet in der Kantine überwiegend vegetarische Gerichte an. Für das vorbildliche Verhalten erhält die Schule ein Preisgeld von 3.500 Euro

Nahwärme für die Nachbarschaft

Michael Putz aus Freyung hat eine Hackschnitzelheizung und eine 500 Meter lange Nahwärmeleitung errichtet. Er versorgt sein eigenes Haus sowie vier weitere Nachbargebäude, darunter auch das Feuerwehrhaus der Stadt Freyung mit Wärme. Ein fünftes Gebäude soll noch an das Wärmenetz angeschlossen werden.

Zu der Heizanlage gehört eine Halle, in der Michael Putz das Brennmaterial lagert. Dabei handelt es sich um das Holz aus dem eigenen Wald. So hält er die Transportwege kurz. Für die Hackschnitzel verwendet er auch schadhaftes Holz, das anderweitig nicht mehr genutzt werden kann. In der Zukunft will Michael Putz eine Photovoltaikanlage auf dem Dach seiner Lagerhalle installieren, sodass die Heizanlage mit Solarstrom betrieben werden kann. Interessierten gibt Michael Putz seine Erfahrungen weiter und erfüllt damit eine Vorbildfunktion. Für sein Engagement erhält er ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro.

Schulprojekt „Plastikfreie Klasse“

Schülerinnen und Schüler der fünften Klassen des Johannes-Gutenberg-Gymnasiums aus Waldkirchen haben sich mit ihren Lehrkräften mit Plastik und Umweltschutz beschäftigt. Sie haben gelernt, wo im Alltag überall Plastik vorkommt und wie man dieses ersetzen könnte. Dafür haben sie Plakate gebastelt und im Schulgebäude aufgehängt. Auch außerhalb des Gebäudes engagieren sich Lehrkräfte und Schüler. Sie haben auf einer Streuobstwiese Raum für Bienen, Marienkäfer und weitere nützliche Insekten geschaffen und in diesem Zuge Insektenhotels auf dem Schulgelände verteilt. Es wurden Bäume gepflanzt, da sie CO2 binden und sich somit positiv auf das Klima auswirken. Gemeinsam mit den Lehrkräften beteiligen sie sich an der großen Abfallaktion Ramadama und sammeln Müll im Stadtpark und rund um das Schulgelände. Mit diesen Maßnahmen entwickeln die jungen Menschen eine Sensibilität für die Umwelt, die sie in ihre Familien tragen und so weitergeben. 3.500 Euro erhält die Schule für diese vorbildlichen Umsetzungen.

Schon jetzt für die nächste Runde bewerben

Der Bürgerenergiepreis wird in Niederbayern seit 2013 verliehen. Aber auch in den Regierungsbezirken Oberbayern, Unterfranken, Oberfranken und in der Oberpfalz werden jährlich Preisträgerinnen und Preisträger ausgezeichnet. Die Bewerbungen für den Bürgerenergiepreis können das ganze Jahr über eingereicht werden. Den Bewerbungsbogen gibt es im Internet unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis.

Teilnehmen können Vereine, Kindergärten, Schulen und Privatpersonen. Videos der bisherigen Sieger sind im Bayernwerk-Kanal auf YouTube zu finden. ❐

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zum **11. Bayerischen BreitbandForum** von Bayerischem Gemeindetag und Bayerischer GemeindeZeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Kommunen **kompetent** erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz



DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Weihnachtsbeleuchtung



Unsere Partner und Aussteller

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

CORNING · GHMT · MICUS Strategieberatung GmbH · T · FILOform DEUTSCHLAND · COM connectcom

DELTA Electronics · plusnet Ein Unternehmen der EnBW · CobiNet · SENTAL · WIRTSCHAFTSRAT RECHT · M·net Mein Netz

DELTA · glasfaserplus · MÖNNINGHOFF BETONFERTIGTEILE · TKF · Rödl & Partner · bisping & bisping GmbH & Co. KG

gabocom · hauff-technik GRIDCOM · MUTH & PARTNER Wirtschaftsprüfer · Steuerberater · Rechtsanwälte mbB · tktVivax Group der richtige Weg · vodafone · EMTELLE

Blue Dragon Net · home way · nestor cables · triarca · AND · Opternus TECHNIK, DIE VERBINDET.

GEO DATA · HPE · netcom · WiR Solutions GmbH · Deutsche Glasfaser · Corwese

höpfinger WIR MACHEN DAS NETZ. · INGENIEURGESELLSCHAFT NORDWEST · NGN FIBERNETWORK · ZVK Network Excellence · Langmatz · MRK MEDIA AG

BREKO Bundesverband Breitbandkommunikation e.V. · Kabelwerk RHENANIA fibre optic cable · PRIESS · MAGELLAN Geografisches Informationssystem Produkt der geoinform AG · sanbor cable protection systems · HEXATRONIC Hexatronic GmbH

ACOME GROUP · LEONET · SEFE · ROMOLD Wenn's um Schächte geht! · LAYJET · Fiberia

Bayerische GemeindeZeitung KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

BAYERISCHER GEMEINDETAG

11. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Donnerstag, 17. Oktober 2024
Einlass 9:00 Uhr
Stadthalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen
www.bayerisches-breitbandforum.de

Organisatorische Hinweise

Veranstaltungsort
Stadthalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Termin
Donnerstag, 17. Oktober 2024, 10:00 - 16:30 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr
Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller
www.bayerisches-breitbandforum.de

Veranstalter
Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
gemeinsam mit
Bayerischer Gemeindetag

So erreichen Sie das Bayerische BreitbandForum
Unter www.bayerisches-breitbandforum.de → Veranstaltung 2024 → Veranstaltungsort können Sie direkt Ihre Route planen.
→ ÖPNV: Der Bahnhof Gunzenhausen liegt etwa 1,4 km entfernt. Eine Busverbindung ist vorhanden.
→ PKW: Zahlreiche kostenfreie Parkmöglichkeiten stehen vor Ort zur Verfügung.

Tagungsbeitrag
- Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen: 15,- €
- Wirtschaftsvertreter: 110,- €
- Abonnenten der BGZ: 70,- €

pro Person, zzgl. USt.
Die Rechnungsstellung erfolgt nach Anmeldung.

Verköstigung
Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung
Bayerische GemeindeZeitung
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-breitbandforum.de/besucheranmeldung

Vortragsprogramm

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Bayerische Gigabitförderung – bereit für die Königsetappe?

Acome GmbH Wirtschaftliche Kabelverlegung und Reduzierter CO2-Fußabdruck dank verbesserter Trommellogistik

AND Solution GmbH Live-Demo: Planung und Dokumentation in der Netzebene 4

Connect Com GmbH Innovative Lösungen für einen CO2 positiven, nachhaltigen und zukunftsfähigen Breitbandnetzausbau

Deutsche Glasfaser Unternehmensgruppe Tradition bewahren, Zukunft gestalten: Ein digitalpolitischer Ausblick

GEO DATA GmbH Netzdokumentation: schnell & einfach mit dem Smartphone

Hauff-Technik GRIDCOM GmbH Flüster-PoP und G-BOX – innovative Lösungen für die NE3

HPE GmbH Synergien vor Ort: Praxisbeispiele und Förderungen für Breitband und Nahwärmeinfrastruktur

LEONET GmbH Zukunftssicheres Bayern: Erfolgsstrategien und Marktanalysen für den Glasfaserausbau im ländlichen Raum

MRK Media AG Breitband- und 5G-Netze in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung – Darstellung von zukünftigen Anwendungsfeldern

NetCom BW GmbH Aktuelle Entwicklungen im Glasfaserausbau

Rödl & Partner Ausschreibung von Breitbandleistungen

TKF GmbH Glasfaserkabel: Wandel in der Kabelwelt

tktVivax GmbH Förderabsage erhalten – Glasfaserausbau adé?

WIRTSCHAFTSRAT RECHT Das Jahr der unangenehmen Wahrheiten

Podiumsdiskussion
Bundesförderung Gigabit – Wie geht's einfacher?
Bundesministerium für Digitales und Verkehr | Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat | Stadt Rottenburg an der Laaber | Corwese GmbH

Weitere Vorträge kommen von:
Bayerischer Gemeindetag | Bisping & Bisping GmbH & Co. KG | BREKO e.V. | Corning Optical Communications GmbH & Co.KG | Corwese GmbH | GHMT AG | M-net Telekommunikations GmbH | MICUS Strategieberatung GmbH | Muth & Partner Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte mbB | Opternus GmbH | Telekom Deutschland GmbH | Vodafone Deutschland GmbH

Stand Juli 2024

BAYERISCHER GEMEINDETAG
BAYERISCHE GemeindeZeitung www.gemeindezeitung.de
TV BAYERN LIVE

Anmeldung Forum Schafkopfturnier

Bitte melden Sie sich direkt an:
www.bayerisches-breitbandforum.de/besucheranmeldung
oder per eMail an **veranstaltungen@gemeindezeitung.de**
oder scannen Sie diesen **QR-Code** mit Ihrem Handy:

Direkt im Anschluss laden wir zum Schafkopfturnier ins benachbarte Parkhotel **Altmühltal** ein.

Separate Anmeldung erforderlich!

Achtung:
Das Vortragsprogramm findet in vier Räumen parallel statt und die Ausstellung ist groß.

Egal ob Profispielerin oder interessierter Anfänger, Sie sind uns alle herzlich willkommen!

Bringen Sie sich Verstärkung mit!

Das Startgeld beträgt 20 €.

BAYERISCHE GemeindeZeitung | BAYERISCHER GEMEINDETAG

Programm

11. Bayerisches BreitbandForum
17. Oktober 2024 | Stadthalle Gunzenhausen

Zeit	Großer Saal	Hahnenkamm	Spielberg
9:45 - 10:00	**Begrüßung |** **Constanze von Hassel** | Bayerische GemeindeZeitung & **Stefan Graf** | Bayerischer Gemeindetag **Grußworte |** **Bürgermeister Karl-Heinz Fitz** | Stadt Gunzenhausen		
10:00 - 10:45	**Podiumsdiskussion: Gigabitförderung des Bundes – Wie geht es weiter?** Moderation: **Stefan Graf & Constanze von Hassel** **Klaus Spreng** | StMFH **Bürgermeister Alfred Holzner** | Rottenburg an der Laaber **Christoph Rathenow** | Projektträger Breitbandförderung **Jürgen Schuster** | Corwese GmbH	**Ausschreibung von Breitbandleistungen** **Freya Weber & Verena Stenzhorn** | Rödl & Partner	**Glasfaserverkabelung in der NE4 – Zwischen Standards und Expertenwissen** **Stefanie Sill** | Hexatronic GmbH **Andreas Bätz-Hammer** | homeway GmbH **Andreas Gläser** | Opternus GmbH
10:45 - 11:15	**Glasfaserausbau im Zusammenspiel von Branche und Kommunen – Stellschrauben für den Glasfaserausbau in Bayern** **Roman Skrodzki** | BREKO e.V.	**Innovative Lösungen für einen CO2 positiven, nachhaltigen und zukunftsfähigen Breitbandnetzausbau** **Falco Lehmann** | Connect Com GmbH	**Glasfaserkabel: Wandel in der Kabelwelt** **Lukas Schmidt** | TKF GmbH
11:15 - 11:45	**Neuer Musterbescheid für den Glasfaserausbau** **Peter Görlich** | Bayerischer Landkreistag **Stefan Graf** | Bayerischer Gemeindetag	**FTTH Ausbau für Stadt und Land** **Markus Metzger** | OXG GmbH **Rolf-Peter Scharfe** | Vodafone Deutschland GmbH	**Der industrietaugliche Breitbandausbau** **Tim Klotsch** | GHMT AG
11:45 - 12:45	**Pause**		
12:45 - 13:15	**Digitales Bayern: Fortschritte und Perspektiven im Glasfaserausbau** **Peter Roll, Markus Beckmann & Jürgen Lück |** Telekom Deutschland GmbH	**Breitband- und 5G-Netze in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung – Darstellung von zukünftigen Anwendungsfeldern** **Stefan Köbler** | MRK Media AG	**Live-Demo: Planung und Dokumentation in der Netzebene 4** **Christoph Pfänder & Kai Leufker** | AND Solutions GmbH
13:15 - 13:45	**Synergien und Kooperationen im Breitbandausbau** **Johannes Bisping** | Bisping & Bisping GmbH & Co. KG	**Tradition bewahren, Zukunft gestalten: Ein digitalpolitischer Ausblick** **Dr. Herbert Lackner** | Deutsche Glasfaser Unternehmensgruppe	**Wirtschaftliche Kabelverlegung und Reduzierter CO2 Fussabdruck dank verbesserter Trommellogistik** **N.N.** | Acome GmbH
13:45 - 14:15	**Synergien vor Ort: Praxisbeispiele und Förderungen für Breitband und Nahwärmeinfrastruktur** **Alexander Hirschhorn, Daniela Hofmann, Franz Hofmann & Stefan Oberleitner** | HPE GmbH	**Aktuelle Entwicklungen im Glasfaserausbau** **Matthias Groß** | Netcom BW GmbH	**Flüster-PoP und G-BOX – innovative Lösungen für die NE3** **N.N.** | Hauff-Technik GRIDCOM GmbH
14:15 - 14:45	**Förderabsage erhalten – Glasfaserausbau ade? Oder gibt es doch noch Handlungsoptionen? Ein Vorschlag, wie es auch ohne Fördermittel weitergehen kann.** **Barbara Jacob** | tktVivax GmbH	**Zukunftssicheres Bayern: Erfolgsstrategien und Marktanalysen für den Glasfaserausbau im ländlichen Raum** **Martin Naber** | Leonet GmbH	**Kurskorrekturen oder „Rette sich wer kann" – mit neuer Entschlossenheit zur Kommerzialisierung der Netze** **Sebastian Fornefeld** | MICUS Strategieberatung GmbH
14:45 - 15:30	**Pause**		
15:30 - 16:00	**Haben wir uns zu viel vorgenommen? Sind die Ziele noch realistisch – Das Jahr der unangenehmen Wahrheiten** **Dr. Henrik Bremer** | WIRTSCHAFTSRAT RECHT	**Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Breitbandausbau** **Maximilian Oertle** | M-net Telekommunikations GmbH	**Netzdokumentation: Schnell & einfach mit dem Smartphone** **Manuel Hommel** | GEO DATA GmbH
16:00 - 16:30	**Bayerische Gigabitförderung – bereit für die Königsetappe?** **Klaus Spreng** | Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat	**Synergien im Breitbandausbau** **Christopher Mengel & Levin Krüger** | Muth & Partner Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte mbB	**Wege aus dem Fachkräftemangel in der NE3** **Felix Nunn & Dr. Ing. Belma Hota** | Corning Optical Communications GmbH & Co.KG
ca. 16:45	**Ende der Veranstaltung | Schafkopfturnier mit Abendessen nur für die registrierten Teilnehmer!**		Stand: 24.09.2024 | Änderungen vorbehalten


Glasfaser
Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt
www.telekom.de/glasfaser

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 10. Oktober 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 19



BAYERISCHES BREITBAND FORUM
Bayerisches BreitbandForum, 17. Oktober 2024,
Stadthalle Gunzenhausen, www.bayerisches-breitbandforum.de

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Vernetzungsveranstaltung im Bayerischen Landtag:

Ehrenamtliche Bürgermeister im Gespräch

Knapp 200 ehrenamtliche Rathauschefs aus dem Freistaat fanden sich im Maximilianeum zu einer großen Vernetzungsveranstaltung ein. Die Veranstaltung „Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Gespräch“, kurz BiG, bot eine Mischung aus thematischen Podiumsdiskussionen sowie verschiedenen Panels und gab breiten Raum für Diskussion, Netzwerken und einen intensiven Austausch zwischen Kommunal- und Landespolitik.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner würdigte das unverzichtbare Engagement der Kommunalpolitiker. In rund 800 Gemeinden stünden ehrenamtliche Bürgermeister an der Spitze der Kommunalverwaltung und gestalteten die Zukunft ihrer Heimat mit. „Ihr Einsatz ist nicht nur für die hohe Lebensqualität in Bayern entscheidend. Er ist auch entscheidend für die Zufriedenheit mit unserer Demokratie“, erklärte Aigner und ergänzte: „Sie pflegen das Wurzelwerk der Demokratie, gemeinsam mit den rund 37.000 Frauen und Männern in den Gemeinderäten und Kreistagen, die dort ehrenamtlich tätig sind. Und nur wenn die Wurzeln gesund sind, können in der Höhe Triebe sprießen und Blüten wachsen. Das ist Ihre Leistung, die Sie in der Regel neben Ihren Jobs, neben Familien- und Pflegearbeit erbringen. Und dass Sie sich neben den persönlichen Dingen, wo einem allein schon der Kopf schwirren kann, dann noch um das Gemeinwohl kümmern, das hat Anerkennung verdient. Und darum geht’s mir heute auch mit BiG: Es ist ein kleines Dankeschön für Ihre großen Verdienste im Freistaat.“


Landtagspräsidentin Ilse Aigner begrüßte im Maximilianeum knapp 200 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.
Bild: Matthias Balk/Bayerischer Landtag

Neben Landtagspräsidentin Ilse Aigner nahmen unter anderem der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann, Abgeordnete aller Fraktionen des Bayerischen Landtags, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie zahlreiche weitere Expertinnen und Experten teil. Die Moderation des Kongresses übernahm der Leiter der Redaktion Landespolitik des Bayerischen Rundfunks, Dr. Achim Wendler.

10-Punkte-Katalog

Mit seiner Keynote zum Thema „Überlebenschancen von Kommunen in Zeiten knapper Haushaltskassen“ von Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführer der Bayerischen Akademie für Verwaltungs-Management, und einem Podiumsgespräch über aktuelle haushälterische Herausforderungen startete der fachliche Teil des Kongresses. Busse legte dabei einen 10-Punkte-Katalog mit Erwartungen der Kommunen an den Bayerischen Landtag vor. Darin wird die Einbindung von Vertretern der kommunalen Spitzenverbände zu aktuellen kommunalen Themen, etwa in Form von Runden Tischen, ebenso gefordert wie die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, d.h. Abbau von Bürokratie, Kontrollpflichten, Dokumentationspflichten, und neuen Standards.

Neben der Erhöhung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund (derzeit 12,75 Prozent), der Beteiligung an Investitions- und Betriebskosten von Kinderbetreuungseinrichtungen und der Wahrung des Konnexitätsprinzips (z.B. Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes zur digitalen Bildung) sind laut Busse die Sicherung der Krankenhausfinanzierung bei Umsetzung des Lauterbach-Konzepts und die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum zwingend notwendig. Darüber hinaus nannte er die Unterstützung der Kommunen beim Klimaschutz (z.B. Wärmenetz, Förderung von Beteiligungsmodellen bei Anlagen zur regenerativen Erzeugung), die Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der Digitalisierung (weniger ist mehr), die Vereinfachung des Vergaberechts sowie die staatliche Finanzierung der Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen.

Erneut Spitze beim FAG

Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann verwies darauf, dass der kommunale Finanzausgleich 2024 trotz angespannter Haushaltslage erneut ein Spitzenniveau erreichen konnte. Neben ver-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Breitbandausbau in Bayern:

Herausforderungen, Chancen und die Rolle der Kommunen

Im Gespräch mit Constanze von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen GemeindeZeitung beleuchtet Jürgen Lück, Konzernbevollmächtigter der Deutschen Telekom für die Region Süd, den Stand des Breitbandausbaus in Bayern. Im bundesweiten Vergleich, so der Experte, stünde Bayern gut da, der Weg zu flächendeckenden Glasfaseranschlüssen berge aber noch einige Herausforderungen. Besonders in ländlichen Regionen müssten Förderungen und Kooperationen gezielt genutzt werden, um den Ausbau zu beschleunigen. Zudem spiele die Nachfrage der Kunden eine zentrale Rolle bei der Planung und Umsetzung des Ausbaus.

GZ: Bis 2035 Glasfaser in jedes Haus, das hat sich die Bundesregierung vorgenommen. Wie realistisch ist das denn überhaupt und wie sieht das Ziel der Telekom bzgl. Bayern aus?

Lück: *Das Zielbild ist ein Netz ganz aus Glas. Da sind sich alle einig. Wann das erreicht wird, hängt von vielen Faktoren ab, wie ausreichenden Tiefbaukapazitäten und Fachkräften. Auch das wirtschaftliche Umfeld spielt eine Rolle. Und besonders wichtig ist die Bereitschaft der Kunden, Glasfaseranschlüsse zu buchen. Der Kunde ist der Architekt des Netzes. Seine Nachfrage bestimmt wesentlich die Ausbaugeschwindigkeit. Wir haben derzeit in Bayern eine Auslastung im Glasfasernetz von etwa über 20 Prozent. Das ist deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Zeigt aber trotzdem, dass hier noch Luft nach oben ist.*



Markus Beckmann, Jürgen Lück und Peter Roll, Deutsche Telekom, auf dem BreitbandForum 2023. Bild: Jessica Kassner

GZ: Seit 2022 ist immer weniger Geld im Topf der Bundesförderung für den Gigabitausbau. Was 2025 noch bewilligt wird, ist unklar. Was bedeutet das für die Strategie der Telekom?

Lück: *Förderung ist ein zweischneidiges Schwert. Sie hilft in Gebieten, die wirtschaftlich nicht erschlossen werden können. Doch sie kann auch falsche Anreize setzen und Prozesse auslösen, die niemandem nutzen. Der größte Fördertopf ist sinnlos, wenn es nicht genügend Ressourcen bei Planung, Genehmigung und Umsetzung gibt. Die knappen Ressourcen steigen dann lediglich im Preis. Es geht aber nicht schneller voran.*

GZ: 60 Prozent der Einwohner

(Fortsetzung auf Seite 4)

BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Gunzenhausen erwartet kommunale Entscheider

11. Bayerisches BreitbandForum am 17.10.2024 in der Stadthalle Gunzenhausen

Schnelles Internet ist ein entscheidender Standortfaktor. Deshalb liegt es letztendlich in der Verantwortung der kommunalen Entscheidungsträger, bestmögliche Lösungen und geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen sowie die Finanzierung des Netzausbaus sicherzustellen.

Das Bayerische BreitbandForum der Bayerischen Gemeinde-Zeitung bietet gemeinsam mit unserem Mitveranstalter Bayerischer Gemeindetag am 17. Oktober 2024 in der Stadthalle Gunzenhausen die passende Informationsplattform für kommunale Entscheider, Behördenvertreter und Brancheninsider.

Informationen über Forum, Fachmesse, Partner, Aussteller, Vorträge, Podiumsdiskussion und Programm:
www.bayerisches-breitbandforum.de
Eintrittspreise: Kommunale Vertreter: EUR 15,-- zzgl. MwSt.
Wirtschaftsvertreter: EUR 110,-- zzgl. MwSt.
Anmeldungen:
www.bayerisches-breitbandforum.de/besucheranmeldung.

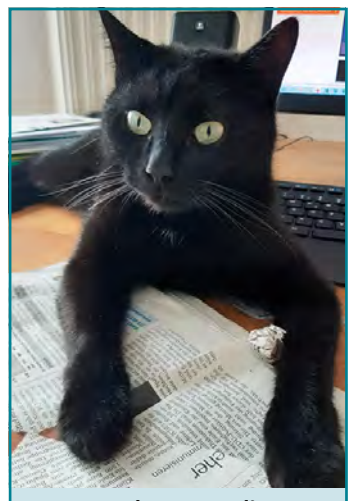
Traditionell wird das Forum durch ein **Schafkopfturnier** abgerundet. Sowohl erfahrene Spieler als auch Neulinge sind willkommen. Anmeldung bitte unter: www.bayerisches-breitbandforum.de/schafkopfturnier. Für Einsteiger werden separate Tische angeboten, sodass jeder teilnehmen kann. ❒

Landkreise am Limit

Die Schieflage der Kommunalfinanzen in Bayern hat im 1. Halbjahr 2024 mit rd. 5 Mrd. einen neuen Negativrekord erreicht. Kostentreiber bei den Landkreisen ist vor allem der soziale Bereich, der überwiegend der Bundesgesetzgebung entspringt.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, in der Sitzung von Präsidium und Landesausschuss des Verbands dazu: „Unsere Aufgaben werden immer mehr, komplexer und teurer. Das gilt insbesondere für den sozialen Bereich und die Jugendhilfe, wo die Ausgaben förmlich explodiert sind.

Allein im Jahr 2022 sind die Ausgaben der Landkreise in der Kinder- und Jugendhilfe um knapp 6 Prozent auf über 1,2 Mrd. Euro angestiegen. Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe in Bayern haben sich 2023 sogar um über 8 Prozent auf mehr als 3,8 Mrd. Euro erhöht. Diese Ausgabendynamik setzt sich aufgrund von bundesgesetzlichen Vorgaben ungebremst fort. Dabei sind die Landkreise bereits u.a. durch die Defizite der Krankenhäuser und im Bereich des ÖPNV erheblich belastet. Bund und Freistaat beschließen immer mehr Aufgaben, die die Landkreise erledigen sollen. Das gilt allerdings nicht für den finanziellen Ausgleich dieser Mehrbelastungen. Das Prinzip „Wer anschafft, der zahlt“ muss wieder mit Leben gefüllt werden.“ ❒


Insgesamt kommen die Deutschen auf 7,1 Mrd. Euro Ausgaben für Heimtierbedarf im Jahr 2023. Pino, unser Rathauskater, findet, dass Hund und Katz‘ eine beachtliche wirtschaftliche Bedeutung haben. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Aus dem bayerischen Kabinett: Erfolgszahlen und Warnzeichen .2
Drei Staatsminister: Geschlossen für mehr Cybersicherheit . . .2
Zuwanderung und Integration von Arbeitskräften 3
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Kommunale Themen im Fokus der Bundestagswahl 2025. . . .3
Apothekenreform ist Sargnagel der Vor-Ort-Apotheke. 3
Empörung über elektronische Patientenakte 3
Kommunale Bauthemen. . . . . .5 - 8
Umwelt • Abfall . . . . . 9 - 11
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau. . . . . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Aus dem bayerischen Kabinett:

Erfolgszahlen und Warnzeichen

In den jüngsten Ministerratssitzungen nahmen u.a. die Themen Cybersicherheit, die Erneuerbare Energien-Strategie sowie der Erhalt einer leistungsfähigen Infrastruktur breiten Raum ein. Angesichts des jüngsten Brückenteileinsturzes der Dresdner Carola-Brücke erklärte Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann, die Brücken an Bundes- und Staatsstraßen im Freistaat seien in einem besseren Zustand als in anderen Ländern. Weniger als drei Prozent der Bauwerke würden demnach aktuell so eingeschätzt, dass bald gehandelt werden muss. Bayern habe seine Hausaufgaben gemacht.

„In Bayern können sich die Menschen sicher fühlen", betonte Herrmann. Alle 11.500 Brücken, für die der Freistaat zuständig ist, würden regelmäßig geprüft. Mit seinen 19 Staatlichen Bauämtern mit Straßenbauaufgaben sei Bayern hierfür sehr leistungsfähig aufgestellt. Erforderliche Maßnahmen vor Ort würden schnell erkannt und abgearbeitet. In den vergangenen zehn Jahren habe die Staatsregierung die Mittel für die Bauwerkserhaltung an Bundes- und Staatsstraßen kontinuierlich erhöht. Jährlich stünden 100 Millionen Euro für die Bauwerkserhaltung an Bundesstraßen sowie 85 Millionen Euro für die Bauwerkserhaltung an Staatsstraßen zur Verfügung.

Bund muss Brücken sanieren

Auch der Bund müsse verstärkt seine Brücken in den Blick nehmen, erklärte Herrmann. „Es ist ein Warnzeichen, wenn Experten jede zehnte Autobahnbrücke mit ‚nicht ausreichend' bewerten."

Über die Erneuerbare-Energien-Strategie der Staatsregierung informierte Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger. Sie ist Bestandteil des Energieplans Bayern 2040 und fokussiert den systematischen Ausbau der Solar-, Wind- und Bioenergie, der Geothermie sowie der Wasserkraft in Bayern. Das strategische Gesamtkonzept zeigt Wege auf, um im Bereich der Energieversorgung das Ziel der Klimaneutralität 2040 zu erreichen. Laut Aiwanger rangiert Bayern bei den meisten Erneuerbaren Energien bundesweit auf Platz eins. „Mit unserer Strategie setzen wir ehrgeizige Ziele, um einen weiteren dynamischen Ausbau zu gewährleisten."

Bayern ist PV-Spitzenreiter

Bei der Photovoltaik (PV) soll bis zum Jahr 2040 eine installierte Leistung von 80 bis 100 GW erreicht werden. Bayern ist seit Jahren in Deutschland unangefochtener PV-Spitzenreiter. Rund 1,1 Millionen PV-Anlagen mit einer installierten Solarleistung von rund 25,0 Gigawatt (GW) sind im Freistaat in Betrieb.

1.000 neue Windräder

Bei der Windenergie ist ein Zubau von 1.000 neuen Anlagen bis 2030 geplant. Anschließend soll die dann erreichte hohe jährliche Zubaurate weitergeführt werden. Aiwanger zufolge ist seit der Öffnung der 10H-Regel im November 2022 eine klare Trendwende mit Planungen und Initiativen für den Bau von 500 neuen Windenergieanlagen sichtbar. Die aktuelle Pipeline sei gut gefüllt mit 143 beantragten und noch nicht genehmigten sowie zusätzlich 66 genehmigten, aber noch nicht im Betrieb befindlichen Windenergieanlagen. Derzeit sind in Bayern 1152 Windräder mit einer kumulierten, installierten Leistung von rund 2,66 Gigawatt in Betrieb.

Aiwanger verwies darauf, dass der Staatswald in Bayern ein großes Potenzial für die Errichtung neuer Windenergieanlagen biete. Die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) würden den Ausbau der Windenergie konsequent voranbringen. Bis zum Jahr 2030 gingen sie von einem Potenzial von 500 WEA im Staatswald aus. Bereits heute seien über 250 Anlagen auf den Weg gebracht: „100 Anlagen sind bereits in Betrieb, 150 Windräder sind vertraglich gesichert. Mit diesen Anlagen können bei günstigen Rahmenbedingungen z. B. über 700.000 Haushalte mit nachhaltig produziertem Strom versorgt werden."

Beim Windkraftausbau verfolgten die Bayerischen Staatsforsten eine Zwei-Säulen-Strategie, erläuterte der Minister. Der Schwerpunkt solle auch weiterhin auf der bewährten Vergabe von Flächen an erfahrene, leistungsfähige und bürgerfreundliche Partner im Wege einer Verpachtung liegen. Auf Grundlage eines wettbewerblichen Auswahlverfahrens würden Projektpartner gefunden, die die Windkraftprojekte als Vertragspartner der BaySF professionell und mit größtmöglicher öffentlicher Akzeptanz umsetzen. Das formale Zustimmungserfordernis der Standortgemeinden hätten die Bayerischen Staatsforsten durch einen Dialogprozess ersetzt. Außerdem führten Bürgerentscheide gegen einen Gemeinderatsbeschluss für ein Windkraftprojekt nicht mehr zur Auflösung von Standortsicherungsverträgen zwischen Projektpartner und BaySF. Die Staatsregierung erwarte dadurch einen zusätzlichen Schub für den Windkraftausbau in Bayern.

Darüber hinaus hätten die Staatsforsten die BaySF Bayern-Wind GmbH als eigenes Unternehmen zum Betrieb von Windenergieanlagen gegründet, informierte Aiwanger. Als erstes Projekt werde ein Windpark in der Gemeinde Pressig (Landkreis Kronach) mit neun Windrädern umgesetzt. Sechs davon sollen durch die BaySF selbst betrieben werden. Zusätzlich werde die BaySF BayernWind GmbH im Rahmen eines Joint-Venture-Pilotprojekts weitere Windenergieanlagen auf den Weg bringen.

Berichts zur Cybersicherheit

Darüber hinaus informierten Innenminister Joachim Herrmann und Finanzminister Albert Füracker den Ministerrat über die zentralen Ergebnisse des gemeinsamen „Berichts zur Cybersicherheit in Bayern 2024". Danach hat sich die Bedrohungslage im Bereich Cybersicherheit im Jahr 2023 weiter zugespitzt. Sowohl quantitativ als auch qualitativ haben die Fälle im Bereich der Cyberkriminalität zugenommen, ebenso wirken globale Konflikte beschleunigend im Bereich der gezielten Verbreitung von Desinformation. Darüber hinaus sind Schwachstellen in Software, der immer weiter zunehmende Einsatz von Künstlicher Intelligenz sowie gezielte Cyberspionage, insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, zentrale Faktoren im Bereich der Cybersicherheit.

Auch künftig werde die Cyber-Sicherheitslage im Freistaat von hoch dynamischen Trends geprägt sein, betonten Herrmann und Füracker. Insgesamt müsse mit einer weiter zunehmenden Komplexität und Frequenz von Cyberangriffen gerechnet werden, die sich auf Kritische Infrastrukturen, kleine und mittlere Unternehmen sowie auch Behörden fokussieren. IT-Betreiber müssten daher ein Auge darauf haben, dass ihre Infrastruktur stets den aktuellen Sicherheitsanforderungen entspricht.

Die anhaltende Bedrohungslage im Cyberraum erfordere weiterhin ein starkes behördenübergreifendes Zusammenwirken, hieß es. Bayern sei hier sehr gut aufgestellt und habe bereits verschiedene Maßnahmen für mehr Cybersicherheit im Rahmen der Bayerischen Cybersicherheitsstrategie 2.0 auf den Weg gebracht. Sie bilde die strategische Grundlage für die Zusammenarbeit der bayerischen Behörden und Einrichtungen mit Cybersicherheitsaufgaben, zu denen unter anderem das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) als eigenständige Fachbehörde für IT-Sicherheit zählt. **DK**

Herrmann, Füracker und Eisenreich:

Geschlossen für mehr Cybersicherheit

Auch kleine Unternehmen und Behörden im Visier von Cyberkriminellen – Bayern weiterhin stark aufgestellt

„Die Bedrohungslage im Bereich Cybersicherheit hat sich weiter zugespitzt. Neben einer quantitativen und qualitativen Steigerung an Fällen in der Cyberkriminalität beobachten wir, dass bestehende und neue globale Konflikte als regelrechte ‚Brandbeschleuniger' im Bereich der gezielten Verbreitung von Desinformation wirken." Das geht nach den Worten des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann aus dem Bericht zur Cybersicherheit in Bayern 2024 hervor, den Herrmann gemeinsam mit Finanzminister Albert Füracker veröffentlicht hat.

„Es ist besorgniserregend, dass nicht mehr nur große Unternehmen, sondern vermehrt auch kleine und mittelständische Unternehmen sowie Behörden Opfer von Cyberangriffen werden", sind sich Innenminister Herrmann, Finanzminister Füracker und Justizminister Georg Eisenreich einig. Darüber hinaus ist auch Cyberspionage, insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, weiterhin eine große Bedrohung.

Schwachstellen in Softwarekomponenten

„Schwachstellen in Software stellen nach wie vor eine gleichermaßen erhebliche wie unterschätzte Gefährdung dar. Die Vorfälle im letzten Jahr zeigen, dass die Angreifer weiterhin verstärkt auf nicht oder nicht schnell genug geschlossene Schwachstellen in zentralen und nach außen exponierten Softwarekomponenten abzielen", so Finanzminister Füracker. „Dabei nehmen Cyberkriminelle zunehmend auch Schwachstellen bei externen Dienstleistern in den Fokus, um dort, etwa bei Wartungsarbeiten, Zugang zu sensiblen Daten zu erlangen oder Systeme zu kompromittieren."

Das sogenannte Phishing, also Versuche, sich über gefälschte Webseiten, E-Mails oder Kurznachrichten als ein vertrauenswürdiger Kommunikationspartner auszugeben, stellt weiterhin eine der prominentesten Methoden im Bereich Cybercrime dar. Häufig bilden gezielte Kampagnen, sogenanntes Spear-Phishing, die Basis für Cyber- oder Internetkriminalität. „Mit den neuen Möglichkeiten generativer Künstlicher Intelligenz können sich Phishing-Kampagnen von den Angreifern noch einfacher planen und überzeugender vortragen lassen", betonte Innenminister Herrmann. Generell spielt KI im Bereich Cybercrime eine immer größere Rolle und ermöglicht durch Deepfakes, also mittels KI generierter Bilder, Videos oder Sprachinhalte, neue Kriminalitätsphänomene. Justizminister Eisenreich: „Es wird immer leichter, vor allem Frauen und Mädchen mit Deepfake-Technologie in pornografische Fotos oder Videos einzubauen. Der Bundesrat hat auf Initiative Bayerns eine neue Vorschrift zum Persönlichkeitsschutz im Strafgesetzbuch beschlossen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, auf die Herausforderungen durch Deepfakes zu reagieren und das Strafrecht anzupassen. Für die Untätigkeit der Bundesregierung habe ich kein Verständnis."

Behördenübergreifendes Zusammenwirken

„Die anhaltend hohe Bedrohungslage im Cyberraum erfordert weiterhin ein starkes behördenübergreifendes Zusammenwirken. Bayern ist hier sehr gut aufgestellt und wir werden uns weiterhin gemeinsam für mehr Cybersicherheit einsetzen", betonen Herrmann, Füracker und Eisenreich übereinstimmend mit Blick auf die bereits ergriffenen Maßnahmen.

Zahlreiche Ansprechpartner

So wurde beim Bayerischen Landeskriminalamt die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime für Behörden, Unternehmen und Institutionen eingerichtet. Mit den im Jahr 2021 installierten Cybercrime ‚Quick-Reaction-Teams' gewährleistet die Polizei zudem eine Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte, die rasch auf die teilweise existenzbedrohenden Gefahren für die Unternehmen reagieren können. Das Cyber-Allianz-Zentrum Bayern beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz unterstützt als vertraulicher Ansprechpartner Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und KRITIS beim Verdacht eines Cyberangriffs mit nachrichtendienstlichem Hintergrund. Mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) hat Bayern 2017 als erstes Bundesland eine eigenständige IT-Sicherheitsbehörde gegründet. Als kompetente Institution berät und unterstützt das LSI die Kommunen und öffentliche Betreiber kritischer Infrastrukturen in allen IT-Sicherheitsfragen. So informiert der kostenfreie Warn- und Informationsdienst des LSI mit tagesaktuellen Warnmeldungen über die neuesten Gefährdungslagen und Risiken.

Darüber hinaus wurde 2015 die Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg gegründet. Um die ZCB technisch noch besser für Ermittlungen auf dem Gebiet der Fake-Shops zu rüsten, wurde im August 2023 zudem eine Kooperation mit dem Austrian Institute of Technology geschlossen, um gemeinsam den dort entwickelten KI-gestützten ‚Fake-Shop-Detector' für den Einsatz im Rahmen der Strafverfolgung zu optimieren.

Informationen:

https://www.stmi.bayern.de/sus/cybersicherheit/
sowie
https://www.stmfh.bayern.de/digitalisierung/it_sicherheit/. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Eisenreich
Gemeinde Berching
am 11.10.

Bürgermeister Waldemar Brohm
Gemeinde Margetshöchheim
am 20.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Mirko Kujath
Gemeinde Mickhausen
am 16.10.

Bürgermeister Thomas Gasser
Markt Teisendorf
am 17.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Carsten Joneitis
Gemeinde Oberhaid
am 11.10.

Bürgermeister Martin Bernold
Markt Schondra
am 13.10.

Bürgermeister Wolfgang Hörl
Gemeinde Schwabhausen
am 20.10.

Bürgermeister Thomas Eigstler
Markt Wiggensbach
am 20.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Kreß
Gemeinde Karlstein am Main
am 17.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Scharf bei Initiative „Ältere und Arbeitswelt":

Arbeitskräftepotenzial der älteren Menschen

Der Fachkräftemangel ist in ganz Deutschland, auch in Bayern, am Arbeitsmarkt spürbar. Eine aktuelle Modellrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, dass in der Gruppe der 55- bis 70-Jährigen bis 2035 deutschlandweit rund 1,36 Millionen Vollzeitbeschäftigte gewonnen werden könnten. Das entspreche laut Studie umgerechnet etwa 1,5 Millionen älteren Personen.

Auf der 12. Jahresveranstaltung der Initiative „Ältere und Arbeitswelt" unter dem Titel „Potenziale Älterer nutzen" betonte Bayerns Arbeitsministerin Ulrike Scharf: „Unsere Wirtschaft kann es sich in Zeiten des Fachkräftemangels und demografischen Wandels nicht leisten, erfahrene, motivierte ältere Menschen vorzeitig aufs berufliche Abstellgleis zu stellen. Die DIW-Studie zeigt, dass die Gruppe der Älteren ein erhebliches Arbeitskräftepotential bietet. Der Schlüssel zu längerer und besserer Beschäftigung von Älteren ist, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass ältere Beschäftigte gerne und gut qualifiziert bis zum Renteneintritt arbeiten können. Mit unserer Initiative ‚Ältere und Arbeitswelt' zeigen wir zusammen mit unseren Partnern, wie das konkret umgesetzt und Best-Practice-Beispiele ins Rampenlicht gerückt werden können. Nachahmung dringend empfohlen!"

Reicher Erfahrungsschatz

Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages Dr. Manfred Gößl, auf dessen Einladung hin die diesjährige Jahresveranstaltung stattfand, ergänzte: „Ältere Beschäftigte sind mit ihrem Erfahrungsschatz eine unverzichtbare Stütze in den Belegschaften. Die Unternehmen sind gut beraten, wenn sie diese Zielgruppe durch attraktive Angebote bis zum Rentenalter und darüber hinaus im Unternehmen halten und auch bewusst bei Neueinstellungen im Blick haben. Frühverrentungsanreize sind gesamtwirtschaftlich der falsche Weg. Notwendig sind vielmehr attraktive Rahmenbedingungen, damit sich Arbeiten bis zum Renteneintrittsalter und darüber hinaus lohnt."

Initiative „Ältere und Arbeitswelt"

Mit dem Ziel, die Beschäftigungssituation von älteren Mitarbeitern zu verbessern, hat das Bayerische Sozialministerium bereits 2011 gemeinsam mit seinen Partnern die Initiative „Ältere und Arbeitswelt" ins Leben gerufen. Zentrale Handlungsfelder der Initiative sind demografieorientierte Arbeitsorganisation, Gesundheitsförderung und -management sowie berufliche Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. ❐

Von Zensus 2011 auf Zensus 2022:

Umstellung der Bevölkerungszahlen

Am 25.06.2024 wurden mit den Ergebnissen des Zensus 2022 neue Bevölkerungszahlen zum Stichtag 15.05.2022 veröffentlicht.

Fürth. Die vom Bayerischen Landesamt für Statistik bereitgestellten Einwohnerzahlen werden gemäß Bevölkerungsstatistikgesetz auf Grundlage des letzten Zensus berechnet. Im Mai 2022 wurde der Zensus erneut durchgeführt, wodurch sich die Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung vom Zensus 2011 auf den Zensus 2022 verändert hat.

Das Landesamt hat mit der Aktualisierung der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2022 begonnen. Dazu werden die zum Zensusstichtag ermittelten Bevölkerungszahlen monatsweise – beginnend mit dem Mai 2022 – um alle verbuchten Geburten, Sterbefälle und Wanderungen fortgeschrieben.

Während der Umstellungsphase veröffentlicht das Bayerische Landesamt für Statistik auf seiner Internetseite parallel sowohl Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 als auch auf Grundlage des Zensus 2022 unter:
https://www.statistik.bayern.de/statistik/gebiet_bevoelkerung/bevoelkerungsstand/index.html

Aktuell stehen Einwohnerzahlen bis zum 30.06.2023 auf Basis des Zensus 2022 sowie Einwohnerzahlen bis zum 30.06.2024 auf Basis des Zensus 2011 zur Verfügung.

Es ist vorgesehen, dass bis Mitte 2025 die auf dem Zensus 2022 basierenden Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2024 vorliegen. ❐

Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag:

Zuwanderung und Integration von Arbeitskräften

In einer Aktuellen Stunde diskutierte der Bayerische Landtag jüngst über die Zuwanderung und Integration von Arbeitskräften im Freistaat Bayern. Die Debatte wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen initiiert und trug den Titel „Realismus statt Populismus: Zuwanderung steuern, Arbeitskräfte integrieren".

Der amtierende Grünen-Fraktionsvorsitzende Johannes Becher hob die positiven Beiträge der Einwanderer zur bayerischen Gesellschaft und Wirtschaft hervor. In den vergangenen Jahrzehnten seien hunderttausende Menschen aus dem Ausland aus den verschiedensten Gründen nach Bayern gekommen, die sich herausragend integrierten und damit die Erfolgsgeschichte Bayerns mitgeschrieben hätten. Gegenüber islamistischen Terroristen gebe es hingegen null Toleranz, betonte Becher: Deren Aufenthalt sei mit voller Härte und Konsequenz des Rechtsstaats zu beenden.

Arbeitsverbote abschaffen

Die Landtags-Grünen fordern seit langem, dass bayerische Arbeitsverbote für noch nicht anerkannte oder geduldete Geflüchtete, die in Bayern leben, sofort abgeschafft werden. Dies müsse die Staatsregierung umgehend umsetzen. Darüber hinaus fordern die Grünen die Staatsregierung dazu auf, für einen wirkungsvollen Bürokratieabbau in den Ausländerbehörden zu sorgen, deren Personal aufzustocken und die Digitalisierung schnellstens voranzubringen, damit Arbeitsgenehmigungen für Geflüchtete schneller erteilt werden können.

Sprachkurse

Gülseren Demirel, Sprecherin für Integration der Landtags-Grünen, verlangte berufsbegleitende und bayernweite Sprachkurse. In Bayern gebe es etwa 135.000 unbesetzte Stellen und Geflüchtete, die arbeiten wollten. Dies müsse nun zusammengebracht werden. Es sei Aufgabe der Staatsregierung, aus Flüchtlingen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu machen, die nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. „Lassen wir die Leute arbeiten. Nur so kann sich Bayern wirtschaftlich weiterentwickeln", machte Demirel deutlich. Wie Karl Straub, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, darlegte, sei humane Flüchtlingspolitik nur mit Steuerung der Zuwanderung möglich. Die legale Erwerbsmigration müsse schneller gehen, Asyl müsse den Schutzbedürftigen vorbehalten sein. Dies erhöhe die Akzeptanz beim Großteil der Bevölkerung.

„Wir können mit Stolz sagen: Bayern ist weiterhin Spitzenreiter bei der Integration von ausländischen Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt", stellte Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann fest. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den acht wichtigsten nicht-europäischen Asylherkunftsländern sei in den vergangenen zehn Jahren von 12.940 auf 81.850 Personen angestiegen, eine Zunahme von 533 Prozent. „Auch die Zahl der ukrainischen Staatsangehörigen, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, ist seit Beginn des russischen Angriffskriegs um rund 25.800 auf 37.500 gestiegen. Die Zahlen belegen: Die Menschen mit Fluchthintergrund kommen bei uns langfristig im bayerischen Arbeitsmarkt an", erklärte der Minister.

Bayern hat die höchste Erwerbstätigenquote bei Migranten

Auch die weiteren Kennzahlen sind laut Herrmann positiv: „Der Freistaat hat mit 74,8 Prozent die bundesweit höchste Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund und zudem mit neun Prozent (Stand August 2024) die niedrigste Arbeitslosenquote von Ausländern, ebenso bei den ausländischen Frauen (10,7 Prozent)." Für den Minister ist auch klar: „Wir dürfen uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen, denn es gibt noch viel Handlungsbedarf. Wir haben allein in Bayern aktuell rund 40.000 arbeitslose erwerbsfähige Ukrainer und Flüchtlinge aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern, die Bürgergeld beziehen. Um diese Menschen in Arbeit zu bringen, muss sich vor allem die Bundesregierung deutlich mehr anstrengen. Der versprochene Job-Turbo muss stärker zünden."

Bayern fordert hier seit langem mehr Personal und Mittel für die Jobcenter, um eine stärkere Betreuung gewährleisten zu können. Herrmann sprach sich erneut dafür aus, neu ankommenden Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine kein Bürgergeld mehr zu zahlen. „Die Motivation, eine Arbeit aufzunehmen und eigenständig für den Lebensunterhalt zu sorgen, würde deutlich steigen, wenn Ukrainern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustünden."

Damit Menschen in Ausbildung und Arbeit kommen und bleiben, unterstütze der Freistaat Bayern die Arbeit der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter. „Mit den von uns geförderten Ausbildungsakquisiteuren für Flüchtlinge und Jobbegleitern sorgen wir dafür, dass Geflüchtete und Betriebe zusammenfinden", so Herrmann. „Unser Ziel ist es, das Förderprogramm auf 100 Stellen auszubauen."

Belastungsgrenzen

Der Minister betonte jedoch auch die Belastungsgrenzen Deutschlands durch die aktuelle unkontrollierte Zuwanderung. Stark ausgelastete Ressourcen wie Kitas, Schulen, das Gesundheitssystem und bezahlbarer Wohnraum erforderten eine Begrenzung der Zuwanderung, um die langfristige Stabilität des Landes zu gewährleisten.

„Unabhängig vom Asylrecht muss unser Rechtsstaat dafür sorgen, dass in Deutschland keine Sicherheitslage entsteht, die zu einer negativen Stimmung gegenüber den Millionen rechtschaffenen und oft seit langem bestens integrierten und in unserer Gesellschaft engagierten Menschen mit Migrationshintergrund führt. Dies können wir nur durch eine konsequente Sicherheitspolitik und eine strikte Handhabung des Aufenthaltsrechts gewährleisten", machte Landtagsvizepräsident Alexander Hold, Sprecher für Migration, Asyl und Integration der Freie Wähler-Landtagsfraktion, deutlich.

Bleibeperspektiven klar formulieren

Integration gelinge zudem am besten, wenn die Menschen möglichst schnell in Lohn und Brot stehen. „Der Irrweg, die Menschen monatelang auf Sprachkurse warten zu lassen und erst nach erfolgreichem Kurs in Arbeit zu bringen, muss beendet werden. Am Arbeitsplatz lassen sich soziale Kontakte und Spracherwerb in der Regel am besten verknüpfen. Schutzsuchende müssen künftig noch schneller und unbürokratischer Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten", fuhr Hold fort.

Wer sich seinen Lebensunterhalt durch Arbeit selbst verdiene, sich nichts zu Schulden kommen lasse und die deutschen Werte anerkennt, müsse auch ohne allzu hohe Hürden eine Bleibeperspektive bekommen. Dies müsse in Zukunft noch klarer umgesetzt werden, so der FW-Sprecher. „Deutschland muss sich jedoch künftig – wie andere Länder auch – einen Großteil seiner Zuwanderer anhand der Kriterien ‚Bedarf auf dem Arbeitsmarkt' und ‚Integration' aussuchen können, um den Fachkräftemangel zu beheben und Zuwanderung in die Sozialsysteme bestmöglich zu begrenzen."

Nach den Worten von Richard Graupner, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender, gibt es kaum qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Drei Viertel aller hereingeströmten Syrer, Afghanen und Iraker hätten keinerlei berufliche Qualifikation und wanderten ab in Sozialsysteme und Kriminalität. Gleichzeitig werde das sogenannte Bürgergeld zu fast 50 Prozent von Ausländern beansprucht. Graupner kritisierte die Berliner Ampelregierung zudem für die Erleichterung der „sprunghaft ansteigenden" Einbürgerungen.

Der integrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Arif Taşdelen erläuterte, wie wichtig eine gut funktionierende Integration für Bund und Freistaat ist: „Millionen Menschen sind erfolgreich integriert und haben ein Zuhause in Bayern gefunden. Sie sind Teil unseres wirtschaftlichen Erfolgs und Wohlstands. Auch aktuelle Zahlen belegen, dass Bayern die bundesweit höchste Erwerbstätigenquote bei Menschen mit Migrationsgeschichte hat. Deswegen müssen wir alles daransetzen, dass wir diese Erfolgsgeschichte fortführen."

Wegen schleppender Digitalisierung und Personalmangel in Ausländerbehörden könnten Einwanderer jedoch oftmals erst nach langen Wartezeiten eine Arbeit aufnehmen. „Ein Betrieb, der dringend fleißige Hände und kluge Köpfe braucht, kann nicht monatelang warten, bis eine Arbeitserlaubnis ausgestellt wird. Solche Verfahren müssen in zwei Wochen abgeschlossen sein. Genauso braucht es mehr Tempo bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen und Einbürgerungen. Wir fordern eine ‚Fast lane', die ausländische Fachkräfte schnellstmöglich in die Betriebe bringt", so Taşdelen abschließend. **DK**

Chronisch kranke, alte und pflegebedürftige Menschen:

Empörung über elektronische Patientenakte

Zur Pressekonferenz des Bundesgesundheitsministers zu der Einführung der elektronischen Patientenakte erklärt der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz Eugen Brysch: „Die mehrere Milliarden Euro teure elektronische Patientenakte ist derzeit nichts anderes als eine digital einsehbare Papiersammlung. Ärztinnen und Ärzte müssen jedes einzelne Dokument lesen, um die medizinisch notwendigen Informationen rauszufiltern. Denn die E-Akte verfügt aktuell nicht über eine Künstliche Intelligenz, die die Daten aufbereitet, analysiert und verknüpft. Ebenso profitieren chronisch Kranke, Alte und Pflegebedürftige nicht von der elektronischen Patientenakte. Gerade für diese Patientengruppe wäre es wichtig, wenn alle Altbefunde automatisch vorhanden wären. Doch das ist nicht vorgesehen. Zudem bleiben digital unerfahrene Menschen außen vor. Dazu gehören mehr als 20 Prozent der über 65-Jährigen. Diesen Betroffenen muss ein differenzierter Umgang mit ihren Daten ermöglicht werden." ❐

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

weniger als ein Jahr trennt uns noch von der Bundestagswahl am 28. September 2025. Während die parteiinternen Nominierungen der Bundestagskandidaten bereits Fahrt aufgenommen haben, rückt auch für uns Kommunalpolitiker ein weiteres bedeutendes Datum näher: die bayerische Kommunalwahl am 8. März 2026. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Themen im Bundestagswahlkampf in den Fokus stellen und kommunalpolitische Themen Einzug in die Wahlprogramme nehmen.

Jetzt ist der Zeitpunkt, um die Weichen für eine kommunalfreundliche Bundespolitik zu stellen, da die Beschlüsse des Bundes zentralen Einfluss auf den zukünftigen Gestaltungsrahmen und die wichtigen Aufgabenbereiche unserer bayerischen Kommunen haben. Ohne den politischen und finanziellen Rückhalt des Bundes sind Herausforderungen wie überbordende Bürokratie, stetiger Fachkräftemangel und stetige Kostensteigerungen nicht zu stemmen.

Kommunale Themen im Fokus der Bundestagswahl 2025

Für die KPV ist klar: Wir brauchen mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort. Es darf nicht sein, dass den Kommunen vom Bund neue Aufgaben übertragen werden, ohne dass diese auch angemessen finanziert werden. Wenig praxistaugliche Bundesvorgaben und eine zunehmende Regelungsdichte gefährden die zukünftige Handlungsfähigkeit der Kommunen. Es ist essenziell, die Konnexität – also das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt" – streng zu achten und neue Aufgaben nur dann zu übertragen, wenn sie auch finanziell ausreichend abgesichert sind.

Gleichzeitig muss der Bürokratieabbau des Bundes endlich ernsthaft vorangetrieben werden. Zu viele Vorschriften und aufwendige Genehmigungsverfahren lähmen die Arbeit vor Ort und verzögern dringend notwendige Projekte. Wir als KPV fordern auch, dass die kommunalpolitische Expertise frühzeitiger in den Gesetzgebungsprozess des Bundes eingebunden wird.

Und es beginnt mit den Wahlprogrammen der Parteien, diese müssen politische Ziele enthalten, die nicht nur mit den kommunalen Ebenen abgestimmt, sondern auch realistisch und vor Ort umsetzbar sind.

Wir Kommunalpolitiker haben es in der Hand, in den kommenden Monaten die Weichen dafür zu stellen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass die kommunalen Themen den Platz bekommen, den sie verdienen – im Fokus der anstehenden Bundestagswahl. Seien Sie sich sicher, die KPV wird sich mit starker Stimme für eine kommunalfreundliche Bundespolitik einsetzen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

„Reform ist Sargnagel der Vor-Ort-Apotheke"

MdB Florian Oßner sucht pragmatische Lösungen mit der Marien Apotheke in Neufahrn

Noch vor der anstehenden Beratung im Deutschen Bundestag hat MdB Florian Oßner (CSU) den Apotheker Andreas Kulzer und seinem steuerlichen Berater Theo Clotten vor Ort in Neufahrn besucht, um über die anstehende Apothekenreform zu sprechen.

Die Apotheken in Deutschland stehen vor großen Veränderungen. So soll es neben einer Honorarreform vor allem eine große Strukturreform in der Apothekenlandschaft geben. Kulzer verwies darauf, dass im Besonderen die Strukturreform die Apotheken, die vor Ort für die Menschen da sind, in ihrer Existenz bedroht. Durch diese Strukturreformen soll es neben den bisherigen Apotheken auch eine sogenannte „Apotheke light" geben. Diese darf ohne einen Apotheker betrieben werden und bietet nicht mehr den vollen Umfang der Versorgung. Kulzer betonte, dass die Apotheken in Deutschland täglich bis zu 3 Millionen Kundenkontakte hätten: „Damit ist eine flächendeckende und qualifizierte Gesundheitsversorgung garantiert. Durch Versandapotheken und Gesundheitskioske könnte diese vertrauensvolle Beziehung aus Patienten und Apotheke sowie eine professionelle Beratung nicht gewährleistet werden. Eine Rosinenpickerei käme in Gange." Die Apotheken würden dann nur noch das wirtschaftliche Risiko von hochpreisigen und besonderen Medikamenten tragen, könnten aber ohne das fehlende Tagesgeschäft, also die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln, nicht mehr ihr Überleben sichern. Auch Clotten warnt vor der Strukturreform: „Die Reform ist der Sargnagel der Apotheken. Wenn immer mehr Akteure auf den Arzneimittelmarkt mitmischen, leidet die wohnortnahe Versorgung".



V.l.: Rechtsanwalt Theo Clotten, CSU-Bundestagsabgeordneter Florian Oßner, Neufahrns Bürgermeister Peter Forstner und Apotheker Andreas Kulzer wollen die Apotheken vor Ort erhalten. BILD: Maria Rohrmeier

Honorarreform modifizieren

Haushaltspolitiker Florian Oßner konnte an einem Rechenbeispiel von Kulzer gut nachvollziehen, welche Auswirkungen zudem die Honorarreform der Ampel Bundesregierung für die Apotheken haben würde. Am Ende sinkt der Rohgewinn der Apotheken deutlich. So haftet der Apotheker sowohl wirtschaftlich gegenüber den gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) und Zulieferern, als auch in der Frage, ob das Medikament für einen Patienten geeignet ist. Die Apotheker fordern ein Fixhonorar pro verschreibungspflichtiges Medikament von 12 Euro. Seit 2004 liegt dieser Betrag bei knapp über 8 Euro und wurde trotz hoher Inflation, deutlich gestiegener Lohnkosten sowie überproportional angestiegener Beitragseinnahmen der GKV nicht angepasst. Damit sanken die Einnahmen für die Apotheken vor Ort in den vergangenen Jahren bereits deutlich. Zudem zahlt eine Apotheke pro Medikament nochmals 2 Euro an die Krankenkasse als Abschlag. Oßner unterstütze den Vorschlag, hier eine Absenkung vorzunehmen.

Bereits 2023 wurden in Deutschland über 500 Apotheken geschlossen. Derzeit ist das Land mit seiner Apothekendichte auf dem Niveau aus dem Jahr 1979. Wird die Reform so kommen, wie von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplant, wird sich die Lage nochmals deutlich verschärfen. „Die Ampel-Regierung hinterlässt besonders im medizinischen Bereich einen enormen Flurschaden. Die notwendigen Reformen sind eine Herausforderung, aber nicht unlösbar. Falls das Apothekensterben so weitergeht, wie in den letzten Jahren, bricht uns viel Wertschöpfung und Lebensqualität in unserer Heimatregion weg. Die Folge wären Gewinnverlagerungen zum ausländischen Versandhandel, was nicht unser Ziel sein darf", so der Volkswirt Oßner. ❐

Ehrenamtliche Bürgermeister ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schiedenen Fördermitteln seien auch die Schlüsselzuweisungen um 4,1 Prozent angehoben worden, rund 2,8 Milliarden Euro gingen dabei an die Gemeinden. „Zur allgemeinen Stärkung der kommunalen Investitionskraft erhalten die bayerischen Gemeinden und Landkreise zudem Investitionspauschalen in Höhe von insgesamt 446 Millionen Euro, die frei für Investitions-, Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen an kommunalen Einrichtungen verwendet werden können“, ergänzte Herrmann und unterstrich: „Unser oberstes Ziel ist, dass die Finanzlage der Kommunen auch in schwierigen Zeiten solide bleibt!“

Best Practice-Beispiele

In den anschließenden Panels ging es unter anderem um Best Practice-Beispiele zu den Themen „Gesundheit und Senioren“, „Energiewende“ und „Eindämmung von Flächenverbrauch“ sowie um Möglichkeiten, Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Auch die aktuellen Herausforderungen, die die fortwährende Zuwanderung für Kommunen mit sich bringt, wurden in einer Keynote und einem Podiumsgespräch ausführlich behandelt.

Für Reinhard Streng, Erster Bürgermeister der mittelfränkischen Gemeinde Langenfeld (Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim) ist der vorausschauende Umgang mit dem demographischen Wandel unverzichtbar. Mit der Dorflinde Langenfeld hat er ein Mehrgenerationenhaus geschaffen, das dabei helfen soll, Abwanderung und Überalterung im ländlichen Raum zu bekämpfen. Bewusst wurde alte Bausubstanz im Ortskern saniert, um das Dorfzentrum zu stärken. Konsequent wurde die Infrastruktur auf die Bedürfnisse der kommenden Generationen angepasst, so dass Projekte wie das Mehrgenerationenhaus mit Tagescafé, das Mehrgenerationenwohnen mit Tagespflege, ein großer Dorfladen mit vielen weiteren Angeboten der Grundversorgung sowie ein Gasthaus realisiert werden konnten. Ein Unterstützerkreis von über 100 ehrenamtlich Engagierten hilft in dem 1.000 Einwohner-Ort bei haushaltsnahen Dienstleistungen im Sinne der Nachbarschaftshilfe.

Medizinische Versorgung

Mit dem Ziel, Hausarztpraxen in Form medizinischer Gesundheitszentren zu betreiben, hat Peter Schmitt, Erster Bürgermeister der Stadt Amorbach (Landkreis Miltenberg), das erste gemeinwohlorientierte hausärztliche Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) unter dem Dach einer kommunalen Genossenschaft in Bayern – die Campus Co eG – ins Leben gerufen. Das genossenschaftliche Medizinische Versorgungszentrum der Odenwald-Allianz bietet die Möglichkeit, gerade auch in einer ländlichen Region der nachwachsenden Ärztegeneration ein attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen und die Niederlassung auf diese Weise zu erleichtern. Im April vergangenen Jahres wurde das erste MVZ in Schneeberg in Betrieb genommen. Wenn das in Amorbach geplante neue Gebäude für das Gesundheitszentrum steht, soll das MVZ als Ankermieter dorthin verlagert werden.

Entwickelt wurde das Konzept der Campus Co eG im Jahr 2015 von Christine Becker, Inhaberin und Geschäftsführerin „Saluto-Consult“. Die Soziologin, die sich als „Brückenbauerin“ versteht, berät Kommunen zur wohnortnahen Gesundheitsversorgung. Ihr Augenmerk liegt dabei auf der Förderung von Lebensqualität, Standortattraktivität sowie medizinischer und pflegerischer Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen und unter Einsatz vorhandener digitaler Technologien.

Energie- und Heimatdorf

Als Best Practice-Beispiel zum Thema Energiewende diente das „Energie- und Heimatdorf“ Wildpoldsried. Wie Günter Mögele, Zweiter Bürgermeister der Gemeinde im Oberallgäu, ausführte, setze Wildpoldsried auf das Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie. So produziere die Gemeinde achtmal so viel Strom, wie sie verbraucht. Auch bei der Wärme aus regenerativen Energien erwirtschafte das Dorf einen Überschuss von ca. 60 Prozent, wodurch Nah- und Fernwärme sowie Stromversorgung durch den Mix von Sonne, Wind und Biogas mehr als sichergestellt werden.

Bevölkerungsrückgang gestoppt

Sein Erfolgsrezept einer flächenbewussten Kommune stellte Bernd Sommer, Erster Bürgermeister der Stadt Waldsassen (Landkreis Tirschenreuth) vor. Die Klosterstadt hat sich mit einem Grundsatzbeschluss des Stadtrats dazu verpflichtet, Innenentwicklung vor Außenentwicklung zu priorisieren, und damit trotz reger Bautätigkeit kaum neue Flächen verbraucht und den Bevölkerungsrückgang gestoppt.

Waldsassen war Standort der keramischen Industrie. Anfang der 1990er Jahre kam plötzlich das Aus. Nach und nach folgten weitere Industriezweige. Gleichzeitig stand die Klosteranlage kurz vor dem baulichen Kollaps. Sinkende Einwohnerzahlen und wirtschaftliche Probleme stellten sich ein. Mit Hilfe der Städtebauförderung führte die Stadt kontinuierlich Stadterneuerungsmaßnahmen durch. Es wurde ein Konzept entwickelt, mit den vorhandenen Flächen auszukommen und dennoch Entwicklung zu ermöglichen.

Neuer Wohnraum im Zentrum

„Wenn Gebäude marode werden, brach liegen und sich kein Käufer findet, dann nehmen wir es in den Fokus. Wir suchen Investoren oder erwerben selbst die Immobilien, räumen die Fläche frei oder sanieren. Wir haben auch ein Leerstandskataster erstellt, damit vom Leerstand bedrohte beziehungsweise brach liegende Wohngebäude erfasst und frühzeitig erkannt werden können. Viele dieser Gebäude sind inzwischen saniert und neu belebt“, erläuterte Sommer. Neuer Wohnraum, überwiegend mitten im Stadtzentrum, sei entstanden und werde auch weiterentwickelt. Trotz reger Bautätigkeit mussten kaum neue Flächen genutzt werden. Die Stadt ist heute aufgeräumter als vor Jahren, da marode Bausubstanz gewichen ist. Für dieses herausragende Engagement wurde Waldsassen 2019 als eine der ersten bayerischen Kommunen mit dem neuen staatlichen Gütesiegel „Flächenbewusste Kommune“ ausgezeichnet.

Nur 10 Prozent weibliche Bürgermeister in Bayern

Frauen auf dem Chefsessel im Rathaus sind in Bayern eher rar, obwohl Frauen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Nur knapp 10 Prozent der Bürgermeister in Bayern sind weiblich. Damit sich das ändert, sind gezielte Unterstützung und Ermutigung potenzieller Kandidatinnen nötig, wie Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin Markt Erlbach, zweite Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags und Sprecherin der bayernweiten Arbeitsgemeinschaft „Frauen führen Kommunen“ feststellte. Die seit 2016 bestehende AG will ein Forum für Austausch, Vernetzung und Bündelung der Interessen der Bürgermeisterinnen sein. Gleichzeitig sollen die Bürgermeisterinnen auch nach außen hin besser sichtbar werden, um einen Anreiz für junge Frauen und Mädchen zu bilden, selbst in die Kommunalpolitik einzusteigen.

Steigende Flüchtlingszahlen

In seiner Keynote beschäftigte sich Prof. Hannes Schammann vom Lehrstuhl Politikwissenschaft, Schwerpunkt Migrationspolitik (Universität Hildesheim) mit dem Thema „Kommunale Flüchtlingspolitik – Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten“. Schammann wagte einen „Blick in die Glaskugel“, demzufolge die aktuellen politischen Versuche, Fluchtzuwanderung zu reduzieren, noch mindestens bis 2016 anhalten werden „und auch vorübergehend erfolgreich sein können“. Gleichwohl sei davon auszugehen, dass die Flüchtlingszahlen weltweit weiter ansteigen werden. Wolle man mit restriktiven Mitteln die Zahlen für Deutschland und Europa langfristig drücken, stelle sich die Frage nach dem Preis, insbesondere dem Austritt aus internationalen Verträgen und den Nebeneffekten für andere Felder und Zielgruppen (u.a. Diskussion um „menschenwürdiges Existenzminimum“).

„Pragmatismus vor Ort kann auch bei emotionalen Debatten erhalten werden“, unterstrich Schammann. „Für eine aktive Kommune in der Aufnahme Schutzsuchender braucht es starke Allianzen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Das kann selbst ungünstige Startchancen transformieren.“ Die offene Frage laute: „Gelingt es, die Debatte, wo nötig, zu „demigrantisieren“ und der Falle des dauerhaften Politikversagens zu entgehen?“

In Deutschland werden die Flüchtlinge nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. Wie Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied im Bayerischen Städtetag, bei einer abschließenden Podiumsdiskussion mit Petra Guttenberger, MdL, Vorsitzende des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, Karl Straub, MdL, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, Walter Jonas, Regierungspräsident der Oberpfalz, Marion Fleischmann-Hilton, Erste Bürgermeisterin Burgpreppach, und Hans-Peter Mayer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, betonte, sei Bayern hier „gut unterwegs“. Nach dem deutschlandweiten Verteilungsschlüssel habe der Freistaat 15,56 Prozent aller Geflüchteten aufzunehmen. 24 von 25 kreisfreien Städten lägen weit über 100 Prozent dieser Quote, ebenso die Landkreise.

Gleichmäßige Verteilung

Buckenhofer zufolge muss eine gleichmäßige Verteilung in alle Regionen Bayerns, in alle Landkreise und alle Städte und Gemeinden auch weiterhin das Ziel sein. Statt über Umverteilungen nachzudenken, müsse der Bund wirkungsvolle Instrumente zur Steuerung der Migration einrichten. Auch sei die kommunale Leistungsfähigkeit durch eine bessere Finanzausstattung zu stärken.

„Kommunikation über die staatliche Ebene in die Kommunen hinein ist wichtig“, unterstrich Gemeindetags-Geschäftsführer Hans-Peter Mayer. Die Bürgermeister dürften in der Flüchtlingskrise nicht allein gelassen werden. „Nur gemeinsam schaffen wir diese Herausforderung“, hob Mayer hervor und plädierte deshalb einmal mehr für eine „aktive Bürgergesellschaft“. **DK**

Herausforderungen, Chancen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Bayerns leben in einer Kommune mit unter 20.000 Einwohnern. 25 Prozent, also ein Viertel, lebt in einer Kommune mit weniger als 5.000 Einwohnern. Welche Herausforderungen sehen Sie beim Ausbau des Breitbandnetzes in ländlichen Gegenden im Vergleich zu städtischen Regionen?

Lück: *Mein Herz schlägt für den ländlichen Raum. Bayern ist ein Flächenland mit großartigen Regionen und ländlicher Struktur. Aber ich weiß auch, dass die Stadt Vorteile hat, die für ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen wie die Telekom ausschlaggebend sein können. Obwohl der Wettbewerb in der Stadt größer ist, kann ein Unternehmen dort mehr Kunden mit gleichem Aufwand anschließen. Im ländlichen Raum ist dafür die Kundentreue höher. Und das obwohl auf unserem Netz auch Wettbewerber ihre Produkte vermarkten. Aber die Zersiedelung kann den Ausbau unwirtschaftlich machen. In solchen Fällen kann dann die Förderung helfen.*

GZ: Welche Kriterien verwendet die Telekom, um zu entscheiden, welche Gemeinden als Nächstes erschlossen werden? Und gibt es Möglichkeiten, den Ausbauprozess zu beschleunigen, wenn die Gemeinde zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellt oder sich aktiv beteiligt?

Lück: *Wir prüfen jedes Ortsnetz anhand mehrerer Kriterien. Dazu gehören unter anderem die vorhandene Infrastruktur, der benötigte Ressourceneinsatz für den Ausbau und das Potenzial beim Kundenzuwachs. Den Gemeinden kommt beim Glasfaserausbau eine wichtige Rolle zu. Deshalb kann ich die Kommunen nur dringend bitten: Steigen Sie in den Dialog mit uns ein und lassen Sie uns gemeinsam einen Plan entwickeln, wie wir Glasfaser in Ihre Gemeinde bringen. Eigenausbau, Förderung und Kooperationen bieten jeder Menge Möglichkeiten für kreative Ideen.*

GZ: Viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sorgen sich um lange Wartezeiten für einen Glasfaseranschluss. Woran liegt es Ihrer Meinung nach und wie können Kommunalverantwortliche dem entgegenwirken?

Lück: *Gehen Sie mit uns ins Gespräch. Jedes Ausbauprojekt ist anders. Bevor wir bauen, schauen wir uns jedes Gebiet genau an. Dann loten wir aus, wie wir Zeit und Geld effizient einsetzen können. In Bayern bauen wir derzeit pro Jahr über 300.000 Haushalte mit Glasfaser aus. Dafür investieren wir erhebliche Geldmittel. Diese Euros können wir jedoch nur einmal ausgeben. Mangelnde Absprache in einer Kommune führt zu langen und teuren Bauphasen. Und das führt dann dazu, dass wir in einer anderen Gemeinde gar nicht erst anfangen können.*

GZ: Wie transparent ist der Prozess des Breitbandausbaus für die Bürger? Bieten Sie den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Hilfestellung in Sachen Kommunikation?

Lück: *Wir bieten alles – von der Info-Veranstaltung im Gemeindesaal bis zur Beratung an der Haustür. Früher haben wir beim Netzausbau lediglich die Technik im Verteilerkasten geändert. Danach konnte der Kunde buchen. Jetzt müssen wir mit dem Glasfaserkabel zu jedem Kunden in die Wohnung. Das ist eine große logistische Aufgabe. Wir sind auf jede Unterstützung angewiesen. Unsere Regionalmanagerinnen und Regionalmanager stehen als Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung.*

GZ: In einer Kommune steht bspw. die Sanierung der Trinkwasserversorgung oder eine Straßensanierung an. Was sollte ein kommunaler Entscheider/eine Entscheiderin in Bezug auf den Breitbandausbau an dieser Stelle unbedingt mitdenken? Lohnt es sich auf die Telekom zuzugehen?

Lück: *Das sind genau die Hinweise, die wir brauchen. Natürlich funktioniert das nicht immer. Aber wenn irgendwie möglich, werden wir unseren Ausbau mit solchen Maßnahmen koordinieren.*

GZ: Wie reagieren Sie auf die Kritik, dass der Breitbandausbau in manchen Regionen zu langsam voranschreitet?

Lück: *Wir bauen über 300.000 Glasfaseranschlüsse in Bayern pro Jahr. Wir können aber nicht überall zu gleichen Zeit sein. Wir müssen auch nicht hektisch werden. Da, wo wir heute nicht bauen, können wir in den meisten Fällen den Kunden Anschlüsse mit bis zu 250 Mbit/s bieten.*

GZ: Was wollen Sie unseren Leserinnen und Lesern gerne mit auf den Weg geben?

Lück: *Kommen Sie gerne auf uns zu. Warten Sie nicht, bis wir anklopfen. Sie können mehr zum Breitbandausbau in Ihrer Gemeinde beitragen, als Sie vielleicht denken. Wenn wir unsere Kräfte bündeln und alle Möglichkeiten von Eigenausbau, Förderung und Kooperation nutzen, erreichen wir über kurz oder lang den Glasfaserausbau in jeder Gemeinde. Wir unterstützen Sie bei der Digitalisierung Ihrer Gemeinde.*

Die Telekom ist Austeller auf und Partner beim 11. Bayerischen Breitbandforum am 17.10.2024 in der Stadthalle Gunzenhausen. ❐.

Fortführung der „Wegweiserkurse in Bayern“

Der Bayerische Volkshochschulverband e.V. (bvv) setzt die „Wegweiserkurse in Bayern“ fort, die bis September 2027 laufen. Ziel der Wegweiserkurse ist es, Schutzsuchenden frühzeitig wichtige Informationen für das Leben in Deutschland zu vermitteln.

Die Wegweiserkurse vermitteln Schutzsuchenden nützliche Informationen für den Alltag und wesentliche Grundlagen des kulturellen Zusammenlebens in Deutschland. Das Besondere: die Kurse werden in der jeweiligen Herkunftssprache abgehalten, um eine umfassende Verständigung sicherzustellen.

Themen wie Asylverfahren, Rechte und Pflichten in Deutschland, Gesundheitsversorgung sowie Mobilität werden auf Basis eines vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) herausgegebenen Curriculums in elf Modulen über insgesamt 15 Unterrichtseinheiten vermittelt. In der neuen Projektlaufzeit bis 2027 sollen bis zu 400 Kurse durchgeführt und damit rund 3.000 Schutzsuchende in Bayern erreicht werden.

Kooperationspartner

Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern in allen bayerischen Regierungsbezirken umgesetzt, darunter Volkshochschulen und gemeinnützige Organisationen. Diese Partner organisieren die Kurse vor Ort, überwiegend in ANKER-Einrichtungen.

„Die Wegweiserkurse werden von unseren Kulturmittler*innen durchgeführt, die vom Bayerischen Volkshochschulverband akquiriert und intensiv geschult werden. Kulturmittler*innen [sic] bauen Brücken zwischen den Kulturen und vermitteln die Kursinhalte in der Herkunftssprache der Teilnehmenden. Das schafft Vertrauen von Anfang an und ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Kurse“, so Dr. Regine Sgodda, Vorstand des bvv. Der bvv sucht derzeit Personen mit unterschiedlichen Herkunftssprachen wie etwa Persisch, Arabisch, Türkisch, die die Kurse betreuen.

Das Projekt „Wegweiserkurse in Bayern“ wird zu 75 Prozent vom Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der Europäischen Union finanziert. Weitere 12,5 Prozent der Finanzierung kommen vom BAMF und 12,5 Prozent vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI). https://vhs-bayern.de/themen/sprachen-und-integration/wegweiserkurse-in-bayern/ . ❐

Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach:

Individuelle Pflegeangebote im ländlichen Raum

„Individuelle Pflegeangebote im ländlichen Raum sind von steigender Bedeutung. Im Alter ist es oft schwer, mit Veränderungen zurecht zu kommen. Deswegen ist es wichtig, dass Pflegebedürftige heimatnah versorgt werden können“, sagte Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach als sie sich ein Bild von den Umbauarbeiten des künftigen Pflegebauernhofs Moorhof in Karlshuld im oberbayerischen Landkreis Neuburg-Schrobenhausen machte.

„Der Pflegebauernhof Moorhof erfüllt genau diese Anforderungen. Er ist ein deutschlandweites Leuchtturmprojekt mit Zukunftsperspektive“, so die Ministerin weiter. Ziel des Pflegebauernhofs Moorhof ist es, einen generationenübergreifenden Begegnungsort zu schaffen. Dabei wird ein ehemals landwirtschaftlich genutztes Gebäude zu zwei ambulant betreuten Wohngemeinschaften umgebaut. Das Projekt wird über das Förderprogramm PflegeSoNah mit knapp 1,4 Millionen Euro bezuschusst. Insgesamt entstehen hier 23 Pflegeplätze.

Derzeit gibt es in Bayern und Deutschland nur sehr wenige Pflegebauernhöfe. Der Hof in Karlshuld hat einen großen Vorbildcharakter im Bereich der sozialen Landwirtschaft. Neben dem pflegerischen Aspekt kommt hinzu, dass sich Pflegehöfe zu einem finanziellen Standbein für Landwirtinnen und Landwirte entwickeln können. Denn nicht nur die Pflege ist im Wandel, sondern auch die Landwirtschaft. ❐

Quadratur des Kreises

Die Kommunikation zur neuen Grundsteuer und ihre Folgen

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Die Einführung der neuen Grundsteuer B bietet viel Potenzial, um als Lehrbeispiel in die Handbücher der politischen Kommunikation einzugehen. Als Negativmuster dafür, wie politische Kommunikation zu Missverständnissen führt, Regierungshandeln Verdruss auslöst und Beschädigungen im föderalen System entstehen.

Frühzeitig hat sich die bayerische Staatsregierung festgelegt, und der Steuerzahler hat es gerne vernommen: Die Grundsteuer soll im Freistaat aufkommensneutral ausgestaltet werden. Politisch gemeint war damit freilich, dass in den Gemeinden das Aufkommen aus der Grundsteuer nach der Umsetzung des neuen Rechts in etwa gleichbleiben sollte. Keineswegs zugesagt war dagegen das, was ein CSU-Bundestagsabgeordneter 2019 in einem ersten Moment euphorischer Übersteuerung zum Besten gab. Nämlich, dass man in Bayern ein einfaches Steuermodell schaffen werde, das nicht zu Steuererhöhungen führe.



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

Letzteres, keine Steuererhöhungen, ist gleichwohl das, was sich bei nicht wenigen Grund- und Immobilienbesitzern im Freistaat festgesetzt hat. Sie haben das Wörtchen „aufkommensneutral“ sehr individuell und bezogen auf die persönliche Steuerlast interpretiert. Natürlich gab es warnende Stimmen, die sachte darauf hinwiesen, dass sich ein grundlegendes Missverständnis zwischen Staat und Bürgern anbahne. Ausgeräumt wurde es aber nie. Der Ton war mit „aufkommensneutral“ politisch gesetzt. Umso mehr greift jetzt Irritation um sich, weil es absehbar zu Verschiebungen in der individuellen Grundsteuerlast kommen kann und der eine oder andere Grund- und Immobilienbesitzer künftig mehr als bisher zahlt. Wenn dabei Grundstücke auch in die Besteuerung kommen, die bislang nicht – das soll es gelegentlich im ländlichen Bereich tatsächlich geben – oder falsch veranlagt waren, dann ist das allerdings recht und billig. Die Betroffenen sollten es deshalb staatsbürgerlich gesittet ertragen, wenn das jetzt korrigiert wird.

Was im Einzelfall als steuerlicher Nachteil in Vergleich zur Altregelgung begriffen wird, ist jedoch eine der Stärken des bayerischen Wegs im Grundsteuerrecht. Denn künftig gilt der einfache und nachvollziehbare Zusammenhang, nach dem die kommunale Leistung als umso aufwendiger gilt, je größer und intensiver bebaut ein Grundstück ist.

Versäumnis der Politik

Diesen Zusammenhang intensiv zu erklären, dafür war ein halbes Jahrzehnt Zeit. Dass die politischen Entscheidungsträger und der Gesetzgeber die Zeit nicht zur umfänglichen Aufklärungsarbeit rund ums neue Grundsteuergesetz genutzt haben, darf man ihnen vorwerfen. Ein Versäumnis, das noch für viel Verdruss im Land sorgen wird – spätestens dann, wenn die neuen Grundsteuerbescheide Anfang des nächsten Jahres auslaufen.

Die Bayerische Staatsregierung hat es sich bei aller inhaltlichen Qualität des Grundsteuerrechts mit Blick auf die Umsetzung zu einfach gemacht und schlichtweg darauf gebaut, dass es die Kommunen dann schon eines Tages richten werden. Einen Bärendienst hat sie ihnen zudem mit dem „Appell“ erwiesen, die Hebesätze für 2025 so festzusetzen (d.h. in der Regel abzusenken), dass die Grundsteuereinnahmen denen des Jahres 2024 entsprechen. Denn auch hier ist entscheidend, was beim Bürger ankommt. Und das ist in dem Fall die schlichte Botschaft, nach der die Kommunen durch ein Neujustieren der Hebesätze schon dafür sorgen werden, dass der einzelne Grund- und Immobilienbesitzer nicht mehr Grundsteuer als vor der Reform zahlt.

Erinnerungen werden wach

So mancher Bürgermeister begreift den „Appell“ nach aufkommensneutralen Hebesätzen als übergriffige Forderung. Erinnerungen werden wach an die einst als wenig geglückt empfundene Empfehlung der Staatsregierung zu den Erschließungsbeiträgen im Straßenbau. Das hat sich schmerzvoll in bürgermeisterlichen Gedächtnissen festgesetzt. Politischer Druck durch staatsministerielle Ankündigungs-, Empfehlungs- und Erwartungsrhetorik als wiederkehrendes Muster? Im kommunalen Bereich sorgt das mittlerweile hier und da für besorgtes Stirnrunzeln.

Der Staatsregierung jedoch zu unterstellen, sie sei politisch übergriffig, mag gleichwohl hart formuliert sein. Zumal zu deren Entlastung angeführt werden könnte, dass sie den „Appell“, die Hebesätze aufkommensneutral zu gestalten, immer mit dem Hinweis auf die im Grundgesetz verankerte Hebesatzautonomie der Städte und Gemeinden versehen hat.

Kommunale Bürde

Ungeachtet dessen tangiert der Regierungshinweis allemal einen sensiblen Bereich. Nämlich den der kommunalen Selbstverwaltung. So schwach die Kommunikation zur Erklärung der neuen Grundsteuer in Eindeutigkeit und Bürgernähe war, so stark ist fatalerweise die Wirkung des Regierungsappells. Alle Erwartungen sind dadurch auf die Kommunen gerichtet. Ihnen fällt nolens volens die Bürde zu, das zu richten, was wo anders kommunikativ verbockt wurde – und schränkt damit womöglich die gemeindliche selbständige und weisungsfreie Verwaltung ein.

Realpolitische Herausforderung

Verfassungsrechtlich ist das delikat und realpolitisch herausfordernd in Zeiten, in denen die kommunalen Finanzen ohnehin schon (über-)strapaziert sind – nicht zuletzt aufgrund vielfältiger Aufgabenzuweisungen durch die Bundespolitik. Da ist die Verlockung nachvollziehbar, den „Appell“ der Staatsregierung aus eigenem Recht zu ignorieren und zusätzliche Einnahmen durch die Grundsteuer mitzunehmen.

Begründen ließe sich das allemal. Nicht zuletzt durch den bereits erwähnten Zusammenhang von kommunalem Aufwand sowie Größe und Bebauungsintensität von Grundstücken. Wie auch immer: Lassen die Kommunen die Hebesätze unverändert (oder heben sie gar an), haben sie den schwarzen Steuerpeter. Senken sie die Hebesätze, gefährden sie womöglich Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Neuregelungen und Klarstellungen sind hier deshalb ebenfalls dringend notwendig.

Die nächsten Wochen werden für die Kommunen nicht einfach. Bis spätestens Anfang Dezember sollten sie – zum Teil auf noch unvollständiger Datenbasis – über die Grundsteuerhebesätze zumindest für das Jahr 2025 entscheiden. Wie sie es auch wenden. Sie stehen vor der Quadratur des Kreises. Wieder einmal. ❐

Energieeffizient bauen und sanieren – aber wie?

Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Bayerischen Landesamt für Umwelt bietet Erstinformationen und Orientierung für Bürger an, die eine Baumaßnahme planen. „Richtungsweisend für Bayern“ ist die umfassende Informationswebseite, auf der Heizungstechnologien, Dämmarten und Anstöße für mehr Wohngesundheit vorgestellt werden. Zusätzlich können nun auch Bauherren ihre Erfahrungen teilen und hilfreiche Tipps geben. Hinzu kommt Hintergrundwissen zu den verschiedenen Gebäudestandards, zu Förderungen und Energieberatung. Zukünftig wird das Angebot um kommunale Themen erweitert.

Unter www.richtungsweisend.bayern finden Bauherren Orientierung bei der Planung von Neubauten und Sanierungsmaßnahmen. Dabei liegt der Fokus auf Technologieoffenheit und Nutzerorientierung. Die LENK stellt dazu die verschiedenen Möglichkeiten vor und zeigt auf, welche Schritte schon in der Planungsphase mitgedacht werden sollten. Sie erklärt die Wirkungsweisen der verschiedenen Arten der Gebäudedämmung, der Solarthermie, der Wärmepumpe und der Fernwärmenetze, der Bioenergie und auch der Wasserstofftechnologie. Außerdem können sich Interessierte ab jetzt auch über Förderungen für Neubau und Sanierung informieren. Sie erfahren, welche verschiedenen Arten von Gebäudestandards möglich sind. Und sie können in einem Lexikon die vielen, oft sehr fachspezifischen Begriffe nachschlagen, die einem bei der Planung einer Baumaßnahme begegnen. Zudem gibt es nützliches Wissen zum Energieausweis und der Energieberatung. ❐

Bauwirtschaft präsentiert Studie zur Senkung der Grunderwerbsteuer

Das Bayerische Baugewerbe hat zusammen mit dem Zentralverband Deutsches Baugewerbe, der Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V. (BWW), dem Baugewerbe-Verband Niedersachsen sowie den Bauverbänden NRW beim Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Köln eine Studie in Auftrag gegeben. Diese untersucht, wie sich eine Senkung der Grunderwerbsteuer auf die Neubaunachfrage auswirkt.

Im Ergebnis würde eine Halbierung der Grunderwerbsteuer nicht nur die Zahl der Baugenehmigungen um fast 10 Prozent steigern. Die aktivierte Bautätigkeit würde Steuermehreinnahmen generieren und die Fertigstellungszahlen der privaten Bauvorhaben erhöhen. Die öffentliche Hand müsste dadurch weniger eigene Wohnungen bauen, um den Wohnungsbedarf zu decken. Die so ersparten Aufwendungen würden die Mindereinnahmen der halbierten Grunderwerbsteuer mehr als kompensieren.

Appell an die Staatsregierung

Das Land Bayern hat zwar bundesweit den geringsten Grunderwerbsteuersatz – dennoch würde der Effekt aufgrund der hohen Grundstücks- und Immobilienpreise im bundesweiten Vergleich am größten ausfallen: Bayern würde durch die Halbierung der Grunderwerbsteuer mehr als 2 Milliarden Euro einsparen.

Für Andreas Demharter, Hauptgeschäftsführer des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen, sind die Ergebnisse der Studie Anlass für einen Appell an die Staatsregierung: „Die Grunderwerbsteuer ist für Familien eine der großen Hürden bei der Eigentumsbildung. Mit Blick auf die Wohnungsnot brauchen wir aber jedes private Bauvorhaben. Daher appellieren wir an die Staatsregierung, die Furcht vor Mindereinnahmen zu überwinden. Eine Senkung der Grunderwerbsteuer hat großes Potenzial für mehr Steuereinnahmen bei gleichzeitiger Erhöhung des Wohnungsbaus. Jeder Euro in Bauinvestitionen generiert bis zu sieben Euro an Folgeinvestitionen. Die Studie zeigt klar, dass die Senkung dem Freistaat Bayern am Ende günstiger kommen würde, als selbst die benötigten Wohnungen zu bauen. Daher kann es auch in Bayern nur heißen: Runter mit der Grunderwerbsteuer!“

Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 haben die Bundesländer die Möglichkeit, die Grunderwerbsteuersätze eigenständig festzulegen. ❐

Gerlach unterstützt Krankenhaus-Ausbau in Bayern

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach unterstützt den Ausbau und die Modernisierung von Krankenhäusern. Gerlach betonte anlässlich der Feier zur Fertigstellung der Erweiterung der Klinik König-Ludwig-Haus in Würzburg um ein Zentrum für Seelische Gesundheit: „Wir machen unsere Kliniken und Versorgungsstrukturen fit für die Zukunft. Eine qualitativ hochwertige und ganzheitliche stationäre Versorgung ist ein zentrales Anliegen der Staatsregierung.“

Die Ministerin ergänzte: „Die nun fertiggestellte Angliederung der psychiatrischen Klinik und Neugestaltung des Aufnahmebereichs hat der Freistaat mit rund 17 Millionen Euro unterstützt. Als nächstes steht nun die notwendige Generalsanierung und Erweiterung der Orthopädischen Klinik an. Der Freistaat unterstützt als ersten Schritt der Sanierung einen Neubau des Südflügels mit knapp 25 Millionen Euro.“

Zuverlässiger Partner

Gerlach unterstrich: „Jeder Euro ist eine hervorragende Investition nicht nur in die Zukunft der Klinik, sondern auch in die stationäre Versorgung der gesamten Region. Wir bleiben auch in Zukunft verlässlicher Partner des König-Ludwig-Hauses und der Kliniken des Bezirks Unterfranken!“

Stefan Funk, Bezirkstagspräsident des Regierungsbezirks Unterfranken, fügte hinzu: „Mit der Fertigstellung der Erweiterung der Klinik König-Ludwig-Haus in Würzburg um ein Zentrum für Seelische Gesundheit stärken wir den Gesundheitsstandort Unterfranken nachhaltig. Psychiatrie ist eine der Pflichtaufgaben der bayerischen Bezirke, die wir sehr ernst nehmen. Mit der Neustrukturierung des Südflügels in der Orthopädischen Klinik König-Ludwig-Haus gehen wir in Richtung einer modernen Orthopädie.“ ❐

WIR KÖNNEN STRASSENBAU

BIS ZU 50 % GÜNSTIGER
als herkömmliche Straßensanierungen

✗ Gemeindeverbindungsstraßen
✗ Hofzufahrten ✗ Moosstraßen
✗ Bergstraßen ✗ Radwege
✗ Wirtschaftswege ✗ Güterwege
✗ Beton- und Betonpflasterstraßen
✗ Innerorts Straßen ✗ Parkplätze
✗ Industrie- und Logistikflächen

Die Lösung:
DAS PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

- Kostengünstig
- Hochwertige Ausführung
- Schnelle Verfügbarkeit der Straße
- Einsparung von aufwändigem Bodenaustausch
- Verarbeitung von kontaminierten Böden (technisch möglich)



PANMAX
Nanotechnologie im Tiefbau

Tel. +49–8083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

Folgen Sie uns auf Youtube!

DStGB-Ausschuss für Städtebau und Umwelt:

Extremwetterereignissen wirksam begegnen

Neue Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung etablieren

Die Extremwetterereignisse der vergangenen Wochen und Monate machen einmal mehr deutlich, dass dem Bereich der Klimaanpassung eine hohe Priorität eingeräumt werden muss. Starkregen und Hochwasser, aber auch langanhaltende Hitzeperioden, stellen die Kommunen vor immer größere Herausforderungen.

„Insbesondere die Starkregen- und Hochwasservorsorge muss hierbei in den Blick genommen werden. Dies haben nicht zuletzt die gravierenden Folgen der Juni-Hochwasserkatastrophe in Süddeutschland und in Österreich sowie weiteren Nachbarländern gezeigt", so der Vorsitzende des DStGB-Ausschusses für Städtebau und Umwelt, Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher, Freising, bei der Sitzung des Ausschusses in Günzburg.

Flutpolder und Deiche

Neben einer hochwasserangepassten kommunalen Bauleitplanung ist die Schaffung von Rückhalteräumen, auch im bebauten Siedlungsbereich, sowie ein konsequenter Ausbau des technischen Hochwasserschutzes erforderlich. Eschenbacher: „Der Aufwand gerade für technische Schutzmaßnahmen wie beispielsweise Spundwände, mobile Hochwasserschutzmaßnahmen oder Regenrückhaltebecken zahlt sich in der Praxis aus. Es muss darum gehen, Schäden bestmöglich zu minimieren und vorzubeugen."

Damit einhergehen muss nach Auffassung des DStGB zudem ein konsequenter Ausbau von Flutpoldern und Deichen an den großen Flüssen, auch, um im Einzelfall den Wassermassen mehr Platz zu bieten. Bernd Düsterdiek, Beigeordneter des DStGB: „Bund und Länder müssen hier weiterarbeiten und das Nationale Hochwasserschutzprogramm konsequent umsetzen. Große Retentionsflächen, Flutpolder und intakte Deiche sind Grundvoraussetzungen für einen vorbeugenden Hochwasserschutz." In diesem Zusammenhang kommt auch dem Zugriff auf relevante Flächen eine wichtige Funktion zu. Leider behindern private Grundstückseigentümer immer wieder notwendige Hochwasserschutzmaßnahmen, indem sie unter Hinweis auf ihr Eigentum erforderliche Maßnahmen blockieren. Der Gesetzgeber sollte hier zukünftig einen besseren Flächenzugriff ermöglichen.

Da zukünftig mit weiteren Großschadenslagen zu rechnen ist, müssen zudem die Frühwarnsysteme weiter optimiert und an die Gefahrenlagen angepasst werden. Schließlich benötigen wir eine Stärkung der Katstrophenvorsorge insgesamt. Dazu zählt neben Finanzmitteln für die Anpassung der Infrastruktur auch die Stärkung der Unterstützungsstrukturen vor Ort und der Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des THW. Hier bleiben Bund und Länder gleichermaßen gefordert.

Daueraufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung

Da die bestehenden Herausforderungen in diesen Bereichen nicht allein auf kommunaler Ebene gelöst werden können, benötigen wir eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung" von Bund und Ländern. Die insoweit erforderliche Anpassung im Grundgesetz sollte nach dem Vorbild der GAK (Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz) zügig auf den Weg gebracht werden. Städte und Gemeinden benötigen Planbarkeit und eine verlässliche Finanzierungsgrundlage, damit wir unsere Kommunen klimaresilient umbauen und weiterentwickeln können."

Hochwasserereignisse und Hitze- und Dürreperioden zeigen allerdings auch: Die Folgen von Extremwettern machen nicht an Landesgrenzen halt und es wird im Ergebnis keinen hundertprozentigen Schutz geben können. Daher muss in Zukunft auch an die Eigenvorsorge der Bürgerinnen und Bürger, etwa beim hochwasserangepassten Bauen, appelliert werden. ❐

Entwicklung eines Interkommunalen Denkmalkonzepts

Erfolgreicher Start im Landkreis Regen

Das Landratsamt Regen hat den Auftakt zu einem bedeutsamen Projekt erlebt: In einer zweitägigen Veranstaltung mit Workshops wurde der Grundstein für das Interkommunale Denkmalkonzept (IKDK) des Landkreises gelegt.

Am ersten Tag versammelte sich zunächst das Arbeitsgremium. „In diesem Rahmen wurden wichtige Fragen zur Bewahrung und modernen Nutzung unserer reichen Kulturlandschaft besprochen," so Sonja Morgenstern von der Unteren Denkmalschutzbehörde am Landratsamt zu den Inhalten der Veranstaltung. Am zweiten Tag setzte der Wissenschaftliche Beirat diese Diskussionen fort und vertiefte die zuvor identifizierten Handlungsfelder.

Workshops

Im Mittelpunkt der Workshops stand die Frage, wie die historischen Schätze des Landkreises bewahrt und gleichzeitig für heutige Bedürfnisse nutzbar gemacht werden können. Die Teilnehmer betonten die Notwendigkeit, Nachhaltigkeit und Klimabewusstsein in den Denkmalschutz zu integrieren und erarbeiteten Strategien zur Vernetzung und Aufwertung kultureller Ressourcen. „Eine wesentliche Erkenntnis stellt die Bedeutung der Entwicklung von Wegenetzen und touristischen Infrastrukturen dar, um die regionale Identität zu stärken und das kulturelle Erbe erlebbar zu machen", so Morgenstern.

Nächste Schritte

Diese und andere Erkenntnisse sind nun die Grundlage für die nächsten Schritte im Projekt. In den nächsten Wochen finden Vor-Ort-Termine statt, mit denen der aktuelle Zustand der Denkmäler dokumentiert wird. Diese Informationen sollen dann in der Imagemap Kultur – Erbe – Technik anschaulich aufbereitet und der Öffentlichkeit verfügbar gemacht werden. Mit diesen ersten Schritten sei der Weg für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung des Landkreises Regen geebnet, so die Überzeugung der Teilnehmenden. „Die engagierte Arbeit der Gremien setzt ein starkes Zeichen für die kulturelle und landschaftliche Zukunft unserer Region", betonte stellvertretender Landrat Helmut Plenk bei der Veranstaltung. ❐





Erste Reihe v.l.: Bernd Düsterdiek, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes; Ingrid Simet, Ministerialdirektorin, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr; Tobias Eschenbacher, Ausschussvorsitzender und Oberbürgermeister von Freising und Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister von Günzburg und Gastgeber der Ausschusssitzung. Bild: Johanna Hofgärtner

Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik:

Bündnisse für das Gemeinwohl

Unter dem Titel „Kooperationen in der Stadtentwicklung – Bündnisse für das Gemeinwohl!" fand in Heidelberg der 17. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik statt. Gemeinsam mit der Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund hatte das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) zur zentralen Veranstaltung der Stadtentwicklungspolitik eingeladen.

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, eröffnete den Kongress und hob die Notwendigkeit breiter Bündnisse hervor: „Wir haben große Aufgaben vor uns: Mehr bezahlbares Wohnen schaffen, die Transformation der Wärme- und Energieversorgung voranbringen und unsere Dörfer und Städte resilient machen vor den Klimaveränderungen. Um bei dieser Vielfalt an Aufgaben zu pragmatischen Ergebnissen zu kommen, braucht es breite Bündnisse und starke Kooperationen, vor allem mit den Kommunen und ihren Verwaltungen."

Die Ministerin betonte, dass sowohl bei aktuellen Schwerpunktthemen des BMWSB wie der Klimafolgenanpassung, der Überwindung von Wohnungslosigkeit, Einsamkeit oder der gendergerechten Stadtentwicklung ein kooperatives, gemeinwohlorientiertes Handeln und bürgerschaftliches Engagement viel bewegen könne.

Um Kooperationen und „Bündnisse für das Gemeinwohl" durch strategische politische Entscheidungen und rechtliche Rahmensetzungen zu unterstützen, gebe es zum Beispiel Fördermittel des Bundes für Hitzeschutzmaßnahmen wie Baumpflanzungen, Dachbegrünungen oder Entsiegelung, etwa aus der Städtebauförderung oder aus dem Programm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel". In diesem Jahr habe das Bundesbauministerium eine Strategie für Hitzeschutz und Hitzevorsorge in der Stadtentwicklung und im Bauwesen vorgelegt, die dabei helfen solle, ortsangepasste Lösungen zu entwickeln. Wie dies konkret aussehen könne, werde in „Urban Heat Labs" erforscht, die im Rahmen der Hitzeschutzstrategie gefördert würden.

Aus Sicht von Prof. Dr. Eckart Würzner, Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, zählen die Weiterentwicklung lebendiger Stadt- und Stadtteilzentren, die Anpassung von Plätzen und Freiflächen an den Klimawandel, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und der Ausbau umweltfreundlicher Energie- und Mobilitätslösungen zu den aktuell zentralen Aufgaben. Die enge Zusammenarbeit und die gerechte Lastenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sei dabei von entscheidender Bedeutung.

Welche Strategien Wien schon seit einigen Jahren zu einer der lebenswertesten Städte der Welt machen, führte Maria Vassilakou, Stadträtin für Stadtentwicklung, aus. Dem Thema Kooperationen sei im aktuellen Stadtentwicklungsplan der Stadt Wien ein eigenes Kapitel gewidmet. Hierbei gehe es u.a. um die vielfältigen Kooperationen innerhalb der Verwaltung, der Region, mit dem Bund, der Zivilgesellschaft und Public Plural Partnerships, die für das Gelingen von Stadtentwicklung gepflegt werden müssten. Vassilakou zufolge bedürfen jegliche Formen der Kooperation eines Rahmens und Regeln, um zu funktionieren und stetig auftretende Konflikte zu überwinde

Als Standard für die Gestaltung einer lebenswerten Umwelt würden in Wien die Bedürfnisse von Kindern gesetzt. Qualitäten wie schnell erreichbare, großzügige und gepflegte Grünflächen mit Bewegungsmöglichkeiten, Abkühlung am Wasser oder der Ausbau von Fuß- und Radwegenetzen würden als Gestaltungsprinzipien definiert und kämen so nicht nur Kindern, sondern allen Menschen zugute.

Die Stadträtin verwies zudem auf die über hundertjährige Tradition des sozialen Wohnungsbaus in Österreichs Hauptstadt: 62 Prozent der Bürger lebten in Gemeindewohnungen oder geförderten Wohnungen. Dies sei nur durch die Kooperation der Stadt mit über 50 Wohnungsbauträgern möglich. Hierzu würden ca. 500.000 Euro pro Jahr für leistbaren Wohnungsbau investiert.

Durch Bauträgerwettbewerbe erreiche man hohe Baustandards, in denen als Kriterien architektonische Diversität, Kosteneffizienz, partizipative Planungsprozesse und ökologische Standards gesetzt seien. Das Drei Säulen-Modell der erfolgreichen Umsetzung setze sich zusammen aus niedrigen (fixen) Landpreisen, Baukostenförderung und individuellen Beihilfen sowie Kostenmieten (Realkosten, nicht Marktwert). Seit 2020 müssten bei Zukunftsquartieren zwei Drittel der Wohnungen für geförderten Wohnungsbau eingeplant werden (Ausnahmeregelungen über Gegenleistungen möglich). Die Festsetzungen würden in Verträgen zwischen Bauträgern und der Stadt Wien festgehalten. Der Bund sei durch den Besitz der meisten zu entwickelnden Gebiete wie Konversionsgelände oder Bahngeländen, häufig in den Prozess als Kooperationspartner mit einbezogen, machte Vassilakou deutlich.

In den sogenannten Zukunftsarenen bot der Kongress Raum für den Austausch zu verschiedenen Themen der Stadtentwicklung. Hier wurden Projekte und Best-Practice-Beispiele zur Innenstadtentwicklung, Klimaanpassung, Quartiersplanung und nachhaltiger Umbaukultur vorgestellt. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, innovative Ansätze zu diskutieren und Lösungsansätze für die drängenden Fragen der Stadtplanung zu erarbeiten. Darüber hinaus wurden in über ein Dutzend Rahmenveranstaltungen die unterschiedlichen Ansätze der Kooperationen in der Stadtentwicklung diskutiert und dabei auch Beispiele aus dem Ausland in den Blick genommen.

Eine neue Plattform für kooperatives Handeln und gute Lösungen ist die Kleinstadtakademie. Sie startete im Juli 2024 mit dem Ziel, sich als deutschlandweite Austauschplattform sowie Netzwerk von Kleinstädten und Kleinstadtakteuren für Stadtentwicklungsthemen aufzubauen. Damit soll eine völlig neue Form der selbstwirksamen Unterstützungsstruktur von Kleinstädten für Kleinstädte geschaffen werden.

Beim Umbau bestehender und der Entwicklung neuer Stadtquartiere ist die Ressourceneffizienz von zentraler Bedeutung. In einer weiteren Rahmenveranstaltung wurden integrierte Governance-Ansätze sowie digitale und technische Innovationen präsentiert und diskutiert. Überdies wurden Einblicke in die neue DIN SPEC 91468 „Leitfaden für ressourceneffiziente Stadtquartiere" und erste Anwendungen in der kommunalen Praxis gegeben.

Ebenso auf der Agenda stand die Frage, wie Kooperation im Bereich der Stadtentwicklung im internationalen Kontext wirkt. Hierzu gab es u.a. Impulsreferate in Form von Präsentationen aus Südafrika, der Ukraine und den USA.

Darüber hinaus stand das Kooperationsprojekt der Wüstenrot Stiftung „Einsamkeit. Neue Anforderungen an lebendige Quartiere" mit location3 und Urban Expert zur Diskussion. Einsamkeit gilt als eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Das Fachpublikum wurde eingeladen, Strategien und Ideen im Handlungsfeld kennenzulernen und zu erkunden. Das Quartier ist als Sozialraum von großer Bedeutung, da hier zielgruppen- und themenübergreifende Arbeit ermöglicht und gefördert werden kann und muss.

Vertieft wurden auch die Erfahrungen und Perspektiven deutscher Städte und Gemeinden im Umgang mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Präsentiert wurden konkrete Fallstudien, die verdeutlichen, in welcher Form die EU-Förderung bereits zur Umsetzung innovativer Stadtentwicklungsprojekte beigetragen hat. Dabei ging es nicht nur um die erreichten Meilensteine, sondern auch um die Frage, wie die EU-Förderung in der nächsten Förderperiode gestaltet und optimiert werden kann. **DK**

Bauministerkonferenz in Passau:

Bürokratische Hemmnisse abbauen

Das Thema Wohnungsbau stand im Mittelpunkt der 145. Bauministerkonferenz (BMK) in Passau unter dem Vorsitz von Bayerns Bauminister Christian Bernreiter. Er wies darauf hin, dass die Themen Wohnen und Bauen schnellstmöglich nach vorne gebracht, bürokratische Hemmnisse abgebaut und Normen zurückgedrängt werden müssen. Der Wohnungsbau soll einfacher, schneller und billiger werden.

Wie Bernreiter erläuterte, „ist die Situation im Wohnungsbau weiterhin außerordentlich angespannt. Um die aktuellen Herausforderungen bewältigen zu können, bedarf es eines umfassenden Konzeptes, das viele Aspekte einschließt." Um die Kostenspirale nicht weiter anzutreiben, seien zum Beispiel eine inhaltliche Überprüfung der DIN-Normen und klare zivilrechtliche Regelungen, die kostengünstiges und innovatives Bauen ermöglichen, erforderlich. Auch bei der Novelle des Baugesetzbuches müsse der Bund noch nachbessern. „Wir müssen den Kommunen hier alle Instrumente an die Hand geben, damit sie den Bau-Turbo auch wirklich zünden können", machte Bernreiter deutlich.

Laut Dr. Rolf Bösinger, Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, „werden wir mit der Novelle des Baugesetzbuches das Bauen einfacher und günstiger machen. Die Neuregelungen sind an der Praxis orientiert. Sie unterstützen das Handeln der Kommunen für mehr Klimaanpassung und machen Bauen in vielen Anwendungsfällen einfacher, z. B. beim Bauen in der zweiten Reihe. Mit unseren Förderprogrammen zum sozialen Wohnungsbau, dem Jungen Wohnen für Studierende und Azubis und der Förderung von klimafreundlichem Neubau unterstützen wir zielgerichtet."

Neues Förderprogramm

Am 1. Oktober starte zudem das Förderprogramm „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment", das ausschließlich bezahlbaren, klimaangepassten Wohnraum schaffen werde. Bis zu 150.000 Wohneinheiten könnten damit bis Ende 2025 voraussichtlich gefördert werden. Mit dem Anspruch beschleunigter Bauvorhaben gehe auch der Gebäudetyp E einher, der Bauherren mehr Freiheit und Flexibilität ermöglicht. „Neun Länder haben das bereits umgesetzt, wofür ich den Ländern danke", so Bösinger.

Die für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder fassten Beschlüsse, um den Wohnungsbau zu fördern und das Wohnen bezahlbar zu halten. Dazu zählen etwa transparente und gestaltbare Normen für ein einfaches und kostenreduziertes Bauen, Anpassungen im Baurecht sowie verlässliche Förderprogramme.

Konkret sollen nicht nur vorhandene Regelwerke wie DIN-Normen, das Zivilrecht oder Förderprogramme, sondern auch Planungsprozesse reformiert werden, um kostengünstiges Bauen zu ermöglichen. Wichtig sei, mehr Anreize in der Förderung zu setzen und das BGB anzupassen, um den Weg frei für innovative Lösungen zu machen.

Die BMK würdigte zudem den Gesetzentwurf zur Novelle des Baugesetzbuchs (BauGB) mit dem Ziel der Planungsbeschleunigung und des Bürokratieabbaus. Die BMK forderte die Bundesregierung auf, den Kommunen weitere Instrumente für eine vereinfachte Planung zur Verfügung zu stellen. Die Länder werden sich im laufenden Bundesratsverfahren für diese Forderungen einsetzen.

Darüber hinaus wurde die Bundesregierung aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass die Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur den Wohnungsbau nicht behindert oder verhindert. Unter anderem dürfe die EU-Verordnung nicht dem Baulandmobilisierungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen, hieß es.

Mit der Typengenehmigung in der Musterbauordnung haben die Länder einen einheitlichen Rahmen für seriellen, modularen und systemischen Wohnungsbau geschaffen. „Auch die Vorgaben der Länder zur Mietwohnraumförderung stehen einer bundesweiten Etablierung des seriellen, modularen und systemischen Wohnungsbaus nicht entgegen", stellte die BMK fest.

Appelle an den Bund

Für ausreichend bezahlbaren Wohnraum bedürfe es verlässlicher und ausreichend ausgestatteter Förderprogramme des Bundes. Die Bauministerkonferenz appellierte an den Bund, die Abstimmung der Verwaltungsvereinbarungen sozialer Wohnungsbau und Junges Wohnen zügig voranzutreiben und den Ländern die Entwürfe vorzulegen. Eine weitere Erhöhung des Ko-Finanzierungsanteils der Länder auf 50 Prozent der Bundesmittel wurde abgelehnt.

Gleiches gilt für jede weitere Verschärfung der Wohngebäudestandards im Neubau und im Bestand. Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden müssten deshalb alle auf EU-Ebene bestehenden Spielräume genutzt und das Augenmerk auf die Treibausgas-Emissionen über den Lebenszyklus eines Gebäudes gelegt werden. Dies gelte auch für die Bestimmungen, die derzeit die Banken bei der Kreditfinanzierung limitieren.

Kritisiert wurde auch der neu geschaffene Posten des EU-Kommissars für Wohnungswesen. Fortan müsse der Kommissar für die Anliegen der für die Wohnraumförderung zuständigen Länder sensibilisiert werden.

Nach Einschätzung von Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, „hat die Bauministerkonferenz wichtige Beschlüsse gefasst. Jetzt kommt es darauf an, dass sie auch auf Bundesebene Gehör finden und in die Umsetzung gehen."

Es sei absolut wichtig, dass vorhandene Regelwerke und Planungsprozesse weiter reformiert werden, um das Bauen einfacher und kostengünstiger zu machen. Ebenso notwendig sei es, dass die Kommunen über die Baugesetzbuch-Novelle hinaus weitere Instrumente für eine vereinfachte Planung erhalten. Nur so könne ein echter Bau-Turbo gezündet werden.

„Der serielle und modulare Wohnungsbau muss weiter nach vorne gebracht werden und energetische Anforderungen an Gebäude dürfen nicht noch weiter nach oben geschraubt werden – auch das sind bedeutende Beschlüsse, die Realität werden müssen", forderte Gedaschko. **DK**

Neues Rathaus in Burgebrach:

Tradition und Moderne im Einklang

Nach über zweijähriger Bauzeit ist das neue Rathaus im oberfränkischen Markt Burgebrach feierlich eröffnet worden. Das umfangreiche Bauprojekt, das nicht nur einen Neubau, sondern auch die Sanierung des historischen Rathauses umfasst, markiert einen wichtigen Meilenstein für die Region. „Burgebrach lebt die Vergangenheit und entwickelt Zukunft", betonte der Bamberger Landrat Johann Kalb.

Aufgrund des kontinuierlichen Wachstums des Marktes Burgebrach und der Gemeinde Schönbrunn im Steigerwald genügte das alte Rathaus aus dem Jahr 1982 nicht mehr den Anforderungen. Der Marktgemeinderat beschloss deshalb 2017, ein angrenzendes Grundstück zu erwerben, um das Rathaus zu erweitern und zugleich das Bestandsgebäude zu sanieren. Nach einer Machbarkeitsstudie im Jahr 2020 stellte Architekt Christoph Gatz fest, dass das erworbene Gebäude nicht in das bestehende Rathaus integriert werden konnte. Daher entschied man sich für einen Ersatzneubau.

Das historische Rathaus von 1720 ist nun mit einem neuen, modernen Anbau und dem Verwaltungstrakt von 1982 harmonisch verbunden. Die klare Gliederung der Fassaden und die großzügige Glasfront im Treppenhaus sorgen für eine helle und einladende Atmosphäre. Der barrierefreie Haupteingang führt in ein großes Foyer, das auch außerhalb der Dienstzeiten zugänglich ist. Hier können Bürger über eine Bürgerservicebox rund um die Uhr selbstständig Dokumente abholen – ein bayernweit einmaliger Service.

Nachhaltigkeit im Blick

Im Erdgeschoss befinden sich wichtige Ämter wie das Einwohneramt, das Standesamt und das Steueramt. Im ersten Obergeschoss sind die Büros des Bürgermeisters, des Geschäftsleiters und der Bauabteilung untergebracht. Das Dachgeschoss beherbergt die Kämmerei und das Personalamt sowie einen Aufenthaltsraum für das Personal.

Das neue Rathaus setzt auf moderne Technik und Nachhaltigkeit. Eine Luft-Wasser-Wärmepumpe sorgt für die Beheizung, während eine Photovoltaikanlage auf dem Dach 85,5 Prozent des Strombedarfs deckt. Lüftungsschlitze und eine Fußbodenheizung mit Kühlfunktion tragen zur Optimierung des Raumklimas bei.

Wie Erster Bürgermeister Johannes Maciejonczyk beim Festakt unterstrich, „bemisst sich die Leistungsfähigkeit einer Verwaltung nicht nach der Quadratmeterzahl der Räume oder der Größe der Monitore. Die Leistungsfähigkeit eines verlässlichen Teams hängt von der Leidenschaft, dem Engagement und der Identifikation der Mitarbeiter ab." Die Rahmenbedingungen dafür seien mit dem gelungenen Bau geschaffen worden und dienten letztlich den Bürgerinnen und Bürgern.

„Sie haben die Voraussetzungen für eine serviceorientierte und bürgerfreundliche Verwaltung geschaffen. Allen an der Ausführung Beteiligten gilt dafür mein herzlichster Glückwunsch!", hob Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann hervor. Das neue Rathaus sei nicht nur ein hochmodernes und barrierefreies Verwaltungszentrum, sondern auch ein Symbol für die Zukunftsfähigkeit und den Zusammenhalt der Region.

„Die Gemeinden und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein Aushängeschild Bayerns und tragen maßgeblich zu einer gut funktionierenden und bürgernahen Verwaltung bei", erklärte der Minister. Mit dem neuen Rathaus habe Burgebrach einen attraktiven, zentralen Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger in allen Lebenslagen geschaffen. Zudem sei die Marktgemeinde mit der energetischen Sanierung samt Erweiterungsbau nun bestens für die Zukunft gerüstet. „Besonders freut mich, dass das Bauvorhaben eine Förderung von insgesamt einer Million Euro erhalten hat. Das ist bestens angelegtes Geld", so Herrmann. Neben der KfW-Förderung hatte auch der Freistaat Bayern im Rahmen der Städtebauförderung wesentlich zur Baumaßnahme beigetragen. Die Baukosten beliefen sich auf insgesamt 4,7 Millionen Euro. **DK**

Neue Containerunterkunft in Kirchheim

In Kirchheim ist in den vergangenen Monaten eine neue Unterkunft zur vorübergehenden Unterbringung von Geflüchteten errichtet worden. Bei einem Tag der offenen Tür stellten Landrat Christoph Göbel und Kirchheims Erster Bürgermeister Stephan Keck den Bürgerinnen und Bürgern die Planungen vor und gaben Einblicke in die Wohncontainer.

Maximal 198 Personen sollen dort künftig auf einem Grundstück, das die Gemeinde Kirchheim dem Landkreis zur Verfügung gestellt hat, eine vorübergehende Bleibe finden. Die Unterkunft, die entsprechend vertraglicher Vereinbarungen bis 31.12.2026 geflüchteten Menschen ein Dach über dem Kopf bieten soll, besteht aus insgesamt 36 Wohneinheiten. Jede Einheit verfügt über drei Schlafzimmer, einen Küchenbereich mit Herd und Spüle sowie ein Badezimmer. Die Zweibettzimmer sind mit Spinden, einem Kühlschrank sowie einer Sitzgelegenheit mit Tisch und Stühlen ausgestattet. Darüber hinaus stehen den Geflüchteten Waschküchen und Gemeinschaftsräume zur Verfügung. Drei der insgesamt 36 Wohneinheiten wurden zu Büros für Sozial- und Objektbetreuung, zu Aufenthaltsräumen und Waschküchen umfunktioniert.

Betreut werden die Geflüchteten vor Ort von der Diakonie München. Darüber hinaus ist rund um die Uhr ein Objektservice vor Ort, der auch als Ansprechpartner für die Bewohner fungiert.

Aktuell laufen noch letzte technische Arbeiten an der Anlage, die jedoch zeitnah abgeschlossen werden sollen. Auch ein Spielplatz wird in der Mitte der Anlage noch errichtet. Voraussichtlich ab Mitte Oktober 2024 können die ersten Bewohner ihr vorübergehendes Zuhause beziehen. In der Kirchheimer Unterkunft sollen Geflüchtete aus der Ukraine untergebracht werden. Unter anderem werden hier diejenigen Geflüchteten unterkommen, die bislang bereits in einem Kirchheimer Hotel untergebracht sind, dessen Anmietung Ende des Jahres ausläuft.

Landrat Christoph Göbel, der im Rahmen des Tages der offenen Tür auch zahlreiche Fragen und Bedenken der Anwohner beantwortete, sprach der Gemeinde seinen Dank für die Unterstützung aus: „Mir ist bewusst, dass die Errichtung einer neuen Containerunterkunft für so viele Menschen – zumal in solcher Nähe zur bereits bestehenden Wohnbebauung – Fragen und Bedenken mit sich bringt. Sicherheit und Schutz unserer Lebensqualität sind für uns alle von größter Bedeutung… Unsere solidarische Gesellschaft basiert darauf, dass Menschen in Not einander helfen. Insoweit sehe ich es zum einen als unsere bürgerliche Pflicht, Menschen, die vor Krieg und Gewaltregimes flüchten, Schutz zu gewähren. Als Landkreis stehen wir zudem im Auftrag des Freistaats Bayern, diese Aufgabe verantwortungsvoll zu erfüllen. Ich danke der Gemeinde Kirchheim für ihre wertvolle Unterstützung und gute Zusammenarbeit…"

Kirchheims Erster Bürgermeister Stephan Keck ergänzte: „Wir können die Unmenschlichkeit in der Welt nicht verhindern, aber dazu beitragen, dass bei uns Menschlichkeit gelebt wird. In diesem Sinne waren die Bürger von Kirchheim immer solidarisch und werden dies auch in Zukunft sein." ❐



WIR FÖRDERN
ENERGIESCHAFFEN UND ENERGIESPAREN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz sowie weitere kommunale Projekte. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 089/21 24 -10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

LfA Förderbank Bayern

Verleihung der Denkmalschutzmedaille 2024:

Beste Botschafter der Denkmalpflege

Die Gemeinde Baierbach, die Märkte Türkheim und Winklarn sowie die Stadt Bad Berneck sind in der Alten Münze in München von Kunstminister Markus Blume und Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil, Leiter des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, mit der Denkmalschutzmedaille ausgezeichnet worden. Die Kommunen zählen zu den insgesamt 16 Preisträgern aus Bayern, die sich in herausragender Weise um den Erhalt von Denkmälern verdient gemacht haben.


Preisträgerin Luise Hausberger, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Baierbach, gemeinsam mit Generalkonservator Mathias Pfeil (l.) sowie Wissenschafts- und Kunstminister Markus Blume. Bild: Axel König/StMWK

Baierbach

Die niederbayerische Gemeinde Baierbach (Landkreis Landshut), vertreten durch Erste Bürgermeisterin Luise Hausberger, hat mit dem Umbau und der Sanierung des Wiesmerhofs im Zentrum von Baierbach einen Ort für alle Bürger geschaffen. Nach rund dreijähriger Sanierung des 170 Jahre alten und zuletzt akut gefährdeten Bauernhauses verfolgt die Gemeinde heute einen ganzheitlichen Ansatz und bietet von einer Tagespflege für bis zu 15 Senioren über einen Gemeinderaum bis hin zum Jugendtreff ein attraktives Angebot. Mit der Ergänzung der Nebengebäude wurde zudem wieder eine Hofsituation geschaffen.

Neben der behutsamen Instandsetzung des denkmalgeschützten Hauptgebäudes wurde versucht, vorhandene Gestaltungsprinzipien weiterzuschreiben und in Anlehnung an bäuerliche Traditionen umzusetzen. So entstand ein differenziertes Zusammenspiel aus Material, Oberfläche und Farbe. Rathauschefin Hausberger initiierte das Projekt und fungierte während der gesamten Zeit als Vermittlerin. Sie suchte das Gespräch mit der Denkmalpflege, möglichen Nutzergruppen und Fördergebern und während der Vorbereitung, Planung und Ausführung des Projekts den Austausch und die Diskussion mit Planern und ausführenden Firmen.

Die Überzeugung, dass das Gebäude einen Teil der Geschichte des Ortes bildet und nur mit einer neuen, sinnvollen Nutzung auf Dauer erhalten werden kann, prägte von Anfang an das Handeln der Bürgermeisterin. Trotz vieler kritischer Stimmen wusste sie die Öffentlichkeit mit Leidenschaft und sachlicher Argumentation von der Sanierung und Neunutzung zu überzeugen.

Türkheim

Für die Instandsetzung des historischen Waaghauses im Ortszentrum wurde der schwäbische Markt Türkheim (Kreis Unterallgäu) mit ihrem Ersten Bürgermeister Christian Kähler ausgezeichnet. Das Waaghaus entstammt im Kern dem Jahr 1600 und gehört damit zu den rund 20 Gebäuden, die es im Allgäu noch aus der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg gibt. Mit seiner ungewöhnlichen Bauform prägt der zweigeschossige Giebelbau mit nach Westen abgewalmtem Satteldach den Ort. Nach langem Leerstand und vielen Diskussionen ist es durch die Sanierung gelungen, das Waaghaus zu einer sozialen und kulturellen Begegnungsstätte und einem neuen Mittelpunkt im bürgerschaftlichen Leben des Marktes Türkheim zu machen.

Neben einem für die Öffentlichkeit zugänglichen Gemeindesaal beheimatet es nun die örtliche Volkshochschule, die eine bedeutende Position im Bereich der Erwachsenen- und Jugendbildung in Türkheim einnimmt, sowie die vom Markt beschäftigte und für die Arbeit mit Senioren zuständige Quartiersmanagerin, die örtliche Arbeiterwohlfahrt und den Sozialverband VdK.

Über Jahre hat sich die Marktgemeinde für einen Erhalt des über 400 Jahre alten Hauses eingesetzt und sich intensiv mit einer geeigneten Nachnutzung des Baudenkmals beschäftigt. Das Projekt zeigt den oftmals langen Weg, den eine Gemeinde zum Erhalt des baulichen Erbes gehen muss. Das Waaghaus ist ein vorbildlicher Beitrag zur regionalen Baukultur und veranschaulicht, wie für das bürgerschaftliche Gemeindeleben ein neuer Treffpunkt in der Ortsmitte entstehen kann.

Winklarn

Über eine weitere Denkmalschutzmedaille durfte sich der Markt Winklarn in der Oberpfalz (Landkreis Schwandorf), vertreten durch Erste Bürgermeisterin Sonja Meier, freuen. Der am Marktplatz von Winklarn gelegene ehemalige Brauereigasthof „Zum Goldenen Löwen" prägt das Bild des Orts maßgeblich. Das Gebäude befand sich vor der Instandsetzung in einem desolaten Zustand, in Teilbereichen bestand sogar Einsturzgefahr. Durch die denkmalgerechte Instandsetzung wurde die charakteristische Identität des Baudenkmals und damit des Marktes bewahrt und das Gebäude für kommunale und kulturelle Veranstaltungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Möglichkeit des privaten, dauerhaften Wohnens belebt die Ortsmitte zusätzlich.

Während im westlichen Gebäude seniorengerechte Wohnungen und Appartements untergebracht sind, befindet sich im östlichen Gebäude im Erdgeschoss ein Seniorentreff. Im Obergeschoss dient heute der ehemalige Saal der Gaststätte als Veranstaltungsraum für Bürger und Vereine. In einem zweiten Bauabschnitt sollen die rückwärtigen Gebäude der einstigen Brauerei instandgesetzt werden. Durch ihren unermüdlichen Einsatz um das Anwesen trug Rathauschefin Sonja Meier maßgeblich zum Gelingen des Projekts bei.

Bad Berneck

Die oberfränkische Stadt Bad Berneck (Landkreis Bayreuth) mit Erstem Bürgermeister Jürgen Zinnert wurde schließlich für die Instandsetzung der Burgruine Hohenberneck in Neuwallenrode geehrt. Als eine der letzten Burgbauten am Übergang vom Spätmittelalter zur Neuzeit kann die Burgruine auf eine bewegte Geschichte zurückblicken.

Anfang des 16. Jahrhunderts nach ca. 20 Jahren Bauzeit fertiggestellt, diente sie nur kurz als Amtsburg und wurde in den Folgejahren stark vernachlässigt. Die Stadt Berneck erwarb die Burg und ihre Umgebung 1872 vom Königreich Bayern und versprach zudem, ihren weiteren Verfall zu stoppen. Erst rund 150 Jahre später wurde dieses Versprechen eingelöst. Es galt, das Mauerwerk zu stabilisieren, Fenster- und Türgewölbe zu ergänzen sowie den breiten Bewuchs von Efeu und Flieder zu entfernen. Für die Instandsetzung war dabei viel Fachexpertise nötig.

Wesentlich unterstützt wurde das Projekt zudem durch den Förderverein historische Stätten e. V., der bereits 2016 mit der Denkmalschutzmedaille ausgezeichnet wurde. Alle Akteure arbeiteten bei diesem herausragenden Projekt hervorragend und reibungslos zusammen, so dass die Ruine nun in neuem Glanz erstrahlt.

Zusammen mit der nahegelegenen Ruine der Marienkapelle sowie des Alten Schlosses bildet Hohenberneck ein beachtliches mittelalterliches Ensemble. Seit einigen Jahren bietet die Burgruine außerdem einen idealen Schauplatz für das „Bad Bernecker Burgenfest", das sich in der Umgebung großer Beliebtheit erfreut.

Nach den Worten von Kunstminister Markus Blume „ist Denkmalpflege Heimatliebe in der allerschönsten Form". Dies zeigten die Preisträger mit ihrem Engagement und ihrer Leidenschaft vor Ort. In Bayern werde das Engagement Einzelner so stark wie noch nie unterstützt: „Im aktuellen Haushalt haben wir Mittel für die Denkmalpflege in Rekordhöhe verankert und rund 27 neue Stellen für das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege geschaffen. Hinzu kommen 2023 in Zusammenarbeit mit den Kommunen rund 35 Millionen aus dem Entschädigungsfonds für 39 Einzelprojekte im Freistaat."

Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil dankte den Preisträgern und lobte: „Ein Land ohne Denkmäler ist ein Land ohne Gedächtnis. Die Preisträgerinnen und Preisträger der Denkmalschutzmedaille 2024 sind die wahren Hüter unserer Geschichte und die besten Botschafter der Denkmalpflege." **DK**

Tag des offenen Denkmals in Bayern:

„Wahr-Zeichen. Zeitzeugen der Geschichte"

Eine beeindruckende Vielfalt an historischen Stätten und Veranstaltungen bot in Bayern der diesjährige Tag des offenen Denkmals. Über 600 Denkmäler öffneten für die Öffentlichkeit ihre Türen. Unter dem Motto „Wahr-Zeichen. Zeitzeugen der Geschichte" konnten Besucherinnen und Besucher in die Vergangenheit eintauchen und die Bedeutung dieser historischen Orte erleben.

Außergewöhnliche Sehenswürdigkeiten mit historischer Bedeutung, prägende Landmarken und weitere bedeutende Denkmäler sind Wahrzeichen vor Ort und teils auch weit über die Region hinaus bekannt. Ziel des bundesweiten Tags des offenen Denkmals ist es, die Öffentlichkeit für die Bedeutung des kulturellen Erbes zu sensibilisieren und Interesse für Denkmalpflege zu wecken.

In ganz Bayern fanden zahlreiche Führungen, Vorträge und Handwerksvorführungen statt, die einen tiefen Einblick in die Denkmalpflege und die Geschichte der jeweiligen Orte boten. Besonders beliebt waren die Führungen durch sonst nicht zugängliche Gebäude und Baustellenbegehungen, die einen exklusiven Blick hinter die Kulissen ermöglichten.

Exklusiver Blick hinter die Kulissen

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege hatte ein vielfältiges Programm zusammengestellt, das Führungen, Kinderprogramme, Stadtspaziergänge, Vorträge und vieles mehr umfasste. Alle Veranstaltungen waren kostenfrei und boten spannende Einblicke in die Vergangenheit. Unter den geöffneten Denkmälern waren etwa die Alte Münze in München, die Königliche Villa in Regensburg, das ehemalige Kloster Thierhaupten, der neu entdeckte Grundriss einer einstigen Kirche auf der Fraueninsel im Chiemsee, die Burgkirche Oberwittelsbach (Lkr. Aichach), das historische Kaufhaus Witt in Weiden, oder der Karlsgraben in Treuchtlingen, das älteste Kanalbauwerk Bayerns, das Karl der Große ab 793 errichten ließ.

Spannende Sondervorführungen

Auch die Bayerische Schlösserverwaltung bot am Tag des offenen Denkmals den Besuchern ein vielfältiges kostenloses Angebot für spannende Sonderführungen in ausgewählten Sehenswürdigkeiten an. Dazu zählten der Hofgarten Ansbach, die Burg Cadolzburg, der Schlosspark Eremitage in Bayreuth, das Italienische Schlösschen im Neuen Schloss Bayreuth, der Schlosspark Fantaisie bei Bayreuth, die Befreiungshalle Kelheim, die Burg Trausnitz in Landshut, der Schlosspark Linderhof, das Schloss Neuburg an der Donau, das Neue Schloss Schleißheim, das Künstlerhaus Gasteiger in Holzhausen am Ammersee sowie die Walhalla bei Donaustauf.

Kunstminister Markus Blume würdigte einmal mehr die Bedeutung dieses Tages: „Ob Burgen, Fachwerkhäuser oder Kirchen – der Tag des offenen Denkmals bietet für jeden etwas und ermöglicht Einblicke in historisches Handwerk und Restaurierungen. Es ist eine wunderbare Gelegenheit, die Vergangenheit lebendig werden zu lassen und das kulturelle Erbe Bayerns zu würdigen." **DK**

wbg-Modellprojekt Serielles Modernisieren

Die derzeitige Situation der Wohnungswirtschaft ist geprägt einerseits von der Forderung, den Bestand schnell klimaneutral zu ertüchtigen, andererseits sollen bezahlbare Mieten ein verträgliches Wohnen ermöglichen. Dies alles unter den Rahmenbedingungen von nach wie vor hohen Baukosten und Zinsen. Das gilt auch und insbesondere für die wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen als kommunale Gesellschaft mit einem besonderen Auftrag.

„In Anlehnung an bereits realisierte Projekte in unserer Branche, sehen wir für unsere typisierten Bestandsgebäude in der Modernisierung modellhaft einen neuen Weg und setzen versuchsweise auf serielles Sanieren im Bestand," erklärt wbg-Geschäftsführer Ralf Schekira auf der Baustelle in der Reinerzer Straße in Nürnberg-Langwasser.

Serielles Sanieren im Bestand bezieht sich auf die Anwendung industrieller Fertigungsmethoden und standardisierter Prozesse bei Modernisierungs- oder Sanierungsprojekten in bestehenden Wohngebäuden. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass die Fassadenelemente inklusive aller Fenster in großem Maßstab hergestellt und dann an der Bestandsfassade angebracht werden.

Durch diese Verwendung vorgefertigter Elemente werden Modernisierungsarbeiten schneller abgeschlossen als bei herkömmlichen Methoden. Da viele Arbeiten im Werk stattfinden und Bauelemente vor Ort nur noch installiert werden müssen, minimiert die wbg Störungen und Belastungen für die und Bewohner.

Die Modernisierung umfasst eine verbesserte Wärmedämmung, hochwertige Fenster und ein energieeffizienteres Heizen durch die Umrüstung von einem Ein-Rohr-System auf das zeitgemäße Zwei-Rohr-System. Das führt letztlich zu niedrigeren Energiekosten.

Durch standardisierte Produktionsprozesse und die Verwendung nachhaltiger Materialien werden bessere Qualitätsstandards eingehalten. Serielles Sanieren trägt außerdem dazu bei, Abfall zu reduzieren und Ressourcen effizienter zu nutzen, insbesondere durch die Möglichkeit recycelter Materialien. ❐


Serielles Sanieren Reinerzer Straße 52-54. Bild: wbg Nürnberg

Ortskernsanierung in Neuschönau

„Die Städtebauförderung ist eines der besten Instrumente, die wir haben, um Ortskerne attraktiv zu halten", ist Regierungspräsident Rainer Haselbeck überzeugt. Beim Spatenstich zum 2. Bauabschnitt der Ortskernsanierung in Neuschönau gaben ihm die Kommunalvertreter recht. „Neuschönau hat sich zu einem Vorzeigebeispiel entwickelt, das zeigt, dass man auch in schwierigen Zeiten erfolgreich dem Strukturwandel begegnen kann, wenn gemeindliches Engagement und Städtebauförderung Hand in Hand gehen", lobte auch Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

Im Falle von Neuschönau ist auch die Kirche als Partner dabei, da sie neben dem neuen Dorfgemeinschaftshaus und dem nun neu entstehenden Dorfplatz klassischerweise das Zentrum des Ortes bildet. Ursprünglich begann der Weg damit, dass sich Neuschönau „auf den Holzweg" begab, indem man in einem städtebaulichen Grundkonzept die Weichen für die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte legte und dabei dem Thema Holz eine große Bedeutung zukommen lassen wollte. Nun sei man etwa auf der Hälfte des Weges angelangt und könne bereits die ersten positiven Folgeeffekte durch private Investitionen erkennen.

Für die Nationalparkgemeinde lag es nahe, das Profil in Sachen Natur und Kultur zu schärfen, um den Ort als Ganzes attraktiv zu halten. „Wir wollen erreichen, dass die Menschen auf ihre gute Stube, den Ortskern stolz sind", so Architekt Alfons Döringer. „Dies wäre aber ohne die Städtebauförderung nicht möglich", bedankte sich Bürgermeister Alfons Schinabeck. Von den gesamt 3,35 Millionen Euro werden 2,6 Millionen vom Freistaat Bayern getragen. ❐



V.l.: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, MdL Martin Behringer, stv. Landrätin Helga Weinberger, Regierungspräsident Rainer Haselbeck, Sprecher der Bürgermeister im Landkreis Freyung-Grafenau Josef Kern und Bürgermeister Alfons Schinabeck. Bild: Bezirk Niederbayern/Manuela Lang

Bayerische Immissionsschutztage in Augsburg:

Praktikable Wege

Aktuelle Entwicklungen im Immissionsschutz, die Relevanz des Klimaschutzfachbeitrags, die Umsetzung einer klimaneutralen Wärmeversorgung in Kommunen sowie der Klimaschutz in der Bauleitplanung waren nur einige der Themenschwerpunkte der 15. Bayerischen Immissionsschutztage im Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg, veranstaltet vom Kumas Umweltnetzwerk gemeinsam mit den Kooperationspartnern Bayerisches Landesamt für Umwelt, avr – Andrea Versteyl Rechtsanwälte aus Berlin und der Müller-BBM Industry Solutions GmbH.

Der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Christian Barth, eröffnete den Fachkongress und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass Umwelt und Wirtschaft angesichts der angespannten globalen Lage wieder einen wesentlichen gemeinsamen Impuls für nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum geben werden.

Für praktikable, schlanke und digitale Wege

Wie Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in einem (schriftlichen) Grußwort darlegte, sei für die Energiewende und die Transformation der Wirtschaft als Ganzes eine Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren dringend erforderlich. „Es muss uns daher gemeinsam gelingen, bei der nationalen Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie praktikable, schlanke und digitale Wege zu finden. Die von Bund und Ländern auf den Weg gebrachte Anpassung der Mengenschwellen für Elektrolyseure dient als positives Beispiel."

In einem nächsten Schritt müssten alle weiteren Anlagen aus der 4. Bundesimmissionsschutzverordnung auf den Prüfstand gestellt werden, die unterhalb der Anforderungen der Industrieemissionsrichtlinie liegen. Im Sinne der Entbürokratisierung sollten auch hier Mengenschwellen und Erfordernis im Einzelfall kritisch hinterfragt werden. „Denn die Staatsregierung hält an ihrer Maxime fest: So viel Regulierung wie nötig und so wenig wie möglich", so Glauber.

Laut Andrea Wellhöfer vom Bayerischen Landesamt für Umwelt sind das Erreichen und Erhalten einer guten Luftqualität wichtige Aufgaben des Immissionsschutzes. Kontrolliert werde dies durch qualitätsgeprüfte Luftgütemessungen mit kontinuierlichen Messsystemen entsprechend den rechtlichen Vorgaben. Zu diesem Zweck betreibe das LfU seit 1974 das Lufthygienische Landesüberwachungssystem Bayern (LÜB) mit seinen über 50 auf ganz Bayern verteilten Messstationen. Während in den 1980er Jahren der durch hohe Schwefeldioxid-Konzentrationen aus Industrieanlagen und Hausbrand hervorgerufene saure Regen im Fokus stand, seien es später über einen langen Zeitraum die Feinstaubimmissionen und später die Stickstoffdioxid-Belastung aus dem Verkehrssektor in den Innenstädten gewesen.

Reduzierte Belastungen

Nach Wellhöfers Worten sei vor allem nach 2015 die Belastung an den verkehrsnahen Messstationen durch Stickstoffdioxid deutlich zurückgegangen. Ähnlich verhält es sich mit dem Grenzwert für Feinstaub PM 2,5, der auch an höchstbelasteten Orten mittlerweile deutlich unterschritten werde. Nicht mehr überschritten wird im Freistaat bereits seit 2007 der Feinstaub PM10-Immissionsgrenzwert für das Kalenderjahr.

Auf einem sehr niedrigen Niveau liegt die Konzentration von Kohlenmonoxid (CO), gemittelt über acht Stunden, im Vergleich zum Grenzwert von 10 mg/m3. Für CO sind aufgrund des geringen Belastungsniveaus ortsfeste Messungen nach der 39. BImSchV nicht mehr vorgeschrieben. Der Großteil der Kohlenmonoxidmessungen wird hauptsächlich aus Gründen der Qualitätssicherung für andere Luftschadstoffe fortgeführt. Die Kohlenmonoxidkonzentrationen nehmen an allen 13 verkehrsnahen LÜB-Messstationen in den vergangenen zehn Jahren weiterhin signifikant ab.

Auch für Schwefeldioxid besteht mittlerweile aufgrund des geringen Belastungsniveaus keine Messverpflichtung mehr. Deshalb wurden seit Beginn 2018 die Messungen für Schwefeldioxid an den LÜB-Messstationen eingestellt. Der letzte Auswertezeitraum über zehn Jahre erstreckt sich daher von 2008 bis 2017.

Städtische Energiezentrale

Im Rahmen der Energiewende bildet der Ausbau von Nahwärmenetzen zur Versorgung der Wohngebäude, weg von den Einzelfeuerungen einen zentralen Baustein. Kommunen planen bei der Ausweisung von Neubaugebieten eine zentrale Wärmeversorgung mit ein, um mit einer möglichst regenerativen Energieversorgung und dem schonenden Umgang von Ressourcen einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Am Beispiel der Energiezentrale einer Stadt zeigten Eva Braun und Dr. Manfred Harant (Regierung von Schwaben) die sich aus dem Wechsel vom Baurecht ins Immissionsschutzrecht aufgrund des Zusammenschlusses von bestehenden Altanlagen bzw. der Verbindung mit Neuanlagen entstehenden fachlichen Anforderungen auf.

Immer neue Anforderungen werden auch an den Industrieanlagenbetrieb gestellt. Mit der Frage „Ist der Produktionsstandort Deutschland noch wettbewerbsfähig?" befasste sich Frank Schmitz VCI - Verband der Chemischen Industrie, Frankfurt am Main. Seinen Ausführungen zufolge prognostiziert der Verband für das Gesamtjahr 2024 eine stagnierende Produktion auf niedrigem Niveau. Aufgrund rückläufiger Preise werde erwartet, dass der Branchenumsatz in diesem Jahr um 3,5 Prozent sinken wird.

Eine der Hauptanliegen der Industrie sei die Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise, da diese entscheidend für das Überleben der deutschen Industrie seien. Ein weiteres Hemmnis für die Entwicklung und Innovation der Branche stellten die überbordende Bürokratie und Regulierung dar, die Unternehmen daran hinderten, flexibel und effizient zu agieren. Zusätzlich fielen momentan Pläne für die Zukunftssicherheit der Industrie dem Green Deal zum Opfer, was zu Unsicherheiten und Herausforderungen in der langfristigen Planung führe.

Trotz dieser Hindernisse strebt die Chemieindustrie laut Schmitz nach einer nachhaltigen Transformation, „die eine Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen schafft". **DK**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

ABC Tourismus in Bayern:

Nachhaltigkeit – der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Bayern und trägt erheblich zur regionalen Wertschöpfung bei. Um diesen Erfolg langfristig zu sichern, müssen sich die bayerischen Destinationen zukunftsfähig aufstellen. Nachhaltigkeit spielt dabei eine entscheidende Rolle: Nur durch eine nachhaltige Entwicklung können wir gewährleisten, dass Bayern dauerhaft attraktiv bleibt und als Tourismusdestination weiterhin erfolgreich ist.

Nachhaltigkeit als strategische Notwendigkeit

Zukunftsfähige, nachhaltig agierende Destinationen setzen auf den langfristigen Erhalt ihrer natürlichen und kulturellen Ressourcen. Denn die Naturräume und die Lebensqualität vor Ort sind nicht nur für die Einheimischen von unschätzbarem Wert, sondern auch das zentrale Kapital des Tourismus. Die Investition in Nachhaltigkeit ist daher keine Option, sondern eine strategische Notwendigkeit, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Für Kommunen und Regionen bedeutet dies, sich den Herausforderungen aktiv zu stellen: Wie können wir Ressourcen schonen und dabei gleichzeitig den Gästen ein einzigartiges Erlebnis bieten? Wie können wir die Region wirtschaftlich stärken und die Einheimischen mit ihren Bedürfnissen auf unserem Weg mitnehmen? Wie sichern wir Investitionen in den Tourismus vor Ort?

Die BayTM als Partner für eine zukunftsfähige Entwicklung

Um Kommunen und Regionen auf diesem Weg zu unterstützen, hat die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM) gemeinsam mit einer Vielzahl touristischer Akteure die Matrix für nachhaltige Destinationsentwicklung erarbeitet. Dieses praxisorientierte Werkzeug umfasst 20 Handlungsfelder, die den Verantwortlichen Impulse und Orientierung bieten, wie sie ihre Destination nachhaltig verbessern können. Neben der Matrix profitieren Kommunen und Destinationen von einem breiten Angebot an Vorträgen, Workshops und Netzwerkaktivitäten. Die BayTM stellt hierbei ihr umfassendes Know-how zur Verfügung, um Entscheidungsträgern die nötigen Werkzeuge an die Hand zu geben, zukunftsfähige Destinationen zu gestalten. Die Vernetzung mit anderen Kommunen und Akteuren der Branche fördert dabei den Austausch von Good Practices und unterstützt die gemeinsame Entwicklung von Lösungsansätzen.

Weitere Informationen gibt es unter:
https://tourismus.bayern/nachhaltige-destinationsentwicklung/ ❐

Ist Recycling-Beton der Heilsbringer?

Recycling-Beton (RC-Beton) besteht zu einem Teil aus rezyklierten Gesteinskörnungen, die aus Bauschutt wie Beton- und Mauerwerksbruch gewonnen werden. Der Anteil im Recycling-Beton kann in Bezug auf die geltenden Betonnormen bis zu 45 Prozent der benötigten Gesteinskörnung betragen und eine große Bandbreite an Einsatzmöglichkeiten abdecken. Durch die Wiederverwendung des Abbruchmaterials werden Ressourcen gespart, weshalb RC-Beton zunehmend nachgefragt wird. „Wir begrüßen den Einsatz von RC-Beton vollumfänglich, müssen jedoch darauf hinweisen, dass sein Einsatz mit einigen Einschränkungen verbunden ist", stellt Dr. Bernhard Kling, Geschäftsführer des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe Steine und Erden e.V. (BIV) klar.

„Damit der RC-Beton den Dauerhaftigkeitsanforderungen entspricht, muss immer ein Gemisch aus sogenanntem Primär- und Sekundärmaterial eingesetzt werden. Es ist ein Irrglaube, dass Recycling-Beton vollständig aus wiederaufbereitetem Abbruchmaterial besteht", betont Kling.

Alles, was an verfügbarem Recyclingmaterial für Beton da ist, sollte auch vorrangig genutzt werden. Im Moment könnten rund 11 Prozent des Gesamtbedarfs an mineralischen Rohstoffen, wie Sand, Kies und Schotter durch aufbereiteten recycelten Bauschutt ersetzt werden.

Realistisch bleiben

„Auch wenn wir den Recyclinganteil noch weiter erhöhen, werden wir laut einer Studie des DIW Berlin - German Institute for Economic Research lediglich 15 Prozent des Gesamtbedarfs quantitativ und qualitativ decken können. Dazu kommt, dass ein Großteil der Abbruchmaterialen bereits heute für den Straßen- und Tiefbau verwendet wird. Findet eine Verlagerung des Einsatzes der Recyclingmaterialien zum Bau von Gebäuden statt, so fehlt dieses genau dort."

Wo es möglich ist, sollte RC-Beton eingesetzt werden

Obwohl die geringe Verfügbarkeit von recyclingfähigen (Abbruch-)Materialien ein grundsätzliches Problem darstellt, ist der mögliche Lieferumfang von RC-Beton aktuell bei vielen Herstellern noch nicht ausgeschöpft. „Wir als Branche haben aufgerüstet, in Technik und Technologie investiert und sind startklar. Wir liefern, was lieferbar ist", berichtet Karl Hofmeister, Geschäftsführer der SCHWENK Beton Südbayern GmbH und Vizepräsident beim Bundesverband Transportbeton (BTB). Ein Hindernis, auf das die Hersteller von RC-Beton aktuell stoßen, sei oftmals eine fehlende Nachfrage. „Viele Bauherren und Architekten sind noch immer skeptisch gegenüber „gebrauchten" Materialien. Besonders die Leistungsfähigkeit und Langlebigkeit des RC-Betons wird im Vergleich zu traditionellem Beton häufig in Frage gestellt", führt Hofmeister aus.

Ein Leuchtturmprojekt, bei dem die Verfügbarkeit von Recyclingbeton voll ausgeschöpft wurde, ist der Neubau der Konzernzentrale des TÜV Süd in München. Insgesamt 3.468,25 Kubikmeter (das sind mehr als 40 Prozent des Gesamtbedarfs) des ressourcenschonenden Betons flossen buchstäblich in den Bau – mehr war aus ingenieurtechnischer Sicht nicht möglich.

„Der Bauherr wollte das Gebäude möglichst nachhaltig errichten. Dafür kam natürlich RC-Beton in Frage, solange die Anforderungen an den Beton passen. In diesem Fall: Festigkeit bis maximal C30/37 mit Anforderungen an Wasserundurchlässigkeit", erläutert Ralf Rattay, Bauleiter bei Glass GmbH Bauunternehmung, Mindelheim, NL München. Im Prozess des Bauens zeigte sich auch für Ralf Rattay erneut die unkomplizierte Verwendung des Materials: „Beim Einbau und der Verarbeitung von RC-Beton merkt man praktisch nicht, dass RC-Beton verbaut wird. Dessen Eigenschaften sind nahezu identisch mit Beton ohne Recyclinganteil."

Neben den Planern und Investoren sehen der BIV und BTB auch die Politik in der Pflicht: Der grundsätzlichen Forderung nach mehr RC-Beton muss eine höhere Akzeptanz dieses Baustoffes auch bei den öffentlichen Auftraggebern folgen. Nur so kann der Einsatz gesteigert werden – im Rahmen dessen, was verfügbar ist. ❐



Wissenschaftlicher Bericht des UBA:

Kommunalbefragung Klimaanpassung 2023

Am 1. Juli 2024 ist das Klimaanpassungsgesetz in Kraft getreten. Für die Bundesländer bildet es den Rechtsrahmen, eigene Klimaanpassungsstrategien vorzulegen, und dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen Klimaanpassungskonzepte aufstellen. Eine erste bundesweite, repräsentative Kommunalbefragung von Städten und Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern im Auftrag des Umweltbundesamts (UBA) zeigt nun, dass mit 83 Prozent eine deutliche Mehrheit der Kommunen beim Thema Klimaanpassung bereits aktiv ist.

Maßnahmen zur Klimaanpassung wurden bereits von über 40 Prozent der Kommunen umgesetzt. Weitere knapp 40 Prozent gaben an, entsprechende Maßnahmen zu planen. An der Befragung beteiligten sich bundesweit 1.062 Kommunen.

Je größer die Kommune ist, desto eher wird eine starke Veränderung durch den Klimawandel wahrgenommen. Insgesamt 56 Prozent gaben an, in den vergangenen zehn Jahren starke oder sehr starke Veränderungen durch den Klimawandel wahrgenommen zu haben. Nur 2 Prozent erklärten, gar keine Veränderungen zu spüren.

Fast 90 Prozent schätzen die (zukünftigen) klimatischen Veränderungen in ihrer Kommune überwiegend negativ ein. Die wahrgenommene Betroffenheit durch allmähliche Klimaveränderungen (64 Prozent) und Extremwetterereignisse (62 Prozent) stellen die am häufigsten genannten Aspekte dar, die dazu geführt haben, sich mit dem Thema Klimaanpassung zu beschäftigen. Hinzu kommen die Verbesserung der Lebensqualität für die Bevölkerung (54 Prozent), der Wunsch, mit gutem Beispiel vorangehen zu wollen (49 Prozent), gefolgt von Förderprogrammen und finanzieller Unterstützung (46 Prozent).

Stellenwert der Klimaanpassung

Für 22 Prozent der Kommunen wird der Stellenwert, den das Thema Klimaanpassung in der eigenen Verwaltung hat, mit „hoch“ angegeben. Zudem schätzten fast 50 Prozent den Stellenwert mit „mittel“ ein. Weniger als 2 Prozent gaben an, dass das Thema Klimaanpassung bei ihnen gar keinen Stellenwert besitzt.

Den Handlungsbedarf für Maßnahmen in den kommenden zehn Jahren schätzten 64 Prozent als „hoch“ oder „sehr hoch“ ein. Nur 4 Prozent sahen wenig Handlungsbedarf. Tendenziell gilt: Die Einschätzung des Bedarfs steigt mit der Kommunengröße.

Eine deutliche Mehrheit der Kommunen ist beim Thema Klimaanpassung bereits aktiv. Lediglich 17 Prozent gaben an, sich zwar informiert, aber noch keine weiteren Schritte unternommen zu haben. Ein Klimaanpassungskonzept wurde bisher von 12 Prozent der befragten Landkreise, Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände ausgearbeitet.

Für die kommunale Verwaltungsstruktur wird das Thema Klimaanpassung als eine große Herausforderung betrachtet (82 Prozent). Hierfür sei eine „Kümmerer-Person“ erforderlich, die auch über die Grenzen von Fachabteilungen hinaus aktiv sein kann (78 Prozent). Die Kommunikation und Kooperation zwischen den kommunalen Fachbereichen wurde beim Thema Klimaanpassung nur zu 45 Prozent als gut funktionierend eingeschätzt. Lediglich 37 Prozent empfinden die bestehenden Planungsprozesse als gut geeignet für die Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen.

Über einen Klimaanpassungsmanager verfügen knapp 12 Prozent der Kommunen. Die Unterschiede zwischen Kommunentyp und -größe sind hier sehr deutlich. Zudem gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Klimaanpassungsmanagern und der Planung und Umsetzung entsprechender Konzepte. Von den Kommunen mit Klimaanpassungskonzept verfügen ca. 45 Prozent über einen Manager.

Fehlende personelle und finanzielle Ressourcen sind die bedeutendsten Hemmnisse bei der Planung oder Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen. Fast drei Viertel der Kommunen (74 Prozent) wünschten sich mehr Informationen in Bezug auf geeignete Klimaanpassungsmaßnahmen. Vielfach fehlt es ihnen insbesondere an Wissen über die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Klimawandels sowie darüber, wie die Eigenvorsorge gestärkt und soziale Akzeptanz für die Maßnahmen verbessert werden kann.

DStGB-Stellungnahme

Nach Auffassung des DStGB, der die UBA-Kommunalbefragung unterstützte, verdeutlichten die Ergebnisse, dass Kommunen sich ihrer Schlüsselrolle beim Thema Klimaanpassung bewusst sind und sie nicht bei null anfangen. Dies gelte sowohl für große Städte als auch für kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.

Bereits heute würden Maßnahmen und Planungen, wie etwa die Erstellung von Hitzeaktionsplänen, der Umbau von Innenstädten und Ortskernen mit mehr „Grün und Blau“ und insgesamt eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung forciert. „Immer häufiger auftretende Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hochwasser oder langanhaltende Hitzeperioden werden unsere Kommunen aber auch in den kommenden Jahren weiter massiv fordern. Daher gilt: Klimaschutz und Klimaanpassung gibt es nicht zum Nulltarif.“

Der Investitionsbedarf in diesem Bereich liege bei annähernd 8 Milliarden Euro pro Jahr. Den Bedarf nach finanzieller Unterstützung bestätigten auch die Ergebnisse der aktuellen Kommunalbefragung, so der Verband. Bund und Länder seien aufgerufen, die Kommunen gerade bei der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen langfristig finanziell zu unterstützen. Um Planbarkeit zu gewährleisten, müsse über die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung im Grundgesetz – nach dem Vorbild der GAK - nachgedacht werden. „Nur eine solide und langfristige Finanzierungsgrundlage stellt sicher, dass wir unsere Städte und Gemeinden resilient, nachhaltig und klimagerecht entwickeln und aufstellen können.“ **DK**



Gruppenfoto Infoabend. Bild: LRA Bamberg/Ott

Info-Treffen der Öko-Modellregion Bamberger Land

Vor kurzem trafen sich Landrat Johann Kalb und Bürgermeister aus den Gemeinden auf dem Biolandhof Gräbner in Walsdorf-Feigendorf, um sich über den aktuellen Stand der Öko-Modellregion Bamberger Land zu informieren. Das Treffen diente dazu, Theorie und Praxis der Öko-Modellregion enger zu verknüpfen und neue Impulse für die regionale Entwicklung zu setzen.

In seiner Begrüßung hob Landrat Kalb die zentrale Rolle der Landwirtschaft im Landkreis Bamberg hervor und bekräftigte die Chance, durch die Öko-Modellregion eine Stärkung der regionalen Wertschöpfung zu erzielen und durch die Projektarbeit Regionalprodukte besser vermarkten zu können. Er dankte allen Beteiligten für ihr Engagement und die bisher geleistete Arbeit.

Überblick und Perspektiven

Patrick Nastvogel, Manager der Öko-Modellregion, informierte die Anwesenden über den bisherigen Fortschritt und zukünftige Vorhaben. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel und Konsumenten weiter auszubauen. „Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass alle Bürgermeister genau über die Arbeit der Öko-Modellregion informiert sind und die Kommunen gleichermaßen profitieren“, betonte Nastvogel.

Vielversprechende Ansätze

Die Öko-Modellregion Bamberger Land ist eine von 35 bayerischen Öko-Modellregionen, die seit zehn Jahren erfolgreich nachhaltige Projekte in Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel und Konsum vorantreiben. Im Vergleich zu anderen Regionen befindet ist der Landkreis Bamberg noch in einer frühen Phase, aber es bestehen bereits vielversprechende Ansätze für das bayerische Erfolgsmodell.

Claudia Heid von der baye. rischen Koordination der Öko-Modellregionen erläuterte die anstehenden Schritte zur Fortsetzung des Projekts und präsentierte Best-Practice-Beispiele aus anderen Regionen. Zudem standen Thomas Müller und Matthias Trepesch vom Amt für Ländliche Entwicklung für Fragen rund um Fördermöglichkeiten und die Einbindung der Kommunen zur Verfügung.

Einblicke in den Biolandhof Gräbner

Bei einem Imbiss mit regionalen Bio-Spezialitäten gab Gastgeber Georg Gräbner einen Einblick in die Geschichte und Entwicklung seines Betriebs. Vor über 30 Jahren stellte er auf biologische Landwirtschaft um. Der Gräbnerhof, ursprünglich ein konventioneller Ackerbaubetrieb mit Mutterkuhhaltung, ist heute ein moderner Biohof im Aurachtal, der zeigt, wie Biodiversität und Lebensmittelproduktion in Einklang gebracht werden können.

Seit 2011 hält Gräbner auf seinen Flächen Wasserbüffel, die ganzjährig in einem Beweidungsprojekt auf Seewiesen grasen und so zur Förderung der Artenvielfalt beitragen. Neben den Wasserbüffeln, die an diesem Tag etwas versteckt waren, erhielten die Besucher auch Einblicke in die neuen Stallungen für Legehennen sowie den angrenzenden Hofladen. Dort werden bald hofeigene Produkte wie Nudeln und Eierlikör angeboten.

Konstruktiver Austausch und neue Ansätze

Zum Abschluss bedankte sich Patrick Nastvogel bei allen Beteiligten für das konstruktive Treffen und das Interesse der Gemeinden und freut sich auf die weitere gute Zusammenarbeit. Der gemeinsame Austausch direkt auf dem Biohof ergab bereits erste neue Ansätze aus den Gemeinden für den weiteren Erfolg der Arbeit der Öko-Modellregion Bamberger Land. ❐

„Natur auf Zeit“ goes Europe

LBV und BIV stellen einzigartiges und preisgekröntes Artenschutzprojekt in Brüssel vor

Nach acht Jahren Laufzeit, rund 50 teilnehmenden Standorten in Bayern und der Auszeichnung mit dem Bayerischen Umweltpreis 2023 war es an der Zeit, das mittlerweile zum Musterbeispiel gewordene Artenschutzprojekt „Natur auf Zeit“ auf die europäische Bühne zu heben. In der Bayerischen Vertretung bei der EU in Brüssel begrüßte Eric Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, im September gemeinsam mit den Initiatoren, dem bayerischen Naturschutzverband LBV (Landesbund für Vogel- und Naturschutz) und dem Bayerischen Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV), rund 190 Europaabgeordnete, Vertreterinnen und Vertreter von Regierungsorganisationen europäischer Nachbarländer, der Europäischen Kommission, der Industrie und von NGOs.

„Vor acht Jahren ist dem LBV und dem BIV sozusagen die Quadratur des Kreises gelungen, indem die Rohstoffgewinnungsbetriebe durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag den Abbau bewusst naturfreundlich gestalten und die Entstehung von Lebensräumen begünstigen und andererseits ihre wirtschaftlichen Interessen wahren“, so Staatsminister Eric Beißwenger.

Die Rohstoffgewinnung ist eine der wenigen Branchen, die durch Ihre natürlichen Gegebenheiten auf Abbauflächen, auch schon während der Gewinnung, zum Erhalt vieler gefährdeter Tier- und Pflanzenarten beitragen kann. Abbaustätten gehören zu den wichtigsten Ersatzlebensräumen vieler bedrohter Amphibienarten, da sie zum Beispiel naturnahe Wildflussauen ersetzen, die heute in der vom Menschen geprägten Kulturlandschaft weitgehend verschwunden sind. Doch auch viele seltene Pflanzen-, Vogel-, Reptilien- und Insektenarten finden in Gruben und Steinbrüchen ein Zuhause.

Doch so einfach es ist, Lebensräume für den Erhalt und die Förderung dieser Arten zu schaffen, so kompliziert ist die Umsetzung angesichts bürokratischer und juristischer Vorgaben. Rechtssicherheit für alle Betroffenen ist dabei eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit von Naturschutz und Rohstoffindustrie. Davon profitieren beide Seiten gleichermaßen. Nach der Vorstellung des preisgekrönten Best-Practice-Beispiels aus Bayern diskutierten Experten aus Politik und Europäischer Kommission sowie Vertreter aus Industrie und Naturschutzverbänden die Übertragbarkeit auf die europäische Ebene.



V.r.: Norbert Schäffer, LBV, BIV-Geschäftsführer Dr. Bernhard Kling; Eric Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales; BIV-Präsident Georg Fetzer; Dr. Christian Barth, StMUV. Bild: Strauch

Laut dem LBV-Vorsitzenden Dr. Norbert Schäffer „sind Vertrauen und Ehrlichkeit in der achtjährigen Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Industrie die Basis für den Erfolg des Projektes. ‚Natur auf Zeit‘ zahlt im Ergebnis auf ein Ziel ein: Gelebter Schutz von stark gefährdeten Arten.“

BIV-Geschäftsführer Dr. Bernhard Kling ergänzte: „Dass wir keine regionale mineralische Rohstoffgewinnung mehr brauchen, bleibt auch künftig eine Illusion. Nutzen wir doch gerade deshalb die Potenziale, die sich beim Abbau für die Vielfalt von Flora und Fauna bieten. Immer mehr Unternehmen der Sand-, Kies- und Gesteinsindustrie überwinden dabei Hürden zwischen Wirtschaft und Naturschutz.“

Der bayerische Europaminister betonte abschließend, dass das Projekt zu gut sei, um es nicht weit über Bayern hinaus bekannt zu machen, auch auf Ebene der EU: „Die politische Bedeutung liegt auf der Hand. Wir müssen und können im Natur- und Artenschutz kreative Wege gehen, Beteiligte aus ganz unterschiedlichen Bereichen können höchst konstruktiv und bereichernd miteinander umgehen und die Politik ist gut beraten, nicht nur mit Verboten und Verordnungen zu agieren, sondern Eigeninitiative und Freiwilligkeit zuzulassen und zu honorieren.“ ❐

2024 war Rekordjahr im Vertragsnaturschutz

Jetzt Beratungsangebote für 2025 nutzen

Im Jahr 2024 gab es so viele beteiligte landwirtschaftliche Betriebe im Vertragsnaturschutz wie noch nie. Diese Bilanz zog Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München: „Kooperativer Naturschutz ist der Schlüssel zum Erfolg. Unsere Landwirte zeigen weiterhin eindrucksvoll ihr Engagement für den Naturschutz. 2024 war ein Rekordjahr im Vertragsnaturschutz. Nach den nun vorliegenden Zahlen haben mehr als 29.000 landwirtschaftliche Betriebe ihre Flächen besonders naturverträglich bewirtschaftet. Diesen positiven Trend wollen wir fortsetzen.“

„Wir wollen auch für 2025 viele neue Betriebe für den Schutz unserer wertvollen Kulturlandschaft gewinnen. Unser Ziel ist es, den Vertragsnaturschutz auf 200.000 Hektar auszubauen. Damit soll auch der Biotopverbund in der Fläche gestärkt werden“, betonte Glauber.

Biotopverbund in der Fläche stärken

Insgesamt werden im Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) aktuell 164.000 Hektar naturschutzfachlich hochwertige Flächen gefördert. Das entspricht rund 230.000 Fußballfeldern. Im Jahr 2018 waren es erst 90.000 Hektar. Die oft herausfordernde Bewirtschaftung der Flächen fördert das Umweltministerium gemeinsam mit der EU und dem Bund mit der Rekordsumme von rund 90 Millionen Euro im Jahr.

Für eine Beratung über Fördermöglichkeiten im Jahr 2025 können sich Landwirtinnen und Landwirte, die Interesse am Vertragsnaturschutz haben, an die unteren Naturschutzbehörden an den Landratsämtern und kreisfreien Städten wenden. Die VNP-Antragstellung kann dann wieder im Januar und Februar 2025 erfolgen.

Weitere Informationen zum VNP sind im Internet verfügbar unter www.stmuv.bayern.de/vnp.htm. Einen unmittelbaren Eindruck vom Förderprogramm vermittelt auch die Kampagne „#Naturtalent“, die das Vertragsnaturschutzprogramm sowie die Menschen dahinter vorstellt: www.naturtalente.bayern.de/themen/vertragsnaturschutz/. Das VNP ist zudem ein zentrales Instrument für die Umsetzung des Bayerischen Streuobstpakts, mit dem bis 2035 zusätzlich 1 Million Bäume gepflanzt und bestehende Streuobstwiesen erhalten werden sollen.

Infos zum Streuobstpakt sind verfügbar unter: https://www.stmuv.bayern.de/themen/naturschutz/naturschutzfoerderung/streuobstpakt/index.htm ❐



Landrat Richard Reisinger ehrte die prämierten Dorfgemeinschaften. Bild: Regina Kießling, Gemeinde Ursensollen

Wettbewerb für mehr Natur im Dorf

Landrat Richard Reisinger zeichnete Wettbewerbs-Gewinner aus

Zahlreiche Studien belegen den beständigen Rückgang der Tier- und Pflanzenarten. Um diesem Negativtrend etwas entgegenzusetzen, sei aktives Handeln notwendig, so Landrat Richard Reisinger, Landkreis Amberg-Sulzbach, bei der Preisverleihung im diesjährigen Dorfwettbewerb in Erlheim. „Wir alle müssen etwas tun, um die Artenvielfalt wieder zu erhöhen. Hier ist jeder gefordert: die privaten Gartenbesitzer ebenso wie Vereine und Kommunen. Und um dies ins Bewusstsein zu rücken und Beispiele herauszustellen, die zur Nachahmung anregen, hat sich das Sachgebiet Gartenbau am Landratsamt Amberg-Sulzbach dieses Jahr einen Dorfwettbewerb zum Thema ‚Natur im Dorf' ausgedacht.

Insgesamt wurden 14 Naturobjekte aus sieben Gemeinden zum Wettbewerb angemeldet, die von einer Jury besucht wurden. Die Kommission bestand aus dem Fachreferat Umwelt- und Naturschutz, dem Landschaftspflegeverband Amberg-Sulzbach, dem Naturpark Hirschwald, dem Kreisverband für Gartenkultur und Landespflege Amberg-Sulzbach und der Kreisfachberatung für Gartenbau am Landratsamt.

Bewertet wurden insgesamt sieben verschiedene Bereiche, darunter beispielsweise die Entstehung des Naturraumes oder Planungen für die Zukunft. Das Hauptaugenmerk lag aber auf der „Ökologie". Hier wurden die Artenvielfalt, die Verwendung heimischer Pflanzen, das Angebot an Unterschlupfmöglichkeiten und vieles mehr näher betrachtet.

Nachahmenswerte Beispiele

„Da letztlich sehr viele unterschiedliche Naturprojekte eingereicht wurden und viele darunter nachahmenswerte Beispiele sind, hat sich die Jury entschieden, insgesamt drei Sieger zu küren und zudem zwei Sonderpreise zu vergeben", erläuterte Kreisfachberaterin Michaela Basler.

Als Sieger aus dem Wettbewerb gingen das Vogelparadies Ursensollen, der Gemeinschaftsgarten des Obst- und Gartenbauvereins Ursensollen und die Streuobstwiese der Blumen- und Gartenfreunde Ehenfeld hervor. Sonderpreise wurden an die Naturprojekte des Radfahrervereins Eintracht Elbart und an den Kräutergarten des Obst- und Gartenbauvereins Pittersberg verliehen. Allen Projekten ist gemeinsam, dass hier durch verschiedene Maßnahmen wie der Errichtung eines Totholzhaufens oder der Verwendung von heimischen Pflanzen versucht wird, die Artenvielfalt in den Siedlungen wieder zu erhöhen.

Nach einer Vorstellung der einzelnen Projekte nahmen die ausgezeichneten Dorfgemeinschaften mit ihren Bürgermeistern die durch den Landkreis ausgelobten Geldpreise und eine Urkunde entgegen.

Am Schluss der Veranstaltung appellierte Landrat Richard Reisinger noch einmal eindringlich, der Natur wieder mehr Raum zu geben; sei es in den Siedlungen, im öffentlichen Bereich oder auch in den Privatgärten.

Kompetente Ansprechpartner fänden sich in den beiden Kreisfachberatern für Gartenbau am Landratsamt, die gerne Anleitungen für eine naturnahe Gestaltung weitergeben würden.

Michaela Basler (bas)

Umweltminister Thorsten Glauber:

Ein starkes Zeichen für den Naturschutz

Großprojekt zum Biotopverbund startet im Landkreis Donau-Ries

Im Oktober 2024 startete der Landschaftspflegeverband Donau-Ries e.V. ein neues Großprojekt zum Biotopverbund. Das gab Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München bekannt: „Der Ausbau des Biotopverbunds ist eines der wichtigsten Ziele, um den Artenschwund zu stoppen. Dazu brauchen wir starke Partner. Die bayerischen Landschaftspflegeverbände sind unverzichtbare Partner vor Ort. Zusammen mit dem Landschaftspflegeverband Donau-Ries e.V. wollen wir die Biodiversität im Landkreis Donau-Ries stärken. Dabei liegt der Fokus auf seltenen Pflanzenarten und artenreichen Wiesen. Wir unterstützen das Projekt für die kommenden vier Jahre mit rund 287.000 Euro. Damit wird die Artenvielfalt im Landkreis Donau-Ries weiter gesteigert."

Ziel des Projekts ist es, seltene Pflanzenarten wie den „Friesischen Löwenzahn" oder den „Breitblättrigen Merk" zu erhalten. Dabei werden auf artenreichen Wiesen Pflanzensamen der Wiesenblumen gewonnen, mit denen die Pflanzenvielfalt auf artenärmeren Wiesen gestärkt werden soll. Um dies in der Praxis umzusetzen, wird ein Netz an Partnern aufgebaut, die von der Beerntung der Spenderflächen über Ansaat oder Mähgutübertrag bis hin zur langfristigen Pflege mitarbeiten. „Mit der Wiesen-Initiative leisten wir einen ambitionierten Beitrag zum bayernweiten Biotopverbund", so der Vorsitzende des Landschaftspflegeverbandes und Landrat Stefan Rößle.

Bayern hat sich das Ziel gesetzt, den Biotopverbund im Offenland auszuweiten, Flächen qualitativ aufzuwerten und zu vernetzen. Die Ausweitung des Biotopverbundes im Offenland läuft erfolgreich. Die Berechnung weist für das Jahr 2023 einen Wert von 11,39 Prozent Biotopverbundfläche im Offenland in Bayern aus. Das gesetzlich festgelegte Flächenziel von 10 Prozent für das Jahr 2023 wurde somit erreicht. Der Ausbau des Biotopverbundes wird weiter fortgesetzt. Gesetzlich festgelegtes Ziel ist, dass der Biotopverbund bis zum Jahr 2030 mindestens 15 Prozent Offenland der Landesfläche umfasst. Dazu sollen auch sogenannte „Eh da-Flächen" genutzt werden, die etwa entlang von Wegen und Gewässern vorhanden sind. Dabei handelt es sich oft um Grünflächen, die durch zu intensive oder fehlende Mahd artenarm geworden sind. Durch eine angepasste Pflege besteht ein großes Potential für die Aufwertung solcher Flächen. Auch hier setzt das Projekt in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Landkreises an.

Weitere Informationen zu den Fördermöglichkeiten für derartige Projekte sind abrufbar unter: www.stmuv.bayern.de/themen/naturschutz/naturschutzfoerderung/landschaftspflege_naturparkrichtlinien/.
Informationen zum Biotopverbund sind verfügbar unter: https://www.naturvielfalt.bayern.de/arten_und_lebensraeume/biotopverbund/. ❐

Neue Gefahrstoffverordnung:

Bundesregierung gefährdet Kreislaufwirtschaft und Umweltschutz

Im August 2024 hat die Bundesregierung weitreichende Änderungen an der Gefahrstoffverordnung beschlossen – mit gravierenden Folgen für die Recycling- und Entsorgungsbranche.

Die nun beschlossene Fassung der Gefahrstoffverordnung wandelt die bisher formulierte Erkundungspflicht des Veranlassers von Tätigkeiten an baulichen oder technischen Anlagen zu einer – lediglich – Mitwirkungspflicht des Veranlasser um, an die ausführenden Unternehmen alle zur Bau- und Nutzungsgeschichte sowie zum Errichtungsdatum vorhandenen Informationen und damit Hinweise zu vorhandenen oder vermuteten Schadstoffen weiterzugeben.

Das bedeutet, dass es den Auftraggebern freisteht, welche Informationen sie an die ausführenden Unternehmen weitergeben. Für die Branche eine riskante Entscheidung, wie bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, Abbruchverband Nord, Entsorgermeinschaft Nord, Entsorgergemeinschaft Regionaler Wirtschaftsverkehr (EGRW) und der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung in einer gemeinsamen Stellungnahme deutlich machen.

Asbestgefahr

Gerade im Umgang mit Asbest, das in Gebäuden vor 1993 oft verbaut wurde, ist eine vollständige Information unerlässlich. Der Veranlasser hat jedoch wenig Anreiz, Daten weiterzugeben, die seine Baukosten in die Höhe treiben könnten. Ohne eine verbindliche Vorerkundungspflicht laufen Unternehmen Gefahr, sich selbst um zeitaufwendige und kostenintensive Recherchen bemühen zu müssen – oder im schlimmsten Fall – unwissentlich mit gefährlichen Schadstoffen zu arbeiten.

Wettbewerbsverzerrung und Umweltbelastung

Die Branche sieht hier ein ernstes Problem: Unternehmen, die gesetzeskonform arbeiten, müssen die Kosten für Schadstofferkundung und Schutzmaßnahmen einkalkulieren, während andere – mangels Kontrollen oder aus Unkenntnis – günstigere Angebote abgeben können. Dies gefährdet nicht nur den fairen Wettbewerb, sondern führt auch dazu, dass Bauabfälle, die potenziell mit Asbest belastet sind, in großer Menge bei Recycling- und Entsorgungsunternehmen landen.

Recycling gefährdet

Zusätzlich verschärfen neue technische Hinweise die Situation. Bauabfälle, deren Herkunft nicht nachgewiesen sind, müssen als gefährlich eingestuft werden. Sie dürfen nicht mehr recycelt werden. Ohne klare Informationen bleibt oft nur die Deponierung – ein Rückschritt für Kreislaufwirtschaft und Umweltschutz.

Forderung: Rückkehr zur Vorerkundungspflicht

Für die Recycling- und Entsorgungsbranche steht fest: Nur eine verbindliche Vorerkundungspflicht kann sicherstellen, dass gefährliche Schadstoffe frühzeitig identifiziert und korrekt entsorgt werden. ❐

VKU bekräftigt Position zu Carbon-Management-Strategie

Um Klimaneutralität zu erreichen, führt an CCS und CCU kein Weg vorbei

Anlässlich der ersten Bundestagsberatung über das Gesetz zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes bekräftigt der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), dass die unterirdische Speicherung (CCS) und die Wiedernutzung von Kohlenstoff (CCU) wichtige Bausteine sind, um das globale Klima stabilisieren zu können.

Für die kommunale Abfallwirtschaft werden CCS und CCU zukünftig eine zentrale Rolle spielen müssen, ebenso bei der Verbrennung von Siedlungsabfällen, teilweise Klärschlamm oder Biomasse sowie Biogas. Zu beachten gilt allerdings, dass diese beiden Technologien unter keinen Umständen den Schutz der Trinkwasserressourcen beeinträchtigen.

Bei fossilen Gaskraftwerken hingegen ist die Anwendung der beiden Verfahren zur Kohlendioxid-Speicherung wirtschaftlich äußerst fragwürdig. Der Grund dafür ist die absehbar geringe Wirtschaftlichkeit aufgrund hoher Investitionen, geringer Volllaststunden oder beschränkter Nutzungsdauer aufgrund des Umstiegs auf nicht-fossile Brennstoffe spätestens bis 2045. Zudem soll es keine Förderung geben.

Deutschland hinkt hinterher

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Deutschland hinkt bei der CO2-Abscheidung gegenüber Ländern wie Norwegen, Dänemark oder der Niederlande schon deutlich hinterher. Wir müssen aufpassen, hier nicht den Anschluss zu verlieren. Es ist höchste Zeit, endlich die rechtlichen Voraussetzungen für die Anwendung dieser wichtigen Klimaschutztechnologie zu schaffen. Bei der thermischen Abfallverwertung sind Restemissionen von Kohlendioxid unvermeidbar, weshalb die CO2-Abscheidung in und für die kommunalen Abfallwirtschaft eine besondere Bedeutung hat. Wenn bei der Verbrennung von Siedlungsabfällen das Kohlendioxid künftig vollständig aufgefangen wird, wird die thermische Abfallbehandlung sogar zu einer klimapositiven Technologie, die im Saldo der Atmosphäre Kohlendioxid entzieht und so die Aufheizung der Atmosphäre bremst."

Grundwasser- und Ressourcenschutz

Positiv ist, dass die dauerhafte CO2-Speicherung im geologischen Untergrund auf dem Gebiet des deutschen Festlands (onshore) nicht vorgesehen ist. Damit werden etwaige Nutzungskonkurrenzen ums Wasser vermieden. Die Sicherheit der öffentlichen Trinkwasserversorgung und der dafür notwendige Grundwasser- und Ressourcenschutz sind gerade mit Blick auf die klimatischen Entwicklungen mit vermehrten Dürreperioden ohnehin elementar für das Land. ❐

Das Bayerische Landesamt für Umwelt in den sozialen Medien:

Infos direkt auf dem Smartphone

Sie interessieren sich für die spannende Arbeit von Bayerns zentraler Fachbehörde für Umweltfragen? Über die Social Media Kanäle des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) werden Sie zu aktuellen Arbeitsergebnissen, geplanten Veranstaltungen, neuen Veröffentlichungen und Stellenangeboten des LfU direkt aus erster Hand informiert.

Vielfältiges Spektrum

Das Spektrum ist vielfältig: Von Wasser über Boden, Luft, Natur, Klima, Ressourceneffizienz bis hin zu Umweltschutz in Unternehmen: Hier ist sicher für jeden etwas dabei.

Über Bluesky (https://bsky.app/profile/lfu.bayern.de) und X (https://x.com/lfu_bayern) erhalten Sie die LfU-Beiträge sofort in Ihre Timeline. Der WhatsApp Channel (https://s.bayern.de/whatsapp) liefert Ihnen eine Wochenzusammenfassung der wichtigsten Inhalte direkt auf Ihr Smartphone. ❐

GZ Stellenanzeige GZ

Altötting HERZ BAYERNS

Wir verstärken unser Team:

Die Kreisstadt Altötting
sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt
einen Standesbeamten in Vollzeit (m/w/d)
zur Sachbearbeitung sämtlicher anfallenden Arbeiten
im Aufgabenbereich

Sie verfügen über
- einen Abschluss als Verwaltungsfachwirt/in (BL II) oder Beamtin/Beamter der 3. QE
- die Befähigung zum/zur Standesbeamten/in nach den personenstandsrechtlichen Vorschriften oder die Bereitschaft, diese zeitnah zu erwerben
- einen selbständigen, sorgfältigen und bürgerorientierten Arbeitsstil
- Freude an der Durchführung von Eheschließungen
- die Bereitschaft an der Teilnahme angebotener Fortbildungsmaßnahmen
- sichere IT-Kenntnisse im Bereich MS Office und idealerweise im Bereich Personenstandswesen (Autista)

Wir bieten ein vielseitiges Arbeitsgebiet, einen zukunftssicheren Arbeitsplatz, flexible Arbeitszeiten im Rahmen unserer Gleitzeitregelung, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie die üblichen sozialen Leistungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes (betriebliche Altersversorgung, Leistungsentgelt, Jahressonderzahlung). Die Besoldung bzw. die Vergütung richtet sich nach den besoldungs-/tarifrechtlichen Vorschriften des öffentlichen Dienstes.

Wir freuen uns, wenn wir Ihr Interesse wecken konnten und bitten Sie, Ihre aussagekräftige Bewerbung an die Stadt Altötting, Personalabteilung, Kapellplatz 2a, 84503 Altötting, oder per e-mail an: personalamt@altoetting.de (PDF-Format im Umfang von max. 5 MB) zu senden. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung (Tel. 08671/5062-33).

Informationen zum Bewerberdatenschutz erhalten Sie auf unserer Website unter: https://www.altoetting.de/datenschutz/ unter Punkt 12.

Bayerische Landesgartenschau Kirchheim 2024:

Überglücklich über mehr als 500.000 Besucher

Hohe Besuchszahl in Kirchheim b. München: Die 37. Bayerische Landesgartenschau vermeldete zum Abschluss am 6. Oktober eine absolute Spitzenzahl: Mehr als 500.000 Besucherinnen und Besucher sind von 15. Mai bis 6. Oktober in den neuen Ortspark zwischen Kirchheim und Heimstetten gekommen, um auf 14 Hektar Gartenschau-Fläche ein Blütenmeer und über 90 Ausstellungsbeiträge zu erleben.

„So ein Ereignis hat unsere Gemeinde noch nicht gesehen“, bilanzierte der Erste Bürgermeister der Gemeinde Kirchheim, Stephan Keck, beim Abschlusstag am 6. Oktober. „Wir hatten uns für die Landesgartenschau beworben, um mit dem neuen Ortspark unsere beiden räumlich getrennt liegenden Gemeindeteile Kirchheim und Heimstetten miteinander zu verbinden“, so Keck weiter. „Und das ist uns diesen Sommer auf beeindruckende Weise gelungen! Ich und meine Familie haben unzählige Tage auf diesem Großereignis in vollen Zügen genossen. Nun blicke ich als Erster Bürgermeister stolz und mit Freude auf diese Zeit und das Ergebnis zurück. Meinem Amtskollegen aus Furth im Wald und dessen Team, wünsche ich von Herzen, dass sie ab dem 22. Mai 2025 eine ähnlich aufregende Zeit erleben dürfen.“

„Zusammen.Wachsen.“

Unter dem sprechenden Motto „Zusammen.Wachsen.“ war die Landesgartenschau 145 Tage vom 15. Mai bis 6. Oktober 2024 geöffnet – und lud die Besucherinnen und Besucher neben den Ausstellungsbeiträgen zu mehr als 3.500 Veranstaltungen ein.

Von Yoga über Fitness, von Kindertheater bis Musicals, von Blasmusik über Rock, Pop und Soul, von Direktvermarktern bis Performance-Künstlern, von Bilderausstellungen über Walking-Acts, von Mitmach-Workshops bis Gartenführungen, von Kabarett über Showtanz, von Freiluft-Gottesdiensten bis Live-Musik: Der Park war rund um die Uhr mit Leben gefüllt und das Programm so abwechslungsreich und vielseitig wie die alle 14 Tage arrangierte Floristik.

„Eine halbe Million Besucher nach Kirchheim zu holen, war unser heimlicher Wunsch“, sagte Maximilian Heyland, einer der beiden Geschäftsführer der Kirchheim 2024 GmbH. „Dass uns das trotz mehr als sechs Wochen kalten Dauerregens im Mai, Juni, September und Oktober gelungen ist, ist phänomenal!“ Gemeinsam mit seinem Geschäftsführerkollegen Johannes Pinzel dankte Heyland bei der Abschlussveranstaltung explizit auch dem Team der Kirchheim 2024 GmbH. „Das war eine Leistung, die ihresgleichen sucht. Ihr habt alle rund um die Uhr angepackt – und als starkes Team eine fantastische Landesgartenschau auf die Beine gestellt.“

Die temporären Ausstellungsbeiträge werden seit Montag, 7. Oktober abgebaut. Was bleibt, ist der mehr als 10 Hektar große, üppig bepflanzte neue Ortspark mit Parksee, Parkkanzel, Park-Pavillon, verschiedenen neuen Spiel- und Sportmöglichkeiten und weiteren Räumen, von denen in Zukunft das soziale Leben der Kirchheimer Bürgerinnen und Bürger nachhaltig profitieren wird.

Diese neue grüne Verbindung ersetzt die ehemalige Hauptstraße zwischen Kirchheim und Heimstetten, die im Rahmen der Landesgartenschau zurückgebaut worden ist. Wo früher Busse und Autos direkt am Jugendzentrum vorbeifuhren, öffnet sich der Park nun in Richtung Parksee und dem neu angelegten Pausenhof der Grund- und Mittelschule. Wo vormals Glascontainer auf einem Parkplatz standen, kommen nun die Großbäume voll zur Geltung – und wurden zur Landesgartenschau als gemütliche Chill-out-Area mit Hängematten genutzt. „Dieses neue Lebensgefühl wollen wir dauerhaft erhalten“, sagte Kirchheims Altbürgermeister Maximilian Böltl. „Damit wir uns vor unserer Haustüre erholen können und die Luft frisch und sauber ist, wurden in unserem neuen Ortspark 35.000 Sträucher, 80.000 Stauden, 812 neue Bäume und rund 70.000 Blumenzwiebeln in den Daueranlagen gepflanzt. Das ist für alle, die hier wohnen und arbeiten, ein riesengroßer Gewinn.“

Als Bürgermeister hatte Böltl die Bewerbung seiner Gemeinde für die Landesgartenschau 2017 angestoßen und die Weichen für das Großprojekt gestellt. Seit Oktober 2023 ist er Abgeordneter für den Stimmkreis München-Land-Nord im Bayerischen Landtag – und war auch in dieser Funktion mindestens 30-mal auf der Landesgartenschau zu Gast. „Ich hatte viele Abgeordnetenkollegen aus anderen Regierungsbezirken hier zu Gast und habe gemerkt, dass sie unser Konzept überzeugt hat. Denn eine Landesgartenschau sichert Lebensqualität für Generationen, und darum muss es uns allen gehen.“

Gerhard Zäh, Vorsitzender der Bayerischen Landesgartenschau GmbH dankte allen Mitwirkenden für eine „rundum gelungene Landesgartenschau“, für die er auch selbst außerordentlich viele positive Rückmeldungen erhalten habe. „Der Mehrwert für die Gemeinde Kirchheim ist jetzt schon spürbar, und wird von langer Dauer sein.“ Das Team der Bayerischen Landesgartenschau GmbH, dem Gerhard Zäh vorsteht, ist auch bereits in Furth im Wald beschäftigt, wo im kommenden Jahr vom 22. Mai bis 5. Oktober die 38. Bayerische Landesgartenschau stattfinden wird.

Berühmter Gast

Nach gutem Brauch war eine Abordnung der Nachfolge-Gartenschau in Furth deshalb zum Abschlusstag nach Kirchheim gekommen; um das Programm mitzugestalten, und um die offizielle Landesgartenschau-Fahne von Kirchheim mit in den Bayerischen Wald zu nehmen. Zur großen Freude der Besucherinnen und Besucher war das Landesgartenschau-Team aus Furth mit dem berühmten Drachen „Tradinno“ angereist – dem größten vierbeinigen Schreitroboter der Welt – und vielen bekannt vom legendären Further Drachenstich.

Furth im Walds Erster Bürgermeister Sandro Bauer beglückwünschte die Kirchheimer zu ihrer Landesgartenschau: „Ich war selbst einige Male als Besucher hier bei euch und habe jedes Mal eine gelöste und glückliche Stimmung im Ortspark erlebt. Ich wünsche euch Kirchheimern, Heimstettenern und Hausenern, dass ihr von diesem Spirit noch lange profitiert.“

Auf immer und ewig

Ein besonderer Höhepunkt war darüber hinaus die Hochzeitszeremonie der beiden Landesgartenschau-Maskottchen Stetti und Kirk. Die beiden sympathischen Enten, die symbolisch für die Gemeindeteile Heimstetten und Kirchheim stehen, haben durch ihren unterhaltsamen Bund der Ehe und abschließendem „Schnabeln“, die Themenwochen vom „Zusammen.Finden.“ bis zum „Zusammen.Bleiben.“ der Landesgartenschau Kirchheim besiegelt. Mit dem Ortspark als verbindende grüne Achse bleibt auch sein Maskottchenpaar und wird die Gemeinde Kirchheim bei zukünftigen Veranstaltungen unterstützen. ❐



Tradinno, der Further Drache, holt sich die Landesgartenschau 2025 persönlich ab: V.l. Sandro Bauer, Erster Bürgermeister der Stadt Furth im Wald, Stephan Keck, Erster Bürgermeister Gemeinde Kirchheim, Maximilian Böltl, MdL und Altbürgermeister Kirchheim und Gerhard Zäh, Vorsitzender der Bayerischen Landesgartenschau GmbH. Bild: Franz Josef Seidl

Lindner-Werksausstellung:

Neue Modelle und Top-Vorführer

Von 17. bis 19. Oktober zeigt Lindner in Kundl stufenlose Neuheiten wie den Lintrac 70 LDrive und den Unitrac 122 LDrive Pro. Premiere feiert der Lintrac 65 LS, das Einsteigermodell mit Schaltgetriebe. Ein weiteres Highlight sind die aktuellen Top-Vorführer mit zusätzlichen Preishammer-Angeboten.

Bei der Lindner-Werksausstellung können sich Besucherinnen und Besucher aus erster Hand über den Lintrac 70 LDrive informieren und den Traktor auch gleich Probe fahren. Das stufenlose Einsteigermodell der Lintrac-Serie ist so kompakt wie der Lintrac 75 LS und so komfortabel wie der Lintrac 80. Großen Stellenwert hat Lindner auf die sehr einfache Bedienung gelegt. Mit dem LDrive-Drehregler lässt sich der Lintrac 70 z.B. stufenlos beschleunigen oder abbremsen.

Profi-Transporter mit noch mehr Power

Ein weiteres Highlight ist der Unitrac 122 LDrive Pro. Dank Powermanagement kann er zwischen 90 und 100 KW wechseln, was ihn ideal für schwere Transportarbeiten oder Einsätze mit der Zapfwelle macht. Damit ist der Transporter für Einsatzprofis maßgeschneidert, die noch mehr Leistung brauchen bzw. längere Einsätze fahren.

Mit dem Lintrac 65 LS erweitert Lindner jetzt auch sein Angebot bei den geschalteten Traktoren. Der Neue aus Kundl spielt seine Stärken als Allroundtraktor in der alpinen Berg- und Grünlandwirtschaft aus, leistet 76 PS und ist besonders kompakt. Durch seine Wendigkeit punktet er neben Grünlandarbeiten auch bei der Waldarbeit und im Winterdienst.

Lindner läutet den Herbst mit einer attraktiven Aktion ein und hat die rumpfgeführte Fronthydraulik bei allen Neubestellungen kostenlos im Programm. Zusätzlich gibt es zu jedem neuen Lintrac oder Unitrac einen Gutschein in Höhe von 250 Euro. Weitere Informationen zur Aktion, Öffnungszeiten und Vorführungen sind zu finden unter https://www.lindner-traktoren.at/de-at/lindner/news/2024-werksausstellung-herbst-ankuendigung ❐



Neue Modelle und Top-Vorführer stehen auf der Lindner-Werksausstellung von 17. bis 19. Oktober im Mittelpunkt. Bild: Lindner



Immaterielles Kulturerbe:

Mittel- und Niederwälder sind ein Hotspot der Biodiversität

Fachtagung informierte über wertvolle historische Waldbewirtschaftungsform

Im September trafen sich auf Einladung des Biodiversitätszentrums Rhön (BioZ) im Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) und der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Fortwirtschaft (LWF) im fränkischen Bad Windsheim über 100 Interessierte aus Praxis, Forschung und Verwaltung zur Fachtagung „Mittel- und Niederwälder gemeinsam erhalten". Diese besonderen Waldformen verbinden eine jahrhundertealte Tradition der Holznutzung mit dem Erhalt eines wertvollen kulturellen Erbes und gelten zugleich als Hotspots der Biodiversität. Die Teilnehmenden tauschten sich über den aktuellen Wissensstand in Deutschland aus. Zahlreiche Vorträge beleuchteten die historische Bedeutung der Mittel- und Niederwälder, ihre Rolle als Rohstoffquelle, ihre Bedeutung für den Artenschutz sowie ihre Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel. Praktische Einblicke boten Exkursionen in die umliegenden Wälder.

Mittel- und Niederwälder sind lebendige Relikte vergangener Zeiten. Um 1800 machten sie etwa zwei Drittel der Waldflächen in Deutschland aus, heute liegt ihr Anteil bei weniger als einem Prozent. Bayern, insbesondere Franken, beheimatet mit etwa 5.300 Hektar den Großteil der noch aktiv bewirtschafteten Flächen. In Projekten wie „Lichte Wälder in Franken" engagieren sich das BioZ Rhön und die LWF dafür, diese historische Bewirtschaftungsform für die Zukunft zu bewahren.

Naturschutz gelingt nur gemeinsam

Dr. Richard Fackler, Vizepräsident des LfU, betonte: „Naturschutz gelingt nur gemeinsam. Unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sind unverzichtbare Partner im Waldnaturschutz. Mit dem Vertragsnaturschutzprogramm Wald werden freiwillige Leistungen honoriert, die dem Natur- und Artenschutz in privaten Wäldern zugutekommen." Dr. Peter Pröbstle, Präsident der LWF, hob hervor, dass Mittelwälder ein Paradebeispiel für eine gezielte Bewirtschaftung sind, die artenreiche Waldlebensräume schafft und erhält. „Die Waldbesitzer, die diese pflegeintensive Bewirtschaftungsform betreiben, verdienen besonderen Respekt. Sie sichern nicht nur die Rohstoffversorgung und bewahren ein Kulturgut, sondern schaffen auch Lebensräume für künftige Generationen."

Immaterielles Kulturerbe im Steigerwald

Die Bewirtschaftung von Mittel- und Niederwäldern folgt einem speziellen Muster: Der Wald wird in Parzellen unterteilt, und in regelmäßigen Abständen wird auf einer Parzelle das Holz eingeschlagen, das sogenannte „Auf den Stock setzen". Dabei bleiben die Baumstümpfe stehen, aus denen neues Holz austreibt. Im Mittelwald hingegen werden einige Bäume erst nach mehreren Jahrzehnten als Stammholz genutzt. Diese Bewirtschaftung erfolgt oft nach historischen Regelwerken, weshalb die Mittel- und Niederwälder des Steigerwalds und angrenzender Regionen in das Bundesverzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen wurden.

Artenreichste Lebensräume Bayerns

„Diese Form der Bewirtschaftung ist kein Kahlschlag", betonte Dr. Sebastian Vogel vom BioZ Rhön. Vielmehr entsteht durch die spezielle Pflege ein Mosaik aus unterschiedlich dicht bewachsenen Flächen, das besonders licht- und wärmeliebenden Arten wie dem seltenen Maivogel und dem Hirschkäfer zugutekommt. „In diesen Wäldern gibt es viele bedrohte Arten, die anderswo kaum noch vorkommen", erklärte Vogel. „Mittel- und Niederwälder gehören zu den artenreichsten Lebensräumen Bayerns und können nur durch eine aktive Bewirtschaftung erhalten werden."

Intensiver Austausch in den Exkursionen

Während der Exkursionen tauschten sich die Teilnehmenden intensiv darüber aus, wie diese wertvollen Wälder für die Zukunft bewahrt werden können. Themen wie die Auswahl geeigneter Baumarten für den Klimawandel, unterschiedliche Rechtsformen und Förderprogramme in den Bundesländern standen dabei im Fokus – der Austausch soll auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Weitere Informationen:

https://www.lfu.bayern.de/natur/bdz_rhoen/waelder_franken/index.htm ❐

Henne Nutzfahrzeuge auf der GaLaBau 2024:

Innovationen für Kommunen und den Landschaftsbau

Die GaLaBau 2024 konnte sich erneut als ein herausragendes Ereignis in der Welt des Garten- und Landschaftsbaus sowie der Kommunaltechnik beweisen. Über 66.000 Besucher aus 80 Ländern strömten nach Nürnberg, um sich über die neuesten Entwicklungen und Innovationen der Branche zu informieren. Auch Henne Nutzfahrzeuge ergriff diese Gelegenheit, um innovative Lösungen und Technologien für die professionelle Straßenunterhaltung und kommunale Dienstleistungen vorzustellen. Mit der Unterstützung der Partner aus der Kommunal- und Baumaschinentechnik wurde nahezu die gesamte Produktpalette des Unternehmens gezeigt und ein umfassender Einblick in aktuelle und zukünftige Technologien gewährt.

Vom Winterdienst bis zur Grünflächenpflege

Im Mittelpunkt der Präsentation stand der Unimog, das vielseitige Arbeitstier für Kommunen und Unternehmen. Gemeinsam mit Mercedes-Benz Special Trucks, Bucher Municipal und MULAG wurden diverse Unimog-Modelle gezeigt, begleitet von passenden Anbaugeräten – ideal für den Einsatz im Winterdienst oder in der Grünflächenpflege. Hervorzuheben ist das neue Bedienkonzept UNI-TOUCH®. Es vereinfacht die Steuerung der Geräte und macht den Unimog zur idealen Wahl für Unternehmen und Kommunen, die das ganze Jahr über auf zuverlässige Technik angewiesen sind.

Leistungsstark

Zusätzlich konnten Besucher den Unimog U 327, der speziell für den Winterdienst entwickelt wurde, und den Unimog U 535 bestaunen. Mit beeindruckenden 354 PS und der modernen Euro VIe-Norm ist dieser Unimog eine leistungsstarke und umweltfreundliche Lösung für die Pflege von Straßenbegleitgrün.

Gezeigt wurden auch Produkte von JCB: Von Baggern über Rad- und Teleskoplader bis hin zu vollelektrischen Maschinen der E-TECH-Produktreihe war alles vertreten. Ein besonderes Highlight war der Hydradig, ein 10,5-Tonnen-Mobilbagger, der durch seine hervorragende Sicht, Stabilität und Manövrierfähigkeit besticht. Dank seines niedrigen Schwerpunkts und des 109 PS starken Motors bietet der Hydradig maximale Sicherheit und ist ideal für Arbeiten auf beengten Baustellen. Begutachtet werden konnte auch der Minibagger 26C-1 und der Teleskoplader 514-40, die sich für Einsätze an besonders schwierigen und engen Arbeitsorten eignen. ❐



Großer Andrang auf der Galabau 2024. Bild: Henne

150 Jahre FFW Marktschellenberg

Neuer Unimog mit Lentner-Aufbau in Betrieb genommen

Zum 150-jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Marktschellenberg wurde, nach eingehender Beratung durch Henne Nutzfahrzeuge in Heimstetten, eine ganz besondere Anschaffung in den Fuhrpark aufgenommen: ein Unimog U 327 mit Lentner-Aufbau. Das neue Tanklöschfahrzeug (TLF 2000) ersetzt ein 35 Jahre altes Einsatzfahrzeug und soll die Feuerwehr in ihrer täglichen Arbeit deutlich unterstützen. In der gebirgigen Region der Nordalpen ist ein geländegängiges Fahrzeug wie der Unimog dringend erforderlich, um die schwierigen topografischen Bedingungen zu bewältigen.

Der Unimog U 327 gilt als perfektes Feuerwehrfahrzeug für anspruchsvolles Gelände und kann flexibel als Tanklöschfahrzeug oder Geräteträger eingesetzt werden. Für die Feuerwehr Marktschellenberg, die häufig in unwegsamen Terrain im Einsatz ist, bedeutet diese Anschaffung einen wichtigen Schritt in Richtung mehr Sicherheit und Effektivität bei zukünftigen Einsätzen.

Waldbrandschutz

Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem Waldbrandschutz. Da das Einsatzgebiet der Feuerwehr Marktschellenberg stark bewaldet ist, spielt der Unimog eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von Waldbränden. In den letzten Jahren hat die Anzahl der Waldbrände in der Region zugenommen.

Fördermittel erleichtern die Anschaffung

Das neue TLF 2000 ist mit einem Sprühbalken ausgestattet, der sowohl das Fahrzeug als auch die Mannschaft bei Brandeinsätzen schützt. Durch die Möglichkeit, das Feuer frühzeitig einzudämmen, kann der Unimog auch bei schwierigsten Bedingungen effektiv arbeiten.



Der neue im Team: Die Freiwillige Feuerwehr Marktschellenberg vor ihrem Unimog U 327. Bild: Henne

Die Beschaffung des neuen Einsatzfahrzeugs wurde durch Fördermittel des Freistaats Bayern und eine finanzielle Unterstützung des Landkreises Berchtesgadener Land ermöglicht. Der Landkreis übernahm dabei die Hälfte der verbleibenden Kosten, was die Anschaffung für die Gemeinde wirtschaftlich tragbar machte.

Technische Daten des neuen Tanklöschfahrzeugs

Der Unimog U 327 bringt beeindruckende technische Spezifikationen mit:

- Radstand: 3.150 mm
- Bodenfreiheit: 383 mm
- Zulässiges Gesamtgewicht: Bis zu 14 Tonnen
- Motorleistung: 272 PS (OM936 Motor)
- Antrieb: Allrad mit Differentialsperren

Dank seiner flexiblen Einsatzmöglichkeiten und der hohen Nutzlast ist der Unimog perfekt für Arbeiten in anspruchsvollem Gelände geeignet. Zusätzlich sorgt die ergonomische Kabine dafür, dass die Feuerwehrkräfte auch bei langen Einsätzen komfortabel und sicher arbeiten können.

Zukunftssicher aufgestellt

Mit dieser Investition in moderne Ausrüstung ist die Freiwillige Feuerwehr Marktschellenberg bestens für die Zukunft gerüstet. Das neue Fahrzeug steht symbolisch für den Fortschritt und die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr, die auch nach 150 Jahren noch eine unverzichtbare Säule des Katastrophenschutzes in der Region darstellt. ❐



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden immer knapper. Deshalb verlangen sie nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen.

Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: egal ob besonders kompakt (U 216 / U 218 / U 219), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Die Gemeinde Aidhausen ist mit 1.850 großartigen Einwohnern ausgestattet.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
Ich wurde nach 6-jähriger Tätigkeit im Gemeinderat im Jahr 2002 bei den Kommunalwahlen erstmals zum Bürgermeister gewählt und übte das Amt klassisch bis 2014 ehrenamtlich (neben meinem Dienst bei der Bundeswehr) aus und handle seit 2015 als ehrenamtlicher Bürgermeister in Vollzeit.
Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Dieter Möhring

Erster Bürgermeister der Gemeinde Aidhausen

In den ersten zwölf Jahren diente ich neben meiner Gemeinde meinem Dienstherrn der Bundeswehr als Berufssoldat. Seit 2015 habe ich den Dienst niedergelegt und bin, neben der Mitwirkung in vielen anderen politischen Ämtern, im wahrsten Sinne des Wortes Voll(blut)zeit-Bürgermeister.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Aufgrund meiner Tätigkeit in vielen Vereinen und Organisationen bin ich immer mehr zu der Erkenntnis bzw. Überzeugung gelangt, dass man seine Heimat nicht mit imposanten „schlauen" Reden zukunftsträchtig entwickeln kann, sondern sich eben persönlich dafür einsetzen und dementsprechend handeln muss.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Die Mitwirkung sechs Jahre lang im Gemeinderat war intensiv und aufschlussreich, wobei ich auch in dieser Zeit aufgrund meiner Teilnahme an vielen Seminaren enorm dazu gelernt habe, was für meine Tätigkeit als Bürgermeister wertvoll und hilfreich war.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Eine fähige Gemeinde, die bis dato nur verwaltet wurde, politisch wie auch kommunal voranzubringen.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Seit 2017 setzen wir verstärkt auf Dorferneuerungsprogramme, städtebauliche Sanierungsgebiete und ein aktives Leerstandsmanagement, ergänzt durch die soziale Dorferneuerung. Dafür haben wir ein eigenes Seminar in Klosterlangheim (Schule für Dorfentwicklung) vorbereitet und mit den Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Seither gab es zahlreiche Workshops, und weitere stehen noch bevor. Ästhetische Gebäude und ansprechende Dorfplätze tragen sicherlich zu einer attraktiven Gemeinde bei, doch ohne eine gleichzeitige Entwicklung hin zu einer sozialen und wertbeständigen Gemeinschaft sind selbst die schönsten Bauten wenig nachhaltig.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Auch wenn es die Bürger uns nicht immer leicht machen – gerade durch zunehmend egoistische und individuelle Verhaltensweisen – ist es dennoch entscheidend, den persönlichen Kontakt zu ihnen nicht zu verlieren und das gemeinschaftliche Miteinander nicht in Frage zu stellen, sondern wieder ins Gleichgewicht zu bringen.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Durch Umfragen, Workshops und Bürgerversammlungen.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Sie muss in erster Linie die tägliche Arbeit verbessern, aber andererseits wird und kann sie den wertvollen bzw. persönlichen Bürgerkontakt nicht ersetzen.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Verlange von deinen Bürgern und Bürgerinnen nichts, was Du nicht selbst im Stande bist zu leisten, oder von dem du selbst überzeugt bist.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Als ein Bürger/Bürgermeister, dem die individuellen wie auch kommunalen Belange und Bedürfnisse seiner Mitbürger am wichtigsten waren und der seine Gemeinde weiter entwickelt hat. ❐

Bayerischer Städtetag Oberpfalz:

Ruf nach angemessener Finanzausstattung

Kommunalfinanzen in der Schieflage: Wegen stark steigender Ausgaben hat sich die Bezirksversammlung Oberpfalz des Bayerischen Städtetags mit Finanzforderungen an Bayern und den Bund gewandt. Nach Ansicht der beiden Bezirksvorsitzenden Gertrud Maltz-Schwarzfischer (OB Regensburg) und Toni Dutz (Bürgermeister Wiesau) seien die Einnahmen im Schnitt zwar noch stabil, die Aussichten aber düster.

Konkret wurden als aktuell größte Herausforderungen der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab dem Schuljahr 2026/2027, die Finanzierung des ÖPNV, Migration, Digitalisierung, Maßnahmen zur Klimaanpassung und zuvörderst die Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser genannt. Mehr Geld aus dem kommunalen Finanzausgleich des Freistaats Bayern sei deshalb zwingend erforderlich.

Ambergs OB Michael Cerny schilderte die Lage der kommunalen Krankenhäuser am Beispiel des städtischen Klinikums St. Marien. Durch die fehlende Refinanzierung im Gesundheitssystem durch den Bund in den vergangenen Jahren müsse im Amberger Haushalt für 2025 für die Klinik ein Defizit von 18 Millionen Euro getragen werden – allein sieben Millionen entfielen davon für 2024. Damit verdopple sich im kommenden Jahr die Verschuldung der kreisfreien Stadt.

Anspruch auf Finanzierung

Wie Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, erläuterte, „müssen Städte und Gemeinden gut aufgestellt sein, um ihre Aufgaben erfüllen zu können". Die kommunale Ebene dürfe nicht als Ausfallbürge für die Erfüllung von staatlichen Aufgaben in Haftung kommen. Kommunen hätten einen Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzierung. „Dazu gehört ein leistungsfähiger kommunaler Finanzausgleich. Das ist kein Gnadenakt von Staatsregierung und Landtag, sondern die Basis, damit Kommunen ihre Aufgaben im Staatsgefüge ordnungsgemäß erfüllen können."

„Fakt ist: Die Steuereinnahmen stagnieren, die Ausgaben steigen massiv." Dabei schlagen laut Bayerischem Städtetag vor allem höhere Personalausgaben (11 Prozent), Sozialausgaben (15 Prozent) und Bauausgaben (11 Prozent), zu Buche. Bereits im Jahr 2023 mussten die bayerischen Kommunen ein Defizit von 2,5 Milliarden Euro verzeichnen. Diese Entwicklung hat sich verschärft, das Defizit liegt bei weiteren 5 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2024.

„Dies ist ein negativer Rekord und es ist keine Trendwende erkennbar", warnte Buckenhofer: „Die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen muss auf die Tagesordnung." Nötig sei eine konsequente Aufgaben- und Ausgabenkritik von Bund und Freistaat, zudem eine dauerhafte Stärkung des kommunalen Finanzausgleichs mit einer Anhebung der kommunalen Verbundquote im allgemeinen Steuerverbund von bisher 12,75 auf 15 Prozent.

Die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen müsse gesichert sein, damit die soziale, schulische, gesundheitliche und technische Infrastruktur gewährleistet bleibt – in ländlichen Räumen ebenso wie in Städten und Ballungszentren, so der Geschäftsführer. Die Finanzprobleme der Kommunen würden bald für Bürgerschaft und regionale Wirtschaft zu spüren sein: „Fehlende Mittel bedeuten, dass Städte und Gemeinden dringende Investitionen in Kitas und Schulen, in die Infrastruktur mit Straßen und Wegen, in die Energieversorgung oder den öffentlichen Nahverkehr, strecken, schieben oder streichen müssen. Wenn Städte und Gemeinden keine Haushalte mehr aufstellen können, sind sie nicht mehr handlungsfähig, sie können die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft so wichtigen freiwilligen Angebote für Bildung und Kultur, Sport und Vereinsleben nicht mehr im bisherigen Umfang unterstützen."

Als massive Belastung erwiesen sich außerdem die Defizite der Krankenhäuser, die die Städte derzeit mit steigenden Beträgen ausgleichen müssten. Aus Buckenhofers Sicht ist es „eine dramatische Fehlentwicklung, wenn die regionale Gesundheitsversorgung aus städtischen Haushalten am Leben erhalten werden muss. Bund und Länder müssen schnell handeln, um die Herausforderungen in der Krankenhauslandschaft zu beheben." **DK**

Festhalle Schottenhamel unterstützt Aktion Zukunft+

Unternehmen gleicht Oktoberfest-Emissionen mit Zukunft+ Zertifikaten aus

Das Oktoberfest, oder „die Wiesn", wie sie in München genannt wird, zieht jährlich Millionen von Besucherinnen und Besuchern aus aller Welt an. Zu Recht, denn das Fest bietet eine Vielzahl von Attraktionen. Doch bei aller Freude darf der Klimaschutz nicht vergessen werden. Die Festhalle Schottenhamel GmbH & Co. OHG geht mit gutem Beispiel voran und unterstützt die Aktion Zukunft+ der Landkreise München und Ebersberg.

Durch den Erwerb von Zukunft+ Zertifikaten gleicht das Unternehmen die CO2-Emissionen, die im Jahr 2023 durch den Betrieb ihrer Festhalle entstanden sind, aus.

Im Rahmen des Festhallenbetriebs fielen im Jahr 2023 rund 1.400 Tonnen CO2 an. Diese Emissionen hat die Festhalle Schottenhamel über die Zertifikate der Aktion Zukunft+ der Landkreise München und Ebersberg ausgeglichen. Als symbolisches Zeichen überreichte Landrat Christoph Göbel den Festwirten Christian, Michael F. und Konstantin Schottenhamel ein Holzschild. Das Schild wurde im Rahmen des Termins gut sichtbar für die Besucher am Haupteingang des Festzelts angebracht und kennzeichnet die Festhalle Schottenhamel als Unterstützerin der Aktion Zukunft+.



CSU-Mittelfranken würdigt Marlene Mortler, die dieses Jahr nicht mehr zur Europawahl antrat: „Marlene Mortler ist eine ganz große politische Persönlichkeit, charmant und trotzdem ein Kraftwerk, wenn es ums Durchsetzen geht". CSU-Parteivorsitzender Ministerpräsident Dr. Markus Söder bescheinigte ihr, dass sie auf jeder Ebene ihres Wirkens „nicht nur mitgelaufen, sondern stets eine wichtige Rolle gespielt hat". Im Bild v.l Volker Bauer, MdL und Vorsitzender CSU-Kreisverband Roth, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Marlene Mortler, Innenminister Joachim Herrmann, MdL und CSU-Bezirksvorsitzender Mittelfranken, und Norbert Dünkel, MdL und Vorsitzender CSU-Kreisverband Nürnberger Land. Bild und Text: pmw

1.400 Tonnen CO2 ausgeglichen

Die Gesamtemissionen der Festhalle wurden gemeinsam mit der Energieagentur Ebersberg-München, dem Projektpartner der Aktion Zukunft+, ermittelt. Mit einer Spende von rund 28.500 Euro unterstützt die Festhalle Schottenhamel sowohl Projekte zur Bereitstellung effizienter Kochöfen in Ländern des Globalen Südens als auch ein Klimaschutzprojekt in der Region: Pro ausgeglichener Tonne CO2 fließen neun Euro in das Projekt „Waldumbau im Ebersberger Forst – Herbstpflanzung 2024", das durch die Einbringung standortheimischer Baumarten labile Fichtenwälder in gesunde zukunftsfähige Mischwälder umbaut.

Weitere Informationen zu diesem Projekt gibt es unter: https://www.aktion-zukunft-plus.de/baumpflanzung-im-ebersberger-forst-1719930587.

Vor dem Ausgleich steht die Reduktion der Emissionen

Die Leitlinie der Aktion Zukunft+ lautet: vermeiden – reduzieren – und erst dann kompensieren. Unternehmen und Institutionen, die mittels Zukunft+ Zertifikaten ihre CO2-Emissionen ausgleichen möchten, müssen sich bereits mit der Vermeidung und Reduktion ihrer Emissionen auseinandergesetzt und entsprechende Maßnahmen ergriffen haben. Auch die Festhalle Schottenhamel ist hier aktiv geworden und hat folgende Maßnahmen bereits umgesetzt oder geplant:

- Erweiterung des veganen Speisenangebots
- Umstellung auf LED-Beleuchtung in der gesamten Festhalle

Weitere ressourcensparende Maßnahmen mit positiven Auswirkungen auf die CO2-Bilanz, sind z. B.:

- Größere Gebinde für eingekaufte Nahrungsmittel
- Abschaffung von Einweg-Pappbechern in der Küche
- Digitalisierung des Einstellungsprozesses, wodurch der postalische Versand von Arbeitsunterlagen entfällt
- Abschaffung von Einwegverpackungen für Senf und Ketchup mittels nachfüllbarer Spender
- Einführung einer Postmix-Anlage für alkoholfreie Getränke, um Lieferemissionen zu reduzieren

„Ich freue mich, dass sich mit dem Betrieb Schottenhamel ein weiteres renommiertes und bekanntes Unternehmen dazu entschlossen hat, bei seinen Klimaschutzbemühungen auf das Angebot der Aktion Zukunft+ zurückzugreifen. Jeder Beitrag bringt den Klimaschutz weltweit, aber auch ganz konkret in unserer Region, vor Ort in den Landkreisen München und Ebersberg voran. Der Klimawandel ist ein zentrales Thema unseres Daseins und wir alle sind dazu aufgerufen, mit unserem eigenen Handeln unseren Teil dazu beizutragen", so Landrat Christoph Göbel.



V.l.: Christian Schottenhamel, Karina Schäfer (Energieagentur Ebersberg München), Landrat Christoph Göbel, Konstantin Schottenhammel und Michael F. Schottenhamel bei der Übergabe des Holzschildes. Bild: Landratsamt München

Über die Aktion Zukunft+

Die Aktion Zukunft+ ist eine Initiative der Landkreise München und Ebersberg in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Ebersberg-München. Mit dem Erwerb von Zukunft+ Zertifikaten unterstützen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Organisationen und Kommunen Klimaschutzprojekte in der Region und weltweit. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Inklusionspreise des Bezirks Oberpfalz

Ein Gemeinschaftsprojekt der Martini-Schule Freystadt und der Regens-Wagner-Schule Zell sowie das Amberger Unternehmen Lüdecke wurden jetzt mit dem Inklusionspreis des Bezirks Oberpfalz im Bereich „Schule und Musik/Theater“ bzw. „Arbeit und Soziales“ ausgezeichnet. Laut Bezirkstagspräsident Franz Löffler ist es mehr als eine gesetzliche Vorgabe, Menschen mit Beeinträchtigungen in das Wirtschafts-, Kultur- und das allgemeine gesellschaftliche Leben zu integrieren, es sei ein Wert an sich.

Gemeinsames Kochen und Werken verbindet und schafft Berührungsängste ab. Das beweisen die Martini-Schule Freystadt und die Regens-Wagner-Schule Zell. „Bei diesem Projekt wird nicht nur deutlich, dass Inklusion an Schulen vorbildlich umsetzbar ist, obwohl sie im Lehrplan nicht verpflichtend vorkommt. Sondern auch, dass Inklusion über Bezirksgrenzen hinweg gelingen kann“, stellte der Bezirkstagschef fest. Annette Holtmeier, Schulleiterin der Regens Wagner Schule in Zell ergänzte: „Nicht nur Menschen mit Besonderheiten haben hier zusammengearbeitet. Auch wir Menschen aus Mittelfranken wurden inkludiert.“

Ängste abbauen und überwinden

Denn bei diesem „Glücksprojekt“, wie Christine Gottschalk, Schulleiterin der Martini-Schule, das Projekt „Kochen und Technik kennen keine Barrieren“ nennt, handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt, bei dem sich die jetzige Klasse 9M der Martini-Schule seit Januar 2023 regelmäßig mit gehörlosen Jugendlichen der Regens-Wagner-Schule Zell trifft.

„Wenn Menschen mit und ohne Behinderung aufeinandertreffen, sind Berührungsängste keine Seltenheit. Deswegen finde ich es besonders lobenswert, dass mithilfe des Projekts eben diese Ängste abgebaut und überwunden werden“, erklärte Löffler.

„Wir brauchen Vorbilder im inklusiven Bereich“, betonte er bei der Preisverleihung an die Amberger Firma Lüdecke, die für ihre innovativen Kupplungssysteme bekannt ist. Bereits in den 1970er Jahren habe das rund 200 Mitarbeiter starke Unternehmen mit Lebenshilfevereinigungen zusammengearbeitet und in deren Räumen Tätigkeiten für Menschen mit Behinderungen umgesetzt. Geschaffen worden sei ein Netzwerk an Kooperationspartnern der Behinderteneinrichtungen in der Oberpfalz. Rund 800 Menschen stünden in persönlichem Kontakt zur Firma.

Seit drei Jahren gibt es mit der Heilpädagogin Christine Birner auch eine Inklusionsbeauftragte bei Lüdecke, die unter anderem weitere Kooperationen, die Zusammenarbeit mit dem Integrationsfachdienst (IFD) sowie Besuche und Praktika von Menschen mit Behinderung betreut.

Vielfalt gibt es nicht nur in der Belegschaft des ausgezeichneten Unternehmens, sondern auch im Bereich der Nachhaltigkeit. Aktuell stellt die Firma nämlich ihren eigenen Honig her. Mit dem Preisgeld soll dieser Bereich noch weiter ausgebaut werden: Ein Teil des Betrags soll für eine große Hochbeetanlage auf der Dachterrasse verwendet werden, um gemeinsam Kräuter und Gemüse für die Kantine anzubauen.

„Inklusion ist keine Werbekampagne der Firma Lüdecke. Dahinter steckt eine echte Bedeutung, ein echtes Engagement. Und das schon seit Jahrzehnten“, machte Bezirksrat, Inklusionsreferent und Ambergs zweiter Bürgermeister Martin Preuß deutlich. Für ihn stellt die Lüdecke GmbH ein echtes Leuchtturmprojekt in der Stadt Amberg und in der Region dar. **DK**

GZ PINOS WELT



Dem Bürgermeister ist vor einiger Zeit ein äußerst attraktives Angebot seiner Versicherungsgesellschaft ins E-Mail-Postfach geflattert: Eine Katzenversicherung! Wahlweise als Krankenvollversicherung oder als reine OP-Versicherung. Der Bürgermeister hat natürlich als fürsorglicher Sachwalter meiner Existenz die Vollversicherung gewählt – einschließlich Vorsorgeleistungen wie Zahnsteinentfernen, Physiotherapie und alternativen Heilmethoden wie Homöopathie und Akkupunktur. Nur eine Kur mit Abnehmspritzen, die ich eigentlich auch gut gebrauchen könnte, ist nicht enthalten. Ich bin jetzt jedenfalls besser abgesichert als so manch ein menschlicher Krankenversicherter.

Auch sonst ist dem Bürgermeister wenig für mich zu teuer. Feinstes Futter, nett was zum Spielen, ein schöner Kletterbaum für innen bei Regen – alles da. Nur denkt er, ich könne meinen Flüssigkeitshaushalt durch Wasser regeln, weshalb ich nicht den neusten Trinkschlabber bekomme. Was solls? Und seine Liebe zu mir ist echt, weshalb er mir das jetzt überall zu sehende neumodische Katzengeschirr à la Hundeleine ebenso erspart, wie ein Regenmäntelchen. Ich geh aber eh nicht bei Regen raus.

Alles für die Katz‘

Was ich nicht weiß ist, ob er eine Haftpflichtversicherung für mich abgeschlossen hat. Schließlich ist eine Katze nicht so gefährlich wie ein Hund (Biss in fremde Waden) oder Pferde (nietet gerne Fußgänger und Radfahrer auf Waldwegen um). Insgesamt ist es aber gut möglich, dass er wie die relative Mehrheit der Tierhalter in Deutschland 40 bis 60 Euro im Monat für mich ausgibt. Das ist so ein Mittelwert. Insgesamt kommen die Deutschen auf stattliche 7,1 Milliarden Euro Ausgaben für Heimtierbedarf im Jahr 2023. Eine durchaus beachtliche, wirtschaftliche Bedeutung haben Hund und Katz, Kanarienvogel und Schildkröten also in diesem Land.

Anderswo halten sich die Leute auch gerne Tiere; haben aber neben den traditionellen Arten, die den Menschen seit Jahrtausenden begleiten und ihren festen Platz im Heim und im Garten behaupten, auch andere Vorlieben. Vor kurzem war zu lesen, dass in den vereinigten Staaten mehr Tiger leben als in Indien. In Käfigen natürlich, aber keineswegs nur in Zoologischen Gärten, sondern auch bei so manchem Exzentriker hinter dem Bungalow.

Da sind wir doch in Deutschland in Sachen Tierschutz und bürokratische Definition des Begriffes Heimtier den libertären Amis wieder mal voraus, wie uns das Landgericht Neustadt an der Weinstraße bewies, als es einem 70 Kilo schweren Zwergschwein rundheraus die Eigenschaft als Haustier, das in einem Einfamiliensiedlungshausgarten gehalten werden kann, absprach. Eine harte Entscheidung, wenn Sie mich fragen, denn was sind schon 70 Kilo für ein Schwein? Und auch die Nachbarn hätten mehr zu leiden, wenn der Eigentümer seinen Lebenstraum als Freizeitbauer durch die Anschaffung eines neurotischen Gockels gelebt hätte.

Wie dem auch sei: Seit der Mensch in grauester Vorzeit den Wolf zum Hund und die Falbkatze zur Hauskatze domestizierte, gehören Hund und Katz einfach zum Menschsein dazu. Gut, die Funktion des Hundes hat sich vom scharfen Jagdbegleiter zum treuherzig schauenden Knuddelchen gewandelt und auch wir Katzen lassen in aller Regel die Pfoten von Mäusen, die wir früher auf den Bauernhöfen in den Vorratskammern stellen mussten, weil wir Mitleid mit unseren Ernährern haben, die sich vor dem Anblick von toten Mäusen und Vögeln ekeln, obwohl das Jagen nach den Biestern doch eigentlich der Auftrag der Natur an unsere Spezies wäre. Also bleib ich hinterm Ofen.

So ist denn der Umgang mit uns Heimtieren nicht nur ein Zeichen verfeinerter Sitten, sondern auch von Wohlstand, wenn man es sich erlauben kann, Tiere, die zu nichts nütze sind, einfach um ihrer selbst willen zu lieben und zu erhalten. Dass man damit im Ergebnis sich selbst etwas Gutes tut, wusste der fast auf den Tag vor 100 Jahren gestorbene französische Schriftsteller Anatole France in folgende Worte zu kleiden: „Solange man noch kein Tier geliebt hat, bleibt ein Teil der Seele unerweckt“.

Ihr Pino



Landtagsabgeordneter Daniel Artmann im Kreise der glücklichen Vertreter der fünf frischgebackenen „GenussOrte 2024“ aus dem Landkreis Rosenheim. V.l.: Johann Obermeier, Kur- & Gästeinformation Bad Feilnbach; Max Singer, Erster Bürgermeister Bad Feilnbach; Herbert Reiter, Leiter der Tourist Info Aschau und Sachrang; Raphael Wagner, Leitung Kur und Tourismus Bad Feilnbach; Bettina Zaufall, Marketing Markt Prien am Chiemsee; Alois Holzmaier, Zweiter Bürgermeister Oberaudorf; Daniel Artmann, Landtagsabgeordneter; Martin Schöffel, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat; Simon Frank, Erster Bürgermeister Aschau; Mathias Knöckl, Tourismus-Förderverein Inntal e. V.; Daniel Mair, Erster Bürgermeister Frasdorf. Bild: Giulia Iannicelli/StMELF

Hier ist Genuss zu Hause

Aschau, Bad Feilnbach, Frasdorf, Oberaudorf und Prien als bayerische „GenussOrte“ gekürt

Bayern ist nicht nur für seine Königsschlösser, für malerische Landschaften und kulturreiche Städte bekannt, sondern auch für seine kulinarischen Schätze. Überall im Freistaat gibt es lokale Spezialitäten und handgemachte Köstlichkeiten. In Vertretung von Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat Martin Schöffel, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, 44 bayerische Städte und Gemeinden als „GenussOrt 2024“ ausgezeichnet. Darunter mit Aschau, Bad Feilnbach, Frasdorf, Oberaudorf und Prien auch fünf Gemeinden aus dem Landkreis Rosenheim

Landtagsabgeordneter Daniel Artmann gratulierte den fünf Gemeinden zu dieser Auszeichnung: „Herzlichen Glückwunsch nach Aschau, Bad Feilnbach, Frasdorf, Oberaudorf und Prien. Bayern ist ein Genussland und der Landkreis Rosenheim ganz besonders. Diese fünf Gemeinden stehen für Heimatliebe und einzigartigen oberbayerischen Genuss. Hier können Einheimische und Gäste den kulinarischen Reichtum des Alpenvorlands erleben und genießen.“

Besondere Orte gesucht

Eine fachkundig besetzte Jury mit Vertretern aus Landwirtschaft, Tourismus, Gastronomie und Verbraucherschutz wählte die „GenussOrte“ aus. Dabei wurde insbesondere auf regionale Spezialitäten, handwerkliche Herstellung und erlebbaren Genuss vor Ort – sei es durch Führungen, Direktvermarktung oder Gastronomie – geachtet. Gesucht wurden besondere Orte mit eigenständiger kulinarischer Tradition.

Gastronomische Bandbreite

Aschau i.Chiemgau und Sachrang, vertreten durch den Ersten Bürgermeister Simon Frank und Tourismuschef Herbert Reiter, kann sich nach 2018 bereits zum zweiten Mal mit der Auszeichnung als „GenussOrt“ schmücken. „Wir freuen uns, dass die langjährige Tradition in der Vermarktung regionaler Lebensmittel und die Vielzahl von speziellen Aschauer und Sachranger Produkten und Köstlichkeiten die Jury erneut überzeugt haben. Mit einer gastronomischen Bandbreite von der Sterne-Residenz, den Traditionsgasthäusern, über die Dorf-, Hof- und Bergbauernläden, Traditions-Metzgerei und Bäckerei bis hin zur Almhütte ist und bleibt Aschau das Aushängeschild für erlebbaren Genuss im Priental“, so Frank und Reiter.

„Re-Zertifizierung“ geschafft

Auch Bad Feilnbach, Frasdorf und Prien haben die „Re-Zertifizierung“ geschafft, auch sie sind bereits zum zweiten Mal „GenussOrt“. Bad Feilnbach punktet mit seinen Streuobstwiesen, auf denen rd. 30.000 Obstbäume stehen. Es ist das einzige Obstanbaugebiet in Deutschland mit rein ökologischem Obstanbau. Aus den Feilnbacher Früchten entstehen jedes Jahr Delikatessen wie Saft, Marmeladen, Essig oder Obstbrand. Mit 120 Brennereirechten verfügt der Ort über die meisten in ganz Bayern. Frasdorf wurde für die Erträge aus seiner bäuerlichen Kulturlandschaft in Höhenlagen ausgezeichnet. Aus der Milch der Almbauern wird feinster Schaf-, Kuh- und Ziegenkäse, aus den aromatischen Früchten der Streuobstwiesen edle Schnäpse und Liköre. Neuer „GenussOrt“ ist Oberaudorf. Im Luftkurort im Inntal wird traditionelle als auch moderne Genusskultur gepflegt. Neben Gemüse und Fleisch aus heimischer Landwirtschaft, Brot und Gebäck aus einer Confiserie, Marmeladen und Eingemachtem aus eigener Produktion setzen innovative Manufakturen wie eine Brauerei und eine Kaffeeschule frische Akzente. Auch die Marktgemeinde Prien am Chiemsee ist 2024 wieder mit dabei. Die Gründe liegen auf der Hand: Als Tor zu den Chiemseeinseln, zum Schloss Herrenchiemsee von Ludwig II. und natürlich aufgrund seiner vielfältigen Fischspezialitäten, die die Chiemseefischer tagesfrisch fangen und anbieten.

Premiumstrategie für Lebensmittel

Der Wettbewerb „GenussOrte Bayern“ ist Teil der Premiumstrategie für Lebensmittel des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus. Ziel ist, Produkten aus Bayern mehr Aufmerksamkeit zu geben und ein neues Bewusstsein für besondere, regionale Lebensmittel zu schaffen. Weitere Informationen gibt es unter: www.genuss-orte.bayern. ❐

Planungsregion Ingolstadt (Region 10):

Gemeinsam handeln in herausfordernden Zeiten

Enger Austausch beim Quartalsreffen der drei Landräte und von Oberbürgermeister Dr. Scharpf

Die drei Landräte der Region 10 – Alexander Anetsberger, Landkreis Eichstätt; Albert Gürtner, Landkreis Pfaffenhofen; Peter von der Grün, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen – und der Ingolstädter Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf haben ihre jüngste, turnusmäßige Abstimmung genutzt, um über die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen zu sprechen. Sinkende Gewerbesteuereinnahmen bei gleichzeitig stark steigenden Kosten für, unter anderem, Personal oder Baumaßnahmen stellen Kommunen und Landkreise gleichermaßen vor Herausforderungen. So ging es beim virtuellen Treffen, ausgerichtet vom Landkreis Eichstätt, um Themen wie abgestimmte Gebührenanpassungen, Optimierungsmöglichkeiten oder auch Einsparpotenziale bei kommunalen Tochterunternehmen wie Kliniken, Stadtwerken oder der Müllbeseitigung.

Der Ingolstädter Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf: „Die bewährte Zusammenarbeit in der Region in so unterschiedlichen Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Busverkehr oder auch gemeinsame Schulbauten zeigt, wir handeln gemeinsam. Das hat auch das Treffen gezeigt. Die Zeiten sind nicht einfach, wir alle müssen schauen, wie wir mit weniger Geld und gestiegenen Kosten zurechtkommen. Mit den Landräten funktioniert diese Zusammenarbeit gut, über Partei- und Landkreisgrenzen hinweg.“

Zukunftsfest aufstellen

Landrat Alexander Anetsberger, Landkreis Eichstätt: „Ich bin überzeugt, dass wir die vor uns liegenden Herausforderungen nur gemeinsam stemmen können. Am wichtigsten ist dabei die Umsetzung einer gemeinsamen Medizinstrategie, weil wir damit zwei wichtige Aufgaben auf einmal lösen können: Die Gesundheitsversorgung der Region 10 zukunftsfest zu machen und die enormen Betriebsdefizite zu reduzieren, die unsere finanziellen Handlungsspielräume gefährlich einschränken.“

Landrat Albert Gürtner, Landkreis Pfaffenhofen: „Die Unsicherheiten in der Wirtschaft wirken sich auch auf die Steuereinnahmen aus. Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben für notwendige Investitionen in Gesundheitsversorgung, Schulen und Infrastruktur werden eine große Herausforderung für die kommunalen Haushalte.“

Landrat Peter von der Grün, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen: „Wir Kommunen müssen immer mehr staatliche Aufgaben übernehmen, ohne dafür mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet zu werden. Deshalb ist es ausdrücklich zu begrüßen, wenn wir als Region 10 in vielen Bereichen eng zusammenarbeiten und im Schulterschluss gegenüber Bund und Land auftreten können.“ ❐

Netzwerktreffen der „Engagierten Städte“:

Bayern wird Länderpartner im Bundesprogramm

Mitte September lud die Geschäftsstelle des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement BBE alle „Engagierten Städte“ Deutschlands zum Netzwerktreffen nach Würzburg ein. Thema war die Aufnahme Bayerns als Länderpartner in das Netzwerk „Engagierte Stadt“. Oberbürgermeister Christian Schuchardt und die parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz begrüßten die Teilnehmer.

Die bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Ulrike Scharf, zeigte sich per Videobotschaft beeindruckt: „Bayern ist Ehrenamtsland. Im Freistaat engagieren sich 41 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger über 14 Jahre ehrenamtlich. Diese Zahl ist ein starkes Zeichen des Miteinanders und keine Selbstverständlichkeit. Mit der Unterzeichnung stärken wir die Anerkennungskultur des Ehrenamts, fördern Zusammenarbeit, Vernetzung und Austausch. Neue Ideen und Ansätze können so entwickelt werden. Ich freue mich, dass elf Kommunen in Bayern sich im Programm engagieren. Es ist ein wertvoller Schatz, wenn sich Bürgerinnen und Bürger aus unseren Städten und Gemeinden für ihre Mitmenschen einsetzen.“

In Bayern sind Holzkirchen, Kronach, Neustadt an der Aisch seit 2015, Neumarkt in der Oberpfalz, Puchheim, Würzburg seit 2020, Eichstätt seit 2021, Ingolstadt, Rosenheim seit 2022 dabei, und im Februar 2024 neu hinzugekommen ist Gröbenzell. Claudia Leitzmann vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. freut sich über die Vernetzung: „Engagement, Zusammenarbeit, Netzwerke und Querverbindungen werden immer wichtiger, um gesellschaftliche Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Ob die Ankunft einer großen Zahl geflüchteter Menschen, Corona-Krise oder Flutkatastrophen: Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre haben gezeigt, dass solche Ereignisse nur in Kooperation der unterschiedlichen Partner in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu meistern sind. Deshalb freuen wir uns, dass Bayern nicht nur unsere Engagement-Netzwerke fördert, sondern mit einer Länderpartnerschaft auch die Ziele der ‚Engagierten Stadt‘ unterstützt.“

Das Netzwerk „Engagierte Stadt“ bietet Austausch und viele Best-Practice-Lösungen für aktuelle Herausforderungen wie zum Beispiel die Digitalisierung, neue Engagementformen oder den Umgang mit der Klimakrise. Dr. Frank Strathmann, Koordinator des Regionalnetzwerkes Engagierte Städte Bayern, hat viel vor: „Durch Tandem-Partnerschaften, gegenseitige Delegationsbesuche, virtuelle Austauschformate und Fachtagungen an verschiedenen Netzwerkknoten praktizieren wir bereits einen lebendigen Wissenstransfer in Bayern. Diesen planen wir noch mit weiteren Partnern auszubauen.“

Freiwilliges Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist eine Bereicherung sowohl für das Gemeinwesen vor Ort als auch für das gesamte Land. In engagierten Städten gestalten Akteure aus der Verwaltung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft gemeinsam mit und für die Bürgerschaft Beteiligung, Ehrenamt und Engagement. Das stärkt die Gemeinschaft und ist ein wichtiger Beitrag für eine lebendige Demokratie. Die Länderpartnerschaft im Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“ ist ein weiterer Baustein des Landes zur nachhaltigen Förderung guter Bedingungen für Engagement vor Ort.

Zusammenarbeit stärken

Im Sinne der Vernetzung und kooperativen Zusammenarbeit wurde die Landespartnerschaft gemeinsam erarbeitet mit Vertreterinnen und Vertretern der Engagierten Städte in Bayern, des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. (LBE), der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen lagfa bayern e.V. sowie des Landes Bayern. Gemeinsames Ziel ist es, zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und die sektorenübergreifende Zusammenarbeit zu stärken.

Engagierte Städte entstehen dort, wo sich überzeugte Menschen aus gemeinnützigen Organisationen, der öffentlichen Verwaltung und Unternehmen gemeinsam für das Engagement und Ehrenamt vor Ort stark machen. Sie eint das Ziel, gemeinsam Lösungen für lokale und regionale Zukunftsfragen zu entwickeln und damit (positive) Veränderungen für eine lebenswertere Stadt und Region für alle anzustoßen. Dafür tauschen sie Expertise und Wissen aus, bündeln ihre Ressourcen und schaffen somit wirkungsvolle Kooperationen und gemeinschaftliche Aktionen. Würzburg ist stolz darauf, auch einer dieser Kooperationspartner sein zu können.

2015 ist das Programm „Engagierte Stadt“ an den Start gegangen. Würzburg ist seit 2020 dem Netzwerk Engagierte Stadt beigetreten und seit dem Mitglied. Inzwischen profitieren über 100 Engagierte Städte mit einer Einwohnerzahl von 10.000 bis 250.000 vom Austausch erprobter Praxislösungen und der Vielfalt lokaler Konzepte. Sie sind Teil eines Netzwerks, das gelungene Praxis vor Ort sichtbar macht und mit starken Partnern bürgerschaftliches Engagement auf allen Ebenen stärkt. Das Programm wird durch ein Konsortium auf der Bundesebene getragen, dem das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Bertelsmann Stiftung, das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt und die Körber-Stiftung angehören. ❐



Dr. Lilian Schwalb (BBE), Michael Holzwarth (ASB Regionalverband Würzburg-Schweinfurt e.V.), Dr. Hülya Düber (Sozialreferentin Stadt Würzburg), Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Kristin Funk (Aktivbüro), Sebastian Kießig (Programmbüro BBE), Daniela van Wyk (BMFSFJ). Bild: Benjamin Brückner

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20/2024, die am 24. Oktober 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung**
- **Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de
www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung



Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 24. Oktober 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 20


Eine Brücke für Fledermäuse – Seite 3


20-jähriges Jubiläum der Bayerischen Klima-Allianz – Seite 3

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

CSU-Parteitag in Augsburg:

Für Politikwechsel und Neuanfang

Startschuss für den Bundestagswahlkampf: Als Standortbestimmung und Wegweiser für das kommende Jahr diente der CSU-Parteitag in Augsburg, an dem Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Chef Dr. Markus Söder, Kanzlerkandidat und CDU-Chef Friedrich Merz sowie CSU-Generalsekretär Martin Huber deutlich machten: „Wir haben den Mut, die Kraft und die Entschlossenheit, unser Land wieder gemeinsam nach vorne zu bringen. Wir stehen für den Politikwechsel, den Deutschland dringend braucht."

„Während Deutschland wegen der Ampel der Abstieg droht, ist Bayern das Kraftzentrum Deutschlands", unterstrich Söder. Ob Wirtschaft, Sicherheit oder Klimaschutz - in allen Bereichen stehe der Freistaat hervorragend da. Auch in der Bildungspolitik rangiere Bayern an der Spitze, denn: „In Bayern gilt Ja zu Leistung und Nein zu Gendern und anderem Unsinn."

Sofortige Neuwahlen

Angesichts der katastrophalen Ampel-Politik forderte der Parteivorsitzende sofortige Neuwahlen. Bei einer Regierungsübernahme werde die Union das Bürgergeld abschaffen, die Cannabislegalisierung zurücknehmen, die Migration klar begrenzen und insgesamt mehr auf Freiheit und Vertrauen in die Fähigkeiten der Wirtschaft und der Menschen setzen.

Keine Denkverbote

Auf ihrem Parteitag stellte die CSU auch inhaltliche Leitplanken für den Wahlkampf auf. Im Leitantrag „Irreguläre Migration beenden, innere Sicherheit stärken" spricht sie sich für eine Obergrenze von weit unter 100.000 Asylanträgen pro Jahr und eine grundlegende Reform des Asylrechts aus. Im vergangenen Jahr waren in Deutschland mehr als 300.000 Asylanträge registriert worden.

In vielen deutschen Städten fühlten sich die Menschen teilweise nicht mehr zu Hause und sorgten sich um ihre Sicherheit, heißt es im Leitantrag. „Die Wahrheit ist: Es ist uns über den Kopf gewachsen, der Zuzug ist zu viel und nicht mehr stemmbar. Eine strikte Begrenzung der Migration ist dringend nötig." Zudem bedürfe es einer grundlegenden Reform des Asylrechts und einer Evaluation betreffender Rechtsinstitute. Dabei dür-

(Fortsetzung auf Seite 4)


Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Bild: CSU

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Wegen Ausschluss aus der Klimaallianz:

Gemeindetag ist stocksauer

Brandl: „Sehr bedauerlich, dass der Gemeindetag aus der Klima-Allianz ausgeschlossen wurde"

„Ich kann nicht verstehen, warum Herr Glauber uns aus der Klima-Allianz ausgeschlossen hat", so Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. „Wir hatten lediglich darum gebeten, dass uns vor Unterzeichnung des bayerischen Klimaneutralitätsziels 2040 ein konkreter Umsetzungspfad aufgezeigt wird". Als Verantwortlicher für die Wärmeplanung, die nach dem Bundesgesetz auf das Jahr 2045 ausgerichtet ist, müsse man wissen, wie die vorgezogene Dekarbonisierung im Wärmesektor, gerade auch finanziell, in Bayern bewerkstelligt werden soll.

Vor zwei Wochen (10. Oktober) fand die 20-Jahr-Feier der Klima-Allianz Bayern statt, in der der Bayerische Gemeindetag seit 2008 Mitglied war. Anlässlich des Jubiläums wurde eine neue Charta von den Partnern bei dem Staatsempfang unterzeichnet, in der sich diese verpflichten, Klimaneutralität in Bayern bis 2040 voranzutreiben. Die Wärmeplanung und das Gebäudeenergiegesetz sind jedoch auf das Jahr 2045 ausgerichtet, sodass auch nach 2040 neue Gas- und Ölbrenner unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sind. Auch in den Wärmenetzen bleiben dann noch fossile Anteile möglich. Alle 2.056 Städte und Gemeinden in Bayern sollen in Kürze für die Wärmeplanung verantwortlich werden. Deshalb wollte der Gemeindetag vom Umweltministerium vor der Unterzeichnung wissen, wie dieses Ziel schon fünf Jahre vorher in Bayern erreicht werden kann. Brandl: „Wir müssen vor Unterzeichnung Klarheit haben, welche Umsetzungsschritte damit für unsere Mitglieder verbunden sind." Dies wurde mit dem Hinweis, dass die Charta keine bindende Verpflichtung sei, nicht aufgegriffen.

Auch unser Vorschlag, dass der Gemeindetag mit der Unterzeichnung bis zu der vom Wirtschaftsministerium bereits angekündigten Wärmestrategie warten wolle, konnte nicht verhindern, dass der Gemeindetag aus der Allianz ausgeschlossen wurde. „Der Bayerische Gemeindetag, der bei den für die Energiewende verantwortlichen Fachministerien als konstruktiver Partner bei der Dekarbonisierung unserer Energieversorgung bekannt ist, findet sich bereits nicht mehr in der Liste der Partner der Klima-Allianz", heißt es in einer Pressemitteilung des kommunalen Spitzenverbands. Vgl. Bericht auf Seite 3. ❐


V.l.: Klaus Spreng, Referatsleiter Digitale Infrastruktur Bayerns, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Constanze von Hassel, GZ-Chefredakteurin, Roman Skrodzki, Referent für Kommunalpolitik, BREKO Bundesverband Breitbandkommunikation e.V., Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag und Erster Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, Stadt Gunzenhausen. Bild: Jessica Maiwald-Kassner

11. Bayerisches BreitbandForum in Gunzenhausen:

Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit

Über 400 kommunale Entscheidungs- und Mandatsträger sowie leitende Mitarbeiter aus Kommunalverwaltungen, Ministerien, Wirtschaft und Verbänden nahmen am 11. Bayerischen BreitbandForum in Gunzenhausen teil. Zudem folgten 63 Aussteller und Partner, auch aus dem europäischen Ausland, der GZ-Einladung.

Sie erwartete ein vielfältiges Angebot mit 25 Vorträgen sowie eine Podiumsdiskussion mit Klaus Spreng (StMFH), Bürgermeister Alfred Holzner (Rottenburg an der Laaber), Christoph Rathenow (Projektträger Breitbandförderung) und Jürgen Schuster (Corwese GmbH). Als Mitveranstalter fungierte erstmals der Bayerische Gemeindetag, Medienpartner war einmal mehr TV Bayern live.

Auf der Agenda standen Themen wie die Reform der Bundesförderung sowie ein neuer Musterbescheid für die Glasfasereinlegung in Straßen. Ergänzt wurde das Programm durch Vorträge zum Breitbandausbau im ländlichen Raum, zu technischen Planungsfragen und zur nachhaltigen Gestaltung des Ausbaus.

„Das wird die KI schon für

(Fortsetzung auf Seite 4)

Landrätetagung in Berlin:

Kommunale Spielräume erweitern

Die diesjährige Landrätetagung führte die bayerischen Landkreischefs nach Berlin. Dort führten sie zahlreiche Gespräche, unter anderem mit einer Reihe von Bundesministern. Auf der Agenda standen die Themen Migrationspolitik sowie mehr Geld und Unterstützung für die Kommunen, insbesondere auch zum Erhalt von Krankenhäusern.

Die drängenden Herausforderungen in der kommunalen Zusammenarbeit thematisierten die Landräte im Gespräch mit Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck, MdB. Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, feststellte, habe sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland deutlich verändert, was weitreichende Folgen für die Kommunen nach sich ziehe. Die Spielräume für Investitionen in Infrastruktur und soziale Projekte seien stark geschrumpft und die Haushaltsengpässe nähmen zu.


Bayerischer Landrätepräsident Thomas Karmasin. Bild: Bayerischer Landkreistag

Ausgaben wachsen schneller als Einnahmen

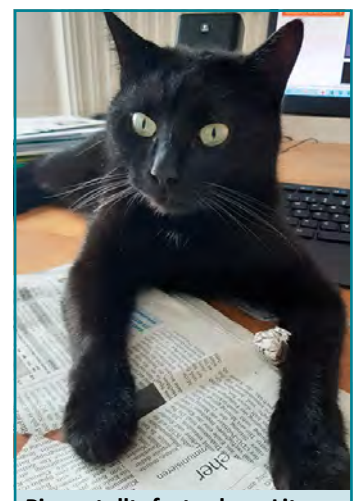
„Die Ausgaben wachsen schneller als unsere Einnahmen, was sich auf alle Bereiche auswirkt – von der Sozial- und Jugendhilfe bis hin zu den Herausforderungen im öffentlichen Personennahverkehr. Politisch kommen die meisten Probleme der Landkreise aus dem Bund", so Karmasin.

„Die Mittel, die von oben kommen, sind trotz Erhöhungen nicht ausreichend, um die enormen Herausforderungen zu meistern", fuhr der Verbandschef fort. Dies führe zu einer spürbaren Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung und Handlungsfähigkeit.

Schwer umsetzbare EU-Vorgaben

Auf dem Programm standen auch die Herausforderungen im Bereich der Energie- und Klimapolitik. Die Landräte wiesen darauf hin, dass EU-Vorgaben oft schwer umsetzbar seien und die kommunale Handlungsfähigkeit einschränkten. „Wir brauchen eine Ziel- statt Detailsteuerung. Die Regelungen müssen praxisnah sein und den Kommu-

(Fortsetzung auf Seite 4)


Pino stellt fest, dass Literatur nach wie vor konsumiert wird; nur eben anders. Seiner Meinung nach wurde aus dem Abgesang auf das Buchlesen schon längst ein Evergreen. „Das Buch", so der Kater, „ist nicht tot." S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Forum.Heimatpflege.Kommunal – Förderpreise 2
Bayerischer Städtetag: Kommunalfinanzen in Schieflage 2
25 Jahre ConSozial in Nürnberg 2
GZ-Kolumne Carmen Pepiuk: Kirche als Ort der Begegnung 3
BdSt-Schwarzbuch: Eine Brücke für Fledermäuse 3
96 Jahre Klimawandel in Bayern 3
Kommunale Finanzthemen . . . . . .5 - 8
Kommunale Energiethemen . . . . . .9 - 11
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV 12
Wasser • Abwasser 13
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 14 - 16

Forum.Heimatpflege.Kommunal in München:

Förderpreise für vorbildliche Projekte

Auf dem „Forum.Heimatpflege.Kommunal“ in der Residenz München wurden acht mit je 1.000 Euro dotierte Förderpreise an Heimatpflege-Projekte mit engagierten jungen Menschen verliehen. Laut Finanz- und Heimatminister Albert Füracker „sind die Ausgezeichneten großartige Vorbilder und zeigen, wie Heimatpflege zukunftsfähig gelebt wird“.

Den Preis „Heimatpflege-Ausgezeichnet!“ erhielt zunächst die Landjugend Schreez und Umgebung (Landkreis Bayreuth). Dort sind fünf Kindertanzgruppen aktiv, die überwiegend traditionelle Tänze („Volkstanz“) pflegen und dadurch viel zum Gemeinschaftsgefühl und zur Volksmusikpflege in den Orten in der kleinen Gemeinde Haag beitragen. Die Kindertanzgruppen werden zudem von Jugendlichen geleitet. Mit gemeinschaftsbildenden Aktionen gehen ihre Aktivitäten über reine Tanzproben und -veranstaltungen hinaus.

Siebenbürgisch-sächsische Kultur

Die Siebenbürgische Jugendtanzgruppe Nürnberg setzt sich seit 2008 für die siebenbürgisch-sächsische Kultur ein. Das tänzerische Repertoire umfasst ein breites Spektrum: von alt überlieferten siebenbürgischen Volkstänzen über selbst choreographierte Tänze bis hin zu modernen Country Tänzen wie Line Dance. Die Jugendtanzgruppe tritt bei siebenbürgischen und fränkischen Veranstaltungen auf und trifft sich auch außerhalb der Proben, um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

Projekte mit heimatpflegerischem Bezug

Brigitte Hartung-Bretz, engagiert im ausgezeichneten Heimat- und Geschichtsverein Bürgstadt e. V. (Landkreis Miltenberg) und zugleich Realschullehrerin, arbeitet mit ihren Schulkindern bereits seit einigen Jahren an Projekten mit heimatpflegerischem Bezug. So hat etwa die Erstellung einer Webseite zum Weinbau in Bürgstadt im Rahmen des Wettbewerbs „Erinnerungszeichen Bayern“ zum Thema „Hier bin ich daheim! Was macht meine Region besonders?“ den Anerkennungspreis und 1. Preis des Jugendkulturpreises des Landratsamtes Miltenberg erhalten.

Der Heimat- und Geschichtsverein Bürgstadt ist ein Beispiel, wie die Heimatpflege vor Ort von Schulprojekten profitieren kann und umgekehrt.

Im Jahr 2023 wurde mit Schülern der Grundschule am Sallerner Berg in Regensburg ein Projekt mit dem Titel „Warum sind die Häuser in der Konradsiedlung so klein, haben aber so einen riesengroßen Garten?“ erarbeitet. Hierbei erkundeten die Kinder im Heimatkundeunterricht ihren Stadtteil und erstellten ein multimediales eBook zu den Ergebnissen. Die Kindheit von damals wurde durch historische Objekte wie Spielsachen und Haushaltsgegenstände zum „Anfassen“ gegenwärtig.

Heimat- und Volkstrachtenverein

Im Heimat- und Volkstrachtenverein Salzweg (Landkreis Passau) gibt es eine große Vielfalt an Kinder- und Jugendgruppen mit insgesamt über 40 Kindern. In diesen Gruppen wird auf musikalischem Gebiet heimische Volksmusik und niederbayerisches Liedgut gepflegt und weitergegeben.

Heimatpflegerisches Kulturgut wird auf breiter Basis und mit großem Engagement der Betreuerinnen vermittelt. Kinder und Jugendliche werden durch ihre Auftritte selbst zu Kulturvermittlern und lernen, selbstbewusst für die heimische Kultur einzutreten.

Das Gymnasium Miesbach veröffentlicht mit großer Unterstützung des Stadtarchivs die sogenannten Miesbacher Hefte. Das „Miesbacher Heft“ wurde 1985 erstmalig vom Gymnasium ins Leben gerufen. Heimatkundlich- historische Forschungen der Schülerinnen und Schüler, die im Zusammenhang mit dem Ort oder der Region um Miesbach stehen, wurden damit einer größeren Gruppe von Interessierten vorgestellt. Bis 2003 sind insgesamt 32 Hefte erschienen. Nach 16-jähriger Pause wurde die Reihe der „Miesbacher Hefte“ 2019 wieder aufgenommen. Stadtarchivarin Barbara Wank unterstützt die Recherchen mit dem Archiv-Fundus und bringt sich unter anderem auch als Schriftleiterin ein. Ziel ist die Herausgabe eines Heftes pro Jahr.

Schimmelreiterverein mit Schauspieltruppe

Der Schimmelreiterverein „Historischer Haufen“ in Wertach (Landkreis Oberallgäu) wurde 2003 zur Aufführung der musikalischen Alpensaga „Der Schimmelreiter“ gegründet. Rund 90 Mitwirkende, darunter fünf aktive Jugendliche aus dem Jugendtheater Wertach, bilden die Schauspieltruppe. Das 2006 gegründete Theater mit derzeit 32 aktiven Jugendlichen und Kindern im Alter von 9 bis 19 Jahren bildet das zweite Standbein des Vereins. Nach einer Corona-Pause erfolgte 2024 der Neustart mit drei Altersgruppen, die jeweils einen Einakter auf die Bühne bringen. Alle Stücke sind im Hinblick auf Charaktere, Texte und Lieder an die ortsgeschichtlichen Verhältnisse in Wertach adaptiert. Überwiegend wird im Dialekt gespielt und gesungen. Zudem wird großer Wert darauf gelegt, dass sich Jugendliche stark in die Ausgestaltung ihres Stückes mit einbringen (Bühnenbild, Rollenausgestaltung).

Eghalanda Gmoi mit Kinder- und Schülergruppe

Die Eghalanda Gmoi z‘ Geretsried e.V. (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) wurde 1971 gegründet. Die Egerlandjugend ist mit einer Kinder- und Schülergruppe aktiv bei allen Vereinsveranstaltungen im Jahreslauf beteiligt, ebenso überregional am Bundestreffen der Egerlandjugend oder dem Sudetendeutschen Tag. Neben der Brauchtumspflege ist der Erhalt der traditionellen Volksmusik der Schwerpunkt der Kinder- und Jugendgruppe. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Landrat Martin Neumeyer
Landkreis Kelheim
am 4.11.

Bürgermeister
Ludwig Waas
Gemeinde Niederwinkling
am 6.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Sebastian Linner
Gemeinde Rechtmehring
am 26.10.

Oberbürgermeister
Frank Rebhan
Stadt Neustadt bei Coburg
am 26.10.

Bürgermeister
Franz Gassner
Markt Frontenhausen
am 29.10.

Bürgermeister
Reiner Gäbl
Markt Eslarn
am 6.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Simon
Gemeinde Schneizlreuth
am 5.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wilhelm Rehklau
Gemeinde Deiningen
am 4.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Tobias Windhorst
Stadt Töging am Inn
am 6.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Oliver Schulze
Gemeinde Sennfeld
am 6.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Reinthaler
Gemeinde Eiselfing
am 30.10.

Bürgermeister Josef Fuchs
Gemeinde Waidhofen
am 30.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

25 Jahre ConSozial in Nürnberg:

„Vielfalt stärken, Solidarität leben und Wandel gestalten“

Mit rund 4.500 Besucherinnen und Besuchern, über 50 Vorträgen im ConSozial-Kongress und 14 Vorträgen im KITA-Kongress sowie über 200 Ausstellern auf über 4.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche ist die Jubiläums-ConSozial nach zwei Tagen auf dem Nürnberger Messegelände zu Ende gegangen. „Vielfalt stärken, Solidarität leben und Wandel gestalten“ lautete das diesjährige Motto der größten Messe der Sozialwirtschaft in Deutschland.

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der die Messe gemeinsam mit Sozialministerin Ulrike Scharf eröffnete, betonte: „Bayern ist dankbar für das soziale Engagement und die hervorragende Arbeit im Sozialbereich. Unsere Wertschätzung gilt allen Wohlfahrts- und Sozialverbänden, den Pflegekräften und allen, die sich im Bereich der Inklusion engagieren. Denn Inklusion ist für uns nicht nur ein Schlagwort – bei uns wird sie gelebt. Der Freistaat engagiert sich hier wie kaum ein anderes Land und wird auch künftig kräftig investieren. Denn unsere Menschen und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind es wert. Bayern ist ein soziales, christliches und menschliches Land. Das wollen wir auch bleiben.“

Soziales ist der Kitt unserer Gesellschaft

„Das Soziale ist der Kitt unserer Gesellschaft, der alles zusammenhält. Dazu gehört in Bayern eine gute Sozialpolitik“, stellte Sozialministerin Scharf fest: „Gerade in politisch unruhigen Zeiten wird auf der ConSozial eindrücklich gezeigt, worauf es wirklich ankommt: das Miteinander, den offenen Austausch und Gemeinsamkeiten statt Spaltung.“

Die ConSozial richte die Scheinwerfer auf die Menschen, die sich für andere einsetzen, so Scharf. Die Sozialwirtschaft als eine tragende Säule unseres Sozialstaats werde zum Beispiel durch die Freie Wohlfahrtspflege Bayern, die in diesem Jahr 100 Jahre besteht, mit Leben gefüllt.

Im Jubiläumsjahr der ConSozial wurde erstmals der Social Impact Preis für das Projekt „Leading Nurse“ verliehen. Das Projekt sorgt laut Scharf dafür, dass Pflege-Einrichtungen der stationären Langzeitpflege einen festen Ansprechpartner haben. „Alle Fäden der Pflege und Netzwerkarbeit laufen bei dieser Person zusammen. Diese Position bereichert nicht nur Bewohner, sondern auch Pflege-Teams, indem sie ihnen Orientierung und Sicherheit gibt. Außerdem setzt sie Qualifizierungs-Anreize für Fachkräfte und Mitarbeiter. So werden sie motiviert, sich weiterzubilden und neue Aufgabenfelder zu entdecken. Es ist ein kreatives Projekt, das unser soziales Bayern fördert.“

Sozialer Innovationspreis

Auf der Bühne des Innovationsparks wurde zum vierten Mal der Soziale Innovationspreis der ConSozial vergeben, der Start Ups und ihre inspirierenden Ideen ehrt. Der diesjährige Gewinner ist LifeTeachUs e.V. mit dem Projekt „Lebenswissen statt Unterrichtsausfall“. Bei der nächsten ConSozial bekommt der Verein einen kostenfreien Messestand.

LifeTeachUs, eine 2021 gegründete, gemeinnützige Bildungsorganisation aus Berlin, füllt die eine Million Ausfallstunden an deutschen Schulen mit praxisnahen LifeLessons, vermittelt von inspirierenden Persönlichkeiten aus allen Lebensbereichen – live oder online. Unterrichtsausfall trifft besonders benachteiligte Kinder und verschärft ihre Situation. Die sogenannten LifeTeacher bieten wertvolle Vorbilder, eröffnen neue Perspektiven und schaffen echte Begegnungen – unabhängig vom sozialen Hintergrund der Kinder. **DK**

GZ-PODCAST

„Kommunal: Direkt von der Expo Real“

Podcast-Gastgeber Dr. Patrik Hof war für die Bayerische Gemeinde-Zeitung auf der Expo Real. In jeder GZ-Podcast-Folge nimmt er unter dem Blickwinkel der Kommunen ein neues Thema vor.

Folge 1: Top-Standortfaktoren für neue Gewerbeansiedlungen
Gesprächspartner: Wolfgang Wittmann

Zu dieser GZ-Podcast-Folge hat sich der Moderator Dr. Patrik Hof den Geschäftsführer der Metropolregion München, Wolfgang Wittmann, zu einem Filterkaffee eingeladen. Unter dem Motto „Ein Thema, ein Interview, ein Kaffee“ geht es um die Erfolgsfaktoren, wie Stadt und Land neue Gewerbetreibende anziehen können.

Im Interview verrät Wittmann, der lange Zeit auch Wirtschaftsförderer war, auf welche Faktoren seiner Meinung nach Gewerbetreibende bei der Suche nach einem neuen Unternehmensstandort achten. Dabei sind Kommunikationsnetz, Verkehrsinfrastruktur und Arbeitskräftepotenzial genauso wichtige Faktoren wie Steuern und Subventionen.

www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

Bayerischer Städtetag:

Kommunalfinanzen in Schieflage

Die finanzielle Situation der Kommunen in Bayern hat eine kritische Schwelle erreicht, wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, in seiner jüngsten Pressekonferenz deutlich machte. Er betonte mit Nachdruck, dass die finanzielle Lage der Kommunen besorgniserregend sei. 2024 erwarte man ein Rekorddefizit von über 5 Milliarden Euro – das höchste seit Jahrzehnten.

„Die Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung ist eine entsprechende Finanzausstattung“, hob der Oberbürgermeister hervor und verwies auf die Herausforderungen durch steigende Personalkosten und wachsende soziale Aufwendungen. Diese Kosten würden den Kommunen kaum Spielraum lassen, obwohl die Steuereinnahmen stagnieren oder sogar abnehmen. So seien die kommunalen Steuereinnahmen 2023 um 3 Prozent gesunken, während die Ausgaben zweistellige Wachstumsraten verzeichnen.

Kostensteigerungen bei den Krankenhäusern

Besonders kritisch sei die Situation der Krankenhäuser, die durch nicht ausreichend refinanzierte Kostensteigerungen unter Druck geraten. „Das ist kein temporäres Phänomen“, warnte Pannermayr und warf der Bundesregierung Versagen bei der Finanzierung des laufenden Betriebs vor. „Es gibt dringenden Reformbedarf, aber es passiert nichts.“ Gleichzeitig forderte er vom Freistaat Bayern, sich stärker in die Krankenhausplanung einzubringen, um die Situation gemeinsam zu bewältigen.

Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs gefordert

Um den Kommunen mehr Handlungsspielraum zu geben, forderte Pannermayr eine Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs. Der kommunale Verbundanteil müsse von derzeit 12,75 Prozent auf 15 Prozent erhöht werden, um den steigenden Kosten gerecht zu werden. „Es ist jetzt notwendig, diesen Schritt zu gehen“, erklärte er. Zudem solle der Freistaat Bayern weniger auf komplizierte Förderprogramme setzen und den Kommunen stattdessen direkte finanzielle Unterstützung geben. „Mehr Vertrauen, weniger Kontrolle“, so der Städtetagsvorsitzende.

Freiwillige kommunale Leistungen in Gefahr

Die finanziellen Engpässe gefährdeten insbesondere freiwillige kommunale Leistungen, die oft das Herzstück des kommunalen Engagements bildeten. „Wenn kommunal Engagierte nur noch als Verwalter und nicht mehr als Gestalter gesehen werden, leidet die Motivation“, warnte Pannermayr. Die kommunalen Entscheidungsträger seien jetzt gefordert, nicht nur die finanzielle Lage zu bewältigen, sondern auch das gesellschaftliche Engagement und den Zusammenhalt zu stärken.

Abschließend forderte der Verbandschef eine ehrliche Analyse und klare Priorisierungen: „Die Komplexität, die wir aufgebaut haben, hat eine Ebene erreicht, die schwer zu handhaben ist.“ Nur durch grundlegende Reformen und finanzielle Anpassungen könne die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Bayern sichergestellt werden.



Städtetagschef Markus Pannermayr. Bild: CH

Einigkeit bei Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern

Darüber, dass die Kommunalfinanzen immer mehr in eine bedrohliche Schieflage geraten, waren sich auch die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der 29 Großen Kreisstädte in Bayern bei ihrem diesjährigen Treffen in Nördlingen einig. Das Lagebild von stagnierenden Steuereinnahmen und stark steigenden Ausgaben treffe auch besonders auf die Großen Kreisstädte zu, hieß es. Gerade die Entwicklung auf der Ausgabenseite bereitet den Oberbürgermeistern Kopfzerbrechen. Neben den Personalausgaben belasteten vor allem die Sozialausgaben die städtischen Haushalte. Dies mache sich besonders bei der Kreisumlage bemerkbar. Der Trend steigender Umlagebelastungen sei leider ungebrochen. Die Aufstellung von genehmigungsfähigen Haushalten für die kommenden Jahre werde extrem schwierig, stellten die Rathauschefs fest und verwiesen darauf, dass auch freiwillige Angebote auf den Prüfstand kommen müssten. ❐



Die Bayerische GemeindeZeitung bleibt am Ball. GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel (4. v. l.) nahm namens unserer kommunalen Fachzeitung als Partnerin an der Festveranstaltung von Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber (2. v. r.) teil. Nicht mehr dabei waren die Vertreter des Bayerischen Gemeindetags. Das Umweltministerium hat den wichtigen Kommunalverband aus der „Klimaallianz Bayern“ entfernt. Für Bayerns Gemeinden sind die Ansprüche der Bundesregierung – ebenso wie die der Staatsregierung – unhaltbar und unbezahlbar (vgl. Kasten Seite 1). Bild: stmuv

Umweltminister Thorsten Glauber:

Allianz Arena beleuchtet 96 Jahre Klimawandel in Bayern

Start der Klimawoche und 20-jähriges Jubiläum der Bayerischen Klima-Allianz

Mit einer einzigartig beleuchteten Allianz Arena startete die Bayerische Klimawoche: Die Allianz Arena wurde dazu in die Farben der bayerischen Klimastreifen getaucht und bildete in 96 Streifen großflächig die zurückliegenden 96 Jahre des Klimawandels in Bayern ab. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu im Rahmen der Auftaktveranstaltung: „Bayern soll bis 2040 klimaneutral werden. Dabei zählt jeder Beitrag. Wir wollen die Menschen zum Mitmachen motivieren. Die Allianz Arena macht in ihren leuchtenden Farben den Klimawandel in Bayern sichtbar. Die Außenfassade der Allianz Arena ist eine beeindruckende Projektionsfläche für 96 Jahre Klimageschichte in Bayern. Die Allianz Arena wird so zu Bayerns bekanntester Werbefläche für den Klimaschutz.“

Jan-Christian Dreesen, Vorstandsvorsitzender des FC Bayern: „Wir freuen uns, mit unserer Allianz Arena Gastgeber des Staatsempfangs der Bayerischen Klima-Allianz zu sein. Klimaschutz ist für den FC Bayern keine Option, sondern eine Verpflichtung – und geht uns alle an: Es liegt an uns, die richtigen Entscheidungen zu treffen für künftige Generationen, und mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst, und wir stellen sicher, unsere Standorte wie die Säbener Straße, den FC Bayern Campus und vor allem unsere Allianz Arena fortwährend klimaschonender zu betreiben.“

Sensibilisieren für den Klimawandel

Startjahr der Projektion ist das Jahr 1927: Hier lag die durchschnittliche Jahresmitteltemperatur noch 0,3 °C unter dem Referenzwert der Jahre 1971-2000 von 7,8 °C. Die Projektion endet mit dem Jahr 2023. Hier lag die Temperatur bereits 2,3 °C über dem Referenzwert.

Ziel der Bayerischen Klimawoche ist es, mit einer Vielzahl an Veranstaltungen die Bevölkerung für den fortschreitenden Klimawandel zu sensibilisieren und gleichzeitig Möglichkeiten zu zeigen, wie auch kleine Maßnahmen positive Wirkungen auf das Klima haben können. Bayernweit werden während dieser Aktionswoche alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen mit vielfältigen Veranstaltungen angesprochen, die von Vorträgen über Ausstellungen, Energieberatungen bis zu Workshops und Exkursionen in die Natur reichen.

Gleichzeitig fand in der Allianz Arena die Jubiläumsveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen der Bayerischen Klima-Allianz statt. Die Bayerische Klima-Allianz wurde 2004 von der Bayerischen Staatsregierung gemeinsam mit dem Bund Naturschutz gegründet und hat inzwischen über 50 Partner aus Umweltorganisationen und kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen, Jugendarbeit, Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft. Auch der FC Bayern München e.V. und die Allianz Arena GmbH sind Mitglieder der Klima-Allianz. Die Partner der Bayerischen Klima-Allianz bekennen sich zu den Klimaschutzzielen der Bayerischen Staatsregierung. Überdies hat sich jeder Partner individuelle Ziele für seine Klimaschutzbemühungen gesetzt. Glauber: „Klimaschutz braucht starke Partner. Der Klimawandel ist Fakt. Die gute Nachricht ist: Die Klimaschutzmaßnahmen wirken. Für uns gilt der Dreiklang aus den klaren Klimazielen des Klimaschutzgesetzes, der Klimamilliarde und dem Bayerischen Klimaschutzprogramm.“

Treibhausgas-Emissionen in Bayern deutlich verringert

Die Treibhausgas-Emissionen konnten im Freistaat Bayern im Jahr 2022 sowohl absolut als auch bezogen auf die Einwohnerzahl deutlich reduziert werden. In Bayern wurden die Treibhausgas-Emissionen von 1990 bis 2022 um 23,7 Millionen Tonnen verringert – auf 87,9 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente. Die Treibhausgas-Emissionen je Einwohner beliefen sich im Jahr 2022 auf 6,6 Tonnen, gegenüber noch 9,9 Tonnen im Jahr 1990. Das entspricht einem Rückgang um über 33 Prozent.

Videos: www.stmuv.bayern.de❐

GZ KOLUMNE Carmen Pepiuk



Liebe Leserinnen und Leser,

die sinkende Zahl der Gläubigen zwingt die beiden großen Kirchen in Deutschland zum Handeln, wie Medien immer wieder vermelden. Bis 2060 werden die großen Kirchen bis zu 40.000 ihrer Immobilien verkaufen müssen, heißt es in einem Bericht der Tagesschau vom Mai 2023.

Die Kirchen in Deutschland stehen vor großen Aufgaben. In vielen Gemeinden müssen Strategien gefunden werden, mit denen der eigene Gebäudebestand angesichts sinkender Gemeindemitgliederzahlen, veränderter Nutzungsanforderungen und hoher Kosten für Instandhaltung und Betrieb an die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Gemeindelebens angepasst werden kann.

Eine Kirche als Ort der Begegnung

Auch die 70 Jahre alte Pauluskirche in meiner Gemeinde Trabitz ist in die Jahre gekommen und wurde mehr und mehr zu einer finanziellen Herausforderung. Die Bausubstanz ist zwar alt, aber noch gut. 2019 gab es ein erstes Gespräch mit Pfarrer Klausfelder von der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Neustadt am Kulm, wie man mit der Kirche in Zukunft verfahren könnte. Will die Gemeinde die Kirche kaufen und entwidmen lassen, also nicht mehr sakral nutzen?

Hier kommt Stephan Müller ins Spiel. Der Geschäftsführer von Learning Campus ist seit 1. April 2024 offiziell Mieter der Pauluskirche in Trabitz. Sein ebenfalls ortsansässiges Unternehmen, das erlebnispädagogische kreative Konzepte hauptsächlich für Kinder und Jugendliche anbietet, hat sich nun selbst auf ein völlig neues Projekt eingelassen. Die Kirche bleibt Kirche, aber mit vielfältigen Aktivitäten – von der Boulderwand bis zur Vorlesestunde. Wir sprechen von einer „Hybrid-Lösung“, die wohl in dieser Form derzeit einmalig in der Region, wenn nicht sogar in ganz Bayern ist.

Sich treffen und lernen (meet & learn) lautet das Motto für die Kirche

Anfangs stand nur der Gedanke im Raum, ob man sich für die Pauluskirche etwas Neues, Innovatives ausdenken könnte. Mit einem „Oh cool, das mach ich jetzt mal“, war es nicht getan. Schnell wurde jedoch klar, dass es keine nachhaltigere Nutzung gibt und die Ideen für eine „Begegnungskirche“ kamen wie von selbst.

Inzwischen wurden die Kirchenbänke herausgenommen, eine Boulderwand an die Wand geschraubt und links vom Altar wurde eine zwei Meter hohe Sprossenwand montiert.

Die neue „Begegnungskirche“ ist ein vom Learning Campus entwickelter Ort für kulturelle Veranstaltungen, religiöse Angebote der Kindertagesstätten, umwelt- und erlebnispädagogische Aktionen, auch im Bereich der Jugendhilfe. Auch eine Tischtennisplatte und ein Kicker stehen in der Kirche.

Weiterhin ist die Kirche aber auch ein Ort der Ruhe und Stille, es finden weiterhin Gottesdienste statt und weiterhin läuten die Glocken in Trabitz.

Am Ende ist gemeinsam ein einzigartiges Projekt umgesetzt worden und die Kirche wurde zu einem „Gemeinde- und Gemeinschaftshaus“, das regen Zuspruch findet.

Ihre Carmen Pepiuk

Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabitz

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Eine Brücke für Fledermäuse

Zahlreiche Beispiele öffentlicher Verschwendung

Ein teurer Multifunktionsplatz, kostspielige Hinweisschilder und eine Brücke für Fledermäuse: Auf zahlreiche Fälle öffentlicher Verschwendung weist der Bund der Steuerzahler in Bayern in seinem neuen Schwarzbuch hin. Insgesamt führt der Bericht hundert Fälle aus dem gesamten Bundesgebiet auf, in denen nach Ansicht des BdSt nicht verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgegangen wurde. Wieder einmal sei es nicht schwer gewesen, Beispiele für die „Es ist ja nicht mein Geld“-Haltung in Politik und Verwaltung zu finden, betonte die Vizepräsidentin des Bundes der Steuerzahler (BdSt) Bayern, Maria Ritch, in München.

Jedes Jahr prangere der BdSt die Sorglosigkeit und Fahrlässigkeit beim Umgang mit Steuergeldern an — das Schwarzbuch sei dabei nur die „Spitze des Eisbergs“. Beheben werde man dies erst dann, wenn ein Straftatbestand der „Haushaltsuntreue“ eingeführt wird, erklärte Ritch. Andernfalls werde er öffentliche Schuldenberg munter weiterwachsen.

Hunderte Millionen verschwinden einfach

Ein „Dauerbrenner“ in den Schwarzbüchern, so der Steuerzahlerbund, sei das Projekt „Zweistöckige Straßenbahnunterführung am Augsburger Hauptbahnhof“. Bereits in der Planungsphase seien die Kosten von Jahr zu Jahr gestiegen. Dies setzte sich auch während der Bauausführung fort. Der Bund der Steuerzahler befürchtet, dass am Ende mehr als 300 Mio. Euro „im Tunnel verschwunden sein werden“.

Bereits in seinem letztjährigen Schwarzbuch hatte der BdSt die Kostenexplosion von rund 59 Mio. Euro auf rund 360 Mio. Euro bei der Sanierung des Coburger Landestheaters schon während der Projektentwicklung gerügt. Eine hohe Kostensteigerung macht auch bei der Errichtung der Ersatzspielstätte nicht halt. Die Baukosten für die Errichtung des sog. Globe haben sich erheblich verteuert. Aus ursprünglich ermittelten rund 24 Mio. Euro sind 40 Mio. Euro geworden.

Kostbarer Denkmalschutz

Auch der Stadt Forchheim sind bei der Sanierung ihres historischen Rathauses die Kosten davongelaufen. Die Ausgaben für das ehrgeizige Projekt haben sich verdoppelt. Planungsänderungen (Funde ausarchäologischen Grabungen sollen sichtbar erhalten bleiben) sowie Materialengpässe und-preissteigerungen sorgten unter anderem dafür, dass aus anfangs 17,5 Mio. Euro 44,7 Mio. Euro wurden. Der Bund der Steuerzahler meint: „Gerade bei denkmalgeschützten Gebäuden kann immer etwas Unvorhergesehenes passieren. Deshalb gilt: Kostensteigerungen vorher berücksichtigen!“

In Ingolstadt soll aus einer alten Industriehalle das „Museum für Konkrete Kunst und Design“ werden. Auch hier sind die Kosten aus dem Ruder gelaufen. Statt ursprünglich geschätzten rund 33 Mio. Euro wird sich das anspruchsvolle Projekt auf rund 58,7 Mio. Euro belaufen. Zum überwiegenden Teil resultieren diese Mehrkosten aus extremen allgemeinen Baupreissteigerungen. Hinzu kommen unter anderem Bauzeitverzögerungen aufgrund umfangreicher archäologischer Arbeiten und ergänzende statische Maßnahmen. Sofern keine weiteren Überraschungen auftreten, ist mit der baulichen Fertigstellung Mitte 2025 zu rechnen, so dass „das Museum noch im Laufe des Jahres 2025 in Betrieb gehen sollte“, so der Oberbürgermeister.

Fehlendes Kostenbewusstsein und mangelnde Sparsamkeit verdeutlicht zudem ein Projekt der Gemeinde Freudenberg (Landkreis Amberg-Sulzbach): Im Ortsteil Pursruck mit rund 150 Einwohnern wurde laut Schwarzbuch ein etwa tausend Quadratmeter großer Multifunktionsplatz mit einem Pavillon und einer öffentlichen Toilette gebaut. Die Kosten beliefen sich auf 1,4 Millionen Euro. „Ganz schön viel Steuergeld für einen Dorfplatz mit Klo“, meint der Steuerzahlerbund.

Maßgefertigte Stadtmöbel

„Eine unnötig teure Anschaffung“ in Höhe von 227.000 Euro habe sich auch die Stadt Hof geleistet, beklagt der BdSt. Um die Innenstadt attraktiver zu machen, sei maßgefertigtes Mobiliar angeschafft worden, bestehend aus 20 hochwertigen Sitzgelegenheiten. Aus Sicht der Hofer Oberbürgermeisterin ist die Investition in eine „qualitätsvolle, dem vorhandenen Gestaltungsleitbild angepasste Stadtmöblierung“ – die Metallteile der Sitzgelegenheiten sind zum Beispiel in der „Hofer Stadtfarbe“ perlmausgrau lackiert – „erforderlich und gerechtfertigt“.

Komplett sanieren wollte die Stadt Vilshofen (Landkreis Passau) ihren Stadtplatz, der erst vor etwa 30 Jahren mit teurem Granit ausgestattet wurde. Doch die Planungen trieben die voraussichtlichen Kosten zunehmend in die Höhe, so dass der Stadtrat schließlich die Notbremse zog und das Vorhaben begrub. Planungskosten von rund 200.000 Euro seien dadurch „in den Sand gesetzt“, kritisiert der Steuerzahlerbund. Allein für den Architektenwettbewerb sei knapp eine halbe Million Euro verwendet worden.

Unbezahlbare Hinweisschilder

Touristische Hinweisschilder für Sehenswürdigkeiten in der Umgebung nutzen sich mit der Zeit ab – so auch an diversen Autobahnen in Bayern. Die Kosten für erforderliche Erneuerung sind nach Ansicht des BdSt viel zu hoch. So soll die Autobahn GmbH unter anderem von der Stadt Regensburg über 150.000 Euro für vier neue Schilder an den Autobahnen 3 und 93 gefordert haben. Die Schilder seien daraufhin abmontiert worden.

Ähnlich sei es bei der Autobahn 95 bei Wolfratshausen (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen): Für zwei neue Schilder seien von der Autobahnverwaltung 60.000 Euro gefordert worden – den Angaben zufolge ein nicht verhandelbarer Preis. Auch hier habe man sich für einen Rückbau entschieden. Kostenpunkt: 12.000 Euro.

Der Bund der Steuerzahler kritisiert die teuren Erneuerungs- und Rückbaukosten der Schilder. Weiterhin stellt er die Frage in den Raum, ob sich die Privatisierung der Autobahnverwaltung durch den Bund „mit dem Ziel, durch kostensenkende Effizienzgewinne mehr investieren zu können, nicht nur bürokratischer, sondern sogar kostentreibend auswirkt“.

Kurios mutet dagegen ein Projekt im Landkreis Passau an: Zwischen Pocking und Bad Füssing wurde ein dem Vernehmen nach rund drei bis vier Mio. Euro teures, ca. 50 Meter langes Brückenbauwerk errichtet, das einen sicheren Übergang für Fledermäuse über die künftige Erweiterung der Autobahn A94 gewährleisten soll. Denn dort soll sich ein Flugkorridor für hochgeschützte Fledermäuse befinden.

Laut Experten orientieren sich Fledermäuse auf ihren Flügen per Echoortung an Heckenmustern, linearen Gehölzstrukturen und Reliefkanten. Daher wurde das Brückenbauwerk auch mit einer rund 2,5 Meter hohen Einzäunung versehen, damit die Fledermäuse gezielt über die Brücke geleitet werden können. Gleichzeitig dient das Brückenbauwerk, das auch begrünt wurde, als Querungshilfe für Radfahrer – in der Mitte der Brücke verläuft ein rund 3,2 Meter breiter Radweg.

Autobahn GmbH hat keine Antwort

Ob die Fledermäuse aber tatsächlich einmal über ihre Brücke fliegen werden oder nicht, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Laut Naturschutzexperten ist davon auszugehen, dass Fledermäuse lieber durch Unterführungen als über eine Straße fliegen. Wie die Fledermäuse mit der neuen Situation umgehen und über ihre Brücke fliegen werden, steht derzeit noch in den Sternen.

Die zuständige Autobahn GmbH blieb dem Bund der Steuerzahler bis zum Redaktionsschluss des Schwarzbuchs eine Antwort zu den Fragen der zwingenden Erforderlichkeit und Finanzierung der „Fledermausbrücke“ sowie einer eventuellen alternativen Querungsmöglichkeit für Radfahrer – nur ein paar hundert Meter weiter befindet sich ebenfalls ein neues Brückenbauwerk – leider schuldig. Entsprechende Anfragen des Bundes der Steuerzahler blieben trotz Erinnerung unbeantwortet. **DK**

Für Politikwechsel ...

(Fortsetzung von Seite 1)
fe es keine Denkverbote geben.

Benötigt werde eine Reihe von Sofortmaßnahmen, die die irreguläre Migration beenden und die Innere Sicherheit wiederherstellen. Dazu zähle die schnelle und konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Flüchtlinge auch nach Syrien und Afghanistan. Freiwillige Aufnahmeprogramme müssten sofort beendet werden. Wer in sein Heimatland reist, solle künftig ohne Ausnahme seinen Schutzstatus verlieren und dürfe nicht erneut nach Deutschland einreisen.

Sofortiger Ausreisearrest

Außerdem fordert die CSU: „Wer als ausreisepflichtiger Flüchtling oder Asylbewerber straffällig geworden ist, muss sofort in Ausreisearrest, bis derjenige das Land freiwillig verlässt oder abgeschoben wird. Terrorunterstützern und Gefährdern mit Doppelpass muss der deutsche Pass entzogen und ein Aufenthaltsverbot in Deutschland auferlegt werden. Abschiebungshaft und Abschiebung dieser Personen sind prioritär und schnellstmöglich umzusetzen. Hierfür müssen die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und staatlichen Ebenen verbessert und vereinfacht sowie ausreichend Abschiebungshafteinrichtungen organisiert werden."

Solange kein sicherer Grenzschutz an den Außengrenzen erfolgt und viele EU-Staaten die Dublin-Regeln nicht einhalten, sind aus Sicht der CSU nationale Grenzkontrollen fortzuführen und ab sofort auch Asylbewerber an den deutschen Grenzen zurückzuweisen. Dazu müssten Art. 16a Abs. 2 GG und § 18 AsylG ab sofort wieder vollzogen werden, „indem Ausländern, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen, die Einreise zu verweigern ist". Um die Akzeptanz von Schengen dauerhaft zu erhalten, bedürfe es einer Kraftanstrengung aller europäischen Länder. Nur wenn irreguläre Migration verhindert wird und dazu alle ihren Beitrag leisten, werde dies gelingen.

Deutschlandweit Ankerzentren

Plädiert wird zudem für die deutschlandweite Anwendung des Konzepts der Ankerzentren, wonach möglichst das gesamte Asylverfahren von der Ankunft bis zur Entscheidung über ein Bleiberecht oder ggfs. die Rückkehr gebündelt unter einem Dach durchlaufen werden soll. „Wer keinen Schutzstatus erhält, muss direkt aus diesen Zentren heraus abgeschoben werden. Durch die Bündelung aller Verfahrensbeteiligter unter einem Dach können Asylverfahren schnell und effektiv abgearbeitet werden. Gleichzeitig wird die dezentrale staatliche Unterbringung entlastet, was zugleich den Kommunen zugutekommt, zum Beispiel bei Kinderbetreuung und Beschulung. An den relevanten Flughäfen muss der Bund Ausreisezentren errichten, um Abschiebungen effektiv zu koordinieren und schneller umsetzen zu können", heißt es.

Darüber hinaus gelte es, die Pull-Faktoren zu reduzieren, d.h. Familiennachzug aussetzen, Bürgergeld und Asyl trennen. Asylbewerber sollen nach drei Monaten eine sozialversicherungspflichtige Arbeit aufnehmen bzw. zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden. „Wir in Deutschland müssen selbst entscheiden können, wer zu uns ins Land kommt. Ausschlaggebend kann nicht allein ein individuell einklagbarer Rechtsanspruch sein. Deshalb wollen wir das individuelle subjektive Recht auf Asyl durch eine institutionelle Garantie ersetzen."

Leitantrag für Sicherheit und Freiheit

Im Leitantrag „Sicherheit stärken, Freiheit verteidigen" wird die Wiedereinführung der Wehrpflicht gefordert. „Perspektivisch soll sie als einer von mehreren Diensten für Männer und Frauen in eine allgemeine Dienstpflicht eingegliedert werden." Zudem seien eine „Drohnenarmee" und eine „Cyberbrigade" für die Bundeswehr und mehr Geld für die Verteidigung erforderlich: „Perspektivisch" sollen drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts dafür eingeplant werden - aktuell sind zwei Prozent das Ziel. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine habe eine „Zeitenwende" ausgelöst, von der in der deutschen Politik „wenig bis gar nichts spürbar" sei.

Echte Wirtschaftswende

Auch der Leitantrag „Wohlstand erhalten, Aufstiegsversprechen erneuern" enthält zahlreiche Lösungsvorschläge. So fordert die CSU eine „echte Wirtschaftswende" mit Steuersenkungen und weiteren Entlastungen sowie einem umfassenden Bürokratieabbau. Darüber hinaus brauche es mutige und zielgerichtete Reformen bei der Grunderwerbsteuer, der Erbschaftsteuer und dem Länderfinanzausgleich. „Wir wollen, dass die Länder selbst festlegen können, wie sie ihre Grunderwerbsteuer ausgestalten. Beim Kauf der ersten selbstgenutzten Immobilie wollen wir für Familien die Grunderwerbsteuer entfallen lassen. Bei der Erbschaftsteuer besteht erheblicher Reform- und Handlungsbedarf. Sie muss dringend regionalisiert und in die Hände der Länder gelegt werden, denen das Steueraufkommen heute schon allein zusteht. Derselbe Freibetrag für ein Haus in Mecklenburg-Vorpommern und Bayern ergibt keinen Sinn und ist nicht gerecht. Wir wollen die Freibeträge deutlich erhöhen und dynamisieren.

Reform des Länderfinanzausgleichs

Überdies soll eine überfällige Reform des Länderfinanzausgleichs vorangetrieben werden: Bayern habe insgesamt bislang ca. 11,1 Mrd. Euro eingezahlt und rund 3,4 Mrd. Euro erhalten. Zukünftig müsse gelten: Länderfinanzausgleich nur noch für die Erfüllung von Kern- und Pflichtaufgaben."

Wohlstand erhalten

„Mit einer Vier-Tage-Woche werden wir weder unseren Wohlstand erhalten noch im internationalen Wettbewerb bestehen können", betont die CSU. Mehrarbeit müsse sich lohnen. Dafür seien attraktivere Hinzuverdienstmöglichkeiten in der Rente und Anpassungen im Steuer- und Transfersystem für mehr Erwerbsanreize, wie etwa 150 steuerfreie Überstunden, vonnöten. Die Pendlerpauschale müsse erhöht und dynamisiert und die kalte Progression durch einen Tarif auf Rädern ganz abgeschafft werden. Die tägliche Höchstarbeitszeit sei auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit zu ersetzen.

Leistungsfeindliches und ungerechtes Bürgergeld

Als „schwerer Fehler" wird das „leistungsfeindliche und ungerechte Bürgergeld" bezeichnet. Wer arbeite, müsse spürbar mehr haben als der, der nicht arbeitet. Es brauche einen kompletten Neustart mit einem System, bei dem das „Fordern" wieder im Vordergrund steht. Wichtig seien mehr Arbeitsanreize und Sanktionen für Arbeitsverweigerer. „Deshalb werden wir das Bürgergeld nach der nächsten Bundestagswahl abschaffen und durch eine Sozialhilfe ersetzen", stellt die CSU abschließend klar. **DK**

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf:

„Füreinander etwas bewegen"

Staatsempfang:100-jähriges Bestehen der Freien Wohlfahrtspflege Bayern

Unter dem Motto: „Miteinander besser" feiert die Freie Wohlfahrtspflege Bayern dieses Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf würdigte das Engagement der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit einem Staatsempfang im Kaisersaal der Münchner Residenz.

„Ihre Verbandsgeschichte lebt von Mitmenschlichkeit, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein. Sie zeigt uns eindrucksvoll, was Menschen durch Miteinander und Füreinander erreichen und bewegen können. Ihr Jubiläumsmotto ‚Miteinander besser' unterstreicht, wie wichtig es ist, dass wir bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen alle an einem Strang ziehen und unsere Gesellschaft stark und zukunftsfähig gestalten. Das ist auch mein Motto für die Bayerische Sozialpolitik: ‚Bayern. Gemeinsam. Stark'", so Ministerin Scharf.

Brigitte Meyer, Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, betonte beim Staatsempfang: „Die Freie Wohlfahrtspflege ist heute trotz ihres Alters eine sehr lebendige, seriöse, zuverlässige und vor allen Dingen hochkompetente Ansprechpartnerin für alle Belange, die für jeden Einzelnen aber auch für das gesellschaftliche Zusammenleben von großer Bedeutung sind. Sie ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, sie ist innovativ, tagesaktuell und bereit, den Wandel mitzugestalten."

In der Freien Wohlfahrtspflege sind das Bayerische Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt, der Landes-Caritasverband Bayern, die Diakonie Bayern, der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern und der Paritätische Wohlfahrtsverband Bayern organisiert. Die Lebenshilfe Bayern ist ständiger Gast.

Neben dem Angebot sozialer Dienstleistungen ist es die zentrale Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege, Anwalt und Beistand für Hilfsbedürftige, Benachteiligte, Kranke, Senioren, Kinder und Jugendliche sowie sozial Schwache zu sein. Die Freie Wohlfahrtspflege ist ein enger Partner der Staatsregierung bei der Gestaltung der Sozialpolitik in Bayern. ❐



V.l.: Pfarrer Dr. Andreas Magg (Landes-Caritasdirektor in Bayern), Johann Frankl (von 1957 bis 2005 Geschäftsführer der Freien Wohlfahrtspflege Bayern), Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf (MdL), Wilfried Mück (Geschäftsführer der Freien Wohlfahrtspflege Bayern seit 2005) und Brigitte Meyer (Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Bayern). Bild: StMAS / Martina Nötel

Schlüssel zur ...

(Fortsetzung von Seite 1)
uns regeln." Diesen Satz habe wohl jeder schon einmal gehört. Wann immer es darum geht, der wachsenden Bürokratie Herr zu werden, werde auf die Digitalisierung und die Erleichterungen durch den Einsatz von KI verwiesen, betonte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung. Doch ob dies angesichts der zunehmenden Regulierungen tatsächlich machbar ist, bleibe offen. „Was wir jedoch seit 2013 mit dem Bayerischen BreitbandForum sicherstellen, ist eine Plattform, auf der Sie sich persönlich treffen und austauschen können, um vor Ort die Grundlage für Digitalisierung und den Einsatz von KI zu schaffen: eine stabile, leistungsfähige Internetverbindung", hob von Hassel hervor.

Der Fokus liegt auf den kommunalen Entscheidern

„Unser Bestreben ist es, das Thema noch mehr in Richtung kommunale Entscheidungsträger zu fokussieren", erklärte Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag. Dabei stünden organisatorische und finanzielle Fragen im Vordergrund. Obwohl die Gemeinden für die Breitbandanschluss-Infrastruktur nicht zuständig seien, „bleiben wir auch in schwierigen Zeiten an diesem Thema dran", so Graf. Schließlich sei die Glasfaserfähigkeit mitentscheidend für die Zukunft der Gemeinden.

Wie Gunzenhausens Erster Bürgermeister Karl-Heinz Fitz darlegte, „müssen wir uns als Kommune um das Thema kümmern, denn es ist Teil der Daseinsvorsorge und ein sehr wichtiger Standortfaktor". Das Mittelzentrum im fränkischen Seenland habe in den vergangenen Jahren mehrere Millionen in den Breitbandausbau investiert und werde dies auch in den kommenden Jahren tun. Schließlich gelte es, die Kommune attraktiv zu halten. Wichtige Bausteine auf diesem Weg seien zudem die Themen Bildung und Verkehrswende. Als Schlaglichter nannte Fitz die Ansiedlung des Landesamtes für Schule in Gunzenhausen mit ca. 200 Mitarbeitern, den Erwerb des Bahnhofs Gunzenhausen, die Reaktivierung der Bahnlinie nach Wassertrüdingen, sowie die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen (AGFK).

Schon über 100.000 Kilometer Glasfaser in Bayern

„Der Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur ist jetzt vielleicht die Infrastrukturaufgabe unserer Generation", unterstrich Klaus Spreng, Referatsleiter Digitale Infrastruktur Bayern im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Über 92 Prozent der bayerischen Haushalte hätten inzwischen Zugang zu 100 Mbit/s und 80 Prozent zu gigabitschnellen Bandbreiten. Die verbliebene Restlücke werde über die bayerische Breitbandförderung geschlossen. Seit 2014 habe der Freistaat bereits über 2,5 Mrd. Euro investiert, hinzu kamen 250 Mio. Euro kommunale Eigenmittel. Damit wurden über 100.000 Kilometer Glasfaser in Bayern verlegt, davon 85.000 im ländlichen Raum. Darüber hinaus sieht der Doppelhaushalt 2024/25 des Freistaats eine Förderung von 480 Mio. Euro für den Breitbandausbau vor. Somit signalisiere der Staat den Kommunen: „Wir stehen an eurer Seite", hob Spreng hervor.

Sonderdruck und Vorträge

In Ausgabe 24/2024 der Bayerischen GemeindeZeitung (Erscheinungsdatum: 19. Dezember) veröffentlichen wir eine Sonderdokumentation der Tagung. Weitere Informationen unter https://www.bayerisches-breitbandforum.de.

Freigegebene Vorträge finden Sie passwortgeschützt im Internet. Das Passwort fordern Sie bitte unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de an. **DK**

Kommunale Spielräume ...

(Fortsetzung von Seite 1)
nen die Freiheit geben, Lösungen zu finden, die vor Ort Sinn machen", betonte Karmasin.

Aus Sicht der Landräte ist die kommunale Selbstverwaltung grundlegend für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. „Wir müssen als die, die die Gesetze umsetzen, darauf vertrauen können, dass der Gesetzgeber die richtigen Weichen stellt", hob Karmasin hervor.

Besorgniserregende Finanzlage der Kommunen

In einem Austausch mit Wolfgang Schmidt, Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben, wurde die besorgniserregende Finanzlage der Kommunen thematisiert. Die Landräte verwiesen darauf, dass die stetig steigenden Ausgaben und überbordenden Vorgaben die Entwicklung der Landkreise massiv behinderten. Besonderes Augenmerk lag auf den hohen sozialen Lasten, die größtenteils aus der Bundesgesetzgebung resultieren. Insbesondere die steigenden Kosten für die Jugendhilfe und die Unterbringung von Flüchtlingen stellen die Landkreise vor immense Herausforderungen. Die Landräte forderten einen Ausgleich der finanziellen Mehrbelastungen, den Abbau unnötiger Aufgaben und Standards sowie einen Kulturwandel hin zu mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung der Kommunen.

Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsunterbringung

Ein weiterer zentraler Punkt war die dringend benötigte Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsunterbringung. „Die Pflicht zur Unterbringung schränkt unsere kommunale Selbstverwaltung massiv ein. Wir benötigen mehr Ressourcen für Integration, Sprachkurse und Schulplätze", so der eindringliche Appell der Landräte. Sie erwarten von der Bundesregierung klare Zuständigkeiten und praktikable Lösungen, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern und die Herausforderungen im Sozial- und Gesundheitsbereich gemeinsam anzugehen.

Die alarmierende Situation der kommunalen Krankenhäuser wurde mit dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestags erörtert. Während in Berlin über große Reformen diskutiert wird, kämpfen zahlreiche Einrichtungen mit Defiziten im zweistelligen Millionenbereich. „Diese finanziellen Schwierigkeiten sind nicht hausgemacht, sondern gehen auf eine von Grund auf nicht auskömmliche Finanzierung zurück", unterstrich Präsident Karmasin.

Rahmenbedingungen für Krankenhäuser verbessern

„Wir können es uns nicht leisten, an der Gesundheitsversorgung in der Fläche zu sparen. Die Rahmenbedingungen für unsere Krankenhäuser müssen verbessert werden." Die bayerischen Landräte fordern daher eine sofortige finanzielle Unterstützung durch den Bund, um die Betriebskosten der Krankenhäuser zu sichern und Liquiditätslücken zu schließen. Es sei dringend notwendig, dass der Bund auf eine bedarfsgerechte, bürgernahe und bezahlbare medizinische Versorgung hinarbeitet. Die Bevölkerung dürfe keinen Versorgungsnachteil erleiden.

Bund will ab 2025 Tarifsteigerungen vollständig übernehmen

Sabine Dittmar, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, kündigte an, dass der Bund ab 2025 die Tarifsteigerungen im Personalbereich vollständig übernehmen werde. Nach Auffassung der Landräte ist dies ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das A und O für den Erhalt der Krankenhäuser sei eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung durch die Kassen. Die sogenannte Schere zwischen Kosten und Erlösen, also den Tarifsteigerungen im Personalbereich, die von den Kassen nicht ausgeglichen werden, stelle eine der größten Hürden bei der Finanzierung der Krankenhäuser dar.

Faeser muss endlich liefern

Positiv bewerteten Bayerns Landräte die Pläne der Bundesregierung gegen irreguläre Migration. Bundesinnenministerin Nancy Faeser habe zugesagt, viele Kernforderungen der Landkreischefs umzusetzen, teilte Karmasin der Deutschen Presse-Agentur mit. Jetzt müsse die Ministerin das nur noch in die Tat umsetzen. „Wir sind aber hoffnungsfroh", sagte der Fürstenfeldbrucker Landrat.

Unter anderem habe Faeser davon gesprochen, die nun bundesweit eingeführten Grenzkontrollen beizubehalten, berichtete Karmasin. Zudem seien sogenannte Dublin-Zentren im Gespräch, wo Asylverfahren durchgeführt werden sollen. Auf diese Weise werde die Einreise deutlich erschwert. **DK**

Kommunen und Sparkassen:

Heimat mit Zukunft

GZ-Interview mit Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern

„Die Regionalität muss erhalten und die Sparkasse als lokales Institut wahrgenommen werden. Grundlage für den Erfolg ist die starke wirtschaftliche und gesellschaftliche Verankerung in unserer Heimat", betont Matthias Dießl, seit 1. Januar 2024 Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes. Seit mehr als 200 Jahren stünden die Sparkassen für das, was heute unter dem Begriff „Nachhaltigkeit" zusammengefasst wird. Im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel nahm der langjährige Fürther Landrat Stellung zu aktuellen Themen, wie etwa dem Spannungsfeld zwischen öffentlichem Auftrag und regulatorischen Anforderungen.

GZ: In der Bayerischen GemeindeZeitung gibt es eine Rubrik „Zu Gast bei ...". Wir reisen durch Bayern und stellen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern Fragen, um frühzeitig herauszufinden, mit welchen Themen sie sich auseinanderzusetzen haben. Auch bei Ihnen waren wir schon zu Gast. Auffällig ist, dass viele kommunal engagierte Persönlichkeiten entweder einen Sparkassenhintergrund haben oder aus der Verwaltung kommen. Warum engagieren sich viele Sparkassler auch kommunal?

Dießl: *Wir Sparkassen sind in der Region zu Hause. Das beeinflusst auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter positiv in ihrem täglichen Tun. Denn Sparkassen kennen natürlich die kommunalen Strukturen, und sie geben der Region durch ihr soziales Engagement etwas zurück aus dem Erfolg ihrer Arbeit. Auch bieten wir in unseren Instituten die Möglichkeit, sich im Ehrenamt und kommunalpolitisch zu engagieren. Zum anderen geht es bei der Sparkassenausbildung natürlich um Finanzthemen, die immer auch Lebensthemen sind. Es werden viele Kompetenzen vermittelt, die man gut einsetzen kann, wenn man in einem Gremium mitarbeitet oder eben auch, wenn man z.B. im Hauptamt Bürgermeister wird.*

GZ: In besagtem GZ-Interview haben Sie sich auch dazu geäußert, wie Sie in Erinnerung bleiben wollen. „Ich stehe für nachhaltige Politik, sowohl in Bezug auf die konsequente Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen für die Entwicklung unseres Landkreises als auch hinsichtlich der Schaffung einer gesunden Finanzbasis, damit in Zukunft ebenfalls Spielräume zur Gestaltung bestehen."

Dießl: *Das Thema Finanzen konnte ich an der Stelle nicht ganz ausschließen. Alle Maßnahmen, die wir in einer Kommune, in der Organisation, ergreifen, spiegeln sich am Ende immer auch in Zahlen wider. Nur wenn ich die Ressourcen habe, in bestimmte Bereiche zu investieren, kann ich auch etwas umsetzen. Erkennt und versteht man diesen wechselseitigen Bezug, hilft es, Organisationen und Gemeinden entsprechend zu entwickeln. Auch in der öffentlichen Verwaltung schadet Finanzkompetenz nicht.*

GZ: Ureigenste Aufgabe der Sparkassen ist die Bereitstellung einer soliden Finanzinfrastruktur vor Ort, gerade auch im ländlichen Raum und in einem Flächenstaat wie Bayern. Wie sehr belastet das die Sparkassen in Zeiten permanent steigender regulatorischer Anforderungen aus Brüssel und Berlin in ihren eigentlichen Arbeitsfeldern und in ihrer Kostenstruktur?

Dießl: *Dort, wo die Menschen sind, wollen wir aktiv sein und ihren Bedürfnissen gerecht werden, indem wir gute Dienstleistungen anbieten. Was eine Sparkasse erwirtschaftet, fließt nicht irgendwohin ab, sondern wird wieder in der Region investiert. Die Steuerzahlungen landen direkt vor Ort in den Gemeindekassen. Dies ist ein fest etabliertes System, das eine regionale Wertschöpfung sicherstellt.*

Wenn nun aus Brüssel, häufig auch von der Europäischen Zentralbank, Regelungen kommen, belastet uns das auch als Sparkassen. Die Regelungen werden oft vereinheitlicht, es wird nicht differenziert zwischen einem international tätigen oder einem regional vor Ort verankerten Institut. Wir sehen dies manchmal als überbordend an. Klar ist es wichtig, Dinge zu regeln, eine Regulatorik und eine Aufsicht zu haben, um eine Finanzstabilität sicherstellen zu können. Aber diese Regulierungen sind äußerst umfangreich. Das belastet uns in der Tat und bindet teilweise erhebliche Ressourcen in den jeweiligen Häusern.

Finanzstabilität sicherstellen

GZ: Wie kann der Sparkassenverband hier unterstützend wirken?

Dießl: *Wir unternehmen große Anstrengungen, um unsere Belange auf übergeordneter Ebene deutlich zu machen. Wir versuchen, auf angepasste Regelungen in der Aufsicht oder in der Bürokratie hinzuwirken. Für uns ist die Proportionalität, die Anpassung der Regeln an die Größe eines Instituts, wichtig. Auch wir Sparkassen arbeiten daran, Komplexität zu reduzieren und Dinge zu standardisieren, um kosteneffizient arbeiten zu können. In Teilen hilft uns dabei die Digitalisierung. Wir wollen vor Ort vor allem Ansprechpartner und Berater sein und unsere Leistungen effizient und gut erledigen.*

GZ: Fühlen Sie sich denn auch gehört?

Dießl: *Wir stehen in einem intensiven Dialog und unsere Anliegen werden auch zur Kenntnis genommen. Auch BaFin-Präsident Mark Branson hat darauf hingewiesen, dass die Kalibrierung der europäischen Finanzregulierung nicht abgeschwächt werden dürfe, stellt aber weniger Komplexität und mehr Proportionalität in Aussicht. Manche Auflagen, so wurde angekündigt, sollen jetzt erleichtert werden – Beispiel: die Meldepflichten. Das geht in die richtige Richtung, aber wir können uns noch einiges mehr vorstellen.*

Kein Zusatznutzen durch digitalen Euro

GZ: Sie sprachen eben die Digitalisierung an. Diskutiert wird gerade die Einführung eines digitalen Euro. Markus Ferber erklärte im GZ-Interview in der Weihnachtsausgabe 2023: „Wir müssen extrem vorsichtig sein, dass wir durch den digitalen Euro nicht unser eigenes Bankensystem schwächen." Was unternehmen die Sparkassen, um diese Vorsicht walten zu lassen?

Dießl: *Die Sorgen, die Herr Ferber formuliert, teilen wir natürlich. Deswegen stehen wir auch in einem intensiven Dialog mit der Europäischen Zentralbank. Wir wollen verstehen, warum sie der Meinung ist, dass wir einen digitalen Euro brauchen. Denn so wie er aktuell konzipiert ist, sehen wir keinen Zusatznutzen. Banken und Sparkassen arbeiten jetzt zum Beispiel ohnehin sehr intensiv daran, mit der digitalen Wallet Wero ein europäisches Zahlungssystem aufzubauen, das funktionstüchtig, transparent und sicher ist.*

GZ: Können Sie konkrete Bedenken benennen?

Dießl: *Falls wir den digitalen Euro in der jetzt geplanten Form einführen müssten, würde das auch bei den Banken massive Investitionen nach sich ziehen und Ressourcen binden. Möglicherweise könnten z.B. wir in der Sparkassen-Finanzgruppe über einen längeren Zeitraum keine weiteren Innovationen im Payment umsetzen, was uns im Wettbewerb mit Banken aus anderen Ländern außerhalb Europas eher schwächen würde. Dies kann nicht im Sinne der Europäischen Union sein, daher suchen wir den Dialog. Wir sagen, dass es sicherlich sinnvoll sein mag, über eine digitale Variante des Euro nachzudenken. Die Ausgestaltung muss aber sehr klug überlegt sein. Am Ende dürfen wir nicht überfordert und geschwächt werden. Eine Schwächung wäre es zum Beispiel, wenn größere liquide Mittel in digitale Wallets abflössen. Damit stünde den Banken weniger Liquidität zur Verfügung, die sie z.B. Unternehmen oder Bauherren in Form von Krediten geben könnten. Auch das ist eine Gefahr.*

GZ: Ihre Prognose: Kommt der digitale Euro?

Dießl: *Die Europäische Zentralbank verfolgt das Ziel des digitalen Euro aus unserer Sicht äußerst konsequent. Am Ende muss natürlich auch auf europäischer Ebene eine politische Entscheidung getroffen werden.*

Finanzbildung im Visier

GZ: Obwohl eine Einführung einen immensen Eingriff in unser Währungssystem darstellen wird, kommt eine Diskussion darüber in der breiten Öffentlichkeit noch nicht so recht in Gang. Was auf uns zukommt, ist wenig greifbar und es wird generell wenig über Geld gesprochen. Kenntnisse in Finanz- und Wirtschaftsfragen sind aber entscheidend für die Gestaltung unseres kompletten Lebensumfeldes. Was unternehmen die bayerischen Sparkassen, um eine entsprechende Bildung in der Bevölkerung zu fördern?

Dießl: *Den Sparkassen ist die Finanzbildung seit jeher wichtig. Wir bieten vor Ort z.B. Workshops an, informieren etwa über das Thema Altersvorsorge oder geben Tipps zur privaten Finanzplanung. Dabei stellen wir auch fachspezifische Materialien zur Verfügung. Darüber hinaus haben wir vor Ort sehr früh einen Sparkassen-SchulService eingerichtet. Damit unterstützen wir die Schulen im Rahmen ihres öffentlichen Auftrags mit einem breiten Medienangebot. Das digitale Lernprojekt „Planspiel Börse" beispielsweise ermöglicht jungen Menschen einen spielerischen und praxisnahen Zugang zum Handel mit Wertpapieren. Aktuell denken wir mit unserer Stiftung über ein Bildungszentrum nach. Aber auch jedes Kundengespräch ist ein Rahmen für die Aufklärung unserer Kunden, hier sprechen wir detailliert über Geld.*

GZ: Ihr Vorgänger Prof. Ulrich Reuter vertrat in einem GZ-Interview des Jahres 2021 die Auffassung, dass nach der Corona-Krise Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Klimakriterien in der Finanzindustrie eine wichtigere Rolle spielen werden. Ist das jetzt der Fall?

Dießl: *Ja, das ist so, aber im Moment spielen gerade gesellschaftspolitische Themen eine große Rolle. Wir erleben eine gewisse Spaltung in der Gesellschaft. Wir haben im Moment schwierigere wirtschaftliche Rahmenbedingungen. An unseren Kreditierungen sehen wir auch, dass Unternehmen leider teilweise nicht vor Ort investieren, sondern dafür ins Ausland gehen. Belastend sind für sie hierzulande vor allem die überbordende Bürokratie und hohe Energiekosten.*

Grundsätzlich müssen wir darauf achten, uns wirtschaftlich weiterzuentwickeln und gleichzeitig Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Klimathemen im Blick zu haben. Das geben auch die regulatorischen Anforderungen vor. Es darf aber nicht so weit kommen, dass wir einem regionalen, zukunftsträchtigen Unternehmen keine Finanzierung mehr unterbreiten können, nur weil es in keiner grünen Technologie unterwegs ist. Fakt ist: Der Prozess der Veränderung muss leistbar bleiben.



Der bayerische Sparkassenpräsident Matthias Dießl im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel. Bild: Eva Mang

Weibliches Führungspersonal: Luft nach oben

GZ: Nachhaltigkeit bedeutet auch, mehr weibliches Führungspersonal in den Chefetagen zu etablieren. Wie kommen die bayerischen Sparkassen und der Verband hier voran?

Dießl: *Sparkassen sind überwiegend weiblich. 62 Prozent unserer Belegschaft sind Frauen. Anders verhält es sich in den Führungsebenen, wo wir einen Frauenanteil von lediglich 22 Prozent verzeichnen. Hier ist noch Luft nach oben. Damit mehr Frauen Führungsverantwortung übernehmen können, sind wir als Verband in einem guten Austausch mit unseren Sparkassen. In unserer Akademie bieten wir beispielsweise verschiedene Mentoringprogramme für Frauen an. Zum anderen haben wir mit unseren Sparkassen vereinbart, dass bis spätestens 2030 in jeder Sparkasse mindestens eine Frau als Stellvertretendes Vorstandsmitglied fungieren soll, damit sie danach berufungsfähig ist. Die besondere Herausforderung ist hierbei die sogenannte Geschäftsführereignung, die von der Aufsicht genehmigt sein muss.*

GZ: Können Sie dies näher erläutern?

Dießl: *Die Aufsicht entscheidet darüber, ob Bewerber die Anforderungen erfüllen, ein Kreditinstitut zu führen. Der Nachweis eines entsprechenden Abschlusses genügt hierfür nicht, man muss u.a. auch Kreditvergabekompetenz vorweisen. Der Weg muss also vorbereitet werden. Mit dem Ziel, in jeder Sparkasse ein stellvertretendes weibliches Vorstandsmitglied zu haben, schaffen wir eine breitere Basis für Bewerbungen auf Vorstandspositionen. Wir sollten als Organisation stets darauf achten, die Gesellschaft möglichst gut abzubilden. Dies ist bei uns in den Führungsebenen derzeit noch nicht gegeben. Wir arbeiten daran aber sehr intensiv.*

GZ: Wagen Sie für uns einen Blick in die Glaskugel. Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen und Chancen für die Sparkassen in den nächsten fünf bis zehn Jahren?

Blick nach vorn

Dießl: *Ein ganz großes Thema für uns ist Personal. Wir erwarten, dass uns in den nächsten zehn Jahren 30 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter planmäßig verlassen werden, weil sie in Rente gehen. Sich darauf vorzubereiten, ist eine große Herausforderung für die Sparkassen. Deswegen nehmen wir unsere personelle Aufstellung, auch mit Blick auf den Fachkräftemangel, sehr stark in den Fokus. In diesem Zusammenhang gilt es zudem, über die Bedeutung neuer Technologien – Stichwort Digitalisierung und KI – nachzudenken. Die Frage, ob uns Künstliche Intelligenz an der einen oder anderen Stelle helfen kann, liegt nahe und beschäftigt uns sehr. Gleiches gilt unter anderem für das Thema Regulatorik in der Sparkassen-Finanzgruppe.*

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! **DK**



Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der **PlusPunktRente**!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand

Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!
Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

BVK Bayerische Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Jetzt anmelden! UNSER **NEWSLETTER** www.bvk-zv.de/Newsletter
Jetzt lesen! UNSER **MAGAZIN** www.bestens-abgesichert.de
Folgen Sie uns! UNSERE **SOCIAL MEDIA ACCOUNTS** bvkzusatzversorgung

Verschenkte Rendite

Heimatbanken könnten mehr aus ihrer Geschichte machen

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben in Deutschland eine lange Tradition. Sie reicht bis weit ins 19. Jahrhundert zurück. Entsprechend viel Erzählstoff in beeindruckender Detailfülle gibt es. Die kollektive unternehmerische Erfolgsgeschichte ist längst ein identitätsstiftendes Narrativ beider Institutsgruppen. Zugleich ist es ein Narrativ der Selbstvergewisserung. Der Erfolg in der Vergangenheit gilt als Quasibeweis dafür, auch die Zukunft erfolgreich zu meistern. Das nicht ohne Grund. Denn die Fähigkeit, im Zeitenwandel zu bestehen und sich innovativ weiterzuentwickeln, kann man weder den Kreditinstituten mit dem roten noch denen mit dem blau-orangen Logofarben absprechen.

Den krassen Gegensatz zur intensiven Erinnerungskultur auf der kollektiven Metaebene bilden bei der weit überwiegenden Zahl der 184 Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 58 Sparkassen im Freistaat jedoch sowohl die systematische Dokumentation der individuellen Geschichte als auch deren strategisch ausgerichtete Aufbereitung für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. Beides findet nämlich bislang kaum statt. Dabei haben die einzelnen Häuser viel zu erzählen – weil sie reich an Geschichte und Geschichten sind. Vielfach im Jahr produziert zudem jedes Institut wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwert in seinem Geschäftsgebiet, der die eigene Historie um einzigartigen Content anreichert. Nur selten dokumentieren die Heimatbanken das (in ihren digitalen Kommunikationskanälen) zielgerichtet – und wenn doch, dann kaum auffindbar und zumeist wenig ansprechend aufgemacht. Geschichte in Geschichten zur Untermauerung und Konkretisierung des Unternehmensleitbildes respektive der Geschäftsstrategie oder Marktpositionierung (digital) zu erzählen, geschieht bei kaum einem der regional agierenden Kreditinstitute. Viel Potenzial für cleveres (digitales) Geschichtsmarketing bleibt damit ungenutzt.



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

Vernachlässigter Vermögenswert

So gewissenhaft Banker im Sparkassen- und Genossenschaftssektor ansonsten mit den ihnen anvertrauten Assets umgehen, den „Vermögenswert Geschichte“ vernachlässigen sie. Das ist nicht nur schade, sondern verwundert auch. Denn das Wissen um die Geschichte „ihrer“ Bank ist bei den allermeisten Vorständen umfassend, von immenser Tiefe und beeindruckendem Facettensowie Anekdotenreichtum.

Wissensmangel ist es also kaum, wenn man in den digitalen Auftritten von Sparkassen und Kreditgenossenschaften so wenig über ihre individuelle Geschichte und damit über ihre regional-historische Leistung erfährt. Dabei liegen hier die zentralen Wurzeln für deren heutiges und künftiges Agieren.

Großes Potenzial

Der „Vermögenswert Geschichte“ ist schlichtweg unterbewertet, weil er nicht als Asset erkannt ist. Wenn er denn überhaupt für die Außendarstellung der Bank (digital) genutzt wird, dann zerfließt er zumeist in allgemeinen, wenig institutsbezogenen Darstellungen oder blutleeren Zahlenreihungen. Auf der Strecke bleiben die Präsentation und Erzählung dessen, was die Leistung für die Entwicklung der Heimat ausmacht ebenso, wie die der Menschen und ihrer Geschichte, die für die Bank prägend waren und sind.

Dabei bietet der bewusste Einsatz von Geschichte so viel Potenzial. Im digitalen Zeitalter allemal. Heimatbanken mit einem ausgeprägten unternehmerischen Geschichtsbewusstsein unterstützt er, ihre Reputation noch gezielter zu steuern und die regionale Markenerzählung zu verstärken. Ins Reputationsmarketing eingebundene Schlüsselmomente, die den Beitrag des Instituts beispielsweise zur Entwicklung von lokaler Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigen, bieten viel – nicht zuletzt emotionales – Potenzial, um sich in einem hochkompetitiven Markt der Ähnlichkeiten von Wettbewerbern durch Narrative mit konkretem, heimatbezogenem Inhalt abzuheben.

Verknüpfung von Entstehungsgeschichte und Leitbild

Dabei die Entstehungsgeschichte des jeweiligen Kreditinstituts rund um Gründungsmotive und -akteure mit dem heutigen Leitbild zu verknüpfen, ist eine Möglichkeit, Kontinuitätslinien in der Bankentwicklung zu zeichnen. Diese sind hinsichtlich ihrer vertrauens- und loyalitätsschaffenden Wirkung nicht zu unterschätzen in einer Gesellschaft, in der Regionalität, Sicherheit, Beständigkeit, Verlässlichkeit und Fairness einen hohen Stellenwert haben.

Der bewusste Umgang mit Unternehmensgeschichte kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Leitbild und Wertekanon aus dem Abstrakten in die Lebenswirklichkeit von Mitarbeitenden, Mitgliedern und Kunden zu bringen. Geschichte ist ein Vermögenswert mit viel Rendite! ❐

LfA Förderbank Bayern:

Innovationsförderung deutlich verbessert

Antragstellerkreis auf Small Mid-Caps erweitert und 70-prozentige Haftungsfreistellungen im Innovationskredit 4.0

Die Innovations- und Digitalisierungsförderung der LfA Förderbank Bayern wird noch attraktiver. Ab sofort können neben kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auch Small Mid-Caps mit einem Jahresumsatz von bis zu 500 Millionen Euro den Innovationskredit 4.0 nutzen. Small Mid-Caps sind Unternehmen, die weniger als 500 Mitarbeiter haben und nicht unter die KMU-Definition fallen. Die LfA bietet ihren Spezialkredit für die Transformation jetzt zudem auch mit 70-prozentiger Haftungsfreistellung an. Damit kann ein deutlich größerer Kreis bayerischer Unternehmen als bisher mithilfe des Innovationskredit 4.0 in Innovation und Digitalisierung investieren.

Mit dem Innovationskredit 4.0 fördert die LfA sowohl Innovations- und Digitalisierungsvorhaben als auch innovative Unternehmen. Dank dem Einsatz von Haushaltsmitteln und der Refinanzierung über den ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit der KfW bietet das Förderprogramm im Vergleich zum Marktzins deutlich günstigere Konditionen. Zusätzlich reduzieren Tilgungszuschüsse die Investitionskosten. Durch die Ausweitung des Antragstellerkreises auf Small Mid-Caps mit einem Jahresumsatz von maximal 500 Millionen Euro wird der Kreis der Unternehmen, die von den Vorteilen des Innovationskredit 4.0 profitieren können, deutlich größer.

Haftungsfreistellungen möglich

Zudem bietet die LfA den Innovationskredit 4.0 jetzt auch wieder mit Haftungsfreistellungen an. Mit diesem Förderinstrument kann die LfA den Hausbanken der Betriebe bei Bedarf 70 Prozent des Kreditrisikos abnehmen. Dadurch können die Hausbanken den Kredit auch an Unternehmen ausreichen, die zwar keine ausreichenden Sicherheiten, wohl aber ein tragfähiges Geschäftsmodell haben. Ermöglicht werden die Haftungsfreistellungen durch eine Kooperation mit der Europäischen Union im Rahmen des InvestEU-Fonds.

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger: „Unsere Zukunft in Bayern ist innovativ und digital. Deswegen helfen wir unseren mittelständischen Betrieben gemeinsam mit der LfA und dem Europäischen Investitionsfonds dabei, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Innovationen stärken die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern, schaffen Wachstum und neue Arbeitsplätze. Das ist in der aktuellen Situation gerade wichtiger denn je.“

Enorme Investitionsbedarfe

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Die Transformation insbesondere hin zu Digitalisierung und technologischer Weiterentwicklung ist die alles überlagernde Aufgabe der kommenden Jahre für die Wirtschaft – und mit enormen Investitionsbedarfen verbunden. Es freut mich deshalb sehr, dass wir in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Investitionsfonds jetzt noch mehr bayerische Mittelständler bei der Finanzierung von Investitionen in Innovation und Digitalisierung unterstützen können.“

Marjut Falkstedt, Geschäftsführerin des Europäischen Investitionsfonds: „Wir freuen uns darauf, durch die Zusammenarbeit mit der LfA Förderbank Bayern Unternehmen in ganz Bayern den Zugang zu Finanzierungen zu erleichtern, um sie nachhaltiger und wettbewerbsfähiger zu machen und gleichzeitig Innovationen und den Übergang in eine digitalere Zukunft zu ermöglichen. Das europäische Programm InvestEU erweist sich hier als ein sehr nützliches Instrument zur Unterstützung europäischer Unternehmen.“ ❐

DStGB-Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft:

Investitionen ermöglichen

„Die Schere zwischen von kommunaler Seite kaum begrenzbaren Ausgaben und den Einnahmen der Städte und Gemeinden geht immer weiter auf. Diese strukturelle Unterfinanzierung gefährdet die wirtschaftliche Prosperität sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zunehmend“, hob Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling (Neuburg a. d. Donau) bei der jüngsten Sitzung des DStGB-Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft im brandenburgischen Niedergörsdorf hervor. Bund und Länder müssten gegensteuern, so der Vorsitzende des Gremiums.

Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Kommunalfinanzen im ersten Halbjahr dieses Jahres waren aus Gmehlings Sicht ein letzter Warnschuss: Hier stand auf kommunaler Seite ein Defizit in Höhe von -17,3 Mrd. Euro. Statt einer strukturellen Verbesserung der kommunalen Haushaltslage stehe aktuell aber erst einmal eine weitere Verschärfung der Finanzsituation auf der Agenda. Mit dem von der Bundesregierung zur Ankurbelung der Konjunktur vorgelegten Entwurfs des sogenannten Steuerfortentwicklungsgesetzes drohten den Städten und Gemeinden zunächst weitere Mindereinnahmen von in der Spitze sieben Mrd. Euro.

Weitere Mindereinnahmen drohen

Wie der Ausschussvorsitzende betonte, sei eine Erhöhung der gemeindlichen Anteile an den Gemeinschaftssteuern dringend geboten, um die kommunale Handlungs- und Investitionsfähigkeit nicht weiter einzuschränken. Ohne eine Kompensation der gemeindlichen Steuermindereinnahmen infolge bundesseitiger konjunktureller Maßnahmen drohten die erhofften positiven Effekte sich ins Gegenteil zu verkehren und zu einer Wachstumsbremse zu mutieren. Zudem brauche es eine echte Konnexität.

Wie Gmehling zudem feststellte, gingen die durch den klimaneutralen Umbau unserer Energie- und Wärmeversorgung anstehenden Investitionen weit über den gewöhnlichen Investitionsrahmen der Kommunen und kommunalen Versorgungsunternehmen hinaus. „Zurzeit liegen die Schätzungen für das benötigte Investitionsvolumen bei ungefähr 1,4 Billionen Euro bis 2045 für den Ausbau erneuerbarer Energien, für den Netzausbau, für Fernwärme, und für Elektrolyse und Wasserstoffspeicher. Es ist absehbar, dass die bisher übliche Finanzierung der Investitionen aus Abschreibungen und Gewinneinbehalt für viele Versorger für Investitionen in dieser Größenordnung nicht mehr möglich ist.“ Erforderlich seien deshalb zum einen eine massive und nachhaltige Unterstützung durch Bund und Länder, und zum anderen weitere Finanzierungsinstrumente, wie Bürgschaften und Garantien der Förderbanken.

Finanzierungslast der Energiewende

Aktuell werde immer mehr deutlich, dass die Haushalte der Kommunen, aber auch von Bund und Ländern, nicht in der Lage sein werden, ausreichend Kapital für die Energiewende aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Die Energiewirtschaft halte es daher für zwingend notwendig, den privaten Kapitalsektor in die Finanzierung der Energiewende einzubinden. Dabei ist es aus Sicht der Kommunen zwingend, die Rolle von privatem Kapital in kommunalen Unternehmen zur Finanzierung der Transformation sorgfältig zu bewerten und eine staatliche Steuerung sicherzustellen.

Gmehling zufolge „darf die Finanzierungslast der Energiewende schließlich nicht dazu führen, dass eine Privatisierungswelle des kommunalen „Tafelsilbers“ seinen Lauf nimmt; zumal dies nicht nur die Stadtwerke, sondern auch die kommunale Wohnungswirtschaft trifft und letztlich steuerlichen Querverbünden den Boden entzieht.“ **DK**

Bayerische VR-Banken weiterhin besorgt über hohe Zahl von Geldautomatensprengungen

Trotz zahlreicher ergriffener Schutzmaßnahmen durch die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken bleibt die Zahl der Geldautomatensprengungen hoch. Im ersten Halbjahr 2024 wurden bereits 17 Sprengungen verzeichnet. Im gesamten Jahr 2023 waren es 21 Vorfälle, 2022 insgesamt 37. „Die Banken ergreifen umfassende Maßnahmen, um ihre Geldautomaten besser vor solchen Angriffen zu schützen“, sagte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, anlässlich der Vorstellung des neuen Lageberichts des Bundeskriminalamts für das Jahr 2023 zu Angriffen auf Geldautomaten in München.

Der leichte Rückgang um bundesweit sieben Prozent stellt keinen Rückgang der Gefährdungslage dar, da die Täter immer rücksichtsloser vorgehen. So ist der Einsatz von festen Explosivstoffen auf einen Rekordwert von 87 Prozent gestiegen und wegen des riskanten Fluchtverhaltens der Täter sind bereits Todesopfer zu beklagen.

Die Volks- und Raiffeisenbanken setzen verstärkt auf präventive Sicherheitsvorkehrungen. So werden immer mehr Geldautomaten mit Färbesystemen ausgestattet, die Geräte zusätzlich gegen Sprengungen gesichert und die Räumlichkeiten durch Vernebelungs- und Videoüberwachungssysteme geschützt. Zudem schließen die Banken die Zugänge zu den Automaten in den Nachtstunden. Diese Maßnahmen dienen nicht nur dem Schutz der Bankinfrastruktur, sondern sollen auch hohe Sachschäden und steigende Versicherungsprämien vermeiden. Vor allem aber steht der Schutz von Menschenleben an oberster Stelle.

„Solche Sicherungsmaßnahmen sind jedoch nur ein Teil der Lösung“, betonte Müller. „Besorgniserregend ist, dass sich die Intensität der Attacken immer weiter erhöht und die Gefahr für Menschenleben unvermindert zunimmt. Selbst speziell gesicherte Automaten wurden von den Tätern bereits gesprengt.“ Um die Zahl der Automatensprengungen nachhaltig zu reduzieren, sind Ermittlungserfolge wie in Bayern im vergangenen Jahr entscheidend. „Die Erfahrung zeigt, dass die Anzahl der Sprengungen stets zurückging, sobald Tätergruppen gefasst wurden“, erklärte Müller. „Der Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums zur Verschärfung des Sprengstoffgesetzes ist ein notwendiger Schritt, um der Schwere der Straftaten gerecht zu werden. Dies wird jedoch nicht ausreichen, um potenzielle Täter abzuschrecken. Entscheidend bleibt die erfolgreiche Ermittlungsarbeit der Polizei.“ ❐

Zehn-Jahres-Vergleich:

Frauen stehen finanziell zunehmend auf eigenen Beinen

Steigende Bedeutung von Erwerbseinkommen bei Menschen ab 65 Jahren

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik nach einer aktuellen Auswertung der Mikrozensus-Ergebnisse 2023 mitteilt, sind immer weniger Frauen auf das Einkommen des Ehepartners oder Angehöriger angewiesen.

Im Jahr 2023 gaben rund 795.000 Frauen (14 Prozent) an, überwiegend vom Einkommen Angehöriger zu leben, rund 300.000 Frauen weniger als im Jahr 2013 (7 Prozentpunkte). Im Zeitverlauf hingegen gewinnen bei Frauen die eigene Erwerbstätigkeit (+2 Prozentpunkte), die Rente und das Elterngeld (je +1 Prozentpunkt) zunehmend an Bedeutung. Dies steht im Einklang mit der gestiegenen Erwerbstätigenquote von Müttern, die ebenfalls im Zehn-Jahres-Vergleich zu beobachten ist

Einkommen von Angehörigen verliert an Bedeutung

Nur 245.000 erwachsene Männer (5 Prozent) leben hingegen im Jahr 2023 primär vom Einkommen Angehöriger. Im Zehn-Jahres-Vergleich ist unter den Männern ein ähnlicher Trend zu beobachten: Das Einkommen von Angehörigen verliert für den Lebensunterhalt an Bedeutung (-1 Prozentpunkt), während das Erwerbseinkommen wichtiger wird (+0,5 Prozentpunkte).

Eine Betrachtung der Personen ab 65 Jahren zeigt, dass auch in dieser Altersgruppe die Bedeutung des Erwerbseinkommens zugenommen hat. Während im Jahr 2013 3 Prozent der Männer ab 65 Jahren das Erwerbseinkommen als ihre wichtigste Einkommensquelle angeben, trifft dies im Jahr 2023 auf 6 Prozent zu. Im Jahr 2023 geben rund 3 Prozent der Frauen über 65 Jahre die eigene Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle an, rund 2 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2013.

Insbesondere bei den Männern sinkt im Zehn-Jahres-Vergleich der Anteil derer, die ihre Rente oder Pension als primäre Einkommensquelle angeben (-3 Prozentpunkte), während die Bedeutung der Rente für den Lebensunterhalt der Frauen zunimmt (+ 5 Prozentpunkte). ❐

Wichtige Fortschritte für die BVK Zusatzversorgung in 2023

Der Verwaltungsrat der BVK Zusatzversorgung nahm in seiner Sitzung Mitte Oktober den Lagebericht für 2023 zustimmend zur Kenntnis. Der Jahresabschluss 2023 wurde festgestellt und die Wirtschaftsplanung für 2025 genehmigt. Der Verwaltungsrat erteilte der Geschäftsführung die Entlastung.

Positive Entwicklung in allen Service-Segmenten

Alle Serviceangebote der BVK-Zusatzversorgung wurden im vergangenen Jahr sehr stark nachgefragt. Das Motto des Geschäftsberichts für 2023 lautet deshalb: „Überzeugender Service – vor Ort und digital“. Der Wegfall aller Corona-Beschränkungen im Frühjahr 2023 ermöglichte einen Neustart bei den Beratungsangeboten vor Ort.

Präsenzformate erlebten einen deutlichen Aufschwung: So wurden rund 260 Beratungstage und über 50 Informationsveranstaltungen bei unseren Mitgliedern durchgeführt. Dabei konnten allein auf den Veranstaltungen bei unseren Mitgliedern vor Ort die Beratungsgespräche um über 60 Prozent auf 2.529 gesteigert werden. Mit einem besonderen Fokus auf den weiteren Ausbau unserer digitalen Angebote wurden einerseits Synergieeffekte erzielt und beispielsweise mit der App „BVK +Rente“ ein echter Mehrwert für unsere Versicherten geschaffen. Die App bietet alle Funktionen des Versichertenportals, insbesondere die schnelle Information über den Stand der Betriebsrente und auch die Möglichkeit, die Rente online zu beantragen.

Entwicklung des Bestands

Garant für die Stabilität der Zusatzversorgungskasse ist neben einer nachhaltigen Finanzierung die Zahl und Vielfalt ihrer Mitglieder. Diese wuchs im Jahr 2023 um 52 auf erstmals über 6.000 Mitglieder und erreichte zum Jahresende 6.035 Mitgliedschaften. Die Einnahmen aus Umlagen und Beiträgen stiegen um rund 65 Mio. Euro an. Sie betrugen etwas über 2,1 Mrd. Euro. Der Einnahmenzuwachs resultierte vor allem aus dem Anstieg der Pflichtversicherungsverhältnisse um 47.131 oder 2,9 Prozent auf 1.676.551. Die Zahl der Rentenbezieher wuchs um 4,1 Prozent von 341.278 auf 355.263. Dieser demographisch bedingte Anstieg der Rentnerzahlen wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen und ist in der Ausgabenplanung berücksichtigt.

Freiwillige Versicherung als zusätzliches Standbein

Unsere Versicherten haben erkannt, wie wichtig eine ergänzende freiwillige Versicherung ist. Sie bietet neben der betrieblichen Altersversorgung durch den Arbeitgeber ein zusätzliches Standbein und ermöglicht es ihnen auch, die Steuerbegünstigungen zu nutzen. Die Vorteile unserer freiwilligen Versicherung PlusPunktRente haben wir im Jahr 2023 verstärkt und gezielt kommuniziert. In allen Beratungsformaten zur freiwilligen Versicherung wird darauf deutlich hingewiesen. So konnte bei den Neuabschlüssen der PlusPunktRente im Jahr 2023 ein deutliches Plus erzielt werden. Im aktuellen Tarif 2019 der PlusPunktRente stieg die Anzahl der Verträge um rund 1.100 an.

Kapitalanlagen auf Rekordniveau

Im Jahr 2023 verzeichnete die BVK Zusatzversorgung ein starkes Wachstum bei den Kapitalanlagen. Diese stiegen um 5,5 Prozent auf 30,4 Mrd. Euro. Damit konnte die Ausfinanzierung der zugesagten Rentenleistungen weiter planmäßig gesteigert werden. Die Mischfinanzierung aus Umlagefinanzierung und Kapitaldeckung trägt zu einer hohen Stabilität und einer dauerhaften Berechenbarkeit der Finanzierung der Leistungen bei. Die Nettoverzinsung betrug 3,1 Prozent. Sie blieb damit im Vergleich zum Vorjahr auf gleichem Niveau.

Neuwahl der Vertretung im Kammerrat der BVK

Im Rahmen der Verwaltungsratssitzung wurde auch die Vertretung der BVK Zusatzversorgung im Kammerrat der Bayerischen Versorgungskammer neu gewählt. Die BVK Zusatzversorgung ist mit vier Personen im 16-köpfigen Kammerrat repräsentiert. Die neue Amtsperiode des Kammerrats wird vom 8. März 2025 bis zum 7. März 2031 dauern. Für jeden Vertreter wurden auch zwei Stellvertreter gewählt. Die vollständige Besetzung des Kammerrats findet sich im Geschäftsbericht auf Seite 102/103.

Ausblick: Sicher in die Zukunft

Mit einer weiterhin starken Kapitalbasis und wachsenden Mitgliederzahlen sieht die BVK Zusatzversorgung optimistisch in die Zukunft. Die vorausschauende Anlagepolitik und konsequente Digitalisierung stellen sicher, dass die BVK Zusatzversorgung auch in den kommenden Jahren eine verlässliche und nachhaltige Altersversorgung für ihre Versicherten bieten wird. ❐

Kinder- und Jugendhilfe in Bayern:

Über 82.000 junge Menschen sind Ende 2023 auf Leistungen angewiesen

Erziehungsberatungen weiterhin häufigste Hilfeart

Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe sind im Jahr 2023 erneut eine Vielzahl von Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch – Achtes Buch (SGB VIII) als Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen und als Hilfen für junge Volljährige gewährt worden. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, sind Erziehungsberatungen nach § 28 SGB VIII auch 2023 die häufigste Hilfeart. Über alle Hilfearten hinweg sind mehr Jungen bzw. junge Männer auf Hilfen und Beratungen angewiesen (56,7 Prozent) als Mädchen bzw. junge Frauen.

Für 77.876 junge Menschen wurden im Jahr 2023 Hilfen nach dem SGB VIII begonnen, für 74.446 Personen wurden Hilfen beendet. Für 82.212 junge Menschen dauern die Hilfen über den Jahreswechsel an. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, erhalten von den jungen Menschen, deren Hilfen über den Jahreswechsel andauern, 26.564 Hilfe im Rahmen einer Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII. Dabei findet bei 9.043 jungen Menschen die Beratung vorrangig gemeinsam mit der Familie statt, in 14.550 Fällen vorrangig mit den Eltern oder einem Elternteil und in 2.971 Fällen vorrangig mit dem jungen Menschen selbst.

Insgesamt erhalten 17.629 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Hilfen im Rahmen der Sozialpädagogischen Familienhilfe nach § 31 SGB VIII. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35a SGB VIII erhalten 15.157 Personen. Von diesen Hilfen erfolgen 12.165 ambulant/teilstationär, 2.788 in einer Einrichtung und 204 bei einer Pflegeperson.

Vollzeitpflege

In Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII werden 7.151 junge Menschen betreut. 6.399 Personen werden in einem Heim oder einer betreuten Wohnform nach § 34 erzogen. Darüber hinaus werden 490 junge Menschen im Rahmen von sozialer Gruppenarbeit(§ 29 SGB VIII) und 1.550 durch Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32 SGB VIII) unterstützt. 4.768 erhalten Einzelbetreuung nach § 30 SGB VIII und 122 junge Menschen intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 SGB VIII). 2.382 junge Menschen erhalten Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII (ohne Verbindung zu den Hilfen gemäß §§ 28 – 35 SGB VIII).

Über alle Hilfearten hinweg liegt der Anteil der Jungen bzw. jungen Männer bei 56,7 Prozent (Jungen bzw. junge Männer: 46 651 Fälle, Mädchen und junge Frauen: 35.561 Fälle). Dieser Anteil liegt bei den einzelnen Hilfearten zwischen 49,5 Prozent (Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII) und 73,5 Prozent (Erziehung in einer Tagesgruppe nach § 32 SGB VIII). ❐

BayernLB und Stadtsparkasse München:

Erfolgreich bei Blockchain-Trials der EZB

Die BayernLB hat zusammen mit der Stadtsparkasse München erfolgreich an der Evaluationsphase der EZB zum Wholesale CBDC (Central Bank Digital Currency) teilgenommen. Diese sogenannten Trials haben das Ziel, das Potenzial und die praktische Anwendung von Distributed Ledger Technologie (DLT)-basierten Finanztransaktionen zu testen und Wertpapiertransaktionen zu beschleunigen.

Im konkreten Anwendungsfall wurde die Abtretung und Zahlungsabwicklung einer traditionellen Namensschuldverschreibung mit Hilfe einer Verknüpfung von Wertpapier- und Zahlungsverkehrsblockchain digitalisiert. So konnte die BayernLB als Emittentin der Namensschuldverschreibung die Abtretungserklärung und die dazugehörige Urkunde auf der SWIAT-Blockchain dokumentiert an die Stadtsparkasse München übertragen. Dieser war es als Investorin innerhalb weniger Minuten möglich, den Empfang zu bestätigen und die zugehörigen Zahlungsströme über die Trigger-Solution Blockchain der Deutschen Bundesbank auszulösen.

Das FinTech SWIAT, das Blockchain-Software für eine offene dezentralisierte Finanzmarktinfrastruktur entwickelt, stellt die notwendige Software zur Tokenisierung der Anleihe und die Blockchain als Abwicklungsnetzwerk Banken und Finanzinstituten zur Verfügung und ermöglicht ihnen die Emission von regulierten digitalen Assets. Technisch sowie fachlich betreut und begleitet wurde das Use Case Team zudem durch den IT-Dienstleister NTT DATA.

Der von der Stadtsparkasse München beauftragte Zahlungsverkehrsdienstleister Helaba konnte sich der Trigger Solution der Deutschen Bundesbank bedienen, um die durch die Emission der Namensschuldverschreibung ausgelöste Cash-Buchung auf dem TARGET-2-System durchzuführen. Dabei bedingen sich die Emissionsbuchung auf der Asset-Blockchain und die Cash-Buchung auf TARGET-2 gegenseitig und eliminieren so das Kontrahentenrisiko bei Lieferung des Assets gegen Zahlung.

Wertvolle Erfahrungen

„Wir freuen uns sehr, dass wir als Fortschrittsfinanzierer gemeinsam mit der Stadtsparkasse München erfolgreich die Erprobung von Blockchain-Transaktionen durchführen können. So sammeln wir selbst wertvolle Erfahrungen für zukünftige Transaktionen von digitalen Assets und dem Einsatz von digitalem Zentralbankgeld im Interbanken- und Kundengeschäft von morgen“, sagte Stephan Winkelmeier, Vorstandsvorsitzender der BayernLB.

„Die Digitalisierung von Wertpapiertransaktionen auf Basis von DLT ermöglicht uns nicht nur eine schnellere und effizientere Abwicklung, sondern auch eine höhere Sicherheit und Transparenz. Wir sind stolz darauf, gemeinsam mit der BayernLB diese technologische Entwicklung voranzutreiben“, ergänzte Stefan Hattenkofer, Vorstandsmitglied der Stadtsparkasse München.

Für den erfolgreichen Test im Rahmen der sogenannten „Sondierungsarbeiten zu neuen Technologien für die Abwicklung von Großkunden-Zentralbankgeld“ der Europäischen Zentralbank hatte die BayernLB die synchronisierte Verknüpfung der SWIAT-Wertpapierblockchain und die DLT-basierte Trigger Solution der Deutschen Bundesbank gewählt, die im Rahmen der Evaluationsphase DLT-Transaktionen mit dem traditionellen Zahlungsverkehrssystem verbindet. ❐

Neue Wohngemeinnützigkeit startet am 1. Januar 2025

Deutscher Bundestag beschließt weitere wichtige Säule für bezahlbares Wohnen

Der Deutsche Bundestag hat das Jahressteuergesetz 2024 verabschiedet. Darin enthalten ist die Aufnahme der „Förderung wohngemeinnütziger Zwecke“ in den Katalog der gemeinnützigen, die Allgemeinheit fördernden Zwecke in die Abgabenordnung. Durch die neue Wohngemeinnützigkeit soll langfristig mehr dauerhaft bezahlbarer Wohnraum in Deutschland gesichert und geschaffen werden.

Von der Regelung profitieren sozial orientierte Körperschaften wie zum Beispiel Stiftungen oder Vereine, aber auch kommunale Unternehmen oder Unternehmen der Sozialwirtschaft, die ihre Wohnungsbestände sichern und ausbauen wollen.

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: „Die Wohngemeinnützigkeit kann zum 1. Januar 2025 starten. Damit wird ein sehr wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Neben der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, für das der Bund bis 2028 die Rekordsumme von 21,65 Milliarden Euro zur Verfügung stellt, sowie unseren zielgerichteten Förderprogrammen für bezahlbares Wohnen wird die Wohngemeinnützigkeit eine weitere starke Säule für bezahlbaren Wohnraum im freifinanzierten Wohnungsbau sein. Durch die festgelegten Einkommensgrenzen können rund 60 Prozent der Haushalte in Deutschland von der neuen Wohngemeinnützigkeit profitieren. Mit dem Wiedereinstieg in die Wohngemeinnützigkeit entsteht Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen ohne zeitliche Befristung. Ich wünsche mir, dass möglichst viele Investoren diese Möglichkeit nutzen, langfristig und sinnvoll in Wohnraum zu investieren.“ ❐



Halbjahresbilanz bayerischer Volks- und Raiffeisenbanken:

Stark durch Resilienz und Solidität

Trotz einer lahmenden konjunkturellen Entwicklung und der zunehmenden Bürokratie, die Finanz- und Realwirtschaft gleichermaßen belasten, sorgen die Volks- und Raiffeisenbanken in Bayern für positive Nachrichten: Wie Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, bei der Präsentation der Halbjahreszahlen in München hervorhob, seien die VR-Banken in Bayern weitergewachsen und hätten somit ihre „Resilienz und Solidität" unter Beweis gestellt.

Trotz eines schwierigen Umfelds stiegen die Ausleihungen zwischen Januar und Juni um 0,9 Prozent. Gegenüber Juni 2023 habe das Kreditvolumen sogar um 2,2 Prozent zugenommen, erläuterte GVB-Vorstandsmitglied Alexander Leißl: „Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken stehen solide da und konnten damit zuverlässig die Kundinnen und Kunden mit Krediten und Finanzdienstleistungen versorgen." Das Neugeschäft mit Unternehmenskrediten belief sich auf 6,4 Milliarden Euro und lag damit leicht über dem Vorjahreswert von 6,3 Milliarden Euro. Allerdings zeigt sich hier die Auswirkung der schwachen Konjunktur, da dieser Wert im ersten Halbjahr 2022 noch bei 8,3 Milliarden Euro lag.

Das Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten an private Haushalte stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 5,7 Milliarden Euro auf 6,2 Milliarden Euro. Trotz leichtem Aufwärtstrend bleibt das Neugeschäft jedoch deutlich hinter den Vorjahren zurück. Im ersten Halbjahr 2022 wurden noch 12,2 Milliarden Euro neue Wohnungsbaukredite an private Haushalte vergeben.

Impulse für Wohnungsbau

Wie Leißl ausführte, seien Impulse für den Wohnungsbau unumgänglich. Mit verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten und steuerlichen Anreizen habe die Bundesregierung bereits Schritte in die richtige Richtung getan. Angesichts des hohen Wohnungsbedarfs reichten diese aber noch nicht aus. „Wir können als Gesellschaft nicht unbeteiligt zusehen, wenn sich immer weniger Menschen eigenen Wohnraum und somit eine wesentliche Säule zu ihrer Altersvorsorge leisten können", ergänzte Präsident Müller. Erfreulich ist aus Sicht des GVB das nach wie vor hohe Interesse der Kunden der Volks- und Raiffeisenbanken an Wertpapieren. 56.000 neue Depots richteten die Banken im ersten Halbjahr ein. „In Deutschland entwickelt sich langsam eine Aktionärskultur", erläuterte Leißl. „Wertpapiere sind ein sinnvoller Weg, um Vermögen aufzubauen und an der internationalen Wirtschaftsentwicklung zu partizipieren."

Ungebrochen ist zudem der Trend der Umschichtung von Sicht- in Termineinlagen. „Die Volks- und Raiffeisenbanken bieten ihren Kundinnen und Kunden attraktive Anlageformen, die auf großes Interesse stoßen", kommentierte der GVB-Vorstand diese Entwicklung. Während Sichteinlagen um 3,3 Prozent zurückgingen, legten Termineinlagen um 17,3 Prozent zu. Insgesamt wuchsen die Kundengelder seit Jahresanfang um 0,1 Prozent auf 158,7 Milliarden Euro.

Ruf nach wirtschaftlichen Aufbruchsignalen

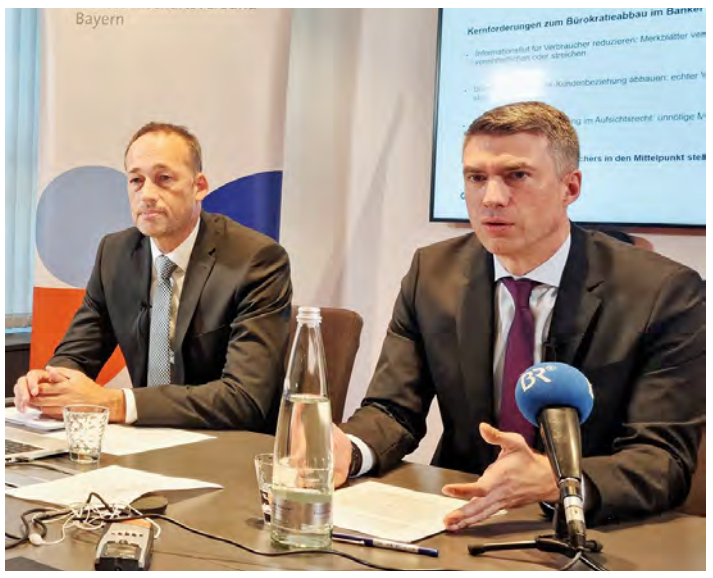
Verhalten bleibt allerdings der weitere Ausblick: „Die Wirtschaft in Deutschland stagniert, es fehlt an Dynamik. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer, insbesondere im Mittelstand, wollen anpacken. Sie sehen sich aktuell großen Herausforderungen gegenüber, wie der demografischen Entwicklung, Digitalisierung und der Dekarbonisierung der Wirtschaft. Sie müssen ihre Kraft darauf verwenden, diesen Herausforderungen zu begegnen. Die Politik konzentriert sich zu sehr auf kleinteilige Vorgaben, anstatt einen klaren wirtschaftspolitischen Rahmen zu setzen", mahnte Müller. „Es braucht dringend wirtschaftliche Aufbruchsignale und keine weiteren Verteilungsvorschläge und Streitigkeiten in Berlin. Das bestätigen uns auch immer wieder Verbandsmitglieder aus der Realwirtschaft."

An einem entschlossenen Abbau von Bürokratie, wie überbordenden Informations- und Dokumentationspflichten auf allen Ebenen, führt aus Sicht des Verbands kein Weg vorbei. „In Deutschland schlummern ungenutzte Potenziale, die jedoch derzeit in Bürokratie verpuffen", kritisierte der Präsident. Wie sich bürokratische Auflagen im Bankenbereich abbauen lassen, zeigten 36 konkrete Vorschläge, die der GVB nun entwickelt habe. Unter dem Leitbild, den mündigen Verbraucher in den Mittelpunkt zu stellen, zählten dazu:

- Informationsflut für Verbraucher reduzieren: Merkblätter vereinfachen, vereinheitlichen oder streichen
- Bürokratie in der Bank-Kundenbeziehung abbauen: echter Verbraucherschutz statt Papierberge
- Verhältnismäßige Regulierung im Aufsichtsrecht: unnötige Meldeauflagen abschaffen.

„Diese Empfehlungen stammen aus der Praxis und lassen sich ohne Mühe schnell umsetzen. Das wäre ein wertvoller Beitrag, um Kreditinstitute zu entlasten und ihnen wieder mehr Raum für ihre eigentliche Aufgabe zu geben - die Finanzierung des Mittelstands und insbesondere dessen nachhaltiger und digitaler Transformation", betonte Müller.

Als eine der großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen betrachtet der GVB die demografische Entwicklung in Deutschland. Mit ihr wachse die Notwendigkeit, die Altersvorsorge für die breite Bevölkerung auf eine neue Basis zu stellen. Der Vorschlag aus der Regierungskoalition für ein Altersvorsorgedepot biete hierzu einen vielversprechenden Ansatz. „Ein Altersvorsorgedepot wäre eine sinnvolle Weiterentwicklung der privaten Altersvorsorge. Auch wenn viele Details noch offen sind: Mehr Flexibilität und weniger Bürokratie führen zu höheren Renditen und gewährleisten Teilhabe an der Entwicklung der Wertpapiermärkte", erklärte Müller.



Pressekonferenz in München mit GVB-Präsident Stefan Müller (r.) und GVB-Vorstandsmitglied Alexander Leißl. Bild: CH

Angesichts der Schuldenkrise der BayWa beruhigte der GVB die Kunden der Volks- und Raiffeisenbanken: Selbst wenn die Beteiligung der Genossenschaftsbanken an dem Agrarhandelskonzern Verluste einbringen sollte, hätte das keinen Einfluss auf die Stabilität der bayerischen VR-Banken, stellte Präsident Müller klar. „Wir könnten Verluste gut verkraften." Knapp über 90 Prozent der 184 bayerischen VR-Banken sind über die Beteiligungsgesellschaft BRB Miteigentümer der BayWa.

Abschließend teilte der GVB-Chef mit, dass 2025 zum „Internationalen Jahr der Genossenschaften" gekürt worden sei. Das Motto laute: „Genossenschaft gestalten, bessere Zukunft für alle". Das nächste Jahr gelte es zu nutzen, um Genossenschaften zu fördern sowie das Bewusstsein für ihren Beitrag zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und zur allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu schärfen und in die Welt zu tragen. 2,8 Millionen Menschen sind Mitglied einer bayerischen Genossenschaft. Damit gehört rechnerisch mehr als jede fünfte im Freistaat lebende Person einer Genossenschaft an. **DK**

ifo-Studie:

Fehlanreize bei Abgaben und Rente verschärfen Personalmangel

Reformen könnten Beschäftigungs-Plus von mehr als 1,2 Millionen Vollzeitstellen auslösen

Der gerade beschlossene Wegfall der Steuerklassen 3 und 5 unter Beibehaltung des Ehegattensplittings kann in Deutschland einen Beschäftigungsgewinn von 67.000 Vollzeitkräften bringen. Insgesamt ließen sich durch Reformen im Steuer- und Sozialsystem mehr als 1,2 Millionen Vollzeitstellen besetzen. Durch Fehlanreize vor allem für Frauen und Ältere liegen bislang erhebliche Erwerbspotenziale brach. Das haben Berechnungen des ifo Instituts für die IHK München und Oberbayern ergeben.

„Das Steuer- und Abgabensystem in Deutschland kann definitiv so umgebaut werden, dass der Arbeitskräftemangel gemildert wird", sagt Volker Meier vom ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik, einer der Autoren der Studie.

Erwerbstätigkeit konsequent belohnen

Ein Übergang vom Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting würde ein Beschäftigungs-Plus von etwa 200.000 Vollzeitstellen in Deutschland auslösen, ein Ende der beitragsfreien Mitversicherung von Ehegatten in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung 150.000 Vollzeitkräfte in die Beschäftigung bringen.

Höhere Rentenabschläge bei Frührentnern würden ein Beschäftigungsplus von umgerechnet 180.000 Vollzeitkräften bewirken. Laut ifo sind 0,5 Prozent Rentenabschlag versicherungsmathematisch gerechtfertigt für jeden Monat des vorzeitigen Rentenbeginns. Derzeit werden nur 0,3 Prozent Rente abgezogen.

„Angesichts des Alterungsschubs und des Arbeitskräftemangels muss unser Steuer- und Sozialsystem konsequent Erwerbstätigkeit belohnen. Es kommt auf jeden Beschäftigungsanreiz an: Ob Einstieg in die Erwerbstätigkeit, einige Wochenstunden mehr in der Teilzeitarbeit oder längeres, weil attraktiveres Arbeiten zur Rente hin – jede Wochenarbeitsstunde mehr zählt. Entsprechende Reformen wären auch ein wichtiger Beitrag für Fairness unter allen Steuer- und Abgabenzahlern sowie zwischen den Generationen. Generell bleibt aber auch der Befund, dass die Steuer- und Abgabenlast für Erwerbstätige in Deutschland zu hoch ist", sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl.

Weiter hat das ifo Institut berechnet, dass mehr Kinderbetreuung (400.000 zusätzliche Plätze) ein Beschäftigungs-Plus von 58.000 Vollzeitstellen bedeuten würde. Der Effekt ließe sich noch steigern, wenn die Betreuungsplätze vornehmlich in Mangelregionen geschaffen würden. Laut ifo sind dies vor allem die Großstädte in Westdeutschland.

Das gesetzliche Renteneintrittsalter von 67 auf 69 Jahre anzuheben hätte sogar eine Mehrbeschäftigung von 473.000 Vollzeitkräften zur Folge. Die Abschaffung der Rente mit 63 würde ein Plus von 157.000 Vollzeitkräften bedeuten.

Die Umrechnung auf Vollzeitkräfte dient als rechnerische Größe zum einfacheren Vergleich der Beschäftigungseffekte. Dazu gehören aber auch Stunden-Aufstockungen von Teilzeitkräften und die Aufnahme von Teilzeitbeschäftigungen. Jeweils gut ein Sechstel der genannten Beschäftigungsgewinne würde auf Bayern entfallen, so die ifo-Volkswirte.

Die ifo-Kurzstudie „Ansatzpunkte zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren" ist online unter www.ihk-muenchen.de/presse erhältlich. ❐

Erbschaft- und Schenkungsteuer im Freistaat:

3,56 Milliarden Euro im Jahr 2023

Steuereinnahmen 2023 basieren auf unbeschränkt steuerpflichtigen Erwerben von 19,21 Milliarden Euro

Die bayerischen Finanzämter setzen im Jahr 2023 insgesamt 3,56 Milliarden Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer fest. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, entspricht das gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg um 6,3 Prozent bzw. 211,5 Millionen Euro. Die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer fließen als Ländersteuer vollumfänglich in die Kassen der jeweiligen Bundesländer.

Insgesamt werden 40.390 steuerpflichtige Erwerbsfälle im Jahr 2023 erfasst. Das sind 12,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei werden steuerpflichtige Erwerbe in Höhe von insgesamt 19,21 Milliarden Euro (+13,9 Prozent gegenüber 2022) zur Erbschaft- und Schenkungsteuer festgesetzt. Dieser Wert ergibt sich, ausgehend vom übertragenen Vermögenswert in Höhe von 23,52 Milliarden Euro, nach Berücksichtigung der persönlichen und sachlichen Steuerbefreiungen/-begünstigungen sowie von Freibeträgen und zuzüglich eventueller Vorerwerbe.

Sehr große Vermögensübertragungen gibt es 2023 nur selten: 0,8 Prozent der Erwerber von Todes wegen und Beschenkten erhalten jeweils ein steuerpflichtiges Vermögen von fünf Millionen Euro oder mehr. Diese Vermögensgruppe hat einen steuerpflichtigen Erwerb von 8,93 Milliarden Euro zu versteuern. Das entspricht einem Anteil von 46,5 Prozent an der Gesamtsumme des steuerpflichtigen Erwerbs. An den Erbschaft- und Schenkungsteuereinnahmen des Freistaates sind sie mit einem Anteil von 50,9 Prozent beteiligt.

Aus Erwerben von Todes wegen (z. B. Erbschaften, Vermächtnisse) resultieren 51,8 Prozent, konkret 1,85 Milliarden Euro, der festgesetzten Steuereinnahmen. Die 27.111 Erwerber von Todes wegen zeigen den Finanzämtern einen für die Steuerfestsetzung maßgeblichen steuerpflichtigen Erwerb von 8,48 Milliarden Euro an. Daneben werden 13.279 steuerrelevante Schenkungen erfasst. Diese führen mit einem steuerpflichtigen Erwerb von 10,73 Milliarden Euro zu einer Steuerfestsetzung von 1,72 Milliarden Euro.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik weist nur die Vermögensübertragungen aus, für die eine Steuer festgesetzt wurde. Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen unterhalb der gesetzlich geregelten Freibeträge sind entsprechend nicht erfasst. Grundlage der Angaben bildet das Festsetzungsjahr 2023, d.h. der Steuerentstehungszeitpunkt des Erbschafts- oder Schenkungsfalls kann bereits in den Vorjahren liegen. ❐

GVB-Positionspapier zur Energiewende:

Akzeptanz durch echte Bürgerbeteiligung sicherstellen

„Ein Bürgerenergiebeteiligungsgesetz kann, sofern es richtig ausgestaltet ist, dazu beitragen, die Energiewende zu beschleunigen. Maßgeblich für den Erfolg eines solches Gesetzes sind die Parameter Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung sowie deren finanzielle Partizipation. Sind diese gegeben, erhöht dies die Akzeptanz und damit auch den Erfolg erneuerbarer Energieprojekte in Bayern", betont der Genossenschaftsverband Bayern in einem Positionspapier. Am besten sei dies zu erreichen, „indem der Gesetzgeber die echte Bürgerbeteiligung als Goldstandard definiert". Alternative Beteiligungsformen wie Nachrangdarlehen könnten immer nur zweitrangige Lösungen sein.

Werden die Bürger vor Ort bei Veränderungen in ihrer Region nicht ausreichend eingebunden oder gibt man ihnen keine Möglichkeit zur Mitbestimmung, sei deren Haltung ablehnend. Exemplarisch dafür steht laut GVB ein Bürgerentscheid in Mehring, bei dem sich zu Jahresbeginn eine Mehrheit gegen einen Windpark im Altöttinger Forst aussprach.

Zehn Grundsätze für Bayern

Aktuell gebe es in einigen Bundesländern Gesetze und Initiativen, die das Ziel verfolgen, die Bürgerbeteiligung an der Energiewende zu stärken. Obwohl viele dieser Vorhaben die zentrale Bedeutung echter Bürgerbeteiligung vor Ort erkannt hätten, „scheitert es oft an der Umsetzung, die entweder zu kurz greift oder zu komplex gestaltet ist". Ein für Bayern geltendes Gesetz sollte nach Auffassung des GVB folgende zehn Grundsätze enthalten, um echte Bürgerbeteiligung zu ermöglichen:

1. Es darf zu keiner unverhältnismäßigen, bürokratischen und finanziellen Mehrbelastung führen. Es muss möglich sein, regionale Gegebenheiten zu berücksichtigen.

2. Eine zukunftsfähige Energieversorgung in Bayern basiert auf dezentralen, mit den Bürgern vor Ort gestalteten Erneuerbare Energien-Anlagen.

3. Echte Bürgerbeteiligung beinhaltet eine langfristige finanzielle Beteiligung, direkte Mitsprache und Entscheidungskompetenz sowie gegebenenfalls die Möglichkeit aktiver Mitwirkung.

4. Beteiligungsberechtigt sollten natürliche Personen und Bürgerenergiegenossenschaften bzw. -gesellschaften sein, die im (Nachbar-)Landkreis ihren Haupt-/Nebenwohnsitz haben.

5. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister benötigen Anreize, um Erneuerbare Energien-Projekte und Bürgerenergiegesellschaften zu unterstützen.

6. Drei Prioritätsstufen sollten eingeführt werden: Echte Bürgerbeteiligung als aktive Beteiligung vor Nachrangdarlehen und als letzte Alternative ein Bußgeld in Höhe von 0,8 Cent/kWh der tatsächlich eingespeisten Strommenge an die beteiligungsberechtigte Gemeinde.

7. Räumliche Bedingungen für eine Beteiligung wie geringe Entfernungen des Wohnsitzes zur Anlage verkennen die dünne Bevölkerungsdichte in ländlichen Regionen.

8. Zeitliche Bedingungen für Ansässigkeit vor Ort schließen Neugründungen von Gesellschaften zum Bau oder Betrieb einer Erneuerbare Energien-Anlage aus.

9. Die Rahmenbedingungen für Ersatzbeteiligungen sind so zu definieren, dass Vorhabenträger starke Anreize haben eine aktive Beteiligungsform zu wählen.

10. Die Bürgerbeteiligung sollte vorrangig über Energiegenossenschaften stattfinden und so ausgestaltet sein, dass sich auch Personen mit geringen finanziellen Mitteln beteiligen können.

Der aktuelle Bürgerenergiebeteiligungsgesetz-Entwurf wird diesen Grundsätzen aus Sicht des GVB nicht gerecht. **DK**

Starke Leistung:

2023 produzierten Bayerns Geothermieanlagen 2,8 TWh Wärme

Die Betreiberumfrage im Rahmen des Praxisforums Geothermie. Bayern unterstreicht einmal mehr die starken Leistungen der bayerischen Geothermieanlagen für die Wärmewende. Die effizienteste Anlage produziert aus 1 Megawattstunde (MWh) Strom 36 MWh Wärme, das „Goldene Bohrloch" liefert 305.000 MWh Wärme und kann eine mittelgroße Stadt versorgen.

Zum siebten Mal hat die Enerchange GmbH & Co. KG als Veranstalterin des Praxisforums Geothermie.Bayern die Betriebsdaten der bayerischen Geothermieanlagen abgefragt. „Die Gesamtleistung ist absolut beeindruckend", konstatierte Geschäftsführer Dr. Jochen Schneider. „Die 24 bayerischen Geothermieanlagen haben 2023 rund 2,8 Terawattstunden Wärme produziert, das ist so viel wie der gesamte Bedarf der Nürnberger Haushalte." Einen Teil der produzierten Wärme speisten die Anlagen direkt in lokale Fernwärmenetze ein. Hinzu kamen 133.102 MWh klimafreundlicher, geothermischer Strom, den die sieben Kraftwerke produziert haben.

Fast alle Anlagen kamen auf sehr hohe jährliche Verfügbarkeiten, was die Zuverlässigkeit der Technologie zeigt. Und hinsichtlich der Effizienz kann mit der Geothermie keine andere Wärmeerzeugung mithalten. Hier erreichten die bayerischen Geothermieanlagen COP-Werte von bis zu 36 – das bedeutet, dass aus einer Kilowattstunde elektrischer Energie 36 Kilowattstunden Wärme erzeugt werden. Dies sind beeindruckende Werte, verglichen mit Wärmepumpen, bei denen die Umwandlung von einer Kilowattstunde Strom in drei bis fünf Kilowattstunden Wärme schon als effizient gilt.

Ausgezeichnete Anlagen

Auch dieses Jahr wurden wieder die effizientesten Anlagen prämiert. „Es ist mir eine große Freude, heute in der Rolle als Laudator hier stehen zu dürfen", sagte Wolfgang Geisinger von der Geothermie Unterhaching. „Mit dieser Preisverleihung können wir als Branche zeigen, was wir können – und wir können wahnsinnig viel. Von dieser Leistungsfähigkeit künden auch die Preisträger des heutigen Tages.

Den Titel „Goldenes Heizwerk" erhielt die Anlage der Stadtwerke München in der Schäftlarnstraße für ihre gesamte Performance. „Die Anlage hat die höchste Verfügbarkeit aller Heizwerke gezeigt, sie lief das ganze Jahr 2023 quasi rund um die Uhr", würdigte Wolfgang Geisinger den Preisträger in seiner Laudatio. Den Preis nahm Stefan Birle, Leiter Dezentrale Erzeugung bei den SWM, entgegen: „Ich nehme den Preis stellvertretend für meine Kollegen an. Das Projekt zeigt, dass man Geothermie skalieren kann. Wir tragen hier erheblich zur CO2-Reduzierung in München bei."

Die Auszeichnung „Goldenes Kraftwerk" ging an die Geothermie Holzkirchen, die neben hohen Verfügbarkeiten mit nur 36,92 °C die niedrigste Injektionstemperatur erzielte. „Die Betreiber haben sich mit diesem Kraftwerk wirklich hochgearbeitet. Sie nutzen ihre Ressource optimal, sie bekommen diesen Preis absolut zu Recht", so Geisinger. Der technische Leiter Bastian Bremerich nahm die Auszeichnung entgegen: „Das ist eine große Anerkennung, sowohl für unser Kraftwerk als auch für unser Team. Dankeschön."

Auf Grund besonderer Leistung haben sich die Veranstalter in diesem Jahr entschieden, zwei neue Preise einzuführen: Das „Goldene Bohrloch" erhält die Geothermie Traunreut. Prämiert wird damit die höchste geothermische Wärmeerzeugung, die in Traunreut im letzten Jahr bei 305.312 MWh lag. „Das ist die Wärme einer Kleinstadt, die Traunreuter heizen ihre Stadt mit einem Bohrloch von 20 cm Durchmessern", sagte Wolfgang Geisinger.

Mit dem „Effizienz Meister" wurde erstmals die Geothermie Waldkraiburg ausgezeichnet. „Die Effizienz der Geothermie liegt um den Faktor 10 über der Wärmepumpe und um den Faktor 100 über dem Wasserstoff. Mit der Geothermie haben wir einen großen Schlüssel in der Hand und den müssen wir jetzt umdrehen. Die Geothermie Waldkraiburg hat sensationelle 36 MWh Wärme pro MWh eingesetztem Strom produziert", lobte Geisinger die Betreiber. „Dafür herzlichen Glückwunsch". Der Preis wurde in Abwesenheit überreicht, da vom Team niemand abkömmlich war.

Der Christian-Hecht-Preis ehrt wissenschaftliche Forschungsprojekte von Studierenden und Doktorand:innen, die einen bedeutenden Beitrag zur geothermischen Nutzung des bayerischen Molassebeckens oder Oberrheingrabens leisten. In diesem Jahr ging der Preis an Chang-Neng Hsu vom Lehrstuhl für Hydrologie an der TU München für seine Masterarbeit, die er dem kenntnisreichen Publikum präsentierte. ❐



V.l.: Dr. Christian Pletl (SWM), Chang-Neng Hsu (TUM), Andreas Utz (Geothermie Traunreut), Stefan Birle (SWM), Bastian Bremerich (Geothermie Holzkirchen), Dr. Jochen Schneider (Enerchange), Wolfgang Geisinger (Geothermie Unterhaching). Bild: Mark Fernandes

BDEW zur kommunalen Wärmeplanung

Auf Einladung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesbauministeriums fand der Start einer Workshop-Reihe im Rahmen des Stakeholder-Dialoges zur Kommunalen Wärmeplanung statt. Hierzu erklärt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung: „Die Umsetzung der Wärmewende kann nur individuell vor Ort und nah an den Bürgerinnen und Bürgern gelöst werden. Es ist daher richtig, dass die Bundesregierung entschieden hat, die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung den Kommunen zu übertragen."

Andreae wies aber auch darauf hin, dass für die rund 10.800 Gemeinden in Deutschland dies eine große Verantwortung sei, mit der sie nicht alleingelassen werden sollten. „Es ist daher gut, dass die Bundesministerien die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes weiter begleiten und mit den Workshops eine Plattform zum Austausch bieten. Denn fest steht: Für das Gelingen der Wärmewende braucht es den Schulterschluss zwischen allen Beteiligten. Dazu gehören eine engere Zusammenarbeit, sehr viel gemeinsamer politischer Wille auf allen Ebenen und eine hohe Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern."

Die Wärmeplanung darf keinesfalls als reine Pflichtübung gesehen werden. Sie darf nicht am Geld oder der personellen und technischen Ausstattung der Behörden scheitern. Sie muss vielmehr einen langfristigen Plan aufzeigen, wie vor Ort die Wärmeversorgung zunehmend klimaneutral, kosteneffizient und im Sinne der Bürger gestaltet werden kann. Der Bund fördert die Erstellung der Wärmepläne bis 2028 zunächst mit insgesamt 500 Millionen Euro. An dieser Finanzierungszusage muss er unbedingt festhalten, auch nach der nächsten Bundestagswahl. Wärmeplanung ist keine Frage von Legislaturen.

Entscheidend für das Gelingen der Wärmewende ist auch, dass die Wärmeplanung als eine integrierte Infrastrukturplanung gesehen wird und alle Infrastrukturen und Energieträger bedacht werden. Zu einer erfolgreichen Wärmewende gehören daher nicht nur die Wärmenetze. Auch Strom- und Gasnetze und deren oft mehrjährig vorausgeplante Ausbauvorhaben müssen in eine erfolgreiche Transformation mit einbezogen werden. Gelingt dies nicht, drohen Fehlinvestitionen."

Der BDEW hat für die Gestaltung des Prozesses der Wärmeplanung eine Übersicht erarbeitet: https://www.bdew.de/energie/kommunale-waermeplanung/ ❐



LEW

Innovative Smart City Anwendung zur Überwachung von Hochwasserereignissen

Die Smart City Anwendung LEW Inno.Live erleichtert und vergünstigt die Überwachung von Hochwasserereignissen in Städten und Gemeinden.

LEW Inno.Live ermöglicht es, Pegelstände kleinerer Gewässer einfach zu überwachen und das Krisenmanagement der Kommunen in Echtzeit per SMS oder E-Mail über mögliche Gefahren zu informieren. So können bei Hochwasser schnell Maßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Das System ist zuverlässig und kostengünstig, ideal für Städte jeder Größe.

Die Vorteile von Inno.Live Pegelmessensoren:
- Aufbereitung und Visualisierung der Sensorinformationen in der Weboberfläche
- Vermeidung hoher Folgeschäden durch proaktives Handeln
- Zielgenauer Ressourceneinsatz für Ihr Personal

Ihr Ansprechpartner: Christian Mayr
Tel.: 0821 328-4499 · E-Mail: innolive@lew-verteilnetz.de

Informieren Sie sich gleich unter: lew-verteilnetz.de/innolive



V.l.: Hubert Kraus, stellv. Landrat im Landkreis Augsburg, Dr. Markus Müller-Walter, Regierung von Schwaben, LEW-Vorstand Dr. Dietrich Gemmel, Staatsminister Hubert Aiwanger, Martin Glink und Michael Bohlinger, beide Geschäftsführer der LEW Wasserkraft GmbH sowie 1. Bürgermeister Michael Wörle, Stadt Gersthofen. Bild: CH

Energieminister Aiwanger:

Hoffnungsträger im Visier

Mit einem symbolischen Spatenstich hat Energieminister Hubert Aiwanger den geplanten Großbatteriespeicher mit einer Leistung von 12 Megawatt (MW) am LEW-Wasserkraftwerk in Gersthofen bei Augsburg gestartet. Er hob die Bedeutung solcher Speicher für die Netzstabilität und Versorgungssicherheit hervor.

Aiwanger zufolge sind netzdienliche Batteriespeicher wie in Gersthofen eine wichtige Infrastruktur, damit der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien Sinn macht. Der neue Speicher am LEW-Wasserkraftwerk sei ein Schlüsselelement zur schnellen und effizienten Integration weiterer Erneuerbarer Energien im schon heute stark ausgelasteten Verteilnetz.

Großbatteriespeicher unterstützten die Netzintegration regenerativer Erzeugungsanlagen und trügen bei netzdienlicher Betriebsweise dazu bei, dass die bestehenden Netze besser ausgelastet werden können, weil die in Spitzenzeiten erzeugte Überschussenergie gespeichert und später wieder abgerufen werden kann.

Wie der Minister erläuterte, sei Wasserkraft eine zuverlässige, heimische und dezentrale erneuerbare Energiequelle. „In Bayern ist sie schon heute eine wichtige Säule beim Umbau der Energieversorgung und liefert einen wertvollen Beitrag zur Versorgungssicherheit – unabhängig von Sonne und Wind. Bayern ist bei der Wasserkraft bundesweit führend, produziert rund 60 Prozent des gesamtdeutschen Wasserkraftstroms. Und wir wollen sie weiter ausbauen."

Wasserstoff gilt als einer der Schlüssel zur Energiewende. Er ist vielseitig einsetzbar, sei es in der Industrie, im Verkehr oder zur Speicherung von Energie. Hubert Aiwanger hat nun die erste Belieferung durch die Wasserstofferzeugungs- und Verteilanlage in Pfeffenhausen (Landkreis Landshut) gestartet.

Ab sofort erzeugt die 5-Megawatt-Anlage mit Erneuerbaren Energien grünen Wasserstoff für die H2-Tankstellen in den Landkreisen München und Ebersberg. Dort werden Regionalbusse des Münchner Verkehrsverbundes (MVV) mit Wasserstoff betankt. Mit jedem gelieferten Trailer können bis zu 60 Busbetankungen durchgeführt und Passagiere 16.000 Kilometer emissionsfrei befördert werden.

Später soll auch das geplante Wasserstoff-Technologieanwenderzentrum (WTAZ) beliefert werden, das ebenfalls in Pfeffenhausen entsteht. Der Elektrolyseur kann jährlich 440 Tonnen Wasserstoff erzeugen und dazu beitragen, 4.500 Tonnen CO2 einzusparen. Im Fall steigender Nachfrage könnte er in seiner Leistung noch einmal von 5 auf 10 Megawatt verdoppelt werden.

Wie Aiwanger darlegte, „geht die Energiewende nur mit Wasserstoff. Mit dem Start des neuen Elektrolyseurs kommen wir dem Ziel eines regionalen Kreislaufs aus Erzeugung und Nutzung von grünem Wasserstoff näher." Der Bayerischen Staatsregierung sei es ein Kernanliegen, eine tragfähige Wasserstoffinfrastruktur bestehend aus Erzeugungsanlagen, einem leistungsfähigen Wasserstoffnetz, flächendeckender Wasserstofftankstellen und guter Logistik zur Versorgung der Wasserstoffwirtschaft aufzubauen.

Die Wasserstofferzeugungsanlage in Pfeffenhausen ist nun im Testbetrieb und soll Ende 2024 in den Regelbetrieb gehen. Betreiber ist die Hy2B Wasserstoff GmbH, ein Schulterschluss aus Unternehmen, Landkreisen und Bürgerenergiegenossenschaften. Neben Hynergy Invest GmbH, BayWa AG und Tyczka Hydrogen GmbH sind die Landkreise Landshut und München sowie die Bürgerenergiegenossenschaften Isar eG, Niederbayern eG und Unterhaching eG an der Hy2B Wasserstoff GmbH beteiligt. **DK**



Freuen sich, gemeinsam eine gute Lösung für die langfristig zuverlässige Stromversorgung von Leutershausen gefunden zu haben (v.l.): Bürgermeister Markus Liebich, Dietrich Negrea, Vorstand des Kommunalunternehmens Leutershausen, Markus Prokopczuk, Betreuer für kommunale Kunden der N-ERGIE, Maik Render, Vorstandssprecher der N-ERGIE. Die Büste rechts im Bild zeigt den großen Sohn von Leutershausen, Gustav Weißkopf. Erwiesenermaßen war er der erste Motorflieger der Welt – schon zwei Jahre vor den Gebrüdern Wrigth. Bild: N-ERGIE, Heiko Linder

N-ERGIE erwirbt Stromnetz in Leutershausen

Kommunalunternehmen gibt Netzbetrieb ab und bleibt Stromlieferant

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft übernimmt zum 1. Januar 2025 das Stromnetz in der Stadt Leutershausen, das insgesamt 37 Kilometer Nieder- und Mittelspannungsnetz sowie 18 Trafostationen umfasst. Das Kommunalunternehmen Leutershausen (KUL) stellt den Stromnetzbetrieb Ende 2024 ein, kümmert sich aber weiterhin um den Stromvertrieb.

Den Betrieb des Stromnetzes übernimmt künftig das Tochterunternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft, die N-ERGIE Netz GmbH. Mit ihrem 24-Stunden-Entstörungsdienst garantiert sie eine sichere Versorgung rund um die Uhr.

Markus Liebich, Bürgermeister der Stadt Leutershausen, erklärt: „Wir haben uns die Entscheidung für den Verkauf des Stromnetzes nicht leicht gemacht. Aber gerade kleinere Energieversorger wie unser Kommunalunternehmen stehen seit einigen Jahren vor immer größeren Herausforderungen. Dazu zählen Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen ebenso wie höhere technische Ansprüche – das alles verbunden mit hohen Investitionen. Wir geben das Stromnetz zum Jahreswechsel in die Hände der N-ERGIE Netz GmbH, die bereits seit vielen Jahren unsere Ortsteile sehr kompetent mit Strom versorgt. Vielen Dank für die offenen und konstruktiven Gespräche – gemeinsam haben wir eine auf lange Sicht tragfähige Lösung gefunden."

Dietrich Negrea, KUL-Vorstand, bestätigt dass dies der richtige Schritt ist. Angesichts der zunehmenden Komplexität der Netzbetreuung und -erweiterung, sowie der erforderlichen technischen Anpassungen wie die Integration erneuerbarer Energien, der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und die Aufrüstung digitaler Messgeräte, ist es für das Kommunalunternehmen strategisch sinnvoll, das Netz an einen erfahrenen Partner zu übergeben. ❐

Stärkung der Planungskompetenz:

Bayernwerk übernimmt Institut für nachhaltige Energieversorgung

Regensburg/Rosenheim. Die Bayernwerk AG (Bayernwerk) übernahm zum 1. Oktober 2024 die vollständigen Geschäftsanteile am Institut für nachhaltige Energieversorgung GmbH (INEV). Das haben das Regensburger Energieunternehmen und das Rosenheimer Beratungsunternehmen mit einem Notarvertrag besiegelt. Mit Übernahme der Gesellschaftsanteile stärkt das Bayernwerk seine Kompetenzen im Bereich der sektorübergreifenden Energiesystemplanung für Kommunen und Unternehmen.

„Wir freuen uns, mit dem Bayernwerk als starkem Partner die Energiewelt von morgen zu gestalten und unser Produktportfolio für eine klima- und umweltfreundliche Zukunft gemeinsam weiter auszubauen", sagt INEV-Geschäftsführer Ludger Bottermann zur Unterzeichnung des Notarvertrages. Anfang dieses Jahres hatten die Partner Gespräche aufgenommen und Möglichkeiten der zukünftigen Zusammenarbeit besprochen.

Strategische Partnerschaft mit Kommunen und Unternehmen

„Mit der Übernahme der INEV GmbH setzt die Bayernwerk-Gruppe ihren Wachstumskurs konsequent fort. Zugleich schärfen wir unser Profil als strategischer Partner von Kommunen und Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität", sagt Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG. Für die Energiezukunft der bayerischen Städte und Gemeinden sowie der Unternehmen im Freistaat gebe es keine pauschalen Lösungen von der Stange. Auf die jeweils unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnisse vor Ort „müssen wir mit individuell ausgearbeiteten Konzepten reagieren", so Westphal. Dafür bringe das 25-köpfige Team von INEV umfassende Expertise mit. In Verbindung mit der langjährigen Erfahrung der Bayernwerk-Gruppe entstehe eine Einheit, „die unsere Rolle als Spielmacher der Energiewende in Bayern weiter festigt".

Vollumfängliche kommunale Wärmeplanung im Portfolio

Auf dem Weg zu einer klima- und umweltfreundlichen Energiezukunft wird energietechnische Planungsexpertise immer bedeutender – nicht zuletzt aufgrund des zum 1. Januar 2024 in Kraft getretenen Bundesgesetzes zur Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze. Demnach sind die Länder verpflichtet sicherzustellen, dass auf ihrem Hoheitsgebiet Wärmepläne erstellt werden. Diese sollen aufzeigen, wie die Wärmeversorgung in einer Stadt oder einer Gemeinde künftig klimaneutral gestaltet werden kann. Mit der Verstärkung durch das Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) wird die Bayernwerk-Gruppe Städten und Gemeinden künftig eine vollumfängliche kommunale Wärmeplanung anbieten können.

„Seit der Gründung des Instituts für nachhaltige Energieversorgung im Jahr 2017 war es unser Ziel, Kommunen und Unternehmen auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu unterstützen. Wir freuen uns, das Institut nun vertrauensvoll in die Hände der Bayernwerk AG zu geben. INEV wird unseren Kunden auch in Zukunft mit umfassender Expertise zur Seite stehen. Auch in unseren neuen Rollen bleiben wir dem Institut und unseren Kunden eng verbunden", erklären die bisherigen INEV-Gesellschafter, Prof. Dr. Dominikus Bücker und Dr. Isabel Bücker.

Zusätzliche Angebote

„INEV bietet seit vielen Jahren umfassende Kompetenzen in der Erstellung kommunaler Wärme- und Energienutzungspläne, der Koordination von Klimaschutznetzwerken sowie in verschiedenen Energieberatungen und -konzepten an. Künftig soll das Angebot für Unternehmen ausgebaut werden", kündigt INEV-Geschäftsführer Ludger Bottermann an. Auch hier sei die Zusammenarbeit mit der Bayernwerk-Gruppe die solide Basis für den avisierten Wachstumskurs. ❐



Ein starkes Team für die Energiewende (vorne, v.l.): Prof. Dr. Dominikus Bücker (Gründer des INEV), Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, und Dr. Isabel Bücker (Gründerin des INEV). Dahinter (v.l.) INEV-Geschäftsführer Ludger Bottermann und Matthias Löhlein, Bereichsleiter Unternehmensentwicklung, Digitalisierung & Nachhaltigkeit bei der Bayernwerk AG. Bild: Michael Hitzek, Bayernwerk AG

Bayerische Staatsforsten:

Startschuss für ersten eigenen Windpark

Aiwanger: „Aufholjagd bei Windenergie gewinnt an Tempo"

Regensburg/Pressig. In Oberfranken wird der erste Windpark der BaySF BayernWind GmbH, einer Tochtergesellschaft der Bayerischen Staatsforsten, entstehen. Geplant sind bis zu neun Windenergieanlagen (WEA), von denen die BaySF sechs selbst betreiben und drei WEA an die regionale Wirtschaft und die Kommune abgeben will. Der erste BaySF-eigene Windpark soll in der Gemeinde Pressig im Landkreis Kronach entstehen.

Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger begrüßt diesen bedeutenden Schritt: „Die Aufholjagd bei der Windkraft gewinnt weiter an Tempo. Mit dem ersten BaySF-eigenen Windpark erreichen wir den nächsten Meilenstein. Von dem lokal erzeugten, erneuerbaren Strom der geplanten Anlagen kann nicht nur die energieintensive Glas- und Keramikindustrie in der Region profitieren. Es ist uns wichtig, die Menschen vor Ort mitzunehmen. Deshalb können sich auch Kommunen, Bürger sowie das lokale Gewerbe an bis zu drei weiteren Anlagen direkt beteiligen."



Bürgermeister Stefan Heinlein. Bild: Markt Pressig

Umgesetzt wird der erste BaySF-Windpark von der BaySF BayernWind GmbH. Deren Geschäftsführer, Sebastian Wittmann, hält den Standort im Frankenwald für bestens geeignet: „Auf diesem hervorragenden Standort rechnen wir mit guten bis sehr guten Winderträgen," erklärt Wittmann. „Die Windräder sind für die Region ein wichtiger Baustein beim Klimaschutz und bei der Energiesicherheit, die wir uns alle wünschen."

Der erste Bürgermeister der Marktgemeinde Pressig, Stefan Heinlein erwartet sich von dem Windpark Vorteile für die Bürger und den Wirtschaftsstandort vor Ort: „Wir sind sehr froh, die BaySF BayernWind GmbH als starken Partner gewonnen zu haben und freuen uns auf die Möglichkeit, die Region voranzubringen. Die Windkraftanlagen, die im Norden von Pressig entstehen sollen, ergänzen unser Energiekonzept ideal.", sagt der Bürgermeister. „Von dem Windpark werden wir als Gemeinde und insbesondere die Unternehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger vor Ort langfristig profitieren."

Geplant werden Windenergieanlagen der neuesten Generation, von denen jede etwa 19 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen kann – genug, um rechnerisch ca. 5.000 Haushalte mit Strom zu versorgen. Bei der Auswahl der Standorte legt die BaySF BayernWind besonderen Wert auf eine waldschonende Umsetzung. Zudem werden für Bau und Unterhalt der Windräder das vorhandene Waldwegenetz bestmöglich genutzt.

Ob die theoretisch möglichen neun Windräder tatsächlich alle gebaut werden, wird sich im Laufe des Projektes entscheiden: „Wir werden in enger Kooperation mit dem Markt Pressig die Bürgerinnen und Bürger sowie die Nachbargemeinden laufend und umfassend über das Projekt informieren," verspricht Wittmann, „den Auftakt bildet eine Bürgerinformationsveranstaltung." ❐



Referenten des Wasserkraftseminars. Bild: Landesverband Bayerische Wasserkraftwerke eG

5. Wasserkraftseminar am TUMCS in Straubing:

Unverzichtbare Energiequelle

Besichtigung der revitalisierten Ruselkraftwerke

Am 1. Oktober 2024 kamen mittlerweile zum fünften Mal Fachleute der Wasserkraftbranche und Vertreter der Wissenschaft am TUM Campus in Straubing zusammen, um sich über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der Wasserkraftnutzung auszutauschen. Den Auftakt des diesjährigen VWB und LVBW-Wasserkraftseminars bildete eine exklusive Besichtigung der revitalisierten Ruselkraftwerke in Deggendorf, die unter der Leitung von Thomas Grimmer organisiert wurde.

Die Besichtigung der Ruselkraftwerke bot den Teilnehmern beeindruckende Einblicke in die umfassenden Modernisierungsmaßnahmen, die zwischen 2019 und 2022 an diesem Standort durchgeführt wurden. Der aus insgesamt sechs Turbinen, zwei Hochspeichern und einem Unterbecken bestehende Kraftwerksverbund wurde in Zusammenarbeit mit erfahrenen Kraftwerksfirmen in elektro- und leittechnischer, sowie maschinenbaulicher Hinsicht an moderne Standards angepasst. Von den Turbinen, Generatoren, der Eigenbedarfsverteilung über die Maschinenautomatisierung und Leittechnik bis hin zur Erregungs- und Schutztechnik wurden die von der Eurowatt GmbH betriebenen Speicher- und Laufkraftwerke umfassend erneuert und modernisiert.

Im Anschluss an die Besichtigung startete das 5. VWB und LVBW-Wasserkraftseminar am TUM Campus in Straubing erneut mit vielfältigen und aktuellen Vorträgen der Wasserkraftbranche. Prof. Dr. Josef Kainz, Professor für Energietechnik der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und Dr. Josef Rampl, Sprecher der bayerischen Wasserkraftverbände, eröffneten das Seminar.

Thomas Grimmer präsentierte einen Erfahrungsbericht über die erfolgreiche Revitalisierung der Ruselkraftwerke und hob die positiven Auswirkungen der Modernisierung hervor. Diese umfassen eine gesteigerte Energieeffizienz und eine nachhaltigere Stromproduktion aus Wasserkraft.

Unverzichtbarer Bestandteil der Energieinfrastruktur

Otto Mitterfelner bot einen umfassenden Überblick über die Fähigkeiten und Stärken der Wasserkraft. Er stellte dar, dass Wasserkraft nicht nur zur Stromerzeugung beiträgt, sondern auch wichtige Funktionen zur Systemsicherheit des Stromnetzes übernehmen kann. Als unverzichtbare Aspekte sind hier beispielsweise der Beitrag zur Spannungsqualität, die Bereitstellung von Regelleistung, Momentanreserve, Schwarzstartfähigkeit und Inselbetrieb zu nennen. Nicht zu vergessen ist die Unterstützung zur Hochwasserentlastung, die Schaffung von Rückzugsbereichen für Fische bei Trockenheit sowie die Stabilisierung des Grundwassers. Ein sehr aktuelles Thema, die Aquathermie, die Nutzung der Wärme aus fließenden Gewässern, ist ebenfalls zu nennen. Diese Fähigkeiten machen die Wasserkraft zu einem wertvollen und unverzichtbaren Bestandteil der Energieinfrastruktur.

Ökologie und die Wasserrahmenrichtlinie

Reinhard Moosdorf setzte sich intensiv mit der Umsetzung und Anwendung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) auseinander. Diese Richtlinie bildet eine zentrale Grundlage für den Schutz und die Bewirtschaftung von Gewässern in Europa. Eine wesentliche Grundlage dieser Richtlinie ist die Unterscheidung zwischen chemischen und ökologischen Maßnahmen, die beide gleichermaßen berücksichtigt werden müssen. Die Bedeutung der WRRL steht außer Frage, allerdings stellen sich immer wieder Fragen zur Einordnung der Gewässer. Die Einstufung in die Kategorien „naturnah“ oder „erheblich verändert“ hat erhebliche Auswirkungen auf die Maßnahmen, die in den Umsetzungskonzepten vorzusehen sind. Eine fehlerhafte Einstufung kann weitreichende Konsequenzen für die Auflagen und Richtlinien zur Gewässerbewirtschaftung haben und führt bei Wasserkraftanlagen zu unverhältnismäßigen Vorgaben und unter Umständen auch zur Stilllegung oder zum Schließen eines Kraftwerks.

Als weiteres Problem zeigte er auf, dass die isolierte Betrachtung der chemischen Belastung von Gewässern zu einem einseitigen Fokus auf die Durchgängigkeit als Hauptursache für den schlechten Zustand vieler Gewässer führt. Eine umfassendere und differenzierte Betrachtung der verschiedenen Belastungsquellen ist daher notwendig, um nachhaltige Lösungen für die Verbesserung des ökologischen Zustands unserer Gewässer zu finden.

Neue Themen in der Wasserkraft

Christoph Winkler und Tobias Hoder erläuterten an praktischen Beispielen, wie Flusswasser aus dem Inn zur energieeffizienten Bereitstellung von Kälte und Wärme genutzt werden kann. Die beiden Studenten Niklas Niedermaier und Simon Rödl stellten eine Machbarkeitsstudie Wasserkraft an der Kläranlage Hemau (Niedermaier, Rödl, 2024) vor. Die Machbarkeitsstudie untersucht die Installation einer Wasserkraftanlage an der Kläranlage Hemau zur Rückgewinnung von Energie. Ihr Projekt kam zu dem Ergebnis, dass die geplante Anlage etwa ein Drittel des Strombedarfs decken könnte.

Zukunftsthemen Vermarktung von Wasserkraftstrom und IT-Sicherheit

Philip Hahn von CyberGrid sprach über innovative Ansätze zur Vermarktung von Wasserkraftstrom und betonte die Bedeutung flexibler Energiemanagementlösungen, um die Wirtschaftlichkeit der Anlagen weiter zu steigern. Der Beitrag von Anna Rerich vom Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) hob zudem die Wichtigkeit der IT-Sicherheit für Wasserkraftanlagen hervor, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Digitalisierung und wachsender Cyber-Bedrohungen.

Ein erfolgreicher Tag für die Wasserkraft

„Das 5. VWB und LVBW-Wasserkraftseminar war ein voller Erfolg und verdeutlichte die Bedeutung der Wasserkraft als verlässliche und umweltfreundliche Energiequelle“ betonte Fritz Schweiger, Vorsitzender der VWB in seinem Abschlussstatement. Die Kombination aus praxisnaher Besichtigung der Ruselkraftwerke und einem abwechslungsreichen Seminarprogramm bot den Teilnehmern wertvolle Einblicke in die aktuellen Entwicklungen und zukünftigen Potenziale der Wasserkraft. ❐

Energie erleben:

ESB Lerntheater vermittelt spielerisch Energiewissen

Interaktive Mitmachshow war wieder auf Tour

Was genau ist Energie, wie können wir sinnvoll damit umgehen und wie sieht die Energieversorgung von morgen aus? Um diesen und vielen weiteren Fragen auf den Grund zu gehen, machte das interaktive Lerntheater vom 7. bis 18. Oktober 2024 Halt an ausgewählten Schulen. Gemeinsam mit dem Pädagogenteam von FS Infotainment vermittelt Energie Südbayern (ESB) schon seit mehreren Jahren Schülerinnen und Schülern an bayerischen Grundschulen das Thema Energie und Energiesparen.

„Engagement für unsere Heimat bedeutet für uns auch, uns für Kinder und Jugendliche einzusetzen“, so Marcus Böske, Geschäftsführer von Energie Südbayern. „Deshalb unterstützen wir bereits seit vielen Jahrzehnten Schulen in unserem Versorgungsgebiet.“

Für Kerstin Klose, Schulleitung der Grundschule Weyarn,war das Lerntheater eine wichtige Veranstaltung: „Energie und insbesondere die Energiewende sind zentrale Themen unserer Zeit. Deshalb freuten wir uns, dass das ESB-Lerntheater diese zuweilen abstrakte Materie Energie für die Schülerinnen und Schüler erlebbar machte, mit anschaulichen Beispielen direkt aus ihrem Alltag.“

Die Moderatoren der Veranstaltung, Friedhelm Susok, und Jürgen Schardt, beantworteten alle Fragen rund um Energie und bezogen die Kinder dabei stets mit ein. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf erneuerbaren Energien und der Zukunft unserer Energieversorgung. Auch innovative Inhalte wie Elektromobilität und Wasserstoff durften dabei nicht fehlen.

Das Thema Energiesparen wurde in einer großen Fragerunde mit Beispielen von zuhause nähergebracht. Anstelle von Frontalunterricht standen beim ESB Lerntheater Interaktivität, handlungsorientiertes Lernen und Spaß an der Bewegung im Mittelpunkt. Susok und Schardt nahmen sich als Vorbild die Sendung mit der Maus. Wer das Lerntheater einmal erlebt hat, spürt, warum das Konzept aufgeht. Die Kinder lösten Rätselfragen, begeisterten sich für ein Bewegungsspiel und lauschten den kurzen Einspielern. Inzwischen hat sich das 90-minütige Bühnenerlebnis bei den Schulen herumgesprochen und seit 2014 sind Susok und sein Team in über 200 Schulen aufgetreten.

Weitere Informationen: https://www.esb.de/esb-lerntheater

Videoprogramm zum Thema Energie und Energiesparen: www.esb.de/energiewissen-kinder. ❐



Interaktives Bühnenprogramm: Schülerinnen und Schüler lernen spielerisch alles rund um Energie. Bild: Energie Südbayern GmbH

Die Energie Südbayern GmbH

Seit mehr als 60 Jahren ist Energie Südbayern (ESB) der faire, sichere und regionale Energieversorger und -dienstleister für Ober- und Niederbayern. Gemeinsam mit den Tochterunternehmen Energienetze Bayern und ESB Wärme bildet Energie Südbayern die ESB-Unternehmensgruppe. Energielieferung, Portfoliomanagement, der Betrieb von Energienetzen und Energieerzeugung sind die Kerngeschäftsfelder der Gruppe und ihren Beteiligungen. Über 160.000 Haushalte, 15.000 Geschäftskunden sowie zahlreiche Stadtwerke und Weiterverteiler vertrauen auf unsere Produkte und Dienstleistungen. ❐



Smart Parking unterstützt Klimaziele

Parkraum ist ein kostbares Gut. Zweckgebundene Parkplätze werden immer häufiger unberechtigt benutzt. Mit einer intelligenten Parkraumbewirtschaftung lässt sich dieses Problem nachhaltig lösen. Andererseits verlieren Autofahrer in Großstädten bei der Parkplatzsuche wertvolle Zeit und verschlechtern die CO2-Bilanz. Schließlich werden größere Parkräume und Firmenparkplätze oft nicht effektiv genutzt. Abhilfe kann in den meisten Fällen eine smarte Parkraumbewirtschaftung schaffen. Dafür ist eine Reihe unterschiedlicher Lösungen verfügbar, die sich in der Praxis bereits erfolgreich bewährt haben.

In der Drucksache 19/16513 des Deutschen Bundestages von 2020 sind die wichtigen Fakten zu Smart Parking zusammengefasst: „Parkvorgänge spielen eine wichtige Rolle, um die nationalen, europäischen und internationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Die Suche nach einem Parkplatz in deutschen Städten ist für etwa 30 Prozent des dortigen Verkehrs verantwortlich. Ein Autofahrer benötigt im Durchschnitt etwa acht Minuten, um einen Parkplatz zu finden, legt in dieser Zeit durchschnittlich 4,5 Kilometer zurück und stößt circa 1,3 kg CO2 aus. Durch den Zeitverlust, die Abgasbelastung und den Kraftstoffverbrauch entstehen jedes Jahr Gesamtkosten von rund 45 Mrd. Euro.“ Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass sogenannte Smart-Parking-Technologien die laufenden Kosten senken können, zu einer signifikanten Reduzierung des Parkplatzsuchverkehrs beitragen können, die Effizienz steigern und die Suche vereinfachen können. Der Einsatz digitaler und smarter Lösungen im Bereich des Parkens bietet also großes Potenzial bei der Emissionsreduzierung und bei der Erreichung der Klimaschutzvereinbarungen.

Voraussetzung: Sorgfältige Planung

Die genannten Fakten sind Anlass genug, um ein Projekt Parkraum zukunftsorientiert zu gestalten. Eine sorgfältige Planung ist Voraussetzung dafür. Vorrangige Ziele könnten dabei u.a. Nachhaltigkeit, Verkehrsregelung oder Optimierung bereits vorhandener Infrastrukturen sein. Die Vorgaben der DSGVO sind unbedingt zu beachten. Dies ist insbesondere bei der Auswahl des Lieferanten, Betreibers sowie der ausgewählten Technologie zu berücksichtigen. Schließlich sollte auch die Finanzierung des Projektes gesichert sein. Sonst könnte nämlich etwas wie der englischen Gemeinde Eynsham passieren: Dort hat man kürzlich einen riesigen Parkplatz für 850 PKWs fertiggestellt, kann ihn aber nicht benutzen, weil die in einem separaten Projekt geplante Zufahrt wegen nicht genehmigten Budgets immer noch fehlt. Die aktuelle Studie „Klimafreundliches Parkraum- Management“ der M-Five GmbH dokumentiert die Abschätzung der Klimawirkung von Parkraum- Management in Baden-Württemberg. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die beiden untersuchten Kernmaßnahmen

- Marktorientierte Erhöhung der Parkgebühren und Bündelung und
- Reduktion von Parkplätzen mit Erhöhung der Such-, Zu- und Abgangszeiten

die Attraktivität der PKW-Nutzung verringern und somit zu einer Verlagerung der Wege auf andere Verkehrsmittel wie Zug, Bus, Fahrrad, Sharing- und Pooling-Angebote führen. Geklärt werden muss, ob der Parkraum im Eigenbetrieb oder durch einen erfahrenen Partner betrieben wird und schließlich muss auch noch die für das jeweilige Projekt geeignetste Technologie ausgewählt werden. Die Auswahl reicht hier von der einfachen Parkscheibe, über Schranken oder Tore, die per Schlüssel, Funk oder Parkschein bedient werden, bis zu IoT-Systemen, Sensoren und Videosystemen, die zunehmend durch künstliche Intelligenz (KI) und maschinelles Lernen unterstützt werden.

Geprüfte Beschilderung

Zuletzt ist noch zu beachten: Für eine rechtskonforme, private Parkraumbewirtschaftung muss eine professionelle und gut sichtbare sowie rechtlich geprüfte Beschilderung sowohl an der Einfahrt als auch auf der Parkfläche angebracht sein.

Sensoren können schnell und problemlos installiert werden. Sie benötigen für den Betrieb allerdings Energie. Die Zuführung über Kabel ist zumeist aufwändig und teuer. Die Alternative lautet Batterie. Diese hat sich in der Praxis jedoch als äußerst fehleranfällig erwiesen. In San Francisco hatte man beispielsweise diese Technologie ausprobiert – der Versuch musste dort aufgrund der hohen Reparaturkosten abgebrochen werden. Hier in Bayern kommt ein weiterer gewichtiger Aspekt hinzu: Winter. Bei der Schneeräumung können die am Boden befestigten Sensoren leicht beschädigt werden.

Für die genannten Nachteile hat das Münchner Unternehmen ParkHere eine pfiffige Lösung gefunden. In den Sensor ist ein kleines Kraftwerk eingebaut. Dieser versorgt sich also selbst mit Strom nach folgendem Prinzip: Der Druck, den ein Auto beim Überfahren des Sensors ausübt, wird in Energie umgewandelt. Diese Energie reicht aus, damit der Sensor ein Signal senden kann, ob der Parkplatz frei oder besetzt ist. Die Lebensdauer dieses neuartigen Sensors soll bis zu 25 Jahre betragen. In München arbeitet ParkHere bereits mit der Deutschen Bahn zusammen: Wer den Bahnhofsparkplatz an der Bayerstraße nutzen will, kann schon beim Losfahren sehen, wie viele Parkplätze frei sind und wie die Situation eine Stunde später wohl aussehen wird.

Die wohl leistungsfähigste Technologie zur Parkraumbewirtschaftung stützt sich auf kamerabasierte Systeme. Diese können in Verbindung mit KI nicht nur Fahrzeuge und insbesondere deren Kennzeichen in Echtzeit erkennen, sondern auch einige hundert Parkplätze überwachen. Bei Änderungen des Parkraumkonzepts lassen sie sich einfach an die neuen Aufgaben anpassen. Zum Schutz vor Beschädigung und Vandalismus sollten die Kameras genügend hoch installiert werden. Bei der Auswahl eines Videosystems ist unbedingt darauf zu achten, dass der gesetzliche Datenschutz erfüllt wird und ggf. eine DSGVO-Konformitätsbescheinigung vorliegt. Diese Eigenschaft sollte man insbesondere bei Produkten aus China prüfen.

Als Fazit empfiehlt der ADAC, dass die Parkraumbewirtschaftung immer in ein gesamtstädtisches Parkraumkonzept als Teil einer integrierten Mobilitätsplanung eingebettet sein sollte. In Deutschland existiert eine offene Plattform für Handyparken. Etwa 250 Kommunen, die zusammen für 75 Prozent des digitalen Parkens stehen, vertrauen der innovativen Lösung von smartparking. Damit können nämlich die Kunden aller Anbieter „Handyparken“.

Gerhard Kafka
Freier Fachjournalist in Egling

VDV und Allianz pro Schiene:

Vorschläge zur Reaktivierung von Bahnstrecken

Die Diskussion um die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken in Deutschland hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels, der wachsenden Verkehrsdichte auf Straßen und der Notwendigkeit, umweltfreundliche Mobilitätslösungen zu fördern, haben der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und die Allianz pro Schiene nach zwei Jahren nun wieder aktualisierte Vorschläge zur Reaktivierung von Schieneninfrastruktur unterbreitet. Beide Verbände fordern, Planungsverfahren zu beschleunigen und Fördermittel aufzustocken.

Neu auf der Vorschlagsliste hinzugekommen sind 74 Strecken mit insgesamt 949 Kilometern. Aus Sicht von VDV-Fachmann Martin Henke „ist es klar, dass mit Reaktivierungen allein wir die großen ökonomischen und verkehrlichen Herausforderungen in Deutschland nicht bewältigen werden – und doch warten wir inzwischen bei 325 Strecken mit 5.426 Kilometern Länge auf die Umsetzung der Reaktivierung. Das könnte die Wirtschaft gerade auf regionaler Ebene erheblich stärken.“ Im gesamten Jahr 2024 werden voraussichtlich nur 30 Kilometer Schienenwege reaktiviert.

Schienenanbindung gewünscht

„Angesichts dieses Schneckentempos müssen Bund und Länder dringend mehr tun, um Initiativen vor Ort zu unterstützen. Die Menschen wollen eine Schienenanbindung. Gerade für den Schienengüterverkehr gibt es großes Potenzial“, machte Dirk Flege, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, deutlich. 379 Städte und Gemeinden ohne Zugang zum Schienenverkehr könnten durch die vorgeschlagenen Reaktivierungen wieder Anschluss an das Bahnnetz erhalten – allein in diesen Kommunen wohnten mehr als 3,8 Millionen Menschen.

Derzeit sind in Deutschland 123 der 900 Mittelzentren ohne Anschluss an die Eisenbahn, U-Bahn, Stadtbahn oder Straßenbahn, darunter 13 Kreisstädte. In 119 der nicht angeschlossenen Mittelzentren sind für die Eisenbahn gebaute, aber nicht mehr genutzte Trassen vorhanden. Für 72 dieser Mittelzentren schlagen VDV und Allianz pro Schiene eine Wiederanbindung an den Eisenbahnverkehr vor, bei 13 weiteren empfehlen sie eine vertiefte Prüfung. Allein in diesen Zentren leben über 1,4 Millionen Einwohner.

„Im so genannten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) haben die Verkehrsunternehmen mehr Infrastrukturprojekte zur Förderung angemeldet als je zuvor“, informierte Martin Henke. Das Gesetz sei im Jahr 2020 novelliert und in diesem Zuge finanziell aufgestockt worden. Dadurch sei inzwischen eine Verdreifachung der angemeldeten Projekte zu verzeichnen. Zuletzt waren im GVFG insgesamt 407 Projekte aus den Bereichen „Grunderneuerung“, „Reaktivierung“, „Elektrifizierung“ und „Bahnhöfe, Stationen, Haltestellen“ angemeldet.

Henke zufolge „müssen wir sehen, dass der enorme finanzielle Bedarf bei der maroden Infrastruktur in Deutschland finanziell abgedeckt wird – alles andere schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Erhöhung der Fördermittel im GVFG auf drei Milliarden jährlich ab 2025 hätte eine extreme Hebelwirkung, um unsere Infrastrukturen noch schneller und konsequenter mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor um- und ausbauen zu können.“ **DK**

München bleibt deutschlandweit Spitzenreiter bei den Einpendlern

Insgesamt pendeln in Bayern im Jahr 2023 über 100 000 Personen mehr über ihre Gemeindegrenze zur Arbeit als vor zwei Jahren

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, verfügt der Pendleratlas ab sofort über die bundesweiten Pendlerströme mit dem aktuellsten Datenstand für das Jahr 2023. Es zeigt sich: München bleibt hinsichtlich der Anzahl an Einpendlern im Jahr 2023 mit über 525.000 Einpendlern wie bereits in den Vorjahren Spitzenreiter in Deutschland. Im Vergleich zum Jahr 2021 pendelten fast 20.000 Personen mehr in die Pendlerhauptstadt ein. Im Städtedreieck Nürnberg, Fürth, Erlangen sind im Jahr 2023 im Vergleich zu 2021 mehr als 1.000 zusätzliche Pendler unterwegs. Die Pendelachse Nürnberg–Fürth liegt auch im Jahr 2023 deutschlandweit weiterhin nach Berlin–Potsdam an zweiter Stelle. Insgesamt steigt die Zahl der Pendler über Gemeindegrenzen in Bayern seit 2021 von rund 4,4 Millionen auf rund 4,5 Millionen.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, ist München auch im Jahr 2023 mit über einer halben Millionen Einpendlern (525.269 Personen) die Stadt in Deutschland, die die meisten Einpendler anzieht. Damit pendeln mehr Personen nach München als nach Berlin (467.402 Einpendler) und Frankfurt am Main (463.180 Einpendler). Unter den zehn Städten Deutschlands mit den höchsten Einpendlerzahlen hat Berlin im Jahr 2023 den größten Zuwachs und überholt damit Frankfurt am Main, das noch im Jahr 2022 an zweiter Stelle lag. München verliert junge Einpendler, bleibt aber Pendlermagnet

Während die Einpendler Münchens insgesamt und in allen Altersgruppen ab 25 Jahren im Vergleich zum Jahr 2021 und 2022 zugenommen haben, nahm die Zahl der Einpendler unter 25 Jahren innerhalb der zwei Jahre um 3.163 Personen ab, davon 2.482 weniger junge Frauen. Parallel ist die Zahl der einpendelnden Auszubildenden zurückgegangen. So pendeln 2.148 Auszubildende weniger nach München ein, davon 1.017 Männer und 1.131 Frauen. Der Rückgang an Auszubildenden bei den Einpendlern seit 2021 ist in fast allen kreisfreien Städten zu beobachten, in München ist er jedoch mit 17,2 Prozent am größten. Im Vergleich der kreisfreien Städte hat München im Jahr 2023 mit 8,8 Prozent den geringsten Anteil an Einpendlern unter 25 Jahren. Am höchsten ist der Anteil in Bamberg mit 14,6 Prozent.

Die meisten Menschen, die im Jahr 2023 nach München einpendeln, wohnen in Berlin (12.912 Personen). Hier ist allerdings zu beachten, dass auch Personen zu den Ein- und Auspendlern zählen, die teilweise, überwiegend oder ausschließlich im Homeoffice arbeiten und nicht tagtäglich pendeln. Zudem hat die Pendlerrechnung keine Information darüber, ob Pendler an ihrem Arbeitsort einen Zweitwohnsitz haben.

Die 525.269 Einpendler machen 45 Prozent aller Personen, die in München arbeiten, aus. Mit 239.259 pendeln deutlich weniger Personen aus München heraus. So halten sich nach Abzug der Auspendler tagsüber in München arbeitsbedingt deutlich mehr Personen auf als die dort ansässige Bevölkerung.

Nürnberg, Fürth, Erlangen: über 72.000 Pendler

Im Städtedreieck Nürnberg, Fürth und Erlangen pendeln im Jahr 2023 über 72.000 Personen, und damit etwa 1.100 Personen mehr als im Jahr 2021 und etwa 200 Personen mehr als 2022. Die meisten Pendler innerhalb des Städtedreiecks sind zwischen Nürnberg und Fürth unterwegs. Davon wohnen 27.191 Pendler in Fürth und pendeln zur Arbeit nach Nürnberg, während 14.681 in die entgegengesetzte Richtung pendeln. Weitere 236.220 Personen pendeln im Jahr 2023 aus Wohnorten von außerhalb in das Städtedreieck ein. Zwischen 2022 und 2023 ist diese Zahl um 668 Pendler angestiegen. Im Vergleich zu 2021 war es ein Plus von 5.254 Pendlern.

Die Zahl der Pendler zwischen den beiden nahegelegenen Großstädten Nürnberg und Fürth ist mit 41.872 Personen auch im deutschlandweiten Vergleich besonders hoch. Nur zwischen Berlin und Potsdam sind im Jahr 2023 noch etwas mehr Pendler unterwegs (42.479 Personen). Zwischen Nürnberg und Fürth besteht damit wie auch schon im Jahr 2021 und 2022 deutschlandweit die zweitstärkste Pendelachse.

Die absolute Zahl der Einpendler ist zwischen 2021 und 2023 mit 17.495 Personen (+ 3,4 Prozent) in München am stärksten gestiegen. Dabei liegt der Unterschied von 2022 und 2023 mit 1,4 Prozent bei 7.374 Pendlern. Nach Nürnberg pendelten fast 5.000 Personen (+ 2,6 Prozent; zu 2022: 0,8 Prozent) mehr ein, in Augsburg gab es eine Zunahme von etwas über 2.100 Personen (+ 2,3 Prozent; zu 2022: 0,3 Prozent). In Ansbach ist mit einem Plus von 7,4 Prozent der relative Anstieg der Einpendler am größten (+ 1.683; zu 2022: 1.776 Personen). Die zweitstärkste relative Zunahme erfolgt in der mittelfränkischen Stadt Schwabach. Dort liegt der Anstieg innerhalb der zwei Jahre mit 536 Einpendlern bei 4,1 Prozent (zu 2022: + 271 Einpendler, 2,0 Prozent). In sieben kreisfreien Städten nehmen die Einpendler im Vergleich der Jahre 2021 zu 2023 ab, am stärksten in Memmingen. Dort pendeln im Jahr 2021 im Vergleich zu 2021 rund 3,3 Prozent und 743 Personen weniger ein (2022: -468, 2,1 Prozent).

Neue Daten im Pendleratlas und der Regionaldatenbank

Die Pendlerdaten für das Jahr 2023 stehen ab sofort im interaktiven Pendleratlas der Statistischen Ämter der Länder online und kostenlos zur Verfügung unter: https://pendleratlas.statistik-portal.de.

Neben klassischen Kennzahlen wie den Ein- und Auspendlern, Pendelquoten oder dem Pendelsaldo sind vor allem Pendelverflechtungen zwischen einzelnen Städten und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden online abrufbar. Ausführlichere Tabellen dazu sind in der Regionaldatenbank zu finden unter: https://www.regionalstatistik.de/genesis/online. ❐



V.l. Umweltminister Thorsten Glauber und Heiko Büttner, DB-Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Bayern. Bild: stmuv

Umweltminister Thorsten Glauber:

Zug als Botschafter für Klimaschutz unterwegs

Ein Zug der DB Regio Bayern ist künftig als bunter Botschafter für den Klimaschutz im Freistaat unterwegs. Anlässlich der Bayerischen Klimawoche wird der Zug, beklebt mit den Bayerischen Klimastreifen, auf der Werdenfelsbahn zwischen München, Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald auf den Klimawandel aufmerksam machen.

Thorsten Glauber, Umweltminister, hat zusammen mit Heiko Büttner, DB-Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Bayern, den offiziellen Startschuss am Münchner Hauptbahnhof gegeben. „Die Bayerischen Klimastreifen zeigen: Der Klimawandel passiert vor unserer Haustüre ... der beklebte Zug zeigt auch: Für den Klimaschutz in Bayern brauchen wir eine starke Schiene.“ ❐

Bauunternehmen nutzte Kanalbau zur AK1-Prüfung

Anspruchsvolles Projekt in Memmingen souverän realisiert

Mitten auf der grünen Wiese entsteht in Memmingen ein hochmoderner Gesundheitscampus. Der Klinikneubau soll nach seiner Fertigstellung das bisherige örtliche Krankenhaus ersetzen, da eine Generalsanierung des alten Standortes nicht realisierbar gewesen wäre. Dabei steht sowohl beim Bau als auch beim Betrieb der Klinik das Thema Nachhaltigkeit im Fokus.

So wird zukünftig ein Teil des Wärmebedarfes über Wärmetauscher aus dem Abwasser gewonnen. Bevor jedoch der Bau des Klinikgebäudes starten kann, waren wichtige Vorarbeiten im Untergrund im Rahmen der Baufeldfreimachung notwendig. Bislang querte einer von drei großen Mischwassersammlern der bayerischen Stadt das Gelände. Dieser musste nun für den Neubau auf einem Teilstück U-förmig um das Baufeld herumgelegt werden. Damit bei der großen Dimension der Rechteckprofile mit den Außenmaßen 3,50 Meter x 3,90 Meter alles reibungslos verlief, setzte das Memminger Tiefbauamt zur Qualitätssicherung auf den Güteschutz Kanalbau. Gleichzeitig nutzte das ortsansässige Bauunternehmen Josef Hebel GmbH & Co. KG diese Maßnahme, um eine Aufprüfung vom Gütezeichen AK2 auf das Gütezeichen AK1 durchführen zu lassen.

Kompetente Unterstützung in Detailfragen

Ein sieben bis acht Meter tiefer, geböschter Graben, der an der Sohle rund sechs Meter breite maß, durchzog auf einer Länge von knapp 400 Metern das Gelände in unmittelbarer Nähe des Autobahnkreuzes BAB 7/ BAB 96 im Memminger Norden. In diesen gigantischen Graben verlegte Josef Hebel insgesamt 170 Fertigteilelemente für den neuen Trassenabschnitt des Mischwassersammlers. „Der bisherige Mischwassersammler ist erst 28 Jahre alt und wurde in Ortbetonbauweise erstellt. Aufgrund des engen Zeitplanes – mit dem Rohbau der Klinik soll bereits im Februar 2025 begonnen werden – ist die Entscheidung für Betonfertigteile gefallen“, erklärt Urs Keil, Leiter des Tiefbauamtes Memmingen. Problematisch bei dieser Variante war dann das Thema Dichtheitsprüfung. „Bei der Dimension war eine klassische Dichtheitsprüfung mit Wasser oder Druckluft nicht möglich“, erläutert Thilo Knechtel, der als Oberbauleiter von Josef Hebel die technische Koordination der Baustelle in der Arbeitsvorbereitung begleitet hat. Gemeinsam mit Marcus Peterlik, dem zuständigen Prüfingenieur vom Güteschutz Kanalbau, wurde deshalb nach einer Alternative gesucht. „Wir haben uns mit dem Auftraggeber darauf geeinigt, die Dichtheit der Rohrverbindungen über das Spaltmaß nachzuweisen“, so Knechtel. Und weiter: „Die Rohre hatten eine werkseigene Produktionskontrolle. Im Werk wurde dann zusätzlich an einem Musterstrang eine Druckprüfung vorgenommen und die Spaltmaße gemessen. Mit diesen Werten haben wir dann die Dichtheit auf der Baustelle nachgewiesen.“

Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau müssen stets über auskömmliche Referenzen im entsprechenden Schwierigkeitsgrad verfügen. „Während sich der Ausführungsbereich AK2 auf den Einbau von Abwasserleitungen und -kanälen in offener Bauweise in einer Tiefenlage bis fünf Meter bezieht, ist der Ausführungsbereich AK1 erweitert auf den Einbau in Tiefenlagen auch größer fünf Metern und unter erschwerten Bedingungen sowie dem Einsatz technisch anspruchsvoller Bauverfahren,“ so Peterlik. „Sehr komplexe Kanalbaustellen, wie in Memmingen, werden zunehmend seltener ausgeschrieben. Deshalb, wenn wie in diesem Fall im Unternehmen die Voraussetzungen und das Know-how für Maßnahmen im Schwierigkeitsgrad AK1 vorhanden sind, können solche Projekte als Referenz für eine Aufprüfung in die Gruppe AK1 genutzt werden“, erklärt Peterlik weiter. Im konkreten Fall mit Erfolg: Der Güteausschuss der Gütegemeinschaft hat den Antrag der Josef Hebel GmbH & Co. KG begutachtet und im Ergebnis das Gütezeichen AK1 verliehen. Hierbei habe Josef Hebel vom Güteschutz Kanalbau auch Unterstützung in Bezug auf diese Maßnahme erhalten. „Diese Kanalbaudimensionen sind nicht alltäglich und da tauchen technische Detailfragen auf, bei denen wir von den Erfahrungen und der Kompetenz des Güteschutzes profitiert haben“, resümiert Knechtel.

Sondervorschlag sorgte für zeitlichen Gewinn

Ursprünglich war für die Grabensicherung ein Voraushub mit Gleitschienenverbau vorgesehen. Hierbei hätten die 27 Tonnen schweren Fertigteile beim Einbau allerdings durch die Spindeln des Verbaus gefädelt werden müssen, wobei die Gefahr eines Verkantens oder Verklemmens bestanden hätte. Vor diesem Hintergrund hat Josef Hebel frühzeitig mit dem Planungsbüro einen Sondervorschlag mit geböschtem Graben diskutiert. Diesem stimmten die Beteiligten unter der Bedingung zu, dass das vorgesehene Baufeld durch den Aushub nicht vergrößert wurde. Berechnungen vom Geostatiker zur Standfestigkeit des Bodens stellten zudem sicher, welchen Abstand vom Böschungsrand der für den Einbau der Betonfertigteile erforderliche mobile Kran einhalten musste. Zum Einsatz kam ein Raupenbagger mit einer Traglast von 250 Tonnen, wie er häufig beim Bau von Windkrafträdern eingesetzt wird.

Montage mit Fingerspitzengefühl

Auch wenn der Einbau der Rohre in dem geböschten Graben weniger kompliziert war, brauchte das Team von Josef Hebel Augenmaß und Fingerspitzengefühl. „Die Anschlagspunkte an den Fertigteilen waren im Vorfeld exakt berechnet worden, damit die Rohre beim Einbau und Zusammenfügen stets in Waage waren“, so Knechtel. Hierbei war zu berücksichtigen, dass auf einem 260 Meter langen Teilstück des insgesamt 400 Meter langen Kanalneubaus zu einem späteren Zeitpunkt Wärmetauscher in den Kanalquerschnitt eingebaut werden. Diese sollen einen Teil des Wärmebedarfes der neuen Klinik aus dem Abwasser gewinnen.

Aber dadurch hatten die Rohre für den Abschnitt einen asymmetrischen Innenquerschnitt, weshalb die Anschlagspunkte variierten. Nach Aushub des Grabens und Einbau einer Sauberkeitsschicht konnten im Schnitt zwölf Rohre pro Tag auf einer dünnen Splittschicht verlegt werden. „Spitzenleistung waren sogar 15 Rohre an einem Tag“, wie Johannes Steiner, zuständig für die Entwässerungsplanung beim Tiefbauamt Memmingen, erklärt. Im Vergleich: Bei der ursprünglichen Verbau-Variante wären es im Schnitt nur drei Rohre pro Tag gewesen.

Zusammengefügt wurden die Rohre mit Hilfe von Kettenzügen. „Hierfür war es wichtig, dass das einzubauende Rohr nicht komplett auf die Sauberkeitsschicht abgesetzt wurde, sondern sich kurz darüber im Schwebezustand befand. Sonst wäre das Zusammenziehen der Rohre nicht möglich gewesen“, so Knechtel.

Hamburger Heber sorgt für trockenen Umschluss

Knifflig war auch der Anschluss des in Betrieb befindlichen Kanals an den neuen Trassenabschnitt. Der Mischwassersammler entwässert den ganzen westlichen Teil von Memmingen.

„Im Trockenwetterfall fließen so zwischen 20 und 40 Liter pro Sekunde durch den Kanal“, so Steiner. Für den Fall reichen normale Tauchpumpen, die das Abwasser umpumpen. Bei Regen reichen die Tauchpumpen allerdings nicht mehr aus. Deshalb wurden an den zwei Umschlusspunkten Hamburger Heber installiert. Diese leiten das Abwasser bei Regen durch große Stahlrohrleitungen DN 800, sodass beide Anschlussbauwerke in Ortbetonbauweise erstellt werden konnten.

Bevor der Kanal in Betrieb genommen werden kann, müssen die Wärmetauscher eingebaut werden. Danach sind entwässerungstechnisch die Voraussetzungen für den ersten Spatenstich des Gesundheitscampus erreicht. ❒

Leitfaden der Universität der Bundeswehr München:

Handlungsempfehlungen aus dem Projekt NOWATER

Die Folgen einer unterbrochenen Wasserversorgung und -entsorgung in einem Krankenhaus können dramatisch sein, denn das Wohl der Patienten steht dann auf dem Spiel.

Einrichtungen des Gesundheitswesens, insbesondere Krankenhäuser, sind für die Gesellschaft eine unverzichtbare Kritische Infrastruktur. Ihre Einsatzbereitschaft ist nicht nur im Normalbetrieb, sondern auch bei der Bewältigung von Krisen entscheidend. Während das Szenario eines Stromausfalls in der Notfallplanung von Krankenhäusern bereits fest verankert ist, wurde die Aufrechterhaltung der Wasserversorgung und -entsorgung bisher kaum betrachtetet. Sie ist jedoch Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit eines Krankenhauses und damit für die Sicherheit der Patienten und des Personals.

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes NOWATER (NOtfallvorsorgeplanung der WAsserver- und -entsorgung von Einrichtungen des Gesundheitswesens – organisatorische und Technische Lösungsstrategien zur Erhöhung der Resilienz) wurden Empfehlungen für die Prävention, Vorbereitung auf und Bewältigung von Ausfällen der Wasserversorgung und -entsorgung erarbeitet. „Die vergangenen Hochwasserereignisse zeigen den dringenden Handlungsbedarf. Mit dem Leitfaden steht nun erstmals ein Werkzeug zur Erhöhung der Resilienz der Wasserversorgung und -entsorgung von Krankenhäusern zur Verfügung“, so Prof. Steffen Krause und Prof. Christian Schaum vom Institut für Wasserwesen an der Universität der Bundeswehr München.

Das von den Professoren der Universität der Bundeswehr München angeführte Team, dem die Technische Hochschule Köln, das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die AGAPLESION FRANKFURTER DIAKONIE KLINIKEN gGmbH, sowie die Firmen Strecker Wassertechnik GmbH und teckons GmbH & Co.KG angehörten, hat dazu einen Leitfaden für Betreiber von Einrichtungen des Gesundheitswesens und für Behörden und Organisationen mit Schutzaufgaben entwickelt.

Der Leitfaden führt die Anwender systematisch durch alle notwendigen Schritte der Notfallvorsorgeplanung, gibt detaillierte Hinweise zur Durchführung der erforderlichen Risikoanalyse, zu präventiven und vorbereitenden Maßnahmen sowie zu Maßnahmen der Ersatz- und Notwasserversorgung. Hierbei wird unter anderem auf die im Projekt NOWATER entwickelten technischen Demonstratoren für Speicherung, Transport und Aufbereitung eingegangen. Nach Empfehlungen für die Krisenbewältigung bilden Hinweise für die Wiederherstellung des Regelbetriebes sowie für die Anpassung und Verbesserung den Abschluss des Leitfadens.

Damit Krankenhäuser die im Leitfaden dargelegten Maßnahmen trainieren können, hat die TH Köln ein „Übungskonzept für Infrastrukturausfälle im Krankenhaus“ erstellt. „Übungen sind eine der effektivsten Formen der Krisenvorbereitung und unabdingbar, damit alle Beteiligten die Abläufe in Krisensituationen verinnerlichen und ein Bewusstsein für Krisen und die adäquate Krisenvorbereitung entwickeln“, betont Prof. Alexander Fekete vom Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr der TH Köln.

Der Leitfaden ist als E-Book erschienen und steht zusammen mit dem Notfall- und dem Übungskonzept unter dem Link zum Download zur Verfügung: https://www.unibw.de/wasserwesen/swa/aktuelle-nachrichten/leitfaden-nowater ❒

125 Jahre Staatsbad Bad Reichenhall

„Bad Reichenhall ist ein Staatsbäder-Juwel und eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Die fachliche Kompetenz, die hohe Qualität der bayerischen Kurorte und Heilbäder und nicht zuletzt unsere atemberaubende Landschaft sind weit über die Grenzen des Freistaats hinaus geschätzt“, unterstrich Tourismusministerin Michaela Kaniber beim Festakt zum 125-jährigen Jubiläum des Staatsbades.

Seit der Ernennung im Jahr 1899 prägt das Staatsbad Bad Reichenhall die Region im Berchtesgadener Land. „Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Bayern, Bad Reichenhall und Bayerisch Gmain hat diese Erfolgsgeschichte möglich gemacht“, konstatierte Kaniber. Die Grundlage für den Erfolg des Staatsbades sei mit der Entscheidung im Jahr 1898 gelegt worden, als der Freistaat Bayern die Verwaltung des Bades übernahm.

Von diesem Moment an entwickelte sich Bad Reichenhall laut Kaniber zu einem Vorzeigeort für Gesundheitstourismus in den Bayerischen Alpen. Gemeinsam mit dem Freistaat wurden wichtige Infrastrukturprojekte wie die Neuerrichtung des Königlichen Kurhauses, eines Musikpavillons, einer Wandelhalle und des Kurmittelhauses der Moderne verwirklicht. Auch der Neubau der RupertusTherme im Jahr 2005 stärkte die Stellung Bad Reichenhalls als eines der großen Bäder Europas. Insgesamt investierte Bayern in den vergangenen vier Jahrzehnten 140 Millionen Euro in das Staatsbad, um die gesundheitstouristische Infrastruktur weiter zu stärken.

Der Markt für Kuren und Gesundheitsangebote verändert sich kontinuierlich. Wissenschaftliche Erkenntnisse, kürzere Aufenthalte, die wachsende Bedeutung von Selbstzahlern und der demographische Wandel erfordern Anpassungen. Das Staatsbad Bad Reichenhall hat diese Herausforderungen durch gezielte Investitionen angenommen und sich über die Jahre hinweg immer wieder neu erfunden“, machte die Ministerin deutlich.

Bad Reichenhalls Bürgermeister Dr. Christoph Eimers erklärte: „125 Jahre Staatsbad sind ein Grund zur Dankbarkeit. Es ist wichtig, dass wir die Traditionen bewahren, während wir gleichzeitig innovativ bleiben und neue Wege beschreiten.“ **DK**

Bayerischer Gemeindetag:

Kommunen wehren sich gegen Klientelpolitik

Ein vorsorgender und ernsthaft durchgeführter, aber auch ausreichend finanzierter Grundwasserschutz ist Grundlage für die nachhaltige Sicherung unseres Wassers und damit der Gewährleistung der öffentlichen Wasserversorgung in Bayern. Für den Schutz dieser Lebensressource werden ausreichend geschützte Flächen, der Schutz vor Einträgen und eine wirksame Verbrauchsmessung und Kontrolle aller Wasserentnahmen benötigt.

In den vergangenen 20 Jahren wurde in Bayern ca. 20 Prozent weniger Grundwasser neu gebildet. „Dabei ist es grundsätzlich eine zentrale staatliche Aufgabe, die Wasserressourcen für die Bevölkerung vorbeugend zu sichern und zu schützen. Aus diesem Grund muss ein möglicher Wassercent solidarisch, gleichbehandelnd und ausnahmslos von allen Wasserentnehmern gleichermaßen geleistet werden“, betont der Bayerische Gemeindetag in einer Stellungnahme, „denn Nachhaltigkeit, Zukunftsschutz und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist der falsche Ort für Klientelpolitik“.

Umso verwunderlicher ist es aus Sicht des Verbandes, „dass der Bayerische Wirtschaftsminister auch nach den Debatten der vergangenen Wochen an seiner geplanten Befreiung von Großverbrauchern vom Wassercent unbeirrt festhält und sich dabei in einem Interview als Advokat der Gemeinden im Ländlichen Raum generiert“. „Eine falsche Position aufrecht zu erhalten ist freilich in Ordnung. Diese Position mit dem Argument des Schutzes der kleinteiligen Wasserversorgung im Ländlichen Raum zu untermauern ist jedoch unredlich“, so Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. „Hubert Aiwanger geht es bei seiner Position natürlich nicht um kommunale Belange, sondern um eine handfeste Klientelpolitik, nämlich die Befreiung von Großverbrauchern.“

Für den Bayerischen Gemeindetag sind die Mindestanforderungen an ein Wasserentnahmeentgelt klar definiert: „Alle Wasserentnahmen, also auch die der Landwirtschaft, sind einzubeziehen, zu messen und zu kontrollieren. Die eingenommenen Mittel sind ausschließlich und zweckgebunden für den vorsorgenden Grundwasserschutz zu verwenden. Die Verwaltungskosten sind gering und der Vollzug einfach zu halten. Es bedarf gleicher Abgabensätze für alle und die erzielten Einnahmen sind für den Grundwasserschutz einzusetzen. Unabhängig davon sind die Fördermittel nach den Richtlinien für Zuwendungen für wasserwirtschaftliche Vorhaben (RZ-Was) zu erhöhen.“ ❒



GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Die Stadt Feuchtwangen mit 13.100 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
2008, hauptamtlich.
Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?
Ich bin Jurist und war als Geschäftsführer eines privaten Altenhilfeverbandes tätig.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Im Verbandswesen muss man andere überzeugen, Entscheidungen zu treffen. In der Kommunalpolitik kann relativ viel vor Ort selbst entschieden werden. Zudem werden die Aufgabenschwerpunkte bauliche Gestaltung, Kultur und Soziales in einer Weise miteinander verbunden, wie sie an keiner anderen Stelle verbunden sind.

Patrick Ruh
Erster Bürgermeister der Stadt Feuchtwangen

Wie haben Sie sich vorbereitet?
Auf das Bürgermeisteramt kann man sich nur bedingt vorbereiten. Inhaltlich bietet hier der Bayerische Gemeindetag eine Reihe von Seminarthemen an. In jedem Fall muss man aber ein Philanthrop sein; das kann man aber nicht lernen.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Brandschutz, Brandschutz, Brandschutz, obwohl man doch strategische Ziele erreichen will.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Energiewende, Integration auch von Flüchtlingen, Kinderbetreuung, Glasfaserausbau, Güter auf die Schiene, erschwingliches Wohnen, Unterstützung der Gastronomie, Verbesserung der Angebote für Jugendliche, Starkregenvorsorge, Personalentwicklung, Standortsicherung der örtlichen Betriebe und die Neugestaltung des Freibades.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Zunehmende Anforderungen durch den Staat und Wünsche der Kommunalpolitik in Einklang mit zurückgehenden personellen und finanziellen Ressourcen zu bringen.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Gestaltungsspielräume erkämpfen und verteidigen, um nicht zu einem reinen staatlichen Vollzugsorgan herabzusinken.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Fragen stellen.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die KI dürfte den größten Einfluss entwickeln. Richtig angewendet wird sie eines Tages Planungs- und Entscheidungsprozesse beschleunigen. Wir haben damit auch schon Geld gespart.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Neugierig bleiben und Jesus Christus nicht aus den Augen verlieren.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Darüber habe ich mir tatsächlich noch keine Gedanken gemacht. ❐

Landkreise München und Ebersberg:

Moore schützen – Zukunft sichern

Aktion Zukunft+ startet Crowdfunding zum Schutz heimischer Moore

In den Landkreisen München und Ebersberg existieren rund 3.500 Hektar entwässerte Moorflächen. Moore sind einzigartige Ökosysteme, die nicht nur eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt beherbergen, sondern auch erhebliche ökologische und klimatische Vorteile bieten. Hier setzt die Aktion Zukunft+ gemeinsam mit dem Projektpartner CO2-regio an, um das Klima nachhaltig zu schützen: Ab sofort steht das Projekt „Moore schützen – Zukunft sichern" zum Schutz heimischer Moore zum Crowdfunding bereit.

Das Projekt „Moore schützen – Zukunft sichern" hat das Ziel, heimische Niedermoore wieder zu vernässen und auf eine moorschonende Bewirtschaftung umzustellen. Das erste Projektgebiet umfasst eine Fläche von etwa 10 Hektar in der Gemeinde Aßling im Landkreis Ebersberg. Durch die Wiedervernässung und den Schutz dieser Flächen können jährlich rund 200 Tonnen CO2 eingespart werden, basierend auf einer durchschnittlichen Einsparung von 20 Tonnen CO2 pro Hektar.

Warum ist Moorschutz so wichtig?

Moore sind nicht nur beeindruckende Zeitzeugen unserer Landschaftsgeschichte, die bis in die letzte Eiszeit zurückreichen, sondern spielen auch eine entscheidende Rolle im Klimaschutz. Sie regulieren den Wasserhaushalt, speichern Kohlenstoff und bieten Lebensraum für spezialisierte und bedrohte Arten. Viele bayerische Moore können heute aufgrund von Entwässerung und Torfabbau ihre wichtigen Funktionen nicht mehr vollständig erfüllen. Torf, der in Mooren entsteht, enthält große Mengen an Kohlenstoff, der über Tausende von Jahren angesammelt wurde. Werden Moore jedoch zerstört oder entwässert, wird der im Torf gespeicherte Kohlenstoff sukzessive freigesetzt und verursacht klimaschädliche Emissionen. Allein in Bayern gibt es laut Erhebungen des Bayerischen Landesamts für Umweltschutz etwa 220.000 Hektar Moorflächen. Aus den entwässerten Flächen entweichen jährlich etwa 6,7 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente, was etwa 8 Prozent der fossilen Emissionen Bayerns entspricht.

Das Projekt „Moore schützen – Zukunft sichern" möchte diese wertvollen Ökosysteme zurückgewinnen und ihre Funktionen durch Wiedervernässung und moorschonende Bewirtschaftung langfristig sichern. Partner für die Projektumsetzung ist das gemeinnützige CO2-regio Klimabüro.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zum Projekt und zum Crowdfunding gibt es hier: www.aktion-zukunft-plus.de/moore-schutzen-zukunft-sichern-1728925041.

Bürgerinnen und Bürger, die ebenfalls Interesse daran haben, ein solches Projekt in den Landkreisen München oder Ebersberg umzusetzen und über entsprechende Flächen verfügen, können sich per E-Mail an projekte@aktionzukunft-plus.de wenden.

Weitere Projekte vor Ort

Neben dem Moorschutzprojekt stehen weitere lokale Klimaschutzprojekte zum Crowdfunding bereit. Ein weiteres Projekt ist der Waldumbau im Ebersberger Forst, ein Pendant zum Projekt im Forstenrieder Park. Gesunde Wälder sind unverzichtbare Kohlenstoffsenken, während sterbende Wälder durch Zersetzung von Biomasse CO2 freisetzen. Der Verein Bergwaldprojekt e. V. transformiert labile Fichtenwälder im Forstenrieder Park und im Ebersberger Forst durch die Ansiedlung standortheimischer Baumarten zu stabilen Mischwäldern. Im Rahmen der Herbst-Pflanzaktion 2024 sollen im Ebersberger Forst 10.000 Bäume gepflanzt werden.

Darüber hinaus hat auch das lokale Projekt „Humusaufbau in der Landwirtschaft" eine neue Crowdfunding-Runde für die Anbauperiode 2025 gestartet. Hierbei werden Landwirte aus der Region unterstützt, auf einer Gesamtfläche von 50 Hektar anstelle von Mais Kleegras anzubauen. Unter guten Bedingungen kann Kleegras im Vergleich zu Mais bis zu 7.000 Kilogramm CO2 pro Jahr und Hektar binden.

Zum Crowdfunding für die lokalen Projekte geht es hier: www.aktion-zukunftplus.de/projekte

Über die Aktion Zukunft+

Die Aktion Zukunft+ ist eine Initiative der Landkreise München und Ebersberg in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Ebersberg-München. Mit dem Erwerb von Zukunft+ Zertifikaten unterstützen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Organisationen und Kommunen Klimaschutzprojekte im Landkreis München und weltweit. Spenderinnen und Spender entscheiden dabei selbst, welches Projekt unterstützt und so via Crowdfunding in die Umsetzung gebracht wird. Ein Zukunft+ Zertifikat kann für 20 Euro erworben werden und ist mit dem Wert einer Tonne CO2 hinterlegt. Die eigenen Treibhausgas-Emissionen können so nach individuellem Wunsch ganz oder in Teilen ausgeglichen werden. Die Spendenbeiträge finanzieren zu gleichen Teilen ausgewählte Klimaschutzprojekte im Landkreis München sowie im globalen Süden. ❐

Einzigartige Erfolgsgeschichte:

25 Jahre Therme Erding

In feierlichem Rahmen wurde jüngst das 25-jährige Jubiläum der Therme Erding begangen. Neben Ministerpräsident Dr. Markus Söder waren u.a. auch Sozialministerin Ulrike Scharf und der CSU-Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek zu Gast, die beide die nachhaltigen und wirtschaftlichen Erfolge der Therme lobten. Auch wurde an den verstorbenen Thermengründer und Visionär Josef Wund erinnert.

Am 3. Oktober 1999 öffnete die Therme Erding vor den Toren Münchens zum ersten Mal ihre Pforten. Mit dem Ziel, Besuchern einzigartige, exotische Urlaubstage ohne lange Flugreisen zu bieten, setzte das Leuchtturmprojekt von Beginn an neue Maßstäbe. Mit 700.000 Besuchern im ersten Jahr erfreute sie sich von Anfang an großer Beliebtheit.

Was mit der Vision vom Heilbaden unter Palmen begann, entwickelte sich schnell zu einer riesigen Urlaubswelt. 2007 wurden mit der Eröffnung des Galaxy Erding Jugendliche und Familien als neue Zielgruppen erschlossen. Einen Gegenpol der Ruhe und Entspannung bildet noch heute die parallel eröffnete, weltgrößte Saunalandschaft. Mit dem Bau des Hotelschiffs Victory und dem Gästehaus avancierte das Urlaubsparadies schließlich zur größten Therme der Welt.

Vorbild für nachhaltigen Betrieb

Die Therme Erding ist nicht nur ein Ort der Erholung, sondern auch ein Vorbild für nachhaltigen Betrieb in der Wellnessbranche. Das Thermalheilwasser der Ardeo-Quelle, die in 2.350 Metern Tiefe entdeckt wurde, wird nicht nur für die 40 Pools und Wasserbecken genutzt, sondern auch zur nachhaltigen Energiegewinnung. Damit versorgt der Zweckverband Geothermie Erding umweltschonend Stadtteile, Neubaugebiete, Schulen, das Gewerbegebiet sowie das Krankenhaus Erding mit Wärme.

Darüber hinaus wird an weiteren Solaranlagen und einem Ausbau der E-Ladestationen für Gäste gearbeitet, um den ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Die sofortige Produktionsfähigkeit von bis zu 75 Prozent des Strombedarfs an sonnigen Tagen zeigt das Engagement für eine grünere Zukunft.

Heute zählt die Therme Erding zu den zehn beliebtesten Reisezielen Deutschlands, wie eine erst kürzlich durchgeführte Umfrage der Deutschen Zentrale für Tourismus belegt. „Weil wir heute spüren und erschaffen, was unser Gast sich morgen wünscht, sind wir Marktführer unserer Branche", bekräftigt Thermeninhaber Jörg Wund. Die Zahl der Übernachtungen von 150.000 im Jahr 1999 ist auf mehr als 550.000 gestiegen. 2023 begrüßte die Therme Erding ihren dreißigmillionsten Besucher und feierte außerdem ihr erfolgreichstes Jahr aller Zeiten.

Die Therme Erding ist aber auch einer der bedeutendsten Wirtschaftsmotoren für die altbayerische Herzogstadt. Insgesamt wurden rund 1.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die enge und langjährige Zusammenarbeit mit regionalen Firmen sowie umfangreiche Investitionen stärken die lokale Wirtschaft und schaffen eine außergewöhnliche Vielfalt an Arbeitsplätzen.

Entsprechend hob Oberbürgermeister Max Gotz die Bedeutung der Therme für die Region hervor: „Die Therme Erding ist nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor für unsere Stadt, sondern auch ein Ort, der vielen Menschen Freude bringt. Sie hat sich zu einer wichtigen Anlaufstelle für Erholung und Freizeit entwickelt und zieht Besucher aus der ganzen Welt an."

Ministerpräsident Söder gratulierte mit den Worten: „Südsee-Feeling in Bayern! Happy Birthday zum 25sten Geburtstag, Therme Erding! Die Kombination aus Spaßbad, Rutschenpark und Erholungs-Therme ist einzigartig. Das macht die Therme so spannend und beliebt... Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg und für den unternehmerischen Mut! **DK**

Landkreis Regensburg:

Logistik und Mobilität von morgen

Regensburg (RL). Der Landkreis Regensburg, die Technische Hochschule Deggendorf, die Energieagentur Regensburg sowie das Cluster Mobility & Logistics Regensburg haben im Technologie Campus Wörth-Wiesent mit großem Erfolg die Fachveranstaltung „Wasserstoff – Innovationsmotor für die Logistik und Mobilität von morgen" durchgeführt und dabei wichtige Impulse für die Zukunft gesetzt.

Mit rund 160 Teilnehmenden aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sowie 21 ausstellenden Firmen, darunter BMW, GP Joule, MaierKorduletsch und Tyczka Energies bot die Veranstaltung eine hervorragende Plattform für intensiven Austausch und Vernetzung im Bereich Wasserstofftechnologien. In ihrer Eröffnungsrede betonte Landrätin Tanja Schweiger die Bedeutung von Wasserstoff als Schlüsselelement für eine nachhaltige Zukunft: „Der Landkreis Regensburg begleitet den Ausbau von Wasserstofftechnologien, um die regionale Wirtschaft zu stärken und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten." Sie unterstrich die Wichtigkeit der Zusammenarbeit von regionalen Akteuren, um Innovationen in der Mobilität und Logistik voranzutreiben.

Prof. Dr. Michael Sterner, international anerkannter Professor für Energiespeicher an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg, beleuchtete in seinem Vortrag die zentralen Herausforderungen und Chancen der Wasserstoffnutzung in der Logistik und Mobilität. Er erklärte: „Wasserstoff ist nicht nur ein Energieträger, sondern der Treiber für die Transformation ganzer Wirtschaftssektoren. Die heutige Veranstaltung zeigt eindrucksvoll, wie wichtig regionale Netzwerke sind, denn nur so kann auch die Wertschöpfung in der Region gehalten werden, was letztendlich das Ziel sein muss."

Die 21 ausstellenden Unternehmen präsentierten innovative Lösungen entlang der gesamten Wasserstoff-Wertschöpfungskette – von der Produktion und Speicherung bis hin zur Anwendung in der Logistik und Mobilität. ❐

Landkreis Traunstein:

Flächenankauf zum Schutz der Moore

Der Landkreis Traunstein hat im Moorgebiet „Ewige Sau" in der Gemeinde Grabenstätt ein ca. 2,5 ha großes Niedermoorgrundstück gekauft. Der Ankauf wird von der Europäischen Union kofinanziert und von den Sachgebieten „Immobilien und Liegenschaften" sowie „Naturschutz und Waldrecht" abgewickelt.

Laut der neu erschienen Moor-Emissionskarte der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf werden auf der gekauften Fläche derzeit jährlich ca. 75 Tonnen CO2-Äquivalenten emittiert. Aktuell stammen etwa 8 Prozent der bayerischen Treibhausgasemissionen aus trockengelegten Mooren.

Wichtiger Impuls

Ziel des Landkreises ist eine Renaturierung des Niedermoorgrundstückes und die Herstellung eines klimaneutralen Zustandes. Die Artenvielfalt auf der Moorwiese soll durch eine schonende Beweidung aufrechterhalten werden. Der Landkreis kann so einen wichtigen Impuls zum Klima- und Artenschutz in der Region setzen und unterstützt zugleich das Ziel des Freistaats Bayern, bis 2040 eine Moorfläche von 55.000 ha zu renaturieren. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Unterfränkische Integrationspreise 2024:

Initiativen mit Vorbildcharakter

Nachhaltige, erfolgreiche und insbesondere ehrenamtliche Aktivitäten, die in vorbildlicher Weise die Integration der Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund in Unterfranken unterstützen, wurden von Regierungsvizepräsident Jochen Lange und Innenstaatssekretär Sandro Kirchner in Würzburg mit dem Integrationspreis 2024 ausgezeichnet. Ausgewählt wurden drei Hauptpreisträger, zusätzlich wurde ein Sonderpreis verliehen. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 6.000 Euro stellte das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration aus vom Bayerischen Landtag bewilligten Haushaltsmitteln zur Verfügung.

Mit dem 1. Preis (2.500 Euro) geehrt wurde „Glück auf Rädern“, ein Schülerprojekt an der Mönchbergschule in Würzburg. Dabei handelt es sich um ein interkulturell-generationenübergreifendes Projekt, das handwerkliches Tun, Spracherwerb und soziales Lernen verzahnt. Lehrerin Mareike Eder setzte das Projekt weit über ihre dienstliche Zeit hinaus mit 13 Jugendlichen der 9. Klasse aus neun Ländern um. Es ging darum, gespendete, defekte Fahrräder zu inspizieren, Ersatzteile zu besorgen und die Räder zu reparieren. Mit diesen werden die Jugendlichen im jetzt begonnenen Schuljahr Kindergärten und Seniorenheime besuchen, mit jungen und alten Menschen ins Gespräch kommen, voneinander berichten, gemeinsam spielen und miteinander lernen.

Sich mit Freude sozial engagieren

Nach einem Spendenaufruf schenkten Bürger der Schule rund 20 gebrauchte Fahrräder. Die Jugendlichen der Qualiklasse reparierten diese Räder. Sie fuhren hierzu einmal in der Woche in eine Werkstätte. Auf scheinbar spielerische Art und Weise ist es der Initiatorin gelungen, die Jugendlichen in ihrem handwerklichen Geschick zu schulen, die Sprachentwicklung zu fördern und sich mit Freude sozial zu engagieren.

Über den 2. Preis (2.000 Euro) freute sich der Helferkreis in Arnstein, der sich bereits 2015, als dort die Notunterkunft des Landkreises Main-Spessart zur Aufnahme von Geflüchteten untergebracht war, die Unterstützung von Geflüchteten zur Aufgabe gemacht hat. Waren damals der Aufbau und Betrieb einer Kleiderkammer, die Alltagsbegleitung sowie ehrenamtliche Sprachkurse das Betätigungsfeld, unterstützt er seit Beginn des Ukraine-Kriegs im Frühjahr 2022 nicht nur Kriegsflüchtlinge in Arnstein, sondern organisiert seitdem Hilfsgüterlieferungen in die Ukraine und deren Anrainerstaaten, um die dort verbliebenen Menschen und Binnenflüchtlinge zu unterstützen.

Die Kleiderkammer wurde zu einem Second Hand-Laden weiterentwickelt, in dem jeder einkaufen kann. Darüber hinaus gehören weiterhin Alltagsbegleitung – Übersetzung, Behördenangelegenheiten, Wohnungssuche und Arbeitsmarktintegration zu den Unterstützungsleistungen. Der multinationale Helferkreis Arnstein mit seinen rund 20 ehrenamtlichen Helfenden aus verschiedenen Nationalitäten ist eine private Initiative und spendenfinanziert. Die Erlöse aus dem ehrenamtlichen Second-Hand-Laden fließen direkt in die Hilfsgüterlieferungen in die Ukraine.

Den 3. Platz (1.000 Euro) erhielt das vom Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Sport und Integration geförderte und Ende 2016 gestartete Projekt „Lebenswirklichkeit in Bayern – ein Projekt für Frauen und Kinder mit Migrationshintergrund“ beim Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Schweinfurt. Im Rahmen des Projekts findet i.d.R. wöchentlich ein Frauentreff mit Kinderbetreuung statt. Dabei handelt es sich um Info-Veranstaltungen, ggf. mit externen Referentinnen, gemeinsamen Aktivitäten oder Ausflüge. Auftretende Informationsbedarfe und Integrationsprobleme werden ad hoc aufgegriffen und niedrigschwellig durch Info-Veranstaltungen oder die Vermittlung weiterführender Hilfe bearbeitet – so gab es in den vergangenen Jahren beispielsweise Veranstaltungen zu den Themen Schulische Bildung, Integration in Arbeit, Versicherungen oder ehrenamtliche Beschäftigungsmöglichkeiten.

Bedarfsorientierte Unterstützung

Durch die enge Anbindung an und das Vertrauen in die Projektleiterin Olha Sekeriadis werden die Frauen auf dem Weg der Integration in Deutschland bedarfsorientiert unterstützt. Mit der engen Verzahnung des Kinderhauses Ledward (ein offener Kindertreff für Flüchtlingskinder) und dem Projekt „Lebenswirklichkeit in Bayern“ hat sich der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Schweinfurt als feste Anlaufstelle für Frauen mit Migrationshintergrund etabliert.

Der Sonderpreis (500 Euro) ging schließlich an das Würzburger Moscheen Bündnis (WMB), gegründet 2016, um die Zusammenarbeit zwischen den fünf sunnitischen Moscheegemeinden in Würzburg zu stärken und gemeinsam nach außen aufzutreten. Auch die Stadt Würzburg war sehr daran interessiert, einen festen Ansprechpartner der Moscheegemeinden zu haben. Unter der Leitung von Ahmet Bastürk als 1. Vorsitzenden hat das WMB in den vergangenen acht Jahren verschiedene wertvolle Projekte zur nachhaltigen Integration von Muslimen in Unterfranken umgesetzt.

Mit ständiger Korrespondenz und Kommunikation mit der muslimischen Bürgerschaft filtert das Würzburger Moscheen Bündnis aktuelle Themen und Herausforderungen der Community heraus, um diese mit diversen Aktionen zu lösen. Beispiel: Rassistische Übergriffe auf Frauen häuften sich, so dass eine direkte Kommunikation mit der Stadt und Polizei gesucht und eine Podiumsdiskussion geplant und durchgeführt wurde. In diesem Zusammenhang bot das WMB zum einen den betroffenen Damen Hilfestellungen. Zum anderen sensibilisierte die Veranstaltung die weitere Bevölkerung für die Problematik.

Das Moscheen Bündnis vereinfacht viele Prozesse, sei es als Ansprechpartner oder als Sprachrohr. Es erfolgt ein regelmäßiger Austausch mit der Stadt, Polizei und den Behörden, ebenso wird kontinuierlich Aufklärungsarbeit an Bildungszentren und Schulen betrieben und Themen des muslimischen Glaubens kultursensibel vermittelt. Zudem werden ehrenamtliche Moscheeführungen für Schulklassen organisiert. **DK**



Offizielle Freigabe des Platzes durch (v.l.) Landrat Bernd Obst, Michael Olesch vom LIONS Club Cadolzburg, Planerin Friederike Rühl, Friederike Beyer von der Stiftung „Lebendige Stadt“ und Veitsbronns 1. Bürgermeister Marco Kistner. Bild: Bayer

Gemeinde Veitsbronn:

Kreppendorfs neuer Dorfplatz

Nach jahrelanger Planung und monatelanger Bauzeit wurde der neugestaltete Dorfplatz im Veitsbronner Ortsteil Kreppendorf im Oktober feierlich eröffnet. Wo vor nicht allzu langer Zeit noch Erdhaufen von Kanalarbeiten lagerten, präsentiert sich nun ein naturnah gestalteter Treffpunkt mit Blühfeldern, Bäumen und einer Kinderschaukel.

Ein besonderer Blickfang ist die 360-Grad-Liege am Rande des Platzes, die eine beeindruckende Aussicht auf den Zenngrund bietet. Das Konzept wurde in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft und dem Planungsbüro „dasselbeingrün“ entwickelt und setzt auf Nachhaltigkeit und Naherholung.

Dank Fördergeldern, u.a. 30.000 Euro von der Stiftung „Lebendige Stadt“ und 5.000 Euro vom Naherholungsverein Lorenzer Reichswald, konnte der Platz trotz knapper Gemeindefinanzen realisiert werden. Der Lions Club Cadolzburg spendete zudem eine Linde, die bei der Einweihung gepflanzt wurde.

Zur Feier konnte Veitsbronns Erster Bürgermeister Marco Kistner zahlreiche Gäste begrüßen, darunter auch den früheren EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg a.D. Günther Oettinger und den Fürther Landrat Bernd Obst.

Gelungene Umgestaltung

Trotz eines kurzen Regenschauers war die Stimmung bei den Besuchern hervorragend. Ein Gast brachte die gelungene Umgestaltung treffend auf den Punkt: „Es schaut so aus, als hätte der Platz schon immer so da sein sollen.“ ❐

GZ PINOS WELT



In den letzten Wochen konnte man ihnen nicht entkommen: Bücher. Literatur-Nobelpreis, Frankfurter Buchmesse, Deutscher Buchpreis, Friedenspreis des Buchhandels – kaum ein Tag verging ohne Meldungen über Bücher, Schriftsteller oder das Verlagsgeschäft. Und natürlich über die Nachtretereien und Eifersüchteleien derer, die sich auch für preiswürdig hielten, aber mit dieser Meinung in der Minderheit blieben. Dazu kam die Aufregung um verglühende Showstars, die sich mit einem Buch nochmal die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sichern wollen und den Trittbrettfahrern, die ihren Namen medial transportieren, indem sie den Stern böse anbellen. Gockelei als Abgesang auf die Prominenz.

Alles in allem ist es aber schon bemerkenswert. Dauernd heißt es, die Medienwelt sei nur noch digital geprägt, die Sozialen Medien verdrängten die vertrauten Formate der Information und des Diskurses. Und plötzlich diskutiert gefühlt jeder über irgendwas mit Büchern: Über Literatur aus fernen Ländern, die aber auch unsere westliche Befindlichkeit anspricht, ebenso wie über fundierte Analysen in Sachtiteln. Und über die, die sich aus dem Dunkeln des Vergessenwerdens durch die gekünstelte Aufregung um ein Buch retten zu können glauben.

Das Buch lebt!

Am bemerkenswertesten dürfte aber sein, dass ein nicht unumstrittenes und wahrscheinlich sogar gefährliches social media-Angebot einen absoluten Buch-Hype unter seinen jungen Nutzern ausgelöst hat. Das sonst für kurze Videoschnipsel, Tanz-Videos und raffinierte extremistische Propaganda verrufene TikTok hat mit BookTok ein Format, auf dem sich munter über Bücher ausgetauscht wird, man Bücher bespricht, seine Leseerlebnisse teilt und das Buch quasi (wieder) zum Teil der Jugendkultur wird. Laut Eigenangabe wurden 2023 über 12 Millionen auf #BookTok gelistete Bücher in Deutschland verkauft.

Nun sind das nicht durchgängig Bücher, die vor dem strengen Auge jedes Deutschlehrers oder Feuilletonchefs bestehen können. Aber was die Jugend in den 50er, 60er, 70er und 80er Jahre gelesen hat und heute zu Recht vergessen ist, war ja auch nicht durchwegs eine Krone literarischen Schaffens. Und so mancher Boomer, dem seine Eltern das Taschengeld gestrichen haben, weil er dafür Micky-Maus-Hefte kaufte, nimmt stillvergnügt zur Kenntnis, dass die genialen Übersetzungen der Geschichten aus Entenhausen durch Erika Fuchs heute in sprachwissenschaftlichen Seminaren behandelt werden.

Das Buch ist also nicht tot, auch wenn es in verschiedenen Formen daherkommt. Nehmen Sie den Bürgermeister. Sonntag nachmittags liebt er seine Lektürestunde mit einem schönen Hardcover, dessen Haptik für ihn ein Teil des Lesevergnügens ist. Auf Reisen, in der Bahn oder am Strand, geht für ihn nichts über seinen E-Book-Reader, mit dem er eine vielhundertfache Bibliothek im handlichen Handyformat zur Verfügung hat. Wenn er allein Auto fährt, hat er sich angewöhnt, ein Hörbuch aus der Anlage des Fahrzeugs schallen zu lassen, die früher mal als Autoradio bezeichnet wurde, heute aber wohl anders heißt.

Dabei lässt er sich nicht auf die Diskussion ein, ob ein Hörbuch überhaupt ein Buch sei. Schließlich ist das Vorlesen für jeden Menschen die Einstiegsdroge in die Welt der aufgezeichneten Fantasie und angefixt werden sie durch Mütter, Väter und Großeltern, die Gute-Nacht-Geschichten vorlesen oder das fiebernd darniederliegende Kind durch eine Erzählung ablenken wollen. OK, meist lesen die nicht so wie die sonoren Stimmen der Schauspieler, die Hörbücher lesen, aber die Liebe und Fürsorge in der Stimme der Sorgenden ist für den kleinen Erdenbürger ein schöneres Erlebnis als für Erwachsene Rolf Boysen, wenn er die Illias liest.

Totgesagte leben also länger und so dürfen wir uns wohl auch in Zukunft auf eine reichhaltige Produktion von Autorinnen, Autoren und Verlagen freuen. Wir können neugierig bleiben und uns in neuen Vertriebsformaten wie Literatur-Café, Wein+Buch, Literarischer Käseladen oder bei Manga-Nights auf Leseerlebnisse einstellen.

Hüten müssen wir uns vor einer Haltung wie sie Ernest Hemingway beschreibt: „Ein klassisches Werk ist ein Buch, das die Menschen loben, aber nie lesen.“

Ihr Pino

Landkreis München:

Dritte Ganztagskonferenz

Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder; Vorbereitungen auf den Rechtsanspruch ab 2026

Ab 2026 wird der gesetzliche Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für Grundschulkinder (GaFöG) schrittweise in Deutschland eingeführt. Im Vorfeld dieser Änderung fand Anfang Oktober im Festsaal des Landratsamts München die dritte Ganztagskonferenz unter dem Motto „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen“ statt. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Jugendarbeit des Kreisjugendrings München-Land organisiert.

Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Einführung des Rechtsanspruchs zu diskutieren und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, um eine bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung im Landkreis München sicherzustellen.

Rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Sozialreferentinnen und -referenten sowie Schulleitungen aus dem Landkreis München und Vertreterinnen und Vertreter der freien Wohlfahrtspflege, nahmen an der Veranstaltung teil. Nach der Begrüßung stellte die Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn ihr innovatives Modell zur Ganztagsbildung ausführlich vor. Zusätzlich boten Informations- und Impulsstationen den Anwesenden die Möglichkeit, aktiv mitzuwirken und sich auszutauschen.

Sozialräumliche Ganztagsbildung (SoGa)

Die Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn präsentierte im Rahmen der Tagung das Modell des „Bildungscampus“, das bestehende Einrichtungen, Vereine und Anbieter – wie etwa die Volkshochschule – mit den beiden örtlichen Grundschulen vernetzt.

Die bisherigen Einrichtungen wurden zu sogenannten „Stammhäusern“ weiterentwickelt, die themenspezifische Förderung in Bereichen wie Sport, Sprache, Musik oder Umwelt anbieten. Ergänzt wurde das Angebot durch einen offenen Kindertreff ohne Anmeldepflicht.

Der Bildungscampus ermöglicht es den Kindern, ihre Nachmittage nach eigenen Interessen zu gestalten, sei es in Sport, Musik, Natur oder kreativen Aktivitäten. Dabei soll auch die Mitbestimmung der Kinder im Sinne ihrer Kinderrechte gefördert werden. Für die Familien bietet das Modell mehr Flexibilität bei den Betreuungszeiten, um den Alltag besser mit den Bedürfnissen der Eltern zu vereinbaren. In der Testphase des Modells zeigte sich die Notwendigkeit einer Koordinierungsstelle, um die Angebote zu steuern und die Kinder optimal zu verteilen.

Die Veranstaltung ermöglichte den Teilnehmenden darüber hinaus, sich an verschiedenen Stationen zu wichtigen Aspekten der Ganztagsbildung auszutauschen. Ein zentrales Thema war die Förderung der eigenständigen Mobilität der Kinder in ihrer Gemeinde, was im Rahmen des Bildungscampus eine wichtige Rolle spielt. Weitere Diskussionen drehten sich um die Organisation und Koordination der Ganztagsangebote, die Neugestaltung von Horten und die Umsetzung von Inklusion im Ganztagsbereich. Gemeinsam wurden kreative Lösungsansätze entwickelt, um den anstehendenHerausforderungen zu begegnen.

Hintergrund

Aktuell werden bereits 80 Prozent der Kinder im Landkreis München nachmittags in einer Betreuungseinrichtung versorgt. „Die Organisation variiert jedoch stark zwischen den Gemeinden und Städten, weshalb eine konkrete Bedarfsplanung vor Ort erforderlich ist, um den Ausbau bis 2026 sinnvoll zu gestalten“, betont Sarah Stadler, stellvertretende Leiterin des Referates für Kinder, Jugend und Familie. „Innovative Lösungen wie das Modell in Höhenkirchen-Siegertsbrunn sind notwendig, da auch der Fachkräftemangel uns in diesem Bereich beschäftigt“, so Sarah Stadler weiter.

Elisabeth Moroder-Özcan und Lena Schuster, die kommunalen Jugendpflegerinnen des Landkreises München, ergänzten, dass neben dem quantitativen Ausbau der Betreuungsplätze die Bedürfnisse der Kinder nicht aus den Augen verloren werden dürfen. Der bevorstehende Rechtsanspruch ist ein geeigneter Anlass, um gemeinsam ein nachhaltiges Bildungskonzept zu entwickeln und umzusetzen. ❐

Gemeinsam stark gegen Extremwetter

Oberland-Netzwerk zur Anpassung an den Klimawandel gestartet

Auch im Oberland steigen die Temperaturen und damit die extremen Wetterereignisse, mit großen Schäden für Gesundheit, Gesellschaft, Wirtschaft, Infrastruktur und Natur. Das BMBF-geförderte Projekt KARE zur Anpassung an den Klimawandel hat darum jetzt ein Netzwerk ins Leben gerufen, bei dem sechs Kommunen und zwei Landkreise aus dem Oberland die Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Gegend abschätzen und ihre Fähigkeiten zur Anpassung steigern können. Anfang Oktober fand das erste Treffen im Zugspitzsaal in Weilheim mit 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Einblicke der Netzwerk-Kommunen

Starkregen und Hagel, Hitze und Trockenheit, Hangrutsche, Hochwasser und extremer Schneefall: Von extremen Wetterereignissen, die bereits auf ihrem Gebiet stattgefunden haben, konnten beim ersten Netzwerktreffen in Weilheim alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichten. Die Mitglieder im Netzwerk sind dabei ausgewählte Kommunen verschiedener Größen, Rahmenbedingungen und Anpassungs-Erfahrungen: Iffeldorf, Polling und Großweil, Hausham, Penzberg und Wolfratshausen, sowie die Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Weilheim-Schongau. Und sie waren sich einig „Wir wollen nicht nur auf den Klimawandel und Extremwetterereignisse reagieren, sondern im Vorhinein agieren".

Aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen sind aber, trotz extremer Wetterereignisse in allen Kommunen, die Erfahrung mit Anpassungsmaßnahmen völlig verschieden, wie bei der Veranstaltung deutlich wurde: Von bisher fehlenden Erfahrungen bis hin zu Kommunen, die bereits an einem Konzept zum kommunalen Sturzflutrisiko-Management arbeiten – Klimaschutzmanagerin Natalie Fischer aus Wolfratshausen berichtete – oder dem Aktionssommer 2023 zur Hitzeaufklärung, den Veronika Schellhorn vom Landkreis Weilheim-Schongau nannte.

Netzwerk zur Anpassung an den Klimawandel

Und so soll das neue Netzwerk mit den verschieden strukturierten Kommunen funktionieren, wie Projektleiterinnen Dr. Anne von Streit (LMU) und Dr. Cornelia Baumann (EWO) beim Treffen vorstellten: Zum einen unterstützt das Projektteam aus Forschung (LMU München, ifo-Institut, Ingenieurbüro Dr. Blasy - Dr. Øverland) und Praxis (Bürgerstiftung Energiewende Oberland) die Netzwerkmitglieder über drei Jahre bei der Anpassung an den Klimawandel. Bei sechs Treffen bis 2026 erhalten die teilnehmenden Kommunen und Landkreise Einblicke, welche Auswirkungen Klimawandel und extreme Wetterereignisse in ihrem Gebiet haben und wie sie den Risiken begegnen können.

Ergebnisse und Planungshilfen

Außerdem werden aktuelle Fragestellungen und Bedarfe der Kommunen und Landkreise behandelt. Aber auch untereinander sollen die Mitglieder voneinander lernen können. Und die KARE Ergebnisse und Planungshilfen sollen, getestet durch die unterschiedlichen Mitglieder im Netzwerk, schließlich auf die ganze Region Oberland übertragen werden können. ❐



Netzwerktreffen von Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden Iffeldorf, Polling, Großweil, Hausham, Stadt Penzberg, Stadt Wolfratshausen, der Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Weilheim-Schongau, der LMU München, des KIT-Campus Alpin, des ifo Instituts, des Ingenieurbüros Dr. Blasy - Dr. Øverland GmbH und der Energiewende Oberland. Bild: Energiewende Oberland

Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21/2024, die am 7. November 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Arbeitsplatz Kommune**
- **Kommunaler Bau**
- **Ortskernbelebung**
- **Gestaltung öffentlicher Räume · Stadtmobiliar**
- **Renovierung · Denkmalschutz**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**

Landkreis München:

Gemeinsamer Plan für den Klimaschutz

Fortschreibung der Klimaschutzerklärung 29++ setzt klare Ziele

Ende September hat der Kreistag des Landkreises München eine umfassende Fortschreibung der Klimaschutzerklärung 29++ beschlossen. Diese aktualisierte Erklärung stellt die Weichen für die nächsten Jahrzehnte und legt konkrete Ziele zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen fest. Bis 2045 will der gesamte Landkreis treibhausgasneutral sein.

Die aktualisierte Klimaschutzerklärung definiert drei zentrale Ziele: Bis 2030 sollen die jährlichen Pro-Kopf-Emissionen im Landkreis auf 2,9 Tonnen CO2-Äquivalent gesenkt werden. Bis 2045 wird angestrebt, in den Bereichen Wärme und Strom treibhausgasneutral zu sein. Das langfristige Ziel ist, den gesamten Landkreis München bis 2045 vollumfänglich treibhausgasneutral zu machen.

Diese Ziele ergeben sich aus den individuellen Zielsetzungen, die sich 27 der 29 Kommunen im Landkreis gegeben haben. Die Ziele der Kommunen basieren dabei nicht nur auf den Erkenntnissen aus der Vergangenheit, sondern auch auf dem Einsatz innovativer Werkzeuge wie dem Treibhausgas (THG) -Ziele Tool oder dem digitalen Energienutzungsplan. Diese Werkzeuge ermöglichen es den Kommunen, fundierte Annahmen über die Erreichbarkeit der Klimaziele zu treffen.

Orientierung an Klimazielen des Freistaats

Generell will sich der Landkreis München im interkommunal abgestimmten Prozess am Ziel der Treibhausgasneutralität des Freistaats Bayern im Jahr 2040 orientieren. Er hat sich daher zum Ziel gesetzt, die THG-Emissionen im eigenen Aufgabenbereich sowie an den weiterführenden Schulen bis 2040 auf null zu senken. Längstens bis zu diesem Zeitpunkt wird der Landkreis verbleibende Restemissionen auch durch die Aktion Zukunft+ ausgleichen. ❐

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Kommunen **kompetent** erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 7. November 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 21



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Sebastian Franz, Stefan Rößle, Alexander Dobrindt, Carmen Pepiuk, Hannelore Langwieser und Katrin Albsteiger. Bild: GZ

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Kommunale CSU-Schwerpunkte im Deutschen Bundestag

Alexander Dobrindts Befund war ebenso klar wie schonungslos: Die Ampelregierung sei inzwischen eine Gefahr für die Stabilität des gesamten politischen Systems und „Teil der strukturellen Probleme“ in Deutschland. Da die finanziellen Spielräume fehlten, sei die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr, unterstrich der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag im Rahmen der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Unter der Leitung des Vorsitzenden Landrat Stefan Rößle forderte Dobrindt eine „dramatische Kurskorrektur“.

„Die Kosten dürfen nicht aus dem Ruder laufen“, forderte der Landesgruppenchef. Gerade im sozialen Bereich würden immer mehr und höhere Ansprüche geschaffen. Die Ausgaben für soziale Leistungen, insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe, sowie die Integration von Flüchtlingen seien stark gestiegen. Allein zwischen 2019 und 2022 erhöhten sich die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe um über 110 Millionen Euro auf rund 1,14 Milliarden Euro.

Zunehmende Aufgaben, steigende Ausgaben

Die zunehmende Aufgabenbelastung führt dazu, dass die Personalausgaben von 2018 bis 2023 um etwa 530 Millionen Euro gewachsen sind, was einer Steigerung von 35 Prozent entspricht. Mit über 5 Milliarden Euro allein im 1. Halbjahr 2024 erreichte das kommunale Finanzierungsdefizit einen neuen Negativrekord. Dobrindt zufolge braucht es nun endlich eine vernünftige Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik und die Abschaffung des Bürgergeldes in der jetzigen Form.

Megathema Migration

Werfe man einen Blick auf das Megathema Migration, so werde auch hier deutlich, „dass das Bürgergeld zu viele Menschen in der Sozialhilfe festhält“, unterstrich Dobrindt und ergänzte: „Wenn es um die Arbeitsaufnahme geht, sind stärkere Mitwirkungspflichten für Asylbe-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Kommunale Spitzenverbände:

Beschluss der MPK weist in die richtige Richtung

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung, dass die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten einen wichtigen Beschluss zu den Kommunen als Basis der demokratischen Gesellschaft gefasst hat. „Städte, Landkreise und Gemeinden sind die Orte, an denen die Bürgerinnen und Bürger den Staat und die Demokratie erleben. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sie finanziell handlungsfähig sind und in die Entscheidungen von Bund und Ländern einbezogen werden, um gute und umsetzbare Gesetze zu schaffen“, erklärten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände Oberbürgermeister Markus Lewe (Deutscher Städtetag), Landrat Dr. Achim Brötel (Deutscher Landkreistag) und der Vizepräsident Bürgermeister Ralph Spiegler (Deutscher Städte- und Gemeindebund).

Besonders die prekäre Finanzlage der Kommunen muss durch eine höhere Steuerausstattung verbessert werden. Zudem müssen eine vollständige Kostenerstattung für übertragene Aufgaben nach dem Konnexitätsgrundsatz sowie eine Vereinfachung und Entbürokratisierung der Förderprogramme zu einer Verbesserung beitragen. „Wir begrüßen diese Ansätze, dürfen aber dabei nicht stehenbleiben. Die Finanzprognosen zeigen sehr deutlich, dass die Kommunen dringend finanziell besser ausgestattet werden müssen, wenn sie handlungsfähig bleiben sollen. Wir erwarten, dass Bund und Länder dies erkennen und die Kommunalfinanzen strukturell dauerhaft stärken“, so die Präsidenten.

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten betonen die Potenziale der Digitalisierung für mehr Bürgernähe und effizienteres Verwaltungshandeln. Diese Chancen müssen genutzt werden. Es muss gelingen, bei der Digitalisierung im Bundesstaat mehr Fahrt aufzunehmen und damit nicht nur die Städte, Landkreise und Gemeinden, sondern auch den Standort Deutschland insgesamt zu stärken. ❐

Bayerischer Gemeindetag in Veitshöchheim:

Deregulierung und Bürokratieabbau

Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden sowie die scheinbar nicht einzudämmende Bürokratie standen im Mittelpunkt der diesjährigen Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags in Veitshöchheim. Hans-Peter Mayer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes, formulierte die Sorgen und Nöte der bayerischen Kommunen und forderte einen „neuen Gesellschaftsvertrag“. Der Staat werde sich nicht mehr alles leisten können, was sich die Bevölkerung wünscht. Darüber müsse gesprochen werden.

Zwei Tage spannender Begegnungen und intensiver Gespräche zeigten, dass Staat und Kommunen die großen Aufgaben der Zukunft nur gemeinsam bewältigen können. Darüber waren sich die rund 120 Rathauschefs sowie eine große Zahl an Ehrengästen aus Politik, Verwaltung, Regierungen, Ministerien, Verbänden und Wirtschaft aus ganz Bayern einig.

Desolate Politik der Bundesregierung

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker hatte zwar wie erwartet keine Geldgeschenke dabei, machte aber deutlich, dass man die kommunalen Belange ernst nehme und im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen aufeinander zugehen werde. Auch wies Füracker darauf hin, dass die vielfältigen Herausforderungen der Kom--

(Fortsetzung auf Seite 4)



Bayerns Finanzminister Albert Füracker gemeinsam mit Hans-Peter Mayer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags. ❐

Füracker zum kommunalen Finanzausgleich:

2025 – knapp 12 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen

Die Bayerische Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände haben sich im Spitzengespräch auf einen kommunalen Finanzausgleich 2025 in Höhe von 11,98 Milliarden Euro geeinigt.

Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 608,6 Millionen Euro für Bayerns Kommunen. „Gemeinsam haben wir auch in diesem Jahr einen fairen Kompromiss erzielt. Die Verhandlungen waren schwierig, aber allzeit von großem gegenseitigem Respekt geprägt, um akzeptable Lösungen zu finden“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker während einer Pressekonferenz in München.

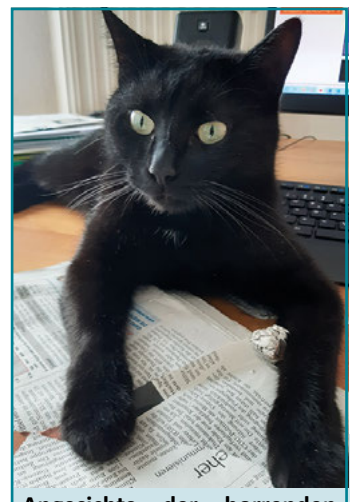
Die Lage bleibt sehr ernst

Die Ausgangslage sei aufgrund von riesigen prognostizierten Steuermindereinnahmen sowohl beim Freistaat wie auch bei den Kommunen und gleichzeitig enormen Kostensteigerungen äußerst schwierig gewesen. Die bayerischen Kommunen erhalten im Jahr 2025 insgesamt 11,98 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich. „Wir zeigen damit, dass der Freistaat Bayern, insbesondere vor dem Hintergrund der schwachen Steuerentwicklung, auch in herausfordernden Zeiten als zuverlässiger Partner fest an der Seite seiner Kommunen steht. Die finanzielle Lage unserer Kommunen ist und bleibt weiterhin ernst – sehr ernst. Sie haben mit stetig wachsenden Ausgaben und steigender Bürokratie zu kämpfen. Der Bund entwickelt immer wieder neue Ideen für hohe Standards, Leistungsausweitungen und neue Rechtsansprüche, ohne hierfür die finanziellen Mittel bereitzustellen“, beklagte der Minister. Die dadurch bei den Kommunen verursachten Mehrausgaben könne der Freistaat leider nicht vollständig ausgleichen.

Stärkung der Verwaltungshaushalte

Ein besonderer Schwerpunkt des kommunalen Finanzausgleichs wird im kommenden Jahr die Stärkung der Verwaltungshaushalte. Um die Kommunalfinanzen nachhaltig und strukturell zu verbessern, wird der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund von 12,75 Prozent auf 13,0 Prozent angehoben. Die Schlüsselzuwei-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Angesichts der horrenden Summen, die von der Politik mittlerweile gefordert werden, mutet er schon etwas aus der Mode gefallen an: der Weltspartag, der dieses Jahr zum 100. Mal stattfindet. Unser Rathauskater Pino will ihn aber hegen, achten und mit Finanzbildung ergänzen, denn „Sparsamkeit ist die Basis allen Wirtschaftens.“ Seite 19

BdSt fordert Transparenz-Register zur Grundsteuer:

Bayerische Steuerzahler brauchen Klarheit

Ab 2025 wird die Grundsteuer neu berechnet. Die Grundstückseigentümer tappen nach wie vor im Dunkeln, wieviel Grundsteuer sie ab 2025 bezahlen müssen. Der Bund der Steuerzahler in Bayern forderte das Finanzministerium bereits mehrfach auf, den Bürgern aller Kommunen über ein Transparenzregister aufzuzeigen, mit welchem Hebesatz in ihrer Gemeinde Aufkommensneutralität gewährleistet wird.

Der Bayerische Finanzminister hat sich immer für eine aufkommensneutrale Umsetzung der Grundsteuerreform ausgesprochen. Jetzt müsse, so Rechtsanwalt Klaus Grieshaber, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, den Bürgern auch die Möglichkeit gegeben werden, nachvollziehen zu können, ob ihre Gemeinde dieser Anforderung auch Rechnung trage.

Für Bayern liegen die Zahlen im Finanzministerium vor. Finanzminister Albert Füracker wolle lt. BdSt die Daten aber nur den Kommunen zur Verfügung stellen. Eine allgemeine Veröffentlichung in einem Transparenz-Register sei bisher nicht vorgesehen. Begründet werde dies damit, dass in dieser Prognose naturgemäß bestimmte, von der Entscheidung der Kommune abhängige Faktoren nicht berücksichtigt werden und sich dadurch Abweichungen vom Hebesatz-Prognose-Intervall ergeben könnten. Nach Meinung des Bundes der Steuerzahler in Bayern wären trotz dieser Unschärfe die aufkommensneutralen Hebesätze für alle betroffenen Bürger ein wichtiger Schritt in Richtung Offenheit und Klarheit. ❐

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Alarmstufe Rot beim Finanzgipfel 2
Erwachsenenbildung – unverzichtbar für die Gesellschaft. . . . 2
J. Herrmann: Gefahr durch Erosion demokratischer Grundsätze 2
GZ-Podcast: Wohnbauquartiere nach ESG-Kriterien 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunalfinanzen: Zeit für kraftvolle Entscheidungen 3
Bayerischer Innovationspreis Ehrenamt 2024. 3
Kommunale Bauthemen. . . . . 5 - 11
Kommunaltechnik • Wald • GaLaBau . . . . . 11 - 13
Digitalisierung • e-Government • Breitband . . . . . 14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 18 - 20



V.l.: LR Franz Löffler, Lkr. Cham, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, LR Stefan Rößle, Lkr. Donau-Ries, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen, LR Sebastian Gruber, Lkr. Freyung-Grafenau, Erster Vizepräsident des Bayerischer Landkreistag, LR Thomas Karmasin, Lkr. Fürstenfeldbruck, Präsident des Bayerischer Landkreistag, Josef Zellmeier, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag, Florian Streibl, MdL, Vorsitzender der FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion, Staatssekretär a.D. Roland Weigert, MdL.
Bild: Bayerischer Landkreistag

Bayerische Landräte reden mit Regierungsfraktionen:

Alarmstufe Rot beim Finanzgipfel

Landkreise fordern Unterstützung vom Freistaat Bayern

Die finanzielle Situation der Landkreise in Bayern hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Die bayerischen Landräte haben deswegen im Hofbräukeller in München einen Krisengipfel zu den Kommunalfinanzen mit den Mitgliedern der CSU-Landtagsfraktion und der Fraktion Freie Wähler abgehalten. Angesichts steigender Ausgaben in nahezu allen Aufgabenbereichen fordern die Landkreise eine substanzielle Aufstockung der finanziellen Mittel durch den Freistaat, um ihre grundlegenden Aufgaben weiterhin erfüllen zu können.

Die Hauptursachen für die Schieflage der Kreisfinanzen sind klar: Die Ausgaben für soziale Leistungen, insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe, sowie die Integration von Flüchtlingen sind stark gestiegen. Allein zwischen 2019 und 2022 erhöhten sich die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe um über 110 Millionen Euro auf rund 1,14 Milliarden Euro. Die zunehmende Aufgabenbelastung führt dazu, dass die Personalausgaben von 2018 bis 2023 um etwa 530 Millionen Euro gewachsen sind, was einer Steigerung von 35 Prozent entspricht. Mit über 5 Milliarden Euro alleine im 1. Halbjahr 2024 erreichte das kommunale Finanzierungsdefizit einen neuen Negativrekord.

Defizitausgleiche

Zusätzlich belasten Defizitausgleiche, insbesondere bei Krankenhäusern und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Kreishaushalte enorm. Die Landkreise haben in den Jahren 2021 bis 2023 rund 1,24 Milliarden Euro für ihre Krankenhäuser aufgebracht, wovon ein erheblicher Teil für Defizitausgleiche verwendet wurde.

„Ein Schlag in das Herz unserer Demokratie“

„Die Kosten laufen uns davon und sind mit kommunalen Mitteln nicht mehr in den Griff zu bekommen. Die Landkreise erledigen die Aufgaben des Freistaates mit kommunalem Personal. Im sozialen Bereich werden immer mehr und höhere Ansprüche geschaffen. Wir können hier nicht weniger ausgeben, weil wir diese Ansprüche kraft Gesetzes erfüllen müssen. Bei der Finanzausstattung ist der Freistaat unser erster Ansprechpartner. Die finanziellen Reserven im Staatshaushalt müssen daher für die Kommunen genutzt werden, ansonsten kostet es uns die kommunale Selbstverwaltung und ist ein Schlag in das Herz unserer Demokratie“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, einleitend

Landrat Franz Löffler, Cham, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, beim Bayerischen Landkreistag, bekräftigte: „Im Bundesrat haben die Kommunen keine Stimme. Die Finanzbeziehungen finden zwischen Bund und Ländern statt. Wir müssen uns miteinander die Frage stellen, wie wir mit unserem Sozialstaat umgehen. Leistungen müssen eingegrenzt und dereguliert werden.“

Neue Negativrekorde

Landrat Stefan Rößle, Donau-Ries, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen beim Bayerischen Landkreistag: „Die kommunalen Finanzierungssalden erreichen neue Negativrekorde und verdeutlichen die ungebremste Ausgabendynamik. Die bayerischen Kommunen bilden damit das Schlusslicht unter den Flächenländern. Wir brauchen ein tragfähiges Fundament, das sich auf das Notwendige fokussiert. Der notwendige Abbau von Aufgaben und Standards geht aber nicht von heute auf morgen. Wir brauchen einen kräftigen Aufschlag des Freistaats Bayern. Ein kraftvoller kommunaler Finanzausgleich 2025 wäre ein erster Schritt.“

Forderungen der Landkreise

Der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Sebastian Gruber, Freyung-Grafenau: „Während der Freistaat bei seiner Politik der Nicht-Verschuldung auf die Verfassung verweisen kann, mussten die Kommunen in den zurückliegenden Jahren weiter in die Schulden gehen. Auch starke Kommunen werden spätestens 2026 enorme Probleme haben, um genehmigungsfähige Haushalte aufzustellen.“ Die Landkreise fordern daher:

1. Erhöhung der Schlüsselzuweisungen: Eine angemessene Grundfinanzierung ist notwendig, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen

2. Kontinuität anstelle von befristeten Förderprogrammen: Die Kommunen benötigen laufende, nicht zweckgebundene Mittel.

3. Vermeidung weiterer Mehrbelastungen: Der Freistaat muss sicherstellen, dass bundesgesetzliche Änderungen ohne vollen Kostenausgleich nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

Die Landkreise appellieren an die Bayerische Staatsregierung, die finanzielle Ausstattung der Kommunen substanziell zu verbessern und Standards an die Aufgabenerfüllung konsequent abzubauen. „Nur gemeinsam können wir die Lebensqualität in unseren Landkreisen sichern“, heißt es in einer Mitteilung. ❒

Bruttoausgaben für Kinder- und Jugendhilfe 2023:

Steigerung auf über 10,6 Mrd. Euro

Kindertagesbetreuung weiterhin größter Ausgabenposten

2023 wurden in Bayern insgesamt rund 10.645 Millionen Euro für Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe verausgabt. Gegenüber dem Vorjahr (9.730 Millionen Euro) entspricht das einer Steigung von 9,4 Prozent. Nach Abzug der Einnahmen verbleiben Nettoausgaben von 10.103 Millionen Euro.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, ist die Kindertagesbetreuung mit Ausgaben in Höhe von 8.050 Millionen Euro der größte Posten – davon entfallen 7.916 Millionen Euro auf Kindertageseinrichtungen und rund 134 Millionen Euro auf die Kindertagespflege (+8,2 %).

Zweitgrößter Posten sind Ausgaben für Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige und vorläufige Schutzmaßnahmen. Diese liegen mit rund 1.700 Millionen Euro ebenfalls über dem Vorjahresniveau (1.505 Millionen Euro).

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, sind von den Bruttoausgaben 5.758 Millionen Euro für Leistungen öffentlicher Träger und 4.886 Millionen Euro als Zuschuss an freie Träger verausgabt worden. Die Nettoausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen liegen 2023 bei etwa 2.480 Millionen Euro, für Einrichtungen wurden 7.623 Millionen Euro ausgegeben. Damit wurden rund 75,5 Prozent der Nettoausgaben für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe genutzt. ❒

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Nirschl
Gemeinde Bischofsmais
am 16.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Susanne Hoyer
Gemeinde Langenbach
am 8.11.

Bürgermeister
Franz Xaver Obesser
Markt Indersdorf
am 11.11.

Bürgermeister Stefan Reichelt
Gemeinde Chieming
am 13.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Martina Gaukler
Gemeinde Staudach-Egerndach
am 12.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Keller
Gemeinde Grafenrheinfeld
am 19.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

GZ-PODCAST

„Kommunal: Direkt von der Expo Real“

Podcast-Gastgeber Dr. Patrik Hof war für die Bayerische Gemeinde-Zeitung auf der Expo Real. In jeder GZ-Podcast-Folge nimmt er unter dem Blickwinkel der Kommunen ein neues Thema vor.

Folge 2: ESG und neue Wohnbauprojekte mit Jana Mrowetz

In der GZ-Podcast-Folge geht es um „Wohnbauquartiere nach ESG-Kriterien“. Mit Jana Mrowetz, CEO des Bauprojektentwicklers GIBE Real Estate, spricht Hof über ihre Idee von so genannten Zero-Energy-Quartieren. Wie muss man sich das gemeinsam mit dem Berliner Architekturbüro Graft entwickelte Modulsystem Urban Cell vorstellen?

Mit diesem energietechnischen und sozialen Immobilienkonzept können Kommunen bezahlbare Wohnquartiere mit dezentraler Energieversorgung errichten. Und das Beste für die Bauträger: URBAN CELL bietet wirtschaftliches Bauen nach ESG-Kriterien mit geringeren Planungs- und Baunebenkosten.
www.gemeindezeitung.de/podcast ❒

Zum 50. Geburtstag des Bayerischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung:

Vielfältige Erwachsenenbildung – unverzichtbar für die Gesellschaft

Einfach zugänglich, inhaltlich hochwertig und erschwinglich – seit Jahrzehnten verfolgt die Erwachsenenbildung in Bayern diesen Ansatz und schafft so nicht nur persönlichen Mehrwert, sondern stärkt auch die Gesellschaft. Ihr Ziel „zur Selbstverantwortung und Selbstbestimmung des Menschen beizutragen“ ist in Artikel 1 des Bayerischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (BayEbFöG) verankert, das der Bayerische Landtag vor 50 Jahren verabschiedet hat.

Das am 1. September 1974 in Kraft getretene BayEbFöG geht zurück auf Artikel 139 der bayerischen Verfassung, welcher besagt, dass Erwachsenenbildung „durch Volkshochschulen und sonstige mit öffentlichen Mitteln unterstützte Einrichtungen zu fördern“ sei. In der Folge kam es 1974 auch zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Erwachsenenbildungsträger in Bayern (AGEB) als Zusammenschluss der großen Erwachsenenbildungs-Organisationen in Bayern, die auf diesem Wege ihre Zusammenarbeit verstetigen und ihre gesellschaftliche Repräsentanz stärken wollten.

Hohe Nachfrage

„Das BayEbFöG hat ein starkes Fundament für die Erwachsenenbildung in Bayern geschaffen, indem es die Bildungsorganisationen stärkt und ein vielfältiges, flächendeckendes Angebot sichert“, erklärt Margit Fuchs, Geschäftsführerin des Bildungswerks des Bayerischen Bauernverbandes und derzeitige Geschäftsführerin der AGEB. „Allein 2022 investierten die Menschen in Bayern über 251 Jahre Zeit in Bildungsveranstaltungen, mit 2,4 Millionen Teilnehmenden – ein Beleg für die hohe Nachfrage.“

Laut Gesetz sollen Bildungsangebote Gelegenheit bieten, „die in Schule, Hochschule oder beruflicher Aus- und Fortbildung erworbene Bildung zu vertiefen, zu erneuern und zu erweitern.“ Diese Angebote erstrecken sich auf persönliche, gesellschaftliche, politische, sprachliche, gesundheitliche, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche und berufliche Bereiche.

Lernen hört niemals auf

Die Bayerische Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Anna Stolz, betont: „Das Lernen hört niemals auf. Die Welt verändert sich und es liegt an uns, die Chancen und Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, zu nutzen und gleichzeitig auch den Herausforderungen zu begegnen. Die Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen und damit auch zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dabei ist sie weitaus mehr als der Erwerb von Kenntnissen für den Arbeitsmarkt. Im Mittelpunkt stehen vielmehr die Förderung der individuellen Entwicklung, der Urteils- und Entscheidungsfähigkeit und die Fähigkeit, verantwortungsbewusst zu handeln.“

Freiheitlichkeit und Pluralität

Schon vor 40 Jahren erklärte der damalige Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier, dass Freiheitlichkeit und Pluralität die tragenden Grundsätze des Gesetzes sind. Die Unabhängigkeit in der Gestaltung der Bildungsarbeit, die Auswahl der Mitarbeitenden und Leitenden sowie das Selbstverwaltungsrecht in der Erwachsenenbildung werden als Wesensmerkmale der Demokratie durch das Gesetz gewährleistet. Der Staat agiert als Förderer – ohne Lehrpläne oder Prüfungen vorzugeben oder die Freiheit der Lehre einzuschränken.

Diese freiheitliche, plurale Grundausrichtung hält Dr. Christian Hörmann, Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbandes und Vorsitzender des in diesem Gesetz verankerten Landesbeirats der Erwachsenenbildung, für einen entscheidenden Erfolgsfaktor des Gesetzes. „So schaffen wir es, ganz unterschiedliche Milieus niederschwellig anzusprechen. Zugleich dürfen wir aber nicht vergessen, dass diese Zugänglichkeit unserer Angebote nur über die staatliche Förderung erreicht werden kann.“ Um dies aufrecht zu erhalten und die Erfolgsgeschichte des Gesetzes fortzuschreiben, seien in den nächsten Jahren, vor allem angesichts des steigenden Kostendrucks in allen Einrichtungen und den Herausforderungen der Digitalisierung, besondere Anstrengungen auch des Freistaats erforderlich, so Christian Hörmann.
www.erwachsenenbildung-bayern.de/ . ❒

Akademie für Politische Bildung:

Fachtagung Verfassungspolitik und wehrhafte Demokratie

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: Steigendes Risiko der Erosion demokratischer Grundsätze

„Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie ist heute mehr denn je Auftrag und Ansporn. Eine zunehmende Zahl an Extremisten und Verfassungsfeinden stellt unsere im Grundgesetz manifestierte demokratische Grundordnung oftmals unverhohlen infrage, daher müssen wir uns gegen solche Entwicklungen und Tendenzen wehren“, betonte Bayerns Innen- und Verfassungsminister Joachim Herrmann bei der Fachtagung „Forum Verfassungspolitik: Wehrhafte Demokratie“ der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Die Gefahr für die Demokratie heutzutage liegt laut Herrmann weniger in einem gewaltsamen Umsturz: „Ich sehe das Risiko der Erosion demokratischer Grundsätze, und zwar durch politische Mehrheiten, die Verfassungsorgane einschränken oder behindern wollen.“ Neben den rechtlichen Instrumenten des Staates sei daher auch die Gesellschaft gefordert. „Jede und jeder Einzelne muss für unsere Werteordnung eintreten und uns gegenüber all denjenigen positionieren, die sie ablehnen“, appellierte der Minister.

Laut Herrmann müsse man das Konzept der „wehrhaften Demokratie“, das im Grundgesetz verankert ist, weiterdenken als lediglich Parteien- und Vereinsverbote sowie die Verwirkung von Grundrechten: „Es ist zentrale Aufgabe eines Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen.“ Hierfür brauche es wirksame Instrumente, um Gefahrenlagen frühzeitig erkennen zu können. Dass dem wichtigen Informationsaustausch von Verfassungsschutz, Nachrichtendiensten und weiteren Sicherheitsbehörden durch Rechtsprechungen des Bundesverfassungsgerichts immer engere Grenzen gesetzt werden, kritisierte Herrmann:

Zudem müsse auch hinterfragt werden, welche rechtlichen Möglichkeiten ergriffen werden können, um Verfassungsgerichte, Parlamente sowie das Wahlrecht vor Instrumentalisierung und Missbrauch zu schützen. „In den Händen verfassungsfeindlicher Kräfte birgt die Überantwortung der Wahlsystemfragen in der Hand des einfachen Gesetzgebers die Gefahr, dass die jeweilige Regierungsmehrheit das Wahlrecht zum eigenen Vorteil ändert“ warnte der Innenminister. ❒



Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf (vorne links) verlieh gemeinsam mit der Ehrenamtsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Gabi Schmidt (vorne rechts), den Bayerischen Innovationspreis Ehrenamt im Schloss Nymphenburg. Bild: StMAS/Nötel

Bayerischer Innovationspreis Ehrenamt 2024:

Würdigung kreativer Köpfe

Unter dem Motto „Ehrenamt schafft Zusammenhalt – gemeinsam Zukunft gestalten“ hat Sozialministerin Ulrike Scharf in München den Bayerischen Innovationspreis Ehrenamt 2024 verliehen. „Unsere ehrenamtlich Aktiven sprühen nur so vor Ideen und Engagement. Diese Kreativität wollen wir in besonderer Weise ehren“, unterstrich Scharf. Sechs Preisträgerinnen und Preisträger erhielten jeweils 10.000 Euro in der Kategorie ‚Innovative Projekte‘. In der Kategorie ‚Neue Ideen‘ durften sich fünf Ausgezeichnete über je 3.000 Euro freuen.

In der Kategorie „Innovative Projekte“ wurde „Jugendfeuerwehr trifft Handwerk“ geehrt. Das Projekt der Bezirksjugendfeuerwehr Niederbayern, durchgeführt im Kreisjugendfeuerwehrverband Passau, schlägt beim Thema Nachwuchsgewinnung mehrere Fliegen mit einer Klappe. Bei einem Aktionstag in einem Handwerksbetrieb lernen junge Menschen der Freiwilligen Feuerwehr Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten vor Ort kennen. Gleichzeitig wecken gemeinsame handwerkliche und feuerwehrtechnische Übungen bei den Auszubildenden das Interesse am ehrenamtlichen Engagement in der Feuerwehr.

Moderne Vereinsführung

Wie viele Vereine hatte ein weiterer Gewinner, der Wintersportverein Patersdorf e. V. im Landkreis Regen das Problem, einen Nachfolger für seinen langjährigen Vorsitzenden zu finden. Die Lösung war, dessen Aufgaben auf mehrere Schultern zu verteilen. Die bisherige Vereinshierarchie wurde in einen zukunftsorientierten, modernen und jungen Teamvorstand umstrukturiert. Alle Aufgaben wurden detailliert und transparent dokumentiert. Nun freut sich der Verein über eine moderne Vereinsführung mit flachen Hierarchien, durch die sich auch junge Menschen fürs Mitmachen begeistern können.

Pflegenden Angehörigen und Menschen mit Demenz unterbreitet die Bildungs- und Erholungsstätte Langau e. V. in Steingaden im Landkreis Weilheim-Schongau ein besonderes Urlaubsangebot: Durch Erfahrungsaustausch und eigene Freiräume können sich pflegende Angehörige eine Auszeit vom Alltag nehmen. Gleichzeitig wissen sie ihre Lieben gut betreut. Getragen wird dieses Angebot nicht zuletzt durch ehrenamtliches Engagement: zum einen durch die Betreuung der Gäste, zum anderen durch Leitungsaufgaben im Projekt, das zudem durch die „Mensch und Schöpfung, Otto und Therese Stumpf Stiftung“ aus der Region und durch Schulungen des Bürgervereins am Lech e. V. gefördert wird. Die große Nachfrage und Wartelisten machen deutlich, wie wichtig dieses Angebot für die Zielgruppe ist.

Ausgezeichnet für ihr „Hilfebüro“, das seit Oktober 2022 arme und benachteiligte Menschen dabei unterstützt, ihre Handlungskompetenzen zu stärken und Selbsthilfestrategien zu entwickeln, wurde überdies die Stiftung Sozialidee gGmbH in Nürnberg. Die Institution bietet eine breite Palette an Unterstützung an, darunter Hilfe beim Lesen und Schreiben, beim Verstehen komplizierter Briefe, beim Anmelden in Portalen, beim Ausfüllen von Formularen, beim Drucken und Scannen sowie bei Online-Terminen. Das mehrsprachige Angebot wird zweimal wöchentlich bereitgestellt und bereits mehr als 2.000 Menschen erreicht. Die ehrenamtlichen Helfer aller Altersstufen ermutigen die Ratsuchenden, ihre eigenen Fähigkeiten zu stärken, um selbst Ideen für Lösungen zu entwickeln.

Trauernde begleiten

Das Projekt „Schwer Okay – Trauerevents für junge Erwachsene“, ehrenamtlich initiiert und geleitet von zertifizierten Trauerbegleiterinnen, bietet eine einzigartige Plattform für junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren, um mit dem Thema Tod und Trauer umzugehen. Seit 2022 hat das Projekt bereits 14 Veranstaltungen in Augsburg und Bamberg organisiert. Die Events finden monatlich in geschützten und einladenden Umgebungen wie der Natur oder gemütlichen Wohnzimmern statt. Unterschiedliche Formate bieten eine inspirierende Mischung aus Denkanstößen, Materialien, Musik und Bewegung. Beispiele hierfür sind die Pflanzentauschparty, das Dinner der Erinnerungen, die Erinnerungsschneiderei und die Homemade Pasta Party. Das Projekt wird durch Spenden finanziert und ermöglicht somit eine kostenlose Teilnahme. Durch ihre Social-Media-Präsenz teilt die Initiative Wissen über Trauer und fördert einen natürlichen Umgang mit Trauergefühlen. Die hohe Nachfrage und Empfehlungsrate unterstreichen die Bedeutung und den Erfolg des Projekts.

Zukunft trotz Handicap

Menschen mit Behinderungen bietet das Projekt „Kleiner Kitabrief und Kleiner Wirtebrief“ des Vereins „Zukunft trotz Handicap e. V.“ aus Höhenkirchen-Siegertsbrunn im Landkreis München neue berufliche Perspektiven. Mit diesen Kursen betritt der Verein Berufsfelder mit hohem Fachkräftebedarf und ermöglicht so die Inklusion im Arbeitsleben. Die Zertifikatskurse umfassen sowohl theoretische als auch praktische Module, die innerhalb eines Jahres durchlaufen werden. Mit einer Abschlussprüfung wird das erlernte Wissen überprüft. Die Pilotprojekte haben sich als sehr erfolgreich erwiesen, denn viele Absolventen sind bereits in Betrieben tätig oder absolvieren ein Praktikum in den entsprechenden Berufsfeldern. Der Verein unterstützt die Teilnehmer dabei individuell und hilft bei der Auswahl passender Betriebe.

In der Kategorie „Ideen“ wurde der Verein Arche Landsberg e. V. in Stadt und Landkreis Landsberg am Lech für seine innovative Idee „Behinderte besuchen Senioren“ ausgezeichnet, die er in Kooperation mit dem Seniorenheim Greifenberg ins Leben gerufen hat. Am Wochenende, wenn keine betreute Beschäftigung angeboten wird, treffen sich Menschen mit Behinderungen und Senioren zur gemeinsamen Freizeitgestaltung – zum Beispiel mit Brettspielen oder zum Vorlesen. Mittlerweile haben erste Treffen stattgefunden, von denen alle Beteiligten begeistert waren.

Ehrenamtliche Schwimmlehrer

Die ‚Stiftung Deutschland Schwimmt‘ mit Sitz im Landkreis Nürnberger Land hat das innovative Konzept „Ausbildung ehrenamtlicher Schwimmlehrer Basis I zur Unterstützung im Schulsport“ entwickelt. Die Idee der Stiftung ist es, mehr Kindern das Schwimmen zu ermöglichen, indem das Schulschwimmen gestärkt wird. Da das Lehrpersonal die Aufsichtspflicht hat und nicht mit den Kindern ins Wasser darf, können die ausgebildeten Schwimmlehrer im Wasser assistieren. Dabei will die Stiftung erreichen, dass Assistenten nicht zusätzlich ein Rettungsschwimmabzeichen benötigen. Dieser Aspekt hatte in der Vergangenheit viele von einem entsprechenden ehrenamtlichen Engagement abgehalten.

Sport und Bildung verbinden

Der Verein Bayreuther Sportkegler e. V. wurde für seine Idee geehrt, Sport und Bildung auf innovative Weise zu verbinden. Die Idee für das diesjährige „3K-Projekt: Sport und Bildung im Verein ‚Kegeln, KI, Klarblick‘“ ist Teil eines vom Verein entwickelten pädagogisch-didaktischen Gesamtkonzepts, das über den Sport hinausgeht. Es rückt die mentale Stärke in Alltag und Sport in den Mittelpunkt und fördert gleichermaßen körperliche, geistige und soziale Gesundheit. Dieses Jahr stehen Themen wie Künstliche Intelligenz und Demokratieförderung sowie die Förderung mentaler Stärke im Zentrum. Im Sommer wurden Workshops abgehalten, die das Selbstkonzept und die sozialen Kompetenzen der Teilnehmer stärken sollten. Darüber hinaus wurde Medienkompetenz vermittelt. Für die Zukunft ist außerdem die Ausbildung zu Demokratiebotschaftern in Sportklubs geplant. Der Verein hat sein Projekt für weitere Sportclubs in der Region Bayreuth und Oberfranken geöffnet und will dadurch einen Multiplikatoren-Effekt erzielen.

Um die soziale Integration und kulturelle Vielfalt im Stadtteil zu fördern, geht der Preisträger Diakonie Hasenbergl e.V. mit seiner innovativen Idee des „Mobilen Treffpunkts des Nachbarschaftstreffs im Hasenbergl München“ neue Wege. Als mobiler Knotenpunkt, ausgeführt in Form eines Lastenrads, soll der Treffpunkt flexibel innerhalb des Stadtteils eingesetzt werden und Anwohnern eine Plattform für Dialog, Informationsaustausch und Planung eigener Veranstaltungen bieten. Die Initiative, hauptsächlich getragen von freiwillig Engagierten des Nachbarschaftstreffs der Diakonie Hasenbergl und aus dem Bürgerrat, will ihre Angebote wie Informationsveranstaltungen, ein mobiles Sprach-Café, Bücher- und Spieleausleihe, Kulturveranstaltungen oder Freiluftkino direkt zu den Bürgern bringen. Zusätzlich ist ein Workshop- und Schulungsprogramm für die freiwillig Engagierten geplant, um weitere Projekte im Stadtteil zu initiieren.

Kinderfeuerwehr mit Bee-Bot stärken

Die Bücherei BuchCafé und die Kinderfeuerwehr Üchtelhausen im Landkreis Schweinfurt sind Preisträger für ihre innovative Idee „Kinderfeuerwehr mit Bee-Bot stärken“. Ziel des Projekts ist es, Kindern spielerisch die Aufgaben und Einsätze der Feuerwehr zu vermitteln und ihre Problemlösungskompetenzen zu fördern. Es beinhaltet die Entwicklung eines Spielplans, bei dem Kinder gemeinsame Lösungen durch das Programmieren von Bee-Bots finden. Dabei handelt es sich um kleine Roboter in Form einer Biene, die sich auf Rädern fortbewegen und durch Tasten auf ihrem Rücken programmiert werden können. In verschiedenen Geschichten und Szenarien auf einem Spielplan erfahren die Kinder, wie sie anderen aus Notsituationen helfen können. Sie erarbeiten gemeinschaftlich Lösungen und programmieren die Bee-Bots so, dass sie auf schnellstem Weg zum Einsatzort gelangen. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Kommunalfinanzen:

Zeit für kraftvolle Entscheidungen

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Blick auf die bayerischen Kommunalfinanzen zeigt: Die fetten Jahre sind vorbei, zumindest in den meisten Kommunen. So hat sich die finanzielle Gesamtsituation der bayerischen Kommunen dramatisch zugespitzt. Deren Defizit ist von 2,5 Mrd. Euro im Jahr 2023 bereits auf über 5 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2024 angewachsen. Ein neues Rekorddefizit, das die zukünftige und langfristige Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke deutlich einschränken wird, wenn es nicht zu einer tatkräftigen Unterstützung von Bund und Freistaat kommt!

Die Gründe dafür sind die massiven Ausgabensteigerungen, insbesondere im Sozialbereich, denen eine stagnierende oder gar rückläufige Einnahmeentwicklung gegenübersteht. Allein im Bereich der Jugendhilfe und sozialen Sicherung sind die kommunalen Ausgaben um mehr als 15 Prozent gestiegen. Eine Entwicklung, die von den kommunalen Ebenen allein nicht mehr zu bewältigen ist. Diese Lasten, die größtenteils aus der Bundesgesetzgebung resultieren, treffen die Kommunalhaushalte besonders hart. Parallel dazu setzen sich strukturelle Defizite in den Bereichen Infrastruktur und Gesundheit weiter fort. Die kommunalen Krankenhäuser stehen vor immensen Finanzdefiziten, die in den letzten Jahren nur durch erhebliche Zuschüsse der Landkreise und Städte überhaupt noch aufrechterhalten werden konnten.

Für die KPV ist klar: Die Kommunen brauchen jetzt kraftvolle Entscheidungen von Bund und Land, um handlungsfähig zu bleiben, denn die aktuellen Herausforderungen können nur durch eine solide Grundfinanzierung gemeistert werden. Die Kommunen müssen dabei in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Infrastruktur und Klimaschutz nachhaltig zu finanzieren. Gerade jetzt braucht es auch einen starken Freistaat, der über den Kommunalen Finanzausgleich für handlungsfähige Kommunen sorgt, die die Herausforderungen vor Ort lösen können.

Gleichzeitig müssen wir auch den Mut haben, auf Bundesebene für eine bessere Lastenverteilung zu sorgen. Nach dem Prinzip: Wer die Aufgabe stellt, sollte auch die finanziellen Mittel bereitstellen. Es ist Zeit für entschlossenes Handeln – im Sinne unserer Bürger und der Zukunft Bayerns. Die Kommunen sind bereit ihren Beitrag dazu zu leisten.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Brandbrief nach Berlin:

Fortführung des Programms „Demokratie leben!“

An Bundespräsident; Bundeskanzleramt; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundestagsfraktionen der SPD, der Grünen, der FDP sowie an das Präsidium des Bayerischen Städtetags richteten die Oberbürgermeister von Nürnberg, Marcus König, Christian Schuchardt, Würzburg, Thomas Ebersberger, Bayreuth, Eva Weber, Augsburg und Andreas Starke aus Bamberg sowie die Landräte Florian Wiedemann, Landkreis Bayreuth, Johann Kalb, Landkreis Bamberg und Wilhelm Schneider aus dem Landkreis Haßberge die gemeinsame Aufforderung zur Fortführung des Programms „Demokratie leben!“ in den Kommunen in Bayern.

Die abrupt gestrichene Förderung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bedrohe nicht nur das bürgerliche Engagement vor Ort, sondern auch den sozialen Zusammenhalt in unseren Kommunen, heißt es. „Diese Entscheidung gefährdet die lokalen Strukturen, auf denen eine starke, widerstandsfähige Demokratie ruht – und das in einer Zeit, in der wir diese Strukturen dringender denn je benötigen.“

Weil gesellschaftliche Spannungen zunehmen und autoritär-populistische Kräfte versuchen, unsere demokratischen Werte zu untergraben sei es unerlässlich, das Vertrauen und den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger in und für die Demokratie zu stärken. Es bestehe die Gefahr, dass bestehende Netzwerke, die sich aktiv für eine lebendige Zivilgesellschaft einsetzen, durch die Streichung kollabieren.

Weiter heißt es: „Statt das langjährige Engagement und den Erfolg zu würdigen und weiterzuentwickeln, wird ein funktionierendes Modell für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratiestärkung … abrupt gestoppt. Das bringt uns nicht nur in Erklärungsnot gegenüber den langjährig engagierten haupt- und ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch gegenüber der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit. In einer Zeit, in der gesellschaftliche Unsicherheit und globale Krisen extremistischen Gruppen Auftrieb geben, wird es nahezu unmöglich, glaubwürdige politische Arbeit vor Ort zu leisten, wenn die finanziellen Grundlagen von heute auf morgen wegfallen.“

Ohne die fortlaufende Förderung von „Demokratie leben!“ fallen auch die hauptamtlichen Koordinierungs- und Fachstellen weg, die für ehrenamtliche Initiativen zentrale Anlaufstellen sind. Ohne diese professionelle Unterstützung wäre das lokale Ehrenamt, das eine Schlüsselrolle in der Demokratieförderung spielt, stark geschwächt. Diese Koordinierungsstellen bieten nicht nur organisatorische und fachliche Hilfe, sondern sichern maßgeblich die Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der Projekte. Ihr Wegfall würde viele Initiativen gefährden und wichtige Fachexpertise unwiederbringlich verloren gehen lassen.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat in der Vergangenheit wertvolle finanzielle Mittel bereitgestellt, die von großer Bedeutung für die Städte und Landkreise seien. Sie ermöglichten es, unter Berücksichtigung lokaler Problemlagen Projekte zur Demokratieförderung zu initiieren, die das Bewusstsein für demokratische Werte schärfen und den Austausch zwischen den Menschen förderten. Groß angelegte Kampagnen, aber auch Workshops, Bürgerdialoge und Informationsveranstaltungen sind nur einige Beispiele hierfür.

„Wir appellieren an Sie und fordern Sie auf, gegenzusteuern und die notwendigen politischen Schritte auf Bundesebene schnellstens einzuleiten. Wir appellieren dringend an Sie, die Förderungen „Demokratie leben!“ in unseren Städten und Landkreisen fortzuführen.“ ❐

Knapp 12 Milliarden ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sungen, die den Kommunen als freie Deckungsmittel zur Verfügung stehen, steigen um 408,8 Millionen Euro auf über 4,85 Milliarden Euro. Insbesondere in Zeiten stetig steigender Ausgaben kommt diesen eine besonders hohe Bedeutung zu“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Markenzeichen des Freistaats

Innenminister Joachim Herrmann versicherte, dass solide Kommunalfinanzen ein Markenzeichen des Freistaats Bayern seien. Ihm als Kommunalminister sei das sehr wichtig. „Wir brauchen starke, finanziell auf eigenen Beinen stehende Kommunen. Es freut mich daher sehr, dass wir beim kommunalen Finanzausgleich auch für 2025 eine einvernehmliche und tragfähige Lösung vereinbaren konnten. Die Zusammenarbeit zwischen Freistaat und Kommunen funktioniert auch in diesen schwierigen Zeiten.“ Klar sei allerdings, dass es dringend notwendig ist, dass der Bund endlich seiner Verantwortung nachkommt und einen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen leistet. „Dazu gehören vor allem die längst überfällige wirkungsvolle Eindämmung der illegalen Migration und auch eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser“, verlangt der Innenminister

Deutliche Zuwächse – und doch viel zu wenig

Der Vorsitzende des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag Josef Zellmeier äußerte, dass in finanziell schwierigen Zeiten ein akzeptables Ergebnis erzielt wurde. Er freue sich über die deutlichen Zuwächse für die Kommunen, erkenne aber auch an, dass sie nicht ausreichen, um die gestiegenen Kosten vor allem im Personal- und Sozialbereich aufzufangen. Allerdings habe der Freistaat aufgrund der schlechten Wirtschaftslage ähnliche Herausforderungen und damit finanziell keine weiteren Spielräume mehr.

„Die Verteilungskämpfe zwischen den Ebenen des Staates werden härter“, sagte Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger. „weil uns auf allen Ebenen die Kosten davonlaufen und die Einnahmen nicht mehr ausreichen.“ Im Einvernehmen von Staat und Kommunen müssten deshalb Standards gesenkt und Kosten reduziert werden, um mit dem zur Verfügung stehenden Geld auszukommen. Die Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund von 12,75 Prozent auf 13 Prozent plus 60 Millionen Euro bringe für die Kommunen 2025 insgesamt über 600 Millionen Euro mehr. Ähnlich äußerte sich Bernhard Pohl, stv. Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag

Die Ergebnisse des Spitzengesprächs im Einzelnen:

- Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund steigt von 12,75 auf 13,0 Prozent.
- Die Schlüsselzuweisungen, die größte Einzelposition im kommunalen Finanzausgleich, betragen über 4,85 Milliarden Euro.
- Um die Finanzsituation der Bezirke zu verbessern, werden deren Zuweisungen im nächsten Jahr um 120 Millionen Euro auf rund 836,5 Millionen Euro erhöht. Damit werden gleichzeitig auch die Gemeinden und Landkreise als Umlagezahler entlastet.
- Die allgemeinen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis steigen im Jahr 2025 auf insgesamt rund 911 Millionen Euro. Dies bedeutet eine Steigerung um 2,9 Prozent beziehungsweise 26 Millionen Euro. Dazu gehört neben den sogenannten Pro-Kopf-Beträgen auch das Aufkommen an Gebühren, Geldbußen und Verwarnungsgeldern, das den Kommunen überlassen wird. Daneben erhalten die Landratsämter zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs – wie schon im Vorjahr – erneut insgesamt 71 zusätzliche Stellen.
- Der Bedarf bei den kommunalen Investitionen ist ungebrochen hoch. Der Haushaltsansatz für den kommunalen Hochbau, insbesondere für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen, wird nächstes Jahr auf dem Spitzenwert des Vorjahres von über 1,07 Milliarden Euro fortgeführt.
- Auch der Ansatz für die Finanzierung von Krankenhausinvestitionen (800 Millionen Euro) und die Investitionspauschale (446 Millionen Euro) werden auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt.
- Die Mittel für die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen betragen in 2025 unverändert 165 Millionen Euro. Von dieser Förderung profitieren vor allem kleinere Gemeinden im ländlichen Raum.
- Für die Straßenausbaupauschalen, die der Staat den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährt, stehen 2025 85 Millionen Euro zur Verfügung.
- Zur zielgenauen Unterstützung von finanzschwachen und konsolidierungswilligen Gemeinden stehen im Jahr 2025 erneut 100 Millionen Euro für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen zur Verfügung.
- Vor dem Hintergrund der steigenden Ausgabendynamik wird mit den kommunalen Spitzenverbänden der bereits begonnene Prozess der Überprüfung von Aufgaben und Standards weiterverfolgt. Hierzu wird unter Federführung der Staatskanzlei eine staatlich-kommunale Arbeitsgruppe eingerichtet. Die Bayerische Staatsregierung wird auch hier zukünftig im konstruktiven Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden bleiben und dahingehende Bestrebungen intensivieren. ❐

Kommunale CSU-Schwer...

(Fortsetzung von Seite 1)
werber erforderlich.“ Nötig seien auch mehr Arbeitsanreize für Asylbewerber, die Teil einer Integrationsleistung sein müssten. Ein neuer Rechtsrahmen sei zwingend nötig.

Von allen EU-Mitgliedstaaten hat Deutschland die meisten Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, rund 1,2 Millionen sind hierzulande registriert. Insgesamt wurden in den vergangenen drei Jahren über 3 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. „Durch Familiennachzug erleben wir eine zusätzliche und erhebliche Überforderung“, so Dobrindt. Zudem könnten mit der Express-Einbürgerung der Ampel-Regierung Asylsuchende bereits nach drei Jahren eingebürgert werden, obwohl ihr Aufenthalt gemäß humanitärem Aufenthaltsrecht nur vorübergehend ist.

Ampel zeigte kein Interesse

Beim jüngst gescheiterten Sicherheitsgipfel hätten CDU/CSU der Ampel die Hand gereicht, um das Problem der illegalen Einwanderung nach Deutschland nachhaltig zu lösen, fuhr der Berliner CSU-Chef fort. „Dazu haben wir die Zurückweisung an den deutschen Außengrenzen zur Bedingung für ein gemeinsames Vorgehen in der Migrationspolitik gemacht. Leider hat die Ampel mit ihrem Vorschlag, nur jene Migranten zurückzuweisen, die auf ihrer Reise nach Deutschland bereits in einem anderen EU-Staat in der EURODAC-Datenbank registriert worden sind, offenbar kein Interesse, diesen Weg gemeinsam zu gehen.“

Noch am Tag vor dem Migrationstreffen habe Innenministerin Faeser zugesichert, dass die Ampel zu Zurückweisungen bereit sei. Dies sei die Voraussetzung dafür gewesen, dass die Unionsvertreter überhaupt am Gespräch teilnahmen. Sollte die Ampel nicht bereit sein, an Deutschlands Grenzen sämtliche Migranten abzuweisen, die aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreisen wollen, habe ein Gespräch über einen Schulterschluss zwischen Regierung und Opposition in der Migrationspolitik keinen Zweck, hätten CDU und CSU im Vorfeld betont.

„Wir lassen uns nicht in Mithaftung nehmen für etwas, wo das Festhalten der Grundprinzipien fehlt“, erläuterte Dobrindt. „Glaubwürdigkeit muss an erster Stelle stehen. Deshalb wäre es ein Fehler gewesen, das Sicherheitspaket mitzutragen.“

„Vollkommen abzulehnen“ ist aus Dobrindts Sicht auch die kürzlich im Bundestag beschlossene Krankenhausreform. Das sog. Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz beschneide die grundgesetzlich garantierte Planungshoheit der Länder und treffe Finanzierungsfestlegungen, gegen die schon jetzt Klagen angekündigt werden. Das KHVVG werde die stationäre Versorgung in Deutschland nicht stabilisieren, sondern gefährden, zeigte sich der Landesgruppenvorsitzende überzeugt.

Monatelang hätten Länder und Kommunen, Fachleute und Krankenhausgesellschaften, sowie Ärzte- und Pflegeverbände den Prozess konstruktiv, aber letztlich vergeblich zu begleiten versucht. Die Vorhaltevergütung in dieser Form werde das von Bundesgesundheitsminister Lauterbach kritisierte Hamsterrad der Fallzahlanstiege – um der Erlöse willen – nicht stoppen, vielmehr könnte es beschleunigt werden. Eine Sicherung von kleineren Häusern, die die Grund- und Notfallversorgung in ländlichen Regionen sicherstellen müssen, werde somit nicht erreicht. Letzten Endes seien sie die Leidtragenden.

Unfaires Ampel-Wahlrecht

Massiv kritisierte Dobrindt auch die von der Ampel beschlossene Wahlrechtsreform, die bei der nächsten Bundestagswahl greifen soll und in dessen Mittelpunkt der Wegfall von Überhang- und Ausgleichsmandaten sowie der so genannten Grundmandatsklausel stehen. Das „unfaire“ Wahlrecht der Ampel suggeriere dem Wähler, dass dieser mit der Erststimme einen Kandidaten in den Deutschen Bundestag wählt. Tatsache aber sei, dass dies nicht mehr sichergestellt werden könne. So sei eine Situation denkbar, dass etwa in Bayern die CSU alle 47 Wahlkreise gewinnen kann, aber kein einziger Vertreter der Partei in den Deutschen Bundestag einzieht.

Handlungsbedarf gibt es zudem in punkto kommunale Förderlandschaft, die geprägt ist von einer Vielzahl unterschiedlicher Förderprogramme von verschiedenen Förderstellen und Projektträgern. Diese hohe Komplexität hat zur Folge, dass Kommunen Fördermittel oftmals entweder nicht oder nicht rechtzeitig abrufen. Häufig wird zudem eine Diskrepanz zwischen dem Förderangebot und den eigentlichen kommunalen Bedarfen vor Ort wahrgenommen. Hier müssten einfachere Strukturen auch hinsichtlich Flexibilität und Planbarkeit geschaffen werden, hob Dobrindt in der anschließenden Diskussion hervor. **DK**

Deregulierung und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
munen zu einem Großteil auf die desolate Politik der Bundesregierung zurückzuführen seien. „Der Freistaat ist und bleibt ein verlässlicher Partner und unterstützt seine Kommunen weiterhin auf höchstem Niveau – für ein starkes Bayern mit starken Gemeinden“, so der Minister.

Bayern muss sich auf hohe Mindereinnahmen einstellen

Aus der jüngst vorgelegten aktuellen regionalisierten Steuerschätzung für den Freistaat geht hervor, dass Bayern 2025 – grob geschätzt – nochmals mit rund 900 Millionen Euro weniger auskommen muss, als bislang erwartet. Auch für die Folgejahre hat sich der Freistaat auf Einnahmeausfälle gegenüber der Mai-Steuerschätzung einzustellen – für das Jahr 2026 in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro.

Neue Schätzungen verschärfen die angespannte Haushaltslage

„Da neben den weiter rückläufigen Steuerprognosen auch die Ergebnisse des Zensus 2022 vorläufigen Prognosen des ifo Instituts zufolge unsere finanziellen Spielräume dauerhaft in einer Größenordnung von rund 300 Millionen Euro pro Jahr weiter einschränken, muss mittlerweile auch dem Letzten klar sein: Zusätzliche Mehrausgaben sind nicht finanzierbar“, unterstrich Füracker und ergänzte: „Unser Doppelhaushalt 2024/2025 ist solide geplant. Aber diese neuen Schätzungen verschärfen die ohnehin angespannte Haushaltslage massiv und erschweren damit die Aufstellung des Nachtragshaushalts zusätzlich.“

Aus seiner Sicht „muss der Bund die Diskrepanz zwischen Selbstwahrnehmung und Tatsachen endlich überwinden und seine ambitionslosen Minimalkompromisse zur Revitalisierung der Wirtschaft als das Erkennen, was sie sind: zu wenig, um den Herausforderungen, vor denen unser Land steht, gerecht zu werden.“ Deutschland brauche eine mutige, umfassende und schlagkräftige Agenda 2030. „Nur auf Basis von wettbewerbsfähigen und verlässlichen Rahmenbedingungen können wir unsere Wirtschaft und damit auch die Steuereinnahmen wieder auf Wachstumskurs bringen“, zeigte sich der Finanzminister überzeugt.

Mit Blick auf das Thema Entbürokratisierung wiesen Innenstaatssekretär Sandro Kirchner und der Beauftragte für Bürokratieabbau Walter Nussel darauf hin, dass der Freistaat mit verschiedensten Instrumenten versuche, Bürokratie einzudämmen und ihren Aufwuchs zu verlangsamen. Bezugspunkt war dabei auch nachfolgendes 10 Punkte-Forderungspapier zum Bürokratieabbau, das vom Landesausschuss des Bayerischen Gemeindetags im September beschlossen und auf der Landesversammlung vorgestellt wurde:

1. Eine umfassende Aufgabenkritik des Freistaats Bayern ist notwendig! Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung ist eine laufende kritische Überprüfung sämtlicher Aufgaben erforderlich (Aufgabenkritik), um sicherzustellen, dass deren Wahrnehmung notwendig ist sowie ihre Erledigung garantiert und sie zweckmäßig und wirtschaftlich ausgestaltet werden kann.

2. Der Staat kann und darf sich nicht mehr alles leisten! Erforderlich ist ein gemeinsamer Dialog zwischen Staat und Kommunen, um die jeweilige Rolle neu zu definieren. Die Ergebnisse müssen den Bürgerinnen und Bürgern transparent und umfassend kommuniziert werden.

3. Kommunale Pflichtaufgaben kritisch hinterfragen! Freiräume für die Kommunen schaffen! Sie müssen und sollen sich auf die wirklich notwendigen Pflichtaufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge konzentrieren können.

4. Nicht immer noch eins draufsatteln! Strikter Verzicht auf höhere (Gold-)Standards bei der Umsetzung von Gesetzen!

5. Förderwesen stark vereinfachen! Um der Förderkomplexität und dem hohen Vollzugsaufwand im Zusammenhang mit Förderprogrammen beizukommen, bedarf es eines ganzheitlichen und nachhaltigen Lösungsansatzes. Vergaberechtliche Spielräume unterhalb der EU-Schwellenwerte sind massiv zu erhöhen.

6. Standards, Statistik- und Dokumentationspflichten abbauen! In zahlreichen Bereichen, insbesondere im Bau- und Umweltsektor, ist eine übermäßige Reglementierung zu beobachten, welche die Anwendung bestimmter Standards und die Einhaltung bestimmter Verfahrensschritte detailliert vorschreibt. Standards, Statistik- und Dokumentationspflichten müssen auf das notwendige Maß beschränkt werden.

7. Bürokratieabbau durch zielgerichtete Digitalisierung erreichen! Die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen muss mit Nachdruck vorangetrieben werden. Dadurch kann ein Abbau bürokratischer Hindernisse erreicht werden. Gesetze müssen auch einer Prüfung unterzogen werden, ob sie den Anforderungen der Digitalisierung genügen.

8. Bürokratieabbau durch Stärkung kommunaler Selbstverwaltung! Eine Regulierung bis ins letzte Detail ist nicht erforderlich. Die Entscheidung, ob Regelungen als sinnvoll erachtet werden oder nicht, sollte den Kommunen vor Ort in eigener kommunaler Selbstverwaltung überlassen werden.

9. Qualitative Entbürokratisierung statt quantitativem Bürokratieabbau! Gesetze müssen wieder leichter verständlich, kürzer und lesbarer sein und den Anforderungen an sog. „gute Gesetzgebung“ genügen. Unnötige Regelungen sind aufzuheben.

10. EU-Recht und Bundesrecht soll nicht mehr Hürde und Belastung sein! Der Freistaat Bayern muss sich über den Bundesrat für eine massive Entbürokratisierung auf EU- und Bundesebene einsetzen.

Laut Innenstaatssekretär Kirchner stärkt eine effiziente und schlanke Verwaltung das Vertrauen in einen fähigen Staat. Europa, Deutschland und Bayern litten jedoch unter der Last unzähliger Vorschriften und Verwaltungsverfahren. „Am 13. Juni 2024 haben wir mit dem ‚Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030‘ ein klares Signal gesetzt: Bayern packt es an!“, betonte Kirchner.

Modernisierungsprogramm

Das Modernisierungsprogramm enthalte Maßnahmen für den Bürokratieabbau wie die Streichung von mindestens 10 Prozent aller Verwaltungsvorschriften oder die Verschärfung der ‚Paragrafenbremse‘. „Für jedes neue Gesetz müssen künftig zwei alte Gesetze entfallen“, erklärte der Staatssekretär. Dabei bedeute Deregulierung nicht die Abgabe der Kontrolle, sondern eine Konzentration auf die wirklich wichtigen Regelungen, ohne eine Gefährdung der Bürger: „Das heißt: zukünftig größere Handlungs-, Beurteilungs- und Ermessensspielräume für die Behörden und Kommunen.“

Kirchner zufolge fördert besonders das Ehrenamt den Zusammenhalt in Staat und Gesellschaft, weshalb es wichtig sei, Bürokratie im ehrenamtlichen Engagement abzubauen: „Bürokratische Hürden erschweren oftmals die großartige Arbeit der Ehrenamtlichen. Auch deshalb wollen wir hier Vereinfachungen schaffen. So sollen beispielsweise ehrenamtliche Veranstaltungen genehmigungsfrei werden.“

Bürokratieabbau

Auch die Ende-zu-Ende-Digitalisierung von Verwaltungsverfahren leiste einen erheblichen Beitrag zum Abbau von unnötiger Bürokratie. „Die Gemeinden verrichten hier bereits herausragende Arbeit, aber der digitale Wandel beschleunigt sich immer weiter. Hinzu kommen Kostendruck und Fachkräftemangel. Bayern hat deshalb die Zukunftskommission #’Digitales Bayern 5.0 gegründet, um gemeinsam mit den Kommunen die Arbeit der digitalen Verwaltung schneller, einheitlicher und transparenter zu gestalten“, erläuterte der Staatssekretär. Wichtige Ziele der Zukunftskommission seien unter anderem Standardisierung, Bündelung von IT-Aufgaben und Zusammenarbeit im Bereich künstlicher Intelligenz.

Eine zum Abschluss von Hans-Peter Mayer moderierte Podiumsdiskussion, an der neben Nussel und Kirchner DStGB-Hauptgeschäftsführer André Berghegger, die 2. Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeisterin Dr. Birgit Kreß (Markt Erlbach) sowie der Landesschatzmeister des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeister Markus Reichart (Heimenkirch) teilnahmen, zeigte auf, dass Bürokratieabbau und Deregulierung im rechtsstaatlich verfassten Mehrebenensystem eine Herausforderung darstellt. So zitierte Hans-Peter Mayer einen seinen Vorgänger, der schon im Jahr 1965 beklagt hatte, mit gesetzlichen Regelungen wahrlich nicht unterversorgt zu sein.

Getragen war die Diskussion auch von der Einsicht, dass die kommunale Familie gemeinsam mit der Staatsregierung an einem Strang ziehen muss. Es gelte, die hohen Standards abzubauen und das Förderwesen zu vereinfachen. Bei Gesetzen dürfe nicht immer noch „draufgesattelt“ werden, die Kommunen benötigten Freiräume und dürften nicht mehr mit Zusatzaufgaben belastet werden. Überdies seien eine zielgerichtete Digitalisierung und der Einsatz von KI das Gebot der Stunde. Allerdings müssten auch die Bürger wieder mehr in die Pflicht genommen und zu mehr Eigenverantwortung herangezogen werden, so der Tenor. **DK**

Nanotechnologie punktet im Tiefbau:

PANMAX hinterlässt geringsten ökologischen Fußabdruck

Das bayerische Unternehmen Panmax mit Sitz in Lengdorf revolutioniert den Straßenbau. Zum Einsatz kommt dabei ein Verfahren aus der Nano-Technologie, mit dem sich Verkehrswege auf besonders umweltschonende und kostengünstige Art sanieren lassen. Im direkten Vergleich schlägt Panmax die herkömmlichen Prozeduren in Sachen „Ökologischer Fußabdruck" um Längen. Eine unabhängige technische Prüfung liefert den Beweis.

Vor über 20 Jahren entdeckten Wissenschaftler die Möglichkeit, mit handelsüblichem Zement und Nanopartikeln verschiedenste Bodenmaterialien zu stabilisieren. Damit war ein äußerst zukunftsträchtiges Verfahren im Straßenbau geboren. Für das Unternehmen Panmax, das sich sofort der vielversprechenden Technik verschrieb, stand nicht mehr der aufwändige Bodentausch im Fokus, sondern die Stabilisierung von Straßenkörper und Tragschichten. Das Know-how des bayerischen Tiefbauers empfiehlt sich speziell für den kommunalen Bereich. Inzwischen vertrauen viele Gemeinden auf diese hochwertige und schnelle Art der Sanierung von Straßen, Fahrradwegen, Parkplätzen, Wirtschaftswegen und Lagerflächen.

Kosten reduzieren und Umwelt schonen

Der öffentliche Sektor setzt bei den Budgets immer mehr den Rotstift an. Mit dem Verfahren von Panmax werden Baukosten gesenkt und Bauzeiten verringert. Zugleich wird eine deutlich längere Lebensdauer der so erneuerten Wege, Straßen und Plätze erreicht. Eine Reihe positiver ökologischer Aspekte kommt hinzu. So wird das vor Ort vorhandene Material vor Ort recycelt und mit einem Silizium-Polymeradditiv sowie Zement aufgepeppt. Das Resultat ist eine herausragende Tragschicht mit gesteigerter Tragfähigkeit, verbesserter Elastizität und hoher Frost- bzw. Taubeständigkeit. Die final aufgetragene Asphaltschicht kann reduziert werden. Selbst kontaminierte Böden können verarbeitet werden. Das ökologisch unbedenkliche Endprodukt, vollkommen frei von Mikroplastik, kann überdies in Umweltschutzzonen eingesetzt werden. Das Panmax-Verfahren wird



Geschäftsführer Andreas Paulus. ❒



Ob innerorts, bei Forst- und Güterwegen oder auch bei Bergstraßen: Das Panmax-Verfahren wird in zahlreichen Gemeinden in Bayern und Österreich eingesetzt (Kiefersfelden, Blick Richtung Wilder Kaiser). Bilder: www.edinger.cc

(auch innerorts) erfolgreich angewendet bei Straßen, Fahrradwegen, Parkplätzen, Wirtschaftswegen, bei der Untergrundverbesserung von Neubauten, bei Lagerflächen, Verladezonen und Container-Standplätzen. „Wir erreichen eine Kostenersparnis von bis zu 50 Prozent im Vergleich zu herkömmlichen Sanierungen", gibt sich Geschäftsführer Andreas M. Paulus sichtlich zufrieden über das bisher Erreichte.

Bei Ökologie vorne dabei

Eine Vergleichsrechnung beim ökologischen Fußabdruck, durchgeführt im Oktober 2024, attestiert der Tiefbau-Methode von Panmax beeindruckende Ergebnisse. Zum Test angetreten waren das innovative Panmax-Verfahren „Polymermodifizierte Zementstabilisierung plus Asphalt" (Schichtdicke 31 cm und 10 cm Kies-Bestand) sowie zwei konventionelle Methoden. Gemessen am Herausforderer Panmax wurden dabei die althergebrachte „Zementstabilisierung plus Asphalt" (Schichtdicke 31 cm und 10 cm Kies-Bestand) sowie der „Ungebundene Oberbau plus Asphaltdeckschichten" (Schichtdicke 63 cm). Das prüfende Unternehmen, die Homit Verkehrswegebau GmbH aus Oberösterreich, legte hierzu einen überzeugenden Bericht zum „ökologischen Fußabdruck" der drei Tiefbautechniken vor. Erfasst wurde das GWP (globales Erwärmungspotential) für alle Lebenszyklusphasen in kg CO2-Äqivalent pro Quadratmeter, gemittelt für ein Jahr (Bezugszeitraum 50 Jahre). Die Panmax-Nanotechnologie hinterlässt demnach einen Fußabdruck von 176,85 kg CO2-Äquivalent / Laufmeter (gerechnet auf 50 Jahre Lebensdauer), die beiden anderen Technologien kamen auf 262,31 kg CO2-Äquivalent / Laufmeter bzw. 320,55 kg CO2-Äquivalent / Laufmeter (gerechnet auf knapp 29 Jahre) Lebensdauer). Besonders interessant ist, dass für das Panmax-Verfahren im Vergleich zu den anderen Verfahren eine wesentlich längere Lebensdauer errechnet wurde (50 Jahre).

Daher emittiert das Panmax-Verfahren bis zu 45 % weniger kg CO2-Äquivalent pro Laufmeter Straße gegenüber den herkömmlichen Vollausbauverfahren.

Kontakt: www.panmax.de ❒

Regierungserklärung von Staatsministerin Gerlach:

Maßnahmenpaket für Bayerns Kliniken

In ihrer Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag hat Gesundheitsministerin Judith Gerlach ihre Pläne zur Unterstützung der Krankenhäuser vorgestellt. Um die Klinikversorgung im Freistaat fit für die Zukunft zu machen, habe die Staatsregierung ein großes Maßnahmenpaket aus sieben Punkten für die Krankenhäuser entworfen. „Wir unterstützen die Krankenhausträger dabei, die vor Ort passenden Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft zu finden", erklärte Gerlach.

Als akutes Problem identifizierte sie unter anderem die wachsenden Defizite bei den laufenden Betriebskosten. Für dieses Thema sei klar der Bund zuständig. Gerlach: „Leider weigert sich Bundesgesundheitsminister Lauterbach bislang, hier seiner Verantwortung gerecht zu werden. Bayern kann aber nicht zum Ausfallbürgen für den Bund werden." Auch wies die Ministerin darauf hin, dass Bayern bereits seit Jahren notwendige Umstrukturierungen bei Krankenhäusern unterstütze: „Wir haben früh angefangen, Weichen zu stellen.

Mit unserem 7-Punkte-Plan stellen wir nun ergänzende Instrumente zur Verfügung, damit sich die Kliniken auf den Wandel leichter einstellen können. Die Bundesregierung hat die Länder hingegen im Nebel tappen lassen und keine konkrete Auswirkungsanalyse vorgelegt." Laut Gerlach begleitet Bayern den notwendigen Anpassungsprozess der Kliniken aktiv – nicht nur mit Geld, sondern auch politisch und beratend. Dazu zählen:

1. Bereitstellung einer bayernweiten Datengrundlage zu den (voraussichtlichen) künftigen Leistungsangeboten der einzelnen Krankenhäuser: Der Freistaat hat auf Basis von Selbstauskünften der Kliniken für die Verantwortlichen vor Ort eine tragfähige und einheitliche Datengrundlage für deren Überlegungen zur künftigen Ausgestaltung der bayerischen Krankenhauslandschaft geschaffen. Diese Datengrundlage wird für Klarheit über das in der Region künftig zu erwartende Leistungsgeschehen sorgen.

2. Erstellung eines bayernweiten Gutachtens zur Prognose der künftigen Patientenzahlen: Bayern stellt ein bayernweites externes Gutachten zur Darstellung des aktuellen Versorgungsbedarfs und zur Prognose der künftigen Patientenzahlen zur Verfügung. Hierbei werden die Bevölkerungsentwicklung je nach Region und die weiter steigende Ambulantisierung der medizinischen Leistungen berücksichtigt. Damit wird eine einheitliche Basis für die Zukunftsüberlegungen der Krankenhausträger und ihre Vorgehensweise vor Ort geschaffen.

3. Veröffentlichung von Leitplanken („Matrix") für künftig vorzuhaltende medizinische Leistungsangebote und Anpassung der Vorhaltung von Rettungsmitteln: Den Krankenhausträgern werden Leitplanken für die künftig vorzuhaltenden Leistungsangebote in besonders wichtigen medizinischen Bereichen (beispielsweise Notfallversorgung oder Geburtshilfe) an die Hand gegeben. Bei Bedarf wird der Rettungsdienst einschließlich der Luftrettung mit Blick auf die veränderten Krankenhausstrukturen angepasst.

4. Finanzierung regionaler Struktur- oder Umsetzungsgutachten: Um die Krankenhausträger bei der Versorgung im ländlichen Raum zu unterstützen, finanziert die Staatsregierung den Krankenhausträgern Gutachten zur regional passenden Ausrichtung ihrer Versorgungsstrukturen. Der Freistaat stellt dafür 100 Millionen Euro für den Zeitraum 2024 bis 2028 bereit. Die bestehende Förderrichtlinie soll angepasst werden, insbesondere um bei den Gutachten auch weitere Kliniken – wie größere Kliniken sowie teilweise auch Kliniken in Verdichtungsräumen – zu berücksichtigen, die für die Versorgung des ländlichen Raums eine maßgebliche Rolle spielen.

5. Regionalkonferenzen zur Krankenhausstruktur: Der Freistaat geht aktiv auf Träger und kommunale Entscheidungsgremien zu und fordert diese zur Ausarbeitung und Umsetzung erforderlicher Strukturanpassungen im Rahmen von Regionalkonferenzen auf, wenn die vor Ort verantwortlichen Krankenhausträger nicht bereits Überlegungen zur Anpassung ihrer Klinikstrukturen anstellen. Dieser Dialogprozess kann durch einen externen Moderator organisiert und fachkundig begleitet werden.

6. Verstärkte politische Rückendeckung für Entscheidungsträger vor Ort: Bayern wird die Entscheidungsträger vor Ort bei der Umsetzung von tiefgreifenden Krankenhaus-Umstrukturierungen noch stärker politisch unterstützen. In besonders gelagerten Fällen wird daher die Staatsregierung die Ergebnisse von Umstrukturierungsüberlegungen, die mit erheblichen Veränderungen der gegenwärtig bestehenden Versorgungsangebote einhergehen, insbesondere bei gebietsübergreifenden oder in anderer Hinsicht systemrelevanten Neuordnungen, im Kabinett bestätigen und damit die vor-Ort-Verantwortlichen in ihrer getroffenen Entscheidung politisch unterstützen. Die grundsätzlichen Ver antwortlichkeiten, planerischen Verfahren usw. bleiben davon unberührt.

7. Keine Rückforderung von Fördermitteln bei Nutzungsänderungen: Der Freistaat wird Krankenhausträger im Falle einer Nutzungsänderung größtmöglich von der Rückzahlung noch nicht abgeschriebener Fördermittel entlasten, dabei ist jeder Einzelfall unter Beachtung des EU-Beihilferechts und der Art der Nachnutzung zu betrachten.

Nach Angaben der Ministerin ist Bayern auch bei den Investitionen vorbildlich aufgestellt. „So haben wir seit 2018 gemeinsam mit den Kommunen die Investitionen in die bayerischen Kliniken mit jährlich 643 Millionen Euro gefördert und auf dieser Grundlage alle notwendigen Projekte zeitgerecht finanziert. In diesem Jahr konnte der Etat sogar auf 800 Millionen Euro gesteigert werden.

Darüber hinaus stelle sich der Freistaat seiner Verantwortung für die Krankenhäuser mit einer aktiven und passgenauen Krankenhausplanung. Dabei setze er auf die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren. Viele Landkreise, so Gerlach, hätten sich bereits vor einiger Zeit auf den Weg gemacht und Maßnahmen ergriffen, um die Versorgung in ihrer Region anzupassen und zukunftsfest auszugestalten. Dies betreffe Regionen quer durch ganz Bayern: zum

(Fortsetzung auf Seite 6)

WIR KÖNNEN STRASSENBAU

BIS ZU 50 % GÜNSTIGER
als herkömmliche Straßensanierungen

✗ Gemeindeverbindungsstraßen
✗ Hofzufahrten ✗ Moosstraßen
✗ Bergstraßen ✗ Radwege
✗ Wirtschaftswege ✗ Güterwege
✗ Beton- und Betonpflasterstraßen
✗ Innerorts Straßen ✗ Parkplätze
✗ Industrie- und Logistikflächen

Die Lösung:
DAS PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

- Kostengünstig
- Hochwertige Ausführung
- Schnelle Verfügbarkeit der Straße
- Einsparung von aufwändigem Bodenaustausch
- Verarbeitung von kontaminierten Böden (technisch möglich)



PANMAX
Nanotechnologie im Tiefbau

Tel. +49–8083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

Folgen Sie uns auf Youtube!

Bayerischer Gemeindetag:

Bauamtsleiter- und Stadtbaumeister-Tagung in Gunzenhausen

Bereits zum 7. Mal fand die traditionelle Bauamtsleiter- und Stadtbaumeistertagung des Bayerischen Gemeindetags statt. Rund 200 Teilnehmer wohnten der in die praxisrelevanten Themenblöcke „Vergabe, Digitalisierung, Privates Baurecht", „Bauplanungsrecht, Städtebaurecht, Wohnen", „Aktuelles und Grundsätzliches" sowie „Best Practice" – Nachhaltige städtebauliche Entwicklung" gegliederten Veranstaltung bei.

In seiner Begrüßung plädierte Hans-Peter Mayer, seit 1. März 2024 geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, dafür, dass sich die Politik grundsätzlich klar machen müsse, welche Aufgaben der Staat in Zukunft noch übernehmen soll und wo mehr Eigenverantwortung von den Bürgern gefordert wird. Angesichts eines aktuellen 5 Mrd. Euro Defizits bei den Kommunen seien die Zeiten des allumsorgenden Staats vorbei, so Mayer.

Unter der Moderation von Gemeindetagsdirektor Matthias Simon zeigte Stadtbaumeister Moritz Reinhold praxisnah den Weg der Stadt Dachau zu einem neuen Flächennutzungsplan im X-Planung-Standard auf und wies darauf hin, dass für die Umsetzung in Technik und Personal investiert werden muss, um notwendiges Wissen in den Kommunen aufzubauen.

Mathias Reitberger, Fachanwalt für Verwaltungsrecht aus München, informierte die Zuhörer über aktuelle Entwicklungen aus dem Öffentlichen Baurecht, wie das 2024 in Kraft getretene Gesetz zur Stärkung der Digitalisierung in der Bauleitplanung, aber auch die anstehende BauGB-Novelle 2024. Matthias Simon erweiterte den Vortrag um Ausführungen zu der ebenfalls anstehenden BayBO-Änderung im Rahmen des Ersten Modernisierungsgesetzes Bayerns. Er sicherte zu, dass sich der Bayerische Gemeindetag weiter für den Erhalt der kommunalen Stellplatzsatzungen einsetzen werde.

Welche Wege beschritten werden müssen, um ein Wohnhaus Baujahr 1525 denkmalgerecht instand zu setzen, darüber berichtete Manfred Sandmeier vom Verein ProAltstadt Dinkelsbühl und dem Denkmalnetz Bayern. Der gelernte Schreiner hob vor allem die Bauarbeiten an dem Denkmal in der Elsasser Gasse hervor. Voller Stolz präsentierte er das bemerkenswerte Ergebnis: Die Kosten für die Erhaltung betrugen lediglich 2.100 Euro/qm Grundfläche.

„Einfach bauen in Zeiten von Wohnraummangel, Kostenexplosion und Klimakrise" lautete das Vortragsthema von Prof. Dipl.-Ing. Florian Nagler, Architekt und Lehrstuhlinhaber an der TU München.

Wie dieses „einfache" Bauen gelingen kann, vermittelte Nagler vor allem anhand bereits bewohnter Forschungshäuser in Bad Aibling. Dort gelte die Maxime „nachhaltig – dicht – einfach". Nagler zufolge sollte man „nur bauen, was man wirklich braucht".

Die Münchner Architektin Michaela Ausfelder präsentierte unter dem Titel „Bezahlbarer Wohnraum und die Einkommensorientierte Förderung des Freistaates Bayern" Planung, Bau und Wohnungsvergabe eines Mehrgenerationenhauses in Freising-Lerchenfeld. Sie erläuterte, wie es möglich war, 111 Wohneinheiten für eine Anfangsmiete von 8,50 Euro/qm zu realisieren. Grundrisspläne und Fotos aus dem Gebäudeinnern verdeutlichten die hohe erzielte Wohnqualität, die künftig für glückliche Mieter sorgen wird.

Was „Integrierte und strategische Innenentwicklung und Ortskernstärkung" für Uffing am Staffelsee bedeutet, fasste Erster Bürgermeister Andreas Weiß wie folgt zusammen: „Wir schauen, dass unser Dorf ein Dorf bleibt." Dafür sei ein Strauß an Maßnahmen und Planungen erforderlich, wie etwa Vorkaufsrechte nach dem sog. Weilheimer Modell, eine Ortsgestaltungssatzung, eine städtebauliche Rahmenplanung und ein Gemeindeentwicklungskonzept, dessen Ausarbeitung zweieinhalb Jahre dauerte, betonte Weiß. In diesem Zusammenhang stellte der Rathauschef auch die Bürgerbeteiligung als basisdemokratischen Eckpfeiler der Maßnahmen heraus.

Mit „Wärmeplanung konkret – Rechtsrahmen und Praxis" befasste sich Stefan Graf, Direktor des Bayerischen Gemeindetags, in einer Live-Schalte. Bereits Ende 2023 wurde das Wärmeplanungsgesetz vom Bundestag beschlossen. Durch Bundesgesetze dürfen Gemeinden laut Graf jedoch keine Aufgaben übertragen werden, so dass noch eine bayerische Umsetzungsregelung notwendig ist. Diese sei nun für die Jahreswende 2024/2025 angekündigt. Bis diese Umsetzungsregelung vorliegt, bleibe aber einiges im Unklaren, betonte der Verbandsdirektor. **DK**

Kampfmittelbelastung ernst nehmen

Grundstückseigentümer und Bauherren sind in der Pflicht

Auf Fliegerbomben, Panzerfäusten und Artilleriegranaten aus dem Zweiten Weltkrieg trifft man bei Bautätigkeiten oft. 126 Tonnen Kampfmittel wurden so letztes Jahr in Bayern aufgespürt und beseitigt. Innenminister Joachim Herrmann sieht jedoch keinen Grund für eine Entwarnung und appelliert an die Verantwortlichen, das Thema dauerhaft weiterzuverfolgen

Wer baut, haftet dafür, dass von dem Grund, in dem eingegriffen wird, keine Gefahr ausgeht. Sowohl Grundstückseigentümer als auch private Bauherren haben deshalb dafür Sorge zu tragen, die mögliche Gefahr von Kampfmitteln überprüfen und vorhandene Kampfmittel beseitigen zu lassen. Dies sollte im Vorfeld, also vor dem eigentlichen Baubeginn passieren.

Bei Breitbandausbau und Erschließung von Gewerbegebieten, Sportplatzerneuerungen oder Schul- und Kitaerweiterungen stehen Städte und Gemeinden im Fokus des öffentlichen Interesses. Die Klärung aller Fragen an ein Grundstück ist deshalb oberste Sorgfaltspflicht. Nicht nur in Sachen Kampfmittelgefahr schafft das Vorteile. Wer vorerkundet, gewinnt Planungssicherheit und vermeidet einen plötzlichen Baustellenstillstand wegen eines überraschenden Bombenfunds. Dieser würde jeden Tag richtig viel Geld Kosten. Für die am Bau tätigen Menschen wird zudem Vorsorge getroffen, denn zum verantwortungsvollen Bauen gehört die Umsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen.

Fachfirmen sind erste Ansprechpartner

Als anerkannte Vorgehensweise hat sich ein aus drei Schritten bestehendes Verfahren etabliert: Vorerkundung, Sondierung, Kampfmittelbeseitigung. Dabei führen die ersten beiden Schritte zumeist privatwirtschaftliche Fachfirmen durch. Lediglich die Kampfmittelbeseitigung inklusive notwendiger Sprengungen erfolgt hoheitlich durch Spezialisten der jeweiligen Bundeslandbehörde, in Bayern eine vom Ministerium betraute Spezialfirma.

Der erste Schritt, die sogenannte Vorerkundung, kann Wochen oder Monate vor Baubeginn durchgeführt werden. Das bringt den Verantwortlichen Klarheit in der Frage, ob eine Sondierung notwendig ist oder nicht, und schützt so vor unliebsamen Überraschungen oder kostspieligen Bauverzögerungen. Denn eine anschließende Sondierung braucht Zeit, erfolgt abgestimmt auf den Befund und verlangt unterschiedlichen Geräteeinsatz und Methoden. Nach einer Bombe wird anders sondiert als nach Munition aus Bodenkämpfen.

Detektivarbeit durch Spezialisten

Die Vorerkundung ist eine Fernerkundungsmethode, bei der historische Luftbilder ausgewertet werden, die die Alliierten vor und nach Luftangriffen aufgenommen haben. Flankiert wird dies von einer historischen Recherche, die Militärakten, Angriffsreporte, Ortschroniken und viele weitere Quellen auf Hinweise zu den ortsrelevanten Kriegsereignissen durchforstet. Hier ist viel Erfahrung seitens der Luftbildauswertung von großem Vorteil und die Zusammenarbeit mit den Historikern bringt Ergebnisse mit hoher und belastbarer Aussagekraft. Darauf spezialisierte Fachfirmen wie etwa die LBA Luftbildauswertung in Stuttgart, die Dr. Carls Luftbilddatenbank in Würzburg und die Bullinger GmbH in Bamberg arbeiten nach diesem Verfahren.

Die Luftbildauswerter räumen auch mit dem Irrglauben auf, Bomben lägen immer nur in der Nähe von Industrie und Bahnhöfen. Cluster von Bombenkratern mitten im Feld oder Hunderte von Metern vom damaligen Stadt- oder Ortsrand entfernt, sind keine Seltenheit. Schließlich flogen die Bomber damals auf Sicht, wurden häufig angeschossen und mussten vor dem Erreichen ihres eigentlichen Ziels ihre Bombenladung abwerfen.

Kosten für Entsorgung übernimmt der Freistaat

Für die Einschätzung und Überprüfung der unbekannten Gefahrenlage hat der Grundstücksbesitzer oder der Bauherr die Kosten zu übernehmen. Die Kosten für Bergung, Abtransport oder, wenn erforderlich, die Evakuierung wegen kontrollierter Sprengung übernimmt in jedem Fall der Freistaat Bayern. ❒

Grundsteinlegung in Sparneck

H2i startet Bau von 1.800 geförderten Wohnungen in Bayern

Die H2i Asset Management GmbH hat den feierlichen Spatenstich für ihr umfangreiches Wohnbauprojekt im Rahmen des bayerischen EOF-Programms (Einkommensorientierte Förderung) gefeiert. Der Startschuss in Sparneck markiert den Beginn eines ambitionierten Vorhabens, bei dem insgesamt 1.800 Wohnungen an 45 Standorten in Bayern entstehen werden. Die erste Grundsteinlegung in der Talstraße umfasst 39 Wohnungen mit insgesamt 2.900 Quadratmetern Wohnfläche und wird bis Sommer 2025 fertiggestellt.

„Mit dem Projekt in Sparneck beginnt die Realisierung von über 1.800 dringend benötigten, bezahlbaren Wohnungen, die wir in den kommenden Jahren in ganz Bayern schaffen werden. Unser Ziel ist es, den ländlichen Raum zu stärken und dort bezahlbaren Wohnraum zu bieten, wo er dringend gebraucht wird", erklärt Tilman Hickl, Geschäftsführer der H2i Asset Management GmbH.

Das Projekt in Sparneck ist Teil eines größeren Programms, das sich gezielt auf ländliche Regionen wie u.a. Rehau, Hof und Schwabach konzentriert. Das EOF-Programm unterstützt dabei sowohl Bauherren als auch Mieter durch zinsgünstige Darlehen und Mietzuschüsse, um die Mieten für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen auf einem erschwinglichen Niveau zu halten.

Nachhaltige Bauweise für schnelle Realisierung

Das Wohnprojekt in Sparneck wird in modularer Holz-Hybrid-Bauweise errichtet, die eine schnelle Bauzeit ermöglicht und gleichzeitig besonders umweltfreundlich ist. „Nachhaltigkeit und Effizienz stehen bei unseren Projekten im Vordergrund. Mit der Holz-Hybrid-Bauweise reduzieren wir den ökologischen Fußabdruck und können den Bau bezahlbarer Wohnungen in kürzester Zeit realisieren", so Hickl weiter.

Starke Partnerschaften vor Ort

Die Veranstaltung in Sparneck wurde gemeinsam mit dem Bürgermeister der Marktgemeinde Sparneck Daniel Schreiner, dem Landrat des Landkreises Hof Dr. Oliver Bär und Pfarrerin Johanna Bernstengel gefeiert. „Die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern ist ein Schlüsselfaktor für den Erfolg unserer Projekte. Gemeinsam können wir Wohnraum schaffen, der nicht nur bezahlbar, sondern auch nachhaltig ist", betont Hickl.

Über H2i Asset Management GmbH

Die H2i Asset Management GmbH wurde 2019 mit einem Fokus auf den deutschen und nordamerikanischen Markt gegründet. Mit zwei Standorten in München und Hamburg ist H2i Brückenbauer zwischen institutionellen Investoren und Projektentwicklern. Das Unternehmen stellt Lösungen für den gesamten Lebenszyklus der Immobilie zur Verfügung: von Mezzanine-Konstruktionen und Joint Ventures in der Projektentwicklungsphase über Forward Sales oder Forward Fundings bis zur Bestandshaltung für Dritte. ❒

Maßnahmenpaket für...

(Fortsetzung von Seite 5)

Beispiel die Landkreise Neu-Ulm oder Freyung-Grafenau, aber auch die Landkreise Mühldorf und Altötting, die gemeinsame Konzepte entwickelten. In teils schmerzhaften Prozessen hätten diese Kommunen nach einer gründlichen Analyse entschieden, Doppel- oder gar Dreifachvorhaltungen derselben stationären Angebote an mehreren Standorten innerhalb des Landkreises abzubauen. „Das heißt konkret: Konzentrierung an einem Standort und dadurch aber auch, dass dieser Standort dauerhaft gestärkt und in der Versorgungsqualität zum Teil sogar weiter aufgewertet wird", machte Gerlach deutlich. An manchen Standorten seien die stationären Leistungen bedarfsgerecht reduziert worden, aber oft bei gleichzeitigem Ausbau der ambulanten Notfallversorgung. Vor allem, wenn sich Klinikträger zu größeren Verbünden zusammengeschlossen hätten, sei es gelungen, solche Abstimmungen landkreisübergreifend über mehrere Kommunen hinweg vorzunehmen.

Besonders konsequent sei diesen Weg der Konzentration beispielsweise der Landkreis Main-Spessart gegangen. In einem konstruktiven Dialog wurde entschieden, die stationäre Versorgung für die Region von ehemals drei Standorten in einem zentralen Klinikneubau in Lohr zu konzentrieren. Hierdurch würden nicht nur unwirtschaftliche Mehrfachvorhaltungen und bestehende Überkapazitäten abgebaut, sondern auch die medizinische Qualität der Versorgung durch stärkere Profilbildung verbessert. Der Freistaat unterstütze diesen Weg weitreichend mit der Investitionskostenförderung. Mit Blick auf Bayerns Strategie im weiteren Gesetzgebungsprozess des Bundes erklärte die bayerische Gesundheitsministerin: „Da Bundesminister Lauterbach und auch die Ampelkoalition im Bundestag bislang die zentralen Forderungen und Vorschläge der Länder zur Krankenhausreform des Bundes weitestgehend ignoriert haben, werde ich mich im Bundesrat dafür einsetzen, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Das ist die letzte Chance, dringend notwendige Änderungen nachzuverhandeln, um die für die Bundesländer wichtigen Änderungen zu erreichen."

Nach Angaben des Vorsitzenden der Freie Wähler-Landtagsfraktion Florian Streibl sind bundesweit derzeit 70 Prozent der Krankenhäuser ernsthaft besorgt um ihre Existenz – und auch im Freistaat sei die Lage dramatisch. „Wir Freien Wähler wollen keine Zweiklassengesellschaft bei der Gesundheitsversorgung. Wir lassen nicht zu, dass Stadt und Land gegeneinander ausgespielt werden. Eine schnelle medizinische Behandlung muss allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen – nicht nur jenen, die in Metropolregionen leben", unterstrich Streibl.

Bei der Krankenhausplanung müssten gewachsene Strukturen mit realen Versorgungsbedarfen in Einklang gebracht werden. Die Krankenhausreform sollte Streibl zufolge u.a. dazu genutzt werden, die Pflege zukunftsorientiert aufzustellen – im Sinne aller Patientinnen und Patienten: „Pflegefachliche Expertise muss in Entwicklung und Strukturvorgaben der Krankenhausreform fest integriert werden und der Bund muss dafür die Weichen richtig stellen. Pflegequalität muss ein Kriterium für die Zuordnung zu Leistungsgruppen sein. Eine Klinik, die Spitzenmedizin leisten will, kommt ohne hohe Pflegequalität nicht aus. Dazu gehören für mich zwingend sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen, die unter pflegerischer Leitung stehen. Nur auf diese Weise werden wir älteren, multimorbiden Patienten auch eine gute Genesungszeit ermöglichen können."

Der Grünen-Sprecher für Gesundheit und Pflege Andreas Hanna-Krahl wies darauf hin, dass seine Partei seit langem eine vorausschauende und transparente Krankenhausplanung fordere. „Jetzt müssen umgehend passgenaue Regelungen geschaffen werden, um damit regionale Unterversorgungen, Mehrfachvorhaltungen und Fehlversorgung aufzudecken und zu reduzieren. Außerdem müssen die Chancen der Bundesreform genutzt und sektorübergreifende Einrichtungen konsequent gestärkt werden.

AfD-Gesundheitssprecher Andreas Winhart bezeichnete die von Staatsministerin Gerlach vorgeschlagenen Maßnahmen als unzureichend und forderte eine Bestandsgarantie für alle öffentlichen Klinikstandorte in Bayern. Statt einer Anpassung an die Reform der Bundesregierung, die ein Desaster für Bayern darstelle, sei eine regionale Krankenhausversorgung erforderlich.

Die finanzielle Schieflage der Krankenhäuser führt SPD-Gesundheitssprecherin Ruth Waldmann auf die nach ihrer Ansicht „seit Jahren unzureichenden Investitionen der Staatsregierung" zurück und plädierte dafür, die Finanzierungsgrundlage zu ändern. 80 Prozent der Kliniken rechneten heuer mit roten Zahlen. **DK**

Zwei neue staatliche Gymnasien in München

Finanzminister Albert Füracker und Kultusministerin Anna Stolz haben dem Antrag der Landeshauptstadt München für zwei neue staatliche Gymnasien in München zugestimmt. Mit Freiham Nord und Langwied/Dreilingsweg handelt es sich um Standorte im Westen von München.

„In München schaffen wir für unsere Schülerinnen und Schüler dringend benötigte Plätze in modernen Lernumgebungen… Rund ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens des Freistaats fließt in die Bildung – eine starke Investition in die Zukunft unseres Landes!", freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

„Wir rechnen damit, dass in den nächsten Jahren die Zahl der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten im Gesamtraum München deutlich zunehmen wird – unter anderem wegen der demografischen Entwicklung und der Einführung des neuen G9. Die zwei zusätzlichen staatlichen Gymnasien unterstützen die bereits bestehenden Gymnasien. Durch sie können wir unseren Schülerinnen und Schülern auch in Zukunft eine gute Basis für ihre Schullaufbahn in der Landeshauptstadt bieten", betont Kultusministerin Anna Stolz.

Gründe für die Neuerrichtung

Ausschlaggebend für die geplante Neuerrichtung waren die aktuelle Überbelastung der infrage kommenden aufnehmenden Gymnasien, die demografische Entwicklung in den relevanten Bezirken, die Einführung des neuen neunjährigen Gymnasiums sowie die prognostizierte weitere Erhöhung bei den Übertrittszahlen. Die beiden Gymnasien wurden auch deswegen nötig, weil die Erweiterungsmöglichkeiten für die bereits bestehenden benachbarten Gymnasien in Bälde erschöpft sein werden. ❒

Neuerscheinung:

Nachhaltige Kulturkommunen. Praxis und Perspektiven kommunaler Kulturförderung in Bayern

Von Dr. Christine Fuchs, Leiterin STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.

Das Netzwerk STADTKULTUR Bayern legt eine neue Broschüre mit dem Titel „Nachhaltige Kulturkommunen. Praxis und Perspektiven kommunaler Kulturförderung“ vor. Die Publikation zielt darauf, die Relevanz der Kulturarbeit sichtbar zu machen und den Stellenwert von Kultur und Bildung in unserer Gesellschaft zu unterstreichen. Die zehn darin vorgestellten Mitgliedskommunen – Ansbach, Augsburg, Burghausen, Ingolstadt, Kempten, München, Nürnberg, Regensburg, Schwabach und Würzburg – zeigen, wie vielschichtig und anspruchsvoll die Kulturarbeit in den Kommunen ist und dass sich kulturelle Qualität und Klimatauglichkeit nicht widersprechen, sondern – im Gegenteil – zusammengehören.

Das Netzwerk der bayerischen Städte STADTKULTUR ist ein Verband von derzeit knapp 60 Kommunen, die seit 50 Jahren im Bereich der Kultur und Bildung zusammenarbeiten. Die Städte und Gemeinden unterstützen sich darin, Kultur in Qualität und Vielfalt zu fördern, stellen sich den Herausforderungen der Zeit und setzen in gemeinsamen Projekten neue Impulse. So befasste sich das jüngste landesweite Städtefestival unter dem Titel „Kunst.Klima.Kunst“ mit der Kulturarbeit im Klimawandel und ging dieser in verschiedenen künstlerischen Ansätzen nach.

Schwerpunkte

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit bilden aktuelle Schwerpunktthemen im Städtenetzwerk, ebenso wie die Kulturelle Bildung, die Digitalisierung, Diversität und Identität sowie der Bereich der Stadtentwicklung und das Thema Demokratie als kulturelle Aufgabe.

Die Broschüre „Nachhaltige Kulturkommunen“ stellt diese Themen an vielen Beispielen vor. Sie machen deutlich, wie komplex die Arbeit der Kulturverwaltungen ist, wie dynamisch kommunale Kultur agieren kann – und oft auch muss. Die Themen und Gestaltungsmöglichkeiten der Kulturabteilungen sind vielfältig und der Kulturarbeit vor Ort kommt eine große gesellschaftliche Verantwortung zu: für das Erlernen alter und neuer Handlungsweisen, für Wertschätzung und Wertewandel, für Gemeinschaftsbildung, Resilienz, Umdenken und vieles mehr. Die Beispiele aus den Städten belegen auch, dass sich kulturelle Qualität und Klimatauglichkeit nicht widersprechen, sondern – im Gegenteil – zusammengehören.

Die Nürnberger Bürgermeisterin Prof. Dr. Julia Lehner verweist in ihrem Grußwort darauf, dass Kommunen vielfach ein gutes Beispiel dafür geben, wie die Zukunftsfähigkeit unserer Lebenswelt zu gewährleisten ist und dass gerade dem Kunst- und Kulturbereich dabei ein innovatives Voranschreiten innewohnt.

Neuer Vorstand

STADTKULTUR Bayern setzt sich unter Leitung des seit Ende September 2024 neu amtierenden Vorstands des Vereins mit seiner Arbeit für gelingende gesellschaftliche Transformationsprozesse ein. In der Broschüre finden sich dazu Statements von Jürgen K. Enninger, neuem Vorstandsvorsitzenden und Augsburger Referenten für Kultur, Welterbe und Sport, Sandra Hoffmann-Rivero, neue zweite Vorsitzende und Schwabacher Kulturamtsleiterin, den Vorstandsmitgliedern Frank Büschel, Friedberger Kulturamtsleiter, und Jörg Fabig, Aschaffenburger Kulturamtsleiter, sowie von den Beiratsmitgliedern Anton Biebl, Münchner Kulturreferent, Wolfgang Dersch, Regensburger Kulturreferent, Martin Fink, Kemptner Kulturamtsleiter, Annekatrin Fries, Nürnberger Kulturamtsleiterin, und Nadja Wilhelm, Ansbacher Kulturamtsleiterin. ❐



Neuer Vorstand STADTKULTUR (v.l.): Frank Büschel, Dr. Christine Fuchs, Jürgen Enninger, Sandra Hoffmann-Rivero, Jörg Fabig, Sabine Guhl. Bild: Dr. Johanna Vocht

Internationale Fachkonferenz Nachtkultur:

„Stadt Nach Acht“ Transformation der Nacht

Kürzlich fand die internationale Fachkonferenz zur Nacht- und Clubkultur „Stadt Nach Acht“ zum siebten Mal statt. Erstmals wurde sie von Augsburg als bayerischer Kommune ausgerichtet. Organisiert wurde die Konferenz von der LiveMusikKommission e.V., dem Bundesverband der Musikspielstätten in Deutschland LiveKomm, in Kooperation mit der Initiative Musik gGmbH und gefördert durch die Stadt Augsburg und den Bezirk Schwaben.

Im diesjährigen Schwerpunkt widmet sich die interdisziplinäre Nightlife-Konferenz den zentralen Themen der Nachtkultur: Nachtökonomie, Gesundheit und Sicherheit, Kultur der Nacht und Stadtentwicklung aus der Sicht von Städten im Miteinander der nahen Millionenmetropolen und Städten mit großen Wechselwirkungen in den ländlichen Raum. Das vielfältige Programm bringt Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Clubkultur, Musikwirtschaft, Nachtökonomie, Gesundheit, Stadtentwicklung, Politik und Verwaltung zusammen.

Kulturreferent Enninger: „Nachtleben ist wichtiger Standortfaktor“

Jürgen K. Enninger, Kulturreferent der Stadt Augsburg, stellte die Konferenz in der Sitzung des Kulturausschusses am 1. Juli vor. „Sie ist ein wichtiger Impuls für die Transformation von Kommunen hin zu einem Verständnis des Nachtlebens als bedeutenden Standortfaktor. Clubs und Musikspielstätten leisten einen wertvollen Beitrag für eine lebendige, bunte und lebenswerte Stadtgemeinschaft“, so Enninger. „Mit der internationalen Fachkonferenz in Augsburg diskutieren wir zukunftsweisende Themen der Stadtentwicklung und ökonomische Herausforderungen und bringen Politik, Verwaltung und Kulturschaffende auf Augenhöhe zusammen.“

Kritik an Entwurf zur Lärmschutznovelle

Zwei Tage lang behandelte die Konferenz „Stadt nach Acht“ zentrale Fragen des Nachtlebens. Rund 100 internationale Fachleute diskutierten mit etwa 300 Teilnehmern in über 20 Panels, Talks und Workshops Themen wie etwa die Anerkennung von Musikclubs innerhalb der Baunutzungsverordnung und die Novelle der Technischen Anleitung für Lärm (TA Lärm), die aktuell Kultur-Emissionen mit Industrielärm gleichsetzt. „Der vorgelegte Entwurf zur Lärmschutznovelle verfehlt das Ziel, Kultur zu schützen und moderne Stadtentwicklung zu fördern. Hier müssen wir ansetzen“, sagte Axel Ballreich, Vorsitzender der LiveKomm. „Wir freuen uns, die Konferenz in Augsburg auszurichten, zukunftsfähige Themen weiterzuverfolgen und danken der Initiative Musik gGmbH, besonders Katja Lucker, sowie der Stadt Augsburg und dem Popularmusikbeauftragten des Bezirks Schwaben, Maximilian Schlichter, für die Unterstützung und Kooperation“, ergänzt Ballreich.

Geändertes Ausgehverhalten und wirtschaftlicher Druck

Ein weiteres zentrales Thema ist der ökonomische Wandel der Branche, die durch ein geändertes Ausgehverhalten und den Fachkräftemangel geprägt ist. Der wirtschaftliche Druck nimmt zu und das Gefälle zwischen Stadt und Land wächst. Die Konferenz setzte sich daher auseinander, wie sich das kulturelle Leben künftig auch jenseits der Metropolen gestalten kann. Demokratiebildung, Clubkultur und Nachtleben als verbindende Elemente für Gemeinschaft gewinnen an Bedeutung. Es wurde erörtert, wie Konzepte zur Diversität und Wege zu einem sichereren Nachtleben entwickelt werden können.

„Diese Fragen und Herausforderungen betreffen auch Augsburg. Wir als Club- und Kulturkommission Augsburg wollen diese Themen aufgreifen und gemeinsam mit der Stadt Augsburg spezifische Lösungsvorschläge entwickeln und in den Dialog auf Augenhöhe treten“, so Sebastian Karner, Vorsitzender der Club- und Kulturkommission Augsburg e.V.

Ziel ist es, die Konferenz in den Clubs und Musikspielstätten Augsburgs stattfinden zu lassen. Die Club- und Kulturkommission Augsburg fungiert dabei mit ihrer Netzwerkfunktion als starker Partner. Sie öffnet Türen und führt das Organisationsteam der LiveKomm aus Hamburg und Berlin mit der lokalen Szene zusammen. Des Weiteren führte der Bundesverband LiveKomm am Vorabend der Konferenz seine Jahresdelegiertenversammlung in Augsburg durch, um sein Netzwerk zu stärken und mit Akteurinnen und Akteuren in den Austausch zu gehen.

Eine ebenfalls tragende Rolle nahm die Club- und Kulturkommission bei der Ausgestaltung der Panels, Talks und Workshops ein. Partizipativ wurden die Bedürfnisse und Herausforderungen der lokalen Szene herausgearbeitet und in das Programm eingeflochten.

Die „Stadt Nach Acht“ ist ein Kooperationsprojekt der Initiative Musik gGmbH. Die Fachkonferenz wird mit bis zu 100.000 Euro durch Projektmittel der Beauftragten für Kultur und Medien in der Infrastrukturförderung der Initiative Musik unterstützt. Zusätzlich steuert die Stadt Augsburg bis zu 70.000 Euro bei. Zudem besteht eine Kooperation mit dem Popularmusikbeauftragten des Bezirks Schwaben.

Die LiveMusikKommission e.V. (kurz LiveKomm) ist der Bundesverband der Musikspielstätten in Deutschland und repräsentiert mehr als 730 Musikclubs und Festivals in über 100 Städten und Gemeinden. Ihre Mitglieder gehören zu den größten Anbietern lokaler Kulturveranstaltungen, des städtischen Tourismus sowie der deutschen und internationalen Talentförderung. ❐

Unternehmensstandort Bad Reichenhall:

Kurstadt mit Kaufkraft

Der oberbayerische Wirtschaftsraum Bad Reichenhall will künftig noch attraktiver werden für Handel, Gastronomie und Dienstleister, aber auch produzierende Unternehmen sowie Start-ups. Für potentielle Neuansiedlungen resultiert aus der Lage inmitten der Metropolregion Salzburg eine kaufkräftige Klientel, und das bei fairen Mieten: 72 Prozent der Gewerbe-Immobilien liegen preislich im Durchschnitt oder darunter. Neben soziodemographischen und volkswirtschaftlichen Vorteilen wie einem großen Einzugsgebiet punktet die von den Berchtesgadener Alpen umgebene Kreisstadt nicht zuletzt dank ihrer zwei Kilometer langen und vom Element Wasser geprägten Fußgängerzone mit top Infrastruktur, kurzen Wegen und hoher Lebensqualität – für Urlauber, Kurgäste, Besucher und Einwohner, vor allem aber für Geschäftstreibende.

In Bad Reichenhall gibt es ein breit gefächertes Spektrum an Firmen unterschiedlichster Branchen. Zu den Big Playern zählen unter anderem die Südwestdeutschen Salzwerke AG (337,6 Mio. Euro Jahresumsatz), die Schokoladenfabrik Reber (40 Mio. Euro Jahresumsatz) sowie der Taschengroßhändler Sieber, mit 30 Mio. Euro Jahresumsatz einer der größten seiner Art in Europa. Der Familienbetrieb in elfter Generation ist seit 1947 in Bad Reichenhall ansässig und gehört zu den Top-Unternehmen im DDW-Ranking der wichtigsten Mittelständler Deutschlands.
Doch auch eine Reihe von kleinen und mittleren Betrieben sind in Bad Reichenhall ansässig, darunter etwa die Schreinerei Haas, Polstermöbel Fischer oder das 6.000 Quadratmeter große Kaufhaus Juhasz, ausgezeichnet mit dem German Design Award. Aufgrund ihrer Tradition als Kurstadt samt entsprechendem Kundenkreis gilt der Standort auch als attraktiv für die Gesundheitsbranche: Die Naturheilmittel-GmbH Balneo oder der pharmazeutische Erzeuger „Lagubo“ machen es seit Jahrzehnten erfolgreich vor.

Gut beraten. Dem fairen Gewerbesteuerhebesatz von 380 Prozent ist zu verdanken, dass die Fluktuation der Geschäftsleute in der Alpenstadt gering und die Attraktivität für Einzelhändler hoch bleibt. Als kompetenter Ansprechpartner beim Finden geeigneter Immobilien sowie für Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Events und Kampagnen fungiert das Stadtmarketing. Auf dessen b2b-Website ist unter anderem das Standortportal des Berchtesgadener Land Wirtschaftsservice verlinkt, das einen ersten Überblick bietet. Aktuelle Infos und Beratung erhalten interessierte Unternehmen über Maren Hauke, +49 8651 7151126 oder m.hauke@bad-reichenhall.de.

Starkes Netzwerk, positive Synergien

Eine Vielzahl von Start-ups und Technologieunternehmen bereichern Bad Reichenhalls Wirtschaft und verbessern gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen in der Region. Gründer werden seitens des Stadtmarketings tatkräftig unterstützt, unter anderem durch Beratungen zu staatlichen Förderprogrammen oder zu diversen starken Partnern. Ein aktives Netzwerk, bestehend aus dem Berchtesgadener-Land-Wirtschaftsservice, dem Reichenhaller Unternehmerforum, dem Kulturnetzwerk und vielen weiteren lokalen Akteuren, schafft positive Synergien und lukrative Kooperationsmöglichkeiten. Dabei prägt das gute Geschäftsklima nicht nur die Betriebe entlang der zwei Kilometer langen Fußgängerzone, sondern dank der kurzen Wege auch außerhalb der Innenstadt.

Treue Kunden

Die passenden Zahlen können sich sehen lassen: 1,3 Millionen Tagesgäste besuchen jährlich die 21.378-Einwohner-Stadt mit dem zum Staatsbad gehörigen Bayerisch Gmain, knapp eine Million bleibt über Nacht. Hinzu kommen 500.000 Personen aus einem Einzugsgebiet von 60 Kilometern. Insgesamt wird eine Jahresfrequenz von 4,7 Millionen Besuchern allein in der Innenstadt generiert, die dem Einzelhandel ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit stetig wachsender Flächenproduktivität von derzeit knapp 4.000 Euro pro Quadratmeter beschert.

Diese Entwicklung bestätigen auch die ortsansässigen Geschäftstreibenden: „In der Stadt ist eigentlich immer etwas los. Davon profitieren wir als Händler natürlich sehr“, so Britta Fischer, Geschäftsführerin Thalia Buch. Tom Gleinig, Inhaber von Menzel’s Wohndesign, ergänzt: „Unsere kaufkräftigen Stammkunden kommen aus einem Umkreis von über 200 Kilometern nach Bad Reichenhall und zu uns.“

Weitere Infos in der neuen Broschüre „Chancen & Möglichkeiten – Wirtschaftsstandort Bad Reichenhall“ unter www.bad-reichenhall.de/emags/Standortbroschuere2024. ❐





Bayerns Bauminister Christian Bernreiter gemeinsam mit Umweltminister Thorsten Glauber mit den Preisträgern des Bayerischen Ideenwettbewerbs. Bild: stmuv

Sorgsamer Umgang mit kostbaren Rohstoffen

Preise beim Bayerischen Ideenwettbewerb für nachhaltigen Einsatz von Bauteilen und Recyclingmaterialien

Vier Preisträger des Bayerischen Ideenwettbewerbs für den nachhaltigen Einsatz von Bauteilen und Recyclingmaterialien im Bausektor haben Bayerns Bauminister Christian Bernreiter und Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber prämiert.

Bei der Preisverleihung in München betonte der Umweltminister: „Der sorgsame Umgang mit kostbaren Rohstoffen ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen vorhandenes Rohstoffpotenzial noch besser nutzen und schützen. Der Bausektor hat hier eine Schlüsselrolle. Rund ein Drittel der weltweiten Ressourcen werden beim Bauen verbraucht. Gleichzeitig entstehen beim Bauen enorme Abfallmengen. Diese Entwicklung wollen wir bremsen: durch mehr Kreislaufwirtschaft und bessere Rückführung von Bauteilen und Abfällen in den Bauzyklus. Unser Bayerischer Ideenwettbewerb ist ein eindrucksvoller Beweis, wie es gehen kann – aus der Praxis für die Praxis. Die prämierten Ideen sind bereits erfolgreich erprobt und Impulsgeber für umweltverträgliches Bauen."

Innovative Branche

Bernreiter ergänzte: „Die prämierten Projekte zeigen eindrucksvoll, wie innovativ und zukunftsweisend die bayerische Baubranche ist. Neben dem Erhalt unserer Bauwerke ist die Kreislaufwirtschaft enorm wichtig für das Bauen von morgen. Rohstoffknappheit und Engpässe in den Lieferketten gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Gerade im Bausektor gibt es enorme Chancen für mehr Ressourcen- und Klimaschutz.

Die ausgezeichneten Ideen sind nicht nur umweltfreundlich, sondern auch wirtschaftlich attraktiv. Sie beweisen, dass nachhaltiges Bauen und Kosteneffizienz Hand in Hand gehen können. Damit stärken wir nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit des Bausektors in Bayern."

Potenziale erschließen

Mit dem Bayerischen Ideenwettbewerb wirbt der Freistaat für den verstärkten Einsatz von Recycling-Baustoffen im Rahmen seiner „Mission RC20/25 – Bayern baut auf Umweltschutz!". Der Ideenwettbewerb geht auf einen Beschluss der Staatsregierung für den verstärkten Einsatz von Recycling-Baustoffen zurück und zielt darauf ab, das Potenzial von Recycling-Baustoffen zu erschließen. Teilnehmen konnten insbesondere Unternehmen aus der Baubranche, Forschungseinrichtungen, Planende und Architekten mit Firmensitz in Bayern. Die Preisträger erhalten jeweils eine Prämie in Höhe von 1.500 Euro, ein Schild, ein digitales Signet und eine Urkunde.

Die Preisträger

Eigner Bauunternehmung GmbH

„Concrete Lightweight Ceiling" heißt ein Verfahren, das 3D-gedruckte Betonsegmente als integrierte Aussparungskörper in Anlehnung an das statische System einer Stahlbetonrippendecke nutzt. Die betongedruckten, aneinandergereihten Hohlkörper führen zu einer signifikanten Materialeinsparung von 40 Prozent weniger Beton und 30 Prozent weniger Betonstahl. In Verbindung mit dem Einsatz von CO2-optimiertem R-Beton gelang eine Einsparung von insgesamt 35 Prozent weniger CO2 gegenüber einer ursprünglich geplanten Stahlbetonflachdecke. Beton wird nur dort eingesetzt, wo es die Tragstruktur und die Lastableitung verlangen. Das vereinfacht und beschleunigt die Arbeit auf den Baustellen und sorgt für großes Einsparpotenzial bei Material, Arbeitsaufwand und CO2.

PST Spezialtiefbau Süd GmbH

Das Unternehmen PST Spezialtiefbau Süd GmbH hat sich auf die Verwendung von R-Beton fokussiert. Durch die Herstellung des Betons mit rezyklierter Gesteinskörnung und klinkerreduzierten Zement in der mobilen Mischanlage vor Ort können nachweislich bis zu 25 Prozent an Treibhausgasemissionen eingespart werden. Durch die hundertprozentige Verwendung von mineralischem Abbruchmaterial als recycelte Gesteinskörnung können wertvolle Ressourcen wie Sand und Kies geschont und ein Teil des Abfallstroms wieder dem technischen Kreislauf sinnvoll zugeführt werden. Aufgrund einer erfolgreichen Testreihe wurde PST Spezialtiefbau Süd GmbH mit der Herstellung einer überschnittenen Bohrpfahlwand in München beauftragt. Hierfür wurden 5000 Kubikmeter R-Beton vor Ort hergestellt und eingebaut. Da vor allem in Städten wie München lange Wartezeiten auf Betonmischer keine Seltenheit darstellen, können durch die mobile Herstellung Wartezeiten reduziert und der Verkehr entlastet werden.

Dr. Schütz Ingenieure – Beratende Ingenieure im Bauwesen PartG mbB

Durch innovative Ingenieurmethoden konnten 50.000 Quadratmeter Remy-Decken erhalten werden. Aufgrund von Lastveränderungen und in großem Umfang neuen Durchbrüchen ging im Rahmen der Generalsanierung der GOB-Kaserne in Sonthofen (1930er Jahre erbaut) der Bestandschutz für ca. 50.000 Quadratmeter Remy-Decken verloren. Zunächst, wurde der Austausch der Decken erwogen. Stattdessen wurde ein Konzept für Belastungsversuche unter Berücksichtigung des Zustands der Decken entwickelt. Auf dieser Basis wurden Bedingungen zum experimentellen Nachweis der Standsicherheit ermittelt. Durch 93 bestandene Belastungsversuche konnte der Standsicherheitsnachweis experimentell geführt, die 50.000 Quadratmeter Decken erhalten und ca. 3.600 Tonnen CO2 eingespart werden.

Bayerische Asphaltmischwerke GmbH & Co. Kommanditgesellschaft für Straßenbaustoffe

Die erste Leistung ist die Produktion eines Baustoffes für Asphaltstraßen ausschließlich mit Sekundärrohstoffen ohne Einsatz von Neumaterial. Als Sekundärrohstoffe dienen geeignete, unterschiedlich aufbereitete Asphaltgranulate. Zur vollständigen Aktivierung des gealterten Bitumens im Asphaltgranulat wird in geringen Mengen ein Regenerationsmittel in den Produktionsprozess eingebunden. Branchenüblich sind Wiederverwendungsraten von Asphaltgranulat zwischen ca. 40 bis maximal 80 Prozent.

Außerdem wurde die für den Baustoff üblicherweise erforderliche Produktionstemperatur durch ein spezielles Verfahren von 170 °C auf 140 °C reduziert. Dadurch verringert sich der Bedarf an thermischer Energie bei der Asphaltproduktion um ca. 15 Prozent. Durch Optimierung des Aufbereitungs- und Produktionsprozesses werden beide Leistungen miteinander kombiniert, so dass Baustoffqualität, Bauprozess und die fertige Asphaltstraße ohne Einschränkung den üblichen Standards entsprechen. ❐

Flächennutzung in Bayern:

12,3 Prozent dienen Siedlung und Verkehr

Durchschnittlicher Flächenverbrauch beläuft sich auf 12,4 Hektar pro Tag

Fürth. Nach aktuellen Auswertungen des Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS) der Vermessungsverwaltung durch die Experten des Bayerischen Landesamts für Statistik beläuft sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern zum Stichtag 31. Dezember 2023 auf 870.297 Hektar (ha), das sind 12,3 Prozent der bayerischen Landesfläche (70 542 km²). Gegenüber dem Vorjahr nimmt die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 4.521 ha bzw. 0,5 Prozent zu.

Das bedeutet, dass in Bayern im Jahr 2023 im Durchschnitt jeden Tag eine Fläche von 12,4 ha – das entspricht in etwa der Fläche von 17 Fußballfeldern (105m x 68m) – zusätzlich für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen wurde. Da die Siedlungs- und Verkehrsfläche in erheblichem Umfang Grün- und Freiflächen umfasst, kann der Flächenverbrauch allerdings nicht mit Versiegelung (Überbauung, Betonierung, Asphaltierung o. a.) gleichgesetzt werden. So umfassen beispielsweise die dem Wohnbau oder der Industrie- und dem Gewerbe zugerechneten Flächen neben den bebauten auch alle zugehörigen (unbebauten) Freiflächen, wie zum Beispiel Hofräume, Spielplätze, Grünflächen oder Stellplätze.

Deutlicher Zuwachs bei Flächen für Versorgungsanlagen

38,4 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern (ohne Bergbau und Tagebau/Grube/Steinbruch) entfallen auf Verkehrsflächen, also auf Straßen, Wege, Plätze, Schienen- und Luftverkehrsflächen sowie Flächen, die an Land den Schiffsverkehr betreffen. Im Vorjahresvergleich nimmt die Verkehrsfläche um 0,1 Prozent bzw. 475 ha zu. Im Jahr 2022 lag die Zunahme noch bei 787 ha. Deutlich größer ist hingegen mit 1.399 ha der Zuwachs bei den Wohnbauflächen (+0,6 Prozent), die zudem mehr als ein Viertel (25,9 Prozent) der Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt repräsentieren. Auch hier ist ein Rückgang im absoluten Zuwachs zu verzeichnen, da der Wert im Jahr 2022 bei 1.955 ha lag.

Fast 80 Prozent der Kraftwerksflächen sind Photovoltaikanlagen auf Freiflächen Industrie- und Gewerbeflächen wuchsen im Jahr 2023 um 2.179 ha bzw. 2,2 Prozent auf einen Wert von 99.149 ha. Gut zwei Drittel des Zuwachses (1.506 ha) entfällt auf sogenannte „Versorgungsanlagen", unter denen u.a. die Flächen zur Erzeugung erneuerbarer Energien erfasst werden. Somit geht ein Drittel (33,3 Prozent) des Zuwachses an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern insgesamt auf Versorgungsanlagen zurück. In absoluten Zahlen, die den Statistikern in diesem Jahr erstmals zur Verfügung stehen, liegen die Flächen für Kraftwerke bei 12.857 ha, was 77,6 Prozent der Flächen für Versorgungsanlagen entspricht. Dabei können mit 10.245 ha 79,7 Prozent der Kraftwerksflächen den Photovoltaikanlagen auf Freiflächen zugeordnet werden. In Summe entfallen auf die Nutzungsarten „Industrie und Gewerbe", „Handel und Dienstleistung", „Versorgung" und „Entsorgung" 11,4 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche.

81 Hektar mehr für Sport, Freizeit und Erholung

Eine Zunahme um 81 ha (+0,1 Prozent) verzeichnen die Statistiker bei den Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Insgesamt entfallen 6,5 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche Bayerns auf diese Nutzungsart. Der Anteil der Flächen gemischter Nutzung (Wohnen und Gewerbe) an der Siedlungs- und Verkehrsfläche bleibt bei 13,9 Prozent. Diese Flächen nahmen im Jahr 2023 um 277 ha (+0,2 Prozent) zu.

Sonstige Flächen – hierzu gehören u. a. Flächen „besonderer funktionaler Prägung" (Flächen mit öffentlichen Gebäuden, historische Anlagen u. ä.), aber auch Friedhöfe oder Halden – nehmen zwischen Ende 2022 und Ende 2023 um 109 ha (+0,3 Prozent) zu. Ihr Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche liegt Ende 2023 bei rund 3,9 Prozent.

Oberbayern mit höchstem, Oberfranken mit niedrigstem Flächenverbrauch

In den Regierungsbezirken liegt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtfläche zwischen 11,0 Prozent (Oberpfalz) und 14,1 Prozent (Mittelfranken). Den prozentual gesehen deutlichsten Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche gibt es im Jahr 2023 mit einem Plus von 0,77 Prozent (819,3 ha insgesamt) in der Oberpfalz. Die kleinste Zuwachsrate errechnen die Statistiker mit 0,40 Prozent (406,3 ha insgesamt) für den Regierungsbezirk Mittelfranken. In absoluten Zahlen reicht der Flächenverbrauch mit 1 045,1 ha (+0,48 Prozent) in Oberbayern bis 380,8 ha (+0,43 Prozent) in Oberfranken.

Auswirkungen durch Wegfall gemeindefreier Gebiete

Durch die Auflösung des gemeindefreien Gebiets „Heinersreuther Forst" im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab zum 01. Juni 2023 wird das Gebiet des Regierungsbezirks Oberpfalz um ca. 187 ha kleiner, da neben der Gemeinde Kirchenthumbach (Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab) auch die Gemeinden Prebitz und Schnabelwaid im Landkreis Bayreuth (Regierungsbezirk Oberfranken) Gebiete aus der Auflösung erhielten. ❐

Festakt mit Blick in die Zukunft

40 Jahre Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer

Mit einem Festakt unter dem Titel „Heute und in Zukunft – Gemeinsam sind wir stärker" feierte die Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer ihr 40-jähriges Bestehen. Bei der Veranstaltung wurden die Erfolge der letzten Jahrzehnte gewürdigt und der Blick auf die Herausforderungen und Chancen einer inklusiven Zukunft gerichtet. Es sprachen u.a. die Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Ulrike Scharf, MdL, die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, Prof. Lydia Haack, und Holger Kiesel, der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung.

Sozialministerin Ulrike Scharf bezeichnete die Beratungsstelle als „unverzichtbare Partnerin im Programm „Bayern barrierefrei". Sie dankte für „Engagement und Ihr Herzblut". Prof. Lydia Haack erinnerte an die mehr als 90.000 Beratungsgespräche. Gemeinsam könne man eine Welt gestalten, in der alle selbstbestimmt leben können. Zukunftsforscherin Prof. Dr. Laura Bechthold beleuchtete, wie inklusive, nachhaltige und zukunftsfähige Gesellschaften durch Einbindung von Smart Cities, Kommunikationstechnologien und Künstliche Intelligenz (KI) entstehen können. ❐

Deutscher Denkmalpflege-Oscar geht nach Bayern

Die unterfränkische Gemeinde Untermerzbach und der Träger- und Förderverein Synagoge Memmelsdorf in Unterfranken sind in Mainz mit dem Deutschen Preis für Denkmalschutz 2024 ausgezeichnet worden. Sie erhielten die Silberne Halbkugel für die Restaurierung der Synagogen in Memmelsdorf und Gleusdorf sowie die Präsentation der reichen jüdischen Geschichte der Region.

Bayerns Kunstminister Blume sprach von einem „leuchtenden Beispiel für die historische Verantwortung des Denkmalschutzes". Besonders in Zeiten eines wiederaufflammenden Antisemitismus sei die schon drei Jahrzehnte währende Arbeit des Fördervereins und das Engagement der Kommune ein „starkes Zeichen für Aufklärung, Toleranz und Zusammenhalt".

„Der kleinen unterfränkischen Gemeinde Untermerzbach mit ihren rund 1.700 Einwohnern, verteilt auf 13 Gemeindeteile, darunter Gleusdorf und Memmelsdorf mit ihren Synagogen, ist etwas geglückt, was Vorbild sein könnte – nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa: Die exemplarische Darstellung der facettenreichen Geschichte des fränkischen Landjudentums als integraler und selbstverständlicher Bestandteil der Orts- und Landesgeschichte", heißt es in der Würdigung.

2016 kaufte die Gemeinde Untermerzbach die Synagoge im Ortsteil Gleusdorf, um das ortsprägende Denkmal vor dem Verfall zu retten und einen weiteren Baustein zur jüdisch-fränkischen Geschichte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Synagoge wurde behutsam renoviert und die Spuren der unterschiedlichen Nutzungsphasen erhalten. Gleichzeitig entstand im Nebengebäude eine Raststation für Radwanderer mit touristischen und geschichtlichen Informationstafeln, die die kulturelle, politische und religiöse Entwicklung des kleinen Ortes beleuchten und zur Synagoge hinführen. Auf die jüdische Bevölkerung des Ortes wird dabei besonders eingegangen, aber die Darstellung bettet diese Informationen in die Ortsgeschichte ein und betont das Zusammenleben zweier Religionen. Die Themenauswahl zur Darstellung der politischen Ortsgeschichte wurden von der Gleusdorfer Bevölkerung erarbeitet.

Seit Übergabe der Synagoge Gleusdorf an die Öffentlichkeit bietet der 1993 gegründete Träger- und Förderverein Synagoge Memmelsdorf auch dort Führungen an und organisiert Veranstaltungen und Vorträge. Die Gemeinde beteiligte von der ersten Projektidee an den Verein an der Konzepterstellung, Recherche und als beratenden Partner. So organisierte der Verein z. B. ein Kolloquium mit Fachleuten aus Museen, dem Denkmalschutz und der Wissenschaft, das Empfehlungen zur Renovierung und zu Vermittlungsinhalten gab.

Teil des Gemeindelebens

1994 kaufte der Träger- und Förderverein die Synagoge in Memmelsdorf und „renovierte" das Gebäude. Da zwischen 1945 und den 1980er Jahren kein Interesse an einer Neugestaltung des Hauptraumes bestand, blieben die Spuren der unterschiedlichen Nutzungen erhalten. Auf dieser Grundlage wurden im Hauptraum der Synagoge im Wesentlichen konservierende Maßnahmen vorgenommen. Seit 2004 finden dort Führungen und Veranstaltungen statt und das Gebäude wird im Ort als Teil des Gemeindelebens wahrgenommen.

Die Konservierung ermöglichte das didaktische Konzept als „Lernort": Für Besucher dient der Betsaal als Entdeckungsraum, in dem sie auf Spurensuche gehen und ihre Wahrnehmung von Details eines historischen Gebäudes schulen können. Die Entdeckung einzelner Wandelemente, Schriftzüge oder Zerstörungen wirft zwangsläufig Fragen zur Gestaltung des Raumes und zu den Menschen, die in diesem Raum gebetet haben, auf. In der Dauerausstellung und im Begleitmaterial für Besucher lassen sich die Antworten finden. **DK**



Hier entstehen neben der bereits wieder in Betrieb befindlichen Gastwirtschaft auch besonders nachgefragte, kleine und zentrumsnahe Wohnungen: (v.l.) Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Genossenschaftsvorstand Max Köberl, Bürgermeisterin Dr. Carolin Pecho und Genossenschaftsvorstand Günter Wagner vor dem Koller-Areal im Zentrum von Ringelai.

Bild: Bezirk Niederbayern, Christoph Weishäupl

Genossenschaft und Gemeinde retten dörfliches Zentrum

Energiegenossenschaft kauft Koller-Areal und Gemeinde pachtet Gastwirtschaft
Besonders nachgefragte, kleine und zentrumsnahe Wohnungen entstehen

Ringelai. Die von der Energiegenossenschaft Ringelai eG aus der Insolvenz herausgekaufte und durch die Gemeinde Ringelai gepachtete Gastwirtschaft im Landhotel Koller ist der erste Fall einer genossenschaftlich organisierten Rettung eines Dorfwirtshauses im Altlandkreis Wolfstein. Dabei bestehen sowohl Parallelen als auch Unterschiede zur jüngsten Eröffnung der Dorfwirtschaft des Genussdorfes Eppenschlag, welche ebenfalls genossenschaftlich getragen wird. Über die Hintergründe und die hiesige Konstellation sowie die weiteren Planungen für das Koller-Areal im Herzen von Ringelai informierte sich Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bei Bürgermeisterin Dr. Carolin Pecho und den beiden Vorständen der Energiegenossenschaft, Max Köberl und Günter Wagner.

Das Wirtshaussterben stellt zahlreiche Kommunen im ländlichen Raum vor ähnliche Probleme. „Gerade die Dorfwirtshäuser sind wertvolle Sozialräume, die als Keimzellen dörflicher Gemeinschaften von zentraler Bedeutung sind“, betont Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Wo Dorfwirtshäuser schließen, fehlen örtliche Kommunikationszentren, generationenübergreifende Treffpunkte und Räumlichkeiten für Feste, Feiern und Vereine. Umso alarmierender sei es, dass immer mehr Dorfwirtschaften schließen. Auch in Ringelai war das Landhotel Koller die letzte Gastwirtschaft im Hauptort. „Die Schließung hinterließ eine große Lücke, die die Bevölkerung schmerzlich gespürt hat“, berichtet Bürgermeisterin Dr. Carolin Pecho. Die Gemeinde habe schnell erkannt, dass hier Handlungsbedarf besteht, wie Dr. Pecho berichtet, hatte aber nicht die finanziellen Spielräume für den Kauf des Areals. Glücklicherweise sprang die örtliche Energiegenossenschaft der Kommune zur Seite.

Der soziale Gedanke im Mittelpunkt

Die Energiegenossenschaft Ringelai eG, deren Betätigungsfeld sich bis dato auf die örtliche Energieversorgung beschränkte und die ein gut ausgelastetes Leitungsnetz von rund 3.000 Metern Länge betreibt, nahm sich der Sache an und kaufte das insolvente Landhotel Koller aus der Zwangsversteigerung heraus. „Der soziale Gedanke stand in unserer Unternehmung schon immer im Mittelpunkt“, stellt Genossenschaftsvorstand Max Köberl heraus. Bedeutete dies zunächst, dass auch kleinere und weniger rentable Häuser und Grundstücke an das genossenschaftliche Leitungsnetz angeschlossen werden, so schließt dies nun auch den Einsatz der Genossenschaft für den Erhalt des sozialen Mittelpunkts des Dorflebens ein, wie Köberl weiter ausführt. Für Genossenschaftsgründungen zum Erhalt der Nahversorgung oder auch dem gemeinschaftlichen Betrieb von Gaststätten gibt es längst zahlreiche Beispiele in Bayern. Dass sich eine bestehende und erfolgreiche Genossenschaft hingegen einem weiteren Betätigungsfeld zuwendet, sei ein Weg, der Schule machen könnte, unterstreicht Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

Neue Spielräume für die Gemeinde

Mit dem einstimmigen Beschluss der Genossenschaftsversammlung zum Erwerb des Koller-Areals hat die Energiegenossenschaft auch der Gemeinde neue Spielräume eröffnet, freut sich Bürgermeisterin Dr. Carolin Pecho. Die Kommune ist nun Pächterin der Gastwirtschaft und will in Zukunft auch Eigentümerin werden. Der Wirtshausbetrieb, der von einem heimkehrenden Ehepaar mit Wurzeln in Ringelai und Perlesreut geführt wird, startete trotz schwieriger Witterungsbedingungen sehr gut. Wanderer aus der beliebten Buchberger Leite zählen weiterhin zu den wichtigsten Gästen, betont die Bürgermeisterin. Auch für die angrenzende Grundschule übernimmt das nun wieder in Betrieb befindliche Wirtshaus eine wichtige Funktion, indem es die Verpflegung im Rahmen der Mittagsbetreuung sichert. „Hier wurden die Stärken gebündelt: Das Wirtshaus hat eine sichere Einnahmequelle und die Schüler profitieren von einem hervorragenden gastronomischen Angebot“, bilanziert Dr. Pecho. Die Gemeinde kann durch diese Kooperation auf eine Errichtung einer Küche und Mensa in der Schule verzichten.

Neben der Wiedereröffnung der Gastwirtschaft wird in den Gebäulichkeiten des Koller-Areals auch dringend benötigter Wohnraum geschaffen. Insbesondere kleinere Wohnungen werden in Ringelai stark nachgefragt, wie die Bürgermeisterin berichtet. Hierfür entsteht nun ein zentrumsnahes Angebot, welches in der Hand der Genossenschaft verbleibt. Diese bringt nun auch baulich ihre Kompetenzen ein: „Wir kombinieren hier geschickt die Erfahrung der Energiegenossenschaft mit neuen Lösungen“, erläutert Genossenschaftsvorstand Günter Wagner. So sollen Photovoltaik-Balkonkraftwerke installiert werden, um eine dezentrale Warmwasserversorgung im Mieterstrommodell zu ermöglichen. Energetische Effizienz und Nachhaltigkeit stünden auch im neuen Geschäftsfeld der Genossenschaft im Vordergrund, unterstreicht Wagner.

Mit der Übernahme des Landhotels Koller zeigt die Energiegenossenschaft Ringelai eindrucksvoll, dass sich wirtschaftliche und soziale Verantwortung in einem erfolgreichen Modell vereinen lassen. Dr. Heinrich lobte die Initiative als zukunftsweisendes Projekt für die Region: „Das Engagement der Genossenschaft ist ein Glücksfall für Ringelai und ein Vorbild für andere Gemeinden“, hebt der Bezirkstagspräsident hervor. Es zeige sich zunehmend, dass genossenschaftliche Strukturen oft der Königsweg seien, um Nahversorgung und Lebensqualität im ländlichen Raum zukunftssicher zu gestalten, so Dr. Heinrich. **- cw -**

Richtfest für neues Quartier

BayernHeim schafft im neu entstehenden Viertel Hubland in Würzburg 87 Wohnungen
Bezahlbarer Wohnraum mit über 5.700 m2 Wohnfläche

Im aufstrebenden neuen Stadtteil Hubland in Würzburg feiert die staatliche Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim das Richtfest ihrer ersten Wohnanlage in Unterfranken. Auf dem Grundstück in der Jenny-Hausmann-Straße 6-10 entstehen insgesamt 87 neue Mietwohnungen, die langfristig bezahlbaren Wohnraum für Singles, Paare und Familien bieten. Die Mehrheit der Wohnungen wird im Rahmen der einkommensorientierten Förderung (EOF) errichtet, um Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu unterstützen. Die Fertigstellung des Projekts ist für den Herbst 2025 geplant.

In Vertretung von Bayerns Bauminister Christian Bernreiter nahm Staatsministerin Judith Gerlach am Richtfest teil und zeigte sich erfreut über den Baufortschritt: „Die BayernHeim setzt in Würzburg ein starkes Zeichen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in einem neuen, zukunftsweisenden Stadtteil. Es ist ein wichtiger Schritt, um den steigenden Bedarf an Wohnraum zu decken und gleichzeitig ökologische Standards zu erfüllen. Bezahlbares Wohnen und Nachhaltigkeit gehen hier Hand in Hand.“

Bayerns klare Signale

Bayerns Bauminister Christian Bernreiter ergänzte: „Während der Bund auf die Bremse tritt, bauen wir in Bayern konsequent weiter. Mit Projekten wie hier in Würzburg setzen wir klare Signale: Wir schaffen dringend benötigten Wohnraum.“

Ralph Büchele, Geschäftsführer der BayernHeim, hob die Bedeutung des Projekts hervor: „Dieses Projekt ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie wir bezahlbares Wohnen mit nachhaltiger Architektur und modernen Mobilitätslösungen verbinden können. Wir sind stolz darauf, in Würzburg nicht nur Wohnraum, sondern eine lebenswerte und zukunftsfähige Umgebung für die Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen.“

Barrierefreiheit

Die Wohnanlage in der Jenny-Hausmann-Straße wird auf einem 5.430 m² großen Grundstück errichtet, das die BayernHeim im Jahr 2021 von der Stadt Würzburg erworben hat. Die 87 Wohnungen verteilen sich auf drei viergeschossige Gebäude, die durch Laubengänge erschlossen werden. Alle Wohnungen sind barrierefrei gestaltet, eine Wohnung wird zudem rollstuhlgerecht sein. Jede Wohneinheit verfügt über einen eigenen Balkon oder eine Terrasse. Im Innenhof entstehen gemeinschaftliche Freiflächen, darunter Spielplätze und Hochbeete für urbanes Gärtnern, die das Wohnumfeld zusätzlich aufwerten.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt ergänzt: „Mit dem Wohnprojekt auf dem ehemaligen Leighton-Areal setzen wir einen wichtigen Meilenstein für Würzburg. Durch die enge Zusammenarbeit mit BayernHeim ist es uns gelungen, ein attraktives Wohnumfeld zu schaffen, das weit mehr als nur Wohnraum bietet. Es entstehen hier Gemeinschaftsflächen und eine hohe Lebensqualität, die den neuen Stadtteil Hubland zu einem lebendigen und zukunftsorientierten Quartier machen.“

Nachhaltigkeit und Mobilität

Das Projekt verfolgt ein umfassendes Nachhaltigkeitskonzept: Die Wohnanlage wird nach dem KfW-Effizienzhausstandard 55 errichtet und an das Fernwärmenetz angeschlossen. Die Dächer werden vollständig begrünt und mit Photovoltaikanlagen ausgestattet, deren Strom den Mietern im Rahmen eines Mieterstrommodells zur Verfügung stehen wird. Begrünte Fassaden tragen zusätzlich zur Verbesserung des Mikroklimas bei.

Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept rundet das Projekt ab: Es umfasst 45 Tiefgaragenstellplätze, Fahrradabstellräume sowie Ladestationen für E-Bikes. Die Nähe zum öffentlichen Nahverkehr und das Angebot von Carsharing-Optionen unterstützen eine umweltfreundliche Mobilität.

Die Investitionskosten des Projekts belaufen sich auf rund 34 Millionen Euro. Die BayernHeim wird auch nach der Fertigstellung als langfristige Vermieterin erhalten bleiben und damit einen nachhaltigen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot in Würzburg leisten.

Weitere Informationen unter: www.bayernheim.de . ❒



Staatsministerin Anna Stolz befüllte unter Assistenz von Direktorin Karin Vedder und Prüfungsamts-Chef Claus Pommer die Kartusche für die Grundsteinlegung für das neue Landesamt für Schule.

Bild: Falk

Landesamt für Schule:

Grundsteinlegung in Gunzenhausen

Für Gunzenhausen ist das Landesamt für Schule (mit Prüfungsamt) die größte Baustelle der letzten Jahrzehnte. Dort, wo einst das „Silo“, also die Fachakademie für Sozialpädagogik des Diakonissen-Mutterhauses Hensoltshöhe stand, wird derzeit ein riesiger Gebäudekomplex hochgezogen. Bayerns Kultusministerin Anna Stolz war bei der Grundsteinlegung dabei.

Während des Festaktes betonte die Kultusministerin die Bedeutung des Neubaus als zukunftsweisendes Projekt für die Stadt und die bayerische Bildungslandschaft: „Dieses Gebäude ist mehr als nur ein Bauprojekt – es ist ein Zeichen, dass wir vorangehen, für unsere Schulen und die Zukunft unserer Kinder! Das Landesamt für Schule unterstützt von Gunzenhausen aus unsere Schulen in ganz Bayern und ist Drehscheibe für zahlreiche wichtige schulische Prozesse. Dieser Grundstein, den wir hier gemeinsam legen, symbolisiert deshalb den Aufbruch des Freistaats in eine moderne und innovative Schulverwaltung! Mein herzlicher Dank gilt dabei all denjenigen, die sich hier mit Herz und Hand so engagieren. Ohne ihren Einsatz wäre dieses Vorhaben nicht möglich.“

Behördenverlagerungen im Rahmen der Heimatstrategie

Infolge der Behördenverlagerungen im Rahmen der Heimatstrategie arbeiten mittlerweile rund 190 Mitarbeitende aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus in Gunzenhausen, die meisten von ihnen im Landesamt für Schule (LAS). Das Landesamt arbeitet an der Entwicklung neuer digitaler Lösungen: Mit dem Serviceportal at:las wird ein digitales Fundament für die Abwicklung von schulischen Verwaltungsprozessen geschaffen, um die Schulen maßgeblich zu entbürokratisieren und zu entlasten.

Das neue Gebäude wird sowohl das LAS als zentralen Verwaltungsdienstleister für Bayerns Schulen als auch das Prüfungsamt für Lehramtsprüfungen beherbergen. Beide Einrichtungen tragen maßgeblich dazu bei, den reibungslosen Ablauf des Schulbetriebs und der Lehrerausbildung im Freistaat sicherzustellen. Die Fertigstellung des Gebäudes ist für Ende 2026 geplant.

Gäste waren Regierungspräsidentin Kerstin Engelhardt-Blum, die beiden Landtagsabgeordneten Helmut Schnotz und Wolfgang Hauber, der frühere Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle (der bei der Festlegung auf den Standort Gunzenhausen maßgeblich beteiligt war), Heinrich Schmidt, der Chef des Staatlichen Bauamts Ansbach, Architekt Thomas Steimle mit seinem Team und ranghohe Vertreter des Ministeriums. **wefa**

Starke Grundversorgung in Bayerns Dörfern

Seit 2017 investierte der Freistaat mehr als 32 Millionen Euro

Bäckereien, Dorfläden und Metzgereien, aber auch Dorfwirtshäuser, Fachgeschäfte und Handwerksbetriebe – solche „Kleinstunternehmen der Grundversorgung“ sind unverzichtbar für die Lebensqualität auf dem Land.

Eine breitgefächerte florierende Nahversorgung ist unerlässlich, um die Dörfer in Bayern zukunftsfähig zu gestalten. „Die Dörfer auf dem Land brauchen eine intakte Grundversorgung möglichst mit regionalen Produkten. Geschäfte, Handwerksbetriebe und Wirtshäuser fungieren auch als wichtige soziale Treffpunkte. Deshalb unterstützen wir in der Dorferneuerung gezielt Kleinstunternehmen. Die Menschen im ländlichen Raum haben Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingungen und hohe Lebensqualität. Besonders ältere Menschen, Bürger ohne Fahrzeug und Familien sind auf eine funktionierende Grundversorgung vor Ort angewiesen“, sagte Landwirtschaftsministerin Ministerin Kaniber, die auch für die ländliche Entwicklung zuständig ist. Und weiter: „Wir fördern die Dorferneuerung auch, weil wir so Arbeitsplätze schaffen und sichern. Das stärkt die Dörfer zusätzlich.“

Im Rahmen der Dorferneuerung haben Kleinstunternehmer der Grundversorgung seit dem Jahr 2017 eine Gesamtinvestitionssumme in Höhe von etwa 113 Millionen Euro für neue Verkaufsräume, moderne Produktionsstätten oder soziale Treffpunkte wie zum Beispiel Tagescafés aufgewendet. Gut ein Viertel der Investitionssumme konnte über die Ämter für Ländliche Entwicklung mit mehr als 32 Millionen Euro gefördert werden. Mit dieser Summe hat der Freistaat bis Ende September 2024 bereits 520 Betriebe unterstützt, darunter Bäckereien, Metzgereien, Dorfläden, örtliche Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe wie auch Gastwirtschaften. „Dass wir hier viel Geld in die Hand nehmen, das zahlt sich insgesamt aus. Denn eine funktionierende Nahversorgung auf dem Land hält unsere Dörfer lebendig und kommt nicht nur den Einheimischen zugute, sondern auch dem Tourismus im Freistaat. Wenn Gäste neben der herrlichen Landschaft am Urlaubsort auch ansonsten finden, was sie brauchen, kommen sie sicherlich besonders gerne wieder. In Bayern hat der ländliche Raum Zukunft und die Menschen leben gerne dort. Das soll so bleiben“, so Ministerin Kaniber. ❒

Spatenstich Neubau Klinikum Memmingen:

Jahrhundertprojekt für die Region

Auf einer rund 7,7 Hektar großen Fläche am Autobahnkreuz im Memminger Norden entsteht mit dem Neubau von Klinikum und Bezirkskrankenhaus Memmingen eines der größten nicht-universitären Krankenhausbauprojekte in Bayern. Beim offiziellen Spatenstich vor rund 120 geladenen Gästen betonte Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Dieses Neubauprojekt hat eine enorme Strahlkraft auch über die Region hinaus. Wir wollen Spitzenmedizin in ganz Bayern, nicht nur in den großen Ballungszentren, und dieses Mammutprojekt bietet eine Riesenchance dafür."

Der hochmoderne Gesundheitscampus entsteht auf einer rund 7,7 Hektar großen Fläche am Autobahnkreuz im Memminger Norden. Die Baukosten für das neue Klinikum werden derzeit auf rund 468 Millionen Euro geschätzt, die Kosten für den Bau des Bezirkskrankenhauses (BKH) auf rund 48,8 Millionen Euro. „Während der Bund die Krankenhäuser im Regen stehen lässt, finanzieren wir hier in Memmingen über 291 Millionen Euro", hob Söder hervor.

Hochleistungs-Klinikum

Laut Gesundheitsministerin Gerlach entsteht in der früheren Reichsstadt nun ein „hochleistungsfähiges". Bereits in den 1990er Jahren habe die Region großen Weitblick bewiesen. Damals seien in Memmingen das ehemalige Stadtkrankenhaus und die Kreisklinik miteinander verschmolzen. Außerdem wurde auch eine psychiatrische Abteilung des Bezirks im Zuge der Neustrukturierung errichtet. „Das war die erste unmittelbare Integration einer solchen Einrichtung in eine somatische Klinik in Schwaben. Diese erfolgreiche Kooperation zwischen dem Klinikum Memmingen und dem Bezirkskrankenhaus Schwaben wird mit dem jetzigen Neubau nun weiter fortgesetzt und ausgebaut."

Damit moderne Kliniken auf dem Stand der Zeit bleiben, seien immer wieder bauliche Anpassungen und Erneuerungen nötig, fuhr Gerlach fort. Statt einer notwendigen Generalsanierung des Klinikums hätten sich die Stadt und die Bezirkskliniken Schwaben letztlich für einen Ersatzneubau am Stadtrand entschlossen. Angesichts der schwierigen Bestandssituation und der daraus resultierenden Nachteile bei einer weiteren Sanierung sei dies die richtige Entscheidung. „Der jetzige Neubau des Klinikums und des Bezirkskrankenhauses Memmingen wird die akutstationäre Versorgung in der gesamten Region sowohl im somatischen als auch im psychiatrischen Bereich auf ein ganz neues Niveau heben."

Fünf Milliarden Euro für 133 Krankenhausmaßnahmen

Aktuell sind in Bayern 133 Maßnahmen mit einem Gesamtkostenvolumen von über fünf Milliarden Euro fest zur Förderung über das Jahreskrankenhausbauprogramm eingeplant. Um den hohen finanziellen Anforderungen auch künftig gerecht zu werden, beabsichtigt die Staatsregierung, den Krankenhausfinanzierungsetat auf eine Milliarde Euro anzuheben. „Einen ersten Schritt auf diesem Weg haben wir bereits heuer mit der Anhebung von 643 auf 800 Millionen Euro getan. Eine gute medizinische Versorgung der Bevölkerung ist ein Eckpfeiler der bayerischen Politik", stellte die Ministerin fest.

„Mit diesem gigantischen Projekt schaffen wir die besten Voraussetzungen für eine zukunftssichere, medizinische Versorgung unserer Region", erklärte Memmingens Oberbürgermeister Jan Rothenbacher und verwies unter anderem auf die günstige Lage des künftigen Gesundheitscampus an der Schnittstelle der Autobahnen A7 und A96. „Jetzt bekommt unser Klinikum für die exzellente medizinische Versorgung, die es schon jetzt vorhält, die zukunftsfähige und richtige Hülle", freute sich der Vorstand des Klinikums Memmingen, Maximilian Mai.

Versorgungslücke geschlossen

Wie der Vorstandsvorsitzende der Bezirkskliniken Schwaben, Stefan Brunhuber, erläuterte, werde das Bezirkskrankenhaus am neuen Standort seine stationären Betten von 44 auf 66 erhöhen und auch die tagesklinischen Plätze aufstocken. Damit werde eine Versorgungslücke geschlossen. Auch weitere Gesundheitseinrichtungen könnten laut Klinikvorstand Mai auf dem Gesundheitscampus Platz finden, wie etwa ein ambulantes OP- und Facharztzentrum, ein Physio- und Vitalcenter, eine Apotheke, Pflege- oder Rettungsdiensteinrichtungen.

Wichtige Grundpfeiler beim Klinikneubau sind eine optimale Wegeführung und Prozessabwicklung, eine Wohlfühlatmosphäre für Patienten und Mitarbeiter sowie Nachhaltigkeit bei Bau und laufendem Betrieb. Ausgeführt werden sollen auf einer knapp 35.000 Quadratmeter großen Nutzfläche 480 stationäre sowie neun teilstationäre Betten in zeitgemäßen Ein- und Zweibettzimmern, außerdem soll es verteilt auf sechs Ebenen effizient geplante Bereiche für OP, Intensivstation, Funktionsbereiche und Ambulanzen geben. Auf dem Dach der Klinik wird ein Hubschrauberlandeplatz gebaut. Auch eine Pandemiestation mit 28 Betten ist vorgesehen, die über einen separaten Zugang mit eigenem Aufzug verfügen soll.

Derzeit gehen die Bauherren davon aus, dass mit dem eigentlichen Krankenhaus-Neubau im Frühjahr 2025 begonnen werden kann, so dass das neue Klinikum und das BKH wie geplant 2029 in Betrieb genommen werden können. **DK**



Bauen mit Holz schafft eine besondere Wohlfühlatmosphäre. ❐

Grenzüberschreitender Holzbau

Unter dem Titel „Grenzüberschreitender Holzbau" veranstaltete proHolz Salzburg (als Lead Partner) gemeinsam mit der Initiative Architektur sowie den bayrischen Partnern ‚wir bauen auf heimisches Holz e.V.', ‚proHolz Bayern', ‚Chiemgau Wirtschaft' und ‚Berchtesgadener Land Wirtschaft im Grenzraum Salzburg/Bayern' eine ganztägige Exkursion zu Holzbauprojekten im Landkreis Traunstein, Landkreis Berchtesgadener Land und in den Salzburger Flachgau. Die Bayern-Österreich people-2-people Exkursion ‚grenzüberschreitender Holzbau' wurde umgesetzt mit finanzieller Unterstützung durch das INTERREG-Programm. Gefördert von der Europäischen Union mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (INTERREG VI A).

Die Exkursion hatte das Ziel, den Exkursionsteilnehmern das Potenzial sowie regionale Merkmale des modernen Holzbaus in der Grenzregion näher zu bringen. Diskussions-, und Austauschformate förderten Entwicklungs- und Begegnungsmöglichkeiten. Dabei bekam man Einblicke von der Projektentwicklung bis hin zum fertigen Objekt. Die Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Austausches und die zukünftigen, euregionalen Möglichkeiten wurden durch diesen Anschub vertieft.

Ein Bau zum Wohlfühlen für die Kinder

Auf Salzburger Seite wurde der erst kürzlich fertiggestellte Kindergarten in Mattsee besichtigt. Bürgermeister Michael Schwarzmayr, Architekt Hannes Sampl (dunkelschwarz) und Pädagogin Sandra Wallner (Leitung Kindergarten) gaben Einblicke in das Bauvorhaben. „Von Seiten der Gemeindevertretung war es für uns von Anfang an klar, dass wir den Kindergarten in Holzbauweise errichten möchten. Es musste für uns ein Bau sein, in dem sich die Kinder wohlfühlen. Daher haben wir im Vorfeld einige Kindergärten aus Holz besichtigt und festgestellt, dass es einfach eine andere Atmosphäre ist, einerseits für die Kinder zum Wohlfühlen, aber auch zum Arbeiten für die Mitarbeiter. Man spürt die Atmosphäre sofort beim Betreten merkt, dass das Holz in Bezug auf die Kinder einfach das ideale Baumaterial ist", sagt Michael Schwarzmayr, Bürgermeister von Mattsee. „Ein positiver Nebeneffekt für uns war es, dass wir für das ökologische Bauen noch Förderungen lukrieren konnten", fügt er mit Blick auf die Kosten abschließend hinzu.

Einblick in „Salzburger Leuchtturmprojekt"

In Seekirchen stand der Besuch der ebenfalls im Jahr Sommer 2023 fertiggestellten Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung am Programm. Bezirkssekretär Ing. Michael Walder MSc und Dipl. Ing. Robert Lechner (Interimistischer Leiter Sachverständigendienst) empfingen die Teilnehmer:innen. „Der Holzbau wirkt auf die Mitarbeiter:innen. Wir bekommen die Rückmeldung, dass sich jeder hier sehr wohl fühlt. Auch die Bürger:innen und unsere Kund:innen sind beeindruckt von der Bauweise und der Atmosphäre, die der Bau ausstrahlt. Die Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung ist ein richtiges Aushängeschild für eine moderne Verwaltung."

Das betont auch Salzburgs Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer: „Das Gebäude ist ein absolutes Leuchtturmprojekt für das Land, die Bürgerinnen und Bürger sowie für die rund 185 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Regelmäßig besuchen internationale und nationale Delegationen das moderne Bürogebäude. Dem Land Salzburg ist mit der ‚BH' architektonisch ein großer Wurf gelungen und gleichzeitig haben wir hochwertige Jobs in der Region geschaffen.

„Voneinander lernen und der regionale Austausch – so funktioniert eine gute Nachbarschaft und das fördert Innovationen", sagt Landesrat Ing. Christian Pewny, aus dessen Ressort das Interreg Projekt gefördert wurde.

Vom eigenen Wald zum fertigen Gebäude

Neben den beiden Projekten im Salzburger Flachgau wurde ein Projekt im bayrischen Berchtesgadener Land sowie ein Projekt im Landkreis Traunstein besichtigt. In Stanggass (Gemeinde Bischofswiesen, Landkreis Berchtesgadener Land) besuchte man mit der Klinik Schönsicht das einzige in Bau befindliche Objekt. DI Stefan Kohlmeier (arc Architekten) führte durch die Baustelle und beantwortete gemeinsam mit Bauherr Nuri Irshaid, (Projektmanager Dr. Wimmer Verwaltung) die auftretenden Fragen. Die beiden zeichnen auch für den mehrfach ausgezeichneten Kulturhof Stanggass verantwortlich, in dem die Exkursion zu Mittag einkehrte.

„Für uns war von Anfang an klar in Holz zu bauen. Wir haben nie daran gedacht, auf einen anderen Baustoff zu setzten. Wir sind selbst Waldbesitzer und haben, wo es möglich ist, hier in Holz gebaut. Das Holz stammt von unserem Wald und wurde hier eingesetzt. Die verwendete Lärche kommt ebenfalls aus dem Berchtesgadener Land und hat einen sehr kurzen Transportweg hinter sich", hält Irshaid von Anfang an fest. „Einen Vorteil von Holz, das hat man beim Betreten der Baustelle der Klinik Schönsicht gespürt, ist die besondere Atmosphäre. Es herrscht ein anderes Raumklima. Das spüren unsere Mitarbeiter sowie der Gast hier im Kulturhof Stangass und in Zukunft die Familien in der Klinik Schönsicht."

Gemeindevertretung pro Holzbauweise

Etwas anders kam die Entscheidung beim Bauvorhaben „Bürgerzentrum Fridolfing" zustande. Hier brachte nach einer Machbarkeitsstudie eine finale Abstimmung innerhalb der Gemeindevertretung die Entscheidung hinsichtlich der Holzbauweise, wie Andreas Kirchner, Bauamtsleiter der Gemeinde, erklärt: „Die Entscheidung über die Bauweise für die beiden Gebäude des Bürgerzentrums war ein längerer Prozess während der Vorplanung. Es stand im Zuge einer Machbarkeitsstudie auch eine Ertüchtigung der Bestandsbauten auf dem Grundstück im Gespräch. Schließlich wurden unterschiedliche Möglichkeiten erörtert und final hat sich die Gemeindevertretung in einer Abstimmung knapp für einen Holzbau entschieden."

Für die Veranstalter war der grenzübergreifende Austausch zwischen Oberbayern und Salzburg ein voller Erfolg: „Eine buntgemischte Gruppe aus jungen und erfahrenen Architekten sowie Holzbauinteressierten brachte an diesem Exkursionstag in Summe 50 Teilnehmer näher zusammen. Bei vier unterschiedlichen Bauvorhaben konnte man viele spannende, hilfreiche und einzigartige Einblicke gewinnen, die hoffentlich in den nächsten Entwürfen eine Berücksichtigung finden werden", sagt Veranstalter DI Thomas Berger, Holzbaufachberater von proHolz Salzburg. ❐

Wer kennt noch Vertriebenendenkmale?

Rund 600 Mahnmale und Gedenkstätten der Heimatvertriebenen sind nun online Vertriebenenbeauftragte und Heimatpfleger rufen zum Mitmachen auf

Ein Gedenkstein im Parkfriedhof von Bad Kissingen, errichtet im Jahr 1951. Ein Hochkreuz aus Eichenholz von 1955 in Neustadt a. d. Donau. Eine Mahnmalgruppe mit Obelisk aus dem Jahr 1973 in Böbing im Pfaffenwinkel.Dies sind nur drei von mittlerweile mehr als 580 neuen Einträgen in der Kulturlandschaftsdatenbank des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, abrufbar unter erfassung.kulturlandschaftsforum-bayern.de

Es handelt sich um Mahnmale und Gedenkstätten der Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Ihre Errichtung war in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ein insbesondere in Westdeutschland verbreiteter Ausdruck der Heimatvertriebenen, um an Vertreibung, Flucht und Leid zu erinnern.

„Die in der Kulturlandschaftsdatenbank abgebildeten Einträge können jederzeit inhaltlich ergänzt und mit weiteren Bildern versehen werden. Wir möchten alle geschichtsinteressierten Menschen aufrufen, mitzumachen und Vertriebenendenkmale in unserer Datenbank einzutragen oder Einträge zu ergänzen!", sagt Dr. Thomas Büttner, Leiter des Projekts Kulturlandschaftsforum im Landesverein.

Die Bezeichnung „Vertriebenendenkmal" ist irreführend, da es sich bei den Gedenkstätten meist nicht um gelistete Denkmale handelt. Sie sind daher in aller Regel auch nicht „geschützt" und könnten, wenn sie beschädigt oder verschmutzt sind, einfach abgebaut werden. In aller Regel kümmern sich Vereine und Landsmannschaften oder Kommunen um die Instandhaltung der Denkmale. Mancherorts können sich aber Ehrenamtliche, meist aus Altersgründen, nicht mehr angemessen um die Pflege der Denkmale kümmern.

Dr. Petra Loibl, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, sagt: „Flucht und Vertreibung sind durch die Denkmäler der Heimatvertriebenen dauerhaft im öffentlichen und nun auch im digitalen Raum präsent. Es gibt sie fast überall in Bayern. Sie sind damit ein wichtiges Zeugnis der deutschen Geschichte und der kollektiven Erinnerungskultur, das wir nicht dem Verfall preisgeben dürfen. Die Aufnahme in die Datenbank des Landesvereins kann ein erster Schritt sein, die Denkmale der Vertriebenen wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein zu rücken."

In den zurückliegenden Monaten hat die Studentin Sigrid Michel Rangel im Auftrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft Landesgruppe Bayern e.V. die von der Familie Hannelore und Dieter Heller aus Roth und von Katrin Heller aus Burgbernheim erarbeitete Zusammenstellung der Vertriebenendenkmale fortgeschrieben, mit zusätzlichen Fotos versehen und räumlich-digital verortet.

In der Datenbank werden (historische) Kulturlandschaftselemente von interessierten Bürgern und Heimatforschern erfasst. Sie tragen hier die unscheinbaren, aber auch unübersehbaren Kulturspuren in der Landschaft ein. Darunter sind historische Fußwege und Altstraßen, Feldkreuze und Wegkapellen, Grenzsteine, Baumfelder und Ackerterrassen, Hutanger und Triebwege, etc. Mitmachen ist ausdrücklich erwünscht. ❐

Stadtumbau in München:

„Altstadt für alle"

„Mehr Sicherheit für den Fuß- und Radverkehr, optimierte Lieferzeiten und erweiterte Lieferzonen, eine einfachere Beschilderung mit drei Straßentypen und eine bessere Nutzung der Parkgaragen: Dies sind nur einige der Vorschläge, wie der öffentliche Raum in der Altstadt künftig neugestaltet werden könnte. Das Mobilitätsreferat präsentierte die Ideen für die „Altstadt für alle", die von USP Projekte und Gehl Architects auf Basis der bisherigen Beteiligungsergebnisse für ein umfangreiches Gutachten erarbeitet wurden. Es ist das Grundkonzept, wie die Altstadt nach und nach umgestaltet werden könnte", so heißt es in einer Pressemitteilung der Landeshauptstadt.

Der Ärger der Münchnerinnen und Münchner über die komplett aufgerissene Innenstadt, in der nichts mehr vorangeht, in der die Fußgänger, die Radler und die Autofahrer alle miteinener und gegeneinander viel zu wenig Platz haben, ist immens. „Warum, so sagen die Menschen, kann man nicht ein Projekt nach dem anderen abarbeiten!"

Jetzt haben sich „130 Teilnehmer*innen" [sic] an einer städtischen Umfrage beteiligt. Und davon waren – man höre und staune! – „etwa 40 Prozent mit der Balance des neuen Konzepts zufrieden, etwa 45 Prozent geht das Konzept sogar nicht weit genug, etwa 15 Prozent gehen die Vorschläge für eine Umgestaltung der Altstadt dagegen zu weit."

Im zuständigen Bezirksausschuss, beim Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA sowie der Industrie- und Handelskammer habe man wohl Zustimmung erfahren. Mehr Grün soll Platz finden. Die Autos – natürlich – sollen weiter hinausgedrängt werden und für Gewerbe- und Lieferverkehr wolle man Platz schaffen in den Zeiten, in denen man die Menschen ins Internet gedrängt hat.

„Aber auch Innovationen wie ein digitales Leitsystem" wolle man nutzen. Das Ziel ist klar. In München schafft man es seit langem, jede Ampel so zu programmieren, dass man in jeder großen Durchgangsstraße garantiert eine rote Welle vorfindet. Sprich: Man fährt bei grün los, hält sich an die vorgeschriebene Geschwindigkeit und kommt garantiert an der nächsten Ampel 300 Meter weiter bei rot an. Bürgermeister Dominik Krause spricht von einem „großen Wurf". ❐

Von 5,4 auf 20,7 Millionen Euro in drei Jahren:

Kommunen steigern nachhaltige Einkäufe

Kommunen in der Metropolregion Nürnberg kaufen immer nachhaltiger ein: Um rund 15 Millionen Euro ist die Summe für faire Arbeitskleidung, Spülmittel oder Bleistifte im Haushaltsjahr 2023 gestiegen. Besonders viel investierten die Städte Coburg, Fürth, Neumarkt i.d.Opf. und der Markt Eckental. Und das Netzwerk wächst kontinuierlich.

Spezialkleidung für die Feuerwehr, Naturpflastersteine im Straßenbau oder eine nachhaltige Kita in Holzbauweise – die Kommunen in der Metropolregion setzen verstärkt auf nachhaltige und fair gehandelte Produkte. Wie vielfältig die Kommunen sich damit befassen und wie verantwortungsbewusst das Einkaufsverhalten geworden ist, zeigte die 4. Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg in Diespeck. „Es ist beeindruckend zu sehen, wie viele Kommunen bereit sind, neue Wege zu gehen und ihre Beschaffungsprozesse nachhaltig zu gestalten. Der Beitritt neuer Kommunen zeigt, dass das Thema in der Region weiter an Bedeutung gewinnt. Die Faire Metropolregion Nürnberg hat mittlerweile eine Vorreiterrolle bei öffentlicher Beschaffung auf lokaler Ebene im Hinblick auf die Erfüllung der globalen Nachhaltigkeitsziele“, sagt Jürgen Hennemann, Initiativkreissprecher der Fairen Metropolregion Nürnberg und Bürgermeister der Stadt Ebern. Und das gehe auch in kleinen Kommunen, die keine eigene Beschaffungsabteilung hätten.

Mit 20,67 Millionen Euro an Investitionen in nachhaltige Produkte im Haushaltsjahr 2023 ist die Metropolregion Nürnberg ein leuchtendes Beispiel dafür, wie Städte und Gemeinden durch gezielte Investitionen in faire und umweltfreundliche Produkte ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Das ist eine Steigerung von 52 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Nicht nur die Umwelt, sondern auch die lokale Wirtschaft profitiert von einer nachhaltigen Beschaffung. Besonderen Wert legten die Kommunen auf Reparierbarkeit und Langlebigkeit bei Investitionen in IT-Ausstattung sowie auf Bio-Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten.

Vor mehr als 70 Teilnehmern wurden bei der Fair Trade Werkstatt in Diespeck die herausragenden Leistungen der Kommunen in Sachen fairer und ökologischer Beschaffung gewürdigt:

- Stadt Coburg: Platz 1 in der Gesamtkategorie „Nachhaltigste Beschaffung pro Einwohner:in“.
- Stadt Fürth: Platz 2 in der Gesamtkategorie sowie Platz 1 in der Sonderkategorie „Fair“ für den höchsten Anteil fair gehandelter Produkte.
- Stadt Neumarkt i.d.Opf.: Platz 3 in der Gesamtkategorie „Nachhaltigste Beschaffung pro Einwohner:in“.
- Markt Eckental: Sonderkategorie „Gemeinden“ für die höchste nachhaltige Beschaffung in einer kleinen Kommune.

„Die Kommunen in der Metropolregion Nürnberg haben eindrucksvoll bewiesen, dass nachhaltiger Einkauf in nahezu allen Bereichen möglich ist“, betont Britta Walthelm, Geschäftsführerin des Forum Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung in der Metropolregion Nürnberg.



Nachhaltige Kita in Holzbauweise mit Holz aus dem Neumarkter Stadtwald. Bild: Stadt Neumarkt i.d.Opf.

Pakt für nachhaltige Beschaffung

Dass die nachhaltige Beschaffung an Bedeutung gewinnt, zeigen die steigenden Mitgliederzahlen im Pakt zur nachhaltigen Beschaffung; sieben weitere Kommunen sind aktuell beigetreten:

- Gemeinde Bubenreuth
- Markt Cadolzburg
- Gemeinde Etzelwang
- Landkreis Forchheim
- Stadt Marktredwitz
- Gemeinde Marloffstein
- Stadt Stein

Damit wächst das Netzwerk auf rund 90 Mitglieder, die sich gemeinsam für nachhaltige öffentliche Beschaffung engagieren. Die 4. Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg hat einmal mehr verdeutlicht, dass Nachhaltigkeit fest in der öffentlichen Beschaffung verankert ist. Der Austausch zwischen Kommunen, Unternehmen und Zivilgesellschaft bleibt dabei ein zentraler Baustein, um die Ziele der nachhaltigen Entwicklung weiter voranzutreiben. Mehr Informationen zur Fairen Metropolregion Nürnberg sind abrufbar unter: https://faire-metropolregionnuernberg.de/.

Die Gewinnerstädte

Stadt Coburg (1. Platz gesamt): Die Stadt Coburg belegt wie bereits im Vorjahr den 1. Platz beim Beschaffungsziel 2023 des Pakts für nachhaltige Beschaffung. Im Haushaltsjahr 2023 beschaffte die Stadt in Oberfranken Waren im Wert von insgesamt 1.872.955,34 Euro nachhaltig. Dies entspricht einem Einkaufswert von 44,76 Euro pro Einwohner, was Coburg klar an die Spitze setzt und eine erneute Steigerung zum Vorjahr bedeutet (Beschaffungswert 2022: 1.242.127,28 Euro).

Besonders hervorzuheben ist, dass der größte Anteil der nachhaltigen Beschaffungen im Bereich Hardware, also IT-Ausstattung, Maschinen und Büromöbel lag. Coburg achtet dabei besonders auf die Langlebigkeit der Produkte und legt dies auch in ihren Leistungsbeschreibungen und Zuschlagskriterien fest.

Stadt Fürth (2. Platz gesamt): Die Stadt Fürth sichert sich erneut eine Spitzenposition beim Beschaffungsziel 2023 und erreicht den 2. Platz. Mit nachhaltigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 5.220.304,52 Euro, was einem Wert von 39,72 Euro pro Einwohner entspricht, liegt auch Fürth deutlich über den meisten anderen Kommunen.



Bauhofmitarbeiter des Markts Eckental in fair beschaffter Kleidung. Bild: Bettina Dennerlohr

Besonders im Bereich Verpflegung und Bio-Lebensmittel setzt Fürth Maßstäbe. So investierte die Stadt intensiv in die Bio-Verpflegung von Schulen und Kindertagesstätten. Hervorzuheben ist ebenfalls der hohe Wert auf Gütesiegel wie Fair Trade und Biozertifizierungen.

Stadt Neumarkt i.d.Opf. (3. Platz gesamt): Die Stadt Neumarkt i.d.Opf. erreicht den 3. Platz beim nachhaltigen Beschaffungsziel 2023 des Pakts für nachhaltige Beschaffung. Im Haushaltsjahr 2023 beschaffte die Stadt Waren im Wert von insgesamt 648.594,08 Euro nachhaltig. Dies entspricht einem Einkaufswert von 15,89 Euro pro Einwohner.

Den größten Anteil an den nachhaltigen Ausgaben stellten Produkte aus dem Bereich Baustoffe und Verpflegung dar, wobei insbesondere die nachhaltige Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten betont wurde.

Sonderkategorie „Fair“: Die Stadt Fürth gewinnt in der Sonderkategorie „Fair“ des Haushaltsjahres 2023. Mit einem Einkaufswert von 3,89 Euro pro Einwohner für fair gehandelte Produkte setzt Fürth erneut Maßstäbe in der Metropolregion Nürnberg. Besonders im Fokus standen dabei Produkte wie Fair-Trade-Kaffee und andere fair gehandelte Lebensmittel, die einen wichtigen Bestandteil der nachhaltigen Strategie der Stadt Fürth ausmachen.

Sonderkategorie „Gemeinden“: Der Markt Eckental belegt in der Sonderkategorie „Gemeinden“ den ersten Platz. Mit einem Gesamtwert von 182.296,38 Euro im Haushaltsjahr 2023 und somit 12,40 Euro pro Einwohner für nachhaltig beschaffte Produkte zeigte Eckental einen klaren Fokus auf ökologische und soziale Kriterien. Besonders hervorzuheben sind die Bemühungen in der nachhaltigen Stromversorgung, wobei der Markt für seine kommunale Versorgung vollständig auf Ökostrom umgestellt hat, sowie die Verwendung von fair gehandelten Stofftaschen und Arbeitskleidung im Bauhof. ❐

INNOVATIVES VERFAHREN ZUR
RINNENSANIERUNG

Schneller, effizienter, sauberer und nachhaltiger

Wo bisher langwierige und aufwendige Handarbeit notwendig war, setzt die Firma Schlamp Kommunaldienstleistungen aus Wettstetten auf maschinelle Lösungen und innovative Materialien. Das Ergebnis: Bis zu sechsmal höhere Flächenleistung als mit herkömmlichen Verfahren, keine langfristigen Straßensperrungen und zufriedene Bauhofmitarbeiter.

SCHLAMP
KOMMUNALDIENSTLEISTUNGEN

Die Methode

1 **FRÄSEN UND ABSAUGEN**
- Maschinelles Hochdruckwaschen inkl. Absaugen in einem Arbeitsgang wird mit einer speziell dafür ausgerüsteten Kehrsaugmaschine durchgeführt.
- Brüchiges Fugenmaterial wird per Wasserstrahl herausgefräst und der Spritzschutz ermöglicht sauberes Arbeiten.

2 **VERFUGEN**
- Das individuell entwickelte Fugenmaterial ist optimal auf die Witterungsverhältnisse und die Anforderungen der Straßenrinnen abgestimmt.
- Ein eigens entwickeltes System sorgt für die perfekte Konsistenz und optimale Ausbringung des Pflasterfugenmörtels.
- Abschließend erfolgt die Verteilung des flüssigen Fugenmaterials durch Ihre oder unsere Mitarbeiter.

3 **WASCHEN**
- Nachdem das Fugenmaterial angesteift ist, wird die übrige Schlämme mit unserer Kehrmaschine in einem Arbeitsgang abgewaschen und abgesaugt.





AUS DER REGION FÜR DIE REGION

Ansässig im Landkreis Eichstätt, sind wir seit 14 Jahren für unsere Kunden in ganz Bayern unterwegs. Straßenreinigung, Rinnensanierung, Unkrautbekämpfung, Baumfällung, Landschaftspflege und vieles mehr – wir sind Ihr professioneller und innovativer Partner im kommunalen Ganzjahreseinsatz.

Mehr Informationen auf
www.schlamp-dienstleistungen.de/rinnensanierung

„Meine Leute sagen, das ist eine Supersache!“

Wolfgang Hiebinger (links), Kreisbauhofleiter Beilngries, zeigt sich mit dem Ergebnis sehr zufrieden. „Für unsere Mitarbeiter ist das eine echte Erleichterung. Wir sind froh, dass wir mit Schlamp Kommunaldienstleistungen endlich jemanden gefunden haben, die das Problem an der Wurzel angepackt und nachhaltig gelöst haben. Diese Straßenrinne hier haben wir vor 10 Monaten sanieren lassen. Und sie sieht immer noch aus wie neu. Insbesondere die Steigung der Straße war eine große Herausforderung. Da ist vor allem die Konsistenz und Ausbringung des Fugenmaterial entscheidend.“

Thomas Schlamp (rechts), Geschäftsführer von Schlamp Kommunaldienstleistungen, sitzt oft selbst in der Kehrmaschine. So erkennt er gemeinsam mit seinem Team die Probleme und Bedarfe dort, wo sie entstehen. Laut Thomas Schlamp werden daraufhin die Fahrzeuge und Methodiken entsprechend optimiert und den Anforderungen angepasst.



FÜR EINE PROFESSIONELLE BERATUNG RUFEN SIE AN ODER SCHREIBEN SIE UNS!

Schlamp Kommunaldienstleistungen GmbH | Rackertshofener Str. 27 | 85139 Wettstetten
Telefon: 0841 232 387 79 | info@schlamp-dienstleistungen.de | **www.schlamp-dienstleistungen.de**



Schlüsselübergabe (v.l.): Lindner-Händler Daniel Jäggi, Ueli Brügger (Gebietsverkaufsleiter Lindner Schweiz), Geschäftsführer David Lindner und Familie Schlunegger. Bild: Lindner Traktoren

Lindner-Werksausstellung:

Pinker Lintrac geht in die Schweiz

Premiere für neuen Lintrac 65 LS

3.000 Besucherinnen und Besucher informierten sich im Lindner-Innovationszentrum über die neuesten Lindner-Innovationen – vom Lintrac 65 LS bis zum Unitrac 122 LDrive Pro. Ein besonderes Highlight war die Übergabe des pinken Lintrac 80 „Melissa-Edition" an die Schweizer Familie Schlunegger.

Im Frühjahr 2024 präsentierte Lindner einen pinken Lintrac 80, der von der österreichischen Sängerin Melissa Naschenweng signiert wurde. In den vergangenen Monaten tourte das stufenlose Sondermodell durch Österreich und war bei mehreren Pink-Ribbon-Events der österreichischen Krebshilfe zu sehen.

Schlüsselübergabe

Bei der Herbst-Werksausstellung von Lindner im Innovationszentrum in Kundl durfte Geschäftsführer David Lindner den Schlüssel des Lintrac in der „Melissa-Edition" an Daniela und Roland Schlunegger aus Bowil im Emmental übergeben, die sich den besonderen Traktor gesichert haben. Die Landwirte aus der Schweiz sind Grünlandprofis und betreiben Mutterkuhhaltung. „Wir haben vor einigen Jahren unseren Stall renoviert und den Futtertisch in Pink versiegelt. Der neue Traktor passt perfekt zu unserem Hof – sowohl farblich als auch technisch", betonen die neuen Besitzer. Ein Teil des Verkaufserlöses geht an die Österreichische Krebshilfe.

Premiere

Neben dem pinken Lintrac in der Melissa-Edition war auch der Lintrac 65 LS ein Anziehungspunkt auf der Werksausstellung. Viele Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich über den neuen, kompakten Allroundtraktor zu informieren. Der Lintrac 65 LS ist speziell für den Einsatz in der alpinen Berg- und Grünlandwirtschaft entwickelt und leistet 76 PS. Mit ihm erweitert Lindner sein Angebot an Traktoren mit Schaltgetriebe.

Ein weiteres Highlight war der Unitrac 122 LDrive Pro, der dank Powermanagement bei Bedarf zwischen 90 und 100 KW wechselt. Damit eignet er sich ideal für schwere Transportarbeiten oder Einsätze mit der Zapfwelle.

Spezial-Lintrac zur PV-Reinigung

Stark in der Nische: Diese Devise untermauerte Lindner bei der Werksausstellung gemeinsam mit dem Unternehmen SunBrush, das auf die Reinigung von Solaranlagen spezialisiert ist. Seit kurzem ist ein eigener Aufsatz für den Lintrac und Unitrac erhältlich, mit dem Verschmutzungen auf Photovoltaikpanelen effizient entfernt werden können – im Solarpark ebenso wie auf Fassaden.

Zusätzlich informierte Lindner über die top-servicierten Vorführmodelle mit wenigen Betriebsstunden. Dank „Preishammer-Aktion" sind die Traktoren zu sehr attraktiven Preisen erhältlich. Bei der Herbstaktion hat Lindner die rumpfgeführte Fronthydraulik bei allen Neubestellungen kostenlos im Programm. Zusätzlich gibt es zu jedem neuen Lintrac oder Unitrac einen Gutschein in Höhe von 250 Euro. Dieser kann für das nächste Servicepaket beim Lindner-Händler ebenso eingelöst werden wie für Ersatzteile oder im Lindner-Onlineshop. Die Herbstaktion ist bis 31.12.2024 gültig.

Werksführungen und Testfahrten rundeten das dreitägige Programm ab. ❐

Mähwiesenprojekt im Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen:

Erfassung abgeschlossen

Landwirte werden im nächsten Schritt aktiv angesprochen

Um artenreiche Wiesen im Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen zu erhalten oder ihren Zustand zu verbessern, wird im Landkreis ein Mähwiesenprojekt durchgeführt, die Erfassung der Flachland-Mähwiesen ist nun abgeschlossen. So ist ein Ergebnis des Mähwiesenprojektes eine Kulisse artenreicher Mähwiesen, die in das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) aufgenommen werden könnten. Künftig wird die untere Naturschutzbehörde (UNB) Bad Tölz – Wolfratshausen gemeinsam mit dem Landschaftspflegeverband Bad Tölz – Wolfratshausen im Rahmen eines Kooperationsprojektes proaktiv auf Landwirte innerhalb der Mähwiesen-Projektkulisse zugehen.

Flachland-Mähwiesen wurden durch die traditionelle Landwirtschaft mit extensiven Bewirtschaftungsmethoden geschaffen. Kennzeichnend für diese Wiesen sind bunte Blütenpflanzen und eine große Vielfalt an Schmetterlingen, Wildbienen, Heuschrecken und anderen Tierarten, die hier einen mittlerweile selten gewordenen Lebensraum finden. Aufgrund von Nutzungsaufgabe oder Intensivierung der Bewirtschaftung mit häufiger Mahd und Düngung sind viele dieser artenreichen Mähwiesen verloren gegangen oder haben in ihrer Qualität abgenommen. Der Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen will diesem Problem aktiv entgegenwirken. Ein Projektgebiet liegt im Isartal.

Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten

Derzeit laufen im Regierungsbezirk Oberbayern insgesamt neun Projekte zum Erhalt artenreicher Flachland-Mähwiesen. Im Auftrag der Regierung von Oberbayern wurde seit 2023 der Zustand der Flachland-Mähwiesen im Projektgebiet anhand ihrer Pflanzenarten durch das Büro Naturraumplanung Egger e.U. ermittelt. Darauf aufbauend wurden Maßnahmen entwickelt, um die artenreichen Wiesen im Landkreis zu erhalten und bei Bedarf den Zustand zu verbessern.

Artenreiche Mähwiesen sind Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten. In mehreren Wiesen wurde z.B. der Große Wiesenknopf festgestellt. Diese Pflanzenart ist wesentlich für das Fortbestehen einer Schmetterlingsart, dem Wiesenknopf-Ameisenbläuling. Der Schmetterling benötigt für seine Fortpflanzung sowohl den Großen Wiesenknopf, als auch seine Wirtsameise, die Rotgelbe Knotenameise. Der Falter legt seine Eier an den Blüten vom Großen Wiesenknopf ab. Innerhalb der Blüte schlüpft die Raupe und ernährt sich vom Wiesenknopf. Danach lässt sie sich auf den Boden fallen und wird von der Wirtsameise in deren Bau getragen. Dort bleibt die Raupe für rund zehn Monate und ernährt sich von der Ameisenbrut. Die Ameisen merken den Schwindel nicht, denn die Raupe imitiert durch ihren Duft die Ameisenbrut. Nach dem Schlupf des Schmetterlings verlässt er so schnell wie möglich den Ameisenbau. Der Große Wiesenknopf und mit ihm der Ameisenbläuling finden allerdings auf intensiv genutztem Grünland oder auf aufgegebenen Flächen keinen geeigneten Lebensraum.

Ein Ergebnis des Mähwiesenprojektes ist eine Kulisse artenreicher Mähwiesen, die in das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) aufgenommen werden könnten. Auch Optimierungsmaßnahmen bei der Bewirtschaftung können, je nach Ausgangszustand der Fläche, zusätzlich zum VNP finanziell gefördert werden. Maßnahmen, die sich Bewirtschafter über das Vertragsnaturschutzprogramm fördern lassen können, sind der Schnittzeitpunkt (bei Flachland-Mähwiesen 15.06. oder 01.07.), eine angepasste Düngung mit Festmist oder ein kompletter Düngeverzicht. Bei der Aufwertung von Flachland-Mähwiesen ist die gezielte Nachsaat durch Saatgut-/ oder Mahdgut-Übertragung von Blütenpflanzen zielführend.

Zukünftig wird die UNB in Kooperation mit dem Landschaftspflegeverband Bad Tölz – Wolfratshausen proaktiv auf Landwirtinnen und Landwirte innerhalb der Mähwiesen Projektkulisse zugehen. ❐

Regierung der Oberpfalz:

Förderbescheid für Landesgartenschau 2025

Die Stadt Furth im Wald im Landkreis Cham darf sich über eine finanzielle Förderung in Millionenhöhe zur Durchführung der Bayerischen Landesgartenschau 2025 freuen. Regierungspräsident Walter Jonas überreichte den Förderbescheid an Furths 1. Bürgermeister Sandro Bauer, der von Chams Landrat Franz Löffler begleitet wurde.

Mit der Zuwendung in Höhe von insgesamt 9 Millionen Euro sollen nachhaltige Grün- und Erholungsanlagen im Rahmen der Landesgartenschau in Furth im Wald entstehen. Diese neuen Flächen werden auch nach der Veranstaltung den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen und langfristig zur Aufwertung des Stadtbildes und der Lebensqualität beitragen.

Impulsgeber für regionale Entwicklung

Regierungspräsident Walter Jonas betonte bei der Übergabe die Bedeutung der Landesgartenschauen als Impulsgeber für die regionale Entwicklung und den Umweltschutz. „Durch die Landesgartenschau erhalten nicht nur die Bürgerinnen und Bürger von Furth im Wald, sondern auch die gesamte Region eine grüne Oase, die Erholung und Begegnung im Einklang mit der Natur ermöglicht."

Der Freistaat Bayern fördert das Projekt mit 5 Millionen Euro, während 4 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereitgestellt werden. Insgesamt beträgt das Projektvolumen für die Errichtung der dauerhaften Grünflächen rund 11,5 Millionen Euro, wovon maximal 10 Millionen Euro förderfähig sind. Die Fertigstellung der Anlagen ist bis Mai 2025 geplant.

Bürgermeister Sandro Bauer zeigte sich dankbar: „Die Landesgartenschau trägt nicht nur zur Stärkung der Infrastruktur, sondern auch zur nachhaltigen Steigerung der Attraktivität und Lebensqualität von Furth im Wald bei. Für die wohlwollende Unterstützung der Regierung möchte ich mich deshalb besonders bedanken. Das gibt uns großen Mut, die Zukunftschancen für unsere Kommune optimal zu nutzen."

Landrat Franz Löffler unterstrich: „Furth im Wald wird im Mai 2025 nicht wiederzuerkennen sein. Das Stadtbild der Kommune wird massiv aufgewertet. Das übt nicht nur eine große Strahlkraft auf die gesamte Oberpfalz, sondern auch auf unsere tschechische Nachbarregion aus. Ein bedeutsamer Mehrwert für unseren Wirtschafts- und Lebensraum im Herzen Europas."

Die Landesgartenschau findet vom 22. Mai bis 05. Oktober 2025 statt. Sie soll Anziehungspunkt für die gesamte Region und darüber hinaus werden. ❐

Umweltministerium:

Blühpakt-Allianz mit Bayerischem Gärtnerei-Verband

Durch die Aktivitäten im Rahmen der Allianz mit dem Bayerischen Gärtnerei-Verband soll die Produktion und Verwendung von heimischen Wildpflanzen gesteigert und somit die Biodiversität gefördert werden.

Die Zusammenarbeit startet mit einem Pilot-Projekt „Heimat.pflanzen – für Insekten", an dem zunächst einige über ganz Bayern verteilte Mitglieder des Verbandes teilnehmen. Dabei werden Informationen über die Kultivierung von heimischen Wildpflanzen, deren Verwendung sowie deren Bedeutung für die Biodiversität gemeinsam erarbeitet. Im Verlauf der Allianz ist eine Ausweitung auf weitere Betriebe des Verbandes vorgesehen. So entsteht ein Netzwerk, in dem die Pilot-Gärtnereien als Multiplikatoren wirksam sind. Flankierend soll das Projekt einen Anstoß zu einem Wissenstransfer in die gärtnerische Aus- und Fortbildung geben. Die im Rahmen der Allianz erstellten Informationsmaterialien dienen auch dazu, das Wissen über die heimischen Wildpflanzen an interessierte Freizeitgärtnerinnen und Freizeitgärtner weiterzugeben. ❐



Landkreis Kronach:

Wiederbewaldungsparcours zeigt Wege auf

Kommunalpolitiker nehmen sich den Waldumbau vor

Die besonderen waldbaulichen Herausforderungen des Frankenwaldes standen im Mittelpunkt einer Exkursion von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Kreisräten, Gemeinderäten und Ortssprechern des Landkreises Kronach. Sie setzen sich gemeinsam mit den Waldbesitzern dafür ein, den Frankenwald wieder vielfältig und bunt mit verschiedenen Baumarten zu gestalten. Als Exkursionsgebiet wurde die Fläche „Himmelreich-Heeresstraße" zwischen Hirschfeld, Förtschendorf und Rothenkirchen gewählt, wo seit 2022 der „Wiederbewaldungsparcours Heeresstraße" besteht.

Um den regelmäßigen Austausch zu fördern, planten Kommunalvertreter aus der Region einen gemeinsamen Waldbegang mit Experten des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Coburg-Kulmbach zum Thema „Waldbauliche Optionen für den Frankenwald – Status quo und Ausblick". Die Initiatoren Bürgermeister Stefan Heinlein, Markt Pressig, und der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetags im Kreisverband Kronach, Bürgermeister Bernd Rebhan, Markt Küps, luden alle Kommunalvertreterinnen und Vertreter zu der Exkursion ein. Der „Wiederbewaldungsparcours Heeresstraße" bei Förtschendorf wurde hierfür ausgewählt. „Der Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden in der Region ist ein wichtiges Instrument, um den Waldumbau im Frankenwald voranzutreiben", so Rebhan.

Der Waldumbau mit klimaresistenten Baumarten stellt die Waldbesitzer im Frankenwald vor besondere Herausforderungen, besonders in den oft anspruchsvollen Lagen mit nährstoffarmen, flachgründigen Böden und steilen Hängen. Der Behördenleiter des AELF, Harald Weber, sein Stellvertreter Jens Härtel und der forstliche Bereichsleiter Andreas Sommerer führten durch das Aufforstungsgebiet und erläuterten, warum die ausgewählten Baumarten für den Standort geeignet sind. Härtel erläuterte die Entwicklung seit 2017, als der Frankenwald zum „Waldgebiet des Jahres" gekürt wurde, und hob die ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielsetzungen hervor. Der massive Borkenkäferbefall sowie Klimawandel und Trockenperioden machten den Frankenwald rasch zu einem „Problemwald".



Kommunalpolitiker des Landkreises Kronach vor Ort im Frankenwald. Bild: Markt Küps

Zukunftsprojekt Frankenwald

Die Forstexperten stellten mithilfe von Karten, Grafiken und vor Ort im „Wiederbewaldungsparcours" dar, welche Baumarten sich für eine zukunftsorientierte Aufforstung eignen könnten. Auf der etwa 2,5 Hektar großen Fläche wurden verschiedene Baumarten wie Esskastanie, Eibe, Küstentanne, Rotbuche, Weißtanne, Vogelbeere, Stieleiche, Winterlinde, Roteiche, Birke, Europäische Lärche, Schwarzkiefer und weitere gepflanzt, um eine möglichst große Vielfalt auf kleiner Fläche zu präsentieren. Die Fläche gilt als Zukunftsprojekt „Der neue Frankenwald" und wurde 2022 von Staatsministerin Michaela Kaniber freigegeben. „Der neue Frankenwald wird ein völlig anderes, bunteres und vielfältigeres Gesicht haben als der alte – geprägt von stabilen, klimafesten Mischwäldern", sagte die Ministerin bei der Einweihung.

Die Fläche wird von drei Waldbesitzern bewirtschaftet, und das Projektvolumen beträgt rund 40.000 Euro. Bernd Rebhan und Stefan Heinlein dankten für die umfassenden und aufschlussreichen Informationen. Sie und die über 20 Teilnehmenden zeigten sich überzeugt, dass der Frankenwald auf einem guten Weg ist, wiederaufzuforsten und ein Stück Lebensqualität zurückzugewinnen. Die beiden Bürgermeister appellieren an die Waldbesitzer, den Wiederbewaldungsparcours zu besichtigen und Beratung zu Fördermitteln einzuholen. Der Frankenwald verfügt über ein starkes Netzwerk an Forst- und Waldexperten, die jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen. ❐

Unimog und Atego auf FIREmobil:

Mercedes-Benz Special Trucks stellte acht Fahrzeuge zur Brandbekämpfung aus

Fünf hochgeländegängige Unimog, ein Unimog Geräteträger und zwei Atego mit Aufbauten von Rosenbauer, Schlingmann, BAI, Brandschutztechnik Stolpen und AS Baugeräte

Auf der FIREmobil, der Leistungsschau im Bereich Krisen- und Katastrophenschutz, stellte Mercedes-Benz Special Trucks neben den beiden Fahrzeugen der Baureihe Atego sechs Einsatzfahrzeuge auf Unimog Basis vor. Mit ihren unterschiedlichen Konfigurationen decken die Fahrzeuge ein weitreichendes Einsatzspektrum bei der Brandbekämpfung ab.

Auf Basis des hochgeländegängigen Unimog hat Rosenbauer den „MT Forest DK" speziell für den Einsatz in Waldbrandgebieten konzipiert. Im werkseitig zur „Doka" (= Doppelkabine) verlängerten Fahrerhaus finden bis zu sieben Einsatzkräfte Platz. Durch die Dachluke kann im Pump & Roll Verfahren auch während der Fahrt gelöscht werden, wobei ein Selbstschutzsystem Reifen und Fahrerkabine mit Sprühnebel kühlen kann. Der Werfer an der Fahrzeugfront lässt sich aus dem Fahrerhaus bedienen.

In Kombination mit der Reifendruckregelanlage zur besseren Befahrbarkeit verschiedener Untergründe machen Watfähigkeit, hohe Bodenfreiheit und große Böschungs- und Rampenwinkel den Unimog zu einem agilen Instrument bei der Vegetations- und Flächenbrandbekämpfung.



Unimog und Atego auf der Firemobil. Bild: Daimler Truck

Schlingmann „TLF 3000"

Auch das von Schlingmann aufgebaute Tanklöschfahrzeug basiert auf dem Unimog U 5023 und ist auf die Bedürfnisse der Feuerwehr bei Einsätzen im Gelände ausgelegt. Das aus rostfreien Edelstahlspezialprofilen geschweißte Gerippe verleiht dem Aufbau Stabilität und hohen Korrosionsschutz. Die doppelte Dreipunktlagerung als Verbindung zwischen Aufbau und Fahrgestell erlaubt Verwindungsfreiheit bei Geländefahrten. Dadurch ist der schnelle Transport von Löschwasser und Schaummittel an den Ort des Geschehens möglich – auch wenn der Brandherd im Wald oder am Steilhang ist. Auf Wunsch kann auch ein 4000L Löschwasserbehälter verbaut werden.

Die vier seitlichen Geräteräume bieten Platz für umfangreiche feuerwehrtechnische Beladung. Zusätzlich können Dachkästen auf dem Aufbaudach montiert werden. Im hinteren Geräteraum ist die Pumpenanlage installiert. Das TLF 3000 ist mit Schlingmann Feuerlöschkreiselpumpe, C-Strahlrohr auf dem Aufbaudach, Frontwasserwerfern und Sprühdüsen zum Eigenschutz ausgestattet.

Weitere Fahrzeuglösungen

Das „TLF 2000" und das „TLF 3000 Vario" von BAI, ein Gerätewagen Logistik von Brandschutztechnik Stolpen (BTS) und ein Einsatzfahrzeug von der gemeinnützigen Hilfsorganisation @fire mit Pritsche und Plane von Söder wurden ebenfalls gezeigt.

Außerdem fanden Besucher am Stand das von Schlingmann aufgebaute Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug HLF 20 Varus 4x4 auf Basis des Atego 1530 AF, sowie einen Atego 1630 AF mit 10 Tonnen Hinterachse und Singlebereifung für erhöhte Tragfähigkeit und mehr Flexibilität bei der Gewichtsverteilung des Aufbaus. Der Atego 1630 AF wurde ohne Aufbau ausgestellt. ❐

Bayern begrüßt Stopp der EU-Entwaldungsverordnung

Europaminister Beißwenger: „Katastrophe für den europäischen Markt"

Bayerns Europaminister Eric Beißwenger nahm in der Bayerischen Vertretung in Brüssel an einem Expertengespräch zur europäischen Entwaldungsverordnung zusammen mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft teil. Beißwenger: „Die geplante Verordnung ist eine Katastrophe für heimische Rohstoffproduzenten und den europäischen Markt. Die EU muss jetzt die Zeit dafür nutzen, die Regelung inhaltlich grundlegend zu überarbeiten. Sie hat sonst enormes Zerstörungspotenzial. Der weltweite Schutz der Wälder ist gerade mit Blick auf den Klimaschutz ein extrem wichtiges Anliegen und wird von Bayern nachdrücklich unterstützt. Die EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten ist in der vorliegenden Form aber der falsche Weg."

Die Verordnung will verhindern, dass Lieferketten bestimmter Produkte wie zum Beispiel Holz, Kaffee, Palmöl, Soja oder Kautschuk zu einer globalen Entwaldung beitragen. Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte angekündigt, den Start um ein Jahr zu verschieben. Dem müssen das EU-Parlament und die europäischen Mitgliedsstaaten noch zustimmen. Mit der Umsetzung wäre der europäische Markt für die betroffenen Produkte massiv beeinträchtigt, so Beißwenger. Die Umsetzung bedeute untragbare bürokratische Belastungen und habe unkalkulierbare Auswirkungen auf die Wertschöpfungsketten, auch weil noch unklar ist, wie die Unternehmen das leisten sollen, was die Verordnung fordert. Viele Branchen wären von Rohstoffen abgeschnitten, weil sie nicht belegen könnten, dass für die Herstellung kein Wald gerodet wurde. Auch redlichen, nachhaltigen Produzenten in Drittstaaten könnte die Lebensgrundlage entzogen werden, wenn sie an den technischen Anforderungen scheitern.

Waldland Nr. 1

Beißwenger: „Abgesehen davon besteht für Bayern, und übrigens auch in Deutschland, kein Entwaldungsrisiko. Bayern hat sogar den höchsten Holzvorrat in Europa. Bayern ist mit rund 2,6 Millionen Hektar und einem Viertel der Waldfläche Deutschlands Waldland Nummer eins. Hier hat die Waldfläche seit 1977 sogar um 15.000 Hektar zugenommen. 164.000 Menschen in Bayern leben von der Holz- und Forstwirtschaft." ❐



Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten,Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

In fataler Weise abhängig

Informatikprofessor der Uni Würzburg warnt vor Verlust der digitalen Souveränität

Abseits der Datenautobahn zu agieren, wäre für Kommunen heute unvorstellbar. Die Digitalisierung erleichtert vieles. Doch sie birgt auch Gefahren. Vor diesen Gefahren warnt Harald Wehnes, Vorsitzender des Präsidiumsarbeitskreises „Digitale Souveränität" der Gesellschaft für Informatik (GI). Das Thema „Digitale Abhängigkeit", vor allem in Bezug auf Produkte der Firma Microsoft, müsste dem Professor von der Uni Würzburg zufolge eine viel höhere Priorität in Kommunen haben.

„Bei Kommunalpolitikern steht ein funktionierender, kostengünstiger IT-Betrieb im Vordergrund, und das ist auch verständlich", so Harald Wehnes. Die meisten dürften allerdings schon von "digitaler Abhängigkeit" gehört haben: „Manche sind wahrscheinlich sogar durch Preissteigerungen mangels fehlenden Wettbewerbes bereits Betroffene." Dennoch beobachtet der Experte für „Digitale Souveränität", dass das Thema in Rathäusern und Landratsämtern keine hohe Priorität hat. Gleichzeitig, beobachtet er, gebe es kaum Kenntnisse über alternative Softwareprodukte, deren Anbieter und Supportleistungen.

Der Informatiker warnt eindringlich vor „Fehlinformationen der Marketingmaschinerie von Big Tech". „Sie bezeichnen ihre Rechenzentren zum Beispiel als ‚souverän', obwohl diese für die Kunden das genaue Gegenteil bewirken, nämlich eine Verstärkung der digitalen Abhängigkeit", erläutert er. Das Gebaren erinnert ihn an das frühere Vorgehen von Tabakkonzernen. Die dreistesten unter ihnen streuten jahrelang die Devise aus: „Raucht mehr, denn Rauchen erhöht nach medizinischen Studien die Gesundheit!"

Harald Wehnes verweist auf eine aktuelle Analyse, die zeigt: „Die digitalen Abhängigkeiten sind im Verhältnis zur Abhängigkeit von russischem Gas wesentlich kritischer zu bewerten, da sie irreversiblen Charakter haben." Als die Gaslieferung eingestellt wurde, habe es Sofortlösungen durch die Nutzung vorhandener Reserven, alternativer Energien und vielfältiger Sparmaßnahmen gegeben. „Sollte uns der ‚digitale Hahn' abgedreht werden, wofür es immer mehr internationale Beispiele gibt, verfügen wir derzeit über keine Sofortlösungen und müssen alle Konsequenzen erdulden", so der Wissenschaftler.

Extreme Preiserhöhungen

Die aktuellen Preiserhöhungen der marktbeherrschenden Virtualisierungssoftware VMware zeige, wie Monopolstellungen wirtschaftlich ausgenutzt würden, so der Sprecher des GI-Präsidiumsarbeitskreises „Digitale Souveränität". Die Preise für VMware-Produkte hätten sich bis zu zwölffach erhöht. Auch Kommunen seien von extremen Preiserhöhungen nicht ausgenommen. Der Steuerzahler müsse letztlich die Mondpreise blechen: „Ohne Einfluss nehmen zu können". Das Steuergeld fehle dann für marode Brücken, Straßen, Bildung und vieles andere.

Nun ist „digitale Souveränität" in Stadtverwaltungen durchaus ein Thema. Dies bestätigt Carla Diehl, Pressesprecherin der Stadt Aschaffenburg. Laut ihrem Leitbild habe die Stadt das klare Ziel, technologische Souveränität sicherzustellen. „Dies beinhaltet die Kontrolle und den Schutz personenbezogener Daten sowie die Autonomie bei der Nutzung digitaler Technologien und Infrastrukturen", führt sie aus.

Schwierige Umstellung auf Open-Source-Produkte

Bei Betriebssystemen und Office-Anwendungen setzt die Stadt dennoch weitgehend auf Microsoft-Produkte. „Viele der eingesetzten Fachanwendungen sind auf Microsoft-Betriebssysteme ausgelegt", erläutert Carla Diehl. Klar ist der Stadtverwaltung aber: „Die hohe Abhängigkeit von Microsoft-basierten Lösungen, insbesondere bei zentraler Verwaltungssoftware, macht eine Umstellung auf Open-Source-Produkte schwierig."

Die Entscheidung, vorwiegend auf Microsoft-Produkte zu setzen, basiert aber auch auf einer Kosten-Nutzen-Analyse. "Eine Umstellung auf Open-Source-Systeme wie Linux würde bedeuten, dass zahlreiche bestehende Fachverfahren entweder nicht mehr unterstützt würden oder aufwendige und kostenintensive Anpassungen erforderlich wären", so Carla Diehl. Zudem wäre die Schulung der Mitarbeiter sowie der Administratoren mit erheblichem Aufwand verbunden. Was zu zusätzlichen Kosten führen würde.

Daten „On-Premise"

Ähnliches verlautet aus der Stadt Nürnberg. "Digitale Souveränität ist unserer Stadtverwaltung sehr wichtig", betont IT-Referent Thorsten Brehm. Deshalb würden derzeit alle Daten „On-Premise", also im eigenen Rechenzentrum gehalten: „Eine Speicherung der Daten in der Cloud erfolgt nur in Ausnahmefällen."

Grundsätzlich stehe der städtische IT-Bereich vor der Herausforderung, mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen sowohl fachliche Anforderungen zu erfüllen als auch eine zuverlässige IT-Infrastruktur zu betreiben. Deshalb müsse auf „übliche Standards" gesetzt werden. „Im Client-Umfeld ist es derzeit nicht möglich, mit Linux alle Anforderungen zu erfüllen", erklärt Thorsten Brehm. Beispielsweise gebe es Fachsoftware, die nur unter MS Windows lauffähig ist: „Dazu gehören auch vorgeschriebene Produkte der Bundesdruckerei im Bereich des Passwesens."

Linux habe bei Desktop-Computern derzeit lediglich einen Marktanteil von 4,5 Prozent. MS Windows hingegeben liege bei über 73 Prozent. „Für die Hersteller von Softwareprodukten ist dieser kleine Marktanteil zu wenig attraktiv, um Desktop-Software anzubieten, die für die Aufgabenstellungen im öffentlichen Dienst geeignet ist", so der IT-Referent. Der hohe Marktanteil an Windows-Installationen biete im Übrigen den Vorteil, dass die große Mehrheit der städtischen Beschäftigten entsprechende Erfahrungen aus Schule, Ausbildung oder Studium mit MS-Windows-Betriebssystemen mitbringt.

Eine einheitliche Windows-Umgebung im Desktopbereich minimiere schließlich administrative Aufwände. Es sei im vom Fachkräftemangel geprägten IT-Markt viel einfacher, Windows-Administratoren zu gewinnen. Im Serverbereich seien die Auswirkungen hingegen nicht derart erheblich, sodass die Stadt Nürnberg hier sowohl Windows als auch Linux als Serverbetriebssysteme einsetzt. Linux werde im Serverbereich sogar vorzugsweise genutzt.

Harald Wehnes weiß um die Skepsis gegenüber Open Source in öffentlichen Verwaltungen. Sie basiert nach seiner Beobachtung häufig auf mangelndem Wissen über Open Source-Produkte sowie auf fehlender Erfahrung mit Open Source-Supportmodellen. Linux gilt nach seinen Worten als äußerst stabil und absturzsicher. Die Software sei außerdem bekannt dafür, sehr ressourcenschonend zu arbeiten: „Linux benötigt oft weniger Arbeitsspeicher und CPU-Leistung als Windows."

Eine Umstellung, um mehr digitale Souveränität zu erlangen, sei selbstverständlich aufwändig. Doch durch Open Source-Software könnten im Gegenzug erhebliche Kosten gespart werden: „Open Source-Software ist in der Regel deutlich wirtschaftlicher, da sie keine Lizenzkosten erfordert und an spezifische Bedürfnisse angepasst werden kann." Zudem könnten Wartung und Weiterentwicklung an lokale IT-Firmen ausgelagert werden, was den heimischen Markt und die lokale Wertschöpfung fördert.

Zu wenig Wettbewerb

Alternative Lösungen würden den aktuell mangelhaften Wettbewerb stärken, so Harald Wehnes weiter. Dies würde sich kostensenkend auswirken. Die Gefahr von überproportional steigenden Lizenzkosten bei Monopolprodukten würde dadurch reduziert.

Harald Wehnes verweist auf eine 2021 von der EU-Kommission veröffentlichte Studie, die den signifikanten Einfluss von Open Source-Software auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen bestätigt. Der Studie zufolge trägt Open Source einen erheblichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt der EU bei. „Rund eine Milliarde Euro, die Unternehmen in der EU 2018 in Open Source investiert haben, führten demnach zu einem wirtschaftlichen Mehrwert von 65 bis 95 Milliarden Euro", so der Spezialist für Projektmanagement.

Nicht nur Microsoft hat inzwischen eine Monopolstellung. Die Monopolisierung greift um sich, alle Fäden laufen in den Händen weniger Giganten zusammen - Apple, Microsoft, Alphabet/Google, Amazon, Meta/Facebook, Eli Lilly, Visa, Novo Nordisk, Walmart, ExxonMobil, JP Morgan Chase. Alle Monopole, so Harald Wehnes, beschränken den Wettbewerb: „Was Bürgern die Vorteile eines freien Marktes wie faire Preise, bessere Produkte und Wahlfreiheit vorenthält."

Große Gefahr durch digitale Monopole

Digitale Monopole seien besonders gefahrvoll. Der Forscher verweist auf die ZDF-Dokumentation „Wie Amazon seine Konkurrenz zerstört". Hier werde aufgezeigt, wie Amazon vertrauliche Daten von Anbietern, die in Rechenzentren des Giganten gespeichert werden, auswertet, Produktkopien herstellt und diese „Eigenprodukte" aggressiv auf der eigenen Plattform vermarktet. „Es stellt sich die Frage, inwieweit vertrauliche Daten in den Big Tech-Rechenzentren ausreichend vor Missbrauch geschützt sind", so Harald Wehnes. Auch der öffentliche Sektor speichere ja sensible Daten über Bürger und Unternehmen: „Zum Beispiel Finanzämter."

Zur digitalen Abhängigkeit kommt also die Gefahr von digitalem Missbrauch durch ungeheure Angebotsmacht. Dass digitale Monopole ihre Marktmacht zum Nachteil von Konkurrenten und Kunden missbrauchen, ist laut Harald Wehnes nicht neu. Dies habe bereits mehrfach zu Verurteilungen geführt.

Ausdehnung auf weitere Wirtschaftssektoren

Hinzu komme, dass die digitalen Monopole ihre Marktmacht rasant auf weitere Wirtschaftssektoren wie Medien, Banken, Bezahldienste, Logistik, Gesundheitswesen oder Bildung ausdehnten und auch hier immer dominanter würden. Damit einher gingen der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung, Wachstum und Wohlstand. Dies, so Harald Wehnes, führe zu sinkenden Steuereinnahmen und Beiträgen für die Sozialkassen.

Durch die digitale Windows-Monokulturlandschaft haben IT-Ausfälle, wie der im Juli 2024 bei Microsoft/CrowdStrike, verheerende Auswirkungen. „8,5 Millionen Windows-Systeme waren betroffen", erinnert Harald Wehnes. Die Schadenschätzungen bewegten sich im zweistelligen Milliardenbereich. Sein Fazit: „Entweder wir kümmern uns mit Nachdruck darum, die vorhandenen digitalen Abhängigkeiten von den Big Tech-Monopolen zu vermindern und eine enkelfähige digitale Zukunft zu sichern oder wir landen in der digitalen Kolonie." **Pat Christ**

Telekom und Bankhaus Metzler testen Bitcoin-Mining-Infrastruktur für überschüssige Energie

Die Deutsche Telekom Tochter MMS startet gemeinsam mit dem Bankhaus Metzler ein Pilotprojekt, um eine Bitcoin-Mining-Infrastruktur auf Basis überschüssiger Energie zu betreiben. Das Mining soll zukünftig mit dem Strom aus erneuerbaren Energiequellen betrieben werden, der aufgrund mangelnder Einlieferungsmöglichkeiten in die Energienetze und/oder fehlender Speichermöglichkeiten ungenutzt bleiben würde. Das Pilotprojekt soll valide Felddaten und Erkenntnisse liefern, um Folgeprojekte zu planen.

Mit steigender Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen erhöht sich auch der Bedarf, das Energienetz zu stabilisieren (Regelleistung), da Produktionshochzeiten je nach Wetterlage unregelmäßig auftreten. Insbesondere durch Photovoltaik und Windkraft entsteht zunehmend überschüssige Energie. Diese Regelleistung durch Bitcoin-Mining wird bereits in anderen Ländern (u.a. USA und Finnland) erfolgreich praktiziert. Mit dem Pilotprojekt soll der Prozess für Deutschland validiert werden.

Durch die flexible Last könnten Bitcoin-Miner in Zukunft eine wichtige Rolle beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage im Energienetz spielen. Das langfristige Ziel ist, mit den gewonnenen Daten aus dem Pilotprojekt unter anderem einen Beitrag zur Stabilisierung des Energienetzes bei netzbelastenden Energieschwankungen zu leisten. Zudem könnten unter anderem Windkrafterzeuger oder Photovoltaikanlagenbetreiber von dieser Technologie profitieren. Sie stehen häufig vor der Herausforderung nicht planbarer Regelleistung.

Mining beim Mittelständler

Das Hosting der Bitcoin-Miner des Pilotprojektes übernimmt die Metis Solutions GmbH aus Dresden. Die Mining-Container stehen auf dem Gelände der Riva GmbH Engineering, einem Hersteller von Metall- und Glasfassaden, in Backnang. Das Unternehmen verfügt über eine eigene Stromproduktion aus einer Photovoltaikanlage. Die Telekom MMS hat jahrelange Erfahrung mit Blockchain-Infrastruktur und übernimmt den Betrieb der Geräte. Gemeinsam mit dem Bankhaus Metzler werden Testläufe und die Datenauswertung definiert und analysiert. Das Bankhaus Metzler eruiert mit dem Pilotprojekt die weiteren Möglichkeiten von Financial Services mit Digital Assets.

Pilotprojekt „Digitale Monetäre Photosynthese"

„Mit der wachsenden Anzahl erneuerbarer Energiequellen und den daraus resultierenden Schwankungen an verfügbarer Energie erhöht sich der Bedarf an schnell verfügbarer Regelleistung. Dafür benötigen wir Mechanismen, die schnell auf die Veränderungen reagieren und Schwankungen abfangen können. Mit dem Bankhaus Metzler und der RIVA Engineering GmbH gehen wir einen Schritt in diese Richtung, um die Regelwirkung von Bitcoin Minern im Energienetz zu testen. Überschüssige Energie wird über die Miner in digitale Werte umgewandelt. Wir nennen das digitale monetäre Photosynthese." sagt Oliver Nyderle, Leiter Digital Trust & Web3 Infrastructure bei Deutsche Telekom MMS.

Hendrik König, Head of Digital Assets Office des Bankhauses Metzler: „Unser Ziel ist es, Erfahrungen in unterschiedlichsten Einsatzbereichen zu sammeln, um die Innovationskraft der Blockchain-Technologie in Deutschland weiter voranzutreiben. Daher freuen wir uns sehr, Teil dieses Pilotprojekts mit Telekom MMS zu sein. Die Blockchain-Technologie gewinnt im operativen Geschäft außerhalb der Finanzindustrie zunehmend an Bedeutung – und ein vertrauenswürdiger Finanzpartner ist beim Management von Krypto-Assets unerlässlich."

Web3-Infrastrukturanbieter seit 2020

Bereits seit 2020 bietet die Telekom MMS Infrastruktur für verschiedene dezentrale Protokolle im Web3-Bereich an, darunter unter anderem Chainlink, Fetch.ai und Polygon: Seit 2023 betreibt die Telekom auch einen Bitcoin-Knoten und weitet somit das Portfolio erstmalig mit einem Proof-of-Work-Netzwerk aus.

Digitale Assets in der Finanzbranche

Das Bankhaus Metzler gründete 2022 das Digital Assets Office (DAO), das sich ausschließlich mit der Blockchain-Technologie und dem Digital-Assets-Ökosystem befasst. Metzler hat die Blockchain-Technologie als strategisches Zukunftsthema identifiziert und plant langfristig die Umsetzung von Blockchain-Lösungen für Kunden. Mit dem DAO positioniert sich Metzler als Vorreiter in der Branche und nutzt die Chancen der digitalen Transformation, um seinen Kunden innovative Lösungen und wettbewerbsfähige Vorteile zu bieten. ❐

Staatsminister Füracker:

Vermessungsverwaltung auf dem Sprung ins All

Forschungsprojekt stärkt Luft- und Raumfahrtstandort Bayern

„Smarte kleine Satelliten für Bayern und ein großer Schritt für unsere Vermessungsverwaltung! Mit einer eigenen Erdbeobachtungsmission wollen wir demnächst ins All starten und uns maßgeschneiderte Geodaten direkt aus dem Weltraum holen. Die gesamte Prozesskette des Forschungsprojekts ‚Bayerisches Satellitennetzwerk' bleibt dabei in bayerischer Hand – von der Datenaufnahme im All über die Verarbeitung am Boden bis zur Bereitstellung für alle Bürgerinnen und Bürger. Dies ist ein entscheidender Vorteil gegenüber kommerziellen Anbietern und ein wichtiger Beitrag zur digitalen Souveränität des Freistaats. Mit der Mission fördern wir Bayern als industriellen Raumfahrtstandort und stärken gleichzeig die bayerische Wirtschaft, indem aufstrebende Start-Ups unterstützt werden", kündigte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen seines Besuchs am Zentrum für Telematik und der S4 Smart Small Satellite Systems GmbH an.

Füracker weiter: „Die gewonnenen Satellitendaten werden sich ideal für Auswertungen bei Hochwasserprognosen, Klimaveränderungen oder in der Land- und Forstwirtschaft eignen. Durch ein KI-unterstütztes Datenauswertungs- und Managementsystem werden die Daten aus dem All effizient gespeichert, analysiert und visualisiert. Damit ermöglichen wir eine zeitnahe und zielgerichtete Weiterleitung der Informationen an relevante Stellen innerhalb und außerhalb der Staatsverwaltung!"

Der Freistaat Bayern setzt mit dem Forschungsprojekt „Bayerisches Satellitennetzwerk" auf eine zukunftsweisende und wachsende Technologie. Das Projekt zielt darauf ab, mit bayerischen Kleinstsatelliten den steigenden Bedarf an hochwertigen und aktuellen Satellitenbildern zu decken, die für Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung sind.

In einer wegweisenden Kooperation mit dem Zentrum für Telematik und der S4 Smart Small Satellite Systems GmbH werden leistungsfähige, mit einer Multispektralkamera ausgestatteten Kleinstsatelliten entwickelt, die alle drei Tage hochaufgelöste Bilder des Freistaats liefern. Die TUM unterstützte als weiterer Projektpartner von Beginn an bei den Vorstudien und der Planung der Weltraummission sowie aktuell bei der Entwicklung der Auswertealgorithmen. Die nur 37 x 23 x 10 Zentimeter kleinen und 10 Kilogramm leichten Satelliten operieren in einer Umlaufbahn von 460 Kilometern über der Erde.

Das Vorhaben wird in zwei Phasen umgesetzt: Zunächst wird eine Demonstratormission mit fünf Satelliten gestartet, um die technische Infrastruktur und die Datenqualität zu testen und Erfahrungen zu sammeln. Der Start der Satelliten ist für Ende 2025 bis Anfang 2026 geplant. Nach einem umfassenden Probebetrieb der Demonstratormission wird in einem zweiten Schritt über den Ausbau der Mission zur Erfassung ganz Bayerns entschieden. ❐

Digital-Gipfel 2024:

Digitalen Wandel passgenau gestalten

Mehr als 1.500 Experten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nahmen am 17. Digital-Gipfel der Bundesregierung in Frankfurt am Main teil und diskutierten mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Vertretern aus Bund und Ländern die digitale Zukunft Deutschlands. Unter dem Titel „Deutschland Digital – Innovativ. Souverän. International" standen Digitale Souveränität und Künstliche Intelligenz im Zentrum der Debatte. Über 60 Veranstaltungen wurden zahlreiche Projekte vorgestellt: von digitalen Tools im Katastrophenschutz über Strategien gegen Desinformation bis zu neuen Möglichkeiten durch Quantencomputing.

„Unser Ziel ist klar: Wir wollen Deutschland zum führenden KI-Land in Europa machen", betonte Bundesdigitalminister Dr. Volker Wissing. Die Bundesregierung schaffe dafür die Voraussetzungen mit einer wirtschaftsfreundlichen Umsetzung der KI-Verordnung, exzellenten Ausgangsbedingungen für die KI-Forschung, besserer Datenverfügbarkeit für innovative Start-ups und mit Rückenwind für den Mittelstand. „Nur Unternehmen, die KI nutzen, um ihre Produkte und Services zu optimieren, werden im globalen Wettbewerb bestehen. Daher wollen wir den Einsatz von KI im Mittelstand befeuern und konkret unterstützen: durch bundesweite KI-Zentren, in denen wir Testmöglichkeiten für die praktische Anwendung schaffen und Hilfe bei rechtlichen Fragen bieten", erläuterte Wissing.

„Digitale Technologien sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Dafür trägt der Erfindergeist, die Innovation und der Fleiß Deutschlands heute noch", stellte Bundeskanzler Olaf Scholz fest. Zudem schaffe die Bundesregierung wichtige Rahmenbedingungen, „denn mein Ziel ist, dass Deutschland – und auch insbesondere unsere Industrie – bei Zukunftstechnologien ganz vorn mitspielt", so der Kanzler. Als Schwerpunkte nannte er allen voran Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Virtual Reality.

Laut dem aktuellen Innovationsindex des BDI liegt Deutschland auf Platz 2 aller großen Industrieländer. „Die OECD bescheinigt zudem, dass KI-Talente aus der ganzen Welt hierherkommen", hob Scholz hervor. Deutschland liege mittlerweile auf Platz 3 der beliebtesten Länder. Als einzige große Volkswirtschaft Europas investiere Deutschland mehr als drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung. Private Investitionen wolle die Bundesregierung weiter steuerlich fördern.

Fortschritte seien auch bei der digitalen Infrastruktur zu verzeichnen: Mittlerweile verfügten 99 Prozent der Haushalte über Zugang zu einem 5G-Netz. Von Mitte 2022 und bis Ende 2023 sei der Anteil der Haushalte und Unternehmen, für die ein Glasfaseranschluss verfügbar ist, um mehr als 75 Prozent gestiegen.

„Mein Anspruch ist, dass wir die digitale Transformation so gestalten, wie es zu uns passt – zu unserer Wirtschaft und zu unseren Werten", erklärte Scholz. Dafür müssten die notwendigen Kompetenzen in zentralen Schlüsseltechnologien wie der Halbleiterindustrie oder der Quantentechnologie in Deutschland gebündelt werden.

Digitale Transformation und KI

Ein Höhepunkt des Digital-Gipfels war die Verleihung des Deutschen Mobilitätspreises (DMP) an insgesamt fünf bundesweite Projekte, darunter zwei aus Bayern. In der Kategorie „Digitale Transformation und KI" wurde das Münchner Projekt „SmartAIs – Hinderniserkennungs-App für blinde und sehbehinderte Personen" ausgezeichnet. Es ermöglicht, dass ein Smartphone blinden und sehbehinderten Personen assistiert, indem es die Umgebung erkennt und sie auf besondere Gegebenheiten und Hindernisse im Weg hinweist. Dazu tragen sie das Smartphone in einer speziellen Brusttasche. Die App nutzt die Kamera des Smartphones sowie Technologien aus den Bereichen Computer Vision, Robotik und autonomes Fahren, um aus den aufgenommenen Bildern in Echtzeit entsprechende Meldungen zu berechnen. Die Berechnungen werden mit KI-basierten Technologien durchgeführt und finden vollständig auf dem Smartphone statt.

Das Projektteam kooperiert mit Blinden und Sehbehinderten, die die App in realen Situationen testen, sowie mit großen deutschen Blindenverbänden und -institutionen, die ihre Expertise im Bereich der Blindenhilfsmitteln einbringen.

In der Kategorie „Neue Mobilitätslösungen" lag das Projekt „NeMo.bil – Mobilitätssystem aus vernetzten Fahrzeugen für öffentliche Bedarfsverkehre" (Grafing bei München) vorne. Im Mittelpunkt stehen leichte, elektrisch-autonome und digital vernetzte Fahrzeuge (Cab) für Güter- und Personenbeförderung. Ausgehend von individuellen Startpunkten koppeln diese sich mit einem Zugfahrzeug (Pro), um größere Distanzen im Konvoi zurückzulegen. In der Zielregion entkoppeln sie sich wieder und bringen die Nutzer zu individuellen Endpunkten.

Für den direkten Datenaustausch zwischen den Fahrzeugen wird auf die Vehicle-to-Vehicle-Technologie gesetzt. Die Fahrzeuge sollen mittels künstlicher Intelligenz und Sensorik selbständig navigieren und fahren können. Die Fahrzeugflotte soll an Bedarfen ausgerichtet werden. Auch Cabs, die für die Inklusion von Personen mit bestimmten Bedarfen ausgestattet werden, sind vorgesehen.

Der Mobilitätspreis ist ein Innovationspreis für Unternehmen, Start-ups, Netzwerke, Initiativen aus der Mobilitäts- und Digitalbranche sowie Kommunen und Verwaltungen. Er zählt zu den wichtigsten Auszeichnungen im Bereich Digitales und Mobilität und wird jährlich vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) verliehen. **DK**

Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister:

KI in der Verwaltung

Beim Herbstempfang der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister (Vitako) im Haus der Bundespressekonferenz stand das Thema „KI in der Verwaltung: Governance, Rahmenbedingungen und gemeinsame Potenziale" im Mittelpunkt des politischen Abends. Namhafte Vertreter aus Politik und Verwaltung tauschten sich zu diesem zukunftsweisenden Thema aus.

Vitako-Vorstandsvorsitzender Sören Kuhn präsentierte das neue Positionspapier des Verbandes zur nationalen Implementierung des AI Acts, der EU-Verordnung zur künstlichen Intelligenz. Laut Bundes-Arbeitsgemeinschaft beleuchtet es die essenziellen Faktoren, die für die öffentliche Verwaltung zum vollen Ausschöpfen des Potenzials von KI wichtig sind.

Dem Fachkräftemangel entgegenwirken

Kuhn zufolge sind automatisierte Prozesse und die Unterstützung durch KI wichtige Faktoren, um dem Fachkräftemangel in der Verwaltung entgegenzuwirken. Die Mitglieder von Vitako setzten sich dafür ein, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung voranzutreiben und eigene KI-Anwendungen bereitzustellen. Auch verwies er darauf, dass Kommunen und kommunale Dienstleister über Erfahrung und Know-how bei der Verwaltungsdigitalisierung verfügten und diese in KI-Reallabore einbringen sollten, um Innovation weiter voranzutreiben. Dabei seien Nachhaltigkeitskriterien zu beachten.

In der darauffolgenden Paneldiskussion unter der Leitung von Katrin Giebel, Geschäftsstellenleitung von Vitako, erörterten hochkarätige Teilnehmer, darunter Staatssekretär Dr. Markus Richter, Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik (CIO Bund), Mitglieder des Digitalausschusses des Deutschen Bundestags, Marc Groß (Vertreter des Vorstands und Programmbereichsleiter der KGSt) sowie Rudolf Schleyer (Vorstand der AKDB, von Vitako und govdigital) die Umsetzung des AI Acts in Deutschland und die damit verbundenen Chancen, die sich für die öffentliche Verwaltung im Umgang mit KI ergeben.

Sicherheit vermitteln

Einig war man sich in den Punkten einer möglichst zentralen Governance-Struktur als One-Stop-Shop für den flächendeckenden KI-Einsatz. Neben der Festlegung der Rollen im interföderalen Kontext komme es jetzt vor allem auf die Aktivierung an. Den Kommunen müsse dabei Sicherheit bei der Nutzung von KI-Lösungen gegeben werden; auch seien Experimentierräume bereitzustellen, um das Potenzial zur Effizienzsteigerung auszuschöpfen. Dabei dürfe ihnen nicht zu viel Bürokratie aufgebürdet werden. Stattdessen müssten vor allem Hürden bei der Nachnutzung von Lösungen abgebaut werden, betonte Staatssekretär Richter. **DK**



eGovernment Monitor 2024:

Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Für 48 Prozent der Bürgerinnen und Bürger würde es das Vertrauen in den Staat stärken, wenn sie staatliche Angebote und Leistungen einfach und schnell digital nutzen könnten. Dies geht aus dem aktuellen eGovernment Monitor 2024, einer Studie der Initiative D21 und der Technischen Universität München hervor. Aktuell nehmen allerdings nur die wenigsten den Staat als leistungsfähig wahr, besonders im Vergleich zur Privatwirtschaft: Nur 19 Prozent (+6 Prozentpunkte) glauben, dass Behörden und Ämter so effizient arbeiten wie Wirtschaftsunternehmen. Gleichzeitig erwarten 70 Prozent (+7 Prozentpunkte), dass sie die Angebote der Verwaltung im 21. Jahrhundert genauso einfach und bequem online nutzen können, wie sie es in ihrem Alltag gewohnt sind.

Dass immer mehr Menschen digitale Verwaltungsleistungen nutzen, wird in diesem Jahr insbesondere beim Online-Ausweis sichtbar, der die Grundlage für viele weitere staatliche digitale Services bildet. Seit 2010 können sich die Bürger bereits digital ausweisen, aber erst im Jahr 2024 nimmt die Nutzung des Online-Ausweises in Deutschland deutlich zu: von 14 Prozent im Vorjahr auf aktuell 22 Prozent.

Online-Ausweis

Laut Studie ist dieser Anstieg in allen Bevölkerungsgruppen messbar und vor allem darauf zurückzuführen, dass mehr Menschen Anwendungsfälle für sich entdeckt haben. Dennoch nutzten immer noch drei von vier Personen den Online-Ausweis nicht. „Zu oft fehlen Nutzen und alltagsrelevante Anwendungsmöglichkeiten; außerdem erscheint vielen die Einrichtung der Online-Funktion zu kompliziert oder sie wissen gar nicht, wie das geht. Trotz eines deutlichen Anstiegs der Nutzung ist der Online-Ausweis aktuell noch weit davon entfernt, eine zentrale Schlüsselfunktion für E-Government zu übernehmen“, heißt es in dem Bericht.

Ein wichtiges Anliegen der Bürger ist der Bedarf an einer zentralen Plattform (47 Prozent), die alle digitalen Verwaltungsdienste bündelt. Dahinter steht der Wunsch nach einer besseren Auffindbarkeit digitaler Dienste: 42 Prozent betonen, dass sie nicht wissen, ob ein bestimmtes Angebot online verfügbar ist. 38 Prozent haben Schwierigkeiten, sich auf den entsprechenden Websites zurechtzufinden, 66 Prozent wünschen sich, dass der Staat sie aktiv informiert und sie nicht selbst nach Informationen suchen müssen.

Registermodernisierung

Für 46 Prozent ist der schnellere Erhalt von Leistungen im Vergleich zum analogen Verfahren der entscheidende Impuls für die Nutzung von E-Government. „Dies erfordert eine umfassende und effektive Digitalisierung innerhalb der Verwaltung, damit Prozesse automatisiert und Fachkräfte entlastet werden können“, so die Untersuchung. Auch Personalisierung motiviere potenzielle Nutzer: 42 Prozent der Bürger haben den Wunsch, dass bereits eingegebene Daten für künftige Anträge verwendet werden, anstatt sie jedes Mal neu eingeben zu müssen. „Dieses Bedürfnis unterstreicht die Dringlichkeit einer Registermodernisierung, die viele Angebote einfacher und durchgängig digital nutzbar machen würde.“

Digitale Nutzungslücke

Das ungenutzte Potenzial der digitalen Verwaltung wird in der Digitalen Nutzungslücke messbar: Mit ihr definiert der eGovernment Monitor eine wirkungsorientierte Kennzahl, die beziffert, wie hoch der Anteil der Personen ist, die in den vergangenen zwölf Monaten alle notwendigen Verwaltungsangelegenheiten offline abgewickelt haben. In diesem Jahr beträgt die Digitale Nutzungslücke 31 Prozent, d.h. drei von zehn Bürgern wählen bei Bedarf an einer Leistung den analogen Weg. Ein Blick in die Nachbarländer Österreich und Schweiz zeigt, dass sie mehr Menschen von ihrem digitalen Verwaltungsangebot überzeugen: In Österreich beträgt die Digitale Nutzungslücke 21 Prozent, in der Schweiz 19 Prozent.

Die Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen variiert allerdings auch stark zwischen verschiedenen Leistungen: Während bereits 79 Prozent ihre Einkommensteuererklärung digital abwickeln, erledigt nicht einmal jeder Zweite die Beantragung des Führerscheins sowie die An-, Um- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen oder der Wohnung online. „Jede Leistung hat charakteristische Herausforderungen, z. B. Probleme bei Auffindbarkeit oder Bekanntheit, Abbruchgründe oder Desinteresse an der Nutzung. Beim Bürgergeld ist ein mobilfähiger, einfacher Prozess essenziell für die Nutzung, bei der Kfz-An-/Ab-/Ummeldung hingegen scheitert es bei oft bereits an Bekanntheit und Auffindbarkeit“, macht die Studie deutlich.

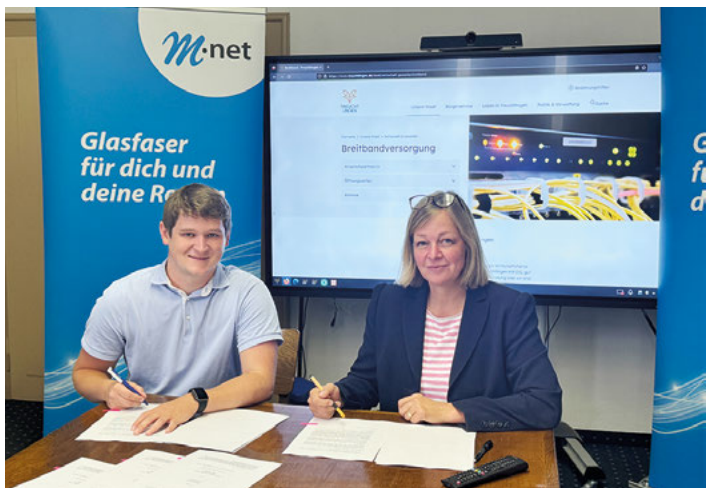
„Bayern ist das führende Flächenland bei der Digitalisierung in Deutschland. 257 Onlinedienste werden flächendeckend im Freistaat angeboten. Die Ergebnisse des aktuellen eGovernment Monitor 2024 bestätigen diese Vorreiterrolle. Die Bürger und Bürgerinnen aus dem Freistaat sind im Vergleich der Flächenländer am zufriedensten mit dem E-Government-Angebot, Bayern liegt damit auf Platz 2 (65 Prozent) direkt hinter dem Stadtstaat Hamburg mit 71 Prozent“, kommentiert das bayerische Digitalministerium.

Laut Studie herrscht in Bayern eine große Online-Nutzungsbereitschaft, jedoch reagieren nur gut 50 Prozent auf mobile Angebote. Die Digitale Nutzungslücke ist mit 24 Prozent gering: Drei von vier Personen haben in den vergangenen 12 Monaten digitale Angebote für ihre Anliegen genutzt. Zwei Drittel waren mit den Online-Angeboten zufrieden, ein Plus von 3 Prozentpunkten. Der Online-Ausweis wird mittlerweile von 22 Prozent genutzt, 2021 waren es noch 9 Prozent.

Lohnender Einsatz

„Mancher Unkenrufe zum Trotz zeigt der eGovernment Monitor eindrucksvoll: Die Menschen in Bayern sind mit großer Mehrheit zufrieden mit den digitalen Services im Freistaat. Unser Einsatz zahlt sich also aus und wir sind auf dem richtigen Weg“, führte Digitalminister Dr. Fabian Mehring aus.

„Trotzdem will ich es freilich nicht beim Status quo belassen, sondern weiter ambitioniert vorangehen. Schließlich ist die Digitalisierung des Gemeinwesens eine gewaltige Chance für unseren modernen Staat: Ich will das Trugbild verstaubter Amtsstuben endgültig aus der Welt schaffen und das Vertrauen in unser Gemeinwesen mit einem modernen Staat zurückerobern. Wenn unsere Gesellschaft zusammenhalten soll, muss unser Staat in den Augen der Menschen wieder cool sein und den Menschen eine klare Idee davon vermitteln, wohin wir unsere Gesellschaft entwickeln. Dabei spielen Digitalisierung und Zukunftstechnologien eine zentrale Rolle.“ **DK**



M-net Regionalmanager Florian Wengert und Dr. Dr. Kristina Becker, 1. Bürgermeisterin von Treuchtlingen, bei der Vertragsunterzeichnung. Bild: Stadt Treuchtlingen/Christian Kundinger

Treuchtlingen-Auernheim:

Realisierung von rund 190 neuen FTTB/H-Glasfaseranschlüssen

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net erweitert das Glasfasernetz im Ortsteil Auernheim der Stadt Treuchtlingen. Einen entsprechenden Kooperationsvertrag hat die Stadt nun mit dem Unternehmen geschlossen. Durch die Erschließung mit Glasfaserleitungen bis ins Haus oder die einzelnen Wohnungen bzw. Büros profitieren bald rund 190 Haushalte und Gewerbeeinheiten von Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (= 1.000 Mbit/s).

M-net hat die Ausschreibung für den weiteren Glasfaserausbau in der Stadt Treuchtlingen gewonnen. Mit der offiziellen Vertragsunterzeichnung ist der Grundstein für den Ausbau im Ortsteil Auernheim nun gelegt. Bis Anfang des kommenden Jahres werden über 150 Grundstücke mit 170 Privathaushalten und 15 Gewerbeeinheiten im Ausbaugebiet mit zukunftssicheren Glasfaserleitungen erschlossen. Dafür werden im Zuge des Ausbaus neue Glasfaserkabel über eine Tiefbaulänge von rund acht Kilometer verlegt.

Kostenloser Hausanschluss

Der Hausanschluss ist für die förderfähigen Gebäudeeigentümer im Rahmen des nun vereinbarten Ausbauprojekts kostenlos. Für Eigentümer, die diese Gelegenheit nicht wahrnehmen und sich erst zu einem späteren Zeitpunkt für einen Anschluss entscheiden, können hingegen erhebliche Kosten für die individuelle Nacherschließung anfallen.

Bei dem sogenannten FTTB/H-Ausbau (Fiber-to-the-Building/Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis in die einzelnen Gebäudekeller oder Wohnungen hinein errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig sogar noch höhere Geschwindigkeiten bereitgestellt werden.

Die Bauarbeiten für den FTTB/H-Ausbau in Auernheim werden voraussichtlich Ende des Jahres 2024 abgeschlossen sein. Ende November/Anfang Dezember dieses Jahres ist eine Informationsveranstaltung für die Auernheimer Bürgerinnen und Bürger geplant.

M-net ist bereits seit vielen Jahren im Glasfaserausbau in Treuchtlingen aktiv und setzt dieses Engagement nun konsequent fort: „Mit dem FTTB/H-Ausbau erreichen wir die letzte Glasfaser-Ausbaustufe und schaffen die technologische Grundlage für künftig noch schnellere Internetverbindungen. Damit sind die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Unternehmen bestens für die digitale Zukunft gewappnet. Denn im Gegensatz zu allen kupferbasierten Anschlusstechnologien meistert ein reiner Glasfaseranschluss auch langfristig die Anforderungen, die mit der zunehmenden Digitalisierung unserer Gesellschaft auf uns zukommen“, sagt M-net Regionalmanager Florian Wengert.

Die 1. Bürgermeisterin von Treuchtlingen, Dr. Dr. Kristina Becker, ergänzt: „Der Glasfaserausbau ist ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge und damit auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Umso mehr freuen wir uns, dass wir mit M-net einen starken regionalen Partner dafür gewinnen konnten, Auernheim mit einem neuen Hochgeschwindigkeitsnetz als Lebens- und Wirtschaftsraum für die Zukunft zu stärken.“ ❐

Unsere Grüne Glasfaser stärkt den Glasfaserausbau im ländlichen Raum

Unsere Grüne Glasfaser (UGG) und Infrafibre Germany GmbH (IFG) mit ihren beiden Internet Service Providern, LEONET und der Breitbandversorgung Deutschland (BBV) sowie der Infrafibre Networks (IFN), haben eine Vereinbarung zur Übernahme der IFG durch UGG bekannt gegeben. Damit stärkt UGG ihre Position als Glasfaserinfrastrukturanbieter auf dem Weg zur geplanten Erschließung von 2,2 Millionen Haushalten mit modernster Glasfasertechnologie.

UGG, ein Gemeinschaftsunternehmen von Allianz und Telefónica Gruppe, und IFG teilen sich die Vision, die mit schnellem Internet unterversorgten, meist ländlichen Gebiete mit einer modernen Glasfaserinfrastruktur auszubauen. Alle aktuellen, sowie die in den nächsten Jahren mit den Kommunen bereits unterzeichneten, Projekte von UGG, LEONET und BBV sollen wie geplant ausgebaut werden. Zu einem späteren Zeitpunkt werden dann neue Projekte gemeinsam durchgeführt. Die geplante Übernahme unterstreicht das Vertrauen der Investoren Allianz und Telefónica Gruppe in den deutschen Glasfaser-Infrastrukturausbau, sowie in das Geschäftsmodell von UGG.

Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständigen Kontrollbehörden. Der Abschluss wird bis spätestens Ende 2024 erwartet, und in der Zwischenzeit werden beide Unternehmen unabhängig voneinander geführt.

Mehr Leistungsstärke im Ausbau

UGG und IFG sind zusammengenommen in acht Bundesländern aktiv. Derzeit befinden sich durch die Unternehmen über eine Million Haushalte im Ausbau oder wurden bereits erschlossen.

Mit der Akquisition der IFG durch UGG entsteht einer der größten und leistungsfähigsten Glasfaserinfrastrukturanbieter in Deutschland. Kommunen, Bürger:innen und Partner können damit von der gebündelten Kompetenz und Leistungsstärke beider Unternehmen im Glasfaserausbau profitieren.

Größere Auswahl für Endkunden

UGG wird weiterhin einen offenen Zugang für kooperierende Internetdienstanbieter (ISPs) auf seinem Glasfasernetz anbieten. Mit der Übernahme der IFG gewinnt UGG neue ISPs für ihr Glasfasernetz. In Regionen, die bisher von LEONET und BBV betrieben wurden, wird das für ISPs offene Netz von UGG Endkund:innen künftig zusätzliche Angebote ermöglichen.

Die passende Philosophie

„Angesichts des hohen Bedarfs an digitalen Infrastrukturen gilt es, Kapazitäten für den Glasfaserausbau effizient zu bündeln und einzusetzen“, kommentiert Jens Prautzsch, CEO bei UGG. „Deshalb sehen wir die geplante Übernahme von Infrafibre als wichtigen und richtigen Schritt an, um unser Ziel, 2,2 Millionen Haushalte in Deutschland mit modernster Glasfaser zu versorgen, noch schneller zu erreichen. Gemeinsam leisten wir so einen noch größeren Beitrag zur Erfüllung der Gigabitziele der Bundesregierung.“

„Gerade ländliche Regionen brauchen für digitale Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung dringend moderne IT-Infrastrukturen, dafür führt an der Glasfasertechnologie praktisch kein Weg vorbei“, ist Jürgen Hansjosten, CEO von Infrafibre überzeugt. „Mit dieser Philosophie passen wir sehr gut zu UGG. Wir freuen uns unter dem Dach der UGG, unterstützt von ihren finanzstarken und langfristigen Investoren, dieser wichtigen Aufgabe weiterhin gerecht zu werden.“ ❐

Aus dem Kabinett:

Erfolgreihe Bayerische Cybersicherheitsstrategie 2.0

Die Gewährleistung eines hohen Cybersicherheitsniveaus ist eine sich stetig ändernde Daueraufgabe, bei der der Staat auch auf die Mithilfe der Gesellschaft angewiesen ist. Die Staatsregierung hat am 19. September 2023 die Bayerische Cybersicherheitsstrategie 2.0 (BayCSS 2.0) beschlossen. Sie folgt der ursprünglichen Cybersicherheitsstrategie von 2013 nach, die bereits bundesweit Vorbildcharakter hatte. Seitdem baut der Freistaat seine Strukturen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Cyberkriminalität, Cyberspionage und -sabotage kontinuierlich aus.

Die BayCSS 2.0 legt insbesondere einen stärkeren Fokus auf den Selbstschutz der Zivilgesellschaft, unter anderem im ehrenamtlichen Bereich. Seit dem Startschuss für die BayCSS 2.0 wurden durch die Bayerische Staatsregierung bereits eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt oder gefördert. Durch verbesserte Medienkompetenz können Bürgerinnen und Bürger ihren digitalen Selbstschutz verbessern. Eine besondere Rolle spielt auch der Einsatz der Bayern-Allianz gegen Desinformation, die im Vorfeld der Europawahl gegründet wurde. Die Cybersicherheit im Ehrenamt wird durch Workshops beispielsweise zum sicheren Umgang mit Mitgliederdaten gestärkt, und die Beratungsangebote für Unternehmen der Kritischen Infrastruktur werden weiter ausgebaut.

Schließlich wird die Expertise der Strafverfolgungsbehörden durch internationale Kooperationen und Vernetzung mit der Wissenschaft weiter optimiert. ❐

Startschuss für BVS-Digitalakademie

Um die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz des bayerischen Verwaltungssektors zu steigern, hat die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) in München die Digitalakademie Bayern gegründet. „Damit schafft sie die Voraussetzungen, um die fortschreitende Digitalisierung erfolgreich zu meistern“, erklärte Innenminister Joachim Herrmann bei seinem Startschuss für das wegweisende Fortbildungsangebot.

Zum Start bietet die Digitalakademie Bayern rund 340 verschiedene Seminarangebote an, die ein breites Spektrum an digitalen Themen abdecken. Darunter sind 19 berufsbegleitende Weiterbildungen in Form von Lehrgängen, die eine tiefgehende Qualifizierung in zentralen Zukunftsfeldern ermöglichen.

Zu den innovativen Themenbereichen der Digitalakademie Bayern zählen unter anderem „KI-Lotse“, „Smart City“, „Corporate Influencer“ und „Digitalwirt BVS“ Auch neue Ansätze im Bereich Social Media Personal Recruiting werden Teil des Programms sein. Damit greift die Akademie aktuelle Trends auf und bereitet die Beschäftigten der bayerischen Verwaltung auf zukünftige Anforderungen vor.

Mit über 100 Dozenten, bestehend aus Fachkräften aus Ministerien, Behörden, Kommunen sowie Experten aus der Wirtschaft, legt die BVS großen Wert auf praxisnahe Weiterbildung. Unterstützt wird sie dabei von einem starken Netzwerk aus Partnern, darunter die LMU München, das BSI, das Zentrum für Digitale Entwicklung (ZDE), das Zentrum für angewandte KI und Transfer (AnKiT), und die Bayerische Drohnenakademie. **DK**

AKDB-Kommunalforum 2024:

Verwaltung vor digitaler Herausforderung

München – Beim diesjährigen Kommunalforum der AKDB diskutierten Experten und Entscheider aus der öffentlichen Verwaltung, wie der Weg in eine neue Ära der Digitalisierung gelingen kann – angesichts einer besorgniserregenden Prognose: Bis 2030 könnten 20 Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt bleiben. Diese Lücke stelle die Fähigkeit des Staates, essenzielle Grundleistungen zu erbringen, vor immense Herausforderungen.

Rudolf Schleyer, AKDB-Vorstandsvorsitzender, betonte, dass viele Verwaltungsprozesse heute noch durch personalintensive, gebundene Tätigkeiten geprägt seien, die wenig Gestaltungsspielraum bieten. „Daten kommen rein, werden verarbeitet, das Ergebnis kommt raus – ohne, dass jemand eine Entscheidung treffen muss." Solche Routineaufgaben müssten dringend von menschlichem Eingriff befreit werden, um die Effizienz zu steigern. Schleyer warnte: „Wir können es uns nicht leisten unsere Bürger, bei Sozialleistungen, Reisepässen oder in der Kfz-Zulassungsstelle warten zu lassen. In diese Situation könnten wir bald geraten."

Besonders besorgniserregend sei der Personalmangel bereits jetzt schon in Jugendämtern: Laut den SOS-Kinderdörfern seien nur noch ein Drittel der Jugendämter in der Lage, Meldungen über Kindeswohlgefährdungen zeitnah nachzugehen. Schleyer sieht darin eine dringliche Aufgabe, die nicht vernachlässigt werden darf. Er stellte klar: „Ob es uns gelingt, diese Herausforderungen zu bewältigen, entscheidet über das Funktionieren unserer Demokratie. Entweder wir schaffen es – oder wir scheitern."

Die Highlights

Viel Inspiration gab es für über 1.000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen auf dem 6. AKDB Kommunalforum. Mit 75 Referenten, 30 Partnerständen, einem Hauptauditorium, vier Fachforen und einem Workshop-Format bot das Event für die kommunale Familie jede Menge neue Impulse für die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Und natürlich reichlich Gelegenheit zum Austausch.

Im Paulaner am Nockherberg gab es viel zu entdecken: von KI-Lösungen über Smart-City-Anwendungen bis hin zu leistungsfähigen Business- und Analyse-Tools, die Verwaltungen maximal entlasten, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Eines der Topthemen drehte sich um die kommunale IT-Infrastruktur, die sich dezidiert in Richtung Cloud verlagert.

Demokratie stärken und für den Wandel rüsten

Im Grand Opening am Vormittag läutete der AKDB-Vorstand den Tag ein und nahm die Anwesenden auf eine Tech-Reise durch das AKDB-Universum mit: „Wir stellen Ihnen digitale Lösungen vor, die Sie entlasten und vor allem vorbereiten auf den rasanten demografischen Wandel, den Klimawandel und den steigenden Bedarf



Das AKDB-Führungsteam: Rudolf Schleyer und Gudrun Aschenbrenner. Bild: CH

an Rechenleistung, der mit der Digitalisierung einhergeht", so Schleyer. Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner konkretisierte: „Für Sie und uns alle bedeutet das: Wir müssen uns wappnen – gegen Überflutungen, Dürre und Wassermangel. Gleichzeitig stehen Kommunen vor der Aufgabe, bis spätestens 2028 eine Wärmeplanung für den Ausbau von erneuerbaren Energien zu erstellen – und das alles bei jetzt schon fehlenden und weiter schwindenden Mitarbeitenden!"

Passend dazu lautet das Motto der eintägigen Veranstaltung „digital.einfach.machen": Denn digitale Lösungen versprechen, Gamechanger für die Verwaltung zu sein. Das geht nur, wenn sie den Arbeitsalltag nicht nur einfach machen, sondern auch einfach zu benutzen sind. Das Verb „machen" ist als Aufforderung gemeint, ins Handeln zu kommen und innovative Lösungen auszuprobieren.

Neue Herausforderungen: Cloud, KI und BI

„Neue digitale Technologien sind kein Selbstzweck oder Spielerei. Gerade für Kommunen sind sie wichtig, ja sogar überlebenswichtig. Denn es gibt immer mehr Herausforderungen, die mit den traditionellen analogen Prozessen bald nicht mehr zu bewältigen sind", so Aschenbrenner. Beweis ist die rasante Entwicklung von Business-Intelligence-Lösungen, die die AKDB für kommunale Anwender vorantreibt und die sie auf dem Kommunalforum präsentierte. In diesem Zusammenhang schloss die AKDB im Oktober eine Kooperationsvereinbarung mit dem Softwareunternehmen HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH: Künftig wird HSH das BI-Tool der AKDB – SDS.Control Einwohner – in das eigene Fachverfahren fürs Meldewesen integrieren.

Das nächste AKDB-Kommunalforum findet 2026 statt. ❒

Langmatz Kunststoffkabelschächte setzen neuen EU-Standard

Erstes Unternehmen mit europäischer Zulassung für komplettes Schachtsystem

Langmatz-Geschäftsführer Dieter Mitterer im Interview

Als Spezialist für technische Systemlösungen ist die Langmatz GmbH aus Garmisch-Partenkirchen einer der führenden Anbieter von Telekommunikations-, Energie- und Stadtinfrastruktur in Europa. Der Systemspezialist zählt zu den innovativsten Industrieunternehmen in Deutschland und ist Marktführer für Kabelschächte aus Kunststoff, die weltweit für den Aufbau unterirdischer Daten- und Stromnetze eingesetzt werden. Als erster Hersteller hat Langmatz eine europäische Zulassung (ETA) für das komplette Schachtsystem, bestehend aus Abdeckung und Schachtkorpus, erhalten. Ein Interview mit Dieter Mitterer, einem der drei Geschäftsführer von Langmatz, über die Vorteile von Kunststoffkabelschächten für den Netzausbau und die Hürden auf dem Weg zur europaweiten Zulassung.

Herr Mitterer, die Bedeutung von Kabelschächten beim Ausbau von Breitband- und Energienetzen ist unbestritten. Warum sind Kunststoffkabelschächte für diese Infrastrukturprojekte so wichtig?

Mitterer: *Unsere Kabelschächte aus Kunststoff spielen eine entscheidende Rolle, weil sie eine Vielzahl von Vorteilen bieten, die für eine moderne Infrastruktur unverzichtbar sind. Zum ei-*



Dieter Mitterer ist einer der drei Geschäftsführer der Langmatz GmbH mit Sitz in Garmisch-Partenkirchen. Bild: Langmatz

nen sind sie deutlich leichter als Schächte aus traditionellen Materialien wie Beton. Das vereinfacht die Installation und spart Kosten. Zudem sind sie aufgrund ihres modularen Aufbaus flexibel einsetzbar und schnell gesetzt, was insbesondere beim Ausbau von Breitband- und 5G-Netzen sowie der E-Ladeinfrastruktur für unsere Kunden entscheidend ist. Zum anderen sind sie dank hochwertiger Kunststoffe und der von uns entwickelten 3D-ribFrame-Technologie äußerst belastbar.

Perfekte Lösungen für spezifische Anforderungen

Langmatz gilt als „Hidden Champion" und Marktführer für Kunststoffkabelschächte in Europa. Was zeichnet Ihre Produkte besonders aus?

Mitterer: *Wir bei Langmatz haben schon früh erkannt, dass es nicht nur darum geht, ein Produkt zu entwickeln, sondern um perfekte Lösungen für die spezifischen Anforderungen unserer Kunden. Bereits seit Beginn der 90er Jahre produzieren wir Schachtsysteme aus Kunststoff. Dabei haben wir ein einzigartiges Spritzgussverfahren entwickelt, das unsere Produkte besonders belastbar macht. Dieses Verfahren ermöglicht es uns, Kabelschächte herzustellen, die sehr widerstandsfähig und stabil sind und hohen thermischen und chemischen Belastungen in der Praxis standhalten*

Sie erwähnten das speziell von Ihnen entwickelte Spritzgussverfahren und die hohe Belastbarkeit Ihrer Kabelschächte. Welche Bedeutung haben dabei die Zulassungen durch das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) und der Europäischen Organisation für Technische Bewertung (EOTA)?

Mitterer: *Das ist ein wichtiger Punkt. Die Zulassungen des DIBt besitzen wir schon seit vielen Jahren, weil es für uns selbstverständlich ist, die Qualität und Sicherheit unserer Produkte zu belegen. Als europaweit tätiges Unternehmen wollten wir aber über die nationalen Zulassungen hinaus einen Schritt weiter gehen. Da es in der Europäischen Union keine Norm für Schachtabdeckung und Korpus, sondern nur für die Abdeckung gab, haben wir uns entschlossen in Eigeninitiative eine Europäische Technische Bewertung für ein komplettes Schachtsystem zu beantragen. Diese haben wir mittlerweile erteilt bekommen. Wir sind der erste Hersteller für Kunststoffkabelschächte mit einer so genannten ETA. Diese Zulassung gibt unseren Kunden in ganz Europa die Sicherheit, dass unsere Schachtsysteme höchste Qualität und Sicherheit bieten und unterstreicht unseren Anspruch, in unserer Branche Standards zu setzen. Gleichzeitig sorgt sie für eine bessere Vergleichbarkeit und schafft größere Transparenz im Markt.*

Made in Germany

Was waren die Herausforderungen bei diesem Zulassungsverfahren und warum ist die ETA für Langmatz so wichtig?

Mitterer: *Der gesamte Zulassungsprozess dauerte fast vier Jahre. Gemeinsam mit unabhängigen Sachverständigen deutscher und europäischer Institute wurden zunächst die Kriterien für ein komplettes Schachtsystem aus Kunststoff erarbeitet. Denn bis dahin gab es in der Europäischen Union nur die Norm DIN EN 124, die lediglich die Anforderungen an Schachtabdeckungen regelte, nicht aber an den Korpus von Kabelschächten aus Kunststoff. Nachdem die nationalen Gremien aller 27 EU-Mitgliedsstaaten unsere Unterlagen geprüft und unserem Antrag zugestimmt hatten, wurde er schließlich von der Europäischen Organisation für Technische Bewertung (EOTA) bestätigt und wir erhielten eine ETA, ein Europäisches Technisches Bewertungsdokument. Dieses bescheinigt die in vielen Praxistests geprüften Leistungsmerkmale unserer Schachtsysteme aus Polycarbonat. Daher tragen unsere Schächte auch das begehrte CE-Zeichen.*

Die ETA war in diesem Kontext für uns sehr wichtig, weil wir damit eine europaweit gültige und anerkannte Leistungserklärung nachweisen können. Damit geben wir unseren Kunden die Gewissheit, ein sicheres Bauprodukt zu erwerben und setzen ein starkes Zeichen für höchste Qualität „Made in Germany".

Langmatz ist bekannt für seine Innovationskraft. Was können wir in Zukunft von Ihnen erwarten?

Mitterer: *Wir bleiben unserer Linie treu und setzen auf Innovation. Das bedeutet, dass wir weiter an der Verbesserung unserer Produkte arbeiten, aber auch immer wieder neue Lösungen entwickeln, die den Anforderungen eines sich ständig verändernden Marktes gerecht werden. Mit Blick auf die Zukunft konzentrieren wir uns insbesondere auf die Entwicklung intelligenter Infrastrukturlösungen, die nicht nur für den Breitband- und Energiesektor, sondern auch für andere Bereiche von Bedeutung sein werden. Unsere Kunden können sich darauf verlassen, dass wir sie auch in Zukunft mit innovativen, qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Lösungen begeistern werden.* ❒

Digitalminister Mehring:

Bayern ist Deutscher Datenmeister

Laut Mitteilung des Bayerischen Digitalministeriums ist das von der Bayerischen Agentur für Digitales (byte) entwickelte Open-Data-Portal „open.bydata" inzwischen integraler Bestandteil des Daten-Ökosystems im Freistaat. Es bildet den zentralen bayerischen Pool für sofort nutzbare Daten und konnte sich im unabhängigen Ranking der Open Knowledge Foundation (OKF) in der Kategorie Datenportal auf Platz 1 positionieren. Auch im Ranking des Datenportals für Deutschland GovData liegt „open.bydata" inzwischen mit über 16.000 Datensätzen mit an der Spitze.

Ein Treiber des rasanten Wachstums seien vor allem die „Open-Data-Präsenzen", kostenfreie und individualisierte Unterbereiche des Landesportals für Kommunen und weitere Datenbereitsteller. Die kürzlich erfolgte umfassende Überarbeitung dieser Open-Data-Präsenzen – von Design-Anpassungen über die Einbindung zentraler Datensätze des Landesamts für Statistik bis hin zu Datenvisualisierungen – biete den Bereitstellern eine State-of-the-Art Infrastruktur zur Veröffentlichung ihrer Daten. Zum Relaunch der Open-Data-Präsenzen Anfang August nutzte die Stadt Penzberg die Gelegenheit und schloss sich als neue Kommune mit penzberg.bydata.de an. Somit sind aktuell 17 Kommunen in Bayern an das Portal angebunden, zahlreiche weitere Gemeinden wollen zeitnah folgen.

Auch die Datennutzung spiele in der Arbeit des open bydata competence centers, das das Portal „open.bydata" betreut, eine große Rolle, betont das Digitalministerium. So fiel kürzlich der Startschuss für das neue Netzwerkformat Open Data Round Table, um Akteure aus Verwaltung, Zivilgesellschaft, Forschung und Wirtschaft zusammenzubringen. In diesem Kontext werden auch Best Practices und Anwendungsbeispiele aus Lehre, Zivilgesellschaft sowie Wirtschaft präsentiert. Hierzu zählen beispielsweise Softwarelösungen zur Stadtplanung für Kommunen von Anbietern wie Urbanistic.

„Vermessungsdaten, Satellitenbilder, aktuelle Bevölkerungszahlen: All diese Informationen sind Quellen für Innovationen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Sie sind der ungenutzte Schatz unserer Zeit und wirken als Benzin im Motor des modernen Freistaats", stellt Digitalminister Dr. Fabian Mehring fest. „Mit unserem Portal 'open.bydata' geben wir Unternehmen und staatlichen Institutionen – insbesondere auch Kommunen im ländlichen Raum – die Möglichkeit, kostenlos und unkompliziert Daten zu teilen. Binnen eines Jahres sind wir in Bayern Vorreiter für Open Data geworden, was uns nun unabhängige Rankings bescheinigen. Wir sind damit gerne Vorbild für Deutschland und bleiben mit beiden Beinen auf dem Gaspedal für ein modernes Bayern." **DK**



GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich vertrete die Gemeinde Ruhpolding mit etwa 7.200 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
Ich bin seit dem 1. Mai 2020 als hauptamtlicher Bürgermeister von Ruhpolding tätig.
Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?
Ich bin Offizier im fliegerischen Dienst der Deutschen Luftwaffe gewesen und bin dort den Kampfjet Panavia Tornado geflogen. Der Beruf ruht jedoch aktuell, da die Tätigkeit als Bürgermeister hauptamtlich ist.

Justus Pfeifer

Erster Bürgermeister der Gemeinde Ruhpolding

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Als stolzer Patriot wollte ich mich schon immer aktiv für meine Heimat engagieren – für Ruhpolding, Bayern, Deutschland und Europa. Schon mein Dienst bei der Luftwaffe war von diesem Wunsch geprägt. Es ist mir nach wie vor eine große Freude und Ehre, meiner Gemeinde auf diese Weise zu dienen und etwas Positives für die Menschen zu bewegen.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Seit meinem 16. Lebensjahr bin ich kommunalpolitisch aktiv, vor allem durch mein Engagement in der Jungen Union und der CSU. Von 2014 bis 2020 war ich zudem Mitglied des Gemeinderats. Diese Erfahrungen haben mich auf das Bürgermeisteramt gut vorbereitet. Die Erfahrungen aus meiner fliegerischen Laufbahn, als Offizier der Luftwaffe sowie das Studium der Staatswissenschaften kann ich aber auch immer gewinnbringend in die tägliche Arbeit einfließen lassen.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die größte Herausforderung ist, Ruhpolding zukunftsfähig aufzustellen. Wir haben sehr viele große Infrastrukturobjekte in Ruhpolding. Das beginnt mit der Chiemgau Arena, die jährlich für den Biathlon Weltcup genutzt wird, geht über das kommunale Heizwerk, das große Straßennetz bis hin zu unserem Vita Alpina Erlebnis- und Wellnessbad. Mit diesen Liegenschaften gehen natürlich finanzielle Belastungen für die Gemeinde einher. Aber auch die Kinderbetreuung ist mir ein großes Anliegen. Unsere Schulen und Betreuungseinrichtungen stabil aufzustellen ist gleichermaßen eine große Herausforderung.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Aktuell beschäftigt uns vor allem die Sanierung des Heizwerkes, der Ausbau der Kindertageseinrichtungen, die Entwicklung des Kurhausareals und die Sanierung des Vita Alpina. Dabei versuchen wir stets darauf zu achten, die Lebens- und Liebenswürdigkeit unseres Ortes zu erhalten und auch für künftige Generationen zu sichern. Das erfordert einen kontinuierlichen Wandel und die Anpassung an die Bedürfnisse der Gesellschaft sowie an aktuelle Herausforderungen.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Ein großes Thema wird die Belebung des Ortszentrums sein, um Leerstände zu vermeiden und Ruhpolding trotz des wachsenden Online-Handels attraktiv zu halten. Auch der Tourismus bleibt ein zentraler Schwerpunkt, denn wir müssen ihn weiterentwickeln, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Gleichzeitig stellen uns der Klimawandel und die Entwicklung regenerativer Energien, etwa durch unser Heizwerk, vor große Herausforderungen. Hier wollen wir investieren und eine nachhaltige Energieversorgung fördern.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Augen und Ohren offen halten, Ratschläge annehmen und reflektieren, aber letztlich auch klare Entscheidungen treffen. Die Zusammenarbeit im Gemeinderat und die Rückkopplung mit der Bevölkerung ist entscheidend – Konsens und Kompromisse über Parteigrenzen hinweg ist der Schlüssel für erfolgreiche Kommunalpolitik.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Die Sachbearbeiter werden täglich in die Entscheidungsfindung eingebunden. Größere Punkte oder Projekte besprechen wir in Gremien oder Ausschüssen mit den Gemeinderäten, als Vertreter der Gesellschaft. Entscheidungen werden dann mehrheitlich im Gemeinderat getroffen. Wir setzen aber auch stark auf die direkte Kommunikation mit dem Bürger und die Einbindung von Vereinen. Neben unserer Bürger-App, dem Gemeindeanzeiger und unseren Social-Media-Kanälen, auf denen wir wertvolles Feedback erhalten, sind auch regelmäßige Monatsversammlungen der Parteien wichtige Austauschplattformen. Bei großen Entscheidungen, wie der künftigen Entwicklung des Kurparks oder des Schwimmbads, beziehen wir die Bürger und Vereine mit Umfragen oder der Durchführung einer Bürgerwerkstatt aktiv mit ein.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung, insbesondere die Künstliche Intelligenz, wird aus meiner Sicht enorme Auswirkungen haben. Sie kann Arbeitsprozesse in der Verwaltung effizienter gestalten und den Bürgerservice verbessern. Wir arbeiten bereits daran, diese Technologien stärker zu integrieren.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
„Ned umarananda mankein" bzw. niemals rumjammern, sondern selbst versuchen, die Situation zum Besten zu beeinflussen und anpacken (dafür gibt's, glaub ich, keine passende hochdeutsche Übersetzung).
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ehrlich gesagt habe ich mich mit dieser Frage noch nicht wirklich auseinandergesetzt. Ich hoffe, dass ich der Gemeinde noch ein paar Jahre dienen darf. Wenn es aber mal soweit ist, würde ich gerne als jemand in Erinnerung bleiben, der Ruhpolding zukunftsfähig gemacht hat und gleichzeitig die Liebenswürdigkeit unseres wunderschönen Dorfs an unsere Kinder und Enkelkinder weitergetragen hat. Mein Ziel ist es, einen Ort zu hinterlassen, in dem künftige Generationen sowohl finanziell als auch gesellschaftlich gut aufgestellt sind. ❐



Café Amtsstüberl im Landratsamt Traunstein: Bürgermeister-Familien spenden 6.000 Euro an Aktionsgemeinschaft Inklusion

Am Traunsteiner Blattl-Sonntag hatte auch wieder das „Café Amtsstüberl" im Landratsamt geöffnet. Die Bürgermeister-Familien legten sich auch heuer wieder ins Zeug, um hunderte Gäste mit Kaffee und selbstgemachtem Kuchen zu verwöhnen. Bei bestem Herbstwetter waren am Abend 6.000 Euro in der Kasse – ein ansehnlicher Betrag, der umgehend an die Aktionsgemeinschaft Inklusion weitergegeben wurde. Landrat Siegfried Walch (vorne rechts im Bild) und stellvertretende Landrätin Resi Schmidhuber (vorne, zweite von rechts) als Organisatorin bedankten sich bei der Musikschule Inzell für die musikalische Unterhaltung. Ein herzliches Vergelt´s Gott richtet sich an alle Sponsoren, die das „Café Amtsstüberl" seit vielen Jahren auf besondere Weise unterstützen. Alexander Callegari von der Lebenshilfe (vorne, 3. von rechts) dankte seitens der Aktionsgemeinschaft Inklusion den Bürgermeister-Familien für ihren selbstlosen Einsatz. Seit der Premiere unter Heidi Strobl im Jahr 1992 wurden im Café Amtsstüberl insgesamt rund 150.000 Euro für wohltätige Zwecke erwirtschaftet.

Bild: Landratsamt Traunstein



V.l.: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Regierungspräsident Rainer Haselbeck, die Landräte Peter Dreier (Landshut), Josef Laumer (Straubing-Bogen), sowie Andrea Degl (Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Landkreistags) und die Landräte Dr. Ronny Raith (Regen), Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), Werner Bumeder (Dingolfing), Raimund Kneidinger (Passau) und Bernd Sibler (Deggendorf).

Text/Foto: Pressesprecher Dr. Frederik Weinert, Landratsamt Freyung-Grafenau.

Tagung der niederbayerischen Landräte in Freyung:

Krankenhausreform und Kommunalfinanzen

„Es gibt derzeit viele herausfordernde Themen auf kommunaler Ebene"

Am Landratsamt Freyung-Grafenau hat kürzlich die Tagung des Bezirksverbandes Niederbayern des Bayerischen Landkreistages stattgefunden. Die niederbayerischen Landräte treffen sich in regelmäßigen Abständen abwechselnd in den jeweiligen Landkreisen, um sich über aktuelle Themen und überregionale Entwicklungen auszutauschen. Dieses Mal war der Landkreis Freyung-Grafenau an der Reihe. Im Fokus stand vor allem die Umsetzung der Krankenhausreform in Bayern, gerade mit Blick auf die Herausforderungen in den ländlichen Räumen.

Die Landräte waren sich aber auch einig: Landkreise, Städte, Märkte und Gemeinden, aber auch der Bezirk, stehen vor großen finanziellen Herausforderungen – vor allem im sozialen Bereich sowie in der Jugendhilfe.

Immense Ausgabensteigerung

Gerade in diesen Bereichen steigen die Ausgaben aufgrund gesetzlicher Vorgaben immens. „Es gibt derzeit viele herausfordernde Themen auf kommunaler Ebene, angefangen von Gesundheitsversorgung, Kinder- und Jugendhilfe, Migration bis hin zum ÖPNV, um nur einige Beispiele zu nennen. Das alles sind wichtige Bereiche, die wir bestmöglich stemmen möchten, damit die Menschen weiterhin eine hohe Lebensqualität haben. Wenn daraus aber – wie aktuell – eine finanzielle Schieflage für die Kommunen entsteht und diese immer größer wird, bringt uns das an den Rand der kommunalen Selbstverwaltung. Umso mehr setzen wir auf die Unterstützung durch den Freistaat Bayern", betonte Gastgeber Landrat Sebastian Gruber, der auch Bezirksvorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern im Bayerischen Landkreistag ist. ❐



V.l. Dr. Stefan Detig, Bürgermeister Karsten Fischkal (Adelsdorf), Dr. Franz-Stephan von Gronau.

Foto: Gemeindewerke Adelsdorf KU

Karsten Fischkal ist Bürgermeister des Jahres 2024:

Große Ehre für die Gemeinde Adelsdorf

Die Gemeinde Adelsdorf freut sich über die Auszeichnung von Ersten Bürgermeister Karsten Fischkal zum „Bürgermeister des Jahres 2024". Diese renommierte Auszeichnung wurde ihm im feierlichen Rahmen von Altbürgermeister Dr. Stefan Detig aus Pullach und Dr. Franz-Stephan von Gronau aus München im Schloss Adelsdorf überreicht. Die Ehrung basiert auf einer Bewertung durch eine hochkarätige Jury aus Experten der Kommunalpolitik und Kommunalberatung.

In seiner Laudatio hob Dr. Franz-Stephan von Gronau das außergewöhnliche Engagement von Karsten Fischkal für die Gemeinde Adelsdorf hervor, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit. Seine zukunftsweisenden Projekte haben Adelsdorf in vielen Belangen zu einem Vorreiter in der kommunalen Entwicklung gemacht. Diese Auszeichnung ist nicht nur ein persönlicher Erfolg für Bürgermeister Fischkal, sondern auch eine Anerkennung der herausragenden Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde und der Gemeindewerke Adelsdorf sowie aller Bürgerinnen und Bürger, die aktiv zur positiven Entwicklung Adelsdorfs beitragen.

Zweiter Bürgermeister Günter Münch gratulierte zur verdienten Auszeichnung. „Unsere Gemeinde setzt Maßstäbe in der regionalen Entwicklung, und wir sind stolz, dass Karsten Fischkal an der Spitze dieses Prozesses steht", so Münch. „Ein herzliches Dankeschön an alle, die ihn in seiner Arbeit unterstützen – gemeinsam werden wir die Gemeinde Adelsdorf weiterhin stärken und in eine nachhaltige Zukunft führen." ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Unterbringung von Geflüchteten:

Hilferufe aus bayerischen Kommunen

Die angemessene Unterbringung von Geflüchteten stößt zunehmend an Grenzen. Vielerorts ist die Lage äußerst kritisch. Widerstände vor Ort, rechtliche Hürden und begrenzte Kapazitäten machen die Suche nach Lösungen immer schwieriger. Exemplarisch dafür stehen die Landkreise Miesbach und Bad Tölz-Wolfratshausen sowie die Stadt Bad Griesbach im Landkreis Passau.

„Wir stehen vor einem Problem, das wöchentlich größer wird“, betont der Miesbacher Landrat Olaf von Löwis. Alle zwei Wochen kämen Busse mit Geflüchteten an – mal sind es 50 Personen, mal 100 – die Unterbringungsmöglichkeiten im Landkreis seien jedoch ausgeschöpft. Derzeit seien drei Sporthallen seit zwei Jahren belegt und müssten so bald wie möglich geräumt werden, damit Schulen und Vereine diese wieder nutzen können. Doch es fehle an Alternativen. Der Landkreis verfüge über keine weiteren eigenen Immobilien, die Gemeinden im Landkreis meldeten von sich aus nicht ausreichend geeignete Unterkünfte, und so sei man auf die freiwilligen Angebote privater Immobilienbesitzer angewiesen.

Hinzu komme das Problem der sogenannten Fehlbeleger, in der Regel anerkannte Asylbewerber (zuzüglich Geflüchtete aus der Ukraine), die eigentlich aus den Asylunterkünften ausziehen müssten, aber oftmals keine Wohnung auf dem freien Markt finden und daher drohen, obdachlos zu werden. Momentan „blockierten“ rund 250 Fehlbeleger (Asyl) sowie die Geflüchteten aus der Ukraine dringend benötigte Plätze, die sonst für Neuankömmlinge genutzt werden könnten.

Bemühungen werden massiv behindert

„Wir brauchen schnell große Lösungen“, fordert von Löwis und hat nun aufgrund der angespannten Situation einen Brandbrief an Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann geschrieben. Darin stellt der Landkreischef die Frage: „Wie sollen wir weiterhin geeignete Unterkünfte akquirieren und errichten, wenn uns ständig die Gefahr droht, vor Gericht ausgebremst zu werden? Im Landkreis Miesbach werden unsere Bemühungen von vielen betroffenen Kommunen massiv behindert. Erst Hausham, dann Warngau und nun auch Waakirchen, Fischbachau und Schliersee – überall wird versucht, die Errichtung von Unterkünften mit allen rechtlichen Mitteln zu verhindern. Insbesondere bei privaten Anbietern führt diese kritische Haltung häufig zum Rückzug. Wir werden von vielen privaten Anbietern sogar gebeten, ihr Angebot so lange wie möglich vertraulich zu behandeln, also die Rathäuser nicht zu informieren.“

Quotierung der Geflüchteten bringt keine Gerechtigkeit

Inzwischen sei er, so von Löwis, „überzeugt, dass die Quotierung der Geflüchteten auf die Landkreise nicht die erhoffte Gerechtigkeit bringt. Die Voraussetzungen und Möglichkeiten unterscheiden sich von Landkreis zu Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt. Dass trotzdem die Solidarität unter den Landrätinnen und Landräten so groß bleibt, ist wirklich bemerkens- ja lobenswert.“

„Wir stehen in der Pflicht, alle Geflüchteten, inklusive der Fehlbeleger, unterzubringen, verfügen aber über keine Instrumente, um diese Verpflichtung gegenüber den kreiseigenen Kommunen durchzusetzen. Hier muss sich dringend etwas ändern!“, fordert von Löwis. „Zwar versichern uns die Kommunen ihr Verständnis, doch zeigen einige eher aufeinander, anstatt selbst Verantwortung zu übernehmen.“ Selten werde der Heilige Sankt Florian so intensiv bemüht wie heute.

Sofortige Unterstützung erforderlich

Die Lage sei äußerst kritisch, sofortige Unterstützung „von oben“ sei erforderlich, schreibt der Landrat. Dazu zählen aus seiner Sicht folgende Maßnahmen:

- Die bestehenden Ankerzentren müssten schnell und deutlich erweitert und neue zügig errichtet werden.
- Eine rechtlich abgesicherte Möglichkeit, die Fehlbeleger (z.B. aus den Turnhallen einer Kommune) in mehrere Kommunen verteilen zu dürfen, sei zwingend notwendig. Die bisherige „Mitwirkungspflicht“ der Gemeinden reiche nicht aus.
- Spezielle Herausforderungen, wie etwa die „Räumung“ der Turnhallen, müssten unbürokratisch unterstützt werden, indem bis dahin alle Zuweisungen ausgesetzt werden.

Hinzu komme, dass die Beschäftigten im Landratsamt extrem gefordert seien; Überstunden seien die Regel. Schlimmer noch: „Wie sollen wir angesichts dieser schwierigen Arbeitssituation offene Stellen überhaupt noch besetzen?“

Was den Landkreischef besonders nachdenklich stimmt, sind persönliche Anfeindungen: Über Monate hinweg wurde er zum Ziel von Bürgerprotesten und Drohungen, während die Gemeinden ihm die Unterstützung verweigerten. Von Löwis stellt klar: „Leider akzeptieren einige Menschen nicht, dass die Landratsämter gesetzlich verpflichtet sind, Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Sie fordern, dass der Landrat die Aufnahme verweigert und die Busse mit Geflüchteten zurückschickt. Das ist aber nicht möglich.“

„Mit diesem Schreiben möchte ich Dich herzlich bitten, auch die Rahmenbedingungen in Bayern zu prüfen“, so von Löwis an Herrmann abschließend. So dürfe es nicht weitergehen!

Widerstand gegen den Bau eines Containerdorfs

In der bayerischen Gemeinde Dietramszell im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen regt sich wiederum Widerstand gegen den Bau eines Containerdorfs für 130 Flüchtlinge im Ortsteil Bairawies. Jeden Monat müsse das Landratsamt 100 neue Asylsuchende unterbringen, macht Landkreischef Josef Niedermaier deutlich. Die Not an Unterkünften sei erheblich. Um größere Unterkünfte im Außenbereich genehmigungsfähig zu machen, habe die Bayerische Staatsregierung eine Sonderregelung geschaffen. Damit sei die Planungshoheit der Gemeinde faktisch ausgehebelt.

Umfassendes Sicherheitskonzept

Zwar versteht der Landrat alle Ängste und Bedenken in Dietramszell, jedoch müsse man abwägen, was das kleinere Übel ist. Niedermaier verwies darauf, dass es im Landkreis ein umfassendes Sicherheitskonzept gebe und es bislang kaum zu Übergriffen gekommen sei. In Bairawies wäre zudem rund um die Uhr ein Sicherheitsdienst vor Ort.

Versprechen in weite Ferne gerückt

Zu Beginn der Krise sei versucht worden, dem Flüchtlingsstrom Herr zu werden, indem Privatunterkünfte gesucht und Turnhallen belegt wurden, erläutert Niedermaier. Sein Versprechen, die Sporthallen in Geretsried und Wolfratshausen wieder freizubekommen, sei in weite Ferne gerückt. Gemeinden würden gegen das Verteilsystem klagen und er wisse nicht mehr wohin mit den Flüchtlingen. Er sei auf die Unterstützung von Kommunen ebenso angewiesen wie auf jene von Investoren. Denn der Landkreis könne allein keine Unterkünfte bauen.

Erhebliche Dissonanzen

Für erhebliche Dissonanzen hat die Unterbringung weiterer ukrainischer Flüchtlinge in Bad Griesbach im Landkreis Passau gesorgt. Der Stadtrat hat sich offiziell von Bürgermeister Jürgen Fundke (Überparteiliche Wählergemeinschaft) distanziert. Dieser hatte sich geweigert, 35 ukrainische Flüchtlinge registrieren zu lassen mit der Begründung, dass diese landkreisweit ungerecht auf die 38 Städte und Gemeinden verteilt würden und zudem Schulen und Kindergärten am Limit seien.

Das Landratsamt wies Fundke amtlich an, sich um die Registrierung zu kümmern. Der Bürgermeister aber ignorierte die Anweisung, woraufhin das Landratsamt dessen Stellvertreter Georg Greil (SPD/FWG) bevollmächtigte, sich um die Anmeldung zu kümmern. Dieser veranlasste die Registrierung unmittelbar. Die Anordnung, die Ukrainer nicht anzumelden, sei schlichtweg rechtswidrig gewesen, begründete Greil seine Entscheidung. Das Meldegesetz sei ein Bundesgesetz, da habe das Rathaus keinen Spielraum.

Bürgermeister ducken sich weg

Der Rathauschef stellte fest, er sei nicht ausländerfeindlich und wolle nur auf die ungerechte Verteilung von Flüchtenden auf die Kommunen hinweisen. Bad Griesbach mit seinen knapp 9.300 Einwohnern beherberge schon zu viele Ukrainer. „Andere Bürgermeister ducken sich weg, das ärgert mich“, erklärte Fundke gegenüber BR24. Er selbst habe zwei ukrainischen Familien geholfen, in Bad Griesbach unterzukommen. Die Stadt bemühe sich. Bei der Asylbewerberunterkunft sei beispielsweise ein Anbau für weitere 28 Plätze genehmigt worden. Insgesamt könnten dort dann 108 Menschen wohnen. Zudem seien in einem ehemaligen Hotel etwa 100 Ukrainer untergebracht.

Rund 174.000 Ukrainer sind seit Kriegsbeginn nach Bayern geflohen. Die meisten kamen privat unter, nur ein kleinerer Teil zog in staatliche Einrichtungen. Wie der Freistaat sie an die Regierungsbezirke verteilt, ist klar geregelt nach einem Schlüssel, der die Einwohnerzahl und Steuerkraft berücksichtigt. Wie die Flüchtlinge in den Landkreisen verteilt werden, ist jedoch nicht festgelegt. **DK**

GZ PINOS WELT



Letzte Woche war ja wieder einmal Weltspartag. Und zwar ein ganz besonderer, denn dieses Hochamt der Tugend der Sparsamkeit und Mäßigung feierte seinen 100. Geburtstag.

Gut, wenn man sich an den Erzählungen des Bürgermeisters von früher orientiert, dann hat der Tag doch rapide an Bedeutung verloren. Als Kind ging er mit der Spardose, die er das Jahr über mit großer Ernsthaftigkeit mit den Zwickeln für gute Schulnoten, den Fuchzigerln für das Tragen der Einkauftüten der betagten Nachbarin oder dem Fünfer für einen ganzen Samstag mühevoller Gartenarbeit gefüttert hatte, zusammen mit seiner Mutter oder seinem Opa zur nahen Sparkassenfiliale. Opa war besser, denn wenn die Dose geöffnet, die Münzen gezählt und ein Endbetrag festgestellt wurde, hat er diesen immer großzügig auf ein in den Augen des Kindes von damals stattlichen Betrag aufgerundet.

Sparsamkeit, die Basis des Wirtschaftens

Dieser wurde dem Sparbuch gutgeschrieben. Die Freude über die bei aller Begeisterung für das Ritual doch eher abstrakte Zahl wurde durch ein Geschenk konkretisiert, entweder ein Comicheft oder eine neue Sparbüchse oder – wohl in wirtschaftlich sehr guten Jahren – ein sparkassenrotes Modellauto.

Heute wird dem Weltspartag nicht mehr so entgegengefiebert und er wird in Zeiten der Umwandlung von Filialen in Selbstbedienungspavillons auch nicht mehr so zelebriert. Im Gegenteil war der Weltspartag dieses Jahr für einige Redakteure von Wirtschaftszeitungen oder Wirtschaftsbeilagen Anlass zu böser Polemik. Tenor: Dem unseligen Erbe des Weltspartages verdanken wir es, dass die Deutschen noch immer ein Volk der Renditevernichter sind, das von den gut 7,7 Billionen Euro Geldvermögen immer noch 3,3 Billionen Euro in Barschaft und Sichteinlagen, also faktisch unverzinst, hortet.

Gut, die Deutschen sind nicht die Cleversten beim Geldanlegen, das mag wahr sein. Zu wenig Aktien und Risikokapital, viel zu wenig Immobilieneigentum und viel zu viel Vertrauen in private und vor allem öffentliche Versicherungsansprüche à la „Die Rente ist sicher“.

Aber dass dies dem verderblichen Einfluss der Erziehung zur Sparsamkeit geschuldet sei, die im Weltspartagsgedöns ihren fatalen Ausdruck gefunden habe, ist eine ziemlich steile These.

Gut, Sparsamkeit mag in der öffentlichen Wahrnehmung keine Tugend mehr sein. Im letzten Jahrhundert galt der Satz von Franz Josef Strauß, wonach sich eher ein Hund einen Wurstvorrat anlegt, als dass die Sozis einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, als derber Scherz. Heute haben wir uns daran gewöhnt, dass die Berliner Haute Volée, ob rot oder grün, fordert, beim Metzger auch noch unbegrenzt anschreiben zu dürfen. Will der eine 200 – 300 Milliarden in einen Subventionsschuldentopf geben, fordert ein anderer 500 Milliarden und die nächste gar 600 Milliarden – jeweils Euro wohlgemerkt. Dem Publikum raucht der Kopf, denn diese Summen sind schon längst nicht mehr konkret fassbar und sagen ja einfach nur: Lass uns heute ungehemmt das Zeug verjuxen, die Rechnung zahlen irgendwelche Leute in der Zukunft (oder auch nicht).

Gott sei Dank ist diese Mentalität noch nicht in der Welt der normalen Leute angekommen. Noch ist es Brauch, normalerweise nicht mehr auszugeben, als man hat. Und eben zu sparen, was übrigbleibt. Davon zwei bis drei Nettogehälter jederzeit greifbar für Unvorhergesehenes. Und dann kann man auch mal in richtige Investments wie Aktien oder Fonds gehen, wobei man dann schnell feststellen wird, dass bei einer Abgeltungssteuer von 25 Prozent und nur 1.000 Euro Freibetrag man die Rendite doch zu einem arg großen Teil mit Vater Staat teilen muss, der kein Anlegerrisiko beim Steuereintreiben eingeht.

Ich finde jedenfalls, Sparsamkeit ist die Basis jedes Wirtschaftens – ob im Privaten oder beim Staat. Deshalb sollte man den Weltspartag hegen und achten, aber ihn beizeiten mit Finanzbildung ergänzen, damit die jungen (und auch älteren) Leute wissen, was sie tun, wenn sie sich an Aktien und Anleihen wagen – und eben auch keine Angst davor haben. Denn wie sagt es die Investorenlegende Warren Buffet so schön: „Risiko entsteht daraus, dass man nicht weiß, was man tut.“

Ihr Pino



Gesundheitsregion Plus – Stadt und Landkreis Ansbach mit Innenminister Joachim Herrmann, Regierungspräsidentin Dr. Kerstin Engelhardt-Blum, Landrat Dr. Jürgen Ludwig und Oberbürgermeister Thomas Deffner.

Bild: Giulia Iannicelli

Mittelfränkische Integrationspreise 2024:

Nachhaltig und erfolgversprechend

Drei besonders gelungene, nachhaltige und erfolgversprechende Integrationsprojekte wurden von Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann und Regierungspräsidentin Dr. Kerstin Engelhardt-Blum in Nürnberg mit den Integrationspreisen für den Regierungsbezirk Mittelfranken ausgezeichnet. Dafür wurde ein Gesamtbetrag von 5.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Der 1. Preis ging an das „Netzwerk zur beruflichen Integration von Migranten mit Gesundheitsberufen“ (Gesundheitsregion plus – Stadt und Landkreis Ansbach). Dr. Gerd-Rüdiger Franke, Mediziner im Ruhestand, hatte die großartige Idee, ein Netzwerk zur Unterstützung von Geflüchteten mit Erfahrung in Gesundheitsberufen aufzubauen. In Zeiten des Fachkräftemangels, der gerade die Gesundheitsberufe besonders hart trifft, ist es gelungen, zusätzliche medizinische und pflegerische Fachkräfte zu finden und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Christina Löhner von der Geschäftsstelle der Gesundheitsregion griff diese Idee auf und übernahm die Koordination des Projekts. Geflüchtete Menschen erhalten in der Zeit, in der sie auf die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse warten, vor Ort Unterstützung beim Erwerb der deutschen Sprache und beim Kennenlernen ihrer Kommune.

Mit dem 2. Preis wurde das „Haus der Begegnungen“ (Förderverein für Integration und Integrationsstiftung) bedacht. Seit seiner Eröffnung im Frühjahr 2022 ist es zu einem festen Bestandteil in Schwabach geworden. Philosophie des Hauses ist es, Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Vereine dazu zu motivieren, ihre Ideen, Projekte und Aktivitäten in den Bereichen Integration, Inklusion, Demokratieförderung und gesellschaftlicher Zusammenhalt zu verwirklichen. Im Mittelpunkt stehen der Austausch und die Begegnungen von Menschen unabhängig von ihrer Herkunft. Darüber hinaus wird im Haus der Begegnungen freiwilliges Engagement gefördert und unterstützt.

Über den 3. Preis durfte sich das „Theaterlabor Nürnberg“ freuen. Es schafft einen Raum für Schauspiel und Kunst, für Jung und Alt, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, inklusiv und partizipativ. Seit 2002 bringt es unter der Leitung von Irfan Taufik unterschiedlichste Menschen zusammen, eröffnet und ermöglicht neue Perspektiven für gegenseitiges Vertrauen und fördert Sprach-, Kultur- und Schauspielkenntnisse. Das Theaterlabor fungiert als sozialer Kitt für Nürnberg und leistet einen entscheidenden Beitrag für die Kunstszene und die Stadtgesellschaft.

Integrationsminister Herrmann lobte das vorbildliche Engagement der Preisträgerinnen und Preisträger: „Es trägt nicht nur zu einer erfolgreichen Integration bei, sondern auch zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zu einem guten Miteinander der Kulturen und damit auch zum sozialen Frieden vor Ort.“ **DK**

Bürgerdialog „Pflege am Wendepunkt?“ im Landkreis Dachau:

Landrat Löwl diskutiert Herausforderungen für die Pflege

Vor kurzem fand im Adolf-Hölzl-Saal der Bürgerdialog „Pflege am Wendepunkt?“ statt. Landrat Stefan Löwl lud Bürgerinnen und Bürger ein, um angesichts des demografischen Wandels und der damit verbundenen Herausforderungen in der Pflege über Rahmenbedingungen und Lösungsansätze zu diskutieren. „Wir müssen uns dringend und unmittelbar dem demografischen Wandel und dem Thema Pflege stellen“, betonte Löwl in seiner Eröffnungsrede.

Die Bevölkerung wird zunehmend älter: Bereits jetzt sind etwa 20 Prozent der Bewohner über 65 Jahre alt – und dieser Anteil wächst weiter. Damit steigt auch der Bedarf an Pflegeleistungen, während der Fachkräftemangel in der Pflegebranche trotz deutlicher Steigerung der finanziellen Attraktivität immer spürbarer wird. Die Belastungen für Pflegekassen und Sozialsysteme nehmen zu, was die Bedeutung einer frühzeitigen Strategie zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur unterstreicht.

Ergebnisse des bayernweiten Monitorings

Im Mittelpunkt des Abends stand der Vortrag von Prof. Dr. habil. Thomas Klie, der die Ergebnisse des bayernweiten Monitorings zum Pflegepersonalbedarf 2023 präsentierte. Die von der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) in Auftrag gegebene Studie liefert umfassende Einblicke in die Pflegeinfrastruktur, die Beschäftigungssituation und den Qualifizierungsbedarf in Bayern. Besonders betont wurden die regionalen Bedürfnisse und Herausforderungen des Landkreises Dachau auch im Vergleich zu anderen Landkreisen.

Prof. Klie wies darauf hin, dass die Pflege immer mehr in den Fokus der Gesellschaft rückt und nicht mehr als Tabu oder schambehaftet betrachtet wird. Dies führt auch zu einer stärkeren Nutzung von Pflegegeldern und Zuschüssen sowie Beratungs- und Unterstützungsangeboten, obwohl die Anzahl der Pflegebedürftigen insgesamt stabil bleibt. Er zeigte zudem die Problematik des Fachkräftemangels auf: Ab 2028 wird es mehr Menschen geben, die aufgrund ihres Alters aus den Pflegeberufen aussteigen, als neue Fachkräfte hinzukommen.

Aufgaben besser verteilen

Ein zentrales Problem sei, dass der Pflegealltag zunehmend von Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben geprägt sei, wodurch Fachkräfte weniger Zeit für die eigentliche Pflege hätten. Klie plädierte dafür, diese Aufgaben besser zu verteilen, sodass Fachkräfte sich wieder verstärkt auf die Pflege konzentrieren können. Aktuell mache jede Fachkraft alles. Die Strukturierung der Pflegeaufgaben und die kompetenzorientierte Zuordnung von Aufgaben wird daher künftig immer wichtiger.

Notwendigkeit einer breiteren Unterstützung

In der anschließenden Podiumsdiskussion tauschten sich Expertinnen und Experten, mit den gut 50 Besucherinnen und Besuchern über mögliche Lösungsansätze aus. Neben Prof. Klie nahmen auch MdL Bernhard Seidenath als lokaler Stimmkreisabgeordneter und Gesundheitsexperte, Nina Fuchs (Leiterin des Pflegeheims Wollomoos) sowie Angela Hansmann-Goertz (ehem. Schulleiterin der Berufsfachschule für Pflege und Altenpflegehilfe des Franziskuswerks) an der Diskussion teil. Aber auch im Publikum waren viele Akteure der Pflegelandschaft im Landkreis Dachau anwesend. Themen wie die Verbesserung der häuslichen Pflege, die Entlastung pflegender Angehöriger und die Notwendigkeit einer breiteren Unterstützung durch die Politik standen im Fokus. Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit einer Anpassung des Entlastungsbetrags für pflegende Angehörige, der seit 2017 nicht erhöht wurde.

Neustrukturierung muss erfolgen

Landrat Stefan Löwl fasste die wichtigsten Punkte zusammen: „Der Status des Pflegeberufs muss weiter aufgewertet werden. Der Beruf gibt viel zurück und ist ein sozialkritisch wichtiger Baustein unserer Gesellschaft.“ Gleichzeitig wies Löwl darauf hin, dass es unwahrscheinlich sei, in naher Zukunft mehr Pflegepersonal zu gewinnen. Stattdessen müsse mit den vorhandenen Fachkräften eine Neustrukturierung erfolgen, um den steigenden Bedarf zu bewältigen. Auch die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland sei eine wichtige, aber begrenzte Ressource, da strukturelle Barrieren noch immer sehr hoch sind.

Besondere Herausforderung: Kurzzeitpflege

Nina Fuchs betonte, dass Personen, die in der Pflege arbeiten wollen, auch die Möglichkeit dazu bekommen sollten. Eine besondere Herausforderung sei die Kurzzeitpflege, die pflegende Angehörige entlasten könnte, wofür jedoch mehr Plätze geschaffen werden müssten. Dr. Hansmann-Goertz unterstrich abschließend, dass die aktuellen Strukturen der Pflegeausbildung angesichts der kommenden Herausforderungen nicht länger tragfähig seien. Es sei dringend notwendig, die Pflegebranche neu zu denken und zu gestalten.

Der Bürgerdialog verdeutlichte, dass in der Pflege tiefgreifende Veränderungen notwendig sind. Diese Veränderungen erfordern nicht nur neue Konzepte, sondern vor allem die enge Zusammenarbeit aller Akteure im Landkreis – von Pflegeeinrichtungen über pflegende Angehörige bis hin zu Bildungsträgern. Auch die Unterstützung und Mitwirkung der Politik auf Landes- und Bundesebene ist entscheidend, um langfristige und nachhaltige Lösungen zu finden. Nur gemeinsam können die anstehenden Herausforderungen bewältigt und eine zukunftsfähige Pflegeinfrastruktur geschaffen werden. ❐

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der ACP IT Solutions AG bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22/2024, die am 21. November 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management, Ausstattung und Einrichtung**
- **Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte, Weiterbildung**
- **Sicherheit, Brand- und Katastrophenschutz**
- **Freizeitanlagen und Tourismus**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen Gemeindefahnen Maste Bekleidung uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz



DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de
www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de Bayern Labo

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung
Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de SEW®

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!



VIRTUELLES BÜRGERBÜRO

Ein Baustein zur digitalen Behörde.

IT for innovators.

In Kontakt bleiben - auch virtuell

Herausforderungen

In der modernen Verwaltung steht die Herausforderung, die Bürgererfahrung zu verbessern und gleichzeitig zu digitalisieren, im Mittelpunkt. Ein virtuelles Bürgerbüro bietet eine Lösung, indem es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht wird, ihre Anliegen und Anträge bequem von jedem Ort aus online zu erledigen, ohne persönlich vor Ort sein zu müssen. Diese digitale Innovation reduziert Wartezeiten und unterstützt etablierte Prozesse . Das Ergebnis ist eine effiziente Verwaltung und eine gesteigerte Zufriedenheit sowohl bei den Bürgern als auch bei den Verwaltungs- mitarbeitern.

Mehr als nur eine Videokonferenz

Am Beispiel einer Kommune haben wir eine individuelle Softwarelösung entwickelt, die es dem Bürger und dem Sachbearbeiter ermöglicht, in einer personalisierten Videokonferenz unkompliziert den kompletten Behördengang abzuwickeln. Teilen von Inhalten wie Bebauungspläne oder Urkunden und auch das gemeinsame Befüllen von Dokumenten ist bequem von zu Hause aus möglich.

Als wäre man direkt vor Ort

Die Nutzeroberfläche ist auf beiden Seiten so einfach gestaltet, dass wenige Mausklicks zum Ziel führen. Für den Besucher beginnt der Behördengang auf der Homepage des Amtes. Hier findet er eine Übersicht aller Bereiche mit entsprechenden Öffnungszeiten. Im virtuellen Wartebereich ist sofort ersichtlich, ob der Schalter gerade frei ist oder wie viele Personen noch vor ihm warten. Der Mitarbeiter selbst kann per Mausklick den Besucher in sein virtuelles Büro einlassen.

Ihre Vorteile

Die DSGVO konforme Lösung ist für den Bürger komplett kostenfrei, es braucht nur einen Laptop, Tablet, PC oder Smartphone.

Seit über 3 Jahren bei Kunden weltweit im Einsatz.

Hier kostenlos testen!

SCAN MICH

ACP IT Solutions AG
Brückenstraße 34
94051 Hauzenberg
vbb.hzb@acp.de
www.parteiverkehr.de

Virtuelles Bürgerbüro

„Herzlich Willkommen in unserer Kommune. Bitte wählen Sie durch einen Mausklick Ihren gewünschten Gesprächspartner:“

Bauamt	Einwohner-meldeamt	Suchtberatung & Prävention
Montag von 9-16 Uhr Dienstag von 9-16 Uhr Donnerstag von 14-16 Uhr	Dienstag von 9-16 Uhr Mittwoch von 9-11 Uhr Donnerstag von 14-16 Uhr	Dienstag von 9-11 Uhr Mittwoch von 9-11 Uhr Donnerstag von 14-16 Uhr
Büro geöffnet und frei	Büro geöffnet und besetzt	Büro ist geschlossen
Büro betreten	Büro betreten	Termin vereinbaren

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 21. November 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 22



Bild: Alex Schelbert/ Bayernwerk AG Bayernwerk AG

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Nachtragshaushalt 2025:

Maß halten in schweren Zeiten

Mit Umschichtungen im Haushalt hat die Bayerische Staatsregierung auf ausbleibende Steuereinnahmen reagiert. Mit dem Regierungsentwurf zum Nachtragshaushalt 2025 bekräftigt der Freistaat, dass für eine solide, nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik weiterhin eine strikte Ausgabendisziplin erforderlich ist. Der Entwurf kommt ohne neue Schulden und neue Stellen aus. Ministerpräsident Dr. Markus Söder zeigte sich zufrieden mit dem Nachtragshaushalt: „Wir haben nicht einfach Löcher gestopft." Vielmehr würden grundlegende Weichen gestellt.

Die jüngste Steuerschätzung für das Jahr 2025 hatte Steuermindereinnahmen in Höhe von etwa 1,3 Mrd. Euro gegenüber den bisherigen Haushaltsansätzen prognostiziert. Darüber hinaus ergeben sich im Haushaltsjahr 2025 aufgrund der niedrigeren Einwohnerzahlen Bayerns nach dem Ergebnis des Zensus 2022 negative finanzielle Folgewirkungen im Finanzkraftausgleich für das laufende Jahr 2025, für das 4. Quartal des Ausgleichsjahrs 2024 sowie aus einer nachträglichen Korrektur für das Ausgleichsjahr 2022 in einer Größenordnung von insgesamt rund 0,5 Mrd. Euro.

Verantwortlich ist die Bundespolitik

Laut Finanzminister Albert Füracker fehlen im Vergleich zu den bisherigen Planungen 1,8 Mrd. Euro; diese sollen aus der Haushaltsrücklage entnommen werden. Die Gesamtausgaben 2025 betragen insgesamt rund 77 Mrd. Euro und steigen damit gegenüber dem Vorjahr um rund 5 Prozent. Die Investitionsausgaben betragen insgesamt rund 12 Mrd. Euro, die Investitionsquote bleibt stabil bei rund 15 Prozent. Dies ist nach Söders Angaben deutlich mehr als etwa Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen vorweisen können. Füracker machte für die Mindereinnahmen die Bundespolitik verantwortlich. „Wir brauchen in Berlin eine neue Dynamik."

Die Bildungsausgaben bilden mit insgesamt rund 27 Mrd. Euro den größten Ausgabenblock im Staatshaushalt. Für Innere Sicherheit und Rechtsschutz sind insgesamt rund 9 Mrd. Euro eingeplant. Für die Fortsetzung der Hightech Agenda Bayern ist insgesamt über eine halbe Milliarde Euro vorgesehen. Zwangsläufige Mehrausgaben ergeben sich insbesondere bei der Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern und für die Bewältigung der Folgen des Unwetters mit Hochwasser im Mai/Juni 2024.

Neuer Höchststand beim kommunalen Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich 2025 erreicht trotz finanziell schwieriger Zeiten mit rund 12 Mrd. Euro einen neuen Höchststand. Dies bedeu-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried



Bild: Rudolf G. Meier / BdSt

Jubiläum in Augsburg

Zum 75-jährigen Gründungsjubiläum gratulierte Ministerpräsident Dr. Markus Söder dem bayerischen Bund der Steuerzahler und dessen Vorsitzendem Rolf Baron von Hohenhau. „Mahner und Macher" sei der BdSt im Freistaat; „ein wichtiges Korrektiv". Er habe sich unter seinem Präsidenten dem grundsätzlichen Ziel verschrieben, dass der Staat nicht mehr ausgibt als er einnimmt. Sachlich und unideologisch habe der Steuerzahlerbund als einer der ersten auf den hohen Schuldenstand hingewiesen und mahnt hartnäckig mit der Schuldenuhr, die nur in Bayern rückläufig ist. Gleichzeitig wird beim BdSt immer wieder der Sinn einzelner Projekte und Ausgaben genau hinterfragt. „Daran orientieren wir uns auch mit dem Nachtragshaushalt 2025", versicherte Söder: „Während der Bund ohne Haushalt dasteht, halten wir in Bayern Maß und Ziel. Wir dämpfen die Ausgaben und investieren trotzdem in Zukunft und Wachstum. Unsere Investitionsquote bleibt mit 15% auf hohem Niveau. Dafür halten wir Maß im administrativen Bereich und reduzieren die Bürokratie. Das alles schaffen wir ohne Schattenhaushalte und neue Schulden." Bild: bayern.de

Über 100 Mio. Euro für finanzschwache Kommunen

Füracker übergab Bescheide für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen

„Der Freistaat steht auch in den aktuell herausfordernden Zeiten als zuverlässiger Partner fest an der Seite seiner Kommunen – dieses verlässliche Zusammenstehen ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung unserer Heimat", stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Anschluss an die Sitzung des Verteilerausschusses mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie Vertretern des Innen- und Finanzministeriums mit. Der Freistaat unterstütze seine Kommunen seit jeher massiv – das Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2025 habe dies erneut unterstrichen, so Füracker.

Bayernweit erhalten insgesamt 116 Kommunen für das Antragsjahr 2024 über 103 Mio. Euro staatliche Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. „Die Mittel sind Teil des kommunalen Finanzausgleichs 2024 mit einem Gesamtvolumen von 11,4 Mrd. Euro. Insgesamt gehen allein heuer 21,2 Mrd. Euro aus dem Staatshaushalt – also fast 30 Prozent – an die bayerischen Kommunen. Das ist ein bedeutender Beitrag des Freistaats für stabile Kommunalhaushalte", stellte Füracker fest.

In Oberfranken erhalten 48 Kommunen über 44,3 Mio. Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. An sechs Landkreise in Oberfranken gehen insgesamt 4,2 Mio. Euro. 42 Städte und Gemeinden werden mit über 40,1 Mio. Euro unterstützt. Die höchsten Einzelzuweisungen empfangen die Stadt Wunsiedel mit 4,2 Mio. Euro und die kreisfreie Stadt Hof mit 4 Mio. Euro.

Drei Kommunen in Mittelfranken bekommen 6,3 Mio. Euro. Der Landkreis Ansbach erhält 100.000 Euro, die kreisfreie Stadt Fürth wird mit 5 Mio. Euro und die Stadt Treuchtlingen mit 1,2 Mio. Euro (Auszahlung erfolgt erst nach Erfüllung von Auflagen) gefördert.

23 Kommunen in Unterfranken dürfen sich über rund 13 Mio. Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen freuen, drei Landkreise werden mit insgesamt 5,9 Mio. Euro bedacht. 20 Städte und Gemeinden werden mit rund 7,1 Mio. Euro unterstützt. Die höchsten Einzelzuweisungen empfangen die Landkreise Rhön-Grabfeld und Haßberge mit je 2,9 Mio. Euro und die Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld mit 1,3 Mio. Euro.

Mit rund 10,7 Mio. Euro werden vier Städte und Gemeinden in Schwaben ausgestattet. Hier erhielten die höchsten Einzelzuweisungen die Stadt Füssen mit 4 Mio. Euro und die Stadt Kaufbeuren mit 3,5 Mio. Euro.

In Oberbayern bekommt lediglich der Markt Schwaben 1,25 Mio. Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen.

In Niederbayern dürfen sich acht Kommunen über rund 6,9 Mio. Euro freuen. An drei Landkreise gehen insgesamt 3,4 Mio. Euro. Fünf Städte und Gemeinden werden mit rund 3,5 Mio. Euro unterstützt. Die höchsten Einzelzuweisungen werden dem Landkreis Freyung-Grafenau mit 3,1 Mio. Euro und der Gemeinde Fürstenstein mit 1 Million Euro zuteil.

Rund 20,7 Mio. Euro erhalten 29 Kommunen in der Oberpfalz. Zwei Landkreise werden mit insgesamt 2,8 Mio. Euro sowie 27 Städte und Gemeinden mit rund 17,9 Mio. Euro gefördert.

Die höchsten Einzelzuweisungen empfangen der Landkreis Amberg-Sulzbach mit 2,7 Mio. Euro und die Stadt Auerbach i.d.OPf. mit 3 Mio. Euro.

Füracker zufolge leistet der Freistaat mit den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen „wichtige Hilfe zur Selbsthilfe für unsere finanzschwächeren Gemeinden, Städte und Landkreise. Vor allem strukturschwache sowie von der Demografie besonders betroffene Kommunen im ländlichen Raum erhalten so neue Handlungsspielräume und eine effektive Unterstützung bei der Konsolidierung ihrer Haushalte." Die Bescheide werden den Kommunen voraussichtlich bis Mitte Dezember übersandt. **DK**

Kulturpreis Bayern 2024:

Eine Bühne voller Menschen

Kunstminister Blume: „Stimmen der Kunst, der Musik, der Freiheit dürfen nie verstummen"

Der Kulturpreis Bayern wurde in diesen Tagen an Künstlerinnen, Künstler und zahlreiche Absolventinnen und Absolventen der bayerischen Hochschullandschaft verliehen. Den Sonderpreis des Bayerischen Kunstministeriums überreichte Bayerns Kunstminister Markus Blume an die ukrainische Dirigentin Oksana Lyniv.

Kunst- und Wissenschaftsminister Markus Blume lobte die „Vielfalt als Markenzeichen unseres bayerischen Kulturstaats". In Musik, Literatur, bildender und darstellender Kunst „erblüht die kulturelle Seele Bayerns in all ihrer Pracht", so Blume. Der Kulturpreis Bayern würdigt seit 20 Jahren die herausragenden Leistungen von Künstlerinnen und Künstlern, „die mit Kreativität und Innovation unseren Freistaat zum Kulturfreistaat machen", sagte der Minister. Er dankte der Bayernwerk AG „für diese außergewöhnliche Wertschätzung unserer bayerischen Kulturlandschaft".

Wertvolle Impulse

Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal betonte: „Allen Preisträgerinnen und Preisträgern gilt unser großer Respekt. Es ist jedes Jahr aufs Neue beeindruckend, welche wertvollen Impulse Kunst und Wissenschaft in die Gesellschaft geben, welche Schaffenskraft und Begeisterung Künstlerinnen und Künstler dafür aufbringen."

Geehrt wurden im Bereich der Wissenschaft die besten Abschluss- und Doktorarbeiten an den bayerischen Hochschulen, Universitäten und Kunsthochschulen.

Pionierin mit absoluter Vorbildwirkung

Der Bayerische Kunstminister Markus Blume überreichte den Sonderpreis an die ukrainische Dirigentin Oksana Lyniv und würdigte sie als eine herausragende Vertreterin der jungen Dirigentengeneration. „Mit Ihrer außergewöhnlichen Kombination aus Präzision und künstlerischem Temperament haben Sie uns großartige Musikmomente in Bayern geschenkt", so der Kunstminister über die Musikerin, die 2021 Geschichte schrieb als erste Dirigentin der Bayreuther Festspiele. Blume bezeichnete Lyniv als „Pionierin am Pult mit absoluter Vorbildwirkung". Die Stimmen der Kunst, der Musik, der Freiheit dürfen nie verstummen", lobte der Minister das engagierte Eintreten der Künstlerin gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine.

Poetische Klang-Erzählungen

Ausgezeichnet wurde auch Erwin Rehling, der sich als Schlagzeuger und Perkussionist einen

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Fristen für vorgezogene Neuwahlen wurden zu Zeiten festgelegt, in denen die Infrastruktur – kriegsbedingt – noch maroder war als heute „und Papier", so Pino, unser Rathauskater, „war so knapp, dass nicht mehr gebrauchte Antragsformulare auf der Rückseite neu bedruckt wurden." Was Frankreich inkl. Überseedepartements in 21 Tagen schafft, müsste also machbar sein – außer vielleicht in Berlin. S. 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Bayerisches Kabinett: Bundesratsinitiativen für eine Asylwende . .2
Deutscher Krankenhaustag: „Orientierung in der Revolution" .2
Gerlach: Pflege wird weiter gestärkt. 2
GZ-Kolumne Franz Löffler: Lebensqualität für Menschen mit Behinderungen sichern . . .3
78. Bayerischer Heilbädertag in Bad Bocklet: 3
Bayerischer Musikschultag in Bamberg 3
Leitökonomie Tourismus: Vielfältig, nachhaltig, erfolgreich . . .4
Kommunale Energiethemen . . . . . .5 - 8
Kommunaler Katastrophenschutz 9
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 10 - 12

Bayerisches Kabinett:

Bundesratsinitiativen für eine Asylwende

Auf Vorschlag von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat der Bayerische Ministerrat mehrere Bundesratsinitiativen für eine Asylwende beschlossen. „Wir benötigen endlich eine richtige Asylwende. Denn Hauptzielland der Migration nach Europa ist trotz aktuell sinkender Zugangszahlen nach wie vor Deutschland", betonte Herrmann.

Nach Angaben des Ministers sind die Belastungsgrenze der Kommunen längst erreicht und die Ressourcen bei der Unterbringung und Integration nahezu ausgeschöpft. Länder und Kommunen müssten dringend entlastet werden, sowohl hinsichtlich der Verwaltungsaufgaben als auch in finanziellen Belangen. „Mit unseren Anträgen fordern wir den Bund auf, umgehend nötige Gesetzesanpassungen und neue Regelungen zu schaffen", erläuterte Herrmann.

Rechtlich gebotenes Minimum

Insbesondere die seit Jahren kontinuierlich wachsenden Kosten im Asylbereich müssten gesenkt werden. Bereits jetzt liegen die Ausgaben des Freistaats für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern bei rund 1,7 Milliarden Euro; bis Ende des Jahres wird der Wert voraussichtlich auf rund 2,2 bis 2,3 Milliarden Euro ansteigen. Herrmann: „Wenn Asylbewerber bei ihrem Asylverfahren nicht mitwirken oder aufenthaltsbeendende Maßnahmen verhindern, sollen sie künftig nur noch das rechtlich gebotene Minimum an Leistungen erhalten." So könne der Freistaat bis zu 44 Millionen Euro jährlich einsparen. Darüber hinaus setze die Gesetzesänderung Anreize für die Asylbewerber, ihrer Mitwirkungspflicht nachzukommen. Zudem solle sie ein Signal für Migranten mit geringer Bleibeperspektive und wenig erfolgsversprechenden Asylanträgen sein.

Frühzeitige Integration

Ebenfalls essenziell für die Entlastung von Ländern und Kommunen ist die frühzeitige Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt. Der Freistaat fordert deshalb, dass grundsätzlich jede arbeitsfähige Person innerhalb des laufenden Asylverfahrens bereits nach drei Monaten Arbeit aufnehmen darf, unabhängig von der Unterkunftsart. Bisher sieht das Asylgesetz für im ANKER untergebrachte Asylbewerber ein absolutes Erwerbstätigkeitsverbot für sechs Monate vor. Keine Auswirkungen hat die von Bayern vorgeschlagene Gesetzesänderung auf Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, Dublin-Fälle oder Personen, die das Asylrecht offenkundig missbrauchen; diese Fälle unterliegen der Einzelfallbetrachtung.

Gleichzeitig schafft Bayern die Voraussetzungen für die schnellere Erledigung von Asylgerichtsverfahren. Um die Verfahren zu beschleunigen, wurde die Zahl der Richterstellen an den bayerischen Verwaltungsgerichten seit 2016 um rund 140 Stellen erhöht. Um starker Personalfluktuation und den damit verbundenen Effizienzverlusten entgegenzuwirken, wird die Proberichterzeit von maximal drei Jahren regelmäßig ausgeschöpft.

Zuletzt wurden Verfahren für Asylbewerber ausgewählter Herkunftsstaaten an einzelnen Verwaltungsgerichten gebündelt, um eine noch bessere Spezialisierung zu gewährleisten. So konnte die durchschnittliche Laufzeit von Asylgerichtsverfahren von 16,8 Monaten im Dezember 2023 auf nunmehr 10,3 Monate verbessert werden, deutlich kürzer als im Bundesdurchschnitt. Zur weiteren Beschleunigung wird der Freistaat mit insgesamt sechs weiteren Richterstellen am Verwaltungsgericht München die Voraussetzungen für zwei zusätzliche Asylkammern schaffen.

Darüber hinaus beschloss das Kabinett – anlehnend an das erfolgreiche Pilotprojekt für Pflegefachkräfte – die Einführung einer generellen „Fast Lane" für Fachkräfte aus dem Ausland. Seit Einführung der „Fast Lane" für Pflegekräfte im Juli 2023 wurden in einer um 33 Prozent reduzierten Zeit 25 Prozent mehr Anträge bearbeitet. Konkret geht es um eine Bearbeitungsdauer von nur noch fünf Wochen, sobald die Unterlagen der Antragsteller vollständig vorliegen.

„Fast Lane" für alle Berufe

Das nun beschlossene Konzept einer „Fast Lane" für alle Berufe fußt auf drei Bausteinen:
1. Für jeden Beruf soll es in Bayern nur noch jeweils eine Anerkennungsstelle geben. Aktuell sind es in einem Berufsfeld bis zu sieben. Künftig sollen etwa Gesundheitsfachberufe einschließlich Notfallsanitätern beim Landesamt für Pflege und sämtliche Approbationsberufe bei der Regierung von Oberbayern gebündelt werden. Die Vorteile sind ein einheitlicher Verwaltungsvollzug und transparente Zuständigkeiten. Die gesamte Antragsstrecke soll möglichst digitalisiert werden, um die Abläufe weiter zu straffen. Geplant ist, die Zentralisierung bis zum Sommer 2025 umzusetzen.
2. Hand in Hand mit der Zentralisierung der Anerkennungsverfahren sollen auch die Einreiseverfahren im beschleunigten Fachkräfteverfahren bei der Zentralen Stelle für die Einwanderung von Fachkräften (ZSEF) zentralisiert werden.
3. Im Gleichklang mit den Zentralisierungen wird sukzessive ein ständiger Austausch der ZSEF mit der Koordinierungs- und Beratungsstelle Berufsanerkennung (KUBB) und den dann zentralisierten Anerkennungsstellen etabliert. So können Fachkräfte schneller und einfacher anerkannt und in den Arbeitsmarkt integriert werden. In einem ersten Schritt wird dafür die Verzahnung von ZSEF, KUBB und der IHK FOSA, der Anerkennungsstelle für alle IHK-Berufe, erfolgen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Kern
Gemeinde Brunnthal
am 25.11.

Bürgermeister Alois Wildfeuer
Gemeinde Kirchdorf i. Wald
am 27.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Schicketanz
Gemeinde Altenstadt
a.d. Waldnaab
am 22.11.

Bürgermeister Bastian Eiter
Gemeinde Wallgau
am 28.11.

Bürgermeister Michael Neher
Stadt Vöhringen
am 29.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

47. Deutscher Krankenhaustag:

„Orientierung in der Revolution"

Der gesamten Bandbreite gesundheits- und krankenhauspolitischer Themen, vor allem aber der viel diskutierten Krankenhausreform, widmete sich der 47. Deutsche Krankenhaustag in Düsseldorf unter dem Motto „Orientierung in der Revolution". Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), forderte die Bundesländer auf, die Klinikreform am 22. November im Bundesrat in den Vermittlungsausschuss zu verweisen, denn: „Für die stationäre Versorgung in Deutschland tragen die Länder auch in den kommenden Jahren die Verantwortung."

Mit kleinen Stellschrauben sei dieses Gesetz nicht mehr zu retten, betonte Gaß. Retten könne man es nur, wenn der Vermittlungsausschuss dieses Gesetz auf gemeinsame Grundvereinbarungen zurückführe. „Wir schlagen als erste Schritte zur Rettung der Krankenhausreform vor, den notwendigen Inflationsausgleich sofort umzusetzen, um die flächendeckende Defizitlage der Kliniken zu entschärfen. Gleichzeitig müssen die Leistungsgruppen nach dem NRW-Modell bundesweit angewendet und schon bestehende Instrumente wie Sicherstellungszuschläge zur Vorhaltefinanzierung ausgeweitet werden, bis ein tauglicheres Modell erarbeitet ist", so der DKG-Vorstand. Zudem müssten die Krankenhäuser endlich konsequent von überflüssiger Bürokratie und Überregulierung befreit werden.

Hinhaltetaktik mit immer neuen Versprechungen

„Zu spät, zu unkonkret und zu unambitioniert", nannte Gaß die Empfehlungen der Regierungskommission zum Bürokratieabbau im Krankenhaus. Seit Jahren halte Minister Lauterbach die Krankenhäuser und ihre Beschäftigten mit immer neuen Versprechen hin, sie von der immensen Bürokratielast befreien zu wollen. „Sogar ein ganzes Entbürokratisierungsgesetz hat er uns bis Weihnachten 2023 versprochen und dieses nicht gehaltene Versprechen des vergangenen Jahres gleich in diesem Jahr noch einmal wiederholt – jetzt soll das Gesetz noch in diesem Herbst kommen. Doch statt konkret zu handeln und die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, schieben Minister und Kommission die Verantwortung auf die Krankenhäuser ab. Diese sollen ‚selbstkritisch' Dokumentationspflichten überprüfen und sich mit den Kostenträgern an einen Tisch setzen. Aber viel mehr kann man natürlich nicht erwarten, wenn man dieselbe Kommission mit Entbürokratisierung beauftragt, die bereits mit ihren Vorschlägen zur Krankenhausreform für den gewaltigsten Büroaufbau im Krankenhauswesen seit Bestehen der Bundesrepublik verantwortlich ist."

Schlecht gemachtes Gesetz

„Auch wenn wir in einer politisch turbulenten und fragilen Situation sind, ohne Änderungen darf diese Reform nicht kommen", machte Gaß deutlich. „Sollte die Krankenhausreform den Bundesrat passieren, tritt ein an vielen Stellen schlecht gemachtes Gesetz in Kraft, dass die Patientenversorgung in Deutschland nicht verbessern, sondern erschweren wird. Niemand kann heute sagen, wer nach einer Neuwahl das Gesundheitsressort führt und ob es dann zu schnellen, notwendigen Korrekturen käme."

„Reformen der Krankenhauslandschaft sind alternativlos – darin sind sich alle einig. Aber der aktuelle Reformvorschlag wird die Probleme so nicht lösen", stieß Kongresspräsidentin und DBfK-Vorstandsmitglied Sabine Berninger in dieselbe Kerbe. Sie sieht notwendige Reformen in den Bereichen Strukturen, Kompetenzen und Finanzierung. „Zur Ausgestaltung der Krankenhausreform gibt es unterschiedliche Perspektiven. Aus meiner Sicht ist ein Punkt ganz deutlich hervorzuheben, nämlich dass auch außerhalb der Krankenhäuser viel passieren muss. Denn durch eine veränderte Krankenhausstruktur werden enorme Herausforderungen auf die ambulante Versorgung der Menschen zukommen." Für eine erfolgreiche Reform brauche es daher rund um die Uhr verfügbare Anlaufstellen wie Primärversorgungszentren, Gesundheitskioske oder Notfallpraxen, die medizinische, pflegerische und soziale Betreuung bieten, idealerweise Krankenhausaufenthalte vermeiden und an Krankenhäuser angebunden sind. „Neue Strukturen brauchen die richtigen Kompetenzen an der richtigen Stelle, sie brauchen eine veränderte Aufgabenverteilung sowie eine gute inter- und intraprofessionelle Zusammenarbeit", so Berninger. Sie forderte daher die Kompetenzerweiterung für Pflegefachpersonen, damit die Versorgung besser und der Pflegeberuf attraktiver wird.

Langsame Trendwende statt Weg ins Chaos

Angesichts des hohen Finanzdrucks, dem die Krankenhäuser ausgesetzt sind, warnte Berninger: „Die Pflege im Krankenhaus ist aus dem ökonomischen Kreislauf der Unterfinanzierung ein Stück herausgekommen, indem die Stellen über das Pflegebudget finanziert werden. Ein vollkommen richtiger Schritt, um eine langsame Trendwende einzuleiten. Das Pflegebudget darf aber aktuell nicht in Frage gestellt werden, denn das würde von heute auf morgen zu einer erneuten Abwärtsspirale in der pflegerischen Besetzung führen. Vor allem darf der Anlauf zu einer Revolution im Gesundheitswesen nicht durch politische Turbulenzen ins Chaos führen. Dafür müssen alle Verantwortlichen jetzt sorgen."

Flexibilität für die Länder

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann macht sich nach dem Zerbrechen der Ampel-Koalition für einen Beschluss der Krankenhausreform stark – aber mit Nachbesserungen. Lauterbach habe die Kanzlermehrheit verloren, weshalb er bei seiner Reform nun Zugeständnisse an die Länder machen müsse. Laumann forderte mehr Flexibilität für die Länder, um auf lokale Gegebenheiten reagieren zu können. Besonders in ländlichen Regionen sei es eine besondere Herausforderung, eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen. Der Landesminister empfahl allen beteiligten Akteuren, gemeinsam in der Sache zu einem Ergebnis zu kommen.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach betonte, dass die Reformen darauf abzielen, die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus zu verbessern, insbesondere für Pflegekräfte, und gleichzeitig innovative Ansätze wie digitale Gesundheitslösungen und den verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Patientenversorgung zu fördern. Lauterbach zufolge könne die „Zukunftsfähigkeit der Kliniken" nicht nur durch mehr Investitionen, sondern vor allem durch eine kluge Organisation der Krankenhausstrukturen gesichert werden. Für eine Einigung mit den Ländern bei der Klinikreform sieht Lauterbach allerdings wenig Spielraum. Abstriche bei der Qualität werde es nicht geben, erklärte der Minister. **DK**

GZ-PODCAST

„Kommunal: Direkt von der Expo Real"

Podcast-Gastgeber Dr. Patrik Hof war für die Bayerische Gemeinde-Zeitung auf der Expo Real. In jeder GZ-Podcast-Folge nimmt er sich unter dem Blickwinkel der Kommunen ein neues Thema vor.

Folge 3: Die Internationale Bauausstellung IBA und die Chancen für die Regionalentwicklung mit Prof. Elisabeth Merk

Die Metropolregion München hat den Zuschlag für die Internationale Bauausstellung erhalten, der ersten überhaupt in Bayern. Was ist die Internationale Bauausstellung IBA? Und wie können Landkreise und Kommunen ihren Beitrag leisten, um den drei Buchstaben Leben einzuhauchen? In dieser GZ-Podcast-Folge nimmt sich der Moderator Patrik Hof das neue Thema Internationale Bauausstellung unter dem Blickwinkel der Städte und Gemeinden vor. Hof unterhält sich mit Frau Professorin Elisabeth Merk. Sie ist die Stadtbaurätin von München und die Treiberin hinter der erfolgreichen Bewerbung um die Internationale Bauausstellung..
www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Gerlach:

Pflege wird weiter gestärkt

Neuerungen kommen auch pflegenden Angehörigen zugute

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat darauf hingewiesen, dass die Pflege im Freistaat weiter gestärkt wird. Gerlach betonte: „Mit dem Beschluss des Ministerrats zur Umstrukturierung beim Landespflegegeld können wir neuen Herausforderungen gezielt begegnen, ohne den Haushalt zu überfordern. Denn es wird mehr Unterstützung für die Infrastruktur möglich sein – so können wir unter anderem die ambulante Pflege stärken."

Gerlach fügte hinzu: „Damit unterstützen wir den Wunsch der meisten Menschen, so lange wie möglich zu Hause zu leben. Wichtig ist zudem, pflegerische Angebote vor Ort zu erhalten und zu fördern. Wir werden deshalb auch die Investitionskostenförderung für neue Wohnformen sowie für die Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege ausbauen. Diese Leistungen kommen allen Menschen mit Pflegebedarf und ihren Angehörigen zugute."

Die Ministerin unterstrich: „Die Sicherstellung guter Pflege ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen. Auf diese Zukunftsaufgabe richten wir den Haushalt strukturell aus. Dabei setzen wir auch Anreize für die Errichtung von Wohnformen für Menschen mit Behinderung, die Pflegebedarf haben."

Die Ministerin erläuterte: „Für Erstbezieher von Landespflegegeld ändert sich nach den jetzigen Überlegungen zunächst nichts. Denn Pflegebedürftige, die bis zum Ablauf des Jahres 2025 erstmals einen Antrag stellen, erhalten das Landespflegegeld wie bisher zeitnah nach der Bewilligung. Es wird also auch im kommenden Jahr zu Auszahlungen von Erstanträgen kommen."

Erst bei neuen Anträgen ab dem 1. Januar 2026 erfolgt die Auszahlung am Beginn des Folgejahres. Entsprechendes - also eine Auszahlung zu Beginn des Folgejahres - gilt für Pflegebedürftige, die schon Landespflegegeld beziehen. Für sie wird das Landespflegegeld 2025 somit zu Beginn des Jahres 2026 ausgezahlt.
www.gesundheitsregionenplus.bayern.de/ sowie
w.lgl.bayern.de/gesundheit/gesundheitsversorgung/gesundheitsregionenplus/gefoerderte_regionen/search . ❐

Gerlach verleiht Demenzpreis

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat in Regensburg den Bayerischen Demenzpreis verliehen. „Es ist mir eine große Freude, sechs innovative Projekte für Menschen mit Demenz auszuzeichnen. Sie tragen dazu bei, das Leben der Betroffenen sowie ihrer An- und Zugehörigen weiter zu verbessern. Sie haben eine Vorbildfunktion für ganz Bayern und können eine Inspiration für die Umsetzung ähnlicher Projekte an anderen Orten sein."

In Bayern leben rund 270.000 Menschen mit Demenz. Prognosen gehen von steigenden Zahlen aus. „Deshalb ist es wichtig, sich auf die Betroffenen einzustellen, mehr Verständnis für sie zu entwickeln und ihnen ein Leben in der Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu leistet auch die Bayerische Demenzstrategie einen wichtigen Beitrag", so die Ministerin.

Den ersten Preis erhielt die Kommune Markt Obergünzburg für das Projekt „Gesundes Mittagessen von Senioren gekocht". Der zweite Preis ging an die Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik Murnau für das Projekt „Team ORANGE", das demenz- und delirsensible Strukturen und Prozesse im unfallchirurgisch geprägten Klinikalltag multiprofessionell umsetzt.

Mit dem dritten Preis wurde das Caritas Pflegezentrum St. Hildegard in Pöttmes für das Projekt „Reduktion von Psychopharmaka durch Alternativen in der Pflege" ausgezeichnet.

Beim Bayerischen Demenzpreis 2024 wurden drei Geldpreise in Höhe von 3.000, 2.000 und 1.000 Euro vergeben. Darüber hinaus gab es drei weitere Anerkennungen für herausragende Projekte: Die Joseph-von-Eichendorff-Schule Eichendorf für das Projekt „Meet Dementia", das Caritas Wohn- und Pflegezentrum St. Gotthard gGmbH in Hengersberg für das Projekt „Kegelbahn" sowie das Seniorenzentrum der AWO in Rödental. ❐

78. Bayerischer Heilbädertag in Bad Bocklet:

Innovative Ansätze zur Stärkung des Gesundheitstourismus

Denkt man an die Zunahme von Volkskrankheiten wie Rückenleiden oder psychische Erkrankungen, ist Prävention wichtiger denn je. 2023 waren die Arbeitnehmer in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes durchschnittlich 15,2 Arbeitstage krank. Das ist im Vergleich zu 2021 ein Anstieg um vier Arbeitstage. Innovative Ansätze zur Stärkung des Gesundheitstourismus standen deshalb im Mittelpunkt des 78. Bayerischen Heilbädertags im Staatsbad Bad Bocklet.

Besonderes Augenmerk galt dem Konzept der „Gesundheitsorientierten Workation“, wo Arbeit und Gesundheitsprävention kombiniert werden. Aus Sicht



V.l.: Andreas Sandwall (Bürgermeister Bad Bocklet), Peter Berek (Landrat und 1. Vorsitzender Bayerischer Heilbäderverband), Staatsministerin Michaela Kaniber, Frank Oette (Geschäftsführer Heilbäderverband) und Thomas Beck (Kurdirektor Bad Bocklet).
Bild: Pia Regnet/StMELF

von Landrat Peter Berek, Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbandes, „könnte Workation ein fester Bestandteil des betrieblichen Gesundheitsmanagements werden und den Gesundheitstourismus unserer Kurorte stärken“.

Workation

Eine Potenzialanalyse des Instituts CENTOURIS der Universität Passau, unterstützt vom Bayerischen Zentrum für Tourismus sowie dem Bayerischen Heilbäderverband, bestätigte das große Interesse sowohl seitens der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber an diesem Modell. So können Arbeitnehmer während ihres Aufenthalts arbeiten und gleichzeitig ihre Gesundheit stärken – eine Kombination, die in den Heilbädern und Kurorten Bayerns attraktive Perspektiven für neue Zielgruppen eröffnet.

Zukunftsbranche

Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber bezeichnete die 48 bayerischen Heilbäder und Kurorte als Zukunftsbranche mit hohem Potenzial: „Die Kompetenz unserer Bäder in Sachen Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung für Gäste und Einheimische ist weit über die Landesgrenze bekannt. Wer etwas für seine Gesundheit tun will, Kraft tanken und seine Resilienz stärken möchte, wird in den Gesundheitsdestinationen Bayerns wahrlich bestens betreut.“ Dies gelte auch für das unterfränkische Staatsbad Bad Bocklet. Mit der Entdeckung von Deutschlands stärkster Eisenquelle vor genau 300 Jahren habe der Aufstieg des Ortes zum heutigen Staatsbad, dessen Gesundheitskompetenz bei Gästen aus Nah und Fern äußerst geschätzt wird, begonnen. Laut Bürgermeister Andreas Sandwall war 2023 ein hervorragendes Tourismusjahr für Bad Bocklet, das auch in den ersten acht Monaten dieses Jahres gut besucht gewesen sei.

100.000 Arbeitsplätze

Genau dieser positive Trend setzt sich Kaniber zufolge auch in den anderen bayerischen Kurorten und Heilbädern fort. Fast ein Viertel der Gästeübernachtungen des vergangenen Jahres in Bayern fand in einem Kurort oder Heilbad statt, und auch in diesem Jahr ist die Resonanz bei den Gästen erneut sehr positiv. Mit rund 100.000 Arbeitsplätzen und einer jährlichen Bruttowertschöpfung von mehr als 4,5 Milliarden Euro sind die Kurorte und Heilbäder in ihren Heimatregionen im ländlichen Raum ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

„Mit unseren Kurorten und Heilbädern haben wir ein sehr gewichtiges Pfund im Bayerntourismus, das künftig immer bedeutsamer werden wird. Gesundheit ist heutzutage ein Megatrend geworden. Denn das Gesundheitsbewusstsein der Menschen und die Bereitschaft, in die eigene Gesundheit zu investieren, nimmt stetig zu. Zugleich entstehen leider auch neue Krankheiten und Krankheitsbilder. Aber es gibt auch immer neue Gesundheitstrends, wie etwa die steigende Bedeutung der Prävention, den Trend zu Workation, also die Verbindung von Arbeit, Urlaub und Gesundheit an einem touristisch attraktiven Ort. Oder etwa die zunehmende Relevanz attraktiver Naturlandschaften für Gesundheit und Wohlbefinden beispielsweise bei der Waldgesundheit“, unterstrich die Ministerin.

Neue Gesundheitsangebote

Diese Trends und Entwicklungen gelte es aufzugreifen, neue Gesundheitsangebote zu entwickeln und zielgruppengerecht zu vermarkten. Hier hätten Bayerns Gesundheitsdestinationen viel zu bieten. „Unsere bayerischen Kurorte und Heilbäder haben nicht nur eine große Vergangenheit hinter sich, sondern noch eine bedeutende Zukunft vor sich“, so Kaniber abschließend.

Neben innovativen Ansätzen standen auch die Herausforderungen der Heilbäder im wirtschaftlichen Bereich im Mittelpunkt der Diskussion. BHV-Vorsitzender Berek warnte vor den Auswirkungen steigender Sozialausgaben auf die Heilbäder und hob die Bedeutung der finanziellen Stabilität für die Gesundheitsversorgung hervor. Er äußerte die Befürchtung, dass die Krise der Kliniken im ländlichen Raum die Kurorte zusätzlich belasten könnte.

Im Rahmen der nicht-öffentlichen Mitgliederversammlung wurde Peter Berek einstimmig als Vorsitzender im Amt bestätigt. Er lobte die Fortschritte des Verbandes in den Bereichen Digitalisierung und Einsatz von Künstlicher Intelligenz und zog eine positive Bilanz seiner Amtszeit. Berek unterstrich die Bedeutung einer weiterhin engen Zusammenarbeit und den gemeinsamen Weg, die Heilbäder und Kurorte durch innovative Ansätze als attraktive Gesundheitsdestinationen weiter zu stärken. **DK**

Bayerischer Musikschultag in Bamberg:

Für neue Ansätze und kooperierende Wege

Mit einem vielfältigen Programm setzte der 47. Bayerische Musikschultag in Bamberg ein Zeichen für die Bedeutung der Musikschulen in Bayern und deren Rolle in einer nachhaltigen Bildungslandschaft. „Musikschule nachhal(l)tig! Auch im Ganztag“ lautete das Motto. Festlicher Anlass war das 75-jährige Jubiläum der Städtischen Musikschule Bamberg, der zweitgrößten musikalischen Bildungsstätte im Regierungsbezirk Oberfranken.

Umrahmt wurde der Bayerische Musikschultag von zahlreichen Konzerten, die die Brillanz der Ausbildung in Bayerischen Musikschulen verdeutlichten. Beim Eröffnungskonzert, Festakt und Festkonzert demonstrierten die Musikschüler, Preisträger aus ganz Bayern und der Städtischen Musikschule Bamberg vor allem die Freude an der Musik, Selbstbewusstsein, Zielstrebigkeit und einen guten Gemeinschaftssinn. Bei der öffentlichen Veranstaltung „Musik in der Stadt“ konnten die Besucher an vier verschiedenen Orten in Bamberg Musik genießen.

„Die Aufgabe unserer Musikschulen geht weit über die Vermittlung musikalischer und spieltechnischer Fertigkeiten hinaus. Sie leisten einen unschätzbar wertvollen Beitrag für die Entwicklung junger Menschen: Aktives Singen und Musizieren fördern Kreativität und Disziplin. Gemeinsame Erfahrungen vermitteln außerdem soziale Kompetenzen und Werte. Diese wichtige Arbeit fördern wir im Jahr 2024 in Rekordhöhe – mit fast 29 Millionen Euro“, hob Bayerns Wissenschafts- und Kunstminister Markus Blume in seinem Festschrift-Beitrag hervor.

Beim Festakt mit zahlreicher Prominenz aus Kommune, Landkreis und dem Freistaat Bayern zeigte Hauptredner Prof. Dr. Stephan Frucht, Künstlerischer Leiter des Siemens Arts Program, neue Wege und Erkenntnisse zur Musikschulbildung auf und betonte: „Musikalisch gebildete Kinder stärken unsere Demokratie und sind erfolgreicher auf ihrem Lebens- und Bildungsweg.“

Im Rahmen des Zukunftsforums diskutierten Experten unter anderem über die Möglichkeiten und Herausforderungen einer nachhaltigen musikalischen Bildung. Hierzu hatte der VBSM im Frühjahr ein Forderungspapier vorgelegt. Darin heißt es: „Wir fordern den Freistaat Bayern auf, öffentliche Sing- und Musikschulen als Partner im Ganztag zu benennen und eine angemessene Finanzierung der musischen Bildung sicherzustellen.“ Die kommunalen Gebietskörperschaften müssten Räumlichkeiten für den Musikschulunterricht und für die musische Bildung stellen und für deren Zugänglichkeit sorgen. Die Schulleitungen werden aufgerufen, gemeinsame Aktivitäten der musischen Bildung auszuloten. Zudem sollen die Hochschulen mit geeigneten Weiterbildungsformaten ausreichend hochqualifiziertes Personal ausbilden.

Laut VBSM-Präsident Landrat Martin Bayerstorfer (Erding) wird die Rolle der Musikschulen wichtiger denn je. „Kinder werden künftig immer mehr Zeit auf dem Schulgelände verbringen, was bedeutet, dass sie weniger Gelegenheiten haben werden, musische Bildungsangebote außerhalb der Schule wahrzunehmen, es sei denn, diese werden in das Ganztagsangebot integriert. Folglich liegen tiefgreifende Veränderungen vor uns.“ Gemeinsam müssten Wege gefunden werden, um die musikalische Bildung auch in den Ganztag zu integrieren und die Zusammenarbeit mit Grundschulen vor Ort zu intensivieren.

Aktives Musizieren in all seinen Facetten stärke das Gemeinschaftsgefühl und das gemeinsame Lernen, bereichere das Schulleben und unterstütze die Entwicklung kultureller, gesellschaftlicher und demokratischer Werte, so Bayerstorfer. Kinder und Jugendliche, die eine musikalische Bildung erhielten, seien in der Lage, sich verantwortungsbewusst und positiv in die Gesellschaft einzubringen und diese zu stärken. „Unsere bayerischen Sing- und Musikschulen verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz, qualifiziertes Personal und bewährte Unterrichtsformate. Diese Ressourcen allen Kindern zugänglich zu machen, ist die große Chance des Ganztags.“

Sing- und Musikschulen im Ganztag förderten Teilhabe und Chancengerechtigkeit, unabhängig von Begabung, Herkunft oder sozialem Status. Sie ermöglichten es, die Vielfalt des Menschlichen in der musikalischen Ausbildung lebendig und altersgerecht zu erleben. „Es ist entscheidend, dass wir jetzt die Weichen für eine verlässliche und nachhaltige musische Bildung stellen“, unterstrich der VBSM-Präsident. „Es gilt, den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsschule als Chance zu erkennen. Und diesen für Kinder und Jugendliche durch Kooperation der Bildungsträger zu einem persönlichkeitsbildenden Konstrukt zu machen. Eine riesige Chance für die Kinder – und die Qualität der Ganztagsgarantie.“

Der Bayerische Musikschultag hat gezeigt, dass die Musikschulen und ihr Verband VBSM für neue Ansätze und kooperierende Wege bereitstehen. Beim 48. Bayerischen Musikschultag 2025 in Nürnberg, so war sich Präsident Bayerstorfer sicher, werden Musikschulen einen Schritt weiter sein. Zum Wohle der musikalischen Bildung für jedes Kind. **DK**

GZ **KOLUMNE**
Franz Löffler



Liebe Leserinnen und Leser,

In Bayern erhalten rund 150.000 Menschen mit Behinderungen Leistungen der Eingliederungshilfe. Die Ausgaben belaufen sich dabei auf über 4,5 Milliarden Euro jährlich, Tendenz steigend. Allein der Bezirk Oberpfalz wendet in diesem Jahr rund 350 Mio. Euro auf, um rund 11.000 leistungsberechtigte Menschen von der Frühförderung, in der Schule und Ausbildung, im Arbeitsleben und beim Wohnen bis ins Alter zu unterstützen.

Mit dem in mehreren Schritten seit 01.01.2017 eingeführten Bundesteilhabegesetz (BTHG) wird der konkrete persönliche Bedarf des Menschen mit Behinderung für die gewährten Hilfeleistungen noch stärker in den Vordergrund gerückt. Bei diesem personenzentrierten Ansatz, den ich für sehr sinnvoll halte, müssen die damit verbun-

Herausfordernde Zeiten: Lebensqualität für Menschen mit Behinderungen sichern

denen finanziellen Auswirkungen für die bayerischen Bezirke und Kommunen aber genau im Blick behalten werden. Inflation, höhere Personalschlüssel und deutliche Tarifsteigerungen haben dazu geführt, dass wir heute eine vollkommen andere Kostensituation haben als noch vor fünf Jahren. Bislang konnte das durch ein steigendes Steueraufkommen kompensiert werden. Jetzt leben wir aber in einer Zeit, in der wir angesichts einer abnehmenden Wirtschaftskraft und sinkender Steuereinnahmen bei zugleich immer weiter steigenden Ausgaben nicht umhinkommen werden, Leistungen, die wir mittlerweile als selbstverständlich erachten, auf den Prüfstand zu stellen. Dies umso mehr, als die aktuellen Steuerschätzungen andeuten, dass auch in den kommenden Jahren mit einer weiteren Verschärfung der Lage zu rechnen ist.

Das bedeutet nicht, dass Betroffene nicht mehr auf unsere Hilfe zählen können. Hier haben wir als Bezirke eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, zu der wir weiterhin entschlossen stehen und die wir ernst nehmen. Der Mensch steht für uns stets im Mittelpunkt und muss vor unzumutbaren sozialen Härten geschützt werden. Wir müssen in der aktuell angespannten Haushaltslage aller bayerischen Bezirke jedoch prüfen, wo sinnvolle Einsparpotenziale bestehen und wie wir möglichst optimal eine Versorgung auf hohem Niveau gewährleisten können, ohne dabei eine Kostenexplosion hervorzurufen.

Wir brauchen daher im Bereich der Eingliederungshilfe durchdachte strukturelle Reformen und innovative Lösungen, wenn wir den gesetzlichen Vorgaben und dem Inklusionsgedanken weiterhin gerecht werden wollen. Ein Beispiel, wo dies gut gelingt, ist das Pooling im Bereich der Förderschulen. Entgegen der bisherigen Einzelfallmaßnahmen kann durch das Pooling nicht nur die Zahl der benötigten Schulbegleiter sinnvoll angepasst werden, sondern zugleich die Selbstständigkeit, die Interaktion innerhalb der Klasse und die soziale Integration der Schülerinnen und Schüler gefördert werden, ohne auf eine Betreuung zu verzichten. Ebenso können durch Anpassungen bei baulichen Vorgaben oder bei der Anwendung von Personalschlüsseln Kosten gesenkt, Bürokratie abgebaut und Verwaltungsprozesse verschlankt werden. Wir müssen aber auch über Standards wie beispielsweise die Vorgaben in der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde (AVPfleWoqG) sprechen.

Hierzu muss der im Juli letzten Jahres von den Bayerischen Bezirken als Kostenträger der Eingliederungshilfe und den Verbänden der Leistungserbringer unterzeichnete bayerische Rahmenvertrag einen Beitrag leisten. Erstmals war an den Beratungen die Landesarbeitsgemeinschaft für Selbsthilfe Bayern e. V. beteiligt. Der Vertrag legt fest, welche Leistungen für Menschen mit Behinderungen erbracht werden und wie diese Leistungen vergütet werden.

Ergänzend dazu haben die Bezirke eine erste Rahmenleistungsvereinbarung geschlossen. Diese regelt die konkrete Leistungserbringung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. An der seit Anfang des Jahres laufenden Modellphase nehmen in Bayern 19 Werkstätten teil. In der Oberpfalz sind rund 560 leistungsberechtigte Personen in der KJF Werkstätten gGmbH mit der Werkstatt St. Johannes in Regensburg sowie die HPZ-Werkstätten der Lebenshilfe in Irchenrieth und Weiden betroffen. Für die Werkstätten bedeutet die neue Vereinbarung, dass die in den letzten Jahrzehnten vorherrschende Spezialisierung in Profilwerkstätten für Menschen mit geistiger, körperlicher und psychischer Behinderung weiterentwickelt werden soll in Richtung eines Basisangebots aller Werkstätten und eines passgenau für den Menschen mit Behinderungen ermittelten Zusatzangebots. Diese Reform soll so die Versorgung in Wohnortnähe des betroffenen Menschen unabhängig von seiner Behinderungsart sicherstellen. Auch die Finanzierung durch den jeweiligen Bezirk wird auf neue Füße gestellt: Im Mittelpunkt der Kostenerstattung steht primär der Bedarf des konkreten Menschen, nicht mehr die Kostenerstattung an die „Institution“ Werkstatt.

Die Existenzberechtigung der Werkstatt steht nicht in Frage

Als Bezirkstagspräsident der Oberpfalz stehe ich ein für die Notwendigkeit der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Diese erleben dort Selbstbestätigung, Wertschätzung, soziale Kompetenzen in der Zusammenarbeit und schaffen sich ein Einkommen.

Die Erfahrung zeigt: Menschen mit Behinderungen haben ihre besonderen Fähigkeiten. Deshalb appelliere ich an alle Verantwortlichen in der kommunalen Verwaltung: Wir sollten beispielgebend vorangehen und prüfen, ob im eigenen Haus Menschen mit Behinderungen einen passgenauen Arbeitsplatz finden können oder dieser geschaffen werden kann.

Ihr Franz Löffler
Bezirketagspräsident und
Bezirkstagspräsident der Oberpfalz
sowie Landrat des Landkreises Cham

Maß halten in ....

(Fortsetzung von Seite 1)
tet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 609 Mio. Euro (wir berichteten). Aus Füracker Sicht ist dies die „äußerste Grenze dessen, was der Freistaat finanzieren kann“. Bis 2026 muss der Freistaat mit Ausfällen von 2,4 Mrd. Euro rechnen, davon 900 Mio. im nächsten Jahr, erwartet der Staatsminister.

Hohe Steuermindereinnahmen

Die prognostizierten hohen Steuermindereinnahmen sowie die weiteren zwangsläufigen Mehrbelastungen insbesondere im Asylbereich stellten auch für den Staatshaushalt des Freistaates Bayern eine enorme finanzielle Belastung dar. Als Konsolidierungsmaßnahme soll daher im Nachtragshaushalt 2025 u.a. die haushaltsgesetzliche Sperre für das Haushaltsjahr 2025 von bisher 10 Prozent auf 15 Prozent erhöht werden.

Der Nachtragshaushalt 2025 sieht ein Stellenhebungsprogramm mit einem Gesamtvolumen in Höhe von insgesamt 5 Mio. Euro (Jahreskosten) für funktionslose Beförderungsämter für Lehrkräfte an Gymnasien, Realschulen, Beruflichen Schulen und Förderschulen vor. Die Stellenhebungen dürfen ab 1. November 2025 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden.

Deutliche Konsolidierungen auf der Ausgabenseite

Ein perspektivischer Ausblick auf den Doppelhaushalt 2026/2027 macht Füracker zufolge weitere deutliche Konsolidierungen auf der Ausgabenseite erforderlich, so dass im Rahmen der nächsten Haushaltsaufstellung folgende Maßnahmen vorgesehen werden: Bereits im Nachtragshaushaltsgesetz 2025 wird für das Jahr 2026 ein generelles Stellenmoratorium sowie der Beginn eines mittelfristigen Abbaus in Höhe von 5.000 Stellen bis 2030 festgeschrieben. Um insbesondere die Unterrichtsversorgung an den bayerischen Schulen sicherstellen zu können, wird das Staatsministerium für Unterricht und Kultus den begonnenen Dialogprozess zu Maßnahmen zur Einbringung zusätzlicher Arbeitskapazitäten des vorhandenen Personals zeitnah abschließen.

Anpassung an finanz- und gesellschaftspolitische Herausforderungen

Das Bayerische Landespflegegeld, das Bayerische Familiengeld und das Bayerische Krippengeld werden neu ausgerichtet und an die finanz- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen angepasst. Ziel ist dabei, unter Fortentwicklung der bisherigen Mittelverwendung künftig 50 Prozent für direkte Leistungen und 50 Prozent zur Stärkung der Strukturen einzusetzen. So könne das Angebot an Familien- und Kinderleistungen weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Konkret prüft das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, inwieweit die bisher monatlich an die Familien ausgezahlten Leistungen des Familiengeldes und des Krippengeldes zu einer einmaligen Leistung in Höhe von 3.000 Euro („Kinderstartgeld zum 1. Geburtstag“) zusammengefasst werden können. Bisher können Eltern in Bayern vom ersten Geburtstag ihres Kindes an monatlich bis zu 100 Euro bekommen, falls das Kind in eine beitragspflichtige Krippe geht. Das Familiengeld für alle Eltern mit ein- und zweijährigen Kindern beträgt bisher für das erste und zweite Kind jeweils 250 Euro monatlich – für 24 Monate also 6.000 Euro –, vom dritten Kind an erhalten die Eltern jeweils 300 Euro monatlich je Kind (für 24 Monate also 7.200 Euro).

„Neu justiert“ wird laut Söder auch das Landespflegegeld: Auch hier werde noch die Hälfte der bisherigen Summe gezahlt, also 500 Euro. Die andere Hälfte soll in den Ausbau der Pflege gehen. Bisher bekommen Pflegebedürftige in Bayern ab Pflegegrad 2 pro Jahr 1.000 Euro. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Pflege erhalten jährlich rund 400.000 Menschen das Pflegegeld - somit gibt der Freistaat dafür rund 400 Mio. Euro pro Jahr aus.

Familien- und Pflegegeld sind bisher einkommensunabhängig. Nach Angaben des Ministerpräsidenten soll dies auch beibehalten werden. Auch Leistungsträger hätten ein Recht auf Unterstützung, hob Söder hervor.

Stärkung der Pflegestrukturen

Der Auszahlungszeitpunkt für das bayerische Landespflegegeld wird auf den Beginn des auf das Pflegegeldjahr folgenden Kalenderjahres, erstmals zum 01.01.2026, festgelegt. Das Pflegegeldjahr wird künftig an das Kalenderjahr angepasst. Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention wird prüfen, wie die für das Landespflegegeld vorgesehenen Mittel künftig zur Hälfte zur Stärkung der Pflegestrukturen, insbesondere auch der ambulanten Pflege, eingesetzt werden können.

Die CSU-Fraktion begrüßt ausdrücklich den vom Bayerischen Kabinett beschlossenen Nachtragshaushalt. Wie Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek mitteilte, „sind die strukturellen Veränderungen im Haushalt richtig und notwendig. Wir stärken damit regionale und kommunale Strukturen. Der Kern der einmaligen Leistung des Landespflegegeldes bleibt, die freiwerdenden Mittel setzen wir gezielt für Entlastungen von pflegenden Angehörigen ein. Wir sparen in Bayern nicht an der Pflege, sondern passen die Verteilung der Mittel an, um noch besser helfen zu können. Zudem müssen wir die stationäre und ambulante Versorgung besser verzahnen und unnötige Doppelstrukturen sowie vor allem auch Bürokratie abbauen. Wir brauchen jetzt dringend eine konsequente Umsetzung der Asylpolitik im Bund, damit die immensen Kosten von rund drei Mrd. Euro nicht weiter zu Lasten anderer Haushaltsbereiche gehen. Wir sind mit dem, was wir in Bayern tun können, zum Beispiel mit der Bezahlkarte, an den Grenzen unserer rechtlichen Möglichkeiten angekommen.“

Zustimmung bei den Spitzenverbänden

Wohlwollend betrachtet auch der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Markus Pannermayr, die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung zu einer Umschichtung bei Sozialleistungen: „Der Kurswechsel bei der Neuausrichtung beim Landespflegegeld, beim Familiengeld und beim Krippengeld ist in Zeiten einer angespannten Haushaltslage unvermeidbar. Es ist zu begrüßen, wenn die nun die freiwerdenden Mittel in die Strukturen von Kinderbetreuung und Pflege fließen. Damit kann zum Beispiel die Förderung der Kinderbetreuung ausgebaut und die Qualität von Pflege für die Betroffenen verbessert werden. Gerade in angespannten Zeiten ist es wichtig und richtig, Strukturen zu stärken. Damit bleiben wir handlungsfähig.“

Auch bei den Bezirken stößt die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung zur Neuausrichtung des Bayerischen Landespflegegeldes auf große Zustimmung: „Mit dem Beschluss, die Hälfte der Mittel des Landespflegegeldes in die Strukturen des Pflegesystems zu investieren, geht die Bayerische Staatsregierung einen mutigen und notwendigen Schritt in die richtige Richtung. Damit bleibt das Geld im System und kann für den Aufbau und Erhalt einer zukunftsfähigen und ortsnahen kommunalen Pflegeinfrastruktur zielgerichtet eingesetzt werden“, unterstrich Verbandspräsident Franz Löffler.

Ambulante Angebote

Mit den umgeschichteten Mitteln könnten ambulante Angebote ausgebaut sowie Plätze für Kurzzeit- und Tagespflege geschaffen bzw. erhalten werden. Denn das Ziel der politischen Bemühungen sollte sein, dass Menschen mit Pflegebedarf möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden leben können. „Eine nachhaltige Unterstützung und bessere Ausstattung ambulanter Pflegestrukturen trägt maßgeblich dazu bei, die Lebensqualität der Pflegebedürftigen zu sichern und die Angehörigen zu entlasten. Das kann langfristig zu erheblichen Einsparungen führen, da durch die frühzeitige und präventive Unterstützung von Betroffenen teurere stationäre Aufenthalte vermieden werden können“, stellte Löffler fest.

Positiv bewertet der Bayerische Gemeindetag den Beschluss der Bayerischen Staatsregierung, das Bayerische Landespflegegeld, das Bayerische Familiengeld und das Bayerische Krippengeld an die finanz- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen anzupassen. Mit Blick auf die angespannten Haushaltslagen aller kommunalen Ebenen sowie des staatlichen Haushalts, sei es mehr denn je erforderlich, Haushaltsmittel optimal einzusetzen.

Wichtiges Signal

Laut Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl „ist dies genau zur rechten Zeit ein wichtiges Signal des Freistaats sowie von Staatsministerin Ulrike Scharf. Die dringend benötigten Betreuungsplätze für Kinder können nur mit ausreichend Mitteln geschaffen und erhalten werden. Das Geld wird nachhaltig in ein zuverlässiges Betreuungsangebot von Kindern investiert. Eine wichtige Unterstützung für die Gemeinden und für Familien.“

Das beschlossene Ziel, unter Fortentwicklung der bisherigen Mittelverwendung zukünftig 50 Prozent für direkte Leistungen und 50 Prozent zur Stärkung der Strukturen einzusetzen, stellt aus Brandls Sicht eine vom Bayerischen Gemeindetag lange geforderte deutliche Verbesserung dar. Auch im Bereich der Pflege komme den Menschen die Umverteilung des Landespflegegeldes durch Aufbau und Erhalt von Pflegeinfrastruktur unmittelbar zugute. **DK**

Eine Bühne voller ...

(Fortsetzung von Seite 1)
hoch anerkannten Namen gemacht hat. Seit den 80er Jahren ist er in verschiedenen Musik-, Literatur-, Theater und Dokumentarfilmprojekten tätig. Sein 2022 erschienenes „Klangbuch“ „Ois ned glong – eine Landjugend“ verbindet Biografie, perkussive Klänge und poetische Erzählungen.

Global-denkender Entrepreneur aus Franken

Flula Borg wurde 1982 in Erlangen geboren und lebt heute in Los Angeles. Seit der Künstler mit seinen Eltern im kleinen Opel Kadet „Auto Tunes“ im heimischen Erlangen produzierte, ist viel passiert. Unter anderem ist dieser humorvolle Musiker und Kabarettist ein sehr erfolgreicher Hollywood-Schauspieler geworden, der in kleinen, aber auch Blockbuster-Produktionen spielt. Sein YouTube-Kanal wurde bislang über 100 Millionen Mal aufgerufen.

Kinder stärken und Wege aufzeigen, die Mut machen

Das Theater EUKITEA - Kinder- und Jugendtheater und Internationales Theaterhaus in Diedorf im Landkreis Augsburg ist ein bedeutender Teil der bayerischen Kulturlandschaft. Laudator Karl Michael Scheufele, ehemaliger schwäbischer Regierungspräsident und Amtschef im Bayerischen Innenministerium (i.R.) überreichte die Auszeichnung: „EUKITEA feiert dieses Jahr sein 40-jähriges Bestehen und hat sich seit jeher zur Aufgabe gemacht, Kinder stark zu machen. Das Motto von EUKITEA ist: Dieses Leben ist uns als Aufgabe gegeben. Die von EUKITEA geschriebenen, inszenierten und gespielten Stücke werden mobil direkt an den Schulen oder pädagogischen Einrichtungen aufgeführt, um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen, egal welchen Alters oder welcher Gesellschaftsschicht.“ Die EUKITEA Stücke behandeln nach den Worten Scheufeles harte Themen wie Mobbing, Gewalt, Missbrauch, Radikalisierung – also schwere Kost. „Aber: Die Stücke sind immer lösungsorientiert. Was macht Mut und nimmt Schrecken? Was zeigt Wege auf, damit es wieder gut werden kann, wenn man dem Leben entgegengeht?“, betonte Karl Michael Scheufele.

Mit dem Kopf in den Wolken

Die Sängerin, Musikerin und Songschreiberin Claudia Koreck gilt als wichtigste Vertreterin der „Neuen Bayerischen Welle“. „Mit dem Kopf in den Wolken steht sie, die Wegbereiterin des bayerischen Dialektpops, mit beiden Beinen fest auf dem Boden“, so Laudator Alexander Onken.

Laudatorin Amely Deiss, Leiterin des Kunstpalais Erlangen, beschrieb in ihrer Laudatio die beiden Künstler Matthias Böhler und Christian Orendt: „Die Installationen von Böhler und Orendt sind Lehrstücke, Kommentare in Geschichtenform. Es sind große, liebevoll, gelehrt, ästhetisch, humorvoll und detailreich inszenierte Erzählungen, die leider auf der Wirklichkeit beruhen. Darauf, wie der Mensch mit seinem oft verantwortungsvergessenen Handeln auf andere einwirkt, auf die Natur, Pflanzen, Tierwelt und Klima, aber auch das soziale Miteinander - und was daraus entstehen könnte. Oder schon entstanden ist.“

Künftig Staatspreis

Die Zukunft des Kulturpreises Bayern geht künftig unter dem Dach des Freistaats weiter. Kunstminister Markus Blume: „Kunst und Kultur sind das Lebenselixier der freiheitlichen Gesellschaft. Das wollen wir gebührend unterstützen, wertschätzen und feiern. Das Bayernwerk hat hier über zwei Jahrzehnte lang mit dem Kulturpreis Bayern einen großartigen Beitrag geleistet. Ich freue mich sehr, dass wir im 20. Jubiläumsjahr ein neues Kapitel aufschlagen können. ❐

Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag:

„Tourismus in Bayern – Leitökonomie: vielfältig, nachhaltig, erfolgreich“

Vor kurzem kürte der weltbekannte Reiseführer Lonely Planet Bayern zu einer der zehn besten Reiseregionen Europas für 2025. Wie die Tourismusbranche nachhaltig und erfolgreich weiterentwickelt werden kann, wurde nun auf Vorschlag der CSU-Fraktion im Rahmen einer Aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag erörtert.

Das Tourismusland Bayern boomt. Zum zweiten Mal knackte der Freistaat 2023 die 100-Millionen-Marke und auch 2024 lagen die Übernachtungszahlen in den Monaten Januar bis August bayernweit bereits knapp 3 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Wie der tourismuspolitische Sprecher der CSU-Fraktion Thomas W. Holz betonte, sei Bayern mit seiner einzigartigen Kulturlandschaft Aushängeschild Deutschlands in der ganzen Welt und stehe für einen werteorientierten, nachhaltigen Qualitätstourismus. „Indem wir die aktuellen Herausforderungen der Branche beherzt angehen, sorgen wir für ausgezeichnete Perspektiven. Neben einer stabilen und bezahlbaren Energieversorgung sowie spürbarem Bürokratieabbau brauchen wir in Deutschland dringend die Arbeitszeitflexibilisierung, um angemessen auf den Fachkräftemangel reagieren zu können. Ein echter Booster für touristische Betriebe wäre auch die von uns immer wieder geforderte Senkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie zurück auf 7 Prozent“, unterstrich Holz und forderte den Bund auf, sich hier „endlich zu bewegen“. „Mit der BayernCloud Tourismus arbeiten wir schon heute an der innovativen Vernetzung touristischer Daten und Angebote. Damit ermöglichen wir ganz neue Anwendungen, wie beispielsweise ein Echtzeit-Besuchermanagement“, fuhr der Fraktionssprecher fort. Dies helfe den Tourismusregionen und Betrieben gleichermaßen und könne auch die Tourismusakzeptanz erhöhen.

„Wir wollen den bayerischen Tourismus stärken und zukunftsfähig gestalten“, erklärte Markus Saller, Sprecher für Wirtschaft und Landesentwicklung der Freie Wähler-Landtagsfraktion. Der Tourismus schaffe Arbeitsplätze, stütze Gastronomie und Hotellerie und sei ein entscheidender Faktor für den Wohlstand in den ländlichen Regionen. Doch stehe er aktuell ebenso vor großen Herausforderungen. Der Klimawandel verlange Anpassungen beim Wintersport und die Digitalisierung sorge in rasantem Tempo für neue Möglichkeiten und Trends im Tourismus. „Unsere Aufgabe ist es weiterhin, den Tourismus so zu diversifizieren, dass der Freistaat ganzjährig attraktiv bleibt“, hob Saller hervor. Bayern sei ohne den Wintertourismus nicht denkbar, „dennoch benötigen wir ebenso eine verstärkte Förderung von alternativen touristischen Angeboten – im Sommer mit Rad- und Wanderwegen, Klettergärten oder kulturellen Veranstaltungen. Im Winter müssen wir innovative Lösungen finden, wie etwa die Optimierung von Beschneiungsanlagen oder den Ausbau von Wellness- und Gesundheitstourismus.“ Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hätten die „Tourismusoffensive Bayern“ sowie das Programm „Digitales Gästeerlebnis Bayern“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums wichtige Impulse gesetzt. Diesen erfolgreichen Weg gelte es konsequent fortzusetzen.

Bayerns Tourismus stehe gut da aufgrund der innovativen Arbeit der Unternehmen in dieser Branche, konstatierte der tourismuspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Ralf Stadler. Doch dürfe nicht vergessen werden, dass mitunter auch vielversprechende Ansätze behindert würden. Exemplarisch nannte Stadler das Skizentrum Mitterdorf/Mauth im Landkreis Freyung-Grafenau, wo die CSU eine befestigte Zufahrt von Annathal zur Talstation verhindert habe. „Wenn schon für die Modernisierung des Wintersportzentrums Mitterdorf gut 23 Millionen Euro ausgegeben werden, dann sollte mehr möglich sein“, meinte der AfD-Abgeordnete.

Tourismussprecher Christian Zwanziger (Bündnis 90/Die Grünen) thematisierte u.a. die Frage der Nachhaltigkeit und bezeichnete die Klimakrise als immense Herausforderung für den Freistaat. Angesichts von Hochwassern bzw. Niedrigwassern, die Kanuverleiher und die Schifffahrt an Donau und Main beeinträchtigten, lautete seine Botschaft: „Tourismus ja, aber Tourismus braucht intakte Natur. Dazu gehören Umweltschutz sowie Klimaschutz und deswegen müssen wir da endlich aktiver werden.“

Als vielversprechend bezeichnete SPD-Kollegin Martina Fehlner nach schwierigen Corona-Jahren die Halbjahresbilanz 2024 des bayerischen Tourismus mit bereits 48,5 Millionen Übernachtungen und nahezu 18 Millionen Gästeankünften. Dies sei ein „respektables Zwischenergebnis“. Angesichts der großen Veränderungen und Herausforderungen im Tourismus sei der Fokus nicht nur auf steigende Gästezahlen im Sinne von „schneller, höher, weiter“ zu richten, sondern auch auf die Themen Qualität, Nachhaltigkeit, Wertschöpfung und Naturverträglichkeit sowie eine intakte Infrastruktur, Mobilität und entsprechenden Service.

Erlebnisraum für Gäste

Heftige Kritik äußerte Staatsministerin Michaela Kaniber am „Gegenwind der Berliner Ampel mit Windstärke 10“. Während in Deutschlands Nachbarländern die Wirtschaft floriere, habe die Bundesregierung das Land in die Rezession getrieben. Dagegen begrüßte die Ministerin die Bereitschaft von 84 Prozent der deutschen Bürger, immer noch gerne in den Urlaub zu fahren. Davon profitiere auch Bayern. Im Kontext des weiteren Ausbaus von Premium- und Qualitätstourismus müssten insbesondere der Erlebnisraum für den Gast gestärkt, aber auch der Lebensraum der Einheimischen gesichert werden. Dazu gehöre Nachhaltigkeit im Zusammenspiel von Landwirtschaft und Tourismus. Neben einer verantwortungsvollen Besucherlenkung vor allem zum Schutz der Natur plädierte Kaniber für ein intelligentes Besuchermanagement in sehr gut besuchten Regionen mit dem Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz. Statt überfüllter Hotspots solle der Gast alternative Ziele in Echtzeit ansteuern. Darüber hinaus sei der Wintersport in den nächsten Jahren weiter zu stützen und zu stärken, bemerkte die Ministerin. Dass Skifahrer ohne den Einsatz von Beschneiungsanlagen ihrem sportlichen Vergnügen nicht mehr frönen würden, sei ein Trugschluss. Sie würden weiter ihrem Hobby nachgehen, aber dann eben nach Italien, in die Schweiz und nach Österreich ausweichen. **DK**

Verleihung in Hirschaid:

Kommunale Vorreiter für den Klimaschutz ausgezeichnet

Für besondere Verdienste um den Klimaschutz und die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels verlieh das Bayerische Umweltministerium in Hirschaid zum 4. Mal den Bayerischen Klimaschutzpreis. Umweltminister Thorsten Glauber vergab die mit insgesamt 15.000 Euro dotierte Auszeichnung an vier Initiativen.

Mit dem Bayerischen Klimaschutzpreis ausgezeichnet wurden 2024 unter anderem die Pionierleistung einer kleinen Gemeinde in Oberbayern auf dem Gebiet der regenerativen Energiegewinnung sowie eine kommunale Mitmach-Initiative aus Franken, die jedes Jahr die Menschen einer ganzen Region zum Klima-Fasten animiert.

Die 4.000-Einwohner-Ortschaft Fuchstal in Oberbayern ist schon seit Jahren eine Pilgerstätte für Kommunalpolitiker, Energietechniker und Wissenschaftler aus der ganzen Republik: Sie alle wollen hier lernen, wie Energiewende geht. Die kleine Gemeinde erzeugt höchst erfolgreich aus Biomasse, Sonne und Windkraft eigenen Strom – zuletzt rund 40 Millionen Kilowattstunden pro Jahr. Das ist deutlich mehr als vor Ort verbraucht wird. Bisher wurde die überschüssige Energie ins allgemeine Netz eingespeist. Das ist zwar lukrativ, die Gemeinde jedoch strebt nach Autonomie. Deswegen wird Energie jetzt vor Ort gespeichert.

„Energiezukunft Fuchstal“

Im Rahmen des Projekts „Energiezukunft Fuchstal“ entstanden seit 2020 ein 5.000 Kubikmeter fassender Wärmespeicher, ein 3,35 MW-Batteriespeicher und eine sogenannte Power-to-Heat-Anlage. Hiermit wird Wärmeenergie erzeugt und gebunkert und kann bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt wieder in das Wärmenetz eingespeist werden. Die wichtigsten regenerativen Energieformen auf der einen und die vielfältigen Speichermöglichkeiten auf der anderen Seite an einem kleinen Ort versammelt das hat bayernweit Vorbildcharakter.



Das Gruppenfoto zeigt Umweltminister Thorsten Glauber (1. Reihe Mitte) mit den Preisträgern und weiteren Gästen. Bild: StMUV/Ralf Rödel

CO2-Challenge in der Metropolregion Nürnberg

Die mehr als 3,5 Millionen Einwohner der Metropolregion Nürnberg werden jedes Jahr zu Beginn der Fastenzeit zu einer CO2-Challenge herausgefordert. 14 Tage lang soll die Bevölkerung Aufgaben erledigen und damit ihre persönliche Öko-Bilanz verbessern. Bei diesen Challenges geht es etwa darum, einen Tag lang vom Fahrrad aufs Auto umzusteigen, einen Tag lang auf Fleischverzehr zu verzichten oder bei Neuanschaffungen von Gebrauchsgegenständen auf Second-Hand-Artikel zu setzen. Ein Online-Rechner gibt begleitend Auskunft, wie viel CO2 bei erfolgreicher Erledigung der einzelnen Challenges eingespart wird. Seit dem vergangenen Jahr wird diese Mitmach-Aktion auch in einer speziellen Version für Schulen angeboten. Ausgedacht hat sich diese CO2-Challenge der sogenannte Initiativkreis der Klimaschutzmanagerinnen und -manager der in der Metropolregion Nürnberg organisierten Städte und Landkreise. 2024 ist die CO2-Challenge am 27. Februar zu Ende gegangen. Etwas mehr als 2.000 Menschen aus der Region haben teilgenommen. Aufs Jahr gerechnet wurden damit rund 150 Tonnen CO2 eingespart.

Kongregation der Schwestern des Erlösers und Community Kitchen

Zwei weitere Klimaschutzpreise gingen in diesem Jahr nach Unterfranken und Oberbayern. Auf dem Dach des Klosters der Kongregation der Schwestern des Erlösers in Würzburg wurde erstmals in Bayern eine Photovoltaik-Anlage auf einem Großdenkmal installiert. Eine weitere Auszeichnung erhielt die Community Kitchen, eine Münchner Initiative zur Rettung von Lebensmitteln, die unter anderem eine Schulkantine betreibt.

Unterdessen laufen bereits die Vorbereitungen für den Bayerischen Klimaschutzpreis 2025. Ab sofort können bei der bayerischen Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK), die den Wettbewerb organisiert, Vorschläge für den Bayerischen Klimaschutzpreis 2025 eingereicht werden.

Ausführliche Informationen zu den Teilnahmebedingungen gibt es unter: https://www.lenk.bayern.de/themen/projekte/klimaschutzpreis/index.html. Frist ist der 31. Januar 2025. ❐

Nachhaltigkeitsberichterstattung bei kommunalen Unternehmen:

Beibehaltung von Abschlussprüfung und Satzungsanpassung notwendig

Von Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Christian Baumann, stellvertretender Leiter der Abteilung Kommunale Unternehmen des BKPV

In einem Mitgliederrundschreiben des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV) vom 30.10.2024 werden die Gesetzesinitiative der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER (LT-Drs. 19/2837 vom 11.07.2024) und die sich daraus ergebenden Folgerungen näher betrachtet. Der Gesetzentwurf sieht größenabhängig eine Entlastung kommunaler Unternehmen von der Verpflichtung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und zur Abschlussprüfung vor. Diese Initiative würde eine Vielzahl kommunaler Unternehmen von den Anforderungen der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) befreien, die Unternehmen zur umfassenden Offenlegung ökologischer, sozialer und ethischer Standards verpflichtet. Der BKPV begrüßt dies, hebt jedoch die Risiken eines unreflektierten Verzichts auf die Abschlussprüfung hervor und betont einzelfallbezogen die Notwendigkeit der Anpassung satzungsmäßiger oder gesellschaftsvertraglicher Bestimmungen, um die Berichtspflicht der CSRD – wo möglich – ordnungsgemäß abzuwenden.

Die CSRD zielt darauf ab, dass Unternehmen, insbesondere jene mit öffentlichem Interesse und Größe, ihre Nachhaltigkeitsstrategien und die Umsetzung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards (ESG) transparent machen. Aufgrund der Verweise in den Kommunalgesetzen auf die Regelungen des HGB zu großen Kapitalgesellschaften ist derzeit eine Ausstrahlung auf kommunale Gesellschaften jeglicher Größe vorhanden. Die aktuelle Gesetzesinitiative sieht jedoch vor, dass bayerische kommunale Unternehmen bei „kleinen“ und „mittleren“ Einheiten ab dem Geschäftsjahr 2025 auf eine verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung verzichten könnten; die Erweiterung des Lageberichts um einen Nachhaltigkeitsbericht und dessen Prüfung sollen sich allein nach der Unternehmenssatzung richten. Hierzu müssen die Satzungen dieser Unternehmen angepasst werden, um die Berichtspflicht nach CSRD effektiv auszuschließen.

Anpassung der Satzung als zentrales Mittel

Um die CSRD-Berichterstattungspflicht rechtlich einwandfrei zu vermeiden, wird bei Unternehmen, deren Satzung (bzw. Gesellschaftsvertrag) die Aufstellung nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften vorsieht, eine rechtzeitige Satzungsanpassung dringend empfohlen. In diesen Fällen kann beispielsweise eine Ergänzung aufgenommen werden, dass „die Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung nicht anzuwenden sind, sofern keine gesetzlichen Vorschriften dies zwingend erfordern.“ Zeitlich dürfte es ausreichen, wenn das bis Ende 2025 geschieht. Dies schafft für kommunale Unternehmen die Möglichkeit, ohne Nachhaltigkeitsberichtspflicht nach der CSRD zu agieren, ohne die gesetzlichen Vorgaben zu verletzen.

Der BKPV unterstreicht die Bedeutung der Abschlussprüfung für die Finanztransparenz kommunaler Unternehmen. Die Hauptaufgabe dieser Prüfungen besteht darin, die korrekte Darstellung der wirtschaftlichen Lage zur Unterstützung der kommunalen Aufsichtsgremien sicherzustellen. Gerade für ehrenamtlich tätige Ratsmitglieder bietet die externe Prüfung durch unabhängige Prüfer wertvolle Unterstützung, um die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu bewerten. Ohne Abschlussprüfung könnten Aufsichtsgremien ihre Verantwortung zur Überwachung der korrekten Verwendung öffentlicher Mittel nur schwer erfüllen.



Christian Baumann. ❐

Der BKPV betont, dass dies eine essenzielle Unterstützung darstellt, die den kommunalen Unternehmen nicht ohne weiteres, sondern nur nach einer sorgfältigen Risikoabwägung entzogen werden sollte. Der Gesetzentwurf sieht ausdrücklich vor, dass freiwillig strengere Bestimmungen zur Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts im jeweiligen Gesellschaftsvertrag oder in der jeweiligen Betriebs- bzw. Unternehmenssatzung getroffen werden können.

Neben der reinen Finanzkontrolle unterstützt die Prüfung den Aufsichtsrat (bzw. den Verwaltungsrat oder den Werkausschuss) bei der Vermeidung von Fehlern und Unregelmäßigkeiten. Die BKPV-Experten weisen darauf hin, dass die Möglichkeit einer regelmäßigen externen Überprüfung präventiv wirkt: Die Aussicht auf eine unabhängige Prüfung motiviert zur fehlerfreien Aufstellung der Bilanzen und stärkt das Vertrauen in die Richtigkeit der Berichte. Insbesondere in kleineren Kommunen ohne eigene Rechnungsprüfungsämter ist die Abschlussprüfung ein wertvolles Kontrollinstrument, das zur Wahrung der öffentlichen Interessen beiträgt.

Haftungsrisiken für Ratsmitglieder

Ein weiterer wesentlicher Punkt betrifft die Haftungsrisiken, denen sich Aufsichts- und Verwaltungsratsmitglieder gegenübersehen, wenn sie ihre Überwachungsfunktion nicht sorgfältig genug wahrnehmen. Ratsmitglieder müssen sich in Fragen des Rechnungswesens und der Bilanzierung auskennen oder diese Kenntnisse schnellstmöglich erwerben. Ein Verzicht auf die Prüfung könnte sie persönlich in Haftung bringen, sollte sich später herausstellen, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse unrichtig dargestellt wurden. Der BKPV hebt hervor, dass die Abschlussprüfung hier ein Sicherheitsnetz darstellt, das insbesondere im politischen Umfeld von großer Bedeutung ist.

Die vorgeschlagene Satzungsanpassung zur Abwendung der Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der CSRD wird Erleichterungen für kleine und mittlere kommunale Unternehmen schaffen. Ohne die Abschlussprüfung wird es aber zu Transparenzverlusten und zu einer höheren Fehleranfälligkeit in der Finanzdarstellung kommen. Für Kommunen und ehrenamtliche Gremienmitglieder sind geprüfte und nachvollziehbare Abschlussinformationen regelmäßig essenziell, um verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen zu können.

Zusammengefasst empfiehlt der BKPV, dass bayerische Kommunen – sofern möglich – ihre Satzungen zur Vermeidung der CSRD-Berichterstattung rechtzeitig anpassen, gleichzeitig aber eine externe Abschlussprüfung im Licht der für sie sprechenden Argumente grundsätzlich beibehalten. Diese Prüfung unterstützt nicht nur das Überwachungsorgan, sondern wirkt präventiv und schützt vor Haftungsrisiken. ❐



Energieministerkonferenz in Brunsbüttel:

Klare Perspektiven angemahnt

Mit einem klaren Bekenntnis zum Ziel der Klimaneutralität und der Fortführung der Energiewende ist die Herbst-Energieministerkonferenz in Brunsbüttel unter dem Vorsitz von Schleswig-Holstein zu Ende gegangen. Angesichts der politischen Entwicklungen global und auf Bundesebene verabschiedete die Konferenz eine „Brunsbütteler Erklärung". Darin appellieren die Energieministerinnen und Energieminister sowie die -Senatorinnen und der -Senator an die Bundesregierung und den Bundestag, für die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland den Transformationsprozess hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft weiter entschieden zu verfolgen.

Die anstehenden Neuwahlen dürften nicht wichtige Entscheidungen in der Gesetzgebung aufhalten oder verzögern, heißt es. Brüche sollen vermieden werden. Entscheidende Projekte der Energiewende sind dem Appell zufolge noch zügig voranzutreiben, um das Erreichen der Klimaziele nicht zu gefährden und Planungssicherheit für Wirtschaft und Industrie zu gewährleisten. Dabei stünden der weitere starke Zubau der Erneuerbaren Energien, der mindestens auf dem aktuellen Niveau gehalten werden soll, Regelungen, damit der Energiemarkt besser zu der volatilen Einspeisung von Wind und Sonne passt und das Ziel, dass grüne Energie auch bei der Industrie und dem Wärme- und Verkehrssektor ankommt, im Vordergrund.

Damit die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut und Verzerrungen bei den Strompreisen vermieden werden können, soll der neue Förderrahmen für den Ausbau zügig entwickelt werden. Dabei sprechen sich die Länder dafür aus, dass die staatlich finanzierte EEG-Förderung grundsätzlich bestehen bleibt und weiterentwickelt wird. Dies soll sicherstellen, dass finanzielle Planungssicherheit für den weiteren Ausbau von Wind- und Solarenergie gegeben ist.

Zudem fordern die Länder eine klare Perspektive für die Bioenergie. Das angekündigte Gesetzespaket soll zügig in die Umsetzung gebracht werden. Konkret geht es darum, die Ausschreibemengen für Biogasanlagen zu erhöhen, Anreize für Flexibilisierung zu setzen und den Anlagenbetreibern Planungssicherheit zu geben.

Netzentgelte stabilisieren

Da steigende Stromkosten eine zunehmende Belastung für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft sind, spricht sich die Energieministerkonferenz für einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt zur Stabilisierung der Netzentgelte aus. Darüber hinaus plädiert sie mit dem Ziel einer effizienteren und kostengünstigeren Energiewende zugleich für eine zunehmende Flexibilisierung: Sowohl die Industrie als auch größere Stromverbraucher wie E-Autos und Wärmepumpen sollen Anreize erhalten, den Strom in Zukunft flexibel immer dann abzunehmen, wenn viel erneuerbare Energien vorhanden sind. Indem die Strompreise sich entsprechend dem Stromangebot dynamisch anpassen, gelte es, dieses Verhalten zu fördern und zu belohnen.

Überdies stellen sich die Energieminister hinter das Kraftwerkssicherheitsgesetz des Bundes und den darin enthaltenen Kapazitätsmechanismus – damit zügig neue Kraftwerke gebaut werden, die dann laufen, wenn nicht genügend Erneuerbare im Netz sind. Auch die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes soll jetzt kommen, wozu auch ein wirksames Biomassepaket gehöre.

Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wieder herstellen

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger setzte sich für eine zukunftsfähige Energiepolitik ein, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wieder herstellt. Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit müssten gewährleistet sein. Der Staatsminister forderte „mehr Realismus und Technologieoffenheit bei der Energiepolitik und weniger Ideologie."

Das Gremium stimmte drei für Bayern wesentlichen Beschlussvorschlägen zu. So wird die Bundesregierung aufgefordert, die derzeit ausgesetzten Förderprogramme im Bereich der Wasserstoff-Mobilität wieder aufzunehmen. Laut Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger „müssen wir nach der festgelegten Infrastruktur-Planung durch ein Wasserstoffkernnetz in Deutschland jetzt Wasserstoff-Projekte mit Förderprogrammen anschieben, um den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu ermöglichen. Das geht vom Einsatz der Brennstoffzellentechnologie für Nutzfahrzeuge bis zum Einsatz von Wasserstoff als Energieträger in der Industrie. Deutschland muss die nationale Wasserstoffstrategie umsetzen, damit das Ziel, Leitmarkt für Wasserstofftechnologie zu werden, auch erreicht wird."

Die Energieministerkonferenz stellte fest, dass Biogas ein wichtiger Baustein der Energiewende ist. „Wir brauchen jetzt zeitnah die Umsetzung der angekündigten Biomassestrategie mit einem großen Biomassepaket. Dazu gehört eine deutliche Erhöhung des Ausschreibungsvolumens für die Biomasseförderung auf mindestens 1.200 Megawatt pro Jahr. In Deutschland ist Bioenergie mit 50 Terawattstunden Strom und 170 Terawattstunden Wärme ein stabiler und verlässlicher Baustein unserer Energieversorgung. Das muss langfristig gesichert und ausgebaut werden", machte Aiwanger deutlich.

Nach EnMK-Einschätzung kann nur mit einem signifikanten Zubau an wasserstofffähigen Gaskraftwerken die Stromversorgungssicherheit zukünftig trotz Kohleausstiegs auf dem bisherigen Niveau gesichert werden. Aiwanger: „Wir fordern den Bund auf, alles zu unternehmen, die Ausschreibungen für wasserstofffähige Gaskraftwerke im Rahmen der Kraftwerksstrategie zu beschleunigen. Die ersten Ausschreibungen müssen schon Anfang 2025 starten. Wir brauchen einen verlässlichen Zubau von 17 bis 21 Gigawatt (GW) Kraftwerkskapazität bis 2031. Es darf keinesfalls eine Lücke bei der Stromversorgung entstehen." Mehr Realismus und Technologieoffenheit bei der Energiepolitik und weniger Ideologie müsse nun das Leitziel sein. **DK**

Wirtschaftsbeirat Bayern:

Plädoyer für Kehrtwende in der Energiepolitik

Der Wirtschaftsbeirat Bayern mahnt eine Kehrtwende in der Energiepolitik an. Wie Generalsekretär Dr. Hans Schachtner und Dr. Albrecht Schleich, Vorsitzender des Ausschusses Energie- und Rohstoffpolitik, in einem Positionspapier darlegen, sei bereits heute offenkundig, „dass wir uns mit der Umsetzung der klima- und energiepolitischen Ziele schwertun, die Nebenwirkungen gravierend sind, die Kosten hoch sind und viele Pläne und Versprechen einem ungedeckten Wechsel gleichen".

Eine eklatant offene Deckungslücke drohe beispielsweise bei der gesicherten Leistung. Erneuerbare Energieträger allein könnten wegen der Volatilität von Wind- und Sonnenstrom auch mittelfristig Versorgungssicherheit nicht vollständig gewährleisten. „Deutschland braucht mittelfristig, wenn wir uns nicht ausschließlich auf Importe gesicherter Leistung aus dem europäischen Ausland und auf unsere strategische Reserve verlassen wollen, was nicht zu empfehlen wäre, einen Park von ständig verfügbaren Kraftwerken, der der jeweiligen Höchstlast im deutschen Netz nahekommt."

Aus heutiger Sicht sei es falsch gewesen, so die Autoren, im Jahr 2011 den Ausstieg aus der Kernenergie so zu beschleunigen, dass die letzten Anlagen schon 2022/2023 vom Netz genommen werden mussten, und an diesem Ausstiegsbeschluss über all die Jahre bis heute festzuhalten. „Am Ende werden wir die Versorgungssicherheit nur dadurch aufrechterhalten können, dass wir Kohlekraftwerke zu systemrelevanten Anlagen erklären und am Netz belassen. Klimapolitisch ist das widersprüchlich."

Die Kosten für die Transformation des Energiesystems seien dabei enorm. Eine Studie von McKinsey schätze den Investitionsbedarf bis 2035 auf gut 800 Mrd. Euro, eine Untersuchung von Ernst und Young sogar auf 1.213 Mrd. Euro, d.h. 121 Mrd. Euro pro Jahr. Da der Löwenanteil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen von der privaten Wirtschaft getragen werden muss und staatliche Subventionen nur vorübergehend und in Grenzen gewährt werden können, benötigten Unternehmen die notwendigen zusätzlichen Spielräume, d. h. Gewinne, um dies finanzieren zu können. Der Staat seinerseits müsse seinen Anteil an Investitionen in die Infrastruktur unter Beachtung der Schuldenbremse aufbringen, um finanzpolitische Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sicherzustellen.

Die Kosten der Transformation des Energiesystems schlügen unvermeidbar auf die Energiepreise durch – für die Wirtschaft wie für die Verbraucher. Durch staatliche Subventionen könne diese Belastung nicht beseitigt, sondern nur umverteilt werden. Bereits heute habe Deutschland im internationalen Vergleich mit die höchsten Energiepreise. „Das ist nicht die alleinige, aber eine der entscheidenden Ursachen für die wirtschaftliche Stagnation unseres Landes", betonen die Autoren und stellen fest: „Die Deindustrialisierung läuft. Bildlich gesprochen sägen wir zurzeit gesamtwirtschaftlich wie klimapolitisch an dem Ast, auf dem wir sitzen."

Es sei nun höchste Zeit, auf eine effiziente, effektive und realistische Transformationsstrategie einzuschwenken, die vorrangig auf Markt und Wettbewerb als Ordnungsrahmen setzen müsse. Deshalb biete es sich an, den Emissionshandel konsequent als Leitinstrument wirken zu lassen. Es sei richtig, Bürger und Wirtschaft über die Belastung mit dem CO2-Preis an den Kosten für die Defossilisierung der Wirtschaft zu beteiligen. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel dürfe der Staat nicht für andere Zwecke ausgeben, auch nicht für die Transformation. Er müsse sie über allgemeine und breite Senkungen der Steuern für Unternehmen und für Bürger an diese zurückgeben, damit diese die Lasten sowie Investitionen und Innovationen durch und für die Transformation finanzieren können. Der Staat müsse seinerseits Überbürokratisierung abschaffen, staatliche Interventionen deutlich reduzieren und einen Regelungsrahmen schaffen, der Innovationen und Technologien den Weg frei macht und nicht einschränkt.

„Wirklich effektiv gelingt eine Senkung der weltweiten CO2-Emissionen nur mit einem weltweiten Emissionshandelssystem", so die Autoren. „Deswegen sehen wir es als hauptsächliche Aufgabe der Bundesregierung im Klimaschutz an, an einer wirksamen internationalen Kooperationsstrategie mitzuarbeiten, die mindestens die großen Länder USA, China, Russland und Indien in einem ‚Klimaclub' umfasst.

Es sei Aufgabe der EU, den europäischen Energiebinnenmarkt weiter voranzutreiben und die geplante Erweiterung des Emissionshandelssystems auf Emissionen im Verkehrs- und Wärmebereich zügig umzusetzen. „Sie sollte sich auf den weiteren Ausbau des Strombinnenmarktes ebenso konzentrieren wie im Bereich der Energieinfrastruktur darauf hinwirken, dass die großen neuen Infrastrukturaufgaben der Klima- und Energiepolitik wie der Aufbau eines Wasserstoff- und CO2-Netzes nicht nur national gesteuert, sondern europaweit koordiniert werden." Nur so könnten Synergieeffekte gehoben und die Effizienz des Systems optimiert werden.

Neben einer deutlichen Temposteigerung beim deutschlandweiten Ausbau der Stromnetze – Übertragungsnetze wie Verteilnetze – sei für einen Erfolg der Klimawende entscheidend, „dass wir bei der Zulassung der einzelnen Instrumente keinen falschen Purismus an den Tag legen, sondern pragmatisch vorgehen. So gilt es, die Entwicklung synthetischer Kraftstoffe zu fördern und nicht aus der Sorge heraus abzulehnen, dies könne die Entwicklung klimafreundlicher Antriebssysteme behindern."

Schachtner und Schleich befürchten, „dass wir große Schwierigkeiten haben werden, uns mit den riesigen Mengen Wasserstoff zu versorgen, die wir für die Transformation in den einzelnen Bereichen unseres Landes benötigen. Da macht es keinen Sinn, nur grünen Wasserstoff zuzulassen. Vielmehr müssen und können wir in einer längeren Übergangszeit auch blauen und auch grauen Wasserstoff akzeptieren. Schließlich gilt es auch die Entwicklung neuer Technologien zu fördern, die nichts mit den Erneuerbaren Energien zu tun haben, noch weiter von der praktischen Anwendbarkeit entfernt scheinen, in der Zukunft aber einen wesentlichen Beitrag zu einer CO2-freien und damit klimaneutralen Energieversorgung leisten könnten."

So sollten technologische Innovationen bei der Kernfusion wie etwa die Laserfusionstechnologie ebenso in den Blick genommen werden wie neue unter Effizienz- wie Sicherheitsaspekten vielversprechende Innovationen im Kernenergiebereich. „Rein ideologisch begründete Denk- und Förderverbote können und sollten wir uns in dieser extrem aufwändigen und schwierigen Transformationsphase nicht leisten", so die Autoren abschließend. **DK**

VKU-Landesgruppe Bayern:

Vorstand mit etablierten und neuen Köpfen

„Ein Einsatz für die Kommunalwirtschaft ist immer ein Einsatz für die Versorgung der Menschen in Bayern. Zusammen halten wir Bayern am Laufen", so Marcus Steurer, Geschäftsführer der infra fürth GmbH, der von der Mitgliederversammlung in Fürth einstimmig als Vorsitzender der VKU-Landesgruppe Bayern wiedergewählt wurde.

Steurer bedankte sich bei den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern und ihrem Einsatz für die Interessen der Kommunalwirtschaft in Bayern. Er freue sich „auf die weitere Zusammenarbeit mit den etablierten Mitgliedern und auch auf die neuen Vertreterinnen und Vertreter, die unseren Vorstand in den kommenden vier Jahren bereichern werden".

Die VKU-Landesgruppe Bayern konnte in ihrer Mitgliederversammlung auf zahlreiche Erfolge zurückblicken. Steurer verwies beispielhaft auf das Engagement der kommunalen Unternehmen zum Landesentwicklungsplan: „Dank der tatkräftigen Unterstützung aller ist es uns gelungen, die Staatsregierung zu bewegen, drei Anträge zum LEP zurückzuziehen. Das kommt im Bayerischen Landtag nur selten vor. Damit haben wir ausdrücklich unterstrichen, dass die VKU-Landesgruppe ein gehöriges Gewicht in Bayern hat und sich für die Allgemeinheit einsetzt." Und auch in Ausschüsse des Bayerischen Landtags werde die VKU LG Bayern zu ihren „klassischen" Themen rund um die Sparten Wasser bis Energie und zu übergreifenden Themen, wie Finanzierung und Fachkräftemangel regelmäßig eingeladen. Durch die verbändeübergreifende Studie zum Wärmepotenzial in bayerischen Fließgewässern leiste die VKU-Landesgruppe zudem wichtige Anstöße fachlicher Natur zur Wärmewende.

Für ein lebenswertes Bayern

Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Oberbürgermeisterin der Stadt Regensburg, wurde als stellvertretende Vorsitzende des Landesgruppenvorstands im Amt bestätigt. Silvia Dollinger, Geschäftsführerin der Stadtwerke Eichstätt GmbH wurde als stellvertretende Vorsitzende neugewählt. Das Führungstrio der VKU-Landesgruppe Bayern wird die strategische Ausrichtung der Landesgruppe in den kommenden Jahren gemeinsam mit dem weiteren Vorstand gestalten. Entscheidend wird sein, die nötige und bereits angelaufene Transformation von Wirtschaft und Daseinsvorsorge sozial, ökologisch und finanziell für ein lebenswertes Bayern zu gestalten.

Für die Amtszeit 2024 bis 2028 wurden Dr. Constantin Alsheimer (Thüga AG), Dr. Robert Greb (REWAG - Regensburger Energie- und Wasserversorgung AG), Andreas Lederle (Erdwärme Grünwald GmbH), Franz-Josef Loscar (SÜC/Städtische Werke Überlandwerke Coburg GmbH), Rainer Nauerz (Stadtwerke Augsburg Holding GmbH), Dörte Schulte-Derne (Würzburger Versorgungs- und Verkehrs GmbH), Ludwig Sigl (Wasserzweckverband Mallersdorf), Dr. Karin Thelen (Stadtwerke München GmbH) sowie Rainer Wendl (Energie Südbayern GmbH) neu in den Vorstand gewählt. Dem Gremium gehören neben den gewählten Vertretern aus den kommunalen Unternehmen und (Ober-) Bürgermeistern aus Bayern auch als Gäste Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der BayernLB, des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes sowie Herr Ingbert Liebing als VKU-Hauptgeschäftsführer an.

Eine vollständige Liste der Vorstandsmitglieder der jeweiligen Unternehmenszugehörigkeit sowie der Gäste findet sich auf der Website der VKU-Landesgruppe Bayern (https://www.vku.de/verband/struktur/vku-in-den-laendern/bayern/).

An die Mitgliederversammlung, zu der Vertreter aus den 222 bayerischen Mitgliedsunternehmen eingeladen waren, schloss sich die zweitägige Landesversammlung mit rund 100 Teilnehmern an. Die VKU-Landesgruppe begrüßte unter anderem die Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres) und Thorsten Glauber (Umwelt) sowie mit Holger Dremel (CSU), Florian Streibl (Freie Wähler), Barbara Fuchs (Bündnis90/Die Grünen) und Horst Arnold Vertreter der im Bayerischen Landtag etablierten Parteien.

Die Themen Transformation, die zukünftige Finanzierung der Infrastruktur sowie Klimaschutz und -anpassung stehen unter dem Motto „Gemeinsam die Daseinsvorsorge für Morgen gestalten". „Die Daseinsvorsorge steht in den nächsten Jahren vor großen Aufgaben. Die Landesversammlung zeigt einmal mehr, dass wir ihnen dank einer aktiven und zukunftsgewandten Kommunalwirtschaft optimistisch entgegenblicken können", stellte Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer abschließend fest. ❐

Energy Efficiency Award für Veldener Unternehmen

Auf dem diesjährigen dena Energiewende-Kongress in Berlin wurden fünf bundesdeutsche Unternehmen für ihre herausragenden Leistungen im Bereich Energie- und CO2-Einsparung mit dem Energy Efficiency Award 2024 ausgezeichnet. Als einziger bayerischer Vertreter durfte sich die Schaltbau GmbH aus Velden bei Landshut über einen Preis in der Kategorie „Von clever bis digital! Die Bandbreite der Energieeffizienz" freuen.

Schaltbau ist ein weltweit führendes Unternehmen, das sich auf Gleichstrom spezialisiert hat und Produkte und Lösungen anbietet, die Elektrifizierung in den Bereichen Bahn, Energie und E-Mobilität ermöglichen. Mit einem breiten Portfolio an Schützen, Steckverbindern, Schaltern und Sicherheitskomponenten werden Partner und Kunden bei der Lösung komplexer Herausforderungen unterstützt.

Am 1. September 2023 errichtete die Schaltbau GmbH in Velden die weltweit erste Gleichstromfabrik im produktiven Bereich. In dieser komplett elektrifizierten Innovationsfabrik wurde ein Gleichstromnetz implementiert, das die Photovoltaik-Anlage, das Batteriesystem, die Elektroladeinfrastruktur und das automatische Kleinteilelagersystem direkt versorgt. Ein umfassendes Energiemonitoring mit spezieller Messtechnik und Sensorik hilft bei der weiteren Steigerung der Energieeffizienz, senkt Spitzenlasten und reduziert Energiekosten.

Herausforderungen bei der Umsetzung waren fehlende normative Grundlagen im Gleichstrom-Bereich, ein lückenhaftes Produktportfolio an serienreifen Gleichstromkomponenten und die Notwendigkeit, behördliche Genehmigungsverfahren anzupassen. **DK**

„Heritage Impact Assessment“ bezüglich Windkraft im Umfeld der Wieskirche

Von Thomas Wiedemann, Mediator Kanzlei Ponschab + Partner und Berater bei kommunalen Konflikten

Energiewende oder Denkmalschutz? An dieser Frage scheiterte jahrelang die Errichtung von Windrädern im Umfeld der Wieskirche, die den besonderen Status eines UNESCO-Weltkulturerbes genießt. Jetzt liegt eine Studie vor, die in Einklang mit den Anforderungen der UNESCO geeignete Windkraft-Standorte auch im besonders sensiblen Umfeld der Wieskirche ausweist. Das angewendete Prüfungsverfahren gilt als wegweisend für vergleichbare Vorhaben.

Peiting im Landkreis Weilheim-Schongau wollte schon 2013 die Energiewende vorantreiben und dazu vier Windräder auf dem Gemeindegebiet aufstellen. Dem standen aber die strengen Auflagen der UNESCO entgegen. Diesen Auflagen zufolge sind im Umfeld der Wieskirche als besonders geschütztem Weltkulturerbe nur Bauvorhaben zulässig, deren Unbedenklichkeit in einem besonderen Prüfverfahren, einem „Heritage Impact Assessment“, nachgewiesen wird.

Angesichts der Kosten und des ungewissen Ausgangs verzichteten die Windkraft-Initiatoren, die örtliche Initiative „Bürgerwind“, auf das aufwendige Prüfverfahren und ließen das Vorhaben ruhen.

Peter Ostenrieder, der 2020 neu gewählte Bürgermeister von Peiting, wollte es aber genau wissen und hat es geschafft, für die Wieskirche ein Heritage Impact Assessment zu initiieren. Wegen des Modellcharakters der Angelegenheit war das Landesamt für Denkmalpflege sogar dazu bereit, einen Großteil der Kosten zu übernehmen.

Die Untersuchung fand im Rahmen eines Kommunalen Denkmalkonzepts (KDK) statt. Das ist ein Planungsinstrument, das bayerische Kommunen dabei unterstützt, die Anforderungen des Denkmalschutzes bei der Ortsentwicklung proaktiv einfließen zu lassen.



Thomas Wiedemann. ❐

Im Umfeld der Wieskirche wurde akribisch erfasst, welche Elemente – also Landschafts- und Kultur-Denkmäler – die besondere visuelle und spirituelle Wirkung der Region ausmachen, und auf welche Flächen diese Wirkung eingegrenzt werden kann.

Weiter wurde anhand topographischer Daten und Begehungen ermittelt, wo Pilgerpfade zu berücksichtigen sind und wo, unabhängig davon, Sichtverbindungen zur Kirche bestehen und wo nicht - bis zu einer Bauwerks-Höhe von 240 Metern und darüber.

Die Erstellung des KDK nahm über ein Jahr in Anspruch und wurde von einem „Runden Tisch“ begleitet, an dem unter anderem das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, der Landkreis, betroffene Gemeinden, Gutachter und nicht zuletzt Vertreter der UNESCO teilgenommen haben.

Kommunales Denkmalkonzept

Erstes Ergebnis des KDK ist eine genaue Analyse und kartographische Darstellung im Umkreis der Wieskirche, aus der hervorgeht, welche Standorte für Windräder grundsätzlich nicht in Frage kommen, welche grundsätzlich und welche bedingt geeignet sind. Die in Peiting geplanten Standorte gehören demnach zu den wenigen für Windräder gut geeigneten Flächen im Umfeld der Wieskirche. Es wird aber auch die Forderung der UNESCO nach einem Heritage Impact Assessment (HIA) bestätigt.

Diese speziell auf den konkreten Standort ausgerichtete Untersuchung wurde dann auch noch im Rahmen des KDK vorgenommen, liegt inzwischen vor und ist auf peiting.de einsehbar.

Diesem HIA zufolge wird das Landschaftsbild im Umfeld der Wieskirche durch die Peitinger Windräder insbesondere aufgrund der Entfernung von mehr als 10 km nicht wesentlich beeinträchtigt. Weiter sind aufgrund der topographischen Beschaffenheit nur wenige Sichtverbindungen möglich, denen allesamt eine lediglich untergeordnete Wirkung beschienen wird.

Um die Auswirkungen der am geplanten Standort Peiting geplanten Windräder so gering wie möglich zu halten, wurden folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- Ausreichend Abstände zwischen den Windrädern, um optische Überlappung zu vermeiden
- Farblich unauffällige und nicht reflektierende Anstriche
- Ausrichtung der Befeuerung auf Flughöhe
- Abschaltung der Anlagen bei Wallfahrten

Mit diesem Prüfungsergebnis steht den neuen Windrädern in Peiting erst mal nichts mehr im Wege und Bürgermeister Ostenrieder erwartet jetzt den Bauantrag der Initiative „Bürgerwind“.

Aus seiner Sicht hat sich der Aufwand gelohnt: „Das KDK hat gezeigt, dass erneuerbare Energien auch in einer kulturell schützenswerten Umgebung, wie im Pfaffenwinkel, möglich sind. Peiting wird damit in die Lage versetzt, einen bedeutenden Anteil des eigenen Stromverbrauchs selbst auf nachhaltige Weise zu erzeugen. Und unsere Bürgerinnen und Bürger können dabei auch finanziell profitieren, da ihnen bei der Finanzierung eine Beteiligung angeboten wird.“ ❐

„European Energy Award“ für neun Landkreise und Kommunen

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber hat in Scheidegg den „European Energy Award“ (eea) verliehen. Im Fokus der Auszeichnung stehen Energieeinsparung, effiziente Nutzung von Energie und die Steigerung des Einsatzes regenerativer Energien.

Der Markt Kaufering entwickelt als Bauherr sieben gemeindeeigene Mehrgeschosswohnhäuser mit 120 Wohneinheiten. Dadurch entstehen bezahlbarer Miet-Wohnraum und ein autofreies Wohnquartier. Gebaut wird mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz.

In der Stadt Immenstadt haben Klimaschutz und Nachhaltigkeit lange Tradition. Das neueste Highlight der Klimaschutzpolitik ist ein Batterie-Großspeicher in der Nähe des Umspannwerks. Hier soll in Zukunft der Strom für einen Tag für rund 3.500 Haushalte gespeichert werden.

Die Stadt Sonthofen setzt auf klimafreundliche Mobilität: Ein neugestaltetes Mobilitätszentrum am Sonthofener Bahnhof, der neue Busbahnhof sowie ein Carsharing-Angebot mit drei Elektrofahrzeugen sind der Beleg für das langjährige Engagement für mehr Klimaschutz.

Die Stadt Königsbrunn setzt ebenfalls auf klimafreundliche Mobilität: Klimaneutrale Straßenbahnen und neue Elektrobusse entlasten die Klimabilanz der Stadt um rund 250 Tonnen CO2 pro Jahr. Die Stadt Königsbrunn wird zum zweiten Mal mit dem „European Energy Award“ ausgezeichnet.

Die Stadt Kempten will bis 2035 klimaneutral sein. Das Busnetz soll bis 2025 vollständig elektrisch betrieben werden und zu 90 Prozent energieautark sein. Zudem unterstützt die Stadt viele Schulen auf dem Weg zur Klimaschule. Der Landkreis Kulmbach ist Wasserstoffmodellregion HyStarter des Bundes. Mit engagierten Unternehmen hat der Landkreis die Beteiligungsgesellschaft H2KU GmbH gegründet, um eine Wasserstofftankstelle für LKW und PKW zu bauen. Zudem können unter anderem für alle Gebäude und Grundstücke im Landkreis die Potenziale für Photovoltaik und Solarthermie online abgerufen werden.

Der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge geht seinen „Wunsiedler Weg“ konsequent weiter. Der Aufbau regionaler Erzeugungskapazitäten, die Verknüpfung mit lokalen Abnehmern bis hin zur eigenen Wasserstoffproduktion mit Großspeichern zeigen, wie regionale Energiewende funktioniert.

Der Landkreis Neu-Ulm (bei der Verleihung nicht anwesend) setzt mit dem Fernwärmenetz der Fernwärme Weißenhorn GmbH ein zentrales Klimaschutzprojekt um. Der stetige Auf- und Ausbau hat bislang Einsparungen von 33.000 Tonnen CO2-Äquivalenten ermöglicht.

Das Energieteam des Marktes Scheidegg (Auszeichnung Gold) hat gemeinsam mit der Verwaltung eine einmalige Selbstbauaktion für Balkonsolaranlagen auf die Beine gestellt. Das Besondere: Alte PV-Module wurden upgecyclet. Erfolge gibt es auch im ÖPNV: Eine grenzüberschreitende Buslinie verbindet Scheidegg und Bregenz in Vorarlberg. Bereits zum zweiten Mal erhält der Markt Scheidegg den „European Energy Award“ in Gold. ❐

Erster Kabeleinzug in Bayern:

SuedOstLink wird Realität

TenneT erreicht mit dem ersten Kabeleinzug beim Gleichstromprojekt SuedOstLink einen weiteren Meilenstein für die Energiewende in Deutschland. Nachdem die Bundesnetzagentur am 27. September 2024 den Planfeststellungsbeschluss für den bayerischen Abschnitt C1 von Münchenreuth im Landkreis Hof bis Marktredwitz im Landkreis Wunsiedel erteilt hat, startete TenneT umgehend mit den Vorbereitungen. In diesem Bauabschnitt sind daher teilweise bereits die etwa 1,90 Meter tiefen Kabelgräben ausgehoben, Schutzrohre verlegt sowie Horizontalspürbohrungen ausgeführt. Mit dem ersten Kabeleinzug bei Münchenreuth startet nun eine wesentliche Bauaktivität in der Umsetzung dieses Schlüsselprojekts der Energiewende.

Tim Meyerjürgens, COO von TenneT, sagt: „Der erste Kabeleinzug für SuedOstLink markiert einen entscheidenden Schritt hin zu einem zukunftsfähigen Stromnetz, das unsere Versorgung sicherer, kostengünstiger und klimafreundlicher macht. Das Projekt wird gebaut und Realität – das ist Energiewende in der Umsetzung. Und genau mit diesem Tempo und Engagement müssen wir weitermachen, um die Energiewende in Deutschland erfolgreich umzusetzen.“

Bauablauf und logistische Meisterleistung beim Kabeleinzug

Der Bauablauf für SuedOstLink, an dem auch der Kabelhersteller Prysmian maßgeblich beteiligt ist, folgt einem präzisen und logistisch anspruchsvollen Zeitplan, der Grundlage für die sichere und nachhaltige Verlegung der Gleichstromkabel schafft. Zunächst werden die etwa 1,90 Meter tiefen Kabelgräben ausgehoben und die Schutzrohre verlegt, die die Stromkabel schützen. Anschließend werden die Kabelgräben wieder verfüllt.

Wo SuedOstLink Straßen, Gleise oder Flüsse kreuzt, kommen besondere Bau- und Verlegeverfahren zum Einsatz, wie zum Beispiel Spühlrohrverfahren (HDD), Pressbohrverfahren oder Mikrotunnelbauverfahren. Für diese Verlegeverfahren werden je nur eine Start- und Zielgrube als Anfangs- und Endpunkt sowie Flächen für die Baustelleneinrichtung benötigt.



Erdkabeleinzug von Kabeltrommel in Muffengrube.

Bild: TenneT

Die Kabeltrommeln werden vom Bayernhafen Regensburg oder Hafen Kelheim mittels Schwerlasttransport punktgenau zur Baustelle transportiert. Danach erfolgt der Kabeleinzug: dafür werden sogenannte Muffengruben ausgebaut. Die Kabel werden dort mithilfe einer Seilwinde in die Schutzrohranlage eingezogen und miteinander verbunden. Jeder Kabeleinzug entspricht der Länge einer Kabeltrommel von bis zu 1,7 Kilometern Länge. Nach Abschluss der Arbeiten wird die Muffengrube zurückgebaut und die Leitung ist vollständig unterirdisch.

Inbetriebnahme ab 2027

Im Laufe der nächsten Monate werden in den fertiggestellten Bauabschnitten sukzessive weitere Kabel eingezogen und fertiggestellt. Der gesamte Prozess ist auf eine möglichst unterbrechungsfreie und termingerechte Umsetzung ausgelegt, damit SuedOstLink ab 2027 in Betrieb gehen kann.

Der SuedOstLink wird nach seiner Fertigstellung Windstrom aus dem Norden und Osten Deutschlands in den Süden transportieren, aber auch Sonnenstrom aus Bayern in den Norden. Das Projekt stärkt die Versorgungssicherheit in ganz Deutschland, indem die neue Leitung große Strommengen transportieren und Netzengpässe auflösen kann, wodurch zusätzlich kostspielige Netzeingriffe vermieden werden. ❐



Grünwald nutzt das große Potenzial der Geothermie:

Spatenstich für das neue Werk Laufzorn II

„Grünwald hat gleich in mehrfacher Hinsicht Glück“, so eröffnete Grünwalds Erster Bürgermeister Jan Neusiedl seine Rede anlässlich des Spatenstichs für das neue Geothermie-Werk Laufzorn II, und fuhr fort: „Einmal gibt es bei uns in rund 4.000 Metern Tiefe eine Schicht mit Wassertemperaturen von fast 130 Grad Celsius und dann haben wir vor über 15 Jahren im Gemeinderat beschlossen, den Schatz unter unseren Füßen zu heben. Die Entscheidung für Geothermie in Grünwald fiel, als die Bundesregierung die enormen Möglichkeiten der Technik noch gar nicht richtig auf dem Radar hatte.“

Rund 200 Millionen Euro hat die Gemeinde Grünwald bisher investiert. – Für Bohrungen, das Heiz- und Stromkraftwerk in Laufzorn sowie in das inzwischen rund 110 km lange Fernheizwerk inklusive der Hausanschlüsse. Rechtzeitig und konsequent wurde auf das große Potenzial der Geothermie gesetzt. – Übrigens die umweltfreundlichste und effizienteste Art der Wärmeerzeugung und die beste Lösung der Energiewende.

Und die Nachfrage gibt Grünwald Recht. 2022 war der Anschluss von 100 Haushalten geplant, tatsächlich wurden 423 neue Verträge abgeschlossen. 2023 haben wir 170 Haushalte neu angeschlossen. Für 2024 rechnen wir mit rund 150 neu gebauten Anschlüssen.

Die heutige Anlage in Laufzorn wird den langfristigen Bedarf nicht mehr alleine decken können. Deshalb investiert die Gemeinde in eine zweite Tiefenbohrung, die auf der Anlage Laufzorn II entstehen wird.

Erfolgreiche Probebohrungen

Die geologischen Voruntersuchungen und die zu erwartenden Bohrergebnisse stimmen positiv. Unter strengen ökologischen Auflagen haben im Dezember 2023 die letzten intensiven Baugrunduntersuchungen stattgefunden, die im Ergebnis grünes Licht für die weiteren Planungen und Arbeiten gegeben haben. In diesem Frühjahr wurden erfolgreich Probebohrungen durchgeführt. Durch sie steht nun fest, dass der Untergrund bestens für eine sichere Bohrung geeignet ist. – Er muss künftig nicht nur das Fundament für die mehr als 700 Tonnen schwere Bohranlage tragen, sondern auch sicheres Arbeiten an der Tiefenbohrung gewährleisten.

Terminplan

Im Sommer wurde begonnen, den Bohrplatz sukzessive einzurichten, natürlich unter Einhaltung aller naturschutzrechtlichen Schutzmaßnahmen. Im Frühjahr 2025 wird mit der Bohrung bis zu einer Tiefe von rund 4.000 Metern begonnen werden. Nach Fertigstellung der letzten Bohrung und dem Abbau der Bohranlage kann voraussichtlich 2026 mit dem Bau der Obertageanlage und dem Bau des Heizwerks begonnen werden. Ab der Heizperiode 2027/2028 soll die Einspeisung ins Fernwärmenetz erfolgen.

Ist Laufzorn II in Betrieb, schafft Grünwald eine maximale Unabhängigkeit bei der Wärmeversorgung und die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern.

Andreas Lederle, Geschäftsführer der Erdwärme Grünwald, wird’s gleich ganz warm um‘s Herz, wenn er daran denkt, wie viele Hürden das Projekt bis jetzt schon genommen hat und welch große Schritte noch folgen. „Herzlichen Dank an die Gemeinde Grünwald, die einer Investitionssumme von rund 150 Millionen Euro zugestimmt hat. Vor allem auch dann, wenn es keine BEW-Förderung gegeben hätte.“

Staatliche Fördermittel

Frühzeitig hat sich die Erdwärme Grünwald mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und staatlichen Fördermitteln auseinandergesetzt. So konnten die komplexen Voraussetzungen für den Fördermittelantrag erarbeitet und eingereicht werden. Nach monatelanger Bewilligungspause kam im Sommer dieses Jahres die gute Nachricht: der Antrag zur Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) wurde bewilligt. Werden die Fördermittel ausgeschüttet, erhält die Erdwärme Grünwald 61 Millionen Euro, die zweckgebunden für Laufzorn II verwendet werden.

„Herzlich danke ich unseren Partnern, die uns bisher so erfolgreich unterstützt haben und bei den nächsten wichtigen Schritten begleiten werden. Ganz besonders danke ich der Firma Erdwerk, dem Planungsbüro für Geologie, der Firma Anger, die die Tiefenbohrung vornehmen wird, der Firma Pfaffinger, die für den Bohrplatzbau verantwortlich ist und nicht zuletzt dem Planungsteam von Drees & Sommer. Gemeinsam erweitern wir das jetzt schon größte geothermische Fernwärmenetz Zentraleuropas und schaffen Werte für die Zukunft. Uns allen, Glück auf!“ so Andreas Lederle. ❒



V.l.: Ferdinand Hülß, Projektleiter Erdwärme Grünwald; Katharina Klaffs, Erdwerk; Wolfgang Panzer, Bürgermeister von Unterhaching; Andreas Lederle, Geschäftsführer Erdwärme Grünwald; Jan Neusiedl, Grünwalds Erster Bürgermeister; Alexandra Keller, Projektsteuerung Drees & Sommer; Uwe Schindler, Anger. Bild: EWG

Bürgermeisterappell „Zusammen erfolgreich erneuerbar“:

Der Wind hat sich gedreht

Es war ein trüber Herbsttag, an dem der raue Wind auf der Trabelsdörfer Höhe, einem Höhenzug zwischen Main- und Aurachtal zu spüren war. Treffpunkt war das Windrad an der Straße zwischen Weiher und Trabelsdorf auf einer Höhe von 360 Meter. Vom dichten Nebel umhüllt waren die fast nicht zu hörenden Rotoren vom Lösel Windrad. Unüberschaubar war auch die im Bau befindliche 20 Megawatt PV- Anlage neben dem Windrad. Bei frostigen 6 Grad trafen sich auf Einladung des Mitinitiators des Bürgermeisterappells „Zusammen erfolgreich erneuerbar“, Altbürgermeister Helmut Krämer (CSU) aus Heiligenstadt und des Sprechers des Bürgermeisterappells, Bürgermeister Christian Porsch (Unabhängige Bürgervertretung, Speichersdorf) Pressevertreter und Fachleute im Windrad, um noch einmal aufzuzeigen, wie wichtig die Windkraft für das Gelingen der Energiewende, zu der es nach den Worten Krämers keine Alternative gibt, ist.

„Da müssen wir noch gewaltig zulegen“ so der Betreiber des Windparks, Roland Lösel in seinem Eingangsstatement. Roland Lösel zeigte die Vorteile der Windkraft am Beispiel seiner Anlage deutlich auf. Damals gab es auch Widerstände. Heute, und das bestätigten auch die Bürgermeister aus Lisberg, Michael Bergrab sowie die benachbarten Rathauschefs aus Matthias Krapp, Priesendorf und Regina Wohlpart, Viereth. Auch beim Landratsamt Bamberg sind keinerlei Beschwerden bekannt. Vieles von den Behauptungen gegen die Windkraft konnte widerlegt werden und habe sich als unwahr herausgestellt.

432 Unterzeichner

Bürgermeister Christian Porsch zeigte auf, was sich seit dem Bürgermeisterappell alles bewegt hat. Diesen Appell zur Beschleunigung der Energiewende haben im vorigen Jahr 432 Rathauschefs unterzeichnet. Bereits vorher war man aktiv, als es um die Änderung der in Bayern über ein Jahrzehnt gültigen 10 H-Regel ging. Durch diese Regelung ist die Windkraft ins Erliegen gekommen. Das hat sich geändert. Durch das Wind-an-Land-Gesetz gibt es strenge Flächenvorgaben für Windenergieanlagen. Bundesweit müssen es 2 Prozent sein. In Bayern sind es mindestens 1,8 Prozent der Landesfläche. In anderen Bundesländern ist es unterschiedlich, so gelten für manche Bundesländer bis 2032 sogar 2,2 Prozent.

Um diese Ziele zu erreichen, gab es Lockerungen beim Artenschutz, Natur- und Denkmalschutz. In Bayern sind alle 18 Planungsverbände unterwegs, um die Flächenziele zu erreichen.

Dabei sieht Altbürgermeister Krämer beim Ausbau der Windenergie große Chancen für die ländlichen Regionen. Die Diskussion an den Stammtischen und in der Gesellschaft haben sich gedreht. Das haben viele Bürgermeister erkannt und sich auf den Weg gemacht. Neben der Wertschöpfung (Pachteinnahmen, Gewerbesteuer, Bürgerbeteiligung bei den Anlagen) haben es die Kommunen in der Hand und können selbst Projekte auf den Weg bringen oder mit Projektpartner kooperieren, mit dem Ziel günstigen Strom für ihre Bürger anbieten zu können. Die Gemeinden können damit auch noch zusätzliche Einnahmen generieren, denn das Bayerische Beteiligungsgesetz soll Anfang 2025 in Kraft treten. Danach gehen zukünftig 0, 2 bzw. 0,3 Cent pro Kilowattstunde an die Kommunen. Deshalb ist die Flächensicherung durch die Kommunen das Gebot der Stunde. „Wer die Flächen hat, kann gestalten“ so Krämer.

Windpark in Weißenbrunn kurz vor der Umsetzung

Wie das funktionieren kann, demonstrierte Bürgermeister Jörg Neubauer (SPD) mit seinem Rathausmitarbeiter Marius Conci eindrucksvoll. Neubauer hat sich rechtzeitig auf den Weg gemacht, die Flächen zu sichern und steht mit seinem Windpark in der Gemeinde Weißenbrunn, Landkreis Kronach nach der EEG-Ausschreibung kurz vor der Umsetzung. Mit fünf Bürgerwindrädern der Firma Nordex mit einer Gesamtleistung von 34 Megawatt wird er seine Region mit umweltfreundlichem Strom versorgen können. Ziel aller Kommunen sollte sein, die Chancen des Windenergie-Ausbaues, gemeinsam nutzen, so Neubauer.

Windkümmerer als Berater der Gemeinden

Eine wichtige Aufgabe haben dabei die von der Bayerischen Staatsregierung eingesetzten Windkümmerer, die die Gemeinden beraten. Der für den westlichen Teil Oberfrankens zuständige Windkümmerer Hubert Tremel-Franz informierte über seine Aufgabe, Bürgerwindkraftanlagen in Vorranggebieten umzusetzen. Fast jede zweite Gemeinde in der Planungsregion Oberfranken-West, die die Landkreise Forchheim Bamberg, Lichtenfels, Coburg und Kronach umfasst beabsichtigt sich bei der Windkraft zu engagieren, so die Einschätzung von Altbürgermeister Krämer, der die Arbeit in vielen Planungsregionen kennt. Die Vorteile der Windkraft bei der Flächeninanspruchnahme sind für den Behördenleiter des Amtes für Landwirtschaft Bamberg, Konrad Schrottenloher klar auf der Hand. Die benötigte Fläche für eine 7 MW- Anlage beläuft sich auf nur ca. 3- 4.000 Quadratmeter. In der Konkurrenz zu Photovoltaik- Freiflächenanlagen ist die Windkraft unschlagbar.

Chance der Regionalplanung Wind nutzen

In den nächsten Tagen werden die mit den Gemeinden abgestimmten Flächen für die Vorranggebiete in den Regionalen Planungsverbänden Oberfranken- West und Westmittelfranken bekanntgegeben. Die anderen Planungsverbände werden folgen. Auch wenn es noch andere Baustellen bei der Energiewende, wie Netzausbau, Speicherkapazitäten usw. gibt, waren sich im Windrad in Trabelsdorf doch alle Kommunalpolitiker einig: Die Gemeinden müssen die Chance der Regionalplanung Wind nutzen und die Energiewende mitgestalten. ❒

„Biogas ist mehr! Aus der Landwirtschaft für Bayern“

Abschluss der bayernweiten Informationskampagne

„Die nächsten Jahre werden Schicksalsjahre für die Betreiber von Biogasanlagen. Wir fordern deshalb als Bayerische Staatsregierung den Bund schon lange auf, endlich die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass für die Landwirte ein auskömmlicher Weiterbetrieb möglich wird“, betonte die bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber zum Abschluss der bayernweiten Informationskampagne „Biogas ist mehr! Aus der Landwirtschaft für Bayern.“

Kaniber appellierte anlässlich des Fachgesprächs „Biogas ist Blühfläche! – Wildpflanzen als Substrat“ und des Besuchs einer Biogasanlage erneut in Richtung Berlin: „Die ständig ideologisch getriebene Diskriminierung der Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft durch den Bund ist eine ernsthafte Gefahr für die Energiewende! Wir brauchen aus Berlin endlich Erleichterungen für die Betreiber unserer Anlagen, sonst werden wir in naher Zukunft eine wichtigste Wertschöpfung für den ländlichen Raum verlieren.“

Vielen Anlagen droht das Aus

Die aktuellen Rahmenbedingungen für die bayerischen Anlagen haben sich dramatisch verschlechtert: Viele Anlagen verlieren in den nächsten Jahren die Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Ihnen droht dann mangels Wirtschaftlichkeit das Aus. Voll leistungsfähige Anlagen laufen Gefahr, nur noch als Investitions- und Bauruine zu bestehen. Konkret müsse laut Kaniber das Ausschreibungsvolumen der Bundesnetzagentur für Biomasseanlagen auf mindestens 1.200 Megawatt jährlich erhöht werden, denn die letzten Ausschreibungen waren dreifach überzeichnet. „Das bedeutet, dass zwei Drittel der Biogasanbieter eine Absage erhielten, obwohl sie unter dem festgelegten Höchstwert angeboten haben“, so die Ministerin.

Bayern drängt zudem auf eine deutliche Erhöhung des Flexibilitätszuschlags von 65 Euro auf 120 Euro, wenn die Anlage flexibel vor allem dann Energie liefert, wenn die Nachfrage im Netz höher ist. Außerdem fordert der Freistaat einen Klimazuschlag für besonders klimafreundliche Substrate, da diese für den Anlagenbetreiber mit höheren Kosten verbunden sind.

Die Agrarministerin hob in diesem Zusammenhang nochmals die Vorteile von Biogas hervor: „Biogas ist ein Mulitalent und elementarer Baustein der Energiewende in Bayern und kann nachhaltig aus nachwachsenden Rohstoffen Strom, Wärme oder Kraftstoff liefern. Und zwar auch dann, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht.“ Für Bayern stellt die Biogaserzeugung einen wichtigen und zudem, grundlastfähigen Baustein der Energiewende dar und sorgt für Wertschöpfung im ländlichen Raum. Jede vierte deutsche Biogasanlage steht in Bayern. Aktuell gibt es in Bayern 2.750 Biogasanlagen mit einer elektrischen Leistung von 1.450 Megawatt. Das entspricht ungefähr der Leistung des Kernkraftwerks Isar 2, das seit dem vergangenen Jahr nicht mehr am Netz ist.

Um die vielfältigen Möglichkeiten der Biogaserzeugung bekannter zu machen, hat das Landwirtschaftsministerium das Centrale Agrar-Rohstoff Marketing- und Energie-Netzwerk (C.A.R.M.E.N. e.V.) beauftragt, im Jahr 2024 eine Informationskampagne durchzuführen. In Fachgesprächen in allen Regierungsbezirken sowie bei Messeauftritten und in den Sozialen Medien wurde über Biogas im Öko-Landbau, alternative Substrate wie zum Beispiel Blüh- und Wildpflanzen oder Gülle, Güllekleinanlagen sowie Gärproduktmanagement informiert. C.A.R.M.E.N. e.V. ist die Koordinierungsstelle für Nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien mit Sitz im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing. ❒

Holzhackschnitzel richtig lagern

Der Klimawandel hat die bayerische Forstwirtschaft fest im Griff: Auf Stürme und Hitze folgt meist der Borkenkäfer - das führte auch im vergangenen Jahr erneut zu hohen Schadholzmengen. Mit dem Häckseln von Waldrestholz haben Waldbesitzende eine effektive Maßnahme zur Hand, die weitere Ausbreitung des Borkenkäfers einzudämmen.

Doch was ist eigentlich für eine fachgerechte und ordnungsgemäße Lagerung der Holzhackschnitzel zu beachten? Auf häufig gestellte Fragen gibt die LWF mit ihren neuen „FAQs zur Lagerung von Holzhackschnitzeln“ die richtige Antwort.

Rund 8 Mio. Kubikmeter Holzhackschnitzel stellte die bayerische Forstwirtschaft im Jahr 2023 bereit. Ein großer Teil dieser Menge fällt unplanmäßig im Sommer an und somit zeitlich entkoppelt vom tatsächlichen Brennstoffbedarf in den Biomasseheizwerken. „Aus Waldschutzgründen ist es jedoch häufig notwendig, das vom Borkenkäfer befallene Waldrestholz umgehend zu häckseln und somit eine weitere Ausbreitung der Borkenkäfer zu verhindern“, erklärt Dr. Peter Pröbstle, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft.

Bis zur Verbrennung werden die Holzhackschnitzel daher oft für einige Monate im Wald oder am Waldrand gelagert. Dabei sind Hackschnitzel der Witterung ausgesetzt: Mit dem Niederschlagswasser können organische Verbindungen aus dem Hackschnitzelhaufwerk über das Sickerwasser in Boden und Gewässer eingetragen werden.

FAQs geben nützliche Informationen

Um eine ordnungsgemäße Lagerung der Hackschnitzel auch unter Berücksichtigung der wasserrechtlichen Anforderungen zu unterstützen, haben die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) und das Landesamt für Umwelt (LfU) gemeinsam die „FAQs zur Lagerung von Holzhackschnitzeln“ erarbeitet.

Hier finden alle Akteure und Interessierte rechtliche Hinweise darauf, welche Belange des Wasserrechts und Naturschutzes zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus geben die FAQs nützliche Informationen zur fachgerechten Lagerung und zu den technischen Anforderungen, die Lagerplätze für Holzhackschnitzel erfüllen müssen. Eine Übersicht der zuständigen Ansprechpartner erleichtert und beschleunigt die Klärung von Fachfragen.

Link zur Internetseite „FAQs zur Lagerung von Holzhackschnitzeln“: https://s.bayern.de/faq_hackschnitzellagerung ❒

Landesverbandsversammlung des LFV Bayern in München:

Im Zeichen des Katastrophenschutzes

Angesichts immer häufigerer Hochwasserlagen und Waldbränden stand auch die 31. Landesverbandsversammlung des LFV Bayern in München ganz im Zeichen des Katastrophenschutzes. „Die Feuerwehren in Bayern sind gut aufgestellt", unterstrich Verbandsvorsitzender Johann Eitzenberger. Auch in der Hochwasserlage im Juni, in der die Freiwilligen Feuerwehren den Großteil der Fluthelfer stellten, habe man nicht die Grenzen des Leistbaren überschritten.

Die rund 330.000 Feuerwehrdienstleister haben 2023 im Freistaat laut Eitzenberger über 29 Millionen Einsatzstunden geleistet – den Großteil davon die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehren. Mehr als 293.000mal wurden die Aktiven alarmiert. Die in Häufigkeit und Schwere zunehmenden Extremwetterereignisse zeigten sich damit auch in den Einsatzzahlen immer deutlicher.

Round Table-Gespräch

Gleichwohl wurde insbesondere im Impulsreferat von Dr. Konstantinos Tsetsos, Head of Foresight an der Universität der Bundeswehr München, deutlich, wie stark sich die Welt derzeit wandelt und welche großen Herausforderungen damit auch auf Bayern und die bayerischen Feuerwehren zukommen werden. In einem Round Table-Gespräch diskutierten Johann Eitzenberger, Innenminister Joachim Herrmann, Dr. Konstantinos Tsetsos (Head of Foresight an der Universität der Bundeswehr München), Prof. Dr. Markus Bresinsky von der Ostbayerischen Technische Hochschule Regensburg, Marc Kuntz, Mitglied der Geschäftsführung der Magirus GmbH und KBR Markus Barnsteiner, Vorsitzender des Bezirksfeuerwehrverbandes Schwaben, die Zusammenarbeit und die Herausforderungen im Katastrophenschutz, Zivilschutz und Bevölkerungsschutz.

Verbesserungsbedarfe

Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass es einer noch strukturierteren organisationsübergreifenden Zusammenarbeit bedarf, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Auch in den Strukturen – ob bei behördlichen Einrichtungen, rechtlichen Rahmenbedingungen oder den Informationssystemen für den Einsatzfall – wurden Verbesserungsbedarfe gesehen.

Katastrophenschutz Bayern 2025

Das in enger Abstimmung mit dem LFV Bayern und weiteren Hilfsorganisationen entstandene Konzept „Katastrophenschutz Bayern 2025" des Freistaats Bayern enthält bereits zahlreiche Nachjustierungen dieser Stellschrauben, wie auch Innenminister Joachim Herrmann darlegte. „Jetzt gilt es, dieses Konzept mit aller Kraft in die Umsetzung zu bringen", formulierte Eitzenberger den eindringlichen Wunsch der bayerischen Feuerwehrführungskräfte. Im Rahmen der Landesverbandsversammlung eröffnete Herrmann die Feuerwehraktionswoche 2024, die heuer unter dem Motto „Nutze deine Stärken. Verändere deine Welt" stand und darauf aufmerksam machte, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger gewinnbringend bei den bayerischen Feuerwehren einbringen kann.

Unverzichtbarer Beitrag zur Sicherheit

„Mit dieser großartigen Initiative stellen wir jedes Jahr die wichtige Arbeit der Feuerwehrfrauen und -männer im Freistaat in den Mittelpunkt. Sie leisten – weit überwiegend ehrenamtlich – einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger", so der Minister. „Man muss nicht besonders stark, groß oder technisch versiert sein, um zu helfen und Teil eines starken Teams zu sein. Wirklich jeder findet seinen Platz in der Feuerwehr", hob Herrmann hervor.

Seinen Ausführungen zufolge engagiert sich mit 96 von 100 Feuerwehrleuten der weit überwiegende Teil der Mitglieder ehrenamtlich: „Sie setzen sich neben der regulären Arbeit, der Familie und ihren weiteren Hobbies in ihrer Freizeit für ihre Mitmenschen ein. Das ist alles andere als selbstverständlich." Damit die Zahl der Feuerwehrleute auch für die nächsten Jahre und Jahrzehnte auf konstantem Niveau bleibt, sei es wichtig, die Werbetrommel kräftig zu rühren. „Genau das macht die Feuerwehraktionswoche und ich bin überzeugt, damit finden wir viele Menschen, die sich für das Ehrenamt in der Feuerwehr begeistern lassen", so Herrmann.

Zahlreiche Talente kommen zum Einsatz

Ob berufliches Fachwissen aus den unterschiedlichsten Branchen oder persönliche Eigenschaften wie Neugier oder Organisationstalent, der Wunsch zu helfen oder die Faszination für Technik: In den Freiwilligen Feuerwehren kommen laut Eitzenberger zahlreiche Talente zum Einsatz. Alle könnten durch ihr Engagement Positives bewirken: das eigene Umfeld, die eigene Gemeinde und damit die eigene Welt mitgestalten, ob im Einsatzfall oder im Vereinsleben. Doch das Ehrenamt ändere nicht nur viel für andere, sondern auch viel für die Menschen selbst, die Feuerwehrdienst leisten: „Neue Erfahrungen und neue Kontakte tragen viel zur persönlichen Entwicklung bei und können den Blick auf sich selbst und die Welt ändern", unterstrich der Verbandschef.

Ein besonderer Höhepunkt war auch in diesem Jahr die bayernweite Lange Nacht der Feuerwehr. Rund 200 Feuerwehren beteiligten sich erneut an der bayernweiten Aktion und boten den Bürgern vor Ort die Möglichkeit, die eigene Feuerwehr hautnah zu erleben. **DK**

Tombola-Erlös fließt in „Herzenswunsch-Krankenwagen"

Spende an Malteser Herzenswunsch-Projekt

Kulmbach. Große Freude bei den Maltesern in Oberfranken: Der Erlös einer Tombola, die die bundesweite Brustkrebsinitiative „Wir lieben das Leben" initiiert hatte, wurde komplett an das Malteser-Projekt „Herzenswunsch-Krankenwagen" gespendet. Die stolze Summe von 2.740 Euro ermöglicht es den Maltesern, letzte Herzenswünsche schwerkranker Menschen zu erfüllen. „Wir sind überwältigt von der Großzügigkeit der Menschen und sagen von Herzen Danke. Diese Spende hilft uns, Menschen Freude zu schenken und letzte Wünsche zu erfüllen", betont die stellvertretende Projektleiterin Jutta Sendner-Rau.

Der Aktionstag der Initiative in der Kulmbacher Dr.-Stammberger-Halle stand ganz im Zeichen der Brustkrebsaufklärung. In Vorträgen konnten sich Betroffene informieren, während an verschiedenen Ständen Informationsmaterial bereitgestellt wurde. Eine Modenschau sowie Workshops rundeten das Programm ab und boten Tipps für den Alltag, wie etwa zum Schminken nach einer Krebsbehandlung. Auch die Malteser waren mit ihrem Herzenswunsch-Team aus Kulmbach und Bamberg vor Ort. Mit ihren speziellen Herzenswunsch-Fahrzeugen (Kranken- und Rettungswagen) stellten sie ihr Projekt vor. „Wenn keine Zeit mehr bleibt, dann versuchen wir, Zeit zu schenken und letzte Herzenswünsche zu realisieren. Ob ein besonderer Ort, ein letztes Treffen mit Familie oder Freunden, oder das Meer oder die Berge noch einmal sehen – wir möchten Menschen in ihrer letzten Lebensphase begleiten", erklärte Jutta Sendner-Rau weiter.



Das Malteser Herzenswunsch-Team freut sich über die großzügige Spende von „Wir lieben das Leben". Bild: Malteser Kulmbach

Initiative „Wir lieben das Leben"

Die Initiative „Wir lieben das Leben" ist eine bundesweite Aktion zur Aufklärung über Brustkrebs und zur Unterstützung von Betroffenen. Sie bietet Plattformen für den Austausch, organisiert Informationsveranstaltungen und setzt sich dafür ein, das Bewusstsein für Früherkennung und Prävention zu schärfen. Mit vielfältigen Angeboten sollen nicht nur Betroffene, sondern auch ihre Angehörigen und Freunde gestärkt und unterstützt werden.

Spendenhinweis

Das Team freut sich über jede Spende für den Herzenswunsch-Krankenwagen.

Mehr dazu unter: www.malteser-bamberg.de Spendenkonto: Pax Bank, IBAN: DE80 3706 0120 1201 2030 20, BIC: GENODED1PA7. ❐



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Übung. Bild: Anna Schuber

Landkreis Donau-Ries

Übung eines Großschadens-Ereignisses bei der Firma Dehner

Gemeinsam mit der Staatlichen Feuerwehrschule Geretsried erprobten die Führungsgruppe Katastrophenschutz des Landratsamts Donau-Ries (FüGK), die Katastrophenschutzeinheiten des Landkreises sowie Führungskomponenten bzw. Fachberater der Polizei, des THW, der freiwilligen Hilfsorganisationen sowie der Bundeswehr im Rahmen einer sog. Stabsrahmenübung die Bewältigung eines Großschadensereignisses bei der Firma Dehner in Rain am Lech. Als fiktives Übungsszenario diente ein Gefahrgutunfall mit einem LKW und einem elektrischen Stapler.

Um möglichst realitätsnah zu üben, wurden u. a. die Meldewege exakt eingehalten und dazu eigens ein Übungsfunksystem eingerichtet, über das die Übungsleitung das Szenario steuern und die übenden Einheiten wie bei einem Echteinsatz miteinander kommunizieren konnten.

So wurde zunächst der zuständige Kreisbrandinspektor zusammen mit den nach der Alarmierungsplanung eingesetzten Feuerwehren von der Integrierten Leitstelle in Augsburg zu einem Unfall bei der Firma Dehner alarmiert. Sogleich machte er sich – vermittelt durch entsprechende Einspielungen der Übungsleitung – ein Bild von der fiktiven Lage vor Ort und informierte telefonisch einen Ansprechpartner der Führungsgruppe Katastrophenschutz. Zwischenzeitlich hatte laut Übungsszenario das auf dem LKW geladene Gefahrgut zu brennen begonnen und auf die Lagerhalle übergegriffen.

Verschiedene Hilfsorganisationen erforderlich

Zur Bewältigung des Schadensszenarios waren daher weitere Kräfte der verschiedenen Hilfsorganisationen erforderlich, die der Koordinierung durch einen sog. „Örtlichen Einsatzleiter" bedurften. In dieser Funktion bestätigte der Ansprechpartner FüGK den bereits im Einsatz befindlichen Kreisbrandinspektor. Zugleich wurde durch den Ansprechpartner die vollständige FüGK nebst externer Fachberater (Polizei, BRK, THW, usw.) einberufen. Auch Vertreter der Firma Dehner wurden sowohl in die Örtliche Einsatzleitung als auch die FüGK einbestellt. Die einzelnen Arbeitsbereiche wie Sichtung, Maßnahmen zur Einsatzbewältigung oder Bevölkerungsinformation und Medienarbeit nahmen umgehend ihre Arbeit auf. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der FüGK war u. a. die Entscheidung über und die Vorbereitung einer möglichen Evakuierung betroffener Ortsbereiche der Stadt Rain. Grundlage für die Einsatzabwicklung war insbesondere ein bereits vorbereiteter externer Notfallplan für den Betrieb Dehner. Während der gesamten Übungszeit wurden stündlich Lagebesprechungen einberufen. Abschließend wurde auf einer fiktiven Pressekonferenz über den Gefahrgutunfall berichtet.

Die Ausbilder der Staatlichen Feuerwehrschule aus Geretsried entwarfen nicht nur das Übungsszenario, sondern beobachteten auch die einzelnen Akteure, um Verbesserungspotenzial aufzeigen zu können.

Strukturen weiter festigen

„Diese Übung war eine gute Gelegenheit, eingespielte Strukturen weiter zu festigen und durch den Blick von außen Schwächen ausfindig zu machen", so die stellvertretende Landrätin Claudia Marb, die während der gesamten Übungszeit mit im Übungseinsatz war. ❐



Feuerwehrführungskräftetagung in der Oberpfalz. Bild: Regierung Oberpfalz

Austausch, Aussprache und Vernetzung der Brandschützer:

Herbsttagung der Oberpfälzer Feuerwehrführungskräfte

Kümmersbruck/Theuern. Was bewegt die Feuerwehren der Oberpfalz? Bei der Herbsttagung der Feuerwehr-Führungskräfte standen der Austausch über aktuelle Entwicklungen, zukünftige Themen und Katastropheneinsätze der vergangenen Monate auf dem Programm.

Neben zahlreichen Inspektoren und Räten der Oberpfälzer Feuerwehren, Vertretern der Leitstellen, von THW und Werksfeuerwehrverband begrüßte Regierungspräsident Walter Jonas u.a. Ministerialrat Matthias Ott vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, den Vorsitzenden des Bezirksfeuerwehrverbandes, Kreisbrandrat Jürgen Kohl, Polizeivizepräsident Robert Fuchs sowie den Schulleiter der Staatlichen Feuerwehrschule Regensburg, Rainer Emmerich.

Erfahrungsaustausch

Diskutiert wurde nicht nur die Novellierung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes, das u.a. die Anhebung der Altersgrenze für den aktiven Feuerwehrdienst über das 65. Lebensjahr hinaus vorsieht. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik und Erfahrungen aus Einsatzlagen wie Hochwasser und Waldbrandbekämpfung waren bestimmende Themen.

Türen stehen offen

Der regelmäßige Austausch, den die Regierung der Oberpfalz jedes Frühjahr und jeden Herbst organisiert, sei ein wichtiges Forum zur Aussprache und für die Arbeit der rund 43.000 aktiven Freiwilligen im Regierungsbezirk, so Regierungspräsident Walter Jonas: „Wir alle verlassen uns auf unsere Feuerwehren, die jederzeit versuchen, Gefahren für uns alle zu verhüten oder zu bekämpfen. Wir wollen daher auch wissen, wo der Schuh drückt und welche Herausforderungen für unsere Feuerwehren bestehen. Die Türen der Regierung stehen jederzeit offen und wir versuchen zu unterstützen, wo es nur möglich ist." ❐

GZ ZU GAST BEI ...


Fotostudio Kraus, Oberviechtach

Anita Forster

Erste Bürgermeistein der Gemeinde Dieterskirchen

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich darf als Erste Bürgermeisterin die Anliegen der Gemeinde Dieterskirchen mit 1.035 Einwohnern vertreten.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit 1. Mai 2020 bin ich als ehrenamtliche Bürgermeisterin für die Gemeinde unterwegs.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich bin tätig als Religionslehrerin im Kirchendienst an der Grund- und Mittelschule in Neunburg vorm Wald. Das mache ich nach wie vor sehr gerne. Allerdings habe ich mein Stundenmaß auf etwa halbtags reduziert. So gelingt es mir relativ gut beiden Aufgaben gerecht zu werden, zumal der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft ebenfalls in Neunburg vorm Wald ist.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Eine Aussage unseres Altbürgermeisters hat mich dazu bewegt, als Bürgermeisterin zu kandidieren. Bei seiner Aussage: „Wenn i am Kindergarten vorbeifahr, dann gfrei i mi!“ konnte man diese Freude wirklich spüren, selbst wenn ihn das Bauprojekt noch so manchen Nerv gekostet hat.

Das war die gesuchte Antwort auf meine innerliche Frage: Warum soll man sich dieses – doch sehr fordernde – Amt „antun“, zumal man sich als Fachfremde in viele Aufgabenbereiche einarbeiten muss?

Es lohnt sich! Wenn man für die Gemeinde etwas schafft, worüber man sich dann aus tiefstem Herzen freuen kann. Und die eindeutige Bilanz unseres Altbürgermeisters nach 24 Dienstjahren war, dass die schönen Momente überwiegen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Da ich zuvor noch nicht einmal Mitglied des Gemeinderates war, habe ich die öffentlichen Gemeinderatssitzungen besucht, sowie eine öffentliche Sitzung in der Verwaltungsgemeinschaft.

Ich habe mich in die Geschäftsordnung eingearbeitet und mich in grundsätzliche Themen eingelesen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Das Herausforderndste war für mich Sachen an andere abzugeben, die ich bislang gerne gemacht habe. So zum Beispiel die Gartenarbeit an meinen Mann, die Übernahme der Chorleitung durch eine geeignete Nachfolgerin usw.

Auch anfallende Arbeiten noch mehr zu delegieren – und nicht alles selbst zu machen – musste ich mir stärker aneignen, um über die Runden zu kommen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Die Ertüchtigung unserer Kläranlage, die Erschließung eines neuen Baugebiets, sowie mein Herzensprojekt: die Erstellung eines neuen Heimatbuchs genießen aktuell Priorität. Und natürlich noch vieles mehr.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Umsetzung eines größeren Windparks in unserer Gemeinde wird uns in den kommenden Monaten noch verstärkt fordern. Die Form der Bürgerbeteiligung sowie der Gemeinde gilt es aktuell abzustecken.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Planen Sie „Termine“ für ihre Familie mit ein! Für eine gemeinsame Unternehmung darf man schon mal einen Tag vorab im Terminkalender blocken. Sie werden merken, wie oft Sie bei Terminvereinbarungen, sonst wieder etwas anderes drinstehen hätten.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Zum Beispiel mit einem Ideenwettbewerb, einem Umfragebogen fürs Heimatbuch, oder auch schon mal mit einer Abstimmung auf Instagram, ob eine Fläche als wilde Blühfläche oder gepflegte Rasenfläche im Ortskern angelegt werden soll. So biete ich Möglichkeiten sich einzubringen.

Die Einbeziehung des Gemeinderats und der zuständigen Sachbearbeiter mit gemeinsamen Ortsterminen ist mir ebenfalls wichtig, sowie der regelmäßige Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

KI oder AI wird sich künftig noch massiver auf den Verwaltungsprozess auswirken, sowohl unterstützend als auch risikobehaftend.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Ein Spruch von Don Bosco trifft es ziemlich gut: „Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen!“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als eine, die sich gekümmert hat ... und mit der man gemeinsam was in der Gemeinde bewegt und weitergebracht hat. ❐


Klimaschutznetzwerktreffen in Bodenmais: Klimaschutzkoordinatorin des Landkreises Regen Gudrun Unrecht (2.v.r.) und Klimaschutzmanager Alexander Achatz (8. v. r.) zusammen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Bild: Lisa Göstl

Gemeinsame Sache für den Klimaschutz

Zweites Netzwerktreffen der örtlichen Gemeinden im Landkreis Regen

Klimaschutz erfordert Zusammenarbeit, gerade auf kommunaler Ebene. Vor diesem Hintergrund kamen kürzlich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der 24 Kommunen im Landkreis Regen zu einem zweiten überbrückenden Klimaschutznetzwerktreffen zusammen. Eingeladen vom Landkreis Regen und dem Markt Bodenmais, tauschten sich die Teilnehmenden im Sitzungssaal des Rathauses Bodenmais über drängende Fragen der Energiewende und des Klimaschutzes aus.

Bereits in der Vergangenheit haben sich die Kommunen des Landkreises Regen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative zu einem Ressourceneffizienz-Netzwerk zusammengeschlossen. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz verfolgte das Netzwerk in den letzten Jahren das Ziel, Handlungsoptionen im Klimaschutz zu identifizieren, Ressourcen effizient zu nutzen und den Erfahrungsaustausch zu fördern. Da die Förderphase des Netzwerks am 31. Dezember 2023 endete, bietet der Landkreis Regen seit diesem Jahr eine überbrückende Netzwerklösung an, um die gemeinsamen Anstrengungen nahtlos fortzusetzen.

Aktuelle Fördermöglichkeiten und neue Vorhaben im Fokus

Ein zentrales Thema des Treffens war die Vorstellung aktueller Fördermöglichkeiten und gesetzlicher Neuerungen. Vorgestellt wurden unter anderem die neue Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative und das neue Klimaanpassungsgesetz des Bundes. Klimaschutzmanager des Landkreises Alexander Achatz ging auf den aktuellen Stand bei der Gründung der Arberland Energie GmbH ein. Mit dieser Gesellschaft, die zum 1. Januar 2025 ihre Geschäftstätigkeiten aufnehmen wird, wollen der Landkreis und 18 kreisangehörige Kommunen Projekte zur erneuerbaren Energieerzeugung entwickeln und dabei gleichzeitig die regionale Wertschöpfung ins Auge fassen.

Klimaschutzkoordinatorin Gudrun Unrecht präsentierte darüber hinaus mehrere Projekte, die derzeit umgesetzt werden. So wird für sieben Kommunen aktuell eine detaillierte Energie- und CO2-Bilanz erstellt; die restlichen Gemeinden folgen 2025: „Ziel ist es, dass jede Gemeinde oder Stadt im Landkreis Regen über eine Bestandsaufnahme verfügt, um im Nachgang in die Maßnahmenentwicklung zu gehen und zudem auch den lokalen Energie- und Wärmeverbrauch jährlich im Blick halten zu können“, so Unrecht. Auch die Schulen und Kitas profitieren von neuen Initiativen. Die Projekte „Klimaspürnasen“ und die Auszeichnung als „Klimaschule Bayern“ vermitteln den Kleinsten erste Grundlagen zum Klimaschutz.

Zudem gibt es zwei neue Projekte: Mit der „Energiekarawane“ soll in Zusammenarbeit mit dem Verbraucherservice Bayern die Energieberatung aktiv in ausgesuchten Siedlungen innerhalb einzelner Gemeinden angeboten werden. Parallel dazu wurde die „Zukunftsschmiede Arberland“ ins Leben gerufen, eine Schulungsreihe für Verwaltungsmitarbeitende. Das Azubi-Projekt „Kommunale Klimascouts“ ist ein weiteres Beispiel für die nachhaltige Nachwuchsförderung im öffentlichen Dienst.

Projekte der Gemeinden

In der anschließenden Diskussionsrunde standen die Projekte der Gemeinden selbst im Vordergrund. So wird die Kommunale Wärmeplanung in der ILE Grüner Dreiberg bald abgeschlossen sein, und in Ruhmannsfelden läuft ein wegweisendes Modellprojekt an, bei dem aus Klärschlamm zuerst Wasserstoff und anschließend grüner Strom gewonnen wird – eine vielversprechende Möglichkeit zur regenerativen Energieerzeugung.

Nach dem theoretischen Teil im Sitzungssaal lud Jürgen Völkl von den Bayerischen Staatsforsten zu einer Führung durch das Biomasseheizwerk Waldenergie Bodenmais ein. Von dort aus werden seit dem Bau im Jahr 2010 zahlreiche private und gewerbliche Kunden im Ortskern von Bodenmais mit nachhaltiger Wärme aus Hackschnitzeln versorgt. Angesichts des gemeinsamen Austauschs und der gewonnenen Einblicke konnten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister neue Ideen für den Klimaschutz und die Energiewende in der eigenen Kommune mit nach Hause nehmen. ❐

Sonnenstrom für Plattling

Solarpark Plattling Pielweichs II bringt regionale Energiewende voran

Der Solarpark Plattling Pielweichs II ist nach nur wenigen Monaten Bauzeit offiziell in Betrieb gegangen. Die Anlage setzt ein starkes Zeichen für nachhaltige Energieerzeugung in der Region.

Hans Schmalhofer, 1. Bürgermeister der Stadt Plattling, freut sich über den neuen Solarpark: „Unser Ziel ist es, die Energiewende auf regionaler Ebene voranzutreiben und so einen direkten Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung vor Ort zu leisten. Mit dem Solarpark gehen wir einen weiteren, wichtigen Schritt, denn wir produzieren eigenen Ökostrom, der über unsere Stadtwerke Plattling an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt vermarktet wird.“

2.300 Haushalte

Mit insgesamt 8.332 Modulen ist eine Gesamtleistung von 5,0 MWp installiert – das deckt in etwa den Jahresverbrauch von 2.300 Haushalten mit grünem Strom und spart jährlich rund 2.150 Tonnen CO2 ein.


Offizielle Eröffnung des Solarparks Plattling Pielweichs II (v.l.): Stefan Kopp (Werksleiter Stadtwerke Plattling), Georg Sterner (CFO Solea GmbH), Hans Schmalhofer (1. Bürgermeister Stadt Plattling), Johanna Vaitl-Simon (Grundstückseigentümerin), Josef Lipp (Fachbereichsleiter ESB), Josef Färber (stellv. Landrat Deggendorf), Andre Schwihel (Geschäftsführer ESB EE). Bild: ESB

Naturverträgliche Umsetzung

Der Solarpark befindet sich etwas außerhalb der Stadt, unterhalb des Plattlinger Stadtteils Pielweichs. Von Anfang an stand eine naturverträgliche Umsetzung der Anlage im Mittelpunkt. Daher wurden großzügige Ausgleichsflächen geschaffen, die etwa die gleiche Größe wie die Grundfläche des Solarparks haben. Diese geschützten Flächen bieten der Natur und den Tieren wertvolle Rückzugsräume. Das Projekt fördert damit die Biodiversität in der Region.

Drei starke Projektpartner

Der Solarpark Plattling ist ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Plattling/ Stadtwerke Plattling, der Solea GmbH und der Energie Südbayern GmbH, die sich bereits im Juli 2022 zu einer gemeinsamen Betreibergesellschaft zusammengeschlossen haben – der Solarpark Plattling GmbH & Co. KG. Die Partner eint die regionale Verbundenheit, technisches Know-how und ein hohes Maß an Nachhaltigkeitsbewusstsein, was zur erfolgreichen Projektumsetzung geführt hat. ❐


25 Jahre CSU-Senioren in Fürth-Stadt und -Land; v.l.: Stv. SEN-Landesvorsitzender Raimund Fries, Fürths Alt OB Wilhelm Wenning, SEN-Bezirksvorsitzende Marion Plaschka, Dr. Günther Beckstein, MdL Werner Stieglitz, Marga Hetzner, MdB Tobias Winkler, CSU Kreisvorsitzender Matthias Dießl, MdL a.D. Hans Herold, Bezirksrat Michael Maderer und Dietmar Helm, Dritter Bürgermeister der Stadt Fürth. „Nicht die Demokratie ist schlecht, sondern Parteien, die keine ordentliche Politik machen“, so Dr. Günther Beckstein in der Festrede. Bild: pmw

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Erfolgsgeschichten als Mutmacher

Verleihung der oberpfälzischen und niederbayerischen Integrationspreise

Großer Festakt im Spiegelsaal der Regierung der Oberpfalz: Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Karl Straub, und Regierungspräsident Walter Jonas zeichneten gemeinsam fünf Oberpfälzer Initiativen und Privatpersonen aus. Der erste Platz mit einem Preisgeld in Höhe von 2.000 Euro ging an den „Sprachtreff für Frauen und Mütter" des Arbeitskreises Integration Lappersdorf im Landkreis Regensburg. Den zweiten Preis mit einem Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro gewann Reinhold Birner für die Organisation und Durchführung zahlreicher integrativer Projekte. Das Gemeinschaftsprojekt „Willkommensrundgang" aus Weiden i. d. OPf., das „NesT"-Team aus Neutraubling im Landkreis Regensburg sowie das „Welt-Café" in Cham landeten auf Platz 3 und wurden jeweils mit 500 Euro bedacht.

Im Jugendzentrum der Marktgemeinde Lappersdorf wird für geflüchtete Frauen und Mütter zweimal wöchentlich ein ehrenamtlicher Deutschkurs abgehalten. Zugleich wird während der Unterrichtszeit für die Betreuung der Kinder durch ehemalige Teilnehmerinnen oder ehrenamtlich Tätige Sorge getragen, dass sich die Lernenden auf den Unterricht konzentrieren können. Seit dem Beginn im Oktober 2018 erfreut sich das Projekt eines guten Zuspruchs und hat dazu beigetragen, die Teilnehmerinnen in ihrer Selbstständigkeit zu fördern und diese auf den Alltag vorzubereiten. Für das niederschwellige Angebot ist es nicht erforderlich, einen vorherigen Antrag zu stellen oder sich gesondert anzumelden.

Bedürfnisorientiert

Seit 2015 organisiert und führt Reinhold Birner im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab und in der Stadt Weiden i. d. OPf. zahlreiche Projekte durch. Sein Einsatz reicht von Tagesausflügen und langfristiger Intensivbetreuung über Wohnungsvermittlung und Krankheitsunterstützung bis hin zur Jobvermittlung und behördlichen Schriftverkehrshilfe. Ein Schwerpunkt seines Engagements liegt darin, die Lebenssituation geflüchteter Kinder durch altersgerechte Förderung in den Bereichen Kultur, Sport, Musik, Schule und Bildung zu verbessern – schnell und unbürokratisch, angepasst an die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen. Ein weiteres Ziel ist die gesellschaftliche Teilhabe dieser Kinder, die durch Ausflüge und spielerische Unterstützung gefördert wird. Teile dieser Maßnahmen realisiert Birner gemeinsam mit lokalen Partnern.

Wertschätzung erfahren

Seit September 2023 erleichtert ein Stadtrundgang Migrantinnen und Migranten das Ankommen in Weiden i. d. OPf. Dabei erfahren sie Wertschätzung und lernen eine für sie oft neue Normalität kennen. Das Projekt wird gemeinsam mit der Diakonie, der Stadtverwaltung sowie dem Integrationsbeirat umgesetzt und durch mehrere Ehrenamtliche unterstützt. Der Rundgang beleuchtet die Geschichte von Flucht und Vertreibung in verschiedenen Epochen (u.a. Dreißigjähriger Krieg, Holocaust) und stellt lokale Einrichtungen wie das Integrationsbüro, die Bibliothek, das Café farbenfroh und eine syrische Kaffeerösterei vor – wichtige Orte für eine erfolgreiche Eingewöhnung in Weiden. Die Inhalte werden in einfacher Sprache vermittelt, so dass auch auf Erfahrungen und Hintergründe der Herkunftsländer eingegangen werden kann.

Neustart im Team

Bei „NesT" (Abkürzung für „Neustart im Team") handelt es sich um ein Aufnahmeprogramm des Bundes, das zunächst im Mai 2019 als Pilotprojekt vorgestellt und nun als reguläres Verfahren verstetigt wurde. Das hierbei zugrunde liegende Wesensmerkmal besteht in der finanziellen und ideellen Unterstützung von Schutzsuchenden durch die Zivilgesellschaft, um diesen eine Neuansiedlung als sog. Resettlement-Flüchtlinge zu ermöglichen. Vor der Einreise bilden mindestens vier Ehrenamtliche eine Mentoring-Gruppe, die bei der Integration, der Wohnungssuche und der Übernahme der Nettokaltmiete unterstützt.

Unterstützung durch Mentoring

Seit 2019 hat in diesem Fall das sechsköpfige Team aus Neutraubling eine syrische Familie mit drei Kindern intensiv betreut. Neben der Beschaffung von Spendengeldern wurde die Renovierung und Einrichtung eines Hauses sowie die Nettokaltmiete für 24 Monate übernommen. Die Mentoring-Gruppe half der Familie bei Behördengängen, schulischen Angelegenheiten, der Jobsuche und Arztbesuchen. Bereits 2015 und 2016 bildete sich innerhalb der Pfarrgemeinde St. Michael Neutraubling eine Initiative für drei geflüchtete Familien aus Syrien, dem Irak und Georgien. Damals wurde ebenfalls bei der sprachlichen, schulischen und kulturellen Förderung der Kinder und der Wohnungssuche unterstützt. Der Kontakt zu diesen Familien besteht bis heute.

Als ökumenische Kooperation zwischen dem Diakonischen Werk Cham-Regen e.V., dem Caritasverband für den Landkreis Cham e.V. und der katholischen Pfarrei St. Jakob Cham wurde 2022 das „Welt-Café" ins Leben gerufen. Dieses Begegnungsprojekt bietet zugewanderten und einheimischen Menschen einen offenen Raum für Austausch und Begegnung, um Berührungsängste abzubauen, Vorurteilen entgegenzuwirken und Sprachbarrieren zu überwinden.

Das vierteljährlich stattfindende Welt-Café reagiert auf den Bedarf an einem regelmäßigen, integrativen und niedrigschwelligen Angebot. Die zweistündigen Treffen bieten u.a. Buffet, Musik und kreative Aktivitäten wie Malen und Basteln; zudem sind die Gäste eingeladen, sich aktiv einzubringen. Besondere Merkmale des Projekts sind die enge Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen, eine kultursensible Gestaltung und die ökumenische Ausrichtung. Langfristig soll sich das Welt-Café als feste Einrichtung im Landkreis Cham etablieren.

Niederbayern

Bei der Verleihung des niederbayerischen Integrationspreises würdigten Regierungsvizepräsidentin Monika Linseisen und Integrationsbeauftragter Karl Straub Projekte des Helferkreises Baierbach und des Sportvereins Huldsessen. Zudem wurde Elisabeth Teichert gewürdigt. Die Geehrten durften sich über ein Preisgeld in Höhe von jeweils 2.000 Euro freuen.

Von 2016 bis zur Schließung der Unterkunft im Jahr 2019 hat sich Elisabeth Teichert als pensionierte Lehrerin beim damaligen „Helferkreis Steinach" (Landkreis Straubing-Bogen) ehrenamtlich engagiert, Flüchtlingen Deutschunterricht gegeben und bei der Organisation von Festen und anderen Veranstaltungen mitgeholfen. 2023 wurde sie erneut aktiv, nachdem die ehemalige Unterkunft wiedereröffnet wurde. Seitdem unterstützt sie mit ihrer ehrenamtlichen Integrationsberatung wieder Flüchtlinge bei Behördengängen, Arztterminen oder der Arbeits- und Wohnungssuche. Die Erfolgsgeschichten ihrer Schützlinge belegen ihre wertvolle Integrationsarbeit. So hat ein Asylbewerber erfolgreich seinen Masterstudiengang abgeschlossen und arbeitet mittlerweile am Fraunhofer-Institut. Andere Flüchtlinge, die dank Ihrer Hilfe Fuß fassen konnten, unterstützen jetzt wiederum neu ankommende Flüchtlinge.

Gemeinsam mit weiteren Bürgerinnen und Bürgern aus Baierbach (Landkreis Landshut) hat Josef Limmer 2022 den „Helferkreis Baierbach" gegründet. Die größte Herausforderung zu Beginn war, eine Unterkunft für die Geflüchteten aus der Ukraine zu finden. Zum Glück stellte die Pfarrei im Ort den alten Pfarrhof zur Verfügung. Limmer organisierte sodann eine Spendenaktion und verwandelte gemeinsam mit den anderen Helferkreis-Mitgliedern den Pfarrhof in ein wohnliches Zuhause. Seitdem packen viele fleißige Hände mit an: Jeder trägt nach seinen Talenten und Expertisen dazu bei, dass Integration in Baierbach nicht nur ein Wort bleibt, sondern dort Tag für Tag mit Leben erfüllt wird.

Der Helferkreis unterstützt bei Behördengängen, Arztbesuchen und bietet Sprachkurse an. Von Anfang an hat er sich auch um einen Internetzugang gekümmert, der den Geflüchteten die Arbeitssuche erleichtert. Nahezu alle erwachsenen Flüchtlinge haben einen Arbeitsplatz. Das ist auch das Verdienst des Helferkreises. Wie groß die Verbundenheit in Baierbach ist, zeigt auch das jährliche Sommerfest, bei dem die Flüchtlinge kochen und den Helferkreis einladen.

Der Sportverein Huldsessen in Unterdietfurt (Landkreis Rottal-Inn) engagiert sich seit vielen Jahren für Menschen mit Migrationshintergrund. Angesichts des Ukraine-Kriegs wurde 2022 das Projekt „Sport verbindet" ins Leben gerufen, um besonders ukrainische Flüchtlinge aktiv in das Vereinsleben einzubinden. Durch den gemeinsamen Sport fühlen sich die Flüchtlinge als Teil der Gemeinschaft und gleichzeitig werden Begegnungsmöglichkeiten geschaffen, bei denen sich Einheimische und Geflüchtete kennenlernen können. Zwei Beispiele belegen eindrucksvoll die erfolgreiche Integrationsarbeit des Vereins: Während der ehemalige südafrikanische Profi-Rugby-Spieler Tim Vann im Verein wöchentlich ein Fitnesstraining anbietet und sich für den Aufbau eines Rugby-Teams engagiert, unterstützt die Ukrainerin Oksana Olkova bei der Organisation von Festen und weiteren Veranstaltungen. **DK**

GZ PINOS WELT



69 – diese Zahl ist derzeit in aller Munde. Das ist die Zahl der Tage, die zwischen der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag und dem Tag der Wahl eines neuen Bundestages verbleiben. Das ist etwas weniger Zeit, als in den Jahren 1983 und 2005 (79 Tage), aber länger als die 58 Tage, die 1972 zur Vorbereitung vorgezogener Neuwahlen blieb.

Also könnte man meinen, alles in trockenen Tüchern. Müsste also machbar sein. Zumal es Frankreich in diesem Jahr geschafft hat, die Nationalversammlung binnen 21 Tagen neu zu bestimmen, nachdem den Abgeordneten plötzlich und überraschend die Koffer vor die Türen der Assamblée Nationale gestellt wurden und diese Wahl durch die Überseedepartements in der Karibik, Südamerika und dem Indischen Ozean

Plötzlich Neuwahl

buchstäblich in der ganzen Welt abgehalten wurde. Bei uns kommen zu den 69 Tagen ja immerhin noch die Vorbereitungswochen vor dem 19. Dezember, der zwar den aktuellen Startschuss markiert, aber einige Vorarbeiten doch schon jetzt möglich sind.

Bei uns diskutieren wir darüber, ob es, wie die Bundeswahlleiterin untertänigst anzumerken geruhte, genügend Papier auf dem Markt gibt – wohlgemerkt ist Deutschland nicht nur die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, sondern auch global der viertgrößte Papierproduzent. Wir sind besorgt wegen Druckereiaufträgen und wegen des Betriebsurlaubs bei einigen Speditionen über die Weihnachtstage. Der Berliner Wahlleiter ist sogar der Meinung, das mit dem schnellen Wählen wäre Murks, weil Berlin ja nicht mal eine Wahl zum regulären Termin auf die Kette kriegt (siehe 2021), wie dann erst eine vorgezogene.

Nur zur Einordnung: Der Vergleich mit Frankreich mag unfair sein, weil ein Zentralstaat bei allen sonstigen Schwächen eine landesweite Wahl sicher effektiver organisieren kann und das Wahlsystem vor allem keine Listenaufstellungen nötig macht, die für die Partei der Hundertjährigen oder die Partei der veganen Esoteriker sicher einen Kraftakt darstellen.

Andererseits haben die Mitglieder des Parlamentarischen Rates die Fristen bestimmt: 21 Tage nach der verlorenen Vertrauensfrage muss der Bundespräsident entscheiden und 60 Tage danach muss spätestens der Bundestag gewählt werden. Damals gab es in der Bundesrepublik keinen zivilen Flugverkehr, die Infrastruktur war noch weitgehend kriegszerstört (also noch maroder als heute) und Papier war so knapp, dass nicht mehr gebrauchte Antragsformulare auf der Rückseite neu bedruckt wurden oder man daraus Briefumschläge herstellte.

Vielleicht war die Wortmeldung der Bundeswahlleiterin eine Auftragsarbeit an eine dem Bundesinnenministerium nachgeordnete Behörde, die sich bewusst ist, wie robust die derzeitige Ministerin im Feuern von Behördenleitern ist, um einen vom Kanzler gewünschten späten Neuwahltermin „fachlich" zu unterfüttern. Wenn aber nicht, zeugt dies von einer erschreckenden Trägheit in den verantwortlichen Behördenspitzen.

Gott sei Dank haben die Kommunalen Spitzenverbände diesen verheerenden Eindruck der staatlichen Unfähigkeit, das wichtigste demokratische Ausdrucksmittel des Wählerwillens zu organisieren, rasch korrigiert. Und jetzt liest man jeden Tag in der Zeitung Berichte über Kommunen, die schon jetzt anpacken und die Wahl zum Gelingen bringen werden. Auch bei uns im Städtchen ist der kurze Vorlauf eine Herausforderung, ganz klar. Aber eine, der sich eine funktionierende Verwaltung stellen und sie bewältigen muss.

Die Wortmeldungen der Bundeswahlleiterin und aus Berlin haben leider wieder das Vorurteil genährt, dass wenn ein Beamter etwas nicht will, er Gründe findet, und seien sie noch so an den Haaren herbeigezogen. Dem Eindruck, dass Behörden nur verzögern, verkomplizieren und verhindern, wurde Vorschub geleistet. Wer dagegen etwas will, der tut es, das zeigen die Städte und Gemeinden in Deutschland.

Der Kanzler jedenfalls scheint die Meinung des ehemaligen radikalsozialistischen französischen Premierministers George Clemenceau zu teilen: „Das Regieren in einer Demokratie wäre viel einfacher, wenn man nicht immer wieder Wahlen gewinnen müsste."

Ihr Pino



Gratulanten in Diespeck, v.l.: Dieter Hummel (CSU-Fraktionsvorsitzender der CSU im Kreistag Neustadt a.d.Aisch – Bad Windsheim), Jürgen Riedel (Bürgermeister Münchsteinach), Markus Helmreich (Bürgermeister Diespeck), Wolfgang Schmidt (Bürgermeister Baudenbach), und CSU-Landtagsabgeordneter Werner Stieglitz. Bild: Hummel

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Reinhard Schwarz (CSU) ist neuer Bürgermeister in Trausnitz (Landkreis Schwandorf). In der Stichwahl setzte er sich gegen seinen Parteifreund Johann Mörtl mit 59,3 Prozent der Stimmen durch. Mörtl kam auf 40,7 Prozent. Der vormalige Rathauschef Martin Schwandner (Freie Wähler) war zum 30. Juni zurückgetreten. Da sich zunächst keine Bewerber gemeldet hatten, war eine Urwahl nötig geworden. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,9 Prozent.

In einer Stichwahl fiel die Entscheidung über den neuen Bürgermeister von Hallbergmoos (Landkreis Freising). Benjamin Henn (Freie Wähler) behielt mit 53,4 Prozent die Oberhand gegenüber Stefan Kronner (unabhängig), der 46,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. Amtsinhaber Josef Niedermair (CSU) war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Wahlbeteiligung: 43,4 Prozent.

Markus Helmreich (CSU) siegte in Diespeck (Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim) mit 71,1 Prozent der Stimmen überlegen gegen Kurt Endlein vom Bürgerforum Diespeck (28,9 Prozent). Die Wahl war notwendig geworden, weil der bisherige Erste Bürgermeister Dr. Christian von Dobschütz im Sommer zum Landrat bestimmt wurde.

In Mauth (Landkreis Freyung-Grafenau) wurde Heiner Kilger (CSU) mit 95,9 Prozent der Stimmen zum neuen Rathauschef gewählt. Er war der einzige Kandidat. In den vergangenen Monaten hatte Kilger bereits kommissarisch die Amtsgeschäfte geleitet, nachdem Erster Bürgermeister Ernst Kandlbinder (CSU) im März einen Antrag auf krankheitsbedingte Versetzung in den Ruhestand gestellt hatte. Wahlbeteiligung: 44,6 Prozent. **DK**

Deutscher Nachbarschaftspreis für Laimer Projekt

Für herausragendes lokales Engagement wurden in Berlin 22 Projekte und Initiativen für gutes Zusammenleben in der Nachbarschaft mit dem Deutschen Nachbarschaftspreis der Stiftung nebenan.de ausgezeichnet. Der Deutsche Städtetag unterstützt den Preis als langjähriger Förderer.

Als bayerischer Landessieger wurde das Projekt „Laim_up " im Münchner Stadtteil Laim geehrt. Das dynamische Zentrum für kulturelle und soziale Aktivitäten bringt seit 2021 Menschen aus allen Lebensbereichen zusammen. Als Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen wie Einsamkeit und rechtsextreme Entwicklungen fördert „Laim_up" den Zusammenhalt durch eine Vielzahl von Workshops, Ausstellungen und Veranstaltungen. Die Initiative bringt Künstler, Wissenschaftler, Handwerker und Nachbarn zusammen, um gemeinsam Projekte zu realisieren, die das Miteinander stärken und den Stadtteil beleben.

Mit kleinen und großen Aktionen, wie Freiluftkino, Basaren, Lesezirkeln oder Performances werden bewusst unterschiedliche Lebensbereiche angesprochen und darüber Themen, Menschen und Orte verbunden. Im lockeren Austausch wird Wissen weitergegeben, Kontakte und Freundschaften entstehen. Highlights waren 2023 das Festival M_igrati_on mit 13 Veranstaltungen an zehn Orten im Stadtteil und ein internationales Konzert im Zirkuszelt 2024. **DK**

Donau-Ries:

Stefan Rößle verzichtet auf weitere Landratskandidatur

Mit einem Paukenschlag endete die jüngste Kreistagssitzung im Landratsamt Donauwörth. Kreischef Stefan Rößle gab bekannt, dass er „nach reiflicher Überlegung“ bei der nächsten Kommunalwahl am 8. März 2026 nicht mehr als Landratskandidat antreten werde. Zu diesem Zeitpunkt kann der beliebte Kommunalpolitiker, der heuer seinen 60. Geburtstag feierte, auf eine 24 Jahre währende erfolgreiche Amtsführung zurückblicken. Unter seiner Führung hat sich Donau-Ries als attraktiver Wirtschaftsstandort etabliert.

„Ich werde nicht müde zu betonen, dass wir ein tolles Landratsamt sind und auch als Landkreis unseren Bürgerinnen und Bürgern viel zu bieten haben. Ich weiß, dass uns viele meiner Kolleginnen und Kollegen um diese Situation etwas beneiden. Trotzdem ist es irgendwann Zeit, die Zelte abzubrechen und neue Wege zu gehen. Ich bin sehr glücklich, dass ich dies selbstbestimmt und bei guter Gesundheit tun kann“, erläuterte Rößle seine Entscheidung.

Jede Wahlperiode sei für ihn wie eine „Ozeanüberquerung“, die sehr viel Kraft koste und nicht nur sonnige Tage, sondern auch heftigen Seegang und stürmische Zeiten bereithalte. Es gebe keine Garantie dafür, dies nochmals sechs Jahre unbeschadet zu überstehen, machte Rößle deutlich. Die Zeit im Hafen bei der Familie sei knapp bemessen und deshalb werde er das Ruder einem neuen Kapitän übergeben.

1.000 Schulen für unsere Welt

Danach möchte Stefan Rößle nicht nur mehr Zeit für die Familie, sondern als Ideengeber auch für sein Herzensprojekt „1.000 Schulen für unsere Welt“ aufwenden. Nur sechs Jahre nach Vereinsgründung sind dafür inzwischen 10 Millionen Euro an Spenden eingegangen. Damit konnten mehr als 250 Schulbauprojekte realisiert werden.

Rößle betonte, dass er sich bis zum Ende seiner Amtszeit weiterhin mit vollem Engagement für die Belange der Region einsetzen werde. Zudem versprach er, seine Nachfolge frühzeitig und verantwortungsbewusst vorzubereiten, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Die Gremiumsmitglieder quittierten die Ausführungen ihres Landkreischefs mit stehenden Ovationen. **DK**



Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries. Bild: Gregor Wiebe

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23/2024, die am 5. Dezember 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Wasser · Abwasser**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Entsorgungsmanagement und technische Lösungen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**

Die Energiewende gemeinsam voranbringen

München, acht Kommunen aus der Region und die SWM

Die Klimaerwärmung ist eine globale Herausforderung. Energiewende und Klimaschutz können nicht auf kommunaler Ebene allein gelöst werden, sondern müssen größer gedacht und gemeinsam umgesetzt werden. Mit diesem Leitgedanken wollen die Landeshauptstadt München, die acht Kommunen und zwei kommunale Unternehmen der NordAllianz sowie die Stadtwerke München noch enger zusammenarbeiten. Zusammen soll der Ausbau erneuerbarer Energien verstärkt sowie die Versorgungssicherheit in den Kommunen weiter verbessert werden. Die Kooperationsmöglichkeiten wurden jetzt in einer Absichtserklärung festgehalten.

Die NordAllianz ist der Zusammenschluss wirtschaftsstarker Kommunen im Münchner Norden sowie ihrer Kommunalunternehmen. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt und den SWM können sie von deren Erfahrung beim Ausbau der Erneuerbaren profitieren und so Effizienz- und Kostenvorteile für ihre Projekte erreichen. Im Gegenzug können die SWM Synergien heben und gegebenenfalls anteilige Potenziale erneuerbarer Energien im Gebiet der NordAllianz für die Versorgung Münchens nutzen. Möglich sind auch gemeinsame Projekte.

Geprüft wird eine vertiefte Zusammenarbeit bei Erzeugung, Verteilung und Speicherung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Im Fokus steht hierbei die Geothermie als Basis klimaneutraler regionaler Fernwärme. Betrachtet werden dabei die Bereiche seismische Untersuchungen, Anlagen- und Ersatzteilbeschaffung und -lagerung, der gemeinsame Bau und Betrieb von Geothermieanlagen und unterirdischen Wärmespeichern sowie Dienstleistungen der SWM rund um den Anlagenbetrieb. Untersucht wird zudem, inwieweit eine intensivere Zusammenarbeit bei weiteren erneuerbaren Energien wie PV oder Windkraft sinnvoll ist.

Dr. Karin Thelen, SWM Geschäftsführerin Regionale Energie-wende: „Die Energie- und Wärmewende sind feste Bestandteile unserer Unternehmens-DNA. Der Weg hin zu einer CO2-freien Energieversorgung kann aber nur gelingen, wenn wir über Stadt- und Gemeindegrenzen zusammenarbeiten. Beim Ausbau der Geothermie streben wir starke regionale Partnerschaften an. Unsere langjährige Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen zeigt, dass niemand es allein schaffen muss. Gemeinsam können wir für beide Seiten das Geothermiepotenzial optimal nutzen. Insofern freue ich mich sehr, dass wir im Schulterschluss mit der Landeshauptstadt München und der Nord-Allianz die Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion intensivieren.“ ❐



Hinten, v.l.: Alexander Greulich, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ismaning; Markus Böck, Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberschleißheim; Franz Heilmeier, Erster Bürgermeister der Gemeinde Neufahrn; Dr. Dietmar Gruchmann, Erster Bürgermeister der Stadt Garching; Sebastian Thaler, Erster Bürgermeister der Gemeinde Eching. Vorne, v.l.: Christoph Böck, Erster Bürgermeister der Stadt Unterschleißheim; Dr. Karin Thelen, SWM Geschäftsführerin Regionale Energiewende; Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München; Josef Niedermair, Erster Bürgermeister der Gemeinde Hallbergmoos; Andreas Kemmelmeyer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Unterföhring. Bild: Michael Nagy/Presseamt München

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz



DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitto Star
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 5. Dezember 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 23


Bild: © Alexandra Unger

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Beschluss der KPV-Bundesvertreterversammlung:

„Pakt des Vertrauens“

Rund 500 Teilnehmer aus ganz Deutschland wohnten dem traditionellen Bundeskongress der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands in Bielefeld bei, um unter dem Motto „Solide Kommunalfinanzen“ zu diskutieren und Forderungen an das neue CDU-Wahlprogramm zu beschließen. Neben dem Thema Finanzen ging es auch um Energie, Klimaschutz, Migration und Kinderbetreuung.

Der wiedergewählte KPV-Bundesvorsitzende, MdB Christian Haase, zog eine positive Bilanz des Kongresses: „Wir haben ein ganzes Paket von Beschlüssen gefasst, die eine klare Ansage für eine neue Politik im Land sind“, denn die Ampel habe abgewirtschaftet und die kommunale Selbstverwaltung sträflich vernachlässigt. „Stark aufwachsende Lasten im Sozialbereich, neue Aufgaben ohne Finanzierung, mehr Bürokratie, neue Haushaltsrisiken und keine Antworten auf die zentralen Fragen von Stadt und Land und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft: Dies muss dringend geändert werden“, bekräftigte Haase.

Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung

Aus kommunaler Sicht seien die Problemlagen vielfältig und unterm Strich gehe es um das mangelnde Vertrauen, das die Kommunen von den Ebenen EU, Bund und den Ländern verspüren. Landräte und (Ober-) Bürgermeister und ihre Verwaltungen hielten Deutschland am Laufen. Daneben seien es die rund 75.000 ehrenamtlichen Amts- und Mandatsträger der Union, auf deren Entscheidungskompetenz man vor Ort zählen könne und denen Respekt und Anerkennung gebühre. „Wir fordern einen ‚Pakt des Vertrauens‘, der der kommunalen Selbstverwaltung wieder neues Leben einhaucht. Wir als Christdemokraten und Christsoziale wollen die Verantwortung und wir wollen das Vertrauen.“

Vertrauen müssen Haase zufolge aber auch die Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Kommunalverwaltung haben. „EU, Bund und die Länder verkennen die strategische Bedeutung der Kommunen für die Akzeptanz des Staates, der staatlichen Leistungen und der staatlichen Verantwortung. Die Bürgerinnen und Bürger erleben mehr und mehr an ihrer oder bereits jenseits ihrer Leistungsfähigkeit agierende Kommunen. Und damit wird den Menschen vor Ort

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried


Christian Haase (l.), Bundestagsabgeordneter aus dem Kreis Höxter, ist erneut zum Bundesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU Deutschlands (KPV) gewählt worden. 98 Prozent der Delegierten stimmten für den Politiker aus Beverungen. Sein Stellvertreter ist erneut der Landesvorsitzende der bayerischen KPV, Landrat Stefan Rößle (r.). Dem Bundesvorstand gehören zudem folgende bayerische Vertreter an: Sebastian Franz, Geschäftsführer der KPV der CSU, Landrat Christoph Göbel (München); Hannelore Langwieser (2. Bürgermeisterin der Stadt Mainburg, Bezirks- und Kreisrätin). **DK** Bild: © Alexandra Unger

Regierungserklärung von Staatsminister Aiwanger:

Argumente für einen starken Wirtschaftsstandort

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat in einer Regierungserklärung unter dem Motto „Für einen starken Wirtschaftsstandort“ die Wirtschaftspolitik der Staatsregierung, die Bayern nach vorne bringe, erläutert. Im Bayerischen Landtag kündigte er eine Stärkung des Leistungsprinzips an, um der „verfehlten Politik der Bundesregierung“ mit zu hohen Steuern, Energiepreisen und überbordender Bürokratie entgegenzuwirken.

Aiwanger zufolge gibt es keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Bayern sei „wirtschaftlich viel zu gut, um sich vom negativen Bundestrend runterziehen zu lassen“. Nirgendwo in Deutschland sei die Arbeitslosigkeit so niedrig, nirgendwo würden mehr junge Firmen gegründet als in Bayern, nirgendwo werde eine Investitionsquote von 15 Prozent erreicht. „Wir unterstützen die Start-Ups mit neuen Förderfonds und passgenauen Krediten in Höhe von 750 Millionen Euro. Dadurch stärken wir die Gründer, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen“, unterstrich Aiwanger.

Bund schuld an verfehlten Rahmenbedingungen

In seiner Analyse verwies der Minister darauf, dass die Wirtschaft wegen „völlig verfehlter Rahmenbedingungen durch den Bund“ unnötig in die Krise geraten sei. Die Steuern seien zu hoch, die Energie zu teuer, Bürgergeld als Fehlanreiz verschärfe den Fachkräftemangel, Bürokratie und Auflagen schränkten die Handlungsfähigkeit der Unternehmen ein. „Wir müssen in Deutschland schneller, digitaler, und pragmatischer handeln, weil wir im internationalen Wettbewerb stehen. Ein großes Problem ist, dass die Ampel im Bund ideologisch handelt. Während bei uns noch über die Frauen-Quote in den Betrieben diskutiert werden muss, ziehen die Chinesen schon die Fabrik hoch. Und wenn ein Gastronom seinen Parkplatz erweitern möchte, muss er erst noch das Haselmaus-Gutachten abwarten“, machte Aiwanger deutlich.

Steuern senken

Deutschland müsse es wieder hinbekommen, auch mit 95 Prozent-Lösungen zufrieden zu sein und nicht immer zu warten, bis 110 Prozent erreicht würden. Geschäftsmodelle müssten umgesetzt und Steuern für Wirtschaft und Arbeitnehmer gesenkt werden. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch die Abschaffung der Erbschaftssteuer.

Fehlende Planungssicherheit

Die wirtschaftliche Großwetterlage ist aus Sicht des Ministers alles andere als rosig. Den Unternehmen und den Menschen fehle Planungssicherheit und sie seien durch das Heizungsgesetz verunsichert. Es fehlten Förderprogramme zum Beispiel für Elektro- und Wasserstoffmobilität.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Die größte Sandkrippe Deutschlands

Der Bau der größten Sandkrippe Deutschlands konnte digital im Livestream auf deggendorf-pulsiert.de verfolgt werden. Seit Mitte November schnitzte der Prager Künstler Jiří Kašpar die Figuren. Während der offiziellen Eröffnung am 1. Adventssonntag segnete Bischof Rudolf Voderholzer das beliebte Kunstwerk. Es ist fast drei Meter hoch und ebenso breit. 27 Tonnen Spezialsand wurden dafür verbaut. Dargestellt ist eine Szene mit Maria, Josef und dem Jesuskind, umgeben von Esel, Ochs und den heiligen drei Königen in einer Holzkrippe. Unser Bild zeigt v.r.: Oberbürgermeister Dr. Christian Moser, Sandkünstler Jiří Kašpar, Lisa Peter vom Stadtmarketing und Stadtmarketing-Vorstand Andreas Höhn.

Bild: Stadtmarketing Deggendorf e.V.

Deutscher Städtetag:

Pragmatismus heißt das Zauberwort

Etliche Vorhaben der bisherigen Bundesregierung liegen nach dem Ende der Ampel-Koalition im Bund derzeit auf Eis. Deshalb empfahlen Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages bei ihrer jüngsten Sitzung in Frankfurt, dass Regierungsparteien und Opposition gemeinsam noch Mehrheiten für Projekte finden sollten, für die sich die Städte lange eingesetzt haben. „Dass das möglich ist, zeigt das Beispiel Deutschlandticket“, betonte Verbandspräsident Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster. „Die Finanzierung für das Ticket konnte trotz vorgezogener Neuwahlen noch für 2025 gesichert werden. Das war ein gutes Signal. Einen ähnlichen Pragmatismus brauchen wir jetzt auch bei weiteren Gesetzen.“

Bei den Themen Bauen und Wohnen stockten gerade mehrere Vorhaben, vor allem die Reform des Baugesetzbuches und die Verlängerung der Mietpreisbremse, so Lewe. Die Baugesetzbuch-Novelle hätte den Städten an vielen Stellen Wohnungsbau ohne komplizierte Planungsverfahren ermöglicht. Und wenn die Mietpreisbremse auf Bundesebene nicht noch verlängert wird, würden die entsprechenden Landesverordnungen im neuen Jahr reihenweise auslaufen. Dabei sei die Mietpreisbremse ein wichtiger Baustein gegen immer weiter steigende Mieten. Lewe zufolge ist dies in Summe eine problematische Mischung. „Wenn beide Vorhaben kippen, wäre das ein schlechtes Signal an all die Menschen in unseren Städten, die dringend mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen.“

Korrekturen am AEG

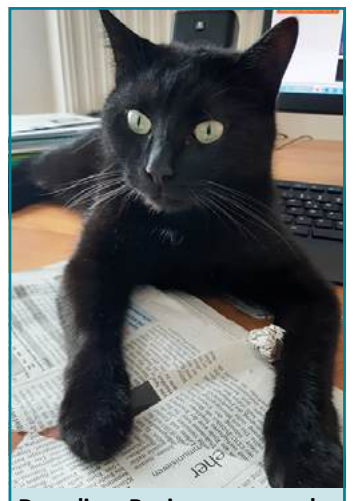
Darüber hinaus müsse das Allgemeine Eisenbahngesetz (AEG) dringend korrigiert werden. Das AEG war zuletzt so verändert worden, dass es fast unmöglich wurde, auf ehemaligen Bahnflächen Bauprojekte zu verwirklichen. Betroffen davon sind viele bereits geplante Vorhaben in Städten bundesweit mit tausenden von Wohneinheiten.

Auch ein Nachfolger des inzwischen ausgelaufenen Digitalpakts Schule ist durch das Aus der Ampel-Koalition ungewiss. Die Gespräche zwischen Bund und Ländern zum Digitalpakt 2.0 sollten aber auf jeden Fall noch fortgesetzt werden, erklärte der Städtetagspräsident: „Der amtierende Bundesbildungsminister muss jetzt die neue Digitalpakt-Vereinbarung mit den Ländern zu Ende verhandeln und dann der künftigen Bundesregierung als Empfehlung mitgeben. Wir können es uns nicht leisten, nach der Bundestagswahl mit den Verhandlungen zum Digitalpakt 2.0 von vorne anzufangen.“

Große Sorgen wegen der Digitalisierung an Schulen

„Wenn weiter unklar bleibt, wie die Digitalisierung an Schulen finanziert werden soll, hat das handfeste Konsequenzen

(Fortsetzung auf Seite 4)


Dass diese Regierung nur mehr amtierte, aber nicht mehr regierte, das sei doch klar gewesen, meint unser Rathauskater Pino. Und die kritisierte Verwendung kriegerischer Ausdrücke, nun ja, das dürfte „seit den Tagen von Marie-Agnes Strack-Zimmermann gelebte Umgangssprache in liberalen Kreisen sein.“ **Seite 11**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bay. Kabinett: Versorgungssicherheit und Ladenschlussgesetz . . 2
Zukunftsstiftung Ehrenamt: Starthilfe für 20 Projekte 2
Bayerische Landesstiftung: Preise für leuchtende Vorbilder . . . 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Rückblick auf 2024 3
Krankenhausreform: Bayern fordert schnelle Nachbesserungen . 4
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV 5
Arbeitsplatz Kommune 6
Wasser • Abwasser . . . . . 7 - 8
Kommunale Umwelt- und Abfallthemen . . . . . 9 - 10
Kommunaltechnik • Forst 11
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 12 - 14

Bayerisches Kabinett:

Versorgungssicherheit und Ladenschlussgesetz

Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat im Ministerrat die Bayerische Versorgungssicherheitsstrategie vorgestellt. Sie ist neben den Strategien für Erneuerbare Energien, Wärme, Wasserstoff und Speicher die fünfte Teilstrategie des Energieplans Bayern 2040 und rundet das Gesamtbild eines zukunftsfähigen Energiesystems ab.

Nach Aiwangers Worten „ist die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ein zentrales Anliegen der bayerischen Energiepolitik. Unsere Industrie muss auf eine störungsfreie Stromversorgung zählen können. Wir verlassen uns dabei nicht allein auf den Bund, der hauptsächlich für die Sicherstellung der Versorgung zuständig ist, sondern setzen auf eigene Maßnahmen."

Gleichgewicht bei Angebot und Nachfrage

Konkret müssen marktseitig Angebot und Nachfrage am Strommarkt im Gleichgewicht gehalten werden. Netzseitig soll der Stromtransport effizient und ohne Netzüberlastung erfolgen. Eine Risikovorsorge identifiziert und minimiert frühzeitig nicht-alltägliche Risiken für das Stromnetz.

Aktuell nimmt der Freistaat mit einer durchschnittlichen Stromunterbrechungsdauer von lediglich zehneinhalb Minuten pro Jahr einen internationalen Spitzenplatz in der Versorgungssicherheit ein. „Eine sichere Stromversorgung ist unverzichtbar für unseren Standort. Dafür muss der Ausbau wasserstofffähiger Gaskraftwerke vorangetrieben werden - allein Bayern benötigt rund sechs Gigawatt. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf und verfolgen bei weiteren Verzögerungen des Kraftwerksicherheitsgesetzes die Option, das Kernkraftwerk Isar II zu reaktivieren", kündigte der Minister an, um den Strommarkt im Gleichgewicht zu halten.

Auf der Angebotsseite nimmt der Ausbau Erneuerbarer Energien zu, während nachfrageseitig zusätzliche Stromverbräuche im Mobilitäts- und Wärmesektor zu erwarten sind. Um den weiteren Stromerzeugern und Verbrauchern eine sichere Netzanbindung zu bieten, setzt sich Bayern für einen passgenauen Netzausbau auf allen Spannungsebenen ein. Aiwanger zufolge „werden wir dafür Genehmigungsverfahren auf bayerischer Seite vereinfachen und die personelle Ausstattung der Genehmigungsbehörden sicherstellen. Zudem werden wir die Anbindung an die europäischen Nachbarländer stärken, um den überregionalen Stromaustausch zu verbessern."

Versorgungssicherheit

Für eine gute Risikovorsorge sei ein schlüssiges Monitoring der Versorgungssicherheit erforderlich, auch unter Berücksichtigung von Szenarien abseits der politischen Zielvorgaben des Bundes. Darauf aufbauend könnten ausreichende Netz- und Kapazitätsreserven vorgehalten werden, um Ausnahmesituationen ohne Stromausfälle bewältigen zu können.

Darüber hinaus billigte der Ministerrat den Entwurf für ein eigenes Bayerisches Ladenschlussgesetz (BayLadSchlG). Er geht nun in die parlamentarische Beratung und wird das Ladenschlussgesetz des Bundes von 1956 ersetzen. Wie die bayerische Arbeitsministerin Ulrike Scharf erläuterte, „schafft dieses Chancengesetz Klarheit, Freiheit und Schutz. Es ersetzt das veraltete Recht durch moderne Regelungen, baut unnötige Bürokratie ab und schützt die Beschäftigten. Weitere verkaufsoffene Nächte in unseren Kommunen und der Betrieb personallos betriebener Kleinstsupermärkte sind mit dem neuen Gesetz klar geregelt. Die Grundpfeiler des Ladenschlussrechts bleiben dabei gültig. Sie stehen für mich auch nicht zur Disposition und haben einen besonderen Wert. Die Balance verschiedener Interessen und der wichtige Schutzgedanke bleiben mit dem bayerischen Ladenschlussgesetz gewahrt."

Einkaufsnächte und Sonn- und Feiertagsverkauf

Künftig sind an Werktagen bis zu acht gemeindeweite verkaufsoffene Einkaufsnächte möglich. Stationären Einzelhändlern werden darüber hinaus bis zu vier weitere individuelle verlängerte werktägliche Ladenöffnungen (bis 24 Uhr) im Jahr gewährt. Personallos betriebene digitale Kleinstsupermärkte dürfen künftig grundsätzlich auch an Sonn- und Feiertagen ohne Einsatz von Verkaufspersonal durchgehend öffnen. Die Verkaufsfläche ist auf bis zu 150 qm beschränkt.

Zudem wird der Sonn- und Feiertagsverkauf in Tourismusorten neu geregelt. Die Gemeinden sollen künftig selbst bestimmen, wo ein Tourismusverkauf zugelassen wird. Das BayLadSchlG gibt Kriterien als Leitlinie. Überdies wird das zugelassene Warensortiment als Tourismusbedarf vereinfacht. Erlaubt ist unter anderem der Verkauf von Lebens- und Genussmitteln zum sofortigen Verzehr, Schnittblumen, Zeitungen, Devotionalien und Bade- und Sportartikel, sofern das zum Touristenort passt.

Es bleibt bei maximal vier verkaufsoffenen Sonntagen. Die Verfahren werden jedoch vereinfacht. Es gilt zukünftig eine gesetzliche Vermutungsregelung des verfassungsrechtlich erforderlichen Zusammenhangs zwischen Ladenöffnung und Anlass. „Insgesamt bindet der Entwurf des BayLadSchlG die Gemeinden stärker mit ein und stärkt ihr Selbstverwaltungsrecht", betonte Scharf und ergänzte: „Der Arbeitnehmerschutz und der verfassungsrechtlich vorgegebene Sonn- und Feiertagsschutz haben Priorität. Die Grundpfeiler des Ladenschlusses bleiben unangetastet. Das heißt, der Gesetzentwurf ändert nichts an den allgemeinen Öffnungszeiten von 6 bis 20 Uhr und an Sonn- und Feiertagen, mit wenigen Ausnahmen, wie an Tankstellen, Flughäfen, Bahnhöfen und künftig auch Zentralen Omnibusbahnhöfen."

Nach Angaben von Staatsminister Aiwanger „schützen wir mit unserer Reform das Personal im Einzelhandel und den gesellschaftlichen Status des Sonntags bei gleichzeitig mehr Einkaufsflexibilität. Wir folgen nicht dem Trend einiger Bundesländer, sondern stehen für eine Weiterentwicklung, die auch unsere kleinen und mittelständischen Strukturen im Einzelhandel nicht überfordert. Im Sinne einer besseren Versorgung im ländlichen Raum schaffen wir jetzt mehr Möglichkeiten für digitale Kleinstsupermärkte. Davon profitieren auch die vielen Hofläden in ganz Bayern. Unabhängig von unserer Reform muss der Einzelhandel die Digitalisierung aber weiter vorantreiben. Jede Investition in mehr Digitalisierung zahlt auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit ein und stärkt die Kundenbeziehungen." **DK**

Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern:

Starthilfe für 20 Ehrenamtsprojekte

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern stärkt das Ehrenamt in Bayern und macht die Einsatzbereitschaft, Innovationskraft und Kreativität von Menschen im Ehrenamt sichtbar. Auch in diesem Jahr fördert sie wieder besonders herausragende ehrenamtlich getragene Projekte.

Ulrike Scharf, Bayerische Sozialministerin und Vorstandsvorsitzende der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern, sagte dazu: „Das soziale Bayern lebt vom Ehrenamt. Ich bin begeistert, mit welcher Leidenschaft und Ideenreichtum sich die Menschen in unserem Land engagieren. Mit der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern sagen wir laut und deutlich Ja und Danke zu diesem Einsatz. 20 herausragende Projektbeispiele bekommen eine Starthilfe in Höhe von insgesamt rund 150.000 Euro. Klar ist aber auch, dass nicht das Geld beim ehrenamtlichen Engagement entscheidend ist, sondern die ungebrochene Bereitschaft der Menschen in unserem Land sich füreinander einzusetzen. Bayern ist sozial stark, weil wir alle miteinander jeden Tag unser Bestes geben."

Die Zukunftsstiftung unterstützt fünf spannende Projekte in Oberbayern.

- ausgepfuscht e.V. – Gemeinsam engagiert! Wir lernen gemeinsam!
- Verein zur digitalen Unterstützung von Einsatzdiensten e.V. – HEiDi.medic – Medizin-Modul für die Hilfeapp für Einsatzdienste
- Begegnungszentrum DAS BUNTE HAUS (in Kooperation mit der CONVIVO Stiftung) – Einsatz neuer Medien im Bürgerschaftlichen Engagement
- Bürgerinitiative Mehr Platz zum Leben – Gestalte dein Viertel mit!
- Community Kitchen gGmbH – Mitmachküche

Die nächste Projektausschreibung startet voraussichtlich im Januar 2025.

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern wurde am 1. Februar 2018 vom Freistaat Bayern gegründet, um Freiwilligen vor Ort das Bürgerschaftliche Engagement zu erleichtern. Die gemeinnützige Stiftung öffentlichen Rechts fördert Projekte, Initiativen, Organisationen und Vereine, die mit zukunftsweisenden Konzepten und Ideen durch ehrenamtlichen Einsatz das Gemeinwohl nachhaltig stärken und unterstützen. Vorstandsmitglieder der Stiftung sind Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf, Professorin Dr. Doris Rosenkranz und Geschäftsführerin Annemarie Raith.

Informationen:

Eine Übersicht über die Projekte gibt es unter: https://ehrenamtsstiftung.bayern.de/aktuelle/projekte2024 . ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Marlene Preißinger
Gemeinde Unteregg
am 7.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Bernhard Gmehling
Stadt Neuburg a. d. Donau
am 10.12.

Bürgermeister Ludwig Nagel
Gemeinde Hemhofen
am 11.12.

Bürgermeister Norbert Essich
Gemeinde Schwabbruck
am 13.12.

Bürgermeister Bernhard Dolp
Markt Unterthingau
am 13.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Menninger
Gemeinde Hollstadt
am 11.12.

Landrätin Rita Zinnecker
Landratsamt Ostallgäu
am 13.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Landrat Christian Meißner
Landkreis Lichtenfels
am 18.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Reents
Gemeinde Hallbergmoos
am 12.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

GZ-PODCAST

„Kommunal: Direkt von der Expo Real"

Podcast-Gastgeber Dr. Patrik Hof war für die Bayerische Gemeinde-Zeitung auf der Expo Real. In jeder GZ-Podcast-Folge nimmt er sich unter dem Blickwinkel der Kommunen ein neues Thema vor.

Folge 4: Grundsteuer mit Konrad Beugel

Zum Thema Grundsteuer spricht Dr. Patrik Hof mit Konrad Beugel, dem Wirtschafts- und Finanzreferenten der Stadt Erlangen. Die Grundsteuer ist nur ein Faktor im kommunalen Haushaltsplan. Kein großer, aber einer mit dem die Kommune fest rechnen kann. Nun wird die Grundsteuer in Zeiten reformiert, in denen den Kommunen andere Einnahmen wegbrechen.
www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

Folge 5: Logistik braucht Fläche mit Kuno Neumeier

Kuno Neumeier, Geschäftsführer der Logivest GmbH diskutiert mit Dr. Patrik Hof über Lösungen für Umwelt- und Lärmprobleme von Gewerbegebieten und Logistikimmobilien. Die BVL-Initiative „Power of Logistics" zeigt Wege, wie Logistikflächen zur Energiegewinnung genutzt und Gemeinden, Bürger sowie Unternehmen besser eingebunden werden können.
www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

Argumente für einen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Aufgrund falscher Weichenstellung auf EU-Ebene" stünden die Automobilindustrie und ihre Zulieferer mit insgesamt rund 450.000 Arbeitsplätzen in Bayern vor großen Herausforderungen. Das ideologisch motivierte Verbrennerverbot ab 2035 müsse zurückgenommen werden. Die drohenden CO2-Strafzahlungen in Milliardenhöhe seien auszusetzen, um die bayerische und die deutsche Autoindustrie in der schwierigen Transformationsphase nicht zusätzlich zu belasten.

Wie der Minister darlegte, „unterstützt der Freistaat die Auto- und Zulieferindustrie mit der Hightech-Agenda, Forschungs-, Regional- und Transformationsförderungen. Wir sind beim Ausbau der Elektrolade- und Wasserstoff-Infrastruktur führend. Wir haben fast 50 Millionen Euro in über 13.000 Ladepunkte in Bayern investiert. Wir fördern die Wasserstoff-Infrastruktur mit nahezu 200 Millionen Euro. Damit werden 25 H2-Tankstellen und 50 Elektrolyseure im Freistaat gebaut. In den vergangenen Jahren haben wir mit 240 Millionen Euro Forschung und Entwicklung in der Auto-Branche gefördert."

Angesichts des Krieges in der Ukraine sei die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wichtiger denn je, bekräftigte Aiwanger. Rund ein Drittel der gesamtdeutschen Wertschöpfung werde im Freistaat erwirtschaftet. Sie mache einen Umsatz von mehr als vier Milliarden Euro. „Schon im Koalitionsvertrag haben wir klargestellt: Wir werden die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als strategisch wichtigen Sektor weiter stärken." Mit den Bayerischen Technologieförderprogrammen werde diese Schlüsselbranche gezielt bei der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren sowie der Anwendung neuer Technologien unterstützt. Hierfür sei ein Ansatz von jährlich über 80 Millionen Euro an Haushaltsmitteln eingeplant.

Hightech-Agenda für die Raumfahrt

Mit Blick auf die Luft- und Raumfahrt betonte Aiwanger: „Entwicklungen wie Satellitennavigation, Erdbeobachtung oder Kommunikationssysteme sind unverzichtbar für Mobilität, Katastrophenwarnungen oder den Zugang zu Informationen. Ein Drittel der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie sitzt in Bayern. Die Beschäftigtenzahlen steigen weiter an: Die Branche zählt in Bayern 33.245 Beschäftigte, ein Plus zum Vorjahr um zehn Prozent. Wir haben seit 2018 rund 245 Millionen Euro aus der Hightech-Agenda für die Raumfahrt bereitgestellt, unter anderem für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und das bayerische Raumfahrtforschungsprogramm. Hinzu kommen knapp 200 Millionen Euro für die Luftfahrt."

Sichere und nachhaltige Energie-Landschaft

In punkto Energiepolitik stellte der Minister fest: „Wir entwickeln unsere Energie-Landschaft sicher und nachhaltig in Richtung Klima-Neutralität, sind bei Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse bundesweit führend, holen bei der Windkraft in großen Schritten auf. Inzwischen haben wir das Luxusproblem, dass wir so viel PV-Strom produzieren, dass wir den vielen Strom nicht in die Netze bringen. Wir tun alles, um PV, Wasser, Wind auszubauen. Aber nur damit allein geht es nicht im Industriestandort Bayern. Wir brauchen Grundlast. Jetzt rächt sich, dass die Grünen um Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck auf dem Höhepunkt der Energiekrise die Atomkraft abgeschaltet haben. Damit haben die Grünen die Energiepolitik in Deutschland an die Wand gefahren."

Das Handwerk wiederum soll durch die Anwendung neuer Technologien nachhaltig wettbewerbsfähig und zukunftsfest gemacht werden. Für das Projekt „Handwerk innovativ" sind laut Aiwanger 2,7 Millionen Euro bewilligt worden, zudem liefen u.a. Projekte zur Anwendung von 5G-Technologie und KI im Handwerk. Gefördert werde auch der Neubau des Bildungszentrums der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz mit insgesamt rund 18 Millionen aus Landesmitteln.

Bayerns Wirtschaftsminister beklagte den deutschlandweiten Förderstau im Bereich der betrieblichen Ausbildungsstätten in Höhe von drei Milliarden Euro: „45 Prozent Zuzahlung hat der Bund uns versprochen, wenn eine Handwerksorganisation eine Ausbildungseinrichtung baut. Bayern übernimmt 30 Prozent, dazu kommen 25 Prozent vom Betrieb selbst. Aber die 45 Prozent vom Bund kommen nicht, obwohl das bayerische Geld auf dem Tisch liegt. Der Bund lässt hier die Bildung absaufen", stellte Aiwanger abschließend fest.

CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek lobte die Staatsregierung für ihre „vorausschauende Wirtschaftspolitik", die dafür sorge, dass sich der Freistaat gegen den allgemeinen Abwärtstrend stemmen könne. Darüber hinaus werde die Leistungsbereitschaft gefördert und das Land „von den Ketten der Bürokratie befreit". Vor diesem Hintergrund schlug der Fraktionsvorsitzende die Einrichtung von Pilotregionen vor, in denen der weitreichende Abbau von Vorschriften in einer Art Feldversuch auf Praxistauglichkeit getestet werden könnte.

AfD lehnt „Politik der Bevormundung" ab

„Für Hubert Aiwangers Wirtschaftspolitik sind zwei Aspekte symptomatisch: der sogenannte ‚Wassercent' und seine Entscheidung, Bürgerplebiszite bei der Errichtung von Windkraftanlagen abzuschaffen", erklärte Prof. Ingo Hahn (AfD). Aus seiner Sicht ist die Aufhebung der sogenannten Kommunalklausel eine Schwächung der Demokratie durch die Hintertür: „Windkraftanlagen, die unsere Landschaften verschandeln und die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigen, sollen künftig ohne die Möglichkeit eines Bürgerentscheids durchgedrückt werden." Die AfD lehne diese „Politik der Bevormundung" ab. Auch künftig sollte es den Bürgern ermöglicht werden, bei Windkraftprojekten mitzureden und mitzuentscheiden.

Sicher habe die Bundesregierung „nicht alles richtig gemacht", aber alles auf diese abzuwälzen, sei eine „zu einfache Weltsicht", monierte die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Katharina Schulze. Sie erinnerte daran, dass die Netze im Freistaat viel zu lange nicht ausgebaut worden seien. Dafür trage die Staatsregierung die Verantwortung.

SPD-Fraktionschef Holger Grießhammer forderte Mut zu einer Reform der Schuldenbremse, eine vorausschauende und moderne Energiepolitik und mehr Unterstützung der Wirtschaft bei der Transformation. Besonders wichtig sei es, neben den Bedürfnissen der Unternehmen stets auch die Interessen der Arbeitnehmer im Auge zu behalten. Sie hätten faire Löhne verdient. Dafür könnte vor allem das von der SPD schon lange eingeforderte Tariftreuegesetz sorgen, das CSU und Freie Wähler den Bayern weiterhin vorenthielten. **DK**



Finanz- und Heimatminister Albert Füracker übergab die Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2024 der Bayerischen Landesstiftung. Bild: StMFH

Bayerische Landesstiftung:

Preise für leuchtende Vorbilder

„Gerade in den aktuellen Zeiten muss außergewöhnliches Engagement angemessen honoriert werden. Künstliche Intelligenz kann künftig sicherlich viel bewirken, aber menschliche Empathie und Zuwendung sind durch nichts zu ersetzen“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe der Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2024 der Bayerischen Landesstiftung in München fest. Die Preise – je Kategorie mit 30.000 Euro dotiert, verteilt auf die jeweils Prämierten –, seien nicht nur eine Bestätigung für das eigene Handeln der Preisträger, sondern auch eine Anerkennung der Öffentlichkeit für die geleistete Arbeit.

Mit dem Sozialpreis wurden die FiZ gGmbH in Hof, die Sarré Musikprojekte gGmbH in Straßlach und der Verein Arbeitsstelle Frühförderung Bayern ausgezeichnet.

Sozialpreis

Das bisherige Angebot der FiZ gGmbH in Hof, Erwachsenen mit psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen oder akuten sozialen Schwierigkeiten ambulante familienunterstützende Angebote sowie sozialpädagogische Leistungen anzubieten, wurde um ein ambulantes pflegerisches Angebot für Menschen mit psychischem Hilfebedarf ergänzt. Hierdurch wird dem besonderen Bedarf der Betroffenen durch pädagogische Betreuung, hauswirtschaftliche Unterstützung und Pflegeleistungen aus einer Hand Rechnung getragen. Das Projekt schließt damit eine immer größer werdende Versorgungslücke.

Die 2012 gegründete Sarré Musikakademie in Straßlach (Landkreis München) bietet Kindern und Jugendlichen auf professioneller Basis erstklassigen Unterricht in darstellenden Künsten und professionelle Bühnenerfahrung sowie Fortbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Bühnenbild und Bühnentechnik. Dabei arbeiten junge Menschen im Alter zwischen 7 und 23 Jahren aus unterschiedlichen sozialen Schichten, mit Behinderungen, aus Flüchtlingsfamilien sowie Kinder und Jugendliche mit therapeutischem Bedarf zusammen, lernen voneinander und übereinander. Auf diese Weise werden Vorurteile abgebaut und das Zusammengehörigkeitsgefühl wird gestärkt.

Aufgabe der Harl.e.kin-Nachsorge in Bayern ist es seit 2006, früh- und risikogeborene Kinder und ihre Familien beim schwierigen Übergang von der Kinderklinik in das häusliche Umfeld professionell zu begleiten und so für eine bestmögliche weitere Entwicklung des Kindes und der ganzen Familie zu sorgen. Die Familien werden im Alltag flexibel, passgenau und niedrigschwellig durch eine aus der Klinik vertraute Kinderkrankenschwester und eine erfahrene Fachkraft aus der örtlichen Frühförderstelle unterstützt. Der Name Harl.e.kin geht auf den Harl.e.kin-Verein an der Harlachinger Kinderklinik zurück; mittlerweile ist das Projekt mit 28 Standorten in ganz Bayern aktiv.

Umweltpreis

Über den Umweltpreis freuten sich die Gemeinde Baar (Landkreis Aichach-Friedberg) und der Verein Flussparadies Franken.

Die Initiative der Gemeinde Baar zur Wiederbelebung des Baches „Kleine Paar“ umfasst die Wiederherstellung der Durchgängigkeit für Gewässerlebewesen sowie Maßnahmen zur Renaturierung und Zugänglichkeit des Gewässers, flankiert durch Aktionstage und Öffentlichkeitsarbeit. Möglich wurde diese Leistung neben Spenden durch Einbeziehung vieler Partner, insbesondere der Nachbargemeinde Holzheim, der örtlichen Fischereivereine sowie der Kreisgruppen Donau-Ries und Aichach-Friedberg des Landesbundes für Vogel- und Naturschutz, vor allem aber durch ein breites ehrenamtliches Engagement der Bevölkerung vor Ort. Die Kleine Paar wurde so zur Verbindungslinie für erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Verbänden und Bürgern.

Mit dem Projekt Main Fluss-FilmFest schafft es der Verein Flussparadies Franken e. V., durch großen Einsatz für das wichtige Thema Wasser Menschen zu verbinden, verschiedene Gruppen zu vernetzen und Partner einzubinden. Bereits beim ersten „Main Fluss-FilmFest“ 2023 haben sich 14 Kinos entlang des gesamten Mains, von Bayreuth bis Frankfurt am Main, beteiligt. Flankierend gab es Expertengespräche, ein Rahmenprogramm und eine Müllsammelaktion. 2024 wurde das Projekt erfolgreich fortgesetzt. Der Wassermonat der Region Bayreuth ergänzte die Inhalte des FlussFilmFests um ein umfassendes Angebot an Führungen, Workshops, Vorträgen, Musikveranstaltungen, Theaterstücken und Mitmachaktionen für Kinder.

Kulturpreis

Mit dem Kulturpreis bedacht wurden die Historikerin Dr. Irmtraut Heitmeier, der Autor Hans Pleschinski und das Kooperationsprojekt MUBIKIN (Musikalische Bildung für Kinder und Jugendliche in Nürnberg).

Die Historikerin Dr. Irmtraut Heitmeier ist ausgewiesene Expertin auf dem Gebiet der Geschichte Bayerns im frühen Mittelalter und begeistert als Lehrbeauftragte an der LMU insbesondere junge Menschen. Sie wirkt weit über ihr akademisches Aufgabenfeld hinaus und gilt als großartige Vermittlerin bayerischer Landesgeschichte.

Hans Pleschinski ist als vielseitiger Autor deutschsprachiger Gegenwartsliteratur, Herausgeber und Übersetzer ein Mann vieler Talente. Mit seinen feinfühligen und zugleich unterhaltsamen Werken erinnert er an die verbindende Kraft von Kunst und Literatur.

Das Projekt MUBIKIN in Trägerschaft der Stadt Nürnberg, Stiftung Persönlichkeit, Bouhon Stiftung und Hochschule für Musik Nürnberg wurde 2011 ins Leben gerufen und zielt darauf ab, allen Kindern und Jugendlichen in der Norisstadt eine umfassende musikalische Bildung zu bieten. Das Programm umfasst die Qualifizierung von Pädagogen im Bereich Musikpädagogik sowie wöchentlichen Unterricht in Kindergärten und Grundschulen. Alle Kinder einer Klasse oder Gruppe nehmen daran teil. Die Instrumente werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, die musikalische Bildung in den Alltag zu integrieren, die Zusammenarbeit mit den Eltern zu fördern und den Übergang von der frühkindlichen zur schulischen Bildung zu unterstützen.

Zuschüsse für 14.000 Projekte

Staatsminister Füracker zufolge wurden seit der Stiftungsgründung 1972 Zuschüsse für rund 14.200 Projekte mit einer Gesamtsumme von über 738 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Allein im Jahr 2024 bewilligte der Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung für Kultur- und Sozialprojekte im Freistaat Zuschüsse von fast 20 Mio. Euro. 2024 wurden beispielsweise 500.000 Euro für die Erweiterung und den Ersatzneubau eines Seniorenwohn- und Pflegeheims zur Lang-, Kurzzeit- und Tagespflege in Vilseck im Landkreis Amberg-Sulzbach gewährt. In Dießen am Ammersee wurde der Umbau des Wohn- und Arbeitshauses von Carl Orff und der Neubau eines Museumsgebäudes mit 308.000 Euro gefördert. Zudem wird mit einem Zuschuss von 236.000 Euro die Sanierung der Katholischen Wallfahrtskirche Maria Schnee in Aufhausen im Landkreis Regensburg unterstützt. **DK**

GZ **KOLUMNE**
Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich so langsam dem Ende zu. 2024 war ein wechselhaftes Jahr, das für die bayerischen Kommunen geprägt war von großen finanziellen Herausforderungen und einer schwierigen politischen Großwetterlage, aber auch durch kommunalpolitische Erfolgserlebnisse. Deshalb blickt die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf 2024 zurück. Sicher ist, dass mit diesem Jahr die kommunalen Ebenen und ihre Themen wieder mehr in den Mittelpunkt des politischen Geschehens gerückt sind.

Geprägt war das politische Jahr in besonderem Maße durch die Europawahl am 9. Juni 2024. Die KPV hat dabei ihre Position als starke Stimme der kommunalen Interessen auf europäischer Ebene deutlich gemacht und die Themen Bürokratieabbau, Änderung der Migrationspolitik und eine kommunalfreundlichere Ausrichtung der Europäischen Union positioniert.

Ein kleiner Rückblick auf das Jahr 2024

Das diesjährige KPV-Sommerhighlight, die KPV-Landesversammlung und das anschließende Sommerfest der Kommunalpolitik am 26. Juli 2024, zeigten eindrucksvoll, wie lebendig und engagiert unsere kommunalpolitische Familie in der CSU ist. Gemeinsam mit prominenten Gästen wie dem Bayerischen Kommunalminister Joachim Herrmann, MdL, konnten wir Erfolge feiern und gleichzeitig die zentralen Herausforderungen wie die Entbürokratisierung, den Umgang mit extremen Parteien und die Zukunft des ÖPNV in Bayern diskutieren. Dies hat uns bestärkt, weiterhin mit Leidenschaft und Tatkraft für unsere bayerischen Kommunen einzutreten.

Ein weiterer Fokus des Jahres lag auf den strukturellen Herausforderungen, die das Jahr verstärkt mit sich brachte. Die kommunalen Belastungen durch die Asylpolitik der Bundesregierung, die angespannte finanzielle Lage unserer Krankenhäuser sowie die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung waren zentrale Themen, ebenso wie das Hauptthema des Jahres: Die strukturelle Finanzausstattung der bayerischen Kommunen. Dabei zeigte sich, wie wichtig eine verlässliche finanzielle Unterstützung durch den Freistaat Bayern ist, da gerade die aktuelle Bundesregierung weit hinter den kommunalen Erwartungen blieb. Ein Anliegen, das wir im November bei den Vorgesprächen zum Kommunalen Finanzausgleich 2025 mit Nachdruck vertreten haben.

Mit Blick auf 2025 stehen uns wegweisende Entscheidungen bevor. Die vorgezogene Bundestagswahl nach dem Zerbrechen der Ampel-Koalition wird eine Chance sein, kommunalpolitische Anliegen wieder stärker auf die bundespolitische Agenda zu setzen. Die KPV wird sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die Zukunftsthemen unserer Kommunen – von einer tragfähigen Krankenhausfinanzierung über den bundesweiten Abbau von Aufgaben und Standards bis zur nachhaltigen Entbürokratisierung – nicht nur gehört, sondern umgesetzt werden.

Für uns als KPV ist klar: Die Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gerade in Zeiten politischer Unsicherheit müssen wir die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene sichern. Wir fordern eine bundesweite Entlastungsinitiative, die Bürokratie abbaut, finanzielle Spielräume erweitert und den ländlichen Raum gezielt stärkt. Nur so können unsere Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke die Lebensqualität sichern, die Bürger zu Recht von uns erwarten.

Mit diesem klaren Auftrag und einem optimistischen Blick starten wir ins neue Jahr. Wir freuen uns auf die kommenden Herausforderungen – gemeinsam für eine starke kommunale Zukunft!

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bundesrat billigt Krankenhausreform:

Bayern fordert schnelle Nachbesserungen

Die umstrittene Krankenhausreform von Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat nach hitziger Debatte im Bundesrat ihre letzte Hürde genommen. Alle Länder hatten auf dringende Nachbesserungsbedarfe hingewiesen, aber vor dem Hintergrund der Regierungskrise im Bund war aus ihrer Sicht zu wenig Zeit, um in einem Vermittlungsausschuss diese Nachbesserungen noch bis zur Neuwahl des Deutschen Bundestages erreichen zu können.

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach setzt nun darauf, dass es nach der Neuwahl des Bundestags doch noch zu Nachbesserungen an der Krankenhausreform kommt. Das Scheitern der Anrufung des Vermittlungsausschusses zur Krankenhausreform sei „sehr bedauerlich“ und ein schlechter Tag für die Krankenhäuser in Deutschland, vor allem aber auch für die Patientinnen und Patienten, „denn ein Vermittlungsausschuss wäre die Chance gewesen, die Krankenhausreform zumindest in zentralen Punkten zu verbessern.“ Die Bundesregierung habe wichtige Anliegen der Länder in diesem Gesetz nicht berücksichtigt.

„Die vorgezogene Neuwahl des Bundestags wird die Karten neu mischen. Denn die nächste Bundesregierung muss sich die Krankenhausreform noch einmal vornehmen und wichtige Nachbesserungen in die Wege leiten“, hob die Ministerin hervor.

Krankenhausversorgung gefährdet

Bayern hatte im Bundesrat den Antrag gestellt, dass der Vermittlungsausschuss angerufen wird. Gerlach verwies in ihrer Rede in der Länderkammer darauf, dass der Gesetzesentwurf des Bundes die Krankenhausversorgung in manchen Teilen Deutschlands gefährde: „Die teils überzogenen Strukturvorgaben für die Zuerkennung der künftigen Leistungsgruppen werden dazu führen, dass Behandlungsangebote wegfallen. Die Gefahr droht zum Beispiel für etablierte Fachkliniken im Bereich der Schmerztherapie oder chronischer Krankheiten. Dazu darf es aber nicht kommen. Wir brauchen daher unbedingt eine Korrekturmöglichkeit auf Landesebene zu den Leistungsgruppenvoraussetzungen, um im Einzelfall reagieren zu können.“

Wie Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, erläuterte, „haben wir immer Nachbesserungen am Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz gefordert, weil es den nötigen und bereits stattfindenden Strukturwandel insbesondere im ländlichen Raum nicht einfacher macht, sondern noch schwieriger. Leider hat die Mehrheit der Bundesländer dieses Gesetz nun trotz der einhelligen Appelle nach Nachbesserungen passieren lassen.“ Die BKG sehe nun eine neue Bundesregierung in der Pflicht, die handwerklichen Fehler dieser Krankenhausreform rasch nachzubessern, „denn die Kliniken benötigen schnell Sicherheit bei den neuen komplizierten Regelwerken“.

Massive Unterfinanzierung

BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen machte deutlich: „Die beschlossene Krankenhausreform bringt weder eine Entökonomisierung, noch Entbürokratisierung für die bayerischen Kliniken. Die massive Unterfinanzierung der Kliniken, die sich in Bayern mittlerweile auf 2 Mrd. Euro beläuft, bleibt so bestehen. Ohne schnelle Nachbesserung sind Insolvenzen von bedarfsnotwendigen Kliniken aus wirtschaftlicher Not nicht zu vermeiden.“Unverständlich ist aus Sicht der BKG die vertane Chance, eine echte Vorhaltefinanzierung zur Sicherstellung von Leistungsvorhaltungen rund um die Uhr auf den Weg zu bringen. Die jetzt beschlossene Vorhaltefinanzierung bleibe ein Bestandteil der Fallpauschalen und gleiche Leistungsschwankungen nicht aus. „Diese Vorhaltefinanzierung ist eine Mogelpackung, die kein Problem löst, sondern neue Probleme schaffen wird, kritisierte Engehausen und ergänzte: „Wir befürchten durch diese neue Finanzierung zunehmende Wartezeiten für Patientinnen und Patienten, weil nicht mehr alle Behandlungen vollständig vergütet werden sollen.“

Dringende Korrekturen

Aus Sicht der BKG muss eine neue Bundesregierung rasch folgende Korrekturen vornehmen:

- Beschränkung der Leistungsgruppen und Strukturvorgaben auf den in Nordrhein-Westfalen bereits erprobten und anerkannten Reformprozess
- Umstellung der Berechnung der neuen Vorhaltevergütung auf ein gezieltes fallzahlenunabhängiges Zuschlagssystem
- Notwenige Ausnahmen müssen in der politischen Verantwortung der Länder möglich sein, wenn ansonsten die Sicherstellung der Versorgung offenkundig bedroht ist
- Die in den Jahren 2022 bis 2024 entstandene Inflationslücke ist für bedarfsnotwenige Krankenhausbehandlungen endlich auszugleichen.

Engehausen forderte ein Bündnis, um die stationären Behandlungsbedarfe durch bessere Versorgungssteuerung, die Stärkung ambulanter Behandlungsmöglichkeiten und eine besser abgestimmte Notfallversorgung soweit möglich zu senken und im

(Fortsetzung auf Seite 4)

Pakt des Vertrauens ...

(Fortsetzung von Seite 1)
die drohende Dysfunktionalität der kommunalen Ebene als wichtigster Ansprechpartner für die Bürger vor Augen geführt wird. Ein unhaltbarer Zustand“, so der Bundesvorsitzende.

Formal müsse dafür nur das Grundgesetz (Art. 28 Abs. 2) mit Leben erfüllt werden. Es gewährleiste den Kommunen das Recht, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. Dieses Recht gelte es wieder in den Mittelpunkt zu stellen. „Deshalb erwarten die Kommunalen der Union vom nächsten Wahlprogramm der Union ein klares Bekenntnis zu dieser Verantwortung des Bundes, um auch gegenüber den Bundesländern, der Europäischen Union und internationalen Institutionen die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und neue Freiräume zu erschließen.“

„Die Kommunen benötigen zur grundsätzlich garantierten Regelung aller Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eine aufgabenangemessene auskömmliche Finanzausstattung, die insbesondere freiwillige Leistungen, die die Lebensqualität in den Kommunen steigern, ermöglicht. Hieraus ergibt sich eine zwingende Beteiligung der Kommunen am gesamtstaatlichen Steueraufkommen. Die Union muss in Zukunft im Bund und den Ländern alle kommunalen Steuerquellen insbesondere solche mit Hebesatzrechten sowie die Einnahmen aus Abgaben und Gebühren langfristig garantieren“, heißt es in dem von der Delegiertenversammlung beschlossenen Vertrauenspakt.

Fehler beseitigen

Die Kommunalpolitiker von CDU/CSU erwarten, dass die Union in der nächsten Legislatur die „grundsätzlichen Konstruktionsfehler“ beseitigt. Rechtsansprüche durch Bundesgesetze dürften sich trotz Zustimmung der Länder nicht direkt an die Kommunen richten. Länder müssten Rechtsansprüche übernehmen und gegenüber ihren Kommunen vollumfänglich finanzieren. „Wir brauchen ein Moratorium der bestehenden Leistungsgesetze und Standardsetzungen der letzten Legislaturperioden: Wenn nachweislich Kommunen höhere Kosten durch die gesetzlichen Vorgaben des Bundes entstehen als der Bund gemeinsam mit den Ländern tatsächlich erstattet, müssen diese Vorgaben bis zur Klärung der Finanzierung eingefroren werden. Konkret fordern wir die Aussetzung der bestehenden Rechtsansprüche auf Kinderbetreuung bis zur vollumfänglichen Finanzierung und die Aussetzung aller betreffenden zusätzlichen Baustandards.“

„Insbesondere die Sozialausgaben, die einen immer größeren Anteil an den Kommunalausgaben einnehmen, sind kostentreibend“, heißt es weiter. Sie stiegen insbesondere durch bundesgesetzlich vorgegebene Leistungsausweitungen sowie Standarderhöhungen und träfen den gesamten kommunalen Bereich durch die Umlagenfinanzierung der Gemeindeverbände. Dabei seien strukturschwache Kommunen in doppelter Hinsicht betroffen.

Verbot des Bundesdurchgriffs

„Die Union muss dafür sorgen, dass dieser Mechanismus in den kommenden Jahren durchbrochen wird. Das Verbot des Bundesdurchgriffs muss wieder geachtet werden. Wir wollen einen Sachverständigenrat beim Bundesfinanzministerium unter Beteiligung der Vertreter der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kommunalpolitik, der die bestehenden gesetzlichen Vorgaben bei den bestehenden Leistungsgesetzen hinsichtlich ihrer kommunalen Wirkungen untersucht und Vorschläge unterbreitet, wie echte Konnexität hergestellt werden kann“, machten die Kommunalpolitiker deutlich.

Aktuell hätten die Kommunen in der Gesetzgebung kaum eine Chance, Folgekosten realistisch abzuschätzen und Folgewirkungen nachzuvollziehen, weil die frühere „Ampelregierung“ den kommunalen Spitzenverbänden häufig – und nicht nur bei besonders eilbedürftigen Vorhaben – extrem kurze Fristen zur Abgabe von Stellungnahmen eingeräumt habe. Stellungnahmen entfalteten keine Wirkung und neuerdings eingesetzte zusätzliche Bürgerräte höhlten nur die Demokratie aus.

Basierend auf den Jahresrechnungsergebnissen der kommunalen Haushalte hätten sich die Sozialausgaben innerhalb der vergangenen 20 Jahre mehr als verdoppelt. Die Ausgaben für Sachinvestitionen seien nur um ein Drittel gestiegen. Das Nettoanlagevermögen der Kommunen liege durchgängig im negativen Bereich, was deutlich zeigt, dass mehr Werte über Abschreibungen aufgezehrt werden als durch Investitionen neu geschaffen werden können. Die Kommunen lebten bei ihrer Infrastruktur seit Jahrzehnten von der Substanz; der auch von der KfW regelmäßig ermittelte Investitionsrückstau wachse kontinuierlich. Nicht zuletzt der Einsturz der Brücke in Dresden lege den Finger in die Wunde: „Um unser Land zukunftsfähig und wettbewerbsfähig zu halten, muss nicht nur ‚alte‘ Infrastruktur ersetzt, sondern vielmehr neue Infrastruktur insbesondere in den Bereichen Digitalisierung und Energie errichtet werden“, so die Forderung der Bundes-KPV.

Auch weist sie darauf hin, „dass die Kommunen und ihre Unternehmen einen wesentlichen Beitrag zur Klimaanpassung leisten und mehrere hundert Milliarden Euro in die Infrastruktur investieren müssen.“ Stadtwerke und kommunale Unternehmen benötigten für die notwendigen Investitionen zusätzliche Finanzierungswege oder mehr Eigenkapital, um etwa Strom- und Wärmenetze auszubauen, Gas- in Wasserstoffnetze umzubauen oder Ladesäulen für PKW zu errichten. Dadurch könnten die Ausschüttungen an die kommunalen Eigner – eine wesentliche Einnahmequelle der kommunalen Haushalte – künftig geringer oder sogar ganz ausfallen. Die bisherige Finanzierung anderer Aufgaben, wie beispielsweise des öffentlichen Personalverkehrs oder von Bädern, würde somit nicht mehr zur Verfügung stehen.

„Wir erwarten von der Union eine Lösung der Investitionsbremsen: Wir wollen schlankere Verfahren, geringe bürokratische Vorgaben und die Mobilisierung öffentlichen und privaten Kapitals. Wir schlagen dazu vor, einen Investitionsfonds zu errichten, der sich aus Anleihen, Rententrägern, Pensionskassen und Rücklagen der öffentlichen Hand speist und projektgebunden das notwendige Kapital den Kommunen anbietet.“

Gefordert wird überdies eine angemessene aufgabengerechte Beteiligung der Kommunen am gesamtstaatlichen Steueraufkommen und ein zusätzlicher Anteil am Aufkommen an der Umsatzsteuer. Zukünftige Mittel aus der Umsatzsteuer müssten unabhängig von der Wirtschaftskraft zum Ausgleich von Strukturschwäche verteilt werden.

Da aktuell bei der Grundsteuer ein nicht unerhebliches Einnahmerisiko der Städte und Gemeinden bestehe, erwartet die Bundes-KPV von der Union, das Risiko des Totalausfalls der Grundsteuer zu minimieren. „Wir wollen kurzfristig eine bundesgesetzliche Initiative, die es den Ländern ermöglicht, unabhängig vom bestehenden Grundsteuergesetz landesgesetzliche Grundsteuerregelungen zu erlassen und anzuwenden. Diese bundesgesetzliche Initiative greift die Länderöffnungsklausel des Grundsteuergesetzes auf und entzieht sie durch eine eigenständige bundesgesetzliche Grundlage dem laufenden Klageverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Auf diese Weise erhalten zumindest die Kommunen der Länder mit bestehenden vom Bundesgesetz abweichenden Grundsteuerregelungen größere Planungssicherheit.“

Neuausrichtung der Kommunalfinanzen

Mit Blick auf das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse gehe es bei der Neuausrichtung zukunftsfähiger Kommunalfinanzen auch darum, strukturelle Unterschiede zwischen den Kommunen zu berücksichtigen und auszugleichen. Förderprogramme von Bund, Ländern und EU erwiesen sich aufgrund der Ausgestaltung oftmals als kontraproduktiv, weil sie häufig nicht dort ankommen, wo der Bedarf am größten ist, sondern von strukturstarken Kommunen intensiv genutzt werden können, die zur Administration der Programme in der Lage sind. Insofern seien Förderprogramme zum Teil auch Ausdruck einer nicht auskömmlichen allgemeinen Finanzierung der Kommunen.

„Kommunaladressierte Förderprogramme des Bundes binden Mittel und Personal vor Ort. Sie blähen auch beim Bund den Personalbestand auf. Förderprogramme sind kompliziert konstruiert, so dass Kommunen Mittel nicht abrufen. Gerade struktur- und finanzschwache Kommunen haben oftmals weder ausreichend Personal zur Beantragung noch ausreichend Personal zur Umsetzung von Förderprogrammen.“ Diese entpuppten sich immer wieder als „Goldene Zügel“ und weckten Erwartungen bei den Bürgern, die langfristig nur schwergehalten werden könnten.

„Wir wollen Förderprogramme reduzieren, vereinfachen und zu 100 Prozent digital abwickeln. Wir wollen sie möglichst in der Städtebau- und Regionalförderung zusammenfassen. Dabei ist Städtebau- und Regionalförderung die zentrale Säule des Bundes, um für nachhaltigen Wohn-, Arbeits- und Lebensraum in Stadt und Land zu sorgen. Jeder staatlich gegebene Euro löst dabei sieben bis neun privatfinanzierte Euros aus. Bund und Länder müssen daher die Städtebau- und Regionalförderung dauerhaft auf einem hohen finanziellen Niveau halten, um die Kommunen langfristig bei der Anpassung an die demografischen, gesellschaftlichen und klimatischen Herausforderungen zu unterstützen.“

Das Sterben kommunaler Krankenhäuser sei für die Gesundheitsversorgung vor Ort ein alarmierendes Zeichen, heißt es weiter. Die Krankenhausreform der Bundesregierung sei gegen die Länder verhandelt worden, weswegen die Zukunft der örtlichen Gesundheitsversorgung ungewiss ist. Dabei bildeten kommunale Krankenhäuser das Fundament einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung in Deutschland, insbesondere mit Blick auf den Zivilschutz, auf die Notfallversorgung und auf eine immer älter werdende Gesellschaft. Deshalb seien auf Bundes- und Landesebene strukturfördernde Maßnahmen zu ergreifen, um den nachhaltigen Bestand der Versorgung zu sichern.

Standards auf den Prüfstand

In aller Regel seien die Kommunalverwaltungen diejenigen, die gesetzliche Standards von Bund und Ländern umsetzen müssen. Angesichts der angespannten Finanzlage, des Fachkräftemangels und einer überbordenden Bürokratie müssten diese Standards aber fachübergreifend auf den Prüfstand gestellt werden. Zudem solle beim Setzen künftiger Standards stärker berücksichtigt werden, was vor Ort leist- und umsetzbar ist. Zielführend könne es daher sein, die mit der Gemeindefinanzkommission begonnene Aufgabe der „Standard-Überprüfung“ wieder aufzunehmen.

Fazit: „Wir brauchen dringend wieder Wirtschaftswachstum und die Union als Zukunftsmotor: Wir müssen die Probleme unseres Landes deutlich benennen und realistisch pragmatische Lösungen anbieten. Der Schlüssel zur Stabilität, Funktionsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands liegt in den Kommunen. Wir machen Deutschland stark, wenn wir die Kommunen stärken. Wir können besser regieren.“ **DK**

Bayern fordert ...

(Fortsetzung von Seite 3)
Gegenzug die Erlöse je Behandlungsfall endlich ausreichend zu finanzieren. „Wir können es uns nicht mehr leisten, vermeidbare Behandlungen durchzuführen, die aber massiv unterfinanziert sind. Damit sind sowohl die Krankenhäuser als auch die Krankenkassen in einem dauerhaften Defizit und die Qualität der Versorgung wird so nicht besser. Darüber werden wir weiterhin mit den Krankenkassen, dem Freistaat und einer neuen Bundesregierung sprechen.“

Chance zur Korrektur der Krankenhausreform vertan

Der Deutsche Landkreistag kritisiert die Entscheidung des Bundesrates scharf, auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses zur Krankenhausreform zu verzichten. „Das Vorhaben hätte noch gerettet werden können, diese Chance ist jetzt vertan. Die gravierenden Fehler der bisherigen Entwürfe hätten korrigiert und die Krankenhäuser stabilisiert werden können und müssen“, erklärt der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Dr. Achim Brötel. „Jedenfalls muss es nun zu den ersten Amtshandlungen einer neuen Bundesregierung gehören, den dringend notwendigen Inflationsausgleich rückwirkend bis 2022 gesetzgeberisch auf den Weg zu bringen“.

Die Bundesratsdebatte sei sehr intensiv geführt worden. „Die Entlassung seiner Gesundheitsministerin durch Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke zeigt die Emotionen. Es belegt aber auch, dass der Bundesgesundheitsminister mit dem Kopf durch die Wand wollte und es versäumt hat, andere mitzunehmen“, so Brötel weiter. Es stehe zu viel auf dem Spiel. „Dabei geht es nicht um missionarischen Eifer, sondern um die Menschen.“

Dadurch, dass die Krankenhausreform nun mit einem viel zu geringen Kostenausgleich für die Vergangenheit Gesetz werde, ändere sich die prekäre Lage vieler Kliniken gerade nicht. In den letzten zwei Jahren hätten bereits 48 Kliniken Insolvenz anmelden müssen. „Und das wird nicht das Ende der Fahnenstange sein, weitere Häuser werden folgen. Vor allem wird dies wieder einmal in erster Linie die ländlichen Räume treffen. Deshalb gehört das ganz oben auf die politische Agenda ab dem 23.2.2025.“

Es gehe um die Defizite, die seit 2022 aufgelaufen seien. „Gemessen an diesem Bedarf war und ist das Angebot des Bundes unzureichend. Denn es stellt lediglich Hilfe für das laufende Jahr in Aussicht. Das reicht nicht. Dadurch werden nur kleine Teile der seit Jahren aufgelaufenen Finanzierungslücken abgedeckt“, so Brötel.

Im Übrigen bleibe die Krankenhausreform eine Black Box – ohne Auswirkungsanalyse und damit eine klare Vorstellung darüber, was sie bewirken werde. „Seit Beginn des Verfahrens fragen wir den Bundesgesundheitsminister, was die vorgeschlagenen Maßnahmen konkret für die Landkreise und ihre Krankenhäuser bedeuten. Aber diese für ein Gesetzgebungsprojekt solchen Ausmaßes wesentliche Informationen wurden uns vorenthalten. Diese Geheimniskrämerei lässt nicht davon ausgehen, dass für die Landkreise irgendetwas besser wird.“ Ganz im Gegenteil zeige eine aktuelle Studie der Vebeto GmbH, dass die Reform nicht die Existenz der ländlichen Krankenhäuser sichern könne, wie es der Bundesgesundheitsminister immer wieder versprochen habe. Diese Kliniken haben nach dem klaren Studienbefund im neuen Finanzierungssystem keine Chance, ihre Erlösverluste durch den Wegfall einzelner komplexerer Behandlungsangebote zu kompensieren.

In der Fläche könne man sich aber keine weiteren negativen Strukturveränderungen leisten, die zu einer drastischen Verschlechterung der Patientenversorgung führen würden, so der DLT-Präsident weiter. „An den wesentlichen Kritikpunkten der kommunalen Ebene hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren nichts geändert.“ Es gebe in den ländlichen Räumen sehr leistungsfähige Häuser, die fachlich in der Lage seien, zusätzliche medizinische Leistungen zu übernehmen. „Die Reform darf nicht dazu führen, dass solche Häuser geschlossen werden und die Menschen auf Spezialbehandlungen in einer Großstadt verwiesen werden. Genau das droht seit dem heutigen Tage aber ganz real.“ **DK**

Pragmatismus heißt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
für Schulen, Schülerinnen und Schüler“, fuhr der Verbandschef fort. Tablets und Laptops müssten laufend ersetzt werden. Auch die IT-Infrastruktur für zuverlässige Netzwerke sei weiter zu finanzieren. „Wenn das nicht passiert, besteht die Gefahr, dass die digitale Ausstattung der Schulen sogar wieder zurückgebaut wird. Damit würden sich vor allem die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern aus ärmeren Haushalten wieder verschlechtern.“

Schuchardt wird neuer Hauptgeschäftsführer

Der Deutsche Städtetag hat die Weichen für den Wechsel in der hauptamtlichen Spitze des Verbandes gestellt. Christian Schuchardt, seit 2014 Oberbürgermeister der Stadt Würzburg, wurde einstimmig zum künftigen Hauptgeschäftsführer des Kommunalverbandes bestimmt. Er tritt sein Amt zum 1. Juli 2025 an und folgt so dem langjährigen Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy, der 2025 in Ruhestand geht. **DK**

Mit Blick auf den noch fehlenden Bundeshaushalt 2025 sorgen sich die Städte zudem um Fördermittel des Bundes, für die bereits ein Förderbescheid vorliegt, aber noch keine Gelder geflossen sind. Besonders kritisch wäre ein Wegbrechen dieser Fördermittel für den Ausbau der Wärmenetze und die Sanierung öffentlicher Gebäude. Dafür benötigten sie Investitions- und Planungssicherheit. Der Ausfall von Fördermitteln und längere Ungewissheit, wie es weitergeht, wären deshalb Gift für die Wärmewende. Denn Fernwärme-Projekte würden so unter Umständen gar nicht erst begonnen. Lewe forderte deshalb von allen Parteien im Bundestag „das glasklare Bekenntnis, dass sich die Städte auch nach der Neuwahl auf zugesagte Fördermittel und die Finanzzusagen des Bundes verlassen können – ganz gleich wer die neue Bundesregierung stellt“.

Überdies fordern die Städte bereits jetzt eine neue Bundesregierung und die Länder dazu auf, für die weitere Digitalisierung der Arbeit in den Gesundheitsämtern Planungssicherheit zu schaffen. Benötigt werde eine Anschlussfinanzierung, wenn der „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ 2026 ausläuft; andernfalls blieben begonnene Digitalisierungsprozesse auf halber Strecke stecken.

Wie Städtetags-Vizepräsidentin, Oberbürgermeisterin Katja Dörner (Bonn), darlegte, „haben die Gesundheitsämter in den Städten mit großem Engagement die Corona-Pandemie gemeistert“. Viele sinnvolle Digitalisierungsprojekte seien mit dem „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ angestoßen worden; zudem habe man zusätzliches Personal eingestellt. Allerdings gingen die Aufgaben der Gesundheitsämter weit über den reinen Infektionsschutz hinaus. Die Mitarbeiter gingen beispielsweise in Schulen, Kitas und Pflegeheime und leisteten dort präventive Arbeit. Sie bereiteten Schutzmaßnahmen vor für immer häufiger werdende Hitzewellen. Zudem vernetzten sie alle Beteiligten der Gesundheitsversorgung und Suchtberatung.

Wenn der in Corona-Zeiten vom Bund aufgesetzte „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ mit insgesamt 800 Millionen Euro im Jahr 2026 ersatzlos enden würde, verlören die Gesundheitsämter nicht nur qualifiziertes Personal, sondern es stehe auch die weitere Digitalisierung auf dem Spiel, betonte Dörner.

Konkret fordern die Städte von Bund und Ländern, mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Zukunftsbild für die Digitalisierung der Gesundheitsämter zu erstellen. Das bisherige Leitbild für das „Digitale Gesundheitsamt 2025“ ziele vor allem auf den Infektionsschutz und greife zu kurz. Zudem müssten zusammen mit den Kommunen einzelne digitale Musterprozesse erarbeitet und bereitgestellt, Standards für den Informations- und Datenaustausch erarbeitet, für laufende Digitalisierungsprojekte auch über 2026 hinaus eine Anschlussfinanzierung sichergestellt, etablierte Netzwerke und Austauschformate von Kommunen mit Landes- und Bundesbehörden weiterentwickelt und ein gemeinsames strukturiertes Wissensmanagement für bundesweit angewandte Verfahren, Normen und Best Practices im Öffentlichen Gesundheitsdienst etabliert werden. **DK**

Verkehrsfluss auf der A99 soll verbessert werden:

Sanierung des Allacher Tunnels

Seit den 1990iger Jahren fließt der Verkehr auf der A99 im Münchner Nordwesten durch den Tunnel Allach. Die Bauarbeiten wurden 1996 begonnen und 1998 beendet. Gekostet hat das Bauwerk damals 264 Mio. DM. Bald 30 Jahre später steht nun eine umfassende Sanierung an. Die Autobahn Südbayern hat im April 2024 den Planfeststellungsbeschluss für das Projekt „Sanierung Tunnel Allach und temporäre Seitenstreifenfreigabe" von der zuständigen Regierung von Oberbayern erhalten. Damit ist das Projekt genehmigt und mit den Bauvorbereitungen kann begonnen werden. Die Kosten der Sanierung betragen schätzungsweise mind. 200 Mio. Euro und bis 2035 könnte die Tunnelsanierung abgeschlossen sein. Es wird mit einer Bauzeit (ohne Planungszeit) von 8 Jahren gerechnet. Das Projekt hatte im Bundesverkehrswegeplan 2015 die Dringlichkeitskategorie „Vordringlicher Bedarf"; Projekte dieser Kategorie sollten bis 2030 begonnen sein. Unmittelbar von den Baumaßnahmen betroffen ist der an die Landeshauptstadt München angrenzende Landkreis Dachau. Auch wenn die Bauzeit den Landkreis auf eine hohe Belastungsprobe stellen wird, sagt Dachaus Landrat Stefan Löwl im Gespräch mit der Bayerischen GemeindeZeitung, dass diese Sanierung alternativlos sei.

GZ: Der teils sehr ländlich und teils sehr städtisch geprägte Landkreis Dachau befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Landeshauptstadt. In Bezug auf Mobilität, was sind die wichtigsten Diskussionspunkte im Landkreis?

Stefan Löwl: *Der Landkreis Dachau gehört zu den am stärksten wachsenden Regionen in Bayern. Mit einem kontinuierlichen Zuzug steigt auch die Nachfrage nach einer gut ausgebauten Infrastruktur, die den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, denn die Mobilitätsbedürfnisse ändern sich kontinuierlich. Um diesen Bedarf zu decken, brauchen wir natürlich eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs. Allerdings sind das Projekte, welche noch lange nicht fertig werden. Stichworte sind hier „Stellwerk Ost", „DB-Nordring" sowie „Zweite Stammstrecke", von der wir uns einiges an Entlastung, insbesondere aber Stabilität erwarten. Momentan haben wir keinerlei Redundanzen, was das System anfällig und unzuverlässig und damit für den Nutzer unattraktiv macht. Um die Mobilität im Landkreis Dachau langfristig sicherzustellen, sind daher weitere Investitionen in die Infrastruktur notwendig. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Region auch weiterhin attraktiv und wirtschaftlich erfolgreich bleibt.*

GZ: Welche Bedeutung hat der Tunnel Allach für den Landkreis Dachau?

Löwl: *Für die Landkreisbewohner selbst spielt der Tunnel eine eher untergeordnete Rolle, da diese die Durchfahrt durch den Tunnel vermeiden und meist andere Routen nutzen; abhängig wohin man möchte. Für viele andere Autofahrer und auch für den Schwerlastverkehr ist der Allacher Tunnel jedoch das entscheidende Nadelöhr, vor allem zu den großen Arbeitgebern im Münchener Norden sowie zu anderen wichtigen Zielen wie dem Flughafen oder auch der Allianz Arena. Ist der Tunnel gesperrt, kommt es zu Ausweichverkehr, der bis über Sulzemoos und Haimhausen hinaus reicht und alle umliegenden und untergeordneten Straßen stark belastet. Bevor der Tunnel gebaut wurde, gab es auf der B471 auch sehr häufig z.T. äußerst schwere Unfälle. Hier hat der Tunnel entscheidend zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer beigetragen! Daher ist es umso wichtiger, dass der Tunnel reibungslos funktioniert, um diese positiven Effekte für die Region zu erhalten und den Verkehr sicherer zu machen.*

GZ: Wie wird sich der Verkehr entwickeln?

Löwl: *Der motorisierte Individualverkehr im Landkreis Dachau geht aktuell leicht zurück: Vor der Corona-Pandemie fuhren bspw. täglich etwa 44.000 Fahrzeuge auf der B304 durch Karlsfeld – hier sind Unternehmen wie MAN und MTU ansässig und es ist die Hauptverbindung nach München – heute sind es knapp unter 40.000. Gründe dafür sind u.a. Homeoffice und die Vier-Tage-Woche, aber leider auch der allgemeine wirtschaftliche Abschwung. Doch es ist anzunehmen, dass das Verkehrsaufkommen im Großraum München künftig wieder zunehmen wird, im Münchner Westen spielen hier auch neue Wohngebiete wie Freiham eine Rolle.*

Kapazität am Limit

GZ: Warum muss der Tunnel jetzt saniert werden?

Löwl: *Rund 132.000 Fahrzeuge nutzen den Tunnel Allach an einem typischen Werktag, am Wochenende etwas weniger. Zum Vergleich: Der bayerische Autobahn-Durchschnitt lag 2018 bei etwa 50.000 Fahrzeugen pro Tag. Damit zählt der Tunnel Allach auf dem Münchner Nordring zu den am stärksten befahrenen Strecken Bayerns und Deutschlands. In Spitzenzeiten, meist morgens und abends, durchfahren bis zu 10.000 Fahrzeuge pro Stunde beide Röhren, wobei der Lkw-Anteil werktags knapp 15 Prozent beträgt – im bayerischen Schnitt. Mit seiner sechsspurigen Kapazität von 115.000 Fahrzeugen ist der Tunnel bereits jetzt am – in den Hauptverkehrszeiten oft auch schon über – dem Limit.*

Ein zentrales Element der geplanten Sanierung ist die Ertüchtigung und auch im Allacher Tunnel die „temporäre Seitenstreifenfreigabe" zu ermöglichen: Zwischen den Autobahndreiecken München-Allach und München-Feldmoching sollen künftig auch die Seitenstreifen für den Verkehr genutzt werden, sodass in den Stoßzeiten insgesamt vier Fahrstreifen je Fahrtrichtung zur Verfügung stehen. Damit wird die A99 auch im Tunnel für das steigende Verkehrsaufkommen besser gewappnet sein und Staus könnten reduziert werden.

GZ: Acht Jahre Bauzeit, was ist geplant und mit welchen Einschränkungen ist zu rechnen?

Löwl: *Im Allacher Tunnel werden die Betonwände, -decken und -böden sowie die Sicherheitssysteme erneuert und die Seitenstreifen für eine dauerhafte Nutzung ertüchtigt. Ziel ist es, den Verkehr flüssiger und damit auch emissionsärmer zu gestalten. Der Bau soll in zwei Phasen erfolgen: In der ersten, voraussichtlich dreijährigen Phase bleiben beide Röhren offen, jedoch mit verengten Spuren. In der zweiten Phase, welche wohl vier bis fünf Jahre dauern wird, soll jeweils eine Röhre gesperrt werden, während der Verkehr auf jeweils zwei Spuren durch die andere Röhre geführt wird.*

Wichtige Maßnahmen umfassen dabei auch die Modernisierung der Brandbekämpfung, eine neue Kabelbrücke über die Würm und eben die Möglichkeit zur temporären Freigabe des Seitenstreifens; inkl. der dafür nötigen Signalisierungs- und Überwachungstechnik. Außerdem sind Naturschutzflächen entlang der Strecke und Ausgleichsmaßnahmen in Krailling mit eingeplant.

Es gibt keine Alternative

Da der Tunnel dringend saniert werden muss, gibt es zu den Maßnahmen auch keine Alternative. Als ein zentrales Nadelöhr ist er heute schon stauanfällig und eine Kapazitätserweiterung daher auch dringend notwendig. Um die Verkehrsströme in und durch den Landkreis Dachau sowie in der Landeshauptstadt während der Sanierungszeit zu steuern, suchen wir gemeinsam mit allen Akteuren sowie im Dialog mit Arbeitgebern und den anliegenden Kommunen nach Lösungen, um Stau und Schleichverkehre zu reduzieren. Gedacht wird hier etwa an angepasste Schichtzeiten bei den großen Arbeitgebern im Münchner Norden, aber auch an Autobahn-Abfahrverbote, ähnlich denen rund um Kufstein. Wichtig ist, dass die innerörtlichen und lokalen Verkehre auch während der Bauzeit funktionieren und insbesondere die zahlreichen Buslinien nicht gemeinsam mit den Autos im Stau stehen.

GZ: Mit welchen Folgen aus der Sanierung wird im Landkreis gerechnet?

Löwl: *Während der Bauzeit wird – wie bereits gesagt – der Umgehungsverkehr im ganzen südlichen Landkreis zunehmen. Nach Projektabschluss kann der Tunnel dann bis zu 25 Prozent mehr Verkehr bewältigen, was durch flüssigeren Verkehr zu weniger Stau, Lärm und Schadstoffen sowie zu einer besseren Luftqualität und vielleicht sogar zu einer Entlastung der Bundes- und Staatsstraßen im Landkreis Dachau führen wird.*

Parallel geplante Verkehrsprojekte wie das sog. Kleeblatt an der Autobahnanschlussstelle Oberschleißheim und der vierspurige Ausbau der B471 mit einer anschließenden Ostumfahrung von Dachau werden erst nach der Tunnelsanierung fertiggestellt sein.

GZ: Der Tunnel ist von 1996. Das sind keine 30 Jahre. In Zeiten klammer Kassen, können wir uns die Pflege und Instandhaltung und ggf. den Ausbau unserer Alt-Infrastruktur überhaupt leisten?

Löwl: *Wir müssen. Eine funktionierende Infrastruktur ist die Basis unserer Gesellschaft, sowohl wirtschaftlich aber eben auch sozial und kulturell. Sie ermöglicht und sichert die Lebensqualität, welche wir schätzen. Pendlerverkehr ist Wirtschaftsverkehr – er sorgt dafür, dass Menschen zur Arbeit kommen und Unternehmen produktiv bleiben. Und auch die Wirtschaftsverkehre sind für uns existenziell. Mobilität ist unverzichtbar für unsere Lebensart und unseren Wohlstand. Damit wir aber mobil sein können, muss die zentrale Infrastruktur – sowohl die Straße wie auch die Schiene - verlässlich sein.*

Dass wir aufgrund der aktuellen Situation in Berlin und den fehlenden Haushaltmitteln aktuell noch nicht wissen, wann diese und viele andere dringende Maßnahmen umgesetzt werden, macht mir ernste Sorgen. Ein ungeplanter „Ausfall" des Allacher Tunnels wäre für die Region München eine Katastrophe.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! **CH**



Landrat Stefan Löwl. Bild: Landratsamt Dachau / Veronika Plajer

VDV-Präsidiumssitzung:

Branche benötigt Planungssicherheit

In seiner turnusmäßigen Sitzung hat das Präsidium des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) in Brüssel an die Fraktionen im Deutschen Bundestag appelliert, bis zur Auflösung des Deutschen Bundestags einen Nachtragshaushalt für 2024 und einen Bundeshaushalt für 2025 zu beschließen.

„Wir brauchen Klarheit und Planungssicherheit für die Branche und für unsere Kundinnen und Kunden. Ziel muss es sein, dass die Fraktionen nun die wichtigsten, bereits begonnenen Gesetzgebungsvorhaben im Verkehrsbereich noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode beschließen", betonte der wiedergewählte VDV-Präsident Ingo Wortmann, der auch Vorsitzender der Geschäftsführung der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) ist.

Deutschland-Ticket

Konkret müsse der Gesetzentwurf zur 10. Änderung des Regionalisierungsgesetzes umgesetzt werden, mit dem die Überjährigkeit der Mittel für das Deutschland-Ticket von 2023 bis 2025 hergestellt werden soll. Für die abschließenden Beratungen des Gesetzentwurfs fordert der VDV folgende Anpassungen:

1. Streichung des Enddatums 31. Dezember 2025. Damit wird sichergestellt, dass es das Deutschland-Ticket und die Bundesmittel in Höhe von 1,5 Mrd. Euro pro Jahr über das Jahr 2025 hinaus gibt.

2. Streichung der haushaltskonsolidierenden Maßnahme zur Verschiebung der Auszahlung von 350 Mio. Euro an Regionalisierungsmitteln für das Jahr 2025 auf 2026.

Zudem sei das im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2025 angelegte Mittelvolumen für die Bundesschienenwege durch einen Haushaltsbeschluss oder im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung abzusichern. Durch Umschichtung oder zusätzliche Mittel müssten dabei die Mittel für die Trassenpreisförderung für den Schienengüterverkehr und für den Schienenpersonenfernverkehr erhöht sowie die Finanzierung des Bestandserhalts (Instandhaltung/ Ersatzinvestition) gestärkt werden.

Die umfassende Finanzierung des Bestandserhalts der Bundesschienenwege, einschließlich der Anwendung der neuen Finanzierungsoptionen des BSWAG (Instandhaltungsförderung), sei für 2024 und 2025 vertraglich abzusichern.

Mit Blick auf das Regionalisierungsgesetz fordert der VDV die Umsetzung der Ergebnisse des Gutachtens der Firma Rambøll im Auftrag des BMDV zur Sicherung der Bestandsverkehre im SPNV. Konkret geht es dabei um die Erhöhung der Regionalisierungsmittel um 3 Mrd. Euro pro Jahr ab 2026 mit jährlich anwachsenden Beträgen.

Beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz müssen nach Auffassung des VDV die Nachrangigkeit sowie das Enddatum 2030 für die Förderung von Grunderneuerung im GVFG gestrichen werden. Darüber hinaus müssten die GVFG-Mittel auf 3 Mrd. Euro pro Jahr ab 2025 erhöht werden, um den erfolgreichen Hochlauf an schienengebundenen Projekten seit der GVFG-Novelle vollständig bedienen zu können. Dies gelte für Neubau und Grunderneuerung gleichermaßen. **DK**



Zuschuss zur Entgeltumwandlung

Ein Gastbeitrag von Kerstin Ippisch, Referatsleiterin Marketing und Kommunikation Kommunales Versorgungswesen, Bayerische Versorgungskammer

Der kommunale Arbeitgeberverband Bayern hat im Juni 2023 per Beschluss seinen Mitgliedern die Möglichkeit eröffnet, freiwillig einen zusätzlichen Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung zu leisten. Dies führt dazu, dass die Kommunen in Bayern einen Zuschuss auf Grundlage des § 1a Abs. 1a BetrAVG zur Entgeltumwandlung zahlen können. Der Zuschuss kann für diejenigen Beschäftigten gezahlt werden, bei denen sich für den Arbeitgeber durch eine Entgeltumwandlung eine Ersparnis bei den Beiträgen zur Sozialversicherung ergibt.

Damit wird die Entgeltumwandlung sowohl für die Beschäftigten als auch für die kommunalen Arbeitgeber noch interessanter – eine echte „win-win-Situation. Die Beschäftigten im kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern profitieren zwar bereits jetzt von einer durch den Arbeitgeber finanzierten Betriebsrente aus der BVK Zusatzversorgung, die sie automatisch alleine durch die Finanzierung des Arbeitgebers erhalten. Damit stehen sie schon mal vergleichsweise gut da. Gleichwohl ist eine weitere Komponente als zusätzliche freiwillige Altersvorsorge unabdingbar, um die finanzielle Situation der Beschäftigten weiter zu verbessern.

Wertschätzung für die Mitarbeiter

Mit dem Zuschuss zur Entgeltumwandlung haben die kommunalen Arbeitgeber ein wirkungsvolles Instrument für die Gewinnung und Bindung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an der Hand – in Zeiten des Arbeitskräftemangels ist das ein absoluter Wettbewerbsvorteil. Durch die Entgeltumwandlung ihrer Mitarbeiter erzielen die Arbeitgeber eine Sozialversicherungsersparnis von in der Regel etwas über 20 Prozent des Bruttolohns. Wenn man einen Teil dieser Ersparnis an die Beschäftigten weitergibt, unterstreicht das die Wertschätzung der Mitarbeiter.

In Bayern haben bereits mehrere – darunter auch große – Kommunen den Zuschuss zur Entgeltumwandlung eingeführt.

Praktische Umsetzung

Um den Zuschuss zur Entgeltumwandlung einzuführen, gibt es zwei grundsätzlich mögliche Vorgehensweisen:

- *Aufstockung: Der Zuschuss wird dem bereits bestehenden Beitrag des Beschäftigten hinzugeschlagen. Das heißt: Der Beschäftigte wandelt gleich viel Entgelt um, zahlt aber mehr in seinen Vertrag ein.*
- *Anrechnung: Der Zuschuss wird in den bereits bestehenden Beitrag so hineingerechnet, dass dieser sich nicht verändert. Das heißt: Der Beschäftigte wandelt weniger Entgelt um, zahlt aber genau so viel in seinen Vertrag ein.*

Unterstützung für interessierte Arbeitgeber

Die meisten der bayerischen Kommunen haben die BVK Zusatzversorgung als Anbieter für die Entgeltumwandlung zugelassen. Das diesbezügliche Produkt der BVK Zusatzversorgung heißt „PlusPunktRente als Entgeltumwandlung“.

Viele bayerische Kommunen haben Beschäftigte, die in eine PlusPunktRente als Entgeltumwandlung einzahlen. Die BVK Zusatzversorgung kann diese Mitglieder bei der Einführung des Arbeitgeberzuschusses zur Entgeltumwandlung praktisch unterstützen. ❐

Konditionsvereinbarungen der ProVitako:

Bundesweite Entlastung kommunaler Haushalte

Auf ihrer Pressekonferenz in Berlin stellte ProVitako e.G. ein neues Instrument vor: Die Konditionsvereinbarung. Sie ermöglicht allen deutschen Kommunen den Zugang zu einheitlichen Herstellerrabatten. Der Startschuss wurde von den IT-Herstellern Dell Technologies, Fujitsu, HPE und Lenovo für deren Server und Storage-Portfolio gesetzt. Das Ziel der ProVitako ist es, eine Entlastung der kommunalen Haushalte zu erreichen. Durch den Abschluss dieser und weiterer Konditionsvereinbarungen sowie gezielter Bedarfsbündelungen sollen zukünftig Einsparungen von jährlich bis zu 100 Millionen Euro möglich werden.

Mehr als 50 Prozent der kommunalen IT-Beschaffungen in Deutschland werden derzeit noch durch individuelle Vergabeentscheidungen am Markt platziert. Dadurch entgehen den Kommunen Volumenrabatte, die bei einer Bündelung von Beschaffungen erreicht werden können.

Einheitliche Konditionen

ProVitako hat sich zum Ziel gesetzt, auch hier Beschaffungen zu besseren Konditionen zu ermöglichen. Analog zum bereits seit Jahren praktizierten Vorgehen des BMI, Konditionsvereinbarungen mit Microsoft zu verhandeln, hat ProVitako den Weg mit IT-Herstellern zu einheitlichen Konditionen für die Zielgruppe Public Sector Kommunal umgesetzt.

Durch eine einfache Akkreditierung bei ProVitako erhalten Kommunen Zugang zu Herstellerrabatten, die gleichmäßig in die Angebote bei allen Anbietern einfließen.

Mit den ersten vier Partnern – Dell Technologies, Fujitsu, Hewlett Packard Enterprise (HPE) und Lenovo – wurde das Instrument der Konditionsvereinbarung für die Kommunen in Deutschland offiziell gestartet. Weitere Hersteller werden folgen, um das Angebot auszubauen.“

„ProVitako erwirtschaftet durch die Bündelung von Vergaben erhebliche Preisvorteile für ihre Mitglieder und deren Träger. Damit schafft sie bereits heute ein Einsparpotential im dreistelligen Millionenbereich“, erklärte Karl-Josef Konopka, Vorstandsmitglied von ProVitako.

Großer Nutzen bei Individualbeschaffungen

„Die Konditionsvereinbarung ist eine Vereinbarung zwischen ProVitako und IT-Herstellern. Diese sieht einen Herstellerrabatt vor, der höher ausfällt als die bisher durch die Handelspartner gegebenen Angebotsrabatte. Damit schafft die ProVitako auch einen großen Nutzen bei Individualbeschaffungen“, hob Jürgen Abelshauser, Vorstandsvorsitzender von ProVitako hervor.

„Für die vier Hersteller bietet die Konditionenvereinbarung verschiedene Vorteile: eine erhebliche Kosten- und Zeitersparnis, bessere Planungssicherheit sowie eine Automatisierung von wichtigen Teilen des Beschaffungsprozesses“, erklärte Kevin Illg, ISG Sales Manager Lenovo Deutschland. „Insgesamt können dadurch in der Beschaffung attraktivere Preise realisiert werden, eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten“.

Innovativen Initiative

„Die Einführung der Konditionsvereinbarung markiert einen bedeutenden Schritt, um deutsche Kommunen bei der Optimierung ihrer IT-Beschaffung zu unterstützen. Durch diese Herstellerrabatte können sie ihre Haushalte entlasten und mehr finanzielle Spielräume schaffen. Wir bei Dell Technologies sind stolz darauf, Teil dieser innovativen Initiative zu sein.“, führte Stefan Tettenborn von Dell Technologies aus.

„Die Aufgabe der IT-Unternehmen ist es, die Kommunen in die Lage zu versetzen, tiefer in zukunftsgerichtete Themen einzusteigen. Dabei werden KI-basierte Prozesse der Schlüssel sein, um Arbeitsprozesse zu optimieren und die Arbeitsplätze der Zukunft zu gestalten. Dabei geht es immer um DSGVO-konforme Infrastrukturen, die in bestehende Systeme integriert werden können, dies ist eine Grundvoraussetzung, für den Einsatz neuer Technologien wie künstliche Intelligenz.“, betonte Sebastian Stadler, Hewlett Packard Enterprise (HPE).

Klare Vision

„Als VITAKO gegründet wurde, hatten wir die klare Vision, den Kommunen nicht nur als Partner zu helfen, sondern ihnen im Bereich Beschaffung einen echten Mehrwert zu bieten. ProVitako ist somit nicht nur eine Einkaufsgenossenschaft, die 2007 aus VITAKO hervorging, sondern eines der Kernstücke unserer VITAKO Mission, Kommunen in ihrem Streben nach digitaler Exzellenz zu unterstützen.“, führte Lars Hoppmann, Geschäftsführender Vorstand von VITAKO aus.

Die Konditionsvereinbarung ist ab sofort für alle deutschen Kommunen nutzbar. Interessierte Kommunen können sich auf der Webseite der ProVitako provitako.de oder direkt mit dem Link: kv.provitako.de die Akkreditierungsunterlagen anfordern, um von den Rabatten zu profitieren. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Datev eG

ABC Arbeitsplatz Kommune:
Mehr Sicherheit mit digitalen Datenanalysen

In einer zunehmend digitalisierten Welt sind IT-Systeme und digitale Prozesse in öffentlichen Verwaltungen und kommunalen Betrieben unverzichtbar geworden. Die digitale Transformation bedingt prozessuale Veränderungen mit dem Ziel, dass moderne Kommunen ein digitales Dienstleistungsangebot bereitstellen können. Die damit einhergehende zunehmende Abhängigkeit von technischen Systemen bringt gleichzeitig eine Fülle an digitalen Daten mit sich. Neben allem Nutzen und Komfort für die kommunalen Abläufe und die Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern sind mit diesen riesigen Datenmengen leider auch Risiken verbunden. Technische Sicherheitslücken, fahrlässiger Umgang mit sensiblen Daten oder Fehlverhalten von Beschäftigten können zu Problemen führen, beispielsweise beim Thema Datenschutz.

Doch auch für diese Herausforderungen, gibt es wiederum digitale Werkzeuge, die Abhilfe schaffen. So lassen sich über digitale Datenanalysen derartige Gefahren frühzeitig erkennen und vermeiden. Aussagekräftige und sichere Analysehandlungen sind eine wichtige Präventivmaßnahme, um einen hochwertigen Datenbestand sicherzustellen. Dies führt sowohl zu einer optimierten Wirtschaftlichkeit der Dienstleistungen im kommunalen Bereich als auch zu einer Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Kommune.

Eine probate Software für eine solche gründliche Analyse ist beispielsweise DATEV Datenprüfung. Sie unterstützt wirkungsvoll bei der laufenden Qualitätssicherung von Vor- und Hauptsystemen, der unterjährigen, zeitnahen oder auch präventiven Aufdeckung von Sicherheitslücken und gewährleistet eine revisions- und fälschungssichere Verarbeitung der Daten. Auch komplexe Sachverhalte lassen sich damit schnell und transparent darstellen.

Strategien für die Zukunft

Über die Analyse von Vor- und Hauptsystemen werden Zusammenhänge, Abhängigkeiten und Ungereimtheiten der in der Stadt, der Gemeinde oder im kommunalen Betrieb vorhandenen Daten schnell transparent gemacht. Fehler oder Manipulationen lassen sich somit rechtzeitig erkennen und so drohende finanzielle Schäden oder Reputationsprobleme abwenden. So hilft das Werkzeug insgesamt dabei, aus großen Datenmengen zuverlässige Informationen zu gewinnen, sie transparent aufzubereiten, Risiken zu minimieren und abgeleitet aus den Ergebnissen Strategien für die Zukunft entwickeln.

Weitere Informationen unter: www.datev.de/datenpruefung ❐

Eine Fachkraft mehr auf 1.000 Hektar Wald

Forderung der Forst Gewerkschaft IG Bau

Zur Vorstellung der neuen Bundeswaldinventur durch Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir erklärt der Forst-Experte der IG Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU-Vize-Chef Harald Schaum:

„Der Zustand des Waldes hängt ganz wesentlich auch davon ab, wie viele Menschen sich um ihn kümmern. Je mehr Personal im Forst, desto besser die Pflege des Waldes. Als Faustregel gilt: Deutschland braucht eine Fachkraft mehr auf 1.000 Hektar Wald.“

11.000 Forstbeschäftigte zusätzlich nötig

Für die bundesweit rund 11,4 Millionen Hektar Wald wären damit rund 11.000 Forstbeschäftigte zusätzlich nötig. Hier dürfe insbesondere auch der Staat bei seinem Forst nicht länger auf die Personalbremse treten, führt Schaum weiter aus. ❐



Qualität im Kanalbau sichern:

Verantwortung für die Infrastruktur von morgen

Wie die Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 hilft, Fachkompetenz zu fördern, Bauqualität zu sichern und langfristig in nachhaltige Infrastrukturen zu investieren

Das bayerische Wasserleitungsnetz ist über 115.000 Kilometer lang, rund 106.000 Kilometer die öffentlichen Abwasserkanäle. 97 Prozent der Haushalte in Bayern sind an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen, mehr als 2.100 kommunale Abwasserentsorger für die Entsorgung der Abwässer zuständig. Wie in den anderen Bundesländern gilt auch in Bayern: Die Leitungsnetze der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind oftmals der größte Vermögenswert einer Gemeinde. Ihre Instandhaltung ist enorm wichtig, damit diese wertvolle kommunale Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft zur Verfügung steht und bezahlbar bleibt. Doch was muss getan werden, um diese Netze zu erhalten und wie lassen sich die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effizient einsetzen? Insbesondere aus Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen sind wir gehalten, das Kanalnetz weitsichtig zu bewirtschaften. Ein Sanierungsstau wie bei den Brücken in Deutschland hätte verheerende Folgen. Entscheidende Bedeutung sowohl für das kurzfristige Ergebnis als auch für die künftige Entwicklung des Substanzwertes des Netzes kommt deshalb nicht zuletzt der Qualität der Ausführung zu. Vor diesem Hintergrund ist es eine gute Sache, dass es Instrumente wie die Gütesicherung Kanalbau gibt, die bei der anspruchsvollen Aufgabe helfen, qualifizierte und fachlich geeignete Partner für die jeweilige Maßnahme zu finden. Zur Bedeutung der Gütesicherung Kanalbau sowie den zentralen Begriffen Qualität und Qualifikation äußern sich Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, Vorstandsvorsitzender der Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau und ihr Geschäftsführer, Dr.-Ing. Marco Künster, im Interview.

GZ: Herr Dr. Künster, Herr Michel, mit der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 hat sich ein System etabliert, das zur Prüfung der technischen Leistungsfähigkeit von Bietern im Vergabeverfahren und damit der Qualität im Kanalbau dient. Wie beschreiben Sie diese Aufgabe?

Marco Künster: Neben der Prüfung von Antragstellern und Gütezeicheninhabern auf Erfüllung der Güte- und Prüfbestimmungen sowie der Verleihung des Gütezeichens zählt die Erarbeitung eines – zwischen Auftraggebern, Ingenieurbüros und Auftragnehmern abgestimmten – Anforderungsprofils zur Bewertung der Bietereignung zu den Aufgaben der Gütegemeinschaft Kanalbau. In den Güte- und Prüfbestimmungen finden sich detaillierte Anforderungen an die Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und technische Zuverlässigkeit der Bieter sowie an die Dokumentation der Eigenüberwachung. Ausführende Unternehmen belegen ihre Qualifikation mit einem Gütezeichen zu einer oder mehreren Beurteilungsgruppen (AK1, AK2, AK3, VOD, VO, VB, VMD, VM, VP, S, I, R, D). Um unsere Infrastrukturen zukunftsfähig zu machen, braucht es allerdings mehr als einen Baustein. Deshalb unterstützt die Gütegemeinschaft ihre Mitglieder in vielen branchenrelevanten Schlüsselthemen: Angefangen bei der Aus- und Weiterbildung und der fachlichen Qualifikation der Mitarbeiter über technische Belange bis hin zum Regelwerk.

Ziel: Nutzungsdauer erhöhen

Ulf Michel: Unser gemeinsames Ziel ist es, die Nutzungsdauer von Entwässerungskanälen zu erhöhen. Das gelingt, wenn die Anforderungen der Regelwerke bei Bauausführung, Sanierung, Inspektion, Reinigung und Dichtheitsprüfung erfüllt werden. In diesem Sinne hat Gütesicherung Kanalbau einen direkten Einfluss auf die Qualität vor Ort auf den Baustellen. Die von den Prüfingenieuren durchgeführten Baustellen- und Firmenprüfungen sind deshalb wichtiger Bestandteil der Gütesicherung Kanalbau. Neben den – wo immer möglichen – unangemeldeten Baustellenprüfungen wird in regelmäßigen Firmenprüfungen die Erfüllung der Anforderungen an das Fachpersonal und dessen regelmäßige Schulung, an den Umfang der Referenzmaßnahmen (Erfahrung), an Betriebseinrichtungen und Geräte sowie die Eigenüberwachung geprüft. Die Baustellenprüfberichte enthalten immer den zum Besuchszeitpunkt festgestellten Ist-Zustand der Baustelle, in aller Regel mit Fotodokumentation. Bei der Auswertung dieser Unterlagen fällt auf, dass sich im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte einiges zum Positiven entwickelt hat. Die Verfahrenstechniken, technischen Ausstattungen, Gerätschaften und Werkstoffe wurden stetig weiterentwickelt. Und auch in Sachen Ausführungsqualität wird stetig weiter an einer Verbesserung gearbeitet, nicht zuletzt über die RAL-Gütesicherung Kanalbau. Das hat unter anderem dazu geführt, dass die damaligen, oft durchaus kritischen Rohrgrabenausführungen und Bausituation im Kanalgraben und die Langlebigkeit der Bauwerke sich bis heute spürbar verbessert haben.

Unabhängige Eignungsprüfung

GZ: Wie beurteilen Sie den Einfluss der Gütesicherung auf die Qualität der Ausschreibung und Bauüberwachung mit Blick auf Auftraggeber und Ingenieurbüros?

Michel: Die Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 bietet bei der Leistungsvergabe von Ausschreibungen im Kanalbau eine unabhängige Eignungsprüfung. Es liegt im Interesse von Städten und Kommunen, dass Abwasserleitungen und -kanäle von erfahrenen und zuverlässigen Fachleuten geplant, gebaut oder saniert werden. Organisationen, die die Erfüllung der Eignungskriterien für Ausschreibung und Bauüberwachung für offenen Kanalbau, Vortrieb oder Sanierung regelmäßig nachweisen, führen das Gütezeichen der Beurteilungsgruppe ABAK (offener Kanalbau), ABV (Vortrieb) bzw. ABS (Sanierung). In einem jährlichen Erfahrungsaustausch in der Firmenprüfung werden Feststellungen zu aktuellen Ausschreibungsunterlagen besprochen und die Qualifikation und Erfahrung des Personals und des Büros dokumentiert. Hier sehen wir für die Zukunft noch Potenzial. Deshalb steht das Thema ganz oben auf der To-do-Liste von Vorstand und Gütegemeinschaft und es werden Konzepte erarbeitet, um die Entwicklung der Gütezeichen AB weiter voranzubringen.

GZ: Welchen Stellenwert hat für Sie das Thema Qualifikation?

Michel: Angesichts immer komplexerer Bauaufgaben gewinnt das Thema Qualifikation immer mehr an Bedeutung. Und die wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren weiter zunehmen. Vor allem mit Blick auf Fachkräftemangel und Generationswechsel sowie dem Ausscheiden von erfahrenem Fachpersonal. In diesem Zusammenhang fehlen Konzepte zur Weitergabe von Wissen. Deshalb wird es immer wichtiger, branchenfremde Mitarbeiter sowie Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren, um den komplexen Aufgaben für die Instandhaltung unserer Infrastruktur gerecht werden zu können.

Qualität zahlt sich aus

GZ: Wie sieht es denn in der Praxis damit aus?

Künster: Die Gründungsidee der Gütegemeinschaft war die Qualitätssicherung und der Qualitätsgedanke beeinflusst als wichtiger Baustein der Gütesicherung Kanalbau nach wie vor unser Handeln. Das ist eine Kernbotschaft, über die wir uns oft mit den Auftraggebern austauschen. Es reicht nicht, nur Mitglied im Güteschutz Kanalbau zu sein, man muss Qualität auch überwachen und in Ausschreibungen einfordern. In Zeiten, in denen die ein oder andere Kommune oder kleinere Gemeinde unsicher ist, wie die Einnahmen der kommenden Jahre aussehen, mag mancher vielleicht versucht sein, auf die Qualität nicht ganz so viel Wert zu legen und dadurch kurzfristig Geld zu sparen. Aber es ist belegbar, dass Qualität sich langfristig auszahlt.

GZ: Die Gütegemeinschaft setzt sich vor diesem Hintergrund massiv für die Fort- und Weiterbildung des Personals bei den Mitgliedsunternehmen ein. Wie sieht das Angebot aus?

Michel: Die Gütegemeinschaft Kanalbau will die Qualität fördern und macht dazu unter anderem Angebote zur Qualifizierung des



Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, Vorstandsvorsitzender der Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau. Bild: FGüteschutz Kanalbau



Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau. Bild: Güteschutz Kanalbau

Personals. Das erfolgt in Form von Seminaren, digitalen Angeboten wie E-Learning oder entsprechenden Skripten und Broschüren mit Fachinformationen. Gleichzeitig sind Gütezeicheninhaber verpflichtet, die Schulung ihres Fachpersonals in regelmäßigen Abständen durchzuführen. Das können sie auf verschiedenen Wegen tun, so auch über die Angebote der Gütegemeinschaft. Diese Angebote und insbesondere die Seminare werden gerne und häufig genutzt; pro Jahr werden etwa 15.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geschult. Entsprechende Angebote sind auf www.kanalbau.com unter dem Begriff AKADEMIE zusammengefasst. Darüber hinaus bauen wir insbesondere die digitalen Formate weiter aus.

Weiterbildung mit digitalen Formaten

GZ: Was bedeutet das konkret?

Künster: Unter anderem haben wir neue Schulungsvideos entwickelt, die dem Fachpersonal der Unternehmen wichtige organisatorische und technische baustellenrelevante Sachverhalte näherbringen sollen. Die Formate, aufgenommen in einem virtuellen Studio und mit Grafiken anschaulich hinterlegt, werden von einzelnen Prüfingenieuren der Gütegemeinschaft Kanalbau, moderiert. Die Themen reichen von der Wareneingangskontrolle über Verbausysteme, die Herstellung der Bettung, den Einbau von Rohren und die fachgerechte Verfüllung und Verdichtung bis hin zu Rohrstatik und Eigenüberwachung. Ergänzt werden sie um die Themen Dichtheitsprüfung und Grundstücksentwässerung. Einen zusätzlichen Mehrwert bekommen diese neuen digitalen Formate auch deshalb, weil sie von den Unternehmen intern zur Weiterbildung ihrer Mitarbeiter genutzt werden können. Weiterhin zu nennen ist die ebenfalls neue webApp.kanalbau.com, ein Online-Modul, welches per Tablet oder Smartphone abgerufen werden kann. Die Kanalbau-webApp ist abgestimmt auf Quereinsteiger ohne Vorkenntnisse, aber auch auf Facharbeiter, Vorarbeiter und Poliere. Sie vermittelt, wie Arbeiten bei der offenen Bauweise entsprechend dem aktuellen Regelwerk ausgeführt werden. In unterschiedlichen Sprachen informiert die App über alle erforderlichen Arbeitsgänge und bietet zur Erläuterung viele Abbildungen und Animationen. Die Inhalte können eigenständig und zeitunabhängig durchgearbeitet werden. Ein abschließender Verständnistest gibt Rückmeldung über den Lernerfolg. Zusätzlich kann die App baubegleitend als Unterstützung der Mitarbeiter vor Ort dienen.

Michel: Mit der digitalen Erweiterung des Dienstleistungspaketes hat die Gütegemeinschaft Kanalbau nicht zuletzt das allgegenwärtige Thema Fachkräftemangel konsequent im Blick. Deutschland benötigt qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl und auf praktisch allen Ebenen. Insbesondere vor dem Hintergrund langfristiger und tiefgreifender Transformationsprozesse, etwa bei der Digitalisierung oder dem demografischen Wandel steigen die Herausforderungen für die Fachkräftesicherung und den Arbeitsmarkt in Deutschland stetig an. Vor diesem Hintergrund räumen Unternehmen dem Thema Weiterbildung der Mitarbeiter hohe Priorität ein – unter anderem, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. An dieser Stelle bieten die neuen Angebote, auf die ein barrierefreier Zugriff möglich ist, den Nutzern eine professionelle Unterstützung bei der Stärkung der Qualifikation im eigenen Hause. Durch einen einfachen Zugang zu Schulungen und Arbeitshilfen werden die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und letztlich die Ausführungsqualität gefördert.

Langfristige Auswirkungen

GZ: Neben der Verantwortung für nachfolgende Generationen, dem Klimawandel oder dem Fachkräftemangel steht die Branche vor vielen weiteren Herausforderungen. Wie können wir diese meistern?

Künster: Zum einen sind Investitionen anhand ihrer langfristigen Auswirkungen zu planen. Zum anderen – und das darf in der Diskussion nicht untergehen – muss nach Möglichkeit „jede Investition sitzen“. Die Qualität der Planung und Ausschreibung hat enorme Auswirkungen auf das, was ich mit einer Investition erreichen kann. Das gilt natürlich auch für die Qualität der Ausführung. Dafür müssen Unternehmen auf brauchbare Planungen zurückgreifen können und eine hohe Ausführungsqualität unterstützt durch die Bauüberwachung realisieren.

Michel: Das möchte ich unterstreichen. Je mehr Augenmerk auf die Qualität gelegt wird, desto länger kann ein Bauwerk seine Aufgabe erfüllen. Weder die finanzielle Ausstattung noch die personellen Ressourcen lassen es in Zukunft zu, dass wir uns neben den ohnehin anstehenden Aufgaben noch zusätzlich belasten mit „Flicken bzw. Reparieren von unzureichender Qualität.“ Vor diesem Hintergrund darf der Auftraggeber sich gerne immer wieder bewusst machen, dass eine Investition in die Qualität langfristig sehr viel Positives für die Substanz seiner Netze bewirken kann. Das RAL-Gütezeichen Kanalbau bietet in diesem Zusammenhang dem Auftraggeber eine Orientierung, welche Ingenieurbüros und welche bauausführenden Unternehmen ihre Qualifikation und Erfahrung nachgewiesen haben.

GZ: Herr Dr. Künster, Herr Michel, vielen Dank für das Interview. ❐

4. Wasserforum Mittelfranken:

Sorgsamer Umgang mit (Grund-)Wasser

Beim 4. Wasserforum der Regierung von Mittelfranken in Ansbach standen der Landschaftswasserhaushalt und die Grundwasserneubildung im Mittelpunkt. Neben dem sorgsamen Umgang mit dem (Grund-)Wasser und dem dezentralen Wasserrückhalt durch Agroforst und Keyline Design erörterten Experten u.a. die Optimierung des Betriebswassereinsatzes durch Wiederaufbereitung und Recycling in der Chipfertigung und Halbleiterindustrie sowie die Reduktion von Wasserverlusten in der Trinkwasserversorgung.

Wie Jakob Meier, Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken, ausführte, stellten Starkregen, Erosion und Wasserknappheit große Herausforderungen dar. Mit der Initiative boden:ständig setze sich die Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Bayern mit den Akteuren vor Ort dafür ein, den Landschaftswasserhaushalt nachhaltig zu verbessern und die Lebensgrundlagen im ländlichen Raum zu schützen.

Maßgeschneiderte Unterstützung

Mit boden:ständig biete man maßgeschneiderte Unterstützung an, von der Beratung bis zur Umsetzung umfassender Projekte. Dabei würden alle relevanten Aspekte wie Bewirtschaftung, Landschaftsstruktur und Handlungsmöglichkeiten berücksichtigt und der Prozess bis zur erfolgreichen Umsetzung begleitet. Alle Instrumente der Ländlichen Entwicklung würden gezielt zur Umsetzung von Maßnahmen eingesetzt. Die lokalen Akteure seien nicht nur von Anfang an in den Prozess eingebunden, sondern blieben auch die Entscheidungsträger.

Zentrale Anliegen der Initiative

- Erosions- und Bodenschutz: Bodenabtrag bremsen
- Gewässerschutz: Sediment- und Nährstoffeintrag verringern sowie
- Schaffung von Rückhaltestrukturen in der Landschaft.

Anhand von Projekten in Ermetzhofen (Abflussbremsung), Obernzenn (Bahnhofszwischenfrucht), Oberscheinfeld (Einbringen von Totholz als Querriegel für das Bremsen des Oberflächenabflusses im Wald), und Flachslanden zeigte Meier Möglichkeiten von boden:ständig zur Gestaltung des Landschaftswasserhaushaltes auf. Im Projektgebiet „Hahnenkammsee“ nutzten die Projektbeteiligten die Bedingungen, um den Landschaftsumbau voranzutreiben: Ein Bagger einer heimischen Baufirma weitete die zufließenden Arme des Röthelweihers auf und so entstanden Rückhaltemulden. Darin wird sich bei stärkeren Regenereignissen das Wasser zurückstauen können – gleichzeitig bleibt Erosionsmaterial aus den Äckern liegen.

Strategie notwendig

Zur Überwachung, Reduzierung und Niedrighaltung von Wasserverlusten empfahl Roland Schweigert von den Neustadtwerken die Einführung einer Strategie, die sich heute mit technischen und wirtschaftlichen Mitteln realisieren lässt und folgende Aktivitäten beinhalten sollte:

- Ermittlung der Wasserverluste und Schadensraten;
- Technische und wirtschaftliche Beurteilung der Entwicklung von spezifischen Wasserverlusten und Schadensraten;
- Verkürzung der Reaktions- und Reparaturzeiten;
- Leckortung, Schadensbehebung und Dokumentation sowie schließlich
- Rohrnetzrehabilitation.

Lückenlose Dokumentation

Grundsätzlich sollte ein Wasserversorgungsunternehmen laut Schweigert eine langfristige Strategie entwickeln, um die rohrnetzbedingten Wasserverluste zu ermitteln und gering zu halten. Um den größtmöglichen Erfolg zu erzielen, sollten kleinere Rohrnetzbezirke ständig durch eine Zuflussmessung überwacht werden. Die Abschätzung der Wasserverlustmenge bei vorliegenden Messwerten erfordere Erfahrung und Kenntnisse der Verbrauchsgewohnheiten im Rohrnetzbezirk. Die täglichen Messwerte sollten über einen längeren Zeitraum lückenlos aufgezeichnet und verfolgt werden.

Für die Durchführung der Dichtheitsmessung und damit für die Erfassung der Wasserverluste sei das zu überwachende Rohrnetz in definierte Rohrnetzbezirke zu unterteilen. Die Größe der Rohrnetzbezirke sei abhängig von der Wahl des angewandten Messverfahrens und von der angestrebten Genauigkeit der Wasserverlusterfassung. Dieses Verfahren eignet sich Schweigert zufolge sowohl für die Durchführung einer turnusmäßigen, als auch für die Einrichtung einer ständigen Wasserverlustkontrolle. **DK**

EU-Ministerrat:

Neue EU-Kommunalabwasser-Richtlinie beschlossen

Der EU-Ministerrat hat die kommunale Abwasserrichtlinie (KARL) final beschlossen. Wesentlicher Bestandteil der KARL sind neue und weitergehende Anforderungen an die Abwasserbehandlung. So gelten künftig verschärfte Grenzwerte für die Einleitung von Stickstoff und Phosphor aus Kläranlagen. Zudem sind erstmals Vorgaben für die Reduzierung spezieller Spurenstoffe durch die Einführung einer vierten Reinigungsstufe bei Kläranlagen enthalten. Deren Kosten (Investitions- und Betriebskosten) werden im Rahmen einer erweiterten Herstellerverantwortung zu mindestens 80 Prozent durch die Hersteller von Arzneimitteln und Körperpflegeprodukten getragen.

Die konkrete Umsetzung der Herstellerverantwortung sowie die Finanzierung der weiteren 20 Prozent der Kosten erfolgen im Rahmen der Umsetzung in das nationale Recht. Die neuen Anforderungen sowohl an die Einleitung von Stickstoff und Phosphor als auch zur Reduzierung von Spurenstoffen gelten für Kläranlagen mit mehr als 150.000 Einwohnerwerten (EW). Kläranlagen zwischen 10.000 und 150.000 EW sind hiervon betroffen, wenn sie in besonders gefährdete Gebiete einleiten, die noch durch die Mitgliedsstaaten festzulegen sind. Die Einhaltung der Richtwerte soll gestaffelt bis zum Jahr 2045 erfolgen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Änderung ist die vorgesehene schrittweise Energieneutralität des Abwassersektorts bis 2045. In die Berechnung einbezogen werden Anlagen ab 10.000 EW. Zudem ist die Einführung eines Abwassermonitorings zur Ermittlung von Krankheitserregern und die Erstellung von Abwassermanagementplänen zur Reduzierung von Überläufen aus der Kanalisation in die Gewässer vorgesehen.

Nach Auffassung des DStGB „sind die Inhalte der neuen EU-Kommunalabwasserrichtlinie grundsätzlich zu begrüßen". Insbesondere die Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung in das Wasserrecht sei ein Meilenstein in der europäischen Gewässerpolitik und greife eine langjährige Forderung auch des DStGB auf. Hierdurch würden nicht nur die Kommunen, ihre Abwasserbetriebe und die Gebührenzahler finanziell entlastet, sondern auch Anreize geschaffen, in alternative, weniger gewässerbelastende Produkte zu investieren. Auch sei es wichtig, dass der deutsche Sonderweg bei der Überwachung der Ablaufwerte für Phosphor und Stickstoff beendet wird. Nun werde es maßgeblich auf eine praxisgerechte Umsetzung der Richtlinienvorgaben in das nationale Wasserrecht ankommen.

Herausforderungen für kommunale Abwasserbetriebe

Die zukünftigen Richtwerte bei der Abwasseraufbereitung, die Energieneutralität des Abwassersektors und zu erstellende Abwassermanagementpläne stellten jedoch auch eine große Herausforderung für die kommunalen Abwasserbetriebe dar, die in den nächsten Jahren massive Investitionen erfordern. „Mit Blick auf die Umsetzung der Vorgaben gilt es daher, strikt auf eine 1:1-Umsetzung zu achten und weitere Verschärfungen von Anforderungen zu verhindern. Zudem benötigen wir eine offene Diskussion zur Frage der Finanzierungsoptionen. Eine einseitige Belastung der Kommunen und der Gebührenzahler kann nicht die Lösung sein", betonte der Verband.

Reaktionen von DWA und VKU

„Ausdrücklich" begrüßt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) die finale Verabschiedung der KARL. Mit der Novellierung der über 30 Jahre alten Richtlinie passe die EU die kommunale Abwasserbehandlung und den Gewässerschutz an aktuelle Herausforderungen an und stelle wichtige Weichen zur weiteren Umsetzung des Green Deals der Europäischen Union. „Wichtig ist jetzt eine pragmatische nationale Umsetzung mit Augenmaß. Die Branche braucht Planungs- und Rechtssicherheit. Nationale Verschärfungen müssen unbedingt vermieden werden, der deutsche Sonderweg bei der Überwachung der Ablaufwerte für Phosphor und Stickstoff muss beendet werden", erklärte Dr. Lisa Broß, Sprecherin der DWA-Bundesgeschäftsführung. „Die deutlich strengeren Grenzwerte für Phosphor und Stickstoff stellen die Branche ansonsten vor kaum lösbare Probleme. Dies belegt auch der aktuelle 36. DWA-Leistungsnachweis kommunaler Kläranlagen sehr deutlich."

„Die Umsetzung wird für die kommunale Abwasserwirtschaft eine machbare, wenn auch ambitionierte Herausforderung", stellte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing fest: „Die neue Richtlinie ist und bleibt aus unserer Sicht ein notwendiger Schritt, um unsere Gewässer langfristig zu schützen. Insbesondere die mit der Richtlinie neu eingeführte Beteiligung der Pharma- und Kosmetikindustrie an den durch ihre Produkte verursachten Kosten der Abwasserbehandlung verdeutlicht vor allem eines: Das Verursacherprinzip im Gewässerschutz wird endlich konsequent umgesetzt. Mit dem hier gefundenen Kompromiss werden die Abwasserkunden mit den Umsetzungskosten nicht länger allein gelassen."

Die Richtlinie sei auch für die kommunalen Abwasserentsorger selbst ambitioniert. Das Hausaufgabenheft werde voller. Beispielsweise bedeute der Ausbau der Kläranlagen mehr Technik und dadurch einen höheren Energieeinsatz, während gleichzeitig die Energieneutralität der Branche angestrebt wird.

„Nachdem die Vorgaben aus Brüssel nun klar sind, brauchen wir jetzt durch eine zügige und praktikable Umsetzung in nationales Recht Klarheit. Bis 2027 muss die EU-Richtlinie in nationales Recht gegossen werden. Auch wenn 2025 eine Bundestagswahl stattfindet, darf Politik hier keine Zeit verlieren", unterstrich Liebing. **DK**

Thermengemeinschaft Niederbayern wächst weiter zusammen

Die Niederbayerische Thermengemeinschaft nimmt immer weiter Gestalt an, die Zusammenlegung von Prozessen in den beteiligten Thermalbädern schreitet in großen Schritten voran. Das betonte der strategische Geschäftsführer der Thermengemeinschaft, Franz Altmannsperger, in seinem mündlichen Sachstandbericht auf den jüngsten Sitzungen der Bäderzweckverbände.

Nachdem das Kompetenzzentrum Marketing bereits im Juli 2023 an den Start ging, gefolgt vom Kompetenzzentrum Personal, kommt zum 1. Januar 2025 das Kompetenzzentrum Finanzen, so Altmannsperger. Ein einheitlicher Kontenrahmen sei bereits erstellt, die Einführung einer einheitlichen Software vorbereitet und die Stelle der Leitung konnte intern besetzt werden.

Das Ziel der Niederbayerischen Thermengemeinschaft sei einerseits, Synergieeffekte zu nutzen, sagte Altmannsperger. Dazu zählte er die Verschlankung von Prozessen, die Einsparung von Ressourcen, die Optimierung von Abläufen und die Konzentration verschiedener Kompetenzen unter einem Dach. Anderseits solle die Vereinheitlichung den Gästen zugutekommen. Eine einheitliche Tarifstruktur etwa solle den Menschen den Zugang erleichtern, gemeinsame, Bäder-übergreifende Angebote wie „10+x" oder das Angebot zur betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF Niederbayern) bieten den Gästen zusätzliche Möglichkeiten.

Zur Thermengemeinschaft zählen: die Rottal Therme in Bad Birnbach, die Europa Therme in Bad Füssing, die Wohlfühl-Therme in Bad Griesbach, die Limes-Therme in Bad Gögging und die Kaiser-Therme in Bad Abbach. Die Bäder werden von Zweckverbänden betrieben, an denen der Bezirk Niederbayern mit jeweils 60 Prozent der Mehrheitseigner ist. Daneben sind die jeweiligen Landkreise und die Kommunen vor Ort an den Zweckverbänden beteiligt.

In allen Bändern steigen die Besucher-Zahlen seit dem Einbruch im Zuge der Corona-Pandemie kontinuierlich, sagte der strategische Geschäftsführer Altmannsperger. Im Zeitraum von Januar bis Oktober dieses Jahres verzeichnete die Thermengemeinschaft über 1,4 Mio. Behandlungen. Damit ist zwar der Wert von 2019 mit 1,7 Mio. Behandlungen noch nicht erreicht, „die Kurve zeigt allerdings nach oben." Altmannsperger: „Wir sind mit der bisherigen Entwicklung zufrieden."

Umbau auf Erneuerbare

Seit einiger Zeit läuft in allen Bädern der Umbau auf Erneuerbare Energien. In den Zweckverbandssitzungen stellte Altmannsperger die neuesten Entwicklungen vor. Die wichtigsten sind: die Installation weiterer Dach-Photovoltaikanlagen, die Prüfung der Umsetzbarkeit von Freiflächen-PV-Anlagen in der Limes-Therme und der Rottal Terme, die Nutzung des abgebadeten Thermalwasser in der Europa Therme, der Wohlfühl-Therme und der Limes-Therme, Grundwassernutzung in der Europa-Therme und der Anschluss an die Nahwärmeversorgung in der Rottal Terme, der Wohlfühl-Therme und der Limes-Therme. Altmannsperger: „Der Umbau auf Erneuerbare Energie trägt dazu bei, die Kosten der Bäder langfristig zu senken. Mit ihrem Ausbau verfolgen wir nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Ziele."

Zweckverbandsvorsitzender und Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich sagte: „Gerade wegen der höchst angespannten Haushaltslage aller Verbandsmitglieder an allen Standorten sehen wir in der begonnenen Umsetzung der strategischen Neuausrichtung den wohl wichtigsten Baustein zur Zukunftssicherung unserer Thermalbäder. Die erkennbaren wirtschaftlichen Erfolge bestätigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind." Nur gemeinsam könne man die Zukunft im Sinne aller Bäder gestalten. „Je intensiver das Bekenntnis zur Thermengemeinschaft, desto höher der Wirkungsgrad", so Heinrich. ❐

Auszeichnung in München:

Abwasser-Innovationspreis 2024

Mit dem Abwasser-Innovationspreis 2024 des Bayerischen Umweltministeriums zeichnete Staatsminister Thorsten Glauber in München die Marktgemeinde Untergriesbach, die GEA Holzkirchen KU und das AWA Ammersee für geplante Projekte aus. Mit der Preisverleihung ist eine Zusage für eine finanzielle Förderung in Höhe von insgesamt rund 780.000 Euro verbunden. Zudem erhielten die Gemeindewerke Karlsfeld für ein bereits abgeschlossenes Projekt einen Prämienpreis in Höhe von 25.000 Euro.

Die mit dem 1. Preis bedachte Marktgemeinde Untergriesbach (Landkreis Passau) plant durch eine innovative Verknüpfung von Schlamm- und Umwälzbecken, Schwerkraftabscheider und anaerobem Selektor die Schlammabsetzeigenschaften zu verbessern. Dadurch wird weniger Fällmittel benötigt und die Kapazität der Anlage vergrößert. So kann ein Regenüberlaufbecken eingespart werden. Das Umweltministerium unterstützt dieses Projekt mit bis zu 200.000 Euro.

Plus-Energie-Kläranlage

Die GEA Holzkirchen KU (2. Preis) will eine Plus-Energie-Kläranlage verwirklichen. Das Klärgas wird hierbei vollständig genutzt und durch eine ausgeklügelte Verbindung von Blockheizkraftwerk, PV-Anlage, Batteriespeicher, eigener Strom- und Wärmenutzung können Stromüberschüsse ins öffentliche Netz eingespeist werden. Die Preisträgerin erhält dafür bis zu 380.000 Euro Fördermittel.

Das AWA Ammersee gKU wird im Freistaat die erste schwimmende Photovoltaik-Anlage auf einem Schönungsteich bauen und den Stromverbrauch der Kläranlage klimafreundlicher decken. Der Platzierung auf einem Teich spart Fläche auf der grünen Wiese. Die Anlage wird so konstruiert, dass Wasservögel unter der Anlage schwimmen und nisten können. Das AWA Ammersee bekommt für die Anlage eine Förderung bis zu 200.000 Euro.

Für einen neu gebauten Faulbehälter erhielten die Gemeindewerke Karlsfeld einen Prämien-Preis. Durch eine innovative Verrohrung wird Schlamm direkt aus dem Faulbehälter entnommen; sowohl der warme Schlamm als auch das warme Prozesswasser werden weiterverwendet. Damit werden jährlich 200.000 Kilowattstunden nachhaltig und ohne CO2-Ausstoß an thermischer Energie eingespart.

Die kommunalen Kläranlagen in Bayern reinigen im Jahr mehr als 1,8 Milliarden Kubikmeter Abwasser, das entspricht etwa dem Volumen des Ammersees. Die öffentlichen Sammelkanäle für Abwasser belaufen sich auf über 105.000 Kilometer. Der Freistaat hat die Kommunen bei dieser Aufgabe in den vergangenen über 75 Jahren mit Fördermitteln in Höhe von rund 9,5 Milliarden Euro unterstützt. **DK**



V.l.: MdL Alexander Flierl, Dr. Martin Oberle, Bezirksrat Michael Maderer, Herbert Krönert (DEHOGA), Erste Bürgermeisterin Claudia Wust, AKU-Bezirksvorsitzender Jens Ostendorf, MdB Tobias Winkler und MdEP a.D. Albert Deß. Text und Bild: pmw

CSU-AK Umweltsicherung und Landesentwicklung:

Zukunft der Teichwirtschaft

„Der Karpfen schmeckt nicht nur, er ist vom Teich bis zum Teller ein besonders nachhaltiges, ökologisches und regionales Produkt. Er gehört zur fränkischen Identität und ist wichtig für Gastronomie und Tourismus", so Tobias Winkler, Wahlkreisabgeordneter im Deutschen Bundestag. Er beklagte bei einer Tagung mit Fachleuten des Fischereiwesens in Neuhof a.d. Zenn den „dramatischen Rückgang" der Anzahl von Teichwirten.

Der CSU-Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU) hatte eine ganze Reihe von Experten zu Gast, darunter Alexander Flierl, CSU-Abgeordneter im Bayerischen Landtag und dort u.a. Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz und in seiner Heimat Oberpfalz Vorsitzender der Teichgenossenschaft, Dr. Martin Oberle vom Arbeitsbereich Karpfenteichwirtschaft in der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, und Herbert Krönert, Vorsitzender des Hotel- und Gaststättenverbandes im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim.

Mit dabei auch der Beauftragte für Fischereiwesen in Mittelfranken, Bezirksrat Michael Maderer, der frühere Europaabgeordnete Albert Deß, Vorsitzender des Verbandes der Bayerischen Berufsfischer, und die ehemalige Karpfenkönigin Katrin Uano (Katrin I), nach wie vor Repräsentantin der Aischgründer Spiegelkarpfen. Teilgenommen haben auch die früheren Landtagsabgeordneten Günter Gabsteiger, einst Vorsitzender des Fischerzeugerrings Mittelfranken, Friedrich Loscher-Frühwald, Ehrenpräsident des Fischereiverbandes Mittelfranken, MdL a.D. und stellvertretender Landrat Hans Herold, sowie die Erste Bürgermeisterin von Neuhof a.d. Zenn, Claudia Wust.

Karpfen ist immaterielles Kulturerbe

Eingangs ging Oberle in einem kurzweiligen Vortrag auf die über 1000-jährige Geschichte der bäuerlichen Teichwirtschaft ein und bezeichnete den Karpfen als einen der bedeutendsten Fische der Aqua-Kultur. Nicht umsonst gehöre die Karpfenzucht zum „Immateriellen UNESCO-Kulturerbe in Deutschland", welches zu bewahren Auftrag und Verpflichtung sein müsse. Durch naturnahe Aufzucht seien die Teiche „nicht nur ein toller Lebensraum, sondern auch Wasserspeicher". Zu beklagen seien die „katastrophalen Verluste" durch Kormoran, Reiher, Biber und neuerdings auch in Mittelfranken den Fischotter.

Während Michael Maderer die Unterstützung des Bezirks Mittelfranken darlegte, berichtete Herbert Krönert über die zahlreichen Traditionsgaststätten in Franken, die für die Karpfenzubereitung auch entsprechend gerüstet seien, und die in diesem Jahr zum 46. Mal stattfindenden Karpfenschmeckerwochen im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim.

CSU für „verständigen Arten- und Naturschutz"

Der Abgeordnete Alexander Flierl sprach u.a. von neuen Herausforderungen angesichts der vielfältigen Fischentnahmen seitens Prädatoren (Räuber, Beutegreifer und Fressfeinde), die den Teichwirten zunehmend zu schaffen machten. Er sprach auch die Entschädigungen seitens der Bayerischen Staatsregierung an, wünschte sich aber zum Beispiel auch auf Bundesebene die Umsetzung der FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitat). Eine zentrale Frage des ländlichen Raumes insgesamt sei „ein verständiger Arten- und Naturschutz auf allen Ebenen".

Perspektiven für das Überleben der Teichwirtschaft sah Oberle in einer Einkommenskombination auch als Wasser- und Energiewirte, zudem müssten die Leistungen für das Ökosystem und die Gesellschaft insgesamt auch angemessen honoriert werden.

Grenze der Wirtschaftlichkeit ist längst überschritten

Auch bei der umfassenden Diskussion, vom mittelfränkischen AKU-Vorsitzenden Jens Ostendorf moderiert, ging es darum, „keinen falschen Ideologien" hinterherzulaufen. „Von manchen Politikern hört man nur Verbote, aber keine Lösungen", so ein Diskussionsbeitrag. Wie lange die Teichwirtschaft angesichts der Herausforderungen noch durchhalten könne, wisse man nicht. „Wir haben keine Zeit mehr für langfristiges Monitoring, wir brauchen Lösungen, und zwar jetzt", so der Tenor von anwesenden Teichwirtinnen und Teichwirten, die von Verlusten durch Biber von bis zu 75 Prozent berichteten. Die Grenze der Wirtschaftlichkeit sei längst überschritten. „Wenn der Fischotter zu uns kommt, hören wir auf!"

Verbandsklagerecht auf dem Prüfstand

Beklagt wurde auch, dass Nichtregierungsorganisationen und Verbände zu viele Rechte hätten, was zu langwierigen politischen Entscheidungen führe. In diesem Zusammenhang wurde überdies gefordert, das Verbandsklagerecht auf den Prüfstand zu stellen. „Ein grundlegender Politikwechsel und Verbesserungen auch für die Teichwirtschaft ist aber nur mit klaren Mehrheiten möglich", meinte Tobias Winkler mit Blick auf die bevorstehende Wahl. **pmw**

9. Bodentag 2024 der IG gesunder Boden e. V.:

Lebendige Böden: Stabile Systeme im Klimawandel

Beim diesjährigen 9. Bodentag mit dem Themenschwerpunkt „Lebendige Böden - Stabile Systeme im Klimawandel" lud die Interessengemeinschaft gesunder Boden e. V. (IG gesunder Boden) als Veranstalter wieder hochkarätige Referentinnen und Referenten ein, bestehend aus renommierten und bekannten Wissenschaftlern wie die Agrarwissenschaftlerin Prof. Dr. Miriam Athmann, die Tierärztin Dr. Viviane Theby oder Dipl.-Geograph Stefan Schwarzer, sowie erfolgreichen Praktikern, die ihr umfangreiches Wissen zu gesunden Böden und Pflanzen an das Publikum des Bodentages weitergegeben haben. Das Programm war in dieser Hinsicht einzigartig und bot ein Forum und überregionales Netzwerk zum Austausch von Wissen und Praxisbeispielen, um gesunde, lebendige und humusreiche Böden aufzubauen.

Veranstaltungsort war wieder die Schwarzachtalhalle in Neunburg v. Wald im Landkreis Schwandorf (Oberpfalz). Auch in diesem Jahr fand die mit rund 450 Teilnehmern etablierte, größte Tagesveranstaltung der IG gesunder Boden wieder als hybride Veranstaltung statt. Davon waren rund 300 Bodeninteressierte, Gäste und Referenten vor Ort und konnten gemeinsam mit den online zugeschalteten Teilnehmern den Bodentag mitverfolgen und mitdiskutieren. Auch waren wieder Schulklassen live zugeschaltet, wie zum Beispiel die Neunburger Berufsschule mit ihren Auszubildenden für Land- und Forstwirtschaft.

Das Motto des 9. Bodentages lautete: Lebendige Böden – Stabile Systeme im Klimawandel. Hier ging es um wichtige, neue wissenschaftliche Forschungsgebiete und aktuelle Erkenntnisse aus der Praxis im Boden-, Wasser- und Humusmanagement in Bezug auf das Bodenleben unter sich verändernden klimatischen Bedingungen. Franz Rösl, Vorstandsvorsitzender der IG gesunder Boden e. V. eröffnete den Bodentag mit einem Impulsvortrag zum Thema: Lebendige Böden gestalten. „Die beständige jährliche Teilnahme der zahlreichen Teilnehmer verdient Respekt. Unsere Impulse zielen darauf, dass wir unsere Bodengesundheit verbessern und jeder Mensch erkennt, dass er Einfluss auf die Entwicklung unserer Bodengesundheit hat", hob Rösl hervor.

Praxis- und Vernetzungstag mit Exkursionen

Nach dem großen Zuspruch im letzten Jahr fand am Vortag des Bodentages wieder der Praxis- und Vernetzungstag statt. Hier wurden besonders geeignete Möglichkeiten angeboten, mit Referenten, Fachexperten und Praktikern ins Gespräch zu kommen. „Mit der Gestaltung dieses Tages sind wir wieder gerne dem Wunsch zahlreicher Teilnehmer und Gäste nachgekommen, zusätzliche Möglichkeiten der nachhaltigen Vernetzung rund um gesunden Boden zu schaffen. Denn schließlich können wir mit gesundem Boden nur gemeinsam die Herausforderungen aufgrund der gesellschaftlichen Erwartungen und der klimatischen Veränderungsprozesse besser meistern", betonte Rösl mit Blick auf die Veranstaltung und die Teilnehmer.

Grußbotschaft von Dr. Auma Obama

Bei der Tragweite des Tagungsthemas konnte mit Dr. Auma Obama eine international bedeutende Botschafterin gewonnen werden. Die Schwester des früheren US-Präsidenten Barack Obama ist Gründerin und Geschäftsführerin einer Stiftung, die sich um junge Menschen kümmert. Im Kern ihrer Botschaft ist es ihr sehr wichtig, dass junge Menschen in Zukunft eine gesellschaftlich stärkere Stimme bekommen und sich im Kontext des Klimawandels möglichst viel Wissen um einen gesunden, lebendigen Boden aneignen.

Der diesjährige Bodentag zeigte auch wieder allen Gästen und Beteiligten vor Ort, wie Bodengesundheit gelebt und auch umgesetzt werden kann. Es wurden alle mit regionalen, saisonalen und aus biologischem Anbau produzierten Lebensmitteln verköstigt, die auf gesunden Böden von Mitgliedern der IG gesunder Boden e. V. wachsen. Und: Um die Umwelt so gering wie möglich zu belasten, wurde eine spezielle ökologische Ausgleichsmaßnahme als Kompensation zur An- und Abreise der Tagungsteilnehmer wieder umgesetzt. Der verursachte Kohlendioxid-Ausstoß in die Umwelt wird durch eine Obstbaum-Pflanzaktion im Frühjahr 2025 gemeinsam mit der Stadt Neunburg v. Wald ausgeglichen. Inzwischen wurden in den vergangenen Jahren in Regensburg und Neunburg v. Wald über 130 Obstbäume, zum Teil auch alte Obstbaumsorten, gepflanzt. ❐

bvse-Jahrestagung in Hamburg:

Veraltete Prozesse modernisieren

„Wir können heute mit fast 1.100 Mitgliedsunternehmen den 75. Geburtstag unseres Verbandes feiern", unterstrich der wiedergewählte bvse-Präsident Henry Forster auf der Jahrestagung in Hamburg. „Trotz vieler negativer Trends entwickelt sich unser Verband prächtig. Das macht mich stolz."

Für seine kommende Amtszeit kündigte Forster an, veraltete Prozesse zu modernisieren, darunter auch die Beitragsordnung. Mit Blick auf die bisherige Praxis, Beiträge nach Stoffstrommengen zu erheben, meinte er: „Das können wir besser und gerechter!"

bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock griff in seinem Bericht u.a. neue Entwicklungen auf, wie etwa das Recycling von Lithium-Ionen-Batterien. Hier habe der Verband einen neuen Arbeitskreis gebildet, um sich rechtzeitig und kompetent für ein neues Aufgabenfeld mit neuen Herausforderungen zu positionieren. Zudem informierte Rehbock über das bvse-Nachhaltigkeitstool, das den Mitgliedsunternehmen ermögliche, über jeden Entsorgungs- oder Liefervorgang einen CO2-Report zu erstellen und dem Kunden zur Verfügung zu stellen.

Rehbock zufolge stehen mit den neuen gesetzlichen Anforderungen zur umfassenden Nachhaltigkeitsberichterstattung viele größere Unternehmen vor der Herausforderung, ihre CO2-Bilanz transparent darzustellen. Dazu seien kleinere mittelständische Unternehmen derzeit zwar noch nicht verpflichtet, aber darauf komme es auch nicht an. „Das ist wirklich ein wichtiges Thema, wenn man im Markt als Bestandteil der Lieferkette bleiben will. Sie müssen liefern können", machte der Hauptgeschäftsführer deutlich.

Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamts, hob hervor, dass die Branche wettbewerbsrechtlich zu den komplexesten gehöre. Mit einem Jahresumsatz von über 100 Milliarden Euro und 315.000 Beschäftigten sei sie jedoch auch ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor, den das Bundeskartellamt seit Jahrzehnten intensiv beobachte.

Das Bundeskartellamt habe in den vergangenen Jahren sehr viele Fusionen gesehen, die zum Teil „vertieft" geprüft wurden, so Mundt. Außerdem seien Sektoruntersuchungen in den Jahren 2021 und 2023 durchgeführt worden. Gerade erstere habe bei den Wettbewerbswächtern Sorge ausgelöst. Mundt: „Wir haben bei LVP und Altglas gesehen, dass wichtige Wettbewerbsparameter sich auf regionalen Märkten verschlechtert haben."

So sei etwa festgestellt worden, dass es teilweise sehr hohe Marktanteile einzelner Anbieter bis hin zu Monopolen gebe. Aber auch bei bundesweiter Betrachtung sieht das Bundeskartellamt vor allem Zugewinne beim Marktführer Rethmann. Auch dies sei aus wettbewerbsrechtlicher Sicht nicht gerade eine beruhigende Entwicklung.

Zahl der Unternehmen sinkt

Insgesamt könne festgehalten werden, dass steigende Preise zu beobachten sind und die Zahl der im Markt aktiven Unternehmen „eher rückläufig" ist. So sei die durchschnittliche Bieterzahl bei Ausschreibungen zurückgegangen und die Wahrscheinlichkeit eines Auftragnehmerwechsels gesunken. „Das lässt alles insgesamt auf eine rückläufige Wettbewerbsintensität schließen", fasste Mundt die Erkenntnisse seiner Behörde zusammen.

Ähnlich sehe es aus bei Restmüll, Altpapier und anderen kommunalen Abfällen. Das Bild sei hier ein wenig heterogener, weil es sehr unterschiedliche Entscheidungsträger und Ausschreibungen gebe. Trotzdem sei die Bieterzahl insgesamt und die Anzahl an Geboten je Ausschreibung leicht rückläufig. Auch hier sei jedoch ein hoher und steigender Anteil bei der bundesweiten Erfassungsmenge beim Marktführer Rethmann festzustellen.

Mundt erklärte in diesem Zusammenhang, dass das Bundeskartellamt unter bestimmten Voraussetzungen ein Unternehmen verpflichten kann, jede Fusion anzumelden. Momentan führe das Bundeskartellamt ein Verfahren gegen Rethmann. Es werde geprüft, ob eine solche Anordnung erlassen wird.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Präsident auch der kartellrechtlichen Prüfung der Ausschreibungsverträge der dualen Systeme. Zwar habe sich dieses System grundsätzlich bewährt, er sehe aber eine Unwucht zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen.

Offen zeigte sich Mundt bezüglich längerer Vertragslaufzeiten. Dies sei eine Frage der richtigen Balance: Wenn der Ausschreibungszeitraum zu kurz sei, könnten sich notwendige Investitionen nicht amortisieren. Sind die Ausschreibungszeiträume zu lang, gehe das zu Lasten derjenigen, die die Ausschreibung nicht gewonnen haben.

Ein weiterer kritischer Punkt sei die Sicherungsleistung bei Ausfall eines dualen Systems bei Insolvenz. Die dualen Systeme stellten momentan Sicherheitsleistungen zugunsten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Mundt glaubt jedoch, dass eine andere Lösung in Form einer Gesetzesänderung gefunden werden müsse, die auch die Entsorgungswirtschaft einbezieht.

Kritik an Novelle der Gewerbeabfallverordnung

Abschließend kritisierte der Kartellamtschef die Novelle der Gewerbeabfallverordnung. Aus wettbewerbsrechtlicher Sicht sei es problematisch, dass im Entwurf die Kaskadenlösung eingeschränkt worden sei, weil somit weniger Unternehmen am Markt teilnehmen können. Stattdessen müsse der Vollzug der bestehenden Regelungen bei den zuständigen Behörden verbessert werden. bvse-Hauptgeschäftsführer Rehbock schlug vor, dass der Vollzug bei den Müllverbrennungsanlagen ansetzen solle, um eine wirksame Kontrolle zu erreichen und somit die stoffliche Verwertung zu stärken. **DK**

Kooperationsveranstaltung in Neu-Ulm:

Altlastensymposium GAB und afBW 2024

In Neu-Ulm tagten die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) und das altlastenforum Baden-Württemberg e.V. zum dritten Mal gemeinsam mit dem Ziel, aktuelle Entwicklungen in Baden-Württemberg und Bayern zu präsentieren. Auf der Agenda standen die Themen „Recht und Vollzug der Altlastenbearbeitung", „Praxiserfahrungen bei Erkundungen und Sanierungen" sowie „Nachhaltigkeit in der Sanierung".

Philipp Schwarz, 1. Vorsitzender des altlastenforums Baden-Württemberg, HPC AG, referierte zum Thema „Alles klar zum Umgang mit Boden und Bauschutt nach Ersatzbaustoff V und LAGA M23?" Seit annähernd einem Jahr ist die Ersatzbaustoffverordnung in Kraft und regelt seither den Umgang mit mineralischen Ersatzbaustoffen bundesweit vollständig neu. Schwarz zufolge zeigen Erfahrungen aus der Praxis als Gutachter und Planer, dass es vielfältige Auslegungen und Interpretationen der neuen Regelungen gebe. Die Probleme äußerten sich im Detail, sei es bei unklaren Regelungen zur Probenaufbereitung, der Bewertung analytischer Ergebnisse oder bei der Auslegung von Einbauweisen nach ErsatzbaustoffV in technischen Bauwerken. So seien Aktualisierungen der Ausführungsvorschriften und konkretisierende, praxistaugliche Leitfäden dringend geboten. Lösungen und rechtsverbindliche Regelungen über Ländergrenzen hinweg seien hier äußerst hilfreich.

Bodenkundliche Baubegleitung

Mit den Herausforderungen in der Bodenkundlichen Baubegleitung bei linearen Großprojekten befasste sich Dr. Markus Dotterweich, R & H GmbH. Neu in der BBodSchV ist, dass bei Vorhaben, die eine Fläche von mehr als 3.000 qm umfassen, eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung bei Bauvorhaben" verlangt werden kann und auch die Entwicklung eines Bodenschutzkonzepts miteinschließt. Vor allem bei Großprojekten wird dies künftig als Standardauflage zu erwarten sein.

Dotterweich stellte das Projekt SuedLink vor, bei dem entlang einer etwa 700 Kilometer langen Trasse von Nord- nach Süddeutschland zwei Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) geplant, gebaut und betrieben werden. Bei diesem komplexen Bauprojekt ist der Aufwand in der Planung und Durchführung durch die großen Distanzen, der Verlauf durch unterschiedliche Naturräume und zahlreiche administrative Einheiten enorm erhöht.

Bei einer Erdkabeltrasse komme erschwerend hinzu, dass hunderte oder sogar tausende Eigentümer, Besitzer und Betroffene mit einzubeziehen seien, so Dotterweich. Diese Aufgabe erfordere die Entwicklung zahlreicher standortspezifischer Bodenschutzmaßnahmen, die in enger Abstimmung mit den beteiligten Projektakteuren erarbeitet, kommuniziert und umgesetzt werden müssten.

Über Aktuelles aus dem LfU informierte Matthias Heinzel vom Bayerischen Landesamt für Umwelt. Die LfU-Merkblätter Altlasten Reihe 3.8/x sind bis auf das Merkblatt 3.8/2 „Ausschreibung und Vergabe HE und OU" überarbeitet und im vergangenen Jahr veröffentlich worden. Des Weiteren ist eine Arbeitshilfe zum Altlastenkataster „ABuDIS" mit einem dazugehörigen Schulungsvideo erschienen. Im März dieses Jahres wurden das überarbeitete „Prüfschema zur Plausibilitätsprüfung von Gutachten" sowie die „Leitlinien zur Bewertung von PFAS" veröffentlicht. Mit Letzteren wurden für den Vollzug in Bayern ein Bewertungsrahmen sowie beurteilungsrelevante Hintergrundinformationen zur Verfügung gestellt. Zusätzlich enthalten die Leitlinien Maßstäbe für die Bewertung von Untersuchungsergebnissen und Entscheidungen über ggf. erforderliche weitergehende Maßnahmen bei bestehenden Belastungen.

Sanierungen in der Praxis

Dr. Michael Reinhard, Arcadis Germany GmbH, ging auf PFAS im Baubestand ein und stellte die Frage: Ein Thema für den Rückbau? Aufgrund der Menge der Abfälle (der Anteil mineralischer Abfälle aus dem Rückbau von Bauwerken liegt grob geschätzt bei 70 Mio. Tonnen pro Jahr) und der Recyclingstoffe aus dem Rückbau erscheint es nach Reinhards Auffassung sinnvoll zu sein, die potenzielle PFAS-Belastung dieser Abfälle zu diskutieren. In seinem Vortrag gab er einige Denkanstöße zu Beschichtungen/Imprägnierungen, Spezialfarben, Zusätze (Additive), Löscheinrichtungen und Sekundärverunreinigungen im Beton. Mit aller Vorsicht zog er das Fazit, dass die tatsächliche Relevanz zahlreicher potenzieller Verunreinigungen in der Bausubstanz noch nicht systematisch erforscht sei und viele bekannte PFAS-Belastungen wohl derzeit nicht im Schadstoffmanagement bei Rückbau oder Erneuerungen des Baubestands berücksichtigt würden (z. B. Sprinkleranlagen). Zudem gebe es Regelungslücken bei der Verwertung von PFAS-haltigen Abfällen aus dem Rückbau von Anlagen oder Gebäuden.

CO2-Bilanz im Fokus

Bernadette Bohnert, HPC AG, die zum Thema „Verhältnismäßig und nachhaltig sanieren – mit CO2-Bilanz zum optimalen Minimum?" referierte, wies darauf hin, dass eine CO2-Bilanz nicht der Weg zur optimalen Sanierungsvariante sei. Ein wesentlicher Vorteil der Bilanz sei jedoch, dass sie eine quantifizierbare Entscheidungsgrundlage liefere, die objektiv nach allgemein anerkannten Standards verglichen werden könne. Darüber hinaus erlaube eine CO2-Bilanz auch, dass Umweltauswirkungen in die Kostenschätzung aufgenommen und dann ggf. ausgeglichen werden können. Neben dem Vergleich von Sanierungsverfahren sei sie aber auch bei der Bewertung langlaufender Maßnahmen, vor allem bei Pump & Treat-Verfahren, in Bezug auf ihre in der Regel abnehmende Effizienz und Verhältnismäßigkeit einsetzbar. **DK**

Gründerpreis für Würzburger Startup:

Spezialisierung auf KI-unterstützte Müllsortierung

Das Würzburger Start-up WeSort.AI GmbH hat den renommierten Deutschen Gründerpreis 2024 in der Kategorie Start-up gewonnen. Das fränkische Unternehmen nahm die Auszeichnung in Berlin entgegen.

WeSort.AI, gegründet von den Brüdern Nathanael und Johannes Laier, hat sich auf die KI-unterstützte Müllsortierung spezialisiert. Ihre innovative Technologie ermöglicht das Hochgeschwindigkeits-Sortieren von Abfall mit einer Genauigkeit, die menschliche Sortierer weit übertrifft. Die Künstliche Intelligenz von WeSort.AI kann über sieben Millionen verschiedene Produkte identifizieren, darunter auch Marken, Volumen und den CO2-Fußabdruck von PET-Flaschen.

Lob für Genauigkeit und Effizienz

Die Idee zur Gründung von WeSort.AI entstand aus einer Dokumentation über Mülltrennung, die die Brüder inspirierte. Sie wollten ein Unternehmen schaffen, das sowohl wirtschaftlich erfolgreich ist als auch einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leistet. Ihre Technologie bringt einen modernen, digitalen Ansatz in die Abfallwirtschaft und hat das Potenzial, die Branche nachhaltig zu verändern. Die Jury des Deutschen Gründerpreises lobte die Genauigkeit und Effizienz der WeSort.AI-Technologie. Die Sortierung sei schnell und fast 100 Prozent genau. Menschliche Sortierer bräuchten fünf Mal länger und seien deutlich ungenauer.

Neben der Auszeichnung erhalten die Preisträger unter anderem Zugang zum Alumni-Netzwerk des Deutschen Gründerpreises. Dieses bietet WeSort.AI zusätzliche Unterstützung und Ressourcen, um ihre innovative Technologie weiterzuentwickeln und zu skalieren. **DK**

Bayerischer Naturschutzfonds unterstützt neue Projekte mit knapp 3,6 Mio. Euro

Mit insgesamt knapp 3,6 Millionen Euro wird der Bayerische Naturschutzfonds neue Naturschutzprojekte im gesamten Freistaat fördern. Bayerns Umweltminister und Stiftungsratsvorsitzender des Naturschutzfonds, Thorsten Glauber, betonte dazu in München: „Wir wollen Bayerns wertvolle Flora und Fauna für die Zukunft erhalten und entwickeln. Der Bayerische Naturschutzfonds fördert dafür Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft. Durch Förderung von Vereinen, Verbänden, Kommunen und ehrenamtlichen Naturkennern vor Ort ermöglicht die Stiftung die Bewahrung der vielfältigen bayerischen Kulturlandschaften und den Erhalt der Artenvielfalt. Die neuesten Projekte mit einem Fördervolumen von fast 3,6 Millionen Euro geben dabei Rückenwind. Der Erhalt der Artenvielfalt und der Schutz unserer Natur gehören zu unseren wichtigsten Zukunftsaufgaben."

Der Bayerische Naturschutzfonds hat in der jüngsten Stiftungsratssitzung über die Förderprojekte beraten. Beispielsweise wurden folgende Förderprojekte bewilligt:

Erhalt und Wiederansiedlung gefährdeter Rote-Liste-Pflanzenarten

Dieses Botanik-Projekt hat die Stärkung der Populationsdichte sowie die Wiederansiedlung nur noch vereinzelt vorkommender oder verschwundener Arten in LBV-Schutzgebieten zum Ziel. Unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Universität Regensburg soll dem Artenverlust entgegengewirkt und die botanische Artenvielfalt gestärkt werden. Maßnahmenträger ist der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. Der Zuschuss beträgt knapp 677.000 Euro.

Apfel-Birne-Berge 2.0: Wiederverbreitung von vergessenen Streuobstsorten

Mit diesem Projekt wird das erfolgreich abgeschlossene Projekt „Alte Obstsorten in den oberbayerischen Voralpenkreisen" fortgeführt, in dem bisher knapp 270 alte und vergessene Apfel- und Birnensorten gesichert werden konnten. Mit dem Folgeprojekt sollen die geborgenen Sorten dauerhaft gesichert und wiederverbreitet werden. Maßnahmenträger ist der Landkreis Rosenheim (federführend) in Trägergemeinschaft mit den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Traunstein, Weilheim-Schongau, dem Trägerverein Biosphärenregion Berchtesgadener Land e.V. und dem Bezirksverband Oberbayern für Gartenkultur und Landespflege. Das Projekt wird mit über 272.000 Euro gefördert.

Braunkehlchen und gefiederte Freunde

Hauptziel des Projekts ist die Stabilisierung und Bestandssicherung sehr seltener Vogelarten und deren Lebensgemeinschaften. Besonderer Fokus wird auf die Erhöhung der Bestände wiesenbrütender Vogelarten, insbesondere von Braunkehlchen und Brachvogel, in den Loisach-Kochelsee-Mooren gelegt. Dort besteht derzeit noch die größte, aber wie in anderen Gebieten ebenfalls rückläufige Braunkehlchen-Population Bayerns. Maßnahmenträger ist der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. Der Zuschuss beträgt knapp 530.000 Euro.

39 Kleinprojekte für 2025 vorgesehen

Die Kleinmaßnahmen sind ein unverzichtbares Instrument der Naturschutzarbeit in Bayern. Dabei liegt der fachliche Schwerpunkt insbesondere bei einer anwendungsorientierten Naturschutzforschung, praxisbezogenen Fachplanungen und Fachkonzepten sowie bei der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Für das Jahr 2025 sind 39 Kleinprojekte vorgesehen. Maßnahmenträger sind der Bund Naturschutz in Bayern e. V. (BN), der LBV und der Deutsche Verband für Landschaftspflege e. V. (DVL). Die Zuschusshöhe liegt bei 500.000 Euro. Weitere Informationen gibt es unter www.die-natur-gewinnt-immer.de.

Grunderwerb im Landkreis Altötting

Der Landkreis Altötting plant den Erwerb einer struktur- und artenreichen Fläche von rund 5,3 Hektar, die in der Kernzone des Naturschutzgebiets „Innleite bei Marktl mit Dachlwand" sowie im Natura 2000 und FFH-Gebiet „Inn und Untere Alz" liegt.

Teil des Grundstücks ist das ehemalige Steilufer des Inns, die sogenannte Dachlwand, die auch das Kernstück des Schutzgebietes bildet. Das Gebiet weist eine herausragende Bedeutung für den Natur- und Artenschutz auf. Durch den Flächenerwerb soll die dauerhafte Sicherung wertvoller und seltener Lebensräume für zahlreiche Arten, insbesondere des dortigen bayernweit bedeutenden Uhu-Vorkommens erreicht werden.

Eine weitere Fläche von rund 2 Hektar soll im FFH-Gebiet „Salzach und Unterer Inn" erworben werden. Diese Waldfläche mit typischer Auenvegetation soll durch gezielte Pflegemaßnahmen optimiert werden, um die Lebensraumfunktion sowie die charakteristische Auenvegetation und -struktur der Fläche zu entwickeln. Maßnahmenträger ist der Landkreis Altötting. Der Zuschuss beträgt insgesamt über 142.000 Euro.

Naturnahe Beweidung und ihre Bedeutung für den Erhalt der Artenvielfalt

Übergeordnetes Ziel des Projekts ist es, Kindern durch ein alle Sinne ansprechendes Kamishibai-Erzähltheater umfassendes Wissen über Zusammenhänge zwischen Beweidung, Erhalt der Biodiversität, Tierhaltung, Boden, Klima und Erhalt unserer Kulturlandschaft zu vermitteln. Dazu sollen aufeinander aufbauende Bildersätze, dazugehörige Texte und Begleitmaterialien zu den Themen naturnahe Beweidung mit Rindern und naturnahe Beweidung mit Schafen und Ziegen für Grundschulen und Kindertagesstätten entwickelt werden.

Maßnahmenträger ist die Trägergemeinschaft aus dem Landschaftspflegeverband Main-Spessart e.V. (hat die Federführung) und dem Landschaftspflegeverband Würzburg e.V. Die Förderung beträgt knapp 88.000 Euro.

Weitere Informationen unter www.naturschutzfonds.bayern.de ❐



Hier gehen wichtige Wertstoffe verloren: An den Altkleider-Containern der Malteser in Kulmbach unter der Brücke der B85 sieht es aus wie auf einer Müllhalde. Bild: FWS/Malteser

VBS-Jahrestagung in Nürnberg:

Kritik an Regierungsarbeit

Im Rahmen der Jahrestagung des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. in Nürnberg im Oktober diskutierten Experten aus Politik und Entsorgungsbranche über Möglichkeiten zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft vor dem Hintergrund des bevorstehenden Bundestagswahlkampfs. Mit Barbara Fuchs MdL und Wolfram Hatz, Präsident der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., waren prominente Gäste als Redner anwesend.

Die Festrede hielt in diesem Jahr vbw-Präsident Wolfram Hatz. Er betonte: „Die bayerische Wirtschaft steht fest zur Kreislaufwirtschaft, denn sie verbindet ökologische mit ökonomischen Interessen. Wenn wir es schaffen, Produkte und Ressourcen so lange wie möglich zu nutzen und durch Wiederverwendung in einem Kreislauf zu halten, können wir mit weniger Ressourcen und Emissionen mehr Wachstum erzielen. Gleichzeitig können wir drohende Versorgungsengpässe entschärfen, wenn wir die Lebensdauer von Rohstoffen verlängern. Kurzum: Die Kreislaufwirtschaft steht für Ressourcenschutz, Rentabilität und Resilienz gleichermaßen und die Bayerischen Entsorgungsunternehmen sind ein zentraler Akteur dieser nachhaltigen Wertschöpfung."

Diskrepanz zwischen Vorhaben und Ergebnis

VBS-Präsident Stefan Böhme hob in seiner Rede die Diskrepanz hervor zwischen den ehrgeizigen Vorhaben des Koalitionsvertrages und den bisherigen Ergebnissen der Regierungsarbeit: „Der Koalitionsvertrag der Ampel ist gerade im Kapitel zur Kreislaufwirtschaft sehr ambitioniert und enthält viele richtige Vorhaben. Leider müssen wir feststellen, dass Kreislaufwirtschaft nie bestritten, oft gelobt und zu selten in der politischen Praxis umgesetzt wurde. Aus unserer Sicht gilt: Konsequente Kreislaufwirtschaft in allen Phasen der Wertschöpfung, vom Produktdesign bis zur Rückführung der Rohstoffe, ist möglich – und angesichts ambitionierter Klimaziele in Bund und Europa auch nötiger denn je."

Ein Grußwort aus dem Landtag übermittelte die Fürther Abgeordnete Barbara Fuchs, wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. In Ihrer Rede stellte sie heraus: „Die EU möchte bis 2050 klimaneutral sein, die Bundesrepublik strebt dies für 2045 an. 39 von 46 der für die Wirtschaft kritischen Rohstoffe muss Deutschland importieren. Fast die Hälfte der Seltenen Erden für die deutsche Produktion kommen aus China. Wir lösen uns aus diesen Abhängigkeiten nur durch den konsequenten weiteren Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft reduziert den Ressourcenverbrauch, trägt zur Rohstoffsicherheit der Wirtschaft bei und reduziert Abhängigkeiten von autoritären Staaten. Dabei zähle ich auch auf die Erfahrung und die Innovationskraft der mittelständisch geprägten privaten Entsorgungswirtschaft."

Als Präsidenten bestimmte die Mitgliederversammlung erneut einstimmig Stefan Böhme (Böhme GmbH Wertstofferfassung, Rehau). In den erweiterten Vorstand wurden gewählt: Michael Buchheit, Frank Gärtner, Matthias Harms und Markus Wittmann. ❐

25 Jahre ÖKOPROFIT München

Mit seinem 25-jährigen Bestehen hat ÖKOPROFIT in München als Impulsgeber für mehr als 120 deutsche ÖKO-PROFIT-Kommunen in Deutschland einen Meilenstein in seiner Geschichte erreicht. Das Jubiläum wurde kürzlich im Munich Urban Colab gefeiert. Gleichzeitig erhielten mehr als 100 Münchner Betriebe der aktuellen Ökoprofit München Runde 2023/24 ihre Auszeichnung als Ökoprofit Betrieb.

Unter anderem werden rund 1.600 Tonnen CO2-Emissionen und 7,2 Millionen Kilowattstunden Energie eingespart. Die ökonomischen Ersparnisse betragen 2,1 Millionen Euro. Ob Nutzung oder Erzeugung von Ökostrom, Bezug von Fernwärme oder Einkauf von biologisch erzeugten Lebensmitteln – die Klima- und Umweltschutzmaßnahmen der diesjährigen ÖKO-PROFIT-Runde sind so vielfältig wie die Betriebe und Organisationen, die teilgenommen haben.

Industrieunternehmen, Handwerksbetriebe und verschiedenste Dienstleister sowie einige städtische Referate haben sich der Herausforderung von ÖKO-PROFIT gestellt, egal ob mit zwei oder 5.000 Mitarbeitenden. Besonders erwähnenswert sind auch die Volksfestbetriebe, die mit 55 Betrieben in diesem Jahr fast die Hälfte der ausgezeichneten 105 Betriebe ausmachen.

Seit 1998 hat die Stadt München bereits mehr als 500 Betriebe ausgezeichnet, die mit großem Engagement vielfältige Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen entwickelt haben. Ökonomisch hat sich ÖKOPROFIT ebenfalls gelohnt: Die teilnehmenden Betriebe haben im Laufe der Jahre insgesamt 123 Millionen Euro eingespart. ❐

Malteser appellieren:

Altkleider-Container sind keine Mülltonnen

Die Produktion von Textilien verbraucht massiv Ressourcen bei der Herstellung. Einen erheblichen Beitrag, die Umwelt hier zu entlasten, spielt deshalb die Wiederverwertung von Altkleidern. „Sie sind ein wichtiger Wertstoff im Sinne der Nachhaltigkeit", betont die Diözesangeschäftsführerin der Malteser im Erzbistum, Claudia Ramminger. Und ist traurig darüber, wenn diese Chancen nicht genutzt werden, wie derzeit in Kulmbach.

Obwohl die drei Altkleider-Container der Malteser unter der Brücke der B85 nur halb gefüllt sind, sieht es aus wie auf einer Müllhalde. Aufgeplatzte gelbe Säcke mit Plastikverpackungen stehen neben Kanistern, Obststeigen aus Papier, Eimern und aufgerissenen Säcken mit nassen Klamotten. Auch in den Containern selbst befindet sich statt wertvoller Recycling-Ware Unrat, Hausmüll oder sogar Bauschutt. Die Altkleider-Container werden zunehmend als Mülltonnen missbraucht – und die Leidtragenden sind Menschen, die dringend Hilfe benötigen.

Plädoyer für sorgsamen Umgang mit dem Wertstoff

Denn neben der Nachhaltigkeit, der sich die Malteser als soziales Unternehmen verpflichtet fühlen, gibt es einen weiteren wichtigen Aspekt, mit dem Wertstoff Altkleider sorgsam umzugehen: Die Erlöse aus den Altkleidersammlungen verwenden die Malteser in der Diözese beispielsweise für soziale Angebote wie den Patenruf, den Besuchs- und Begleitdienst für ältere Menschen oder den Rikscha-Dienst und auch im Bereich des Katastrophenschutzes und Sanitätsdienstes, zu dem auch die Kulmbacher Einheit „Technik und Sicherheit" zählt.

Grundsätzlich verwerten die Malteser einen kleinen Teil der gesammelten Kleiderspenden selbst und geben gut erhaltene Kleidungsstücke nahezu kostenlos an Bedürftige ab. Der Großteil der gesammelten Kleiderspenden geht an kommerzielle Verwerter wie etwa im Fall der Malteser an den Dienstleister FWS in Bremen. Dieser sortiert die Kleider und verschickt sie unter anderem nach Afrika und Osteuropa. Pro Jahr werden in einem Container rund drei Tonnen Altkleider gesammelt.

„Zum Dienst am Menschen gehört für uns auch der aktive Klima- und Umweltschutz. Müll in und vor den Altkleidercontainern zerstört den Wertstoff. Der Kreislauf der Wiederverwertung kann nur funktionieren, wenn die Leute nur das in die Aufsteller werfen, was dort hineingehört – und dazu gehört definitiv kein Unrat", betont Claudia Ramminger. Wichtig: Vor die Container gehört grundsätzlich nichts gestellt, auch keine Altkleidersäcke, falls die Aufsteller voll sind. „Wenn die Ware nass wird, ist sie ebenfalls für die Wiederverwertung unbrauchbar", erklärt die Diözesangeschäftsführerin.

Umwelt und Soziales im Einklang

Ramona Diercksen vom Entsorger FWS, der im Auftrag der Malteser die Container in Kulmbach betreut, versichert, dass die Aufsteller regelmäßig geleert würden. „Übervolle Container sind in unserem Fall aber ja gar nicht das Problem, sondern dass einfach wild Müll in und vor den Containern entsorgt wird", so Diercksen. Sie appelliert deshalb genauso wie die Malteser, die Altkleider-Container nicht als Mülltonnen zu missbrauchen, sondern dort nur gut erhaltene Kleidung und Textilien sauber und gut verpackt einzuwerfen. Denn, so Malteser-Chefin Claudia Ramminger: „Grundsätzlich freuen wir uns ja über jede Spende. Helfen Sie also mit, gleichzeitig etwas für die Umwelt und etwas Soziales zu tun!" ❐

Umweltminister Thorsten Glauber:

Neue Förderung für Repair-Cafes

Das Bayerische Umweltministerium wird nicht-gewerbliche Reparaturinitiativen unkompliziert finanziell unterstützen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Ressourcenschutz ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen den zunehmenden Verbrauch von Rohstoffen und seine Umweltauswirkungen reduzieren. Ein sparsamer Umgang mit wertvollen Rohstoffen schützt das Klima. Abfälle vermeiden ist der erste Schritt, schont Ressourcen und Umwelt."

Haushaltsübliche Gebrauchsgüter und Alltagsgegenstände sollten Glauber zufolge nicht zu Abfall werden, wenn sie noch repariert werden können: „Reparaturinitiativen sind dazu eine wichtige Anlaufstelle vor Ort. Hier engagieren sich Ehrenamtliche vorbildlich für Nachhaltigkeit und setzen ein deutliches Zeichen gegen die Wegwerfmentalität. Dieses Angebot für umweltbewussten Konsum unterstützen wir ab sofort mit unserem neuen Förderprogramm. Ziel ist, ein möglichst flächendeckendes Netz wohnortnaher Reparaturinitiativen dauerhaft zu etablieren."

Wertvolle Initiativen

Reparaturinitiativen bieten fachliche Begleitung zur kostenfreien Reparatur privater Gegenstände an. Konkret können die Initiativen jeweils bis zu 3.000 Euro pro Jahr beantragen. Anträge können ab sofort eingereicht werden.

Reparaturinitiativen tragen aktiv zu Abfallvermeidung, Klimaschutz und zu nachhaltiger Entwicklung durch Verlängerung der Lebens- und Nutzungsdauer von Alltagsgegenständen und haushaltsüblichen Gebrauchsgegenständen bei. Energieaufwändige Neuproduktionen können dadurch reduziert werden. Reparaturinitiativen widmen sich den Reparaturen, die das Gewerbe in der Regel nicht mehr anbietet.

Weitere Informationen und praktische Hinweise zur neuen bayerischen Förderung nicht-gewerblicher Reparaturinitiativen, FAQ's sowie Muster-Formulare sind im Internet verfügbar unter https://www.stmuv.bayern.de/themen/verbraucherinformation/reparaturinitiativen/index.htm ❐



Die Übergabe des Zertifikats fand im Rahmen der Einweihungsfeier des neuen Gebäudes von Beutlhauser-Geschäftspartner Bucher Municipal statt (v.l.): Thorsten Heinzelmann, Daimler Truck Regionalleiter Vertrieb Unimog, der frisch zertifizierte Beutlhauser-Verkaufsberater Alfred Pöhn, Klaus Lößnitz, Sales Training Mercedes-Benz Special Trucks, sowie Claus Artmayer, Leiter Kommunaltechnik bei Beutlhauser. Bild: Beutlhauser

Zertifizierung in Rekordzeit

Beutlhauser-Verkaufsberater Alfred Pöhn meistert Qualifizierungsmaßnahme

Das Team der zertifizierten Unimog-Verkäufer bei Beutlhauser wächst: Alfred Pöhn hat in einer Rekordzeit von knapp fünf Monaten diese wichtige Qualifizierungsmaßnahme von Mercedes-Benz Special Trucks durchlaufen. Normalerweise dauert der Prozess je nach Anwärterzahl mindestens ein Jahr oder länger. Doch in diesem Fall reagierten alle Beteiligten kurzfristig auf die aktuellen Rahmenbedingungen: Trainer Klaus Lößnitz wollte nach der jahrelang sehr guten Zusammenarbeit mit Beutlhauser die Zertifizierung vor seinem Rentenbeginn noch selbst abschließen. Deshalb absolvierte Anwärter Alfred Pöhn die Maßnahme ohne längere Pausephasen zwischen den einzelnen Bausteinen.

Bereits kurz nach seinem Start bei Beutlhauser am 1. Januar 2024 begann Pöhn mit dem Programm, das in Onlinetrainings und Vor-Ort-Termine im Mercedes-Benz-Trucks-Werk in Wörth aufgeteilt war. Behandelt wurde allem voran der Aufbau des Unimog samt aller technischen Details und Funktionen. Auch die verschiedenen Einsatzgebiete in Kommunen, der Feuerwehr oder der Landwirtschaft wurden beleuchtet. Auf ein Verkäufertraining folgte schließlich die Abschlussprüfung. Seither ist Alfred Pöhn zum Verkauf von Unimog-Neufahrzeugen befähigt und berechtigt. Er betreut für Beutlhauser die Landkreise Regensburg, Kelheim, Dingolfing-Landau und Straubing. ❐

Ein „redMog“ von Beutlhauser zum 150. Geburtstag

FFW Zandt beschenkt sich mit Investition in die Zukunft

Die Freiwillige Feuerwehr Zandt hat seit ihrer Gründung 1874 unzählige Male unter Beweis gestellt, dass sie im Ernstfall zuverlässig zur Stelle ist. Darauf kann sich die Bevölkerung auch weiterhin verlassen. Die ehrenamtlichen Helfer gehen mit einem neuen Fahrzeug in die Zukunft. Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Feuerwehr übergab Beutlhauser aus Hagelstadt einen neuen „redMog“ an die Einsatzkräfte. Es handelt sich um einen U 5023 mit einem Schlingmann-Aufbau TLF 3000, der bis zu 3000 Liter Löschwasser mit sich führen kann und von einem 170 kW starken Motor angetrieben wird.

Vorangegangen war ein intensiver Auswahlprozess. „In den letzten Jahren hat die Anzahl von Flächen- und Waldbränden immer mehr zugenommen. Auch Hochwasserereignisse kommen in der Region zunehmend vor. Darauf müssen wir vorbereitet sein“, fasst 1. Kommandant Michael Baumgartner das Anforderungsprofil zusammen. Gesucht wurde ein besonders geländegängiges Fahrzeug, mit dem nicht nur Brände bekämpft, sondern auch weitere Einsätze im Bereich Katastrophenschutz bewältigt werden können.

Schlagkräftig auch abseits der Straße

Dank seiner robusten Bauweise, der Offroad-Tauglichkeit, der hohen Bodenfreiheit sowie der hohen Wattiefe ist der Unimog dafür prädestiniert. „Wenn wir beim Hochwasser bleiben: Der Unimog hat eine Wattiefe von bis zu 1,20 Meter und kann somit auch in stark überfluteten Gebieten eingesetzt werden. Es gab kein vergleichbares Fahrgestell, welches zudem auch noch die Norm erfüllte“, so Baumgartner. Er folgert: „Der Feuerwehr-Unimog ist schlagkräftig auch abseits von allen Straßen.“

„redMog“ begeistert beim Fahrertraining

Von dieser Tatsache überzeugten sich die Retter im Rahmen einer Vorführung. „Ich war gemeinsam mit unserem Vorführer Ewald Schiehandl ein Wochenende lang vor Ort. Wir haben uns viel Zeit dafür genommen, alle entscheidenden Punkte direkt am Fahrzeug zu erklären. Dann konnten die Kameraden den ‚redMog‘ natürlich auch testen und im Gelände fahren“, berichtet Beutlhauser-Verkaufsberater Stephan Attenberger.

Auch bei einer Nachbargemeinde, die bereits einen Feuerwehr-Unimog von Beutlhauser im Einsatz hat, haben sich die Verantwortlichen der FFW Zandt über das Fahrzeug informiert.

Im Frühjahr folgte ein Fahrertraining, dass der Landkreis Cham für alle Feuerwehren und deren Fahrzeuge am Truppenübungsplatz in Roding organisiert hatte. „Da war schließlich auch der Letzte Feuer und Flamme für den Unimog, weil er einfach mit Abstand sämtliche Hürden genommen hat“, erinnert sich Michael Baumgartner zurück. Nach dem Training stand final fest, dass die Feuerwehr Zandt in einen „redMog“ investieren wird und sich damit zugleich das schönste Geschenk zum 150-jährigen Gründungsfest selbst macht.

Und so wurde der Feuerwehr-Unimog bei der Unimog-Ausstellung, die zum Rahmenprogramm der Feierlichkeiten zählte, zu einem echten Blickfang. Zudem segnete Monsignore Augustin Sperl beim Festgottesdienst nicht nur die Fahnenbänder, sondern auch den neuen „redMog“ der Zandter Wehr. ❐



Einen besseren Zeitpunkt als das 150-jährige Gründungsfest der Freiwilligen Feuerwehr Zandt hätte es für die feierliche Übergabe des „redMog“ nicht geben können. Darüber freuten sich (v.l.) Michael Baumgartner, 1. Kommandant der FFW Zandt, Reinhold Sturm, Geschäftsführer Sturm Feuerschutz, Bürgermeister Hans Laumer, Beutlhauser-Verkaufsberater Stephan Attenberger sowie Benjamin Blasini, 1. Vorsitzender der FFW Zandt. Bild: Beutlhauser

Forstministerin Kaniber stellt die Ergebnisse des Forstlichen Gutachtens 2024 vor:

Wildverbiss leicht gesunken, Sorgenkind ist der Bergwald

Licht und Schatten in Bayerns Wäldern: Landesweit hat der Wildverbiss an jungen Waldbäumen in den letzten drei Jahren leicht abgenommen – deutlich gestiegen ist er allerdings in den Bergwäldern. Das hat Forstministerin Michaela Kaniber bei der Vorstellung der „Forstlichen Gutachten zur Situation der Waldverjüngung 2024“ im Bayerischen Landtag berichtet. Demzufolge ist bayernweit der Anteil der von Rehen, Hirschen und Gämsen abgebissenen Leittriebe bei Laubbäumen von 21 auf 17 Prozent zurückgegangen und bei Nadelbäumen mit drei Prozent gleichgeblieben. Diese Entwicklung freut die Ministerin: „In den vergangenen Jahren ist es vielerorts gelungen, Wald und Wild miteinander in Einklang zu bringen. Das ist dem vorbildlichen Einsatz und der Zusammenarbeit engagierter Waldbesitzer, Jäger und Förster zu verdanken. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Aufbau zukunftsfähiger Wälder.“ Laut Kaniber haben die jungen Bäume nur bei waldverträglichen Wildbeständen eine Chance, zu stabilen Mischwäldern heranzuwachsen.

Mit Sorge sieht die Ministerin deshalb die Entwicklung im Bergwald, wo der Verbiss gerade bei der für die Stabilität so wichtigen Tanne von 17 auf 23 Prozent deutlich gestiegen ist. „Diese Entwicklung ist fatal“, so Kaniber. Und weiter: „Unsere Bergwälder schützen Menschen, Straßen und Siedlungen vor Lawinen, Steinschlag und Hochwasser. Sie sind damit eine Art Lebensversicherung für die Menschen im Alpenraum – aber nur, wenn sie auf Dauer intakt und stabil sind.“ Das in Hochlagen ohnehin langsamere Wachstum der Bäume dürfe deshalb nicht auch noch durch übermäßigen Wildverbiss verzögert oder schon nach kurzer Zeit beendet werden. Die Ministerin appellierte an alle Beteiligten, die Bejagung zu verstärken und konsequent für waldverträgliche Wildbestände zu sorgen.

Verjüngungsinventur seit 1986

Die Bayerische Forstverwaltung führt die Verjüngungsinventur seit 1986 im dreijährigen Turnus durch, heuer bereits zum vierzehnten Mal. Von Februar bis Mai hatten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf rund 21.000 Verjüngungsflächen über zwei Millionen junge Bäume auf Verbiss- und Fegeschäden untersucht.

Auf dieser Datenbasis erstellten die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für jede Hegegemeinschaft ein Forstliches Gutachten und zusätzlich insgesamt rund 9.600 ergänzende „Revierweise Aussagen“. Die Ergebnisse werden den Jagdvorständen, Revierpächtern und Eigenjagdbesitzern für die Abschussplanung zur Verfügung gestellt.

Details zum Gutachten können im Internet unter www.forst.bayern.de/forstlichegutachten heruntergeladen werden. ❐



30 Freiwillige des Rotary-Club, AELF und Landratsamtes Bad Tölz-Wolfratshausen sorgten gemeinschaftlich für eine Pflanzung von 250 Weißtannen in einem Landkreis-Fichtenwald im Gemeindegebiet Egling. Bild: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



V.l.: Prof. Johannes Hamann, Ärztlicher Direktor Bezirksklinikum Mainkofen, Pfarrerin Katrin Großmann-Bornhard, Pfarrer Hermann Eckl, Dr. Maximilian Seefelder, ehemaliger Bezirksheimatpfleger, Carolin Ahrendt, Vorsitzende der Dr. Franz und Astrid Ritter-Stiftung, Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl, Anette Röhr, Projektleiterin der Artothek, Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, und Bezirksheimatpfleger Dr. Clemens Knobling. Bild: Bezirk Niederbayern, Sabine Bäter

Artothek des Bezirks Niederbayern feierlich eröffnet

Mainkofen. Raus aus staubigen Archiven und dunklen Lagerräumen, hinein in die Wohnzimmer und Lebensbereiche der Menschen. Das ist das Motto der neuen Artothek des Bezirks Niederbayern. Sie soll Kunst für jedermann zugänglich machen und dabei Niederbayerns Künstlerinnen und Künstler fördern. Das Konzept ist simpel: Wie in einer Bibliothek können sich Interessierte Gemälde, Druckgrafiken, Fotografien, Kleinskulpturen und viele weitere hochwertige Kunstobjekte für einen vorher festgelegten Zeitraum ausleihen – kostenfrei. Ende November wurde die Artothek offiziell eingeweiht. Rund 100 Gäste nahmen an der Feierstunde samt Segnung auf dem Gelände des Bezirksklinikums Mainkofen teil. Dort, im Haus D2, einer frisch sanierten Villa aus dem frühen 20. Jahrhundert, wird die Artothek untergebracht.

Das Gros der Kunstwerke stammt aus der Sammlung des Bezirks Niederbayern, aber auch Spenden etwa der Dr. Franz und Astrid Ritter-Stiftung oder des Deggendorfer Kreisheimatpflegers Florian Jung stehen künftig zur Ausleihe bereit. Außerdem wird eine fünfköpfige Jury, der unter anderem Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl oder der Bezirksheimatpfleger angehören, weitere Kunstwerke zukaufen, um den Bestand stetig zu erweitern und das Angebot zu verbessern. Künstler können sich mit ihren Werken für einen Ankauf bewerben. Die Kriterien: Das jeweilige Werk muss entweder einen Bezug zu Niederbayern aufweisen oder der Künstler muss in Niederbayern leben, arbeiten oder hierzulande geboren sein.

In seiner Festrede sagte Bezirkstagsvizepräsident und Vorsitzender des Kultur-, Jugend- und Sportausschusses Pröckl: „Hier wurde eine wunderbare Idee verwirklicht. Mit den Räumlichkeiten der Artothek dürfen wir berechtigte Erwartungen verbinden.“ Aus einem ehemaligen Klinikgebäude sei eine Kulturinstitution geworden. „Und wer weiß schon, was geschieht, wenn sich in Wohnzimmern und Büros, in Praxen oder Fluren künftig entliehene Kunstwerke befinden. Vielleicht inspirieren diese ihre Betrachter dazu, sich mit den Schöpfern der Werke näher zu befassen und über einen eigenen Ankauf nachzudenken. So ergäben sich klassische Win-Win-Situationen“, so Pröckl.

Der Bezirkstagsvizepräsident dankte dem ehemaligen Bezirksheimatpfleger, der das Projekt maßgeblich mitinitiiert hat. „Max Seefelders Begeisterung und seine Überzeugungskraft waren wie so oft für mich inspirierend. Und so sind wir das Projekt angegangen.“ Ebenfalls dankte Pröckl Hubert Huber, „dem mit vielen Pferdestärken ausgestatteten ‚Motor‘ des BBK Niederbayern“, der den Bezirk Niederbayern bei der Umsetzung des Artothek-Konzepts unterstützt hat. Sein Dank gelte auch Carolin Ahrendt, Vorsitzende der Dr. Franz und Astrid Ritter-Stiftung, dem Bezirksheimatpfleger Dr. Clemens Knobling und Annette Röhr vom Kulturreferat des Bezirks, die die Artothek künftig betreuen wird, so Pröckl.



Landräte erhalten Europamedaille: Die Medaille wurde im Rahmen des „Europäischen Herbstdialogs“ im Energiepark Hirschaid vor über 200 Gästen an Persönlichkeiten für ihre Initiativen um Europa vergeben, v.l.: Professor Stefan Leible (Projekt EURESTA), Landrat Johann Kalb, Landkreis Bamberg (Cisterscapes connecting Europa), Dr. Nina Nestler und Landrat Peter Berek, Landkreis Wunsiedel (Euregio Egrensis). „Diese Medaille würdigt Menschen, Ideen und Initiativen, die Europa nicht nur denken, sondern täglich leben und gestalten. Ihre Projekte bauen Brücken zwischen Regionen, bewahren unser gemeinsames Kulturerbe und stärken Forschung und Bildung in ganz Europa“, betonte Monika Hohlmeier, MdEP, bei der Vergabe

Bild: Büro Monika Hohlmeier

Besonders gefreut habe den Bezirkstagsvizepräsidenten die zügige Umsetzung. Nach der Idee im Jahr 2019 folgten zahlreiche Gespräche mit Institutionen und Akteuren. Der Kultur-, Jugend- und Sportausschuss habe dann einstimmig die Umsetzung der Artothek empfohlen, im Jahr 2022 stimmte der Bezirksausschuss für die Umsetzung. „Im Frühjahr 2023 konnten die Sanierungsarbeiten des denkmalgeschützten Hauses D2 auf dem Gelände des Bezirksklinikums beginnen.“ Parallel zu den Bauarbeiten und zur logistischen Einrichtung der Räume sei zudem der vorhandene Kunstbestand des Bezirks Niederbayern ertüchtigt worden. Und nun, im Herbst 2024: die Eröffnung der Artothek. „Jetzt ist die kunstinteressierte Öffentlichkeit am Zug, regen Gebrauch davon zu machen“, so Pröckl.

Besonderer Kulturort

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bezeichnete die neue Artothek in seinem Grußwort als „besonderen Kulturort in unserem Bezirk“. Es sei eine Pflichtaufgabe des Bezirks, Einrichtungen zu schaffen, die dem kulturellen Wohl der Bevölkerung dienen. „Die Artothek erfüllt diesen Auftrag, indem sie Kultur direkt zu den Menschen bringt und die regionale Kunstszene durch kontinuierliche Kunstankäufe fördert.“ Besonders hervor hob der Bezirkstagspräsident das Engagement des Bezirkstagsvizepräsidenten Pröckl, der zusammen mit Max Seefelder und Annette Röhr viel Herzblut in dieses Projekt gesteckt habe. Heinrich weiter: „Dieser Kulturort steht allen Menschen Niederbayerns offen und schafft auch für die Patienten, Besucher und Mitarbeitenden des Bezirksklinikums ein bereicherndes Angebot. Wir freuen uns darauf, diesen besonderen Ort mit Leben zu füllen.“

Als Vertreter des Bezirksklinikums Mainkofen sagte der Ärztliche Direktor, Prof. Dr. Johannes Hamann: „Wir wollen das Bezirksklinikum Mainkofen nach außen öffnen und die Öffentlichkeit über unsere wichtige Arbeit mit Menschen mit psychischen Problemen aufklären. Wir freuen uns deshalb, dass sich der Bezirk Niederbayern dazu entschieden hat, seine neue Artothek auf dem Klinikgelände zu eröffnen.“ Das sei ein tolles Projekt, bei dem Interessierten ein niedrigschwelliger Zugang zu hochwertiger Kunst ermöglicht wird. „Wann immer sich nun Menschen Kunst ausleihen, erhalten sie gleichzeitig einen kleinen Einblick in unser Klinikgelände. Das freut uns.“

Auch Carolin Ahrendt von der Dr. Franz und Astrid Ritter-Stiftung zeigte sich in ihrem Grußwort erfreut über Öffnung hochwertiger Kunst gegenüber einer breiten Öffentlichkeit: „Damit kommt, neben der Sammlung des Bezirks, auch unsere Sammlung Ritter-Stiftung jetzt tatsächlich unter die Menschen, statt nur eingelagert zu sein. Die Menschen bekommen einen wirklich unmittelbaren Zugang zur Kunst.“ Ein besonders „i-Tüpfelchen“ sei, dass die Artothek in dem Jahr eröffnet, in dem die Ritter-Stiftung ihr 20-jähriges Bestehen feiere. „Das finde ich großartig“, so Ahrendt. ❐

GZ ZU GAST BEI ...



Marc Benker

Erster Bürgermeister des Markts Marktschorgast

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Marktgemeinde Marktschorgast mit insgesamt rund 1.500 Einwohnern in acht Ortsteilen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich darf seit 01.05.2020 ehrenamtlicher Bürgermeister meiner Heimatgemeinde sein.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich bin seit nunmehr über 30 Jahren Polizeibeamter des Freistaats Bayern bei der Polizeiinspektion Bayreuth-Stadt und fahre dort immer noch mit großer Freude Streife.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Der Ursprungs-Anreiz liegt schon fast drei Jahrzehnte zurück. Unser damaliger Erster Bürgermeister und heutiger Altbürgermeister Josef Kofer ist mein Vorbild in diesem Amt. Er ist 1978, ein Jahr nach meiner Geburt, ins Amt gekommen und blieb 24 Jahre unser Bürgermeister. Bis ich 25 war, gab es keinen anderen Bürgermeister für mich und so stand er – in dieser zeitlichen Hinsicht – für mich auf einer Stufe mit Papst Johannes Paul II. und Helmut Kohl als Kanzler. Alle drei waren gefühlt irgendwie „immer da“. So entwickelte sich 1995 bei mir das Interesse für Kommunalpolitik und ich fand es spannend, in meiner eigenen Gemeinde mitzureden und mitentscheiden zu dürfen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Dankenswerterweise haben mir die Marktschorgaster Bürgerinnen und Bürger mit erst 25 Jahren bei der Kommunalwahl 2002 hinter den beiden damaligen Bürgermeisterkandidaten das beste Stimmergebnis aller 72 Gemeinderatskandidaten und somit ihr Vertrauen geschenkt. Ich wurde sofort Fraktionsvorsitzender der CSU und blieb dies 18 Jahre. Bei den Kommunalwahlen 2008 und 2014 habe ich die Wahlen zum Ersten Bürgermeister gegen meinen Vorgänger jeweils knapp verloren, saß aber immer mit im Gemeinderat und hatte damit dann 2020 bei meiner dritten Kandidatur gegen einen neuen Gegenkandidaten bereits 18 Jahre Erfahrung, die letzten Jahre davon als weiterer Stellvertreter des Bürgermeisters. Durch diese langjährige Mitarbeit in den Gremien hatte ich natürlich die beste Vorbereitung, die man sich wünschen konnte.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Wir hatten uns vorgenommen, viele Großprojekte, über die seit Jahren im Gemeinderat diskutiert wurde und deren Historie zum Teil bis Mitte der 1980er Jahre zurück reichten, endlich in die Tat umzusetzen, um die Ortspolitik insgesamt bei den Menschen auch wieder ein Stück weit glaubwürdig erscheinen zu lassen. Wir haben uns dann an die Umsetzung der Mega-Projekte der Erschließung des neuen Gewerbegebietes direkt an unserer Autobahnausfahrt an der A9 gemacht, haben mit der Sanierung eines über 300 Jahre alten, denkmalgeschützten und seit mehreren Jahrzehnten dem Verfall preisgegebenen Fachwerkgebäudes begonnen und uns um die Verbesserung unserer Wasserversorgungsleitungen kümmern müssen. Auch die barrierefreie Umgestaltung unseres historischen Marktplatzes zur Verbesserung der Lebensqualität für unsere älteren und mobilitätseingeschränkten Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Fortführung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts und vieles mehr war am Anfang extrem herausfordernd und fiel zeitgleich in den Beginn der Corona-Pandemie. Ich glaube aber, dass wir das alle gemeinsam in Marktschorgast wirklich gut hinbekommen haben.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell arbeiten wir an der Verbesserung der Einrichtungen für die Kinderbetreuung, zum Schuljahresstart ging der Betrieb der Offenen Ganztagsschule in Zusammenarbeit mit der AWO Kulmbach in Betrieb. Außerdem beschäftigt uns das Top-Thema der Energieversorgung der Kommunen in der Zukunft und wir sind dabei, unser Kanalnetz untersuchen zu lassen, woraufhin sich sicherlich in Zukunft auch nicht unerhebliche Sanierungsmaßnahmen für unsere Abwasserversorgung ergeben werden. Die Umsetzung der Grundsteuerreform ist auch eine Herausforderung, die bei vielen Menschen nicht nur für Begeisterungsstürme sorgt. Über zu wenig Arbeit können wir uns tatsächlich nicht beklagen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Gerade das Thema Energie wird sicherlich noch an Bedeutung zunehmen. Außerdem wollen wir uns um unsere Bevölkerungsentwicklung kümmern. In den Ausschussgremien des Marktgemeinderates laufen momentan die Planungsarbeiten für ein neues Wohnbaugebiet und für unsere Senioren stellen wir ab 01.01.2025 eine Seniorenquartiersmanagerin ein. Das wird sicher eine spannende Aufgabe, da wir hier im Landkreis Kulmbach die ersten sind, die eine solche Stelle schaffen, die sich schwerpunktmäßig um unsere ältere Generation kümmert. Bereits 2019 hatten wir mit der Anstellung einer Jugendpflegerin für die Kinder und Jugendlichen in Marktschorgast eine ähnliche Vorreiterrolle eigenommen, die zwischenzeitlich erfreulicherweise auch Nachahmer gefunden hat.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Immer die Ruhe bewahren, vor allem dann, wenn die Problemstellung ganz besonders herausfordernd erscheint. Wenn man über schwierige Sachverhalte einmal eine Nacht schläft und sich mit anderen dazu austauscht, sieht die Welt am nächsten Tag – oder in den nächsten Tagen – oft gleich wieder ganz anders aus. Die allerwenigsten Sachverhalte erfordern tatsächlich eine sofortige Entscheidung.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Als Bürgermeister versuche ich so oft wie möglich in meiner Gemeinde präsent zu sein. In unserer Größenordnung ist das natürlich schon ein Stück weit einfacher, weil letztlich jeder jeden kennt. Ich bin auf allen öffentlichen gesellschaftlichen Veranstaltungen dabei und die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sie mich jederzeit – auch zum Beispiel auf der Kirchweih oder bei Vereinsversammlungen – bei einem Bier gerne ansprechen können. Außerdem bin ich in den sozialen Netzwerken aktiv unterwegs und auch über WhatsApp bin ich fast immer auch kurzfristig erreichbar. Die Bürger schätzen das und machen auch rege davon Gebrauch. Für die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung versuche ich täglich im Rathaus zu sein und bin auch ansonsten für sie in der Regel immer zu erreichen. Sie unterstützen mich zusammen mit dem Team des Bauhofs ganz ausgezeichnet und mir ist auch immer die Meinung der Mitarbeiter wichtig. Bevor ich Entscheidungen treffe, beziehe ich das Team, oder zielgerichtet Teile davon, immer mit ein. Es gibt nur ganz seltene Ausnahmen, in denen ich aufgrund eines unvorhersehbaren Umstandes anders verfahre.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Ich glaube, wir stehen da noch ganz am Anfang der digitalen Entwicklung, die durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz eine noch viel größere Dynamik bekommen wird als bisher. Ich kann mir schon gut vorstellen, dass das in vielen Bereichen eine große Unterstützung sein kann. Allerdings sage ich immer, dass der direkte, persönliche Kontakt zu den Menschen die „Kür der Kommunalpolitik“ ist. Deswegen werden die Begegnungen mit den Leuten nach meiner Überzeugung immer der wichtigste Baustein der Kommunalpolitik bleiben, den man nicht ersetzen kann, und der vor dem Hintergrund der immer höheren Taktzahl im Alltag – auch hervorgerufen durch die Digitalisierung – sicher noch deutlich an Bedeutung zunehmen wird.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Wenn schwierige Entscheidungen zu treffen sind – höre immer auf Dein Herz“.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Darüber mache ich mir ehrlich gesagt gar nicht so viele Gedanken. Ich möchte einfach ein guter Bürgermeister für meine Bürgerinnen und Bürger sein, mit dem sie zufrieden sind und dem sie vertrauen können. Wenn ich später dann einmal so in Erinnerung bleiben darf, dann wäre das eine große Freude für mich. ❐

Brückenbauer zwischen den Kulturen

Verleihung der schwäbischen und oberfränkischen Integrationspreise

Um gelungene Beispiele für erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet der Integration von Migranten in unsere Gesellschaft zu würdigen, zeichneten der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Karl Straub, MdL und Regierungspräsidentin Barbara Schretter in der Regierung von Schwaben fünf Aktivitäten und Initiativen aus. Mit den Preisen soll das ehrenamtliche Engagement gewürdigt werden, das oftmals im Verborgenen und ohne große Öffentlichkeitswirkung erfolgt.

Ausgezeichnet wurden die „Lese/Sprachpaten“ in der Stadt Kempten. Schulklassen an Grund- und Mittelschulen sind heute groß und vielfältig. Nicht alle Kinder sind auf dem gleichen Stand, was Sprache und Vorbildung angeht. Ehrenamtliche Sprachpaten der Malteser helfen hierbei, Lücken zu schließen. Während die Grundlagen in Deutsch von einem Lehrer vermittelt werden, üben parallel die Sprachpaten in kleinen Gruppen mit den Kindern deutsch, da Sprachunterricht nur in kleinen Gruppen wirklich gut funktioniert. Der Förderbedarf ist oft groß.

Unmittelbare Begegnungsangebote

Bei einem weiteren Preisträger, dem Café Mosaik und dem Café Welcome in Königsbrunn, handelt es sich um zwei unmittelbare Begegnungsangebote des Helferkreises und Mehrgenerationenhauses in Königsbrunn. Die Angebote richten sich an Familien und Alleinstehende aus allen Nationen – mit und ohne Fluchthintergrund – und an alle in der Flüchtlingsarbeit ehrenamtlich Engagierten und Interessierten. Die Cafés bieten Raum für Gespräche, gegenseitiges Kennenlernen und Vernetzung. Die Geflüchteten können sich mit ihren Fragen niederschwellig an die ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfer wenden und erfahren tatkräftige Hilfe und Unterstützung in individuellen Lebenslagen.

Eine lange Tradition hat der Helferkreis Höchstädt. Bereits seit Beginn der 1990er Jahre mit Ausbruch des Krieges im damaligen Jugoslawien, hatten sich dank der Koordination der Evang.-Luth. Kirchengemeinde Höchstädt die ersten ehrenamtlichen Helfer zusammengefunden. Seither agiert der Helferkreis entsprechend den Anforderungen bzgl. der jeweiligen Flüchtlingskrisen – aktuell der Ukrainekrise – und hilft in vielen Bereichen, wie ehrenamtlichem Deutschunterricht, Anmeldung im Kindergarten und in der Schule, Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe und Unterstützung bei Alltagsangelegenheiten jeglicher Art.

Ziel des Ukrainischen Kulturzentrums Donau-Ries ist es, ukrainischen Geflüchteten bei der Integration in ihre neue Heimat zu helfen und gleichzeitig die ukrainische Kultur zu bewahren und zu fördern. Es trägt zur kulturellen Vielfalt bei, indem es ukrainische Kulturgüter präsentiert und an verschiedenen Veranstaltungen teilnimmt. Das Kulturzentrum versteht Integration nicht als einseitigen Anpassungsprozess an die deutsche Kultur, sondern schafft durch seine Aktivitäten transkulturelle Räume.

Mit enormem Einsatz und hervorragendem bürgerlichen Engagement setzt sich Dr. Monika Bachmayer seit nahezu zehn Jahren unermüdlich für die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte ein. Zu Beginn der Flüchtlingskrise 2014 zunächst im Rahmen des Helferkreises vor Ort im Allgäu, hat sich Monika Bachmayer danach weit über das normale Maß eingebracht, indem sie etwa Flüchtlinge mit ihrem privaten PKW unentgeltlich zu Ärzten oder Hilfseinrichtungen bis nach München oder Nürnberg transportierte und dabei sehr viel Zeit investierte. Auch seit Beginn des Ukraine-Krieges engagiert sich die Preisträgerin weiterhin für Geflüchtete.

In Bayreuth verlieh Regierungspräsident Florian Luderschmid den Oberfränkischen Integrationspreis 2024 an den Regionalcaritasverband Bamberg-Forchheim, die Evangelische Kirchengemeinde Nikodemuskirche Bayreuth, die Stadt Coburg sowie an die Evangelische Jugendsozialarbeit Hof/EJSA. Das Preisgeld betrug insgesamt 7.000 Euro.

Verständnis für andere Glaubensrichtungen

Das Projekt „Anlaufstelle St. Josef/Hain“ des Regionalcaritasverbands Bamberg-Forchheim ist ein Ort für Beratung, Sprache und Freizeit. Es bietet vielfältige Angebote für geflüchtete Bürger aus allen Nationen, sei es Vermittlung in Arbeit, Asylverfahrensberatung, Sprachtraining, Nähtreff, psychologische Einzelgespräche, Ausflüge und Stadtführungen.

Da es für eine gelingende Integration wichtig ist, Verständnis für andere Kulturen und Glaubensrichtungen zu entwickeln, wurde im Gemeindezentrum in den Jahren 2023 und 2024 im Ramadan gemeinsam gebetet und das Iftar begangen. Beim Zuckerfest erfolgte ein Gegenbesuch in der Moschee. Zudem wurde gemeinsam das muslimische Opferfest gefeiert.

Der Regionalcaritasverband plant weitere Integrationsprojekte. Das Angebot „Frauentalk“ für Frauen aus dem arabischen Raum ist bereits in der Startphase. Ein weiteres Projekt soll sich verstärkt an geflüchtete Jugendliche richten.

Im Jahr 2007 wurde der „Kids Treff“ der Evangelischen Kirchengemeinde Nikodemuskirche Bayreuth gegründet. Auf dem Gelände des dreimal wöchentlich geöffneten Abenteuerspielplatzes „Kiwi“ gibt es für Kinder die Möglichkeit, drinnen und draußen zu spielen. Täglich wird ein spezielles Programm angeboten. Die Kinder helfen bei der Wartung des Geländes insbesondere bei Gartenarbeiten mit. Als Belohnung erhalten sie eine „grüne Karte“, mit der sie sich auf dem Gelände ein eigenes Grundstück aussuchen und entsprechend gestalten können, z.B. durch die Errichtung einer eigenen Hütte. Bei passendem Wetter wird ein Lagerfeuer entzündet und gegrillt.

Im Haupthaus kann man sich etwa mit Brettspielen die Zeit vertreiben, basteln und kreativ sein, mit Puppen oder Lego spielen oder sich einfach entspannen. Zusätzlich werden immer wieder spannende Geschichten aus der Bibel, die kindgerecht aufbereitet werden, vorgetragen. Jeder Tag wird mit einem kostenlosen Abendessen in familiärer Atmosphäre abgerundet. Zudem stehen Betreuer den Kindern mit Rat und Tat zur Seite. Durchschnittlich nehmen knapp zwei Dutzend Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren, von denen mehr als 80 Prozent einen Migrationshintergrund haben, dieses Angebot regelmäßig wahr.

Seit fünf Jahren trägt das 2019 ins Leben gerufene „Sprach-Café“ der Stadt Coburg maßgeblich zur Integration von Geflüchteten bei, indem es neben den offiziellen Integrationskursen einmal pro Woche eine zusätzliche Möglichkeit zum Deutschlernen und -üben bietet. Den Besuchern werden kostenlos Tee, Kaffee, Gebäck und Obst angeboten, finanziert durch Spenden. Aktuell engagieren sich zehn Ehrenamtliche aus Coburg und Umgebung, und die Besucherzahl liegt oft bei über 40 Personen pro Sitzung.

Neben dem Spracherwerb unterstützt das „Sprach-Café“ den gesamten Integrationsprozess. Ehrenamtliche helfen bei behördlichen Angelegenheiten, der Wohnungssuche und sozialen Herausforderungen. Erfolgreiche Beispiele verdeutlichen die Wirkung des Projekts: Ein Geflüchteter verbesserte seine Deutschkenntnisse erheblich und arbeitet nun als Ingenieur in Freiburg. Ein weiterer Besucher aus dem Irak ist im Kindergarten tätig und absolviert eine Ausbildung zum Erzieher.

Umgang mit Lebensmitteln

Seit 1989 bietet das Projekt „Internationales Mädchen- und Frauenzentrum“ der Evangelischen Jugendsozialarbeit Hof vielfältige Unterstützung für die Bewohner des Hofer Bahnhofsviertels. So richtet sich das stadtteilbezogene Angebot „Hofer Kidspoint“ einmal wöchentlich an Kinder im Alter von 7 bis 11 Jahren. Ihnen soll ein Raum geboten werden, in dem sie durch Naturerfahrungen im Interkulturellen Garten der EJSA für den Umgang mit Lebensmitteln sensibilisiert werden. Durch verschiedene Bastel- und Kreativangebote sollen die Kinder in ihren handwerklichen und künstlerischen Fähigkeiten gestärkt und ihnen die Möglichkeit geboten werden, andere Kinder kennenzulernen und Freundschaften zu knüpfen.

Das niederschwellige Angebot „Deutschsprachvermittlung“ spricht insbesondere Frauen, die entweder keinen Zugang zu Deutschkursen haben, ihre Kinder aufgrund fehlender Kindergartenplätze nicht unterbringen können oder Säuglinge haben, an. Die Teilnehmerinnen kommen ebenfalls einmal pro Woche zusammen. Sie stammen aus Syrien, Tunesien, Äthiopien, Irak, Nigeria und Ghana. **DK**

GZ PINOS WELT



„Wo ist die Nachricht?“ soll Christian Lindner gefragt haben, als thematisiert wurde, dass die FDP seit längerem Planspiele für das Ende der Ampel-Koalition ausgearbeitet hat. Das wird jetzt von Vertretern der verbliebenen Fußgängerampel und interessanterweise auch Medienvertretern zu etwas Unerhörtem skandalisiert, als ob es nicht zum Handwerkszeug der Politik gehören würde, auf jede Eventualität vorbereitet zu sein.

Gut, wer sich den Ausdruck „D-Day“ ausgedacht hat, ist entweder ein eingefleischter, wenngleich fehlgeleiteter Fan des Films „Der längste Tag“ oder hat zu viele Seminare zum Thema Aufmerksamkeitssteigerung bei PowerPoint-Präsentationen besucht. Die ansonsten kritisierte Verwendung kriegerischer Ausdrücke dürfte seit den Tagen von Marie-Agnes Strack-Zimmermann gelebte Umgangssprache in liberalen Kreisen sein.

Was wir wollen

Dennoch: Ist es verwunderlich, dass eine Partei sich Gedanken über einen Koalitionsausstieg macht, wenn die Koalitionäre nur noch so wenig gemeinsame Substanz haben? Spätestens seit in aller Öffentlichkeit darüber diskutiert wurde, dass es nicht zum Ampelbruch kommen würde, weil einige Minister und Ministerinnen noch keine Altersversorgungsansprüche aus ihren Ämtern erworben hätten, war doch klar, dass diese Regierung nur mehr amtierte, aber nicht mehr regierte. Keine Gemeinsamkeiten mehr – nirgends.

Auch wenn jetzt noch so oft und jämmerlich von Vertrauensbruch, Unanständigkeit oder Tücke gesprochen wird, als wäre es um eine eheanaloge Beziehung gegangen und nicht um ein politisch-administratives Projekt: Koalitionen funktionieren, solange die Parteien keine gänzlich gegensätzlichen Vorstellungen von der Richtung haben, die ein Land nehmen soll. Wenn es an diesem fundamentalen Verständnis fehlt, ist es „time to say goodbye“.

Was an dieser wehleidigen Diskussion um das D-Day-Papier so ärgerlich ist: Es geht nicht um Politik, sondern um Gefühle. Es soll emotionalisiert werden, um abzulenken. Das geht voll an den Problemen des Landes vorbei und wir vergeben uns als Gesellschaft und Wahlvolk die Chancen, in den paar Tagen bis zur Wahl wirklich um die Zukunft zu ringen und uns bei einigen Fragen ehrlich zu machen.

Wollen wir wieder eine starke, innovative und wertschöpfende Wirtschaft oder sind wir ein Rentnervolk der Boomer geworden, das nur daran interessiert ist, seinen Wohlstand im Alter zu genießen? Wollen wir die Herausforderung annehmen und in den öffentlichen Haushalten Prioritäten setzen oder wie Frankreich nach dem Motto „Pfui Deife, mir hams ja“ in Schuldenstände über dem jährlichen Bruttoinlandsprodukt rutschen? Wollen wir uns wirklich gegen äußere Bedrohungen wehren können oder weiter passiv zuschauen, wie andere mit unserer Kriegsangst spielen und die Republik Männchen vor Diktatoren macht? Wollen wir endlich im 21. Jahrhundert ankommen und uns sinnvoll digitalisieren? Wollen wir uns aber andererseits wappnen gegen Manipulationen im Netz, damit es uns nicht so geht wie den Moldawiern, Georgiern und Rumänen, dass nämlich TikTok und russische Trolle radikale Anti-Demokraten, Anti-Europäer und Zersetzer in die Nähe zur politischen Macht bringen?

Das sind die Themen, die uns bis zum 23. Februar bewegen sollten. Nicht, ob man statt D-Day besser F-Day geschrieben hätte. Wir brauchen die Debatten einerseits, weil ein Umsteuern der Republik mit einschneidenden Änderungen und Härten verbunden sein dürfte, zu denen wir dann nach der Wahl auch als Gesellschaft stehen, sie akzeptieren und durchstehen müssen. Zudem muss klar sein, welche Partei welchen Weg einschlägt und welche Partei mit welcher sinnvoll eine Koalition eingehen sollte. Denn wenn wieder Feuer und Wasser koaliert, wird es auch in den nächsten vier Jahren nur heißen Dampf geben.

Den handelnden Politikern soll ein Zitat von Franz Josef Strauß den Mut zur Wahrheit geben: „Im Übrigen weiß ich als Politiker genau, dass ich erst bei meiner Grabrede erfahren werde, wie gut ich gewesen bin, da ich auch bei jedem Wahlkampf höre, wie schlecht ich bin.“.

Ihr Pino

Landkreis Aschaffenburg:

Kreisjugendring mit Demokratie-Projekt zu Gast im Landratsamt

Im Landratsamt Aschaffenburg fand ein Projekt zur Demokratiebildung statt. Rund 70 Schulkinder ab der achten Jahrgangsstufe aus fünf Mittelschulen im Landkreis folgten der Einladung des Kreisjugendrings. Nach der Begrüßung wurden die Jugendlichen mit einem Fragebogen ausgestattet, der sie durch die zahlreichen Stationen des „Marktplatzes der Demokratie“ begleitete, bevor es ein „Meet and Greet“ mit Politikerinnen und Politiker aus dem Landkreis gab.

In einem Angebot der kommunalen Jugendpflege des Landkreises lernten sie unterschiedliche demokratische Entscheidungsformen kennen. Das Bibliothekszentrum des Landkreises brachte sich mit einem Workshop zu Fake News in das Projekt ein. An der Station des Teams der Jugendsozialarbeit des Landkreises wurden Antworten gefunden, wann und wo man auch im Alltag demokratischen Entscheidungsformen begegnet. Zudem hatten auch einige Schulkinder mit ihren Lehrkräften vier weitere Stationen erarbeitet und angeboten: Eines davon war ein Stand, der sich mit dem Planspiel „Der Landtag sind wir“ beschäftigte. An einem weiteren war herauszufinden, wie ein Gesetz entsteht. Kreativität war an der Fotobox gefordert, wo Bilder entstanden, die symbolisch für die Demokratie, ihre Freiheiten und Vorzüge stehen. Wissen über die Demokratie, ihre Funktionsweise und Geschichte wurde bei einem Quiz im Stil von „1, 2 oder 3“ gefragt.



V.l.: Marc Babo, Heiko Hoier, Dr. Helmut Kaltenhauser, Simon Dümig, Jörg Fecher, Florian Hofmann, Dr. Alexander Legler, Stephanie Fuchs, Christiane Scheel, Monika Hartl und Klaus-Uwe Junker vor den Schulkindern. Bild: Landratsamt Aschaffenburg

Nach zwei Stunden schloss sich das „Meet and Greet“ mit Politikerinnen und Politikern aus dem Landkreis an. In ungezwungener Atmosphäre entstanden viele Gespräche - etwa weshalb man wählen gehen sollte, wie sich die Politikerinnen und Politiker für jugendliche Interessen engagieren, wie sich alle selbst einbringen können sowie zu zahlreichen aktuellen Themen der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik.

Der Projekttag im Landratsamt war der Höhepunkt einer ganzen Veranstaltungsreihe, die der Kreisjugendring unter dem Titel „Demokratie (er)leben im Landkreis Aschaffenburg“ bereits in den vergangenen Wochen an den betreffenden Mittelschulen durchgeführt hat. Gefördert wurde das Projekt vom Bayerischen Jugendring aus dem Demokratiebudget des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Gewaltpräventionskurse an Schulen im Landkreis Lindau:

Eindrucksvolle Resonanz

Anlässlich des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ organisierte der Arbeitskreis „Wege aus der Gewalt“ unter der Koordination der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Lindau (Bodensee) Selbstbehauptungskurse an weiterführenden Schulen im Landkreis Lindau (Bodensee). Bei fünf der insgesamt sechs teilnehmenden Schulen haben inzwischen Kurse stattgefunden. Am 25. November, dem Aktionstag, trafen sich Mitwirkende des Projektes mit Vertreterinnen und Vertretern der am Projekt beteiligten Schüler- und Lehrerschaft, um eine erste Resonanz aus den Kursen zu bekommen.

2023 waren über eine Viertelmillion Menschen von häuslicher Gewalt betroffen, 70 Prozent der Betroffenen sind weiblich. In Deutschland wird statistisch gesehen jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von physischer und/oder sexualisierter Gewalt, fast jeden Tag wird eine Frau umgebracht. Der „Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ möchte auf diese Problematik aufmerksam machen und zum Aufstehen gegen Gewalt aufrufen.

Psychische und physische Gewalt nahm aber auch an Bayerns Schulen in den letzten Jahren deutlich zu und stellt Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte sowie die Schulsozialarbeit vor eine große Herausforderung. Vor allem Mobbing, die Verrohung der Sprache und psychische Gewalt in sozialen Netzwerken seien mittlerweile leider Alltag berichten auch Lehrkräfte aus Schulen im Landkreis Lindau.

Deshalb initiierte der Arbeitskreis „Wege aus der Gewalt“ des Landkreises Lindau (Bodensee) Selbstbehauptungskurse für Schulklassen der Jahrgangsstufen 6 und 7 mit dem Ziel, präventiv zu wirken, indem Mädchen und Jungen in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt und für Themen wie „Grenzen setzen und wahren“ sowie „Konfliktlösung ohne Gewalt“ sensibilisiert werden. Inhaltlich orientiert sich der Kurs nach dem Konzept „Zammgrauft“ des Polizeipräsidiums München. Durch Übungen und Rollenspiele werden Werte wie „zur eigenen Meinung stehen“, „starke Gemeinschaft“ und „Zivilcourage zeigen“ vermittelt.

Das Interesse an dem Projekt ist groß: Insgesamt 14 Schulklassen aus sechs weiterführenden Schulen machen mit. Nachdem zwei Drittel der Kurse bereits stattgefunden haben, nahmen die Projektbeteiligten den Aktionstag zum Anlass, um sich mit Vertretern der am Projekt beteiligten Schüler- und Lehrerschaft auszutauschen, wie es ihnen in den Kursen ergangen ist und vor allem, was sie an Erfahrungen aus den Kursen mitnehmen.

Die Schilderungen der Kinder waren sehr eindrucksvoll. So lernten sie beispielsweise, dass es zwar ordentlich Mut braucht, für jemanden einzustehen und zu helfen, es aber toll ist, wenn die anderen dann mitziehen und daraus eine positive Gruppendynamik entsteht.

Einem Mädchen vom Bodensee-Gymnasium hatte die Übung „Zur eigenen Meinung stehen“ sehr gut gefallen, auch wenn sie gemerkt hat, dass es ein komisches Gefühl ist, mit seiner Meinung eher alleine da zu stehen - das Mädchen isst sehr gerne Spinat. Ihrem Mitschüler wurde durch eine Übung klar, dass es besser ist, einen längeren und dafür sicheren Weg zu wählen, anstelle des kürzeren und gefährlicheren – in diesem Fall eine schlecht beleuchtete Unterführung.

Die Kinder schilderten aber auch die Angst, selbst Opfer zu werden, wenn man anderen Kindern hilft. „Bei Jürgen habe ich gelernt, dass man sich am Besten noch weitere Hilfe von anderen dazu holt und jetzt traue ich mich auch mehr, zu helfen“, so das Fazit eines Schülers aus der Realschule im Dreiländereck. Auch dass man sich als Opfer klar und vor allem laut artikulieren muss, damit andere auf die Situation aufmerksam werden und helfen können war eine wichtige Lektion, die ein Schüler aus der Mittelschule Lindenberg anhand einer Übung mitgenommen hat.

Auch die Lehrkräfte zogen eine positive Bilanz aus den Kursen. Die Schülerinnen und Schüler hätten sehr schnell verstanden, um was es bei den Übungen ging und auch dass Teamarbeit, Zusammenhalt und das Aufeinander-Schauen ein ganz wichtiger Aspekt gegen Gewalt ist. Sie waren positiv überrascht, wie schnell sich die Kinder im Kurs öffneten und aktiv mitgearbeitet haben. Das eine oder andere sehr schüchterne Kind sei durch den Kurs mehr aus sich herausgekommen. Sie würden es sehr begrüßen, wenn es auch zukünftig und wiederkehrend Aktionen zur Gewaltprävention an Schulen geben würde.

Sowohl die Projektverantwortlichen als auch die stellvertretende Landrätin, Sonja Müller, freuten sich sehr über die positive Resonanz und waren sehr berührt von den Erzählungen der Kinder. „Das war ein sehr beeindruckender und schöner Termin heute, herzlichen Dank dafür“, verabschiedete Sonja Müller die Teilnehmer. Ein großer Dank ging auch an die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, Sandra Dalferth, für die Initiierung und Leitung des Projektes und an Jürgen Fiebig vom MSE Allgäu e.V., der die Kurse mit viel Herzblut durchgeführt hat.

Die am Projekt beteiligten Schulen: Mittelschulen Lindau, Lindenberg und Weiler, Realschule im Dreiländereck, Bodensee-Gymnasium und Valentin-Heider-Gymnasium. ❐



Viele bewegende und eindrucksvolle Schilderungen gab es beim Austausch zwischen den Akteuren der Selbstbehauptungskurse und Vertretern der teilnehmenden Schüler- und Lehrerschaft.

Bild: Landratsamt Lindau (Bodensee)

Vorschau auf GZ 24/2024

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 19. Dezember 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Kommunale Finanzthemen**
- **Kommunaler Bau**
- **Schulen · Kindergärten · Horte · Spielplätze**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der GZ-Jahreswandkalender 2025 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz



DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

Nachrüstbar im laufenden Betrieb
Montage vor Ort durch modulare Bauweise
Keim- und schadstoffübertragungsfrei
Werkseigener Kundendienst
Systemverantwortung durch Gesamtplanung
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH
www.sew-kempen.de
SEW®

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitte Star
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE GemeindeZeitung 2025

JANUAR

Mi 1	KW 1	Neujahr
Do 2		
Fr 3		
Sa 4		
So 5		
Mo 6	KW 2	Heilige Drei Könige
Di 7		
Mi 8		
Do 9		
Fr 10		
Sa 11		
So 12		
Mo 13	KW 3	
Di 14		
Mi 15		
Do 16		
Fr 17		
Sa 18		
So 19		
Mo 20	KW 4	
Di 21		
Mi 22		
Do 23		
Fr 24		
Sa 25		
So 26		
Mo 27	KW 5	
Di 28		
Mi 29		
Do 30		
Fr 31		

FEBRUAR

Sa 1		
So 2		
Mo 3	KW 6	
Di 4		
Mi 5		
Do 6		
Fr 7		
Sa 8		
So 9		
Mo 10	KW 7	
Di 11		
Mi 12		
Do 13		
Fr 14		
Sa 15		
So 16		
Mo 17	KW 8	
Di 18		
Mi 19		
Do 20		
Fr 21		
Sa 22		
So 23		
Mo 24	KW 9	
Di 25		
Mi 26		
Do 27		
Fr 28		

MÄRZ

Sa 1		
So 2		
Mo 3	KW 10	
Di 4		
Mi 5		
Do 6		
Fr 7		
Sa 8		
So 9		
Mo 10	KW 11	
Di 11		
Mi 12		Kommunalforum Alpenraum, Kundl, AT
Do 13		
Fr 14		
Sa 15		Freie Demokraten
So 16		Landesparteitag FDP Bayern, Ingolstadt
Mo 17	KW 12	
Di 18		
Mi 19		MÜLLER-BBM
Do 20		21. Müller-BBM Fachgespräche, München www.mbbm-ind.com
Fr 21		
Sa 22		
So 23		
Mo 24	KW 13	
Di 25		
Mi 26		
Do 27		
Fr 28		
Sa 29		Landesversammlung FREIE WÄHLER Bayern, Amberg
So 30		
Mo 31	KW 14	

APRIL

Di 1		
Mi 2		16. Bayerisches EnergieForum
Do 3		
Fr 4		
Sa 5		
So 6		
Mo 7	KW 15	
Di 8		
Mi 9		
Do 10		
Fr 11		
Sa 12		
So 13		
Mo 14	KW 16	
Di 15		
Mi 16		
Do 17		
Fr 18		Karfreitag
Sa 19		
So 20		Ostersonntag
Mo 21	KW 17	Ostermontag
Di 22		
Mi 23		
Do 24		
Fr 25		
Sa 26		
So 27		
Mo 28	KW 18	
Di 29		
Mi 30		

MAI

Do 1		Tag der Arbeit
Fr 2		
Sa 3		
So 4		
Mo 5	KW 19	
Di 6		11. Bayerisches WasserkraftForum
Mi 7		BAYERISCHER LANDKREISTAG
Do 8		Landkreisversammlung, Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim
Fr 9		
Sa 10		
So 11		
Mo 12	KW 20	
Di 13		
Mi 14		
Do 15		
Fr 16		
Sa 17		SPD Soziale Politik für DICH.
So 18		75. Ordentlicher Landesparteitag der BayernSPD, Landshut
Mo 19	KW 21	
Di 20		
Mi 21		
Do 22		
Fr 23		GRIBS Gemeinsam für eine Wende für gute Kommunalpolitik
Sa 24		GRIBS-Kommunalkongress, Nürnberg
So 25		
Mo 26	KW 22	
Di 27		
Mi 28		
Do 29		Christi Himmelfahrt
Fr 30		
Sa 31		

JUNI

So 1		
Mo 2	KW 23	
Di 3		
Mi 4		
Do 5		
Fr 6		
Sa 7		
So 8		Pfingstsonntag
Mo 9	KW 24	Pfingstmontag
Di 10		
Mi 11		
Do 12		
Fr 13		
Sa 14		
So 15		
Mo 16	KW 25	
Di 17		
Mi 18		
Do 19		Fronleichnam
Fr 20		
Sa 21		
So 22		
Mo 23	KW 26	
Di 24		
Mi 25		
Do 26		
Fr 27		
Sa 28		
So 29		
Mo 30	KW 27	

JULI

Di 1		
Mi 2		
Do 3		Bayerischer Bezirketag
Fr 4		Vollversammlung Bayerischer Bezirketag, Bad Gögging
Sa 5		
So 6		
Mo 7	KW 28	
Di 8		Bayerischer Städtetag
Mi 9		Vollversammlung Bayerischer Städtetag, Würzburg
Do 10		
Fr 11		
Sa 12		
So 13		
Mo 14	KW 29	
Di 15		
Mi 16		
Do 17		
Fr 18		
Sa 19		
So 20		
Mo 21	KW 30	
Di 22		
Mi 23		
Do 24		
Fr 25		
Sa 26		
So 27		
Mo 28	KW 31	
Di 29		
Mi 30		
Do 31		

AUGUST

Fr 1		
Sa 2		
So 3		
Mo 4	KW 32	
Di 5		
Mi 6		
Do 7		
Fr 8		
Sa 9		
So 10		
Mo 11	KW 33	
Di 12		
Mi 13		
Do 14		
Fr 15		Mariä Himmelfahrt
Sa 16		
So 17		
Mo 18	KW 34	
Di 19		
Mi 20		
Do 21		
Fr 22		
Sa 23		
So 24		
Mo 25	KW 35	
Di 26		
Mi 27		
Do 28		
Fr 29		
Sa 30		
So 31		

SEPTEMBER

Mo 1	KW 36	
Di 2		
Mi 3		
Do 4		
Fr 5		
Sa 6		
So 7		
Mo 8	KW 37	
Di 9		
Mi 10		
Do 11		
Fr 12		
Sa 13		
So 14		
Mo 15	KW 38	
Di 16		
Mi 17		
Do 18		
Fr 19		
Sa 20		
So 21		
Mo 22	KW 39	
Di 23		
Mi 24		
Do 25		
Fr 26		
Sa 27		
So 28		
Mo 29	KW 40	
Di 30		

OKTOBER

Mi 1		
Do 2		
Fr 3		Tag der Deutschen Einheit
Sa 4		
So 5		
Mo 6	KW 41	
Di 7		12. Bayerisches BreitbandForum
Mi 8		
Do 9		
Fr 10		
Sa 11		
So 12		
Mo 13	KW 42	
Di 14		
Mi 15		BAYERISCHER LANDKREISTAG
Do 16		Landrätetagung, Landkreis Kronach
Fr 17		
Sa 18		
So 19		
Mo 20	KW 43	
Di 21		
Mi 22		NÜRNBERG KOMMUNALE
Do 23		KOMMUNALE 2025, Nürnberg
Fr 24		
Sa 25		
So 26		
Mo 27	KW 44	
Di 28		
Mi 29		
Do 30		
Fr 31		

NOVEMBER

Sa 1		Allerheiligen
So 2		
Mo 3	KW 45	
Di 4		
Mi 5		
Do 6		
Fr 7		
Sa 8		
So 9		
Mo 10	KW 46	
Di 11		
Mi 12		
Do 13		
Fr 14		
Sa 15		
So 16		
Mo 17	KW 47	
Di 18		
Mi 19		
Do 20		
Fr 21		
Sa 22		
So 23		
Mo 24	KW 48	
Di 25		
Mi 26		
Do 27		
Fr 28		
Sa 29		
So 30		

DEZEMBER

Mo 1	KW 49	
Di 2		
Mi 3		
Do 4		
Fr 5		
Sa 6		
So 7		
Mo 8	KW 50	
Di 9		
Mi 10		
Do 11		
Fr 12		
Sa 13		
So 14		
Mo 15	KW 51	
Di 16		
Mi 17		
Do 18		
Fr 19		
Sa 20		
So 21		
Mo 22	KW 52	
Di 23		
Mi 24		Heiliger Abend
Do 25		1. Weihnachtsfeiertag
Fr 26		2. Weihnachtsfeiertag
Sa 27		
So 28		
Mo 29	KW 1	
Di 30		
Mi 31		Silvester





















ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 19. Dezember 2024 | 75. Jahrgang | Nummer 24



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Landtagsempfang für Ilse Aigner zum 60. Geburtstag:

Voller Tatkraft im Dienst der Demokratie

Voll des Lobes waren 250 geladene Gäste beim Geburtstagsempfang für Landtagspräsidentin Ilse Aigner im Senatssaal des Hohen Hauses. Allen voran machte Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Dr. Markus Söder der Jubilarin seine Aufwartung. Aigner, so ihr jahrzehntelanger politischer Weggefährte, finde in jeder Situation die richtigen Worte und fülle ihr Amt mit der ihr eigenen Kraft, Identität und Authentizität aus. Besonders wichtig und wertvoll sei ihr unermüdlicher Einsatz für die Demokratie.

Bereits seit mehr als vier Jahrzehnten widmet die in Feldkirchen-Westerham beheimatete Oberbayerin ihr Leben der Politik. Meriten erwarb sie sich nicht nur als amtierende Präsidentin des Bayerischen Landtags (seit November 2018) sowie Bezirksvorsitzende von Oberbayern (seit 2011), sondern unter anderem auch als ehemalige Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2008-2013), als Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (2013-2018) und von März 2018 bis November 2018 als Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr.

Söder: Natürlich menschlich

Landtags-Vizepräsident Tobias Reiß bekräftigte dies in seiner Eröffnungsrede: „Du hast Dich für Bayern immer wieder in die Pflicht nehmen lassen – von Deiner Partei, Deiner Heimat, von der Republik. Das ist Dir hoch anzurechnen. Deshalb bist Du auch immer im Gespräch für höchste Ämter.“ Aigner bringe politische Fachkenntnis mit menschlicher Größe zusammen und verzichte auf billigen Applaus.

„Du bist eine großartige Persönlichkeit und Frau“, unterstrich Ministerpräsident Söder und verwies auf eine jahrelange Verbundenheit „wie ein altes Ehepaar der CSU oder Marianne und Michael aus der Union“. Und das, obwohl die Gegensätze – „charmante, nette Oberbayerin trifft auf frechen, aufmüpfigen Franken“ – kaum größer hätten sein können.

„Ich bin froh und dankbar, dass wir uns kennen“, betonte Söder. „Wir gehen nun schon seit JU-Zeiten über 30 Jahre einen gemeinsamen politischen Weg. 1994 waren wir zusammen die jüngsten Abgeordneten im Landtag. Voller Ehrfurcht standen wir damals vor der ersten Sitzung am Maximilianeum.“

Ilse Aigner sei ein Vorbild für


Landtagspräsidentin Ilse Aigner gemeinsam mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel. ❒

viele, vor allem auch für zahlreiche junge Frauen, eine, die es ohne Quote und Protegés geschafft habe, bemerkte Söder. „Natürlich charmant, natürlich warmherzig, natürlich menschlich“. Unterschätzen dürfe man Ilse Aigner freilich nicht: Sie sei sehr wohl durchsetzungsstark und habe kein übertriebenes Ego, kurz-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried



V.l.: Sebastian Franz, Stefan Rößle und Markus Mochti. Bild: GZ

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Wahlkampf im Fokus

Das Thema „Social Media für Kommunalpolitiker“ sowie der Beschluss des KPV-Positionspapiers zur Bundestagswahl 2025 setzten die Schwerpunkte der letzten Jahressitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Eingangs informierte KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle darüber, dass er nach reiflicher Überlegung die Entscheidung getroffen habe, nach über 22 Jahren im Amt nicht mehr zur Kommunalwahl 2026 anzutreten (die GZ berichtete). Somit wird er 2025 auch nicht mehr als bayerischer KPV-Chef kandidieren. Im nächsten Jahr soll der Prozess zur Findung eines neuen Nachfolgers gestartet werden.

In seinem Vortrag zu den „Strategien, Erfolgsfaktoren und Herausforderungen für den Einsatz von Social Media in der politischen Kommunikation“ hob Markus Mochti, Teamleiter Social Media der CSU-Landesleitung, die gerade für den anstehenden Kommunalwahlkampf besondere Bedeutung der Sozialen Medien hervor.

Analyse der Plattformen

Plattformen wie Facebook, Instagram, YouTube, TikTok und LinkedIn wurden nach ihrer Nutzerschaft und Relevanz analysiert. Sie sprächen unterschiedliche Zielgruppen an, basierend auf Alter und sozioökonomischem Hintergrund. TikTok stelle eine besonders wachstumsstarke Plattform mit einem effektiven Algorithmus dar. Wolle man sich nur für eine Plattform entscheiden, sollte man Instagram wählen, empfahl Mochti.

Persönliche Accounts

Erfahrungsgemäß, so der Teamleiter, erzielten persönliche Accounts mehr Reichweite und Engagement als anonyme Parteikonten. Menschen interessierten sich für Geschichten und persönliche Einblicke. Beispiele wie Kinderinterviews oder Events erzeugten hohe Reichweiten. Inhalte sollten für die Zielgruppe ansprechend und aktuell sein. Als Beispiel für eine erfolgreiche Community-Aktivierung nannte er die Döner-Aktion von Partei-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann:

„Demokratie ist schöner, besser und lebenswerter“

Festakt zum Bayerischen Verfassungstag 2024 in Bamberg

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat bei einem Festakt zum Bayerischen Verfassungstag in Bamberg die Bedeutung der Demokratie und der Bayerischen Verfassung hervorgehoben. „Die Demokratie ist schöner, besser und lebenswerter als alle anderen Regierungsformen – denn nur sie ermöglicht uns allen, die Zukunft unseres Lebens selbst zu bestimmen“, sagte Herrmann und rief dazu auf, sich aktiv zu beteiligen.

„Unsere Demokratie lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Insbesondere in Wahlen und Abstimmungen sowie durch ihr gesellschaftliches und politisches Engagement legen sie die Grundlage für einen funktionierenden Staat.“ Es sei daher wichtig, dass sich möglichst viele engagieren und beteiligen. Die Bayerische Verfassung biete die Grundlage, um Politik und unsere Zukunft aktiv mitzugestalten. „Wir brauchen Mut und Kreativität. Jeder kann sich dabei einbringen, denn jeder trägt Verantwortung“, so der Minister.

Herrmann ging in seiner Festansprache auch auf die Entwicklungen der letzten Wochen und aktuellen Bedrohungen der Demokratie ein. „Die wirtschaftliche Krise und die Herausforderungen der Migrationsfrage sowie die Einflussnahme ausländischer Akteure bergen die Gefahr, die politischen Ränder weiter zu stärken und unser demokratisches System zu destabilisieren“, warnte Herrmann.

Bekenntnis zu Freiheit und Selbstbestimmung

Manchmal brauche es daher auch mühsame Anstrengungen, um diesen vielfältigen Herausforderungen zu begegnen. „Hier zeigt sich, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern gelebt werden will.“ Die Verfassungsfeier sei ein guter Anlass, sich zu den Werten der Freiheit und Selbstbestimmung zu bekennen.

Herrmann würdigte in seiner Ansprache auch Florian Besold, der in diesem Jahr im Alter von 75 Jahren verstorben ist. Besold stand viele Jahre an der Spitze der „Bayerischen Einigung“ und der „Bayerischen Volksstiftung“, die den Festakt zum Bayerischen Verfassungstag veranstaltet haben. „ Besold habe sich leidenschaftlich für den Verfassungs- und Kulturstaat eingesetzt. Dem neuen Präsidenten der „Bayerischen Einigung“, Professor Dr. Klaus Wolf, und dem neuen Vorsitzenden des Vorstandes der „Bayerischen Volksstiftung“, Professor Dr. Ludwig Hoegner, wünschte Herrmann viel Erfolg in den neuen Ämtern. „Sie werden das Erbe Ihres Vorgängers nicht nur pflegen, sondern auch richtungsweisende Akzente für die Zukunft setzen“, so Herrmann. ❒

Bayerische Heimatstrategie:

Erfolgskonzept feiert 10-jähriges Bestehen

„Wir haben beeindruckende Meilensteine erreicht“, unterstrich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker beim Rückblick auf 10 Jahre Heimatstrategie und der Vorstellung des Heimatberichts 2023 in Nürnberg. „Wir wollen die Ballungszentren entlasten und den ländlichen Raum stärken“, erklärte Füracker. Seit 2014 setze das Ministerium „entscheidende Impulse für eine nachhaltige Entwicklung unserer Heimat“.

Besonders hervorzuheben sei, dass die Bevölkerung 2023 trotz rückläufiger Geburtenzahlen weiterhin in allen sieben Regierungsbezirken gewachsen ist. Dies sei vor allem auf Wanderungsgewinne, d.h. Zuzüge aus anderen Bundesländern und dem Ausland, zurückzuführen. Insgesamt stieg die Bevölkerungszahl seit 2013 um 830.818 auf 13.435.062 Personen (+ 6,6 Prozent). Davon lebten 7.424.837 Millionen Menschen auf dem Land. In allen Regierungsbezirken wuchs die Bevölkerung seit 2013 zwischen 1,99 Prozent und 8,64 Prozent an. Schwaben, Oberbayern und Niederbayern verzeichneten die größten prozentualen Zuwächse.

„Der Freistaat ist für unsere Bürgerinnen und Bürger ein absolut beliebter Wohnort, aber auch ein sehr attraktiver Standort für Unternehmen“, hob der Minister hervor. Hohe Lebensqualität für alle Generationen, gepaart mit einer starken Wissenschaft, und hohe Beschäftigungszahlen nahe der 6-Millionen-Marke im Jahr 2023 sprächen für sich.

BIP mehr als 700 Mrd. Euro

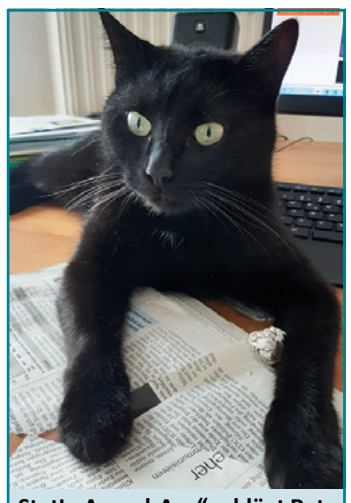
Zudem überschritt das bayernweit erwirtschafte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 mit 716 Milliarden Euro erstmals die 700-Milliarden-Marke, wobei mit rund 317 Milliarden Euro mehr als 44 Prozent des bayerischen Bruttoinlandsprodukts im ländlichen Raum erwirtschaftet wurde. Auch dies zeige, dass sich die Lebensbereiche zwischen Stadt und Land immer weiter angleichen, stellte Füracker fest.

Seit 2014 wurden zudem 80 Behördenverlagerungsprojekte für den ländlichen Raum ins Leben gerufen. „Hierdurch bringen wir rund 5.200 attraktive Arbeitsplätze und über 1.300 interessante Studienplätze in alle Regionen Bayerns“, so der Minister. Die Verlagerung sei generell auf Jahrzehnte angelegt, es gehe nicht darum, Menschen gegen ihren Willen zu einem Umzug aus den Ballungszentren in den ländlichen Raum zu bewegen. Auch habe die Staatsregierung 2021 ein weiteres Paket beschlossen, das Vorhaben mit insgesamt 2.670 Mitarbeitern umfasse.

Anliegen der Bürger fördern

Darüber hinaus wurden insgesamt 12 Fördermaßnahmen im Heimatbereich mit einer Fördersumme für Anliegen der Bürger in den vergangenen 10 Jahren in Höhe von rund 69 Millionen Euro eingeführt. Zudem seien bereits mehr als 2,5 Milliarden Euro in den Gigabit-Ausbau im Freistaat investiert worden. Hiermit wurden und werden über 100.000 Kilometer Glasfaser verlegt. Die Zahl der ländlichen Haushalte mit „schnellem Internet“, d.h.

(Fortsetzung auf Seite 2)


Statt „Ampel-Aus“ schlägt Rathauskater Pino „Dunkelflaute“ als alternatives Unwort des Jahres vor. Dieser Ausdruck bezeichne das strukturelle Problem einer weitreichenden energiepolitischen Geisterfahrt, „die der Republik nicht nur seine letzten Kernkraftwerke, sondern schlicht seine wirtschaftliche Zukunft genommen hat.“ Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Koalition beschließt Wassercent 2
Arbeits- und Sozialministerkonferenz: Bayerische Anliegen . . .2
Söder und Glauber: 25 Jahre UFS. 2
GZ-Kolumne Eva Weber: Kommunen stärken, Demokratie sichern! 3
Verlässlichkeit und Planbarkeit für unsere Wirtschaft 3
Justizministerkonferenz: Erfolgreiche bayerische Initiativen. . .4
Kommunale Finanzthemen . . . . . .5 - 8
Kommunikation • IT • Breitband. . . . . 9 - 12
Tourismus in Bayern 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Koalition beschließt Wassercent

Trinkwasser ist ein besonders kostbares Gut, das es zu schützen gilt und das auch künftigen Generationen zuverlässig zur Verfügung stehen soll. Um dieser Verantwortung nachzukommen, haben sich CSU und Freie Wähler nach langen Kontroversen nun auf Grundsätze zur Erhebung und Verwendung des Wasserentnahmeentgelts verständigt, die „gerecht, fair, einfach und nachhaltig" erfolgen müssen.

Wer in Bayern Grundwasser entnimmt oder verbraucht, soll laut Eckpunktepapier in Zukunft – wohl frühestens ab 2027 – eine Abgabe von einheitlich zehn Cent pro Kubikmeter dafür bezahlen müssen. Für alle, die nicht als Endkunden am öffentlichen Wassernetz hängen, ist eine Freimenge von 5.000 Kubikmetern pro Jahr vorgesehen. Für Privatpersonen soll sich die Mehrbelastung, die sie am Ende tragen müssen, in Grenzen halten – nach Schätzung der Koalition im einstelligen Euro-Bereich pro Person und Jahr.

Priorität für Allgemeinwohl

Von der Entgeltpflicht freigestellt sind lediglich Entnahmen im Interesse des Allgemeinwohls, wie etwa zur Gefahrenabwehr, zum Zwecke der Fischerei und Teichwirtschaft, für Kur- und Heilbäder sowie für die Nutzung erneuerbarer Energieträger. Auch für die Entnahme von Oberflächenwasser und Uferfiltrat wird kein Entgelt erhoben, sofern das entnommene Wasser nicht als Trinkwasser genutzt wird.

Die Einnahmen sollen streng zweckgebunden verwendet werden: etwa für den allgemeinen Wasser- und Trinkwasserschutz, für Projekte zur Verbesserung der Wasserqualität oder des Landschaftswasserhaushalts, für gewässerökologische und wasserwirtschaftliche Zwecke und nachhaltige Bewässerungsmaßnahmen. Insgesamt rechnet man in der Koalition mit Einnahmen von rund 60 bis 80 Millionen Euro pro Jahr.

Um die Erhebung des Wassercents weiter zu erleichtern und Verwaltungskosten zu minimieren, schlagen CSU und FW auch die Schaffung digitaler Lösungen vor. Zudem soll auf den verpflichtenden Einbau von Zählereinrichtungen verzichtet werden. Stattdessen ist eine jährliche Meldung über die Höhe der beitragspflichtigen Entnahme vorgesehen. Zusätzliche Kontrollen soll es gemäß dem Grundsatz „mehr Vertrauen statt mehr Überwachung" nicht geben. Wann der Wassercent eingeführt werden soll, wollen die Regierungsfraktionen nach einem Praxischeck entscheiden, bei dem Kommunen und Verbände eingebunden werden sollen. Dabei geht es auch um die Frage des Zeitpunkts, wann der Wassercent erstmals fällig werden soll. Zudem soll im Rahmen des „Praxischecks" überprüft werden, ob Boni denkbar sind, etwa im gewerblichen Bereich bei Verwendung wasserschonender Methoden oder im Bereich der Landwirtschaft beim Zusammenschluss zu nachhaltigen Bewässerungsverbänden. Danach ist vorgesehen, das Gesetz zu erarbeiten. Es gelte: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Eckpunktepapier

Nach Auffassung des Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Klaus Holetschek, „zeigt das Eckpunktepapier der Regierungsfraktionen, dass wir bei schwierigen Themen gemeinsam Lösungen finden. Wir haben in vielen Gesprächen die Anregungen von Verbänden aufgenommen und setzen damit den im Koalitionsvertrag versprochenen Wassercent um. Was mir besonders wichtig ist: Die Erfassung ist bürokratiearm, einfach und effizient."

Der Vorsitzende der FW-Landtagsfraktion Florian Streibl betonte: „Wir leiten einen Paradigmenwechsel ein hin zu mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung des Einzelnen und weniger staatliche Kontrolle. Mit unserem jetzt beschlossenen Konzept wird der Wassercent einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Wasserversorgung leisten."

Der Bayerische Städtetag begrüßt grundsätzlich das Vorhaben der Einführung eines Wasserentnahmeentgelts in Bayern. „Allerdings sind zusätzliche Belastungen der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Aufwand für Städte und Gemeinden nur gerechtfertigt, wenn der Wassercent echte Lenkungswirkung entfaltet, alle Betroffenen zum Wassersparen animiert und zu einem effektiven Wasserschutz beiträgt", heißt es in einer Mitteilung des Verbandes.

Alle Entnahmen erfassen

„Am Schluss darf es nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger einen Wassercent entrichten, während aber gewerbliche Betriebe kostenlos Grundwasser entnehmen können", erläuterte Städtetags-Geschäftsführer Bernd Buckenhofer. Aus Sicht der Städte und Gemeinden dürfe es keine Ausnahme für die Landwirtschaft und Wirtschaftsbetriebe geben – die angedachte freie Menge von 5.000 Kubikmetern jährlich sei nicht zielführend, wenn man im Vergleich sieht, dass eine vierköpfige Familie 180 Kubikmeter verbraucht.

„Es sollte das Prinzip gelten, dass alle Entnahmen aus dem Grundwasser flächendeckend erfasst werden. Die Basis des Wassercents muss die tatsächlich entnommene Wassermenge sein. Die Erhebung von Abgaben muss auf der Grundlage des digital gemessenen Wasserverbrauchs erfolgen und darf nicht auf Grundlage von Schätzwerten und Vertrauenswerten geschehen. Der Wassercent muss unbürokratisch, transparent und rechtssicher sein."

Digitale Wasserzähler sind nach Meinung des Geschäftsführers ohne großen Aufwand nachrüstbar und auslesbar. Bürokratie entstehe doch erst dadurch, dass die Behörden bei Diskrepanzen bei den Schätzwerten aufwändig nachprüfen müssen. Buckenhofer: „Wir sollten die Chance nutzen, endlich alle Grundwasserentnahmen zu erfassen und damit eine geschlossene Wasserbilanz darstellen zu können. Zu wissen, wer wie viel Grundwasser entnimmt, ist Grundlage für einen effektiven Schutz des Grundwassers."

Aus Sicht der Wasserrechtsbehörden und der Wasserversorger sei zudem unabdingbar, dass die Voraussetzungen für eine digitale und unbürokratische Umsetzung vor der Ersterhebung geschaffen werden. Buckenhofer: „Die Einführung einer neuen Abgabe und damit eines neuen Verfahrens erfolgt nicht alle Tage. Hier kann der Freistaat Bayern zeigen, dass er Digitalisierung kann. Dazu müssen die Vollzugsbehörden entsprechend ausgestattet werden. Insoweit ist der angedachte Praxischeck vor Einführung des Wassercent zu begrüßen." Richtig und wichtig ist, dass Einnahmen aus dem Wassercent dem Grundwasserschutz zugutekommen sollen.

„Diese Ungleichbehandlung werden wir den Bürgern erklären müssen", machte der Bayerische Gemeindetag deutlich. Dabei seien die absoluten Belastungshöhen mit zehn Cent pro Kubikmeter nicht das Problem, vielmehr jedoch die vergebene Chance, über Messeinrichtungen an allen Brunnen endlich eine geschlossene Wasserbilanz für Bayern zu bekommen.

„Unsere Sorge ist, dass es ein Privatverbraucher in Haus oder Wohnung berechtigterweise nicht verstehen wird, warum er ab dem 1. Kubikmeter den Wassercent bezahlen muss, der Nachbar für seine 1.350 Mastschweine (ein Äquivalent für 5.000 Kubikmeter) jedoch nicht. Auch wir halten das für ungerecht", bemerkte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. „Ein Wasserzähler an jedem Brunnen stellt aus unserer Sicht überdies den Einstieg in eine Transparenz dar, die wir als Gesellschaft, auch aus Gründen der Nachhaltigkeit, dringend brauchen."

Hinzu komme, dass die Einnahmen für gute bodenbezogene Zwecke, mithin für den Grundwasserschutz, verwendet werden sollen. Sowohl der Anbau von Zwischenfrüchten wie auch die Wasserhaltung in der Fläche, wie auch der Grundwasserschutz außerhalb von Wasserschutzgebieten sowie nachhaltige Bewässerungsmaßnahmen kämen der Landwirtschaft zugute. „Das wäre aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags ein Grund mehr, wirklich alle gesellschaftlichen Gruppen mit einem Wassercent zu belasten", stellte Brandl fest. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schwäbl
Gemeinde Bruck
am 23.12.

Bürgermeister
Johann Ziegleder
Gemeinde Egglkofen
am 23.12.

Bürgermeister Max Riegler
Gemeinde Zolling
am 6.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Volker Faulhaber
Gemeinde Kist
am 7.1.

Bürgermeister Günther Pfefferer
Stadt Monheim
am 14.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Stefan Bosse
Stadt Kaufbeuren
am 24.12.

Bürgermeister Stefan Kolbe
Gemeinde Karlsfeld
am 11.1.

Bürgermeister Jürgen Eisen
Stadt Illertissen
am 14.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Grob
Gemeinde Buchdorf
am 11.1.

Bürgermeister Udo Kunkel
Gemeinde Heinrichsthal
am 11.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Christoph Göbel
Landkreis München
am 19.12.

Bürgermeister
Johannes Krumm
Markt Elfershausen
am 27.12.

Bürgermeister
Christian Hauner
Gemeinde Lappersdorf
am 4.1.

Bürgermeister Harald Voigt
Gemeinde Wasserburg
am 8.1.

Bürgermeister
Alexander Zacher
Gemeinde Moos
am 9.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Habel
Stadt Langenzenn
am 21.12.

Bürgermeister Dieter Dehling
Gemeinde Illschwang
am 8.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Sebastian Sparwasser
Markt Pfaffenhofen
am 23.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Erfolgskonzept ...

(Fortsetzung von Seite 1)
mit mindestens 30 Megabit pro Sekunde, sei von 27 Prozent auf über 99 Prozent gestiegen.

Füracker zufolge „unterstützen wir örtliche Akteure rund um die Herausforderungen des demografischen Wandels und treten im Rahmen von Bürgerdialogen direkt mit den Menschen vor Ort in Austausch, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren Ideen einzubringen. All das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Kurs und werden unserem Auftrag aus der Bayerischen Verfassung mehr als gerecht."

Füracker kündigte für Ende 2025 eine Evaluation der Heimatstrategie an. Die „Offensive.Heimat.Bayern 2025" bringe ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg und setze (Handlungs-)Schwerpunkte in den (Lebens-)Bereichen: Heimat.Kommunal, Heimat.Leben, Heimat.Arbeit, Heimat.Digital und Heimat.Tradition. „Der Freistaat ist gut gerüstet, um den Herausforderungen von heute und morgen zu begegnen. Die Struktur- und Heimatpolitik bleibt dabei auch in Zukunft eine fortwährende Aufgabe", so der Minister. **DK**

Voller Tatkraft ...

(Fortsetzung von Seite 1)
um: „Sie ist eine würdige Nachfolgerin von Barbara Stamm."

„Du bist eine Kümmerin im besten Sinne", sagte CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek. „In der Tradition von Alois Glück und Barbara Stamm kann man nur großen Respekt haben und den Hut davor ziehen, was Du geleistet hast. Du bist jemand, der weiß, wo er herkommt, der seine Wurzeln kennt und in die Zukunft hinein gestalten kann", betonte Holetschek.

Landtags-Vizepräsident Markus Rinderspacher attestierte der Jubilarin ein „herausragendes, echtes Interesse am Gegenüber". Sie sei auf jedem Parkett zu Hause, finde stets den richtigen Ton und vertrete damit eine der Würde des Hohen Hauses angemessene Politik. Besonders geschätzt sei Aigner als starke Kämpferin für die Demokratie. Auch stehe die Landtagspräsidentin ein Stück weit für die Modernisierung des Parlamentarismus.

Auf die zahlreichen Glückwünsche und Komplimente reagierte die gerührte Jubilarin mit den Worten: „Man glaubt gar nicht, wie viel Lob der Mensch verträgt, bevor die Seele Schaden nimmt." Sie sei „froh über jede Station meines Lebens und dankbar für meine vielen Freunde und dem lieben Herrgott, der mich im Zweifelsfall immer wieder auf den richtigen Weg gebracht hat". **DK**

GZ-PODCAST

„Kommunal: Direkt von der Expo Real"

Podcast-Gastgeber Dr. Patrik Hof war für die Bayerische Gemeinde-Zeitung auf der Expo Real. In jeder GZ-Podcast-Folge nimmt er sich unter dem Blickwinkel der Kommunen ein neues Thema vor.

Folge 6: Impulse für Innenstädte mit Prof. Dr. Stephan Rüschen

Prof. Dr. Stephan Rüschen diskutiert den Leerstand in Innenstädten und präsentiert „Smart Stores 24/7" als Lösung für die Nahversorgung, besonders in ländlichen Regionen Bayerns. Zukunftsstädte müssen Wohnen, Arbeiten und Einkaufen verbinden, mit Fokus auf Mobilität, Aufenthaltsqualität, Ruheoasen, klimaresiliente Gestaltung und nachhaltige Konzepte.
www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

Folge 7: Check-Up Innenstadt mit Lars Jähnichen

Lars Jähnichen, Geschäftsführer der IPH Handelsimmobilien, spricht über die Zukunft der Innenstädte. Er sieht Potenzial in „Retailtainment"-Konzepten, Mixed-Use-Immobilien und der Umwandlung leerstehender Flächen in Wohnraum. Es geht auch um das Modernisierungsgesetz, das Bürokratie abbauen soll. Nachhaltigkeit nach ESG-Kriterien und staatliche Förderung sind entscheidend. www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

Folge 8: Logistik braucht Fläche mit Prof. Dr. Alexander Nehm

Prof. Dr. Alexander Nehm beleuchtet die Herausforderungen der Logistik, etwa die „letzte Meile" und ihre Belastung für Anwohner. Er fordert mehr Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Unternehmen sowie stärkere gesetzliche Steuerung durch den Bund, um Güterverkehr nachhaltiger zu gestalten. Visionen für 2040 umfassen urbane Logistik und innovative Verkehrslösungen.
www.gemeindezeitung.de/podcast ❐

Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Hamburg:

Bayerische Anliegen

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder (ASMK) will die Verfahren in den Sozialverwaltungen deutlich vereinfachen. „Es ist mehr als deutlich, dass unser heutiges System der Sozialleistungen das Ergebnis ist einer über hundertjährigen Entwicklung", erklärte Hamburgs Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer zum Abschluss der 101. Arbeits- und Sozialministerkonferenz in der Hansestadt. Denn dabei sei eine Vielzahl an Leistungsträgern und institutionellen Zuständigkeiten entwickelt worden, „die für Bürgerinnen und Bürger nicht in jeder Situation durchschaubar sind".

Eine Zukunftsinitiative soll deshalb das Leistungsrecht bis zum kommenden Jahr überarbeiten, „so dass dann eine neue Bundesregierung auch tatsächlich gesetzgeberisch tätig werden kann", betonte Schlotzhauer. Die Initiative werde von Hamburg geleitet im Verbund mit Nordrhein-Westfalen als Vertreter der CDU-geführten Länder sowie Bayern als Vorsitzland der Arbeits- und Sozialministerkonferenz im kommenden Jahr.

2025 muss Jahr des Aufbruchs werden

„2025 muss ein Jahr des Aufbruchs werden. Wir brauchen eine Neuausrichtung der Arbeits- und Sozialpolitik. Jetzt gilt es, Impulse aufzunehmen, neue Wege zu gehen, konstruktive und zukunftsweisende Lösungen zu erarbeiten", richtete Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf als kommende „Steuerfrau" der ASMK den Blick nach vorne. Sie warb erneut dafür, das Thema Arbeitszeitflexibilisierung endlich anzugehen: „Der Wirtschaftsmotor Deutschland stottert. Wir sind beim Wachstum Schlusslicht in Europa. Das darf so nicht bleiben. Wir brauchen mehr Flexibilität und weniger Bürokratie bei den Arbeitszeiten, wie es europäische Regelungen längst zulassen."

Statt der Tageshöchstarbeitszeit von zehn Stunden setzt sich Scharf für eine Wochenhöchstarbeitszeit ein. „Beschäftigte sollen nicht mehr, sondern lediglich flexibler arbeiten können. Die Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie profitiert davon. Der Gesundheitsschutz muss dabei natürlich gewahrt werden", hob die Ministerin hervor.

Die Staatsregierung setzt sich zudem dafür ein, Anreize für ein freiwilliges längeres Arbeiten zu setzen und so gleichzeitig das Sozialversicherungssystem zu stärken. Die Gesellschaft, so Scharf, werde immer älter; dies verschärfe den Arbeits- und Fachkräftemangel weiter. Es müssten Anreize gesetzt werden, so dass Menschen, die das wollen, auch über die Regelaltersgrenze hinweg weiterarbeiten können und es sich für sie lohnt. Erste Weichen habe der Bund bereits gestellt, „aber das reicht mir noch nicht". Menschen, die im Alter länger freiwillig arbeiten, sollten aus Sicht der Ministerin steuerlich entlastet werden. Dabei würden sie zusätzliche Rentenanwartschaften und Zuschläge erwerben und mehr Rente bekommen.

Neuausrichtung des Bürgergelds

Auch das Bürgergeld wurde thematisiert. „Wir brauchen eine Neuausrichtung des Bürgergelds mit neuem Namen und mehr Leistungsanreizen. Das Prinzip ‚Fördern und Fordern' muss wieder in den Mittelpunkt rücken", erläuterte Scharf. Zudem verlangte sie „eine bessere finanzielle Ausstattung der Jobcenter, damit sie Leistungsempfängerinnen und -empfängern möglichst schnell und effektiv zurück auf den Arbeitsmarkt helfen können".

Ein weiterer Antrag aus Bayern fordert die überfällige Reform der privaten Altersvorsorge. Scharf zufolge besteht bei den Riester-Renten Handlungsbedarf. Sie würden immer seltener in Anspruch genommen. Zu viele Verträge ruhten. Die Rendite sei gering und damit nicht attraktiv. „Da müssen wir endlich ran, auch um das Risiko von Armut im Alter zu senken." Mehr Aufmerksamkeit will Scharf schließlich der Bekämpfung der Einsamkeit widmen. Benötigt würden mehr und fein ausdifferenzierte Hilfe- und Therapieangebote – gerade auch für junge Menschen. **DK**

Söder und Glauber:

Deutschlands Spitze wird Weltspitze

25 Jahre Umweltforschungsstation Schneefernerhaus

Deutschlands höchste Umweltforschungsstation, das Schneefernerhaus auf der Zugspitze (UFS), wird in den kommenden Jahren deutlich gestärkt. Das betonten Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber im Rahmen der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum der UFS.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Die Zugspitze und das Schneefernerhaus sind ein perfektes Match. Deutschlands höchste Umweltforschungsstation ist ein Global Player der Wissenschaft – und das beeindruckende Panorama vermittelt Bewusstsein und Demut für unsere Natur und Heimat. Das Schneefernerhaus ist sozusagen das Fieberthermometer der Alpen. Wir haben bereits 15 Millionen Euro investiert und werden viele weitere Jahre Klimaforschung auf internationalem Spitzenniveau ermöglichen. Das Naturparadies Alpen ist in Gefahr: Der Klimawandel nagt am Berg und lässt den Gletscher und den Permafrost schmelzen. Dadurch wird der Fels instabil.



Umweltminister Thorsten Glauber und Ministerpräsident Dr. Markus Söder. © stmuv

Bayern investiert jährlich eine Klima-Milliarde

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung der Menschheit. Das gehen wir kraftvoll an: Bayern investiert für den Klimaschutz und die Klimaanpassung jährlich eine Klima-Milliarde. Unser Klima wird sich dennoch verändern. Genauso wichtig ist deshalb die Klimaanpassung, der Schutz vor zunehmendem Extremwetter und ein Alpen- und Wassermanagement. Wissenschaft und Technologie ist unsere Chance, Prozesse in der Natur zu verstehen und etwas zu verändern. Wegschauen ist keine Lösung. Mit der hochalpinen Lage ist das Schneefernerhaus dazu ein Schlüsselstandort, der Forschern aus aller Welt ein gutes Umfeld bietet. Wir wollen, dass unsere wunderschöne Natur und Heimat erhalten bleiben. Alles Gute zum 25-jährigen Jubiläum und auf viele weitere erfolgreiche Jahre."

Einzigartige Erfolgsgeschichte

Umweltminister Thorsten Glauber: „Die Umweltforschungsstation Schneefernerhaus ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Wir investieren in die Zukunft und bauen die UFS weiter kräftig aus. Zum Geburtstag schnüren wir ein Forschungs- und Investitionspaket. Wir passen die UFS an die Herausforderungen der Zukunft an. Eine Million Euro wird in neue Hightech-Geräte und in die Forschungsinfrastruktur fließen. Wir wollen damit beispielsweise den medizinischen Forschungsbereich stärken. Für rund zwei Millionen Euro errichten wir einen neuen Drohnen-Startplatz. Mit Deutschlands höchstem Drohnen-Startplatz verbessern wir die Möglichkeiten der Fernerkundung und von Satellitenmessungen. Um Bayerns Platz in der höchsten Liga der Forschung weiter zu festigen, soll ein hochmodernes Radioteleskop auf der Zugspitze gebaut werden. Dieses könnte Teil eines weltweiten Netzwerks sein, um die Geheimnisse des Weltraums zu lüften. Damit schreiben wir ein neues Kapitel der Weltraumforschung. Wir wollen die Umweltforschungsstation auf Deutschlands Spitze zur Weltspitze machen". Das rund 4,5 Millionen Euro teure Teleskop wäre gleichzeitig Prototyp und deutscher Ableger des Next Generation Very Large Arrays (ngVLA), einem weltweiten Netz von Radioteleskopen.

Im Rahmen der Jubiläumsfeier wurde auch die neue moderne Einhausung der Terrassenanlage zwischen der Forschungsseilbahn und dem Schneefernerhaus offiziell eröffnet – eine von vielen Maßnahmen, um die Infrastruktur der UFS zu verbessern. Die Einhausung reduziert den Energieverbrauch durch den Einsatz einer energetisch optimierten Solarfassade, erhöht die Sicherheit und schützt vor Witterungseinflüssen. Insgesamt hat das Bayerische Umweltministerium seit 2005 rund 15 Millionen Euro in die Entwicklung der UFS investiert. „Ab dem kommenden Jahr soll ein Infrastrukturpaket umgesetzt werden. Damit sollen unter anderem die Räumlichkeiten für die Forscherinnen und Forscher weiter modernisiert werden. In einem nächsten Schritt soll die gesamte Beleuchtung der Station auf LED umgestellt werden. Damit bleibt die UFS auch in Zukunft attraktiv für die Spitzenforschung", betonte Glauber.

Forschungskonsortium

Die UFS wird unter der Federführung des Bayerischen Umweltministeriums von einem Konsortium aus zehn führenden Forschungseinrichtungen und dem Freistaat Bayern getragen: Umweltbundesamt, Deutscher Wetterdienst, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Karlsruher Institut für Technologie, Helmholtz-Zentrum München, Max-Planck-Gesellschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München, Technische Universität München, Universität Augsburg und Bayerisches Landesamt für Umwelt. Diese enge Zusammenarbeit ermöglicht es, interdisziplinäre Forschungsfragen zu Klimawandel, Umweltmonitoring und Naturgefahren auf höchstem Niveau zu bearbeiten. www.schneefernerhaus.de. ❐

GZ **KOLUMNE**
Eva Weber



Liebe Leserinnen und Leser,

schneller als gedacht steht die Bundestagswahl im Februar vor der Tür. Während die Bundeswahlleiterin noch über Papiermangel philosophierte, haben in unseren Rathäusern schon die Vorbereitungen für die Durchführung einer rechtssicheren Wahl begonnen. Denn wir wissen: Gerade in den heutigen Zeiten ist es wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass unsere Demokratie gut und zuverlässig funktioniert.

Neben den faktischen Vorbereitungen und parallel zum allmählich beginnenden Wahlkampf werden von den kommunalen Vertretungen – von der KPV bis hin zum bayerischen oder deutschen Städtetag – die Forderungskataloge an eine neue Bundesregierung formuliert. Viele unterschiedliche Themen werden in diesen Listen aufgeführt: von der Resilienz der Demokratie über Klimaschutz, Wohnungsbau, Gesundheit und Pflege bis hin zur Entbürokratisierung.

Bei aller Notwendigkeit, konkrete Themen zu benennen und klarzumachen, wo im Einzelnen die Schmerzpunkte für uns Kommunen liegen, muss es vor allem um eins gehen: Die Handlungsfähigkeit unseres Staates zu sichern und den Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft zu vermitteln, dass unser Staatswesen funktioniert. Dazu gehört es auch und vor allem, dass sich die Haltung der neuen Bundesregierung gegenüber den Kommunen verändern muss. Wir sind die Praktiker vor Ort, wir sind diejenigen, die vor Ort Problemlöser sind und wir sind die ersten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger und damit Seismograf für Entwicklungen in unserem Land. Neben einer ausreichenden Finanzierung der kommunalen Ebene und einem Stopp bei immer noch mehr Gesetzen und Verordnungen zu Lasten der Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden ist es unabdingbar, dass die neue Bundesregierung die kommunale Ebene durch eine verpflichtende Beteiligung bei Gesetzgebungsverfahren mit kommunaler Relevanz frühzeitig in ihre Vorhaben einbezieht. Nur so kann sichergestellt werden, dass beispielsweise Rechtsansprüche, die auf Bundesebene gewollt sind und die immer zu Lasten der Kommunen formuliert, faktisch aber nicht leistbar sind, frühzeitig gesamtheitlich diskutiert werden können – auf den Rechtsanspruch bei Kinderbetreuung oder aktuell die Diskussion über Rechtsanspruch bei Frauenhausplätzen sei an dieser Stelle verwiesen

In den vergangenen Jahren wurde die kommunale Selbstverwaltung, die so wunderbar wie einzigartig ist, immer weiter ausgehöhlt. Die nächste Bundesregierung muss beweisen, dass es ihr mit einer starken kommunalen Ebene Ernst ist. Dafür bedarf es eines Vertrauenspakts zwischen den staatlichen Ebenen. Als Problemlöserinnen der Republik haben wir Kommunen schon mehr als einmal bewiesen, dass wir dieses Vertrauen verdienen. Denn genau wie die CSU, sind eben auch die Kommunen vor allem eins: Näher am Menschen.

Ihre Eva Weber
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

Forderungen an die neue Bundesregierung:

Kommunen stärken, Demokratie sichern

Resolution der CSU-Landtagsfraktion:

„Verlässlichkeit und Planbarkeit für unsere Wirtschaft"

Der Standort Deutschland steckt in einer tiefen Krise, die bayerische Wirtschaft wird vom Bundestrend mitgezogen. Daher fordert die CSU-Landtagsfraktion mit einer Resolution den Bund auf, Fehlentscheidungen in der Förderpolitik umgehend rückgängig zu machen und die Weichen konsequent und schnell auf Zukunft zu stellen. Bürgergeld, Heizungsgesetz, Kindergrundsicherung, das Rentenpaket, das angedachte Tariftreuegesetz und milliardenschwere Einzelsubventionen: Die Fehlentscheidungen der Ampel-Koalition müssten dringend auf den Prüfstand.

Fakt ist: Die Produktionskosten in Deutschland sind zu teuer. Die Belastungen haben laut CSU-Fraktion ein Ausmaß erreicht, das das Wirtschaften hierzulande unattraktiv gemacht hat und Unternehmen abwandern lässt. Die steuerliche Belastung von Unternehmen und Bürgern sei zu hoch. Sie müsse für im Unternehmen verbleibende Gewinne auf ein Niveau von 25 Prozent gesenkt und der Solidaritätszuschlag vollständig abgeschafft werden.

Runter mit den Kosten

Lohnzusatzkosten müssten verringert und die soziale Sicherung dringend reformiert werden. Die Rente mit 63 sei ein Auslaufmodell, weshalb Anreize für die Frührente abzubauen seien. Die Rente mit 67 müsse Realität werden. Zudem sei das Arbeitszeitrecht zu flexibilisieren; Hinzuverdienstmöglichkeiten in der Rente müssten attraktiver gemacht werden. Überdies seien Kranken- und Pflegeversicherung bezahlbar und gleichzeitig zukunftsfähig zu machen.

„Auch die Energiekosten haben die Grenzen der Belastbarkeit überschritten. Darunter leidet ganz besonders die energieintensive Industrie", stellt die CSU-Fraktion fest. „Strom muss billiger werden. Das gilt auch für Handwerksbetriebe, für den Handel, für die Landwirte und auch für die Bürger. Die Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke war nicht nur teuer, sondern zum damaligen Zeitpunkt auch ein großer Fehler. Durch Datacenter und Cloud Computing ergeben sich zusätzliche Energiebedarfe. Wir brauchen ein sofort wirksames Maßnahmenpaket, das die Stromsteuer für alle auf das EU-rechtliche Minimum senkt, die versprochenen, aber nicht umgesetzten Bundeszuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten einführt und die energieintensiven Branchen nachhaltig entlastet. Und wir müssen technologieoffen über die Energieversorgung der Zukunft diskutieren."

Abläufe vereinfachen

Zudem müsse das Augenmerk darauf gerichtet werden, Abläufe zu vereinfachen, heißt es in der Resolution. Unternehmerische Freiheit sei der Schlüssel für Wachstum und wirtschaftliche Dynamik. Bürokratie und gesetzliche Vorgaben hätten sich zum Hemmschuh entwickelt. Das Ziel müsse sein, unnötige Bürokratie wie das von der Bundesregierung geplante Tariftreuegesetz erst gar nicht zuzulassen. Gesetze sowie Verordnungen und Richtlinien müssten konsequent aus der Praxis heraus bewertet und danach ausgerichtet werden. Berichtspflichten für Unternehmen seien insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu reduzieren. Auch seien Kaskadeneffekte wie etwa beim Lieferkettengesetz unbedingt zu verhindern oder abzubauen.

Vereinfachungen seien beispielsweise gerade auch in der Gesundheitswirtschaft – hier vor allem für die Arzneimittelhersteller – zum Wohle der Menschen notwendig: „Wir benötigen sinnvolle Lockerungen bei der Durchführung klinischer Studien und beim Votum von Ethik-Kommissionen. Damit lässt sich wieder zusätzliche Innovationskraft in der Gesundheitswirtschaft entfesseln, die das Zeug hat, eine Leitökonomie des 21. Jahrhunderts zu werden."

Anreize zur Arbeit

Grundlegende Veränderungen werden auch beim Thema soziale Sicherung angemahnt. Deutschland hat aus Sicht der CSU-Fraktion nach wie vor einen großen Arbeitskräftemangel, weshalb das Bürgergeld in seiner heutigen Form abgeschafft werden müsse. „Wo sich jemand durch eigene Arbeit erhalten kann, bedarf es der sozialstaatlichen Hilfe nicht. Deshalb muss die soziale Sicherung nach einer angemessenen Zeit der Arbeitssuche wegfallen. Das setzt den richtigen Anreiz zur Arbeit, verbessert die Integration von Zuwanderern und baut Pull-Faktoren für eine Migration in unsere Sozialsysteme ab."

Die soziale Sicherung sei wieder auf die Fälle zu beschränken, in denen jemand aus berechtigtem Grund nicht oder nicht vollzeitig arbeiten kann, z. B. wegen Alters, Krankheit, einer Behinderung, wegen der Erziehung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen. „Klar ist für uns auch: Wer seine verfügbare Arbeitskraft voll einsetzt und damit zu unserem Gemeinwesen beiträgt, verdient die Unterstützung, wenn der Verdienst nicht ausreicht, um sich und die Familie zu ernähren."

Jobmotor Automobilindustrie

Mit Blick auf die Automobilindustrie als Schlüsselindustrie und Jobmotor werden die Ende 2023 abrupt gestoppte Bundesförderung für klimafreundliche Nutzfahrzeuge mit Wasserstoff- und Elektroantrieb und das Aus der staatlichen Prämie für E- und Hybridfahrzeuge als „große Fehler" bezeichnet. Es müssten die Voraussetzungen für die Nutzung neuer Antriebsarten geschaffen werden. Dafür brauche es einen schnelleren Ausbau von E-Ladesäulen und von einem zukunftsweisenden Wasserstoffnetz.

Die Bundesregierung wird aufgerufen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um das EU-Verbrennerverbot rückgängig zu machen. „Wir brauchen industrie- und klimapolitisch tragfähige CO2-Flottenziele für den gesamten Zeitraum von 2025 bis 2035 bzw. 2040 sowie eine Neuregelung der Strafzahlungen, verbunden mit einer Berücksichtigung unzureichender Rahmenbedingungen für den Hochlauf klimafreundlicher Antriebstechnologien. Um den notwendigen Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene zu beschleunigen, muss die Überprüfung der CO2-Regulierung unbedingt auf 2025 statt 2026, bzw. für schwere Nutzfahrzeuge und Busse auf 2026 statt 2027 vorgezogen werden." **DK**

Coronatest-Betrug kann weiter strafrechtlich verfolgt werden

Recherche-Fall im BdSt-Schwarzbuch

Die Novelle der Coronavirus-Testverordnung ist vor wenigen Tagen in Kraft getreten – gerade noch rechtzeitig vor Jahresende. Ohne diese Novelle hätte die Pflicht von ehemaligen Coronateststellen-Betreibern, Abrechnungsunterlagen aufzubewahren, am 31. Dezember geendet. Die Novelle verlängert nun diese Aufbewahrungsfrist bis Ende 2028. Darauf hatte der Bund der Steuerzahler (BdSt) immer wieder gedrängt.

Im Einzelnen: Nach BdSt-Recherchen hat es milliardenschwere Abrechnungsbetrügereien durch Teststellenbetreiber gegeben. „Deshalb haben wir gegenüber dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) und gegenüber Haushaltspolitikern des Bundestags immer wieder dafür geworben, dass die zuständigen Behörden diesen Betrügereien konsequent nachgehen", heißt es in einer Erklärung des Bundes der Steuerzahler.

Die Fristverlängerung kurz vor Toresschluss wird als Teilerfolg und erster Schritt gewertet. „Jetzt kommt es darauf an, die neu gewonnene Zeit für intensive Betrugsrecherchen zu nutzen. Hier sind sowohl der Bund als auch die Länder gefordert. Konkret: Das BMG und das Robert Koch-Institut können für verbesserte Analysen von Abrechnungsdaten sorgen, um effizient Betrugsindizien zu finden. Die Strafverfolgungsbehörden der Länder müssen diesen Betrugsindizien dann konsequent nachgehen. Der Rechtsstaat muss beweisen, dass er einen längeren Atem hat als Coronabetrüger. Dazu fordern wir im Fall „Coronatest-Betrug: Aufklärung jetzt!" Dem Robert-Koch-Institut müssen alle Abrechnungsdaten einschließlich der Metadaten zur Verfügung stehen. Dann nämlich könne das RKI effektive Plausibilitätsprüfungen vornehmen und den Strafverfolgungsbehörden der Länder belastbare Betrugsindizien liefern. ❐

Wahlkampf im Fokus...

(Fortsetzung von Seite 1)
chef Söder, bei der Follower gewonnen und Daten für politische Kampagnen gesammelt worden seien. Um die richtigen Plattformen und Inhalte zu wählen, sei die Zielgruppenanalyse in der Social-Media-Arbeit essenziell. Zudem erhöhten regelmäßige und relevante Inhalte die organische Reichweite.

Als Herausforderungen benannte Mochti den Umgang mit negativen Kommentaren, Bots und automatisierten Angriffen, insbesondere von politischen Gegnern. Auch machten rückläufige organische Reichweiten bezahlte Werbeschaltungen oft notwendig. Interessant auch: Während Social Media in den USA an Bedeutung verliert, rücke der persönliche Kontakt zu Wählern wieder stärker in den Fokus. Diese Entwicklung werde auch für Deutschland als langfristiger Trend erwartet.

Persönlicher Kontakt

Mit Blick auf die Kommunalpolitik erklärte der Social Media-Experte: „Persönliche Accounts sind hier besonders wichtig. Veranstaltungen und Aktionen sollten gezielt für die Content-Produktion genutzt werden. Ergänzend zu Social Media bleibt der persönliche Kontakt zu Bürgern ein unverzichtbarer Bestandteil der politischen Arbeit.“ Er schlug eine integrierte Strategie vor, die persönliche Authentizität, gezielte Online-Kampagnen und klassische Kommunikationsansätze kombiniert. Der Erfolg lokaler Politiker sei auf eine direkte, parteiunabhängige Kommunikation mit den Bürgern zurückzuführen. Selfie-Videos sollten zur Kommunikation auf Social Media genutzt werden, da diese authentisch wirkten und die Distanz zum Publikum verringerten. Für effektive Selfie-Videos seien Relevanz, Spontaneität und der Einsatz von Alltagsmomenten ausschlaggebend. Selbst gemachte Inhalte ohne professionelle Aufbereitung würden von der Zielgruppe geschätzt.

Videos bevorzugt

Plattformen wie Instagram und TikTok favorisieren Mochti zufolge Videoformate, insbesondere kurze Clips. Videos, insbesondere Selfie-Videos, erzielten mehr Aufmerksamkeit und Interaktionen als Fotos. Authentische und regelmäßige Videobeiträge würden als Schlüssel zu erfolgreicher Kommunikation auf sozialen Medien dargestellt.

Kernforderungen zur Bundestagswahl

Themenwechsel: Auf fünf thematische Kernforderungen stützt sich das einstimmig beschlossene KPV-Positionspapier zur Bundestagswahl 2025: 1. Stärkung der finanziellen Grundausstattung der Kommunen; 2. Abbau von Bürokratie, Aufgaben und Standards; 3. Sicherung der Gesundheitsversorgung in Bayern; 4. Wende in der Asyl- und Migrationspolitik; 5. Qualifizierte Kinderbetreuung vor Ort.

„Die kommunalen Ebenen erhalten lediglich 14 Prozent der Steuereinnahmen, tragen aber rund 25 Prozent der staatlichen Ausgabenlasten. Die massiven Ausgabensteigerungen können von den Kommunen ohne verstärkte Unterstützung des Bundes und angesichts der stagnierenden Wirtschaft und geringerer Steuereinnahmen nicht mehr abgedeckt werden. Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen darf auch nicht zu einem Ende aller freiwilligen Leistungen vor Ort führen, die die Lebensqualität in den Kommunen ermöglicht“, heißt es in dem Positionspapier.

Der Bund, so die KPV, müsse sich deutlich stärker an der Finanzierung der von ihm geschaffenen gesetzlichen Aufgaben, Standards und Leistungsansprüche beteiligen, getreu dem Motto „Wer anschafft, zahlt!“ „Wir fordern eine deutliche Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf 6 Prozent und die Gewährleistung des bisherigen kommunalen Anteils an der Gewerbesteuer und der kommunalen Hebesatzrechte. Wir verlangen auch eine Garantie aller bisherigen kommunalen Steuerquellen, die Einnahmen und Gebühren langfristig für die Kommunen sicherstellen. Wir fordern, dass Bund und Länder in Abstimmung mit den Kommunen Lösungen zu finden, um die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben einzugrenzen.“

Zuviel Bürokratie, zu hohe Standards

Deutschland und seine Kommunen müssten zudem von unnötiger Bürokratie, zusätzlichen Aufgaben und hohen Standards entlastet werden. Kleinteilige Förderprogramme, komplexe Vorschriften und verwaltungsintensive Standards verursachten einen erheblichen Aufwand, verlängerten die Bearbeitungszeiten für die Verwaltungen, Bürger und Unternehmen und behinderten flexible, praxistaugliche Lösungen vor Ort. Damit die Kommunen in Zukunft handlungsfähig bleiben, müssten sie sich stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Dies bedeute auch, dass der Bund keine neuen Aufgaben und Standards zu Lasten der Kommunen schafft bzw. diese nicht erweitert.

„Mehr Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung“, laute die Devise. Bürokratie, Aufgaben und Standards zu Lasten der Kommunen müssten daher abgebaut und Entscheidungsspielräume vor Ort gestärkt werden. Die KPV fordert „eine Vereinfachung des Vergaberechts und eine Erhöhung der Schwellenwerte für öffentliche Vergaben sowie mehr Experimentierräume. Wir verlangen ein Moratorium des Bundes für kommunale Aufgaben und Standards. Bei unverzichtbaren Aufgaben und Standards müssen die kommunalen Mehrbelastungen vom Bund übernommen werden. Wir fordern, dass Förderprogramme für Kommunen auf das Wesentliche reduziert und digitalisiert und somit beschleunigt und vereinfacht werden.“

Darüber hinaus dürften keine neuen Garantien auf Rechtsansprüche zu Lasten der Kommunen und ohne ausreichende und dauerhafte Finanzierung des Bundes und der Länder sowie Prüfung auf Machbarkeit ausgesprochen werden. Kommunalrelevante Gesetze sollten erst nach einer vollumfassenden Beteiligung der Kommunen (Kommunaler Praxischeck) verabschiedet werden.

Sicherstellung der Gesundheitsversorgung

Darüber hinaus gelte es, das Augenmerk auf die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im Freistaat zu richten. „Die kommunalen Krankenhäuser sind dabei das Fundament einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung, insbesondere mit Blick auf die Notfallversorgung. Die kommunalen Krankenhäuser stehen unter anderem mit Defizitausgleichen im zweistelligen Millionenbereich vor nicht lösbaren Herausforderungen. Es droht ein kalter Strukturwandel, der die Flächenversorgung vor allem in der notfallmedizinischen Versorgung gefährdet.“

Nach Auffassung der KPV benötigen die Kommunen eine sofortige finanzielle Unterstützung des Bundes, um die Betriebskosten der Krankenhäuser und einen Transformationsfonds zur Liquiditätssicherung sicherzustellen. Für den nachhaltigen Bestand der Gesundheitsversorgung seien strukturfördernde Maßnahmen des Bundes unerlässlich.

Wende in der Asyl- und Migrationspolitik

Erfolgen müsse auch eine Wende in der Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung, die die kommunalen Verwaltungen und Ressourcen spürbar entlastet. „Die Kommunen wollen Schutzbedürftigen helfen, aber diese sind weit über der Grenze ihrer Aufnahme- und Integrationskapazitäten angelangt. Eine gelingende Integration vor Ort kann nur durch eine klar gesteuerte und begrenzte Asyl- und Migrationspolitik gewährleistet werden.“ Zwingend notwendig seien ein Ende der illegalen Migration, konsequente Rückführungen für Menschen ohne Bleibeperspektiven und eine höhere auskömmliche Bundesfinanzierung für die kommunalen Integrationsleistungen und -angebote vor Ort.

Die Kommunen wünschten sich außerdem eine qualifizierte Kinderbetreuung, jedoch keine weiteren und nicht erfüllbaren Rechtsansprüche. Die Erfüllung der geltenden Rechtsansprüche für Kitas sowie für die Ganztagsbetreuung stellten sie bereits vor erhebliche organisatorische, finanzielle und personelle Herausforderungen. Laut KPV muss der Bund die Konstruktionsfehler bei den Betreuungsrechtsansprüchen korrigieren und gemeinsam mit den Ländern und Kommunen bedarfsgerechte Lösungen und Freiräume für die Vielseitigkeit der kommunalen Angebote ermöglichen. **DK**

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche:

Steigende Fallzahlen

Schweinfurt. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, wurden 2023 in Bayern insgesamt 5.545 vorläufige Schutzmaßnahmen nach §42 SGB VIII bzw. §42a SGB VIII durchgeführt. Im Jahr 2022 warene es noch 4.917 Maßnahmen. Betroffen sind insgesamt 4.018 Jungen und 1.527 Mädchen. Über die Hälfte der Betroffenen sind zwischen 16 bis unter 18 Jahre alt, weitere rund 21,0 Prozent zwischen 14 bis unter 16 Jahre alt.

Der häufigste Grund (3.000 Falle, 54,1%) für eine Inobhutnahme ist eine unbegleitete Einreise aus dem Ausland. Wegen Überforderung der Eltern/eines Elternteils wurden 1.205 Inobhutnahmen (21,7 %) durchgeführt. Bei einem Großteil der Fälle ging der Inobhutnahme ein Hinweis des Jugendamtes oder Sozialdienstes (1 874 Fälle bzw. 33,8 Prozent) oder der Polizei, des Gerichts bzw. der Staatsanwaltschaft (1 645 Fälle bzw. 29,7 Prozent) voraus.

3.730 (zwei Drittel) der Minderjährigen wurden in einer geeigneten Einrichtung untergebracht (67,3 Prozent), 532 in einer sonstigen betreuten Wohnform (9,6 Prozent). ❒

Füracker und Gerlach:

Zusätzliches Geld für Kliniken

Fast 95 Millionen Euro werden noch 2024 für 30 Krankenhausbauprojekte bereitgestellt

30 bayerische Krankenhausbauvorhaben erhalten zusätzliche Fördermittel in Höhe von fast 95 Millionen Euro. Das Geld haben Bayerns Finanzminister Albert Füracker und Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach im Rahmen der Fortschreibung des Jahreskrankenhausbauprogramms 2024 jetzt freigegeben. Diese bislang nicht abgerufenen Fördermittel werden auf Bauprojekte mit Mittelmehrbedarf umgeschichtet.

Finanzminister Albert Füracker betonte: „Die Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, und alle Beschäftigten in unseren Krankenhäusern leisten tagtäglich hervorragende unverzichtbare Arbeit – dies verdient höchste Anerkennung! Der Freistaat Bayern steht weiterhin fest an der Seite seiner Kliniken und Krankenhäuser und leistet zuverlässig seinen Teil, um deren wirtschaftliche Sicherung zu gewährleisten. In 2024 haben wir die Fördermittel für Krankenhausinvestitionen gemeinsam mit den Kommunen um rund 157 Millionen Euro auf 800 Millionen Euro erhöht. Das ist ein starkes Signal in aktuell für alle Bereiche herausfordernden Zeiten. Wir stellen sicher, dass in Bayern weiterhin gilt: Kein Investitionsstau und eine bedarfsgerechte Mittelausstattung für Krankenhausinvestitionen! Aber auch der Bund ist gefordert, seinen Teil für die Krankenhausfinanzierung beizutragen und angesichts enormer Kostensteigerungen endlich auch wieder für eine auskömmliche Finanzierung der Betriebskosten zu sorgen!“

Hochwertige flächendeckende medizinische Versorgung

Gesundheitsministerin Judith Gerlach betonte: „Mit der Umverteilung von Fördermitteln verbessern wir spürbar die Finanzierung der Bauvorhaben an bayerischen Krankenhäusern. Darüber hinaus gewährleisten wir, dass der in diesem Jahr zur Verfügung stehende Krankenhausförderetat möglichst vollständig an die Krankenhäuser abfließt.“

Die Ministerin ergänzte: „Die Bayerische Staatsregierung setzt sich intensiv und nachhaltig für eine hochwertige flächendeckende medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat ein. Gemeinsam mit den Kommunen investieren wir kräftig in unsere Kliniken. Das Geld ist bestens angelegt, denn die Patientinnen und Patienten profitieren unmittelbar durch die mit den Investitionen verbundene Verbesserung der Versorgungsqualität. Gerade in den unsicheren Zeiten einer herausfordernden Krankenhausreform bleibt der Freistaat ein verlässlicher Partner für die Kliniken.“

Alles in allem enthält das Jahreskrankenhausbauprogramm 2024 insgesamt 102 Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtkostenvolumen von rund 3,8 Milliarden Euro. Grundlage für die Finanzierung ist der staatliche Krankenhausförderetat auf dem Spitzenniveau von 800 Millionen Euro. Allein in den vergangenen zehn Jahren hat die Staatsregierung über fünf Milliarden Euro Fördermittel für den Ausbau und die stetige Modernisierung an die bayerischen Kliniken ausbezahlt.

Die Zahlen im Detail:

https://www.stmfh.bayern.de/internet/stmf/aktuelles/pressemitteilungen/25736/ ❒

Bund-Länder-Digitalgipfel der Justizminister:

Beschluss zur Justizcloud

Beim Bund-Länder-Digitalgipfel der Justizministerinnen und Justizminister stand das Vorhaben der gemeinsamen Entwicklung einer bundeseinheitlichen Justizcloud, d.h. einer gemeinsamen Cloud-Infrastruktur für justizbezogene IT-Anwendungen von Bund und Ländern, im Mittelpunkt.

Bei ihren vorangegangenen Treffen hatten die Minister eine Studie zur Machbarkeit einer bundeseinheitlichen Justizcloud in Auftrag gegeben. Diese Studie liegt nunmehr vor. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich eine bundeseinheitliche Cloud-Infrastruktur für justizbezogene Anwendungen praktisch realisieren lässt und ihre Verwirklichung erhebliche Kosten- und Qualitätsvorteile verspricht. Auf Grundlage dieser Studie wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet: Bund und Länder formulieren darin das gemeinsame Ziel, bis Ende 2026 eine erste Version einer bundeseinheitlichen Justizcloud zu realisieren. Finanziert werden soll das Vorhaben aus der Digitalisierungsinitiative der Justiz.

Aus Sicht von Bayerns Staatsminister Georg Eisenreich „bietet das Projekt großes Potenzial für die Herausforderungen des Rechtsstaats der Zukunft und wird von uns ausdrücklich begrüßt. Die Finanzierung ist jedoch bislang nicht ausreichend geklärt. Die Länder sind ohnehin stark gefordert durch von Bundesgesetzen verursachte Aufgaben und dürfen nicht weiter belastet werden. Die Justizcloud muss kommen – aber nicht allein auf Kosten der Länder.“ **DK**

95. Justizministerkonferenz in Berlin:

Erfolgreiche Initiativen aus Bayern

Über 60 Themen standen auf der Tagesordnung der Herbstkonferenz in der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin, die von den 16 Landesjustizministerinnen und -ministern behandelt und diskutiert wurden. Mit insgesamt 34 beschlossenen Initiativen haben die Länder erneut wichtige Justiz-Vorhaben für die Zukunft auf den Weg gebracht und damit laut Bayerns Staatsminister Georg Eisenreich „über die Parteigrenzen hinweg ein starkes Signal für den Rechtsstaat gesetzt“. Alle bayerischen Initiativen, deren Schwerpunkt heuer auf praxistauglichen Werkzeugen für Ermittler im Kampf gegen Extremismus und andere schwere Straftaten lagen, hätten eine Mehrheit erhalten.

Auf Initiative von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Berlin und Brandenburg sprach sich die Justizministerkonferenz für Verbesserungen des Rückführungsverbesserungsgesetzes aus (Aufhebung § 62d Aufenthaltsgesetz). Ziel ist es, Rückführungen zu erleichtern und Abschiebungen nicht zusätzlich zu verzögern bzw. zu erschweren. Darüber hinaus forderte die Konferenz auf Vorschlag von Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Berlin eine rechtssichere Regelung für den Einsatz der Funkzellenabfrage. Diese ist bei schweren Straftaten für Ermittlungen von zentraler Bedeutung – nach einer neuen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs aber nunmehr in einem engeren Rahmen möglich als bisher. Eisenreich zufolge „spielt die Funkzellenabfrage in solchen Ermittlungskomplexen eine entscheidende Rolle und ist oft die einzige Spur. Auch bei extremistisch motivierten Straftaten kann ihr eine entscheidende Bedeutung für die Identifikation der Täter zukommen. Wir möchten eine gesetzliche Klarstellung, dass die bisherige Praxis fortgesetzt werden kann.“

Zugriff erleichtern

Im Zusammenhang mit terroristischen oder extremistischen Straftaten kommunizieren Täter oft über verschlüsselte Messengerdienste wie Telegram oder Signal. Auf Initiative Bayerns setzt sich die Justizministerkonferenz dafür ein, den Zugriff auf verschlüsselte Kommunikation bei schweren Straftaten zu erleichtern. Mit der Expertise des Bundeskriminalamts sollen technische und rechtliche Schritte zur Erleichterung der Anwendung der sogenannten Quellentelekommunikationsüberwachung geprüft werden.

Auf Vorschlag Bayerns wurde zudem die Prüfung des Einsatzes verfahrensübergreifender automatisierter Recherche- und Analyseplattformen auch bei der Strafverfolgung gefordert. Wie Eisenreich erläuterte, könne eine automatisierte Datenanalyse gerade bei der Bekämpfung von Terrorismus wertvolle Ansätze zur Ermittlung von Tätern und Täterstrukturen liefern. Der Bundesgesetzgeber müsse klarstellen, ob die derzeitige Rechtslage den Einsatz einer entsprechenden Software erlaubt.

Überdies bat die Justizministerkonferenz Bayern und Nordrhein-Westfalen, sich dauerhaft als Vertreter der Länderstaatsanwaltschaften am Nationalen Cyber-Abwehrzentrum (NCAZ) zu beteiligen. Hierdurch werde der gegenseitige Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden gewährleistet. Für Bayern übernimmt die Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) diese Aufgabe. Laut Eisenreich hat die Zahl der Cyberangriffe erheblich zugenommen. Die für die Cybersicherheit zuständigen Behörden müssten sich daher noch besser vernetzen, wozu auch die Strafverfolgungsbehörden zählten.

Prävention

Prävention ist ein zentraler Baustein des bayerischen Schutzkonzepts für Kinder. Dazu leistet das Präventionsprojekt „Kein-Täter-werden“ mit kostenlosen, anonymen und durch die Schweigepflicht geschützten Behandlungsangeboten einen wichtigen Beitrag. Die Förderung durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen endet am 31. Dezember 2025. Die Konferenz setzt sich auf Initiative Bayerns dafür ein, die Finanzierung auch für die Zukunft zu sichern.

Erneut stand auf Initiative Berlins, Bayerns und Sachsen-Anhalts der bessere Schutz älterer Menschen vor Straftaten auf der Agenda. Ältere Menschen sind insbesondere bei den Kriminalitätsphänomenen der Trickbetrugs- und Trickdiebstahlstaten grundsätzlich stärker gefährdet als jüngere Menschen. Der Bundesgesetzgeber wird daher aufgefordert, durch gesetzliche Maßnahmen für einen besseren Schutz älterer Menschen zu sorgen. **DK**

Heimatindex 2024:

Lebenszufriedenheit in Bayern sinkt leicht

Der Heimatindex der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken hat im Herbst 2024 einen Zähler auf 65 Punkte im Vergleich zum Sommer 2023 nachgegeben. „Diese vermeintlich nur kleine Veränderung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die schwächelnde Konjunktur den Bayern Sorgen macht", kommentierte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), die Zahlen in München. Im wirtschaftlich erfolgsverwöhnten Freistaat gab die allgemeine Lebenszufriedenheit um drei Zähler auf jetzt 71 Punkte nach, während die Lebenszufriedenheit im Rest der Bundesrepublik einen Zähler auf 60 Punkte zulegte. Im Sommer 2023 war der Unterschied zwischen Bayern (74 Punkte) und Bund (59 Punkte) noch deutlicher ausgefallen.

Die Lebenszufriedenheit beurteilen die Niederbayern, Mittelfranken und Schwaben mit jeweils 72 Punkten etwas besser als der bayerische Durchschnitt. In allen anderen Regierungsbezirken bleibt der Wert unter dem Durchschnitt: In Oberbayern und Oberfranken liegt er bei 70 Punkten, in der Oberpfalz bei 69 Punkten und in Unterfranken bei 68 Punkten.

Wirtschaftliche Sorgen drücken der jungen Generation aufs Gemüt

Die Sorge um die lahmende Wirtschaft zeigt sich auch im Teilindex „Arbeitsplatz und persönliche finanzielle Situation", der um zwei Zähler auf 62 Punkte zurückging. Dagegen sind die regionalen Unterschiede in dem Teilindex nur marginal: Mittelfranken und Schwaben vergeben 63 Punkte. Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken und Unterfranken 62 Punkte und Oberpfalz 61 Punkte. Dafür ist bei den Altersgruppen ein deutlicher Unterschied zu sehen: Besonders schlecht beurteilen diesen Teilindex die 18- bis 24-Jährigen, die hier nur 57 Punkte vergeben. Bei der Unterkategorie „eigene wirtschaftliche und finanzielle Situation" vergibt diese Altersgruppe sogar nur 48 Punkte – zehn weniger als der Durchschnitt. „Diese Zahlen belegen, dass besonders die junge Generation unter der schwächelnden Konjunktur leidet", folgerte Müller. „Umso wichtiger ist es, in der Finanz- und Wirtschaftspolitik einen klaren Kurs einzuschlagen. Widersprüchliche Strategien, Unklarheiten und Wankelmütigkeit in den Aussagen sind kontraproduktiv und wirken sich unmittelbar auf die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung aus", kritisierte er.

Traditionell die höchsten Werte erreicht der Teilindex „Vernetzung mit Freunden und Familie", der allerdings um einen Zähler auf 74 Punkte im Vergleich zur Erhebung im Sommer 2023 nachgibt. Besonders gut wird dieser Teilindex mit 76 Punkten in Niederbayern bewertet. Auf 74 Punkte kommt er in Oberbayern, der Oberpfalz, Mittelfranken und Schwaben – auf 73 Punkte in Unterfranken und 72 Punkte in Oberfranken. Die Unterkategorie „Familiäre Situation" büßt vier Zähler auf 74 Punkte ein, während die Unterkategorie „Freundes- und Bekanntenkreis" einen Zähler auf 73 Punkte zulegt.

Zwei Zähler auf 60 Punkte gibt der Teilindex „Wohnumfeld" nach. In Unterfranken beläuft sich dieser Wert auf 62 Punkte, 61 Punkte erreicht er in Oberbayern und Oberfranken, je 60 in Niederbayern und der Oberpfalz und 59 in Mittelfranken und Schwaben. Auch hier sind es wieder die jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die diesen Teilindex schlechter bewerten, mit 56 Punkten und damit vier Zähler unter dem bayerischen Durchschnitt.

Die zum Teilindex „Wohnumfeld" gehörende Unterkategorie „Zustand der Natur" bewerten die Bayern nochmals zwei Zähler schlechter als im Vorjahr, mit 55 Zählern. Während der Corona-Pandemie hatte der Wert im Sommer 2021 noch bei 61 gelegen. Die Unterkategorie „Sicherheit vor Kriminalität und Verbrechen" gibt um zwei Punkte nach, auf einen Wert von 48 Punkten. Diese Entwicklung gibt auch den bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken Anlass zur Sorge. „Die Sprengung von Geldautomaten durch organisierte Banden sowie immer professionellere Betrugsversuche online oder via Telefon schlagen negativ auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch", kommentierte Müller die Zahlen.

Unverändert bei 51 Punkten verharrt der Teilindex „Technische Infrastruktur und Grundversorgung". Besonders gut mit je 52 Punkten bewerten diesen die Oberbayern, die Oberpfälzer, Mittelfranken und Schwaben. In Niederbayern sind es 51 Punkte, in Unterfranken 49 Punkte und in Oberfranken 48 Punkte. Große Fortschritte hat Bayern offenbar beim Ausbau des Internets gemacht. Die Unterkategorie „Verfügbarkeit und Geschwindigkeit des Internets" bewerten die Befragten mit 66 Punkten fünf Zähler besser als noch im Sommer 2023.

Gesundheitsversorgung wird schlechter bewertet

Rückläufig ist hingegen die Bewertung der Gesundheitsversorgung. Mit Ausnahme von Schwaben verzeichnen alle Regierungsbezirke Einbußen. Der Wert sank hier um drei Punkte auf 43 Zähler. „Die Gesundheitsversorgung wird auch in den kommenden Jahren ein erhebliches Problem gerade für die ländliche Bevölkerung bleiben. Genossenschaftliche Lösungen, beispielsweise in Form von Medizinischen Versorgungszentren, können ein Weg sein, dem entgegenzuwirken und die Gesundheitsversorgung im gesamten Land zu verbessern", findet Müller.

Bei 70 Punkten verharrt der Teilindex „Freizeit, Kultur und Bildung". 72 Punkte vergeben hier Niederbayern, Mittelfranken und Schwaben, je 70 Punkte Oberbayern und Oberfranken. Auf 69 Punkte kommt dieser Teilindex in der Oberpfalz, in Unterfranken sind es 68 Punkte. Während die Unterkategorie „Schul- und Bildungsangebote" um drei Zähler auf 67 Punkte nachgibt, nimmt die Beurteilung der „Kulturellen Angebote" um vier Zähler auf 73 Punkte zu. „Die steigende Zufriedenheit mit kulturellen Angeboten deutet auf eine positive Entwicklung in der Freizeitgestaltung hin, was auf eine anhaltende Belebung des gesellschaftlichen Lebens in Bayern schließen lässt", sagte Müller.

Der Heimatindex der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken wird jährlich im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage vom Meinungsforschungsinstitut GMS Dr. Jung GmbH ermittelt. Dazu bewerten die Befragten einzelne Aspekte der Kategorien „Allgemeine Lebenszufriedenheit", „Vernetzung mit Freunden und Familie", „Freizeit, Kultur und Bildung", „Arbeitsplatz und persönliche finanzielle Situation", „Wohnen, Umwelt und Sicherheit" sowie „Technische Infrastruktur und Grundversorgung" mit 0 bis 100 Punkten. Aus diesen Teilergebnissen wird der Index berechnet. Für diesen Heimatindex wurden insgesamt 1.006 Teilnehmer zwischen dem 11. September und dem 16. September 2024 befragt. ❐

BaFin entlastet kleine Banken

GVB begrüßt Fortschritte und fordert weiteren Bürokratieabbau

Die BaFin will die Auflagen für kleine Banken reduzieren. Institute mit einer Bilanzsumme von weniger als fünf Milliarden Euro sollen von Lockerungen bei den Regeln zum Risikomanagement und zum Berichtswesen profitieren. „Das sind gute Nachrichten, auf die wir als Verband seit Langem hinarbeiten", kommentierte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern die jüngsten Äußerungen von BaFin-Exekutivdirektor Raimund Röseler.

„Für fast alle der 184 bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken bedeutet dies eine spürbare Entlastung. Sie können sich damit wieder stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: die Betreuung ihrer Kundinnen und Kunden, die Entwicklung innovativer Produkte und den Wettbewerb mit anderen Marktteilnehmern", sagte Müller.

Besonders freut sich der GVB-Präsident darüber, dass die BaFin auch Vorschläge des GVB zum Abbau von Regulierung aufgenommen und ihre eigene Aufsichtspraxis präzisiert hat. Auch bewertet er es als positiv, dass die BaFin die Auslegung bestehender Vorschriften klarer macht: „Das schafft dringend benötigte Sicherheit für die Institute. In der Vergangenheit führte der große Auslegungsspielraum oft zu Unsicherheiten", sagte er. In diesem Zusammenhang stellt die nun getroffene Klarstellung zu „kleinen" und „sehr kleinen" Instituten ein aufsichtliches Novum dar.

Trotz der Fortschritte sieht der GVB weiterhin erheblichen Handlungsbedarf, um Kreditinstitute und Mittelstand von Bürokratie und Regulierung zu entlasten. „Der GVB hat kürzlich 36 praxisnahe Maßnahmen vorgeschlagen, um die Bürokratie im Bankwesen nachhaltig zu reduzieren. Die Umsetzung dieser Vorschläge durch Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden auf nationaler und EU-Ebene wäre ein weiterer wichtiger Schritt, um kleine und mittlere Institute sowie den Mittelstand von unnötigem regulatorischem Ballast zu befreien", so Müller. ❐



Wider den kommunalen Burnout

Mit starken Kommunen Staat machen

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Bayern lässt seine Kommunen in schwierigen Zeiten nicht alleine. Die Gemeinden, Städte und Landkreise können sich auf die Staatsregierung verlassen. Das ist die Quintessenz aus den Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2025 im Freistaat. Zweifelsfrei ist das eine gute Nachricht. Über die ungebrochen schwierige Lage der Kommunen hinwegtäuschen kann sie dennoch nicht. Schließlich mussten sie in den zurückliegenden Jahren nur zu oft das ausbaden, was im Bund und fernab von den Nöten im Land entschieden wurde.

Seit Jahren rächt sich, dass die Bundesebene konsequent das, was sich das politische Berlin an vermeintlichen Wohltaten ausdenkt, aber nicht finanzieren kann oder möchte, zu den Kommunen durchreicht. Banal, aber leider wahr: Die letzten beißen die Hunde und das sind in dem Fall die Gemeinden, Städte und Landkreise. Für sie entstanden in der letzten Dekade – und die Anfänge der Malaise liegen nun mal in Merkels Kanzlerschaft – immer wieder aufs Neue ungeahnte und alle Kalkulationen sprengende Kosten. Es sei beispielhaft auf die Folgen einer naiven Migrationspolitik, illusionären Energiepolitik oder fordernden Ganztagsbetreuung verwiesen. Zahlreiche andere kostenzehrende Aufgabenzuweisungen ließen sich ergänzen. Sie alle treiben zunehmend mehr Kommunen in den finanziellen Burnout. Und nicht nur das. Sie säen hier und da und zudem immer öfter Zwietracht zwischen den kommunalen Ebenen selbst, stiften gesellschaftliche Unruhe. Die Eskalation um die Anmeldung ukrainischer Geflüchtete in Bad Griesbach ist Beispiel mit Dramenstoff: Ein Bürgermeister der sich der Anmeldung verweigert, ein Landratsamt das auf Einhaltung von Gesetzen pocht und deren Umsetzung anweist, ein zweiter Bürgermeister, der vollzieht. Dass es überhaupt so weit kommen konnte, ist ein politisches Desaster.



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

Das föderale Deutschland triftet auseinander. Dieser Prozess muss dringend ein Ende finden. Die Möglichkeiten dazu haben die politischen Entscheider auf der Bundesebene. Vor allem die künftige Regierungsmehrheit im Bundestag und die von ihr getragene Bundesregierung stehen in der Verantwortung. Sie sollten es besser machen als die abgehobenen Streithansel der Ampelregierung. Besser aber auch als jene, die ein gesamtgesellschaftliches „wir schaffen das" politisch proklamierten und selbst kläglich an der kollektiv verordneten Zielsetzung scheiterten.

Zehn verlorene Jahre sind genug. Politischer Realismus muss zum Leitmotiv der künftigen Bundesregierung werden. Für Weltverbessererutopien ist kein Platz mehr. Wer Deutschland politisch wieder in die Spur führen will, muss sich auf das Wesentliche konzentrieren. Schluss mit der unheilvollen Diskussion um die Schuldenbremse ist ein Punkt. Die Linie ist einfach und folgt simplen kaufmännischen Erwägungen. Beschlossen werden kann nur noch das, was solide und verfassungsgemäß finanzierbar ist – auch wenn es schmerzhaft ist. Ein zweiter, damit eng verwobener Punkt: Es braucht eine Steuerverteilung zwischen Kommunen, Ländern und Bund, die sichert, dass jede Ebene den Verpflichtungen aus ihrem Leistungskatalog nachkommen kann. Das ist im Übrigen kein politisches Wunschdenken, sondern Verfassungsauftrag. Damit wird drittens sichergestellt, dass sich der Bund nicht aufs Neue zulasten von Gemeinden, Städten und Landkreisen gesundrechnet. Zum Vierten sollten die künftigen Regierungspartner von Anfang ein Bekenntnis dazu ablegen, dass ihre Zusammenarbeit nicht vom „gibt Du mir, dann gebe ich Dir" geprägt sein darf, sondern von einem „was lassen wir künftig, weil es sich unser Land nicht mehr leisten kann, und wie sagen wir es den Menschen". Und fünftens braucht das Land eine kluge politische Übereinkunft, nach der Investitionen in Infrastruktur und Sicherheit Vorrang vor allem anderen haben.

Ja, das Paket ist ambitioniert, und politischen Mut braucht es beim Umsetzen und Durchhalten allemal. Aber es wird Deutschland in schwieriger Zeit guttun, wenn Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ihrer verfassungsgemäßen Verantwortung gerecht werden – und dabei streng im Blick behalten, wo Politik unmittelbar spürbar wird: in den Kommunen. Ohne sie ist kein Staat zu machen.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. ❐

Wissenschaftspreis 2024 der bayerischen Sparkassen:

Talente und Innovationskraft für unsere Zukunft

Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, hat in München erstmals drei junge Akademikerinnen und Akademiker mit dem neuen Wissenschaftspreis der bayerischen Sparkassen ausgezeichnet. Dießl freute sich: „Bereits in der ersten Wettbewerbsrunde haben sich zukunftsweisende Arbeiten durchsetzen können. Als thematische Schwerpunkte haben sich Nachhaltigkeit und Digitalisierung herauskristallisiert. Denn hier liegen schließlich zwei der wichtigsten Dreh- und Angelpunkte für die Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Ich bin begeistert, wie viele der theoretischen Abhandlungen schon klar die Richtung für die praktische aktuelle Arbeit der Sparkassen weisen."

Aufgerufen zur Nominierung waren alle wirtschaftswissenschaftlichen und thematisch naheliegenden Lehrstühle und Institute an bayerischen Hochschulen.

Große Anerkennung für die beste Bachelor-Arbeit ging an Revekka Papadopoulou (Betreuung: Prof. Thomas Hartung, Universität der Bundeswehr München) für ihre Arbeit ‚Behavioral Insurance: Systematische Untersuchung der Anwendbarkeit digitaler Nudging-Methoden für die Förderung eines nachhaltigen Verbraucherverhaltens im Versicherungswesen'. Die Preisträgerin betont ihre Dankbarkeit für die Unterstützung ihrer Professoren, deren Rückhalt sie ermutigt, jetzt weitere Entwicklungsschritte zu wagen: „Ergänzend dazu bietet mir der Preis eine wertvolle finanzielle Grundlage. Dass meine Arbeit zu verhaltensökonomischen Ansätzen in der Nachhaltigkeitstransformation des Finanzsektors gewürdigt wird, bestärkt mich zusätzlich darin, mein Engagement auf diesem Gebiet fortzuführen."

Als beste Master-Arbeit wurde ‚Kosten und Nutzen der Nachhaltigkeitsberichterstattung bei deutschen Unternehmen' von Miriam Knauer (Betreuung: Prof. Klaus Schäfer, Universität Bayreuth) ausgezeichnet. Sie unterstreicht ihre Freude über die Auszeichnung mit dem Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis: „Für mich ist es eine besondere Freude, dass die intensive Arbeit, die ich in dieses Thema gesteckt habe, nicht nur an der Uni Anerkennung findet, sondern auch außerhalb als wertvoll wahrgenommen wird. Das Preisgeld ist eine tolle Unterstützung, es macht die Auszeichnung für mich auch privat besonders wertvoll."

In der Kategorie „Beste Dissertation" sprach sich die Jury für eine kumulative Arbeit aus. Die Auszeichnung geht an ‚Digital and Sustainable Finance: New Drivers for Market Efficiency' von Dr. Ralf Laschinger (Betreuung: Prof. Gregor Dorfleitner, Universität Regensburg), der hervorhebt, welch große Rolle die Bestätigung spielt: „Wissenschaft lebt oft und notwendigerweise von Rückschlägen und Scheitern, weshalb ich mich umso mehr über die Anerkennung meiner Arbeit im Bereich Digital and Sustainable Finance durch die Praxis freue und für diese Auszeichnung außerordentlich dankbar bin. Als Bayer einen Preis mit dem Namen König Max entgegennehmen zu dürfen, ehrt mich ganz besonders." ❐

LfA-Herbstbilanz:

1,18 Milliarden Euro für Bayerns Wirtschaft

Die LfA Förderbank Bayern hat die bayerische Wirtschaft in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres mit Kreditzusagen von über 1,18 Milliarden Euro gefördert. Knapp 970 Millionen Euro flossen dabei im Rahmen der programmgebundenen Förderkredite. Die Gelder gingen an insgesamt rund 2.500 bayerische Unternehmen und Kommunen.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ging die Nachfrage nach dem Förderangebot der LfA insgesamt zurück. Die Tendenz ist zuletzt allerdings wieder positiver: Das gerade zu Ende gegangene dritte Quartal war das bisher stärkste des Jahres 2024, dabei entwickelten sich insbesondere die Darlehenszusagen in den Förderbereichen Gründung, Wachstum und Innovation positiv. Während bislang ein hoher EU-Referenzzins Förderkredite weniger attraktiv gemacht hatte, ist in den kommenden Monaten mit fallenden EU-Referenzzinsen und einer positiven Entwicklung der Fördernachfrage zu rechnen.

In den ersten neun Monaten 2024 am meisten gefragt waren die LfA-Förderprogramme für Gründung und Unternehmensnachfolgen (2024 bisher über 310 Millionen Euro) sowie für Wachstums- und Modernisierungsmaßnahmen (2024 bisher mehr als 395 Millionen Euro). Dabei macht sich auch die Öffnung des Gründungs- und Wachstumskredits (GuW) für Betriebsmittel im Juni positiv bemerkbar. So stieg die Nachfrage nach dem zu Beginn des Jahres neu konzipierten Kernprogramm der LfA zur Gründungs- und Wachstumsfinanzierung gegenüber dem vorangegangenen Quartal um 20 Prozent. Bis Mitte Juni waren im GuW ausschließlich Investitionen und Warenlager förderfähig.

Auf unverändert hohem Niveau bewegt sich die Nachfrage nach dem Innovationskredit 4.0 – dem LfA-Spezialprogramm zur Finanzierung von Innovationen und Digitalisierung. Bis Ende September wurden mit diesem Darlehen über 140 Millionen Euro zugesagt. Künftig profitieren noch mehr Unternehmen von dieser Förderung. Denn seit Anfang des Monats können den Innovationskredit 4.0 neben kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auch Small Mid-Caps mit einem Jahresumsatz von bis zu 500 Millionen Euro in Anspruch nehmen. Darüber hinaus bietet die LfA das Förderprogramm nun auch mit 70-prozentiger Haftungsfreistellung an.

Mehr Flexibilität für Betriebe

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger: „Die LfA hilft dem bayerischen Mittelstand, wichtige Investitionen in Gründung, Wachstum und Innovation trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu realisieren. Die Öffnung des Gründungs- und Wachstumskredits für Betriebsmittel gibt den Betrieben mehr Flexibilität und stärkt ihre Liquidität. Um noch mehr Anreize für Zukunftsinvestitionen zu schaffen und somit die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns zu stärken, werden wir das Unterstützungsangebot der LfA noch weiter ausbauen."

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Wenn die bayerische Wirtschaft Unterstützung braucht, sind wir da – nicht nur, aber auch in unsicheren Zeiten. Es freut mich deshalb sehr, dass der Mittelstand trotz der weiterhin herausfordernden Umstände wieder verstärkt mithilfe unserer Förderangebote investiert. Die rege Inanspruchnahme des neuen Gründungs- und Wachstumskredits zeigt, dass wir mit der Optimierung unseres Förderangebots richtig liegen. Diesen Weg wollen wir zum Wohl unserer Betriebe in Bayern konsequent weitergehen." ❐

Rund 4,85 Mrd. Euro für Bayerns Kommunen:

Rekordsumme bei Schlüsselzuweisungen

„Inmitten herausfordernder Zeiten, geprägt von weltweiten Unsicherheiten, stetig steigenden Kosten und gekürzten Bundesmitteln, bleibt der Freistaat Bayern weiterhin starker Partner seiner Kommunen", teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München mit. Im Jahr 2025 stellt der Freistaat seinen Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs rund 12 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind über 600 Mio. Euro mehr als 2024 und dies trotz deutlich zurückgehender Steuerprognosen für den Staatshaushalt. Die bayerischen Landkreise und Gemeinden erhalten im kommenden Jahr Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt über 4,85 Milliarden Euro.

Oberbayern

Wie Füracker erläuterte, bekommen die Kommunen in Oberbayern im kommenden Jahr über 946 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen in Oberbayern gehen mit 48,1 Mio. Euro an den Landkreis Rosenheim. Danach folgt der Landkreis Fürstenfeldbruck mit 44,9 Mio. Euro. Insgesamt erhalten die Landkreise in Oberbayern rund 471 Mio. Euro. Unter den oberbayerischen Gemeinden hat die Stadt Rosenheim mit 23,8 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen. Danach folgen die Stadt Ingolstadt mit 17,7 Mio. Euro und die Stadt Fürstenfeldbruck mit 11,1 Mio. Euro. Die Landeshauptstadt München erhält aufgrund einer hohen Steuerkraft auch 2025 keine Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden in Oberbayern belaufen sich auf über 433 Mio. Euro.



Albert Füracker. ❐

Niederbayern

Über 558 Mio. Euro werden für die niederbayerischen Gemeinden und Landkreise bereitgestellt. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen mit 45,7 Mio. Euro an den Landkreis Passau. Insgesamt erhalten die Landkreise in Niederbayern über 213 Mio. Euro. Unter den Gemeinden in Niederbayern werden der Stadt Landshut mit 36,9 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen zuteil. Die zweithöchsten Gemeindeschlüsselzuweisungen gehen an die Stadt Passau mit 27,2 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Niederbayern betragen 2025 rund 257 Mio. Euro.

Oberpfalz

Die Kommunen in der Oberpfalz dürfen sich über Schlüsselzuweisungen in Höhe von mehr als 479 Mio. Euro freuen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält der Landkreis Regensburg mit 44,5 Mio. Euro, gefolgt vom Landkreis Schwandorf mit 31 Mio. Euro. Insgesamt bekommen die Landkreise in der Oberpfalz 2025 rund 174 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden gehen an die Stadt Regensburg mit 23,8 Mio. Euro. Das bedeutet ein Plus von 18,7 Mio. Euro im Vergleich zu 2024. Die zweithöchsten Gemeindeschlüsselzuweisungen erhält die Stadt Weiden mit 21,8 Mio. Euro, gefolgt von der Stadt Amberg mit 16,1 Mio. Euro. Auf die kreisangehörigen Gemeinden in der Oberpfalz entfallen rund 243 Mio. Euro. Mit 271 Euro je Einwohner werden ihnen um 28 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als dem bayerischen Durchschnitt überwiesen.

Mittelfranken

Mittelfranken kann 2025 mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 791 Mio. Euro kalkulieren. Mit 255,8 Mio. Euro darf sich die Stadt Nürnberg erneut über die höchsten Schlüsselzuweisungen in ganz Bayern freuen. Die Stadt Fürth bekommt mit 88,5 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen in Mittelfranken, gefolgt von den Landkreisen Ansbach mit 40,1 Mio. Euro und Nürnberger Land (32,2 Mio. Euro). Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Mittelfranken belaufen sich 2025 auf über 211 Mio. Euro, für die Landkreise auf mehr als 191 Mio. Euro.

Oberfranken

Den Gemeinden und Landkreisen in Oberfranken werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 537 Mio. Euro zuteil. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält die Stadt Bamberg mit 45,5 Mio. Euro, ein Plus von 28 Prozent im Vergleich zu 2024. Danach folgt die Stadt Hof mit 35,1 Mio. Euro. Mit 747 Euro je Einwohner erhält sie die höchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner unter allen kreisfreien Städten in Bayern. Die kreisangehörigen Gemeinden bekommen insgesamt über 250 Mio. Euro. Mit 301 Euro je Einwohner erhalten sie um 41 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Auch das ist der Spitzenwert im Freistaat. Für die Landkreise in Oberfranken stehen rund 177 Mio. Euro bereit.

Unterfranken

Schlüsselzuweisungen in Höhe von 661 Mio. Euro gehen an die unterfränkischen Kommunen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen 2025 erhält die Stadt Würzburg mit 57,2 Mio. Euro, ein kräftiger Anstieg um 12 Prozent. Dahinter folgen die Landkreise Aschaffenburg mit 38 Mio. Euro und Würzburg (37,1 Mio. Euro). Die kreisangehörigen Gemeinden bekommen über 323 Mio. Euro. Mit 299 Euro je Einwohner erhalten sie um 40 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in Bayern. Die Landkreise in Unterfranken können mit über 237 Mio. Euro kalkulieren.

Schwaben

Den schwäbischen Kommunen werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 878 Mio. Euro zuteil. Die höchsten Schlüsselzuweisungen in Schwaben und damit die zweithöchste Summe im Freistaat erhält die Stadt Augsburg mit 217,1 Mio. Euro. Danach folgt der Landkreis Augsburg mit rund 56 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Schwaben erhalten 2025 rund 295 Mio. Euro, die Landkreise insgesamt über 284 Mio. Euro. **DK**

Argumente und Positionen der Sparkassen-Finanzgruppe:

Mittelstand braucht Freiraum

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen und der europäischen Wirtschaft und unerlässlich für Innovation, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt. Doch während mittelständische Unternehmen versuchen, sich in einer Welt des Wandels zu behaupten, treffen sie auf ein alles überwucherndes Netz aus Bürokratie und Regulierungen. Vorschläge, wie der Mittelstand von der Politik entlastet werden kann – von vereinfachten Berichtspflichten bis hin zu unterstützenden Finanzierungslösungen – liefert nun ein praxisnahes Argumentationspapier der Sparkassen-Finanzgruppe.

In Deutschland gibt es etwa 600 Großunternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten. Dem stehen 3,2 Millionen kleine und mittlere (KMU) sowie Kleinst-Unternehmen gegenüber. Doch dieser Mittelstand steht unter Druck. Als Hauptfinanzierer mittelständischer Strukturen in Deutschland sehen die Sparkassen und ihre Verbundpartner mit Sorge, dass EU-Kommission und -Parlament mit einer massiven Steigerung von detailliertesten Regularien für fast alle Lebensbereiche schlichtweg für Überforderung sorgen. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaft: DSGVO, Lieferkettengesetz, Verbraucherschutz, sektorbezogene Verordnungen und Richtlinien, der Vollzug zuständiger Aufsichtsbehörden – die Anzahl mittelbar oder unmittelbar zu beachtende Vorschriften wächst ungebremst.

Wandel der Realwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit: immenser Investitionsbedarf

Dabei muss die Wirtschaft auch die dringend erforderliche Transformation stemmen. Für den Wandel der Realwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit prognostiziert der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) allein bis 2030 einen Investitionsbedarf von 1,1 Billionen Euro. Ungefähr die Hälfte werden die kleinen und mittleren Unternehmen tragen müssen. Während ein Teil aus Eigenmitteln erbracht werden kann, schätzt der Verband das Finanzierungsvolumen für KMU auf 290 Milliarden Euro, bei steigender Tendenz bis zur angestrebten Klimaneutralität.

Die Sparkassen appellieren an die Entscheidungsträger, mittelständische Strukturen nicht preiszugeben. „Anders als Großkonzerne oder wirtschaftliche Monostrukturen kann der Mittelstand keinen korporatistischen Interessendruck ausüben, mithin stehen ihm auch keine wirksamen Stellhebel zur Verfügung. Die Folge ist: KMU und Kleinstunternehmen treten schleichend und leise aus dem Markt aus."

Lösungsansätze für wesentliche Zukunftsbereiche

Die Ziele der EU mögen nachvollziehbar sein, die für den Mittelstand unerfüllbaren bürokratischen Regulierungsaufwände seien es nicht. „Wenn aber gerade diejenigen auf der Strecke bleiben, die das Rückgrat von Wettbewerbs- und Innovationskraft bilden und zugleich Wirtschaft und Finanzsystem stabilisieren, kann die Politik am Ende nur noch feststellen: Operation gelungen, Patient tot." Damit es nicht so weit kommt, schlagen die Sparkassen Lösungsansätze für drei wesentliche Zukunftsbereiche vor: Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Finanzierung.

Beispiel Nachhaltigkeitsberichterstattung: Die verbindlichen und komplexen Berichtsinhalte stellen Mittelständler vor besonders große Herausforderungen. Um sie zu entlasten, seien nicht börsennotierte kleinste, kleine und mittlere Unternehmen zu Recht zwar von der Berichtspflicht ausgenommen, jedoch falle in der Praxis aber auch der Mittelstand unter eine indirekte Berichtspflicht, insofern er oftmals Teil der Lieferkette berichtspflichtiger Großunternehmen ist.

CSRD-berichtspflichtige Unternehmen fordern laut DSGV beispielsweise Informationen über den CO2-Fußabdruck ihrer mittelständischen Zulieferer, um ihre eigene Treibhausgasbilanz aufstellen zu können. Bei einer notwendigen Novellierung der CSRD sollte für den Mittelstand eine Begrenzung der relevanten Lieferkette („Value Chain Cap") festgelegt werden, um einen unkontrollierten Trickle-down-Effekt, der die Mittelständler überlasten würde, zu verhindern und um Rechtssicherheit für die berichtspflichtigen Unternehmen zu schaffen.

Beispiel Digitalisierung

Beispiel Digitalisierung: Mittlerweile gibt es 113 europäische Gesetze, die den digitalen Sektor regulieren sollen. Wer in dieser Vielfalt auch nur annähernd den Überblick behalten will, benötigt enorme personelle und finanzielle Ressourcen oder eine eigene Compliance-Abteilung. Gerade mittelständische Unternehmen verfügen in der Regel über beides nicht. Auch hier ist aus Sicht des DSGV „eine Anpassung der Vorgaben an das tatsächlich durch den Mittelstand Leistbare" erforderlich.

KI-Verordnung im Visier

Was die KI-Verordnung anbelangt, würden Entwickler und Betreiber von KI-Systemen mit regulatorischen Anforderungen konfrontiert, die nur von großen Konzernen erfüllt werden können. Neben einer einheitlichen, innovationsfreundlichen und rechtssicheren Umsetzung der neuen Vorgaben in der gesamten EU sei sicherzustellen, dass die Erfüllung gesetzlicher Pflichten (z. B. Zertifizierung und Dokumentation) beim Betrieb von KI-Systemen keine derart hohen Kosten verursacht, dass der Mittelstand Wettbewerbsnachteile erleidet. So sei bei den Leitlinien künftig darauf zu achten, dass nicht jedwede Art von Software unter die KI-Definition fällt.

Für Mittelständler ist das Recht auf Datenzugang und auf die Anwendung nutzergenerierter Daten von großer Bedeutung. Viele Mittelständler verfügten allerdings nicht über die erforderliche Datenlogistik und stießen leicht an die Grenzen des Datenzugangsrechts. Die Anforderungen dürften nicht dazu führen, dass Geschäftsgeheimnisse preisgegeben werden, heißt es in dem Papier.

Als wesentliches Hindernis wird das fehlende Augenmaß des europäischen Gesetzgebers bei regulatorischen Tätigkeiten identifiziert. Die zunehmende Detailregulierung trage nur wenig dazu bei, die ambitionierten wirtschaftlichen Ziele der EU zu erreichen. Vielmehr fördere sie eine Überbürokratisierung, die den Handlungsspielraum des Mittelstands einschränkt.

Dringend nötig sei daher eine Ex-post-Überprüfung von Richtlinien und Vorgaben auf ihre Auswirkungen auf den Mittelstand. Dabei müssten Bagatellgrenzen und Schwellenwerte festgelegt werden, um zu verhindern, dass der Mittelstand unverhältnismäßig belastet wird. Zudem seien spezielle Vorgaben zu schaffen, um Mittelständlern mehr Rechtssicherheit zu bieten, etwa durch die Einführung von Regulierungs-Sandboxes, die Innovationen und neue Geschäftsmodelle unter gesicherten Rahmenbedingungen erproben lassen.

Beispiel Finanzen

Die Diversität der Unternehmenslandschaft sei eine zentrale Stärke der deutschen und europäischen Wirtschaft und mache sie krisenresistenter. Um diese Vielfalt zu bewahren, müsse der Fokus der Regulierung darauf liegen, Hindernisse abzubauen, anstatt neue zu schaffen. Insbesondere sei sicherzustellen, dass die Kreditfinanzierung, auf die der Mittelstand in besonderer Weise angewiesen ist, nicht durch regulatorische Vorgaben behindert wird. „Mehr Pragmatismus und weniger Vorschriften sind entscheidend, um die wirtschaftlichen Ziele der EU zu erreichen und den Mittelstand zu stärken", fordert der DSGV. **DK**

Pflegeinnovationspreis der Sparkassen-Finanzgruppe:

Auszeichnung für „Generationenhilfe Börderegion"

„Zukunftssichere Lösungen für die Generation Babyboomer" waren gefragt beim „Deutschen Pflegeinnovationspreis der Sparkassen-Finanzgruppe 2024. Die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung erhält in diesem Jahr der Verein „Generationenhilfe Börderegion". Im Münchner PresseClub überreichte Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, als Schirmherr den Preis an das Gewinner-Team.

„Die Zahl der Älteren in unserer Gesellschaft nimmt zu und damit auch die Wahrscheinlichkeit für eine steigende Anzahl pflegebedürftiger Personen. Wir müssen Alternativen und Ergänzungen zum derzeitigen Pflegesystem aufbauen, um den Bedarf zu decken", erklärte Reuter. Die Idee hinter dem Pflegeinnovationspreis der Sparkassen-Finanzgruppe sei, diesen Entwicklungsprozess zu fördern. „Wir unterstützen mit dem Preis Projekte, die bereits mutig vorangehen und Ideen entwickelt haben, die sich nachhaltig und skalierbar möglichst in allen Regionen Deutschlands umsetzen lassen."

Das Projekt Generationenhilfe aus Hohenhameln in Niedersachsen überzeugte die Jury besonders mit der Idee, mit einem festen Netzwerk von Ehrenamtlichen hilfebedürftige Vereinsmitglieder im Alltag zu unterstützen. Gleichzeitig biete der Verein mit seinen mehr als 600 Mitgliedern und seiner Begegnungsstätte „Mittelpunkt" im Ortskern der 9.600 Einwohner zählenden Gemeinde eine beliebte Anlaufstelle mit vielfältigem Freizeit- und Unterstützungsangebot.

„Mit dem Pflegeinnovationspreis fördern wir zukunftsweisende Versorgungskonzepte: Konzepte, die Pflegebedarf etwa durch generationenübergreifende Strukturen abfedern und gleichzeitig die Bedürfnisse älterer Menschen im Blick haben, nämlich auch im Alter in eine Gemeinschaft eingebunden zu sein und das Leben aktiv gestalten zu können", betonte Katharina Jessel, Vorstandsmitglied der Union Krankenversicherung (UKV), ein Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer. Dies gelinge dem diesjährigen Gewinnerprojekt hervorragend durch den familiären Zusammenhalt unter den Vereinsmitgliedern und die professionell organisierte Unterstützung vor Ort, die den Seniorinnen und Senioren ermöglichten, lange selbstbestimmt im eigenen Zuhause leben zu können.

Lob von Präsident Dießl

„Dieses Projekt zahlt darauf ein, Pflege in der Region umzusetzen, nicht nur mit Pflegeeinrichtungen, sondern durch gesellschaftliches Engagement vor Ort", lobte Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern und Vorsitzender der Jury. „Feste, etablierte Strukturen sind dabei wichtig, denn ein Netzwerk für ehrenamtliche Unterstützungsleistungen kann dauerhaft nicht von einigen wenigen Einzelpersonen getragen werden."

Die Helferinnen und Helfer und die Organisatoren, von denen die meisten rüstige Ruheständler sind, profitierten ebenfalls von ihrer sinnstiftenden Tätigkeit, lobte die Jury das Gewinnerprojekt. Auch das integrierte „Tauschkonzept" gefiel: Die ehrenamtlich Engagierten können durch ihren Einsatz Hilfeleistung ansparen, wenn sie diese später selbst einmal benötigen, indem sie ihre Aufwandsentschädigung von zehn Euro pro Stunde auf einem vereinseigenen Treuhandkonto gutschreiben lassen. 6.746 Hilfestunden wurden im Jahr 2023 von 46 Ehrenamtlichen geleistet und insgesamt 445 Veranstaltungen organisiert. **DK**

CSU-Fraktion zur Bezahlkarte:

Wirksame Maßnahme

Die im März 2024 in Bayern eingeführte Bezahlkarte hat sich nach Angaben der CSU-Landtagsfraktion bewährt. Asylbewerber und Ausländer, deren Asylantrag abgelehnt wurde, erhalten ihre Geldleistungen überwiegend als Kartenguthaben. Maximal lassen sich 50 Euro pro Person und Monat als Bargeld abheben.

Laut Prof. Dr. Winfried Bausback, stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion, „verhindert die Bezahlkarte wirksam, dass Geld ins Heimatland und an Schlepperbanden überwiesen wird. Daneben setzen wir bereits heute so weit wie möglich auf Sachleistungen. Bayern schöpft hier alle rechtlichen und praktikablen Möglichkeiten aus. Wir lassen unseren Worten Taten folgen und haben konkrete Maßnahmen ergriffen, um die illegale Migration zu begrenzen und Zuzugsanreize zu senken. Es ist in tiefem Maße undemokratisch, wenn Teile der Grünen und linke Gruppen dies unterlaufen und umgehen. Wenn das nicht aufhört, muss eine Sanktionierung mit einer empfindlichen Geldbuße oder Strafe erfolgen, am einfachsten über eine Ergänzung und Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Bund."

Petra Guttenberger, Vorsitzende des Arbeitskreises Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, ergänzt: „Wir stehen für Humanität und Ordnung, aber die Kommunen sind seit langem an der Schwelle zur Überforderung und zum Teil schon darüber hinaus. Es braucht einen grundlegenden Wandel in der Migrationspolitik. Eine wichtige Maßnahme ist die Bezahlkarte, die der Bund endlich deutschlandweit einführen muss. Er liegt hier weit hinter dem versprochenen Zeitplan."

Tauschaktionen beenden

„Leider versuchen vereinzelt selbsternannte Flüchtlingshelfer das Bargeldlimit durch Tauschaktionen zu umgehen. Sie unterwandern damit demokratische Entscheidungen", betont der innenpolitische Sprecher Holger Dremel. Solche Tauschaktionen müssten aufhören. „Leider werden sie derzeit nicht sanktioniert. Das wollen wir über eine Initiative im Bundesrat ändern. Wenn sie – wie in Regensburg – in den Büros der Grünen stattfinden, zeigen solche Aktionen vor allem eins: Die Grünen wollen die illegale Migration gar nicht bekämpfen." **DK**



Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse:

Freistaat stockt Anteil an BayernLB auf

Aufgrund einer Vorgabe der europäischen Bankenaufsicht wird die Bayerische Staatsregierung den Anteil des Freistaats an der BayernLB Holding AG weiter vergrößern. Wie Finanzministerium und Landesbank in München mitteilten, werde eine seit 30 bestehende „Stille Einlage" des Freistaats aufgehoben und im Gegenzug die staatliche Beteiligung von 75 auf 80,2 Prozent erhöht. Zweiter Eigentümer der Landesbank bleiben die bayerischen Sparkassen.

Die Europäische Zentralbank als zuständige Bankaufsichtsbehörde hatte darauf hingewiesen, die „Stille Einlage" nicht mehr als „hartes" Eigenkapital anzuerkennen. Eine „Stille Einlage" bedeutet, dass der Kapitalgeber nicht als Miteigentümer zählt. Konkret wurde die genaue Ausgestaltung der „Stillen Einlage" des Freistaats in der BayernLabo beanstandet.

Bei der Kapitaleinlage des Freistaats handelt es sich um Förderdarlehen für den Wohnungsbau, die die Staatsregierung seit 1994 als sog. Zweckeinlage in die BayernLB übertragen hatte. In der Bilanz der BayernLB waren diese Gelder mit dem ursprünglichen Barwert des Zweckvermögens von rund 612 Millionen Euro verbucht. Außerdem wird der „Stillen Einlage" noch ein Rücklagenanteil zugerechnet, so dass nun durch die Aufstockung des Anteils der Staatsregierung insgesamt rund 1,7 Milliarden Euro in echtes „hartes" Kernkapital umgewandelt werden. Die harte Kernkapitalquote der Bank liegt aktuell bei rund 18,7 Prozent.

„Die Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse ist ein klares Bekenntnis des Freistaats zur BayernLB", unterstrich Finanzminister Albert Füracker. Gerade in allgemein wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie im Moment sei die BayernLB damit auch weiter sehr solide aufgestellt, um ihre gesetzliche Aufgabe als zuverlässiger Finanzierer für bayerische und deutsche Unternehmen zu erfüllen. Auch die Wohnungsbauförderung könne unverändert weitergeführt werden. „Somit haben die bayerischen Bürgerinnen und Bürger bei der Wohnungsbauförderung mit der BayernLabo weiter einen starken Partner an ihrer Seite", betonte Füracker.

Als Finanzminister freue es ihn besonders, dass eine Lösung ohne Eigenkapitalzuführungen der Anteilseigner gefunden werden konnte. Für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit dankte Füracker vor allem dem Vorstandsvorsitzenden der BayernLB, Stephan Winkelmeier, und dem Präsidenten des Sparkassenverbands Bayern, Matthias Dießl.

Letzterer wies darauf hin, dass es „im guten Einvernehmen mit dem Freistaat" gelungen sei, eine Lösung zu finden, die die wirtschaftliche Teilhabe der Anteilseigner an der Bank unverändert lässt. Besonders erfreulich sei zudem, dass die nachhaltige Ausschüttungsfähigkeit der Bank nicht beeinträchtigt wird.

„In geopolitisch und wirtschaftlich besonderen Zeiten ist der Erhalt unserer starken Kapitalbasis ein wichtiges Zeichen für unsere Resilienz", erläuterte Stephan Winkelmeier. „Mit ihrer Einigung unterstreichen unsere beiden Eigentümer das Bekenntnis zum Geschäftsmodell der Bank – dafür sind wir sehr dankbar. Wir freuen uns, damit insbesondere die bayerische und deutsche Wirtschaft bei der Finanzierung der notwendigen Transformation als Fortschrittsfinanzierer zu unterstützen." **DK**



Ausblick der BayernLB für das Jahr 2025:

Politischer Stresstest

Der Chefvolkswirt der BayernLB Dr. Jürgen Michels lud jüngst zum RoundTable „Konjunktur und Finanzmärkte". Laut Michels haben die Finanzmärkte auf das eindeutige Ergebnis der US-Wahlen mit Erleichterung reagiert. Für 2025 erwartet die Landesbank einen volatilen Verlauf an den Märkten. Zudem werde die tatsächliche Umsetzung der Trump-Politik für Überraschungen sorgen. Die angespannte Situation in den Kriegsgebieten in der Ukraine und im Nahen Osten werde sich nicht in Wohlgefallen auflösen und zumindest kurzfristig zu Marktturbulenzen führen.

Eingeschränkter Handlungsspielraum

Die wirtschaftliche Entwicklung, sowohl in den USA als auch weltweit, wird maßgeblich von den Maßnahmen der Trump-Administration beeinflusst werden, insbesondere in den Bereichen Migration und Zollpolitik. Obwohl in einigen Fällen Zölle durch Handelsabkommen gemildert oder vermieden werden können, wird dies voraussichtlich nicht die Regel sein. Stattdessen sind Gegenmaßnahmen anderer Länder zu erwarten, was den globalen Handel und die Konjunktur bremsen sowie den Inflationsdruck erhöhen könnte.

Diese Entwicklungen schränken dann nicht nur den Handlungsspielraum der US-Notenbank (Fed), sondern auch den der Europäischen Zentralbank (EZB) ein. Experten prognostizieren daher ein Ende der Zinssenkungen im ersten Halbjahr 2025. Zudem könnte ein übermäßiger Anstieg der Staatsverschuldung in den USA und Europa zu höheren Risikoprämien führen, was die Finanzierungskosten für den Privatsektor erhöht und Investitionen hemmt.

Positive Impulse

Trotz dieser Herausforderungen gibt es positive Impulse: Steigende Realeinkommen, sinkende kurzfristige Finanzierungskosten und ein Konjunkturpaket in China, das positive Effekte auf die heimische Wirtschaft hat, lassen darauf schließen, dass die globale Konjunktur insgesamt nur leicht abschwächen wird.

Die neue Bundesregierung sieht sich mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert. Die wirtschaftlichen, geopolitischen und strukturellen Rahmenbedingungen sind alles andere als günstig, und kurzfristige Veränderungen scheinen kaum möglich. Vor diesem Hintergrund wird es zunehmend dringlicher, die Weichen für eine mittelfristige Stärkung des Standorts Deutschland zu stellen.

Erforderliche Maßnahmen

Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sind umfassende Maßnahmen erforderlich. Dazu zählen der Abbau von Bürokratie, die Förderung von Innovationen sowie wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern. Auch eine verlässliche Dekarbonisierungsstrategie und die Modernisierung der Infrastruktur spielen eine entscheidende Rolle.

Ein zentraler Aspekt dieser Strategie wäre eine gezielte Anpassung der Schuldenbremse. Diese sollte idealerweise mit einem Einfrieren der Sozialausgaben über mehrere Jahre verbunden werden. Nur durch solche Maßnahmen kann Deutschland den Herausforderungen der Zukunft angemessen begegnen und seine Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern. Die kommenden Monate werden zeigen, ob die Bundesregierung in der Lage ist, diese notwendigen Schritte einzuleiten und damit den Standort Deutschland zukunftsfähig zu machen. **MH**

Ergebnis zum Vorjahr gesteigert:

BayernLB erwirtschaftet in den ersten neun Monaten 1.354 Mio. Euro vor Steuern

Die BayernLB hat in den ersten neun Monaten 2024 ein Vorsteuerergebnis von 1.354 Mio. Euro erzielt (Vj.: 1.296 Mio. Euro). Alle Segmente haben dazu einen positiven Ergebnisbeitrag geleistet, der Wert ist zudem von der Zinssituation geprägt. Das Konzernergebnis (nach Steuern) lag bei 1.053 Mio. Euro (Vj.: 908 Mio. Euro).

„Wir konnten unser Ergebnis mit Rückenwind aus der Zinssituation sowie aufgrund von Einmalerträgen im Vergleich zum Vorjahr steigern. In einem sehr volatilen Marktumfeld stehen wir unseren Kunden mit unserem ausgewogenen Geschäftsmodell partnerschaftlich zur Seite", so Stephan Winkelmeier, CEO der BayernLB.

Der Zinsüberschuss des BayernLB-Konzerns lag bei 2.085 Mio. Euro (Vj.: 2.297 Mio. Euro). Davon entfielen auf die BayernLB rund 0,7 Mrd. Euro, auf die DKB rund 1,4 Mrd. Euro. Der Wert war im Wesentlichen begünstigt durch das Einlagengeschäft der DKB. Der Provisionsüberschuss stieg auf 407 Mio. Euro (Vj.: 333 Mio. Euro) und ist geprägt durch Erträge aus dem Kartengeschäft der DKB, dem Kreditgeschäft sowie dem Fondsgeschäft der Asset-Management-Gesellschaften.


Stephan Winkelmeier. ❐

Risikovorsorge vor allem im Geschäftsfeld Immobilien

Für die ersten neun Monate 2024 hat der BayernLB-Konzern Risikovorsorge in Höhe von -263 Mio. Euro ausgewiesen (Vj.: -28 Mio. Euro). Gebildet wurde Risikovorsorge bei der BayernLB vor allem im Geschäftsfeld Immobilien, im Wesentlichen aufgrund von Einzelfällen bei Projektentwicklungen in Deutschland und Bestandsbüroimmobilien in den USA. Bei der DKB waren Zuführungen sowohl im Bereich „Privatkunden" als auch aufgrund von Einzelfällen im Bereich „Geschäftskunden" zu verzeichnen.

Aufgrund der weiter angespannten Marktlage erwartet die BayernLB auch im weiteren Jahresverlauf höhere Risikokosten im Segment Immobilien. Die NPL-Quote, die den Anteil notleidender Kredite am Gesamtkreditvolumen abbildet, erhöhte sich auf 1,1 Prozent (Vj.: 0,7 Prozent). Das Fair-Value-Ergebnis erhöhte sich auf 252 Mio. Euro (Vj.: 138 Mio. Euro). Es ist geprägt durch das Geschäft mit Emissionszertifikaten und einen weiterhin hohen Ergebnisbeitrag aus dem Geschäft mit Edelmetallen.

Die sonstigen Ergebnisbestandteile lagen bei 140 Mio. Euro (Vj.: -139 Mio. Euro). Das Ergebnis wurde von außerordentlichen Ergebniseffekten, unter anderem Beitrags- und Steuerrückerstattungen, begünstigt. Das negative Ergebnis im Vorjahr ging im Wesentlichen auf Belastungen aus Wertpapier- und Zinssicherungsgeschäften aufgrund des starken Zinsanstiegs zurück.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand des BayernLB-Konzerns blieb mit 1.203 Mio. Euro weitgehend stabil (Vj.: 1.190 Mio. Euro). Der leichte Anstieg bei der BayernLB resultiert aus höheren Aufwendungen für das Projektportfolio. Bei der DKB war vor Umsetzung der Maßnahmen aus dem Effizienzprogramm („Fit4Growth") ebenfalls ein leichter Anstieg der Aufwendungen zu verzeichnen. Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung reduzierte sich auf 46 Mio. Euro (Vj.: 108 Mio. Euro). Der BayernLB-Konzern hatte keine Bankenabgabe zu leisten, da das Beitragsvolumen bereits erfüllt wurde. Der Pflichtbeitrag zur Einlagensicherung erhöhte sich dagegen infolge gewachsener Bemessungsgrundlage auf 46 Mio. Euro (Vj.: 38 Mio. Euro).

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme des BayernLB-Konzerns lag bei 281,4 Mrd. Euro (31.12.2023: 273,4 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) erhöhten sich auf 67,6 Mrd. Euro (31.12.2023: 64,5 Mrd. Euro).

Der Konzern verfügt über eine solide Kapitalbasis. Die CET1-Quote lag bei 18,7 Prozent (31.12.2023: 19,3 Prozent).

Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich deutlich auf 41,7 Prozent (Vj.: 45,3 Prozent), während die Eigenkapitalrentabilität (RoE) 14,7 Prozent betrug (Vj.: 15,3 Prozent).

Ergebnisse der operativen Kundensegmente

Im Segment Immobilien & Sparkassen/Finanzinstitutionen lag das Ergebnis vor Steuern bei 150 Mio. Euro (Vj.: 268 Mio. Euro). Der Ergebnisrückgang ist im Wesentlichen auf eine höhere Risikovorsorge im Bereich Immobilien in weiter anspruchsvollem Marktumfeld und den im Vorjahr deutlich höheren Eingängen auf abgeschriebene Forderungen (Heta) zurückzuführen.

Das Vorsteuerergebnis im Segment Corporates & Markets blieb trotz gedämpfter Kreditnachfrage mit 228 Mio. Euro (Vj.: 249 Mio. Euro) weitgehend stabil.

Das Segment DKB hat sein Ergebnis vor Steuern auf 882 Mio. Euro gesteigert (Vj.: 857 Mio. Euro) und profitierte dabei weiterhin vom hohen Zinsüberschuss aus dem Einlagengeschäft bei einem gleichzeitigen Wachstum im Kreditgeschäft.

Ausblick auf das Gesamtjahr 2024

Die BayernLB erwartet für das Gesamtjahr 2024 ein Vorsteuerergebnis, das sich in der Größenordnung des Vorjahres bewegt. ❐

Der Digitale Euro:

Echter Mehrwert oder Büchse der Pandora?

Kürzlich luden die Jungen Unternehmer im Wirtschaftsbeirat Bayern (WBU) und der Münchner Presseclub zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Digitaler Euro. Vorstandsmitglied Constanze von Hassel begrüßte die zahlreich erschienenen Besucher.

Nach den Worten von Vinzent Ellissen vom WBU hätte eine digitale Zentralbankwährung (CBDC) große Chancen und wenige Risiken, sofern sie denn richtig aufgesetzt wird. Laut Plan der EZB soll die Währung für die Nutzer kostenlos sein und das würde zu Kosteneinsparungen pro Transaktion bzw. einer größeren Unabhängigkeit von VISA, Mastercard und Paypal bzw. den USA führen. Er rief dazu auf hier die Nutzer nur nicht zu vergessen, um ein erneutes DE-Mail Desaster zu vermeiden. Weiter wäre es wichtig, keine digitale Mimikry zu betreiben, sondern gerade die echten digitalen Vorteile nun auszuspielen. Die Technik müsse offen sein (Open-Source) und die EZB solle bloß keine nächste Monopol-App erstellen. Das müssen die Marktteilnehmer schon selbst machen.

Laut MdEP Markus Ferber verliert das Bargeld seit Corona stark an Bedeutung, soll aber auf keinen Fall abgeschafft werden. Laut EU-Kommission soll das digitale Geld offlinefähig sein, nichts kosten und einfach zu handhaben sein. Die EU plane im Moment eine Anwendung für Endkunden. Er selbst halte allerdings – wenn überhaupt – eine B-2-B-Anwendung gerade am Anfang für sinnvoller. Ein Wallet soll stets mit einem Girokonto verbunden und maximal mit 3.000 Euro zu befüllen sein. Dieses Geld wäre allerdings für Banken nicht beleihbar. Einen Zeitplan für die Einführung gibt es noch nicht. Vor Ablauf des Jahrzehnts sieht Ferber hier keine Fortschritte, gerade auch weil jüngst beschlossen wurde, dass SEPA-Überweisungen in Zukunft „instant“ und das kostenlos zu passieren haben.

Da es sich hier um ein Zentralbankgeld handeln würde, müsste man den Digitalen Euro nach Einschätzung von Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank a.D., perfekt aufsetzen. Zeitler selbst sieht große Unsicherheiten. Sollte dieses Geld programmierbar sein, wäre einem Missbrauch durchaus Tür und Tür geöffnet. Er empfinde es auch so, dass unser Leben mit der Währung bereits extrem digital sei und sich nur wenige Vorteile eröffnen. Die Auswirkungen auf den gesamten Bankensektor und auf das Bargeld selbst müssten beachtet werden. In Zeiten von KI und Quantencomputern wären die Sicherheit und der Schutz der Privatsphäre zumindest zu hinterfragen. Wenn überhaupt, dann rät Prof. Zeitler zu einem Modell wie in der Schweiz: Pilotversuch mit einer digitalen Wholesale-Währung für den Industriebereich. Die Büchse der Pandora sieht er nicht geöffnet, aber für ganz ungefährlich hält er die Entwicklungen nicht. **MH**



V.l.: Vinzent Ellissen, Vorstand Junger Wirtschaftsbeirat Bayern, Dr. Uwe Brückner, Präsident Presseclub München e.V., Markus Ferber, MdEP, Constanze von Hassel, Vorstandsmitglied Presseclub München e.V. und Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Vorsitzender der Ausschuss Finanzmärkte Wirtschaftsbeirat Bayern und Vizepräsident der Deutschen Bundesbank a. D. **Bild: MH**

Bayern will bei Push-Government bundesweit vorangehen

Hinter dem Begriff ‚Push-Government‘ verbirgt sich ein kompletter Paradigmenwechsel für die öffentliche Verwaltung. Anstatt darauf zu warten, dass Bürgerinnen und Bürger Anträge stellen, handeln Behörden proaktiv und erbringen Services direkt, individuell und automatisiert.

Digitalminister Dr. Fabian Mehring hat diesen Systemwechsel als nächsten Meilenstein für Modernisierung und Entbürokratisierung der bayerischen Verwaltung benannt. Auf Bayerns Weg zu einer zunehmend antragslosen Verwaltung will Mehring zuerst das bestehende Informationsangebot nutzerfreundlicher gestalten und die BayernApp zum zentralen Kommunikationskanal zwischen Bürgern und Staat ausbauen. Hierauf soll laut Mehring in Zukunft ein staatlicher Push-Nachrichtendienst aufsetzen, der die Behörden im Freistaat unmittelbar auf die Handys seiner Bürger bringt. **DK**

Digitale Signaturen in Behörden

Ende November veranstalteten AKDB und LivingData ihren virtuellen Stammtisch für IT-Spezialisten in Kommunalbehörden. Thema war die Fernsignatur ohne Kartenlesegerät, die eine einfache, sichere und rechtsverbindliche Alternative zur klassischen Signatur bietet. Seit der eIDAS-Verordnung gewinnen digitale Signaturen in Rathäusern zunehmend an Bedeutung.

Holger Gehringer, Leiter Produktbereich Finanzwesen der AKDB, erklärte, wie der AKDB-Signaturservice funktioniert. Die Fernsignatur ermöglicht das Erstellen fortgeschrittener und qualifizierter elektronischer Signaturen (FES/QES) – etwa für Rechnungen oder Anordnungen – ohne Hardware. Statt auf einer Karte wird das elektronische Zertifikat sicher bei der Zertifizierungsstelle gespeichert, wie z. B. dem AKDB-Signaturservice.

In der Praxis

Die Signatur erfolgt aus der Ferne über das Internet, während das Dokument auf dem Rechner des Signaturerstellers bleibt. Ein Hashwert wird erstellt und signiert – ein Verfahren, das maximale Sicherheit garantiert. Der Signaturprozess wird lückenlos dokumentiert und der Workflow medienbruchfrei gestaltet. So ist die eSignatur nahtlos in die webbasierte Finanzsoftware OK.FINN integriert. Die AKDB baut ihr Angebot so weit aus, dass sie Kommunalverwaltungen als (bald auch qualifizierter) Vertrauensdiensteanbieter (VDA) zur Seite steht.

Anbindung an ein DMS

Ein wichtiger Punkt war die Integration des Signaturservices in bestehende Dokumentenmanagement-Systeme (DMS). Schnittstellen zu Fremdsoftware sind jederzeit möglich, erfordern aber finanziellen Aufwand. Das AKDB-DMS komXwork hingegen ist bereits für die Nutzung der Fernsignaturen optimiert.

Automatische Zertifikatsverlängerung

Ein klarer Vorteil des AKDB-Signaturservices gegenüber der Bayern PKI: Während deren Zertifikate nach 36 Monaten ablaufen, verlängern sich AKDB-Zertifikate automatisch. Im Zertifikatsportal können Kommunen Berechtigungen selbständig verwalten. Ein Signaturportal bietet Überblick über laufende Vorgänge und erinnert rechtzeitig an Verlängerungen.

Derzeitige Nutzung und Ausblick

Bereits heute verzeichnet die AKDB täglich rund 35.000 Signaturvorgänge – etwa 40.000 Dokumente werden signiert. Künftig wird auch das digitale Siegeln möglich sein. Ab dem letzten Quartal 2024 wird der AKDB-Signaturservice in Teilen über das Smartphone nutzbar sein – ein weiterer Schritt in Richtung flexibler, moderner Verwaltung. ❐



Festakt zum Abschluss von „Kommunal?Digital!“:

Kommunen begeistern mit smarten Projekten

Sie weisen den Weg in die digitale Zukunft des modernen Staates: Als Preisträger des Ideenwettbewerbs „Kommunal? Digital! – Nachhaltige Digitalprojekte für smarte bayerische Kommunen“ erhielten zehn Landkreise, Städte und Gemeinden eine Förderung für ihre innovativen Smart City-Region-Projekte. Bei einem Festakt in München wurde nun Bilanz gezogen.

„Digitale Transformation und Nachhaltigkeit sind die beiden Megathemen unserer Zeit. Wir dürfen sie nicht gegeneinander ausspielen, sondern gemeinsam denken. Genau dieser Brückenschlag ist uns mit unserem Erfolgsprogramm ‚Kommunal?Digital!‘ erfolgreich gelungen. Nun sollen Kommunen in ganz Bayern von diesen Lösungen profitieren“, unterstrich Staatsminister Dr. Fabian Mehring anlässlich der Abschlussveranstaltung seines Ministeriums. Die Projekte starteten im Dezember 2021 und liefen bis spätestens Ende September 2024. Das Fördervolumen belief sich auf rund 4 Millionen Euro.

Markt Ergoldsbach

Zu den Gewinnern zählt der Markt Ergoldsbach in Niederbayern, der ein Kommunales Klima-Informations-, Warn- und Alarmierungssystem (KliWAS) erstellt hat. Dieses System erfasst kleinräumige Klimaextreme wie Starkregen, Trockenheit und Hitze durch die lokale Messung von Klimadaten mittels IoT-Sensorik. Sollten lokale Wetterextreme bzw. kritische Messwerte überschritten werden, werden automatisch die Bürgerschaft und Einsatzkräfte per App, SMS und Telefonanruf alarmiert.

Die Stadt Aschaffenburg hat gemeinsam mit der TH Aschaffenburg den Prototyp der „Digitalen Manufaktur“ (dima) entwickelt, der Bürgerbeteiligung mit den Elementen des Design Thinkings und Künstlicher Intelligenz auf ein neues Level hebt. Die Bürger können ihre Ideen zur Stadtgestaltung entweder digital über die dima-Website oder analog im städtischen Digitalladen einreichen. Speziell entwickelte KI-Anwendungen suchen nützliche Zusatzinformationen zur unterbreiteten Idee, damit diese der Stadtverwaltung zur Beurteilung zur Verfügung stehen. Mithilfe eines digitalen Design-Thinking-Boards können komplexe Ideen gemeinsam mit der Bürgerschaft zu einer guten Lösung für die Stadt weiterentwickelt werden.

Kempten

Mit seinem Projekt hat es sich Kempten zur Aufgabe gemacht, die Bürgerschaft über aktuelle Aufgaben und Problemstellungen der Stadtentwicklung mittels visualisierter Daten zu informieren. Der hochqualitative Digitale Zwilling der Stadt Kempten ist eine virtuelle Kopie der realen Welt und bildet ihre Strukturen und Prozesse generalisiert ab. Im Digitalen Bürgerforum wird dieser Digitale Zwilling erfahrbar gemacht. Das Bürgerforum wurde in analoger und in digitaler Form aufgebaut, analog mittels angemieteter Räumlichkeiten, digital anhand einer Internetplattform.

In den ländlichen Kommunen der Mittelgebirgslagen des Bayerischen Waldes wird der Winterdienst vor große Herausforderungen gestellt. In der ILE Nationalparkgemeinden e.V. soll unter Verwendung vorliegender Daten, Sensorik und gegebenenfalls erweiterbarer Datenquellen ein intelligentes Wintersystem unterstützen. Genutzt werden sollen vorhandene Daten aus den Kommunen sowie von Schnittstellen. Zusätzlich soll das System mit Datenspenden der Bürgerschaft angereichert werden.

Erlangen

Durch den Klimawandel sind Kommunen gezwungen zu handeln, um ihren Baumbestand mittels künstlicher Bewässerung zu schützen. Durch die IoT-Sensortechnologie wurde in Erlangen ein digitales Werkzeug geschaffen, um den Baumbestand effizienter zu wässern. Über das Stadtgebiet verteilt, wurden anhand eines Rasters Sensoren verteilt, um somit eine interpolierte Aussage über die Feuchtesituation der Standorte sowie gegebenenfalls weitere Umgebungs- und Baumgesundheitsparameter zu erhalten. Hierdurch erhalten die Mitarbeiter die Möglichkeit, ihre Gießroutinen zu optimieren.

Bamberg

Die kommunale Verwaltung in Bamberg wird durch die Klimakrise vor erhebliche Probleme bei der Pflege und dem Erhalt von Baumbeständen gestellt. Das ausgezeichnete Projekt verfolgt einen nachhaltigen und gleichzeitig innovativen Ansatz. Mittels Drohnenbefliegung werden die Baumbestände der Stadt und der städtischen Forsten mit verschiedenen Sensorsystemen erfasst und vermessen. Dies ermöglicht zum Beispiel nach Stürmen oder Hitzephasen die Visualisierung und Bewertung von Schäden. Mithilfe von Methoden der Künstlichen Intelligenz werden einzelne Bäume, deren Gattung und Vitalzustand erkannt. Die Veränderungen in den Baumbeständen werden visualisiert und eine bessere Anpassung an die menschengemachte Klimakrise erreicht.

Hinter dem Projekt in der schwäbischen Gemeinde Lauben steht die Idee, bei der wichtigen Ressource Wasser mithilfe der Digitalisierung zu sparen. Installiert wurde ein Netzwerk mit zentralen Gateways, mit dem diverse Sensorik angesteuert und überwacht wird. An kritischen Standorten wurden Wasserstands-Sensoren zur Überwachung angebracht. Im weiteren Verlauf wird Sensorik zur Überwachung der Schneelast auf öffentlichen Gebäuden oder aber des Füllstands öffentlicher Mülleimer, Wertstoffinseln und Hundetoiletten integriert.

Landkreise Günzburg ...

Der Landkreis Günzburg rief den CO2-Marktplatz ins Leben, um Bürger, Unternehmen, Vereine und Institutionen miteinander über den Klimaschutz zu vernetzen. Der Marktplatz lebt von konkreten Maßnahmen, die den CO2-Ausstoß im Landkreis Günzburg reduzieren und somit effektiven Klimaschutz betreiben. Mittels eines CO2-Rechners kann der individuelle Fußabdruck ermittelt werden. Viele Tipps und Vorschläge für Alltag und Freizeit bieten zahlreiche Anregungen für klimafreundliches Verhalten.

... und Ebersberg

Mit dem Projekt des Landkreises Ebersberg wurde eine offene urbane Plattform für ein effizientes digitales Energiemanagement geschaffen. Die Plattform soll annähernd in Echtzeit die Energiedaten von Liegenschaften erfassen, aufzeichnen, analysieren und auswerten. Ein hoher Energieverbrauch kann so rechtzeitig erkannt werden, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen, den Energieverbrauch der Kommune und der Nutzer zu senken. Damit sollen weitere bayerische Kommunen die Entwicklung der Zählerauslesung, Datenübertragung und Auswertung über die Dashboards eigenständig nutzen können.

Um ihre umfangreichen Tätigkeiten erfüllen zu können, benötigen kommunale Bauhöfe verschiedenste Maschinen. Teilweise sind es Spezialmaschinen, die teuer in der Anschaffung und im Unterhalt sind und zudem nur an wenigen Tagen im Jahr genutzt werden. Beim ausgezeichneten Projekt des oberpfälzischen Marktes Luhe-Wildenau „Rent a Bauhof“ sollen Gemeinden ihre Maschinen und Fahrzeuge anderen Gemeinden über eine Online-Plattform zum Ausleihen zur Verfügung stellen. Maschinen und Konditionen können dank der webbasierten Plattform übersichtlich präsentiert werden. Der Ausleihprozess und die Abrechnung der Geräte erfolgen papierlos. Dadurch werden vorhandene Maschinen besser ausgelastet und Ressourcen eingespart. **DK**





Neue Doppelspitze in der Geschäftsführung des Systemspezialisten Langmatz. V.l.: Ludwig Fischer und Dieter Mitterer. Bild: Langmatz

Langmatz stellt Weichen für die Zukunft

Mit Standorten in Garmisch-Partenkirchen und Oberau sowie rund 440 Beschäftigten zählt die Langmatz GmbH zu den führenden Anbietern für Telekommunikations-, Energie- und Stadtinfrastruktur in Europa. Trotz eines herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds setzt das Unternehmen seinen Erfolgskurs konsequent fort: Langmatz hat 2024 einen Jahresumsatz von mehr als 110 Millionen Euro erzielt und plant, massiv in seine Zukunftsfähigkeit zu investieren. Ein zentraler Schritt ist die Investition von 45 Millionen Euro in den Standort Oberau.

Dieses Vorhaben umfasst die Erweiterung der Produktions- und Verwaltungsflächen sowie die Modernisierung und Optimierung der Fertigungsprozesse. „In Oberau haben wir die Möglichkeit, unsere Infrastruktur an die Anforderungen von morgen anzupassen. Mit dieser umfassenden Investition schaffen wir die Grundlage, um unsere Position als führender Anbieter von Lösungen für den Glasfaserausbau und die Energieinfrastruktur weiter auszubauen“, erklärt Dieter Mitterer, einer der beiden Geschäftsführer von Langmatz.

Erweiterung des Energie-Sortiments

Ab 2025 setzt Langmatz im Rahmen der strategischen Neuausrichtung neben der Glasfaser verstärkt auf Lösungen für den Energiesektor. Mit dem stärkeren Ausbau des Energiebereichs soll ein weiteres Standbein entstehen. „Die Energiewende und der Ausbau nachhaltiger Infrastrukturen eröffnen uns enorme Wachstumschancen. Unser wirtschaftlicher Erfolg erlaubt es uns, langfristig zu planen und die Herausforderungen des globalen Infrastrukturausbaus aktiv zu gestalten“, ergänzt Ludwig Fischer, der gemeinsam mit Dieter Mitterer die Geschäftsführung bildet.

Übernahme stärkt Marktpräsenz

Ein weiterer Meilenstein ist die Übernahme eines langjährigen Vertriebspartners in Ostdeutschland. „Durch diese Integration erweitern wir unsere Kompetenzen, können noch effizienter auf die Bedürfnisse unserer Kunden eingehen und stärken unsere Marktposition nachhaltig“, so Mitterer.

Zum Jahreswechsel wird die Geschäftsführung neu aufgestellt: Ludwig Fischer und Dieter Mitterer übernehmen als Doppelspitze die Leitung des Unternehmens. Die bisher dreiköpfige Geschäftsführung wird damit schlanker und agiler. „Wir danken unserem ausscheidenden Kollegen Leonhard Reitzner herzlich für seinen Einsatz und freuen uns darauf, gemeinsam mit unserem Team die Zukunft von Langmatz aktiv zu gestalten“, betonen die beiden Geschäftsführer.

Dank der starken Nachfrage nach Komponenten für Glasfaser-, 5G- und E-Ladeinfrastrukturen wächst Langmatz seit Jahren dynamisch. Mit einem durchschnittlichen Umsatzwachstum von fünf Prozent pro Jahr und kontinuierlichen Investitionen in innovative Technologien ist das Unternehmen bestens aufgestellt, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu meistern. ❒

Bayern, Baden-Württemberg und Hessen:

Schlagkräftige Allianz für mehr IT-Sicherheit

Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI), die Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg (CSBW), und Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) bündeln ihre Kräfte und bilden eine schlagkräftige Allianz für mehr IT-Sicherheit.

„Cyberangriffe auf die öffentliche Verwaltung und kritische Infrastrukturen werden nicht nur zahlreicher, sondern vor allem auch zunehmend komplexer. Um unsere staatlichen IT-Systeme entschlossen zu schützen und unsere Kommunen sowie insbesondere öffentliche Betreiber kritischer Infrastrukturen bestmöglich zu unterstützen, gewinnt neben dem Ausbau der eigenen Landeskompetenzen auch die enge Zusammenarbeit mit verlässlichen Nachbarn an Bedeutung. Mit der neuen Allianz setzen wir gemeinsam neue Maßstäbe für einen noch engeren operativen Schulterschluss“, so Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, Hessens Minister für Inneres, Sicherheit und Heimatschutz, Prof. Dr. Roman Poseck und Baden-Württembergs Stv. Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl.

Füracker weiter: „Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bayern, Hessen und Baden-Württemberg bietet uns allen wertvolle Chancen zur Stärkung der IT-Sicherheit. Hand in Hand werden wir den länderübergreifenden Erkenntnis- und Wissenstransfer intensivieren, unsere IT-Sicherheitsexperten gemeinsam aus- und fortbilden und uns bei strategischen und operativen Fragestellungen noch stärker abstimmen.“

Das im Dezember 2017 gegründete Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) schützt Bayerns staatliche IT-Systeme, das Bayerische Behördennetz und steht darüber hinaus den bayerischen Kommunen und den Betreibern kritischer Infrastrukturen als spezialisierter IT-Sicherheitsberater umfassend zur Seite. Dank seiner Fachkompetenz gewährleistet das LSI IT-Sicherheit als Grundlage aller Digitalisierungsprojekte des Freistaats. ❒

Digital ja, aber nicht nur

Nach wie vor bieten Kommunen in Bayern fast alle Dienstleistungen auch analog an

Es ist einfach und es ist bequem, eine Webadresse aufzurufen und sich hier zu informieren, hier einzukaufen, hier Bankgeschäfte zu erledigen. Auch Verwaltungen nutzen das Internet zunehmend. Das erleichtert das Leben vieler Bürger. Doch es droht auch die Gefahr, dass Menschen, die mit den digitalen Abläufen nicht mehr Schritt halten, abgehängt und diskriminiert werden. „Ich sehe das an meinem 84-jährigen Vater", warnt André Goldfuß-Wolf, technischer Geschäftsführer der Stadtwerke Weißenburg.

André Goldfuß-Wolf ist überzeugt, dass sich Kommunen dringend mit dem Problem befassen müssen, dass ältere Menschen, kognitiv bedingt, „aus den digitalen Anwendungen rausgedrängt" werden. In einer zunehmend digital geprägten Welt würden immer mehr Senioren faktisch der Zugang zu vielen Abläufen des täglichen Lebens verwehrt oder zumindest unnötig verkompliziert. „Das ist ungerecht!", so der Weißenburger. In der „Hybris der universellen Digitalisierung" dürfe man das Anrecht auf ein selbstbestimmtes Leben und auf einen diskriminierungsfreien Zugang für körperlich oder kognitiv eingeschränkte Menschen nicht aus den Augen verlieren.

Bereits vor vier Jahren sah das die damalige Familienministerin Franziska Giffey allerdings schon ein bisschen anders. Ihr Fokus lag auf der digitalen Bildung von Senioren. „Die Digitalisierung birgt gerade auch für ältere Menschen ein riesiges Potenzial, das wir noch viel stärker ausschöpfen müssen", erklärte sie, als sie den achten Altersbericht „Ältere Menschen und Digitalisierung" vorstellte. Nun macht es sicherlich Sinn, auch ältere Bürger digital zu bilden. Gleichzeitig müsse es aber auch ein bedingungsloses „Recht auf ein analoges Leben ohne strukturelle Nachteile" geben, fordert der Verein „Digitalcourage".

In der Musik zeigt der Weg von der Schallplatte über die Compact Disc bis hin zu heutigen Streaming-Diensten wie Spotify, dass die technische Entwicklung nicht aufzuhalten ist. Nur noch Liebhaber sammeln heute Platten. Kein Jugendlicher sitzt mehr mit dem Walkman im Bus. Auch in anderen Feldern wird das Analoge zunehmend vom Digitalen aufgefressen. „In einer kommunalen Verwaltung können die analogen Angebote jedoch nicht von heute auf morgen zurückgefahren werden", beruhigt Magdalena Stimpfle von der Pressestelle der Stadt Nördlingen. Dort gibt es seit etwa zehn Jahren ein Bürgerserviceportal, über das Leistungen der Verwaltung digital verfügbar sind.

Bloß mit Unterschrift

Dass es vor allem in der älteren Bevölkerung ein Defizit an digitalen Kompetenzen gibt, ist der Nördlinger Stadtverwaltung bewusst. Dies werde bei der kommunalen Strategie berücksichtigt, versichert Stimpfle. Alle Dienste, die digital verfügbar sind und auch einen Nutzen versprechen, würden ins Bürger-Serviceportal eingebunden. „Wir folgen hier weniger politischen Schlagworten wie 'Digital-Only' oder 'Digital-First'." Beides habe in Nördlingen keine Priorität, da alle Services auch analog angeboten würden. Für viele wichtige Leistungen gebe es auch noch keine digitale Alternative. Etwa, weil es von Gesetzes wegen eigenhändige Unterschriften oder das persönliche Erscheinen braucht.

Welch ein beklemmendes Gefühl das ist, ohne digitale Kompetenzen dem Computer „ausgeliefert" zu sein, kann sich jeder, der kein „digital native" ist, unschwer vorstellen. Doch offensichtlich wird das Analoge auch von Bürgern, die versiert mit dem Internet umgehen können, weiterhin oft vorgezogen. Zumal, wenn es um Behördenangelegenheiten geht. In Nördlingen jedenfalls werden die digitalen Angebote aktuell nur zu 10 bis 20 Prozent genutzt. Viele Bürger, heißt es von der Pressestelle, suchten den persönlichen Kontakt. Vor allem dann, wenn die Anliegen etwas komplexer sind.

Auch in Nürnberg wird kein Bürger, der sich digital nicht zu helfen weiß, im Regen stehen gelassen, versichert der städtische IT-Referent Thorsten Brehm: „Wir handeln im Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern ‚digilog', wie unser Oberbürgermeister gerne sagt, genauer gesagt: Digital first, but not only." Dies bedeute zunächst, dass alle Online-Angebote möglichst nutzerfreundlich umgesetzt würden: „Zudem wird es immer auch Mischangebote und analoge Leistungen geben." Um Offlinern eine Möglichkeit zur Terminvereinbarung jenseits des klassischen Telefons zu geben, soll demnächst ein telefonisches Angebot mittels Voicebots eingeführt werden.

Unmöglicher Rückzug

Vollumfängliche Teilhabe an kommunalen Bürgerangeboten müsse gewährleistet sein, betont Brehm. Gerade bei den klassischen Behördenangelegenheiten sei ein Rückzug ins rein Digitale rechtlich auch gar nicht möglich. Ein analoges Angebot sei zwingend vorzuhalten: „Und diesem Auftrag kommen wir nach."

In der Stadt Aschaffenburg ist der Weg hin zu einer immer digitaleren Bürgerkommunikation sehr einfallsreich angelegt. „Wir haben zum Beispiel analoge Sprechstunden und Beratungsangebote im Digitalladen, um sich vor Ort unterstützen zu lassen", so Pressesprecherin Carla Diehl. Durch eine Multikanal-Kommunikationsstrategie werde den Bürgern die Digitalisierung erklärt: „Und zwar in Form von Social-Media-Kanälen, Blogbeiträgen, Printmedien wie Flyer und einer Zeitung, die an alle Haushalte verteilt wird, sowie eines regelmäßig erscheinenden Newsletters." Pressemitteilungen würden mit Hilfe von KI in Leichte Sprache übersetzt.

Regensburg formuliert Manko

Auch wenn sich die Digitalisierung ebenso wenig wie die Industrialisierung aufhalten lässt: Sie muss geregelt werden. Darauf verweist die Stadt Regensburg, denn sie sieht hier ein großes Manko. „Eine Rechtsgrundlage gibt es allgemein nur in wenigen Fällen", so Pressesprecherin Juliane von Roenne-Styra. So existiere die Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung von Daten nach dem Einkommensteuergesetz bei bestimmten Veranlagungsfällen an die Finanzbehörden. „Für den kommunalen Bereich sind uns keine solchen Rechtsgrundlagen bekannt", sagt sie. Die Stadt Regensburg bietet bisher alle hoheitlichen Dienstleistungen prinzipiell auch analog an.

Die Bürger von Gauting schätzen es, dass sie nicht mehr jedes Anliegen vor Ort auf dem Rathaus regeln müssen, sagt Charlotte Jans, Pressesprecherin der Gemeinde. Für sein digitales Engagement sei Gauting als „Digitales Amt" ausgezeichnet worden. Viele Dienstleistungen wie Terminvereinbarungen oder Anträge seien online über das Bürgerservice-Portal verfügbar: „Dabei verfolgen wir jedoch keinen reinen ‚digital first'-Ansatz, sondern einen hybriden Weg." Großen Wert werde auf eine intuitive Gestaltung der digitalen Angebote gelegt: „Unsere App ist beispielsweise durch eine Kacheloptik mit eingängigen Piktogrammen übersichtlich und einfach strukturiert."

Die Gemeinde will weiterhin ein offenes Ohr für alle Bürger haben, auch für jene, die sich aus Gründen des Alters, der Gesundheit oder aufgrund eines bewussten Entschlusses gegen das Digitale entschieden. „Während der Öffnungszeiten versuchen wir immer, ausreichend Kapazitäten für den Präsenzservice im Rathaus zur Verfügung zu stellen", so Jans. Es sei weiterhin möglich, Termine telefonisch zu vereinbaren: „Die meisten Termine werden jedoch über unser Online-Portal gebucht." Ins Einwohnermeldeamt könne man während der Öffnungszeiten unangemeldet kommen: „Dann muss man aber mit Wartezeiten rechnen.

Beispiel Ingolstadt

Noch kommt es also überall in Bayern zur Überschneidung von analogen und digitalen Angeboten. Allerdings mit unterschiedlicher Ausprägung. Ingolstadt zum Beispiel kann sich für den Gedanken „digital first" durchaus erwärmen. „Das bedeutet, dass der digitale Weg derjenige ist, der dem suchenden Bürger zuerst angeboten wird", so Pressesprecherin Sabine Gooss. Sucht jemand einen Antrag auf der Website der Stadt, für den es ein Onlineverfahren gibt, finde er einen Link zu einem online absendbaren Antrag: „Statt eines Dokuments zum Ausdrucken." Die Stadt begrüßt es ausdrücklich, wenn Bürger „ohne eigene Präferenz" den digitalen Weg wählen.

Aber natürlich wird auch an die gedacht, die sich bisher vergeblich um digitale Kompetenz bemüht haben. Oder die das gar nicht erst tun wollen. „Vor-Ort-Termine sind nach wie vor möglich und werden auch in Zukunft möglich sein", versichert die Pressestelle. Es werde auch immer Angelegenheiten geben, in denen der direkte Austausch und die persönliche Beratung unerlässlich bleiben: „Digitalisierung bei einfacheren Vorgängen kann helfen, für solche Fälle Kapazitäten freizuhaben." Doch auch, wenn ein komplexer Erstantrag persönlich gestellt wird, könne der simplere jährliche Weiterbewilligungsantrag direkt in der Beratung vorgestellt werden.

Immer weniger Kontakt

Dass man ganz schön ins Schleudern kommen kann, wenn man digital nicht fit ist, das erfährt Michaela Monno-Linde, Fachberaterin für pflegende Angehörige bei der Caritas im Landkreis Main-Spessart immer wieder. Die zunehmende Digitalisierung hat für sie allerdings noch mal eine ganz andere Komponente: Sie ist nach ihrer Überzeugung nicht gut für das soziale Zusammenleben. „Gerade für ältere Menschen ist der persönliche Kontakt beim Einkaufen, bei Bankgeschäften und auch bei Behördenangelegenheiten wichtig", sagt sie.

So gut es für die alleinerziehende Teilzeitbeschäftigte mit zwei Kindern sein mag, dass sie ihre wenige Zeit nicht auch noch dafür verwenden muss, aufs Rathaus zu gehen: Für einen großen Teil der Bürger bringt die Digitalisierung Nachteile mit sich. Sie gehe mit einem Wegfall persönlicher Ansprache einher, unterstreicht Monno-Linde. Das sei nicht zuletzt im ländlichen Raum gar nicht gut: „Denn hier gibt es oft keine Gaststätte, kein Wirtshaus mehr, in dem sich Menschen treffen könnten." Gleichzeitig verliere der Kirchenbesuch und das Treffen von Gemeindemitgliedern an Bedeutung: „Vereine klagen über Mitgliederschwund oder müssen komplett aufgeben." **Pat Christ**

Telekom und Energie Südbayern vereinbaren Zusammenarbeit

Gemeinsamer Glasfaserausbau in den Landkreisen Landshut, Rottal-Inn und Mühldorf am Inn

Die Deutsche Telekom und Energie Südbayern (ESB) haben eine Rahmenvereinbarung geschlossen. Ziel ist es, den Glasfaserausbau in Südbayern zu beschleunigen. Ein erstes gemeinsames Projekt wird derzeit bereits in den Landkreisen Landshut, Rottal-Inn und Mühldorf am Inn umgesetzt. Im Rahmen von geförderten Ausbauprojekten wurden hier bereits 4.600 Haushalte und Unternehmen mit Glasfaser angeschlossen. Gebaut wurde das Netz durch die ESB.

Um das neue Glasfasernetz für die Telekom nutzbar zu machen, werden unter anderem 11 Übergabepunkte für die Netzkopplung aufgebaut. Die Bereitstellung des Netzes soll bis Ende 2027 abgeschlossen sein. Auf dem Netz wird es anschließend zwei parallele Netzbetreiber geben. Die Kundinnen und Kunden haben dann die Wahl zwischen den Angeboten von Telekom und M-net. Über die Fiber Plattform der Telekom steht das Glasfasernetz der ESB weiteren Anbietern offen.

Guido Hüngsberg, Leiter Implementierung Breitbandkooperationen Telekom: „Die ESB ist einer der ersten regionalen Energieversorger in Bayern, den wir auf unserer Fiber-Plattform willkommen heißen dürfen. Bislang haben wir vor allem mit Stadtwerken kooperiert. Dieser Schritt markiert einen wichtigen Meilenstein in unseren Partnerschaften. Gemeinsam mit der ESB setzen wir ein starkes Signal für die Zukunft – eine Zusammenarbeit mit Vorbildcharakter."

Zuverlässiges Angebot

Michael Schneider, Verantwortlicher Breitband bei Energie Südbayern: „Wir freuen uns über die Zusammenarbeit zum weiteren Glasfaserausbau in Südbayern. Schnelles Internet ist nicht nur zentral für die Menschen, die hier leben, sondern mehr denn je ein wirtschaftlicher Standortvorteil, der die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Region erhöht. Als Infrastrukturanbieter haben wir das notwendige Know-how und kennen die Voraussetzungen vor Ort. Gemeinsam mit der Telekom schaffen wir ein tolles und zuverlässiges Angebot." ❐



Auszeichnung für 15 Best-Practice Beispiele aus allen Regierungsbezirken:

Gigabit-Tag BAYERN 2024

Füracker: Siegel „Gigabitregion" für Vorreiterkommunen beim Glasfaserausbau
Weiterer Impuls für schnelleren Glasfaserausbau

„Mehr als 2,5 Milliarden Euro an bayerischen Fördermitteln, über 100.000 Kilometer geförderte Glasfaserleitungen und bald schon Gigabitverfügbarkeit für 81 Prozent aller Haushalte: Bayern setzt beim Glasfaserausbau Maßstäbe – von unserer zukunftsfähigen Infrastruktur werden noch Generation profitieren! Der heutige Gigabit-Tag bildet nicht nur das passende Format um die erreichten Erfolge und den Einsatz unserer Gemeinden, Städte und Landkreise zu würdigen, sondern bietet auch Gelegenheit für den direkten Austausch: Mit gegenseitigem Verständnis können Freistaat, Kommunen, private Netzbetreiber, Wirtschaft und Anschlussnutzer die Basis für ein noch höheres Ausbautempo legen. Angesichts von Fördermittelkürzungen im enttäuschenden Bundesprogramm ist der umfassende Dialog für die digitale Zukunft des Freistaats unverzichtbar!", so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

„Unter Bayerns Kommunen gibt es großartige Vorreiter der digitalen Infrastruktur: Mit einer Gigabitabdeckung von 90 Prozent und mehr bieten schon über 200 Vorbildkommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern heute bereits praktisch flächendeckend beste Zukunftsbedingungen. Mit dem Siegel ‚Gigabitregion' machen wir dieses wertvolle Engagement weithin sichtbar, eröffnen Werbemöglichkeiten und setzen Impulse zum Nacheifern. Besonders gratuliere ich unseren 15 Best-Practice-Kommunen, die heute für ihren besonderen Einsatz stellvertretend als Erste mit dem Siegel ausgezeichnet werden", so Füracker weiter.

Landrat Franz Löffler erläuterte dass sich mit dem Eigenbetrieb Digitale Infrastruktur der Landkreis Cham 2019 bewusst dafür entschieden habe, den Glasfaserausbau als Kommune selbst in die Hand zu nehmen. Es sei eine gewaltige Aufgabe gewesen, neben 19.000 Gebäudeanschlüssen, eine Trasse von 2.300 Kilometern mit einer Höhendifferenz von teilweise über 1.000 Meter durch Gebiete mit hohem Felsvorkommen zu graben.

Fach- und Organisationskompetenz

„Dafür haben wir uns selbst eine hohe Fach- und Organisationskompetenz aufgebaut. Mit einem Investitionsvolumen von mehr als 200 Millionen Euro sind wir auf eine zuverlässige Unterstützung durch die Fördermittelgeber in Land und Bund angewiesen. Mein großer Dank gilt hier dem Freistaat Bayern, der uns bei diesem Vorhaben als tatkräftiger und starker Partner begleitet. Gemeinsam bringen wir die Weiterentwicklung unserer Gigabit-Region bestmöglich voran und stärken die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum", so der Landrat.

Oliver Plewa, Erster Bürgermeister Markt Mitwitz, lobte die zuverlässige Förderung mit einer hohen Förderquote durch den Freistaat. „Sie versetzt uns in die Lage, den Breitbandausbau bedarfsgerecht in dieser Intensität voranzutreiben. Damit erreichen wir unser Ziel in absehbarer Zeit die Gemeinde flächendeckend mit Breitband zu versorgen. Das ist ein sehr wichtiger Standortfaktor."

Milliardeninvestitionen

Für die Deutsche Telekom AG versicherte, Thilo Höllen, Senior Vice President Breitbandkooperationen, dass sein Unternehmen den Glasfaserausbau in Bayern mit aller Kraft vorantreibe. „Dabei setzen wir auf drei Säulen: wir investieren Milliardenbeträge in die Modernisierung unserer Netze; wir beteiligen uns intensiv an der geförderten Erschließung ländlicher Gebiete; wir vereinbaren Kooperationen auch mit regionalen Netzbetreibern." Insofern freute sich Höllen besonders darüber, dass der bayerische Gigabit-Tag ausgerechnet in Regensburg stattfand, „denn mit der Stadt und dem Netzbetreiber R-KOM haben wir gerade erst einen wegweisenden Kooperationsvertrag unterzeichnet." ❐



Die Hauptpersonen des Feldtests. V.l.: Franz Herrler (Werkleiter des Wasserzweckverbandes Laber-Naab), Hans Schmid (zweiter Vorsitzender des Wasserzweckverbandes Laber-Naab), Josef Bauer (1. Vorsitzender des Wasserzweckverbandes Laber-Naab), Prof. Dr. Jürgen Mottok, Staatsminister Albert Füracker (mit einem auswechselbaren Modul), Tobias Frauenschläger, LSI-Präsident Bernd Geisler. Bild: Markus Bauer

„Wir brauchen quantensichere Kryptographie"

Feldtest zur Sicherheit gegen Cyber-Angriffe beim Wasserzweckverband Laber-Naab

Angriffe auf kritische Infrastruktur – besonders seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine steht diese Thematik fast täglich im Fokus und in den Medien. Ein sehr wichtiger Bereich der Infrastruktur ist zweifelsohne die Wasserversorgung. Daher widmet der Zweckverband der Wasserversorgung Laber-Naab diesem Aspekt bereits seit längerer Zeit ein besonderes Augenmerk. In Kooperation mit der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg läuft seit Anfang 2023 das Projekt „KRITIS3M". Damit sollen Netze gegen potenzielle Cybergefahren geschützt werden. Anhand eines Feldtestes gab es einen Einblick in das Vorhaben.

Am Tag zuvor wurde in Garching der leistungsfähigste Quanten-Computer Europas vorgestellt. Aber auch in diesem neuen Hochtechnologiebereich gibt es Möglichkeiten zum Eindringen und Hacken. Das Projekt „KRITIS3M" entwickelt und erprobt zukunftsweisende Lösungen für kritische Infrastrukturen und Security-Module auf Basis von Post-Quanten-Kryptographie (PQC).

Der Vorsitzende des Wasserzweckverbandes Laber-Naab Josef Bauer freute sich in seiner Begrüßung über das große Interesse an dem Feldtest und stellte seinen Verband kurz vor. Besonders verwies er auf die inzwischen eigenständige Laber-Naab Infrastruktur GmbH mit 47 Kommunen und einem eigenen Glasfasernetz sowie auf die ebenfalls per Glasfaserleitung überwachten Einrichtungen des Wasserzweckverbandes. Zur Realität gehöre aber auch, so Bauer, die „Vorbereitung auf Cyber-Angriffe". So sei die Kooperation mit der OTH Regensburg und dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) entstanden.

Verschlüsselungsnotwendigkeiten

In seinem Grußwort würdigte Bayerns Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker den Laber-Naab-Werkleiter Franz Herrler als „Innovator und Motivator für neue Entwicklungen im digitalen Bereich" und bezeichnete die Bauernhöfe sowie die Wasserversorger als die „wichtigsten Einrichtungen". Da das LSI in seinem Ministerium angesiedelt ist, sei er in eben dieses Projekt eingebunden. „Es besteht immer die Gefahr, gehackt zu werden. Und was passiert heute, morgen und übermorgen?", fragte der Minister. Mit Blick auf die Technologie der Quanten-Computer stellte er fest, dass auch solche kryptographischen Verfahren gehackt werden könnten. Daher seien – wie beim Feldtest bzw. bei „KRITIS3M" zu sehen – „Verschlüsselungsnotwendigkeiten für die nächsten Generationen" zu erarbeiten.

„Heute laufen die Forschungen an Lösungen, mit denen im nächsten Jahrzehnt sicher verschlüsselt werden kann", verdeutlichte LSI-Präsident Bernd Geisler in seinem Grußwort. Auch er verwies auf die Quantentechnik und damit auf ein „Umfeld, in dem die heutigen Verschlüsselungsmethoden nicht mehr sicher sein können. Wir brauchen quantensichere Kryptographie", forderte er.

Keine Versorgungssicherheit ohne IT-Sicherheit

„Es gibt keine Versorgungssicherheit ohne IT-Sicherheit", brachte Prof. Dr. Jürgen Mottok, Inhaber der Forschungsprofessur für Safe and Secure Software Engineering an der OTH Regensburg und Leiter des Projekts „KRITIS3M", die zentralen Fakten auf den Punkt. Den Wasserzweckverband Laber-Naab lobte er wegen der geschaffenen Infrastrukturen, die eine gute Basis für das Projekt böten. Es gehe um „Systeme, die den Veränderungen in der Kryptographie standhalten – durch ständige Updates und Patches. Wir brauchen eine quantensichere Kryptographie, Kryptoagilität", betonte auch Mottok.

Regelmäßige Nachrüstung

Professor Mottoks wissenschaftlicher Mitarbeiter Tobias Frauenschläger stellte schließlich die Details vor: zunächst die technischen Systeme und Anlagen des Zweckverbandes (Brunnen, Hochbehälter, Wasseraufbereitungsanlage, Leitungen usw.), die bereits mit digitalen Komponenten ausgestattet sind. Doch trotz des eigenen Glasfasernetzes und der noch jungen Technik seien, so Frauenschläger, unbemerkte Cyber-Angriffe möglich, vor allem angesichts der Umbrüche in der Kryptographie. Daher müsse der Schutz langfristig angelegt werden, zumal ja auch die teils noch relativ neuen Anlagen 20 bis 30 Jahre laufen sollten. Grundsätzlich seien daher regelmäßige Updates bzw. Nachrüstungen angesagt. Konkret geschehe das über die Entwicklung von Security-Modulen, die auch nachträglich in Systeme installiert werden können. Aber auch neue Feldgeräte würden entwickelt. Darüber hinaus laufe die IT-Sicherheit niederschwellig, so dass die Nutzer die Programme einfach bearbeiten und umstellen können. Kontinuierlich werde es Update-Funktionen geben, um Kryptoagilität bereitzustellen. In der Praxis bedeute dies Software- und Hardware-Änderungen.

Nach diesen theoretischen Ausführungen wurde es ernst, der Feldtest stand an. Darunter versteht man den Versuch, bei dem technische Systeme in realen Anlagen und unter realen Bedingungen getestet werden. Mit einem Mausklick starteten Minister Füracker und Zweckverbandsvorsitzender Bauer den Test. Auf der großen Schaltzentrale und den Daten wurde sofort sichtbar, dass die Sicherheitsmodule beim Wasserzweckverband erfolgreich erprobt wurden.

Das Projekt „KRITIS3M" wurde im Jahr 2021 beantragt, der konkrete Startschuss fiel am 1. Januar 2023. Es läuft bis Ende des Jahres 2025 bei einer Förderung von drei Millionen Euro, wobei ein wesentlicher Schwerpunkt auf dem Forschungsaspekt liegt. **Markus Bauer**

Digitale Transformation

AKDB und CrowdInsights bündeln Kräfte, um die digitale Transformation der Kommunen zu begleiten und die kommunalen Herausforderungen der Zukunft zu meistern

Mit der strategischen Investition in CrowdInsights stärkt die AKDB ihre Rolle als führender Digitalisierungspartner der Kommunen. Ziel der Partnerschaft ist es, ein flexibles und effizientes Angebot zu entwickeln, um die digitale Transformation der Kommunen erfolgreich zu gestalten und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie weiteren Akteuren die zentralen Herausforderungen vor Ort zu meistern.

„Mit CrowdInsights gewinnen wir einen kompetenten Partner, der unser Portfolio optimal ergänzt und es uns ermöglicht, Kommunen bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen und Veränderungen umfassend zu begleiten. Wir unterstützen die Kommunen ganzheitlich dabei, die drängendsten Fragen unter anderem in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung, Digitalisierung, demografischer Wandel, Daseinsvorsorge, Mobilität, Energie, Stadtplanung und Integration gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie weiteren Akteuren vor Ort zu lösen", betont Gudrun Aschenbrenner, Mitglied des AKDB-Vorstands.

Dafür stellt CrowdInsights eine digitale Beteiligungs- und Umfrageplattform zur Verfügung, die sich durch eine attraktive Nutzerführung und moderne Technologie auszeichnet. Gleichzeitig steht CrowdInsights den Kommunen mit weitreichender Erfahrung in Beratung, Prozessbegleitung, Datenanalyse und Moderation zur Verfügung.

Beteiligungsplattform

„Wir freuen uns, mit der AKDB den Partner der Kommunen an unserer Seite zu haben, der großes Vertrauen genießt. Mit unserer Beteiligungs- und Umfrageplattform sowie unserer Expertise in der Konzeption und Durchführung von Beteiligungs- und Partizipationsprozessen möchten wir möglichst viele Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam mit den Menschen vor Ort die besten Ideen zu entwickeln und vor allem auch umzusetzen", so Lukas Wolf, Geschäftsführer von CrowdInsights.



Lukas Wolf, Geschäftsführer von CrowdInsights, und Gudrun Aschenbrenner, Mitglied des AKDB-Vorstands. Bild: AKDB

Bürgerbeteiligung

Die Partnerschaft ermöglicht es CrowdInsights, das Lösungsangebot noch spezifischer auf die zukünftigen Herausforderungen der Kommunen auszurichten und gleichzeitig neben der informellen auch die formelle Bürgerbeteiligung abbilden zu können. Ein weiterer Fokus liegt auf der vertieften Integration der Beteiligungs- und Umfrageplattform in die Fachanwendungen, um eine echte End-to-End-Digitalisierung zu ermöglichen. Ein Beispiel hierfür ist die Lösung Bürgerhaushalt.

Durch die Integration in das Dokumentenmanagementsystem komXwork können zuständigen die Fachämter die eingereichten Vorschläge schnell und einfach in ihrer gewohnten Umgebung prüfen und bewerten. Der individuelle Aufwand für die Durchführung von Bürgerhaushalten wird dadurch erheblich reduziert. ❐

Neue Infrastruktur für Supercomputing:

Bayern baut europäische KI-Fabrik mit auf

KI für Forschung, Industrie und öffentliche Verwaltung
Sieben Standorte in Europa

Wer Künstliche Intelligenz einsetzen will, braucht neben Fachwissen vor allem geeignete KI-Computing-Hardware, Software und Datenpoolbestände. Entsprechende Angebote sind bisher in Deutschland und Europa für Forschungseinrichtungen und Unternehmen noch nicht ausreichend verfügbar.

Bayern wird daher gemeinsam mit weiteren Partnern eine europäische KI-Fabrik einrichten, die den Einsatz von KI-Technologie in Wissenschaft und Wirtschaft deutlich erleichtert. Das Leibniz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (LRZ) ist starker Partner in einem neuen Konsortium namens HammerHAI, das diese für KI optimierte Supercomputing-Infrastruktur inklusive Beratung und Support bereitstellen wird. HammerHAI ist eine von sieben europäischen KI-Fabriken, die von der EuroHPC Joint Undertaking (EuroHPC JU) angekündigt wurden.

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder freut sich über die „sehr gute Nachricht" denn München ist bei der neuen KI-Fabrik dabei. „Künstliche Intelligenz ist wie ein Urknall für das Wissensuniversum", meint er und beglückwünscht Wissenschaftsminister Markus Blume zu diesem Erfolg, den Söder als weiteren Baustein für das bayerische Hightech Netzwerk betrachtet. Auch Wissenschaftsminister Markus Blume wertet den Zuschlag als Riesenerfolg für Deutschland und Bayern. Die europäische KI-Fabrik werde den weiß-blauen Stempel tragen.

„Mit unserer bayerischen Hightech Agenda haben wir den Freistaat gezielt zu einem Premiumstandort für die Zukunftstechnologien im Herzen von Europa entwickelt. Der Zuschlag für unsere Bewerbung zeigt, dass auch in Brüssel angekommen ist, dass der Sound der Zukunft aus Bayern kommt" meinte Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring.

Prof. Dieter Kranzlmüller, Vorsitzender des Direktoriums des Leibniz-Rechenzentrums weiß, dass KI zuverlässig und datenschutz-konform funktionieren muss. Insbesondere für die Verbindung von Hochleistungsrechnern und KI habe man in internationalen Projekten wie dem Trillion Parameter Consortium für vertrauenswürdige KI-Methoden sowie beim Aufbau einer leistungsstarken KI-Infrastruktur für Bayern viel Expertise aufgebaut. ❐

Bayerischer Tourismustag 2024:

Investitionen als Wachstumsmotor

Unter dem Motto „Destination Next: Tourismus für lebenswerte Regionen“ fand in Bamberg der Bayerische Tourismustag 2024 statt. Zahlreiche Fachleute und Entscheidungsträger aus der Branche beleuchteten die aktuelle Situation des Fremdenverkehrs im Freistaat. Dabei lag das Augenmerk auf der Notwendigkeit von Ankerinvestitionen, um den Tourismus zukunftssicher zu gestalten.

Mit über 350 Teilnehmern wurde ein starkes Zeichen gesetzt. Barbara Radomski, Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH, eröffnete die Veranstaltung mit einem Aufruf zu mehr Mut: „Ankerinvestitionen stärken den Tourismus nachhaltig!“ Denn Investitionen in Hotels, Thermen und Infrastruktur (siehe Bergbahnen) schafften nicht nur Qualität, sondern auch Wertschöpfung für ganze Regionen. Bayern solle dabei Vorreiter bleiben und sich im Wettbewerb behaupten.

Klarheit und politische Verlässlichkeit benötigt

„Die Ampel hinterlässt einen Scherbenhaufen aus Tatenlosigkeit und falschen Entscheidungen in der Tourismuspolitik. So konnte es nicht mehr weitergehen. Wir haben große Erwartungen an die neue Bundesregierung“, unterstrich Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber. Sie verwies vor allem auf die falsche Anhebung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie und den mangelnden Willen der Ampel, die Branche in Sachen Arbeitszeitflexibilisierung oder Bürokratieabbau wirksam zu unterstützen. Die Tourismuswirtschaft benötige jetzt mehr denn je Klarheit und politische Verlässlichkeit. „Wir brauchen endlich wieder eine handlungsfähige neue Bundesregierung!“

Mit Blick auf die bayerische Tourismuspolitik hob Kaniber die gute Entwicklung der vergangenen Monate hervor: „Bayern steht im Wettbewerb der Destinationen hervorragend da. Wir liegen bei Gästeankünften und Übernachtungszahlen nicht nur über dem Niveau des Vorjahres, sondern auch wieder über den Vor-Corona-Werten von 2019.“ Mehr als 500 Mio. Tagesgäste jährlich sorgten für zweistellige Milliardenumsätze, 20 Prozent des deutschen Tourismusumsatzes kämen aus Bayern. Zudem sei der Freistaat mit 1.350 Museen auch kulturell deutschlandweit führend.

Letztlich gehe es aber nicht nur um Rekordzahlen, machte Kaniber deutlich. Man wolle kein Wachstum um jeden Preis. „Wir machen Tourismuspolitik mit Mehrwert. Wir werden weiter einen qualitätsvollen und werteorientierten Tourismus stärken, der positiv auf die Lebensqualität vor Ort einzahlt. Es geht darum, die Erlebniswelt der Gäste und die Lebenswelt der Einheimischen weiter in Einklang zu halten“, stellte die Ministerin fest.

Förderzusage im Rahmen der Kongressinitiative

Kaniber überreichte auf dem Tourismustag zudem eine Förderzusage im Rahmen der neu geschaffenen Kongressinitiative für die bayerische Tourismuswirtschaft: „Mit 27.500 Euro fördern wir die Deutsche Gesellschaft für Epileptologie, die ihre viertägige Jahrestagung im Jahr 2026 in Würzburg abhalten wird. Es freut mich sehr, dass es uns gelungen ist, diese wichtige Veranstaltung nach Bayern zu holen.“ Die Ministerin zeigte sich überzeugt, dass es mit der Förderinitiative gelingen werde, noch viele weitere bedeutende Kongresse und Tagungen nach Bayern zu holen. „Mit unserer Förderinitiative können wir einen wichtigen Pluspunkt in den Wettbewerb einbringen.“

Ein zentrales Panel beschäftigte sich mit der Frage, warum Ankerinvestitionen für einen funktionierenden Tourismus unabdingbar sind. In diesem Kontext brachten namhafte Persönlichkeiten aus der Branche ihre Sicht der Dinge ein, darunter Bernhard Taubenberger von der Schörghuber Stiftung & Co. Holding KG, Alfred Bauer vom Bayerischen Zentrum für Tourismus, und Nico Cieslar, der das Marketing und die internationalen Beziehungen in Forchheim leitet. Angela Inselkammer, Vizepräsidentin des Dehoga Bayern, wies auf bestehende Schwierigkeiten wie Umsatzrückgänge und hohe Belastungen durch einen Steuersatz von 48 Prozent hin. Darüber hinaus hielten 80 Prozent der Betriebe Investitionen zurück, wodurch die Entwicklung gebremst würde. Um den Sektor zu stärken, muss die Agenda 2030 aus Inselkammers Sicht Entlastungen für touristische Leistungsträger enthalten.

Paradebeispiel Günzburg

Mit Blick auf Ankerinvestitionen als Erfolgsmodell verwies Landrat Dr. Hans Reichhardt auf das Paradebeispiel Günzburg: Mit dem Bau des Legolands stiegen die Übernachtungen von 180.000 auf über eine Million. Solche Investitionen veränderten ganze Regionen und schafften Perspektiven für kommende Generationen, so Reichhardt.

In seiner Keynote „Destinationserfolg ist kein Zufall: Herausforderungen und Erfolgsfaktoren im Destinationsmanagement“ zeigte Prof. Hubert J. Siller, langjähriger Leiter des Department für Tourismus- & Freizeitwirtschaft (MCI Tourismus) am MCI Management Center Innsbruck, dass der Erfolg einer touristischen Destination zunehmend mit echtem Leadership und funktionierenden Führungsnetzwerken zusammenhängt. Die klassische Marketingfunktion habe nicht ausgedient, müsse aber in ihrer Bedeutung neu betrachtet werden. Der Weg von der Destination Marketing Organisation (DMA) zur Destination Management Organisation (DMO) sollte längst vollzogen sein, wie nicht zuletzt das Beispiel „Der Tiroler Weg“ eindrucksvoll belege.

Dr. Jürgen Amann, Geschäftsführer der KölnTourismus GmbH, gab in seiner Keynote „Vom Gemischtwarenladen zur Markenerlebniswelt“ Einblicke in den Konzeptionsprozess der Kölner Tourist Information am Dom. Vor dem Hintergrund veränderter Aufgaben von DMOs sprach er über Herausforderungen und berichtete über seine Erkenntnisse aus dem Prozess zur neuen „KölnInfo“.

Fazit: Mit einer klaren Vision, mehr Mut zu Investitionen und gezielten Förderungen will Bayern seine Position als führende Tourismusregion weiter ausbauen. Es gelte, ganzjährig als Top-Reiseziel zu überzeugen. **DK**

Tourismusverband Ostbayern verleiht den Glasstraßenpreis 2024

Preisträger des Glasstraßenpreis 2024 sind der Glaskünstler Rudolf Weber aus Frauenau, die Glaskünstlerin Louise Lang aus Gleissenberg und die Glaskünstlerin Magdalena Paukner aus Lindberg. Im Fokus des Glasstraßenpreises, den der Tourismusverband Ostbayern ausschreibt, stehen dieses Jahr Beiträge, die den Nachwuchs in der Glasbranche fördern sowie das Bewusstsein für Glas und seine Bedeutung über die Region hinaus stärken. Die Preisverleihung fand bei Zwiesel Kristallglas in Zwiesel statt.

„Der Glasstraßenpreis soll nicht nur die traditionelle Verarbeitung, sondern auch das kreative Potential von Glas aufzeigen. Zukunftsweisende Projekte, die vor allem auch einen Bezug zum Tourismus haben, sind von großer Bedeutung für die Region“, betont Dr. Michael Braun, Vorstand des Tourismusverbandes Ostbayern. Der Bayerische Wald und Oberpfälzer Wald gehören zu den herausragenden Glaszentren Europas. Nirgends sonst gibt es eine derartige Dichte an Glaskünstlern und glasproduzierenden Betrieben, von touristischen Glashütten bis hin zu Weltmarktführern. Die Glasstraße, die sich durch den Oberpfälzer Wald und den Bayerischen Wald zieht, ist eine der beliebtesten Ausflugsrouten in Deutschland.

Glas ist ein Werkstoff, der viele unterschiedliche Assoziationen hervorruft, je nachdem, aus welcher Perspektive man ihn betrachtet. Entlang der Glasstraße wird Glas mit Begriffen wie Tradition, Handwerk, Historie, Kunst, Innovation und Hightech verknüpft. Diese Bandbreite an Bedeutungen spiegelt nicht nur die Geschichte der Region wider, sondern auch ihre Innovationskraft und Kreativität im Umgang mit dem Material Glas. Besonders entlang der Glasstraße kann man diese verschiedenen Facetten entdecken und erleben.

Zur Förderung der Aktionen, Beiträge und Produkte, die die Glasstraße beleben und die das Glas in den Mittelpunkt stellen, schreibt der Tourismusverband Ostbayern seit dem Jahr 2000 den Glasstraßenpreis aus, in diesem Jahr zum 12. Mal. Besonders im Fokus stehen dieses Jahr Beiträge, die den Nachwuchs in der Glasbranche fördern, sowie solche, die das Bewusstsein für Glas und seine Bedeutung über die Region hinaus stärken. Der Preis würdigt somit die Vielfalt und Innovationskraft, die Glas entlang der Glasstraße verkörpert, und leistet einen Beitrag dazu, das kulturelle und wirtschaftliche Erbe der Region zu bewahren und weiterzuentwickeln. Es haben sich elf Institutionen, Vereine, Unternehmen und Einzelpersonen beworben. ❐

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

ABC Tourismus in Bayern: Tourismus schafft Zukunft Destinationsmanagement neu denken

Tourismus ist weit mehr als nur schöne Landschaften und zufriedene Gäste – er ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor, der Lebensqualität für Einheimische und Gäste gleichermaßen schaffen kann. Doch die Anforderungen an Kommunen und Destinationsmanagementorganisationen (DMOs) haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Digitalisierung und Nachhaltigkeit sind die Treiber dieser Transformation.

In der Vergangenheit lag der Fokus der DMOs vor allem auf der Vermarktung der Destination sowie der Information und Gewinnung von Gästen. Doch das reicht heute nicht mehr aus. Der Tourismus von morgen ist von erweiterten Ansprüchen und Aufgaben geprägt: Besucherlenkung, Akzeptanz des Tourismus in der Bevölkerung, nachhaltige Mobilitätskonzepte und die Bedürfnisse der Einheimischen gehören nun ebenso dazu. Denn eines ist klar: Die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner ist die Basis für eine hohe Erlebnisqualität der Gäste.

Es gilt daher, professionelle Prozesse und Strukturen in den Destinationen zu schaffen, um diese modern, nachhaltig und zeitgemäß aufzustellen. DMOs müssen umdenken – und umstrukturieren. Im Fokus sollten dabei sowohl die Organisation selbst als auch die Qualifikationen der Mitarbeiter stehen, ebenso ist die zukünftige finanzielle Ausstattung essenziell: Investitionen in digitale Technologien und Nachhaltigkeitsstrategien sind unabdingbar.

Vernetzung als Schlüssel zum Erfolg

Gleichzeitig gilt es, Netzwerke zu schaffen, die eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Akteuren über den Tourismus hinaus ermöglichen. Denn immer wieder zeigt sich: Destinationen, die auf starke und gut funktionierende Netzwerke setzen, sind langfristig erfolgreicher. Kommunen, lokale Unternehmen, Politik, Vereine und Verbände müssen stärker kooperieren, um komplexe Herausforderungen gemeinsam zu meistern und die Interessen von Tourismus, lokaler Wirtschaft, Einheimischen, Gästen und Umwelt auch in Zukunft in Einklang zu bringen.

Dabei muss der Tourismus nicht alles allein stemmen. Die Aufgabe der DMOs ist es vielmehr, als Knotenpunkt und Impulsgeber zu agieren. Als interdisziplinär vernetzte Organisationen haben DMOs Einblicke in die verschiedensten Branchen und Bereiche sowie entsprechende Kompetenzen in einer Vielzahl an Themen. Durch innovative Ansätze und eine enge Zusammenarbeit können Kommunen und DMOs das touristische Potenzial einer Region weiter heben – zum Nutzen aller Beteiligten.

Mehr zum Thema „Modernes Destinationsmanagement“ gibt es in der neuen Ausgabe des BayTM Magazins: https://magazin.tourismus.bayern/zukunft-netzwerke. ❐

Kuchenverkauf statt Rettungsaktion

Die Realität vieler Ehrenamtlicher

Mitte Dezember 2024 lud der Tourismus Oberbayern München (TOM) e.V. zu einer Podiumsdiskussion „Tourismus ist Ehren(amts) sache“. Auf der Bühne saßen Vertreterinnen und Vertreter der Berg- und Wasserwacht, des DLRG und vom DAV. Ehrenamtlich tätige Menschen leisten täglich unverzichtbare Arbeit im Bereich des Rettungsdienstes. Ihr Engagement ist aber auch ein Grundpfeiler für den touristischen Erfolg Oberbayerns. Der Verband will nun in Zukunft intensiver mit den Organisationen zusammenarbeiten und sie bei der Arbeit unterstützen.

Die Vertreter der Hilfsorganisationen berichteten, warum die Arbeit in ihren Vereinen so besonders ist. Man stelle oft einen essentiellen Teil des Rettungsdienstes dar, sei Bindeglied in der Gemeinde, idealistisch, nicht ökonomisch und fördere das Zusammenleben. Auch sei es besonders anderen Menschen zu helfen oder mit außergewöhnlicher Technik zu tun zu haben. Die Kameradschaft sei ganz wichtig und diese Tätigkeiten würden dem Leben Sinn geben.

Erfahrungen aus der Praxis

Oswald Pehel vom TOM e.V. bedankte sich bei den Ehrenamtlern und beschrieb die Veränderung im Tourismus nach Corona: „Es gibt heute einen höheren Erholungsdruck: mehr Wanderer, mehr E-Mountainbike-Fahrer, usw. Daher ist es wichtig die Gäste für ein respektvolles Verhalten in Natur zu sensibilisieren.“ Manfred Zink beschrieb das, was sein Alpenverein versucht: nicht noch mehr Besucher anlocken, aber die, die eh kommen, besser informieren bzw. ausbilden.

Alle Teilnehmer bemerkten, dass die Wertschätzung ihrer freiwilligen und unbezahlten Arbeit zu gering sei bzw. abgenommen habe: Behinderung, komische Kommentare, Gaffer, usw. „Viele sehen uns als ‚Spaßbremsen‘, wenn wir bei Einsätzen einen Weg sperren müssen“, erklärte Sophie Hoffmann von der Wasserrettung der DLRG Pöcking-Starnberg. „Oder sie beschimpfen uns als Rowdys, wenn schnelle Fahrten bei Rettungseinsätzen notwendig sind“, ergänzte Oliver Jauch von der Kreiswasserwacht Starnberg. Dabei wünsche man sich etwas mehr Dankbarkeit für den Einsatz in der Freizeit.

Auch die Bergwacht berichtet von den Herausforderungen: „Unsere Arbeit erfordert immense zeitliche und finanzielle Ressourcen – oft auf Kosten anderer Lebensbereiche“, hob Johannes Kuntze-Fechner von der Bergwacht Bad Tölz hervor. 15 Dienst tage pro Jahr an den Wochenenden, wöchentliche Abendtrainings und 30 bis 50 Einsätze mit rund zwei Stunden Einsatzzeit: „Da braucht man keine anderen Hobbys mehr“ scherzte er.

Der TOM e.V. kündigte für 2025 eine Wertschätzungskampagne für die Ehrenamtler an. Diese soll dann dazu aufrufen, dass die Gäste den Naturraum schützen (z.B. Ruhezonen für Tiere) oder eben für Gefahren in der Natur sensibilisieren. Der Alpenverein versucht über etwas unbekanntere Ziele zu informieren, um so die Massen etwas besser zu verteilen. Social Media sei durchaus Fluch (vgl. Druck auf manche Hot Spots) aber auch Segen. Man könnte nun auf diese Weise viel besser mit der Zielgruppe kommunizieren, informieren oder auch mal warnen.

Wichtiges Element der Arbeit sei aber auch die durch den Klimawandel veränderte Realität: So gibt es heute früher Badegäste, die dann auch länger im Jahr bleiben. Mit weniger Schnee gibt es zwar weniger Skifahrer, aber dafür mehr Schneeschuhwanderer. Der DAV versuche bis 2030 insgesamt klimaneutral zu werden. Man muss sich wohl besser anpassen.

Ehrenamt benötigt Unterstützung

Bei einer anschließenden Führung durch das weltweit einmalige Trainings- und Simulationszentrum in Bad Tölz demonstrierte Volker Eisele (Vorstand bei der Stiftung Bergwacht) eindrucksvoll, wie aufwendig die Ausbildung und wie vielseitig die Einsätze von Ehrenamtlichen sind. „Der Betrieb des Zentrums für alle bayerischen Einsatzkräfte der Blaulichtorganisationen gelingt Dank der umfangreichen Förderung durch den Freistaat Bayern. Dennoch ist auch hier die Stiftung Bergwacht auf zusätzliche Mittel, durch Partnerschaften und Zuwendungen für die Finanzierung der Gesamtkosten angewiesen“, so Eisele.

Spenden und Fördermitgliedschaften sind eine wichtige Finanzierungsquelle der Bergwacht Bereitschaften vor Ort. Die unmittelbaren Unterstützungen aus dem lokalen Tourismus durch Bahnbetriebe oder der Hotellerie helfen hier ebenfalls weiter. Denn der Kuchenverkauf allein ist nicht ausreichend, um einen sicheren und qualitativ hochwertigen Ausbildungsstandard und den laufenden Betrieb zu sichern. **MH**



V.l. Oswald Pehel, Tourismus Oberbayern München e.V., Oliver Jauch, Kreiswasserwacht, Sophie Hoffmann, DLRG, Moderater Axel Robert Müller, Manfred Zink, Alpenverein München & Oberland, Roland Ampenberger, Stiftung Bergwacht und Bergwacht Bayern, Johannes Kunze-Fechner, Bergwacht Bad Tölz. Bild: MH



Bei der Ausstellungs-Eröffnung in Memmingen (v.l).: Thomas Munding; Stephan Abele; Alex Eder, Landrat Unterallgäu; Désirée von Bohlen und Halbach, Vorstandsvorsitzende von Desideria Care e.V.; Klaus Holetschek. MdL; Jan Rothenbacher, Oberbürgermeister Memmingen; Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern; Raimund Steber, Ärztlicher Direktor Bezirkskrankenhaus Memmingen und Regina Merk-Bäuml, Direktorin AOK Direktion Memmingen-Unterallgäu. Bild: Desideria

Stadt Memmingen:

Demenz aus der Tabuzone holen

„Menschen mit Demenz gehören in die Mitte unserer Gesellschaft“ steht in großen Buchstaben auf dem Plakat. Auf einem anderen ist eine ältere Frau mit schneeweißem Haar zusehen. Fröhlich strahlt sie in die Kamera, während ihr Mann sie liebevoll betrachtet und mit lacht. Ein paar Schritte weiter springt auf einem weiteren Plakat ein Mann in rotem Pulli Papierfliegern hinterher, die auf eine Wand gemalt sind. Gespannt auf Bauzäunen touren diese und weitere Motive im Rahmen einer Wanderausstellung seit 2023 durch Bayern. Sie alle zeigen Menschen mit Demenz.

Der gemeinnützige Verein Desideria Care hat die Openair-Fotokunstausstellung „Demenz neu sehen“ unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Bayerischen Gesundheitsministers Klaus Holetschek entwickelt. Cham, Landsberg, Landshut, Mühldorf, Neumarkt, Kulmbach, Kelheim und Memmingen haben sie bereits erfolgreich auf öffentlichen Plätzen in den Innenstädten gezeigt. Auch für 2025 besteht für bayerische Kommunen die Möglichkeit, die Ausstellung kostenfrei auszuleihen und aktiv dabei mitzuwirken, das Thema Demenz aus der Tabuzone zu holen.

Zu sehen sind 24 ausgewählte Bilder, die im Rahmen des Fotowettbewerbs „Desideria Preis für Fotografie Demenz neu sehen“ entstanden sind. Mit den Fotografien will Desideria Care der Volkskrankheit Demenz mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit verschaffen und der Erkrankung das Stigma nehmen. Denn: Bilder haben eine hohe emotionale Wirkung und sind oft stärker als Worte. Sie können den Blick der Gesellschaft öffnen und einen Bewusstseinswandel auslösen. Sie sollen eine andere Sichtweise auf Demenz bewirken und Tabus aufbrechen. Und noch eine Botschaft möchte der gemeinnützige Verein mit den Ausstellungen vermitteln. „Demenz ist nicht nur Drama. Es gibt schöne Momente, die gilt es zu fördern und auch bewusst zu schaffen“, betont Désirée von Bohlen und Halbach, die Gründerin von Desideria Care.

Kostenfreie Ausleihe für bayerische Kommunen

Für den Verleih der Openair Ausstellung kooperiert Desideria mit der AOK Bayern und dem Sparkassenverband Bayern. Dank der Unterstützung dieser Partner ist die Ausleihe der Ausstellung für bayerische Kommunen kostenfrei und wird von den beiden Partnern vor Ort mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie einer Eröffnungsveranstaltung begleitet. Beim Eröffnungsevent präsentieren und vernetzen sich die Kooperationspartner zusammen mit der Kommune und lokalen Beratungs- und Versorgungseinrichtungen der Demenzlandschaft. Auch ein Rahmenprogramm mit Vorträgen und anderen Events ist denkbar.

Die Ausleihe der Openair-Fotokunstausstellung wird in Bayern direkt über die Kooperationspartner organisiert. Nähere Informationen über die verschiedenen Präsentationsmöglichkeiten sowie das individualisierbare Begleitmaterial erhalten Interessierte direkt bei Karina Brandl vom Sparkassenverband Bayern und Gerhard Kranz von der AOK unter aok-svb@svb-muc.de.

Auf einen Blick

Die Openair Fotokunstausstellung umfasst 24 Schwarzweiß- und Farb-Motive, präsentiert auf 15 hochwertigen Textilbannern (Format: 3,40 x 1,73 m). Die Banner werden auf Bauzäunen befestigt. Diese können im öffentlichen Raum als fünf Dreieck-Ensembles oder einen Platz säumend aufgestellt werden.

Begleitende Texte erzählen die Geschichten hinter den Bildern. Diese können als Hörgeschichten über einen QR-Code erlebt werden. Den Bürgerinnen und Bürgern wird das Thema Demenz durch die neuartige Präsentation im öffentlichen Raum nähergebracht. Mehr Infos: www.desideria.org/fotopreis/openair-fotokunstausstellung

Über Desideria Care e.V.

Der gemeinnützige Verein Desideria wurde 2017 von Désirée von Bohlen und Halbach gegründet. Der Verein unterstützt und stärkt Familien mit Angehörigen, die an Demenz erkrankt sind. Mit innovativen digitalen Angeboten gibt Desideria Betroffenen und ihren Angehörigen eine Perspektive. Eckpfeiler hierfür sind Wissen, Selbstfürsorge und Lebensqualität. Desideria setzt sich für eine demenzfreundliche Gesellschaft ein, in der Demenz kein Stigma und Tabu ist. Ziel ist es, ein Umdenken in der Gesellschaft zu bewirken und mehr Teilhabe und Lebensqualität für betroffene Familien zu schaffen. Mehr Infos unter www.desideria.org. ❐

LEADER boomt in der LAG Mangfalltal-Inntal:

Neue Projekte zur Förderung aktiviert

In der LAG Mangfall-Inntal boomt das EU-Förderprogramm LEADER auch in der neuen Förderperiode von 2023 bis 2027. In den 22 Vereinskommunen ist das Interesse an den Fördergeldern groß, wie das Entscheidungsgremium bei seiner letzten Sitzung des Jahres in Rohrdorf bekanntgab. In den Förderlauf wurden die Projekte Gemeinschaftshaus Schechen, Kulturraum Karolinenkirche (Großkarolinenfeld), DLRG-Vereinsheim Bad Aibling und Mühlenweg in Kiefersfelden gegeben.

Optimale Nutzungsmöglichkeiten

Für ihr Gemeinschaftshaus ziehen gleich drei Vereine mit der Gemeinde Schechen an einem Strang: der Sportverein, der Schützenverein „Alte Ritter“ und die Hochstätter Musi. Nach dem großen Engagement der Gemeinde, die das Gebäude in Eigenregie bereitstellte, will die Kommune nun für die Inneneinrichtung eine Förderung beantragen, damit die Vereine das Gebäude optimal nutzen können. So sollen für den Sportverein Umkleiden, eine Werkstatt und ein Vereinsbüro eingerichtet werden, der Musikverein erhält eine Ausstattung für den Probenraum und der Schützenverein Umkleiden, Schränke sowie einen Parkettboden für eine Multifunktionsnutzung. Das Gebäude dient damit der ganzen Gemeinde für Zusammenkünfte aller Art.

Einen innovativen Ansatz verfolgt die evangelische Kirchengemeinde in Großkarolinenfeld: Der Kirchenraum der Karolinenkirche soll zu einem übergreifenden Kulturraum geöffnet werden. Gemeinsam mit dem Förderverein soll auf diese Weise ein multimedialer Geschichts- und Kulturort als Treffpunkt mitten in der Gemeinde entstehen.

Zielgerichtete Infrastruktur

Der Ortsverein der DLRG in Bad Aibling arbeitet ebenso wie die Berg- und Wasserwacht ausschließlich ehrenamtlich. Dabei rettet er immer wieder Leben, unterstützt im Katastrophenschutz und bildet „nebenbei“ Kinder und Jugendliche zu sicheren Schwimmern aus. Eine fehlende zielgerichtete Infrastruktur hemmt die Einsätze der Wasserretter, führt zu vielen unnützen Transportfahrten und verhindert ein aktives Vereinsleben. Diesem Umstand will der Verein mit einem eigenen Vereinsgebäude, das den modernen Anforderungen entspricht, entgegentreten. Die Einrichtung des Gebäudes soll mit LEADER-Mitteln gefördert werden.

Industrie-Geschichte sichtbar machen

Die besondere Industriegeschichte der Gemeinde Kiefersfelden ist bereits Gegenstand zahlreicher LEADER-Projekte, unter anderem im kürzlich eröffneten Industriemuseum Blaahaus. Nun wollen auch die Akteure im Ortsteil Mühlbach ihre Industrie-Geschichte sichtbar machen. Das Augenmerk liegt dabei auf der langen Nutzungsgeschichte zahlreicher Mühlen im Ortsteil. Näheres zur besonderen Art der Mühlen wird das LEADER-Projekt nach der Umsetzung verraten. **DK**

GZ ZU GAST BEI ...



Christian Schmid

Erster Bürgermeister der Stadt Velburg

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich darf die Stadt Velburg vertreten mit Stand heute insgesamt 5.578 Einwohnern, darunter sind ca. 600 US-Amerikaner, die in Velburg wohnhaft sind, noch nicht berücksichtigt.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
Mein Amt durfte ich am 1. Mai 2020 antreten; ich bin hauptamtlich tätig.
Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?
*Vor meinem Amtsantritt war ich als Hotelbetriebswirt im 4*Superior Hotel mit Privatbrauerei Winkler Bräu in Lengenfeld tätig. Mein damaliges Amt als Hotelleiter übe ich aktuell nicht mehr aus.*
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich bin seit meiner Jugend ehrenamtlich bei verschiedenen Vereinen aktiv, allen voran bei der Feuerwehr (zuletzt als Kreisbrandinspektor). Kommunalpolitik hat mich deswegen schon immer interessiert. Wir hatten und haben in Velburg immer schon interessante Besuche von hochkarätigen Politikern aus der Landes- und Bundespolitik zum Austausch und Kennenlernen zu Gast. Das hat mein Interesse geweckt. Schnell habe ich erkannt, dass wir hier vor Ort miteinander einiges bewegen und schaffen können.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich habe mich intensiv auf meine Rolle als Bürgermeister vorbereitet, indem ich sowohl meine betriebswirtschaftlichen Kenntnisse als auch meine Erfahrungen aus dem Ehrenamt eingebracht habe. Diese Kombination ermöglicht es mir, die finanziellen Aspekte der Gemeinde zu verstehen und gleichzeitig die Bedürfnisse der Bürger zu erkennen. Dass ich vor meiner Kandidatur bereits Mitglied des Stadtrates war, hat mir natürlich auch geholfen. Durch den Austausch mit anderen Bürgermeistern bzw. Kandidaten und die Teilnahme an Schulungen konnte ich wertvolle Einblicke gewinnen, die mir helfen, die Herausforderungen meiner Position erfolgreich zu meistern.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Bei meinem Amtsantritt lagen die Herausforderungen in der Bewältigung dringender Projekte, die mein Vorgänger noch begonnen hatte und der Digitalisierung des Rathausbetriebes. Gerade die Fertigstellung und Inbetriebnahme unseres Kulturzentrums Wieserstadl war ein nennenswertes Highlight. Der Zuständigkeitsbereich der Stadt Velburg ist mit 175 km² und über 50 Ortschaften sehr vielfältig und umfangreich. Natürlich war die Pandemie auch eine Herausforderung für uns neue Bürgermeister.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Momentan beschäftigen die Rathausverwaltung und mich vor allem die Themen Dorferneuerung Günching, neue Ortsdurchfahrt in Hollerstetten, die Ortsmittengestaltung in Deusmauer, die digitale Verwaltung, die Planung eines neuen Kindergartens, der schon lange überfälligen Rathaussanierung und Wirtschaftsförderung. Ich setze mich dafür ein, dass unsere Gemeinde attraktiv bleibt, indem wir neue Gewerbe ansiedeln und unsere Innenstadt aufwerten. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf der Förderung von kulturellen Projekten und Veranstaltungen, wie dem Kulturzentrum Wieserstadl.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen / wollen?
In Zukunft werde ich mich verstärkt mit dem Thema Nachhaltigkeit und Finanzen auseinandersetzen müssen. Dies umfasst sowohl ökologische als auch ökonomische Aspekte, um sicherzustellen, dass wir als Gemeinde zukunftsfähig und lebenswert bleiben. Neben unseren Pflichtaufgaben sollte auch noch Spielraum für wertige Zusatzinvestitionen für die Zukunft vorhanden sein. Auch die Integration aller Ortsteile ist ein wichtiges Anliegen, um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und alle Bürger einzubeziehen.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Mein wichtiger Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen lautet: Bleibt offen für Feedback und lernt von den Erfahrungen anderer. Es ist entscheidend, sich kontinuierlich weiterzubilden und die eigenen Entscheidungen kritisch zu hinterfragen. Zudem ist es wichtig, ein gutes Netzwerk aufzubauen, um Unterstützung und Rat zu erhalten. Habt Spaß am Amt und traut Euch was!
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Ich beziehe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bürger aktiv in meine Entscheidungsfindung ein. Wöchentliche Rücksprachen und Mitarbeitermeetings und Bürgerversammlungen in allen Ortsteilen sind ein zentraler Bestandteil meiner Arbeit, um direktes Feedback zu erhalten und Anliegen / Meinungen der Mitarbeiter und Bürger ernst zu nehmen. Auch im Stadtrat pflegen wir einen offenen Austausch über wichtige Themen im Rahmen von Vorbesprechungen, Klausurtagungen und Sondersitzungen im laufenden Jahr.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung wird einen erheblichen Einfluss auf die künftige Kommunalpolitik haben. Ich strebe weiterhin an, dass Amtsgeschäfte für die Bürger einfacher online erledigt werden können. Dies erhöht hoffentlich auch langfristig die Effizienz der Verwaltung. Am wichtigsten bleibt aber für mich trotzdem das persönliche Gespräch im Rathaus. Die Kunst wird es sein, den seit Jahrzehnten beklagten Bürokratismus zeitgleich nebenbei abzubauen.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Mein Lebensmotto lautet: „Immer wieder geht die Sonne auf“. Dieses Motto begleitet mich in meiner Arbeit als Bürgermeister und spiegelt wider, dass wir nach Rückschlägen und schlechten Nachrichten immer wieder positiv in die Welt schauen müssen und vor allem können.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ich möchte in Erinnerung bleiben als ein Bürgermeister, der stets das Wohl seiner Gemeinde im Blick hatte und sich für eine positive Entwicklung von Velburg eingesetzt hat. Mein Ziel ist es, eine Atmosphäre des Vertrauens und des Miteinanders zu schaffen, in der alle Bürger sich wohl und daheim fühlen. „Der hod scho passt.“ ❐



Die Fürst zu Oettingen-Spielberg'sche Verwaltung hat erneut auf Weihnachtskarten verzichtet und stattdessen 1.000 Euro an den Verein „1.000 Schulen für unsere Welt“ gespendet. Unser Bild zeigt v.l. Roland Wiedenmann bei der Scheckübergabe an den Vereinsvorsitzenden Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries. Damit wird ein Nähzimmer an einer Schule in Kigali, Ruanda, eingerichtet. Zehn Frauen können dort als Näherinnen ausgebildet werden, was ihnen langfristige Perspektiven und Einkommen sichert. Zudem profitieren 214 Kinder von günstigen Schuluniformen. Die Projektkosten von 2.000 Euro sind nun dank der Spende vollständig gedeckt, da bereits zuvor die Hälfte der Mittel gesichert war. Bild: Ramona Ruf

Malteser starten bundesweites Pilotprojekt:

In Heiligenstadt entsteht ein integriertes Versorgungszentrum

Die Malteser eröffnen zusammen mit der Marktgemeinde im Landkreis Bamberg ein neues Gesundheitszentrum, das über die klassische medizinische Versorgung hinausgeht – ein umfassendes Konzept für die Gesundheitsversorgung und soziale Betreuung im ländlichen Raum. Bürgermeister Stefan Reichold sieht einen Meilenstein in der Gemeindeentwicklung.

Der Malteser Verbund und die Marktgemeinde Heiligenstadt in Oberfranken gehen neue Wege in der medizinischen Versorgung auf dem flachen Land: Gemeinsam werden beide Anfang 2025 ein integriertes Versorgungszentrum in Heiligenstadt eröffnen. Ziel ist es, die entstehende Lücke in der hausärztlichen Versorgung zu schließen und gleichzeitig ein zukunftsweisendes Gesundheitskonzept zu etablieren, das über die klassische Medizin hinausgeht. Dies teilten Heiligenstadts erster Bürgermeister Stefan Reichold und Claudia Ramminger von den Malteser-Geschäftsführung bei einer Pressekonferenz mit.

„Das neue Gesundheitszentrum ist ein bundesweites Pilotprojekt. Es wird die medizinische Grundversorgung sichern und um weitere Betreuungs- und Versorgungsangebote ergänzen“, betonte Claudia Ramminger, Diözesangeschäftsführerin der Malteser im Erzbistum Bamberg. Der Start des Malteser Gesundheitszentrum (MGZ) am Marktplatz 21 (ehemaliges Norma-Gebäude), wie der offizielle Name der Einrichtung heißen soll, ist für den 8. Januar 2025 geplant.

Eine sich verändernde Gesundheitslandschaft

Mit dem bevorstehenden Ruhestand des langjährigen Hausarztes Dr. Peter Landendörfer entsteht eine dramatische Lücke in der medizinischen Grundversorgung der Marktgemeinde in der Fränkischen Schweiz. Deshalb geht es ab 8. Januar des nächsten Jahres erst einmal darum, die hausärztliche Versorgung in der Region aufrechtzuerhalten und weiterzuführen. Als nächster Schritt wird dann – voraussichtlich ab Februar – der Malteser Menüservice (MMS) in den Räumen seine Arbeit aufnehmen. Vor allem ältere Menschen haben dann die Möglichkeit, sich einmal am Tag eine warme Mahlzeit in die eigenen vier Wände bringen zu lassen. Im Laufe des Jahres wollen die Malteser dann weitere Dienste aus ihrem umfangreichen Portfolio im MGZ anbieten.

„Dass es uns gelungen ist, die Malteser und das damit verbundene integrierte Gesundheitszentrum nach Heiligenstadt zu bringen, ist ein Meilenstein für unsere Gemeindeentwicklung und insgesamt ein Glücksfall für alle unsere Bürgerinnen und Bürger in unserer großen Marktgemeinde mit ihren 24 Ortschaften“, unterstrich Heiligenstadts Erster Bürgermeister Stefan Reichold. Seit Beginn seiner Amtszeit und auch schon davor wurde intensiv daran gearbeitet, wie eine hausärztliche Versorgung in der Marktgemeinde nach dem Ruhestand von Dr. Landendörfer sichergestellt werden kann. „Dazu gab es unzählige Termine, Gespräche und Online-Meetings, die jedoch alle nicht den gewünschten Erfolg brachten. Bis zu dem Zeitpunkt, als Dr. Landendörfer, selbst Mitglied im Malteser-Ritterorden, den Kontakt zwischen Maltesern und der Gemeindeverwaltung herstellte“, resümiert Reichold.

Dreigliedriges Konzept

In vielen ländlichen Regionen Bayerns gibt es Schwierigkeiten, neue Ärztinnen und Ärzte zu gewinnen. Die Bevölkerung wird älter, und der Bedarf an umfassender Gesundheitsversorgung steigt stetig. „Die Herausforderungen der Zukunft lassen sich nicht mehr allein durch die klassische medizinische Versorgung lösen. Es braucht innovative Konzepte, die medizinische, soziale und ehrenamtliche Angebote miteinander verbinden“, erläuterte Ramminger.

Mit dem Malteser Gesundheitszentrum wollen der Malteser Verbund und die Kommune in Heiligenstadt nun neue Wege gehen. Das MGZ basiert auf einem integrativen Konzept mit drei Säulen:

1. Medizinische Grundversorgung: Die hausärztliche Versorgung wird durch ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit zunächst einem Hausarztsitz und mehreren angestellten Ärztinnen und Ärzten gewährleistet. „Wir möchten eine umfassende Betreuung bieten und auch moderne Angebote wie Telesprechstunden integrieren, um eine optimale medizinische Versorgung sicherzustellen“, erklärte Ramminger. Ein zusätzlicher Gemeinde-Notfallsanitäter soll die ambulante Versorgung ergänzen. Dr. Landendörfer wird als angestellter Arzt des MVZ noch einige Monate lang tätig sein, bis ein neuer Hausarzt übernimmt. Damit unterstützt er den Übergang und schlägt eine Brücke in die Zukunft des neuen MGZ.

2. Versorgung im Alltag: Ein weiterer Schwerpunkt ist der Aufbau eines Menüservices für Bürgerinnen und Bürger mit entsprechendem Bedarf. Dieser ersetzt das bisherige Angebot der Einrichtung Tabea und sorgt dafür, dass insbesondere ältere und bedürftige Menschen auch bei akuten Krankheitssituationen mit frischen Mahlzeiten versorgt werden.

3. Förderung der Gesundheitskompetenz: Mit gezielten Schulungsangeboten, darunter Erste-Hilfe-Kurse, Sturzprävention und spezielle Themen für Angehörige, soll die Gesundheitskompetenz der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden. „Uns ist wichtig, dass die Menschen in der Lage sind, ihre Gesundheit aktiv mitzugestalten“, betonte die Malteser-Chefin.

„Ein weiteres zentrales Anliegen ist es, der Einsamkeit im Alter entgegenzuwirken“, so Ramminger. Geplant sind verschiedene ehrenamtliche Angebote, darunter ein Besuchsdienst, Seniorentreffen und der telefonische Besuchsdienst „Patenruf“. „Unser Ziel ist es, soziale Kontakte zu fördern und älteren Menschen ein Gefühl der Gemeinschaft zu erhalten bzw. wieder zu geben“, erläuterte Ramminger weiter.

Digitalisierung als Chance und Herausforderung

Auch die Digitalisierung spielt eine wichtige Rolle. „Telemedizin, elektronische Patientenakten und digitale Terminvereinbarungen sind die Zukunft. Doch gerade ältere oder technikferne Menschen benötigen hierbei Unterstützung, um nicht den Anschluss zu verlieren“, hob Ramminger hervor. Deshalb sollen im Gesundheitszentrum Schulungen und Unterstützungsangebote im Umgang mit digitalen Gesundheitsanwendungen etabliert werden.

Organisation und Zusammenarbeit

Das Gesundheitszentrum wird vier zentrale Bereiche umfassen: die Hausarztpraxis, den Menueservice, die Ausbildung und das Ehrenamt. „Durch die enge Zusammenarbeit dieser Bereiche entsteht ein echter Mehrwert für die Menschen in Heiligenstadt“, sagte Ramminger. Eine hauptamtliche Ehrenamtskoordination soll für den Aufbau und die dauerhafte Betreuung der ehrenamtlichen Angebote sorgen.

Der Malteser Verbund als Träger des Pilotprojekts

Das Waldkrankenhaus Erlangen und der Malteser Hilfsdienst bringen ihre langjährige Erfahrung im medizinischen und sozialen Bereich ein. „Unser Ziel ist es, die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen nachhaltig zu stärken und dafür ein attraktives Arbeitsumfeld für Ärztinnen und Ärzte zu schaffen “, so Ramminger abschließend.

Blaupause für ländlichen Raum in ganz Bayern

Bürgermeister Reichold sieht seine Kommune mit dem MGZ für die Zukunft gerüstet. „Von Beginn an haben uns Frau Ramminger, Malteser Bezirksgeschäftsführer Dr. Christian Stock sowie der Geschäftsführer des Waldkrankenhauses Erlangen, Dr. Carsten Haeckel, mit ihrem Konzept, das über die medizinische Versorgung hinausgeht, überzeugt. So danke ich auch den Mitgliedern des Marktgemeinderates Heiligenstadt in Oberfranken, die das Projekt von der ersten Sekunde an vollends unterstützt haben. Der Markt Heiligenstadt wird für zwei Jahre die Miete als Anschubfinanzierung übernehmen. Ich bin überzeugt, dass dieses integrierte Gesundheitszentrum eine Blaupause für den ländlichen Raum sein kann und unserer Marktgemeinde einen nachhaltig positiven Schub verleihen wird.“ ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

GZ PINOS WELT



„Ampel-Aus“ wurde zum Wort des Jahres gekürt. Mir scheint diese Festlegung etwas voreilig getroffen worden zu sein, denn das wirkliche Wort des Jahres müsste „Dunkelflaute“ lauten.

Dunkelflaute bezeichnet den Zustand, wenn Solaranlagen mangels ausreichender Sonneneinstrahlung und Windräder mangels einer entsprechenden Brise keinen oder doch nur verschwindend geringe Mengen an Strom erzeugen. Die Folge: Die Preise explodieren. Am 12. Dezember kostete eine Megawattstunde Strom zwischen 17 und 18 Uhr 936 Euro, also rund 36 Euro mehr als zu den Hochzeiten der Energiekrise 2022. Energieintensive Betriebe, die ihren Strom tagesaktuell beschaffen müssen, wie zum Beispiel Elektrostahlwerke, die ausgewiesenen Lieblinge des Bundeswirtschaftsministers, der für die Umstellung der Stahlproduktion auf Strom absurd hohe Förder-

Alternatives Unwort des Jahres: Dunkelflaute

gelder ausschüttet, müssen bei solchen Preisen ihre Produktion einstellen.

Das Phänomen der Dunkelflaute trifft vor allem jene Länder, die ihre Stromproduktion sehr stark auf erneuerbare Energien aufgebaut haben. Deutschland trifft es doppelt, weil wir keine vernünftige Reserveoption haben. Bei uns wird dann Gas verfeuert und das ist die teuerste Variante der Stromerzeugung ever. Denn es ist schon richtig, dass die Sonne keine Rechnung schickt, wenn wir mit ihrer Hilfe Strom erzeugen, aber wir können sie halt auch nicht per Vertragsstrafe in Regress nehmen, wenn sie sich verschämt hinter Wolken aufhält, was im Herbst/Winter tatsächlich ab und zu vorkommen soll. Und für Windräder genügt es auch nicht, wenn der Zeitgeist kräftig in ihre Richtung weht, sie brauchen physikalischen Wind, um sie zur Stromerzeugung zu drehen.

Warum also wäre Dunkelflaute das bessere Wort des Jahres gewesen? Weil es anders als Ampel-Aus nicht nur ein, wenngleich einschneidendes Ereignis im politischen Leben des Landes bezeichnet hätte, sondern es würde ein strukturelles Problem einer weitreichenden energiepolitischen Geisterfahrt benannt, die der Republik nicht nur seine letzten Kernkraftwerke, sondern schlicht seine wirtschaftliche Zukunft genommen hat.

Ein besseres Händchen bei seiner Kür zum „Man of the year“ hat das Time Magazine bewiesen, als es Donald Trump auf die Titelseite holte. Denn nach dem Selbstverständnis dieses Titels gebührt er der Person, die das abgelaufene Jahr besonders prägte. Da ist das comeback-kid aus Mar-a-Lago sicher erste Wahl. Als verurteilter Straftäter, eher nicht so erfolgreicher 45. Präsident der Vereinigten Staaten und gnadenloser Spalter hat er es in einem fulminanten Wahlkampf geschafft, nicht nur die Mehrheit der Wahlmänner, die Mehrheit der Bundesstaaten, sondern auch die Mehrheit der amerikanischen Wähler zu gewinnen.

Seither beherrscht er die Szene meisterhaft. Ja, da soll es noch einen gewissen Joe Biden geben, der verzweifelt versucht, alles ‚was er noch an Waffen und Geld hat, der Ukraine zu liefern, der mit idiotischer Begründung seinen Sohn begnadigt und eine Afrikareise absolviert hat, von der wir nur auf Seite 15 einspaltig links unten Notiz genommen haben, obwohl sie geostrategisch sehr bedeutend war. Nein, auf Trump richten sich alle Augen. Auf seine skurrilen Personalentscheidungen, aus denen Beobachter keine klare Richtung herauslesen können, wohin er das Staatsschiff zu steuern gedenkt. Er versetzt die Ukraine, die NATO-Partner und die EU-Staaten durch Interviews in Panik, die zwischen Drohungen, Vielleichts und Möglicherweisens mäandern. Er, notabene immer noch Privatmann, dominiert ein Treffen von Staatschefs in Paris, ganz so, als könnte er es nicht erwarten, wieder ganz, ganz oben zu sein. Ein Staatstreffen übrigens, zu dem eine gewisse Frau von der Leyen bemerkenswerterweise gar nicht erst eingeladen wurde.

Lassen wir einen der Gründerväter Europas, Paul Henri Spaak, das letzte Wort in diesem Jahr haben: „Die Dummheit ist die sonderbarste aller Krankheiten. Der Kranke leidet niemals an ihr. Aber die anderen leiden“.

Geneigte Leserin, geneigter Leser,
nachdem dieser Rückblick nicht allzu erfreulich war, sollten wir uns in den kommenden, hoffentlich ruhigen Tagen mit Gelegenheit zur inneren Einkehr auf das Wesentliche konzentrieren: Auf die Hoffnung. Für die Menschen ist sie ein unverzichtbares Elixier auf dem Weg voran in die Zukunft. Und wer verkörpert die Hoffnung stärker als der Mensch, an dessen Geburt wir dieser Tage erinnern? Hoffnung und Glaube gehören zusammen und beide werden uns alle hoffentlich gut und sicher durch das neue Jahr 2025 begleiten. Alles Gute für Sie!

Ihr Pino

Auszeichnung für das Modellprojekt Agil leben im Alter (ALIA)

Gesundheits- und Pflegestern der IKK classic

Erstmals wurden herausragende Projekte von der IKK classic, einer deutschen, bundesweit tätigen Krankenkasse, mit dem Gesundheits- und Pflegestern ausgezeichnet. Das Modellprojekt Agil leben im Alter (ALIA) der Lars und Christian Engel (LUCE) Stiftung gehört zu den Preisträgern.

Die IKK classic vergab den Preis an Projekte, die die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in Bayern voranbringen. Unter dem Motto „Im Alter gut versorgt in meiner Kommune“ wurden Konzepte bewertet, die zur Prävention sowie der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung auf kommunaler Ebene beitragen und hierbei bürgerschaftliches Engagement einbinden.



V.l.: Kai Swoboda (stv. Vorstandsvorsitzender IKK classic), Herbert Tischhöfer (Erster Bürgermeister Stadt Hemau), Dr. David Rester (Projektleiter LUCE Stiftung), Richard Hummel (Regionaldirektor IKK classic), Dr. Armin Rüger (Vorstand SEGA e.V.), Georg Pilhofer (Leiter Gerontopsychiatrische Koordinierungsstelle Oberpfalz), Gerhard Müller (Koordinator der gemeindlichen Nachbarschaftshilfe Helfen mit Herz Weiherhammer). Bild: IKK classic, Amelie Niederbuchner

Eine Jury um den Gerontologen und langjährigen Vorsitzenden der Bundesaltenberichtskommission Prof. Dr. Andreas Kruse bewertet die 37 eingereichten Projekte nach Kriterien wie Innovationsgrad, gesellschaftliche Relevanz und dem Verhältnis von Aufwand und Nutzen. Daraus nominierte die Jury neun Projekte. Drei der neun Projekte wurden mit dem Gesundheits- und Pflegestern der IKK classic ausgezeichnet. Das Modellprojekt ALIA erhielt den 3. Preis.

ALIA vereint verschiedene sozialraumorientierte Maßnahmen rund um Sorge und Pflege für die Etablierung sorgender Gemeinden, vorwiegend in ländlichen Regionen. Als Innovations- und Verantwortungspartnerschaft wird ALIA in Kooperation mit dem Verein zur Förderung der Seelischen Gesundheit im Alter e.V. (SEGA) sowie der Modellgemeinde Weiherhammer und der Transferkommunen im Projekt „Sorgende Stadt Hemau“ realisiert. ❐

40 JAHRE TAGWERK:

Ein Urgestein der Bio-Bewegung feiert Jubiläum

TAGWERK blickt zurück auf 40 Jahre solidarisch hergestellte, regionale biologische Lebensmittel und genossenschaftliche Arbeit

Die TAGWERK Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft eG feiert 40 Jahre Engagement für solidarisch hergestellte, regionale Bio-Lebensmittel und genossenschaftliche Zusammenarbeit. Was 1984 als mutige Initiative begann, ist heute zu einer starken Gemeinschaft gewachsen, die rund 950 Genossenschaftsmitglieder mit 5.500 Genossenschaftsanteilen zählt.

Heute betreibt TAGWERK einen Biogroßhandel mit eigener Transportlogistik, eine Metzgerei mit Schwerpunkt auf Tierwohl und mehrere eigene Läden. Rund 150 Erzeuger- und zahlreiche Verarbeitungsbetriebe gehören zum Netzwerk der Genossenschaft. Der angeschlossene TAGWERK Förderverein e.V. setzt unter anderem wichtige Bio-Projekte um.

„Für uns als Bio-Betrieb ist die Zusammenarbeit in der Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft sehr wichtig. Durch den Anschluss an die Genossenschaft haben wir kurze Transportwege und gute Vermarktungsmöglichkeiten für unsere regionalen Bioprodukte“, erklärt Landwirtin und TAGWERK Aufsichtsrätin Raphaela Lex.

Ein weiterer Schritt im Jubiläumsjahr: Auf dem Münchener Oktoberfest fand die Auftaktveranstaltung für das Projekt „Mehr Bio auf der Wiesn“* statt, das durch TAGWERK mit initiiert wurde.

„Für die LVÖ als Dachverband der Bio-Anbauverbände in Bayern, ist TAGWERK ein wichtiger, verlässlicher und inspirierender Partner“, erklärt Thomas Lang, Vorsitzender der Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V. (LVÖ). „TAGWERK-Produkte finden sich immer wieder unter den Gewinnern unseres Wettbewerbs „Bayerns beste Bioprodukte. Wir sind stolz darauf, seit diesem Jahr gemeinsam mit TAGWERK und weiteren Partner-Organisationen das Projekt „Mehr Bio auf der Wiesn“ zu realisieren, das sich für ein nachhaltiges kulinarisches Angebot auf dem Oktoberfest einsetzt.“



TAGWERK-Landwirtin und ehemalige Biokönigin Raphaela Lex (r.) mit Schwester Bernadette und Papa Lorenz auf ihrem Hanf-Feld. Bild: Being Organic in EU

Bio: Vor 40 Jahren noch eine Nischenerscheinung

TAGWERK hat in den letzten vier Jahrzehnten maßgeblich dazu beigetragen, Bio-Produkte in der Gesellschaft zu etablieren – und das schon zu Zeiten, als Bio-Produkte noch eine Nischenerscheinung waren. Über den Bio-Fachhandel und Bio-Lieferdienste sind die TAGWERK-Markenprodukte heute gut platziert. In München hat sich insbesondere mit VollCorner und deren Bioläden über die Jahre eine gute Partnerschaft entwickelt.

Doch die TAGWERK-Gemeinschaft ruht sich nicht auf ihren Erfolgen aus. Trotz der aktuellen Herausforderungen in der Biobranche gibt es ehrgeizige Pläne für die Zukunft. TAGWERK plant eine weitere Expansion nach München.

Expansion und Unterstützung für Bioläden in München

Das Jubiläumsjahr 2024 zeigt sich nicht nur von der Feier- und Erfolgsseite. Die Biobranche sieht sich aktuell mit großen Herausforderungen konfrontiert: Sie kämpft mit sinkenden Umsätzen. Viele inhabergeführte Läden müssen schließen. TAGWERK will das nicht hinnehmen und inhabergeführte Läden in Not unterstützen. „Wir brauchen solidarische Lösungen und neue Ideen, um diese Läden fit für die Zukunft zu machen“, sagt Reinhard Gromotka, Mitgründer von TAGWERK und Geschäftsführer der TAGWERK Bio Metzgerei. „Hier geht es nicht nur um finanzielle Hilfe, sondern darum, ein Netzwerk aufzubauen, das auf Solidarität und Zusammenarbeit basiert.“

Um einen Laden zu erhalten gebe es mehrere Möglichkeiten. Es sei denkbar, die Läden entweder unter der TAGWERK-Flagge in der Genossenschaft weiterzuführen oder gemeinsam mit den Menschen vor Ort Ideen für gemeinschaftsgetragene Projekte zu entwickeln.

Netzwerk für eine nachhaltige und solidarische Zukunft

„Solidarität ist das Herzstück unserer Genossenschaft“, erklärt Beatrice Rieger, Vorständin der TAGWERK eG. „Aber für all diese Projekte brauchen wir Menschen, die mitmachen – heute mehr denn je. Denn Bio ist mehr als ein Siegel, es ist eine Haltung. Darum möchten wir Interessierte dazu einladen, sich mit uns in der Genossenschaft als Mitglied zu engagieren.“ Genossenschaftsmitglied mit der Möglichkeit zur Mitbestimmung kann man bereits mit einem einmaligen Betrag von 200 Euro werden. „Wir haben viel erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun“, freut sich Michael Rittershofer, geschäftsführender Vorstand des TAGWERK Förderverein e.V. „Wir wollen zeigen, dass wir gemeinsam stärker sind und es möglich ist, eine nachhaltige und gerechte Bio-Wirtschaft aufzubauen, von der alle profitieren.“

Über TAGWERK

Die TAGWERK Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft eG wurde 1984 gegründet, um regionale ökologische Lebensmittel auf faire Weise zu vermarkten. Heute zählt die Genossenschaft rund 950 Mitglieder, betreibt einen Biogroßhandel mit eigener Transportlogistik, mehrere Bio-Märkte sowie eine eigene Bio-Metzgerei. Mit rund 150 Erzeugerbetrieben und zahlreichen Verarbeitungsunternehmen trägt TAGWERK seit 40 Jahren zur Entwicklung einer nachhaltigen und solidarischen Bio-Wirtschaft bei.

Anmerkung

*Das Projekt „Mehr Bio auf der Wiesn“ wird gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau (BÖL). ❐



V.l.: Raphaela Lex, TAGWERK-Landwirtin und Aufsichtsrätin, Dr. Michael Rittershofer, Geschäftsführender Vorstand TAGWERK Förderverein e.V., Beatrice Rieger, Vorständin TAGWERK Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft, Reinhard Gromotka, Gründungsmitglied der ersten Stunde und Geschäftsführer der TAGWERK Bio Metzgerei bei der Jubiläumspressekonferenz im Presseclub München. Bild: Stiftung Journalistenakademie

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt als Sonderdruck die Dokumentation des Bayerischen BreitbandForums bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Vorschau auf GZ 1-2

In unserer Ausgabe Nr. 1-2/2025, die am 16. Januar 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Abfall · Entsorgungsmanagement · technische Lösungen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER
Grünes Licht für Glasfaser.
Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:
0800 410 1 410
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de
KFB

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Polaris Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 19. Dezember 2024 75. Jahrgang Nr. 24|2024


Theresa von Hassel, Jürgen Schuster


V.l.: Klaus Spreng, Constanze von Hassel, Roman Skrodzki, Stefan Graf und Karl-Heinz Fitz

11. BAYERISCHES BREITBANDFORUM IN GUNZENHAUSEN

Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit

Über 400 kommunale Entscheidungs- und Mandatsträger sowie leitende Mitarbeiter aus Kommunalverwaltungen, Ministerien, aus Wirtschaft und Verbänden, nahmen am 11. Bayerischen BreitbandForum in Gunzenhausen teil. Zudem folgten 63 Aussteller und Partner, auch aus dem europäischen Ausland, der GZ-Einladung. Sie erwartete ein vielfältiges Angebot mit 25 Vorträgen und eine Podiumsdiskussion. Als Mitveranstalter fungierte erstmals der Bayerische Gemeindetag, Medienpartner war einmal mehr TV Bayern live.

Auf der Agenda standen Themen wie die Reform der Bundesförderung sowie die verbleibenden Handlungsoptionen, sollte eine Förderabsage eingetroffen sein. Ergänzt wurde das Programm durch Vorträge zum Breitbandausbau im ländlichen Raum, zu technischen Planungsfragen und zur nachhaltigen Gestaltung des Ausbaus.

„Das wird die KI schon für uns regeln." Diesen Satz habe wohl jeder schon einmal gehört. Wann immer es darum geht, der wachsenden Bürokratie Herr zu werden, werde auf die Digitalisierung und die Erleichterungen durch den Einsatz von KI verwiesen, betonte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung. Doch ob dies angesichts der zunehmenden Regulierungen tatsächlich machbar ist, bleibe offen. „Was wir jedoch seit 2013 mit dem Bayerischen BreitbandForum sicherstellen, ist eine Plattform, auf der Sie sich persönlich treffen und austauschen können, um vor Ort die Grundlage für Digitalisierung und den Einsatz von KI zu schaffen: eine stabile, leistungsfähige Internetverbindung", hob von Hassel hervor.

„Unser Bestreben ist es, das Thema noch mehr in Richtung kommunale Entscheidungsträger zu fokussieren", erklärte Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag. Dabei stünden organisatorische und finanzielle Fragen im Vordergrund. Obwohl die Gemeinden für die Breitbandanschluss-Infrastruktur nicht zuständig seien, „bleiben wir auch in schwierigen Zeiten an diesem Thema dran", so Graf. Schließlich sei die Glasfaserfähigkeit mitentscheidend für die Zukunft der Gemeinden.

Wie Gunzenhausens Erster Bürgermeister Karl-Heinz Fitz darlegte, „müssen wir uns als Kommune um das Thema kümmern, denn es ist Teil der Daseinsvorsorge und ein sehr wichtiger Standortfaktor". Das Mittelzentrum im fränkischen Seenland habe in den vergangenen Jahren mehrere Millionen in den Breitbandausbau investiert und werde dies auch in den kommenden Jahren tun. Schließlich gelte es, die Kommune attraktiv zu halten.

Wichtige Bausteine im ländlichen Raum seien zudem die Themen Bildung und Verkehrswende. Als Schlaglichter nannte Fitz die Ansiedlung des Landesamtes für Schule in Gunzenhausen mit ca. 200 Mitarbeitern, die Reaktivierung der Bahnlinie nach Wassertrüdingen, den Erwerb des Bahnhofs sowie die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen (AGFK).

„Der Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur ist jetzt vielleicht die Infrastrukturaufgabe unserer Generation", unterstrich Klaus Spreng, Referatsleiter Digitale Infrastruktur Bayern im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Der Doppelhaushalt 2024/25 des Freistaats sehe eine Förderung von 480 Mio. Euro für den Breitbandausbau vor. Somit signalisiere der Staat den Kommunen: „Wir stehen an eurer Seite", hob Spreng hervor. DK

TV-BERICHTE

Über die Veranstaltung gibt es einen Fernsehbeitrag von TV Bayern live: https://tinyurl.com/3ept8rny

DOKUMENTATION

Vorträge der Veranstaltung sind zu finden im internen Bereich, online abrufbar unter: www.bayerisches-breitbandforum.de. Passwort via Mail an: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

PARTNERBEITRÄGE

Auf Seite 30 finden Sie Beschreibungen unserer Partner.



Ausbau der TK-Infrastruktur als Aufgabe unserer Generation

KLAUS SPRENG | BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Bayerische Gigabitförderung – bereit für die Königsetappe?



Die Breitbandversorgung zählt nicht zum Aufgabenbereich einer Kommune, das stellte Klaus Spreng, Referatsleiter „Digitale Infrastruktur Bayerns“ im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, gleich zu Beginn seines Vortrags fest. Das Grundgesetz weist diese Aufgabe eindeutig dem Bund zu. Zuständig sind des Weiteren die TK-Unternehmen. Breitband ist also ein Teil der Daseinsgrundfunktionen – die sollen alles abdecken, was ein moderner Mensch in der Gesellschaft benötigt, damit er leben, wohnen und arbeiten kann – aber keinesfalls Daseinsvorsorge. Weil jedoch der Markt den Breitbandausbau aus eigener Kraft nicht schafft, wird Förderung gebraucht. Ein Miteinander aller am Breitbandausbau Beteiligten ist wichtig. Deshalb muss Beides funktionieren: Förderung und eigenwirtschaftlicher Ausbau.

Verärgert zeigte sich Spreng über einen Heckenschuss aus Berlin. In der Breko-Marktstudie liegt Bayern bei der Flächendeckung auf dem vorletzten Platz aller deutschen Bundesländer. Das entspreche nicht der tatsächlichen Situation. Auch die in der Studie genannten Zahlen der bewilligten Fördermittel in Höhe von rund 1,4 Mrd. Euro für 517 Ausbauprojekte wichen erheblich von denen des im Auftrag des BMDV ermittelten ab: nämlich 317 Projekte mit über einer Mrd. Euro Förderung.

Die politischen Ziele für die Gigabitversorgung sind auf europäischer und nationaler Ebene klar definiert: eine flächendeckende Versorgung bis zum Jahr 2030. Damit verbunden ist die Abschaltung der bestehenden energieaufwändigen Kupfernetze, deren Durchführung noch diskutiert wird. Laut Spreng sei der aktuelle Gigabitbedarf noch sehr gering. Die Versorgungsquote für 100 Mbit/s liege aktuell in Bayern bei über 92 Prozent, womit ein Privatkunde heute zumeist ausreichend versorgt sei. Der Ausbau der TK-Infrastruktur sei nach Elektrizität und Trinkwasserversorgung die dritte große Infrastrukturaufgabe der letzten 100 Jahre und werde zunehmend zu einem Standortfaktor. „Das ist der globale Rahmen, in dem wir uns bewegen“, sagte Spreng und fuhr fort, dass der Freistaat gar nicht so schlecht wäre, wie er dargestellt wird. „Wir haben in Bayern aktuell eine Gigabit-Versorgungsquote von 80 Prozent. D.h. 80 Prozent der Haushalte haben Zugang zu sehr hohen Bandbreiten. Da ist selbstverständlich Koaxialkabel mit dabei. Aber das Bandbreitenziel ist ja technologieneutral. Jetzt geht es darum, auch noch die letzten 20 Prozent anzuschließen. Wie schon in der Überschrift vermerkt, handelt es sich um die Königsetappe.“

Rück- und Ausblick

Seit 2014 hat der Freistaat Bayern 2,5 Mrd. Euro in die bayerische Breitbandförderung investiert. Damit wurden 100.000 km Glasfaser verlegt, 85.000 davon im ländlichen Raum. Die durchschnittlichen Anschlusskosten pro Haushalt bezifferte Spreng von 1.500 bis 7.000 Euro. Für 2024 haben die bayerischen Kommunen aus dem parallelen Bundesförderprogramm rund 1 Mrd. Euro beantragt. Die Bundesmittel wurden jedoch von ursprünglich 3 Mrd. Euro auf 2 Mrd. Euro gekürzt und die Landesobergrenze für Bayern von 450 auf 295 Mio. Euro reduziert. Die Ergebnisse werden für Mitte November erwartet. Abschließend verwies Spreng auf den Gigabit-Tag Bayern 2024, der am 20. November in Regensburg stattfand. GK



LEONET



SIE WOLLEN DAS BESTE FÜR IHRE GEMEINDE?

Dann lassen Sie uns über Ihre Glasfaser-Versorgung sprechen!



Adrian Richter
Leiter Kommunalbetreuung

Tel.: +49 (0)151 1881 5692
adrian.richter@leonet.de

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE



Ausbauquote kommt (langsam) voran


Roman Skrodzki

ROMAN SKRODZKI | BREKO E.V.

Glasfaserausbau im Zusammenspiel von Branche und Kommunen - Stellschrauben für den Glasfaserausbau in Bayern

Die BREKO Marktanalyse 2024, die auf Daten aller relevanten, am Glasfaserausbau in Deutschland beteiligten Unternehmen basiert und damit repräsentativ für den deutschen Telekommunikationsmarkt ist, zeigt auf, dass der Glasfaserausbau in Deutschland weiter vorangeht. Stand 30. Juni 2024 liegt die Glasfaserausbauquote bei 43,2 Prozent, der Anteil der angeschlossenen Haushalte bei 22,8 Prozent. Da sich der Glasfaserausbau in der Fläche aber verlangsamt, fordert der Bundesverband Breitbandkommunikation von der Bundesregierung endlich wirksame Maßnahmen.

Mit 2,6 Millionen neu gebauten Anschlüssen (Homes passed) stieg Roman Skrodzki zufolge die Glasfaserausbauquote laut Marktanalyse zwischen Mitte 2023 und Mitte 2024 um 7,6 Prozentpunkte auf 43,2 Prozent, wuchs aber um 1,6 Prozentpunkte weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Anteil der angeschlossenen Haushalte (Homes connected) stieg um 4,5 Prozentpunkte auf 22,8 Prozent und damit um 3,6 Prozentpunkte stärker als im Vorjahreszeitraum. Zeitgleich nahm auch der Anteil der Haushalte, die einen Glasfaseranschluss gebucht haben (Homes activated), leicht zu: Die Take-Up-Rate liegt jetzt bei 26 Prozent. 2023 investierten die Netzbetreiber insgesamt 13,2 Mrd. Euro (BREKO: 4,8 Mrd. Euro) in die Digitalisierung Deutschlands.

Wie Skrodzki erläuterte, habe eine Regelung für die Migration von Kupfer auf Glasfaser beim Großteil der Befragten (89 Prozent) einen hohen Stellenwert. Nur 4 Prozent der befragten Unternehmen hielten eine Regelung für weniger wichtig. Etwa zwei Drittel forderten ein konkretes Abschaltdatum. Als Termin werde 2032 favorisiert.

Da analoge Genehmigungsverfahren den Glasfaserausbau verzögern könnten, sei die Digitalisierung von Genehmigungsverfahren dringend erforderlich, führte der BREKO-Referent weiter aus. Zudem seien moderne Verlegemethoden „ein klarer Beschleuniger“ für Glasfaserausbauprojekte. „Da wo es möglich ist, können mit geringerem Verlegeaufwand in kürzerer Zeit mehr Glasfaserkabel verlegt werden.“

Als Maßnahmen für eine politische Kurskorrektur nannte Skrodzki:

- Konzept für die Kupfer-Glasfaser-Migration, um einen wettbewerbskonformen und verbraucherfreundlichen Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze sicherzustellen.
  Adressaten: » Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesnetzagentur
- Strategischen Doppelausbau endlich unterbinden und Deutsche Telekom mittels eines förmlichen Auskunftsersuchens verpflichten, ihre Glasfaser-Ausbauplanung bei der Bundesnetzagentur zu hinterlegen.
  Adressat: » Bundesnetzagentur
- Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz (TK-NABEG): Echte Ausbaubeschleunigung statt Symbolpolitik, u.a. durch Festlegung des überragenden öffentlichen Interesses auch für den Glasfaserausbau.
  Adressaten: » Bundestag, Bundesrat
- Gigabitförderung zielgerichtet ausgestalten, damit eigenwirtschaftlicher und geförderter Ausbau synergetisch erfolgen können.
  Adressaten: » Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesländer

Wie die BREKO Marktanalyse ausweist, müsse Bayern beim Glasfaserausbau dringend aufholen, so Skrodzki. Mit einer Glasfaserausbauquote von 34,4 Prozent liege der Freistaat deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 43 Prozent. Auch beim Anteil der Glasfaseranschlussquote rangiere Bayern mit 19,2 Prozent hinter dem Bundesdurchschnitt von 23 Prozent.

„Mit 1,4 Mrd. Euro hat der Freistaat für 2024 fast fünf Mal mehr Mittel beantragt als laut Gigabitförderung des Bundes vorgesehen. Stand Oktober wurden heuer für 317 Ausbauprojekte Fördermittel beantragt, das sind rund 60 Prozent aller Anträge bundesweit “, heißt es inzwischen auf der Internetseite des Verbands. Vgl. Beitrag Seite 2. DK

PODIUMSDISKUSSION

Gigabitförderung – quo vadis?



V.l.: Constanze von Hassel, Alfred Holzer, Stefan Graf, Klaus Spreng, Christoph Rathenow, Jürgen Schuster

Wie geht es weiter mit der Gigabitförderung des Bundes? Unter der Moderation von GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel erörterten Klaus Spreng, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Bürgermeister Alfred Holzner, Rottenburg an der Laaber, Christoph Rathenow, Projektträger Breitbandförderung, Jürgen Schuster, Corwese GmbH, und Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag, die Zukunft des Breitbandausbaus.



Wie von Hassel in ihrer Einführung darlegte, habe sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, bis 2030 für eine flächendeckende Versorgung mit Glasfaser zu sorgen. Im Oktober 2022 sei die Bundesförderung aufgrund fehlender Haushaltsmittel gestoppt worden. 2023 waren noch 3 Mrd. Euro im Topf, ein Jahr später nur noch 2 Mrd. Euro und Ende Juli 2024 erfolgte die Ankündigung, dass Bayern statt versprochener 460 Mio. Euro lediglich 295 Mio. Euro erhält. 2025 sei nur noch 1 Mrd. Euro für ganz Deutschland vorgesehen. Zum Vergleich: Allein die Telekom investiert laut BREKO Marktanalyse 2024 in den Glasfaserausbau jährlich 5,6 Mrd. Euro und die Wettbewerber 7,6 Mrd. Euro.



Nach Angaben von StMFH-Referatsleiter Klaus Spreng „kommen wir im Festnetzbereich, für den ich zuständig bin, zwar voran, jedoch oft nur sehr zäh und schwerfällig. Vom Bund wünsche ich mir deutlich mehr Energie, Dynamik und Willenskraft.“ Die Reduzierung der Fördermittel 2024 um ein Drittel und die nochmalige Halbierung im Jahr 2025 sei ein Rückschritt, der nicht nur die finanziellen Ressourcen der Kommunen, sondern auch deren Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit beeinträchtige. →





Wie geht es weiter mit der Bundesförderung? Großes Interesse an der Podiumsdiskussion



„Fördermittel in einem laufenden Verfahren zu kürzen, geht gar nicht“, machte Gemeindetagsdirektor Stefan Graf deutlich. In vielen Gemeinden sei der betriebene Aufwand möglicherweise umsonst gewesen. Unabhängig von diesem „verfahrensmäßigen Schnitzer“ sei es nun wichtig, dass in die Bundesförderung Kontinuität und Berechenbarkeit Einzug halten. Dass die Mittel jährlich weniger werden, sei betrüblich, aber angesichts des Ausgabenproblems, das im Übrigen nicht nur der Bundeshaushalt habe, verständlich, erklärte Graf.

Die flächendeckende Gigabitfähigkeit auf dem Land muss seiner Meinung nach nicht morgen geschafft sein. „Wichtig ist, dass wir an der Aufgabe dranbleiben.“ Leitungsgebundene Infrastruktur im ländlichen Raum sei und bleibe in weiten Teilen defizitär. Deshalb werde es ohne Förderung nicht gehen. „Da die Breitbandversorgung keine Pflichtaufgabe der Gemeinden ist, werde ich keiner Gemeinde raten, die staatlichen Förderanteile zu übernehmen. Daher brauchen wird den Bund dauerhaft, genauso wie den Freistaat, der mit seiner Kofinanzierung einen sehr guten Job macht“, unterstrich der Verbandsdirektor.



„Es schaut gut aus für Bayern in 2024“, meinte Christoph Rathenow vom Projektträger PwC. Durch die verstärkte interkommunale Zusammenarbeit seien die Chancen auf eine Förderung für zahlreiche bayerische Gemeinden signifikant gestiegen. Angesichts der aktuellen Förderanträge geht Rathenow davon aus, dass für Projekte im Freistaat heuer ein Volumen ähnlich wie 2023 zur Verfügung gestellt werden kann.



Rottenburgs Rathauschef Alfred Holzner schilderte die schwierige finanzielle Situation seiner Stadt beim Breitbandausbau. Mit einer Förderpunktzahl von 120 und angesichts steigender Kosten sei es „völlig aussichtslos“, einen Ausbau in absehbarer Zeit allein zu realisieren. Bei voraussichtlichen Ausbaukosten in Höhe von rund 13 Mio. Euro werde es für die niederbayerische Kommune nicht möglich sein, alle Haushalte ohne zusätzliche Förderung zu versorgen, erläuterte Holzner. Ein flächendeckender Ausbau könne frühestens bis 2040 umgesetzt werden.



Zwar seien wegen laufender und abgeschlossener Förderverfahren bereits viele Gemeinden sehr gut versorgt, „dennoch sind sie verunsichert und verlieren zum Teil die Geduld, stellte Corwese-Geschäftsführer Jürgen Schuster fest. Dies habe damit zu tun, dass die angekündigten Eigenausbaumaßnahmen diverser Telekommunikationsunternehmen nicht oder nur reduziert und verspätet umgesetzt würden, die Förderung gekürzt worden sei und sich das Förderprogramm als sehr komplex erweise. Schuster zufolge müssen die noch unterversorgten Gemeinden nun alle Möglichkeiten ausschöpfen – von Mitverlegungen nach Masterplan bis zu Eintragungen ins EWA-Portal.

Im weiteren Verlauf der Diskussion standen die Themen Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Fördermittel, eigenwirtschaftlicher Ausbau, strategischer Überbau und flächendeckende Glasfaserinfrastruktur bis 2030 auf der Agenda. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die tragenden Säulen Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit dazu beitragen müssen, die bestehenden Hürden abzubauen, damit die politisch vorgegebenen Ziele des Glasfaserausbaus erreicht werden können. DK/GK



Wunsch nach Kontinuität und Berechenbarkeit in der Bundesförderung



Ambitioniertes Ziel: jährlich 2,5 Mio. Haushalte

V.l.: Jürgen Lück, Peter Roll, Frauke Stotz, Markus Beckmann

JÜRGEN LÜCK, PETER ROLL, MARKUS BECKMANN & FRAUKE STOTZ | TELEKOM DEUTSCHLAND GMBH

Digitales Bayern: Fortschritte und Perspektiven im Glasfaserausbau

Beim Bayerischen Breitbandforum präsentierte die Deutsche Telekom ihre Fortschritte und Ziele im Ausbau der digitalen Infrastruktur des Freistaats. In einem von Frauke Stotz moderierten Gespräch gaben Peter Roll, Regionalleiter Glasfaser, Markus Beckmann, Technik-Chef Bayern der Telekom, und Jürgen Lück, Konzernbevollmächtigter Deutsche Telekom Region Süd (Bayern), Einblicke in die bisherigen Erfolge und künftigen Pläne der Telekom, insbesondere im Hinblick auf ländliche Regionen.

Im vergangenen Jahr hatte die Telekom ihr Ziel von einer Million Glasfaseranschlüssen in Bayern erreicht. Dieses Jahr konnte sie den Ausbau auf 1,5 Millionen Haushalte ausweiten. Rund 75 Prozent der neuen Ausbaugebiete für das Jahr 2024 liegen im ländlichen Raum. Diese Fokussierung erklärte Roll mit einem gesellschaftlichen Wandel: „Immer mehr Menschen pendeln aus städtischen Regionen in den ländlichen Raum, weshalb wir den Breitbandausbau dort gezielt vorantreiben“, so Roll. →

Rödl & Partner

Mit Rödl & Partner erfolgreich im Telekommunikations-Sektor unterwegs





STRATEGISCHE BERATUNG: Betriebswirtschaftliche Analysen und Finanzierungsmöglichkeiten.

FÖRDERMITTELBERATUNG: Unterstützung bei der Beantragung sowie dem Abruf von Förderungen.

PROJEKTMANAGEMENT: Begleitung während des gesamten Ausbaus, von der Planung bis zur Umsetzung, um einen reibungslosen Ablauf sicherzustellen.

RECHTLICHE BERATUNG: Unterstützung bei regulatorischen Anforderungen und rechtlichen Aspekten des Glasfaserausbaus, insbesondere in den Bereichen TK-Recht, Gesellschafts- und kommunales Wirtschafts-, Bau-, Vergabe- und Beihilfe- sowie Steuerrecht und bei Transaktionen.

www.roedl.de/breitband

Besuchen Sie auch unser Webinar „Kooperationen im Glasfaserausbau“



Neben dem eigentlichen Ausbau gibt es jedoch zahlreiche Herausforderungen. Durch eine starke Preissteigerung bei Baumaterialien und Arbeitskosten sowie den aktuellen Fachkräftemangel sind die Planungen teils schwierig umzusetzen. Beckmann hob zudem die Hürden durch Insolvenzen von Tiefbaupartnern hervor: „Wenn Unternehmen, die für uns tätig sind, zahlungsunfähig werden, entstehen Bauverzögerungen, da Baustellen teils als Insolvenzmasse eingefroren werden.“ Trotz dieser Herausforderungen hält die Telekom an ihren ambitionierten Ausbauplänen fest. Jährlich sollen 2,5 Millionen Haushalte in ganz Deutschland an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Dafür investiert die Telekom fünf Milliarden Euro bundesweit – eine beträchtliche Summe, die auch Bayern zugutekommt.

Stabiler Partner der bayerischen Kommunen

Zusätzlich zum Glasfaserausbau setzt die Telekom auf Kooperationen und Beteiligungen an Förderprogrammen, um alle Regionen Bayerns – städtische und ländliche – umfassend zu vernetzen. „Wir wollen sicherstellen, dass Bayern in Sachen Digitalisierung weiterhin eine Vorreiterrolle einnimmt“, betonte Lück. Insgesamt sieht sich die Deutsche Telekom als stabilen Partner der bayerischen Kommunen, der trotz wirtschaftlicher Hürden den flächendeckenden Ausbau weiter vorantreiben will. Dabei setzt die Telekom auf eine Dreisäulen-Strategie: Eigenausbau, Kooperation und Förderprojekte. Zum Punkt Kooperation führte Roll aus, dass der Glasfaserausbau effizienter gelingt, „wenn Kommunen und Unternehmen gemeinsam agieren.“ Dies bezog er nicht nur auf Investitionen, sondern auch auf eine Optimierung der Auslastung, um Einnahmen zu generieren, die wiederum in die Netzinfrastruktur reinvestiert werden können. Bayernchef Lück rief die kommunalen Vertreter dazu auf, geplante Bauprojekte dem Unternehmen frühzeitig zu melden, „um mögliche Synergien zu nutzen und Kosten zu sparen“. Vorhandene Lehrrohrsysteme könnten in die Planung eingebunden werden, um den Ausbau wirtschaftlicher zu gestalten. Das Ziel sei es, die Infrastruktur kosteneffizient und nachhaltig auszubauen, ohne die Straßen mehrfach aufzureißen.

Des Weiteren gab das Telekom-Team Einblicke in den Einsatz digitaler Technologien zur Optimierung des Bauprozesses. Mit modernen Verfahren wie digitaler Baubegleitung, bei der offene Gräben digital erfasst und überprüft werden, will die Telekom Qualität und Effizienz steigern.



V.l.: Andreas Zapf, Gabi Emmerling, Vera Scherzer, Werner Prucker und Enrico Delfino

Trotz der positiven Entwicklung gibt es auch Herausforderungen. Verzögerungen bei Projekten wurden angesprochen, die manchmal zu Spannungen mit den Kommunen führen. Dies resultiert häufig aus unvorhergesehenen Marktbedingungen oder gesetzlichen Vorgaben. Laut Lück legt die Telekom jedoch höchsten Wert auf eine offene Kommunikation und gibt keine leeren Versprechen: „Wenn wir etwas nicht zu 100 Prozent zusagen können, machen wir keine leeren Versprechungen.“

Die Unternehmensvertreter hoben hervor, dass die Telekom weiterhin als verlässlicher Partner für die bayerischen Kommunen bereitsteht und gemeinsam mit Partnern wie den Stadtwerken den Glasfaserausbau vorantreiben will. CH



Offene Kommunikation, keine leeren Versprechen

CHRISTOPH PFÄNDER & KAI LEUFKER | AND SOLUTIONS GMBH

Live-Demo: Planung und Dokumentation in der Netzebene 4

AND ist ein im Jahr 1988 gegründetes unabhängiges Softwareunternehmen, das sich auf die Entwicklung einer effizienten Lifecycle-Lösung für die Planung, Dokumentation und den Rund-um-die-Uhr-Betrieb von TK-Netzen (einschließlich FTTH und DOCSIS, von NE2 bis NE4/5) spezialisiert hat. Das aktuelle Produktportfolio setzt sich zusammen aus: Webbasiertem Vorplanungstool, OnPremise-Softwarelösung für Feinplanung, Dokumentation und Betrieb, wobei der Betrieb auch in der Cloud möglich ist, GIS und CAD sind integriert, dazu wird eine umfangreiche Auswahl an Schnittstellen für den weltweiten Einsatz und den Schwerpunkt Europa angeboten.

Für den Ausbau der NE4 erläuterte Christoph Pfänder die erforderlichen Prozessschritte im Detail und betonte: „Dazu habe ich mich mit verschiedenen Leuten unterhalten. Und es beginnt damit, dass man sich ein Bild vor Ort verschaffen muss. Das erweist sich in der Praxis oft als schwierig, weil Eigentümer meist nicht die Immobilie selbst bewohnen.

Zu Beginn erfolge eine Begehung vor Ort bzw. die Einholung relevanter Informationen: Wo könnten Leitungen in den Fluren und Wohnungen verlegt werden? Wo soll die Glasfaser hingelegt werden? Wo sind Technikräume, in welche die aktive Technik eingebaut werden soll? Allfällige Besonderheiten wären dabei festzuhalten. Danach könne mit der Erstellung der Planung begonnen werden. Diese würde zumeist von kompetenten Dienstleistern durchgeführt. Anschließend könne der Ausbau der NE4 bis in die Wohnungen erfolgen. Wichtig sei hier die Dokumentation der fertiggestellten Installationen, z.B. durch Bilder. Die Dokumentation sei auch wichtig für den Betrieb sowie spätere Modifikationen der Planung.

Live-Demo Release 4.19

Mit Unterstützung seines Kollegen Kai Leufker wurde anschließend die AND-Software Release 4.19 live demonstriert. Damit sollte die Leistungsfähigkeit und einfache Bedienung besonders herausgestellt werden. „Es gibt einen wichtigen Faktor. Die vorhandenen Informationen befinden sich in einer Datenbank. Sie stellen eine wichtige Entscheidungshilfe dar, für das was weiter gemacht werden muss“, erklärte Leufker und führte schrittweise durch die einzelnen Planungsschritte. Die fertige Planung könne schließlich als PDF dem zuständigen Installateur übergeben werden. Der solle damit in der Lage sein, alle geplanten Komponenten fachgerecht zu implementieren.

Software bildet kompletten Lifecycle ab

Abschließend zog Pfänder ein Fazit. Die AND-Software bilde den kompletten Lifecycle ab: Vorplanung, Feinplanung, Bau, Rotkorrektur, Dokumentation, Betriebsunterstützung und Netzevolution. Die Hausnetze (NE 4) wären als integraler Bestandteil des Netzes vom POP bis zum ONT miteingeschlossen. Die Zusammenarbeit mit Eigentümer, Hausverwaltung und Mieter werde vereinfacht. Die Software diene auch als Nachweis der Arbeitsleistung der Dienstleister und ermögliche eine schnellere Entstörung durch Einsicht in die Dokumentation. GK



V.l.: Kai Leufker, Christoph Pfänder



DELPHINE DEPONT | ACOME GROUP

Wirtschaftliche Kabelverlegung und reduzierter CO2-Fußabdruck dank verbesserter Trommellogistik


Delphine Depont

Acome ist ein internationaler Industriekonzern und seit 30 Jahren aktiv in Deutschland tätig. Mit rund 2.000 Mitarbeitern werden ca. 600 Mio. Euro Umsatz erwirtschaftet. Im Bereich Kabel werden Produkte für die Telekommunikation, Automobil- und Bauindustrie angeboten. „Das Unternehmen wird als Genossenschaft geführt und investiert 50 Prozent des Gewinns in neue Entwicklungen“, sagte Delphine Depont zur Einführung und ergänzte: „Wir können langfristig planen, ohne von Investoren abhängig zu sein.“ Als Tochterunternehmen erwähnte sie Lynddahl Telecom und Idea Optical. „Heute möchte ich Ihnen eine Lösung vorstellen, die wir gemeinsam mit unseren Kunden entwickelt haben: Die App QR-Drum.“

Grundlage für die Entwicklung von QR-Drum waren folgende Schmerzpunkte im Verlauf eines Bauprojektes:

- Begrenzte Einsicht in die Restmenge von Kabeln
- Hohe Abfallrate mit ca. 10 Prozent der in einem Projekt verwendeten Kabel
- Zeitverluste, verursacht durch: Organisation, Vermeidung, Überwachung und Behebung von Fehlbeständen, manuelle Abrollkarte, Mehrfacheingabe von Daten, Berichterstattung
- Überbestände wie Sicherheitsbestand; ruhende Bestände, Restmenge am Ende des Projekts.

Die vorgestellte App bestehe einerseits aus der Installation eines QR-Codes auf der Trommel und andererseits cloudbasierten Schnittstellen zwischen Webportal und mobiler App. Die Zugriffsrechte könnten je nach Benutzergruppe wie z.B. Netzbetreiber, Bauleiter und Montage-Team individuell eingerichtet werden. Danach erläuterte Depont den Mehrwert der App. Diese erlaube eine exakte Standortbestimmung von Kabeltrommeln und gebe Einblick in den Kabelbestand einschließlich der Kenntnis von Restlängen auf Kabeltrommeln. Eine bessere Überwachung der Lieferkette sei möglich.

Die proaktive Planung von Lagerbeständen würde durch Vermeidung von ruhenden Beständen und Fehlbeständen unterstützt und der Versorgungsbedarf ließe sich einfacher verwalten. Durch die gebotenen Leistungsindikatoren erhielte man eine bessere Projektübersicht und die Möglichkeit zur schnellen Abfrage des Baufortschritts anhand objektiver Daten. Schließlich erfolge eine Reduzierung der Umweltauswirkungen durch Verringerung des Kabelverschnitts und Minimierung des CO2-Fußabdrucks des Projekts oder Bestands.

Mit einem Wertversprechen rundete Depont ihre Präsentation ab und fasste zusammen. Durch Reduzierung des Kabelabfalls um bis zu 50 Prozent und Vermeidung von Überbeständen ließen sich um bis zu 5 Prozent der Kabelkosten sparen. Die Logistikkette ließe sich durch Verantwortungsübertragung an Subunternehmer sicherer gestalten. Damit könne auch der Verlust von Trommeln und Kabeln reduziert werden. Schließlich ergäbe sich eine deutliche Verbesserung der betrieblichen Effizienz durch Verkürzung der Bestandinventurzeit und Eliminierung von zeitaufwendiger Dokumentation auf der Baustelle. Die Kosten dieser Lösung orientierten sich an der Zahl der Trommeln und Benutzer. Als Beispiel nannte Depont Kosten in Höhe von rund 1.000 Euro pro Monat bei einer Menge von 100 Trommeln pro Jahr. GK

JOHANNES BISPING | BISPING & BISPING GMBH & CO.KG

Synergien und Kooperationen im Breitbandausbau

„Als eines der führenden Unternehmen im bayerischen Breitbandausbau sind wir neben den anschlussstarken Kernorten auch im dünnbesiedelten ländlichen Raum aktiv. Nur gemeinsam können wir die Grundlage für die nötige Digitalisierung schaffen und alle mitnehmen“, betonte Johannes Bisping.


Johannes Bisping

Seit 34 Jahren bietet Bisping & Bisping mit Sitz in Lauf bei Nürnberg Dienste und Lösungen in den Bereichen Internet und Sicherheit, Kommunikation und Cloud Services sowie Glasfaser- und Breitbandausbau. Mit aktuell 85 Mitarbeitern werden ein europaweites eigenes Glasfaser- und Leerrohrnetz sowie über 10.000 FTTH/FTTB/FTTx-Anschlüsse in Bayern betrieben. 100.000 weitere Anschlüsse sind bereits geplant. „Immer auf der Höhe der Zeit versetzen wir unsere Kunden in die Lage, die Digitalisierung nachhaltig, effektiv und effizient für sich zu nutzen“, so der CEO.

Laut der Breko-Marktstudie vom Juni 2024 müssen in Bayern noch mehr als 5 Millionen Haushalte erschlossen werden. Erst dann sei eine diskriminierungsfreie Digitalisierung in Stadt und Land möglich. Diese Aufgabe birgt eine Reihe von Herausforderungen, wie fehlende Kapazitäten in Bau und Planung, nachhaltiger und flächendeckender Ausbau, Infrastrukturwettbewerb, langwierige Genehmigungsverfahren, zahlreiche neue Player, und Cherry Picking bei lukrativen Gebieten. Parallel dazu werden im Rahmen der Energiewende auch neue Netze für Wärme und Energie benötigt.

Um die vorgegebenen Ziele zu erreichen, gilt es, neue Wege zu gehen. Dies ist Bisping zufolge nur mit innovativen Geschäftsmodellen und wirksamer Zusammenarbeit möglich. Neben eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau sind dies Betreibermodelle mit Kommunen und →

Kooperationen mit Energieversorgern. Mitverlegung, Mitnutzung und Anmietung von Netzen und Trassen tragen unter anderem zur Kostensenkung bei.

Wie erfolgreich ein Betreibermodell sein kann, zeigt das Beispiel Herrieden/Bechhofen, wo seit 2014 in allen Ortsteilen eines der innovativsten Glasfasernetze im Freistaat entstanden ist. Bereits nach zwei Jahren wurde dort eine Penetrationsrate von bis zu 92 Prozent erreicht. Das Netz wächst jeden Monat weiter, weil sich weitere Kommunen an das Netz anschließen.

Seit 2017 wird Gigabit auch gemeinsam mit der ÜZ Mainfranken in den Landkreisen Ochsenfurt, Kitzingen und Schweinfurt realisiert. Dort wird die vorhandene Infrastruktur genutzt, um FTTB und FTTH über Backbone und Hausanschlüsse in zahlreichen Gewerbegebieten und seit 2019 auch in Wohngebieten zu offerieren. Umspannwerke und Rechenzentren werden von Bisping als Backbone-Standorte mitbenutzt. Der Ausbau erfolgt mit allen Baumaßnahmen auch für Strom, Wasser und Gas.

2023 ging die breitBAND Glasfasernetze SW GmbH, eine Netzgesellschaft der Stadtwerke Feuchtwangen und Bisping & Bisping, eine Kooperation mit der Telekom für die Kernstadt Feuchtwangen ein. Ziel ist es, rund 5.000 Haushalten und Unternehmen im Stadtgebiet und Umgebung gemeinsam einen Anschluss an das Netz der Zukunft zu ermöglichen.

Alle Partner setzen auf den Open Access-Ansatz. Somit erhalten Kunden eine breite Anbietervielfalt und profitieren von der innovativen Partnerschaft. Sie können nicht nur auf das



Melanie Müller

Portfolio von Bisping und der Telekom zugreifen, sondern auch auf Produkte von weiteren Anbietern. Bis Ende 2026 soll der Glasfaser-Ausbau abgeschlossen sein.

Eine strategische Kooperation ging Bisping zudem mit der econtech GmbH, Dienstleister im Breitbandausbau und Spezialmaschinenhandel, ein. Im Mittelpunkt steht dabei die gemeinsame Weiterentwicklung alternativer Verlegeverfahren für den innovativen Breitbandausbau. Nachhaltig gestaltet sich die Zusammenarbeit mit DB broadband, die freie Kapazitäten des Netzes vermarktet. 2021 entschied sich Bisping erstmalig zur Kooperation mit der DB Netz AG-Tochter und mietete rund 58 Kilometer Glasfaser der Deutschen Bahn an, um das Netz im niederbayerischen Gangkofen zu erschließen. Gut ein Drittel der benötigten 177 km Glasfasertrasse mussten so nicht neu gebaut werden. „So schaffen wir Effizienz beim Ausbau des Glasfasernetzes“, stellte Johannes Bisping fest. DK





Das Team von Connect Com


Falco Lehmann

FALCO LEHMANN | CONNECT COM GMBH

Innovative Lösungen für einen CO2-positiven, nachhaltigen und zukunftsfähigen Breitbandnetzausbau

Connect Com mit Standorten in Deutschland (Oberboihingen) und der Schweiz bietet als ein führender Hersteller Komplettlösungen für Kommunikationsnetze in den Bereichen Gebäudeverkabelung, Breitband, Rechenzentrum, Industrie sowie Energie, Verkehr und Überwachung. Seit 1993 werden zukunftsfähige Glasfaserprodukte entwickelt und gefertigt.

Das Herzstück in der kommunalen Breitband-Infrastruktur stellt laut Falco Lehmann die Technikzentrale CCM FiberCUBE PoP-Station (Point of Presence) dar: In ihr werden die Verbindungen für Daten- und Sprachverkehr zusammengeführt. Die PoP-Station fungiert als Knotenpunkt zwischen dem Weitverkehrsnetz (WAN = Wide Area Network) und dem regionalen FTTH-Glasfasernetz, das bis zu jedem einzelnen Hausanschluss führt.

Die CCM FiberCUBE PoP-Stationen werden als maßgeschneiderte und schlüsselfertige Komplett-Lösungen für spezifische Anforderungen geplant, gefertigt und ausgebaut. Ob als Technikzentrale, Ortszentrale oder Knotenpunkt für FTTx-Glasfasernetze: Der CCM FiberCUBE wird immer an standort- und netzspezifische Gegebenheiten angepasst. Durch vielfältige Gestaltungsoptionen ist er in nahezu jeder beliebigen Größe, mit unterschiedlichen Dachformen sowie verschiedenen Fassaden und Farben realisierbar. Er erfüllt alle Kriterien des Bundesförderprogramms Breitband.

Die Grundkonstruktion des CCM FiberCUBE basiert auf einer innovativen, nachhaltigen Holzständerbauweise mit Material aus regionaler Waldbewirtschaftung nach PEFC. Die isolierende Eigenschaft von Holz sorgt für ein besseres Raumklima, wodurch die Betriebskosten für die Klimaanlage spürbar reduziert werden können. Luftdichte und wärmebrückenoptimierte Außenwände verfügen zudem über einen sehr guten Schall- und Wärmedämmwert.

Die Vorzüge der Holzständerkonstruktion kommen besonders dann zum Tragen, wenn der FiberCUBE aufgrund enger Zufahrtswege und beengter Platzverhältnisse nicht als komplettes Fertiggebäude gestellt werden kann, wie in der Regel üblich, sondern in Einzelteilen angeliefert und vor Ort zusammengebaut wird.

Ein weiteres Highlight ist das innovative 2-Raum-Konzept, das Kabel- und Technikraum durch separate Eingänge klar voneinander trennt. So hat nur befugtes Installationspersonal Zugang zum Kabelraum und kann dort Arbeiten zum Kabel- und Rohrmanagement sowie zur Stromversorgung vornehmen. Die sensible Aktivtechnik befindet sich im klimatisierten Technikraum, zu dem nur autorisiertes Personal der Kommunen bzw. Netzbetreiber Zugang hat. Der CCM FiberCUBE kommt somit ohne Doppelboden aus; dadurch können Montage- und Servicetätigkeiten bequem und ergonomisch im Stehen durchgeführt werden. DK


Felix Nunn

FELIX NUNN | CORNING OPTICAL COMMUNICATIONS GMBH & CO.KG

Wege aus dem Fachkräftemangel in der NE3

„Laut einer Studie des deutschen Instituts für Wirtschaft könnte die deutsche Wirtschaft ohne Fachkräftemangel in 2024 bis zu 49 Mrd. Euro mehr erwirtschaften“, betonte Felix Nunn zu Beginn seines Vortrags und ergänzte: „Den Fachkräftemangel in Deutschland sehen wir auch in allen Bereichen des Glasfaserausbaus.“ Bereits in der Breko Marktanalyse 2023 sei dieser als kritischer Risikofaktor für den Glasfaserausbau in Deutschland festgehalten worden. Neben dem Fachkräftemangel wurden spezifische Risikofaktoren genannt: Gigabitförderung des Bundes, strategischer Doppelausbau durch die Deutsche Telekom, Kostensteigerungen, geringe Akzeptanz alternativer Verlegemethoden und langwierige analoge Genehmigungsverfahren. →

Der Fachkräftemangel habe verschiedene Ursachen. Wegen der fehlenden Ausbildung gebe es zu wenige Spleiß-Fachkräfte und zu wenige Fachkräfte für die Kabelverlegung. Hinzu komme ein ineffektiver Einsatz der verfügbaren Fachkräfte, wodurch hohe Nebenzeiten durch lange Fahrten, Genehmigungen und Terminfindungen sowie geringe Zeiten für die Haupttätigkeit entstünden. Probleme verursachten ferner zu langsame und kostspielige Arbeitsweisen. Der typische Ausbau der Netzebene 3 in Deutschland erfordere aber einen hohen Ausbildungsgrad. Es werde zudem eine Verstärkung des Fachkräftemangels durch den demographischen Wandel erwartet.

Arbeitsschritte vereinfachen

Der typische Ausbau der NE3 in Deutschland beginne beim POP, verlaufe über Hauptkabel, Backbone-Muffen, Aufteilpunkte und Verzweigerkabel und ende am Hausübergabepunkt. „Wir wollen uns heute mit den Komponenten Muffe und Verzweiger befassen und sehen, was gemacht werden könnte, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken“, sagte Nunn und setzte fort: „Indem man Arbeitsschritte vereinfacht.“ Bei der Muffe erwähnte Nunn den ECAM Gasstop und erklärte dessen Funktion. Für die einzelnen Verbindungen gebe es vorkonfektionierte Lösungen mit Pushlok-Technologie. Das entsprechende Evolv-Stecksystem für den Außenbereich gebe es als 1 Faser Stecker und Mehrfaser Stecker mit bis zu 12 Fasern. Dieses System spare die ansonsten aufwändigen Spleißarbeiten. Zusammengebaut als vorkonfektionierte Evolv-Terminals ließen sich



Das Team von Corning Optical Communications

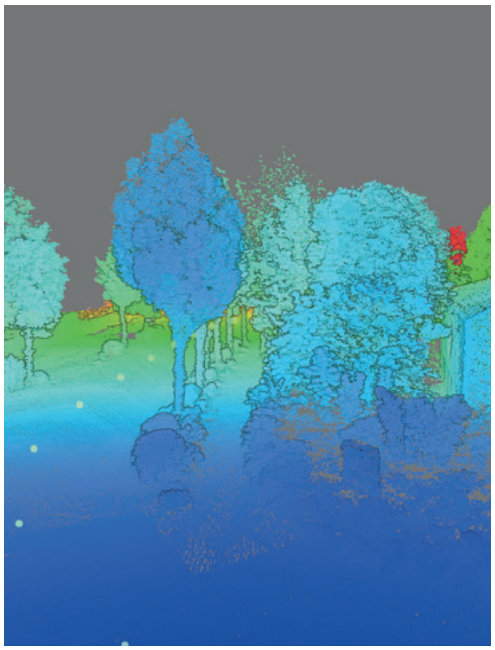
diese vielfältig am Tragseil, in Schächten und am Mast sowie an Fassaden einsetzen. Als Netzwerkverteiler könnte die Muffe auch unterirdisch verbaut werden.

Für das Verzweigerkabel habe man gemeinsam mit einem Kunden das Thin-Film Bundled Drop (TFBD) Kabel entwickelt, welches zu 24 Prozent niedrigeren Material- und Installationskosten führe und 21 Prozent der Zeit für die Installation einspare. Als generelle Glasfaser für die Verlegung in allen Bereichen habe Corning die Contour Fit Glasfaser entwickelt. Die biegeoptimierte Faser gemäß ITU-T G.657 A2 habe einen Modenfeld Durchmesser von 9,2 µm und sei deshalb kompatibel zu G.652 D Fasern in bereits bestehenden Netzen. Die Contour Fit Faser zeichne sich ferner dadurch aus, dass ihre Dämpfung auch bei Biegungen nahezu konstant bleibe. Schließlich reduziere der Kabelmantel mit garnfreier FastAccess-Technologie die Kabelzugangszeit um bis zu 70 Prozent. GK

WiR Solutions GmbH

Mobile Mapping: Die Zukunft der digitalen Vermessung

Effizient, präzise und flexibel – unser Mobile Mapping revolutioniert die Erfassung und Analyse von Umgebungsdaten. Ob Baustellen oder Trassenplanung, WiR Solutions ermöglicht eine detaillierte Aufnahme großer Strecken und Flächen. Unsere leistungsstarken Systeme erfassen Daten, bestehend aus 360°-Bildern und einer LiDAR-Punktwolke für eine umfassende Analyse – inklusive Vermessung innerhalb der Punktwolke.



Ihre Vorteile

Effizienz-steigerung

Kosten-einsparungen

Digitale Begehungen

Datenschutz-konform

Kontakt
www.wir-solutions.de



V.l.: Jürgen Schuster, Michael Friesinger

JÜRGEN SCHUSTER | CORWESE GMBH, MICHAEL FRIESINGER | FIBERIA GMBH

Förderabsage erhalten – Glasfaserausbau ade? Wir zeigen Handlungsoptionen!

Als aktuelles Beispiel für ein Breitbandprojekt wählte Schuster die Stadt Haßfurt. Bei der Ist-Analyse wurde festgestellt, dass bereits über 70 Prozent der Gebäude nach dem eigenwirtschaftlichen Ausbau gigabitfähig versorgt sind. Für den weiteren Ausbau sollten Bundesfördermittel beantragt werden. Nach der Prüfung gemäß Punktekompass wurde nach Prognose der Gigabit-RL 2.0 eine Punktzahl von lediglich 80 erreicht. Das reicht nicht für eine Förderung. Im vorangegangenen Förderaufruf 2023 wurden in Bayern Anträge bis zu einer Grenzpunktzahl von 245 bewilligt.

Für das Scoring sind vier Kriterien entscheidend:

1. Nachholbedarf
2. Synergienutzung/Schließung verbleibender Versorgungslücken (Restgebiet)
3. Digitale Teilhabe im ländlichen Raum
4. Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)

„Auf zwei dieser Kriterien können Sie Einfluss nehmen“, betonte Jürgen Schuster und setzte fort: „Und auf zwei weitere haben Sie keinen Einfluss. Der Nachholbedarf beruht auf weißen Flecken und ist deshalb nur bedingt relevant. Der einzig wirksame Hebel ist die interkommunale Zusammenarbeit. Am besten ist, sie suchen einen Partner, der nur weiße Flecken hat. Noch besser sind drei oder vier solche Partner.“

Als weitere Lösungsansätze nannte Schuster folgende Möglichkeiten:

- Punktekompass: Weiße Flecken? IKZ?
- Lückenschluss-Pilotprogramm – dies ist eine Sonderform innerhalb des Bundes-Förderprogramms mit einem deutschlandweiten Budget von 100 Mio. Euro. Die Ausbaukosten sind jedoch auf 1 Mio. Euro begrenzt und deshalb nur für kleine Gebiete geeignet.
- Masterplan und Mitverlegung – umfasst die Projektplanung, Rahmenbedingungen und Projektumsetzung. Bei anstehenden Baumaßnahmen sollte die Mitverlegung von Leerrohren geprüft werden.
- Ausschreibung eigenwirtschaftlicher Ausbau: EwA-Portal - bringt zusammen, was zusammengehört: Wunsch nach schnellem Internet und Investoren mit der Bereitschaft „Geld zu vergraben“
- BayGibitR – geht noch was? Förderung nur noch für Gewerbe- bzw. Industriegebiete oder Gebiete ohne Super-Vectoring-Versorgung
- BayGibitR ohne Förderung: Baukostenzuschuss

„Ich hoffe, ihnen hiermit einige Handlungsoptionen genannt zu haben und stehe für eine Beratung gerne zur Verfügung“, sagte Schuster zum Abschluss und übergab das Wort an seinen Kollegen Michael Friesinger, der die neu gegründete Tochterfirma Fiberia kurz vorstellte: „Wir übernehmen die Generalunternehmerschaft für den kompletten Glasfaserausbau. Wir machen die Projektplanung über die Umsetzung bis hin zur Abnahme einschließlich der Dokumentation. Dabei berücksichtigt werden Themen wie Hausanschlussmanagement, Förderung und eigenwirtschaftlicher Ausbau.“ Als Referenz beschrieb Friesinger das aktuelle Projekt in der Gemeinde Dischingen mit NetCom BW GmbH und EnBW ODR. Aus der Kombination des eigenwirtschaftlichen Ausbaus durch die NetCom BW GmbH und des geförderten Breitbandausbaus durch die Gemeinde werden bis zu 900 Haushalte mit Glasfaser versorgt. Die Fertigstellung des Projekts ist für Oktober 2026 geplant. GK

TIM KLOTSCH | GHMT AG

Der industrietaugliche Breitbandausbau

„GHMT ist ein akkreditiertes, unabhängiges Prüflabor. Hersteller lassen ihre Produkte bei uns prüfen. Und wir unterstützen die Carrier dabei, ihre Standardanforderungen zu definieren“, stellte Tim Klotsch sein Unternehmen vor und ergänzte: „Wichtig ist, dass dies alles auf neutralem Boden passiert.“ Der Schwerpunkt seines Vortrags lag jedoch nicht auf FTTH sondern auf industrietauglichen Infrastrukturen. Mit Bezug auf den Breitbandatlas läge die aktuelle →

Breitbandverfügbarkeit für Unternehmen in Gewerbegebieten bei 50 Mbit/s zwischen 75 und 95 Prozent und bei 1.000 Mbit/s zwischen 10 und 50 Prozent. Tatsache sei, dass aber nahezu jedes Unternehmen hier in Deutschland über einen Internetanschluss verfüge, auch wenn die Datenraten manchmal noch sehr niedrig lägen. Der politisch gewollte flächendeckende Glasfaserausbau mit 1 Gbit/s bis 2030 sei nicht zu erreichen.

Für flächendeckende industrietaugliche Netze fordere der ZVEI symmetrische Übertragungsraten im Gigabit-Bereich, niedrige Latenzzeiten und minimalen Jitter. Diese Anforderungen sollten auch von den Mobilfunknetzen erfüllt werden. Für den Ausbau stelle der Bund Fördermittel bereit, die von den beiden Projektträgern PwC und aconium zugeteilt werden. Die damit verbundenen Verfahren und Vorgaben seien schwierig zu verstehen und viele Töpfe wurden schon geschlossen. Deshalb würden 91 Prozent der Projekte auf den privatwirtschaftlichen Ausbau entfallen. An diesem Ausbau seien rund 400 Unternehmen beteiligt.

Für den Ausbau müssten eine Reihe von technischen Vorgaben eingehalten werden: das Materialkonzept des Bundes, die daraus entstandene DIN-Norm VDE 0800-720, das TKG, die technische Spezifikation L2-BSA II des NGA-Forums sowie die Vorgaben des BMDV zur Qualitätssicherung von Glasfasernetzen. Anschließend erläuterte Klotsch das Netzkonzept mit den wichtigen Komponenten der Netzebene 3 wie Point of Presence (POP) und Netzverteiler (NVT), von wo es dann stichartig in die Gebäude gehe. Als mögliche Topologien kämen Point to Point (P2P) und Point to MultiPoint (P2MP) zum


Tim Klotsch

Einsatz. Darauf setzten zumeist passive optische Technologien (PON) auf: GPON mit Datenraten bis zu 2,5 Gbit/s, XG-PON mit Datenraten bis zu 10 Gbit/s und XGS-PON mit symmetrischen Datenraten bis zu 10 Gbit/s. GHMT prüfe die Qualität aller dieser Komponenten gemäß VDE 0800-720, worin auch deren Eigenschaften genormt seien.

Abschließend gab Klotsch noch praktische Hinweise für den Netzausbau und seine Einflüsse. Leerrohre seien bei der Verlegung wiederholten Biegungen ausgesetzt, deren Zug- und Druckfestigkeit werde in Anspruch genommen, Biegeradien sollten eingehalten werden und bereits verlegte Rohre könnten durch Querdruck und Schläge beschädigt werden. Für den Ausbau in der Netzebene 4 entstehe derzeit ebenfalls eine Norm, die als Entwurf VDE 0800-730 vorläge. Zur Qualitätsbewertung durch eine aktive Performanceprüfung und Validierung erwähnte Klotsch das GHMT Premium Verification Program (GHMT PVP), womit hohe Qualitätsstandards dauerhaft und transparent nachgewiesen werden könnten. GK

LATUS ENGINEERING

Netzplanung, Bauüberwachung, Dokumentation

Ganzheitlich Netze planen

LATUS Engineering bietet ein komplettes Leistungsportfolio für regionale und lokale Anbieter von TK-Netzen. Ob Neubau oder aus dem Bestand heraus, wir betreuen Ihr Vorhaben ganzheitlich von der Planung über die Baubegleitung- und überwachung bis zur Dokumentation.

Ihr Vorteil: eine strukturierte, kostenoptimierte und fachgerechte Bauausführung von A bis Z.

JETZT VERNETZEN

www.latus-consulting.de

planung@latus-consulting.de



Das Team von Deutsche Glasfaser


Dr. Herbert Lackner

DR. HERBERT LACKNER | DEUTSCHE GLASFASER UNTERNEHMENSGRUPPE

Tradition bewahren, Zukunft gestalten

Eckpunkte für einen Glasfaserausbau auf Augenhöhe

Deutsche Glasfaser und Bayern – das ist eine Verbindung, die bereits seit 2010 besteht und auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag dazu leisten wird, den Freistaat mit Glasfaser zu versorgen. Dies machte Dr. Herbert Lackner, Manager Kommunale Kooperationen Bayern, zu Beginn seines Vortrags anhand einiger Zahlen deutlich: Das Unternehmen hat bis 2023 mehr als 160.000 Haushalte mit echter Glasfaser versorgt und ist mit 113 abgeschlossenen Glasfaser-Projekten das FTTH-Original in Bayern. Aktuell befinden sich 45 weitere Projekte im Rollout, bei 43 Projekten läuft die Aktivierungsphase.

Partnerschaftlicher Glasfaserausbau mit Open Access

„Open Access“ – das ist für Deutsche Glasfaser ein wesentlicher Hebel, um den Ausbau so schnell und partnerschaftlich wie möglich weiter in die Fläche zu bringen. Dies bedeutet: Das Unternehmen baut ein offenes Netz und stellt die Infrastruktur anderen Anbietern auf Basis diskriminierungsfreier vertraglicher Regelungen zur Verfügung. So kann nicht nur die Netzauslastung erhöht werden, sondern diese Art der Zusammenarbeit fördert auch die Wirtschaftlichkeit und einen fairen Wettbewerb. Die Kundinnen und Kunden erhalten durch diese Kollaboration mehr Wahlfreiheit beim Angebot. „Diesen Ansatz sieht Deutsche Glasfaser als smarte Antwort auf den Doppelausbau, der Anwohner und Verwaltung unnötig belastet und den FTTH-Ausbau in der Fläche verlangsamt“, erklärte Lackner. Sowohl deutschlandweit als auch regional in Bayern setzt Deutsche Glasfaser auf Wholesale-Kooperationen: Bundesweit hat Vodafone Zugriff auf das FTTH-Netz des Unternehmens. Darüber hinaus hat Deutsche Glasfaser beispielsweise mit M-Net auch einen starken Kooperationspartner im Freistaat.

Mit der DIN-Normierung Standards setzen

Den Glasfaserausbau in den Gemeinden sicher und mit möglichst wenig Belastungen für Mensch und Natur umzusetzen – dies ist für Deutsche Glasfaser von zentraler Bedeutung. Daher hat sich das Unternehmen führend für eine Normierung von Fräs- und Pflugverfahren im Glasfaserausbau eingesetzt und sich in einer Expertengruppe engagiert. Das Ergebnis: Die DIN 18220. Das Regelwerk ist seit Sommer 2023 in Kraft und schafft bei minimalinvasiven Verlegemethoden Klarheit und Sicherheit für alle am Glasfaserausbau Beteiligten. Der Ausbau kann bis zu fünf Mal schneller erfolgen, mit weniger Bodenaushub und deutlich ressourcenschonender als bei konventionellen Verfahren“, verdeutlichte Lackner.

Engagement in der Region stärken

Deutsche Glasfaser engagiert sich mit dem bundesweiten Wettbewerb Digitale Orte 2024 auch über den eigentlichen FTTH-Ausbau hinaus für das digitale Leben im ländlichen Raum. Gemeinsam mit Deutschland – Land der Ideen und weiteren namhaften Partnern zeichnet das Unternehmen wegweisende Initiativen, Projekte, Kommunen sowie Vorreiterinnen und Vorreiter aus, die mit digitalen Ansätzen und Technologien den Wandel im ländlichen Raum erfolgreich gestalten und vorantreiben. In jedem Wettbewerbsjahr standen auch Projekte aus Bayern im Finale. In diesem Jahr: Die Wissenswerkstatt Schweinfurt, die Shuttle Modellregion Oberfranken und das Digitale Dorf Spiegelau. „Dies zeigt, mit welchem Engagement die Digitalisierung in Bayern gemeinsam mit Deutsche Glasfaser vorangebracht wird“, ordnete Lackner abschließend ein. ■


V.l.: Peter Ertel, Andreas Meder, Klaus Eckel und Michael Hilgers

MANUEL HOMMEL | GEO DATA GMBH

Netzdokumentation: Schnell & einfach mit dem Smartphone

GEO DATA GmbH mit Sitz in Westhausen ist seit über 35 Jahren mit derzeit über 260 Mitarbeitern für Städte und Gemeinden erfolgreich tätig. Das Thema Breitband wird an sechs Standorten in Deutschland sowie in Zürich kompetent von der Beratung über Planung, Bau, Vermessung bis zur Dokumentation aus einer Hand bearbeitet. In diesem Bereich wurden über 2.000 Projekte zufriedenstellend umgesetzt und für die Kunden über 1 Mrd. Euro Fördermittel erfolgreich beantragt. Neu ist ein Leistungsangebot im Bereich Wärmeplanung für Nahwärmenetze einschließlich Photovoltaik und Solarthermie.

Anschließend an die Firmenvorstellung referierte Manuel Hommel zum Thema Messen und Dokumentation von Glasfasernetzen, welches im Hinblick auf Fördermittel zunehmend komplexer geworden sei. „Inhaltlich geht es dabei darum, einen relativ analogen Prozess ins digitale Zeitalter zu überführen“, sagte Hommel und setzte fort: „Der bisherige Prozessablauf von Planung über Bau und Vermessung vor Ort bis hin zur Rotstrichkorrektur und finalen Dokumentation sollte insbesondere in den letzten drei Punkten vereinfacht werden.“ Ein gewichtiger Treiber dafür sei der bestehende Fachkräftemangel. Zur Illustration der Lösung führte Hommel ein Video vor, in dem gezeigt wurde, wie einfach mobiles Mapping mit dem Smartphone praktisch durchzuführen sei. Danach erklärte er die einzelnen Schritte, um eine aussagekräftige Dokumentation zu erstellen.

„Wir gehen mit dem Smartphone ergänzt um ein GNSS-Modul raus auf die Baustelle, nehmen die offenen Gräben mit der Videofunktion auf und erzeugen daraus ein 3D-Modell“, erklärte Hommel. Damit werde ein digitales Geländemodell erzeugt. Sämtliche Daten würden nach der Prozessierung in die Cloud übertragen und stünden danach zur weiteren Bearbeitung im Büro zur Verfügung. Die digitale Trassenaufnahme bestehe aus digitalem Geländemodell (DGM), Orthophoto, 3D-Punktwolke und texturiertem 3D-Modell.



V.l.: Fabian Schmidt, Manuel Hommel

Der Projektfortschritt könne im Büro mit einem Blick durch Detailinspektion laufend mitverfolgt werden. Die Lösung basiere auf dem Produkt viDoc von vigram AG, mit der eine Partnerschaft bestehe.

Klarer Durchblick am offenen Graben

Den Nutzen fasste Hommel in seinem Überblick zusammen. Bestehende Schäden könnten vor der Aufnahme des Tiefbaus zur Beweissicherung schnell erfasst werden. Eine Bestandsaufnahme zur Vermessung auf der Baustelle erfolge durch Aufnahmen während des Baus georeferenziert direkt am offenen Graben. Dabei werde die 3D-Grundlage erstellt. Die Lagegenauigkeit der Daten betrage zwischen 2 und 3 cm, die Höhengenauigkeit zwischen 3 und 4 cm. Schließlich sei damit eine schnelle und digitale Erfassung von Baumengen gegeben. Sie ermögliche die Mengenauswertung anhand von Daten, die zum Leistungsverzeichnis passten. Die zeitsparende Erstellung von Aufmaßskizzen auf Basis der digitalen Trassenaufnahme sei damit möglich. Die erfassten Daten bildeten eine solide Basis für die Abrechnung. Für den Kunden bedeute dies, jederzeit einen klaren Durchblick am offenen Graben zu haben. Die umfangreiche Leistung von Mobile Mapping wurde abschließend live demonstriert. GK

GLASFASER-AUSBAU
BRAUCHT STANDARDS.

Seit über 10 Jahren verlegen wir Glasfaser im minimalinvasiven Ausbauverfahren. Die neue **DIN 18220** regelt den Glasfaser-Ausbau und wird zum Branchenstandard. Schon heute profitiert Ihre Kommune von unserer Technologieführerschaft. Wenn auch Sie den Glasfaser-Ausbau in Ihrer Region vorantreiben möchten, beraten wir Sie gerne:
deutsche-glasfaser.de/kommunen

Deutsche Glasfaser

Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH · Kontakt: 40463 Düsseldorf (Postanschrift)





V.l.: Maximilian Nimführ, Constanze von Hassel und Helmut Beerhalter



Johannes Stütz

JOHANNES STÜTZ & HELMUT BEERHALTER | HAUFF-TECHNIK GRIDCOM GMBH

Flüster-PoP und G-BOX – innovative Lösungen für die NE3

Das mittelständische Unternehmen Hauff-Technik GRIDCOM wurde 2005 gegründet und ist im Besitz der Gesellschafter Hauff Technik GmbH & CO.KG. 65 Mitarbeiter verteilen sich auf die beiden Standorte Rosenberg und Heidenheim. Zertifizierungen bestehen nach DIN EN ISO 9001 und DIN EN ISO 1400. Mitgliedschaften bestehen bei den einschlägigen Verbänden Breko, Buglas und OFAA. Als Vertriebsinnovation wird ein Messe-LKW als „Rolling-PoP“ für Kundenbesuche eingesetzt. „Heute wollen wir ihnen unseren Flüster-PoP vorstellen“, sagte Johannes Stütz und fuhr fort: „Das ist ein klassisches Multifunktionsgehäuse, an dem oben zusätzlich eine Kühleinheit eingebaut ist.“ Die Funktionsweise des Flüster-PoPs 2LINE MFG 18 wurde durch eine kurze Videoeinspielung verdeutlicht.

Als besondere Eigenschaften des Flüster-PoPs wurden die drei Kühlstufen, der geringe Schalldruckpegel von 35 dB(A) sowie die integrierte USV und Batterien hervorgehoben. Die Kühleinheit wäre auch separat verfügbar, sodass bereits bestehende Multifunktionsgehäuse (MFG) damit nachgerüstet werden könnten. Stütz verwies zudem auf ein wichtiges Teilelement im MFG, das 2LINE Spleiß-/Patch Modul – SPM. Es enthielte vormontierte Module mit Pigtails und Kupplungen sowie eine Spleißkassette zur Ablage von Crimp- oder Schrumpfspleißschutz.

Danach stellte Stütz die 2LINE G-BOX vor. Die Box sei vor etwa fünf Jahren entstanden, weil man sich damals Gedanken machte, wie man einen Hausanschluss günstiger und wirtschaftlicher bauen könnte. Für solch einen Hausanschluss wären jeweils bis zu fünf Termine zu vereinbaren: Trasse festlegen, Hausanschluss erstellen, Glasfaser einblasen, Glasfaser spleißen und Wohnungsanschluss spleißen und messen. Stütz machte dazu ein Rechenbeispiel: Bei 1.500 Anschlüssen pro Netzbaumaßnahme müssten 7.500 Termine vereinbart werden. Bei einem Mittelwert von 50 Euro pro Termin entstünden Kosten in Höhe von 375.000 Euro. Durchschnittlich könnten 38 Termine pro Arbeitstag vereinbart werden. Es entstünden hohe Kosten bei langem Zeitaufwand. In Neubaugebieten könne man deshalb nach der Planung bereits auf jedem Grundstück eine G-BOX vorinstallieren. Die Leerrohre vom PoP bis zur G-BOX wären ebenfalls vorbereitet. Auch hierzu legte Stütz ein Rechenbeispiel vor. Die Verrechnungspreise für das Einblasen und Spleißen lägen bei ca. 650 Euro pro Einzelanschluss. Wenn bei 50 Bauplätzen jeweils zwei Hausanschlüsse in einem Arbeitsgang eingeblasen und gespleißt würden, entstünden Kosten in Höhe von 16.250 Euro. Mit der vorinstallierten G-BOX könnten alle Hausanschlüsse in einem einzigen Arbeitsgang erstellt werden und die Kosten würden sich auf rund 2.000 Euro reduzieren. „Wir nennen das Fiber to the Ground (FTTG)“, sagte Stütz. Abschließend präsentierte er noch mit 2LINE MIS25 eine praxiserprobte Lösung für die Hauseinführung, die entweder waagrecht oder mit bis zu 45° Neigung installiert werden könne und untermauerte die Präsentation mit Bildern aus der Praxis. GK

STEFANIE SILL | HEXATRONIC GMBH, ANDREAS BÄTZ-HAMMER | HOMEWAY GMBH, ANDREAS GLÄSER | OPTERNUS GMBH

Glasfaserverkabelung in der NE4: Zwischen Standards und Expertenwissen

Die Hexatronic Gruppe hat ihre Wurzeln als schwedischer Kabelhersteller. Heute bestehen eigene Niederlassungen hier in Deutschland sowie in den Niederlanden und Österreich. „In Deutschland haben wir ganz tolle Schwesterunternehmen, mit denen wir zusammenarbeiten: homeway für Entwicklung und Vertrieb von Glasfaserlösungen in den Netzebenen 4 und 5, Opternus als Spezialist für Einblas-, Spleiß- und Messtechnik sowie TK-Kontor Freitag als Schulungs- und Trainingscenter“, sagte Stefanie Sill. →



V.l.: Andreas Bätz-Hammer, Stefanie Sill, Andreas Gläser

Den Herausforderungen bei Projekten in der Netzebene 4 widmete sich anschließend Andreas Bätz-Hammer. Die begännen bereits bei der Eigentümerrecherche, als Basis für den Projekterfolg. Denn in vielen Fällen lägen Eigentümerdaten nicht vollständig vor oder seien schwer zugänglich. Es sei also wichtig, den richtigen Ansprechpartner zu finden. Danach gelte es bei der Gestattungseinholung die vertraglichen Details mit einer fairen Abwägung der Interessen beider Parteien herauszuarbeiten. Damit müsse der Zugang zum Gebäude und ggf. zu den Wohnungen gesichert werden. Erst dann könne eine präzise Ausbau- und Materialplanung mit genauem Zeithorizont erfolgen. Mit einer Beispielrechnung für sechs Wohneinheiten belegte Bätz-Hammer die Materialkosten für die passive Infrastruktur mit rund 745 Euro, das entspräche 123,20 Euro pro Wohneinheit. Die praktische Umsetzung vor Ort wurde anschließend von Sill Schritt für Schritt vom Hausübergabepunkt und Gebäudeverteiler über Leerrohre bis hin zur Teilnehmer-Anschlussdose erläutert. Dabei erwähnte sie die möglichen Verlegevarianten im Installationsschacht, im Treppenhaus, an der Außenwand, in der Unterdecke und unter Putz. Die entsprechenden NE4-Lösungen von Hexatronic seien für den Einsatz in den Gebäudeklassen 1-5, Sonderbauten und Fluchtwegen gemäß einem Brandschutzgutachten geeignet. Als praktische Beispiele wurden die Verlegung in einem Schornstein, stillgelegten Kamin, einem Warenhaus, an der Außenwand und im Treppenhaus eines neu gebauten Mehrfamilienhauses gezeigt.

Lösungen für Netzausbau und Netzbetrieb

„Wir vertreiben die Produkte, die nötig sind um das Ganze zusammenzuhalten“, erklärte Andreas Gläser und setzte fort: „Ja es muss gespleißt werden, auch wenn vorkonfektioniert ist, spätestens an der Dose im Keller.“ Opternus biete integrierte Lösungen für den Netzbau an, beginnend bei der Netzinstallation durch Einblasen, Spleißen und Messen über die Netzwerkverifikation mittels Messtechnik bis hin zur Netzdokumentation mit Software wie FastReporter und ExfoExchange. Lösungen gäbe es auch für den Netzbetrieb, beginnend beim Netzwerkmonitoring für die Layer 0 bis 7 über die Glasfaserüberwachung einschließlich automatischer Störungsortung bis zur Protokollmesstechnik mit Datenraten bis zu 1.000 Mbit/s. Abschließend gab Gläser einen kurzen Überblick über das angebotene Produktspektrum: Einblastechnik, Spleißtechnik, Messtechnik und dazu passende ergänzende Produkte. Für alle Produkte werden in der Opternus Akademie Seminare und Schulungen angeboten. GK





Das Team von LEONET

Eigenes Glasfasernetz in über 300 Kommunen


Martin Naber

MARTIN NABER | LEONET GMBH

Erfolgsstrategien und Marktanalysen für den Glasfaserausbau im ländlichen Raum

Mit Ausbauaktivitäten in ländlichen Regionen außerhalb der Ballungszentren treibt LEONET den Glasfaserausbau auf dem Land voran. Aktuell betreibt das Unternehmen laut Martin Naber ein stetig wachsendes, derzeit rund 4.000 km langes eigenes Glasfasernetz in über 300 bayerischen Kommunen in mehr als 30 Landkreisen. Auf dem Fundament finanzkräftiger und langfristig orientierter Gesellschafter erhöht LEONET die Zahl neuer Glasfaseranschlüsse jährlich um eine Größe im mittleren fünfstelligen Bereich und erschließt weitere Regionen im Freistaat.

Zwar ist die Glasfaser nach Nabers Ausführungen „politisch gewollt, wirtschaftlich nötig und technisch erforderlich“, jedoch sei der Glasfasermarkt mit vielen Herausforderungen konfrontiert. So konterkariere das Agieren der Telekom die Glasfaser-Ausbauziele. Strategische Manöver führten zur Verunsicherung kommunaler Politiker und den Verbrauchern. Der Doppelausbau binde Behörden und Bauunternehmen, punktuelle Ausbauten erschwerten die Mischkalkulation alternativer Anbieter.

Zahlreiche Baustellen

Die Ausbauziele des Bundes bzw. Bayerns seien gefährdet, Projekte verzögerten sich. Kommunen würden in einem ersten Schritt nur teilausgebaut, die ‚doppelte‘ Bearbeitung‘ führe zu Verzögerungen. Darüber hinaus treibe Ressourcenknappheit die Einkaufspreise und Baukosten in die Höhe; auch werde die Realisierung flächendeckender Glasfaserausbauten in Kommunen torpediert. Zusätzliche Gebiete würden zu Fördergebieten zum Nachteil öffentlicher Haushalte. Hinzu komme die abwartende Haltung der Verbraucher, deren Bewusstsein für die Notwendigkeit von Glasfaser nach wie vor unzureichend sei, stellte Naber fest.

Ein starkes Zeichen für die Förderung des Open Access-Modells und konsensfähige Branchenstandards setze die im Mai 2024 gegründete Open Access Allianz, bestehend aus Deutscher GigaNetz, DNS:NET, Eurofiber Netz und Infrafibre Germany mit den Gesellschaften LEONET und BBV Deutschland. Im Mittelpunkt stehe dabei die Vermarktung von Internet- und Telefondiensten mit Gigabit-Geschwindigkeit im Glasfasernetz der jeweiligen Partner. Die Forcierung und Etablierung eines freien gegenseitigen Zugangs sei essenziell, um den dringend erforderlichen schnellen und flächendeckenden Ausbau gezielt und wirtschaftlich sinnvoll voranzutreiben. Gleichzeitig gehe es darum, die Auslastung von Glasfasernetzen zu erhöhen, die Wirtschaftlichkeit von Investitionen zu verbessern und somit den Übergang von Kupfer auf Glas zu erleichtern.

Die Verbraucher profitierten so von einer größeren Vielfalt an unterschiedlichen Diensteanbietern, die Netzbetreiber wiederum von einer höheren Auslastung ihrer investitionsintensiven Netze. Auch für ökonomisch und ökologisch unsinnige Doppelausbauten von Glasfasernetzen gebe es somit keinerlei Argumente. Vielmehr ließen sich dadurch freiwerdende Investitionsmittel in Regionen einbringen, die noch nicht über eine hochmoderne Glasfaserinfrastruktur verfügen.

Die Open Access Allianz hat Naber zufolge vereinbart, die technische Realisierung über den marktweiten Layer-2-Bitromzugang darzustellen. Als gegenseitige Schnittstelle soll die etablierte S/PRI-Schnittstelle genutzt werden. Auch streben die Mitglieder der Allianz eine Standardisierung von Prozessen und Produktspezifikationen an.

Die Gigabitstrategie 2030 der Bundesregierung sieht bis 2030 u.a. flächendeckend Glasfaseranschlüsse bis ins Haus vor. „Eine Kurskorrektur ist notwendig, mit einer gemeinsamen Anstrengung sind die Ziele erreichbar“, fasste Naber zusammen. Konkret gelte es, der Überbauung eine klare Absage zu erteilen, Genehmigungsverfahren und Antragsbearbeitung zu beschleunigen, die Akzeptanz moderner Verlegemethoden, wie etwa Stufenschleifverfahren zu erhöhen und verbindliche Kriterien für eine Kupferabschaltung zu schaffen. DK

DR. HENRIK BREMER | WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Haben wir uns zu viel vorgenommen?

DAS JAHR DER UNANGENEHMEN WAHRHEITEN

Bei seinem Blick auf das Gesamtbild Deutschland stellte Dr. Henrik Bremer eine gewisse Deindustrialisierung fest. Deshalb könnte Deutschland künftig kein geeigneter Standort mehr sein. Die Unternehmensinsolvenzen seien auf dem höchsten Stand seit 10 Jahren. Auf der Verbraucherseite skizzierte er eine sinkende Kaufkraft trotz Zunahme der Reallöhne. Und da wäre noch die unkoordinierte Energiewende, gekennzeichnet durch negative Strompreise und Übersubventionierung. Weil die Ausbauziele der Bundesregierung zunehmend unrealistischer werden, stellte Bremer die Rolle Deutschlands als führende Industrienation in der digitalen Zukunft infrage.

Als Gründe für den schleppenden Glasfaserausbau nannte Bremer die angespannte Finanzlage durch gestiegene Baukosten und Zinsen, Startschwierigkeiten bei Open Access, den strategischen Doppelausbau, Vermarktungsschwierigkeiten, Insolvenzen auf Verbraucher- und Unternehmensseite sowie die Neuordnung des Marktes. Bei den TKUs gab es ja bereits zwei Insolvenzen: Hello Fiber und HeLiNET. Schwerwiegender seien die Insolvenzen im Tiefbau, z.B. durch die zahlungsunfähigen Unternehmen SchönerTel, Soli Infratechnik und Connect Energy. Zudem wurden die Bundesfördermittel von 3 auf 2 Mrd. Euro gekürzt. Dazu stellte Bremer die Frage: „Welche Gründe hat es, dass von den seit 2016 bereitgestellten 16 Mrd. Euro für den Glasfaserausbau bisher nur 4 Mrd. Euro abgerufen wurden?“

Zunehmend kritische Investoren

Der deutsche Glasfasermarkt wird vom Wettbewerb geprägt. Ein Blick auf die gewichtigen Player zeigte, dass ausreichend Kapital für die nötigen Investitionen bereitstehe. Bei UGG, ein Joint Venture von Allianz und Telefónica seien es 5 Mrd. Euro. Die Deutsche Glasfaser könne auf 7 Mrd. Euro von ihren Investoren zählen. Der Deutschen Giganetz mit den Hauptinvestoren DWS Group und IRCP sowie Sunlife Versicherungsgruppe stünden 3 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Deutsche Telekom setze auf eine 3-Säulen-Strategie: eigenwirtschaftlicher Ausbau, Förderung und Kooperationen. OXG, das Joint Venture von Vodafone und Altice bekäme 7 Mrd. Euro. Als weitere Player sah Bremer noch GVG mit dem Investor Palladio Partners,



Dr. Henrik Bremer

Glasfaser Nordwest, ein Joint Venture von Telekom und EWE, die noch eine Kooperation mit 1&1 betreiben. Aufgrund der steigenden Zinsen und Erschließungskosten würden die Investoren zunehmend kritischer auf den deutschen Markt blicken. In einigen Fällen sei sogar eine Neuberechnung der Geschäftspläne erforderlich.

Abschließend zeigte Bremer einige Lösungsmodelle für die Zukunft auf, die auf einer Vielzahl von strategischen Möglichkeiten sowohl für den Aufbau neuer Glasfasernetze als auch bereits bestehender Glasfasernetze aufsetzen. Dem Doppelausbau könne man aktiv durch Kooperation oder Erhöhung der eigenen Ausbaugeschwindigkeit begegnen. Open Access sei ein wichtiges Modell für die Betriebsebene. Für Stadtwerke empfahl er bei einer bevorstehenden Konsolidierung drei mögliche Optionen: Joint Venture, Erwerb fremder Netze und Netzveräußerung. GK





„Wir stehen zu unserer Verantwortung“

Das Team von M-net



Maximilian Oertle

MAXIMILIAN OERTLE | M-NET TELEKOMMUNIKATIONS GMBH

Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Breitbandausbau

Regionale Kooperationen auf Augenhöhe lautet das Leitmotiv der M-net Telekommunikations GmbH, eines 1996 gegründeten Unternehmens, das mit einer Vielzahl von Partnern mittlerweile über 700 Kommunen in Bayern und im hessischen Main-Kinzig-Kreis versorgt.

Laut Maximilian Oertle bestätigt die aktuelle BREKO Marktanalyse, „dass wir die letzten Jahre zwar gute Fortschritte gemacht haben, aber noch weit von unseren Zielen entfernt sind. Wir appellieren an Sie alle, hier zu kooperativeren Lösungen zu kommen.“ „Dass wir viel zu langsam unterwegs sind“, liege vor allem an gestiegenen Zinsen, aber auch an einer wachsenden Verunsicherung der Investoren und Kreditgeber im Hinblick auf die langfristige Werthaltigkeit der Netze (z.B. deren Auslastung durch eigene Kunden und über Partner).

Neben den allseits bekannten Herausforderungen im Tiefbau, wie dem Einsatz innovativer Verlege-Methoden und der weiterhin aufwändigen Genehmigungsverfahren, wies der Technische Geschäftsführer auch auf die Bedeutung der Eigentümerzustimmungen in den Städten und großen Gebäuden hin. Aus Sicht von M-net sei es zudem „absolute Verschwendung knapper Ressourcen und eine weitere Belastung des öffentlichen Raumes“, wenn bereits bestehende Netz überbaut würden. So seien die wichtigen Ausbauziele in Bayern und Deutschland nicht, bzw. viel zu spät zu erreichen. Aktive Vorleistungen (Layer 2 Bitstream) stellten das Mittel der Wahl dar. Zudem fehle es an vielen Stellen weiterhin an echter Kooperationsbereitschaft auf Augenhöhe und an fairen Konditionen. Verbesserungspotenzial gebe es auch bei den Schnittstellen und Prozessen.

Netze sukzessive upgraden

Kritik übte Oertle an der Telekom, die die Landeshauptstadt München als beste ausgebaute Glasfaser-Stadt Deutschlands überbauen wolle, obwohl bereits eine Zugangsvereinbarung und Zugang zu fairen und marktgerechten Konditionen auf das Glasfasernetz von M-net bestehe. Demgegenüber komme der Ausbau in den noch nicht mit Glasfaser versorgten Bereichen der Stadt nur äußerst schleppend voran. Gleichzeitig habe noch keine Open-Access-Vereinbarung mit der Deutschen Telekom abgeschlossen werden können, um künftig M-net-Kunden in den noch nicht durch M-net erschlossenen Gebieten in München über das geplante Glasfaser-Netz der Deutschen Telekom zu versorgen.

„Unser Versprechen an die Gebäudeeigentümer und die Wohnungswirtschaft lautet: Wir stehen zu unserer Verantwortung und werden die bestehenden Netze sukzessive auf FTTH upgraden. Die Kunden können ihren Internet-Anbieter frei wählen“, betonte der Geschäftsführer. „Wir bauen in Absprache alle Wohnungen im Gebäude in hoher Qualität und kostenfrei aus. Der Ausbau erfolgt im Auftrag von M-net oder einem unserer Gesellschafter/Partner, wie etwa SWM in München. Die Bewohner können ihren Internetanbieter frei wählen (aktuell: M-net, 1&1 und Dt. Telekom). Wir bieten allen interessierten Anbietern aktive Vorleistungen.“

Als Tochterfirma führender Stadtwerke in Bayern unterstützten M-net und Partner die Kommunen darin, ihren Glasfaserausbau aktiv und erfolgreich zu gestalten. „Wir und unsere Partner stehen zu unserem Wort und Sie können sich auf uns verlassen. Unsere Kunden sind in der Regel mit unseren Dienstleistungen sehr zufrieden und halten uns dadurch langfristig die Treue“, unterstrich Oertle. DK



V.l.: Ein Besucher im Gespräch mit Maximilian Oertle und Hans-Jürgen Merz



Detaillierte Lösungsvorschläge

SEBASTIAN FORNEFELD | MICUS STRATEGIEBERATUNG GMBH

Kurskorrekturen oder „Rette sich wer kann“: Mit neuer Entschlossenheit zur Kommerzialisierung der Netze

MICUS Strategieberatung GmbH ist ein deutschlandweites Beratungsunternehmen in den Bereichen Breitbandausbau, Glasfasernetzplanungen, Geschäftsfeldentwicklungen sowie Digitalisierungsstrategien. Seit der Gründung im Jahr 2000 wurden über 300 Projekte in ganz Deutschland realisiert. In mehr als 170 Landkreisen und Kommunen haben mehrere Millionen Einwohner von der Versorgung mit Glasfaser profitiert. Das begleitete Investitionsvolumen beträgt mehr als 3 Mrd. Euro.

Rückstand bei der Vermarktung bereits gebauter Trassen

Mit einem Blick auf die Verfügbarkeit von Glasfaser in Deutschland stellte Sebastian Fornefeld fest, dass ein anhaltender Rückstand bei der Vermarktung bereits gebauter Trassen bestehe. Gestützt auf die Zahlen der Breko Marktanalyse 2024 bedeutet das konkret: Von den 46 Mio. Haushalten entfallen 43,2 Prozent auf die Kategorie Homes passed, 22,8 Prozent auf Homes connected, aber nur 11,3 Prozent auf Homes activated. Und nur 5 Prozent nutzen den Glasfaseranschluss mit Datenraten von mehr als 1 Gbit/s. „Man muss also realistisch sein. Man wird also auf die kurze Sicht nicht auf die prognostizierten 90 Prozent Homes activated kommen, weil die Leute zurückhaltend sind“, erklärt Fornefeld und betonte: „Selbst in gut entwickelten Ländern wie Schweden ist die Akzeptanz noch nicht so hoch.“ Auch bei der Telekom sei ein konstant hohes Bautempo zu registrieren, allerdings bei ebenfalls niedriger Vermarktung. So waren Anfang 2024 bei 8,2 Mio. Homes passed lediglich 1,09 Mio. Endkunden aktiviert. Das entspräche einer Quote von 13,3 Prozent. Daraus resultiere, dass sich der Ausbau neuer Homes passed in den letzten Monaten nahezu halbiert habe.

Es sei deshalb Zeit für eine Kurskorrektur in den Bereichen Gebietsentwicklung, Planung, Bau und Vertrieb. Für diese Bereiche präsentierte Fornefeld detaillierte Lösungsvorschläge. Erfolgversprechend sei der Fokus auf Gebiete mit klarem Business Case auf Adressebene und die Kooperation mit lokalen Stadtwerken. Wichtig sei eine standardisierte Planung sowie ein simples Materialkonzept. Beim Bau empfehle er den Einsatz von vorkonfektionierten Materialien. Der Vertrieb solle lokale Kooperationspartner nutzen und ggf. ein Modell für die Zusammenarbeit mit der Wohnungsbauwirtschaft anstreben. Eine Reduktion der Kosten könne sich zielführend auswirken. Schließlich sei eine bessere Nutzung von Bestandsnetzen mit einer besseren Dokumentation zu empfehlen.

Zur Rettung der Situation beleuchtete Fornefeld die vielfältigen Möglichkeiten von Joint Ventures und Kooperationen für die drei Ebenen passives Netz, aktiver Betrieb und Dienstanbieter (ISP). Die gemeinsamen Aktivitäten könnten entweder das gesamte Projekt umfassen oder sich nur auf Investitionen beschränken. Unterhalb kritischer Größen – entweder weniger als 20.000 Homes passed oder weniger als 20 Prozent Ausbauanteil in der Region – sehe er wenig Optionen für einen langfristigen wirtschaftlichen Betrieb. Die Zeiten von unbegrenzten Mitteln bei eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau seien vorbei. GK





Interkommunale Kooperation

V.l.: Levin Krüger, Christopher Mengel

CHRISTOPHER MENGEL & LEVIN KRÜGER | MUTH & PARTNER,
WIRTSCHAFTSPRÜFER STEUERBERATER RECHTSANWÄLTE MBH

Synergien im Breitbandausbau

Die 1975 in Fulda gegründete Kanzlei Muth & Partner beschäftigt an zwei Standorten rund 150 Mitarbeiter. Die Geschäftsfelder verteilen sich auf Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Rechtsberatung und Unternehmensberatung. In der Praxisgruppe Public Sector werden öffentliche Infrastrukturausbaumaßnahmen begleitet, insbesondere im Breitbandausbau. Dazu nannte Christopher Mengel folgende drei Themenkomplexe für mögliche Synergien im Breitbandausbau: Interkommunale Kooperation, Mitverlegung/ Mitnutzung und Mitdenken des Breitbandausbaus bei der kommunalen Wärmeplanung.

„Eine Definition für die interkommunale Zusammenarbeit existiert nicht“, betonte Levin Krüger und setzte fort: „Aber die Gründe für eine Zusammenarbeit sind vielfältig. Das Kostenthema steht ganz oben. Es kann auch sein, dass die Gemeinde das Leistungsangebot an die Bürger vervielfältigen will. Und sie stellt eine Grundlage für den geförderten Ausbau dar.“ Die gesetzlichen Grundlagen fänden sich im Grundgesetz, in der Bayerischen Gemeindeordnung, im Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit sowie in der Verwaltungsgemeinschaftsordnung. Die Form der Zusammenarbeit könne formlos, privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich sein. Die Unterschiede präsentierte Krüger ausführlich tabellarisch. Zu beachten seien Vergaberecht und die BayGibitR sowie eine genaue Regelung der Aufgabenverteilung und des finanziellen Ausgleichs.



Die Mitnutzung von Bestandsinfrastrukturen könne sich kostensenkend bei Projekten auswirken. Die Gigabit-RR verweise dazu, dass im Rahmen der Angebote Bieter aufgefordert seien, vorhandene Infrastrukturen zu nutzen und in ihre Angebote einzubeziehen. Als Quellen dienten u.a. der Infrastrukturatlas des Bundes sowie der Bayern-Atlas. Die rechtlichen Grundlagen fänden sich in den § 138 und § 155 des TKG. Mengel verheimlichte nicht, dass es sowohl Schwierigkeiten bei der Ausschreibung als auch im Rahmen des Ausbaus geben könne. Eine Kostenreduzierung sei ferner durch Mitverlegung im Rahmen geplanter Baumaßnahmen möglich. Die rechtliche Grundlage böte der § 143 des TKG. Zu beachten sei jedoch die Einhaltung von Open Access Vorgaben.

Schließlich böte die kommunale Wärmeplanung ebenfalls Synergien für den Breitbandausbau. Sie basiere auf dem Wärmeplanungsgesetz des Bundes, welche eine strategische Fachplanung von Wärmenetzen für Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern bis zum Ablauf des 30.06.2026 und für Gemeinden unter 100.000 Einwohnern bis zum Ablauf des 30.06.2028 vorsehe. „Sie besteht im Wesentlichen aus Bestandsanalyse, Potenzialanalyse, einem Zielszenario und der Umsetzungsstrategie“, betonte Mengel.

Als denkbare Synergien zählte er auf:

- Zeitliche und technische Abstimmung von Infrastrukturmaßnahmen in der Kommune
- Gemeinsamer Tiefbau für Glasfaser- und Wärmenetz
- Ein Beispiel zur Umsetzung:
  Bestandsanalyse im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung durch zusätzliche Ermittlung des bestehenden Glasfasernetzes mittels Ausbauplänen sowie die textliche und kartographische Darstellung.

Abschließend verwies Mengel auf ein wichtiges Detail: die Aufnahme des Glasfaserprojektes in die Leistungsbeschreibung der kommunalen Wärmeplanung. GK

STEFAN KÖBLER | MRK MEDIA AG

Breitband- und 5G-Netze in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung

DARSTELLUNG VON ZUKÜNFTIGEN ANWENDUNGSFELDERN

Die MRK Gruppe ist seit über 50 Jahren eine eigentümergeführte Firmengruppe, die international im Dienstleistungssektor tätig ist. Mit der Zentrale in München und neun weiteren Büros in Deutschland werden auch Beratungen im Breitbandbereich durchgeführt. Das Kerngeschäft liegt in der Vernetzung von Systemen, Infrastruktur und Daten. Im Projektgeschäft wird ein effektives Ressourcenmanagement von der Planung über die erfolgreiche Projektrealisierung bis hin zur Dokumentation geboten. Die Leistungsfähigkeit des Unternehmens präsentierte Stefan Köbler mit den zwei Beispielprojekten Smart Cities und NoLa - Nomadische 5G-Netze im ländlichen Bereich.


Stefan Köbler

„Von zwei Städten in Baden-Württemberg wurden wir mit der Erstellung einer FTTI-Planung (Fiber to the Infrastructure) beauftragt“, berichtete Köbler zum Projekt Smart Cities. Die Projektziele umfassten den Anschluss aller Gebäude und die Integration von weiteren Anschlusspunkten wie Ampeln, Laternen, Parkplätze, Bushaltestellen, Mobilfunkmasten, etc. Des Weiteren sollte die Ermittlung von Versorgungslücken im Mobilfunk (u.a. LTE, 5G) und die Einbindung von potenziellen neuen Standorten für Mobilfunkantennen in das Gesamtkonzept erfolgen. Schließlich sollten noch die Ausbaukosten ermittelt werden. „Wir haben zu Beginn des Projektes alle Straßen befahren, um die Mobilfunkabdeckung zu ermitteln“, erklärte Köbler und fuhr fort: „Die Signalstärke wurde je nach Signalart und Anbieter erfasst und aufbereitet.“ So wurden auch weiße Flecken ermittelt. Für die Glasfaserinfrastruktur zur Anbindung aller zuvor genannten Objekte wurde ein detaillierter Plan ausgearbeitet.

NoLa sei die Weiterentwicklung des ursprünglichen Projekts „Smarter Weinberg“ in der Weinregion in Rheinland-Pfalz. Wegen der zu hohen Kosten für ein zunächst geplantes eigenes fest installiertes 5G Campusnetz sollten mit NoLa nun die öffentlichen Netze genutzt werden. Eine 5G-Netzversorgung sei hinsichtlich der erforderlichen geringen Latenz und hohen Upload Raten unbedingt erforderlich. Der Arbeitskräftemangel im Weinbau war ein treibender Faktor. Zur Umsetzung des Projekts mussten ferner die schwierige Topografie mit Bäumen und Gebüsch sowie die existierende Bahn- und Stromtrasse sowie eine Seilbahn berücksichtigt werden. Mit Hilfe von Drohnen wurde eine Befliegung der ausgewählten Weinberge durchgeführt. Dabei kam auch Fotogrammetrie zum Einsatz, um anhand von Fotos zuverlässige Messungen vorzunehmen. Damit wurden hochauflösende dreidimensionale Gelände- und Oberflächenmodelle gewonnen. Zusätzlich konnten damit auch Straßen, Mauern, Weinreben-Reihen, Entwässerungsrinnen, Bauwerke und Vegetation identifiziert und rekonstruiert werden. Die 5G-Signalstärken wurden durch Messungen ermittelt. Die nächsten Projektschritte umfassen unter anderem die Simulation der Objekte durch AutoCAD und die Erstellung eines digitalen Zwillings einschließlich von Topografie und allen Objekten. Daraus solle ein Planungsbaukasten entstehen. Schließlich seien ein Proof of Concept und die gesamte Dokumentation vorgesehen. GK





Jährlich mehr als 400 Ausbauprojekte

Das Team von Vodafone

MARKUS METZGER | OXG GMBH & ROLF-PETER SCHARFE | VODAFONE DEUTSCHLAND GMBH

FTTH-Ausbau für Stadt und Land

OXG steht für Open Access Glasfaser und wurde 2023 in Deutschland als GmbH gegründet. Das Unternehmen ist ein Joint Venture von Vodafone GmbH und Altice. Vodafone versorgt über 520.000 Haushalte in Deutschland mit Glasfaser und durch die Übernahme von Kabel Deutschland 2015 rund 3,5 Mio. Kunden in Bayern mit Gigabit-fähigen Kabelanschlüssen. Altice ist ein international renommiertes Telekommunikations- und Medienunternehmen. Seit vielen Jahren liefert Altice innovative, kundenorientierte Produkte und Lösungen, mit denen über 50 Mio. Menschen u.a. in Großbritannien und Frankreich über Glasfaser- und mobile Breitbandnetze verbunden werden.

Die Vision von OXG fasste Markus Metzger wie folgt zusammen: „In den nächsten Jahren planen wir die Erschließung von bis zu 7 Millionen Haushalten durch modernen FTTH-Standard bis in die heimischen vier Wände. Dafür planen wir mit einem Investment von bis zu 7 Milliarden Euro.“ Die individuelle Kundenbetreuung erfolgt durch das Vodafone Key Account Management. Vodafone hat durch seine Glasfaserprojekte die Erfahrung für den erfolgreichen FTTH-Ausbau in Deutschland und fungiert zukünftig als Ansprechpartner der Wohnungswirtschaft. OXG sieht sich dabei als Ansprechpartner für den Netzausbau. Der Glasfaserausbau erfolgt seitens OXG eigenwirtschaftlich und ohne Vorvermarktung mit modernem FTTH-Standard bis in die heimischen vier Wände. Durch den Open Access Ansatz bleibt das Endkundengeschäft bei den individuellen Telekommunikationsunternehmen wie Vodafone.

Anschließend betonte Metzger die Vorteile der Kooperation: „Der Ausbau erfolgt von uns kostenlos für die Kommune bis in jede Wohneinheit. Danach besteht die freie Wahl des Internetanbieters durch Open Access. Eine Vorvermarktungsquote ist nicht erforderlich. Wir bauen garantiert in Ihrer Region aus.“ Der Leiter Kommunenmanagement Markus Metzger stützt sich auf ein Team von insgesamt acht kompetenten Key Account Managern.



V.l.: Rolf-Peter Scharfe, Markus Metzger

Vodafone sieht sich als Partner insbesondere im geförderten Glasfaserausbau. Rolf-Peter Scharfe beschrieb die Position Vodafones im deutschen Glasfasermarkt wie folgt: „Wir sehen uns als Marktführer für geförderte Betreibermodelle mit aktuell 23 Projekten für ca. 200.000 Haushalte. Der Zugang zu den geförderten Netzen wird diskriminierungsfrei gewährt. Wichtig ist ferner die aktive Beteiligung an der Förderung der grauen Flecken. Mit dem Fokus auf eine Verbesserung der 4G- / 5G-Mobilfunkversorgung versorgen wir aktuell hier in Bayern 98,61 Prozent der Haushalte mit 4G und 91,1 Prozent der Haushalte mit 5G.“ Die Planungen für 2024 umfassen mehr als 300 neue Maßnahmen, wobei der Schwerpunkt auf Ausbau und Erweiterung der 5G-Infrastruktur gelegt wird. Erschwert werden diese Maßnahmen jedoch weiterhin durch langwierige Genehmigungsverfahren. Schließlich werden 3,5 Mio. Haushalte in Bayern mit Gigabit-Internet über Kabel-Glasfasernetze versorgt. Diese Gigabit Kabelnetze sind übrigens schwarze Flecken und werden kontinuierlich weiter ausgebaut. Für die fortlaufende Kapazitätserhöhung sind mehr als 400 Ausbauprojekte pro Jahr vorgesehen. GK

LUKAS SCHMIDT | TKF GMBH

Glasfaserkabel: Wandel in der Kabelwelt

TKF – steht für Twentsche Kabelfabriek - ist Teil der 1930 gegründeten TKH Gruppe mit Sitz in Haaksbergen, Niederlande. Heute wird an den vier weiteren Standorten Eemshaven, Lochem, Rawicz und Nanjing mit über 1.000 Mitarbeitern produziert. „Kabel wird immer unser Steckenpferd bleiben“, erklärte Lukas Schmidt und ergänzte: „Bei TKF kommt alles aus einer Hand. Die zuverlässige eigene Kabelfertigung, Assemblage, Komponentenfertigung und Faserproduktion ermöglicht kurze Wege sowie hohe Qualität und ist stets marktkonform.“

Die Eigenschaften von biegeunempfindlichen Glasfasern seien in der ITU-T G.657.A Empfehlung zusammengefasst. Damit erreiche man ein einfacheres Kabel-Handling, schmalere Biegeradien, kleinere Komponenten und Kabelkonstruktionen und es würden geringere Anforderungen an den Installateur gestellt. Bei der A-Version werde noch nach Typ A1 und Typ A2 unterschieden. Typ A1 wäre kompatibel mit Fasertype nach G.652.D und besäße gleiche optische Eigenschaften bei einem Modenfeld Durchmesser von 9,0 ± 0,3 µm. Damit seien Windungen mit 10 mm Radius möglich. →



Lukas Schmidt

Der Typ A2 sei eine besonders biegeunempfindliche Glasfaser, ebenfalls kompatibel mit Fasertype nach G.652.D, allerdings mit einem Modenfeld Durchmesser von 8,6 ± 0,4 µm. Dieser Typ käme zum Einsatz in ultraschlanken Minikabeln im Inhouse Bereich und genüge höchsten Ansprüchen. Damit seien Windungen mit nur 7,5 mm Radius möglich.

Beim Blick auf die Miniaturisierung von Glasfaserkabeln erklärte Schmidt, dass heute die Faser mit einem reduzierten Coating und einem Außendurchmesser von 200 µm anstatt 250 µm der Standard sei. Damit konnte der Außendurchmesser eines typischen Backbone Kabels von ursprünglich 15,4 mm bis auf 5,4 mm verringert werden. „Mittlerweile haben wir auch ein 96-er Kabel mit nur 4,6 mm Durchmesser. Das bedeutet, wir können solch ein Kabel nun auch auf der Hausanschlussebene einblasen“, sagte Schmidt. Für die Auslegung von Mini-Kabeln sei ein minimaler Kabeldurchmesser das Ziel. Erreichen möchte man, dass die zulässige Zugkraft und der Einfluss von Temperaturänderungen sehr klein werden. Beim Ausblick auf die weitere Entwicklung erwähnte Schmidt auch die Multi Core Fasern, bei welchen mehrere Kerne in einem Glasmantel angeordnet seien.

Die TKF-Minikabel der nächsten Generation bestünden aus einer miniaturisierten LTMC-Serie „S“, d.h. schlank. Basierend auf neuem Ader-Material ergäben sich kleinere Adergrößen (ca. 10 Prozent), reduzierte Wanddicken und mechanisch stärkere Adern. Die Kabeldurchmesser Reduktion ermögliche erhöhte Faserdichten, d.h. mehr Fasern pro mm². Die Kabel würden mit einem Außenmantel aus HDPE oder Polyamid (PA) versehen. Als Vorteile nannte Schmidt den möglichen Einsatz in kleinsten Mini-Röhrchen, eine verbesserte Einblasleistung durch reduziertes Kabelgewicht und reduzierte Kabeldurchmesser sowie eine optimale Belegung bestehender Rohre. Insgesamt werde ein breites Portfolio an Minikabeln für die flexible und schnelle Installation angeboten. GK

DR. SILVIA SCHICK | NETCOM BW GMBH

Aktuelle Entwicklungen im Glasfaserausbau

Die NetCom BW als Tochterunternehmen der EnBW beschäftigt sich mit dem gigabitfähigen Glasfaserausbau in über 40 Prozent der Kommunen in Baden-Württemberg sowie in angrenzenden bayerischen Kommunen und Landkreisen. Mit über 450 Mitarbeitern werden insgesamt über 90.000 Privat- und Geschäftskunden betreut. Dr. Silvia Schick beleuchtete die Ausgangssituation mit den Daten der Bundesnetzagentur von 2023: Deutschland sei bereits mit rund 75 Prozent gigabitfähigen Anschlüssen versorgt, wobei rund 32 Prozent auf reine FTTH/B-Versorgung entfielen. Für Bayern lauten die entsprechenden Zahlen 69 Prozent und 28 Prozent. Schick betonte: „Um die politischen Ziele der Glasfaseranschlüsse mit 50 Prozent der Haushalte schon nächstes Jahr und 100 Prozent bis 2030 zu erreichen muss der Glasfaserausbau weiter vorangetrieben werden.“

Das Stimmungsbild der TK-Branche zeichnete Schick wie folgt: Die Investitionskosten sind weiterhin hoch, Kapitalgeber sind zurückhaltend, Tiefbaukapazitäten sind knapp, fehlende Fachkräfte, Digitalisierung und Automatisierung, komplizierte und langwierige Genehmigungsverfahren sowie ein teilweise fehlender Bedarf der Kunden. Sehr viel optimistischer sehe es laut dem Fortschrittsbericht vom 14.10.2024 das BMDV der Bundesregierung: Von den 100 Maßnahmen der Gigabitstrategie seien 87 vollständig umgesetzt, Genehmigungsverfahren würden durch das TK-NABEG vereinfacht und durch das OZG-Breitband-Portal digitalisiert, das Gigabit-Grundbuch sorge für mehr Transparenz, für besonders bedürftige Gebiete gäbe es die Gigabit-Förderung 2.0, EWA-Portal und Potentialanalyse erleichterten den eigenwirtschaftlichen Ausbau und verspräche eine stärkere Verzahnung und Kommunikation auf allen Ebenen. Gestützt auf die Breko-Marktanalyse 2024 versicherte Schick, dass die Ausbauziele für 2025 erreicht werden könnten. Dazu zitierte Schick die EU-Kommission: „Das Aufholen Deutschlands im Glasfaserausbau von 19,3 Prozent in 2022 auf 29,8 Prozent in 2023 sei sogar spektakulär.“ Schließlich plane die Bundesregierung eine Image-Kampagne für die Glasfaser. Denn die Take-Up-Rate – das ist die Zahl der Homes activated geteilt durch Homes passed – liege erst bei 26 Prozent.


Dr. Silvia Schick

Auch die künftigen rechtlichen Rahmenbedingungen würden den Glasfaserausbau eher bremsen. Denn der stehe (noch) nicht als „überragendes öffentliches Interesse“ im Raum. Ferner seien noch keine Änderungen beim Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze vorgenommen worden. Die Kürzung von Fördermitteln und eine kontinuierliche Steigerung der Komplexität des Förderprozesses seien problematisch. Aber die neu begonnene Regulierung von Vorleistungspreisen im geförderten Netzausbau könne Signalwirkung für den Gesamtmarkt haben.

Schließlich nannte Schick einige Fakten, die den Glasfaserausbau vorantreiben könnten. Von der Politik werde weniger Überregulierung, eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren, mehr Akzeptanz von alternativen Verlegeverfahren in den Kommunen sowie eine weiterhin notwendige Förderung für unterversorgte Gebiete erwartet. Bei den TK-Unternehmen seien mehr Kommunikation und Kooperation, Bereitschaft zu Open Access sowie hohe Verlässlichkeit und Qualität beim Bau erwünscht. GK



Das Team von Rödl & Partner


V.l.: Freya Weber, Verena Stenzhorn

FREYA WEBER & VERENA STENZHORN | RÖDL & PARTNER

Ausschreibung von Breitbandleistungen

Die Ausschreibung von Breitbanddienstleistungen ist ein komplexer und oft langwieriger Prozess. Um eine Ausschreibung erfolgreich durchzuführen, müssen Kommunen und Unternehmen klare Anforderungen definieren, die den technischen und funktionalen Umfang des Projekts beschreiben.

Der geförderte Breitbandausbau kann nach zwei Modellen erfolgen: Dem Wirtschaftlichkeitslücken- oder dem Betreibermodell. Eine Ausschreibung im Wirtschaftlichkeitslückenmodell kann Weber und Stenzhorn zufolge sowohl als offenes Verfahren, als auch als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb erfolgen. Wenn das wirtschaftliche Betriebsrisiko für die Nutzung der Breitbandnetzinfrastruktur vom Unternehmen, das den Zuschlag erhält, getragen wird, liegt eine Konzession vor. Da im Falle des geförderten Breitbandausbaus die Kommune letztlich Fördermittel an das Unternehmen „weiterreicht", stellt sich die Frage, ob das Unternehmen tatsächlich noch ein Betriebsrisiko trägt. Dies ist im Einzelfall zu prüfen.

Der Auftraggeber kann sich vorbehalten, das Erstangebot zu bezuschlagen, ohne in die Verhandlung einzutreten. Dies hat er in der EU-Bekanntmachung anzukündigen. Es bietet sich an, zusätzlich einen Hinweis auf diesen Vorbehalt in den Vergabeunterlagen aufzunehmen.

Ein weiteres typisches Problemfeld ist die Veränderung der Förderkulisse durch hinzukommende (z.B. Neubaugebiet) oder wegfallende Adressen (z.B. eigenwirtschaftlicher Ausbau). Für den gleichen Sachverhalt ergeben sich eine förderrechtliche und eine vergaberechtliche Fragestellung.

Eine Ausschreibung der Planungsleistungen (ggf. verbunden mit dem Bau) im Betreibermodell kann ebenfalls sowohl als offenes Verfahren, als auch als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb erfolgen. Bezüglich der konkreten Auswahl der Verfahrensart ist zu unterscheiden, ob die Ausschreibungen der Planungsleistungen getrennt von den Bauleistungen ausgeschrieben werden sollen.

Aus förderrechtlicher Sicht können (Bau-)Planung und der Bau an sich grundsätzlich in einem Auswahlverfahren zusammen ausgeschrieben werden. Dieses Vorgehen wird auch Generalübernehmervergabe genannt. In bestimmten Fällen kann sie sinnvoll sein, insbesondere wenn es um komplexe Bauvorhaben geht, bei denen eine umfassende Planung und Organisation erforderlich ist. Für den Netzbetrieb bleibt es dabei, dass dieser gesondert ausgeschrieben werden muss.

Sollte eine Vergabe an einen Generalübernehmer (GÜ) gewünscht sein, ist in vergaberechtlicher Hinsicht zu prüfen, ob diese gegen das Gebot der Losaufteilung verstößt. Es besagt, dass Aufträge in mehrere Lose aufgeteilt werden sollten, um verschiedenen Anbietern die Möglichkeit zu geben, sich an der Vergabe zu beteiligen.

In bestimmten Ausnahmesituationen kann die Vergabe an einen Generalübernehmer gerechtfertigt sein. Die Komplexität eines Projekts, die eine umfassende Koordination erfordert, kann einen solchen Ausnahmefall darstellen, einen GÜ zu beauftragen, um die Effizienz und Qualität der Ausführung gewährleisten zu können. Diese Hürde ist entsprechend einzelfallbezogen zu prüfen und zu dokumentieren.

Die Vergabe an einen Generalübernehmer kann jedoch auch dazu führen, dass kleinere Unternehmen von der Teilnahme ausgeschlossen werden. Dies könnte als Verstoß gegen das Gebot der Losaufteilung gewertet werden, falls es im konkreten Einzelfall den Wettbewerb in unzulässiger Weise einschränkt und die Marktchancen für kleinere Anbieter verringert. „Generell sollte die Entscheidung für einen GÜ gut begründet und dokumentiert sein, um mögliche rechtliche Herausforderungen zu vermeiden", betonten die Rechtsanwältinnen.

Die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen unterliegt in Deutschland spezifischen Regelungen, die in der Vergabeverordnung (VgV) festgelegt sind. Grundsätzlich unterscheidet man zwischen beschreibbaren und nicht beschreibbaren Leistungen. Diese Abgrenzung ist von großer Bedeutung, da sie direkte Auswirkungen auf die Wahl der Verfahrensart hat. „Trifft man hier die falsche Entscheidung, kann dies zu vergaberechtlichen und förderrechtlichen Konsequenzen führen", machten Weber und Stenzhorn deutlich.

Nicht beschreibbare Planungsleistungen werden in der Regel im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb vergeben. Hierbei steht die geistig-schöpferische Leistung im Vordergrund, was eine flexible Herangehensweise an die Planung erfordert. Beschreibbare Planungsleistungen können im offenen oder nicht offenen Verfahren vergeben werden. Bei diesen Leistungen steht eher die ausführende Leistung im Vordergrund, was eine klare und präzise Leistungsbeschreibung ermöglicht. Wann eine Leistung beschreibbar oder nicht beschreibbar ist, ist im konkreten Einzelfall ebenso zu prüfen und zu beantworten. DK

ALEXANDER HIRSCHHORN & DANIELA HOFMANN | HPE GMBH

Synergien vor Ort

PRAXISBEISPIELE UND FÖRDERUNGEN FÜR BREITBAND UND NAHWÄRMEINFRASTRUKTUR


Alexander Hirschhorn


Daniela Hofmann

Das familiengeführte Unternehmen HPE GmbH, kurz für Hofmann Planung und Entwicklungs GmbH mit Sitz in Johanniskirchen beschäftigt mehr als 50 Mitarbeiter. Die Tätigkeit als unabhängige Beratungsgesellschaft verteilt sich auf die fünf Bereiche Elektrotechnik, Heizung, Lüftung, Sanitär und Klima, Breitband, Geo-Informatik sowie Messungen und Gutachten. Aus den 1.060 erfolgreich abgeschlossenen Projekten und 300 laufenden Projekten konnten 431 zufriedene Kunden gewonnen werden. „Aus dem Bereich Geoinformatik möchte ich JOGIS erwähnen, eine GIS-Software, die ich letztes Jahr hier vorgestellt habe“, sagte Daniela Hofmann. JOGIS ist eine auf die HPE zugeschnittene Erweiterung von QGIS. Es wurde von einem Mitarbeiter der HPE in Zusammenarbeit mit einer Firma aus der Schweiz entwickelt. Es wird zur Darstellung von QGIS-Projekten auf einem Web-Client genutzt, damit die Kunden in ihre Projekte Einsicht haben. QGIS ist eine Open Source Software für Geoinformationssysteme, das HPE als Planungstool verwendet.

„Wärmenetze werden nicht nur von Stadtwerken gebaut, sondern auch von Privatpersonen oder Gemeinden direkt“, erläuterte Hofmann. Dafür können Synergien genutzt werden, wenn gleichzeitig Infrastrukturen für Gas, Wasser, Strom oder Breitband gebaut werden. Die gemeinsame Infrastruktur ermöglicht also die Nutzung derselben Trassen für Breitbandkabel und Nahwärmeleitungen. Da Fördermittel aus beiden Bereichen kombiniert werden können, ergibt sich für eine solche Investition ein doppelter Nutzen. Zur Umsetzung eines Projektes mit Breitband und Nahwärme erklärte Hofmann vier mögliche Modelle im Detail: Eigenbetrieb mit Vermietung, Verkaufsmodell, Kooperationsmodell und Netzbetreibermodell.

Die verschiedenen Fördermöglichkeiten für solche Synergieprojekte wurden von Alexander Hirschhorn erklärt. Er zeigte die Wege zu Fördermitteln sowohl für Breitband als auch Nahwärme auf. „Eine gemeinsame Ausschreibung spart Ressourcen bei der Planung, indem man in bestimmte Bereiche oder Lose aufteilt“, betonte Hirschhorn und setzte mit einem erfolgreichen Praxisbeispiel fort. In der Gemeinde Niederwinkling im Landkreis Straubing-Bogen – ca. 3.000 Einwohner und 26 km² Fläche – wurden in einem Projekt Breitband und Nahwärme kombiniert. Es umfasst ca. 48 km Trasse für Breitband und ca. 17 km Trasse für Nahwärme, wobei rund 15 km Trasse gemeinsam genutzt werden. Gewählt wurde das Betreibermodell nach BayGibitR sowie die Nahwärmeförderung durch BEW und KFW. Baubeginn war im April und der aktuelle Baustand beträgt 20 Prozent. Die einzelnen Phasen des Projektablaufs erläuterte Hirschhorn im Detail und verwies auf die Erfolgsfaktoren: gemeinsame Schnittstelle HPE, stetige Kommunikation und Einsatz von Web-GIS. Sein Fazit für die regionale Wertschöpfung durch Breitband lautete: „’s Geld bleibt dahoam.“ GK

TKTVIVAX GMBH

Kommunalisierung der Glasfasernetze

EIN ANSATZ ZUR RETTUNG DES AUSBAUS?

Der Ausbau von Glasfasernetzen in Deutschland stagniert zunehmend. Ursachen sind eine fehlerhafte Förderpolitik, der ineffiziente Überbau bestehender Netze und erschwerte Bedingungen für privatwirtschaftliche Projekte. Ein innovativer Lösungsansatz könnte in der „Kommunalisierung“ der Glasfasernetze liegen. Dabei sollen Kommunen die Verantwortung für Aufbau und Betrieb übernehmen – ähnlich wie bei Strom- oder Wasserversorgung.

Glasfaser als Aufgabe der Daseinsvorsorge

Die Digitalisierung macht einen schnellen Internetzugang unverzichtbar, um gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten. Der Glasfaserausbau wird so zur öffentlichen Aufgabe, die Städte und Gemeinden übernehmen sollten. Die Idee knüpft an Erfahrungen mit der Rekommunalisierung der Stromnetze an, die in den 2010er-Jahren vielerorts umgesetzt wurde, etwa durch neue Stadtwerke oder Zweckverbände.

Problemfelder bei privatem Netzausbau

Die Privatisierung von Glasfasernetzen hat nicht überall die gewünschten Ergebnisse gebracht. Oft konzentrieren sich Anbieter auf förderfähige Gebiete, während ein wirtschaftlich weniger attraktiver Eigenbau unterbleibt. Marktgetriebener Überbau bestehender Netze führt dazu, dass Kapazitäten ungenutzt bleiben oder der Ausbau stoppt. Manche Regionen bleiben sogar gänzlich unterversorgt, da ein eigenwirtschaftlicher Ausbau nicht rentabel erscheint und Fördermittel fehlen.


Das Team von tktVivax

Lösungen: Kommunale Verantwortung und Plattformmodelle

Eine kommunale Organisation des Netzausbaus könnte diesen Problemen entgegenwirken. Schweden dient hier als Vorbild: Dort betreiben Stadtwerke und gemeinnützige Netzbetreiber rund 1.200 Glasfasernetze, die auch abgelegene Gebiete versorgen. Grundlage ihres Erfolgs sind Plattformmodelle. Kommunen gründen gemeinsam Genossenschaften, über die Anbieter ihre Produkte vermarkten können. Dies steigert die Netzauslastung, ermöglicht vielfältige Angebote und sichert den Kommunen Einnahmen zur Refinanzierung.

In Deutschland könnte ein solches Modell ähnliche Vorteile bringen. Kommunen wären nicht auf eigenen Netzbetrieb angewiesen, sondern profitieren von den Erlösen aus der Netznutzung. Dadurch wird ein flächendeckendes, wirtschaftliches Netz im öffentlichen Besitz möglich, das der Bevölkerung eine breite Auswahl an Internetdiensten bietet.

Die „Kommunalisierung“ der Glasfasernetze könnte den dringend notwendigen Fortschritt im digitalen Ausbau bringen – gerade in ländlichen Regionen. Entscheidend wird sein, ob politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen eine solche Entwicklung begünstigen. CH



V.l.: Thorsten Friedrich und Frank Ribbers

WIR SOLUTIONS GMBH

Versorgungsnetze aus einer Hand

Die WiR Solutions GmbH ist ein Unternehmen aus dem Münsterland, das auf die reibungslose Planung und den Ausbau von Versorgungsnetzen spezialisiert ist. Durch breitgefächertes Know-how und langjährige Erfahrung unterstützt die WiR Solutions Unternehmen, Kommunen und Tiefbauer bei einzelnen Schritten oder gesamten Projekten.

Mobile Mapping: Die Zukunft der digitalen Vermessung

Um die Netzplanung zu beschleunigen und potenzielle Hindernisse frühzeitig zu erkennen, hat die WiR Solutions das Mobile Mapping entwickelt. Die flexible Kamera- und Laserinstallation erfasst straßennahe Objekte und Oberflächenstrukturen inklusive GIS-Daten in Ausbaugebieten. Die gesammelten Bilddaten können in gängige Geoinformationssysteme integriert und zur weiteren Analyse verwendet werden.

Punktwolke und digitale Zwillinge

Besonderes Highlight: Dank der integrierten LiDAR-Technologie erhalten die Unternehmen eine Punktwolke, mit der hochdetaillierte digitale Zwillinge erstellt werden können. Diese digitalen Abbildungen bieten umfangreiche Analysemöglichkeiten, die von Längen- und Flächenmessungen bis hin zu komplexen Volumenberechnungen reichen. Damit lassen sich Planungs- und Bauprozesse nicht nur beschleunigen, sondern auch erheblich präzisieren.

Mit Mobile Mapping können Unternehmen und Kommunen nicht nur Zeit und Geld sparen, sondern Projekte auch nachhaltig und zukunftssicher gestalten.

Kontakt:

Frank Ribbers
Telefon: 02571/54040 0
Mail: sales@wir-solutions.de
Web: www.wir-solutions.de



V.l.: Stefan Abschütz, Ute Hofmann, Lina Schöppach

NGN FIBER NETWORK GMBH & CO.KG

Pioniere im Glasfaserausbau

Die NGN kann auf eine mehr als 20-jährige Erfahrung im Ausbau und der Vermietung von Dark Fiber-Infrastruktur zurückblicken. Als mittelständisches Unternehmen hat sich NGN sowohl regional als auch international als zuverlässiger Partner für Kunden etabliert. Insgesamt positioniert sich NGN als Innovator, der nicht nur über eine beeindruckende Infrastruktur verfügt, sondern auch die Flexibilität und Fachkompetenz besitzt, um die individuellen Bedürfnisse seiner Kunden zu erfüllen.

Glasfaserinfrastruktur im Wachstum

Mit einer Glasfaserinfrastruktur von über 20.000 km Länge hat NGN Zugang zu vielen telekommunikationsrelevanten Großstädten, Ballungszentren und Internetknotenpunkten. NGN verfügt über ein robustes Backbone-Netz in Deutschland und ist als Partner der Eurofiber Gruppe auch international hervorragend angebunden, was die Bereitstellung europaweiter Verbindungen ermöglicht. NGN erweitert das Netz jährlich um ca. 1.500 km. In diesem Jahr haben sich NGN, A1 Austria und Quantcom zusammengetan, um die kürzeste und schnellste Dark-Fiber-Strecke zwischen Frankfurt und Wien zu bauen. Diese Infrastruktur bietet eine geringstmögliche Latenz bei der Datenübertragung zwischen wichtigen europäischen Knotenpunkten. Die Erschaffung einer robusten, zukunftssicheren Konnektivität ist essenziell, um neue Technologien wie z.B. KI zu unterstützen.

Kontakt:

Telefon: +49 9761 800 49 00
Mail: leitungsanfrage@ngn-fibernetwork.de
Web. www.ngn-fibernetwork.de



Ina Zoske und Benedikt Herré

LBA LUFTBILDAUSWERTUNG GMBH

Die LBA Luftbildauswertung ist auf die Auswertung von historischen Luftbildern spezialisiert. Seit über 25 Jahren beantwortet das bundesweit tätige Fachunternehmen Fragen nach Altlasten im Baugrund. Schwerpunkt bilden die im Boden verbliebenen Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg und die daraus resultierende Gefahrenlage. Bevor Eingriffe in den Baugrund stattfinden, wird diese potentielle Gefahr mittels Fernerkundung bewertet und somit die Arbeits- und Planungssicherheit erhöht.

Keine Chance für Blindgänger und Co

Damit bei Bauarbeiten die explosive Altlast aus dem Zweiten Weltkrieg keine große Unbekannte bleibt, führt die LBA Luftbildauswertung Vorerkundungen auf Kampfmittelbelastung durch. Das Spezialistenteam aus den Bereichen Geologie, Geographie und Geschichte arbeitet nach den anerkannten Regeln der Technik und erstellt Gutachten für die von ihren Kunden angefragten Baugebiete. Die zu untersuchenden Flächen reichen vom privaten Baugrund über die von den Kommunen und Ländern verantworteten Bautätigkeiten, wie Kita-Erweiterung, Ausweisung von Neubaugebieten oder Glasfaserausbau, bis hin zu großen Infrastrukturtrassen der Energieversorger.

Die Gutachten basieren auf der Auswertung von möglichst allen relevanten Luftbildern und den recherchierten historischen Informationen. Sie dienen als notwendige Grundlage für Kampfmittel-Sondierungs- und Räumungsarbeiten und werden von der Baubranche und den staatlichen Stellen bzw. Landesbehörden anerkannt.

Kontakt:

Telefon: +49 711 286929-0
Mail: info@lba-luftbildauswertung.de
Web: www.lba-luftbildauswertung.de

Terminhinweise

VERANSTALTUNG 1

16. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

www.bayerisches-energieforum.de

2. April 2025
Stadthalle Gunzenhausen

VERANSTALTUNG 2

11. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

6. Mai 2025
Kulturzentrum Kantine
Töging a. Inn

VERANSTALTUNG 3

12. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

www.bayerisches-breitbandforum.de

7. Oktober 2025
Stadthalle Gunzenhausen

IMPRESSUM:
Sonderdruck Nr. 24/2024 der
Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Constanze von Hassel
Doris Kirchner
Gerhard Kafka
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Jessica Maiwald-Kassner, sonst wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

Glasfaser

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt



Unsere Ziele für Bayern

Starke Partnerschaft für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern

Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort

Schnelles und stabiles Glasfasernetz, als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigenden Bedürfnisse ihrer Bürger

Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maß-geschneiderte Planung und Entwicklung

www.telekom.de/glasfaser